Deutschland als Weltmacht

Presented to
The Library
of the
University of Toronto
by
Mrs. Raymond Daniell

Deutschland als Weltmacht

Vierzig Jahre Deutsches Reich

Unter Mitarbeit einer großen Anzahl berufener deutscher Gelehrter, Offiziere und Fachmänner herausgegeben vom

Kaiser-Wilhelm-Dank
Verein der Soldatenfreunde

Mit 500 Abbildungen.

UNIVERSITY OF TORONTO

Der gesamte dem Kaiser-Wilhelm-Dank aus der Herausgabe dieses Buches zufließende Reingewinn ist zur Schmückung der Kriegerdenkmäler auf den Schlachtfeldern von 1864, 1866, 1870/71 u. ä. Z. bestimmt.

Kameradschaft, Wohlfahrtsgesellschaft m. b. H.
Berlin W. 35, Flottwellstraße 3.

DD
220
K3
1911

640227
14.8.56

Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.
Der Abdruck einzelner Abschnitte wird strafrechtlich verfolgt.

Published 1911
Privilege of Copright in the United States reserved
under the approved March 3rd 1905 by Kameradschaft
in Berlin

Druck von Hallberg & Büchting (Inh.: L. A. Klepzig) Leipzig.

Vierzig Jahre sind eine kurze Spanne Zeit im Leben der Völker. Oft aber macht die Entwicklung eines Volkes in wenigen Jahrzehnten größere Fortschritte als zuvor in Hunderten von Jahren.

Der Dreißigjährige Krieg vernichtete Deutschlands Kultur, machte es wüst und arm. Und so oft es unter kraftvoller Leitung sich zu erholen begann, vernichteten neue Kriege diese Ansätze. Einen schweren Läuterungsprozeß machte unser Volk durch; dann reckte es seine Glieder und gab in den Befreiungskriegen der erstaunten Welt eine Probe seiner Kraft, seines Könnens, seines Wollens. Es lernte und übte weiter und trat 1870 im Bewußtsein seiner Kraft Achtung fordernd in den Kreis der weltgeltenden Völker ein. Bis dahin hatte deutscher Geist, deutscher Fleiß, deutsches Können fremden Völkern gedient, ihre Macht und ihren Reichtum zu mehren; das wurde plötzlich anders, und Deutschland trat einen Siegeslauf in der Geschichte der Völker an, wie er wohl einzig dasteht.

Vierzig Jahre überschreiten den Durchschnitt eines Menschenalters; klein ist die Zahl der Deutschen geworden, welche aus eigenem Erleben urteilen können über Deutschland vor und nach dem großen Kriege, klein die Zahl derer, denen stolze Freude die Brust weitet, weil sie wissen, wie ungeheuer groß der Unterschied ist zwischen dem, was war, und dem, was geworden ist. Mit Stolz nennt sich jetzt jeder, der dem Schoß einer deutschen Mutter entsprossen, Deutscher, weilte er auch in weitester Erdenferne. Das war einst anders! Und damit ein jeder wisse, warum er stolz auf seinen deutschen Namen sein darf und welche Pflichten er gegen sein deutsches Vaterland und die, die es ihm schufen und ausbauten, hat, darum baten wir eine Anzahl berufener Männer, mit knappen Worten zu zeigen, wie, warum und wodurch Deutschland Weltmacht wurde.

Das Buch ist dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit gewidmet; es soll ein Dank und ein Denkmal sein zum 40. Jahrestag der Gründung des Deutschen Reiches. Jedem Mitarbeiter haben wir — wie das selbstverständlich ist — den Ausdruck seiner Überzeugung freigelassen, und zu unserer Freude haben sich alle bemüht, jede einseitige Parteinahme zu vermeiden. Aus allen Arbeiten tritt frische Zuversicht und der Kampf gegen ungesunden Mißmut uns kraftvoll entgegen. Herzlichen und aufrichtigen Dank statten wir allen Herren Mitarbeitern des Buches ab: sie haben dem deutschen Geiste, der deutschen Arbeit ein würdiges Denkmal gesetzt.

Aufrichtigen Dank ſagen wir auch dem Herrn Dr. jur. Otto Ballerſtedt, in deſſen bewährten Schriftſtellerhänden die Gewinnung der Mitarbeiter und die Schriftleitung lag, ſowie unſerem geſchäftsführenden Herrn Direktor Rob. Gersbach, der in nie verſagender Zuſammenarbeit mit Herrn Dr. Ballerſtedt alle Schwierigkeiten zu überwinden verſtanden hat, die ſich der Schriftleitung und der Drucklegung entgegenſtellten.

Zuletzt — aber darum nicht weniger herzlich — danken wir der Kameradſchaft, Wohlfahrtsgeſellſchaft m. b. H., die durch Übernahme der großen geſchäftlichen Bürgſchaften und durch ihr Entgegenkommen ſowohl die Schaffung des Buches als auch die billige Preisſtellung ermöglicht hat. —

Kaiſer-Wilhelm-Dank

Verein der Soldatenfreunde

Der Verwaltungsrat.

v. Graberg
General der Infanterie z. D.
I. Vorſitzender.

v. Schubert,
Generalleutnant z. D.
Mitglied des Reichstags und des Abgeordnetenhauſes
II. Vorſitzender.

Witowski,
Geheimer Regierungsrat und Direktor im Reichsverſicherungsamt.
I. Stellvertr. d. Vorſitzenden.

Schüler,
Generalleutnant z. D.
II. Stellvertr. d. Vorſitzenden.

Schappach,
Bankier u. Oberleutnant a. D. im 1. Garde-Grenadier-Landwehr-Regiment.
I. Kaſſenpfleger.

v. Warendorff,
Generalmajor z. D.
I. Schriftführer.

Uhles,
Geheimer Juſtizrat.
Kammergerichtsrat a. D.
Beiſitzer.

Dr. Romen,
Wirklicher Geheimer Kriegsrat, Hauptmann d. R.
Beiſitzer.

Schwier,
Amtmann a. D., Beiſitzer.

Pertſch,
Kgl. Landgerichtsſekretär.
Beiſitzer.

Inhalt und Mitarbeiter.

I. Volk und Staat.

Seite.

Zum Geleit . . . . . 1—3
Rudolph Herzog, Schriftsteller, Obere Burg zu Rheinbreitbach.

Deutsche Erde und Deutsches Volk . . . . . 4—27
Dr. W. Götz, Professor an den Militärbildungsanstalten und der Technischen Hochschule, München.

Die deutschen Fürsten. . . . 28—36
Dr. jur. et phil. Kekulé von Stradonitz, Kammerherr, Gr.-Lichterfelde.

Deutsche Geschichte . . . . . 37—52
Dr. Jacob, Professor an der Universität, Tübingen.

Die deutsche Sprache . . . . 53—65
Dr. Oskar Weise, Professor, Eisenberg S.-A.

Die deutsche Staatsentwicklung 66—78
Dr. jur. Zorn, Professor an der Universität, Bonn. Geheimer Justizrat u. Königl. Kronsyndikus, Mitglied des Herrenhauses.

Deutsche Finanzen . . . . . 79—101
Dr. K. Th. v. Eheberg, Geheimer Hofrat, Professor an der Universität, Erlangen.

Die deutsche Rechtspflege . . 102—117
Lindemann, Geh. Justizrat im Justizministerium, Berlin. Bisher Oberlandesgerichtsrat, Frankfurt am Main.

II. Wirtschaftliche Verhältnisse.

Die deutsche Landwirtschaft . 118—139
Dr. W. Schultze, Geschäftsführer der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, Berlin.

Forstwirtschaft . . . . . 140—150
Dr. Schwappach, Forstmeister, Geheimer Regierungsrat, Prof. an d. Forstakademie, Eberswalde.

Seite.

Fischerei . . . . . 151—153
Dr. Fischer, Generalsekretär des Deutschen Fischerei-Vereins, Berlin.

Deutschlands Bergbau. . . . 154—166
Fritz Jüngst, Berginspektor, Göttelborn bei Saarbrücken.

Deutsches Städtewesen . . . 167—180
Dr. Otto Most, Düsseldorf, Direktor des statistischen Amtes der Stadt Düsseldorf, Privatdozent an der Universität Bonn.

Eisenbahnen . . . . . 181—192
Dr.-Ing. Blum, Professor an der Technischen Hochschule, Hannover.

Post, Telegraphie und Fernsprechwesen . . . . . 193—210
O. Klaus, Geheimer Postrat im Reichspostamt, Berlin.

Die deutsche Industrie . . . 211—228
Dr. Gustav Stresemann, Dresden. Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller. Mitglied des Reichstages.

Schutz der nationalen Arbeit und Kartellwesen . . . . . 229—247
Dr. jur. O. Ballerstedt, Berlin. Syndikus bei dem Zentralverband deutscher Industrieller.

Der deutsche Handel . . . . 248—259
Dr. Vosberg-Rekow, Berlin. Ausschußmitglied der Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen.

Statistische Angaben zu den Beiträgen Industrie, Schutz der nationalen Arbeit und Handel . . . . . 260—264
Dr. Georg Ebner, Berlin.

Das deutsche Handwerk . . . 265—274
Dr. jur. H. Purpus, Augsburg. Syndikus der Handwerks-Kammer.

Seite.

Geld-, Bank- und Börsenwesen 275—295
Dr. jur. et. phil. Rocke, Hannover. Handelskammer- und Börsen-Syndikus.

Industrielle Bahnbrecher und deutsche Kaufherren . . . . 296—314
Arthur Dix, Herausgeber des Deutschen Boten, Berlin.

Deutsche Gewässer . . . . . 315—339
Dr.-Ing. Sympher, Geheimer Oberbaurat im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Berlin.

Die deutschen Häfen . . . . 340—358
V. Wittschewsky, Professor, Lektor im literarischen Bureau des Staatsministeriums, Berlin.

Entwicklung und Bedeutung der deutschen Seeschiffahrt . 359—379
Wilh. Ehlers, Leiter des Literarischen Bureaus d. Norddeutschen Lloyd, Bremen.

III. Soziale Verhältnisse.

Die soziale Entwicklung . . . 380—389
Dr. Flügge, Geheimer Regierungsrat, Senatsvorsitzender im Reichs-Versicherungsamt, Berlin.

Die deutsche Arbeiter-Versicherung . . . . . 390—401
Kratz, Oberbergrat a. D., Gr.-Lichterfelde.

Deutsche Arbeitsverhältnisse . 402—411
Dr. jur. Tänzler, Syndikus der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeber-Verbände, Berlin.

Vereinswesen . . . . . 412—426
Dr. Hermann Edwin Krueger, Generalsekretär d. Deutschen Volkswirtschaftl. Verbandes, Berlin.

Versicherungswesen . . . . . 427—439
Dr. Alfred Manes, Professor a. d. Handelshochschule, Generalsekretär d. Deutschen Vereins f. Versicherungs-Wissenschaften, Berlin.

IV. Wissenschaft, Technik, Kunst.

Die deutsche Wissenschaft . . 440—461
Dr. Paul Lorentz, Gymnasial-Direktor, Friedeberg (Neumark).

Der Triumphzug der technischen Wissenschaften . . . . . 462—480
Dr. phil. et jur. J. Kollmann, Ingenieur, Bad Ems.

Seite.

Bahnbrecher in Wissenschaft und Kunst . . . . . 481—490
Dr. Ewald Horn, Prof., Vorsteher d. Auskunftstelle f. Lehrbücher d. höher. Unterrichtswesens, Berlin.

Die deutsche Literatur. . . . 491—508
Dr. Johann Georg Sprengel, Professor, Frankfurt a. M.

Deutsche Kunst . . . . . 509—520
Dr. Max Osborn, Kunstschriftsteller, Berlin.

Die Machtstellung der deutschen Musik . . . . . 521—526
Dr. Wilh. Altmann, Professor, Berlin-Steglitz. Vorsteher der deutschen Musikſammlung bei der Königl. Bibliothek.

Das deutsche Kunstgewerbe . 527—540
Dr. Peter Jessen, Direkt. a. Kgl. Kunstgewerbe-Museum, Berlin.

Luftschiffahrt . . . . . 541—554
Hildebrandt, Hauptmann a. D., Berlin. Vorsitzender des Deutschen Luftflottenvereins.

V. Bildungswesen.

Die deutschen Schulen . . . 555—573
Dr. Karl Knabe, Oberrealschul-Direktor, Marburg a. d. Lahn.

Unsere Universitäten . . . . 574—585
Dr. Theobald Ziegler, Professor a. d. Universität, Straßburg i. E.

Die außerschulmäßigen Volksbildungsbestrebungen . . . 586—597
Karl Hesse, Dozent der Staatswissenschaften, Generalsekretär Comenius-Gesellschaft für Volkserziehung, Charlottenburg.

VI. Kirchen.

Die protestantische Kirche . . 598—614
D. Dr. Ferdinand Kattenbusch, Geheimer Kirchenrat, Professor an der Universität, Halle a. S.

Die katholische Kirche . . . . 615—629
Dr. Glasschröder, Kgl. Reichs-Archivrat, München.

VII. Gesundheitswesen.

Volksgesundheit . . . . . 630—643
Dr. Konrich, Oberarzt, Berlin. Kommandiert zum Hygienischen Institut der Universität.

Seite.

Deutsche Naturschönheiten . . 644—657
Arthur Rehbein, Schriftsteller, Unkel a. Rhein.

Deutschlands Heilquellen, Bäder, Luftkurorte . . . . 658—672
Dr. Kionka, Professor an der Universität, Jena.

Sport . . . . . 673—687
Wickenhagen, Professor, Berlin-Lichterfelde.

Der Wert des Waidwerks . . 688—692
Fritz Bley, Schriftsteller, Berlin.

VIII. Wehrkraft.

Deutsche Armee und Landesverteidigungssystem . . . . 693—720
Frobenius, Oberstleutnant a. D., Berlin-Charlottenburg.

Die deutsche Marine . . . . 721—743
Graf E. zu Reventlow, Kapitänleutnant a. D., Charlottenburg.

Modernes Waffenwesen . . . 744—760
Rohne, Generalleutnant z. D., Exzellenz, Berlin.

Seite.

Die Kriegervereine . . . . . 761—770
Dr. A. Westphal, Professor Geheimer Regierungsrat, Berlin. 1. stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Kriegerbundes.

IX. Politik, Kolonien, Auswärtiges.

Innere Politik . . . . . 771—784
Dr. Fritz Stier-Somlo, Professor an der Universität, Bonn.

Äußere Politik . . . . . 785—795
W. v. Massow, Hauptmann a. D., Redakteur der Hamburger Nachrichten, Hamburg

Die deutschen Kolonien . . . 796—822
E. v. Liebert, Generalleutnant z. D., Exzellenz, Mitglied des Reichstages. Paul Leutwein, Oberleutnant a. D., Berlin.

Deutsche Kulturarbeit im Osten 823—832
Dr. Gustav Buchholz, Professor an der Königl. Akademie, Posen.

Das Deutschtum in der weiten Welt . . . . . 833—848
Paul Lindenberg, Schriftsteller, Berlin.

Der Verlag dankt den Häusern: Hallberg & Büchting (Inh.: L. A. Klepzig), Leipzig, Buch- und Kunstdruckerei — Böttcher & Bongartz, Buchbinderei, Leipzig — Willi Barschall, Papiere, Berlin — Meisenbach Riffarth & Co., Berlin u. Leipzig, für die Hilfe bei der schnellen Fertigstellung des Werkes.

Zum Geleit.

Von **Rudolf Herzog,** Obere Burg zu Rheinbreitbach.

„Nur in Deutschland, nur in Deutschland,
Da will ich ewig leben! — —

Wie es mir heute durch den Sinn zieht, das alte Studentenlied, das der junge Hoffmann von Fallersleben uns sang! Wie es raunt von der Jugend Begeisterung, wie es lockt zur heißen Vaterlandsliebe, wie es mahnt, festzuhalten an deutschem Wesen. Und die Stunden und Tage, in denen wir noch in schrankenlosem Jubel unserer Seele Seligkeit offenbarten, ein Deutscher zu sein, sie blicken uns aus der Ferne mit großen, fragenden Augen an: „Was ist geblieben von eurem jungen Stolz und all euren Schwüren, diesen Stolz zu betätigen zu allen Zeiten und in allen Landen?"

Nichts fürchtete der Deutsche mehr, als belächelt zu werden von jener Schar von Zeitgenossen, die sich in blutlosem Dünkel mit Weltbürgerideen spreizte und auf die Hervorkehrung nationalen Kraftbewußtseins mitleidig herniedersah wie auf kindisches Tun. Nichts fürchtete er mehr, als von diesen Menschen, deren Geist in fremden Farben schillerte wie ihre Kleidung in fremdländischen Stoffen und Zutaten, für rückständig gehalten zu werden in der fortschreitenden Kultur. Und so groß war die Philisterfurcht, daß man nicht einmal daran dachte, den Wesenskern der Lobredner fremder und Verächter eigener Art unter die Lupe zu nehmen und den ungeheuren Anteil vor aller Welt festzustellen, den wir, den Deutschland am Fortschritt der gesamten Kultur aufzuweisen hat. Schlagworte vom „teutschen Mann" und „teutschem Kraftmeiertum" reichten hin, um die Lakaien der Ausländerei als geistig freiere und höhere Wesen gelten zu lassen und ihren armseligen Bedientenrock für ein Hohepriesterkleid zu nehmen. Was das stolze England rücksichtslos ausübte, was das leichbewegte Frankreich trotz aller inneren Stürme und Umwandlungen als selbstverständlich erachtete, was Slawen und Romanen und das junge Amerika als heiligstes Recht ersahen und als heiligste Pflicht, den Stolz auf ihre Nationalität und die Anerkennung ihrer nationalen Eigenheiten, unbekümmert um das Gesicht des Nachbarn — nur Deutschland durfte es nicht, wagte es nicht zu dürfen vor dem Spott seiner modernen Geistesaristokraten.

Was aus der Fremde kam, war bewundernswürdig. Die sozialen und politischen Einrichtungen des Auslandes, sein Handel und seine Industrie, seine Kunst und seine Literatur galten als unerreichbare Vorbilder. So wurde es uns gelehrt. Ja selbst die Schönheiten deutscher Erde versanken in Nichts, wurde nur mit emporgezogenen Brauen ein Winkel genannt, der außerhalb unserer Grenzpfähle lag. Der Deutsche, der aus London heimkehrte, trug englisches Wesen zur Schau, der Deutsche, der ein paar Jahre in Paris zugebracht hatte, spielte den französischen Weltmann. Habt ihr es je erlebt, daß ein Engländer oder Franzose, der sich sein bestes Wissen in unserem Vaterlande geholt hatte, daheim den Deutschen nachahmte? Und ihr werdet es nie erleben.

Dieses Buch will euch sagen, was Deutschland ist und wer seine Bürger sind.

Es will euch sagen, wodurch und weshalb Deutschlands Bürger berufen sind, stolz und ernst in die vorderste Reihe zu treten, wenn die Völker nach ihrem Werte und der Bedeutung ihrer Kulturtaten aufgerufen werden.

Gilt es doch vor Augen zu führen, daß Deutschland auf politischem und geistigem Gebiete eine Weltmacht wurde, die über das Vergleichen hinaus auf ragendem Posten steht, eine Eigenwelt und eine Eigenmacht. Damit ein jeder lerne, sich als ein eigener zu fühlen und danach zu handeln. Damit ein jeder sich auf sein Rückgrat besinne und auf sein germanisches Blut, und ihm der deutsche Name als höchste Ehrenbezeugung in den Ohren klinge.

Mit keinem Worte sollen die Errungenschaften fremder Nationen herabgesetzt werden, wenn wir die Kräfte Deutschlands in rechtem Lichte zeigen. Wer sich seiner Kraft bewußt ist, bedarf solcher Mittel nicht, und der Gesunde freut sich der Gesundheit seiner Umgebung. Aber den Weg sollt ihr erkennen, den unseres Vaterlandes Kulturaufgaben genommen haben zu den Zielen der Menschheit, bis ihr es tiefatmend und aufleuchtenden Auges empfindet: Auch ich — bin ein Deutscher! Bis ihr euren kranken Götzendienern lachend den Glauben versagt, und ihr euch nicht mehr der Begeisterung eurer unverdorbenen Jugend schämt und der Begeisterung eurer Lieder, die da singen und klingen: „Nur in Deutschland, ja nur in Deutschland....."

Das wünscht dieses Buch. —

In scharfumrissenen Bildern wird es euch Deutschlands Reichtum zeigen und weiter weisen auf die Fülle ungehobener Schätze, die eurer Hände harren, eurer Zuversicht. Volk und Fürsten werdet ihr bei der Arbeit sehen. Auf dem Acker dampft die Scholle, der Eichbaum reckt sich im Walde, in den Bergen wächst das Erz. Die Städte dehnen und strecken sich, aus mittelalterlichem Dornröschenschlummer erwacht, und ihre Eisenwege laufen zu den Meeren und erschließen die Häfen, die Türen und Tore der Welt. Das Handwerk unserer Väter hatte goldenen Boden, und die Arbeit stärkte ihre Arbeitskraft, und die Arbeitskraft setzte sich um in geniales Erfindertum und schuf die deutsche Industrie in ihrer weltbeherrschenden Macht. Wißt ihr noch, wie der Stempel ‚made in Germany' Deutschlands Erzeugnisse verächtlich machen sollte in ganz England und seinen Kolonien und zum Ruhmestitel wurde, der die Gegner schlug, wo er sie antraf, und — aus Furcht! — wieder beseitigt werden mußte? Vergeßt es nicht in euren Erinnerungen. Erinnerungen machen froh, und die Freude ist das Schwungrad der Arbeit.

Industrie und Handel sind Geschwister, die aus einer Schüssel speisen in gemeinsamem Haushalt. Was den einen kräftigt, macht den anderen stark. Der sieghafte Aufschwung der deutschen Industrie und ihre gesteigerten Bedürfnisse mußten naturnotwendig Hand in Hand gehen mit einem neuen Aufblühen des deutschen Handels, der die Schiffahrt zur Hilfe rief und ihre Maßnahmen steigerte. Da schwammen Milliarden deutscher Werte auf freier See. Gute Prisen für den Kaperlustigen zu Kriegszeiten. Und wir sahen es, wie es die Nachbarn sahen, und ihr Schmunzeln verwandelte sich in Überraschung, und ihr Zorn gab uns mehr zu denken als ihre Nachsicht, als wir in jahrzehntelangem Mühen zum Schutz und Trutz eine gepanzerte Flotte schufen, würdig der Weltmachtstellung eines großen Reiches, das jederzeit zu Wasser und zu Lande dem Bundesgenossen die starke Brust, dem Feinde die eiserne Stirn zu bieten hat. Wenn unsere Enkel einst am Steuer stehen, werden sie unsere weitschauende Fürsorge preisen und die Zinsen unserer opferwilligen Selbstversicherung als bestes Erbe genießen. Nur der Krämer sorgt für den Tag, der Kaufherr berechnet die Zukunft.

Ich meine, wenn ihr dieses Buch aufschlagt, werdet ihr nicht von Krämern hören, wohl aber von Herren und Meistern, die euch mit festem Druck die Richtschnur in die Hände legen, euren Eifer heiß machen und eurem Wagemut die rechten Bahnen weisen. Nicht zuletzt dem ehernen Fleiß, der das Talent zum Genie fortreißt. Und mit glühenden Herzen werdet ihr von dem Siegeszug der deutschen Technik lesen, der der Industrie und dem Handel, der dem gesamten Leben ein Neuland nach dem anderen erschloß, neue Arbeitsfelder, die sich über Nacht in neue Stätten des Erfolges wandeln. Zu des Volkes Wohlfahrt und Wohlstand, zu des deutschen Namens Ruhm und Ehre. Helden waren es, die uns im Kriege führten, Helden sind es, die uns im Frieden führen. Und

wert wären wir der Mißachtung der Welt, drängten wir nicht mit flatternden Fahnen solchen Führern nach.

Die „Potsdamer Wachtparade" und der „deutsche Schulmeister", so riefen uns einst lachend die fremden Nationen. Sie lernten anders darüber denken. Die Potsdamer Wachtparade und der deutsche Schulmeister schlossen eine Ehe, und wenn unsere Volkserziehung heute einen höheren Grad erreicht hat, als die anderer Länder, so danken wir es diesem Bündnis. Fragt ringsumher, was man uns am meisten neidet. Unsere Armee und unsere Schule. Sie sind die Geburtsstätten deutscher Männer.

Das Volk der Denker und Dichter.... Laßt auch dieses Wort ein Ehrenname bleiben! Sagt es uns doch, daß der Deutsche nicht wie ein Herdentier seine Arbeit verrichtet, daß er über den Werktag hinaus seine Seele offen hält für die tausend Schönheiten zwischen Himmel und Erde, von denen unsere Dichter singen, die uns unsere Denker zu enträtseln suchen. Unser deutsches Schrifttum, unsere deutsche Kunst blieb nicht dahinten, als Deutschland auf dem Marsche war, sich den Platz an der Sonne zu sichern, der seiner Bedeutung zustand. Nein, als Avantgarde waren sie längst voran, unsere Dichter und Tonkünstler, unsere großen Maler und Bildner. Heilige Namen darunter, die die Welt mit Ehrfurcht erfüllten. Und die nicht eher verklungen sein werden, als am letzten Gestade das letzte Lied verklungen ist. —

Und wenn ihr weiter blättert, vergeßt nicht, von den Wundern deutscher Erde zu lesen, von ihren waldumrauschten Bergen und verschwiegenen Tälern, in denen noch immer das Märchen wohnt, von den Burgen, aus denen die Sage schaut, von den Domen, in denen Unsterblichkeit wohnt, von den Meeren im Norden und den Alpen im Süden, und von unserem Kleinod, dem Rhein — dem Rheine, Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze! Dann wird euch die Wanderlust befallen und mit ihr insgeheim die Scham, so oft in die Weite geflogen zu sein, ruhmredigen Mundes die Schönheiten der Fremde preisend, ohne die Schätze der Natur im eigenen Vaterlande zu kennen und sie stolz und strahlend in die Wagschale zu werfen.

Soll ich noch einmal sagen, wohin dieses Buches Wünsche gehen?

Durch die Aufrollung von Deutschlands Größe und Weltmachtstellung im Wettbewerb der Völker möchte es das nationale Bewußtsein im Vaterlande wach halten und mehren, das Deutschtum in der weiten Welt an seine Pionierpflichten erinnern, die Augen furchtlos in Deutschlands Zukunft richten. Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte! In unseren Bergen wächst es. Denke, Deutscher, nicht kleiner von dir, als Gott von dir denkt!

Geradeaus geht dein Weg und bergauf. Dorthin, wo du der Sonne am nächsten bist. Deine Arbeit sei dein rodendes Schwert. Laß dich nicht beirren durch das Geschrei der Neider und Widersacher. Nur der Emporsteigende hat Feinde, und diese Feindschaft ist allemal die Quittung der Bedeutung.

Deutſche Erde und deutſches Volk.

Von Profeſſor Dr. **W. Götz**, München.

Iſt „die Erde das Erziehungshaus der Menſchheit", ſo erhielt das deutſche Volk zweifellos einen beſonders geeigneten Landraum für dieſe Aufgabe. Hierbei bringt es wenig Unterſchied, ob man das von Deutſchen bewohnte Mitteleuropa oder nur den Hauptteil unſerer Nation ins Auge faßt, den die deutſchen Reichsgrenzen umſchließen. Wohl wird die Vielſeitigkeit des Volkscharakters, der errungene Stand des wirtſchaftlichen Lebens und die geiſtige Geſamtleiſtung vollſtändiger erſichtlich, wenn das ganze örtlich zuſammenhängende Volk der Betrachtung unterſteht. Man bezöge alsdann auch jene Länder ein, deren Bewohnerſchaft ſich im Lauf der letzten vier Jahrhunderte vom gemeinſamen Volkskörper politiſch losgelöſt hat. Sie bildete neue Staaten, größtenteils in Verbindung mit Gebieten anderer Nationalität: die Schweiz (vom Reiche getrennt ſeit dem Verzichte Kaiſer Maximilians I. 1499), Belgien (dem Reiche entriſſen 1797 und ſelbſtändig ſeit 1830), Holland (ein unabhängiger Staat ſeit 1581 oder 1609), Luxemburg (ſeit 1866) und Öſterreich (ausgeſchieden 1866). Das geiſtige Schaffen dieſer mehr als zwanzig Millionen Deutſcher (auch derjenigen, welche als obere Geſellſchaftsſchicht die benachbarten baltiſchen Provinzen Rußlands emporgeführt haben) vollzieht ſich allerdings immerhin zu Nutz und Ehr der deutſchen Geſamtheit. Gleichwohl wird die vielverzweigte wirtſchaftliche Betätigung dieſer Nachbarn für den eigentlichen deutſchen Staat, das Deutſche Reich, notwendig zu einem Entgang und wirkt auf dem Felde ſeines europäiſchen und überſeeiſchen Verkehrs zuweilen beengend.

Allein wie bei manchem Baume nach dem Verluſte auch geſunder, ſtarker Äſte in wenig Jahren keinerlei Minderung ſeines Früchtereichtums wahrzunehmen iſt, ſo hatte die feſtere Vereinigung der verminderten, jetzt reichsdeutſchen Gebiete eine zunehmende ergiebige Schaffenskraft zur Folge. Alle Zweige des Erwerbslebens, der Künſte und wiſſenſchaftlicher Arbeit kamen zu einem Höheſtand, durch welchen dieſes neue Deutſchland eine oft beneidete Stelle in der europäiſchen Staatenreihe gewann. Schon die Umſatzwerte ſeines Außenhandels und ſeine Bücher- und Schriftenausfuhr deuten ſolches an. Man müßte auf die Zeit der Hohenſtaufen zurückgehen, um das Reich der Deutſchen in einer ähnlichen, freilich auch noch höheren Geltung vorzufinden.

Dennoch bekam dieſes heutige Reich ſowohl mit ſeiner Ortslage als mit ſeinen Grenzen nahezu ungünſtige Vorausſetzungen, mit ſeinem Boden nur mittelmäßige Ernährungsbedingungen.

Lage. Ohne daß man die Vorteile der zentralen Lage überſieht, welche hauptſächlich in vielſeitiger Zugänglichkeit und in der Eigenſchaft eines Durchgangslandes beſtehen, kann man doch die Gefährdung und die Erſchwerung des völkiſchen und des wirtſchaftlichen Lebens ſamt der bewaffneten Bedrohung der Grenzen — im 19. Jahrhundert notwendige Folgen der europäiſchen Mittellage — als keineswegs nebenſächlich erachten. Die vielfachen lebhaften Berührungen mit einer ganzen Reihe kräftiger und meiſt kulturell fortgeſchrittener Nachbarſtaaten und die dadurch genährte Neigung, das Auswärtige hochzuhalten, gehören zu den Urſachen jenes gefahrbringenden

Mangels bei vielen Tausenden aller Berufskreise, daß sie die völkische Selbstachtung wenig kennen. Diese aber ist bei dem heutigen Wettbewerb der mächtigeren Völker um Wohlstand, Macht und Vorsorge für die Zukunft eine der entscheidendsten Voraussetzungen des Erfolges. Sodann legen inbezug auf die Ordnung des Warenaustausches und des Verkehrs von Volk zu Volk Verträge mit sieben unmittelbaren, zudem wirtschaftlich kräftigen Grenzstaaten mehr Opfer auf, als sie bei einer geringeren Anzahl nötig werden. Endlich bedarf es keines näheren Hinweises darauf, wie bedeutend sich die Lasten der Waffenrüstung infolge einer solchen Innenlage erhöhen, zumal auch nichtangrenzende Seemächte ins Auge zu fassen sind. Dadurch wird dem kulturellen und Erwerbsleben vieles entzogen und die Aufgabe erschwert, nach dem Vorbild günstiger gelegener Mächte wohlberechtigte wirtschaftliche Interessen groß und klein mit Beharrlichkeit zu verfolgen.

Grenzen. Die Außenlinie des Reiches vereint in ihrem örtlichen Verlaufe nur an wenigen Strecken die Eigenschaften einer guten Grenze. Eine solche versagt einerseits ungehinderten Zugang von außen und wird doch zugleich auch von bequemen Wegen in mäßigem Abstande voneinander gekreuzt.

Das Tiefland ist ohnedies im ganzen allenthalben offen für das Passieren der Grenzen. Zunächst im Osten scheidet vom russischen Staat kein scharfes Talprofil, kein beträchtlicherer See oder Morast. Weiter südlich jedoch kommt das Gegenteil, die Abschließung durch Höhenkämme und steile Bergrücken, in den Grenzgebirgen Böhmens zur Geltung: im System der Sudeten geschieht es durch den langen Granitkamm des Riesen-Isergebirgs, weiterhin mit dem Steilabfall des massigen Erzgebirgs und dann verläuft der Hauptteil des Böhmerwaldes in einem geschlossenen Kamm. Wenn diese Außenränder den Verkehr erschweren, bieten sie immerhin zugleich einigen Ersatz mit ihrem stattlichen Forstgewande und grasreichen Hängen, dazu durch Anziehung vieler Besucher ihrer Hochpunkte, deren Rundsichten so mannigfaltigen Reiz entfalten. Im Süden des Reiches erhielten die Alpen von der Nachbarschaft des Chiemsees an bis zum Lech durch ihre Gewässer malerische Quertäler und tiefe Scharten nahe einander genug, um neben dem Vorteile leichter Besiedlung auch den Vorzug einer wohldurchgängigen Grenzzone zu besitzen. Im Südwesten aber trägt wieder, wenn auch nur in Mittelgebirgshöhe, ein scheidender Kamm die Grenzlinie: es sind die Vogesen, welchen auch der Bau windungsreicher Straßen des 19. Jahrhunderts keine beträchtliche Änderung ihrer abschließenden Wirkung brachte. Von da nördlich ward die Linie fast durchweg im Anschluß an frühere politische Zufälligkeiten verfügt, was nur dort anders erscheint, wo der melancholische Schild des Hochvenn als natürliches Grenzgewölbe verwendet wurde. Erst weit im Tieflande mußte eine natürliche Hemmung anerkannt werden: das Bourtanger (auch das Arenberger) Moor westwärts der mittleren Ems. — Nach Norden hin endlich erfreut sich das Reich eines Küstenverlaufes, welcher große Vorteile gewährt. Die Nordsee hat für ihr Hinterland, das ja mittels der Elbegewässer bis nach Prag reicht, an den vorhandenen drei Flußmündungen, der Ems im Dollart, der Weser samt dem Jadeeingang und der Trichtermündung der Elbe, ihre günstigen Ausgangspunkte. Hier vermag man die Schiffahrt der großen Nordseefahrzeuge zu überschauen und bei der gesammelten Verwendung nautischer Arbeit an diesen wenigen Punkten führte der Wettbewerb zu einer hohen Kraftentfaltung. Die übrigen Küstenstrecken sind vor allem auswärtigen Feinden nicht zugänglich, besitzen aber an den Ostfriesischen Inseln noch eine schützende Reihe von Eilanden, deren Dünenwall, aus älteren Vorgängen der jetzigen geologischen Zeit stammend, sie zu geschützten Heimstätten modernen Seebadlebens macht. Dieses unterstützt auch der Verkehr mit dem Festlande, welchen in den Stunden der Ebbe die wasserfrei gewordenen Watten sogar zu Fuß erlauben, unterdes bedeckt mit einem sehenswerten Reichtum der mannigfaltigsten Schal- und Krustentiere, mit denen sich unter lebhafter Flügelbewegung größere und kleinere Raubvögel versorgen. Jene gastliche Bedeutung aber erwarben sich auch die Nordfriesischen Inseln an der Westseite Schleswigs, mehr als die

vorigen im Laufe der letzten Jahrhunderte durch Landverluste verkleinert, aber schonender als die zur Flutzeit bedeckten „Halligen" weiter südlich. Doch hat hier an der Festlandsküste und auf Inselchen die Arbeit des Menschen erfolgreich begonnen, mit Deichbau das Verlorene zurückzuerobern.

Naturgemäß erzog sowohl derartiges Arbeiten gegen die Sturmfluten als der Erwerb auf bescheidenen Fischerboten und kleinen Seglern die Bewohner von Geschlecht zu Geschlecht zu einer kundigen und furchtlosen seemännischen Bevölkerung. Nur sie vermochte für die ins Große gehende Entwicklung unserer Handelsflotte der letzten drei Jahrzehnte, sodann für die werdende Kriegsmarine das Entscheidendste zu bieten: eine ausgiebige Zahl berufsfreudiger und tüchtiger Mannschaften und leitender Kräfte. Auch die morastige Zone längs des Meeres und einwärts an den Flußmündungen, ein Ergebnis der Aufschwemmung bei stärkeren Meeresfluten, durch Entwässerungskanäle und andere Arbeit in ertragsreiches Marschland umzuwandeln und immer leistungsfähiger zu machen, diente der Förderung einer kräftigen, nicht von Dürftigkeit gedrückten Küstenbevölkerung. Zugleich ergab sich aus derartigem Erwerben eines verlässigen Nährbodens die Verbindung eines tieferen Heimatsinnes mit dem Zuge ins Weite und in die Ferne, den man durch das Weltmeer und seine Segel erhielt.

Auch die Ostsee gewährt uns eine günstige Meeresgrenze. Wohl ist sie ein Innenmeer und dies seitab im Hintergrunde des Ozeans, so daß dessen Lebenskräfte für den heutigen Großverkehr ihr nicht unmittelbar zuströmen. Jedoch hat das Deutsche Reich diesen Nachteil wesentlich gemindert durch das große Werk des Kaiser Wilhelm- oder Nord-Ostseekanales, welcher die Kieler Bucht bei Holtenau verläßt, in einer Länge von 98 km Holstein durchzieht und bei Brunsbüttel die unterste Elbe erreicht.

Der Verlauf der Ostseeküste selbst aber wies in vollgenügender Aufeinanderfolge Pflegestätten der Großschiffahrt an, während die Fischerei in der Wahl ihrer Ausgangspunkte überhaupt kaum beschränkt ist. Wo das Meer etwas tiefer in das Land eingreift und zugleich Talzüge ihr Ziel finden, kamen die wichtigeren Hafenorte zur Entwicklung. Daher konnte trotz des überlegeneren Aufblühens von Kiel, einer Folge seiner Stellung als vornehmster Kriegsmarineplatz, Lübeck sich neuerdings wieder mehr Bedeutung verschaffen, durch einen vergrößerten Kanal mit der Elbe verbunden. Sodann trat Rostock samt Warnemünde hervor, wesentlich angeregt durch die Vermittlung des Verkehrs zwischen Berlin und Kopenhagen. Stettin, obwohl infolge der vorlagernden Doppelinsel Usedom-Wollin in größerem Abstand von der eigentlichen Küstenlinie, ward die meistbesuchte deutsche Hafenstadt der Ostseeschiffahrt. Dies nicht nur weil das Meer mittelbar durch das Haff am weitesten in den Kontinent einbuchtet und hier das wirtschaftliche Ausströmungsvermögen des Odersystems zu vollster Geltung kommen kann, sondern es ward auch der mächtige Verkehr von Berlin zum treibenden Element für den Warenaustausch Stettins mit Rußland, Skandinavien und den dänischen Inseln, den maßgebenden Ländern für die Schiffahrt dieser westlicheren Plätze. Erst ostwärts der Seenplatte Pommerns, welche die Richtung der Küstenlinie bestimmt, aber zugleich kein wichtigeres Tal zu ihr herstellen ließ, half die Ostseebucht an der Niederung der Weichselmündungen einem größeren Seeverkehr zur Entwicklung. Danzig hatte schon in der Morgendämmerung der Geschichte den Vorzug der wichtigsten Handelsstadt dieser Weichsellande und kam zur Zeit der Hansa zu großer Bedeutung, welche heute allerdings wesentlich durch den Verkehr mit Polen beeinflußt wird. Das benachbarte Elbing, nahe dem Frischen Haff, erneuerte seine frühmittelalterliche Wichtigkeit durch modernen Schiffbau im Anschluß an Danzig. Mit dem stattlichen Pregel endet ein weiterer Fluß von Belang nächst dem Meere, d. h. im Frischen Haff, so daß eine bedeutende Austiefung seines Unterlaufes für mäßig große Ostseefahrer die Stadt Königsberg unter die erfolgreichen Hafenorte einreihte. Nördlich davon und östlich der Bernsteinküste Samlands wiederholt sich die Erscheinung einer Doppelküste mittels der Kurischen Nehrung und dem Ostufer des Kurischen Haffes. Hier ist dem letzten Außenteil des Reiches mit Memel am Delta des gleichnamigen

Flusses noch die Begünstigung eines verkehrsbelebten Platzes an der Meeresgrenze gegeben.

Die hohe, ja nicht übertroffene Bedeutung für unseren Wohlstand und unsere Macht, welche die Linie beider Meeresküsten samt ihren Städten erlangt hat, war schon eine Folge des Umstandes, daß das ganze Gebiet des Reiches auch durch die Natur zu ihrem wirtschaftlichen Hinterlande bestimmt wurde. Denn von der südlichen Grenze an oder vom Hochgebirge bis in die Zone der tonigsandigen Geest, an welche sich die Marschen anlegen, neigt sich der Boden meerwärts, wie dies die großen Flüsse mit ihrem Verlaufe andeuten. (Auch die Höhen, welche die Nebengewässer der Donau begleiten, sind beträchtlicher als jene des mittleren Maingebietes.) Überdies ist der Zugang zur Küste breithin erleichtert dadurch, daß Tiefland sich ihr als ein ausgedehnter Gebietsteil anschließt. —

Die gesamte Landfläche des Reiches läßt sich nach zwei großen Gebieten unterscheiden, dem Tieflande und dem Mittelgebirgsgebiete. Jedoch empfehlen es Gründe der Übersicht und der Besiedlung, die vielgehörte Unterscheidung von Nord-, Mittel- und Süddeutschland zu verwenden.

Das Tiefland. Dieser Teil nimmt vor allem schon den größeren Raum des Ganzen ein. Aber das 19. Jahrhundert hat mit seiner Entwicklung der Fabrikindustrie und des deutschen Seeverkehrs ihm noch ein Übergewicht in bezug auf Wohlstand und Beherrschung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Ganzen gegeben. Hierfür haben zunächst mit entscheidender Wichtigkeit die Seestädte und das industriemächtige Berlin, auch andere große Industriesitze, dazu namentlich die hohe Ausbildung der Landwirtschaft samt ihren Großgewerben (Zucker-, Sprit-, Mühlenproduktion) zusammengewirkt. Reichlichere Geldmittel und andauernde Leistungen vorderster Güte stützen die erworbene Stellung des tiefländischen Bereiches, obgleich nicht wenig Gebiet dürftigen Boden besaß und vielen großen Bezirken nur eine merklich geringere Volkszahl als die Hälfte des Durchschnittsbetrages im Reiche (120 auf den Quadratkilometer) zu statten kommt.

Im Nordwesten hatte sich auf tonigen Sandlagen und noch weniger durchlässigen Ablagerungen, wie sie das ältere Diluvium oder eine spätere Wasserüberströmung hinterließ, ausgedehnte Vermoorung allmählich eingestellt, da vielenorts wagrechte Bodenfläche den Abfluß des Grundwassers hemmte. Nächst der Marschlandzone erzielte der Stau der täglichen Meeresflut, ungehindert wohl zwei bis drei Jahrtausende lang wirksam, gleichen Erfolg. So nahm vor wenig Jahrzehnten in Hannover und Oldenburg das Moor und Heidemoor etwa ein Dritteil des Tieflandsgebietes ein. Aber die belehrenden Beispiele und die Bemühungen von Grundbesitzern, großen Vereinen und einsichtiger amtlicher Kreise führten zu einer weitgreifenden Umwandlung. Wogende Ährenfelder und jegliche Ackersaat im Anschluß an neu geschaffene Gehöftereihen und langgezogene Dörfer, helle Fahrstraßen und regulierende Kanäle mit Lastkähnen beleben viele Flächen, welchen vorher nur das matte Grün der Sumpfpflanzen und das Braun der Moorheide eine schwermütige Einsamkeit gab und deren Boden fast nichts für die Ernährung von Tieren und Menschen gewährte. Wiederum etwa ein Dritteil dieser Gebiete hat die Sachkunde und unternehmende Tatkraft gebildeter Landwirte für Deutschlands Ernährung, bezw. für die Festhaltung von Volksgenossen im Heimatlande hier neu gewonnen. — Auch trockene Sandbodenstriche, wie z. B. im Westen der Tieflandsbucht von Münster, bedurften anhaltender Fürsorge und Aufwendungen, um landwirtschaftlich zu befriedigen, was man mit den heutigen Mitteln auch bei der Lüneburger Heide erreicht, welche aus einem dürftigen Schafweidegebiet bald größtenteils in lohnendes Acker- und Wiesland umgeändert sein wird. — Immerhin bietet der große Tieflandsteil auch manche ergiebige Gegenden, wie die feinen Lehm- und Lößlagen am Niederrhein oder im Gebiete der oberen Aller. Auch der Osten Holsteins erzielt reichliche Brotfrucht, sowie der von Schleswig beiderseits malerischer

Förden neben anmutenden Buchenbeständen. Aber die westliche Zone von der Elbmündung an liefert als Nordseemarsch saftvolles Futter für zahlreiches Milch- und Mastvieh. Je mehr der Marschboden seiner Feuchte entledigt ist, wird er für anspruchsvolle Acker- und Gartengewächse nutzbar, z. B. in der südöstlichen Nachbarschaft Hamburgs. Aber auch jene Böden nächst dem Niederrhein und der oberen Aller sowie bei Magdeburg gestatten die Anlage verschiedenster Gemüsefelder und bringen Rüben von hohem Zuckergehalt für die Fabriken, welche besonders in dieser Ostgegend einen beträchtlichen Teil der deutschen Zuckerproduktion liefern. Durch deren agrikulturchemische und technische Ausbildung ward Deutschland zum bedeutendsten Zuckerausfuhrlande der Erde.

Bei der geförderten Bodennutzung, wie sie westlich der Elbe sich verbreitete, wo noch der bäuerliche Mittelstand vorwaltet, erfuhr naturgemäß die Tierzucht vielseitigste Pflege, keineswegs nur in den dazu so deutlich anhaltenden Marschländereien. Hierbei gedenken wir noch im besonderen der Pferde, welche das nördliche Westfalen, Hannover und Braunschweig auch für den Personenwagenverkehr sowie für das vaterländische Heer so rühmlich zu liefern vermögen.

Im Landesaussehen treten die Dörfer in den meisten Gegenden mit behäbigen Anwesen und stattlichen Baumgestalten vor das Auge; das breite niedersächsische Bauernhaus genießt den begründeten Ruf, ein charakteristisches Heim wohlgestellter Hofbesitzer zu sein.

Der sächsische Stamm ist es ja, welcher das ganze nordwestliche Deutschland inne hat mit Ausnahme tiefländischer Gegenden vom rechten Rheinufer an nach Westen, während die Friesen an der nach ihnen benannten Küste zwischen Dollart und Jade sprachlich bereits in den Sachsen aufgegangen sind. Diesen Erfolg hatte die plattdeutsche Mundart, dem Sachsenstamme eigen, dessen körperliche Kennzeichen noch immer blondes Haar, blaue Augen und lichte Hautfarbe bilden. Als moralische Eigenschaften blieben ihm durch die Jahrhunderte seit Hermann und Germanicus Tatkraft und Ausdauer. Zu solchen regte auch die Landesnatur immerzu dadurch an, daß sie diesem Volke, dem eine armselige Lebensführung widerstrebte, schwerere Aufgaben zuwies, als es durch Gebiete reichen Fruchtbodens geschieht.

Auch bereits in den Städten des Mittelalters — nicht zahlreich und meist klein — kam hier der Sinn für Raum und Bewegungsfreiheit zum Ausdruck; denn man baute sie nicht mit so engen Gassen zusammen wie anderwärts, um die Mühen einer größeren Umfestigungslinie besorgt. Daher wirken noch heute die ältesten Straßenbilder mit stattlichen, gegliederten Giebelfronten und kleineren Plätzen davor als malerische oder doch anheimelnde Erscheinungen auf den Betrachter. Meistens allerdings sind außen auch den kleinen Städten neue Straßen zugewachsen und für die größeren bildet die vordem umfestigte Stadt nur noch einen Kern mit historischen, fesselnden Bauten, von einem Gürtel moderner Quartiere umfaßt.

Dies gilt wie von den größeren ostwärts so von jenen am Niederrhein. Sind doch seit fünfzig Jahren industrielle Plätze auch hier in ihrer Seelenzahl um das zwei- bis dreifache gestiegen! So Krefeld, welches die größten Verdienste um Deutschlands Unabhängigkeit von der Zufuhr auswärtiger Seidenwaren sich erwarb: es war 1860 von 35 000 Menschen bewohnt und versorgt heute 120 000 Einwohner. Das nahe, gleichfalls völlig dem Tiefland zugehörende Duisburg hat dank der hochentwickelten Schiffahrt rheinaufwärts und als Vorort der Ausfuhr des Ruhrgebietes seine Einwohnerschaft auf 200 000 Köpfe vermehrt. Bei dem heutigen Stande des Eisenbahnverkehrs mußte von dem gewaltigen Produktionsleben des Ruhrlandes auch manches in die Tieflandsbucht von Münster überfließen und auf das Städtewachstum wirken, woraus sich namentlich für die eben genannte Hauptstadt Westfalens, zudem durch ihre aufblühende Universität gehoben, eine reichliche Anregung ergab — sie zählt rund 90 000 Einwohner. Da stets ein reges Industrieleben auch die Hebung der Bodenkultur in seiner Umgebung bewirkt, wurde sowohl der schwere Lehm- als auch der sandige

Boden des Münsterer Landes zu einem Gebiete lohnender Viehzucht und eines keineswegs armen Bauernstandes. Einen Zug erfreuender Bewegung bringt in die einförmig verlaufende Landschaft das häufigere Erscheinen stattlicher Schiffe nicht nur auf der verbesserten Fahrlinie der Lippe, sondern es ist weit mehr der große „Dortmund-Emskanal", welcher an Münster vorüber die bedeutendsten Lastschiffe führen läßt und bei Meppen, südlich des großen Kruppschen Schießplatzes, in die Ems mündet. Zahlreicher wurden natürlich die kleineren befahrbaren Kanäle, welche für die Neusiedler kultivierter Moorflächen hin und her im Lande ausgehoben werden mußten, um sowohl zu entwässern als auch nach Bedarf des Jahrgangs die nötige Höhe des Grundwasserstandes zu sichern. Für größere Lastkähne bestehen schon länger Kanalverbindungen von der Ems bis zur Elbe, welche neben den drei großen Flüssen namentlich den bedeutenderen Städten Lebensmittel und Torf zuführen. Unter ihnen kann zunächst Emden, durch einen kurzen Kanal mit dem Dollart verbunden, erst nach verstärkter Schifffahrtsverbindung mit dem Ruhrgebiete einen Verkehr von beträchtlicher Stärke erlangen; es hat zur Zeit von seiner Ortslage den Vorteil, Ausgangspunkt der transatlantischen Kabel zu sein. Weit erfolgreicher konnte sich an der unteren Weser Bremen emporarbeiten. Am Ende des Mittelalters der wichtigste Schiffahrtsplatz Nordwestdeutschlands, büßte es allerdings diese Bedeutung im 18. Jahrhundert gegenüber Hamburg ein. Aber seine gediegene und erfahrungsreiche Kaufmannschaft vermochte nunmehr seit einer Reihe von Jahrzehnten nach dem Erwerb und dem Bau von Bremerhaven eine neue fruchtbare Entfaltung der Vorzüge seiner Lage heraufzuführen. So haben namentlich auch die Schiffe des „Norddeutschen Lloyd" von hier aus die Triebkraft deutschen seemännischen Schaffens in allen befahrenen Teilen der Weltmeere zu höchster Anerkennung gebracht. Für einzelne Waren der überseeischen Zufuhr errang daher Bremen auch die vorderste Stelle vor oder neben Hamburg, wie für Tabak, Petroleum und Baumwolle. Allerdings blieb es schon seiner Volkszahl nach (mit 220 000 Seelen) und freilich auch im Hafenverkehr weit hinter der Elbestadt zurück. Hamburg erwarb sich den Vorrang vor allen Schiffahrtsplätzen des Kontinents und wurde, zumal bei Hinzurechnung von Altona, mit etwa einer Million Einwohnern, die größte Stadt des Reiches nächst Berlin. Hier erlangte private Schiffsbautätigkeit die höchste Ausbildung. In den verschiedensten Ländern der Erde beteiligt sich Hamburger Kapital an kaufmännischen, industriellen oder auch Pflanzerunternehmungen. So wird unter Hinzunahme des so regen Elbebinnenschiffahrtsverkehrs der Anblick der Ländeanlagen und der endlosen Folge von Schiffen und Kähnen sowie der rastlosen Bemühung von Tausenden samt den von ihnen bedienten Maschinen für den Beschauer zu einer fast sinnverwirrenden Welt mannigfaltigster Arbeit. Die elegante Bauweise bedeutender Stadtquartiere mit allen Kennzeichen des Reichtums entspricht den Eindrücken des Großartigen, welche die Ufer und Arme der Elbegewässer hervorrufen.

Zu seinem Vorteil besitzt Hamburg-Altona seit 1864 auch nach Norden hin ein größeres Hinterland, insofern noch Schleswig zu diesem gehört, obgleich dessen Städte meist auch selbständigen Seeverkehr pflegen, nicht nur Flensburg, die größte davon (60 000 Einwohner), dicht an der südlichen Grenze des dänischen Volkstums gelegen.

Wenn auch mit Hamburgs Wichtigkeit für den Wohlstand des deutschen Volkes nur noch jene von Berlin in Wettbewerb treten kann, so erwuchs innerhalb des nordwestdeutschen Tieflandes doch noch eine industriell sehr bedeutende Stadt in Hannover. Seine Seelenzahl einschließlich der westlichen Vorstadt Linden stieg bereits über 320 000. Es ist bezeichnend für die niedersächsische Art, daß der Verlust all der Mittel, welche der Residenz eines Königs so sicher zufließen, die Bewohner alsbald zum rührigsten industriellen Streben veranlaßte, so daß sich seit 1866 ein staunenswertes Emporblühen der schön ausgebauten modernen Stadt vollzog. Auch Braunschweig, als Landeshauptstadt durch keinen kriegerischen Vorgang zu einer Änderung seines Erwerbslebens veranlaßt und durch seine wertvolle Ausstattung mit historischen Bauerscheinungen gleichsam zu einem stetigeren Vorwärtsgehen angeleitet, widmete sich mit

Kraft und Geschick der Schaffung einer Zone neuer Stadtteile um das interessante ältere Ganze herum und erreichte namentlich dank einiger besonderer Produktionszweige die Summe von 140 000 Einwohnern. Erst am Ufer der Elbe erhebt sich wieder ein wirkungsvolles großes Stadtbild: das turmgezierte Magdeburg samt seinen fabriktätigen Außenteilen, von 250 000 Menschen belebt, auch rührig an der schiffebesetzten Ländestrecke des Stromes. Wesentlich tragen zu seinem reichen Verkehr die nahen Salz- und Kalisalzlager bei, welche bei Staßfurt an der Bode ihre Fortsetzung und bekannteste Förderstätte haben, eine Ablagerung von einzigartiger Wichtigkeit, besonders für die großenteils dürftigeren Böden Nordostdeutschlands.

Dieser Hauptteil des Tieflandes blieb nicht ohne besondere Züge der Bodenform. Den Norden beherrscht die Reihe der Seenplatten, in welchen mehrere Flachkuppen mit 300 m Höhe die im kleinen reichlich profilierte Zone überschauen, während weit im Lande aus der Nachbarschaft Magdeburgs eine Folge von Anschwellungen, sei es als eine niedrige Platte wie der Fläming, sei es als höhere Längswölbung wie die Trebnitzer Berge, in ostsüdöstlicher Richtung einigen Wechsel in die Landschaft bringt. Andererseits schnitten die diluvialen Ströme breite Täler vorherrschend ostwestlich ein, während dann die bleibenden Flüsse auch in querender Richtung, dies namentlich zwischen den Seenplatten, die Gliederung des Landes vervollständigten. Auch auf den dadurch gegebenen Höhentafeln hinterließen Wasser und Winde der diluvialen Zeiten mancherlei konkave und hügelige Formen. — Im einzelnen setzt sich von Schleswig her im östlichen Holstein der Baltische Landrücken noch eben bemerkbar in einer Schwellung fort, durch Laubwaldungen an malerischen Seen das Land verschönend. Nach der Senkung, welche wir als besondere Erleichterung für die Binnenschiffahrt von Lübeck zur Elbe kennen, erhebt sich die Mecklenburger Seenplatte mit all der Belebung der Bodenform durch kleine Kuppen und Vorsprünge, Furchen und Wannen, die solcher zudem seenreichen Moränenlandschaft ihren anmutenden häufigen Wechsel von Moor, Wiese, Ackersaat und mancherlei Föhrenwaldstücken, sowie von kleineren Siedlungen zu sichern pflegen. Eine zusammenhängende Gletschereismasse nahm diese Bodenaufschüttungen hier vor, aus Skandinavien herbeigekommen. Schon früher aber hatte sie sich samt den Blöcken, Sand- und Lehmmassen der Untermoräne bis auf die Unterstufe des Erzgebirges bei Pirna und bis in den Glatzer Gebirgskessel ausgebreitet; später hinterließ sie ihre Endmoräne im nördlichen Brandenburg und Posen; bei der letzten stark abkühlenden Klimaschwankung zog sich diese Südgrenze in kräftig profilierten Wallformen über die Seenplatten zwischen Elbe und Weichsel. Eine bereits vorher vorhandene Erhöhung und die Schmelzwasser vor und unterhalb der Eisdecke wirkten wesentlich zusammen, um hier die Moränenlandschaft gerade auf gehobenem Lande uns zu hinterlassen. Sowohl der Ausstrudelung als den Abdämmungen durch Moränenschutt verdankt der Seenschmuck sein landschaftlich beherrschendes Dasein, wenn auch eine so bedeutende Wasserfläche wie der 132 qkm umfassende Müritzsee nicht als ersten Eindruck den eines Schmuckes hervorruft. Die gründliche Untersuchung und Darstellung dieser Erscheinungen und ihres Werdens, wie sie durch die geologische Landesanstalt zu Rostock in unseren Jahren geschehen, ließ namentlich die Moränenzüge Mecklenburgs und die Folge der diluvialen Ablagerungen im Bereich dieser Seenplatte zu allgemeiner Kenntnis gelangen, dadurch aber auch das Wesentliche der beiden östlicheren Teile des Baltischen Landrückens in Pommern und der Doppelprovinz Preußen. Der auskolkenden Arbeit jener Schmelzwasser verdankt aber auch das Land südlich dieser Erhebungen eine große Anzahl von Seen, dazu ihre rundlichen Teiche, Sölle genannt.

Aber belangreicher für das Bodenprofil sind wohl die großen Täler und von Wasserläufen zum Teil verlassenen Talungen, welche in jener unserer Vorzeit ausgehoben wurden, meist ostwestlich, wie es Abschnitte der Weichsel, der Warte, Oder, Spree andeuten oder die Netze und die ostwestlichen Havelseen. Auch die heute wichtiger gewordenen Strecken nach Norden wurden während der Diluvialzeit zwischen den drei

Seenplatten ausgearbeitet. Wo aber das Wasser durch seine Hochfluten oder auch infolge mangelnder Bodenneigung versumpfend gewirkt hatte, da ward später durch getroste Arbeitstüchtigkeit deutscher Siedler und die staatliche Fürsorge das entwertete Land in ertragsreiche Kulturfläche umgewandelt. Dies an der unteren Weichsel und in ihrem Delta, im 18. Jahrhundert längs der Oder unweit der Aufnahme ihres großen Seitenstromes, der Warte, desgl. im langgezogenen Netzetale wie in den weiten Moorflächen der Obra im südlichen Posen, vorher im Havellande Brandenburgs. Aber auch das erhöhte Flachland, welches seitlich der größeren Täler nicht ohne mancherlei Profilierung im Kleinen sich ausdehnt, entbehrt zumeist einer fruchtbaren Bodenbedeckung; sandige und sandreiche Lagen herrschen vor und ergiebige Lehmflächen treten zurück, bis man sich den Vorhöhen der Mittelgebirge nähert, wo auch ausgedehnte Strecken die Arbeit alsbald lohnten, wie in Schlesien links der Oder.

Es bedurfte daher langer und unverdrossener Bemühungen, um diesen großen Teil des Reiches samt der Seenplattenzone zu bedeutenden Leistungen für die Ernährung und Bekleidung unseres Volkes zu befähigen. Dies aber geschah wesentlich mit der Kolonisierung des Landes durch Eroberer und Einwanderer sächsischen Stammes, abgesehen von der meist niederländischen und thüringischen Besiedlung und Germanisation Schlesiens. Erst vom Ende des 11. Jahrhunderts an war man mit dauerndem Erfolge an dem Wiedererwerb dieses großen Ostlandes tätig, in welchem allerdings die Slawen Mecklenburgs und Pommerns neben den deutschen Zuwanderern wohnen blieben und unsere Sprache und Sitte annahmen, wie auch jene im mittleren Schlesien und in der Niederlausitz, während der Südosten Schlesiens das polnische Volkstum behielt und nur die Städte zumeist deutsch wurden. Nach Übernahme der westlichen Teile des früheren Polenstaates (durch Friedrich den Großen), nämlich Posens und Westpreußens, wurde hier vor allem für Hebung des Wohlstands und für Verbreitung der deutschen Kultureinrichtungen von seiten der Regierung gesorgt; der Besetzung öder, bisher sumpfiger oder ganz verwahrloster Staatsländereien mit deutschen Ansiedlern wandte man sich nur deshalb zu, damit das Land in zusammenhängender Weise bewohnt werde und allmählich seinen Anteil an den gemeinsamen Staatslasten tragen lerne. Eine volle Umgestaltung des Aussehens in Dorf, Flur und Stadt war die Folge dieser preußischen Kulturarbeit nach einem Jahrhundert. Immer freilich trat hierbei das Eingreifen des Großgrundbesitzes in die Verbesserung der Bodennutzung und jeglichen landwirtschaftlichen Erwerbszweiges in den Vordergrund. Bei starker Aufwendung auf Bodenverbesserung und Viehzucht, nur den reichlicher Begüterten möglich, vermochte denn auch das Land rascher und vollständiger vorwärts zu schreiten als ohne diesen hierin so verdienstvollen Berufskreis.

Aber die Besiedlung wurde hierbei weniger dicht, so daß der lebensvollste Schmuck der Landschaften, nämlich wohlgehaltene Dörfer, in größeren Zwischenräumen erfreut als beim Walten bäuerlicher Verteilung des Bodens. Andererseits sehen wir nicht wenige große und mittlere Forste, erstere besonders auf sandigen Flächen, mit all ihren Vorteilen dem Lande und Kulturleben dienen und diese und jene Erhebungsform mit ihren Föhrenbeständen kräftiger zeichnen. Die Föhre aber ist bereits von der linksseitigen Nachbarschaft der Elbe an der weitaus vorherrschende Waldbaum geworden; sie war es auch in diesem Osten schon vor mehr als tausend Jahren, nur daß zur Zeit der Slaven zweifellos deren volkstümlichster Baum, die Linde, auch die Wälder freundlich durchsetzte. Wie sie erlag die Eibe, welche man im früheren Mittelalter noch vielenorts, besonders im Nordosten reichlich unter den andern Koniferen fand, gleichfalls der Begehrlichkeit des Menschen.

Die Erhaltung vieler Waldfläche und namentlich diese ganze landwirtschaftliche Siedlungsweise trieb jedoch wenig zu der Ausbildung größerer gewerbtätiger Sammelpunkte. Bevor die moderne Industrie einige Landstriche umgestaltete, brachte nur vielseitigerer Handelsverkehr und die Eigenschaft eine politische Hauptstadt zu sein einige Städte zum Aufblühen, in slawischen Gebieten erst mit Hilfe bürgerlicher Ein-

wanderer aus dem Reiche. Daß die geographische Lage günstig genug war, um die Städte Posen, Breslau und Stettin zu Herzogssitzen werden zu lassen, gab diesen die Grundlage ihrer heutigen Entwicklung, während ohne jene Lagebedingungen die politischen Vorteile geringe Nachwirkung erzielten, wie für Glogau, Güstrow in Mecklenburg oder Wittenberg. Posen erwuchs, obwohl im 14. und 15. Jahrhundert eine Stadt deutscher bürgerlicher Verwaltung, erst nach seinem Anschluß an Preußen und wesentlich durch die Vorteile der Provinzhauptstadt auch zu einem industriell wichtigen Platze, den die Eigenschaft einer großen Festung kaum beengt. Unter seinen 140 000 Einwohnern haben zurzeit die Polen die Mehrheit. Wesentlich dem Verkehr verdankt das hierfür so günstig gelegene Bromberg sein Heranwachsen (60 000 Seelen) zur zweitwichtigsten Binnenstadt der vier nordöstlichen Provinzen Preußens. — Anders erweist sich die Entwicklung in Brandenburg, auf dessen Siedlung und Städteleben das Werden des preußischen Staates den stärksten Einfluß ausübte, ja auf erstere die unmittelbare Nachbarschaft des allezeit deutschen Landes links der Elbe schon vorher. Allerdings hatte die Mark, von zahlreichen Landbebauern sächsischen Stammes in ihrem Westteile in Besitz genommen, Jahrhunderte hindurch gleichfalls nur kleine Städte und erst am Schlusse der Tätigkeit des großen Kurfürsten begann das Emporgehen von

Berlin. Dann stieg mit den weiter ausgreifenden Beziehungen des einheitlich beherrschten Staates rasch die Bedeutung seiner Hauptstadt. Die Aufnahme geflüchteter französischer Protestanten von fortgeschrittener gewerblicher Tüchtigkeit und die geflissentliche Pflege besonderer Produktionszweige durch Friedrich Wilhelm I. erschloß die wirtschaftliche Veranlagung der Bevölkerung immer reichlicher. Die Erfolge Friedrichs des Großen führten weiter und die Verstärkung des vorhandenen slawischen Einschlags durch polnische Zuwanderung trug in das Volksleben Elemente der Beweglichkeit und vermehrter Vielseitigkeit. Die großen Provinzen des Westens, welche 1814 hinzukamen, und die endliche Herstellung des örtlich zusammenhängenden preußischen Staats 1866 brachten in vollem Sinne Berlin die Aufgabe und Befähigung, als Herz des erstarkten Organismus sich zu erweisen. Die Gründung des Deutschen Reiches gab dann zu einer neuen, großartigen Entwicklung den Antrieb, vor allem durch das Einwirken des nun mächtig anwachsenden deutschen Seeverkehrs und Außenhandels sowie durch eine mannigfaltige Ausbildung der Großindustrie und der Veredlungsgewerbe. Berlin samt den mit ihm baulich zusammenhängenden großen Gemeinden (Schöneberg, Wilmersdorf, Charlottenburg und Rixdorf) wurde die Hauptstadt der deutschen Industrie; nur in Handel und Kapitalbesitz tritt Hamburg in Wettbewerb. Es ist die bedeutendste Binnenstadt Europas im Lastenverkehr auf Schienen- und Wasserwegen; es besitzt die vielseitigste Führerstellung in bezug auf wissenschaftliche Institute. Bei geräumiger Bauanlage zählt mit den genannten Gemeinden dieses lebensreiche Ganze etwa drei Millionen Bewohner. Seine Anziehungskraft konnte das Wachstum des benachbarten Spandau, Potsdam und Brandenburg oder auch von Frankfurt a. O. trotz deren teils landschaftlich anmutiger teils verkehrsgünstiger Lage nicht eben fördern, wenn auch Potsdam als truppenreichem Residenzort und Regierungssitz beträchtliche Vorteile zufielen. Im Südteile der Provinz wurde allerdings eine Anzahl von Städten durch Tuchfabrikation angeregt, so daß sie einer besonderen Geltung hierin sich erfreuen; aber auch sie erfuhren nur mäßige Vergrößerung.

Weberei und Spinnerei aller Art wurde für das angrenzende Schlesien ein wesentliches Hilfsmittel seiner großen Bedeutung für das deutsche Wirtschaftsleben, aber nur im Anschluß an eine ausgiebige Verwertung seiner großen Metallagerstätten und Kohlenflöze, sowie auf der Grundlage einer hochentwickelten Landwirtschaft. Letztere hat in Weizen- und Zuckerproduktion reiche Erfolge: es ist ein vorderstes Zuckergebiet des Reiches. In der Viehzucht zeichnet sich Schlesien durch die vorzüglichsten Wollschafe aus, die sogen. Elektoralschafe (zuerst vom Kurfürsten [=elector] von Sachsen im 18. Jahrhundert gehegt). Die Vorliebe der Slawen für Leinsaat ließ in Schlesien frühzeitig auch den Flachs als einen viel angebauten Gespinststoff wichtig werden. So

waren vor allem für die Hauptstadt, in der Landesmitte und an der Oder dort gelegen, wo eine Insel den Übergang erleichterte und eine einflußreiche Wegkreuzung hervorrief, wirksame Bedingungen für einen bedeutenden Industrieplatz vorhanden. Breslau wurde aber auch durch Beteiligung an anderen mächtigen Produktionszweigen sowie durch den Umsatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse eine wohlhabende Großstadt (500 000 Einw. und Universität). — Zu jenen Produktionszweigen gehört vor allem Stahl- und Eisenindustrie, deren Metall die Gruben des „Tarnowitzer Plateaus" gewinnen lassen. Dieses Erhebungsgebiet an der Südostgrenze des Landes, durch das Eingreifen von Nebentälern der Klodnitz für montane Anlagen mehr aufgeschlossen und infolge des Wechsels seiner geologischen Formationen mannigfacher profiliert, wird in Deutschland nur von den Kohlen- und Metallagerstätten des Ruhrlandes an Bedeutung übertroffen. Seine Eisen-, Blei- und Zinkbergbaue liefern Stoffe sowohl für eine Großindustrie an Ort und Stelle, wie auch für Unternehmungen in Breslau und Berlin, unterstützt von reichen Kohlenflözen. Eine dichte Folge nicht nur von hohen Kaminen der Werke, sondern auch von Städtchen und Städten — sechs davon haben 60 000 Einwohner und darüber — dazu ein überaus enges Eisenbahnnetz bezeugen die rührige Verwendung dieser Naturausstattung. Die Kohlenfrachten gehen großenteils auf dem Klodnitzkanal und auf Oderschiffen nach Berlin, auch bis Stettin und versorgen hauptsächlich die vielverzweigte Textilindustrie, welche in der Zone der Vorhöhen, in allen Tälern und auf unteren Stufen der sudetischen Gebirge zur Entwicklung gelangte, von der Grenze Österreich-Schlesiens an bis in die Lausitz. Hierbei unterstützen die Kohlen des Waldenburger Berglands, des Nordwestteils der Gebirgsumrandung von Glatz. Eine bedeutende Bevölkerungsmenge belebt daher auch dieses langgezogene Gebiet, in welchem natürlich gleichfalls nicht wenig Städte entstanden. Unter ihnen treten Leobschütz am Mährischen Gesenke, Landeshut am Durchweg nach Böhmen östlich des Riesengebirgs und Hirschberg an dessen Fuß in einer Talsenke des Bober hervor; beiden dient als stärkerer Vorort Liegnitz, welches also samt seiner Umgebung nicht nur durch den geschichtlichen Ruhm deutscher Waffentaten Bedeutung hat, eine Volkszahl von 70 000 bergend. Görlitz allerdings an der Lausitzer Neiße, an der weiter oben das industriellen Zittau in Sachsen tätig ist, hat in dieser Sudentenzone die vorderste Stelle in Mannigfaltigkeit seines Großgewerbes und durch seine Bewohnerzahl (90 000) errungen. — Der enge Zusammenhang der Industrie dieses Höhen- und Hügellandes mit der Landeshauptstadt, die so ganz dem Tieflande angehört, legt es besonders nahe, Schlesien in dieses einzubeziehen. Durch ihre übrige Ortslage sowie durch die Herkunft und Mundart seiner Bevölkerung erscheint allerdings die Provinz als ein Teil von Mitteldeutschland, dessen Eigenart ja auch die bergigen Striche des großen schlesischen Sudetenanteils aufzeigen. In jedem Sinne aber gehört das Nachbarland Sachsen zu

Mittel-Deutschland. Wohl sorgen die größeren Flußtäler und die vom Tieflande hereinreichenden Buchten an der Saale-Elster bei Leipzig sowie jene von Köln für einen engen Zusammenhang der beiderlei Gebiete. Aber wesentlich ist hier doch allerorten das Auftreten von Erhebungen, welche außer der Senke der Wetterau (einer Seitenbucht der Mulde von Frankfurt) an keiner größeren Niederung einen Gegensatz finden. So wird auch gegenüber dem Süden des Reiches wesentlich durch eine Aufeinanderfolge von Mittelgebirgen eine Begrenzung angedeutet, nämlich durch das Fichtelgebirge, den Franken- und Thüringerwald, die massige, waldarme Rhön und das niedere Massiv des Vogelsbergs. Dann allerdings wird man einer langen Talstrecke folgen, durch Main, Rhein und Nahe belebt.

Kaum findet sich sonstwo innerhalb eines Erdraumes dieser mäßigen Ausdehnung eine solche Mannigfaltigkeit von Erhebungsformen, wie sie hier durch die geologische Vergangenheit und durch die Einwirkungen des Klimas zu stande gebracht wurden. Besonders konnte deshalb die Gesamtheit der landschaftlichen Reize vielgestaltig werden, welche unter wesentlicher Mitwirkung der Kulturarbeit der Bewohner, namentlich auch ihrer Bautätigkeit längs der Talwege, in allen Lagen zur Ausbildung kam

Schon im Oſten Sachſens bietet ſich ein merkwürdig anziehendes Berggebiet, welches durch ſeine Felsbildungen und ſcharf eingegrabenen Talformen, als „Gründe“ bezeichnet, für ſeinen Hauptteil den Namen „Sächſiſche Schweiz“ erwarb und einen regen Fremdenverkehr hervorrief. Im Weſten bereicherten dieſes „Elbſandgebirge“ an den Elbufern die ſteil emportretenden Kegelgeſtalten des Lilien- und des Königsſteins, zwiſchen welchen in der Tiefe ein ſehr reger Laſtſchiffeverkehr, beſonders für Kohlen von Böhmen her, vor ſich geht. Das unmittelbar anſchließende Erzgebirge bietet allerdings mit ſeinem ruhig profilierten Kamme und ſeiner Walddecke weniger feſſelnde Szenerien. Aber die Beſiedlung, welche an einigen Strecken nahezu ganz heraufreicht, brachte doch mit der Erſetzung vielen Waldesdunkels durch Grasland und Acker freundliche kleinere Bilder auch in die oberen Talanfänge. So einfach die Abdachung durch Sachſen hin langſam ſich vollzieht, weshalb nur wenig vom Königreiche noch dem Norddeutſchen Tiefl ande zugehört, ſo führen uns doch die tiefen und windungsreichen Täler, welche ihre Waſſer zur Elbe leiten, beſonders dank der heutigen erweiterten und gefälligeren Bautätigkeit der Städte, Städtchen und Induſtrieller in kleineren Orten, an viele Punkte anſprechender und wirkungsvoller Art. Das Hinanwachſen der Städte auf die Gehänge und Unterſtufen von Talerweiterungen bringt hierbei für den Eindruck des Ganzen ein erwünſchtes Gegengewicht gegen die dichte Folge von Fabriken und ihrer Kamine.

Durch Rührigkeit, Anſtelligkeit und fleißiges Vorwärtsſtreben nämlich vermochte die Bevölkerung, infolge einer Mengung der ſlawiſchen-Bewohner mit Thüringern im 11. und 12. Jahrhundert deutſch geworden (abgeſehen von den zu einem kleinen Teil noch wendiſch gebliebenen Lauſitzern), die Induſtrie der Gegenwart mit großer Allſeitigkeit in allen Gegenden des Landes einzubürgern. Sehr fühlbar unterſtützte hierbei die Ablagerung trefflicher Steinkohle bei Zwickau an der Mulde und öſtlich davon bei Ölsnitz. So manche kleineren Städte erlangten durch ihre Leiſtungen in Großgewerbe und Hausinduſtrie ſtärkere Bedeutung als man zunächſt angeſichts ihrer räumlichen Größe erwartet, wie namentlich Annaberg im Erzgebirge. Aber entſcheidend wirken doch auch hier die volkreichſten Plätze, nämlich Plauen an der Elſter, durch Herſtellung von Spitzen und Stickereien ſo bedeutend (90 000 Einwohner), ſodann mannigfaltig in ſeinen Betrieben Zwickau (60 000 Einwohner) und vor allem Chemnitz, in der Maſchinenfabrikation am bedeutendſten in Sachſen und durch die Seelenzahl von 250 000 gekennzeichnet. An der Elbe aber, wo mit einer Talebene beiderſeits das Tiefland beginnt, kam ohne einſeitige Stärke in einem Induſtriezweige zu bekunden die Hauptſtadt des Landes in gefälligem und wohlhabendem Ausbau durch das Zuſammenwirken der ſtaatlichen Faktoren mit dem gediegenen Arbeiten der Bürgerſchaft zu der Bedeutung, welche eine Volkszahl von mehr als einer halben Million ſichert. Ein vornehmſter Sitz deutſcher Kunſt und Technik, unterſtützt durch anmutige Lage an der Elbe, vermag Dresden auch verwöhnte Angehörige anderer Nationen in größerer Zahl dauernd an ſich zu ziehen. Dies alles ſpricht umſomehr für die Bevölkerung und Verwaltung, als die wirtſchaftliche Stärke des nahezu gleichgroßen Leipzig in dieſem kleinen Staat ſehr wohl der minder handelstätigen Stadt der Beamten und des Hofes abträglich werden konnte. Leipzig, der bedeutendſte Handelsplatz Mitteldeutſchlands, ſteht für etliche Zweige der Induſtrie mit in der erſten Reihe der deutſchen Städte und iſt für andere die vorderſte Stadt des Kontinentes, wie für Bücherdruck, Buchbinderei und Letternguß, ebenſo für Pelzwaren. Seine reich entwickelte Univerſität hat beträchtliche Verdienſte um die Stellung der deutſchen Nation in der wiſſenſchaftlichen Kultur der Gegenwart und als Sitz des Reichsgerichts wirkt Leipzig in hohem Maße mit an der Förderung der Begriffe des Rechts. (525 000 Einw.)

Naturgemäß vermochten nicht noch andere Städte auch bei günſtiger Lage, alter Entwicklung und hervorragenden Leiſtungen, z. B. Meißen oder Bautzen an der Spree oder Freiberg an der Mulde, große Plätze zu werden in einem ſolchen Lande, bei deſſen Mitgabe für den Ackerbau die Natur ſich zudem faſt kärglich verhielt. Nur der beſonderen Förderung durch den Staat, der Strebſamkeit auch der ländlichen Be-

völkerung und der lohnenden Rückwirkung der vielen Städte auf ihre Umgebung verdankt man das so zusagende Aussehen des Ackerlandes der Gegenwart. Nach dem allen ist es erklärlich, daß Sachsen im Mittel 310 Bewohner auf den Quadratkilometer zählt, wie Schlesien 127—128, das Reich 120.

Das Innere Mitteldeutschlands aber ist es erst, welches vom Fichtelgebirge und der Rhön bis in das nördliche Vorland des Harzes den Vorzug wechselnder Mannigfaltigkeit ausgiebig entfaltet. Wohl kehrt ein verbreiteter Grundzug in der Mehrzahl der Erhebungen wieder, nämlich die vom Franken-Thüringerwald am augenfälligsten vertretene Streichrichtung nach Nordwesten. Aber auch in dieser Hinsicht zeigt sich die Verschiedenheit, daß gar manche Kammformen nach Westnordwest und noch weniger diagonal verlaufen, wie andererseits z. B. die durch gleichartige geologische Vorgänge hergestellten „Horste" des Thüringer Waldes und des Harzes nur geringe Ähnlichkeit miteinander zeigen. Der Südwesten aber, das Hessische Bergland links der Werra, erhielt durch vulkanische Ausbrüche in den Zeiten, welche dem Diluvium fast unmittelbar vorhergingen, und infolge der damaligen Verschiebungen und Bruchvorgänge sehr unregelmäßige Bergformen und Höhenerscheinungen.

Im Süden sehen wir zuerst die einfachen Höhenprofile des Frankenwaldes. Er beginnt dort, wo der traumhafte Schluchtweg der Selbitz, nämlich das Höllental, unweit des Stahlbades Steben eine Grenzlinie gegen das Vogtland zieht. Dieses Vorland des Fichtelgebirges breitet sich als Plateaugebiet nicht gerade ergiebigen, tonigen Bodens nach Sachsen und Südost-Thüringen aus, durch zahlreiche Anschwellungen und durch scharf gegrabene Tälchen profiliert. Der breite Rücken des Frankenwaldes, von tiefen, schmalen Taleinschnitten fast in eine Folge dicht aneinander geschobener Flachgewölbe zerteilt, ist ein Bereich vorzüglichen Gedeihens prächtiger Tannen- und Fichtenbestände, innerhalb welcher oben auf der Höhe der Kulturboden samt den Dörfern große Lichtungen bildet. Es begrenzt ihn im Norden das Tal der windungsreichen Saale, in deren lichtem, ruhigem Gewässer sich auf beiden Seiten grasige und bewaldete Hänge, auch graue Schutthalden von Schieferbrüchen spiegeln. Doch finden wir die bedeutendsten Brüche auf der Bergmasse des Wetzsteins, der schildartigen Endhöhe des Frankenwaldes nächst dem Eisenbahnübergang vom Obermain zum Saaleknie bei Saalfeld oder in das Gebiet der sogen. „Thüringer Platte". Deren südwestlicher Hochrand, der fichtengrüne Thüringer Wald, tritt hier wie mit seiner Südseite kräftig empor. Er ist nur der Rest einer Erhebung, deren einstmalige übrige Teile durch Abbruch und Senkung für die Oberwelt verschwunden sind. Ersichtlich wird dies immerhin auch dadurch, daß die Gesteinsbänke wie bereits beim Frankenwald nicht nach Nordwesten, sondern von Südwest nach Nordost ihre Streichrichtung aufzeigen. So ward der Thüringer Wald auch zu einem Horstgebirge, wie der Harz, nur daß eine ziemlich dichte Aufeinanderfolge von Tälchen ihn auf beiden Seiten fiederig verzweigte und des massiven Charakters benahm, eine höchst günstige Ausarbeitung für Besiedlung und für Nutzung der Wasserkräfte, wie namentlich die landschaftliche Anmut und die Anziehungskraft für Wanderer und Fremdenverkehr dadurch sehr gehoben wurde. Es ist deshalb wohl der Thüringerwald das wegsamste unserer Mittelgebirge geworden. Eine Weltindustrie in bezug auf Spielwaren (Sonneberg) sowie eine bedeutende Waffen- und Werkzeugfabrikation (Zell, Suhl und Schmalkalden) hängen mit diesen seinen Vorzügen sowie seiner Mineralwelt (Lauscha) zusammen.

Die sogen. Thüringer Platte, geologisch auch als Becken bezeichnet, neigt sich langsam bis nahe an den Harz und an das Saaletal bei Halle und trägt nicht wenige schmale Längsberge oder sanftgewölbte Kämme, im Nordwesten auch Höhen gleich einstigen Schollen mit steilem Hange. Schon hierdurch wird Einförmigkeit der Landschaft hintangehalten. Dazu tieften die Flüsse in kräftiger Weise Talsohlen ein, so daß nicht wenige wirkungsvolle Strecken das Auge beschäftigen. Längs der Saale reihen sich solche von Probstzella bis zu dem von Dichtung und Massenbesuch gepriesenen Durchbruch bei Kösen und Schulpforta aneinander. Vorher bietet die Umgebung von Jena

den eigenartigen Reiz steiler Kegelberge, in Wahrheit jedoch der Vorsprünge der schmal zerteilten Höhenplatte. Nur das Kraftvolle der Talbildung der Schwarza westlich von Saalfeld ist es, was der Schwarzburg zu ihrem wundersamen Eindruck verhelfen konnte. Im Osten grub die Elster ihren anziehenden Schluchtweg in kurzen Windungen ein, besonders von der industrietätigen Residenzstadt Greiz an, während allerdings im Norden auch an einem Flußpaß, wie dem der Unstrut durch die „Sächsische Pforte" (jene bei Kösen und Naumburg ist die Thüringer Pforte), die Profile sanfter werden. Aber in diesem Lande wurden Talstrecken auch an den einstigen Bruch- und Senkungslinien hergestellt. Solche sind nicht nur an der Nordostseite des Thüringer Waldes und südlich des Harzplateaus zu sehen, wo die Goldene Aue an der Helme zur Unstrut leitet, sondern ebenso mitten im Lande, wo eine große, natürliche Straße geschaffen wurde. Deren Wichtigkeit kam zur Geltung, sobald eine zahlreichere Bevölkerung sich festsetzte, und zwar für den Verkehr wie für Heereszüge. Sie beginnt am Nordwestende des Thüringer Waldes, wo auf einem Vorsprung nach Norden die Wartburg bei Eisenach, diese erhabene Stätte für jedes deutsche Herz, den vielbenützten Weg beherrschen konnte. Er führt nach dem industriell und besonders durch Pflege der Erdkunde (Justus Perthes) wichtigen Gotha, zugleich einem Vorort der Spielwarenindustrie der Gegend südlich davon. Weiterhin entwickelte sich zur größten und wirtschaftlich wichtigsten Stadt Thüringens das von rührigster Gartenkultur verschönte Erfurt samt seinen historischen Gebäuden, 100 000 Einwohner zählend. Dann erfreut Weimar an der Ilm, über welche der Zug des Ettersberges um 240 m ansteigt. Die gefällige Bauweise dieser Residenzstadt stimmt gar wohl zu der dankbaren Freude der Nation an dem einzigartigen Ruhme dieses Platzes und den von ihm bewahrten sichtbaren Andenken. Weit über seine Einwohnerzahl hinaus erlangte das nahe Apolda mit seiner Wirkwarenerzeugung wirtschaftliche Bedeutung. Abwärts an der Saale aber steigen Naumburg und Weißenfels, durch Lederverarbeitung in Deutschland hervortretend, malerisch zum Talrande an, Endstationen der großen Hauptstraße Thüringens für den Verkehr nach Leipzig von Frankfurt und Mainz. Im Osten erhält sie aus Thüringen noch durch die wohlgebaute Herzogsstadt Altenburg und das für Textilwaren tätige Gera (mit 50 000 Einwohnern) fühlbare Verkehrsmehrung. An letzterer beteiligt sich ausgiebiger der große Vorort Thüringens, welcher im Norden bereits außerhalb des Landes erwuchs: es ist Halle am rechten Saaleufer und dem Westende der Leipziger Tieflandsbucht. Weder sein ungleich bedeutenderer Fluß noch sein Salz und die bedeutendsten deutschen Braunkohlenlager nächst der Stadt sowie der leichtere Verkehr mit Magdeburg konnten zu einem siegreichen Wettstreit mit Leipzig befähigen. Denn dieses, in größerem Abstand ringsum aufs leichteste zugänglich und von einem fruchtbaren Bodenstriche an der Ostseite gut versorgt, liegt vor allem an der Kreuzung der großen natürlichen Straße von Erfurt nach Schlesien mit dem meridionalen Wege von Magdeburg her über den Fürstensitz Dessau an der Mulde, welcher noch günstiger ist als die Saalelinie, so daß Leipzig bereits in alter slawischer Zeit ein Verkehrsplatz war. Aber die vornehme Industrie- und Universitätsstadt an der Saale nähert sich immerhin der Seelenzahl von 200 000. Die Bevölkerung bilden Angehörige des Thüringerstammes, vorherrschend auch noch auf dem Mansfelder Höhenland an der Westseite der Saale. Dieses Bergbaugebiet für Kupferschiefer, welcher eine große Ausbeute von Silber gewährt, ist durch die Lutherstadt Eisleben besonders bekannt und bildet zugleich einen niedrigen Sockel für den Harz, dessen bereits wiederholt zu gedenken war. Er hat zwar auch durch die vielen und vielbesuchten Tälchen, welche seinen Abhang zerteilen, sowie durch seine reiche Bewaldung mit Nadel- und Laubhölzern Ähnlichkeit mit dem Thüringer Wald. Aber er übertrifft ihn durch besondere Naturreize (Felsszenerien, Höhlen), wie der südliche Gebirgskamm keine Erscheinung besitzt, welche der Gipfelmasse des Brocken an Wucht und Höhe (1142 m) gleichkäme, wenn sie auch kahl und in Profil und Farbe unmalerisch bleibt. Dazu sehen wir den Harz dank seines bald tausendjährigen Abbaues einer ganzen Reihe von Metallen mit Städten oberhalb, unter welchen man

Aus Deutschlands Gauen.

Erster Teil.*)

Augsburg.
Untere Maximilianstraße, Rathaus und Perlachturm.

*) Nach Aufnahmen der Neuen Photographischen Gesellschaft A.-G. in Berlin-Steglitz.

Baden-Baden.
Vom alten Schloß aus.

Berlin.
Lustgarten mit Schloß und Denkmal Friedrich Wilhelm III.

Berlin.
Die Wache kommt!

Braunschweig.
Burg Dankwarderode.

Bremen.

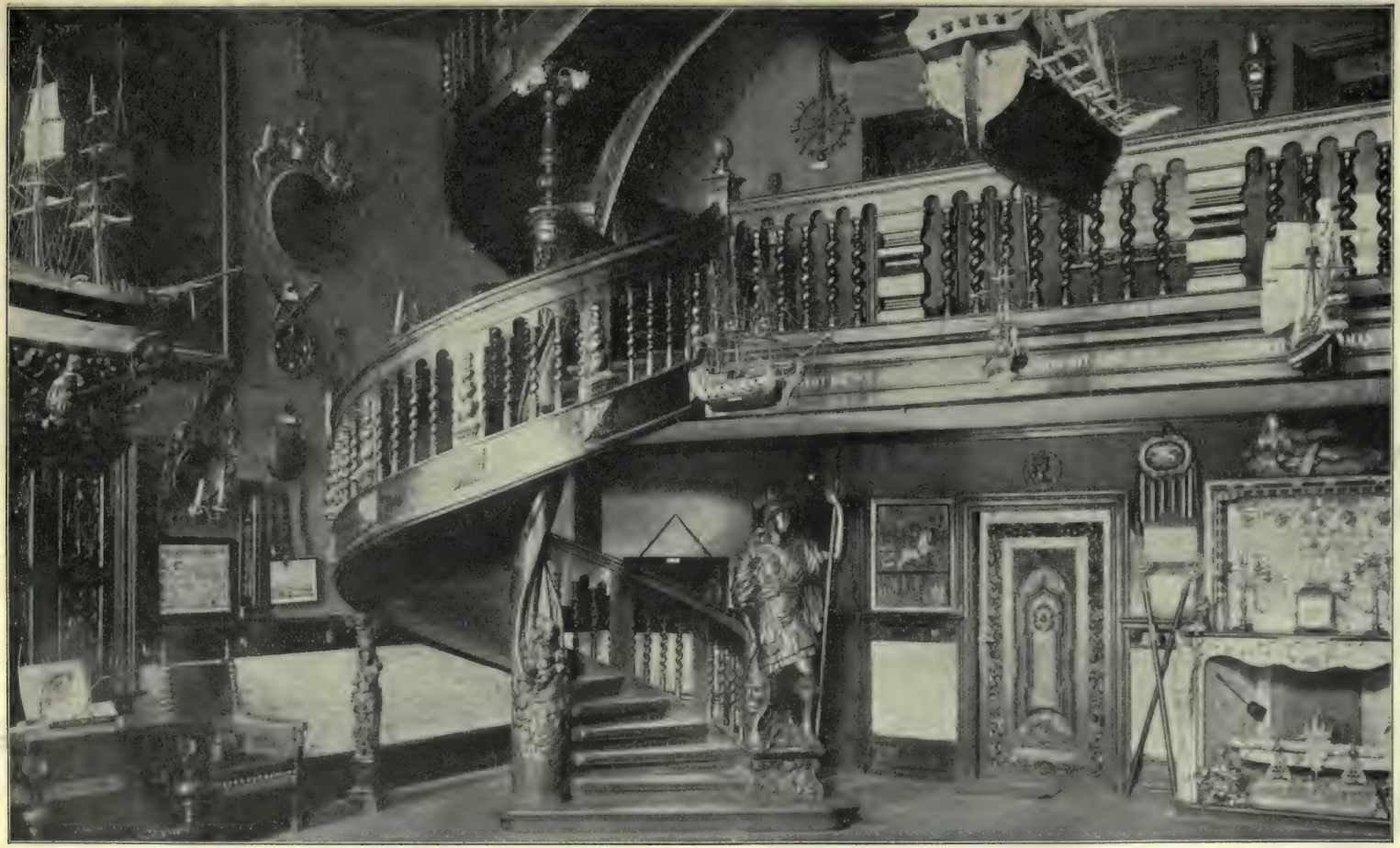
Breslau.
Rathaus mit Ring.

Calw.
Württemberg.

Cannstadt.
Wilhelma.

Cassel.
Schloß Wilhelmshöhe.

Coburg.
Mit der Veste, von der Kapelle aus.

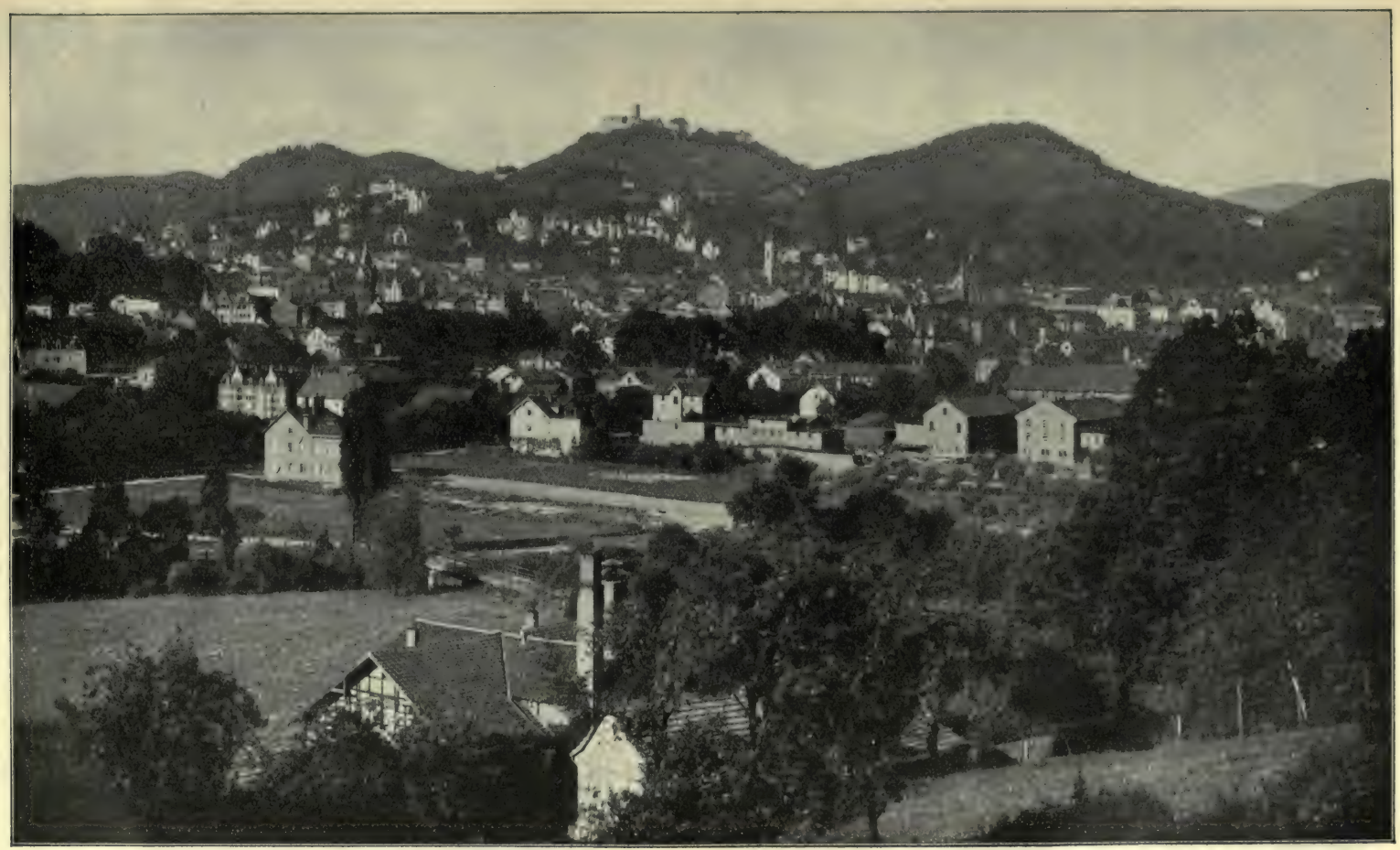


Danzig[illegible]

Danziger Diele.

Dresden.
Zwinger.

Düsseldorf.
Malkasten und Goethehaus.



Eisenach.
Mit der Wartburg.

Ems.
Bad an der Lahn.

Erfurt.

Eßlingen.
Neckar.

Feldberg.
Mecklenburger Seenplatte.

Frankfurt am Main.
Römer.

Freiburg im Breisgau.
Mit dem Schloßberg.

Görlitz.
Blick auf die Altstadt.

Goslar.
Kaiserhaus.

Halle an der Saale.
Marktplatz.

Hamburg.
Alter Jungfernstieg.

Hannover.
Schloß Herrenhausen.

Klausthal als dem Sitz einer Bergakademie die dauerndste Wichtigkeit zuerkennen wird. Dieser Stärke der Besiedlung, dazu den milderen Abhangprofilen des Ganzen entspricht es, daß der Mittelharz auch von etlichen Schienenwegen gequert wird, wie man die Gasthäuser des Brocken mittels Eisenbahn erreichen kann. Die Bergwerke aber und größeren Städte gehören dem Oberharz an, welcher seine Gewässer zur Leine entsendet. Als der Fluß Göttingens, um dessen bedeutender Universität willen oft genannt, wird sie in breiter Talsohle von einer Anzahl der ruhigen Kammerhebungen und Gewölbe begleitet, welche westlich und nördlich des Harzes das mittlere Wesergebiet landschaftlich mannigfach beleben. Durch fruchtbaren Boden sorgen sie für eine dichtere Besiedlung oder werden durch Gaben des Mineralreichs wertvoll, wie der Solling durch seine Werksteine (Buntsandstein), der Deister durch Kohlen; die Heilquellen von Pyrmont links der Weser reihen sich sachlich an. Auch Höhen an der Westseite dieses Flusses gehören zu diesem Bereiche, wie die Westfälische Pforte oder Minden, wo der Wittekindberg der Beginn eines westwärts streichenden Kammes ist, in Gestein und Richtung die Fortsetzung der Weserkette. Weiter südlich gelangen wir zur linken über manche baumgrüne Flachgewölbe bis zu dem Habichtswalde, infolge der herrlichen Schloßanlage seiner Wilhelmshöhe bei Kassel viel gerühmt. Hier ist man zugleich in das schon gekennzeichnete Gebiet des Hessischen Berglandes eingetreten, welches den Tälern der Werra, Fulda und Eder viel Wechsel der Gegend gewährt, zumal bereits abgelöste Außenteile des Rheinischen Schiefergebirgs mit ihren wohlbewaldeten Höhenformen sich zum Übrigen gesellen. Ihre Abwechslung von Laubgehölzen größeren Umfangs und von Nadelwald über ihren meist nur mäßig ergiebigen Fluren der Hänge und Talsohlen vermißt man in der südlichsten Bergmasse, dem Vogelsberg, dessen regelmäßiges langsames Ansteigen und viele waldlose Weidefläche nur durch die zahlreichen radialen Tälchen und ihre Dörfer ein freundliches Gegengewicht für das Auge erhält. In bezug auf wirtschaftlichen Wert wird er noch mehr in den Schatten gestellt durch die reiche Fruchtebene der Wetterau an seiner Westseite.

Da dieses obere Wesergebiet weder durch die Kreuzung günstiger natürlicher Wege noch durch Bodenschätze für größere Sammelplätze besonders veranlagt wurde, erhob sich nur eine bedeutendere Stadt, und zwar Jahrhunderte lang als Sitz eines Landesherren: es ist Kassel mit 130 000 Einwohnern, wesentlich durch seine Industrie der letzten Jahrzehnte emporgediehen, wenn auch stets seine Lage am Durchweg von der Frankfurter Mulde zum Leinetale und damit nach Norden und nach Osten wertvoll sich erweisen mußte. Nördlich dieser Stadt behielt an der Diemel der hessische Zweig des Frankenstammes seine Grenze, wie diesen weiter östlich das untere Werratal und der Südwesthang des Thüringer Waldes von dem der Thüringer trennt; nach Westen aber dehnt er sich immer breiter aus, zunächst über das Rheinische Schiefergebirge.

Von diesem großen Westflügel Mitteldeutschlands würde man ohne den Rhein und seine Nebentäler nur einen sehr mäßigen Besitz von Naturschönheiten zu rühmen haben. Aber auch ohne sie bliebe ihm ein großer Teil des mächtigen Einflusses auf die wirtschaftliche Machtstellung des Reiches, welchen dank tatkräftigster Benützung der vorhandenen Naturausstattung dieses Gebiet samt der hereinreichenden Tieflandsbucht bei Köln in den jüngsten Jahrzehnten erlangte.

In seiner äußeren Erscheinung sehen wir zunächst, daß hier eine vordem einheitlich ausgedehnte Erhebung durch größere Flußtäler in Abteilungen zerlegt worden, so daß in den jetzigen Einzelplateaus die gleichartige Form wiederkehrt. Ihr Rücken verläuft in welliger Fläche mit einzelnen mäßig emportretenden Stumpfkämmen und Flachgewölben sowie kleineren Kuppen. Ersterwähnte erhielten sich als widerstandsfähigere Züge des Gesteins gegenüber der sonstigen Verwitterung und Abtragung in weit zurückliegender geologischer Zeit. Die gipfelartigen Formen aber, wie sie nordwärts der Mosel zahlreich ihre Umgebung überschauen, sind das Ergebnis einer regen Vulkanität, welche noch bis in die Ära der diluvialen Vereisungen sich unweit Andernach

fortsetzte. Andererseits erfolgten, und zwar wohl gleichzeitig mit den Ausbrüchen, auch Senkungen, wie der Süden der Kölner Bucht und das sogen. Becken von Neuwied samt der westlichen Nachbarschaft von Koblenz, wo allerdings eine Überdeckung mit verschiedenem vulkanischem Material und mit anderen Bildungen hergestellt ward.

Die natürlichen Abteilungen des Ganzen aber bekamen immerhin auch ihre besonderen Züge. So zeigt der Taunus in seinem Gesamtprofil sehr deutlich die stete Neigung des Gesamtplateaus vom Süden zum Norddeutschen Tieflande an, nachdem er rasch von der reichen Talstrecke des Rheingaus zu einem ausgeprägten Randkamme emporging. An dessen Hang fand der Weinbau jenen Boden, welcher achtsam mittels ausgedehnter Herstellung von Terrassen bewahrt, die kostbarsten Herbstungen Europas gestattet. Weiter östlich an der „Höhe" lassen die unsichtbaren Bruchspalten der Tiefe wertvolle Mineralquellen hervorsprudeln, aus deren Reihe jene zu Homburg und in Soden am bekanntesten wurden, abgesehen von dem reich umgrünten Wiesbaden, das mit seinen Villen sich bergwärts so vornehm ausbreitet. Allerdings weisen es die üppigen Ziergewächse und edlen Obstbäume seiner Gärten noch deutlicher als bereits seine Lage dem süddeutschen Tieflandsklima zu. Dem Rücken aber des Taunus entquellen zwar auch solche Wasser (zu Selters und Langenschwalbach); jedoch seine bedeutende Bewaldung, Laub- und Nadelholz, deutet an, daß der Boden nur einer wenig dichten Bevölkerung Nahrung gewährt, was bei allen anderen dieser Teilplateaus wiederkehrt, ob nun vorwiegend kalkige oder sandsteinartige oder auch basaltische Gesteinslagen sie zusammensetzen. Dies bestätigt jenseits des Lahntals und seiner malerischen historischen Ortsbilder vollauf der Westerwald, wo auch die Flachwölbungen, welche die Vulkanität auf die Höhenfläche setzte, teilweise geradezu von dürftigem und von morastigem Boden besetzt sind. In seiner Osthälfte beginnen aber die Eisenerzlagerstätten breithin nutzbar zu werden, welche als eine immer reichere Zone in nordwestlicher Richtung erschlossen wurden, am meisten im Sauerlande und besonders beiderseits der Ruhr. Hier bieten sich dann auch mächtige Flöze von Steinkohle größtenteils vorzüglicher Art, so daß jenes merkwürdige Montan- und Industrieleben hier zur Entfaltung gebracht werden konnte, mit welchem in Menge, Mannigfaltigkeit und Güte der Erzeugnisse keine Region des Festlandes einigermaßen in Wettbewerb treten kann. Beteiligte sich ja dieses Gebiet an der Steinkohlenförderung Deutschlands, welche 1908 einschließlich der Braunkohlen 224 Millionen Tonnen betrug mit nicht weniger als 135 Millionen Tonnen! Auch in Großbritannien steht kein Werk dem Kruppschen Unternehmen in Essen samt seinen Abzweigungen in Magdeburg und Kiel gleich. So hat denn die industrielle Stellung Deutschlands auf dem Weltmarkte ihren festesten Grund- und Eckstein an den Leistungen des „Ruhrreviers". Es vermochte dessen Ausstattung auch eine mächtige Textilindustrie ins Dasein zu rufen, deren Stärke vor allem die schwunghafte und gediegene Arbeit des Städtepaares Elberfeld-Barmen (330 000 Einwohner) veranschaulicht. So ist natürlich das Land beiderseits der Ruhr eine fast fortlaufende Gruppierung von großen Werken, sei es für Bergbau oder für Halb- und Ganzfabrikate, von kleineren Wohnorten der Arbeiter und ihrer Leiter sowie von Städten wechselnder Größe. Denn außer den fünf Städten mit 100—250 000 Einwohnern (Mühlheim, Bochum, Gelsenkirchen, Dortmund, Essen) arbeitet hier eine viel größere Anzahl minder volkreicher, aber wirtschaftlich sehr tätiger Plätze, zum Teil auch mit den anderen Metallen des Gebietes beschäftigt, mit Zink und Blei. Erst durch diese Zwischenorte ward das Ganze zu einer innig zusammengreifenden und raumgroßen Werkstatt des nationalen Wohlstandes.

In der weiteren Umgebung wirkt deren aneifernder Einfluß noch auf manche Städte, unter welche man wohl auch noch Bielefeld mit seinen Weiß- und Seidenwaren einbeziehen kann; es gedieh in einer Senke und wichtigen Durchgangsstelle des Teutoburger Waldes empor (80 000 Einwohner). Dieser schmale acker- und waldgrüne Höhenzug tritt als eine ganz verschiedenartige Bildung von unserem

hügeligen tonsandsteinigen Plateau weit in das Tiefland vor, wie letzteres andererseits am Rheine weit über Köln herein das Plateaugebiet erschließt, soweit dies nicht schon Sache des großartig belebten Rheinstroms und seiner Uferwege war und blieb. Aber nur in der Tieflandsbucht konnten infolge der Naturgaben und der Verkehrslage sich die vier großen rheinischen Uferstädte ausbilden. Noch außen in der Ebene Duisburg. Rasch gedieh Düsseldorf dank seines Unternehmungsgeistes und geschickter Rührigkeit als anmutige, wohlhabende Stadt empor, bereits von 250 000 Menschen belebt. Doch blieb das seit Jahrhunderten so handelstüchtige und industriell erfahrene Köln überlegen, dessen erzbischöflicher Sitz ihm zu der Auszeichnung verhalf, durch die Mitwirkung des deutschen Volkes das großartigste aller Werke der gotischen Baukunst zu erhalten (440 000 Einwohner). Am Beginne der Talebene endlich wuchs auch die vielgeschätzte Universitätsstadt Bonn zu einem eleganten Platze von 100 000 Seelen heran.

Ein treffliches Zusammenwirken von Sachsen und Franken ließ hier so Großes im Erwerbsleben erreichen. Während erstere das Ruhrgebiet und das übrige Westfalen bis nahe an die mittlere Sieg zu dessen Vorteil innehaben und links des Rheins das Tiefland nördlich von Krefeld, natürlich auch in großer Zahl zu der Volksmehrung jener Rheinstädte beitrugen, sind diese auf Frankenboden gediehen. Letzteren setzt der industriell reich entwickelte Landesteil im Westen fort, welcher an Aachen seine Großstadt besitzt. Sie wurde neben all dem Ehrwürdigen ihrer Geschichte und sichtbaren Erinnerungen dieser Art auch der tätige Hauptort eines Gebietes mit großen Fabrikationszweigen, vor allem der Wolltuche und feinen Papieres. Es bieten sich hier als Fortsetzung der östlichen Lagen wieder Steinkohlen, welche außerdem den nahen Bergbau auf Blei mit Silber lohnender gestalten. Damit befinden wir uns bereits in hügeligem Lande, aus welchem massig der Stumpfrücken des Hochvenn ansteigt, nunmehr auf vielen Strecken lebensfrisch bewachsen, jedoch viele Tage in Dunst und Nebel gehüllt. Langsamer erhebt sich das Eifelplateau. Obwohl ihm allein eine zahlreiche Durchsetzung mit kleinen Vulkangipfeln eigen, dazu die Kraterseen der Maare ohne Vulkankegel, auch die scharf gerissenen Nebentäler durch viele Windungen ihre Hänge kulissenartig vorführen und reizvolle Ortsbilder zeigen, wie Kyllburg und Manderscheid, erhielt doch das Ganze erst in der neuesten Zeit mehr Belebung. Nunmehr ist eine reichere Verkehrsentfaltung nicht nur für die ausgiebige Nutzung der Schiefer- und Töpfertonlagen wirksam geworden, sondern auch zahlreiche Neukulturen des Bodens und Neubauten bei nicht wenigen Mineralquellen und für anderen Fremdenverkehr brachten gefällige kleine Bilder in das Landesaussehen, so daß nicht mehr ausschließlich der Laacher See, dazu Gerolstein, Brohl- und Ahrtal mit ihren Mineralquellen als Zielpunkte gelten. Die Schönheit des Moseltales findet schon infolge der stärkeren Pflege des Weinbaus steigende Anerkennung. Selbst die einförmig geordneten Erhebungszüge auf dem Hunsrück werden bei der heutigen Wertschätzung reicher Bewaldung, zumal durch die vielverzweigte Buche, als ein Gebiet ruhigen Lebens und Webens der Natur gerne begangen. Dieser Verzicht auf geräuschvolles Getriebe macht sich ähnlich in der schön gelegenen alten Hauptstadt im Hintergrunde des Hunsrücks geltend, nämlich in Trier an der Mosel, dessen Ruhm hauptsächlich auf seinen Bauwerken der römischen Cäsarenzeit und der Kirche beruht. Auch der Fluß wird spärlich von Schiffen belebt — es folgt dies aus seinem landschaftlichen Vorzug der vielen Talbiegungen — obwohl als Ziel das fesselndste Orts- und Naturbild deutscher Stromufer winkt: Koblenz samt Ehrenbreitstein. Durch seine Gärten und Baumgestalten, Kirchtürme und Gebäude aller Art und das Pulsieren eines mächtigen Verkehrs wird nämlich der Anblick dieses Ganzen noch wirkungsvoller als jener an der Vereinigung von Inn und Donau, wo die Naturbeschaffenheit an sich wohl noch reicher die Züge einer schönheiterfüllten Landschaft zusammenfügte. Koblenz aber ist auch der Mittelpunkt der einzigartigen Folge von Rheinszenerien, welche von Bonn und seinem überall erfreuenden Gegenüber, dem Siebengebirge, talaufwärts bis Bingen für Dichtung und bildende Kunst immer neue Anregung boten. In Größe und

Geſtalt ſtets wechſelnd, erſcheinen Burgruinen und ſchmucke Schlöſſer auf Vorſprüngen der Hänge, unten aber, ſobald die Talſohle Raum bietet, Städtchen und Dörfer, deren Anweſen und Gebäude, von ſchlanken Kirchtürmen überſchaut und von laubigen Baumkronen beſchattet, in ihrer lichten Färbung unter ſauberem Schieferdach den Wohlſtand der rührigen Bewohner zum Ausdruck bringen. Rebenſtufen der Oſtſeite und Buchengrün im Weſten beherrſchen die Hänge, an welchen auch brauner Schieferfels immer wieder ſich abhebt, zumal über den häufigen Eiſenbahntunneln beider Ufer. Ein bezauberndes Schlußbild fügt ſich um Bingen zuſammen. Hier tritt vom Taunus mit ſchönſter Wegſamkeit ſeiner Anlagen der Niederwald vor, von welchem das herrlichſte ſymboliſche Monument des neuen deutſchen Reiches in das Land hinausblickt. Auf nahen Höhepunkten erzählen Ruinen oft umkämpfter Veſten vieles über Fehden von Kaiſern, Fürſten und Rittern; auf ſeiner Strominſel aber verſetzt der Mäuſeturm ſagenhaft noch in die Anfänge des romantiſchen Zeitalters zurück. Durch ſolch ein ſinniges, reiches Tor läßt uns das Rheintal heraustreten nach

Süddeutſchland.

Drei beträchtlich verſchiedene Gebiete ſetzen dieſes Teilganze zuſammen. Zuerſt haben wir die Talebene des Oberrheins ſamt den begleitenden Berglanden vor uns; das ſchwäbiſch-fränkiſche Stufenland legt ſich oſtwärts an und das Alpenvorland ſamt dem Naabgebiet nimmt den Südoſten ein.

An das erſtgenannte Bereich ſchließt ſich gleichſam ein weſtlicher Flügel, das Pfälzer Bergland im Nahegebiete und der Weſtrich, dazu der Teil Lothringens, welchen im großen Kriege um ſeine Reichsgründung Deutſchland zurückgenommen, nachdem Frankreich hier 1766 ſeine Beraubung des Reiches von 1648 zu ende geführt hatte.

Auf dem flachwelligen lothringiſchen Höhenlande treten nur ſpärlich landſchaftliche Züge feſſelnder Art vor das Auge, wie ſie etwa der Hauptteil des Moſeltales durch ſeine Querprofile, ſeine üppige Vegetation und ſeine Beſiedlung bietet oder das Tal der Saar mit dem Ortsbilde von Saargemünd. Aber wir wenden dem geſamten Landesteile unſere teilnehmende Achtſamkeit ſchon deshalb zu, weil ſo entſcheidende Ruhmestaten in jenem Kriege hier vollführt wurden. Hierbei handelt es ſich uns nicht nur um die Stätten der Kämpfe und die Werke von Metz, auf deſſen hohem weſtlichem Talhang die ſtärkſten Außenfeſten über die Höhenfläche hinausblicken, ſondern wir freuen uns auch dieſer Stadt ſelbſt, welche außer ihrem Dome mit ſeiner wunderbaren Gotik noch manchen reizenden Anblick gewährt. Beſonders wirkt auf uns die Wendung, daß bei dem erfolgten Aufblühen von Metz das deutſche Volkstum auch der Zahl nach dem franzöſiſchen überlegen geworden. Tauſende von Deutſchen wurden zu einem wichtigen Beſtand benachbarter Gemeinden, ſo daß die Stadt nicht wie eine draußen liegende Inſel der Kräftigung des deutſchen Elementes aus der Nähe entbehrt. Auch die Eiſengruben im Nordweſten, welche gewaltige Mengen des Metalles liefern, verurſachten eine ſtarke Zuwanderung deutſcher Kräfte. Die nötigen Kohlen ſenden für dieſe Produktion, wie für das wenig waldreiche Land überhaupt, die trefflichen Flöze um Saarbrücken in der ſüdlichen Rheinprovinz, an welcher Ablagerung auch noch die Pfalz einen beträchtlichen Anteil beſitzt, gerne nach St. Ingbert benannt.

Das Pfälzer Bergland durchſetzen die tiefgezogenen, zum Teil ſchmalen Nebentäler des Naheſyſtems mit anmutig belebten Landſchaften und die ſtark verſchiedenen geologiſchen Bildungen veranlaßten auf der einfach profilierten Höhe wechſelnden Boden und damit Mannigfaltigkeit im Anbau und den meiſt laubreichen Wäldern. Ein bedeutender oſtweſtlicher Talzug mit Steilhang ſeiner Südſeite, von welcher die Ruine der großen Burg des Franz von Sickingen bei Landſtuhl herniederſchaut, trennt dieſes Gebiet von dem ſogen. Weſtrich. In der waldreichen Fortſetzung breitet ſich in einem Schlußteile der ſandigen Talſenke Kaiſerslautern als eine raſch fortgeſchrittene Stadt mannigfacher Großinduſtrie aus, von 60 000 Menſchen bewohnt.

Den Weſtrich aber gliedern großenteils enge Tälchen in fruchtbare Flachgewölbe, während eine ſtattlichere Talfurche von dem hiſtoriſch oft erwähnten Zweibrücken oſt-

wärts in die Buntsandsteinregion an der Wieslauter und der Queich führt. Abseits davon hat sich das industrielle Pirmasens als bedeutendster Schuhwarenplatz im Reiche entwickelt. Nahe diesen Flüßchen begann die Verwitterungsarbeit voriger Erdzeiten — was sie in der Hardt stärker durchführte — Felsvorsprünge und -kuppen als erwünschte Fundamente für Burgen zu hinterlassen, deren heutige Ruinen Dahn u. a. eine so romantische Ausstattung in die wald- und wiesengrüne Gegend bringen. Ohne ihr gegenüber eine deutlichere Grenze zu haben, schließt sich der vielzerteilte Rücken der Hardt an (auch als Nordvogesen bezeichnet).

Die Mittelgebirgserhebungen, welche die gesegnete Rheinebene in ihrer ganzen Längserstreckung beiderseits beschirmen, entsprechen einander im Großen durch einen bemerkenswerten Parallelismus, während sie im Einzelverlauf doch eine anziehende Abwechslung mit ihrer Eigenart und ihren Sondererscheinungen gewähren. Ihre Ähnlichkeit ergibt sich unschwer aus dem Umstand, daß sie nur die nächste Abdachung eines breiten Firstes bildeten, welcher in die Tiefe versunken, so daß der entstandene weite Graben erst durch die Aufschüttungen der diluvialen Zeit zur „oberrheinischen Tiefebene" wurde. Hardt und Odenwald, Mittelvogesen und Neckarbergland, Vogesen und Schwarzwald sind in Gestalt, Höhe und sogar Bewaldung einander sehr ähnlich. Im einzelnen sehen wir auf der Hardtseite schon im Norden etwas Besonderes: die waldbekleidete Kuppel des porphyrischen Donnersbergs überschaut selbständig die Lande umher; dann erst kommt über einer aufs reichste von Rebenlaub und Obsthainen bedeckten Vorschwelle der östliche Steilhang der Hardt mehr und mehr zur Geltung. Aber es zerlegen ihn von West nach Ost rasch nacheinander tiefe Schluchttäler, so daß eine Reihe von Vorsprüngen herauszutreten scheint, die Höhepunkte vordem mit zum Teil großartigen Burgen. Deren Wandlung in Ruinen, vor allem durch Ludwigs XIV. Raubkriege verübt, läßt uns noch heute empfinden, daß diese Landschaft mit überwältigendem Zauber wirkte, wenn sie in ihrem triebvollen Gedeihen unter diesen vielgestaltigen Schöpfungen der Baukunst im Sommersonnenschein Leben atmete und wiederstrahlte. Auch einwärts vom Rande brachte manche stattlich ausgeführte Burg hohen Schmuck in die Landschaft, wie der Trifels im Dufte seiner hohenstaufischen Herrlichkeiten oder die Gruppe um die Wegelenburg an der Elsässer Grenze.

Die Vogesen, noch eine beträchtliche Strecke wie das zerteilte ehemalige Plateau der Hardt gestaltet, wenn auch bei geringerer Höhe, waren zum Teil ähnlich reich an Burgen, denen aber meist erst die französische Revolution Verderben brachte. So namentlich nächst dem maßgebenden Durchweg und Übergang der „Zaberner Steige", wo Schienenweg, Kanal und Fahrstraße den Verkehr nach dem Westen vermitteln. Noch mehr treten südlich des Breuschtales in rascher Folge eindrucksvolle Erinnerungen dieser Art an die Ebene vor, wie besonders reizvoll über Barr und als wieder erstandenes Werk der mächtige Gesamtbau der Hohkönigsburg bei Schlettstadt. An ersterem Querwege beginnt die Ausprägung eines beherrschenden oder doch fortlaufenden Kammes, von welchem wie Seitenzweige kurze Nebenkämme abgehen, trefflich bewaldet und vorzüglich wegsam. Ihrer Entstehung nach waren diese seitlichen Glieder allerdings auch einst Stücke des einen ganzen Rückens von Buntsandstein und für den großen Südteil, die Hochvogesen, aus Granit und alten Formationen; sie wurden gleichsam Reste infolge der Aushebung der heutigen Täler durch die energisch arbeitenden kleinen Nebenflüsse des Rheines. Daher die geringe Minderung der Höhe dieser Außenteile und die vielen steilen Gehänge mit sehr gewundenen Fahrstraßen, aber auch die nutzbaren Gefälle für die Industrieanwesen im Inneren dieser Täler! Außer dem vollauf teilenden Flußweg der Breusch schneidet keine Einschartung einen einigermaßen tieferen Paß ein. Erst am Südende der Vogesen, wo die „Burgundische Pforte" sich weit auftut, geht aus der Niederung als Tributär des Rheines die Ill ab, wie auch der Rhein—Rhonekanal hier unschwer zu bauen war. Doch beginnt die „Rheinebene" noch mit welligem Lande 325 m über dem Meere (der Fluß selbst zeigt 245 m). Den reichen Anbau, die dichte Besiedlung mit Dörfern, die industriereichen Städte, namentlich links des Stromes, und

besondere Erscheinungen der Natur und der Kunst (wie die Berggestalt des Kaiserstuhls und die großen Dome) vergegenwärtigt sich im allgemeinen jeder Deutsche, sobald ihm der Begriff dieser Rheinebene nahe tritt, so daß schon ihr Name stets eine vaterländische Freudenempfindung auslöst. Jeder Ausblick von einer der vielen Hochwarten auf dem Rande des einrahmenden Berglandes, von dem dörferbesäten, wein- und obstergiebigen Kaiserstuhl oder vom Straßburger Münsterturm führt die großen laubdurchwundenen Dörfer und kleinere Städte als gesellig zusammenwirkende Zeugen rührigen Arbeitens und reichen Bodens zahlreich vor das Auge. Wo aber einst die diluvialen Wasser Sandmassen über eine größere Fläche breiteten, da schattieren große Waldungen das Flachfeld (Speyerer Wald, Bienwald, Hagenauer Forst, im Osten die beiden Hardt bei Karlsruhe), oder man baut Nutzpflanzen, welchen solcher Boden günstig ist, wie üppig gedeihenden Tabak. Die Abhängigkeit des Weines von den Bodenstoffen und vom Schutze gegen Nachtkühle läßt die wertvollste Kreszenz nordwärts von Neustadt an der Hardt herbsten, wo noch Mandelbäume gedeihen. Aber die Sorgsamkeit der Grundbesitzer sichert der Güte des Weines auch im Elsaß wie in Baden steigende Anerkennung von auswärts. Wenn auch alle Gartengewächse auf Äckern lohnend gebaut werden, so bedurfte man für die wachsende Volkszahl doch noch anderen Erwerb. Daher blüht auch die Industrie in den vielen mittleren und kleineren Städten; ja zu machtvoller Stärke kam Spinnerei und Weberei in jenen des Ober-Elsaß, wodurch denn auch Mülhausen ein Platz mit etwa 100 000 Seelen ward. Straßburg, noch viel mehr als Metz erst im Verbande des Reiches groß geworden (175 000 Einwohner), ist naturgemäß hierin vielseitiger. Weiter abwärts hat Ludwigshafen mit Berlin und Höchst bei Frankfurt die Führung in Fabrikation wertvoller chemischer Waren, wenn es auch kräftig an der Rheinschiffahrt teilnimmt. Freilich besitzt Mannheim hierin wie durch seine Stellung als erster Handelsplatz Süddeutschlands, ohnedies ungleich älter, dazu früher als Landeshauptstadt gefördert, einen bedeutenden Vorsprung (170 000 Einwohner). Speyer und Worms bringen durch ihre Dome und bedeutenden Kirchen das Ideale zur Geltung; dies sowie besondere Industriezweige, Schiffahrt und deutsche Waffenmacht haben in Mainz eine anziehende Pflegestätte (100 000 Einwohner). Frankfurt sodann in einer östlichen Erweiterung unseres Tieflands tritt wohl allen voran durch sein wohlhabendes, schmuckes Aussehen als eine Stadt des Kapitals und des Großhandels mit wichtigen Ganz- und Halbfabrikaten (320 000 Einwohner). Immerhin verwandt im Aussehen und mannigfaltig industriell entwickelte sich Darmstadt, angeregt hierbei durch seine Technische Hochschule. Längs der boden- und städtchenreichen Bergstraße am Fuße des Odenwaldes geht es nach dem poetischen Heidelberg, durch die Ruine seines herrlichen Schloßbaues wie durch seine von Nichtdeutschen vielbesuchte Universität allenthalben berühmt. Karlsruhe, das an sein Westende neuestens einen Rheinhafen hereinbaute, erreichte gegenüber der Ungunst seiner Lage ein bewundernswertes Emporblühen; keineswegs konnte dies nur aus der gewiß wertvollen Eigenschaft als Residenz sich ergeben (120 000 Einwohner). Nach all den Städten am Fuße des Schwarzwalds treffen wir noch auf das bedeutend gewordene Freiburg, welches namentlich auch der Einfluß der blühenden Universität vorwärts führte, zugleich der regere Fremdenverkehr und die von den Ansässigen viel benützte Nähe der Berghöhen.

Der Schwarzwald, obwohl seine Gipfel noch über jene der Südvogesen hinausragen, ist doch von Natur aus tiefgehender verzweigt, taldurchfurchter und daher für den Wanderer mannigfaltiger, zumal durch die allgemeiner verbreiteten Orte und Gehöfte. Ziehen doch zwei Rheinnebenflüsse von der Ostseite her tiefe Talwege durch das Ganze (die Kinzig und die Murg) und das bei all seiner Schluchtbeschaffenheit freundliche, an felsigen Szenerien reiche Höllental führt von Freiburg nur mit kurzer Steilböschung auf den Rand des sanften östlichen Abdachungslandes, wo der Titisee und das Wutachtal anmutig zum Jura vermitteln. Nordwärts aber reicht der fichtenbewaldete wiesenreiche Schwarzwald, dessen Hauptgipfel oben das Grün von Hutweide tragen, bis an den Übergang bei dem Geschmeideplatze Pforzheim an der Enz. Die durchgängigen und

sanften Höhen des Kraichgaues, viel mit fruchtbarem Löß bedeckt, zeigen erst am Neckar selbst, ihrem Ende, einen scharfen Abfall, besonders an der Enge von Heidelberg, wo der laubbeschattete Königsstuhl bereits teilweise aus dem kristallinen Gestein des westlichen Odenwaldes aufgebaut ist. Meridionale Täler sind es, welche dessen Bergland mit freundlichem Leben durchziehen und es erleichtern, die ruhigen rückenähnlichen Höhen des hinteren Odenwaldes von den flachkuppigen des vorderen zu unterscheiden.

Von dem Gebiete der stattlichsten Eichen- und Buchenwälder Deutschlands, vom Spessart, trennt den Odenwald nur das schmale gewundene Tal des Maines, an dessen Hängen hier große und häufige Buntsandsteinbrüche mit ihrem frischen Braun sich von Wald und Wiese lebhaft abheben. Diesem nahezu lückenlosen Waldbergland brachte die Vorzeit zwar keine ausgeprägten Gipfelformen; aber es ist durch die einzigartige Höhe und zugleich schlanke Gestalt seiner Laubbäume ausgezeichnet, deren Vorherrschen nur im Südosten und im Norden durch Nadelträger ende des 18. Jahrhunderts verdrängt wurde. Im Nordwesten am Beginne des Vorspessarts erfreuen mit üppigem Gedeihen auch südlicherer Ziergewächse die Gärten und Anlagen des industriell so rührigen Aschaffenburg und seines wirkungsvollen Schloßbaues. Mainaufwärts sodann verschönen reichster Obstbau und Rebenpflanzungen den Westhang unseres Mittelgebirges, namentlich auch um die entzückenden Stadtbilder, welche Miltenberg und an östlicherer Talstrecke Wertheim dem Auge vorführen. Wird man den Spessart nicht als den anderen Flügel des Odenwaldes und als Randplateau der Frankfurter Mulde betrachten, so bildet er bereits einen Außenteil des schwäbisch-fränkischen Stufenlandes.

Im Anschluß an die ruhigen Buntsandsteinformen des Westens und Nordwestens breitet als ein plattiges Land sich die Zone der Muschelkalkbildung vom oberen Neckar bis an die Ostseite der Rhön vor dem Auge aus.

Auch hier wird wie am Rheine und in seinen Seitengebieten nur einigermaßen im Hausbau der Dörfer, aber nicht in der Nutzung des Bodens die Verschiedenheit der vorhandenen beiden, ja fast von drei deutschen Stämmen ersichtlich. Denn es zieht sich die Südgrenze der Franken, welchen geistige Beweglichkeit als ein Grundzug zuzuschreiben ist, quer durch diese meridionalen Zonen, indem sie den Nordrand des Elsasses berührt, ostwärts zwischen der Enz- und der Jagstmündung den Neckar kreuzt und in Fortsetzung dieser Richtung erst an dem alten Wohngebiet der Bayern endigt. Südlich davon nimmt der Doppelstamm der Schwaben und Alemannen das Land ein; letzteren, welche stets selbst sich von den Schwaben verschieden erklären, gehört das Elsaß wie der ganze Süden des Doppelstammes bis über den Lech an, wie sie ja auch die deutsche Schweiz samt Vorarlberg inne haben. Die trefflich geordneten und schmucken Ortschaften, Anwesen, Wege und Fluren aber, welche ebenso im Tieflande des Elsaß als im Schwarzwald wie im bergigen Allgäu am Lech erfreuen, dienen als fragloses Gesamtzeugnis über den kulturellen Wert dieser Bevölkerung. Begabung und Beharrlichkeit im Tun führen den südwestlichen Zweig unserer Nation zu vielen Erfolgen auch auf den Wegen, welche die Seinen in das Ausland einschlagen. Die Wertschätzung der bewohnten Scholle aber trug wesentlich mit dazu bei, daß auch die neuzeitliche Industrie mit ihren Antrieben für rasches Städtewachstum in diesem Bereich zwar zu vielen, aber hin und her im Lande verteilten Unternehmungen führte. Nur die Regierungshauptstadt Stuttgart, auch durch ihre landschaftliche Lage anziehungskräftig, wurde ein volkreicher Platz (225 000 Einwohner). Immerhin gab außerdem der Mangel an Kreuzungspunkten bedeutender natürlicher Wege keine Anregung für das Werden größerer Städte. Ist doch auch Würzburg wesentlich nur infolge der reichen alljährlichen Bodenrente seiner Umgebung und durch die nachhaltigen Vorteile einer landesfürstlichen Residenz zu einem Platze geworden, welcher, von dem Mainverkehr lebhaft unterstützt, wie ein reich besätes Fruchtfeld vom modernen Erwerbsgeiste zu frohem Gedeihen gebracht wurde! Deutschlands feurigste Weine und das schönste seiner Fürstenschlösser symbolisieren die wichtigsten treibenden Kräfte dieser überaus einnehmenden Stadt. Ihre vielgestaltige Architektur erfuhr durch das mannigfaltige und treffliche Bausteine-

material der Maintalhänge ausgiebige Förderung (90 000 Einwohner). Nur versagte ihr die Natur bergige Landschaften in ihrer Nachbarschaft.

Erst in bedeutender Ferne tritt jenseits des schmalen Saaletales und seines „Weltbades" Kissingen die Rhön mit den Kuppen ihres Südteils und seiner Vorposten empor, durch waldbeschattete Tälchen an den Hängen und durch das Melancholische des moorigen und mit Heide und hartem Steppengras bewachsenen Hauptrückens so verschiedenartig ausgestattet. Doch beträchtlich früher erreicht man von Würzburg auf der alten Heerstraße nach Osten die erste große Höhenstufe unseres Gebietes, den Steigerwald, der im Norden an dem Haßbergrücken, im Süden an der Frankenhöhe seine Fortsetzung hat. Gemeinsam fallen sie nach Westen steil ab und würden mit ihrem sehr bedächtigen Niedergehen zur großen Naturfurche der Regnitzlinie samt der Itz sehr gut den Begriff der „Fränkischen Keuperplatte" dem Auge vorführen, wären sie nicht fächerförmig, sowohl der mit prächtigen Hochwaldbeständen bekleidete Steigerwald als die durchgreifender vom Ackerbau verwendete Frankenhöhe, durch kräftige Täler tafelähnliche und schmälere Züge vorteilhaft zerlegt.

Nach Südosten endet die Abdachung an der zweiten Hauptstufe, die mit dem Juraplateau gegeben ist, welches im Osten erst jenseits des Rednitz-Regnitztales emportritt. In der Mitte dieser breiten Talbildung entstand eine bedeutende Erweiterung, wohl einstmals auch gefördert durch das bedeutendste Gewässer, welches aus dem Jura herankam, heute durch die Pegnitz vertreten. Hier kam durch Tüchtigkeit im produktiven Erwerbsleben, also ohne andere Förderung von seiten der Natur, als daß sie Holz und Bausteine gewährte, die industrielle Doppelhauptstadt der Industrie Süddeutschlands empor, Nürnberg und Fürth. Nürnberg aber bleibt durch seine verständige Erhaltung spätmittelalterlicher Bau- und Kunstwerke samt seiner hochragenden Kaiserburg und seiner Umfestigung unerreicht unter den größeren Städten Deutschlands im sehenswerten Beisammensein bezaubernder historischer Züge und einer aufstrebenden Gegenwart (300 000 Einwohner). Erstere bewahrte am vollkommensten als kleinere Stadt das vielbesuchte Rothenburg an der Tauber, während das gleichfalls durch historische Bauten großen Stiles eindrucksvolle Bamberg an der Regnitz durch seine Bodenformen und nächste Umrahmung eine besondere Unterstützung seines bedeutenden Ortsbildes mitbekam.

Nordostwärts von dieser Stadt und ihren vier schlanken Domtürmen steigt der Jura vom wiesenreichen Maintale rasch empor. Ein breites Plateau erstreckt er sich weit nach Süden bis an die Donau und begleitet sie südwestwärts bis an den Hochrhein zur linken der Wutach. Nur die eine merkwürdige Senkung des Rieses, ein Einbruch, der unter eruptiven Vorgängen erfolgte, verursachte nahezu eine Unterbrechung an der Grenze des Frankenjura. Als völlig eigenartige Mittelgebirgswelt, weil keinem anderen Bergland solcher Höhe ähnlich, beschäftigt dieser den Besucher. Außerhalb des Hochgebirgs nirgends in seinen Reizen größerer Landschaften erreicht, vermag der Frankenjura den Wanderer immer wieder sinnig und freudig zu stimmen. Gleichwertig tritt hiebei die gesamte Umgebung der oberen und mittleren Wiesent wie jene der Pegnitz bei und ober Hersbruck in den Vordergrund. Aber man kann nirgends eine Stunde Wegs über das Plateau wandern, ohne von fesselnden Ausblicken oder betrachtenswerten Formen beschäftigt zu werden. Selbständiger Reichtum der Flora, die berühmte Unterwelt der Höhlen samt ihren lichten Gebilden und die versteinerte Tierwelt der Juraperiode, in dem feinstkörnigen Gestein des Solnhofener Mergelkalkes bewundernswert aufbewahrt, dienen außerdem als Ausstattung dieser Erhebungszone. Eindrucksvolle Stattlichkeit tieferer Talzüge und ihrer Felsgebilde sowie wuchtigere Höhenformen kommen in Teilen des Schwäbischen Jura zur Geltung, namentlich von Sigmaringen westwärts, wie ja auch dessen ganze Abfallstufe zu den Neckartälern hin großzügiger auftritt, besonders durch Vorsprünge und kegelähnliche Außengestalten, so manche auch mit Burgen oder Ruinen gekrönt.

Die Donau aber ist es, welche den Jura an der Südseite fast ununterbrochen begrenzt bis an die Mündung der Naab, ja noch des Regens, deren Gebiet wesentlich von

den Ostbayerischen Grenzgebirgen beherrscht wird. Mit diesen Flüssen greift das Donausystem weit nach Norden aus: noch das Fichtelgebirge wird mit seinem szenerienreichsten Längskamm einbezogen, da von dessen Höhe die Naab aus starker Quelle zu Tal eilt. Die vorzügliche Bewaldung der granitischen Züge und ruhigen Berggewölbe, noch mehr die zahlreichen imposanten Felsengruppen auf den Gipfeln oder an dem bezaubernden Hange der „Luisenburg", dazu die reichen Sichten in das Umland weit hinaus sind Züge, welche das Ganze unter die bevorzugtesten Mittelgebirge einreihen, zumal es auch Steinindustrie und andere Großbetriebe gewerblicher Art viel beleben. Die meisten Besucher wird wohl der Schienenweg von dem musikberühmten Bayreuth hereinführen. — Einfacher gestaltet, aber doch durch steten Wechsel von Höhen und Talfurchen mit raschen Gewässern profiliert, zieht sich das gehobene Gebiet der Oberpfalz längs der Naab hin, immer breiter besonders an der waldhöhenreicheren Ostseite; zuweilen erglänzen große Gruppen von Teichen auf eingetieften Flächen. Der landschaftlich vielbegünstigte Regen sieht in seiner oberen Strecke Zweige des Ostbayerischen Grenzgebirges, d. i. hier des Böhmerwaldes, gleichfalls mit prächtigem Nadelwald bekleidet zur rechten emporgehen, wobei vom Hauptkamme die vorzüglichen Aussichtspunkte des Hohen Bogens und des Arber (1458 m) landeinwärts vortreten. An der andern Flußseite aber erhebt sich der Rücken des Bayerischen Waldes, dem der lichte Zug des Pfahlquarzes eine besondere Auszeichnung gibt. Die breite Urgebirgsbildung zeigt häufig lebhaftere Bodenformen; viel Acker- und Wiesboden drängt den Begriff „Wald" sehr zurück. Umso leichter würdigt ein reger Fremdenverkehr die vorhandene Anmut von Berg und Tal und Wald. Der steile Südhang begleitet von Regensburg bis über Passau hinaus den stattlich gewordenen Donaustrom. Beide Städte dienen diesem zu größter Zier. Die letztere mit ihrer einzigartigen landschaftlichen Lage am Zusammentreffen von drei Flüssen inmitten emporgehenden Landes. Regensburg aber wirkt höchst anziehend sowohl von außen als mit seinem vornehmen Dome und nicht wenigen anderen historischen Werken der Baukunst und der Bildnerei.

Im Voralpenlande nimmt das Bayerisch-schwäbische Hügelrückengebiet bis an die Iller die nächste Zone südwärts ein. Erst unmittelbar vor der diluvialen Zeit begann diese die Eigenschaft einer einheitlichen Hochebene zu verlieren, welche sich bis zu den Vorbergen der Alpen ausgedehnt hatte und bis an das Nordwestende des Bodensees. Stattliche Täler der alpinen Flüsse, ja auch Talebenen, wie jene des Lech, zerlegten dann dieses Ganze, während Flüßchen und Bäche die größeren Teile mannigfaltig ausarbeiteten. Dadurch wurden die Bodenlagen verschiedener und wie die Bewässerung günstiger, so daß die Besiedlung und Kultivierung je nach Bedürfnis der Zuwanderer durchgreifender werden konnte.

Sie geschah zuletzt um 500 n. Chr. durch den westlichen Teil des Bayernstammes, welcher das ganze Land bis an den unteren Lech, dazu das ganze Naabgebiet und den Ostteil des Frankenjura bis an die Rednitz und untere Pegnitz in Besitz nahm. Einen kräftigen Körperbau und frohen Lebensmut, welcher besonders alpenwärts in anmutendem Wohnbau, in Sang und Scherz gerne hervortritt, wird man als Eigenschaften des Bayern erkennen Südlich des Bayerischen Hügelrückengebietes saßen sie lange mit geringer Volksdichte. Denn hier folgt eine andere Bodenzone, die in Norden zum Teil von Ebenen und von großen und kleineren Mooren eingenommen war und großenteils fortlaufend bewaldet. Es ist die Moränenzone samt den Schotterebenen. Aber sie erhielt in ihrem unebenen Hauptgebiete durch die Kulturarbeit späterer Jahrhunderte den Charakter einer der reizvollsten Landschaften dank ihrem reichen, freien Wechsel kleiner Erhebungen und Senkungen, üppiger Felder, gemischter Wäldchen und größerer Waldungen, laubiger Baumgruppen und bräunlicher Torfmoore oder blumiger Wiesen, von laubbeschatteten Siedlungen viel belebt, vor allem auch durch den Schmuck villenreicher, viel befahrener Seen oder kleinerer solcher Spiegel an frischgrünenden Ufern samt ihren Bäumen ausgezeichnet. Wenn zwischen Iller und Lech dies weniger zur Geltung kommt, so besitzt hier das Allgäu mit seinen bewegten Bodenformen, seinen ge-

schmackvollen farbigen Gehöftegruppen und dem lebensvollen Wiesland einen überall erfreuenden Ersatz. Westlich kehrt zwischen Donau und Bodensee die Erscheinung der Moränenlandschaft wieder, da auch hier die Aufschüttungen von seiten der wiederholten diluvialen Vereisungen das Land zu bedecken vermochten. Den dampferbelebten See säumen Städtchen mit charaktervollen älteren Gebäuden, von Obstgärten freigebig umrahmt. Unter ihnen wetteifern Lindau und Konstanz um den Preis des freundlichsten Eindrucks. Im übrigen Schwaben sehen wir das industriell so bedeutende Augsburg zugleich im Vordergrund der deutschen Städte durch seine kulturgeschichtlichen Schätze der Architektur und der bildenden Künste. Allerdings kann keine dieser Städte mit einem solchen Werke der kirchlichen Baukunst auf die Ferne wirken, wie Ulm an der Donau mit seinem gotischen Münster.

Mit der heiteren und unreglementierten Natur der Moränenzone aber steht die künstlerische Entwicklung der großen Hauptstadt an der grünen Isar in Einklang, welcher das stete Zuströmen von ungezählten Fremden das klarste Zeugnis eines hochstehenden und doch einladenden, behaglichen Kulturmittelpunktes ausstellt. Münchens Anziehungskraft (575 000 Einw.) steht allerdings der Hintergrund des Hochgebirgs besonders bei, jedoch nur ähnlich wie den reichbelebten Uferplätzen des Bodensees, an welchen die Außenwerke der Allgäuer Alpen nahe herantreten.

Diese Gruppe der Alpen, vor allem der großartige Rand um die Quellbäche der Iller, bildet eines der drei bezaubernden Hochreviere, welche dem wenn auch räumlich bescheidenen Anteil des Deutschen Reiches an den Alpen reiche Huldigung sichern, auch von dem Kundigsten gerne immer neu gewährt. Die Höhen der Allgäuer Alpen zeigen uns zackige Hochprofile, Zerrissenheit der Einzelbildungen und zerteilte Terrassen, zerklüftete Böschungen und trümmerbedeckte Halden unter kraftvoller Ausprägung der nahe aufeinander folgenden Gipfel. Zugleich vertreten das Leben hoch hinauf frischgrüne Matten, Fichten und Legföhren auch auf steilsten Hängen; dazu vernehmen wir das Rauschen zahlreicher Bäche, welche in glänzenden Kaskaden nach allen Seiten herniederstürmen und durch Szenerien dieser ihrer „Tobel" erfreuen. Ungemein verschieden hiervon erhebt sich die zweite dieser naturbegnadeten Hochgebirgsgruppen, Wettersteingebirge und Karwendel, von welchen Loisach und Isar berichten. Großartig wild und zugleich majestätisch ragen hintereinander die Ketten des Karwendel in die Lüfte, deren lichtgrauer, todesstarrer Gipfelregion Steilterrassen und Trümmerstreifen eine Vermittlung bringen zu herrlichen Bergforsten und blumenreicher Waldweide. Der Wettersteinhauptzug, dessen geschlossenen Kamm die höchste Warte des Deutschen Reiches, die Zugspitze (2964 m), mit ihrem Steilabbruch so wirkungsvoll endet, bietet dank des engen Anschlusses seiner beiden kürzeren Vorketten so großartige Naturschauspiele wie die Partnachklamm und diejenige des Höllentales in unmittelbarer Nähe der beneidenswerten Talsenke von Garmisch—Partenkirchen. Wiederum ganz anders in seinen Bergen und an deren Fuße erweist sich die dritte dieser bevorzugten Regionen, die man kaum mittels einer Rangordnung unterschiedlich werten kann — es ist die Gruppe der Berchtesgadener Alpen. Einst als riesige Schollen bei der Gebirgshebung voneinander getrennt, führen die hier versammelten Berge in gleichsam selbstständiger Ausgestaltung ihrer Einzelform eine fesselnde Mannigfaltigkeit der Erscheinungen vor das Auge. Dem Schollenplateau des sagenreichen Unterbergs und der Reuteralm mit dem gründurchwirkten Felsirrgarten ihrer Rückenfläche — wie steht ihnen der schmal gearbeitete lichte Kamm des Watzmann über seiner Firnmulde, der Spender eines so entzückenden Panoramas, als etwas Andersartiges gegenüber! Ergreifend wirkt aber auch unten mit seiner feierlichen Schönheit der vornehme Königssee neben dem so freundlich ansprechenden Tal- und Ortsbilde von Berchtesgaden, wie weiter nördlich die Anlagen, Gärten und Villen des segenspendenden Badeortes Reichenhall einladen. Aber nur in geringem Wertabstande von diesen vornehmsten alpinen Gebieten befinden sich in bezug auf Reize ihrer Hochzone und ihres Tallebens so gar manche Gegenden der Alpen Bayerns, z. B. um den Wendelstein, um den Walchensee u. a. m.

Wohl endet also der Boden des Reiches hier an einem würdigen Rande, von seinem Gegenüber im Norden, dem Außenstreif am Meere, so gänzlich verschieden und doch mit ihm darin gleich, daß beide von der Natur im vollsten Maße dazu angelegt sind, den Blick zu weiten, die Seele über Kleinliches und Disharmonisches zu erheben und kraftvoll anzuregen zu reinem Streben.

Zu solchem mahnt schon die geographische Lage des Reiches. Denn sie würde es der Eifersucht oder der Überhebung des Auslandes gestatten, von den verschiedensten Seiten her binnen weniger Tage für Besitz und Leben weiter Kreise Verderben zu bringen. Aber auch die Fürsorge für eine angemessene Lebenshaltung unseres Volkes verlangt ein redliches Zusammenwirken all seiner Teile. Schon die Naturbeschaffenheit unserer Gebiete drängt erzieherisch darauf hin; denn sie legte dem Deutschen die Pflichten der Arbeit, der Genügsamkeit und Ausdauer durch ihre mäßige Freigebigkeit genügend auf. Dies umso wirksamer, weil es ein Hauptzug im Wesen des Deutschen ist, seiner Persönlichkeit Genüge zu leisten, was ihn zugleich strebsam im Erwerbsleben und in geistigen Arbeiten werden heißt. Hierfür wurde sowohl das Nebeneinander verschiedener Volksstämme als jenes einer beträchtlichen Anzahl von Regierungen vielfach vorteilhaft.

Deutlich unterscheiden sich die fünf vorhandenen Stämme durch Vorzüge und Schwächen wie namentlich auch mundartlich voneinander, ohne daß dies heute irgendwie verunreinigen könnte. Solches wird schon äußerlich dadurch verhütet, daß die Grenzen der deutschen Bundesstaaten in jeder Weise die Wohnsitze der Stämme durchschneiden. Oder es sind Stämme nur zu einem großen Teile in das Reich einbezogen, wie vor allem die Bayern, deren Mehrheit in Österreich sich ausbreitete. Ebenso reichen die Alemannen (Schwaben) bis an die Südgrenze der Schweiz; die Niederfranken bilden als Vlamen die Mehrheit in Belgien, während die Vlamen im Mittelalter sehr zahlreich nach Mittel- und Ostdeutschland einwanderten. Die Thüringer sind die Hauptmasse der Deutschen Nordböhmens, so daß im wesentlichen nur der Sachsenstamm es ist, welcher abgesehen von Holland seine zusammenhängenden Sitze innerhalb des Reiches behielt. In die Lande des deutschen Ordens östlich der Weichsel zogen allerdings einst die Kolonisten aus allen Stammesgebieten des Reiches. Es ergibt sich von selbst, daß die Leistungen der einzelnen Stämme wie deren Anschauungen und Eigenschaften die Mannigfaltigkeit des Wirkens und der Lebensführung des Gesamtvolkes bereichern und die Freude an dessen Vielseitigkeit erhöhen. Jedoch es umfaßt das Reichsganze auch Teile von Fremdvölkern oder doch germanische Nichtdeutsche, wie es die Dänen in Nordschleswig sind, etwa 140 000 Seelen. Eine bedeutende Zahl von Polen bewohnt Westpreußen, Posen und Oberschlesien: etwa 3,7 Millionen (samt denen im Westen). Ihnen zugezählt sind die Masuren Ostpreußens, in dessen Nordosten die Littauer (über 100 000 Seelen) hereinreichen. In der Lausitz Brandenburgs und Sachsens hielten 80 000 Wenden ihr Volkstum fest. Sodann gehören noch 200 000 Seelen in Elsaß-Lothringen der französischen Nationalität an. Wenn auch diese Völkerbruchteile gegenüber 60 Millionen Deutschen (auf 540 000 qkm) keine sehr beträchtliche Menge bilden, so zählt sowohl die starke Vermehrung der polnischen Bevölkerung als namentlich deren unfreundliche Abschließung gegen ein wirtschaftliches und geselliges Zusammenwirken mit ihren deutschen Nachbarn zu den unerfreulichen Tatsachen in der Gegenwart des Reiches.

Derlei Nachteile unwirksam zu machen, gehört mit zu den erziehenden Vorgängen der heutigen Tagesgeschichte unseres Volkes, so daß es nicht sorglos und schlaff werden oder der Begier nach Gelderwerb und dessen unedlem Verbrauchen verfallen darf. Vielmehr wird die Einsicht in den Wert deutschen Wesens und Lebens und die innere Freude, welche als Frucht aus jeder lauteren Hingebung an unser Volkstum erwächst, Willigkeit, Geschick und Ausdauer schaffen, um solchen und weit bedeutenderen Aufgaben zu genügen.

Die deutſchen Fürſten.

Von Dr. **Stephan Kekule von Stradonitz**, Groß-Lichterfelde.

Kein Einſichtiger wird verkennen können, daß ſich damals, als vor nunmehr rund drei Menſchenaltern das heilige Römiſche Reich deutſcher Nation in Trümmer ging, eine eherne, geſchichtliche Notwendigkeit vollzog. Ohnmacht nach Außen und Zerriſſenheit im Innern waren in dem letzten Zeitabſchnitt ſeines Beſtehens die Kennzeichen dieſes Staatengebildes geworden, das ſeine geſchichtliche Rolle längſt ausgeſpielt und ſich ſelbſt überlebt hatte. Das Kaiſertum wurzelte ſeit langem nur noch in einer überwundenen Vergangenheit. Seine natürlichen Gegner fand es daher in dem erſtarkenden, weltlichen Fürſtentum, deſſen „Partikularismus", wie Treitſchke es treffend ausgedrückt hat, die „lebendigſte politiſche Kraft im Reiche geblieben war". „In dem Leben dieſer weltlichen Fürſtentümer lag nahezu alles umſchloſſen, was noch deutſche Politik heißen konnte". Es bleibt der geſchichtliche Ruhm unſeres hohen Adels, daß „Deutſchlands Fürſten die der nationalen Monarchie entriſſene Macht nicht wie die polniſchen Magnaten allein verwendeten, um die Pracht und den Glanz ihres Hauſes zu mehren, ſondern ſich redlich bemühten, in ihren engen Gebieten die politiſchen Pflichten zu erfüllen, denen das Reich ſich verſagte. Das Kaiſerhaus lebte ſeinen europäiſchen Plänen, der Reichstag haderte um leere Formen, in den Territorien wurde regiert. Hier allein fanden das Recht, der Wohlſtand, die Bildung des deutſchen Volkes Schutz und Pflege. Unſere Fürſten hatten einſt das Kleinod der geiſtigen Freiheit gerettet."

Brandenburg-Preußen hatte durch die geiſtige Überlegenheit Friedrichs des Großen endgültig die Stellung einer Großmacht erlangt, deren Erwerb der Große Kurfürſt, der erſte König „in Preußen" (Friedrich I.) und König Friedrich Wilhelm I., jeder für ſich, in höchſt glücklicher, gegenſeitiger Ergänzung und Ausgleichung ihrer Beſtrebungen und Ziele bereits kräftig vorgearbeitet hatten. Wie Bismarck in ſeinen „Gedanken und Erinnerungen" ſagt, war es die Stellung der fünften Großmacht. Er fügt hinzu, Preußen habe dieſe Stellung „durch die gewaltigen Leiſtungen der Volkskraft 1813 rehabilitiert."

Mit ſeinem großen, wiederholt und mit verſchiedenen kleinen Abtönungen in der Färbung ausgeſprochenen Satze, der Fürſt ſei der erſte Diener ſeines Staates, war Friedrich der Einzige immerhin den Anſchauungen ſeiner Fürſtlichen Genoſſen im Reiche weit voraus geeilt. Noch blieb in ihren Köpfen und denen ihrer Ratgeber die Vorſtellung lebendig, ihre Gebiete ſeien „Hausgut", deſſen Vermehrung und Vergrößerung deshalb das erſtrebenswerteſte Ziel und auch für das Wohl ihrer Untertanen das Förderlichſte ſei. Fand doch auch dieſer Vorſtellungskreis durch die Weſenheit des römiſchen Reichs und das Beiſpiel des Erzhauſes fortgeſetzt neue Nahrung. Zu der unmöglich gewordenen „Reichspolitik" bildete, nach der Anſchauung der Zeit: „Hauspolitik" in erſter, „Territorialpolitik" erſt in zweiter Linie den natürlichen Gegenſatz. Daß der gewaltigen Macht Frankreichs und der noch gewaltigeren Perſönlichkeit des korſiſchen Imperators gegenüber die deutſchen Fürſten vielfach eine ihnen nicht gerade zum Ruhme gereichende Haltung eingenommen haben, muß aus eben dieſem Vorſtellungskreis heraus verſtanden werden. Wenn vor den beiden großen „Mediatiſierungen" und dem „Länderhandel" in Paris die Fürſten und Staatsmänner des heiligen römiſchen Reichs in

Scharen zu dem Herrscherstuhle des „Premier Consul" und nachher dem Throne des „Empereur" zusammenströmten, um möglichst große Vorteile für sich zu erlangen, so war das tatsächlich nur eine Fortsetzung der hergebrachten „Haus- und Territorialpolitik".

Der Geschichtsforscher, der diese Vorgänge rückschauend von hoher Warte aus ins Auge faßt, wird sich auch bei ihnen der Erkenntnis nicht verschließen können, daß die so vorgenommene Aufteilung der lebensunfähigen, kleinsten Staatsgebilde und vor allem der nur als ein Stück Mittelalter zu bezeichnenden geistlichen Ländergebiete ein unvermeidliches und das einzige Mittel war, durch das Deutschland schließlich zu einem Staate und in der Neuzeit zur Weltmacht werden konnte.

Ein entsetzliches Verhängnis für Deutschland war es nur, daß dieser naturnotwendige Prozeß sich unter dem Drucke der gewaltigen Faust eines Fremden, nicht aus innerer deutscher Kraft heraus vollzog.

Die nun folgenden „Befreiungskriege" lassen allenthalben bei den deutschen Fürsten deutlich ein erstarkendes Nationalitätsgefühl wahrnehmen. Die nach vielen Schwierigkeiten zustande gekommene Bundesverfassung (Bundesakte vom 8. Juni 1815; Wiener Schlußakte vom 8. Juni 1820) ist von dem Grundgedanken erfüllt, daß den Staaten die neu erworbene Staatshoheit verbleibe; nur in einzelnen, genau festgesetzten Punkten die Bundesglieder sich vertragsmäßig hinsichtlich der Ausübung dieser Staatshoheit zugunsten der Zentralgewalt beschränkten; sie einzeln aber grundsätzlich gleiche Rechte, nur Österreich den Vorsitz im Bundestage haben sollten.

Dieser, so geschaffene „Deutsche Bund" hat, wie jeder weiß, bis zum Jahre 1866 ein kümmerliches Dasein gefristet. Er krankte an vielem. Vor allem an dem „Dualismus", dem Vorhandensein zweier Häupter: Preußen und Österreich an einem Körper.

Der Krieg des Jahres 1866 brachte mit dem Prager Frieden vom 23. August 1866 die Auseinandersetzung. Österreich verzichtete auf jede staatsrechtliche Verbindung mit „Deutschland"; es gab seine Zustimmung zur Einverleibug von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt a. M. in den preußischen Staat; es gab seine Zustimmung zur Einverleibung Schleswig-Holsteins in den gleichen Staat und es willigte endlich in die Bildung eines aus den mittel- und norddeutschen Staaten bestehenden „Bundesstaates" (nicht mehr „Staatenbundes") unter Vormachtstellung Preußens. Ruhmreich sind in diesem Zeitabschnitt (1815—1866) aber deutsche Fürsten und Fürstensöhne bereits in nicht geringer Zahl Träger der deutschen Reichs- und Kaiseridee. Friedrich Wilhelm IV., der doch die ihm angebotene Kaiserkrone aus wohlerwogenen Gründen ablehnte (3. April 1849), ist unter ihnen bereits zu nennen. Die Großherzöge Friedrich von Baden (Regent seit 1852; Titular-Großherzog seit 1856; Großherzog seit 1858) und Peter von Oldenburg (Großherzog seit 1853), der Herzog Ernst II. von Sachsen-Coburg und Gotha (regierte seit 1844) und der damalige Erbprinz Georg II. (Herzog seit 1866) von Sachsen-Meiningen und Hildburghausen bildeten nebst vielen anderen „jungen Prinzen" schon zu jener Zeit „eine Gesellschaft von Opponenten gegenüber den konservativen Bundesmächten und insbesondere dem führenden Österreich". Andrerseits stand allerdings dieser weitblickenden Minderheit eine starke Mehrheit deutscher Höfe gegenüber, bei denen bis dicht an das Jahr 1866 Preußen nicht nur einer „namenlosen Eifersucht", sondern „besonders nach der dynastischen Seite hin" auch „einer vorwiegenden Geringschätzung" begegnete (Lorenz). Selbst Ludwig I. von Bayern (1825—1848), dessen Haltung in der napoleonischen Zeit sogar Lorenz als „hochachtbar" bezeichnet und dessen Nationalgefühl und Deutschtum, beide Begriffe „im Sinne kultureller, künstlerischer und wissenschaftlich literarischer Gesichtspunkte verstanden", über jeden Zweifel erhaben sind, ist hierher zu setzen. Die Höfe von Württemberg, Sachsen, Hannover, Hessen standen dem Gedanken, daß Preußen an die Spitze des neuen Deutschland treten könnte, damals ebenso fremd gegenüber. Höchst bezeichnend ist in dieser Beziehung eine Äußerung des Prinzen (seit 1854 König) Johann von Sachsen, die der Herzog Ernst II. von Coburg überliefert hat: „Wenn man die neun Kurfürsten des alten deutschen Reiches wieder herstellen würde, so würde die Wahrscheinlichkeit, den Fürsten von Reuß-Greiz zum

Kaiſer zu bekommen, größer ſein, als den König von Preußen; ich ſelbſt würde keinen von beiden wählen."

Noch ſtand die „Mainlinie" dem Werden des neuen deutſchen Reiches trennend und hemmend entgegen. „Blut und Eiſen" mußten ſie erſt überbrücken. Immerhin war der Anſchluß Süddeutſchlands (ohne Öſterreich) an den „Norddeutſchen Bund", ein Anſchluß, den der „Zollverein" vom 1. Januar 1834 bereits vorbereitet und die zugleich mit den Friedensſchlüſſen des Jahres 1866 abgeſchloſſenen Offenſiv- und Defenſiv-Bündniſſe zwiſchen Preußen und jedem der drei ſüddeutſchen Staaten (Bayern, Württemberg und Baden) weſentlich gefördert hatten, nur noch eine Frage der Zeit. (Das Großherzogtum Heſſen war in der eigenartigen Lage, daß Nordheſſen Beſtandteil des Bundes war, Südheſſen dagegen, gleich Bayern, Württemberg und Baden, „eine internationale ſelbſtſtändige Exiſtenz" hatte.)

Daß Frankreich die Vollendung der nationalen Einigung Deutſchlands durch den Anſchluß Süddeutſchlands an den Norddeutſchen Bund nicht freiwillig geſchehen laſſen, ſondern die Entſcheidung der Waffen darüber anrufen wollte, wird man mit dem Grafen Yorck von Wartenburg („Weltgeſchichte in Umriſſen") als die eigentliche, innere Triebfeder Frankreichs zu dem großen Kriege von 1870—71 anſehen müſſen.

Nach der Verfaſſung des deutſchen Reiches vom 16. April 1871 iſt am 1. Januar 1871 ein neuer deutſcher Bundesſtaat, beſtehend aus den Einzelſtaaten: Preußen, Bayern, Sachſen, Württemberg, Baden, Heſſen, Mecklenburg-Schwerin, Sachſen-Weimar-Eiſenach, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Braunſchweig, Sachſen-Meiningen, Sachſen-Altenburg, Sachſen-Coburg und Gotha, Anhalt, Schwarzburg-Rudolſtadt, Schwarzburg-Sondershauſen, Waldeck, den beiden Reuß, Schaumburg-Lippe, Lippe, Lübeck, Bremen und Hamburg ins Leben getreten. „Deutſcher Kaiſer" iſt der jedesmalige König von Preußen.

Es iſt klar, daß die Stellung der einzelnen landesherrlichen Häuſer durch dieſe Neuordnung der Dinge nach der einen Seite hin eine Minderung, nach der andern eine Stärkung erfahren hat. Auch hier das Bild einer vertragsmäßigen Selbſtbeſchränkung der Staatshoheit der einzelnen Glieder zu Gunſten der Zentralgewalt, zu Gunſten der „verbündeten Regierungen". Es war aber, wie in großartigſter Weiſe Bismarck es ſchon hinſichtlich der Verfaſſung des Norddeutſchen Bundes ausgeſprochen hatte (4. März 1867), lediglich ein „Minimum derjenigen Konzeſſionen, welche die Sonderexiſtenzen auf deutſchem Gebiete der Allgemeinheit machen müſſen, wenn dieſe Allgemeinheit lebensfähig werden ſoll". Andrerſeits aber hat jedes einzelne Glied durch die Ausübung der „Mitgliedſchaftsrechte" in dem „die Bundesregierungen vertretenden Bundesrat" (Bismarck; 27. März 1879) einen Anteil an der Regierung eines Großſtaates, jetzt einer Weltmacht. Es iſt wichtig, ſich klar zu machen, wie dieſe Ausübung der Mitgliedſchaftsrechte im Bundesrate zuſtande kommt. „Im Bundesrat ſtimmt nicht der Freiherr von Frieſen, ſondern das Königreich Sachſen ſtimmt durch ihn; nach ſeiner Inſtruktion gibt er ein Votum ab, welches ſorgfältig deſtilliert iſt aus all den Kräften, die zum öffentlichen Leben in Sachſen mitwirken; in dem Votum iſt die Diagonale aller der Kräfte enthalten, die in Sachſen tätig ſind, um das Staatsweſen zu bilden; es iſt das Votum der Sächſiſchen Krone, modifiziert durch die Einflüſſe der ſächſiſchen Landesvertretung, vor welcher das ſächſiſche Miniſterium für die Vota, welche es im Bundesrat abgeben läßt, verantwortlich iſt." Mit dieſen unübertrefflichen Worten, die naturgemäß nicht nur für das Königreich Sachſen, ſondern für jeden Einzelſtaat des deutſchen Reiches gelten, hat Fürſt Bismarck das Rechts- und Sachverhältnis ſo klar wie möglich hingeſtellt. Erwägt man nun noch, daß die Vertreter zum Bundesrat ihre Vollmacht vom dem Oberhaupt des betreffenden Einzelſtaates erhalten und von ihrem Vollmachtgeber auch ihre „Inſtruktionen" empfangen; daß jeder Einzelſtaat als einzelner durch die Reichsverfaſſung vor der Unterdrückung durch den Stärkeren geſchützt, daß das deutſche Reich zum Wächter des Daſeins und der Unverletzlichkeit ſeiner Gliedſtaaten geſetzt iſt; daß endlich hinter dem „Bundesrat" noch ein „latenter", in der Reichsverfaſſung zwar nicht vorgeſehener

„Reichsfürstenrat" steht, der nichtsdestoweniger aber tatsächlich und sehr verspürbar — zum Segen der „Bundesfreundlichkeit" — vorhanden ist, so ist deutlich, daß die Zugehörigkeit zum deutschen Reich denjenigen Einzelstaaten, die Klein- und Mittelstaaten sind, eine Stellung gewährleistet, die jedem Einzelnen, wenn er allein stände, nicht gesichert sein könnte.

Den eben berührten „latenten Reichsfürstenrat" wird man in den Darstellungen der Staatsrechtsgelehrten über die Reichsverfassung und über das „deutsche Staatsrecht" vergeblich suchen. Mit Recht, denn in der Reichsverfassung steht davon keine Silbe. Der Geschichtsforscher und Staatskunstgelehrte Treitschke sprach aber mit Vorliebe von ihm. Er hob mit Recht von diesem „Fürstenrat" hervor (Politik II, 348 f.), „daß man ihn nicht sieht, dessen Wirksamkeit man doch mit Händen greifen kann". Er fügte hinzu: „Sehr richtig, mit dem genialen Takt des großen Staatsmannes, hat Fürst Bismarck die preußischen Gesandtschaften an den kleinen deutschen Höfen beibehalten. Jeder Bundesratsbeschluß wird vorbereitet durch Verhandlungen der Gesandten mit den kleinen deutschen Fürsten. Die deutschen Fürsten müssen in ihrer Mehrheit der Reichspolitik zustimmen; auf Treu und Glauben gegenseitiger Schonung und Rücksicht ruht dieses ganze Gemeinwesen. So besteht ein latender Fürstenrat, dessen stille Wirksamkeit wir doch jeden Tag fühlen." Das sind Sätze, die so zutreffend sind, daß sie in keiner volkstümlichen Darstellung des Lebens und Webens des deutschen Reiches fehlen dürften.

Faßt man zusammen, so ergibt sich für die Stellung der Landesherren im neuen Reiche das folgende. Jeder Landesherr ist Mitträger der Staatshoheit „im Reiche". Er ist ein bedeutsames Glied eines mächtigen Ganzen. Eine wichtige politische Aufgabe fällt ferner den Landesherren der Klein- und Mittelstaaten insofern zu, als sie Mittler sind zwischen dem Volke und der „Zentralgewalt". Es liegt in der Natur der Dinge begründet, daß in Großstaaten bei wachsender Zunahme der Macht und Bedeutung, bei zunehmender Ausdehnung der Wirksamkeit nach Außen die oberste Leitung allmählich etwas weltfremdes annimmt. Sie bekommt etwas von den „leicht lebenden Göttern" des Homer, die über den Wolken thronen. Die Fühlung mit den breiten Volksschichten, mit den kleinen und kleinsten Betätigungen und Stimmungen des nationalen Lebens geht leicht verloren. Umgekehrt stehen aber die Landesherrn der Klein- und Mittelstaaten zu allen Schichten und Berufen innerhalb der von ihnen regierten Lande, steht die Bevölkerung zu der regierenden Familie in einem viel engeren, fast patriarchalischen Verhältnis. Der Fürst und der Herzog wissen in Deutschland meist viel genauer, wo ihren Untertanen „der Schuh drückt", wie der Großherzog und der König. Dadurch, daß sie alle „pares" und auch der „deutsche Kaiser" nur „primus inter pares" ist, der ständigen, persönlichen Berührung unter den deutschen Landesherren gar nicht zu gedenken, kommen sie aber alle, ob groß, ob klein, in die Lage, die Wünsche und Beschwerden des Volkes, wenn sie nur wollen, bei der „Zentralgewalt" zu Gehör zu bringen.

In dem Gesagten liegt es weiter, daß das Stammeseigentümliche, das Bodenständige, das urwüchsig Deutsche bei den kleinen und mittleren Landesherren und an ihren Höfen eher Schutz und Schirm findet, als in den größeren Staatswesen. Das ist alles ein gesunder „Partikularismus."

Daß andrerseits aber die Hauptstadt von Deutschlands Kaiser auch die Hauptstadt der Nation sein und werden muß; daß diese „Zentralisation" in der Natur der Dinge liegt, ist mit Händen zu greifen. Umgekehrt sind aber die Schäden gar nicht aufzuzählen, die dadurch entstehen, wenn eine große Nation infolge einer allzustraffen „Zentralisation" in der Reichshauptstadt nur einen kulturellen Mittelpunkt, nur eine Zentrale der geistigen Bildung hat. Das moderne Frankreich mit seinem Paris, das Frankreich, in dem die alten, berühmten Pflegestätten des geistigen Lebens „in der Provinz" allmählich zum völligen Nichts herabgesunken sind, bildet in dieser Hinsicht ein belehrendes Beispiel. Es befindet sich in einem Zustande, den im Ernste für unser liebes deutsches Vaterland niemand wird wünschen können. Dieses Netz von kleineren

kulturellen Mittelquellen, das Deutschland in seinen Fürstensitzen mit ihren Hoftheatern und ihren landesherrlichen Museen usw., in seinen landesherrlichen Haus- oder Landes-Bibliotheken, in seinen Landeshochschulen usw. usw. überspannt, diese große Zahl von partikularistischen Mittelpunkten sind in Wahrheit ein Segen. Daß sie bestehen und blühen, daß allenthalben Ausgestaltungen des Bestehenden, Erweiterungen der Aufgaben, Neuschöpfungen vorgenommen werden, ist im wesentlichen den regierenden Herren dieser Einzelstaaten zu danken und dem Reiche und der Nation als Ganzen, zum unbestreitbaren Wohle.

Steht so das seit dem großen Kriege herrlich geeinte neue „Deutsche Reich" nicht nur nach außen hin wohlgemauert und fest gefügt, sondern erscheint es auch im Innern, dank der Staatskunst des großen Reichsschmiedes, der in dem „föderativen" Bundesstaat eine Form fand, die der nationalen Eigenart und dem geschichtlich Gewordenen vortrefflich entspricht, wohl eingerichtet und zum weiteren Ausbau geeignet, so ist es klar, daß der neue Zustand der Dinge von der segensreichsten Wirkung auf die Haltung der landesherrlichen Häuser und ihrer Oberhäupter zum gemeinsamen Vaterlande werden mußte. Wenn der einsichtige Geschichtsforscher auf die napoleonische Zeit zurückblickt, kann er auch in dieser Hinsicht nur ausrufen: „Welche Wendung!" Der treue Sinn der neuen fürstlichen „Genossen" im Reiche hat sich seit der Reichsgründung als fest bewährt. „Hauspolitik" und „Territorialpolitik" sind entschwundene Begriffe geworden, jedenfalls soweit sie nur zum Nachteil oder wenigstens ohne Schonung des „Genossen" ihre Verwirklichung finden könnten. „Bundesfreundlichkeit" ist das Leitwort und über allen andern Bannern flattert für Landesherren, wie Regierungen in den Einzelstaaten das Panier mit dem Spruche „Für Kaiser und Reich!"

An die Stelle der Ohnmacht nach außen und der Zerrissenheit im Innern, die die Ausgangszeit des heiligen Römischen Reiches deutscher Nation beherrscht hatten, ist somit Einheit im Innern und mit ihr Kraft nach außen getreten, letztere dadurch gewährleistet, daß einzig die Präsidialgewalt Preußen und der Träger der Kaiserkrone das Kriegsschwert und das Schwert der auswärtigen Politik des Reiches in Händen halten.

Diese erfolgreiche Entwicklung hat ihre Urquellen in vielem; wie alles geschichtliche Werden: in Personen und Dingen. König Wilhelm, Roon und Moltke begründeten die stete Kriegsbereitschaft des preußischen Heeres. Bismarcks Staatskunst wußte die Fäden zu schlingen und zu lösen. Was die Kriegserfolge von 1864, 1866 und 1870/71 an Ergebnis bedeuteten, wurde durch ihn in seinem Meisterwerk, der Reichsverfassung, sicher gestellt. König Wilhelms größtes Verdienst in dieser Zeit ist es, mit seiner unvergleichlichen Menschenkenntnis jene drei „Paladine" erkannt, an die richtigen Stellen gebracht und an ihnen unter mancherlei Gegenströmungen unverbrüchlich festgehalten zu haben.

Daß aus der äußeren Vereinheitlichung Deutschlands zum „Deutschen Reich", wie sie sich in dessen neuer Verfassung darstellt, eine wirkliche, innere Verschmelzung der „Dynastien und Stämme" werden konnte, dazu haben zwei Umstände wesentlich beigetragen, deren Nebeneinanderstellung allerdings eigenartig anmuten mag, für den Geschichtsforscher aber nichts destoweniger notwendig erscheint: die Zusammensetzung des Reichstages in der ersten Zeit nach der Reichsgründung und die Persönlichkeit Kaiser Wilhelms I. Mehr als „Kaiser" und „Kaiserkrone" war ein einheitlicher und einziger „Deutscher Reichstag" schon seit mehr als einem Menschenalter das Sehnen der gesamten Nation gewesen. Diesem Sehnen entsprach die Zusammensetzung der ersten Zeit. Es ist dieser Gedankengang in dem hier zu behandelnden Zusammenhang nicht weiter zu verfolgen. Die weltgeschichtliche Persönlichkeit Kaiser Wilhelms I. erfordert dafür um so helleres Licht. Wie zu einem Patriarchen schauten Fürsten und Volk zu ihm auf. Seine milde und zugleich ehrwürdige Erscheinung umstrahlte der Lorbeerkranz eines sieggekrönten Helden. Sein Fleiß, seine Gewissenhaftigkeit, sein gesunder Menschenverstand waren Eigenschaften, die jeder, ob hoch oder niedrig, an ihm schätzen mußte. Seine vollkommene Freiheit von jeglicher Eitelkeit und seine nie wankende Treue sicherten

ihm die Liebe aller. Seinen redlichen Sinn und die Aufrichtigkeit seines Wohlwollens hat Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen" besonders hervorgehoben. Dazu trat aber die Eigenschaft, die, wie keine andere, der wahren Herrscherpersönlichkeit eignet und gebührt, die wahrhaft königliche (innere) Vornehmheit der Gesinnung, die Bismarck sehr bezeichnend als das „Prägnante" an dem Charakter Kaiser Wilhelms bezeichnet. Es kann für den Einsichtigen gar kein Zweifel sein, daß mit diesen Gaben, die selten in einem Menschen, noch seltener auf Thronen vereinigt sind, Kaiser Wilhelm „der Große" den größten Anteil teils nur in tätlichem, mehr fast noch in stillem Wirken an dem Werden, nicht nur von Reich und Kaiserkrone, sondern auch an dem gedeihlichen Fortblühen des Reiches gehabt hat.

Mit dem gewaltigen Kriegserfolge von 1870/71, der Kaiserkrönung zu Versailles, dem Berliner Kongreß des Jahres 1878, diesem Triumphe Bismarckscher Staatskunst, setzt das Aufsteigen des neuen Reiches zur Weltmacht ein. Gestatteten vorher die politischen Verhältnisse Deutschland keine überseeischen Unternehmungen, so bezeichnet der 24. Januar 1879, der Abschlußtag des deutsch-samoanischen Handels- und Freundschaftsvertrages, den Eintritt Deutschlands in die Reihe der Kolonialmächte. Es ist höchst bemerkenswert, daß der Beginn dieser kolonialen Betätigung sich so unmittelbar an den Berliner Kongreß anschließt. —

Die kurze Regierungszeit Kaiser Friedrichs III., des edlen Dulders, währte nicht lange genug, um dem Bundesstaate und der Nation einen bestimmten Stempel aufzudrücken. Des Kaisers tiefgehendes Interesse für Wissenschaften und Künste hatte reiche Frucht versprochen. Es hat nicht sollen sein. Im Andenken des Volkes wird er als der strahlende Krieger, der Held in so vielen Schlachten, als „Unser Fritz" fortleben. —

Für alle Zeiten wird es der Ruhm der Regierungszeit Kaiser Wilhelm II. bleiben, daß er Deutschland eine starke Flotte und mit ihr das Werkzeug zur Erhaltung und Weiterentwicklung der so schwer errungenen Weltmachtstellung schuf. Daß er, was beispiellos in der Weltgeschichte dasteht, als ein „Friedens-Kaiser" diese Weltmachtstellung bis heute behaupten konnte, ohne das Schwert zu ziehen. Die starke und ausgeprägte Persönlichkeit und Eigenart Wilhelms II. haben es bewirkt, daß die Zeitgenossen sich in ihrer überwiegenden Mehrheit noch nicht zu einer gerechten Würdigung des Herrschers durchzuringen vermocht haben, dem hohen und edlen Sinn, dem reinen Streben, für das Ganze zu wirken, der Begeisterung für alles Hohe, Edle und Schöne, dem Fleiß und der Sittenreinheit, die den Kaiser zieren, wird, wie nicht zu zweifeln ist, die Nachwelt die gebührende Einschätzung zuteil werden lassen. —

Im Vergleiche zu dem „römischen Reich" galt, wie bereits im Eingange hervorgehoben wurde, von den Ländergebieten schon seit Jahrhunderten, daß in ihnen wirklich „regiert" wurde. Es ist einleuchtend, daß, nachdem der Gedanke, der Fürst sei der erste Diener seines Staates, Gemeingut geworden ist, eine Rückbildung nicht hat stattfinden können. Die deutschen Fürsten der Neuzeit und der Gegenwart können den Ehrentitel für sich in Anspruch nehmen, die Wohltäter ihrer Lande genannt zu werden. Und zwar in doppelter Beziehung. Einmal durch die ganz sich von selbst ergebende landesväterliche Fürsorge für das Bestehen, Blühen und Gedeihen auch der kleineren „kulturellen Zentren", der Landeshauptstätte, ihrer künstlerischen und wissenschaftlichen Anstalten, der Hochschulen, der etwaigen anderen „höheren" Bildungsstätten und Schulen. Sodann auf dem Gebiete der Wohltätigkeit. Die Krankenanstalten, Waisen- und Siechenhäuser, die Kirchen können überall in Deutschland davon Kunde geben, was sie der Fürsorge und der Opferwilligkeit der Landesherren verdanken. Deutschlands Fürstinnen aber haben auf dem Boden dieser Wohltätigkeit für das engere Gebiet des regierten Landes allezeit ihren hohen Gatten treu helfend zur Seite gestanden. Auch hier hat sich durchweg Friedrichs des Großen Lehre verwirklicht: „der Fürst hat keinen näheren Verwandten als seinen Staat, dessen Interessen immer den Banden des Blutes voranstehen müssen."

Der Geschichtsforscher, der die Dinge unparteiisch überschaut und es vermag, über unerfreuliche Einzelerscheinungen im Laufe der Geschichte das Gesamtbild nicht aus

dem Auge zu verlieren, sieht die deutschen landesherrlichen Häuser sich durchweg nach dem Wahlspruche richten:

„Was du ererbt von deinen Vätern hast,
Erwirb es, um es zu besitzen."

Deshalb muß er aber auch endlich im Verlaufe einer Darstellung, wie der vorstehenden, auf das Nachdrücklichste Stellung gegen diejenigen nehmen, denen als höchstes für Deutschland ein großer „Einheitsstaat" anderer Form also: entweder, nach Aufhören aller Klein- und Mittelstaaten, unter einem einzigen Szepter, oder, nach Aufhören aller Monarchien überhaupt, unter republikanischer Gestalt vorschwebt. Es kann nicht bestimmt genug hervorgehoben werden, daß eine solche Entwicklung der besonderen deutschen Eigentümlichkeit in keiner Weise entsprechen würde.

Bismarck hat dieser Frage in seinen „Gedanken und Erinnerungen" einen ganzen Abschnitt gewidmet und in einem für weite Volkskreise bestimmten Buche kann nichts besseres getan werden, als die Ausführungen des großen „Lehrmeisters" (I. 290 ff.) auszugsweise möglichst wörtlich wiederzugeben: „Deutscher Patriotismus bedarf in der Regel, um tätig und wirksam zu werden, der Vermittlung dynastischer Anhänglichkeit; unabhängig von letzterer kommt er praktisch nur in seltenen Fällen zur Hebung, wenn auch theoretisch täglich, in Parlamenten, Zeitungen und Versammlungen; in praxi bedarf der Deutsche einer Dynastie, der er anhängt.... Als Preuße, Hannoveraner, Württemberger, Bayer, Hesse ist er früher bereit, seinen Patriotismus zu dokumentieren, wie als Deutscher; und in den unteren Klassen und in Parlaments-Fraktionen wird es noch lange dauern, ehe das anders wird..... Der deutsche Patriotismus der Untertanen wird wesentlich bedingt durch ihre Anhänglichkeit an die Dynastie, nach welcher sie sich nennen. Es sind nicht Stammesunterschiede, sondern dynastische Beziehungen, auf denen die zentrifugalen Elemente ursprünglich beruhen. Es kommt nicht die Anhänglichkeit an schwäbische, niedersächsische, thüringische Eigentümlichkeit zur Hebung, sondern die durch die Dynastien Braunschweig, Brabant, *) Wittelsbach zu einem dynastischen Anteil an dem Körper der Nation gesonderten Konvolute der Herrschaft einer fürstlichen Familie. Der Zusammenhang des Königreichs Bayern beruht nicht nur auf dem bajuvarischen Stamm, wie er im Süden Bayerns und in Österreich vorhanden ist, sondern der Augsburger Schwabe, der Pfälzer Alemanne und der Mainfranke, sehr verschiedenen Geblüts, nennen sich mit derselben Genugtuung Bayern, wie der Altbayer in München und Landshut, lediglich weil sie mit den letztern durch die gemeinschaftliche Dynastie seit drei Menschenaltern verbunden sind. Die am meisten ausgeprägten Stammeseigentümlichkeiten, die niederdeutsche, plattdeutsche, sächsische sind durch dynastische Einflüsse schärfer und tiefer als die übrigen Stämme geschieden. Die deutsche Vaterlandsliebe bedarf eines Fürsten, auf den sich ihre Anhänglichkeit konzentriert. Wenn man den Zustand fingierte, daß sämtliche deutsche Dynastien plötzlich beseitigt wären, so wäre nicht wahrscheinlich, daß das deutsche Nationalgefühl alle Deutschen in den Friktionen europäischer Politik völkerrechtlich zusammenhalten würde, auch nicht in der Form föderierter Hansestädte und Reichsdörfer. Die Deutschen würden fester geschmiedeten Nationen zur Beute fallen, wenn ihnen das Bindemittel verloren ginge, welches in dem gemeinsamen Standesgefühl der Fürsten liegt.....

Die anderen europäischen Völker bedürfen einer solchen Vermittlung für ihren Patriotismus und ihr Nationalgefühl nicht. Polen, Ungarn, Italiener, Spanier, Franzosen würden unter einer jeden Dynastie oder ganz ohne eine solche ihren einheitlichen Zusammenhang als Nation bewahren.....

Das Vorwiegen der dynastischen Anhänglichkeit und die Unentbehrlichkeit einer Dynastie als Bindemittel für das Zusammenhalten eines bestimmten Bruchteils der Nation unter dem Namen einer Dynastie ist eine spezifisch reichsdeutsche Eigentümlichkeit".

*) Haus Hessen (Anm. des Verfassers).

Es konnte nicht Aufgabe der vorstehenden Darstellung sein, die Lebensläufe und Charakteristiken der deutschen, gegenwärtig regierenden Landesherren einzufügen. Lebensläufe finden sich kurz in jedem Nachschlagewerk. Charakteristiken Lebender sind immer mißlich. Bei Großen der Erde doppelt, weil Beurteilung, wenn auch noch so sachlich geübt, leicht Empfindlichkeiten erwecken kann, Beifall aber fast überall als Liebedienerei ausgelegt wird.

Mußte das Persönliche hierauf beschränkt bleiben, so schien der Dank der Leser dieses Buches dadurch besonders gesichert, daß noch zwei Übersichtstafeln der deutschen „Regierer" (Landesherren und Regenten) folgen, und zwar die eine: geordnet nach Lebensaltern, die andere: nach Regierungsjahren. Zwei Fürstlichkeiten treten in diesen Tafeln wegen der späterhin erst eingetretenen „Personalunionen" für je zwei Staaten auf. Die drei regierenden Bürgermeister der Hansastädte und der Kaiserliche Statthalter von Elsaß-Lothringen sind in Tafel I gleichfalls mit aufgenommen.

I.

Bayern, Verweser des Königreichs: Prinzregent Luitpold, * 1821, März 12.
Sachsen-Meiningen und Hildburghausen, regierender Herzog: Georg II., * 1826, April 2.
Elsaß-Lothringen, Kaiserlicher Statthalter: Graf Karl von Wedel, * 1842, Februar 5.
Lübeck, präsidierender Bürgermeister: Dr. J. G. Eschenburg, * 1844, April 1.
Schaumburg-Lippe, regierender Fürst: Georg, * 1846, Oktober 10.
Württemberg, König: Wilhelm II., * 1848, Februar 25.
Mecklenburg-Strelitz, Großherzog: Adolf Friedrich, * 1848, Juli 22.
Bremen, Bürgermeister: Dr. V. Marcus, * 1849, Juli 9.
Schwarzburg-Rudolstadt, regierender Fürst: Günther, * 1852, August 21.
Schwarzburg-Sondershausen, regierender Fürst: Derselbe.
Oldenburg, Großherzog: August, * 1852, November 16.
Hamburg, Erster Bürgermeister: Dr. M. Predöhl, * 1854, März 29.
Anhalt, regierender Herzog: Friedrich II., * 1856, August 19.
Baden, Großherzog: Friedrich II., * 1857, Juli 9.
Braunschweig, Regent des Herzogtums: Johann Albrecht, Herzog zu Mecklenburg, * 1857, Dezember 8.
Reuß älterer Linie, Regent: Erbprinz Heinrich XXVII. Reuß jüngerer Linie, * 1858, November 10.
Reuß jüngerer Linie, dauernd mit der Vertretung des Fürsten Heinrich XIV. beauftragt: Derselbe.
Deutsches Reich und Preußen, Kaiser und König: Wilhelm II., * 1859, Januar 27.
Waldeck, regierender Fürst: Friedrich, * 1865, Januar 20.
Sachsen, König: Friedrich August, * 1865, Mai 25.
Hessen, Großherzog: Ernst Ludwig, * 1868, November 25.
Lippe, regierender Fürst: Leopold IV., * 1871, Mai 30.
Sachsen-Altenburg, regierender Herzog: Ernst II., * 1871, August 31.
Sachsen-Weimar-Eisenach, Großherzog: Wilhelm Ernst, * 1876, Juni 10.
Mecklenburg-Schwerin, Großherzog: Friedrich Franz IV., * 1882, April 9.
Sachsen-Coburg und Gotha, regierender Herzog: Carl Eduard, * 1884, Juli 19.

II.

Georg II., Herzog von Sachsen-Meiningen und Hildburghausen, regiert seit 1866, September 20.
Luitpold, des Königreichs Bayern Verweser, seit 1886, Juni 10.
Wilhelm II., deutscher Kaiser und König von Preußen, regiert seit 1888, Juni 15.

Günther, Fürst zu Schwarzburg-Rudolstadt, regiert seit 1890, Januar 19.
Wilhelm II., König von Württemberg, regiert seit 1891, Oktober 6.
Ernst Ludwig, Großherzog von Hessen, regiert seit 1892, März 13.
Erbprinz Heinrich XXVII., Reuß jüngerer Linie, dauernd mit der Vertretung des Fürsten Heinrich XIV. beauftragt, seit 1892, November 23.
Georg, Fürst zu Schaumburg-Lippe, regiert seit 1893, Mai 8.
Friedrich, Fürst von Waldeck, regiert seit 1893, Mai 12.
August, Großherzog von Oldenburg, regiert seit 1900, Juni 13.
Wilhelm Ernst, Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach, regiert seit 1901, Januar 5.
Friedrich Franz IV., Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, regiert seit 1901, April 9.
Friedrich II., Herzog von Anhalt, regiert seit 1904, Januar 24.
Adolf Friedrich, Großherzog von Mecklenburg-Strelitz, regiert seit 1904, Mai 30.
Leopold IV., Fürst zur Lippe, Regent des Fürstentums seit 1904, September 26; regierender Fürst seit 1905, Oktober 25.
Friedrich August, König von Sachsen, regiert seit 1904, Oktober 15.
Carl Eduard, Herzog zu Sachsen-Coburg und Gotha, regiert seit 1905, Juli 19.
Johann Albrecht, Herzog zu Mecklenburg, Regent des Herzogtums Braunschweig, seit 1907, Mai 28.
Friedrich II., Großherzog von Baden, regiert seit 1907, September 28.
Ernst II., Herzog von Sachsen-Altenburg, regiert seit 1908, Februar 7.
Erbprinz Heinrich XXVII. Reuß jüngerer Linie, (siehe oben) Regent des Fürstentums Reuß älterer Linie, seit 1908, Oktober 15.
Günther, Fürst zu Schwarzburg-Rudolstadt, (siehe oben regiert auch im Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen seit 1909, März 25.

Von Johann Jacob Moser, dem berühmten „Reichspubliziſten", rührt das ſtolze Wort: „Teutſchland wird auf teutſch regiert". Die vorſtehende Darſtellung dürfte ergeben haben, daß ſowohl die Reichsverfaſſung wie die Geſinnungen der „Regierer" des Reichs und der einzelnen ſtaatlichen Gebilde, aus denen das große und weite deutſche Reich zuſammengeſetzt iſt, die Befolgung dieſes Wahlſpruches auch für die Zukunft verheißen. Sie alle wiſſen ſich in dieſem Beſtreben mit dem erhabenen Träger der deutſchen Kaiſerkrone einig, dem die deutſchvaterländiſche Geſinnung nicht nur ſeiner engeren preußiſchen Untertanen ſondern auch aller deutſchen Stammesbrüder der einzige Dank iſt, den ſeine Seelengröße begehrt.

Die Kaiser des Neuen Deutschen Reiches.

Wilhelm I. Der Große.
Deutscher Kaiser, König von Preußen.
Erst wägen, dann wagen.
Ich habe keine Zeit, müde zu sein.

Wilhelm II.
Deutscher Kaiser, König von Preußen.

Nach Aufnahmen von Hofphot. E. Bieber und C. Brasch, Berlin.

Friedrich III.
Deutscher Kaiser König von Preußen.
Unser Fritz.
Lerne leiden ohne zu klagen.

Wilhelm II.
König von Württemberg.

Luitpold
Des Königreichs Bayern Verweser.

Friedrich August
König von Sachsen.

Nach Aufnahmen der Hofphotographen E. Bieber, Berlin, Hermann Brandseph, Stuttgart und Erwin Raupp, Berlin.

Adolf Friedrich.
Großherzog von Mecklenburg-Strelitz.

Friedrich II.
Großherzog von Baden.

Wilhelm Ernst.
Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach.

Friedrich Franz IV.
Großherzog von Mecklenburg-Schwerin.

Ernst Ludwig.
Großherzog von Hessen.

August.
Großherzog von Oldenburg.

Nach Aufnahmen der Hofphotographen E. Bieber, Berlin, Feilner & Mohaupt, Oldenburg, Louis Held, Weimar, Th. Schumann & Söhn, Karlsruhe u. H. Steinacker, Thiele, Darmstadt.

Ernst II.
Herzog von Sachsen-Altenburg.

Carl Eduard.
Herzog zu Sachsen-Coburg und Gotha.

Georg II.
Herzog von Sachsen-Meiningen-Hildburghausen.

Friedrich II.
Herzog von Anhalt.

Johann Albrecht.
Herzog zu Mecklenburg.
Verweser des Herzogtums Braunschweig.

Nach Aufnahmen der Hofphotographen E. Bieber, Erwin Raupp, Berlin und Adolph Hartmann, Dessau.

Günther.
Fürst zu Schwarzburg-Rudolstadt und Sondershausen.

Friedrich.
Fürst von Waldeck.

Erbprinz Heinrich XXVII.
Reuß j. L.
Verweser der Fürstentümer Reuß j. u. ä. Linie.

Georg.
Fürst zu Schaumburg-Lippe.

Leopold IV.
Fürst zu Lippe.

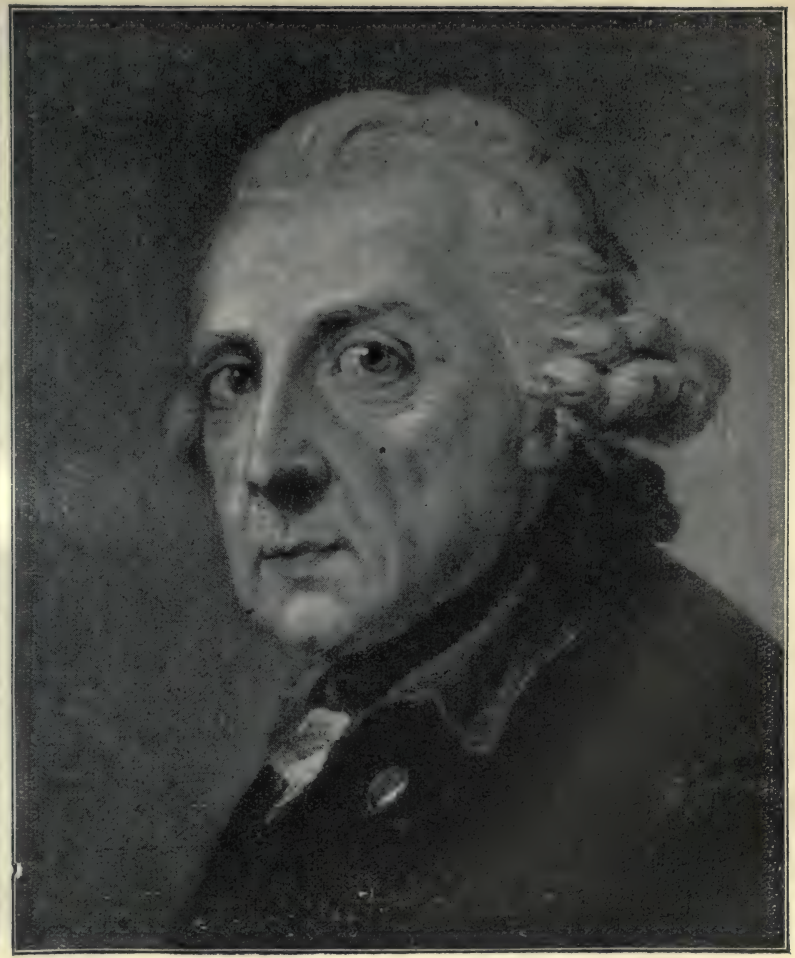
Nach Aufnahmen der Hofphotographen E. Bieber, Berlin, L. Kayser, Rudolstadt, Paul Molsberger, Arolsen u. E. Raspe, Detmold.

Hermann der Cherusker.
Nationaldenkmal im Teutoburgerwald
von E. von Bandel.

Kaiser Karl der Große.
Gemalt von Albrecht Dürer 1510.
Gezeichnet u. gestochen von Albert Reinicke 1847.

Bonifacius.
Der Apostel der Deutschen.
Denkmal in Fulda von Henschel.

Der Große Kurfürst.



Friedrich der Große.

Die Pfalz.
Preußische Infanterie und Artillerie

Stadt Caub.

Gneisenau.

Ruine Gutenfels.
Blücher.
Schlesische Landwehr.

Prinz Wilhelm. York.

Blüchers Übergang über den Rhein am 1. Januar 1814.
Verlag Oswald Seehagen, Berlin. Zeichner Ludwig Burger.

Deutsche Geschichte.

Von Professor Dr. **Jacob**, Tübingen.

Auf eine mehr als tausendjährige Vergangenheit blickt das deutsche Volk in unseren Tagen zurück. Denn mit der Auflösung des gewaltigen Reiches, das mit Recht den Namen Karls des Großen trägt, beginnt die deutsche Geschichte. Wohl gedenken wir noch heute gern der heldenhaften Kämpfe, in denen einst von den Tagen Julius Cäsars an germanische Völkerschaften und später die aus ihnen erwachsenen Stämme mit den Feldherren und Imperatoren des Imperium Romanum, des Weltreichs jener Epoche im Bereiche der abendländischen Menschheit, zur Verteidigung des zur Heimat gewordenen Bodens von Elbe und Riesengebirge bis über den Rhein und die Donau hinüber gerungen haben. Wir gedenken auch der gewaltigen Heereszüge, in denen kleinere Scharen waffentüchtiger Jugend aus den germanischen Völkerschaften oder ganze Völkerschaften und gar Völkerschaftsgruppen, in Wanderlust und aus Bedürfnis nach neuen Ackerfluren, gegen die römischen Grenzwälle von der Nordsee bis zum Schwarzen Meere herangeströmt sind, bald über sie hinwegflutend, eine Woge der andern folgend, schließlich, auf Grund von Verträgen oder mit dem Recht des Eroberers, in beiden Fällen als Sieger, Staaten im Reiche, die Niederlassung erzwingend. Germanischen Blutes sind sie gewesen wie wir, diese ungezählten Zehntausende und aber Zehntausende, Goten und Vandalen, Burgunden und Langobarden und alle die kleineren Gruppen, die einander folgend oder ablösend auf der Balkanhalbinsel, in Italien, in Gallien und Spanien, auf der afrikanischen Küste des Mittelmeeres ihre Herrschaft aufgerichtet haben. Aber der Verpflanzung in die ungewohnten Lebensbedingungen des südlichen Himmels und der überlegenen Kultur der römisch-hellenistischen Welt — nicht freilich ohne ihr in Recht und Sitte, Staatsleben und Gesellschaft, neue, zukunftsreiche Elemente hinzugefügt zu haben — sind diese jugendfrischen Völker erlegen. In neuentbrannten Kämpfen bezwungen oder der Romanisierung verfallend und so in neuen Volks- und Staatsbildungen aufgehend, sind sie dem Germanentum im Laufe von wenigen Generationen verloren gegangen. Was wir von ihnen wissen, in Sprache und Sitte, in Glauben und Rechtsordnungen, vermag unsere kärgliche Kenntnis zu mehren von den Zuständen derjenigen germanischen Völker, aus denen späterhin das deutsche Volk hervorgegangen ist. Aber für diese Volksbildung sind jene dem germanischen Bereiche entfremdeten Stämme ebenso verloren gegangen wie die über die Nordsee hinübergezogenen Germanen, die zum staaten- und volksbildenden Elemente Englands geworden sind.

Von umso größerer und nachhaltigerer Bedeutung für das Germanentum wurde die Staatsbildung, als deren Gründer Chlodwig (486—511) und als deren Träger der durch ihn erst einheitlich zusammengefaßte, fränkische Stamm erscheint. Von den alten in langsamem Vorrücken allmählich erweiterten Stammessitzen zu Seiten des mittleren und unteren Rheins ausgehend, fügt nun seit dem Ende des 5. Jahrhunderts unserer Zeitrechnung eine großartige Eroberungspolitik im Verlaufe von zwei Generationen einerseits den größten Teil des heutigen Frankreichs bis zur Garonne und unteren Rhone mitsamt den hier vordem seßhaft gewordenen, romanisierten Burgunden und westgotischen Teilen, andererseits aus dem Bereiche des Germanentums

den größten Teil der Alamannen und die Thüringer hinzu und bringt die unlängst aus Böhmen in das noch heute ihren Namen tragende Land eingewanderten, von da in die Alpentäler sich hineinziehenden Bayern in Abhängigkeit. Ein germanischer Herrscher, der Ostgotenkönig Theoderich, der letzte Gebieter über ein einheitliches Italien, hatte in derselben staatsmännischen Einsicht, die einst für die Politik der römischen Republik in den Alpengebieten bestimmend gewesen war, der neu entstehenden, überragenden Machtbildung an Donau und Rhone Halt zu bieten vermocht. Als nach seinem Tode das byzantinische Kaisertum den Vernichtungskampf gegen das Ostgotenreich begann, konnten die Frankenkönige ihr Reich bis an die Alpen und an die Küste des Mittelmeeres vorschieben, ja vorübergehend auf italienischen Boden selbst hinübergreifen. Es gab damals im Bereiche der abendländischen Welt keine dem Frankenreiche ebenbürtige Macht.

Dieses Reich, das wir nach dem sagenhaften Ahnherrn der Dynastie das der Merowinger nennen, beruhte nicht auf einheitlicher, nationaler Grundlage und ist nach Chlodwigs Tode nur vorübergehend zu politischer Einheitlichkeit gelangt. Aus germanischen und romanischen Teilen zusammengefügt, hat es je länger um so weniger diese zu verschmelzen vermocht, zumal das germanische Erbfolgerecht und die separatistischen Bestrebungen der Aristokratie in den Teilgebieten der mächtigen Grundbesitzer und Vasallengebieter immer wieder neue Teilungen unter die Glieder des Herrscherhauses herbeigeführt. Wohl hatte Chlodwig den in Gallien herrschenden Christenglauben in der von den römischen Bischöfen vornehmlich verfochtenen Form angenommen und in einem langsamen Prozeß hatte der neue Glaube sich im Laufe eines Jahrhunderts über dem Bereich des fränkischen Stammes, äußerlich wenigstens, ausgebreitet. Kirchliche Kultur und römisch-staatliche Ordnungen waren nicht ohne Einwirkung geblieben. Aber zuerst in den furchtbaren dynastischen Streitigkeiten (seit der Mitte des sechsten Jahrhunderts), dann den zerrüttenden Kämpfen zwischen den aristokratischen Faktionen der Teilgebiete im 7. Jahrhunderte, verfiel die Königsmacht, entartete das Königsgeschlecht, versank die ganz in der Hand des Königtums befindliche, äußerer und innerer Verbindung mit Rom und anderen Bereichen entbehrende Kirche und mit ihr die geistige Kultur, lösten sich alle staatlichen Ordnungen, gingen die Grenzgebiete, auf germanischem Boden vor allem, tatsächlich oder gar in völliger Abschüttelung staatlicher Hoheit, ihre eigenen Wege.

Es ist das weltgeschichtliche Verdienst des Geschlechtes, welches nach seinen beiden größten Söhnen den Namen der Karolinger trägt, daß es erfolgreich bestrebt war, diesem Verfall Einhalt zu gebieten, selbst an der Spitze der Aristokratie in einem Teile, dem germanischen Bereiche, emporkommend, die auf endgültiger Teilung des Reichs gerichteten Bestrebungen der Aristokratie in den romanischen Teilen in wiederholtem, von Rückschlägen nicht verschonten Ringen zu vereiteln, die Existenz des Reiches und damit der abendländischen Kultur vor der Überwindung durch den in unaufhaltsamen siegreichen Vordringen befindlichen, nach Eroberung der afrikanischen Nordküste und Spaniens über die Pyrenäen heranstürmenden Islam zu retten, die schon verlorenen Teile des Reiches in schweren Kämpfen wiederzugewinnen. Berater und Beamte des Königs, werden sie von Generation zu Generation mehr die wahren Leiter, Machthaber, Feldherrn des Reichs: neben ihrem Ruhm und ihrer Geltung versinken die gekrönten Herrscher in schattenhaftes Dasein, bis Pippin, der Sohn des gewaltigen Karl Martell (751), gestützt auf die moralische Billigung des Papstes in Rom und durch den staatsrechtlichen Akt der Zustimmung der fränkischen Großen und von Vertretern des Volks in Waffen sich selbst die Krone aufsetzt. Schon ist aufs neue das fränkische Reich unbestritten die bedeutendste Macht der abendländischen Welt. Noch mit der Vollendung der inneren Ordnungen beschäftigt, nirgends von aggressiven Mächten bedroht, vermeidet Karl Martell, die vom Papste zu seinem Schutz gewünschte Einmischung in Italien ablehnend, in kluger Selbstbescheidung die alten Grenzen fränkischer Macht zu überschreiten. Pippin, durch die Mission des Bonifatius in Mittel-

und Süddeutschland und die Neuorganisation der Kirche, zudem durch die Förderung seiner Krönung dem Papst verpflichtet, gewinnt, nicht ohne begreiflichen Widerstand zu finden, die fränkischen Großen zum Kampfe für die politische und kirchliche Selbständigkeit des geistlichen Oberhaupts gegen die Langobarden. Aber schwere innere Kämpfe, die nicht einmal die Beugung des ungehorsamen Bayernherzogs zulassen, lassen die Überschreitung der Alpengrenze Episode bleiben.

Mit dem Regiement seines Sohnes Karl, den Mit- und Nachwelt mit Recht den Großen nennen, beginnt eine neue weltgeschichtliche Epoche. In bewußter, ein Vierteljahrhundert füllender Eroberungspolitik gliedert er dem überkommenen fränkischen Reiche die fehlenden Bereiche germanischen Lebens in Mitteleuropa an: das unbotmäßige Bayern und das in kraftvoller Freiheit noch heidnische, nun mit der Unterwerfung der christlichen Staatskirche zugeführte Sachsenland — Hannover und Westfalen —; fügt er, die päpstlichen Ansprüche auf ehemaligen Grundbesitz der römischen Kirche beschränkend, das Langobardenreich, d. h. Nord- und Mittelitalien bis Benevent hinzu; im Osten und im Westen sichert er die Grenzen seiner Herrschaft: an der Elbe gegen die Slawen durch Tribut und Huldigung der Slawenfürsten, an der Donau mit der Vernichtung der durch verheerende Beutezüge gefährlichen Ungarn, an den Pyrenäen bis an den Ebro fränkisches Gebiet vorschiebend. Nun ist Karl der mächtige Gebieter von der Nordsee bis zum Mittelmeer und bis zu den Küsten des Ozeans. Von dem fernen Sonderdasein der angelsächsischen Reiche auf der britischen Insel und kümmerlichen Christenresten in den nordwestlichen Küsten Spaniens abgesehen ist er, der weltliche Herr im Umkreis der abendländischen Christenheit, der Papst sein Schutzbefohlener. Neben den beiden Großmächten, die jene Tage im Bereiche der Mittelmeerwelt und ihrer Nachbargebiete kannten, in dem was für jene Zeiten und bis in unsere Tage als „Orient und Okzident" erschien, dem römischen Imperator in Byzanz und dem Oberhaupt der islamischen Welt, dem Kalifen in Bagdad, war eine neue dritte Großmacht erstanden, die sich den andern ebenbürtig empfand und deren Herrscher als ebenbürtig angesehen werden wollte. Es war nur naturgemäß, daß Karl nun auch äußerlich die neue Stellung zum Ausdruck brachte, indem er, Herr von Rom und im Besitz einer Macht, wie sie im Abendlande nur die alten Imperatoren besessen, sich nun am Weihnachtstage 800 in Rom aus dem König der Franken und Langobarden zum Imperator, zum Kaiser, machte, in richtig empfundener, geschichtlicher Nachwirkung einer großen Vergangenheit. Und zugleich wurde die Summe seiner Länder in einer neuen, höheren Einheit, dem Imperium, zusammengefaßt.

Noch ehe ein halbes Jahrhundert verflossen, ist diese gewaltige Machtbildung, die größte, welche die abendländische Welt bis auf Karl V. und wieder auf Napoleon I. gesehen hat, auseinandergefallen. Das geschah nicht allein durch die Herrschaftsansprüche seiner Enkel und ihre Kämpfe gegen den Vater Ludwig, den unfähigen Sohn des Großen Karl. Es zerfiel vor allem durch das mehr noch vielleicht in den Kulturverhältnissen des Abendlandes jener Zeit, als in den Menschen liegende Unvermögen, dies große, aus so verschiedenartigen Teilen zusammengesetzte Reich von einem Mittelpunkte aus in Recht, Verwaltung und Wirtschaft zu organisieren und zu leiten und seine Kräfte in gemeinsamen Aufgaben zur Verteidigung und weiteren Entwickelung zu verwenden.

Im Vertrage von Verdun wurde das karolingische Imperium in drei, der Absicht nach gleich ertragreiche Teile zerlegt. Der westliche Teil ist in weiterer Entwickelung zum französischen Staat geworden. Der östliche, fast rein germanische Teil ward das Gebiet Ludwigs, der den Beinamen der Deutsche, bekommen hat; bald kommt für das Volk — es ist die Sprache des Volks im Gegensatz zur fremden Sprache der Kirche und dem ihm verwandten Idiom der romanischen Teile — der Name Deutsch auf, sein Land ist das deutsche Königreich. Von da ab gibt es „Deutsche Geschichte".

Dies Deutsche Reich umschließt die Stammesgebiete der Bayern, der Sachsen und Thüringer, den größten Teil schwäbischen und fränkischen Stammes.

Wohl hat man noch eine Zeitlang an der Vorstellung einer ideellen Zusammen-

gehörigkeit naturgemäß festgehalten, wohl ist freilich mehr dem Namen nach als in wirklicher Betätigung Karl III., der letzte Sohn Ludwigs des Deutschen, für wenige Jahre Herrscher des östlichen und westlichen Teiles gewesen. Aber seit der Teilung von 843 sind jedem Teilgebiete seine besonderen Aufgaben zugefallen: die Erhaltung seines Staatsgebiets gegenüber den Bestrebungen anderer Mächte, auch denen der anderen Reichsteile, und der Schutz und die Erhaltung der Ordnungen im eigenen Bereiche. Die Erfüllung dieser Aufgaben zugleich in der Entfaltung eigener, deutscher Art im Wechsel der Zeiten bildet den Inhalt der deutschen Geschichte.

Erfolgreich und größere Macht und Geltung verheißend erscheinen die Anfänge des neuen Staatswesens. Aus der weiteren Auflösung des mittleren Reiches, das, in schmalem Streifen zwischen Frankreich und Deutschland von der Nordsee zum Mittelmeer reichend und das italienische Königreich*) mit Rom und dem Anrecht auf die Kaiserkrone umfassend, neuer Teilung unter die Söhne Lothars verfallen war, gelang es im Wettstreit mit dem westfränkischen Herrscher, den nördlichen Teil, den Anteil des jüngeren Lothar, Lothringen zu erwerben (870/880). Jetzt gehört ihm das ganze fränkische Stammesgebiet, geteilt freilich in das den fränkischen Namen allein weiter führende Land am Main und Mittelrhein, die alten Stammessitze, und die links des Rheins sich anschließenden fränkischen Expansionsgebiete bis in den Bereich romanischer Nationalität und Sprache, die, Lothringen genannt, diesen Namen später nur in weit engeren, dynastischen Grenzen bewahrt haben. Und wiederum mit dem westfränkischen Könige zusammenstoßend und mit einheimischen, zum Throne strebenden Großen in Kampf geratend suchen die deutschen Karolinger, nach dem Tode von Lothars Sohn Ludwig, auch die Kaiserkrone und die Herrschaft in Italien an sich zu bringen.

Aber gegenüber den Bedrängnissen im eigenen Lande läßt sich die Kaiserkrone und das italische Land nicht behaupten. Und kaum daß den Normaneneinfällen, die von der Nordseeküste sich weit ins Land hinein, bis an die Mosel hin, raubend und sengend ergossen, durch das kräftige Zugreifen Arnulfs, eines nicht ebenbürtigen Enkels Ludwigs des Deutschen, für das Deutsche Reich ein Ende gesetzt war, so erhob sich weit schlimmer, umfangreicher, verheerender die Ungarnnot. Machtlos und ruhmlos sank Ludwig das Kind, der letzte der ostfränkischen Karolinger, ins Grab. Das Ostreich schien auseinanderfallend dem Untergange preisgegeben zu sein. Mit der Verheerung der Fluren, der Vernichtung der Klöster, der Stätten der Bildung, schien materielle und geistige Kultur dem Verderben verfallen zu sein.

In dieser trüben Zeit erheben sich in den einzelnen Stammesreichen neue Geschlechter, zum Teile unter heftigem Ringen gegen rivalisierende Genossen, zu überragender Macht. Sie gewinnen die stärkste Stellung dort, wo sie, freilich mit unzureichendem Erfolge, die Führung im Kampfe gegen die Angriffe der östlichen Nachbarn übernehmen: das Geschlecht Brunos in Sachsen, die Arnulfinger in Bayern. Als Stammesherzöge erscheinen die Häupter dieser Familien. Noch ist das Bewußtsein und das Gefühl für die Notwendigkeit einer größeren Einheit nicht geschwunden: Männer der Kirche, Bischöfe vornehmlich sind es, die dafür eintreten. In der Erhebung des Frankenherzogs Konrad zum deutschen Könige 911 kommen diese Bestrebungen zum Ausdruck. Indessen zur Wiederherstellung wirklicher Einheit, zur Zusammenfassung der lebendigen Kräfte des Reiches, zur Unterordnung der partikularen Machthaber, zur Wiedergewinnung des an das westfränkische Reich sich anlehnenden Lothringen, reichten die Kräfte, über die Konrad aus eigenem Besitz und herzoglicher Macht verfügte, reichte auch die Kraft der vom allgemeinen Verfalle nicht unberührten deutschen Kirche nicht aus.

*) Anmerkung: Es sei hier bemerkt, daß unter Italien und italienischem Königreich im Mittelalter nur Nord- und Mittelitalien bis etwa Benevent verstanden wird. Der südliche Teil des Festlandes und Sizilien gehört zuerst zum byzantinischen Reiche, Sizilien dann den Arabern, bis seit dem 11. Jahrhundert die Normanen, die romanisierten nordgermanischen Eroberer der französischen Nordküste, der Normandie, erst Sizilien, dann Unteritalien erobern. Damit ist das Königreich Sizilien entstanden.

Mit Konrads Tod 918 beginnt eine entscheidende Wendung unserer Geschichte. An seine Stelle tritt, von ihm selbst bezeichnet, Heinrich I. (919 bis 936). Mit dem Sachsenherzog übernimmt, zunächst nur gestützt auf die Zustimmung der fränkischen Großen, der sächsische Stamm die politische Führung unseres Volkes. In kluger Abschätzung seiner Kraft, mit bewußter Mäßigung und doch kraftvoll durchgreifend, erzwingt Heinrich in den Grenzen, die für die Zusammenfassung in jenen Tagen notwendig, aber auch ausreichend waren, die Anerkennung der Bayern und Schwaben, die Wiederangliederung Lothringens. Die herzogliche Gewalt wird nicht beseitigt, aber in Unterordnung unter die Krone dem nationalen Organismus eingefügt. Der Hierarchie, auf ihre kirchlichen Aufgaben beschränkt, wird politischer Einfluß nicht zuteil. Gestützt auf die erworbene königliche Macht sichert Heinrich im Kampfe gegen die Ungarn und Slaven die Grenzen. Mit Recht ist er als der Begründer nationalen Königstums gefeiert worden.

Aus der von Heinrich gewiesenen Bahn, über die von ihm selbst gesetzten Schranken, wird unser Königtum und unser Volksleben durch seinen Sohn und Nachfolger Otto I., dem kirchliche Geschichtsschreibung den Namen „der Große" gegeben hat, weit hinaus geführt, in neue, die Zukunft deutschen Daseins auf Jahrhunderte, in ihren Nachwirkungen bis auf die Gegenwart bestimmende Bahnen.

Der sofort begonnene Versuch einer Steigerung der Königsmacht gegenüber den Herzogen führt zu den schwersten inneren Kämpfen, deren Ergebnis wohl äußerlich erfolgreich für die Krone ist, aber eine organische Einordnung der herzoglichen Gewalt eher erschwert als gefördert hat. Noch vor dem Abschluß dieser Kämpfe beginnt eine gewaltige Expansionspolitik: die Unterwerfung der Slavengebiete zwischen Elbe und Oder, die Eroberung des durch dynastische Rivalitäten zerrissenen italienischen Königreichs, endlich die Bezwingung Roms und die Annahme der Kaiserkrone. Karolingische Erinnerungen und eigene politische Ziele mögen dabei zusammengewirkt haben. In den Kämpfen gegen die Herzoge hatte Otto sich auf die deutschen Kirchenfürsten gestützt, in ihnen das politische Gegengewicht gegen die Laiengewalten gesucht, sie durch Privilegien und Exemtionen in den Regierungsorganismus eingefügt. Man hat gesagt, daß die deutsche Krone, um sich die nun notwendige politische Zuverlässigkeit des Klerus zu sichern, der Unterordnung des Kirchenhauptes und dazu auch der Herrschaft über Italien und Rom nicht habe entraten können. Gewiß ist die Stellung, welche das deutsche Königtum und das deutsche Volk seit den Tagen Ottos des Großen bis in die Staufenzeit eingenommen hat, eine glänzende, über die andern Staaten des Abendlandes in jener Epoche hinausragende gewesen. Mehr als einmal haben die Herrscher anderer Lande, christliche und heidnische, dem deutschen Herrscher nach kriegerischer Unterwerfung oder in friedlicher Ergebenheit unter den Formen mittelalterlicher Unterordnung gehuldigt. Aber von dauernder Anerkennung wirklicher Superiorität, von einer nachhaltigen, nach deutschen Interessen orientierten Beeinflußung der politischen Haltung und kulturellen Entwicklung der außerdeutschen Gebiete kann doch nicht die Rede sein. Und schon innerhalb des Imperiums, dem die Bemühungen Heinrichs II. (1002—1024) und dann Konrads II. (1024—1039) das Königreich Burgund, jene Gebiete an der unteren Rhone und Saone sowie die Westschweiz, die bei der Zersetzung des karolingischen Reiches im 9. Jahrhundert ihre eigenen Wege gegangen waren, hinzugefügt haben, war die Erfüllung der elementaren staatlichen Aufgaben auch nach dem Maße jener Tage auf lange Zeit hinaus nur unvollkommen möglich. Um so mehr, da außer der Verpflichtung, Italien und die Kurie in Unterordnung zu halten, jene Eroberung der Slavengebiete erfolgt war, zu deren gleichzeitiger, innerlicher Angliederung damals Königtum und Administration ebenso wenig wie Volkstum und Kirche genügende Kräfte besaßen. Das Scheitern der Auseinandersetzung mit Byzanz wegen Unteritalien unter Otto II. (973—983) führte sofort den völligen Verlust aller slavischen Eroberungen herbei. Nicht einmal frühere Grenzen können behauptet werden. Trotzdem geht Otto III., unter Vernachlässigung Deutschlands, unausführbaren Weltherr-

schaftsideen als Ausfluß seiner Kaiserlichen Würde nach. Die Herrschaft über Rom und das Papsttum geht für ein halbes Jahrhundert verloren. Und der aussichtsreiche Versuch Konrads II. (1024—1039) einer wirklichen Verschmelzung Italiens mit Deutschland durch Verbindungen der auch in Deutschland seine vornehmste Stütze bildenden Laienaristokratie, blieb durch die schwächliche und klerikale Politik seines Sohnes Heinrich III. (1039—1056), der das politische Erbe des Vaters in wenigen Jahren erschöpfte, nur eine Episode. So konnte nach wie vor die Herrschaft südlich der Alpen nur durch die kriegerischen Kräfte Deutschlands, die dadurch dringenderen einheimischen Aufgaben nur zu oft entzogen wurden, in immer neuen Heereszügen aufrecht erhalten werden. Nur unvollkommen war schon bis dahin die Hierarchie den Erwartungen, auf denen die von Otto inaugurierte Politik beruhte, gerecht geworden.

Und nun erhob sich erst mit dem Anspruch der Gleichberechtigung, bald auch der Überordnung, die universale geistliche Gewalt des Abendlandes, das römische Papsttum, getragen von dem vom Kloster Cluny ausgegangenen neukirchlichem Geiste lebendiger Kirchlichkeit, aktionsfähig gemacht durch die kurzsichtige Begünstigung oder Duldung hierarchischer Ansprüche und päpstlicher Machtstellung durch Heinrich III. Gewiß traf dieser Kampf der kirchlichen Gewalten alle Gebiete der Rom anhängenden Christenheit, aber keine so sehr wie Deutschland, weil sein Herrscher mit seiner imperialen Stellung und seiner Oberhoheit über die Kurie die besondere Bekämpfung von seiten des Papsttums von Anfang an herausforderte. Und schon die erste Phase des großen, mit wenig Unterbrechungen bis zum Sturze des Imperiums zwei Jahrhunderte erfüllenden Kampfes mußte in der Bekämpfung der Simonie, in der Forderung des Coelibats und mit dem Verbote der Laieninvestitur infolge der durch die ottonische Politik geschaffenen Verflechtung der Kirche mit dem Staate sich in stärkster Weise speziell gegen Deutschland richten. Der Beginn dieses Kampfes, der in der Person Gregors VII. (1073—1085) vornehmlich verkörpert erscheint, nach dem im Mittelpunkte des Streites stehenden Objekt als Investiturstreit bezeichnet wird und mehr als ein halbes Jahrhundert erfüllt, fällt in die Zeit, in der Deutschland durch eine vormundschaftliche, von den Großen umstrittene Regierung von inneren Wirren erfüllt ist. Naturgemäß schließen sich die Elemente fürstlicher, stammesmäßiger, kirchlicher Opposition zusammen. Trotz äußerer Demütigung in Canossa (1077) behauptet sich in unermüdlichem Kampfe Heinrich IV. (1056—1106) gegen Kirche und Gegenkönige in Deutschland siegreich, und sein starker Sohn Heinrich V. (1106—1125) bewahrt im Wormser Konkordat eine ausreichende Macht über die deutsche Kirche, während die Herrschaft südlich der Alpen zunächst nur nominell erhalten bleibt. Dieser Kampf mit der Kirche aber hat dem Königtum die Kraft genommen, die sächsische Opposition völlig zu brechen. Erst mit der Erhebung ihres Führers Lothar zum Könige (1125—37) erscheint sie überwunden.

Begreiflich doch, daß solche Kampfeszeit nicht ohne Erschütterung der staatlichen Grundlagen blieb, sobald schwache Herrscher, wie Lothar und Konrad III. (1138—52), auf dem Throne saßen.

Dann aber führt die Politik der Staufer in drei weiteren Generationen das mittelalterliche Imperium und die deutsche Geltung zur größten Höhe und in ihrer Überspannung zur Katastrophe, in die auch Deutschland hineingerissen wird. Gestützt auf die persönliche Treue und politische Übereinstimmung Heinrichs des Löwen, des Herzogs von Bayern und Sachsen, und die Entwicklung von Reichsgut und Hausmacht durch die staufische Ministerialität — so ohne Mühe in Deutschland den Frieden wahrend — beginnt Friedrich I. (1152—1190), getragen von der Unterstützung der wichtigsten Kirchenfürsten, erfolgreich den Kampf gegen Lombarden und Papst, der nach mancherlei Rückschlägen mit einem völligen Siege von Königtum und Kaisermacht endet und in der Lösung der unteritalischen Frage seinen Höhepunkt findet, als Friedrich, durch die Vermählung seines Sohnes mit der Erbin des sizilischen Königreichs, der Kurie den seit Nikolaus II. (1059—61) immer wieder gegen den Kaiser ausge-

spielten Rückhalt raubt. In Deutschland freilich muß Friedrich der Unterstützung seiner Bischöfe Heinrich den Löwen opfern. Aber dessen Sturz kann das größte Werk des deutschen Mittelalters, die Eroberung, Kolonisation und Germanisation der Lande östlich der Elbe, das Werk von Fürsten und Volk, die jetzt dazu reif sind, nicht aufhalten. Damals ist der Schauplatz deutschen Lebens verdoppelt und durch den deutschen Orden im 13. Jahrhundert bis nach Preußen getragen worden.

Die kurze Regierung Heinrichs VI. (1190—1197) zeigt, wohin die Verwirklichung imperialer Ideen für Deutschland führen muß. Erst sein Sohn kann nach dem Bürgerkrieg, der auf Heinrichs Ende folgt, diese imperialen Pläne wieder aufnehmen und erweitern. Für Friedrich II. (1212—1250) rückt der Schwerpunkt seiner Herrschaft in die Mittelmeerwelt, Deutschland als Grenzgebiet tritt zurück und nur um den Preis weitgehender, notwendige Herrschaftsrechte preisgebender Privilegien vermag er hier seine Herrschaft zu behaupten. Der Kampf gegen die Kurie, die in diesem über kirchliche Einseitigkeit hinaus gewachsenen, wahrhaft kaiserlichen Herrscher ihren Todfeind sieht, macht den Inhalt seines Lebens aus. Ehe die Entscheidung fällt, aber unüberwunden, ist Friedrich vorzeitig dahingerafft. Niemand vermag die Erbschaft zu behaupten, das Imperium fortzusetzen.

Mit dem Tode Friedrichs II. und dem Ende des staufischen Hauses ist es aber auch um die Machtstellung des Deutschen Reichs und Volks geschehen. Fremde Herrscher tragen, wenn auch nur dem Namen nach, die deutsche Königskrone. Im Innern herrscht völlige Auflösung, nach außen Ohnmacht. Auf den Trümmern der Königsmacht erheben sich, gestützt auf die Privilegien, die ihnen zur Verfolgung ihrer imperialen Pläne die Herrscher seit dem Ende Heinrichs VI. glaubten zugestehen zu müssen, die territorialen Gewalten, fürstliche und städtische, geistliche und weltliche. Innere Kämpfe, wesentlich nur dynastische Kämpfe, erfüllen in den nächsten zwei Jahrhunderten vor allem den Süden Deutschlands. Die Verfügung über das Königtum gerät in die Hand einer kleinen Zahl von Fürsten, der Kurfürsten, die ihre Wahlstimme zur Gewinnung eigener Machtsteigerung — die geistlichen zumal, die Erzbischöfe von Mainz, Köln und Trier — oft genug rücksichtslos ausnützen. Sie trachten mit Erfolg danach, eine Vererbung der Krone in einem Hause, die unentbehrliche Voraussetzung jeder Macht- und nationalen Politik, möglichst zu hindern. Dem Königtum fehlte auf lange Zeit die überragende Macht, die im Innern Friede und Ordnung gebieten und durchführen, nach außen die Kraft des Volkes, die Macht des Reiches zur Geltung bringen kann.

Wohl bleibt der Anspruch des deutschen Königs auf die Kaiserkrone und die Herrschaft in Italien bestehen. Aber über die Würdigkeit des Königs zur Kaiserkrönung maßt sich der Papst die Entscheidung an, und die italienischen Machthaber und Kommunen empfinden die Herrschaftsansprüche des deutschen Königs als unwillkommene Freundschaft. Nur im Ringen gegen Rivalen im eigenen Lande lassen sie sich, wenn er gelegentlich noch mit Heeresmacht über die Alpen kommt, seine Unterstützung gefallen oder rufen sie an. Wohl versuchen noch einzelne Herrscher, in romantischer Verkennung der gewandelten Zeiten, den alten Traum kaiserlicher Machtfülle und Vormachtstellung im Kampfe auch gegen das Papsttum zu erneuern; nur zu bald wird die Vergeblichkeit solcher Bestrebungen offenkundig. Und zu Unrecht hat alte und neue Geschichtschreibung um das Haupt von Herrschern wie Heinrich VII. (1308/13) und Ludwig der Bayer (1313/47) deswegen einen nationalen Schimmer gebreitet. Alle Voraussetzungen für eine nutzbringende Einsetzung deutscher Kräfte in solche Unternehmungen waren nicht vorhanden.

Außerhalb Deutschlands, im Westen und im Osten, ebenso wie südlich der Alpen gehen Fürsten und Völker ihre eigenen Wege. Nationale Königsgewalten erheben sich zu immer größerem Ansehen. Von der Anerkennung einer übergeordneten Stellung, oder gar einer Lehnshoheit des deutschen Herrschers, ist nicht mehr die Rede. Als der universale Gebieter im Abendlande tritt das Oberhaupt der Kirche, der römische Papst auf: er zählt stolz die Fürsten und Völker auf, die ihr Land vom Papst in Rom zu

Lehen tragen, ihm den Lehnszins schuldig sind. Er greift kirchlich und politisch in alle Länder ein, und in steigendem Maße fließen ungezählte Summen für kirchliche Vergünstigungen und als kirchliche Abgaben an die Kurie, die fast ein Jahrhundert durch die ränkevolle Klugheit König Philipps des Schönen in Avignon ein Werkzeug französischer Politik ist.

Alle die großen Machtverschiebungen, die das 14. und 15. Jahrhundert auf dem Boden Europas erfüllen, vollziehen sich im wesentlichen, ohne daß das Deutsche Reich und der deutsche König darauf eine Einwirkung, eine Geltendmachung ihrer Interessen auszuüben vermögen. Nur an einem Punkte zeigt sich eine glänzende Ausnahme, auf die mit berechtigtem Stolze nationale Erinnerung bis auf unsere Tage immer wieder gern den Blick zurücklenkt. Längst sind nicht nur durch die politischen Bestrebungen der Herrscher, sondern auch infolge der Verschiedenheit ihrer wirtschaftlichen Interessen und nun seit dem 13. Jahrhundert ihrer politischen Struktur der nördliche und der südliche Teil unseres Vaterlandes verschiedene Wege gegangen. Während die süddeutschen Städte, meist als Reichsstädte die Rivalen der Territorialgewalten, in steigendem Maße den Anschluß an den blühenden Handel des Mittelmeergebiets finden, damit Reichtum und Macht gewinnen, aber politisch im Kampfe mit den hier solidarisch gegen den gemeinsamen Gegner zusammenhaltenden Fürsten nicht über ein begrenztes Gebiet hinaus gelangen, vollzieht sich im Norden durch die in der Hansa geeinten deutschen Städte eine großartige, zugleich wirtschaftliche und politische Entwickelung. Vom äußersten Ostrande der Ostsee bis nach Flandern hin, von der Küste bis weit ins Binnenland hinein, gleichgültig ob Reichsstädte oder unter der Gewalt eines Landesherrn, ohne feste Verträge und doch in einer leistungsfähigen Organisation zusammengeschlossen, beherrschen sie nicht nur den ganzen großen internationalen Handel im nördlichen Europa, nicht nur Einfuhr und Ausfuhr der eigenen Gebiete, sondern sie sind die Vermittler des ganzen Seehandels von Rußland bis nach England und an die atlantische Küste Frankreichs. In Nowgorod und Wisby, in Bergen und Brügge und im Stahlhof zu London residiert der „deutsche Kaufmann". Und vermöge seiner wirtschaftlichen Macht und um diese Macht zu erhalten, gewinnt die Hanse in schwerem, aber erfolgreichem Ringen auch eine politische Machtstellung sondergleichen in den nordischen Reichen, bis zur Verfügung über die Kronen.

Nicht das Reich, die Organisation des Volkes, nicht das Königtum hat daran einen Anteil. Königsmacht reicht soweit, wie die eigene Macht, die Hausmacht des Herrschers, sich erstreckt. Sie zu wahren, ist eine der vornehmsten Bestrebungen und zugleich Pflichten des Königtums, um seinen Aufgaben gerecht werden zu können. Nur im Ringen mit den rivalisierenden Fürstengeschlechtern kann das geschehen, durch glückliche Familienverbindungen oder im offenen Kampfe. Erbteilungen und Mißgeschick aller Art im Kampfe mit den Fürsten, den geistlichen vor allen, denen die Möglichkeit dynastischen Wachstums abgeschnitten ist, haben mehr als einmal hoffnungsvolle Ansätze, wie sie zuerst in den Plänen Rudolfs von Habsburg (1273/91) und seines tatkräftigen Sohnes Albrecht I. (1398/1308) sich zeigen, wieder zunichte gemacht. Auch Karl IV. (1348/1376) hat die große, zukunftverheißende Macht, die er bis nach Norddeutschland hin (Brandenburg gehört 1366/1415 seinem Hause), gerade auf der durch die neue Entwickelung des osteuropäischen Staatensystems besonders gefährdeten Seite des Reichs, zusammengebracht oder doch angebahnt hatte, nicht zusammenzuhalten vermocht. Und die verheißungsvolle Stunde, da das Königtum vielleicht zum letzten Male im Bunde mit den Städten des Fürstentums, zunächst im Süden, hätte Meister werden können, hat sein unfähiger Sohn Wenzel (1376/1400) nicht zu erkennen oder doch nicht zu ergreifen verstanden.

So geht seit dem Ende des 14. Jahrhunderts der Zerfall des Reichs, das Versagen der Reichsorgane unaufhaltsam weiter. An den Grenzen, im Westen zumal im Bereiche romanischen Sprachtums und unter der Einwirkung der seit dem 13. Jahrhundert begonnenen, durch den großen Kampf mit England nur vorübergehend gehemmten

Erhebung des französischen Staatslebens, vollzieht sich eine langsame, aber ununterbrochene Ablösung deutschen Gebietes, die nicht durch germanisatorische oder politische Ausdehnung über das hinaus, was im 12. und 13. Jahrhundert gewonnen war, aufgewogen wird.

Auch die Stellung, die in den Anfängen der konziliaren Bewegung, dem Versuche einer Reform der kirchlichen Hierarchie und Ordnungen und einer Befreiung der Völker von kirchlicher Ausbeutung, Kaiser Sigismund (1410—1437), der letzte Sohn Karls IV. einzunehmen versucht hat, als unter seiner Leitung das Konzil auf deutschem Boden in Konstanz tagte, konnte über die Kluft zwischen den auf eine tote Vergangenheit aufgebauten Ansprüchen und der Unzulänglichkeit der eigenen Tage auf die Dauer nicht hinwegtäuschen. Im eigenen Bereiche ist König und Volk außer Stande, die im Hussitentum verkörperte Auflehnung gegen kirchliche und politische Gemeinschaft niederzuringen.

Neue Gefahren nahen von außen und beginnen weitere Teile deutschen Landes abzureißen, deutsche Dynasten aus ihren Erwerbungen zu verdrängen. Im Osten hat sich am Ende des 14. Jahrhunderts die große litauisch-polnische Macht gebildet: sie gibt im 15. Jahrhundert in Böhmen und Ungarn, dem luxemburgisch-habsburgischen Erbe, jagellonische Herrscher. Im Westen erhebt sich in märchenhafter Schnelligkeit und Machtentfaltung, mehr noch auf Kosten deutschen als französischen Bodens, von dem es ausgegangen, das vielbewunderte Königreich Burgund (1363—1477). Gleichzeitig haben vom Südosten her die Wogen des Islam die deutschen Grenzen erreicht, nach völliger Überwindung des byzantinischen Reiches im Begriff, zu neuem Ansturm auszuholen.

Und schon hat eine neue Phase großer europäischer Politik mit dem Einbruche Karls VIII. von Frankreich in Italien (1494) begonnen, durch die auch Deutschland und das deutsche Volk in Mitleidenschaft gezogen wird. Es ward von bestimmender Einwirkung, daß in jenen Tagen Maximilian I. (1493–1519), damals der einzige Regent und Vertreter aller habsburgischen Besitzungen und Ansprüche von Ungarn bis nach Italien und ins Elsaß und für seinen Sohn Philipp, den Sproß seiner Ehe mit Maria von Burgund, der Inhaber des im Kampfe gegen Frankreich behaupteten Erbes Karls des Kühnen († 1477), die Krone des Reichs trug und nach der Kaiserkrone strebte. Imperiale Erinnerungen und habsburgische Interessen trieben ihn und durch ihn das offizielle deutsche Reich, nicht seine einzelnen Glieder, immer wieder mit unzulänglichen Mitteln und mit phantastischen Plänen in diese großen Kämpfe, die ersten internationalen Konflikte im Bereiche europäischer Politik hinein.

Vielleicht ist es in dieser Zeit einer großen internationalen Krise doch auch von entscheidender Wichtigkeit nicht nur, sondern geradezu eine Frage der eigenen Existenzbewahrung gewesen, daß in dem habsburgischen Staatsgebilde überhaupt eine politische Macht vorhanden war, die in der Person Maximilians nicht ohne nationalen, wenn auch vielfach phantastischen Schwung, und zum guten Teil aus habsburgischem Eigeninteresse doch auch ein Interesse an der Erhaltung des Deutschen Reiches hatte.

Daß in einer solchen Zeit zumal dieses in all seinen gemeinsam zu leistenden Funktionen versagende Reich neuer Ordnungen bedurfte, war allgemein klar. Begreiflich, daß nun bei den Versuchen einer Reichsreform die aristokratisch-ständischen Interessen der Fürsten, der Kurfürsten zumal, und die monarchischen Tendenzen des Königs zusammenstießen. Um so mehr begreiflich, als die Bemühungen des Königs nur zu unverhüllt zugleich habsburgischen Bedürfnissen zu dienen bestimmt waren. Dieses Ringen in inneren Gegensätzen, das schon die letzten Jahrzehnte des 15. Jahrhunderts erfüllt, hindert naturgemäß die genügende Vertretung wie deutscher so auch habsburgischer Interessen an allen Enden. Zugleich geht die Periode politischer Vorherrschaft deutscher Interessen, wie sie die Hansa begründet hat, mit der politischen und wirtschaftlichen Emanzipation Englands zuerst, dann auch der nordischen Reiche ihrem Ende entgegen, und auf deutschem Boden fehlt jetzt eine nationale Macht, die

hier, wo habsburgische Interessen nicht unmittelbar in Frage zu stehen schienen, in die Schranken getreten wäre.

In diesem Moment scheint durch zwei, schon in ihrem Eintreten fast zusammenfallende Ereignisse das Geschick des deutschen Volks in neue Bahnen gelenkt zu werden: das Auftreten Luthers und die Wahl des spanischen Königs Karls I., der als ältester Sproß von Maximilians Sohn Philipp der Vertreter der habsburgischen Erbansprüche auf die deutsche Krone war, als Kaiser und deutscher König Karl V. (1519—56).

Man hat oft gesagt und wiederholt es noch immer, daß die Reformation es verschuldet habe, daß das deutsche Volk konfessioneller Spaltung und damit blutigen Kriegen und politischer Schwächung verfallen sei. Demgegenüber muß das geschichtliche Urteil betonen, daß bei anderer persönlich-kirchlicher Stellung Karls V. und selbst nach seinen Kämpfen gegen den Protestantismus ohne die gewaltsame Rekatholisierung durch die Fürsten des habsburgischen und wittelsbachischen Hauses und das auf diese Fürsten als Spitzen der alten Kirche angewiesene und von ihnen nur im eigenen Interesse geschätzte geistliche Fürstentum das deutsche Volk bis auf unbedeutende, belanglose Reste im Laufe des 16. Jahrhunderts sich aller Voraussicht nach völlig von Rom kirchlich und damit auch politisch losgelöst hätte. Daß sich der deutsche Protestantismus im Kampfe gegen Karl V. trotz der schweren, wenn auch selbstverschuldeten Niederlage im schmalkaldischen Kriege (1546/47) behaupten konnte, verdankt er nicht zum wenigsten dem weitumfassenden, universalen Streben dieses Beherrschers einer Macht, wie sie seit den Tagen des römischen Imperiums nicht in einer Hand vereinigt gewesen war, jenem Streben, das Karl in immer neue auswärtige Kämpfe, mit Frankreich und mit dem Papste selbst, verwickelte. Der spanischen Vorherrschaft, die mit den Plänen Karls und gar einer Nachfolge Philipps II. von Spanien Deutschland bedrohte, vermochten die deutschen Fürsten sich zu erwehren. Ihr Sieg im Passauer Vertrage 1552 und Augsburger Religionsfrieden 1555 bedeutet zugleich ein Unterliegen der monarchischen Tendenzen jener Reichsreformbestrebungen, die von den Tagen Maximilians her den kirchlichen und kirchenpolitischen Kämpfen zur Seite gegangen waren. Die hier erreichte Stärkung der Fürstenmacht — nicht der kurfürstlichen Oligarchen, wie sie einst der Vorkämpfer der Reform unter Maximilian, Berthold von Henneberg, Kurfürst von Mainz, angestrebt hatte — mußte zumal im Kreise der weltlichen Fürsten und Stände, von denen die große Mehrzahl der neuen Lehre anhingen, zu immer weitergehender Steigerung dieser Selbständigkeit führen, je mehr nach dem Tode Maximilians II. (1564—1576) die habsburgischen Herrscher im Vereine mit der in Trient restaurierten Kurie eine Gleichsetzung von kaiserlicher Macht und katholischer Restauration solche Steigerung im nationalen Interesse geradezu notwendig machten.

So bedeutet die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts mit ihren, wenn auch nicht kriegerischen, so doch auch nicht ohne Gewaltsamkeiten verlaufenden Kriegen um kirchliche und politische Gegensätze, die durch die inneren Konflikte und Kämpfe der protestantischen Richtungen noch verschärft und verhängnisvoller werden, eine Zeit zunehmender Auflösung und Schwäche im Innern und gleichzeitig naturgemäß der Ohnmacht nach außen. Von wenigen, nicht sehr bedeutungsvollen Einzelversuchen deutscher Fürsten abgesehen, sieht das deutsche Volk und Reich als innerlich wohl bewegter, äußerlich teilnahmsloser Kämpfer dem großen, weltgeschichtlichen Ringen in den westeuropäischen Ländern zu, in dem sich gegen die Macht Roms und Philipps II. in Holland und England der Protestantismus in eigener, von den deutschen Formen sich unterscheidender Art, in Frankreich ein nationales, den Protestantismus in gewissen Grenzen in sich aufnehmendes Königtum durchsetzt. Hier an den Gestaden des Meeres, die jetzt durch die Entdeckungen und Schätze in neuen Welten eine ungeahnte Bedeutung gewinnen, erheben sich alte und neue, Rom entgegengesetzte Mächte, die bereit sind, im eigenen Interesse auch in die Wirrnisse deutschen Lebens einzugreifen.

Nur in kriegerischer Entladung konnte die Spannung, zu der politisch und kirchlich die Verfassungsorgane und damit die Grundlagen für die Existenz der Gesamtheit

ergreifend, die Gegensätze sich verschärft hatten, gelöst werden. So brach ein Dreißigjähriger Krieg über Deutschland herein. Fast schien es am Schlusse seiner beiden ersten Phasen, nach der Niederwerfung der habsburgischen Länder und ihres Protestantismus und der Vertilgung des pfälzischen Führers der kirchlichen und weltlichen Opposition, als ob der Protestantismus unweigerlich seinem Ende entgegen gehe und kaiserliche Macht als katholische Restauration triumphieren würde. Der Versuch, der doch an die Person Wallensteins angeknüpft werden muß, kaiserliche Herrschaft frei von klerikaler Ausschließlichkeit zu begründen, fiel erst unter der Einwirkung der deutschen katholischen Fürsten, dann endgültig durch spanischen Einfluß zu Boden.

Rettung aber kam dem deutschen Protestantismus und damit zugleich naturgemäß der ständischen Freiheit durch das Eingreifen des Auslandes: zunächst Gustav Adolfs, dann auch Richelieus. In jahrelangen Kämpfen auf deutschem Boden, mit deutschem Blute zum guten Teil, nur vorübergehend unter meist zaghafter, selten beherzter (Bernhard von Weimar, Hessen-Cassel) Teilnahme deutscher Fürsten zeigt sich, daß der Kaiser und die katholischen Waffen außerstande sind, ihr Ziel, die Vernichtung des Protestantismus, zu erreichen. Er bleibt, abgesehen von den österreichischen Erblanden, in denen noch über die Bestimmungen des westfälischen Friedens hinaus die österreichische Politik die Ergebnisse der katholischen Restauration behauptet, in dem Umfange erhalten, den er nach den ersten Siegen über Kurpfalz und dessen Anhänger besessen hatte. Die Souveränetät der Stände, nicht formell ausgesprochen, war doch das tatsächliche Ergebnis, nachdem ihnen in weitestgehendem Maße das Recht zum Abschluß von Bündnissen und damals und weiterhin den größeren unter ihnen Unabhängigkeit von kaiserlicher Gerichtsherrlichkeit zugesagt war. Geringfügig waren die militärischen und finanziellen Leistungen an das Reich und nur zu oft vom guten Willen der Stände abhängig.

Noch sprach man, in seltsamen geschichtlichen Vorstellungen seit dem 15. Jahrhundert von einem Heiligen Römischen Reich deutscher Nation, aber es war kaum mehr als ein geographischer Begriff. Mochten sich die Staatsrechtslehrer jener Tage über die Rechtsnatur dieser Monstrosität streiten, ob sie eine Monarchie oder Aristokratie sei, oder einen ganz einzigartigen Typus darstelle. Weder im Innern noch nach außen hatte es ein lebendiges, geschichtliches, d. h. handelndes Dasein. Immer mehr verblaßte seine Geltung neben dem aufsteigenden Ruhme der neuen europäischen Vormacht Frankreichs, des Frankreich, das als Großmacht Heinrich IV., Richelieu, Mazarin geschaffen, das seine Erfolge im westfälischen (1648) und pyrenäischen Frieden 1659 — hier Spanien, das im Kampfe für die katholische Restauration erschöpfte, zu verdienter Demütigung bringend — festgelegt hatte, das nun in der Person Ludwigs XIV. dem Höhepunkt seiner Geltung in Kultur und Politik in einer Expansionspolitik zuletzt bis über seine Kraft hinaus zustrebte.

In unsäglicher Verwüstung, Verwilderung, Verarmung war das deutsche Volk und Land aus jenem greuelvollen, ein Menschenalter währendem Kampfe hervorgegangen. Seine erste Aufgabe in jahrzehntelanger Arbeit war die Heilung der Wunden, die Wiederherstellung von Haus und Flur, die allmähliche Wiederbevölkerung eines verödeten Landes. In einsichtsvoller Pflege haben Landesfürsten und Obrigkeiten, im eigenen Interesse schon, sich dieser Pflichten angenommen. Aber darüber hinaus: das Leben unseres Volkes, seine politische Geltung vor allen Dingen, liegt von da ab nicht mehr im Reich, bei der Gesamtheit, sondern in den einzelnen Territorien. Damit ist bei der unendlichen Zersplitterung in kleine und kleinste Gebilde, wie sie namentlich der Süden und Westen unseres Vaterlandes aufweisen, die zur Entfaltung von Macht und politischen Willen unfähig waren, ein großer Teil unseres Volkes, solange nicht neue Formen seines Daseins gefunden sind oder eine machtvolle Hand, deutsche oder fremde, diese Trümmer zusammenzwingt, zu politischer Ohnmacht und — solange nicht große geistige Anregungen von ihnen ausgehen, die im Schatten fremder politischer Kraft erwachsen können — zu geschichtlicher Bedeutungslosigkeit verurteilt. Nur die

Hand derjenigen Staaten, die Macht bedeutet, erhält ihr scheinhaftes Dasein. Versuche von reichsständischen Bündnissen erweisen sich bald, erst recht in der Anlehnung an die begehrliche Macht Frankreichs, als ohnmächtig und mit den partikularen Interessen der Einzelnen wie der Gesamtheit, wie sie Bedrohung von außen gelegentlich wachruft, unvereinbar.

An der Spitze des Reiches steht äußerlich in pomphafter Majestät, mehr noch nach traditionell spanischem als französischem Muster, wie es die Kleinen und bald die Kleinsten unter dem Fürsten zu kopieren suchen, der von den Kurfürsten erwählte Kaiser, nach wie vor aus dem Hause Habsburg. Wohl hat Mazarin vorübergehend daran gedacht, seinem Könige Ludwig XIV. die Kaiserkrone zu verschaffen (1658), aber im Ernste war das doch ebenso unmöglich, wie nach dem Tode Karls VI. († 1740) das wittelsbachische Kaisertum von Preußens und Frankreichs Gnaden. Gegen die Habsburger vermochte niemand die Krone zu tragen, die doch dem Habsburger selbst mehr Ansehen als Macht zubrachte. Kaiserliche Restaurationspolitik hat man in Wien nach Scheitern der ferdinandeischen Versuche mehr als ein Jahrhundert, von kleinen mißlingenden Anläufen in den ersten Jahren nach 1648 abgesehen, nicht mehr getrieben. Die alten damals preisgegebenen Stammlande im Elsaß wiederzugewinnen, hat man ernsthafte Versuche nicht mehr gemacht. Nicht aus deutschem Interesse, sondern aus habsburgischen Großmachts- und Hausinteressen heraus, nimmt Kaiser Leopold (1658—1705) immer aufs neue, durch Ludwig XIV. fast wider Willen gezwungen, den Kampf gegen die Bourbonen auf, ohne volle Kraft und ohne hinreichenden Erfolg: trotz kluger Mahnungen fehlt in der Hofburg das volle Verständnis für die politische Situation, wie sie Ludwigs Einbruch in die spanischen Niederlande 1667, der Überfall Hollands 1672, schuf. Der Friede zu Nymwegen 1679 besiegelt für Frankreich die Erwerbungen an Deutschlands Westgrenze und bedeutet eine neue Demütigung von Kaiser und Reich.

Man wird nicht vergessen dürfen, daß eben in jenen Tagen noch einmal die große Türkengefahr gegen das Habsburgerreich heranzog. Als aber 1683, wie einst 1529, sich dieser Angriff an den Mauern von Wien gebrochen hatte, richtete sich die hier an ihrem Platze befindliche Kraft der habsburgischen Lande, vom Reiche unterstützt, nach Osten: in ruhmreichen Siegen, deren Erinnerungen noch heute nicht erloschen sind, von Slankamen bis Zenta, bis Peterwardein und Belgrad gewinnen Prinz Eugen und seine Nachfolger, deutsche Fürsten und österreichische Heerführer, die weiten Gefilde Ungarns bis nach Siebenbürgen und Belgrad für die Habsburgische Herrschaft (Friedensschlüsse von Carlowitz 1697 und Passarowitz 1718). Damit aber ist ein neues Österreich erstanden, ein Donaureich, dessen Völker nur zum kleineren Teil noch dem deutschen Sprachstamme angehören, dessen politischer Schwerpunkt sich aus dem Reiche heraus verschiebt. Das bleibt noch verborgen, solange im Reiche selbst nicht ein anderer Staat vorhanden ist, dessen Kraft innerhalb des Reichsrahmens sich nicht mehr betätigen kann, der Willens ist, selbst eine europäische Macht wie Österreich, aber auf rein deutscher Basis zu sein.

Diese Macht und dieser Augenblick war da, als Friedrich der Große 1740 König in Preußen wurde und, die Gunst des Moments benutzend, die Abrechnung mit dem österreichischen Staat und Kaisertum begann. Daß Friedrich diesen Kampf zuerst mit Österreich, dann gegen die Allianz der drei kontinentalen Großmächte siegreich bestand, daß er erst Schlesien, dann Westpreußen seinem Staate hinzuzufügen vermochte, begründete den Anspruch des preußischen Staats auf die politische Führung in Deutschland.

Ein Territorialstaat wie andere war das märkische Gebiet, das einst Sigismund 1415 dem hohenzollernschen Burggrafen von Nürnberg übertragen hatte. Seine Gebieter, mit der Beugung einheimischer Unbotmäßigkeit und der Verfolgung dynastischer Interessen beschäftigt, haben lange Zeit in den Reichsangelegenheiten eine geringe Rolle gespielt; spät und zögernd öffnet sich das Land der Reformation und im Dreißigjährigen Kriege bringt die politische Unfähigkeit Georg Wilhelms seine Herrschaft an den Rand des

Untergangs. Neben den Wittelsbachern und Sachsen, ja neben den Welfen, standen die Brandenburger eher an zweiter Stelle.

Aber schon waren die ersten Voraussetzungen für eine größere politische Stellung gegeben: der Anfall des Herzogtums Preußens im Osten, der Cleveschen Lande am Niederrhein: jetzt wurde der brandenburgische Kurfürst aufs empfindlichste von allen den großen Welthändeln, die im 17. und 18. Jahrhundert den Westen und Nordosten Europas erfüllen, unmittelbar berührt. Um sich zu behaupten schon galt es, dazu Stellung zu nehmen, d. h. Macht in die Wagschale zu werfen. Das hat der Große Kurfürst (1640—1688) erkannt und getan. Mit sicherer Hand hat er, oft die Wege und Freunde wechselnd — nicht aus Unzuverlässigkeit, sondern infolge der Unzulänglichkeit eigener Macht —, im Großen seiner Politik von Anfang an die gleichen und richtigen Ziele gesteckt: Zusammenfassung aller Mittel der verschiedenen Territorien in der Hand des Landesherrn, Unterordnung des Beamtentums und Schaffung eines nur dem Landesherrn unterstehenden Heeres, aktive Teilnahme an den großen politischen Vorgängen. Nicht alles ist ihm gelungen, aber wesentlich gestärkt, achtunggebietend, räumlich vermehrt um die Erwerbungen des Westfälischen Friedens und souveräner Herr in Preußen, so hat er seine Lande hinterlassen. Als Vorkämpfer, zugleich eigener und deutscher Interessen tritt er gegen Ludwig XIV. in die Schranken. Im Kampfe gegen die Schweden, von Fehrbellin bis ans Kurische Haff, hatte seine Kriegsmacht sich wider eine der Großmächte jener Tage bewährt. Das Erbe des Vaters setzt Friedrich (III.) I. (1688—1703) in den weiteren Kriegen gegen Ludwig XIV. mit ruhmreichen Erfolgen ein und die Erwerbung der Königskrone bringt neue Aufgaben: den Ausgleich von Ansprüchen und Leistungen. Dazu bedarf es nach den Kriegsstürmen von mehr als einen Vierteljahrhundert (1689/1720) einer Zeit äußerer Ruhe und innerer Sammlung. Nachdem ihm der Nordische Krieg die Odermündung gebracht, ist Friedrich Wilhelms (1713—1740) ganze unablässige Tätigkeit der Arbeit an der inneren Entwicklung seines Staats gewidmet. Jetzt erst gewinnt die königliche Macht ihre volle Geltung über den Ständen, wird Adel und Beamtentum, werden bürgerliche Berufe und Bauernarbeit dem über allem stehenden Staat, seiner Machtentfaltung, d. h. in erster Linie der Armee, dienstbar gemacht. Hart und rauh, aber nicht aus Egoismus, sondern in tiefster Erfassung seiner fürstlichen Pflicht, hat Friedrich Wilhelm seinem Volke Ordnung und Zucht, Pünktlichkeit und Pflichterfüllung aufgezwungen, hat er sie, Hoch und Niedrig, eingewöhnt, so sehr, daß noch der neupreußische Staat unserer Tage mannigfache Züge seiner Arbeit trägt.

Die äußere Macht seines Staates zu mehren, für bedrohte Machtansprüche das Schwert zu ziehen, hat er, dessen Name unsere Zeit mehr als frühere Epochen mit Dankbarkeit nennt, dem größeren Sohne überlassen.

Durch die Siege und Erfolge erst der Schlesischen Kriege, dann des Siebenjährigen Krieges, hat Friedrich der Große (1740—1786) den preußischen Staat in die Reihe der europäischen Großmächte eingeführt. Sein Land und Volk in dieser Stellung zu erhalten, durch diplomatische Wachsamkeit und innere Kräftigung, ist er in der zweiten Hälfte seiner Regierung mit Erfolg bemüht gewesen. So gab es seit der Mitte des 18. Jahrhunderts, im Rahmen des Reichs und doch beide darüber hinausgreifend, zwei europäische Großmächte, neben denen die Ohnmacht und politische Bedeutungslosigkeit der übrigen Teile Deutschlands nur um so stärker hervortrat. Um so mehr noch, da von den größeren Territorien Hannover seit der Thronbesteigung Georgs I. (1714) eine Dependenz Englands, Sachsen seit August II. an Polen gekettet, das wittelsbachische Haus seit dem gescheiterten Kaisertum Karl Alberts in zunehmende Bedeutungslosigkeit versunken war.

Die Gegnerschaft der beiden deutschen Großmächte, welche die Tage Maria Theresias (1740—80) überdauerte, beide Mächte in entgegengesetzte Gruppen der großmächtlichen Gleichgewichtsgruppierungen trieb, machte eine einheitliche Vertretung deutscher Interessen zur Unmöglichkeit. Die deutsche Geschichte steht für ein

Jahrhundert im Zeichen des Dualismus. Noch bestanden die alten Formen des Daseins schattenhaft und kraftlos weiter. Und doch gab gerade ihre Erhaltung den aus den kleinstaatlichen Gebilden bestehenden Teilen unseres Volkes, und ihren Regenten der äußere Fortbestand inhaltloser, staatsrechtlicher Reform eine gewisse Gewähr ihrer Existenz. Freilich nur solange nicht eine der beiden Großmächte an eine Lösung der „Deutschen Frage" ging. Das hat in hastigem Anlauf vom habsburgischen Interesse aus Joseph II. versucht: seine Bestrebungen zur Geltendmachung kaiserlicher Rechte und zum Austausch der aus der Liquidation der spanischen Erbschaft erworbenen Niederlande(-Belgien) gegen Bayern bedeuten, ebenso wie die Bemühungen und die geistige Befreiung seiner Völker von der traditionellen Führung durch die römische Kirche den wohlbegründeten Versuch, Österreich wieder stärker in Fühlung mit Deutschland zu bringen: die notwendige Voraussetzung einer österreichischen Hegemonie über Deutschland. Gegen diese Bedrohung ihrer reichsständischen Freiheit konnten die deutschen Fürsten nur bei Preußen Schutz suchen und finden. Nicht zur Zertrümmerung, sondern zur Erhaltung der Reichsverfassung diente der unter Friedrichs des Großen Initiative und Ägide begründete Fürstenbund (1785). Denn im Interesse Preußens lag die Bedeutungslosigkeit der Reichsverfassung, so lange Preußen nicht die politische Führung des außerösterreichischen Deutschlands in die Hand zu nehmen willens und fähig war. Das aber war begreiflicherweise, zumal am Ende seines Lebens, nicht Friedrichs Absicht. Und es war die Zeit, mit Erfolg die Lösung dieser Aufgabe anzugreifen, für Preußen damals noch nicht gekommen. Gewiß, weit über die Grenzen seines Staates hinaus, gerade in dem Stilleben des „Reiches" [1]) hatten Friedrichs Taten einen mächtigen Eindruck gemacht, seinen Ruhm empfand man als eine Bereicherung eigenen und deutschen Lebens. Aber man war „Fritzisch", nicht preußisch gesinnt. Noch hatte der preußische Staat, die steigenden Ergebnisse angestrengtester Arbeit auf kärglichen Boden immer wieder auf die Erhaltung seiner Machtmittel, des Heeres vor allem, verwendend, ohne Zeit und Mittel für Pflege von Kunst und geistigen Interesse, dem wirtschaftlichen Leben des übrigen Deutschlands fernstehend, nicht diejenige materielle und ideelle Bedeutung für die Gesamtheit gewonnen, die die unerläßliche Voraussetzung für eine allein führende Lösung der deutschen Frage durch Preußen sein mußte.

Und zunächst wurden über alle Gegensätze hinweg die beiden deutschen Großmächte nochmals von erneutem, bis an den Rand des Krieges getriebenen Konflikt, wie ihn die zu Unrecht von ihrem Urheber als Fortsetzung der friderizianischen Politik angesprochene Diplomatie des Grafen Hertzberg heraufbeschworen hatte (1790), durch die polnisch-orientalische Krisis im Osten, den Ausbruch der französischen Revolution im Westen und durch die romantische, die Wirklichkeiten verkennende Persönlichkeit Friedrich Wilhelms II. (1786—1797) zu gemeinsamem Handeln gebracht. Mit den Mißerfolgen brach diese Gemeinsamkeit über die nicht zu verhüllenden Gegensätze schnell auseinander. Durch den Austritt aus der Koalition im Frieden von Basel (1795) und die großen Erwerbungen polnischen Landes aus der Vernichtung Polens (1793—1795) scheint der preußische Staat — durch unzulängliche Führung in eine unhaltbare Position gebracht, die linksrheinischen Grenzlande preisgebend — die Bedeutung, die er für Deutschland gewonnen hat, freiwillig aufgebend, einen ganz neuen, halb undeutschen Charakter annehmen zu wollen. Tatenlos sieht dieser Staat in trügerischer Selbsttäuschung über seine Geltung zu, wie Österreich, im eigenen Kampfe doch zugleich für Deutschland streitend, im Bunde mit England und Rußland im Kampf gegen das revolutionäre Frankreich unterliegt. Das Deutsche Reich findet widerstandsunfähig sein wohlverdientes, ruhmloses Ende: es verfällt französischer Fremdherrschaft, teils in unmittelbarer Einfügung, teils in der Form des Rheinbundes, in dem Napoleon das wesenlose Dasein der Duodezstaaten mit einigen Federstrichen beseitigend, einige

[1]) So nannte man namentlich die südwestlichen Gebiete des Deutschen Reiches mit ihrer politischen Zersplitterung schlechthin.

wenige größere Gebilde, die süddeutschen Staaten des 19. Jahrhunderts, in formeller Souveränetät, tatsächlich als seine dienstbaren Werkzeuge zusammengefügt hat. Österreich aus Deutschland und Italien verdrängt, für deutsches Leben bedeutungslos, schließlich in schmachvollem Zusammenbruch das isolierte Preußen, jäh und zu spät aus grundloser Selbsttäuschung erwachend, niedergeworfen, über die Elbe zurückgewiesen, der Hälfte seiner Staaten beraubt: das ist das ruhmlose Ende einer langen, selbstverschuldeten Entwickelung. Mit der Höhe geistiger, aber freilich ganz unpolitischer, dem Staats- und Volksleben abgewandter Kultur, fällt die tiefste politische Erniedrigung unseres Volkes zusammen. Es gibt keinen deutschen Staat mehr.

Das Wiedererstehen einer politischen Organisation deutschen Volkslebens ist die Voraussetzung für die Erhaltung und Entfaltung deutscher Kultur. Diese Voraussetzung geschaffen zu haben ist das unvergängliche Verdienst des preußischen Staats. Ohne die Reform dieses Staates und die unvergeßlichen Führer dieser Reform — sie alle Protestanten, meistens von Geburt Nichtpreußen — wäre die Wiederherstellung Deutschlands unmöglich gewesen. Die Erhebung Österreichs 1809, seine Teilnahme an den Kämpfen von 1813—1815 haben die Wiedererhebung des habsburgischen Staats zu einer europäischen Großmacht, die Wiederherstellung des durch Napoleons Übermacht verlorenen europäischen Gleichgewichts zum Ziele. Die Arbeit der preußischen Reformer, der militärischen und bürgerlichen, geht auf die Wiederherstellung des preußischen Staats und preußischer Ehre: aber dieser neue preußische Staat ist nur Vorstufe und Voraussetzung einer neuen deutschen nationalen Einheit. Unklar und phantastisch waren die Vorstellungen, die man, auch die führenden Geister, von den Formen dieser Einheit hatte. Aber eines stand fest: der alte preußische Staat in seiner Gründung auf staatsbürgerliche Ungleichheit, ständische und berufliche Bindung und persönliche Unfreiheit war vernichtet. Seine Unfähigkeit, die unter seinem Schutze erst entwickelten Kräfte in weiterer Entfaltung nutzbar zu machen, hatten, neben völliger Verkennung der Voraussetzungen politischer Geltung, seinen Sturz herbeigeführt.

Im Sturze noch, mitten im Kriege, begann der Aufbau eines neuen auf staatsbürgerliche Gleichheit und persönliche und wirtschaftliche Freiheit aufgebauten Staates, zunächst in den Fesseln und engen Grenzen, die ihm politisch und militärisch der Eroberer gelassen hatte. Vielfach konnte an die alten Grundlagen, an schon begonnene Reformen angeknüpft werden, nicht selten stellte sich die Kraft alter Fundamente dem Neubau störend in den Weg. Aber ein neuer Geist erfüllte das Werk: die Vereinigung altpreußischer Ordnung und Zucht, Pflichterfüllung und Aufopferung mit der Kraft deutscher Bildung und geistiger Kraft: die Versöhnung und Verschmelzung von zwei Elementen unseres Volkslebens, die bisher einander fremd geblieben waren.

Zur Befreiung des ganzen Vaterlandes und seiner Neugestaltung konnten trotz größter geistiger Kraft die materiellen Machtmittel des verkleinerten verarmten, ausgeplünderten Staats nicht ausreichen. Die deutschen Freiheitskriege bedeuten nicht die Selbstbefreiung des deutschen Volks. Die Rheinbundstaaten und ein Teil des deutschen Nordwestens haben, nicht nur durch die Haltung ihrer Regierungen, daran keinen Anteil. Die Befreiung Deutschlands ist im wesentlichen durchaus das Werk des preußischen Volks, des Volks in Waffen und seiner großen, unvergeßlichen Führer. Aber freilich, es gehörte dazu die Mitwirkung der europäischen Großmächte, um Napoleons Machtstellung zu beseitigen und damit die Möglichkeit für die Schöpfung eines neuen deutschen Staates zu gewähren. Und so erhält die neue Bildung nicht die den nationalen Bedürfnissen und Idealen, sondern den internationalen Wünschen entsprechende Gestalt. Das Ergebnis des Wiener Kongresses war nicht ein Deutsches, einheitliches Reich, sondern der Deutsche Bund: ein loses, völkerrechtliches Gebilde, das die beiden Großmächte Österreich und Preußen, die Rheinbundstaaten des Südens, eine Anzahl wiederhergestellter mittlerer und kleinerer Gebilde in der Mitte und im Westen, alle mit völliger, einzelstaatlicher Souveränetät umschloß: ein Bund nach dem Wunsche Metternichs so fest, daß seine Glieder, wo nötig,

den habsburgischen Interessen dienstbar gemacht werden konnten und doch so lose, daß er die Aktionsfreiheit Österreichs nicht lähmen und nicht gegen die Wiener Politik verwendbar sein durfte.

Deutsche Politik und politische Geltung des deutschen Volkes war in diesem durch seine Verfassung zur Ohnmacht verdammten Bunde unmöglich. Eine große Enttäuschung und Verbitterung ergriff damals die Besten, die Jugend vor allem unseres Volkes. Preußen, den Bahnen Österreichs folgend, schien seine friederizianische Vergangenheit und der Geist der Reformzeit zu verleugnen. Nur auf wirtschaftlichem Gebiete, durch eigene materielle Interessen gewiesen, ergriffen seine Staatsmänner die erfolgreiche Führung des außerösterreichischen Deutschland im Zollverein. Aber damit war den berechtigten Bedürfnissen nicht genügt: politische Geltung der Gesamtheit und politische Mitarbeit des Volkes im Rahmen des Einzelstaats und des Reichs, das waren die Ideale, die in den mittleren Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts immer breitere Schichten unseres Volkes erfüllten: erst unklar, unreif, in gewaltsamen Plänen und Erhebungen sich Luft machend, und doch nicht willkürlich, sondern ein Teil jener großen allgemeinen, politischen und kulturellen Bewegungen, die das Ergebnis der vorausgehenden Entwickelungen sind und seit der französischen Revolution nach Verwirklichung ringen: nach der Gewinnung eines nationalen und konstitutionellen Einheitsstaats zur Befriedigung politischer und ökonomischer, ideeller und kultureller Bedürfnisse und Aufgaben und als Voraussetzungen politischer und weltgeschichtlicher Geltung.

Da die regierenden Gewalten aus dynastischen und partikularistischen Impulsen versagen, versucht das Volk selbst die Lösung der Aufgabe, deren Erfüllung sein Lebensbedürfnis ist. Dieses große und ideale Bemühen, der Inhalt der Bewegung von 1848, scheitert an der Verkennung der Bedeutung der politischen Realitäten, die staatliche Macht und internationale Verhältnisse für solche Staatsgründung sind. Aber die Aufgabe ist gestellt, die Zeit ist da, und damit die Frage: wem wird die Führung der Einigung zufallen, oder wird Deutschland zwischen Preußen und Österreich aufgeteilt. Der Dualismus des letzten Jahrhunderts unserer Geschichte erhebt sich zu voller Bedeutung: die Krisis der „Deutschen Frage" ist gekommen.

Österreich gibt 1859 seinen italischen Besitz preis, um nun um so mehr seine Herrschaft über Deutschland zu spannen, in demselben Moment, wo Preußen, nach den vorübergehenden und naturgemäß mißglückten Versuchen von 1848/50, die mit erneuter Unterwerfung unter Österreich in Olmütz geendet hatten, seinerseits sich zunächst zum Entschluß die Führung Deutschlands zu übernehmen aufrafft, dann mit dem Eintritt Bismarcks an die Spitze der Staatsgeschäfte, zur Verwirklichung dieses Entschlusses schreitet.

Der Krieg von 1866 hat innerhalb des deutschen Lebens, der Sieg über Frankreich 1870/71 hat die internationale Voraussetzung für die Begründung eines nationalen Staates, des „Deutschen Reiches", in dem wir leben, gegeben. Nicht ohne schmerzliche Verluste an Volkstum, wie es die Lösung der deutsch-österreichischen Bevölkerung bedeutet, die damals der Dynastie die größere Treue bewiesen hat. Daß sie dem Volkstum nicht verloren geht, ist dort wie bei uns ein berechtigter Wunsch in einer Zeit, in der in immer größerem Umfange die Einsetzung nationalbegründeter Kraft die Voraussetzung politischer und das ist geschichtlicher Geltung sein wird.

Die Begründung unseres Reiches fällt in eine Zeit weltgeschichtlicher Entwickelung sondergleichen: die großen Entdeckungen, die Erschließung des Erdballs, die gewaltigen Erfindungen mit ihren technischen Wirkungen, die Wandlungen der Bedeutung von Raum, Zahl und Zeit sind die Voraussetzungen, „die großen Mächte", die Träger und die bestimmenden Faktoren der Weltgeschichte unserer Tage: nur die Weltmächte haben hier entscheidende Geltung. Zu ihnen gehört unser Vaterland, muß es gehören, wenn anders es die geschichtliche Stellung, die es sich errungen hat, deren es für die Erhaltung seines Volkstums bedarf, behaupten will.

Die deutſche Sprache.

Von Profeſſor Dr. **Oskar Weiſe**, Eiſenberg S.-A.

Die Geſchichte des europäiſchen Mittelalters hat ihr Hauptgepräge durch die Germanen erhalten. Freilich gründeten dieſe keine Weltmacht wie Alexander der Große, auch ſchufen ſie kein ſo gewaltiges Reich wie die Römer, aber ſie überfluteten mit ihren Scharen ungeheure Strecken unſeres Erdteils und machten ſich überall bekannt und gefürchtet. Aus dem Gebiete des jetzigen Deutſchen Reichs zogen zur Zeit der Völkerwanderung mächtige Heerſäulen tapferer Germanen hinaus und ſchlugen den morſchen Bau der römiſchen Kaiſerherrſchaft in Trümmer. Damals erhielt Britannien angelſächſiſche, Nordgallien fränkiſche Bevölkerung; jenes wurde zu einem Angelnlande (England), dieſes zu einem Frankenreiche (Frankreich). Seitdem ſpricht man jenſeit des Kanals eine germaniſche Sprache, ſeitdem iſt auch bei unſeren weſtlichen Nachbarn der Wortſchatz ſtark mit deutſchem Sprachgut durchſetzt[1]). Verſchiedene andere Länder aber wie Italien und Spanien bewahren eine dauernde Erinnerung an jene Zeit in den zahlreichen germaniſchen Lehnwörtern.

Und wie hier der Weſten ſo wurde zur Zeit des Rittertums der Oſten ein Schauplatz deutſchen Tatendrangs und Heldenmuts. Wenn wir jetzt in den Gegenden öſtlich von Elbe und Saale, Nab und Inn heimiſche Laute ſtatt fremder vernehmen, ſo iſt das der zielbewußten Tätigkeit deutſcher Fürſten und Ritter zu verdanken, die dieſe während der Völkerwanderung von anderen Stämmen beſetzten Gebiete teils mit dem Schwerte zurückeroberten, teils durch friedliche Beſiedelung dem Mutterlande wieder gewannen. Und wenn jetzt in Polen und Galizien, Ungarn und Siebenbürgen, eine große Anzahl von deutſchen Gemeinden beſteht, ſo iſt das gleichfalls auf Rechnung jener Zeit zu ſetzen. Doch die Unternehmungsluſt unſerer Vorfahren ging noch weiter: Die Handelsherren des Hanſabundes dehnten ihre Niederlaſſungen und mit ihnen deutſche Sprache und Geſittung über faſt alle Geſtade der Oſtſee aus. Später aber wurden viele Tauſende deutſcher Familien durch ruſſiſche Kaiſer und Kaiſerinnen wie Peter den Großen und Katharina II. im Bereich der Wolga und des Schwarzen Meeres angeſiedelt.

Aber auch andere Erdteile als Europa wiſſen von umfangreicher Einwanderung aus unſerer Heimat zu berichten. Millionen wackerer Landsleute haben in den Vereinigten Staaten neue Wohnſitze gefunden, Südamerika, beſonders Braſilien, zählt eine große Menge blühender deutſcher Gemeinweſen. Weiteren Boden zu ergiebiger Entfaltung hat unſere Mutterſprache gewonnen, ſeit wir eigene Kolonien in Afrika, Aſien und Auſtralien beſitzen, gar nicht zu gedenken der zahlreichen Handelsniederlaſſungen, die unſere Kaufleute allüberall, wo ſich ihnen eine günſtige Gelegenheit bot, ins Leben gerufen haben und von geſchäftskundigen Landsleuten verwalten laſſen. Kein Wunder, daß jetzt über 90 Millionen Menſchen auf der Erde deutſch ſprechen,

[1]) Vergl. z. B. guerre, Krieg aus althochdeutſch werra, Verwirrung, Streit, Kriegswirren, gaufre, Waffel, guède, Waid, guérir, wehren (einer Krankheit), garder, warten, u. a.

darunter je zehn Millionen in Österreich-Ungarn und Amerika, je zwei Millionen in der Schweiz und in Rußland. So bewahrheiten sich also die Worte Felix Dahns:

Und wo die Ruhestatt sich wähle im fernen Land ein deutscher Schritt,
Trägt er getreu wie seine Seele der Heimat edle Sprache mit.
Sie geht mit uns im Zug der Heere, sie geht mit uns im Wanderzelt
Und bauet jenseit blauer Meere uns eine neue deutsche Welt.

Aber nicht allein durch die äußere Ausbreitung unseres Volkes, sondern auch durch seine geistige Tätigkeit hat unsere Sprache an Ansehen und Machtgebiet gewonnen. Bekannt ist, daß in deutscher Sprache jetzt die meisten Werke der Welt veröffentlicht werden. Denn während jährlich nur etwa 13000 französische und etwa 14000 englisch verfaßte Bücher erscheinen, übersteigt die Gesamtziffer der deutsch gedruckten 30 000. Freilich kommt es mehr auf die Güte als auf die Menge an. Da gilt es denn hervorzuheben, daß der englische Romanschriftsteller Bulwer die Deutschen das Volk der Dichter und Denker nennt und daß die Franzosen ein sehr gelehrtes Werk als ein Buch nach deutscher Art (un livre à l'allemand) bezeichnen. Um hier nur von einem Gebiete, von der Sprachforschung, zu reden, so können wir mit Genugtuung feststellen, daß in unserem Lande die vergleichende Sprachwissenschaft und Männer wie Bopp und Friedrich Diez, Grimm und Humboldt heimatsberechtigt sind, daß kein anderes Volk eine Grammatik wie die Grimmsche und ein Wörterbuch wie das der Brüder Grimm aufzuweisen hat, daß in keinem andern Lande der Wortschatz der Mundarten in so mustergiltiger Weise verarbeitet worden ist wie dies in dem bayrischen, schwäbischen, elsässischen und schweizerischen Wörterbuche geschehen. Und wo anders als in Deutschland war es möglich, den riesigen Wortvorrat des gesamten lateinischen Schrifttums in einem Thesaurus Linguae Latinae zu verarbeiten? Darum werden unsere Forschung und unsere Sprache in der ganzen Welt geschätzt; in den höheren Schulen der Kulturländer Europas und verschiedener außereuropäischer Staaten ist Deutsch als Unterrichtsfach eingeführt und Tausende von bildungsbedürftigen Ausländern lernen es, um sich dadurch mit den Schätzen unserer Wissenschaft und Dichtung bekannt zu machen. Und wenn wir hören, daß 1908 auf dem Orientalistentage zu Kopenhagen, wo Dreiviertel aller Teilnehmer Nichtdeutsche waren, mehr als die Hälfte aller Vorträge und zwar von Deutschen, Russen, Polen, Ungarn, Griechen, Holländern, Schweden und Amerikanern in deutscher Sprache gehalten worden sind, und sehen, daß sich diese Wahrnehmung bei ähnlichen Gelegenheiten bestätigt, so können wir annehmen, daß das Deutsche immer mehr als Verständigungsmittel der Gelehrten benutzt wird.

Eine solche Sprache verdient, daß wir sie schätzen und lieben. Denn, wenn sie sich auch an Gefälligkeit und Leichtigkeit nicht mit der französischen, an Wohllaut und Schönheit nicht mit der italienischen, an Kürze und Einfachheit nicht mit der englischen messen kann, so hat sie doch andere schätzenswerte Vorzüge vor diesen zu verzeichnen. Zunächst besitzt sie große Beweglichkeit und Geschmeidigkeit in der Wortbildung, die es ihr gestattet, die feinsten Abschattungen des Gedankens genau wieder zu geben, die sie daher ganz vorzüglich zur Prägung von wissenschaftlichen Fachwörtern und Kunstausdrücken befähigt. Schon den großen Mystikern des Mittelalters, einem Meister Eckhart und einem Johannes Tauler, ist sie zur Schöpfung einer Sprache der Philosophie trefflich geeignet erschienen, in der Folgezeit aber hat sie Männern wie Leibniz und Wolff, Kant und Fichte, Schelling und Herbart, Hegel und Schopenhauer dabei die besten Dienste geleistet. Und wie gefügig zeigte sie sich den großen Dichtern, wenn sie neue, schöne Wörter schufen wie der jugendliche Goethe in Mahomets Gesang silberprangend, schlangenwandelnd, freudebrausend, Flammengipfel, Liebesaugen, Führertritt u. a.?

Ferner verfügt das Deutsche über einen solchen Reichtum des Wortschatzes und eine solche Fülle von Ausdrücken, daß sich ihm darin wenige andere Sprachen zur Seite zu stellen vermögen. Daher hat es eine sehr große Zahl bedeutungsverwandter Wörter, die es ihm ermöglichen, bei Wiederkehr desselben Begriffs im Ausdruck zu wechseln; daher gibt es jedem, der sich seiner zur schriftlichen oder mündlichen Dar-

stellung bedient, mag er nun in ungebundener oder gebundener Form sprechen, bequem die Mittel an die Hand, seine Gedanken in ein passendes Gewand zu kleiden.

Ein weiterer Vorzug unserer Sprache ist außerordentliche Freiheit der Wortstellung, wodurch uns verstattet wird, jeden beliebigen Redeteil, auf den wir Nachdruck legen, an eine bedeutsame Stelle, namentlich an den Anfang des Satzes zu rücken. Auf diese Weise können wir die drei Begriffe Herr, kennen, die Seinen so ordnen, daß jeder von ihnen an der Spitze des Gefüges steht: „Der Herr kennt die Seinen", „es kennt der Herr die Seinen", „die Seinen kennt der Herr". In dichterischer Ausdrucksweise wäre auch noch möglich zu sagen: „Die Seinen der Herr kennt" oder „der Herr die Seinen kennt" oder „es kennt die Seinen der Herr". In Sätzen mit mehr Gliedern steigert sich die Fähigkeit der Umstellung dementsprechend; z. B. sind in dem fünfgliedrigen Satze: „Der Vater schoß den Apfel von dem Haupt des Kindes" mehr als ein Dutzend verschiedene Möglichkeiten der Wortfolge vorhanden.

Ebenso haben wir ziemlich große Freiheit der Satzbetonung. Denn je nachdem wir verstandesmäßig oder mit Gemütserregung sprechen, ändert sich die Tonlage. In jenem Falle heben wir z. B. das bestimmende Wort stärker hervor als das dadurch bestimmte (der Gang des Freúndes, der Freund geht bâld), in diesem dagegen können wir umgekehrt verfahren (des Freundes Gáng, bald geht der Freúnd). Daher konnte Schiller im Wallenstein (Piccolomini V, 1) mit dreifach verschiedenem Akzent und dementsprechend abweichender Färbung des Gedankens sagen: „Es kann nicht sein, kann nicht sein, kánn nicht sein". Selbst für den Ton innerhalb eines einzelnen Wortes haben wir, wenigstens bei zusammengesetzten Ausdrücken, nicht selten die Möglichkeit eines Wechsels, je nachdem wir dem bloßen Wortsinn oder dem rhythmischen Gefühle Rechnung tragen, logisch oder pathetisch betonen. Neben „Gott ist bármherzig" hört man „Barmhérziger Gott"!, neben „das ist únmöglich" „das kann unmöglich deine Absicht sein".

Nach alledem ist es begreiflich, daß sich unsere Sprache vorzüglich zur genauen Wiedergabe fremder Texte eignet und als gefügiges Werkzeug bei Übersetzungen einen günstigen Ruf hat. Mit Recht sagt Emanuel Geibel in seinem Gedicht „Deutsch und Fremd":

Zuteil ward uns die liederreiche Brust vor allen Völkern; hell, wohin wir schritten,
Klang's in uns nach, des Griechen Schönheitslust, des Römers Hochsinn, der Humor des Briten,
Die Weisheit, die dem Morgenland bewußt, des Spaniers Ernst, des Franzmanns heitre Sitten,
Was Nord und Süd in hundertfältigen Zungen dem Lied vertraut, wer hat's wie wir durchdrungen?

In der Tat können wir mit unserer biegsamen Sprache nicht bloß „die fremde Form mit deutschem Blut durchtränken", sondern uns auch der Urschrift nach Gedanken und Ausdruck so genau anpassen, daß sie bei der Übertragung wenig von ihrer Eigenart einbüßt. Das bezeugt das Meisterwerk der Bibelverdeutschung Luthers, von dem Klopstock in der Ode „Die deutsche Bibel" sagt: „Heiliger Luther, bitte für die Armen, denen Geistesberuf nicht erscholl und die doch nachdolmetschen, daß sie zur Selbsterkenntnis endlich genesen. Dunkel ist ihnen jener Gipfel, den du mutig erstiegst und dort des Vaterlandes Sprache bildetest zur Erdensprache und der Menschen". Das lehren die Herderschen Übersetzungen fremder Volkslieder, das bekunden auch Schlegel-Tiecks Shakespeare und O. Gildemeisters Byron, Geibels Klassisches Liederbuch, Freiligraths Nachschöpfungen französischer und englischer Dichtungen sowie Friedrich Rückerts morgenländische Weisen, in denen arabische, persische und indische Verse so herrlich nachempfunden und wiedergegeben worden sind. Selbst Ausländer haben oft unumwunden der deutschen Sprache hierin den Vorrang vor andern eingeräumt. Mit Recht; denn es bedurfte wirklich nicht nur eines Wortkünstlers wie Rückert, sondern auch einer schmiegsamen Sprache wie der deutschen, um den überkünstlichen, von Wortspielen und Klangfiguren aller Art durchsetzten Ausdruck der Makamen des Hariri angemessen zu übertragen, und ebenso gebührt der Gelenkigkeit unserer Wortbildung und Wortfügung der hervor-

ragendste Anteil daran, wenn es den Übersetzern gelungen ist, die Wortspiele eines Plautus, Shakespeare u. a. so trefflich nachzuahmen.

Und ähnlich wie mit der Wiedergabe fremder Gedanken verhält es sich mit der Übernahme fremder Versformen. Die epischen und lyrischen Strophen der Griechen und Römer haben unsern Dichtern ebensowenig Schwierigkeiten bereitet, wie die Reimverschlingungen der romanischen und morgenländischen Völker. Zur Bezeugung dessen brauche ich nur auf Vossens homerische Gedichte und auf Platens Gesänge hinzuweisen oder auf Klopstocks Oden, von denen schon Herder rühmlich hervorhebt, daß unsere Sprache kaum ein anderes Buch habe, in dem soviel lebendiger Wohllaut in melodischer Bewegung so leicht und harmonienreich töne wie in diesem.

Aber selbst wenn die deutsche Sprache diese Vorzüge nicht besäße, müßten wir sie lieben und ehren, hüten und pflegen, weil sie unsere Eigenart so getreulich widerspiegelt, weil in ihr unser Denken und Empfinden, Sinnen und Fühlen so deutlich zum Ausdruck kommt. Unser Volk unterscheidet sich von anderen Völkern vor allem durch die Tiefe seines Gemütes. Dies ist auch allezeit vom Auslande anerkannt worden. Schon der alte Römer Tacitus rühmt unsere Vorfahren wegen dieser Tugend in seiner „Germania", und noch nach dem deutsch-französischen Kriege von 1870/71 findet der Franzose Gabriel Monod den hervorstechendsten Zug im Wesen des Deutschen in seiner Innerlichkeit, ja er bezeichnet diese als eine Kraftquelle unseres Volkes. Die deutsche Dichtung vom Hildebrandsliede und von den Nibelungen, dem Hohenlied der Treue, an bis auf Uhlands Ludwig den Bayer oder Herzog Ernst von Schwaben und darüber hinaus legt beredtes Zeugnis dafür ab, nicht minder die aus den Tiefen des Herzens quellende Tonkunst, die in unserem Vaterlande so ausgezeichnete Vertreter gefunden hat wie Beethoven und Mozart, Bach und Händel, Schumann und Schubert, Haydn und Gluck, Weber und Wagner. So tritt denn auch im sprachlichen Ausdruck die Anteilnahme des Herzens oft deutlich in die Erscheinung, besonders im Wortschatz. Zunächst sind Gebilde wie Heimweh und Wehmut, Innigkeit und Sinnigkeit, bieder und treuherzig, traulich und heimisch beachtenswert. Denn sie bezeichnen nicht bloß die entsprechenden Begriffe, sondern haben noch einen gewissen Stimmungsgehalt, leise mitschwingende Nebenvorstellungen, die zum Herzen sprechen, weil sie vom Herzen kommen. Ähnliche Begleitgefühle klingen uns aus Wörtern wie Friedhof und Gottesacker, mutterseelenallein und gottverlassen, wonnig und traut, kreuzunglücklich und himmelangst entgegen. Und wenn wir von dem lieben Gott und der lieben Sonne, dem lieben Brot und der lieben Not lesen oder hören, so empfinden wir deutlich, wie recht Luther hat, wenn er sagt: „Ich weiß nicht, ob man das Wort lieb auch so herzlich und genugsam in lateinischer oder anderen Sprachen reden möge, daß es also dringe und klinge in das Herz durch alle Sinne, wie es tut in unserer Sprache". In der Tat müssen solche Wörter einen starken Widerhall in der Brust eines Volkes erwecken, dem „Treue hell vom Auge blitzt und Liebe warm im Herzen sitzt". Und verrät es nicht ein feines Gefühl unserer Altvordern, daß sie von einer „Mutter"sprache, einem „Braut"paar und einem „Geschwister"paar reden, und damit ihre Hochachtung des weiblichen Geschlechts deutlich bekunden? Zeigt sich nicht die Innigkeit des Gemüts und die Freude des Volkes an der belebten und unbelebten Natur in den herrlichen Blumennamen, die es geschaffen hat? Ich erinnere an Augentrost und Liebstöckel, Vergißmeinnicht und Wohlverleih, Männertreu und Engelsüß, Stiefmütterchen und Himmelschlüsselchen. Dasselbe gilt von den Tiernamen. Wie das Lied von Reineke Fuchs und das Stilleben der Malerei auf deutschem Boden erwachsen ist, so hat sich unser Volk auch sonst den Tieren besonders nahe gestellt. Sie haben vielfach Menschennamen erhalten wie Markwart der Häher und werden überdies häufig mit menschlichen Koseformen bezeichnet; so nennen wir den Kater Hinze (= kleiner Heinrich), die Katze Mieze (= kleine Marie), den Bären Bätz (= kleiner Bernhard), den Star Matz (= kleiner Matthes), den Fuchs Reinecke (= kleiner Reinhard) usw.

Ein anderes Gebiet, auf dem wir Einblick in das Gemütsleben erhalten, ist das der

Wortbiegung und Wortbildung. Hier macht sich in nicht zu verkennender Weise das Wohlgefallen am Klange geltend. Während das Latein und seine romanischen Töchter den Ablaut so gut wie ganz beseitigt haben, ist er im Deutschen erhalten geblieben und tritt uns entgegen in Zeitwortformen wie ich springe, ich sprang, ich bin gesprungen, ich werfe, ich warf, ich habe geworfen, ich halte, ich hielt, ich trage, ich trug, ich fliehe, ich floh, aber auch in Wortgebilden wie die Binde, das Band, der Bund, die Biegung, die Beuge, der Bogen u. s. f. Damit steht in Einklang, daß wir über weit mehr Lautnachbildungen verfügen als andere Völker. Man denke nur an Wörter wie zischen, krachen, klopfen; lallen, sausen, tuten, piepen, die einen einfachen Stamm haben, dort mit verschiedenem, hier mit gleichem An- und Auslaut, oder an Ticktack, Singsang, Mischmasch, Wirrwarr; Holterpolter, Schorlemorle, Hokuspokus, in denen der Stamm verdoppelt ist, dort mit Wechsel des Selbstlautes, hier mit Veränderung des beginnenden Mitlautes.

Gleichfalls in der Eigenart der Deutschen ist es begründet, daß sie keine Freunde der Phrasen sind und den in Frankreich so beliebten Wortschwall verabscheuen. Unserem deutschen Schrifttum ist dieses hohle Gepränge von Haus aus ganz unbekannt; denn mit der Treuherzigkeit und Innigkeit der Lebensäußerungen standen hochtrabende Redensarten zu allen Zeiten in Widerspruch. „Erst aus der lateinischen Dichtung der Geistlichen und der französischen der Troubadours drang jenes Spiel mit Worten in unsere Dichtung ein, das seit der Mitte des dreizehnten Jahrhunderts den Verfall der mittelhochdeutschen Kunstsprache herbeiführte und diese in leere, mit Schmuck und Zierat überladene Künstelei ausarten ließ. Da den Grundzug der deutschen Kunst tiefe seelische Bewegung bildet, so ist ihrem Wesen die Phrase fremd. Denn wessen Gemüt unter dem hochgespannten Drucke äußerer und innerer Gewalten steht, der findet weder Zeit noch Lust dazu, seine stürmisch bewegte Seele in spielenden Redeschmuck oder in wohlgedrechselte Worte zu füllen. Vielmehr wird sich sein Inneres in jenen gewaltigen, unmittelbaren Äußerungen einer großen und starken Natur offenbaren, wie sie uns bei großen Geisteskämpfern und Dichtern wie Shakespeare, Luther, Goethe u. a. zu staunender Bewunderung hinreißt." Kein Wunder, daß auch Bismarck, dieser kerndeutsche Mann, das Phrasengeklingel verpönt, daß in seiner Sprache niemals das Wort den Inhalt auch nur im geringsten übertönt. Natürlich verurteilt er auch gleich jedem andern echten Deutschen die Anschauungen, die in den Worten Talleyrands hervortreten, daß die Sprache dem Menschen gegeben sei, damit er seine Gedanken verbergen könne. Biederkeit und Offenheit wird in deutschen Landen seit alters hochgeschätzt, Lüge und Heuchelei in vielen Sprichwörtern gebrandmarkt.

Und zu dem tiefen Gemüte gesellt sich ein fester Wille. Wie stark Mut und Tapferkeit bereits bei den alten Deutschen entwickelt war, lehrt ein Blick auf ihre Sprache. Schon die Personennamen geben uns in dieser Beziehung gute Fingerzeige. Wie sich eine ganze Zahl germanischer Stämme nach ihren Waffen benannt hat (z. B. die Sachsen = die mit Schwertern bewaffneten, die Langobarden = die mit langen Barten Ausgerüsteten), so hallen auch die Namen der einzelnen Männer wieder von Kampf und Fehde, Sieg und Kriegsruhm. Ludwig heißt der Kampfberühmte, Hildebrand das Kampfschwert, Siegmund der Siegesschutz, Gerhard der Speerstarke, Ekbert der Schwertglänzende, Hermann der Heeresmann usw. Selbst aus Frauennamen tönt uns derselbe kriegerische Klang entgegen. Denn Hedwig, Gertrud, Kunigunde, Krimhild u. a. weisen Stämme von gleicher oder ähnlicher Bedeutung auf. Daher werden grimme Tiere wie Wolf (Wolfhart), Eber (Eberhard) und Bär (Bernhard) als Sinnbilder der Größe und Stärke mit Vorliebe zur Bildung von Eigennamen verwendet. Dieselbe Neigung zu Kampf und Streit zeigt auch sonst der Wortschatz unserer Sprache. So ist Reise das Stammwort von reisig und bezeichnet eigentlich den Kriegszug, Gesinde hat die Grundbedeutung Kriegsgefolgschaft und geht auf dieselbe Wurzel zurück wie senden, Herberge meint von Haus aus eine Stelle, wo ein

Heer geborgen wird, Herzog ist ursprünglich der Heerführer (von ziehen = leiten, führen), rüstig bezeichnet einen, der sich gerüstet hat, fertig kommt her von Fahrt im Sinne von Heerfahrt. Unsere Altvordern „gerieten leicht in Harnisch" (d. h. fuhren schnell in die Waffen), wenn sie „etwas gegen jemand im Schilde führten" und wußten dann mit ihren „Spießgesellen" „hurtig" (von Hurt, Lanzenstoß, Stoß, Anprall) dem Feinde entgegenzugehen. Aus alledem läßt sich ersehen, daß das Wollen und Empfinden oder, um mit Wilh. von Humboldt zu reden, die Stärke, „die mit dem Gefühle ringt" auch im sprachlichen Ausdruck unseres Volkes deutlich hervortritt, daß die Deutschen so wehrhaft und wahrhaft wie im Leben auch im Singen und Sagen sind.

Selbst die Phantasietätigkeit unseres dichterisch so gut beanlagten Volkes hat in der Sprache ihren Niederschlag gefunden, besonders in der sogenannten Volksetymologie, d. h. dem Drange, unverständliche fremde und wenig durchsichtige heimische Ausdrücke umzudeuten und zurechtzulegen. Kein anderes Volk kann sich in dieser Beziehung mit dem unsrigen messen; denn keins bietet eine nur annähernd gleiche Fülle von Beispielen. Man denke an die Wörter Armbrust (= lateinisch arcuballista) und Abzucht (= lateinisch aquae ductus), an Blankscheit (= französisch planchette) und Felleisen (= französisch valise), an pomadig (= slawisch pomalu, langsam) und Vielliebchen (= litauisch filibas, zwei Haselnüsse in einem Gehäuse), an Maulwurf (= deutsch Moltwurf, Erdaufwerfer), Sündflut (= deutsch Sinflut, große Flut), Sauerhanf (= deutsch Sauerampfer), zuguterletzt (= deutsch zu guter Letze, d. h. Labung). So ist es auch begreiflich, daß wir die anschaulicheren, der Phantasie mehr Nahrung gebenden Wortzusammensetzungen den in den romanischen Sprachen dafür üblichen Wortableitungen vorziehen und z. B. Apfelbaum und Weinberg sagen, wo die Franzosen pommier und die Italiener vigna gebrauchen. Dementsprechend ist bei uns die Steigerung mit so verblaßten Ausdrücken wie „sehr" wenig beliebt; vielmehr findet man im Munde der großen Masse, aber auch der Gebildeten gewöhnlich eine viel anschaulichere Art, Begriff zu steigern, und zwar in einem Umfange, wie dies in den Sprachen anderer Völker selten der Fall ist. Wir reden von stockblind und steinhart, grundgütig und kerngesund, seelengut und herzlieb, himmelhoch und höllenheiß, hundemüde und todmatt, wunderschön und altbekannt. Oft werden die beiden Teile der Zusammensetzung durch den Stabreim gebunden wie z. B. bei bitterböse, blitzblank, grasgrün, nagelneu, stocksteif, windelweich; nicht selten häufen wir sogar die Bestimmungswörter und setzen zwei oder drei, um größeren Nachdruck zu erzielen, z. B. bei funkelnagelneu, splitterfasernackt, stockbrandfinster, fuchsteufelswild, blitzhageldumm, pechkohlrabenschwarz.

Diese und andere, ihnen verwandte Züge trägt unsere Sprache unverändert von Anfang an in allen Entwicklungsstufen; denn sie sind im Wesen des Volkes begründet. Doch zeigt sie auch zahlreiche Veränderungen, die wie bei anderen Sprachen im Laufe der Jahrhunderte auf dem Gebiete der Laut- und Formenlehre, Wortbildung und Wortfügung hervortreten; vor allem hat sich erst nach und nach unsere Schriftsprache entwickelt. In der alten Zeit bediente sich jeder, wenn er nicht lateinisch schrieb, der heimischen Mundart zur Aufzeichnung seiner Gedanken. Die großen höfischen Dichter des 12. und 13. Jahrhunderts suchten die Gegensätze zwischen den einzelnen Dialekten, besonders im Bereiche des Wortschatzes und der Satzfügung, in ihren Schöpfungen einigermaßen auszugleichen. Den entscheidenden Schritt zu einer schriftsprachlichen Einigung tat erst Luther, indem er mit seiner Bibelübersetzung ein Buch schuf, das in ganz Deutschland gelesen und als Muster der Schreibart angesehen wurde.[2]) Seine Sprache beruht nach einer bekannten Äußerung in seinen Tischreden auf der der kursächsischen Kanzlei in Wittenberg, also auf mitteldeutscher Grundlage, nur hat er dem

[2]) Dadurch ebnete er der staatlichen Einigung Deutschlands den Weg; daher sagt Goethe mit Recht in einem Briefe an Blumenthal vom 28. Mai 1819: „Und so sind denn die Deutschen erst ein Volk durch Luther geworden."

verknöcherten Aktendeutsch der Staatsschreiber volkstümliche Kraft verliehen, indem er die Fremdwörter ausmerzte, gute ostmitteldeutsche Volkswörter gebrauchte und die langatmigen Satzungeheuer der Schreibstube durch kurze Gefüge ersetzte. Seitdem haben noch gar manche bedeutende Männer an dem weiteren Ausbau unserer Sprache gearbeitet. Zur stilistischen Glättung und Rundung trugen vor allem unsere großen Dichter bei, Männer wie Lessing und Wieland, Klopstock und Herder, Goethe und Schiller, aber auch sprachgewaltige Schriftsteller und Gelehrte der Folgezeit wie J. Grimm und Ranke, Treitschke und Gregorovius, Vilmar und Scherer, Gottfried Keller und Konr. Ferd. Meyer, Theod. Vischer und Theod. Storm. Da ist es denn nicht zu verwundern, daß auch unsere Gelehrten jetzt mehr und mehr einfach und natürlich schreiben und die Satzungetüme der früheren Zeit zu meiden suchen, wo nicht selten ein ganzes Rechtsgutachten in eine einzige Periode gezwängt wurde. Wie die deutschen Frauen z. B. Goethes Mutter und Schillers Gattin, immer eine schlichte Ausdrucksweise hatten, so werden sich auch die Männer von Jahr zu Jahr mehr ihrer Pflicht bewußt, deutsch[3]), d. h. deutlich zu schreiben. Sie bilden häufiger Sätze, die, wie Th. Vischer sagt, rote Backen haben, wenn auch nur wenige soweit wie Friedrich Nietzsche, der große Meister des Stils, gehen, daß sie meinen, ein Stück Prosa gleiche einem Marmorblocke, der erst kunstgerecht behauen werden müsse.

Aber nicht bloß im Stil hat sich unsere Sprache weitergebildet, sondern auch in der Lautlehre und Wortbiegung. Erst von Gottsched und Adelung, zwei hervorragenden Grammatikern des 18. Jahrhunderts, ist uns auf diesem Gebiete eine feste Norm geschaffen worden. In der ältesten Zeit hatten die Biegungsendungen noch eine vollere Form und vielfach farbigere Laute wie a, o, u und i, doch im Laufe der Jahrhunderte schwächten sie sich wesentlich ab. Um das Jahr 900 sagte man noch (wir) salbômês, habêmês, (der) lêrôno zungôno, um 1200 bereits (wir) salben, haben, (der) lêren, zungen. Nur in wenigen Fällen hat sich, namentlich unter dem Schutze benachbarter Mitlaute, die alte Vokalgestalt zu behaupten vermocht, z. B. bei den Wortausgängen -ig und -lich, -sam und -haft.[4]) Im Gegensatz zu den Endungen wurden die Stammsilben verstärkt. Der auf ihnen liegende Hochton bewirkte, während er mit dazu beitrug, daß der Wortausgang verstümmelt wurde, nach und nach eine Dehnung ihrer Selbstlaute oder eine Verlängerung (Verdoppelung) ihrer Mitlaute. Im 9. Jahrhundert sagte man fátar, im 12. váter, seit dem 15. Väter und (Ge-)vätter. Zu diesen lautlichen Vorgängen gesellten sich Veränderungen in der Wortbiegung. Vielfach, z. B. bei den weiblichen Wörtern, wurde größere Übereinstimmung erzielt. Aus Formen wie Gänsekiel (= Kiel einer Gans) ergibt sich, daß der 2. Fall in der Einzahl ursprünglich anders lautete als der 1. Wenn jetzt die ganze Einzahl bei allen weiblichen Ausdrücken einheitlich gestaltet ist, so ist dies der ausgleichenden Tätigkeit der neuhochdeutschen Zeit zu verdanken. Ferner wurden oft starke Wörter der schwachen Biegung zugeführt und schwache der starken. So sagen wir jetzt er pries, er wies statt des früher üblichen er preiste[5]), er weiste, umgekehrt wandeln wir jetzt hinken, niesen, walten schwach ab (er hinkte, nieste, waltete) statt stark (hang, nôs, wielt) wie früher. So biegen wir ferner die Hauptwörter Hahn und Greis jetzt stark (des Hahns, dem Hahne, des Greises, dem Greise), einstmals schwach (des Hahnen, dem Hahnen, des Greisen, dem Greisen; vergl. Hahnenfuß, Greisenalter). Nach alten Sprachgesetzen hatte die Mehrzahl

[3]) Der Ausdruck deutsch bedeutet von Haus aus soviel wie volkstümlich (vergl. althochdeutsch **diot**, Volk und die Namen Dietrich, Dietleib usw.) und wird zuerst im 8. Jahrhundert gebraucht, um die sechs rechtsrheinischen Stämme des Karolingereichs zusammenzufassen; es geschieht dies bei Gelegenheit der Missionstätigkeit der christlichen Kirche, wobei die Sprache dieser Stämme in Gegensatz zur lateinischen gestellt wird. Das Wort deutsch wird also zuerst nur von der Sprache gebraucht.

[4]) Aber die Mundarten und nicht selten auch die Umgangssprache verstümmeln selbst diese Silben, so daß man Formen wie schuld'g und Freundscht für schuldig und Freundschaft zu hören bekommt.

[5]) Vergl. die Stelle im Kirchenlied: Nun sei gepreist zu aller Zeit, o heilige Dreieinigkeit.

der starkabwandelnden Zeitwörter in der Vergangenheit eine von der Einzahl abweichende Bildung: er sang, aber sie sungen[6]); er beiß, aber sie bissen. So schreibt auch noch Luther. Seit Martin Opitz († 1639) haben beide Formen den gleichen Selbstlaut erhalten, und zwar ist dort der der Einzahl (sie sangen nach er sang), hier der der Mehrzahl (er biß nach sie bissen) durchgedrungen. Ein ähnlicher Ausgleich hat in der 2. und 3. Person der Gegenwart bei verschiedenen Zeitwörtern stattgefunden. Einstmals hieß es wie im Schillerschen Tell (III, 1): Was da kreucht und fleucht oder wie im Paul Gerhardschen Liede: Zeuch ein zu deinen Toren; jetzt sagen wir dafür nach dem Muster der Mehrzahl mit ie: kriecht, zieh usw. Die bei Luther gebräuchlichen Mittelwörter der Vergangenheit funden, kommen, gangen usw. haben in unserer Schriftsprache ge- angenommen[7]) und zu den Nennformen ist häufig das Verhältniswort zu getreten, weshalb man z. B. neben „ich mag (kann) ihn nicht leiden" sagt „ich vermag ihn nicht zu leiden."

Weitere Veränderungen hat die nachlutherische Zeit im Bereiche des Wortschatzes erfahren. Hier war ein doppelter Ausgleich nötig, einmal zwischen Schriftsprache und Mundart und sodann zwischen deutschen und fremden Wörtern. Während die höfische Sprache des Mittelalters durchweg oberdeutsches Gepräge hatte, war Luthers Wortvorrat, wie bereits erwähnt, in der Hauptsache (ost)mitteldeutsch. Ausdrücke wie fühlen, schmücken, täuschen, spotten, freien, Lippe, Träne, Hügel, Kahn, Ziege, Otter, Splitter, Scheune sind durch ihn aus mitteldeutschem Gebiete der Schriftsprache zugeführt worden. Wenn nun unser Schriftdeutsch jetzt zahlreiche oberdeutsche und niederdeutsche Ausdrücke enthält, die Luther noch nicht gebraucht, so erklärt sich dies daraus, daß sie später durch den Verkehr und das Schrifttum weit verbreitet worden sind. So hat Norddeutschland die Bezeichnungen des Seewesens (Küste, Haff, Düne, Ebbe, Wrack, Dorsch, Krabbe, Hai u. a.), Süddeutschland die Ausdrücke für Erscheinungen der Alpenwelt (Grat, Fluh, Tobel, Alm, Firn, Halde, Klamm) beigesteuert. Aber auch sonst hat sich mundartliches Sprachgut häufig in die Schriftsprache eingedrängt, z. B. schweizerische Wörter wie anheimeln, staunen, tagen, entsprechen, abschätzig, anstellig oder niederdeutsche wie drall, dreist, fett, sacht, stramm, hapern, sichten usw. Ja, es war sogar möglich, daß mundartliche Ausdrücke die Geltung von edleren Wörtern in der Sprache der Dichtkunst erlangten, da sie ab und zu durch den Gebrauch in den Werken unserer großen Dichter geadelt wurden; z. B. stammen die poetischen Formen Zähre (= Träne) und Wange (= Backe), Roß (= Pferd) und Gestade (= Ufer) aus oberdeutschen Mundarten, wo sie noch jetzt volksüblich sind, ebenso haben sich die ursprünglich niederdeutschen Ausdrücke dröhnen und düster, die noch zu Adelungs Zeit für der höheren Schreibart unwürdig angesehen wurden, jetzt großes Ansehens zu erfreuen, nicht minder Born (= Brunnen; vergl. Paderborn neben Heilbronn und schweizerisch Brunnen) u. a. In gleicher Weise finden wir die von Haus aus dem Süden angehörige Verkleinerungssilbe -lein (vergl. Rößli, Rößle u. a.) besonders in der Dichtersprache verwendet (Schifflein, Röslein), während in Prosa das mitteldeutsche -chen (= niederdeutsch -ken) dafür gebräuchlich ist. Haben sonach viele Wörter und Wortformen der Mundarten in der Schriftsprache Aufnahme gefunden, so sind anderseits Tausende auf den mündlichen Gebrauch des Volkes beschränkt geblieben, z. B. oberdeutsch lupfen (heben), losen (hören), gumpen (hupfen) dinsen (ziehen; vergl. aufgedunsen) und niederdeutsch beschuppen, belemmern, kieken, trecken (ziehen; vergl. vertrackt) u. a. Wieder andere werden wohl hier und da einmal von einem Schriftsteller in der höheren Schreibart gebraucht, aber von anderen nicht nachgeahmt, z. B. oberdeutsch bidmen für beben und Lefze für Lippe, niederdeutsch Spind für Schrank und Gör für Kind.

[6]) Vergl. wie die Alten sungen, so zwitschern auch die Jungen.

[7]) Ohne ge- ist worden (er ist gelobt worden) geblieben, desgleichen zusammengesetzte Mittelwörter, die zu Eigennamen erhoben sind wie Schöntan (schön getan), Wahnschaffen (wahn geschaffen) oder die Geltung von Eigenschaftswörtern erhalten haben wie altbacken, neuwaschen.

Schwerwiegender und hartnäckiger ist der Kampf zwischen deutschem und fremdem Sprachgut. Daran haben sich in erster Linie Sprachgesellschaften beteiligt, von denen die älteste, die fruchtbringende Gesellschaft oder der Palmenorden, 1617 von deutschen Fürsten und Gelehrten zu Weimar gegründet, eine der jüngsten, der jetzt über 30 000 Mitglieder zählende allgemeine deutsche Sprachverein, 1885 von Herm. Riegel in Braunschweig ins Leben gerufen worden ist. Aber auch einzelne Männer wie die Dichter Friedr. v. Logau und Andr. Gryphius oder die Gelehrten Leibniz und Schottel haben sich in dieser Beziehung hervorgetan. Doch nicht alle Fremdlinge wurden befehdet, sondern nur die noch nicht völlig eingebürgerten. Unangefochten blieben also die Lehnwörter, die in alter Zeit durch den Verkehr mit den Römern zu uns gekommen sind, z. B. zahlreiche mit pf beginnende wie Pfahl, Pfosten, Pfanne, Pfuhl, Pfühl, Pfund, Pfeffer, Pflaume, Pfirsiche, Pflanze usw., ebenso viele unter dem Einfluß der höheren französischen Gesittung im Zeitalter des Rittertums von uns übernommene wie Jacke, Joppe, fein, hurtig, birschen und fehlen, die gleich jenen dank der gewaltigen Sprachgestaltungskraft unserer Vorfahren vollständig des fremdländischen Aussehens entkleidet worden sind. Dagegen bekämpfte man die im 15. und 16. Jahrhundert infolge des Humanismus eingeführten, dessen Anhänger fast nur lateinisch schrieben und unterrichteten, ja sogar ihre und ihrer Schüler Namen ins Lateinische übersetzten (wie Olearius = Ölmann im Götz von Berlichingen, Faber = Zimmermann, Textor = Weber) oder wenigstens mit fremder Endung versahen (wie Albertus = Albert, Curtius = Curt, Konrad, Lucius = Lutz, Ludwig) und die von französischen Soldaten, Schneidern, Haarkünstlern und Köchen während des dreißigjährigen Krieges eingeschleppten oder später durch Einwirkung des französischen Hoflebens und der französischen Geisteserzeugnisse zur Zeit Ludwigs XIV. nach Deutschland gebrachten[8]). Die meisten hatten nur beim Adel und bei den höheren Ständen Eingang gefunden, ohne zum Volke durchzusickern, waren aber schwer wieder zu beseitigen, da sie durch die irrige Vorstellung geschützt wurden, daß alles, was fremd sei, vornehmer klinge und daß man sich in den Augen anderer ein größeres Ansehen geben könne, wenn man ausländische Wörter in die heimische Rede einmische. So ist es gekommen, daß unsere Fremdwörterbücher über 70 000 Ausdrücke meist lateinischen und französischen Ursprungs verzeichnen und daß die Männer, die den undeutschen Ballast aus unserer Sprache zu beseitigen suchten, einen schweren Stand hatten. Bedenkt man aber, daß die Fremdlinge an Durchsichtigkeit hinter den heimischen Wörtern zurückstehen, daher oft entstellt werden, vor allem aber, daß es eines Deutschen unwürdig ist, sich fortwährend mit fremden Flittern aufzuputzen, so wird man die Berechtigung eines Kampfes gegen die Eindringlinge zugestehen. Machen sich doch sogar unsere westlichen Nachbarn oft über die Welschsucht der Deutschen lustig, noch dazu mit dem berechtigten Hinweis darauf, daß ein großer Teil der von uns gebrauchten französischen Ausdrücke in Frankreich jetzt entweder gar nicht mehr vorhanden ist oder eine ganz andere Bedeutung hat. So sagt man für den Briefumschlag (Kuvert) dort enveloppe, für den Rolladen (Jalousie) persienne, für das Erdgeschoß (Parterre) rez-de-chaussée, für den Fahrgast (Passagier) voyageur, für den Pförtner (Portier) concierge, für zerlegen (tranchieren) découper, für bloßstellen (blamieren) rendre ridicule u. a. Dazu kommt, daß die welschen Wörter vielfach einen üblen Beigeschmack haben oder wenigstens niedriger bewertet sind in der edleren Sprache, zumal der Dichtung. Die Fauteuils schmücken irdische Salons, aber im Göttersaale sitzen die Unsterblichen auf goldenen Stühlen; edle Frauen, nicht Damen sind Hüterinnen der guten Sitte, sie wollen geachtet, nicht bloß respektiert sein. Schauspieler sind höher angesehen als Komödianten, edle Leidenschaften höher als noble Passionen. Und wem würde es nicht wie eine Entweihung vorkommen, wenn er vom heiligen Souper statt vom heiligen Abendmahl sprechen oder im Gebete unser Papa statt Vater unser sagen sollte?

[8]) Z. B. Armee, Infanterie, Brigade, Bataillon, Batterie, Baracke, Blockade, Bombe, Bresche, Charge, Taille, Toilette, Krawatte, frisieren, frikassieren, Karotte, Limonade u. a.

Zum Glück ist es mit der Fremdwörterseuche nach und nach besser geworden; in Zeiten, wo das Volksbewußtsein reger wurde, hat man gegen sie viel ausgerichtet. Unter dem großen Kurfürsten, der selbst Mitglied des Palmenordens war, ist die fast fremdwortfreie Berliner Bauordnung (1641) und Schottels vom deutschen Geist durchwehte ausführliche Arbeit[9]) von der deutschen Hauptsprache veröffentlicht worden (1663), und während der Befreiungskriege wirkten Männer wie Fichte, Arndt und der Turnvater Jahn in gleichem Sinne. Den bedeutendsten Markstein aber in der Geschichte der Fremdwörter bilden die Jahre 1870/71 mit ihren großen Siegen. Denn dadurch erstarkte das volkstümliche Empfinden so, daß man es in weiten Kreisen als unwürdig ansah und noch ansieht, die eigne Sprache mit Ausdrücken und Wendungen zu verunzieren, die man von dem überwundenen Feinde geliehen. Auch die Behörden zeigen sich jetzt mehr und mehr bestrebt, in ihren Erlassen und sonstigen Schriftstücken reines Deutsch zu schreiben. So hat der Generalpostmeister Stephan im Bereiche des Postwesens seit 1874 gegen 700 fremde Ausdrücke entfernt, z. B. rekommandieren (einschreiben), postrestante (postlagernd), Passagierbillet (Fahrschein). 1891 folgte die Eisenbahnverwaltung mit guten deutschen Ersatzwörtern wie Bahnsteig für Perron, Schnellzug und Eilzug für Expreßzug u. a. So sind ferner im Heerwesen die Verpflegungsvorschriften (früher Reglements über die Naturalverpflegung), die Dienstordnung der Kriegsschulen (früher Organisation und Dienstbetrieb der Kriegsschulen) und zahlreiche andere amtliche Vorschriften in gutem Deutsch abgefaßt worden[10]) und auch die Reichsgesetzgebung hat sich diesem Vorgange angeschlossen, indem sie für Appellation Berufung, für Kontumazialerkenntnis Versäumnisurteil, für deponieren gerichtlich hinterlegen einsetzte usw. Ebenso nimmt man sonst verschiedentlich eine Besserung wahr. Deutsche Kinder erhalten jetzt wieder in größerer Zahl deutsche Vornamen wie Hermann, Walter, Lothar, Herbert, Adelheid, Berta, Gertrud, Mathilde. Die Zeitungen und die Theaterleitungen halten es schon vielfach für Ehrensache, überflüssige und entbehrliche Fremdlinge wie Repertoir (Spielplan), Abonnement (Bestellung), Premiere (Uraufführung) zu meiden. Selbst Geschäftsleute wie Gastwirte und Ladeninhaber kommen immermehr zu der Einsicht, daß sich eine gute Sache von selbst empfiehlt, auch wenn sie keinen ausländischen Namen trägt, daß Bezeichnungen wie Sächsischer Hof und deutsche Mode bei guter Bedienung und guter Ware ebenso vorteilhaft, jedenfalls aber für einen deutschen Besitzer oder Erzeuger ehrenvoller sind als Hôtel de Saxe oder mode de Paris. Es muß nicht alles „weit her sein" oder einen fremden Namen haben, um gut zu sein. Ist doch die Aufschrift, die man in England für dort eingeführte deutsche Waren verlangt, made in Germany (deutsches Erzeugnis), sogar zum Ehrentitel geworden, der zur Empfehlung gereicht!

Eine viel größere Unsitte als die unnütze Verwendung fremder Ausdrücke ist der unnütze Gebrauch einer fremden Sprache im Munde von Deutschen. Das Latein, das von den Gelehrten jahrhundertelang im schriftlichen und mündlichen Verkehr gepflegt wurde, ist als Verständigungsmittel längst über Bord geworfen worden. Die lateinische Urkundensprache des Mittelalters schwand dahin mit dem Erstarken des deutschen Bürgertums seit der Mitte des 13. Jahrhunderts, das Latein der wissenschaftlichen Abhandlung und des Gedankenaustauschs der Gelehrten fiel endgültig bei dem Freiheitshauche, der zur Zeit der großen französischen Staatsumwälzung Ende des 18. Jahrhunderts in Deutschlands Gauen wehte. Länger hat das Französische standgehalten, doch ist auch hier vieles besser geworden. Während der ohnmächtige deutsche Reichstag 1682 nach dem Raube Straßburgs durch Ludwig XIV. lange darüber beriet, ob man den Gesandten dieses Königs französisch oder lateinisch antworten sollte, hat sich

[9]) Schottel verdanken wir deutsche Ausdrücke wie Mundart (Dialekt), Abhandlung (Traktat), Lustspiel (Komödie), Redensart (Phrase), Sprachlehre (Grammatik), Doppelpunkt (Kolon), Rechtschreibung (Orthographie) u. a.

[10]) Dasselbe gilt vom Generalstabswerke über den Deutsch-französischen Krieg von 1870/71.

der mächtige Kanzler des geeinten deutschen Reichs, unser kerndeutscher Bismarck, nicht gescheut, die seit Jahrhunderten im staatsmännischen Verkehr übliche französische Sprache in den amtlichen Schreiben Deutschlands und seiner Vertreter an auswärtige Mächte durch die deutsche zu ersetzen. Jetzt hält auch der einsichtsvolle Adel nicht mehr für angemessen, seine Briefe französisch abzufassen und französisch zu plaudern. Die Speisekarte der Fürsten, voran unseres Kaisers, und anderer hochstehender Personen hat wieder deutsches Gepräge erhalten; nur die „höhere Tochter" läßt sich noch nicht nehmen, ihr höheres Wissen durch gelegentliches „Parlieren" zu bekunden. Denn wie D. Kalisch in seiner Posse „der gebildete Hausknecht" sagt: „Ein bischen Französisch macht sich ganz wunderschön; man muß es nur verstehn."

Anders liegt die Sache in den westlichen Grenzländern, in Elsaß-Lothringen, in der Schweiz, in Luxemburg und in Belgien. Hier halten sich die höheren Stände meist für verpflichtet, zweisprachig zu sein, d. h. deutsch zu verstehen und französisch zu sprechen, zum großen Schaden unserer Muttersprache, die dabei entschieden zu kurz kommt. Eine ähnliche Doppelsprachigkeit herrscht bei den Deutschen in den Vereinigten Staaten Amerikas, und auch hier finden wir die gleiche Neigung, die angeborne Sprache gegenüber der angelernten (englischen) zu benachteiligen, so daß eingewanderte Familien oft schon nach zwei bis drei Menschenaltern der heimischen Art entfremdet sind. Doch fehlt es in beiden Gebieten nicht an Volksgenossen, die den Landsleuten ins Gewissen reden und mit Wort und Schrift für das bedrohte Deutschtum eintreten. In erster Linie stehen die Herausgeber der großen deutschen Zeitungen, die unser Kaiser einmal mit den deutschen Generälen verglichen hat; dann kommen die Kirchen und Schulen, die Schauspielhäuser und Volksbüchereien. In den an Frankreich grenzenden Gebieten wirken auch verschiedene deutsche Sprachvereine wie der 1904 gegründete deutsch-schweizerische und die 1908 ins Leben getretenen zu Lüttich und zu Luxemburg. In Belgien ist überdies die katholische Geistlichkeit rührig und darauf bedacht, das vlämische Volkstum zu erhalten.

Günstiger gestalten sich die Verhältnisse in den Gegenden, wo das Deutsche mit dem Italienischen, Spanischen und Portugiesischen in Wettbewerb tritt, also in den österreichischen und schweizerischen Gebieten, die an Italien grenzen, wo die eingewanderten Bayern und Alemannen seit Jahrhunderten das Erbe der Väter treu bewahrt haben, sowie in Südamerika, vor allem in Brasilien, wo die deutschen Niederlassungen, z. B. Blumenau, ihr Deutschtum zu erhalten wissen. Dasselbe gilt von den Siebenbürger Sachsen gegenüber den Magyaren in Ungarn.

Weniger vorteilhaft ist die Lage an der Ostgrenze Deutschlands und in den Gegenden Österreichs, wo Polen, Tschechen, Slowenen und andere slawische Stämme benachbart sind. Einstmals, als die Deutschen diese Landschaften besiedelten, zeigten sie sich als Träger einer höheren Gesittung den Slawen bedeutend überlegen. Die Folge davon war, daß eine große Menge deutscher Ausdrücke in deren Sprachen Eingang fanden, z. B. ins Polnische: Rathaus (ratusz), Bürgermeister (burmistrz), Brauer (browar), Gerber (garbarz), Büttner (bednarz) und viele andere. Jetzt aber, wo unter dem Einflusse des modernen Zeitgeistes das fremde Volksbewußtsein dieser Stämme stärker erwacht ist, wo höhere Bildung und größerer Reichtum im Staatsleben vielfach, z. B. bei Reichstagswahlen, zurücktreten gegenüber der Volksmasse, wo der Zuzug fremder Feld- und Fabrikarbeiter wächst, weil die einheimischen als Sachsengänger nach dem Westen abwandern, hat das Deutschtum oft einen schweren Stand und bedarf dringend der Unterstützung. Deshalb werden jetzt vom preußischen Staate in den Provinzen Posen, Preußen und Schlesien deutsche Bauern in besonderen Gemeinden angesiedelt, deshalb werden in den bedrohten Gegenden deutsche Schulen geschaffen und erhalten. Deren Förderung lassen sich vor allem zwei Vereine angelegen sein, der 1880 gegründete deutsche Schulverein in Wien, der jetzt 1800 Ortsgruppen und 150 000 Mitglieder zählt, und der später entstandene Verein für das Deutschtum im Auslande zu Berlin, der zur Zeit 312 Ortsgruppen mit 43 000

Mitgliedern besitzt und seine Haupttätigkeit in den slawischen Gebieten Österreich-Ungarns entfaltet. Mit Freuden ist es zu begrüßen, daß auch wohlgesinnte einzelne Männer, wie der Dichter Peter Rosegger, durch Sammlungen die gute Sache unterstützen. Hat doch die jüngst ins Leben gerufene Roseggerspende die Höhe von $2^1/_2$ Millionen Kronen erreicht, deren Zinsen eine beträchtliche Zahl von Bausteinen für den Schutzturm des Deutschtums in der Ostmark liefern.

So hat der Aufschwung, den unser Volk seit 1870 genommen, überall mehr oder weniger dazu beigetragen, die Ausbreitung oder Erhaltung unserer Sprache zu fördern. Aber auch noch in einer andern Hinsicht ist er für sie heilsam gewesen. Während vorher in unseren höheren Schulen die Muttersprache stark zurückgesetzt wurde gegenüber den altklassischen, hat sich jetzt ein Wandel vollzogen. Seit Kaiser Wilhelm II. im Jahre 1890 das bedeutsame Wort ausgesprochen, daß wir auf unseren Gymnasien nicht junge Griechen und Römer, sondern Deutsche erziehen sollen, ist einmal die Stundenzahl für das Deutsche erhöht und sodann die Ansicht maßgebend geworden, daß dieses in den Mittelpunkt des ganzen Unterrichts treten soll und daß alle andern Fächer ihm zu dienen haben, damit der Schüler in dem stolzen Bewußtsein aufwachse: „Ich bin ein Deutscher und kann mich dessen freuen". So sind wir wieder zu den Anschauungen gekommen, die Fichte in seinen Reden an die deutsche Nation vertritt, daß die deutsche Erziehung aus dem deutschen Geiste geboren werden muß, wenn wir stark werden wollen im Vaterlande und draußen in der Welt, wo die deutsche Flagge weht und deutsche Männer für das Wohl des Vaterlandes wirken. Aber auch weite Schichten des Volkes zeigen sich jetzt infolge des Frühlingshauches von neuer Hingabe für die Muttersprache beseelt, wenn sie den Mundarten mehr Beachtung schenken und größere Neigung entgegenbringen. Wie zu den Zeiten der Befreiungskriege ein reger Eifer erwachte, die Volkslieder zu sammeln und unsere alten Volksepen zu neuem Leben zu erwecken, so haben sich in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Kräfte aus allen Gegenden des Reiches veranlaßt gefühlt oder bereit gefunden, den Wortschatz der Mundarten, volkstümliche Redensarten, Sprichwörter, Hausprüche, Kinderlieder und dialektische Dichtungen aller Art zu sammeln und so der Vergessenheit zu entreißen. Dadurch wird in weiten Schichten des Volks die Liebe zur Heimat, zur Muttersprache, zum großen deutschen Vaterlande gestärkt und gehoben.

Noch zwei Aufgaben harrten nun der Lösung, Einheit und Übereinstimmung zu schaffen in Rechtschreibung und Aussprache. Dabei tritt Norddeutschland als führender Teil in den Vordergrund, was allen denen selbstverständlich erscheint, die erwägen, daß Preußen jetzt die Vormachtstellung in unserem Vaterlande hat. Wie zur Zeit des Rittertums, als die Leitung Deutschlands in den Händen der süddeutschen Hohenstaufen lag, die Sprache der höfischen Dichter schwäbisch-alemannische Färbung zeigte, wie im 16. Jahrhunderte[11]), wo Mitteldeutschland auf religiösem und literarischem Gebiete die Führung hatte, eine allgemeine Schriftsprache auf mitteldeutscher Grundlage geschaffen wurde, so gehen seit dem Ende des 19. Jahrhunderts die Bestrebungen, eine einheitliche Rechtschreibung und Aussprache herzustellen, von dem Teile unseres Vaterlandes aus, dem wir zumeist die Reichseinheit verdanken, von Norddeutschland. Bereits 1876 hat die preußische Regierung eine Konferenz zur Herstellung größerer Einheitlichkeit in der deutschen Rechtschreibung nach Berlin berufen und wenige Jahre später ein Regelbuch veröffentlicht, 1898 aber, nachdem Graf Hochberg schon 1887 ein Rundschreiben an die Bühnenangehörigen erlassen hatte, ist in Berlin ein Ausschuß zu einheitlicher Regelung der deutschen Bühnensprache zusammengetreten, dessen Beschlüsse in Th. Siebs' Schrift „Deutsche Bühnenaussprache" (8. Auflage 1910) vorliegen. Damit ist eine Norm für die Schauspieler geschaffen und zwar meist in der Weise, daß

[11]) In der für die Entstehung der neuhochdeutschen Schriftsprache so wichtigen Zeit des 14.—16. Jahrhunderts war der Sitz des Kaiserhofs und der kaiserlichen Kanzlei vielfach in Mitteldeutschland (Prag), z. B. unter den Luxemburgern 1347—1437 und unter Rudolf II. und Mathias 1570—1619.

die norddeutsche Aussprache für mustergültig angesehen wurde, z. B. bei b, g und d, die mit Stimmton hervorgebracht werden sollen. Schwieriger als bei den Bühnen, wo das Bedürfnis der Einheitlichkeit auf der Hand liegt, gestaltet sich die Regelung anderswo. Zunächst kommen dabei die Schulen in Frage, dann die Umgangssprache der Gebildeten. Aber trotz der Schwierigkeit treten viele berufene Männer dafür ein, hier die gleichen Grundsätze wie bei der Bühnensprache einzuführen; namentlich hat der allgemeine deutsche Sprachverein diese Angelegenheit schon oft in seiner Zeitschrift und in seinen Sitzungen erörtert. So konnte denn Th. Gartner 1900[12]) aussprechen: „Darin sind wir alle einig, daß wir mit vereinten Kräften nach einer allgemein deutschen Musteraussprache streben müssen." Wie und wann dieses Ziel erreicht werden wird, kann nur die Zukunft lehren.

Wir sind am Ende unserer Erörterungen. Ihr Ergebnis ist, daß sich unser Volk zu immer größerer Achtung und Wertschätzung seiner Sprache emporgeschwungen hat. Am höchsten aber wird diese von den Dichtern gerühmt, denen sie ja stets für ihre Zwecke ein vortreffliches Werkzeug war. Sie haben unentwegt über ihrer Reinheit gewacht und für ihre Weiterbildung gesorgt, sie haben in den Zeiten, wo unser Vaterland infolge seiner Zerrissenheit ohnmächtig darniederlag, sich und das Volk durch den Hinweis auf ihre Schönheit aufgerichtet und haben in den Zeiten nationaler Erhebung erst recht ihre Herrlichkeit gepriesen. Als Napoleon I. bei Leipzig aufs Haupt geschlagen war, sangen Uhland, Rückert und Schenkendorf begeisterte Weisen zum Ruhme der Muttersprache und als 1870/71 Napoleon III. überwunden war, erhob sich ein noch größerer Chor von Sängern, die ihre Vorzüge priesen, z. B. Geibel und Felix Dahn, Ad. Stöber und Klaus Groth. Einer von ihnen, der 1879 verstorbene Schweizer Heinrich Leuthold, schuf damals die schönen Verse:

Dich vor allem, heilige Muttersprache,
Preis' ich hoch; denn was mir an Reiz des Lebens
Je gewährt ein karges Geschick, ich hab' es
Dir zu verdanken.

Spröde nennt der Stümper dich nur; mir gabst du
Alles; arm an eigenen Schätzen bin ich,
Doch verschwenderisch wie ein König schwelg' ich
Stets in den deinen.

Mancher Völker Sprachen vernahm ich; keine
Ist an Farbe, plastischem Reiz, an Reichtum,
Wucht und Tiefe, keine sogar an Wohllaut
Ist dir vergleichbar ....

Wenn die Zeit auch nicht an des deutschen Volkes
Weltberuf mit ehernem Finger mahnte,[13])
Eine solche Sprache allein genügte,
Ihn zu verkünden.

[12]) Vergl. die Zeitschrift des allgemeinen deutschen Sprachvereins 1900, S. 154.
[13]) Vergl. Em. Geibels Äußerung in den „Heroldsrufen": „Und es mag am deutschen Wesen einmal noch die Welt genesen."

Die deutſche Staatsentwickelung.

Vom Reich Karls des Großen zum Reich Wilhelms des Großen.

Von Profeſſor Dr. **Zorn**, Bonn.
Mitglied des Herrenhauſes.

Die ſtaatliche Entwickelung des deutſchen Volkes war eine völlig andere, als die des engliſchen und franzöſiſchen Volkes. Während die Engländer ſchon ſeit Wilhelm dem Eroberer und die Franzoſen bereits ſeit Ludwig IX., jedenfalls ſeit Philipp dem Schönen zu den Grundlagen jener Volkseinheit vorgeſchritten waren, die die Vorausſetzung einer geſunden und ſtarken Staatsentwickelung iſt, verloren die Deutſchen die im frühen Mittelalter gewonnene Einheit wieder vollſtändig und fielen einer immer größeren Zerſplitterung anheim, bis endlich das welthiſtoriſche Jahr 1866 dieſem Zuſtand ein Ende machte und „ferro et igni“ die Grundlagen einer wirklichen deutſchen Staats- und Volkseinheit ſchuf.

Der Umſtand, daß die Engländer wie die Franzoſen ſchon in der Hälfte des Mittelalters die Grundlagen der einheitlichen Volks- und Staatsentwickelung errungen hatten, iſt entſcheidend für ihre wirtſchaftliche und politiſche Großmachtentwickelung ſchon ſeit dem Ausgang des Mittelalters und in den Anfängen der Neuzeit und bis zum heutigen Tage. Der Umſtand, daß die Deutſchen ſchon im frühen Mittelalter der Zerſplitterung anheimfielen, iſt entſcheidend für ihre wirtſchaftliche und politiſche Unmachtſtellung bis zu dem großen Wendepunkt des Jahres 1866.

Das alte Reich.

Das Reich Karls des Großen war die gewaltigſte germaniſche Staatsentwickelung der Weltgeſchichte. Und der eiſerne Wille des Herrſchers vermochte das ungeheure Reich zuſammenzuhalten und immer noch zu erweitern. Alsbald aber nach dem Tode Karls des Großen begann der innere und bald auch der äußere Zerfall des germaniſchen Weltreiches, der dann zu den ſtaatlichen Sonderbildungen des europäiſchen Feſtlandes führte, auf denen in der Hauptſache noch das heutige europäiſche Staatenſyſtem beruht.

Die Gründe für den Zerfall des germaniſchen Weltreiches ſind ſehr verſchiedener Art. In erſter Linie ſteht natürlich die ſtaatsmänniſche Schwäche von Karls Nachfolgern und im Zuſammenhange damit der erſte kraftvolle Vorſtoß der Gedankenwelt des kirchlichen Univerſalſtaates unter der oberſten Herrſchaft des Papſtes, in dem die Staaten nur territoriale Gliederungen und die Fürſten nur Vaſallen des geiſtlichen Oberlehnsherrn ſein ſollten, einer Gedankenwelt, die zuerſt in den Fälſchungen Pſeudo-Iſidorus ihren ſcharfen Ausdruck fand und deren letzte Schlußfolgerungen dann Gregor VII., Innocenz III., Bonifaz VIII. zogen. Dazu kam die ungeheure territoriale Ausdehnung, die ſchließlich das Frankenreich angenommen hatte und die an ſich der einheitlichen Beherrſchung durch die Staatsgewalt kaum überwindbare Schwierigkeiten bot, wie ſie zu bewältigen nur der außerordentliche ſtaatsmänniſche Genius Karls des Großen imſtande war. Vor allem aber fehlte dem Frankenreiche die innere Volkseinheit, die notwendige Vorausſetzung jeder ſtarken Staatsentwickelung, die nicht bloß auf der brutalen Macht des Eroberers beruht. Schon in den verſchiedenen Ger-

manenstämmen, die im Reiche Karls des Großen zusammengefaßt waren, lagen starke Verschiedenheiten der Art und des Wesens; Franken und Gothen waren zweifellos Germanen sehr verschiedenen Volkscharakters. Der germanische Rechtsgrundsatz ferner, daß jeder Germane, wo immer er weile und wohne, nach seinem persönlichen Stammrecht lebe, war der Verschmelzung zu einer germanischen Volkseinheit von vorne herein sehr ungünstig, zumal da schon an sich die Germanenart jeder strafferen Zusammenfassung widerstrebt und die Zwietracht der Germanen bereits seit Tacitus sprichwörtlich war. Endlich aber waren die Massen römischer Volksbestandteile in den westlichen und südlichen Teilen des großen Frankenreiches so groß und so fest in ihrer Eigenart, daß auch hierdurch die Herstellung einer germanischen Volkseinheit im Frankenreiche sehr erschwert, ja völlig ausgeschlossen war, zumal man auch diesen römischen Volksteilen überall grundsätzlich ihr eigenes Recht beließ.

So war der Zerfall des gewaltigen Germanenreiches Karls des Großen eine welthistorische innere Notwendigkeit. Das Deutsche Reich, das dann als eines der drei großen Teilreiche entstand, war von vorne herein gegenüber dem Frankenreiche insofern günstiger für eine gesunde Staatsentwickelung ausgestattet, als seine Volksgrundlage so gut wie rein deutsch war; die bald beginnenden und in gewisser Weise bis zum heutigen Tage fortdauernden Kämpfe gegen slawische Volkselemente haben niemals die Einheit der deutschen Volksgrundlage so schwer geschädigt, wie das Nebeneinanderbestehen der Germanen und der Römer im Frankenreiche. Jahrhundertelang wurden beim Vordringen der Deutschen nach Osten die slawischen Volkselemente mehr oder minder vollständig aufgesogen und erst der neuesten Zeit war es vorbehalten, einen slawischen Widerstand gegen das Vordringen deutscher Mächte und Kultur auszubilden, der sich bis jetzt nicht hat brechen lassen und eine schwere und unmittelbare Gefahr für die deutsche Staatsentwickelung hat werden können.

Andererseits waren die Grundlagen der Staatsentwickelung im Deutschen Reiche insofern ungünstiger wie im Frankenreiche, als von vorne herein der Gedanke der Erbmonarchie und die durch ihn gegebene Bürgschaft einer gesicherten zusammenhängenden Fortentwickelung des Staates fehlte. Das Deutsche Reich war Wahlreich. Darin lag im letzten Grunde doch immer das Hauptmoment seiner Schwäche und des durch sie verschuldeten tausendjährigen Elendes des deutschen Volkes. In der Theorie war der Reichsgedanke in Anknüpfung an den Staat Karls des Großen der höchste Staatsgedanke und der Deutsche Kaiser die einzige Majestät der Welt. Dieser hohen Staatsidee aber entsprach die Wirklichkeit nicht. Immer mächtiger wurde der universale Gedanke des Papsttumes und in ihm waren auch alle weltlichen Dinge, also das gesamte Staatsleben, umschlossen. Dies führte zu den unaufhörlichen, sehr wechselvollen Kämpfen zwischen Staat und Kirche, in welchen das Deutsche Reich seine besten Kräfte verbrauchte. Wenn es auch einzelnen Kaisern gelang, die Übermacht der Kirche für kurze Zeit zu brechen, so waren doch im ganzen diese fast niemals unterbrochenen Kämpfe für Deutschland ein schwerer Schaden und eines der Hauptmomente, die eine starke Staatsentwickelung hinderten. Der höchste Erfolg, der in diesen Kämpfen in Deutschland erreichbar, war die Anerkennung der Nebenordnung von Staat und Kirche, des weltlichen und geistlichen Schwertes, wie sie im Sachsenspiegel ihren Ausdruck gefunden hat. Darin aber lag vom staatlichen Standpunkt aus eine schwere Niederlage, da diese Gleichordnung innerlich unmöglich ist, was die Kirche für ihre Machtinteressen theoretisch und praktisch aufs beste auszubeuten wußte.

Das dritte Hauptmoment innerer Schwäche des Deutschen Reiches, das im Zusammenhang mit den Kämpfen zwischen Staat und Kirche allmählich zur völligen Entwickelungsunfähigkeit des Staatsgedankens im alten Reiche führte, lag in der lehensrechtlichen Zersplitterung des Gemeinwesens. Aus dem stark organisierten Staate Karls des Großen war die schwache Lehensmonarchie des Mittelalters geworden. Die Grafen, die anfänglich vom König ernannt wurden, empfingen ihre finanzielle Amtsausstattung in Grundbesitz, der dadurch selbstverständlich nicht den Charakter von

Staatsgebiet verlor. Indem nun das Grafenamt samt dem dazu gehörigen Grundbesitz erblich wurde, entwickelte sich, unterstützt von Immunitäten und anderen Privilegien, innerhalb des Staates ein immer stärker und immer selbständiger werdender Faktor, der schließlich zur Ausbildung der territorialen Landeshoheit führte. Eine parallele Entwickelung vollzog sich für die hohen Kirchenbeamten, die Bischöfe, und dem diesen zur finanziellen Ausstattung des Amtes überwiesenen Grundbesitz. So entstanden die weltlichen und geistlichen Territorien mit Landeshoheit. Zunächst blieben diese Territorien mit dem Staate, dem Reich, rechtlich verbunden in den Formen des Lehenrechtes. Als Lehensträger von Kaiser und Reich standen die weltlichen Grafen und Fürsten wie die Bischöfe in rechtlicher Unterordnung zur Staatsgewalt des Reiches, die finanziell wie militärisch auf den Leistungen dieser seiner Vasallen beruht. Es lag aber in der Natur der Dinge, daß diese lehensrechtlichen Gebilde ihre Selbständigkeit immer mehr verstärkten und ihre unabhängige Rechtssphäre immer mehr erweiterten. So konnte schon einem der starken Deutschen Kaiser des Mittelalters, Friedrich Barbarossa, gegenüber ein Territorialherr, Heinrich der Löwe, die Heeresfolge einfach verweigern, was für den Kaiser eine militärische Katastrophe zur Folge hatte. Und wenn dieser Entwickelung nicht Einhalt getan wurde, mußte die Zeit kommen, wo aus den Territorien Staaten und aus den Vasallen Landesherrn wurden.

Dieser Entwickelung Einhalt zu tun und den Staatsgedanken des Reiches zu stärken, versuchten einzelne der deutschen Kaiser, die Schwäche der staatsrechtlichen Grundlagen des Reiches klar erkennend. Vor allem in der Zeit der Sachsenkaiser wurden solche Versuche mit Tatkraft unternommen und schienen zeitweise die Hoffnung des Erfolges in sich zu tragen. Aber die Schwäche der Wahlmonarchie ließ diese Bestrebungen immer wieder scheitern und keinen der erreichten Erfolge zu dauernder Geltung kommen. In der Hohenstaufenzeit waren die idealistisch-phantastischen Regierungspläne des hochbegabten Herrschergeschlechtes auf fernliegende Zwecke und Ideen gerichtet; die deutsche Volkskraft, statt für Herstellung eines starken deutschen Staates eingesetzt zu werden, wurde verbraucht in Weltplänen, die für das deutsche Land und Volk nur ein Verhängnis waren: ein Hohenstaufe fand seinen Tod in den Fluten eines Flusses in Kleinasien, zwei Hohenstaufen haben ihre einsame Grabstätte im fernen Dom zu Palermo und der letzte Hohenstaufe wurde in Süditalien enthauptet.

Das Interregnum nach der Vernichtung der Hohenstaufen kennzeichnet bereits den vollständigen Untergang des Staatsgedankens des alten Reiches: die Krone, die theoretisch immer noch das Zeichen der einzigen Majestät der Welt war, ging betteln um einen Träger und fremde Fürsten aus Holland und England trugen das geheiligte Symbol des deutschen Staates, der die phantastische offizielle Firma trug: das heilige römische Reich deutscher Nation.

Zwar raffte man sich nach der trostlosen Zeit des Interregnums wieder zusammen und erneuerte das alte Reich. Und einzelne der späteren Kaiser gaben der alten Krone etwas von neuem Glanze. Aber in dem Zeitraum, der in der Geschichte den bezeichnenden Namen trägt: „Kaiser aus verschiedenen Häusern", kam die ganze Schwäche des Wahlreiches zu voller Ausprägung. Als dann späterhin die Kaiserkrone im Hause Habsburg tatsächlich erblich wurde, hatte die welthistorische Entwickelung den Staatsgedanken des alten Reiches längst zersplittert und zerrieben, so daß eine staatsrechtliche Erneuerung zur Unmöglichkeit geworden und die alte Krone des Reiches der weltumspannenden, religiös geheiligten Traditionen zu einem Schmuckstück österreichischer Hausmacht herabgesunken war.

An Versuchen einer staatsrechtlichen Erneuerung fehlte es auch in den langen Jahrhunderten vom Interregnum bis zum Untergang des alten Reiches nicht. Und es fehlte auch nicht an Teilerfolgen solcher Versuche, unter denen wohl als einer der bedeutsamsten die Schaffung einer nicht unbedeutenden, teilweise sogar wertvollen Reichsgerichtsbarkeit durch Errichtung des Reichskammergerichtes zu bezeichnen ist.

Aber es handelt sich hierbei doch immer nur um einzelne Zweige des Staatslebens. Alle Versuche dagegen nach der Richtung einer festgefügten starken militärischen Einheit unter dem Oberbefehl des Kaisers sowie alle Versuche auf Herstellung einer gesicherten selbständigen finanziellen Grundlage des Reiches blieben vergeblich: in diesen großen und entscheidenden Fragen des Staatslebens war ein Erfolg im Sinne des Staatsgedankens des Reiches überhaupt nicht zu erzielen; das Reich blieb angewiesen auf das „Aufgebot" der Fürsten und auf die „Matrikularbeiträge" der Länder. Und daran ging das Reich zugrunde.

Einer der merkwürdigsten und bedeutendsten Versuche zur Stärkung der Reichsgewalt war der Versuch Ludwigs des Bayern, eine neue prinzipielle Grundlage für das Verhältnis von Staat und Kirche zu gewinnen. Den Kampf, den zuvor Philipp der Schöne von Frankreich um die oberste weltliche Gewalt, um die Souveränität des Staates, siegreich gegen die römische Kurie durchgefochten hatte, erneuerte Ludwig der Bayer, um den gleichen Erfolg für das Deutsche Reich zu gewinnen. Während aber der Kampf in Frankreich mit einem vollen und dauernden Siege des Staates endete, wurde in Deutschland nur der im Kurverein zu Rhense festgelegte Teilerfolg der Unabhängigkeit der durch die Mehrheit der Kurfürsten verliehenen Kaiserwürde von der Krönung durch den Papst erreicht, während die volle Souveränität des Staates hier erst das Ergebnis der Religionskämpfe des 16. Jahrhunderts war. Die Ursache dieses verschiedenen Ergebnisses war hauptsächlich der Umstand, daß es in Frankreich schon vor diesen Kämpfen dem Königtum gelungen war, die lehensrechtliche Zersplitterung des Staatswesens zu überwinden und eine einheitliche, im König zusammengefaßte Staatsgewalt herzustellen. Dadurch war Frankreich stark genug geworden, auch der stärksten Macht des Mittelalters, dem Papsttum, gegenüber, den Kampf um die Souveränität aufzunehmen und siegreich durchzuführen. In Deutschland dagegen war die aus dem Lehenswesen heraus entwickelte Territorialgewalt immer selbständiger und von der Reichsgewalt unabhängiger geworden, so daß diese nicht die erforderliche Zusammenfassung und Kraft zu gewinnen vermochte, um dem Kampf mit der Kirche gewachsen zu sein.

Im Westfälischen Frieden tritt uns, wie die starke einheitliche Kraft des französischen, so die ganze Zersplitterung und Schwäche des deutschen Staates entgegen. Nach schwersten inneren und äußeren Kämpfen war die Trennung der deutschen Lande und des deutschen Volkes nach den beiden großen christlichen Konfessionen dauernd festgestellt. Zwar für das Reich und seine Dinge wurde das Prinzip der Parität, der exacta mutuaque aequalitas, sanktioniert; die Territorien aber blieben zunächst konfessionell völlig einseitig abgeschlossen. Dazu kam noch, daß der Schwerpunkt des Staatslebens sich nun immer stärker und zwar garantiert durch die Vorschriften des Westfälischen Friedens in die Territorien verlegte. Die Attribute der Souveränität: das jus foederum, jus legationum und selbst das jus belli ac pacis wurden den Territorien ausdrücklich und feierlich zugesprochen; in bezeichnender Weise wurde die Staatsgewalt der Territorien als der des Reiches gleichwertig und gleichberechtigt anerkannt in dem Satze: quidquid imperator potest in imperio, princeps potest in territorio.

Theoretisch wie praktisch war durch diese Gestaltung der Dinge in Deutschland der Staatsgedanke überhaupt zerbrochen: das Reich war kein Staat mehr, nachdem die Hauptpunkte der Souveränität auch den Einzelstaaten, den Territorien, zuerkannt waren; die Territorien aber waren keine Staaten, weil sie grundsätzlich doch immer noch unter der Reichsgewalt standen und ihr zum Gehorsam verpflichtet waren. In diesem Zustand der Dinge lag für mehr als zwei Jahrhunderte eine völlige Staatslosigkeit, die politisch und wirtschaftlich die traurigsten Folgen für Deutschland hatte. Das Reich vermochte sich zu einem auch nur einigermaßen kraftvollen Staatsleben überhaupt nicht mehr zu erheben; die Territorien, deren man zirka 350 zählte, waren zum weitaus größten Teile wegen ihrer armseligen Kleinheit zu einem wirklichen Staatsleben unfähig; eine nicht ganz geringe Zahl ferner, zum Teil große und reiche Länder, waren

zur Staatsentwickelung unfähig, weil unter der weltlichen Herrschaft von Kirchenbeamten oder kirchlichen Instituten (Klöstern) stehend; für eine wirkliche deutsche Staatsentwickelung konnten überhaupt nur einige wenige Territorien in Betracht kommen (Bayern, Sachsen, Hessen, Braunschweig).

So schließt mit dem Westfälischen Frieden die deutsche Staatsentwickelung auf der im Teilungsvertrag von Verdun gelegten Grundlage ab. Formell zwar dauert das Reich noch 160 Jahre fort, aber in einem Zustande trauriger Anarchie und Agonie, der weder dem Historiker noch dem Publizisten einen sorgsamer Betrachtung würdigen Gegenstand zu bieten vermag.

Brandenburg-Preußen.

Auf den Grundlagen des Westfälischen Friedens gestaltete sich dann das Staatswesen, das bestimmt war, aus einem anfänglich geringen Territorium des alten Reiches das neue Reich zu werden, in dem das deutsche Volk endlich das gleiche staatliche Ziel erreichte, das Franzosen und Engländer schon vor Jahrhunderten erreicht hatten: die Stellung als Weltmacht.

Die brandenburgischen Staatsanfänge haben für die allgemeine Staatsentwickelung nur insofern eine besondere Bedeutung, als in der Eroberung und Kolonisation das entscheidende Moment für die Bildung des Großgrundbesitzes liegt, der noch heute den deutschen Osten in eigentümlicher und für die ganze Staatsentwickelung bedeutsamer Weise kennzeichnet und dessen Bedeutung für die preußisch-deutsche Staatsentwickelung nur Leichtfertigkeit oder Unkenntnis geringschätzen kann. Auch der Übergang von Brandenburg mit der Kur an das süddeutsche Fürstengeschlecht der Hohenzollern war noch für Jahrhunderte kein Moment großer Staatsentwickelung. Ebenso blieben die süddeutschen Besitzungen der Hohenzollern für die Staatsentwickelung bedeutungslos. Endlich hat auch das durch süddeutsche Zusammenhänge unter die Erbherrschaft der Hohenzollern gelangte Herzogtum Preußen an sich die große Staatsentwickelung nicht beeinflußt. Brandenburg wie Preußen wurden Länder der Reformation. Im Dreißigjährigen Kriege war Brandenburg-Preußen ein Territorialstaat von kläglicher Ohnmacht, beherrscht nicht sowohl durch den Willen des Landesherrn als durch die Willkür der Stände. Brandenburg-Preußen trug den gleichen Stempel der Staatsohnmacht wie die meisten der übrigen deutschen Territorien; Sachsen und Bayern waren damals viel stärkere Mächte deutschen Staatslebens.

Diesem traurigen Staatszustand machte der Große Kurfürst — seit 1640 — ein Ende und schuf in Brandenburg-Preußen diejenige Staatsgewalt, die in direkter und nur durch kurze Episoden unterbrochener Entwickelung zum deutschen Gesamtstaat der Jahre 1866/67 und 1870/71 führte. Das heutige Deutsche Reich ist der Staat des Großen Kurfürsten.

Die Entwickelung war die nachfolgende.

Der Große Kurfürst zerbrach vor allem die Gewalt der Stände in den verschiedenen Territorien seines Gebietes, erhob dadurch die landesherrliche Macht zur starken letztentscheidenden Instanz und legte damit die Grundlagen des einheitlichen monarchischen Staates. Dem gleichen Endziele dienten die Schaffung eines wenn auch an Zahl noch geringen stehenden Heeres, die Anfänge einer festen Verwaltungsorganisation mit geordnetem Behördenapparat und die Eingliederung der Städte in den Organismus des vom Landesherrn mit starkem Arm geleiteten Staates. Durch diese Maßregeln wurde der Große Kurfürst der Schöpfer des modernen Staates Brandenburg-Preußen, dessen Ansehen er durch kluge Politik und siegreiche Kriegszüge während seiner langen Regierungszeit stetig mehrte. Vor allem gelang es ihm, die schwedische Macht in Nordostdeutschland zwar noch nicht völlig zu brechen, doch dermaßen zu schwächen, daß die Beseitigung dieser Fremdherrschaft in deutschen Landen grundsätzlich entschieden war. Ferner gelang es ihm, die polnische Lehensoberhoheit seines Herzogtumes Preußen

abzuschütteln und indem dieses nunmehr souveräne Herzogtum Preußen nicht dem Staatsverbande des alten Reiches eingefügt wurde, die staatsrechtliche Grundlage für die spätere Entwickelung zu schaffen und zu sichern. Durch seine vermittelnde Haltung in den kirchenpolitischen Kämpfen der Zeit, insbesondere auf dem Westfälischen Friedenskongreß, bereitete er endlich auch dem für die deutsche Staatsentwickelung so wichtigen Grundsatz der Parität der Konfessionen in Preußen und den übrigen Territorien Deutschlands die Wege. Ihren äußeren Ausdruck fand diese großartige Staatsentwickelung, deren Träger der Große Kurfürst war, in der Erhebung des Staates zum Königreich Preußen — nicht Brandenburg, weil dieses dem Reich ein- und untergeordnet war — durch Friedrich I. 1701.

Das Königreich Preußen bestand aus drei unzusammenhängenden Gebieten: erstens den Territorien des alten Kurfürstentumes Brandenburg und dessen Erweiterungen durch sächsische und pommersche Gebietsteile; zweitens dem alten Ordensland und späteren Herzogtum Preußen; drittens den seit Anfang des 17. Jahrhunderts an Brandenburg gefallenen Ländern der Jülich-Cleveschen Erbschaft Cleve, Mark, Ravensberg. Das erste und dritte Gebiet gehörten zum Reichsverband, das zweite war souverän.

Die vom Großen Kurfürsten geschaffenen Staatsanfänge wurden demnächst weitergeführt durch Friedrich Wilhelm I., den größten inneren König Preußens. Er schuf in endgültiger Zertrümmerung der alten ständischen Staatseinrichtungen, indem er die Souveränität des Landesherrn wie einen rocher von Bronze stabilierte, den modernen Beamtenstaat, dessen entscheidender Wille allein der König war. Durch Herstellung ausgezeichneter, den damaligen Verhältnissen entsprechender Verwaltungseinrichtungen, durch Schaffung eines streng disziplinierten, pflichttreuen und unbestechlichen, nur vom Willen des Königs abhängigen Beamtenstandes, durch Erhöhung der Stärke des Heeres auf das Vierfache des anfänglichen Standes und strengste Disziplin wie sorgsamste Ausbildung der Truppen, endlich durch Überweisung des gewaltigen Vermögenskomplexes der Domänen aus dem persönlichen Eigentum des Landesherrn in das Eigentum des Staates sowie durch peinlichste Genauigkeit und Sparsamkeit in den Staatsausgaben (Oberrechnungskammer) hat Friedrich Wilhelm I. aus den ärmsten Ländern des deutschen Volksgebietes den Staat geschaffen, der die innere Kraft hatte, die Staatsgrundlage für ein neues großes und reiches Deutschland zu werden. Indes Österreich in den inneren Kämpfen seiner Völkerschaften erlahmte und sich den deutschen Dingen entfremdete, indes keines der übrigen deutschen Territorien dauernd die innere Kraft für eine große Staatsentwickelung gewinnen konnte, wurde Brandenburg-Preußen durch den Großen Kurfürsten und insbesondere durch Friedrich Wilhelm I. der Staat, in dem die Zukunft des deutschen Volkes, Deutschland als Weltmacht, umschlossen war.

Durch Friedrich den Großen wurde das junge Königreich Preußen zur europäischen Großmacht erhoben. Der große König hat es oft bezeugt, daß er seine welthistorischen Erfolge mit in erster Linie den weisen Maßregeln seines Vaters verdanke. Gewiß waren diese Erfolge im letzten Ende nur das Werk des militärischen und staatsmännischen Genius des großen Königs selbst. Aber das starke, ausgezeichnet geschulte Heer, die wohlgefüllten Staatskassen und die festgefügte innere Staatsordnung, die Friedrichs Erbe aus der Regierung seines Vaters waren, müssen als die Grundlage für die gewaltigen Waffentaten Friedrichs des Großen anerkannt werden. So war es diesem Könige möglich, dem Angriff von fast ganz Europa siegreichen Widerstand zu leisten und nach Überwindung verzweifelter Schwierigkeiten seine Eroberungen, insbesondere Schlesien, zu behaupten. Durch den Erwerb von Westpreußen in der ersten Teilung Polens wurde der Gebietszusammenhang zwischen den beiden Stammländern der Monarchie, Brandenburg und (Ost-)Preußen, hergestellt. Damit war der große nordostdeutsche Staat geschaffen, wie er als zweite deutsche Großmacht bis 1866 bestand. Der Reichsverband war ja immer lockerer und speziell für Preußen zum bloßem Scheine

geworden; aber äußerlich blieb der weitaus größte Teil des preußischen Staatsgebietes in diesem Reichsverband bis 1806.

Auch für die innere Staatsentwickelung hat Friedrich II. Großes geleistet; insbesondere war sein Augenmerk der Verbesserung der Rechtspflege zugewendet und das große Gesetzgebungswerk des Allgemeinen Landrechtes, eines der größten Gesetzgebungswerke aller Zeiten, trägt den Stempel seines Geistes. Dagegen hat Friedrich der Große für die schon durch die äußere Staatsentwickelung zur unbedingten Notwendigkeit gewordene Umgestaltung der inneren Verwaltungseinrichtungen nichts Fruchtbares getan und am Ende seiner Regierung war die Verwaltung in einem stark desorganisierten, der äußeren und inneren Einheit völlig entbehrenden Zustande. Mehr und mehr hat die neue Forschung den Zusammenhang der Katastrophe von 1806 mit diesem verwahrlosten Zustande der Verwaltung erkannt und betont.

Die zwei Jahrzehnte nach des großen Königs Tode waren eine Zeit immer weiterer Ausdehnung des preußischen Staatsgebietes infolge der durch die Regierung Friedrich II. in Bewegung gesetzten politischen Kräfte; innerlich aber war es eine Zeit immer zunehmender staatlicher Schwäche, deren Ursachen sehr verschiedener Art waren. So kam die Niederlage des Heeres bei Jena gegen Napoleon und die militärische Niederlage wurde zur Katastrophe des Staates, die in ihren inneren Gründen klarzulegen man sich heute noch vergeblich bemüht.

Aus der Katastrophe aber erwuchs die Erneuerung des preußischen Staates, erst die Erneuerung der Verwaltung durch Stein, dann die militärische Erneuerung durch Scharnhorst und Gneisenau; in dem Befreiungskampf gegen Napoleon bestand der erneuerte Staat seine welthistorische Probe. Diese Erneuerung ist in erster Linie das Werk des Reichsfreiherrn vom Stein. Stein hat im Anschluß an die großen historischen Traditionen Friedrich Wilhelms I., unter Ablehnung des englischen wie des französischen Vorbildes, die heutigen preußischen Verwaltungseinrichtungen geschaffen mit der Gliederung von Zentralverwaltung (Ministerium), Provinzialverwaltung (Oberpräsident), Bezirksverwaltung (Regierung), Kreisverwaltung (Landrat), Ortsverwaltung. Sein größtes Werk ist die Städteordnung vom 19. November 1808, nach der sehr bald das Städterecht in ganz Deutschland — in schärfstem Gegensatz gegen das französische Recht — gestaltet wurde. Das Steinsche deutsche Städterecht beruht auf der grundsätzlichen Freiheit und Autonomie der Städte in Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten durch die von den Bürgern frei gewählten Organe, selbstverständlich im Rahmen der Staatsordnung und Staatsgesetzgebung. Dies sind die Grundsätze der deutschen Städtefreiheit im Mittelalter, eines der glänzendsten Blätter deutscher Geschichte. Im späteren Mittelalter aber war diese Freiheit in völlige Zuchtlosigkeit und Verderbnis, insbesondere des städtischen Patriziates, ausgeartet, so daß die Landesherrn, in Brandenburg-Preußen der Große Kurfürst und Friedrich Wilhelm I., mit den schärfsten Maßregeln hiegegen einzuschreiten genötigt waren; von der alten großen städtischen Freiheit war dabei nicht mehr viel übrig geblieben. Nachdem die Städte durch dieses harte Eingreifen der Landesherren wieder gesundet waren, gab ihnen Stein — Preußen in Deutschland voran — die alte Freiheit wieder zurück und sie haben sich auf dieser Grundlage im 19. Jahrhundert zu einer selbst in den glänzendsten Zeiten des Mittelalters nie erreichten Höhe entwickelt. Man hat mit Recht betont, daß die Steinsche Städteordnung und die Reichsgründung in ursächlichem Zusammenhange stehen.

Den Freiheitsgedanken der Städteordnung auf die anderen Teile der preußischen Verwaltung zu übertragen, wie es beabsichtigt war, blieb Stein infolge des Napoleonischen Ächtediktes keine Zeit. Erst unter dem unmittelbaren Einflusse des Fürsten Bismarck wurde der große Gedanke später wieder aufgenommen und durch die 1872 erlassene Kreisordnung, an die sich 1875 die Provinzialordnung anschloß, die heutige Selbstverwaltung der Kreise und Provinzen geschaffen. Durch diese Gesetzgebung hat

Preußen dem äußeren und inneren Umfang nach ein Maß von Selbstverwaltung wie kein anderer Staat.

Auch den konstitutionellen Gedanken einer allgemeinen Volksvertretung durchzuführen, hatte — daran ist nicht zu zweifeln — Stein sich vorgesetzt. Nach seinem Abgange fehlte die staatsmännische Kraft für die Durchführung dieses Gedankens, der dann erst unter den trüben und bedenklichen Einflüssen der Revolution von 1848 seine Verwirklichung, die Stein schon 1808 als unbedingte Notwendigkeit erkannt hatte, hat finden können.

Nach Abschluß der napoleonischen Kriege gab der Wiener Kongreß Preußen und Deutschland eine neue Gestaltung. Diese Neugestaltung trug für Preußen nur einen territorialen Charakter, ohne Veränderung der Staatsform und der Staatsverfassung. Neue schöne und reiche, aber aus verschiedenen Gründen schwierige deutsche Länder wurden mit Preußen als die neuen Provinzen Rheinland und Westfalen vereinigt; jedenfalls kerndeutsche Länder. Die Hauptschwierigkeit lag in der territorialen Trennung dieser westlichen Gebiete von den alten Provinzen der Monarchie im Norden und Nordosten. Dieser Umstand mußte mit zwingender Notwendigkeit zu weiteren staatsrechtlichen Entwickelungen führen.

Für die deutsche Staats- und Volksgesamtheit schuf der Wiener Kongreß das kümmerliche Gebilde des Deutschen Bundes, das von Anfang an dem Ausland ein Spott, allen guten Deutschen ein Ärger war. Dies Gebilde war das Ergebnis des Zusammenwirkens der von Metternich bestimmten Politik Österreichs und des Mißtrauens der übrigen europäischen Großmächte gegen Preußen; die preußischen Staatsmänner hatten nicht die Möglichkeit, diese traurige Mißhandlung und Mißgestaltung Deutschlands zu verhindern. Im Widerspruch zu den historischen Grundlagen deutschen Staatslebens, die das alte Reich trotz seiner trostlosen Verkümmerung in den letzten Zeiten doch immer festgehalten hatte, im Widerspruch zu dem auf der Weltgeschichte beruhenden Recht des deutschen Volkes auf einheitliche nationale Zusammenfassung in staatlicher Form, erkannte der Wiener Kongreß in der Schöpfung des Deutschen Bundes die von Napoleon zuerst im Preßburger Frieden behufs endgiltiger Vernichtung des einheitlichen deutschen Staatsgedankens geschaffene Souveränität der Territorien an: durch Napoleon waren die deutschen Territorien Staaten im staatsrechtlichen Sinne des Wortes geworden. Auf dieser staatsrechtlichen Grundlage ist der alte Deutsche Bund aufgebaut.

Rein staatsrechtlich betrachtet ist der alte Deutsche Bund von 1815—1866 die Zeit des tiefsten Niederganges des deutschen Staatsgedankens. Und dies Wort besteht auch dann zu Recht, wenn man billigerweise anerkennt, daß in den deutschen Einzelstaaten in dieser Zeit manches Gute und Wertvolle zu stande kam. Das deutsche Volk als solches war aus der Reihe der politischen Nationen ausgeschaltet; der Frankfurter Bundestag war ein trauriges Zerrbild deutscher Einheit; deutsche Interessen waren in der Weltpolitik kein irgend wertvoller Faktor; politisch und wirtschaftlich war der Deutsche Bund nicht nur wertlos, vielmehr ein direkter und schwerer Schaden für das deutsche Volk. So brach der Bund bereits 1848 vor einem keineswegs starken revolutionären Sturmwind hilflos zusammen. Aber Preußen war zu schwach (Olmütz), um hindern zu können, daß durch österreichische Listen und europäische Intriguen der Bund nochmals aufgerichtet wurde und nochmals fast zwei Jahrzehnte das deutsche Volk erniedrigte und zur Unmacht in der Welt verurteilte.

Das neue Reich.

Aus diesem Zustand traurigster Verwahrlosung wurde Deutschland errettet durch Preußen, erst wirtschaftlich, dann staatsrechtlich.

Das preußische Zollgesetz von 1818 schuf zunächst die wirtschaftliche Einheit des Staates Preußen. Um diese wirtschaftliche Einheit vom Papier der Gesetzespara-

graphen in die Wirklichkeit überzusetzen, bedurfte es der Angliederung derjenigen deutschen Einzelstaaten, die zwischen dem großen östlichen und dem kleineren, aber wirtschaftlich besonders hervorragenden westlichen Teile des Staatsgebietes lagen; und diese Bestrebungen mußten ganz von selbst zu einer Erweiterung der preußischen zu einer deutschen wirtschaftlichen Einheit führen. Es ist dem bayrischen König Ludwig I. hoch anzuerkennen, die Bedeutung dieser preußischen Arbeit für das ganze deutsche Volk erkannt und mit seinem vollen persönlichen Einfluß unterstützt zu haben. Am 1. Januar 1834 trat der deutsche Zollverein ins Leben, der die wirtschaftliche Einheit Deutschlands von Lindau bis Memel herstellte. Österreich gehörte diesem von Preußen geschaffenen Werke deutscher wirtschaftlicher Einheit nicht an; einzelne deutsche Staaten, so Hannover, Kurhessen, Nassau hatten, im Gegensatz zu den süddeutschen Staaten, dem großen Werke preußischer Staatskunst so lange als möglich schärfsten Widerstand entgegengesetzt.

Die auf Herstellung der deutschen Einheit gerichteten Bewegungen von 1848 blieben ohne Erfolg: der Widerstand Österreichs, die feindseligen Intrigen der Großmächte, die staatliche und militärische Schwäche Preußens, insbesondere die Unmöglichkeit, die richtige Mittellinie zwischen dem historisch-monarchischen und dem neuzeitlich-demokratischen Gedankenkreis, der im Frankfurter Parlament der Paulskirche zu kraftvollem Ausdruck gelangt war, zu finden, vernichteten noch einmal die Hoffnungen des deutschen Volkes auf Herstellung seiner staatlichen Einheit, die fast schon erreicht schien.

Aber Preußen hatte jedenfalls nunmehr die staatlichen Notwendigkeiten für Deutschland klar erkannt. Wilhelm I., der erst als Regent für seinen kranken Bruder, dann als dessen Nachfolger die königliche Gewalt in Preußen übernahm, führte zunächst die große Militärreform, die sein eigenstes Werk war, durch, um ein für alle Fälle gerüstetes und genügendes Heer zu schaffen. Der hierüber mit der Volksvertretung ausgebrochene Konflikt, der sich bis zur Verweigerung des Staatshaushaltes durch das Abgeordnetenhaus steigerte, veranlaßte die Berufung Bismarcks an die Spitze des Ministeriums. Die mit dem Tode des Königs von Dänemarck im November 1863 eröffnete schleswig-holsteinsche Thronfolgefrage führte sodann zu dem Kriege der beiden deutschen Großmächte gegen Dänemark, dessen Ergebnis die endgiltige Befreiung der Elbherzogtümer von dänischer Herrschaft war. Der weiterhin zwischen den beiden Großmächten eingetretene Zwiespalt über Schleswig-Holstein war dann der äußere Anlaß zu der im Kriege von 1866 erfolgten Auseinandersetzung zwischen Preußen und Österreich und der daraufhin durchgeführten völligen Neugestaltung der deutschen Staatsverhältnisse. Als am 14. Juni 1866 der Frankfurter Bundestag mit geringer Mehrheit den Beschluß faßte: es seien alle nichtpreußischen Bestandteile der Bundesarmee gegen Preußen mobil zu machen, erklärte der Vertreter Preußens den Bundesvertrag für gebrochen und damit den Deutschen Bund, den einst der Wiener Kongreß geschaffen hatte, für beendet. Dies wurde alsdann durch den Prager Frieden, der den Krieg abschloß, anerkannt und damit war die traurige Episode deutscher Staatsentwickelung, deren kläglicher Ausdruck der alte Bund war, abgeschlossen und so die Bahn für eine vollkommene Neugestaltung frei gemacht.

Zugleich wurde durch den Prager Frieden ein weiteres und zwar das größte Hindernis der staatlichen Neugestaltung Deutschlands beseitigt. Indem Österreich seine Zustimmung erklärte zur Herstellung eines neuen Bundesverhältnisses der deutschen Staaten nördlich der Mainlinie durch den König von Preußen, schied es aus dem bisherigen rechtlichen Zusammenhange mit Deutschland vollständig aus. Die führende Stellung in den deutschen Staatsverhältnissen ging von Österreich an Preußen über. Lag auch in diesen welthistorischen Vorgängen die traurige Notwendigkeit des Verlustes eines bedeutenden und wertvollen Bestandteiles des deutschen Volkes aus der deutschen Staatsentwickelung, so war doch damit andererseits das große Ergebnis gewonnen, daß die jede gesunde deutsche Gesamtstaatsentwickelung lähmende Rivalität der beiden

Großmächte damit endgiltig abgeschnitten war. Österreich zog sich ausschließlich auf sein besonderes Staatswesen zurück. Bald darnach konnte durch die große staatsmännische Kunst und Kraft des Fürsten Bismarck dem lebhaften Verlangen des deutschen und des deutsch-österreichischen Volkes entsprechend wenigstens die engste völkerrechtliche Verbindung zwischen dem neugestalteten Staatsgebilde Österreich-Ungarn und dem durch Preußen neugeschaffenen Deutschen Reiche hergestellt werden.

Alsbald machte sich Preußen — nach Abrundung seines Staatskörpers durch die Einverleibung von Hannover, Kurhessen, Nassau uud Frankfurt a. M. — an die ihm im Prager Frieden vorgezeichnete Aufgabe der Herstellung eines engeren Bundesverhältnisses unter den deutschen Staaten nördlich des Maines. Dies Bundesverhältnis fand dann seine endgiltige Gestaltung durch den Hinzutritt der süddeutschen Staaten im Jahre 1870. Aber die das Bundesverhältnis staatsrechtlich kennzeichnenden Vorgänge liegen — auch für die süddeutschen Staaten — durchaus und nur im Jahre 1866; das Jahr 1870 brachte in Wirklichkeit nur eine territoriale Erweiterung des im Jahre 1866 begründeten Bundesverhältnisses; das große Entscheidungsjahr für die staatsrechtliche Neugestaltung Deutschlands — analog den Jahren 843 und 1815 — ist nur das Jahr 1866.

Dem Bundesverhältnis von 1866 gehörten 22 deutsche Einzelstaaten an, die Erweiterung von 1870 erhöhte die Zahl auf 25. Außer Österreich-Ungarn mußte leider auch das alte deutsche Grenzland Luxemburg aus dem staatsrechtlichen Zusammenhange mit Gesamtdeutschland entlassen werden und wurde 1867 zum souveränen europäischen Staate erklärt. —

So waren durch den Krieg von 1866 die Vorbereitungen getroffen für eine das deutsche Volk, leider mit Ausnahme von Deutsch-Österreich und Luxemburg, umfassende Gesamtstaatsbildung, die dann mit 1. Juli 1867 bzw. 1. Januar 1871 in die Weltgeschichte und das Staatsleben der Menschheit eintrat, eine Erneuerung des alten Reichsgedankens, aber von Anbeginn auf festerer und sicherer Grundlage, als diejenige des alten Reiches gewesen war. Damit ist, so dürfen wir hoffen, die tausendjährige staatliche Irrfahrt des deutschen Volkes abgeschlossen und eine den größten Teil unseres Volkes staatlich zusammenfassende Form der Staatsbildung gewonnen, nicht wie für England, Frankreich, Italien in der Form des Einheitsstaates, sondern in der dem germanischen Wesen mehr entsprechenden freieren aber allerdings zugleich politisch viel schwierigeren Form des Bundesstaates.

Dem Deutschen Reiche gehören außer der Großmacht Preußen, die dies Reich geschaffen hat, 24 deutsche Staaten an, nämlich 3 Königreiche, 6 Großherzogtümer, 5 Herzogtümer, 7 Fürstentümer und 3 Freie Städte; dazu als 26. Staatsgebilde das von Frankreich zurückgewonnene „Reichsland" Elsaß-Lothringen. In diesem Gebiete gilt seit 1. Januar 1871 (für das Reichsland 1. Januar 1874) die Reichsverfassung. Dazu kommen noch, seit 1884, eine Reihe von Kolonien, die überseeischen Gebiete in Afrika, Asien und der Südsee, in denen zwar die Reichsverfassung nicht gilt, die aber der Souveränität des Deutschen Reiches in vollem Umfange unterworfen sind.

In den Einzelstaaten sind die alten Staatseinrichtungen, weit überwiegend auf monarchischer, in den Freien Städten auf republikanischer Grundlage äußerlich vollkommen erhalten geblieben. Aber diese 25 „verbündeten Regierungen" sind nunmehr zusammengefaßt zu der einheitlichen Staatsgewalt des Reiches. Die Reichsgewalt ist den Einzelstaaten übergeordnet und die Gesetze des Reiches gehen allem einzelstaatlichen Rechte vor und brechen es; die Einzelstaaten sind dem Reiche für die ihm zugewiesenen Staatsaufgaben gehorsamspflichtig und können zu diesem Gehorsam vom Reiche mit Zwang angehalten werden; die Staatsaufgaben sind zwischen Reich und Einzelstaaten derart verteilt, daß alles, was nicht durch Vorschrift der Reichsverfassung dem Reiche zugewiesen wurde, den Einzelstaaten verblieben ist, jedoch mit der entscheidenden Maßgabe, daß das Reich jederzeit auf dem ordentlichen Wege der Verfassungsänderungsgesetzgebung seine Zuständigkeit noch weiter ausdehnen kann, welches

Recht des Reiches nur an der Existenz der Einzelstaaten seine Schranke findet. Darum ist die Reichsgewalt die souveräne Staatsgewalt, indes die Einzelstaaten nur eine dieser untergeordnete von ihr abhängige Staatsgewalt haben.

Das Organ dieser in der Einheit der „verbündeten Regierungen" bestehenden souveränen Reichsgewalt ist der Bundesrat, der aus 58 „Bevollmächtigten" der Einzelstaaten besteht (Preußen 17, Bayern 6, Württemberg und Sachsen je 4, Baden und Hessen je 3, Mecklenburg-Schwerin und Braunschweig je 2, die übrigen 17 Bundesstaaten je 1 Stimme); das Reichsland hat bis jetzt nur „beratende" Stimme. Im Plenum und in einer Reihe von sachlich gegliederten Ausschüssen werden die Staatsaufgaben des Bundesrates erledigt; insbesondere bedarf jedes Gesetz der Zustimmung des Bundesrates.

Man hat aber beim Aufbau des neuen Deutschen Reiches auch dem monarchischen Gedanken Rechnung getragen, indem man den im Volke weit überwiegenden monarchischen Einrichtungen folgend, zugleich in Wiederaufnahme großer Traditionen des alten Reiches, endlich um der welthistorisch errungenen Hegemonie Preußens einen staatsrechtlichen Ausdruck zu geben, das deutsche Kaisertum erneuerte. Und zwar ist dieses neue Kaisertum kein schwaches Wahlkaisertum, sondern ein starkes Erbkaisertum der Krone Preußen d. i. seines Königshauses der Hohenzollern. Darin liegt das welthistorische Ergebnis der Arbeit Preußens für Deutschland und das deutsche Volk. Alle Sätze der preußischen Verfassung über die Thronfolge in Preußen und über die Ausübung der Kronrechte gelten ipso jure auch für das Kaisertum; der König von Preußen ist im Moment der Entstehung des Königtumes zugleich Deutscher Kaiser. Wenn zwar das deutsche Kaisertum an sich formell nicht als monarchisches Kaisertum staatsrechtlich erscheint, so wird doch das Kaisertum selbstverständlich beherrscht von den Gedanken des monarchistischen Königtumes, mit dem es verfassungsmäßig für immer verbunden ist; die staatsrechtliche Unverantwortlichkeit des preußischen Königtumes mußte selbstverständlich auch des beherrschende Prinzip des deutschen Kaisertumes sein. Die in diesem Kaisertum liegenden Rechte sind zwar nur die durch die Verfassung dem Kaiser übertragenen Einzelrechte; aber die darin enthaltene Feldherrnstellung über das ganze deutsche Heer und über die deutsche Marine, ferner die völkerrechtliche Vertretung des Reiches gegenüber dem Ausland, die monarchischen Rechte des Kaisers gegenüber der Volksvertretung sowie die Ernennung der Beamten des Reiches geben dem Kaiser eine so starke Machtstellung, daß es nicht zu verwundern ist, wenn die monarchischen Gesichtspunkte mehr und mehr auch für das deutsche Kaisertum entscheidend geworden sind. In diesem Sinne ist auch der Kronprinz von Preußen als solcher Kronprinz des Deutschen Reiches. Die Gesetze des Reiches werden vom Kaiser zwar nicht sanktioniert, aber ausgefertigt und verkündigt, haben somit äußerlich die gleiche Form wie die preußischen Gesetze. Die Staatsgewalt des Reiches im Reichsland und den Kolonien wird ausgeübt vom Kaiser.

Ein monarchischer Gedanke ist es insbesondere auch, daß der Kaiser den obersten Beamten des Reiches, den Reichskanzler, ohne Mitwirkung eines anderen Faktors ernennt. Der vom Kaiser ernannte Reichskanzler führt den Vorsitz in dem Reichsorgan der verbündeten Regierungen, dem Bundesrat, und muß hier zugleich Bevollmächtigter für Preußen sein. Außerdem aber ist der Reichskanzler der konstitutionelle Minister des Reiches dadurch, daß er die „Anordnungen und Verfügungen" des Kaisers gegenzeichnet und hierdurch die Verantwortlichkeit für sie gegenüber dem Reichstag übernimmt. An diese Vorschrift der Verfassung hat sich eine weitere staatsrechtliche Entwickelung dahin angeschlossen, daß acht oberste Reichsämter — für Auswärtiges, Inneres, Marine, Finanzen, Post- und Telegraphen, Eisenbahnen, Justiz und Kolonien — errichtet wurden, deren Leiter unter dem Titel Staatssekretär zu Stellvertretern des Reichskanzlers für ihren Amtszweig mit dem Recht der Gegenzeichnung ernannt werden, jedoch mit der Maßgabe, daß der Reichskanzler selbst jederzeit in jedem Geschäftszweig jede Maßregel treffen kann.

Die Durchführung der Reichsstaatsaufgaben ist dahin geregelt, daß ein Teil dieser Aufgaben vom Reich in eigene und unmittelbare Verwaltung genommen ist, demgemäß von Reichsbehörden und Reichsbeamten erledigt wird — Äußeres, Marine, Post und Telegraphie, Kolonieen —, indes ein anderer Teil in Selbstverwaltung der Einzelstaaten gegeben wurde und demgemäß von den Behörden der Einzelstaaten unter Aufsicht des Reiches besorgt wird.

In dieser Weise wird die Reichsregierung von Kaiser und Bundesrat, bzw. Reichskanzler und obersten Reichsämtern geführt. Diese Regierung aber ist konstitutionell beschränkt durch die Mitwirkung der Vertretung des Deutschen Volkes, des Reichstages, dessen Zustimmung insbesondere zu allen Gesetzen erforderlich ist. Der Reichstag besteht aus 397 Mitgliedern, die in einzelstaatlichen Wahlkreisen gewählt werden, aber ausdrücklich durch die Verfassung als Vertreter des ganzen deutschen Volkes erklärt und an Aufträge oder Instruktionen nicht gebunden sind. Das Wahlsystem beruht auf dem Prinzip des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechtes; nur Soldaten bei den Fahnen dürfen nicht wählen, wohl aber gewählt werden; außerdem ist das Wahlrecht aus armen-, konkurs- und strafrechtlichen Gründen eingeschränkt. Der Reichstag wählt sich sein Präsidium selbst und gibt sich auf autonomem Wege seine Geschäftsordnung. Alle Einnahmen und Ausgaben des Reiches bedürfen der im alljährlichen Staatshaushaltsgesetz auszusprechenden Zustimmung des Reichstages. Die Tätigkeit des Reichstages ist vom kaiserlichen Willen insofern abhängig, als durch den Kaiser Berufung, Eröffnung, Vertagung und Schließung des Reichstages erfolgt; für etwaige Auflösung ist Übereinstimmung von Kaiser und Bundesrat erforderlich. Die regelmäßige Wahlperiode dauert fünf Jahre. In Ausübung ihres Berufes als Volksvertreter sind die Mitglieder des Reichstages von jeder strafrechtlichen Verantwortlichkeit frei, auch haben sie einige straf- und zivilprozessuale Privilegien. Als Reichstagsabgeordnete beziehen sie seit der Verfassungsänderung von 1906 eine Entschädigung nach Maßgabe eines besonderen Gesetzes und haben freie Eisenbahnfahrt; jede andere Besoldung oder Entschädigung für den Dienst als Volksvertreter ist verboten.

Von den drei Kardinalfehlern des alten Reiches hat die Verfassung des neuen Reiches zwei grundsätzlich vermieden: das Kaisertum ist erblich im Hohenzollernhause und der Oberbefehl über das gesamte deutsche Heer und die deutsche Flotte, die nach dem Grundsatz: jeder Deutsche ist wehrpflichtig, gebildet werden, liegt — mit einer unbedeutenden Einschränkung bezüglich des bayrischen Kontingentes — beim Kaiser. Nicht ganz so vollständig ist der finanzielle Grundfehler des alten Reiches beseitigt. Das Reich als Staat muß seine eigenen Finanzen haben und darf so wenig wie auf ein militärisches Aufgebot der Fürsten auf Beiträge der Einzelstaaten für Erfüllung seiner Staatsaufgaben angewiesen sein. Bei Gründung des Reiches waren die hauptsächlichen eigenen Finanzquellen des Reiches die aus dem alten Zollverein übernommenen Zölle und die fünf großen Konsumtionssteuern auf Bier, Branntwein, Tabak, Rübenzucker und Salz. Diese Einnahmequellen nebst den Erträgnissen der Post und Telegraphie sowie der (elsaß-lothringischen) Reichseisenbahnen kamen durch die Entwickelung der Gesetzgebung, besonders durch die Reform von 1878, auf eine ziemlich bedeutende Höhe und einige Jahre hindurch war das Ziel erreicht, daß das Reich aus seinen eigenen Finanzquellen seine Bedürfnisse bestreiten, ja selbst noch Auszahlungen an die Einzelstaaten („Überweisungen") machen konnte. Für den Fall, daß die eigenen Einnahmen nicht zureichten, war auch das neue Reich, wie das alte grundsätzlich auf Beiträge der Einzelstaaten, sogen. Matrikularbeiträge, angewiesen. Seit Beginn der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts aber kamen die Finanzen des Reiches infolge der Nachlässigkeit der gesetzgebenden Faktoren in einen immer trostloseren Verfall, der sich in einer ganz unverhältnismäßigen Erhöhung der Schuldenlast des Reiches durch fortgesetzte Anleihen auch für laufende Bedürfnisse sowie in einer besonders für die Kleinstaaten unerträglichen Erhöhung der Matrikularbeiträge äußerte. Erst die große Finanzreform durch die Gesetze vom 15. Juli 1909 hat diesem trostlosen Zustand in der Hauptsache ein Ende

gemacht, ihn jedoch keineswegs vollständig geheilt. Im Widerspruch zu den Staatsgrundlagen des Reiches waren vorher schon durch eine Abänderung der Verfassung vom 14. Mai 1904 die Matrikularbeiträge, deren Charakter als möglichst bald zu beseitigender Notbehelf der ursprüngliche Verfassungstext klar zum Ausdruck gebracht hatte, als ordentlicher Bestandteil dem Reichsverfassungsrecht eingefügt worden, allerdings in einer weiterhin erfolgten Fixierung pro Kopf der Bevölkerung. Die Matrikularbeiträge sind aber, wie eben betont, überhaupt ein Widerspruch zu den Staatsgrundlagen des Reiches und müssen vollständig beseitigt werden, um so mehr als die in ihnen liegende staatliche Schwäche einer der drei großen Kardinalfehler war, durch die das alte Reich zugrunde ging. —

Der Bund, den die 25 deutschen Staaten 1867 bzw. 1870 abgeschlossen haben, hat seinen Ausdruck in der Errichtung des deutschen Gesamtstaates gefunden. Auf dieser Grundlage ist das deutsche Volk politisch und wirtschaftlich zur höchsten Höhe von Machtentwickelung gelangt, die unser Volk jemals in der Weltgeschichte erreicht hat. Von der Erhaltung und weiteren Entwickelung dieses starken Staatscharakters des Reiches auf der seit dem Großen Kurfürsten geschaffenen Grundlage wird es abhängen, ob das deutsche Volk seine große politische und wirtschaftliche Stellung in der Welt wird behaupten können.

im Volksbewußtsein wurzelnden Vergeltungsgedanken, verbindet aber damit den Zweck, durch die Strafandrohung abzuschrecken und beim Strafvollzuge auf den Rechtsbrecher bessernd einzuwirken. Die Strafhandlungen werden nach der Schwere der dafür angedrohten Strafe in Verbrechen, Vergehen und Übertretungen geteilt. Als Strafmittel kennt das Reichsstrafgesetzbuch außer der nur für Mord und Hochverrat durch Mordversuch am Kaiser oder Landesherrn beibehaltenen Todesstrafe und der Geldstrafe drei Hauptarten von Freiheitsstrafen, nämlich die stets mit Ehrenminderung verbundene Zuchthausstrafe, die Gefängnisstrafe und die in einfacher Freiheitsentziehung bestehende Haft. Dazu tritt für gewisse Delikte die Festungshaft, deren Besonderheit darin besteht, daß sie die bürgerliche Ehre des Verurteilten unangetastet läßt, und bei jugendlichen Personen der Verweis. Als Nebenstrafen sind hauptsächlich die Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte, Zulässigkeit von Polizeiaufsicht und die Besserungsnachhaft im Arbeitshaus vorgesehen. Die Strafausmessung innerhalb des gesetzlich bestimmten Strafrahmens ist Sache des richterlichen Ermessens. Absolut bestimmte Strafen kennt das Strafgesetzbuch nur in Gestalt der Todesstrafe und lebenslänglichen Zuchthausstrafe für einzelne wenige Fälle. Die Strafzumessungsgründe sind, weil sie mit Rücksicht auf die Vielgestaltigkeit des Lebens der Aufzählung nicht fähig sind, nicht besonders hervorgehoben. Wohl aber stellt das Gesetzbuch strafschärfende und strafmildernde Umstände fest, d. h. solche, die die Anwendung eines besonderen Strafrahmens begründen. Als besondere Strafschärfungsgründe finden sich namentlich Rückfälligkeit und gewerbs- und gewohnheitsmäßige Begehung, als allgemeiner Milderungsgrund jugendliches Alter des Täters. Während Kinder unter 12 Jahren überhaupt nicht strafrechtlich verfolgt werden können, findet im Alter von 12—18 Jahren eine Bestrafung nur dann statt, wenn der Täter bei Begehung der Straftat die zur Erkenntnis ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht besessen hat, und auch dann nur in wesentlich milderem Maße wie bei Erwachsenen. Außer den bestimmten Milderungsgründen sieht das Gesetz bei vielen Delikten für den Fall, daß nach Ansicht des Richters „mildernde Umstände" vorliegen, besondere geringere Strafrahmen vor. Wenn in neuerer Zeit der Ruf nach einer Reform des Strafrechts immer dringender geworden ist, so darf man dies nicht als einen Beweis der Mangelhaftigkeit der ersten gesetzgeberischen Tat des Reichs ansehen. Trotz der zahlreichen neuen um Anerkennung ringenden Anschauungen auf dem Gebiete des Strafrechts wird doch die bereits in die Wege geleitete Reform auf dem jetzt geltenden Strafgesetzbuch sich aufbauen müssen; das Strafgesetzbuch der Zukunft wird, wie ein berufener Strafrechtsjurist erklärt hat, nur eine verbesserte Auflage des alten sein müssen. Diese Reform ist auf breitester Grundlage begonnen. Zunächst sind Vorarbeiten in Gestalt einer „Vergleichenden Darstellung des deutschen und ausländischen Strafrechts" auf Anregung des Reichsjustizamts durch eine Anzahl von Rechtslehrern hergestellt worden. Sodann ist von einer besonderen Kommission ein Entwurf ausgearbeitet und im letzten Jahre der Öffentlichkeit übergeben worden, der in der öffentlichen Kritik überwiegend Beifall gefunden hat und die Hoffnung erweckt, daß auf dieser Grundlage ein mustergültiges neues Strafgesetzbuch geschaffen und dem deutschen Gesetzgebungswerk ein neues Ruhmesblatt hinzugefügt wird.

Weit schwieriger wie auf dem Gebiete des Strafrechts war die gesetzgeberische Aufgabe des jungen deutschen Reichs auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts und des gerichtlichen Verfahrens. Ein deutsches bürgerliches Gesetzbuch, das von den Alpen bis zur Nordsee, von den Vogesen bis zur Weichsel Geltung beanspruchen konnte, hatte es noch nie gegeben. Keine kleine Aufgabe war es, ein solches einheitliches, in alle Lebensverhältnisse eingreifendes Band um sämtliche deutsche Stämme zu schlingen, deren wirtschaftliche und politische Entwicklung seit Jahrhunderten gesonderte Wege gegangen war. Es hat denn auch der angestrengten Arbeit langer Jahre bedurft, bis mit dem Anbruch des neuen Jahrhunderts das Bürgerliche Gesetzbuch in Kraft treten konnte. Vorher aber gelang es, durch die sogenannten Reichsjustizgesetze, nämlich die Reichskonkursordnung, die Zivilprozeß- und Strafprozeßordnung nebst den zugehörigen Nebenge-

setzen, auf dem Gebiete des Verfahrens die dringend nötige Rechtseinheit zu gewinnen. Schon am 1. Oktober 1879 traten diese Gesetze in Kraft. Abgesehen von der einheitlichen Gestaltung der unteren Gerichte, der Amts-, Land- und Oberlandesgerichte, trat an diesem Tage ein höchster Gerichtshof als letzte Instanz in allen wichtigeren Strafsachen und bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten ins Leben, der an die Stelle des nur in Handelssachen tätigen Reichsoberhandelsgerichts und der neben diesem bestehenden 11 obersten Landesgerichtshöfe trat, das Reichsgericht. Dieser Gerichtshof, als dessen erster Präsident Eduard von Simson berufen wurde, der schon in der Frankfurter Nationalversammlung und später im norddeutschen Reichstag für den deutschen Einheitsgedanken gewirkt hatte, ist seiner hohen Aufgabe, Hüter der neugewonnenen Rechtseinheit zu sein, in vollem Maße gerecht geworden. Er hat das Gelöbnis, das sein erster Präsident bei Eröffnung des Reichsgerichts am 1. Oktober 1879 ablegte: „im Vertrauen auf Gott der hohen Aufgabe nachgehen zu wollen auf allen Wegen, in unverdrossener Mühsal, in unbeugsamer Wachsamkeit gegen jede Zersplitterung der mühevoll errungenen Einheit, alle Zeit unbeirrt durch die wechselnden Strömungen des Augenblicks und des Tages" in die Tat umgesetzt. Seine Rechtssprüche haben zwar gesetzlich keine allgemein bindende Kraft für die Untergerichte, aber sie sind vermöge des Ansehens, das sich der höchste Gerichtshof zu verschaffen gewußt hat, und vermöge der überzeugenden Kraft ihrer Gründe in zahllosen Fällen Regel und Richtschnur für die gesamte Rechtsprechung geworden. Durch besondere Vorschriften ist dafür gesorgt, daß die Rechtsprechung des Reichsgerichts trotz der großen Zahl seiner Mitglieder, die sich bereits auf 100 beläuft und noch vermehrt werden soll, in sich eine möglichst einheitliche und widerspruchsfreie ist. Es muß nämlich, wenn ein Senat in einer Rechtsfrage von einem Urteil eines anderen Senats abweichen will, die Entscheidung der vereinigten Zivil- oder Strafsenate und, wenn es sich um eine Meinungsverschiedenheit zwischen Zivil- und Strafsenaten handelt, sogar die Entscheidung des Plenums des Reichsgerichts angerufen werden. Die von den Mitgliedern des Gerichtshofes herausgegebene amtliche Sammlung der Entscheidungen in Zivil- und Strafsachen sorgt neben zahlreichen privaten Sammlungen dafür, daß die wichtigeren Urteile zur öffentlichen Kenntnis kommen und dauerndes Gut der Rechtspflege werden. Wie groß das Vertrauen in die Rechtsprechung des Reichsgerichts in den weitesten Volkskreisen geworden ist, zeigt am besten der Widerstand gegen das Gesetz, durch welches neuerdings zum Zwecke der dringend notwendig gewordenen Entlastung des Reichsgerichts die Möglichkeit der Anrufung des höchsten Gerichtshofs beschränkt worden ist. Als Sitz des Reichsgerichts wurde Leipzig gewählt, wo ihm seit dem Jahre 1897 ein würdiges Heim errichtet ist.

Die Ordnung des gerichtlichen Verfahrens in Strafsachen ist durch die Strafprozeßordnung erfolgt. Sie beruht auf dem Anklageprinzip; die Eröffnung einer gerichtlichen Untersuchung ist durch die Erhebung einer Anklage bedingt und Untersuchung und Entscheidung erstrecken sich nur auf die darin bezeichnete Tat und die durch sie beschuldigte Person. Die Einleitung des staatlichen Strafverfolgungsrechts ist nicht Sache der Gerichte, sondern einer besonderen neben den Gerichten bestehenden Behörde, der Staatsanwaltschaft. Diese ist, soweit nicht das Gesetz Ausnahmen vorschreibt, verpflichtet, wegen aller gerichtlich strafbaren Handlungen Anklage zu erheben (Legalitätsprinzip). Als Gegengewicht gegen das Anklagemonopol der Staatsanwaltschaft sind Bestimmungen getroffen, nach denen der Verletzte eine gerichtliche Entscheidung darüber verlangen kann, ob die öffentliche Klage seitens der Staatsanwaltschaft zu erheben ist; falls das Gericht die Erhebung der Anklage beschließt, hat die Staatsanwaltschaft diesem Beschlusse nachzukommen. In gewissen Fällen ist der Verletzte auch befugt, sich der erhobenen öffentlichen Klage als Nebenkläger anzuschließen oder unabhängig von der Staatsanwaltschaft Privatklage zu erheben. Als erkennende Gerichte erster Instanz sind vorgesehen die Schöffengerichte, die Strafkammern der Landgerichte und die Schwurgerichte; bei einzelnen Verbrechen gegen Kaiser und Reich entscheidet das Reichsgericht in erster und letzter Instanz. Die sachliche Zuständigkeit dieser drei erstinstanzlichen Ge-

richte ist im allgemeinen auf der bereits erwähnten Dreiteilung der strafbaren Handlungen in Übertretungen, Vergehen und Verbrechen aufgebaut, im einzelnen aber sehr verwickelt gestaltet. Das Verfahren zerfällt in Vor- und Hauptverfahren; sein Schwerpunkt liegt in der mündlichen und öffentlichen Hauptverhandlung. Zu ihrer Vorbereitung dient in allen bedeutenderen Straffällen die Voruntersuchung, die durch den bei allen Landgerichten bestellten Untersuchungsrichter geführt wird und als schriftliches Verfahren gestaltet ist. Vor der Hauptverhandlung findet regelmäßig eine Beschlußfassung des Gerichts darüber statt, ob das Hauptverfahren zu eröffnen oder der Beschuldigte außer Verfolgung zu setzen ist. Die Hauptverhandlung, welche, von Ausnahmefällen abgesehen, nur in Anwesenheit des Angeklagten erfolgen kann, beginnt mit der Vernehmung des Angeklagten über die ihm zur Last gelegte Tat, darauf folgt die Beweisaufnahme und der Schlußvortrag der Staatsanwaltschaft sowie des Angeklagten und seines Verteidigers. Über das Ergebnis der Verhandlung entscheidet das Gericht nach seiner freien, aus ihrem Inbegriff geschöpften Überzeugung. Zu einer jeden dem Angeklagten nachteiligen Entscheidung, welche die Schuldfrage betrifft, ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Die unbeschränkte Öffentlichkeit der Hauptverhandlung, die nur in den gesetzlich bestimmten Fällen, nämlich wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung oder der Sittlichkeit, durch Gerichtsbeschluß ausgeschlossen werden kann, ist eine im Interesse gesunder Rechtspflege nicht hoch genug zu veranschlagende Errungenschaft. Wenn auch in jüngster Zeit sich Auswüchse gezeigt haben, namentlich insofern, als in Sensationsprozessen intime Vorgänge des Familienlebens vor voller Öffentlichkeit verhandelt wurden oder es dem Angeklagten gelang, das Privatleben seiner Belastungszeugen vor der Öffentlichkeit bloßzustellen, so darf dies doch nicht dazu verleiten, an der grundsätzlichen Richtigkeit der Öffentlichkeit des Verfahrens zu zweifeln. Sache der Gerichte wird es sein, von der Befugnis zum Ausschlusse der Öffentlichkeit den richtigen Gebrauch zu machen und die böswillige Bloßstellung von Zeugen zu verhindern. Das Rechtsmittel der Berufung, welches eine neue Verhandlung der Strafsache auch in tatsächlicher Beziehung herbeiführt, ist zur Zeit nur gegen die Urteile der Schöffengerichte und der Amtsgerichte, soweit letztere ausnahmsweise ohne Zuziehung von Schöffen entscheiden können, gegeben; gegen die Urteile der Strafkammern und Schwurgerichte findet nur die Revision an das Reichsgericht statt, welche nicht auf tatsächliche Gründe, sondern nur auf eine dem Urteil zugrunde liegende Rechtsverletzung gestützt werden kann. Die Wiederaufnahme des durch rechtskräftiges Urteil geschlossenen Verfahrens ist zu Gunsten des Verurteilten in weitem Umfange, namentlich auch auf Grund neuer Tatsachen und Beweismittel, zulässig; nur in sehr beschränktem Maße auch zu Ungunsten des Angeklagten. Die Strafvollstreckung liegt grundsätzlich der Staatsanwaltschaft ob, kann aber in den schöffengerichtlichen Sachen den Amtsrichtern übertragen werden. Es läßt sich nicht verkennen, daß die Strafprozeßordnung zu den weniger glücklichen gesetzgeberischen Arbeiten des Reichs gehört, und der Gesetzentwurf zu ihrer Abänderung unterliegt bereits der Beschlußfassung des Reichstags. Als Neuerungen sieht er namentlich die Ersetzung der Strafkammern durch große Schöffengerichte und die Einführung der Berufung auch gegen Urteile dieser Gerichte vor. Daneben sollen der Schutz des Beschuldigten gegen grundlose Verhängung der Untersuchungshaft und die Rechte der Verteidigung verstärkt werden.

Im wesentlichen bewährt hat sich während ihrer dreißigjährigen Geltung die Ordnung des gerichtlichen Verfahrens in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten durch die Zivilprozeßordnung. Im Gegensatz zum früheren schriftlichen Prozeßverfahren, für welches nur der Inhalt der Akten entscheidend war, brachte sie den Grundsatz der Mündlichkeit zu breitester Geltung: der Rechtsstreit wird von den Parteien vor dem erkennenden Gerichte mündlich verhandelt; diese mündliche Verhandlung, und nur diese, bildet die Grundlage der Urteilsfindung. Damit ist, da in freier Rede und Gegenrede der Streitstoff dem Richter klar und erschöpfend vorgetragen werden kann und der Richter in der Lage ist, auf zweifelhafte Punkte die Parteien hinzuweisen, für eine gerechte

Urteilsfindung bei weitem größere Gewähr geboten als dies im schriftlichen Verfahren möglich war. Auch inhaltlich ist für die Entscheidung das Parteivorbringen maßgebend (Verhandlungsmaxime); der Richter forscht nicht nach der Wahrheit wie im Strafprozeß, sondern beachtet nur die Tatsachen, die von den Parteien behauptet werden, und die Beweismittel, die die beweispflichtige Partei angibt. Ausschreitungen dieses Grundsatzes soll das dem Richter eingeräumte ausgedehnte Fragerecht vorbeugen, das sich aber immer innerhalb des Rahmens der Parteianträge und des Parteivorbringens zu halten hat. Ein weiterer Hauptgrundsatz des Zivilprozesses ist der des Selbstbetriebes des Prozesses durch die Parteien, wonach es den Parteien überlassen bleibt, das zur Vorbereitung der Entscheidung Erforderliche zu veranlassen, dem Richter die Beweismittel anzugeben und durch Ladung des Gegners dem Verfahren Fortgang zu schaffen. Dieser Grundsatz, der sicherlich den Wesen des Zivilprozesses entspricht, hat jedoch vielfach zu einer übermäßig langen Dauer der Prozesse geführt, er ist deshalb durch die am 1. April 1910 in Kraft getretene Änderung der Zivilprozeßordnung wenigstens für das amtsgerichtliche Verfahren, das besonderer Beschleunigung bedarf, in mancher Beziehung durchbrochen worden. Zwecks Förderung der Ermittlung der wirklichen Wahrheit ist es zugelassen, bis zum Schlusse der letzten mündlichen Verhandlung neue Behauptungen, Einreden und Beweismittel vorzubringen; der Gefahr, daß diese Freiheit von böswilligen Schuldnern zur Prozeßverschleppung benutzt wird, soll durch die beschränkte Möglichkeit, verspätete Verteidigungs- und Beweismittel zurückzuweisen und Kosten für Verzögerung aufzuerlegen, vorgebeugt werden. Die Entscheidung erfolgt in den weniger bedeutenden vermögensrechtlichen Streitigkeiten, nämlich seit dem 1. April 1910 in solchen bis zum Werte von 600 Mark, und in solchen Streitigkeiten, die besonderer Beschleunigung bedürfen oder erfahrungsgemäß einfach liegen, wie Mietstreitigkeiten und Ansprüchen aus außerehelichem Beischlafe, durch den Amtsrichter, im übrigen durch die mit drei Richtern besetzten Zivilkammern oder Kammern für Handelssachen der Landgerichte. Die Berufung gegen die ersteren Urteile geht an eine Zivilkammer oder Kammer für Handelssachen des Landgerichts, womit der Rechtsgang geschlossen ist; die Berufung gegen die letzteren Urteile an die Zivilsenate der Oberlandesgerichte; gegen deren Urteile kann sodann mittels des Rechtsmittels der Revision, das wie im Strafverfahren nur auf Rechtsgründe gestützt werden kann, das Reichsgericht angerufen werden. Von der Befugnis, die Verhandlung und Entscheidung der zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehörigen Sachen einem obersten Landesgericht zuzuweisen, hat nur Bayern Gebrauch gemacht, so daß in diesem Bundesstaate, abgesehen von solchen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, für welche schon das Reichsoberhandelsgericht zuständig war oder welche durch besondere gesetzliche Bestimmung dem Reichsgericht überwiesen sind, das oberste Landesgericht an die Stelle des Reichsgerichts tritt. Da die Zulassung einer dritten Instanz hauptsächlich dem allgemeinen Interesse einheitlicher Rechtsanwendung dienen soll, die unbeschränkte Zulässigkeit der Anrufung des Reichsgerichts aber zu einer übermäßigen Belastung dieses Gerichts führen und die unumgängliche Einheitlichkeit des Gerichtshofes untergraben würde, ist die Zulässigkeit der Revision in vermögensrechtlichen Rechtsstreitigkeiten regelmäßig durch einen den Betrag von 4000 Mark übersteigenden Wert des Beschwerdegegenstandes bedingt. Besondere Verfahrensvorschriften sind gegeben für Ehe- und Entmündigungssachen, für die der Natur der Sache nach die oben erörterte Verhandlungsmaxime keine Geltung beanspruchen kann, und für die besonderer Beschleunigung bedürftigen Wechsel- und sonstigen Urkundsprozesse. Zur schnellen Erledigung unstreitiger Ansprüche soll das Mahnverfahren dienen. Für alle zum Betrieb des Prozesses notwendigen Handlungen, Zustellungen, Ladungen usw., sowie für die Zwangsvollstreckung stehen den Parteien die Gerichtsvollzieher zu Gebote; ihre Rechtsstellung ist eine doppelte, da sie einerseits als Beauftragte einer Partei handeln, andererseits als selbständige Staatsbeamte auftreten. Die ihnen zustehende Vergütung ist durch eine Gebührenordnung geregelt. Der regelmäßige Gang der Rechtsprechung in Zivilsachen erleidet eine Unterbrechung durch die Gerichtsferien, die vom 15. Juli

bis zum 15. September dauern. Nur in solchen Sachen, die vom Gesetz ausdrücklich zu Feriensachen erklärt sind oder die vom Gericht auf Antrag einer Partei wegen der Notwendigkeit besonderer Beschleunigung als solche bezeichnet werden, finden während dieser Zeit Verhandlungen statt. So unwillkommen diese Pause für Handel und Wandel ist, so läßt sich die vollkommene Beseitigung der Gerichtsferien doch nicht ermöglichen; ein möglichst weites Entgegenkommen der Gerichte in der Erklärung eiliger Sachen zu Feriensachen muß berechtigten Beschwerden in dieser Richtung abhelfen.

Als ein besonders wohlgelungenes Werk ist die Reichskonkursodnung zu rühmen, die vielfach auch in der ausländischen Gesetzgebung als Muster verwertet ist. Grundlegend für die Gestaltung des Verfahrens ist die Stellung des Konkursverwalters, eines vom Konkursgericht auf Vorschlag der Gläubigerschaft zu ernennenden Rechtsanwalts oder Laien, dem die Verwaltung und Verwertung der Masse obliegt, der aber in wichtigeren Verwaltungshandlungen an die Zustimmung eines Gläubigerausschusses oder der Gläubigerversammlung gebunden ist. Eröffnung und Aufhebung des Verfahrens sowie die Beaufsichtigung des Konkursverwalters liegt dem Amtsgericht als Konkursgericht ob. Die Konkursordnung ist den Bedürfnissen ihrer Zeit so vollkommen gerecht geworden, daß erst jetzt, nach mehr als einem Menschenalter, und auch nur in geringem Maße Reformen verlangt werden. Insbesondere wünscht man in Handelskreisen die gesetzliche Regelung eines den volkswirtschaftlich stets schädlichen Konkurs abwendenden Vergleichsverfahrens.

Die größte gesetzgeberische Tat des geeinten Deutschlands bleibt natürlich die Schaffung des Bürgerlichen Gesetzbuchs, wozu die Vorarbeiten schon im Jahre 1874 begonnen, das aber erst am 18. August 1896 vom Kaiser vollzogen werden konnte. Nicht etwas grundsätzlich Neues sollte das Bürgerliche Gesetzbuch bringen, sondern es sollte nur das geltende Recht unter Berücksichtigung der in den verschiedenen Rechtssystemen sich findenden übereinstimmenden Rechtsgedanken zusammenfassen, dabei aber auch den bereits hervorgetretenen Bedürfnissen einer Weiterentwicklung des Rechts Rechnung tragen. In seinem systematischen Aufbau schließt sich das Bürgerliche Gesetzbuch naturgemäß an das römische Recht an, ohne aber darum den Vorwurf zu verdienen, daß es das deutsche Recht zu sehr hintansetze. Sein Gegenstand ist das gesamte bürgerliche Recht, also der Inbegriff derjenigen Rechtssätze, welche die Rechtsstellung der Privatpersonen und ihre Verhältnisse zueinander regeln. Diesen Gegenstand behandelt es in 5 Büchern, von denen das erste die allgemeinen, für alle Teile des Rechts bedeutungsvollen Lehren, das zweite das Recht der Schuldverhältnisse, das dritte die dinglichen Rechte (Rechte an Sachen), das vierte das Familienrecht einschließlich des Vormundschaftsrechts, das fünfte das Erbrecht umfaßt. Von dem zurzeit seines Erlasses in der Entwicklung begriffenen Rechtsgebilden hat das Bürgerliche Gesetzbuch namentlich die Frage der Rechtsstellung der Vereine befriedigend gelöst. Vereine, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, erlangen Rechtsfähigkeit und damit selbständige Vermögensfähigkeit durch Eintragung in das vom Amtsgericht geführte Vereinsregister, die, wenn die Satzung den gesetzlichen Vorschriften entspricht, nicht versagt werden kann. Der eingetragene Verein hat sich seit dem Erlasse des Bürgerlichen Gesetzbuchs in zahllosen Fällen als praktische Form für Gesellschaften mit idealen Bestrebungen bewährt. Auf dem Gebiete der Schuldverhältnisse wird das Bürgerliche Gesetzbuch beherrscht von dem Grundsatze, daß Treu und Glauben im Verkehr zu schützen und die Verkehrssitte bei der Auslegung von Erklärungen gebührend zu beachten ist. In eingehender und glücklicher Weise regelt es die schwierige Frage der Gewährleistung beim Kauf und das praktisch und sozial höchst bedeutsame Rechtsverhältnis der Miete. Hierbei sind namentlich die zum Schutze des regelmäßig wirtschaftlich schwächeren Teiles, des Mieters vorgesehenen Einschränkungen des gesetzlichen Pfandrechts des Vermieters an den eingebrachten Sachen des Mieters sowie das dem Mieter eingeräumte unentziehbare Recht, eine Wohnung, deren Benutzung mit einer erheblichen Gesundheitsgefährdung verbunden ist, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu kündigen, von Interesse. Auch

beim Dienstvertrag beugt das Gesetz durch Vorschriften zum Schutz des Dienstverpflichteten der Gefahr vor, daß dieser sich durch den Druck seiner wirtschaftlichen Lage zur Eingehung eines ihn übermäßig benachteiligenden Dienstverhältnisses bestimmen läßt. Von modernem Geiste sind auch seine Vorschriften über die Haftung für unerlaubte Handlungen erfüllt. Durch die allgemeine Vorschrift, daß jeder den Schaden zu ersetzen hat, den er in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem andern vorsätzlich zugefügt, ist ein weiter Rahmen gegeben, in dem die Gerichte bei Beurteilung der Schadensersatzpflicht den Bedürfnissen und Anschauungen des Verkehrs Rechnung tragen können. Namentlich auf dem Gebiete der Boykottbewegungen und Arbeiteraussperrungen ist das Reichsgericht auf Grund dieser Bestimmung zu Entscheidungen gekommen, die das allgemeine Rechtsbewußtsein durchaus befriedigen. Eine Weiterentwicklung des geltenden Rechts bedeutete für viele Rechtsgebiete die Haftung des Geschäftsherrn für seine Angestellten und des Tierhalters für den durch ein Tier angestifteten Schaden. In letzterem Punkte ist allerdings schon wenige Jahre nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs eine Änderung erfolgt, indem man zugunsten der Tierhalter die Haftung für Haustiere dahin eingeschränkt hat, daß sich der Tierhalter von der Haftung durch den Nachweis befreien kann, daß er bei der Beaufsichtigung des Tieres die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet hat oder daß der Schaden auch bei Anwendung dieser Sorgfalt entstanden wäre. Auf dem Gebiete der dinglichen Rechtsverhältnisse (Rechtsverhältnisse an Sachen) war die Durchführung des Grundbuchsystems von größter Bedeutung. Es ist alter deutscher Rechtsbrauch, daß die Übertragung des Eigentums von Grundstücken öffentlich vor Gericht durch Auflassung erfolgen muß. Dementsprechend fordert auch das Bürgerliche Gesetzbuch, daß die zur Übertragung des Eigentums an einem Grundstücke erforderliche Einigung des Veräußerers und Erwerbers bei gleichzeitiger Anwesenheit beider Teile vor dem Grundbuchamt erklärt wird, worauf dann die Umschreibung des Grundstücks auf den Erwerber im Grundbuch erfolgt. Ebenso ist zur Belastung eines Grundstücks mit einem Rechte außer der Einigung der Beteiligten die Eintragung der Rechtsänderung im Grundbuch erforderlich. Eine Grundbucheinrichtung, wie sie nach diesen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs vorausgesetzt wird, fehlte zurzeit seines Erlasses in vielen Teilen Deutschlands. Es sind deshalb diese Bestimmungen nur nach und nach für die einzelnen Bezirke nach Maßgabe der fortschreitenden Anlegung des Grundbuchs in Kraft gesetzt worden, während bis zur Anlegung des Grundbuchs das bisherige Recht in Geltung blieb. Zurzeit ist im weitaus größten Teile Deutschlands das Grundbuch angelegt. Die das Bürgerliche Gesetzbuch ergänzenden Vorschriften über das Verfahren des Grundbuchamts sind in der Grundbuchordnung erhalten. [Sehr verschiedenartigen Bestrebungen mußte das Bürgerliche Gesetzbuch auf dem Gebiete des Familienrechts gerecht zu werden suchen. Obgleich das Personenstandsgesetz vom 6. Februar 1875 die bürgerliche Eheschließung im ganzen Reich eingeführt hatte, trat von neuem das Bestreben zutage, die Eingehung der Ehe konfessionell zu gestalten. Demgegenüber hat das Bürgerliche Gesetzbuch in der richtigen Erkenntnis, daß die Ehe als Grundlage der Familie für das Staatsleben von allergrößter Bedeutung ist und daß ein konfessionell gemischter Staat deshalb nicht darauf verzichten kann, Eingehung, Bestand und Aufhebung der Ehe nach einheitlichen Grundsätzen ohne Rücksicht auf konfessionelle Unterschiede zu regeln, nicht nur an dem Standpunkte des Personenstandsgesetzes festgehalten, sondern auch die Beziehungen der Ehegatten zueinander und das Ehescheidungsrecht in bürgerlicher Beziehung geregelt. Selbstverständlich werden die kirchlichen Verpflichtungen in Ansehung der Ehe durch das Bürgerliche Gesetzbuch nicht berührt. Um den Gewissensbedenken derer, die aus religiösen Gründen eine Scheidung der Ehe nicht anerkennen, Rechnung zu tragen, wurde als zweite Form der Trennung der Ehegatten die dauernde Trennung von Tisch und Bett eingeführt. Sehr glücklich ist die Rechtsstellung der Frau in der Ehe geregelt, wobei sich der Gesetzgeber von kleinlichen Einzelvorschriften ferngehalten und auf die Aufstellung allgemeiner Grundsätze beschränkt hat. Dem Manne steht zwar die Entscheidung in allen das gemeinschaftliche eheliche Leben

betreffenden Angelegenheiten zu, die Frau ist jedoch nicht verpflichtet, seiner Entscheidung Folge zu leisten, wenn sie sich als Mißbrauch seines Rechts darstellt. Ihre persönliche Geschäftsfähigkeit ist von allen Beschränkungen befreit, sie steht in dieser Hinsicht dem Manne völlig gleich. Einen wesentlichen Fortschritt in der Rechtsstellung der Frau bedeutet die Übertragung der elterlichen Gewalt über die in der Ehe erzeugten minderjährigen Kinder auf sie im Falle des Todes des Vaters. In der Gestaltung des ehelichen Güterrechts ist zwar nicht den maßlosen Forderungen der Vorkämpferinnen der Frauenemanzipation nachgegeben, trotzdem sind aber die Rechte der Frau genügend gewahrt. Als gesetzliches Güterrecht ist das System der Verwaltungsgemeinschaft angenommen, welches auf dem Grundsatz beruht, daß die beiderseitigen Vermögen der Ehegatten an sich gesondert bleiben, daß aber ihre Verwaltung und ihr Ertrag in der Hand des Mannes, der die Lasten der Ehe zu bestreiten hat, vereinigt werden. Zum Schutze der Frau sind Vorschriften getroffen, nach denen sie wegen Gefährdung ihres eingebrachten Gutes Sicherheitsleistung verlangen oder auf Aufhebung der Verwaltung und Nutznießung des Mannes klagen kann. Den Interessen der erwerbstätigen Frauen dient die Vorschrift, daß alles, was die Frau durch ihre Arbeit oder durch den selbständigen Betrieb eines Erwerbsgeschäfts erwirbt, als Vorbehaltsgut der Verwaltung und Nutznießung des Mannes nicht unterliegt. Die Ehegatten können übrigens jederzeit, auch nach Eingehung der Ehe, ihre güterrechtlichen Verhältnisse durch Ehevertrag regeln. Als sehr segensvoll, wenn auch nicht alle Wünsche befriedigend, ist die durch das Bürgerliche Gesetzbuch bewirkte einheitliche Regelung der Rechtsverhältnisse der unehelichen Kinder zu begrüßen. Während früher in einzelnen Gebieten nach dem Vorgange des französischen Rechts die Erforschung der unehelichen Vaterschaft überhaupt verboten war, ist jetzt die Alimentationspflicht (Unterhaltspflicht) des unehelichen Vaters nach einheitlichen Voraussetzungen geregelt. Auf dem Gebiete des Erbrechts hat das Bürgerliche Gesetzbuch die in neuerer Zeit besonders lebhaft einsetzenden Bestrebungen, das private Erbrecht zugunsten des Fiskus zu beschränken, noch nicht berücksichtigt; auch die entfernteste Verwandtschaft gewährt nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch ein Erbrecht. Nur in Ermangelung jedes anderen durch Verfügung von Todes wegen oder kraft Gesetzes berufenen Erben fällt die Erbschaft an den Fiskus oder eine andere juristische Person des öffentlichen Rechts. Dem Willen des Erblassers ist ein verstärkter Einfluß auf die Gestaltung der Erbfolge durch die Zulassung des eigenhändigen Testaments gesichert. Das frühere einzelstaatliche Landesprivatrecht ist durch das Bürgerliche Gesetzbuch grundsätzlich außer Kraft gesetzt, soweit nicht in dem Bürgerlichen Gesetzbuch oder dem Einführungsgesetz ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist (Kodifikationsprinzip). Indessen hat man sich doch genötigt gesehen, dieses Prinzip durch Vorbehalte zu gunsten der Landesgesetzgebung zu durchbrechen. Diese Vorbehalte beziehen sich teils auf die Grenzgebiete zwischen privatem und öffentlichem Recht, teils auf solche Materien, welche entweder in engem Zusammenhang mit den politischen oder sonstigen besonderen Verhältnissen der einzelnen Bundesstaaten stehen oder ihrer Natur nach eine verschiedene Regelung je nach den örtlichen Verhältnissen erfordern. Zu wünschen bleibt, daß diese Inseln einzelstaatlicher Sonderrechte mehr und mehr auf das unbedingt notwendige Maß eingeschränkt werden. Hand in Hand mit der Schaffung des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist auch eine Anzahl damit in Zusammenhang stehender Gebiete, deren einheitliche Regelung bisher eben an der Verschiedenheit des Privatrechts scheiterte, reichsrechtlich geordnet worden. Dahin gehört das Verfahren der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen und in Angelegenheiten der freiwilligen (nichtstreitigen) Gerichtsbarkeit.

Der 1. Januar 1900, an dem das Bürgerliche Gesetzbuch mit seinen Nebengesetzen in Kraft trat, war ein hochbedeutsamer Tag in der Geschichte der Rechtsentwicklung. Nachdem die Wissenschaft in jahrelangem Bemühen das Gesetzgebungswerk geschaffen hatte, war es nun Aufgabe der Rechtsprechung, das neue heimische Recht ins Leben einzuführen. Groß und verantwortungsvoll war die Aufgabe, denn es galt nicht allein die zahllosen Streitfragen der Übergangszeit befriedigend zu lösen, sondern vor allem der

praktischen Anwendung der neuen Rechtssätze, die zum Teil dem richterlichen Ermessen einen weiten Spielraum lassen, eine feste Grundlage zu geben. Mit Stolz und Freude kann es gesagt werden, daß sich die deutsche Rechtsprechung dieser schwierigen Aufgabe gewachsen gezeigt hat. Ohne wesentliche Störungen hat sich die Einführung des neuen Rechts vollzogen und die Grundsätze des Bürgerlichen Gesetzbuchs haben in der Praxis eine dem Geiste des Gesetzes und den Anforderungen des Lebens entsprechende Ausgestaltung erfahren. Das neue deutsche Recht, das sich im Innern als neuer starker Faktor zur Förderung der Reichseinheit erwiesen hat, mehrt auch das Ansehen Deutschlands im Auslande; für zahlreiche ausländische Gesetzgebungen ist das Bürgerliche Gesetzbuch Muster und Vorbild gewesen, und es läßt sich ein dauernder Einfluß des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuchs auf das gesamte europäische Privatrecht erwarten.

Neben diesen drei Hauptabschnitten der gesetzgeberischen Tätigkeit des Reichs, der Vereinheitlichung des Strafrechts, des gerichtlichen Verfahrens und des bürgerlichen Rechts, hat sich seine Gesetzgebung noch auf einer großen Anzahl kleinerer abgegrenzter Gebiete außerordentlich fruchtbar erwiesen. Schon früh wurde das literarische und künstlerische Eigentum (Urheberrecht an Werken der Literatur, Tonkunst und bildenden Kunst) geschützt und damit ein schon im alten Deutschen Reich gegebenes, aber niemals eingelöstes Versprechen erfüllt. Das Recht der Presse wurde einheitlich geregelt. Gesetze über Patent-, Muster- und Markenschutz sicherten der aufblühenden Industrie und dem deutschen Kaufmann die Früchte ihres Fleißes. Dem wachsenden Bedürfnis nach neuen freieren Gesellschaftsformen trug die Regelung des Genossenschaftswesens und die Zulassung der Gesellschaften mit beschränkter Haftung Rechnung. Auf dem Gebiete des Verkehrs ist das Gesetz, betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschiffahrt und Flößerei, und in neuerer Zeit das Gesetz über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen zu nennen. Dem Schutz des konsumierenden Publikums dienen das Nahrungsmittel-, Wein- und Fleischbeschaugesetz. Von großer wirtschaftlicher Bedeutung ist die Regelung des Rechts der Hypothekenbanken und des Versicherungswesens. Während das Scheckgesetz die lange entbehrte rechtliche Grundlage für ein erprobtes Hilfsmittel des Geldverkehrs schafft, treten andere Gesetze Auswüchsen entgegen, die sich auf dem Gebiete des Handels gezeigt haben, so das Gesetz über die Abzahlungsgeschäfte, das Depotgesetz und das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs. In diesem Zusammenhang ist auch das erst nach vielen vergeblichen Anläufen zustande gekommene Gesetz über die Sicherung der Bauforderungen zu erwähnen, welches die schwierige Aufgabe lösen soll, zu verhindern, daß der Bauhandwerker durch Bauspekulanten um den Lohn seiner Arbeit gebracht wird, ohne doch einer gesunden Entwicklung der Bautätigkeit hemmend in den Weg zu treten, sowie das Börsengesetz, dessen Erlaß und neuerliche Umgestaltung Mittelpunkt erbitterter Interessenkämpfe gewesen ist. Einen bedeutsamen kulturellen Fortschritt stellen die Gesetze über die Entschädigung für unschuldig erlittene Bestrafung und Untersuchungshaft dar; insbesondere ist das Reich mit der Zubilligung einer aus Staatsmitteln zu zahlenden Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft allen anderen Staaten vorbildlich vorangegangen. Hinzuweisen ist schließlich noch auf die Schaffung der Militärstrafgerichtsordnung, wodurch das vielfach veraltete militärstrafgerichtliche Verfahren den modernen Anschauungen angepaßt wurde, und die Regelung der Konsulargerichtsbarkeit. Auf letzterem Gebiete unterliegt zurzeit ein Gesetzentwurf der Beschlußfassung des Reichstags, welcher die Errichtung eines obersten Kolonial- und Konsulargerichtshofs in Berlin bezweckt.

Wie sich die Rechtsbeziehungen des Einzelnen längst nicht mehr auf die Grenzen des eigenen Vaterlandes beschränken, sondern mit zahlreichen Fäden hinübergreifen in ferne und fernste Länder, hat auch das Reich nicht nur durch die innere Gesetzgebung den Rechtsverhältnissen seiner Angehörigen Schutz und Regel gegeben, sondern sich auch die Pflege ihrer ausländischen Rechtsbeziehungen durch internationale Verträge angelegen sein lassen. So sind durch die Haager Abkommen die wichtigsten Fragen des Eheschließungs-, Ehescheidungs- und des Vormundschaftsrechts der Minderjährigen,

die Wirkungen der Ehe auf die persönlichen Rechtsbeziehungen der Ehegatten und das Güterrecht, die Entmündigung und ähnliche Fürsorgemaßregeln sowie verschiedene zivilprozessuale Fragen international geregelt. Die Berner Übereinkunft umschließt die Mehrzahl der Kulturstaaten zu einem Verbande, der den Angehörigen der Verbandländer das literarische und künstlerische Eigentum schützt. Zum Schutze des gewerblichen Eigentums (Erfinderrechte) ist in Paris ein internationaler Verband gegründet, dem auch das Deutsche Reich beigetreten ist. Aufgabe einer nahen Zukunft wird es sein, Erbrecht und Konkurs international zu regeln und durch ein Weltwechselrecht dem Wechsel als wichtigstem internationalen Zahlungsmittel eine sichere Rechtsgrundlage zu schaffen.

Das deutsche Recht hat sich so aus kleinen Anfängen zu einem machtvollen, hochragenden Bau entwickelt, dessen weite Hallen noch fortdauernd von reger schaffender Arbeit erfüllt sind. Indessen die Pflege des Rechts erschöpft sich nicht in der Gesetzgebung; der Buchstabe des Gesetzes gewinnt erst durch seine Anwendung Leben und Bedeutung. In erster Linie ist der Richter dazu berufen, das geltende Recht zu verwirklichen. Die Gerichte sind Staatsgerichte; beseitigt ist durch das die Zusammensetzung der Gerichte einheitlich regelnde Gerichtsverfassungsgesetz jede Art von Privatgerichtsbarkeit, soweit sich noch Überreste solcher erhalten hatten. Auch der geistlichen Gerichtsbarkeit kommt in weltlichen Angelegenheiten keinerlei Wirkung zu. Oberster Grundsatz ist: Die richterliche Gewalt wird durch unabhängige, nur dem Gesetz unterworfene Gerichte ausgeübt. Ausnahmegerichte sind unstatthaft; niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Auch über die wichtige Frage der Zulässigkeit des Rechtswegs entscheiden grundsätzlich die Gerichte; doch kann die Landesgesetzgebung die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen den Gerichten und Verwaltungsbehörden oder Verwaltungsgerichten über die Zulässigkeit des Rechtswegs einer besonderen Behörde übertragen, für deren Zusammensetzung und Verfahren reichsrechtlich bestimmte Erfordernisse aufgestellt sind. Als ordentliche Gerichte, denen die Ausübung der ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit sowie die Wahrnehmung der den Gerichten übertragenen Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit obliegt, sind reichsrechtlich bestellt die Amts-, Land- und Oberlandesgerichte. Am 1. Januar 1909 bestanden 29 Oberlandesgerichte, 176 Landgerichte und 1944 Amtsgerichte. Die Größe der Oberlandesgerichtsbezirke ist sehr verschieden; nach der Volkszählung von 1905 hatte der größte Oberlandesgerichtsbezirk, Berlin, fast vierzehnmal soviel Gerichtseingesessene wie der kleinste, nämlich Oldenburg. Den Amtsgerichten stehen Einzelrichter vor, dagegen sind Land- und Oberlandesgericht kollegial organisiert; erstere zerfallen in Kammern, letztere in Senate. Natürlich schließt die Einzelrichterstellung des Amtsrichters nicht aus, daß ein Amtsgericht wegen des Umfangs der Geschäfte mit mehreren Richtern besetzt ist, von denen jeder seine Geschäfte selbständig erledigt. Indessen ist, um die Erreichung der Gerichtsstelle den Eingesessenen zu erleichtern und dem Amtsrichter genaue Fühlung mit Land und Leuten zu ermöglichen, abgesehen von den Städten, die Bildung zahlreicher kleiner Amtsgerichte wünschenswert. Dem entspricht auch die bestehende Verteilung der Amtsgerichte; von sämtlichen Amtsgerichten im Reich sind 35,3 Proz. mit einem Richter, 48,4 Proz. mit zwei bis drei, nur 16,3 Proz. mit vier und mehr Richtern besetzt. Die Geschäftsverteilung bei den Land- und Oberlandesgerichten ist durch Vorschriften geregelt, welche jede Möglichkeit ausschließen, daß etwa zur Entscheidung einer einzelnen Sache hierfür besonders ausgewählte Richter berufen werden. Sowohl über die Verteilung der Geschäfte auf die einzelnen Kammern bezw. Senate wie über die Besetzung der einzelnen Kammern und Senate mit ständigen Mitgliedern und die Bestimmung der regelmäßigen Vertreter behinderter Mitglieder beschließt das Präsidium vor Beginn des Geschäftsjahrs. Das Präsidium wird gebildet bei den Landgerichten von dem Präsidenten, den Direktoren und dem dienstältesten Mitglied; bei den Oberlandesgerichten von dem Präsidenten, den Senatspräsidenten und den beiden dienstältesten Mitgliedern. Die getroffene Anordnung kann im Laufe des Geschäftsjahrs nur geändert werden, wenn dies wegen eingetretener Überlastung oder infolge Wechsels oder dauernder Ver-

hinderung einzelner Gerichtsmitglieder erforderlich wird. Den Geschäftsgang des Reichsgerichts regelt eine vom Plenum ausgearbeitete, der Bestätigung des Bundesrats unterliegende Geschäftsordnung. Im Interesse des Ansehens der höheren Gerichte ist bestimmt, daß bei den Oberlandesgerichten zu Hilfsrichtern nur ständig angestellte Richter berufen werden dürfen und daß beim Reichsgerichte die Zuziehung von Hilfsrichtern überhaupt unzulässig ist. Für die Befähigung zum Richteramt sind reichsrechtlich Mindesterfordernisse vorgesehen; sie wird erlangt durch die Ablegung zweier Prüfungen, denen ein dreijähriges Studium der Rechtswissenschaft auf einer Universität und ein dreijähriger praktischer Vorbereitungsdienst vorangehen muß; durch Landesgesetz ist der letztere Zeitraum in den meisten Bundesstaaten auf vier Jahre ausgedehnt. Außerdem ist jeder ordentliche öffentliche Lehrer des Rechts an einer deutschen Universität zum Richteramt befähigt. Die wichtigste Eigenschaft des Richters, seine Unabhängigkeit und Unparteilichkeit, ist durch besondere Vorschriften gesichert. Die Richter werden auf Lebenszeit ernannt und beziehen ein festes Gehalt mit Ausschluß von Gebühren; sie können wider ihren Willen nur durch richterliche Entscheidung in einem gesetzlich geordneten Verfahren ihres Amtes erhoben, an eine andere Stelle oder in den Ruhestand versetzt werden. Wegen vermögensrechtlicher Ansprüche der Richter aus ihrem Dienstverhältnisse darf der Rechtsweg nicht ausgeschlossen werden. Das deutsche Volk hat, wie nicht zu bezweifeln ist, in seiner großen Mehrheit Vertrauen zu seinen Gerichten. In dieser Überzeugung darf man sich dadurch nicht wankend machen lassen, daß trotz der in weitestem Umfange gegebenen gesetzlichen Garantien für die Unabhängigkeit der Gerichte von manchen Seiten der Vorwurf laut wird, die deutsche Rechtspflege sei Klassenjustiz. Keine Behauptung kann weniger begründet sein. Erklärlich wird die Leidenschaftlichkeit, mit der dieser Vorwurf erhoben wird, nur, wenn man seinen Urheber ins Auge faßt. Es ist die Sozialdemokratie. Ihren staatsfeindlichen Bestrebungen ist selbstverständlich die deutsche Justiz ein Hindernis, das es zu unterhöhlen gilt; ihre Anhänger empfinden es natürlich bei ungesetzlichen Angriffen auf die bestehende Gesellschaftsordnung am eigenen Leibe, daß das Schwert der Gerechtigkeit noch nicht stumpf geworden ist und daß es, wenn es die Selbstverteidigung des Staates gilt, den Friedensstörer, wuchtig trifft. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß für die deutsche Justiz immer noch der Satz gilt: Gleiches Recht für alle. Auf ganz anderem Gebiete liegt ein anderer den deutschen Richtern gemachter Vorwurf, ihre sogen. Weltfremdheit. Mangelndes Verständnis für die Entwicklung des modernen Lebens, namentlich auf sozialem Gebiete, versteht man darunter. Zieht man vereinzelte Mißgriffe, von denen keine menschliche Einrichtung frei ist, und Übertreibungen, die auf verärgerte Prozeßparteien zurückzuführen sind, ab, so bleibt auch von diesem Vorwurf wenig oder nichts tatsächlich Begründetes übrig. Nicht immer ist es Schuld des Richters, wenn sein Rechtsspruch nicht das „richtige Recht" trifft; er ist nicht nur an die Schranken der Gesetzgebung gebunden, sondern auch — im bürgerlichen Prozeß wenigstens — an den ihm von den Parteien unterbreiteten Streitstoff. Manches in den Zeitungen als ungeheuerlich verschriene Urteil erscheint in wesentlich anderem Lichte, wenn man das ganze dem Richter unterbreitete Material zu würdigen in der Lage ist. Ein richtiges und niemals bestrittenes Verlangen ist es allerdings, daß dem Juristen und Richter insbesondere eine umfassende Lebenskenntnis und praktische Erfahrung zu eigen sein muß. Sehr zu begrüßen ist es deshalb, daß in den meisten deutschen Staaten durch Fortbildungskurse, in denen den Teilnehmern Einblick in moderne Betriebe der verschiedensten Gebiete gewährt wird, auch den fern von den größeren Städten lebenden Richtern Gelegenheit gegeben ist, mit den Fortschritten auf wissenschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiet in Fühlung zu bleiben. Die Zahl der richterlichen Beamten ist seit der Reichsgründung ständig gestiegen; sie betrug am 1. Januar 1909 9798. Seit dem Ende des Jahres 1882, also seit etwa 25 Jahren, haben sich die Richterstellen bei den Oberlandesgerichten um 50,6 Proz., bei den Landgerichten um 48,3 Proz., bei den Amtsgerichten um 33 Proz. vermehrt. Machtvoll wie dieser Beamtenkörper sind auch

seine Aufgaben gewachsen. Das gilt nicht allein von den schon hervorgehobenen inhaltlichen Schwierigkeiten der durch die Rechtsprechung zu beantwortenden Fragen und von der geistigen Durchdringung des Rechts, sondern auch von der Zahl der Geschäfte. Insbesondere zeigt die Statistik eine starke Zunahme der bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten; so hat sich die Zahl der ordentlichen Prozesse vom Jahre 1881 bis zum Jahre 1907 um 116,3 Proz., die der Wechselprozesse um 148 Proz., der Prozesse in Ehesachen fast um 170 Proz. vermehrt.

Neben den Berufsrichtern bilden auch die Laien einen wichtigen Faktor der Rechtspflege. Ihre Mitwirkung bei der Rechtsprechung wurzelt in alter deutscher Rechtsgewohnheit, wonach der freie wehrhafte Mann im Kreise der Volksgenossen das Recht fand. Sie ist auch heute, unter den durch die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse gebotenen Einschränkungen, von großem Nutzen. Am wichtigsten ist die Heranziehung der Laien auf dem Gebiete der Strafrechtspflege. Auf diesem Gebiete bestanden bereits zur Zeit der Reichsgründung in den meisten Landesteilen die Schwurgerichte, die durch die Strafprozeßordnung allgemein in Deutschland — in den süddeutschen Staaten mit einer gegenüber Norddeutschland etwas erweiterten Zuständigkeit — eingeführt sind. Das Schwurgericht tritt periodisch zur Aburteilung der schwersten Verbrechen bei den Landgerichten zusammen, wobei aber die Bezirke mehrerer Landgerichte zu einem Schwurgerichtsbezirk zusammengelegt werden können. Es besteht aus drei Richtern und den zwölf zur Entscheidung über die Schuld oder Nichtschuld des Angeklagten berufenen Geschworenen. Bei Bildung dieser zur Entscheidung des einzelnen Falles berufenen Geschworenenbank hat man die größtmöglichen Garantien dafür zu schaffen gesucht, daß die Schuldfrage durch unparteiische, unvoreingenommene Männer geprüft wird. Bei dem Amtsgerichten tritt alljährlich ein Ausschuß zusammen, der aus dem Amtsrichter, einem Staatsverwaltungsbeamten und sieben aus den Einwohnern des Amtsgerichtsbezirks gewählten Vertrauensmännern besteht. Dieser stellt ein Verzeichnis der zu Geschworenen für das Geschäftsjahr vorgeschlagenen Personen auf. Aus diesem Verzeichnis wird durch ein fünfgliedriges Kollegium des Landgerichts die nötige Zahl von Haupt- und Hilfsgeschworenen ausgewählt. Vor Zusammentritt des Schwurgerichts werden sodann 30 Hauptgeschworene durch das Los bestimmt. Demnächst können bei Bildung der Geschworenenbank, die ebenfalls durch Auslosung erfolgt, sowohl vom Angeklagten wie von der Staatsanwaltschaft soviel Geschworene, als sich Namen über 12 in der Losurne befinden, ohne Angabe von Gründen abgelehnt werden, und zwar steht dem Angeklagten wie der Staatsanwaltschaft die gleiche Zahl von Ablehnungen zu. Die Beratung der Geschworenen erfolgt an der Hand schriftlich abgefaßter Fragen, die mit ja oder nein zu beantworten sind, und zwar unter Ausschluß der Richter in einem Raume, zu dem außer den Geschworenen niemand Zutritt hat. Nach der Verkündung des Wahrspruchs der Geschworenen hat das Gericht die Strafe zu bestimmen oder, im Falle der Verneinung der Schuldfrage, den Angeklagten freizusprechen. Nur, falls das Gericht einstimmig der Ansicht ist, daß sich die Geschworenen in der Hauptsache zum Nachteil des Angeklagten geirrt haben, kann eine Verweisung der Sache an ein anderes Schwurgericht ausgesprochen werden. Die Schwurgerichte erfreuen sich im Volke großer Beliebtheit und ihre Organisation ist deshalb trotz mancher gegen sie gerichteten Angriffe bis heute unverändert geblieben. Es läßt sich indessen nicht verkennen, daß der Umstand, daß die Geschworenen bei der Beratung gänzlich abgeschlossen sind und jeder Fühlung mit den Berufsrichtern ermangeln, die Gefahr von Irrtümern in sich birgt, ferner daß das Verfahren durch die Notwendigkeit, den Geschworenen bestimmte, mit ja oder nein zu beantwortende Fragen vorzulegen, unnötigerweise in formalistische Bahnen gedrängt wird. Der Wunsch nach einer zeitgemäßen Reform der Schwurgerichte ist deshalb berechtigt. Durchaus bewährt hat sich die zweite Form der Mitwirkung von Laien bei der Strafrechtspflege, nämlich die der Schöffengerichte. Diese nur für Übertretungen und leichtere Vergehensfälle zuständigen Gerichte sind mit einem Amtsrichter und zwei Schöffen besetzt, die aus der alljährlich von dem oben erwähnten Ausschuß zu-

sammengestellten Liste für die einzelnen Sitzungstage, und zwar für das ganze Jahr im voraus, durch Auslosung bestimmt werden. Richter und Schöffen üben während der Dauer der Sitzung das Richteramt mit gleichen Befugnissen aus, ihre Beratung ist eine gemeinschaftliche. In ähnlicher Weise soll nach einem zurzeit der Beschlußfassung des Reichstags unterliegenden Gesetzentwurf an die Stelle der nur aus Berufsrichtern gebildeten Strafkammer ein aus zwei Richtern und drei Schöffen gebildeter Gerichtshof treten. Diese Form der Heranziehung von Laien ist auch durchaus zu billigen. Sie bietet alle Vorteile der Heranziehung von Laien überhaupt, nämlich den politischen, daß sich das allgemeine Rechtsbewußtsein leichter solchen Urteilen anpassen wird, bei deren Fällung Männer aus dem Volke mitgewirkt haben, und den sachlichen, daß die Notwendigkeit, die Verhandlung so zu führen, daß auch der minder geübte Laie ihr folgen kann, einer formalistischen Behandlung der Sache vorbeugt. Andererseits verbürgt die Mitwirkung der Berufsrichter die unumgängliche Stetigkeit der Rechtsprechung und die Vermeidung grober Rechtsirrtümer. Dadurch, daß der schon erwähnte Gesetzentwurf den Schöffen und Geschworenen außer Reisekosten Tagegelder gewährt, wird den breitesten Volksschichten die Übernahme des Schöffen- und Geschworenenamts ohne Schädigung ihrer Erwerbsinteressen ermöglicht.

Auf dem Gebiete der bürgerlichen Rechtspflege wirken Laien als Handelsrichter in den bei den Landgerichten nach Maßgabe des Bedürfnisses gebildeten Kammern für Handelssachen mit. Die Kammern für Handelssachen bestehen aus einem Mitgliede des Landgerichts als Vorsitzendem und zwei auf Vorschlag des zur Vertretung des Handelsstandes berufenen Organs auf drei Jahre ernannten Handelsrichtern. Sie entscheiden in den vom Gesetz näher bezeichneten Handelssachen, und zwar seit kurzem auch als Gericht zweiter Instanz über Berufungen gegen Urteile der Amtsgerichte. Ausnahmsweise kann eine Kammer für Handelssachen ihren Sitz auch an einem anderen Orte als dem Sitz des Landgerichts haben. Kammern für Handelssachen sind zurzeit etwa bei der Hälfte aller Landgerichte gebildet; am 1. Januar 1909 betrug ihre Gesamtzahl 180.

Außer dieser Mitwirkung von Laien bei der Rechtsprechung der ordentlichen Gerichte sind noch zwei Sondergerichte zu erwähnen, bei denen ebenfalls Laien zu richterlicher Tätigkeit berufen sind: die Gewerbegerichte und Kaufmannsgerichte. Die Gewerbegerichte sollen gewerbliche Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern rasch und billig erledigen; sie können in jeder Gemeinde, müssen in Gemeinden von über 20 000 Einwohnern errichtet werden. Das Gewerbegericht entscheidet in der Besetzung von mindestens 3 Mitgliedern, dem Vorsitzenden, einem Arbeitgeber und einem Arbeiter. Der Vorsitzende, welcher weder Arbeitgeber noch Arbeiter sein darf, wird vom Magistrat oder der Gemeindevertretung gewählt; ebenso werden die Arbeitgeberbeisitzer durch die Arbeitgeber, die Arbeiterbeisitzer durch die Arbeiter in geheimer Wahl gewählt. Das Verfahren, bei dem Rechtsanwälte und Personen, welche das Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betrieben, ausgeschlossen sind, ist wesentlich vereinfacht, Berufung nur bei Streitgegenständen über 100 Mark zulässig. Ende 1907 bestanden im Reich 445 Gewerbegerichte. Die Kaufmannsgerichte dienen ähnlichen Zwecken wie die Gewerbegerichte und sind auch ähnlich zusammengesetzt. Auch sie bestehen aus einem gewählten Vorsitzenden, der, wenn ein Gewerbegericht am Orte besteht, in der Regel dessen Vorsitzender sein soll, einem Beisitzer aus der Klasse der Arbeitgeber und einem solchen aus den Arbeitnehmern, welche ihrerseits von ihren Berufsgenossen gewählt werden. Die Kaufmannsgerichte sind zuständig für die Entscheidung von Streitigkeiten aus dem Dienst- oder Lehrverhältnisse zwischen Kaufleuten einerseits und ihren Handlungsgehilfen und Handlungslehrlingen andererseits. Das Verfahren ist das gleiche wie vor den Gewerbegerichten, nur ist das Recht der Berufung noch stärker, nämlich auf Streitgegenstände über 300 Mark beschränkt. Ende 1907 bestanden 256 Kaufmannsgerichte im Reich. So segensreich die schnelle Erledigung unbedeutender Streitigkeiten durch die bezeichneten Sondergerichte und namentlich ihre Befähigung, vermöge der ihnen beiwohnenden Sachkenntnis eine geeignete Grundlage für gütliche Erledigung des Streites zu finden,

für die Beteiligten sein mag, so birgt doch die Einrichtung solcher Sondergerichte für einzelne Berufsstände auch große Gefahren in sich, namentlich die der Rechtszersplitterung und einer höchst unerwünschten Erschwerung der Rechtsverfolgung durch Zuständigkeitszweifel. Auch kann die Wählbarkeit des Richters auf die Überzeugung der Rechtsuchenden von seiner Unparteilichkeit nur ungünstig einwirken, da Angehörige der im Wahlkampf unterlegenen Partei dem gewählten Kandidaten der Gegenpartei von vornherein Mißtrauen entgegenzubringen geneigt sein werden. Der Erklärung der verbündeten Regierungen, in der Einrichtung von Sondergerichten nach Art der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte nicht weiter gehen zu wollen, ist deshalb rückhaltlos Beifall zu zollen.

In wesentlichem Umfange, aber auf Grund anderer Erwägungen sind Laien bei der Ausübung der Militärgerichtsbarkeit tätig. Hier soll das Offizier-Richterpersonal die Wahrung der militärischen Interessen bei der Rechtspflege sichern. Die erkennenden Gerichte zerfallen in Stand-, Kriegs-, Oberkriegsgerichte und das Reichsmilitärgericht. Die Standgerichte, zu deren Zuständigkeit die niedere Gerichtsbarkeit gehört, bestehen aus drei für die Dauer des Geschäftsjahrs vom Gerichtsherrn berufenen Offizieren. Die Kriegsgerichte, denen die Entscheidung in allen schwereren Straffällen zusteht, setzen sich je nach der Höhe der zu erwartenden Strafe aus einem Kriegsgerichtsrat und vier Offizieren oder aus zwei Kriegsgerichtsräten und drei Offizieren zusammen. Die Offiziere werden für den einzelnen Fall in einer vor dem Beginn des Geschäftsjahrs festgestellten Reihenfolge vom Gerichtsherrn berufen. Das Oberkriegsgericht, welches über die Berufung gegen Urteile der Kriegsgerichte entscheidet, wird durch zwei Oberkriegsgerichtsräte und fünf Offiziere gebildet. Das Reichsmilitärgericht endlich, das ausschließlich Revisionsgericht ist und der Erhaltung einer einheitlichen Rechtsprechung dienen soll, entscheidet in Senaten, welche regelmäßig aus vier militärischen Richtern und drei Juristen, ausnahmsweise, nämlich wenn es sich ausschließlich um Auslegung prozessualer oder bürgerlich-rechtlicher Fragen handelt, aus vier Juristen und drei militärischen Richtern bestehen.

Als wichtige Hilfsorgane bei Ausübung der Rechtspflege gliedern sich den Gerichten Staatsanwaltschaft und Rechtsanwaltschaft an. Nach reichsgesetzlicher Vorschrift soll bei jedem Gericht eine Staatsanwaltschaft bestehen. Ihr Amt wird bei den Amts- und Schöffengerichten durch Amtsanwälte ausgeübt, bei den übrigen Gerichten durch Staatsanwälte, beim Reichsgericht durch einen Oberreichsanwalt und mehrere Reichsanwälte. Organisation und Wirkungskreis der Staatsanwaltschaft sind reichsgesetzlich nur zum Teil geregelt, ergänzend greift das Landesrecht ein. Die Beamten der Staatsanwaltschaft sind in fast allen Bundesstaaten nichtrichterliche Beamte; es dürfen aber, abgesehen von der Amtsanwaltschaft, nur zum Richteramt befähigte Personen dazu bestellt werden. Die Amtsanwaltschaft ist den Gerichten gleichgeordnet und in ihren Amtsverrichtungen von diesen unabhängig. Ihre Organisation beruht auf dem Grundsatz der Einheit und Unteilbarkeit derart, daß die dem ersten Beamten einer Staatsanwaltschaft beigeordneten Beamten nur als seine Vertreter handeln, daß ersterer jederzeit das Recht hat, bei allen Gerichten seines Bezirks die Amtsverrichtungen selbst zu übernehmen oder einen anderen als den zunächst zuständigen Beamten damit zu beauftragen, daß endlich sämtliche staatsanwaltschaftlichen Beamten den dienstlichen Anweisungen ihres Vorgesetzten nachzukommen haben. Die Haupttätigkeit der Staatsanwaltschaft liegt auf dem Gebiete der Strafrechtspflege; hier ist sie das Organ der Strafverfolgung und der Regel nach Vollstreckungsbehörde. In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten ist die Mitwirkung der Staatsanwaltschaft auf Ehe- und Entmündigungssachen beschränkt. Im Reiche gab es am 1. Januar 1909 874 Staatsanwälte; davon waren 6 beim Reichsgericht, 3 beim bayrischen obersten Landesgericht, 67 bei den Oberlandesgerichten und 798 bei den Landgerichten tätig.

Eine sehr wesentliche und verantwortungsvolle Aufgabe bei Ausübung der Rechtspflege fällt auch der deutschen Rechtsanwaltschaft zu. Falsch ist der Glaube, durch Ausschaltung der Rechtsanwaltschaft eine Vereinfachung und Förderung der Rechts-

pflege herbeiführen zu können. Es ist, sofern nicht der Sachverhalt ein ganz einfacher ist, ein Mittelglied zwischen Gericht und Partei erforderlich, das zwar den Interessen des einzelnen dient, aber wie der Richter befähigt ist, die mannigfachen Formen und Tatsachen des wirtschaftlichen Lebens in ihrer rechtlichen Bedeutung zu erfassen. Dieser Erkenntnis entspricht die Vorschrift, daß sich im Verfahren vor den Landgerichten und vor allen Gerichten höherer Instanz die Parteien durch einen Rechtsanwalt als Bevollmächtigten vertreten lassen müssen. Die Ordnung der Rechtsanwaltschaft beruht auf dem Grundsatz der freien Advokatur, der sich trotz vieler Anfeindung bis heute als richtig erwiesen und behauptet hat. Wer die gesetzliche Befähigung, deren Vorbedingungen die gleichen sind wie beim Richteramt, nachgewiesen hat, hat ein Recht darauf, bei den Gerichten des Bundesstaats, in dem er die zweite Prüfung bestanden hat, als Rechtsanwalt zugelassen zu werden; nur aus den gesetzlich vorgesehenen Gründen, nicht wegen mangelnden Bedürfnisses kann diese Zulassung versagt werden. Es findet also weder eine staatliche Auswahl unter den zur Anwaltschaft Befähigten statt, noch besteht eine zahlenmäßige Beschränkung der bei den einzelnen Gerichten zugelassenen Rechtsanwälte. Namentlich der Einführung der letzteren Beschränkung wird mit dem Hinweis das Wort geredet, daß die zunehmende Überfüllung des Anwaltstandes eine Gefahr für die wirtschaftliche Lage des Standes und infolgedessen auch für die Allgemeinheit bilde. In der Tat ist eine außerordentlich starke Zunahme in der Zahl der Rechtsanwälte zu verzeichnen; sie betrug am 1. Januar 1909 im Reiche 9607 und hat sich gegenüber der Zahl vom 1. Januar 1880 (4112) mehr als verdoppelt. Namentlich in den Städten ist die Zunahme vielfach noch stärker; in 20 Städten hat sich die Zahl der Rechtsanwälte seit dem Jahre 1880 mehr als verdreifacht. Zieht man indessen das Wachstum der Bevölkerung in Betracht, das ebenfalls vorwiegend in den Städten eingetreten ist, ferner die Entwicklung der modernen wirtschaftlichen Verhältnisse, die die Zuziehung Rechtskundiger in immer stärkerem Maße erforderlich macht, so kann diese Erscheinung als eine übermäßig bedrohliche nicht bezeichnet werden. Die Vorzüge der freien Advokatur, die namentlich in der durch den Wettbewerb geförderten Entfaltung aller Kräfte und in der den Rechtsuchenden geschaffenen leichten Möglichkeit, einen ihnen vertrauenswürdig erscheinenden Rechtsbeistand ausfindig zu machen, zu erblicken sind, können dadurch nicht in den Schatten gestellt werden. Die Zulassung der Rechtsanwälte erfolgt bei einen bestimmten Gericht. Soweit eine Vertretung durch Anwälte geboten ist, kann die Vertretung als Prozeßbevollmächtigter nur ein bei dem betreffenden Gericht zugelassener Anwalt übernehmen, im übrigen kann aber der Rechtsanwalt auf Grund der Zulassung vor jedem Gericht innerhalb des Reichs tätig werden. Eine Sonderstellung nehmen nur die Rechtsanwälte beim Reichsgericht ein, deren Zulassung vom freien Ermessen des Präsidiums abhängt und die bei einem anderen Gericht nicht auftreten dürfen. Auch die sich an diese Freizügigkeit der Rechtsanwaltschaft anknüpfende Besorgnis, es werde eine Überfüllung in den Großstädten eintreten, das Bedürfnis der Rechtsuchenden in kleineren Plätzen aber ungedeckt bleiben, hat sich nicht begründet gezeigt. Von allen Rechtsanwälten entfielen am 1. Januar 1909 auf Berlin 11,8 Proz., auf die übrigen Orte mit mehr als 100 000 Einwohnern 37,1 Proz., auf die Orte mit 70 000—100 000 Einwohnern 5,1 Proz., die Orte mit weniger als 70 000 Einwohnern 46 Proz., eine Verteilung, die dem vorhandenen Bedürfnis im allgemeinen entsprechen dürfte. Die Zahl der Amtsgerichtsbezirke, in denen überhaupt kein Anwalt wohnt, ist ständig zurückgegangen, sie betrug am 1. Januar 1909 nur noch 29 Proz. der Gesamtzahl der Amtsgerichte. Die Anwälte eines Oberlandesgerichtsbezirks sowie die am Reichsgericht zugelassenen Anwälte bilden eine Anwaltskammer. Dem Vorstande der Anwaltskammer liegt namentlich die Aufsicht über die Erfüllung der den Kammermitgliedern gesetzten Pflichten und die ehrengerichtliche Strafgewalt ob. Die Berufung gegen seine Entscheidung geht an den Ehrengerichtshof in Leipzig, der zum Teil aus Mitgliedern des Reichsgerichts, zum Teil aus Rechtsanwälten des Reichsgerichts besteht. Als Strafen können Warnung, Verweis, Geldstrafe und Ausschluß aus dem Anwaltstande verhängt werden. Das Verhältnis zwischen dem

Rechtsanwalt und seinem Auftraggeber bestimmt sich nach den Regeln des Dienstvertrags. Kein Rechtsanwalt ist, abgesehen von den Fällen, in denen er einer armen Partei zur unentgeltlichen Wahrnehmung ihrer Rechte beigeordnet oder als Verteidiger in einer Strafsache von Amts wegen bestellt wird, zur Gewährung seiner Berufstätigkeit verpflichtet, er muß aber die Ablehnung eines Auftrags bei Vermeidung von Schadenersatzpflicht unverzüglich erklären. Für ihre Tätigkeit beziehen die Rechtsanwälte reichsgesetzlich festgelegte Gebühren, die seit kurzem eine der allgemeinen Steigerung der Preise entsprechende Erhöhung erfahren haben. Von den Gebührensätzen abweichende Honorarvereinbarungen sind zulässig, bedürfen aber zur Bindung der Auftraggeber schriftlicher Form. Überschreitet ein vertragsmäßig bedungenes Honorar die Grenze der Mäßigung, so kann es im Prozeßwege auf den angemessenen Betrag herabgesetzt werden. Ein hohes soziales Verdienst erwirbt sich die Rechtsanwaltschaft durch die unentgeltliche Wahrnehmung der Parteirechte in Armensachen. Jeder, der sein Unvermögen zur Bestreitung der Prozeßkosten nachweist und dessen Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung vom Gericht nicht für aussichtslos oder mutwillig erachtet wird, hat, soweit eine Vertretung durch Anwälte geboten ist, Anspruch auf Beiordnung eines Rechtsanwalts, der seine Sache völlig unentgeltlich führt. Selbst dem Ärmsten ist hierdurch die Wahrnehmung seiner Rechte in weitestem Umfange gewährleistet.

So beschaffen ist in großen Umrissen der Rahmen für die Betätigung der zur Ausübung der Rechtspflege berufenen Organe. Trotz mancher Besserungswünsche werden die Grundzüge der bestehenden Ordnung auch in Zukunft maßgebend bleiben müssen. Bleiben soll vor allem der Geist, der in diesen Organen lebt. Hervorgehoben sei hier nur das Eine, das die deutsche Rechtspflege besonders auszeichnet: die innige Verbindung der Rechtspflege mit der Wissenschaft. Mehrfach sind berühmte Hochschullehrer im Nebenamt als Richter tätig und viele praktisch tätige Juristen suchen durch wissenschaftliche Bearbeitungen des geltenden Rechts der Rechtswissenschaft zu dienen. In keinem anderen Lande finden wir deshalb eine in so zahlreichen trefflichen Werken niedergelegte praktische und wissenschaftliche Durchbildung des Rechts.

Die Pflege des Rechts bildet neben der Erhaltung der Wehrhaftigkeit nach außen eine der Grundfunktionen jedes Staates. Für den staatswissenschaftlichen Satz, daß beide Aufgaben in einem großen Staate ungleich besser erfüllt werden wie im kleinen, bietet auch die deutsche Rechtsentwicklung ein schlagendes Beispiel. Die Schaffung des Reichs hat nicht allein vermöge des Ausbaues der Gesetzgebung, sondern auch vermöge der Heranziehung zahlreicher Männer der Praxis und Wissenschaft aus allen Teilen des deutschen Vaterlandes zur Anwendung und Auslegung des Rechts auf die Rechtsentwicklung ungemein fördernd gewirkt. Aus einheitlicher heimischer Quelle schöpfend steht heute die deutsche Justiz im Inland und Auslande geachtet da und die Antwort auf unbegründetes Mäkeln ist dem alten Spruch des Sachsenspiegels zu entnehmen:

Das Recht niemand lehren kann, das den Leuten allen sollte wohl gefallen.

Den sicher vorgezeichneten Bahnen der Entwicklung vertrauend, wollen wir den Baum des deutschen Rechts hüten und pflegen, daß in seinem Schatten noch die fernsten Geschlechter Wohlfahrt und Gedeihen finden. Ob des Errungenen aber können wir stolz und froh sein und den jubelnden Worten Ernst von Wildenbruchs, mit denen er einst in der Deutschen Juristenzeitung das Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs begrüßte, freudigen Mutes zustimmen:

„Nun wandelt durch das deutsche Vaterland
Gerechtigkeit im heimischen Gewand.
Sie spricht, und jedem Ohre klingt's vertraut,
Denn in der Muttersprache tönt ihr Laut.
Aus ihres Volkes tiefstem Seelenschatz
Schöpft sie ihr Wort, Wahrspruch und Rechtes Satz."

Die deutsche Landwirtschaft.

Von Dr. **W. Schultze,** Geschäftsführer i. d. deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Berlin.

Nur das Volk wird eine Weltmacht auf die Dauer sein, dessen materielles Wohlergehn sich auf das Gedeihen sämtlicher Erwerbsgruppen stützt. Unter den gegenwärtig gegebenen Verhältnissen bietet eine einseitige wirtschaftliche Entwicklung einem Staate nicht die Grundlage, die er zu seiner Wohlfahrt im Innern und zu seiner Sicherheit und seinem Ansehen nach außen nötig hat. Der Wohlstand und der Reichtum eines Landes muß sich in gleicher Weise auf die Landwirtschaft, wie auf Industrie und Handel stützen, denn während die erstere im eigenen Lande die Nahrungsmittel für die große erwerbsfähige Masse beschaffen muß, um in dieser wichtigen Frage die Unabhängigkeit vom Auslande zu gewährleisten, ist es die Aufgabe der beiden anderen, die Veredlungsgüter herzustellen und dem heimischen Markt oder dem Auslande zuzuführen, um durch Arbeit und Verkehr das Kapital im Inlande im Umlauf zu erhalten und den Wohlstand des eigenen Volkes durch Warenausfuhr und Geldeinfuhr zu erhöhen. Eine Volkswirtschaft, welche in dieser Beziehung einseitig entwickelt ist, gleicht, um mit einem Bilde Friedrich Lists zu sprechen, einem Manne mit nur einem Arm, der durch das Fehlen oder das Verkümmertsein des andern in hohem Maße in seiner wirtschaftlichen Tätigkeit beschränkt wird. Für Deutschland ist diese Wechselbeziehung zwischen den genannten großen Erwerbsgruppen noch dadurch von besonderer Bedeutung, daß es infolge seiner Lage im Herzen von Europa sich seinen politischen Frieden durch ständige Kriegsbereitschaft vermittels einer starken Armee und einer mit leistungsfähigen Mannschaften ausgerüstete Flotte sichern muß. Hierzu bedarf es aber im besonderen Maße der Landwirtschaft. Denn die Arbeit in ihr ist es, was Bürgschaft für eine gesunde Bevölkerung und damit auch für ein leistungsfähiges Heer gibt und ihr Gedeihen allein gewährleistet das Vorhandensein der notwendigen Lebensmittel ohne jegliche Zufuhr von außen, auf welche für einen Kriegsfall sich das deutsche Volk nicht verlassen darf.

Die landwirtschaftliche Bevölkerung hat allerdings in Deutschland in den letzten Jahrzehnten gegenüber der industriellen eine nicht unbedenkliche Einbuße erfahren. Nach Maßgabe der Berufszählungen gab es im Deutschen Reiche Berufszugehörige zu:

	1907	1895	1882	1907	1895	1882
	Gesamtzahl			Auf 100 Personen der Gesamtbevölkerung		
A. Landwirtschaft, Gärtnerei und Tierzucht, Forstwirtschaft und Fischerei .	17 681 176	18 501 307	19 225 455	28,65	35,74	42,5
B. Industrie, Bergbau und Baugewerbe	26 386 537	20 253 241	16 058 080	42,75	39,12	35,51
C. Handel und Verkehr, Gast- und Schankwirtschaft	8 278 239	5 966 846	4 53 080	13,41	11,53	10,02
D. Häusliche Dienste, Lohnarbeit wechselnder Art	792 748	886 807	938 294	1,28	1,71	2,07
E. Militär, Hof-, bürgerlicher und kirchlicher Dienst	3 407 126	2 835 014	2 222 982	5,52	5,48	4,92
F. Ohne Beruf und Berufsangabe . .	5 174 703	3 327 069	2 246 222	8,39	6 44	4.97
A—F Zusammen	61 720 529	51 770 284	45 222 113	100,00	100,00	100,00

Damit wird eine fortschreitende Industrialisierung des deutschen Volkes gekennzeichnet, der gegenüber aus den angeführten Gründen sich die unerläßliche Pflicht ergibt, die landwirtschaftliche Bevölkerung in Zukunft in so großer Zahl zu erhalten, daß sie die ihr zufallende nationale Aufgabe lösen kann. Dazu bedarf es aber zum mindesten der Sicherung des gegenwärtigen Zustandes, soweit die soziale Gliederung nach Maßgabe der Besitz- bzw. der Betriebsverteilung in Betracht kommt, und einer wesentlichen Verbesserung der Landarbeiterverhältnisse. Denn jene erstere muß als durchaus gesund bezeichnet werden, da nicht durch Großgrundbesitzbildung das Land den Händen einiger weniger Reicher ausgeliefert ist, noch Zwergwirtschaft den technischen Fortschritt hemmt; sondern es ist in Deutschland der Großgrundbesitzer neben dem Bauer in so glücklicher Verteilung angesiedelt, daß der Charakter der deutschen Landwirtschaft ein vorwiegend bäuerlicher ist, wenn es auch Gegenden gibt, in denen der Großgrundbesitz vorherrscht.

Weniger glücklich dagegen hat sich schon seit Jahrzehnten das Verhältnis vom besitzenden Arbeitgeber zum Arbeitnehmer gestaltet, da infolge der Abwanderung nach den immer neues Menschenmaterial erfordernden Industriemittelpunkten sich auf dem Lande ein erheblicher Arbeitermangel fühlbar gemacht hat. Dies ist von um so größerer Bedeutung, als die Arbeiter innerhalb der landwirtschaftlich erwerbstätigen Bevölkerung die bei weitem größte Zahl bilden, wenn auch nicht die wirtschaftlich stärkste Masse. Denn von den 9 883 257 Erwerbstätigen gehörten im Jahre 1907 7 283 741 dem Arbeiterstand, 98 812 dem mittleren Verwaltungspersonal und 2 500 974 dem Stande der Großgrundbesitzer, Bauern, Pächter, Stellenbesitzer und Administratoren an.

Allerdings ist der Begriff des landwirtschaftlichen Arbeiters in Deutschland kein einheitlicher. Die natürlichen Verhältnisse und die historische Entwicklung haben ihm in den einzelnen Gebietsteilen eine verschiedene wirtschaftliche und soziale Stellung gegeben. Man hat hier 3 Gruppen zu unterscheiden. Die erste findet man räumlich von der holländischen Grenze bis zur Weser, in der Hauptsache in Westfalen, die zweite in dem Gebiet zwischen Weser und Elbe, dem alten Niedersachsen, im Norden bis an die dänische Grenze, im Süden bis nach Süddeutschland hinein. Die dritte Gruppe nimmt das große Gebiet östlich der Elbe bis hin zur russischen Grenze ein. Wenn nun in diesen drei Gebietsteilen die weiter unten bezeichneten Arbeitsverfassungen auch nicht die ausschließlichen sind, so ist doch in jedem die besondere von der anderen auffällig unterschiedene vorherrschend.

In dem westlichen Gebiet, in Westfalen, heißt der Landarbeiter „Heuerling". Er pachtet von seinem Arbeitgeber ein Stück Land und verpflichtet sich dafür, eine bestimmte Anzahl von Tagen seine Arbeitskraft der Bewirtschaftung des Besitzes seines Arbeitgebers um einen billigeren als ortsüblichen Lohn zur Verfügung zu stellen. Der „Heuerling" hat auf dem gepachteten Lande eigene Wirtschaft auf eigene Rechnung. Die Wirtschaft ist so klein, daß ein Gespann nicht gehalten werden kann, dieselbe auch den Mann allein nicht ernährt. Deshalb ist er seinerseits auch wieder auf die Hilfe seines Verpächters angewiesen. Aber es bildet sich dadurch kein Unabhängigkeitsverhältnis heraus; denn gesellschaftliche Gegensätze zwischen dem Heuerling und dem Hofbauern existieren nicht. Nicht die Bildung, nicht die Lebensweise oder die Weltanschauung machen hier den Unterschied, sondern nur allein der Besitz. Daher ist diese Arbeitsverfassung auch die denkbar günstigste, denn durch die gemeinschaftlichen Interessen leben beide miteinander in gutem Einvernehmen und der Hofbauer hat die für ihn notwendigen Arbeitskräfte zur Verfügung und der „Heuerling" selbst befindet sich dabei materiell in einer guten Lage und ist mit seinem Los zufrieden. Oft erhöht er seine Einkünfte in den arbeitsarmen Wintermonaten durch den Betrieb irgend einer Hausindustrie, durch die er sich Nebenverdienst beschafft und zum Wohlstand gelangt.

Das zweite, hiervon wesentlich verschiedene Gebiet, das eigentliche Niedersachsen, kennt den freien Arbeiter, der innerhalb der großen Bauerndörfer sozial gleichberechtigt

neben dem Bauer lebt und wohnt und, da ihm sein eigener Besitz nicht voll den Lebensunterhalt sichert, bei den benachbarten Bauern oder Großgrundbesitzern oder auch in der Industrie Arbeit sucht. Diese Lohnarbeit bei den Bauern oder Gutsbesitzern ist nicht die Lebensgrundlage dieser Leute, sondern sie wird bedingt durch ihren eigenen Grundbesitz. Im Dorfe haben die sogen. Kötter, Brinksitzer, Häusler oder Anbauern eine bestimmte Stellung in der Gemeinde, Arten von kleinem Grundbesitz. Sie stecken mit ihren gesellschaftlichen Wurzeln ebenso fest und sicher in der niedersächsischen landwirtschaftlichen Verfassung, wie der Heuerling in Westfalen, aber sie haben keine engeren Beziehungen zu einem bestimmten größeren Besitzer, wie der Heuerling durch seinen Pachtvertrag, sondern können die Arbeit suchen, wo sie wollen, je nachdem sie besseren Verdienst in der Industrie oder Landwirtschaft finden. Daher kommt es, daß in diesen Gebieten die Nachfrage nach Arbeitern trotz der dichten Bevölkerung durch die heimischen freien Arbeiter vornehmlich auf den Rittergütern mit intensiver Betriebsform nicht gedeckt werden kann, und daß sich hier das Wanderarbeitertum in beträchtlichem Maße breit gemacht und alljährlich eine große Massenwanderung im Frühjahr vom Osten nach dem Westen und im Herbst wieder zurück vom Westen nach dem Osten hervorgerufen hat.

Das dritte Gebiet ist das weite Ostelbien. Hier haben wir im Gemisch zwei Formen. Entweder treffen wir auf dicht bevölkerte Gebiete mit Bauerndörfern, die bei ähnlicher Verfassung wie in Niedersachsen selbst die nötigen Arbeitskräfte durch die heimische Bevölkerung besitzen oder auf die eigentlichen Gebiete der Rittergüter in Mecklenburg und der Uckermark, in Pommern, Westpreußen, Posen und Ostpreußen. Hier ist die typische Form der Arbeitsverfassung das Instwesen. Der Gutsbesitzer sichert sich durch Vertrag auf längere Zeit die Arbeitskräfte, nicht etwa eines Mannes, sondern einer ganzen Familie. Diese wird in den Katen gesetzt, der dem Gutsherrn gehört und muß sich bereit halten, einen Arbeitsmann, gewöhnlich den Vater, und einen Hofgänger oder Scharwerker in der Gestalt der Frau oder eines heranwachsenden Kindes für die landwirtschaftlichen Arbeiten auf dem Felde des Herrn zu stellen. Hierfür wird ein bestimmter Tagelohn gezahlt. Damit ist aber die Entlohnung für die geleistete Arbeit nicht erschöpft, denn außer ihm empfängt der Inste neben der freien Wohnung in der Regel einen Garten und in den gutsherrschaftlichen Schlägen ein Ackerstück und Wiesenland, auf welchem er seine Kartoffeln und hier und da auch seinen Flachs baut und das Futter für sein Vieh erntet. Gelohnt wird der Inste im Tagelohn oder während der Ernte von Getreide und Hackfrüchten und beim Drusch im Winter im Akkord. Der Instmann ist völlig abhängig von seinem Arbeitgeber, er steht ihm nicht gleichberechtigt gegenüber. Im öffentlichen Leben, in der Gemeinde steht er unter ihm. Weder durch Landbesitz, noch durch seine geachtete Stellung wird er bewogen, in der Heimat zu bleiben; daher ist er leicht bereit, diese aufzugeben und mit den Vorzügen, welche scheinbar das Leben in der Stadt und der reichliche Geldverdienst in der Industrie bieten, zu vertauschen, und nicht vermögen, Wohlfahrtseinrichtungen aller Art und neue geschmackvoll ausgeführte Arbeiterhäuser ihn dauernd an die Scholle zu fesseln. So ist es gekommen, daß in dem weiten Gebiet des östlichen Preußens eine Entvölkerung entstanden ist, die ein schwerer Krebsschaden für die heimische Landwirtschaft ist und für die nur ein schwacher Ersatz in dem Wanderarbeitertum geschaffen ist, das als dritte kennzeichnende Form sich in der Arbeitsverfassung des Ostens zeigt und, sofern ausländische Arbeiter, nicht deutscher Nationalität durch dasselbe nach Deutschland gezogen werden, zum nationalen Schaden für das Deutschtum werden kann.

Die Bestrebungen auf diesem Gebiete, die ländlichen Arbeiterverhältnisse zu bessern, richten sich auf die Ansiedlung von selbständigen Landarbeitern durch Schaffung von Kleinbesitz. Staatlicherseits werden solche Maßnahmen durchgeführt, Gesellschaften, die einen gleichen Zweck verfolgen, haben eine lebhafte Tätigkeit entwickelt, wie auch hier und da der Großgrundbesitzer es versucht, sich durch Ansiedlung von Arbeitern im Parzellenbesitz auf seinem Grund und Boden einen

eigenen Arbeiterstand zu sichern. So hofft man, mit der Zeit dem Wanderarbeitertum entgegentreten, und die Zahl der an der heimischen Scholle hängenden ländlichen Arbeiter im nationalen Interesse wieder beheben zu können. Denn man ist sich der hohen nationalen und wirtschaftlichen Bedeutung des heimischen Landarbeiters wohlbewußt und erkennt die Schäden, welche die Massenwanderung der Landarbeiter hervorruft, die nicht zur Besserung der wandernden Scharen und der Gegenden in die sie einfallen, beitragen. Über die gegenwärtige Gliederung der landwirtschaftlichen Betriebe ihrer Größe nach zwischen Arbeiterstellen, bäuerlichen Betrieben und Großbetrieben gibt die nachstehende Übersicht Auskunft. Die landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland einschl. Forstwirtschaft und Fischerei:

Bezeichnung der Betriebe	Zahl der Betriebe				Fläche in Hektar			
	1907		1895		1907		1895	
	absolute Zahl	%	absolute Zahl	%	absolute Zahl	%	absolute Zahl	%
Stellenbetrieb unter 20 a[1])	1 262 230	22,0	1 037 870	18,7	232 451	0,5	174 976	0,4
Übergang vom Stellenbetrieb zum bäuerlichen Betrieb von 20 a—2 ha	2 116 279	36,9	2 198 497	39,5	2 259 550	5,3	2 240 938	5,2
Kleinbäuerliche Betriebe von 2—5 ha	1 006 277	17,5	1 016 318	18,3	4 306 420	10,0	4 142 071	9,6
Mittlere bäuerliche Betriebe von 5—20 ha	1 065 539	18,6	998 804	18,0	13 768 520	31,9	12 537 660	29,0
Großbäuerliche Betriebe von 20—100 ha	262 191	4,6	281 767	5,1	12 623 010	29,3	13 157 201	30,4
Großbetriebe von 100-1000 ha	23 197	0,4	24 489	0,4	9 222 873	21,4	9 872 222	22,8
Latifundienbetrieb üb. 1000 ha	369	0,0	572	0,0	693 657	1,6	1 159 674	2,6
Insgesamt	5 736 082	100	5 558 317	100	43 106 481	100	43 284 742	100

Nach dieser Übersicht ist abgesehen vom besitzlosen Landarbeiter die landwirtschaftliche Bevölkerung in Deutschland vorwiegend eine bäuerliche. Denn kleinbäuerliche, mittelbäuerliche und großbäuerliche Betriebe gibt es insgesamt 2 334 007 oder 40,7 Proz. Dem stehen 2 116 279 Betriebe oder 36,9 Proz. gegenüber, die zu klein sind, um als bäuerlicher Betrieb gelten zu können, aber doch nicht dem kleinsten Stellenbetrieb zugezählt werden müssen. Von letzteren sind in Deutschland 1 262 230 oder 22 Proz. vorhanden. Die Großbetriebe zählen insgesamt nur 23 566 oder 0,4 Proz., wovon dem Latifundienbetrieb über 1000 Hektar nur 369 zufallen. Die Entwicklung im letzten Jahrzehnt zeigt vor allem ein Anwachsen der mittleren bäuerlichen Betriebe und der Stellenbetriebe, dagegen ein Abnehmen der übrigen.

Die von diesen Betrieben benutzte Kulturfläche verteilt sich zwar nicht in gleichem Verhältnis auf die einzelnen Größenklassen, doch nimmt von ihr auch hier der bäuerliche Betrieb den bei weitem größten Teil ein; denn ihm fallen allein 30 697 950 ha oder 71,2 Proz. zu, während auf die Großbetriebe nur 9 916 530 ha oder 23 Proz., auf den größeren Stellenbetrieb 2 259 550 oder 5,3 Proz. und auf den kleinsten Stellenbetrieb 232 451 oder 0,5 Proz. entfallen. Aber auch unter diesem Gesichtspunkt betrachtet zeigt sich eine kräftige Zunahme des mittleren bäuerlichen Betriebes, der die eigene Familie ernährt ohne Zuhilfenahme fremder Arbeiter, und des Stellen- und kleinbäuerlichen Betriebes. Der großbäuerliche Betrieb, der selber Lohnarbeiter zur Bewältigung der notwendigen Arbeiten annehmen muß, und der Großbetrieb dagegen nimmt auch der Fläche nach ab. So zeigt sich also, daß die deutsche Landwirtschaft ihre Wurzeln in einer bäuerlichen Bevölkerung hat und nach dieser Richtung hin weitere Fortschritte machte. Hierin sind aber die Bedingungen für das Wohlergehen und das weitere Erstarken dieses Gewerbes gegeben.

[1]) a = Ar = 100 qm, Quadratmeter; 100 Ar = ein ha, Hektar.

Hinsichtlich der Art der landwirtschaftlichen Betriebe kann Deutschland nicht als ein einheitliches Ganze angesehen und beurteilt werden. Wo Bodenbeschaffenheit und Klima, wie es hier der Fall ist, tiefgehende Verschiedenheiten aufweisen, muß dies in der Art und den Ergebnissen der landwirtschaftlichen Betätigung zum Ausdruck kommen.

In der kälteren gemäßigten Zone ausgebreitet, gehört das Deutsche Reich einer Region an, in der schon wenige Wärmegrade mehr oder minder im Durchschnitt des Jahres oder der Jahreszeiten über die Möglichkeit einer gedeihlichen Entwicklung der gewöhnlichen Kulturpflanzen entscheiden.

Von der mittleren Jahrestemperatur treten zwischen den einzelnen Gebieten zwar nicht allzu große Abweichungen auf; nur das östliche Ostseegebiet zeichnet sich als ein kälterer Landstrich aus, wie auch das herzynische Waldgebirgsgebiet, die schwäbisch-bayerische Hochebene und das alpine Gebiet, durch Bayern, Württemberg und Hohenzollern sich erstreckend, als kältere Gebiete zu betrachten sind. Als wärmere Gegenden sind nur Teile der Regierungsbezirke Aachen, Trier und Koblenz und die Rheinebene zu bezeichnen. Die wichtigste klimatische Verschiedenheit wird durch die Kürze oder Länge der Jahreszeiten in den einzelnen Teilen Deutschlands bedingt. Für die Landwirtschaft der einzelnen Gebiete kommt es wesentlich darauf an, wie früh sich die Wärme bis zu einem Maße wieder erhöht, welches den neuen Beginn der Vegetation ermöglicht und wie lange Zeit sie Höhengrade beibehält, die zur vollkommenen Entwicklung der Pflanzen in Blüte und Frucht erforderlich sind. In dieser Hinsicht treten die größten Verschiedenheiten auf zwischen dem Westen und dem Osten Deutschlands.

Im Osten der preußischen Monarchie kann man in der Regel im April erst von einem Eintreten des Frühlings sprechen, während der Winter bereits frühzeitig beginnt und dem Wachstum der Pflanzen auf Wiesen und Weiden Stillstand gebietet. In Schlesien dagegen, in der Mitte des Reiches, in Thüringen und Sachsen, bringt die mildere Temperatur im März bereits die Vegetation zur Entfaltung. Und wiederum haben die Rheingegenden in gewöhnlichen und außergewöhnlichen Jahrgängen nahezu ebensoviel warme Tage im Januar und Februar, wie Schlesien, Brandenburg und Thüringen erst im Mai. Andererseits nähern sich die höher gelegenen Gebirgsgebiete im Hinblick auf die Begrenzung der Vegetationszeiten den Verhältnissen des Ostens.

Ein genügend großes Maß an Niederschlägen sichert im allgemeinen ein gedeihliches Wachstum der Pflanzen; aber erhebliche Schwankungen treten auch hier auf. Die Niederschlagsmengen schwanken im Jahresdurchschnitt in den einzelnen Gegenden zwischen 480 und 1720 Millimeter und in den Monaten Mai bis September, in denen das rechtzeitige Eintreten derselben von so besonderer Bedeutung ist, nachdem die Winterfeuchtigkeit den Boden verlassen hat, zwischen 248 und 830 Millimeter. Ihre Verteilung über das ganze Reich ist derartig, daß das mittlere und das Ostseegebiet die trockensten Gegenden sind, das Nordseegebiet dagegen günstiger dasteht und das südliche Gebirgsgebiet die meisten Niederschläge hat.

Die klimatische Lage Deutschlands ist somit, wenn auch im allgemeinen in der gemäßigten Zone, so doch abwechselnd und verschieden in den einzelnen Gebieten. Fehlen auch äußerste Gegensätze, fehlt die Gluthitze des Südens und die Eiseskälte des Nordens, fehlt es an langen Dürreperioden und langdauernden Zeiten des Regenfalles, so bleiben doch immerhin zahlreiche Unterschiede, welche eine verschiedene Gestaltung der landwirtschaftlichen Kultur in den einzelnen Gebieten bedingen.

Den Verschiedenheiten der klimatischen Verhältnisse treten wesentlich größere und stärkere von einander abweichende Mannigfaltigkeiten der Oberflächengestaltung und der Bodenbeschaffenheit zur Seite. Der großen norddeutschen Tiefebene, die hier und da mit Höhenrücken durchzogen ist, der oberrheinischen Tiefebene zwischen dem Wasgau und dem Schwarzwald, und dem tertiären Becken im Süden zwischen der Donau und den Alpen steht gegenüber die Mannigfaltigkeit der gebirgigen Formationen des verschiedensten geologischen Ursprungs. In den Ebenen haben wir den Wechsel

zwischen Alluvialböden, die stellenweise als ausgedehnte Moore, anderswo als fruchtbarste Marschen und Niederungsböden erscheinen, und Dilluvialböden, die je nachdem aus Geschiebemergel, Geschiebeton oder Geschiebesand bestehend als zusammenhängende, im Großen in sich gleichmäßig, aber untereinander ganz erheblich abweichende Flächen fruchtbarsten, mittelguten und sterilsten Bodens auftreten. Und wieder in den gebirgigen Teilen Deutschlands besteht ein bunter Wechsel von auf dem Urgestein auflagernder Verwitterungsböden des verschiedensten Ursprungs, Buntsandstein, Muschelkalks, Keupers, Silurs, der Kreide, Gneise, des Glimmer- und Tonschiefers, hier und da unterbrochen durch Eruptivformationen, Basalt und Porphyre, Granite in mannigfaltigstem Ineinandergreifen.

Insgesamt betrachtet ist Deutschland, durch die natürlichen Verhältnisse bedingt, ein Land landwirtschaftlicher Gegensätze: Graswüchsige Niederungen und graswüchsiges Hügelland, fruchtbare, Getreide erzeugende Ebenen und öde Sandhöhenrücken, „goldene Auen" und „Börden" und trostlose Heiden, tiefliegende Moore und die Berge bekleidende Wälder in buntem Wechsel.

Bei solcher Gestaltung des Klimas und der Bodenverhältnisse tritt in der deutschen Landwirtschaft der Ackerbau in den Vordergrund. Die forstlich benutzte Fläche ist kleiner, wie auch nur ganz bestimmte Gebiete vornehmlich der Viehzucht dienen. Der Weinbau und Obstbau findet sich allein an einzelnen wenigen bevorzugten Orten. Im besonderen charakterisiert die nachstehende Übersicht das Verhältnis dieser einzelnen Kulturarten zueinander. Es gab in Deutschland im Jahre 1907 in Hektaren:

Ackerland	24 432 354
Gartenland (ohne Ziergärten)	481 716
Wiesen	5 951 630
Reiche Weiden	853 806
Weingärten und Weinberge	115 368
Forst	7 679 754
Geringere Weiden und Hutungen	1 061 292
Öd- und Unland	1 471 357
Haus- und Hofraum, Ziergärten, Wege, Gewässer	1 059 209

Im Ackerbau wiederum nimmt der Getreidebau den größten Raum ein, denn es wurden im Jahre 1907 folgende Anbauflächen in Hektar festgestellt:

Weizen einschließlich Spelz	1 913 673	14 754 077.
Roggen	6 106 776	
Gerste	1 621 312	
Hafer	4 210 318	
Menggetreide	901 998	
Zuckerrüben	513 822	
Kartoffeln	3 173 830	
Futterpflanzen	2 584 682	
Gemüse im feldmäßigen Anbau	265 536	
Andere Ackerfrüchte	1 062 663	

Aber die vier wichtigsten Getreidearten Roggen, Weizen, Gerste, Hafer sind nicht in gleichem Maßstabe über die einzelnen Gebiete des deutschen Reiches verbreitet. Auch hier zeigen sich je nach Bodenbeschaffenheit und Klima wesentliche Unterschiede. Den stärksten Roggenbau finden wir in dem südlichem Teile der norddeutschen Tiefebene, in einem Landstrich, der sich, am unteren Lauf der Ems beginnend, in grader Linie durch die Provinz Hannover bis in die Provinz Brandenburg, wo Havel und Elbe zusammenfließen, hinzieht; er läuft weiter bis in die Lausitz und die Kreise der Provinz Posen, welche sich zwischen Warthe und Netze erstrecken. In den nördlichen Teilen der norddeutschen Tiefebene tritt der Roggenbau um ein geringeres zurück und an seiner Stelle dehnt sich der Haferbau aus, welcher in den vorhingenannten eigentlichen Roggenbaugegenden um ein geringes an Bedeutung verliert. Die anspruchsvolleren und empfindlicheren Getreidearten Weizen und Gerste haben in der norddeutschen Tiefeben nur an einigen durch Bodenbeschaffenheit besonders begünstigten

Plätzen weitere Verbreitung gefunden. So in der Weichselniederung, im Oberbruch und in einzelnen Gebieten der Uckermark bis hinein in die Provinz Sachsen.

In Mitteldeutschland treten größere einheitliche Gebiete mit wesentlichen Gegensätzen nicht auf. Hier wechselt häufig die eine Frucht mit der anderen mit der Maßgabe, daß in Gebieten wie in der goldenen Aue, in der Börde und in den südlichen Teilen der Provinz Sachsen, wo wir es mit ungewöhnlich fruchtbaren Bodenarten zu tun haben, der Anbau der Zuckerrübe dem Ackerbau sein Gepräge gegeben hat und damit den Weizen- und Gerstebau vorherrschen läßt, während in den höher gelegenen Gegenden wie im Harz und im Weserbergland, durch das kältere Klima bedingt, der Hafer und zum Teil auch der Roggen in den Vordergrund tritt. In Süddeutschland dagegen finden wir im westlichen Bayern und in Württemberg wenig Roggenbau, während er stärker im östlichen Bayern vorkommt. Dafür sind in den erstgenannten Gegenden Spelz, Gerste und Hafer besonders bevorzugt. Sodann zeichnen sich durch Weizenbau einzelne Teile Elsaß-Lothringens, durch Gerste das Großherzogtum Hessen aus, aber auch in einzelnen Gegenden Rheinhessens wird Roggen in größerem Maße als in den Nachbargebieten angebaut.

So wechseln also diese vier Hauptgetreidearten in Deutschland miteinander, je nach dem Klima und Bodenbeschaffenheit gebietet, der einen oder der anderen Pflanze den Vorzug zu geben. Aber die Ausdehnung der Anbaufläche ist nicht allein bestimmend für die Bedeutung der einzelnen Frucht in der Landwirtschaft, sondern ebenso ihre Ertragsfähigkeit auf den Anbauflächen. In dieser Beziehung sind die Mannigfaltigkeiten recht groß. Ob Hafer in den oft recht unwirtlichen Gegenden der deutschen Gebirge oder in fruchtbaren Ebenen und Tälern angebaut wird, ob der Roggen seinen Standort auf den dürren Höhenrücken der norddeutschen Tiefebene, in den Sandgefilden der Mark oder auf den intensiv bewirtschafteten und in höchster Kultur stehenden Böden der Magdeburger Börde hat, ist von wesentlichem Einfluß auf die Ergiebigkeit der einzelnen Frucht. Mit welchen Unterschieden in dieser Beziehung in Deutschland zu rechnen ist, mag die nachstehende Tabelle charakterisieren, welche den Durchschnitt der Einheitserträge und einige Extreme nach oben und nach unten angibt:

Einheitserträge der Getreidearten in Doppelzentnern für 1 Hektar im Jahresdurchschnitt von 1899 bis 1907.

	Reichsdurchschnitt	Provinz Ostpreußen	Provinz Sachsen	Provinz Schl.-Holstein	Hohenzollern	Württemberg	Bayern, rechts d. Rh.	Bayern, links d. Rheins	Schaumburg-Lippe
Weizen	19,3	16,0	24,8	26,0	14,1	15,4	15,6	17,8	24,3
Roggen	15,5	13,8	17,0	16,9	12,2	13,8	15,2	20,1	21,1
Gerste	18,7	15,8	23,5	21,6	14,4	15,2	16,2	23,1	19,5
Hafer	17,8	15,5	21,8	20,3	13,7	14,3	15,1	19,1	22,4

Die Gesamterntemengen im Jahresdurchschnitt des letzten Jahrzehnts betrug in Deutschland bei Weizen 3 633 428 Tonnen (zu Zehn Doppelzentnern), Roggen 9 457 481 Tonnen, Gerste 3 127 010 Tonnen und bei Hafer 7 512 346 Tonnen. Nimmt man zur Berechnung des Wertes dieser Ernten einen Einheitspreis von 175 Mark für Weizen, 150 Mark für Roggen, 165 Mark für Gerste und 160 Mark für Hafer an, so erhält man als Wert der deutschen Getreideernte bei Weizen 635 849 900 Mark, Roggen 1 418 622 150 Mark, Gerste 515 956 650 Mark, Hafer 1 201 975 360 Mark, insgesamt 3 772 404 060 Mark. Das Vorherrschen des Getreidebaues ist die vornehmlichste Ursache dafür gewesen, daß die deutsche Landwirtschaft in so besonderem Maße, unter dem überseeischen Wettbewerb der Kolonialländer zu leiden hatte; denn diese warfen ihre reiche Getreideernten in immer größeren Mengen auf den europäischen

Markt und konnten dadurch die Preise auf einen so tiefen Stand herabdrücken, daß die Rentabilität des deutschen Getreidebaues und damit auch der deutschen Landwirtschaft in Frage gestellt wurde. Steigerten sich doch die Getreideeinfuhrüberschüsse in Deutschland in den letzten Jahrzehnten auf die nachstehend verzeichneten Mengen:

Im Jahresdurchschnitt	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer, Hülsenfrüchte und andere Getreidearten
	+ Einfuhrüberschuß — Ausfuhrüberschuß in 1000 Tonnen			
1871/9	+ 105	+ 753	+ 153	+ 131
1880/9	+ 448	+ 726	+ 348	+ 469
1890/9	+ 1102	+ 699	+ 911	+ 1275
1900	+ 998	+ 817	+ 751	+ 1871
1901	+ 2041	+ 772	+ 862	+ 1692
1902	+ 1993	+ 871	+ 1093	+ 1290
1903	+ 1749	+ 605	+ 1544	+ 1501
1904	+ 1861	+ 116	+ 1401	+ 1078
1905	+ 1123	+ 252	+ 1606	+ 1952
1906	+ 2808	+ 405	+ 2095	+ 1693
1907	+ 2359	+ 375	+ 2113	+ 1410
1908	+ 1829	− 239	+ 1984	+ 653
1909	+ 2224	− 376	+ 2568	+ 1171

Einem derartigen Ansturm aus Gewinnungsgebieten mit günstigeren Bedingungen und einer jungen Kultur gegenüber konnten sich natürlich die Getreidepreise in Deutschland, dem alten Kulturland, nicht behaupten, sondern wurden auf einen Stand herabgedrückt, welcher eine Rente im Getreidebau nicht mehr zuließ und damit bei seiner großen Bedeutung für die heimische Landwirtschaft diese in eine ernste Gefahr brachte. So wurden folgende Preise während der letzten Jahrzehnte im preußischen Staate für die Tonne in Mark bezahlt:

Im Jahre	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
1871—1875	235	179	170	163
1876—1880	211	166	162	152
1881—1885	189	160	154	145
1886—1890	175	143	138	135
1891—1895	165	149	143	144
1896—1900	161	135	138	135
1901—1905	161	138	141	141
1905—1906	170	155	150	155
1906—1907	182	169	161	172

Demnach haben wir also erst in den letzten Jahren wieder Getreidepreise gehabt, welche einen Gewinn zuließen, während Jahrzehnte hindurch unter dem Druck der überseeischen Konkurrenz der deutsche Getreidebau die größten Schwierigkeiten zu überwinden hatte. Dieser Konjunktur gegenüber wurde der deutsche Landwirt darauf hingewiesen, wollte er sich lebensfähig erhalten, einen vollständigen Wechsel in seinem Wirtschaftssystem vorzunehmen[1]). Der Standpunkt, daß es genüge, nach altväterlicher Weise bei mäßigen Produktionskosten und geringer Nachhilfe dem Acker einen Ertrag abzugewinnen, der eben genüge, eine bescheidene Rente zu geben, mußte verlassen und das Augenmerk darauf gerichtet werden, unter Anspannung aller erdenklichen Hilfsmittel die höchsten Roherträge zu erzielen und das höchste aus der Scholle herauszuholen, was dieselbe überhaupt zu bieten imstande ist. Diese Bestrebungen fanden ihre Unterstützung in den enormen Fortschritten, welche in dem vergangenen Jahrhundert die Naturwissenschaften gemacht haben. Und so sehen wir denn, daß die Ausgestaltung des landwirtschaftlichen Ackerbaues und die Forschungen der Gelehrten Hand in Hand gegangen sind und sich gegenseitig befruchtet haben. An die Namen Albrecht Thaer und Justus von Liebig knüpft sich dieser Werdegang an und hat seinen Fortgang durch die Arbeiten von Männern, wie Henneberg, Hellriegel, Wolf, Wolny, Kühn, Rimpau-Schlanstedt, Orth, Märcker, und von Lochow gefunden. Die wissen-

[1]) Auf die Bedeutung des Hackfruchtbaues wird nachher eingegangen. Der Anbau von Handelsgewächsen wie Hopfen, Tabak, Flachs, Hanf, Gemüse, Sämereien kann leider aus Raummangel nicht näher behandelt werden.

schaftlichen Beobachtungen und praktischen Erfahrungen dieser sind dann durch die landwirtschaftlichen höheren und niederen Lehranstalten der Praxis übermittelt. Das führte dazu, daß die extensive Wirtschaftsweise mit ausgedehnter Brache zurückging und an ihrer Stelle die Fruchtwechselwirtschaft und die freie Wirtschaftsweise trat. Diese gestatten es unter Anwendung großer Massen künstlicher Düngemittel und durch steten Wechsel im Anbau zwischen Getreide, Hackfrüchten und Futterpflanzen jährlich fast die ganze Oberfläche für den Anbau heranzuziehen und auf dieser größeren Fläche einen reichlicheren Ertrag von dem Hektar zu erzielen. Reichere Ernten wurden ebenso durch die Erkenntnis von der Bedeutung des besten Saatgutes gesichert. Durch die Ergebnisse der Pflanzenzüchtung machten die alten Landgetreidesorten den ertragreichen Hochzuchten Platz, welche nicht nur zu einer quantitativen, sondern auch zu einer qualitativen Verbesserung der Körnerernten führten.

Aber abgesehen von diesen Fortschritten des Ackerbaues auf Böden mit alter Kultur brachte die Zeit des Kämpfens gegen den überseeischen Wettbewerb neue Ackerbaumethoden, die es ermöglichten, weite Strecken des deutschen Landes dem Getreidebau zu erschließen, welche bis dahin für unfruchtbar und steril galten. Nach dieser Richtung hin sind es Schultz-Lupitz und Rimpau-Cunrau gewesen, welche durch ihre Erfindungen Werke von hohem nationalem Wert vollbracht haben. Auf sie ist das Wort Friedrich des Großen mit Recht anwendbar, nach dem die Taten derjenigen Männer, die es zustande bringen, daß da fortan drei oder vier Ähren wachsen, wo bisher eine Ähre stand, höher anzuschlagen seien, als die Taten mancher Könige, Feldherren und Dichter. Denn Schultz-Lupitz zeigte durch sein System, wie man den weiten Sandflächen der norddeutschen Tiefebene durch Gründung und Zwischenfruchtbau im Verein mit Kalidüngung bis dahin unerwartete, reiche Ernte abgewinnen könne, und Rimpau-Cunrau wies die Wege, auf denen durch die Moordammkultur die deutschen Niederungsmoore mit Erfolg dem Getreidebau dienstbar gemacht werden können. Und im Anschluß an diese Arbeiten entstand dann die Besiedelung der weit ausgedehnten Hochmoore und Heiden.

Neben den Naturwissenschaftlern und den Männern der Praxis waren es dann ferner die Ingenieure, welche sich gleichfalls in den Dienst des Ackerbaues stellten und mit ihren Forschungen und Erfindungen zur Erzielung möglichst hoher Roherträge beitrugen. Nach dieser Richtung hin war die Ausgestaltung der Entwässerung des Landes durch die Dränage, mit deren Hilfe die naßkalten, trägen Böden in warme, tätige verwandelt wurden, und des landwirtschaftlichen Maschinenwesens, soweit dasselbe für die Bodenbearbeitung und die Gewinnung von Ernte in Betracht kommt, von der größten Bedeutung. Waren die Ackergeräte noch zu Anfang und Mitte des vorigen Jahrhunderts die denkbar einfachsten, so sehen wir heute auf dem landwirtschaftlichen Maschinenmarkt immer neue Werkzeuge auftauchen, dazu bestimmt, den Boden in den verschiedenen Schichten, welche für das Wachsen der Pflanzen Bedeutung haben, sachgemäß zu bearbeiten, das Saatkorn sorgfältigst in das Saatbett zu legen, die aufgegangene Saat zu erhalten oder eine rasche Ernte zu ermöglichen unter möglichster Vermeidung von Verlusten.

Aber wenn auch die Technik des Ackerbaues schon in der Gegenwart eine bestimmte Höhe erreicht hat und weiterer Vollendung entgegenschreitet, so kann man doch nicht sagen, daß in der landwirtschaftlichen Praxis bereits dem heimischen Boden alle diejenigen Werte abgewonnen werden, welche sich aus ihm erzielen lassen. Wohl ist nach manchen Richtungen hin auch heute noch ohne wesentliche Erhöhung der Unkosten eine Steigerung der Roherträge und damit auch der Reinerträge möglich. Weite Strecken deutschen Landes liegen noch unbebaut und warten auf die fleißigen Hände der heimischen Kolonisten, deren Aufgabe es ist, die deutschen Moore und Heiden in Kultur zu nehmen und so dem eigenen Lande die Nahrungsmittel für das deutsche Volk abzugewinnen, die wir gegenwärtig aus den Kolonialländern fremder Völker beziehen müssen.

Weit günstigere Entwicklungsbedingungen als für den Ackerbau haben für die

deutsche Viehzucht vorgelegen. Dieselbe hatte abgesehen von der Schafzucht in keiner Weise unter dem überseeischen Wettbewerb zu leiden, sondern fand vielmehr von Jahr zu Jahr in wachsendem Maße einen aufnahmefähigen Markt im Inlande. Die Zunahme der heimischen Bevölkerung, die ständige, günstige Entwickelung, welche die deutsche Industrie genommen hat, und der wachsende Wohlstand des deutschen Volkes, der damit Hand in Hand ging und eine wesentliche Steigerung der Lebenshaltung bedingte, haben dies besonders herbeigeführt.

Die Entwickelung der Viehhaltung in Deutschland charakterisieren die nachstehenden Tabellen:

Viehbestand im deutschen Reiche der Stückzahl nach.

	1873	1883	1892	1897	1900	1904	1907
Pferde	3 352 231	3 532 545	3 826 273	4 038 485	4 195 361	4 267 403	4 345 043
Maulesel, Eiel	13 315	9 795	6 703	—	7 848	—	11 291
Rindvieh	15 776 702	15 786 764	17 555 834	18 490 772	18 939 692	19 331 568	20 630 544
Schafe	24 999 406	19 189 715	13 589 662	10 866 772	9 692 501	7 907 173	7 703 710
Schweine	7 124 088	9 206 195	12 174 442	14 274 557	16 807 014	18 920 666	22 146 532
Ziegen	2 320 002	2 640 994	3 091 508	—	3 266 997	3 329 881	3 533 970
Federvieh	—	—	—	—	64 453 171	—	77 103 045
Bienenstöcke	2 333 484	1 911 797	2 034 485	—	2 605 350	—	2 594 690

Berechnet man diese Ziffern auf 100 Einwohner, so ergibt dies bei:

	1873	1883	1892	1900	1904	1907
Pferden	8,2	7,7	7,8	7 4	7,1	6,9
Rindern	38,4	34,5	35,5	33,6	32,3	33,0
Schafen	60,9	42,0	27,5	17,2	13,2	12 3
Schweinen	17,4	20,1	24,6	29,8	31,6	35,4
Ziegen	5,7	5,8	6,3	5 8	5,6	5,7

Danach haben wir zunächst bei Pferden in der Zeit von 1873 bis 1907 einen regelmäßig fortschreitenden Zuwachs von 3 352 231 auf 4 345 043 Stück also rund um 1 000 000 Stück gehabt. Allerdings hat er nicht gleichen Schritt mit der Zunahme der Bevölkerung gehalten. Bei einem solchen Vergleich darf man aber nicht unberücksichtigt lassen, daß sich auch die Ansprüche, welche die Bevölkerung gegenwärtig an die Pferdehaltung stellt, gegenüber früher wesentlich verändert haben. Es wird dies durch die enorme Vervollkommnung der mechanischen Kraftfahrzeuge bedingt. Die Ausdehnung des Eisenbahnnetzes in Deutschland hat in dem genannten Zeitabschnitt gewaltigen Fortschritt gemacht. Nicht nur die Entwicklung der Vollbahnen, sondern vor allem auch die der Neben- und Schmalspurbahnen kommt hier in Betracht. Dadurch ist naturgemäß der Personenverkehr und die Güterbeförderung in nicht zu unterschätzendem Maße von der Pferdehaltung auf die Eisenbahn abgewälzt worden. Man bedenke doch nur, welche Gütertransporte in früheren Jahrzehnten von den Gutswirtschaften nach den Marktplätzen mit den eigenen Wagen ausgeführt wurden, so daß oft den ganzen Tag über die Gespanne auf die Landstraße geworfen waren, und wie einfach sich dem gegenüber jetzt die Zu- und Abfuhr nach und von der nächsten Eisenbahnstation vollzieht. In den Großstädten kommt der Übergang von der Pferdebahn zum elektrischen Betrieb und Hand in Hand damit gleichfalls die Ausbreitung des Schienennetzes für letztere hinzu. Die Entwicklung des Automobilwesens, das gerade in den letzten Jahren so bedeutende Fortschritte gemacht hat, bedarf kaum besonders hervorgehoben zu werden. So hat also der Anspruch, welchen die Bevölkerung an die Pferdehaltung stellt, ohne Zweifel nachgelassen. Dazu kommt, daß das Pferdematerial sich in den letzten Jahrzehnten wesentlich verändert hat und leistungsfähiger geworden ist. Man muß nach dieser Richtung hin die deutsche Pferdezucht in zwei wesentlich voneinander verschiedene Gruppen scheiden. Auf der einen Seite haben wir die sogen. deutsche Edelzucht, welche schon viele Jahrzehnte hindurch aus militärischen

Rücksichten ganz besonders die eifrigste Pflege und Förderung seitens der Staatsverwaltung gefunden hat und im Zusammenhang hiermit in gleicherweise von den Privatzüchtern gepflegt worden ist. Das deutsche Edelpferd ist in erster Linie ein Reit- und Wagenpferd, dazu bestimmt, im Militärdienst als Kavallerie- und Artilleriepferd zu dienen. Es ist das Luxuspferd, das aus dem heimischen Pferdematerial viele Jahrzehnte hindurch mit großer Mühe unter Zuhilfenahme englischer und arabischer Hengste herausgezüchtet ist. Sein Standort ist vornehmlich die norddeutsche Tiefebene, das weite Ostseegebiet bis hinunter nach Posen und Schlesien, ferner Mecklenburg und Holstein, sich erstreckend bis zum Nordseegebiet, wo Oldenburg und Ostfriesland den vornehmsten Platz einnehmen. Aber auch das Königreich Bayern züchtet vorwiegend warmblütige Schläge, die in ihrem Körperbau stärker sind, als die in der norddeutschen Tiefebene gezüchteten. Warmblut finden wir auch in Teilen von Baden, im Großherzogtum Hessen und in der Provinz Hessen-Nassau. Den größten Einfluß auf die deutsche Edelzucht in der norddeutschen Tiefebene haben die züchterischen Bestrebungen ausgeübt, welche in dem ostpreußischen Stutbuch für edles Halbblut, Trakehner Abstammung, ihren Zusammenschluß gefunden haben. Weit über die Grenzen der Provinz Ostpreußen hinaus hat diese Zuchtrichtung der deutschen warmblütigen Edelzucht ihren Charakter aufgeprägt. So finden wir diese Form, welche durch ein Jahrhundert in Trakehnen gehalten und weitergezüchtet ist, in Westpreußen, Posen, Brandenburg und Pommern wieder. Es handelt sich hierbei um den leichtesten Pferdeschlag, der in erster Linie als Renn- und Reitpferd berühmt geworden ist. Ein etwas kräftigeres Pferd, aber gleich edel wie das ostpreußische ist der „Hannoveraner", dessen Zuchtziel durch die Bestrebungen des Landgestüts Celle mit dem hannoverschen Stutbuch bestimmt wird. Von ihm nicht erheblich verschieden ist das holsteiner Pferd, das in seiner Abstammung dem Alter nach dem Trakehner gleichkommt, räumlich aber nicht eine gleichgroße Verbreitung in Norddeutschland gefunden hat. Als schwerere Formen der warmblütigen Edelzucht sind dann noch die Ostfriesen und Oldenburger zu nennen, aus deren Zuchten in erster Linie die sogen. Kutschpferde oder Karossiers hervorgehen.

Der warmblütigen Edelzucht steht das kaltblütige schwere Arbeitspferd gegenüber, dessen Formen durch das rheinisch-belgische Pferd, das schleswiger Pferd und durch die Nachzuchten der englischen Shire- und Clydesdaler-Pferde vertreten werden. Ihren Standort finden wir vornehmlich in der Rheinprovinz, Elsaß-Lothringen, dem Königreich Sachsen, der Provinz Sachsen mit Anhalt, Baden, im Großherzogtum Hessen, in Schleswig, zum Teil auch in Hessen-Nassau, Thüringen, Westfalen und Württemberg. Der Verbesserung dieser Schläge wurde seitens der züchterischen Kreise ganz besonderes Interesse in den letzten Jahrzehnten entgegengebracht. Es wurde dies angeregt durch die immer mehr steigenden Bedürfnisse der wachsenden Industrie, welche zum Fortbewegen schwerer Lasten schwerere Arbeitstiere nötig hatte, ganz besonders auch durch die intensive Ackerkultur, zu der die Landwirtschaft überging, und dazu stärkere Arbeitspferde zum Ziehen der tieferen Pflugfurchen heranzog. In jüngster Zeit wendet auch die Militärverwaltung diesen Zuchtrichtungen ihr Augenmerk zu, um aus ihnen leistungsfähige Zugtiere für die schwersten Geschütze (Haubitzen) zu gewinnen.

Aber trotz der stets fortschreitenden züchterischen Bestrebungen und Erfolge auf dem Gebiete der Pferdezucht deckt Deutschland seinen Bedarf an Pferdematerial nicht selbständig, sondern hat eine nicht unbedeutende Mehreinfuhr aus dem Auslande. Denn es belief sich im Jahresdurchschnitt für Pferde:

	Einfuhr		Ausfuhr		Mehrausfuhr	
	Stück	Wert in 1000 Mk.	Stück	Wert in 1000 Mk.	Stück	Wert in 1000 Mk.
1902/04	115 603	91 924	11 091	6 550	104 512	85 374
1905/07	139 432	102 508	8 165	4 619	131 267	97 889
1908	119 000	84 847	6 115	6 615	112 885	82 232
1909	121 341	87 603	7 128	2 208	114 213	85 395

Bauernhof in der Oldenburgischen Wesermarsch.

Früheres Arbeiterwohnhaus auf einer Domäne in Ostelbien.

Neues Arbeiterwohnhaus auf der Herrschaft Pempowo-Posen.

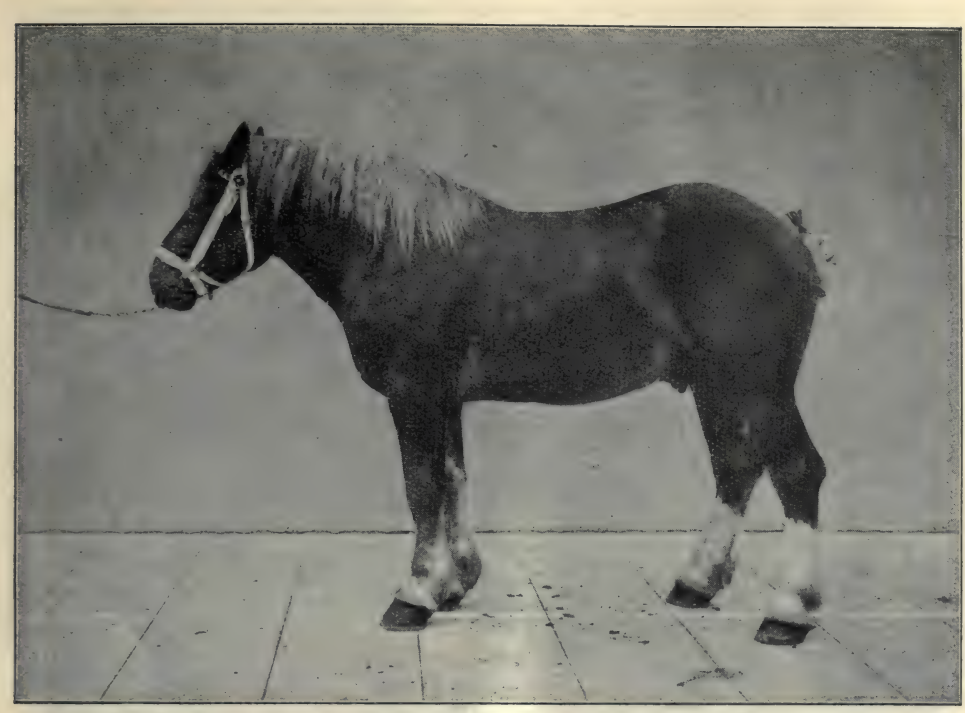
Dampfdreschmaschine mit Ballenstrohpresse.

Elektrischer Pflug in Tätigkeit.

Ostpreußische edle Halbblutpferde, Trakehner, des Gestütes Szirgupönen.

Hengst „Erbgraf" des Oldenburger schweren Kutschschlages.

Die Tierabbildungen sind hergestellt nach Photographien von der Kunstanstalt Wilhelm Hoffmann A.-G., Dresden-A.



Hengst „Condé II“ des kaltblütigen Rheinischen Arbeitsschlages.

Stute „Schlehe“ des kaltblütigen Schleswiger Arbeitsschlages.

Schwarzbunte Tieflandrinder des Jeverländischen Herdbuchvereins.
Kuh „Antonie II" mit 3 unmittelbaren Nachkommen.

Bulle „Johh“ des rotbunten Niederrheinischen Schlages.

Bulle „Fechtbruder“ des gelben Frankenviehes.

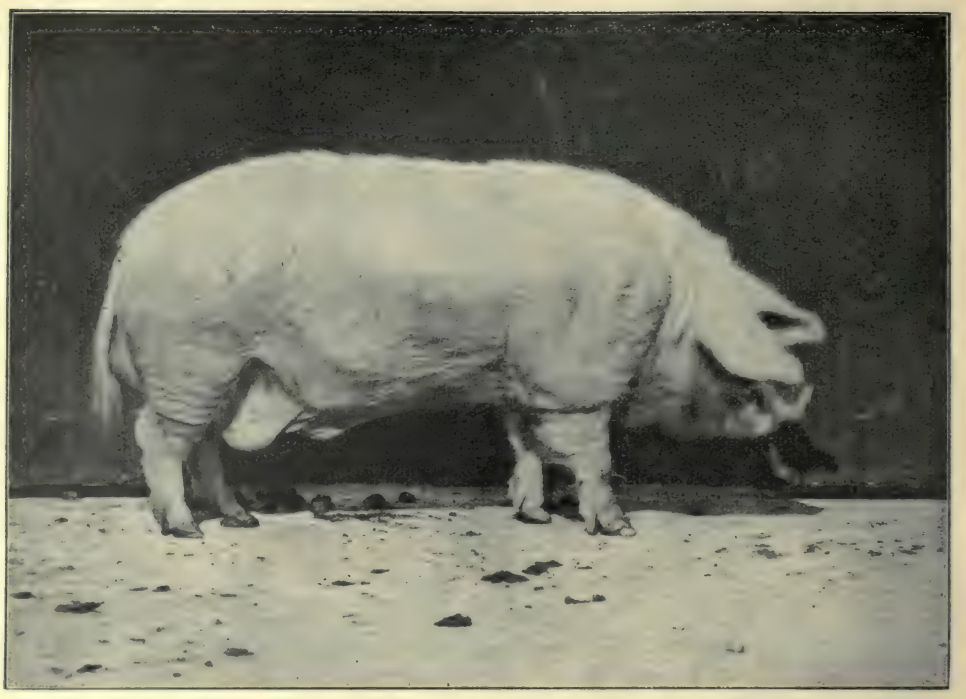
Bulle des Württembergischen Fleckviehes.

Gleichalterige Kühe des großen Fleckviehes und der kleinen Hinterwälder.

Graubraunes Gebirgsvieh.

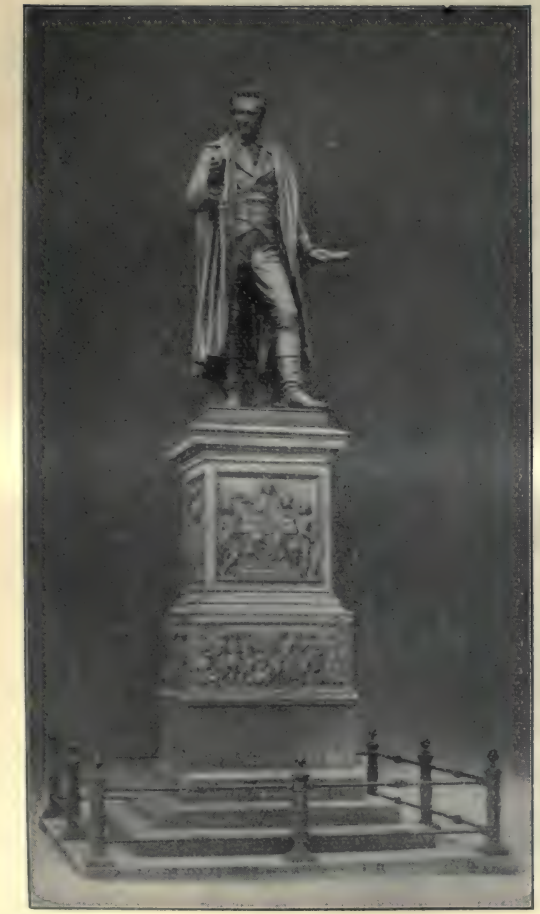
Merinostoffwollbock.

Merinokammwollschafe.



Eber des veredelten Landschweinschlages.

Sau mit Ferkeln des veredelten Landschweinschlages.



Albrecht Thaer.
Begründer des wissenschaftlichen Landbaues.
Denkmal ausgeführt von Rauch.
Berlin, Schinkelplatz.

Dr. Schultz-Lupitz.
Begründer des modernen Ackerbaus auf leichtem Boden.

Heinrich von Nathusius-Althaldensleben.
Begründer der Deutschen Tierschauen.

Max von Eyth.
Begründer der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft.
Denkmal ausgeführt von Ernst Herter.
Berlin, Dessauerstr. 14.

Sonntag Nachmittag auf den Wanderausstellungen der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft.
Vorführung von Artilleriepferden im „großen Ring".

Forstwirtschaft.

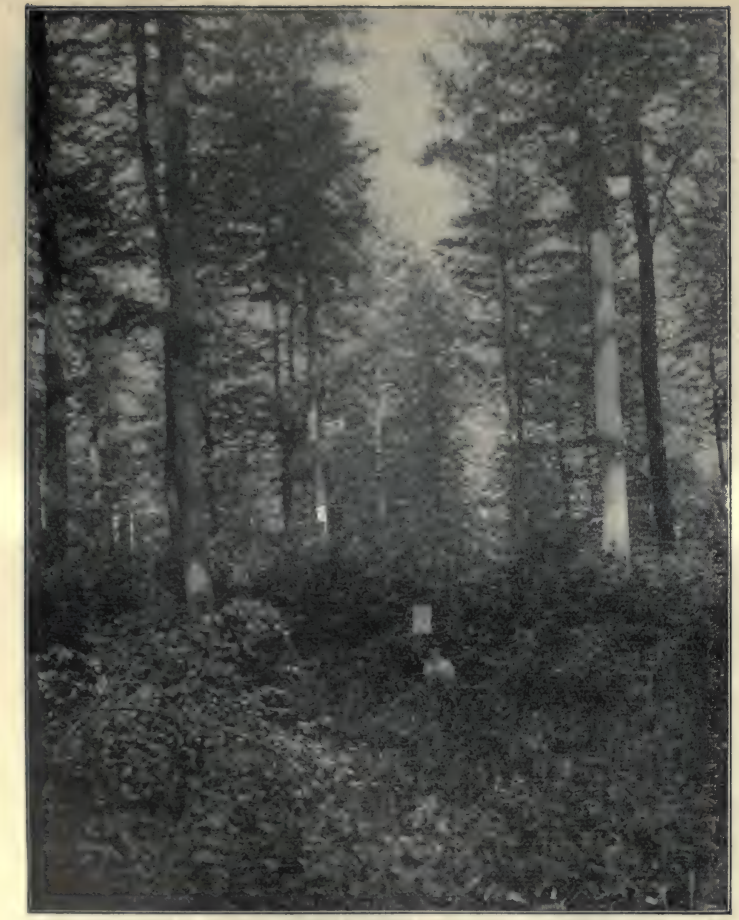
Die Wälder sind ein Schatz des Landes.

Hainbuchenunterstand.

Lichte Stellung der stark durchhauenen Fläche.

Schöne Stämme, aber noch schwache Kronenform.

Lichte Stellung und gute Stammform.



Höhe und Entwickelung des Buchenunterholzes.

Buche. Durchforstungsversuchsfläche.

Kiefern mit Weißtanne unterbaut.

Eichen-Ertragsfläche.

Die Rindviehhaltung in Deutschland hat sich vom Jahre 1873—1907 von 15 776 702 auf 20 630 544 also um 4 853 842 Stück gehoben. Im Verhältnis zur Bevölkerung haben wir einen wesentlichen Rückgang nur vom Jahre 1873 auf 1883 gehabt, während der Rückgang von 34,5 im Jahre 1883 auf 33 Stück im Jahre 1907 auf 100 Einwohner berechnet kaum ins Gewicht fällt; denn gerade in diese Zeit fällt in züchterischer Hinsicht der gewaltige Aufschwung, den die Rindviehhaltung genommen hat, besonders hervorgerufen durch die landwirtschaftlichen Ausstellungen, welche von den 80er Jahren an in Deutschland ausgebaut wurden, und durch die Neugestaltung der Zuchtgenossenschaften und Züchtervereinigungen, welche in unmittelbarem Zusammenhange mit dem Ausstellungswesen steht.

Die Rindviehhaltung, deren Aufgabe es ist, die feinsten und teuersten Lebensmittel, wie Fleisch, Butter und Milch, auf den Markt zu bringen, ist besonders durch den wirtschaftlichen Aufschwung, welchen Deutschland in den letztvergangenen Jahrzehnten genommen hat, begünstigt worden. Die Preise für die genannten Waren haben in den letzten Jahrzehnten eine im Interesse der Landwirtschaft erfreuliche Steigerung durchgemacht, so daß der Landwirt dadurch angespornt wurde, seinen Rindviehbestand auszudehnen und zu verbessern. Finden wir doch, daß nachfolgende Preise für die aus der Rindviehhaltung stammenden Erzeugnisse in den letzten Jahrzehnten in Mark für 1 Doppelzentner auf dem Berliner Markt gezahlt wurden:

Im Jahresdurchschnitt	Rinder Schlachtgewicht	Kälber Schlachtgewicht	Butter I. Sorte	Butter II. Sorte
1889—1893	113,74	106,46	223,17	208,97
1894—1898	115,30	112,62	202,68	187,50
1899—1903	120,54	130,76	219,84	208,76
1904—1908	140,46	153,88	236,64	227,74
1909	138,20	167,50	265,61	252,50

Durch diese wirtschaftlichen Verhältnisse und unterstützt durch das Ausstellungswesen und die Ausbildung von Züchtervereinigungen ist in der Rindviehzucht in Deutschland ein derartiger Wandel hervorgerufen worden, daß man heute in der norddeutschen Tiefebene, wo man früher buntgemischte Herden erblickte, in denen schwarzbuntes, braunes und graues Vieh durcheinander lief, nur noch einheitlich ausgeglichene Tieflandschläge sieht. Diese zeigen deutlich entweder die Zuchtrichtung auf vorwiegende Milchergiebigkeit, wie die Angler, Nordschleswiger, rote Ostfriesen, bunte Westfalen und die oldenburgischen Geestschläge, oder sie werden mit besonderer Berücksichtigung der Milchergiebigkeit neben guter Fleischleistung gezüchtet, wie die bunten Ostfriesen, die Breitenburger, sowie die weitverbreiteten schwarzbunten und rotbunten Tieflandschläge in Ost- und Westpreußen, Pommern, im Warthe- und Netzebruch, in der Altmark, in Posen, Lüneburg und am Niederrhein. Daneben sieht man wiederum solche Schläge, bei denen mehr Wert auf die Fleisch- als auf die Milchleistung gelegt wird, wie bei dem Wesermarschschlag und dem holsteinischen rotbunten Marschvieh. Etwa 55 Proz. des Gesamtrindviehbestandes entfallen auf diese Niederungsschläge, während etwa 45 Proz. die Höhenschläge ausmachen. Diese letzteren haben ihre Heimat in den Gebirgsgegenden Deutschlands, so das große Fleckvieh, das in Süddeutschland in schwerster Form gezüchtet wird, jedoch auch in Mitteldeutschland hier und da vorkommt, wenn auch hier in einer weniger schweren Form. Zu den Höhenschlägen gehören ferner das ober- und niederbayerische Landvieh, das Frankenvieh, die Pinzgauer, das graubraune Gebirgsvieh und die Glan-Donnersberger. Im mitteldeutschen Höhenland sind die Vogelsberger, Siegerländer, Westerwälder, Wittgensteiner und das Harzvieh zu Hause, die jedoch nur örtliche Bedeutung haben, aber auch entsprechend den Anforderungen, die an sie nach der verschiedenen Nutzrichtung hin gestellt werden, zu immer größerer Vervollkommnung fortgezüchtet worden sind. Vor allem liefert den besten Beweis für die Leistungsfähigkeit der Höhenschläge das große Fleckvieh, das sich in erster Linie durch hervorragende Fleischleistung auszeichnet, dann auch derjenige Schlag ist, der zur Er-

zielung besonders guter Arbeitsochsen gezüchtet wird, während die Milchergiebigkeit bei ihm erst in zweiter Linie in Betracht kommt. 36—42 Proz. beträgt er allein vom Höhenvieh. Daneben haben wir aber auch im Höhenvieh vorzügliche Vertreter der Milchviehschläge. Es braucht nach dieser Richtung hin nur an das schon genannte graubraune Gebirgsvieh und an die Vogelsberger erinnert zu werden.

Aber auch die deutsche Rindviehhaltung deckt nicht vollkommen die Ansprüche, welche der heimische Markt an sie stellt; auch hier haben wir nicht unbedeutende Einfuhrwerte. Denn die Mehreinfuhr von Rindern nach Deutschland von 1902—1909 betrug:

Im Jahresdurchschnitt		1902/4	1905/7	1908	1909
Kühe	Stück	113 601	97 791	67 731	73 999
Bullen	„	9 732	9 098	11 455	9 270
Ochsen	„	82 416	60 460	49 494	39 942
Jungvieh über 6 Wochen	„	95 285	88 329	79 148	69 863
Kälber unter 6 Wochen	„	24 818	11 069	7 601	6 011
Insgesamt	Stück	325 852	266 747	215 429	199 085
	Mark	106 890 000	99 611 000	76 970 000	69 956 000

Hierzu kommt noch eine Mehreinfuhr der verschiedensten Waren aus der Rindviehhaltung, wie Milch, Butter, Käse, Rindfleisch in frischem und zubereitetem Zustande, Rindertalg, Kalb- und Rinderhäute und -Felle u. dgl. m. Der jährliche Betrag hierfür hat sich in den letzten Jahren auf rund 340 Millionen Mk. belaufen.

Den bedeutendsten Aufschwung in der deutschen Viehzucht hat der Zahl nach die Schweinehaltung genommen. Denn sie stieg vom Jahre 1873 bis zum Jahre 1907 von 7 124 088 auf 22 146 532 Stück. Dadurch ist nicht nur eine absolute Zunahme, sondern auch ein bedeutendes Vorauseilen vor dem Bevölkerungszuwachs erfolgt. Denn während im Jahre 1873 auf 100 Einwohner 17,4 Schweine entfielen, beträgt für 1907 diese Zahl 35,4, also mehr als das doppelte. Die Schweinehaltung ist durch die Verwertung der Molkereirückstände in ihrer Entwicklung bis zu einem gewissen Grade an die Rindviehhaltung gebunden, aber ihre gewaltige Zunahme ist nicht durch diese Abhängigkeit von der Rindviehhaltung hervorgerufen worden, sondern in erster Linie durch die Anforderungen, welche der heimische Markt an die Landwirtschaft gestellt hat, die ihrerseits wiederum dem infolge der großen Fruchtbarkeit der Schweine Rechnung tragen konnte. Dementsprechend haben die Schweinepreise auch nicht eine derartige Steigerung zu verzeichnen, wie das beim Rindfleisch und vor allen Dingen beim Kalbfleisch der Fall ist. Denn es wurden am Berliner Markt in Mark für einen Doppelzentner notiert: im Jahresdurchschnitt für Schweine Lebendgewicht 1889/93: 109,50, 1894/98: 98,88, 1899/1903: 104,16, 1904/8: 117,3, 1909: 137,25.

Bei der Schweinehaltung haben wir es ebenso wie bei der Rindviehhaltung nicht nur mit einer Zunahme an Zahl, sondern auch mit einer wesentlichen Verbesserung in züchterischer Beziehung zu tun. Hier hat die Einführung englischen Zuchtmaterials in Gestalt der Yorkshireschweine einen wesentlichen Einfluß auf unsere Zuchtrichtung ausgeübt. Jedoch haben sich dadurch nicht englische Hochzuchten weit verbreitet, sondern die englischen Zuchttiere sind nur zur Durchkreuzung der heimischen Landrassen verwandt worden, wodurch eine weite Verbreitung des veredelten Landschweines erzielt wurde. Neben demselben hat aber auch das unveredelte Landschwein eine hohe Bedeutung und ist durch eifrige züchterische Arbeit zu einem leistungsfähigen Landschlag geworden. Trotz eines solchen Werdeganges der deutschen Schweinezucht decken wir aber auch in diesem Artikel einen Teil des heimischen Bedarfes vom Ausland.

Es belief sich nämlich die Mehreinfuhr bei Schweinen nach Deutschland:

im Jahresdurchschnitt	1902/4	1905/7	1908	1909
auf Stück	50 858	75 857	88 443	122 238
oder Wert in Mark	5 827 000	12 051 000	15 554 000	20 704 000

Hierzu kommt noch eine nicht unbedeutende Mehreinfuhr an Schweinefleisch und Schmalz, welche sich in den letzten Jahren auf rund einhundert Millionen Mark belief.

Die Ziegenhaltung spielt keine allzu große Rolle in der deutschen Landwirtschaft. Ihr Bestand beträgt gegenwärtig 3 533 907 Stück, während im Jahre 1873 nur 2 320 002 Stück vorhanden waren. Es ist also auch hier eine Zunahme zu verzeichnen, die gleichen Schritt mit dem Bevölkerungszuwachs gehalten hat. Denn in den beiden genannten Jahren betrug die Anzahl der Ziegen auf 100 Einwohner berechnet 5,7. Die wirtschaftliche Bedeutung der Ziegen in Deutschland wird durch die Bezeichnung als „Kuh des kleinen Mannes", gekennzeichnet. Denn sie wird vornehmlich von den ländlichen Arbeitern zur Deckung ihres eigenen Milchbedarfes gehalten.

Der Umfang der Geflügelzucht in Deutschland wird durch einen Bestand von 6 901 187 Gänsen, 2 819 164 Enten, 66 904 894 Hühnern und 477 800 Truthühnern im Jahre 1907 charakterisiert. Sie ist nicht allein auf das Land beschränkt, sondern wird auch in den Städten und vornehmlich in den kleineren betrieben; aber ein wesentlicher Unterschied macht sich zwischen beiden Standorten nach der Richtung hin geltend, daß die städtische Geflügelhaltung im wesentlichen der Sportgeflügelzucht dient, während die Nutzgeflügelzucht auf dem Lande zu finden ist. Gerade in dieser Richtung sind in neuerer Zeit wesentliche Fortschritte gemacht worden, indem man im Interesse der Erzielung einer guten Rente aus der Nutzgeflügelzucht in den landwirtschaftlichen Betrieben das Zierhuhn ausmerzte und an seiner Stelle das Wirtschaftshuhn hält. Auch beim Wassergeflügel läßt sich ohne Zweifel ein Fortschritt dahin erkennen, daß reine Schläge gezüchtet werden, welche guten Nutzen versprechen. Trotzdem sind aber auch hier die Bezüge, welche vom Auslande betätigt werden, nicht unbedeutend. Denn es betrug der Einfuhrüberschuß:

Im Jahre	1905		1906		1907		1908		1909	
	Stück	1000 Mark	Stück	1000 Mark	Stück	1000 Mark	Stück	1000 Mark	Stück	1000 Mark
bei Gänsen . .	8259861	27229	8869526	29018	7153933	22544	7479321	23327	7744338	27028
	Tonnen		Tonnen		Tonnen		Tonnen		Tonnen	
b. Haushühnern bei sonstigem	11192	13501	11450	14344	10678	12948	11090	13730	10568	13268
Federvieh .	2581	3605	3053	4310	3006	4263	3094	4383	2646	3933
bei Eiern . . .	129506	120996	124718	120311	148795	148981	138698	136336	136519	155995

Der Umfang der Bienenzucht schließlich, welche hier und da als Nebenbetrieb auf Gütern, Gärtnereien u. dergl. m. vorkommt, dann von Lehrern, Förstern, Gärtnern usw. auf dem Lande betrieben wird, wird durch die Feststellung von 2 594 690 Bienenstöcken im Jahre 1907 gekennzeichnet. Ein geringer Zuwachs ist hier zwar in den letzten Jahrzehnten nur zu verzeichnen, aber ein Fortschritt macht sich doch in der Art der Bienenwohnungen, welche verwandt werden, bemerkbar. Denn während man in früheren Jahrzehnten nur Stabilbauten benutzte, welche eine volles Ausbeute, des Gesamtvermögens der Bienenvölker während eines Sommer Honig zu tragen, nicht zuließen, ist man in neuerer Zeit fast ausschließlich zu den Mobilbauten, welche dies ermöglichen, übergegangen.

Im ganzen betrachtet läßt also, soweit Pferde, Rindvieh, Schweine, Ziegen, Federvieh und Bienenstöcke in Betracht kommen, die Viehhaltung in Deutschland eine gedeihliche Entwicklung erkennen. Eine Ausnahme hiervon macht nur die Schafhaltung, welche eine entgegengesetzte Richtung eingeschlagen hat; sie zeigt nicht nur eine gewaltige Abnahme im Vergleich zu der Bevölkerung, da sie vom Jahre 1873 von 60,9 Stück auf 12,3 Stück im Jahre 1907, auf 100 Einwohner berechnet, zurückgegangen ist, sondern auch eine absolute Abnahme von 24 999 406 Stück im Jahre 1873 auf 7 703 710 Stück im Jahre 1907. Wir haben also in dem bezeichneten Zeitraum eine Gesamtabnahme von 17 295 696 Schafen gehabt oder, da es sich um 34 Jahre

handelt, einen jährlichen Verlust von rund 500 000 Stück. Dies ist zwei Umständen zuzuschreiben, von denen der eine durch die vorwärtsschreitende Technik der Landwirtschaft, der andere durch die wirtschaftliche Konjunktur bedingt wurde. Die Schafhaltung hat in der Landwirtschaft ihren Standort in erster Linie in den extensiven Betrieben mit großen Weideflächen. In intensiven Betrieben ist sie dagegen nur unter bestimmten Bedingungen und in bestimmten Formen am Platz. Je mehr nun der Ackerbau in der vorstehend gekennzeichneten Weise vom extensiven zum intensiven Betrieb überging, um so mehr mußte die Schafhaltung diesen Bestrebungen weichen und der Rindviehhaltung bzw. der Schweinezucht Platz machen, welche die gegebenen Tierhaltungen für den intensiven Betrieb sind. Aber abgesehen von diesem Moment wurden die deutschen Landwirte zur Aufgabe der Schafzucht durch die Entwicklung der Wollpreise gezwungen. Denn die Kolonialländer, vornehmlich Australien, Argentinien und die Kapkolonie, brachten so große Mengen Wolle auf den deutschen Markt, daß die Wollpreise ganz erheblich herabgedrückt wurden. Diese gestalteten sich nämlich folgendermaßen:

Preise für Wolle in Mark für 50 kg auf dem Berliner Wollmarkt.

Jahr	Art der Wolle			
	feine und hochfeine	gute und mittelfeine	mittlere	ordinäre
1851/60	279,1—307	248,6—265,1	188,8—229,9	140,9—176,8
1861/70	238,8—265,8	197,7—224,3	167,4—193,7	129,0—164,7
1871/80	185,0—200,1	167,0—178,5	166,0—181,2	144,0—164,2
1881/90	156,2—179 3	138 3—150,7	156,0—166,6	75,4—113,1
1891/99	140,0—172,5	119,3—133,0	122,2—129,2	95,2—106,0

Demnach haben wir also bis zum Ende des neunzehnten Jahrhunderts einen ununterbrochenen Rückgang in den Wollpreisen gehabt. In neuerer Zeit ist allerdings wieder eine kleine Besserung eingetreten; denn es wurden notiert für 50 Kilogramm in Mark:

	1890/99	1900,04	1905.	1906	1907	1908	1909
in Berlin, norddeutsche Schäfereien, mittel	123,63	136,46	156,25	174,15	175,00	158,15	174,16
in Bremen, gewaschene Buenos Aires I	164,35	176,77	194,90	207,25	218,75	187,95	208,90
Leipzig Kammzug, Australien A . . .	202,75	225,96	247,70	254,15	260 85	226,04	259,37
Leipzig „ La Plata, versch.	180,70	204,98	228,95	249,15	256,25	217,50	—
Leipzig Kämmlinge	113,51	120,98	142,1	140,40	136,75	113,75	—

Wenn nun in den letzten Jahren der Rückgang des Schafbestandes bedeutend nachgelassen hat und von 500 000 auf 50 000 Stück gesunken ist, so hat dies zum Teil vielleicht seinen Grund in den besseren Preisen für Wolle in den letzten Jahren, vor allem aber darin, daß das Schaf nicht völlig aus der deutschen Landwirtschaft verschwinden kann. Denn überall da, wo es sich um knappe Weide und Ernährungsverhältnisse handelt, also bei rauhem Klima des Gebirges oder auf trockenen leichten Böden, ist das Schaf infolge seiner großen Anspruchslosigkeit hinsichtlich seiner Ernährung am Platze. Denn Rindviehzucht und Schweinehaltung können dort nicht betrieben werden. Daher trug man in solchen Gegenden den Eigentümlichkeiten des Schafes Rechnung und behielt seine Haltung bei. Hierbei machte sich aber, ebenfalls beeinflußt durch die Konjunktur, eine erhebliche Änderung in der Zuchtrichtung geltend. Denn entgegengesetzt der Preisbewegung für Wolle, steigerten sich die Preise für Schaffleisch entsprechend der Aufwärtsbewegung des Preises für Fleisch überhaupt ununterbrochen. So wurden auf dem Berliner Markt gezahlt im Jahresdurchschnitt für 1 Doppelzentner Hammel Schlachtgewicht in Mark: 1889—1893: 101,26, 1894—1898: 160,00, 1899—1903: 117,78, 1904—1908: 141,60, 1909: 141,50. Dem Rechnung tragend, änderten die deutschen Schäfereien ihre Zuchtrichtung vielfach dahin, daß sie die aus der französischen Wollschafszucht entstammenden Mutterherden

mit englischen Fleischböcken durchkreuzten und hierdurch einen guten Fleischträger erzielten. Oder sie züchteten die Wollschafherden durch geeignete Auswahl der Vater- und Muttertiere auf größere Körperform und größere Mastfähigkeit, was allerdings auf Kosten der allerfeinsten Wollen geschah. Dies hat aber keineswegs eine ungünstige Rückwirkung auf die Textilindustrie ausgeübt. Denn die Vervollkommnung derselben in maschineller Beziehung verlangt für die Anfertigung auch feiner Tuche gegenwärtig nicht mehr so hochfeine Wollen wie früher; die Stoffwollen und feinen Kammwollen genügen nach jeder Richtung den Ansprüchen der Spinnereien und Webereien. Daher finden wir hochfeine Tuchwolle auch nur noch vereinzelt in Schlesien, ihrem alten Sitz. Weitere Verbreitung haben in Posen, Pommern und Brandenburg die Kammwollschafe in ihren verschiedenen Abstufungen unter vorwiegender Berücksichtigung von Wolle oder von Fleisch gefunden. Ost- und Westpreußen befleißigt sich vor allem der Fleischschafzucht und -Mast. In den intensiven Gegenden der Provinz Sachsen wird die Mast im Zusammenhang mit der Zuckerrübenwirtschaft betrieben. In Hannover, Westfalen und Braunschweig herrscht das Landschaf vor, in erster Linie als Leineschaf, sodann das ostfriesische Milchschaf, in den Heidegegenden und auf dem Mittelrücken Schleswig-Holsteins die Heidschnucke, ferner das Marschschaf, das vielfach mit englischem Blut gekreuzt ist. Der ganze Süden Deutschlands, besonders die gebirgigen Teile, sind gleichfalls die Stätten der Zucht der Landschafe, unter denen das Frankenschaf eine weite Verbreitung gefunden hat. Besonders typisch sind die Wanderschafherden Württembergs, die selbst bis über die Landesgrenzen hinaus nach Baden und Bayern gehen.

Ganz besonderen Einfluß auf die Gestaltung des landwirtschaftlichen Betriebes im 19. Jahrhundert haben die landwirtschaftlichen Nebengewerbe ausgeübt. Es sind dies die Zuckerfabrikation, die Spiritusfabrikation, die Stärkefabrikation und die Stärkezuckerfabrikation. Bei ihnen hat man es mit eigentlichen landwirtschaftlichen Nebenbetrieben zu tun, weil sie in der Regel im engsten Zusammenhang mit denjenigen landwirtschaftlichen Betrieben stehen, in denen ihre Rohmaterialien gewonnen werden. Die Bierbrauerei dagegen und die Preßhefefabrikation sind nicht mehr eigentliche landwirtschaftliche Nebenbetriebe, sondern erhalten in der Hauptsache, losgelöst von der landwirtschaftlichen Betätigung, in den Städten die für sie notwendigen Rohprodukte durch den Handel; auch kehren ihre Rückstände, erst wieder mit Hilfe des Handels in die Landwirtschaft, in der sie ihre Verwertung finden, zurück.

Die eigentlichen landwirtschaftlichen Nebengewerbe, die Zuckerfabrikation, die Spiritusfabrikation und die Stärke- und Stärkezuckerfabrikation, geben den landwirtschaftlichen Betrieben, mit denen sie in Verbindung stehen, ihren Charakter. Denn sie beruhen auf dem Hackfruchtbau, welcher eine besondere sorgfältige Bodenbearbeitung verlangt. So brachte die Einführung des Zuckerrübenbaues die Tiefkultur, die Drill- und Hackkultur mit sich und ließ dieselben auch auf die Getreidearten zur Anwendung kommen. Gleichzeitig fand mit der Ausdehnung des Zuckerrübenbaues in gesteigertem Maße die Verwendung der künstlichen Düngemittel statt. Auch die Viehzucht ist in gleicher Richtung durch den Zuckerrübenbau beeinflußt worden. Denn die bezeichnete Bodenbearbeitung und die mit dem Anbau der Zuckerrüben verbundene notwendige Fortbewegung schwerer Lasten bei der Abfuhr der Rüben stellte gesteigerte Ansprüche an die in der Wirtschaft vorhandenen Zugkräfte. Für schwere Zugtiere mußte gesorgt werden, was wiederum seinen Einfluß auf die Züchtung kaltblütiger schwerer Arbeitspferde und leistungsfähiger starkknochiger Zugochsen hatte. Sodann kehren mit dem Zuckerrübenanbau in Gestalt der Rückstände aus der Zuckerfabrikation reichliche Mengen Futtermittel wieder in die Wirtschaft zurück. Dadurch konnte die Hochmast herausgebildet werden, die wiederum zur Züchtung frühreifer, mastfähiger Schläge den Anlaß gab.

Die Form, in welcher die Zuckerfabrikation mit den landwirtschaftlichen Betrieben verbunden ist, ist vielfach die des genossenschaftlichen Unternehmens, denn in der Regel

hat eine Zuckerfabrik zur Gewinnung ihres Rohmaterials die Ackerflächen mehrerer Landwirte, mögen es nun Großgrundbesitzer oder Bauern sein, notwendig. Um sich diese zu sichern, schließen die Zuckerfabriken mit mehreren Landwirten genossenschaftliche Verträge auf Lieferung der Zuckerrüben unter gleichzeitiger Rückgabe der Rückstände aus der Zuckerfabrik an die Wirtschaften ab. Ebenso lauten diese Verträge auch auf bestimmte den Rübenbau fördernde Anbaumethoden. Dadurch werden die Vorteile, welche die Verbindung der Zuckerindustrie mit der Landwirtschaft bringt, in gleicher Weise jedem Landwirt, auch dem kleineren, zu teil, sofern er sich nur zum Anbau für die Fabrik verpflichtet hat. Dazu kommt, daß die Landwirte, welche an dem Anbau von Zuckerrüben teilnehmen, auch auf andere Kreise in der sorgfältigen Ackerbearbeitung durch ihr Beispiel wirken, so daß der Einfluß der Zuckerindustrie weit über den Rahmen der unmittelbar Interessierten hinausreicht.

Der Standort der Zuckerrüben in Deutschland ist räumlich nicht weit ausgedehnt, da es im Jahre 1907 nur insgesamt 513 822 Hektar waren, welche mit Zuckerrüben bebaut wurden. Denn nur durch ihre Bodenbeschaffenheit besonders bevorzugte Gebiete können die Zuckerrübe anbauen. Wir finden sie daher zuerst und am weitesten verbreitet auf den fruchtbaren Landstrichen der Provinz Sachsen, in der Magdeburger Börde und in der „goldenen Aue", daran anschließend in Braunschweig und in der Provinz Hannover. Aber auch bevorzugte Gebiete in Baden und Bayern und in Mitteldeutschland haben den Zuckerrübenbau, ferner das Oberbruch, die Uckermark, Vorpommern, die Provinz Schlesien und im Osten das wegen seiner Fruchtbarkeit bekannte Kujavien. Insgesamt bestanden im Jahre 1908/09 in Deutschland 358 Zuckerfabriken, welche Rüben verarbeitet haben. In denselben wurden 5925 Dampfmaschinen mit 166 124 Pferdekräften betrieben. Zur Verarbeitung kamen 11 809 182 Tonnen Rüben, welche auf 436 185 Hektar geerntet waren. Aus den verarbeiteten Rüben wurden 1 980 387 Tonnen Rohzucker gewonnen. Es wird hiervon aber nur etwas mehr wie die Hälfte im Inlande verbraucht, während der andere Teil ins Ausland geht. So wurden im gleichen Jahre 838 415 Tonnen Rohzucker ausgeführt. Diejenigen Länder, welche in erster Linie den deutschen Zucker abnehmen, sind Großbritannien, die Schweiz, Norwegen und Südamerika. Die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, welche früher bedeutend war, hat dagegen jetzt wesentlich nachgelassen.

Nimmt die Zuckerindustrie, wie wir gesehen haben, einen verhältnismäßig geringen Bruchteil des gesamten Ackerlandes zur Gewinnung ihres Rohmaterials ein, so ist bei den anderen landwirtschaftlichen Nebengewerben, der Branntweinbrennerei, der Stärke- und der Stärkezuckerfabrikation das Gegenteil der Fall. Diese verwenden als Rohmaterial in der Hauptsache die Kartoffel, wenn auch neben derselben die verschiedenen Getreidearten verarbeitet werden. Der Kartoffelanbau in Deutschland beträgt nun 3 173 830 Hektar, wovon die Erntefrüchte, soweit sie nicht zur menschlichen Nahrung oder zur Viehfütterung dienen, in diesen Industrien verwandt werden. Diese weite Anbaufläche von Kartoffeln, die ungefähr doppelt so groß ist, wie diejenige von Gerste und Weizen gesondert und etwa die Hälfte der Roggenanbaufläche beträgt, hat in gleicher Weise wie der Zuckerrübenbau den Ackerbau günstig beeinflußt; denn wir haben es hier mit der weiten Verbreitung der Kultur einer Hackfrucht zu tun, welche in vielen Gegenden einmal intensivere Fruchtwechselwirtschaft ermöglichte und dann auch sorgfältige Ackerkultur erforderte. Dazu kommt, daß auch diese Industrien wertvolle Futterstoffe wieder in die Wirtschaft zurückliefern, nachdem das Rohmaterial einen Veredlungsprozeß durchgemacht hat, und so hier gleichfalls zu intensiverer Viehzucht und Viehhaltung Veranlassung geben.

Der Umfang und die Art der Branntweingewinnung in Deutschland wird dadurch gekennzeichnet, daß in den Betriebsjahren 1907—1908 insgesamt 66 745 Brennereien im Betriebe waren. Von diesen verarbeiteten allerdings andere Stoffe als Kartoffeln und Getreide der weitaus größte Teil, nämlich 51 972, während Kartoffeln nur 6 583 landwirtschaftliche und 25 gewerbliche Brennereien und Getreide 7431 landwirtschaft-

liche und 734 gewerbliche Brennereien als Rohmaterial verwandten. Aber bei der großen Anzahl von 51 972 Brennereien, welche weder Kartoffeln noch Getreide verarbeiteten, handelt es sich nur um kleine Unternehmungen, die in der Hauptsache in Süddeutschland anzutreffen sind, während der Schwerpunkt der Branntweingewinnung in den Kartoffel-Branntweinbrennereien Nordostdeutschlands liegt. Denn es wurden in den bezeichneten Brennereien in der Betriebsperiode 1907—1908 verarbeitet: 2 778 000 Tonnen Kartoffeln, 402 000 Tonnen Getreide und andere mehlhaltige Stoffe, 39 000 Tonnen Melasse, Rüben und Rübensaft, 87 000 hl, Hektoliter, Brauereiabfälle und Hefenbrühe, 100 000 hl Kernobst und Kernobsttreber, 538 000 hl Steinobst, 29 000 hl Obst- und Traubenweine, 311 000 hl Weinhefe und Weintreber, 125 000 hl andere Stoffe.

Die Branntweingewinnung aus diesen Rohmaterialien gestaltete sich derartig, daß in derselben Betriebsperiode insgesamt 4 018 311 hl Alkohol gewonnen wurden, wovon allein 3 118 604 hl Alkohol auf landwirtschaftliche Kartoffelbrennereien, 29 809 hl Alkohol auf gewerbliche Kartoffelbrennereien, 291 346 hl Alkohol auf landwirtschaftliche Getreidebrennereien, 437 182 hl Alkohol auf gewerbliche Getreidebrennereien und 141 370 hl Alkohol auf die Brennereien entfallen, welche die anderen oben genannten Rohprodukte verarbeiten.

Über die Stärkegewinnung liegen so zuverlässige Daten nicht vor. Man muß dieselben aber im Deutschen Reiche auf etwa jährlich 70 Millionen Mark schätzen.

Stärkezuckerfabriken gab es in der Betriebsperiode 1907—1908 24, welche 43 279 Tonnen nasse und 340 Tonnen trockene selbst hergestellte Stärke und 46 886 Tonnen nasse und 1515 Tonnen trockene angekaufte Stärke verarbeiteten. Daraus wurden 8 184 Tonnen Stärkezucker in fester Form, 46 634 Tonnen Stärkesirup und 4846 Tonnen Zuckerfarben gewonnen.

Von den landwirtschaftlichen Nebengewerben ist die Zuckerindustrie und die Branntweingewinnung Gegenstand der besonderen Gesetzgebung insofern gewesen, als die Steuerbehörde sie zu reichen Einnahmequellen des Staates hat werden lassen. So brachte im Jahre 1908—1909 die Zuckersteuer einen Gewinn von 157 293 000 Mark und die Branntweinsteuer einen solchen von 159 744 000 Mark.

Der Obstbau wird im Deutschen Reich in sehr verschiedener Weise und Intensität betrieben. Dies wird in erster Linie durch die klimatischen Verschiedenheiten bedingt; denn keine andere Frucht wird der Beschaffenheit und der Menge nach so davon beeinflußt, wie das Obst. Aus diesem Grunde finden wir den Obstbau in Deutschland in weiten Strichen nur als Nebenbetrieb der Landwirtschaft. Überall da, wo ungünstige klimatische Verhältnisse vorliegen, kann Obstbau als Hauptbetrieb als rentabel nicht bezeichnet werden. In solchen Gegenden findet man ihn daher vielfach nur auf Ländereien und Örtlichkeiten, welche in anderer Weise nicht benutzt werden können, so beispielsweise auf steilen Hängen, die für die Beackerung nicht zugänglich sind, oder in der Form von Alleen an Wegen und Kanälen. Gärten mit Obstbäumen bestanden gibt es wohl allerorts, mögen dieselben zu großen Gütern gehören, mögen sie auf Bauernhöfen oder im Anschluß an kleine Ansiedlergehöfte angelegt sein. Als eigentlicher Hauptbetrieb ist dagegen der Obstbau nur an besonders bevorzugten Örtlichkeiten anzutreffen. Hier haben wir dann aber so intensiv bewirtschaftete Anlagen, daß sie in der Lage sind, reich bevölkerte Stadtgegenden mit den herrlichsten Früchten zu versorgen. Solche Gebiete sind beispielsweise das Alteland, die Vierlanden und die Hamburger Marsch in der Umgegend von Hamburg, die berühmten Werderschen Obstanlagen an der Havel, für welche Berlin das gegebene Absatzgebiet ist. Wir finden ferner im mitteldeutschen Hügelland und in Württemberg solche Anlagen. Vor allem ist es aber die warme Rheintalebene, die in ihrer ganzen Länge durch Deutschland reiche Obsternten sichert. In der Hauptsache findet das in Deutschland gewonnene Obst durch rohen Genuß oder in gekochtem Zustande seine Verwertung, daneben werden reiche Mengen Fruchtweine hergestellt, welche ein wohl-

schmeckendes Getränk liefern. Über die Gesamternte des Obstes in Deutschland liegen zuverlässige Zahlen nicht vor. Es wird auch schwer sein, solche zu gewinnen, da es sich dabei nicht nur um Obst handelt, welches an Hochstämmen gewonnen wird, sondern auch das Buschobst und das Spalierobst eine beträchtliche Rolle spielen. An Hochstämmen wurden im Jahre 1900 52 332 000 Apfelbäume, 25 116 000 Birnenbäume, 69 436 000 Zwetschgenbäume und 21 548 000 Kirschbäume, zusammen 168 432 000 Obstbäume in Deutschland gezählt.

Was eben über die örtliche Verbreitung und die Beeinflussung der Ernte durch das Klima vom Obste gesagt worden ist, gilt in noch höherem Maße für den Weinbau. Wir finden zwar allerorts in Deutschland vereinzelt Rebstöcke angepflanzt, die einen mehr oder weniger wohlschmeckenden und reichlichen Ertrag liefern; aber es handelt sich dabei doch in der Hauptsache um Anlagen, welche mehr zum Vergnügen der Besitzer als zur Erzielung einer wirtschaftlichen Rente gepflegt werden. Der Weinbau, der eine volkswirtschaftliche Bedeutung hat, befindet sich nur in den durch Lage und Klima besonders ausgezeichneten Örtlichkeiten. Im Königreich Preußen kommt nach dieser Richtung hin die Rheintalebene mit dem Rheingau, das Gebiet der Nahe, der Mosel, der Saar und der Ahr in Betracht. Die Anlagen, welche man in den Provinzen Sachsen, Brandenburg, Schlesien und Posen antrifft, spielen nur eine untergeordnete Rolle. In der Rheintalebene sind die Namen Johannisberg, Steinberg, Markobrunn, Biebrich, Grafenberg, Orville, Rauental, Hattenheim, Winkel, Geisenheim, Rüdesheim, Aßmannshausen, Steeg, Lorch, an der Mosel und der Saar die Namen Zeltingen, Josephshof, Bernkastel, Piesport, Scharzhofberg, Brauneberg, Traben, an der Ahr Schloß-Bökelheim, Walportsheim wohl bekannt. Die Traube, die hier angebaut wird, ist in der Hauptsache die Rieslingtraube, wenn man ab und an daneben auch andere findet. Im Königreich Bayern zeichnet sich für den Weinbau besonders die bayerische Pfalz mit den Orten Forst, Deidesheim, Wachenheim, Rupertsberg aus. Hier haben wir neben der Rieslingtraube die Österreicher Traube und vor allem den Gewürz-Traminer vielfach im Gemisch mit Rieslingtrauben. Aber auch Franken und andere Landesteile in Bayern betreiben außer der Pfalz den Weinbau. Ferner muß das Großherzogtum Hessen genannt werden, das Großherzogtum Baden mit dem „Markgräfler" und „Affenthaler", Württemberg und schließlich Elsaß-Lothringen. Im Jahre 1908 ergab die Weinlese:

im Weinbaugebiet	Die im Ertrag stehende Fläche in ha	Der Ernteertrag Weinmost in hl	Der Wert des Mostes in Millionen Mark
Östliches Preußen	1 582	8 635	0,4
Naumburger Gebiet	439	317	0,0
Maingebiet	235	967	0,0
Rheingau	2 191	32 316	2,0
Sonstiger Weinbau am Rhein	2 519	25 039	1,2
Nahegebiet	3 016	41 332	1,7
Mosel-, Saar- und Ruwergebiet	6 767	233 694	11,0
Ahrgebiet	829	11 245	0,6
Übriges Preußen	90	1 608	0,1
Preußen zusammen	17 668	355 153	17,0
Pfalz	15 647	578 095	22,6
Übriges Bayern	6 392	77 668	3,4
Bayern zusammen	22 039	655 763	26,0
Württemberg	16 238	244 326	13,4
Baden	17 131	446 030	19,1
Hessen	13 422	301 887	13,1
Elsaß-Lothringen	30 019	1 127 043	38,0
Übriges Deutschland	251	5 751	0,2
Deutschland zusammen	116 768	3 135 953	126,8

Zu Eingang dieser Abhandlung hatten wir dargelegt, daß die Landwirtschaft in Deutschland ganz besondere nationale Aufgaben zu erfüllen hat und daß es infolgedessen die Aufgabe des Staates und der Gesellschaft sein muß, die Landwirtschaft fördernd zu beeinflussen, soweit es sich nur mit den Interessen der anderen Berufsstände verträgt. Aus diesem Grunde hat denn auch in Deutschland eine die Landwirtschaft schützende Zollpolitik Raum gefunden. Von diesem Gesichtspunkte aus lassen aber auch die staatlichen Organe der einzelnen Bundesstaaten in Deutschland finanzielle Unterstützung und sachliche Förderung der Landwirtschaft zu teil werden. Sie erachten dies als ihre Aufgabe, weil der Landwirt nicht in gleicher Weise durch den gegenseitigen Wettbewerb zu immer weiterem Fortschritt in dem Betrieb angeregt wird, wie dies bei Gewerbe und Handel der Fall ist. In letzteren wird derjenige ohne weiteres zugrunde gehen, welcher nicht gleichen Schritt mit seinen Berufsgenossen hält oder ihm gar vorauseilt. Bei Handel und Gewerbe kommt es darauf an, der Konkurrenz den Rang abzulaufen, um nicht hinter derselben zurückzustehen oder allmählich ganz zugrunde zu gehen. In diesem gegenseitigen Überbieten liegt daher von Hause aus schon ein Stachel zum Fortschritt in technischer Hinsicht. Ganz anders ist dies aber in der Landwirtschaft. Hier kann der Kleine neben dem Großen, der Intelligente, Geschäftskundige neben dem Schwerfälligen, Ungewandten wohl bestehen, sofern er seinen Betrieb nur soweit auf der Höhe erhält, daß er sich selbst erhält und notdürftig dem Betriebsleiter das Auskommen sichert. In Erwägung dieser Gesichtspunkte haben es daher die Staatsverwaltungen in Deutschland in den letzten Jahrzehnten sich immer mehr angelegen sein lassen, Einrichtungen zu schaffen, durch welche dem Landwirt Gelegenheit geboten wird, der immer weiteren Vervollkommnung in der Technik entgegenzuschreiten. Als solche sind in erster Linie alle diejenigen Einrichtungen zu nennen, die bestimmt sind, die Feldbereinigung in Deutschland durchzuführen, die den durch Erbgang und Verkauf in kleinste Parzellen zerstückelten Grund und Boden wieder in so große Ackerflächen zusammenlegen soll, daß eine dem gegenwärtigen Stande der Wissenschaft und Praxis entsprechende rentable Bewirtschaftung erfolgen kann. Hierzu kommen die Arbeiten zur Regelung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse, zur Ablösung von Reallasten und Grundgerechtigkeiten. Von gleich großer Bedeutung sind die meliorationstechnischen Arbeiten im flachen Lande, die Flußregulierungen, zur Ent- und Bewässerung und die Arbeiten des Deich-, Ufer- und Dünenwesens, die darauf gerichtet sind, entweder an der Meeresküste neues Land zu gewinnen oder die Abschwemmung schon kultivierten Landes durch die Meereswellen zu verhindern. Der Pferdezucht opfert die Staatsverwaltung nicht in letzter Linie aus militärischen Gründen jährlich bedeutende Mittel. Ganz besonders hat sich aber der Staat des landwirtschaftlichen Unterrichtswesens angenommen und geeignete Lehranstalten geschaffen, auf welchen sich die Landwirte die Fortschritte der Wissenschaft zu eigen machen können, um diese so in die Praxis überzuführen. Hier haben wir in erster Linie die landwirtschaftlichen Hochschulen mit ihren vorzüglich ausgestatteten Spezialinstituten für Ackerbau, Tierzucht, Betriebslehre, Pflanzenbau, Züchtungskunde, Maschinenbaukunde und der gleichen mehr, ferner die landwirtschaftlichen Winterschulen, die landwirtschaftlichen Ackerbauschulen und die ländlichen Fortbildungsschulen. Sind erstere, die landwirtschaftlichen Hochschulen, dazu bestimmt, dem durch Bildung und Vermögen höher Stehenden die nötigen Fachkenntnisse mit auf den Weg zu geben, so wenden sich die landwirtschaftlichen Winterschulen, die Ackerbauschulen und die ländlichen Fortbildungsschulen mehr an die große Masse des Volkes, um unter dieser unter Aufwendung geringerer Kosten fruchtbringend zu wirken. Dazu kommt ein weit ausgebreitetes Wanderlehrertum, das die Aufgabe hat, unter der in der Praxis tätigen bäuerlichen Bevölkerung nach jeder Richtung hin aufklärend zu wirken. In neuerer Zeit soll der landwirtschaftliche Unterricht im Heere bei den Soldaten die Liebe zum landwirtschaftlichen Beruf pflegen und erhalten.

Von gleich großer Bedeutung ist die Fürsorge des Staates für die landwirtschaftlichen Versuchsstationen geworden, welche zum Teil die Pflegstätten der Landwirtschaftswissenschaft sind, zum Teil aber auch in der Form als landwirtschaftliche Kontrollstationen den Landwirt bei seiner praktischen Tätigkeit im Ankauf von Futter- und Düngemitteln und Saatgut zu unterstützen und nach jeder Richtung hin zu beraten haben. Dazu kommen mit besonderer Sorgfalt eingerichtete Sonderinstitute, welche besonders wichtige Aufgaben durch Spezialforschungen zu fördern haben. Es sei hier an die Gärtnerlehranstalten und die Garten-, Obst- und Weinbauschulen erinnert. Zu diesen kommen die tierärztlichen Hochschulen, die Unterrichtsanstalten für das Molkereiwesen und die Fischerei. Nicht unerwähnt möge die Kaiserliche Biologische Anstalt für Land- und Forstwirtschaft in Dahlem bei Steglitz bleiben, deren besondere Aufgabe es ist, alle unendlich vielfach in der Natur vorkommenden Erkrankungen in der Pflanzenwelt zu studieren und Mittel zur Bekämpfung derselben der Praxis zu übermitteln.

Aber die Landwirte in Deutschland haben sich nicht allein auf diese Staatshilfe zur Förderung der Technik ihres Gewerbes verlassen, sondern sind zu Vereinigungen der verschiedensten Art zu gleichem Zweck zusammengetreten. Wir nennen die Landschaften und die ihnen angegliederten Darlehnskassen, welche die Kapitalverhältnisse in der Landwirtschaft zu regeln und ein gesundes Kreditwesen zu fördern haben. Große Verdienste hat sich das landwirtschaftliche Vereinswesen erworben. Dasselbe ist über ganz Deutschland in einer großen Anzahl von Orts-, Zweig-, Kreis- und Bezirksvereinen verbreitet. Sie wirken in erster Linie durch die Veranstaltung von Versammlungen mit Vorträgen und von Ausstellungen. Ihre Zusammenfassung finden sie wiederum in den Zentralvereinen, Haupt- und Provinzialvereinen der einzelnen Provinzen und kleineren Staaten. Diese Zentralvereine, die in dem größeren Teil des Deutschen Reiches in neuerer Zeit durch die auf gesetzlicher Grundlage beruhenden Landwirtschaftskammern ersetzt worden sind, finden eine gemeinsame Zusammenfassung wieder in den Gesamtvertretungskörperschaften der einzelnen Staaten, so in Preußen im Landes-Ökonomiekollegium, in Bayern im Landwirtschaftsrat, in Sachsen im Landeskulturrat, in Württemberg in der Zentralstelle für die Landwirtschaft und schließlich im gesamten Deutschen Reich in dem deutschen Landwirtschaftsrat. Haben diese letzteren Körperschaften mehr amtlichen Charakter, so gibt es neben ihnen auch große Vereinigungen, die ausschließlich privater Natur sind, so den Bund der Landwirte, welcher seine Mitgliedschaft weit über Deutschland bei dem Großbesitz beginnend bis in die kleinsten bäuerlichen Kreise hinein verzweigt und die Förderung einer energischen nationalen agrarischen Wirtschaftspolitik in Deutschland sich zur Aufgabe gemacht hat. Dazu kommt, soweit Spezialinteressen in Betracht kommen, die Vereinigung der Spiritusfabrikanten in Deutschland, der Verein der deutschen Zuckerindustrie, der deutsche Hopfenbauverein, der deutsche milchwirtschaftliche Verein, der Verein zur Förderung der Moorkultur im Deutschen Reiche, der deutsche Fischereiverein, der Weinbauverein, der deutsche Pomologenverein, der deutsche Imkerbund und andere mehr. Die bedeutendste Vereinigung nach dieser Richtung hin, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die gesamte Technik der Landwirtschaft ohne Ausnahme zu fördern, ist die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft, welche im Jahre 1885 nach dem Muster der „Royal Agricultural Society of England“ durch den verdienstvollen Ingenieur Max von Eyth begründet ist. Sie will ihre Aufgabe in erster Linie durch die alljährlich wiederkehrenden landwirtschaftlichen Wanderausstellungen lösen, die sich im In- und Auslande, in Stadt und Land berechtigte Anerkennungen errungen haben.

Dem landwirtschaftlichen Vereinswesen reiht sich das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen an die Seite. An die Namen Schultze-Delitzsch und Raiffeisen knüpften sich diese Bestrebungen an. Besonders in den letzten Jahrzehnten haben die Genossenschaften in Deutschland eine weite und dichte Verbreitung gefunden. Die größte Be-

deutung haben die Spar- und Darlehnskassen, neben ihnen die Zentralkreditgenossenschaften und die Zentralgenossenschaftskasse. Die landwirtschaftlichen Bezugsgenossenschaften vermitteln den Ankauf von Bedarfsartikeln, wie Kraftfuttermittel, Düngemittel, Kohlen, Maschinen usw. Von größtem Einfluß auf die deutsche Viehzucht sind die Zuchtgenossenschaften geworden, die ihrerseits sich wieder zu großen Züchterverbänden mit gemeinsamen Zuchtziel zusammengeschlossen haben. Die landwirtschaftlichen Produktiv- und Absatzgenossenschaften sorgen für die Verwertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und für den Absatz derselben. An ihrer Spitze stehen die Molkereigenossenschaften. Daneben gibt es eine große Anzahl von solchen Genossenschaften, die die Verarbeitung und den Absatz von Obst, Gemüse und Früchten aller Art bewirken. In neuerer Zeit sind die Silogenossenschaften zum Absatz des Getreides entstanden. Besondere Erwähnung verdienen auch die Versicherungsgesellschaften der verschiedensten Arten, mögen sie dazu bestimmt sein, den Landwirt gegen Hagel- oder Feuerschaden zu schützen, mögen sie die Aufgabe haben, für den Fall von Viehseuchen eintretende Verluste zu decken. In neuer Zeit sind vielfach auch Bestrebungen aufgetreten, durch Hilfe der Lebensversicherung die Entschuldung des ländlichen Grundbesitzes und die Erleichterung des Erbganges herbeizuführen.

Fassen wir am Schluß unserer Betrachtungen das vorstehend Gesagte in wenigen Worten zusammen:

Wie die Landwirtschaft das Urgewerbe der zivilisierten Staaten ist, ist sie auch bei fortschreitender Industrialisierung ihr Fundament geblieben. Die heimische Landwirtschaft ist für ein Volk die lebendige Quelle, aus der alle Nahrungsmittel fließen müssen, und der Jungbrunnen für eine gesunde, arbeits- und waffenfähige Bevölkerung, welche eine Nation zur Wahrung ihrer Macht nach Außen und Innen nicht entbehren kann. Der einzelne Staat, in dem bekannten Bilde mit einem Baume verglichen, hat die Landwirtschaft notwendig als seine Wurzel, Industrie und Handel sind Zweige und Blätter; fängt die Wurzel an zu leiden, so fallen die Blätter, die Zweige brechen ab und der Baum stirbt. In Deutschland hat die Landwirtschaft wohl schwere Zeiten zu bestehen gehabt, in denen es oft fraglich war, ob die Wunden, die ihr geschlagen wurden, heilen würden. Aber dank der eigenen Kraft, dank der Hilfe des Staates zeigt sich gegenwärtig ein Gesunden, das nicht in letzter Linie bei der bäuerlichen Bevölkerung zu Tage tritt. Andererseits erfordert aber auch das Wohl des deutschen Volkes ein energisches Zusammenarbeiten von Gesellschaft und Staat nicht nur zur Erhaltung des gegenwärtigen Bestandes, sondern besonders zur Förderung der landwirtschaftlichen Arbeiterfrage und zur Vervollkommnung der Technik in Ackerbau und Viehzucht. Denn zur Erringung der Stellung der Landwirtschaft in der Volkswirtschaft der deutschen Nation, wie sie im Vorstehenden als notwendig bezeichnet wurde, bedarf es nicht nur einer zielbewußten Pflege der Liebe des Volkes zur heimatlichen Scholle, sondern in gleichem Maße einer wesentlichen Steigerung der Gütergewinnung in der deutschen Landwirtschaft.

Forſtwirtſchaft.

Von Profeſſor Dr. **Schwappach**, Geheimer Regierungsrat, Eberswalde.

Der deutſche Wald, ein Zauberwort, das jedes Deutſchen Bruſt höher ſchlagen läßt, iſt von der grauen Vorzeit bis zur Gegenwart für das geſamte Leben unſeres Volkes von höchſter Bedeutung geweſen. Deutſchlands Wirtſchaftsgeſchichte war Jahrhunderte hindurch weſentlich bedingt durch ſeinen Waldreichtum. Wenn auch unſer modernes Wirtſchaftsleben bei dem Fortſchreiten der Landwirtſchaft und der Induſtrie hiervon unabhängiger geworden iſt, ſo ſpielt der Wald doch auch heute noch nicht nur für uns eine höchſt wichtige Rolle durch ſeine Erzeugniſſe, ſondern iſt gleichzeitig auch von entſcheidender Bedeutung für die Bewohnbarkeit des Landes und für die Bodenkultur. Ihm iſt es vor allem zu danken, daß Deutſchland durch Wildbäche, Überflutungen und Flugſand ungleich weniger zu leiden hat, als die meiſten Nachbarländer. Mittelbar und unmittelbar wird durch ihn die Anbaufähigkeit weiter Flächen ermöglicht. Je mächtiger heute auf allen Gebieten der Kampf ums Daſein wogt, deſto lebhafter und dringender wird das Bedürfnis nach zeitweiſer Ausſpannung von dem nervenzerrüttenden Treiben. Wo iſt dieſe aber beſſer zu finden, als in der majeſtätiſchen Ruhe des Waldes? Daß Deutſchland in der Lage iſt, bei ſeinem Reichtum an Wald und dank deſſen günſtiger Verteilung, Hunderttauſenden von Arbeitern der Induſtrie, des Handels und des Geiſtes unter den günſtigen Bedingungen und mit verhältnismäßig geringem Aufwande die nötige Erholung zu gewähren, bildet einen nicht hoch genug anzuſchlagenden Vorzug. Der immer lauter und dringender ertönende Ruf nach Erhaltung des Waldes in der Nähe der Großſtädte bildet den berechtigten Ausdruck eines tiefempfundenen Bedürfniſſes. Schließlich iſt auch noch der hohen Bedeutung des Waldes in äſthetiſcher und ethiſcher Beziehung zu gedenken. Schon der Senior der deutſchen forſtlichen Schriftſteller, Hans Karl von Carlowitz gibt 1713 ſeinen Gefühlen mit folgenden Worten einen trefflichen Ausdruck: „Mit gutem Fug und Recht können die Wälder vor eine Krone der Berge, vor eine Zierde der Felder, vor einen Schatz des Landes und vor eine mit Nutz vermengte Sinnen-Luſt angeſehen und gerechnet werden.“

Die älteſten geſchichtlichen Überlieferungen, die ſich bei den römiſchen Schriftſtellern (Caeſar, Tacitus, Plinius u. a.) finden, ſchildern Deutſchland nahezu als einen großen zuſammenhängenden Urwald, der nur ſtellenweiſe von Sümpfen unterbrochen war: terra aut silvis horrida aut paludibus foeda! Dieſe Angaben ſind aber gewaltig übertrieben und deshalb in ſo dunklen Farben gehalten, weil die Verfaſſer an die hochkultivierten und klimatiſch ſo bevorzugten Verhältniſſe der Mittelmeerländer gewohnt waren.

Die neueren Forſchungen und die Erzählungen der Römer von den großen Heeresmaſſen, die damals alljährlich in das Feld zogen, beweiſen dagegen, daß Mitteleuropa in frühgeſchichtlicher Zeit zwar erheblich ſtärker bewaldet war als gegenwärtig, daß es aber keineswegs ein geſchloſſenes Waldgebiet darſtellte. Große Strecken ſind ſeit dem Ende der Eiszeit dauernd ohne Wald geweſen. Zwiſchen ausgebreiteten Waldgebieten dehnten ſich von jeher einerſeits weite Sümpfe und Moore, andererſeits Steppen und ſpäter Heide- oder Grasflächen aus, die nie oder nur ſtellenweiſe dem Andrange des Waldes unterlegen ſind. Dieſe offenen, waldfreien Landſtriche haben den Kelten, Germanen und Römern das Eindringen in das Herz Mitteleuropas ermöglicht. Sie ſind die

großen Heerstraßen geworden, an denen sich die menschlichen Niederlassungen am dichtesten zusammendrängten, die Zentren, von denen aus die Kultur sich weiter verbreitete.

Die großen Waldmassen, die Deutschland bedeckten, waren für seine politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung von größter Bedeutung. Ihnen ist es vor allem zu danken, daß es den Deutschen gelang, dem wiederholten Andringen der Römer standzuhalten. Urwald und Sumpf deckten die Deutschen besser als die festeste Burg; wären sie in volkreichen Städten vereinigt gewesen, so hätten unsere Vorfahren der römischen Kriegskunst ebensowenig widerstehen können, wie die Gallier. Dahn sagt mit Recht: Es hat der Wald unser Volk nicht nur gerettet, er hat es auch frisch, urwüchsig, gesund an Leib und Seele erhalten, so daß es den abgelebten Römern in der Tat als jugendlicher Erbe der Weltherrschaft, als Träger der Zukunft entgegenschreiten konnte.

So hoch aber auch damals der Nutzen und die Bedeutung des Waldes als Schutz der Nation und als Herberge des für die Volksernährung unentbehrlichen Wildes angeschlagen werden muß, so änderte sich dieses Verhältnis doch vollkommen, als die einzelnen Stämme am Ende der Völkerwanderung feste Wohnsitze angenommen hatten und durch die wachsende Anzahl der Angehörigen zur intensiveren Wirtschaft gedrängt waren. Jetzt wurde der Wald zu einem Kulturhindernis und dessen Rodung die Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Wirtschaft. Diese ward zugleich dadurch begünstigt, daß der weite Urwald noch für Jahrhunderte reiche Gelegenheit zur Anlage neuer Niederlassungen und für nutzbringende Verwendung verfügbarer Arbeitskräfte bot. Noch lange Zeit, fast bis zum Ende des Mittelalters, erschien der Kampf gegen den Wald als ein verdienstvolles Werk und als der Anfang weiterer Fortschritte der Landeskultur. Diese umfangreichen Rodungen wurden während des Mittelalters durch die großen Grundherrschaften, weltliche und geistliche, namentlich durch zahlreiche Klöster eifrig gefördert. In ähnlicher Weise wie im westlichen Deutschland die Klostergeistlichkeit, wirkte im Osten der geistliche Ritterorden der Deutschherren seit dem 13. Jahrhundert nach der Eroberung Preußens segenbringend für die Landeskultur. Diese sozialen Mächte vermochten es allein, die vorhandenen Arbeitskräfte zu größeren Unternehmungen planmäßig zusammenzufassen. Durch ihre Tätigkeit erhielt die Besiedelung und der Ausbau des Landes auf weiten Gebieten einen völlig veränderten Charakter.

Im westlichen und mittleren Deutschland erreichte diese Periode der Rodungen gegen Ende des Mittelalters ihren Abschluß. Hier ergingen nun seit dem 14. Jahrhundert in rasch wachsender Anzahl Rodungsverbote teils mit Rücksicht auf die Jagdpflege, teils zur Sicherstellung der Holzversorgung.

Im östlichen Deutschland und in den Alpen wurde dagegen noch bis zum Schlusse des 18. Jahrhunderts Rodung und Neuansiedelung möglichst gefördert, um die großen „Wildnisse" zu kultivieren. In Preußen benutzten die Herrscher jede Gelegenheit, um Ansiedler in die menschenarmen, aber waldreichen Gegenden zu ziehen. Die Tätigkeit des Großen Kurfürsten nach der Aufhebung des Edikts von Nantes, die Flecken-, Dorf- und Acker-Ordnung von 1702, vor allem aber die Bemühungen Friedrichs des Großen nach der Erwerbung von Schlesien und der polnischen Gebietsteile, sowie endlich eine letzte Periode großer Rodungen in Litauen um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts sind in der Geschichte der Landeskultur rühmend hervorzuheben.

Dieser Kampf gegen den Wald, der sich bei Besiedelung aller waldreichen Länder entspinnt und an vielen Orten noch gegenwärtig fortdauert, ist in Deutschand in verhältnismäßig milden Formen verlaufen. Die Rodungen haben sich fast über ein Jahrtausend verteilt, größere holzverarbeitende Industrien sind erst in neuerer Zeit entstanden, wirksame Transportmittel für das schwere und verhältnismäßig wenig wertvolle Holz haben früher gefehlt. Andererseits haben die Jagdliebe der Fürsten und die Furcht vor Holznot ein heilsames Gegengewicht gegen allzu übertriebene Waldausstockung gebildet, wie sie z. B. in den Vereinigten Staaten von Nordamerika oder in den großen Waldgebieten von Nord- und Osteuropa zu beklagen sind.

Wenn sich auch auf diese Weise eine ziemlich gute Bewaldung Deutschlands

bis zur Gegenwart erhalten hat, so darf doch nicht verschwiegen werden, daß die Verhältnisse trotzdem in manchen Gegenden einen im Interesse der Landeskultur unerwünschten Rückgang des Waldes veranlaßt haben, der in neuester Zeit umfassende Aufforstungen nötig macht. Im größten Maßstab trifft dieses für die östlichen Provinzen von Preußen zu, wo in neuester Zeit mit größerem Eifer an der Heilung dieser Schäden gearbeitet wird.

Deutschland besitzt mit geringen Ausnahmen ein Klima, welches der Entwicklung des Gehölzes im Sinne der Pflanzengeographie günstig ist, nur die höheren Gebirgslagen gehen in das Gebiet der „Grasflur" und allmählich in jenes der „Wüste" über. Nach den Verhältnissen der Niederschläge, Wärme und Feuchtigkeit sind in den Waldungen Deutschlands außer der gemäßigt warmen Zone des winterkahlen Laubwaldes (Castanetum und Fagetum) der gemäßigt kühlen Region der Fichten, Tannen und Lärchen (Picetum) schließlich auch noch die kühle Region der Krummhölzer und Halbbäume (Alpinetum) vertreten.

Wenn der Mensch nicht im Interesse der Kultur in vielen großen Teilen Deutschlands den Wald gerodet hätte oder dessen Ausbreitung verhindern würde, könnte sich der größte Teil Deutschlands mit Ausnahme der höheren Gebirgslagen und einzelner verhältnismäßig kleiner sonstigen Gebiete, wo aus klimatischen Gründen der Wald nicht mehr gedeiht, mit Wald überziehen, soweit nicht ungünstige Veränderungen und Zustände der Bodendecke (Moorbildung, Hochmoor, Trockentorf) das Wachstum der Bäume unmöglich machen.

Die chemischen und physikalischen Verhältnisse des Bodens und das Klima, sowie die Ausformung des Geländes bringen es mit sich, daß auf weiten Flächen die Forstwirtschaft mit Hilfe der anspruchloseren Holzgewächse gegenwärtig und wohl auch noch für lange Zeit dem Boden eine höhere Rente abzuringen vermag, als die Landwirtschaft. Deutschland ist deshalb im wirtschaftlichen Interesse dauernd darauf angewiesen der Forstwirtschaft besondere Sorgfalt zuzuwenden.

Die Größe der gesamten Waldfläche Deutschlands beträgt nach den statistischen Erhebungen vom Jahre 1900: 13 995 868 ha = 25,9 Proz. oder rund ein Viertel der Gesamtfläche.

Der Wald verteilt sich jedoch sehr ungleichmäßig über Deutschland, wie die Zusammenstellung in Tabelle 1 zeigt.

Aber auch in dieser Tabelle wird die Übersichtlichkeit durch die erheblichen Größenunterschiede der Bundesstaaten gestört. Legt man die kleinsten Verwaltungseinheiten (Kreise usw.), für welche die Erhebungen gemacht werden, zugrunde, so ergibt sich folgendes Verhältnis.

Von der Gesamtfläche Deutschlands haben:

23,1 Proz. mit einer Fläche von 12,4 Millionen ha eine Bewaldungsziffer von 0—14,9 Proz.

52,3 Proz. mit einer Fläche von 28,1 Millionen ha eine Bewaldungsziffer von 15—34,9 Proz.

23,6 Proz. mit einer Fläche von 13,2 Millionen ha eine Bewaldungsziffer von 35 Proz. und mehr.

Am stärksten bewaldet sind die preußischen Regierungsbezirke Arnsberg und Koblenz, ferner Sachsen-Meiningen und Schwarzburg-Rudolstadt, wo zwischen 40 und 50 Proz. der Gesamtfläche mit Wald bedeckt sind. Reich bewaldet sind im allgemeinen: Die mittel- und westdeutschen Gebirge, der Schwarzwald, Bayrische Wald und die Voralpen. Als waldarm müssen die Provinz Schleswig-Holstein, die Regierungsbezirke Osnabrück, Aurich, sowie die Gebiete der freien Städte Bremen und Hamburg bezeichnet werden, wo die Waldfläche noch nicht 10 Proz. der Gesamtfläche erreicht.

Soweit die Änderungen der Waldfläche aus den neueren statistischen Erhebungen verfolgt werden können, hat sich die Waldfläche in der Zeit von 1878 bis 1900 um 122 942 ha vermehrt, diese Ziffer setzt sich zusammen aus einer Zunahme von 236 853 ha

Tabelle 1

Ordnungs-Nr.	Staaten (geordnet nach der Bewaldungsdichte bezogen auf die gesamte Landesfläche)	Waldfläche im ganzen in Hektar[1]) ha	Waldfläche in % der Landesfläche	Es entfallen hiervon in % ha auf Staats- u. Kronforsten	Gemeindeforsten	Stiftungsforsten	Privatforsten	Genossenschaftsforsten
1.	Schwarzburg-Rudolstadt	41 330	43,9	47,3	11,2	1,1	38,3	2,1
2.	Sachsen-Meiningen	103 859	42,1	42,5	23,4	0,7	24,5	8,9
3.	Waldeck	42 795	38,2	62,5	21,5	0,5	13,7	1,8
4.	Reuß j. L.	31 198	37,8	52,9	3,3	2,2	41,6	—
5.	Baden	567 795	37,7	18,4	45,1	3,3	32,9	0,3
6.	Reuß ä. L.	11 253	35,6	38,6	1,1	2,4	57,9	—
7.	Bayern	2 466 553	32,5	33,9	12,5	1,9	50,9	0,8
8.	Hessen	240 009	31,2	29,8	36,2	0,3	32,8	0,9
9.	Schwarzburg-Sondershausen	26 711	31,0	63,2	12,8	1,0	12,3	10,7
10.	Württemberg	600 415	30,8	32,3	29,7	2,4	34,4	1,2
11.	Elsaß-Lothringen	439 832	30,3	34,6	44,7	0,6	20,1	—
12.	Sachsen-Koburg-Gotha	59 576	30,1	64,0	12,4	0,6	17,0	6,0
13.	Braunschweig	190 473	30,1	73,5	1,5	0,2	8,5	16,3
14.	Lippe-Detmold	33 488	27,6	45,4	10,9	0,4	41,8	1,5
15.	Sachsen-Altenburg	35 903	27,1	48,6	2,6	2,1	45,3	1,4
16.	Sachsen (Königreich)	384 540	25,8	45,2	6,0	2,6	46,0	0,2
17.	Sachsen-Weimar	93 087	25,7	47,5	15,3	1,7	34,1	1,4
18.	Anhalt	57 794	25,1	75,2	2,1	1,2	21,4	0,1
19.	Preußen	8 270 134	23,7	31,8	13,3	1,2	50,8	2,9
20.	Mecklenburg-Strelitz	62 225	21,2	68,1	7,9	0,3	23,7	—
21.	Schaumburg-Lippe	6 899	20,3	94,0	—	—	6,0	—
22.	Mecklenburg-Schwerin	236 740	18,0	45,2	9,6	5,0	40,2	—
23.	Lübeck	4 083	13,7	71,8	0,1	13,3	14,8	—
24.	Oldenburg	68 341	10,6	38,2	10,6	0,8	50,4	—
25.	Hamburg	1 787	4,3	59,3	6,3	0,5	33,9	—
26.	Bremen	48	0,2	—	—	—	100,7	—
	Deutsches Reich	13 995 868	25,9	33,7	16,1	1,5	46,5	2,2

und einer Abnahme von 113 911 ha. Letztere ist besonders zu beobachten in den Provinzen Ostpreußen, Posen, dem Königreich Sachsen und in Elsaß-Lothringen. Am meisten hat, abgesehen von ganz kleinen Staaten, die Waldfläche zugenommen in Preußen (1,79 Proz.) und Baden (2,62 Proz.). Diese Zahlen können jedoch aus verschiedenen Gründen nur als im beschränkten Maße zuverlässig betrachtet werden. Dieses ist namentlich deshalb der Fall, weil die Bezeichnung einzelner Flächen als „Wald" häufig sehr vom Gutachten des einzelnen Erhebers abhängt und weil die Flächengrößen keineswegs durchweg mit Sicherheit feststehen.

Hinsichtlich ihres Besitzstandes verteilen sich die Waldungen Deutschlands folgendermaßen. Von der Gesamtwaldfläche treffen auf:

Kronforsten, Staatsforsten und Staatsanteilforsten 33,7 Proz.

Gemeinde- und Genossenschaftsforsten 19,8 Proz.

Privatforsten 46,5 Proz.

Diese Verteilung ist deshalb von allgemeinem Interesse, weil durch die Art des Besitzes gleichzeitig ein sehr schwerwiegendes Moment für die Güte der Bewirtschaftung und damit auch für die Höhe des Ertrages gegeben ist. Die Kron- und Staatsforsten stehen sämtlich unter fachmännischer Leitung und werden nachhaltig bewirtschaftet. Hier finden sich auch die meisten überschüssigen Holzvorräte, die auf die Bemessung der jährlichen Abnutzung zurückwirken. Auch bei den Gemeindewaldungen ist in Deutschland mit sehr geringen Ausnahmen fast durchweg eine angemessene Bewirtschaftung durch Gesetz-

[1]) Hektar, abgekürzt ha (Feldmaß) = 100 Ar; 1 Ar = 100 qm (Quadratmeter).

gebung sicher gestellt. Wesentlich ungünstiger liegt das Verhältnis bei den Privatforsten, deren Zustand und Bewirtschaftungsweise außerordentlich wechselt. Neben vorzüglich gepflegten Waldungen finden sich auch weite Flächen, bei denen man zweifelhaft sein kann, ob sie überhaupt noch die Bezeichnung „Wald" verdienen. Wie sehr der Ertrag der Privatwaldungen im Durchschnitt hinter jenem der übrigen Besitzformen zurücksteht, geht am besten aus der Tatsache hervor, daß nach den Erhebungen vom Jahre 1900 diese, 46,5 Proz. der Gesamtfläche umfassenden Waldungen nur 37,8 Proz. der in diesem Jahr erzeugten Derbholzmasse[1]) lieferten. Unter den Privatwaldungen stehen die zu Fideikommissen gehörigen obenan, da hier die Bewirtschaftung durch die wechselnden Interessen des jeweiligen Besitzers doch erheblich weniger beeinflußt werden kann, als dieses bei den übrigen Privatwaldungen der Fall ist. 10,4 Proz. der Waldungen des Deutschen Reichs und 22,3 Proz. des Privatbesitzers sind zurzeit fideikommissarisch gebunden. Nach der oben erwähnten Statistik lieferten im Jahre 1900 diese 10,4 Proz. der Waldfläche 11,6 Proz. der Derbholzmasse, die übrigen 36,1 Proz. des Waldareales umfassenden Privatwaldungen dagegen nur 26,2 Proz. Sehr deutlich tritt dieser Einfluß der Besitzform auf die Höhe des Ertrages nach der Statistik vom Jahre 1900 hervor. Der durchschnittliche Anfall an Derbholzmasse hat hiernach betragen in Festmetern auf dem Hektar bei den:

Kronforsten	3,32 fm
Staats- und Staatsanteilforsten	3,44 „
Gemeindeforsten	2,67 „
Stiftungsforsten	3,33 „
Genossenschaftsforsten	2,06 „
Privatforsten	2,20 „
und zwar bei:	
Fideikommißforsten	3,04 „
Anderen Privatforsten	1,96 „

Die Bewegung des Besitzstandes zeigt das Bestreben einer Vergrößerung der Fläche der Staats- und Gemeindewaldungen und einer Abnahme der Privatwaldungen. Letztere gehen teils in Staatsbesitz über, teils werden sie gerodet.

Die Veränderungen der deutschen Waldflora, die als eine Folge des Wechsels der geologischen Perioden und zwar namentlich der Beendigung der Eiszeit zu betrachten sind, hatten in der Hauptsache bereits zur Römerzeit ihren Abschluß erreicht. Bei Beginn der historischen Überlieferung war der deutsche Urwald schon aus den heute noch vorhandenen Holzarten zusammengesetzt; dagegen hat sich der Anteil der einzelnen Arten an der Bestockung im Laufe der Zeit noch wesentlich geändert.

Einer der verbreitetsten Waldbäume Deutschlands war damals die Eiche, die jedoch keineswegs ausgedehnte reine Bestände bildete; neben ihr ist die Buche zu nennen. Diese hat in historischer Zeit noch auf Kosten der Eiche an Ausbreitung zugenommen und ist in einem auch heute noch zu beobachtenden Fortschreiten nach Nordosten begriffen, welches nur durch die Umwandlung des besseren Bodens zu Ackergelände aufgehalten wird. Von den übrigen Laubbäumen ist in geschichtlicher Zeit wohl die Erle im größten Umfang auf moorigem Boden bestandbildend aufgetreten, vielerorts werden sich ferner, wie auch noch heute, Birke, Esche, Hainbuche und Weide zu Gehölzen zusammengeschaart haben. Von den Pappelarten war anscheinend nur die Aspe und zwar vorwiegend im Norden und Nordosten heimisch. Unter den Nadelhölzern fand sich die Weißtanne, welche jetzt nur auf gebirgige Teile Süd- und Mitteldeutschlands beschränkt ist, im frühen Mittelalter auch am Harze, wo noch im 15. und 16. Jahrhundert Anhaltspunkte für ihr Vorkommen vorliegen. Auch die Fichte ist wohl zur Römerzeit in Norddeutschland wesentlich mehr nach Nordwesten gegangen als heute. Die Nordgrenze ihrer natürlichen Ver-

[1]) Derbholz sind jene oberirdischen Stammteile, die bei mindestens 1 m vom Boden noch mehr als 7 cm Durchmesser besitzen, die dünneren Stücke, Äste usw. heißen Reisig.

breitung dürfte etwa vom Niederrhein nach dem Zuidersee und von da über Meppen — Vechta — Bremen nach Harburg zu ziehen sein. Andererseits hat die Fichte noch im Mittelalter südlich dieser Linie in vielen Gegenden gefehlt, wo die Laubhölzer ursprünglich heimisch waren. Das norddeutsche Verbreitungsgebiet der Kiefer bildet eine geschlossene Masse mit der Westgrenze: Wismar — Harburg — Bremen — Meppen. Innerhalb dieses Bereiches hat das Hauptherrschaftsgebiet der Kiefer von der Weichsel bis zur Havel-Saale-Linie gereicht. Die westlich hieran vorkommenden Kiefern-inseln in Hannover und am Harz bilden den Nachtrab, der sich allmählich nach Osten zurückziehenden Hauptmasse. In Süddeutschland lassen sich zwei alte Kieferngebiete unterscheiden: Das fränkische Becken bei Nürnberg und die oberrheinische Ebene von Basel bis Mainz und Frankfurt. Die Lärche war ursprünglich nur in einem kleinen Teile der bayrischen Alpen verbreitet, ihre Heimat liegt einerseits weiter südlich in den Hochalpen und andererseits im südlichen Polen.

Die Zusammensetzung des Waldes hat im Laufe der Zeit unter der Einwirkung des Menschen in zwei Richtungen wesentliche Änderungen erfahren. An Stelle des fast stets aus einer größeren Anzahl von Holzarten zusammengesetzten Urwaldes ist infolge der üblichen Verjüngungsmethoden der meist nur aus einer oder doch nur aus wenigen Holzarten gebildete Wirtschaftswald getreten. Die zweite Veränderung betrifft die immer weitergehende Verdrängung des Laubholzes durch Nadelholz. Letzteres war in Deutschland bis zu Ende des Mittelalters vorherrschend in Ost- und Westpreußen, sowie in einem Teile der Mark Brandenburg und in Schlesien rechts der Oder, sodann in den Böhmen umragenden Gebirgen, dem Thüringer Wald, dem Harz, der oberfränkischen Hochebene und in den Alpenländern. Im weitaus größten Teil des übrigen Deutschlands überwog das Laubholz, welches aber auch in den zuerst genannten Gebieten dem Nadelholz zu einem recht erheblichen Prozentsatze beigemischt war. Die Entwicklung der Forstwirtschaft hat dazu geführt, daß das Nadelholz nicht nur seine alten Stützpunkte mit denen es in die Geschichte eintrat, behauptete, sondern auch weite Gebiete neuerobert hat, in denen noch zu Ende des Mittelalters die Laubhölzer allein herrschten.

Die Gründe für diese Veränderung sind mehrfacher Natur. Zunächst haben die umfangreichen Rodungen während des späteren Mittelalters und der Neuzeit in erster Linie die fruchtbarsten und daher vorwiegend mit Laubholz bestockten Flächen betroffen. Dann waren die Zustände auch in einem großen Teile des übrigen Laubwaldes infolge der Weide und der schonungslosen Waldausnutzung zu Ende des 18. Jahrhunderts bei Beginn einer geordneten Forstwirtschaft in größerem Umfange so schlecht, daß ihre Umwandlung in Nadelholz als eine Notwendigkeit erschien. Zu Gunsten des gesteigerten Anbaues des Nadelholzes spricht ferner auch seine vielseitigere Verwendbarkeit für Bauten und in der Industrie. Wesentlich gefördert wird diese neuerdings auch durch die im großen Maßstab erfolgende Umwandlung geringen Ackerlandes in Wald und durch die umfangreichen Aufforstungen von Ödland, die aus technischen Gründen mit Nadelholz erfolgen müssen. Die Verschlechterung der Produktionsfähigkeit des Bodens, welche diesen für den Anbau des Laubholzes als ungeeignet erscheinen ließ, die Raschwüchsigkeit, Gebrauchsfähigkeit, sowie die leichtere Verbreitung des Samens der Nadelhölzer, der Entwicklungsgang der waldbaulichen Technik und das Streben nach Hebung der Waldrente haben diesen Wechsel der Bestockung bedingt. Letzterer war unzweifelhaft eine waldbauliche Notwendigkeit und eine ganz richtige Maßregel zur Hebung des Ertrages der Waldungen. Es läßt sich aber nicht verkennen, daß sie im Laufe der Zeit öfters über das berechtigte Maß hinaus fortgeschritten ist. Dieser Umstand hat in neuester Zeit eine lebhafte Reaktion gegen die einseitige Bevorzugung des Nadelholzes und das Streben nach einer Rückkehr zu naturgemäßeren Waldformen hervorgerufen. Die gegenwärtige Verteilung der Holzarten ist nach dem Stande vom Jahre 1900 folgende.

Es sind bestockt mit:	ha		% der gesamten Waldfläche
Eiche	1 031 966	=	7,4
Buche	2 007 878	=	14,3
Birke, Erle, Aspe, Weide	339 845	=	2,4
Laubholzmischwald	1 165 110	=	8,4
Laubholz	4 544 799	=	32,5
Kiefer	6 243 500	=	44,6
Fichte	2 817 573	=	20,1
Tanne	373 054	=	2,7
Lärche	16 942	=	0,1
Nadelholz	9 451 069	=	67,5

Heute entfallen also zwei Drittel des deutschen Waldes auf das Nadelholz, während im Mittelalter etwa ein ähnlicher Anteil dem Laubholze zukam. Fast die Hälfte des deutschen Waldes (45 Proz.) ist rein oder doch vorherrschend mit Kiefern bestockt.

Einen genaueren Einblick in die Verteilung der Holzarten nach den Landesteilen gewährt nachstehende, nur die Staats- und Staatsanteilforsten umfassende Tabelle 2 nach Prozenten der ganzen Staatswaldfläche.

Die Hälfte und mehr der Gesamtwaldfläche ist mit Laubholz bestockt in: Baden, Elsaß-Lothringen, Rheinpfalz, Reg.-Bez. Unterfranken, Hessen, Provinz Rheinland, Hessen-Nassau, Westfalen, Schleswig-Holstein, sowie in Oldenburg, Braunschweig, Waldeck und beide Lippestaaten. Das Laubholz herrscht demnach in Westdeutschland erheblich vor.

Tabelle 2

Staat	Laubholz	Darunter Eichenhochwald	Nadelholz	Kiefer	Darunter		
					Fichte	Tanne	Lärche
Preußen	25,1	5,7	74,9	61,8	13,0	0,1	0,0
Bayern	22,6	2,9	77,4	28,7	46,1	2,5	0,1
Sachsen	3,3	0,8	96,7	19,9	76,3	0,4	0,0
Württemberg	30,7	3,0	69,3	10,1	44,3	14,7	0,3
Baden	40,1	2,3	59,9	15,2	30,3	14,4	0,0
Hessen	69,1	13,3	30,9	24,1	6,7	—	0,1
Braunschweig	54,7	5,8	45,3	5,7	39,6	—	—
Elsaß-Lothringen	61,9	20,6	38,1	18,0	3,2	16,9	—
Deutsches Reich	26,7	5,2	73,3	46,6	24,6	2,0	0,05

Die Fortdauer der Verschiebung der Bestockung zugunsten des Nadelholzes zeigt recht deutlich ein Vergleichen der statistischen Erhebungen von 1883, 1893 und 1900. Es waren:

	1883	1893	1900
Laubwald	4 802 580 ha	4 667 210 ha	4 544 799 ha
Nadelwald	9 105 818 „	9 283 120 „	9 451 069 „
Gesamtwaldfläche	13 908 398 ha	13 950 330 ha	13 995 868 ha

Unter den Erzeugnissen des Waldes steht nach seiner wirtschaftlichen Bedeutung in den meisten Ländern, namentlich aber in Mitteleuropa das Holz obenan. Dieses wird im Walde in zwei Hauptformen aufgearbeitet, nämlich als das zu Heizungszwecken vorbereitete Brennholz und als das zu den mannigfachsten anderen Verwendungsweisen bestimmte Nutzholz. Da letzteres in weitaus den meisten Fällen ganz erheblich höher bezahlt wird, als das Brennholz, so ist das Streben des Waldbesitzers und Forstbeamten, wenigstens in Deutschland darauf gerichtet, die Bestände so zu erziehen, daß sie tunlichst

viel Nutzholz liefern, um bei der Fällung den möglichst größten Teil des Holzes als Nutzholz ausschalten zu können. Die gesamte Holzerzeugung des Deutschen Reiches im Wirtschaftsjahre 1899—1900 hat betragen:

Nutzholz	20 017 896[1])	fm	=	41.4	%	und	das	für	das	Hektar	1.43	fm
Brennholz	17 850 646	„	=	36.9	%	„	„	„	„	„	1.27	„
Summa Derbholz .	37 868 542	„	=	78.3	%	„	„	„	„	„	2.70	„
Stock- und Reiserholz[2])	10 472 305	„	=	21.7	%	„	„	„	„	„	0.75	„
Gesamtmasse . . .	49 340 847	fm	=	100	%	„	„	„	„	„	3.45	fm

Daß diese Erträge je nach der Besitzform, Bestockung, Holzart und noch vielen anderen Verhältnissen ganz erheblichen Schwankungen unterliegen, bedarf wohl keine weiteren Ausführung.

Über den Geldertrag folgen nachher hinsichtlich der Staatsforsten, für welche allein genügend sichere Angaben in genügendem Umfang vorliegen noch nähere Angaben. Der Erlös aus dem Holze hängt außer von der Nutzholzausbeute ganz wesentlich von dem Umstande ab, ob die Bestockung aus Laub- oder Nadelholz besteht. Der Durchschnittsertrag für die Flächeneinheit ist bei Nadelholz und vor allem bei den massenreichen Fichtenbeständen ganz wesentlich höher als bei den Laubhölzern. Wenn auch im Einzelfalle wie z. B. im Spessart das Festmeter Eichenholz mit 300 Mark und selbst noch höher bezahlt wird, so ist doch der prozentuale Anteil solcher Qualitätshölzer am Gesamtanfall zu gering, um den Durchschnittspreis des Festmeters so zu erhöhen, daß der bei Nadelhölzern im allgemeinen stets größere Massenertrag wieder ausgeglichen wird. Entscheidend für die Einnahme ist nur das Produkt: Massenertrag mal Durchschnittspreis des Festmeters.

Um ein Bild vom Gesamtwerte der jährlichen Holzerzeugung Deutschlands zu ermöglichen, kann man annehmen, daß gegenwärtig der durchschnittliche Wert eines Festmeters Derbholz (einschl. des zugehörigen Stock- und Reiserholzes) 10 Mark beträgt. Wenn also jährlich, wie oben angegeben wurde, rund 38 Millionen Festmeter Holz geerntet werden, so kann dessen Wert zu 380 Millionen Mark veranschlagt werden. Dieser Betrag läßt in Zukunft auch auf der jetzt vorhandenen Waldfläche noch eine wesentliche Steigerung erwarten: durch bessere Ausnutzung der gegenwärtig teilweise unnutzbaren oder ungenügend verwerteten Holzmassen, durch allmähliche Verbesserungen des Waldzustandes und durch das fortwährende Steigen der Holzpreise. Diese Zahlen allein beweisen die hohe und immer mehr hervortretende Bedeutung des Waldes für die deutsche Volkswirtschaft.

Außer dem Holze, der Hauptnutzung, liefert der Wald aber auch noch zahlreiche andere Erzeugnisse. Diese sind entweder Bestandteile der Bäume, wie Rinde (für Gerber), Früchte, Futterlaub, Laub- und Nadelstreu, Aststreu, Harz, Teer, teils neben und unter den Bäumen erwachsen, wie Moos und Unkräuterstreu, eßbare Pilze, Beeren, Gras, teils endlich auch Bestandteile des Bodens z. B. Steine, verschiedene Erdarten, Torf usw.

Vom Standpunkte des großen Waldbesitzers der Gegenwart in Mitteleuropa haben diese Nutzungen der Regel nach nur eine untergeordnete Bedeutung, anders liegen die Verhältnisse bei dem kleinen bäuerlichen Waldbesitzers, der meist seinen Wald wegen der Nutzungen an Weide und Streu, die er ihm zur Unterstützung seiner Landwirtschaft entnehmen kann, höher schätzt, als wegen der Holznutzung. In Notjahren vermag der geschonte und gut gepflegte Wald der Landwirtschaft überhaupt weitgehende Unterstützung zu gewähren durch Abgabe von Bodenstreu, Gras, Futterkraut und Gestattung der Waldweide. Der Wert dieser Futterstoffe wurde z. B. im Jahre 1893 in Württemberg zu 2,8 Millionen Mark, in Elsaß-Lothringen zu 3,1 Millionen Mark veranschlagt.

[1]) fm = ein Festmeter = 1 cbm., Kubikmeter, fester Holzmasse.
[2]) Oberirdische Holzmasse von weniger als 7 cm Stärke.

Hochgeschätzt werden auch die Beerenfrüchte und Pilze, die eine reiche Einnahmequelle allerdings weniger für den Waldbesitzer als für die ärmere Bevölkerung bilden. Die hierbei erzielten Gewinne sind weit größer, als gewöhnlich angenommen wird. Genauere Ermittelungen zeigen, daß an zahlreichen, günstig gelegenen Orten weit über 100 000 Mark jährlich von den Händlern für die gelieferten Beeren gezahlt werden.

Der Geldwert dieser Nebennutzungen läßt sich nicht genau feststellen, da eine Preisbestimmung nach ihrem wirtschaftlichen Werte überhaupt nicht erfolgt. Der kleine Waldbesitzer verwendet sie ohne weiteres in der eigenen Wirtschaft, der große Waldbesitzer gestattet sie entweder überhaupt nicht oder bestimmt dann, wenn dieses der Fall ist, einseitig fast allgemein den Preis so niedrig, daß die Nutzungen entweder als Einnahmequelle für die Waldarbeiter oder als Unterstützung der ärmeren Bevölkerung erscheint.

Die genaue Darstellung der Erträge des Waldes in Form von Geld ist mit Schwierigkeiten verknüpft, weil eine sorgfältige und umfassende Buchführung selbst unter den günstigsten Voraussetzungen nur hinsichtlich der Erträge an Holz stattfindet, während jene aus den Nebennutzungen, wie oben bemerkt, niemals nach ihrem vollen Werte verbucht werden. Die genauesten Zahlen liegen für die Staatswaldungen vor und folgen in Tabelle 3 für einige größere Staaten, da diese gleichzeitig einen guten Einblick in die gesamten Verhältnisse gestatten.

Im Wirtschaftsjahre 1908 haben Einnahmen und Ausgaben für die Staatswaldungen sich folgendermaßen gestaltet:

Tabelle 3

Staat	Einnahme im ganzen Mk.	Hierunter aus Holz im ganzen Mk.	Hierunter aus Holz für 1 ha Mk.	Ausgaben im ganzen Mk.	Einnahme im ganzen Mk.	Überschuß für 1 ha Mk.	Ausgaben in Proz. der Bruttoeinnahme
Preußen . . .	125 117 605	117 940 954	42,39	55 661 104	69 456 501	23,53	44
Bayern[1]) . .	45 586 366	43 952 976	46,91	20 979 858	24 606 508	26,26	46
Württemberg .	19 766 284	19 012 955	100 02	7 097 892	12 668 392	66,64	36
Baden . . .	8 099 667	7 886 429	82,76	3 612 300	4 487 367	47,09	45
Kgr. Sachsen .	16 525 647	16 056 672	89,00	6 363 627	10 162 020	56,33	39
Els. Lothringen	7 754 874	7 266 223	46,90	3 971 854	3 783 020	24,42	26

Die zur Verrechnung gelangenden Holzerträge der deutschen Staatsforsten schwanken für größere Gebiete zwischen 3,4 und 6,6 fm Derbholz für das Hektar, davon etwa 60 Proz. Nutzholz. Die Roheinnahme schwankt zwischen 40 und 120 Mark, der Einnahme-Überschuß nach Abzug der Ausgaben auf 25 bis 80 Mark für das Hektar. Letzterer ist aber nachhaltig nur möglich beim Vorhandensein eines großen und hochwertigen Holzvorrates. Annäherungsweise kann man sagen, daß von dem Einnahmeüberschuß 20 Proz. als Zinsen des Bodens und 80 Proz. als jene des Holzvorrates zu betrachten sind.

Gewinnung, Transport und weitere Verarbeitung der Walderzeugnisse geben reiche Gelegenheit zur Verwendung von produktiver Arbeit. Nach der Berufs- und Gewerbezählung vom Jahre 1907 waren in der Forstwirtschaft 126 000 Personen als Beamte und Arbeiter im Hauptberuf, sowie 352 600 Personen im Ganzen einschl. der Familienangehörigen tätig. Im Nebenberuf haben sich 654 000 Personen der Forstwirtschaft gewidmet; diese Zahlen sind, wie der Vergleich mit früheren Zählungen beweist, in steter und erheblicher Zunahme begriffen.

Wie gelegentlich einer im Jahre 1908 für die bayrischen Staatswaldungen veranstalteten Erhebung festgestellt worden ist, treffen auf ein Hektar jährlich 5,5 Arbeitstage oder es würden etwa 60 Hektar einen ständigen Arbeiter beschäftigen, wenn es möglich wäre die Arbeit über das ganze Jahr gleichmäßig zu verteilen. Bei der Landwirtschaft wird dagegen bereits auf je 4 Hektar ein ständiger Arbeiter gerechnet.

[1]) Wirtschaftsjahr 1907.

Die Forstwirtschaft braucht zwar verhältnismäßig wenig Arbeitskraft ist aber volkswirtschaftlich dadurch bedeutungsvoll, daß sie in Gegenden mit armem Boden und rauhem Klima zahlreichen Familien eine Existenzmöglichkeit gewährt. Diese haben namentlich durch die Waldarbeit Gelegenheit zum Erwerbe von Bargeld, das sonst fast vollständig fehlt, da ein Verkauf von Erzeugnissen der Landwirtschaft unter derartigen Verhältnissen nicht oder doch nur in sehr beschränktem Maße möglich ist.

Trotz des Waldreichtums und einer hochentwickelten Forstwirtschaft vermag Deutschland seinen Holzbedarf nicht zu decken, sondern muß fortwährend erhebliche Mengen Holzes einführen. Seit 1865 übersteigt die Einfuhr von Holz die Ausfuhr und zwar mit fortschreitender Zeit in immer höherem Maße. Je größer der wirtschaftliche Aufschwung, um so beträchtlicher ist die Holzeinfuhr. Ein Rückgang der Holzeinfuhr ist gleichbedeutend mit dem Rückgange der Industrie und des gesamten wirtschaftlichen Lebens. Dieses Gesetz ist so sicher und andererseits auch so empfindlich wirksam, daß die Rückwirkung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage auf die Holzeinfuhr sich sogar von Monat zu Monat verfolgen läßt.

Der Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr hat im Jahre 1909: 13,5 Millionen Festmeter Rundholz betragen, die hauptsächlich aus Österreich-Ungarn und Rußland stammen, hierfür mußten etwa 300 Millionen Mark an das Ausland gezahlt werden. Eine wesentliche Änderung dieses Verhältnisses ist in naher Zukunft nicht zu erwarten. Die jährliche Nutzholzproduktion der deutschen Waldungen wurde im Jahre 1909, wie oben angegeben, mit 20 Millionen Festmeter ermittelt. Die durchschnittliche Mehreinfuhr beträgt also in neuester Zeit etwa 67 Proz. der heimischen Produktion. Sollte diese Menge im Inlande erzeugt werden, so wäre hierzu bei Unterstellung eines Nutzholzanfalles von 1,5 fm für ein Hektar eine Waldfläche von 9 Millionen Hektar über die vorhandene hinaus erforderlich und das Bewaldungsprozent des Deutschen Reiches müßte von 26 Proz. auf 43 Proz. steigen, was weder möglich noch im Interesse der Ernährung unserer rasch wachsenden Bevölkerung wünschenswert erscheint.

Die einheimische Nutzholzerzeugung ist aber trotzdem noch einer erheblichen Steigerung fähig durch geschicktere Ausnützung des vorhandenen Holzes, Umwandlungen schlechter Nieder- und Mittelwaldungen in Nadelholzbestände und Verbesserung des Zustandes schlechter Privatwaldungen. Immerhin dürfte jedoch diese Mehrung kaum ausreichen, um die stetige Zunahme des Bedarfs von Nutzholz auszugleichen. Ein weiteres und wesentlich wirksames Mittel besteht in der Aufforstung der vorhandenen Ödländereien und geringen Weiden, deren Größe im Jahre 1900 zu 633 000 ha ermittelt wurde und mindestens auf 700 000 ha geschätzt werden darf. Dieses Mittel wirkt aber nur langsam. In Preußen, wo noch die größte Fläche Ödlands liegt (1900: rund 550 000 ha) und seit langen Jahren mit größter Energie an einer Verbesserung ihres Zustandes mittels Ankaufes durch den Staat und Aufforstung gearbeitet wird, konnten in der Zeit von 1883 bis 1909 doch nur 120 000 ha Ödland erworben und auch zum größten Teile aufgeforstet werden. Immerhin vermag aber auch die Wirkung dieser Maßregel erst nach 60 bis 80 Jahren in die Erscheinung zu treten; bis dahin wird aber auch der Bedarf der Industrie wieder gewachsen sein.

Die Frage nach der Deckung des Nutzholzbedarfes ist deshalb so brennend, weil sie nicht allein Deutschland, sondern überhaupt alle großen Kulturländer betrifft. Melard hat schon auf dem Forstkongreß in Paris 1900 die Versorgung mit Nutzholz vom Standpunkte der Weltwirtschaft geprüft und ist hierbei zu dem Ergebnis gelangt, daß der Holzvorrat und der Holzzuwachs in absehbarer Zeit nicht mehr ausreichen werden, um den rasch wachsenden Bedarf zu decken. Sein Bericht gipfelt in dem Ausspruch: Nous marchons vers la disette, wir gehen der Holznot entgegen!

Seine Ausführungen sind zwar von verschiedenen Seiten angegriffen worden und dürften wohl allzu pessimistisch sein, immerhin bleibt aber die Lage doch sehr ernst und es liegt dringende Veranlassung vor, alle Möglichkeiten zur Steigerung der Holzerzeugung einerseits und zur Ersparung von Holz andererseits nach Kräften auszunutzen.

Als eine wichtige Hilfe können in dieſer Richtung, namentlich auch für Deutſchland die Kolonien in Betracht kommen, wenn es gelingt, in ihnen nicht nur harte Laubhölzer und Edelhölzer, ſondern auch Nadelhölzer zu finden, die geeignet ſind, den Maſſenbedarf bei Bauten zu decken. Nach den Ergebniſſen der neueſten Forſchungsreiſen ſcheint hierfür allerdings die Möglichkeit zu beſtehen.

Wenn auch die forſtliche Technik erſt verhältnismäßig jung iſt, ſo haben doch verſchiedene Momente zuſammengewirkt, um den deutſchen Wald bis zur Neuzeit ohne menſchliche Kunſt in verhältnismäßig gutem Zuſtande zu bewahren. Als ſolche ſind namentlich zu nennen: die dem Gedeihen des Waldes günſtigen klimatiſchen Faktoren, die ſchwache Bevölkerung, das Fehlen holzverbrauchender Gewerbe und Induſtrien im modernen Sinne, die Jagdliebe der Fürſten und endlich die Furcht vor Holznot, die ſchon im Mittelalter zahlreiche Beſtimmungen zur Schonung des Waldes veranlaßte. Erſt ſeit dem Ende des 17. Jahrhunderts begann mit dem raſchen Anwachſen der Bevölkerung und der Entfaltung der Induſtrie eine ſtärkere, nicht ſelten viel zu weitgehende Ausnutzung des Waldes. Glücklicherweiſe entwickelte ſich ſeit dieſer Periode auch die Technik der Forſtwirtſchaft in entſprechendem Maße, um die ſachgemäße Behandlung der Waldungen zu ermöglichen und deren dauernde Ertragsfähigkeit ſicherzuſtellen.

Die erſten Anſätze einer Forſtwirtſchaft reichen bis in das Mittelalter zurück. Die älteſten Verſuche einer geregelten Waldausnutzung und ſyſtematiſchen Wiederverjüngung durch Saat und Pflanzung wurden bereits im 14. und 15. Jahrhundert gemacht (Erfurt, Nürnberg, Frankfurt), im 16. Jahrhundert gab dann namentlich der ſich nun ſtärker entwickelnde Bergbau Veranlaſſung auf eine pflegliche Behandlung der zugehörigen Waldungen Bedacht zu nehmen. Das 17. Jahrhundert mit dem 30jährigen Kriege und dem hierdurch bedingten jahrzehntelangem Darniederliegen der Landeskultur iſt auch auf dieſem Gebiete durch Stillſtand und ſelbſt durch Rückgang charakteriſiert. Erſt gegen die Mitte des 18. Jahrhunderts begann eine Periode des Aufſchwungs, die ſich in ununterbrochener Folge bis zur Gegenwart erſtreckt. Begünſtigt durch das Auftreten hervorragender Männer, eine entſprechende Geſetzgebung und das Intereſſe der Staatsverwaltungen iſt die deutſche Forſtwirtſchaft auf jene hohe Stufe emporgeſtiegen, auf der ſie ſich gegenwärtig befindet. Ohne ſich dem Vorwurfe des Chauvinismus ausſetzen zu müſſen, kann mit berechtigtem Selbſtbewußtſein geſagt werden, daß die deutſche Forſtwirtſchaft und die mit ihr im engſten Zuſammenhange ſtehende Forſtwiſſenſchaft den erſten Rang einnehmen. Die hohen Erträge der deutſchen Waldungen ſowohl als auch die allgemeine Anerkennung, die deutſche Forſtwirtſchaft und Forſtwiſſenſchaft in allen ziviliſierten Ländern genießen, die zahlreichen Studienreiſen fremder Forſtleute und Waldbeſitzer nach Deutſchland und die Berufung deutſcher Forſtmänner in das Ausland bilden beredte und erfreuliche Beläge für dieſe Behauptung. Als glänzendſtes Beiſpiel für die Erfolge deutſcher Forſtwirtſchaft im Auslande iſt wohl die Tätigkeit deutſcher Forſtleute in Kiautſchau zu nennen, die geradezu vorbildlich für einen großen Teil Oſtaſiens wirkt.

Der Übergang aus dem Urwald zu dem wohlgepflegten Wirtſchaftswalde der Gegenwart hat ſich nicht ohne Fehlgriffe und Rückſchläge vollzogen, die ja auf keinem Gebiete ausbleiben. Praxis und Wiſſenſchaft arbeiten aber in enger Verbindung eifrig daran weiter, daß kein Stillſtand eintritt, ſondern daß eine ſtetige Weiterentwicklung in aufſteigender Linie erfolgt, die wir im Intereſſe des deutſchen Volkes und zur Förderung der Größe Deutſchlands erſtreben.

Fischerei.

Von Dr. **Fischer,** Generalsekretär des Deutschen Fischerei-Vereins, Berlin.

Die Fischerei zerfällt nach den natürlichen Verhältnissen des Wassers in die Binnen- oder Süßwasserfischerei, in die Küsten- und Hochseefischerei. Die Binnenfischerei umfaßt die Fischerei im süßen Wasser, die Küstenfischerei die Fischerei an den Küsten innerhalb einer Zone von drei Seemeilen vom Lande ab und die Hochseefischerei die Fischerei auf dem Meere außerhalb der Drei-Meilen-Zone. Die Binnenfischerei zerfällt wiederum in die sogenannte wilde (natürliche) und die zahme (künstliche) Fischerei. Unter der wilden Fischerei versteht man den Fang der in natürlichen Gewässern sich aufhaltenden Wassertiere. Die künstliche Fischerei ist diejenige, welche in künstlich gebildeten geschlossenen Gewässern (Teichen) betrieben wird, aus denen in der Regel eine Zu- oder Abwanderung von Fischen aus anderen Gebieten nicht stattfinden kann. Der volkswirtschaftlich bedeutendere Teil der deutschen Fischerei ist dem Ertrage nach die Binnenfischerei. Wenn auch für sie aus natürlichen Gründen zurzeit noch eine genaue Statistik fehlt, so wird man doch auf Grund des vorhandenen Materials den jährlichen Ertrag der deutschen Binnenfischerei auf etwa 80 bis 100 Millionen Mark veranschlagen dürfen. Die Verhältnisse für die wilde Binnenfischerei haben sich in den letzten 50 Jahren erheblich ungünstiger gestaltet als früher. Das liegt daran, daß die Ströme und Flüsse für andere Zwecke als die der Fischerei in Anspruch genommen worden sind. Mit dem Wachsen der Schiffahrt sind die für die Schiffahrt notwendigen Bauten in den Flüssen und Strömen stark vermehrt, die Ströme in ihrer natürlichen Beschaffenheit geändert worden, wodurch die Lebensbedingungen der Fische eine bedeutende Beeinträchtigung gefunden haben. Die Strombauten haben in vielen Fällen der natürlichen Fortpflanzung der Fische sich hemmend in den Weg gestellt, und bei der erheblich größeren Bedeutung der Schiffahrt haben in vielen Fällen die Interessen der Fischerei zurückstehen müssen. Hieraus folgt eine weit größere Betätigung der künstlichen Fischzucht auch in natürlichen Gewässern als früher. Wo die Bedingungen für die natürliche Fortpflanzung der Fische in den Strömen geschädigt wurden, setzte die künstliche Fischzucht ein, um durch die künstliche Erbrütung von jungen Fischen und das Einsetzen dieser jungen Fische in die Gewässer den Ausfall zu decken. Das ist besonders der Fall bei dem so wertvollen Wanderfisch, dem Lachs, und diese Bestrebungen haben im Rheingebiet zum Abschluß eines internationalen Lachsvertrages zwischen Holland, Deutschland und der Schweiz geführt, nach dem jeder der beteiligten Staaten die Verpflichtung hat, eine gewisse Menge von künstlich erbrüteten Lachsen alljährlich dem Rheingebiet zuzuführen. Man darf wohl behaupten, daß ohne diese systematisch durchgeführte Besetzung des Rheingebietes mit künstlich gezüchteten Lachsen dieser wertvolle Fisch nicht mehr in wirtschaftlich überhaupt beachtenswerten Mengen im Rheingebiet und in anderen Strömen vorkäme. Es ist natürlich, daß, je mehr die wilde Fischerei infolge der angedeuteten Verhältnisse — auch die Beeinträchtigung der Fischerei durch Verunreinigung der Gewässer durch die Industrie ist hier zu erwähnen — zurücktrat, desto intensiver sich die Fischerei bezw. Fischzucht in denjenigen Gewässern gestaltet hat, in denen die durch Schiffahrt und Industrie hervorgerufenen Schädigungen der Fischerei nicht in Frage kommen. Das

sind einerseits die großen geschlossenen Seen, die sich hauptsächlich in Mittel- und Nordost-Deutschland befinden und zweitens die Fischwirtschaft in künstlich angelegten Teichen, die Karpfen- und Salmoniden-(Forellen-)Zucht. Hier ist gerade in den letzten 50 Jahren Bedeutungsvolles geleistet worden. Die deutsche Fischzucht hat sich von den früheren Lehrmeistern — in der Karpfenzucht waren dies die Österreicher — frei gemacht und auf eigenen Wegen wandelnd hervorragendes geleistet. Produziert doch die preußische Provinz Schlesien mit der Lausitz und dem Königreich Sachsen jährlich rund 60 000 Zentner Karpfen. Die künstliche Fischzucht, soweit sie die Salmoniden betrifft, ist durch einen Deutschen, Jacobi, erfunden worden und hat, wie das auch auf anderen Gebieten so häufig der Fall ist, die hohe Bedeutung im Vaterlande erst erreicht, nachdem sie einen Umweg über das Ausland gemacht hat. Jacobi lehrte, daß man dem laichreifen Fisch die Fortpflanzungsprodukte entnehmen, die Eier befruchten und die befruchteten Eier in dazu geeigneten Gefäßen erbrüten könne. Auf dieser Jacobischen Erfindung beruht die ganze Zucht der Salmoniden (Lachse, Forellen, Saiblinge), die eine außerordentliche Bedeutung gewonnen hat. Auch wirtschaftlich dankbare, in Deutschland nicht vorkommende Salmoniden hat man eingeführt und der heimischen Volkswirtschaft nutzbar gemacht: es sei hier besonders die von Amerika importierte Regenbogenforelle erwähnt.

Auch die Hochseefischerei, deren Ertrag in Deutschland auf etwa 40 000 000 Mark zu veranschlagen ist, hat seit der Gründung des Deutschen Reiches höchst erfreuliche Fortschritte gemacht. Zahlreiche Fischereigesellschaften mit vielen Fischdampfern sind gegründet worden und nützen die Schätze des Meeres aus. Mit den praktischen Bestrebungen der Fischerei geht Hand in Hand die wissenschaftliche Forschung, die besonders auf dem Gebiete der Hochseefischerei zutage getreten ist; die internationale Kommission für Erforschung der Nordmeere umfaßt die in Frage kommenden Staaten und arbeitet unter systematischer Arbeitsteilung.

Da es in Deutschland infolge des Charakters des Deutschen Reiches als Bundesstaat eine Reichsfischereibehörde nicht gibt, liegt die Vertretung und Förderung der Fischerei sowohl praktisch als auch wissenschaftlich in Vereinen, die sich der Unterstützung des Reiches wie der Bundesstaaten erfreuen. Schon im Jahre 1870 wurde der Deutsche Fischerei-Verein gegründet, dessen erster Präsident der damalige Graf zu Münster, der nachherige Botschafter des Deutschen Reiches in Paris, war. Der Deutsche Fischerei-Verein stellte sich zur Aufgabe, die Interessen der gesamten deutschen Fischerei zu vertreten und zu fördern. Mit dem Wachsen der Bedeutung der Hochseefischerei entstand im Deutschen Fischerei-Verein selbst vor 25 Jahren eine Sektion für Hochsee- und Küstenfischerei, die sich später als Deutscher See-Fischerei-Verein von dem Mutterverein loslöste und selbständig wurde, so daß nunmehr dem Deutschen Fischerei-Verein die Binnenfischerei, dem Deutschen Seefischerei-Verein die Küsten- und Hochseefischerei zu fördern und zu vertreten obliegt. Der Deutsche Fischerei-Verein, unter dem Präsidium des Herzogs zu Trachenberg Fürst von Hatzfeldt stehend, ist organisiert über das ganze Deutsche Reich durch 24 ihm angeschlossene bundesstaatliche und preußische Provinzialvereine, denen in engstem Zusammenhang mit der Zentrale die Bearbeitung der lokalen Fragen obliegt. Diese Organisation umfaßt mit den einzelnen, bundesstaatlichen und preußischen Provinzial-Fischereivereinen wiederum angeschlossenen Vereinen rund 33 000 Mitglieder.

Der Deutsche Seefischerei-Verein, dessen langjähriger Präsident Dr. Herwig, früher Präsident der Klosterkammer in Hannover, sich die höchsten Verdienste um die Organisation der Deutschen Seefischerei erworben hat, steht zurzeit unter der Leitung des Legationsrat z. D. Rose. Er nimmt nicht wie der Deutsche Fischerei-Verein durch lokale Organisation, sondern direkt die Interessen der Küsten- und Seefischerei, allerdings in Verbindung mit den betreffenden Instanzen an den Küsten wahr. Beide Vereine, sowohl der Deutsche Fischerei-Verein als auch der Deutsche Seefischerei-Verein werden durch das Reich, der Deutsche Fischerei-Verein auch durch die einzelnen Bundes-

staaten mit erheblichen Summen unterstützt, so daß sie gewissermaßen, zumal sie vom Reich mit der Lösung besonderer Aufgaben beauftragt werden, an die Stelle der nicht vorhandenen Reichsfischereibehörde getreten sind. Es gibt wohl keine Frage auf fischereilichem Gebiete von einiger Bedeutung, der nicht diese Vereine ihre Aufmerksamkeit zuwenden und die sie nicht in den Bereich ihrer Betätigung ziehen. Auch außerdem wendet das Reich, wenden die Bundesstaaten Mittel der Förderung der Fischerei zu. Der internationalen Kommission für Erforschung der Nordmeere ist schon Erwähnung getan worden. Preußen hat ferner zur Erforschung der Verhältnisse der Binnenfischerei, besonders der wilden Fischerei, ein großes Institut für Binnenfischerei in Friedrichshagen am Müggelsee bei Berlin gegründet, und Bayern eine biologische Fischereistation in München geschaffen. Außer diesen Instituten sorgen auch noch andere kleinere, mehr von lokaler Bedeutung für die Erforschung der Fischereiverhältnisse. Die staatliche Fischereiaufsicht ist in Preußen den Oberfischmeistern übertragen, die teils im Haupt-, teils im Nebenamt ihre Tätigkeit ausüben. Auch auf dem Gebiete der Gesetzgebung haben sich die einzelnen Staaten betätigt, Bayern hat vor kurzem ein neues Fischereigesetz, das außerordentlich sachgemäß zu wirken scheint, geschaffen, in Preußen und Württemberg ist ein neues Fischereigesetz in Vorbereitung. Die Frage der gesetzlichen Regelung durch das Reich ist zur Erörterung gekommen; es darf jedoch angenommen werden, daß infolge der verfassungsmäßigen Verhältnisse des Reichs eine reichsgesetzliche Regelung der Fischerei nicht zu erwarten ist. Für die nähere Zukunft wird voraussichtlich die deutsche Fischerei in ihrem Betriebe sich einer immer intensiveren Wirtschaft befleißigen, um für die ihr zuteil werdenden Beeinträchtigungen einen Ausgleich zu bieten. Die Fischerei zu fördern und soweit als möglich gegenüber anderen wirtschaftlich vielleicht bedeutungsvolleren Gebieten zu schützen, wird Aufgabe der maßgebenden Instanzen stets sein müssen, da durch die Fischerei dem Volke ein außerordentlich wichtiges Nahrungsmittel geboten wird und andererseits auch die Fischereibevölkerung für die Schiffahrt, als Stamm für die Mannschaften der Handels- und Kriegsmarine, von großer Wichtigkeit ist.

Deutschlands Bergbau.

Von Berginspektor **Fritz Jüngst**, Göttelborn bei Saarbrücken.

Die weltpolitische Bedeutung einer großen Nation wird zu unserer Zeit in erster Linie bedingt durch ihre wirtschaftlichen Kräfte. Eine mächtige Entwicklung des Wirtschaftslebens im Lande, welche Wege sucht und Wege findet zur Weitung des Blickes über die Grenzen des eignen Landes hinaus und zum erfolgreichen Eintreten in den Wetteifer der Nationen um ihre weltwirtschaftliche Bedeutung — sie ist es, in der eine Weltmacht ihre besten Stützpunkte findet zur Erfüllung ihrer großen, vielseitigen Aufgaben nach innen und nach außen.

Im Rahmen dieser wirtschaftlichen Riesenarbeit, in welcher unzählige Kräfte aller entwicklungsfähigen Gebiete, Land- und Forstwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe sich betätigen, nimmt der Bergbau seiner Natur nach eine gesonderte Stellung ein. Denn nicht für alle Länder ist von vornherein die Möglichkeit gegeben, einen blühenden Bergbau erstehen zu lassen und ihn als mächtigen Bundesgenossen aufzurufen zur Messung der wirtschaftlichen Kräfte. Diese Möglichkeit ist, wie auf keinem andern Gebiete, vollkommen abhängig von dem Maße, in dem die Natur ein Land mit natürlichen Schätzen ausgestattet hat. Wo aber solche im Grunde der Berge schlummern, da kann man mit Fug und Recht von einem Nationalschatze sprechen, der, unmittelbar von der Natur gespendet, reichen Segen über ein Land auszuschütten vermag, wenn er der Erde abgerungen wird. Denn in schier unendlicher Vielseitigkeit durchdringt und befruchtet er fast alle Gebiete des modernen Kultur- und Wirtschaftslebens. Er weist neue Wege und läßt neue Ziele erstehen, für die Erforschung der Naturgesetze, für die geistigen Kräfte des Volkes, die nach Betätigung drängen und für den stolzen Aufbau eines im besten Sinne modernen, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch ethisch durchgebildeten und festgefügten Staatsgebildes.

Freilich geben die Berge ihre Schätze nicht kampflos heraus. Längst sind die Zeiten vorüber, da im stillen Tale der Bergmann seinen eignen Stollen befuhr und beim Klange von Schlägel und Eisen in friedlichster Arbeit seine eigenen Erze brach. Aus den Lebensidyllen, die in den alten Bergmannsliedern gepriesen werden, haben sich gewaltige Tummelplätze sprühenden Lebens entwickelt. Kühner Unternehmergeist und Wagemut, gepaart mit einem klaren Blick für wirtschaftliche und soziale Möglichkeiten und Notwendigkeiten, seltene Ausdauer, ein gegen Enttäuschungen gewappneter Sinn und eine durchgebildete Kriegskunst gegen die Gefahren der Teufe sind die Grundbedingungen für die moderne Erschließung der Naturschätze. Eine freie und weise Berggesetzgebung, welche der freudigen Entwicklung dieser Grundbedingungen Tür und Tor öffnet und nur dort bremsend eingreift, wo die Überspannung der Kräfte zum Taumeln führt, muß den Weg begrenzen, auf welchem die Entwicklung vorwärtsschreitet. Weitblickende Männer, die über die Aufgaben des Tages hinausgewachsen sind und die Funktionen des Einzelgliedes im Gesamtorganismus zu deuten verstehen, müssen bannertragend voranschreiten und alle Kräfte sammeln zu gleichem Wegeschritt und zum Streben nach demselben Ziele, der Stärkung aller nationalen Arbeit zum Wohle des gesamten Vaterlandes. Nur dann wird der Bergbau seiner Aufgabe voll gerecht.

Wie steht es nun damit im deutschen Vaterlande? Daß dem Bergbau mit seiner heutigen Ausdehnung, seiner technischen Ausgestaltung und mit seiner wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung eine große Rolle auf dem Schauplatz des Gesamtlebens der Nation zugefallen ist, dafür braucht heute kaum der Beweis mehr erbracht zu werden. Einige Zahlen mögen einen Überblick geben: Im Deutschen Reiche werden unmittelbar durch den Bergbau ohne Berücksichtigung der verwandten und vielfach enge mit ihm verknüpften Hütten- und Steinbruchbetriebe 3,7 Proz. der gesamten Bevölkerung ernährt; auf 85 Personen der Reichsbevölkerung entfällt je ein Bergmann, und die Zahl der Bergwerke, in welchen ein über 700 000 Mann starkes Arbeiterheer in nimmer ruhendem Kampfe mit den Naturgewalten ringt, hat 3000 überschritten. Die Menge an reinen Bergwerkserzeugnissen der verschiedensten Art, welche alljährlich ans Tageslicht gefördert werden, beträgt heute fast 250 Millionen Tonnen (1 t = 1000 Kilogramm), und der Wert der gewonnenen Riesenschätze erreicht jährlich nahezu die Summe von 2 Milliarden Mark. Solche Zahlen reden eine deutliche Sprache, wenn man damit die gesamten jährlichen Ausgaben des Reichshaushaltes vergleicht, welche mit der Endsumme von etwas über $2^3/_4$ Milliarden Mark zu zwei Dritteln durch die im Bergbau erzeugten Werte bestritten werden könnten.

Aber mit der Betrachtung der augenblicklichen Bedeutung des Bergbaues im öffentlichen Leben sind die Hauptfragen, welche sich gerade wegen dieser Bedeutung aufdrängen, noch nicht beantwortet. Der Sorgen sind viele: Wird diese Blüte von Bestand sein? Ist sie überhaupt von natürlicher Art und frei von tötenden Schädlingen? Wie verläuft die Entwicklungslinie, auf welcher der deutsche Bergbau sich bewegt? Wie verhält sie sich zu der bergbaulichen Entwicklung anderer Großstaaten? Alles in allem müssen wir uns fragen, ob unser Bergbau so fest gegründet und so zielbewußt geleitet ist, daß er für die Zukunft mit seinem Bestande und seinen Zielen dem Reichsganzen als organisch eingefügter, gesunder Kulturfaktor erhalten bleiben wird.

Wir wollen, um zu einem möglichst klaren Urteile zu gelangen, von den durch Natur und Geschichte gegebenen Unterlagen ausgehen und unsere Fragen folgendermaßen stellen: Welches Maß von Bodenschätzen hat die Natur uns verliehen und wie werden sie gehoben? Welchen Weg schlug die deutsche Berggesetzgebung ein, um die Hebung der Schätze richtig zu leiten und zu fördern? Welche tatsächliche Entwicklung hat der deutsche Bergbau auf Grund seiner Berggesetze genommen? Streiflichter auf die Verhältnisse in anderen Kulturstaaten sollen den Rahmen des Bildes erweitern und unsere Stellung im weltwirtschaftlichen Wettbewerb der Völker beleuchten. Das so gewonnene Gegenwartsbild wird dann ganz natürlich den Zukunftshorizont mit seinen Strahlen durchdringen.

Deutschlands natürliche Schatzkammern und die Werkstätten des deutschen Bergbaues.

Keinem Lande der Erde wurde das Glück zuteil, bedeutende Lager von sämtlichen in der Erdrinde vorkommenden, natürlichen Schätzen zu besitzen. Am reichsten sind an solchen die Vereinigten Staaten von Amerika, welche mit ihrer Deutschland um das siebzehnfache übertreffenden Bodenfläche so vielseitige, wertvolle Lagerstätten überdecken, wie sie in keinem andern Lande mehr gefunden werden. Aber gerade wenn man den großen Unterschied beider Länder in der Flächenausdehnung betrachtet, so muß man zu der Überzeugung gelangen, daß die Natur auch unser Vaterland mit selten reichem Segen überschüttet, daß sie auf geringem Raume wahre Schatzkammern angelegt hat.

Man kann die wichtigsten, bergmännisch zu gewinnenden, nutzbaren Mineralien und Gesteinsarten in drei große Gruppen sondern, nämlich Kohlen, Erze und Salze. Von allen drei Gruppen hat Deuschland seinen reichlichen Anteil erhalten.

Deutschlands Kohlenvorräte.

Noch auf lange Zeiten hinaus wird die Kohle als Krafterzeugungsmittel im wirtschaftlichen Leben an erster Stelle stehen. Vor allem unser wichtigster Industriezweig, die Eisenindustrie, wird des hohen Heizwertes der Steinkohlen und des daraus gewonnenen Koks noch lange nicht entraten können, wenn auch die Eisengewinnung mit Hilfe der Ausnutzung natürlicher Wasserkräfte und ihrer Umwandlung in elektrische Energie bereits beginnt, einen gangbaren Weg der Entwicklung für die Zeit nach der Erschöpfung der Kohlenvorräte vorzuzeichnen. Die Frage, ob Deutschland seinen Kohlenbedarf auf die Dauer im wesentlichen aus eigenen Lagern decken kann, und damit seiner Industrie die Unabhängigkeit von wirtschaftspolitischen Maßnahmen anderer Staaten zu erhalten vermag, ist daher von großer Bedeutung. Tatsächlich ist diese Frage zu unseren Gunsten zu entscheiden; denn Deutschland besitzt selten reiche Lagerstätten sowohl der älteren Steinkohlen als auch der den jüngeren Gebirgsformationen eingelagerten Braunkohlen.

Steinkohlen. Die Steinkohlen sind gleich den Braunkohlen im Gegensatze zu den anderen Gesteinsarten pflanzlichen Ursprungs und die chemisch verwandelten Überreste einer üppigen Vegetation aus früheren Jahrtausenden, welche von der Vorsehung sorglich mit mächtigen, schützenden Gesteinsmassen eingedeckt wurden. Sie finden sich in schichtartigen Platten, regelrecht den Gesteinsschichten eingegliedert, und ihre Aufsuchung durch Tiefbohrungen kann man wohl dem Durchstöbern einer altehrwürdigen Bücherei vergleichen, in der zwischen vielen, lehrreichen Zeugen längst vergangener Zeiten sich einzelne, besonders wertvolle Bücher eingeschichtet finden, deren Inhalt noch zur Lösung von Aufgaben unseres Zeitalters Bedeutung hat.

Solche Steinkohlenlager, Flöze genannt, sind von sehr verschiedener Dicke oder Mächtigkeit, die von wenigen Zentimetern bis zu 12 m und darüber ansteigt. Sie gibt im Verein mit der vielgestaltigen Faltung, Knickung und Verwerfung der Flöze durch spätere Gebirgsbewegungen dem Bergbau eines jeden Reviers sein besonderes Gepräge. Im Westen des Reichs, in Westfalen, am Niederrhein, im Saarbrücker Bezirk und in den Reichslanden geht die Mächtigkeit der Flöze selten über 2—3 m hinaus. Dafür aber sind Hunderte von Flözen übereinander gelagert, und der Kohlenreichtum dieser Gebiete kann sich daher der Heimat unserer mächtigsten Flöze, Oberschlesien, würdig zu Seite stellen. Kleinere, aber ebenfalls bedeutsame Steinkohlenvorkommen finden sich verstreut in Niederschlesien, im Königreich Sachsen, in Oberbayern und im Fürstentum Schaumburg-Lippe.

Die Steinkohlenbergwerke im Westen des Reiches umfassen ausgedehnte aber zumeist enge Grubenbaue, die oft in einem einzelnen Bergwerk weit über Hundert Kilometer Gesamtlänge erreichen. In diesen vielverzweigten Streckennetzen, welche nach bestimmten, durch die Lagerungsverhältnisse vorgezeichneten Systemen getrieben werden, verteilen sich Tausende und aber Tausende von Bergleuten. Von ihrer großen Menge erhält man aber nur einen Eindruck, wenn sie dem Schachte, dem Haupteingangstore der Grube, entströmen. Dort drunten verlieren sie sich in die häufig weit voneinander entfernten Arbeitspunkte, und nur das donnernde Rollen der Kohlenzüge unterbricht je und dann das lastende Schweigen der in Finsternis gehüllten Räume. An den Arbeitspunkten selbst aber herrscht regeres Leben. In kleinen „Kameradschaften", oft nur zu drei oder vier Mann vereint, tummeln sich dort die schwarzen Gestalten; dort sind die Schauplätze harter Kämpfe, stolzerfüllender Siege — aber leider — auch todbringender Niederlagen. Drohende Felsmassen, Wasserdurchbrüche und verderbliche Gase sind des Gebirges gefürchtete Bundesgenossen. Kunstvolle Schutzbauten, Wasserdämme und eine starke, durch große Ventilatoren erzeugte Windsbraut, vor allem aber des Bergmanns scharfes, wachsames Auge und Ohr nehmen den Kampf auf. Besondere Wichtigkeit erlangen die Schutzbauten in den mächtigen Flözen Oberschlesiens; denn hier kämpft der Bergmann nicht mehr Auge in Auge mit den

dräuenden Felsmassen, welche von der First hereinhängen, und gewaltige Säulenhallen mit liebevoller Deckentäfelung müssen den Druck der häufig zerberstenden Felsen aufnehmen.

Niemals wird es möglich sein, in der Finsternis dort drunten die Baue, die stetem Wechsel unterliegen, besonders freundlich zu gestalten. Um so mehr Wert wird in unserer Zeit auf eine gesundheitlich einwandfreie Einrichtung der Tagesanlagen gelegt. Schmucke, zu einem harmonischen Gesamtbilde vereinigte Verwaltungsgebäude, Verladeräume, Maschinenhallen, Werkstätten, Krankenzimmer, Speise- und Badeanstalten reihen sich aneinander, und ehe der Bergmann von der Schicht heimkehrt, hat er Gelegenheit, sein Grubenkleid abzulegen und den ermüdeten Körper gründlich zu erfrischen.

Braunkohlen. Im Werte sowohl, wie in der Verbreitung der Lager stehen die Braunkohlen den Steinkohlen nach. Dafür aber sind die Ablagerungen von ganz gewaltiger Mächtigkeit, welche z. B. bei Brühl am Niederrhein bis zu 100 m anwächst, und ihr geringes Alter hat ihnen ihren Platz dicht unter der Erdoberfläche angewiesen. Die Braunkohlen können daher zum Teil völlig frei gelegt, und in riesigen, imposanten Tagebauen gewonnen werden. Solche Tagebaue, in denen ringsum nur dunkle, ernste, kirchturmhohe Kohlenmassen den Blick begrenzen, wirken auf den Beschauer geradezu überwältigend, und ganz unwillkürlich erstehen vor dem geistigen Auge die üppigen, riesenhaften Waldungen der Vorzeit, denen die Lager ihre Entstehung verdanken und gegen deren gewaltige Maße die Wälder unserer Zeit als Zwergbildungen erscheinen. Deutschlands Braunkohlenlager erstrecken sich in der Hauptsache über die preußischen Provinzen Sachsen, Brandenburg und das Rheinland, über das Königreich Sachsen und die Herzogtümer Sachsen-Altenburg, Anhalt und Braunschweig. Schlesien, Hannover und Hessen-Nassau, das Großherzogtum Hessen und das Königreich Bayern treten in zweiter Linie dazu.

Berechnung der Kohlenmengen. Es ist naturgemäß nicht leicht, die in der Erde verborgenen und erst zum Teile bergmännisch erschlossenen Kohlenschätze nach ihren Mengen richtig zu berechnen. Aber Jahrzehnte bergmännischen Spürsinnes und wissenschaftlicher Forschungen haben es vermocht, unseren Kohlenreichtum wenigstens annähernd zu ermitteln. Hierbei handelt es sich für uns nicht darum, ein phantasievolles Bild von Entwicklungsmöglichkeiten zu gewinnen, sondern nur diejenigen Summen zu berücksichtigen, mit denen — geschäftlich gesprochen — bei vorsichtigster Kalkulation gerechnet werden kann. Es sind dementsprechend nur diejenigen Ablagerungen in den Bereich der Berechnungen gezogen, welche mit den uns zurzeit bekannten, bergtechnischen Hilfsmitteln abgebaut werden können. Darnach ergibt sich in abgerundeten Zahlen etwa folgendes Bild:

Ort der Ablagerung	Kohlenmengen in Tonnen (1 t = 1000 kg)
Steinkohlen.	
Westfalen — Niederrhein	70 Milliarden
Oberschlesien	60 „
Saarbrücken und Reichsland	10 „
In den übrigen Bezirken	2 „
Braunkohlen.	
Insgesamt	5 „
Hauptsumme	147 Milliarden Tonnen

Daß sich in Wirklichkeit das Bild wahrscheinlich noch viel günstiger gestaltet, kann die Genugtuung über solche Reichtümer nur vergrößern. Wenn man die bisherige Entwicklung des deutschen Kohlenbergbaus in Betracht zieht und annimmt, daß er sich in ähnlicher Weise fortentwickeln wird, so kommt man zu dem erfreulichen Ergebnis,

daß zum mindesten im nächsten halben Jahrtausend, wahrscheinlich aber noch für eine weit längere Zeit eine Erschöpfung unserer Kohlenvorräte nicht zu befürchten sein wird.

Wie steht es nun mit den Kohlenvorräten und ihrer Erschöpfung in den anderen Ländern, welche einen großen Kohlenreichtum besitzen? Ist es schon schwierig, im eigenen Lande zu einwandfreien Ergebnissen zu gelangen, so wachsen diese Schwierigkeiten naturgemäß bei der Einsichtnahme in den Vermögensbestand anderer Staaten. Immerhin sind die für überschlägige Schätzungen erforderlichen Unterlagen vorhanden, und zahlreiche Forscher haben in sorgfältiger Arbeit die Unterlagen gesammelt, um wenigstens annähernde Werte zu erhalten. Wir würden nach diesen Schätzungen etwa folgende Werte einzusetzen haben:

Vereinigte Staaten von Amerika . . .	700	Milliarden	Tonnen
Deutschland	147	„	„
England	100	„	„
Frankreich	18	„	„
Belgien	15	„	„

Außerdem besitzen Rußland und Österreich-Ungarn Kohlenlager, deren gewinnbarer Inhalt bei jedem Lande etwa zwischen 20 und 30 Milliarden Tonnen stehen dürfte; jedoch sind die Unterlagen bei beiden Ländern zur Einsetzung bestimmter Schätzungszahlen nicht ausreichend.

Es ergibt sich bei dem großen, gegenseitigen Abstande der Zahlen, auch wenn man den Berechnungen vorsichtig gegenübertritt, ohne weiteres, daß nur drei Großmächte bei dem Ringen um die Palme im Kohlenbergbau wirklich in Betracht kommen, nämlich die Vereinigten Staaten von Amerika, Deutschland und England. Wenn man nun die jährlichen Fördermengen der drei Länder und die gesamte Art der Ausbeutung der Kohlenlager vergleicht, so eröffnet sich der Ausblick, daß aller Voraussicht nach Deutschland erst an letzter Stelle gezwungen sein wird, wegen Erschöpfung seiner Kohlenvorräte nach anderen Kraftquellen zu suchen. Das ist eine Gewähr für seine industrielle Machtstellung auf Jahrhunderte hinaus.

Deutschlands Erze.

Mit fast allen europäischen Ländern teilt Deutschland die Armut an Erzen der Edelmetalle, vor allem Golderzen. Zwar werden auch bei uns aus verschiedenen Erzen der unedlen Metalle geringe Gehalte an Gold und reichere an Silber gewonnen. Der alte, jetzt zum Erliegen gekommene Silbererzbergbau bei Andreasberg im Harze und Freibergs sagenreicher Bergbau auf Edelerze haben sogar große Berühmtheit erlangt, und unter den europäischen Staaten steht Deutschland noch heute in der Silbererzeugung weitaus an erster Stelle. Indessen hat die deutsche Erzeugung von Silber- und Golderzen im Jahre 1907 den Wert von $1^1/_4$ Millionen Mark knapp überstiegen, während der Wert der Produktion an unedlen Metallerzen etwa 215 Millionen betrug. Wir können daher in dieser knapp gehaltenen Übersicht den Bergbau auf edle Metallerze kurz übergehen, zumal, wie erwähnt, der größte Teil der Gehalte an Gold und Silber durch Hüttenprozesse aus den unedlen Erzen gewonnen wird. Beträgt doch der Wert der gesamten Edelmetallproduktion der Welt im Jahre weit über $2^1/_4$ Milliarden Mark, eine Summe, die zeigt, daß Deutschlands Bergbau nur in geringem Maße an der Gewinnung der Edelmetalle beteiligt ist.

Anders ist es mit den Vorräten an unedlen Metallerzen, denen im modernen Wirtschaftsleben eine unendlich viel höhere Bedeutung zukommt, als den Aristokraten Gold und Silber. Mit solchen ist Deutschland überreich gesegnet. In Ost und West, in Nord und Süd geht Bergbau um auf wertvollen Lagern und Erzgängen, und die Mengen der jährlich geförderten Erze legen Zeugnis ab von dem vielseitigen Reichtum unserer Berge.

Die Mannigfaltigkeit der gewonnenen Erze ist so groß, daß wir uns bei der eingehenderen Betrachtung auch hier noch auf die wichtigsten, nämlich Eisen-, Zink-, Blei- und Kupfererze beschränken müssen. Sie liefern etwa 96 Proz. von den gesamten Werten, welche im Bergbau auf unedle Erze gewonnen werden. Es mag aber erwähnt werden, daß der Rest sich noch auf eine reiche Fülle von anderen, zum Teil seltenen und besonders wertvollen Erzen verteilt. Schwefelkies, Mangan-, Arsenik-, Nickel-, Antimon-, Zinn- und Quecksilbererze sind die bekanntesten unter ihnen. Ihre Verwertung zieht sich in feinen Linien durch eine große Reihe der verschiedenartigsten Industrien hindurch.

Am wichtigsten sind naturgemäß die Eisenerze. Fast allenthalben im Lande, in Elsaß-Lothringen, in der Rheinprovinz, im Harze und in Westfalen, in Hessen-Nassau und Hannover, im Königreich Sachsen und in den schlesischen Bezirken bricht man Eisenerze auf reichen Lagern und Gängen, mit deren Erschöpfung noch auf lange Zeiträume hinaus nicht gerechnet zu werden braucht. Die gewaltigen Tage- und Stollenbaue der Lothringer „Minette" stehen seit der Erfindung des Thomasprozesses, der die Verwertung dieses phosphorhaltigen Erzes erst ermöglichte, mit ihrer Förderung weitaus an erster Stelle und haben lebhaft den Wettbewerb mit den schwierigeren Tiefbauen der meisten anderen Bezirke aufgenommen. Aber mit dem geringeren Eisengehalt der Minette hat die Natur einen Ausgleich geschaffen, der der leichteren Gewinnbarkeit dieser offen zutage liegenden Reichtümer die Wage hält und auch die anderen Bezirke zu ihrem Rechte kommen läßt.

Mit den bereits erschlossenen Lagern ist unser Vorrat an Eisenerzen aber noch nicht erschöpft. Die Eisenerze gehören zu den Massengütern, und die Möglichkeit, sie mit Nutzen zu gewinnen und zu verfrachten, wird in erster Linie beeinflußt von der Höhe des Eisengehaltes. Solange nun andere, eisenerzreiche Staaten mit billigen Gewinnungskosten Erze von hohem Eisengehalt auf den Inlandmarkt zu werfen vermögen, lassen sich unsere Lagerstätten geringprozentiger Eisenerze nicht mit Nutzen abbauen. Daher kommt es, daß Deutschland unter Abrechnung der eigenen Erzausfuhr dem Gewichte nach etwa 17 Proz. seines Eisenerzbedarfs aus dem Auslande entnimmt, wobei Schweden an erster, Spanien an zweiter Stelle steht. Dem Werte nach verschiebt sich infolge des hohen Prozentgehaltes der ausländischen Erze das Verhältnis so sehr, daß fast die Hälfte der in Deutschland verarbeiteten Eisenerzwerte dem Auslande entstammt. Darum dürfen unsere weniger reichen Lager aber nicht unterschätzt werden. Gerade weil Deutschland mit beiden Füßen im internationalen Wettbewerb steht, können wenige, zollpolitische Maßnahmen anderer Staaten mit einem Schlage die Grenzen der Bauwürdigkeit unserer Eisenerzlager erheblich verschieben und damit dem heimischen Eisenerzbergbau neue Entwicklungsmöglichkeiten erschließen.

Die Beurteilung unseres Eisenerzbergbaues kann überhaupt nicht von der aufs engste mit ihm verknüpften, gesamten Eisenindustrie getrennt werden. Sie hat sich im Laufe weniger Jahrzehnte zu der bedeutendsten Industrie des Kontinents emporgeschwungen und wird nur von den Vereinigten Staaten von Amerika übertroffen. Daher ist ihre möglichst wohlfeile Versorgung mit Eisenerzen unsere Hauptaufgabe. Denn die Einfuhr erheblicher Mengen möglichst billiger, fremder Rohstoffe setzt unsere Eisenindustrie in den Stand, den Weltmarkt mit ganz gewaltigen Massen veredelter Eisenwaren zu beschicken, und so das dem Lande durch Ankauf von Rohstoffen entzogene Barvermögen mit hohen Zinsen wieder zurückzugewinnen. Der Summe von etwa 126 Millionen Mark, welche für Eisenerze im Jahre 1908 ins Ausland ging, entspricht ein Vermögen von etwa 630 Millionen Mark, welches durch Ausfuhr von Eisenwaren für Deutschland gewonnen wurde. Mag daher ein Teil unserer Eisenerzlager vorerst im Schoße der Erde ruhen. Ihr Dasein als vollgewichtige Reserve gibt Deutschland einen wertvollen Rückhalt bei den Schwankungen der internationalen Wirtschaftspolitik.

Ähnlich wie bei den Eisenerzen liegt die Sache, wenn wir ein richtiges Bild von dem Reichtum unserer übrigen, wichtigen Erzlagerstätten, nämlich der Zink-, Blei- und Kupfererzvorkommen gewinnen wollen.

Was zunächst unsere Zinkerzvorräte betrifft, so ist es Deutschland nicht möglich, seinen Bedarf an diesem Erze völlig aus eigenen Lagern zu decken. Der Grund hierfür liegt aber nicht in der Armut des Landes an Erzen, sondern wesentlich darin, daß die deutsche Zinkindustrie im Laufe der letzten Jahrzehnte mächtig emporgeblüht ist, so daß sie nur noch mit den Vereinigten Staaten um die Palme ringt, während die sämtlichen anderen Staaten in der Zinkerzeugung weit zurückbleiben. Nur die Regsamkeit deutschen Geistes, der Tatendrang und die Geschicklichkeit der deutschen Industrie sind es also, welche sich mit den heimischen Schätzen nicht genügen lassen, sondern auch auf diesem Gebiete die im Lande erzeugten Werte durch Ergänzung mit ausländischen Rohstoffen beträchtlich erhöhen und mit dieser Erhöhung wieder auf den Weltmarkt bringen.

Sind uns selbst doch auch wertvolle Zinkerzlagerstätten beschеert. Der Löwenanteil entfällt auf die reichen Lager Oberschlesiens, aber auch Sachsen und der Harz, Westfalen und die Rheinlande bergen edle Zinkerze, und die Reichhaltigkeit der Lager erhellt am besten aus der Tatsache, daß wir trotz der verhältnismäßig geringen Bodenfläche des Vaterlandes, trotz der Ausdehnung unserer Zinkindustrie den Bedarf an Zinkerzen zu etwa 90 Proz. im eigenen Lande brechen können.

Etwas ungünstiger liegen die Verhältnisse im Bleierzbergbau, welcher wegen der innigen Gemeinschaft, in der Blei- und Zinkerze vorzukommen pflegen, mit dem Zinkerzbergbau vielfach räumlich verknüpft ist. Dem Aufschwung unserer Bleiindustrie — die Bleierzeugung stieg seit Bestehen des Reiches von 58 000 auf 142 000 Tonnen — haben unsere Bleierzbergwerke nicht zu folgen vermocht. Eine Steigerung unserer Bleierzförderung in erheblichem Maße ist zwar vorübergehend eingetreten; unsere Lagerstätten bieten aber zurzeit keine Aussicht, daß wir die Deckung des Bleierzbedarfes aus dem Auslande, welche zurzeit etwa 47 Proz. beträgt, in Zukunft wesentlich erniedrigen können. Sind doch einzelne Bleierzbergwerke in den letzten Jahren bereits zum Erliegen gekommen. Daß wir aber noch auf lange Zeit hinaus in dem bisherigen Umfange den Bleierzbergbau aufrecht erhalten können, dafür bieten vor allem die edlen und reichen Lagerstätten Oberschlesiens, der Rheinlande und des Harzes eine gute Gewähr.

Die Kupfererzlagerstätten bieten wiederum ein sehr erfreuliches Bild. In allererster Linie steht das altberühmte Kupferschiefervorkommen in der Mansfelder Gegend; aber noch eine ganze Reihe anderer Lagerstätten, vor allem im Rheinland und im Harze, schließen sich an. Der Absatz der deutschen Kupfererze beschränkt sich nicht auf den Bedarf der eigenen Kupferindustrie, welche an dritter Stelle unter den europäischen Mächten steht, sondern wir vermögen auch noch das verbündete Österreich-Ungarn mit großen Mengen von Kupfererzen zu versorgen. Dafür müssen wir allerdings auch große Kupfererzmengen vom Auslande einführen, und dem schnellen Aufschwung unserer Kupfer verbrauchenden Industrien, vor allem des elektrischen Industriezweiges, hat die deutsche Kupfererzeugung noch nicht zu folgen vermocht. Die Vereinigten Staaten von Amerika beherrschen den Markt; denn sie erzeugen $^2/_3$ der gesamten Weltproduktion an Kupfer.

Der Erzbergbau erhält im Gegensatz zu dem Bergbau auf den regelmäßigen Kohlenlagerstätten vor allem sein Gepräge durch die häufig wechselnden Formen der Lager und Gänge, durch ihre schwankende Erzführung, welche oft unmittelbar von tauben Gebirgspartien zu reichen Anbrüchen übergeht. Die meisten Erzlagerstätten haben ihre Entstehung chemischen Vorgängen zu verdanken. Erzführende Mineralwasser, welche durch Klüfte und Spalten rieselten, schlugen an den Wandungen solcher Hohlräume ihren Erzgehalt nieder, und wurden schließlich zu einem Bindemittel, welches die zerissenen Gebirgsschollen wieder zu einem Ganzen vereinigte. Nur

Tagesanlagen des Steinkohlenbergwerks Mathias Stinnes, Schacht III/IV bei Gladbeck in Westfalen.

Braunkohlen-Tagebau der Grube Fortuna bei Quadrath am Niederrhein.

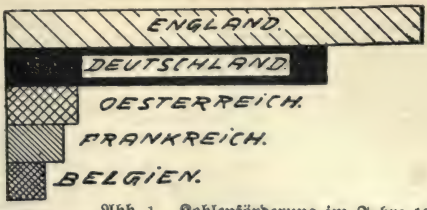


Abb. 1. Kohlenförderung im Jahre 1907.
2 mm Länge = 1 Million Tonnen.

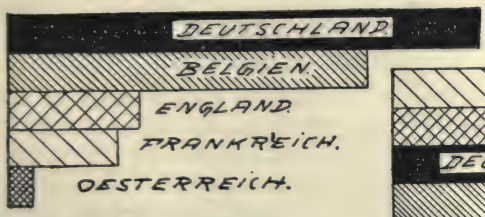


Abb. 6. Zinkerzeugung im Jahre 1907.
2 mm Länge = 10000 Tonnen.

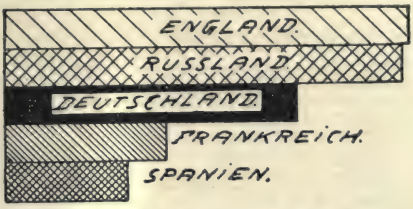


Abb. 2. Steinsalzförderung im Jahre 1907.
3 mm Länge = 100000 Tonnen.

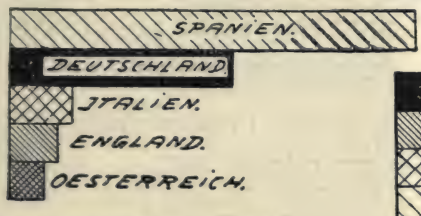


Abb. 7. Bleiförderung im Jahre 1907.
2 mm Länge = 10000 Tonnen.

Abb. 3. Eisenerzförderung im Jahre 1907.
2 mm Länge = 1 Million Tonnen.

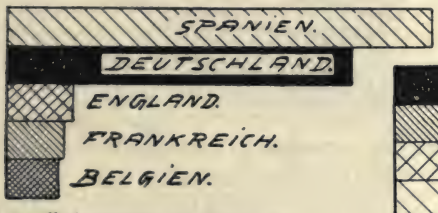


Abb. 8. Bleierzeugung im Jahre 1907.
3 mm Länge = 10000 Tonnen.

Abb. 4. Roheisenerzeugung im Jahre 1907.
5 mm Länge = 1 Million Tonnen.

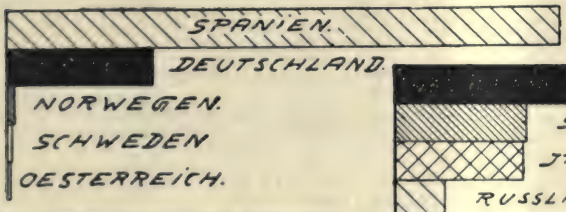


Abb. 9. Kupfererzförderung im Jahre 1907.
2,5 mm Länge = 100000 Tonnen.

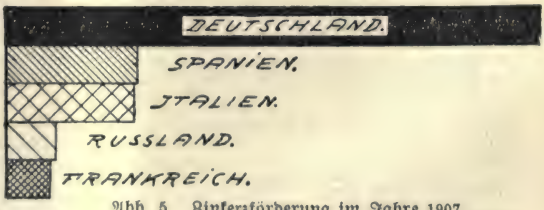


Abb. 5. Zinkerzförderung im Jahre 1907.
1 mm Länge = 10000 Tonnen.

Abb. 10. Kupfererzeugung im Jahre 1907.
1 mm Länge = 1000 Tonnen.

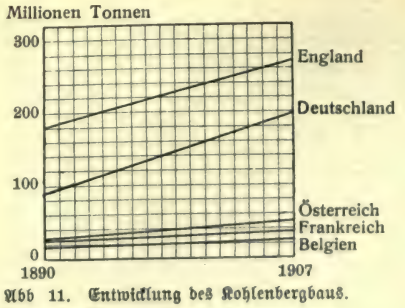


Abb 11. Entwicklung des Kohlenbergbaus.

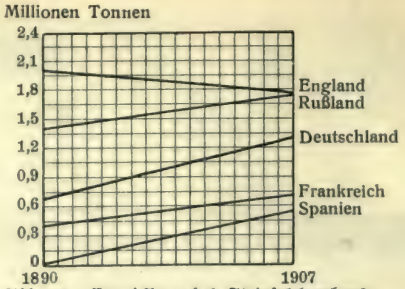


Abb. 12. Entwicklung des Steinsalzbergbaus.

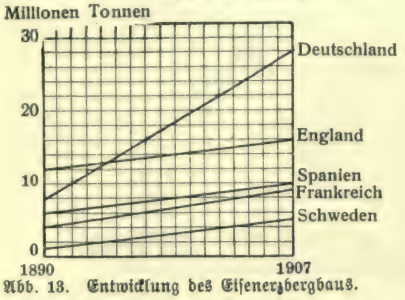


Abb. 13. Entwicklung des Eisenerzbergbaus.

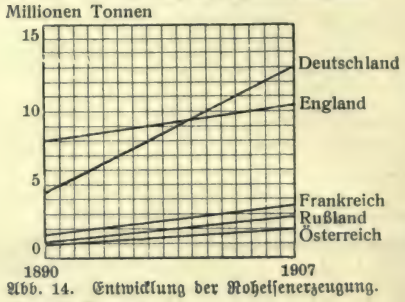


Abb. 14. Entwicklung der Roheisenerzeugung.

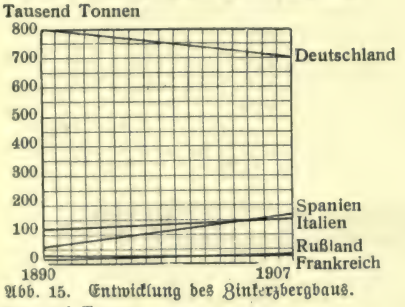


Abb. 15. Entwicklung des Zinkerzbergbaus.

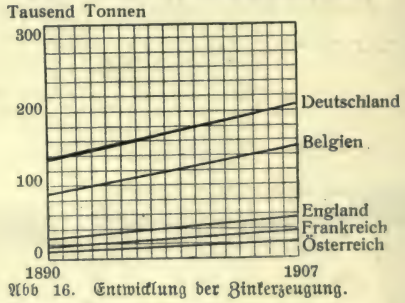


Abb 16. Entwicklung der Zinkerzeugung.

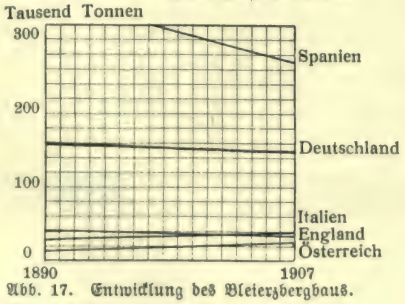


Abb. 17. Entwicklung des Bleierzbergbaus.

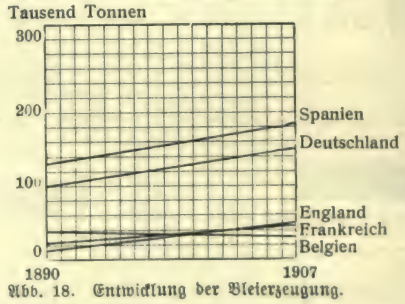


Abb. 18. Entwicklung der Bleierzeugung.

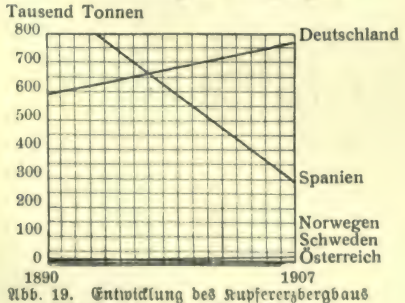


Abb. 19. Entwicklung des Kupfererzbergbaus (für Spanien zehnfach verkleinert).

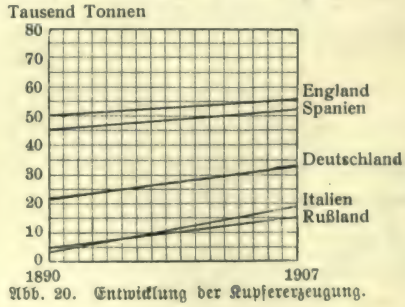


Abb. 20. Entwicklung der Kupfererzeugung.

Die Bergbau-Entwicklung 1890—1907.

so lassen sich die prächtig glitzernden „Banderze" erklären. Blei-, Zink- und Kupfererze füllen in feiner Bänderung mit schneeweißem Quarz und Kalkspat abwechselnd die Gangspalte aus, deren Verfolgung des Erzbergmanns wichtigste Aufgabe ist. Freundlich und zum Teil von großer Schönheit sind die Grubenbaue der Erzbergwerke, wenn aus dem schneeigen Quarze heraus die funkelnden Erzkristalle und -adern dem Beschauer entgegenglänzen; aber launenhaft ist das Glück des Erzbergmanns, und der wechselnde Erzreichtum findet zum Teil seinen Ausdruck in den überstarken Schwankungen aller Metallpreise.

Deutschlands Salze.

Der Reichtum Deutschlands an Steinsalz, aus dem das unentbehrlichste Gewürz des täglichen Lebens gewonnen wird, das aber auch in den verschiedenartigsten Gewerben eine ausgedehnte technisch-chemische Verwendung findet, kann unerschöpflich genannt werden. Allerdings teilt es solchen Reichtum mit vielen anderen Ländern; denn die Natur hat die gesamte Erde mit diesem Mineral reichlich versehen, so daß der Rentabilität des Salzbergbaus enge Grenzen gesteckt sind. Die Gefahr einer Erschöpfung der Lager tritt also hier völlig in den Hintergrund, und die Entwicklung der Steinsalzindustrie ist weniger von dem Maße der vorhandenen Vorräte abhängig, als von den Schachzügen der Wirtschaftspolitik und der Geschicklichkeit und Gewandtheit der in der Salzindustrie tätigen Kräfte. Wir werden nachher zu untersuchen haben, was Deutschland auf diesem Gebiete geleistet hat. Die preußischen Provinzen Sachsen und Hannover, die Reichslande, Bayern, Württemberg, Westfalen und Baden sind im Steinsalzbergbau und in der Salinenindustrie die führenden Gebiete. Aber auch fast sämtliche Kleinstaaten Mitteldeutschlands beteiligen sich lebhaft an der Salzgewinnung.

Für die Art der bergmännischen Gewinnung des Steinsalzes ist seine leichte Löslichkeit maßgebend. Zumeist wird nicht das Salz selbst zutage gefördert, sondern durch Spritzvorrichtungen werden weite, glockenartige Räume ausgelaugt; die Lösung, „Soole" genannt, rieselt durch besondere, im Salze hergestellte Kanäle zu riesigen Sammelbehältern, wird aus diesen zutage gepumpt und in den Salinen durch den Prozeß des Versiedens zu Kochsalz verarbeitet.

Eine viel bedeutendere Rolle im heimischen Bergbau spielen die Kalisalze, jene für die Landwirtschaft und für die chemische Industrie so überaus wertvollen Mineralien, die wegen ihrer Seltenheit auch in geringen Mengen schon einen beträchtlichen Wert darstellen. Deutschland ist das einzige Land der Erde, in welchem bisher beträchtliche Kalisalzlager gefunden worden sind. Es besitzt also mit diesen Lagern einen ganz einzigartigen Reichtum, und im internationalen Handelsverkehr ein Machtmittel von großer Bedeutung; denn alle Länder müssen ihren Bedarf an Kalisalzen aus Deutschland decken.

Die Kalisalze treten fast immer mit Steinsalz auf gemeinsamer Lagerstätte auf. Mittel- und Norddeutschland bergen die bedeutendsten Lager in sich, und über die preußischen Provinzen Sachsen und Hannover, über Braunschweig, Anhalt, Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen und Mecklenburg-Schwerin liegen die wichtigsten Kalisalzbergwerke verstreut. Den Hauptgebieten schließt sich neuerdings das Reichsland bei Mühlhausen mit neuen Aufschlüssen an, und mit großer Genugtuung muß es uns erfüllen, daß auch dieses neue Kaligebiet wiederum dem Deutschen Reiche angehört. Die gewaltige Mächtigkeit der Lager, die vorzügliche Standfestigkeit des Salzgebirges läßt große unterirdische Gewinnungshallen entstehen.

Auch der Kalisalzreichtum wird uns nach reiflicher Schätzung noch lange erhalten bleiben, wenn eine weise Wirtschaftspolitik der Verschleuderung des wertvollen Materials und einer allzu sehr von privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten geleiteten Ausbeutung der Lager vorzubeugen vermag. Der Anlauf zu dieser Ernüchterungspolitik ist genommen; das mag die Gewähr für ihren Fortgang bieten.

Die Bodenschätze der deutschen Kolonien.

Das Bild von Deutschlands natürlichen Schatzkammern würde nicht vollständig sein, wenn wir nicht unserer Kolonien kurz gedenken würden. Die Erforschung ihrer Bodenschätze ist zwar dank der deutschen Unternehmungslust begonnen; ein Überblick läßt sich aber bei den Schwierigkeiten, die sich solchen Forschungen entgegenstellen, und bei dem geringen Alter der deutschen Kolonialtätigkeit noch nicht gewinnen. Von den bisher gemachten Aufschlüssen sind wertvoll in Deutsch-Südwestafrika reiche Kupfer- und Bleierzlager. Daneben treten auch Eisen- und Zinnerze, sowie etwas Gold auf. Von großer Bedeutung beginnen die Diamantenvorkommen bei Lüderitzbucht zu werden. Ihre Erschließung gab zu den bei allen derartig edlen Funden leicht einsetzenden Übertreibungen und Spekulationen Veranlassung, und die Kolonialgesetzgebung hat sich daher sehr bald mit der Aufgabe befassen müssen, der Diamantenverwertung eine für die gedeihliche Entwicklung der Kolonie geeignete, gesetzliche Grundlage zu geben. Togo weist reiche Eisenerzlager auf, und in Deutsch-Ostafrika können bei fortschreitender Erschließung des Landes die Kohlen-, Gold- und Eisenerzfunde von Bedeutung werden. Auch in Kaiser-Wilhelmsland sind Goldfunde gemacht worden.

Große wirtschaftliche Bedeutung hat schon jetzt der Kohlenbergbau in der auch mit Eisenerzen reich gesegneten chinesischen Provinz Schantung, dem Hinterlande der Kiautschaubucht, erlangt. Die überaus reichen Lager gehören zwar zu chinesischem Staatsgebiet; aber ihre Ausbeutung erfolgt durch deutsches Kapital und deutsche Gesellschaften. Die Verbindung der Bergwerksbezirke mit der Kiautschaubucht ist das Werk der deutschen Schantungbahn, und das deutsche Pachtgebiet umschließt den Hafen, in dem ein großer Teil der Kohlen zur Vermehrung deutschen Reichtums und nicht zum mindesten zur Stärkung der Unabhängigkeit unserer Flotte von fremden Kohlenhäfen verladen wird. So ist es der deutschen Diplomatie und Tatkraft gelungen, uns auch die Bodenschätze eines fremden Landes in weitem Umfange dienstbar zu machen. Im übrigen sind wir, wie erwähnt, mit der bergmännischen Erforschung der Kolonien noch in den Anfängen; aber sowohl von staatlicher Seite als auch von einer ganzen Reihe kolonialer Bergwerksgesellschaften wird an ihrer weiteren Erschließung mit großem Eifer und wachsendem Erfolge gearbeitet.

Deutschlands Berggesetzgebung.

Die gesetzliche Regelung der gesamten, bergbaulichen Verhältnisse ist seit jeher bei den eigenartigen und mannigfaltigen Aufgaben des Bergbaus eine besonders schwierige Materie gewesen, und durch eine große Zahl von Einzelgesetzen suchte man schon in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts der Entwicklung des Bergbaues neue Wege zu bahnen. Alle diese Gesetze knüpften aber mehr oder minder enge an die geschichtliche Entwicklung des Bergrechtes in den vorhergegangenen Jahrhunderten an und vermochten mit ihrem Festhalten an den althergebrachten Lasten und Einschränkungen, welche den Bergbau nicht zur Kraftentfaltung kommen ließen, keine befreiende Lösung zu bringen. Denn sie gingen von dem Grundsatze aus, daß mit dem Gnadenakte der Verleihung des Bergwerkseigentums an einzelne Staatsbürger oder Gesellschaften der Staat sich eines im Grunde ihm selbst zustehenden, überaus einträglichen Rechtes begebe, und daß er dafür gründlich entschädigt werden müsse. Daher wurden dem Bergwerksbesitzer schwere und bei den häufig ausbleibenden Erträgen vielfach unerschwingliche Abgaben an den Staat aufgebürdet. Aber damit waren die Rechte des Staates noch nicht erschöpft. Zwar ist es grundsätzlich eine richtige Auffassung, daß der Staat eine besondere Pflicht habe, über der wirtschaftlich richtigen Ausnutzung der natürlichen Bodenschätze und über der Sicherheit des menschlichen Lebens in den Bergwerken zu wachen. Aber die übertriebene Betonung des ersten Grundsatzes hatte zu einer Organisation der Bergbehörden geführt, welche jede freie Entfaltung der Kräfte

im Keime ersticken mußte. Nicht die Besitzer der Bergwerke, sondern der Staat führte den Betrieb, begrenzte seinen Umfang, stellte Arbeiter und Beamte ein, erledigte die Buchführung und entschied über die Verwertung und den Verkauf der gewonnenen Güter. Ganz naturgemäß wurde dadurch die Unternehmungslust stark zurückgedrängt, und sie wurde es um so mehr, je schwieriger sich der Bergbau mit zunehmender Teufe gestaltete, je mehr er die Festlegung bedeutender Kapitalien auf Jahrzehnte hinaus erforderte, und je stärker das mit der gesamten Kulturentwicklung wachsende Recht der Selbstbestimmung des einzelnen Staatsbürgers sich gegen die staatliche Bevormundung selbst in der Verfügung über eigene Kapitalien sträubte.

So kam es, daß die Gesetzgebung, wenn der heimische Bergbau nicht verkümmern sollte, den Grundsatz der Bevormundung aufgeben mußte zugunsten einer Freierklärung des Bergbaus, welche dem Staate nur noch das Recht gewährte, über der Sicherheit der Betriebe zu wachen. Es war ein Schritt von entscheidender Bedeutung, als Preußen im Jahre 1865 durch das „allgemeine Berggesetz für die preußischen Staaten" einen geradezu klassischen Weckruf ertönen ließ für die vielen, teils noch schlummernden, teils wieder entschlummerten Kräfte, welche zur Betätigung im Bergbau Neigung verspürten.

Die Erteilung eines Rechtsanspruches auf Verleihung des Bergwerkseigentums an den Finder von Bodenschätzen, die Aufhebung der zahlreichen, drückenden Steuern, der Verzicht des Staates auf die Leitung der Bergwerksbetriebe und die in weiser Erkenntnis der Schwierigkeiten des Bergbaus erfolgte Ausstattung der Bergbautreibenden mit weitgehenden Vorrechten bezeichnen im wesentlichen den befreienden Weg des Gesetzes. Der Staat tauschte gegen widerwillig geleistete, feste Einnahmen und einen zwar zwingenden, aber auch nur erzwungenen Einfluß die Lust und Freude großer Bevölkerungsschichten an bergbaulichen Unternehmungen ein, und damit eine Erschließung der natürlichen Bodenschätze in viel weiterem Umfange und auf breiterer, finanziell fester gegründeter Basis. Es ist das unsterbliche Verdienst des weitblickenden Oberbergrates Brassert gewesen, diese Grundsätze in eine gesetzliche Form zu prägen, welche für lange Zeiten fast unverändert der nunmehr einsetzenden, reißenden Entwicklung des Bergbaus die Bahn zu weisen vermochte. Sie ist für die darauf in kurzen Zwischenräumen folgende, auf den gleichen Grundsätzen fußende Berggesetzgebung der anderen deutschen Staaten in den wesentlichen Punkten vorbildlich gewesen.

So waren die Kräfte erwacht und kamen unter der schützenden Hut des geeinten deutschen Reiches zur Entfaltung, zu einer Entfaltung, die großzügiger kaum gedacht werden kann. Sie riß andere, verwandte Industrien mit sich fort und führte unser gesamtes Wirtschaftsleben zu einer Blüte, vor welcher das der deutschen Kraftzersplitterung gewohnte Ausland staunenden Blickes steht. Wir wollen nachher diese Entwicklung näher verfolgen.

Naturgemäß mußte sich bei solchem Wachstum im Laufe der Jahrzehnte der Rahmen der Berggesetzgebung trotz aller weisen Voraussicht in den grundlegenden Gesetzen weiten. Denn mit dem Übergange der bergbaulichen Unternehmungen zu Großbetrieben traten neue, schwierige Aufgaben für die Fürsorge des Staates in den Vordergrund. Hunderttausende von Menschen suchten und fanden nunmehr ihr Brot im Bergmannsberufe, der immer größere Gefahren bot. Aus den kleinen, schüchtern die Sonne suchenden Einzelbetrieben wurden mächtige, industrielle Gesellschaften und Konzerne, deren Bestand oder Verfall, deren eigene Politik, deren soziale Stellungnahme und deren Betriebsführung über das Wohl und Wehe großer Menschenmassen entschied.

Der weitere Ausbau der gesetzlichen Vorschriften zur Sicherung des Lebens gegen die Gefahren des Bergbaues und die soziale Fürsorge traten daher auch in der Berggesetzgebung in den Vordergrund. Waren die Kräfte geweckt und erstarkt, so galt es jetzt, sie zu leiten und ihre Betätigung harmonisch dem Reichsganzen einzugliedern. Diese Aufgabe war um so schwieriger, als bei ihrer Lösung die Wirtschaftlichkeit der Werke möglichst geschont werden mußte; denn die soziale Gesetzgebung verkehrt sich,

wenn sie zum Hemmschuh für die wirtschaftliche Entwicklung der Industrie wird, in ihr Gegenteil und schlägt selbst dem Lande schwere Wunden.

Eine ganze Reihe sozialer und sicherheitspolizeilicher Bestimmungen, deren Erlaß zum Teil durch die reichsgesetzliche Regelung der gesamten Arbeiterverhältnisse bedingt wurde, zum Teil aber in den besonderen Gefahren des Bergbaus begründet war, ist in die grundlegenden Gesetze eingefügt worden. Ohne Kämpfe von hüben und drüben gehen in parlamentarischen Staaten solche Umwälzungen nicht vor sich, und bis in die jüngste Zeit hinein wogt der Streit der Meinungen für und wider die Zweckmäßigkeit der einzelnen gesetzlichen Maßnahmen. Und schon beginnt der Gedanke zu erstarken, daß es nunmehr an der Zeit sei, zurückzukehren zu einer schärferen Durchbildung der Gesetze in der Fürsorge für die volkswirtschaftlich richtige Ausbeutung der Naturschätze. Der Ruf nach stärkerem, staatlichen Einfluß, nach größerer Beteiligung des Staates an den bergbaulichen Unternehmungen, wird immer wieder laut und hat im Laufe der letzten Jahrzehnte in fast allen deutschen Staaten zur Aufhebung der Bergbaufreiheit für Stein- und Kalisalzfunde geführt. In Preußen fand er im Jahre 1907 seinen gesetzlichen Niederschlag in der Aufhebung der Bergbaufreiheit sowohl für Kohlen- als auch für Salzfunde. Fast scheint es, als ob wir einer Zeit entgegen gehen, in der die Zügelung der Kräfte, die keines Anspornes mehr bedürfen, sondern der Mahnung zur Besonnenheit und zur richtigen Einschätzung ihrer Stellung zum Reichsganzen, die Berggesetzgebung beherrschen wird.

Wir wollen die hohe Warte des historischen Überblicks nicht verlassen. Die Fragen des Tages, der Kampf der Meinungen und Parteien auch auf berggesetzlichem Gebiete, sie erscheinen wie vorübergehende Schatten auf einem großen, lichten Gesamtbilde und werden seinen wohltuenden Eindruck auf die Dauer nicht zu trüben vermögen. Die deutsche Berggesetzgebung hat seither den richtigen Weg zu Nutz und Frommen des Bergbaus gefunden. Deutsche Besonnenheit und Gründlichkeit werden sie auch in Zukunft nicht davon abirren lassen.

Die Entwicklung des deutschen Bergbaues.

Wenn wir nunmehr zu einem umfassenden Urteil über die Bedeutung des deutschen Bergbaus und über die Entwicklung der einzelnen bergbaulichen Gebiete gelangen wollen, so haben wir den Blick nach zwei Richtungen zu lenken: Wesentlich für die Beurteilung der Gegenwart ist die Höhe der deutschen Bergwerksproduktion im Vergleich zu derjenigen der in erster Linie wettbewerbenden Länder; wesentlich für die Beurteilung der Zukunft ist ein Vergleich der Entwicklungslinien, auf welchen die Produktionsziffern der einzelnen Staaten sich bewegen.

Wir müssen bei diesem kurzen Überblick ebenfalls auf hoher Warte stehen. Es ist nicht möglich, einzugehen auf die auch im Bergbau unvermeidlich gewesenen Schwankungen der Entwicklung, auf Zeiten der Hochkonjunktur und schwere Krisen, die keinem Industriezweige im Laufe der Jahrzehnte erspart bleiben. Einzelne Rückschläge haben die Gesamtentwicklung nur vorübergehend aufhalten können.

Zahlen reden auch hier eine deutliche Sprache. Sie zu sammeln und zu einem einheitlichen Bilde zu vereinigen, ist seit langen Jahren die wichtige, mühsame Arbeit des Kaiserlichen Statistischen Amtes zu Berlin und einer Anzahl wirtschaftlicher Verbände. Auf ihren Zahlenzusammenstellungen beruht unsere Darstellung der Bergwerksproduktionen und der bergbaulichen Entwicklungen. Auf allen in Betracht kommenden Gebieten mit Ausnahme der Zinkindustrie weisen die Vereinigten Staaten von Amerika bei weitem die größten Zahlen auf. Von ihrer Aufnahme in die Übersichten ist daher im Interesse der Einfachheit abgesehen, weil sie mit ihrem gewaltigen Staatenkomplex in der Produktionsfähigkeit außer Wettbewerb stehen. Es werden vielmehr nur die europäischen Großstaaten in Vergleich gezogen, welche nach Größe der Staatsgebiete, nach Erzeugungsbedingungen und Kulturverhältnissen einander nahe ge-

nug stehen, um den Vergleich vor Verzerrung zu bewahren. Es soll aber erwähnt werden, daß Deutschland gegenüber den andern, außereuropäischen Großstaaten im Kohlen-, Eisenerz-, Zinkerz- und Bleierzbergbau ebenfalls in den Vordergrund tritt, während es in der Kupferindustrie allerdings von Japan und Südamerika wesentlich übertroffen wird. Um nur das wesentliche herauszuschälen, sind jedesmal nur diejenigen fünf Länder der alten Kultur in Betracht gezogen, welche mit ihrer Produktion an der Spitze marschieren. Dabei ist die Entwicklung seit dem Jahre 1890 als Grundlage genommen. Die Abbildungen 1 bis 10 stellen zunächst die Mengen der jährlich geförderten Bergwerkserzeugnisse in den fünf führenden Ländern dar. Bei den Erzen sind in Anlehnung an die früher gemachten Erläuterungen über Erzeinfuhr und Höhe der Metallgewinnung die Produktionen der zugehörigen Metallindustrien zum Vergleiche hinzugezogen.

Es ergibt sich aus den Darstellungen ein Bild, welches uns mit gerechtem Stolze erfüllen kann: Im Eisenerzbergbau, in der Roheisendarstellung, im Zinkerzbergbau und der Zinkhütteninduſtrie ist Deutschland den andern Staaten weit voraus. Im Steinkohlenbergbau wird es nur von dem durch die unmittelbare Nachbarschaft der Kohlenlager mit Seehäfen beispiellos begünstigten England übertroffen; im Bleierzbergbau, im Bleihüttenwesen und im Kupfererzbergbau ist nur das mit Erzen überreich gesegnete Spanien imstande, uns die Spitze zu bieten, und in der Kupfer- und Steinsalzgewinnung steht Deutschland an dritter Stelle. Das sind so auffallend günstige Ergebnisse, daß sie sich nur zum Teil aus dem natürlichen Reichtum des Landes erklären lassen. Sie berechtigen zu dem Schlusse, daß unsere Bergbau treibende Bevölkerung in der Blüte ihrer Kraft steht, und daß die trübe Auffassung vom „Zeitalter des Niedergangs", welche leider hier und da einzureißen beginnt, zum mindesten auf bergbaulichem Gebiete der Begründung entbehrt.

Noch deutlicher wird Deutschlands hervorragende Stellung im Bergbau, wenn wir, die Frage nach der Zukunft berücksichtigend, die Entwicklungslinien der bergbaulichen Gebiete in den einzelnen Ländern betrachten. Sie sind in den Abbildungen 11 bis 20 zur Darstellung gebracht. Die Entwicklungslinien beginnen an der linksseitigen Vertikalen mit der Produktionshöhe des Jahres 1890 und schließen an der rechtsseitigen Vertikalen mit derjenigen des Jahres 1907 ab. Aus dem Maße des Ansteigens der einzelnen Entwicklungslinien läßt sich unmittelbar ein Bild davon gewinnen, welchen Ländern im Laufe der letzten Jahrzehnte die Lorbeeren in der bergbaulichen Entwicklung zuerkannt werden müssen. Diese Entwicklungslinien sind es vor allen Dingen, die eine Gewähr bieten für eine weitere, gedeihliche Fortentwicklung.

In der Kohlenförderung und im Steinsalzbergbau, im Eisenerzbergbau und in der Roheisenerzeugung, im Zinkhüttenwesen, im Kupfererzbergbau[1]), und in der Kupfergewinnung schreitet Deutschlands Entwicklung am stärksten vorwärts. In der Bleierzeugung vermag nur Spanien den gleichen Wegeschritt einzuhalten, und lediglich im Zink- und Bleierzbergbau ist eine Abwärtsbewegung erkennbar. Aber der gewaltige Vorsprung in der Höhe der Zinkerzförderung sichert uns auch auf diesem Gebiete noch für lange Zeiten die Vorherrschaft, und im Bleierzbergbau können nur Italien und Österreich mit geringen Förderziffern ein langsames Ansteigen aufweisen, während Spanien, das bei weitem führende Land, in der Abnahme der Förderung einen viel schnelleren Schritt geht als Deutschland.

Die Schwankungen in der Förderung einzelner Jahrgruppen, welche, Hochkonjunkturen und Krisen entsprechend, die geraden Entwicklungslinien zu solchen mit einzelnen Ausbuchtungen nach oben und unten umgestalten würden, konnten bei dieser Gesamtbilanz unberücksichtigt bleiben; denn für eine Jahrzehnte umfassende, historische

---

[1]) Um Spanien mit seiner Riesenproduktion an Kupfererzen dem engen Rahmen der Darstellung einfügen zu können, mußte seine Entwicklung in 10fach verkleinertem Maßstabe eingetragen werden

Betrachtung ergibt die Mittellinie, welche Anfang und Endpunkt einer Entwicklung verbindet, den eigentlichen Maßstab für das Gesamturteil.

Bei allen diesen vergleichenden Darstellungen ist Deutschlands Kalisalzbergbau unberücksichtigt geblieben, weil ein Vergleich mit andern Staaten hier ausgeschlossen ist. Denn nur in Deutschland sind, wie bereits hervorgehoben wurde, bisher Kalisalzlager erschlossen worden, und diese beispiellos günstige Grundlage hat es der Kalisalzindustrie ermöglicht, seit dem Jahre 1890 ihre Produktion von etwa $1^1/_4$ Millionen auf $5^3/_4$ Millionen Tonnen, also fast um das Fünffache zu steigern, und der Wert der jährlich geförderten Mengen hat fast 70 Millionen Mark erreicht.

So bietet das in wenigen Umrissen entworfene Bild des deutschen Bergbaues einen durchaus befriedigenden Anblick. Aus kleinen Anfängen heraus hat er einen gewaltigen Aufschwung genommen, und seine Entwicklung bewegt sich weiter in schnell aufsteigender Linie. Eine große Summe geistiger Arbeit ist zur Bewältigung der reißend gewachsenen Aufgaben des Bergbaus zu leisten, und eine Reihe von Hochschulen, zu Berlin, Clausthal, Freiberg i. S. und Aachen, hat die überaus vielseitige und schwierige Aufgabe, die Kräfte, die zur Leitung des Bergbaus berufen werden, auszubilden. Naturwissenschaften und Technik, Staatswissenschaften und Volkswirtschaft, Rechtskunde und Sozialpolitik müssen sie in einen geschlossenen Rahmen zu fügen wissen. Auch auf dem Gebiete des bergtechnischen Lehrwesens ist eine starke Fortentwicklung unverkennbar. Schon jetzt sind Deutschlands Bergakademien Zentralstätten bergmännischer Bildung auch für das Ausland geworden, und andererseits senden sie eine große Zahl deutscher Zöglinge hinaus zur Erforschung der Gebirge und zur Erschließung ihrer Schätze in aller Welt.

Mögen die sozialen Kämpfe im Bergbau heute oft scharfe Formen annehmen, mögen in den gesetzgebenden Körperschaften die Meinungen oft hart aneinander prallen — wo gekämpft wird, da ist Leben — und in ihrer Gesamtheit wohnt solchen Kämpfen große, erzieherische Bedeutung bei; denn nur sie können mit ihrer aufrüttelnden Kraft dahin führen, daß weite Kreise über den engen Rahmen der eigenen und der parteipolitischen Interessen hinauswachsen und auf die Dauer Verständnis gewinnen für die Gesamtheit aller Aufgaben, die das deutsche Volk sich selbst für seine gedeihliche Fortentwicklung stellen muß. Stolz können wir uns dessen bewußt werden, daß Deutschlands natürlicher Reichtum, Deutschlands Berggesetzgebung, deutscher Wagemut, deutsche Ausdauer und Gewandtheit einen Bergbau schufen, der im Wettbewerb der Völker nicht nur gleichberechtigt dasteht, sondern Lorbeeren die Fülle davongetragen hat, und daher gebührt der Zukunft unseres Bergbaues ein vertrauensvolles, hoffnungsfreudiges Glück auf!

Deutsches Städtewesen.

Von Dr. **Otto Most,** Düsseldorf.
Direktor des Statistischen Amts der Stadt Düsseldorf.
Privatdozent an der Universität Bonn.

Von Beginn der Geschichte an sind die Städte stets Brennpunkte der Zivilisation gewesen. Im Altertum und im deutschen Mittelalter haben sie ebenso wie heute Höhepunkt, Lebensquell und Lebensäußerung hochgehender Nationalkultur bedeutet. Selbst geistig hochbegabte Völker haben sich nicht über eine tiefe Stufe des Wirtschaftlichen erheben können, solange sie nicht zur Städtegründung gelangten; es sei nur an die Inder und an unsere Vorfahren im frühen Mittelalter erinnert.

Freilich, es fällt dem Historiker schwer, zu bestimmen, zu welchem Zeitpunkte hier und dort die Epoche der Städtegründung anfängt — deshalb schwer, weil die Grenze zwischen den einander entgegengesetzten Begriffen Dorf und Stadt flüssig ist. Kann man doch dieser Scheidung verwaltungsrechtliche, geographische oder wirtschaftliche Gesichtspunkte zugrunde legen. In erst bezeichneter Hinsicht ist Stadt eine Gemeinde, deren Verfassung und Verwaltung „städtisch" ist, die also durch den Willen des Gesetzgebers dazu berufen ist; wenn wir aber feststellen, daß hiernach z. B. in Preußen Lagow in Brandenburg mit 428 Seelen (nach der Volkszählung von 1905) Stadt, Hamborn dagegen in der Rheinprovinz mit 67 453 Einwohnern (nach der gleichen Volkszählung) Dorf ist, so ergibt sich ohne weiteres, daß jenes Moment häufig von Zufälligkeiten und von Einflüssen alter Tradition abhängt, ohne dem Inhalt der Sache genügend Rechnung zu tragen. Dem gegenüber sieht der Geograph nach Friedrich Ratzels Worten in einer Stadt eine „dauernde Verdichtung von Menschen und menschlichen Wohnstätten, die einen ansehnlichen Bodenraum bedeckt und im Mittelpunkte größerer Verkehrswege liegt". Jedoch auch in dieser Definition fehlt noch etwas Wesentliches; eine derartige Ansiedelung kann inmitten lediglich von Feldern und Wiesen liegen, so daß die Einwohnerschaft ihren Erwerb nur in Landwirtschaft findet, während der Volkswirt mit dem Begriffe der Stadt, wenigstens der modernen, aber auch schon des Mittelalters, die Voraussetzung wesentlich gewerblicher Tätigkeit der Einwohner verbindet. So ist eine ganz einwandfreie Begriffsbestimmung des Wortes Stadt eigentlich noch nicht gefunden worden; es ist im Grunde nichts weiter als ein arger Notbehelf, wenn man heute, um wenigstens eine feste Abgrenzung nach unten zu haben, immer mehr dem Beispiele des Internationalen Statistischen Kongresses folgt und als Städte alle Wohnplätze mit mehr als 2000 Seelen anspricht. Bleibt die Einwohnerziffer dabei unter 20 000, so hat man es mit „Kleinstädten" zu tun; Orte mit 20 000 bis 100 000 Köpfen sind „Mittel-", mit über 100 000 Einwohnern „Großstädte".

So äußerlich dieser Maßstab auch sein mag, so ist es doch allein mit seiner Hilfe möglich, sich eine ungefähre Vorstellung davon zu machen, welche Bedeutung die Städte, zunächst rein äußerlich, für die Siedelungsweise der Nation haben und in welch außerordentlichem Maße insbesondere das noch vor wenigen Jahrzehnten vorwiegend ländliche deutsche Volk ein städtisches geworden ist. An der Hand statistischer Daten zeigt sich sogar, daß der Prozeß der „Verstadtlichung", d. h. der zunehmenden Ansiedelung des Volkes in größeren Städten, während der letzten Jahrzehnte in keinem Land

Europas so gewaltige Fortschritte gemacht hat, als gerade in Deutschland. Noch vor 30 Jahren wohnten von den Einwohnern des Deutschen Reiches etwa drei Fünftel auf dem Lande und nur zwei Fünftel in Städten; heute ist das Verhältnis gerade umgekehrt. Die 20 Millionen, um die das deutsche Volk in dieser Zeit gewachsen ist, sind allein den Städten zugute gekommen. Die ländliche Bevölkerung betrug bei der letzten Volkszählung von 1905 26 Millionen, d. h. fast genau ebenso viel, wie drei Dezennien zuvor, die städtische dagegen ist inzwischen von 16 Millionen auf 35 Millionen gestiegen. War das Deutsche Reich noch 1880 weniger städtisch als seine Nachbarländer, ja auch weniger als z. B. die Türkei und Italien, so übertrifft es heute diese alle und bleibt darin lediglich hinter Großbritannien, Nordamerika und den wegen ihres geringen kontinentalen Umfanges hier kaum vergleichbaren Niederlanden zurück.

Die Entwickelung, die sich in diesen Ziffern ausprägt, ist eines der wichtigsten Kennzeichen unseres volks- und weltwirtschaftlichen Werdegangs. Ist sie doch sowohl Folge wie Voraussetzung jener anderen so eminent bedeutsamen Verschiebung in der wirtschaftlichen Struktur Deutschlands, der Verschiebung nämlich des Schwergewichts von der Landwirtschaft zur Industrie. Wie die Einwohnerzahl der Dörfer in ihrer Gesamtheit zwar nicht zurückgeht, aber, wie wir sahen, stehen bleibt und damit an verhältnismäßigem Gewicht naturgemäß verliert, so verharrt auch die Ziffer der in der Landwirtschaft Tätigen seit Jahrzehnten in ihrem alten Bestande[1]), während Handel und Industrie ihre Arme öffnen und immer mehr Millionen denkender Köpfe, schaffender Hände und tätiger Lebensenergien in ihren Bann zwingen.

Und weil dem so ist, weil der technische Fortschritt und damit der Aufschwung von Industrie, Handel und Verkehr sich in einer Weise vollzogen hat und vollzieht, die bisher unerhört war, darum ist auch die städtische Entwickelung der neuesten Zeit trotz aller Vergleichspunkte mit vergangenen Epochen in der ganzen Weltgeschichte ohnegleichen.

Das tritt am klarsten hervor bei einem Blick auf die Großstädte insbesondere. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts zählte Europa nur deren 12, an ihrer Spitze London mit noch nicht einer Million; Deutschland war dabei nur höchst mäßig vertreten: durch Berlin mit 172 132 Seelen und Hamburg mit deren rund 100 000. Bis zur Mitte des Jahrhunderts kam nur eine deutsche Großstadt, Breslau, hinzu; kurz darnach überschritten Köln und München die Grenze der ersten Hunderttausend, bis 1870 ferner noch Dresden, Königsberg, und Leipzig. Von da aber geht es mit Riesenschritten vorwärts; 1880 gibt es 15 Großstädte in Deutschland, 1890 26, 1900: 33, 1905 bereits 41 — eine Zahl die von keinem anderen Staate der Welt erreicht wird.[2]) Nicht weniger als ein Fünftel des gesamten deutschen Volkes wohnt heute in Gemeinden mit mehr als 100 000 Seelen, und als Beispiel für das Tempo dieser Bevölkerungsentwickelung im einzelnen mag eine Stadt dienen, die in ihrem mächtigen Emporstreben und in ihrer Verbindung von geistiger und wirtschaftlicher Blüte vielleicht die charakteristischste Vertreterin der neuen deutschen Stadt ist: Düsseldorf. Diese blühende Metropole des niederrheinischen Industriegebiets zählte 1801: 19 532 Seelen, 1849: 40 412 und noch 1880 nur 95 458; 1890 aber 144 642, 1900: 213 711, 1910 rund 300 000 Seelen ohne die inzwischen erfolgten Eingemeindungen, die einen weiteren Zuwachs von 50 000 gebracht haben. Die Reichshauptstadt aber zählt mit ihren Vororten, deren Wirtschaftsgebiet ja mit dem Berlins eng verwachsen ist, heute rund 3 650 000 Seelen, d. h. noch mehr als z. B. die ganze Schweiz.

Was besagen dem gegenüber die Einwohnerzahlen der Weltstädte des Altertums,

[1]) Wenn die letzte Berufszählung von 1907 demgegenüber eine Vermehrung der Erwerbstätigen in Land- und Forstwirtschaft verzeichnet, so liegen dem im wesentlichen nur formale Gründe (veränderte Erhebungsweise gegenüber der letztvorausgegangenen Zählung von 1895) zugrunde.

[2]) Großbritannien hat 39, die amerikanische Union 38, Indien 31, Rußland 19, China 18, Frankreich 15, Italien 11, Japan 10 Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern.

von denen man sich noch bis in die allerletzte Zeit oft ganz wesentlich übertriebene Vorstellungen gemacht hat! Die „große Stadt Ninive“, die als Beispiel aus grauer Vorzeit uns besonders lebhaft vor Augen steht, hat sicherlich nicht mehr als 600 000 Einwohner, Athen in seiner besten Zeit zusammen mit dem Piraeus höchstens 150 000, die Kaiserstadt Rom etwa 700 000 gezählt. Die führenden Städte des deutschen Mittelalters aber würden, zieht man lediglich die Bevölkerungsziffer in Betracht, heute kaum den Rang mäßiger Mittelstädte behaupten. In der Mitte des 15. Jahrhunderts, also in der höchsten Blüte des mittelalterlichen Städtewesens, zählten Straßburg, Hamburg und Nürnberg nur etwa 25 000, Augsburg 18 000, Frankfurt a. M. 9000, Leipzig 4000, Dresden 3 bis 5000 Seelen.

Aber nicht nur mit den gewaltigen, von ihnen beherbergten Massen stellen die modernen Städte einen neuen Typus dar, sondern auch hinsichtlich ihres Ursprunges. Die Städte des Altertums wurden gegründet, sei es auf den Befehl des Herrschers, sei es nach einem formgerechten Beschlusse der Volksgemeinde; die Großstädte der Neuzeit dagegen sind geworden, d. h. erwachsen auf dem Untergrunde staatsbürgerlicher Freiheit, nicht als Sinnbilder despotischer Macht (Babylon, Ägypten) oder als ummauerte Schutzwehren gegen den Feind (Griechenland, Rom), sondern als Mittelpunkte mächtig emporstrebender wirtschaftlicher und geistiger Kräfte.

Zwar auch schon zahlreiche Städte des Mittelalters sind erst allmählich aus Landgemeinden erwachsen, und wenn das Stadtrecht von fürstlicher Verleihung abhängig war, so bedeutet dies doch nur eine Form, die den aus eigener Kraft der Bürger gewordenen Tatsachen lediglich Rechnung trug. Somit ähnlichen Ursprungs wie unsere heutigen Städte, waren sie aber doch wirtschaftlich völlig anders geartete Organismen.

Die Städte des Mittelalters bildeten Wirtschaftsgebiete für sich. Von wenigen besonders wertvollen Waren abgesehen, erzeugte jede einzelne Stadt mit ihrer nächsten Umgebung alles, dessen sie bedurfte, und verbrauchte anderseits ebenso alles, was sie erzeugte; das Ideal, wonach der einzelne wie die Gesamtheit strebte, war ausreichende „Nahrung“ für den ansässigen Bürger ohne übermäßige Arbeit, die ihn in der Ausübung seiner bürgerlichen Pflichten vielleicht beeinträchtigt hätte. Darum wurde möglichst jede fremde Konkurrenz fern gehalten; innerhalb der Stadt zwar herrschte Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Berufen, nicht aber zwischen den verschiedenen, streng gegeneinander abgeschlossenen Städten. Anders in den Städten von heute! Je mehr die Volkswirtschaft voranschreitet, um so mehr vollzieht sich die Arbeitsteilung, nicht nur zwischen den einzelnen, sondern auch zwischen den Gesamtheiten. Während im Mittelalter, wie der Leipziger Nationalökonom Carl Buecher den Unterschied besonders treffend herausgehoben hat, jede Stadt alle Handwerkszweige in sich zu vereinigen suchte, die überhaupt in ihr getrieben werden konnten, strebt heute jeder Ort nach Ausbildung desjenigen Gewerbes, für welches die Lokalbedingungen am günstigsten sind. Mit der zunehmenden Fülle der Industrie geht Hand in Hand ihre lokale Spezialisierung, und so produziert die moderne Stadt nicht mehr nur für einen eng begrenzten Bereich, sondern für den gesamten nationalen, ja oft für den internationalen Markt und nimmt teil am Konsum der Erzeugnisse des internationalen Güteraustauschs.

Die Städte werden so zu Gliedern eines großen volkswirtschaftlichen Organismus und gewinnen darin eine um so erheblichere Bedeutung, je mehr das Gewerbe die Tendenz zum Großbetriebe verfolgt und, um im großen arbeiten zu können, nach großen Arbeitermassen verlangt, die eng genug wohnen, um nicht durch den Weg von der Arbeitsstätte zur Wohnstätte allzuviel Zeit zu verlieren; je mehr ferner Handel und Industrie, Gewerbe und Verkehr einander Hand in Hand arbeiten und es im Interesse der aufeinander angewiesenen Gewerbezweige liegen muß, einander möglichst nahe zu sein. Je größer die Stadt, um so größer die Aussichten für beides! In den Großstädten sitzt heute mehr als ein Viertel aller Gewerbebetriebe des Deutschen Reichs, ihr Anteil an den gewerbstätigen Personen ist mit ungefähr einem Drittel noch wesentlich höher.

Die nächste Folge dieser Ansammlung der Industrie in den Städten ist das Wachsen

der städtischen Einkommen und die Ansammlung eines immer größeren Teils des Nationalreichtums in ihrer Hand. Im Jahre 1908 gab es in Preußen insgesamt 92 Milliarden ergänzungssteuerpflichtiges Vermögen; davon entfielen aufs Land rund 33 Milliarden, auf die Städte der gesamte Rest. Das steuerbare Einkommen der physischen Zensiten betrug im gleichen Jahr auf dem Lande 3,8 Milliarden, in den Städten dagegen 9 Milliarden. Welche Bedeutung damit gerade die Städte, vor allem die großen unter ihnen, u. a. auch für den Steuersäckel des Staates und für die Fülle von Kulturaufgaben haben, die daraus zum Wohle des ganzen, oft auch insbesondere nur des platten Landes geleistet werden, liegt auf der Hand.

Je mehr aber die Erwerbsmöglichkeiten sich mehren, je größer zugleich die Zahl derjenigen wird, die nach diesen streben, um so schärfer wird der Wettstreit der einzelnen und um so größer die Ansprüche, die an Arbeitslust und Arbeitsfähigkeit, an Intelligenz und Tatkraft desjenigen gestellt werden, der dem Beispiel anderer Tüchtiger um und neben sich folgend, etwas erreichen will. Oechelhäuser hat recht, wenn er gesagt hat: „Das Tempo des Denkens und des Handelns steigert sich mit der Bevölkerungszahl".

Darin ist letzten Endes auch zugleich die Bedeutung begründet, die das städtische Wesen und Leben für die geistige Kultur der Nation besitzt. Daß die maßgebende deutsche Presse heute städtischen und zwar spezifisch großstädtischen Charakter trägt, kann nicht bezweifelt werden; ob dies von allen Seiten als erfreulich angesehen wird oder nicht, kommt für die Tatsache selbst nicht in Betracht. In den großen Städten als den Zentren der Bevölkerung spielen sich jedenfalls die wichtigsten öffentlichen Vorgänge ab; eine Fülle offener und geheimer Mitarbeiter steht an Ort und Stelle zur Verfügung; für Telephon und Telegraph, diese unentbehrlichen Helfer des heutigen Nachrichtendienstes, ist hier besser gesorgt als an anderen Plätzen; vor allem aber wird, wie Petermann richtig hervorgehoben hat, bei dem auch im Pressewesen sich immer mehr zuspitzenden Wettbewerb die Herstellung der Zeitungen so kostspielig, daß auf Verdienst nur bei einem sehr großen Absatz, auf diesen aber selbstverständlich um so eher gerechnet werden kann, je größer der örtliche Markt ist und die Zahl derer, die namentlich auch an den lokalen Nachrichten ein Interesse nehmen. Ähnlich wie mit den Zeitungen steht es mit der Bücherproduktion; ernst zu nehmende Verlagsbuchhandlungen in Dörfern sind zu zählen, und wenn auch manche Mittelstadt beachtenswerte Firmen aufweist, auch hier stehen an der Spitze Großstädte wie Berlin, Leipzig und Stuttgart; aus den großen Städten geht also die geistige Nahrung des Volkes aufs Land, und zwar werden die meisten Bücher nicht nur in den großen Städten gedruckt und verlegt, sondern auch geschrieben.

Es sei zunächst daran erinnert, wie eng die wissenschaftliche Produktion Deutschlands zusammenhängt mit seinem Hochschulwesen. Allerdings fehlt es nicht an noch heute bedeutenden Universitäten in Orten, die dem ländlichen Charakter näher stehen als dem großstädtischen. Immerhin aber ist doch bezeichnend, daß von den 21 Universitäten Deutschlands mehr als die Hälfte — 12 — sich in Städten von mehr als 80 000 Seelen finden, daß von den 52 851 Studenten, die im Wintersemester 1909/10 immatrikuliert waren, nicht weniger als 32 157 allein in Großstädten studierten; und zweifellos verschiebt sich das Verhältnis immer mehr zugunsten der letzteren, da der Mangel an praktischem Demonstrationsmaterial, an Fühlungnahme mit bedeutenden Justizkollegien am selben Orte, an Beziehungen mit anderen den Universitätsunterricht mannigfach ergänzenden Instituten oft für Lehrende wie Lernende an den kleinen Plätzen gleich schmerzlich ist. Noch weit stärker aber sind die Gründe, welche die modernen Fachhochschulen gerade die Großstädte aufsuchen lassen; der Vorbereitung für das praktische Leben dienend, finden sie um so günstigere Verhältnisse vor, je enger, auch räumlich, Theorie und Praxis einander kommen; die 8 technischen Hochschulen Deutschlands sind mit einer Ausnahme, die vier Handelshochschulen gar sind ebenso wie auch die fünf tierärztlichen Hochschulen Deutschlands sämtlich in Großstädten untergebracht.

Über die Bedeutung der großen Städte für die Kunst schließlich bedarf es kaum noch

der Worte. Wo nicht fürſtliche Mäzenaten mit ſtets opferwilligen Händen Träger des Unternehmens ſind, müſſen die großen Kunſtinſtitute, wie Theater, Opernhäuſer, auch Kapellen ſchon allein aus materiellen Gründen ſich möglichſt große Plätze mit möglichſt zahlreichen Intereſſenten ſuchen, um Vorzügliches bieten zu können; Muſeen aber u. dergl. erreichen ihre Zwecke um ſo eher, je mehr Bildungsbedürftige ſie ohne Mühe aufſuchen können, und auch dies iſt in um ſo größerem Maße der Fall, je größer die Stadt iſt. Und auch die freien Künſtler, Schriftſteller, Maler, Muſiker ſuchen mit Vorliebe ihre Wohnſtätte in größeren Städten auf, mögen nun die Beweggründe dafür ideelle oder materielle ſein.

Nach alledem kann kein Zweifel beſtehen, daß den deutſchen Städten heute die Führung im wirtſchaftlichen, geiſtigen und künſtleriſchen Leben des Volkes gehört.

Dieſe in jeder Beziehung ſtändig wachſende Bedeutung der Städte gegenüber dem platten Lande, ihr zunehmender Einfluß auf die geſamte Kultur wird den einen mit Befriedigung, den andern mit Bedauern erfüllen, je nachdem er die aus vorſtehendem erſichtlichen unleugbaren Vorzüge der ſtädtiſchen Entwickelung höher oder geringer ſchätzt, als die Mängel, die unerfreulichen Nebenerſcheinungen, die damit verbunden ſind.

In ſeinem anregenden Buche „Die Großſtadt und ihre ſozialen Probleme“ hat Profeſſor Adolf Weber-Köln dieſe Mängel, wenn auch vielleicht in etwas einſeitiger Weiſe, beſonders nachdrücklich unterſtrichen. Die Stadt, die Großſtadt vor allem, iſt ihm nicht nur der Platz raſtloſen Fleißes und Bildungstriebes, ſondern auch und in erſter Linie die Stätte weitgehender ſozialer Unzufriedenheit und moraliſcher Ungeſundheit.

Beides iſt nicht ohne weiteres zu leugnen; die Urſachen indeſſen ſind verſchiedenartiger Natur. Die ſoziale Unzufriedenheit iſt ſtets am größten nicht an ſich dort, wo notwendigerweiſe jeweils die größte Armut herrſcht, ſondern vielmehr dort, wo der Unterſchied zwiſchen Reich und Arm am größten iſt. Zweifellos lebt, um ein Beiſpiel herauszugreifen, der ſtädtiſche Induſtriearbeiter heute oft weſentlich beſſer als mancher Angehörige des Mittelſtandes vor einigen Jahrzehnten, aber er iſt doch nicht zufrieden, weil er neben ſich den Millionär ſieht und zwar aufgeklärt genug iſt, den Unterſchied zwiſchen deſſen und ſeiner Lebensweiſe zu empfinden, anderſeits aber nicht Bildung genug beſitzt, um die Urſache dieſes Unterſchiedes zu erkennen und ihn ohne Neid ertragen zu können. Dieſes weit verbreitete Gefühl der Unzufriedenheit klingt in der Familie nach, zerſtört dort oft den Frieden und erzieht ein Geſchlecht, das über dem Streben nach den Genüſſen anderer den Familienſinn ſchließlich ebenſo verliert, wie es einen weiteren koſtbaren Beſitz großenteils ſchon längſt verloren hat, das Heimatsgefühl; ein ſolches kann es bei einem Volke, deſſen einzelne Glieder vom Lande zur Stadt, von Nord nach Süd, von Oſt nach Weſt wandern, in einem Umfange wie ihn die Weltgeſchichte (ſelbſt zu den Zeiten der Völkerwanderung) noch niemals geſehen hat, allerdings nur noch in ſeltenen Fällen mehr geben. Und zu all dem treten noch oft die Folgen eines allzu ſchnellen Hineinſtrömens zur Stadt, mit dem weder die rechtzeitige Bereitſtellung der Wohnungen noch das Arbeitsangebot Schritt halten kann; die Wohnungsfrage wird von Zeit zu Zeit brennend und die Klage über Arbeitsloſigkeit von Zeit zu Zeit laut. Es ſteht mit alledem ſicherlich im Zuſammenhange, wenn die Partei der Unzufriedenheit, die Sozialdemokratie, in den Großſtädten beſonders große Erfolge erzielt, wenn Verbrechen, Eheſcheidungen und Selbſtmorde in den großen Städten häufiger ſind als auf dem Lande und wenn die beklagenswerte Abnahme der Geburtenzahl gerade in den großen Städten am meiſten um ſich greift.

Schließlich wird den Städten noch ein Letztes vorgeworfen, der ungünſtige Einfluß, den das engere Zuſammenwohnen, der angebliche Mangel an Licht auf die Geſundheit ihrer Bewohner und damit des ganzen Volkes ausüben ſoll. —

Einige dieſer Mängel ſind unbeſtreitbar, freilich nicht unbehebbar. Man darf nicht

vergessen, daß diese ganze großstädtische Entwickelung sich im Verlauf etwa nur eines Menschenalters vollzogen, daß unser Volk im Strome der einander fast überstürzenden Fortschritte auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens noch nicht genügend Zeit gefunden hat, sich innerlich den veränderten Verhältnissen anzupassen. Noch immer waren gewaltige wirtschaftliche Umwälzungen von Störungen im moralischen Gleichgewicht gerade der unteren Schichten der Bevölkerung begleitet; soll man darum auf die Fortschritte überhaupt verzichten? Man hat es, dank der sozialen Hygiene, von der noch die Rede sein wird, vermocht, im Laufe der allerjüngsten Zeit den letzten der soeben skizzierten Vorwürfe schon vollauf zu entkräften und den Ruf der Städte als „Massenmörder" in um so größerem Maße zu beheben, je größer die Städte wurden; noch vor 100 Jahren starben in den Städten Deutschlands auch in normalen Jahren oft mehr Personen als geboren wurden; noch bis vor kurzem wurde von den Lobrednern der alten Zeit und des platten Landes auf die weit geringere Sterblichkeit im Dorfe gegenüber der Stadt hingewiesen. Heute sind die Sterbeziffern in den großen Städten geringer als im Durchschnitte des Reichs und z. B. in dem städte- und industriereichsten Teile Preußens, im Regierungsbezirk Düsseldorf, wesentlich niedriger als in den ländlichen und landwirtschaftlichen Provinzen des Ostens.

Wie so die Gefährdung der leiblichen Gesundheit durch die städtische, insbesondere großstädtsiche, Entwickelung beseitigt ist, so wird es auch auf geistigem und sittlichem Gebiete möglich sein. Das Heilmittel heißt hier Bildung. Mag sein, daß der Bildungshunger eines großen Teils der unteren und mittleren Schichten der städtischen Bevölkerung heute noch zum Teil nur erst Halbbildung, eine Summe der verschiedenartigsten, unverarbeiteten Kenntnisse, erzeugt, und diese mag das Übel vorübergehend nicht mindern sondern sogar verschärfen. Aber auch nach dieser Richtung hin gilt wiederum, daß die Zeit bisher nur kurz war. Und das Wichtigste ist doch da: Der ehrliche Wille zu lernen; diesem Willen heißt es den Weg zu weisen! Mit dem Wissen aber wird, wie sich Alexander von Humboldt einst so treffend ausgedrückt hat, das Denken und mit dem Denken die Kraft und der Ernst in die Menge kommen.

Aus der so kurz geschilderten Eigenart des städtischen Wesens überhaupt ergibt sich auch Wesen und Aufgabenkreis der städtischen Verwaltung. Auch sie zeigt heute, wenn auch im einzelnen manche Berührungspunkte bietend, doch im ganzen ein von Grund aus anderes Bild als im Mittelalter. Hier wie dort ist ein reges kommunales Leben zu beachten und ein Streben der städtischen Verwaltung, auf möglichst weiten Gebieten zum Segen ihrer Bürger tätig zu sein, oft in gleicher Richtung und mit verwandten Mitteln, aber ausgehend von verschiedenen Grundlagen und darum letzten Endes auch mit verschiedenem Erfolge.

Die Städte des Mittelalters verdankten ihr politisches Dasein, d. h. die freie Betätigungsmöglichkeit ihrer Verwaltungen, wie nach Außen so auch im Innern, vor allem dem Umstand eines Mangels an Staatstätigkeit, die ersetzt wurde durch die Autonomie der Stadt. Ihr Burgfrieden allein bot dem wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt eine gesicherte Stätte; ihr Abhängigkeitsverhältnis dem Staate gegenüber bestand vielfach nur noch in der Verpflichtung zur landesherrlichen Bede, soweit nicht die Erhebung zur freien Reichsstadt auch dieses letzte Band zerschnitten hatte.

Die Städte des 19. und 20. Jahrhunderts ersetzen nicht, sondern ergänzen mit ihren Aufgaben diejenigen des Staates; sie finden ihren Daseinsgrund in dem Gesetz und Verwaltungsrecht eines stark organisierten, willens- und tatkräftigen Staates.

Der Übergang von der einen zur anderen Form ist ein allmählicher gewesen.

Das Zeitalter des absolutistischen Fürstentums wird vom wirtschaftspolitischen Standpunkte durch nichts mehr gekennzeichnet als dadurch, daß die Landesherren neben der außen- und innerpolitischen Fürsorge sich auch der Pflege der wirtschaftlichen Verhältnisse, der Pflege von Handel und Handwerk annahmen und die Doktrin der „eudämonistischen" Staatsphilosophie, welche die oberste Aufgabe des

Staates darin sah, durch unmittelbares Eingreifen in alle Verhältnisse des öffentlichen und wenn nötig privaten Lebens das „Glück" der Untertanen herbeizuführen, in Theorie wie Praxis zum herrschenden Prinzip machten. Es konnte nur durchgeführt werden mit Hilfe einer bis in die letzten Spitzen zentralisierten Gewalt, und damit verlor die selbständige Stellung und Betätigung der Städte Bedeutung und Berechtigung.

Beides wurde aber wieder gewonnen, als der Absolutismus mit der völligen Ausschaltung jedes selbständigen gemeindlichen Lebens politisch und wirtschaftlich Bankerott erlitt. Was der absolutistische Staat des 17. und 18. Jahrhunderts den Städten genommen hatte, gab ihnen der konstitutionell durchsetzte Staat des 19. Jahrhunderts in einer veränderten Form wieder. Sie fand ihren klassischen Ausdruck in der preußischen Städteordnung vom 19. November 1808, die nach ihren eigenen Worten den Zweck hatte, „den Städten eine selbständigere und bessere Verfassung zu geben, ihnen in der Bürgergemeinde einen festen Vereinigungspunkt zu bilden, ihnen eine tätige Einwirkung auf die Verwaltung des Gemeinwesens beizulegen und durch diese Teilnahme Gemeinsinn zu erregen und Gemeinsinn zu erhalten". Das Prinzip der staatlichen Bevormundung wurde abgelöst durch das Prinzip der größtmöglichen Freiheit, der „Selbstverwaltung", welche sich zwar nicht außerhalb, sondern innerhalb des Rahmens des staatlichen Willens vollzieht, anderseits aber der Gemeinde als einer „bürgerlichen Gemeinschaft auf Grund gemeinsamer sittlicher und wirtschaftlicher Aufgaben" gestattet, weit hinauszugehen über die ihr vom Staat zwangsweise übertragenen Pflichten und neben diesen sich einen Aufgabenkreis aus eigenem Antrieb zu schaffen, um so in freier, wenn auch (im Gegensatz zur mittelalterlichen Autonomie der Städte) durch das staatliche Aufsichtsrecht beschränkter Entschließung und Betätigung zum heute wieder wie einst ersten Organ der allgemeinen Kulturpflege zu werden.

Mögen die nichtpreußischen Teile Deutschlands auch anderes, verschiedenes Städterecht besitzen, jedenfalls ist dessen Geist mehr oder weniger überall der gleiche. Äußerlich erhält diese deutsche Stadtverwaltung ihr Charakteristikum durch das Zusammenwirken unbesoldeter Ehrenbeamter und besoldeter Berufsbeamter. In Preußen stehen in der Mehrzahl der Provinzen die Vertretung der Bürgerschaft, die Stadtverordnetenversammlung und die Verwaltungsbehörde, der Magistrat nebeneinander; die Stadtverordneten werden von den Bürgern, die Mitglieder des Magistrats, welche zum Teil besoldet, teils unbesoldet sind, von den Stadtverordneten gewählt; Vorsitzender des Magistratskollegiums ist der Bürgermeister, des Stadtverordnetenkollegiums der Stadtverordnetenvorsteher. In der Rheinprovinz ist die Stellung des Bürgermeisters stärker; er ist zugleich Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung, und statt der Magistratsmitglieder sind ihm Beigeordnete zugesellt, die zwar ebenfalls aus der Wahl der Stadtverordneten hervorgehen, deren Tätigkeit aber er allein bestimmt. Die Stadtverordnetenversammlung ist hier wie dort stets nur beschließende Versammlung, während die Ausführung beim Magistrat und dem Bürgermeister steht. Hilfe leisten dabei wiederum teils ehrenamtlich tätige Personen (es sei namentlich an die Armenverwaltung erinnert), teils Beamte, die ihre Lebensaufgabe ausschließlich im kommunalen Dienste finden. Welche Fülle solcher Kräfte die Gemeindeverwaltungen brauchen, ergibt sich z. B. daraus, daß im Jahre 1904 u. a. die Stadtverwaltung Berlin 4430 besoldete Beamte zählte, Leipzig 2852, Dresden 2240, Breslau 1869, München 1747, Nürnberg 1555. Dabei sind all die Hilfskräfte ohne Beamteneigenschaft und die Arbeiter in den städtischen Betrieben gar nicht mit eingerechnet; die Gesamtzahl der städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter in Düsseldorf (einer Stadt von rund 350 000 Seelen) beträgt gegenwärtig rund 5000.

Diese Ziffern können, so groß sie auch erscheinen mögen, doch nicht überraschen, wenn man sich den Wirkungskreis der heutigen deutschen Stadtgemeinde vergegenwärtigt. Sie ist nach dem vorhin Ausgeführten einerseits als kommunale Körperschaft befugt, alle im allgemeinen Interesse ihrer Angehörigen liegenden örtlichen Aufgaben in den Kreis ihrer Tätigkeit zu ziehen, soweit dem nicht schwerer wiegende Interessen der

übergeordneten Selbstverwaltungskörper (in Preußen Kreis und Provinz) oder des Staates entgegenstehen; sodann und insbesondere sind ihr als einem Glied in dem Organismus der öffentlichen Verwaltung gewisse Obliegenheiten teils durch Reichs-, teils durch Staatsgesetze ausdrücklich und allgemein zugewiesen, oder können ihr durch Verfügung zugewiesen werden. Um das aus diesen letzteren Beziehungen sich ergebende pflichtmäßig auferlegte Wirkungsgebiet gliedert sich in engeren und weiteren Kreisen die freie Gemeindetätigkeit. Beides ist rechtlich und grundsätzlich für Stadt und Landgemeinden das gleiche; tatsächlich freilich ergeben sich aus der Verschiedenheit der Bedürfnisse und der Mittel zu ihrer Befriedigung erhebliche Unterschiede zwischen beiden, ebenso wie zwischen den einzelnen Städtegrößen und Städten selbst.

Auch die einzelnen Bundesstaaten sind einander, entsprechend den soeben schon erwähnten Verschiedenheiten in den Gemeindeordnungen, keineswegs gleichmäßig hinsichtlich der Stellung, die sie den Gemeinden als Verwaltungskörpern niederer Ordnung zuweisen; diese Unterschiede sind jedoch nicht so groß, als daß hier, wo es lediglich darauf ankommt, den wesentlichen Inhalt, den erheblichen Umfang und das starke Wachstum der Tätigkeit der deutschen Städte kurz zu skizzieren, die preußischen Stadtgemeinden nicht als typisch angesehen werden könnten.

Unter den obligatorischen Aufgaben, d. h. denjenigen, zu deren Erfüllung sie von Gesetzes wegen gezwungen sind, stehen für die preußischen Stadtgemeinden diejenigen der allgemeinen Landesverwaltung oben an: Führung der Standesregister und Handhabung der Ortspolizei, soweit diese nicht in größeren Städten besonderen königlichen Polizeibehörden übertragen ist und die Gemeinden lediglich zu bestimmten Beitragsleistungen verpflichtet sind. Daneben tritt die Mitwirkung für Zwecke der Militärverwaltung in Friedens- und Kriegszeiten, der Rechtspflege (durch Bestellung von Schiedsmännern und Gemeindewaisenräten, Errichtung und Erhaltung von Gewerben und Kaufmannsgerichten), der Finanzverwaltung (Veranlagung und Erhebung der Staatssteuern), der Gesundheitsverwaltung und der Sozialpolitik (vor allem als untere Verwaltungsbehörden im Arbeiterversicherungswesen). Die bei weitem wichtigsten Obliegenheiten der Städte aber und zugleich diejenigen, welche die meisten finanziellen Opfer von ihnen fordern, sind neben der schon erwähnten Unterhaltung der Polizei (sie kostete den deutschen Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern im Jahre 1907 nicht weniger als 74,4 Millionen Mark im Rohbetrag und 63,1 Millionen Mark im Reinbetrag) die auf ihre Schultern gelegten Pflichten zum Bau und zur Unterhaltung der Ortsstraßen, zur Tragung der Armenlasten und zur Unterhaltung der Volksschulen.

Die letztgenannte, durch Gesetz den Städten obliegende Pflicht führt zu einem der wesentlichsten Gebiete auch der freiwilligen Tätigkeit der modernen deutschen Städte. Gerade auf dem Gebiete des Unterrichtswesens sind sie von jeher weit über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinausgegangen und suchen in eifrigem Wettbewerb durch Ausbau der Schulhygiene, vielseitige Ergänzung des wissenschaftlichen Unterrichts und Pflege höherer Schularten, zu der sie gesetzlich nicht verpflichtet sind, das Beste zu leisten. Namentlich das Volksschulwesen hat man einmal als das liebste Kind der preußischen Kommunalverwaltung bezeichnet, für das kein Opfer zu hoch sei, und wie dieses Wort in den letzten Jahrzehnten immer mehr zur Wahrheit geworden ist, lehrt schlagend die Tatsache, daß allein die 110 preußischen Städte mit heute mehr als 25 000 Einwohnern für das öffentliche Volksschulwesen im Jahre 1885 30 972 125 Mark, 1905 dagegen 107 770 004 Mark ausgegeben haben; diese Steigerung hängt nicht etwa nur mit der Zunahme der Bevölkerung und damit der Volksschulkinder zusammen, sondern in noch größerem Maße mit den größeren Aufwendungen, die heute für jeden einzelnen Schüler gemacht werden; betrug doch dieser Durchschnittssatz pro Kopf des Schülers z. B. in Berlin 1885: 54,88 Mark, 1905: 94,91 Mark; in Frankfurt a. M., das besonders bahnbrechend auf diesem Gebiete vorangegangen ist, gar 84,24 Mark und 135 Mark. Aber nicht nur die großen, sondern auch zahlreiche kleinere und kleinste Stadtgemeinden zeigen ähnliche Steigerungen, namentlich im letzten Jahrzehnt. Im Durchschnitt

sämtlicher Städte der preußischen Rheinprovinz entfielen auf den Kopf des Volksschülers 1875: 20,60 Mark, 1890: 25,75 Mark, 1908: 54,32 Mark städtischen Zuschusses.

In diesen Ziffern spiegelt sich, abgesehen von der Steigerung der Lehrergehälter, die ja in der allerletzten Zeit noch ganz anders erhöhte Anforderungen gestellt haben, die Sorgfalt wieder, mit der heute auch in kleinen Gemeinden, vornehmlich aber in den größeren Städten, beim Bau der Schulhäuser auf die Forderungen der Schultechnik und Hygiene Rücksicht genommen wird; es kommt der Siegeszug jener Fülle moderner Einrichtungen zum Ausdruck, die wie Schulbäder, Schulgärten, Haushaltungs-, Handfertigkeits- und Handarbeitsunterricht, Hilfsschulen für Schwachbegabte, Ferienkolonien usw. der Volksschule von heute das charakteristische Gepräge in den deutschen Städten verleihen, — neben den Schulärzten, die noch vor etwa 2 Jahrzehnten völlig unbekannte Erscheinungen waren, heute dagegen sich in den meisten größeren Städten finden als hygienische Berater der Schulbehörden, die zugleich die Schulen mit ihren gesamten sachlichen Einrichtungen vom hygienischen Standpunkt beaufsichtigen und dauernd den Gesundheitszustand der Schüler überwachen; neuerdings sind in einer ganzen Reihe von Städten auch noch besondere Schulzahnärzte hinzugetreten, womit ein weiterer Schritt auf dem Wege gemacht ist, der die deutschen Gemeinden in immer stärkerem Maße dazu führt, innerhalb des Volksschulbetriebs nicht nur für das Wissen, sondern auch für körperliche Gesundheit der minderbemittelten Jugend zu sorgen.

Über alledem sind die übrigen Gebiete des Unterrichtswesen nicht zu kurz gekommen. Gab es doch in der kulturell wohl am höchsten stehenden Rheinprovinz 1816 noch keine höhere Lehranstalt in städtischer Verwaltung; heute sind von 126 höheren Knabenschulen der Provinz 87 städtisch, von 141 höheren Mädchenschulen aber 54. Die nicht durch Schulgelder gedeckten Kosten dieser Anstalten sind seit 1875 von weniger als 750 000 Mark auf rund 6 000 000 Mark gestiegen.

Namentlich die nicht humanistischen Anstalten, Realgymnasien und Realschulen, sind in ganz Preußen, aber wohl auch außerhalb dessen, fast ausschließlich städtisch. Ebenso sind die im Laufe des 19. Jahrhunderts ins Leben gerufenen und immer mehr ausgestalteten Mittelschulen, die einen der wertvollsten Faktoren zur Förderung des bürgerlichen Mittelstandes darstellen, nahezu völlig der Initiative der Stadtverwaltungen entsprungen. Wie hat gleichzeitig mit jedem Jahrfünft die Tätigkeit der deutschen Städte zur Verbreiterung und Vertiefung der Volksbildung durch Gründung und Erhaltung von Hoch-, Fach- und Fortbildungsschulen, von Vortragskursen, Lesehallen, Theatern und Museen an Ausdehnung gewonnen!

Man hat berechnet, daß der gesamte Nettoaufwand der Städte für Bildung und Kunst nach Abzug sämtlicher Einnahmen aus entsprechenden Titeln in ganz Deutschland mehr als 250 Millionen jährlich beträgt, d. h. annähernd doppelt so viel wie heute alljährlich für die kaiserliche Marine ausgegeben wird.

Nicht minder aber springen ins Auge die freiwilligen Leistungen und Erfolge der deutschen Städte auf dem Gebiete des Gesundheitswesens. Schon oben wurde auf diese „Sozialhygiene" hingewiesen, und darauf, wie traurig es damit noch vor wenigen Jahrzehnten aussah. Ohne Kanalisation und Wasserversorgung, ohne geregelte Abfuhr des Mülls und der Fäkalien, ohne Vorbeugungsmaßregeln gegen die Feinde der Menschheit, die Epidemien, wurden die hygienischen Verhältnisse der Städte besonders schlimm, als der Zuzug von außen, das Fabrikgetriebe einsetzte und in ihren Bannkreis auch mittlere und kleinere Städte gezogen wurden.

Gerade hier, wo es um die Grundlagen des städtischen Seins geht, hat das freie Schaffen gemeinnützigen Bürgersinns in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts mit Nachdruck eingegriffen und eine Wirksamkeit entfaltet, die weit darüber hinausging, etwa nur das gutzumachen, was durch die Anhäufung der Menschen auf begrenztem Raum ohne entsprechende hygienische Vorkehrungen zunächst gesündigt worden war. Es ist sicherlich nicht übertrieben, wenn man gerade in der hierdurch hervorgerufenen sichtlichen und ständigen Verbesserung der städtischen Gesundheitsverhältnisse bei

gleichzeitig starker Zunahme von Bevölkerung und Industrie einen der hervorragendsten Erfolge der kommunalwirtschaftlichen Tätigkeit am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts erblickt — um so mehr, als es sich auf diesem Gebiete vielfach um Millionensummen handelte, deren Herbeischaffung aus den laufenden Mitteln der Gemeindeverwaltung sich durchweg völlig oder doch zunächst als ausgeschlossen erwies.

Eines der wichtigsten Instrumente dieses städtischen Wirkens war die Durchführung der gemeindlichen Kanalisation, deren erste, abgesehen von einigen unvollkommenen Vorläufern, etwa um die Mitte des vorigen Jahrhunderts in Angriff genommen ist; heute besitzen fast alle großen, aber auch viele kleineren Städte Kläranlagen und wohlausgebaute Kanalisationen oder empfinden ihr Fehlen jedenfalls auf das allerschmerzlichste. Der zweite bedeutsame Schritt zu hygienischer Vorsorge ist die einwandfreie Regelung der Wasserversorgung gewesen. Aus den Angaben über die gesundheitlichen Verhältnisse vor etwa 100 Jahren ersieht man zur Genüge, welche furchtbare Gefahr für die Städte mit ihrem dichten Zusammenwohnen gerade Wassermangel und insbesondere schlechte Beschaffenheit des Wassers bildet. Und wie ist noch heute auf dem Land oft das Wasser schlecht, knapp und mühsam erreichbar! Demgegenüber ist leicht der Fortschritt zu ermessen, welchen eine reichliche, gesundheitlich einwandfreie, bequeme Wasserversorgung durch ein zentrales Wasserwerk bedeutet. Freilich, auch die Geschichte der gemeindlichen Wasserwerke ist noch nicht alt. Zwar hatte schon Rom in der Kaiserzeit ebenso wie einige andere große Städte des späten Altertums großartige Wasserversorgungseinrichtungen, die noch heute unsere Bewunderung erregen; aber in der sonst doch so hoch entwickelten mittelalterlichen Städtekultur finden sich dergleichen nicht; man begnügte sich mit den öffentlichen und privaten Hausbrunnen, und so blieb es auch bis etwa um die Mitte des 19. Jahrhunderts, soweit nicht zufällig eine Quellenwasserleitung zur Speisung der öffentlichen Brunnen vorhanden war. Nicht etwa Privatunternehmer sondern die Stadtverwaltungen selbst sind dann daran gegangen, zentrale Wasserversorgungsanlagen mit Maschinenbetrieb zum Pumpen des Wassers in Hochbehälter zu errichten. Von 2309 deutschen Stadtgemeinden aller Größe, für die entsprechende Angaben vorliegen, haben heute 1238 eigene gemeindliche Wasserwerke, darunter 404 Städte mit 2000 bis 5000 und 206 gar mit weniger als 2000 Seelen.

Die Regelung der Wasserversorgung durch die Städte hat allmählich zu einer weiteren gemeindlichen Betätigung geführt. Angesichts der unzweifelhaft hohen gesundheitlichen Bedeutung von Reinlichkeit und Schwimmen ist auch das Badewesen immer mehr aus einem Gegenstand privaten Gewerbes zu einer öffentlichen Angelegenheit geworden. Hier allerdings hatten die Städte des Mittelalters bereits eingesetzt, aber mit dem Verfall des Städtewesens waren auch diese Einrichtungen verschwunden, so daß das letzte Viertel des 19. Jahrhunderts wiederum auf völlig neuem Grunde bauen mußte. Noch 1875 waren städtische Badeanstalten ein seltenes Ding. In der nachfolgenden Zeit aber, besonders während des letzten Jahrzehnts, haben die Städte in allen Teilen des Vaterlandes einen großen, teilweise durch gemeindliche Stiftungen unterstützten Eifer entfaltet, Schwimmhallen und sogenannte Volksbadeanstalten, Luftbäder, Brause- und Warmbadeanstalten zu errichten und zu unterhalten.

Wie die Wasserversorgung durch die Stadt, so dient auch der immer mehr vervollkommnete Betrieb städtischer Schlacht- und Viehhöfe mit Benutzungszwang den Zwecken einwandfreier Ernährung; auch diese Einrichtungen sind im wesentlichen Kinder erst der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, heute aber selbst in kleinen Stadtgemeinden entweder bereits vorhanden oder doch als Notwendigkeit empfunden.

Haben alle diese städtischen Anstalten ebenso wie die hier noch zu erwähnenden Nahrungsmitteluntersuchungs-Ämter die Vorbeugung von Krankheiten zum Ziele, so reiht sich dem die Fülle jener Maßnahmen der städtischen Verwaltung an, die zur Heilung Erkrankter bestimmt sind: In erster Linie die städtischen Krankenhäuser und Heilanstalten, mit denen die Städte neben die private, meist in konfessionellem Rahmen

Harz.
Die Teufelsmauer bei Blankenburg.
*) Nach Aufnahmen der Neuen Photographischen Gesellschaft A.-G. in Berlin-Steglitz.

Heidelberg.
Vom Wolfsbrunnen aus.

Heilbronn.
Neckarbrücke mit Post.

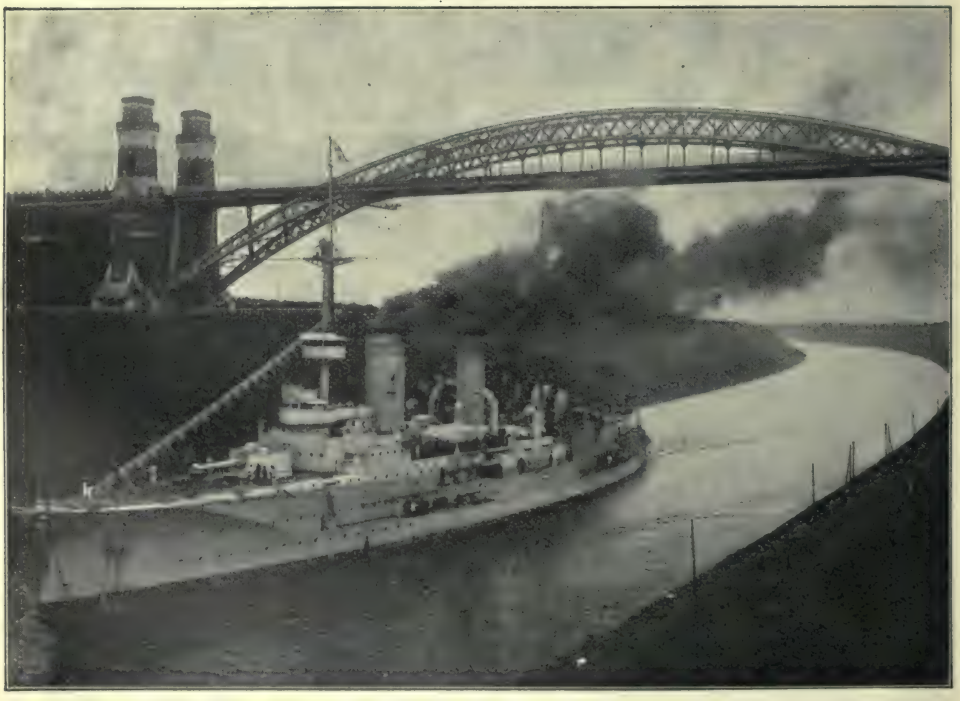
Helgoland.
Das Oberland.

Hildesheim.
Marktplatz mit Knochenhauer-Amtshaus.

Hohenzollern.
Die Stammburg unseres Kaiserhauses.

Homburg vor der Höhe.
Parkansicht mit dem Kaiser-Friedrich-Denkmal.

Kiel.
Geschwader im Hafen.



Kiel.
S. M. S. „Prinz Heinrich" im Kaiser-Wilhelm-Kanal.

Köln am Rhein.
Die Hohe Straße.

Köln am Rhein.
Der Dom, Südseite.

Königsberg in Preußen.
Blick von der Börse nach der Köttelbrücke.

Konstanz am Bodensee.
Von der Seestraße aus (Bodensee).

Langenschwalbach.
Bad im Taunus.

Lauffen.
Neckar.

Leipzig.
Das alte Rathaus.

Lindau am Bodensee
mit dem Löwen.

Lübeck.
Alte Lagerhäuser an der Trave.

Lüneburg.
Alte Häuser am Sande.

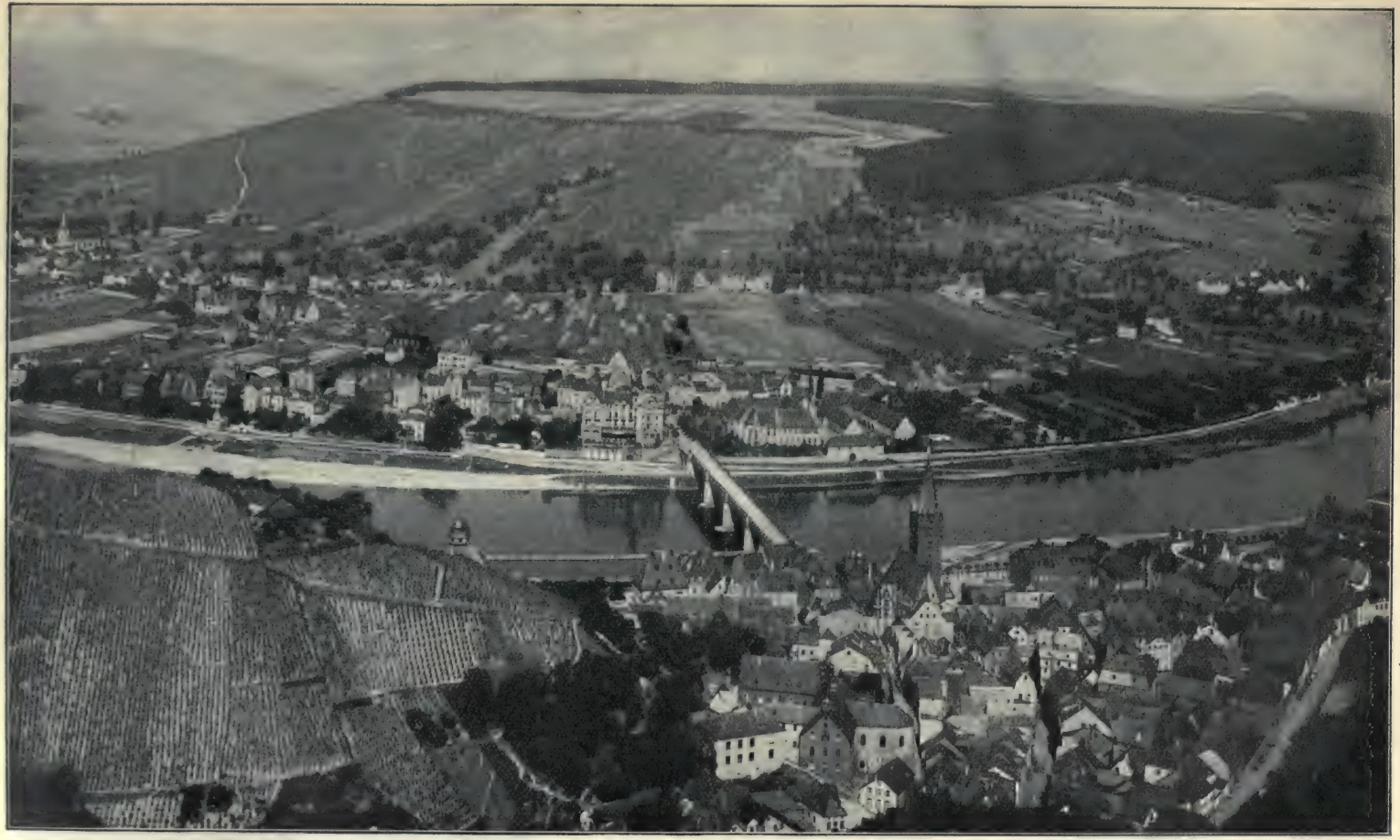
Magdeburg.
Der Breite Weg.

Mainz.
Der Markt.

Marburg.
Vom Schützenhause aus.

Metz.
An den Felsenbädern.

Metz.
Deutsches Tor.



Die Mosel.
Berncastel vom Kaiserstuhl.

München.
Vom Maximilianeum aus.

Münster in Westfalen..
Kanonengraben.

geübte Wohltätigkeit und Krankenpflege getreten sind. Damit ist nicht nur für das Bedürfnis der Städter gesorgt, es ist damit auch oft mustergültiges für das ganze Land geschaffen worden, und vor allem dienen die Krankenhäuser der Städte meist auch den Bewohnern der umliegenden Dörfer und anderer kleiner Orte als gute und billige Pflegestätten. Die dabei notwendigen Aufwendungen steigen infolge der wachsenden Anforderungen des Publikums einerseits, der außerordentlichen Entwickelung der medizinischen Wissenschaften anderseits außerordentlich; die Errichtung gar mancher neueren städtischen Krankenanstalt hat an 10 Millionen Mark oder gar mehr gekostet, und Hunderttausende sind es, die nach Abrechnung aller Einnahmen von den Städten alljährlich zugeschossen werden, nur um ihre Krankenhäuser in einer allen berechtigten Ansprüchen entsprechenden Weise auf der Höhe zu halten. Es würde an dieser Stelle zu weit führen, alle einzelnen weiteren Maßnahmen städtischer Gesundheitsfürsorge, die sich im Laufe namentlich der letzten Jahrzehnte ausgebildet haben, hervorzuheben, wie insbesondere die Schaffung besonderer Organe zur ärztlichen Beratung der Stadtverwaltung (Stadtärzte), Kommunalisierung des Abfuhrbetriebes und des Begräbniswesens, die Errichtung von Desinfektionsanstalten und von bakteriologischen Untersuchungsämtern. Nur noch zwei Gebiete städtischer Gesundheitspflege, in denen die Städte gerade in neuester Zeit dem ganzen Lande führend vorangegangen sind, seien besonders hervorgehoben.

Unter den gesundheitsschädlichen Einflüssen der städtischen Siedelungsweise leiden naturgemäß die widerstandsunfähigsten, zartesten Organismen am meisten. Eine hohe Säuglingssterblichkeit, d. h. die Sterblichkeit der Kinder im ersten Lebensjahre war denn auch bis vor nicht langer Zeit eine der betrüblichsten Begleiterscheinungen der städtischen und insbesondere großstädtischen Entwickelung. Namentlich traf dies bei den unehelichen Kindern zu, denen es an sorgsamer Pflege ganz besonders zu mangeln pflegt. In den 80er Jahren starben im Durchschnitt der Städte pro Jahr von je 1000 ehelichen Kindern im ersten Lebensjahr rund 210, von den unehelichen zwischen 395 und 400; die Quoten auf dem Lande dagegen betrugen nur 185 bis 190 bei den ehelichen und 320 bis 330 bei den unehelichen Kindern. Vor allem seit den neunziger Jahren haben es nun die Stadtverwaltungen als ihre ganz besondere Pflicht erkannt, diesem verderblichen Zustand entgegenzuarbeiten. Zur Behandlung kranker Säuglinge sind zahlreiche Kinderhospitale und Säuglingsheime errichtet worden; zwecks Versorgung der Kinder mit einwandfreier Milch bestehen städtische Milchküchen, in denen meist unter ärztlicher Kontrolle die Milch sterilisiert, sachgemäß gemischt und darnach zu billigem Preise an die minder bemittelten Volksschichten abgegeben wird; da aber die Muttermilch erfahrungsgemäß stets zuträglicher ist als die beste Kuhmilch, so wird daneben versucht, durch Gewährung von Prämien an selbststillende Mütter deren Zahl möglichst zu vergrößern; allgemeine Belehrung über Säuglingspflege und unentgeltliche ärztliche Untersuchung bieten Mutterberatungs- und Fürsorgestellen. Die einzelnen Städte besitzen diese Einrichtungen in größerer oder geringerer Vollzähligkeit; überall zeigt sich das Bestreben, so viel davon zu schaffen, als die finanziellen Mittel erlauben. Wertvolle Unterstützung leisten die heute in den meisten Städten segensreich arbeitenden Frauenvereine.

Ebenso allgemein ist man dazu übergegangen, zur Wahrnehmung der Interessen der verwaisten, verlassenen und unehelichen Kinder sogenannte Waisenräte zu bilden und ihnen ehrenamtliche Waisenpfleger und Waisenpflegerinnen beizugeben. Einen Schritt weiter bedeutet die ebenfalls vielfach vorhandene Generalvormundschaft; d. h. ein von der städtischen Armenverwaltung bestimmter Beamter übernimmt die vormundschaftliche Fürsorge für alle unehelichen und der Armenpflege anheim gefallenen Minderjährigen; dieses System besteht gegenwärtig in 102 Städten, es ist aber zweifellos, daß es weitere Fortschritte machen wird, ebenso wie die neuerdings in einer ganzen Reihe von Großstädten eingeführte besondere Überwachung der in fremder Pflege untergebrachten unehelichen Kinder durch teils im Ehrenamte, teils gegen Besoldung tätige Damen. Wie erfolgreich dieses Vorgehen der Städte ist und

wie wünschenswert es wäre, wenn es auch auf dem platten Lande Nachahmung fände, ergibt sich daraus, daß heute in Preußen die Sterblichkeit der ehelichen Säuglinge im Durchschnitt der Städte 157 pro Mille, auf dem platten Lande dagegen 166 pro Mille, der unehelichen 291 pro Mille und 307 pro Mille ist. Die Städte haben es also vermocht, auch hierin heute wesentlich günstiger dazustehen als das platte Land. Was das für die Zukunft des Volkes bedeutet, liegt auf der Hand.

Mit nicht weniger Energie hat die moderne deutsche Stadtverwaltung den Kampf gegen die Lungenschwindsucht besonders während des letzten Jahrzehntes eröffnet, namentlich mit Hilfe von städtischen Fürsorgestellen, in denen der Kranke oder Krankheitsverdächtige nicht nur unentgeltlich untersucht wird, sondern auch nötigenfalls mit Lebensmitteln, Betten, Mietszuschüssen unterstützt oder auf Kosten der Stadt in Heilstätten gesendet wird. Eine Ergänzung müssen diese Einrichtungen, die allerdings noch vielfach des weiteren Ausbaues bedürfen, noch späterhin in besonderen Vornahmen gegen weitere besonders in den größeren Städten mit ihrem dichten Zusammenwohnen und ihrer anspannenden Arbeit verheerende Feinde der Menschheit, nämlich die Geschlechts- und die Nervenkrankheiten, finden.

Die zuletzt skizzierten Gebiete städtischer Tätigkeit spielen zum Teil schon hinein in das große Feld städtischer Armenpflege. Mit welcher Tatkraft auch hier weit mehr als die gesetzliche Pflicht erfüllt wird, erhellt wohl schon daraus, daß die Bruttoausgaben für Armen-, Waisen- und Krankenpflege z. B. in Berlin 1888: 9,7 Millionen, 1908 dagegen 32,1 Millionen Mark betragen haben; in anderen Städten auch kleineren Umfanges sind ähnliche Steigerungen zu verzeichnen. So gab u. a. Aschersleben (rund 25 000 Einwohner) in dem ersten der genannten Jahre 48 000 Mark, im letzten dagegen 136 200 Mark für diese Zwecke aus. Die Gesamtausgaben der deutschen Städte auf diesem Gebiet abzüglich aller staatlichen und sonstigen Zuschüsse sind auf alljährlich rund 100 Millionen Mark zu veranschlagen. In den meisten Städten Deutschlands wird dabei nach dem Elberfelder System verfahren (sogenannt weil zuerst in Elberfeld zur Anwendung gelangt), das in folgendem besteht: Die Armenpflege wird ehrenamtlichen Bürgern (Armenpflegern) übertragen, die selbständig Unterstützungen gewähren und zwar innerhalb des ihnen überwiesenen Stadtteils, der möglichst klein bemessen ist, damit gründlich geprüft und kontrolliert werden kann; die Armenverwaltung gibt die Instruktion und führt die Unterstützungsanordnungen aus. Dies System hat sich Jahrzehnte hindurch bewährt, jedoch wird es mit dem wachsenden Umfange der Stadt immer schwieriger, die notwendige große Zahl von Armenpflegern zu erhalten, und darum geht neuerlich die Tendenz dahin, neben die ehrenamtlichen Pfleger Armenbeamte zu stellen, die den Armenpflegern die ersten Erkundigungen, die Aufklärungsarbeit usw. abnehmen (Straßburger System).

Besonders groß werden die Ansprüche an die Armenpflege natürlich in Zeiten geringen Verdienstes, wenn infolge wirtschaftlicher Notlage die Arbeitslosigkeit groß ist. Gerade die großen Städte leiden unter dieser ganz außerordentlich; haben doch zu solchen Zeiten nicht nur unzählige Familien oft Mangel am Nötigsten, sondern auch zahlreichen Gewerbetreibenden bleiben die Kunden aus, auf die sie angewiesen sind. Darum hat die deutsche Stadtverwaltung auch diesem Zweig der Sozialpolitik je länger je mehr ihr besonderes Interesse zugewandt, um so mehr als gerade hier sowohl der Staat als auch private Wohltätigkeit bislang versagt hat. Als vorbeugendes Mittel auf diesem Gebiete zur Regelung des Angebots und der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte unterhalten fast alle größeren und mittleren, aber auch zahlreiche kleine Städte kommunale Arbeitsnachweise, die für Arbeitgeber wie Arbeitnehmer unentgeltlich arbeiten. Tritt trotzdem ein Notstand ein und sind unverhältnismäßig zahlreiche Bürger ohne Arbeit, so werden vielfach Arbeitslosenbeschäftigungen (Notstandsarbeiten) eingerichtet, d. h. die Stadt veranstaltet Arbeiten nur oder doch vorwiegend zu dem Zwecke nutzbringender Beschäftigung jener ruhenden Hände; die größte Aktion dieser Art war bisher diejenige Düsseldorfs im Winter 1908/09, wo die Gemeinde

2354 Arbeitslose an insgesamt 91 045 Arbeitstagen beschäftigte und dafür annähernd eine halbe Million aufwandte. Da freilich hierbei die Gefahr besteht, daß die arbeitende Bevölkerung sich gar zu sehr auf die Gemeinde verläßt und zum Teil selbst nicht genügend Vorsorge für die Zukunft trifft, so wird die Errichtung gemeindlicher Arbeitslosenversicherungskassen schon lange erwogen; doch sind ihre technischen Schwierigkeiten sehr groß, und die bereits bisher durchgeführten Versuche einzelner Städte noch keineswegs mustergültig. Dem aber, der durch Sparsamkeit in besseren Zeiten für die Tage der Not Vorsorge treffen will, stehen heute schon allüberall städtische Sparkassen zur Verfügung, die Gelder vollkommen sicher bewahren, sie angemessen verzinsen und, solange sie nicht vom Einleger zurückgefordert werden, nutzbringend arbeiten lassen.

Der Arbeitslosenfrage verwandt ist, wie schon oben angedeutet wurde, die Wohnungsfrage. Die Wohnungspreise steigen, je schneller sich auf dem beschränkten Stadtgebiet die Menschenmassen mehren; und je teurer die Wohnungen werden, zu um so schlechteren muß der Minderbemittelte greifen. Im Interesse der allgemeinen Kultur, der Gesundheit und der Sittlichkeit aber liegt es, daß möglichst weite Schichten der Bevölkerung möglichst gut und möglichst billig wohnen. Alle Bestrebungen der Städte nach dieser Richtung faßt man unter dem Worte Wohnungspolitik zusammen.

Gerade auf dem Gebiete dieser Wohnungspolitik haben die Städte keines Landes der Erde soviel bereits geleistet als die deutschen. Einrichtung städtischer Wohnungsinspektionen, Unterstützung gemeinnütziger Bautätigkeit, Ankauf möglichst großen Grundbesitzes durch die Stadtverwaltung selbst, um damit einen Einfluß auf den Grundstücksmarkt und dessen Preisgestaltung zu gewinnen, sind hier die wesentlichsten Mittel.

Wohnungspolitische Gesichtspunkte sind es auch zum guten Teile, die einem weiteren sehr wichtigen Gebiete städtischer Tätigkeit zugrunde liegen, dem Städtebau. Nicht nach einheitlichem Plane, sondern jeder nur seinem eigenen Sterne folgend, drängen die Massen in die Stadt; jeder einzelne strebt rücksichtslos nach Raum zum Wohnen und Luft zum Leben; es gilt, den Menschenstrom so zu leiten, daß unter diesem individuellen Streben nicht die wirtschaftlichen und die gesundheitlichen, die sittlichen und künstlerischen Interessen der Allgemeinheit gefährdet werden. Damit hat eine ganz besondere Bedeutung eben der Städtebau gewonnen, d. h. die Festlegung seitens der Stadtverwaltung, wo und wie Straßen und Häuser angelegt werden, mit einem Worte wo und wie gebaut wird. Dabei wird neuerdings einerseits viel Rücksicht auf die Schönheit des Städtebildes genommen, anderseits und vor allem aber auf die Bedürfnisse des Verkehrs. Je weiter sich die Stadt ausdehnt, je mehr damit die Entfernungen wachsen, und je mehr es in unserer arbeitsfrohen Zeit darauf ankommt, überall Zeit und Mühe zu sparen, je mehr schließlich auch sich an bestimmten Stellen der Stadt künstlerische und wissenschaftliche Institute zum Genuß für alle Teile der Bevölkerung erheben, um so notwendiger ist es geworden, Mittel zu ersinnen und zu schaffen, um die Menschenmassen schnell zu befördern, zusammenziehen und wieder auseinanderströmen lassen zu können. Diesem Zwecke dienen gut gepflegte und zweckmäßig angelegte Straßen, in den Großstädten mit weiten Entfernungen auch Straßenbahnen.

Die Straßenbahnen dienen vor allem den wirtschaftlichen Interessen der Bürger In der Fürsorge für diese hat sich die freie Betätigung der deutschen Kommunalverwaltung überhaupt ein weites und dankbares Feld geschaffen; es ist eine Fülle besonderer wirtschaftlicher Einrichtungen der Gemeinden (Gemeindebetriebe) entstanden, die dem Allgemeinwohl in der Hand der Stadtverwaltung besser dienen, als in der Hand von Privaten. Es würde zu weit führen, über die Geschichte und den Siegeszug des „Munizipalindustrialismus" in der modernen deutschen Stadtverwaltung hier näheres auszuführen; es sei lediglich daran erinnert, daß auch auf diesem Gebiete schon die Städte des Mittelalters interessante Versuche gemacht haben.

Das Zeitalter des Absolutismus hat diese Anfänge wieder vernichtet, und der Geist des sich selbst verwaltenden Bürgertums mußte erst wieder erstarken, bis zunächst zaghaft und vereinzelt die eine oder andere Stadt daran gegangen ist, die Wasser-

und Lichtversorgung ihrer Bürger selbst in die Hand zu nehmen, und dann sich allmählich die Überzeugung allgemein Bahn gebrochen hat, daß die Stadtverwaltung berufen sei, aktiv in das wirtschaftliche Leben einzugreifen. Die Frage freilich, in welchem Umfange dies zu geschehen habe, ist lange unentschieden gewesen, und noch heute stehen sich zwei Auffassungen scharf gegenüber.

Die eine Auffassung geht, auf der Lehre des wirtschaftlichen Liberalismus fußend, dahin, daß die Stadtgemeinde nur berufen sei, die äußeren Vorbedingungen für ein gedeihliches wirtschaftliches Arbeiten ihrer Bürger zu schaffen, insbesondere durch Straßen- und Wegebau, durch Sorge für Ordnung und Sicherheit, wohl auch durch Bereitstellung von Einrichtungen zur besseren Abwickelung des Geschäftsverkehrs (Markthallen, Stadtwagen usw.), im übrigen aber der privaten Unternehmungslust das ganze Gebiet wirtschaftlicher Betätigung allein zu überlassen habe.

Die andere Auffassung dagegen betont, daß die Stadtverwaltung darüber hinausgehend alle diejenigen Teile dieser wirtschaftlichen Betätigung selbst übernehmen soll, deren allgemeine Nutzung und tadelloses Funktionieren geradezu ein Lebensinteresse für die Kommunen darstellt. Das trifft, von örtlichen Besonderheiten abgesehen, im allgemeinen zu auf die hygienisch bedeutsamen und zum Teil schon erwähnten Betriebe der Kanalisation, der Straßenreinigung, der Schlachthäuser, der Wasserwerke, auch gegebenenfalls der Badehäuser, Desinfektionsanstalten, Nahrungsmitteluntersuchungsämter, ferner auf die Einrichtungen zur Versorgung mit Licht und Kraft (Gas- und Elektrizitätswerke) und zur Durchführung des öffentlichen Verkehrs (Straßenbahnen, Häfen).

Die zu zweit gekennzeichnete Auffassung hat gesiegt, hier ganz (Wasser-, Gaswerke), dort noch nicht völlig (Straßenbahn); alles in allem gehören heute die eigenen wirtschaftlichen Unternehmungen für jede Stadt zu ihrem wertvollsten und verantwortungsreichsten Besitz. Die Idee der Kommunalisierung hat sich schließlich auf Gebiete gewagt, vor denen noch vor nicht allzuvielen Jahren der Kommunalpraktiker wie auch wohl der Theoretiker weit zurückgeschreckt wäre: Schon gibt es in einer ganzen Reihe deutscher Städte gemeindliche Hypothekenbanken, sowie regelrechte gemeindliche Grundstücksgeschäfte, mögen sie nun offiziell diesen Namen führen oder nicht, und eine neue Ära des Kommunalisierungsprinzips hat begonnen, seitdem die Städte dazu übergegangen sind, gewerbliche Unternehmungen, an denen die Allgemeinheit besonderes Interesse hat, zwar nicht in jedem Falle selbst zu betreiben, aber durch finanzielle Beteiligung (meist in der Form eines Gesellschafters oder Aktionärs) mehr oder weniger dem Einflusse der Stadtverwaltung zu unterstellen. Die Entschiedenheit und der kühne Wagemut, der die deutschen Städte auf diesem Wege fortführt, kommt zum prägnanten Ausdruck in dem Worte, das der Düsseldorfer Oberbürgermeister Marx gelegentlich der Jahrhundertfeier der Preußischen Städteordnung geprägt hat: „Heute gibt es in der wirtschaftlichen Betätigung der Städte ein Noli me tangere nicht mehr."

So sind die Städte[1]), alt in ihrer Geschichte, jung aber in ihrem tatkräftigen Voranschreiten, heute die Bannerträger geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschrittes, zum Segen des ganzen Vaterlandes. Selbstverständlich ist, daß dort wo viel Licht ist auch der Schatten nicht fehlt, und er wurde im vorstehenden nicht verschwiegen. Sicherlich aber wird der Leser dieser kurzen Skizze von Dingen, die ihm das Leben selbst Tag für Tag noch weit anschaulicher und überzeugender vor die Seele zu stellen vermag, sich doch diesem einen, alles andere zurückdrängenden Gefühl nicht verschließen können: Unter den vielen kostbaren Gaben und Reizen des Neuen Reichs, auf die der Deutsche stolz sein darf, steht das deutsche Städtewesen mit obenan!

[1]) Über die Finanzwirtschaft vgl. den das deutsche Finanzwesen behandelnden Abschnitt.

Die deutschen Eisenbahnen.

Von Professor Dr.-Ing. **Blum**, Hannover.

Die Wiege des Eisenbahnwesens hat in Deutschland gestanden, — nicht in England, wie es von Auslandschwärmern so gern behauptet wird. Der eine grundlegende Faktor, die erhöhte Spurbahn, ist deutschen Ursprungs und an den andern, der Dampfmaschine ist deutscher Geist wesentlich beteiligt gewesen. Hölzerne Spurbahnen waren in deutschen Bergwerken in Gebrauch und wurden von deutschen Bergingenieuren nach England verpflanzt, als die Königin Elisabeth den Bergbau des damals hinter Deutschland weit zurückstehenden England mit deutscher Intelligenz und deutschem Kapital ins Leben rief. Und unter den Männern, die die Dampfmaschine ausbildeten, ist neben den bekannten Namen von Papin, Watt und Stephenson, vor allem der fast unbekannte Name des Leipzigers Leupold, der Vergessenheit zu entreißen, der das Wesentliche der Dampfmaschinenkonstruktion vor den Genannten angegeben hat.

Daß England dann die Technik so viel schneller entwickelte und Deutschland etwa von 1650 an überflügelte, liegt an dem jammervollen Dreißigjährigen Krieg, der vaterlandslosen Politik der meisten Staaten des zerrissenen Deutschland und der Mißachtung der technischen Wissenschaften, unter der auch heute noch die wirtschaftliche und kulturelle Machtentfaltung unseres Vaterlands leidet. Demgegenüber sehen wir in England die zielbewußte Handels- und Wirtschaftspolitik aller Herrscher von Elisabeth an und trotz schwerer innerer Kämpfe den großen einheitlichen Zug in der Politik der „wagenden Kaufleute“ und die hohe Achtung und eifrigste Pflege der technischen Wissenschaften. Wenn 1815 der große zweihundertjährige Kampf zwischen England und Frankreich mit dem Niederringen des Korsen entschieden war, so hatte England damit auch die technische Überlegenheit über Deutschland begründet. Als der Dampf seinen Siegeszug antrat, fand er Deutschland als ein durch die napoleonischen Kriege verarmtes Land vor, in dem die Kleinstaaterei mit ihren unzähligen Zollgrenzen das Aufkommen jeden größeren Verkehrs unmöglich machte. Allerdings waren schon gewisse Leistungen in der Verkehrstechnik zu verzeichnen, vor allem der Ausbau der Wasserstraßen durch die preußischen Könige und der Landstraßen im Westen des Reichs durch Napoleon. Dann fielen endlich die Zollgrenzen durch die Gründung des deutschen Zollvereins und die Bahn war frei für die Lokomotive.

Die ersten Bahnen in Deutschland waren Einzelstrecken privaten Unternehmungsgeistes, die in vielen Beziehungen, vor allem auf maschinentechnischem Gebiet, von England abhängig waren. Einen großen einheitlichen Zug in der Eisenbahnpolitik gab es noch nicht, nur Preußen und etwa noch Baden gingen bei gewissen Linien planmäßiger vor. Aber an diesen ersten zusammenhanglosen Linien stählte sich die deutsche Bau- und Maschinentechnik und die erwachende Großindustrie, gleichzeitig begannen die Technischen Hochschulen die Heranbildung wissenschaftlicher Ingenieure, und nachdem das Jahr 1848 die politischen Verhältnisse geklärt hatte, begann der planmäßige Ausbau des deutschen Eisenbahnnetzes, und zwar nun aus eigener Kraft ohne englische Hilfe.

Bis 1843 waren in Deutschland die Vertreter des Privatbahnsystems vorherrschend, aber mehr und mehr trat ein Umschwung ein zu gunsten des Staatsbahngedankens, der 1843 in der Übernahme von Zinsgarantien und 1849 in der Genehmigung der ersten

preußischen Staatsbahnen, der heiß umstrittenen Ostbahn und der Linie Soest—Münster zum Ausdruck kam. Ein weiterer gewaltiger Aufschwung ist mit dem Jahr 1866 verbunden, das die einheitliche Eisenbahnpolitik durch ganz Norddeutschland hindurch ermöglichte, und das Jahr 1871 brachte dann die betriebstechnische Einheitlichkeit durch das ganze Deutsche Reich hindurch. Vorbereitet war diese allerdings schon durch den 1847 gegründeten Verein deutscher Eisenbahnverwaltungen, der außer den deutschen auch holländische, russische, österreichische, rumänische Bahnen usw. umfaßt und wesentlich zur Ausbreitung des Machtbereiches deutscher Technik beigetragen hat.

Bismarcks Streben war weiterhin darauf gerichtet, zur Kräftigung der deutschen Einheit die Eisenbahnen als das gewaltigste Werkzeug der Volkswirtschaft einheitlich als Eigentum des Deutschen Reichs zusammenzufassen. Er konnte seine Absicht infolge des Widerstandes der süddeutschen Staaten nicht verwirklichen, hatte aber wenigstens den Erfolg, daß die größeren Bundesstaaten zur grundsätzlichen Verstaatlichung der noch vorhandenen Privatbahnen übergingen. So sind die Staatsbahnnetze in Preußen, Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden entstanden, die alle wichtigeren Linien des betreffenden Gebietes umfassen. Dagegen bleiben Linien, die nur dem örtlichen Verkehr eines für sich abgeschlossenen Gebietes dienen, dem Unternehmungsgeist der Privaten oder der Kreise, Gemeinden usw. frei und genießen gleichzeitig Erleichterungen in Bau und Betrieb — in Preußen z. B. als sogen. Kleinbahnen —, um die Schaffung solcher schlecht rentierenden Aufschließungslinien vor allem in den entlegeneren Landesteilen zu ermöglichen.

Inzwischen ist der Gedanke nach einer weiteren Vereinheitlichung im Reich aber nie zur Ruhe gekommen. Reichsbahnen haben wir allerdings noch nicht (außer dem Landesnetz der „Reichseisenbahnen" in Elsaß-Lothringen); aber zunächst haben Preußen und Hessen sich unter Verstaatlichung der früheren hessischen Ludwigsbahn zu einer gemeinsamen Verwaltung und Wirtschaftsführung zusammengeschlossen, so dann hat Preußen die Privatbahnen Thüringens gekauft, so daß die über Norddeutschland verstreuten Kleinstaaten auch an den Segnungen einer kraftvollen, einheitlichen Verkehrspolitik teilnehmen. Ein weiterer Schritt zur Einheit ist sodann die Güterwagengemeinschaft unter den deutschen Staatsbahnen.

Wenn eine vollkommene Einheit auch noch nicht erreicht ist, so werden der Bevölkerung die Unterschiede im Allgemeinen doch kaum fühlbar. Im Personen- und Güterverkehr bestehen allenthalben durchgehende Tarife und durchgehende Zugverbindungen, so daß der Reisende häufig kaum weiß, auf welcher Staatsbahn er sich gerade befindet. Soweit die Unterschiede fühlbar sind, bestehen sie nur noch in der Zahl der Wagenklassen und der Höhe einzelner Fahrpreise. Verkehrs- und betriebstechnisch ist aber eine vollkommene Einheit erzielt, insbesondere können alle Eisenbahnen Deutschlands in allen militärischen Beziehungen durchaus einheitlich betrieben werden. Übrigens hat die Trennung in verschiedene Staatsbahnen auch ihr Gutes, denn sie regt einen gesunden Wettbewerb zwischen den einzelnen Verwaltungen an und fördert damit den technischen Fortschritt, der auch der deutschen Eisenbahnindustrie, besonders bei Lieferungen an das Ausland, zugute kommt. Auch die rechtlichen Unterschiede (Haupt-, Neben-, Kleinbahnen) sind der Gesamtwohlfahrt nur dienlich, denn sie ermöglichen einerseits erstklassige Hauptstrecken für den schwersten, schnellsten Verkehr, andrerseits aber auch billige Seitenlinien zur Aufschließung abgelegener wirtschaftlich schwacher Gebiete. — Ein schädlicher Wettbewerb oder gar wüste Konkurrenzkämpfe wie in Amerika hat es in Deutschland nie gegeben; dafür ist die Politik der einzelnen Staatsbahnen stets viel zu großzügig und auf den allgemeinen Nutzen gerichtet gewesen.

Daß die Gesamtentwicklung des Eisenbahnwesens in Deutschland eine recht günstige ist, ergibt sich auch aus den Anschauungen des Auslandes. Gerade die Erfolge der deutschen Staatsbahnen sind es gewesen, die die Vorliebe für das Privatbahnsystem auch in andern Ländern, so in Frankreich und Japan ins Wanken gebracht haben. Selbst in Amerika liebäugelt man schon mit dem Gedanken staatlicher Bahnen,

und die Staatshoheit über die Eisenbahnen wird in diesem Land der ausgesprochensten Privatwirtschaft von Jahr zu Jahr mehr gekräftigt, und im städtischen Verkehrswesen ist hier der Privatbetrieb schon stark eingeschränkt.

So bekannt die Bedeutung der Staatsbahnen für die Finanzen der einzelnen Bundesstaaten ist, so möge doch noch erinnert werden, daß die Preußischen Staatsbahnen sich mit etwa sieben Prozent verzinsen und daß alljährlich viele Millionen aus den Überschüssen der Eisenbahnen für allgemeine Staatszwecke verwandt werden, die sonst aus Steuern aufgebracht werden müßten. Die andern Bundesstaaten wirtschaften nicht so glänzend, das liegt aber nicht etwa an schlechterer Verwaltung, sondern an der verhältnismäßigen Kleinheit der Netze und dem gebirgigen Charakter der Länder, während in Preußen die Massendurchgangstransporte durch die Ebene hohe Einnahmen bringen.

Einige wenige Zahlen mögen die Bedeutung der deutschen Eisenbahnen für die Staatsfinanzen und die gesamte Volkswirtschaft beleuchten:

Die gesamten Betriebseinnahmen der vollspurigen deutschen Eisenbahnen betrugen im Jahre 1908: 2 695 000 000 Mark gegen 1 836 000 000 im Jahre 1898, sie sind also in einem Jahrzehnt um rund 47 Prozent gestiegen. Die Betriebsausgaben (ausschließlich der Kosten für Erweiterungen und Verbesserungen, die als Zuwachs zum Anlagekapital zu gelten haben) betrugen in den beiden genannten Jahren 1 094 000 000 und 1 948 000 000 Mark, sind also um 78 Prozent gestiegen. Der Betriebsüberschuß (Reineinnahme) stellte sich auf 743 000 000 und 747 000 000, er hat also nur um 0,6 Prozent zugenommen. Als Anlagekapital sind anzusetzen für das Jahr 1898: 12 134 000 000 und für das Jahr 1908: 16 266 000 000 Mark; die Verzinsung dieser Kapitalien beträgt für die beiden Jahre 6,23 bezw. 4,69 und ist am günstigsten für die preußischen Staatsbahnen. Die Zahl der bei den deutschen Eisenbahnen (ausschließlich der Schmalspur- und Kleinbahnen) beschäftigten Angestellten umfaßte 1908 rund 700 000, sie hat in einem Jahrzehnt um rund 37 Prozent zugenommen, die Besoldungen betrugen 1 145 000 000 (einschließlich der Ausgaben für Wohlfahrtszwecke); sie haben in demselben Jahrzehnt um 73 Prozent zugenommen, worin zum Ausdruck kommt, daß die Einkommensverhältnisse der Eisenbahnangestellten sich wesentlich verbessert haben.

Beziehen sich diese Zahlen auf die gesamten deutschen Eisenbahnen, so mögen von den preußischen Staatsbahnen noch folgende für das Jahr 1909 geltenden Zahlen mitgeteilt werden: Betriebseinnahme rund 2 029 000 000 Mark, Betriebsausgabe rund 1400 000 000 Mark, Reinüberschuß also 600 000 000 Mark.

Sind hiermit einige der wichtigsten Punkte kurz skizziert, die für das Eisenbahnwesen innerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs bestimmend sind, so müssen wir nun einen Blick ins Ausland werfen und die Bedeutung der deutschen Eisenbahnen für den europäischen und den Weltverkehr betrachten. Hierbei ist stets im Auge zu behalten, daß der Machtbereich der deutschen Eisenbahntechnik fast ganz Mitteleuropa umfaßt, — gestützt auf den Verein deutscher Eisenbahnverwaltungen und die Leistungen der Technischen Hochschulen deutscher Zunge.

Die Eisenbahn-Geographie Deutschlands erhält ihre stärksten Züge durch den internationalen Verkehr; denn Deutschland bildet geographisch das Herz Europas und dieses wiederum das Herz der Ländermassen der Erde. Deutschland besitzt damit von allen Großstaaten die höchste Bedeutung als Durchfuhrland für die wichtigsten internationalen Linien. Diese für die Weltmachtstellung so hervorragende Zentrallage wird noch durch eine Reihe glücklicher geographischer Verhältnisse verstärkt, zunächst durch die Lage an zwei Meeren: an der unmittelbar angrenzenden Nord- und Ostsee im Norden und dem allerdings nur mittelbar angrenzenden Mittelmeer im Süden. Im Norden hat hierbei die Ostsee allerdings eine innere nord-europäische Bedeutung, die Nordsee aber bildet den Brennpunkt des Gesamtweltverkehrs, und von hier aus erschließen die gewaltigen Stromgebiete von Elbe, Weser und Rhein fast ganz Deutschland bis hinein nach Österreich. Das Mittelmeer ist in seiner Bedeutung für Deutschland vor allem in seiner

Bedeutung als Durchfuhrstraße zum Suezkanal zu würdigen. Die Nordsee und der Suezkanal sind die beiden starken Pole, durch welche viele durch Deutschland hindurchführenden Verkehrsstrahlen beherrscht werden.

Als glückliches Moment kommen weiter hinzu die offenen Grenzen Deutschlands. Überall öffnet sich das Land frei und wegsam nach den Nachbarstaaten, bildet doch ganz Norddeutschland einen Teil der großen europäischen Tiefebene, die von den Pyrenäen bis zum Ural reichend, den Eisenbahnen nirgendwo Sperren entgegenstellt und damit den Ost-West-Verkehr sich reich entfalten läßt. Nach Norden zu ist die Wegsamkeit zu den Nachbarländern die denkbar beste, denn in das Gebiet von Nordfrankreich über England bis nach Livland öffnet sich für Deutschland das Meer mit reichster Gliederung und besten Häfen, als die leistungsfähigste Handelsstraße. Nur nach Süden sind die Grenzen durch Gebirge zum Teil versperrt, besonders durch die Alpen. Aber das ist nicht restlos ungünstig, denn der nach Norden bogenförmig gekrümmte Wall der Alpen-Karpathen drängt andrerseits den Verkehr von Südfrankreich her über Basel, von Südrußland her über Krakau nach Deutschland hinein. Außerdem wird der Gebirgswall zu einem erheblichen Teil unschädlich gemacht durch den besonders glücklichen Verlauf der Flüsse: die nahe Berührung von Rhone (Doubs), Rhein und Donau, den Lauf der Donau und das Durchgreifen der Oder und Elbe bis fast zur großen österreichisch-ungarischen Tiefebene. Besonders glücklich ist es auch, daß der höchste und daher scheinbar verkehrshinderlichste Teil des Gebirgswalles, nämlich das Massiv der Schweizer Alpen, sich zwischen den verkehrsbelebenden Tiefebenen des Rheins und Oberitaliens auf ein ganz enges Gebiet zusammendrängt, indem nur eine große Wasserscheide zu überwinden ist.

Sodann ist Deutschland selbst außerordentlich wegsam, da es nirgendwo durch Seen oder hohe Gebirgszüge zerrissen wird; die wenigen in Deutschland selbst liegenden Wasserscheiden werden nur durch Mittelgebirge gebildet und bieten den Eisenbahnen keine nennenswerten Hindernisse; die schwierigsten unter ihnen (Thüringer Wald, Schwarzwald) liegen außerdem nicht im natürlichen Zug der großen internationalen Linien; diese fallen vielmehr mit der großen nordischen Tiefebene und dem Rheintal zusammen.

Zur Würdigung der internationalen Verkehrsbedeutung sei noch darauf hingewiesen, daß Deutschland das Verbindungsglied ist zwischen dem hochentwickelten gewerblichen Westeuropa und dem agrarischen Osteuropa und daß der Niederrhein (Köln) den Mittelpunkt des eigentlichen europäischen Kulturkreises bildet, den man nämlich durch einen um Köln als Mittelpunkt beschriebenen Kreis von 1000 Kilometer Halbmesser begrenzen kann.

Im einzelnen möge die Bedeutung Deutschlands für den internationalen Verkehr aus den folgenden Angaben entnommen werden, aus denen uns zwei Pole entgegenleuchten werden: Berlin im Osten und das Rheingebiet (Köln) im Westen.

Im östlichen Deutschland streben alle von den Nachbarstaaten kommenden wichtigen Linien Berlin zu. Von Norden sind es die Strecken: Kopenhagen—Warnemünde—Berlin, Christiania und Stockholm—Trelleborg—Saßnitz—Berlin, auf denen die durchgehenden Züge das trennende Meer mittels Fähren überwinden. Von Osten vereinigen sich die russischen Linien und damit die Sibirische Bahn über Eydtkuhnen und Alexandrowo in Berlin, von Südosten her tritt das Eisenbahnnetz Südrußlands, Galiziens, Ungarn und des Orients in Oberschlesien (Oberberg) mit dem deutschen in Verbindung, dessen wichtigste Linien von hier über Breslau und Görlitz nach Berlin gerichtet sind.

Damit wird Berlin zu dem bedeutungsvollsten Eisenbahnknotenpunkt nicht nur von Deutschland, östlich der Weser, sondern im internationalen Verkehr für den ganzen Teil Europas, der zwischen den Strahlen (Hamburg) Christiania—Berlin und Budapest—Berlin liegt. Berlin übernimmt damit die Aufgabe diesen Verkehr nach Westen, und Süden weiterzuleiten, also in das Gebiet Europas, das zwischen den Strahlen Berlin—London—Edinburg und Berlin—Wien—Triest liegt. Es hat keinen Zweck, diesen aus einer Unzahl von Gruppen zusammengesetzten Verkehr zu zergliedern, es

genügt, die beiden Hauptrichtungen Nord—Süd, Skandinavien—Mittelmeer und Ost—West, London—(Paris)—Rußland, Österreich, zu erwähnen.

Was Berlin für Nord- und Osteuropa ist, ist der Rhein für West- und Südeuropa; jedoch drängten sich am Rhein die Linien nicht auf einen Punkt zusammen, es sind vielmehr drei Knotenpunkt-Stellen zu nennen: am Oberrhein Basel, am Mittelrhein das Gebiet Karlsruhe—Frankfurt und am Niederrhein das Gebiet Köln—Essen. Die Bedeutung des rheinischen Eisenbahnnetzes für Westeuropa beruht in der hervorragenden Lage des Rheines zu Kanal und Nordsee und zum Mittelländischen Meer. In der Nordsee berührt die Rheinstraße den wichtigsten Brennpunkt des Weltverkehrs mit Hafenstädten wie Hamburg, Bremen, London, Antwerpen, Amsterdam und von Süden her stößt das Mittelmeer grade dort am weitesten nach Norden vor (vor allem mit dem Hafen Genua), wo das Rheintal am weitesten nach Süden vorstößt. Daß dazwischen die Alpen liegen, ist jetzt kein Hindernis mehr, denn die Eisenbahntechnik hat mit dem Gotthardtunnel die Schwierigkeiten dieser Gebirgsmauer durchbrochen. So ist das Rheintal die natürliche Verbindung zwischen Nordsee und Mittelmeer und damit die Durchgangslinie zum Suezkanal und nach Asien, Australien und Ostafrika, zwar nicht für den schweren Güter- wohl aber für den Post- und Personenverkehr. Allerdings ist der Rhein nicht die kürzeste Linie London—Mittelmeer; diese führt vielmehr über Paris—Marseille oder über Luxemburg—Basel. Das Rheintal hat aber noch eine Reihe besonderer Vorzüge, die seine verkehrspolitische Bedeutung stärken. Dazu gehört zunächst die Lage der wichtigsten italienischen Häfen Genua, Neapel, Brindisi und des größten Eisenbahnknotenpunktes Italiens Mailands, ferner die außerordentliche Fruchtbarkeit und Schönheit des Rheinlandes, die hohe Kultur am Rhein, die kolossalen Bodenschätze an Kohlen und Erzen und vor allem die ausgezeichnete Schiffbarkeit des Stromes; verstärkt wird dies noch durch die hochentwickelte Industrie und Landwirtschaft in Belgien und Holland und in Oberitalien und durch die hohe Gewerbetätigkeit und die Naturschönheiten der Schweiz. Das alles stärkt den Rhein verkehrspolitisch derart, daß der Verkehr ihm selbst auf Kosten gewisser Umwege zuströmt.

Wir beobachten am Rhein aber nicht nur den internationalen Nord—Süd-Verkehr von der Nordsee und England nach dem Mittelmeer, sondern gleichzeitig den Ost—West-Verkehr vom östlichen zum westlichen Europa. Dieser durchdringt den Nord—Südverkehr vor allem am Niederrhein (Cöln—Essen) für die Richtung:

$$\left.\begin{array}{r}\text{England} - \text{London}\\ \text{Belgien-Holland} - \text{Brüssel}\\ \text{Nordfrankreich} - \text{Paris}\end{array}\right\} - \text{Berlin} - \left\{\begin{array}{l}\text{Skandinavien}\\ \text{Ostdeutschland}\\ \text{Rußland}\\ \text{Galizien}\end{array}\right.$$

und am Mittelrhein (Frankfurt—Karlsruhe) für die Richtung:

$$\left.\begin{array}{l}\text{England}\\ \text{Frankreich}\end{array}\right\} - \left\{\begin{array}{l}\text{Frankfurt}\\ \text{Karlsruhe}\end{array}\right\} - \left\{\begin{array}{l}\text{Südrußland}\\ \text{Österreich}\\ \text{Orient}\end{array}\right.$$

Im Schnittpunkt der Linie Paris—Wien und Berlin—Brenner—Italien liegt der größte Knotenpunkt Bayerns München.

Betrachtet man die Bedeutung Berlins im Osten und des Rheins im Westen im Zusammenhang, so ist es klar, daß zwischen Berlin und dem Rhein sehr lebhafte Verkehrsbeziehungen bestehen müssen. Sie spielen sich vor allem auf den Linien Berlin—Köln und Berlin—Frankfurt (—Basel) ab; dazu kommen noch als Strecken zweiter Ordnung die von Hamburg nach Köln und Frankfurt und von Schlesien über Dresden nach Frankfurt und Basel hinzu.

Wie groß die Stärke Deutschlands im internationalen Verkehr ist, geht daraus hervor, daß von wichtigeren internationalen Linien nur die Strecke Warschau—Wien und die Strecken von (London—)Paris nach Basel—Arlberg—Wien, nach dem Simplon, dem Mt. Cenis und nach Marseille Deutschland nicht berühren, wobei man übrigens

die Verkehrsbedeutung von Paris nicht überschätzen darf. Fast alle Luxuszüge Europas fahren auf große Strecken durch deutsches Gebiet. Der Bedeutung entspricht die überragende Stellung der deutschen Eisenbahn-Verwaltungen in den europäischen Eisenbahnkonferenzen und des „Vereins deutscher Eisenbahn-Verwaltungen", dessen Bestimmungen in ganz Mitteleuropa bis zur Türkei anerkannt werden, — was übrigens auch der deutschen Sprache im Verkehrswesen eine besonders geachtete Stellung verschafft hat.

Wenn es vielleicht als ein Nachteil erscheinen mag, daß Deutschland an das so wichtige Mittelmeer nicht unmittelbar angrenzt, so besteht hier andererseits der sehr hoch zu veranschlagende Vorteil, daß Deutschland direkte Verkehre nach den vier großen Häfen Marseille, Genua, Triest und Fiume dreier verschiedenen Staaten besitzt; man kann daher kaum annehmen, daß Deutschland je durch feindliche Maßnahmen vollkommen vom Mittelmeer abgeschnitten wird.

In den letzten Jahren ist viel davon gesprochen worden, daß die Simplonbahn Deutschland zugunsten Frankreichs nachteilig sei. Tatsächlich ist der Verkehrsabbruch, den der Simplon dem Gotthard und damit Deutschland tun kann, nicht sehr hoch zu veranschlagen. Die neuen Verbesserungen des Schweizer Bahnnetzes — Lötschbergbahn und tiefliegender Jura-Tunnel bei Olten — kommen beiden Linien zugute. Im übrigen muß Deutschland hier aber auf der Hut sein und es sollte sich recht angelegen sein lassen, seinen Rhein durch Ausdehnung der Großschiffahrt bis zum Bodensee weiter zu stärken.

Mit der Kennzeichnung seiner wichtigen internationalen Linien ist auch das Wesentlichste über die Eisenbahngeographie Deutschlands im inneren Verkehr gesagt, denn die Linien decken sich selbstverständlich. Ergänzend kommen, was Hauptlinien anbelangt, vor allem noch die stark entwickelten Netze in den Industriegebieten und die Güterabfuhrlinien aus den großen Kohlenbecken hinzu; zu nennen sind hier besonders Saar, Ruhr und Oberschlesien, sodann Sachsen-Hannover und das Mittelrheingebiet. Vom strategischen Standpunkt decken sich die Ansprüche des internationalen Verkehrs sehr gut mit den innerdeutschen Anforderungen. Überhaupt zeigt die deutsche Eisenbahnkarte, so planlos das Netz in seinen ersten Anfängen entstanden ist, keine Fehler von Bedeutung; zu erwähnen wären hier allenfalls die Sünden der Politik des früheren Königreichs Hannover, die z. B. in der Schnellzuglinie Hamburg—Frankfurt (Richtungswechsel in Lehrte und Hannover) noch fühlbar sind.

Daß Deutschland bezüglich der Dichtigkeit seines Eisenbahnnetzes nicht hinter den anderen hochentwickelten Ländern zurücksteht, ergibt sich aus der folgenden Zusammenstellung, die sich auf das Jahr 1907 bezieht:

Länder	Gesamtlänge der Eisenbahnen	Es kommen auf: 100 qkm Fläche	Es kommen auf: 10000 Einwohner
	Kilometer		
Preußen	42 653	12,23	11,15
Bayern	7 674	10,11	11,54
Sachsen	3 059	20,40	6,62
Württemberg	2 057	10,54	8,78
Baden	2 328	15,45	11,30
Elsaß-Lothringen	2 026	13,96	10,99
Übrige Staaten	6 990	13,41	11,06
Deutschland zusammen	66 787	12,35	10,76
Frankreich	53 257	9,73	13,57
Österreich-Ungarn	41 605	6,2	8,8
Niederlande und Luxemburg	3 589	9,3	6,2
Belgien	7 844	26,6	11,7
Schweiz	4 447	10,7	13,4
Großbritannien und Irland	37 181	11,8	9,0

Die Vorteile aus dem internationalen Verkehr muß Deutschland allerdings mit großen Fahrplanschwierigkeiten erkaufen, denn allenthalben sind wichtige Anschlüsse wahrzunehmen. Insbesondere ist der Lauf der deutschen Schnellzüge vielfach abhängig von der rechtzeitigen Ankunft der fremden Züge in Basel und der Kanalschiffe in Ostende, Vlissingen, Hoek. Die häufigen Verspätungen der letzteren sind z. B. bis Berlin fühlbar und machen vor allem auf den schon sowieso stark belasteten Linien des Gebietes Köln–Dortmund die größten Schwierigkeiten. So unangenehm das der Reisende im innerdeutschen Verkehr auch empfinden mag, so ist es nur eine üble Folge eines doch sonst sehr günstigen Umstandes. — Hierbei mag darauf aufmerksam gemacht werden, daß infolge dieser Schwierigkeiten die fahrplanmäßige Geschwindigkeit vieler unserer Schnellzüge nicht so hoch festgesetzt werden kann wie in Ländern mit so einfachen Verkehrsbeziehungen wie England und Frankreich oder auf einzelnen abgeschlossen für sich betriebenen Hauptlinien des östlichen Nordamerika. Dort braucht nicht mit Verspätungen vom Auslande her und mit dem ständigen Umrangieren zahlreicher Kurswagen gerechnet zu werden, bei uns aber muß die fahrplanmäßige Geschwindigkeit etwas herabgesetzt werden, damit die Verspätungen der langen internationalen Routen eingeholt werden können. Wenn z. B. die schnellsten Züge zwischen Hannover und Berlin „nur" 85 Kilometer Reisegeschwindigkeit in einer Stunde haben, so werden diese Züge regelmäßig mit 90 bis 95 Kilometer Reise-, also auf lange Strecken mit 100 Kilometer Fahrgeschwindigkeit gefahren, sobald die Kanalschiffe Verspätung hatten. Bei dem für die Leistung einer Bahn übrigens wenig besagenden Vergleich der Geschwindigkeit einzelner Züge, wird außerdem noch immer vergessen, daß wir viel ungünstigere klimatische Verhältnisse haben als England und Frankreich.

Hiermit haben wir uns bereits der Erörterung des Standes technischer Güte der deutschen Eisenbahnen genähert, wobei der Vergleich mit anderen Ländern die deutschen Leistungen am wichtigsten beleuchten dürfte.

Betrachten wir dabei zunächst den bautechnischen Teil, so müssen wir an erster Stelle feststellen, daß Deutschland innerhalb seiner Grenzen auf dem großartigsten und eindrucksvollsten Gebiet des Baues der freien Strecke, nämlich auf dem Gebiet der Gebirgs- und Bergbahnen und im Anschluß daran der Tunnel nicht solche Leistungen aufweisen kann wie die Hochgebirgsländer. Immerhin ist aber zunächst die Schwarzwaldbahn mit ihren Schleifen und Kehrtunneln bei Triberg als die Mutter der Gotthardbahn zu bezeichnen, denn sie ist von dem deutschen Ingenieur Gerwig geschaffen, der nachher jene gewaltige Alpenlinie baute. Sodann sind die Gebirgsbahnen in der Schweiz, in Österreich, auch die in Norwegen Kinder deutscher technischer Wissenschaft. Beachtenswert ist auch, daß die erste Anwendung des so außerordentlich leistungsfähigen „gemischten" Betriebes, nämlich das Einlegen steiler Zahnstangen-Teilstrecken in Reibungsbahnen in Deutschland, nämlich auf der Harzbahn durch den Schweizer Abt erfolgte. Später hat deutscher Geist mit demselben System in Japan, Sumatra, Südamerika große Erfolge erzielt.

Auch im Tunnelbau muß Deutschland hinter der Schweiz und Österreich zurückstehen, aber das großartigste Werk der Alpentunnel, der Simplontunnel, ist von einer deutschen Firma entworfen und trotz unerhörter Schwierigkeiten zum glücklichen Ende geführt worden. Sodann müssen hier die gerade für unsere heutige technische und volkswirtschaftliche Entwicklung so wichtigen Tunnelbauten innerhalb der Großstädte erwähnt werden, die dem Schnellverkehr dienen. Hier steht Deutschland mindestens ebenbürtig neben England und Amerika, denn die Ausführungen des Spreetunnels bei Berlin und des neuen Elbetunnels in Hamburg (beide von der Frankfurter Firma Philipp Holzmann unter Druckluft ausgeführt) waren reichlich so schwierig wie die Unterfahrungen des Hudson in Neuyork.

Im Trassieren, Ober- und Unterbau, stehen die deutschen Eisenbahnen den Leistungen anderer Länder nicht nach. Deutsche Ingenieure (Launhardt, Goering) haben das Trassieren der Verkehrswege und die Disposition über die Erdbewegungen aus der praktischen Handhabung auf die Höhe der Wissenschaft erhoben. Im Oberbau ist vor allem der Breitfußschienenbau auf eisernen Querschwellen ausgebildet worden, der in anderen Ländern noch wenig entwickelt ist, ferner darf Deutschland-Österreich das Verdienst in Anspruch nehmen, die Schienenstoßanordnung, die äußerst schwierig ist und alljährlich ungezählte Millionen verschlingt, weit gefördert zu haben, ohne allerdings bisher eine wirklich befriedigende Lösung gefunden zu haben, doch wird hieran besonders auch in Amerika rastlos gearbeitet. England ist in dieser Beziehung durch sein mildes, gleichmäßig feuchtes Klima in einer so glücklichen Lage, daß es bisher wesentliche Verbesserungen kaum einzuführen brauchte; (übrigens ist das günstige Klima, das die bei uns untunliche Verwendung elastisch wirkender Holzkeile gestattet, auch der Grund, daß man in England „sanfter" fährt).

Der hohe Wert der gründlichen wissenschaftlichen Arbeit der deutschen Technischen Hochschulen zeigt sich sodann auf dem Gebiet des Brückenbaus und anderer großer Konstruktionen, z. B. von Bahnhofhallen. An Stelle der in England und bisher auch noch in Amerika üblichen „Praxis" setzte Deutschland (und Frankreich) die auf die höhere Mathematik gegründete wissenschaftliche Erforschung der in den Brücken wirkenden Kräfte. Die Meister der Statik (Ritter, Culmann, Müller-Breslau) lehrten die schwierige Berechnung der Eisen- und Steinkonstruktionen und schufen damit z. B. die großen eisernen Bogenbrücken und die Ausleger-Konstruktionen, die wir so gern mit dem englischen Wort „cantilever" bezeichnen, während sie auch von den Laien „Gerberträger" genannt werden sollten, denn sie sind von dem deutschen Konstrukteur Gerber durchgebildet worden. Es ist bezeichnend, daß manche großen amerikanischen Brücken Erzeugnisse deutschen Geistes sind und daß die Amerikaner mehr und mehr ihre Gelenkbolzenbrücken verlassen, um sich den deutschen Methoden zu nähern. Der hohe Stand der Brückenbautechnik setzt auch die deutsche Industrie in den Stand, mit großem Erfolg ins Ausland zu liefern.

Unbestritten an erster Stelle steht die deutsche Eisenbahntechnik auf dem Gebiet der Bahnhofsanlagen. Darunter darf man nun nicht die Empfangsgebäude (Bahnhofgebäude) verstehen, gemeint sind vielmehr die Gleis- und Weichenanlagen der großen Personen-, Güter- und Verschiebe-(Rangier)-Bahnhöfe. Überall wo zwei Linien zusammenlaufen, entstehen durch den notwendigen Übergang von Betriebsmitteln verwickelte Verbindungen und Betriebsgefahren. Während man früher diesen Fragen keine Beachtung schenkte) und in manchen Ländern auch heute kaum schenkt), ist das Gebiet der Bahnhöfe von Deutschen (Goering, Schroeder, A. Blum, Cauer) zu einer Wissenschaft erhoben, und es sind planmäßige Anlagen geschaffen worden, durch die ein billiger, flotter, sicherer Betrieb gewährleistet wird. Erwähnt seien aus diesem (dem Laien fast ganz verschlossenen) Gebiet nur die „schienenfreien Kreuzungen", mittels deren vor großen Knotenpunkten durch Über- und Unterführungen die verschiedenen Gleise einander gefahrlos überkreuzen. Die Bahnhofswissenschaft spielt jetzt im Eisenbahnleben der rasch fortschreitenden Länder die Hauptrolle, denn allenthalben wachsen Verkehr und Geschwindigkeit und damit die Gefahren, allenthalben müssen die Bahnhöfe erweitert, müssen neue Verschiebe- und Güterbahnhöfe, Umgehungsbahnen angelegt werden. Ungeheure Summen werden dafür aufgewendet, kostet ein einziger großer Verschiebebahnhof doch kaum weniger als vier Millionen Mark. Aber, gestützt auf die Bahnhofswissenschaft, machen sich diese Umgestaltungen und Erweiterungen durch höhere Verkehrsleistungen, größere Geschwindigkeit, Abnahme der Unfälle, Ersparnis an Personal, an Wagen, Lokomotiven, Kohle auch bezahlt; kann man doch z. B., wenn man dadurch eine einzige Lokomotive ständig erspart, ohne wirtschaftlichen Nachteil ein Baukapital von etwa einer Million Mark aufwenden! Ohne die seit Jahrzehnten im Gange befindlichen Umgestaltungen (man denke an die unzähligen Millionen für

die neuen Eisenbahnanlagen in Hamburg, Köln, Leipzig) könnten wir den heutigen Verkehr nicht mehr leisten. Diese Erhöhung der Leistungsfähigkeit der vorhandenen Anlagen stellt an die Ingenieure reichlich ebenso hohe Anforderungen wie vor sechs Jahrzehnten der Bau der neuen Linien, und es ist ein besonderes Glück für Deutschland, daß auf diesem Gebiet die deutsche Technik den anderen Ländern voraus ist. Während man in England wegen der einfachen Verkehrsverhältnisse, in Frankreich wegen des Stillstands der Bevölkerung und des Mangels schwerer Industrie kaum nennenswerte Weiterbildungen zu erkennen sind, folgt Amerika seit einigen Jahren deutschen Spuren; das ist besonders bei einigen neuen Personenbahnhöfen, die „on the german principle" gebaut sind, und bei den neuen großen Verschiebebahnhöfen zu beobachten.

In engerem Zusammenhang mit der Erweiterung der Bahnhöfe steht der Ausbau viergleisiger Strecken, der unter dem Schlagwort „Trennung des Güter- und Personenverkehrs" allenthalben gefordert wird. Deutschland ist auf diesem Gebiet verhältnismäßig langsam vorgegangen, und zwar mit Recht, denn der Bau dritter und vierter Geleise kostet ungeheure Summen und meistens kann man mit einer Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Bahnhöfe mehr erreichen. Viergleisige Strecken werden bei wachsendem Verkehr notwendig und werden demgemäß auch ständig geschaffen zur Loslösung des Vorortsverkehrs, wofür wir in Deutschland in Berlin, Hamburg und Dresden hervorragende Beispiele haben. Sodann werden sie erforderlich in den Kohlenbezirken; hier ist z. B. die Schaffung getrennter Personen- und Gütergleise auf der Strecke Dortmund—Essen—(Duisburg) zu nennen. Im übrigen ist aber der von der deutschen Technik meist gewählte Weg der bessere: nicht eine vorhandene Strecke durch Hinzufügen eines zweiten Gleispaares zu verstärken, sondern zur Entlastung eine neue Linie zu bauen; dann kann man diese den besonderen örtlichen Verkehrsanforderungen genau anpassen und außerdem einem neuen Landesteil die Segnungen der Eisenbahn zuwenden. Nach diesem Grundsatz sind zahlreiche Parallellinien in den Kohlenbecken und z. B. auch am Mittelrhein entstanden.

Das Gebiet der Bahnhöfe kann nicht verlassen werden, ohne ihr wesentliches Teilglied, die Sicherungsanlagen kurz zu streifen. Deutschland ist hier vielfach andere Wege gegangen als seine Nachbarländer und England und Amerika. Es hat die Genugtuung, daß jetzt so manches Land die bewährten deutschen Einrichtungen einführt. Ferngehalten hat es sich von dem vielgepriesenen sogen. selbsttätigen Blocksystem, das jedesmal versagen muß, sobald eine kleine Störung eintritt. Dagegen ist in Deutschland der elektrische Streckenblock von Siemens & Halske zu höchster Vollendung ausgebildet worden, und erobert sich nach und nach die hochklassigen Eisenbahnstrecken des europäischen Festlands. Gestützt auf ihre Signal- und Stellwerkeinrichtungen können die deutschen Eisenbahnen ihre Betriebssicherheit immer mehr verbessern, und wenn wirklich ab und zu ein schweres Unglück eintritt, so denke man doch an die vielen Tausenden von Zügen, die Tag für Tag durch das Land brausen. — Von besonderer Bedeutung ist es, daß es in den letzten Jahren gelungen ist, die wichtigsten Signaleinrichtungen auf allen deutschen Eisenbahnen einheitlich zu gestalten, denn nun können z. B. im Kriege die Personale auf beliebigen Strecken anderer Staatsbahnen verwendet werden, ohne daß die Sicherheit darunter leidet.

Ehe wir den bautechnischen Teil verlassen, um uns dem maschinentechnischen zuzuwenden, sei noch kurz bemerkt, daß es sich die deutschen Eisenbahnen auch angelegen sein lassen, auf ästhetischem Gebiete Gutes zu leisten und erzieherisch zu wirken. Ohne daß deshalb nutzlos teure Prunkbauten aufgeführt werden, hat man den öden Stil der früheren berüchtigten Bahnhofsbauten nun überwunden und bemüht sich möglichst in Anlehnung an die heimischen Bauweisen geschmackvoll zu bauen.

Auch auf maschinentechnischem Gebiet hat sich Deutschland schnell von seinem früheren Lehrmeister und Lieferanten England freigemacht, sich auf eigene Füße gestellt und den Lehrer auf so manchem Gebiet überholt. Begründet ist das in der streng-

wissenschaftlichen Arbeit der Technischen Hochschulen und Universitäten, der hervorragenden praktischen Schulung der Werkmeister und Arbeiter und in dem harten Konkurrenzkampf, den die deutsche Maschinenindustrie gegen das Ausland zu führen hat.

Auf dem Gebiet des Wagenbaus sind die Fortschritte in der Bauart und Ausstattung der Personenwagen zwar allgemein bekannt, aber nicht so von Belang als Wertmesser für die Güte der Eisenbahnen. Die wichtigsten Weiterbildungen beruhen hier übrigens nicht in der bequemen oder reicheren Ausstattung, sondern in der Bauart der Untergestelle, in dem Übergang von zweiachsigen zu drei-, vier- und sechsachsigen Wagen. Daß unsere schnellfahrenden Züge jetzt nur noch aus Drehgestellwagen bestehen, kommt nicht nur der ruhigen, sanften Fahrt sondern vor allem auch der Sicherheit sehr zugute. Daß man in Deutschland gut reist, weiß jeder, der einmal im Ausland gewesen ist; ist doch z. B. die französische oder italienische erste Klasse nicht unserer ersten, sondern der zweiten Klasse gleichzustellen.

Für die allgemeine Volkswirtschaft ist aber der Fortschritt im Bau der Güterwagen von wesentlich höherer Bedeutung. Deutschland steht bezüglich des Ladegewichtes in der Mitte zwischen England mit seinen kleinen Wagen von 5 bis 8 Tonnen und Amerika mit seinen großen Wagen von 30 bis 40 Tonnen Ladegewicht. Die durchschnittliche Tragfähigkeit unserer Güterwagen mag zur Zeit etwas über 15 Tonnen liegen. Bestrebungen, das Gewicht zu erhöhen, insbesondere für Massentransporte, sind seit langem in Gang; wir können hier aber nicht so schnell vorgehen, wie manche Kreise das wünschen, weil wir auf die vielen kleinen Städte und das platte Land Rücksicht nehmen müssen, für diese würden nämlich die großen Wagen zu teuer sein, sie dürfen aber nicht zugunsten der Großindustrie, der Großstädte und Industriebezirke geschädigt werden. Übrigens ist die Großindustrie selbst nicht restlos eine Anhängerin des schnellen Überganges zu großräumigen Wagen, weil ihre eigenen Be- und Entladeeinrichtungen in den Werken dafür nicht eingerichtet sind. Zweifellos wird es aber richtig sein, für gewisse Verkehrsbeziehungen der Massentransporte mehr und mehr zu Wagen mit hoher Tragfähigkeit überzugehen und zwar gleichzeitig zu Wagen mit Selbstentladung, bei denen die Ladung (z. B. Kohlen) dadurch entladen wird, daß an dem trichterförmig gebildeten Wagenkasten unten befindliche Klappen geöffnet werden. Solche Wagen sind bereits in Dienst gestellt; doch haben wir auch damit zu rechnen, daß unsere Umschlageinrichtungen in den großen Häfen (z. B. Ruhrort) nicht für diese, sondern für die gewöhnlichen Wagen gebaut sind. Auch aus diesem Grunde kann und darf sich der Umschwung nur allmählich vollziehen.

Ganz bedeutend sind aber die Fortschritte auf dem wichtigsten Gebiet des Eisenbahn-Maschinenwesens, nämlich im Bau der Lokomotiven. Daß man hier zu immer größeren Abmessungen übergeht und Lokomotiven für immer höhere Geschwindigkeiten baut, kann man als natürlich bezeichnen und darin stehen uns die anderen in rascher wirtschaftlicher Entwicklung befindlichen Länder kaum nach. Deutschland hat aber das Verdienst, die beiden wichtigsten Neuerungen eingeführt zu haben, durch die die Leistung der Lokomotive erhöht, der Kohlen- und Wasserverbrauch also herabgesetzt wird. Es ist zunächst die Einführung der Verbund-(Compound-)Lokomotive, um die sich neben andern vor allem v. Borries verdient gemacht hat, sodann die Anwendung des Heißdampfes (überhitzten Dampfes), die Schmidt nach langen Versuchen hat durchführen können.

Auf dem Gebiet des elektrischen Bahnbetriebes ist Deutschland von Anfang an vom Ausland unabhängig gewesen; ist doch die Anwendung des elektrischen Stromes für Bahnen zuerst in Deutschland mit Erfolg unternommen worden.

In rascher Umwälzung hat sich unter der Führung der Weltfirmen Siemens & Halske und der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft der elektrische Strom zunächst das gesamte Straßenbahnwesen erobert, das ihm heute überall untertänig ist, und die Firmenschilder der deutschen Gesellschaften findet man heute ebensogut in europäischen

und amerikanischen Großstädten wie in den Gebirgen Japans, den Urwäldern Südamerikas, den Zuckerfeldern Javas usw.

Schritt für Schritt hat dann jegliche Bahnart die Untersuchung über sich ergehen lassen müssen, ob der elektrische Betrieb nicht vorteilhafter sei als der bestehende Dampfbetrieb. Diese Untersuchung ist umso eher und schärfer zugunsten der Elektrizität ausgefallen, je teurer die Kohlen und je billiger die Wasserkräfte sind, vor allem je mehr die betreffende Linie kein wesentliches Teilglied eines großen Bahnnetzes ist; denn der Übergang zu einer anderen Betriebsweise ist für ein umfangreiches Netz naturgemäß viel schwerer als für einzelne losgelöste Linien. Demgemäß hat die Elektrizität sich vor allem zunächst die Neben- und Kleinbahnen und von diesen die Staatsbahnen erobert. Auf dem Gebiet der letzteren war der Bau der von Dircksen geschaffenen Berliner Stadtbahn das Meisterwerk, mit dem das städtische Schnellverkehrswesen seinen Einzug in Deutschland hielt; sie hat jetzt eine zweite Auflage in der ihr nachgebildeten Stadtbahn in Tokio erlebt. Die Einführung der elektrischen Betriebsweise hat sich aber verzögert, und in dieser Beziehung steht Berlin noch hinter anderen Weltstädten zurück; aber es ist wohl zu verstehen, daß die Preußische Staatsbahnverwaltung erst die Erfolge der Elektrisierung der Hamburger Vorortsbahnen abwarten will, ehe sie das ausgedehnte Berliner Netz elektrisiert. Dagegen hat Deutschland hohe Erfolge aufzuweisen auf dem Gebiet der selbständigen Stadtschnellbahnen, die von den großen elektrischen Firmen und von Männern, wie Schwieger, Rathenau, Kemmann, ins Leben gerufen werden. Vor allem hat hier der Bau der elektrischen Hoch- und Untergrundbahn in Berlin in ihrer auch ästhetisch meisterhaften Durchbildung, sodann die von Siemens & Halske erbaute Tiefbahn in Budapest, ferner die Schwebebahn in Elberfeld bahnbrechend gewirkt, — kein Wunder, daß bei der Elektrisierung der Stadtbahnen Londons die deutsche Technik und Industrie eine so ruhmvolle Rolle spielt.

Die Einführung des elektrischen Betriebes auf den Vollbahnen geht natürlich langsamer von statten, weil hierfür außerordentlich große Kapitalien notwendig werden und weil in Deutschland auch noch militärische Bedenken ins Feld geführt werden. Aber hier hat Deutschland, und zwar wieder Siemens & Halske und die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, das Verdienst, die Anwendbarkeit des elektrischen Betriebes für Vollbahnen und für bisher für unmöglich gehaltene Geschwindigkeit erwiesen und erprobt zu haben durch die bekannten Schnellfahrversuche auf der Militärbahn, die alle Welt in Erstaunen setzten. Die Früchte dieser Versuche beginnt man jetzt zu ernten, besonders bei den Überland- und Städtebahnen, wie solche z. B. von der deutschen Industrie in Oberitalien, dann zwischen Haag und Scheweningen und Köln—Bonn bereits verwirklicht und für die Städte Köln—Düsseldorf, Frankfurt—Wiesbaden vorbereitet werden. — Die Elektrisierung der Vollbahnen ist inzwischen auf der Strecke Magdeburg—Bitterfeld eingeleitet, ferner in Baden und Bayern, die ihre großen Wasserkräfte dazu ausnutzen wollen.

Insgesamt kann der Deutsche mit seinen Eisenbahnen nicht nur sehr zufrieden sein, sondern er darf auch stolz sein auf die Güte und die Leistungen der deutschen Eisenbahntechnik, und zwar nicht nur im engeren Vaterland, sondern auch allenthalben im Ausland, wo man auf so manchen deutschen Schienen und Brücken fährt, wo so manche deutsche Lokomotive pfeift, wo deutsche Ingenieure so manche Bahn geschaffen haben, betreiben und verwalten.

Daß sich oftmals Mißmut äußert, das liegt teils an der bekannten Nervosität der Reisenden, teils an dem geringen Verständnis und der geringen Achtung, die der Deutsche den technischen Leistungen entgegenbringt, teils an der Unkenntnis der Verhältnisse des Auslandes und der daraus sich ergebenden Unfähigkeit, richtige Vergleiche zu ziehen.

Der wichtigste Vorwurf, der den deutschen Eisenbahnen von mancher Seite gemacht wird, bezieht sich auf die Gütertarife. Allerdings beträgt bei uns der Durchschnittssatz für den Tonnenkilometer noch etwa $3^1/_2$ Pfg., ohne daß er eine Tendenz zum Fallen

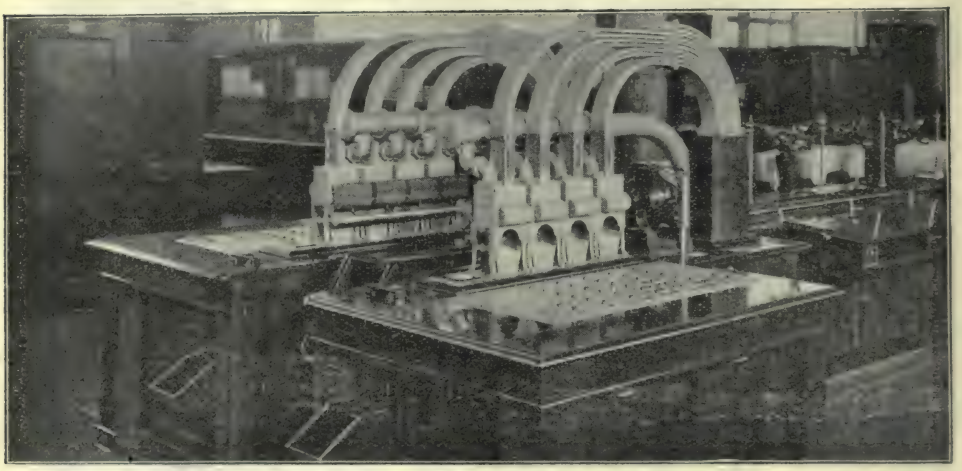
zeigt. Aber wenn dieser Satz auch seit so manchem Jahr ziemlich unverändert feststeht, während doch die technischen Fortschritte eine Herabsetzung erheblicher Teile der Betriebskosten mit sich gebracht haben, so ist dabei zu beachten, daß dieser Satz absolut zwar nicht herabgegangen ist, wohl aber relativ; denn unsere ganze Lebenshaltung hat sich wesentlich verbessert und verteuert, und Lohn und Kaufkraft sind erheblich gestiegen, — auch die Eisenbahnen müssen höhere Löhne und höhere Preise für alle Materialien zahlen, sie lassen es sich aber außerdem auch angelegen sein, auf dem Gebiet sozialer Fürsorge ihrem Heer von Beamten und Arbeitern gegenüber vorbildlich zu wirken. Betrachtet man die steigenden Löhne, den sinkenden Wert des Geldes und die stehenbleibenden Eisenbahntarife im Zusammenhang, so muß man doch mit Vorwürfen zurückhalten. Andrerseits muß hervorgehoben werden, daß die Tarife für die wichtigsten Massengüter recht niedrig sind, insbesondere die Tarife für Kohle und Kali, die beiden Stoffe, die für die Industrie einerseits, die Landwirtschaft andrerseits wohl die wichtigsten sein dürften. Ferner dürfen in solchen Tariffragen die Eisenbahnen nicht für sich betrachtet werden, sondern es ist der Zusammenhang mit den allgemeinen Staatsfinanzen und der allgemeinen Verkehrspolitik zu beachten. Was die letztere anbelangt, so haben nunmehr die deutschen Bundesstaaten Einigkeit in dem Punkt erzielt, daß zur Ergänzung unserer Eisenbahnen und zur Verbilligung der Massentransporte ein großzügiger Ausbau der Wasserstraßen notwendig ist, und es kann in diesem Zusammenhang nur wieder darauf hingewiesen werden, was oben über die Stärkung des Rheins gesagt ist.

Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm II.
Geschenk an den Staatssekretär des Reichspostamts Dr. von Stephan zu dessen 60. Geburtstage.

Das Reichspostamt in Berlin.
Mit Bild und Unterschrift des Staatssekretärs Dr. von Stephan.

Der große Hughessaal des Haupttelegraphenamts zu Berlin.

Seepoſt Hamburg-New York.



Rohrpoſt-Verteiler-Tiſch im Fernamt Hamburg.*)

Telephon-Umſchalte-Stelle.*)

*) Anlagen von E. Zwietuſch & Co., Berlin-Charlottenburg.

Post, Telegraphie und Fernsprechwesen.

Von **O. Klaus**, Geheimer Postrat im Reichspostamt, Berlin.

Entwickelungsgeschichte.

An der gewaltigen wirtschaftlichen und kulturellen Entwickelung Deutschlands während der letzten Jahrzehnte haben auch Post und Telegraphie, indem sie die zeitgemäßen Verkehrsbedürfnisse der Bevölkerung rechtzeitig erkannt und sich ihnen angepaßt haben, an ihrem Teile mitgewirkt. Wie groß die Fortschritte auf diesen Verkehrsgebieten gewesen sind, kann man am besten ermessen, wenn man einen kurzen Rückblick auf die früheren Zustände im Post- und Telegraphenwesen Deutschlands wirft. Die kriegerischen Wirren zu Anfang des neunzehnten Jahrhunderts hatten das deutsche Postwesen — eine Telegraphie gab es damals noch nicht — völlig zerrüttet. Deutschland zählte im Jahre 1810 gegen dreißig selbständige Postverwaltungen, bei denen die Taxen und Betriebsvorschriften nach vielen Richtungen voneinander abwichen. Selbst noch wenige Jahre vor jenen glorreichen Ereignissen, denen das Deutsche Reich seine Wiedererstehung verdankt, gab es in Deutschland nicht weniger als 14 selbständige Postverwaltungen und 10 selbständige Telegraphenverwaltungen. Daneben bestanden in Hamburg und Lübeck noch dänische und schwedische Postämter, auch wurde ein erheblicher Teil des Telegrammverkehrs auf den Telegraphenlinien der Privat-Eisenbahngesellschaften abgewickelt. Die Berechnung der Gebühren bildete infolgedessen nicht selten ein schwieriges Exempel. Die Tarife waren, namentlich unter Berücksichtigung des damaligen Geldwertes, außerordentlich hoch. Es kostete in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts ein einfacher gewöhnlicher Brief von Darmstadt nach Königsberg (Preußen) 15 Silbergroschen und von Berlin nach Neuyork 1 Taler 17 Silbergroschen. Die Gebühr für ein Privattelegramm bis 25 Worte von Frankfurt (Main) nach Danzig belief sich noch im Jahre 1857 auf 4 Taler. Bei solchen Verhältnissen ist es nicht zu verwundern, daß das Bedürfnis zu einem engeren Zusammenschluß der vielen einzelnen Post- und Telegraphengebiete sich immer fühlbarer machte, besonders nachdem zahlreiche Eisenbahnlinien die einzelnen deutschen Staaten durchquerten. Diesem Bedürfnis haben zunächst der am 1. Juli 1850 in Wirksamkeit getretene deutsch-österreichische Postverein und der am 25. Juli 1850 gegründete deutsch-österreichische Telegraphenverein ihre Entstehung zu verdanken. Beide bezweckten die Schaffung gleichmäßiger Grundsätze für die Taxierung und Beförderung der Postsendungen und der Telegramme zwischen verschiedenen dem Verein angehörenden Verkehrsgebieten. Die Umgestaltung der politischen Verhältnisse in Deutschland infolge der kriegerischen Ereignisse im Jahre 1866 hatte in ihrem weiteren Verlaufe auch eine einschneidende und vorteilhafte Änderung der postalischen Zustände zur Folge. Die Thurn und Taxissche Postverwaltung und eine Reihe kleinerer Postverwaltungen wurden der Postverwaltung des Norddeutschen Bundes einverleibt. Es gab nur noch vier selbständige Postverwaltungen in Deutschland: Norddeutscher Bund, Bayern, Württemberg und Baden. Die Gründung des Deutschen Reiches brachte einen weiteren

engeren Zusammenschluß der deutschen Staaten auch im Post- und Telegraphenwesen. Die badische Landespostverwaltung wurde aufgelöst und mit der Reichspostverwaltung vereinigt, die auch den Postdienst in Elsaß-Lothringen übernahm. Die im Jahre 1849 in Deutschland als öffentliches Verkehrsmittel eingeführte Telegraphie, die seit der Gründung des Norddeutschen Bundes von der Post getrennt war, bildete vom 1. Januar 1876 ab im Gebiete der Reichspostverwaltung mit dieser wieder eine gemeinsame Verwaltung. Ihr gesellte sich seit dem Jahre 1877 als neues Verkehrsmittel das Fernsprechwesen zu.

Rechtliche Stellung, Gesetzgebung und Verordnungen.

Die rechtliche Stellung des Post- und Telegraphenwesens, ferner das gegenseitige Verhältnis der in Deutschland bestehenden drei Verwaltungen ist durch die Verfassung der Deutschen Reichs von 16. April 1871 geregelt. Danach unterliegen das Post- und Telegraphenwesen der Beaufsichtigung und Gesetzgebung des Deutschen Reichs und werden für dessen ganzes Gebiet als einheitliche Staatsverkehrsanstalten eingerichtet und verwaltet. Bayern und Württemberg haben zwar ihre eigene Post- und Telegraphenverwaltung behalten, dem Reiche ist jedoch ausschließlich vorbehalten die Gesetzgebung über die besonderen Vorrechte der Post und Telegraphie, über die rechtliche Stellung zum Publikum, über das Posttax- und Portofreiheitwesen, ausgenommen die reglementarischen und Tarifbestimmungen für den inneren Verkehr von Bayern und Württemberg; ferner steht dem Reiche zu die Regelung des Post- und Telegraphenverkehrs mit dem Auslande mit Ausnahme des eigenen unmittelbaren Verkehrs Bayerns und Württembergs mit seinen dem Reiche nicht angehörenden Nachbarländern.

Zahlreiche Gesetze und reglementarische Verordnungen sind infolge dieser Verfassungsvorschrift erlassen worden und haben, indem sie die Grundlagen für eine geordnete Handhabung des Post- und Telegraphendienstes schufen, einen erheblichen Einfluß auf die gedeihliche Entwickelung des Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehrs in Deutschland ausgeübt.

Organisation.

An der Spitze der deutschen Reichspost- und Telegraphenverwaltung steht der Staatssekretär des Reichspostamts in Berlin. Die Leitung und Beaufsichtigung des Betriebes ist 41 Oberpostdirektionen übertragen worden. Zur Wahrnehmung des eigentlichen Betriebsdienstes gibt es, je nach der Art und dem Umfang der zu erledigenden Geschäfte, Post-, Telegraphen- oder Fernsprechämter und Postagenturen. Die Postämter werden eingeteilt in solche für den Ortsdienst und in Bahnpostämter. Zur Wahrnehmung des neuerdings eingeführten Postscheck- und Überweisungsdienstes sind ferner Postscheckämter eingerichtet worden. Außerdem bestehen seit etwa zwei Jahrzehnten als Hilfsanlagen für den Post- und Telegraphendienst auf dem flachen Lande Posthilfsstellen und Telegraphenhilfsstellen. Zahlreiche amtliche Verkaufsstellen für Postwertzeichen dienen dem Publikum zur Erleichterung beim Bezuge von Postwertzeichen.

In Bayern ist die oberste Leitung des Post- und Telegraphendienstes dem Ministerium für Verkehrsangelegenheiten zugeteilt, bei welchem eine besondere Postabteilung besteht. Als Bezirksbehörden sind 9 Oberpostdirektionen vorhanden, denen die Post- und Telegraphenanstalten unterstellt sind. In Württemberg bildet die Zentralinstanz für das Post- und Telegraphenwesen das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, bei dem eine Verkehrsabteilung errichtet ist. Diesem Ministerium untergeordnet ist als Direktivbehörde die Generaldirektion der Posten und Telegraphen, der die Leitung und Beaufsichtigung des Betriebs bei den Post- und Telegraphenanstalten obliegt. Auch in Bayern und Württemberg bestehen Postscheckämter, Postagenturen sowie Post- und Telegraphenhilfsstellen.

Nach der Statistik des Jahres 1908 betrug in Deutschland (Reichspostgebiet, Bayern und Württemberg) die Gesamtzahl

der Postanstalten	40 566
„ Telegraphenanstalten	41 276
„ Fernsprechanstalten	33 551

Bei einem Flächenraum von 540 778 qkm und einer Einwohnerzahl von 60 641 278 entfiel im Deutschen Reich somit:

je eine Postanstalt	auf	13,34	qkm	Grundfläche	und auf	1495	Einwohner
„ „ Telegraphenanstalt	„	13,10	„	„	„	1469	„
„ „ Fernsprechanstalt	„	16,10	„	„	„	1807	„

In bezug auf die Dichtigkeit des Netzes der Post-, Telegraphen- und Fernsprechanstalten marschiert Deutschland mit an der Spitze aller Kulturländer. Erwägt man ferner, daß beispielsweise die Zahl der Postanstalten im Reichspostgebiet vom Jahre 1870 bis zum Jahre 1908 von 4641 auf 34 286 angewachsen ist, daß die Zahl der Telegraphenanstalten in diesem Gebiet, die bei der Vereinigung der Reichstelegraphenverwaltung mit der Reichspostverwaltung am 1. Januar 1876 sich auf 1686 belief, bis zum Jahre 1908 auf 32 921 gestiegen ist und daß der gesamte Fernsprechdienst als neues Verkehrsmittel hinzugetreten ist, so kann man ohne weiteres ermessen, welchen gewaltigen Aufschwung das Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen in Deutschland während der letzten Jahrzehnte genommen hat, und welche außerordentliche Bedeutung diese staatlichen Verkehrseinrichtungen gegenwärtig für die persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen der Bevölkerung besitzen.

Neben den Postanstalten im Inlande unterhält die Reichspost- und Telegraphenverwaltung zur Zeit noch etwa 180 Postanstalten in den deutschen Schutzgebieten und 31 Postanstalten in solchen fremden Ländern, in denen entweder auch andere Kulturstaaten eigene Postanstalten im Interesse ihres heimischen Handels errichtet haben, oder in denen die Landes-Posteinrichtungen so mangelhaft sind, daß sie für die Verkehrsbedürfnisse der auf den betreffenden fremden Plätzen wohnenden deutschen Reichsangehörigen nicht ausreichen.

Das Personal, das zur Bewältigung des Post-, Telegraphen- und Fernsprechdienstes in Deutschland mit Einschluß von Bayern und Württemberg erforderlich, ist, belief sich im Jahre 1908 auf 106 693 Beamte, 138 558 Unterbeamte, 1705 Posthalter, 5341 Postillone, zusammen auf 252 297 Köpfe, ohne die Hilfsstelleninhaber und die im Arbeiterverhältnis stehenden Personen.

Das Postwesen.

Die festen politischen Verhältnisse infolge der Gründung des neuen Deutschen Reichs hatten Handel, Industrie und das ganze Erwerbsleben zu einem ungeahnt schnellen Aufschwung geführt. Dieser raschen Entwickelung der volkswirtschaftlichen Kräfte hatte die Post bei ihren Einrichtungen Rechnung zu tragen. Es entstand auf dem Gebiete des Postwesens eine Zeit fortgesetzter Verkehrserleichterungen und Verkehrsverbesserungen sowie des inneren Ausbaues der organischen Einrichtungen. Die Betriebsformen und Versendungsbedingungen wurden vereinfacht, neue Möglichkeiten der Nachrichtenvermittelung geschaffen und die Tarife wiederholt ermäßigt. Ein besonders glücklicher Umstand war es, daß gerade während der Zeit der stärksten Verkehrsentwickelung in der Person des ersten Generalpostmeisters des neuen Deutschen Reichs, Heinrich von Stephan, an der Spitze der Reichspostverwaltung ein Mann mit eminenten Geistesgaben und mit hervorragender organisatorischer und schöpferischer Kraft stand, ein Mann, der für die Verkehrsbedürfnisse der Zeit einen scharfen Blick hatte und es verstand, durch Schaffung neuer wie durch zweckmäßige Ausgestaltung vorhandener Mittel der Entfaltung des Post- und Telegraphenverkehrs in Deutschland die Wege zu ebnen.

Sein vorzügliches Organisationstalent und die große Leistungsfähigkeit der deutschen Post kamen im neuen Deutschen Reiche zuerst bei der Tätigkeit der Feldpost im Deutsch-Französischen Kriege von 1870—71 zur Geltung. Innerhalb weniger Tage war bei Beginn des Krieges die Mobilmachung der deutschen Feldpost für zusammen 60 Feldpostanstalten beendet. Trotz der immer größer werdenden Ausdehnung des Kriegsschauplatzes wurde durch Einrichtung geeigneter Feldpostkurse für eine stetige Verbindung zwischen der Heimat und den mit den Truppen marschierenden mobilen Feldpostanstalten gesorgt. Welchen Umfang der deutsche Feldpostdienst in Frankreich angenommen hatte, mögen nachstehende Zahlen beweisen, die dem im Verlage von Julius Springer in Berlin im Jahre 1905 erschienenen Werke „Im Zeichen des Verkehrs" entnommen worden sind. Zur Wahrnehmung des deutschen Feldpostdienstes waren in Frankreich 77 Feldpostanstalten und 136 Feldpostrelais tätig, bei denen 1826 Beamte und Unterbeamte verwendet wurden. Die Länge der deutschen Feldpostkurse belief sich auf 5100 Kilometer auf einem Flächenraum von 280 000 Quadratkilometern. Von der deutschen Feldpost wurden rund 90 Millionen Briefe und Postkarten, 2,5 Millionen Zeitungen, 2 Millionen Pakete und 60 Millionen Taler bares Geld während des Krieges befördert. Außerdem wurde in den besetzten französischen Landesteilen für die Aufrechthaltung des Landespostdienstes Sorge getragen. Wie gering demgegenüber die Leistungen der französischen Feldpost waren, konnte man in jener Zeit oft aus dem Munde französischer Gefangenen hören, die namentlich darüber klagten, daß sie während des Feldzuges nicht eine einzige Nachricht von ihren Angehörigen erhalten hätten und ihnen solche auch nicht hätten geben können. Die ständige Verbindung der deutschen Truppen mit der Heimat und die ihnen aus der Heimat zugehenden Nachrichten von dem Jubel, der dort über die deutschen Waffenerfolge herrschte, haben nicht wenig zur Belebung des Mutes und der Entschlossenheit der Truppen beigetragen. Deshalb hat, wie in der Reichstagssitzung vom 22. April 1871 allseitig dankbar anerkannt wurde, auch die deutsche Feldpost an den Erfolgen des Deutsch-Französischen Krieges von 1870—71 an ihrem Teile mitgewirkt.

Eine der ersten Neuerungen Stephans war die durch Verordnung vom 6. Juni 1870 erfolgte Einführung der Postkarte, die heute im Nachrichtenverkehr unentbehrlich geworden ist. Obgleich Österreich sie bereits seit dem 1. Oktober 1869 als Postversendungsgegenstand zugelassen hatte, ist sie doch eigentlich eine Erfindung Stephans, denn schon 1865 hatte dieser sie auf einer Konferenz des deutsch-österreichischen Postvereins in Karlsruhe (Baden) zur Einführung empfohlen. Welche Bedeutung sie als Verkehrsmittel besitzt, möge die Tatsache beweisen, daß im Jahre 1908 allein innerhalb des Reichspostgebiets mehr als 1500 Millionen Postkarten befördert worden sind. Ungeachtet dieses ausgedehnten Gebrauchs der Postkarte läßt sich nicht annehmen, daß ihre Einführung eine Schwächung des Briefverkehrs zur Folge gehabt hat. Dieser hat vielmehr trotzdem fortgesetzt zugenommen und im Jahre 1900 noch eine erhebliche Stärkung durch Verbilligung des Portos infolge Erhöhung der Gewichtsstufe für den einfachen Brief von 15 auf 20 Gramm erfahren.

Auch auf anderen Gebieten des Briefpostverkehrs, der die Beförderung von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefen, Postkarten, Drucksachen, Warenproben und Geschäftspapieren sowie der Zeitungen umfaßt, traten Verbesserungen ein. Im Jahre 1872 wurde das Meistgewicht der Drucksachen im Inlandverkehr von 15 Lot auf ein Pfund erhöht, und wenige Jahre später erfolgte die Erhöhung des Meistgewichts der Drucksachen auf 1000 g. Hierdurch ist die Versendung literarischer Werke wesentlich erleichtert und gefördert worden. Eine weitere Ausdehnung der Drucksachenbeförderung mit der Post wurde durch die Zulassung von Drucksachen als außergewöhnliche Zeitungsbeilagen geschaffen, eine Einrichtung, die besonders für die Massenversendung von Drucksachen von hohem Wert ist, weil sie dem Absender die Mühe erspart, die Sendungen einzeln zu adressieren. Den Wünschen des Handelsstandes entsprechend wurde ferner das Meistgewicht der Warenproben von 250 g auf 350 g erhöht; außerdem

wurden als neue Versendungsgegenstände gegen ermäßigte Taxe vom 1. April 1900 ab auch im inländischen Verkehr Sendungen mit Geschäftspapieren zugelassen. Im Zeitungsverkehr wurde die erleichternde Einrichtung getroffen, daß auch für kürzere Zeiträume als ein Vierteljahr, nämlich für zwei Monate oder für einen Monat, Abonnements innerhalb des Deutschen Reichs zugelassen waren. Auch wurde im Anfang dieses Jahrhunderts eine vollständige Neuregelung der Gebührentarife für die Zeitungsbeförderung durch die Post vorgenommen, um die Gebühren besser in Einklang mit den Leistungen der Post zu bringen. Endlich ist in neuester Zeit den Bahnhofsbuchhändlern seitens der deutschen Postverwaltungen gegen Zahlung mäßiger Gebühren die Möglichkeit geboten worden, die von ihnen bezogenen Zeitungen unmittelbar nach Ankunft der zu ihrer Beförderung benutzten Eisenbahnzüge auf dem Bahnhof am Bahnpostwagen in Empfang zu nehmen.

Zur Verbesserung des Schalterdienstes sind bei allen Postanstalten den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen getroffen worden. Hierzu sind auch die seit 1898 innerhalb der Schaltervorräume errichteten besonderen Markenverkaufstände zu rechnen; ferner sind zahlreiche Postwertzeichenautomaten in den letzten Jahren beschafft worden, um dem Publikum den Bezug der Postwertzeichen zu erleichtern und die Möglichkeit zu bieten, sie auch außerhalb der Schalterdienststunden sich zu beschaffen. Der Verbesserung des Schalterverkehrs dienen auch automatische Einrichtungen zur Einlieferung von Einschreibbriefen. Zur Erleichterung der Einlieferung von Briefpostgegenständen sind außerdem die Briefkasten fortgesetzt vermehrt worden. Ihre Zahl im Reichspostgebiet, die im Jahre 1871 sich auf 24 703 belief, ist bis zum Jahre 1908 auf 124 332 gestiegen. Zur Beschleunigung der postdienstlichen Behandlung der Briefe werden seit etwa 10 Jahren in weitem Umfange Stempelmaschinen benutzt. Die Gesamtzahl der von der deutschen Reichspostverwaltung beförderten Briefsendungen ist während der Zeit von 1871 bis 1908 von 656 Millionen auf 7750 Millionen angewachsen, während die Gesamtzahl der in Deutschland mit Einschluß von Bayern und Württemberg beförderten Briefpostsendungen sich im Jahre 1908 auf rund 8550 Millionen belief, eine Verkehrsziffer, die von keinem anderen europäischen Lande erreicht worden ist.

Eine ganz besondere Fürsorge haben die deutschen Postverwaltungen dem durch die Post vermittelten Paketverkehr angedeihen lassen und dadurch erreicht, daß der postalische Paketdienst in Deutschland denjenigen in den meisten anderen Ländern weit überragt. Dieser günstige Erfolg beruht sehr wesentlich auf der Einfachheit und Billigkeit der Tarife für Pakete bis zur Gewichtsgrenze von 5 kg, die seit dem 1. Januar 1874 gegen den einheitlichen Portosatz von 50 Pf. auf alle Entfernungen innerhalb Deutschlands (auch nach Österreich-Ungarn), mit Ausnahme der Entfernungen bis zu 10 geographischen Meilen, für welche der ermäßigte Portosatz von 25 Pf. festgesetzt ist, versandt werden können. Daneben haben die geringen Anforderungen in bezug auf die Verpackung der Pakete ebenfalls an der günstigen Entwickelung des Postpaketverkehrs in Deutschland fördernd mitgewirkt. Obgleich die Post Paketsendungen bis zum Gewicht von 50 kg zur Beförderung annimmt, besteht ihre Aufgabe doch vorzugsweise im Versand von Waren in kleineren Mengen. Demgemäß hat das Durchschnittsgewicht der im Reichspostgebiet im Jahre 1908 beförderten portopflichtigen Pakete auch nur 3,9 kg betragen. Die Ermöglichung billiger direkter Beziehungen auf weite Entfernungen hat dem Gewerbefleiße erheblichen Vorschub geleistet und ist den wirtschaftlichen Verhältnissen aller Erwerbsstände zugute gekommen. Zur Erleichterung der Einlieferung von Paketen ist in den Orten, in denen die Paketbestellung durch mit Pferden bespannte Wagen stattfindet, die Einrichtnng getroffen worden, daß die Begleiter der Bestellwagen unterwegs Pakete annehmen und sogar auf vorherige Benachrichtigung aus der Wohnung abholen. Ferner ist vertrauenswürdigen Firmen, die viele Pakete absenden, auf ihren Wunsch gestattet worden, die Pakete selbst postversandfertig vorzubereiten und so der Aufgabepostanstalt zu überweisen, um die Weitersendung der Pakete zu beschleunigen. Zur Beförderung sind nicht nur Pakete mit unbegrenzter Wertangabe,

sondern seit Beginn des Jahres 1872 auch eingeschriebene Pakete zugelassen. Auf Grund der günstigen Voraussetzungen hat sich der durch die deutsche Post vermittelte Paketverkehr seit dem Bestehen des Deutschen Reichs ganz gewaltig entwickelt. Er belief sich im Jahre 1908 auf rund 258 Millionen Stück, wovon etwa 246 Millionen Stück auf das Reichspostgebiet entfallen, in welchem im Jahre 1871 nur etwa 32 Mill. Pakete befördert worden sind. Zur Bewältigung so großer Paketmassen, deren Einlieferung zu drei Viertel in den Abendstunden erfolgt, haben Versendungsformen und Einrichtungen geschaffen werden müssen, die den Betrieb vereinfachen, ohne ihm die erforderliche Sicherheit zu nehmen, die aber auch gleichzeitig der heutigen Ausdehnung des Eisenbahnnetzes und den Erfordernissen des Eisenbahndienstes angepaßt sind. Die Leistungen der deutschen Post für den Paketverkehr verdienen um so mehr hervorgehoben zu werden, als die Postverwaltungen in mehreren anderen europäischen Ländern, wie z. B. in Frankreich und Belgien, sich überhaupt nicht mit der Beförderung von Paketen befassen. In den Ländern aber, in denen die Post wie in Deutschland auch den Paketdienst besorgt, ist dieser nirgends mit alleiniger Ausnahme der Schweiz, zu der Bedeutung gelangt wie in Deutschland. Den 258 Millionen in Deutschland beförderten Postpaketen stehen gegenüber 109 Millionen in Großbritannien, 68 Millionen in Österreich, 37 Millionen in Ungarn, 14 Millionen in Rußland, 17 Millionen in Italien, 32 Millionen in der Schweiz, $7^1/_2$ Millionen in Dänemark und 5 Millionen in Schweden. Auf einen Einwohner entfallen aufgelieferte Pakete in Deutschland 7,9, Großbritannien 5,5, Österreich 3,6, Ungarn 2,8, Rußland 0,3, Italien 1,2, in der Schweiz 14,1, in Dänemark 5,4 und in Schweden 2,8. Die große Zahl der Postpakete in der Schweiz findet ihre Erklärung sowohl in den durchaus vortrefflichen Einrichtungen der schweizerischen Postverwaltung als auch besonders in dem Umstande, daß in der Schweiz ein so überaus starker Reise- und Fremdenverkehr herrscht, wie er in gleichem Maße in keinem anderen Lande besteht.

Eine Hervorhebung verdienen auch die Einrichtungen und Leistungen der deutschen Post auf dem Gebiete des Postbankwesens, das sich auf den gesamten Postanweisungs-, Postauftrags-, Postnachnahme- und Postscheckdienst erstreckt. Der für den Kleinbarverkehr eingeführte Postanweisungsdienst wurde fortgesetzt den Bedürfnissen entsprechend ausgebildet. Demzufolge ist die ursprünglich auf 150 Mark beschränkte Höchstsumme einer Postanweisung nach und nach auf 800 Mark erhöht worden. Eine wesentliche Vereinfachung und Erleichterung hat der Postanweisungsverkehr seit dem 1. Oktober 1883 dadurch erfahren, daß die auf Postanweisungen eingehenden Gelder an Giro-Kunden der Reichsbank auf deren Wunsch nicht bar ausgezahlt, sondern ihrem Konto bei der Reichsbank gut geschrieben werden. Dieses Verfahren, das eine Verminderung des Barverkehrs herbeiführt und daher ebenso dem Interesse der Post wie der Empfänger dient, ist im Laufe der Jahre fortgesetzt ausgebildet und auf weitere Kreise des Publikums und auf Behörden ausgedehnt worden. Zur Zeit erstreckt sich der Post-Giroverkehr nicht nur auf die Auszahlung von Postanweisungsgeldern, sondern auch auf die Einzahlung solcher Gelder, ferner auf den Bar- und Geldüberweisungsverkehr der Generalpostkasse, der Bezirks-Oberpostkassen und der Giro-Postämter untereinander. Nach der Statistik von 1908 waren im Reichspostgebiet allein, außer für die Generalpostkasse in Berlin, für 40 Oberpostkassen und 388 Postämter bei der Reichsbank Girokonten eröffnet. Der Gesamtbetrag der durch Giro eingezahlten Postanweisungen hat sich auf rund 321 Millionen Mark und der Gesamtbetrag der durch Giro ausgezahlten Postanweisungen auf 2718 Millionen Mark belaufen.

Das Postauftragsverfahren, eine Erfindung Stephans, ist in Deutschland am 15. Oktober 1871 eingeführt worden, um den Wünschen des Handelsstandes entsprechend eine bequeme Gelegenheit zur Einziehung von kleineren Geldbeträgen gegen Aushändigung der Schuldurkunde zu schaffen, wozu in jener Zeit ein umso größeres Bedürfnis vorlag, als das heutige Nachnahmeverfahren damals noch nicht bestand. Die günstige Aufnahme, die die Postaufträge oder Postmandate, wie man sie damals nannte, beim

Publikum gefunden hatten, führte im Jahre 1876 zu einer Erweiterung dieses Dienstzweiges, indem Postaufträge auch zur Vorzeigung von Wechseln behufs Einholung der Annahmeerklärung seitens des Bezogenen benutzt werden können. Ferner wurde die Einrichtung getroffen, daß die Post auf Wunsch der Absender die Weitergabe der Wechsel an eine zur Protesterhebung befugte Person oder an eine dritte Person innerhalb Deutschlands besorgt. Neuerdings ist dieses Verfahren noch weiter dadurch erleichtert worden, daß die Post selbst durch ihre Angestellten in allen nicht verwickelten Fällen die Protesterhebung ausführen läßt.

Eine vollständige Umgestaltung ist mit dem Postnachnahmeverfahren vorgenommen worden. Ursprünglich bestand die Einrichtung der sogen. Postvorschüsse, d. h. der Absender einer Postvorschußsendung konnte sich bei der Einlieferung der Sendung schon einen Postvorschuß von der Postanstalt auszahlen lassen. Diese ungerechtfertigte Verwendung von Staatsgeldern wurde beseitigt und das Verfahren derartig abgeändert, daß die Beträge dem Absender nicht mehr sogleich bei der Einlieferung der Sendungen, sondern erst nach erfolgter Einziehung durch die Bestimmungspostanstalt im Wege der Postanweisung ausgezahlt werden. Das so abgeänderte Nachnahmeverfahren, das auf alle Brief- und Paketsendungen angewandt werden kann, hat sich im Laufe der Zeit, zum Teil unter Beeinträchtigung des Postauftragsverkehrs, in umfangreicher Weise entwickelt. Im Jahre 1908 betrug in Deutschland der Gesamtbetrag der Postnachnahmen rund 1132 Millionen Mark, wovon 1080 Millionen Mark auf das Reichspostgebiet entfallen, während in diesem der Gesamtbetrag der Postvorschußsendungen im Jahre 1871 nur 11 Millionen Mark ausmachte.

Von einschneidender Wirkung für den Zahlungsverkehr ist die neueste Errungenschaft der deutschen Post auf dem Gebiete des Postbankwesens, das im Jahre 1909 eingeführte Post-Überweisungs- und Scheckverfahren. Für diesen Zweck sind innerhalb des Reichspostgebiets neun Postscheckämter eingerichtet, von denen jedes für mehrere Oberpostdirektionsbezirke bestimmt ist. Neben den Postscheckämtern stehen sämtliche Postanstalten im Dienste des Postscheckverkehrs, indem sie bare Einzahlungen auf Postscheckkonten entgegennehmen und bare Auszahlungen auf Anweisungen der Postscheckämter leisten. Die Führung der Postscheckkonten gehört zu den Obliegenheiten der Postscheckämter, die alle bei den Postanstalten für Kontoinhaber gemachten Einzahlungen dem Konto gutschreiben und die von Kontoinhabern gemachten Abhebungen dem Konto zur Last schreiben, sowie den Giroverkehr zwischen den einzelnen Kontoinhabern vermitteln. Durch ein zwischen den drei deutschen Postverwaltungen abgeschlossenes Übereinkommen ist der Postscheck- und Überweisungsverkehr in ganz Deutschland auf gleichmäßigen Bahnen durchgeführt, so daß auch in dieser Hinsicht das Deutsche Reich als ein einheitliches Verkehrsgebiet sich darstellt. Neuerdings ist das Verfahren auch auf den Verkehr mit der Schweiz und mit Österreich-Ungarn ausgedehnt worden. Einem wie großen Bedürfnis die neue Einrichtung im deutschen Verkehrsleben entsprochen hat, davon liefert einen überzeugenden Beweis ihre überaus günstige Aufnahme in den Kreisen des Publikums. Innerhalb der kurzen Zeit seit Einführung des Postscheckdienstes in Deutschland war nach dem Amtsblatt des Reichspostamts Nr. 33 vom 10. Mai 1910 die Zahl der Inhaber von Postscheckkonten allein im Reichspostgebiet bis Ende April 1910 auf 41 136 gestiegen. Auf diesen Postscheckkonten waren als Gutschriften im April 758$^1/_3$ Millionen Mark gebucht, während rund 751 Millionen Mark den Kontoinhabern zur Last geschrieben waren. Das Gesamtguthaben der Kontoinhaber betrug Ende April 1910 etwa 78$^1/_2$ Millionen Mark. Außerdem wurden im Verkehr der Postscheckämter des Reichspostgebiets mit den österreichischen, ungarischen und schweizerischen Postscheckdienststellen im Monat April 1910 rund 3 Millionen Mark umgesetzt.

Besondere Aufmerksamkeit ist in Deutschland von jeher der schleunigen und sicheren Zustellung der eingegangenen Postsendungen an die Empfänger zugewendet worden. Der Bestellungsdienst ist demzufolge fortgesetzt verbessert worden. Nach den Vorschriften der Postordnung erstreckt sich jetzt die Pflicht der Postverwaltung zur Bestellung

der angekommenen Postsendungen im Ortsbestellbezirk auf gewöhnliche und eingeschriebene Brief- und Paketsendungen, auf Sendungen mit Wertangabe bis einschließlich 3000 Mark, auf Postaufträge, auf Postanweisungen nebst den Geldbeträgen, auf Ablieferungsscheine und Postpaketadressen zu Sendungen mit Wertangabe, die selbst nicht bestellt werden können, sowie auf Paketadressen zu zollpflichtigen Paketen. Die Oberpostdirektionen sind seit einiger Zeit ermächtigt, im Ortsbestellbezirk auch Sendungen mit einer Wertangabe von über 3000 Mark bis einschließlich 6000 Mark bestellen zu lassen, sofern sich dagegen keine Bedenken ergeben. Zur Beschleunigung der Bestellung ist für eine Anzahl bedeutender Verkehrsplätze die Einrichtung getroffen worden, daß den zur Beförderung von Briefsendungen vorzugsweise benutzten schnellfahrenden Eisenbahnzügen Sortierbeamte und Unterbeamte der Ortspostämter entgegenfahren, um schon unterwegs im Bahnpostwagen die Verteilung der Briefschaften nach den einzelnen Bestellbezirken des Bestimmungsorts zu bewirken. Auf diese Weise wird erreicht, daß die Bestellgänge der Briefträger möglichst unmittelbar nach dem Eintreffen der betreffenden Züge beginnen können. Im weiteren wird zur Beschleunigung des Ortsbestelldienstes von Fahrrädern und in vielen größeren Städten von vorhandenen Straßen-Eisenbahnen ausgiebiger Gebrauch gemacht. Durch Erweiterung der Vorschriften über die Berechtigung zur Empfangnahme von Postsendungen an abwesende Personen ist der Bestelldienst nicht unwesentlich erleichtert worden.

Im Landbestellbezirk liegt der deutschen Post ob die Bestellung von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, von gewöhnlichen und eingeschriebenen Paketen, soweit sie im einzelnen nicht über 5 kg wiegen und gegen Nässe geschützt werden können, von Sendungen mit Wertangabe bis einschließlich 800 Mark, von Postaufträgen, von Postanweisungen nebst den Geldbeträgen sowie von Postpaketadressen und Ablieferungsscheinen zu Paketen und Sendungen mit Wertangabe, die nicht selbst bestellt werden können, sowie von Postpaketadressen zu zollpflichtigen Paketen. Auf die Verbesserung des Landpostwesens hat die deutsche Post namentlich seit Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ihr ganz besonderes Augenmerk gerichtet. Diesem Zwecke dienen in Deutschland gegenwärtig neben rund 13 000 Postagenturen noch etwa 12 000 Posthilfsstellen. Durch die erhebliche Vermehrung der Postanstalten in Landorten konnte eine Verkleinerung der Landbestellbezirke und eine Abkürzung der Landbestellgänge erreicht werden. Zur Zeit besteht in allen Postbezirken Deutschlands nach sämtlichen Landorten und einzelnen Wohnstätten mindestens eine werktäglich einmalige, nach den meisten Landbezirken sogar eine werktäglich zwei- oder mehrmalige Landbestellung und Einsammlung von Briefen. An Sonn- und Feiertagen findet in allen wichtigen Landbestellbezirken eine einmalige Briefbestellung und Einsammlung statt. Die Zahl der Landbriefträger, die im Jahre 1871 im Reichspostgebiet 9111 betrug, wurde zu diesem Zweck ständig vermehrt und ist jetzt auf mehr als 30 000 gestiegen. Zahlreiche Einrichtungen sind getroffen worden, um die Verbindungen der Landorte unter sich und mit den großen Verkehrslinien zu verbessern. Diesen Zwecken dient besonders auch die Ausrüstung vieler Landbriefträger mit Wagen und Pferd. Solcher mit Fuhrwerk versehener Landbriefträger sind zurzeit über 2200 im Reichspostgebiet vorhanden. Trotz der Vervollkommnung der Bestelleinrichtungen sind die Bestellgebühren für Postanweisungen und Geldbriefe nach dem Landbestellbezirk vom 1. Dezember 1906 ab von 10 auf 5 Pf. ermäßigt worden.

Eine weitere postalische Erleichterung, die dem gesamten Nahverkehr, insbesondere dem Verkehr zwischen großen Städten und ihren Vororten, daneben aber auch dem flachen Lande zugute kommt, ist die am Anfang dieses Jahrhunderts eingeführte Anwendung der billigen Ortstaxen auf den Briefverkehr benachbarter Postanstalten untereinander, insoweit diese sich in einem baulichen und wirtschaftlichen Zusammenhang zueinander befinden. Dieser Nachbarortsverkehr ist von Jahr zu Jahr immer weiter ausgedehnt worden und hat eine erhebliche Verbilligung eines großen Teils der Briefe zur Folge gehabt.

Soweit die Sendungen nicht im Wege der Bestellung den Empfängern zugeführt werden, müssen sie zur Abholung für sie bereit gehalten werden. Zu dem Zweck haben die Personen, welche die für sie eingegangenen Sendungen bei der Bestimmungspostanstalt selbst in Empfang nehmen wollen, bei dieser eine bezügliche Erklärung niederzulegen. Mit der Bezeichnung „postlagernd" versehene Postsendungen werden auch ohne eine solche Erklärung zur Abholung bereit gelegt. Für die Briefsendungen, die von der Post abgeholt werden sollen, kann seit einigen Jahren von der Schließfacheinrichtung gegen eine mäßige Gebühr Gebrauch gemacht werden. Die Zahl der im Reichspostgebiete benutzten Schließfächer belief sich im Jahre 1908 auf 21 082.

Der gewaltige Aufschwung von Handel und Industrie in Deutschland seit dem letzten Deutsch-Französischen Kriege äußerte sich sowohl in einer fortgesetzten Steigerung des Postverkehrs als auch in einer fast sprunghaften Entwickelung und Verdichtung des Eisenbahnnetzes. Der Postverwaltung erwuchs hieraus die Aufgabe, die Eisenbahnen in zweckmäßiger Weise dem Postverkehr dienstbar zu machen. Dies hatte eine weitere Ausgestaltung und Vervollkommnung des Eisenbahnpostdienstes zur Folge, insbesondere wurden die Obliegenheiten und Befugnisse der ambulanten Postbureaus wesentlich erweitert. Anderseits ist man in neuerer Zeit dazu übergegangen, die stark in Anspruch genommenen Bahnposten in den schnell fahrenden Zügen dadurch zu entlasten, daß man sie von der Bearbeitung der minderwichtigen Massendrucksachen befreit und für diese besondere Drucksachen-Verteilungsstellen eingerichtet hat. Der Verbesserung des Postfuhrbetriebes auf den Landkursen ist stets gehörige Sorgfalt gewidmet worden. Eine wesentliche Förderung hat dieser Dienstzweig dadurch erfahren, daß außer den staatlichen Posten infolge der durch das Postgesetz eingetretenen Erleichterungen für den freien Fuhrbetrieb eine große Zahl von Privat-Personenfuhrwerken eingerichtet worden ist, die zur Postbeförderung verwendet werden.

Über die Entwickelung des Postbeförderungsdienstes möge die folgende Zusammenstellung Aufschluß geben:

A. Auf Eisenbahnen im Reichspostgebiet:

	1871	1908
1. Zahl der täglich zur Postbeförderung benutzten Züge	2007	15 776
2. Gesamtkurslänge	7934 km	56 771 km
3. Zahl der jährlich zurückgelegten Kilometer	22 598 370 km	253 503 999 km
4. Zahl der Eisenbahnpostwagen	614	3960

B. Auf Landstraßen im Reichspostgebiet:

	1871	1908
1. Zahl der Postkurse	3393	9483
2. Gesamtkurslänge	31 925 km	69 228 km
3. Zahl der jährlich zurückgelegten Kilometer	28 575 892 km	62 019 354 km
4. Zahl der Postwagen und Schlitten auf Landkursen	13 045	13 323 (darunter 52 Kraftfahrzeuge).

Unter den auf Landkursen verwendeten Postwagen befindet sich jetzt auch eine Anzahl von Kraftfahrzeugen, die namentlich auf langen Kursen mit ebenen Wegen oder auf Kursen mit starkem Personenverkehr Vorteile bieten.

Eine erfolgreiche Initiative und ein großes Geschick hat die deutsche Reichspostverwaltung auf den Ausbau und die Pflege des internationalen Postverkehrs verwendet. Durch die in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts neu entstandenen Verkehrseinrichtungen, Eisenbahnen und Dampfschiffe, waren die Länder einander näher gerückt. Die geschäftlichen und persönlichen Beziehungen zwischen den Völkern nahmen von Jahr zu Jahr zu und erforderten gebieterisch ein-

fachere und billigere Verkehrsmöglichkeiten. Diese sind in gründlicher Weise durch den auf deutsche Anregung im Jahre 1874 in Bern gegründeten Weltpostverein und durch den Abschluß eines Weltpostvertrags geschaffen worden, wodurch auf dem Gebiete des Postwesens zur Erleichterung des gegenseitigen Verkehrs eine Völkergemeinschaft ins Leben getreten ist, die einzig in der Welt dasteht als ein erhabenes Denkmal ihres geistigen Urhebers, des ersten Staatssekretärs des deutschen Reichspostamts, Heinrich v. Stephan. Für die Entwickelung des internationalen Postverkehrs wurden durch den Berner Weltpostvertrag Grundlagen von eminenter Bedeutung geschaffen, die auf den späteren internationalen Postkongressen in Paris, Lissabon, Wien, Washington und Rom durch neue Bestimmungen weiter ausgestaltet wurden. Die Tarife sind für das gesamte Vereinsgebiet ermäßigt und gleichmäßig festgesetzt, ferner ist die Freiheit des Transits gewährleistet worden. Jede Postverwaltung hat die Verpflichtung, für die Weiterbeförderung der von anderen Vereinsverwaltungen übernommenen Postsendungen nach weiterhin gelegenen Ländern mit den Land- und Seebeförderungsgelegenheiten zu sorgen, die ihr für die Sendungen aus dem eigenen Lande zur Verfügung stehen, ohne daß darüber besondere Vereinbarungen zu treffen sind.

Neben dem ursprünglichen, nur den Briefpostverkehr betreffenden Weltpostvertrag sind zwischen den Vereinsverwaltungen noch besondere Verträge über den Austausch von Wertbriefen und Wertkästchen, von Postpaketen ohne und mit Wertangabe, von Postanweisungen, von Postaufträgen und über die Regelung des internationalen Zeitungsverkehrs abgeschlossen worden. Deutschland ist diesen besonderen Verträgen, an denen sich nicht alle Länder beteiligt haben, nicht nur beigetreten, sondern hat auch bei ihrem Zustandekommen in hervorragendem Maße und zusammen mit einigen anderen Kulturländern an erster Stelle mitgewirkt. Außer diesen zwischen Vereinsländern auf den Kongressen entstandenen allgemeinen Verträgen hat die deutsche Reichspostverwaltung während der letzten Jahrzehnte im Interesse der Förderung des internationalen Postverkehrs mit fremden Postverwaltungen, Eisenbahnunternehmungen, Speditionsfirmen und Reedereien eine Menge besonderer Vereinbarungen über Gegenstände abgeschlossen, die durch die allgemeinen Vereinsverträge nicht geregelt waren. Solche Vereinbarungen bestehen mit Nachbarländern zur Erleichterung des Grenzverkehrs, wie z. B. mit den Niederlanden und der Schweiz, oder zur Ermäßigung der Tarife überhaupt wie z. B. mit Luxemburg und für den direkten Briefverkehr mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Durch einen besonderen Vertrag ist ferner das Verhältnis zwischen den drei deutschen Postverwaltungen zueinander und zu Österreich-Ungarn in einer Weise geregelt worden, der die Entwickelung dieses Wechselverkehrs, wie seine posttechnische Bezeichnung ist, in jeder Hinsicht begünstigt. Auch in bezug auf den Austausch der sogen. Postfrachtstücke, d. h. Paketsendungen, die nach ihrem Gewicht oder ihrer sonstigen Beschaffenheit nicht zu der Klasse der im Vereinsverkehr zugelassenen Postpakete zu rechnen sind, hat die Reichspostverwaltung zahlreiche besondere Abkommen abgeschlossen. Wegen der hochentwickelten Schiffahrt in Deutschland hat sie ferner die Aufgabe, für zweckmäßige Ausnutzung der deutschen Schiffslinien zur Beförderung der überseeischen Korrespondenz zu sorgen, eine Aufgabe, der sie infolge des verständnisvollen Entgegenkommens der deutschen Reedereien vollkommen gerecht geworden ist. Als eine Errungenschaft von großer Bedeutung auf dem Gebiete des Postdampfschiffwesens war die in Deutschland zum erstenmal durch Gesetz vom 6. April 1885 gewährte Unterstützung aus Reichsmitteln zur Unterhaltung von regelmäßigen deutschen Postdampferverbindungen nach Gebieten, nach denen es bisher an eigenen Schiffslinien fehlte. Deutschland wurde hierdurch für seinen Handel und seine Postversande unabhängiger von fremden Postlinien und erhielt außerdem die Möglichkeit, für die Benutzung anderer Postlinien den fremden Postverwaltungen eine volle Gegenseitigkeit der Leistungen auf dem Gebiete der Seepostbeförderung bieten zu können. Die „subventionierten" Dampfer, denen die Be-

zeichnung „Reichspostdampfer" beigelegt wurde, erfreuen sich seitdem einer stetig wachsenden Benutzung seitens fremder Postverwaltungen. Das Deutsche Reich zahlt gegenwärtig auf Grund von Subventionsgesetzen zur Unterhaltung regelmäßiger Reichspostdampferlinien nach Ostasien, Australien und dem deutschen Schutzgebiete von Neu-Guinea dem Norddeutschen Lloyd einen jährlichen Zuschuß von 6 090 000 Mk. und zur Unterhaltung regelmäßiger Reichspostdampferverbindungen nach Ost- und Südafrika an die Deutsche Ostafrika-Linie in Hamburg 1 350 000 Mark. Auf den Reichspostdampfern sind vertragsmäßig postdienstliche Einrichtungen vorgesehen, die Seeposten genannt werden. Die in ihnen verrichteten Postdienstgeschäfte werden indes nicht von Postbeamten, sondern von Schiffsangestellten wahrgenommen

Neben diesen Seeposten auf den deutschen Reichspostdampfern verdienen besondere Erwähnung die deutsch-amerikanischen Seepostbureaus, die seit dem 1. April 1891 infolge deutscher Initiative für den transatlantischen Postverkehr auf den schnellfahrenden Dampfern des Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie auf den Routen Bremen-Neuyork und Hamburg-Neuyork eingerichtet worden sind. In diesen schwimmenden Postanstalten, die auf den Ozeandampfern dieselben Aufgaben haben, wie die Bahnposten in den Eisenbahnzügen, arbeiten deutsche und amerikanische Postbeamte zusammen in brüderlicher Eintracht. Die deutsch-amerikanischen Seeposten haben in neuester Zeit an Bedeutung dadurch gewonnen, daß das Porto für Briefe, die ohne Berührung dritter Länder zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika ausgetauscht werden, seit dem 1. Januar 1909 auf 10 Pf. bezw. 2 cents für den einfachen gewöhnlichen Brief ermäßigt worden ist. Der heutige Wert der transatlantischen Seeposten, von denen in der Regel auf deutschen Schiffen wöchentlich zwei in jeder Richtung verkehren, läßt sich am besten aus dem Umstande ermessen, daß zur Zeit der Einrichtung der Seeposten im Jahre 1891 mit einem Dampfer etwa 200 bis 250 Säcke mit Briefsendungen befördert wurden, während letzthin einer Seepost auf einem Lloyddampfer rund 3300 Briefsäcke zugeführt worden sind. Das durch die deutsch-amerikanischen Seeposten gegebene Beispiel hat später auch zur Einrichtung englisch-amerikanischer Seeposten auf englischen und amerikanischen Schnelldampfern geführt.

In engem Zusammenhange mit den Leistungen der deutschen Post auf internationalem Gebiet steht die schnelle Entwickelung des Postwesens in den deutschen Kolonien. In diesen sind von der Reichspostverwaltung überall, wo sich ein Bedürfnis dafür zeigte, Postanstalten eingerichtet worden, die zum großen Teile von Fachbeamten verwaltet werden und sich meistens mit der Annahme und Beförderung aller Arten von Sendungen befassen. Seit dem 1. Mai 1899 bilden Deutschland und seine Schutzgebiete ein einziges Postgebiet in bezug auf die Taxen für alle Arten von Briefsendungen, also für Briefe, Postkarten, Drucksachen, Warenproben und Geschäftspapiere. Im Interesse des deutschen Handels unterhält die Reichspostverwaltung eigene Postanstalten in den türkischen Städten Konstantinopel, Smyrna, Beirut, Jaffa und Jerusalem, ferner in den wichtigsten Orten von Marokko und China. Die ermäßigten Inlandtaxen für Briefsendungen finden seit November 1907 auch auf den Verkehr zwischen Deutschland und den deutschen Postanstalten in Marokko und vom 1. Juli 1908 ab auf den Verkehr Deutschlands mit den deutschen Postanstalten in China Anwendung.

Auch auf Gebieten, die mit dem Postdienst selbst nichts zu tun haben, besteht in Deutschland eine umfangreiche Mitwirkung der Postanstalten. Den deutschen Postanstalten ist im allgemeinen Reichsinteresse der Vertrieb der Reichs-Wechselstempelmarken, der zur Entrichtung der statistischen Gebühr dienenden Stempelmarken und der Beitragsmarken der Alters- und Invalidenversicherung übertragen worden. Außerdem liegt ihnen die vorschußweise Auszahlung der Alters-, Invaliden-, Unfall- und Krankenrenten ob. Diese Leistungen, die mit jedem Jahre wachsen, haben

schon jetzt einen sehr bedeutenden Umfang erreicht. Von den deutschen Postanstalten wurden im Jahre 1908 vertrieben:

a) Wechselstempelmarken und Vordruckblätter für . . . 16 752 320 M.
b) Marken zur statistischen Gebühr . . . . . 1 480 569 „
c) Versicherungsmarken . . . . . 167 916 534 „

Außerdem sind in mehr als 20 Millionen Einzelzahlungen 312 909 203 Mk. an Renten vorschußweise gezahlt worden.

Die Telegraphie und das Fernsprechwesen.

Die Telegraphie und ihre jüngere Schwester, die Telephonie, sind in Deutschland im Gegensatz zu mehreren anderen Ländern, in denen sie sich im Privatbetriebe befinden, von Anfang an staatliche Verkehrseinrichtungen gewesen. Auf den beiden nahe verwandten Gebieten hatten die Ereignisse der letzten Jahrzehnte in ausgiebigem Maße die Vorbedingungen zu einer schnellen und gedeihlichen Entwickelung geschaffen. Auf der einen Seite forderten ein blühender Handel und eine rastlose, intensive Industrie zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse rasche und bequeme Verkehrsmittel auch für weite Entfernungen, auf der anderen Seite wetteiferten Wissenschaft und Technik gerade auf dem Gebiete der Elektrizität in immer neuen Erfindungen und in ihrer nutzbringenden Anwendung für das Verkehrswesen. Als im Jahre 1876 die Reichs-Telegraphenverwaltung an die Reichspostverwaltung angegliedert wurde, war das Telegraphenwesen Deutschlands keineswegs demjenigen aller übrigen europäischen Länder gleichwertig. Je eine Telegraphenanstalt entfiel auf 264 qkm Grundfläche und 20 355 Einwohner gegenüber beispielsweise 85,5 qkm und 8 532 Einwohner in England, 203 qkm und 13 843 Einwohner in Frankreich sowie sogar 55 qkm und 3 280 Einwohner in der Schweiz. Es galt daher vor allem, eine Verdichtung des Telegraphennetzes durch die baldige Einrichtung neuer Telegraphenanstalten herbeizuführen, was sich in Anlehnung an die bestehenden Postanstalten und unter Verwertung des Fernsprechers neben dem Schreibapparat leicht und mit verhältnismäßig wenigen Kosten bewerkstelligen ließ. Es trat eine Periode rascher Entwickelung des Telegraphenbetriebes in Deutschland ein. Zahlreiche Ortschaften in allen Teilen des Reichs, namentlich in ländlichen Bezirken, die bisher eine telegraphische Verbindung entbehrt hatten, sind seitdem durch die fortgesetzte Einrichtung neuer Telegraphenanstalten in das Telegraphennetz hineingezogen worden. Zu diesem Zwecke wurden im Jahre 1883 für Orte mit unbedeutendem Verkehr Telegraphenhilfstellen in Anlehnung an die bestehenden Posthilfstellen eingeführt. Jetzt zählt Deutschland auf dem Gebiete des Telegraphenwesens zu den am weitesten fortgeschrittenen Ländern. Das weitverzweigte und engmaschige Telegraphennetz hält mit demjenigen jedes anderen Staates den Vergleich aus. Je eine Telegraphenanstalt entfiel nach der Statistik für 1908 in Deutschland auf 13,1 qkm Grundfläche und 1469 Einwohner, in England auf 23,6 qkm Grundfläche und 3 311 Einwohner, in Frankreich auf 29,7 qkm Grundfläche und 2176 Einwohner und in der Schweiz auf 18,3 qkm Grundfläche auf 1470 Einwohner. Die Gesamtzahl der in Deutschland beförderten Telegramme betrug im Jahre 1908 54 098 541.

Hand in Hand mit der Vermehrung der Telegraphenanstalten ist ein fortgesetzter Zuwachs bei den Telegraphenlinien und Leitungen sowie bei den Apparaten eingetreten. Die Länge der Telegraphen- und Fernsprechlinien betrug Ende 1908 in Deutschland (einschl. Bayern und Württemberg) 318 385 km, diejenige der Telegraphen- und Fernsprechleitungen 5 149 274 km. Die Gesamtzahl der im Betriebe verwendeten Apparate belief sich auf 51 422 für Telegraphenzwecke und auf 855 224 für Fernsprechzwecke. Auf das Reichstelegraphengebiet (ohne Bayern und Württemberg) entfielen hiervon 164 422 km oberirdische Telegraphenlinien, 1 086 216 km oberirdische Telegraphenleitungen und 43 947 Apparate für den Telegraphenverkehr gegenüber

35 708 km oberirdischen Telegraphenlinien, 132 009 km oberirdischen Telegraphenleitungen und 5288 Apparaten, die zu Anfang des Jahres 1876 vorhanden waren.

Als eine Maßnahme von hohem Wert, mit der Deutschland allen anderen Ländern vorangegangen ist, muß die Schaffung eines ausgedehnten unterirdischen Telegraphennetzes angesehen werden, weil dadurch die Schwierigkeiten infolge der starken Belastung der Gestänge mit Drahtleitungen behoben worden sind und gleichzeitig ein wesentlicher Stützpunkt für die Landesverteidigung entstanden ist. Der im Sommer 1876 als Versuchslinie ausgeführten ersten unterirdischen Telegraphenverbindung Berlin-Halle folgten sehr bald andere Kabellinien, wobei sowohl hinsichtlich der Konstruktion als auch bei Legung der Kabel die gemachten Erfahrungen und die neuesten Fortschritte der Technik volle Beachtung fanden. Die große Bedeutung der unterirdischen Telegraphenlinien liegt vor allen Dingen in der Sicherheit der Verbindungen vor Beschädigungen durch heftige Stürme, Schneeverwehungen usw., von denen oberirdische Linien so oft betroffen werden. Auch im Stadtfernsprechbetriebe hat man zu unterirdischen Verbindungsanlagen seine Zuflucht nehmen müssen, weil sich infolge der starken Belastung der Dächer mit oberirdischen Drahtleitungen viele Unzuträglichkeiten ergeben hatten und außerdem die schnelle Ausbreitung elektrischer Starkstromanlagen vielfach dazu drängte. Ende des Jahres 1908 betrug im Reichstelegraphengebiet die Länge der unterirdischen Telegraphenlinien 9155 km und die Länge der unterirdischen Telegraphenleitungen 259 156 km, während 8172 km unterirdische Linien und 2 570 120 km unterirdische Leitungen der Ortsfernsprechnetze vorhanden waren.

Als Apparate für den Telegraphenbetrieb dienen vorzugsweise die Morseapparate und für den lebhaften Verkehr zwischen großen Handelsstädten die Hughesapparate. Letztere sind durch Verbesserungen wesentlich leistungsfähiger gemacht und in ihrer Betriebssicherheit vervollkommnet worden. Durch Einführung des elektrischen Antriebs, der das kleine Räderwerk an Stelle des Gewichts in Bewegung setzt, ist das lästige Aufziehen dieses Gewichts durch eine Tretvorrichtung entbehrlich geworden. Der Morsebetrieb ist seit 1893 durch eine umfangreiche Ingebrauchnahme von Klopferapparaten, bei denen das Aufnehmen der Telegramme nach dem Gehör erfolgt, verbessert worden, da die Klopferapparate neben einer größeren Schnelligkeit des Arbeitens mehr Sicherheit gegen Verstümmelungen der Telegramme gewährleisten. Eine bedeutsame Neuerung in der Telegraphentechnik, die eine möglichst ausgiebige Ausnutzung des vorhandenen Leitungsmaterials gestattet, bildet die dauernde Einführung der Vielfachtelegraphie in den Betrieb. Nachdem sie seit 1900 versuchsweise praktische Verwendung gefunden hatte, hat sie namentlich in dem System des französischen Telegraphentechnikers Baudot eine Vollkommenheit erreicht, die sie für den deutschen Telegraphenbetrieb als brauchbar erscheinen läßt. Baudot-Apparate werden daher seit einigen Jahren auf besonders stark belasteten Leitungen mit großem Vorteil verwendet. Von dem Wunsche beseelt, die besten Apparate für ihren Betrieb nutzbar zu machen, werden von der deutschen Telegraphenverwaltung fortgesetzt alle neuen Apparatsysteme entweder beim Telegraphenversuchsamte in Berlin oder im Betriebe praktisch erprobt. In dieser Hinsicht sind namentlich die erfolgreichen Versuche mit den neuesten Maschinen-Schreibapparaten zu erwähnen.

Die eine starke Stromzuführung bedürfende Vielfachtelegraphie hat zum Teil erst eingeführt werden können, nachdem an Stelle der Stromerzeugung durch Primärbatterien in den elektrischen Sammlern eine ausgiebige Stromquelle geschaffen worden war. Derartige elektrische Sammler dienen jetzt bei fast allen größeren Telegraphenbetriebstellen, wo die Möglichkeit besteht, den elektrischen Strom aus Starkstromanlagen zu beziehen, als Stromquelle. Neben ihrer größeren Leistungsfähigkeit besitzen sie den Vorzug der Billigkeit gegenüber der Stromerzeugung durch galvanische Kupferelemente. Im Interesse der Einheitlichkeit und Wirtlichkeit des Betriebes werden Sammler zurzeit nicht nur für Arbeitstromleitungen, auf die sie früher beschränkt waren, sondern auch für Ruhstromleitungen und für den Fernsprechbetrieb verwendet.

Von günstigem Einfluß für die schnelle Entwickelung des Telegraphenverkehrs in Deutschland war die Festsetzung billiger Tarife. Der Telegraphentarif, der früher Sätze für drei Zonen enthielt, erfuhr schon im Jahre 1876 eine grundsätzliche Umgestaltung. An Stelle der früheren Zonensätze trat eine einheitliche Taxe, die ohne Rücksicht auf die Entfernung lediglich nach der Wortzahl bemessen wurde. Für diesen Tarif erfolgte am 1. Februar 1891 eine weitere Verbilligung, indem die Worttaxe von 6 auf 5 Pfg. und zugleich die Mindesttaxe für ein Telegramm von 60 auf 50 Pfg. ermäßigt wurde.

Zur weiteren Erleichterung der Benutzung des Telegraphen seitens des Publikums sind die Telegraphendienststunden fortgesetzt verlängert und bei fast allen vereinigten Verkehrsämtern (Postämter mit Telegraphenbetrieb) auf den ganzen Tag, in größeren Orten sogar noch auf die Nachtzeit ausgedehnt worden. Nach der Statistik für 1908 gab es in Deutschland 455 Telegraphenanstalten mit ununterbrochenem Tag- und Nachtdienst und außerdem 270 Anstalten mit verlängertem Tagesdienst. Für eine beschleunigte Telegrammbestellung ist in allen bedeutenderen Orten durch Einstellung flinker jugendlicher Boten und durch deren Ausrüstung mit Fahrrädern gesorgt. Außerdem werden für diesen Zweck die vorhandenen Straßenbahnverbindungen für Rechnung der Postkasse nach Möglichkeit ausgenutzt.

Wichtige Dienste im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt leisten die Einrichtungen für den telegraphischen Unfallmeldedienst, die zum ersten Male im Jahre 1886 getroffen und seitdem immer weiter ausgebildet worden sind, um die Bewohner kleiner Landorte während der Nacht in den Stand zu setzen, bei nächtlichen Unfällen, wie Brandausbrüchen usw. Hilfe aus benachbarten Orten herbeizurufen. Seit 1902 ist die Einrichtung auf die unmittelbare Verständigung der beteiligten Personen durch Fernsprecher erweitert worden. Auch für Hochwasser und Eisgänge besteht ein telegraphischer Meldedienst. Von großem Nutzen für die Allgemeinheit, namentlich für die Landwirte, ist auch der im Jahre 1900 neu geregelte telegraphische Wetternachrichtendienst. Täglich erhalten die Telegraphenanstalten von den Wetterdienststellen schon des Vormittags eine für den nächsten Tag bestimmte Wettervorhersage, die sie gegen 12 Uhr mittags am Posthaus aushängen und auch gegen Zahlung einer mäßigen Gebühr Interessenten zustellen.

Die Bedeutung des Fernsprechers als Verkehrsmittel ist von der deutschen Telegraphenverwaltung schon kurze Zeit, nachdem das Telephon Graham Bells in Boston hier bekannt geworden, richtig gewürdigt worden. Der eigentliche Erfinder des Fernsprechers war bekanntlich der Deutsche Philipp Reis, doch war sein schon im Jahre 1861 erfundener Apparat nicht für den praktischen Gebrauch geeignet. Diesem Übelstande hatte Graham Bell im Jahre 1877 abgeholfen. Noch in demselben Jahre hat Deutschland, von allen Ländern zuerst, den Fernsprecher für den allgemeinen Nachrichtenverkehr eingeführt. Die leichte Handhabung der Apparate regte von vornherein dazu an, die Fernsprechanlagen für den Verkehr der in ein und derselben Stadt wohnenden Personen untereinander nutzbar zu machen. So sind die Stadtfernsprecheinrichtungen entstanden, die im Laufe der Zeit immer mehr sich vervollkommnet haben. Besonders gute Erfolge hinsichtlich der Sprachverständigung sind durch die Verwendung von Kupferbronzedraht zu den Fernsprechleitungen erzielt worden. Eine weitere wesentliche Verbesserung bildet die Einführung des Doppelleitungsbetriebes, wodurch das lästige Mithören von Gesprächen aus Nachbarleitungen beseitigt worden ist. Die im Jahre 1890 begonnene und seitdem durchgeführte Ersetzung des Telephons durch das Mikrophon als Geber hat es ermöglicht, daß die Gespräche auf große Entfernungen deutlicher gehört werden, und somit die Abwickelung der Gespräche erleichtert und beschleunigt. An der Vervollkommnung des Mikrophons und des Fernhörers ist seitdem fortgesetzt und mit Erfolg gearbeitet worden, wobei auch auf eine bequeme Benutzungsweise und eine würdige Ausstattung des Gehäuses Rücksicht genommen ist.

Um die Vorteile der Stadtfernsprecheinrichtungen auch den mit diesen nicht aus-

gerüsteten Orten zugänglich zu machen, besteht seit dem Jahre 1889 die Einrichtung, daß die mit Fernsprechern betriebenen Leitungen des Telegraphennetzes dem Publikum zur unmittelbaren Benutzung zur Verfügung gestellt werden. Das Herbeirufen der Person, mit der jemand sprechen will, vermitteln in solchen Fällen die Betriebstellen gegen eine mäßige Gebühr. Neben den Ortsfernsprechnetzen sind in einigen Bezirken mit gleichartigen Erwerbzweigen und stark entwickeltem Verkehr Bezirkssprechnetze gebildet worden, in denen jeder Teilnehmer gegen eine bestimmte Jahresvergütung ohne weiteres durch Vermittelung von Zentralstellen mit allen übrigen Teilnehmern in Verbindung treten kann. Derartige Bezirksnetze bestehen gegenwärtig z. B. im oberschlesischen und im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Während der letzten Jahrzehnte ist ferner eine erhebliche Förderung des Fernsprechverkehrs in Deutschland dadurch eingetreten, daß zwischen einzelnen Stadtfernsprechnetzen oder Bezirksnetzen Verbindungsanlagen eingerichtet worden sind, die es ermöglichen, daß die Teilnehmer des einen Fernsprechnetzes mit jedem beliebigen Teilnehmer eines anderen mit ihm verbundenen Fernsprechnetzes in Verkehr treten können. Diese Sprechmöglichkeit ist auch zwischen deutschen Städten und vielen ausländischen Verkehrszentren vorhanden.

Von wesentlichem Einfluß auf die rasche Entwickelung des Fernsprechverkehrs in Deutschland ist die zweckmäßige Festsetzung der Tarife gewesen. Die von den Teilnehmern einer Stadtfernsprechanlage gezahlte Gebühr betrug zuerst jährlich 200 Mk., bei Leitungen bis 2 km Länge, bei längeren Leitungen für jedes weitere Kilometer 50 Mk. mehr. Später wurde die Jahresvergütung im Stadtsprechverkehr allgemein auf 150 Mk. festgesetzt und im Verkehr mit einem Nachbar- oder Vorort außerdem noch ein Zuschlag von 50 Mk. erhoben. Für die Einzelbenutzung bei 5 Minuten Sprechdauer von einer öffentlichen Sprechstelle betrug die Gebühr im Stadtsprechverkehr 25 Pfg., im Vor- oder Nachbarortsverkehr 50 Pfg. und im Fernverkehr 1 Mk. Durch das Gesetz vom 20. Dezember 1899 ist dann für das Fernsprechwesen eine neue Gebührenordnung geschaffen worden, die der Entwickelung des Fernsprechverkehrs in kleinen Städten und auf dem platten Lande mehr Rechnung trägt und zurzeit noch gilt. Nach dieser Fernsprechgebührenordnung haben die Teilnehmer nach ihrer Wahl zu entrichten entweder eine jährliche Pauschgebühr, die je nach der Größe des Netzes in 8 Stufen von 80 bis 180 Mk. steigt, oder eine Grundgebühr für Überlassung der Apparate und der Leitung von 60 bis 100 Mk., je nach der Größe des Fernsprechnetzes, und außerdem eine Gesprächsgebühr von 5 Pfg. für jede Verbindung, jedoch mindestens 20 Mk. jährlich. Für Gespräche nach anderen Orten werden je nach der Länge der Verbindungsleitungen bei einer Sprechdauer von 3 Minuten 20 Pfg. bis 2 Mk. erhoben.

Durch die Einrichtung zahlreicher öffentlicher Fernsprechstellen ist auch den Nichtabonnenten Gelegenheit zur Benutzung der Stadtfernsprech- und Verbindungsanlagen geboten. Die Erleichterungen, die auf allen Gebieten des Fernsprechbetriebs geschaffen worden sind, haben zu einer rapiden Entwickelung des Fernsprechverkehrs in Deutschland geführt. Im Jahre 1880 sind die ersten Stadtfernsprechanlagen in Berlin und in Mühlhausen (Els.) eingeführt worden. Demgegenüber waren Ende 1908 im Reichstelegraphengebiete an 4917 Orten Ortsfernsprechnetze eingerichtet, an die 489 366 Teilnehmer angeschlossen waren. Außerdem waren in 22 397 Orten ohne Vermittlungsstelle öffentliche Sprechstellen vorhanden. Die Gesamtzahl der vermittelten Gespräche hat sich auf 1 361 158 245 belaufen.

In den deutschen Schutzgebieten hatte sich infolge der fortschreitenden wirtschaftlichen Entwickelung das Bedürfnis zu telegraphischen Anlagen zuerst in Ostafrika herausgestellt und vor etwa zwei Jahrzehnten zu einer telegraphischen Verbindung zwischen Daressalam und Bagamojo sowie Daressalam und Zanzibar geführt. Seitdem ist die Notwendigkeit telegraphendienstlicher Betriebseinrichtungen noch an anderen Stellen deutscher Schutzgebiete hervorgetreten. Solche Einrichtungen bestehen jetzt außer in Ostafrika in Südwestafrika, in Kamerun, in Togo und in Kiautschou.

Daneben sind an verschiedenen Stellen in unseren Schutzgebieten Orts-Fernsprechanlagen hergestellt worden. Ende des Jahres 1908 bestanden in den deutschen Schutzgebieten rund 100 Reichs-Telegraphenanstalten und ebenso viele Orts-Fernsprechanstalten mit einem Liniennetz von rund 6700 km Länge. Vorzugsweise wird in den Schutzgebieten vom Fernsprecher Gebrauch gemacht, da die meistens nicht schriftkundigen Eingeborenen sich des Fernsprechers lieber bedienen als des Telegraphen. Selbst die Negerfrauen in Kamerun und Togo machen von diesem Verkehrsmittel recht häufigen Gebrauch.

Auf internationalem Gebiete ist für die Telegraphie früher als für die Post durch den im Jahre 1865 mit einer Anzahl anderer Länder abgeschlossenen Telegraphenvertrag eine einheitliche Regelung für den Betrieb und die gegenseitigen Beziehungen der Vertragsländer geschaffen worden. Die weitere Ausgestaltung der ersten Vereinbarungen war den späteren Welttelegraphen-Konferenzen vorbehalten. Deutschland ist von Anfang an dem internationalen Telegraphenvertrage beigetreten und ist stets für die Verbesserung des internationalen Telegraphendienstes tätig gewesen. Auf Antrag Deutschlands wurde seinerzeit der Worttarif im internationalen Verkehr eingeführt; auch sonst ist die deutsche Telegraphenverwaltung auf die Einführung zweckmäßiger Tarifbestimmungen und Maßnahmen zur Beschleunigung des Telegrammaustauschs im Verkehr mit dem Auslande bedacht gewesen. Infolge der starken Zunahme des internationalen Telegrammverkehrs verbinden jetzt große durchgehende Telegraphenlinien die großen Städte Deutschlands mit denjenigen anderer europäischer Länder. Unmittelbare Fernsprechverbindungen können mit einer großen Zahl von Städten des Auslandes hergestellt werden, mit denen internationale Sprechbeziehungen vereinbart worden sind.

Als eine Verbesserung von hoher Bedeutung für den internationalen Telegraphenverkehr Deutschlands darf die Herstellung eigener deutscher Kabelverbindungen mit überseeischen Ländern angesehen werden. Vor etwa 30 Jahren gab es nur deutsche unterseeische Kabelverbindungen für den Küstenverkehr, außerdem ein deutsch-dänisches, ein deutsch-schwedisches und ein deutsch-norwegisches Kabel, zwei deutsch-englische Kabel nach Lowestoft (England) und ein Kabel von Neuwerk nach Helgoland, zusammen rund 1370 km Kabellinien, die anfangs zum Teil im Besitz von Privatgesellschaften waren, aber in der Zeit von 1889 bis 1891 zusammen mit dem im Frühjahr 1882 gelegten, 1593 km langen Seekabel Greetsiel (bei Emden) — Valentia (Irland) von der Reichs-Telegraphenverwaltung käuflich erworben wurden. Zu einer großzügigen Kabelpolitik, die den deutschen Telegraphenverkehr mit überseeischen Ländern durch eigene Unterseekabel ermöglicht, ist die deutsche Telegraphenverwaltung erst am Ende des vorigen und zu Anfang dieses Jahrhunderts geschritten. Seitdem sind unter ihrem Schutze und mit ihrer Unterstützung folgende für Deutschland wichtige deutsche Kabelverbindungen entstanden:

1. Das Kabel Emden — Vigo im Jahre 1897 mit einer Länge von 2060 km,
2. zwei je 7671 km lange Kabel der Deutsch-Atlantischen Telegraphengesellschaft in Köln von Emden über Horta (Azoren) nach Neuyork, durch welche im Jahre 1900 eine unmittelbare Verbindung für den bedeutenden Telegrammverkehr Deutschlands mit den Vereinigten Staaten von Amerika geschaffen worden ist,
3. das Kabel Tsingtau — Schanghai von 1156 km Länge zum Anschluß an die Kabel der Großen Nordischen Telegraphengesellschaft,
4. das der Osteuropäischen Telegraphengesellschaft in Berlin gehörige Kabel zwischen Constantza und Constantinopel, ein Zwischenglied der direkten telegraphischen Verbindung zwischen Berlin und Constantinopel,
5. die drei der Deutsch-Niederländischen Telegraphengesellschaft in Köln gehörigen Kabel Jap (deutsche Karolineninsel)-Schanghai, Jap-Menado (Celebes) und Jap-Guam (amerikanische Insel), durch die eine unmittelbare telegraphische

Verbindung mit den deutschen Besitzungen in der Südsee und im fernen Osten auf dem Wege über das amerikanische Pacific-Kabel Guam—Honolulu — San Franzisko, über die amerikanischen Landlinien und über die deutsch-atlantische Kabelverbindung hergestellt worden ist,

6. eine erst kürzlich fertiggestellte, der Deutsch-Südamerikanischen Telegraphengesellschaft in Köln gehörige Kabelverbindung Emden-Monrovia, die Deutschland unmittelbar mit Afrika verbindet und voraussichtlich später nach Brasilien weitergeführt werden wird.

Die Gesamtlänge der reichseigenen oder unter Aufsicht des Deutschen Reichs benutzten Unterseekabel beträgt jetzt rund 33 000 km.

An der Entwickelung der neuesten Errungenschaft des telegraphischen Fernverkehrs, der Funkentelegraphie, hat Deutschland hervorragenden Anteil genommen. An der Erfindung und dem Ausbau der drahtlosen Telegraphie haben deutsche Ingenieure und deutsche Gelehrte in erster Reihe mitgewirkt. Die Erforschung der gewaltigen elektrischen Fernwirkungen infolge schneller, durch elektrische Funken hervorgerufener Oszillationen ist das Verdienst des deutschen Physikers Hertz. Der Nutzbarmachung und Vervollkommnung dieser Erfindung haben besonders die deutschen Professoren Slaby und Braun sowie der deutsche Ingenieur Graf Arco ihre Kräfte mit gutem Erfolge gewidmet. Als Ergebnis ihrer Arbeit ist das deutsche System Telefunken entstanden, das sich in bezug auf Leistungsfähigkeit in jeder Weise mit den ausländischen Systemen messen kann. Die praktische Verwendung der Funkentelegraphie erstreckt sich zurzeit namentlich auf den Verkehr mit auf dem Ozean schwimmenden Schiffen und auf den Verkehr dieser untereinander. Sie dient dazu, die Schiffe mit wichtigen Nachrichten zu versehen und ist außerdem für sie ein gutes und bereits mehrfach bewährtes Sicherheitsmittel in Fällen von Seenot.

In neuerer Zeit ist seitens der Reichs-Telegraphenverwaltung die drahtlose Telegraphie zu einer für Schiffspassagiere höchst wertvollen Maßnahme verwendet worden. Um die auf See befindlichen Schiffe mit den neuesten Nachrichten über politische Ereignisse und Tagesbegebenheiten zu versorgen, werden ihnen gegen Zahlung einer Abonnementsgebühr täglich zweimal vermittels des Telefunkensystems von der Großstation in Norddeich funkentelegraphische Zeitungstelegramme übermittelt, die dann an Bord der Schiffe veröffentlicht werden. Die erste telegraphische Anlage ohne Draht in Deutschland war zwischen dem Leuchtfeuerschiff Borkum Riff und der Seetelegraphenanstalt Borkum Leuchtturm im Jahre 1900 eingerichtet worden. Zurzeit bestehen in Deutschland für den öffentlichen Verkehr 9 Küstenstationen und 9 Stationen auf Feuerschiffen. Außerdem sind rund 100 deutsche Handelsschiffe mit Funkentelegraphenapparaten ausgerüstet, darunter 54 nach dem deutschen System Telefunken, 37 nach dem Marconi-System und die übrigen nach dem vorzugsweise in Amerika verwendeten de Forest-System. Ferner sind auf deutschen Kriegsschiffen Funkentelegraphenstationen nach dem System Telefunken eingerichtet worden. Die im Jahre 1906 in Berlin auf Einladung von Deutschland zusammengetretene internationale Konferenz hat zu dem internationalen Funkentelegraphenvertrag vom 3. November 1906 geführt, durch das im Interesse der Allgemeinheit die gegenseitigen Verpflichtungen der 27 am Vertrage beteiligten Länder geregelt worden sind.

So groß die Fortschritte auf dem Gebiete der drahtlosen Telegraphie auch sind, so besteht doch bei allen Sachkundigen kein Zweifel darüber, daß sie zurzeit wegen der ihr noch anhaftenden Mängel die drahtliche Telegraphie nicht ersetzen kann und voraussichtlich in absehbarer Zeit auch nicht ersetzen wird. Es kann deshalb auch zunächst nicht davon die Rede sein, daß Seekabelverbindungen durch sie entbehrlich werden. In noch erhöhterem Maße trifft dies zu auf das inzwischen ebenfalls erprobte drahtlose Fernsprechwesen.

Allgemeines und Schluß.

Die Einrichtungen und Leistungen im Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen Deutschlands sind vorstehend nur in groben Umrissen und nur insoweit behandelt worden, als sie im Verkehr mit dem Publikum hauptsächlich in Erscheinung treten. Daneben verdienen noch der Erwähnung die bedeutenden Leistungen für die Erlangung würdiger und zweckmäßiger Dienstgebäude und die Wohnungsfürsorge für das Personal. Es waren im Jahre 1908 in Deutschland rund 860 fiskalische Post- und Telegraphendienstgebäude und 680 fiskalische Wohngebäude mit etwa 1700 Wohnungen für niedrig besoldete Beamte außer den für diese Zwecke angemieteten Wohnungen vorhanden. Innerhalb der Gebäude sind zur Beschleunigung des Betriebes geeignete mechanische und maschinelle Anlagen geschaffen und überall ist für eine zweckentsprechende Ausstattung gesorgt worden. Schreib- und Rechenmaschinen werden im Innenbetriebe der Verkehrsanstalten in großer Zahl verwendet. Besondere Aufmerksamkeit wird der Erlangung und Ausbildung eines tüchtigen und leistungsfähigen Personals gewidmet. Für eine gesunde und angemessene Dienstbekleidung der Unterbeamten wird unter Gewährung von Zuschüssen aus Staatsmitteln gesorgt. Außerdem sind zahlreiche andere Einrichtungen für die soziale Wohlfahrt des Personals geschaffen worden. Vereinfachungen im Verwaltungs- und Betriebsdienste sind in großem Umfange eingetreten.

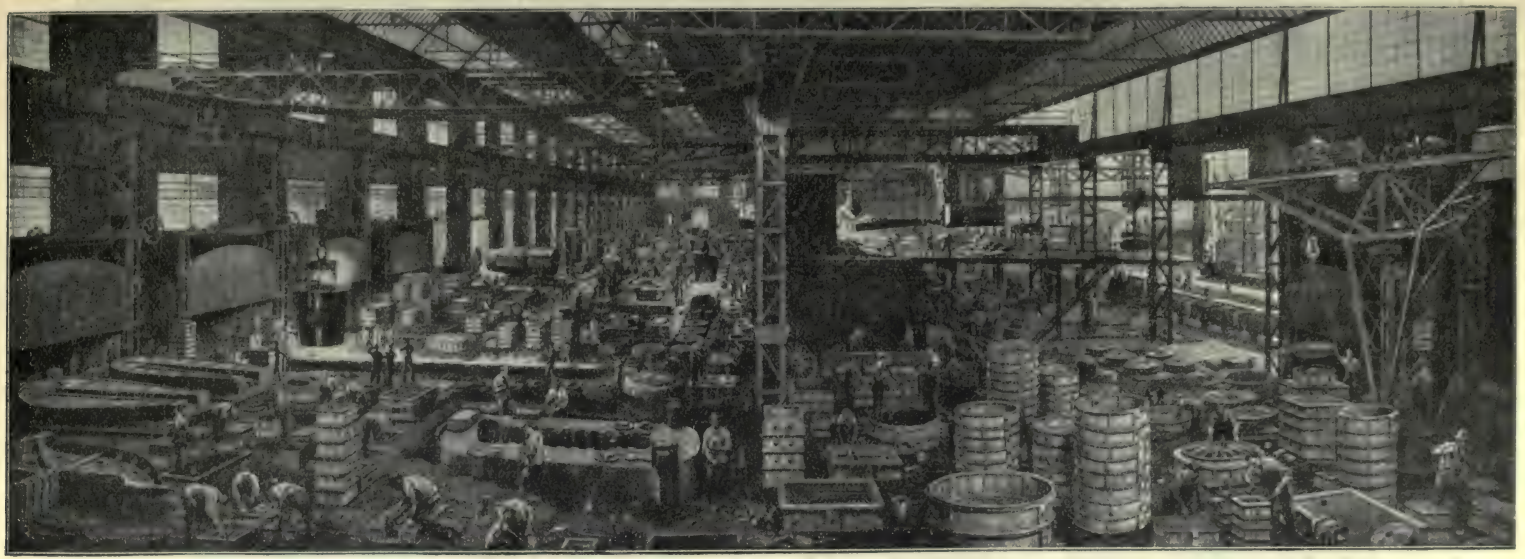
Deutschland kann mit Befriedigung auf seine Leistungen im Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen seit der Wiedererstehung des Deutschen Reichs zurückblicken. Mag auch das eine oder andere Land in einzelnen Betriebszweigen größere Fortschritte aufweisen können als Deutschland, so wird doch bei Zugrundelegung der Gesamtheit der Einrichtungen und Leistungen Deutschland von keinem andern Lande übertroffen. Deutsche Erfindungen sind Postkarte, Postauftrag und Fernsprecher; dem tatkräftigen Vorgehen Deutschlands ist die Gründung des Weltpostvereins zu verdanken, dessen segensreiche Wirkungen der ganzen zivilisierten Welt zugute kommen; auf Vorschlag Deutschlands ist die Worttaxe für den internationalen Telegraphenverkehr eingeführt und auf deutsche Anregung eine internationale Regelung des drahtlosen Telegraphenbetriebs erfolgt. Deutsche Post-, Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen erfreuen sich allgemein der Anerkennung des Auslandes und sind wiederholt für dieses mustergültig gewesen. Möge Deutschland auf dem Gebiete der Post, der Telegraphie und des Fernsprechwesens auch künftig den Platz behaupten, den es heute einnimmt!

Der Stahlhof.

Das Geschäftsgebäude des Stahlwerks-Verbandes A.-G. in Düsseldorf.

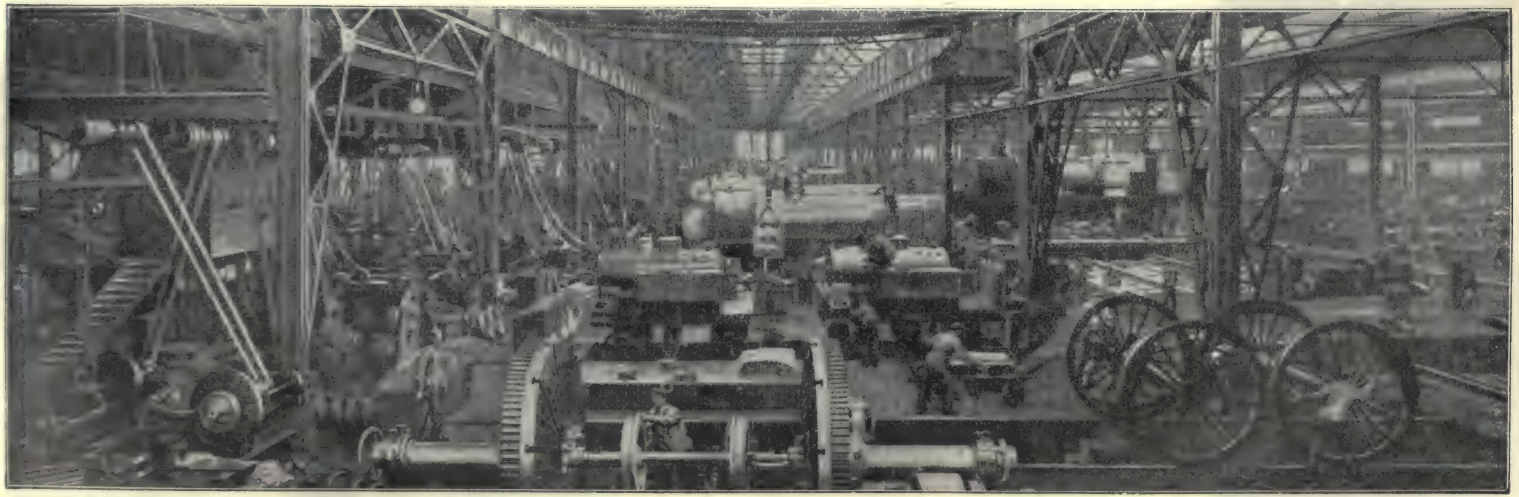
Eine Vereinigung der großen Eisen- u. Stahlwerke Deutschlands. Sie umfaßt deren 31 mit einer Jahresproduktion von gegen 12 Millionen Tonnen und einem Absatzwert von $1^1/_2$ Milliarden Mk. Die Arbeiterzahl beträgt rund 396000. Die Werke des Stahlwerks-Verbandes zahlen jährlich für: Löhne 570 Millionen Mk., Steuern $21^1/_2$ Millionen Mk., soziale Lasten über 45 Millionen Mark. Sie haben eine Leistungsfähigkeit von rund 14 Millionen Tonnen Rohstahl. Schon im Jahre 1907 hat Deutschland 12.06 Millionen, England nur 6.62 Millionen Tonnen Stahl hervorgebracht.

Henschel & Sohn in Cassel. Das Martin-Stahlwerk Henrichshütte.

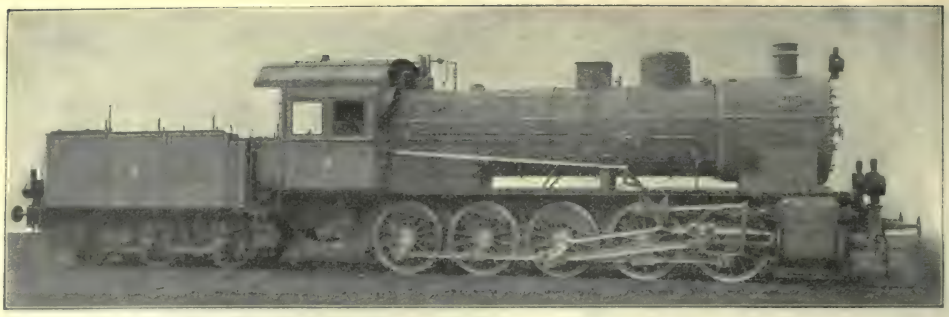


Henschel & Sohn in Cassel. Die mechanische Werkstatt Henrichshütte.

Die Kesselschmiede Rothenditmold.

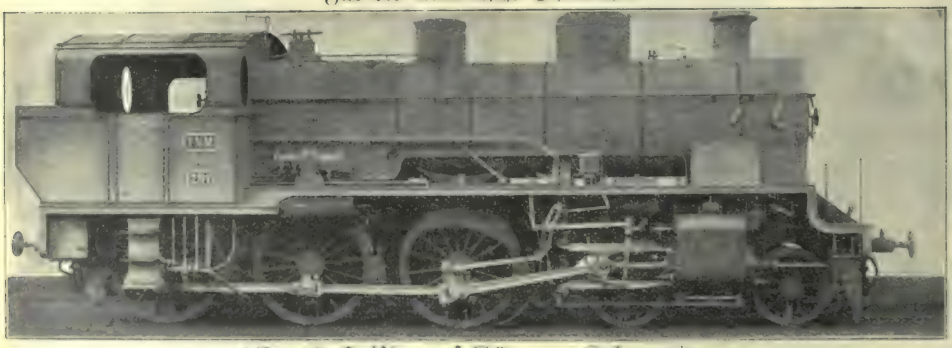


Die Lokomotiv-Montierwerkstatt in Cassel.
Henschel & Sohn



5/5 gek. Heißdampf-Güterzug-Lokomotive.
Für die Kgl. Preuß. Staatsbahnverwaltung.

4/5 gek. Heißdampf-Güterzug-Lokomotive.
Für die Anatolische Eisenbahn.



4/5 gek. Heißdampf-Güterzug-Lokomotive.
Für Ferrovie Nord Milano.

3/6 gek. Personenzug-Lokomotive, Typ „Pacific". Für Argentinien.
Henschel & Sohn in Cassel.

Die deutsche Industrie.

Von Dr. **Gustav Stresemann,** Dresden.
Syndikus des Verbandes Sächsischer Industrieller.
Mitglied des Reichstages.

Entwicklung zum Industriestaat.

Als der Reichskanzler Fürst Bülow am 1. Februar 1905 die sogenannten großen Handelsverträge dem Reichstag zur verfassungsmäßigen Beratung vorlegte, ging er auch auf die Frage ein, inwieweit man Deutschland als Industriestaat bezeichnen könne. Die Ergebnisse der letzten Volkszählung, bemerkte er, ließen deutlich die Verschiebung erkennen, welche sich innerhalb der Bevölkerung des Deutschen Reiches zuungunsten der Landwirtschaft während der letzten Dezennien vollzogen hätte. Im Jahre 1874 hätten noch 64 Prozent der Bevölkerung in ländlichen Gegenden gewohnt, 1895 hätten sich Stadt und Land ungefähr das Gleichgewicht gehalten und im Augenblick der Inaugurierung dieser neuen Handelsvertragspolitik wohnten nur noch 46 Prozent der Bevölkerung auf dem platten Lande gegen 54 Prozent in den Städten. Diese Zahlen verdienten die ernsteste Beachtung aber nicht nur nach der Richtung hin, daß man aus ihnen die Bedeutung der Industrie ersähe, sondern sich auch dessen bewußt bleibe, daß Deutschland nicht lediglich Industriestaat, sondern Agrar- und Industriestaat wäre.

Man wird diese Darlegungen des Fürsten Bülow als einigermaßen eigentümlich in der Logik ansprechen müssen. Fürst Bülow weist darauf hin, welche außergewöhnlichen Veränderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung des Deutschen Reiches vor sich gegangen seien durch das Emporschnellen der industriellen Bewegung. Hieraus folgert er aber nicht, daß Deutschland sich auf dem Wege zum werdenden Industriestaat befände, sondern er benutzt diese Feststellungen, um zu betonen, wie notwendig es sei, das agrarische Element nicht weiter schwächen zu lassen, als es durch die bisherige Entwicklung bereits geschwächt worden sei. Er berührt damit eines der ernstesten Probleme, das mit der Entwicklung der deutschen Industrie verbunden ist. Er gibt aber gleichzeitig durch die Darlegung der Verschiebung der Verhältnisse eine andere Folgerung, als sie in den Worten Agrarstaat und Industriestaat liegt, nämlich die Kennzeichnung der heutigen Lage, die man mit den Worten bezeichnen könnte: Deutschland ist überwiegender Industriestaat geworden.

Es ist noch nicht mehr als ein Jahrhundert her, seitdem diese Entwicklung eingesetzt hat — eine verhältnismäßig kurze Zeit im Völkerleben. Verschiedene Wurzeln haben dazu beigetragen, in Deutschland das gewerbliche Leben so außergewöhnlich erstarken zu lassen, wie es heute der Fall ist. Die Schranken alter Zunftverfassungen mußten der Freiheit der bürgerlichen Entwicklung zum Opfer fallen, der Impuls der Stein-Hardenbergschen Gesetzgebung, die ein kräftiges Sichregen auf allen Gebieten des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens zur Folge hatte, mußte kommen. Technische Umwälzungen taten das ihrige, und schließlich begann, als der Deutsche jener technischen Hilfsmittel sich bedient hatte, um auf seinem Boden ein industrielles Werden

zu schaffen, die nationale Zusammenfassung des Volkes zu einem einheitlichen Deutschen Reich das ihrige zu tun, um die Entwicklung zur Vollendung zu führen.

Wir werden der ganzen Umwälzung erst gewahr, wenn wir uns ziffernmäßig vor Augen zu führen versuchen, in wie außerordentlich schroffer Weise sich diese Umwälzung vollzogen hat. Bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts hindurch konnte man Deutschland als Agrarstaat ansprechen, da 80 Prozent seiner Bevölkerung von der Landwirtschaft lebten. Heute sind es nur noch 32,7 Prozent, die in ihr Lohn und Erwerb finden. Zwar ist es nicht die Zahl der gewerblichen Betriebe, die etwa in so ungeheurer Weise gestiegen wäre, vielmehr hat sich diese Entwicklung vollzogen in dem Sinne einer immer merkbarer werdenden Entwicklung zum Großbetriebe in Handel, Industrie und Gewerbe. Dem Völkerdasein vor hundert Jahren entspricht die lokale Gebundenheit, die Kleinstadt mit ihrer begrenzten Kundenproduktion, hervorgerufen durch Handarbeit, der heutigen Entwicklung entspricht die Großstadt, der Großverkehr, der Weltmarkt und eine Massenproduktion, bei der das persönliche Verhältnis zwischen Hersteller und Verbraucher der Waren fast gänzlich ausgeschaltet ist. Die Ersetzung der Handarbeit durch Maschinenarbeit mußte von selbst dazu führen, auf Massenproduktion hinzuarbeiten, um die Verbilligung, welche durch die Maschinenarbeit möglich wird, hier aufs äußerste auszunutzen. Um 100 Pfund Garn herzustellen, brauchte man früher bei Handarbeit 3117 Stunden und 382 Mark Selbstkosten, bei Maschinenarbeit beträgt die Zeitspanne 19 Stunden und 5 Mark Selbstkosten; um 100 Pfund Hufnägel herzustellen brauchte man früher 250 Stunden mit 262 Mark Selbstkosten, die Maschine braucht 63 Stunden und 9,50 Mark Selbstkosten. Immer mehr wird es zum Prinzip, die Maschinen zu vermehren, die menschliche Handarbeit durch Maschinenkräfte zu ersetzen, was zu fortgesetzten Versuchen zur Verbesserung der Technik antreibt. Hatte die Kontinentalsperre unter Napoleon mit der Boykottierung Englands den Grund gelegt zu der Entwicklung einzelner Industrien, die bisher unter der Konkurrenz Englands unmöglich war, so begann auch nach jenem Ausscheiden Napolenos aus der politischen Geschichte Europas ein zielbewußtes Vorwärtsgehen nach der Richtung der Erhaltung bedeutender gewerblicher Unternehmungen, ihrer Ausdehnung zum Großbetrieb, der besseren Ausbildung des heranwachsenden Geschlechts und der systematischen Eroberung des ausländischen Marktes. Die Gründung des deutschen Zollvereins ist der erste großzügige Versuch in einer sonst wenig bedeutungsvollen Zeit, diejenige wirtschaftliche Einheit zu schaffen, von der man erkannte, daß sie die Grundlage einer Aufwärtsbewegung des deutschen gewerblichen Unternehmertums war. Bis um die Mitte des 19. Jahrhunderts haben wir es auf etwa 3000 gewerbliche Betriebe in Deutschland gebracht, die zu den heutigen Mittelbetrieben rechnen und von denen einige die Entwicklung zum Großbetrieb schon deutlich in sich zeigen. Dann trat das Deutsche Reich an die Stelle der bis dahin bestehenden Einzelstaaten, und der sozialistischen Doktrin zum Trotz, die es immer so hinstellt, als wenn nationale Größe und nationales Ansehen in der Welt für den Arbeiter nichts bedeute, setzt seit dem Jahre 1871 mit mächtigen Zügen der deutsche Welthandel ein. Wie befruchtend die Einheit des Reiches gewirkt hat auf die gewerbliche Entwicklung, zeigt der Umstand, daß nach einer von der sächsischen Regierung aufgestellten Statistik mehr als 80 Prozent der sämtlichen heute bestehenden sächsischen Fabriken nach den Jahre 1871 gegründet worden sind. Neben manchen Überspekulationen, die die ersten Jahre, die „Gründerjahre" nach dem Reichsaufbau zum Gefolge hatten, kommt eine Konsolidierung des gesamten deutschen Wirtschaftslebens zustande, wesentlich mit unter den Folgen der schutzzöllnerischen Wirtschaftspolitik, die zunächst einmal die große Rohstoffindustrie in ihrem Bestande und ihrer Entwicklung sicherstellte, durch diese Sicherstellung die Möglichkeit schuf, bedeutende Kapitalien in diese Unternehmen hineinzustecken und damit den Weg frei machte zu einer Entwicklung der Technik, welche die Weltmarktsstellung der deutschen Eisen- und Stahlproduktion schuf. Dabei hatte jene Politik nicht die Folge einer Zurückdrängung oder Zerstörung der auf den Export angewiesenen Industriebranchen,

sondern wir sehen gleichzeitig eine ungeahnte Entwicklung der deutschen Ausfuhr. In den allerletzten Jahren sind allerdings unleugbar die Schwierigkeiten der deutschen Exportindustrie gewachsen. Die Erlangung günstiger Handelsverträge wird immer schwieriger gemacht, Länder, die bisher als Abnehmer für Deutschland in Betracht kamen, treten als Wettbewerber gegen uns auf (Japan), eine Schutzzollwelle geht über die ganze Welt und findet ihren Ausdruck in den prohibitiven Tarifsätzen, die namentlich von Amerika aus uns den Wettbewerb immer schwieriger machen, und dabei läßt eine Trust- und Kartellbildung und die dadurch bedingte Aufrechterhaltung hoher Preise für die Rohstoffe diesen Wettbewerb für die verarbeitende Industrie manchmal noch schwieriger werden als in der Zeit, in welcher der Schutzzoll seine guten Wirkungen ausübte, aber den freien Wettbewerb im Inland noch nicht ausgeschaltet hatte.

Der gegenwärtige Stand der deutschen Industrie.

Sehen wir uns die gegenwärtige Lage der Industrie im Lichte der Statistik an. In bezug auf die Größe des Betriebes zeigt die Entwicklung folgendes Bild:

	1882	1895	1907
Es waren vorhanden an			
a) = Kleinbetrieben mit 1—5 Arbeitern . .	2 175 857	1 989 572	1 870 261
b) = Mittelbetrieben mit 6—50 Arbeitern. .	84 971	139 459	187 074
c) = Großbetrieben mit 51 und mehr Personen in der Industrie einschl. Bergbau u. Baugewerbe.	9 481	17 941	29 033

Auf die einzelnen Gewerbegruppen berechnet ergibt sich für 1907 unter Berücksichtigung der in den einzelnen Betrieben angestellten Personen folgende Zusammenstellung:

Gewerbegruppen	Kleinbetriebe		Mittelbetriebe		Großbetriebe	
	Betriebe	Personen	Betriebe	Personen	Betriebe	Personen
Bergbau-Hütten und Salinenwesen	2 432	4 903	1 159	23 949	1 675	832 051
Industrie der Steine u. Erden	27 835	62 359	16 869	303 830	2 922	404 374
Metallverarb.-Industrie . . .	133 611	272 187	16 080	224 810	2 832	440 023
Industrie der Maschinen und Instrumente	79 285	136 516	11 798	194 927	3 409	788 839
Chem. Industrie	7 723	18 033	2 264	34 101	575	120 307
Industrie der Leuchtstoffe, Seifen, Fette und Öle . .	3 538	7 966	2 227	36 426	372	48 618
Textilindustrie	122 039	172 058	10 108	181 834	4 217	734 388
Papierindustrie	14 810	28 225	4 020	67 968	957	134 732
Lederindustrie	45 663	83 961	3 686	49 723	419	73 289
Industrie der Holz- u. Schnitzstoffe	183 839	327 148	19 942	271 813	1 637	172 098
Nahrungs- u. Genußmittelind.	277 589	615 847	29 951	353 745	2 296	270 353
Bekleidungsindustrie	121 894	186 916	3 632	45 344	212	22 735
Baugewerbe	162 079	315 309	41 007	615 131	5 332	633 154
Polygraphisches Gewerbe . .	12 368	26 796	5 767	90 535	751	91 521

Vergleicht man diese Zahlen mit den Ergebnissen der Statistik des Jahres 1895, so zeigt sich eine besonders große Steigerung bei den Mittel- und Großbetrieben der Maschinenindustrie. Die Mittelbetriebe sind gestiegen um 4 900 (von 6 898 auf 11 798), die Großbetriebe um 1 781 (vom 1 628 auf 3 409); in gleich großem Verhältnis hat sich naturgemäß auch die Zahl der in diesem Industriezweig beschäftigten Arbeiter vergrößert. Sie betrug für Klein-, Mittel- und Großbetrieb zusammen im Jahre 1895: 582 672 Personen und stieg bis zum Jahre 1907 insgesamt auf 1 120 282 Personen.

Ebenfalls ein großes Anwachsen zeigt die Gruppe Bergbau und Hüttenwesen,

die eine Steigerung um 61 Prozent aufweist und die Industrie der Steine und Erden mit einer Zunahme von 42 Prozent.

Große Industriebezirke sind neu geschaffen worden und geben ganzen Landesteilen ihr Gepräge. Die große Rohstoffindustrie, Kohle und Eisen sind vor allen Dingen in Rheinland und Westfalen heimisch, wo sich aber auch die Eisen verarbeitende Industrie, ebenso Teile der Textilindustrie angesiedelt haben. Wie hier der Großbetrieb hauptsächlich überwiegt, so ist es ähnlich auch im Saarrevier und in Oberschlesien, die einen gleichartigen Charakter an sich tragen. Die Textilindustrie hat demgegenüber weite Gebiete im Elsaß, in Schlesien und im Königreich Sachsen belegt. Die chemische Industrie hat am Main und Mittelrhein ihr Quartier gefunden. Berlin ist der Hauptsitz der in ihrer Bedeutung vielfach unterschätzten Bekleidungsindustrie, und die alte Handels- und Meßstadt Leipzig die ausgebildete, auf welteigentümlichen Satzungen beruhende Zentrale des gesamten deutschen Buchhandels und ein gewaltiger Hauptort der deutschen Buchdruckerei. Wie weit die Industrialisierung vorgeschritten ist, zeigt am besten das Königreich Sachsen. Hier bestanden im Jahre 1909 131 Betriebe mit mehr als 500 beschäftigten Arbeitern, 1318 Betriebe mit 100—499 Arbeitern, 1595 Betriebe mit 50—99 Arbeitern, 2475 Betriebe mit 25 bis 49 Arbeitern und ca. 15 000 Betriebe mit weniger als 25 Arbeitern. Wenn man den Flächeninhalt des Königreichs Sachsen mit einer gleichen Fläche im Königreich Preußen vergleicht, so zeigt das Bestehen von 27 524 Betrieben in Sachsen mehr als deutlich, wie eng gesät hier die Industrie gelagert ist und wie sehr sie sich ausgedehnt hat.

Entsprechend der gewaltigen Entwicklung der deutschen Industrie zeigt auch der deutsche Welthandel im Verlaufe der letzten Jahrzehnte ein Bild kraftvollen Emporblühens. Er betrug in Einfuhr und Ausfuhr im Jahre:

1830	1850		
920 Mill. Mk.	1400 Mill. Mk.		
1870	1890	1900	1909
4270 Mill. Mk.	6500 Mill. Mk.	10795 Mill. Mk.	15112,3 Mill. Mk.

Diese Zahlen verteilen sich für das Jahr 1909 auf die Hauptstaaten folgendermaßen:

Staaten	Einfuhr aus	Ausfuhr nach
	in Millionen Mark	
Rußland	1362,3	444,5
Vereinigte Staaten	1262,1	604,8
Australien	239,8	63,9
Britisch-Indien	317,0	78,8
Brasilien	234,3	91,8
Argentinien	437,7	175,4
(Vorstehende Staaten führen nach Deutschland vorwiegend Nahrungs- und Genußmittel, sowie Rohstoffe ein.)		
Großbritannien	720,7	1015,0
Frankreich	484,7	454,8
Belgien	298,5	348,7
Niederlande	253,4	453,5
Schweiz	162,4	413,2
Österreich-Ungarn	753,7	767,3
Italien	287,7	288,9
Chile	143,5	57,6
Schweden	141,7	156,2
Dänemark	135,3	195,7
Spanien	123,7	69,1
China	65,2	56,8
Japan	29,2	77,3

Gegen 70 Prozent des deutschen Eigenhandels entfallen auf den Seehandel. In welchem gewaltigen Maße Deutschland nach dieser Richtung hin in seine Aufgaben hineingewachsen ist, hat in anschaulicher Weise die Denkschrift der deutschen Reichsregierung über „Die Entwicklung der deutschen Seeinteressen im letzten Jahrzehnt" (Mittler & Sohn, Berlin 1905) anläßlich des Einbringens des letzten Flottengesetzes dargetan. Sie weist darauf hin, daß der Schiffahrtsverkehr in den deutschen Häfen, sich in der Zeit von 1895—1905 von 27½ auf 42 Millionen Registertonnen gehoben hatte, d. h. um etwa 52 Prozent. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Handelsflotte hat sich in der Zeit von 1895—1905 um 234 Prozent vermehrt. In derselben Zeit stieg die absolut allerdings größte englische Flotte um 47 Prozent, die Welthandelsflotte um 70 Prozent. Das Werftareal Deutschlands hatte sich in demselben Jahrzehnt verdoppelt, und man schätzte schon damals, daß mehr als 1100 Millionen Mark an Kapital in den deutschen Hafenanlagen angelegt wären, eine Summe, die inzwischen bedeutend größer geworden ist. Der Raumgehalt der deutschen Seeschiffe beträgt heute mehr als 2,8 Millionen Tonnen. Der Welthandel selbst zeigt die Charakteristik, daß bei der Einfuhr die Rohstoffe weit an erster Stelle stehen. Vergleicht man bei der Ein- und Ausfuhr das Verhältnis der Rohstoffe und Fabrikate zu einander, so ergibt sich für das Deutsche Reich das Bild eines Industrielandes, das nicht mit Hilfe eigener Rohstoffe das Inland versorgt und gleichzeitig Überschüsse für seine Ausfuhr in sich trägt, sondern das vielmehr große Mengen von Rohstoffen einführt, die teils für den Inlandsverbrauch Verwendung finden, teils aber auch in verarbeitetem Zustande vom Weltmarkt wieder aufgenommen werden und vielfach den Rohstoff liefernden Ländern wieder zufließen.

Durch die Entwicklung der Industrie hat nicht nur die Bevölkerungszusammensetzung eine Änderung erfahren, sondern sie ist gleichzeitig die Ursache einer außerordentlichen Bevölkerungsvermehrung. Trotz eines allmählich sich geltendmachenden Rückganges der relativen Geburtenziffern haben wir in Deutschland mit einem jährlichen Zuwachs von 800 000 Seelen zu rechnen. Dementsprechend ist auch die Volksdichtigkeit gewachsen. Von 97 Einwohnern auf den Quadratkilometer im Jahre 1895 auf 112,1 im Jahre 1905. Diese Bevölkerungsvermehrung kommt naturgemäß in erster Linie der städtischen Bevölkerung zugute, die heute bereits 57,4 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht und mehr und mehr ihr Gepräge erhält durch die Großstädte, die eine immer größere Zahl der Bevölkerung in sich aufnehmen. Damit geht Hand in Hand eine Verminderung der Seßhaftigkeit, von der die landwirtschaftlichen Bezirke insofern berührt werden als sie nicht nur selbst in der Bevölkerung stationär bleiben, oder zurückgehen, (der preußische Osten, Gebiete Bayerns), sondern teilweise für immer Arbeitskräfte an die Industrie abgeben müssen (Sachsengängerei, Übersiedelung der Polen nach Rheinland und Westfalen).

Fassen wir das Gesamtbild des gegenwärtigen Standes der Industrie zusammen, so sehen wir deren fortgesetzt steigende Bewegung, ihre Erfassung eines immer größeren Teils der Gesamtbevölkerung, einen verhältnismäßigen Rückgang der Landwirtschaft, die nicht mehr in der Lage ist, das für die Brotversorgung der Gesamtbevölkerung notwendige Getreide hervorzubringen, eine dadurch veranlaßte außergewöhnlich hohe Einfuhr von Nahrungsmitteln und die Ersetzung der dadurch volkswirtschaftlich entstehenden Unterbilanz durch eine hauptsächlich auf Fabrikaten beruhenden Ausfuhr von Industrieerzeugnissen, die in der Exportindustrie ihren Ausdruck findet und einen immer größeren Teil der deutschen Arbeiterschaft ernährt. Dabei eine Veränderung der Struktur des Landes auch nach der Richtung, daß bei steigender Bevölkerung Dörfer und kleine Städte kaum vorwärts kommen, sondern in der Bevölkerung meist zurückgehen, während ein immer größerer Teil des Volkes in den mittleren und Großstädten sein oft wechselndes Domizil findet. Bei alledem in bezug auf den Stand des Lebens eine gewaltige Verbesserung des Volksvermögens, die sowohl in der Entwicklung von Einzelvermögen, als auch in der Ansammlung von Sparkassenüberschüssen wie steigender Lohntendenz zum Ausdruck kommt.

Probleme des Industriestaates.

Industrie und Landwirtschaft.

Mit dem Begriff „Industriestaat" ist auch das Schlagwort von den „Gefahren des modernen Industriestaates" aufgetaucht. In der nationalökonomischen Wissenschaft stehen zwei Richtungen sich gegenüber: die optimistische Auffassung der liberal-individualistischen Schule und die pessimistische Auffassung der „Anhänger des Nationalstaates". Unter den letzteren sind es besonders Männer wie Professor Wagner, Dr. Pohle und Karl Oldenberg, welche die Gefahren des Indsturiestaates in düsteren Farben geschildert haben, während auf der anderen Seite Männer wie Lujo Brentano und Sombart den entgegengesetzten Standpunkt vertreten. Karl Oldenberg hat in seinem Vortrage „Deutschland als Industriestaat" seine Ansichten in den Vergleich gebracht, daß die Volkswirtschaft einem Etagenbau vergleichbar sei. Das starke erste Geschoß sei die Landwirtschaft, welche den industriellen Überbau, die oberen Etagen auf ihren Schultern trage. Solange noch unbebauter Boden verfügbar sei, könne das erste Geschoß ausgebaut werden bis an die Landesgrenzen, und das verbreiterte Untergeschoß könne eine entsprechend verbreiterte industrielle Etage tragen. Weiter aber als der landwirtschaftliche Unterbau reiche, könne die industrielle Etage nicht fortgesetzt werden, es sei denn, daß diese Bewohnerschaft von ausländischer Nahrung lebe und ihre Fabrikate gegen diese ausländische Nahrung eintausche, also Exportindustrie werde, die für das Ausland arbeitet und vom Export lebt. Das industrielle Stockwerk wachse dann weiter in die Luft hinaus, künstlich gestützt auf die Pfeiler des auswärtigen Handels, die auf fremdem Grund und Boden ruhten, von dem es seine Nahrung bezöge. Diese Pfeiler auf fremdem Boden ständen aber nur solange, als der Bewohner des fremden Bodens sie stehen ließe. Wenn er eines Tages den Boden selbst benutzt, fiele mit den Pfeilern der obere Etagenbau zusammen. Alle Exportindustrie sei ihrer Natur nach prekär und in diesen prekären Zustand treibe der Industriestaat hinein.

Zu dieser Darstellung, die sich in ähnlichen Gedankengängen auch in der öffentlichen Erörterung findet und die die Grundlage abgibt, auf welcher die Organisation des Bundes der Landwirte ihre Politik volkswirtschaftlich zu begründen sucht, ist zu sagen, daß allerdings die Entwicklung des Industriestaates, wie aus der Statistik ersichtlich, auf Kosten der Landwirtschaft vor sich gegangen ist. Wir haben in der Darstellung der Entwicklung der Industrie darauf hingewiesen, daß der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung des Reiches seit Mitte des vorigen Jahrhunderts bis zur Gegenwart von 60 auf 30 Prozent der Bevölkerung zurückgegangen ist. In einzelnen besonders gewerblich ausgebildeten Zentren, wie z. B. dem Königreich Sachsen waren 1895 nur noch 13,6 Prozent und 1907 nur noch 11,9 Prozent in Land- und Forstwirtschaft tätig, während in Industrie, Handel und Verkehr im Jahre 1907 69,3 Prozent tätig waren. England, ein klassisches Industrieland, hatte 1895 noch 15,1 Prozent in der Landwirtschaft tätige Personen, denen 53,7 Prozent in der Industrie beschäftigte gegenüberstanden. Das Industrieland Belgien beschäftigte 1895 22,9 Prozent seiner Bevölkerung in der Landwirtschaft und 38,2 in der Industrie, während sich in der Schweiz die Zahlen ungefähr gleich bleiben, denn sie betragen dort 37,4 Proz. für die Landwirtschaft und 40,7 Prozent für die Industrie. Eine Zurückdrängung des relativen Anteils der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist also unbedingt als Folge der industriellen Entwicklung zuzugeben und es ist zu untersuchen, inwieweit hieraus Gefahren für das Allgemeinwohl hervorgehen.

Diese Gefahren werden, wie die Oldenbergschen Darlegungen zeigen, zunächst auf dem Gebiete der volkswirtschaftlichen Abhängigkeit vom Auslande gesucht. Unzweifelhaft ist es richtig, daß mit der Stärkung unseres Exportes die Zahl der Menschen wächst, die in ihren Lebensbedingungen von dem Anteil Deutschlands an der Versorgung des Weltmarktes abhängig werden und die infolgedessen auch alle den Schwankungen der Weltkonjunktur mit ausgesetzt werden. Der Stand der Neuyorker Börse, die Jahres-

abschlüsse der großen Trustgesellschaften in den Vereinigten Staaten, der Ausfall der Ernte in denjenigen Ländern, die unsere Hauptabnehmer sind, wirtschaftliche Krisen in fernen Weltteilen, die den Verkehr hemmen, wirken heute gleichzeitig auf die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters ein. Es wäre falsch, sich dem Optimismus hinzugeben, als wenn uns unser Anteil am Weltmarkt gewissermaßen garantiert würde, oder als wenn wir, weil es bisher so gewesen ist, darauf rechnen könnten, daß er in gleicher Stärke uns jederzeit erhalten bleibe. Insofern ist es durchaus berechtigt, wenn man darauf hinweist, daß ein Staat, der sich überragend auf seine Industrie stützt, dabei gewissermaßen auch in eine prekäre Lage hineingeraten kann, weil der Umfang der Risiken, an denen er beteiligt ist immer größer wird, und weil mit dieser Entwicklung die Abhängigkeit von volkswirtschaftlichen und politischen Ergebnissen, die außerhalb unseres Einflusses stehen, wächst. Es ist aber eine vollständig falsche Auffassung, daraus herleiten zu wollen, daß man nun mit allen Mitteln die Industrieentwicklung in Deutschland zurückdrängen oder versuchen müsse, Deutschland wieder auf den Standpunkt des früheren Agrarstaates zurückzubringen. Wenn vor hundert Jahren der Gedanke des Eingreifens des Staates in wirtschaftliche Verhältnisse, der heute populäre Gedanke der Staatsallmacht so ausgebildet gewesen wäre wie gegenwärtig, dann hätte es uns vielleicht vor mehr als einem halben Jahrhundert noch freigestanden, darüber zu entscheiden, ob wir das Risiko der industriellen Entwicklung auf uns nehmen wollten oder nicht. Diese Zeit ist aber vorüber. Heute leben in Deutschland etwa $1^1/_2$ Millionen Arbeiterfamilien von dem Milliardenexport der Industrie, der Bevölkerungszuwachs Deutschlands hat sich darauf eingerichtet, die Landwirtschaft hat noch nicht den Beweis geführt, daß sie in der Lage wäre, die Gesamtkonsumtion der gewachsenen Bevölkerung zu befriedigen, und wenn sie es könnte, so würde sie es doch nur zu denjenigen Preisen vermögen, die ihr die Zölle ermöglichten, welche einen ausländischen Wettbewerb ausschlössen. Dazu wären ihr aber auch Arbeitskräfte nötig, welche die schon bei der jetzigen Produktion vorhandenen Lücken ausfüllen und für die Vergrößerung der Produktion einspringen müßten. Hunderttausende und Millionen von Industriearbeitern zurückzudirigieren auf alte und neue Landflächen, den jetzigen Industriestaat in den Agrarstaat der 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückzuversetzen, das kann vielleicht der Traum eines Dichters sein, der sein Erfindungsgenie spielen läßt, das ist aber keine Frage, die ernsthaft diskutiert werden kann. „Das Erste stand uns frei, beim Zweiten sind wir Knechte", wir haben diese Entwicklung sich vollziehen lassen und wir müssen die Folgen daraus für uns ziehen. Diese Folgen können aber nach Lage der Dinge nicht bestehen in einer absichtlichen Zurückdrängung oder Hemmung der Industrie, sondern vielmehr nur in einer Wirtschaftspolitik, welche die Wahrung unseres Exportes sich zum Ziel setzt und welche dabei, ausgehend von der kulturellen Bedeutung der Landwirtschaft, Mittel und Wege zu finden versucht, um einem weiteren Rückgange der Landwirtschaft entgegenzutreten.

Denn daß in der Landwirtschaft kulturell und volkswirtschaftlich hochbedeutsame Faktoren liegen, wird auch von den Anhängern des Industriestaates nicht geleugnet werden können. Für ein Land wie Deutschland, das sich starken Rüstungen seiner Nachbarn gegenübersieht und das mit der Möglichkeit rechnen muß, die auf den Schlachtfeldern errungene Einheit des Reiches in späteren Zeiten auch noch einmal auf den Schlachtfeldern zu verteidigen, ist die Frage der Wehrhaftigkeit und der Wehrkraft des Volkes eine solche, an welcher der Politiker unserer Tage und der Volkswirt nicht vorübergehen kann. Schon in seinen Gesprächen mit Eckermann hat Goethe im Jahre 1831 darauf hingewiesen, daß die Bergschotten des Herzogs von Wellington einen ganz anderen Eindruck als Soldaten gemacht hätten, wie derjenige Teil der napoleonischen Armee, der aus den Bewohnern von Paris, also aus ausgesprochenen Großstädtern gebildet war. „Unser Landvolk", sagte Goethe, „hat sich fortwährend in guter Kraft erhalten und wird hoffentlich noch lange imstande sein, uns nicht allein tüchtige Reiter zu liefern, sondern uns auch vor gänzlichem Verfall und Verderb zu sichern. Es ist als

ein Depot zu betrachten, aus dem sich die Kräfte der sinkenden Menschheit immer wieder ergänzen und anfrischen". Daß diese Auffassung Goethes richtig ist, beweisen die Ziffern über die Wehrhaftigkeit der großstädtischen Jugend gegenüber der ländlichen Bevölkerung. Die hygienischen Bestrebungen, welche in Deutschland zu einer bedeutenden Abminderung der Sterblichkeitsziffer geführt haben (diese betrug auf 1000 Einwohner berechnet in den Jahren von 1841 bis 1870 im Durchschnitt 28, in den Kriegsjahren 1866 32 und 1870—1871 29 bzw. 31, während sie im Jahre 1905 nur 20,8, 1906: 19,2, 1907 und 1908 nur 19 auf 1000 Einwohner betrug) und die soziale Gesetzgebung, welche auch darauf hinausgeht, durch hygienische Vorschriften für die Anlage von Fabriken der Abnutzung des Menschenmaterials in der Industriearbeit vorzubeugen, sind Etappen auf dem Wege, bei fortschreitender Industrialisierung deren Gefahren zu begegnen.

Ist so zuzugeben, daß die qualitative Beschaffenheit der aus der Landwirtschaft hervorgehenden Bevölkerungskreise gesundheitlich eine bessere ist, so darf dabei aber andererseits nicht vergessen werden, daß die Möglichkeit der Unterbringung der großen Bevölkerungszunahme im Deutschen Reiche eben erst durch die industrielle Entwicklung gegeben wurde. Wir erdrücken heute die französische Armee quantitativ doch nur dadurch, daß Frankreich Agrarstaat mit stabiler Bevölkerung blieb, während Deutschland durch die Industrialisierung in die Lage versetzt wurde, auf seinem Boden 64 Millionen Menschen zu ernähren und die Auswanderung auf wenige Tausend zu beschränken (1909: 24 921 dagegen 1891 noch 120 089), während in der Zeit des Vorwiegens der agrarstaatlichen Verfassung die Auswanderung bis über 200 000 Personen gestiegen war.

Dem Bedenken, daß wir den auswärtigen Markt einmal ganz verlieren könnten, kann dagegen nicht beigetreten werden. Gewiß ist der Kampf, den die deutsche Exportindustrie zu führen hat, gegenwärtig ein außerordentlich schwieriger. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß es schwerer wird, günstige Handelsverträge abzuschließen, und daß die schnelle industrielle Entwicklung von Ländern, welche über unverbrauchten Boden in Fülle verfügen und deshalb an Nationalwohlstand zunehmen, ebenso wie das Erwachen bisher landwirtschaftlicher Völker zur Industrie Gefahren für die Zukunft in sich bergen. Der Weltmarktshandel Deutschlands wird daher Verschiebungen ausgesetzt sein und diese Verschiebungen im Zusammenhange mit Änderungen der Zollpolitik anderer Länder können für einzelne Industriedistrikte, die davon getroffen werden, gefährlich sein (Zollerhöhungen auf bestimmte Artikel, auf die sich eine einzelne Gegend festgelegt hat). Andererseits ist aber damit zu rechnen, daß der bisher durch die Jahrhunderte bewiesene Prozeß der Menschheitsentwicklung nicht unterbrochen wird und daß es immer und zu allen Zeiten auch Völker geben wird, die zur Kultur erwachen und für die mit ihrem Erwachen neben Bedürfnissen in bezug auf ihre Kleidungs- und Wohnungsverhältnisse andere Bedürfnisse entstehen, die dann von den alten Kulturländern mit überschießendem Industrieexport geliefert werden, ebenso wie die Gefahren der Industrialisierung eines Landes wie Japan mit der Zeit dadurch ausgeglichen werden, daß infolge des Gewöhnens an höhere Kulturbedürfnisse auch die Löhne entsprechend steigen und damit die preisunterbietende Konkurrenz der ersten Jahre eingedämmt wird. Um diese neuen Bedarfsländer und Kulturgebiete (China, Kleinasien usw.) werden allerdings alle Exportgebiete kämpfen. Derartige volkswirtschaftliche Kämpfe können leicht auch zu politischen und nationalen Gegensätzen führen und deshalb ist neben einer gesunden Handelsvertragspolitik eine starke Rüstung zu Wasser und zu Lande und eine zielbewußte Kolonialpolitik, die uns unabhängig macht von der Rohstoffsversorgung des Auslandes, eine derjenigen Forderungen, welche erhoben werden müssen, um den sonst in der überwiegenden Industrialisierung liegenden Gefahren zu begegnen.

Auf seiten der Landwirtschaft wird man sich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß der Staat an dieser Förderung der Exportindustrie nicht vorbei kann, auch wenn, namentlich auf dem Gebiete der Leutenot, dadurch Schwierigkeiten für die Land-

wirtschaft entstehen. Inwieweit der kleinbäuerliche Besitz von diesen Schwierigkeiten weniger getroffen wird und eine Umwandelung großen Besitzes in kleine Bauerngüter die Schwierigkeiten des Industriestaates für die Landwirtschaft abmildern würden, das zu prüfen wird Sache der staatlichen Gesetzgebung sein. Der Industrie selbst wird niemand nachsagen können, daß sie ihrerseits eine landwirtschaftsfeindliche Tendenz jemals zum Ausdruck gebracht habe. Sie hat nicht nur das vorher gekennzeichnete ethische Kraftmaß der Landwirtschaft gewürdigt, sondern für sie kommt eine kaufkräftige Landwirtschaft auch in Betracht als konsolidierendes Element bezüglich des inneren Marktes, der gerade in den Zeiten der Exportschwierigkeiten gewissermaßen den Anker bildet, der bei allzu heftigen Stürmen der Weltkonjunktur das Schiff der deutschen Industrie vor Vernichtung bewahrt. Aus diesem Grunde ist auch — abgesehen von einzelnen wenigen Teilen der Industrie — in den Kreisen des deutschen Handels der Gedanke der Aufhebung der Getreidezölle niemals eine Forderung industrieller Kreise gewesen. Im übrigen hat Bismarck die Bedeutung der Exportindustrie richtig gewürdigt, wenn er sagte: „Lassen sie die Exportindustrie konkurrenzunfähig werden mit dem Ausland und unsere ganze Industrie wird darunter leiden. Die Möglichkeit, die Arbeiter zu beschäftigen, würde sofort erheblich zurückgehen, wenn die Exportindustrie ausscheidet und nicht mehr mit dem bisherigen Erfolge zu arbeiten imstande ist."

Industrie und Mittelstand.

Mit ähnlicher Schärfe, wie das Problem des Agrar- und Industriestaates ist durch die deutsche industrielle Entwicklung auch das Mittelstandsproblem in den Vordergrund der Erörterungen gerückt worden. In dem Maße, in dem wie vorher gezeigt, die Großbetriebe wachsen, mußte sich für das Handwerk die Konkurrenzfähigkeit vermindern. Professor Bücher hat in seinen Darlegungen über das Gewerbe im einzelnen nachgewiesen, inwieweit hier im Laufe der Entwicklung einzelne Handwerke vollkommen durch das Gesetz der Massenproduktion und durch den gleichartigen Massenbedarf mehr und mehr konkurrenzunfähig werden. Die Industrie, sagt Bücher, sprengt das alte Arbeitsfeld der einzelnen Gewerbe auseinander und zwar in dreifacher Weise, erstens indem sie die Anfangsstadien der Produktion an sich zieht und dem Handwerk nur noch die Vollendungsarbeiten, das Anbringen und individuelle Anpassen überläßt, zweitens indem sie sich einzelne zur Massenproduktion geeignete Artikel völlig aneignet und drittens, indem sie verschiedene Handwerke für Teile ihres Produktionsgebietes einer einheitlichen Produktionsanstalt angliedert. Vielfach ist das Handwerk in denjenigen Betrieben, in denen es direkt mit der Fabrik in Wettbewerb steht, lediglich zur Reparaturwerkstatt herabgesunken, wie es heute z. B. die Schuhmacher in den Großstädten sind. Andererseits darf nicht verkannt werden, daß auch heute noch einzelne Handwerke es verstanden haben, sich zu halten, weil in ihre Betriebe die Industrie nicht eingedrungen ist, so z. B. Bäcker, Schlächter, Schornsteinfeger, Klempner usw. Auch hier geht aber eine neue Entwicklung bereits vor sich, die ebenfalls für diese einzelnen Betriebe verderblich werden kann. Es sei nur an die Konsumvereine erinnert, die darauf ausgehen, für den Massenbedarf ihrer zehntausende von Mitgliedern eigene Anstalten zur Befriedigung des Massenverbrauchs zu errichten, oder man denke an den Versuch der Warenhäuser in den Weltstädten, ihrerseits auch den Fleischbedarf ihrer Kunden durch große mächtige Lebensmittelabteilungen zu befriedigen. Andererseits haben einzelne Handwerke es verstanden, sich mit der Neuzeit zu versöhnen. Man denke an die vielen neuen Unternehmungen, welche sich im Anschluß an die Elektrizitäts-, Fahrrad- und Automobilindustrie, im Anschluß an die Erfindung des Glasglühlichtes und anderer Unternehmungen gebildet haben.

Immerhin ist die Lage des Handwerkes und des Kleingewerbes durch die industrielle Entwicklung eine gedrückte geworden. In der Zahl des Rückganges der selbstständigen Gewerbetreibenden kommt diese Entwicklung auch statistisch zum Ausdruck. So betrug die Zahl der selbständigen tätigen Gewerbetreibenden, männliche und weib-

liche zusammengefaßt im Jahre 1895 noch 2 581 256, zwölf Jahre später war bei der sonst außerordentlich gewachsenen Bevölkerung die Zahl der selbständigen Erwerbstätigen in Gewerbe und Industrie auf 2 454 412 Personen gesunken. Prozentual war der Anteil der selbständigen Erwerbstätigen von 9 Prozent auf 6,54 Prozent herabgesunken. Noch heute zählt die Landwirtschaft trotz ihres relativen Rückganges eine größere Zahl von selbständigen Erwerbstätigen in ihren Reihen, wie Industrie und Gewerbe, denn die korrespondierenden Zahlen bei ihr betragen 2 829 209 selbständige Erwerbstätige im Jahre 1907 gegenüber 2 915 624 selbständigen Erwerbstätigen im Jahre 1895. Auch hier hat somit ein Rückgang stattgefunden von 11,21 Prozent auf 8,27 Prozent der Gesamtbevölkerung. Dieser Rückgang ist relativ größer, als der Rückgang der selbständigen in Industrie und Gewerbe. Immerhin bleibt aber heute noch die Tatsache bestehen, daß es mehr selbständige Personen in der Landwirtschaft, als in Industrie und Gewerbe gibt. Das politische Übergewicht der agrarischen Parteien beruht zum Teil mit auf dieser Tatsache und wird noch dadurch verstärkt, daß bei der Landwirtschaft die Angestellten und Arbeiter überwiegend bei den Wahlen für die Politik ihrer Arbeitgeber eintreten, während Industrie und Gewerbegruppen in ihren Arbeitnehmern meist ihre politischen Gegner zu erblicken haben.

Im übrigen ist die Frage der Mittelstandspolitik nicht nur eine solche der industriellen Entwicklung, sondern bedingt durch die Entwicklung zum Großkapital überhaupt, die namentlich auch im Handel eingesetzt hat. Soweit die industrielle Entwicklung eine Mittelstandsfrage geschaffen hat, besteht sie darin, daß sie den alten Werdegang des Mittelstandes, wonach der Gewerbetreibende zunächst als Lehrling, dann als Geselle, dann als Selbständiger tätig war, unterbrochen und die Zahl der selbständigen Existenzen im Gewerbe sowohl absolut, als namentlich relativ vermindert hat. Die technische Überlegenheit des Großbetriebes macht es in vieler Beziehung dem einzelnen unmöglich, an eine Selbständigkeit zu denken. Die Kapitalbedürfnisse zur Errichtung eines Geschäftes sind ganz außerordentlich gestiegen und in einzelnen Gewerbearten für den einzelnen Unternehmer unerschwinglich hohe geworden. Damit hat das Handwerk, soweit es nicht in den kleinen Städten und auf dem Lande eine direkte Grundlage im Lokalbedarf hat, die Konkurrenzfähigkeit teilweise aufgeben müssen, und es hat sich eine Entwicklung angebahnt, die dahin geht, daß die Zahl der Menschen wächst, die ihrer bedrängten und gefährdeten Selbständigkeit im Handwerk und Kleinhandel die Rolle des Privatbeamten in Handel, Industrie und Gewerbe vorziehen. Das sind die Schichten, die Schmoller als den „neuen Mittelstand" bezeichnet hat, und die heute als Bindeglied zwischen den Handarbeitern auf der einen und den Industriellen auf der anderen Seite eine wachsende Bedeutung für die Volkswirtschaft besitzen.

Wie außerordentlich die Entwicklung dieses Privatbeamtenstandes vor sich gegangen ist, zeigen auch hier die letzten statistischen Nachweise. In Industrie und Gewerbe zählte man 1895 erst 273 069 wissenschaftlich, technisch oder kaufmännisch gebildete Verwaltungs-, Aufsichts- und Bureaubeamte, darunter 9324 weibliche Angestellte. Im Jahre 1907 war die Zahl dieser Angestellten in Industrie und Gewerbe auf 749 934 Personen gestiegen, darunter 63 936 weibliche Angestellte. Prozentual ist in dieser Zeit die Zahl der Angestellten von 1,15 Prozent auf 2,27 Prozent gewachsen, hat sich also geradezu verdoppelt, die Zahl der weiblichen Angestellten direkt vervielfacht. Denken wir an die engen Beziehungen zwischen Industrie, Handel und Verkehr und verfolgen auch hier die gleichartige Entwicklung, so finden wir, daß in diesen Berufsarten die Zahl der Angestellten von 273 894 im Jahre 1895 auf 585 679 im Jahre 1907 gestiegen ist. Insgesamt sehen wir somit in der Statistik allein eine Zahl von 1 335 622 Privatbeamten in Industrie, Handel und Gewerbe nachgewiesen. Daß sich unter diesen Angestellten gegenwärtig bereits 140 000 weibliche Personen befinden gegenüber 20 000 weiblichen Angestellten im Jahre 1895, zeigt, in wie außerordentlicher Weise auch die Berufsbildung in der Frauenwelt durch unsere industrielle Entwicklung mit angeregt worden ist.

Diese Bildung eines neuen Mittelstandes ist unzweifelhaft zu begrüßen. Würde die industrielle Entwicklung dahin gegangen sein, einen Zustand zu schaffen, bei der nur die großen Unternehmer und Besitzenden auf der einen Seite und besitzlose Proletarier auf der anderen Seite sich befänden, so würde ein derartiger Staat die größten Gefahren in sich bergen und die Vorstufe zum sozialistischen Zukunftsstaat in sich tragen können. Jene Schichten des selbständigen Mittelstandes in Kleingewerbe und Handel, die uns erhalten bleiben, wie auch die wachsende Schichten eines neuen Mittelstandes, die immer neu geschaffen werden, bilden einen Wall gegen diese Entwicklung. Eine auf Erhaltung des Mittelstandes gerichtete Politik, welche sich namentlich bemüht, den Unlauterkeiten gewissenloser Unternehmer in Handel und Verkehr entgegenzuwirken, eine auf sachliche Ausbildung des Mittelstandes gerichtete Landespolitik, die sich auch bemühen müßte, durch Zuwendung großen Kredites, die Hilfsmittel der modernen Technik soweit als irgend möglich dem Mittelstand zur Verfügung zu stellen, und eine Stärkung seiner Organisation und seines Ansehens (Meistertitel), welche das Handwerk davor bewahrt, daß die besten Kräfte sich immer dauernder von ihm abwenden, liegt durchaus im wohlverstandenen Allgemeininteresse und widerspricht auch nicht den Interessen der Industrie. Nur muß die Mittelstandsbewegung davon absehen, Forderungen an die Gesetzgebung zu stellen, welche darauf hinausgehen, die Entwicklung der Technik wieder einzuschränken oder Großunternehmungen auf dem Gebiete der Gesetzgebung unmöglich machen zu wollen — ein Standpunkt, der sich bei der jetzigen Entwicklung der Volkswirtschaft einfach nicht mehr vertreten und ausführen läßt.

Ebenso liegt es im wohlverstandenen Interesse der Industrie, zur Hebung der sozialen Lage des neuen Mittelstandes alles zu tun, was in ihren Kräften steht und sich auch gegen öffentliche Maßnahmen auf diesem Gebiete nicht zu sträuben. Die in Angriff genommene Pensionsversicherung der Privatbeamten, welche dem Gedanken entspricht, daß für weite Schichten des Angestellten heute in bezug auf Selbständigkeit ähnliche Existenzbedingungen vorliegen, wie für den Arbeiter, würde unzweifelhaft auch diesem Stande ein gewisses Gefühl der Sicherheit, ein Äquivalent für die verloren gegangene Möglichkeit des Aufstieges zur Selbständigkeit geben und ihn dadurch kräftigen. Andererseits ist zu hoffen, daß die Bewegung der Privatbeamten in ihren Organisationen sich dieses Zusammenhanges mit dem Wohlergehen von Industrie und Handel stets bewußt ist und das gemeinsame Interesse höher stellt, als sich dem Versuch hinzugeben, auch hier Klassengegensätze zu konstruieren und zu schaffen. Abgesehen von einer ganz bedeutungslosen sozialdemokratischen Organisation, die in der Hauptsache die Lagerhalter der Konsumvereine als Mitglieder hat und von einem Verband der technischen Angestellten, der im rein gewerkschaftlichen Fahrwasser schwimmt, hat die außerordentliche Entwicklung der Privatbeamtenorganisationen diesen Standpunkt auch bisher innegehalten und nicht zum wenigsten dadurch dazu beigetragen, daß in der Gesetzgebung und bei allen politischen Parteien für diesen neuen Mittelstand die lebhafteste Sympathie entstanden ist. Unzweifelhaft wird auch die soziale Gesetzgebung ihren Ausbau nach der Richtung der Einbeziehung der Privatbeamten in den nächsten Jahrzehnten finden, nachdem die soziale Gesetzgebung für die Arbeiter zu einer Vollendung gekommen ist, welche andere Nationen bis heute nicht erreicht haben.

Industrie und Arbeiterschaft.

Über den Sozialismus und die sozialen Fragen sind an anderer Stelle des Werkes ausführliche Angaben gemacht worden. Bezeichnend für die wenn auch widerwillige Anerkennung unserer Arbeiterversicherungsgesetzgebung auch in den Kreisen der Sozialdemokratie ist eine im Jahre 1910 erfolgte Äußerung des sächsischen Landtagsabgeordneten Fräßdorf auf einer Konferenz in Radebeul, in welcher er ausführte, daß er mit seinen Freunden wiederholt auf ausländischen Sozialistenkongressen seine

ausländischen Genossen ermahnt habe, in der Sozialpolitik kräftig fortzufahren, damit die „ewig günstigen Vergleiche" aufhörten, welche die Gegner der Sozialdemokratie sooft zugunsten der deutschen Sozialpolitik anführen könnten. Die deutsche Industrie hat im wesentlichen diejenige soziale Gesetzgebung, welche auf eine Sicherstellung der Arbeiter in Fällen der Krankheit, des Alters und des Unfalls gerichtet war, gern und freudig unterstützt, und es sind auch in der Gegenwart niemals Stimmen laut geworden, die etwa auf eine Abschaffung oder Einschränkung dieser Sozialpolitik hinzielten. Ebenso steht es mit Bezug auf die Schaffung hygienischer Vorschriften bezüglich der Fabrikanlagen. In Bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit sind allerdings mehr noch als auf dem Gebiete des reinen Arbeiterschutzes in der Reichsgesetzgebung die Verhältnisse bedingt durch die Stellung Deutschlands auf dem Weltmarkt. In dem Maße, in dem die deutsche Wirtschaftspolitik abhängig wird von den Kämpfen um den Weltmarkt, sind die Grenzen der Sozialpolitik für jeden verantwortungsvollen Staatsmann und Politiker da gezogen, wo diese Weltmarktskonkurrenz in Betracht kommt. Eine Belastung nach dieser Seite, die zu einer Schwächung unserer Weltmarktsstellung führte, würde für die Arbeiter ein Danaergeschenk sein, indem die theoretisch durchgesetzte Verminderung der Arbeitszeit vielleicht zu einer dauernden Verminderung der Arbeitsgelegenheit werden könnte.

Zum Kampfe für die Durchführung ihrer Forderungen hat sich die Arbeiterschaft ihrerseits in ausgedehntem Maße der Organisation bedient. Welche Macht dieser Organisation innewohnt, zeigt die Veröffentlichung über den Stand der Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1909. Während im Jahre 1891 277 659 Gewerkschaftsmitglieder gezählt wurden, betrug ihre Zahl im Jahre 1901, also nach 10 Jahren: 677 510, war im Laufe von weiteren 5 Jahren auf 1 689 709 gestiegen und belief sich im Vorjahre auf 1 832 667 Mitglieder. Auch die Zahl der weiblichen Mitglieder hat eine prozentual starke Zunahme erfahren. Während ihr Anteil an der Gesamtmitgliederzahl im Jahre 1892 beispielsweise nur 1,8 Prozent betrug, hat die Entwicklung in der Zwischenzeit eine Zunahme dieser weiblichen Mitglieder auf 7,3 Prozent gezeitigt. Entsprechend der Mitgliederzahl haben sich auch die Finanzen der Gewerkschaften entwickelt. So stiegen die Einnahmen pro Kopf der Mitglieder von 6,68 Mark im Jahre 1891 auf 27,57 im Jahre 1909, die Ausgaben von 9,62 auf 25,24 und das Kassenvermögen von 2,56 auf 23,73 Mark pro Kopf der Mitglieder. Die Höhe der Beiträge selbst schwankte zwischen 7,20 Mark Jahresbeitrag und über 52 Mark. Es ist bezeichnend für die Opferwilligkeit der Arbeiter, daß im Jahre 1909 408 159 Arbeiter ungefähr 20 Mark, 362 705 Arbeiter zwischen 25 und 26 Mark, 394 058 Mitglieder 29—31, 30 615 Mitglieder von 32—34 Mark und 76 933 Mitglieder 52 Mark und mehr Jahresbeitrag gezahlt haben, Zahlen, die nicht oft genug denjenigen Beträgen gegenübergestellt zu werden verdienen, welche der einzelne Arbeiter an Steuern für den Staat zu entrichten hat und die weit hinter diesen Summen zurückbleiben. Die Gesamteinnahmen der Gewerkschaften betrugen im Jahre 1909 50 529 114 Mark, die Gesamtausgaben 46 264 031 M., das Verbandsvermögen 43 480 932 Mark. Von den Ausgaben wurden 8 896 354 Mark für Krankenunterstützungen, 8 593 928 Mark für Arbeitslosenunterstützungen, 6 339 916 Mark für Ausstände im Beruf, 2 517 476 Mark für Agitationszwecke, 2 001 487 Mark für das Verbandsorgan und der Rest für eine ganze Reihe anderer Dinge, wie Gemaßregeltenunterstützung usw. ausgegeben. Interessant ist noch der Posten „sonstige Zwecke", für den sich im Ausgabeetat die nicht geringe Smme von 2 345 467 Mark findet. Es wäre nicht uninteressant, über diese „sonstigen Zwecke" einmal näheren Aufschluß zu erhalten.

Die sogenannten „freien" Gewerkschaften, von denen vorstehend die Rede war, sind auf das engste mit der Sozialdemokratie verknüpft und vertreten auf das schärfste die Idee des Klassenkampfes gegen das Unternehmertum. Die nichtsozialdemokratische Arbeiterschaft hat sich in den christlichen Gewerkschaften (280 061 Mitglieder, 4 612 920 M. Einnahmen, 3 843 504 M. Ausgaben und 5 365 338 M. Verbandsvermögen), und in den

Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereinen (108 028 Mitglieder, 2 806 220 M. Einnahmen, 2 594 202 M. Ausgaben und 4 372 495 M. Verbandsvermögen) organisiert. Erstere haben namentlich unter den Bergarbeitern, letztere in der Metallindustrie ihre Hauptanhängerschaft. In neuerer Zeit ist in den „Werkvereinen" und nationalen Arbeitervereinen eine neue, gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften gerichtete Organisationsbewegung entstanden, die etwa 50 000 Mitglieder zählt.

Die Organisation der Arbeiter in den Gewerkschaften hat Kämpfe um Lohn und Arbeitsbedingungen zu Begleiterscheinungen des modernen Wirtschaftslebens gemacht und als Gegengewicht gegen die gewerkschaftlichen Organisationen solche der Arbeitgeber geschaffen. Wie sich die Machtverhältnisse zwischen beiden Gruppen gestaltet haben, ist aus der Gegenüberstellung beider Organisationen ersichtlich.

Die Organisation der deutschen Industrie.

Im Zusammenhange mit der industriellen Entwicklung und mit dem Überwiegen der wirtschaftlichen Fragen in der Gesetzgebung, namentlich seit dem Übergang der deutschen Zollpolitik zum Schutzzoll, ist auch die Zahl der industriellen Organisationen zur Wahrung ihrer Interessen fortgesetzt gewachsen. Die älteste und bedeutendste dieser Organisationen ist gegenwärtig der Zentralverband deutscher Industrieller (Sitz Berlin), der ebenso wie der Verein zur Wahrung der gemeinsamen Interessen der Industriellen von Rheinland und Westfalen aus der Rohstoff- und Halbzeugindustrie Deutschlands hervorgegangen und von dieser begründet worden ist. Er verdankt seine Gründung im Jahre 1876 dem damals beginnenden Kampfe gegen die noch allein herrschende freihändlerische Richtung und stellte sich die Aufgabe, für die Bismarcksche Schutzzollpolitik einzutreten. Zu seinen Gründern gehörte u. a. der verstorbene freikonservative Reichstagsabgeordnete von Kardorff, der der erste Vorsitzende des Zentralverbandes Deutscher Industrieller und einer der eifrigsten Bekämpfer des Freihandels war. Er verfaßte damals die unter dem Titel „Gegen den Strom" erschienene Broschüre, in welcher die Umkehr Deutschlands vom Freihandel zum Schutzzoll gefordert wurde. Der Zentralverband deutscher Industrieller umfaßt gegenwärtig neben seinen Einzelmitgliedern gegen 200 ihm körperschaftlich angeschlossene industrielle Verbände, darunter eine Reihe örtlicher und Landesverbände, vor allem die bedeutendsten Vereinigungen der Bergbau-, Eisen-, Maschinen- und Textilindustrie, sowie die Vereinigungen der Industrien der Steine und Erden u. a. aus verschiedensten Zweigen.

Als Gesamtvertretung der deutschen Industrie besteht neben dem Zentralverband deutscher Industrieller der 1896 begründete Bund der Industriellen, dem außer zahlreichen Einzelmitgliedern 48 industrielle Vereine und Verbände angehören, darunter bedeutende große industrielle Landesverbände (der Verband sächsischer Industrieller, der Verband thüringischer Industrieller, der Verband südwestdeutscher Industrieller, der Verband württembergischer Industrieller), sowie von großen Berufsverbänden der deutsche Buchdruckerverein, der deutsche Tabakverein, der Verein deutscher Schriftgießereien, und die Verbände der Nahrungs- und Genußmittelindustrie usw. In dem Bund der Industriellen ist weniger die Großindustrie als die Exportindustrie organisiert.

Zu diesen Verbänden, welche alle Industriezweige umfassen, und zu denen noch der Handelsvertragsverein als eine spezifische antischutzzöllnerische Vereinigung zur Förderung des Außenhandels, sowie die anläßlich der Beratung der letzten Handelsverträge gegründete Zentralstelle zur Vorbereitung von Handelsverträgen gehören, hat sich die deutsche Industrie in vielen Hunderten von Branchenverbänden eine weitverzweigte Organisation geschaffen. Es dürfte heute kaum noch einen Industriezweig geben, der nicht organisiert wäre.

Durch die Verstärkung der sozialen Gegensätze sah sich die Industrie gezwungen, in den letzten Jahren mehr und mehr auch reine Arbeitgeberorganisationen zu begründen. Die bedeutendsten unter ihnen sind als Branchenver-

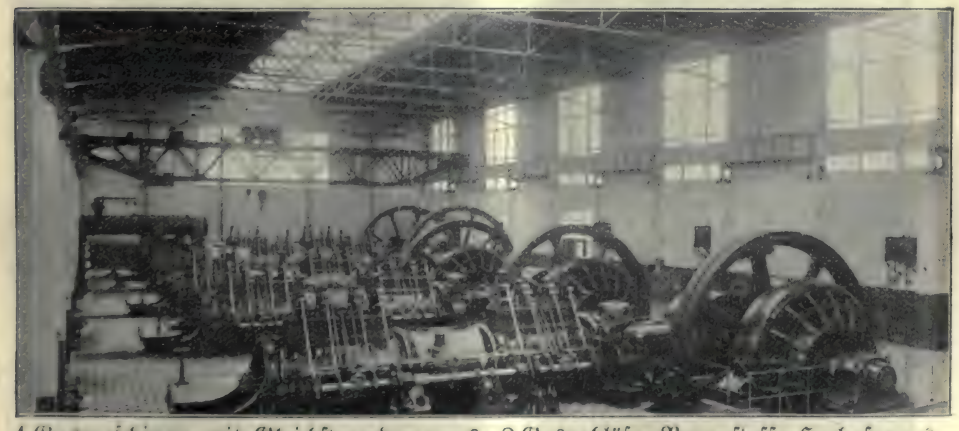
bände der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller mit 480 000 Arbeitern und der Arbeitgeberverband der deutschen Textilindustrie in Aachen, der mit Ausnahme von einigen süddeutschen Textilzweigen den größten Teil der deutschen Textilindustrie in sich umfaßt und 22 Korporationen mit 44 Unterverbänden zählt, deren Mitglieder ca. 310 000 Arbeiter beschäftigen. Der genannte Verband der Metallindustrie sucht auf der einen Seite durch ein Netz von Arbeitsnachweisen Einfluß auf die Arbeitsvermittelung zu erlangen, und unterstützt andererseits ebenso wie der Verband der Textil-Industriellen seine Mitglieder in Fällen von Ausständen durch gemeinsames Vorgehen. Beide Verbände behalten sich das Recht vor, ihre Mitglieder zum gemeinsamen Einstellen des Betriebes, d. h. zu Aussperrungen zu veranlassen, um einem von der Gewerkschaft bestreikten Betriebe zu Hilfe zu kommen. Ähnliche Organisationen, wie für die genannten Branchen, sind für eine ganze Reihe anderer Branchen geschaffen worden, teils auf dem Boden der lokalen Zusammenfassung (Arbeitgeberverband Hamburg-Altona, Bergischer Fabrikantenverein), teils auf dem Boden der Branchenzusammenfassung (Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie). Eine besondere Stelle in der Arbeitgeberorganisation nimmt der Boykott-Schutzverband der deutschen Brauereien ein, der sich namentlich gegen die auf dem Gebiete der Nahrungs- und Genußmittelindustrie tödliche Waffe des Boykottes durch gemeinsamen Zusammenschluß schützen soll.

In allerletzter Zeit ist auch der Gedanke der Streikentschädigungskassen ein Mittel für die organisatorische Zusammenfassung der Arbeitgeber geworden. Hier haben sich die dem Zentralverband deutscher Industrieller in erster Linie nahestehenden Industrien in der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände organisiert, während unter Führung des Verbandes der Metallindustriellen andere Gruppen der Industrie sich im Verein deutscher Arbeitgeberverbände zusammengeschlossen haben. Gegenwärtig umfaßt die Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände 6589 Mitglieder mit 1 027 818 Arbeitern, der Verein deutscher Arbeitgeberverbände rund 50 000 Mitglieder mit (geschätzt) 1 600 000 Arbeitern. Insgesamt ist also nach der Zahl der beschäftigten Arbeiter die Organisation der Arbeitgeber bereits weiter vorgeschritten, als diejenige der Gewerkschaften und anderen Arbeiterorganisationen, da letztere etwa 2 350 000 Arbeiter in sich organisiert hatten. Jedoch ist bei Zählung der Organisation der Arbeitgeber einmal zu bedenken, daß verschiedene Firmen doppelt gezählt sind, weil sie verschiedenen Verbänden angehören und dann ist vor allen Dingen darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Mittel der Arbeitgeber bei denjenigen Beiträgen, die für Streikzwecke bei ihnen erhoben werden (1 bis 3 vom Tausend der Lohnsumme) bei weitem nicht dasjenige ausmachen, was die organisierte Arbeiterschaft alljährlich durch ihre Gewerkschaftsbeiträge aufbringt. Das Maximum der Beiträge der Mitglieder der Arbeitgeberorganisationen beträgt etwa 7 Millionen Mark jährlich, die Beiträge der Arbeiterorganisationen belaufen sich wie vorher ausgeführt auf 50 Millionen Mark, von denen notfalls der weitaus größere Teil für Streikzwecke zur Verfügung stehen dürfte. Jedoch ist die Entwicklung der Organisation der Arbeitgeber gegenwertig stärker als die der Arbeiter, weil sie sich noch in Anfangsstadien befindet und großer Ausdehnung fähig ist.

Wie sich unter dem Einfluß der fortgesetzt steigenden industriellen Entwicklung eine Vertiefung der sozialen Gegensätze ergibt und durch die Organisation der Arbeiter die Kämpfe um die Erlangung besserer Bedingungen und höherer Lohnverhältnisse steigen, zeigen die Ergebnisse der Streikstatistik. Die Zahl der im Jahre 1909 beendeten Streiks betrug 1537 gegenüber 1374 im Jahre 1903, die Zahl der betroffenen Betriebe 4811 mit 253 831 Arbeitern. Es entfielen auf Preußen 829, Bayern 169, Sachsen 221, Württemberg 23, Baden 44, Hessen 27. Geringer sind die Zahlen bei den übrigen Bundesstaaten mit Ausnahme von Hamburg (74) und Elsaß-Lothringen (36). Von diesen Streiks des Jahres 1909 hatten 283 einen vollen, 520 einen teilweisen und 734 keinen Erfolg. Eine besondere Bedeutung gewinnen die Streiks auch dadurch, daß es durchaus nicht immer in allen Fällen die Besserstellung der Arbeiter ist, welche zu

Kaiser Wilhelm-Brücke. Eisenbahnbrücke üb. d. Wuppertal zwisch. Remscheid u. Solingen.
Gesamtlänge 465 Meter. Bogenweite 170 Meter. Höhe über der Talsohle 107 Meter.

Turmdrehkran im Hafen von Dublin, Irland.
100000 kg Tragfähigkeit, 150000 kg Probearbeitslast. 22,86 Meter Ausladung mit elektr. Antrieb.



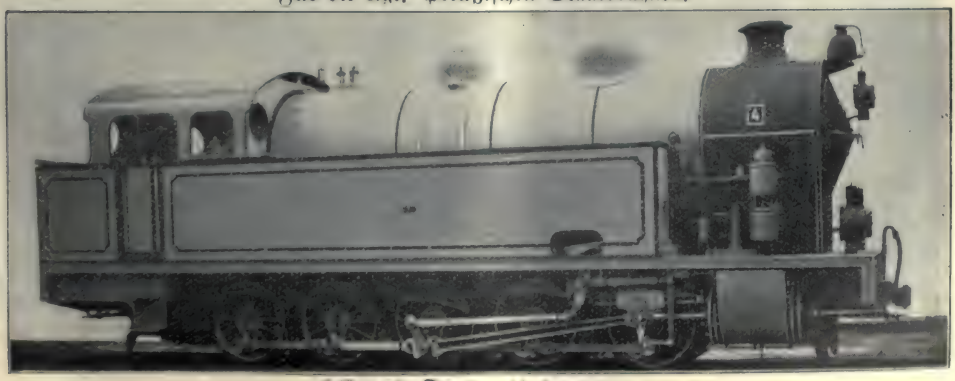
4 Gasmaschinen mit Gleichstromdynamos; 2 Gasgebläse, Brennstoff: Hochofengas.
Ausgeführt für Henschel & Sohn, Henrichshütte bei Hattingen a. d. Ruhr.

Fest- und Ausstellungshalle in Frankfurt am Main.
Grundfläche 6000 qm, Länge 102 m, größte Breite 64 m. Höhe mit Glaskuppel 39 m, 12000 Sitz- und 6000 Stehplätze.
Ausgeführt von der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg A.-G.

Vierzylinder Verbund-Lokomotive.
Für die Paris-Lyon-Mittelmeerbahn 1909.

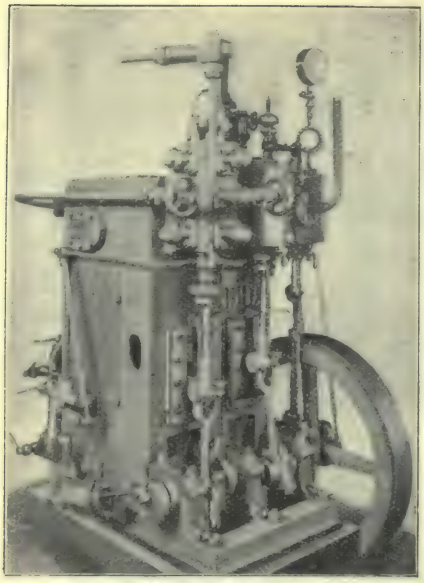
2-8-4 Heißdampf-Tenderlokomotive.
Für die Ausstellung in Buenos-Aires.

2-c. Heißdampf-Personenzug-Lokomotive.
Für die Kgl. Preußischen Staatsbahnen.

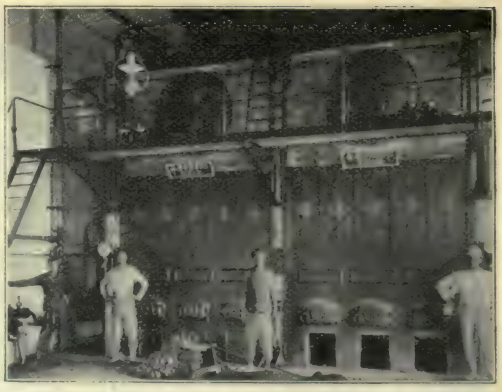


5/5 gek. Tender-Lokomotive.
Für die Kgl. Bergwerksdirektion Zabrze.

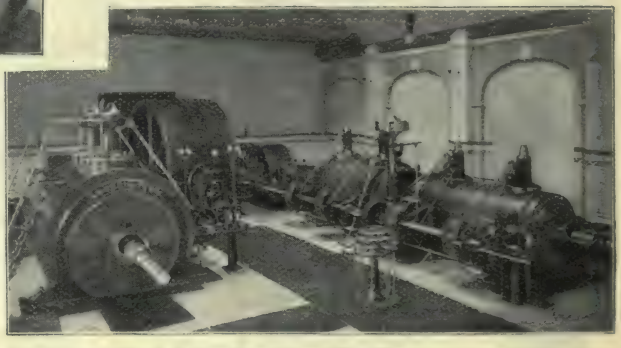
A. Borsig in Tegel bei Berlin.



Kohlensäure-, Eis- und Kältemaschine für Schiffs- und Landzwecke.



Wasserrohrkessel.
Wasserwerk der Stadt Peking (China).



Dreifach-Expansionsmaschine zum Antrieb von Transmissionen.

Gesellschaft für Hochdruck-Rohrleitungen in Berlin.

Rohrleitungsanlage für die Bergwerks-Gesellschaft Hibernia.

Kämpfen führt. Mit dem wachsenden Machtbewußtsein namentlich der sozialdemokratischen Gewerkschaften ist ein Terrorismus Hand in Hand gegangen, der vielfach schon zu Arbeitsniederlegung dann führt, wenn der Arbeitgeber es wagt, Nichtorganisierte oder Andersorganisierte in seinem Betriebe zu beschäftigen. Auch die Frage der sogenannten konstitutionellen Fabrik, die Frage der Errichtung von Arbeiter-Ausschüssen, die Frage des Rechtes der Entlassung von Arbeitern und die Verhängung von Disziplinarstrafen führen oft und sich steigernd zu erbitterten Kämpfen. Wie auf seiten der Arbeiterschaft der lokale Kampf vielfach durch Sympathiestreiks an Angriffskraft gewinnen soll, so haben die Arbeitgeber in der Aussperrung der Arbeiter anderer gleichartiger Betriebe eine Gegenmaßregel gefunden, welche ebenfalls dazu führt, daß die Lokalisierung und Individualisierung der Lohnkämpfe mehr und mehr in den Hintergrund tritt gegenüber den Kämpfen der Organisationen gegeneinander, durch die vielfach Zehntausende, ja vielleicht in der Zukunft Hunderttausende von Arbeitern in Mitleidenschaft gezogen werden können. Der Kampf um die Anerkennung der Organisation, die Frage der Verhandlung mit den Beamten der Arbeiterverbände, die Frage der Gleichberechtigung der verschiedenen Arbeiterorganisationen untereinander, die Frage, ob durch Tarifverträge diesem Zustande der Kämpfe ein Ende bereitet werden kann, sind Probleme des modernen Industriestaates, die durch ihn in erster Linie mit aufgeworfen worden sind. Hier ein abschließendes Urteil fällen oder nur andeuten zu wollen, wäre vermessen in einer Zeit, in der alles sich noch im Werden befindet und nichts als abgeschlossen gelten kann. Nur die Stärkung des Organisationsgedankens auf beiden Seiten steht als Bleibendes dieser Entwicklung vor unseren Augen und man kann nicht als Urteil, aber wohl als Hoffnung die Meinung ausdrücken, daß dieser bewaffnete Friede auf beiden Seiten und das infolge der Stärke der beiderseitigen Organisationen immer wachsende Wagnis der Arbeitseinstellungen den Kampf in Zukunft mehr vermindern und den Wunsch nach friedlicher Verständigung so stärken möge, daß das volkswirtschaftliche Leben unter den Erschütterungen großer Arbeitseinstellungen nicht noch mehr leide als bisher.

Einfluß der Industrie auf die Gesetzgebung.

Mit der Bedeutung der industriellen Entwicklung hat der Einfluß auf die Gesetzgebung nicht Schritt gehalten. Gerade in allerjüngster Zeit ist eine beinahe heftige Bewegung in Industriekreisen entstanden, welche darauf ausgeht, die Industrie zu politisieren, um ihr durch persönliche Mitarbeit in den Parlamenten oder doch durch Einflußnahme auf die maßgebenden Parteien eine Verstärkung ihres Gewichtes in der öffentlichen Meinung und in der Gesetzgebung zu verschaffen. Sowohl in wirtschaftspolitischer, als auch in sozialpolitischer Hinsicht empfindet die Industrie eine gewisse Ohnmacht. Sie führt Klage darüber, daß unsere wirtschaftliche Gesetzgebung wesentlich unter dem Einfluß des Großgrundbesitztums stände, vielfach einen ungerechten Charakter gegenüber Industrie, Handel und Gewerbe trage nicht nur in der Zollgesetzgebung, bei der die Konzessionen an die Landwirtschaft mehr als billig die Exportmöglichkeit erschwerten, sondern vor allem auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung, auf dem die Lasten ungleich zwischen den verschiedenen Erwerbsständen verteilt würden. Andererseits beklagt sich die Industrie darüber, daß auf Grund der Wirkungen des allgemeinen Reichstagswahlrechtes, welches die Entscheidung über die wichtigsten Reichsfragen in die Hände der großen Massen gelegt habe, ein Wettrennen auch der bürgerlichen Parteien um die Gunst dieser Massen stattfände, welches in einer überstürzten Sozialpolitik zum Ausdruck komme, die nicht ohne nachteilige Folgen für die Weltmarktsstellung der deutschen Industrie sein könne. Daneben wird der Einfluß des Kaufmanns, kaufmännischen Denkens und Handelns in unserer auswärtigen Politik vermißt, ebenso wie in der inneren Verwaltung ein Geist der Bureaukratie herrsche, welcher in einem Übermaß von Beaufsichtigung den Industriellen das Leben erschwere und zu der heutigen modernen Zeit nicht passe.

Daß hier nicht künstlich hervorgerufene Stimmungen, sondern innere Bedürfnisse dieser für unsere Volkswirtschaft so bedeutenden Schichten des industriellen Unternehmertums vorliegen, zeigt die Intensität der daraus hergeleiteten Bewegung. Sie sucht zunächst ihr Ziel zu erreichen durch eine Einflußnahme auf die parlamentarische Gesetzgebung. Tatsächlich zeigt der deutsche Reichstag nach der Richtung der Berufe betrachtet, eine ganz außergewöhnliche Vernachlässigung der Kräfte des gewerblichen Lebens. Von den Mitgliedern des Reichstages gehören gegenwärtig 106 der Landwirtschaft und nur 21 der Industrie an, und im Preußischen Abgeordnetenhause, der größten bundesstaatlichen Vertretung, ist das Verhältnis ein ähnliches (Landwirtschaft 183 Vertreter und nur 43 gewerbliche Unternehmer und Rentner). Jedoch ist es zweifelhaft, ob der Ruf an die Industrie nach dieser Richtung von Erfolg sein wird. Es kommt hier in Betracht, daß die Zahl derjenigen industriellen Familien, welche gewissermaßen schon auf die Vorarbeit von früheren Generationen herabsehen können, die den Grund zu einem fundierten Vermögen gelegt haben, und die es deshalb dem Enkel gestatten, seine freie Zeit dem öffentlichen Leben in parlamentarischer Wirksamkeit zu widmen, bei uns eine weitaus geringere ist, als beispielsweise in dem oft zum Vergleich herangezogenen England. Der Einzelunternehmer, auf dem die Last der Führung eines großen Betriebes ruht, und der Generaldirektor einer Aktiengesellschaft, wird in den seltensten Fällen bereit sein können, mehr als die Hälfte des Jahres dem angestrengten parlamentarischen Berufe sich zu widmen. Die Landwirtschaft hat auf diesem Gebiete den außerordentlichen Vorzug, daß die parlamentarische Arbeit in eine Zeit fällt, in der die landwirtschaftliche Arbeit hauptsächlich ruht. Andererseits ist es auch für Industrielle vielfach schwerer, ein Mandat zu erlangen, als für Landwirte aus dem vorher angeführten Grunde, daß die Arbeiter eines industriellen Betriebes viel weniger geneigt sind, in ihrem Chef auch den gegebenen politischen Führer zu sehen, als das bei weiten Schichten der landwirtschaftlichen Bevölkerung heute wenigstens noch der Fall ist. Gerade die industriellen Bezirke, in denen der Fabrikant auch politisch heimatsberechtigt ist, sind die Hochburgen der Sozialdemokratie. Je persönlicher und gehässiger der politische Kampf wird, um so schwerer finden sich ferner die Persönlichkeiten, die nicht nur die angestrengte parlamentarische Arbeit, sondern auch die Arbeit der Eroberung eines Wahlkreises mit all dem, was damit verbunden ist, auf sich nehmen. Man wird den politischen Parteien nicht den Vorwurf machen können, daß sie sich gegen den Eintritt von Industriellen in ihre Reihen wehren, im Gegenteil sieht man gerade seit dem Erwachen jener industriellen Bewegung ein lebhaftes Begehren der bürgerlichen Parteien nach industriellen Kandidaten, aber die Persönlichkeiten der Industrie fehlen in der Politik. Die großen Männer in der deutschen Industrie, deren Namen vielfach in der ganzen Welt bekannt sind, sehen die Aufgabe ihres tätigen Lebens in der Leitung ihrer Betriebe und in der Ausfüllung derjenigen Ehrenämter, welche die wachsenden Organisationen namentlich auf dem Gebiete des Kartellwesens, sowie der sozialen Gesetzgebung der neueren Zeit mit sich gebracht haben, und sind im allgemeinen wenig geneigt, sich politischen Parteien zur Mitarbeit zur Verfügung zu stellen. Auf diesem Wege, der lediglich den Einfluß der Industrie auf die Gesetzgebung durch Persönlichkeiten, welche man in die Parlamente schickt, zu stärken versucht, wird das gesetzte Ziel daher allein nicht erreicht werden können, wenn auch die jetzigen Verhältnisse bei angestrengter Arbeit zu bessern sein werden. Daß es auf gewissen Gebieten der Landesgesetzgebung bei starker industrieller Organisation allerdings möglich ist, beweist das Beispiel des Königreich Sachsens. Hier hatte der Verband Sächsischer Industrieller zuerst mit der alten Tradition der Industrieverbände gebrochen, lediglich durch Eingaben an die gesetzgebenden Körperschaften wirken zu wollen und hatte sich das Ziel gesetzt, Einfluß auf den sächsischen Landtag durch Eroberung von Landtagsmandaten zu gewinnen. Das ist ihm zunächst unter dem Bestehen des Dreiklassenwahlrechtes in dem Maße gelungen, daß dem letzten unter diesem Wahlrecht zusammengetretenen Landtag unter 82 Abgeordneten 32 In-

dustrielle und Kaufleute angehörten, von denen 25 Mitglieder des Verbandes Sächsischer Industrieller waren. Auch unter dem demokratischeren Pluralwahlrecht, das der Sozialdemokratie wieder den Eintritt in den Landtag gestattete und ihr die Eroberung von 25 Wahlsitzen aus industriellen Gebieten möglich machte, damit naturgemäß die industrielle Vertretung aber schwächte, ist es immerhin gelungen, 28 Industrielle und Kaufleute in den Landtag zu entsenden, die zum größten Teile (21) dem Verband Sächsischer Industrieller angehören. Für die Erreichung dieses Zweckes kam dem Verband allerdings einmal seine außergewöhnlich starke Organisation zu statten (der Verband umfaßt 4500 Fabrikbetriebe im Königreich Sachsen und hat in manchen Orten bis zu 90 Prozent aller Fabrikanten organisiert) andererseits der Umstand zugute, daß der Sächsische Landtag nur alle 2 Jahre zusammentritt, und somit die Landtagsabgeordneten nicht derartig ihrem gewerblichen Betriebe entzieht, wie der Deutsche Reichstag. Auch ist die Entfernung von dem Betriebe eine geringere, als wenn dem einzelnen zugemutet wird, in der Reichshauptstadt vielleicht eine Tagesreise von seinem Unternehmen zu wirken. Interessant ist übrigens auch das Verhältnis der politischen Parteien zu den einzelnen Berufen in der Zusammensetzung der Fraktionen. So gehören im Deutschen Reichstag von den 103 Landwirten 63 der rechten, 15 der liberalen Linken, 28 dem Zentrum und den Polen an; von den Industriellen dagegen 4 der rechten, 14 der liberalen Linken und 3 dem Zentrum und den Polen an. Im sächsischen Landtag sind von den erwähnten 28 Industriellen und Kaufleuten 2 konservativ, 4 freisinnig, die übrigen 21 sämtlich nationalliberal.

Neben dem noch nicht aufgegebenen Versuch, eine gewisse politische Gleichgültigkeit der Industriekreise zu überwinden, ist der Gedanke aufgetaucht, eine eigene Industrie oder Arbeitgeberpartei zu bilden. Auf der einen Seite hat der Syndikus der Handelskammer in Saarbrücken Dr. Tille den Gedanken verfochten, daß bei dem Zusammengehen aller Arbeitgeber in Industrie und Landwirtschaft auch unter der Herrschaft des allgemeinen Reichstagswahlrechtes eine Mehrheit von Arbeitgebern sich erzielen lassen würde, andererseits hat der Vorsitzende des Vereines Deutscher Arbeitgeberverbände, Herr Kommerzienrat Menck, Altona, den Gedanken einer gewerblichen Arbeitgeberpartei behandelt, welche die Aufgabe haben sollte, diejenigen Kandidaten zu unterstützen, welche auf dem Programm dieser Partei ständen. Auch diese Versuche dürften ergebnislos bleiben, weil sie nicht Rücksicht nehmen auf die außerordentliche Verschiedenheit der Auffassung, die in wirtschaftlichen und sozialen Fragen besteht. Die heftigen Kämpfe um die Reichsfinanzreform haben gezeigt, wie eine derartige Arbeitgeberpartei, welche sich auf Landwirtschaft und Industrie gleichzeitig stützen wollte, in solchen Zeiten zusammenbrechen würde unter der Wucht der Gegensätze, die das Berufsinteresse in sich birgt. Mit ähnlichen Schwierigkeiten würde bei den Verschiedenheiten der Auffassung zwischen Handwerk, Handel und Industrie in wichtigen Fragen auch eine gewerbliche Arbeitgeberpartei zu kämpfen haben. Diese Ideen sind denn auch mehr und mehr in den Hintergrund getreten und der Gedanke einer Verstärkung der Einflußnahme der Industrie auf die Gesetzgebung hat schließlich in anderer Form seinen Ausdruck gefunden und zwar in der Gründung des Hansabundes, der aus den Kämpfen um die letzte Gestaltung der Reichsfinanzen entstand.

Die Ideen des Hansabundes wurzeln auf anderem Boden, als diejenigen der vorgenannten geplanten Arbeitgeberverbände. Der Hansabund erstrebt eine Zusammenfassung aller Kräfte in Handel, Industrie und Gewerbe und der tätigen Angestellten in diesem Berufe. Dadurch sucht er die vorher wiederholt erwähnte Schwäche des Unternehmertums im Zeitalter des Reichstagwahlrechtes wett zu machen. Eine Organisation, die wirklich sämtliche deutschen Fabrikbesitzer und Unternehmer umfaßt, würde zahlenmäßig immerhin für die politischen Parteien wenig bedeuten. Gelingt es dagegen eine wirtschaftliche Organisation zu schaffen, welche wenigstens in der Mehrzahl auch die kaufmännischen und technischen Angestellten, sowie weite Kreise des Handwerkes auf demselben Boden einigt, dann wäre damit eine Macht gegeben, die min-

bestens dasselbe an Bedeutung für die Wahlen erringen könnte, wie die nach organisatorischer Hinsicht vorbildliche Zusammenfassung der landwirtschaftlichen Kräfte in dem Bund der Landwirte. Um diesen Zweck zu erreichen, wird die Politik des Hansabundes allerdings darauf gerichtet sein müssen, in sozialpolitischer Hinsicht eine Mittellinie zu finden, welche die Interessen der Arbeitgeber und der Angestellten verbindet, und er wird dieselbe Mittellinie finden müssen in denjenigen Fragen, in denen Mittelstand und Großgewerbe aufeinander stoßen. Gelingt ihm dies, und gelingt ihm die dauernde Vereinigung dieser wirtschaftlichen Berufsstände, dann wird aus der Macht seiner Mitgliederzahl und aus der finanziellen Macht, die in ihm vereinigt ist, und die er denjenigen Parteien zur Verfügung stellen kann, von denen er sich versichert hält, daß sie die Interessen von Handel, Gewerbe und Industrie vertreten, und für eine ausgleichende gerechte Wirtschaftspolitik eintreten, eine politische Macht werden, welche die Gesetzgebung des Deutschen Reiches mit den so wesentlich verschiedenartig wirtschaftlichen Verhältnissen in Einklang bringt, und zu der Bedeutung von Industrie und Gewerbe nicht mehr in dem Gegensatz stehen braucht, als es gegenwärtig vielfach der Fall ist.

Inwieweit dieser bisher großzügigste, weitsichtigste und weitest angelegteste Plan der Schaffung einer mächtigen Interessenvertretung von Industrie, Handel und Gewerbe, die auf ihn gesetzten Hoffnungen erfüllen wird, muß der zukünftigen Entwicklung vorbehalten bleiben, da wir erst ein Jahr des Bestehens des Hansabundes hinter uns liegen haben. Ebenso werden erst die nächsten Reichstagswahlen darüber die Entscheidung bringen, ob es dem Hansabund gelingt, auch die Lust zur Mitarbeit im Reichsparlament und in den Bundesstaaten in der Industrie in höherem Maße zu erwecken, als es bisher der Fall gewesen ist. Erwähnt sei in diesem Zusammenhange, daß auch der Zentralverband deutscher Industrieller durch die Gründung eines Wahlfonds seinen Willen bekundet, mehr als bisher für die Einflußnahme der Industrie auf die Gesetzgebung tätig zu sein.

Insgesamt zeigt so der Überblick über den Werdegang des industriellen Deutschland eine gewaltige Anspannung aller Kräfte, eine mächtige Hebung des Wohlstandes der Nation, die Möglichkeit eines neuen Deutschland mit wachsender Bevölkerung, mächtigen Exportziffern und einem bisher siegreichen Kampfe um den Anteil am Weltmarkt; zeigt aber andererseits auch im Innern große soziale Gegensätze auf der einen, den Kampf der verschiedenen Berufe auf der anderen Seite und im Zusammenhang damit größere Schwankungen des wirtschaftlichen und sozialen Gleichgewichtes, als wir sie früher erlitten haben. Daß die gesunde Kraft des deutschen Volkes den Ausweg finden wird, auch in der Zukunft dem immer mehr wachsenden Industriestaat Deutschland seine Größe und politische Gesamtstellung nach außen und nach innen zu garantieren, muß der Wunsch aller derer sein, die sowohl Deutschland als Weltmacht, wie auch als Land einer gesunden Heimat- und Bodenpolitik erhalten wissen wollen.

Schutz der nationalen Arbeit und Kartellwesen.

Von Dr. jur. **O. Ballerstedt,** Berlin.
Syndikus bei dem Zentralverband deutscher Industrieller.

Früher hat man uns Deutsche vielfach ein Volk der Denker und der Träumer genannt; nicht ganz mit Unrecht. Das ist im letzten Menschenalter wesentlich anders geworden, wir sind praktischer geworden, vielleicht hie und da schon etwas reichlich „amerikanisiert". Jedenfalls hat man bei uns viel an Theorien gehangen, obwohl schon Goethe durch Mephistopheles dem Schüler sagen läßt: „Grau, teurer Freund, ist alle Theorie, und grün des Lebens goldener Baum". Das zeigte sich stark auf wirtschaftlichem und sozialen Gebiet. Die nach ihrem englischen Ursprungsort sogen. Manchester-Theorie, die Lehre vom Gewährenlassen, vom freien Spiel der Kräfte, dem laisser faire laisser aller, die dem Staat nur eine Art Nachtwächterrolle zuschreibt, ist in Deutschland zeitweise fast eifriger verfochten worden, als aus ihrem Stammland Großbritannien. Das gegen Ende des 18. Jahrhunderts erschienene grundlegende Werk des Engländers Adam Smith „Über die Natur und Ursachen des Völkerwohlstandes" ist bei uns den größten Teil des 19. Jahrhunderts in der Volkswirtschaftslehre vorherrschend gewesen. An die Stelle der alten, sogen. merkantilistischen und kameralistischen Auffassung und der Polizeiwissenschaft, welche den Schwerpunkt auf die Ordnung des Lebens durch die Obrigkeit legten, trat die Betrachtung auf Grundlage der Anschauungsweise der „Schule", wie sie kurzweg genannt wurde. Sie suchte die Wirtschaftslehre auf einer kleinen Zahl von angeblichen Naturgesetzen aufzubauen, deren letzter Weisheitsschluß war, daß der Einzelne, sich selbst überlassen, infolge des natürlichen, ihm innewohnenden wirtschaftlichen Instinkts das wirtschaftlich Richtige herausfinden würde; in der Betätigung seiner selbstverstandenen, egoistischen Interessen nähme er zugleich die der Gesamtheit am besten wahr; Eingriffe der organisierten Gesamtheit, des Staats, in die Privattätigkeit seien in der Regel schädlich und deshalb auf ein Mindestmaß herunterzubringen. Die freiere Entfaltung der Kräfte im allgemeinen Wettbetrieb müsse, sofern man ihr nur alle Hindernisse aus dem Wege räume, eine Harmonie der Interessen herbeiführen und die höchsten wirtschaftlichen Ergebnisse erzielen. Vielfach ging man noch über die Urheber der Lehre weit hinaus und erkannte die Bedeutung örtlicher und zeitlicher Momente überhaupt nicht an. Man pflegte die Weltanschauung, es gebe nur ein wirtschaftliches Endziel: Die Beseitigung aller Hemmnisse zur Herbeiführung des freien Spiels der Kräfte: laisser faire laisser aller, machen lassen, gehen lassen. Das wurde die Losung (Vergl. von Halle, Die deutsche Volkswirtschaftslehre um die Jahrhundertwende). Männer, wie Roscher, der Begründer der geschichtlichen Auffassung in der Volkswirtschaftslehre, und List, gleich groß als Denker und Praktiker, traten dagegen auf; zunächst mit wenig Erfolg. Friedrich List schied im Jahre 1846, verzweifelnd an der Durchsetzung seines unendlich mühevollen, der nationalen Arbeit gewidmeten Strebens, freiwillig aus dem Leben. Die Nachwelt erst, Deutschland als Weltmacht, ist ihm gerecht geworden.

Bei uns hat man auch mehr als anderwärts die wirtschaftlichen und sozialen Doktrinen mit der eigentlichen Politik verquickt. Das „Manchesterprinzip" galt als liberal,

staatliche Einmischung durch Schutzzölle und soziale Gesetzgebung als konservativ oder reaktionär. Und doch zeigten schon früh die wirklichen Bedürfnisse des Lebens in unserem Vaterlande selbst das Unhaltbare oder Übertriebene solcher Anschauungen. So waren die Konservativen bis in die siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hinein freihändlerisch, da Deutschland noch vorwiegend Agrarstaat und der Export unserer landwirtschaftlichen Produkte eine Notwendigkeit war; erst die Überschwemmung mit amerikanischem Getreide, zugleich mit der vordringenden Bedeutung der deutschen Industrie brachte einen Umschwung auch betreffs der wirtschaftspolitischen Stellungnahme im politisch konservativen Lager. Innerhalb der freisinnigen Parteien hat man sich betreffs der Sozialpolitik eher vom Grundsatz des Machen- und Gehenlassens abgewendet als betreffs der Zoll- und Handelspolitik. Auf letzterem Gebiet wird heute noch zu viel das Freihändlertum mit dem politischen Freisinn identifiziert, obwohl es so radikale Politiker kaum mehr gibt, welche unter den bestehenden Verhältnissen eine alsbaldige vollständige Rückkehr des Deutschen Reichs zum Freihandel befürworten möchten.

In anderen Ländern, selbst in England, ist man weniger nach Theorien verfahren. Großbritannien, welches, vor dem großartigen Aufschwung von Deutschlands Industrie und Welthandel unter dem Schutz und Schirm und der Weltstellung des geeinten deutschen Reiches, noch mehr als heutzutage der eigentliche Handelsstaat und Handelsvermittler der ganzen Erde war, mußte selbstverständlich allgemein die weiteste Handelsfreiheit, ohne Zoll- und andere Schranken irgendwo wünschen und demgemäß bei sich selber pflegen. Und doch ist auch England in früheren Zeiten, als seine Lebensbedingungen in dieser Richtung noch nicht dermaßen gegeben waren, stark schutzzöllnerisch gewesen. Ja, man kann sagen, es hat seine Industrie wesentlich durch Schutzzölle und Ausschließungs-Maßnahmen hochgebracht! Heute noch steht die englische Textilindustrie der aller Länder, selbst Amerikas, doppelt und mehrfach überlegen voran, während die deutsche Eisenindustrie, wenigstens unsere Eisen- und Stahlproduktion, die englische bereits überflügelt hat. Seinerzeit aber bei Einführung der Spinnmaschine in England, war deren Verbringung in das Ausland bei Todesstrafe verboten worden! Die englischen Kornzölle fielen unter den hitzigsten Kämpfen erst im Jahre 1846. Frankreich ist bis zur Zeit des dritten Napoleon scharf schutzzöllnerisch gewesen. Man hat dort wie in England und anderwärts nicht volkswirtschaftliche Theorien, sondern das wirkliche Bedürfnis, die eigenste Interessenpolitik, maßgebend sein lassen. Ist es nicht bezeichnend, wie die beiden größten demokratischen Staatswesen der Erde, die französische Republik und die Republik der Vereinigten Staaten von Nordamerika, gerade in den letzten Jahrzehnten die Schutzzoll- und Ausschließungspolitik auf die Spitze trieben? Frankreich mit seinem Mélineschen Tarif und Zollgesetz von 1892, die von Handelsverträgen überhaupt nichts wissen, die Wirtschaftspolitik des Landes ganz „autonom" regeln wollten, die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit ihrem Mac Kinley-Tarif, dessen Sätze ungefähr viermal so hoch waren, wie die deutschen und sich in diesem Verhältnis oder noch höher auch in den folgenden Dingley- und Payne-Tarifen erhalten haben. Da gilt wahrlich nicht Freihandel und liberal als gleich! Andererseits dürfen wir Deutsche es uns zur Ehre anrechnen, daß wir auf sozialem Gebiet für den Schutz der nationalen Arbeit, für den Schutz und die Wohlfahrt unserer deutschen Arbeiter, im ganzen mehr getan haben, als irgend ein anderes Land der Erde; das wird selbst im Ausland ziemlich anerkannt und an anderer Stelle dieses Buches dargelegt.

Es ist selbstverständlich, daß, wie die gesamte Kultur sich immer mehr über die ganze Erde erstrecken sollte, wie alle Länder dem freien Verkehr, der besten Erschließung ihrer Kräfte zu öffnen wären, der Freihandel im weitesten Sinne des Wortes ein erstrebenswertes Ideal darstellt. Da aber nicht nur die Verhältnisse und Bedürfnisse der einzelnen Länder auch heute noch überaus verschiedene sind, und da trotz der in vieler Beziehung so riesig fortgeschrittenen und fortschreitenden Kulturentwickelung auf der Erde, leider nicht die Ideale mehr als früher maßgebend geworden, sondern der Kampf um das

Leben und Vorankommen, der Egoismus, der Wettbewerb die ausschlaggebenden Faktoren sind, so muß jeder Staat wirtschaftlich — denn die wirtschaftliche Kraft ist die Grundbedingung und der Maßstab für die dauernde Weltstellung — gebührend für sich selbst Sorge tragen. Wer hier den Idealen oder Theorien oder allgemeiner Menschenfreundlichkeit zu viel nachläuft, der kommt unter die Räder. Allerdings ist es verfehlt, solchen leider durch die harte Wirklichkeit aufgezwungenen selbstsüchtigen Materialismus grundsätzlich allzuviel zu verteidigen. Unbillig ist es andererseits, wenn von freihändlerischer deutscher Seite immer wieder Deutschland als das Land hingestellt wird, welches mit der bösen Schutzzollpolitik angefangen habe. Tatsächlich hatten, abgesehen von früheren Zeiten, kurz vor uns namentlich die Amerikaner und die Franzosen ihre Zölle stark ausgebaut, wenn auch weniger aus dem Grunde des Schutzes der nationalen Arbeit, als wegen dringenden staatlichen Geldbedürfnisses nach dem amerikanischen Sezessionskriege und dem deutsch-französischen Kriege von 1870. Im Deutschen Reich selbst wäre kaum schon 1879 der Umschwung von dem in des Reiches Maienblüte maßgebend gewesenen Freihandelssystem zum Schutzzoll erfolgt, wenn das Reich nicht dringend neuer Geldmittel bedurft hätte, die eben aus den Zolleinnahmen am leichtesten zu beschaffen schienen. Fürst Bismarck selbst hat seinerzeit anerkannt, daß für ihn bei der Schaffung unseres Zolltarifs von 1879 noch mehr das fiskalisch-finanzielle Moment als die Rücksicht auf den Schutz der nationalen Arbeit ausschlaggebend war. Immerhin hatte sich Bismarck schon 1876 vom Staatsminister Delbrück, der bis dahin Leiter der deutschen Zoll- und Handelspolitik und die festeste Stütze des Freihandels war, getrennt und Ende des genannten Jahres eine Wiedervergeltungsvorlage gegen die Ausfuhrprämien anderer Länder, namentlich gegen die französischen titres d'acquits- a caution eingebracht, die aber im Reichstag nicht zur Erledigung kam, während Ende 1876 die letzten deutschen Eisenzölle fielen.

In der Thronrede, mit welcher am 12. Februar 1879 der Reichstag eröffnet wurde hieß es zur Abstellung von Übelständen auf wirtschaftlichem Gebiet:

„Die Vorschläge, welche ich meinen Bundesgenossen teils gemacht habe, teils zu machen beabsichigte, haben zunächst den Zweck, durch Beschaffung neuer Einnahmequellen für das Reich die einzelnen Regierungen in den Stand zu setzen, daß sie auf Forterhebung derjenigen Steuern zu verzichten vermögen, welche sie und ihre Landesvertretungen als die am schwersten aufzubringenden erkennen. Zugleich bin ich der Meinung, daß unsere wirtschaftliche Tätigkeit in ihrem gesamten Umfange auf diejenige Unterstützung vollen Anspruch hat, welche die Gesetzgebung über Steuern und Zölle ihr zu gewähren vermag und in den Ländern, mit denen wir verkehren, vielleicht über das Bedürfnis hinaus gewährt. Ich halte es für meine Pflicht, dahin zu wirken, daß wenigstens der deutsche Markt der nationalen Produktion insoweit erhalten werde, als dies mit unseren Gesamtinteressen verträglich ist, und daß demgemäß unsere Zollgesetzgebung den bewährten Grundsätzen wiederum näher trete, auf welchen die gedeihliche Wirksamkeit des Zollvereins fast ein halbes Jahrhundert beruht hat und welche in unserer Handelspolitik seit dem Jahre 1865 in wesentlichen Teilen verlassen worden sind. Ich vermag nicht zu erkennen, daß tatsächlich Erfolge dieser Wendung unserer Zollpolitik zur Seite gestanden haben."

Der Zollverein! Seiner und seines Vorkämpfers Friedrich List muß hier in dankbarer Würdigung des Einflusses und der Verdienste, welche er für die deutsche Einigung überhaupt und für die Rettung Deutschlands als Weltmacht gehabt, gedacht werden. Der deutsche Bund war, entsprechend der politischen Zerstückelung, in eine Unmenge kleiner Zollgebiete zerteilt, die Handel und Verkehr enorm erschwerten. Preußen schuf für sich durch das Gesetz vom 26. Mai 1818 über die Zölle und Verbrauchssteuern einigermaßen Einheit und Ordnung. Indessen ist in hohem Maße anzuerkennen, wie hier auf wirtschaftlichem Gebiet ähnlich wie politisch im Nationalverein aus dem deutschen Süden, aus Sachsen und anderen deutschen Staaten, hervorragende Männer sich fanden und Bestrebungen gepflegt wurden, die trotz aller Schwierigkeiten das Werk der Eini-

gung predigten und vorbereiteten. So wurde 1819 der Handels- und Gewerbeverein in Leipzig gegründet, dessen Seele der unermüdliche Kämpfer für die Zolleinigung Deutschlands und den Schutz der nationalen Arbeit, der damalige Tübinger Professor Friedrich List wurde, ebenso der Verein deutscher Kaufleute und Fabrikanten usw. Es folgten Verhandlungen zwischen süd- und mitteldeutschen Staaten zur Regelung der Handels- und Zollverhältnisse; aber damals wie später traten auch politische und ausländische Einflüsse hindernd in den Weg. Man brachte einen mitteldeutschen Zollverein zustande, der sich nicht genügend lebensfähig erwies. Endlich kam 1834 der deutsche Zollverein, welcher zuerst Gesamtdeutschland umfaßte und der nicht bloß durch Aufhebung der Binnenzölle und sonstiger Verkehrsschranken für das deutsche Wirtschaftsleben segensreich sich erwies, sondern auch von selbst zu einem wichtigen Faktor der politischen Einigung sich auswuchs. Lists Tätigkeit war stets von einem großen politischen Gedanken getragen, von der Einigung aller deutschen Interessen, aus denen die politische Einheit von selber hervorgehen müsse.

Für Friedrich List ist folgendes Wort bezeichnend, welches er vor zwei Menschenaltern gesprochen, das aber heute noch ebenso beherzigenswert ist wie damals: „Sollen in Deutschland die Nationalinteressen durch die Theorie der politischen Ökonomie gefördert werden, so muß sie aus den Studierstuben der Gelehrten, von den Kathedern der Professoren, aus den Kabinetten der hohen Staatsbeamten in die Kontore der Fabrikanten, der Großhändler, der Schiffsrheder, der Kapitalisten und Bankiers, in die Büros aller öffentlichen Beamten und Sachwalter, in die Wohnungen der Gutsbesitzer, vorzüglich aber in die Kammern der Landstände herabsteigen, mit einem Wort, sie muß Gemeingut aller Gebildeten in der Nation werden." Andererseits kennzeichnet es die damalige Zeit, wie zur Entlassung des der Bürokratie lästig gewordenen freisinnigen Denkers und praktischen Volkswirts List aus dem Staatsdienste die Tatsache dienen mußte, daß er die Geschäftsführung des neu gegründeten Vereins deutscher Kaufleute und Fabrikanten zum Zwecke der Förderung des Handels übernommen hatte. Das wurde als „demagogisch" angesehen. Friedrich List ist keineswegs ein Hochschutzzöllner gewesen, welches Wort allerdings stellenweise mißbraucht wird. Er war vor allem ein verständiger, praktischer Vertreter der nationalen Arbeit, wie schon der Titel seines Hauptwerks über das „nationale System der politischen Ökonomie" erkennen läßt. So ist es heutzutage möglich, daß nicht bloß Schutzzöllner, sondern auch Freihändler sich auf ihn berufen. List erklärte grundsätzlich: „Jede Überschreitung und Übereilung des Schutzes straft sich selbst durch Verminderung des eigenen Wohlstandes der Nation. Eine Nation, die aus dem Zustand der Schutzlosigkeit heraustritt, muß von geringen Zollsätzen ausgehen, die allmählich und nach einer bestimmten Stufenleiter steigen. Allzuhohe Einfuhrzölle, welche die ausländische Konkurrenz ausschließen, sind schädlich, weil dadurch der Wettstreit der Manufakturisten mit dem Ausland ausgeschlossen und die Gleichgiltigkeit genährt wird. Der Schutzzoll für einen einmal beschützten Industriezweig darf aber auch nie soweit fallen, daß derselbe durch fremde Konkurrenz in seinem Bestande gefährdet wird. Die Erhaltung des Stammes der Nationalindustrie muß unverbrüchlicher Grundsatz sein. Die fremde Mitbewerbung kann bloß zur Teilnahme an dem jährlichen Konsumtionszuwachs zugelassen werden." List suchte zugleich aus der Geschichte nachzuweisen, daß mit den Grundsätzen eines nationalen Zollsystems auch das Interesse der Landwirtschaft Hand in Hand gehe. „Harmonische Ausbildung der drei Faktoren der materiellen Nationalproduktion — der Landwirtschaft, der Gewerbe und des Handels — ist die Grundbedingung aller Prosperität bei großen und zivilisierten Nationen."

Auch äußerlich hat der Zollverein eine Brücke zum neuen deutschen Reiche gebildet. Nach Gründung des Norddeutschen Bundes, der ein einheitliches Zoll- und Handelsgebiet darstellte, erhielt der Zollverein in dem aus den Mitgliedern des Norddeutschen Bundes und Vertretern der süddeutschen Staaten zusammengesetzten Zollbundesrat und dem aus den Mitgliedern des Reichstags des Norddeutschen Bundes und aus Abgeordneten

der süddeutschen Staaten gebildeten Zollparlament staatsrechtliche Organe, welche die Gesetzgebung in den gemeinsamen Angelegenheiten des Zollvereins usw. auszuüben hatten; sie schufen das Zollvereinsgesetz vom 1. Juli 1869. Mit der Gründung des Deutschen Reichs ging der Zollverein im Reiche auf. Art. 33 der Reichsverfassung sagt: „Deutschland bildet ein Zoll- und Handelsgebiet, umgeben von gemeinschaftlicher Zollgrenze." Später wurden auch die Freihafengebiete Hamburg und Bremen eingeschlossen.

Es ist allbekannt, wie unmittelbar nach dem großen Kriege, der die politische Einigung Deutschlands vollendete, ein Zeitraum fieberhafter Tätigkeit eintrat, die in ungesunde Übertreibung und Spekulation ausartete. Zugleich hatte die herrschende Freihandelsströmung unsere Grenzen völlig geöffnet, die deutsche großenteils noch junge Industrie dem Wettbewerb der ausländischen, kräftigeren, namentlich der Englands, preisgegeben. So kam schnell der Rückschlag, der Krach, eine wirtschaftliche Krise, wie Deutschlands Industrie und Handel und damit unser ganzes Wirtschaftsleben sie seither nie wieder erlebt haben und hoffentlich nie mehr erleiden werden. Aber die Freihandelsidee war damals bei uns so mächtig geworden, daß trotz des augenscheinlich schweren Niederganges der Reichstag die Abschaffung auch der letzten deutschen Eisenzölle beschloß. Bei diesen Verhandlungen glaubte in der Reichstagssitzung vom 7. Dezember 1875 einer der Hauptführer der Freihändler, der Abg. Bamberger, behaupten zu können: „Niemand wagt mehr, uns heute das alte Lied vom Schutzzoll vorzutragen. Es ist ja auch nicht mehr möglich, es gibt keine Schule mehr, keine Lehrer, keine Doktrin in Deutschland wenigstens, die den Schutzzoll vertritt." Diese Verkündigung ex cathedra erwies sich allerdings nicht als unfehlbar.

Aus jener Zeit verdient ein Eingreifen Kaiser Wilhelms I. hervorgehoben zu werden, welches beweist, einen wie weiten Blick und welche warme Fürsorge der erste deutsche Kaiser auch auf dem ihm an sich ferner liegenden wirtschaftlichen Gebiet bewährte. Er schrieb den im Wortlaut folgenden Brief:

Gastein, den 22. Juli 1876.

An den Reichskanzler Fürsten von Bismarck.

„Bei der Kürze der Zeit in Würzburg konnte ich einen Gegenstand unserer inneren Verhältnisse nicht nochmals zur Sprache bringen, der mich trotz der Vorträge von p. Delbrück und Camphausen, noch ehe Sie im Herbste nach Berlin kamen, fortwährend beschäftigt und namentlich nach neueren Mitteilungen während meiner Anwesenheit am Rhein. Es ist dies das Darniederliegen unserer Eisenindustrie. In jenen Vorträgen wurde mir nachgewiesen, daß unser Eisenexport noch immer den Import übersteigt. Ich erwiderte, woher es denn aber komme, daß ein Eisenfabrikationsunternehmen nach dem andern seine Öfen ausblase, seine Arbeiter entlasse, die herumlungerten, und daß diejenigen, welche noch fortarbeiteten, dies nur mit Schaden täten, also nichts verdienten, bis auch sie die Arbeit würden einstellen müssen. Geantwortet wurde mir: Ja, das sei begründet, indessen bei solchen allgemeinen Kalamitäten müßten einzelne zugrunde gehen, das sei nicht zu ändern, und wir ständen darin immer noch besser als andere Länder (Belgien). Ist das eine staatsweise Auffassung? So steht leider diese Angelegenheit schon seit den letzten Jahren. Nun soll aber vom 1. Januar 1877 an der Eisenimport nach Deutschland ganz zollfrei stattfinden, während Frankreich eine Prämie auf seine Eisenausfuhr nach Deutschland einführt! Das sind doch so schlagende Sätze, die nur die Folge haben können, daß unsere Eisenindustrie auch in ihren letzten Resten ruiniert werden muß! Ich verlange keineswegs ein Aufgeben des gepriesenen Freihandelssystems, aber vor Zusammentritt des Reichstages muß ich verlangen, die Frage nochmals zu ventilieren, ‚ob das Gesetz wegen der zollfreien

Einfuhr des Eisens vom Auslande nach Deutschland nicht vorläufig auf ein Jahr verschoben werden muß?' Wenn Sie mit mir übereinstimmen, sehe ich Ihrem Bericht entgegen, was Sie anordnen werden. Ihr

Wilhelm.

Wie geht es Ihnen seit Würzburg?"

Sehr wesentlich trug zu der Umkehr unserer Wirtschaftspolitik nach schutzzöllnerischer Richtung die Tatsache bei, daß unter dem starken Wachsen des Getreideanbaus und -Exports seitens der Vereinigten Staaten von Nordamerika unsere heimische Landwirtschaft den amerikanischen Wettbewerb übel verspürte. So erfolgte eine Verständigung zwischen den landwirtschaftlichen und den industriellen Interessen. Ein persönliches Bindeglied bildete der Abgeordnete von Kardorff, dessen Schrift „Gegen den Strom" (den freihändlerischen) einen großen Erfolg erzielte und auf dessen Anregung 1876 der „Zentralverband deutscher Industrieller zur Förderung und Wahrung nationaler Arbeit" gegründet ward. Diese damals einzige private große Vertretungskörperschaft aus der deutschen Industrie sah zunächst ihre Aufgabe vornehmlich in der Herstellung mäßiger Schutzzölle. Die Delegiertenversammlung des Zentralverbandes erklärte im Februar 1879 ausdrücklich, daß sie „vom Standpunkt einer geschützten nationalen Industrie und Gewerbetätigkeit aus gegen den entsprechenden Schutz der Landwirtschaft, also auch gegen einen mäßigen Getreide- und Viehzoll nichts zu erinnern finde." Auf dem unmittelbar darauf folgenden Kongreß der Landwirte gab der auf Einladung erschienene Vorsitzende des Zentralverbands deutscher Industrieller, Geheimer Kommerzienrat Schwartzkopff, die Parole aus: Wir müssen auf die gemeinschaftliche Fahne, die uns voranschwebt, die Worte schreiben: „Arbeit und ihr Schutz für die Nation"; namens der Landwirtschaft erwiderte Freiherr von Mirbach-Sorquitten: das Entgegenkommen der Industrie enthalte ein vollständig klares, unverbrüchliches Bündnis und die Landwirtschaft nehme dankbar die ihr gereichte Hand an. Es mag hier eingefügt sein, daß noch kurz vor seinem Tode Fürst Bismarck am 5. März 1898 einen „wirtschaftlichen Wahlaufruf" unterzeichnete, der den friedlichen Ausgleich der heimischen Interessen predigte und in dem es hieß: „Die Vertreter von Industrie, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe müssen sich vereinigen, innerhalb der einzelnen politischen Parteien nur für solche Kandidaten einzutreten, welche fest auf dem altbewährten Programm des Schutzes der nationalen Arbeit und gleichmäßiger Berücksichtigung aller Zweige des Erwerbslebens stehen."

An die alten Vorgänge ist zu erinnern, weil sie grundlegend für unsere Wirtschaftspolitik geworden sind und bleiben müssen: Schutz der nationalen Arbeit unter gleicher Berücksichtigung aller Erwerbsstände. Wohl sind seither Übertreibungen nach einer oder der andern Seite vorgekommen, unter dem natürlichen Egoismus kam hier und dort der Gemeinsinn zu kurz, stellenweise gab es den erbittersten und heftigsten Kampf. Aber wie die Grundidee der nationalen Zusammengehörigkeit trotz allem gewahrt wird, bezeugt aus jüngster Zeit der Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie. Er ist als eine Art Gegenstück gegen den Bund der Landwirte aus einer elementaren Bewegung entstanden, weil bei der Reichsfinanzreform, wie in der Gesetzgebung und Wirtschaftspolitik überhaupt Handel und Gewerbe sich gegenüber agrarischen Interessen und Ansprüchen unbillig benachteiligt fühlten. Doch haben die leitenden Männer des Hansabundes von Anfang an und wiederholt erklärt, daß der Hansabund keineswegs die Landwirtschaft als solche bekämpfe, sondern ihr wie jedem Erwerbsstand durchaus gerecht werden wolle.

Im deutschen Reichstag hat seit 1879 eine, mit der Zeit weiter angewachsene schutzzöllnerische Mehrheit bestanden. Zur Entstehungsgeschichte unserer deutschen Politik der nationalen Arbeit aber mag hier noch daran erinnert werden, wie sich grundsätzlich Fürst Bismarck bei der Generaldebatte über die Zolltarifvorlage am 2. Mai 1879 aussließ. Er betonte, daß die derzeitige Veranlagung unserer indirekten Steuern der einheimischen vaterländischen Arbeit und Produktion nicht das Maß von

Schutz gewähre, das ihr gewährt werden könne, ohne die allgemeinen Interessen zu gefährden, und fuhr fort:

„Ich lasse mich hier auf einen Streit zwischen Schutzzoll und Freihandel überhaupt nicht ein. Bisher sind wir noch alle Schutzzöllner gewesen, auch die größten Freihändler, die unter uns sind; denn keiner hat bisher noch unter den heute zu Recht bestehenden Tarif gehen wollen, und dieser ist noch immer ein mäßig schutzzöllnerischer (Sehr richtig! links), und mäßig schutzzöllnerisch ist auch die Vorlage, die wir Ihnen machen. Wir verlangen einen mäßigen Schutz der einheimischen Arbeit. Wir sind weit entfernt von irgend einem System der Prohibition, wie es noch in den weiten Nachbarländern und bei unserem Hauptabnehmer Amerika besteht.... Es ist kein tendenziöser Schutztarif, den wir Ihnen vorschlagen, auch kein prohibitiver; es ist nicht einmal die volle Rückkehr zu dem Maß von Schutzzoll, welches wir im Jahre 1864 besaßen... Wir sind bisher durch die weitgeöffneten Tore unserer Einfuhr die Ablagerungsstätte aller Überproduktion des Auslands geworden (Sehr richtig! rechts)... Wenn die Gefahr des Schutzzolls so groß wäre, wie sie von den begeisterten Freihandelsanhängern geschildert wird, müßte Frankreich längst, seit Colbert ein ruiniertes, ein verarmtes Land sein, nach den Theorien, nach denen es lebt.... Nach meinem Gefühl sind wir, seit wir unsere Tarife heruntergesetzt haben — eine Schuld, von der ich, wie gesagt, mich gar nicht eximiere — in einem Verblutungsprozeß begriffen, der durch die verrufenen Milliarden um ein paar Jahre aufgehalten ist, der ohne diese Milliarden aber wahrscheinlich schon vor fünf Jahren so weit gekommen wäre, wie heute."

Nach heftigen Kämpfen nahm am 12. Juli 1879 der Reichstag den Zolltarif und das Zolltarifgesetz endgültig mit 217 gegen 117 Stimmen an. Dafür stimmten die Konservativen, die Reichspartei, das Zentrum und 15 Nationalliberale, welche wegen dieser ihrer schutzzöllnerischen Haltung aus der noch weit vorwiegend freihändlerischen nationalliberalen Partei austreten mußten. Ja, die Schutzzöllnerei wurde damals von den Gegnern noch ungefähr so hingestellt, als wäre sie selbst eines gemäßigten Liberalismus unwürdig. Und doch ist in Deutschland der Freihandel weder erfunden worden, noch hat er lange bei uns geherrscht. Ein eigentlich freihändlerischer Zeitraum, den Bismarck übrigens auch noch als gemäßigt schutzzöllnerisch in Anspruch nahm, bestand nur von 1865 bis 1879. Wie in anderen Ländern vor- und nachher das Schutzzollsystem viel ärger betrieben worden als in Deutschland, diese Weisheit kann man in jedem Konversationslexikon finden; z. B. Brockhaus, Auflage 14, Band 16, Seite 1001: „So entstanden neben den Finanzzöllen die sogen. Schutzzölle, und unter der Herrschaft des Merkantilsystems gelangten diese zu immer größerer Bedeutung. Am strengsten brachte sie Colbert in den Tarifen von 1664 und 1667 zur Anwendung . . . Bald jedoch artete das Schutzzollsystem in Frankreich wie in den meisten andern Ländern, namentlich auch in England, in ein Prohibitivsystem aus. Auch Getreide und andere notwendige Lebensmittel wurden mit Schutzzöllen belegt, und in England 1815 sogar die Einfuhr von Weizen, sobald der Preis unter 80 Schilling für die Quarter stände, gänzlich verboten. Im Deutschen Reich sind die Finanzzölle weniger entwickelt als in Frankreich und England. In Österreich und Ungarn trat 1851 an die Stelle des Prohibitivsystems ein Hochschutzzollsystem, das in der Folge durch Handelsverträge gemildert wurde... In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist nach manchen Wandlungen ein Hochschutzzollsystem zur Herrschaft gelangt" usw. Es mag hier ein, allerdings besonders starkes Beispiel erwähnt sein. In einem „Konkurrenz-Manöver" betitelten Aufsatz besprach die „Frankf. Zeitung" vom 13. August 1910 die amerikanischen Machenschaften zur Unterdrückung der deutschen Fabrikation von Registrierkassen. Dabei bezeichnete das genannte Blatt als interessant auch die Zollverhältnisse, welche das Monopolstreben der betreffenden amerikanischen Gesellschaft unterstützten: Es beträgt nämlich der Zoll auf eine Registrierkasse, im Wert von 1300 Mark und im Gewicht von 100 Kilo, von Deutschland nach Amerika 585 Mark, von Amerika nach Deutschland 60 Mark.

Mit alledem soll einem weitgehenden Schutzzollsystem durchaus nicht unter allen Umständen das Wort geredet werden, sondern nur einem angemessenen Schutz der nationalen Arbeit. Inwieweit solcher angemessen, hängt sehr von den Umständen und Anschauungen ab. Im Jahre 1879, als ein deutscher Getreidezoll von 1 Mk. für den Doppelzentner Weizen und Roggen unter dem lebhaftesten Widerstande wegen der Brotverteuerung eingeführt wurde, soll Fürst Bismarck gelegentlich geäußert haben: Selbst der verrückteste Agrarier werde keinen Getreidezoll von 3 Mk. beanspruchen. Tatsächlich wurde, unter dem schnell wachsenden Druck des amerikanischen Wettbewerbs der deutsche Zoll auf Weizen und Roggen schon im Jahre 1884 auf 3 Mk. und 1887 auf 5 Mk. erhöht. Trotz dieser an sich hohen Zölle ist der Getreidepreis im Ganzen nicht höher gestiegen als er bereits vor 30 und 40 Jahren vor der Schaffung von Getreidezöllen in Deutschland stand.

Während Frankreich Anfang 1892 seinen gesamten Zolltarif wesentlich hinaufsetzte und unter Abweisung aller Handelsverträge sich handelspolitisch möglichst abschließen wollte, gebührt Deutschland das Verdienst, solche Übertreibungen nicht nur nicht mitgemacht, sondern direkt bekämpft zu haben. Das Deutsche Reich wurde unter der Kanzlerschaft Caprivis sogar der Vorkämpfer von Handelsverträgen, von freierem Weltverkehr; schwer erfüllbare Ideen von einer mitteleuropäischen Zollgemeinschaft gegen Amerika oder England tauchten auf. Vor dem Abschluß der Caprivischen Handelsverträge mit Österreich-Ungarn, Italien, Belgien, Schweiz, Rußland usw., war der deutsche Zolltarif nicht erhöht worden, während andere Staaten ihre Zölle, wenigstens als Rüstzeug und zur Handelsschaft bei den Verträgen gesteigert hatten. Ja, das Hauptmerkmerkzeichen unserer Handelsverträge von 1892 war die Herabsetzung der Getreidezölle von 5 Mk. auf $3^1/_2$ Mk., eine Maßregel, die sich allerdings später als zweischneidig erwies. Aus der deutschen Landwirtschaft erhob sich ein bis zur Erbitterung gesteigerter Widerstand gegen die neuen Verträge, welche zweifellos der Industrie und dem Handel günstiger sich erwiesen als der Landwirtschaft. Es folgte die Gründung und die Agitation des Bundes der Landwirte. So kam es umgekehrt, daß der im Dezember 1902 unter schärfster Obstruktion der Sozialdemokraten und unter dem härtesten Widerstand der Freisinnigen vom Reichstag genehmigte Zolltarif und die auf Grund desselben abgeschlossenen Handelsverträge von 1906 die Landwirtschaft auf Kosten von Gewerbe und Handel günstiger stellten. Die Getreidezölle wurden auf ein noch etwas höheres Maß als vor 1892 gebracht, Weizen $5^1/_2$ Mk., Roggen 5 Mk. für den Doppelzentner; dazu fand eine noch empfindlichere Steigerung der Fleisch- und Viehzölle statt. Wegen der hieraus drohenden weiteren Verteuerung der notwendigen Nahrungsmittel wurden vielfach Bedenken und Verwahrungen erhoben; auch der starke Teil der deutschen Industrie, welcher wie früher ein Zusammengehen mit der Landwirtschaft und eine bessere Berücksichtigung dieser befürwortet hatte, glaubte schließlich bei den Handelsverträgen den nach seiner Ansicht übertriebenen landwirtschaftlichen Bevorzugungen entgegentreten zu sollen. Immerhin ist eins unbestreitbar: Der vermehrte Schutz der nationalen Arbeit in der Landwirtschaft hat die Lage der letzteren, in Verbindung mit ein paar guten Ernten, erheblich verbessert. Und diese Hebung kam indirekt Gewerbe und Handel mit zugute, für welche der heimische Markt stets die Hauptsache bleibt. Seither ist eine neue Bewegung im Gange, die bei den künftigen Handelsverträgen — welche zumeist erst für 1917 zu erneuern sind — wieder Gewerbe und Handel besser berücksichtigt wissen will.

Der Schutz der nationalen Arbeit durch Zollschranken wird zweifellos noch auf absehbare Zeit die Parole bleiben. Ja, das Schutzzollsystem macht unbestreitbar Fortschritte über die ganze Erde, und es scheint nur eine Frage der Zeit, wann selbst das moderne Musterland des Freihandels, England, zum Schutzzoll übergehen wird. Bei den letzten englischen Wahlen stand dieser Umschwung schon stark in Frage. Die Regelung des Wirtschaftslebens vollzieht sich eben doch nach den wirklichen Bedürfnissen, nicht nach Theorien, und mit der internationalen Brüderlichkeit ist es, trotz aller modernen Kulturfortschritte, noch nicht weit her. Jeder ist sich selbst der Nächste.

Jedenfalls ist, seitdem mit dem Umschwung unserer Zoll- und Handelspolitik von 1879 der Schutz der nationalen Arbeit im Deutschen Reiche Richtschnur geworden, unser Erwerbsleben im Ganzen außerordentlich aufgeblüht, die deutsche Industrie und der deutsche Handel haben England den Weltmarkt mit wachsendem Erfolg streitig gemacht, der Nationalwohlstand ist höchst erfreulich gesteigert. Gewiß ist nicht absolut zu erweisen, daß oder in wieweit dieser großartige Aufschwung dem Schutzzollsystem, dem Schutz der nationalen Arbeit zu danken; aber die Tatsache legt ohnedies genügend Zeugnis dafür ab, daß wir uns in der Regelung unserer Wirtschaftspolitik im großen Ganzen auf richtigem Wege befanden.

Indessen zeitigt das Wirtschaftsleben, zumal unter so mannigfaltiger, kräftiger Entwickelung wie das deutsche, doch wechselnde Verhältnisse und Bedürfnisse. In der deutschen Entwickelung, die vom Agrarstaat zur Richtung eines Industriestaats geht — hoffentlich aber nie allzu einseitig diese Bahn weiter durchmessen wird, wie es in England geschehen — ist uns die Ausfuhr einer großen Teils unserer Industrieerzeugnisse durchaus notwendig. Und dieser Absatz auf dem Weltmarkt wird immer mehr erschwert, je stärker alle Länder sich mit Zollschranken umgeben, sich durch Schutz ihrer nationalen Arbeit mit Erfolg eine eigene Industrie großzuziehen oder die schon lebenskräftig vorhandene noch zu fördern suchen. Das Ideal wäre ja, einerseits Sicherung des heimischen Markts durch entsprechend hohe Zölle, andererseits offenes Absatzgebiet in andern Ländern. Aber auch ein solches einseitiges Ideal ist heutzutage eben nur ein Traum, mit dem gar nicht gerechnet werden darf. Das Schutzzollsystem ist, wennschon unentbehrlich, doch zweischneidig. Mit Recht verlangt die auf die Ausfuhr, auf den Weltmarkt angewiesene deutsche Industrie — und das ist ein sehr großer, wichtiger Teil — daß ihr nicht durch die heimische Wirtschaftspolitik ihre Lebensbedingungen ungebührlich erschwert werden. Die Herstellungskosten wachsen dauernd, die Rohstoffe sind großenteils wesentlich im Preise verteuert, die sozialen Lasten drücken, die Löhne steigen und müssen besonders infolge der höhern Lebensmittelpreise, die wiederum mit den Eingangszöllen zusammenhängen, Aufbesserungen erfahren. So ist es sehr wohl begreiflich, daß besonders im Lager derjenigen Industriezweige, welche Rohstoffe und Halbfabrikate weiterverarbeiten und Fertigfabrikate herstellen, der Schutzzoll überhaupt, im Ausland wie bei uns ungern gesehen oder gar scharf angegriffen wird. Man beachtet indes kaum genügend, daß, selbst wenn wir in Deutschland mit der größeren Öffnung unserer Tore für den Weltwettbewerb, mit der Ermäßigung oder Aufhebung unserer Zölle vorangehen wollten, damit noch keineswegs die Nachfolge des guten Beispiels für die andern Nationen gegeben wäre. Das Gegenteil ist durchaus wahrscheinlich: der deutsche Markt würde wieder der Tummelplatz, die Abladestätte für die andern ausfuhrbedürftigen Staaten werden, diese aber würden gar nicht daran denken, ihrerseits den gewonnenen Vorteil dadurch preiszugeben, daß sie die deutsche Ware bei sich in gleicher Weise ungehindert zulassen. Immerhin muß auch für unsere Exportindustrie genügend Fürsorge getroffen werden, nur ist der Weg schwierig. Schutzzölle sollten eigentlich nur zum Ausgleich der Herstellungskosten bei uns mit denjenigen im Auslande dienen. Einen gedeihlichen, allen Interessen gebührend Rechnung tragenden Mittelweg zu finden, das ist das Problem. Grundsätzlich sind ja, was den Wettbewerb im Inland angeht, unsere Zölle so gestaltet, daß sie je nach der Weiterverarbeitung steigen und für Fertigfabrikate am höchsten sind; notwendige Rohstoffe für die Industrie pflegt eine verständige Wirtschaftspolitik freizulassen, wie bei uns z. B. Kohlen, Baumwolle, Wolle, zollfrei bleiben. Aber das Ausland belegt natürlich gleichfalls die Fertigfabrikate mit entsprechend höherem Zoll; darin drückt sich wieder überall der Schutz der nationalen Arbeit aus. Und so bleibt für den Weltmarkt allgemein der fehlerhafte Kreisgang: die wirtschaftlich vorgeschrittenen Länder wollen den Überfluß ihrer Erzeugnisse möglichst exportieren, aber fremde Erzeugnisse, welche sie selbst herstellen können, von ihrem heimischem Gebiet möglichst fernhalten.

Auf diesem Wechselgebiet einen förderlichen oder wenigstens leidlichen Ausweg

und Ausgleich zu schaffen, sind die Handelsverträge berufen. Daß sie geschickt zum Nutzen des eigenen Landes, mindestens nicht zu seiner Benachteiligung abgeschlossen werden, ist für das heimische Erwerbsleben von größtem Interesse. In dieser Beziehung hat sich gerade in letzter Zeit wieder aus den Kreisen von Deutschlands Handel und Industrie eine Bewegung dahin geltend gemacht, wonach bei der Vorbereitung und dem Abschluß von Handelsverträgen Sachverständige aus Industrie und Handel selbst mehr herangezogen werden sollten als bisher, wo, wie man glaubt, etwas zu viel nur vom grünen Tisch aus gearbeitet worden ist. Im Jahre 1897 war durch Verfügung des Reichskanzlers „zum Zwecke der Vorbereitung und Begutachtung handelspolitischer Maßnahmen" ein „Wirtschaftlicher Ausschuß" gebildet, welcher sich aus Vertretern der Industrie, der Landwirtschaft und des Handels zusammensetzt. Er hat stellenweise gute Dienste geleistet, ist aber keineswegs bei allen Handelsverträgen zugezogen worden. Jetzt ist seitens der Regierung eine gewisse Erweiterung und bessere Nutzbarmachung in die Wege geleitet.

Auf diesem Wege kann den Wünschen und Bedürfnissen der Industrie noch mehr als bisher entgegengekommen werden. Immerhin ist nicht zu leugnen, daß innerhalb der Industrie selbst sachliche Meinungsverschiedenheiten und Interessengegensätze bestehen, welche schwer unter einen Hut zu bringen sind. Die glänzende Entwickelung der deutschen Industrie erfolgt besonders auch nach der Richtung der Weiterverarbeitung, der Verfeinerung. Dieser Prozeß war mit die Ursache, daß im Jahre 1896 der Bund der Industriellen gegründet wurde, der sich mehr der Interessen der sogen. leichten, weiter verarbeitenden und Fertigindustrie annehmen will, da seine Leiter glauben, daß in dem älteren Zentralverband deutscher Industrieller vorwiegend die sogen. schwere, Roh- oder Halbstoffindustrie, Eisen, Kohle usw. zur Vertretung gelange. Als ein wichtiger Faktor für die nationale Arbeit hat sich u. a. die sogen. Veredelungsindustrie ausgebildet, welche Roh- und Halbstoffe vom Ausland einführt, weiterbearbeitet oder als Gebrauchsware fertigstellt und danach wieder in das Ausland abführt. Ein solches Verfahren ist nicht selten nur dann lohnend, wenn die Rohstoffe, welche im Fabrikat wieder ausgeführt werden, zollfreie Zulassung genießen. Es wird sich fragen, ob in dieser Beziehung nicht in Zukunft weitere Zugeständnisse gemacht werden müssen und können. Allerdings dürften darunter wieder die das Roh- und Halbmaterial herstellenden heimischen Unternehmungen nicht ungebührlich leiden, indem der Grundsatz gewahrt wird: das ausländische Material nur dann zollfrei zuzulassen, wenn inländisches ähnlich zweckentsprechend und billig nicht zu haben ist.

Noch auf eins ist hinzuweisen: Deutschland als Weltmacht ist auch Kolonialmacht geworden. Anfänglich waren unsere Kolonien nur lose mit dem Mutterland verknüpft, und noch bis vor Kurzem galten in ihrer Verwaltung vielleicht zu fiskalische Grundsätze. So haben sie auch ihr eigenes Zollsystem, ihre Erzeugnisse werden im Mutterland ebenso verzollt, wie ausländische und umgekehrt. Es ist bezeichnend, daß jetzt, mit dem erwachten größern Interesse an unsern Kolonien, auch die Frage einer Zollgemeinschaft oder von Zollbegünstigungen mit unsern Kolonien neuerdings erörtert wird. England und Frankreich sind auf diesem Wege, die Kolonien nationaler an sich zu fesseln, vorangegangen.

Kartellwesen.

Bieten, wie wir in vorstehenden gesehen, die Zölle, d. h. die Erhebung von Abgaben bei der Einfuhr ausländischer Waren, deren Herstellung auch im Inlande betätigt wird, einen vom Staat eingerichteten Schutz der nationalen Arbeit dar, so müssen die einheimischen Erzeuger vor allem sich und ihre Arbeit selbst zu schützen suchen. Die Staatshilfe im Erwerbsleben, das Eingreifen der Gesamtheit, sollte überhaupt nach gesunden Grundsätzen nur da und solange erfolgen, wo der einzelne Erwerbstätige bzw. Gruppen solcher nicht genügend auf eigenen Füßen zu stehen, sich selbst zu schützen ver-

mögen. Werden der Gesellschaft, dem Staat dauernd die Geschäfte der Regelung überwiesen, kann und muß sich der Arbeiter oder Unternehmer überall der staatlichen Regelung unterstellen, auf sie verlassen, so wird das notwendige Streben jedes einzelnen Teils beeinträchtigt; man rückt in den sozialistischen Staat ein. So sind auch die Schutzzölle ursprünglich und verständigerweise nur als Erziehungszölle, als ein vorübergehendes Hilfsmittel zur entsprechenden Kräftigung der vaterländischen Erzeugung gedacht. Sie können und dürfen den ausländischen Wettbewerb soweit fern halten, als es, namentlich auch zur Ausgleichung der Herstellungskosten mit den fremden Konkurrenten zum Bestand und Gedeihen der heimischen Gewerbe nötig oder ersprießlich ist. Zumal gegen übermäßigen Wettbewerb im Inland muß sich die nationale Arbeit selbst schützen. Wir dürfen schließlich nicht dahin gelangen, daß der Staat überall festsetzt, in welchem Umfange und wie die Güter in seinen Grenzen hergestellt und bezahlt werden sollen. Hier bieten das Mittel zu entsprechender privater Regelung Verabredungen und Vereinbarungen unter den inländischen Gewerbetreibenden selbst: die Konventionen, Kartelle, Syndikate. Wird eine Ware im Inland in übermäßiger Menge für den Inlandsbedarf erzeugt, so kann sie keine entsprechenden Preise erzielen, selbst wenn ein hoher Schutzzoll jede Einfuhr vom Auslande fernhält. Andererseits gewähren die Schutzzölle ein Mittel, heimische Vereinbarungen betreffs der Erzeugungsmenge und -Preise zu treffen und innezuhalten, weil ja bis zu einer gewissen Grenze der Zoll das Eindringen des dadurch verteuerten ausländischen Guts verhindert, und weil die Gesamtheit des betreffenden Erwerbszweiges, sagen wir kurz das Kartell, besser diese Grenzen zu bewachen und für ihre Einhaltung zu sorgen weiß. Bei der außerordentlich starken Entwickelung unserer deutschen Industrie im letzten Menschenalter litten viele Zweige an einer Zuvielerzeugung. Diese Überproduktion auf das richtige Maß einzuschränken, womit zugleich entsprechende Preise ermöglicht werden, das ist die Hauptaufgabe jener Zusammenschlüsse, welche je nach der Intensität ihrer Gestaltung Preisvereinbarungen, Konventionen, Kartelle, Syndikate oder auch Ringe und Trusts genannt werden.

Das Kartellwesen hat in Deutschland eine Ausbildung erfahren, wie kaum in einem anderen Staate. Es ist nicht an Schutzzölle gebunden — wie auch England Kartelle und ähnliche Einrichtungen aufweist — aber die Schutzzölle wirken doch wesentlich fördernd für derartige Verbände, geben stellenweise erst den rechten Boden zur entsprechenden Ausnutzung der Schutzzölle. Regellose Arbeit ist unwirtschaftlich; die Arbeit muß sich möglichst den gegebenen Verhältnissen und Bedürfnissen anpassen. Da und insoweit die Kartelle eine verständige Regelung und Ausnutzung anstreben, bilden sie für den Schutz der nationalen Arbeit einen wichtigen Faktor. Daß sie überhaupt in unserem gesamten Wirtschaftsleben eine sehr bedeutsame Rolle spielen, wird von Wissenschaft und Praxis, von Freund und Feind anerkannt. Sie sind zugleich eine der umstrittensten und am meisten angefeindeten Einrichtungen geworden. Auf der Mannheimer Versammlung des Vereins für Sozialpolitik im Jahre 1905, wo das Kartellwesen bezw. seine heutige Betätigung in Deutschland viel Anfechtung erfuhr, konnte doch zum Schluß der Vorsitzende Professor Rathgen-Heidelberg konstatieren: „Die Kartelle seien aufgefaßt worden als ein notwendiges Glied in der Kette der wirtschaftlichen Entwickelung. Prinzipiell habe dagegen ein einziger Redner Widerspruch erhoben, der die Kartelle ausschließlich als ein künstliches Produkt unserer wirtschaftlichen Gesetzgebung ansah; im ganzen sei man doch darauf hinaus gekommen, daß der Staat die Aufgabe habe, etwas dabei zu tun; die große Mehrzahl der Redner habe auf dem Standpunkt gestanden, daß der Staat nicht von oben her die Preise festsetzen könne; was die übrigen einzelnen Maßregeln anbetrifft, so sei im großen und ganzen immer nur Jeder für seinen Vorschlag eingetreten. Irgend eine allgemeine Harmonie konstatieren zu können in bezug auf einzelne Vorschläge, sei wohl ganz unmöglich."

Was auf diesem Gebiet die leitenden Regierungsmänner anlangt, so haben sich in früheren Jahren die preußischen Minister v. Miquel, v. Thielen, v. Budde u. A. gegenüber den großen Kartellen der Kohlen- und Eisenindustrie freundlich gestellt. Allge-

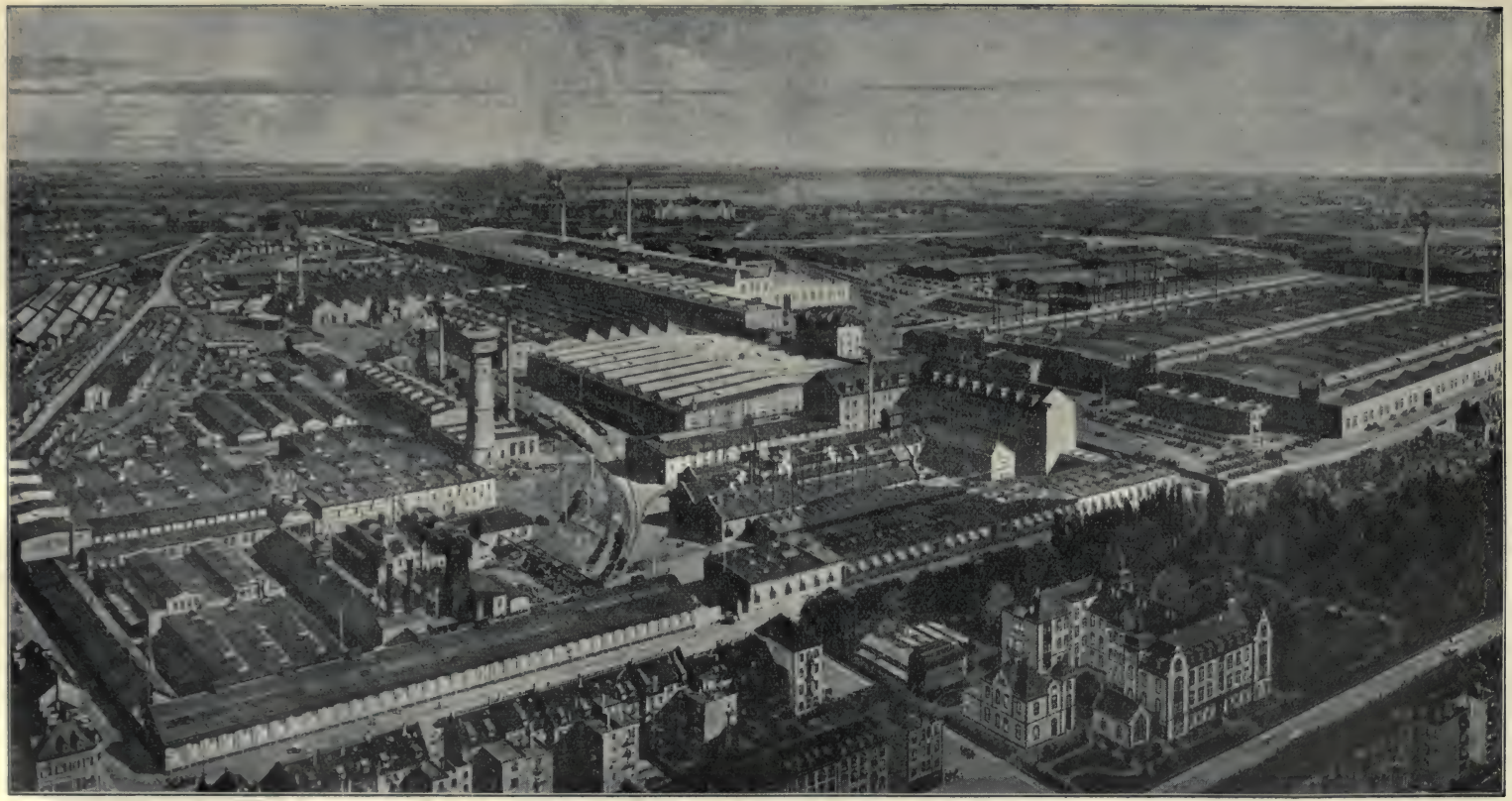
mein erklärte am 15. Februar 1906 der Staatssekretär des Innern, damaliger Minister für Handel und Gewerbe Herr Delbrück: Die Syndikate und Kartelle seien eine im Wirtschaftsleben nicht zu entbehrende und auch nicht auszuschaltende Einrichtung; sie gäben die Möglichkeit zur Regulierung der Produktion und der Preise und böten ein im höchsten Maße zu schätzendes Mittel, um die Konkurrenz auf dem Weltmarkt erfolgreich bestehen zu können. Er verkenne nicht, daß die Preispolitik, wie überhaupt das Syndikatswesen zu Mißständen und Gefahren führen könne, er stehe aber auf dem Standpunkt, daß zurzeit die Möglichkeit noch nicht gegeben sei, die Tätigkeit der Kartelle durch gesetzliche Eingriffe zu beschränken. Derselben Ansicht ist die Regierung noch heute, trotz wiederholten Anregungen und Forderungen des Reichstags, der auch in dieser Richtung, gemäß der vorherrschenden sozialen Strömung, eine weitgehende gesetzgeberische Einmischung und Regelung wünscht. Dagegen führte, bei einer der vielen Erörterungen, welche in unseren Parlamenten zu diesen Fragen stattgefunden, der jetzige Reichskanzler und damalige Staatssekretär des Innern Herr von Bethmann-Hollweg am 6. März 1908 im Reichstag aus: „Die Kartelle wachsen hervor aus der Gesamtheit unserer Produktionsbedingungen, sie sind in ihren Rechtsformen und in ihrer Geschäftstätigkeit durchaus voneinander verschieden, und diese Verschiedenheit rührt her von der Verschiedenheit der Technik, sie hängt ab von der Art des Bezuges von Rohstoffen, der Lage der Gesetzgebung u. a. m. Wollten wir für die Kartelle einheitliche Verwaltungsgrundsätze aufstellen, wollten wir versuchen, sie schematisch zu regeln, so würden wir, wie ich fürchte, ein aussichtsloses Unternehmen beginnen. Die Kartelle, die sich je nach unseren allgemeinen Produktionsbedingungen ändern, würden uns unausgesetzt aus der Hand schlüpfen". Betreffs des Hinweises auf die Auswüchse des amerikanischen Trustsystems bemerkte der Reichskanzler, daß man die amerikanischen Verhältnisse nicht ohne weiteres mit den deutschen vergleichen könne, die Grundlagen seien durchaus andere; dort strebe man betreffs der Trustprobleme eigentlich denjenigen Zustand an, den wir bei uns in Deutschland schon jetzt haben. Die wenig günstige Meinung, welche im Reichstag wie auch vorwiegend im deutschen Publikum gegenüber den Kartellen herrscht, und die gerade in letzter Zeit aus den Kreisen von Deutschlands Industrie und Handel soviel beklagte Tatsache ihrer eigenen ungenügenden Vertretung in den Parlamenten, besonders im Reichstag, spiegelt sich scharf wieder in den Worten, welche der Reichskanzler weiter in jener Sitzung vom 6. März 1908 sprach:

„Meine Herren, wie sind denn unsere großen Industrien, wie sind denn unsere Syndikate hier im Reichstag vertreten? Ist denn hier im Reichstag ein Herr, der bei dieser ganzen Debatte über das Kartellwesen bisher auch nur einmal von dem Standpunkt der Erwerbsgesellschaften aus die Angelegenheit darstellte? Die Sache verschiebt sich ja jetzt so — bisher wenigstens habe ich nur Angriffe gegen das gesamte Kartellwesen gehört — daß der Reichstag als Ankläger auftritt, während für Kartelle kein Mensch da ist, der die Verhältnisse darlegt; und wir vom Regierungstische gelten dann als die Verteidiger der Kartelle, weil wir diejenigen sind, die versuchen, in möglichst unbefangener und gerechter Weise die Verhältnisse gegeneinander abzuwägen, und dabei auf die Gesichtspunkte aufmerksam zu machen, auf Grund deren sich einem Eingreifen der Gesetzgebung gewisse Bedenken entgegenstellen."

Der Reichstag, in welchem verschiedene Parteien schon 1900/1901 die Regierung zum Einschreiten auf dem Kartellgebiet aufgefordert hatten, nahm dann am 11. März 1908 einen vom Zentrum herrührenden Antrag an, welcher die verbündeten Regierungen ersucht, „tunlichst bald dem Reichstag einen Gesetzentwurf betreffend Kartelle, Trusts und ähnliche Vereinigungen vorzulegen", und als Zielpunkte der Regelung empfiehlt: 1. Errichtung eines Reichskartellamts; 2. Festsetzung von Mindestvorschriften bezüglich der Satzungen, insbesondere betreffend die Zulassung von Schiedsgerichten; 3. Verpflichtung zur Anzeige der Errichtung und zur Einreichung der Satzungen beim Kartellamt; Führung eines Kartellregisters; 4. Aufsicht des Kartellamts über die Geschäftsführung mit dem Recht der Entsendung eines Kommissars zu

Aus deutschen Großbetrieben.

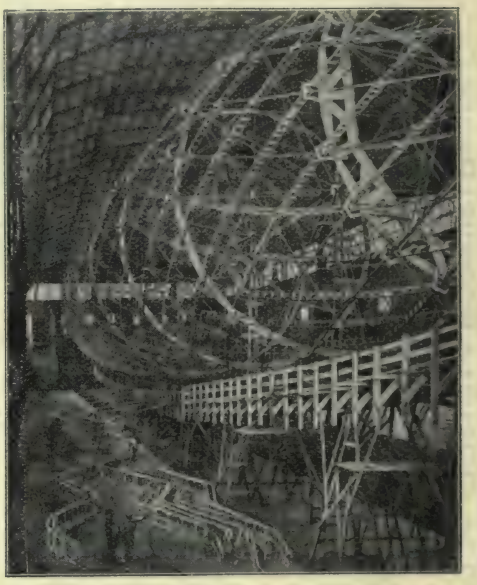
Heinrich Lanz in Mannheim.



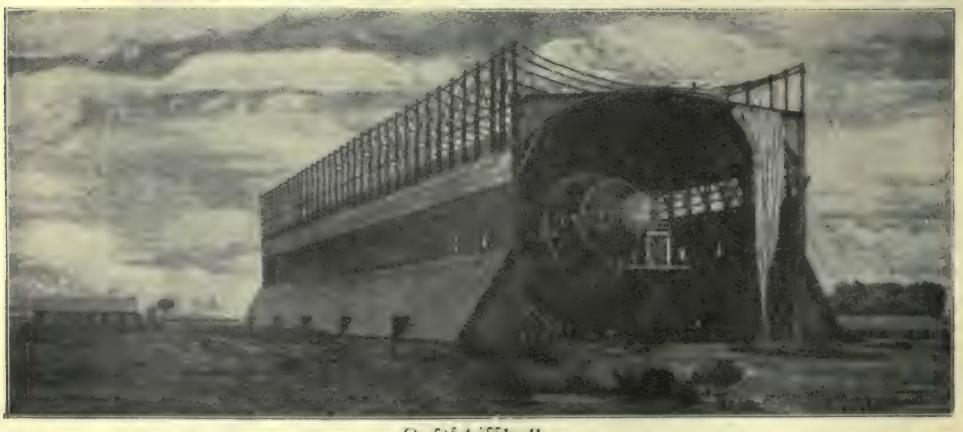
Maschinenfabrik für Landwirtschaft und Industrie.
Gesamtansicht.

Wellendreherei.

Luftschiffhalle im Bau.

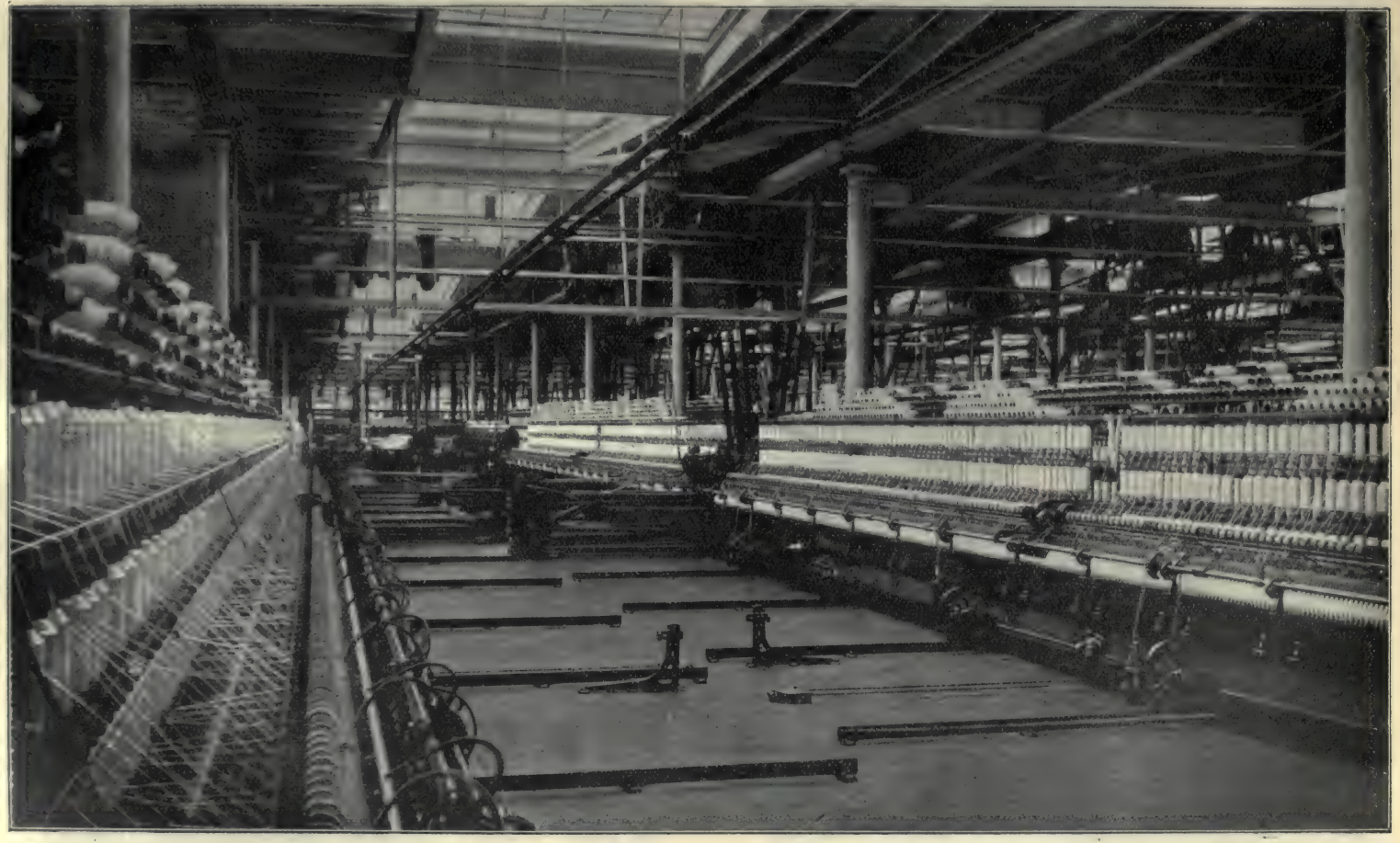


Holzgerippe des Luftschiffes im Aufbau.

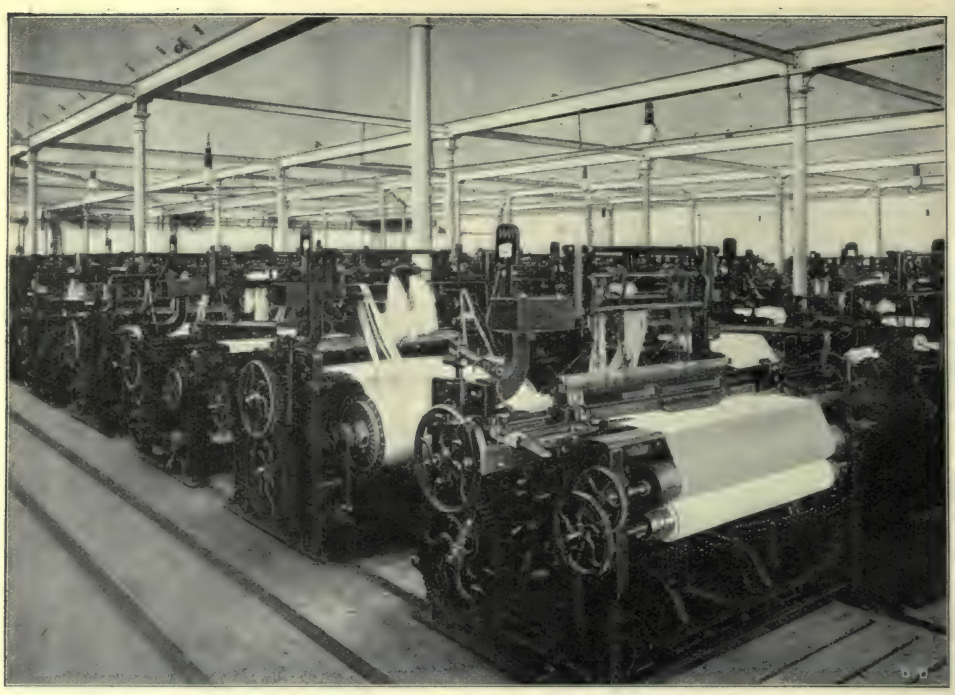


Luftschiffhalle.

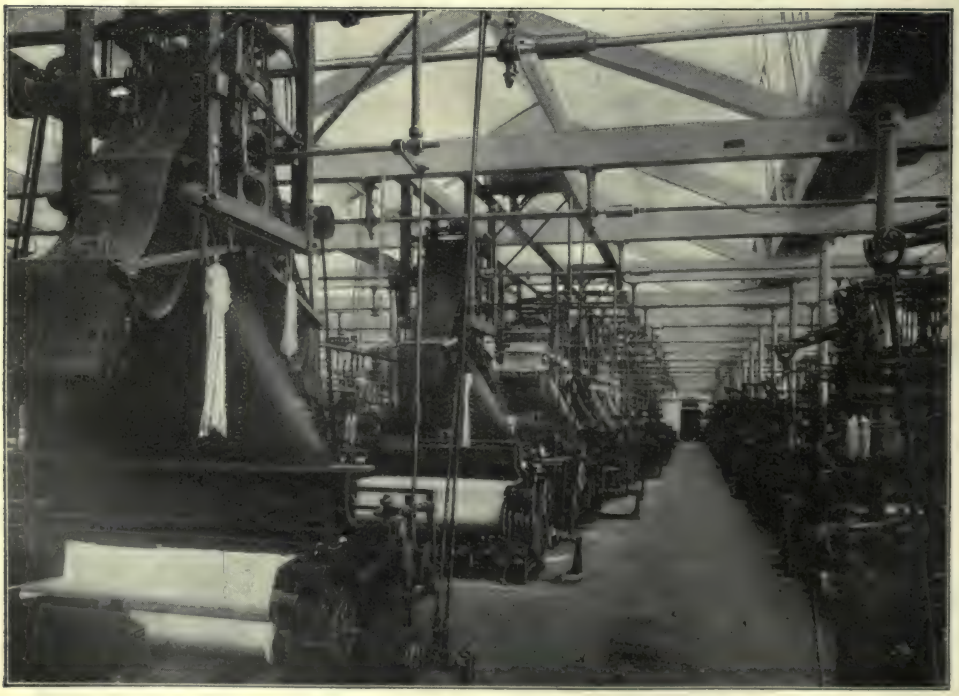
Mechanische Baumwoll-Spinnerei und Weberei in Bamberg.



Platt'sche Selfaktor-Spinnmaschine mit 1000 Spindeln.



Baumwollweberei mit Antrieb von unten.



Jacquard-Damast-Weberei.
Mechanische Baumwoll-Spinnerei und Weberei in Bamberg.

den Beratungen; Auskunftspflicht der Kartelle; 5. regelmäßige Veröffentlichungen des Kartellamtes; 6. Vorschlag von Maßnahmen, die gegenüber denjenigen Vereinigungen getroffen werden können, welche die Beanstandungen des Kartellamts nicht berücksichtigen.

Diesen Wünschen des Reichstags ist eine Folge bisher nicht gegeben worden. Eine etwas weitgehende Auffassung zeigen sie schon dadurch, daß sie Maßnahmen auch gegen „Trusts" verlangen, während wir solche in Deutschland tatsächlich kaum haben; warnende Stimmen gehen gewöhnlich nur soweit, daß wir bedenklich auf dem Wege zu einer Vertrustung nach amerikanischem Muster seien. Im großen Publikum herrschen überhaupt bezüglich der deutschen Kartellverhältnisse meist unklare Auffassungen, zu ungunsten unseres Kartellwesens. Einer der angesehensten wissenschaftlichen Bearbeiter, Professor Liefmann, der neuerdings eingehende Studien zur Sache in Amerika gemacht, sagt treffend: Welche Hausfrau hätte noch nicht, als sie sich beim Einkauf darüber wunderte, daß der Zucker oder Spiritus wieder teurer geworden, vom Kaufmann die Antwort erhalten: „Ja, das Zucker- oder das Spirituskartell hat seit vorigem Monat die Preise erhöht!" Wer hätte noch nicht über die hohen Kohlenpreise geklagt und dann vom Händler die Antwort bekommen: „Das Kohlensyndikat will eben mit den Preisen durchaus nicht hinabgehen, und es beschränkt auch uns Händlern unseren Verdienst auf das äußerste." Jeder habe auch schon in den Städten die eisernen Tonnenwagen der deutsch-amerikanischen Petroleumgesellschaft herumfahren sehen und erfahren, daß das Petroleum so teuer sei, weil der große amerikanische Petroleumtrust den Hauptteil der Weltproduktion an diesem immer noch unentbehrlichen Leuchtmittel „kontrolliere". So seien es zumeist keine angenehmen Empfindungen, unter denen das große Publikum mit den Kartellen die erste Bekanntschaft macht, denn sie erfolge immer in dem Augenblick, wo man mehr bezahlen solle, als man gern möchte. Im Sprachgebrauch des gewöhnlichen Lebens würden die Bezeichnungen Kartelle, Ringe, Trusts, Syndikate gleichbedeutend, und zwar alle mit möglichst unbestimmter Bedeutung gebraucht. Nicht selten sei es ihm, Liefmann, vorgekommen, daß, wenn er auf die Frage nach seinem wissenschaftlichen Spezialgebiet erwiderte: die Kartelle, der Fragesteller ausrief: Ah, Sie meinen die Trusts; „dies, obwohl die deutschen Kartelle viel älter sind als die amerikanischen Trusts und es eigentlich Trusts in Deutschland fast gar nicht gibt". Liefmann ist der Ansicht, daß wir in dieser Beziehung auch nicht zu amerikanischen Zuständen kommen werden.

Das Wort Trust stammt vom englischen trustee, Treuhänder, der etwas in Verwahrung nimmt. Die amerikanischen Trusts sind kurz gesagt Zusammenfassungen verschiedener Unternehmungen in einer Hand. Sie brauchen nicht demselben Industriezweige anzugehören; ja es ist sogar bei den großen Trusts, dem Petroleum-, dem Stahltrust usw. für ihre Ausdehnung und Macht wesentlich und bezeichnend geworden, daß sie möglichst alles, was zu ihrem Betrieb und Verkauf gehört, selber besitzen und ausbeuten: Kohlen, Eisenbahnen usw. Wie auch von deutschen maßgebenden Regierungsstellen anerkannt worden, beruhen die Übelstände im amerikanischen Trustwesen vornehmlich darauf, daß diese großen Erwerbsgesellschaften mit Eisenbahnen verknüpft sind, und daß sie eine ungeheure politische Macht repräsentieren. Es ist ja bekannt, wie zumal der Senat in Washington von den Trust-Magnaten beherrscht wird. Vermögen die Trusts in Amerika die, für die Herstellungskosten bzw. Verkaufspreise so überaus wichtigen Eisenbahntarife vielfach nach ihrem Willen zu gestalten und auszubeuten, so bilden, wie von Wissenschaft und Praxis allgemein hervorgehoben wird, bei uns die Tarife der in den Händen des Staats befindlichen Eisenbahnen ein sehr bedeutendes Machtmittel gegen die Kartelle und ähnliche Zusammenschlüsse. Tatsächlich wurde vor einigen Jahren während der Höhe der Kohlenteuerung und der Klagen gegen die Kohlensyndikate die Verallgemeinerung der billigen Einfuhrtarife auf die ganze ausländische Kohleneinfuhr und die Aufhebung gewisser billiger Ausfuhrtarife als ein Abwehrmittel gegen die Kohlensyndikate verwendet. Im übrigen liegen die Verhältnisse aller Art in den Vereinigten

Staaten so sehr anders als bei uns, die politischen Anschauungen und Einrichtungen, die kaufmännischen Geschäfts- und Moralbegriffe sind so verschieden, daß man Vergleiche und Schlußfolgerungen auch auf dem Kartellgebiet nur mit großer Vorsicht ziehen darf. Die Entwickelung in der Richtung, zur Verbilligung der Herstellungskosten möglichst alles von den Rohstoffen bis zum Fertigfabrikat in einem großen Betriebe mit großer Kapitalmacht herzustellen und die Fabrikationsprogramme aufeinander abzustimmen, die zweifellos eine innere Berechtigung hat, geht allerdings durch die ganze Welt und ist gleichfalls bei uns in der Industrie, im Bankwesen und im Handel im Wachsen. So bilden sich bei uns große Einzelunternehmen, die untereinander wieder Abmachungen treffen oder andere Unternehmen „kontrollieren", es werden „Interessengemeinschaften" errichtet und dergl. Die Mitglieder des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats und des Stahlwerksverbandes z. B. sind zum Teil dieselben; auch sonst gehören viele Werke nicht bloß einem, sondern mehreren oder einer ganzen Reihe von Kartellen an.

Daß diese Lage ihre Gefahren und Mißstände bietet, ist unleugbar. Nicht selten haben Kartelle und Syndikate in ihrer Preispolitik nicht Maß gehalten, auch mehr als zulässig Zwang ausgeübt. Ohne einen gewissen Zwang, ohne ein gewisses Aufgeben der Willens- und Verfügungstätigkeit des einzelnen ist allerdings keine Vereinbarung, keine Gesellschaft, kein Zusammenleben auch nur zweier Menschen möglich. Unter dem harten Wirtschaftskampf und dem natürlichen Egoismus, dem Streben nach Verdienst tut es der gute Wille allein um so weniger; es sind fest umschriebene Verträge und scharf wirkende Zwangsmittel nötig. Nach üblen Erfahrungen sind Sachkenner und Beteiligte vielfach zu der Überzeugung gelangt, daß namentlich in wenig konzentrierten Industrien mit vielen mittleren und kleinen Unternehmungen lose Zusammenschlüsse und Verabredungen ungenügend wirken. Auf einer allgemeinen Kartellversammlung im Herbst 1909 wurde etwas bitter von dem großen und dem kleinen Ehrenwort geredet, die manchmal gehalten werden, manchmal auch nicht. Immerhin hat auch die unterste Stufe im Kartellwesen, eine einfache Vereinbarung wegen Verkaufs- und Zahlungsbedingungen und dergl., das sogen. Konditionskartell, schon erheblichen Nutzen geschaffen. Erzieherisch wollen ja schon die Verbände, die ohne wirtschaftliche Abmachungen nur die allgemeinen, gemeinsamen Interessen ihres besonderen Gewerbes wahrnehmen, wirken; ihrerseits werden dann häufig gewisse Preisvereinbarungen, Mindestpreise angestrebt. Weiterhin kommt man vielleicht zu einer „Kontingentierung", d. h. bestimmten Abmachungen bezüglich einer Einschränkung der Erzeugung. Zu einem wirksamen Kartell gehören meistens die beiden Bedingungen: Regelung der Erzeugung und Regelung der Preise, die ja innerlich zusammenhängen. Die straffste und wirksamste Zusammenfassung ergibt das Syndikat mit gemeinsamer Verkaufsstelle, welcher sämtliche Mitglieder ihre kontingentierte Erzeugung zum Verkauf abgeben müssen. Im übrigen bleiben auch bei dieser höchsten deutschen Kartellstufe die einzelnen Unternehmungen selbständig, während sie bei dem amerikanischen Trust in einer Einheitsleitung aufgehen. Genau ausgearbeitete Satzungen stellen die Verbindlichkeiten und Pflichten der Kartell- und Syndikatsmitglieder und die Betätigung nach außen fest; zur Einhaltung der oft recht hohen Vertragsstrafen werden gewöhnlich Solawechsel hinterlegt. Bei den Kämpfen im Kalisyndikat wurde gegen ein Mitglied eine Vertragsstrafe von 300 000 Mk. verhängt und mittels der hinterlegten Wechsel durchgeführt.

Kartelle sind „Kinder der Not" genannt worden. Wenn der ungeregelte Wettkampf mit Zuvielerzeugung alle schädigt, dann müssen sie wohl oder übel gemeinsam auf Abhilfe bedacht sein. Deshalb wird, trotz unendlich viel gescheiterter Versuche und trotz mancher Zusammenbrüche von Kartellen immer wieder von neuem ihre Bildung angestrebt. Das Reichsamt des Innern, welches auf Anregung des Reichstags eine sehr eingehende „Kartellenquete" veranstaltet und deren Ergebnisse in einer umfangreichen Denkschrift veröffentlicht hat, zählte im Jahre 1905 bereits gegen 400 ihm be-

kannt gewordene Kartelle auf. Jetzt dürften deren wohl 500 bis 600 bestehen, wobei allerdings eine Begriffsgrenze und eine Abscheidung loser, kaum als Kartelle anzusprechender Verabredungen schwer vorzunehmen ist. Eine Anzahl von Kartellen sucht möglichst in Verborgenheit zu bleiben, während die Mehrzahl dem berechtigten Wunsch nach Öffentlichkeit ziemlich Rechnung trägt. Diejenigen Kartelle, welche der Gesamtheit der Bevölkerung nötige Stoffe liefern, stehen naturgemäß auch am weitesten unter dem allgemeinen Interesse und der allgemeinen Kritik. Da sind vor allem die Kohlensyndikate zu nennen. Es gibt deren für Steinkohle verschiedene, im Westen und in Schlesien, für Braunkohlen beinahe ein Dutzend. Gewöhnlich aber beschäftigt sich die öffentliche Aufmerksamkeit nur mit dem weitaus größten, dem rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat, das kurz als das Kohlensyndikat angeführt und als Gegenstand des meisten Grolls behandelt zu werden pflegt. Es war recht eigentlich ein „Kind der Not". Die Kohlenindustrie, zumal in Rheinland-Westfalen, war vor etwa 20 Jahren durch riesige Zuvielerzeugung unrentabel, viele Unternehmungen waren an den Rand des Ruins gebracht worden. Da erfolgte 1893 der Zusammenschluß mit Einschränkung der Erzeugung, Preisfestsetzung, Verteilung der Absatzgebiete usw., so daß für die deutschen Kohlenschätze eine verständigere und lohnendere Ausbeutung ermöglicht wurde. Freilich empfindet es die ganze übrige Industrie unangenehm, ebenso der Hausbedarf aller Familien, wenn sie Kohlen teurer zahlen müssen. Hier wie überall muß der Grundsatz gelten: leben und leben lassen. Zweifellos hat das Kohlensyndikat preisregelnd insofern Gutes gewirkt, als es die Preise dauernd in mittlerer Höhe hielt, in Zeiten der allgemeinen Geschäftsanspannung und Überspekulation die Preise nicht so hoch schraubte, wie es ihm wohl möglich gewesen wäre und wie sie z. B. in England noch vor einigen Jahren bezahlt werden mußten. Andererseits mag und kann die Industrie in schlechten Zeiten, während ihre eigenen Erzeugnisse bedeutend billiger abgegeben werden müssen, nicht leicht dieselben oder nur wenig ermäßigte Kohlenpreise zahlen. Das Kohlensyndikat hat selber durch Änderung gewisser Bestimmungen zugegeben, daß stellenweise die Zügel zu straff angezogen worden sind. Übrigens sind die Preise der staatlichen Zechen im ganzen mindestens ebenso hoch oder noch höher gewesen. Einigermaßen ausgleichend wirkt der zollfreie Eingang ausländischer Kohlen, soweit sie nicht durch die Eisenbahnfracht auf weite Entfernung zu sehr verteuert werden. In Berlin z. B. wird unter Benutzung des billigen Wasserwegs mehr englische Gaskohle verbraucht als deutsche.

Ferner fällt allgemein der Umstand ins Gewicht, daß der Wettbewerb der einheimischen, den Syndikaten nicht angehörigen „Außenseiter" um so mehr wächst, je lohnender die Syndikate die Preise zu halten wissen. Dieser Wettbewerb zwingt sie schließlich zu Preisermäßigungen oder bringt sie zu Fall. So erscheint auch der künftige Fortbestand unserer größten Organisationen, des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats und des Stahlwerksverbands in Frage gestellt, es finden deshalb Verhandlungen statt, obwohl ihre Verträge noch bis 1912 bzw. 1915 dauern. Bei Kohle und Eisen zeigt sich auch zumeist das Bestreben der Vereinigung. Die bedeutendsten Eisenwerke, Krupp usw. haben sich eigene Kohlenzechen angeschafft und umgekehrt. Die Gelsenkirchner Bergwerksgesellschaft war bis vor einigen Jahren eine reine Kohlenzeche; dann gliederte sie sich die Eisenwerke Schalke und Rote Erde an, so daß sie jetzt auch für Eisen eine der bedeutendsten Unternehmungen in Deutschland geworden ist; sie fährt neuerdings in der Ausdehnung ihrer Tätigkeit auf die Weiterverarbeitung und Verfeinerung von Roheisen und Rohstahl fort, sich Röhrenwerke usw. anzugliedern. Ihr Generaldirektor, Geheimer Kommerzienrat Kirdorff, ist einer der Gründer und eifrigsten Verfechter der Kohlen- und Eisensyndikate. Aber er hat es wiederholt betätigt und offen erklärt, daß seine Politik dahingeht, die von ihm geleitete Gelsenkirchner Gesellschaft im Notfall auch für die Zeit möglichst sicher zu stellen, wenn etwa die Verbände zur Auflösung kommen sollten. Dann sind die mächtigsten am besten gestellt, die unabhängig von andern tunlichst alles, was sie von Roh- und Halbstoffen in ihrem Betriebe brauchen, selbst herstellen. Ähnlich schreitet die Entwickelung anderer Kohlen- und Eisenwerke und auch

in anderen Industrien, Elektrizität, Chemie usw. fort, wo man sich besonders eigene Kohlenzechen zu sichern sucht. Natürlich sind für solche gemischte Riesenbetriebe hohe Kapitalien notwendig. So ist zugleich eine wachsende Verquickung von Bankwesen und Großindustrie entstanden, und man kann gelegentlich die Frage erörtert hören, wer von beiden den andern mehr in der Tasche habe. Solche großkapitalistische Entwickelung birgt gewiß ihre Bedenken. Immerhin hat es noch gute Wege, wenn die Sozialdemokratie befriedigt meint, es werde ihr schließlich leichter fallen, eine kleine Zahl ganz großer Betriebe zu enteignen als Tausende oder Millionen von mittleren und kleinen.

Wie im Schoße des Kohlensyndikats die größten Schwierigkeiten dadurch entstanden sind, daß die Lage der reinen Kohlenzechen durch interne Abmachungen und die derzeitigen Absatzverhältnisse eine ungünstigere geworden ist, als die der sogen. Hüttenzechen, welche zugleich Eisenwerke betreiben, so hatten innerhalb der Eisenindustrie die Beziehungen der weiterverarbeitenden Werke, die Roheisen oder Halbzeug kaufen müssen, zu den großen gemischten Werken, die zugleich Roheisen, Halbzeug und Walzprodukte, Stabeisen, Bleche, Röhren usw. herstellen, sich noch schärfer zugespitzt. Wie schon früher zur Zeit eines geschäftlichen Niedergangs, so verlangten etwa vor zwei Jahren namentlich die reinen Walzwerke ein Einschreiten der Gesetzgebung mit der Begründung, daß nur die Roh- und Halbstoffe herstellenden Werke den Schutzzoll ausnützten vermöge ihrer Verbände, daß aber die weiterverarbeitende Eisenindustrie, die wesentlich auf den Export angewiesen aber weniger oder nicht kartelliert sei, in die gefährliche Lage komme, einen um den Schutzzoll verteuerten Rohstoff zu verarbeiten, während sie für die eigenen Erzeugnisse nicht mehr als den Weltmarktpreis erhalten könne. Dagegen wird angeführt, die reinen Walzwerke seien in der Entwickelung zurückgeblieben, sie sollten ebenfalls Verbände bilden zur Einschränkung ihrer Erzeugung und Preishaltung, oder sich großen gemischten Werken anschließen usw. Diese sehr erbittert geführten jahrelangen Streitigkeiten können hier nur kurz erwähnt werden, sind aber als eine Probe anzuführen, wie der grundsätzlich berechtigte und wünschenswerte Schutz der nationalen Arbeit durch Einfuhrzölle und Verbände in Wirklichkeit keineswegs überall glatt und gleichmäßig wirkt und anerkannt wird. Bei allen weiter verarbeitenden Industrien, nicht bloß beim Eisen, sondern auch im Textilgewerbe usw., ist die Kartellbildung deshalb schwieriger oder unmöglich, weil es sich dort meist um mehr mittlere und kleinere oft weit zerstreute Betriebe, um eine größere Mannigfaltigkeit und Spezialisierung der Erzeugnisse und persönlich um weniger geschulte und disziplinierte Elemente handelt. So erzeugt in ihrem Lager die Abhängigkeit von den Rohstoffverbänden ähnliche Mißstimmung wie das ihrer Ansicht nach die Ausfuhr erschwerende Schutzzollsystem. Und eine alte und immer wiederkehrende Klage gegen die Roh- und Halbstoffsyndikate geht dahin, daß sie nach dem Ausland billiger verkauften als ihren heimischen Abnehmern, wodurch der ausländische Wettbewerb gestärkt werde. Das trifft wohl stellenweise bei Übertreibungen in solchen Auslandsverkäufen zum billigeren Weltmarktpreis zu. Andererseits ist das Argument nicht von der Hand zu weisen, daß eine reichliche Ausfuhr stattfinden muß, gerade in Zeiten heimischen Niedergangs, um die Betriebe nicht zu viel stillzulegen und um die Arbeiterschaft zu halten.

Zur Gegenwehr gegen die Verkaufs-Kartelle und -Syndikate haben sich im Laufe der letzten Zeit immer mehr Einkaufs-Verbände gegründet. Das Händlertum ist zwar teilweise auch in Abhängigkeit von den Syndikaten gekommen, andernteils hat es ihm aber durch eigene Organisation und Entwickelung der eigenen Macht erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Angesichts des Wettbewerbs auf dem Weltmarkt sind ferner in nicht wenigen Industrien internationale Kartelle entstanden, welche über die Absatzgebiete und Preise Vereinbarungen getroffen haben; so neben der ältern internationalen Schienenkonvention neuere in der Glasindustrie, der Zink- und Bleiindustrie, der Emailindustrie usw. Wir sehen also auch hier wieder, daß der Schutz der nationalen Arbeit nicht zu engherzig aufgefaßt werden darf. Theoretisch wäre ja ebensogut, wie der allgemeine Freihandel, wünschenswert, daß sich die Länder und die Industrien der ganzen

Erde über ihre Absatzgebiete und Preise verständigten, statt sich gegenseitig das Leben sauer zu machen. Mit einem solchen allgemeinen wirtschaftlichen Frieden ist aber in Wirklichkeit ebensowenig zu rechnen wie mit dem ewigen politischen Weltfrieden. Deshalb kommt man trotz allem immer wieder auf den Grundsatz zurück: Jede Nation ist sich selbst die nächste und bedarf, wie des militärischen Schutzes, in verständigem Maße auch des Schutzes der nationalen Arbeit.

Im neuen Deutschen Reiche ist er seitens der Staatsgewalt nicht bloß auf dem Zoll- und Handelsgebiet betätigt worden. Die Regierungen, namentlich die preußische, haben sich im ganzen auch zu den großen Syndikaten, von denen sie Brennstoffe und Eisenwaren für ihre Staatsbahnen usw. beziehen mußten, freundlich gestellt, sind naturgemäß auch zur Abwehr von Übertreibungen geschritten, wo sie solche gegeben glaubten. Der preußische Fiskus ist selbst Mitglied, und zwar ein führendes, im Kalisyndikat, und es stand sogar bei der jüngsten gesetzlichen Regelung im Plane, für die Kaliindustrie ein gesetzliches Zwangssyndikat zu schaffen, wovon man jedoch abgekommen ist. Es ist ferner vielfach und noch jüngst angefochten worden, daß die preußischen Staatsbahnen dem Kohlensyndikate und dem Stahlwerksverband zu teuer zahlten. Dabei ist indes zu berücksichtigen, daß bei den üblichen mehrjährigen Abschlüssen die Staatsverwaltung gegen innerhalb dieser Fristen eintretende Preissteigerungen geschützt ist. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Herr von Breitenbach, hat, ebenso wie schon früher seine Vorgänger getan, noch vor kurzem im preußischen Landtag erklärt, daß im ganzen auf längeren Zeitraum die preußischen Staatsbahnen bei ihren Käufen von den Syndikaten gut weggekommen seien. Andere Regierungen, namentlich die bayerische, haben sich gelegentlich weniger freundlich zu ihnen gestellt. Seinerzeit, als diese und andere Verbände noch nicht existierten oder noch nicht so fest organisiert waren, haben die deutschen Staatsverwaltungen allgemein sogar häufiger Käufe im Ausland betätigt als jetzt. Es hat sich eben der Grundsatz der Förderung der heimischen Industrie immer allgemeiner durchgesetzt nicht bloß bei uns. In einzelnen Ländern, so in Österreich, ist es gesetzlich bestimmt, daß für den heimischen Eisenbahnbau das Material im Lande selbst beschafft werden muß. Die internationale Eisenbahngesellschaft in Brüssel z. B., deren Schlafwagen und Luxuszüge durch den ganzen europäischen Kontinent laufen, trägt diesem Schutz der nationalen Arbeit, zu dem sich jedes Land verpflichtet fühlt, dadurch Rechnung, daß sie ihre Bestellungen je nach dem Verhältnisse ihrer Zulassung zum Verkehrsdienst in den betreffenden Staaten macht. Als selbstverständlich wird allmählich angesehen, daß, wo deutsches Kapital zu Unternehmungen im Ausland Verwendung findet, entsprechend die deutsche Industrie zum Bezuge des nötigen Materials herangezogen, ihr Arbeit gegeben wird. Wir sind auch in dieser Beziehung nationaler geworden, und deutsche Ware und deutsche Arbeit ist auf der ganzen Erde zu Ehren gekommen. Es gilt für uns nicht mehr das Wort „billig und schlecht", welches im Jahre 1876 der deutsche Kommissar auf der Weltausstellung in Philadelphia den deutschen Waren übel, aber nicht ganz ohne Berechtigung anheftete. Den besten Beweis für unsere Leistungen und ein treffendes Ehrenzeugnis können wir in der Tatsache sehen, daß das englische Gesetz, welches zum Schutze der englischen und zur Zurückdrängung der deutschen Waren auf dem Weltmarkt letzteren bei der Ein- oder Durchfuhr in England den Stempel „Made in Germany" auferlegte, zum Ärgernis und Schaden der Engländer wesentlich dazu beigetragen hat, die deutschen Industrieerzeugnisse über die ganze Erde zu empfehlen und zu verbreiten.

Was die deutsche Industrie, die nationale Arbeit überhaupt und zumal im letzten Menschenalter seit Gründung und Emporblühen des Deutschen Reichs geschaffen, was sie, uns allen zu Nutz und Ehre vornehmlich dazu gewirkt, Deutschland seine Weltmachtstellung zu geben und zu sichern: das danken wir nicht bloß der Intelligenz und der praktischen Tätigkeit der Unternehmer, dem Fortschritt der technischen Wissenschaften, der geschickten und wagemutigen Ausnutzung des Kapitals: sondern mindestens in gleichem Maße wie allen diesen Faktoren dem deutschen Arbeiter, seiner Tüchtigkeit, seinen

Leistungen. Der Schutz der nationalen Arbeit von Staatswegen durch eine entsprechende Zollpolitik und ähnliche Maßnahmen kommt dem Arbeiter ebensowohl zugute, ist ihm ebenso nötig, wie dem Arbeitgeber. Der Arbeiter muß Arbeit haben und kann solche nur finden, auch sich in Lohn- und Lebensbedingungen nur dann verbessern, wenn das deutsche Gewerbe, die deutsche Unternehmung gedeiht und blüht.

Wirklich ist es ungemein bezeichnend, wie trotz aller internationalen Theorien und Bestrebungen der Sozialdemokratie gerade die Arbeiter auf den Schutz nicht nur der nationalen, sondern sogar der in viel kleineren heimischen Kreisen verbleibenden Arbeit besorgt sind. Dieser Zug hat etwas durchaus natürliches, bringt aber nicht weniger Übertreibungen als etwa das Schutzzoll- und das Kartellsystem; bei uns und noch mehr anderwärts, und zwar gerade wieder in den demokratischsten Staatswesen: in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Australien und in der Französischen Republik. In Amerika hat man seit mehr als einem halben Jahrhundert systematisch, gelegentlich durch geradezu drakonische und ungerechte Gesetze und Polizeimaßnahmen die chinesische Einwanderung fernzuhalten gesucht. Es wäre ja auch rein vom Volks-Standpunkt für die Zukunft der Vereinigten Staaten sehr bedenklich, wenn sie zu dem Problem ihrer Negerbevölkerung noch ein ähnliches mit der Einverleibung und Vermischung vieler Millionen der gelben Rasse erhielten. Aber diese zum großen Teil auf ethischem Gebiet liegende Frage tritt derzeit in Wirklichkeit zurück gegenüber der geschäftlichen: die Chinesen wie alle Ostasiaten sind bedürfnisloser, arbeiten billiger, drücken die Löhne. Das ist der Hauptgrund ihrer Verfehmung, mögen auch allgemeine Mißachtung und einige gewisse üble Eigenschaften mitwirken. Die Übertragung einer ähnlichen Fernhaltungspolitik gegenüber den Japanern hat in jüngster Zeit wiederholt zu Spannungen zwischen der nordamerikanischen Union und dem so wunderbar schnell in die Reihe der Weltmächte eingerückten Japan gegeben. Wenn bei uns in Deutschland gelegentlich die Mär auftaucht, es sollten chinesische Arbeiter ins Land gebracht werden, dann erheben sich sofort entrüstete Verwahrungen. Seitens der Australier werden die Malayen und Chinesen noch schlechter behandelt, als seitens der Amerikaner; man läßt überhaupt keinen in das Land, setzt strenge Strafe darauf, wenn ein Angehöriger der gelben Rasse nur einmal australischen Boden betritt. Australien wird überhaupt als „Arbeiterparadies" bezeichnet, obwohl dieser Ruhm nur eingeschränkt oder gar nicht berechtigt ist. Die Gesetzgebung, bei welcher die Arbeiterpartei zumeist ausschlaggebend war, hat Mindestlöhne aufgestellt, Zwangsschiedsverfahren, Streik- und Aussperrungsverbote usw., was allerdings nicht hinderte, daß u. a. monatelang ein großer Bergarbeiterausstand mit den allerübelsten Folgen in Neu-Süd-Wales herrschte. Sogar die weiße Einwanderung wurde bis vor kurzem so weit wie nur möglich hintangehalten, so daß heutzutage der ganze Weltteil Australien kaum $4^1/_2$ Millionen Einwohner zählt; alles aus dem Grundsatz: Australien den Australiern, in der Übertreibung des Schutzes der nationalen Arbeit. Was Amerika anlangt, so haben unsere Sozialdemokraten und Gewerkschaftler beweglich zu klagen, daß die Arbeiterorganisationen in den Vereinigten Staaten die Zulassung fremder Arbeiter, selbst wenn sie regelrecht „organisiert" sind, ungeheuer erschweren. Dieses Verfahren erstreckt sich nicht bloß auf Ausländer, sondern macht sich ähnlich in verschiedenen Gebieten und Städten der Vereinigten Staaten unter den Einheimischen geltend. Der Wiederaufbau des durch Erdbeben und Feuer zerstörten San Franzisko z. B. wurde wesentlich dadurch verzögert, daß die dortigen Arbeiterorganisationen, zur unmäßigen Heraufschraubung der Löhne, mit Gewalt Zuzug aus andern Orten fernhielten. In Frankreich wollten Regierung und Parlament dem im Frühjahr 1910 geschaffenen Gesetz betreffend Revision des Zolltarifs eine Bestimmung anfügen, wonach unter Umständen Arbeitgeber, welche ausländische Arbeiter beschäftigten, einer empfindlichen Steuer unterworfen werden sollten. Nur die energischsten Verwahrungen und Drohungen aus Belgien, welches von diesem französischen Schutz der nationalen Arbeit vornehmlich betroffen worden wäre, vermochten den geplanten Schritt zu verhindern. Bei dem neuesten Ausstand der Seeleute in Mar-

seille wurde als eine Hauptforderung erhoben, daß die ganz wenigen auf den französischen Handelsschiffen beschäftigten Ausländer auch noch entfernt würden. Pariser Trambahnbedienstete legten deshalb die Arbeit nieder, weil man ihnen das Vorrecht, daß nur Leute aus ihrem Pariser Bezirk angestellt werden dürften, nehmen wollte, usw.

Bei uns in Deutschland ist ja, trotz einem unleugbaren, wenigstens zeitweise schwere Verlegenheiten und Schäden bringenden Mangel von Arbeitern auch vielfach die Zulassung ausländischer Arbeiter angegriffen worden. Sie ist übrigens großenteils von Staats wegen geordnet und an Bedingungen geknüpft, was hier nicht weiter auseinanderzusetzen ist. Diese Verhältnisse im ganzen waren zu erwähnen, um zu zeigen, wie gerade aus Arbeiterkreisen, in ihrem eigensten Interesse in der Idee und in der Tat, ein Schutz der nationalen und auf noch kleinere, heimische Kreise beschränkten Arbeit gefordert und gepflegt wird. Wissenschaftlich gebildete und praktisch verständige Sozialisten, wie Calwer, wünschen auf diesem Grund selbst Förderung des Kartellwesens durch die Arbeiter, trotz der sonst von der Sozialdemokratie verschrieenen großkapitalistischen Eigenschaft der Kartelle. Sogar der sonst radikale Bergarbeiterführer Hué hat im Parlamente einem kartellierten Zusammenwirken von Arbeitern und Unternehmern das Wort geredet, wobei den Mindestpreisen des Kartells bzw. der Unternehmer Mindestlöhne der Arbeiter zu entsprechen hätten. Auch einige wissenschaftliche Fachmänner vertraten bei uns solche Vorschläge, wie sie in England durch die sogen. Trades Alliances mehrfach verwirklicht sind; bei den deutschen Unternehmern haben sie bisher sehr wenig Eingang und Anklang gefunden, wie auch ein großer Teil unserer Industrie Tarifverträge mit den Arbeiterorganisationen nicht für ersprießlich hält und verwirft. Würden jene Einrichtungen allgemeiner ins Werk gesetzt, so bleibt noch die Frage, ob nicht der Dritte, nämlich der Käufer, das Publikum, die Kosten in höheren Preisen zu tragen hätte.

Nach dieser letzteren Richtung darf zum Schluß noch eine Bemerkung gemacht werden. Es ist von lange her eine große und zum guten Teil berechtigte Klage aus unserer Industrie und unserem Handel dahin gegangen, daß der Deutsche überhaupt mit zuviel Vorliebe für das Ausland fremde Waren den einheimischen vorziehe. Mit unserem erstarkten Nationalbewußtsein und mit den großen Fortschritten der einheimischen Gewerbstätigkeit hat sich wohl auch in diesem Mißstand einige Besserung vollzogen. Aber der Wunsch bleibt immer noch auszusprechen: Wie eine weise Staatspolitik gebührend für den Schutz der nationalen Arbeit zu sorgen hat, wie zugleich die deutschen Erwerbsstände selbst für sich und ihre Arbeiter alle Kraft einsetzen müssen, so sollten die deutschen Käufer, namentlich auch unsere Hausfrauen, allgemein deutsche Ware kaufen und die deutsche Arbeit unterstützen, insoweit nicht das ausländische Erzeugnis zweifellos besser und preiswürdiger ist!

Der deutſche Handel.

Von Dr. **Vosberg-Rekow**, Berlin.
Ausſchußmitglied der Zentralſtelle für Vorbereitung von Handelsverträgen.

Ein amerikaniſcher Handelspolitiker von Ruf, der mit der hochſchutzzöllneriſchen Ära unzufrieden war, beſchrieb einmal launig das Los des Farmers, der von Zöllen und Auflagen bedrängt, nicht eher Gleichgewicht und Ruhe finden konnte, bis er mit einem mit 25 Prozent des Wertes beſteuerten Stricke in ein mit 30 Prozent belaſtetes Grab hinabgelaſſen war. „Mit ihm, ruft ſeufzend der politiſierende Nationalökonom aus, ward Kraft und Entwicklungsfähigkeit der Produktion und des Handels zu Grabe getragen.“

Damit iſt diejenige Frage aufgerollt, an der kein Laie vorbeikommt, wenn er veranlaßt wird, über den Handel der Welt oder ſeines Vaterlandes Betrachtungen anzuſtellen. Daß der Handel Beſchränkungen erfahren ſoll, die meiſt in Abgaben oder Zöllen, in Einfuhr- oder in Ausfuhrbeſchränkungen in die Erſcheinung treten, wird oft auf der ganzen Linie beklagt und von dem einen als dem kaufmänniſchen Weſen abträglich, von dem andern gar als für die geſamte Wirtſchaft verderblich bezeichnet. Seit Adam Smith iſt es für die meiſten Leute ausgemacht, daß der Handel frei ſein müſſe und jede Behinderung, die er erfährt, nach der allgemeinen Meinung ihn und das Ganze ſchädigt.

Die Entwicklung, die der deutſche Handel in der modernen Wirtſchaftsperiode erfahren hat, erbringt den Beweis, daß das freihändleriſche Dogma in ſeiner häufig auftretenden Ausſchließlichkeit falſch oder zum mindeſten veraltet iſt. Denn bis in die allerneueſte Phaſe unſerer Politik hinein hat der Handel Mitteleuropas und Deutſchlands nach innen und von außen Beſchränkung erfahren, und er iſt trotz deſſen emporgeblüht mit einer Kraft, Nachhaltigkeit und Stetigkeit, die Anerkennung und Bewunderung der ganzen Welt für ſich in Anſpruch nehmen darf. Mitten hindurch zwiſchen dem Widerſtreit der Parteien wuchs unſer Handel heran, weit ausgreifend, gewinnbringend, kulturfördernd. Niemand wird beſtreiten, daß der Handel eine der wichtigſten volkswirtſchaftlichen Funktionen zu erfüllen hat, daß er des höchſten Intereſſes und der zarteſten Fürſorge der Regierenden bedarf, daß ihm Anteilnahme und Rückſicht gebührt, und daß eine gewiſſe Ellbogenfreiheit für ihn ebenſo die Vorausſetzung blühenden Gedeihens iſt, wie für alle organiſchen Bildungen überhaupt; — allein es wäre unrichtig, ſeine Bedeutung zu überſchätzen, ſie insbeſondere über diejenige der Produktion zu ſtellen und zu überſehen, daß Güterverteilung die Gütererzeugung zur Vorausſetzung haben muß. Erſt wenn die Produktion unter glücklichen Verhältniſſen arbeitet, bildet ſich der Boden, auf dem der Handel emporwächſt; erſt wenn die Güter in derjenigen Qualität und Menge erzeugt ſind, die dem Bedürfniſſe einigermaßen entſpricht, kann der Handel daran gehen, ſie möglichſt gleichmäßig zu verteilen, Lücken auszufüllen, Mindererzeugung zu ergänzen.

Daraus ergibt ſich, daß die Geſchichte und Entwicklung des Handels von derjenigen der Produktion nicht zu trennen iſt, und daß man, wenn man den Handel betrachtet, eigentlich auch von Landwirtſchaft und Induſtrie ſprechen müßte. Eben aus

diesem Zusammenhange aber wird auch ersichtlich, daß der Schwerpunkt des Handels an der gleichen Stelle ruhen muß, an der sich der Schwerpunkt der Gütererzeugung befindet: also im Lande selbst, im Inlande. Die wirtschaftlichen Interessenkämpfe der letzten Jahrzehnte haben dieses Moment sehr in den Hintergrund treten lassen; unter dem „deutschen Handel" versteht man heute sehr gern den Handel der deutschen Kaufleute nach und vom Auslande, und wenn wir von der stolzen Leistung des deutschen Kaufmanns reden, kommt gleich hinterher die Handelsflagge, die von den Masten deutscher Schiffe in allen Häfen der Erde weht. Gewiß ist die Leistung unseres Außenhandels eine eminente, gewiß erscheint sie geeignet, unsern Namen mit Ruhm und Anerkennung zu bedecken. Nur zu leicht aber wird dabei übersehen, daß die Voraussetzung eines glänzenden Handelsgeschäftes nach außen, das Bestehen eines kraftvollen, gesunden und ausgeglichenen Handels im Innern ist und daß erst ein starker, aufnahmefähiger und trefflich ausgestalteter Binnenmarkt den mächtigen Aufbau möglich macht, den die Welt als „deutschen Handel" bewundert. Der innere Markt funktioniert fast unvermerkt, gleichsam als etwas Selbstverständliches. Wer indessen Bedeutung, Macht und insbesondere Zukunft des deutschen Handels erforschen will, wird gerade ihm das höchste Interesse zuwenden müssen.

Draußen auf dem Weltmarkte tritt der deutsche Handel mit seinen Wettbewerbern auf den Kampfplatz. Er unterscheidet sich von diesen in wesentlichen Punkten seiner Organisation und seines Charakters. Die Eigentümlichkeiten und Besonderheiten aber, die er aufweist und die ihm zum Teil seinen Erfolg gewährleisten, bringt er mit aus der Heimat. Deutschland ist in seiner bescheidenen Größe ein Land, das in den einzelnen Gebietsteilen eine sehr verschiedenartige Beschaffenheit aufweist. Darum bietet es schon innerhalb der eigenen Grenze eine Reihe recht bemerkenswerter Aufgaben für den Ausgleich von Bedürfnissen, wie sie der Handel bewirken soll. Osten und Westen, Süden und Norden unterscheiden sich wesentlich in natürlicher Beschaffenheit und in Ausbildung staatlicher Einrichtungen. Da aber Kulturstand und Lebensansprüche ziemlich in allen Bezirken die gleichen sind, so ist es die Aufgabe des Binnenhandels hier ergänzend und ebnend einzugreifen. Kohle, Steinkohle, fördert man am Rhein und in Oberschlesien, Braunkohle in der Lausitz und in Sachsen. Der äußerste Osten und der Süden entbehren beider Arten des Brennmaterials; Holz oder Torf sind kein vollwertiger Ersatz mehr. So hat sich ein Kohlengroßhandel entwickelt, dessen Organisation bewundernswert ist und kaum in einem anderen Lande seinesgleichen findet. Ein Detailhandel hat sich angegliedert, der gleichfalls musterhaft funktioniert und die Verteilung so glänzend und vollständig bewirkt hat, daß fast jeder Konsument mit festen Preisen und mit einheitlicher Basis rechnen kann. Der Handel mit Roheisen, mit eisernen Halbfabrikaten, mit Ganzfabrikaten der größten und kleinsten Art hat sich ähnlich ausgestaltet. Über das ganze Land ausgedehnte Interessenvertretungen der einzelnen Branchen haben Gleichmäßigkeit und Stetigkeit der Lieferung und des Absatzes mustergültig gefördert. Auch in Zweigen, in denen an die Regelung der Produktion selbst nicht gedacht werden kann, hat der Handel Ordnung und Sicherheit geschaffen; ja er hat es an einzelnen Stellen sogar verstanden, durch überlegene Organisation die Erzeugung selbst in eine gewisse Abhängigkeit zu versetzen.

Was speziell den Großhandel des Inlandes angeht, so hat sich dieser Handelszweig allmählich von der umfassenden sogenannten „gemischten Handlung" zum Spezialhandel differenziert. In Anknüpfung an den Großhandel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen war der Handel mit Genußmitteln, in- und ausländischen, zunächst durch Aufnahme verwandter oder aus der gleichen Quelle bezogener Artikel in seiner inneren Struktur sehr ungleichartig geworden. Man vertrieb Mehl, Gries, Pflaumen, Südfrüchte, Gewürze; daneben aber auch überseeische Seltenheiten, Kostbarkeiten, Raritäten und griff von da sehr bald auch auf Waarengattungen über, die mit der Genußmittelbranche in gar keiner Beziehung stehen. Diese Sorte von Großhandlung ist heute ganz und gar verschwunden. Nur der Zwerghandel entlegener Gegenden kennt noch

dieses System. Gemischter Waarenverschleiß im großen besteht nur noch bei Kategorien, wie sie z. B. Überseehäuser aufweisen, die Importartikel jeder, also sehr verschiedener Art, an den Markt bringen. Überall ist die Differenzierung vorgeschritten. Der Getreidehandel ist vom Mehlhandel schon fast überall getrennt; Zucker und Südfrüchte haben nichts mehr miteinander zu schaffen; Kaffee tritt wohl noch vereint mit Kakao und ähnlichen Produkten auf: aber schon in der zweiten Hand gehen beide Artikel verschiedene Wege. Der Teehandel, der Reishandel sind selbständig geworden. In der Textilindustrie speziell ist man noch weit mehr ins Detail gegangen. Tülle, Spitzen und Schleier treten nur noch vereinzelt mit Seide, Bändern, Hüten oder Putzartikeln auf; Blumen, künstliche, und Federn bilden eine Branche für sich; die „Weißwaren"-handlung ist vom Wäschehandel längst separiert und, wenngleich Krawatten aus allen möglichen Seidenstoffen gefertigt werden, besteht doch bereits ein besonderer Großhandel in eigentlichen Krawattstoffen, der von Seiden- und Seidenbandgrossisten sich losgelöst hat. Baumwollwaren und Weißwaren, Kurzwaren und Manufakturwaren bilden eigene Branchen mit ausgesprochenen Besonderheiten und fachmännischen Organisationen. Wenn auch Filzhüte und Strohhüte noch häufig von einem Betriebe fabriziert und vom gleichen Grossisten vertrieben werden, so ist doch zwischen dem Herrenhut- und dem Damenhutgeschäft im Engroshandel bereits eine völlige Trennung eingetreten und in der Herrenhutbranche hat der Grossist meist schon Filzhut und Strohhut getrennt, während der Detailleur hier freilich noch beides vereint bieten muß. Bewundernswert ist speziell die Organisation, die in Deutschland der sogenannte Kurzwarenhandel aufzuweisen hat. Riesenbetriebe sind da entstanden. Ein Hamburger Großhaus (Wm. Klöpper) setzt in den kleinen und kleinsten Artikeln dieser Branche im Inlande nicht weniger als 20 Millionen Mark pro Jahr um. Stecknadeln, Nähnadeln, Haken und Ösen (Haken und „Augen" sagt der Geschäftsmann), Knöpfe, Schnallen, Besätze, Bordüren, Posamenten und hundert ähnliche Artikel werden in diesem Handelszweige vertrieben. Papierwäsche und Gummiwäsche, Nähgarn, Häkelgarn, Strickgarn, Zwirne, Twiste, Nähseiden, Knopflochseiden bilden Teile der Branche. Ich sah in einem Berliner Riesenbetriebe dieser Art, der sich durch die fünf Stockwerke eines mächtigen Gebäudekomplexes erstreckte, nicht weniger als 500 große, wohl je einen halben Meter hohe und einen viertel Meter breite Fächer, die sämtlich — Besenborten enthielten, die bekannte Stoßborte, die hauptsächlich am Saume der Damenkleider Verwendung findet, Besenborten in allen Stärken, Farben und Dessins von einer Mannigfaltigkeit, die sich der in dieser Hinsicht ziemlich gedankenlose Laie nicht träumen läßt!

Man hat den Großhandel, speziell in kleineren Fabrikaten, in Spezialartikeln, die nur von einer beschränkten Anzahl von Betrieben hergestellt werden, für überholt und volkswirtschaftlich unnütz erklärt. Hier liegt offenbar ein böser Irrtum zugrunde, und Politiker, die mit derlei Behauptungen an die Öffentlichkeit treten, können sich über die innere Organisation des Handels kaum ausreichend unterrichtet haben. Wohl ist seit langer Zeit das Bestreben zutage getreten, den Zwischenhändler „auszuschalten" und den Absatz von der Fabrik direkt an den Kleinhändler, wenn nicht gar an den Verbraucher, in die Wege zu leiten. Derlei Versuche können an einzelnen Stellen gelingen und sich als gewinnbringend erweisen. Nur darf man nicht vergessen, daß die Funktion des Großhändlers damit durchaus nicht beseitigt, sondern daß sie eben vom Fabrikanten selbst übernommen ist und daß der Fabrikant, der Detailverkauf betreiben will, damit auch seinen Geschäftsbetrieb, seine ganze Organisation ändert und diejenige des Grossisten in seinen Betrieb aufnimmt. Es ist gerade ein Vorzug des deutschen Handels und einer der Gründe für seine Intensität und Kraft, daß er das System der sogen. „Kollektion" besonders sorgfältig durchgebildet hat. In Deutschland empfängt der Detailkaufmann wohl auch vielfach den Besuch des Fabrikanten; allein er fährt am besten, wenn er sich an den Grossisten hält: denn dieser allein offeriert ihm an Ort und Stelle eine Übersicht und eine Zusammenstellung von Mustern, die den Kleinkaufmann orientiert und ihm ermöglicht, mit Vorteil an einer Stelle und in systematischer

Ordnung die eigenen Vorräte zu ergänzen. Der Fabrikant bringt gemeinhin nur eigene Fabrikate; kommen hinterher auch noch andere Konkurrenten der Branche: der Detailleur hat die Muster dann nicht nebeneinander, er weiß nicht, was überhaupt auf dem Markte existiert, er kann Marktwerte und Preise nicht vergleichen und das Ende vom Liede ist, daß er den ihm befreundeten Lieferanten bittet, ihm neben den eigenen Artikeln auch diejenigen der Konkurrenz vorzulegen, d. h. er veranlaßt den Fabrikanten eine Grossisten-Kollektion zusammenzustellen und in beschränkten Umfange zu leisten, was der Grossist schon im eigenen Interesse in größter Übersichtlichkeit und Vollständigkeit bringen muß. Der Großhandel als Zwischenstufe ist eben tatsächlich nirgends zu entbehren und wer ihn ausschalten will, muß, vielleicht unbewußt, seine Funktionen mit übernehmen. Keiner aber wird diese Funktion so vollständig und vorteilhaft versehen, als der Grossist, bei dem sie Selbstzweck sind. Den Schaden der in dieser Richtung versuchten Umformung trägt meist der Abnehmer und das Ergebnis dürfte schließlich ein volkswirtschaftlicher Nachteil sein.

Man wolle doch nicht vergessen, daß die Zusammenstellung der sogenannten Kollektion schon an sich einen Fortschritt bedeutet und einen Fortschritt hervorruft. Der Grossist versucht den ganzen Markt zu übersehen, er vergleicht alle Produkte der Branche nach Brauchbarkeit, gutem Geschmack, Qualität und sonstigen Vorzügen. Nur das Beste sucht er heraus und stellt es in seinen Mustern zusammen. Also verhilft er der besseren Ware zum Absatz und zum Vorsprunge vor der geringeren und trägt dazu bei, die minderwertige Fabrikation zurückzudrängen. Gerade durch seine Tätigkeit wird also die heimische Produktion gehoben und voran gebracht. Natürlich bedeutet die im gleichen Sinne oben besprochene weitere Differenzierung wiederum einen volkswirtschaftlichen Gewinn. — Man sieht aus alledem, daß der Großhandel auch auf den Detailleur von bemerkenswertem Einfluß ist; er ist von Einfluß auch auf Kauflust und Geschmack des Publikums, mit dem er unmittelbar gar nichts zu tun hat. Die Kollektion des Großhändlers ist aber in Deutschland weit besser und feiner ausgebildet, als in den Ländern unseres Wettbewerbes. Ihr ist die frische Absatzsteigerung zu danken, die der innere Markt in Deutschland seit mehreren Jahrzehnten aufweist und um die ihn insbesondere Frankreich zu beneiden hat. Sehr langsam erst lernen auch die gepriesenen amerikanischen Kaufleute von uns diese feinere Ausgestaltung der Offerte, deren Anreiz beim Detailleur ansetzt und sich unmerklich auf das Publikum überträgt.

Der deutsche Detailhandel nämlich hat sich während der letzten Periode vorteilhaft in ähnlicher Richtung entwickelt. Nur noch in wenigen Gegenden des Landes hat er die alte Form der Gemischtwarenhandlung behalten, die von jeder Ware nur wenige Grundformen bringt und deshalb kaum erziehlich auf ihre Abnehmerschaft wirken kann. Fast überall ist auch bei dieser Geschäftsform die Spezialisierung vorgeschritten. Man wird einwenden, daß dem bei der neuen Erscheinung des Warenhauses nicht so sei. Das trifft indessen, soweit es sich um die großen Warenhäuser der Großstädte und nicht etwa um die mit diesem Namen zu Unrecht belegten kleine Ramschbazare handelt, durchaus nicht zu. Es ist hier nicht der Ort, über die Vorzüge und Schattenseiten des Warenhauses sich auszulassen. Es sei nur festgestellt, daß auch das Warenhaus gemeinhin ohne den Grossisten nicht arbeiten kann, oder aber in der Sorgfalt seiner Auswahl die Aufgabe des Grossisten mit übernimmt. Viele Warenhausunternehmungen haben deshalb auch bereits eine Engrosabteilung eingerichtet. Unbestreitbar ist zudem, daß das große moderne Warenhaus gerade nach der Seite der Geschmacksbildung und des Konsum-Anreizes so große Verdienste sich erworben hat, daß das Detailgeschäft ihm dafür Dank wissen muß. Gerade das Warenhaus hat gewissen Bevölkerungsklassen eine Reihe von Bedürfnissen erst anerzogen, die sie vordem nicht besaßen und deren Befriedigung wiederum dem Detailgeschäft zugute kommt.

Im Detailgeschäft war vor Jahren eine recht heftige Reaktion gegen den althergebrachten Schlendrian zu spüren, die sich besonders wiederum durch den Wettbewerb der Warenhäuser ausgelöst hat. Heute ist die damals beklagte Notlage der

Detailleure so ziemlich überwunden. Sie haben vielfach gelernt, was ihnen fehlte, nachgeholt, worin sie zurückgeblieben waren und können sich heute den übrigen Kreisen der Kaufmannschaft ihrer Mehrheit nach als ebenbürtig an die Seite stellen. Es ist wiederum ein Vorzug, den der deutsche Handel vor seinen Konkurrenten in den Ländern des Wettbewerbes voraus hat, daß unser Detailhändler ein Mann von gutem mittleren Bildungsstande ist, sich sozial stets auf einer gewissen Höhe gehalten hat und damit für die Erfüllung der allgemeinen volkswirtschaftlichen Aufgabe des Handels mehr hat leisten können, als in anderen Ländern. Man versuche es beispielsweise einmal den französischen Kolonialwarenhändlern, den sogenannten Epicier oder Gewürzkrämer mit unserem Detailkaufmann in Parallele zu stellen. Der Epicier verkauft in Gemeinschaft mit seiner Frau in blauer Bluse seine Ware in einfachster Aufmachung und fast immer gleichbleibender Qualität, Quantität und Art; selten ist da ein Fortschritt zu verzeichnen; der Krämer steht kaum auf höherer Stufe als der Arbeiter, und das kleinstädtische Publikum, das er bedient, ist und bleibt einfach und bedürfnislos: von Steigerung des Absatzes, vom Übergang zu größeren Lägern, von Erfordernissen größerer Abwechslung, Mannigfaltigkeit und besseren Geschmacks ist vorerst selten die Rede. Die heutige französische Provinzialstadt sieht seit einem Jahrzehnt fast unverändert drein. Kein größerer Laden mit blanken Spiegelscheiben, mit moderneren Tresen, mit metallglänzender Wage wird ausgebrochen; neue Häuser am Marktplatz sind selten, die Grundrente steigt langsam und die Lebenshaltung bleibt einfach und sehr bescheiden, viel bescheidener jedenfalls, wie bei uns, wo jedes Lustrum auch äußerlich sichtbare Fortschritte birgt, wo die Bedürfnisse in stetem Wachstum stehen, wo der Kleinluxus eindringt, wo die Ansprüche und die Löhne wachsen und wo unter dem Einflusse des Verkehrs und des Handels, des Detailhandels nicht zuletzt, die wirtschaftliche Kraft stetig zunimmt. Warum? Weil mit den Bedürfnissen notgedrungen auch die Arbeitsleistung gesteigert werden muß. In den Kontoren hat die Schreibmaschine längst die Feder und sogar vielfach die Kopierpresse verdrängt, der Briefwechsel vervielfachte sich, die Registraturen sind modern und umfangreich geworden, die Angestellten sind vermehrt und tausend fleißige Hände bewegen sich und entsprechen der indirekten Anregung, die ihnen Handel und Wandel gegeben hat. Es ist vielfach der Kaufmann, der uns die Begehrlichkeit erweckt, der uns der Mühe Preis gezeigt und zu rascherer Tätigkeit und intensiverer Arbeit angespornt hat; ihm wiederum kommt es zugute; und mit dem Absatz der Güter im Inlande kommt der Ansporn zu weiterer Erzeugung und schließlich die Fähigkeit und die Notwendigkeit über die Grenzen des Landes hinaus mit dem Pfunde zu wuchern, das der Fleiß der Hände in der Heimat geschaffen hat.

Es ist die wirtschaftliche Gesundheit im Lande selbst, die Kaufkraft der fleißigen Bevölkerung, der Anreiz, den sie durch ausgezeichnete Organisation des Handels in allen seinen Zweigen auf dem Binnenmarkte gefunden hat, der die heutige Intensität unserer nationalen Produktion verursacht und damit die Möglichkeit des glänzenden Außengeschäftes geschaffen hat, das wir heute so gern als den deutschen Handel schlechtweg bezeichnen.

Man hat sich vielfach mit der Frage beschäftigt, ob die stets wachsende Bedeutung des Außenhandels für die deutsche Nationalwirtschaft nicht eine Gefahr bedeute. Kriegsfälle der wunderbarsten Art mit zwei, drei und vier Fronten wurden konstruiert, um zu beweisen, daß unser Vaterland von der Außenwelt abgeschnitten werden könnte und Hunger und Not die Folge sein müßten, wenn man nicht darauf halte, daß zum mindesten der Löwenanteil des Nahrungsbedarfes dauernd im Inlande erzeugt würde. Nicht einmal zur Zeit der Kontinentalsperre, vor Erfindung und Installierung der modernen Verkehrsmittel, hat solche Absperrung gelingen können. Schon damals aber ging das Bedürfnis des Landes weit über die Grenzen hinaus. Heute wächst unsere Bevölkerung jährlich um fast eine Million und es ist schier unmöglich, die inländische Produktion an Nahrungsmitteln im gleichen Entwicklungstempo zu erhalten. Die

Abhängigkeit vom Außenmarkte ist längst zugegeben und wird nicht wieder zu beseitigen sein; daß sie aber niemals verhängnisvoll werden kann, sondern gewinnbringend bleiben muß, dafür bürgt die wunderbare Organisation unseres Exports und Imports, die hochgeschätzte Qualität unserer Erzeugnisse und die hohe Geschicklichkeit und Leistungsfähigkeit der deutschen Kaufmannschaft. Abhängigkeit vom Weltmarkt muß heute jedes Kulturland ertragen: es handelt sich nur darum, auf diesen Markt selbst maßgebenden Einfluß zu üben.

Daß Deutschland eine gefestigte, wenn nicht maßgebende Position auf dem Weltmarkte errungen hat, ist bekannt. Man hat häufig versucht, seinen Einfluß auf dem Felde des internationalen Wettbewerbes mit demjenigen seiner Hauptkonkurrenten in Parallele zu stellen und für Gegenwart und Zukunft daraus Schlüsse zu ziehen. Derlei Betrachtungen sind an sich recht müßig. Das Deutschland von heute ist nicht das des kommenden Jahrzehntes, und wie rasch und intensiv Verschiebungen kommen, beweist neuerdings der Eintritt Japans in den modernen Machtkonzern und das Ausgreifen der Vereinigten Staaten über Südamerika und den Panama-Kanal nicht nur, sondern auch nach Ostasien und sogar nach Afrika. Es kommt nicht darauf an, Umfang und Intensität des Handels fortgesetzt zu vermehren. Die Vermehrung muß nur im Verhältnis zu den sonstigen Faktoren, zur Nachfrage und zur Reichtumsentwicklung stehen und den notwendigen Fortschritt an denjenigen Stellen aufweisen, an denen Abhängigkeit einmal verhängnisvoll werden könnte. Viel wichtiger beispielsweise wie die Frage der aktiven und passiven Handelsbilanz (ob die Ausfuhr oder die Einfuhr überwiegt) ist für uns eine Einzelfrage, nämlich diejenige der Baumwollbeschaffung. Unsere wichtige Textilindustrie wäre ohne ungestörten Baumwollbezug lahm gelegt. Hat nun ein Konkurrent das Rohprodukt unter seiner Kontrolle, so ist eine gewisse Abhängigkeit von diesem die endliche Folge. Die sogenannte Baumwollfrage, an der neben Deutschland noch fast alle europäischen Staaten interessiert sind, ist deshalb in Fluß gekommen und sollte unsere leitenden Kreise mehr beschäftigen, als die Fragen der Zollerhöhung oder Verminderung oder die Frage der Versorgung des Landes mit Nahrungsmitteln in unwahrscheinlichen Fällen kriegerischer Verwickelung. Gewiß ist die Baumwollfrage auch wieder die Frage der Abhängigkeit vom Weltmarkte: ihre Lösung kann aber angesichts der heutigen Entwickelung des Welthandels immer nur darin bestehen, daß man sich durch kapitalistische Anlagen oder durch unentbehrliche Gegenseitigkeiten entsprechenden Einfluß auf dem Markte sicher stellt. Für Deutschland hat man versucht, diese Sicherstellung durch Gründung von Kolonien und Anbau und Abbau der industriellen Rohprodukte in eigener Machtsphäre zu finden. Diese Wirkung unserer Nationalpolitik mag gewiß weise und weitsichtig sein. Allein gegenüber den Riesendimensionen des Warenaustausches der Welt müssen derartige Unternehmungen beinahe verschwinden. Auch das größte Kolonialreich, England, glaubt nicht an eine völlige wirtschaftliche Sicherung durch Ausbau des weltumschlingenden „Empire" und Deutschlands Außenhandel ist über die Basis seines Kolonialreiches auch für den Fall weit hinausgewachsen, daß seine Kolonien einer geradezu glänzenden Entwicklung zugeführt werden könnten. Es gibt nur eine Quelle der Macht: das ist die Arbeit. Je intensiver die Tätigkeit ist, die wir auf dem äußeren und inneren Markte entwickeln, desto fester wird unsere Position, desto größer der Reichtum, desto gebietender der Einfluß. Ob die Arbeit nun auf diesem oder jenem Gebiete geleistet wird, kann auf die Dauer wenig verschlagen. Wir hatten schon eine gewaltige Textilindustrie, und waren fast ganz auf deren Erträgnis angewiesen: da kam die chemische Industrie auf und trat ihr ebenbürtig zur Seite, bis in der jungen elektrischen Industrie beiden ein neuerer ebenbürtiger Mitkämpfer erstanden ist. England beweist, wie riesiges auf schmaler Basis zu schaffen ist; China zeigt deutlich, daß ohne intensive moderne Arbeit auch der kolossale Fundus natürlicher Reichtümer ein totes Schwergewicht bleibt.

Man hat von einer wirtschaftspolitischen Rangordnung der Mächte gesprochen und Deutschland dabei nächst England den ersten Platz angewiesen. In gewissem Sinne mit

Recht; wenigstens galt das noch vor 5—10 Jahren unbestritten. Ob heute nicht die Vereinigten Staaten schon als die Stärkeren gelten müssen, ist zweifelhaft und gewiß ist, daß der oft mit einer gewissen Schadenfreude behauptete „Rückgang" Englands gar nicht existiert. Vergleichbar mit dem deutschen Handel ist tatsächlich in gewissem Sinne nur der englische. Die Vergleichsmöglichkeit besteht auch hier erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit. Denn der englische Handel hat wohl seit vielen Jahrzehnten große Mengen deutscher Produkte vertrieben: aber es waren doch immer Engländer, die den Handel in Händen hielten und den Handelsgewinn einstrichen. Erst spät ging der deutsche Eigenhandel erfolgreich zu Werke und übernahm selbst den größten Teil der deutschen Verkäufe. Wenn die Engländer sagen, wir seien über ihren Rücken emporgeklettert, so haben sie in gewissem Sinne durchaus recht und es ist uns bisher keineswegs gelungen, über diesen Rücken hinauszusteigen. So gewaltig unsere Handelsflotte herangewachsen ist, sie hält sich doch immer noch in großem Abstande hinter der Englischen, und die britische Flagge deckt immer noch ein Viertel der gesamten Handelsbewegung der Erde.

Daß wir auf Einzelgebieten über den englischen Lehrmeister hinausgewachsen sind, wird kein Kundiger bestreiten. Ich unternahm einmal mit einem hervorragenden neuseeländischen Staatsmanne, der gleichzeitig ein glühender Verfechter des angelsächsischen Imperialismus war, eine Vergnügungsreise durch das Alleghany-Gebirge in den Vereinigten Staaten. Wir verirrten uns im Walde und erklommen eine Anhöhe, um von dort Übersicht und Wegrichtung wiederzufinden. Auf dem Hügel stand eine große indianische Eiche. Wir waren höchst erstaunt, als wir den Stamm dieses Baumes von einer riesigen bunten Plakat-Reklame für die bekannte englische Peers-Soap (Seife) umgeben fanden. Triumphierend wies mein angelsächsischer Freund darauf hin und meinte: Englische Ware geht bis ans Ende der Welt. Ich gab das seufzend zu; aber wie vergnügt wurde ich, als wir näher kamen und ich am Rande des Plakats die Aufschrift fand: „printed in Bavaria" (Gedruckt in Bayern). Ja, sagte ich, bis ans Ende der Welt, aber auf deutschen Krücken! Solche kleine Freuden mag der deutsche Tourist an vielen Stellen erleben, wenn er die Welt umfährt; aber er wird dabei auch gleichzeitig einen so niederschmetternden Eindruck von der englischen Handelsmacht bekommen, daß ihm die kleinliche Eifersucht mancher englischer Kreise auf die deutsche Konkurrenz fast unverständlich erscheinen wird.

Der englische Handel ist so entwickelt, daß man sich wundern muß, daß er von Jahr zu Jahr immer noch zunehmen kann. Daß unser Handel prozentual schneller anwächst, ist nur dadurch erklärlich, daß er eben soviel bescheidener im Umfange ist. Der englische Kaufmann ruht vielfach auf seinen Lorbeeren aus; er betrachtet fast alles als sein Gebiet und ist höchst ärgerlich, wenn ihm plötzlich ein lebhafterer Konkurrent einen Nadelstich versetzt. Er kommt deshalb auch noch lange nicht aus seiner olympischen Ruhe heraus. Noch immer setzt er voraus, daß man im Welthandel überall seine Sprache versteht und mit seiner Münze und seinem Maß, ja mit seinem Geschmack und seiner Fabrikationsart rechnen müsse. Kommt nun der deutsche Kaufmann und spricht die Sprache des Landes neben der englischen, studiert Sitten, Gewohnheiten, Bedürfnisse, Anschauungen und Geschmack des Kunden und begegnet allem diesen mit der zartesten Rücksicht, so gelingt es ihm oft genug, den stolzen Briten aus dem Sattel zu heben. Und weil die deutsche Arbeitsleistung zudem in guter Qualität und zu angemessenem Preise dargeboten wird, so ist sie begehrt geworden und hat Vertrauen gefunden, und das „made in Germany" hat sich zu einer so gewaltigen Gratisreklame ausgewachsen, daß es in England heute offiziell beseitigt und durch „made in abroad" ersetzt worden ist.

Man kann die Fortschritte des deutschen Außenhandels erkennen, auch ohne sie mit denen der Konkurrenzländer zu vergleichen. Wenn man nur in Rechnung stellt, welch kolossale Werte während der letzten Jahrzehnte in der chemischen und elektrischen Industrie neu angelegt sind und wenn man bedenkt, daß doch nur ein verhältnismäßig kleiner Teil dieser Werte im Lande selbst Verwendung finden kann, so wird man sich

nicht darüber zu wundern haben, daß beispielsweise fast die ganze Welt mit deutschen Farben in heiteren und düsteren Tinten bemalt wird. Die deutsche Farbenindustrie steht fast konkurrenzlos da; sie ist heute in fast allen, selbst halb- oder unzivilisierten Ländern eingedrungen und hat selbst nicht vor den Grenzen Persiens halt gemacht zu einer Zeit, in welcher auf die Einfuhr von Anilinfarben dortselbst noch die Todesstrafe gesetzt war. Fast die ganze Erde nimmt ihre Medizin in deutschen Packungen und Dosierungen, und wo nur irgend chemische Spezialindustrien sich etabliert haben, arbeiten sie wiederum mit deutschen Halbfabrikaten und Hilfsmitteln. Gerade der Handel mit chemischen Produkten ist aber fast ausschließlich in deutschen Händen geblieben. Neben dem Farbenhandel hat sich der Drogenhandel glänzend entwickelt und der Weltmarkt in diesem Artikel ist vor etwa 20 Jahren von Liverpool nach Hamburg übergegangen. England war uns in einzelnen Zweigen der chemischen Industrie eine Zeitlang voran. Unter anderem aber war es die deutsche Akkuratesse und Sparsamkeit, die ihm den Rang abgelaufen hat. Die englischen Farbenfabriken haben lange mit kolossalen Unterschleifen ihrer Angestellten rechnen müssen und sie haben es geraume Zeit nicht verstanden, aus Abwässern und Ausscheidungen der Fabrikation, wie das in Deutschland geschah, wertvolle Nebenprodukte zu gewinnen.

Es ist bekannt, daß die französische Industrie gegen die deutsche und englische wesentliche und charakteristische Unterschiede aufweist. Auch der französische Handel ist dementsprechend anders ausgestaltet, als der deutsche. Es fehlt ihm der Zug ins Große, der unsere Handelsherrn auszeichnet. Hätte der französische Kaufmann nicht Waren zu vertreiben, die wegen ihrer Eigenart unter allen Umständen Käufer finden, so würden seine Umsätze stark zurückgehen. Er ist nicht gewöhnt, umfassende Kollektionen vorzulegen; er verkauft weniger bereitwillig nach Originalmustern und ist in der Lieferung nicht annähernd so kulant wie der deutsche. Freilich, der größte Teil seiner Produkte ist für den Verbrauch der obersten Bevölkerungsklassen bestimmt und weist guten Geschmack in dem Grade auf, daß er für die Mode der großen Welt maßgebend und unentbehrlich erscheint. Insbesondere ist aber zu bemerken, daß der französische Handel mit einer gewissen Spießbürgerlichkeit an Produkten der eigenen nationalen Produktion hängt und sich nur schwer entschließt, fremde Waren aufzunehmen. Frankreich importiert natürlich große Mengen ausländischer Waren. Aber sein Export bleibt fast immer französisch. Was das bedeuten will, erhellt aus der Tatsache, daß England schon im Jahre 1895 nicht weniger als 71 Millionen Pf. St., d. h. 1400 Millionen Mark Jahresgewinn aus dem Transport fremder Ware bezogen hat. Die deutsche Reederei steht zwar hinter der englischen weit zurück; doch wird der Gewinn aus dem reinen Speditionsgeschäft, d. h. aus der Verfrachtung fremder Waren durch deutsche Schiffe zurzeit auf nicht weniger als 5—600 Million Mark eingeschätzt. Das ist ein Gewinn, der uns aus dem ausgedehnten „Zwischenhandel" zufließt, den wir in allen Ländern der Welt zu treiben bemüht sind, ein Handelszweig, dessen Produktivität ebenso über allem Zweifel erhaben ist, wie diejenige des inländischen Zwischenhandels, die so häufig in Zweifel gezogen wird. Es wäre an dieser Stelle vielleicht manches über die deutsche Reederei und den deutschen Schiffsbau zu sagen. Man könnte die Frage aufwerfen, warum die bekanntesten großen Überseelinien, wie der Norddeutsche Lloyd und die Hamburg-Amerika Linie nur mit verhältnismäßig bescheidenen Gewinnen arbeiten. Man könnte auch darauf hinweisen, daß und in welchem Maße deutsche Schiffahrtsgesellschaften sogar den lokalen Küstenhandel Ostasiens unter ihre Kontrolle gezwungen haben. Wir wissen, daß der Personenverkehr der Welt sich mit Vorliebe den deutschen Schiffslinien zuwendet, deren Eleganz, Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit ein gewaltiges Fremdenpublikum anzieht. Aber all das würde zuweit führen und muß auch zurückstehen hinter der Tatsache, daß in gleicher Weise der Transport wertvoller Spezialartikel und grober Massengüter, differenzierter Industrieprodukte und roher Erzeugnisse der deutschen Handelsflotte ein stetes und geradezu erstaunliches Wachstum sichern. Der deutsche Handel geht daneben aber noch ungezählte andere Wege. Seine

Pioniere und Reisende dringen überall siegreich vor. Sie verkaufen in England Artikel, die man als englische Domaine zu betrachten gewöhnt war; sie vertrieben nach Frankreich ungezählte Warensorten, die hinterher als Pariser Neuheiten wieder zu uns zurückkommen und sie haben in zahllosen Fällen eine Findigkeit und einen Instinkt entwickelt, der aus den unscheinbarsten Anfängen ein großes Geschäft sich entwickeln ließ. Wird doch beispielsweise deutsches synthetisches, d. h. auf chemischem Wege künstlich hergestelltes Indigo heute selbst in der ostasiatischen Heimat des Naturproduktes vertrieben. Jede Eigenart wird bei den Völkern in Übersee sorgfältig studiert, ausgezeichneter Bericht und Anregung in die Heimat gegeben und jede Konjunktur auf das geschickteste ausgenutzt. Schon brennt vor jedem indischen Hausgötzen ein „ewiges Lämpchen" deutscher Fabrikation und es dürfte nicht lange hin sein, bis die buddhistische Welt auch mit Gebetsmühlen und Gebetsmaschinen deutschen Ursprungs versehen sein wird, nachdem deutsche Rosenkränze bereits mit Erfolg daselbst Absatz gefunden haben.

Wenn man die deutsche Handelsstatistik in ihren einzelnen Abschnitten prüft und die Angaben für die einzelnen Artikel und Länder mit denjenigen der ausländischen Statistik vergleicht, so ergeben sich große Abweichungen: eine Mahnung dahin, daß man den oft von verschiedenen Gesichtspunkten ausgehenden Anschreibungen nicht völlig vertrauen kann. Aber ein ungefähres Bild der Handelsbewegung gibt die amtliche Statistik doch und zum mindesten sind ihre Ergebnisse ohne weiteres da zu verwerten, wo es sich um längere Perioden handelt und die Einzelheiten aus der Betrachtung ausgeschieden werden. Hält man diesen Gesichtspunkt fest, so zeigt sich die auffällige Erscheinung, daß fast bei allen Wettbewerbsländern ein Ab- und Zugang in schwankender Wiederkehr zu verzeichnen ist, der deutsche Handel aber, wo er einmal festen Fuß gefaßt hat, kaum je wieder verschwunden, niemals oder doch nur sehr selten weiter zurückgegangen ist, als das sich infolge einer allgemein weichenden Handelskonjunktur erklärt, und daß er fast überall mit verblüffender Konsequenz fortschritt. Eine Verdrängung durch die gleichartigen Produkte anderer Länder ist fast niemals zu konstatieren; oft aber beobachtet man eine allmähliche Abänderung und Verschiebung in der Art und der Qualität der bisher gelieferten Ware; eine langsame Umbildung, die sich entweder dem wechselnden Geschmack der Abnehmer anpaßte oder aber diesen Geschmack selbst unmerklich umgeformt hat. Wenn auch an manchen Stellen das deutsche Geschäft viele Jahre lang nicht vorankam: es verschwand nicht gänzlich und eines schönen Tages kommt plötzlich der entschiedene Fortschritt. Es liegt dieser Erscheinung offenbar eine Zähigkeit, Anpassungsfähigkeit und schätzenswerte Geduld zugrunde, die dem deutschen Kaufmann zur Ehre gereicht. Im allgemeinen wuchs die Intensität des Verbrauches und die Kaufkraft auf der ganzen Erde mit der fortwährend steigenden Bevölkerungszahl und Arbeitsleistung. Ein Ansteigen auch der Welthandelsziffer kann deshalb nicht auffällig sein. Wenn der gigantische Apparat politischer, nautischer und merkantilistischer Art, der dem englischen Kaufmann zur Verfügung steht, und häufig viel bereitwilliger und nachhaltiger zur Verfügung gestellt wird, als bei anderen Nationen, fortgesetzt immer größere Mengen geschäftlicher Transaktionen aufsaugt und an sich zieht, so kann das kaum wundernehmen. Es erscheint auch als eine einfache Konsequenz glänzender natürlicher Ausstattung, wenn die Vereinigten Staaten gewisse Warengattungen zu Preisen und Bedingungen vertreiben, die die Konkurrenz wenigstens für eine bestimmte, freilich oft nur kurze Zeitperiode geradezu ausschließt. Wenn dagegen das von Hause aus arme Deutschland konsequent und in ununterbrochener Folge wirtschaftliche Eroberungen macht, wenn es Land auf Land in Übersee als tonangebende Handelsmacht gewissermaßen tributpflichtig werden läßt, wenn es die größten und mächtigsten Nebenbuhler geradezu verdrängt, während es selbst mit erstaunlicher Zähigkeit festhält, was es niemals erworben hat, so kann das nicht in allen Fällen der Trefflichkeit deutscher Produkte allein zugeschrieben werden. Wir leisten gewiß auf vielen Gebieten unserer Industrie vorzügliches. Aber andere tuen des-

gleichen; in Stapelartikeln haben wir eine der englischen durchaus gleichgerichtete Fabrikation, in gewissen Spezialfertigkeiten werden wir sowohl von England, wie auch von Frankreich und den Vereinigten Staaten übertroffen. Unsere Arbeitslöhne sind keineswegs niedriger, als diejenigen unserer Konkurrenz; die Rohmaterialien liegen vielen unserer Wettbewerber weit bequemer zur Hand, und die Lebensansprüche, die in Deutschland gang und gäbe sind, erscheinen zumal in der neuesten Periode vielfach höher, als diejenigen in zahlreichen anderen Ländern. Wenn wir trotz dessen so oft als Sieger im Kampf um den Absatz hervorgehen, so muß das also einen ganz besonderen Grund haben. Wir sind, um ein Beispiel herauszugreifen, in Chile die führende Handelsmacht, so zwar, daß auch der eingeborene Handel weit hinter dem unsrigen zurücksteht. England und die Vereinigten Staaten liegen diesem Lande näher, als wir, da wir unsere Waren von Hamburg um das Kap Horn führen müssen. Die Art der eingeführten Artikel zeigt keinerlei Besonderheit; die Bevölkerung würde englische oder andere Artikel mit gleicher Bereitwilligkeit aufnehmen. Warum hat gerade Deutschland die führende Rolle? Wir sind durchaus nicht eher ins Land gekommen, als die anderen. Nun, es ist zweifellos die persönliche Tüchtigkeit des deutschen Kaufmanns, die Fähigkeit seiner Arbeit, die Aufmerksamkeit, mit der er beobachtet, der Fleiß, mittels dessen er die spanische Sprache in Wort und Schrift beherrschen gelernt hat, die ihm den Sieg verschafft haben. Der Deutsche ändert ebensowenig wie der Engländer um eines einzelnen Absatzgebietes willen seine Fabrikation; aber er wählt für den Anfang sorgfältig dasjenige aus, das dem Geschmack und vor allem der Zahlungsfähigkeit des fremden Käufers entspricht und erst allmählich und ganz unvermerkt legt er anderes daneben und leitet die Bedürfnisse und das Interesse des Marktes zu denjenigen Waren und Preislagen über, die für ihn besonders gewinnbringend sind.

Hier muß indessen ein Hinweis Platz finden, der eine große Schwäche der deutschen Handelswelt verrät. Ich habe im Laufe der Jahre unendlich häufig Gelegenheit genommen, festzustellen, auf welcher Grundlage die Preise der einzelnen Warengattungen in Deutschland und im Auslande kalkuliert sind. Ich fand in England eine genaue, bis in alle Einzelheiten aufgestellte Berechnung, freilich erst neuerdings: vor einem Jahrzehnt fehlte sie noch. Auf Grund solcher Berechnung trat dann eine feste und oft nicht sehr bescheidene Forderung auf. Nachlaß im Preise kannte und kennt der Engländer selten. Der Franzose und Belgier kalkuliert ebenfalls scharf; aber er setzt sich meist eine gewisse Large, innerhalb deren er am Markte mit mehr oder weniger beweglicher Preisskala auftritt. Der Franzose ist aber im großen und ganzen insofern viel kleinlicher, als der Engländer, als er immer nur den vorliegenden Einzelfall in Betracht zieht und sich fast nie entschließen kann, im Hinblick auf eine gewinnreiche Zukunft für den Augenblick Opfer zu bringen. Der Deutsche steht, psychologisch angesehen, zwischen beiden. Er spekuliert wie der Engländer, wenngleich nicht mit derselben Entschiedenheit und Konsequenz und er weicht zurück, sobald es das Bedürfnis zu erfordern scheint. Allein der Deutsche weicht zu leicht und zu weit zurück; er kommt dazu deshalb, weil er einen Grundfehler macht: seine Kalkulation ist unsicher, im einzelnen nicht scharf durchgearbeitet und oft von unklaren Faktoren durchsetzt. Sehr häufig habe ich beobachtet, daß es sich nur um eine Art Rohkalkulation handelt, die mit ungefähren Werten arbeitet. So kommt es, daß der deutsche Kaufmann nicht gerade selten ohne Gewinn, ja sogar mit Verlust arbeitet und daß, wenn ihm die Konjunktur und seine Fähigkeit endlich Gewinn gebracht haben, dieser Gewinn im Verhältnis zum Risiko zu klein ist. Unsere Exportgeschäfte bzw. Importeure in fremde Länder kalkulieren häufig so, daß sie schematisch auf jede Ware einen gewissen Prozentsatz aufschlagen und damit Handelsgewinn und Risiko gedeckt glauben. Ein derartiges Verfahren läßt unter anderem nicht nur Zufälligkeiten extraordinärer Art außer acht, mit denen der Kaufmann immer rechnen muß, sondern es nimmt auch auf die großen Verschiedenheiten in der Absatzfähigkeit des einzelnen Artikels keinerlei Rücksicht. Der Einwand, daß der eine Artikel wiederbringt, was beim anderen ausfällt, kann nicht als stichhaltig aner-

kannt werden. Mangelhafte Kalkulation veranlaßt in manchen Fällen den Kaufmann unter die Gewinngrenze zurückzugehen und freilich gerade dadurch den später ertragreichen Markt zu behaupten: ein so eminent spekulatives Element sollte aber aus dem soliden kaufmännischen Warengeschäfte ausscheiden. Auch im Inlandsgeschäft begegnet man allzuoft dem gleichen Fehler, der gemacht wird „um ins Geschäft zu kommen". Uns ist ein eklatanter Fall bekannt, der kaum glaublich wäre, wenn er sich nicht hätte aktenmäßig nachprüfen lassen. Die jedermann bekannten sogenannten Uraniasäulen in Berlin wurden von einem mitteldeutschen Hüttenwerk hergestellt und der Auftrag zu so niederem Preise aufgenommen, daß hinterher nicht nur kein Gewinn, sondern ein schlanker Verlust von 50 Prozent sich ergab! Es war hier nicht etwa Unfähigkeit des Ingenieurs, der eine so einfache Gußarbeit nicht hatte beurteilen können, sondern es war neben der Sucht, den Auftrag zu erhaschen, die Lässigkeit in der Schätzung der allgemeinen Unkosten. Allzuhäufig kalkuliert in Deutschland auch der Grossist und sogar der Detailleur in dieser Beziehung falsch. Beispielsweise werden in Deutschland jährlich für ca. 25 Millionen Mark Nähgarn umgesetzt. Die Spinnereien verdienen an diesem Artikel prächtig. Eingestandenermaßen aber verdient die gesamte Grossistenschaft nichts daran, weil man seinerzeit, als der Artikel noch klein war, einen Lockartikel daraus gemacht und dabei geglaubt hat, die Ware abgeben zu können ohne die allgemeinen Handlungsunkosten zu berücksichtigen. Heute ist dieses Geschäft verlustbringend geworden; man kann nicht davon los, weil die Kundschaft sich gewöhnt hat, den Artikel mit den übrigen Kurzwaren zusammen zu kaufen und weil eine Vereinbarung unter der allzu zahlreichen Grossistenschaft nicht zustande kommt. Die Kalkulation kann man in gewissem Sinne als das kaufmännische Rückgrat bezeichnen: an dieser Stelle muß die deutsche Handelswelt noch härter, konsequenter und mehr bedacht auf den eigenen Vorteil werden. Der Engländer sowohl als der Franzose ziehen besonders aus dem Exportgeschäft verhältnismäßig höheren Gewinn, als der Deutsche.

Wenn man vom Glanz und der Größe des deutschen Handels spricht, ist man leicht versucht, auf die Güter- und Warenerzeugung selbst einzugehen und dann ihren Lauf durch die Welt zu verfolgen. Das wäre aber ein Übergriff in dasjenige Kapitel dieses Werkes, das von der deutschen Kunstfertigkeit, Handfertigkeit und Industrie handelt. Eine Beschreibung der einzelnen Überseemärkte würde wiederum nicht willkommen sein, weil sie sich als eine fortwährende Wiederholung derselben Dinge darstellen würde. So kann nur die Statistik ein übersichtliches Bild geben und man braucht neben den beigegebenen Übersichten nur das statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich zur Hand zu nehmen, um den Siegeszug der deutschen Transporte, Importe und Exporte zu studieren und zu überblicken. Trotz der kleinen eben besprochenen Mängel, die unseren Transaktionen anhaften, wuchs unser Handel ständig und stetig an. Dieses Wachstum erscheint um so beachtenswerter, als uns, wie gesagt, die prachtvollen Reichtumsgrundlagen der Vereinigten Staaten ebenso fehlen, wie der kolossale Hilfsapparat der Engländer. Sind wir doch gerade diesem Lande gegenüber schweren Tributes pflichtig. Oder ist es nicht eine üble Belastung, wenn beispielsweise ein Schiff von der Größe des Norddeutschen Lloydschiffes „Bremen" für eine einzige Durchfahrt durch den Suezkanal an die englischen Aktionäre dieses Unternehmens eine Gebühr von ca. 70 000 Mark zahlen muß? Da liegen riesige Werte, die unserer Konkurrenz ohne weiteres zufallen, und die wir erst einmal abarbeiten müssen, ehe unser Gewinn anfängt. Dennoch wächst dieser Gewinn von Jahr zu Jahr, und weder die von Zeit zu Zeit einsetzenden Krisen, noch die durch unsere Zollpolitik mitverschuldete Steigerung der Lebensmittelpreise und Löhne haben dieses Ansteigen behindern oder auch nur wesentlich verlangsamen können.

Es ist unzweifelhaft und dürfte allmählich wohl auch dem unter dem Eindrucke der Parteipresse verschiedener Richtungen stehenden Laien klar geworden sein, daß man während der letzten Jahrzehnte den Fragen der Handelspolitik eine übertriebene Bedeutung beigemessen hat. Daß eine völlig verkehrte Handelspolitik verhängnis-

volle Ergebnisse für die ganze Nation herbeiführen kann, ist nicht zu bestreiten. Die Geschichte bietet hierfür zahlreiche Beispiele; man erinnere sich der Folgen des Methuenvertrages für Spanien. Ruft man sich aber ins Gedächtnis zurück, welch große Wandelungen die deutsche Handelspolitik seit Begründung des Zollvereins erlebt hat und wie trotzalledem und alledem der Fortschritt unseres Innen- und Außenhandels stets auf dem Marsche geblieben ist, so möchte man sich entschließen, künftig wenigstens die düsteren Prophezeihungen zu belächeln, mit denen jede neue handelspolitische Phase bei uns begleitet wird. Wir sind etwas geworden, seitdem wir politisch ein Ganzes wurden, und wir sind stark geworden, seitdem die politischen Grenzen das Gros der nationalen Kräfte umschlossen haben. Daß bei der unendlichen Mannigfaltigkeit der Interessengruppen innerhalb eines fleißig arbeitenden Volkes bald einmal hier, bald da eine ungünstige Beeinflussung zugunsten des Ganzen eintreten muß, liegt auf der Hand. Es ist ein gewaltiger Strom, dem unsere nationale Arbeit die Wassermassen zuführt, die der deutsche Handel weiter und weiter leitet. Bei der notwendigen Regulierung des Stromes können wohl mancherlei technische und andere Fehler gemacht werden: der Strom kann deshalb in seiner lebendigen Kraft nicht aufgehalten werden, und seine Quellen werden fließen, solange der Fleiß erfinderischer Köpfe und strebsamer Hände rührig bleibt. Das lehrt uns die Geschichte der letzten Jahrzehnte, und wenn wir diese Lehre recht in uns aufnehmen, werden wir auch von froher Zuversicht für des deutschen Handels Zukunft sein.

Es liegt in der Natur des Handels, daß er stets im Flusse bleiben und nicht stillstehen kann. Wir danken ihm mancherlei Fortschritt und er selbst hat vieles bei uns umgeformt und in seine Dienste genommen. Den inneren Markt hat er intensiver gestaltet; die natürlichen Verschiedenheiten der einzelnen Bezirke, Landschaften und Provinzen hat er ausgeglichen; es ist sein Verdienst, wenn die ehedem recht heterogenen Bestandteile der Nation heute ein hohes Bewußtsein ihrer Gemeinsamkeit haben und in ihrer mehr und mehr herangebildeten Wesensgleichheit auch nach außen hin eine vereinte Stoßkraft gewonnen haben, die ihresgleichen sucht. Ohne die nimmermüde Arbeit des deutschen Handels auf dem inneren Markte wären wir vielleicht heute noch keine moderne Nation. Von der nationalen Einheit aber hat wiederum der Handel hohen Nutzen gezogen, als er in alle Welt hinausgehen konnte mit dem hohen Prestige des deutschen Namens. Mit tausend Ketten ist er heute verankert an aller Welt Ende. Die Güterverteilung der Völker muß mit ihm als einem unentbehrlichen Faktor rechnen; wir hinwiederum als mit einem unersetzlichen Zubringer kultureller Werte, von Gewinn und von Reichtum. In den Händen des deutschen Handels liegt zum guten Teile die Lösung der schwersten, der sozialen Frage. Denn mag die Gütererzeugung eine individuelle sein, wie sie heute ist, oder eine zentralisierte, wie utopistische Träumer sie träumen: immer wird die Güterverteilung, der Handel so frei, wechselvoll und individuell bleiben müssen, wie Begehr, Bedürfnis und Laune des einzelnen es erfordert. So wird der Handel stets auch der soziale Regulator bleiben und wer die Erfolge des deutschen Handels sieht, wird andere Systeme der Ordnung für unser Vaterland nicht herbeiwünschen.

Statistische Angaben

zu den Beiträgen Industrie, Schutz der nationalen Arbeit und Handel.

Von Dr. **Georg Ebner**, Berlin.

Im ganzen Deutschen Reiche bestanden nach den Ergebnissen der Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907 zu dieser Zeit 3 423 615 Gewerbebetriebe, in denen 14 348 016 Personen beschäftigt waren. Nach der Zahl der in ihnen beschäftigten Personen ordnen sich die bedeutendsten Gewerbegruppen wie folgt: Handelsgewerbe 2 063 634, Baugewerbe 1 563 594, Bekleidungsgewerbe 1 303 853, Industrie der Nahrungs- und Genußmittel 1 239 945, Industrie der Maschinen, Instrumente usw. 1 120,282, Textilindustrie 1 088 280, Metallverarbeitung 937 020, Bergbau, Hütten- und Salinenwesen 860 903, Gast- und Schankwirtschaft 803 603, Industrie der Holz- und Schnitzstoffe 771 059, Industrie der Steine und Erden 770 563 usw.

In den meisten Erwerbsklassen ist gegenüber den Zahlen der Erhebung von 1895 eine Vermehrung der darin tätigen Bevölkerung zu verzeichnen, hat ja auch die Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches von 1895—1907 um fast 20 Proz. zugenommen. Wie sich der Zuwachs bzw. die Abnahme in den einzelnen Berufen vollzogen hat, ist von dem Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Bremen berechnet worden. Die stärkste Zuwachsrate in Prozent weisen danach folgende Berufsgruppen auf: Bau von Maschinen und Werkzeugen usw. 115,3, Versicherungsgewerbe 113,5, Industrie der Fette, Leuchtstoffe und Öle 62,0, Bergbau und Hüttenwesen 61,4, Verkehrsgewerbe 57,7, Druckgewerbe 54,2, chemisches Gewerbe 45,5, Papiergewerbe 43,9. In einigen der wichtigsten Erwerbsgruppen sind in Deutschland und England folgende Zählungsergebnisse festgestellt, die einen interessanten Vergleich zwischen der Entwickelung der Zahlen der in beiden Ländern beschäftigten männlichen Arbeiter gewähren. In Deutschland waren tätig: in der Metallverarbeitung 1882: 459 713, 1907: 937 020; in der Maschinenindustrie 1882: 356 089, 1907: 1 120 282; in der Textilindustrie 1882: 910 089, 1907: 1 088 280; im Baugewerbe 1882: 533 511, 1907: 1 563 594; in der Landwirtschaft 1882: 8 236 496, 1907: 9 883 257. In den gleichen englischen Berufszweigen wurden in den Zählungen von 1881 und 1901 folgende Parallelzahlen ermittelt 200 667 — 216 022 bzw. 217 096 — 292 239 (1891) bzw. 913 602 — 898 655 bzw. 686 999 — 945 875 bzw. 1 199 827 — 988 340. Wo in der deutschen Industrie und im deutschen Gewerbe ganz erhebliche Zunahmen der erwerbstätigen Arbeiter zu beobachten sind, können in England nur geringe Zunahmen festgestellt werden, ja es sind sogar Abnahmen zu verzeichnen.

Für fast alle Erwerbszweige ist die Entwickelung des alle Industrien mit dem „täglichen Brot" versorgenden Kohlenbergbaus von wesentlichem Einfluß. Nachstehende Tabelle zeigt in Abschnitten von 5 zu 5 Jahren und für 1906/09 die Zunahme der deutschen Kohlenerzeugung:

	Steinkohlen		Braunkohlen	
	Menge in 1000 t	Zunahme in %	Menge in 1000 t	Zunahme in %
1880	46 974	—	12 145	—
1885	58 320	24,15	15 355	26,43
1890	70 238	20,44	19 053	24,08
1895	79 169	12,70	24 788	30,10
1900	109 290	38,05	40 498	63,38
1905	121 299	10,91	52 512	29,67
1906	137 118	13,04	56 420	7,44
1907	143 186	4,43	62 547	10,86
1908	147 671	3,13	67 615	8,13
1909	148 900	0,83	68 534	1,36

In dem Zeitraume der Jahre 1880—1909 stieg in Deutschland die Menge der geförderten Steinkohlen von 46 974 000 t auf 148 900 000 t, d. h. um 216,98 %; die der Braunkohle von 12 145 000 t auf 68 534 000 t, d. h. um 464,30 %. Die Werte dieser geförderten Mengen stiegen in der gleichen Zeit bei der Steinkohle von

245 665 000 Mk. auf 1 519 699 000 Mk., d. h. um 518,61 %, bei der Braunkohle von 36 710 000 Mk. auf 178 906 000 Mk., d. h. um 387,35 %.

Der Durchschnittswert der Tonne Steinkohlen betrug im Jahre 1909: 10,21 Mk. gegen 10,31 Mk. im Jahre vorher; für Braunkohlen stellte sich der Durchschnittswert 1909 pro Tonne auf 2,61 Mk. gegen 2,68 Mk. im Vorjahre.

Auch das Auslandsgeschäft des Kohlenbergbaues hat sich in den letzten Jahren vervielfacht. Während sich noch im Jahre 1880 die Einfuhr von Steinkohlen auf nur 2 058 768 t im Werte von 25,7 Mill. Mk., deren Ausfuhr auf 7 236 466 t im Werte von 47,0 Mill. Mk. stellte, hatte im Jahre 1909 die Einfuhr bereits die Höhe von 12 198 634 t im Werte von 166,3 Mill. Mk., die Ausfuhr die Höhe von 23 350 705 t im Werte von 313,0 Mill. Mk. erreicht. Die Braunkohleneinfuhr stieg von 3 081 269 t im Werte von 10,2 Mill. Mk. im Jahre 1880 auf 8 166 479 t im Werte von 77,6 Mill. Mk. im Jahre 1909, ihre Ausfuhr in der gleichen Zeit von 19 215 t im Werte von 0,07 Mill. Mk. auf 398 154 t im Werte von 0,3 Mill. Mk. —

Nächst der Kohlenproduktion dürfte die Geschäftslage der Eisenindustrie von wesentlicher Bedeutung für zahlreiche andere Erwerbszweige sein. Nach den Ermittelungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller entwickelte sich die deutsche Roheisenproduktion wie folgt: 1880: 2 729 038 t; 1890: 4 658 451 t; 1900: 8 520 541 t; 1907: 13 045 760 t; 1908: 11 813 511 t; 1909: 12 917 653 t. Der heimische Verbrauch an Roheisen stellte sich auf den Kopf der jeweiligen Bevölkerung berechnet in den gleichen Zeiten auf 39,3; 81,7; 131,1; 145,12; 115,97; 125,83 kg. Die wichtigste Sorte des deutschen Roheisens ist das Thomasroheisen, von dem im Jahre 1909: 8 261 538 t produziert worden sind. Es folgen Gießerei-Roheisen mit einer Produktion von 2 491 919 t, Stahl- und Spiegeleisen 1 099 772 t, Puddelroheisen 652 306 t und Bessemerroheisen 412 118 t. Der Hauptsitz der deutschen Roheisenerzeugung liegt in Rheinland-Westfalen, wo im Jahre 1909: 5 547 448 t oder 42,99 % der Gesamtproduktion erzeugt wurden, und in Lothringen, das mit Luxemburg zusammen 3 863 828 t = 29,89 % produzierte. Es schließen sich die anderen Bezirke nach der Größe ihrer Erzeugung an: Saarbezirk 1 132 344 t = 8.77 %, Schlesien 850 711 t = 6.57 %, Mittel- und Ostdeutschland 689 690 t = 5.33 %, Siegerland, Lahnbezirk, Hessen-Nassau 623 128 t = 4.82 %, Bayern, Württemberg, Thüringen 210 504 t = 1.63 %.

Unter den die Welt mit Roheisen versorgenden Ländern nimmt Deutschland seit dem Jahre 1903, in dem die deutsche Erzeugung die englische endgültig überholt hatte, den zweiten Platz ein. An erster Stelle stehen die Vereinigten Staaten von Amerika, die im Jahre 1909 allein 26,12 Mill. t produzierten.

Die deutsche Erzeugung von Flußstahl einschließlich Flußeisen ist von 6 645 869 t im Jahre 1900 auf 12 049 834 t im Jahre 1909 gestiegen. Von 115 Werken wurden im letzten Jahre hergestellt 11 485 032 t im basischen und 462 960 t im sauren Verfahren, dazu 84 069 t Tiegelgußstahl und 17 773 t Elektrostahl.

Die Zahl der in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie beschäftigten Arbeitskräfte wurde im Jahre 1908 auf 399 985 berechnet, und zwar im Eisenerzbergbau 45 902, im Hochofenbetrieb 43 532, in der Eisenverarbeitung (Gießerei, Schweißeisen- und Stahlwerke) 310 551. Den höchsten Stand hatte die Gesamtzahl im Jahre 1907 mit 417 599 Personen erreicht.

Die Gewinnung anderer Hüttenerzeugnisse nach Menge und Wert, Zahl der Betriebe und Belegschaft veranschaulicht folgende Tabelle:

	1909		1908		1908		
	Menge	Wert	Menge	Wert	Betriebe		Mittlere Belegschaft
	1000 t	1000 M.	1000 t	1000 M.	Haupt-	Neben-	der Hauptbetriebe
Zink	219,8	94 973	216,5	86 006	26	1	12 553
Blei	167,9	43 991	164,1	46 542	13	9	3 230
Kupfer	31,1	30 600	30,0	37 688	8	3	5 033
Silber kg	400 562	28 137 kg	407 185	29 699	6	12	1 760
Gold kg	5 064	14 147 kg	4 758	13 288	—	21	—

Für die sichere Beurteilung der Entwickelung und des Standes der Maschinenindustrie fehlen die Zahlenbelege, insbesondere die produktionsstatistischen, leider ganz. Einigen Anhalt gewähren die Angaben, welche Direktor Sorge in der Danziger Hauptversammlung des Vereins deutscher Ingenieure machte. Danach zählt die deutsche Maschinenindustrie etwa 500 000 Beschäftigte, wobei die verwandten Gebiete der elektrotechnischen Industrie, der Metallwaren- und Instrumentenindustrie nicht eingerechnet sind. Für den Vergleich der Erzeugungsmengen sind nur Schätzungswerte anzuführen. Diese ergaben für die Maschinenindustrie im Jahre 1907 rund 2,36 Mill. t fertige Erzeugnisse im Werte von 2 Milliarden Mark, das ergibt einen Durchschnittswert von 850 Mk. für die Tonne. Im gleichen Jahre wird nach der amtlichen Statistik bei einer Maschinenausfuhr von 518 000 t im Werte von 590 Mill. Mk. der Wert der ausgeführten Tonne auf 1134 Mk. verrechnet, während sich aus einer Einfuhr von 115 000 t im Werte von 108 Mill. Mk. der Wert pro eingeführte Tonne maschineller Erzeugnisse auf 940 Mk. stellt. Daraus folgt, daß im wesentlichen die wertvolleren Produkte der deutschen Maschinenindustrie zur Ausfuhr gelangen. Von einer Abhängigkeit des deutschen Maschinenbaues vom Auslande, wie sie noch vor wenigen Jahrzehnten bestand, kann heute nicht mehr die Rede sein.

In der Maschinenindustrie hat das Auslandsgeschäft in wenigen Jahrzehnten einen gewaltigen Aufschwung genommen. Im Jahre 1880 wurden von der deutschen Industrie an Maschinen, Instrumenten und Apparaten 72 454 t im Werte von 88 Mill. Mk. ausgeführt, wogegen die Einfuhr sich nur auf 25 137 t im Werte von 32,29 Mill. Mk. stellte. Im Jahre 1909 betrug die deutsche Maschinenausfuhr 3,31, die Einfuhr 0,68 Mill. t, deren Wert sich bei der Ausfuhr auf 393,55, bei der Einfuhr auf 65,72 Mill. Mark stellte.

Für die Lage der Textilindustrie geben die Resultate der im Jahre 1907 vom Reichsamt des Innern veranstalteten Produktionserhebung einen hervorragenden Maßstab. Darnach bestanden im Deutschen Reiche 401 Baumwollspinnereien, von denen in den Erhebungen 5 Betriebe wegen mangelnder Angaben unberücksichtigt bleiben mußten. Für die übrigen ergab sich eine Spindelzahl von 9 522 659, welche an Baumwolle und Abfällen ca. 407,5 Mill. kg verspannen. Die Jahresproduktion an eindrähtigem Baumwollgarn belief sich auf 358 935 030 kg, der Gesamtwert der Jahreserzeugung für eigene Rechnung der Spinnereien belief sich auf 644 464 404 Mk. Nach Erhebungen des Internationalen Verbandes der Baumwollspinner- und Weber-Vereinigungen erreichte am 1. März 1910 die Zahl der arbeitenden und berichteten Spindeln in Deutschland die Höhe von 9 891 450 Stück, davon waren 5 345 867 Selfaktor- und 4 545 583 Ringspindeln. Die abgeschätzte Totalzahl der zu dieser Zeit vorhandenen Spinnspindeln betrug in Deutschland 10 058 370 Stück. Damit steht Deutschland an dritter Stelle in der Reihe der Baumwolle verbrauchenden Weltstaaten. Höhere Zahlen hatten Großbritannien mit ca. 53,7 und die Vereinigten Staaten von Nordamerika mti 28,0 Millionen Spinnspindeln. An Deutschland schließen sich an: Rußland 8,2, Frankreich 7,0, Indien 6,1, Österreich 4,6 und Italien 4,2 Millionen Spindeln; die Gesamtzahl der in der Welt laufenden Spinnspindeln wurde auf 133,4 Millionen geschätzt. Für die Zeit vom 1. September 1908 bis 31. August 1909 wurde der Baumwollverbrauch pro 1000 Spindeln in Deutschland auf 173,64 Ballen berechnet.

Der auf den Kopf der Bevölkerung berechnete Verbrauch an roher Baumwolle in Deutschland betrug im Durchschnitt des Jahrfünfts 1871—75: 2,84 kg und stieg in zehnjährigen Abständen auf 3,34, 4,95, 6,15 kg in 1901—05. Im Jahre 1908 berechnete ihn die amtliche Statistik auf 6,79 kg. Auch der Verbrauch an Wolle hat erheblich zugenommen, so hat in den beiden Jahrzehnten seit 1887 sich der Konsum an reiner Schafwolle in den vier wichtigsten Ländern, Frankreich, Vereinigte Staaten, Großbritannien und Deutschland, um rund 35% vermehrt. Eine englische Zusammenstellung dafür gibt folgende Werte (in Millionen englischer Pfunde):

	1886	1887	1907	1908
Frankreich	501	466	566	527
Vereinigte Staaten	424	392	499	431
Großbritannien	394	369	546	490
Deutschland	262	272	401	390

In der chemischen Industrie hat die Zahl der Betriebe nach der Gewerbestatistik von 1907 gegen das Jahr 1895 etwas abgenommen, dagegen ist die Zahl der in ihnen beschäftigten Personen nicht unwesentlich gestiegen. Es wurden im Jahre 1907 (die eingeklammerten Zahlen geben die entsprechenden Daten der Zählung von 1895) in der chemischen Industrie 11 133 (11 541) Gewerbebetriebe gezählt und zwar 10 562 (10 385) Hauptbetriebe und 571 (1156) Nebenbetriebe, in denen zusammen 172 441 (114 440) Personen, 144 033 (98 155) männliche und 28 408 (16 285) weibliche, beschäftigt waren. Von den Betrieben entfielen 817 (478) auf die chemische Großindustrie, hervorragend tätig auf dem Gebiet der Herstellung anorganischer Säuren und Alkalien, 2153 (1582) Betriebe für sonstige Verfertigung von chemischen, pharmazeutischen und photographischen Präparaten, 6117 (5378) Apotheken, 1044 (1102) Fabriken für Farbematerialien mit Einschluß von Kohle- und Bleistiftfabrikation, von Tierkohle und Kohlenfiltern, Steinkohlenteer- und Kohlenteerderivaten, 538 (465) Sprengstoff- und Zündwarenfabriken und 464 (2536 einschl. Abdeckereien) Betriebe zur Verarbeitung von Abfuhrstoffen, Knochenmühlen und Düngerfabriken.

In der elektrotechnischen Industrie betrug nach den Nachweisungen der Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik die Zahl der bei dieser versicherten Arbeiter aus der Elektrotechnik im Jahre 1901: 59 010 Personen, deren Lohnsumme 69,5 Mill. Mk.; im Jahre 1909 waren diese Zahlen bereits auf 119 395 Arbeiter mit 172,8 Mill. Mk. Löhnen gestiegen. Mit den in anderen Berufsgenossenschaften versicherten Arbeitern derselben Branche dürfte sich die Gesamtzahl der heute in der deutschen Elektrotechnik tätigen Arbeiter auf etwa 140 000 stellen.

Die Zunahme der Elektrizitätswerke in Deutschland nach Zahl und Leistung ergibt sich aus einem Vergleich der Ergebnisse der statistischen Erhebungen des Verbandes deutscher Elektrotechniker vom 1. April 1895 mit den Schätzungswerten vom 1. April 1910. In diesem Zeitabschnitt ist die Zahl der berücksichtigten Werke von 148 auf 2259 gestiegen mit einem gesamten Anschlußwert in KW von 35 941 bzw. 2 140 000. Die Zahl der diesen Werken angeschlossenen Glühlampen stieg von 493 801 auf rund 15 Millionen, die der angeschlossenen Bogenlampen von 12 357 auf 271 000. Über die verwendete Betriebskraft werden am 1. April 1910 folgende Angaben gemacht (in Klammern die Zahlen für 1. April 1895): Es verwendeten: ausschließlich Dampf 767 (80), Wasser 214 (44), Umformer oder Transformatoren 51 (0), Explosionsmotoren 350 (5), ferner Wasser und Dampf 390 (11), verschiedene Betriebsarten 487 (8). Der Wert der gesamten Ausfuhr an elektrotechnischen Erzeugnissen betrug bereits im Jahre 1908 über 200 Mill. Mk.

In der deutschen Papiermacherei wurden im Jahre 1909 allein an Aktiengesellschaften 51 gezählt, in denen ein Gesamtkapital von rund 124 Millionen Mk. angelegt war. Die gesamte Ausfuhr der deutschen Papierindustrie stellte sich 1909 auf 334 369 t und zwar 155 316 t Halbstoffe und 179 053 t Rohpapier; die Einfuhr belief sich auf 128 911 t Halbstoffe und 169 076 t Rohpapier.

Die deutschen Zuckerfabriken stellten in dem Betriebsjahr vom 1. September 1908 bis 31. August 1909 im ganzen in Rohzucker berechnet 20 745 269 dz her. Die Rübenzuckerfabriken verarbeiteten in dieser Zeit 118 Mill. dz Rüben; an Rohzucker fanden 2 844 358 dz und an Verbrauchszucker 121 690 dz als Einwurf usw. Verwendung; außerdem wurden noch 49 360 dz als Zuckerabläufe verbraucht. Die Gewinnung der Rübenzuckerfabriken belief sich in der Berichtszeit auf 18 144 521 dz Rohzucker, 4 153 449 dz Verbrauchzucker und 2 686 330 dz Zuckerabläufe. — In den Zuckerraffinerien wurden 11 215 333 dz Roh- und 84 082 dz Verbrauchzucker verarbeitet,

woraus 26 205 dz Rohzucker, 10 169 178 dz Verbrauchzucker und Zuckerwaren, 7416 dz Speisesirup und 1 022 919 dz anderer Zuckerabläufe gewonnen wurden. — Die Melasse-Entzuckerungsanstalten verarbeiteten 699 240 dz Roh- und 29 856 dz Verbrauchzucker, dazu 2 068 845 dz Zuckerabläufe, woraus 33 013 dz Rohzucker, 1 483 416 dz Verbrauchzucker und Zuckerwaren, 18 493 dz Speisesirup und 203 089 anderer Abläufe gewonnen wurden. — Der auf den Kopf der Bevölkerung berechnete Konsum an Verbrauchszucker belief sich im Durchschnitt der Jahre 1871—76 auf 6 kg, zehn Jahre später 7 kg, wieder ein Jahrzehnt später bereits 10,6 kg und in dem Betriebsjahr 1907/08 hatte er bereits eine Höhe von 17,1 kg erreicht.

Zur Versorgung der deutschen Bierbrauerei wurden im Jahre 1908 im Reiche 1,63 Mill. ha mit Gerste und 37 865 ha mit Hopfen bebaut. Während 1880/81 noch 11 564 Bierbrauereien gezählt wurden, war diese Zahl 1907/8 auf 5 515 zurückgegangen, aber deren Leistung war gleichzeitig von 21,13 Mill. hl auf 46,09 Mill. hl Bier gestiegen. In der gleichen Zeit stieg der Bierverbrauch pro Kopf der Bevölkerung in Norddeutschland von 62,2 l auf 97,7 l, in Bayern von 210,7 l auf 239,7 l (1907). Seither ist er etwas zurückgegangen. Die Brausteuererträge stellten sich in den einzelnen Staaten: Norddeutsche Brausteuergemeinschaft 1908/09 : 52,74, Bayern 1908: 39,93, Württemberg 1907/08: 8,20, Baden 1908: 7,42 und Elsaß-Lothr. 1907/08: 3,28 Mill. Mk. Der Export betrug im Jahre 1909 an Bier in Fässern 537 572 hl i. W. von rund 11,63 Mill. Mk., an Bier in Flaschen 395 333 dz i. W. von 10,23 Mill. Mk.

Ein beachtenswertes Beispiel dafür, daß in einzelnen Erwerbszweigen mit ganz auffallender Zunahme der Großbetriebe eine Aufsaugung der selbständigen Kleinmeister verbunden ist, liefert die Statistik der deutschen Schuhwarenindustrie. Hier wurden an Betrieben mit mehr als 50 beschäftigten Personen gezählt 1882: 71; 1895: 258; 1907: 484; zu den gleichen Zeiten wurden die in diesen Großbetrieben beschäftigten Arbeiter mit 6878; 27 264; 61 913 gezählt, und gegenüber dieser starken Zunahme ging die Gesamtzahl der in der deutschen Schuhmacherei tätigen Personen von 398 757 in 1882 auf 388 443 in 1895 auf 369 606 in 1907 zurück!

Der Aufschwung der deutschen Spielwarenindustrie hat insbesondere Ausdruck in starker Bevorzugung deutscher Erzeugnisse auf dem Weltmarkt gefunden, so daß sich die deutsche Ausfuhr im letzten Jahrzehnt ungefähr verdoppeln konnte; ihr Wert beziffert sich in Millionen Mark:

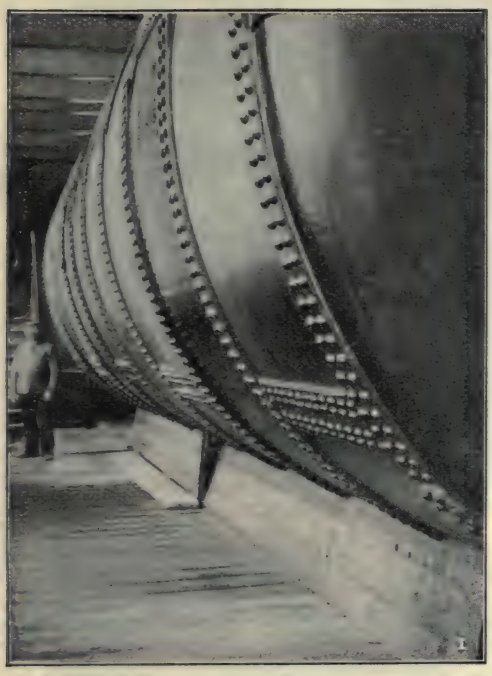
1898: 38,80 1900: 53,44 1905: 68,39 1907: 80,31 1908: 66,57 1909: 75,99

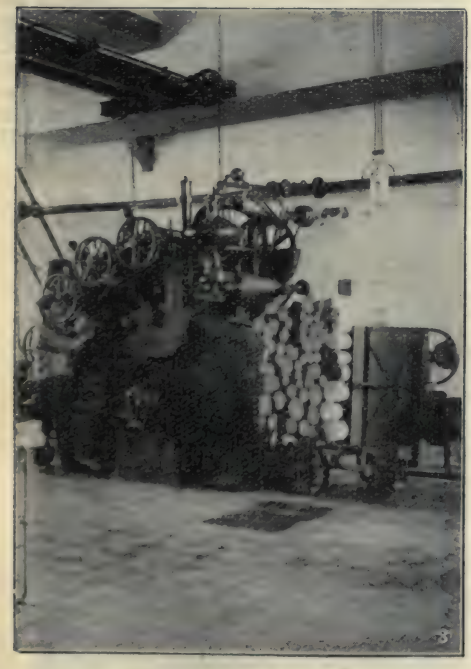
Ein Bild der Entwickelung des deutschen Außenhandels in den letzten 4 Dezennien gibt die nachstehende Tabelle, die auch nach Menge und Wert den jeweiligen Anteil der Rohstoffe und Fabrikate an der gesamten Ein- und Ausfuhr im Spezialhandel zur Darstellung bringt:

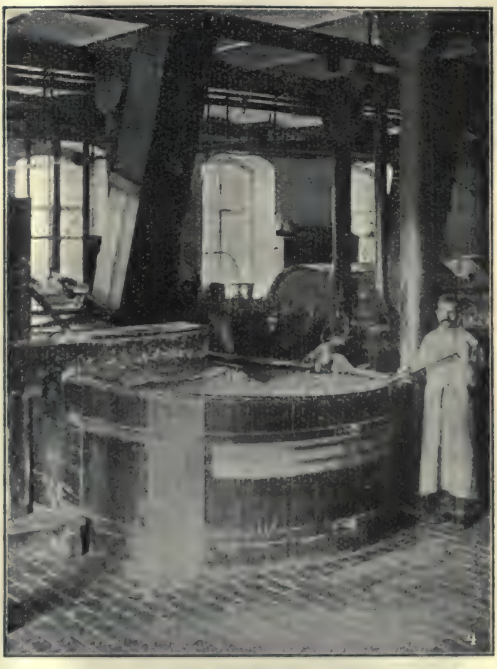
	Einfuhr		Ausfuhr	
	1000 Tonnen	Mill. Mk.	1000 Tonnen	Mill. Mk.
1879	16 660,1	3888,1	15 416,1	2820,8
1889	26 611,9	4087,1	18 292,6	3256,4
1899	44 652,3	5783,6	30 403,2	4368,4
1909	62 993,3	8520,1	48 794,2	6592,2
Darunter Rohstoffe für industrielle Zwecke:				
1879	11 392,8	1593,7	11 102,1	887,1
1889	20 862,3	1767,4	15 284,0	664,8
1899	34 635,0	2607,1	25 299,7	1016,1
1909	—	4688,9	—	1701,9
Fabrikate:				
1879	445,0	634,5	1 471,4	1063,8
1889	1 452,0	992,8	1 536,9	2098,7
1899	2 164,0	1147,6	2 605 2	2712,1
1909	—	1275,8	—	4216,9

Aus deutschen Großbetrieben.

Krübler & Niethammer in Kriebstein bei Waldheim i. S.

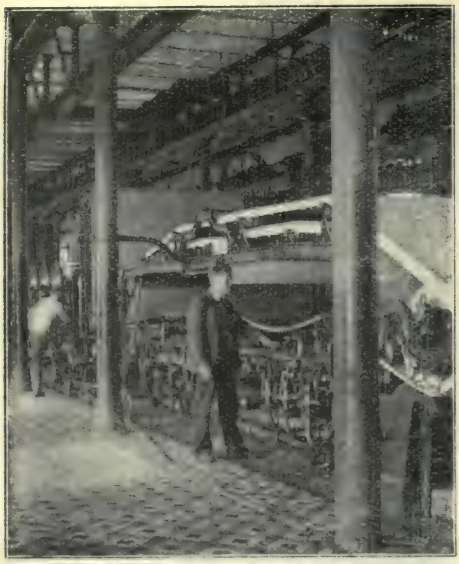






Die Herstellung des Druckpapiers.

Der Rohstoff des Zeitungsdruckpapieres ist Fichtenholz, das auf chemischem Wege zu Zellulose oder durch mechanisches Schleifen zu Holzmasse verarbeitet wird. Bild 1: Zellulosekocher. In ihm wird das geschälte und zerhackte Holz unter starkem Druck mit einer Lauge gekocht. Bild 2: Entleerung des Kochers.



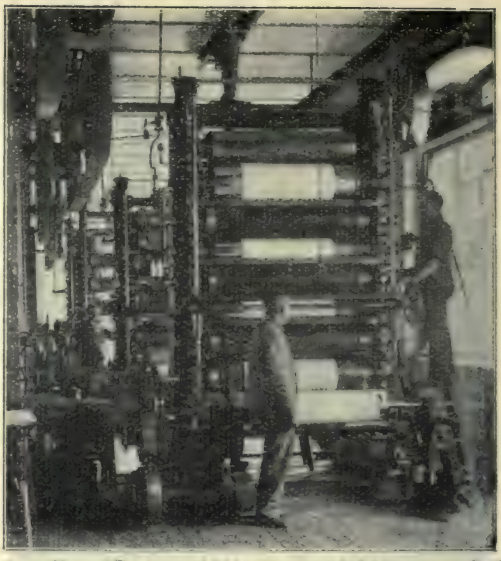


Bild 3: Schleifapparat zur Erzeugung der Holzmasse. Das geschälte und beschnittene Holz wird durch mechanische oder hydraulische Pressen, an einen schnell rotierenden Sandstein gedrückt und zerkleinert. Die Halbstoffe, Zellulose und Holzschliff, gelangen dann in den Holländer. Bild 4: Ein Trog aus Holz, Zement oder Eisen, in ihm rotiert eine Messer-Walze über einem Messer-Grundwerk. So wird der Stoff zerkleinert und innig vermischt. Hier wird ihm auch Farbe und Leim zugesetzt. Aus dem Holländer wird der fertige Papierbrei auf die Papiermaschine gepumpt. Stark mit Wasser verdünnt wird er zunächst auf einem horizontalen oder etwas geneigten straff gespannten rotierenden Metallsiebe, das sich in schüttelnder Bewegung befindet, gleichmäßig verteilt, dann durch Pressen geführt, die das nicht schon durchs Sieb getropfte Wasser entfernen. Darauf gelangt er in die Trockenpartie, die aus einer oder mehreren Gruppen von eisernen, durch Dampf erhitzten Zylindern besteht. Bild 5: Die Papiermaschine. Vorn die Siebpartie, dahinter die Trockenzylinder und zuletzt das Glättwerk, das dem getrockneten Papier eine geschlossene, für den Druck geeignete Oberfläche gibt. Papiere, die Bilder scharf wiedergeben sollen, werden noch einmal auf Kalandern, Abbildung 6, geglättet. Hier geht die Papierbahn abwechselnd zwischen einer Stahlwalze und einer aus hydraulich zusammen gepreßtem Papier bestehenden sauber abgedrehten Walze hindurch. Das in Rollen aufgewickelte Papier wird auf Bogen geschnitten und so gebrauchsfertig. Eine Druckpapiermaschine liefert innerhalb 24 Stunden je nach der Breite des Siebes 20 000 bis 30 000 kg Papier.

Eduard Beyer in Chemnitz.

Tintenfabrikationsraum.

Herstellungsraum.

Herstellungsraum.

Teil des Untersuchungsraums.

Auflösraum.

Naßraum.

Pochwerkraum.

Röstraum.

Schmelzfarben für Porzellan, Glas und Steingut, flüssige Scharffeuerfarben, Öl- und Wasserfarben, halbflüssiges Glanzgold.

Das deutsche Handwerk.

Von Dr. jur. **H. Purpus**, Syndikus der Handwerkskammer, Augsburg.

Vielgestaltig und reichbewegt wie die gesamte deutsche politische und Kulturgeschichte ist auch die Geschichte des Handwerks einzeln für sich betrachtet; vergegenwärtigen wir uns zunächst kurz dessen geschichtlichen Werdegang!

In der germanischen Urzeit konnte naturgemäß von einem Handwerk im heutigen Sinne des Wortes noch nicht gesprochen werden. Als der Germane vom Jäger zum Bauern wurde, war er noch sein eigener Handwerker und schuf durch seiner Hände Arbeit nur soviel Handwerkszeug, als er zur Selbstbetätigung bedurfte; nur weniges wurde in jener Zeit durch Tauschhandel erworben.

Mit Naturnotwendigkeit hob sich die Kultur, vermehrten sich die Ansprüche, stellten sich neue Bedürfnisse ein; diese verursachten neue, erweiterte Betätigungen, die ihrerseits wieder kulturelle Fortschritte zur Folge hatten; so ging die Entwickelung fort und fort in steter Wechselwirkung.

Die veränderten Bodenbesitzverhältnisse und die sich entwickelnde Staatsgewalt schufen dann in der fränkischen Zeit neue selbständige Gewerbe zu den in langsamer Entwickelung bisher entstandenen. Manche Berufe teilten sich schon in mehrere selbständige Einzelberufe; in politischer und in sozialer Hinsicht trat Abstufung und Gliederung ein. So haben wir schon zu Karls des Großen Zeit eine sehr große Anzahl von handwerksmäßigen Gewerben, die fast ausschließlich in den geistlichen und weltlichen Grundherrschaften ausgeübt werden. Im 11. Jahrhundert sehen wir schon mächtige Bauten entstehen, insbesondere Kirchen, und die Entwickelung des Kunsthandwerks geht im Zusammenhang damit rascher Blüte entgegen. Die Zahl der freien Handwerker wächst, es entwickeln sich Kunden- und Marktverkehr, jedoch beides als Tauschverkehr, denn es fehlt noch das Geld als gebräuchliches Zahlungsmittel.

Die fortschreitende Rodung des Landes macht Kräfte für das Handwerk frei. Die Städte wachsen und werden Handelszentren, die Stadtverfassung verbürgt Ordnung im Innern und schafft die Grundlage für gesicherte Entwickelung von Handel und Wandel und damit für die spätere Blüte des Handwerks.

Zur Zeit der staufischen Herrscher ruft der ungeahnte Aufschwung von Handel und Verkehr völlige wirtschaftliche Umwälzungen hervor. Neue Arbeitskräfte wandern zu, reichere Lebenshaltung entfaltet sich, das Handwerk verzweigt sich in vielfachster Weise. Schon hat man teils Lohn — teils Kaufhandwerk und mehr und mehr werden Waren auf Vorrat und zum Verkauf erzeugt. Schon werden alle Verhältnisse und Beziehungen verwickelter, und bringen dem entsprechend das Bedürfnis nach Ordnung und Schutz mit sich. Letztere zu garantieren ist die Staatsgewalt noch nicht genügend stark; so muß die Selbsthilfe eingreifen, und dies geschieht in den Vereinigungen der in den einzelnen Handwerken schon recht zahlreichen Berufsgenossen: Es entstehen die Zünfte!

Noch ist die Stadt der nahezu ausschließliche Sammelpunkt für die Gewerbebetätigung; das Ziel ihrer Gewerbepolitik ist, einen nach außen unabhängigen Wirtschaftsstaat zu bilden. Die Zünfte haben dabei Anteil an der Gewerbepolizei und -Politik; ihre Amtsgewalt über das Handwerk reicht soweit, wie etwa heutigentags diejenige

der Polizei, der Handwerkskammern und Zwangsinnungen zusammengenommen; es ist die Zeit des „Zunftzwangs“. Rechte und Pflichten der Innungsmitglieder sind bis ins einzelne genau geregelt; ebenso die Verhältnisse zwischen den Handwerkern als Erzeugern und ihren Abnehmern und Verbrauchern; über ihnen steht die obrigkeitliche Aufsicht, welche die Innungen allerdings zu beseitigen bestrebt sind.

Die Berufe beginnen an Überfüllung zu leiden, es entwickelt sich etwas wie soziale Frage: Der Meister wird mehr und mehr „Arbeitgeber“, der Geselle „Arbeitnehmer“. Ihre Beziehungen werden immer unfreundlicher; noch verfügen aber die Innungen über materielle und intellektuelle Macht, die im 14., 15. und 16. Jahrhundert zu Kämpfen gegen die Stadt- und auswärtige Politik der Geschlechter gebraucht wird, fast durchweg mit der Folge der erworbenen Anteilnahme am Stadtregiment. Damit verschiebt sich das Schwergewicht der Innungen auf das politische Gebiet. Das Selbstbewußtsein steigt und oft führt dessen Übertreibung zu Unlauterkeit im Geschäftsgebahren; städtische Taxen sollen dem entgegenwirken, und auch sonst erleidet das Gewerbemonopol Durchbrechungen seitens der Obrigkeit. Im großen und ganzen ist die Gesamtlage des Gewerbes im späteren Mittelalter noch nicht ungünstig; die Zünfte sind noch die berufenen und geeigneten Träger des gewerblichen Lebens; den Keim des Verfalles tragen sie freilich schon in sich.

Stärkere Mächte rütteln an den Zünften: Die Selbstherrlichkeit der Städte geht an den Staat über, große kriegerische Ereignisse — die Zerstörung des byzantinischen Reiches — und weltgeschichtliche Entdeckungen — Auffindung des Seeweges nach Indien — reißen die Gewerbe- und Handelsschranken nieder; die Absatzgebiete für das Handwerk mindern sich, die Zahl der Handwerker steigt, und so verschlimmert sich ihre soziale Lage; die wirtschaftliche und politische Entwickelung schreitet über ihre ohnmächtige Gegenwehr hinweg: es ist die Zeit des Verfalls der Zünfte, den auch die gewerbepolitischen Maßnahmen der Reichstage des 16., 17., und 18. Jahrhunderts nicht aufhalten können. Nur wenigen landesherrlichen Regierungen gelingt eine einheitliche Ordnung der gewerblichen Verhältnisse. Die Beziehungen zwischen Meistern und Gesellen werden immer schlechter; die modernen sozialen Plagen: Streik und Boykott werden häufiger. Die Zünfte erscheinen demgegenüber machtlos und vielfach wird der Ruf nach deren Abschaffung laut.

Ein neues wirtschaftliches Zeitalter bricht an: das auf möglichste Anhäufung von klingendem Reichtum bedachte Merkantilsystem; möglichste Hebung jeglichen Verkehrs bildet seine Voraussetzung; weitere der noch bestehenden Innungsschranken müssen fallen und geben Raum für die der gewünschten Steigerung der Produktion dienende, neuaufkommende Hausindustrie und fabrikmäßige Warenherstellung: neben dem zünftigen entsteht ein freies Handwerk, neben dem Kleinbetrieb die Industrie.

Diese die Zunftverfassung zerstörende Entwickelung geht noch weiter. Die französischen Freiheitsideen, neue, mächtig sich ausbreitende freiheitliche Wirtschaftsanschauungen ebnen der kommenden Gewerbefreiheit den Weg; erneut und heftiger entbrennt der Kampf gegen die Zünfte; der freie Wettbewerb gilt als neues Ideal: „weg mit Staatsbevormundung und Zunftzwang“ ist die Parole. In den einzelnen deutschen Ländern vollzog sich die weitere kampfbewegte Entwickelung in verschiedener Weise. Preußen ging 1810 und 1811 mit seiner Gewerbesteuer und einem Gesetz über die polizeilichen Verhältnisse der Gewerbe voran; hier waren die Innungen nur noch freie Genossenschaften, in den übrigen Staaten erfolgte ihre mehr oder weniger weitgehende freiheitliche Umgestaltung.

So war die Gewerbefreiheit gekommen, hat veraltete Einrichtungen beseitigt, aber im Zusammenwirken mit sonstigen neuauftretenden Faktoren für das Handwerk Folgen gezeitigt, die es gegenüber dem Kapital und der Industrie ins Hintertreffen bringen mußten, weil ihm nicht in gleicher Weise möglich war wie diesen die ungeheueren Fortschritte der Technik, des Verkehrswesens und die Änderungen der häuslichen Wirtschaft und der Lebensführung auszunutzen; gewerbliche Großbetriebe und

Warenhäuser bereiten ihm eine drückende Konkurrenz, viele Handwerkerexistenzen waren bedroht, und es erhob sich wieder der Ruf nach Schutz für das Handwerk.

Es liegt eine gewisse Tragik darin, daß im Lauf der folgenden Jahrzehnte bald nach mehr gewerblicher Freiheit, bald nach mehr Zwang gerufen wurde, ohne daß jener Mittelweg gefunden werden konnte, dem wir in der Entwickelung der gewerblichen Verhältnisse unserer Tage, wenigstens in vieler Beziehung, nähergekommen zu sein annehmen dürfen.

In den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts wurden also wieder Einschränkungen herbeigesehnt; diesem Bestreben trug die preußische „Allgemeine Gewerbeordnung" vom Jahre 1845 teilweise Rechnung. Sogar das frühere Handwerksmonopol der Zünfte wurde wieder von dem sogenannten „Handwerkerparlament" zu Frankfurt (1848) gefordert. Im Jahre 1849 machte Preußen neue Zugeständnisse im Sinne des Gewerbeschutzes, und ein gewisser neuer Aufschwung blieb nicht aus; doch das Kleingewerbe ausreichend zu schützen gegenüber der ihm aus der Großindustrie, den Magazinen und dem Handel erwachsenen Not, war keineswegs erreicht worden; diese Mißerfolge bewirkten, daß man in anderen Staaten sich nicht abhalten ließ, den Übergang zur Gewerbefreiheit zu vollziehen. Selbst in Preußen kam sie wieder zur Herrschaft durch die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes, welche nach der Reichsgründung Reichsgewerbeordnung wurde.

Die Reichsgewerbeordnung ist, nachdem sie mit dem 1. Januar 1889 auch in Elsaß-Lothringen eingeführt worden ist, seit diesem Termin Gesetz für den ganzen Umfang des Reiches. Schon vorher aber hatte sie mehrfache Umgestaltungen erfahren. So wurde durch ein auch vornehmlich das Handwerk berührendes Gesetz von 1874 das Verzeichnis der einer besonderen Genehmigung bedürfenden gewerblichen Anlagen erweitert; durch ein Gesetz im Jahre 1881 wurden die Bestimmungen über die neuen Innungen wesentlich umgestaltet, und nach weiteren Ergänzungen wurde dann diese Materie durch eine neue Fassung der betreffenden Bestimmungen mittels Gesetzes vom 26. Juli 1897, das sogenannte „Handwerker-Gesetz", festgelegt. Gesetze vom Jahre 1883 und 1896 galten der näheren Regelung des zu vielen Klagen Anlaß gebenden Gewerbebetriebes im Umherziehen bzw. des Geschäftsbetriebes der Handlungsreisenden; durch ein Gesetz vom Jahre 1890, betr. die Gewerbegerichte, sind die Bestimmungen über die gewerblichen Schiedsgerichte beseitigt worden. Im Jahre 1893 wurden die Bestimmungen der Gewerbeordnung über den Wucher ergänzt. Das das Handwerk gleichfalls in weitem Maße treffende Arbeiterrecht wurde durch ein Gesetz vom Jahre 1891 hauptsächlich im Sinne der Verstärkung des Schutzes der weiblichen und jugendlichen Arbeiter umgeformt; eine am 1. Januar 1910 im Kraft getretene Novelle (vom 28. Dezember 1909) betrifft ebenfalls die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter, und dehnt die Bestimmungen über deren Beschäftigung auf alle Betriebe aus, in denen mindestens 10 Arbeiter beschäftigt werden; es leuchtet ein, daß die hiermit vorgenommene Aufhebung des Begriffes „Fabrik" das Handwerk sehr nachdrücklich berührt. Neue Bestimmungen über das Lehrlingswesen enthält neben anderem ein Gesetz vom Januar 1897. Von grundlegender Bedeutung für das Handwerk war aber die Novelle zur Gewerbeordnung vom 30. Mai 1908, die Bestimmungen über den sogenannten „kleinen Befähigungsnachweis". Weitere Abänderungen und Ergänzungen werden den vorerwähnten folgen.

Die häufigen Änderungen und Ergänzungen dieses für das Handwerk hauptsächlich in Betracht kommenden Gesetzes lassen erkennen, daß auch in den letztverflossenen Jahrzehnten die Ansichten darüber, was dem Handwerk frommt, in steter Weiterentwickelung und Wandlung begriffen waren. Schutz des Handwerks war ihre Grundtendenz, insbesondere Schutz gegen Schäden, die ihm aus den Reihen seiner eigenen Angehörigen erwachsen waren, und gegen welche man durch das Erfordernis des Nachweises gehöriger Vor- und Ausbildung und geregelte Heranbildung des Handwerkernachwuchses mit Erfolg anzukämpfen hoffen darf. Im übrigen enthält die Ge-

werbeordnung in ihrer heutigen Gestalt in insgesamt 10 Titeln: Allgemeine Bestimmungen, Vorschriften für den stehenden Gewerbebetrieb, den Gewerbebetrieb im Umherziehen, den Marktverkehr, die Taxen; weiter Bestimmungen bezüglich der Innungen, Innungsausschüsse, Handwerkskammern, Innungsverbände; ferner regelt sie die Verhältnisse der gewerblichen Angestellten und Arbeiter und der gewerblichen Hilfskassen, gibt Vorschriften bezüglich statutarischer Bestimmungen; dazu kommen noch Straf- und Schlußbestimmungen.

Im Jahre 1900 wurden durch eine Ergänzung der Gewerbeordnung als gesetzliche Vertretungen des Handwerks die Handwerkskammern geschaffen. Ihr Wesen und ihre Aufgabe darf, ihrer Bedeutung gemäß, das Folgende näher darlegen:

Wie in den modernen volkreichen Staaten die Wohn- und Arbeitsstätten der erwerbstätigen Menschen räumlich dicht bei und übereinander liegen, so gehen auch die unzählbaren, die Erwerbsbetätigung betreffenden Interessen der einzelnen teils friedlich nebeneinander her, teils laufen sie feindlich gegeneinander. Zahlreiche Gesetze und Verordnungen geben deshalb Verhaltungsmaßregeln, um Handel und Wandel soweit wie möglich in ordnungsmäßigem Gang zu halten. Nun müssen die Gesetzgeber und die Behörden aber vor der Erlassung von Gesetzen und Veranstaltungen sonstiger Maßnahmen für bestimmte Kreise die Verhältnisse, Wünsche und Bedürfnisse dieser letzteren vermittelt bekommen, und sie müssen nach der Schaffung von Gesetzen und von Einrichtungen sonstiger Art bei deren Ausführung und praktischen Anwendung unterstützt werden. Diese vermittelnde und unterstützende Tätigkeit ist neben den dem Ermessen der Kammern entspringenden direkten Förderungsmaßnahmen in gegebenen Einzelfällen in bezug auf das Handwerk die Hauptaufgabe der Handwerkskammern. Ihre Errichtung erfolgt für bestimmte örtliche Bezirke durch eine Verfügung der Landeszentralbehörde; dies ist in dem Umfang geschehen, daß bis jetzt im Deutschen Reich 64 Handwerkskammern bestehen; im Königreich Sachsen und in den Hansastädten Hamburg, Lübeck und Bremen erfüllen die sogenannten Gewerbekammern, die in den anderen Bundesstaaten den Handwerkskammern obliegenden Aufgaben, so daß wir im ganzen in Deutschland zurzeit 72 solcher Kammern haben.

Über Wesen und Charakter der Handwerkskammern ist folgendes hervorzuheben: Sie sind, kurz zusammenfassend ausgedrückt, vermögensfähige Korporationen des öffentlichen Rechtes zur Vertretung der Interessen des Handwerks, ausgestattet mit dem Rechte zur Führung eines öffentlichen Dienstsiegels. Über die Zusammensetzung der Kammer nach Personen und über die Geschäftsführung bestimmt das Nähere ein für jede Kammer zu errichtendes Statut. Die Mitglieder werden gewählt: Erstens von den Handwerkerinnungen, welche im Bezirke der Handwerkskammer ihren Sitz haben, und zwar aus der Zahl der Innungsmitglieder, zweitens von denjenigen Gewerbevereinen und sonstigen gewerblichen Vereinigungen, die mindestens zur Hälfte ihrer Mitglieder aus Handwerkern bestehen und im Bezirk der Handwerkskammer ihren Sitz haben, ebenfalls aus der Zahl ihrer Mitglieder, soweit letztere nach den sonstigen Bestimmungen der Gewerbeordnung fähig sind, gewählt zu werden. Aus den Mitgliedern wird ein Vorstand gewählt mit einem Vorsitzenden, dem zur Erledigung der Geschäfte ein Sekretär zur Seite steht. Die Kosten für die Kammern haben die betreffenden Gemeinden zu tragen, welche sie aber auf ihre Handwerker umlegen können.

Die Tätigkeit der Kammer zeigt und vollzieht sich in verschiedener Art. In allen wichtigen, die Gesamtinteressen des Handwerks oder die Interessen einzelner Zweige desselben berührenden Angelegenheiten, dann aber auch in einer Reihe besonderer in der Gewerbeordnung angeführten Fälle ist die Handwerkskammer als begutachtende und sachverständige Instanz zu hören, so z. B. wenn die Verleihung oder der Widerruf der Lehrlingsanleitungsbefugnis durch die höhere Verwaltungsbehörde an Personen, welche den gesetzlichen normalen Anforderungen nicht genügen, in Frage kommt; ferner, wenn von der unteren Verwaltungsbehörde Personen als Vertreter des Lehr-

herrn auf ein Jahr die Lehrlingsanleitungsbefugnis verliehen worden ist und dann die obere Verwaltungsbehörde diese Frist verlängern will, weiter, wenn die höhere Verwaltungsbehörde von Innungen erlassene Vorschriften zur näheren Regelung des Lehrlingswesens genehmigen soll, desgleichen vor Erlassung von Gesellenprüfungsvorschriften durch die höheren Verwaltungsbehörden usw.

In zahlreichen anderen Fällen ist die Handwerkskammer befugt, Maßnahmen verschiedener Art im Interesse des Handwerks zu treffen. Hierher gehören Veranstaltungen zur Ausbildung der Meister, Gesellen und Lehrlinge, Errichtung und Unterstützung von Fachschulen, Erlassung von Vorschriften über die An- und Abmeldung von Lehrlingen, ferner über die zulässige Zahl der von einem Lehrherrn zu haltenden Lehrlinge, soweit hierüber nicht schon der Bundesrat oder die Landeszentralbehörden näheres bestimmt haben. Weiter sind unter anderen die Handwerkskammern befugt, mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde die Dauer der Lehrzeit für die einzelnen Gewerbe oder Gewerbszweige nach Anhörung der beteiligten Innungen und Gewerbevereine festzusetzen und Lehrlinge in Ausnahmefällen von der Innehaltung der festgesetzten Lehrzeit zu entbinden, ferner freien Innungen die Ermächtigung zur Abnahme von Gesellenprüfungen zu erteilen.

Außer den vorerwähnten Aufgaben schreibt die Reichsgewerbeordnung den Handwerkskammern aber auch gewisse Aufgaben direkt vor. Neben der allgemeinen Vertretung der Interessen des Handwerks ist dies hauptsächlich die nähere Regelung des Lehrlingswesens und die Überwachung der Durchführung der darauf sich beziehenden Vorschriften, Unterstützung der Staats- und Gemeindebehörden bei Handwerkerförderungsmaßnahmen, Behandlung von Handwerkerwünschen und -Anträgen und Erstattung von Jahresberichten, Bildung von Gesellenprüfungsausschüssen und Bildung von Ausschüssen zur Entscheidung über Beanstandungen von Beschlüssen der Prüfungsausschüsse. Von den übrigen pflichtgemäßen Aufgaben der Kammern sei noch erwähnt: die Erlassung von Bestimmungen darüber, welche Gewerbe als verwandte anzusehen sind, wenn es sich darum handelt, ob jemand, der die Lehrlingsanleitungsbefugnis in einem Gewerbe besitzt, letztere auch in einem diesem „verwandten" — wie die Gewerbeordnung sich ausdrückt — Gewerbe hat.

Bezüglich des Verhältnisses der Handwerkskammer als der gesetzlichen Vertretung des Handwerks und handwerksmäßigen Gewerbes innerhalb ihres Bezirkes zu den Innungen bestimmt die Gewerbeordnung, daß die Innungen verpflichtet sind, den von der Handwerkskammer innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen Anordnungen Folge zu leisten.

Zahlreiche Handwerkskammern lassen, allein oder mit anderen Kammern zusammen, eigene Handwerkszeitungen erscheinen. Zahlreiche Kammern haben sich zu Einzelverbänden zusammengeschlossen und der Verband aller deutschen Kammern, also die Gesamtvertretung des deutschen Handwerks, nennt sich „Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag"; er versammelt sich alljährlich einmal, erledigt seine Aufgaben durch einen Ausschuß, durch die Geschäftsstelle, sowie mehrere Sonderkommissionen, und gibt ebenfalls für seine Zwecke eine eigene Zeitung heraus: „Das Deutsche Handwerksblatt".

Es wird allgemein anerkannt, daß die Handwerkskammern bisher eine für das Handwerk segensreiche Tätigkeit entfaltet haben. Bei steigender Einsicht in ihre Ziele und Zwecke in den Kreisen der Handwerker selbst werden die Erfolge gewiß noch stets größere werden; allerdings bedarf es dazu auch des fortgesetzten, rastlosen Ausbaues der Kammern und der fortgesetzten nachhaltigen Unterstützung der Behörden bei der Erfüllung der bedeutungsvollen, aber oft recht schwierigen Aufgaben der Kammern.

Zunächst soll nun noch kurz dargelegt werden, in welcher Weise das Handwerk von der Gewerbeordnung, abgesehen von der Gesetzgebung, ergriffen wird.

Aus dem großen Werke unseres Bürgerlichen Gesetzbuches interessieren uns die auf das Handwerk bezüglichen Bestimmungen über Verjährung. Während die regel-

mäßige Verjährungsfrist 30 Jahre beträgt, verjähren in zwei Jahren: Die Ansprüche der Handwerker für gelieferte Waren und ausgeführte Arbeiten, sofern die betreffenden Leistungen nicht für den Gewerbebetrieb des Schuldners erfolgt sind, in welch' letzterem Fall die Verjährungsfrist 4 Jahre beträgt; ebenso Ansprüche der gewerblichen Arbeiter — Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge, Tagelöhner und Handarbeiter — wegen des Lohnes und anderer an Stelle oder als Teil des Lohnes vereinbarter Leistungen, desgleichen die Ansprüche der Arbeitgeber wegen der auf solche Forderungen gewährten Vorschüsse; ferner die Ansprüche der Lehrherren wegen des Lehrgeldes und anderer im Lehrvertrag vereinbarter Leistungen, sowie wegen der für Lehrlinge bestrittenen Auslagen. Sind jedoch Ansprüche der aufgezählten Art rechtskräftig festgestellt, dann verjähren sie erst in 30 Jahren. Bei dem Abschluß von Lehrverträgen kommt gegebenenfalls die Bestimmung des § 1822 des Bürgerlichen Gesetzbuches in Betracht, wonach der Vormund zu einem Lehrvertrage, der für längere Zeit als ein Jahr geschlossen wird, der Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes (Amtsgericht) bedarf.

Von Bedeutung für das Handwerk war auch die Errichtung der Gewerbegerichte, durch welche den gewerblichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern einschließlich der Betriebsbeamten, Werkmeister usw. Gelegenheit gegeben werden soll, eine billigere, raschere, und einfachere endgültige Entscheidung etwaiger Streitigkeiten aus dem gewerblichen Arbeitsvertrag herbeizuführen, als dies mittels der ordentlichen Gerichte möglich wäre. Daneben dienen die Gewerbegerichte als Einigungsämter bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die Bedingungen für die Fortsetzung oder Wiederaufnahme der Arbeit, also insbesondere bei Streiks und Aussperrungen.

Eine zweite Art gewerblicher Sondergerichte sind die Innungsschiedsgerichte, zu deren Errichtung die Innungen befugt sind. Sie sind dazu bestimmt, im Gewerbegerichtsgesetz bezeichnete Streitigkeiten zwischen Innungsmitgliedern und ihren Gesellen, Arbeitern und Betriebsbeamten an Stelle der sonst zuständigen Gewerbegerichte zu entscheiden; die Zuständigkeit des Innungsschiedsgerichts schließt diejenige eines etwa für den betreffenden Bezirk bestehenden Gewerbegerichts aus. Ähnliche Funktionen wie das Innungsschiedsgericht übt der für Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Lehrherren und Lehrlingen von den Innungen zu errichtende Ausschuß für das Lehrlingswesen aus. Die Entscheidungen des Innungsschiedsgerichtes wie des vorgenannten Ausschusses können innerhalb Monatsfrist durch Klage bei den örtlichen Gerichten angefochten werden.

Aus dem Vorerwähnten ist zu ersehen, daß das Handwerk eine Reihe von Bevorzugungen in bezug auf die Entscheidung von Streitfällen genießt, ähnlich wie manche andere Berufsstände; diese Sonderstellung und -Behandlung wird allseitig als vorteilhaft und dankenswert anerkannt.

Hervorragenden Anteil hat das Handwerk auch an der sogenannten Sozialversicherungsgesetzgebung: Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung. Große pekuniäre Lasten legen sie freilich dem Handwerk auf, und es ist eine der wichtigsten und schwierigsten Aufgaben der Sozialpolitik und -Gesetzgebung eine richtige Verteilung der Lasten herbeizuführen. Für den Handwerker und Gewerbetreibenden ist insbesondere die durch das neue Invalidenversicherungsgesetz vom Jahre 1899 ermöglichte freiwillige Versicherung von weittragender sozialer Bedeutung. Das Gesetz unterscheidet hierbei zwischen Selbstversicherung und Weiterversicherung; die erstgenannte gewährt unter anderem Gewerbetreibenden und sonstigen Betriebsunternehmern, welche nicht regelmäßig mehr als zwei versicherungspflichtige Lohnarbeiter beschäftigten, das Recht, freiwillig in die Versicherung einzutreten. Auf Grund der Weiterversicherung sind männliche und weibliche, ledige und verheiratete Personen, z. B. Arbeiter, Gehilfen, Lehrlinge und Dienstboten, die aus einem die Versicherungspflicht begründenden Verhältnis ausscheiden, befugt, die Versicherung fortzusetzen oder zu erneuern, d. h. sofern sie noch erwerbsfähig sind; diese Weiterversicherung hat

hauptsächlich für solche Personen große Bedeutung, die sich nie wieder einer versicherungspflichtigen Beschäftigung widmen, weil sie selbstständig geworden sind, oder geheiratet haben, ebenso für Personen, die in der Regel in versicherungspflichtiger Beschäftigung stehen, jedoch zeitweise arbeitslos sind. Es ist einleuchtend, daß die geschilderten Versicherungsmöglichkeiten im Leben manches Handwerkers eine überaus wohltätige Rolle zu spielen geeignet und berufen sind.

Erwähnt darf an dieser Stelle noch werden, daß auch dem Handwerksjünger bei dem Nachweis entsprechender Leistungen die Vergünstigung der Ableistung des Einjährig-Freiwilligen-Militärdienstes zusteht.

Wir sehen, daß die Gesetzgebung in den letzten Jahrzehnten in vieler Hinsicht den Wünschen des Handwerks entgegen gekommen ist. Damit soll durchaus nicht gesagt sein, daß das Handwerk alle Hilfe nur von der Gesetzgebung und dem Staat erwarten soll. Im Gegenteil. Und in der Tat dringt auch mehr und mehr der richtige Gedanke durch, daß das sicherere und würdigere Mittel zur Hebung des Handwerks und Gewerbes in vielen Fällen nur energische Selbsthilfe sein kann. Auf den verschiedensten Gebieten hat diese sich bereits seit langem erfolgreich betätigt, wie im Genossenschaftswesen; sie wird auch in der Zukunft noch weitere Äußerungsformen zum Segen des Handwerks finden.

Selbsthilfe ist bis zu einem gewissen Grade auch die in den Innungen zur Förderung des Handwerks geleistete Arbeit. Die modernen Innungen sind zugleich Mittel zur Gewerbeförderung und Ergebnisse derselben. Ihre Aufgaben decken sich hinsichtlich der direkten Förderung des Handwerks durch Maßnahmen verschiedener Art mit denjenigen der Handwerkskammern. Wenn sich auch die Organisation des Handwerks in Innungen nicht in dem Umfange vollzogen hat, als man bei Schaffung der Handwerkskammern erwartet hatte, so ist ihre Zahl gleichwohl eine sehr beträchtliche. Nach amtlichen Erhebungen gab es bereits im Jahre 1904 im Deutschen Reich über 11 000 Innungen mit nahezu einer halben Million Mitgliedern, welche mehr als 690 000 Gesellen und über 260 000 Lehrlinge beschäftigten. Diese Zahlen sind aber seitdem stetig gewachsen, hauptsächlich dank der Tätigkeit der Handwerkskammern.

Abgesehen von dem Innungswesen gibt auch das Bestehen und Wachsen sonstiger gewerblicher Vereinigungen Zeugnis von der Betätigungsfreudigkeit und der Anpassung an die allgemeine moderne wirtschaftliche Entwickelung. Eine große Anzahl von Gewerbevereinen, die wiederum in einem Verbande zusammengeschlossen sind, kommen hierbei in Betracht, ebenso eine Reihe von handwerkerlichen Arbeitgeberverbänden. Gerade die letzteren gelten in neuester Zeit als den Handwerkerinteressen besonders dienliche Vereinigungen, doch besteht Aussicht, daß die Innungen ebenfalls mehr und mehr infolge Fallens noch bestehender gesetzlicher Schranken in den Stand gesetzt werden, die Absichten der Arbeitgeberverbände mit zu verwirklichen; dies wird zu weiterem Aufschwung des Innungslebens Veranlassung geben und ist um so begrüßenswerter, als den Innungen neben der Vertretung der materiellen Interessen ihrer Mitglieder auch große ethische, hinsichtlich des handwerklichen Nachwuchses insbesondere wichtige erzieherische Aufgaben gestellt sind.

Das Genossenschaftswesen als Gewerbeförderungsmittel ist bereits genannt worden. Trotz seines heute schon bedeutenden Umfanges und seiner anerkannten Leistungsfähigkeit wird es auch auf diesem Gebiete an rastloser Weiterbetätigung und neuen Fortschritten nicht fehlen. Die Bedeutung des Genossenschaftswesens liegt ja auch keineswegs auf rein wirtschaftlichem Gebiete. Es stellt die Verwirklichung des Wortes dar: „Einigkeit macht stark". Es stärkt das Gemeinsamkeitsgefühl, zwingt gewissermaßen, mitzutragen am Leide des Gefährten und läßt diesen teilnehmen an dem eigenen Vorteil; das sind seine ethisch und kulturell höchst schätzbaren Seiten. Von Schaden wäre andererseits, schablonenhaft vorgehen und blindlings überall Genossenschaften gründen wollen; es gehört ein bedeutendes Maß von Kenntnissen der wirtschaftlichen Zusammenhänge und eine gewisse kaufmännische Schulung dazu, um Be-

dürfnis und Zweckmäßigkeit einer solchen Gründung richtig beurteilen und bestehende Genossenschaften ersprießlich leiten und fortführen zu können; von größter Bedeutung ist schon die richtige Lösung der ersten Frage: Welche Art von Genossenschaft ist in dem gegebenen Fall zweckdienlich und erfolgversprechend? Die Einholung fachmännischen Rates ist hier unerläßlich und Selbstzucht und Gemeinsinn seitens der Gesellschafter die Voraussetzung für den Erfolg.

Nun hat es ja, wie überall, so auch im Handwerk, und namentlich bei dessen Gegnern, nicht an Schwarzsehern gefehlt, welche dem Handwerk einen sehr schlechten Entwicklungsgang prophezeit haben. Manche sprachen gar schon von „sich überlebt haben" und ähnlichen Dingen. Da hat nun aber die Statistik erfreulicherweise ganz anderes gelehrt, und die Gewerbezählung von 1907 hat Ergebnisse gehabt, welche die dem Handwerk den nahen Tod weissagenden Stimmen zum Verstummen bringen müssen. Es hat sich nämlich gezeigt, daß nirgends in bedenklicher Weise eine Verdrängung des Handwerks hervortritt, daß der nur mäßige Rückgang der Alleinbetriebe den Verhältnissen entsprach und wirtschaftlich ohne Schaden war; nur da erlitt der Mittel- und Kleinbetrieb unbedeutende Einbußen, wo der Großbetrieb anderes oder mehr leisten konnte. Also: das Handwerk kann noch zu weiterer Größe und Blüte gelangen, soviel steht fest! Es hat sich auf dem Boden der alten historischen Handwerksberufe und unter Neuaufnahme in unserer Zeit entstandener Handwerkszweige zu einem, teilweise Unternehmercharakter tragenden, kräftigen Mittelstand herausgebildet, der wirtschaftlich viel leistungsfähiger ist, als er von manchen volkswirtschaftlichen Theoretikern eingeschätzt wird. Man frage in Händler- und Fabrikantenkreisen, und man wird erfahren, daß diese den aus den Handwerkern bestehenden Teil ihrer Kunden sehr hoch bewerten. Was das Handwerk zu bedeuten hat, geht auch indirekt aus der Hartnäckigkeit hervor, mit welcher es in seinem Vorwärtsstreben, z. B. bei seiner genossenschaftlichen Selbständigmachung, von mancher Seite bekämpft wird. Von dem Ruhme, der sich an das bekannte „made in Germany" (in Deutschland hergestellt) knüpft, darf auch das Handwerk ein gut Teil ehrlich auf sich beziehen. Und was die moderne Organisation des deutschen Handwerks betrifft, so kann sie mit Genugtuung sehen, daß sie, ähnlich wie unsere Sozialversicherungsgesetzgebung, in außerdeutschen Ländern bereits zum Vorbild genommen wird. Als ein untrüglicher Gradmesser für die Einschätzung der Bedeutung des Handwerks nach seiner Zahl und in sonstiger Hinsicht kann auch das Bemühen der politischen Parteien und wirtschaftspolitischer Verbände, die Handwerker auf ihre Seite zu ziehen, gelten; die fortschreitende wirtschaftliche und politische Schulung läßt das Handwerk auch in dieser Hinsicht den verschiedensten Lockungen gegenüber die einzuschlagenden rechten Wege erkennen.

Aber das Handwerk ist nicht nur aus Gründen seiner noch gegebenen zahlenmäßigen Bedeutung der Erhaltung und Stärkung zugänglich, es soll und muß erhalten, geschützt und gestärkt werden wegen der bedeutsamen sittlichen, ethischen, moralischen und nationalen Werte, die es zur Geltung zu bringen vermag und berufen ist; um so mehr, als sich dies mit einem gesunden Fortschritt wohl vereinbaren läßt. Auch das moderne Handwerk ist dem Fortschritt nicht abhold. Es hat bereits in großem Maße das mechanische Werkzeug in seinen Werkstätten aufgestellt. Es setzt die größte Hoffnung auf die die Gütererzeugung dezentralisierende Wirkung der motorischen Eigenschaften der Elektrizität und glaubt daran, was Werner von Siemens bereits 1886 auf dem Naturforscherkonkreß prophezeite: „Die Zukunft gehört dem Kleinbetriebe! Industrien kommen und vergehen; das Handwerk bleibt, und mit ihm die heiße Sehnsucht der Menschen, in der schaffenden Arbeit Befriedigung und Wachstum zu finden. Die schaffende Arbeit muß heilig sein unter den Menschen."

Und heilig ist insbesondere die Arbeit des Handwerkers, bei der geschickte Hände und denkender Geist zusammenwirken. Dieser Bedeutung der Handwerkstätigkeit verlieh erst jüngst ein deutscher Fürst, dem ein Urteil hierüber zugesprochen werden kann, eine treffende und erfreuliche Würdigung. Gelegentlich einer Ausstellung in München

führte Prinz Ludwig von Bayern unter anderem aus: „Eins ist dem Handwerker doch geblieben, es ist die persönliche Mitarbeit an seinem Werk. Was der Handwerker vollbringt, indem er beim Schaffen seines Werkes sein ganzes Denken und Fühlen in sein Werk hineinlegt, ist kein maschinelles Erzeugnis, es ist ein Werk mit Empfinden, das den Stempel des Erzeugers trägt, und wird dadurch zum Kunsthandwerk. Und wenn er es verstanden hat, sein Werk in diesem Sinne zu schaffen, so ist in diesem Werke eine Individualität vorhanden, die ihm niemand nehmen kann und wodurch das Werk zum Kunsthandwerk wird. Wer solche Kenntnisse besitzt, hat Werte in sich, die ihm niemand nehmen kann."

In der anerkennendsten Weise wurde auf die heutige und künftige Bedeutung des Handwerkerstandes von berufener Seite, dem preußischen Minister für Handel und Gewerbe, Sydow, bei einem festlichen Anlaß hingewiesen. Der Minister führte im Hinblick auf die moderne Handwerkergesetzgebung aus: „Wenn die verbündeten Regierungen in Übereinstimmung mit den Vertretern des Handwerks sich zu gesetzgeberischen Maßnahmen entschlossen haben, so waren sie geleitet von der Überzeugung, daß die Existenz eines kräftigen Handwerkerstandes eine Notwendigkeit für den Staat sei. Es gilt heute, gegenüber den alles nivellierenden und vieles wegführenden Wellen unseres industriellen Zeitalters, Persönlichkeit und Selbständigkeit zu erhalten. Wir wollen Männer, denen die Arbeit nicht lediglich Mittel zum Geldverdienst ist, sondern die zu dem Produkte ihrer Tätigkeit in einem persönlichen Verhältnisse stehen, weil es ihnen das liebe Kind ihres Geistes und ihrer Kunsttätigkeit ist. Solche Kräfte bildet das Handwerk heran! Darum ist auch der Handwerkerstand ein so wichtiger Teil des breiten Mittelstandes."

Wahrhaft goldene Worte, die, von den maßgebenden Faktoren der Gesetzgebung und Verwaltung zur Richtschnur ihres Handelns genommen, schon allein eine neue schöne Blüte des Handwerks heraufführen müßten!

In ausgezeichneter Weise haben die verschiedenen obenangeführten Auslassungen von berufener Seite die dem Handwerk innewohnenden Werte charakterisiert. Diese Vorzüge waren es auch, welche das deutsche Handwerk zu seiner ehrenvollen, zeitweise weltgeschichtlichen Bedeutung emporhoben und ihm ein Ansehen verliehen haben, von dem wir einen Abglanz auch in dem Umstande sehen, daß Mitglieder von Herrscherhäusern die schöne Tradition der Erlernung eines Handwerks heute noch aufrecht erhalten. So erlernen die Hohenzollernprinzen heute noch irgend ein Handwerk wie Schlosserei, Drechslerei und unterziehen sich in demselben auch noch den bestehenden Vorschriften der Gesellenprüfung.

Das Handwerk darf aber auch als Hort des Familienlebens bezeichnet werden, gegenüber der auflösenden und zersetzenden Wirkung des Industrialismus. Die Bedeutung aber, welche der Familie als Hüterin und Pflegerin der rechtlichen und sittlichen Grundlagen des Staates zukommt, ist so groß, daß sie kaum überschätzt werden kann. Viele Vorzüge kommen ferner dem Handwerk hinsichtlich der gleichmäßigen Ausbildung der Körper- und der Geisteskräfte zu; auch diese erhalten sich nur durch stete Übung, und so sehen wir das Handwerk als ein Mittel zur Bekämpfung einseitiger und unzulänglicher Entwickelung der Kräfte, das heißt als eine Gegenwirkung gegen von anderer Seite drohende körperliche und geistige Entartung. Es dient damit auch der Erhaltung der Wehrkraft unseres Volkes und erfüllt dadurch eine hohe nationale Aufgabe.

Wenn man schon aus den vorgenannten Gründen die Unentbehrlichkeit des Handwerkes rechtfertigen könnte, so kommen hierzu auch noch zahlreiche Gesichtspunkte rein praktischer Art. So, um nur einiges zu erwähnen, der Umstand, daß viele Bedarfsgegenstände durch Maschinenarbeit niemals in der Art und Güte hergestellt werden können, wie durch den Handwerker. Und gar auf dem Lande, vielleicht stundenweit entfernt von der nächsten Stadt oder großen Verkehrsstraße, ist der Handwerker ein absolut unentbehrliches Glied in der Kette des wirtschaftlichen Lebens.

Wenn wir nun aus all dem Vorerwähnten den erfreulichen Schluß ziehen dürfen, daß das Handwerk auch heute noch eine Macht bedeutet, die der Erhaltung und weiteren Ausdehnung fähig und wert ist, so ist auch nicht zu verkennen, daß das Handwerk gerade gegenwärtig vor der Lösung großer und schwerer Aufgaben steht. Die Verhältnisse im Submissionswesen, die Konkurrenz städtischer und staatlicher Betriebe, die Frage „Fabrik oder Handwerk", unlauterer Wettbewerb in den verschiedensten Formen, und manche anderen Mißstände werfen ihre Schatten auf so manches Gebiet des Handwerkerlebens und nötigen zu immer neuen Appellen an das öffentliche Gewissen und die öffentlichen Gewalten, aber auch an den einzelnen Handwerker und Gewerbetreibenden selbst.

Gerade dieser letzterwähnte Punkt: die eigene kräftige Betätigung des Handwerkers, damit er den Platz, auf den er gestellt ist, in jeder Richtung ausfülle, mag noch hervorgehoben werden. Je mehr in unserem Vaterland die übrigen Erwerbsstände, also namentlich Handel und Industrie, an Ausdehnung und Bedeutung gewinnen, um so nötiger ist es auch für den Handwerker, seine Kenntnisse über wirtschaftliche Dinge und über Fragen der ihn hauptsächlich angehenden Gesetzgebung zu vermehren, und es geschieht dies auch schon. Er ist mehr Kaufmann nebenbei, als er es früher gewesen ist und sein mußte.

Tüchtige Meisterlehre, Fach- und Fortbildungsschulbesuch, eine gut angewandte Gesellenzeit und Teilnahme an Meisterkursen sind die Mittel, durch welche der Handwerker neben der gediegenen Fachausbildung auch das sonst nötige allgemeine Fachwissen sich zu erwerben Gelegenheit hat, um das Ganze dann durch die Meisterprüfung zu krönen. Hierzu kommt noch die Teilnahme an dem gewerblichen Vereins- und Innungsleben und das stets wachsende Vertrauen zu seinen gesetzlichen Vertretungen und den Behörden. Der heutige Handwerker ist sich auch bewußt, daß er Charakterfestigkeit, Energie und Treue pflegen und üben muß im Verkehr mit Berufsgenossen und Wettbewerbern und insbesondere in der Richtung gegen den handwerkerlichen Nachwuchs. Gewiß ist nicht zu verkennen, daß die Lage des Handwerkers gerade auch als Lehrmeister heutzutage, namentlich in Fabrikstädten, eine recht schwierige ist, indem von allen Seiten dem jungen Lehrling Lockungen nahen, die ihm den Geschmack an fleißiger Werkstattarbeit und Unterordnung unter die Erziehungsgewalt und -Pflicht des Meisters verderben; aber den Rechten, Ehren und dem Berufsstolz entsprechen auch Pflichten. Es muß jedem Handwerker als oberster Leitsatz stets vorschweben, mit allen Handwerkskollegen mehr und mehr ein großes Ganzes zu bilden zur Kräftigung für den Kampf nach rechts oder links, als ein starker, einiger „Mittelstand". Alle bedeutenden Erfolge in den großen geheimen und offenen wirtschaftlichen und sozialen Kämpfen unseres Zeitalters beruhen auf der Organisation der Verfechter gleicher Interessen unter Beiseitelassung von allem, was nicht zur Sache selbst gehört. Beherzigt das Handwerk dieses, dann wird es stets eine soziale Macht bleiben, mit der im Staate zu rechnen ist, und die ihren Angehörigen wirtschaftliches Auskommen und seelische Befriedigung zu schaffen vermag!

Geld-, Bank- und Börsenwesen.

Von Dr. jur. et phil. **Rocke**, Hannover.
Handelskammer- und Börsen-Syndikus.

Wie auf den meisten wirtschaftlichen und kulturellen Gebieten, so hat auch auf dem des Geldwesens die Gründung des Deutschen Reichs für unser Volk grundlegende Veränderungen mit sich gebracht und Zustände geschaffen, die wir heute als gegebene und beinahe naturnotwendige betrachten, obgleich man vor wenig mehr denn einem Menschenalter sie in den kühnsten Hoffnungen nicht für erreichbar gehalten hätte. Welcher Unterschied besteht nicht zwischen unserem heutigen geordneten und gesicherten Münzwesen und dessen Zustande zur Zeit der politischen Zerrissenheit des deutschen Volks! Noch bis zum Jahre 1871 gab es im Gebiete des Deutschen Reichs einschließlich der mit Elsaß-Lothringen hinzugekommenen französischen Währung sieben Münzsysteme, daneben die Hamburger Bankvaluta als Rechnungswährung. Nicht besser sah es im Papiergeldwesen aus. Nur sechs der kleinsten deutschen Staaten hatten kein Papiergeld ausgegeben. Nach den Mitteilungen der Bundesregierungen waren Oktober 1872 in sämtlichen Staaten des Deutschen Reichs 61 374 600 Taler Staatspapiergeld der verschiedensten Sorten in Umlauf. Die Klage über die sogen. „wilden Scheine", welche außerhalb der Grenzen des eigenen Landes nur schwer und mit Verlust anzubringen waren und deren sich doch niemand erwehren konnte, war allgemein. Hierzu kam das Papiergeld, welches auf Grund besonderer Konzessionen von Eisenbahngesellschaften, Gemeinden und anderen Körperschaften ausgegeben war, so z. B. die Scheine der Leipzig-Dresdner Eisenbahngesellschaft und der Stadt Hannover. Die Masse der umlaufenden papiernen Wertzeichen war seit Mitte der fünfziger Jahre in immer steigendem Umfange vermehrt durch die Banknoten. Dadurch, daß in nicht wenigen Staaten von der Befugnis, Noten-Privilegien zu erteilen, in sehr reichlichem, oft das durch das Staatsgebiet bedingte Maß weit übersteigendem Umfange Gebrauch gemacht war, hatte sich der Umlauf der durch Barvorrat ungedeckten Noten in Deutschland von etwa 15 Millionen zu Anfang der fünfziger Jahre, abgesehen von Bayern, auf über 400 Millionen im Jahre 1873 gesteigert. Mehr als 140 Arten papierner Wertzeichen — Banknoten und Papiergeld in ihren verschiedenen Abschnitten — befanden sich in diesem Jahre im Deutschen Reiche im Umlauf.

Einem solchen Zustande ein Ende zu machen, wurde als eine der ersten Aufgaben des neu geeinigten Deutschland erkannt. Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 16. April 1871 rechnet zu den der Beaufsichtigung und Gesetzgebung des Reichs unterliegenden Angelegenheiten „die Ordnung des Maß-, Münz- und Gewichtssystems, nebst Feststellung der Grundsätze über die Emission von fundiertem und unfundiertem Papiergelde; die allgemeinen Bestimmungen über das Bankwesen", — Vorschriften, welche sich schon in der Verfassung des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Bundes befanden.

Zunächst wurde durch zwei Gesetze, welche zur Ausgabe von Banknoten und von Papiergeld ein Bundesgesetz als notwendig erklärten, der weiteren willkürlichen Vermehrung dieser papiernen Wertzeichen vorgebeugt. Ihnen folgte als positive Maßnahme das Gesetz, betr. die Ausprägung von Reichsgoldmünzen, vom 4. Dezember 1871, dessen Bedeutung darin liegt, daß es den entscheidenden Schritt zur Goldwährung

machte. Die Ausprägung der Goldmünzen auf den Münzstätten der Bundesstaaten übernimmt das Reich selbst. Es folgte das Münzgesetz vom 9. Juli 1873, dessen Zweck nach der Begründung war, im Anschlusse an das eben genannte Gesetz „die Ausprägung der nicht in Gold herzustellenden Münzen des Marksystems anzuordnen und die gesamte künftige Münzverfassung Deutschlands auf der Grundlage der Reichsgoldwährung und Markrechnung definitiv zu regeln." Zu den gesetzlich vorgesehenen Doppelkronen und Kronen kam durch die Beratungen im Reichstage ein goldenes Fünfmarkstück; als Reichsscheidemünzen waren vorgesehen Silberstücke zu 5, 2, 1 Mark, 50 und 20 Pfennig, Nickelstücke zu 10 und 5 Pfennig, Kupferstücke zu 2 und 1 Pfennig, wozu im Jahre 1886 noch eine Nickelmünze zu 20 Pfennig und kürzlich eine solche zu 25 Pfennig getreten ist. Als gesetzliches Zahlungsmittel wurde außer den Reichsgoldmünzen einstweilen noch eine Reihe von Landesmünzen deutschen Gepräges zugelassen, von denen sich am längsten die Eintalerstücke gehalten haben, die aber seit dem 1. Oktober 1907 auch keine Umlaufsfähigkeit mehr besitzen. Dagegen werden seit 19. Mai 1908, um der Gewohnheit und dem dringenden Bedürfnis des Verkehrs nach einer Münze in dieser Abmessung und Wertgrenze entgegenzukommen, in bewußter Durchbrechung — wenn auch nicht mehr unseres Währungssystems, da diese Stücke nur noch Scheidemünze sind, so doch des Dezimalsystems — Dreimarkstücke ausgegeben.

Das Münzgesetz bereitete in seiner Schlußbestimmung auch die Reform des Banknoten- und Papiergeldwesens weiter vor. Hinsichtlich des Staatspapiergeldes war vorgeschrieben, daß es spätestens bis zum 1. Januar 1876 eingezogen und spätestens 6 Monate vor diesem Termine öffentlich aufgerufen werden sollte. Wegen der Ausgabe von Reichspapiergeld bestimmte das Gesetz vom 30. April 1877 betr. die Ausgabe von Reichskassenscheinen das Nähere. Es wurden Reichskassenscheine in Abschnitten von 5, 20 und 50 Mark ausgegeben, die nach angemessenem, gesetzlich festgelegtem Verteilungsplane an Stelle des Papiergeldes der Einzelstaaten traten, wobei der Normalbetrag von 120 Millionen Mark, übereinstimmend mit dem Betrage des im Juliusturme zu Spandau liegenden Reichskriegsschatzes, zugrunde gelegt wurde.

Den Schluß der großen Reform machte die Regelung des Banknotenwesens. Anfänge dazu befanden sich schon in den genannten und einigen weiteren, hier nicht einzeln aufzuzählenden Gesetzen, denen dann das Bankgesetz vom 14. März 1875 folgte. Dieses brachte als zunächst in die Augen fallendes Zeichen der Erstarkung und Einigung Deutschlands auf wirtschaftlich-finanziellem Gebiete die deutsche Reichsbank, deren Bedeutung und Wirksamkeit später geschildert werden wird. Sie ist als Zentralnotenbank Deutschlands anzusprechen, und das eben genannte Bankgesetz beruht auf einer Vermittelung des Zentralbanksystems mit der in den bestehenden Verhältnissen wurzelnden Bankenvielheit. Es ließ unter dem Namen Privatnotenbanken die übrigen Notenbanken einstweilen bestehen, knüpfte jedoch die Zulassung des Gebrauches ihrer Noten zu Zahlungen, sowie den Betrieb von Bankgeschäften außerhalb der Gebiete des konzessionierenden Bundesstaats an die Unterwerfung unter gewisse, in der Hauptsache auch für die Reichsbank geltende Beschränkungen und unterstellte sie überdies der Aufsicht des Reichskanzlers.

Von den für alle Notenbanken geltenden Bestimmungen des Bankgesetzes sind hervorzuheben: die Vorschriften über Ausschließung des Zwangskurses und über die Stückelung der Banknoten (§§ 2, 3), deren Einlösung und Annahme in Zahlung (§ 4), den Ersatz für beschädigte Noten (ebenda), das Verbot der Wiederausgabe beschädigter und beschmutzter Noten (§ 5), den Aufruf und die Einziehung der Noten (§ 6), die Verpflichtung zu bestimmten Veröffentlichungen (§ 8). Das Notengeschäft ist einer beachtenswerten Beschränkung unterworfen in der bedingten Notensteuer. Um einer übermäßigen Vermehrung des ungedeckten Notenumlaufs entgegenzuwirken, hat das Gesetz das System der sogen. „indirekten Kontingentierung" (Beschränkung) der Banknoten angenommen. Einer jeden Bank ist nämlich ein Normalbetrag von nicht durch ihren

Barvorrat gedeckten Noten überwiesen, für die übrigen Noten haben die Banken für die Dauer der Überschreitung der steuerfreien Grenze eine Steuer von jährlich 5 vom Hundert (des Überschusses) an die Reichskasse zu entrichten. Weiter ist die Ausübung des Notenrechts bei der Reichsbank sowohl, als bei den Notenbanken, an das Erfordernis der sogen. Dritteldeckung geknüpft, d. h. die Banken sind verpflichtet, für den Betrag ihrer im Umlauf befindlichen Banknoten jederzeit mindestens ein Dritteil in kurssfähigem deutschen Gelde, Reichskassenscheinen oder in Gold in Barren oder ausländischen Münzen, das Pfund fein zu 1392 Mark gerechnet und den Rest in diskontierten Wechseln, welche eine Verfallzeit von höchstens drei Monaten haben, und aus welchen in der Regel drei, mindestens aber zwei als zahlungsfähig bekannte Verpflichtete haften, in ihren Kassen als Deckung bereit zu halten.

Eine Zusammenstellung der auf das Münz- und Notenbankwesen, Papiergeld, die Prämienpapiere und Reichsschulden bezüglichen Gesetze mit Anmerkungen, Sachregister und einer den Werdegang dieser Gesetzgebung schildernden Einleitung ist in der Guttentagschen Sammlung deutscher Reichsgesetze in Berlin erschienen; sie stammt aus der Feder des ehemaligen hochverdienten Präsidenten des Reichsbankdirektoriums Dr. R. Koch. Die vier bisherigen Münzgesetze von 1871, 1873, 1900 und 1908 wurden, soweit sie noch Gültigkeit haben, in dem Münzgesetz vom 1. Juni 1909 zusammengefaßt. Über den heutigen Stand des deutschen Münzwesens sei in Anlehnung an „Salings Börsenpapiere" noch folgendes gesagt:

Aus einem „Tausendgramm" reinen Goldes prägt man $139^1/_2$ Zwanzigmarkstücke oder Doppelkronen, 279 Zehnmarkstücke oder Kronen. Es wiegen daher je 125,55 Doppelkronen, je 251,1 Kronen mit der Beimischung von $^{100}/_{1000}$ Kupfer ein Tausendgramm. Darnach wiegen (wieder mit der Beimischung) eine Doppelkrone 7,96495 Gramm, eine Krone 3,98248 Gramm. Bei neuen Goldmünzen ist eine Abweichung von $2^1/_2$ pro Mille im Gewicht erlaubt; durch den Umlauf darf die Gewichtsverminderung eine Abweichung vom Normalgewicht erreichen bis zu 5 pro Mille. Aus einem Kilogramm feinen Silbers werden laut Münzgesetz geprägt: 40 Fünfmarkstücke, $66^2/_3$ Dreimarkstücke, 100 Zweimarkstücke, 200 Einmarkstücke, 400 Fünfzigpfennigstücke. Die Silberscheidemünzen enthalten $^{900}/_{1000}$ feines Silber, und es wiegen je 180 Mark in Silbermünze, gleichviel von welcher Sorte, ein Tausendgramm einschließlich der Beimischung. Die Feinheit ist somit dieselbe wie diejenige der laut der Wiener Münzkonvention vom 24. Jänner 1857 geprägten Taler. Je drei einzelne Markstücke haben aber nicht soviel Feinsilber wie früher ein Taler, und je drei silberne Fünfmarkstücke nicht soviel wie früher 5 Taler, sondern nur $^9/_{10}$ davon; so kommt es, daß es falsche Silbermünzen gibt, die mehr Silber enthalten als die echten.

Am 31. Dezember 1909 waren im Verkehr (Gesamtausprägung abzüglich eingezogener Münzen, jedoch ohne Berücksichtigung der eingeschmolzenen Münzen) in Millionen Mark:

Doppelkronen	3852,6	4545,4
Kronen	692,3	
5 Mark-Stücke	253,3	
3 „ „	253,3	
2 „ „	301,1	989,9
1 „ „	287,2	
50 Pfg.- „	92,7	
25 „ „	0,9	
10 „ „	58,9	89,7
5 „ „	29,0	
2 „ „	7,6	20,6
1 „ „	13.6	

In den deutschen Kolonien gilt nach der Verordnung des Reichskanzlers vom 1. Februar 1905 über das Geldwesen der Schutzgebiete die Reichsmarkrechnung, und es sind gesetzliche Zahlungsmittel die sämtlichen Münzen, die auf Grund reichsgesetzlicher Bestimmungen im Reichsgebiete gesetzliche Zahlungsmittel sind. Nur für das deutsch-

ostafrikanische Schutzgebiet werden nach der Kaiserlichen Order vom 23. Dezember 1903 Silbermünzen zu 2, 1, $^1/_2$ und $^1/_4$ Rupien, sowie Kupfermünzen zu $^1/_{100}$ Rupie (Heller) und $^1/_{200}$ ($^1/_2$ Heller) geprägt. Von den öffentlichen Kassen des Schutzgebiets werden die Reichsgoldmünzen zu 20 Mark zum Werte von 15 Rupien, die 10 Markstücke zu $7^1/_2$ Rupien in Zahlung genommen. —

Können wir zu unserer Genugtuung feststellen, daß die Begründung des Reichs auf dem Gebiete des Geldwesens und der Währung nur durchaus günstige Wirkungen ausgeübt hat, so können wir leider nicht dasselbe von unserem öffentlichen Finanzwesen sagen. Vielmehr darf als ungünstige Nebenwirkung und Schattenseite unseres staatlichen und volkswirtschaftlichen Aufschwungs die immer mehr anwachsende Verschuldung des Reichs und der Einzelstaaten, daneben auch der Gemeinden und öffentlichen Verbände nicht unerwähnt bleiben. Hatten doch die Gesamtschulden des Reichs Anfang 1909 die Höhe von 4 253 500 000 Mark erreicht, und zwar 250 Millionen 4 proz. Schuldverschreibungen, 1 Milliarde 860 Millionen $3^1/_2$ proz., 1 Milliarde $783^1/_2$ Millionen 3 proz. Schuldverschreibungen und 360 Millionen größtenteils 4 proz. Schatzanweisungen. Mag auch ein erheblicher Teil dieser Beträge in werbenden und nutzbringenden Anlagen und Einrichtungen, (namentlich Post und Telegraph) angelegt sein und andererseits gute Deckung durch die verschiedenen Reichseinnahmen finden, die heftigen, ständig von neuem die politischen Leidenschaften recht unliebsam aufregenden Kämpfe aus Anlaß jeder auf eine Ordnung des Reichsfinanzwesens abzielenden gesetzgeberischen Maßnahme zeigen doch deutlich die schwache Seite, welche in finanzieller Beziehung unserem stolzen Reichsbau anhaftet. Dabei ist der Trost, den man etwa aus einem Vergleiche mit dem größten Bundesstaate Preußen ziehen könnte, nur ein recht problematischer. Allerdings betrug die preußische Staatsschuld am 31. März 1909 über 8 Milliarden 700 Millionen Mark, aber abgesehen davon, daß man sich nie auf etwaige schlechte Beispiele berufen soll, stehen doch auch in Preußen den unter Ausnutzung des Staatskredits aufgenommenen Schulden ganz andere greifbare und Erträgnisse liefernde Anlagen, wie z. B. die Eisenbahnen, Bergwerke, Domänen, Forsten und sonstige Betriebe gegenüber, als im Reiche.

So hat jeder deutsche Bundesstaat Anleihen in beträchtlicher Höhe aufgenommen und dafür Anleihescheine der verschiedenen Benennungsart ausgegeben. Nach den aus Anlaß der Reichsfinanzreform der Jahres 1909 von der Reichsregierung angestellten umfangreichen Erhebungen, die die „Materialien zur Beurteilung der Zusammenhänge zwischen dem öffentlichen Schuldenwesen und dem Kapitalmarkte" geliefert haben, betrug die fundierte Staatsschuld sämtlicher Bundesstaaten am 1. November 1908 13 Milliarden und 807 Millionen; sie ist seitdem schon wieder um beträchtliche Millionen gestiegen; allein in Preußen um rund eine halbe Milliarde. Und genau wie die Bundesstaaten nehmen Jahr für Jahr die Städte und Kommunalverbände den Kapitalmarkt durch Anleihen in Anspruch. Selbst ganz kleine Gemeinden geben in beträchtlicher Zahl Schuldverschreibungen aus. Nach einer gegen Mitte 1910 im Vierteljahrshefte des Reichsstatistischen Amts erschienenen, von Regierungsrat Moll bearbeiteten Übersicht haben allein 149 Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern für 27,6 Millionen Mark Obligationen in Umlauf; auf die Großstädte von 100 000—1 Million Einwohner entfällt der Betrag von 2429 Millionen Mark, auf Berlin allein ein solcher von 456,5 Millionen Mark, der übrigens in allernächster Zeit durch Neuausgabe weiterer Schuldscheine um fast denselben Betrag sich erhöhen wird. Faßt man die Inhaber-Schuldverschreibungen der Stadt- und Landgemeinden, größeren Selbstverwaltungskörperschaften, Kirchen- und Schulgemeinden, Synoden, Handels- und Gewerbekammern, Innungen und Deich- und Meliorationsverbände unter der Bezeichnung „Kommunalobligationen" zusammen, so finden wir, daß zurzeit fast $5^1/_2$ Milliarden solcher Papiere auf dem Kapitalmarkte vorhanden sind.

Als halböffentliche Obligationen treten hinzu die Pfandbriefe und Schuldscheine der Landschaften und landschaftähnlichen Institute, die bis zum Jahre 1907 den Betrag

von über 3 Milliarden 227 Millionen Mark ausmachten. Neben die Landschaften, als die ältesten Vertreter des durch Effektenemissionen Befriedigung suchenden Grundkreditbedarfs, nämlich des ländlichen, sind als jüngere Mitbewerber auf dem Kapitalmarkte mit der neuzeitlichen Entwicklung des Städtewesens die Institute zur Deckung des städtischen Grundkreditbedarfs, hauptsächlich die Hypothekenaktienbanken, getreten. Bei den von diesen Banken ausgegebenen Schuldverschreibungen hat man zu unterscheiden zwischen den Kommunal- und Kleinbahnobligationen, denen, weil sie ihre besondere Sicherheit in den ihnen zugrunde liegenden Forderungen der Hypothekenbanken an Kommunen und Kleinbahngesellschaften finden, für das ganze Reich Mündelsicherheit zuerkannt worden ist, und den Hypothekenpfandbriefen, denen in ihrem Heimatsstaate teils Mündelsicherheit beigelegt ist, teils nicht. Insgesamt hatten die Hypothekenaktienbanken bis zum Jahre 1907 Obligationen im Werte von über 9 Milliarden 59 Millionen Mark ausgegeben. Von verhältnismäßig geringerer Bedeutung sind die mit etwas über $^1/_2$ Milliarde in Umlauf befindlichen Obligationen sonstiger privater Grund- und Kommunalkreditinstitute und die Eisenbahnpapiere.

Ein neuer Typ an festverzinslichen Wertpapieren ist mit der Entwicklung der modernen Großindustrie in den letzten 2—3 Jahrzehnten in den Industrieobligationen zu rasch steigender Bedeutung gelangt. Ein Bild über den Gesamtumlauf an solchen ist nicht leicht zu beschaffen. Allein im letzten Jahrzehnt sind über 2 Milliarden in den Börsenhandel eingeführt.

Als wichtigstes Industriepapier ist die Aktie als Anteil an einem in der Form der Aktiengesellschaft betriebenen Unternehmen anzusehen. Neben den Industrieaktien, wozu auch diejenigen der Bergwerke und Hütten rechnen, kommen namentlich in Betracht die Bankaktien, darnach diejenigen der Verkehrs- und Versicherungsgesellschaften. Die Summen, welche in den einzelnen Jahren in neu begründete Aktiengesellschaften gesteckt werden, sind außerordentlich schwankend, weil das Maß der Gründungstätigkeit von den verschiedensten Umständen abhängt, so daß Art und Verlauf der Gründungstätigkeit des einzelnen Jahres als ein wichtiges Symptom für den Charakter des Wirtschaftsjahrs überhaupt angesehen wird. Nach dem „Deutschen Ökonomist" betrugen die in deutschen industriellen Aktien auf dem Wege der Emission aufgebrachten effektiven Kapitalien 1900: 155, 1901: 136, 1902: 134, 1903: 67, 1904: 196, 1905: 146, 1906: 282, 1907: 152 und 1908: 599 Millionen Mark. Allein die von uns später noch zu schildernden Berliner Großbanken hatten in den 9 Jahren von 1895 bis 1903 zusammen 1026 Emissionen von industriellen Aktien und Obligationen.

Wie rege die Emissionstätigkeit in den einzelnen Jahren in Deutschland ist, welche Menge Wertpapiere also jährlich, wenn auch in ständig schwankender Höhe, auf den Markt kommen, zeigt eine in der statistischen Abteilung der Reichsbank zusammengestellte Übersicht über die Emissionen Deutschlands in ersten Halbjahr 1909. Darnach wurden allein in diesen 6 Monaten ausgegeben (Beträge in Millionen Mark): Staatsanleihen 1072, Provinzanleihen 72,91, Kreisanleihen 1,75, Kommunalanleihen 177,20, Handelskammern-, Staatssynoden-, Standesherren- usw. Anleihen 3, Rentenbriefe der Preußischen Rentenbank 7, Pfandbriefe und Schuldverschreibungen von Instituten öffentlichen Rechts 100, Hypothekenbankpfandbriefe und -Obligationen 365,18, Industrieaktien 180,54, Industrieobligationen 199,13, Deutsche Eisenbahn-Stammaktien und Prioritätsaktien 3,52, Deutsche Eisenbahn-Obligationen 4,90, Deutsche Klein- und Straßenbahnobligationen 1,40, Schiffahrtsaktien und -Obligationen 3, Bankaktien 59,96, Versicherungsaktien 3,98, ausländische Aktien 22,40, Renten- und Schuldverschreibungen ausländischer Staaten und Eisenbahngesellschaften 218,43, sonstige ausländische Renten und Schuldverschreibungen 113,14, zusammen also fast 2 Milliarden 615 Millionen Mark Nennwert. Die Zusammenstellung ist in dieser Ausführlichkeit gegeben nicht nur um die Höhe der Emissionen und Aufnahmefähigkeit des deutschen Kapitalmarktes zu zeigen, sondern auch um die Haupttypen der für den

Börsenverkehr, zu dessen Beschreibung wir sofort kommen werden, in Betracht kommenden Wertpapiere zu kennzeichnen.

Bei der Betrachtung dieser Zahlen drängt sich die Frage auf, welche Kapitalien und welches Vermögen überhaupt das deutsche Volk besitzt und ob es im Vergleich zu anderen ein reiches oder ein armes Volk ist. Der Untersuchung dieser Frage hat sich in den letzten Jahren eine ganze Anzahl von Schriftstellern, darunter Fachgelehrte ersten Ranges, gewidmet, und auch die Reichsregierung hat verschiedentlich Veranlassung genommen, derartige Erhebungen und Ermittelungen anzustellen. Als übereinstimmendes Ergebnis dieser Untersuchungen kann, wenn sie auch im Einzelnen voneinander abweichen, festgestellt werden, daß unser Volk heute zu den wohlhabenden Völkern gehört, den Ländern mit altererbtem und alteingesessenem Reichtum entweder schon gleichsteht oder doch immer näher kommt, und daß diese erfreuliche Tatsache, die in der gehobenen und immer mehr sich bessernden Lebenshaltung aller Schichten der Bevölkerung ihren beredten und für fast jedermann merkbaren Ausdruck findet, dem großartigen Aufblühen unserer heimischen Volkswirtschaft seit der Reichsgründung zuzuschreiben ist, wodurch diese zu einem vollwichtigen Teile der Weltwirtschaft geworden ist und wir im internationalen Kapitalismus eine ins Gewicht fallende Rolle spielen.

v. Schmoller schätzt das deutsche Volksvermögen auf mindestens 200 Milliarden und das deutsche Nationaleinkommen auf etwa 25 Milliarden, nämlich 18 Milliarden Arbeitseinkommen, 3,7 Milliarden Vermögenseinkommen und 3 Milliarden anderes Einkommen. Zu ähnlichen Ergebnissen gelangt eine Aufstellung, die der Oberregierungsrat Evert in der „Konservativen Monatsschrift" veröffentlicht hat. Nach Steinmann-Bucher aber bleiben auch diese doch schon recht erheblichen Schätzungen weit hinter der Wirklichkeit zurück. Er meint, daß das deutsche Volksvermögen auf mindestens 320 Milliarden, vielleicht sogar auf 350 Milliarden anzunehmen sei, das würde auf den Kopf der Bevölkerung ein Vermögen von mindestens 5000 Mark ausmachen. Wenn es der Sozialdemokratie so paßt, gibt sie sogar in ihrer Tagespresse das deutsche Volksvermögen schon heute noch viel höher an, nämlich zu 9000 Mark auf den Kopf, um daran die aufreizende Forderung zu knüpfen: „Her mit unseren 9000 Mark!" Der zuletzt genannte Schriftsteller glaubt bei der weiteren bisherigen Entwicklung unserer Volkswirtschaft für die Mitte des Jahrhunderts ein solches durchschnittliches Vermögen in Aussicht stellen zu können. Daß Nutzen und Genuß von dieser Vermögensvermehrung alle Schichten unseres Volks haben, und daß das Einkommen der unteren Klassen, insbesondere der Arbeiter, die Tendenz verhältnismäßig besonders starken Anwachsens in sich birgt, ist eine einwandsfrei festgestellte Tatsache und berechtigt sicher nicht zu den von einzelnen Seiten vorgebrachten pessimistischen Äußerungen über Plutokratisierung und Materialisierung unseres Volks.

So weit das deutsche Volksvermögen aus Wertpapieren besteht, oder durch solche repräsentiert wird bzw. in ihnen seine Wertträger oder äußeren Erscheinungsformen gefunden hat, bedeutet es für die Börse Markt und sozusagen Universal-Sammelbecken, daneben für eine Anzahl wichtiger Waren, die sich nach ihrer Art und Beschaffenheit für den Börsenhandel eignen. Denn Börse ist — nach Richard Ehrenberg — jede, in kurzen Zeitabständen meist täglich, wiederkehrende Versammlung von Kaufleuten und anderen beim Handel beteiligten Personen zum Zwecke des Abschlusses von Handelsgeschäften ohne gleichzeitige Vorzeigung, Übergabe und Bezahlung der Ware. Fällt einerseits die Börse unter den Begriff des „Marktes", so ist andererseits daran festzuhalten, daß sie dem Verkehr in sogen. vertretbaren (fungiblen) Gegenständen dient, d. h. in solchen Tauschgütern, die 1. von gleicher Beschaffenheit sind; 2. im Verkehr nach Zahl, Maß oder Gewicht bestimmt zu werden pflegen und 3. durch ein anderes Gut der gleichen Menge ersetzt werden können. Deshalb sind üblicherweise die Gegenstände des Börsenhandels zu gewissen Typen zusammengefaßt. Waren, die in dieser Hinsicht für den Börsenverkehr in Betracht kommen, sind Getreide, Mehl, Mühlenerzeugnisse, Spiritus, Petroleum, Zucker, Kohlen, Baumwolle, Metalle, Leder usw.

einerseits, und Wertpapiere andererseits. Nur mit der letzteren Börsenwarengattung haben wir uns in diesem Zusammenhange zu beschäftigen, so daß also die nachstehenden Ausführungen über das Börsenwesen nur für die Wertpapier-, bzw. Fonds-, Effekten- oder Geldbörsen verstanden sein sollen.

Kaum über eine volkswirtschaftliche Einrichtung, ihre Bedeutung und ihre Wirkungen gehen die Ansichten so auseinander und werden so phantastische Meinungen gehegt, wie über die Börse. Erklärlich ist dieses allerdings einerseits durch die Vielseitigkeit und Vieldeutigkeit der Tatsachen und Erscheinungen, welche dem Geld-, Bank- und Börsenwesen zugrunde liegen und es ausmachen, andererseits den großen und oft unentziehbaren Einfluß, den die Börse auf ungemein viele Zweige unserer Volkswirtschaft, darüber hinaus auf die Staatsverwaltung und Politik sowie die öffentliche Meinung ausübt, den man so oft spürt, ohne ihn sich ohne weiteres in seinen Ursachen und auch letzten Wirkungen erklären zu können. Falsch ist es aber, deshalb die Börse als rätselhaftes, unsere Volkswirtschaft und staatliche Politik meisterndes „Ding an sich" anzusehen, das um seiner selbst willen da sei und dementsprechend handelt und zu behandeln sei. Je nachdem der Beobachter und Beurteiler zum Börsengetriebe steht und von ihm beeinflußt wird, ist er leicht geneigt, nach der einen oder anderen Seite über das Ziel hinauszugehen, entweder alle Schäden und Mißerfolge unserer Volkswirtschaft und staatlichen Politik auf eine seiner Meinung nach zu günstige oder zu ungünstige gesetzliche Behandlung der Börse zurückzuführen. Daher kommen dann die übertriebenen, teilweise ganz abenteuerlichen Angriffe auf die Börse, aber auch die zuweilen nicht mehr ganz ernst zu nehmenden Klagen der direkten Börseninteressenten über die Folgen wirklicher oder auch nur befürchteter und angenommener Behandlung und Beeinträchtigung der Börse. Daher kommt ferner auch die ständig anschwellende Literatur über die Börse in Buch-, Broschüren- und Denkschriftenform, in Tages- und Fachzeitungen, die, weil nicht selten von vorgefaßten, irrigen oder unzulänglichen Voraussetzungen ausgehend, nicht durchweg als erwünschte Belehrung auf diesem wichtigen Gebiete dienen kann. Wem an einer klaren, das Tatsachenmaterial in geeignetem Umfange benutzenden Beschreibung des Börsenwesens gelegen ist, der greife zu dem Buche von Dr. Georg Obst über Geld-, Bank- und Börsenwesen, wo er auch eine brauchbare Zusammenstellung der sonstigen Literatur über den Gegenstand findet. Auch die in der Guttentagschen Sammlung deutscher Reichsgesetze erschienene, früher von Wermuth und Brendel, später vom Staatskommissar der Berliner Börse, Hemptenmacher, besorgte Erläuterung des Börsengesetzes wird man mit Vorteil studieren.

Der Name Börse hat mit dem in der Tasche zu tragenden Geldbehältnis, überhaupt mit dem Geldwesen nichts zu tun. Er stammt aus der niederländischen Stadt Brügge, wo die regelmäßige Versammlung der Kaufleute vor dem Patrizierhause derer an der Beurse abgehalten wurde. Als erste internationale Weltbörse gilt diejenige zu Antwerpen, über die aus dem Jahre 1531 von einem Zeitgenossen eine anschauliche Schilderung vorliegt. Die Entstehung der deutschen Börsen fällt in die erste Hälfte des 16. Jahrhunderts, wo wir als erste deutsche Börsen die Augsburger und Nürnberger finden; in der zweiten Hälfte desselben Jahrhunderts wurden diejenigen zu Hamburg und Köln ins Leben gerufen, Anfang des 17. Jahrhunderts die zu Königsberg, Lübeck, Frankfurt a. M. und Leipzig. Die Berliner Börse, von deren Wirken und Notierungen heute alle anderen deutschen Börsen mehr oder weniger maßgebend beeinflußt werden und die namentlich seit der Reichsgründung und dem Hineinwachsen der deutschen Volks- in die Weltwirtschaft von größter internationaler Bedeutung geworden ist, stammt erst aus dem Anfange des 18. Jahrhunderts. Friedrich Wilhelm I., der ebenso wie Friedrich der Große den Börsenhandel zu fördern bestrebt war, wies zur Abhaltung der Börsenversammlungen, der sogen. Morgensprachen, ein Haus in der Nähe des Königlichen Schlosses an. Heute bestehen in Deutschland Börsen für den Wertpapierhandel in folgenden, alphabetisch aufgezählten Städten: Augsburg, Berlin, Bremen,

Breslau, Köln, Dresden, Düsseldorf, Essen, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Königsberg, Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München und Stettin.

Die Börsen sind amtliche, auf Gesetz beruhende und behördlich angeordnete und überwachte Einrichtungen. Zusammenkünfte von Bankiers und sonstigen Interessenten sind auch dann noch keine Börsen im Sinne des Gesetzes, wenn die Ordnung und die Geschäfte sich nach börsenmäßigen Gewohnheiten und Einrichtungen vollziehen, sondern nur, wenn durch die Verwaltung der Charakter dieser Einrichtungen als Börse im Rechtssinne ausdrücklich ausgesprochen ist. Andererseits kann unter Umständen eine solche Einrichtung gezwungen werden, sich den Bestimmungen des Gesetzes zu unterstellen und damit amtlich zu einer Börse gestempelt werden. In Betracht kommt das Börsengesetz von 22. Juni 1896 mit der Novelle vom 8. Mai 1908.

Das Gesetz gibt keine Definition des Begriffs Börse. Die von der Börsen-Enquete-Kommission vorgeschlagene: „Die Börse ist eine durch den Staat genehmigte und unter Staatsaufsicht stehende Veranstaltung von Gemeinden oder Handelskorporationen zu dem Zwecke, den Handelsverkehr zu erleichtern und die allgemeinen wirtschaftlichen Interessen zu fördern," ist vom Gesetzgeber nicht aufgenommen. Man hat angenommen, daß die tatsächliche Gestaltung der vorhandenen und als solche im technischen Sinne unbestritten anerkannten Börsen genügenden Anhalt bietet, um zu entscheiden, ob eine kaufmännische Versammlung als Börse im Sinne des Gesetzes anzusehen ist oder nicht. Die Errichtung jeder Börse bedarf der Genehmigung der Landesregierung. Diese ist befugt, die Aufhebung bestehender Börsen anzuordnen. Die Landesregierungen üben die Aufsicht über die Börsen aus. Regelweise ist die unmittelbare Aufsicht der Handelskammer des Ortes übertragen. Als Organe der Landesregierung werden bei den Börsen Staatskommissare bestellt, denen es obliegt, den Geschäftsverkehr an der Börse sowie die Befolgung der in bezug auf sie erlassenen Gesetze und Verwaltungsbestimmungen nach näherer Anweisung der Landesregierung zu überwachen. Wenn nach den Motiven des Gesetzes die Staatskommissare sich in dem Verkehr an der Börse bewegen und über die Entwicklung der Formen des Börsenhandels dauernd auf dem Laufenden halten sollen, um so als unparteiische Beobachter die Aufmerksamkeit der Landesregierung auf etwa hervortretende Mißbräuche hinlenken und zugleich die Mittel zu ihrer Beseitigung angeben zu können, so entspricht die auch hier wieder, mit Ausnahme der Hansastädte, beobachtete Gepflogenheit der Landesregierungen, diese Ämter statt mit fachlich vorgebildeten Personen mit ausgesprochenen Verwaltungsbeamten zu besetzen, recht wenig dieser Zweckbestimmung, womit nicht gesagt sein soll, daß nicht im Einzelfalle diese Herren Beachtenswertes geleistet und sich schließlich zu tüchtigen Kennern des Börsen- und Bankwesens entwickelt haben.

Die eigentliche Leitung und Verwaltung der Börse, ihrer Einrichtungen und ihres Vermögens, sowie die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung liegt dem Börsenvorstande ob, der nach näherer Bestimmung der für jede Börse zu erlassenden Börsenordnung von den wahlberechtigten Börsenmitgliedern oder -besuchern gewählt wird. Dem Börsenvorstande steht auch die Handhabung der Ordnung in den Börsenräumen zu. Er ist befugt, Personen, welche die Ordnung oder den Geschäftsverkehr an der Börse stören, sofort aus den Börsenräumen zu entfernen und mit zeitweiliger Ausschließung von der Börse oder mit Geldstrafe zu bestrafen. Die eben erwähnte Börsenordnung muß Bestimmungen treffen über die Börsenleitung und ihre Organe; über die Geschäftszweige, für welche die Börseneinrichtungen bestimmt sind; über die Voraussetzungen der Zulassung zum Besuche der Börse und darüber, in welcher Weise die Preise und Kurse zu notieren sind.

Die Zulassung von Wertpapieren zum Börsenhandel erfolgt an jeder Börse durch eine Kommission (Zulassungsstelle), von deren Mitgliedern mindestens die Hälfte aus Personen bestehen muß, die sich nicht berufsmäßig am Börsenhandel mit Wertpapieren beteiligen. Von der Beratung und Beschlußfassung über die Zulassung eines Wertpapiers zum Börsenhandel sind die Vertreter der Emissionsfirmen ausgeschlossen, in

der Sprache des Gesetzes diejenigen Mitglieder der Zulassungsstelle, welche an der Einführung dieses Wertpapiers in den Börsenhandel beteiligt sind. Die Zulassungsstelle hat die Aufgabe und die Pflicht, die Vorlegung der Urkunden, welche die Grundlage für die zu emittierenden Wertpapiere bilden, zu verlangen und diese Urkunden zu prüfen, ferner dafür zu sorgen, daß das Publikum über alle zur Beurteilung der zu emittierenden Wertpapiere notwendigen tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse soweit als möglich unterrichtet wird, und bei Unvollständigkeit der Angaben die Emission nicht zuzulassen; endlich Emissionen nicht zuzulassen, durch welche erhebliche allgemeine Interessen geschädigt werden oder welche offenbar zu einer Übervorteilung des Publikums führen. Die Zulassungsstelle darf die Emission ohne Angabe von Gründen ablehnen. Im übrigen werden die Bestimmungen über die Zusammensetzung der Zulassungsstelle sowie die Zulässigkeit einer Beschwerde gegen die Entscheidungen durch die Börsenordnung getroffen. Die Zulassungsstelle ist auch befugt, zum Börsenhandel zugelassene Wertpapiere von ihm auszuschließen. Wird von der Zulassungsstelle einer Börse der Antrag auf Zulassung von Wertpapieren zum Börsenhandel abgelehnt, so hat diese Zulassungsstelle den Vorständen der übrigen deutschen Börsen für Wertpapiere Mitteilung zu machen. Dabei ist anzugeben, ob die Ablehnung mit Rücksicht auf örtliche Verhältnisse oder aus anderen Gründen erfolgt ist. Im letzteren Falle darf die Zulassung von einer anderen Börse nur mit Zustimmung derjenigen Stelle erteilt werden, welche die Zulassung abgelehnt hat. Ist ein Antrag auf Zulassung von Wertpapieren gestellt, so wird er von der Zulassungsstelle unter Bezeichnung des Antragstellers, des Betrags sowie der Art der einzuführenden Wertpapiere veröffentlicht. Sodann tritt sie in die Prüfung und Beratung des Antrags und der beigegebenen, oft sehr zahlreichen und umfangreichen urkundlichen Unterlagen ein. Zwischen der eben genannten Veröffentlichung des Antrags und der Einführung an der Börse muß eine Frist von mindestens 6 Tagen liegen. Vor der Einführung ist ein Prospekt zu veröffentlichen, der die für die Beurteilung der einzuführenden Wertpapiere wesentlichen Angaben enthält. Das Gleiche gilt für Konvertierungen und Kapitalserhöhungen. Von der Landesregierung kann unter gewissen, im Gesetze ausgesprochenen Voraussetzungen Entbindung vom Prospektzwange ausgesprochen werden. Deutsche Reichs- und Staatsanleihen sind an jeder Börse zum Börsenhandel zugelassen. Hierbei ist also die Mitwirkung der Zulassungsstelle ausgeschaltet; es werden nur zum Zwecke der Einführung an der Börse dem Börsenvorstande die Merkmale der einzuführenden Wertpapiere mitgeteilt; die Veröffentlichung eines Prospekts ist nicht erforderlich. Papiere, für welche Befreiung vom Prospektzwange ausgesprochen werden kann, sind Schuldverschreibungen, deren Verzinsung und Rückzahlung von dem Reiche oder einem Bundesstaate gewährleistet ist und Schuldverschreibungen einer kommunalen Körperschaft, der Kreditanstalt einer solchen Körperschaft, einer kommunalständischen Kreditanstalt, oder einer unter staatlicher Aufsicht stehenden Pfandbriefanstalt. Mit der Anordnung der Landesregierung, daß es der Einreichung eines Prospekts nicht bedarf, gilt die Zulassung zum Börsenhandel als erfolgt. Zu den Einnahmen der Börsen, welche notwendig sind, um den Betrieb und die Einrichtungen aufrecht zu erhalten, die Beamten zu besolden und sonstige Kosten zu decken, gehören auch die von den Emissionsfirmen bzw. Antragsstellern zu zahlenden Zulassungsgebühren. Es macht unter Umständen Schwierigkeiten, solche einzuziehen, wenn die Einführung von Wertpapieren ohne Mitwirkung der Zulassungsstelle erfolgt ist. Bei etwaiger Neufassung des Börsengesetzes wird diese Lücke ausgefüllt werden müssen. Besondere Bestimmungen bestehen für die Zulassung von Aktien eines zur Aktiengesellschaft oder zur Kommanditgesellschaft auf Aktien umgewandelten Unternehmens, sowie von Anteilscheinen oder staatlich nicht garantierten Obligationen ausländischer Erwerbsgesellschaften. Für Wertpapiere, deren Zulassung zum Börsenhandel verweigert oder nicht nachgesucht ist, darf eine amtliche Feststellung des Preises nicht erfolgen. Geschäfte in solchen Wertpapieren sind von der Benutzung der Börseneinrichtungen ausgeschlossen und dürfen von den Kurs-

maklern nicht vermittelt werden. Auch dürfen für solche an der Börse abgeschlossenen Geschäfte Preislisten (Kurszettel) nicht veröffentlicht oder in mechanisch hergestellter Vervielfältigung verbreitet werden. Aus den gleichen Erwägungen der einwandfreien Sicherung des Verkehrs in Wertpapieren entspringt die Bestimmung, daß für Papiere, welche zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt werden, vor beendeter Zuteilung an die Zeichner eine amtliche Feststellung des Preises nicht erfolgen darf.

Diese amtliche Preisfeststellung, die Kursnotierung, ist von größter Bedeutung, weil sich darnach alle Geschäfte bis zur nächstfolgenden Notierung richten, auch die nicht an der Börse und unter Börsenmitgliedern abgeschlossenen, insbesondere alle Kommissionsgeschäfte in Wertpapieren (und börsenmäßig gehandelten Waren), und weil überhaupt die Kursnotierungen die Grundlage für die Beurteilung der ganzen Wirtschaftslage bilden. Der einwandfreien Feststellung der Kurse wird deshalb besondere Sorgfalt zugewandt. Sie geschieht nominell durch den Börsenvorstand, der dazu aus seiner Mitte einzelne Mitglieder bestimmt. Mitzuwirken haben dabei, und zwar praktisch in einer Weise, daß sie den maßgebenden Einfluß haben und dem Börsenvorstande dabei eigentlich nur eine überwachende Rolle zukommt, die Kursmakler. Nach Beendigung der Börsenzeit, die durch Glockenzeichen kundgegeben wird, begeben sich die delegierten Vorstandsmitglieder mit den Kursmaklern in ein besonderes Zimmer und stellen an Hand der Aufzeichnungen und Tagebücher der Kursmakler fest, in welchen Papieren am Börsentage Angebote und Nachfragen vorgelegen haben, Abschlüsse erzielt worden sind und wie jeweils die verlangten, gebotenen und vereinbarten Preise waren. Die so festgestellten Kurse sollen die tatsächliche Marktlage widerspiegeln; auf besondere Verhältnisse oder Eigenarten ist deshalb keine Rücksicht zu nehmen oder sie sind durch besondere Erläuterungeu zn kennzeichnen. Ein Anspruch auf Berücksichtigung bei der amtlichen Feststellung des Börsenpreises kann nur bei Geschäften erhoben werden, die durch Vermittelung eines Kursmaklers abgeschlossen sind. Die Berechtigung des Börsenvorstandes, auch andere Geschäfte zu berücksichtigen, bleibt hierdurch unberührt.

Die Kursmakler sind also Hilfspersonen des Börsenvorstandes bei der amtlichen Festsetzung des Börsenpreises von Waren und Wertpapieren. Sie müssen, so lange sie die Tätigkeit als Kursmakler ausüben, die Vermittelung von Börsengeschäften in den betreffenden Waren oder Wertpapieren betreiben. Sie werden von der Landesregierung — dem Geiste der neueren Handelsgesetze hätte es mehr entsprochen, hierfür die Handelskammern als zuständig zu erklären — bestellt und entlassen und leisten vor Antritt ihrer Stellung den Eid, daß sie die ihnen obliegenden Pflichten getreu erfüllen werden. Die Kursmakler dürfen in den Geschäftszweigen, für welche sie bei der amtlichen Feststellung des Börsenpreises mitwirken, nur insoweit für eigene Rechnung oder in eigenem Namen Handelsgeschäfte schließen oder eine Bürgschaft übernehmen, als dies zur Ausführung der ihnen erteilten Aufträge nötig ist. Nur ausnahmsweise dürfen sie ein sonstiges Handelsgewerbe betreiben.

An jeder Börse besteht auch ein Ehrengericht. Es zieht zur Verantwortung Börsenbesucher, welche im Zusammenhange mit ihrer Tätigkeit an der Börse sich eine mit der Ehre oder dem Anspruche auf kaufmännisches Vertrauen nicht zu vereinbarende Handlung haben zuschulden kommen lassen. Der Ausdruck Börsenbesucher umfaßt nicht nur die zum Handel an der Börse anwesenden Kaufleute und Bankiers, sondern auch deren Gehilfen und Boten, ferner z. B. Notare, die etwa an der Börse einen Wechselprotest aufnehmen wollen, oder Journalisten, die zum Zwecke der Berichterstattung zur Börsenversammlung kommen. Gewisse Personen sind vom Börsenbesuche durch Gesetz ausgeschlossen, so namentlich solche, die aus irgend welchem Grunde nicht oder nur beschränkt verfügungsfähig sind, die nicht im Vollbesitze der bürgerlichen oder kaufmännischen Ehrenrechte sind und auch alle Personen weiblichen Geschlechts. Im Übrigen ist der Kreis der eigentlichen Börseninteressenten an den einzelnen Börsen verschieden umgrenzt. In den Hansastädten gehört es sozusagen für die weitesten

Kreise der angesessenen Kaufmannschaft zum guten Tone, regelmäßig die Börse zu besuchen und einen auf den Namen oder die Firma lautenden Börsenstand zu haben. Nicht nur die eigentlichen Börsengeschäfte werden hier in den Zusammenkünften abgeschlossen, sondern auch alle möglichen anderen Vereinbarungen getroffen und Besprechungen abgehalten. So halten sogar Anwälte ihre Sprechstunden an der Börse ab. Einen anderen Typ stellt die Berliner Börse dar. Hier und an anderen Börsen muß man die Berechtigung zum Börsenbesuche und zur Benutzung der Börseneinrichtungen durch Lösung von Börsenkarten erwerben, wozu nur Angehörige eines bestimmten Personenkreises, etwa die Inhaber oder Vertreter handelsgerichtlich eingetragener Firmen oder die Mitglieder bestimmter kaufmännischer Korporationen berechtigt sind. Am engsten ist der Kreis der zum Handel berechtigten Börsenbesucher bei denjenigen Börsen, z. B. Hannover, gezogen, die als Anstalten oder Unternehmungen eines Vereines betrieben werden, so daß nur die Mitglieder dieses Vereins, etwa nur handelsgerichtlich eingetragene Banken und Bankiers einer bestimmten Stadt oder eines bestimmten Bezirks zugelassen werden. —

Auf alle Fälle sollen die Papier- oder Geldbörsen in erster Linie den Bedürfnissen der Banken und Bankiers dienen. Der Schilderung des Bankwesens seien die weiteren Zeilen gewidmet.

Das Bankgewerbe ist ein uraltes, und Großbanken im modernen Sinne hat es, wie in anderen Ländern, auch in Deutschland schon vor der Reichsgründung gegeben, wenn sie auch in geringerer Zahl vorhanden waren und bei weitem nicht die heutige Kapitalmacht der Banken darstellten. Was die Entwicklung des Bankwesens von der Reichsgründung ab kennzeichnet, ist die sogen. Konzentrationsbewegung, d. h. die Neugründung von Großbanken mit früher unbekannten großen Aktienkapitalien, die ständige systematische Vermehrung des Aktienkapitals dieser neubegründeten und der schon bestehenden Banken, die Heranziehung beträchtlicher weiterer Kapitalien namentlich in Form der fremden Gelder bzw. Depositen (Hinterlegungen) für die Zwecke des Bankbetriebs, die Aufsaugung von Privatbankiers und kleineren Banken durch größere, die Verschmelzung von Banken, alles dies mit dem ständigen Zuge von der Provinz- zur Groß- und weiter zur Reichshauptstadt, die Begründung von Zweigniederlassungen und Depositen-Annahmestellen am Platze und auswärts, wobei vielfach bestehende Banken und Bankgeschäfte ihre Selbständigkeit verlieren und zu Filialen herabgedrückt werden, die Bildung von „Konzernen" großer Bankengruppen u. a. m. Diese Bankenkonzentration ist eine der interessantesten und folgewichtigsten Erscheinungen unserer neuzeitlichen wirtschaftlichen Entwickelung und hat naturgemäß eine umfangreiche Literatur hervorgerufen, als deren wichtigstes Werk das über 700 Seiten starke, 1910 in dritter stark vermehrter Auflage erschienene Buch von Rießer: „Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration im Zusammenhange mit der Entwicklung der Gesamtwirtschaft in Deutschland" zu bezeichnen ist. Der Verfasser, gleichermaßen hervorragend als Bankpraktiker wie als meisterhaft darstellender Theoretiker, hat in diesem Werke eine Fundgrube wirtschaftlicher und politischer Erkenntnis geliefert, zu der vielleicht er allein persönlich und sachlich befähigt war. Unter diesen Umständen ist es ohne weiteres gerechtfertigt, wenn wir uns in beträchtlichen Teilen der nachfolgenden Schilderung auf den Inhalt dieses Buches beziehen.

Nur ganz wenige, den Konzentrationsgang kennzeichnende Zahlen seien aus dem zur Verfügung stehenden, kaum noch zu übersehenden Material entnommen. Allein bei den acht Berliner Großbanken ist in den 13 Jahren von 1895 bis 1908 angewachsen die Zahl der Niederlassungen im Deutschen Reiche von 18 auf 69, der Depositenkassen und Wechselstuben von 23 auf 264, der ständigen Beteiligungen an deutschen Aktienbanken von 2 auf 97, wobei die deutschen überseeischen Banken, sowie die Hypotheken- und Maklerbanken außer Ansatz geblieben sind. Die damals bestehenden Großbanken hatten zu Beginn des Jahres 1870 ein Aktienkapital von 120 411 000 Mark, im Jahre 1870 wurde die Deutsche Bank mit einem Kapital von 15 Millionen Mark konzessioniert,

im selben Jahre und mit demselben eingezahlen Kapital, während das Nominalkapital das Doppelte betrug, die Kommerz- und Diskontobank in Hamburg; im Jahre 1872 erfolgte die Gründung der Dresdner Bank mit einem Nominalkapital von 8 Millionen Taler gleich 24 Millionen Mark, eingezahlt mit 40 Proz. gleich 9 600 000 Mark. Im Jahre 1881 wurde dann, bei schon völlig veränderten Verhältnissen, die Nationalbank für Deutschland begründet mit einem Nominalkapital von 45 Millionen Mark, eingezahlt mit 20 Millionen. Für das Jahr 1872 lassen sich in Deutschland ohne die Noten-, Hypotheken-, Bau-, Handels- und Produktenbanken, aber einschließlich der Maklerbanken 139 Kreditbanken mit einem Kapital von 1 122 113 000 Mark feststellen, von denen allerdings viele recht bald wieder verschwanden. Die älteste war der A. Schaaffhausensche Bankverein zu Köln, gegründet 1848, die zweitälteste die Berliner Diskonto-Gesellschaft, gegründet 1857. Allein dem Jahre 1871 verdanken 48, dem Jahre 1872 50 dieser Banken ihre Entstehung, ein Zeichen für die nach dem siegreichen Kriege einsetzende lebhafte Gründertätigkeit, deren Erzeugnisse auf diesem und anderen Gebieten durch die bald darauf hereinbrechende Krisis zum großen Teile wieder vernichtet werden sollten, bis nach diesem Rückfalle der Aufschwung des deutschen Wirtschaftslebens, allerdings in ziemlich regelmäßigen Zeitabschnitten gehemmt oder unterbrochen durch die jeder Volkswirtschaft anhaftenden immer wiederkehrenden Krisen, einsetzte bis zur heutigen Höhe, deren weitere Entwickelung schwerlich abzusehen ist.

Heute betragen allein — nach dem Stande per 31. Dezember 1908 — die Aktienkapitalien und Reserven der fünf größten Berliner Banken mit den direkt und indirekt zu ihren inländischen Interessengemeinschaften durch Aktienbesitz oder durch Vertrag gehörigen Banken nicht viel weniger als $2^1/_2$ Milliarden Mark. Man mag daraus ermessen, wie stark die Kapitalzusammenziehung der sämtlichen deutschen Banken unter Mitberücksichtigung der von ihnen verwalteten fremden Gelder geworden ist.

Als ein Beispiel, wie es ähnlich bei allen Großbanken zu schildern wäre, für den Konzentrationsgang und die ständig um sich greifende Ausdehnung der Interessensphäre seien aus der Geschichte der im Jahre 1870 gegründeten Deutschen Bank, die am 31. Dezember 1908 über ein Aktienkapital von 200 Millionen Mark und über Reserven von rund 102 Millionen Mark verfügte, folgende Daten hervorgehoben:

Sie hat 9 Filialen, nämlich in Bremen seit 1871, Hamburg seit 1872, London seit 1873, Frankfurt a. M. seit 1886 unter Übernahme der Aktiva und Passiva des Frankfurter Bankvereins, München seit 1889; diese Filiale errichtete 1906 Depositenkassen in München und Augsburg; Leipzig und Dresden seit 1900; diese Filiale errichtete 1907 eine Depositenkasse im Meißen und 1908 eine solche in Radeberg i. S.; Nürnberg seit 1905 und Konstantinopel seit 1909. An Kommanditen unterhält die Bank 2: Rosenfeld & Co. in Wien und G. E. Heydemann in Bautzen mit Filialen in Löbau und Zittau. An Depositenkassen hatte die Bank zum genannten Zeitpunkte 73, nämlich in Berlin 27, Charlottenburg 6, Hamburg 14, Dresden 9, Leipzig 7, Schöneberg und Wilmersdorf je 2 und in Rixdorf, Steglitz, Friedenau, Weißensee, Spandau, Wiesbaden, Deuben, Meißen, Augsburg und München je 1. Die Deutsche Bank hat als Tochtergesellschaften begründet oder mitbegründet: 1889 die Deutsch-Asiatische Bank; 1890 die Deutsche Treuhand-Gesellschaft in Berlin mit $1^1/_2$ Millionen Mark Aktienkapital; im selben Jahre die Deutsche Überseeische Bank in Berlin mit 20 Millionen Mark Aktienkapital und 22 über Chile, Mexiko, Peru, Bolivien, Uruguay, Ecuador und Spanien verteilten Filialen; 1894 die Bank Commerciale Italiana mit 33 Filialen in Italien; 1904/05 die Aktiengesellschaft für überseeische Bauunternehmungen in Berlin mit 2 Millionen Mark Aktienkapital; 1905 die Zentralamerikabank in Berlin mit 10 Millionen Mark Aktienkapital, worauf zunächst 25 Proz. eingezahlt sind; 1906 die Mexikanische Bank, für Handel und Industrie (Banca Mexicana de Comercio e Industria) in Mexiko mit einem Aktienkapital von 16 Millionen Pesos; diese übernahm die Geschäfte der Banco Aleman Transatlantico in Mexiko. In dieser Aufzählung der von der Deutschen Bank begründeten oder mitbegründeten Banken sind unberück-

sichtigt geblieben Finanzierungsinstitute, die keine eigentlichen Banken sind, wie die Bank für elektrische Unternehmungen in Zürich, Aktienkapital 33 Millionen Franks, und die Bank für orientalische Eisenbahnen daselbst, Aktienkapital 50 Millionen Franks. In sich aufgenommen hat die Deutsche Bank 1886 den Frankfurter Bankverein, 1901 die Bankfirma Menz, Blochmann & Co. in Dresden, 1905 die Bankfirma H. Chr Schmidt in Hamburg und 1906 die Firma Büchler & Heymann in München und Augsburg; außerdem hat sie 1875 die Liquidation und damit die Kundschaft des Berliner Bankvereins und 1876 der Deutschen Unionbank übernommen. Die Deutsche Bank steht in Interessengemeinschaft durch Aktienbesitz

a) seit 1897 mit der Bergisch-Märkischen Bank in Elberfeld, die ein Aktienkapital von 75 Millionen Mark hat. Diese hat 17 Filialen, 8 Depositenkassen, 3 Kommanditen, in sich aufgenommen in den Jahren 1895 bis 1904 14 Bankfirmen und Banken;

b) seit 1897 mit dem Schlesischen Bankverein in Breslau mit 30 Millionen Mark Aktienkapital, 13 Filialen, 2 Depositenkassen, 3 Kommanditen. Er hat ebenfalls verschiedene Bankfirmen in sich aufgenommen; selbst eine seiner Agenturen hat dies getan;

c) seit 1897 mit der Hannoverschen Bank in Hannover, Aktienkapital 31. Dezember 1908 $22^1/_2$ Millionen Mark, seitdem erhöht; mit 5 Filialen und 2 Depositenkassen. Sie hat verschiedene Bankfirmen in sich aufgenommen und Tochtergesellschaften gegründet. In Interessengemeinschaft durch Aktienbesitz steht die Hannoversche Bank mit der Osnabrücker Bank, Aktienkapital $14^1/_2$ Millionen Mark, die 11 Filialen und 13 Agenturen hat und 4 Banken in den Jahren 1905 bis 1908 in sich aufgenommen hat und mit der Hildesheimer Bank mit 8 Millionen Mark Aktienkapital, 2 Filialen und 2 Depositenkassen, die 3 Firmen in sich aufgenommen hat;

d) seit 1898 mit der Oberrheinischen Bank. Diese wurde im Jahre 1904 mit der Rheinischen Kreditbank verschmolzen. Das Bild mit den Filialen, Depositenkassen, Kommanditen und Aufnahmen von Bankfirmen wiederholte sich, bis sie selbst verschluckt wurde, auch bei der Oberrheinischen Bank;

e) seit 1902 mit der Duisburg-Ruhrorter Bank in Duisburg; Aktienkapital 12 Millionen Mark, mit 4 Filialen, teilweise früheren Banken;

f) seit 1903 mit der Essener Kreditanstalt mit 60 Millionen Mark Aktienkapital, 16 Filialen, 8 Agenturen, 3 Kommanditen; sie hat von 1895 bis 1909 8 Bankfirmen und Banken in sich aufgenommen, darunter den Westfälischen Bankverein mit 8 Millionen Mark Aktienkapital und die unter e genannte Duisburg-Ruhrorter Bank;

g) seit 1904 mit der Siegener Bank für Handel und Gewerbe mit 4 Millionen Mark Aktienkapital;

h) seit 1904 mit der Sächsischen Bank in Dresden, mit 30 Millionen Mark Aktienkapital und 8 Filialen;

i) seit 1904 mit dem Essener Bankverein mit 3 Filialen, 2 Depositenkassen und 1 Kommandite;

k) seit 1904 mit der Oldenburgischen Spar- und Leihbank mit 4 Millionen Mark Aktienkapital, 6 Filialen und 1 Depositenkasse;

l) seit 1904 mit der Privatbank zu Gotha mit 10 Millionen Mark Aktienkapital und 3 Filialen;

m) seit 1905 Deutsch-Ostafrikanische Bank in Berlin mit Niederlassung in Daressalam.

Damit ist aber das Interessengebiet und der Machtbereich der Deutschen Bank keineswegs erschöpft, sondern fast ebenso umfangreich und vielschichtig ist das Verzeichnis derjenigen Banken, mit denen die Deutsche Bank durch Vertrag mit wechselseitigen Aufsichtsratsdelegationen in Interessengemeinschaft oder mit denen sie sonst in freundschaftlichen Beziehungen steht. Und dieselbe umfangreiche und kaum zu übersehende Liste der Beteiligungen, gegenseitigen Interessengemeinschaften, Aufsaugungen und Gründungen läßt sich für jede andere Großbank aufstellen. Es ergibt sich hieraus einer-

seits das enge Ineinandergreifen der einzelnen Maschen des Banknetzes, andererseits der Prozeß der Aufsaugung der kleineren und mittleren Banken und Bankiers durch die großen und ganz großen oder doch ihre Herabdrückung in eine mehr oder minder große Abhängigkeit, andererseits aber auch die Beeinflussung der Industrie, des Handels und des Privatkapitals durch die Banken; ihr Hineindringen in alle Zweige und Schichten unserer Volkswirtschaft, deren Befruchtung, aber auch unter Umständen ungünstige Beeinflußung durch die Banken und den von ihnen dirigierten Kapitalismus, weiter auch ihre Verquickung mit dem Auslande, nicht minder wie ihr Zusammenhang mit den staatlichen Finanzen.

Da die Großbanken in der Öffentlichkeit so oft genannt werden und infolge des Konzentrationsprozesses und des dadurch gewonnenen großen Einflusses das ihnen entgegengebrachte Interesse verdienen, so möchten über sie die nachfolgenden Angaben gerechtfertigt sein. Seitdem es üblich geworden ist, zum Begriffe der Großbank ein Mindestkapital von 100 Millionen Mark zugrunde zu legen, kann man seit dem 1. Januar 1905 zu den Großbanken nur noch folgende sechs Banken zählen: 1. Deutsche Bank 200 Millionen Mark Aktienkapital; 2. Dresdner Bank 180 Millionen Mark; 3. Diskonto-Gesellschaft 170 Millionen Mark; 4. Bank für Handel und Industrie 154 Millionen Mark; 5. A. Schaaffhausenscher Bankverein 145 Millionen Mark; 6. Berliner Handelsgesellschaft 110 Millionen Mark. Geht man bis zu einem Aktienkapital von 80 Millionen Mark herunter, so wird man zu den Großbanken jetzt noch weiter zu rechnen haben: die Rheinisch-Westfälische Diskonto-Gesellschaft (95 Millionen Mark), die Allgemeine Deutsche Kreditanstalt (90 Millionen Mark), die Kommerz- und Diskonto-Bank (85 Millionen Mark) und die Nationalbank für Deutschland (80 Millionen Mark). Von allen diesen Banken hat allein die Berliner Handelsgesellschaft an dem Grundsatze unbedingter Zentralisation streng festgehalten; sie hat weder Filialen noch Kommanditen, noch Depositenkassen, noch endlich Interessengemeinschaften.

Die älteste dieser Großbanken ist der A. Schaaffhausensche Bankverein zu Köln. Es ist zugleich die erste deutsche Kredit- und Spekulationsbank. Vorher gab es in Deutschland, und wohl überhaupt in den meisten Ländern, nur Privatbankiers, die den Mobiliarkredit im Großen pflegten, neben dem wenig einträglichen Geschäfte des Geldwechslers sich dem unsicheren, aber bei Glück und kluger Berechnung sehr einträglichen Spekulationsgeschäfte sowie den anderen Arten des eigentlichen Kreditbankgeschäfts widmeten. Rothschild in Frankfurt a. M., dessen Name für die meisten Menschen noch heute den Typus eines steinreichen Finanzmannes darstellt, und mit dem auch Bismarck in geschäftliche Beziehungen kam, war ein solcher Bankier. Die für die Geschichte des Bankenwesens hochinteressante Begründung des Crédit mobilier, im Jahre 1852, einer französischen Großbank, erfolgte nicht zum mindesten mit, um ein Gegengewicht gegen die große Macht des Hauses Rothschild zu schaffen. In Köln gab es ein Bankhaus Abraham Schaaffhausen, das ähnlich wie solche Bankiers zu operieren trachtete, aber vom Erfolge weniger begünstigt, 1848 notleidend wurde und seine Verbindlichkeiten nicht erfüllen konnte. Es wandte sich, wie Rud. Taeuber in seinem Buche „Unsere Großbanken" anschaulich schildert, an seine Gläubiger, ihnen anheimstellend, was nun geschehen solle. Diese beschlossen, das Geschäft gemeinsam zu übernehmen, was nach Lage der damaligen Gesetzgebung nur mit Bewilligung der Regierung und des Landtags geschehen konnte. Am 28. August 1848 wurden die eingereichten Statuten landesherrlich genehmigt, das gesamte Aktienvermögen des Hauses Schaaffhausen und seiner Teilhaber ging für $7\frac{1}{2}$ Millionen Taler in den Besitz der Gläubiger über, die dann mit $1\frac{1}{2}$ Millionen Mark verschiedene dringliche Forderungen tilgten und sich zum A. Schaaffhausenschen Bankverein konstituierten.

Die Bank hat eine wechselvolle Geschichte gehabt. Jahre ständigen Aufschwungs, sich kennzeichnend in Dividenden bis zu 14 Proz. wechselten ab mit Perioden der Krise und des Darniederliegens, so namentlich, als beim allgemeinen Zusammenbruche der Gründerzeit, zu Anfang der siebziger Jahre, die die Bank mit dem Genie der Gründer-

zeit, dem Spekulanten und Eisenbahnkönig Dr. Strousberg, in sehr enge Verbindungen gebracht hatte, alle Reserven erschöpft waren und die Aktien von 600 auf 450 Mark herabgesetzt wurden, also ein Viertel Aktienkapital verloren war. Aber nach etwa einem Jahrzehnt waren die Nachwehen dieser schlimmen Zeit überwunden; die Dividenden erreichten wieder eine zufriedenstellende Höhe und eine Kapitalserhöhung folgte der anderen. Von ausschlaggebender Bedeutung hierfür war die mächtige Entwickelung der rheinisch-westfälischen Industrie, zu der die Bank in immer fester sich knüpfende Beziehungen trat. Ihre Konsortialbeteiligung an industriellen Unternehmungen beträgt heute rund 34 Millionen Mark und ihr sonstiger auf die Industrie entfallender Effektenbesitz rund 13,7 Millionen Mark. An diesem Engagement hat die Kohlen- und die Elektrizitätsindustrie den stärksten Anteil. Die Bank ist auch Begründerin und maßgebende Beteiligte bei der vielgenannten Internationalen Bohrgesellschaft zu Erkelenz, die Dividenden in der beispiellosen Höhe bis zu 500 Proz. verteilt hat. Der Schaaffhausensche Bankverein hat im Laufe der Zeit sein Betriebskapital verzehnfacht und beschäftigt gegenwärtig gegen 600 Angestellte.

Die Diskonto-Gesellschaft in Berlin ist drei Jahre später ins Leben gerufen, zuerst nur als „Kreditgesellschaft"; 1856 wurde sie in die jetzige Form einer Kommanditgesellschaft auf Aktien umgewandelt, mit einem Kommanditkapital von 10 Millionen Talern. Begonnen wurde sie von dem nachmaligen preußischen Finanzminister David Hansemann. Von Anfang an beteiligte sie sich stark an der Pflege des Kontokorrentgeschäfts und der Emission deutscher Staats- und Kommunalanleihen und Eisenbahnaktien. Hierbei war sie seit 1870 als Mitglied des Rothschild-Konsortiums bei allen von dieser Gruppe durchgeführten Übernahme- und Emissionsgeschäften hervorragend beteiligt; ebenso bei russischen, rumänischen, chinesischen und japanischen Anleihen. In ihren industriellen Beziehungen war sie nicht durchweg vom Glück begünstigt; mußte sie doch in den Jahren 1891—94 etwa 10 Millionen auf ihre industriellen und sonstigen Beteiligungen abschreiben. Dagegen hat die Diskontogesellschaft im Jahre 1873 die Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft begründet, welche zu einem tonangebenden Werke der gesamten Montanindustrie geworden ist und die Gesellschaft in eine Fülle von Beziehungen zu industriellen Unternehmungen und Kartellen gebracht hat. Es seien davon hervorgehoben das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat, die August Thyssenschen Bergwerk- und Hüttenunternehmungen, das Kruppsche Weltunternehmen, die Rheinischen Stahlwerke, die Stummschen Werke, die Gute Hoffnungs-Hütte, der Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation, die Kattowitzer Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb, welche Aufzählung sich leicht um ein bedeutendes vermehren läßt. Keine andere deutsche Kreditbank hat auch nur annähernd Dividenden in der Höhe von 24 und 27 Proz. zur Verteilung gebracht, wie die Diskontogesellschaft in den Jahren 1871 und 1872.

Die im Jahre 1853 begründete Bank für Handel und Industrie nahm ihren Sitz in Darmstadt, weil eine Konzession für eine Bank-Aktiengesellschaft weder in der freien Stadt Frankfurt a. M., noch in Preußen zu erhalten war. Darmstädter Bank ist denn auch der für sie mehr als ihre eigentliche Firma gebrauchte Name. Das Nominalkapital betrug zu Anfang 25 Millionen Gulden = 42 750 000 Mark, wovon jedoch zunächst nur 17 Millionen Mark ausgegeben wurden. Dieser Bank wird nachgerühmt, daß ihre Geschäftsberichte von Anfang an erheblich mehr über die Einzelheiten ihrer geschäftlichen Tätigkeit mitgeteilt haben, als die fast aller übrigen Banken. Rießer, der Verfasser des früher erwähnten vorzüglichen Buches und heute als Vorsitzender des Zentralverbandes des deutschen Banken- und Bankgewerbes dessen anerkannter Führer, gehörte zu ihren Leitern, desgleichen der nachmalige Staatssekretär des Reichskolonialamts, Dernburg. Vor 1870 hat die Bank sich vor allem um den Ausbau des deutschen Privateisenbahnnetzes und um den öffentlichen Kredit durch Emission einer großen Reihe von Staats- und Kommunalwerten verdient gemacht. Getreu dem Programm, das sie bereits in ihrem ersten Geschäftsberichte für 1853 dahin entwickelte, daß ihre „Organe im In-

und Auslande den Export und die tausend anderen Beziehungen der deutschen Industrie zum Geldmarkte vermitteln" sollten, hat sich die Bank von jeher an den verschiedensten Arten der Auslandsgeschäfte in erheblichem Umfange beteiligt. Bereits im Jahre 1854 wurde die erste Kommandite in New York, 1857 die erste in Paris und 1867 eine solche in Wien errichtet. Von den ausländischen Tochtergesellschaften, die sie entweder allein oder gemeinsam mit anderen Banken ins Leben gerufen hat, seien genannt die Amsterdamsche Bank, die Deutsch-Asiatische Bank in Schanghai, die Banca Commerciale Italiana in Mailand, die Banque Internationale de Bruxelles, der Bankers Trading Syndicate in London, die Banca Marmorosch Blank & Co. in Bukarest und die Amerika-Bank.

1856 wurde die Berliner Handelsgesellschaft mit einem Aktienkapital von 45 Millionen Mark gegründet, wovon jedoch zunächst nur ein kleiner Teil eingezahlt wurde. Sie war von Anfang an eine ausgesprochene Emissionsbank, was namentlich die Folge hatte, daß auf dem Gebiete der Emissions- und Plazierungstechnik keine andere Bank ihr gleichkommt oder gar überlegen ist. Das Jahr 1871 brachte ihr eine Kapitalserhöhung auf 10½ Millionen Taler. Mehrfache Spekulationen in großen Eisenbahn- und Bodenunternehmungen schlugen zu ihren Ungunsten aus, aber im ganzen ergab unter der Führung ebenso vorsichtiger wie geschäftsgewandter Geschäftsinhaber die anfangs der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts auf neuen Grundsätzen aufgebaute Geschäftspolitik ein gutes, teilweise ein glänzendes Ergebnis. Seit 1883 ist die Dividende unter 5 Proz. nicht heruntergegangen; meistens betrug sie 8 oder 9 Proz. Der Sondercharakter der Berliner Handelsgesellschaft unter den deutschen Großbanken entwickelte und bewährte sich hauptsächlich in ihren Beziehungen zur elektrotechnischen Industrie, zur schweren Industrie, in erster Linie zum Bergwerks- und Hüttenwesen, endlich zum Straßen- und Kleinbahnwesen. Es sei nur auf die maßgebenden Beziehungen der Bank zur Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, den zahlreichen Elektrizitätsunternehmungen im In- und Auslande, den Siemens-Halske-Schuckertwerken, weiter der Harpener Bergbaugesellschaft, den Rombacher Hüttenwerken, der Konsolidation und Hibernia verwiesen. Die Straßenbahnen einer Anzahl deutscher Städte sind von der Berliner Handelsgesellschaft gegründet und finanziert. Auch ihre internationalen Beziehungen sind sehr gute und weitverzweigte.

Noch vor Beginn der neuen Epoche, die auf die Gründung des Deutschen Reiches folgte, erstand der Berliner Handelsgesellschaft und der Diskontogesellschaft in Berlin eine Konkurrenz in der Deutschen Bank, durch die Vereinigung von 21 namhaften Handelsfirmen zur Bildung einer Aktiengesellschaft. Ihre Leitung hat sich von Anfang an dadurch ausgezeichnet, daß sie mit klarem Blick die Forderungen nicht nur des Tages, sondern auch einer weiteren Zukunft vorausgesehen und ihnen im voraus durch geeignete Maßnahmen Rechnung getragen hat. Mit Rücksicht darauf, daß bei der früher gegebenen Schilderung des Konzentrationsprozesses die Deutsche Bank ausgiebig als Probe gedient hat und damit ein Einblick in ihre Bedeutung gegeben wurde, sollen hier weitere Bemerkungen über sie nicht gemacht werden.

Was endlich die im Jahre 1872 gegründete Dresdener Bank anbelangt, die erst im Jahre 1881 durch Begründung einer Zweigniederlassung ihren Schwerpunkt nach Berlin verlegte, so nimmt sie deswegen ein besonderes Interesse in Anspruch, weil sie, dem Beispiele der Deutschen Bank hinsichtlich der Gründung von Depositenkassen erst im Jahre 1896 folgend, in beispiellos kurzer Zeit gerade in diesem Geschäftszweige bedeutende Erfolge erzielte. Ihre Depositen wuchsen von nicht ganz 3 Millionen im Jahre 1875 bis zum Ende des Jahres 1908 auf 224 Millionen Mark. In ähnlicher rascher und glänzender Weise wußte sie ihr laufendes Geschäft zu entwickeln. Ende 1908 stand sie mit 16 Zweigniederlassungen als erste unter den deutschen Banken. Auch in Süddeutschland wußte sie festen Fuß zu fassen, und im Jahre 1904 wuchs ihr durch die Aufnahme der Deutschen Genossenschaftsbank Sörgel, Parisius & Co. eine große Kundschaft aus den Genossenschaftskreisen zu, für die sie eine besondere Genossenschafts-

abteilung errichtete. Aus einer Betrachtung ihrer ausländischen, überseeischen und nicht überseeischen Geschäfte, ihrer Beziehungen zu Kleinbahnunternehmungen und solchen der elektrotechnischen Industrie, wie ihrer besonders sorgfältigen Pflege des Börsengeschäfts gewinnt man den Eindruck besonderer Rührigkeit und Gewandtheit ihrer Leitung, auch z. B. aus der Zusammenstellung ihrer industriellen Emissionen, die in den Jahren 1895—1903 220 betrugen, gegenüber 187 des A. Schaaffhausenschen Bankvereins, 170 der Berliner Handelsgesellschaft, 181 der Diskontogesellschaft, 150 der Deutschen Bank und 148 der Darmstädter Bank.

Den Gipfel der Konzentration und Anhäufung finanzieller Macht stellt die im Jahre 1904 verkündete, auf eigenartiger Grundlage abgeschlossene Interessengemeinschaft zwischen der Dresdener Bank und dem A. Schaaffhausenschen Bankverein dar. Als ob auch hier einmal die Richtigkeit des Wortes, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen, sich hätte bewahrheiten sollen: Ende 1908 mußte diese Interessengemeinschaft formell wieder aufgehoben werden, womit nicht gesagt sein soll, daß sie nicht trotzdem unter den genannten beiden, wie überhaupt unter den Großbanken auch ohne feste Vereinbarungen weiter besteht, mindestens nach der Richtung, daß man von gegenseitig sich schädigenden Wettbewerbsmaßnahmen absieht und in der Konkurrenz um große Geschäfte sich vorher einigt.

So läßt sich über jede Großbank eine interessante, nicht selten dramatisch bewegte Geschichte schreiben, und nicht nur über die Großbanken, sondern selbst über mittlere und kleine und über viele ältere Bankfirmen. So bemerkbar sich der Konzentrations- und Aufsaugungsprozeß macht und soviel über ihn geschrieben wird, so zahlreich, vielgestaltig und verschiedenartig abgestuft sind doch die deutschen Banken und Bankgeschäfte. Bei den Klagen über die Beeinträchtigung des kleinen und mittleren Privatbankiersstandes durch die moderne Entwickelung werden doch alljährlich viele neue Bankfirmen gegründet, die nicht alle wieder verschwinden oder aufgesaugt werden, desgleichen Banken mit kleinen Aktienkapitalien zur Befriedigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse kleiner Orte und engbegrenzter Bezirke. Und mögen diese auch in starker Abhängigkeit von größeren und ganz großen stehen, sie sind doch andererseits eine wirtschaftliche Notwendigkeit als letzte Ausläufer des großen Bankenapparats, oder von der umgekehrten Seite aus gesehen, als Zubringer für das große nationale und internationale Kapitalbecken. Die Anpassung an die lokalen Bedürfnisse und die Möglichkeit größerer individueller Behandlung der Kundschaft sind neben manchem anderen Vorzüge, die sie als notwendig und wettbewerbsfähig erscheinen lassen.

Nach der Zählung des Jahres 1882 gab es im Deutschen Reiche erst 28 Banken mit einem Personal von 50 und mehr Personen und mit im ganzen 2697 Angestellten. 13 Jahre später, nach der Zählung des Jahres 1895 gab es schon 66 Banken mit einem Personal von 50 und mehr Personen und mit im ganzen 7802 Angestellten.

Die gegenseitige Beeinflussung zwischen der Bankwelt und der Industrie wurde schon genügend betont. Einer kurzen Erörterung bedürfen noch die Beziehungen zwischen den Banken und den deutschen Kapitalisten überhaupt, wie sie sich in dem Depositengeschäft ausdrücken. Während von 1848 bis 1870 die deutschen Banken vorwiegend von dem Grundsatze ausgingen, ihre Geschäfte, soweit es irgend möglich war, nur mit eigenen Mitteln zu betreiben, wird heute die Pflege des Depositengeschäfts von allen Banken zielbewußt betrieben. Dadurch nähern wir uns den Verhältnissen Englands, wo dieses Geschäft als für den Bankierbegriff wesentlich betrachtet wird. Noch während des deutsch-französischen Kriegs richtete die Deutsche Bank besondere Depositenkassen ein, zuerst in Berlin, dann in einer Reihe von Vororten und in Wiesbaden, Hamburg, Leipzig und Dresden. Seit jener Zeit hat sich dieser Geschäftszweig folgendermaßen entwickelt:

Im Jahre 1891, nach einundzwanzigjähriger intensiver Pflege dieses Geschäfts hatten diejenigen Banken, welche den weitaus größten Teil der deutschen Gesamtdepositen in sich vereinigen, nämlich die 143 deutschen Kreditbanken mit einem Aktien-

kapital von mindestens 1 Million Mark und darüber, einen Depositenbetrag von 386 Millionen Mark angesammelt. Neun Jahre später, im Jahre 1900, hatten 118 der größten deutschen Kreditbanken 997 Millionen Mark, wieder 9 Jahre später, am 31. Dezember 1908, machten die Gesamtdepositen der sämtlichen deutschen Kreditbanken die Summe von etwa $2^3/_4$ Milliarden Mark aus.

Man hat aus diesem Anwachsen verschiedene Bedenken hergeleitet und, wie es leider zu oft in Deutschland geschieht, nach gesetzlichen Maßnahmen zur Regelung des Depositenwesens, womöglich nach seiner Erschwerung und Einschränkung gerufen. Dabei läßt man neben den verhältnismäßig geringfügigen Einzelschäden und zunächst nur angenommenen und befürchteten Gefahren die großen volkswirtschaftlichen Vorteile außer Betracht, welche mit diesem Geschäftszweige verbunden sind, und die namentlich darin bestehen, daß beträchtliche, sonst unproduktiv liegende Kapitalien an den Geldmarkt gezogen und durch Vermittelung der Banken werbenden Zwecken zugeführt werden. Die Betrachtungsweise, daß dadurch eine einseitige Bevorzugung des Großkapitals herbeigeführt werde, ist eine durchaus einseitige; abgesehen von dem auch nicht selten allein berechtigten Dasein und Wirken der großkapitalistischen Unternehmungen in Industrie, Handel und Verkehrswesen bestehen und entwickeln sich daneben und nicht selten durch sie die mittleren und kleinen Betriebe, denen kleinere Banken und Bankiers, Genossenschaften u. a. m. für die Kredit- und Kapitalbeschaffung zur Verfügung stehen. Die Verwaltung der Depositen durch die Banken hat ferner den Vorteil, daß weite Kreise unseres Volks an geordnetere Wirtschaftsführung und Geldgebarung gewöhnt werden, und der jetzt allseitig als sehr unwirtschaftlich erkannte Bargeldverkehr herabgemindert wird, namentlich, soweit er durch den Kontokorrent-, Scheck- und Überweisungsverkehr ersetzt wird. Die gesetzlichen Formen und Sicherheiten für letzteren zu bieten ist das unterm 11. März 1908 erlassene Scheckgesetz bestimmt. Leider ist durch den bald nachher als Bestandteil der viel angefochtenen sogen. Reichsfinanzreform eingeführten Scheckstempel der Zweck des Gesetzes, eine weitere Ausdehnung des bargeldlosen Geldverkehrs herbeizuführen, zum nicht geringen Teile hinfällig geworden. Auch ist zu bedauern, daß die Banken und Bankiers doch nicht durchweg der Einbürgerung des Scheckverkehrs sich geneigt erweisen, sondern aus vereinzelt vorgekommenen mißbräuchlichen Anwendungen des Schecks Veranlassung genommen haben, diesem Verkehr ihrerseits Schwierigkeiten zu bereiten. Dahingegen hat sich der Postscheckverkehr wider Erwarten gut eingeführt. Einmal hängt dies mit der Stempelfreiheit des Postschecks zusammen, zum andern mit der hingebenden Pflege, die die Postverwaltung diesem neuen Dienstzweige zuteil werden läßt, der kulanten Behandlung des Publikums und der leichten Zugänglichkeit gegenüber den recht zahlreichen Verbesserungsvorschlägen. Gesetzliche Grundlage für diesen Verkehr ist die Postscheckordnung vom 6. November 1908. Durch sie sind im Reichsgebiete 13 Postscheckämter eingerichtet. Der Verkehr bei ihnen hat sich wesentlich umfangreicher gestaltet, als bei Erlaß des Gesetzes angenommen wurde. Die Zahl der Konten bei sämtlichen Postscheckämtern betrug am 30. Juni 1910 43 706. Davon entfielen auf Cöln 8258, Berlin 8191, Leipzig 7851, Frankfurt a. M. 4156, Hamburg 3589, Breslau 3428, Karlsruhe 3000, Hannover 2944 und Danzig 1409. Die als Folge des Postreservats außerhalb des Reichspostgebiets vorhandenen Postscheckämter befinden sich in München, Nürnberg, Ludwigshafen und Stuttgart. Bei den Ämtern des Reichspostgebiets wurden im genannten Monat an Gutschriften $714^1/_4$ Millionen, an Lastschriften $726^3/_4$ Millionen gebucht. Durch entsprechende Vereinbarungen ist der deutsche Postscheckverkehr auch in Beziehungen zum Auslande, zunächst Österreich-Ungarn und der Schweiz gebracht.

Im Bankwesen sind diese internationalen Beziehungen natürlich viel verbreiteter und enger. Der weltwirtschaftliche Verkehr hat es mit sich gebracht, daß Deutschland durch unzählige Geschäfte zugleich Gläubiger und Schuldner des Auslandes von nach Milliarden zählenden Summen ist. Der größte Teil der dadurch bedingten Finanz-

und Abrechnungsgeschäfte wird naturgemäß durch die Banken erledigt, die behufs dessen, wie wir sahen, Veranlassung genommen haben, internationale oder Auslandsbanken oder Zweigniederlassungen im Auslande ins Leben zu rufen. Der seit der Reichsgründung mächtig aufgeblühte deutsche Ein- und Ausfuhrhandel verdankt viel von seiner Blüte der bankmäßigen Förderung; ausländische Industrie- und Verkehrsunternehmungen sind mit deutschem Kapital durch Vermittelung deutscher Banken ins Leben gerufen und betrieben; auch der Aufschwung unserer alle Meere durchfahrenden großen Schiffahrtsgesellschaften ist ohne die Mitwirkung der Banken undenkbar. Beträchtliche Summen deutschen Kapitals sind im Auslande auch durch Übernahme ausländischer Papiere der verschiedensten Art angelegt was zum größten Teile durch die Emissionstätigkeit der deutschen Banken bewirkt ist. Weniger in solchen Anlagen wäre vielleicht auch noch genug; daß die Banken sich die Ausdehnung dieses Geschäftzweiges hätten in unzulässiger Weise, etwa durch Anlockung des geschäftsunkundigen Publikums, besonders angelegen sein lassen, kann man nicht behaupten; eher kann man dem deutschen Kapitalisten eine unzulässige, sich aber oft durch große Verluste an ihm selbst rächende Bevorzugung ausländischer Werte vor einheimischen, insbesondere Reichs- und Staatsanleihen, die einen viel höheren und sicheren Wert bei allerdings niedrigerer Verzinsung haben, vorwerfen. Von 1897—1907 sind zum Handel an den deutschen Börsen ausländische Wertpapiere in Höhe von fast 29 Milliarden Mark zugelassen, davon fast 20 Milliarden Staatsanleihen, das übrige Provinzial- und Städteanleihen, Pfandbriefe, Obligationen und Aktien aller Art.

Diese vielverzweigten finanziellen Beziehungen zwischen Deutschland und dem Auslande sind auch von größter politischer Bedeutung. Man kann daraus ermessen, welche wirtschaftlichen Werte und geldlichen Interessen bei jeder politischen Verwirrung und Beunruhigung auf dem Spiele stehen, was sich dann auch stets in dem feinen Wirtschaftsbarometer, den der Börsenorganismus darstellt, kennzeichnet. Daraus ergibt sich, wie verkehrt es ist, ohne genaue Kenntnis dieses Organismus durch mangelhaft vorbereitete Gesetze in ihn einzugreifen. Ist der wirtschaftliche Kampf unter den einzelnen Völkern eine stete Quelle politischer Verwickelung bis zur Anwendung der schärfsten Machtmittel, dem Kriege, so liegt andererseits in der wirtschaftlichen und finanziellen Verquickung der Volkswirtschaft und des Kapitalismus der einzelnen Länder ein gewichtiges, Mäßigung und Friedensliebe predigendes Moment. Hierin beruht also die politische Bedeutung des Bank- und Börsenwesens, von dessen Art und Intensität der internationalen Betätigung vieles für unsere Machtstellung und unseren politischen Einfluß abhängt, nicht minder, wie von der Art und Auffassung seiner Aufgaben im Inlande. Haben die Banken und Bankiers schon in Friedenszeiten in nicht zu unterschätzendem Umfange, teilweise in ausschlaggebender Stellung, mit an der Aufgabe zu arbeiten, die Produktionskraft aller Gewerbe zu stärken, oft erst dafür die Unterlage zu schaffen und die Kaufkraft aller Schichten der Bevölkerung zu heben, auf eine angemessene Verteilung des Kapitals hinzuwirken, das private und öffentliche Kreditbedürfnis zu befriedigen und für die Liquidität des die ganze Volkswirtschaft durchziehenden und befruchtenden Kapitals zu sorgen, so steigern sich die Aufgaben und damit die Verantwortung der Banken in Zeiten wirtschaftlicher und politischer Krisen bis zu der Höhe, daß ihnen eine wesentliche Bedeutung für die Überwindung oder baldige Beendigung der wirtschaftlichen Krisen, wie für die Kriegsbereitschaft und Mobilmachung des Volks zukommt. Denn war schon von jeher eine unerläßliche Vorbedingung des Kriegsglücks das Vorhandensein eines genügenden Kriegsschatzes, so bekommt in der heutigen Zeit des Kapitalismus und des so komplizierten weltwirtschaftlichen Verkehrs die Frage der finanziellen Kriegsbereitschaft und Mobilmachung noch ein ganz anderes Gewicht und ihre Lösung erfordert ganz andere Kenntnisse, Mittel und Männer, als zu Zeiten einfacherer Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse.

Eine bedeutsame, heute wohl schwerlich noch zu entbehrende Stütze bietet der Bankwelt, wie überhaupt der deutschen Volkswirtschaft und der Reichsverwaltung die

Deutsche Reichsbank. Sie hat eine von den übrigen Banken, insbesondere auch den Privatnotenbanken, abweichende Stellung als Zentralnotenbank des Reichs und soll nicht sowohl dem Erwerbe, als öffentlichen volkswirtschaftlichen Zwecken dienen, daher sie im öffentlichen Interesse mit gewissen Rechten ausgestattet und mit entsprechenden Pflichten belastet ist. Sie ist, wie das Reichsgericht ausgesprochen hat, „ein verfassungsmäßiges Organ, ein Institut des Reichs, zu dessen öffentlich rechtlichen Zwecken sie besteht und betrieben wird." Ihre Verwaltung ist deshalb dem Organismus der Reichsbehörden eng angeschlossen. Als Aufgabe der Reichsbank wird im Bankgesetz bezeichnet, „den Geldumlauf im gesamten Reichsgebiete zu regeln, die Zahlungsausgleichungen zu erleichtern und für die Nutzbarmachung verfügbaren Kapitals zu sorgen". Durch ein immer dichter sich über das Reichsgebiet spannendes Netz von Zweiganstalten, gegenwärtig über 500, bemüht sich die Reichsbank, diesen Aufgaben gerecht zu werden, und man kann sagen, daß ihr das wohl gelungen ist. Sie betreibt folgende Geschäfte: Kauf und Verkauf von Gold und Silber in Barren und Münzen; Diskontierung, Kauf und Verkauf von Wechseln, Schecks, Schuldverschreibungen des Reichs, eines deutschen Staats oder inländischer kommunaler Korporationen; Lombardverkehr, d. h. Erteilung zinsbarer Darlehen gegen bewegliche Pfänder; Kauf und Verkauf gewisser Schuldverschreibungen; Besorgung von Inkassos, Zahlungsleistung, Ausstellung von Anweisungen und Überweisungen auf ihre Zweiganstalten oder Korrespondenten; Kauf und Verkauf von Effekten und Edelmetallen für fremde Rechnung; Depositengeschäft und Giroverkehr; Verwahrung und Verwaltung von Wertgegenständen, Gewährung zinsbarer Darlehen auf Reichs- und Staatsschuldbuchforderungen. Nach Bedürfnis ihres Verkehrs hat die Reichsbank das Recht, Banknoten auszugeben. Mittelbar liegt eine Beschränkung dieses Rechts darin, daß sie, wie jede Notenbank, wenn ihr Notenumlauf ihren Barvorrat und den gesetzlich zugewiesenen Betrag übersteigt, von dem Überschusse eine Steuer von jährlich 5 Proz. an die Reichskasse zu entrichten hat und daß sie verpflichtet ist, für den Betrag ihrer im Umlauf befindlichen Banknoten jederzeit mindestens ein Drittel in kursfähigem deutschen Gelde, Reichskassenscheinen oder in Gold in Barren oder ausländischen Münzen und den Rest in diskontierten Wechseln, für deren Beschaffenheit bestimmte Vorschriften aufgestellt sind, in ihren Kassen als Deckung bereit zu halten. Die übrigen Notenbanken haben im Laufe der Zeit immer mehr auf das Notenprivileg verzichtet, um den damit verbundenen Beschränkungen zu entgehen, und ihre Anteile an dem gesetzlich erlaubten Notenumlaufe sind kraft gesetzlicher Bestimmung demjenigen der Reichsbank zugewachsen, so daß ihr Notenumlauf in den letzten drei Jahren durchschnittlich 1387, 1479 und 1524 Millionen Mark = 90,6, steigend bis 91,5 Proz. des gesamten deutschen Notenumlaufs betragen hat.

Das Grundkapital der Reichsbank besteht aus 180 Millionen Mark, geteilt in 40 000 Anteile von je 3000 und 6000 Anteile von je 1000 Mark. Die Anteile lauten auf Namen und berechtigen zunächst zum Bezuge einer ordentlichen Dividende von $3^1/_2$ Proz. aus dem sich ergebenden Reingewinne, über dessen weitere Verteilung bestimmt ist, daß vom Reste die Anteilseigner $^1/_4$, die Reichskasse $^3/_4$ erhalten, nachdem vorher $^1/_{10}$ dem Reservefonds zugeschrieben ist. Die ihnen zustehende, nicht sehr weit gehende Beteiligung an der Verwaltung der Reichsbank üben die Anteilseigner durch die Generalversammlung und durch einen aus ihrer Mitte gewählten Zentralausschuß aus. Die eigentliche Leitung der Bank steht dem Reiche zu und wird nominell vom Reichskanzler, faktisch vom Reichsbankdirektorium ausgeübt.

Aus den nachstehenden, dem Rechnungsabschlusse der Reichsbank für 1909 entnommenen Zahlen gewinnt man einen Eindruck vom Umfange ihrer Geschäftstätigkeit. Es betrugen die Gesamtumsätze bei der Reichshauptbank 131 542 723 100 Mark, bei den Reichsbankanstalten 199 482 281 600 Mark, zusammen also 331 032 004 700 Mark, allein gegen das Vorjahr eine Zunahme von über $25^3/_4$ Milliarden. An Banknoten waren im Umlaufe als höchste Summe am 31. Dezember 2 071 512 000 Mark, als niedrigste Summe am 23. Februar 1 332 726 000 Mark. 18mal wurde im Jahre 1909

die Steuergrenze überschritten, wofür an Steuer 3 862 051 Mark 95 Pfennige zu entrichten waren.

Die Reichsbank hat eine Vorläuferin in der Preußischen Bank gehabt, die durch Vertrag zwischen Preußen und dem Deutschen Reiche vom 17./18. Mai 1875 an letzteres abgetreten wurde. Eine Staatsbank besitzt Preußen noch heute in der Seehandlung, deren Obligationen und Aktien die ersten an der Berliner Börse gehandelten Papiere waren. Gegründet wurde die Seehandlung unter Friedrich dem Großen und seiner regen Anteilnahme im Jahre 1772 zunächst als Gesellschaft zur Vermittelung des An- und Verkaufs von Salz, zum Betriebe von Handel, Schiffahrt und einiger industrieller Betriebe. Erst im Laufe ihrer sehr wechselvollen Geschichte hat sie sich zu einer Bank entwickelt. Das ursprüngliche Aktienkapital von 1,2 Millionen Talern, wovon nur 300 Aktien im Werte von 150 000 Talern in den freien Verkehr kamen, beträgt heute das neunzigfache. Ferner sei als staatliches Bankinstitut die preußische Zentralgenossenschaftskasse genannt, die zur Förderung des genossenschaftlichen Personalkredits am 1. Oktober 1895 eröffnet wurde. Ihre Geschäftsverbindungen erstreckten sich am Schlusse des Berichtsjahres 1908/09, des vierzehnten seit Errichtung der Anstalt, auf 53 Vereinigungen und Verbandskassen eingetragener Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Ihr Grundkapital beträgt jetzt 76 400 000 Mark, davon 75 Millionen Einlage des Staats, der Rest Einlage von Verbandskassen. In der Eigenart sowohl der Reichsbank als auch des Genossenschaftswesens liegt es, daß letzteres in der Reichsbank nicht die zentrale Stütze finden kann, wie das eigentliche Bankwesen. Dem Wesen genossenschaftlichen Wirkens entspricht eine rein kapitalistische Auffassung nicht. Immerhin darf vergleichsweise erwähnt werden, daß der jährliche Zuwachs der Spareinlagen, die mit den Bankdepositen in Vergleich gebracht werden können, auf 225 Millionen Mark geschätzt wird. Die Zahl allein der Kreditgenossenschaften, also ohne alle übrigen Arten von Genossenschaften, belief sich am 1. Januar 1908 auf 16 092. Das bedeutet ein engmaschiges Netz kleiner Bankanstalten für den kleinen und mittleren Gewerbetreibenden, die in den meisten Fällen recht gut ihren Zweck, Volksbanken zu sein, erfüllen. Außerdem stehen den breiten Schichten des Volks für Zwecke des Hinterlegens ihrer Ersparnisse die von den Kommunen und Kommunalverbänden, teilweise auch von Korporationen und in einzelnen Ländern dem Staate eingerichteten und überwachten Sparkassen zur Verfügung, die wegen ihrer Sonderstellung als mündelsicher erklärt sind. Das Sparkassenwesen hat sich in Deutschland verhältnismäßig fast ebenso glänzend entwickelt wie das Bankwesen. Erhöhte sich doch der Bestand der Guthaben bei den deutschen Sparkassen von rund 1869 Millionen Mark im Jahre 1875 auf rund 13 889 Millionen Mark im Jahre 1907 und beträgt heute vielleicht schon 15 Milliarden. Das Sparkassenwesen hat für sich eine umfangreiche Literatur gezeitigt, über deren Bestand man einen Einblick gewinnt durch die vom Verfasser dieser Zeilen herausgegebene volkswirtschaftliche Zeitschrift „Die Sparkasse". —

So haben wir die Einrichtungen und Anstalten, in denen die Kapitalkraft des deutschen Volks zum Ausdruck kommt, und die die Träger und Vermittler dieser sind, in gedrängter Kürze einer Betrachtung unterzogen und gefunden, daß sie ihren Aufgaben gerecht werden und zu ihrem Teile vollwertige Stützen des Reichsbaues sind.

Induſtrielle Bahnbrecher und deutſche Kaufherren.

Von **Arthur Dix**, Berlin.

Auf Gründe mannigfacher Art iſt es zurückzuführen, wenn nach langen Zeiten des Stillſtandes und des Darniederliegens Deutſchlands Induſtrie und Handel ſich in neueſter Zeit wieder zu einer Höhe emporgeſchwungen haben, die gegenwärtig — wenigſtens in bezug auf den Umfang der induſtriellen Arbeit — der von jedem anderen Lande erreichten Stufe überlegen iſt. Als Beleg für dieſe auf den erſten Blick vielleicht etwas gewagte Behauptung mögen die international vergleichenden Ziffern der Berufsſtatiſtik herangezogen werden, die unſer Land in der Tat an der Spitze der induſtriellen Weltproduktion zeigen.

Trotz der großen induſtriellen Entwicklung, die Deutſchland ſeit der Reichsgründung genommen hat, macht man ſich bei uns doch nur ſelten einen rechten Begriff davon, an welcher Stelle wir unter den Großſtaaten mit dem gegenwärtigen Stande unſerer Induſtrie ſtehen. Es iſt faſt allgemein immer noch die Anſicht verbreitet, daß England das induſtriereichſte Land der Erde — mindeſtens aber Europas — wäre. Dieſe Anſchauung herrſcht bei uns ſelbſt ſowohl wie erſt recht im Auslande. Sie entſpricht jedoch tatſächlich nicht mehr den wirklichen Verhältniſſen.

Mit dem großen Wachstum ſeiner Bevölkerung und dem Aufblühen der Induſtrie, die es dahin gebracht hat, dieſes Wachstum jetzt reſtlos aufnehmen zu können, iſt Deutſchland zu demjenigen Staat geworden, der die größte induſtrielle Bevölkerung unterhält. Dabei iſt auch ſeine landwirtſchaftliche Bevölkerung auf ſolcher Höhe geblieben, daß in bezug auf landwirtſchaftliche Beſchäftigung ſeiner Bewohner das Deutſche Reich unter allen Ländern moderner Kultur an dritter Stelle ſteht. Während Rußland gegen 20 Millionen Perſonen in der Landwirtſchaft beſchäftigt und die Vereinigten Staaten von Amerika über 10 Millionen, erreicht Deutſchland nahezu den Stand von 10 Millionen. In Induſtrie und Bergbau ſteht das vermeintlich induſtriereichſte Großbritannien Deutſchland um einige Millionen nach.

Wir hatten im Jahre 1895 mit 8,3 Millionen in Induſtrie und Bergbau beſchäftigten Perſonen bereits den Stand erreicht, auf den Großbritannien und Irland erſt im Jahre 1901 kamen, und ſind ihnen gegenwärtig mit 11,3 Millionen erheblich vorausgeeilt. Die Vereinigten Staaten ſtehen etwas hinter Großbritannien und Irland zurück; Frankreich beſchäftigt in Induſtrie und Bergbau 7 Millionen, Rußland 6 Millionen, Italien 4 Millionen, Öſterreich-Ungarn etwas über 4 Millionen. Auch in Handel und Verkehr beſchäftigt Deutſchland nahezu ebenſo viele Perſonen wie Großbritannien und Irland, nämlich $3^1/_2$ bis 4 Millionen. Hier ſind die Vereinigten Staaten mit 5 Millionen uns überlegen.

Rechnet man den verhältnismäßigen Anteil der einzelnen Berufe an den Erwerbstätigen überhaupt, ſo prägt ſich in England natürlich ſtärker der Charakter des Induſtrie- und Handelsſtaates aus: Von 100 Erwerbstätigen gehören in Großbritannien und Irland 46 Prozent zu Induſtrie und Bergbau, 21 zu Handel und Verkehr und nur noch 13 Prozent zur Landwirtſchaft, in Deutſchland dagegen 40 Prozent zu Induſtrie und Bergbau, 12 Prozent zu Handel und Verkehr und 35 Prozent zur Landwirtſchaft. Die betreffen-

den Verhältniszahlen für die Vereinigten Staaten von Amerika sind 24 Prozent, 16 Prozent und 36 Prozent. Verglichen mit diesen beiden Hauptkonkurrenten auf dem Weltmarkt, erscheint in Deutschland die Mischung der Bevölkerung offenbar als die gesündere!

Auf welche Gründe ist diese industrielle und wirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen?

Da ist offenbar einmal das anhaltend starke deutsche Volkswachstum, das uns so viele Arbeitskräfte gibt. Aber dieses Volkswachstum haben wir auch früher gehabt, ohne es in unserem gewerblichen Leben unterzubringen. Bis zu einer Viertelmillion Menschen im Jahre haben wir noch vor drei Jahrzehnten an das Ausland als Völkerdünger und zur Unterstützung der Produktion unserer Wettbewerber auf dem Weltmarkte abgegeben. Wenn wir heute dieses ganze Volkswachstum in unserer Industrie restlos unterbringen können, ja, sogar darüber hinaus noch dem platten Lande zugunsten der Industrie Arbeitskräfte entziehen und weitere Hilfskräfte aus dem Auslande heranzuziehen gezwungen sind, so müssen eben auch andere Ursachen diese Entwicklung wesentlich beeinflußt haben.

Da sind obenan die Zusammenfassung aller Kräfte im neu geeinten Reiche, die Überwindung aller inneren Zoll- und politischen Schranken ins Auge zu fassen. Erst nach dieser Art vollzogener Zusammenfassung konnten die vorhandenen Kräfte voll ausgenutzt und entfaltet werden, die natürlichen Bodenschätze Deutschlands voll zur Geltung kommen, die Vorteile der geographischen Lage im Herzen Europas, an den großen mitteleuropäischen Strömen, volle Bedeutung erlangen!

Aber auch diese Erklärung allein würde bei weitem nicht genügen. Erst nachdem die Politik des Schutzes der nationalen Arbeit mehrere Jahre in Wirksamkeit war, entwickelte sich die volle Blüte des industriellen Lebens. Die äußeren geographischen Verhältnisse, die politische Lage und die handels- und wirtschaftspolitischen Lebensbedingungen genügen noch immer nicht zur Erklärung des großen Aufschwunges, das dem Auslande soviel Staunen abgezwungen und auch so manche Beklemmung verursacht hat. Wir kommen nicht zu einer vollständigen Erklärung, wenn wir das persönliche Element außer acht lassen!

Da ist zunächst, was die große Masse der Arbeitskräfte anbetrifft, der hohe Stand der deutschen Volksbildung zu berücksichtigen, der jeden einzelnen innerhalb der Masse persönlich befähigt, die ihm zugewiesenen Aufgaben besser zu verstehen und in geschickterer Auffassung durchzuführen. Die Leistungsfähigkeit des deutschen Arbeiters und damit der deutschen Industrie verdanken wir zum wesentlichen Teil der Entwicklung seiner Intelligenz, der Volksbildung im allgemeinen, der Fortentwicklung seiner gewerblichen Fähigkeit durch die Fachbildung im besonderen und seiner Disziplinierung für den Arbeitsdienst durch die Schule des Heeres. Je schärfer der Wettbewerb auf dem Weltmarkte sich ausbildet, je mehr wir darauf angewiesen sind, auf fremden Märkten gerade mit mannigfaltiger, hoch entwickelter Qualitätsarbeit zu konkurrieren, um so wertvoller wird dieser Faktor!

Was in bezug auf das persönliche Element und in bezug auf die Bildung von den breiten Massen der Arbeiterschaft gilt, das gilt in noch viel höherem Grade von den leitenden Unternehmerkreisen. Die deutsche Industrie ist groß geworden mit den Persönlichkeiten der großen Unternehmer. Nichts wäre verkehrter als die Annahme, daß man die Einzelpersönlichkeit des Unternehmers ausscheiden könnte aus denjenigen Faktoren, die an entscheidender Stelle den Aufschwung des deutschen Wirtschaftslebens, insbesondere in Industrie und Handel, bewirkt haben. Im Gegenteil! Das persönliche Element der großen industriellen Bahnbrecher und der deutschen Kaufherren ist keineswegs — wie man vielfach fälschlich anzunehmen geneigt ist — zurückgetreten mit der modernen Entwicklung der Wirtschaftsformen und Unternehmungsformen; sein Einfluß ist vielmehr nur noch beständig gestiegen; und die ganze Geschichte moderner deutscher Wirtschaftsentwicklung und modernen deutschen Wirtschaftslebens bliebe unver-

ständlich, wenn man diese Persönlichkeiten aus dem Kreise der Betrachtung auszuschalten versuchen wollte.

Die Tatsache, daß die größten und die weitesten Zweige der die Volkswirtschaft beeinflussenden Unternehmungen, insbesondere in Handel und Verkehr, Aktiengesellschaften und damit scheinbar dem persönlichen Unternehmertum entrückt sind, gaukelt uns nur zu leicht die von den sozialistischen Theoretikern gewollte Täuschung vor, daß der unpersönliche Kapitalismus im großen und ganzen an die Stelle des persönlichen Unternehmertums in Handel und Industrie gerückt sei, und daß der einzelne Arbeiter lediglich dem Moloch „Kapitalismus" opfere, ohne sich einer einzelnen sorgenden und verantwortlichen Unternehmerpersönlichkeit gegenüberzusehen.

Wie weit diese Auffassung von dem wirklichen Zustande der Dinge entfernt ist, kann zur Genüge schon durch die Hervorhebung der einen Tatsache beleuchtet werden, daß von dem auf rund 300 Milliarden geschätzten deutschen Volksvermögen doch immerhin nur 15 Milliarden in Aktiengesellschaften tätig sind. Also nur ein Zwanzigstel des deutschen Volksvermögens arbeitet in der Form der unpersönlichen Aktiengesellschaften, aber — was nicht minder wichtig ist — auch im Rahmen dieser Aktiengesellschaften wird das persönliche Unternehmertum keineswegs erstickt, es findet im Gegenteil wesentlich erweiterte Gelegenheit zu großzügiger Betätigung.

Scheidet denn in Wahrheit die Persönlichkeit bei der Verwaltung noch so großer Kapitalansammlungen in den modernen Riesenunternehmungen aus? — Man braucht nur an die extremste Entwicklung des großkapitalistischen Betriebes in den Vereinigten Staaten und gleichzeitig an die Tatsache zu denken, daß doch auch hier gerade durchweg die Träger einzelner Namen als die persönlichen Träger der wirtschaftlichen Riesenentwicklung genannt und bekannt sind, um das Irrige jener Auffassung festzustellen. Auch bei uns in Deutschland bleiben Namen wie Krupp, Stumm, Kirdorff, Thyssen, Siemens, Hansemann, Ballin, Wiegand usw. usw. kennzeichnend dafür, daß auch die größten Unternehmungen in Industrie und Handel den Stempel einzelner Persönlichkeiten tragen.

„Das" Kapital hat „den" Unternehmer nicht erdrückt, ist vielmehr neben ihn getreten, um für größere Aufgaben die materielle Grundlage zu bilden; und nicht ein Verblassen — eine Steigerung der Persönlichkeitsmacht ist das Ergebnis!

Gerade erst durch die Entwicklung der Aktiengesellschaft wurde der einzelne Unternehmer von der engen Basis seines eigenen Kapitalbesitzes gelöst. Auf die breiten Schultern der großen Masse auch kleinerer Kapitalisten ließ sich die Aufgabe der Kapitalbeschaffung überwälzen. Die mit der Möglichkeit so weitgehender Vermehrung der Betriebsmittel arbeitende Persönlichkeit ist nicht untergetaucht in den unpersönlichen Kapitalismus, sondern zu einer Entfaltung ihrer organisatorischen Kräfte im größten Stil befähigt. Die Verantwortung ist nicht von ihr genommen — sie ist im höchsten Maße gesteigert!

Die Persönlichkeiten der großen Erfinder und der weitschauenden Organisatoren der Arbeit waren es, die der deutschen Industrie bahnbrechend vorangegangen sind. Zumal in den modernsten Industriezweigen, beim Anbruch des Zeitalters der Elektrizität, waren es deutsche Erfinder, denen die wesentlichsten Fortschritte zu verdanken sind. Große Umwälzungen haben sie durch auf den ersten Blick bisweilen dem Laien nur verhältnismäßig klein erscheinende Erfindungen herbeigeführt. Nimmer rastend, spürten sie den bis dahin noch unbekannten Naturgesetzen nach und zwangen nach Erkenntnis dieser Gesetze die Natur in weit größerem Maße als zuvor in den Dienst der Menschheit. Vor allen Dingen aber haben zur Entwicklung von Industrie und Handel auch die Bahnbrecher des Weltverkehrs beigetragen, die ganz neue Möglichkeiten für den nationalen und internationalen Warenaustausch, für die Verwertung der Bodenschätze und der industriellen Arbeit geschaffen haben. Vielfach waren die Bahnbrecher der Industrie zugleich und vor allem Bahnbrecher des Verkehrs, sind doch besonders die wichtigsten elektrischen Erfindungen mit in erster Linie der Entwicklung des Verkehrs, und zwar

sowohl des Personenverkehrs, wie vor allen Dingen des Nachrichtendienstes zugute gekommen!

Telegraph und Kabel sind ursprünglich aus deutschen Gelehrtenstuben und Werkstätten hervorgegangen. Ein Anatomieprofessor, Samuel Thomas Sömmering, setzte zu Beginn des 19. Jahrhunderts fort, was ein anderer Anatomieprofessor, Galvani, zu Ende des 18. Jahrhunderts auf dem Gebiete der nach ihm benannten Elektrizität erforscht hatte. Sömmering legte im Jahre 1809 in einer Gelehrtensitzung die Ergebnisse seiner physikalischen Versuche über einen elektrischen Telegraphen vor und demonstrierte dessen praktischen Gebrauch. Bis zum Jahre 1848 aber währte es, daß dieser praktische Gebrauch im großen Stil aufgenommen wurde, und zwar wiederum durch einen Deutschen: Werner Siemens!

Sömmering gelangte zu seinem Versuch, die galvanische Elektrizität zur Nachrichtenübermittelung zu benutzen, durch die Beobachtung des optischen Telegraphen, der zu Ende des 18. Jahrhunderts in Paris konstruiert worden war. Gerade im Jahre 1809, in dem Sömmering seine Erfindung machte, hatte dieser optische Telegraph eine bedeutende militär-politische Rolle gespielt, indem er es nämlich dem ersten Napoleon ermöglichte, infolge schneller Benachrichtigung durch dieses Hilfsmittel rasch auf dem österreichischen Kriegsschauplatze zu erscheinen und den österreichischen Generalen die ersten entscheidenden Niederlagen in ihrer Überraschung beizubringen. Dieser Erfolg Napoleons ließ Sömmering auf Mittel und Wege sinnen, dem optischen Telegraphen der Franzosen einen besseren, von Sonne und Wetter nicht abhängigen Telegraphen entgegenzustellen. Seine Versuche gelangen, zeitigten allerdings zunächst noch keine praktische Verwendung des elektrischen Telegraphen; aber er hatte doch eine bahnbrechende Anregung gegeben. Und ihr folgten Weber und Gauß in Göttingen, die an Stelle der chemisch zersetzenden Eigenschaft des galvanischen Stromes die ablenkende Wirkung dieses Stromes auf die Magnetnadel benutzten. Professor v. Steinheil in München arbeitete dann weiter an der Verbesserung des Weber-Gaußschen Apparates, dessen praktische Benutzung er wesentlich durch die Entdeckung erleichterte, daß die Erde zur notwendigen Rückleitung des Stromes benutzt werden könne, so daß an Stelle von zwei Leitungsdrähten ein einziger Draht genügt.

Den Telegraph wirklich in praktische Benutzung zu nehmen, blieb bei dem unpraktischen Sinn der Deutschen zunächst einem englischen Schüler des Münchener Gelehrten vorbehalten; doch war es dann wieder der Deutsche Siemens, der die größten Fortschritte in der Benutzung des Telegraphen herbeiführte.

Der Name Siemens steht so recht eigentlich am Ausgangspunkte der modernen Geschichte praktischer Nutzbarmachung der elektrischen Kraft. Ihm verdanken wir die ersten größeren Telegraphenlinien auf dem Kontinent, die elektrischen Eisenbahnen und vor allen Dingen die Tiefseekabel. Werner Siemens, am 13. Dezember 1816 im Hannöverschen geboren, fühlte frühzeitig den Beruf zum Techniker in sich. Aber weder reichte das Geld zum Besuch der Berliner Bauakademie, noch fand er Aufnahme im überfüllten preußischen Ingenieurkorps. Erst auf dem Umwege über den Artilleriedienst gelangte er im Jahre 1835 auf die Berliner Ingenieurschule. Mit unermüdlichem Eifer widmete er sich als Offizier privatim seinen technischen Studien, bei denen es nicht ohne Unfall abging. Namentlich benutzte er die Muße, die ihm eine Festungshaft infolge eines Duells gab, um seine Zelle in ein Laboratorium zu verwandeln und mit der kurz zuvor bekannt gewordenen Erfindung, Kupfer durch den galvanischen Strom aus einer Lösung von Kupfervitriol niederzuschlagen, allerlei Versuche anzustellen, die zunächst zu der Erfindung eines Verfahrens der galvanischen Vergoldung und Versilberung führten. Die praktische Verwertung dieses Verfahrens übernahm die Firma Henniger & Co. in Berlin.

Gegen Tradition und Gewohnheit nahm Werner Siemens als Offizier, zumal nachdem er nach Berlin kommandiert war, enge Fühlung mit den Kreisen der Gewerbetreibenden, denen er seine technischen Erfindungen zur Ausbeutung übertrug. Auch

seitens des preußischen Generalstabes wurde Siemens herangezogen zu Versuchen, den optischen Telegraph durch den elektrischen zu ersetzen. Bei diesen Versuchen gelangen ihm so entscheidende Verbesserungen des elektrischen Telegraphen, daß er den Wunsch fassen konnte, sich ganz der Telegraphie zu widmen. Er übertrug die Ausführung seiner Erfindung dem Mechaniker Halske, da er aus materiellen Gründen zunächst noch mit der Aufgabe der sicheren Offizierslaufbahn zögerte. Einer ihm drohenden Rückversetzung in eine Provinzgarnison, die ihn von der Stätte seiner technischen Wirksamkeit entfernt hätte, wußte er in seinem Erfindergenie zu begegnen, indem er sich dem Kriegsministerium durch eine Erfindung zur Verbesserung der Schießbaumwolle empfahl, die ihm denn auch ein Kommando nach Spandau eintrug. Alsbald erweiterte sein Wirkungskreis sich durch ein Kommando zu der Generalstabskommission für die elektrische Telegraphie, in der er rasch die führende Rolle gewann.

Nachdem Siemens im Guttapercha noch das notwendige Isolierungsmittel für die unterirdischen Leitungsdrähte entdeckt, hatte sich sein Telegraphensystem so weit vervollständigt, daß er mutigen Schritts zusammen mit Halske an die Gründung einer Telegraphenbauanstalt herantreten konnte. Das unruhige Jahr 1848 bot ihm auch wieder auf militärischem Gebiete Gelegenheit, seinen nie rastenden Erfindergeist zu betätigen, indem er nach erfolgter Kriegserklärung an Dänemark ein Kommando zu dem Zwecke erwirkte, Kiel gegen einen dänischen Angriff von der Seeseite durch unterseeische, auf elektrischem Wege entzündbare Minen seiner eigenen Erfindung zu schützen. Nun folgte der Bau des ersten großen Landtelegraphen von Berlin nach Frankfurt, der zeitig genug fertig wurde, um die Frankfurter Kaiserwahl zur selbigen Stunde in Berlin bekannt zu geben. Im Sommer 1849, als bureaukratischer Geist seine technische Betätigung im Rahmen des militärischen Dienstes hemmte, nahm Siemens den Abschied vom Militär und wandte sich ganz den Arbeiten in der Firma Siemens & Halske zu. Großes Staunen erregte in der Folgezeit die Geschwindigkeit, mit der er für die russische Regierung zu Beginn des Krimkrieges die größten Telegraphenlinien baute. Unter anfangs ungeheuren Schwierigkeiten vollzog Siemens weiterhin auch die Legung der ersten unterseeischen Kabellinien.

Seinen Kollegen im Reiche der Erfindung half Siemens den Erfolg ihrer Arbeit sichern, indem er sich mit Eifer für die Durchführung eines ausreichenden Patentschutzes verwandte. Nach vielen Ehrungen, die Siemens aus der wissenschaftlichen Welt zuteil geworden, und nachdem er manche staatliche Ehrung abgelehnt, verlieh Kaiser Friedrich während seiner kurzen Regierungszeit Werner Siemens den erblichen Adel. Als ein bleibendes Vermächtnis Siemens' ist neben seinen Erfindungen die physikalisch-technische Reichsanstalt zu Charlottenburg zu betrachten, die auf seinen Vorschlag hin und zum Teil auch mit von ihm gestifteten Mitteln erbaut ist.

Am 6. Dezember 1892 endete das reiche Leben dieses Bahnbrechers, über das die selbstverfaßten Lebenserinnerungen nach jeder Richtung hin ungemein lesenswerte Auskunft gegeben haben. Mit der gesamten elektrischen Industrie ist der Name Siemens für alle Zeiten auf das engste verknüpft.

So große Vorteile die deutsche Industrie auch aus den Erfindungen Siemens' gezogen, darf doch andererseits nicht versäumt werden, auf Unterlassungssünden hinzuweisen, die wir uns lange Zeit haben zuschulden kommen lassen, nach den Erfindungen von Siemens so gut wie nach andern bahnbrechenden Taten deutscher Erfinder, deren praktische Ausnutzung lange dem Auslande vorbehalten blieb. Obwohl das Kabel eine deutsche Erfindung ist, hat Deutschland die Benutzung des Überseekabels geradezu zu einem englischen Monopol werden lassen und erst in den jüngsten Jahren sich auch im überseeischen Nachrichtendienst mehr auf die eigenen Füße gestellt.

Die Huld des Schicksals, die dem eigentlichen Erfinder des Telegraphen in der Praxis gelohnt für seine zähe Energie, war dem Erfinder des Telephons völlig versagt — so sehr versagt, daß sein Name bald in Vergessenheit geriet und der Ruhm der Erfindung fälschlich an den Namen eines Amerikaners geheftet wurde. Freilich hatte sich ja auch

in der Anfangsgeschichte des Telegraphen gezeigt, daß eine bahnbrechende deutsche Erfindung in Deutschland selbst zu praktischer Nutzung erst kam, nachdem sie im Auslande aufgegriffen worden war; aber während mit dem Telegraphen doch der Name Siemens für jeden Gebildeten untrennbar verknüpft ist, scheint der Name Philipp Reis, dessen Träger wir das Telephon verdanken, fast verschollen.

Ein Leben voll Sorge, Entbehrungen und Enttäuschungen hat Philipp Reis in der Zeitspanne vom 7. Januar 1834 bis zum 14. Januar 1874 geführt. In seinen physikalischen Studien steuerte Reis ganz bewußt und konsequent auf die Erfindung des Telephons zu. Er faßte die Idee, daß elektrische Kräfte ohne jeden materiellen Leiter durch den Raum, gleichwie das Licht, fortgepflanzt werden könnten. Die gewonnenen Resultate legte er in einem Aufsatze nieder, von dem jetzt leider keine Spur mehr vorhanden ist, und sandte ihn unter der Aufschrift „Über Strahlung der Elektrizität" an die bekannte Zeitschrift „Annalen der Physik". Der Aufsatz erschien jedoch nicht, da die Autorität des Verfassers offenbar auf den Herausgeber der Zeitschrift keinen Eindruck machen konnte. Dasselbe Schicksal erlitt eine Beschreibung des im Jahre 1860 glücklich erfundenen Telephons bei derselben Zeitschrift.

In seinen bescheidenen Verhältnissen stellte Reis die ersten Telephone eigenhändig in einer kleinen Werkstatt her und unternahm Versuche mit Leitungen von dem physikalischen Kabinett des Garnierschen Institutes quer über den Spielplatz nach einem der Klassenzimmer. In physikalischen Vereinen und auf Naturforscherversammlungen zeigte Reis seine Erfindung in den Jahren 1861 bis 1864 vielfach vor. Auch von andern wurden seine Apparate in wissenschaftlichen Instituten gezeigt; sie fanden vorläufig jedoch nur zu theoretischer Belehrung, nicht zu praktischem Gebrauch, Verwendung in deutschen und auch in englischen Städten. Niemand aber half dem armen Schulmeister vorwärts, der, schwer leidend, seine sämtlichen Instrumente und Werkzeuge im Jahre 1873 dem Garnierschen Institut vermachte und zu Beginn des Jahres 1874 an Lungenschwindsucht verschied.

Drei Jahre später kam über den Ozean die Kunde von einer Erfindung des Amerikaners Bell, die nichts weiter war als eine Verbesserung des Reisschen Telephons. Mit großem Eifer wurde diese Erfindung von dem deutschen Generalpostmeister Stephan aufgenommen, der aber auch bald genug feststellen konnte, daß es sich tatsächlich um eine deutsche Erfindung handle und nun wenigstens Reis' Witwe ein königliches Gnadengehalt erwirkte. Heinrich v. Stephan selbst, der neben Siemens und Reis zu den größten Bahnbrechern des Verkehrs gehört, darf wegen seiner Verdienste um die Entwicklung des Verkehrs mittelbar auch den Bahnbrechern von Industrie und Handel zugezählt werden.

Wo immer von der Förderung des Verkehrs und der dadurch mit bewirkten Förderung von Industrie und Handel die Rede ist, da muß vor allem aber ein Ehrendenkmal errichtet werden für einen der größten Deutschen des vorigen Jahrhunderts und einen der wirksamsten Vorbereiter für die Reichsgründung: Friedrich List!

Wenn irgend jemand im vergangenen Jahrhundert in Deutschland den industriellen Bahnbrechern und den großen Kaufherren die Wege geebnet hat, so ist es der an unsterblichen Verdiensten reiche und zu Lebzeiten doch so viel verkannte und mit Undank gelohnte Friedrich List, der Schöpfer des Zollvereins, der Schöpfer des deutschen Eisenbahnsystems, der Schöpfer einer nationalen Wirtschaftspolitik in Deutschland. Sein Werk ist es, das Bismarck fortgesetzt, als er den Zollverein erweiterte zum politischen Zusammenschlusse der deutschen Einzelstaaten, als er durch die Verstaatlichung der preußischen Eisenbahnen in dem größten Einzelstaat den Ausbau des einheitlichen Verkehrsnetzes durchführte, als er die Zollpolitik zum Schutze der nationalen Arbeit anbahnte!

In bewegter Zeit hast List gelebt und für seine vaterländischen Ideen gelitten. Im Revolutionsjahre 1789 im Württembergischen geboren, war er in jungen Jahren zunächst berufen, in seiner engeren Heimat mit dem bureaukratischen Wesen aufzu-

räumen und eine großzügige Verwaltungsreform herbeizuführen. Das Wohlwollen des württembergischen Ministers v. Wangenheim verschaffte ihm zu diesem Zwecke im Jahre 1817 eine staatswissenschaftliche Professur, von der aus er die heranwachsenden Staatsbeamten nach modernen Grundsätzen leiten sollte. Die Beobachtung der wirtschaftlichen Vorgänge in Deutschland, nach der für die Entwicklung für Deutschlands Industrie günstigen Kontinentalsperre unter Napoleon, deren Aufhebung Deutschland eine für seine Industrie verderbliche Überschwemmung mit englischen Waren brachte, führte ihn zu dem Gedanken des zollpolitischen Zusammenschlusses der deutschen Einzelstaaten, in denen die wirtschaftliche Entwicklung durch die wechselseitig errichteten Zollschranken wesentlich gehemmt war. Am 18. April 1819 vollzog er die Gründung jenes Handelsvereins, aus dessen Wirken schließlich am 1. Januar 1834 der deutsche Zollverein hervorging, der die Zollschranken zwischen den deutschen Einzelstaaten niederlegte. Politische Verfolgung hetzte inzwischen List durch Deutschland hin und her und trieb ihn wiederholt ins Ausland, 1825 schließlich nach Amerika. Dort versuchte er sich, mit zunächst gutem Erfolge, auf dem Gebiete der praktischen Volkswirtschaft und lernte hier in den großen Raumverhältnissen Nordamerikas als praktischer Volkswirt vor allen Dingen die großartige wirtschaftliche Bedeutung der Transportmittel kennen. Von dieser Zeit an wandte sein ganzes Sinnen und Trachten sich darauf, auch in Europa, vor allen Dingen aber in seiner deutschen Heimat, das Eisenbahnwesen zu entwickeln. Drüben mit Erfolg und Ehren reich bedacht, zog es ihn doch schon 1830 wieder nach Deutschland zurück.

Mit Hohngelächter nahm man hier seine Eisenbahnvorschläge auf; unermüdlich arbeitete er gleichwohl weiter an ihrer endlichen Durchführung. Bahnbrechend war insbesondere die Schrift, die er im Jahre 1833 in Leipzig über die sächsischen Eisenbahnsysteme als Grundlage eines allgemeinen deutschen Eisenbahnsystems und insbesondere über die Anlegung einer Eisenbahn von Leipzig nach Dresden veröffentlichte. Berühmt ist die Karte der Hauptlinien deutscher Eisenbahnen, die er jener Schrift beifügte, und die tatsächlich jene Linien enthält, die nach Jahrzehnten die deutschen Hauptschienenwege geworden sind.

Nachdem er jahrelang, immer und immer wieder mit Undank gelohnt, für die Entwicklung des deutschen Eisenbahnwesens gearbeitet, wandte er sich wieder allgemeineren Gebieten zu, suchte er wieder die ganze Volkswirtschaft zu umfassen, der er in der Praxis durch den zollpolitischen Zusammenschluß der deutschen Einzelstaaten und durch die Werbetätigkeit für die Entwicklung des deutschen Transportwesens so viel genutzt hatte, und schrieb nun sein großes Werk: „Das nationale System der politischen Ökonomie" — ein Musterwerk der gesamten Volkswirtschaftslehre, dem mit wahrer Prophetengabe Fingerzeige für die politische Entwicklung in einer weiten Zukunft eingefügt sind! Bekannt ist auch der Eifer, mit dem List das Interesse seiner Landsleute für das Meer als die Hochstraße des Weltverkehrs zu gewinnen versucht hat. Die unendlich große Zahl seiner Zeitschriftenaufsätze, in denen er mit nimmer rastender Energie für seine weitsichtigen Pläne und Ideen Propaganda zu machen gesucht hat, liefert noch heute für den aufmerksamen Leser eine Fundgrube volkswirtschaftlicher und nationalökonomischer Anregungen. Den Höhepunkt seiner äußeren Erfolge bildete die Reise nach Ungarn, zu der man ihn im Jahre 1844 eingeladen hatte, um eine Entwicklung seines volkswirtschaftlichen Programmes zum Nutzen Ungarns herbeizuführen. Dort wurde er hoch gefeiert. Und zugleich bildet die ungarische Reise ein sichtbares Zeichen dafür, wie sehr List jederzeit bestrebt war, die deutschen Wirtschaftsinteressen nach dem europäischen Südosten hinzulenken und den Deutschen hier die Rolle der Kulturpioniere zu übertragen.

In der Heimat aber erntete List wieder Enttäuschung über Enttäuschung; und als ihn schließlich auch noch Krankheit niederdrückte, und alle seine Verdienste so schlecht gelohnt wurden, daß für die Zukunft nichts als materielle Not in Aussicht stand, machte der hochverdiente Mann am 30. November 1846 zu Kufstein seinem Leben mit der

Pistole ein Ende. Seine Vaterstadt Reutlingen und seine Todesstadt Kufstein haben ihm später schlichte Denkmäler gesetzt; die Entwicklung des deutschen Transportwesens, der deutschen Volkswirtschaft und Wirtschaftseinheit aber erhalten ihm beständig ein großes, lebendes Denkmal!

Denkt man an die industriellen Bahnbrecher im engeren Sinne, die Schöpfer der großen Industriewerke, so wird man in Deutschland an erster Stelle immer den Namen Krupps zu nennen haben. Er hat die Gußstahlfabrikation und alle ihre Anwendungen zu einer Vollendung gebracht, die dem Hause Krupp Weltruf und die Herrschaft über eine der größten überhaupt bestehenden Industriezusammenfassungen gab.

Die Gußstahlfabrikation gelang zuerst 1770 dem Engländer Benjamin Huntsman, der jedoch nur kleine Blöcke herstellen konnte. Einen ungemein großen Fortschritt machte Krupp im Guß großer Stahlblöcke, die zunächst für Glocken, später aber auch für Maschinenteile und Kanonenrohre angewandt wurden. Krupp beschickte bereits die Londoner Weltausstellung 1862 mit einem Block von 21 000 kg, dann die Wiener Ausstellung mit einem solchen von 52 000 kg und goß 1887 endlich ein Geschützrohr von 143 000 kg Gewicht. Die Firma Friedrich Krupp, das größte industrielle Unternehmen, welches wir in Deutschland haben, versorgt die ganze Welt mit Geschützen und Geschützmaterial, sie bedeutet eine industrielle Weltmacht. Das berühmte Panzerplattenwerk, dessen Erzeugnisse auf dem bekannten eigenen Schießplatze bei Meppen auf die Widerstandsfähigkeit gegen die Geschosse derselben Firma geprüft werden, ist im ganzen jeder Konkurrenz auf dem Weltmarkte überlegen.

Schöpfer des Unternehmens sind Friedrich Krupp, der Sproß einer alten Essener Familie, und dessen Sohn Alfred, der Kanonenkönig. Der frühe Tod Friedrichs machte seinen Sohn Alfred, der im Jahre 1812 geboren war, schon im Alter von $14^1/_2$ Jahren zum Leiter der Firma, deren finanzielle Lage in jener Zeit durchaus keine glänzende war. Mit eisernem Fleiß arbeitete Alfred sich in das Werk des Vaters hinein und führte es über unendliche Schwierigkeiten von kleinen Anfängen zu immer stolzerer Höhe. Sein Hauptaugenmerk richtete er auf die Fabrikation von Gußstahl, nachdem er erkannt hatte, daß dieses Material berufen sei, in größtem Umfange das Schmiedeeisen zu ersetzen. Eine Reihe von Erfindungen auf diesem Gebiete wußte er in größtem Umfange auszunutzen, und zwar in der Hauptsache für Zwecke des Eisenbahn- und Dampfschiffbaues und der Geschützfabrikation.

Nach den großen Erfolgen, die die Erzeugnisse seiner immer stärker anwachsenden Fabrik im Frieden errang, besiegelten die Kruppschen Geschütze auch auf dem französischen Kriegsschauplatz den Weltruhm seines Hauses. Die Arbeiterzahl stieg in die Tausende, und mit ihrem Ansteigen ließ Alfred Krupp es sich von Anfang an angelegen sein, die Organisation dieses großen Arbeiterheeres in allen Einzelheiten aufs beste zu regeln und vor allen Dingen in beispiellosem Umfange für die Wohlfahrtspflege Sorge zu tragen. Lange, bevor das Reich die Aufgabe der sozialen Arbeiterfürsorge übernommen, hatte Krupp in dieser Beziehung mustergültige Einrichtungen durchgeführt, die mit dem Anwachsen des Hauses in immer größerem Umfange gepflegt wurden und in der ganzen Welt unerreicht dastehen.

Alle Hilfsmittel der technischen, chemischen und militärischen Wissenschaft hat Krupp in den Dienst seines Unternehmens gestellt und es gelang ihm, mit Ausnahme von England und Frankreich alle Staaten der Welt zu Kunden seiner Geschützfabrik heranzuziehen. Im Jahre 1887 endete der Tod seine nimmer rastende Arbeit und übertrug seinem Sohne Friedrich Alfred die Leitung des weitaus bedeutendsten industriellen Unternehmens auf dem Kontinent. Als niedriger Haß diesem Erben ein vorzeitiges Ende bereitete, eilte Kaiser Wilhelm II. persönlich an seine Bahre, um den Ehrenschild über den letzten männlichen Erben des Hauses Krupp zu halten. Der Schwiegersohn des Verstorbenen, Krupp von Bohlen und Halbach, führt das Riesenunternehmen mit großem Geschick fort.

Zu den Zeitgenossen des alten Krupp und gleich ihm zu den hervorragendsten Westfalen,

deren Zähigkeit die deutsche Industrie soviel verdankt, gehörte auch der alte Harkort, dessen Name unter den Förderern der deutschen Industrie und des deutschen Verkehrswesens nicht unerwähnt bleiben darf, gehörte er doch zu den ersten großen Dampfmaschinenfabrikanten auf deutschen Boden! Im Jahre 1818 war es, als Harkort den Versuch unternahm, den Engländern nachzumachen, was sie damals scheinbar allein konnten. Wohl mußte er zu Anfang englische Arbeiter und Ingenieure heranziehen, um die Fabrikation von Dampfmaschinen, mechanischen Webestühlen und hydraulischen Pressen in Deutschland in Gang zu bringen; aber bald gelang es ihm, diese Industrie in Deutschland selbständig zu machen. Unermüdlich für die Verwendung der Dampfkraft im Verkehrswesen eintretend, hat Harkort im Jahre 1836 persönlich das erste deutsche Dampfschiff den Rhein hinab über die Nordsee in die Weser gesteuert. Gleich Krupp und Stumm ließ er sich die soziale Fürsorge für die Arbeiter angelegen sein; und in richtiger Erkenntnis der Grundlage industriellen und politischen Aufstiegs verwandte er sich mit großer Lebhaftigkeit für die staatliche Volksbildung und Volkserziehung.

In der deutschen Waffenindustrie hat sich neben Krupp der Geheime Baurat Ehrhardt große Verdienste durch seine Mitarbeit bei der Ausbildung der modernen Rohrrücklaufgeschütze sowie insbesondere des deutschen Feldgeschützes und damit einen Namen in der Geschichte des Waffenwesens erworben. Er gründete die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf. Die in dieser, jetzt viele Tausend Arbeiter beschäftigenden Fabrik nach dem System Ehrhardt erzeugten Geschütze, Geschosse usw. sind sowohl an das Inland, wie an viele Auslandsstaaten geliefert. Als bedeutende und erfolgreiche Erfindung Ehrhardts ist das Verfahren zum Pressen nahtloser Hohlkörper hervorzuheben, das zur Herstellung von Kriegs- und Friedensmaterial hervorragende Dienste leistet. Es wird mit technischen und wirtschaftlichen Vorteilen zur Fabrikation von Geschützrohren, Geschossen, Eisenbahnrädern usw. angewendet.

Ende der achtziger Jahre begann auch die Gesellschaft Ludwig Loewe & Co., nachdem ihr ursprünglicher Hauptleiter, Ludwig Loewe, der Begründer der ersten Nähmaschinenfabrik amerikanischen Stils in Deutschland, verstorben war, unter dessen Bruder Isidor Loewe in Martinikenfelde bei Berlin die Herstellung kleinkalibriger Waffen und rauchloser Munition. Er vereinigte seine Fabrik mit der bekannten Gewehrfabrik von Mauser in Oberndorf und begründete zusammen mit den Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken die zu hoher Blüte gelangte Deutsche Metallpatronenfabrik in Karlsruhe, mit der die Waffenfabrik der Gesellschaft Ludwig Loewe später unter der Firma Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken vereinigt wurde. Der jüngst verstorbene Geheime Kommerzienrat Isidor Loewe hat übrigens auch die Elektrizitätsgesellschaft „Union" in Berlin ins Leben gerufen.

Eine führende Rolle in der deutschen Maschinenindustrie spielen neben den oben genannten Firmen die großen Gruson-Werke in Magdeburg und die Lokomotivfabrik von A. Borsig, die ihren Sitz jetzt in Tegel bei Berlin hat, die älteste Lokomotivfabrik Deutschlands, die in ihren Werken am 22. Juni 1909 die 7000. Lokomotive zur Ablieferung gebracht hat. Die Firma ist im Juni 1837 von August Borsig begründet worden. Sie umfaßt heute die Maschinenfabrik zu Tegel bei Berlin, welche ca. 6800 Beamte und Arbeiter beschäftigt, und die Berg- und Hüttenverwaltung zu Borsigwerk in Oberschlesien, bei der 7200 Personen tätig sind. Mit welchem Erfolge August Borsig den Lokomotivbau in Preußen begründet und gefördert hat, ergibt sich aus der Tatsache, daß er bereits 1853 eine Jahresproduktion von 84 Stück erreicht hatte und daß von den 69 Lokomotiven, welche die preußischen Eisenbahnen im Jahre 1854 beschafften, 67 von seiner Firma geliefert wurden und keine einzige mehr vom Auslande, welches in den ersten Jahren der Entwicklung des Eisenbahnwesens in Deutschland dessen sämtliche Lieferungen in Händen gehabt hatte. Heute stehen die Borsig-Werke unter der erfolgreichen Leitung der Söhne des Gründers, Ernst und Konrad v. Borsig. Hier wie auf anderen Gebieten können natürlich nicht alle führenden Namen, wie Schwartzkopff, Henschel, Maffei usw. genannt werden.

Nicht geringer zu bewerten sind die bezüglich der Volkswirtschaft im allgemeinen ja auf den ersten Blick offensichtlichen Verdienste derjenigen Persönlichkeiten, denen die ausgedehnte Einführung von Maschinen in die landwirtschaftliche Produktion zu verdanken ist, auch mit Bezug auf die Förderung der industriellen Produktion im besonderen. Haben sie doch die Absatzgelegenheiten für die Industrie in außerordentlichem Maße erweitert. Durch die Einführung der landwirtschaftlichen Maschinen in Deutschland hat sich besonders Thaer verdient gemacht. Die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Maschinen ist in der Erfindung englischen Ursprunges; eine der wichtigsten aber, die Dreschmaschine, ist von einem Deutschen in Kurland erfunden und später nach mancherlei Verbesserungen zuerst in Braunschweig benutzt worden. Auch den Lehren Liebigs ist mittelbar in bedeutendem Umfange die Verwendung landwirtschaftlicher Maschinen zu verdanken. Der Name des Dampfkulturtechnikers Max Eyth, des späteren Gründers der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, darf in diesem Zusammenhange nicht unerwähnt bleiben. Die deutsche Landwirtschaft von ausländischer Maschinenfabrikation unabhängig gemacht zu haben, ist das hohe Verdienst von Häusern wie Lanz in Mannheim, R. Wolff in Buckau u. a.

Deutschen Ursprunges ist auch die Zuckerindustrie. Schon im Jahre 1747 teilte der deutsche Gelehrte Margraf der Berliner Akademie die Ergebnisse seiner Versuche mit, aus einheimischen Wurzelgewächsen Zucker herzustellen. Sein Schüler Archard setzte die Versuche fort und strebte vor allem mit Wort und Tat die geeignete Kultur eines zuckerreichen Rohmaterials an. Mit Unterstützung des Staates unternahm es Archard im Jahre 1801, durch Erbauung einer Fabrik auf dem Gute Gunern in Schlesien der technischen Fabrikation näher zu treten. Ein Fortschreiten über diesen ersten Anfang hinaus wurde jedoch in Deutschland infolge der politischen Ereignisse vorerst gehindert. Erst in späteren Jahrzehnten nahm dann die deutsche Zuckerindustrie einen derartigen Aufschwung, daß das deutsche Erzeugnis in größtem Umfange den Weltmarkt versorgt.

Viel verdankt die deutsche Zuckerindustrie und Landwirtschaft, der deutsche Samenbau und -handel dem verstorbenen Geheimen Ökonomierat Friedrich Dippe, dem eigentlichen Begründer der bekannten Firma Gebrüder Dippe in Quedlinburg. Der ehemalige Quedlinburger Volksschüler war der große Verbesserer des Zuckerrübenbaus. Ihm verdankt es Deutschland, daß das gesamte Ausland von dem deutschen Zuckerrübensamenbau abhängig wurde. Dippe war es auch, der die Herrschaft über den Blumensamenhandel auf dem Weltmarkt von dem Auslande zurückeroberte. Bescheiden, mit einer Kultur von 50 Morgen, begann einst die Firma, und heute darf der jetzige Leiter, der Kgl. Ökonomierat Fritz Dippe, berichten, daß die Firma selbst 12 000 Morgen bewirtschaftet, daß aber außerdem noch viele Gutsbesitzer und Bauern, auf Grund von Verträgen und unter Kontrolle der Firma, Sämereien für diese züchten.

Mit an hervorragendster Stelle unter denjenigen deutschen Erfindungen, die in der Folgezeit die Industrie der ganzen Welt belebt haben, steht die Erfindung der Buchdruckerkunst, mit der uns Johannes Gutenberg bedacht hat. Gutenberg, der 1414 in Mainz geboren war, erfand die beweglichen Buchstaben und ihre Vereinigung zu abdrucksfähigen Schriftsätzen. Er baute auch eine für den Druck brauchbare Presse und muß nach der Vollkommenheit seiner noch heute bewunderten Drucke zu schließen, auch die übrigen zur Ausübung der Schriftgießerei und Buchdruckerei erforderlichen Geräte und Hilfsmittel zu einer für seine Zeit hohen Ausbildung gebracht haben.

Weit bedeutungsvoller aber als die Erfindung des Handpressendruckes war die Erfindung des Maschinendruckes und der Schnellpresse durch den Deutschen Andreas Friedrich Koenig aus Eisleben, der gemeinsam mit dem Deutschen Andreas Friedrich Bauer 1810 in England das erste Patent auf eine Flach-(Tiegeldruck-)Presse erhielt, 1811 die erste einfache, 1814 die erste doppelte Zylinderschnellpresse erfand und 1817 die erste Schnellpressenfabrik in Kloster Oberzell bei Würzburg errichtete. An der Ver-

vollkommnung der Schnellpresse wurde nun von Koenig & Bauer und auch von anderen unablässig gearbeitet; sie wurde für die verschiedensten Zwecke geeignet gemacht. Die von dem Deutschen Moritz Hermann Jacobi 1837 erfundene Galvanoplastik wird ebenfalls zur Herstellung von Druckplatten benutzt. Der Grundtypus der Zeilengießmaschinen, die Linotype, wurde von dem 1854 in Bietigheim bei Straßburg i. E. geborenen Deutschen Ottomar Mergenthaler in Amerika erfunden.

Wie deutsche Erfindungen bahnbrechend vorangegangen sind in der Kunst des Buchdrucks, so verfügt Deutschland auch im Buchhandel über Firmen von Weltruf.

Das alte Buchhändlerhaus von Brockhaus ist durch F. A. Brockhaus bereits im Jahre 1805 gegründet und durch die Nachkommen des Gründers erfolgreich ausgebreitet worden. Der Meyersche Verlag, heute das Bibliographische Institut in Leipzig, hat im Jahre 1825 in Gotha seinen Anfang genommen. Beide sind besonders durch ihre Konversations-Lexika, aber auch durch eine Fülle hochwertiger wissenschaftlicher Werke bekannt. Für die Popularisierung der deutschen Literatur hat Philipp Reclam mit seinen bekannten roten Heften Unermeßliches getan. Zu den bedeutendsten Technikern des deutschen Buchdrucks zählt die Firma Breitkopf & Härtel in Leipzig, die aus einer bereits im Jahre 1864 gegründeten Schriftgießerei entstanden ist. Hervorzuheben ist besonders noch Stuttgart mit weltbekannten Namen wie Cotta, Kröner u. A. Die große Zahl der hervorragenden wissenschaftlichen und literarischen Verlagsanstalten in Deutschland aufzuzählen, würde viel zu weit führen; doch sollen auch die großen Zeitungsverlage, wie Scherl, Rudolf Mosse und Ullstein in Berlin, Dumont-Schauberg in Köln, Korn in Breslau, Faber in Magdeburg, Knorr und Hirth in München, Girardet in Essen, Verlag der Frankfurter Zeitung usw., nicht übersehen werden.

Hat Deutschland, wie wir an dem Beispiel des Telegraphen und Telephons gesehen haben, den Ausgangspunkt großer Erfindungen gegeben, die vom Auslande aufgegriffen, dort verbessert und dann in vervollkommnetem Zustande wieder zurückgeführt wurden, so hat die deutsche Industrie ihrerseits in vielen Fällen auch Erfindungen des Auslandes aufgegriffen und zur Vervollkommnung geführt. Das gilt beispielsweise auf dem Gebiete der Motorindustrie. Die normale Dampfmaschine ist selbst theoretisch nicht imstande, über 15 Prozent der aus dem Kohlenmaterial entwickelten Wärme in Kraft umzusetzen; bei kleineren Dampfmaschinen beläuft sich die mit Wärmeverlusten verbundene Energieverschwendung sogar bis auf 94 Prozent. Der Gasmotor, der Petroleummotor haben eine größere Ausnutzung möglich gemacht; aber über 20 Prozent war sie nicht hinausgekommen, bis Rudolf Diesels Erfindung des Wärmemotors eine Ausnutzung bis zu 35 Prozent zu bewirken vermochte; er leistete also das Dreifache wie die gewöhnliche Dampfmaschine, verzehrte nur ein Drittel der bisher nötigen Kohlenmengen.

In der Erfindung von Gasmotoren, die zunächst gleichfalls ausländischer Erfindung sind, wurden deutscherseits große Fortschritte herbeigeführt, so von Otto & Langen, welche 1867 ihre atmosphärische Gaskraftmaschine einführten. Ihrem Hauptmangel wurde abgeholfen durch Herbeiführung eines geräuschlosen Ganges in dem neuen Motor von Otto, der 1878 bekannt und weiter verbessert wurde durch die im Jahre 1883 von Daimler eingeführte Glühkörperzündung.

Auch in der Geschichte der Fahrradindustrie haben deutsche Erfindungen wiederholt eine Rolle gespielt. Schon in den Jahren 1649 und 1690 erbauten in Nürnberg der Mechaniker Hautsch und der Uhrmacher Farfler die ersten „Kunstwagen", welche durch Drehung von Handhaben bewegt wurden, und in welchen wohl die Uranfänge des heutigen Fahrrades zu suchen sind.

Unberührt von fremdländischen Versuchen, die ja auch viel später auftraten und Nachahmungen jener ersten Idee in Nürnberg zu sein scheinen, verbesserten und vereinfachten die Nachfolger des Mechanikers Hautsch die schwerfälligen Kunstwagen und konstruierten leichtere Modelle. Diese zeigten zwei Räder hintereinander, die, durch ein Gestell zusammenhängend, auf der Verbindungsstange den Sattel des Fahrers,

richtiger Läufers, trugen. Aller Wahrscheinlichkeit nach haben diese Maschinen dem Oberforstmeister von Drais die Unterlagen zum Ausbau seiner „Draisinen" an die Hand gegeben. Drais versah sein Laufrad mit einer Steuerung und gestaltete es wesentlich leichter und eleganter aus. Indessen hatte er in Deutschland mit seinem Rade wenig Glück und wandte sich deshalb 1816 nach Paris. Dort wurde ihm zwar anfangs einiges Interesse entgegengebracht; dennoch verliefen gegen Ende der zwanziger Jahre diese Versuche trotz aller Bemühungen seines Schöpfers im Sande.

Heute nehmen in der deutschen Fahrradindustrie Unternehmungen wie die von Reichenstein (Brennabor) in Brandenburg, Naumann & Seidel in Dresden, Stöwer in Stettin, die Adler-Fahrradwerke vorm. Heinrich Kleyer in Frankfurt a. M., Opel u. a. einen hervorragenden Platz ein. Besonders hoch entwickelt ist in Deutschland eine Hilfsindustrie der Fahrrad- und noch mehr der Automobilindustrie, nämlich die Kautschukindustrie. Obenan steht hier die trotz ihres fremdländisch anmutenden Namens doch vollkommen deutsch geleitete Continental-Caoutchouc- und Guttapercha-Compagnie in Hannover, die gegen 7000 Personen beschäftigt und auch im Auslande, namentlich in Amsterdam, Mailand, Paris und Clichy, in Kopenhagen, London, Melbourne und Stockholm eigene Niederlagen und Werke unterhält. Ihren Rohgummi bezieht sie großenteils aus eigenen Besitzungen im brasilianischen Urwalddistrikte, und zur Bearbeitung des Überseegeschäftes hat die Gesellschaft eine Tochtergesellschaft, die Continental-Caoutchouc-Übersee-Compagnie, ins Leben gerufen. Neuerdings befaßt sie sich insbesondere auch mit der Herstellung von Stoff für lenkbare Luftschiffe, Freiballons und Aeroplane.

Noch vor nicht langer Zeit konnte niemand ahnen, daß die Fabrikation der Automobile und Fahrräder einen derartig rapiden Aufschwung nehmen würde, wie es tatsächlich der Fall ist. Während heute das Fahrrad überall, auch in den Kreisen der weniger Wohlhabenden, ja sogar unter der Landbevölkerung heimisch geworden ist, hat auch der Automobilismus zahlreiche Anhänger gefunden. Wie sich das Niederrad im Fluge die Welt erobert, so folgte ihm auch der Pneumatik und diesem ist zum größten Teil der Siegeszug des Niederrades zu verdanken. In der deutschen Pneumatik-Industrie nimmt neben der bekannten Hannoverschen Firma die Mitteldeutsche Gummiwarenfabrik Louis Peter in Frankfurt a. M. einen hervorragenden Platz ein. Das Unternehmen, welches zu Beginn seines Bestehens ungefähr 50 Arbeiter beschäftigte, verfügt heute über 1000 Arbeitskräfte. Auch diese Firma pflegt die eigene Rohgummigewinnung, und zwar durch Plantagen an der Ostküste von Sumatra.

Deutscher Erfindung sind auf dem Gebiete des Verkehrs weiter die Zahnradbahnen. Da bei steilen Neigungen die Nutzleistung der erforderlichen schweren Lokomotiven zu dem Gewicht des Zuges sich ziemlich gering gestaltete und der Betrieb nicht ganz gefahrlos war, so gab Riggenbach 1871 durch die Fortbewegung der Lokomotive mittels eines Zahnrades, welches in eine zwischen den Schienen befestigte Zahnstange eingriff, das Mittel an die Hand, weit stärkere Steigungen als früher mit voller Sicherheit und großer Kraftleistung zu befahren, und endlich entstand durch die Verbindung des gewöhnlichen Adhäsionsbetriebes der Lokomotive mit dem Zahnradbetrieb in der vereinigten Adhäsions- und Zahnradlokomotive ein Mittel, auch bei Bahnen für schwere Lasten besonders steile Strecken des Geländes ohne künstliche Längenentwicklung und dadurch bedingte Baukostenerhöhung direkt zu überwinden.

Die Glasindustrie erfuhr einen großen Aufschwung durch eine Erfindung von Friedrich Siemens, die regenerative Gasfeuerung, welche gestattete, selbst geringwertiges Material in der Glasindustrie zu verwenden und Hitzegrade zu erzielen, welche mit den früher bekannten Ofensystemen ganz unerreichbar gewesen waren. Die Zementindustrie, die sich ursprünglich in England entwickelt hatte, wurde in Deutschland durch Dr. Bleibtreu und Konsul Gutike heimisch gemacht. Dr. Bleibtreu wurde durch die Notiz in einem geologischen Werke, daß an den Oderufern in Pommern Septarienton vorkomme, (ein Ton, welcher in England zur Portland-Cementfabrikation ge-

braucht wird) veranlaßt, seine Aufmerksamkeit auf Stettin zu richten. Von den Anfängen, die er dort der deutschen Zementindustrie gab, hat sie sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts außerordentlich rasch entwickelt.

Die Uhrenindustrie ist in Deutschland, und zwar in ihrem ältesten Zentrum, dem Schwarzwalde, durch den Schreiner Lorenz Frey heimisch gemacht worden. Ein anderes Zentrum der deutschen Uhrenindustrie ist Glashütte in Sachsen; sein Entstehen knüpft sich an den Namen Adolf Lange, der im Jahre 1815 in Dresden geboren, dort das Uhrmacherhandwerk erlernte, durch vierjährigem Aufenthalt in Paris seine Kunst erweiterte und dann aus der Schweiz die Taschenuhrenfabrikation in seine engere Heimat einführte. Heute versorgt die Deutsche Uhrenfabrikation die ganze Welt mit Uhren jeder Art und jeder Preislage, und es ist anerkannt, daß die Deutsche Uhrenindustrie auf dem Weltmarkt unerreicht dasteht. Diese Tatsache und die entsprechenden geschäftlichen Erfolge verdankt sie nicht zuletzt Carl Marsfeld.

Großes hat die deutsche Industrie auf den Gebieten der optischen Technik geleistet, auch wenn ihr hier wiederum ausländische Erfindungen vorangegangen waren. Im Jahre 1590 stellte der Holländer Jansen das erste Mikroskop her; 1606 wurde durch denselben Jansen das erste Fernrohr mit konkavem Okular gefertigt; 1610 gelang dem Italiener Galilei eine erhebliche Verbesserung des Fernrohres, 1611 dem großen Deutschen Kepler die Konstruktion des astronomischen Teleskopes. Von hoher Bedeutung für die weitere wissenschaftlich-praktische Entwicklung der Optik wurde das Wirken Fraunhofers in München (1787 bis 1826) und seiner Schüler Utzschneider, Merz, Steinheil. Neue Ziele wurden der optischen Industrie durch die Entdeckungen unseres großen Helmholtz gewiesen. Ihre größten praktischen Fortschritte in den letzten 30 Jahren verdankt sie in der Hauptsache dem Jenenser Physiker Prof. Dr. Abbe (Zeiß-Werke) und dem Glashüttentechniker Dr. Schott, denen gemeinsam eine wesentliche Verbesserung des optischen Rohglases gelang. Das aus ihrem, seit dem Jahre 1881 in Jena bestehenden glastechnischen Laboratorium hervorgehende Rohmaterial hat sich Weltruf geschaffen und insbesondere die optische Industrie Deutschlands in den Stand gesetzt, erstklassige Erzeugnisse auf den Weltmarkt zu bringen. In dem alten Hauptsitze der optischen Industrie Rathenow hat auch C. P. Görz seine Lehrzeit durchgemacht, der im Jahre 1886 eine eigene Firma für mathematische Präzisionsarbeit begründete. Mit neun Arbeitern errichtete er im Jahre 1889 eine schlichte Werkstatt in Schöneberg bei Berlin, in der später die Fabrikation für Doppelfernrohre aufgenommen wurde. Die aus dieser Werkstatt hervorgegangenen optischen Instrumente erwarben sich einen solchen Ruf, daß das Haus heute zu einer Weltfirma mit zirka 1600 Arbeitern und eigenen Zweigstellen in Paris, London, Petersburg usw. angewachsen ist. Die Fabrikation erstreckt sich jetzt auf photographische Objektive und Kameras, Fernrohre für Zivil- und Militärgebrauch sowie Ziel- und Visierfernrohre und optisch-mechanische Richtapparate für Armee und Marine. Das Görz Trieder Binocle ist in dem deutschen und vielen ausländischen Heeren eingeführt.

In der Reihe der Pioniere, die den inneren Betrieb der Kontore und Bureaus den Fortschritten der Neuzeit entsprechend umgestaltet, haben Hervorragendes und Bahnbrechendes insbesondere Soennecken in Bonn und Heintze und Blanckertz in Berlin geleistet.

Groß ist die Zahl der deutschen Anlagen, die auf dem Gebiete der Brauindustrie zu nennen wären. Aus der jüngsten Zeit sei nur erwähnt, daß durch eine deutsche Erfindung, nämlich die Kälteerzeugungsmaschine Lindes, die Brauereiindustrie nahezu völlig unabhängig gemacht worden ist von den klimatischen Verhältnissen, von denen sie bis dahin in hohem Grade beeinflußt wurde. Liegt das Hauptzentrum der deutschen Brauindustrie in Süddeutschland und vor allem in Bayern, wo Namen wie Sedlmayer, Pschorr u. a. weltbekannt sind, so haben sich doch auch im Norden hervorragende Unternehmungen entwickelt, obenan dank dem Genie Richard Rösickes die Schultheiß-Brauerei, deren Leitung der verstorbene Rösicke im Jahre 1864

im Alter von noch nicht zwanzig Jahren übernahm. Ihm ist es zu verdanken, daß die Schultheiß-Brauerei sich zu einem Betriebe entwickelt hat, der mehr als eine Million Hektoliter im Jahre umsetzt. Auch bei diesem Unternehmen liegt eine besondere Stärke in der mustergültigen Fürsorge für die Angestellten aller Gattungen. Ähnliche Riesenbetriebe mit gleich mustergültigen Einrichtungen haben sich bei der Getränke-Fabrikation namentlich in der Sektkellerei entwickelt, obenan die große Musterkellerei von Henkell & Co. bei Wiesbaden.

In der chemisch-pharmazeutischen Industrie beansprucht Franz Ludwig Gehe einen ersten Platz, der auch in nichtfachmännischen Kreisen bekannt ist, durch die von ihm hinterlassene Gehe-Stiftung, die er mit 2 Millionen Mark dotierte mit der Bestimmung, daß sie dem gesamten Volke die nötigen Kenntnisse erschließen solle zur wirksamen Erfüllung seiner staatsbürgerlichen Funktionen. Diesem Zwecke dienen eine hervorragende Bibliothek sowie Veranstaltungen auf dem Gebiete der staatsrechtlichen Verwaltungs- und Wirtschaftslehre.

Ungezählt sind die großen Unternehmungen der Textilindustrie und im Anschluß daran der Konfektion in Aachen und Krefeld, in Schlesien, in Bayern, Württemberg, Sachsen, Elsaß-Lothringen und Berlin. Hier mit der Nennung markanter Namen beginnen, hieße ein ganzes Adreßbuch schreiben. Der Stoff- und Bekleidungsindustrie schließt sich als Dritte im Bunde die Reinigungsindustrie (Spindler usw.) an.

In manchen gewerblichen Künsten sind andere Kulturwelten, insbesondere die ostasiatische, vor Jahrhunderten mit Erfindungen vorangegangen, deren Nacherfindung durch Deutsche bei uns neue Industrien ins Leben gerufen hat. So hat man sich, als die ersten chinesischen und japanischen Porzellane um 1500 nach Europa kamen, lange Zeit bemüht, die Kunst der Porzellanherstellung nachzuahmen. Merkwürdigerweise aber gelang es erst dem abenteuerlichen Alchimisten Johann Böttger, der von August dem Starken von Sachsen zu Versuchen gezwungen wurde, im Jahre 1708 mit Hilfe des Kaolins von Aue bei Schneeberg das echte, harte, weiße Porzellan zu erzeugen und somit für Europa nachzuerfinden. In Deutschland selbst wurde nach Böttgers Erfindung im Jahre 1710 die Albrechtsburg in Meißen zur Porzellanmanufaktur eingerichtet und damit die erste europäische und außerchinesische Porzellanfabrik überhaupt begründet, die noch heute, wie von Anfang an, als Musteranstalt gelten kann und von größtem Einfluß auf die Entwicklung der gesamten Porzellanindustrie gewesen ist. —

Der wechselvolle Gang der politischen Geschichte Deutschlands findet auf den Gebieten von Industrie und Handel ein Spiegelbild in der wechselvollen Geschichte der Schiffahrt und des Schiffbaues. Zeiten kühnen Aufschwunges des deutschen Überseehandels wechseln mit Zeiten des Rückganges und Stillstandes. In deutscher Zersplitterung und ohne den Schutz einer starken deutschen Macht fehlte es auch der deutschen Schiffahrt an Unternehmungsgeist und Wagemut; und erst in den Zeiten, in denen sich der Zusammenschluß zum Zollverein vollzog, beginnt die deutsche Schiffahrt sich wieder kräftiger zu regen, um, nachdem auch der politische Zusammenschluß des Reiches gefolgt ist, einen außerordentlich starken Aufschwung zu nehmen, der sich voll entfaltet in der Periode des Schutzes der nationalen Arbeit. Die durch ihn herbeigeführte Sicherung des heimischen Marktes ist auch der Ausdehnung der überseeischen Beziehungen nur förderlich gewesen.

Wenn die deutsche Schiffahrt eine so außerordentliche Entwicklung genommen hat, so spielen dabei verschiedene Gründe mit: Einmal mußte gerade auf diesem Gebiete der politische und wirtschaftliche Zusammenschluß des Reiches sich als besonders wirksam und befruchtend erweisen, da die Zusammenfassung der verschiedenen Stromgebiete und Küsten den Vorteil der geographischen Lage Deutschlands im Herzen Europas auch in seinem Außenhandel so recht zur Geltung bringen mußte. Sodann wird man kaum fehlgehen, wenn man mächtige Impulse für die Entwicklung des deutschen Seehandels durch tatkräftige und unternehmungslustige Männer ableitet aus der von Bismarcks Staatskunst vollzogenen Verstaatlichung der Eisenbahnen. Denn alles Kapital und alle

Initiative, die sich in anderen Ländern dem binnenländischen Verkehrswesen zuwenden, wurden nun frei und suchten auf andere Weise Betätigung im Dienste des Verkehrswesens. Und da wurden sie ganz naturgemäß auf die Seeschiffahrt hingelenkt, übrigens auch auf den Bau von Eisenbahnen in fremden Ländern, in dem die Diskonto-Gesellschaft und die Deutsche Bank im großen, Orenstein und Koppel im kleineren Hervorragendes geleistet haben.

Die modernen Fortschritte im Schiffbau machte sich Deutschland im vorigen Jahrhundert, noch in der wirtschaftlichen Armut und politischen Kräftezersplitterung befangen, anfangs nur zögernd zu eigen. Erst Ende der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts wurden in Deutschland die ersten eisernen Dampfer gebaut, und zwar auf der Werft von Gleichmann & Busse bei Hamburg; indessen nur wenige Schiffe sind auf dieser Werft erbaut worden. Im Jahre 1851 wurde die zweite Werft für Eisenschiffbau durch Früchtenicht & Brock in Grabow bei Stettin angelegt (jetzt „Vulkan"), es folgten 1853 die Werft von Tischbein in Rostock, 1854 die von Müller & Holberg (später Oderwerke) bei Grabow, Klawitter in Danzig, 1855 von Schichau in Elbing usw. Die Werft von Früchtenicht & Brock, die 1851 in Bredow bei Stettin gegründet und 1857 in die Schiffbau-Aktiengesellschaft „Vulkan" übergeführt wurde, war eine der ersten deutschen Schiffbauanstalten, die an die Einführung des Dampfbetriebes und an das Aufblühen der deutschen Eisenindustrie anknüpften und damit den Grund zu der modernen Gestaltung des Werftbetriebes und der Reederei legten. Die Entwicklung des deutschen Schiffbaues spiegelt sich zum großen Teil wider in der Entwicklung der Riesenschnelldampfer, die der deutschen Handelsflotte, speziell in den letzten beiden Jahrzehnten, vom „Vulkan" geliefert worden sind, der in gleichem Maße auch an den Lieferungen für die Kriegsflotte beteiligt ist.

Eine besondere Förderung erhielt der Schiffbau in Deutschland durch die Gründung der deutschen Flotte, namentlich als von dem General v. Stosch der Grundsatz aufgestellt war, daß die deutschen Kriegsschiffe auf deutschen Werften hergestellt werden müßten; daß hierbei zugleich die Verwendung deutschen Materials vorgeschrieben wurde, gereichte der deutschen Industrie zum großen Vorteil. Die planvolle Regelmäßigkeit der Bestellungen von Kriegsschiffbauten seit der Ära der Tirpitzschen Flottengesetze ist den deutschen Werften weiterhin sehr zustatten gekommen. Es ist den deutschen Werften gelungen, mit einigen Spezialitäten unbestrittenen Weltruf zu erwerben, so Schichau mit den schnellsten Torpedobooten, die Stettiner „Vulkan"-Werft mit den eleganten Ozean-Schnelldampfern.

In der Schiffahrt, in der heute die Unternehmungen der unpersönlichen Aktiengesellschaften obenan stehen, ist tatsächlich doch das Verdienst der Einzelpersönlichkeit durchaus bahnbrechend gewesen. Privatreederei im Hauptberuf, nicht nur im Nebenberuf von Kaufleuten, Kapitänen und Schiffsmaklern, ist wohl in Deutschland zuerst durch die Hamburger Firma Rob. M. Sloman im Anfang des 19. Jahrhunderts betrieben worden. Bis in die neunziger Jahre war die Slomansche Reederei mit nahezu 100 000 Tonnen nächst den Aktiengesellschaften die weitaus größte Reederei in Deutschland. Heute dürfte die große Hamburger Seglerreederei F. Laeiß in dieser Hinsicht voranstehen, nachdem die Firma Sloman in mehrere Teile auseinander gefallen und der Hauptteil ihrer Flotte an eine Aktiengesellschaft übergegangen ist. Das gleiche Schicksal hat die große Hamburger Seglerfirma B. Wencke Söhne erfahren.

Vor allen Dingen ist weiter der Name H. H. Meyers, des Begründers des „Norddeutschen Lloyd", zu nennen, und weiterhin der des verstorbenen Lloyd-Direktors Dr. Wiegand, dem es trotz der weit ungünstigeren Lage Bremens gelungen ist, dem Lloyd seinen vollwertigen Platz neben der von dem verkehrspolitischen Genie eines Ballin geleiteten „Hamburg-Amerika Linie" zu behaupten. —

* * *

Wie das Verkehrsnetz der heutigen deutschen Reederei die Welt umfaßt, so haben auch schon in früheren Jahrhunderten zu deutscher Blütezeit führende deutsche Kaufherren über die ganze Welt ihre Verbindungen gesucht. Die erste Phase dieser Bestrebungen knüpfte unmittelbar an die Weltmachtstellung des deutschen Handels um 1500 an und hier wieder an das Verhalten der großen oberdeutschen Häuser gegenüber dem Warenhandel. Hatten diese bis dahin einen großen Teil des mitteleuropäischen Verschleißes jener orientalischen Waren in Händen gehabt, die ihnen auf dem Wege des Levantehandels zukamen, so begreift sich, daß sie die Vorteile dieses Handels nicht aufgeben wollten, nachdem der Seeweg nach Ostindien entdeckt worden war. Wie sie aber anders noch aufrecht halten als durch Erringung entscheidender Positionen auf diesem neuen Wege selbst? Es war das Motiv, aus dem heraus die Deutschen den Spuren Vasco de Gamas und Magalhaes unmittelbar folgten, indem sie eigene Expeditionen nach Ostindien ausrüsteten. Allein bald zeigte sich, daß solche Fahrten für binnenländische Häuser nur durchführbar waren, wenn sie an den Haupthandelswegen selbst feste Stützpunkte ihr eigen nannten. Und so gingen die Deutschen zum Kolonialerwerb über; die Fugger suchten für den Indienhandel eine Landetappe im südlichen Südamerika, die Welser in Venezuela.

In späterer Zeit, als den deutschen Kaufherren die Initiative, die Mittel und die schützende Macht fehlten, ihre Fäden um den Weltball zu spinnen, war es der deutsche Bauer, der kolonisierend durch ferne Lande zog und fernab von deutschem Schutze deutsche Siedelungen gründete. Erst nachdem die innere Konsolidierung Deutschlands im vorigen Jahrhundert wieder eingesetzt, begannen auch hier wieder die großen Kaufherren mitzuwirken, so beispielsweise das Hamburger Haus Godefroy bei der Besiedelung von Queensland, andere Hamburger Unternehmungen bei der deutschen Siedelung in Südbrasilien. Später setzte jene Periode ein, in der deutscher Unternehmungsgeist mitarbeitete an der Verkehrsentwicklung in überseeischen Ländern. Die deutschen Kaufherren, an deren Namen diese Unternehmungen anknüpfen, sind in erster Linie der Direktor der Diskonto-Gesellschaft Hansemann, dem die große Venezuela-Eisenbahn ihre Entstehung verdankt, und der Direktor der Deutschen Bank, v. Siemens, der die anatolischen Eisenbahnpläne zur Durchführung gebracht hat.

An die Namen deutscher Kaufherren knüpft auch die Entstehungsgeschichte des deutschen Kolonialbesitzes an. Sie nimmt ihren Ausgang von dem Wagemut des Bremer Kaufmannes F. A. E. Lüderitz. Für deutsche Erwerbungen im Osten Afrikas hatte sich in Berlin im März 1884 die Gesellschaft für deutsche Kolonisation gebildet. Deutsche Kaufherren gingen auch in Polynesien zu großen Aktionen vor, speziell in Neuguinea. Schon 1880 ward in Berlin eine Gesellschaft zur Durchführung eines großen Kolonialunternehmens in der Südsee errichet, dem geldkräftige Männer, wie Bleichröder und Hansemann, angehörten.

Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts ragen in der Reihe der deutschen Kaufherren besonders zwei Persönlichkeiten hervor, die sich aus bescheidenen Verhältnissen durch eigene Kraft emporgearbeitet haben und nicht nur kaufmännische Unternehmungen großen Stils begründeten und für eine lange Zukunf befestigten, sondern auch im politischen Leben ihrer Zeit eine hervorragende Rolle gespielt und es zu den höchsten Würden im Staate gebracht haben: es sind dies David Hansemann und Ludolf Camphausen, die gerade auch durch ihre Betätigung für das allgemeine Wohl, durch ihr praktisches Eingreifen in den Gang der Politik als Muster hingestellt werden dürfen in einer Zeit, in der die großen Fabrik- und Kaufherren der aktiven Politik mehr oder weniger entfremdet sind.

David Hansemann, am 12. Juli 1790 in der Hamburger Gegend als Sohn eines Landgeistlichen geboren, hat seine Laufbahn als schlichter Handlungslehrling begonnen. Der Eifer, mit dem er sich aus Liebhaberei privatim Sprachstudien widmete, und die zufälligen politischen Wirrnisse in seiner Jugendzeit führten ihn frühzeitig zu der Beschäftigung mit staatlichen Verwaltungsangelegenheiten. Der Chef, in dessen Hause

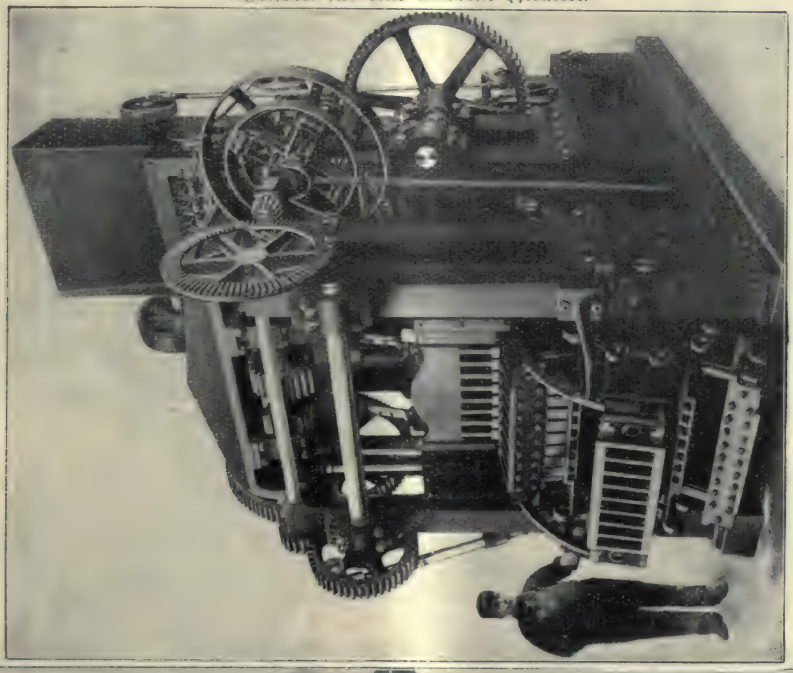
Hansemann lernte, war in der Franzosenzeit zum Maire bestellt worden, und der durch eigenes Sprachstudium sprachkundige Lehrling Hansemann wurde nun vom Maire zu Hilfe gezogen, als in französischer Sprache Buch zu führen war über die Steuern und Verwaltungsberichte zu erstatten waren an den Präfekten. Der Einblick, den er so in engem Rahmen in die Verwaltungstätigkeit gewann, veranlaßte ihn weiter zu politischen und staatswissenschaftlichen Studien. Nach einigen Jahren machte Hansemann sich zunächst kaufmännisch selbständig durch Errichtung eines Wollgeschäftes in Aachen. 1824 vollzog er dort die Gründung der Aachener Feuerversicherungsgesellschaft, die sich zu einem der größten Unternehmen auf diesem Gebiete entwickeln sollte. In der Aachener Handelswelt nahm er bald einen hervorragenden Platz ein; über ihren engeren Bezirk wirkte er im rheinischen Provinziallandtag, und von dort aus unterbreitete er auch dem König von Preußen eine Denkschrift über eine konstitutionelle Verfassung mit starker Vertretung des vermögenden Mittelstandes. Er selbst wurde dann, als die Zeit der Verfassung gekommen, vom König im Jahre 1848 zum Finanzminister und dann zum Ministerpräsidenten berufen. Seine Amtszeit erstreckte sich freilich nur über wenige Monate; doch räumte der König, als es mit Hansemanns Ministerium zu Ende war, ihm einen Posten ein, für den er sich besonders eignete: nämlich den als Chef der Preußischen Bank. Nach seinem Ausscheiden aus diesem Amt gründete er die Diskonto-Gesellschaft, die sich unter seiner und seines Sohnes Leitung zu einem der ersten deutschen Geldinstitute entwickelt hat. Im Jahre 1864 endete das reiche Leben David Hansemanns.

Gleichfalls aus den kurzfristigen Ministerien des Kampfjahres 1848 auch im politischen Leben bekannt, ist der Name Ludolf Camphausens, dessen Entwicklungsgang und Tätigkeit manche Ähnlichkeit mit dem Entwicklungsgang Hansemanns hat. Auch Camphausen, der im Jahre 1803 im Rheinlande geboren wurde, fing in einfachen Verhältnissen und ohne wissenschaftliche Studien als Handlungslehrling an, und auch er besaß eine große Neigung zu Privatstudien. Wie Hansemann in der Handelswelt Aachens, so eroberte Camphausen später in der Handelswelt Kölns eine führende Rolle. Er wurde, nachdem er die ersten rheinischen Bahnen von Köln nach Antwerpen und Minden mit begründet hatte, Präsident der Kölner Handelskammer und Begründer der Dampf-Schleppschiffahrt auf dem Rhein.

Gerade in der Erschließung des Verkehrs durch moderne Transportmittel liegen in jener Zeit, anknüpfend an die Unternehmungen von Friedrich List, seine Hauptverdienste. Auch in der Gründung eines Bankgeschäftes versuchte er sich mit großem Erfolge. Mit Hansemann zusammen wirkte er weiter im rheinischen Provinziallandtag und entfaltete hier gleich jenem eine rege politische Tätigkeit in der Richtung auf eine moderne Konstitution. Wenige Monate sehen wir ihn im Jahre 1848 vor Hansemann an der Spitze des preußischen Staatsministeriums. Alsbald zog er sich wieder ins geschäftliche Leben zurück, widmete sich mit großer Vorliebe privaten Studien verschiedener Art, blieb ein reger Förderer des Verkehrswesens und trug namentlich auch zur allgemeinen Einführung des Telephons unter Stephan bei. Im Dezember 1890 starb der königliche Kaufmann Ludolf Camphausen. —

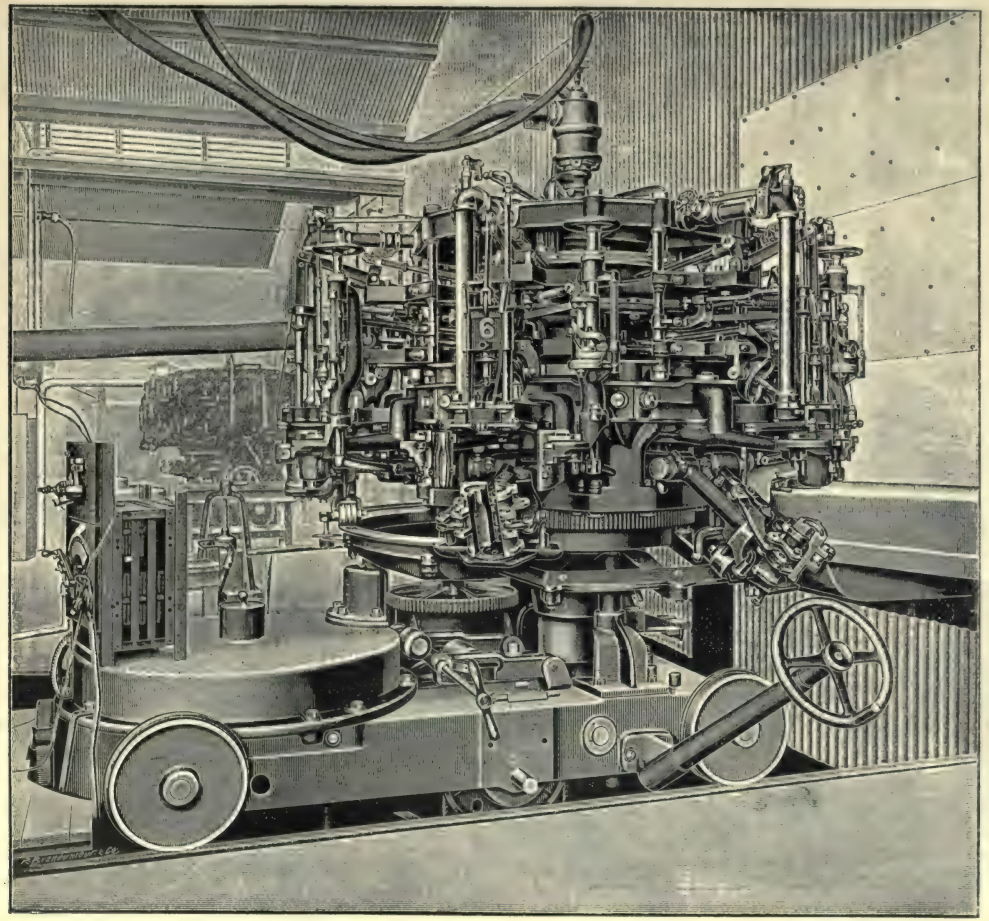
Stehen die Namen von Siemens und Hansemann im Mittelpunkte der Entwicklung der Deutschen Bank und der Diskonto-Gesellschaft, so war die Seele der Dresdener Bank seit ihrer Gründung im Jahre 1872 der noch heute an leitender Stelle stehende Geheime Kommerzienrat Konsul Eugen Gutmann. An der Wiege der Nationalbank stand das alte Bankhaus Jakob Landau. Unter denjenigen Bankhäusern, die noch heute nicht die Form der Aktiengesellschaft, sondern des persönlichen Unternehmens tragen, sind insbesondere die Häuser Mendelssohn, S. Bleichröder und Krause zu nennen. Die Geschichte der deutschen Banken im Auslande verzeichnet demnächst den Abschluß des ersten Vierteljahrhunderts ununterbrochener Entwicklung, die erfreulicherweise im großen und ganzen durchaus als starke Aufwärtsentwicklung bezeichnet werden kann. Gegenwärtig hat die Zahl der in der für überseeische Länder bestimmten deutschen

Ziegelei Gladtke, Bergheim bei Osterode in Ostpreußen.
Beispiel für eine moderne Ziegelei.



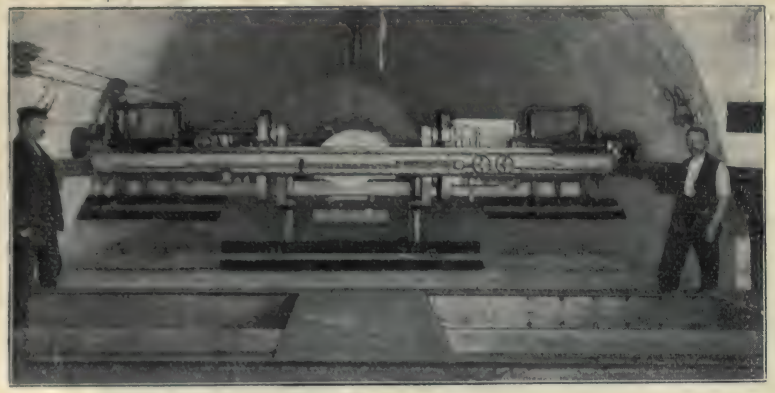
Riesenpresse für Zementmauersteine.

Kirche aus Kunststein.



Die Owens'sche Flaschen-Maschine.
Vor einigen Jahren hergestellt von dem Amerikaner Owens. Von der deutschen Glasindustrie mit erworben. Die Leistungsfähigkeit der Maschine ist 20000 bis 30000 Flaschen für den Tag.

Glas- und Flaschen-Kühlraum.



Tennenmälzerei.

Hauptabfüllhalle.

Sudraum.

Gärkeller.

Das Verbandshaus des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes in Hamburg.

Der Verband kann auf eine außerordentlich rasche und starke Entwicklung zurückblicken; gegründet i. J. 1896, zählte er am 1. Juli 1909 125 671 Mitglieder. Er will durch den Zusammenschluß der Berufsgenossen deren soziale Lage heben und sie in Treue zu Kaiser und Reich zu national gesinnten Männer erziehen. Er tritt den Bestrebungen der Sozialdemokratie, die sich anschickte, den Stand für sich zu gewinnen, mit aller Kraft entgegen und erstrebt Regelung der Arbeitszeit, Verlängerung der Kündigungsfristen, Beseitigung der Konkurrenzklauseln, Ausbau der

Kaufmannsgerichte, Regelung des Lehrlingswesens und der Frauenarbeit, Errichtung von Handlungsgehilfen-Kammern, Anstellung von Handelsinspektoren, Einführung einer Alters- und Invalidenpension für die Privatangestellten, Festsetzung von Mindestgehältern. Er veranstaltet Unterrichtskurse; in Hamburg hat er eine höhere Handelslehranstalt errichtet. Unter seinen Wohlfahrtseinrichtungen ist die Stellenvermittelung, die Auskunftei, die Abteilung für Rechtsschutz und die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit hervorzuheben.

Banken das erste Dutzend und die ersten hundert Millionen des Nennkapitals überschritten.

Wir sehen die in den großen deutschen Bankhäusern tätigen Kaufherren auch den Kreis der deutschen Auslandsbanken beständig erweitern, der immer größere Gebiete umspannt und überall, wo diese Banken festen Boden schaffen, zugleich dem deutschen Außenhandel schätzenswerte Dienste leistet.

Eine besondere Stellung nimmt der fürstliche Kaufherr Guido Graf Henckel, Fürst von Donnersmarck, ein, der jüngst seinen 80. Geburtstag begehen konnte. Ihm gebührt eine leitende Stellung insbesondere in der schlesischen Industrie; doch hat er hervorragenden Anteil auch an westlichen Unternehmungen und an der wirtschaftlichen Entwicklung im deutschen Kolonialbesitz.

Nicht minder wie im Großhandel hat sich im Kleinhandel das Talent des deutschen Kaufherrn bewährt. Hier mag als ein Beispiel die Entwicklung des kleinen Manufakturwarengeschäftes von Rudolph Hertzog in der Breitenstraße in Berlin zu einer Weltfirma erwähnt werden. Im Jahre 1839 nahm das Geschäft seinen Anfang. Seinem Begründer Rudolph Hertzog eignete ein unvergleichliches Organisationstalent, das ihn befähigte, einmal gefaßte Ideen bis in die kleinsten Teile durchzuführen und sie in seinem Geschäft praktisch zu verwerten. Dann der weite Blick, die Gabe, im voraus wahrzunehmen, was seinem geschäftlichen Wirkungskreise von Nutzen sein müßte. Dabei ließ er sich in seinem Bestreben nach dem einmal gesteckten Ziel nicht davon abbringen, nur Schritt für Schritt vorzugehen, nichts zu überstürzen, alles reiflich zu überlegen und danach energisch zu handeln. Der jetzige Leiter, der Enkel des Besitzers, versteht es, dem Werk seines Großvaters eine eigenartige Vormachtstellung zu erhalten.

Neben den großen Spezialgeschäften haben die großen Warenhäuser den Großbetrieb im Kleinhandel zu hoher Blüte gebracht, obenan das Haus Wertheim und die Firma Hermann Tietz. So schwer der durch sie im Kleinhandel herbeigeführte Konkurrenzkampf ist, so groß ist doch die Befruchtung der Industrie durch die wesentliche Erweiterung des Marktes, die dem Organisationstalent der großen Häuser im Kleinhandel gelungen ist.

Die industriellen Bahnbrecher und deutschen Kaufherren ihrerseits — das sei zum Schluß betont — wissen sehr wohl, daß sie nicht nur der Bewegungsfreiheit einerseits, der starken Organisation anderseits bedürfen, um ihren Platz behaupten und ihre Kräfte voll entfalten zu können, sondern daß ihnen der Boden geebnet sein muß durch eine ihrem Tun und Treiben Sicherheit gewährende starke deutsche Macht und durch bestmögliche Erziehung des Volkes, aus dem sie die Kräfte ihrer Mitarbeiter schöpfen! Je schärfer abgegrenzt die Verteilung der Erde, um so mehr deckt sich der Anteil an Weltmacht und Weltmarkt, um so mehr muß sich auch das vorhandene Maß von Wehr und Wissen bei den Nationen decken, die auf eine führende Rolle Anspruch erheben wollen. Wehrkraft und Wissenschaft sind der Weltmacht Träger und die wirksamsten Stützen der industriellen und kommerziellen Bahnbrecher. Beide natürlich im weitesten Sinne umfaßt und verstanden. Ist doch die Wehrkraft bedingt und bestimmt durch Wachstum und Gesundheit des Volkes, durch seine Leistungs- und Lebensfähigkeit, durch die gesunde und kräftige Entwicklung und Erziehung seines Nachwuchses, durch den notwendigen Schutz seiner unter günstigen Bedingungen arbeitenden Kräfte unter gleichzeitiger Förderung jeder Tüchtigkeit und voller Nutzung der gesunden Kraft. Die soziale Fürsorge, so gut wie die Erhaltung und Vermehrung eines starken Stammes gesunder ländlicher Bevölkerung, gehört in diesem Zusammenhange durchaus zu den Mitteln der Sicherung und Förderung nationaler Wehrkraft, die, im rechten Maß und mit dem rechten Verständnis angewandt, allzeit zugleich Mittel zur Förderung unserer wirtschaftlichen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit sein sollen. Die Wissenschaft aber in unserem Sinne umfaßt das ganze geistige Rüstzeug des Volkes und die anteilmäßige Ausbildung aller seiner Glieder, wie sie am besten zur Ausfüllung des ihnen im

volkswirtschaftlichen Ganzen zugewiesenen Platzes befähigt. Nicht das Wissen allein der führenden Geister, die unsere Stellung und unser Ansehen im Rate der Völker erhöhen — nicht allein die allgemeine Bildung und die technisch-kaufmännische Schulung der Männer, in deren Händen die Pflege unserer Wirtschaftsbeziehungen rund um den Erdball ruht — nein, auch das entsprechende Wissen und Können eines jeden untergeordneten Mitarbeiters am Wirtschaftsganzen, eines jeden in seiner Art und an seinem Platz. Das ist der Schlüssel zu den Geheimnissen großer Erfolge auf dem Weltmarkt — sofern des Landes Wehrkraft die ungestörte Benutzung dieses Schlüssels seitens der dazu berufenen Wirtschaftsleiter allerorten gewährleistet!

Getragen von der Sicherung friedlicher Entwicklung und hoher Weltgeltung Deutschlands durch unsere starke Wehrmacht und getragen von der vergleichsweise hohen geistigen und physischen Ausbildung aller Hilfskräfte bis zum einfachsten Arbeiter im Lande der allgemeinen Volksschule und der allgemeinen Wehrpflicht, haben die Leiter unserer großen industriellen und Handels-Unternehmungen den staunenswerten Aufschwung von Industrie und Handel herbeizuführen gewußt durch entschlossene Tatkraft, zähe Willensstärke, weitblickenden Unternehmungsgeist und großzügiges Organisationstalent. Ihnen und diesen ihren Eigenschaften danken wir es, wenn wir heute im Deutschen Reich dem großen Volkswachstum einen reichlichen Nahrungsspielraum geben und den deutschen Einfluß auf dem Erdenrund beständig festigen können.

Deutsche Gewässer.

Von Dr.-Ing. **Sympher,** Geheimer Oberbaurat, Berlin.

Einleitung.

Deutschland besitzt ein vielgestaltiges Netz natürlicher Gewässer, das in verschiedenster Weise ausgenutzt wird. Insbesondere kommen hierbei in Betracht:

Abführung des aus Niederschlägen, Regen und Schnee stammenden Wassers,

Verkehr auf Schiffen und Flößen,

Fischerei.

Man kann diese Nutzungen gewissermaßen als natürliche bezeichnen, weil sie selbst dann eintreten oder möglich sind, wenn weder an den Gewässern noch an ihrem Inhalt, dem Wasser, irgendwelche Arbeiten oder Veränderungen vorgenommen werden. Hinzu treten einige weitere, zum Teil sehr wichtige Verwendungen, die jedoch vielfach erst durch besondere Veranstaltungen ermöglicht werden, unter anderem

Bewässerung und Düngung von Ländereien,

Verwendung des Wassers zu gewerblichen Zwecken, einschließlich der Trinkwasserversorgung.

Bemißt man den Wert der Binnengewässer eines Landes nach der Möglichkeit ihrer Ausnutzung für die Volkswohlfahrt, so können die Verhältnisse der deutschen Flüsse als günstig und letztere als ein wertvoller Schatz der heimischen Volkswirtschaft bezeichnet werden. Dies trifft um so mehr zu, als der ohnehin vorhandene Wert auf allen erwähnten Gebieten durch Verbesserung der natürlichen Verhältnisse gesteigert werden kann und tatsächlich auch bereits erheblich gestiegert worden ist.

So wurden die Bedingungen, unter denen die natürlichen Gewässer ihre vornehmlichste Aufgabe, die Abführung der Niederschläge, erfüllen, durch Regelung der Flüsse und Bäche wesentlich verbessert und Schädigungen ausgeglichen, welche, wie z. B. die Anlage einengender Deiche, durch besondere Wohn- und Lebensbedürfnisse bedingt wurden. In immer steigendem Maße werden Be- und Entwässerungsanlagen geschaffen, und wenn auch die Dampfmaschine zeitweise den Wert der Wasserkraftanlage zurücktreten ließ, so erobert letztere neuerdings das verlorene Gebiet mit Hilfe der elektrischen Übertragung in reichlichem Maße wieder und gewinnt namentlich dort an Bedeutung, wo Seen und nützliche Sammelbecken eine zeitweise Aufspeicherung der sonst ungenutzt abfließenden Hochwässer gestatten.

Insbesondere aber haben Verbesserungen an den Flußläufen und Ergänzungen der natürlichen Wasserstraßen durch verbindende Kanäle den Wert der deutschen Gewässer als billige und leistungsfähige Verkehrswege gehoben und uns dadurch ein wesentliches Hilfsmittel im Kampfe um die Weltmachtstellung Deutschlands zur Verfügung gestellt. Diese Eigenschaft unserer Gewässer als Verkehrsmittel soll im folgenden hauptsächlich erörtert und daran zum Schluß eine kurze Betrachtung über sonstige Nutzungen und ihrer Verbesserung geknüpft werden.

Die bestehenden Wasserstraßen.

Geographisch-technische Beschreibung.

Die große norddeutsche Tiefebene, im Süden begrenzt durch mittelhohe Gebirgszüge, hat ein System von Flußläufen gebildet, die im wesentlichen in südnördlicher Richtung dem Meere mit verhältnismäßig schwachem Gefälle zuströmen und daher bei meist ausreichender Wassermenge der Schiffahrt und Flößerei ziemlich günstige Bedingungen darbieten, wenigstens günstigere, als sie in den meisten anderen europäischen Großstaaten, Frankreich, England, Österreich-Ungarn, Italien, Spanien und Türkei zu finden sind. Nur das ebenfalls überwiegend flache Rußland verfügt über zahlreiche und große Ströme, die teils von Natur für die Schiffahrt günstig sind, teils durch Verbesserungen für Großbetrieb geeignet gemacht werden können. Die durchweg auf langen Strecken schiffbaren deutschen Hauptflüsse Rhein, Ems, Weser, Elbe, Oder, Weichsel, Pregel und Memel besitzen zumeist eine Reihe ebenfalls schiffbarer Nebenflüsse und sind außerdem durch eine größere Anzahl von künstlichen Kanälen miteinander verbunden, so daß zusammenhängende Wasserstraßennetze entstanden sind. Dadurch wird der Verkehr zwischen verschiedenen Stromgebieten und zwischen weit voneinander entfernten Orten ermöglicht. Die beigefügte Karte gibt im Bild die hauptsächlichsten deutschen Schiffahrtswege, abgestuft nach ihrer Leistungsfähigkeit, und die folgenden Zusammenstellungen führen in genauen und ausführlicheren Zahlen das nochmals an, was die Karte zwar anschaulich, aber in Einzelheiten nur unvollkommen darstellt.

Lfde. Nr.	Name	Gesamtlänge km	davon schiffbar im ganzen km	davon schiffbar in Deutschland km	Niederschlagsgebiet qkm
1	Memel	879	—	112	101 000
2	Pregel	126[1])	126	126	21 000
3	Weichsel	1068	—	222	199 000
4	Oder	802[2])	748	748	119 000
5	Elbe	1144[3])	833	725	148 000
6	Weser	480[4])	480	480	46 000
7	Ems	441[5])	309	309	14 000
8	Rhein	1246[6])	861[7])	694[8])	216 000
9	Donau	2840	2605	387	304 000

Zu diesen Darstellungen sei erläuternd bemerkt, daß die deutschen Schiffahrtstraßen, deren Länge ohne Berücksichtigung der nur für Flößerei geeigneten Strecken insgesamt rund 13 800 km beträgt, überwiegend aus Flüssen und Seen, rund 11 650km, zusammengesetzt sind, während die künstlichen Kanäle nur rund 2150 km umfassen. Die Flußläufe befinden sich indes nicht mehr in ihrem ursprünglichen, von der Natur lediglich mit Rücksicht auf die Wasserabführung geschaffenen Zustande, sondern sie sind allmählich, teils um den Abfluß zu befördern, teils um die Ufer und Anlieger zu schützen, teils um den steigenden Ansprüchen des Schiffsverkehrs zu genügen, leistungs- und widerstandsfähiger ausgestaltet. Sie sind „reguliert" oder, wo eine Regelung hinreichende Schiffahrtverhältnisse nicht versprach, auch „kanalisiert". Die Regelung oder Regulierung, welche hauptsächlich in der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts ausgeführt, aber an den meisten Strömen noch nicht bis zum erreichbaren Ziele vollendet wurde, bezweckt, dem vielfach unregelmäßig gestalteten, mit scharfen Krüm-

1) Von Insterburg bis Königsberg. 2) Bis zur Mündung in die Ostsee (Swine). 3) Bis Cuxhaven. 4) Von Münden bis Rothesand-Leuchtturm. 5) Bis Borkum. 6) Von der Quelle des Vorderrheins bis zur neuen Maasmündung unterhalb Rotterdam. 7) Von Basel bis zur neuen Maasmündung. 8) „Der deutsch-schweiz. bis zur deutsch-holl. Grenze.

mungen, Stromspaltungen, Inseln und Sandbänken versehenen Flusse ein schlankeres, einheitliches Bett von gleichmäßiger Breite und Tiefe, ausgeglichenem Gefälle und festbegrenzten, gegen Hochwasserangriff geschützten Ufern zu geben. Durch geeignete Strombauwerke, wie Buhnen, Parallel- und Deckwerke, Kupierungen, Grundschwellen und Baggerungen wurden die neuen Ufer festgelegt und geschützt, der Normalquerschnitt des Flusses nach Breite und Tiefe begrenzt und Nebenarme abgeschnitten.

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Wasserstraßen	Gesamtlänge der schiffbaren Strecke km	davon a freier Flußlauf km	b kanalisiert. Fluß km	c Schiffahrtkan. km	d Seen, Haffe usw. km
1	Memelgebiet	380,2	249,4	—	30,1	100,7
2	Verbindung zwischen Memel- und Pregelgebiet	19,0	—	—	19,0	—
3	Pregelgebiet	216,7	216,7	—	—	—
4	Masurische Wasserstraßen	191,0	3,6	—	14,6	172,8
5	Weichselgebiet, einschließlich Oberl. Kanal	613,4	411,1	32,3	65,2	104,8
6	Frisches Haff	104,3	—	—	—	104,3
7	Verbindung zwischen Weichsel- und Odergebiet	26,5	—	—	26,5	—
8	Odergebiet, einschließlich der pommerschen Küstenflüsse	2177,4	1589,8	155,0	80,0	352,6
9	Küstengewässer der Ostsee, westlich der Oder	333,0	32,2	—	—	300,8
10	Märkische Wasserstraßen	1386,8	517,4	134,4	423,1	311,9
11	Küstengewässer nördlich der Elbe, einschließlich Kaiser-Wilhelm-Kanal	656,9	214,7	64,8	105,0	272,4
12	Elbegebiet	1667,8	1110,6	350,2	144,4	62,6
13	Verbindung zwischen Elb- und Wesergebiet	43,6	—	—	43,6	—
14	Wesergebiet	972,8	819,7	106,1	2,0	45,0
15	Küstengewässer zwischen Weser und Ems (einschließlich Watt u. Jade)	190,0	33,0	—	14,0	143,0
16	Verbindung zwischen Weser und Ems	44,2	—	—	44,2	—
17	Emsgebiet	1187,3	464,7	85,1	587,5	50,0
18	Rheingebiet	2666,7	1683,8	455,1	418,6	109,2
19	Verbindung zwischen Rhein- und Donaugebiet ohne kanalisierte Altmühl	139,5	—	—	139,5	—
20	Donaugebiet	776,3	686,7	32,9	—	56,7
	Zusammen:	13793,4	8033,4	1415,9	2157,3	2186,8

Da, wo früher halbstagnierende Rinnsale zwischen unregelmäßigen und schwer zugänglichen Weidenkämpen lagen, findet man jetzt meist grüne, ertragreiche, eingeebnete Wiesenflächen oder ordnungsmäßig betriebene Weidenpflanzungen, die so weit und so lange erhalten bleiben, wie es der Bedarf an Busch zu Wasserbauten bedingt und bis die allmähliche weitere Aufhöhung die Umlegung in Wiesen gestattet. Durch derartige Arbeiten wird der Fluß zwar verschmälert, aber zugleich vertieft und sowohl für Schiffahrt wie Wasserabführung geeigneter gemacht. Mindestens der gleiche Vorteil wird für die Abführung des gefährlichen Hochwassers gewonnen, zumal mit der Verbesserung des eigentlichen Flußbettes vielfach eine Reinigung der bei höheren Wasserständen überfluteten Vorländer von Abflußhindernissen Hand in Hand geht.

Zahlenmäßig im einzelnen anzugeben, um welches Maß die Tiefe der Flüsse und damit ihre Leistungsfähigkeit für die Schiffahrt infolge der Regulierung zugenommen hat, würde zu weit führen. Der Erfolg wird aber noch augenscheinlicher durch die Angaben dargetan, welche später über die Zunahme der Schiffsgrößen gemacht werden

sollen, denn die Regulierungen haben gestattet, daß heute gewaltige Frachtschiffe und prächtige Personendampfer dort verkehren, wo vor 50 Jahren nur kleine Güterkähne fahren konnten, die im jetzigen Eisenbahnzeitalter kaum noch als wirtschaftlich zu bezeichnen sind.

Dienen hiernach die Regelungen der Verbesserung sowohl hinsichtlich der Wasserabführung als auch hinsichtlich der Schiffahrt, so werden Kanalisierungen von Flüssen in der Regel nur im Verkehrsinteresse ausgeführt.

Unter „Kanalisierung" versteht man den Ausbau eines Flusses durch Wehre und Schleusen. Kann durch Regelung eine hinreichende Fahrtiefe nicht erzielt werden, so ist sie durch Anstauung des Wassers mittels Wehren zu schaffen. Beispielsweise sei ein Fluß bei Niedrigwasser 1 m tief, die Schiffahrt erfordere aber 2 m. Man baut dann an dem untersten Ende der zu kanalisierenden Strecke ein Wehr quer durch den ganzen Fluß, welches den Niedrigwasserspiegel um 3 m hebt. Unmittelbar oberhalb des Wehrs ist also dann eine Fahrtiefe von 4 m vorhanden. Diese wird, je weiter man sich vom Wehr entfernt, wegen der sanft ansteigenden Flußsohle geringer und beträgt z. B. 6 km oberhalb des Wehrs nur noch 2 m. Soll auch weiter oberhalb eine Fahrtiefe von mindestens 2 m vorhanden sein, so muß an dieser Stelle ein zweites Wehr erbaut werden usf., wodurch der vorher ziemlich gleichmäßig nach der Mündung zu abfallende Flußwasserspiegel in Treppenform angestaut wird. Da die Wehre den Schiffen die Durchfahrt versperren, müssen neben ihnen Schleusen angelegt werden, durch welche die Fahrzeuge von einer Haltung in die andere gehoben oder gesenkt werden. Die Flußschleusen sind genau so eingerichtet, wie die allerseits bekannten Kanalschleusen, und der ganze kanalisierte Fluß hat bei Niedrig- und Mittelwasser fast das Aussehen eines Kanals mit ruhigem, fast wagerechtem Wasserspiegel. Erst bei starker Wasserführung tritt wieder lebhaftere Strömung ein, bis schließlich die neuerdings meist beweglich eingerichteten Wehre beseitigt, niedergelegt werden und dann der frühere Zustand des ungestaut abfließenden Wassers zeitweise wieder hergestellt wird. Der Fluß hat bei hohem Stande und reichlicher Wasserführung soviel Tiefe, daß er dann auch ohne Hilfe der Wehre mit vollem Schiffstiefgang befahren werden kann.

In neuerer Zeit wurden unter anderem kanalisiert die Saar, der Main von der Mündung bis Offenbach, die untere Brahe bei Bromberg, die Fulda von Kassel bis Münden und die obere Oder von Kosel bis zur Neißemündung.

Ströme, die durch Regelung allein in hinreichend leistungsfähigen Schiffahrtszustand versetzt werden können, wird man nicht kanalisieren, denn das erfordert meist höhere, durch Schiffahrtabgaben zu deckende Kosten, und die Schleusen bereiten dem Verkehr einen unerwünschten Aufenthalt. Daher ziehen Schiffer und Verfrachter oft einen gut regulierten, wenn auch weniger tiefen Fluß einem solchen vor, dessen Fahrwasser durch Kanalisierung in einen an und für sich vollkommeneren Zustand versetzt ist.

Eine sehr wesentliche Ergänzung hat das natürliche Wasserstraßennetz durch die künstlichen Kanäle erfahren. Sie sind hauptsächlich dazu bestimmt, nahe aneinander liegende, aber durch Wasserscheiden getrennte, schiffbare Flüsse zu verbinden, haben indes zuweilen auch unabhängige selbständige Bedeutung. Der älteste Kanal in Deutschland war der jetzt im Elb-Trave-Kanal aufgegangene Stecknitz-Kanal, der 1398 vollendet wurde. Noch heute im Betriebe sind einige vom Großen Kurfürsten und von Friedrich dem Großen im östlichen Preußen erbaute Kanäle, der Finowkanal zwischen Havel und Oder, der Friedrich-Wilhelm-Kanal zwischen Spree und Oder und der Bromberger Kanal zwischen Oder und Weichsel. Durch diese und einige andere künstliche Wasserstraßen ist in Ostdeutschland ein zusammenhängendes Schiffahrtnetz entstanden, welches alle Stromgebiete von der Elbe bis zur Memel umfaßt. Im Westen und Süden Deutschlands ist die Donau durch den 1845 eröffneten Ludwigskanal mit dem Main verbunden und dadurch an den Rhein mit seinen schiffbaren Nebenflüssen angeschlossen. Neuere Verbindungskanäle sind neben dem bereits erwähnten Elb-Trave-

Kanal der Oder-Spree-Kanal und der die obere Spree mit der unteren Havel verbindende Teltowkanal.

Wie aus der Karte ferner hervorgeht, sind noch eine Reihe von Kanälen, meist neueren Datums, vorhanden, die besonderen Zwecken dienen, beispielsweise der Dortmund-Ems-Kanal, der das rheinisch-westfälische Industriegebiet mit dem preußischen Nordseehafen Emden verbindet, der leider in unzureichenden Abmessungen erbaute Ems-Jade-Kanal, welcher den großen Reichskriegshafen Wilhelmshaven an den Dortmund-Ems-Kanal anschließt, der 1860 vollendete Elbing-Oberländische Kanal und der eigentlich nicht hierher gehörende, weil der Seeschiffahrt dienende Kaiser-Wilhelm-Kanal.

Die Bauart von Binnenkanälen ist bekannt. Sie passen sich in ihren Abmessungen im allgemeinen den Schiffen an, welche auf den anschließenden Flüssen verkehren. Linienführung und Längenschnitt richten sich nach dem wirtschaftlichen Zweck und den Bodenverhältnissen. Scharfe Krümmungen müssen vermieden oder mit solchen Verbreiterungen im Kanalquerschnitt versehen werden, daß die längsten in Betracht kommenden Schiffe ohne Schwierigkeit und Aufenthalt durchfahren können. Der Längenschnitt zeigt die bezeichnende Treppenform, indem die Kanalstrecken einen vollständig wagerechten Wasserspiegel aufweisen, während das vorkommende Gefälle an einzelnen Punkten durch besondere Bauwerke, Schleusen, senkrechte Hebewerke oder geneigte Ebenen zusammengefaßt wird. Die Querschnittsabmessungen werden meist so gewählt, daß an jeder Stelle zwei Schiffe sich begegnen können. Nur kurze und wenig befahrene Strecken werden einschiffig ausgebaut. Die größten, auf dem Dortmund-Ems-Kanal zugelassenen Fahrzeuge haben eine Länge von 65 m, eine Breite (ohne Scheuerleisten) von 8 m und einen Tiefgang von 2 m. Dementsprechend hat der Kanal 18 m Sohlen- und 29,5 m Wasserspiegelbreite bei 2,5 m Tiefe. Die Ufer sind in verschiedener Weise durch Pflaster, Steinschüttung oder Betonplatten gegen Wellenangriff geschützt. Dort, wo der Kanal über dem Gelände oder der Wasserspiegel über dem Grundwasser liegt, ist eine Dichtung mit Lehm vorgenommen, damit der Wasserverlust gering ist und Versumpfungen anliegender Ländereien vermieden werden. Kreuzende Eisenbahnen und Landstraßen werden mit festen Brücken, deren Unterkante wenigstens 4 m über dem höchsten Wasserstande liegt, überführt. Tiefliegende Flüsse überschreitet der Kanal auf steinernem Bauwerk, so daß an solchen Stellen der Schiffahrtverkehr sich in verschiedener Höhe kreuzt. Kleinere Bäche werden mit Durchlässen oder Dückern unter dem Kanal hergeführt. Hochgelegene Kanalstrecken sind der Gefahr ausgesetzt, daß ihre Dämme aus irgendeinem Grunde undicht werden. Das nachströmende Kanalwasser würde dann, wie es zwar noch nicht am Dortmund-Ems-Kanal aber an älteren Anlagen mehrfach vorgekommen ist, einen vollständigen Durchbruch und damit ein mit mancherlei Zerstörungen verbundenes Leerlaufen der Kanalhaltung verursachen. Um hier örtlich zu beschränken, legt man an beiden Enden der hochgelegenen Strecke Sicherheitstore an, die geschlossen werden, sobald ein Dammbruch eingetreten ist. Es kann dann nur soviel Wasser ausströmen, wie sich in dem Kanalstück zwischen den beiden Sicherheitstoren befindet. Die Schäden an den nebenliegenden Grundstücken und die Zerstörungen am Kanal selbst werden beschränkt, und letztere können mit möglichster Beschleunigung wieder beseitigt werden. Die leergelaufene Kanalstrecke wird dann wieder angefüllt, die Sicherheitstore gehoben und der Verkehr verhältnismäßig schnell wieder freigegeben. Sicherheitstore werden in verschiedener Art, zum Teil selbsttätig, ausgeführt; am Dortmund-Ems-Kanal hat man eine über die ganze Kanalbreite reichende eiserne Abschlußwand, hergestellt, die sich für gewöhnlich so hoch über dem Wasserspiegel befindet, daß die Schiffe unter ihr durchfahren; im Bedarfsfalle kann sie mit Handwinden herabgelassen werden.

Besonders bezeichnend für Kanäle sind endlich die Bauwerke, mit welchen an den verschiedenen Gefällstufen die Schiffe gehoben und gesenkt werden. Am verbreitetsten und bekanntesten sind die Kammerschleusen, die verwandt werden, wenn es sich um Höhenänderungen von etwa 2—6, vereinzelt sogar von 10 m handelt. Sie sind lange,

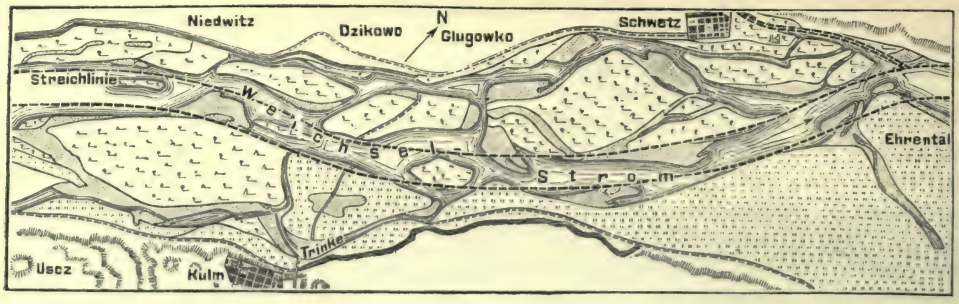
gemauerte Kästen, groß genug, ein oder mehrere Schiffe aufzunehmen, an beiden Enden mit Toren versehen, die, wenn geöffnet, das Ein- und Ausfahren der Schiffe gestatten, wenn geschlossen, den Schleusenraum von der anstoßenden oberen oder unteren Kanalhaltung abtrennen. Die Sohle der Schleusenkammer liegt in der Höhe der Kanalsohle der unteren Haltung oder etwas tiefer. Soll nun beispielsweise ein Schiff aus der oberen in die untere Kanalhaltung geschleust werden, so werden die nach letzterer zu gelegenen Tore geschlossen, die oberen dagegen geöffnet. Dann kann das Schiff von der oberen Haltung in die Schleuse einfahren; sobald es eingefahren ist, werden die oberen Tore geschlossen und die Schleusenkammer durch besondere, in die untere Haltung ausmündende Schützen oder Umläufe bis auf den Wasserspiegel der unteren Haltung entleert. Alsdann können die Untertore geöffnet und das Schiff aus der Schleuse gezogen werden, um seine Fahrt auf dem Kanal fortzusetzen. Schleusen verlieren, wie schon aus der vorstehenden Beschreibung hervorgeht, beim Durchlassen der Schiffe viel Wasser in die nächst unterliegende Kanalhaltung und zwar desto mehr, je größer das Gefälle der Schleuse ist. Steht daher in den oberen Haltungen Wasser nur in beschränktem Maße zur Verfügung, so wendet man Einrichtungen an, bei denen Wasser gespart, d. h. zeitweise in besonderen Räumen, Sparbecken, aufgespeichert wird, um bei der nächsten Schleusung wieder verwandt zu werden. Man hat auf diese Weise Anlagen geschaffen, die nur ein Drittel bis zur Hälfte des gewöhnlichen Wasserbedarfs erfordern. Derartige Schleusen nennt man Sparschleusen. Haben sie außerdem ein sehr großes Gefälle, so daß die leergelaufene Kammer wie ein tiefer Schacht aussieht und mit besonders ausgebildeten Untertoren versehen ist, so nennt man eine derartige Anlage eine Schachtschleuse. Zwei solche von je 14 m Gefälle werden zurzeit in Henrichenburg am Dortmund-Ems-Kanal und bei Minden am Übergang zwischen dem Ems-Weser-Kanal und der Weser erbaut.

Noch größere Wasserersparnis bieten senkrechte Hebewerke, von denen eines für 600 Tonnen-Schiffe und 14 m Hubhöhe in Henrichenburg erbaut wurde, sowie geneigte Ebenen, wie sie bereits um die Mitte des vorigen Jahrhunderts mehrfach für kleine 50 Tonnen-Schiffe am Elbing-Oberländischen Kanal erbaut sind. In ersterem Falle werden die Schiffe maschinell, in einem wassergefüllten großen Troge schwimmend, von der unteren in die obere Haltung gehoben, während bei den erwähnten geneigten Ebenen die Schiffe auf einen Wagen gesetzt und mit diesem im Trocknen von einer zur anderen Haltung befördert werden.

Besondere Aufmerksamkeit ist darauf zu richten, daß ein Kanal das nötige Speisungswasser erhält. Dieses ist erforderlich, um den bereits erwähnten Wasserverbrauch der Schleusen und die Verluste zu decken, welche durch Versickerung und Verdunstung im langen Kanalschlauch entstehen. Ist ein Kanal tief in das Gelände eingeschnitten, so vermindert sich der Verlust durch Versickerung und ein Teil des übrigen Bedarfs strömt ihm kostenlos aus dem Grundwasser zu. Der Rest muß aber unter allen Umständen anderweit gedeckt werden, in der Regel aus gekreuzten oder naheliegenden Flüssen und Bächen. Führen diese in trockenen Monaten, in denen ohnehin meist der größte Bedarf stattfindet, nicht ausreichend Wasser, so muß für zeitweise Aufspeicherung in großen Sammelbecken Sorge getragen werden. Derartige Sammelbecken für Kanalzwecke sind namentlich in Frankreich zahlreich angelegt.

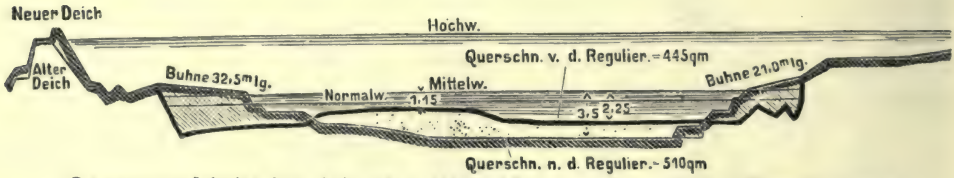
In erhöhtem Maße wird neuerdings Wert darauf gelegt, daß durch Kanalbauten auch landwirtschaftliche Kulturzwecke verfolgt und Schädigungen anliegender Ländereien vermieden werden. Letztere bestehen meist in Versumpfungen tief gelegener Grundstücke durch aus den Kanalwandungen austretendes Sickerwasser. Ihnen wird hauptsächlich durch die bereits erwähnten Dichtungen der Kanalwandungen begegnet. Nutzen kann entstehen besonders durch Ermöglichung von Entwässerung feuchter und Bewässerung trockener Grundstücke. Da ein künstlich hergestellter Kanal, abweichend von einem in den natürlichen Untergrund eingeschnittenen Fluß, große Wassergeschwindigkeiten nicht verträgt, die seine Sohle aufwühlen und die sorgsam bestimmte Quer-

Die Wasserstraßen des Reiches.

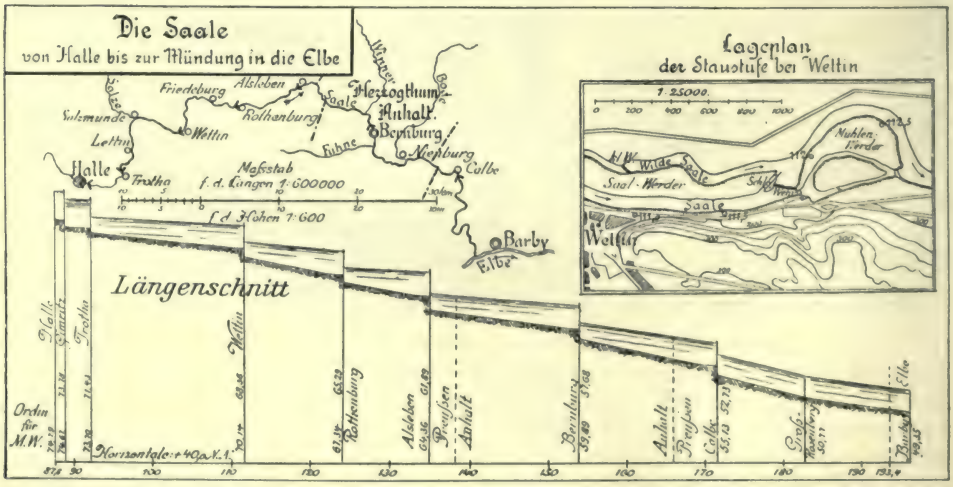


Weichsel 1849 vor der Regulierung.

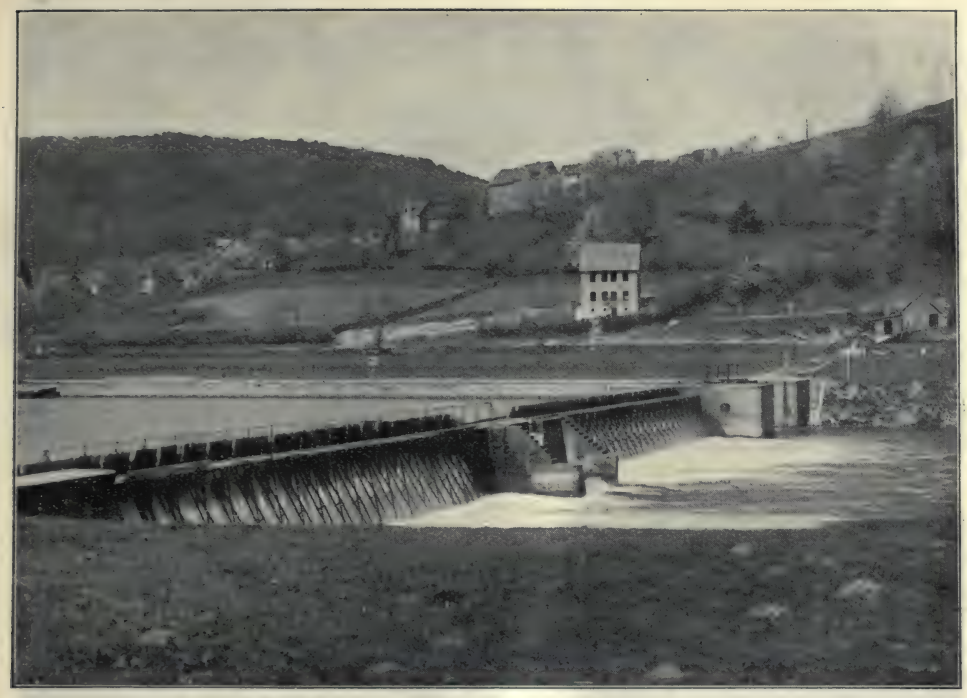
Weichsel 1888 nach der Regulierung.



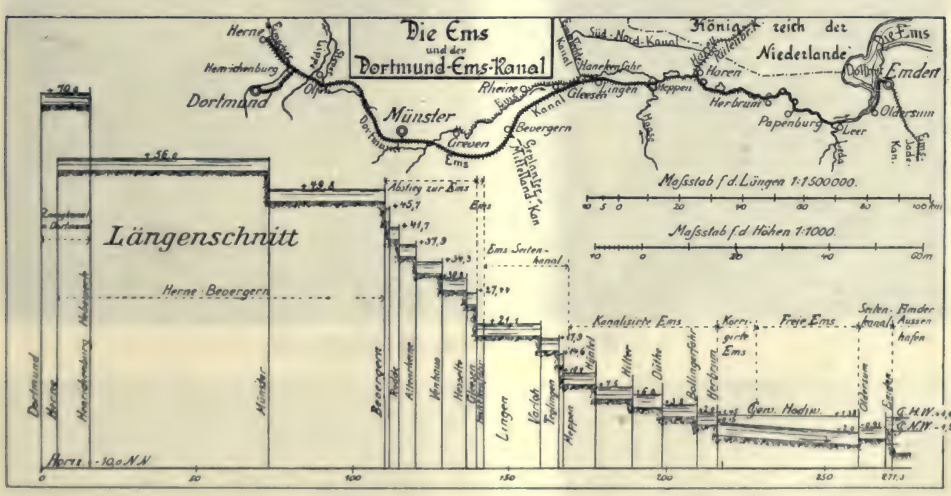
Stromquerschnitt der Oder bei Zäckerick vor und nach der Regulierung.



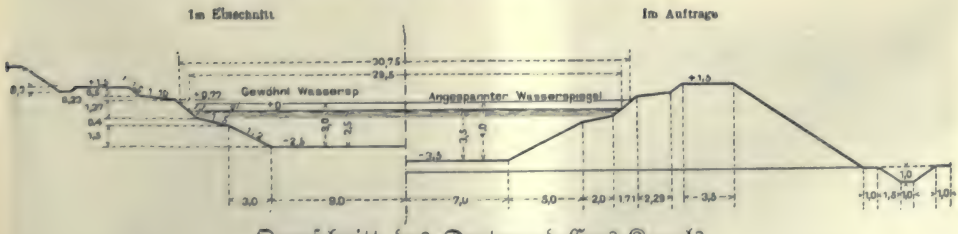
Die Saale von Halle bis zur Mündung in die Elbe.



Wehr- und Schleusenanlage in der kanalisierten Fulda.



Die Ems und der Dortmund-Ems-Kanal.

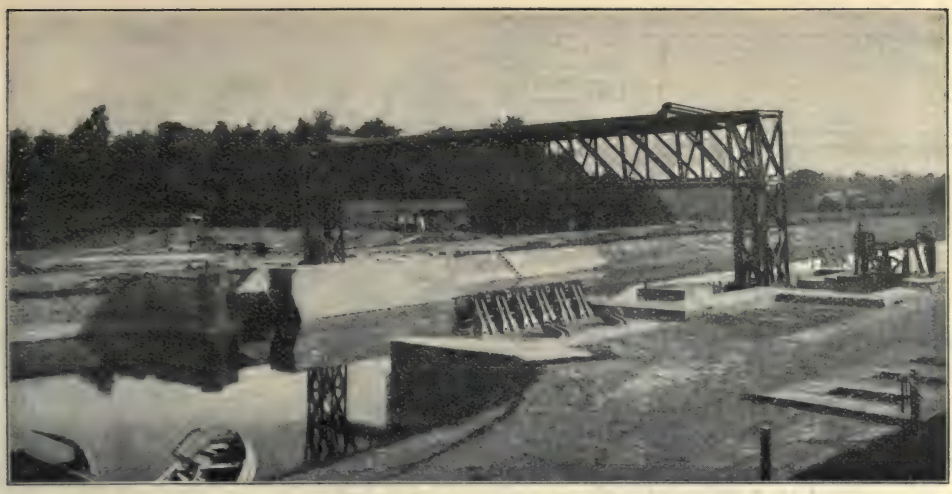


Querschnitt des Dortmund-Ems-Kanals.

Ems-Kanalbrücke.

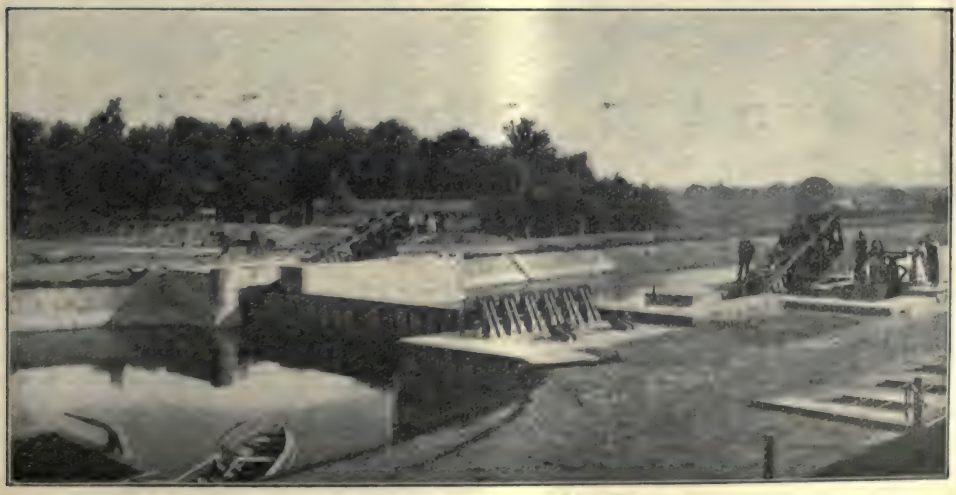
Sparschleuse bei Münster.

Emsbrücke bei Tunxdorf.

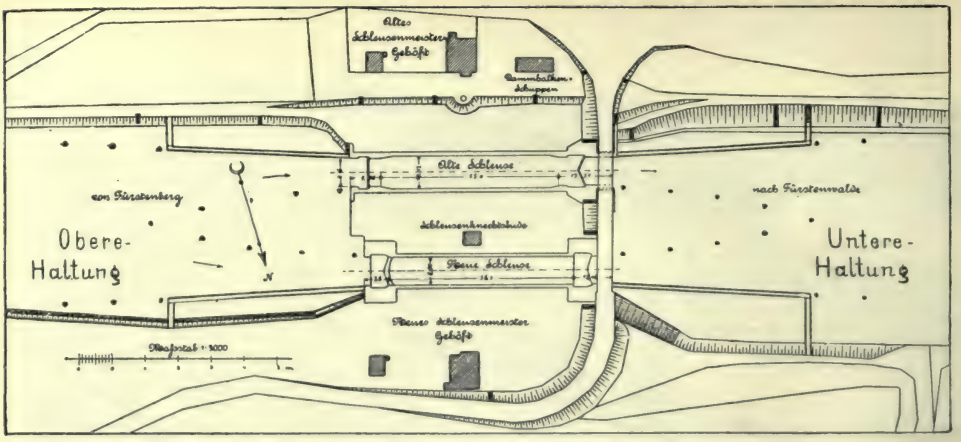


Sicherheitstor, geöffnet.

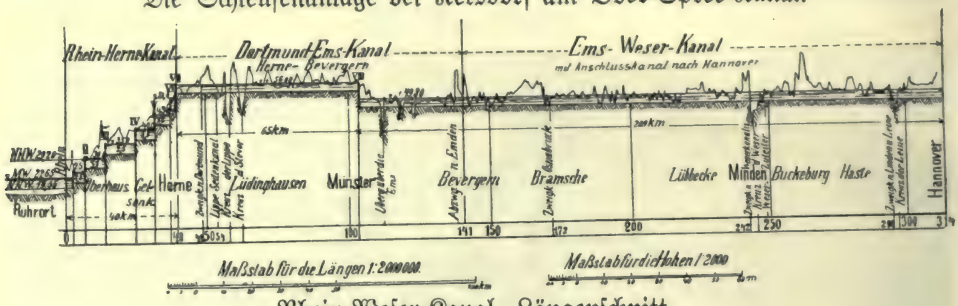
Schiffshebewerk bei Henrichenburg.



Sicherheitstor, geschlossen.



Die Schleusenanlage bei Kersdorf am Oder-Spree-Kanal.



Rhein-Weser-Kanal, Längenschnitt.

Rhein-Weser-Kanal, Lageplan.

Karte des Verkehrs auf deutschen Wasserstraßen im Jahre 1875.

Gesamtleistung 2 800 000 000 Güter-Tonnenkilometer.

Karte des Verkehrs auf deutschen Wasserstraßen im Jahre 1905.

Gesamtleistung 15000000000 Güter-Tonnenkilometer.

schnittsform nachteilig verändern würden, so kann er zwar nicht benutzt werden, um einerseits die Hochwasser kreuzender Flüsse und Bäche in erheblichem Maße aufzunehmen und andererseits in trockener Zeit große Wassermengen zur Bewässerung abzugeben. In gewissen Grenzen wird dies aber doch meist möglich sein, so daß namentlich dauernde Entsumpfungen und vorübergehende Bodenanfeuchtungen auch mit einem in erster Linie der Schiffahrt dienenden Kanal verbunden werden können.

Binnenschiffahrt.

Die Binnenschiffahrtflotte Deutschlands ist sehr bedeutend und hat sich, teils infolge der Verbesserung und Ergänzung des Wasserstraßennetzes, teils infolge der allgemeinen Hebung des wirtschaftlichen Lebens in den letzten Jahrzehnten außerordentlich vermehrt. Nach den Aufzeichnungen der Reichsstatistik läßt sich folgende Übersicht herstellen, die den Schiffsbestand am 31. Dezember 1877 und 1902 angibt:

Vergleichende Übersicht über den Bestand der deutschen Fluß-, Kanal-, Haff- und Küstenschiffe am 31. Dezember 1877 und 1902.

	1877		1902	
a) **Segel- und Schleppschiffe** mit einer Tragfähigkeit von:				
10 bis unter 50 Tonnen	7140	14957	5607	10443
50 „ „ 100 „	5570		3299	
100 „ „ 150 „	2247		1537	
150 „ „ 200 „	832	1293	2370	5601
200 „ „ 250 „	461		3231	
250 „ „ 300 „	239	623	1067	3981
300 „ „ 400 „	267		1505	
400 „ „ 500 „	87		772	
500 „ „ 600 „	30		637	
600 „ „ 700 „	18	20	414	1105
700 „ „ 800 „	2		278	
800 „ „ 900 „	—		213	
900 „ „ 1000 „	—		200	
1000 „ „ 1200 „	—		204	556
1200 „ „ 1400 „	—		118	
1400 und mehr:	—		234	
Zusammen:		16893 m. Tragf. von 1 346 005 t		21686 m. Tragf. von 4 732 708 t
Dazu Schiffe, von denen die Tragfähigkeit nicht angegeben	+	190	+	549
Überhaupt:		**17083**		**22235**
Es beträgt daher die durchschn. Tragfähigkeit		= rd. **80** t		= rd. **220** t
b) **Dampfschiffe**	570[1]) davon 269 Personendampfschiffe		2604[2]) davon 1 192 Personendampfschiffe	
Es waren daher vorhanden insgesamt	17653 Segel-, Schlepp- und Dampfschiffe mit einer Gesamttragfähigkeit von rund 1 400 000 t.		24 839 Segel-, Schlepp- und Dampfschiffe mit einer Gesamttragfähigkeit von rund 5 000 000 t Steigerung gegen 1877 41 bzw. 257 v. H.	

Danach ist die Zahl der Schiffe von 17 653 im Jahre 1877 auf 24 839 im Jahre 1902, also um 41 Prozent, die Tragfähigkeit aber von rund 1 400 000 Tonnen auf 5 000 000 Tonnen, also um 257 Prozent gestiegen. Die Vermehrung hat demnach we-

[1]) Davon 447 mit einer Gesamttragfähigkeit von 31217 t und 123 Schiffe ohne Angabe der Tragfähigkeit.

[2]) Davon 2263 mit einer Gesamttragfähigkeit von 144 801 t und 341 Schiffe ohne Angabe der Tragfähigkeit.

niger in der Zahl als in der Tragfähigkeit der Schiffe stattgefunden. Die letztere ist bei den für die Güterverladung hauptsächlich in Betracht kommenden Segelschiffen durchschnittlich von 80 auf 220 Tonnen, also auf beinahe das Dreifache gestiegen. Die kleinsten Schiffe bis zu 150 Tonnen Ladevermögen haben sich dagegen vermindert, sie arbeiten unwirtschaftlich und passen nicht mehr in die neuzeitlichen Verhältnisse. Dagegen hat sich die Zahl der noch leistungsfähigen Kleinschiffe mit einer Tragfähigkeit von 150—250 Tonnen (Finow-Maß), wie sie namentlich auf den märkischen und den östlichen Wasserstraßen anzutreffen sind, erheblich vermehrt. Besonders auffällig ist aber die Zunahme der großen Fahrzeuge als Folge der Verbesserung vorhandener Wasserwege und des Neubaues größerer Kanäle. Im Jahre 1877 gab es nur 20 Schiffe mit mehr als 600 Tonnen Ladevermögen, darunter keins von mehr als 800 Tonnen; im Jahre 1902 war die Zahl auf 1661 gestiegen und der größte Rheinkahn konnte mehr als 2000 Tonnen laden; heute gibt es dort sogar einige Schiffe von 3000 Tonnen Tragfähigkeit, d. h. derjenigen eines stattlichen Ozeandampfers. Überhaupt darf man die Binnenschiffahrtsflotte im Verhältnis zur Seehandelsflotte nicht unterschätzen. Die am 31. Dezember 1902 vorhanden gewesenen deutschen Seeschiffe hatten einen Raumgehalt von rund 2 200 000 Netto-Registertonnen. Rechnet man, daß auf 1 Registertonne an mittelschwerem Gut etwa $1^1/_2$ Gewichtstonnen zu 1000 kg geladen werden können, so betrug das Ladevermögen der deutschen Seeschiffe 3 300 000 Tonnen gegen 5 000 000 Tonnen der deutschen Binnenschiffe. Letztere übertreffen also das Fassungsvermögen der Seeschiffe ganz erheblich.

Sehr beachtenswert ist auch die große Zahl der Dampfer und ihre Vermehrung in dem betrachteten fünfundzwanzigjährigen Zeitraum. Sie zeigt, in wie ausgedehntem Maße die Schiffahrt sich der neuzeitlichen mechanischen Kraft zur Fortbewegung bedient und damit die Wassergüterbeförderung hinsichtlich der Schnelligkeit und Zuverlässigkeit des Betriebes den Eisenbahnen nahebringt. Die Zahl der Dampfer hat sich von 570 mit rund 35 000 Pferdestärken auf 2604 mit rund 360 000 Pferdestärken gehoben; davon waren 269 bzw. 1192 Personendampfer, die übrigen, also 301 bzw. 1412 Güter- und Schleppdampfer. Die mühsame ältere Art der Fortbewegung der Lastenkähne durch Staken und Treideln mittels Menschen oder Pferden nimmt dagegen immer mehr ab; auch das Segeln vermindert sich auf den Flüssen und verschwindet vollkommen auf neueren Kanälen, denn die große Zahl fester Brücken, welche im Interesse des Landverkehrs in immer steigendem Maße die Wasserläufe überspannen, erschweren den poetischen und billigen, aber langsamen und unzuverlässigen Segelbetrieb erheblich. Dagegen werden die Ufer der Kanäle und Flüsse mehr und mehr durch Steindeckung, Rohr- und Weidenpflanzungen befähigt, den starken Angriff der Rad- und Schraubendampfer zu ertragen. Einen prächtigen Anblick gewährt es nicht nur, Segelschiffe in Abendbeleuchtung auf ruhiger Wasserfläche| dahingleiten zu sehen, sondern auch, wenn stattliche Dampfer mit schön geschwungenen Linien stromauffahrend die Fluten zerteilen, im Anhange eine große Zahl gewaltiger, tief beladener Eisenkähne, welche jeder den Inhalt von mehr als einem der längsten Güterzüge bergen. Und wie bricht erst der Jubel hervor, wenn auf dem Rhein, der Weser, diesem wohl schönsten deutschen Strome, oder der oberen Elbe die prächtigen Personendampfer einander begegnen und sich mit Flaggengruß und Tücherschwenken glückliche Reise wünschen. — Eine andere Art des Personenverkehrs auf den deutschen Gewässern wird zwar statistisch noch nicht erfaßt, sie nimmt aber von Jahr zu Jahr zu und bietet namentlich auf den grünumrahmten Seeflächen der Spree und Havel den Bewohnern der Reichshauptstadt oft herrliche Bilder. Das ist der Sport, der teils im Rudern, teils im Segeln gewaltige Ausdehnung gewonnen hat und an schönen Sommersonntagen Hunderte von großen und kleinen Booten auf dem Wasser erscheinen läßt. Dazu gesellen sich schon die ersten Hausboote, welche, von Ort zu Ort sich bewegend, teils Gesellschaften, teils Familien an Bord haben, die auf diese, im Auslande bereits bekanntere, in Deutschland neuartige Weise ihre Sommerfrische verleben wollen.

Wasserstraßenverkehr.

Der Bedeutung und dem Umfang der Binnenschiffahrtsflotte entspricht auch die Größe des mit den Fahrzeugen bewältigten Verkehrs. Der Personenverkehr tritt dabei erheblich zurück, denn wenn auch auf einer großen Anzahl von Flüssen und Seen rund 1200 Personendampfer verkehren, so ist dies doch gering gegenüber dem Personendienst der Eisenbahnen und gegenüber der Güterbeförderung durch die übrigen rund 21 000 Lastkähne und Dampfer. Über den Personenverkehr auf Wasserstraßen werden amtliche Erhebungen nicht gemacht, während über die Güterbewegung seit 1875 ziemlich eingehende Aufzeichnungen vorliegen, die jährlich vom Kaiserlichen Statistischen Amt veröffentlicht werden.

Hiernach hatten eine Anzahl bekannterer und bedeutenderer Orte in den verschiedenen Stromgebieten folgenden Verkehr in angekommenen und abgegangenen Gütern in den Jahren 1875 und 1905:

Ortsverkehr einiger bedeutenderer Hafenplätze in den Jahren 1875 und 1905.

	1875 Tonnen	1905 Tonnen
1. Duisburg-Ruhrort und Umgegend	2 935 000	19 462 000
2. Berlin und Charlottenburg	3 239 000	10 114 000
3. Hamburg*	799 000	7 853 000
4. Mannheim	736 000	5 296 000
5. Stettin*	514 000	2 471 000
6. Magdeburg	676 000	2 008 000
7. Ludwigshafen	129 000	1 821 000
8. Frankfurt a. M.	201 000	1 580 000
9. Kosel	5 000	1 563 000
10. Breslau	127 000	1 107 000
11. Köln	258 000	1 095 000
12. Mainz	132 000	1 075 000
13. Düsseldorf	140 000	1 019 000
14. Rüdersdorf	683 000	996 000
15. Dresden	196 000	973 000
16. Gustavsburg	121 000	868 000
17. Bremen*	277 000	856 000
18. Danzig*	582 000	749 000
19. Emden	2 000	699 000
20. Königsberg*	88 000	622 000
21. Memel*	374 000	462 000
22. Lübeck*	29 000	382 000
23. Oberlahnstein	151 000	330 000
24. Regensburg	41 000	244 000
25. Passau	143 000	116 000
26. Nürnberg	94 000	43 000

Aus diesen Zahlen ist zu entnehmen, daß der Schiffsgüterverkehr der meisten erwähnten Orte ein ganz erheblicher ist, und daß er mit wenigen Ausnahmen (Passau und Nürnberg) von 1875 bis 1905 zugenommen hat, meist sogar in außerordentlichem Maßstabe. Der Schiffsgüterverkehr vieler Städte ist ebenso bedeutend wie der Eisenbahngüterverkehr, z. B. auch in Berlin-Charlottenburg, trotzdem hier lediglich die als Fluß unbedeutende Spree zur Verfügung steht, während andererseits eine große Anzahl erstklassiger Eisenbahnlinien in gewaltigen Bahnhofsanlagen dem Warenaustausch dienen.

*) Ohne Seeverkehr.

Zusammenstellung 1: Güterverkehr auf den deutschen Binnenwasserstraßen im Jahre 1905 (ausschließlich der auch von Seeschiffen befahrenen Flußmündungen).

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Wasserstraßen	Länge der Wasserstraßen	Güter angekommen Tonnen	Güter abgegangen Tonnen	Geleistete Netto-Tonnen-km	Kilometrischer Verkehr (Umlauf) Tonnen	Mittlere Transportentfernung km	Verhältniszahlen des kilometrisch. Verkehrs km
	A. Wasserstraßen, auf denen eine Zählung des Verkehrs stattfindet. — Hauptzusammenstellung.							
1	Memel-Gebiet	317	970 000	460 000	140 000 000	442 000	—	—
2	Pregel-Gebiet	392	670 000	280 000	61 000 000	156 000	—	—
3	Passarge- und Elbingstrom-Gebiet	162	200 000	200 000	5 000 000	31 000	—	—
4	Weichsel-Gebiet	353	790 000	450 000	204 000 000	578 000	—	—
5	Oder-Gebiet	1327	1930 000	4 600 000	1 660 000 000	1 251 000	—	—
6	Ostsee, westlich der Oder	89	230 000	260 000	25 000 000	281 000	—	—
7	Märkische Wasserstraßen	1243	12 110 000	6 600 000	1 590 000 000	1 279 000	—	—
8	Elbe-Gebiet	1093	7 640 000	7 350 000	3 649 000 000	3 339 000	—	—
9	Weser-Gebiet	644	470 000	710 000	184 000 000	286 000	—	—
10	Jade-Gebiet	70	50 000	10 000	3 000 000	43 000	—	—
11	Ems-Gebiet	332	1 090 000	1 090 000	239 000 000	720 000	—	—
12	Rhein-Gebiet (einschl. Main-Donau—Kanal)	2480	2 920 000	23 870 000	6 986 000 000	2 817 000	—	—
13	Bodensee	—	270 000	370 000	13 000 000	—	—	—
14	Donau-Gebiet	951	380 0000	150 000	51 000 000	54 000	—	—
	Zusammen und im Durchschnitt rund	9450	55 800 000	46 400 000	14 810 000 000	1 567 000	290	—
	B. Die Hauptströme ohne deren sonstiges Gebiet.							
1	Memel, von der russ. Grenze bis Memel	160	—	—	103 000 000	650 000	—	5
2	Weichsel, von der russ. Grenze bis Danzig	239	—	—	170 000 000	700 000	—	6
3	Oder, von Kosel bis Stettin	641	—	—	1 433 000 000	2 200 000	—	19
4	Elbe, von der österr. Grenze bis Hamburg	621	—	—	3 584 000 000	5 800 000	—	46
5	Weser, von Münden bis Bremen	367	—	—	176 000 000	480 000	—	4
6	Rhein, von Kehl bis zur holländ. Grenze	570	—	—	6 493 000 000	11 400 000	—	95
7	Donau, von Ulm bis zur österr. Grenze	387	—	—	46 000 000	120 000	—	1
	Zusammen und im Durchschnitt rund	3000	—	—	12 005 000 000	4 000 000	—	—
	C. Sämtliche deutsche Wasserstraßen (einschließlich derjenigen, auf denen eine Zählung nicht stattfindet, letztere schätzungsweise).							
	Wasserstraßen, Güterverkehr	10 000	56 400 000[1])	47 000 000[1])	15 000 000 000	1 500 000	290	10

[1]) Darunter 20 000 000 t Einfuhr und 10 600 000 t Ausfuhr über die Grenzen des Verkehrsgebietes.

Zusammenstellung 2: Bemerkenswerte Vergleiche gestattet die folgende Zusammenstellung.

Vergleichende Zusammenstellung über den Güterverkehr auf den deutschen Wasserstraßen und Eisenbahnen bzw. auf den französischen Wasserstraßen für die Jahre 1875 und 1905.

Jahr	Länge der Verkehrswege		Menge der Güter		Geleistete Netto-Tonnenkilometer		Kilometrischer Verkehr		Mittlere Transportentfernung
	km	Zunahme in Proz.	angekommen Tonnen	abgegangen Tonnen	Tonnen-km	Zunahme in Proz.	Tonnen	Zunahme in Proz.	km
A. Güterverkehr auf sämtlichen deutschen Binnenwasserstraßen (ausschließlich der auch von Seeschiffen befahrenen Flußmündungen).									
1875	10 000	—	11 000 000	9 800 000	2 900 000 000	—	290 000	—	280
1905	10 000	—	56 400 000	47 000 000	15 000 000 000	417	1 500 000	417	290
B. Güterverkehr auf den sieben deutschen Hauptströmen.									
1875	3 000	—	—	—	1 763 000 000	—	590 000	—	—
1905	3 000	—	—	—	12 005 000 000	581	4 000 000	581	—
C. Güterverkehr auf sämtlichen deutschen Eisenbahnen.									
1875	26 500	—	83 500 000	83 500 000	10 900 000 000	—	410 000	—	125
1905	54 400	105	291 000 000	297 700 000	44 600 000 000	309	820 000	1000	151
D. Anteil am Gesamt-Güterverkehre Deutschlands.									
1875: 10000 km Wasserstraßen: 21 v. Hdt.; 26500 km Eisenbahnen: 79 v. Hdt.									
1905: 10000 km Wasserstraßen: 25 v. Hdt.; 54400 km Eisenbahnen: 75 v. Hdt.									
E. Güterverkehr auf sämtlichen französischen Binnenwasserstraßen.									
1875	10 800	—	15 800 000[1])	15 800 000[1])	1 960 000 000	—	182 000	—	125[1])
1905	12 100	12	33 300 000[2])	33 300 000[2])	4 970 000 000	154	411 000	126	149

[1]) Für 1875 geschätzt nach der bekannten Zahl der Tonnenkilometer und der Verkehrslänge der folgenden Jahre.
[2]) Für 1905 berechnet aus der bekannten Zahl der Tonnenkilometer und der Verkehrslänge des Jahres 1905 (nach Angaben von Laffitte).

Noch deutlicher erscheinen Umfang und Bedeutung der deutschen Binnenschiffahrt, wenn ihre Gesamtleistung an der Hand der hierzu allerdings bisher wenig geeigneten, seit 1910 aber besser ausgestalteten Reichsstatistik ermittelt und dargestellt wird. Dies ist unter Zuhilfenahme von sonstigen örtlichen Verkehrsaufzeichnungen und geeigneten Zwischenrechnungen für eine Reihe von Jahren durchgeführt und das Ergebnis wurde nicht nur zahlenmäßig, sondern auch zeichnerisch dargestellt.

Die Leistung von 1905 ist aus vorstehender Zusammenstellung zu ersehen.

In den Zusammenstellungen ist, abweichend von den früher gemachten Angaben, die Länge der Wasserstraßen nicht auf 13 800, sondern nur auf 10 000 km bemessen. Dies kommt daher, daß auf den auch von Seeschiffen befahrenen Strommündungen regelrechte Aufzeichnungen des eigentlichen Binnenschiffahrtverkehrs nicht stattfinden; auf anderen fehlt letzterer ganz oder ist so schwach, daß er ebenfalls nicht vermerkt wird. Die Länge der wirtschaftlich erwähnenswerten Binnenwasserwege beträgt daher nur rund 10 000 km; sie hat sich übrigens seit 1875 kaum verändert, denn wenn auch durch neue Kanalbauten einige hundert Kilometer hinzugetreten sind, so haben doch ältere Wasserstraßen kleinerer Abmessungen in fast gleichem Umfange ihre Verkehrsbedeutung vollkommen verloren.

Auf den erwähnten 10 000 km Wasserstraßen wurden nun im Jahre 1905 56 400 000 Tonnen angekommene und 47 000 000 Tonnen abgegangene Güter gezählt. Der Unterschied beider Zahlen rührt daher, daß mehr Güter über die Grenze ein- als ausgegangen sind. Von diesen Gewichtsmengen wurden 15 000 000 000 Tonnenkilometer auf den deutschen Wasserstraßen zurückgelegt. Der kilometrische Verkehr, d. h. die durchschnittliche Dichte oder Menge des über jeden Kilometer sich bewegenden Güterverkehrs, betrug demnach 1 500 000 Tonnen. Die mittlere Transportlänge war 290 km.

Vier Fünftel des Verkehrs, nämlich rund 12 000 000 000 Tonnenkilometer, entfielen auf die sieben großen Ströme: Memel, Weichsel, Oder, Elbe, Weser, Rhein und Donau. Die größte Güterbewegung weist der Rhein mit 6 493 000 000 Tonnenkilometern auf, also mit fast der Hälfte der Gesamtsumme. Die Elbe folgt mit 3 584 000 000 Tonnenkilometern. Auf den Rhein und die Elbe fallen demnach zwei Drittel des Gesamtwasserstraßenverkehrs Deutschlands. Die Oder weist 1 433 000 000, die Weser 176 000 000 Tonnenkilometer auf. — Der Rhein hat auf der Strecke von Ruhrort bis zur holländischen Grenze den stärksten kilometrischen Verkehr von 21 000 000 Tonnen und durchschnittlich einen solchen von rund 11 400 000 Tonnen. Die entsprechenden Zahlen für die anderen bedeutendsten Ströme sind: Elbe rund 8 000 000 bzw. 5 800 000 Tonnen, Oder rund 3 100 000 Tonnen bzw. 2 200 000 Tonnen.

Zieht man an der Hand der zweiten Zusammenstellung Vergleiche zwischen dem Verkehr der Jahre 1875 und 1905, so zeigt sich zahlenmäßig die gewaltige Entwicklung, welche der Wasserstraßenverkehr Deutschlands in diesen 30 Jahren genommen hat. Der Binnenschiffahrt-Güterverkehr stieg

von 10 400 000 Tonnen*) im Jahre 1875
auf 51 700 000 Tonnen*) im Jahre 1905,

während die Zahl der Tonnenkilometer

von 2 900 000 000 im Jahre 1875
auf 15 000 000 000 im Jahre 1905,

d. h. auf mehr als das Fünffache zunahm. Dementsprechend wuchs der kilometrische Verkehr oder Umlauf im Durchschnitt sämtlicher Wasserstraßen

von 290 000 Tonnen im Jahre 1875
auf 1 500 000 Tonnen im Jahre 1905.

Die Steigerung ist eine ständige, nur durch vereinzelte ungünstige Jahre unterbrochene gewesen. Den größten Anteil hatten wiederum die sieben großen Ströme,

*) Das ist das Mittel aus der Zahl der angekommenen und abgegangenen Güter.

denn auf ihnen stieg der Verkehr von 1 763 000 000 auf rund 12 000 000 000 Tonnenkilometer. Aber auch hier ist eine Steigerung eigentlich nur auf Oder, Elbe, Weser und Rhein zu verzeichnen, d. h. auf denjenigen Strömen, deren Verkehr bei günstigen örtlichen Verhältnissen in der Lage war, sich durch Beschaffung großer Fahrzeuge und Verwendung guter Betriebseinrichtungen neuzeitlichen Forderungen anzupassen. Einen verhältnismäßig gleichen Aufschwung zeigen indes auch die wenigen, in größeren Abmessungen hergestellten Kanäle und kanalisierten Flüsse. So ist der kilometrische Verkehr gestiegen

auf dem	von 1875 von	bis 1905 bis	d. h. auf das
Plauer Kanal	272 000 Tonnen	1 598 000 Tonnen	6fache
östlichen Ende des Friedrich-Wilhelm- bzw. des Oder-Spree-Kanals . . .	145 000 „	2 433 000 „	17 „
kanalisierten Main bis Frankfurt . . .	382 000 „ (meist Floßholz)	2 210 000 „ (meist Schiffsgüter)	6 „

Der Dortmund-Ems-Kanal entwickelt sich ebenfalls ziemlich gut. Er wurde 1899 eröffnet und zeigte 1905, nach 6 Jahren, durchschnittlich einen kilometrischen Verkehr von 845 000 Tonnen, der in weiteren 3 Jahren, bis 1908, auf 1 584 000 Tonnen gestiegen ist.

Die meisten kleineren Wasserstraßen, künstliche wie natürliche, zeigen entweder einen Stillstand oder gar einen Rückschritt. Sie passen kaum noch in den neuzeitlichen Betrieb. Sie fristen ihr Dasein, nachdem sie durch gute Dienste in früheren Zeiten Anspruch auf Schonung des Bestehenden erworben haben.

Die zweite Zusammenstellung gibt noch Anlaß zu weiteren Vergleichen, insbesondere zu solchen mit dem Verkehr der deutschen Eisenbahnen und dem der französischen Wasserstraßen.

Im Jahre 1875 wurde auf 26 500 km Eisenbahnen ein Güterverkehr von 10 900 000 000 Tonnenkilometer bewältigt, auf den 10 000 km Wasserwegen von 2 900 000 000 Tonnenkilometern. Danach entfielen 21 Prozent des Gesamtverkehrs auf die Wasserstraßen, 79 Prozent auf die Eisenbahnen.

Der kilometrische Verkehr stellte sich auf den Wasserstraßen zu 290 000 Tonnen, auf den Eisenbahnen zu 410 000 Tonnen. Der durchschnittliche Umlauf der Wasserstraßen war demnach ein erheblicher, aber doch geringer als bei den Eisenbahnen, und zwar nach dem ungefähren Verhältnis von 10 : 14.

Im Jahre 1905 dagegen wurden auf den um 105 v. H., d. h. auf 54 400 km vermehrten Eisenbahnen 44 600 000 000 Tonnenkilometer geleistet, auf den unverändert 10 000 km langen Wasserstraßen 15 000 000 000 Tonnenkilometer. Danach entfallen von dem Gesamtverkehr 25 v. H. auf die Wasserstraßen, 75 v. H. auf die Eisenbahnen.

Der kilometrische Verkehr stellte sich bei den Wasserstraßen auf 1 500 000 Tonnen, bei den Eisenbahnen auf 820 000 Tonnen. Der durchschnittliche Umlauf auf den Wasserstraßen übertrifft daher nunmehr denjenigen auf den Eisenbahnen erheblich; beide standen 1905 im Verhältnis von 10 : 5,5.

Aus dem Vergleich der Jahre 1875 und 1905 ist also ersichtlich, daß trotz der starken Vermehrung der Eisenbahnen der Anteil der Wasserwege an der Güterbewegung Deutschlands im Steigen begriffen ist. Er wuchs von 21 auf 25 v. H., und während der kilometrische Verkehr auf den Eisenbahnen sich verdoppelte, verfünffachte er sich auf den Wasserstraßen. Dabei ist zu beachten, daß einerseits die neu hinzugekommenen Eisenbahnen, zum Teil Nebenbahnen, vielfach nur einen verhältnismäßig geringen Verkehr haben und den Durchschnittssatz des Eisenbahnumlaufs daher hinabdrücken, daß aber auch andererseits der größte Teil der 10 000 km Wasserstraßen kaum noch als neuzeitlicher Verkehrsweg angesehen werden kann, und deshalb, wie bereits oben ausgeführt, nur eine mäßige Steigerung oder gar Abnahme der ohnehin geringen Transportmengen aufzuweisen hat.

Von dem Umfange der heutigen Güterbewegung auf den deutschen Wasserstraßen zeugt übrigens in allgemein verständlicher Weise die Tatsache, daß er größer ist als der Güterverkehr auf sämtlichen deutschen Eisenbahnen im Jahre 1881.

Bei diesen Betrachtungen darf indes nicht übersehen werden, daß die absolute Verkehrszunahme bei den $5^1/_2$mal längeren Eisenbahnen erheblich größer war als bei den Wasserstraßen. Denn während diese eine Verkehrssteigerung von 12,1 Milliarden Tonnenkilometern zu verzeichnen hatten, wiesen die deutschen Eisenbahnen die außerordentliche und in keinem anderen Lande Europas erreichte Zunahme von 33,7 Milliarden Tonnenkilometern auf. Daraus darf auf ein nach beiden Seiten hin günstiges Zusammenwirken von Eisenbahnen und Wasserstraßen in Deutschland geschlossen werden.

Wie bereits erwähnt, wird Deutschland hinsichtlich des Umfanges der Binnenschiffahrt nur durch Rußland, die Vereinigten Staaten von Nordamerika und China übertroffen. Ein unmittelbarer Vergleich mit diesen Ländern verbietet sich aber schon durch den gewaltigen Größenunterschied der genannten Staaten mit Deutschland. Dagegen erscheint ein solcher wohl zulässig mit Frankreich, dem seit Jahrhunderten klassischen Lande entwickelter Binnenschiffahrt und planmäßigen Kanalbaues. Aus diesem Vergleich ergibt sich, daß im Jahre 1875 auf 10 800 km französischer Wasserstraßen rund 2 000 000 000 Tonnenkilometer oder durchschnittlich 182 000 Tonnenkilometer auf jedem Kilometer gefahren wurden. Die Leistung der deutschen Wasserstraßen entsprach also damals bereits dem anderthalbfachen der französischen Schiffsgüterbewegung; die Überlegenheit wuchs noch ständig, und heute hat der deutsche Verkehr den dreifachen Umfang des französischen, denn, während in Deutschland auf den unverändert 10 000 km langen Wasserstraßen- 1905 15 000 000 000 Tonnenkilometer oder auf 1 km 1 500 000 Tonnenkilometer gefahren wurden, betrug die französische Leistung bei 12 100 km Länge nur rund 5 000 000 000 Tonnenkilometer oder rund 400 000 Tonnenkilometer auf 1 km. Damit sollen indessen die französischen Wasserstraßen nicht heruntergesetzt werden. Auf einigen Kanälen findet sogar eine so starke Güterbewegung statt, wie wir sie auf künstlichen Wasserwegen nicht aufzuweisen haben. Auch konnte nur das reichliche Vorkommen von Kohle und Eisenerz, begünstigt durch andere Umstände, den gewaltigen Massenverkehr zeitigen, der heute in Deutschland Eisenbahnen und Wasserstraßen belebt. In Frankreich fehlen diese ersten Vorbedingungen zu gleicher Entwicklung; hiervon abgesehen, hat der französische Wasserverkehr verhältnismäßig fast die gleiche Bedeutung wie bei uns; er hat sich ständig vermehrt, und sein Anteil an der Gesamtgüterbewegung betrug 1875 19,4 v. H. und ist seitdem ständig bis auf 23,5 v. H. im Jahre 1905 gestiegen.

Wirtschaftlicher Nutzen.

Der wirtschaftliche Nutzen der Wasserstraßen auf dem Gebiete des Verkehrswesens läßt sich im wesentlichen folgendermaßen umschreiben:

Ermäßigung der Transportkosten,
Entlastung der Eisenbahnen,
Dezentralisierung der Industrie und Förderung der Erwerbstätigkeit.

Ermäßigung der Transportkosten.

Der Hauptvorzug der Wasserstraßen vor allen anderen Verkehrswegen besteht in in den niedrigeren Beförderungskosten. Diese sind teils darin begründet, daß die natürlichen Wasserstraßen, die Flüsse und Seen, vorhanden sind und nicht erst mit großen Kosten hergestellt zu werden brauchen. Nur für verbesserten Ausbau zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit wurden nicht unerhebliche Summen ausgegeben, die aber nicht annähernd die Beträge erreichen, welche für den Bau einer Eisenbahn oder eines künstlichen Kanals aufgewendet werden müssen. Sodann beruht die Billigkeit des Wassergüterverkehrs auf der Einfachheit und Leichtigkeit, mit der sich der Schiffahrtbetrieb

vollzieht. Ein einziges Fahrzeug faßt den Inhalt eines ganzen Güterzuges, ja oft deren mehrere, und der vom Dampfer gezogene Lastkahn gleitet, an allen Punkten gleichmäßig vom Wasser gestützt, ohne erheblichen Widerstand durch das flüssige Element; die Talfahrt auf Strömen vollzieht sich sogar meist von selbst. Nicht ganz so günstig sind allerdings die Verhältnisse bei Kanälen, trotz gleichfalls niedriger Betriebskosten. Ein Kilometer der neuen, sehr leistungsfähigen und für große Schiffe zugänglichen Kanäle kostet in der Regel erheblich mehr als ein Kilometer Eisenbahn, und diese großen Summen müssen sich verzinsen. Ersparnisse gegenüber dem Bahntransport sind daher in der Regel nur zu erwarten, wenn der demnächstige Verkehr nach Millionen Tonnen jährlich geschätzt werden kann. Die wirklich bezahlten Schiffsfrachtkosten schwanken sehr, je nach der Leistungsfähigkeit der Wasserstraße, der Größe der Fahrzeuge, der Länge des Transportweges, der Jahreszeit, der Art der Güter usw. Auf dem bisher abgabenfreien Rhein betragen sie oft nicht mehr als 0,3 Pf. für 1 Tonnenkilometer, d. h. also für die Beförderung einer Last von 1000 Kilogramm auf 1 Kilometer Länge. Dagegen steigt die Fracht in anderen Verkehrsbeziehungen auf $2^1/_2$ Pf./Tonnenkilometer und mehr. Auf neueren Kanälen wird man einschließlich Abgaben zur vollen Verzinsung des Baukapitals und Nebenkosten mit Durchschnittsfrachten von etwa $1^1/_4$ Pf./Tonnenkilometer rechnen und als Mittelsatz für sämtliche, in Deutschland sich vollziehende Binnenschiffsversendungen etwa 1 Pf./Tonnenkilometer ansehen können. Darin sind die auf die Schiffahrt entfallenden Kosten für Verbesserung und Unterhaltung aller natürlichen und künstlichen Wasserstraßen einbegriffen. Demgegenüber wurden in Deutschland auf den Eisenbahnen im Jahre 1907 durchschnittlich 3,94 Pf. für 1 Tonnenkilometer Güterbeförderung bezahlt. Berücksichtigt man jedoch nur die den Wasserstraßen meist zufallenden gröberen Massengüter, so mußten diese nach Spezialtarif III 3,10 Pf. und nach den noch billigeren Ausnahmetarifen 2,57 Pf. bezahlen. Man kann daher wohl annehmen, daß für Verfrachtungen, die bei Nichtvorhandensein von Wasserstraßen durch die Eisenbahn hätten bewirkt werden müssen, durchschnittlich etwa rund 2,8 Pf. für 1 Tonnenkilometer hätten bezahlt werden müssen. Dieser Satz muß aber zur Anstellung eines wirtschaftlichen Vergleichs noch etwas, ungefähr auf 2,5 Pf. ermäßigt werden, weil die gesamten deutschen Eisenbahnen im Jahre 1907 nicht nur die üblichen Zinsen von 4 v. H. des Anlagekapitals abgeworfen haben, sondern 5,6 v. H. Den durchschnittlichen Schiffahrtskosten von 1 Pf. stehen daher Eisenbahnkosten von 2,5 Pf. gegenüber. Hieraus ergibt sich, daß in Deutschland der Eisenbahntransport unter gleicher Voraussetzung landesüblicher Verzinsung der Baukosten und Deckung aller Betriebsausgaben durchschnittlich reichlich doppelt so teuer ist als der Schiffstransport. In jedem Einzelfalle trifft dies natürlich nicht zu, zumal die Benutzung des Wasserweges vielfach nicht unmittelbar, sondern nur mit teilweiser Inanspruchnahme der Eisenbahnen im Umschlagverkehr möglich ist. Jedenfalls ergibt sich aber aus obiger Betrachtung sehr deutlich, daß die Wasserstraßen im allgemeinen eine sehr billige Beförderung erlauben und daher für die deutsche Volkswirtschaft einen erheblichen Wert darstellen, der sich, in Kapital ausgedrückt, auf Milliarden Mark beläuft.

Entlastung der Eisenbahnen.

In immer höherem Maße steigen die Kosten für den Umbau stark belasteter Eisenbahnlinien. Denkt man nur an die Ausgaben für die Umänderung zahlreicher großer Bahnhöfe, wie Köln, Hannover, Frankfurt a. M., Leipzig, Dortmund, Düsseldorf, Dresden, Nürnberg usw., an die Vermehrung der Gleise, die Anlage von Zentralweichenanlagen, die Unter- und Überführung der Landwege und städtischen Straßen an Stelle bisheriger ebenerdiger Kreuzungen usw., so wird man den Wunsch begreiflich finden, daß wenigstens auf den meist in Anspruch genommenen Strecken eine Entlastung von stetig steigendem Verkehr stattfinden möge. In diesem Sinne wirken bereits viele vorhandene Wasserstraßen, namentlich der Rhein, und zwar nicht zum Nachteil der Eisenbahnen, denn was sie etwa an Einnahmeverlust im Massenverkehr erleiden, wird

ihnen durch Mehrzuführung höherwertiger Güter und Fabrikate ersetzt. Bringen doch die Eisenbahnen gerade dort die höchsten Erträge, wo Eisenbahnen und Wasserstraßen zusammenwirken. Kein Staatsbahnnetz liefert solche Überschüsse wie das preußische, obgleich oder weil Preußen die verhältnismäßig lebhafteste Binnenschiffahrt aufzuweisen hat.

Dezentralisierung der Industrie und Förderung der Erwerbstätigkeit.

Die Wasserstraßen sind durch Gewährung billiger Frachten in besonderem Maße geeignet, die gewerbliche Entwicklung zu fördern und der Industrie so günstige Ansiedlungsbedingungen zu bieten, daß sie nicht nötig hat, sich in den großen Industriebezirken zu konzentrieren, in denen die Roh- und Brennstoffe gewonnen werden. Sie tragen somit zur Dezentralisierung und zur Verhinderung der Ansammlung großer Arbeitermassen bei. Daß dies auch tatsächlich der Fall ist, zeigt eine Reihe von Beispielen an vorhandenen Schiffahrtwegen, deren Verhältnisse eingehend untersucht worden sind. Das Ergebnis dieser Untersuchungen, das als besondere, durch viele Karten erläuterte Denkschrift der preußischen Gesetzesvorlage über die Herstellung und den Ausbau von Wasserstraßen vom 9. April 1904 beigegeben war, bestätigt die Anziehungskraft der Wasserstraßen auf gewerbliche Anlagen, und zwar in gleicher Weise auf Betriebe, die der Land- und Forstwirtschaft nahestehen, wie auf die meisten übrigen Gruppen gewerblicher Tätigkeit.

Der Denkschrift werden hier nur die zahlenmäßig auf Grund der Gewerbe- und Berufszählungen im Deutschen Reiche erbrachten Nachweise entnommen,

1. daß die Zahl der Erwerbstätigen des Jahres 1895 in den (wichtigsten) Gewerbeabteilungen B und C auf 1 qkm durchschnittlich in den an Wasserstraßen belegenen Kreisen doppelt so groß war wie in den übrigen Kreisen (26 zu 13 Erwerbstätige auf 1 qkm),
2. daß die Zunahme an Erwerbstätigen von 1882 bis 1895 in den an Wasserstraßen belegenen Kreisen reichlich dreimal so groß gewesen ist wie in den übrigen Kreisen (8 zu $2^1/_2$ Erwerbstätige auf 1 qkm).

Daraus folgt, daß die Besiedlung der mit Wasserstraßen versehenen Kreise nicht nur eine stärkere ist, sondern daß die darin zu erkennende Bevorzugung seitens der Industrie gerade in neuerer Zeit trotz des immer dichter werdenden Eisenbahnnetzes besonders hervortritt.

Vielfach sind die Wasserstraßen die unmittelbare und alleinige Veranlassung zur Ausbeutung von Bodenschätzen — z. B. Kies- und Tonlagern — die zu verwerten sonst nicht lohnend sein würde; sie haben in zahlreichen Fällen eine starke Vergrößerung bestehender Anlagen herbeigeführt und nachweisbar häufig solche Betriebe ermöglicht, die sonst gezwungen gewesen wären, sich an den Gewinnungsstellen der Rohstoffe, insbesondere des Brotes der Industrie, der Kohle, anzusiedeln. Diese Wirkung der Wasserstraßen äußert sich in den letzten 20 bis 25 Jahren in verstärktem Maße, trotzdem die Eisenbahnen ein immer dichteres Netz über Deutschland spannen. Auch zeigt sich die gleiche Erscheinung in genau demselben Verhältnis im industriereichen Westen wie im industrieschwächeren Osten der Monarchie. Mögen dabei hier und da an besonders günstigen Wasserstraßenplätzen Zentralisierungen kleineren Umfanges befördert werden: eine Entlastung der großen, Millionen Menschen umfassenden Bergwerks- und Industriebezirke wird sicher geschaffen. Schon jetzt zeigt sich in den großen Städten das Bestreben, bedeutende gewerbliche Betriebe in die Umgegend zu verlegen, dabei Arbeiterdörfer mit gesunden Wohnungen, verbunden mit kleiner Garten- und Landwirtschaft zu erbauen und dadurch den schädlichen körperlichen und geistigen Einflüssen, der Massenanhäufung von Menschen entgegenzuwirken. Dieses Streben wird durch die Wasserwege außerordentlich begünstigt werden, denn diese bieten an jeder Stelle die fast gleichwertige Möglichkeit zur Anlage von Fabriken, die auf billigen Bezug oder

Versand von Massengütern angewiesen sind. Tatsächlich verlegen bestehende Werke schon jetzt größere Neuanlagen mit Vorliebe an Wasserstraßen, wie es besonders die Ufer des Rheins und die Umgegend von Berlin im einzelnen sowie die zahlenmäßigen Nachweise der erwähnten Denkschrift in allgemeinen Zügen zur Anschauung bringen.

Die neuen preußischen Wasserstraßengesetze.

Eine sehr wertvolle Ergänzung wird das deutsche Gewässernetz erfahren, wenn die auf Grund der neuesten preußischen Gesetze von 1904 und 1905 beschlossenen und augenblicklich in Ausführung begriffenen Bauten zur Verbesserung und Vervollständigung der preußischen Wasserstraßen vollendet sind. Im ganzen wurden damals für den sowohl im Schiffahrt- als auch im Landeskultur-Interesse geplanten Ausbau rund 465 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, zu denen der Staat rund 457 Millionen, die Beteiligten etwa 8 Millionen beitragen. Im einzelnen gibt die nachfolgende Zusammenstellung Aufschluß über die beabsichtigten Anlagen und ihre Kosten, während die Karte der Wasserstraßen Deutschlands die örtliche Lage angibt.

Nr.	Gegenstand	Länge in km	Gesamtkosten ℳ	Davon staatlicherseits aufzuwenden ℳ
I.	Gesetz, betreffend die Verbesserung der Vorflut in der unt. Oder, der Havel, Spree, Lausitzer Neiße und dem Bober, vom 4. August 1904.			
1.	Verbesserung der Vorflut in der unteren Oder . . .		46 976 800	41 885 800[1])
2.	Verbesserung der Vorflut- und Schiffahrtverhältnisse in der unteren Havel		11 390 000	9 835 0000
3.	Ausbau der Spree		10 449 000	9 119 200
4.	Ausbau der Lausitzer Neiße und des Bobers innerhalb der Provinz Brandenburg		2 330 000	1 864 000
	Zusammen I		71 145 800	62 684 000
II.	Gesetz, betreffend die Herstellung und den Ausbau von Wasserstraßen vom 1. April 1905.			
1.	Herstellung eines Schiffahrtkanals vom Rhein zur Weser einschließlich Kanalisierung der Lippe und Nebenanlagen, und zwar:			
	a) Schiffahrtkanal vom Rhein in der Gegend von Ruhrort oder von einem nördlicher gelegenen Punkte bis zum Dortmund-Ems-Kanal in der Gegend von Herne (Rhein-Herne-Kanal), einschließlich eines Lippe-Seitenkanals von Datteln nach Hamm.	75,7	74 500 000	
	b) Verschiedene Ergänzungsbauten am Dortmund-Ems-Kanal in der Strecke von Dortmund bis Bevergern	(1,8)	6 150 000	
	c) a. Schiffahrtkanal vom Dortmund-Ems-Kanal in der Gegend von Bevergern zur Weser in der Gegend von Bückeburg mit Zweigkanälen nach Osnabrück und Minden, einschließlich der Herstellung von Staubecken im oberen Quellgebiet der Weser und der Vornahme einiger Regulierungsarbeiten in der Weser unterhalb Hameln . .	126,8	8 000 000	

[1]) Außer dem bar zuzuschießenden Kostenbeitrage müssen die Beteiligten noch gewisse Beträge verzinsen und tilgen.

Nr.	Gegenstand	Länge in km	ℳ	Gesamtkosten ℳ	Davon staatlicherseits aufzuwenden ℳ
	Übertrag.				
	b. Anschlußkanal aus der Gegend von Bückeburg nach Hannover mit Zweigkanal nach Linden .	76,9	39 500 000		
	d) Kanalisierung der Lippe oder die Anlage von Lippe-Seitenkanälen von Wesel bis zum Dortmund-Ems-Kanal bei Datteln und von Hamm bis Lippstadt	102,'	14 600 000		
	e) Verbesserung der Landeskultur in Verbindung mit den Unternehmungen unter a bis d und dem bereits ausgeführten Dortmund-Ems-Kanal unter Heranziehung der Nächstbeteiligten nach Maßgabe der bestehenden Grundsätze .	—	5 000 000		
	zusammen Kanal vom Rhein zur Weser einschließlich der Kanalisierung der Lippe und Nebenanlagen . .	381,5		250 750 000	250 750 000 [2])
2.	Herstellung eines Großschiffahrtweges Berlin—Stettin (Wasserstraße Berlin—Hohensaathen)	99,5		43 000 000	43 000 000 [2])
3.	Verbesserung der Wasserstraße zwischen Oder und Weichsel, sowie der Warthe von der Mündung der Netze bis Posen	385,0		21 175 000	21 175 000 [2])
4.	Kanalisierung der Oder von der Mündung der Glatzer Neiße bis Breslau sowie Versuchsbauten auf der Strecke von Breslau bis Fürstenberg a. d. O. und Anlage eines oder mehrerer Staubecken	69,0		19 650 000	19 650 000 [2])
	Zusammen II	935,0		334 575 000	334 575 000
III.	Gesetz, betreffend Maßnahmen zur Regelung der Hochwasser-, Deich- und Vorflutverhältnisse an der oberen und mittleren Oder vom 12. August 1905			60 000 000	60 000 000 [3])
			Insgesamt	465 720 800	457 259 000

Anlagen für die Landeskultur.

Die zu I und III bezeichneten Anlagen dienen fast lediglich Vorflutverbesserungen im Interesse der Landeskultur an den in Betracht kommenden Flüssen Oder, Havel, Spree, Lausitzer Neiße und Bober. Schweren, sich stets wiederholenden Hochwasserschäden soll mit einem Kostenaufwand von 131 Millionen Mark gründlich abgeholfen werden.

Anlagen für den Wasserstraßenverkehr.

Die übrigen 334 Millionen sollen im wesentlichen zur Herstellung neuer künstlicher und zur schiffahrtlichen Verbesserung vorhandener Flüsse und Kanäle dienen. Im

[2]) Zu diesen Ausgaben tragen die Beteiligten nicht in bar, sondern in Form von sehr erheblicher Gewährsleistung bestimmter Einnahmen bei. Nur Bremen hat sich verpflichtet, von den 250 750 000 Mark für den Rhein-Weser-Kanal 6 600 000 Mark bar beizusteuern.

[3]) Der Anteil der Beteiligten wird erst später festgestellt.

ganzen werden dadurch 550 km Kanäle und Flußkanalisierungen neu hergestellt und 385 km vorhandene Kanäle und freie Flüsse den gesteigerten Verkehrsansprüchen angepaßt. Dabei würde es am vollkommensten sein, wenn für sämtliche Wasserstraßen Deutschlands Normalabmessungen erreicht werden könnten. Davon mußte indes Abstand genommen werden, weil das Bedürfnis des Ostens die großen 600-Tonnen-Schiffe des Dortmund-Ems-Kanals zurzeit nicht bedingt, und einige neuere Anlagen östlich von Berlin, wie der Oder-Spree-Kanal, die Kanalisierung der oberen Oder und die Regulierung der Netze, entsprechend den Schiffahrtverhältnissen der anschließenden natürlichen Wasserstraßen, in kleineren Abmessungen zur Ausführung gebracht sind. Nach dem Gesetz werden die westlich von Hannover geplanten Anlagen und der Berlin-Stettiner-Kanal für 600-Tonnen-Schiffe annähernd in den Abmessungen des Dortmund-Ems-Kanals, die an der Oder und östlich davon vorgesehenen Bauten dagegen für 400-Tonnen-Schiffe ungefähr mit den Maßen des Oder-Spree-Kanals zur Ausführung gelangen. Bei den Bauausführungen des ostdeutschen Wasserstraßennetzes werden indes alle Einrichtungen so getroffen, daß sie der späteren Umwandlung für 600-Tonnen-Schiffe nicht im Wege stehen. Damit ist die Möglichkeit vorhanden, bei eintretendem Bedürfnis — ohne erhebliche Mehrkosten für demnächst nutzlos werdende Anlagen — das preußisch-deutsche Wasserstraßennetz in seinen Hauptzügen durchgängig für 600-Tonnen-Schiffe einheitlich auszugestalten.

Ferner ist durch ein preußisches Gesetz vom 14. Mai 1908 der Bau des Masurischen Schiffahrtkanals, der die Masurischen Seen mit Königsberg verbinden wird, genehmigt. Hier sollen mit einem Aufwande von 15 620 000 Mark 51,5 km neue Kanalstrecken hergestellt werden.

Die Bauzeit ist verschieden bemessen; die ersten Anlagen werden 1912, die letzten etwa 1920 vollendet werden.

Im einzelnen sei noch folgendes bemerkt:

Rhein-Weser-Kanal.

Der Rhein-Weser-Kanal gliedert sich in vier Hauptteile:

a) Rhein-Herne-Kanal einschließlich des Lippe-Seitenkanals Datteln-Hamm;
b) Ergänzungsbauten am Dortmund-Ems-Kanal;
c) Ems-Weser-Kanal mit Anschlußkanal nach Hannover;
d) Lippe-Kanal von Wesel bis Datteln und von Hamm bis Lippstadt.

Der Rhein-Herne-Kanal wird wie der ganze Rhein-Weser-Kanal im wesentlichen in den Abmessungen des Dortmund-Ems-Kanals ausgeführt, jedoch mit Rücksicht auf unregelmäßige Bergsenkungen einen Meter tiefer angelegt. Infolgedessen werden auf ihm wenigstens anfangs Schiffe von etwa 1000 Tonnen Tragfähigkeit verkehren, während der Dortmund-Ems-Kanal nominell nur für 600-Tonnen-Kähne zugänglich ist. Tatsächlich befahren ihn allerdings Schiffe von fast 800 Tonnen Ladevermögen und nach Fertigstellung der unter b) erwähnten Ergänzungsbauten und erweiterten, bereits genehmigten Schleppzugschleusen können noch größere Fahrzeuge ausnahmsweise zugelassen werden. Der Rhein-Herne-Kanal beginnt in Duisburg-Ruhrort und steigt mit 7 Schleusen auf rund 40 km langem Wege um 33,5 m Höhe bis Herne hinauf, wo der bestehende Dortmund-Ems-Kanal erreicht und bis zu dem etwa 100 km weiter entfernten Orte Bevergern für die Fahrt nach Hannover mit benutzt wird. Der Bau des Rhein-Herne-Kanals ist insofern besonders schwierig, als dort das Gelände infolge des unter der Erde umgehenden Kohlenbergbaues im Sinken begriffen ist, und alle Bauwerke, Schleusen, Brücken, Dücker, so eingerichtet werden müssen, daß sie den Bodensenkungen ohne Schaden folgen können. Diese Umstände sowie die sonstigen örtlichen Verhältnisse in dem dicht besiedelten, von Eisenbahnen und Straßen stark durchzogenem rheinisch-westfälischen Industriegebiet bedingen, daß ein Kilometer Kanal rund 1 500 000 Mark kosten wird, d. h. ebensoviel, wie ein Kilometer des für große Kriegs- und Seehandelsschiffe bestimmten Kaiser-Wilhelm-Kanals erfordert hat oder reichlich dreimal soviel, wie man sonst für Binnenkanäle zu rechnen pflegt.

Zugleich mit dem Rhein-Herne-Kanal wird der Lippe-Seitenkanal Datteln-Hamm ausgeführt, der einerseits ebenfalls dem Schiffahrtverkehr dient, andererseits aber dazu bestimmt ist, bei Hamm Wasser aus der Lippe abzuleiten und es mit natürlichem Gefälle dem gesamten westlichen Kanalnetz zuzuführen.

Der Ems-Weser-Kanal mit Anschlußkanal nach Hannover zweigt bei Kilometer 141 vom Dortmund-Ems-Kanal bei Bevergern ab. Er verläuft ohne Unterbrechung durch eine Schleuse in fast genau östlicher Richtung, hat 173 km Länge bis zum Osthafen von Hannover und außerdem drei zusammen rund 31 km lange Zweigkanäle nach Osnabrück, nach der Weser bei Minden und nach Linden bei Hannover. Der Kanal zeichnet sich dadurch aus, daß er von allen bestehenden Kanälen die weitaus längste Haltung ohne Schleuse besitzen wird. Diese Haltung beginnt bereits bei der Schleuse in Münster am Dortmund-Ems-Kanal und hat eine Länge von 209 km. Bemerkenswert werden der große Brückenkanal sein, mit dem der Kanal bei Minden 14 m hoch über die Weser geführt, und die Schachtschleuse von 14 m Gefälle, mit der bei Minden eine Verbindung zwischen Kanal und Weser hergestellt wird. Da der Ems-Weser-Kanal über eigene Zuflüsse ausreichenden Umfanges nicht verfügt, so muß ihm Speisewasser aus der Weser zugeführt werden. Diese kann aber in trockenen Zeiten selbst kein Wasser entbehren, wenn nicht die dort bestehende und neuerdings im lebhaften Aufschwunge begriffene Schiffahrt leiden soll. Es werden deshalb im oberen Quellgebiet der Weser, an der Eder, an der Diemel und vielleicht auch noch an der Werra, große Sammelbecken, Talsperren, angelegt, in denen bei reichlichen Zuflüssen Wasser aufgespeichert und bei trockenen Zeiten wieder abgegeben werden soll. Es fließt dann zunächst der Weser zu, in dieser entlang von Münden bis Minden und wird hier, am Kreuzungspunkt mit dem Ems-Weser-Kanal, in diesen durch große Pumpen hinaufgedrückt, die mittels elektrischer Übertragung durch Wasserkraft angetrieben werden, welche 80 km entfernt an einem bei Dörverden in der Weser zu erbauenden Wehre gewonnen wird. Über diese und einige andere, an den Talsperren der Eder und Diemel zu gewinnenden Wasserkräfte und deren Verwendung zu großen landwirtschaftlichen und gewerblichen Überlandzentralen sollen zum Schluß noch einige Bemerkungen gemacht werden.

Die erst nach Vollendung des Rhein-Hannover-Kanals in Angriff zu nehmende Neukanalisierung der Lippe von Wesel bis Datteln und von Hamm bis Lippstadt wird im Zusammenhange mit dem Lippe-Seitenkanal Datteln-Hamm eine zweite große, westöstliche Schiffahrtstraße im rheinisch-westfälischen Industriegebiet schaffen, die demnächst den Rhein-Herne-Kanal entlasten und unterstützen soll.

Großschiffahrtweg Berlin—Stettin.

Zwischen Berlin und Stettin besteht bereits eine Wasserstraße, welche durch die Spree, die Havel, den Finow-Kanal und die Oder gebildet wird. Dieser Weg entspricht aber nicht mehr dem neuzeitlichen Bedürfnis; auf ihm können nur Schiffe von höchstens 200 Tonnen verkehren, und zahlreiche Schleusen erfordern einen unerwünschten Aufenthalt.

Durch den Großschiffahrtweg Berlin—Stettin soll nun eine neue Wasserstraße zwischen Berlin und Hohensaathen für Schiffe von 600 Tonnen Tragfähigkeit hergestellt werden. Dieses Unternehmen verfolgt den Zweck, die bedrohte Wettbewerbsfähigkeit Stettins gegenüber Hamburg und Lübeck in der Provinz Brandenburg und im Elbegebiet zu erhöhen. Hamburg ist durch die Erbauung des Kaiser-Wilhelm-Kanals, die Verbesserung der Elbe und der märkischen Wasserstraßen — besonders durch den Bau des Oder-Spree-Kanals — zu immer größerer Handelsbedeutung in denjenigen Landesteilen gelangt, die nach ihrer geographischen Lage auf Stettin als Seehafen angewiesen erscheinen, und Lübeck ist nach der Eröffnung des Elbe-Trave-Kanals in der Lage, fast unter ebenso günstigen Bedingungen wie Hamburg auf den von diesem und Stettin umstrittenen Märkten aufzutreten. Namentlich in dem Verkehr Mitteldeutschlands mit den Ostseeländern wird Lübeck Stettin erheblichen Abbruch tun können,

wenn diese Stadt nicht durch gleichwertige Wasserwege mit dem Hinterlande in Verbindung gesetzt wird.

Bemerkenswert sind bei der Ausführung die vier, dicht hintereinander befindlichen, eine sogenannte Treppe bildenden Schleusen am Ostende des Kanals bei Liepe, mit denen der Höhenunterschied zwischen der Havel und der Oder von rund 36 m überwunden wird. Ob hier einmal ein Hebewerk neben die Schleusentreppe gebaut werden wird, ist noch ungewiß.

Wasserstraße zwischen Oder und Weichsel.

Um ostwärts der Oder den ungehinderten Verkehr von Schiffen mit 400 Tonnen Tragfähigkeit zu ermöglichen, soll die durch die Warthe, Netze, den Bromberger Kanal und die Brahe gebildete Verbindung zwischen der Oder und Weichsel umgebaut werden. Die Fahrwasserverhältnisse der Weichsel gestatten bereits den Verkehr von 400-Tonnen-Schiffen bis Danzig, wenn auch nicht stets mit voller Ladung. Die erforderlichen Anlagen sollen so eingerichtet werden, daß sie auch sehr wesentliche Landeskulturzwecke erfüllen, hauptsächlich durch Hebung des Grundwassers und Bewässerung im Netzetal, sowie durch Entwässerung an der Scheitelhaltung des Bromberger Kanals.

Der 27 km lange Bromberger Kanal ist vollständig umzubauen: neue Schleusen sind anzulegen, die Scheitelhaltung ist zu senken und der Kanalquerschnitt zu vergrößern. Die Netze und Brahe sind teils durch Regulierungen, teils durch Wehr- und Schleusenanlagen dem Gesamtplan anzupassen.

Warthe.

Im Anschluß an die Wasserstraße zwischen Oder und Weichsel soll die Warthe von der Mündung der Netze bei Zantoch bis Posen durch Regulierung so weit ausgebessert werden, daß sie von Schiffen mit den Abmessungen der Oder-Spree-Kähne und einer Tragfähigkeit von 400 Tonnen, wenn auch nicht immer mit voller Ladung, befahren werden kann.

Verbesserung der Schiffbarkeit der Oder.

Es hat sich als ein großer Mißstand herausgestellt, daß Schiffe, die den auf der kanalisierten oberen Oder von Kosel bis zur Neißemündung zulässigen Tiefgang haben, vielfach nicht bis Breslau gelangen können, sondern oft mehrere Wochen in der untersten Haltung der Kanalisierungsstrecke auf höhere Wasserstände in der offenen Oder warten oder vor der Weiterfahrt an sehr ungeeigneter Stelle leichtern müssen. Deshalb soll die weitere Kanalisierung von der Glatzer Neiße bis Breslau mit einer Mindestfahrtiefe von 1,50 m zur Ausführung gebracht werden. Auch sollen zur Verbesserung der Fahrwasserverhältnisse unterhalb Breslau einige Proberegulierungen vorgenommen und im oberen Quellgebiet der Oder ein oder mehrere Sammelbecken angelegt werden. Endlich werden aus laufenden Mitteln neben den vorhandenen zwölf Einzelschleusen der bereits kanalisierten oberen Strecke zwölf Schleppzugschleusen von je 180 m nutzbarer Länge und 9,6 m Breite erbaut, welche demnächst nicht nur die bisher üblichen 400-, sondern auch 600-Tonnen-Schiffe durchgehen lassen werden.

Masurischer Kanal.

Der masurische Kanal ist bestimmt, den östlichen Verkehr der Provinz Ostpreußen, insbesondere zwischen den Masurischen Seen und Königsberg zu heben. Er wird in verhältnismäßig kleinen Abmessungen für 250-Tonnen-Schiffe erbaut.

Sonstiges vom Preußischen Wasserstraßengesetz vom 1. April 1905.

Einige Bestimmungen und Bauanlagen des Preußischen Wasserstraßengesetzes vom 1. April 1905 sind für die Neugestaltung der Binnenschiffahrt und für die wirtschaftliche Nutzung der Gewässer so eigenartig und wichtig, daß sie noch einer kurzen Besprechung unterzogen werden mögen.

Schiffahrtabgaben auf Flüssen.

Der § 19 des Gesetzes schreibt vor, daß spätestens mit Inbetriebnahme des Rhein-Weser-Kanals auf den im Schiffahrtinteresse regulierten, bisher abgabenfreien Flüssen Abgaben erhoben werden sollen, deren Ertrag einen angemessenen Ersatz für die staatlichen Aufwendungen gewährt. Da diese Vorschrift nur mit Zustimmung des Reiches verwirklicht werden kann, ist ein entsprechender Gesetzentwurf für das Reich bearbeitet und vom Bundesrat bereits einstimmig gutgeheißen, so daß er demnächst dem Reichstag zur Beschlußfassung unterbreitet werden wird. Danach soll die Erhebung von Abgaben von jetzt ab in dem bezeichneten Umfange auch auf natürlichen, nur durch Regulierung verbesserten Flußläufen zulässig sein, wie sie auch bereits bisher auf Kanälen und kanalisierten Flüssen sowie für besondere, dem Verkehr dienende Anstalten selbst auf nichtkanalisierten Flüssen erlaubt war. Diese neue Belastung der freien Flüsse mit Abgaben hat bei den Beteiligten lebhaften Widerspruch hervorgerufen, zumal die alten drückenden Flußzölle, deren Aufhebung eine Folge des deutschen Zollvereins und der Verfassung des Norddeutschen Bundes war, noch in vieler Erinnerung sind. Die Klagen über jene alten Flußzölle waren in der Tat berechtigt, denn ihre Erträge wurden weniger zu Stromverbesserungen benutzt, als zu Finanzquellen gemacht. Die Schiffahrt wurde durch sie nicht nur belastet, sondern auch wegen des Aufenthalts und der umständlichen Behandlung an den zahlreichen Hebestellen erschwert und in ihrer Entwicklung außerordentlich behindert. Dies wog um so schwerer, als die aus früherer Zeit stammenden meist kleinen Schiffsgefäße um die Mitte des vorigen Jahrhunderts den Kampf mit den neuen leistungsfähigen Eisenbahnen aufnehmen mußten. Freiheit der Schiffahrt von Zwang und Abgabe war daher eine der wichtigsten Forderungen neuzeitlichen Wirtschaftslebens. Welche wohltätigen Folgen die Aufhebung der Flußzölle im Verein mit der fast gleichzeitig einsetzenden Regulierung der Flüsse und dem sonstigen Ausbau des Wasserstraßennetzes gehabt hat, ergibt sich aus den weiter oben mitgeteilten Verkehrszahlen. Wenn hierin durch die Abgabenerhebung eine Änderung einträte, wäre es sehr zu bedauern und stände mit dem erhofften finanziellen Nutzen in gar keinem Verhältnis. Eine derartige Befürchtung ist aber, wenn das neue Gesetz im beabsichtigten Sinne ausgeführt wird, nicht anzunehmen. Im Gegenteil wird daraus hoffentlich ein neuer Aufschwung im Ausbau der heimischen Wasserstraßen abzuleiten sein, denn die meisten Volksvertretungen waren in der letzten Zeit wenig geneigt, für die Flüsse größere Aufwendungen zu machen, da die Schiffahrt dem Staate, der Allgemeinheit, keine geldliche Gegenleistung bot, wie es doch in so glänzender Weise die Eisenbahnen, die Konkurrenten der Wasserstraßen, tun. Die Zurückhaltung in der Geldbewilligung wird sich hoffentlich ändern, wenn ein Ersatz der aufgewendeten Kosten in Aussicht steht. Sichernde Bestimmungen sind namentlich in der Hauptsache getroffen, daß alle von der Schiffahrt gezahlten Abgaben wieder zur Verbesserung und Unterhaltung der Ströme verwendet werden müssen, und die bisherigen Aufwendungen unberücksichtigt bleiben sollen. Da zudem die Höhe der Abgabensätze sehr gering ist — wechselnd von zwei Hundertsteln bis zu einem Zehntel Pfennig für einen Tonnenkilometer — so ist ohne drohende Belastung der Schiffahrt deren Förderung das hoffentliche Endergebnis des viel umstrittenen Abgabenparagraphen.

Schleppmonopol auf dem Rhein-Weser-Kanal.

Fast ebenso lebhaften Widerspruch wie der § 19 hat die Bestimmung des § 18 gefunden, wonach auf dem Kanal vom Rhein nach Hannover, auf dem Lippe-Kanal und auf den Zweigkanälen dieser Wasserstraßen einheitlicher staatlicher Schleppbetrieb eingerichtet werden soll. Der Landtag hielt diese Bestimmung für erforderlich, damit auf dem Kanal die größte Leistungsfähigkeit erzielt und ein gewisser tarifischer Einfluß auf die Wasserfrachten ausgeübt werden konnte. Man befürchtet aber andererseits von dem Schleppmonopol eine Erschwerung und Verteuerung des Schiffsverkehrs.

Dem kann entgegengehalten werden, daß der Staat, der doch anerkanntermeise den gewaltigen preußischen Eisenbahnbetrieb im allgemeinen musterhaft und mit glänzendem finanziellen Erfolge führt, auch das bescheidene Schleppen der Kanalkähne zur Zufriedenheit besorgen wird. Auch muß es den meisten Verfrachtern und namentlich den zahlreichen Einzelschiffern wichtig sein, von den wechselnden Verhältnissen des Frachtenmarktes und der Willkür privater Schleppgesellschaften unabhängig, dagegen sicher zu sein, gegen mäßige, feste Gebühr jederzeit bestimmte und die Fahrzeiten genau innehaltende staatliche Schlepptraft zur Verfügung zu haben. Mit Recht beengt werden sich nur die größeren Reeder- oder Schiffahrtgesellschaften fühlen, die selbst gleichzeitig über Schleppdampfer und Lastkähne verfügen und die in der Tat bei völlig freier Schiffahrt ihren Betrieb in für sie zweckmäßigster Weise gestalten können. Voraussichtlich läßt sich hier ein Ausgleich der Interessen finden, bei dem der gesetzlich festgelegte Gedanke des einheitlichen staatlichen Schleppbetriebes gewahrt wird, ohne daß davon eine Behinderung der Verkehrsentwicklung auf dem neuen Kanal zu befürchten ist.

Ankauf von Ländereien über den Baubedarf.

Allgemeinen Beifall hat die Absicht gefunden, bei den Kanalbauten mehr Land anzukaufen, als der eigentliche Bau erfordert. Innerhalb eines Kilometers Breite zu beiden Seiten des Rhein-Weser-Kanals und des Großschiffahrtweges Berlin-Stettin ist dem Staat das Recht eingeräumt, Grundstücke zu enteignen, deren Erwerb zur Erreichung der mit dem Unternehmen in Verbindung stehenden Zwecke erforderlich ist. Zu diesem Behufe wurden für den Rhein-Weser-Kanal insgesamt rund 24 und für den Großschiffahrtweg Berlin-Stettin 2 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Der Zweck dieser Bestimmung war der, die Bodenspekulation einzudämmen, gewerblichen Ansiedelungen jederzeit günstig gelegenes Gelände für angemessenen Preis zur Verfügung stellen zu können und den Staat, welcher im wesentlichen die Kosten des Kanalbaus trägt, an der Wertsteigerung des Bodens teilnehmen zu lassen. Dies entspricht einer dringenden Forderung der Bodenreformer. Die Erfahrungen mit dem Ankauf von Gelände über den Bedarf hinaus sind bisher in jeder Beziehung günstige.

Talsperrenbauten und Wasserkraftanlagen.

Eine der bemerkenswertesten Maßnahmen bei den neuen Kanalbauten, insbesondere am Rhein-Weser-Kanal, ist deren Verbindung mit großen Talsperrenbauten und Wasserkraftanlagen, wodurch nicht nur Schiffahrtzwecke, sondern auch vielseitige Interessen weiter, im Wasserstraßenverkehr meist nicht unmittelbar beteiligter Landesteile gefördert werden sollen. Wie bereits erwähnt, werden, um die Speisung des Ems-Weser-Kanals auch in trockenen Zeiten sicher zu stellen, an der Eder und Diemel Sammelbecken, Talsperren, angelegt. Das Sammelbecken an der Eder bei dem waldeckischen Dorfe Hemhirt in der Nähe von Wildungen wird ein prächtiger Gebirgssee von 25 Kilometer Länge, 12 Quadratkilometer Fläche und 202 Millionen Kubikmeter Inhalt werden, der größte künstliche Stauweiher Europas. Mitten im Lande wird sich die Gelegenheit zur Ausübung des herrlichsten Wassersports bieten und das Waldecker Sammelbecken, zu Füßen der gleichnamigen Stammburg des waldeckischen Fürstenhauses, wird später beliebte Sommerfrischen an seinen Ufern entstehen sehen. Das Diemelsammelbecken ist zwar erheblicher kleiner von nur 20 Millionen Kubikmeter Inhalt, aber trotzdem als sehr stattliche, über das gewöhnliche Maß hinausgehende Anlage geplant. Diese mit einem Kostenaufwande von 22 Millionen Mark herzustellenden künstlichen Wasseransammlungen sollen nun in vielseitigster Weise ausgenutzt werden. Sie werden neben ihrem bereits angegebenen Hauptzweck der Kanalspeisung die schädlichen Hochwässer der Eder, Fulda, Diemel und Weser beseitigen oder wesentlich abschwächen, sie werden durch Ablassen während der trockenen

Jahreszeiten die Schiffahrtverhältnisse der Weser von Münden bis Minden, ja bis Bremen verbessern und sie schaffen sowohl an den Talsperren selbst, als auch im unteren Lauf der Flüsse Wasserkräfte, die teils zu Kanalzwecken verwendet, teils in Form elektrischen Stromes im Wesergebiet für Licht und Kraft abgegeben werden können.

Der höchste Jahresbedarf des Ems-Weser-Kanals ist zu 75 Millionen Kubikmeter ermittelt, die beiden Talsperren fassen aber 222 Millionen Kubikmeter, so daß also nicht alles von ihnen abgegebene Wasser bei Minden in den Kanal gepumpt zu werden braucht, sondern zur Verbesserung der Schiffahrtverhältnisse auch unterhalb Minden in der Weser belassen werden kann. Dadurch wird die Niedrigwassermenge des Stromes erhöht, die Wasserführung überhaupt gleichmäßiger gestaltet, so daß es sich lohnt, an einem aus landwirtschaftlichen Gründen bei Dörverden unterhalb Hoya zu erbauenden Weserwehr die nebenbei zu gewinnende Wasserkraft auszunützen. Es werden etwa 3000 Pferdekräfte ausgebaut werden können. Davon wird ein Teil mit elektrischer Hochspannung nach dem 80 Kilometer entfernten Minden geleitet und hier benutzt, um aus der Weser das nötige Speisungswasser in den Ems-Weser-Kanal zu pumpen. Der Rest soll für Landwirtschaft und Gewerbe an die anliegenden Landkreise zu billigem Preise abgegeben werden, die ihrerseits die Einzelverteilung, vielleicht auf der ganzen Strecke von Bremen bis Minden, übernehmen. Entsprechende Verträge sind bereits abgeschlossen.

In ähnlicher Weise wird es sich lohnen, unmittelbar unterhalb Münden in der Weser ein neues Wehr mit Kraftwerk zu erbauen und dafür die unvollkommenen staatlichen Mündener Mühlenanlagen an der Fulda und Weser eingehen zu lassen. Dieses neue Kraftwerk kann dann mit zwei in Hemfurt an der Edertalsperre und in Helminghausen an der Diemeltalsperre zu errichtenden Elektrizitätsanlagen durch Hochspannungsleitung verbunden werden und Kraft und Licht zu mäßigen Sätzen über ein weites, die Städte Kassel, Münden und Göttingen, das Fürstentum Waldeck und viele preußische Landkreise umfassendes Gebiet verteilen. So zeigen sich neue Wege, auf denen der Ausbau unserer Gewässer sich fruchtbringend für weite Kreise mit den verschiedenartigsten Bedürfnissen gestalten kann.

Kanalpläne bestehen beinahe überall im deutschen Vaterlande und die unzweifelhaften Vorteile, die Wasserstraßen den berührten Gegenden bieten, geben immer neuen Anlaß zu Anregungen, das Kanalnetz weiter auszubauen. Ohne die Bauwürdigkeit einzelner Linien an dieser Stelle nachprüfen zu wollen, möge eine kurze Aufzählung der meist erörterten Pläne folgen:

Umbau des Ems-Jade-Kanals für 600 Tonnen-Schiffe.

Kanal von Dörpen am Dortmund-Ems-Kanal über Campe nach Oldenburg und der Unterweser.

Verlängerung dieses Kanals von Vegesack bis zur Elbe unterhalb Hamburgs.

Verbindung des Elb-Trave-Kanals mit Kiel.

Kanal zwischen Schwerin und Wismar zur Verbindung dieses Hafens mit der Elbe.

Berlin-Rostocker-Kanal.

Kanal von der Weichsel, etwa bei Graudenz über Osterode zur Masurischen Seenkette.

Verlängerung des Rhein-Hannover-Kanals bis zur Elbe bei Magdeburg mit Anschluß von Hildesheim, Peine, und Braunschweig.

Kanal von Leipzig zur Saale oder Elbe bei Riesa.

Kanal von der Elbe bei Riesa über Senftenberg und Guben nach der Oder.

Kanal von Tschicherzig an der Oder über Obornik und Margonin zur Warthe, Netze und Weichsel.

Kanalisierung der Werra von Münden bis Wernshausen in Sachsen-Meiningen, gegebenenfalls mit Verbindung zum Main bei Bamberg.

Kanalisierung des Mains oberhalb Offenbach bis Aschaffenburg bzw. Bamberg.

Umbau des Main-Donau-(Ludwigs-)Kanals mit etwaigem Anschluß von Augsburg und München.
Ausbau der Donau von Regensburg bis Ulm.
Kanal von Krefeld nach Antwerpen und Gladbach.
Neukanalisierung der Ruhr von Ruhrort bis Mühlheim oder Hagen.
Neukanalisierung der Lahn von Oberlahnstein bis Gießen.
Kanalisierung der Mosel bis Metz und der unteren Saar.
Kanalisierung des Neckars bis Eßlingen und Kanal vom Neckar bei Neckarems nach der Donau bei Launingen.
Fortführung der Rheinschiffahrt von Straßburg über Basel bis zum Bodensee.
Verbindung des Bodensees mit der Donau.

Eine stattliche Reihe von Plänen, deren Wertung und Sichtung dringend erwünscht ist, damit Ungeeignetes nicht weiter verfolgt, Gutes dagegen um so mehr gefördert werden sollte!

Wir sind hiermit am Ende der Beschreibung der deutschen Gewässer angelangt und haben neben anderen Vorzügen besonders ihren Wert als billig arbeitende Verkehrswege kennen gelernt. Im unvermeidlichen Wettbewerb mit dem Auslande steht ein Reich, das, wie Deutschland, den überwiegenden Teil seines Bedarfs aus eigenen Rohstoffen herstellen kann, zweifellos in sich am selbständigsten und günstigsten da, wenn es im Inlande mit möglichst vielen und möglichst billigen Verkehrswegen ausgestattet ist, wenn seine einzelnen Teile sich also wirtschaftlich nahe gerückt sind. Möge daher den Wasserstraßen die Pflege erhalten bleiben, die weitblickende Staatsregierungen ihnen namentlich im letzten Halbjahrhundert angedeihen ließen, und mögen sie im Verein mit unseren vorzüglichen Eisenbahnen fortfahren, der heimischen Volkswirtschaft ihre wertvollen Dienste zu leihen!

Die deutſchen Häfen.

Von Profeſſor **B. Wittſchewsky**, Berlin.

Küſtenland und Waſſerſtraßen. Die Nordgrenze Deutſchlands bildet ein Küſtenland, das ſich nach zwei Meeren öffnet. Die Längenausdehnung dieſer Küſte iſt verhältnismäßig gering, wenn wir ſie vergleichen mit der Geſamtlänge der Grenzen des Deutſchen Reichs. Die deutſche Seekante kann nämlich mit 1900 km Erſtreckung nur etwa den vierten Teil der Geſamtgrenzen für ſich in Anſpruch nehmen, während in anderen Ländern, wie z. B. Frankreich und Italien, die Küſtenlänge gegenüber der trockenen Grenze zahlenmäßig eine ungleich größere Bedeutung hat. Die relative Kürze der deutſchen Seegrenze fällt noch mehr ins Gewicht, wenn wir Deutſchlands Flächenraum zu ihr in Beziehung ſetzen. Die Entfernung der einzelnen deutſchen Gebiete vom offenen Meer iſt entſprechend weiter, ein für die wirtſchaftliche Entwicklung nicht unweſentliches Moment. Wenn nun auch die von den Meereswogen beſpülte Strecke deutſchen Landes nicht allzugroß iſt, ſo reicht ſie doch mit mehr als hundert Meilen aus, um uns einen breiten Zugang zum Wettbewerb auf dem Ozean, der Hochſtraße des Weltverkehrs, zu ſichern. Die ſtufenförmige Abdachung aber des deutſchen Bodens von den Alpen zur Nord- und Oſtſee iſt für unſeren Anteil am Meer von unermeßlicher Bedeutung, denn dadurch iſt die einheitliche Richtung der deutſchen Stromadern nach Norden und Nordweſten bedingt. Fünf große Ströme durchziehen das norddeutſche Flachland: Rhein, Weſer, Elbe, Oder, Weichſel, die alle ihre natürlichen Endpunkte in der Nordſee oder Oſtſee haben.

Die natürlichen Waſſerſtraßen mit ihrer reichlichen Waſſermenge und bequemen Schiffbarkeit ſind nicht nur ausgezeichnete Dienerinnen für Handel und Verkehr, ſie bringen zugleich Binnenland und Meeresküſte einander näher, ſind ein Einheitsband zwiſchen dem Süden und Norden des Vaterlandes, ſie ſind Helferinnen im materiellen Güteraustauſch und Förderinnen in der Ausbreitung geiſtiger Intereſſen und Ideen. Die Gewäſſer Mittel- und Norddeutſchlands dienen auf faſt 12 000 km Länge dem Schiffsverkehr, und mehr als ein Zehnteil aller heimiſchen Flußſtraßen iſt ſelbſt für große Fahrzeuge geeignet. Der Rhein allein mit ſeinen Zuflüſſen erſtreckt ſeine wirtſchaftlichen Beziehungen über ein Verkehrsgebiet von mehr als 200 000 qkm. In den Mündungsgebieten nun dieſer Deutſchland durchquerenden Stromadern entſtanden die großen Seehäfen, die mit Ausnahme der des Rheins auch in den deutſchen Grenzen belegen ſind.

Die eigenartige Küſtenformation der deutſchen Geſtade mit ihren weithin ſich erſtreckenden flachen Ausläufern iſt freilich für den freien Ausgang ins offene Meer und den unbehinderten Zugang von dorther ſehr ungeeignet. An der ganzen deutſchen Nordſeeküſte übt außerdem der Wechſel von Ebbe und Flut einen großen Einfluß auf die Schiffahrt aus. Der dem eigentlichen Feſtlandsufer auf weiten Strecken vorgelagerte Saum von Dünen, d. h. den vom Winde aufgetriebenen Sandbergen und Sandwällen, ſchmalen Landzungen (Nehrungen), welche kleinere Meeresteile ab-

schnüren (Haffe), Sandbänken und seichten Küstenstreifen (Wattenmeer!) macht die Annäherung größerer Dampfer an die Ufer fast unmöglich, hat aber auch vielfach die Anlegung der Häfen weit oberhalb der Flußausmündungen veranlaßt. Hamburg z. B. liegt noch 105 km von der Elbmündung entfernt und Bremen liegt 66 km oberhalb der Wesermündung. Für den Wasserverkehr mit dem Hinterlande ist anderseits gerade dieser vom offenen Meer etwas abgerückte Standort von beträchtlichem wirtschaftlichen Wert.

Aus vergangenen Tagen. Auf den deutschen Handelsplätzen an den Gestaden der Nord- und Ostsee ruht die Erinnerung an eine große und stolze Vergangenheit. Schon in altersgrauen Zeiten befuhren germanische Stämme die nordischen Meere, und die Anwohner der deutschen Küstenlande haben frühzeitig die kristallene Flut, die sich unabsehbar vor ihren Blicken ausdehnte, zu räuberischem Treiben und friedlichem Erwerb sich nutzbar gemacht. Ihre weithin zerstreuten, ungeschützten Wohnplätze waren die Keimzellen, aus denen im bunten Wandel der Jahrhunderte die städtischen Organismen sich entwickelten. Als germanischer Tatendrang und deutsche Kultur im Ostseegebiet gen Osten zu den von Slawen eingenommenen Meeresküsten vordrangen, wuchsen im 12. und 13. Jahrhundert am Südrande des Ostseebeckens von Kiel und Lübeck bis hinauf nach Königsberg festgefügte städtische Gemeinwesen empor, die auf dem neugewonnenen deutschen Boden eifrig dem Seehandel oblagen und infolge ihrer für die damaligen Verkehrsverhältnisse außerordentlich günstigen Lage die berufenen Vermittler zwischen dem Land- und Seeverkehr abgaben. In jenen Wohnstätten deutscher Bürger, Kaufleute und Schiffer liegt der Ursprung der deutschen Häfen und Seehandelsplätze im Ostseebereich.

Um die Ostsee „zu befrieden", Kaufleute und Schiffer vor Raub und Plünderung zu schützen, vereinigten sich in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts mehrere Städte zu gemeinsamer Wahrung ihrer Interessen. Diese unter der Bezeichnung Hansebund berühmt gewordene Gemeinschaft umfaßte im 14. Jahrhundert gegen 80 Städte von den Mündungen des Rheins bis zum finnischen Meerbusen und tief hinein ins Binnenland bis Köln und Göttingen, Halle, Breslau und Krakau. Durch den Aufschwung von Seehandel und Seefahrt unter dem Schutze der Hanse hat das deutsche Volk unter den seefahrenden Nationen einen angesehenen Platz erlangt. Die von den deutschen Ostseehäfen zu den Zeiten der Hanse ausstrahlende Vorherrschaft auf den nordischen Meeren verhalf den hansischen Kaufleuten zu Vorteilen und Macht nicht nur in den Staaten, welche das Ostseebecken einschlossen, sondern westwärts in England, in den Niederlanden und bis Nowgorod im Osten.

Das ungefähr ein Jahrhundert zurück gegründete Lübeck an der Travemündung stieg um die Wende des 13. und 14. Jahrhunderts zur Königin des Ostseehandels und zum Haupt des Seebundes empor. Ihre Belegenheit im innersten Winkel der Ostsee gen Westen befähigte die Stadt vortrefflich, den Warenverkehr aus elbischen und rheinischen Gebieten an sich zu ziehen und weiter zu leiten. In Lübeck kam zusammen, was die Ostsee an Holz, Heringen und Getreide dem Westen lieferte, und über Lübeck mußte gehen, was in umgekehrter Richtung Brabant und Flandern an die Ostsee abzugeben hatten. Dazu blieb Lübeck die Vermittlerin im Handel, der sich zwischen den Ostseegestaden und dem Elbgebiet, sowie Oberdeutschland abspielte. Von der Travemündung führten zwei Wege zur Nordsee: entweder zu Schiff um Jütland herum durch die dänischen Gewässer oder über Land durch Holstein nach der Elbmündung, wo zu der Zeit, als die Ostsee eine Vorrangstellung einnahm, Hamburg die stärkste Hinterhand Lübecks darstellte. Da der Seeweg bei der Unbeholfenheit und Schwäche der mittelalterlichen Fahrzeuge immer mit Wagnissen verknüpft war, war die Verbindung zu Lande zwischen Lübeck und Hamburg während des ganzen Mittelalters für die meisten wertvolleren, sogen. Stapelartikel maßgebend. Aus diesem Gegenüber ergab sich späterhin allerdings manch böser Zwist und nach Jahrhunderten hatten die beiden Häfen ihre Rollen vollständig gewechselt: Hamburg war die gebietende Seebeherrscherin und Lübeck suchte Anlehnung an den überragenden Welthafen im Westen.

Lübeck stand im 15. Jahrhundert auf der Höhe seines Ruhmes. Sein Wille entschied, wer in den skandinavischen Reichen herrschen sollte, und er entschied zu dessen Gunsten, der die größten Privilegien gewähren konnte und wollte. Die Stadt zwang den ganzen Ostseeverkehr in ihren Hafen und litt nicht, daß fremde Schiffe durch Sund oder Belte von Westen her in das östliche Meer eindrangen, ohne an der Trave dem Stapelzwang sich zu unterwerfen. Mit ihren 70 bis 80 000 Einwohnern war Lübeck die volkreichste Stadt von ganz Deutschland, in ihrer Machtfülle gefürchtet und beneidet.

Der Niedergang der Hanse ist schon am Ausgange des 15. Jahrhunderts unverkennbar und vollzieht sich im nächsten Jahrhundert mit raschen Schritten. Die Gründe hierfür lagen hauptsächlich im Gange der großen Politik. Als das Mittelalter zur Neige ging, bildeten sich in Nord- und Westeuropa geschlossene nationale Staaten mit aufsteigender Königsgewalt an ihrer Spitze. Schweden und Dänemark, England und die Niederlande fanden es vorteilhafter, die alten Beziehungen zum Hansebund preiszugeben und im zielbewußten Kampfe gegen die deutschen Seefahrer ihrem eigenen Handel ein breiteres Bett zu schaffen. Die Städte aber waren außerstande, dem Vordrängen dieser Mächte mit einem entsprechenden Kräfteaufgebot zu begegnen. Ihnen fehlte der starke Arm eines seemächtigen Staates, der sie in ihrem friedlichen Handelsbetriebe hätte stützen und schirmen können. Sie hatten sich ihrer Unabhängigkeit von einer Reichsoberaufsicht gefreut, so lange die Selbständigkeit ihre Erfolge verbürgte, in der Bedrängnis schauten sie vergebens nach politischen Waffengefährten aus. Hilfe hätte den Städten allenfalls von den einzelnen deutschen Fürsten kommen können, diese aber blieben teilnahmslos, als das Ausland den stolzen Aufbau der Hanse in Stücke schlug, weil ihre eigenen Interessen vielfach in schroffem Gegensatz zu der Politik der Hanseaten stand. Die Widerstandsfähigkeit gegen die von außen anstürmenden Gefahren wurde außerdem durch die innere Auflösung der Hanse-Genossenschaft geschwächt. Der Zusammenhalt der der Hanse angeschlossenen Handelsplätze war von jeher nur locker gewesen, denn Eigennutz und Eigenwillen saßen den einzelnen Hansegliedern stets im Nacken und lähmten die Neigung, um der Gemeinschaft willen schwere Opfer sich aufzuerlegen. Engländer und Holländer verdrängten unter solchen Umständen die deutschen Kaufleute und Schiffer von den hansischen Handelsstraßen und ergriffen Besitz von den besten Positionen des innerlich gespaltenen und uneinigen Städtebundes. „So ist die Hanse im Laufe des 17. Jahrhunderts, nachdem ihr die meisten Lebensadern abgebunden waren, an der Stockung aller Säfte zugrunde gegangen, wenn sie ein dürftiges Leben auch weitergefristet hat, ein kümmerliches Pflänzlein, das aber doch für künftige Tage lebensfähige Keime in sich trug. Nicht freilich der Bund an sich, wohl aber einzelne Glieder, unter ihnen vor allem Hamburg." (Langenbeck, Geschichte des deutschen Handels).

Alle Umstände, die seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts zum Niedergange des deutschen Seehandels beitrugen, übten natürlich ihre ungünstigen Wirkungen auch auf das Gedeihen der deutschen Seehäfen aus. Namentlich die unter den Fittichen der Hanse zu hoher Blüte gelangten Ostseeplätze sahen sich ihrer besten Nährquelle beraubt, als der Handel neue Wege aufsuchte und fremde Nationen die hansischen Vorrechte an sich rissen. Während die Ostseegebieterin Lübeck erfolglos die alte Herrlichkeit in ihren Mauern aufrecht zu erhalten bemüht war, verstand es sein nächster Nachbarhafen an der Nordsee, aus den schiffbrüchigen Verhältnissen einen beträchtlichen Gewinnanteil sich zu sichern. Der Elbhafen Hamburg hatte schon zuzeiten der Hanse, nicht selten in offenem Gegensatz zu letzterer, das größte Gewicht auf freundliche Beziehungen zu den Westmächten gelegt und war unter den veränderten Machtverhältnissen mit doppeltem Eifer beflissen, die Gunst der niederländischen und großbritannischen Handelsherren zu erwerben und zu erhalten. Seine bevorzugte Meereslage kam ihm hierbei ausgezeichnet zustatten, so daß es zum willkommenen Mittelsmann für den lebhaften Handel der großen Verkehrszentren London, Amsterdam, Antwerpen und Brügge nach dem Elbgebiet und darüber hinaus heranwuchs. Am Ausgange des 16. Jahrhunderts wurde

Hamburg als „blühendster Handelsplatz" Deutschlands gerühmt, und es hat alles getan, um durch Rührigkeit diesen guten Ruf zu rechtfertigen. Die Anzeichen einer verhältnismäßig günstigen Entwicklung dürfen freilich nicht darüber täuschen, daß auch die stolze Stadtrepublik an der Elbe durch die trostlosen politischen Zustände in deutschen Landen und die vordringende Fremdherrschaft an den deutschen Meeresküsten schwere Einbußen erlitt. Dann kam im 17. Jahrhundert der Dreißigjährige Krieg mit seinen furchtbaren Verheerungen, der allem Erwerbsleben die tiefsten Wunden schlug und den Seehandelsplätzen noch insbesondere die schwerste Demütigung dadurch zufügte, daß er fremden Nationen ein Verfügungsrecht über die deutschen Flußmündungen verschaffte. Schweden hatten sich an den Mündungen der Oder, Elbe und Weser festgesetzt und Holländer hatten den Rheinhandel durch die Scheldesperre in ihre Gewalt gebracht, so daß der Große Kurfürst (1640—1688) in den Klageruf ausbrechen konnte: „Was sind Rhein, Weser, Elbe und Oder anderes als fremder Nationen Gefangene."

Mit dem Emporwachsen des brandenburgisch-preußischen Staatswesens aus einer Menge unzusammenhängender Gebiete zu einem Einheitsstaate und zur Großmacht brachen für die Häfen, auch außerhalb des preußischen Staats, bessere Tage an; dem Seegewerbe an der Ostsee schien ein neuer Frühling beschieden zu sein. Am Eingange zum 19. Jahrhundert zog jedoch noch einmal mit den Kämpfen gegen die französische Gewaltherrschaft eine Leidenszeit herauf, deren Spuren erst in Jahrzehnten völlig ausgetilgt waren. Die „freien Hansestädte" haben unter dem Druck jener Jammerperiode vielleicht weniger gelitten als die dem preußischen Staatsverbande eingegliederten Seestädte, die Bewegungsfreiheit aber und damit die Möglichkeit zu voller Entfaltung wurde ihnen erst zu teil, als aus gärendem Ringen die preußische Vormacht aufstieg und schließlich die Einheit des Reichs auf blutiger Walstatt errungen war.

Diese kurzen Hinweise auf die politischen Geschehnisse und wirtschaftlichen Umwälzungen in längst vergangenen Zeiten sollen das Verständnis der deutschen Nation schärfen für die Abhängigkeit der Häfen von der politischen Weltstellung des Staates, dem sie eingegliedert sind. Die natürlichen Faktoren für die Hafenanlage mögen noch so günstig sein, die Ausnutzung der Handelsstraßen und Absatzmärkte mag durch die Ortslage des einzelnen Hafens noch so erleichtert sein, Unternehmungslust und Tatkraft des Bürgertums in den Seehandelsplätzen mögen den höchsten Anforderungen gerecht werden, dennoch werden die Wohlfahrt und die Entwicklung der Häfen mit jener Unsicherheit behaftet sein, die aus den ungeklärten politischen Machtverhältnissen entsteht. Die Schicksale der Hanse und des Welthafens Hamburg legen für diese geschichtlichen Erfahrungen Zeugnis ab. Der Städtebund sank dahin, als in den Nachbarstaaten die größeren staatlichen und nationalen Ziele über städtische und ständische Sonderbestrebungen die Oberhand gewannen. Der starken Herrschergewalt, welche in anderen Staaten für Seemacht und Seehandel nach außen hin sich einsetzte, konnte das ohnmächtige Römische Reich deutscher Nation mit seinen zersplitterten und uneinigen Kräften kein Gegengewicht bieten. Hamburg aber, und ebenso Bremen, die begünstigten Erben althansischer Traditionen, haben ihre gegenwärtig glänzende Lage nur unter hundertfachen Anfechtungen und Kränkungen, unter schweren Opfern und ungeheurer Kraftanspannung bewerkstelligen können. An schönen Erfolgen hat es ihnen ja auch früher nicht gefehlt, für ihre goldene Zeit war aber der Boden erst bereitet, als das deutsche Fürstentum mit straffem Eingreifen Organisation und Einheit in das nationale Wirtschaftsleben brachte. Und auch dann gab es noch genug Unzuträglichkeiten, bis durch die Wiedergeburt des neuen Deutschen Reichs das bekannte Kaiserwort vom größeren Deutschland und von der Wahrung seiner Interessen in die Tat umgesetzt wurde. Was aus diesem Werdegange an Mahnungen für die Gegenwart hervorklingt, möge in den deutschen Seehäfen in alle Zukunft Beherzigung und Nachahmung finden! Die Geschichte sei unsere Lehrmeisterin!

Der Wettbewerb zwischen Ostsee und Nordsee. In der Blütezeit des Hansabundes war die Ostsee der bevorzugte Tummelplatz des Handelsverkehrs. Die deut-

schen Siedlungen auf ihrem Küstensaum weckten durch die Überlegenheit der deutschen Kultur neue Bedürfnisse und spornten den Gewerbefleiß an, sie knüpften neue Beziehungen zu fernen Bezugsquellen und Absatzgebieten, brachten die Erzeugnisse des heimischen Bodens und die Handelsartikel der Nachbarländer in den Verkehr, vermittelten endlich hauptsächlich den Warenhandel zwischen Südeuropa und den nordischen Ländern, Rußland und Skandinavien. Ihre merkantilen Beziehungen dehnten sich aber auch gen Westen und Nordwesten Europas aus. England und Holland bezogen aus den Ostseehäfen in steigendem Umfange Holz und Getreide; namentlich die Nachfrage nach Holz zu Schiffbauten war bei den Völkern des Westens sehr rege, und den Getreidemassen, welche aus der Ostsee in Amsterdam zusammenströmten, verdankte dieser großartige Handelsplatz für den Umschlagsverkehr seine damalige Weltstellung. Bei den Verhandlungen über den Westfälischen Frieden (1648) wurde zur Begründung der holländischen Forderung auf Freihaltung des Sundes angeführt: „Wenn die Kommerzien in der Ostsee nicht frei bleiben, dann kann es in zehn Jahren dahin kommen, daß auf der Börse in Amsterdam Gras wächst und man die Schiffe zu Brennholz verwenden muß." Vom eigenem Strandreichtum lieferte die Ostsee noch den allbeliebten Bernstein und als eines der wichtigsten Nahrungsmittel früherer Zeit den Hering.

Die deutschen Seehäfen im Ostseebereich behaupteten ihren Vorrang bis ins 19. Jahrhundert, dann erlangten die westlichen Meeresplätze ein unbestrittenes Übergewicht über die anderen Handelsemporien. Hamburg und Bremen haben heute im Weltverkehr Deutschlands die Führung, während die ehemals maßgebenden Ostseehäfen mit einem begrenzteren Wirkungskreise sich begnügen müssen.

Der Umschwung, der die Vorherrschaft im Seehandel von der östlichen Meeresküste nach Westen hinübergleiten ließ, wurde durch große historische Vorgänge auf der politischen Weltbühne und durch tiefgreifende wirtschaftliche Umwälzungen herbeigeführt; er wurde gefördert durch die ganze natürliche Lage der Nordseehäfen und ihre Beziehungen zum Hinterlande. Die Losreißung der Vereinigten Staaten von Amerika vom englischen Mutterlande und die Befreiung der transozeanischen, spanischen und portugiesischen Kolonien brachten mit ihren mannigfachen Begleiterscheinungen einen mächtig aufstrebenden Zug in den überseeischen Handel. Jene neuerschlossenen ungeheuren Produktionsstätten mit ihrem Reichtum an landwirtschaftlichen Erzeugnissen und verschiedenartigen Rohstoffen wurden die Versorger der westeuropäischen Industrie, und der Atlantische Ozean wurde die unübertreffliche Fahrstraße, auf der die Waren der staatlichen Gebilde „jenseits des großen Teichs" nach Europa schwammen. Je mehr die skandinavischen Staaten, Rußland, Polen und die Weichselgegenden in ihrer Bedeutung als Bezugsquellen geschmälert wurden, desto empfindlicher war der Rückgang des Seehandels und der Häfen der Ostsee.

Dazu kam die unvergleichlich günstigere Meereslage der Nordseeplätze für die neue Richtung des Welthandels. Solange die unzulänglichen Schiffskörper der älteren Zeit den Verkehr mit Amerika vermitteln mußten, den Gefahren des Ozeans also keinen angemessenen Widerstand leisten konnten, war es naheliegend, daß die Seefahrer auf kürzestem Wege einen europäischen Festlandshafen zu erreichen bestrebt waren. Unmittelbar an der Ozeanküste belegene Häfen wie Havre und Liverpool rückten dadurch in den Vordergrund. Je mehr der Schiffsbau sich vervollkommnete und die Ozeanschiffahrt von Wind und Wetter unabhängig wurde, desto weniger kam die Länge der Fahrstrecke im Vergleich zu anderen Vorteilen der europäischen Endpunkte als ausschlaggebendes Moment in Rechnung. Die Unterschiede in den Entfernungen und die Unbequemlichkeiten der Kanaldurchfahrt wurden nicht mehr als Störungen empfunden, wenn die direkte Fahrt nach London, Antwerpen und Amsterdam und weiterhin nach Hamburg und Bremen aus anderen Gründen erwünscht war. Nun könnte man meinen, der Überseehandel hätte seine Schiffe sehr wohl auch noch 450 bis 550 Seemeilen weiter, bis in die Ostsee hinein, etwa nach Danzig und Stettin beordern können. Abgesehen von der Länge und Gefährlichkeit der Fahrstraße um Skagen herum, war die Nordsee-

küste durch das reichere Hinterland und durch die alten Beziehungen ihrer Haupthäfen zu den Weststaaten bevorzugt. Die Ostsee mußte wegen ihrer erschwerten Zugänglichkeit und ihrer Entfernung von den Hochstraßen des Weltverkehrs ins Hintertreffen geraten gegenüber so außerordentlich begünstigten Häfen wie Hamburg und Bremen. Dabei hat die Abhängigkeit von den Zufuhren aus dem fremdländischen Osten, Rußland und Polen, manchen Häfen der Ostküste, wie Königsberg und Danzig, zuzeiten schweren Nachteil zugefügt.

Endlich haben die neuzeitlichen Umbildungen in der gesamten Verkehrsorganisation den Nordseehäfen Hamburg und Bremen wesentlich aufgeholfen. Beim Übergang zum Dampferbetrieb und zu festen Linien sicherte ihre größere Kapitalkraft ihnen die führende Stellung, ermöglichte es ihnen auch, alle technischen Neuerungen zum „modernen Aufbau des Weltverkehrs" auf ihre Schiffe und Betriebsanlagen anzuwenden. Diese förderlichen Voraussetzungen des Aufschwungs haben die Seeplätze im Osten trotz größter Betriebsamkeit eben nicht ausgleichen können. Den anscheinend durch Natur und Entwicklung zu Welthäfen bestimmten beiden ehemaligen Hansestädten kam schließlich die veränderte Welthandelstechnik zustatten. Solange die Menge der beförderten Güter und Personen nur klein war, standen solche Häfen an erster Stelle, die, wie Brügge, Antwerpen, Amsterdam, London, im Osten Lübeck — in günstiger Seelage sich befanden und deshalb einen lebhaften Umschlagverkehr vom Seeschiff wieder ins Seeschiff pflegen konnten; sie konzentrierten und sammelten all die kleinen Mengen der beteiligten Länder. Die andern Häfen, welche einen solchen Verteilungsdienst nicht organisieren konnten, mußten sich notgedrungen auf die Bedienung ihres Hinterlandes beschränken: Danzig konnte Lübeck überflügeln, als letzteres seine Vermittlerstellung einbüßte, blieb aber ebenso wie Hamburg stets weit hinter Amsterdam und London zurück. In der Neuzeit dagegen haben die mächtig gesteigerten Mengen des Verkehrs die Notwendigkeit besonderer Umschlag- und Seeverteilungsplätze beseitigt. Landgebiete sind entstanden, die in Erzeugung und Bedarf solche Ansprüche an den überseeischen Verkehr stellen, daß die zu ihnen gehörigen Häfen sich auf die eigenen Füße stellen und von den großen Zentralen des Seehandels unabhängig machen können. Diese Häfen brauchen nun nicht mehr in erster Linie dem Umschlagverkehr dienstbar zu sein, können vielmehr Nahrung und Kraft zuvörderst aus den Bedürfnissen ihres eigenen Hinterlandes schöpfen. So ist von London die lange, lange herrschende Tradition, daß in seinen Häfen der Weltverkehr seinen Mittelpunkt finde und haben müsse, gewichen; Festlandshäfen haben das, was fast als ein Privilegium des Themsestrandes galt, durch ihren tatsächlichen Aufschwung hinfällig gemacht. Vor allem hat Hamburg den Themsehafen im Umfang des Seeverkehrs fast erreicht, in der Vielseitigkeit sogar überflügelt, und auch Bremen, das in der Größe der Schiffahrt zwar noch weit zurücksteht, hat seiner Vielseitigkeit wegen ebenfalls den Rang eines Welthafens erreicht (Nauticus, Jahrbuch für Deutschlands Seeinteressen, 1906).

Die Handelsflotte der deutschen Seehäfen. Mit der Handelsflotte haben wir es hier nur insofern zu tun, als die ihr angehörenden deutschen Seeschiffe in den deutschen Häfen die Heimatsberechtigung besitzen. Die Handelsflotte umfaßt übrigens nur einen Teil aller Seeschiffe (der Kauffahrteiflotte), denn aus dem gesamten Besitzstand sind solche Seefahrzeuge, die nicht zur Beförderung von Gütern und Personen dienen, auszuscheiden, also namentlich die Schiffe der großen Seefischerei, die Fahrzeuge der Fischhändler und Lotsen, sowie die Schlepp- und Vergnügungsdampfer, um die speziell für Handelszwecke bestimmten Schiffe festzuhalten. Am 1. Januar 1909 gab es in deutschen Häfen registrierte Fahrzeuge mit einem „reinen" Raumgehalt von mehr als 50 cbm (berechnet nach Register-Tons netto im Gegensatz zum Bruttoraumgehalt):

Zahl der eigentlichen { Kauffahrteischiffe 4640 mit 2,82 Mill. Tons
Handelsschiffe 3704 mit 2,77 Mill. Tons.

In dem langen Zeitraum seit 1875 hat sich dieses Verhältnis gründlich verschoben,

denn damals wurden insgesamt 4602 Seeschiffe gezählt, von denen nur 40 nicht der eigentlichen Handelsflotte angehörten. Die Ursache hierfür liegt in der besonders starken Vermehrung der Fischerfahrzeuge. Auffällig ist, daß trotzdem die Kauffahrteiflotte nur ein sehr geringes Wachstum verrät (von 4602 im Jahre 1875 auf 4640 im Jahre 1909), auffälliger noch, daß die Handelsflotte sogar einen außerordentlichen Rückgang erfahren hat, nämlich von 4562 auf 3704 Schiffe. Die Erklärung ist nicht weit zu suchen: die Zahl der Schiffe hat abgenommen zugunsten ihres größeren Rauminhalts, der in der ganzen Periode von Jahr zu Jahr gestiegen ist. Diese andauernde Steigerung des Raumgehalts bei einer nur geringen Vermehrung oder gar beim Rückgang der Zahl der Schiffskörper steht außerdem in ursächlichem Zusammenhange mit der Ausbreitung der Dampfschiffe auf Kosten der früher überwiegend benutzten Segelschiffe. Dieses Moment ist auch noch aus dem Grunde wichtig, weil angenommen wird, daß ein Dampfer im Durchschnitt mindestens das Dreifache in bezug auf Fahrgeschwindigkeit wie ein Segelschiff von gleichem Raumgehalt zu leisten vermag.

Die soeben gekennzeichneten fortschrittlichen Tendenzen in der deutschen Handelsflotte prägen sich wiederum mit besonderer Schärfe in den Nordseehäfen, und dort speziell bei Hamburg und Bremen aus. Das läßt sich durch einige Zahlen besser als durch Worte illustrieren. Es entfielen also im Jahre 1909 auf:

	im Ostseegebiet		i. Nordseegebiet		und zwar in Hamburg		Bremen	
	Zahl	Tons	Zahl	Tons	Zahl	Tons	Zahl	Tons
Segelschiffe	381	18100	1980	446059	473	250000	111	116000
Dampfschiffe	531	459558	1424	3 320008	707	2,1 Mill.	462	1,1 Mill.

Das sind „sprechende" Zahlen! Man vergleiche das Übergewicht der Nordsee über die Ostsee im allgemeinen und bei der Raumgröße der Dampfer im besonderen, ferner anschließend die Vorherrschaft Hamburgs, das nahezu die Hälfte aller Nordseedampfer sein eigen nennt und seine Transportfähigkeit in der Größe der Tonnage noch eindrucksvoller hervortreten läßt. Bremen kann zwar mit seinem Konkurrenten nicht Schritt halten, zeigt aber gleichfalls einen respektablen Bestand an großen Dampfern.

Unter den deutschen Häfen sind 16, deren Schiffe am 1. Januar 1909 einen Raumgehalt von zusammen mehr als 10 000 Tons aufweisen können. Bei einer Rangordnung nach dem Raumgehalt der in den Einzelhäfen heimatsberechtigten Segel-, Schlepp- und Dampfschiffe stehen wiederum Hamburg und Bremen obenan, jenes mit 2,4 und dieses mit 1,2 Millionen Tonnenraum. Mit diesem Riesenanteil kann keiner der andern 14 Häfen sich auch nur entfernt messen.

Man müßte eine größere Anzahl der kleineren Reedereihäfen zusammenlegen, damit ihre Summe annähernd der Millionenreederei eines der beiden Welthäfen gleichkäme. Wie jäh der Abfall ist, zeigen die nachfolgenden Angaben. An dritter Stelle steht nämlich Flensburg, dessen Schiffe aber insgesamt nur rund 116 000 Tons Nutzraum haben. Dann folgt Stettin und erst die fünfte Stelle nimmt das einst seemächtige Lübeck mit 90 000 Tons ein. Auf die nächsten Rangstufen haben absteigend Bremerhaven mit 43 000 und Rostock mit 32 000 Tons Raumgehalt Anspruch. Bei den anderen Reedereiorten sind die entsprechenden Zahlen natürlich noch niedriger.

Von den in der Reichsstatistik aufgeführten 250 deutschen Heimathäfen hatten die 16 großen oder wenigstens größeren am 1. Januar 1909 einen Reedereibetrieb von 2700 Schiffen, die 234 übrigen zusammen einen solchen von nur 1940 Schiffen. Die „Großen" verfügten außer über 629 Segelschiffe und 310 Seeleichter (Schleppschiffe) über 1761 Dampfschiffe, die „Kleinen" nur über 194 Dampfer. Speziell die Dampfer hatten in der Gruppe der Sechzehn 3,7 Millionen, in der Gruppe der vielen kleinen

Reedereihäfen hingegen nicht mehr wie 148 000 Tons Gesamtraumgehalt. Von den beiden Riesenreedereien war Bremen für sich allein der Vielheit von 234 Häfen um bald das Zehnfache und Hamburg gar um das Sechzehnfache überlegen.

Aus den Zahlenangaben ist zunächst zu ersehen, daß die Reederei Deutschlands sich günstig entwickelt hat, indem ihre Transportfähigkeit sich außerordentlich vergrößert hat, und zwar nicht so sehr nach der Zahl der vorhandenen Schiffe — was ein durchaus irreführender Maßstab wäre! — als nach der in diesen enthaltenen nutzbaren Raumgröße. Die Tatsache ist in jedem Falle erfreulich, denn sie beweist, daß das Interesse an der Seeschiffahrt in unseren Hafenstädten erstarkt ist und daß auch die materiellen Mittel ausreichend vorhanden sind, um das Besitztum an Schiffen entsprechend zu erweitern. Dagegen kann es zweifelhaft sein, ob schon der Besitzstand an sich als ein Beweis für die Ausdehnung unserer Seegeltung gelten kann. Denn die Verwendung der in deutschen Häfen beheimateten Seefahrzeuge etwa ausschließlich außerhalb der eigenen Seegrenzen brächte nur den beteiligten Reedern Gewinn. Die Benutzung der Schiffe ferner für den Küstendienst, Lokalverkehr oder auch für den Güteraustausch mit benachbarten Auslandshäfen entspricht zwar zweifellos dem deutschen wirtschaftlichen Interesse, ist aber von geringem Belang für unseren „Anteil am Weltmeer". Von diesem Gesichtspunkt aus ist es von höchster Wichtigkeit für unsere überseeischen Beziehungen, daß gerade die beiden deutschen Welthäfen an der Nordsee einen so glänzenden Aufschwung genommen haben.

Das in der deutschen Reederei unverkennbar sich ausprägende Streben nach Konzentration bedeutet allerdings das Uebergewicht des Großkapitals zu ungunsten der weniger kapitalkräftigen Unternehmungen, gerade diesem Zusammenballen starker Kapitalmächte aber und dem dadurch möglichen potenzierten Kraftaufwande hat Deutschland seine schönsten Erfolge im Weltverkehr zu verdanken. Das Vorankommen der beiden Reedereiplätze Hamburg und Bremen im Nordseebereich ist daher für die Volkswirtschaft von unmeßbarem Wert, entspricht aber auch einem Gebot der Zweckmäßigkeit, was ein sehr erfahrener Sachkenner wie folgt auseinandersetzt: Solange es in der Vergangenheit nur galt, natürliche Häfen mit kleinen Fahrzeugen auszunutzen, war es eine feststehende Regel, daß der Reichtum eines Volkes mit der Zahl und Mannigfaltigkeit seiner Häfen eng zusammenhing. Das hat sich vollständig in das Gegenteil verwandelt, seit für den Verkehr mächtiger Schiffskörper künstliche oder künstlich ausgebaute Zufahrtstraßen und Hafenanlagen geschaffen werden mußten, seit die großen Schiffe und Unternehmungen das Zuströmen aller Warenmengen an möglichst wenigen Plätzen erfordern, seit geschlossene große und vielseitige Reedereien und feste Linien günstigere Aussichten boten als ein unregelmäßiger, zersplitterter Fahrbetrieb. Da wurde es umgekehrt vorteilhaft, daß einige wenige Häfen in beherrschender Lage vorhanden sind, in denen die ganze Masse der Waren großer Wirtschaftsbezirke naturgemäß zusammenströmen muß, von wo sie auf See-, Fluß-, Kanalschiffe und Eisenbahnen und in den unmittelbaren Konsum einer großen Hafenstadt bequem verteilt werden kann. Auf einige Häfen mit großem Verkehr können sehr erhebliche Mittel konzentriert und zum Ausbau verwendet werden. Hier konnten die größten Schiffahrtsunternehmungen entstehen. Hier fand die ganze planmäßige Organisation des Überseehandels, des Transportwesens, des Versicherungswesens, der Schiffahrtsbehörden sich zusammen und wurde die denkbar vollkommenste moderne Ausgestaltung erreicht (Prof. Thieß).

Neben den Reedereihäfen, welche hauptsächlich die Großschiffahrt, den Welthandel mit überseeischen Ländern und den Massenverkehr über den Ozean betreiben, werden die kleineren Reedereihäfen sich immer mit Ehren behaupten. Mehrere von ihnen erscheinen als Häfen zweiten Ranges überhaupt nur deshalb, weil ihre Bedeutung durch den steten Vergleich mit den beiden Vormachthäfen verdunkelt wird. Ihr nationalwirtschaftlicher Wert darf nicht lediglich nach dem Umfang ihres Eigenbesitzes an Handelsschiffen bemessen werden. So gibt es auf dem Kontinent Städte, die nur eine geringe eigene Reederei besitzen, z. B. Antwerpen, und dennoch im Seever-

kehr eines hohen Ansehens sich erfreuen, weil Faktoren anderer Art sie emporheben. Hafenplätze wie Stettin, Danzig, Lübeck, Flensburg, Kiel, Emden und andere können eine Gegenüberstellung mit ihren Nachbarn, welche auf den Hochstraßen des Weltverkehrs wandeln, sehr wohl vertragen. Und daß die genannten Häfen auch nicht entfernt gesonnen sind, vor den beiden überragenden Hauptplätzen die Segel zu streichen, bezeugt die nachhaltige Energie mit der sie ihre eigenen Anlagen und Unternehmungen auszubauen bemüht sind.

Die deutschen Seehäfen im Dienste der Kriegsmarine. Unter den deutschen Marinestädten nimmt Kiel die erste Stelle ein; in ihr ist der Sitz der Marinestation der Ostsee. Die Stadt war 1870 von etwa 30 000 Menschen bewohnt und zählt jetzt gegen 200 000. Diesen ganz außergewöhnlichen Zuwachs an Bevölkerung hat Kiel in erster Linie der kaiserlichen Marine zu danken. Es kann aber auch stolz darauf sein, einen der besten Häfen an der ganzen deutschen Meeresküste zu besitzen. Der Hafen bildet den inneren Teil der Kieler Föhrde; er ist 9 km lang und an der Einfahrt nur 1200 m breit, erweitert sich jedoch wieder bis auf fast 3000 m Breite, um am Ende zwischen der Stadt Kiel und dem Stadtteil Gaarden in eine schmale Zunge auszulaufen. Die Tiefe des Hafens ist recht bedeutend, sie beträgt in dem weiteren Teil (nach der See zu) 12 bis 16 m, in dem engern Teil (bei der Stadt) noch 8 bis 10 m und gestattet an vielen Stellen, auch noch innerhalb der Stadt, ein Anlegen der Schiffe unmittelbar am Ufer. Es ist daher begreiflich, daß Preußen sehr viel an diesem Hafen gelegen war, zumal er auch durch seine Verteidigungsfähigkeit wie kein anderer sich dazu eignet, als Stationsort für die Ostseeflotte zu dienen. Daher wurde denn auch gleich nach dem dänischen Krieg, bereits im Jahre 1865, die Marinestation von Danzig nach Kiel verlegt. Die Einfahrt in den Hafen ist westlich und östlich, auf der schleswiger und holsteiner Seite, durch Forts geschützt, außerdem durch die Festung Friedrichsort. An die Südseite des Hafens grenzt Gaarden, wo eine Kaiserliche Werft und die der Firma Krupp in Essen gehörende Germaniawerft sich befinden. Die Marine verleiht der ganzen Stadt ihr Gepräge; am Hafen wie auf den Straßen der inneren Stadt sind Handel und Verkehr auf die Marine zum nicht geringen Teil zugerichtet. Die Festung Friedrichsort ist erst seit dem Jahre 1870 aufgebaut. Sie bildet den Hauptschutz für die Einfahrt in den Kieler Hafen; ihre Wälle sind mit Geschützen schwersten Kalibers besetzt, und ein Marinedepot hält das Material für die Sperrung des Fahrwassers gegen feindliche Schiffe bereit.

Im Zusammenhange mit der Kieler Marinestation sind auch die Nebenanlagen in Danzig, Flensburg und Sonderburg zu nennen. In Danzig befindet sich die kleinste der drei kaiserlichen Werften, in Elbing die große Schichausche Werft, auf der sowohl Kriegsschiffe als auch Handelsdampfer gebaut werden. Flensburg ist seit einigen Jahren auf dem Wege zur Marinestadt. Dort sind in der Mürwik, dem besten und geschützten Teile der 30 km langen Flensburger Föhrde, Hafenanlagen und Kasernenbauten entstanden, die besonders für die daselbst stationierten Torpedoboote und ihre Mannschaften bestimmt sind. Neuerdings ist auch Sonderburg auf Alsen in die Reihe der deutschen Marinestädte eingetreten, indem daselbst ein Hauptliegeort der Artillerieschulschiffe errichtet worden ist.

Wilhelmshaven am Jadebusen verdankt seine Entstehung und Bedeutung fast ausschließlich der Marine. In den Busen mündet die 22 km lange schiffbare Jade. Die Einfahrt, welche von der Vorderweser durch Sandbänke geschieden ist, hat ein 2 km breites, bei mittlerem Wasserstande über 10 m tiefes Fahrwasser, das bei Flutzeit selbst für die größeren Schiffe passierbar ist und infolge der Ebbe und Flut stets frei bleibt. Diese überaus günstigen Verhältnisse, zu denen noch die strategische Bedeutung der Lage hinzukommt, führten Napoleon I. dazu, für die Anlage eines Kriegshafens am Jadebusen ein Projekt ausarbeiten zu lassen, das jedoch nicht zur Ausführung gelangte. Derselbe Gedanke wurde von Preußen wieder aufgenommen, als es sich darum handelte der jungen preußischen Marine an der Nordseeküste einen Stützpunkt, der für sie zu den wichtigsten Lebensbedingungen gehörte, zu schaffen. Durch den Vertrag vom 20. Juli

1853 ging der Jadebusen nebst zwei kleinen Landstreifen aus dem Besitz Oldenburgs an Preußen über. Der alsbald begonnene Hafenbau konnte jedoch wegen der Bodenschwierigkeiten erst 1869 beendet werden. Die Baukosten sind unter Einschluß der nachfolgenden Verbesserungen, Erweiterungen usw. auf rund 60 Millionen Mark angewachsen, die für Festungswerke auf mehr als 36 Millionen Mark. Der eigentliche Kriegshafen liegt an der Westseite des Jadebusens, er hat eine Länge von 376 m, eine Breite von 220 m und eine Einfahrt von 110 m Breite. Südlich vom Kriegshafen liegt der Handelshafen, in dessen Nähe der Ems-Jadekanal mündet.

Wie zu der Kieler Station in der Ostsee gehören auch zur Marinestation in der Nordsee noch einige andere Marineorte: Lehe und Geestemünde an der Wesermündung, Cuxhaven an der Elbemündung und die Insel Helgoland. Lehe, ein Flecken mit rund 15 000 Einwohnern nördlich von Bremerhaven, und Geestemünde mit etwa ebensoviel Einwohnern südlich von Bremerhaven, bilden mit Bremerhaven einen Garnisonsverband und sind durch starke Festungswerke an der Wesermündung geschützt. In beiden Ortschaften sind Artillerie- und Minendepots und eine Reihe von Marinebehörden untergebracht. Ebenso in Cuxhaven links von der Elbmündung, das unter dem Schutze bedeutender Befestigungswerke einen großen, neuen Hafen besitzt. Auf der Insel Helgoland endlich, die im Jahre 1890 aus englischem in deutschen Besitz überging, ist eine Matrosenartillerieabteilung stationiert.

Bei diesen Dienstleistungen für unsere Flotte darf der am 21. Juni 1895 dem Verkehr übergebene Kaiser-Wilhelm-Kanal nicht übergangen werden. Der Grundstein zu diesem größten bautechnischen Werke des 19. Jahrhunderts wurde durch den Heldenkaiser Wilhelm I. am 3. Juni 1887 gelegt. Die Baukosten betrugen 156 Millionen Mark. Die Länge des Kanals beträgt 99 km. Der Kanal reicht von Brunsbüttel an der Elbmündung bis Holtenau an der Kieler Bucht. Seine Mündungen sind durch zwei gewaltige Doppelschleusen geschlossen. Die Tiefe des Kanals beträgt über 9 m, seine Breite im Wasserspiegel 60 m, in der Sohle 26 m. Beim Bau des Kanals sind durchschnittlich 7000 Personen beschäftigt gewesen. Über ihn führen 16 Fähren, 2 Eisenbahnhochbrücken und zwei Drehbrücken. Da an den Ufern elektrisches Licht ausreichend angebracht ist, kann der Betrieb auch nachts stattfinden. Zur Verstärkung unserer Kriegsflotte ist der Kanal insofern sehr wichtig, als bei seiner Benützung die Kriegsschiffe in der Nordsee und Ostsee in steter Verbindung miteinander sich halten können, ohne von einer feindlichen Flotte oder Macht hierin gehindert zu werden.

Der Kaiser-Wilhelm-Kanal leistet jedoch auch der Handelsmarine gute Dienste, namentlich durch Verkürzung der Fahrzeiten und Verminderung der Gefahren. Der Schiffsverkehr ist daher auch recht lebhaft; an abgabepflichtigen Schiffen passierten 1909 den Kanal 35 326 Schiffe mit rund 6 Millionen Tons Rauminhalt. Bei der Vorzüglichkeit der künstlichen Wasserstraße zwischen Nordsee und Ostsee darf man annehmen, daß der Verkehr auf ihr noch beträchtlich sich steigern wird. Denn wie Kaiser Wilhelm II. in seiner Eröffnungsrede bei der Einweihung des Kanals am 21. Juni 1895 sagte, der Kanal soll trotz seiner vorwiegend strategischen Bedeutung „dem friedlichen Verkehr untereinander dienen und zur Hebung der Wohlfahrt der Völker beitragen."

Die Nordseehäfen. Die Weltstellung eines großen Seehafens ist das Ergebnis einer langen Reihe von mitwirkenden Faktoren. Die Belegenheit nach lokalen, nationalen und internationalen Gesichtspunkten, die kluge Ausnützung der durch die politische und wirtschaftliche Kräfteverteilung gegebenen Möglichkeiten, das Vorhandensein leistungsfähiger eigener Reedereien und Handelsflotten, die Zweckmäßigkeit und Qualität der kaufmännischen und seemännischen Vorkehrungen zur schlanken Bewältigung des Verkehrs, die Opferwilligkeit und der Unternehmungsgeist der beteiligten Personen und Kreise zur Ausgestaltung aller zweckdienlichen Organisationen im Interesse der Seefahrt — in diesen verschiedenartigen Elementen steckt das Geheimnis der Eignung zum Welthafen. Einfacher ausgedrückt wird man sagen können, daß das kluge

Zusammenfassen aller günstigen Momente zu höchsten und gediegensten Leistungen den Weg zur Höhe freilegt. Weil Hamburg, und ihm nacheifernd Bremen, diesem Prinzip mit Weitblick und Ausdauer gefolgt sind, haben glänzende Erfolge ihr Mühen gekrönt und sie auf die Rangstufe von Welthäfen erhoben. Nach der Tonnenzahl der einlaufenden Schiffe gebührt Hamburg die vierte Stelle unter den Welthäfen, während Bremen mit der sechzehnten Stelle vorläufig vorliebnehmen muß. Die Tonnenberechnung ist aus den früher dargelegten Gründen zwar kein einwandfreier Wertmesser, ermöglicht aber immerhin die Unterstellung aller Häfen unter einen gemeinsamen Generalnenner.

Der Seeverkehr der deutschen Hafenplätze wird von unserer Reichsstatistik, um eine einheitliche Übersicht herzustellen, in der Weise berechnet, daß für jeden Hafen die in ihm angekommenen und abgegangenen Schiffe zusammengerechnet werden und von dieser Summe die Hälfte angesetzt wird. Die auf dieser Grundlage erzielte Rangordnung der Häfen nach Zahl und Größe ihrer Schiffe ist, wenn man die Verhältnisse gründlicher anschaut, ebenso irreführend wie eine Klassifizierung der Seehandelsplätze lediglich nach dem Umfang ihrer Reedereien. Die Schiffsbewegung in den Einzelhäfen gewährt nur einen gewissen Anhalt für deren Beziehungen zur Seeschiffahrt, läßt uns aber darüber im Dunkeln, welche wirtschaftlichen Kräfte diesen Verkehr bedingen. So müssen wir bei einer Durchmusterung der vorliegenden Seeverkehrsstatistik beispielsweise annehmen, daß, von Hamburg abgesehen, Bremerhaven und Stettin weitaus Bremen überlegen sind, denn ihr Seeverkehr ist nach der Tonnenzahl der ein- und ausgehenden Schiffe größer als im Welthafen an der Weser. Hamburg und Bremen können eben nicht als Häfen gesondert betrachtet werden, müssen vielmehr in ihrem wirtschaftlichen und vielfach auch territorialen Zusammenhang mit den benachbarten Hafenorten gewürdigt werden. Enge wirtschaftliche Beziehungen, die zum Teil einer weitreichenden Abhängigkeit gleichkommen, bestehen nicht nur zwischen Hamburg und Cuxhaven, Bremen einerseits und den kleinen Häfen Geestemünde und Brake, aber auch Bremerhaven anderseits, sondern verknüpfen auch Swinemünde mit Stettin, Warnemünde mit Rostock, Neufahrwasser mit Danzig usw.

Die Hafenanlagen Hamburgs sind in neuerer Zeit in erstaunlichem Maße gewachsen mit den höheren Zielen, denen der Seehandel der Stadt zustrebt. Neben der Anlegung von neuen Hafenbecken und Anschlüssen an die Eisenbahnen des Hinterlandes war die bessere Regulierung der ursprünglich wenig günstigen Stromverhältnisse der Elbe eine Lebensfrage für die aufblühende Stadt. An diesen Aufgaben hat die Stadt mit zäher Ausdauer gearbeitet und damit für seinen sich mächtig ausbreitenden überseeischen Außenhandel wertvolle Förderungsmittel bereitgestellt. Die einschneidendsten wirtschaftlichen Umwälzungen in ihrem Weichbilde durchlebte die alte Hansestadt als sie in den achtziger Jahren in das deutsche Zollgebiet sich eingliederte unter Absonderung eines Teils des Hafens als Freihafenbezirk. Seit diesem Zeitpunkt hat namentlich die Schiffahrt des Hamburger Hafens über den Ozean einen riesenhaften Aufschwung genommen. Indem die Hamburger Reedereien in den Dienst der neuzeitlichen Verkehrsbedürfnisse sich stellten, regelmäßige Dampferlinien für die Beförderung von Massengütern und den Personenverkehr ins Leben riefen und die Einrichtungen für atlantische Fahrten mit allen erdenklichen technischen Neuerungen und willkommenen Bequemlichkeiten ausstatteten, gelang es ihnen, selbst ihren stärksten Rivalen, England, auf diesem Gebiet teilweise zu überflügeln.

In unmittelbarer Nachbarschaft Hamburgs am rechten Elbufer ist die in erfreulicher Entwicklung begriffene preußische Stadt Altona belegen, die mit England und Dänemark, aber auch mit den Vereinigten Staaten und Südamerika einen regen Handelsverkehr pflegt. Während Altona seine selbständigen Handelsbeziehungen zu wahren gewußt hat, ist das an der Elbmündung belegene Cuxhaven hauptsächlich ein Vorhafen für Hamburg. Ehemals dienten die dortigen mangelhaften Verkehrsanlagen den Lotsen und Fischern als willkommene Zufluchtsstätte bei bösem Wetter,

während größere Seeschiffe keine genügende Wassertiefe fanden. In den neunziger Jahren wurden mit großem Kostenaufwande zwei neue Hafenbecken, von denen das eine speziell für die Fischerei bestimmt ist, hergestellt. Nachdem Cuxhaven auch mit den erforderlichen Bahnanschlüssen ausgerüstet war, verlegte die Hamburg-Amerika Linie ihren Schnelldampferverkehr zum Teil dorthin, um überseeische Reisende an der eigentlichen Elbemündung einnehmen und ausschiffen zu können.

Bremen hat auf dem ihm von der Natur zugewiesenen Raum die für die Ausbreitung freier Seeschiffahrt erforderlichen Hafenanlagen nur im steten Ringen mit den ungünstigen Verhältnissen des Weserstromes durchführen können. Zu einer wesentlichen Besserung der Situation wurde durch die Erwerbung eines umfangreichen Landgebiets, 70 km unterhalb Bremens, im Jahre 1827 der Grund gelegt, woselbst das heutige Bremerhaven erstand. Die Zwiespältigkeit zwischen den beiden Hafenstädten war aber auf die Dauer unhaltbar, da die in Bremen verbliebene kaufmännische Leitung des in Bremerhaven konzentrierten Schiffahrtsbetriebes mannigfache Weiterungen verursachte, zumal der Wasserweg die Weser aufwärts nach Bremen nach wie vor durch seine geringe Fahrtiefe beträchtlich beeinträchtigt wurde. Die Weserkorrektion nach einem weitangelegten Bauplan war daher in den achtziger Jahren eine Selbsterhaltungspflicht Bremens, wenn es nicht allmählich immer weiter zurückbleiben wollte. Die enormen Aufwendungen für die bessere Regulierung des Strombettes, den Ausbau der Hafenanlagen, sowie für den gleichzeitig mit Hamburg 1888 erfolgten Zollanschluß wurden aber von der Stadt willig getragen im Hinblick auf die vielversprechenden Aussichten einer Modernisierung der Seefahrt. Die respektable Stellung, welche Bremen im transatlantischen Verkehr bereits eingenommen, als das Zeitalter des deutschen Reichs anbrach, konnte jetzt mit noch größerem Erfolge ausgebaut werden. Die Mutterstadt Bremen mit der Tochtergründung Bremerhaven sind in stetem Zusammenarbeiten zu einer Position emporgediehen, die dem Weltverkehr einen bedeutungsvollen Stützpunkt darbietet.

Im Nordseebereich liegt auch die alte Hafenstadt Emden an der Ems, etwa 35 Seemeilen von der Nordsee entfernt. Emden galt, als seine natürlichen Wasserverhältnisse andere waren wie heute, als die Fluten der Ems bis zur Stadt noch drangen, als einer der besten Häfen Europas, in dessen Meeresbucht die Schiffe vor den Stürmen der Nordsee gesichert waren. Die schöne Hafenbucht ist infolge des Durchbruches der Ems nach Nordwesten späterhin verschlammt und das Fahrwasser 5 bis 6 km von der Stadt zurückgewichen. Die Bemühungen der Stadt und der hannoverschen Regierung, dem verödeten Hafen neues Leben einzuflößen, hatten keinen rechten Erfolg. Erst nach dem Übergange an Preußen begann Emden sich wieder aufzurichten, seine fernere Entwicklung wurde aber erst auf festen Boden gestellt mit der Anlegung des Dortmund-Ems-Kanals, der gewissermaßen dem Rhein, wenigstens für die Provinz Westfalen, eine deutsche Mündung in Emden verschaffte. Gleichzeitig wurde durch neue Hafenbauten Emden in den Stand gesetzt, auch die großen Ozeandampfer bei sich aufnehmen zu können. Die großen Reedereien, z. B. in Hamburg, leisten der Entwicklung auch hier Vorschub, indem sie ihren Dampferverkehr zum Teil nach Emden leiten.

Die Ostseehäfen. In der Ostsee schaffen die reiche Gliederung der Küste und die innige Verschwisterung von Land und Wasser besonders günstige Vorbedingungen für die Anlegung von Häfen in des Reiches Nordmark, dort, wo in der Provinz Schleswig-Holstein die deutsche Grenze das Meer erreicht. Jener Küste sind die Föhrden eigentümlich, tief in das Land einschneidende, vielfach gewundene Buchten, ähnlich den Fjorden in Norwegen. Diese Einbuchtungen mit dem breiten und doch geschützten Wasserspiegel und der beträchtlichen Seetiefe sind wie eine Aufforderung an die Menschen, an ihren Rändern sich häuslich niederzulassen und das Seegewerbe zu betreiben. Der Wink, den hier die Natur gegeben, ist verstanden worden und hat der Küstenlandschaft eine Kette betriebsamer Handelsplätze und reizvoller Ansiedlungen beschert. Unter den Föhrdenhäfen hat es zwar keiner zu der Bedeutung Kiels gebracht, aber

jeder von ihnen ist doch ein unentbehrliches Bindeglied für den Umschlagverkehr und ein wichtiger Mittelpunkt für Handel und Wandel der gesamten Landschaft. Die 14 840 Seeschiffe, welche im Ostseegebiet der Provinz Schleswig-Holstein im Jahre 1908 angekommen sind und über eine Million nutzbaren Tonnenraum enthielten, bezeugen, welch kräftige Erwerbsbetriebe die Seefahrt dem Küstengelände zuführt. Von den etwa 75 „Hafenplätzen", die in der Reichsstatistik diesem verhältnismäßig kleinen Teilstück der deutschen Meeresküste zuerteilt werden, können allerdings nur einige wenige auf größere Beachtung Anspruch erheben, nämlich Kiel und Flensburg, nächstdem vielleicht noch Hadersleben, Sonderburg und Apenrade. Die statistische Peinlichkeit gebietet die Verzeichnung auch der allerkleinsten Ortschaften als Hafenplätze, wenn ihre Belegenheit an einer von der See zugänglichen Wasserkante ihnen den Vorzug verschafft, daß dann und wann ein Schiff oder Schifflein dort Rast hält. Infolgedessen erfahren wir von Dutzenden deutscher Häfen, die an der Kieler und Flensburger Föhrde, im Schleigebiet, auf den Inseln Fehmarn und Alsen usw. fast im Verborgenen ein beschauliches Stilleben führen. Bei manchen der uns vorgehaltenen Namen, welche im Seeverkehr niemals genannt werden, wird aber wenigstens unser vaterländisches Empfinden angeregt. So werden bei Nennung der Insel Alsen und des Städtchens Sonderburg in uns Erinnerungen wach an die blutigen Kämpfe, die im Jahre 1864 gegen die Dänen dort ausgefochten worden sind, um das meerumschlungene Land in die deutschen Arme aufzunehmen. Auch Apenrade hat historischen Klang, und die Geschichte der Provinzialhauptstadt Schleswig, das an einer seeartigen Erweiterung der Schlei liegt, reicht um elfhundert Jahre, bis in die Zeit Karls des Großen zurück; in den Chroniken wird Schleswig als Tauschhandelsstätte und Vorposten deutscher Kultur gegen den Norden erwähnt.

Flensburg hat durch Seegewerbe und Seefahrt das gute Ansehen, dessen es sich schon vor Jahrhunderten unter den Dänenkönigen erfreute, in die Gegenwart herübergerettet. Wenn wir lediglich die Statistik zu Rate ziehen, steht Flensburg in der Rangordnung aller deutschen Seehäfen sogar an dritter Stelle, folgt also unmittelbar hinter Hamburg und Bremen. Das gilt aber nur für die Klassifizierung der Häfen nach ihrem Besitzstand an Schiffen, im Seeverkehr bleibt Flensburg selbst hinter den kleineren Plätzen weit zurück. Schiffbauindustrie und Fischereigewerbe stehen in gutem Flor.

Kiel als Ankerplatz der deutschen Marine und Hauptkriegshafen des Deutschen Reichs ist bereits gewürdigt worden. Die Stadt hat ihr kraftvolles Aufblühen aber nicht nur den großartigen Anlagen für die Zwecke der Kriegsmarine, sondern auch ihrem lebhaft entwickelten Seehandel nach den skandinavischen Ländern und die Küsten entlang zu danken.

Wie die merkantile Bedeutung der Ostsee in den letzten Jahrhunderten zurückgegangen und die Nordsee sieghaft emporgekommen ist, hat der Zeiten Wandlung auch Lübeck, das stolze und streitbare Haupt des einstmaligen Hansebundes, von seiner Höhe herabgedrückt. Wie das geschehen konnte und geschehen mußte, braucht nicht nochmals dargelegt zu werden. Die Hansekönigin an der Trave hat die Schicksalsfügungen und Niederlagen nicht still duldend hingenommen; ruht auch nicht mehr die Krone des Ostseehandels auf ihrem Haupte, die Nachkommen der alten Hansea en in der lübischen Stadtrepublik haben des hochstrebenden und tatkräftigen Geistes, der ihre Altvordern beseelte, sich würdig gezeigt und sind unermüdlich darauf bedacht, die Hemmungen in der neuzeitlichen Entwicklung ihres vaterländischen Bodens nach Möglichkeit zu bewältigen oder auszuschalten. Sie haben viele Millionen aufgewendet, um durch Vertiefung der Trave den Hafen Lübeck von der Vormundschaft des an der Mündung belegenen Vorhafens Travemünde im Verkehr mit größeren Seeschiffen freizumachen. Sie haben in der Erkenntnis, daß Lübeck zur Hebung seiner Zufuhren in nähere Verbindung zum böhmischen Elbgebiet, wie überhaupt zum Westen des Reichs gebracht werden muß, eine 67 km lange Wasserstraße von der Trave zur Elbe bei Lauenburg, den Elb-Trave-Kanal, unter Benutzung des ein halbes Jahrhundert früher angelegten

Weges, neu erbaut. Seit der Erbauung des Kaiser-Wilhelm-Kanals, welcher die Meeresstraße von Hamburg nach der Ostsee (östlich der dänischen Insel Moon) um 425 Seemeilen gegenüber dem Seeweg um Skagen herum, verkürzt, kann Lübeck noch weniger als früher dem Eindringen der Nordseereedereien in den Bereich der Meeresteile, die ehemals hauptsächlich von ihm „befriedet" wurden, wehren, es setzt aber seine ganze wirtschaftliche Kraft an die Aufrechterhaltung seines Eigenhandels. Wenn Lübeck durch seine unbequeme Lage im Winkel der Ostsee in mancher Hinsicht hinter den weiter ostwärts belegenen Häfen wie Danzig und Stettin neuerdings zurückstehen muß, so läßt es sich anderseits eifrig angelegen sein, aus seiner engen Verbindung mit Hamburg für sich selbst zu vorteilen. Daß dieses Mühen erfolgreich gewesen, lassen die aufsteigenden Zahlen der Schiffsfrequenz in Lübeck-Travemünde erkennen. Wie in den vielen wertvollen Überresten altertümlicher Baukunst in der Stadt stumme Zeugen verwichener Herrlichkeit vor uns stehen, so erinnert uns die frische Belebung der seemännischen Betätigung in der Gegenwart an die großen Traditionen einer glanzvollen Vergangenheit in der Seefahrt und Seegeltung. Anstelle der regelmäßigen Schiffslinien über das Weltmeer finden wir in Lübeck einen ausgebreiteten Verkehrsdienst nach anderen Ostseeplätzen Preußens und des Auslandes, eine ansehnliche Reederei und Schiffbauindustrie und manche Stapelartikel des Ostens, vor allem nordische Holzarten.

Die beiden Hafenplätze Wismar und Rostock an der mecklenburgischen Küste haben im Mittelalter als Glieder der Hanse im Seehandel ausgedehntere Beziehungen unterhalten, als sie ihnen in der Neuzeit beschieden sind. Wismar hat trotz seiner ausgezeichneten natürlichen Hafenverhältnisse dem schweren Verhängnis langsamer Verödung nicht ausweichen können, ist aber unter den Fittichen des geeinten Reichs in langsamer Aufrichtung begriffen. Bessere Fortschritte macht Rostock, dessen Hafen ein selbständiges Arbeitsgebiet sich gesichert hat. Sein Schiffsverkehr ist nicht unbeträchtlich, zumal nach Einrichtung der Schnellzugsverbindung zwischen Berlin und Warnemünde und der sich anschließenden Fährdampfer nach Gjedser und Kopenhagen.

Zu den Schwesterstädten der Hanse gehörte einstmals auch Stralsund, dessen Geschichte reich ist an Glanzpunkten aus den Zeiten, wo Dänen und Schweden die Stadt bedrängten und Wallenstein 1628 sich vermaß, die Stadt einzunehmen und „wenn sie mit Ketten an den Himmel geschlossen wäre". Im Lokalverkehr nach Rügen hinüber und längs der ganzen pommerschen Küste spielt die Stralsunder Reederei eine nicht unwichtige Rolle. Einige Bedeutung hat auch Greifswald, dessen Hafen durch Begünstigung der Fischerei und Reederei der materiellen Lage des Ortes gute Beihilfe leistet.

Den bisher hier angeführten mittelgroßen und kleinen Häfen am Ostseegestade fehlte eine für den Seehandel der neueren Zeit äußerst wichtige Voraussetzung: ein ausgedehntes, produktives und aufnahmefähiges Hinterland, das durch eine weithin sich erstreckende Wasserader mit ungehinderter Schiffbarkeit und reichlichen Verzweigungen dem Verkehr zu Wasser erschlossen und dem Hafen im Mündungsgebiet gewissermaßen angeschlossen wird. Diesen Vorzug hat Stettin an der Oder. Wie die meisten deutschen Hafenplätze liegt auch Stettin nicht unmittelbar am Seestrand, sondern weit landeinwärts, etwa 60 km von der Küste entfernt. Die Oder ergießt sich nämlich, wie auch zum Teil die Weichsel, nicht in Stromeinheit direkt ins Meer, sondern bildet an ihrem Ausfluß jene charakteristischen breiten Wasserflächen, Haffe genannt. Die Gegebenheit zur Anlegung eines Seeplatzes tief im Binnenlande ist für Stettin ganz außerordentlich vorteilhaft gewesen. Freilich ist dieser Vorteil erst in den letzten Jahrhunderten mit der fortschreitenden Entwicklung des Hinterlandes recht zur Geltung gekommen. Viel hat die Erstarkung des brandenburg-preußischen Staates dazu beigetragen. Denn dessen Herrscher sind nicht nur bemüht gewesen, das Odergebiet überhaupt in jeder Weise wirtschaftlich zu heben, sondern haben es auch durch kostspielige Kanalbauten mit dem Elb- und Weichsellande in Verbindung gebracht. Gerade der große Aufschwung Stettins hängt mit dem Übergang in den Besitz Preußens zusammen.

Die preußische Regierung hat durch den Ausbau der Wasserläufe zwischen der Oder und der Reichshauptstadt, sowie durch eine sehr liberale Tarifpolitik ihrer Eisenbahnen dem Hafen an der Odermündung eine wirtschaftliche Bevorzugung angedeihen lassen, die ihm auch dem Elbhafen gegenüber einen beträchtlichen Vorsprung gewährt. Stettin hat sich infolgedessen aus einem Hafen, der hauptsächlich Massengut ausführt, in einen bedeutenden Einfuhrplatz umwandeln können, den das baltische Getreide zum Konsum in Berlin, die schwedischen Erze auf ihrem Wege nach Oberschlesien, die englischen Kohlen für die Industrie im Herzen Deutschlands aufsuchen. Anderseits führt der Reichtum an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Getreide, Zuckerrüben usw. im natürlichen Hinterlande des Oderhafens, im Gebiete der Oder und Warthe, in Schlesien und Posen, der Ausfuhrtätigkeit des Stettiner Hafens gute Nahrung zu. Der scharfen Konkurrenz, die den Ostseeplätzen von seiten Hamburgs nach Eröffnung des neuen Seeweges durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal bereitet wird, soll durch den Großschiffahrtsweg Stettin—Berlin begegnet werden. Die Schaffung eines breit angelegten Freihafenbezirks, der im Jahre 1898 dem Verkehr übergeben wurde, mit einem Kostenaufwande von Millionen soll gleichfalls die Wettbewerbsfähigkeit des Stettiner Hafens erhöhen.

Hervorragend ist in Stettin der Schiffbau vertreten. Die mächtigen Anlagen des „Vulkan", der größten Schiffswerft Deutschlands, beim Dorfe Bredow an der Oder, umfassen ein Areal von 26 ha und beschäftigen zirka 6000 Arbeiter. Zahlreiche Panzerschiffe und Torpedoboote für die deutsche und für fremde Marinen sind auf der Werft des „Vulkan" gebaut worden; ebenso viele der schönsten deutschen Schnell- und Transportdampfer für unsere großen Schiffahrtsgesellschaften. Handelsschiffe werden in Stettin auch noch auf anderen Werften, so auf den „Oderwerken", gebaut und mehrere Schwimmdocks mit gewaltiger Hebekraft können die erforderlichen Ausbesserungen am Schiffsmaterial mit wünschenswerter Promptheit ausführen. Regelmäßige Schiffahrtslinien mit einer Anzahl europäischer Häfen, besonders auch mit Skandinavien und Rußland, sowie ein intensiver Personenverkehr auf der Ostsee durch Bereitstellung von eigenen Reedereidampfern fügen dem imponierenden Gesamtbilde des Stettiner Hafenbetriebes die ergänzenden Züge ein.

Die beiden östlichen Häfen Danzig und Königsberg sind in ihrer natürlichen Entfaltung durch politische und wirtschaftliche Verhältnisse mannigfach behindert. Sie sind auf den Handel mit einem Hinterlande angewiesen, das nur zum Teil zu Deutschland gehört und das wegen seiner relativ geringen industriellen Entwicklung nicht sehr kaufkräftig ist. Sie stehen ferner unter dem Drucke jener nationalen Wirtschaftspolitik, die durch Zollschranken die Produktion im eigenen Lande zu schützen und zu fördern bestimmt ist. Die Zufuhren von Rohstoffen und Nahrungsmitteln aus Rußland und Polen und der Absatz von Industrieartikeln dorthin werden dadurch empfindlich unterbunden. Beide Städte sind bemüht, für diese Einengung ihrer Handelstätigkeit auf industriellem Gebiet Ersatz zu finden. Im Danzig bestehen namentlich umfangreiche Werftanlagen, außer den früher erwähnten Kaiserlichen Werften einige private Betriebe, von denen die Schichauschen Werke in Elbing am größten sind. — Die Handelsstellung Königsbergs beruht in der Hauptsache auf der Vermittlung des Absatzes russischer Bodenerzeugnisse. Wesentlich zugenommen hat in den letzten Jahren sein Auslandsseeverkehr mit Großbritannien; von der gesamten Wareneinfuhr über See in Königsberg—Pillau kam 1908 über die Hälfte von dorther. Von wesentlichem Einfluß für den Schiffsverkehr von Königsberg ist der neue Seekanal, der Seedampfern größeren Raumgehalts unter gänzlichem Fortfall der früheren zeitraubenden und kostspieligen Leichterungen in Pillau den Königsberger Hafen aufzusuchen gestattet. — Zum Schluß sei Memel genannt. Die statistischen Anschreibungen stellen für diesen Ort eine nicht unbeträchtliche Verkehrssteigerung fest. Von ausschlaggebender Bedeutung sind für den dortigen Hafen der Holzhandel und die Holzindustrie, die eine weitverzweigte Schiffsbewegung nach den Niederlanden und Großbritannien, den russischen

und preußischen Ostseehäfen zur Folge haben. Neben der Handelsschiffahrt geht Memel der Seefischerei eifrig nach.

Die Entwicklung und Aussichten der Häfen im allgemeinen. Die von der Natur gegebenen Grundbedingungen für eine gedeihliche Entwicklung der deutschen Seehäfen sind, wie bereits hervorgehoben, nur teilweise als günstig zu erachten. Die übereinstimmende Richtung der größten deutschen Ströme und ihre breite Ausmündung in die nordischen Meere bieten für die Anlegung von Hafenplätzen geeignete Vorbedingungen, in den Mündungsgebieten selbst aber stießen die mittelalterlichen Pläne zu Städtegründungen bei der technischen Unerfahrenheit in schwierigen Wasserbauten auf unüberwindlich erscheinende Schwierigkeiten. Daß übrigens die städtischen Niederlassungen infolgedessen weit stromaufwärts zunächst ihren Standort wählten, hat ihrer späteren Entwicklung zu wichtigen Seehandelsplätzen keineswegs Abbruch getan. Jedenfalls haben unsere hervorragendsten Seestädte trotz ihrer ursprünglichen „Winkellage" in den tiefeinschneidenden Buchten und ihrer beträchtlichen Entfernung von der offenen Meeresfläche die Beteiligung am Weltverkehr sich mit bestem Erfolg gesichert. Die Meeresküsten nun gar sind auf weite Strecken für größere Seefahrzeuge nahezu unzugänglich, indem sie wie eine Festung mit Wällen durch lange Ketten von Sandbänken und Landzungen, Watten und Strandseen gegen eine Annäherung sich geschützt haben. Der Umschlagsverkehr zwischen Wasser und Land wird dadurch ungemein erschwert. Doch hat der Ostseehandel solcher Hindernisse ungeachtet schon vor Jahrhunderten in prächtiger Blüte gestanden. Die natürlichen Faktoren einer besseren oder schlechteren Meereslage sind demnach nur ein Stützpfeiler für das Emporkommen der Häfen; gibt es doch auf dem Erdenrund so manchen Hafen, der trotz aller vortrefflichen Eigenschaften keine Aussicht hat, im Weltverkehr jemals eine hervorragende Rolle zu spielen.

Ungleich wichtiger für den Aufschwung eines Hafens ist seine Verknüpfung mit einem starken wirtschaftlichen Organismus und seine Anpassung an die modernen Verkehrsbedürfnisse. In beiden Richtungen haben die deutschen Häfen Treffliches geleistet, daher ist ihnen der Zeiten Gunst in höherem Maße zu teil geworden, als sich bei Betrachtung der natürlichen Anlagen erwarten ließ. Gewiß hat die gewaltige Ausdehnung des deutschen Wirtschaftslebens sehr viel dazu beigetragen, daß die Häfen wuchsen und gediehen, indem Handel und Industrie den Seeverkehr hundertfach befruchteten, aber auch die Hafenstädte selbst haben nicht gesäumt, der nationalen Volkswirtschaft als lebendiges Glied sich einzufügen. Das deutsche Bürgertum an den Gestaden der Nord- und Ostsee richtete seine arbeitheischenden Blicke nicht nur hinaus auf das Meer, „die Quelle der Völkergröße" (Ratzel), sondern auch auf das arbeitsame Hinterland, dem es die Häfen durch Herstellung von Kanalverbindungen und Ausbau des Eisenbahnnetzes näherbrachte. Gleichzeitig ist mit Hilfe der technischen Wissenschaften in der Regulierung der Stromverhältnisse und Vertiefung des Fahrwassers, in der Verbesserung der Schiffahrtsanlagen und Ladeeinrichtungen Erstaunliches geleistet worden. Die Veränderungen, welche im Laufe eines halben Jahrhunderts und darüber hinaus am Flußbild und an den Hafenumrissen vorgenommen worden sind, haben das ganze Gepräge der Hafengegenden so völlig umgestaltet, daß die Angaben der älteren Kartenskizzen in der gegenwärtigen Situation kaum noch erkennbar sind. Was durch die Kunstbauten bewirkt worden ist, mag aus einigen Beispielen ersehen werden. Die Weser fließt jetzt als geschlossener Stromschlauch an Bremen vorüber, die zahlreichen Wasserläufe aber, welche heute als Sicherheits- oder Holzhäfen oder auch als Schiffahrtskanäle dienen, sind die Überreste einstiger fast unbenutzbarer Seitenarme der Weser. Noch größer sind die Veränderungen in der Wasserführung der Elbe bei Hamburg. Die dort vorgenommenen Wasserbauten sind ein klassisches Beispiel einer völligen Umwandlung des Stromfalles durch kulturelle Eingriffe. Ebenso ist das Weichseldelta seit Mitte des 19. Jahrhunderts systematisch „reguliert" worden.

Mit der Vertiefung und Geradlegung des Fahrwassers, durch welche Maßnahmen

den Ozeandampfern der Zugang zu den eigentlichen Brennpunkten des Handelsverkehrs ermöglicht wurde, ging Hand in Hand eine zweckmäßige Zurüstung des Hafenlandes, so daß Umschlag und Umladung möglichst vereinfacht werden. Derartige mit großen finanziellen Opfern verknüpfte Umbildungen hat jede einzelne deutsche Hafenstadt vornehmen müssen, wenn sie den Anforderungen der Gegenwart gerecht werden und in den modernen Verkehr hineinwachsen wollte. Das Pfund, welches jenen am Seestrand belegenen Orten von der Natur ursprünglich mit auf ihren Lebensweg gegeben ist, war nur kärglich bemessen, aber sie haben es verstanden, aus sich selbst das zu machen, was unter den obwaltenden Verhältnissen erreichbar ist. Sie sind Erzieherinnen an sich selbst geworden. Und diese Erziehungsarbeit ist in der Gegenwart keineswegs abgeschlossen, ihr erstehen vielmehr immer neue Aufgaben, deren glückliche Lösung vom Weitblick und von der Rührigkeit der berufenen Organe abhängt.

Wer in die hochinteressante geschichtliche Vergangenheit der einzelnen Seehandelsplätze sich vertieft, dem enthüllen sich in ihrem Werden und Wachsen, Entstehen und Vergehen Zusammenhänge, die an die Lebensschicksale der menschlichen Individuen gemahnen. Die vorhandenen natürlichen Anlagen müssen rechtzeitig ausgebildet und die aus den äußeren Verhältnissen sich ergebenden Hemmnisse durch gesteigerte Tatkraft überwunden werden; die durch übermächtige Widerstände und unabwendbare Krisen verursachten Rückgänge spornen den Mut zum Vorwärtsstreben an. Auch darin sind die Schicksale der Häfen dem Menschendasein ähnlich, daß sie nicht ohne Rücksicht auf ihre Umgebung „voraussetzungslos" sich betätigen können. Die Lage an der gemeinsamen Seekante und das Bedürfnis von besserer Förderung des Seeverkehrs haben die Städte zusammengeschlossen, der natürliche Wettbewerb und häßlicher Neid haben zwischen ihnen blutige Fehden angezettelt. Interessengemeinschaft vereinigte die Städte gegen Seeräuber und Piraten, welche ihre Schiffe überfielen und beraubten, gegen geistliche und weltliche Mächte, welche durch Zölle und Abgaben ihren Handelsbetrieb drangsalierten, gegen fremde Nationen, welche ihnen die Seewege verlegen und sie von ihren Absatzmärkten verdrängen wollten. Der Hansabund legt beredtes Zeugnis für solche Bündnispolitik ab.

Wie jede Ortschaft ihre Eigenart an sich trägt, die durch die Ortslage, die geschichtliche Entwicklung, die Besiedelung, die Erwerbsbedingungen und manchen anderen Charakterzug gestaltet wird, so hat auch jeder Hafen sein Sondergepräge. Ein wesentliches Moment kommt speziell bei den Häfen noch dadurch hinzu, daß ihre Zweckbestimmung häufig verschieden ist. Seitdem die Ansprüche an die Häfen im Vergleich zu früheren Zeiten in kaum geahntem Maße sich erweitert haben, hat auch in dieser Beziehung im Laufe der Entwicklung eine gewisse Differenzierung platzgegriffen. Die Vorbedingungen für die Aufrechterhaltung der Seemacht und des Seehandels, sowie für die Förderung des Seegewerbes und Seeverkehrs sind eben so mannigfaltig geworden, daß nicht jeder Hafen schlankweg nach allen Richtungen gleichzeitig die erforderlichen Dienstleistungen darzubieten vermag. Das Prinzip der Arbeitsteilung ist auch hier durchgedrungen.

Entsprechend einer solchen immer weiter sich ausbildenden Differenzierung sind manche Häfen ganz überwiegend Handelshäfen, andere Kriegshäfen. In älteren Zeiten waren die Hafenanlagen für die Kriegsflotte und die Handelsflotte meist vereinigt, noch lange nach den Jahrhunderten, in denen die Handelsschiffe bewaffneten Selbstschutz an Bord haben mußten oder gar selbst räuberischen Abenteuern zur See nicht abgeneigt waren. Des Altmeisters Goethe Ausspruch im zweiten Teil vom „Faust": „Krieg, Handel und Piraterie — dreieinig sind sie, nicht zu trennen", ist auf die Neuzeit schlechterdings unanwendbar. Das Kriegshandwerk also ist jetzt vom friedlichen Handelsbetrieb auch durch die Typen der Seefahrzeuge scharf geschieden; demgemäß haben auch am Lande Mars und Merkur es für zweckmäßig befunden, gesonderte Stützpunkte sich auszuwählen. Handels- und Kriegsmarine sind, wie die Erfahrung gelehrt hat, einander in der Bewegungsfreiheit bisweilen hinderlich. Daher sind auch nicht etwa Hamburg und Bremen,

sondern Wilhelmshaven und Kiel zu Kriegshäfen bestimmt worden. Diese Trennung ist um so eher durchzuführen, weil die deutsche Kriegsflotte nicht mehr an Stelle und Ort den einzelnen Hafenplatz zu schützen braucht, sondern ihre Abwehr auf das Ganze zu richten verpflichtet ist.

Übrigens bedarf es wohl kaum einer besonderen Erwähnung, daß durch die Verlegung des festen Standorts der Schlachtflotte in bestimmte Häfen letztere keineswegs ihre merkantile Bedeutung verloren haben, wie denn auch zwischen Handels- und Kriegsmarine rege Wechselbeziehungen fortbestehen. Wenn die Kriegsschiffe in Anbetracht ihrer ganzen Bauart und Zweckbestimmung zum Frachtverkehr oder für Personenbeförderung nicht geeignet sind, und wenn Handelsschiffe in künftigen Seeschlachten schwerlich als aktive Kämpfer eingreifen werden, so ist die Kriegsmarine für die Handelsflotte doch von großem Nutzen durch den Schutz aller deutschen Überseeinteressen. Die Handelsmarine anderseits ist durch genau festgestellte Vorschriften darauf vorbereitet, unter Umständen für Kriegszwecke in tunlicher Form herangezogen zu werden. In den „Kriegshäfen" vertragen sich gleichfalls freier Handelsverkehr und Kriegsmarine ausgezeichnet, ja ersterer zieht aus dem Aufenthalt der Kriegsschiffe in vielfacher Hinsicht große Vorteile, wahrscheinlich viel größere, als ihm zu teil werden würden, wenn er einzig und allein auf die allgemeinen örtlichen Verhältnisse sich stützen müßte. Die „Handelshäfen" aber geben dem gesamten staatlichen Marinebetrieb unentbehrliche Fundamente. Die hohen Anforderungen der einheimischen Reedereiflotte an Schiffsbaumaterialien aller Art, an Kohlenversorgung und ausgebildete Mannschaft bieten der Kriegsflotte erst die Möglichkeit, in Bau und Betrieb allzeit auf der Höhe moderner Fortschritte sich zu halten. Wie von der Kriegs- und Handelsmarine wird man auch von den Kriegs- und Handelshäfen sagen dürfen, daß sie sind und bleiben „die zwei Lungenflügel, durch welche hindurch die stärkende Seeluft dem nationalen Wirtschaftsorganismus zuströmt". (v. Halle.)

In anderen Hafenorten wird das Seegewerbe in Form der Hochseefischerei in steigendem Umfange betrieben. In diesem blühenden Erwerbszweige, der über eine eigens ausgestattete sehr respektable Flotte verfügt, werden gegenwärtig bereits Millionen an Wert in jedem Jahre umgesetzt. In Geestemünde beispielsweise entfällt ein Viertel vom ganzen dortigen Seeverkehr auf die Seefischerei. Auch in den Häfen Nordenham, Emden und Brake ist die lebhafte Schiffsbewegung wesentlich auf die Hochseefischerei zurückzuführen.

Viele der kleineren und kleinsten Plätze, insbesondere an der Ostsee, sind vorwiegend dem Lokalverkehr oder der Personenbeförderung zwischen Nachbarorten dienstbar. Die Eigenart des Ostseestrandes kommt diesem einträglichen Nahverkehr sehr gut zu statten, zwar nicht durch Darbietung vieler bequemer Anlageplätze, wohl aber durch die zahllosen lockenden Gelegenheiten zur Etablierung von Badeorten. Die flachen Küstenstriche mit sanft geschwungenem Boden und den weiten Sandflächen geben die herrlichsten Standorte für Sommerkolonien und Badeleben ab. Die Belebung der Wasserkante in ihrer ganzen Länge mit mehr oder weniger städtisch gearteten Niederlassungen zu sommerlicher Auffrischung abgespannter Landratten ist für die wirtschaftliche Hebung der benachbarten Häfen von eminenter Bedeutung. Infolge der starken Frequenz der Badeorte ist der Personenverkehr zu Wasser entlang dem Küstensaume außerordentlich lebhaft und vermittelt den kleinen Reedereien viel lohnende Beschäftigung. Aber auch die größten Gesellschaften pflegen den Seebäderdienst auf weiteren Strecken durch Inbetriebsetzung einer besonderen Dampferflottille und Organisation regelmäßiger Linienfahrten.

Alle unsere Häfen, groß und klein, folgen, so mannigfaltig ihre Betätigung auch sein mag, dem alten Wahrspruch, welcher das Haus Seefahrt in Bremen ziert: navigare necesse est. Die „Notwendigkeit der Seefahrt" ist das Lebensprinzip, das sie in die Höhe gebracht hat, ihr Dasein ausfüllt und ihre Zukunft bedeutet. Die Ausübung des seefahrenden Gewerbes ist überall an bestimmte Voraussetzungen gebunden, der rechte

Erfolg wird ihr aber nur dann beschieden sein, wenn zu den sachlichen Momenten das persönliche hinzutritt. Der Weitblick und die Opferwilligkeit, der Unternehmungsgeist und die Tatkraft der deutschen Bürger, die persönliche Tüchtigkeit und Intelligenz der führenden Männer haben die deutschen Seehäfen in ihrer Entwicklung zu der Höhe geführt, auf der sie sich in der Gegenwart befinden. Die deutschen Werften und die deutschen Dampfer stehen in der Welt in der ersten Reihe. Auf ihnen wurden 1909 für deutsche und fremde Rechnung 29 Kriegsschiffe, 680 Kauffahrteischiffe und 117 Flußschiffe fertiggestellt, im Bau befanden sich 45 Kriegsschiffe, 967 Kauffahrteischiffe und 181 Flußschiffe. Werftbetriebe wie Blohm & Voß in Hamburg usw. haben Weltruf. Unter den großen, leistungsfähigen Schiffahrtsgesellschaften aber treten durch ihre überragende Bedeutung vor Allem die Hamburg-Amerika Linie und der Bremer Lloyd hervor. Eine nähere Würdigung dieser riesenhaften Unternehmungen wird an anderer Stelle geboten.

Die Häfen sind ein wertvolles Unterpfand für des Deutschen Reiches politische Macht und wirtschaftliches Gedeihen. Unsere Seegeltung würde dahinsiechen und unser Wohlstand zusammenschrumpfen, wenn die blanken Augen, mit denen die Nation von der nordischen Wasserkante auf die Salzflut hinausspäht, Fernblick und Sehschärfe teilweise einbüßen sollten. Die Zukunft des größeren Deutschlands liegt auf dem Wasser, die Häfen aber sind die Tragebalken zum Aufbau unserer seefahrenden Hoffnungen. Mit dem Spruche, der die drei Hammerschläge Kaiser Wilhelms II. auf den Grundstein zum Kaiser-Wilhelm-Kanal begleitete, läßt sich die Arbeit charakterisieren, die von den deutschen Häfen für die nationale Wohlfahrt geleistet wird. Sie geschieht: „zu Ehren des geeinigten Deutschlands, zu seinem fortschreitenden Wohle, zum Zeichen seiner Macht und Stärke!“

Entwicklung und Bedeutung der deutschen Seeschiffahrt.

Von **Wilh. Ehlers,** Bremen.
Leiter des Literarischen Bureaus des Norddeutschen Lloyd.

„Schiffahrt treiben ist notwendig!" — Wohl kein Wahrspruch hat eine größere innere Berechtigung als dies alte vielberufene Wort des Pompejus, das in seinem Urtext über dem Portal des Hauses Seefahrt in Bremen prangt. „Navigare necesse est!" — Das gilt in besonderem Maße auch für unser deutsches Vaterland, seitdem es nach dem glorreichen Kriege gegen den westlichen Nachbarn die langersehnte Einigung und die innere Festigung erlangt hat, die notwendig ist, ihm seinen Platz im Rate der Völker zu sichern.

Vier Jahrzehnte sind seit den denkwürdigen Tagen blutigen Ringens, die der Einigung der deutschen Stämme vorausgingen, verflossen, vier Jahrzehnte des Friedens und der stetig fortschreitenden Entwicklung auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens, der Künste und der Wissenschaften. Werke, die einst die Zerrissenheit der deutschen Lande mangels politischen Zusammenhangs oder aus Interesselosigkeit in ihrer Entwicklung hinderte oder gar zum Scheitern brachte, sind dank den Segnungen des Friedens kraftvoll gefördert; Handel und Industrie sind mächtig emporgeblüht, der Verkehr ist in weitverzweigte Bahnen gelenkt, die nicht an den Küsten der Meere endigen, sondern weit über See bis in die fernsten Länder der Welt reichen. Eisenbahnen und Schiffahrt wirken eng zusammen, den Anforderungen des überseeischen Personenverkehrs und Güteraustausches gerecht zu werden.

In weit größerem Maße noch als Eisenbahn und Flußschiffahrt in den Binnenverkehr eingriffen, hat sich die Großschiffahrt des Überseeverkehrs bemächtigt. Nach allen Teilen der Welt hat sie ihre Fühler ausgestreckt. Selbst in Ländern, in denen es erst galt, neue Absatzgebiete für heimische Produkte zu erschließen oder neue Einfuhrgelegenheiten für die Heimat oder andere europäische Gebiete zu schaffen, ist sie bahnbrechend vorgegangen — getreu dem Grundsatze, daß erst die Verbindungen den Verkehr bringen und „Schiffahrt treiben notwendig" ist, um dem Handel und Gewerbe, der Industrie und Landwirtschaft, die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse und die Einfuhr von ausländischen Rohstoffen für die heimische Verarbeitung zu erleichtern.

In der Geschichte der Kulturvölker — im grauen Altertum, im Mittelalter und in der Neuzeit — spielen Handel und Verkehr eine hervorragende Rolle: Große politische und soziale Bewegungen stehen unter ihrem Einfluß, neue Erdstriche werden entdeckt und von Kultur noch unberührte Völker der menschlichen Gesittung unterworfen.

Uns Deutsche muß es mit besonderer Genugtuung erfüllen, wie großartig die Fortschritte gewesen, die Deutschlands Handel und Schiffahrt im Laufe weniger Jahrzehnte gemacht haben. Die Zeit liegt noch nicht sehr weit zurück, wo Deutschland seine Ein- und Ausfuhr zu einem sehr erheblichen Teile der fremden Flagge anvertrauen mußte, wo es zur See noch gänzlich machtlos war und die deutschen Schiffe in steter Gefahr schwebten, den Seeräubern des Mittelmeeres als gute Prise zu dienen. Doch mit

der Zeit haben sich auch die Verhältnisse geändert. Die Piraten sind von den Meeren verschwunden, die Willkür einzelner Länder in bezug auf die Gestaltung des Seeverkehrs hat aufgehört, die Schiffahrt ist frei geworden, eine starke Kriegsflotte schützt sie. Die Farben der alten Hansa, vereint mit den Farben Preußens in der deutschen Reichsflagge, leuchten längst in allen Meeren.

Nachdem ganz Deutschland zu einer politischen Einheit zusammengeschweißt ist und das weite Hinterland damit freien Zutritt zu den Hochstraßen des Weltverkehrs erlangt, hat es sich in überraschend kurzer Zeit den zweiten Platz unter den Welthandelsmächten erobert. Nur England, das bis um die Mitte des 19. Jahrhunderts die Einfuhr aller fremden Waren nach England oder Irland in nicht englischen Schiffen und über fremde Häfen verbot oder nur unter gewissen Bedingungen gestattete, steht Deutschland voran.

Die deutsche Seeschiffahrt in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Noch in der ersten Hälfte des Jahrhunderts ist kaum ein Zeichen hervorgetreten, das auf eine nachhaltige Hebung des deutschen Seeverkehrs hindeutete. Das verödete und verarmte Land bedurfte geraumer Zeit, um sich von den schweren Wunden, die die Kontinentalsperre und die napoleonischen Kriege seinem gesamten Wirtschaftsleben geschlagen, zu erholen; zugleich waren der Seeschiffahrt besonders ungünstig die politischen Verhältnisse Deutschlands, die in der Machtlosigkeit des Landes begründet waren. In der Vielgestaltigkeit der Flaggen, welche auf den deutschen Schiffen wehten, kam so recht die ganze politische Zerrissenheit Deutschlands zum Ausdruck. Eine deutsche Nationalflagge gab es nicht, man unterschied vielmehr nach den verschiedenen deutschen Küstenstaaten die preußische, mecklenburgische, lübeckische, die hamburgische, bremische, hannoversche und oldenburgische Flagge. Daher konnte, wie Dr. Max Peters in seinem Werke über die Entwicklung der deutschen Reederei mit Recht hervorhebt, auch ihr Ansehen nicht dasjenige sein, welches die einheitlich deutsche Flagge seit 1871 auf allen Meeren errungen hat. Von dem Ansehen, welches die Flagge genießt und von der Häufigkeit, mit welcher sie auf dem Meere erscheint, hängt in erster Linie die Möglichkeit Frachten zu erhalten und damit das Wohlergehen der Reederei ab. Während England und Frankreich mit Hilfe ihrer Kriegsflotten ihren Seehandel schützen und ihm die zu seinem Gedeihen notwendige Sicherheit gewähren konnten, entbehrte die deutsche Reederei völlig des Schutzes ihrer Interessen und ihres Eigentumes zur See. Um gemeinsam hierin Wandel zu schaffen, mangelte den deutschen Seestaaten der politische Zusammenhang und selbst das mindestens dafür erforderliche Interesse im Binnenlande. So kam es, daß ihrer eigenen Sicherheit wegen Schiffe der deutschen Bundesstaaten häufig unter fremder Flagge fuhren, und sich fremder Seepässe bedienten hauptsächlich um der Seeräubergefahr zu begegnen und sich vor der Willkür ihrer Widersacher zu schützen. Noch während des Krieges mit Dänemark im Jahre 1848 kam es vor, daß oldenburgische, hannoversche und bremische Schiffe sich ihrer Nationalität entkleideten und unter neutraler Flagge ihren Weg suchten, solange dänische Kriegsschiffe die Wesermündung blockierten.

Eine einzige, bei Helgoland kreuzende dänische Fregatte war imstande, die Blockade der Weser und Elbe durchzuführen und den gesamten Handel Deutschlands lahm zu legen. Doch damit war die Zeit gekommen, wo die deutschen Küstenstaaten es satt hatten, noch weiterhin unter so unleidlichen und schmachvollen Verhältnissen zu leben. Zum ersten Male traten Bestrebungen, die ein gemeinsames politisches Handeln zum Ziele hatten, hervor, zum ersten Male setzte eine nachhaltige Werbetätigkeit ein für die Schaffung einer einheitlichen deutschen Flotte zum Schutze deutschen Eigentums zur See und zur Stärkung des deutschen Ansehens. Das Werden und das nur allzu schnelle Vergehen der ersten deutschen Flotte! Es mußte späteren Jahren vorbehalten bleiben, Deutschland zur See stark zu machen.

Auch die rücksichtslose Schutzzollpolitik fremder Staaten, vor allem Englands und

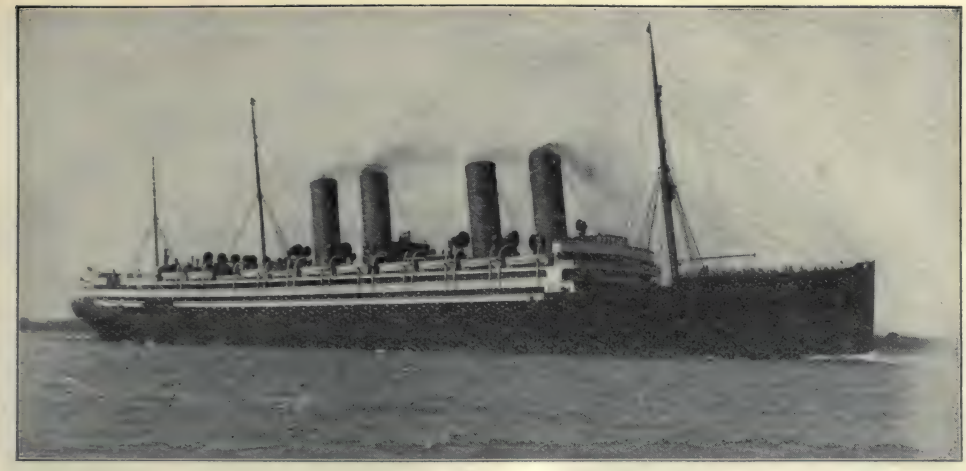
Aus deutschen Großbetrieben.

Norddeutscher Lloyd in Bremen.

Ein Paketschiff unter Segel und dessen innere Einrichtung.

Fünfmast-Vollschiff „Preußen". Auf der Bremerhavener Reede.

Zwei ehemalige Lloyddampfer.
Hohenstaufen und Hohenzollern im alten Lloyd-Trockendock in Bremerhaven.

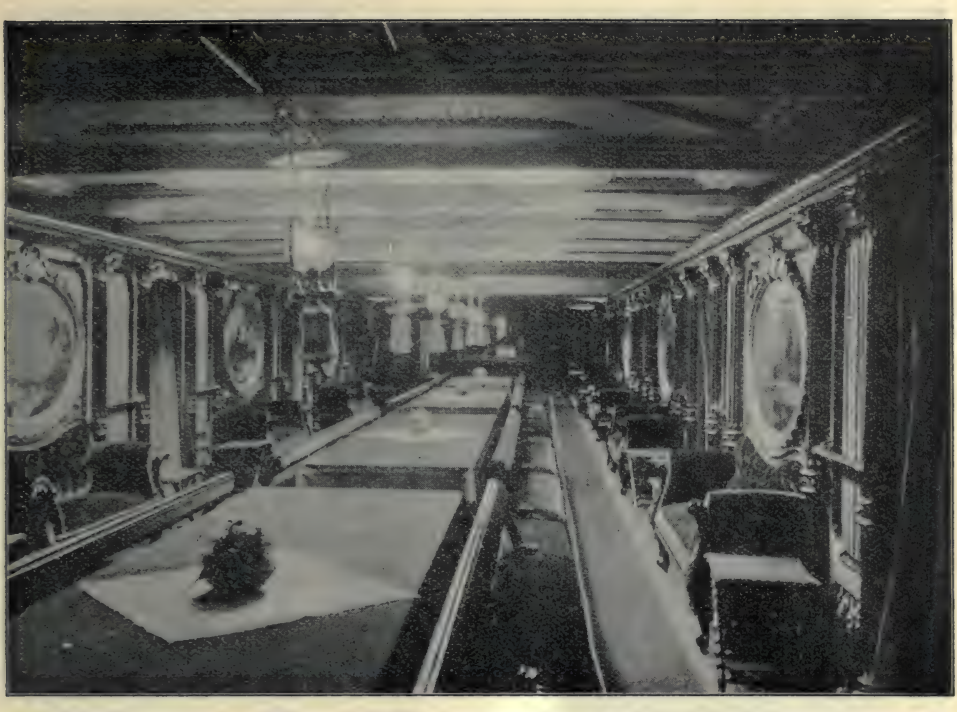


Schnellpostdampfer „Kronprinzessin Cecilie".

„Kronprinzessin Cecilie". Maschinenraum. Norddeutscher Lloyd.

Bremen.
Der Freihafen.

Bremerhaven.



Dampfer „Washington".
Salon.

Speisesaal I. Klasse.
Norddeutscher Lloyd.

Unterricht an Bord eines Schulschiffes.

Kabine für drahtlose Telegraphie an Bord eines Schnelldampfers.
Norddeutscher Lloyd.

Fünfmast-Vollschiff „Preußen".
Von Ferd. Laeibz-Hamburg im Kaiserdock zu Bremerhaven.
Erbaut von Joh. C. Tecklenborg A.-G. in Geestemünde.

Rothesand-Leuchtturm.

Schulschiff.
Norddeutscher Lloyd.
Bremen.

„Prinzeß Alice" nimmt Ladung.

Das Lloyd-Gebäude in Bremen.

Hollands, erschwerten der deutschen Seeschiffahrt Dasein und Ausbreitung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Andererseits erschien auch in Deutschland selbst die Seeschiffahrt dazu ausersehen, durch zum Teil hohe Abgaben auf den Flüssen den einzelnen deutschen Seestaaten die Kassen zu füllen. Die englische Navigationsakte bewirkte eine völlige Knebelung der deutschen Seeschiffahrt im Verkehr mit England und den britischen Kolonien. Dazu kamen Hollands zehnprozentiger Zuschlagszoll von Waren in hanseatischen Schiffen, Spaniens anfänglicher Vorbehalt in bezug auf den später gegen einen Zuschlagszoll freigegebenen Verkehr mit seinen großen Kolonien, ferner der seit dem 13. Jahrhundert vom Verkehr zwischen der Nordsee und Ostsee erhobene und erst 1857 auf Veranlassung der Vereinigten Staaten von Amerika gegen eine Entschädigung von 30 476 325 dänischen Reichstalern von Dänemark abgelöste Sundzoll einerseits, sowie andererseits die auf der Weser und Elbe von Oldenburg bzw. Hannover erhobenen Flußzölle, von denen der bis zum 7. Mai 1820 auf der Weser erhobene „Elsflether Zoll" und der unter der Bezeichnung „Stader Zoll" bis 1861 auf der Elbe erhobene die bekanntesten und wichtigsten waren. Oldenburg und Hannover suchten natürlich ihre Beseitigung solange wie irgend möglich zu hintertreiben. Brachte doch der Elsflether Zoll, die Haupteinnahmequelle des Herzogs von Oldenburg, in den letzten zehn Jahren seines Bestehens in jedem Jahre durchschnittlich 130 000 Taler, während der Stader Zoll dem hannoverschen Fiskus jährlich das nette Sümmchen von weit über 500 000 Mark Cour. eintrug, d. i. etwa ebensoviel wie Hamburg jährlich für die Unterhaltung des Elbfahrwassers aufwandte, für die Hannover nicht das geringste tat. Diese Flußzölle schadeten dem Handel Bremens und Hamburgs um so mehr als dieselben Hindernisse auf dem Rhein, der in der Güterbeförderung aus überseeischen Ländern in das Innere von Deutschland mit der Weser und Elbe ohnedies in übermächtigem Wettbewerb steht, seit dem Pariser Frieden vom 30. Mai 1814 und ferner durch einen zwischen Preußen und Holland am 3. Juni 1837 abgeschlossenen Reziprozitätsvertrag beseitigt wurden, so daß von da an die Versorgung des Rheinlandes über Holland ungehindert erfolgen konnte. Namentlich litt hierunter die Einfuhr von Zucker und Kaffee, die infolgedessen zum Teil über Holland ging.

Ganz allmählich gelangte die Schiffahrt in freiere Bahnen. Die englische Navigationsakte erhielt sich noch bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts. England konnte sich zu ihrer vollständigen Aufhebung im Jahre 1849 bzw. 1854 um so eher verstehen, als es längst seine Stellung im Welthandel befestigt hatte. Für die deutschen Flüsse leitete der Wiener Kongreß die Freiheit des Verkehrs ein, während der Zollverein später durch Aufhebung der Binnenzölle dem Verkehr freiere Bahnen schuf und weiter sich beim Abschluß von Handelsverträgen mit fremden Staaten Verdienste erwarb.

Neue Verhältnisse und Aufschwung der Schiffahrt.

Wenn wir die Entwicklung der deutschen Seeschiffahrt im Laufe des vorigen Jahrhunderts in ihrer Gesamtheit überblicken, so entrollt sich uns in der ersten Hälfte das Bild eines ins Stocken geratenen und nur mit Mühe der Lage wieder Herr gewordenen Verkehrszweiges, während uns die zweite Hälfte eine beispiellose Entwicklung eines der wichtigsten Faktoren des deutschen Wirtschaftslebens vor Augen führt. Sie beruhte einerseits auf der mühsam errungenen Freiheit zur See, andererseits auf der langersehnten Einigung der deutschen Stämme. Gerade diese übte eine äußerst wohltätige Rückwirkung auf die deutsche Schiffahrt insofern als die deutsche Handelsflagge, die nunmehr auf allen deutschen Schiffen emporstieg, ganz anders respektiert wurde, als vorher die Flaggen der einzelnen Seestaaten. Alle Welt fühlte, daß nun das mächtige Deutsche Reich hinter ihr stand und niemand sich an ihr vergreifen durfte. Nicht zuletzt haben auch die gewaltigen Umwälzungen im Verkehr und die Fortschritte des Schiffbaus und der Technik ebenso zu dieser Entwicklung beigetragen, wie die Konzentration des Betriebes und die Anhäufung des Kapitals in der Reederei. Als hauptsächlichste Merkmale der Umgestaltung des Verkehrs sind zu nennen die Ver-

wendung der Dampfkraft in der Schiffahrt, der dadurch verursachte Rückgang der Segelschiffahrt, der Ersatz hölzerner Schiffe durch Schiffe aus Eisen und Stahl, ferner der Rückgang der Zahl der Schiffe, dagegen eine beträchtliche Zunahme ihrer Größenverhältnisse, ihrer Tragfähigkeit und Geschwindigkeit und demgemäß der Passagier- und Güterbeförderung, sowie der Länge der durchlaufenen Strecken und der Zahl der Reisen. Bis zum Beginn des neunzehnten Jahrhunderts haben ausschließlich Ruder- und Segelschiffe dem Seeverkehr gedient. Dem Amerikaner Robert Fulton war es vorbehalten, der Welt die Wege zur weiteren Entwicklung der Beförderungsmittel zur See durch seine 1807 begonnenen epochemachenden Versuche mit der Verwendung der Dampfkraft für den Schiffsantrieb zu weisen. Wenn auch noch eine Reihe von Jahren verging bis die Dampfmaschine in größerem Maßstabe der Schiffahrt dienstbar gemacht werden konnte, da naturgemäß manche „Kinderkrankheiten" der neuen Erfindung zu überwinden waren, so konnten diese doch ihren Siegeslauf nicht aufhalten.

Der Umschwung in der Weltwirtschaft und im Weltverkehr begann sich um die Mitte des vorigen Jahrhunderts anzubahnen. Zugleich wurde die abgelegene Ostsee mehr und mehr von der mit der Hochstraße des Weltverkehrs in direkter Verbindung stehenden Nordsee in den Hintergrund gedrängt. Um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert war die Ostsee der Tummelplatz der kleinen seetüchtigen hölzernen Segelschiffe, in deren Bau zahlreiche, über die gesamte Ostseeküste verstreute Schiffszimmereien so ausgezeichnetes leisteten, daß sie auch vom Auslande mit Aufträgen bedacht wurden. Ein flotter Ausfuhrhandel von Getreide, Holz, Flachs und Wolle über Memel, Königsberg, Danzig, Stettin und über (das allerdings bis 1815 noch schwedische) Stralsund und ein entsprechendes Einfuhrgeschäft in Kolonialwaren, Eisen und Geweben waren die Grundlage, eine lebhafte Seeschiffahrt die Trägerin reichen Geschäftsverkehrs. Die Ostseereederei stellte zu Anfang des 19. Jahrhunderts den eigentlichen Kern des gesamten deutschen Reedereigewerbes dar und verfügte an den heutigen deutschen Ostseeküsten über einen Schiffsraumgehalt, den Peters auf reichlich zweidrittel des Schiffsraums aller deutschen Küstenstaaten, nämlich auf 242 000 Tonnen gegenüber etwa 100 000 Tonnen der Nordseereederei berechnet. Die Enge der sich als Binnenmeer kennzeichnenden Ostsee, bei der man während eines großen Teils des Jahres mit der Sperrung durch Eis zu rechnen hatte, die mit Recht vielgefürchteten Gefahren des Skagerak und Kattegat, die zu besonders hohen Versicherungsgebühren Anlaß gaben, sowie die schwere Belastung durch den bis 1857 erhobenen Sundzoll hielten eine weitere Entfaltung der baltischen Reederei hintan. Durch die allmählich aufkommende Herrschaft der Dampfschiffahrt ging sie noch weiter zurück. Trotzdem war die Ostsee-Reederei bis über die Mitte des 19. Jahrhunderts hinaus der Nordseereederei an Umfang nicht unwesentlich überlegen. Nach Nauticus entfielen von der Gesamttonnage der deutschen Reederei im Jahre 1830 64,5 Prozent (178 400 Reg.-T.) auf die Ostsee, 35,5 Prozent (98 000 Reg.-T. auf die Nordsee; 1850 immer noch 58,4 Prozent (311 800 Reg.-T.) auf erstere und 41,6 Prozent (222 200 Reg.-T.) auf letztere; 1898 dagegen gehörten nur noch 14,5 Proz. (316 700 Br. R.-T.) der Ostsee, hingegen 85,5 Prozent (1 872 800 Br.-R. T.) der Nordsee. Die Kornausfuhr nach England und parallel mit ihr die Holzausfuhr bildete bis gegen 1880 das Rückgrat der Ostseeschiffahrt. Als dann aber in Deutschland selbst immer mehr von den ostdeutschen Lebensmitteln und dem ostdeutschen Holz gebraucht und diese Artikel 1879 noch mit einem Schutzzoll belegt wurden, änderte sich das Bild. Die deutschen Produkte blieben im Lande. Durch die Zollpolitik kam eine Schwächung der Ostseestädte gerade zu einer Zeit, wo der Übergang vom hölzernen Schiff zum eisernen, vom Segler zum Dampfer stark vergrößerte Kapitalkraft erforderte. Sinkende Frachten und verlustreiche Reisen der alten meist hölzernen Segelschiffe traten hinzu, den Schaden voll zu machen. Die Reederei der deutschen Ostseestädte hatte mit 470 914 Netto R.-T. im Jahre 1875 ihren Höhepunkt erreicht. Ihre Handelsflotte bestand damals fast ausschließlich aus Segelschiffen. Die Segelflotte war von 438 366 Netto-Tonnen im Jahre 1875 schon bis zum Jahre 1900 auf 38 204 Tonnen zurück-

gegangen, am 1. Januar 1909 hatte sie nur noch 18 100 Brutto- bzw. 14 524 Netto-Registertonnen aufzuweisen. Es handelte sich hier lediglich um kleine Fahrzeuge, die für den Nachbar-Kleinverkehr in Frage kamen, was schon daraus hervorgeht, daß diese Tonnenzahl sich auf 381 Schiffe verteilt, die 999 Mann d. i. durchschnittlich je 2—3 Mann Besatzung haben.

Die Dampferflotte der Ostsee bestand 1875 aus 124 Dampfern von 32 548 Netto-Registertonnen, 1900 war ihre Zahl auf 440, ihre Tonnage auf 180 029 Tonnen und am 1. Januar 1909 auf 531 Dampfer mit 459 558 Br. R.-T. oder 278 299 Netto-Registertonnen gestiegen. Die Gesamtreederei der Ostsee dagegen erreichte im Jahre 1900 mit 218 750 Netto-Tonnen ihren Tiefstand. Am 1. Januar 1909 zählte sie 480 576 Brutto- oder 295 571 Netto-Registertonnen, die sich auf 928 Seeschiffe verteilen.

Ein wesentlich anderes Bild der Entwicklung hat die deutsche Reederei der Nordsee aufzuweisen. Hamburg und Bremen haben hier unbestritten die Führung und zwar auch zu Zeiten, wo die Reederei an der deutschen Nordseeküste noch unter dem Zeichen des überwiegenden Einflusses des schiffahrtgewaltigen England stand, dessen Vorherrschaft sich darin zeigte, daß von den am Ende der dreißiger Jahre z. B. in Hamburg eingelaufenen Schiffen genau 50 Prozent die englische Flagge führten, während die hamburgische Flagge nur 22 Prozent deckte und an den übrigen 28 Prozent noch außerdeutsche, speziell die amerikanischen Flaggen stark beteiligt waren.

Das Aufblühen der Nordseereederei ist neben der Aufhebung der englischen Navigationsakte und der Beseitigung der Flußzölle, deren Wesen wir oben geschildert haben, in erster Linie der Ausgestaltung der Handelsbeziehungen der beiden Hansestädte Hamburg und Bremen zu den Vereinigten Staaten von Amerika, Ostasien, Australien usw. zuzuschreiben. Die Beziehungen zu Nordamerika, welche sich schon gleich nach der Unabhängigkeitserklärung 1776 ausbildeten und den europäischen Handel belebten, hatten sich mit der Zunahme der deutschen Auswanderung am Anfang der zwanziger Jahre, die hauptsächlich über Bremen und Hamburg ihren Weg nahm, wesentlich erweitert und namentlich die Schiffahrt Bremens stark beeinflußt. „Indem sich nun diese Millionen Europamüden in Bewegung setzten", — schreibt Fitger in seinem Werke über die Entwicklung der Reederei und der Seeschiffahrt — „und über die deutschen Hansestädte die Wanderung über den Ozean antraten, gaben sie der Reederei Hamburgs und Bremens Kapitalien, um erst Segelschiffe hervorragender Güte, dann Dampfer von stetig wachsendem Werte zu erbauen. Zugleich gaben sie den heimkehrenden Schiffen Gelegenheit, überseeische Waren, namentlich amerikanische, zu verhältnismäßig niedriger Fracht zurückzubringen. Reederei und Handel haben also eine ganz wesentliche Förderung durch die Auswanderung erfahren, namentlich in Bremen. Der hochentwickelte Tabakhandel in Bremen ist zu einem wesentlichen Teil aus dieser Ursache entstanden. Die Auswanderung war es dann, die Hamburg und Bremen den Übergang von der Segelschiffahrt zur Dampfschiffahrt erleichterte, die ihnen die Möglichkeit gab, große Flotten prächtiger schneller Dampfer zu schaffen.

Indes wirkten auch hierfür zwei andere Umstände kräftig und vielleicht noch bedeutungsvoller mit. Zunächst die Zunahme der Bevölkerung in Deutschland. Immer wachsende Massen von Lebensmitteln mußten herbeigeschafft werden, um die anschwellenden Millionen zu ernähren. Auch gekleidet mußten sie werden; die Einfuhr von Baumwolle, Wolle, Jute wuchs. Diese Einfuhrartikel mußten bezahlt werden, natürlich mit Ausfuhrartikeln. An die Stelle der ursprünglichen Ausfuhrwaren, Korn und Schlachtvieh, traten ganz andere: Zucker, zeitweilig auch Sprit, vor allem aber Industrieartikel. Und da diese letzteren zum großen Teil aus fremden Rohstoffen — beispielsweise Baumwolle, Wolle, Jute, Erzen — hergestellt werden mußten, so brachte das nicht nur die Ausfuhr, sondern auch die Einfuhr zum Anschwellen."

So entstand eine stetig wachsende Ausbreitung des deutschen Außenhandels in Einfuhr und Ausfuhr. Sie sowohl als auch die aufsteigende Entwicklung des inneren

Wirtschafts- und Verkehrslebens und zunehmende Unternehmungslust steigerten immer mehr das Bedürfnis nach entsprechender Entwicklung der deutschen Seeschiffahrt, besonders auch zur Bewältigung des Andrangs von Auswanderern.

Segelschiffahrt und Dampfschiffahrt.

Diesem Bedürfnis entgegenzukommen, war in erster Linie der Dampfschiffahrt vorbehalten. Wenn die Auswandererbeförderung sich auch noch verhältnismäßig lange, und zwar bis 1881, in deutschen Häfen auf Dampfer und Segler verteilte, so hatte die Dampfschiffahrt doch schon frühzeitig einen nennenswerten Anteil an diesem Verkehr, und heute ist sie unumschränkte Herrscherin auf diesem Gebiete. Die Hamburg-Amerika Linie löste im Jahre 1856 den Segelschiffsverkehr zwischen Hamburg und Neuyork durch Dampfer ab. Der Norddeutsche Lloyd stellte dem Auswandererverkehr von vornherein Dampfer zur Verfügung. Das erste Segelschiff, das die „Hapag" (dieser Name entstammt den Anfangsbuchstaben des früheren Namens der Firma „Hamburg-Amerikanische Paketfahrt-Aktiengesellschaft") 1847 entsandte, der Segler „Deutschland" war 717 Registertonnen groß, konnte 20 Kajütspassagiere und 200 Auswanderer befördern; es gebrauchte bis Neuyork 42 Tage. Die heutigen modernen großen Auswandererdampfer des Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika Linie sind bis zu 26 000 Brutto-Registertonnen groß und nehmen zirka 800—1000, Kajüts- und 1600—1800 Zwischendeckspassagiere auf. Die Überfahrt von Bremen oder Hamburg dauert 8—10 Tage, mit Schnelldampfern, die hauptsächlich Kajütspassagiere befördern, nur 7 Tage von Bremen oder Hamburg bzw. $5^1/_2$ Tage von England oder Frankreich nach Neuyork.

Die Dampfschiffahrt entwickelte sich allmählich, aber sie blieb bis etwa zu den siebziger Jahren mehr oder weniger nebensächlich und übernahm noch nicht wie jetzt die Führung. „Ungefähr um das Jahr 1824", schreibt der Hamburger Reeder Rob. M. Sloman in einem Aufsatze, den die Hamburgische Börsenhalle 1890 veröffentlichte, „eröffneten die Londoner Dampfschiffe ‚Hilton Joliffe' und ‚Sir Edwards Banks' die erste regelmäßige Seedampfschiffahrt von Hamburg. Klein und unbedeutend, wie diese Schiffe waren, erregten sie zu jener Zeit doch die größte Bewunderung. Das Passagegeld mit einem dieser Schiffe nach London betrug 10 Guineen oder 210 Mark; Güter bezahlten 1 Schilling pro Kubikfuß oder 2 Pfund Sterling pro Tonne. Allmählich wurden weitere Dampfschiffslinien eingerichtet, z. B. nach Amsterdam, nach Hull und anderen englischen Häfen sowie nach Havre. Leider nahm aber die Hamburger Reederei noch bis zum Ende der dreißiger Jahre keinen Anteil daran. Im Jahre 1839 bildete sich indessen durch die Bestrebungen meines Vaters die erste hamburgische, die ‚Hanseatische Dampfschiffahrtsgesellschaft', zwischen Hamburg und Hull fahrend. Der große Verkehr zwischen diesen beiden Plätzen war in den Händen von verschiedenen englischen Dampferkompagnien, nichtsdestoweniger war es Hamburgisches Geschäft, welches sie unterhielt, und so lag der Wunsch sehr nahe, selbst die Beförderung der einzelnen Güter zu übernehmen. Es mag als bezeichnend für die derzeitigen kleinen Verhältnisse dienen, daß es allgemeines Staunen erregte, wie mein Vater es wagen konnte, für das Unternehmen die für jetzige Verhältnisse unbedeutende Summe von 75 000 Mk. zu zeichnen. Das ganze Aktienkapital der Gesellschaft war ungefähr 300 000 Mark Banko."

Von der Zunahme der Dampfer im Hamburgischen und Bremischen Reedereibetriebe bis zum Jahre 1870 geben die nachfolgenden Ziffern ein Bild. Nach Nauticus bestand die Hamburgische Dampferflotte 1845 nur erst aus 5 Dampfschiffen, die zwischen der Elbe und England verkehrten, 1850 befanden sich unter den 286 Schiffen Hamburgs mit über 62 000 Registertonnen Raumgehalt erst 9 Dampfer mit 2800 Registertonnen, 1860 unter den 483 Schiffen mit 140 000 Registertonnen 17 Dampfer mit 10 000 Registertonnen und 1870 unter den 473 Schiffen mit 191 000 Registertonnen 37 Dampfer mit 32 000 Registertonnen. Ähnlich in Bremen, wo 1870 neben 254 Seglern mit 130 000 Registertonnen 27 Dampfer mit 41 500 Registertonnen vertreten waren.

1898 waren in Hamburg 377 Dampfschiffe mit 514 950 Registertonnen und in Bremen 259 Dampfer mit 287 230 Registertonnen, neben 240 Seglern und Fahrzeugen mit 200 000 Registertonnen beheimatet.

Aber nur in diesen Plätzen und außerdem noch in Lübeck und Stettin hat sich vor 1870 der Dampfschiffsbetrieb der Segelschiffahrt in beschränktem Umfang als Bewerber zur Seite gestellt; in Mecklenburg und Oldenburg, also in bedeutenden Provinzen der deutschen Reederei wurden selbst 1871 nur knapp 700 bzw. 300 Registertonnen Dampfschiffstonnen neben 101 000 bzw. 45 000 Seglertonnen gezählt. Von den 750 000 bis 800 000 Registertonnen der deutschen Reederei im Jahre 1860 entfielen wenig über 30 000 und von den 1 000 000 Registertonnen des Jahres 1870 gegen 90 000 Registertonnen auf die Dampfschiffe.

Wie sich die Entwicklung der gesamten deutschen Kauffahrteiflotte, einschließlich der Fischerflotte, seit 1875 bis zur Gegenwart gestaltet hat, zeigt folgende Tabelle, die wir der Reichsstatistik entnehmen:

Am 1. Januar	Segelschiffe		Seeleichter (Schleppschiffe)		Dampfschiffe		Insgesamt		Besatzung
	Zahl	Netto-R.-T.	Zahl	Netto-R.-T.	Zahl	Nett.-R.-T.	Zahl	Nett.-R.-T.	
	Segelschiffe und Seeleichter								
1875		4303		878 385	299	189 998	4602	1 068 383	42424
1880		4403		974 943	374	196 343	4777	1 171 286	40289
1885		3607		880 345	650	413 943	4257	1 294 288	39911
1890	2703	688 414	76	14 396	815	617 911	3594	1 320 721	37857
1895	2495	631 506	127	29 350	1043	893 046	3665	1 553 902	40984
1900	2288	536 399	178	51 240	1293	1 150 159	3759	1 737 798	44872
1904	2258	497 607	276	84 748	1622	1 739 690	4156	2 322 045	59700
1905	2294	493 644	273	84 859	1657	1 774 072	4224	2 352 575	60616
1906	2299	471 836	259	81 981	1762	1 915 475	4320	2 469 292	64037
1907	2318	443 148	279	88 998	1833	2 096 947	4330	2 629 093	67536
1908	2345	433 749	304	99 903	1922	2 256 783	4571	2 790 435	71853
1909	2361	416 510	324	105 980	1955	2 302 959	4640	2 825 449	72462

Wenn man die zur Beförderung von Gütern und Personen nicht bestimmten Schiffe und Fahrzeuge, also namentlich die Schiffe der großen Seefischerei, die Fischhändlerfahrzeuge, die Lotsenfahrzeuge, Schlepp- und Bergungsdampfer usw. ausscheidet, um den Entwicklungsgang der eigentlichen Handelsflotte kennen zu lernen, so ergeben sich folgende Ziffern:

Am 1. Januar	Zahl	Netto-Reg.-T.	Brutto-Reg.-T.	Besatzung
1875	4562	1 066 900		42 125
1880	4718	1 169 211		39 901
1885	4177	1 291 391		39 399
1890	3470	1 314 732		37 036
1895	3266	1 537 334		38 817
1900	3173	1 717 393	2 447 148	40 733
1904	3493	2 295 824	3 406 340	54 501
1905	3510	2 323 768	3 444 776	54 806
1906	3561	2 438 020	3 646 910	57 692
1907	3604	2 591 945	3 911 334	60 352
1908	3679	2 741 269	4 169 402	63 919
1909	3704	2 770 501	4 232 934	64 022

Im Gegensatz zur Zahl der Schiffe ist deren Raumgehalt seit 1875 in stetem Anwachsen begriffen, und zwar hat sich der Raumgehalt der gesamten Kauffahrteiflotte von 1875 bis zum 1. Januar 1909 um 1 757 066 Netto-Registertonnen vergrößert, d. i. um 164,5 Prozent. Für die eigentliche Handelsflotte beträgt diese Zunahme 1 703 601 Registertonnen, d. i. 159,7 Prozent. Auf Grund der Schiffsvermessungsordnung vom 1. März 1895 ist der weitaus größte Teil der deutschen Seeschiffe einer neuen Vermessung unterzogen worden, nach der der Raumgehalt der Seeschiffe um etwa 4 Prozent, der Raumgehalt der Seeleichter um etwa 3 Prozent und der Raumgehalt der Dampfschiffe um etwa 18 Prozent niedriger gemessen wird, als nach dem alten Verfahren. Wäre also der Raumgehalt am 1. Januar 1909 noch nach diesem festgestellt worden, so würde die Zunahme vom Jahre 1875—1895 noch bedeutender sein.

Von Interesse ist nun, die Verteilung der Schiffe auf das Ost- und Nordseegebiet im allgemeinen und auf Hamburg und Bremen im besonderen. Die nachfolgende Aufstellung gibt genaue Auskunft darüber. Es entfielen im Jahre 1909 gegenüber 1904 auf das

Gattung der Schiffe	Am 1. Januar	Ostseegebiet		Nordseegebiet		Hamburg		Bremen	
		Zahl	Brutto-Reg.-Ts.	Zahl	Brutto-Reg.-Ts.	Zahl	Brutto-Reg.-Ts.	Zahl	Brutto-Reg.-Ts.
Segelschiffe.	1909	381	18 100	1980	446 059	473	249 990	111	116 329
	1904	354	19 104	1904	522 913	394	245 173	134	164 258
darunter eigentl. Handelsschiffe . .	1909	325	16 392	1569	410 635	362	245 804	62	106 090
	1904	323	18 280	1593	505 438	263	240 259	107	162 176
Fischerfahrzeuge	1909	5	122	388	28 538	110	4 153	45	4 489
	1904	—	—	299	16 603	130	4 882	27	2 082
Seeleichter .	1909	16	2 918	308	109 424	135	47 245	151	56 799
	1904	16	3 312	260	86 269	104	37 060	132	45 432
darunter eigentl. Handelsschiffe . .	1909	15	2 857	298	103 501	130	41 791	149	56 536
	1904	14	3 135	259	86 237	104	37 060	132	45 432
Dampfschiffe	1909	531	459 558	1424	3 320 008	707	2 079 047	462	1 125 911
	1904	477	372 661	1145	2 467 266	601	1 574 546	359	802 457
darunter eigentl. Handelsschiffe . .	1909	483	455 627	1014	3 243 922	592	2 058 510	332	1 104 780
	1904	438	370 756	866	2 422 494	522	1 562 313	260	788 609
Fischerfahrzeuge	1909	—	—	241	46 669	30	6 312	85	16 471
	1904	3	94	141	22 597	12	1 702	60	9 838

Besonders bemerkenswert hierbei ist, daß von der gesamten Dampferflotte mehr als ein Drittel der Schiffe und über die Hälfte des Raumgehalts zum Gebiete der freien Hansestadt Hamburg gehört, dieser am nächsten kommt Bremen, und obwohl es nur über zwei Drittel nach der Zahl und etwas weniger als drei Fünftel nach dem Raumgehalte der im Hamburger Staatsgebiete beheimateten Dampfer verfügt, so steht es mit seinem Besitzstande dem der übrigen Küstenstrecken weit voran. Sowohl nach der Zahl als auch nach dem Raumgehalt schließt sich das preußische Ostseegebiet an. Fast in allen Küstengebieten hat der Dampferbestand eine wesentliche Zunahme erfahren.

Auch in bezug auf die Segelschiffe stehen Hamburg und Bremen dem Raumgehalt nach an der Spitze, während der Zahl nach (mit 1207 Seglern) das preußische Nordseegebiet, das dem Raumgehalt nach mit 61 668 Brutto-Registertonnen jedoch etwa um das Siebenfache gegen Hamburg und fast um die Hälfte gegen Bremen zurückbleibt, voranmarschiert. Bemerkenswert ist, daß die freie Stadt Lübeck kein einziges, Flensburg nur ein Segelschiff aufzuweisen hat.

Als Heimathäfen kommen für die deutsche Kauffahrteiflotte im ganzen 250 Plätze in Frage und zwar 60 im Ostsee- und 190 im Nordseegebiet. Von diesen hatten am

1. Januar 1909 die nachfolgenden 16 eine Flotte mit einem Raumgehalt von mehr als 10 000 Brutto-Registertonnen:

Hamburg	1185	Seeschiffe	mit	2 368 816	Brutto-Registertonnen
Bremen	608	„	„	1 230 645	„ „
Flensburg	91	„	„	115 915	„ „
Stettin	138	„	„	93 962	„ „
Lübeck	60	„	„	90 798	„ „
Bremerhaven	75	„	„	64 216	„ „
Rostock	38	„	„	35 291	„ „
Kiel	97	„	„	32 746	„ „
Oldenburg	32	„	„	28 450	„ „
Nordenham	26	„	„	28 350	„ „
Apenrade	20	„	„	25 498	„ „
Geestemünde	95	„	„	21 071	„ „
Danzig	36	„	„	20 452	„ „
Wismar	23	„	„	19 509	„ „
Emden	125	„	„	18 636	„ „
Altona	51	„	„	13 615	„ „
Insgesamt	2700	Seeschiffe	mit	4 207 970	Brutto-Registertonnen.

Darunter waren 629 Segelschiffe mit 380 144 Registertonnen, 310 Leichter (Schleppschiffe) von 109 675 Registertonnen und 1761 Dampfschiffe von 3 718 151 Registertonnen. Die übrigen 234 deutschen Heimatshäfen wiesen zusammen nur 1940 Schiffe mit einem Raumgehalt von 148 097 Registertonnen auf.

Das Bild der Entwicklung der deutschen Reederei wäre nicht vollständig, wollte man unbeachtet lassen, wie die Fortschritte der Technik auch der allmählichen Umgestaltung der Transportmittel der See zugute kamen und gleichzeitig dadurch die Schiffbauindustrie eine mächtige Förderung erfuhr. Sloman schildert die Fahrzeuge, welche in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts dem Seeverkehr dienten, im wesentlichen wie folgt:

„Die Ladefähigkeit des Normalschiffes der dreißiger Jahre, das 200, selten 300 Registertonnen groß war, war nicht einmal diesem Maß entsprechend, da das Schiff gar keine Aufbauten auf dem Verdeck hatte und daher den besten Teil des Zwischendecks die Kajüte, Volkslogis, Segel- und Proviantkammern einnahmen. Außerdem nahm der große Pumpensood wegen der unbeholfenen Pumpen einen bedeutenden Raum vom Oberdeck bis zum Boden des Schiffes in Anspruch. Dasselbe Schiff, nach jetzigen Prinzipien gebaut, würde unbedingt einen um 30 Prozent größeren Laderaum haben als das damalige, und eine Fracht von 60 Mark per Tonne entsprach also in Wirklichkeit nur einer gegenwärtigen von 45 Mark. Die Pumpen bestanden aus ausgebohrten Baumstämmen mit der einfachsten Pumpvorrichtung; es wurde mit einem Schwengel gearbeitet. Das Schiff wurde mit einer gewöhnlichen Pinne gesteuert, ohne jede andere mechanische Hilfe als bei schwerem Wetter gewöhnliche Blöcke und Taljen. Die größten Schwierigkeiten bot der Anker von der schwerfälligsten Gestalt mit dem dicken hanfenen Ankertaue. Derselbe hing an einem ebenso schwerfälligen und schwer zu handhabenden Kranbalken; den Anker in Sicherheit zu bringen, war daher keine leichte Arbeit. Das Schlimmste aber war das 10—20 Zoll dicke (d. h. im spiralischen Umfang gemessen) hanfene Ankertau. Dasselbe mußte mit dem gewöhnlichen Bratspill (d. h. einem horizontalen Wendebalken), wie man sie jetzt noch bei Ewern und Leichterfahrzeugen sieht, aufgewunden werden, und die einzige mechanische Hilfe war dabei der Hebel des langen Handspakens. Von der Arbeit, Anker und Tau aufzuziehen, machen sich die jetzigen Seeleute kaum einen Begriff. Man denke sich ein 12 Zoll dickes, 400—500 Fuß langes Tau vermittels einer solchen mangelhaften Hilfe hereinzubringen und es zur selben Zeit im Kabelgat zu verstauen, so wird es leicht erklärlich, daß die damaligen Schiffe mit so großer Mannschaft fahren mußten."

Sloman kommt dann unter anderem auf das Beladen und Entladen der Schiffe zu sprechen, das „in derselben unbeholfenen Weise" vor sich ging, „wie alles übrige"; er schildert den Beginn der Veränderung aller dieser Zustände mit dem Zeitpunkte, wo das Eisen für die vielen Zwecke der Schiffahrt anfing, die weicheren Materialen, als Holz und Hanf zu verdrängen und fährt fort:

„Die Größe der Schiffe konnte also allmählich wachsen, und Schiffe von 500 Tonnen gehörten nicht mehr zu den Seltenheiten. In der Verbesserung des Schiffbaues nahmen die Vereinigten Staaten die eigentliche Führung. Von dorther kam eine der größten Verbesserungen, nämlich für die Kajüten und das Volkslogis Häuser auf dem Verdecke zu bauen. Nicht nur, daß die Schiffe dadurch an Raum, namentlich für leichte Güter, gewannen, sondern es trug auch zur Bequemlichkeit und Gesundheit der Mannschaft sehr viel bei. Es wurde bei uns und in Bremen Sitte, hauptsächlich amerikanische Konstruktion zum Muster zu nehmen, auch äußerlich versuchte man den Schiffen das amerikanische Aussehen zu geben. .... Wie man bis zum Anfang der zwanziger Jahre an gar keine Verbesserungen gedacht hatte, so wurde es jetzt Aufgabe der Schiffsbauer — ich sollte wohl sagen Architekten, denn die reine Empirik wurde allmählich durch wissenschaftliche Kenntnisse ersetzt — den Bau eines Schiffes womöglich zu verbessern. In der äußeren Form machten die sogenannten „Klipperschiffe", welche zunächst durch die Goldentdeckungen in Kalifornien und Australien hervorgerufen wurden, die erste große Veränderung. Die Fahrt mit diesen wurde während vieler Jahre mit Erfolg betrieben, aber ihre Form war nicht die ganz praktische, und so wurden sie in kurzer Zeit modifiziert, indem man bald einsah, daß das profitable Kauffahrteischiff nicht allein ein rascher Segler, sondern auch ein Lastträger sein muß. Beides läßt sich erfahrungsmäßig nur bis zu einem gewissen Grade vereinigen. Unsere jetzigen Schnelldampfer sind mehr oder weniger die Klipperschiffe der damaligen Zeit in ihrer höchsten Vollendung, aber für allgemeine Zwecke werden sie ebensowenig wie jene dienen können, sondern nur für den Transport von Passagieren und den allerfeinsten Gütern. In jeder anderen Beziehung gehört ihnen wahrscheinlich nicht die Zukunft."

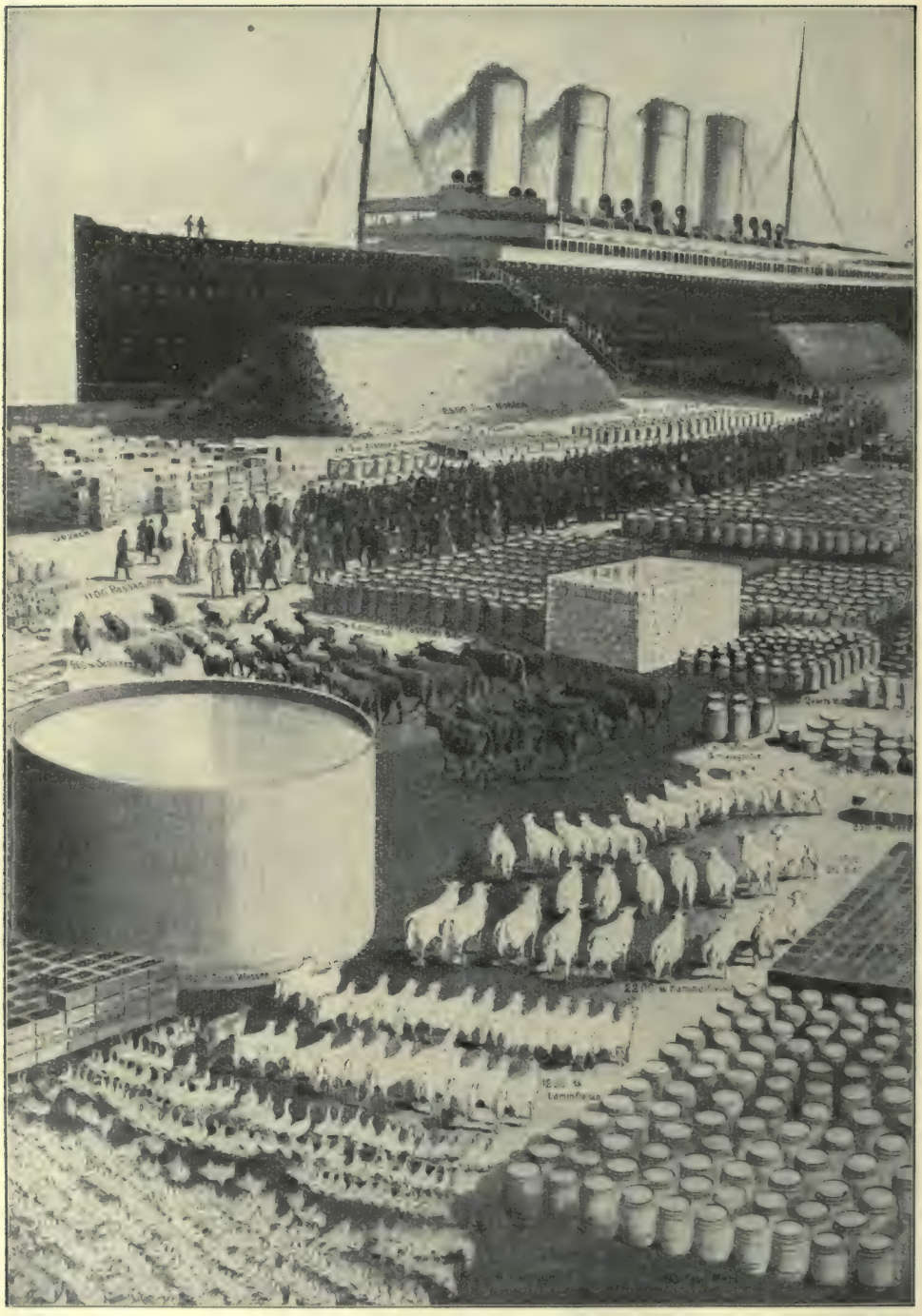
Die regelmäßige europäische Dampfschiffahrt datiert vom Jahre 1812, wo zuerst in England ein kleiner Dampfer in der Nähe von Glasgow regelmäßige Verbindungen unterhielt, wie Fulton sie in Amerika schon fünf Jahre früher mit dem Dampfer „Claremont" auf den amerikanischen Seen und Flüssen betrieben hatte. Die amerikanischen und englischen Versuche fanden bald auch anderswo Nachahmung. 1816 befuhren englische Dampfer bereits die Seine, den Rhein und die Elbe. Zu gleicher Zeit erbaute der Schiffsbaumeister Johann Lange zu Vegesack im Auftrage des Bremer Kaufmanns Friedrich Schröder das erste deutsche Dampfschiff „Die Weser". Bereits im Jahre 1818 wagte der amerikanische Raddampfer „Savannah" die Fahrt über den Ozean, die er in 26 Tagen von Savannah bis Liverpool, teils unter Segel, teils unter Dampf, glücklich vollendete.

In den zwanziger und dreißiger Jahren begann dann die Entwicklung schneller vor sich zu gehen. Man trat immer mehr aus der Zeit der Versuche in die Zeit der wirtschaftlichen Anwendung des Dampfes über. Der wichtigste Fortschritt in diesem zweiten großen Abschnitt bestand in der Einführung der von dem Österreicher Ressel 1829 erfundenen Schiffsschraube als Treibeapparat, deren Verwendbarkeit nach eingehenden Versuchen jedoch erst im Jahre 1838 mit dem 240 Tonnen großen englischen Dampfer „Archimedes" dargetan wurde, und in der Einführung des Eisens auch als Baustoff des Schiffskörpers. Ein kleiner eiserner Dampfer hatte schon 1821 seine Probe glänzend bestanden. 1837 fuhr der erste eiserne Seedampfer übers Meer. Die Schraube wurde Ende der dreißiger Jahre dauernd eingeführt. 1844 konnte schon der englische Dampfer „Great Britain" als erster Schraubendampfer eine transatlantische Fahrt unternehmen. Von jener Zeit an machte die Dampfschiffahrt allmählich weitere Fortschritte dank den zahlreichen Schiffahrtsgesellschaften, die in den vierziger Jahren gegründet wurden und mit mehr oder weniger Erfolg miteinander in Wettbewerb traten.

Aus deutschen Großbetrieben.

Hamburg-Amerika Linie in Hamburg.

Pieranlagen der Hamburg-Amerika Linie in Hoboken.



Verproviantierung eines Schnelldampfers.
Hamburg-Amerika Linie.

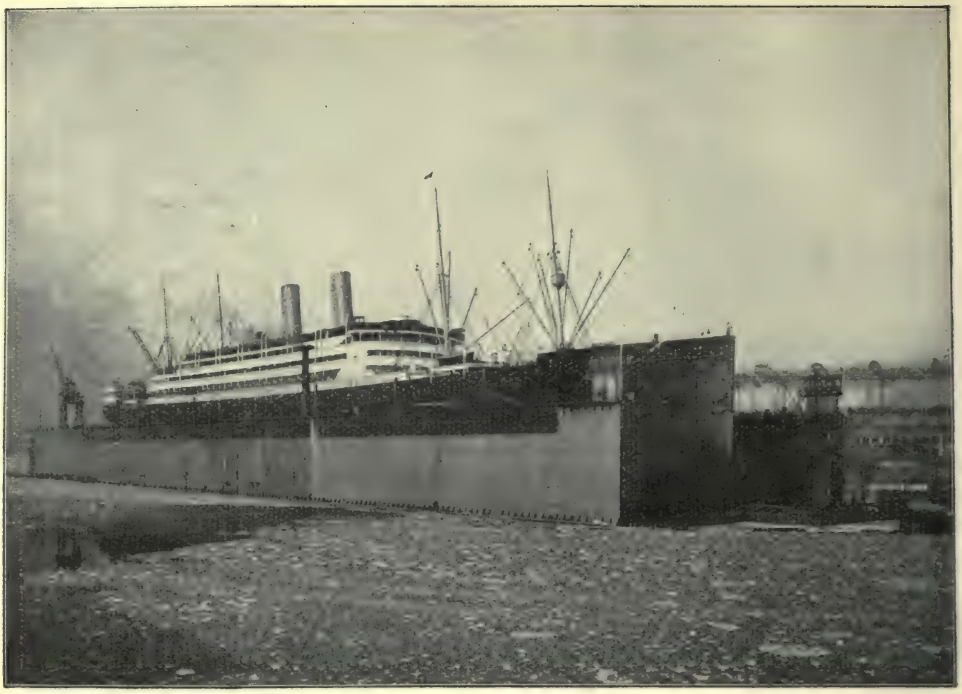
Hamburg-Amerika Linie.

Im Wintergarten an Bord der „Kaiserin Auguſta Viktoria".

Nordpolartaufe.
An Bord eines Touriſtendampfers der Hamburg-Amerika Linie.

Die Passagiere gehen an Bord.

Ausschiffung der Passagiere in Cuxhaven.
Dampfer „Moltke" der Hamburg-Amerika Linie.

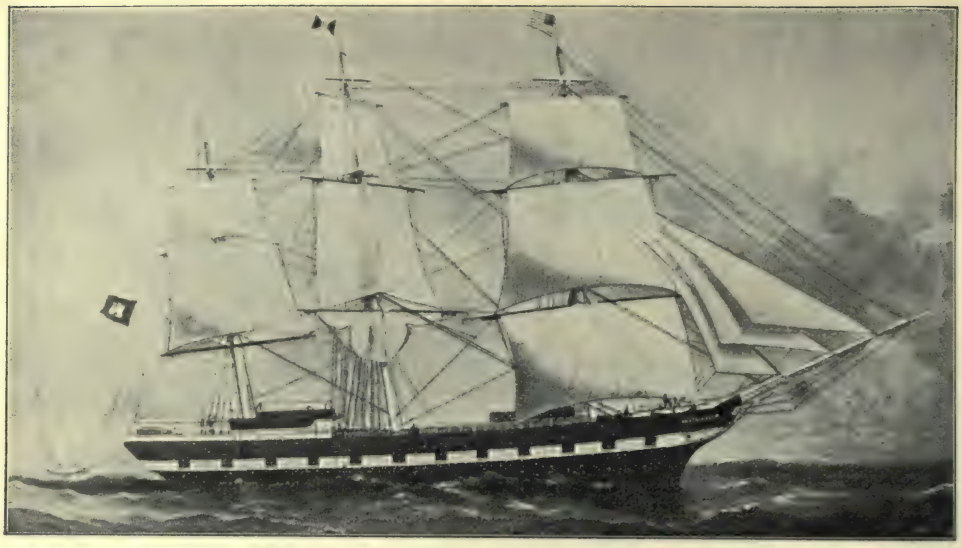


Dampfer Kaiserin Augusta Viktoria.
Im Riesenschwimmdock der Werft von Blohm & Voß in Hamburg.

Hafenbetriebs-Gebäude.
Hamburg-Amerika Linie auf Kuhwärder in Hamburg.

Kaiser Wilhelm-Hafen der Hamburg-Amerika Linie in Hamburg.
Gemälde von Schnars-Alquist.

Portal des Verwaltungsgebäudes der Hamburg-Amerika Linie in Hamburg.



Die „Deutschland“, das erste Schiff der Hamburg-Amerika Linie.

Schnelldampfer „Deutschland“ der Hamburg-Amerika Linie.

Flotte der Hamburg-Amerika Linie bei Helgoland. Seebäder-Dienst.

Mit der zunehmenden wirtschaftlichen Bedeutung der Dampfschiffahrt wurde die Technik immer wieder vor größere Aufgaben gestellt, auf die im einzelnen einzugehen hier zu weit führen würde. Nur die wichtigsten Etappen seien im folgenden hier fixiert, in denen die Schiffsbaukunst zu so riesigen Prachtbauten gelangt ist, wie sie der Norddeutsche Lloyd und die Hamburg-Amerika Linie jetzt in ihren Riesenschiffen vom Typ der modernen Schnelldampfer und des „George Washington" bzw. der „Amerika" und „Kaiserin Auguste Viktoria" besitzen.

Es dürfte von Interesse sein, hier zunächst einige Angaben über die ersten transatlantischen Dampfer unserer beiden großen deutschen Schiffahrtsgesellschaften folgen zu lassen, welche 1856 bzw. 1858 ihre ersten Reisen von Hamburg und Bremen nach Neuyork antraten.

Der Dampfer „Borussia" der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktiengesellschaft, der Stammvater aller unserer modernen Ozeanriesen und der Grundstein zu dem mächtigen Bau des Hamburger Unternehmens, war ein eiserner Schraubendampfer von 2026 Tonnen. Er wurde im Jahre 1854 zugleich mit einem Schwesterschiff, der nachmaligen „Hammonia", bei der Werft von Caird & Co. in Greenock in Auftrag gegeben. Die Länge der „Borussia" betrug über Deck 320 Fuß, die Tiefe des Raumes 28 Fuß, die Breite über Deck 41 Fuß und die Höhe des Zwischendecks 8 Fuß. Bei voller Beladung war der Tiefgang 17 Fuß. Am 2. Juni trat die „Borussia" dann nach festlicher Weihe durch die an Bord anwesende Direktion und ihrer Gäste unter der Führung von Kapitän Ehlers die erste Ausreise nach Neuyork an, um sofort den Schnelligkeitsrekord in der Postbeförderung zu erobern. Sie beförderte auf einer Fahrt 54 Reisende in erster Kajüte, 136 in zweiter Kajüte und 310 im Zwischendeck.

Den Dampfern der „Hapag" folgten im Jahre 1858 vier Dampfer des Norddeutschen Lloyd in Bremen, welche dieser gleich bei seiner Gründung in England und Schottland bestellt hatte. Der erste dieser Dampfer, der den Namen seines Heimatshafens „Bremen" trug, verließ am 19. Juni 1858 die Weser und traf am 4. Juli in Neuyork ein. Er war ebenfalls ein Schraubendampfer. Seine Länge betrug 334 Fuß, seine Breite 42 Fuß über Deck. Die Ladefähigkeit belief sich auf etwa 850 Tonnen Kohlen und 1000 Tonnen Güter. Das Schiff war mit einer Maschine von 700 Pferdekräften versehen. Die erste Kajüte bot Raum für 60, die zweite für 110 und das Zwischendeck für 400 Personen. Am 30. Juli kam der Dampfer wieder auf der Weser an, nach einer Fahrt von nur $12^1/_4$ Tagen von Neuyork. Die drei Schwesterschiffe der „Bremen", „Hudson", „Weser" und „Neuyork" wurden ebenfalls 1858 in Dienst gestellt.

Wenn wir die Entwicklung des Baues von Dampfern weiter verfolgen, so interessiert uns zunächst der Bau des gewaltigen englischen Rad- und Schraubendampfers „Great Eastern", der nach Überwindung mannigfacher Schwierigkeiten während der Baujahre am 17. Juni 1860 seine erste Reise von Southampton nach Neuyork antrat und Sandy Hook am 28. Juni, also nach elf Tagen, erreichte. Das Schiff brachte es auf dieser Reise auf eine größte Geschwindigkeit von $14^1/_2$ Seemeilen pro Stunde. Der zum Teil durch die Geringfügigkeit der damals zu verladenden Warenmengen verursachte ökonomische Mißerfolg dieses gewaltigen Fahrzeuges, das noch 36 Jahre lang sein Dasein auf die verschiedenste Weise gefristet hat, ist bekannt, aber in technischer Beziehung stellte dieses Wunderwerk doch einen unbestreitbaren Erfolg dar. Die Geschwindigkeit des „Great Eastern" ist erst 1879, seine äußeren Maße sind erst 1903 durch den Schnelldampfer „Kaiser Wilhelm II." des Norddeutschen Lloyd wieder erreicht worden. So blieben die Abmessungen der Dampfer bis in die siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ziemlich beschränkte. Dann aber begannen sich mit der Ausdehnung der internationalen Handelsbeziehungen und der zunehmenden Gütermengen die Maße allmählich zu vergrößern; sie stiegen in den achtziger Jahren bei einzelnen Schiffen auf 160 bis 170 m in der Länge.

Gleichzeitig führte auch die Konkurrenz zwischen den Dampfschiffahrtsgesellschaften, insbesondere auch im Passagierverkehr, zu wesentlicher Steigerung der Ge-

schwindigkeit der Passagierdampfer, welche durch die unablässigen Bemühungen der Maschinenbauer, die Schiffsmaschinen zu verbessern und zu vervollkommnen, insbesondere durch die 1879 erfolgte Einführung der Verbundmaschine ermöglicht wurde. Besondere Bedeutung erhielt dann das Jahr 1879 durch den außerordentlichen Erfolg des Dampfers „Arizona" der englischen Guion-Line, der eine Geschwindigkeit von 16 Seemeilen erreichte.

Dieser Erfolg ließ auch den inzwischen mächtig emporgewachsenen Norddeutschen Lloyd nicht ruhen. Mit aller Energie ging er ans Werk, neben seiner Postdampferflotte, die sich längst einen ausgezeichneten Ruf im transatlantischen Verkehr erworben hatte, eine Schnelldampferflotte zu bauen. Bereits 1882 wurde als erster deutscher Schnelldampfer der Dampfer „Elbe" in Dienst gestellt, und kaum neun Jahre später wehte von nicht weniger als zwölf stolzen Schnelldampfern die Norddeutsche Lloydflagge. Die Maschinen der „Elbe" erzeugten 1882 eine Geschwindigkeit von 16 Seemeilen, die „Lahn" brachte es 1887 auf 18 und drückte die Reisedauer über den Ozean auf sieben Tage 13 Stunden herab.

Deutscher Schiffbau.

Inzwischen war für den deutschen Handelsschiffbau ein bemerkenswerter Wendepunkt eingetreten. Bis zum Jahre 1886 war die deutsche Handelsmarine nur selten darangegangen, ihre Aufträge deutschen Schiffswerften zuzuwenden. Bis dahin waren die dem transatlantischen Verkehr dienenden großen Schiffe der deutschen Reedereien fast sämtlich englischen Ursprungs. Einen bemerkenswerten Wendepunkt hierin bildete der Auftrag des Norddeutschen Lloyd zum Bau der vertragsgemäß auf einer deutschen Werft herzustellenden sechs Dampfer für die 1886 neuerrichteten Reichspostdampferlinien nach Ostasien und Australien, der dem Stettiner Vulkan erteilt wurde. Der Vulkan bewies mit der zufriedenstellenden Herstellung dieser Schiffe der Handelsmarine gegenüber sein mächtiges Können und gewann gleichzeitig aus dem Bau dieser Dampfer das Vertrauen zu sich selbst, um alsbald zu größeren Leistungen schreiten zu können. Von dem Bau der Reichspostdampfer ging er zum Schnelldampferbau über. Der erste dieser Schnelldampfer war der Dampfer „Kaiser Wilhelm II", der, 1889 in Dienst gestellt, bis zum April 1908 unter dem Namen „Hohenzollern" unter der Lloydflagge gefahren hat. Von jener Zeit datiert der Aufschwung des deutschen Schiffbaus, an dem zunächst der Stettiner Vulkan, bald aber auch die Werften von Blohm & Voß in Hamburg, Schichau in Danzig und die Werften des Bremer Vulkan in Vegesack, von Tecklenborg in Geestemünde, der Aktiengesellschaft Weser in Bremen und andere Teil hatten. Im Jahre 1888 war die englische „Inman-Line" zum Doppelschraubenschnelldampferbau übergegangen. Alsbald führten auch die Hamburg-Amerika Linie und der Norddeutsche Lloyd für ihre dem Passagierverkehr dienenden neuen Schiffe das Doppelschraubensystem ein und zwar aus Gründen der Sicherheit. Die Hamburger Gesellschaft machte den Anfang, indem sie für die vier Schnelldampfer, welche sie in den Jahren 1889—91 in Auftrag gab, Doppelschrauben vorschrieb. Die Dampfer „Auguste Viktoria" und „Fürst Bismarck" wurden dem Stettiner Vulkan übertragen, während „Columbia" und „Normannia" in England bestellt wurden. Von nun an wuchsen die Schiffsgrößen schnell. Den genannten mit zwei dreifachen Expansionsmaschinen von zusammen 16000 indizierten Pferdestärken ausgerüsteten Hamburger Schiffen von rund 10 500 Tonnen Wasserverdrängung folgten die beiden White Star-Dampfer „Teutonic" und „Majestic" mit 12000 Tonnen Wasserverdrängung und Maschinen von 18 000 bis 19 000 indizierten Pferdekräften, bis im Jahre 1893 der Bau der Riesenschiffe mit den Doppelschraubenschiffen „Campania" und der vor einiger Zeit im Hafen von Liverpool verbrannten „Lucania" der englischen Cunard-Line, Schiffen von 15 300 Tonnen Wasserverdrängung und 30 000 angegebenen Pferdestärken, zunächst einen Abschluß fand. Doch nur für kaum vier Jahre. Wiederum waren es der Norddeutsche Lloyd und die Ham-

burg-Amerika Linie, welche deutsche Werften vor neue gewaltige Aufgaben stellten, indem sie sie zu Schiffsbauten heranzogen, die bislang ihresgleichen in der Welt nicht hatten. Es entstanden in der Zeit von 1896 bis 1907 auf der Werft des Stettiner Vulkan die Schnelldampfer „Kaiser Wilhelm der Große", „Deutschland", „Kronprinz Wilhelm", „Kaiser Wilhelm II." und „Kronprinzessin Cecilie", bei Schichau in Elbing der Schnelldampfer „Kaiser Friedrich", welcher jedoch nur eine geringe Zahl von Reisen nach Neuyork gemacht hat, und schon seit einer Reihe von Jahren untätig im Hamburger Hafen liegt; er befindet sich nach wie vor im Besitz der Firma Schichau, die zurzeit wegen des Verkaufs des Dampfers nach Norwegen unterhandelt.

Die fünf großen Schnelldampfer haben zehn Jahre lang alle Rekorde gehalten und mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von etwa $22^1/_2$ bis $23^1/_2$ Knoten die Dauer der Überfahrt über den Ozean, d. h. von Cherbourg bis Sandy Hook (westwärts) bzw. von Sandy Hook bis Eddystone (Plymouth) (ostwärts) auf rund 5 Tage 7 bis 8 Stunden verringert.

Der Lorbeer, den die deutschen Schnelldampfer, einer nach dem andern, auf ihren Reisen ernteten, ließ die Engländer nicht ruhen. Mit Hilfe erheblicher Baugelder, welche die englische Regierung der Cunard-Line unter gewissen Bedingungen zur Verfügung stellte, baute diese Liverpooler Gesellschaft in den Jahren 1906/07 die beiden riesigen Turbinendampfer „Lusitania" und „Mauretania", mit denen sie das erstmals von dem Hamburger Schnelldampfer „Fürst Bismarck" (1891) errungene, dann von einem neueren Cunarddampfer zurückeroberte und 1897 durch den Schnelldampfer „Kaiser Wilhelm der Große" und seine deutschen Nachfolger für ein Jahrzehnt wieder an Deutschland gefesselte „Blaue Band des Ozeans" erneut in den Besitz Englands brachte. Mit Maschinen von etwa 70—72000 Pferdekräften, die die Schiffe mit etwa 25 Knoten Durchschnittsgeschwindigkeit in etwa $4^1/_2$ Tagen durch die Wogen des Ozeans treiben, war das allerdings kein allzu großes Kunststück!

In neuester Zeit sind keine Schnelldampfer mit so hohen Geschwindigkeiten mehr in Auftrag gegeben worden. Es scheint überhaupt, als ob die Reedereien nunmehr gewillt sind, von dieser Art Wettbewerb zur See Abstand zu nehmen. Sowohl in England wie in Deutschland heißt gegenwärtig die Losung: Möglichst große Schiffe mit mäßiger Geschwindigkeit (18—22 Knoten), höchster Bequemlichkeit und vollkommenster Einrichtung der Passagierräume, sowie möglichst viel Frachtraum. Das Prinzip ist bereits bei den in den neunziger Jahren gebauten „Barbarossadampfern" des Norddeutschen Lloyd, sowie bei den „P-Dampfern" der Hamburg-Amerika Linie erkennbar. Es ist aber mit der Zeit weiter entwickelt worden und hat seinen vollkommensten Ausdruck zurzeit in den Dampfern „George Washington", „Amerika" und „Kaiserin Augusta Viktoria" gefunden, Schiffen, die sich durchaus bewährt haben und sich beim reisenden Publikum größter Beliebtheit erfreuen. Die Geschwindigkeit dieser Schiffe beträgt 18—19 Knoten, mit der sie die Fahrt über den Ozean in etwa 7 Tagen zurücklegen. Der Lloyddampfer „George Washington" ist mit einem Raumgehalt von 25 570 Brutto-Registertonnen zurzeit der größte deutsche Dampfer, ihm folgen „Kaiserin Augusta Viktoria" der „Hapag" mit 24 581 und der Hapagdampfer „Amerika" mit 22 225 Brutto-Registertonnen. Aber auch diese Abmessungen werden bald überholt sein, denn außer mehreren im Bau befindlichen noch größeren englischen Schiffen hat die Hamburg-Amerika Linie der Filialwerft des Stettiner Vulkan in Hamburg den Bau eines Dampfers übertragen, der die genannten drei größten deutschen Schiffe noch um 20 000 Bruttoregistertonnen und mehr übertreffen wird. Seine Abmessungen werden sein: Länge zwischen den Perpendikeln 268 Meter, Breite $29^1/_4$ und Seitentiefe bis zum Oberdeck $19^1/_2$ Meter. Bei dem zurzeit größten überseeischen Dampfer, dem Cunarddampfer „Mauretania", stellen sich die Abmessungen auf 232 bzw. 27 und 17,20 Meter. Der neue Hapagdampfer wird eine reine Turbinenmaschine erhalten, die dem Schiffe eine Geschwindigkeit von etwa 22 Seemeilen geben soll.

Ob das gleich nach dem Bekanntwerden dieser Ziffern aus England zu uns

gekommene Gerücht, die Cunard-Line beabsichtige diesen Bau durch einen solchen von 60 000 Brutto-Registertonnen in den Schatten zu stellen, sich auf Tatsachen stützt, entzieht sich unserer Kenntnis. Der Ausführbarkeit eines solchen Schiffes stehen natürlich keine unüberwindlichen Hindernisse entgegen, aber eine andere Frage ist die, ob die vorhandenen Docks und Häfen und ihre Zufahrtstraßen imstande sind, so gewaltige Kolosse aufzunehmen und sicher passieren zu lassen. Die Frage, die angesichts der außerordentlich gesteigerten Größenverhältnisse der Schiffe dringlich ist, hat schon seit längerer Zeit Hafenbehörden und Schiffahrts-Interessenten in England beschäftigt. Solange sie nicht gelöst ist, wird man schwerlich daran gehen können, ein derartiges Schiff auf den Helgen zu legen.

Wir haben im vorstehenden die Entwicklung des Dampferbaus in seinen Hauptstadien geschildert, um zu zeigen, welche außerordentlichen Fortschritte im Laufe eines halben Jahrhunderts auf diesem Gebiete, insbesondere auch von den deutschen Werften gemacht sind, und wie sich die Fahrzeuge im Laufe weniger Jahrzehnte gewandelt haben. Nun noch ein Wort über den modernen Segelschiffbau.

Moderne Segler.

Bis gegen Ende der fünfziger Jahre beherrschte das hölzerne Segelschiff allein die Meere, dann setzte die Konkurrenz des eisernen Seglers und die der Dampfer ein. Noch um die Mitte der siebziger Jahre übertraf die Segelflotte ihren jungen Konkurrenten um das Vierfache und hatte durch eine bedeutend erweiterte Ausdehnung ihrer Reisen noch einen großen Aufschwung genommen, den sie noch bis ins letzte Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts hinein, namentlich in der Beförderung brennbarer Stoffe, wie Petroleum, Öl usw., behauptete, bis ihr bedeutende technische Neuerungen, wie die Petroleumtanks, auch dies Gebiet streitig machten und es den Dampfern zuführten.

Seit Ende der achtziger Jahre begannen besonders die Hamburger und Bremer Reeder dem Bau von Segelschiffen mehr Aufmerksamkeit zu schenken und außer englischen auch heimische Werften damit zu betrauen, wobei diese die Aufgabe zu lösen hatten, mit der wachsenden Ladefähigkeit der neuen Schiffe auch die Schnelligkeit in Einklang zu bringen. Daß die Lösung dieser Aufgaben gelang, bewies die Zunahme des Bestandes der deutschen Segelschiffsflotte. Noch um die Mitte der achtziger Jahre waren deutsche Segler von 1000 Brutto-Registertonnen oder darüber eine große Seltenheit. Zwanzig Jahre später betrug ihre Zahl dagegen bereits über 200. Heute ist diese Ziffer allerdings wieder auf 165 gesunken. Der Bau ganz großer Stahlsegler für bestimmte Linien und Frachten gab der Segelschiffahrt wirtschaftlich eine neue Grundlage, doch kann den Seglern natürlich nicht beikommen, im allgemeinen Verkehr den Wettbewerb mit dem Dampfschiff zu wagen. Aber für gewisse Gebiete und für gewisse Frachten bleiben sie im Vorteil. Die Salpeter- und Guanofracht fällt zum größten Teil nach wie vor den Segelschiffen zu.

Die modernen Riesensegler sind nicht allein durch ihre Größe, sondern auch durch ihre Schnelligkeit bemerkenswert. Um dem nicht schiffahrtskundigen Leser einen Begriff von der Ladefähigkeit und Schnelligkeit eines derartigen Schiffes zu geben, sei bemerkt, daß 27 Eisenbahnzüge zu 30 Wagen notwendig sein würden, die Ladung des Fünfmast-Vollschiffes „Preußen" der Firma Laeiß in Hamburg aufzunehmen. Was nun die Schnelligkeit anbelangt, so läßt sich ohne Übertreibung behaupten, daß heute in derselben Zeit vier Reisen von den Seglern gemacht werden, in der man früher deren drei zurücklegen konnte. Auf längeren Reisen erzielen die modernen großen Segler nicht selten eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 7 bis 10 Meilen in der Stunde, dabei gelegentlich Höchstgeschwindigkeiten bis zu 15 und 16 Seemeilen oder wohl gar noch darüber, so daß sie unter günstigen Verhältnissen gewöhnlichen Frachtdampfern an Schnelligkeit kaum nachstehen. Darin eben und in ihrer verhältnismäßig viel größeren Ladefähigkeit liegt es begründet, daß

sie bei weit geringerem Personal imstande sind, mit Dampfern hinsichtlich der Ertragfähigkeit zu wetteifern. Rundreisen zwischen den Elbe- und Weserhäfen einerseits und den Salpeterhäfen Chiles andererseits nehmen einschließlich der etwa vierwöchigen Lösch- und Ladezeit in Südamerika häufig weniger als sieben, sehr selten aber acht Monate und darüber in Anspruch; ebenso werden Reisen nach den Reishäfen Hinterindiens oder nach der Sundastraße heute durchweg in einer Zeit von 75—80 Tagen, nach China und Japan in 105—120 Tagen zurückgelegt. Welcher hervorragenden Leistungen heutzutage Segelschiffe trotz schwerer Belastung fähig sind, haben mehr als einmal namentlich die Laeißschen Fünfmastsegler „Potosi" und „Preußen" dargetan. Das erste dieser Schiffe machte die Fahrt von Kap Lizard nach Valparaiso um das Kap Horn in 59 Tagen; von seinem Salpeterhafen nach dem Kap Lizard betrug die beste Fahrt 68 Tage. Noch schneller ist „Preußen", deren rascheste Fahrt vom Kap Lizard nach ihrem Salpeterhafen $57^1/_2$ Tage betrug. Der „Preußen" wird eine Tagesleistung von 368 Knoten — allerdings ohne Zurückführung auf den Normaltag — zugeschrieben. Sie hat es auf 17 Knoten, die „Potosi" auf eine Geschwindigkeit von $16^1/_2$ Knoten gebracht. Beide Schiffe sind in Geestemünde auf der Werft von Joh. C. Tecklenborg A.-G. gebaut, der neben einer Reihe anderer großer Segler der Firma Laeiß auch das Schulschiff „Großherzogin Elisabeth" des Deutschen Schulschiff-Vereins seine Entstehung verdankt. Sämtliche Abmessungen dieses Schiffes werden noch von seinem Schwesterschiffe „Preußen" übertroffen.

Das Schiff, das vor „Potosi" und „Preußen" den Ruhm genoß, der größte Segler der Welt zu sein, war die „Maria Rickmers" der Reederei von Rickmers in Bremerhaven. Es ist auf seiner ersten Heimreise zugrunde gegangen und im Jahre 1893 als verschollen erklärt worden. Es hat im Jahre 1906 einen Nachfolger in dem von derselben Reederei auf der eigenen Werft in Geestemünde erbauten als Fünfmastbark getakelten „Auxiliardampfer" „R. C. Rickmers" erhalten, der den beiden Laeißschen Fünfmastern an Größe noch um etliche Meter überlegen ist, wie folgender Vergleich zeigt:

	Länge	Breite	Tiefe	
„Potosi"	111,63	15,15	8,71	Meter
„Preußen"	124,34	16,34	8,26	„
„R. C. Rickmers"	125,16	16,35	9,28	„

Außer den erwähnten gehören auch die beiden Schulschiffe des Norddeutschen Lloyd, „Herzogin Sophie Charlotte" und „Herzogin Cecilie" sowie das neueste deutsche Segelschiff „Prinzeß Eitel Friedrich", das der Deutsche Schulschiff-Verein im Frühjahr 1910 in Dienst gestellt hat, zu den bekannteren unter den größeren zurzeit fahrenden Segelschiffen. Wenn wir die alten verhältnismäßig kleinen Segelschiffe, wie sie Sloman beschreibt, mit den modernen Fahrzeugen, die sogar eines gewissen Komforts nicht entbehren, vergleichen, so ergibt sich, daß auch bei ihnen aus den Fortschritten der Technik erheblicher Nutzen gezogen ist und daß auch die Größenverhältnisse sich mehr und mehr den Bedürfnissen des Handels angepaßt haben, soweit die schon oben erwähnten Sondergebiete solches erforderlich machten. Den Dreimast-Barken und -Vollschiffen der früheren Jahre haben sich etwa um 1880 die Viermaster und in den neunziger Jahren die Fünfmaster angeschlossen, darunter einer mit einer Hilfsmaschine. Neben der Groß-Segelschiffahrt fristet die Segelschiffahrt mit kleinen Fahrzeugen noch immer ihr Dasein sowohl im Küstenverkehr als auch in der Fischerei. Freilich ist die Kleinschiffahrt nicht auf Rosen gebettet.

Bemerkenswert ist in neuerer Zeit die Verwendung von Motoren in der Segelschiffahrt. Namentlich die Hochseefischer haben sich mehr und mehr dieser zweifellos noch sehr zukunftsreichen Neuerung mit Erfolg bemächtigt. Ob Motorbetrieb sich auch für die Großschiffahrt eignen wird, läßt sich noch nicht ohne weiteres entscheiden. Der Versuch soll jetzt erst gemacht werden. Die Hamburg-Amerika Linie hat im Juli 1910 der Werft von Blohm & Voß in Hamburg ein Motorschiff für transatlantische Fahrt (Hamburg—Philadelphia) in Auftrag gegeben.

So sehen wir, wie die verbesserte Technik der Schiffs- und Maschinenkonstruktionen auch den deutschen Reedern und Schiffbauern ein Ansporn gewesen ist, zur Schaffung ständig wachsender und sich den Bedürfnissen des Handels- und Verkehrs anpassender Schiffstypen, wir sehen aber auch, wie die deutsche Reederei das ihrige dazu beiträgt, erfolgversprechenden Neuerungen auf technischem und industriellem Gebiete die Wege zu ebnen und moderne Errungenschaften auszunutzen. Und gerade dadurch ist es möglich geworden, den zu Lande durch den Eisenbahnverkehr überall immer mehr geweckten Ansprüchen auf Schnelligkeit, Pünktlichkeit, Regelmäßigkeit, Sicherheit und Bequemlichkeit in der Beförderung auch zu Wasser gerecht zu werden und der deutschen Schiffahrt eine der ersten Stellen im Weltverkehr zu sichern. Der Hauptanteil an diesen erfolgreichen Bestrebungen fällt ohne Zweifel unter den deutschen Reedereien der

Hamburg-Amerika Linie und dem Norddeutschen Lloyd

zu, unseren beiden mächtigen Groß-Unternehmungen in Hamburg und Bremen, die im Laufe eines halben Jahrhunderts eine Bedeutung erlangt haben, die nicht nur national, sondern in hohem Maße auch international ist und als solche gewertet werden muß. Diese außerordentliche Wichtigkeit der beiden Institute rechtfertigt es, daß wir uns mit ihnen des näheren beschäftigen, wenn es auch nicht unsere Aufgabe sein kann, ihrem Entwicklungsgange hier in Einzelheiten zu folgen. Die Geschichte der beiden Gesellschaften ist bis zu einem gewissen Grade die Geschichte der modernen deutschen Seeschiffahrt überhaupt. Die ältere der beiden ist die heute allgemein unter dem Namen „Hamburg-Amerika Linie" bekannte Hamburg-Amerikanische Paketfahrt A.-G., welche bereits 1847 als Segelschiffsreederei begründet wurde und zunächst mit drei Seglern die regelmäßige Fahrt zwischen Hamburg und Neuyork aufnahm. Um den aufblühenden Handel Hamburgs mit Nordamerika, den zu fördern sich die Gesellschaft in ihren ersten Satzungen zur Aufgabe gestellt hatte, gegen jeden Wettbewerb zu sichern, ging man bald zum Dampfbetrieb über. Am 1. Juni 1856 eröffnete der in England erbaute Schraubendampfer „Borussia" die erste regelmäßige deutsche transatlantische Dampferlinie. Mit der Begründung der neuen Hamburg-Newyork-Linie war der erste Schritt, dem deutschen Handel in dieser Hinsicht seine volle Selbständigkeit zu sichern, geschehen. Der zweite Schritt ließ nicht lange auf sich warten. Um dieselbe Zeit, wo die „Borussia" in Hamburg sich zu ihrer ersten transatlantischen Fahrt rüstete, begann in Bremen der Gedanke Crüsemanns den Norddeutschen Lloyd ins Leben zu rufen, durch die energische Förderung, die H. H. Meier ihm zuteil werden ließ, festere Gestalt anzunehmen. Am 20. Februar 1857 wurde der Lloyd gegründet und bereits vom 19. Juni 1858 folgte zunächst der Dampfer „Bremen", später die übrigen drei in England und Schottland erbauten Dampfer den beiden Hamburgern in der regelmäßigen Fahrt zwischen Bremen und Neuyork. Schon zweimal war von Bremen aus der Versuch gemacht worden, regelmäßige Linien zwischen den beiden Häfen ins Leben zu rufen; zum ersten Male 1841. Der Plan scheiterte daran, daß das erforderliche Kapital nicht zu beschaffen war und auch die Hafenanlagen in Bremerhaven nicht für die Aufnahme der großen und breiten Raddampfer der damaligen Zeit genügten. Der zweite Anlauf zur Gründung einer Dampfschiffslinie Bremen—Neuyork war erfolgreicher. Mit Unterstützung von einflußreichen Deutschen in Neuyork gelang es dem vom Bremer Senat nach Washington gesandten Bremer Kaufmann C. F. Gevekoht und dem damaligen amerikanischen Konsul in Bremen, Dudley A. Man, nach Abschluß eines bremisch-amerikanischen Postvertrages die „Ocean Steam Navigation Company" zu errichten. Sie wurde zum Teil von der Regierung der Vereinigten Staaten, von Bremen und einigen anderen deutschen Bundesstaaten unterhalten. Am 19. Juni 1847 traf der erste Dampfer „Washington" auf der Bremerhavener Reede ein. Später folgte der „Hermann"; aber schon nach sechs Jahren mußte das von Neuyork aus geleitete Unternehmen an seine Auflösung denken. 1857 wurden die beiden Schiffe verkauft. Die beiden Bremer Firmen W. A. Fritze & Co. und Carl Lehmkuhl hatten in-

zwischen das umgebaute Admiralschiff Brommys „Hansa" und die ebenfalls bei der Versteigerung der Schiffe der ersten deutschen Flotte erworbene Korvette „Germania" von Bremen nach Neuyork in Fahrt gesetzt. Das eigentliche Erbe der „Ocean Steam Navigation Company" trat jedoch der Norddeutsche Lloyd an.

Die Neuyorker Linien sind eine Reihe von Jahren hindurch die einzigen transatlantischen Linien des Lloyd und der Hapag und das eigentliche Rückgrat ihres Geschäfts gewesen. Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre hatte ihre Entwicklung unter mannigfachen ungünstigen äußeren Umständen zu leiden. Aber mit der Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse entwickelten sie sich schnell und gaben den beiden Gesellschaften die Möglichkeit ihren Betrieb auch in anderer Richtung zu erweitern und auszugestalten und ihre wirtschaftlichen Kräfte zu entfalten. Heute verfügen beide Gesellschaften über ein weitverzweigtes Liniennetz, mit dem sie den ganzen Erdball umspannen. Seien es die Küsten Nordamerikas, Mexikos oder Westindiens, die Gestade Chinas, Japans oder Australiens, die Häfen Brasiliens, Argentiniens oder Chiles, die Küsten der einst so sehr gefürchteten Barbaresken, seien es die sonnigen Gestade des Mittelmeeres, der Südsee oder der hohe Norden, überall entfalten der Norddeutsche Lloyd und die Hapag ihre Flagge auf mächtigen modernen Schiffen, deren guter Ruf längst in alle Welt gedrungen ist.

Schon diese kurzen Andeutungen könnten genügen, um die Weltbedeutung der Hamburg-Amerika Linie und des Norddeutschen Lloyd darzulegen; es ist aber von hohem Interesse, an der Hand von Ziffern nachzuweisen, welch' außerordentliche nationale Bedeutung den beiden Riesenunternehmungen innewohnt. Beide haben ein gewaltiges Ansteigen der Zahlen zu verzeichnen. Mit 450 000 Mark Aktienkapital gegründet, war die Hamburg-Amerika Linie nach sechzig Jahren, also am 27. Mai 1907, bereits auf 125 Millionen Mark Aktienkapital neben 49 Millionen Mark Anleihen und 33 Millionen Reserven angelangt. Mit drei Seglern von zusammen 2000 Tonnen eröffnet, acht Jahre darauf mit zwei Dampfern von 4000 Tonnen zur Betriebsweise der Neuzeit übergegangen, verzeichnet sie an ihrem sechzigsten Geburtstage 166 Ozeandampfer von 912 537 Brutto-Registertonnen Rauminhalt, sowie 205 Flußdampfer, Schlepper, Leichter usw. von 44 679 Brutto-Registertonnen, zusammen 371 Fahrzeuge von 957 216 Brutto-Registertonnen mit einem Buchwert von 165 Millionen Mark als ihr Eigentum. Nicht lange wird es mehr dauern, so wird die Hapag über eine Tonnage von mehr als einer Million Brutto-Tonnen verfügen. Begründet lediglich für die Fahrten nach Neuyork, ließ sie nach sechzig Jahren über sechzig Schiffahrtslinien in alle Welt hinauslaufen, befördert sie über viermalhunderttausend Menschen und über sechs Millionen Tonnen Güter. Dieser auf die verschiedensten Verkehrsgebiete sich ausdehnende Riesenbetrieb hat seine Zentrale in Hamburg, wo die Fäden aus der ganzen Welt zusammenlaufen. Ein Heer von 19000 Menschen, davon 12 000 an Bord der Schiffe, 7000 an Land, bilden den gewaltigen Apparat, der tagaus tagein in Bewegung ist, den Anforderungen des Gesamtbetriebes zu genügen, dem die gewaltigen Hafenanlagen in Hamburg, die der Staat für 32 Millionen erbaut und der Gesellschaft für $1^1/_3$ Millionen Mark Jahrespacht vermietet hat, ein prächtiges Geschäftshaus an der Alster, große Auswandererhallen, außer den Hafenanlagen in Neuyork noch solche in Cuxhaven und Emden, ein Trockendock in Hamburg, eine eigene Zentrale für das Kajüts- und Touristengeschäft in Berlin, eigene Anlagen in vielen europäischen und überseeischen Häfen usw. dienen. Die Leitung des ganzen Unternehmens liegt in den Händen des Direktoriums unter Führung Albert Ballins, welches dem Aufsichtsrat unterstellt ist. Zum „Generalstab" des Direktoriums zählen etwa 20 „stellvertretende Direktoren" und Prokuristen und über 60 Abteilungsvorstände und Inspektoren, denen mit Hilfe von etwa 850 Angestellten die Erledigung der laufenden kaufmännischen und technischen Geschäfte obliegt. Der verwickelte technische Apparat der nötig ist, die Flotte in allen ihren einzelnen Teilen zu beschaffen und auszurüsten, zu erhalten, und zu verwenden findet Anfang und Fortsetzung in einer nicht minder mannigfaltigen

kaufmännischen Organisation. Die den Passagierverkehr, die Frachtgutbeförderung, die Propaganda und die innere Verwaltung betreffenden Geschäfte bilden die Haupttätigkeitsgebiete dieser Organisation. Da die Verbindungen der Gesellschaft den ganzen Erdball umspannen, wiederholt sich die große Organisation des Hamburger Betriebes noch mehrfach in kleinerem Maßstabe. In dieser Beziehung steht Neuyork als Mittelpunkt und Haupt des amerikanischen Betriebes obenan. Von den eigenen Passagevertretungen der Hamburg-Amerika Linie und einer Anzahl Generalagenten hängen in Europa ungefähr 1300 Agenten ab. An die Zahl derer in den Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada, Mexiko usw. reicht diese Ziffer bei weitem nicht heran.

Ganz ähnlich wie bei der Hamburger Gesellschaft ist die Entwicklung beim Norddeutschen Lloyd vor sich gegangen.

Das Aktienkapital der Gesellschaft, welches bei ihrer Gründung 4 Millionen Taler Gold, d. i. 12 bis 13 Millionen Mark, betrug, ist inzwischen in stufenmäßiger Steigerung auf 125 Millionen Mark erhöht worden. Hinzu kommen Anleihen im Gesamtbetrage von rund 75 Millionen Mark, so daß im ganzen rund 200 Millionen Mark im Betrieb und in den Anlagen des Lloyd angelegt sind. Das schwimmende Kapital stellt einen Wert von mehr als 200 Millionen Mark dar.

Der Norddeutsche Lloyd betreibt gegenwärtig etwa 40 Schiffahrtslinien, nämlich sechs Linien nach Nordamerika, zwei nach Südamerika, eine nach Kuba, eine nach Kanada, eine nach Ostasien, zwei nach Australien, zwei Zweiglinien im Anschluß an die ostasiatische Reichspostdampferlinie, vier Linien im Mittelländischen und Schwarzen Meere, sechzehn Zweiglinien im Küsten- und Inseldienst des Ostens, und vier Linien nach den Nordseebädern. Außerdem gehört zum Betrieb der Gesellschaft eine umfangreiche Flußschiffahrt auf der Weser und Elbe und in Ostasien.

Die Seeschiffe des Norddeutschen Lloyd haben im Jahre 1909 auf ihren Fahrten durch die Weltmeere eine Strecke von 6 537 011 Seemeilen zurückgelegt, d. i. eine Strecke, die hinreichen würde, 305mal unseren Erdball zu umspannen. Auf diesen Reisen sind im ganzen 521 122 Passagiere befördert worden. Diese hohen Zahlen dürften bislang von keiner anderen Schiffahrtsgesellschaft im Weltverkehr erreicht worden sein. Von 1857 bis zum 31. Dezember 1909 wurden auf den Schiffen des Norddeutschen Lloyd 8 110 177 Personen befördert, an Ladung schafften die Lloyddampfer im Jahre 1909 3 498 986 cbm fort.

Seit dem Jahre 1892 hat sich die Zahl der Lloyddampfer von 76 auf 197 vermehrt. Gleichzeitig ist der gesamte Tonnengehalt seiner Flotte von 202 019 auf 763 396 gewachsen, während die Zahl der Pferdekräfte der Maschinen von 187 256 auf 566 939 gestiegen ist. Die Flotte des Norddeutschen Lloyd besteht zurzeit aus 423 Fahrzeugen, von denen 197 Dampfer, unter diesen 136 Seedampfer, sind und zwei Segelschiffe als Schulschiffe zur Ausbildung von Offizieren dienen. Der Rest verteilt sich auf Leichter, Barkassen und sonstige Fahrzeuge. Die technischen Fortschritte, welche die Entwicklung des Unternehmens in den letzten 15 Jahren mit sich gebracht hat, kennzeichnen sich wohl am besten dadurch, daß, während im Jahre 1892 seine Dampferflotte ausschließlich aus Einschraubendampfern bestand, zurzeit die Zahl seiner Doppelschraubendampfer nicht weniger als 63 beträgt, von denen vier auf Schnelldampfer und die übrigen 59 auf Reichspostdampfer und auf kombinierte Fracht- und Passagierdampfer entfallen. Die Besatzung der Flotte beläuft sich auf nahezu 12 000 Mann, von denen 8850 Personen auf die rein seemännische Schiffsbesatzung kommen. Entsprechend der letzteren ist auch das an Land beschäftigte Personal des Lloyd bedeutend. Dasselbe besteht, einschließlich der Direktion, reichlich aus 600 kaufmännischen und aus 3400 technischen Angestellten, Ingenieuren und Werkstättenarbeitern im Heimatshafen. Dazu kommen noch 6000 Dockarbeiter, Küper und Stauer, die im Heimathafen und den zahlreichen auswärtigen, Häfen tätig sind. Alles in allem beschäftigt der Norddeutsche Lloyd in seinen Diensten ein Personal von etwa 22 000 Menschen.

Wie die Hamburg-Amerika Linie, so verfügt auch der Norddeutsche Lloyd über

Wohlfahrtseinrichtungen, die den Angestellten Altersversorgung, Witwen- und Waisenpension und, soweit nötig, besondere Unterstützung aus bestimmten Fonds gewähren.

Der Hauptsitz des Norddeutschen Lloyd befindet sich in Bremen, wo sich der Verwaltungsdienst in ähnlicher Weise abwickelt wie bei dem Hamburger Unternehmen. Die Schiffsabfertigung erfolgt jedoch zum überwiegenden Teile in Bremerhaven, da die Abmessungen der nach Nordamerika, Ostasien und Australien fahrenden Dampfer zu groß sind, um das verhältnismäßig schmale und auch zu flache Fahrwasser der Weser passieren zu können. In Bremen werden lediglich die südamerikanischen und australischen Frachtdampfer, Schiffe von etwa 5—6000 Brutto-Registertonnen abgefertigt, alle übrigen treten ihre Reisen von Bremerhaven an, wohin die Passagiere jedesmal mit eigenen Sonderzügen des Norddeutschen Lloyd, die Güter, soweit sie nicht in Bremerhaven auf direktem Wege ankommen, auf dem Wasserwege mit großen Seeleichtern befördert werden.

Die innere Organisation des Norddeutschen Lloyd ist die gleiche wie bei der Hamburg-Amerika Linie. Auch hier liegt die Leitung in den Händen des Aufsichtsrats und des Direktoriums, dessen Vorsitzender nach Dr. Wiegands Tode Direktor Philipp Heineken ist. Die einzelnen Ressorts werden von Direktoren, stellvertretenden Direktoren bzw. Prokuristen geleitet, denen auch hier eine große Anzahl von Abteilungschefs, Oberinspektoren und Inspektoren zur Seite stehen. Wie die Hamburger Gesellschaft, so ist auch der Norddeutsche Lloyd in hervorragendem Maße auf Agenturen und Vertretungen in allen Teilen der Welt angewiesen. Sowohl die Hamburger als auch die Bremer Gesellschaft sind auf den Passagier- und Frachtverkehr zugeschnitten. Beim Lloyd überwiegt die Passagierbeförderung über die Frachtbeförderung, bei der Hamburg-Amerika Linie ist es umgekehrt. Das Passagiergeschäft betrifft hauptsächlich Nordamerika. Da ist es von besonderem Interesse, festzustellen, daß unter allen Reedereien der Welt die beiden großen deutschen Linien in der Passagierbeförderung an der Spitze marschieren.

Obgleich Bremen als Handelsstadt durch seine natürliche Lage weniger begünstigt ist als die große Metropole des Handels an der Elbe und deshalb auch mit dieser in der Entwicklung nicht hat gleichen Schritt halten können, nimmt es dennoch unter den deutschen Seehandelsplätzen nach Hamburg bei weitem die erste Stelle ein. Dank dem Unternehmungsgeist und der Tatkraft ihrer Bürger hat sich die Stadt in den letzten Jahrzehnten einer stetigen und deshalb um so gesunderen Entwicklung zu erfreuen gehabt, deren erhebliche Steigerung zu erhoffen ist, sobald erst die noch schwebenden Kanalprojekte zur weiteren Erschließung des Hinterlandes und zum direkteren Anschluß an das rheinisch-westfälische Industriegebiet zur Ausführung gelangt sind. Gerade in Hamburg und Bremen ist innerhalb der beiden letzten Jahrzehnte die Konzentration zum Großbetrieb in der deutschen Reederei besonders stark zum Ausdruck gekommen. Durch sie sind die Hamburg-Amerika Linie und der Norddeutsche Lloyd schnell an die Spitze aller Schiffahrtsgesellschaften der Welt und zu ihrer jetzigen erdballumspannenden Bedeutung gelangt. Durch diese Entwicklung hat die deutsche Reederei, die sich zum weitaus größten Teile in den beiden genannten Schiffahrts-Gesellschaften verkörpert, jene Geschlossenheit und Kraft erhalten, die den Erfolg im friedlichen Wettkampf auf dem Ozean verbürgt.

Was heute die deutsche Handelsflotte für den Weltverkehr gegen früher bedeutet, das zeigt am besten wieder die Statistik. In den 25 Jahren von 1876—1900 hat sich ihre Leistungsfähigkeit um 3 744 000 Tonnen oder 259 Prozent vermehrt, von 1875 bis 1909 um 8 289 000 Tonnen oder 574 Prozent. In diesen 34 Jahren hat sich die Transportfähigkeit fast versiebenfacht. Von 1900—1909 ist sie um 4 545 000 Tonnen, also um 87 Prozent gestiegen. Demgegenüber hat sich, wie Nauticus angibt, in den Jahren 1900/01—1908 die Transportleistungsfähigkeit der Welthandelsflotte nur um 42 Prozent, die der englischen Handelsflotte nur um 32 Prozent erhöht. Der Anteil Deutschlands an der Welthandelsflotte stieg der Netto-Tonnenzahl nach von 8,8 auf

10,1 Prozent, der Transportleistungsfähigkeit nach von 9,5 auf 10,8 Prozent. In derselben Zeit vermehrte sich die Weltdampferflotte um 53 Prozent, die Dampferflotte Großbritanniens um 40 Prozent, Frankreichs um 42 Prozent, der Vereinigten Staaten um 63 Prozent und Deutschlands um 72 Prozent.

Das Kapital der deutschen Reedereiaktiengesellschaften (Aktien und Prioritäten) betrug 1908 631 Mill. Mk. gegen 443 Mill. Mk. im Jahre 1905 und 273 Mill. Mk. Ende 1899.

Der Wert der deutschen Handelsflotte ist in den letzten zehn Jahren von 666 Mill. Mk. im Jahre 1900 und 810 Mill. Mk. im Jahre 1905 auf 1040 Mill. Mk. im Jahre 1909 gestiegen. Nauticus bemerkt dazu, daß die der Berechnung für 1909 zugrunde gelegten Berechnungswerte für 1905 mit den Fortschritten der Technik nicht mehr im Einklang stehen, sondern zweifellos höher angenommen werden können. Der Wert der deutschen Handelsflotte habe sich vom 1. Januar 1900 bis dahin 1909 um 374 Millionen oder um 56 Prozent erhöht. Der Neubeschaffungswert im Falle eines Verlustes aber werde mit 1400—1500 Mill. Mk. nicht zu hoch angenommen sein. Das ist zweifellos richtig!

Wenn wir alles in allem betrachten, so tritt ohne weiteres die ungeheure Bedeutung der Reederei für die deutschen Seeinteressen und die wirtschaftliche Entfaltung des Landes hervor. Wir sehen in erster Linie mit der Entwicklung der deutschen Flotte den deutschen Schiffbau nicht nur aufblühen und erstarken, sondern sich auch in einer Weise entwickeln, daß er die ausländische Konkurrenz so gut wie vollständig aus dem Felde schlägt. Mit ihm gewannen die Eisen- und Metall- sowie die Maschinen- und Holzindustrie und alle dem Schiffbau sonst irgendwie verwandten Gewerbe. Seit dem Jahre 1894 sind z. B. mit Ausnahme von drei Dampfern alle Schiffe des Norddeutschen Lloyd auf deutschen Werften erbaut und diesen dafür in dieser Zeit nicht weniger als 293 Mill. Mk. an Baugeldern zugeflossen. Es braucht kaum besonders hervorgehoben zu werden, was es bedeutet, wenn derartige Summen dem Nationalvermögen erhalten werden. Und so ist es in der Tat erfreulich, daß die deutschen Reedereien in neuerer Zeit zum überwiegenden Teile ihre Schiffsbestellungen bei heimischen Werften vollzogen haben. Bei der Untersuchung der Frage, was unsere Schiffahrt direkt zum Nationalvermögen beisteuert, ist Generalsekretär Huldermann-Hamburg im letzten Frühjahr auf Grund einer Berechnung, die er dem deutschen nautischen Verein in Berlin vortrug, auf eine Summe von wenigstens 300 Mill. Mk. als Verdienst der größeren deutschen Reedereien für das jährliche deutsche Nationaleinkommen gekommen. Er bemerkte jedoch dazu, daß er nicht schätzen könne, wieviel der keineswegs unbedeutende Rest der deutschen Schiffahrt außerdem noch dazu beitrage. Besonders bemerkenswert ist aber, daß jenes Einkommen aus der Schiffahrt zum weitaus größten Teil im Ausland verdient ist, also für unsere Zahlungsbilanz gegenüber dem Auslande einen Nettozuwachs darstellt, wie ihn von andern Einnahmequellen nur das Ausfuhrgeschäft und die Zinseneinnahmen aus Kapitalanlagen im Auslande erbringen. Denn was die Schiffahrt von ihren Frachten und Passagen nicht vom Auslande, sondern vom Inlande verdient, wird ziemlich ausgeglichen durch das, was sie im Auslande von ihren Einnahmen wieder verausgabt. Nicht zu unterschätzen ist die Bedeutung der Schiffe, die häufig oder regelmäßig in ausländischen Häfen erscheinen, um dort den Güteraustausch zu vermitteln. Nicht nur das ist von Wert, daß deutsche Schiffe mit deutscher Mannschaft im Verkehr zwischen deutschen und außerdeutschen Häfen als Brücke zwischen dem Heimatland und der Fremde dienen, sondern vielmehr noch, daß sie durch ihr Erscheinen das Ansehen ihres Heimatlandes stärken und eventuell die Beziehungen seines Handels befestigen oder erweitern. Nichts ist dazu mehr geeignet als eine mächtige Flotte, mag sie dem Schutze vaterländischer Interessen im Auslande oder der Vermittelung des Handelsverkehrs dienen.

Unendlich viele und mannigfaltige Momente könnte man noch anführen, um die Bedeutung unserer Seeschiffahrt für unser deutsches Vaterland darzutun. Aber wo beginnen und wo aufhören? Vieles haben wir schon in den einzelnen Teilen dieser

Abhandlung gestreift und angedeutet, vielmehr noch wäre darüber zu sagen. Sollen wir nachweisen, wie viele Millionen von Mark der deutschen Reederei an Frachteinnahmen zugeflossen sind, und wie diese einen erheblichen Teil des Gewinns des deutschen Außenhandels darstellen? Sollen wir hervorheben, wie wichtig unsere deutsche Handelsflotte für das Aufblühen und den Verkehr mit unseren Kolonien ist, welche Vorteile es dem deutschen Verlader bringt, wenn er seine Waren und Güter mit deutschen Schiffen befördert? Sollen wir weiter nachweisen, wieviel deutsche Untertanen, wieviel deutsche Familien durch die deutsche Seeschiffahrt ihr Brot haben? Oder sollen wir hinweisen auf die wertvollen Ersatzkräfte, welche die deutsche Handelsflotte jahraus jahrein der Kaiserlichen Marine liefert? Sollen wir weiter ausführen, welche wichtigen Dienste die Handelsflotte dem Vaterlande im Kriegsfalle zu leisten berufen ist, sei es durch die Verwendung der Schiffe als Hilfskreuzer, als Truppentransport-, Lazarett-, Kohlen- oder Materialfahrzeuge? Sollen wir weiter betonen, wie sie auch oft berufen und stets bereit ist, der Wissenschaft wichtige Dienste durch wissenschaftliche Beobachtungen auf dem Gebiete der Astronomie, der Wetterbestimmung, der Meeresforschung, durch Versuche mit neuen Erfindungen auf technischem Gebiete usw. zu leisten? Sollen wir daran erinnern, wie unendlich die Entwicklung der deutschen Seeschiffahrt auf den Bau und Ausbau der deutschen Häfen und ihrer Zufahrtsstraßen, der Dockanlagen und aller für die Schiffsabfertigung erforderlichen Einrichtungen usw. eingewirkt hat? — Kaum nötig! — Handel und Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft, Kunst und Wissenschaft, kurz alle Faktoren des deutschen Wirtschaftslebens haben gleichzeitig und gleichmäßig das allergrößte Interesse an dem Blühen und Gedeihen der Schiffahrt, da nur sie ihnen die Möglichkeit gibt, sich auch jenseits des Meeres zu entfalten und ihre Erzeugnisse an den Weltmarkt zu bringen, andererseits aber auch vom Auslande unentbehrliche Stoffe und Produkte zu beziehen. Und daß die deutsche Schiffahrt imstande ist, diese wichtigen Kulturaufgaben zu erfüllen, das beweisen die gewaltig gestiegenen Ziffern unserer Einfuhr- und Ausfuhrstatistik.

Was aber jeden Deutschen mit besonderem Stolz und besonderer Genugtuung erfüllen muß, das ist, daß die deutsche Seeschiffahrt sich dank unermüdlicher Tatkraft aller ihrer Interessenten trotz mancher Enttäuschung, schwerer Rückschläge, ernster Konkurrenzkämpfe und einer Reihe von verlustreichen kritischen Jahren ihre Stellung im Weltverkehr errungen hat, nicht durch künstliche Mittel, nicht durch hohe Staatsunterstützung, sondern unter den Segnungen eines vierzigjährigen Friedens und unter dem Schutze einer starken, in allen Ländern geachteten Kriegsflotte — aus eigener Kraft! So hat die deutsche Seeschiffahrt einen überaus großen, mit den größten Anteil an der Erwerbung und Befestigung der jetzigen Stellung Deutschlands im Rate der Völker, an der Stellung Deutschlands als Weltmacht. Und diese Entwicklung beweist besser als alles andere, daß auch für unser deutsches Vaterland „Schiffahrt treiben notwendig“ gewesen ist und für alle Zukunft sein wird, wenn es sich seine Machtstellung nicht nur erhalten, sondern sie noch erweitern will, soweit dies im Bereich der Möglichkeit liegt.

Die ſoziale Entwicklung.

Von Dr. **Flügge,** Geheimer Regierungsrat, Berlin.
Senatsvorſitzender im Reichs-Verſicherungsamt.

Der Schlachtenlärm des großen Krieges war verhallt. Viel hunderttauſend Krieger zogen heimwärts aus den Fluren Frankreichs, des neugewonnenen Lebens froh, froh ihres Heldenmuts und der gewaltigen Erfolge froh, mit denen dieſer Heldenmut geſegnet worden war. Und hinter ihnen her flutete ein auch in Deutſchlands ſiegreichſten Zeiten bis dahin nie geſehener Strom Goldes, die Kriegskontribution von fünf Milliarden. Eine ungeheure Lebensbejahung erfüllte das deutſche Volk, ein Wille zu großen Taten, aber auch, wie nie zuvor, ein Wille zum Genuß.

Dem Rauſche folgte die Ernüchterung überaus ſchnell. Im großen „Krach" brachen eine Menge Unternehmungen zuſammen, und als ſich der Staub des Zuſammenbruches verzogen hatte, ſah man verwundert, daß unter den Trümmern auch ſolche lagen, denen Geburt und Stellung geboten hätte, dem Rauſch zu wehren, nicht ihn mitzumachen, und die mittleren und kleineren Exiſtenzen, die zugrunde gingen, waren nicht zu zählen. Handel und Wandel ſtockte. Die Arbeiterſchaft, brotlos geworden, erfuhr, daß auch das Deutſche Reich nicht das geſegnete Utopien ſei. Aber nichts iſt ſchwerer, als vom Genuß zu laſſen, den man eben erſt begonnen hat, und eine neue, eben aufgekommene Lehre riet dringend, das irdiſche Leben zu genießen, nicht zu rechnen mit einem Jenſeits, das es nicht gäbe. Die Maſſen ſahen von dieſer Lehre vielleicht nur die Zerrbilder, aber die, die ſie vorzeigten, ſagten, das ſei „vorausſetzungsloſe" Wiſſenſchaft, und mit dem ſchönen Idealismus des Deutſchen für die Wiſſenſchaft wurde ihnen ihre Wiſſenſchaftlichkeit ebenſo geglaubt wie ihre Vorausſetzungsloſigkeit.

Eine tiefe Enttäuſchung und Verbitterung erfüllte das Volk. Das war der Boden, auf dem die Saat der roten Internationale aufgehen konnte. Die demokratiſchen und ſozialiſtiſchen Beſtrebungen der vergangenen Jahrzehnte hatten einen ausgeprägt nationalen Charakter gehabt. Der nationale Erfolg war errungen, mit Blut und Eiſen, und nicht durch Bankette und Volksverſammlungen. Aber er war da. Nun, da er nicht ſofort die Erfüllung aller wirtſchaftlichen Träume brachte, öffneten ſich die Geiſter einer Verhetzung, wie ſie nur von internationaler Vaterlandsloſigkeit ausgehen konnte. Zu der ſozialen Demokratie geſellte ſich der Anarchismus, reizte hier auf in blutrünſtigen Volksverſammlungsreden und vergiftete dort in dunklen Geheimbündeleien.

Und auf dem Boden, in dem dieſe Mächte wühlten, gingen die Gebildeten und Beſitzenden heiteren Sinnes einher. Eine wirtſchaftliche Geſetzgebung, die vom freien Spiel der Kräfte alles erwartete, ſchien ihnen gute Gelegenheit zu geben, die Verluſte des Krachs wieder einzubringen, und darüber vergaß man vergnügt, daß in dieſem freien Spiel der Schwache keine andere Ausſicht hat als unterzugehen, daß Einem Starken in dieſem Spiel die Möglichkeit gegeben iſt, tauſend Schwache unter die Füße zu treten, und daß den Starken beim freien Spiel der Kräfte nur die Idealität der Geſinnung hindert,

seine Stärke in roher Rücksichtslosigkeit auszunutzen. Wohl gab es einzelne Warner, Viktor Aimé Huber, Rodbertus, Rudolf Meyer und einige andere. Da war auch ein junger Gelehrter namens Adolf Wagner. Der tat sich im Oktober 1872 mit etlichen gleichgesinnten Staatswissenschaftlern in Eisenach zusammen und vertrat mit ihnen ein Programm, das der herrschenden Wirtschaftsmethode schnurstracks widersprach. Deren Vertretern war das lächerlich, und sie tauften die Eisenacher Gesinnungsgenossen Katheder-sozialisten, damit andeutend, diese Sozialisten wüßten nur von der Schule etwas, aber nichts vom Leben. Es waren schwüle, unheildrohende Jahre.

Da fuhren hinein in diese dunkle Zeit zwei Ereignisse wie Blitze in eine dumpfe Flur, und wie Blitze das schwarze Gewölk für einen Augenblick grell beleuchten, so ließen diese beiden Ereignisse die ganze Dunkelheit der Zeit erkennen: die beiden Attentate auf Kaiser Wilhelm I. Wer sich in lebendiger Erinnerung diese beiden Tage im Gedächtnis bewahrt hat, der weiß, welch ein Entsetzen an diesen beiden Tagen durch das deutsche Volk ging.

Der Kanzler war zur Stelle. Er rang dem zaudernden Reichstage das Sozialistengesetz ab, und der Staat, der nur ein Nachtwächter hatte sein sollen, zeigte sich als ein Herr, als Herr auch des Umsturzes.

Wenn auf die umstürzlerische Gesinnung, die die beiden fluchvollen Attentate offenbart hatten, die Staatsgewalt keine andere Antwort gegeben hätte als die des Sozialistengesetzes — es wäre begreiflich gewesen, und niemand hätte sich beklagen können. Aber es geschah mehr, viel mehr. Es ist das unvergängliche Verdienst des großen Kaisers und des großen Kanzlers, daß sie die Ursache für die umstürzlerische Bewegung nicht nur bei denen suchten, in deren Mitte die Verführer des Umsturzes vor allem ihre dunkle Arbeit getan hatten, sondern auch bei denen, die den Verführten des Umsturzes bessere Lebensverhältnisse schaffen, ihre Unzufriedenheit und Erbitterung mindern und sie der Gefahr der Verführung hätten entziehen können. Es war die höchste, staatsmännische Weisheit, die den Kaiser und den Kanzler trieb, nicht nur die Betätigung der sozialdemokratischen Gesinnung zu bestrafen, sondern dieser Gesinnung auch jede Existenzberechtigung zu entziehen durch eine in der Geschichte noch niemals dagewesene, allumfassende soziale Reform.

In schlichten Worten verkündete der Kaiser den Willen zu dieser Reform in seiner Botschaft vom 19. November 1881:

„Schon im Februar dieses Jahres haben wir Unsere Überzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für Unsere kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgabe von Neuem ans Herz zu legen. Wir würden mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines innern Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen."

Und in seiner Botschaft vom 14. April 1883 bekräftigte der Kaiser diese Gesinnung wahrhaft christlicher Staatsweisheit mit folgenden Worten:

„Wir haben es jederzeit als eine der ersten von Uns als Kaiser übernommenen Pflichten erkannt, der Lage der arbeitenden Klassen im ganzen Reiche dieselbe Fürsorge und Pflege zuzuwenden, welche wir in Preußen zur Fortbildung der von Unsern in Gott ruhenden Vater im Anfange dieses Jahrhunderts begründeten Reformen zu betätigen suchen. Wir haben Uns diese Pflicht besonders gegenwärtig gehalten seit dem Erlasse des Sozialistengesetzes und schon damals Unsere Überzeugung kundgegeben, daß die Gesetzgebung sich nicht auf polizeiliche und strafrechtliche Maßregeln zur Unterdrückung und Abwehr staatsgefährlicher Umtriebe beschränken darf, sondern suchen muß, zur Heilung oder doch zur Minderung des durch Strafgesetze bekämpften Übels Reformen

einzuführen, welche dem Wohle der Arbeiter förderlich und die Lage derselben zu bessern und zu sichern geeignet sind".

Was aber der greise Monarch in diesen beiden Botschaften als seine Absicht verkündete, das war nichts neues, nichts unerhörtes in der Geschichte der Preußischen Monarchie. Es knüpfte an ihre ältesten und bewährtesten Traditionen, besonders an die Zeiten seiner beiden großen Vorgänger der Preußischen Krone, an die Regierungsgrundsätze Friedrich Wilhelms I. und Friedrich des Großen, des roi des gueux (Königs der Bettler). Und es fand Widerhall in Überzeugungen und Ideen, die nie aufgehört hatten, im deutschen Volke wurzelfest zu sein, und die grade in den letzten Jahren vor den kaiserlichen Botschaften allmählich neue mächtige Lebenskraft zu gewinnen angefangen hatten. Was der Kaiser verkündete, war in verschiedenen Wendungen in den christlichen Kirchen beider Konfessionen gelehrt worden, hier von dem Bischof v. Ketteler und seinem Domkapitular Monfang, dort von Professor Karl v. Raumer und von Wichern. Und auf den Lehrstühlen der deutschen Wissenschaft hatten es, erst kaum an das Ohr der Menge schlagend, dann kräftiger und lauter, und schließlich in gewaltiger Harmonie zahlreiche Vertreter der Wissenschaft gelehrt, Hildebrand, Schäffer, Schmoller und andere. Da war auch in Wien ein Schleswig-Holsteiner, den die dänische Regierung 1851 aus der Heimat getrieben hatte, Lorenz Stein. Der pries in seiner Verwaltungslehre in begeisterten Worten die Natur des Staates, die „sich stets grade denjenigen zuwendet, welche in geistiger, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Beziehung die Untergeordneten und Beherrschten sind", und er lehrte: „Die niedere, beherrschte Klasse der Gesellschaft kann nie durch sich allein zur rechtlichen Gleichheit mit der höheren gelangen; dies Ziel wird nur mit Hilfe des Staats erreicht . . . . . Das geschieht durch das Königtum". Und da war ferner der nun nach Berlin berufene Professor Adolf Wagner, voll des feurigsten Eifers, der in unzähligen Schriften die Idee des Staatssozialismus auf alle Gebiete des öffentlichen Lebens anwandte, besonders auf die Finanz- und die Steuerpolitik, unerschrocken mit jedem Gegner die Waffe bindend. Zu den Füßen dieser Männer aber hatten hunderte und tausende von künftigen Beamten und Volkswirten, von Staatsmännern und Industriellen gesessen. Und als nun der Kaiser sich zu denselben Ideen bekannte, als der Kanzler erklärte, seine Politik könne vielleicht zugrunde gehen, wenn er tot sei, aber der Staatssozialismus pauke sich durch, jeder der diesen Gedanken aufnehme, werde ans Ruder kommen — da ging eine gewaltige Begeisterung durch die deutschen Lande, und die Gesetzentwürfe, die diesem Ideenkreise entstammten, fanden bei allen bürgerlichen Parteien und in allen bürgerlichen Kreisen grundsätzlich volle Zustimmung.

In allen bürgerlichen Parteien und Kreisen — auch bei den Unternehmern. Das darf nicht vergessen werden. Wohl hätte die Unternehmerschaft die neue Gesetzgebung nicht hindern können. Aber, daß sie sie freudig gefördert hat, gefördert hat unter nicht geringen Opfern nicht nur materieller, sondern auch ideeller Art, das ist das Verdienst der deutschen Unternehmerschaft. Sie hat sich die soziale Gesetzgebung der achtziger und neunziger Jahre nicht widerwillig abringen lassen, sondern sie hat sie bereitwillig begrüßt und, je nach der Überzeugung des einzelnen, mehr in diesem oder mehr in jenem Punkte, nach Kräften an ihrem Zustandekommen mitgewirkt. Von den vielen deutschen Unternehmern, denen dieses Verdienst zuzuschreiben ist, seien nur zwei genannt, ein jeder sehr verschieden von dem andern in Wesen, in politischer Überzeugung und Weltanschauung, und jeder doch in seiner Art ein überzeugter Freund unserer Sozialpolitik, Karl v. Stumm und Bernhard Roesicke.

Und was Kaiser Wilhelm I. begonnen, ist unter der Regierung Kaiser Wilhelms II. zielbewußt fortgesetzt worden. In zwei Erlassen vom 4. Februar 1890, deren einer an den Kanzler, deren anderer an die Minister für öffentliche Arbeiten und für Handel und Gewerbe gerichtet war, bekannte auch Kaiser Wilhelm II. sich zu dem Grundsatze „der Fürsorge für den wirtschaftlich schwächeren Teil des Volkes im Geiste christlicher Sittenlehre", und in den zwei Jahrzehnten, die diesen Erlassen gefolgt sind, hat der Kaiser und haben die Staatsmänner, die er an die Spitze der Regierung berufen hat, vor allem der

erste Handelsminister Wilhelms II., der Freiherr v. Berlepsch, nicht aufgehört in heißem Bemühen, diesen Grundsatz zu verwirklichen. Seit 1881 ist ein System sozialer Gesetze in Deutschland durchgeführt worden, wie es in gleichem Umfange und in gleicher Vielseitigkeit kein Volk der Welt kennen gelernt hat.

Nach zwei großen Gesichtspunkten läßt sich diese Gesetzgebung ordnen. Ihr einer Teil hat die Aufgabe, die positiven Schäden auszugleichen, die den Angehörigen des Arbeiterstandes widerfahren. Das ist die Aufgabe der Arbeiterversicherung des Deutschen Reiches.

Der andere Teil der sozialen Gesetzgebung gilt nicht dem Ausgleich eines bereits eingetretenen Schadens, er soll vielmehr die großen Massen des Volkes vor Schaden bewahren und ihnen gesunde Lebensverhältnisse verschaffen. Das sind Aufgaben, die sich der Staat im Interesse aller wirtschaftlich schwachen Teile des Volkes stellt und der Darstellung der Mittel, mit denen diese Aufgaben erfüllt werden, soll der folgende Teil dieses Kapitels gewidmet sein.

Zu den wirtschaftlich schwachen Teilen des Volkes gehörte im Beginn unserer sozialen Gesetzgebung noch mehr als heute und gehört auch heute noch vor allem die industrielle Arbeiterschaft. Bis in die siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts war der Gesetzgeber von der Vorstellung ausgegangen, daß, um dem Arbeiter die ihm zukommende wirtschaftliche Lage zu verschaffen, es genügen müsse, daß er dem Unternehmer rechtlich gleich gestellt werde. Der freie, für beide Teile, den Unternehmer wie den Arbeiter, unter gleichen rechtlichen Normen stehende Arbeitsvertrag sei, so glaubte man, ausreichend, damit der Arbeiter sich das verschaffe, was ihm um des Staatsinteresses willen billigerweise zukommen müsse. Dabei übersah man aber die tatsächliche Verschiedenheit zwischen Arbeiter und Unternehmer, übersah, daß der Arbeiter in der Regel nichts anderes als die Fähigkeit körperlicher Arbeit besitzt, während dem Unternehmer nicht nur höhere geistige Fähigkeiten, sondern auch das Kapital zur Verfügung steht und übersah, daß diese tatsächliche Ungleichheit den Arbeiter häufig nötigte, sich Arbeitsbedingungen zu unterwerfen, die sein einziges Gut, seine Arbeitskraft, schädigten und ihn im weiteren Zeitverlauf dem Siechtum und der Armut überlieferten. Je mehr aber die Industrie im Umfang in Deutschland zunahm, je größer die Anzahl der industriellen Arbeiter wurde, desto wichtiger wurde es für den Staat, diese großen Massen des Volkes bei körperlicher und geistiger Gesundheit zu erhalten, und da das System des freien Arbeitsvertrages für die Erfüllung dieser wichtigen Aufgabe nicht ausreichte, so entschloß man sich, es insoweit zu modifizieren, als man durch das Gesetz dem Arbeitgeber diejenigen Arbeitsbedingungen vorschrieb, die das Mindestmaß dessen waren, was für die Wohlfahrt der Arbeiterschaft nötig war.

Die Gesamtheit dieser gesetzlichen und sonstigen rechtlichen Bestimmungen bilden den Arbeiterschutz des Deutschen Reiches, und ihr Kern ist das sogenannte Arbeiterschutzgesetz, die Novelle zur Gewerbeordnung vom 1. Juli 1891.

Der Gesetzgeber ist davon ausgegangen, daß jeder Unternehmer rechtlich und sittlich verpflichtet ist, in seinem Betriebe Sittlichkeit und Anstand unter allen Umständen aufrecht zu erhalten (§ 120 b Gewerbeordnung), und daß er ferner seinen Betrieb, soweit es dessen Natur zuläßt, so einzurichten und zu führen hat, daß die in ihm beschäftigten Arbeiter gegen Gefahren für Leib und Leben geschützt sind (§ 120 a u. a.). Da aber die Gefährlichkeit der verschiedenen Arten von Betrieben sehr verschieden groß ist, so hat der Gesetzgeber es dem Bundesrat überlassen, für einzelne, besonders gefährliche Betriebe auf dem Wege der Verordnung besondere Schutzbestimmungen zu erlassen (§ 120 e), und von dieser Ermächtigung hat der Bundesrat vielfachen Gebrauch gemacht. Sodann hat der Gesetzgeber in der Erkenntnis, daß die Sonntagsruhe nicht nur vom christlichen Standpunkt aus geboten, sondern auch vom Standpunkte der Volksgesundheit aus dringend erwünscht ist, den Unternehmern untersagt, ihre Arbeiter zur Sonntagsarbeit zu zwingen (§ 105 a Gewerbeordnung), und hat ferner für die überwiegende Mehrzahl von gewerblichen Betrieben, vor allem für die größeren jede Sonntagsarbeit, auch die freiwillige verboten (§ 105 b a. a. O.). Die notwendigen Ausnahmen sind im Gesetz bezeichnet.

Gelten diese Schutzbestimmungen grundsätzlich für alle Arbeiter, so sind für Frauen und jugendliche Arbeiter beiderlei Geschlechts mit Rücksicht auf deren in Geschlecht und Alter begründete besondere Schutzbedürftigkeit besondere Bestimmungen notwendig gewesen. In gewissen, besonders schwere Arbeit erfordernden Betrieben dürfen Frauen überhaupt nicht (Art. 3 Nr. III des Ges. vom 28. Dezember 1908), in Betrieben mit einer regelmäßigen Arbeitszahl von mehr als 10 Personen dürfen Kinder unter 13 Jahren überhaupt nicht beschäftigt werden (§ 135 Gewerbeordnung und Ges. vom 28. Dezember 1908). Die Arbeitszeit von Frauen und von Kindern unter 16 Jahren in Betrieben mit mehr als 10 Personen darf nicht in die Nachtzeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens fallen (Ges. vom 28. Dezember 1908, bez. § 136 Gewerbeordnung). Die Frauenarbeit für solche Betriebe ist auf höchstens 10, an Tagen vor Sonn- und Festtagen auf höchstens 8 Stunden festgesetzt (Gesetz vom 18. Dezember 1908), die Kinderarbeit auf 6 bis höchstens 10 Stunden (§ 135 Gewerbeordnung, Gesetz vom 28. Dezember 1908). Besondere Bestimmungen regeln Arbeitspausen und Arbeitsruhe für Kinder und Frauen, verbieten die Kinderarbeit an Sonn- und Festtagen und schließen von der Arbeit die Frauen vor und nach der Niederkunft für die Dauer von 8 Wochen aus, von denen mindestens 6 Wochen nach der Niederkunft liegen müssen (Gesetz vom 28. Dezember 1908). Auch ist die Hausarbeit für solche Frauen eingeschränkt, die im Betriebe während der gesetzlichen Arbeitszeit beschäftigt sind (a. a. O.).

Jeder gewerbliche Betrieb in dem jugendliche Arbeiter beschäftigt werden, muß so eingerichtet sein, wie die Rücksicht auf Gesundheit und Sittlichkeit gerade dieser Personen es erfordert (§ 120c Gewerbeordnung), und jeder Unternehmer hat Arbeitern unter 18 Jahren die Möglichkeit zur Teilnahme an dem Fortbildungsunterricht zu gewähren; dieser Unterricht kann unter Umständen obligatorisch gemacht werden (§ 120 Gewerbeordnung).

Auch in bezug auf die Frauen- und Kinderarbeit ist dem Bundesrat die Befugnis beigelegt, Bestimmungen zu erlassen, die über diejenigen der Gewerbeordnung hinaus diese Arbeit einschränken, und der Bundesrat hat auch von dieser Befugnis mehrfach Gebrauch gemacht.

Neben den Bestimmungen der Gewerbeordnung hat das Kinderschutzgesetz vom 30. März 1903, die sogen. lex Agahd, die diesen Namen nach dem um die Bekämpfung der Kinderarbeit hochverdienten Lehrer C. Agahd in Rixdorf trägt, den Zweck, der Kinderarbeit tunlichst entgegenzuwirken. Dieses Gesetz enthält je nach dem Alter der Kinder und je nach der Tatsache, ob der Unternehmer seine eigenen, oder ob er fremde Kinder beschäftigt, in verschiedenen Abstufungen weitgehende Einschränkungen der Kinderarbeit.

Die Bestimmungen zum Schutze der Arbeiterinnen und der jugendlichen Personen werden durch vielfache, genau spezialisierte Kontrollmaßregeln wirksam gemacht (§ 107 flg. §§ 134, 138 Gewerbeordnung, § 11 Kinderschutzgesetz).

Bedürfen Arbeiterinnen und weibliche Arbeiter wegen ihres Geschlechtes oder ihres Alters besonderen Schutzes, so gibt es eine Form der gewerblichen Arbeit, die deshalb einen höheren Schutz für die in ihr beschäftigten Personen beansprucht, weil diese Personen ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht regelmäßig wirtschaftlich und oft genug gesundheitlich besonders schwach zu sein pflegen. Das ist die Hausindustrie. Von den vielen Schutzmaßregeln, die für die hausindustriellen Arbeiter gefordert werden, hat indessen bis jetzt das geltende Recht nur die Einrichtung der Lohnbücher akzeptiert, die der Bundesrat für einzelne Gewerbe vorzuschreiben befugt ist (§ 114 a Gewerbeordnung), die er tatsächlich aber bis jetzt nur für die Kleider- und Wäschekonfektion vorgeschrieben hat. Wegen weiterer Schutzbestimmungen für die Hausindustrie schweben augenblicklich noch die Verhandlungen zwischen Bundesrat und Reichstag.

Es sind aber nicht nur die gewerblichen Arbeiter, zu deren Gunsten die Gesetzgebung in die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses eingegriffen hat, sondern derselbe Grund, der die Bestimmungen zu Gunsten der Arbeiter hervorgerufen, die wirtschaftliche Schwäche gegenüber dem Arbeitgeber, besteht auch bezüglich der großen Mehrzahl der Handlungsgehilfen und hat auch für sie zum Erlasse von Schutzbestimmungen Anlaß gegeben, die

das Arbeitsverhältnis regeln. Sie betreffen ähnlich wie bei den Arbeitern die Einrichtung des Betriebes so, daß Gefahren für Gesundheit, Anstand und gute Sitten vermieden werden (§ 62 Handelsgesetzbuch, § 139 g Gewerbeordnung), betreffen die Sonntagsruhe (§ 105 b Gewerbeordnung), die Nachtruhe (§ 139 e u. f Gewerbeordnung), die Arbeitspausen (§ 139 c Gewerbeordnung) und den Fachschulunterricht (§ 76 Handelsgesetzbuch, § 139 i Gewerbeordnung). Auch hat der schonungslose Gebrauch der vielfach mit der sogen. Konkurrenzklausel getrieben worden ist, den Gesetzgeber veranlaßt, die Wirksamkeit einer die Konkurrenzklausel enthaltenden Vertragsbestimmung nur sehr eingeschränkt gelten zu lassen (§ 74 Handelsgesetzbuch). Eine ähnliche Beschränkung der Konkurrenzklausel gilt, soweit Werkmeister, Betriebsbeamte und Techniker sich ihr unterworfen haben, nach § 133 f der Gewerbeordnung.

Sind das die wesentlichsten Bestimmungen, mit denen der Gesetzgeber materiell im Interesse des wirtschaftlich schwächeren Teils in die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses eingegriffen hat, so gibt es eine andere Klasse von Rechtsnormen, die — mehr formeller Natur — den Zweck haben, dem Arbeitnehmer die Wahrung seiner Rechte zu ermöglichen oder zu erleichtern. Dahin gehört vor allem die durch § 152 der Gewerbeordnung gewährleistete Koalitionsfreiheit. Von dem Rechte der Koalition haben die deutschen Arbeiter so zahlreich Gebrauch gemacht, daß man die Schar der koalierten Arbeiter auf zwei bis drei Millionen schätzen kann. Indessen zerfallen die Arbeiterkoalitionen in verschiedene, keineswegs immer Hand in Hand gehende Gruppen, deren älteste, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, der fortschrittlichen Volkspartei nahe steht, während die sogen. freien Gewerkschaften, die zahlreichste Gruppe, sich durchweg aus Anhängern der Sozialdemokratie zusammensetzt, und die christlichen Gewerkschaften politisch auf dem Boden der Zentrumspartei stehen. Alle diese und auch die zahlreichen kleineren Gruppen verfolgen aber in erster Linie wirtschaftliche Zwecke, zahlen — in verschiedenem Umfange — Arbeitslosen-, Arbeitsunfähigen-, Kranken- und Sterbefallunterstützungen, haben Arbeitersekretariate gegründet, unterhalten Fachzeitungen und fördern auch Bildungszwecke. Vor allem aber suchen sie die Interessen ihrer Angehörigen gegenüber den Arbeitgebern zu wahren. Höchst erfreulicher Weise erfolgt diese Wahrnehmung oft im Wege friedlicher Verhandlungen, besonders in denjenigen Gewerben, in denen starke Arbeitgeberkoalitionen starken Verbänden der Arbeiter gegenüberstehen, und eine besonders segensreiche Frucht solcher Verhandlungen sind die von Jahr zu Jahr zahlreicher zwischen den Verbänden beider wirtschaftlichen Parteien abgeschlossenen Tarifverträge, d. h. Verträge, in denen die Arbeitsverhältnisse, vor allem die Lohntarife (daher der Name), sei es für ein ganzes Gewerbe, sei es für einen örtlich abgegrenzten Teil eines solchen, einheitlich derart geregelt worden, daß alle Arbeitgeber und alle Arbeitnehmer sich dem Vertrage unterwerfen. Wohl werden gegen die Tarifverträge Einwendungen erhoben, sei es solche prinzipieller Natur, sei es solche gegen ihre Einführung in einzelne, besondere Gewerbe. Indessen erscheinen die Einwände ersterer Art nach der bisherigen Erfahrung unbegründet, und was die letzteren angeht, so haben sich die Tarifverträge in manchem Gewerbe bewährt, das anfänglich ungeeignet dafür erschien. Der bekannteste der Tarifverträge besteht im Buchdruckergewerbe, und man kann nur wünschen, daß die in diesem Gewerbe von beiden Seiten bewiesene Vertragstreue überall in ganz Deutschland vorbildlich werde.

Nicht immer aber ist es gelungen, die Arbeitsstreitigkeiten auf friedlichem Wege zu lösen, sehr oft ist es leider in Deutschland zu schweren Arbeitskämpfen, Arbeitseinstellungen (Strikes), Aussperrungen (Lakouts) und Boykottierungen gekommen. Welche der beiden Parteien die Schuld an solchen Kämpfen trägt, ist nur durch sorgfältige Untersuchung des Einzelfalls festzustellen, oft genug wird aber eine solche Untersuchung ergeben, daß von einer Schuld bei keiner Partei, weder im rechtlichen noch im moralischen Sinne des Wortes Schuld, gesprochen werden kann. — Es wäre wohl eine Utopie, wollte man annehmen, daß Arbeitskämpfe jemals völlig vermieden werden könnten. Aber im Hinblick auf die schweren wirtschaftlichen Schäden, die mindestens einer, sehr oft aber

beiden Parteien durch einen Arbeitskampf zugefügt werden, kann nicht dringlich genug ihre Beschränkung auf das geringste mögliche Maß gewünscht werden, und es würde zu der Erfüllung dieses Wunsches viel beitragen, wenn eine jede Partei anerkennen wollte, daß die andere berechtigt ist, ihre Interessen mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln zu vertreten — daß deshalb aber jede Partei verpflichtet ist, zunächst mit der anderen zu verhandeln und die Verhandlung im Sinne der selbstverständlichen Achtung des Gegners zu führen. Auch darf erwartet werden, daß eine Unternehmerschaft, die von dem ihr zustehenden Recht der Koalition kräftigen Gebrauch macht, dadurch das bei dem einzelnen Unternehmer gegenüber dem einzelnen Arbeiter vorhandene Übergewicht bedeutend gesteigert hat, den Arbeitern die Ausnutzung der Koalitionsfreiheit nicht verdenke.

Dafür, daß die Koalitionsfreiheit nicht gemißbraucht werde, sollen die Bestimmungen der §§ 152 Abs. 2 und 153 der Gewerbeordnung sorgen. Die Gefahr eines solchen Mißbrauches besteht bei Unternehmer- wie bei Arbeiterverbänden, und dagegen, daß die Koalitionsfreiheit in einen Koalitionszwang ausarte, muß ernstlich Verwahrung eingelegt werden.

Auch die Werkmeister, Techniker und sonstigen Privatbeamten haben ebenso wie das Handelspersonal von dem Koalitionsrecht vielfach Gebrauch gemacht. Von den großen Verbänden der ersteren seien hier nur genannt der Deutsche Werkmeisterverband, der Bund der technisch-industriellen Beamten und der Deutsche Technikerverband, von denen des letzteren der Verein für Handlungskommis von 1858, der Verband Deutscher Handlungsgehilfen, der deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband, der Kaufmännische Verband für weibliche Handlungsgehilfen und der Deutsche Bankbeamten-Verein. — Zu größeren Arbeitskämpfen zwischen diesen Korporationen einerseits und den Unternehmern andererseits ist es glücklicherweise noch nicht gekommen. Inwieweit die vielfach gewünschte Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine diesen nützen würde, ist nicht unbestritten; es kann von einer Erörterung dieser Frage hier um so eher abgesehen werden, als die Erfüllung dieses Wunsches in nächster Zeit kaum zu erwarten steht.

Dem Schutze der Arbeitnehmer in Industrie und Handel dienen ferner die Arbeitsordnungen, die obligatorisch sind für größere gewerbliche Betriebe und offene Verkaufsstellen (§§ 134 a—134 g, 139 k Gewerbeordnung). Sie haben den Zweck, die Streitigkeiten, die erfahrungsmäßig aus der Unvollständigkeit und Unklarheit der Arbeitsverträge entstehen, von vornherein abzuschneiden, indem sie die Bedingungen formulieren, unter denen der Unternehmer die Arbeit anbietet und der Arbeitnehmer sie annimmt, und indem sie die Vorschriften und vor allem die Strafen ein für alle mal normieren, die der Ordnung des Betriebes dienen. Für die Strafen stellt das Gesetz besondere Bestimmungen auf (§ 134 b Abs. 2 u. § 134 c Abs. 2). Vor dem Erlaß einer Arbeitsordnung haben sich die Arbeiter (§ 134 a) oder Angestellten (§ 139 k) zu äußern. Wo in gewerblichen Betrieben ein ständiger Arbeitsausschuß besteht, ist dieser zu hören (§§ 134 d und 134 h).

Für Streitigkeiten zwischen gewerblichen Arbeitgebern und ihren Arbeitnehmern und für Streitigkeiten zwischen Kaufleuten und ihren Handlungsgehilfen und Handlungslehrlingen sind besondere Gerichte bestellt und ein besonderes, beschleunigtes Verfahren geordnet worden. Die gewerblichen Streitigkeiten werden durch die Gewerbegerichte (Gesetz vom 29. September 1901) und die kaufmännischen Streitigkeiten durch die Kaufmannsgerichte (Gesetz vom 6. Juli 1904) entschieden. Solche Gerichte müssen in Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern und können in allen übrigen eingerichtet werden. In Städten, in denen solche Gerichte nicht bestehen, können die bezeichneten Streitigkeiten auch vor den Gemeindevorsteher gebracht werden. Beide, die Gewerbe- wie die Kaufmannsgerichte, können zu Gutachten, welche in ihren Geschäftskreis fallen, aufgefordert werden und können ihrerseits Anträge aus ihrem Geschäftskreise an Kommunalverbände und an gesetzgebende Körperschaften richten. Besonders wichtig ist aber, daß die Gewerbegerichte bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern über die Bedingungen der Fortsetzung oder der Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses als Einigungsämter angerufen werden können (§ 62 Ges. vom 29. September 1901), mit anderen Worten, daß sie bei drohenden oder schon eingetretenen Arbeitskämpfen

vermitteln können. Kommt in dem dann folgenden Verfahren eine Einigung nicht zu stande, so kann unter Umständen ein Schiedsspruch beschlossen werden (§ 71 a. a. O.), der zu veröffentlichen ist. Da das Gewerbegericht (ebenso wie das Kaufmannsgericht) stets und besonders bei seiner Tätigkeit als Einigungsamt außer mit einem beamteten, unparteiischen Vorsitzenden mit der gleichen Zahl Arbeitgeber und Arbeitnehmer besetzt ist, so wohnt einem solchen Schiedsspruche eine große moralische Bedeutung bei, und er ist, selbst wenn die streitenden Parteien sich ihm nicht unterwerfen (§ 72 a. a. O.) wohl geeignet, der öffentlichen Meinung eine sichere Grundlage für die Beurteilung des Arbeitskampfes zu geben, der dem Spruche des Einigungsamtes unterbreitet worden ist.

Wie die Gewerbegerichte als Einigungsämter schon jetzt dem sozialen Frieden in vielen Fällen gute Dienste geleistet, so ist für die Zukunft von den Arbeitskammern zu erwarten, daß sie dazu beitragen werden, das Verhältnis zwischen Unternehmerschaft und Arbeiterschaft zu bessern und Streitigkeiten abzuschneiden. Indessen soll nicht verschwiegen werden, daß große Teile der Unternehmerschaft wie der Arbeiterschaft den Arbeitskammern kritisch gegenüberstehen. Wer recht hat, wird die Zukunft bald lehren, denn der Gesetzentwurf, der die Einrichtung von Arbeitskammern vorsieht, liegt zurzeit dem Reichstage vor und wird voraussichtlich noch in der Sessionsperiode des Jahres 1910 zur Verabschiedung kommen.

Schließlich ist an dieser Stelle noch der besonderen Behörden zu gedenken, denen die Vorbereitung und die Überwachung der Arbeiterschutzbestimmungen obliegt. Der Vorbereitung der vom Bundesrat nach § 120 e Abs. 3 Gewerbeordnung zu erlassenden Bestimmungen dient seit dem Jahre 1902 die Abteilung für Arbeiterstatistik im Kaiserlichen Statistischen Amt, welcher der aus Parlamentariern und Beamten der einzelnen Bundesstaaten zusammengesetzte Beirat für Arbeiterstatistik zur Seite steht. Das periodische Publikationsorgan der bezeichneten Abteilung ist das Reichsarbeitsblatt; auch ist das Ergebnis ihrer Enqueten in Einzeldarstellungen veröffentlicht worden.

Zur Überwachung der Schutzbestimmungen für gewerbliche Arbeiter dient das im § 139 b der Gewerbeordnung geordnete Institut der Gewerbeinspektion, d. h. besonderer, von den einzelnen Bundesstaaten ernannter Gewerbeaufsichtsbeamter. Unter ihnen befinden sich auch einige weibliche Personen. Auch die Anstellung von Gewerbeaufsichtsbeamten aus der Arbeiterschaft ist bis jetzt nur ganz vereinzelt geblieben.

Die vorstehende Darstellung der Arbeiterschutzgesetzgebung des Deutschen Reiches kann keinen Anspruch darauf machen, erschöpfend zu sein, sie hat sich darauf beschränken müssen nur in großen Zügen die wichtigsten Bestimmungen der Arbeiterschutzes darzustellen. Indessen ergibt selbst in dieser Beschränkung auch sie, daß die Wohlfahrt der Arbeitnehmer Gegenstand unaufhörlicher Fürsorge des Bundesrats und des Reichstages gewesen ist. Aber nicht nur die Wohlfahrt des Arbeitnehmer hat die gesetzgebenden Gewalten dauernd beschäftigt, sondern von dem umfassenderen Gesichtspunkte aus, daß der Staat alle wirtschaftlich Schwachen zu schützen habe, hat das Reich in der Erkenntnis, daß die wirtschaftliche Entwicklung auch die kleinen Unternehmer im Handwerk in Schwierigkeiten gebracht hat, auch diesen seine Fürsorge zugewandt. Da nach dem Plane dieses Werkes dem Handwerk eine besondere Darstellung gewidmet worden ist, so genügt es an dieser Stelle hervorzuheben, daß die Stärkung des Handwerks einmal in einer guten Ausbildung des einzelnen Handwerkers gesucht worden ist (Novelle zur Gewerbeordnung vom 30. Mai 1908, §§ 129, 133 Gewerbeordnung) — daß ferner die Handwerker im allgemeinen durch das Gesetz gegen den unlautern Wettbewerb in der Fassung vom 7. Juni 1909 und die Bauhandwerker im besonderen durch das Gesetz über die Sicherung der Bauforderungen vom 1. Juni 1909 gegen unsaubere Konkurrenz und betrügerisches Spekulantentum geschützt worden sind — und daß schließlich durch die §§ 81 bis 104n Gewerbeordnung das ganze Innungswesen auf eine sichere Grundlage gestellt worden und dem Handwerk die Möglichkeit einer Organisierung in großen, wirkungsfähigen Verbänden gegeben worden ist.

Hat das Deutsche Reich mit diesen und zahlreichen anderen Bestimmungen, die

weil weniger wichtig, hier übergangen werden mußten, die Zusagen der Botschaften Kaiser Wilhelms I. und der Erlasse Kaiser Wilhelms II. eingelöst, so haben auch die einzelnen Bundesstaaten innerhalb der Zuständigkeit ihrer Gesetzgebung sich bemüht, den Gedanken des sozialen Fortschritts zu verwirklichen. Aus der Menge der in Frage kommenden Gesetze mag hier nur auf zweierlei hingewiesen werden. Zunächst auf die Preußische Berggesetznovelle vom 28. Juli 1900, die neben anderen Verbesserungen des früheren Rechts zugunsten der Arbeiter vor allem die Einführung von Sicherheitsmännern und von Arbeiterausschüssen für Steinkohlenbergwerke, für Kalisalzbergwerke und für unterirdisch betriebene Braunkohlen- und Erzbergwerke vorschreibt. Dann aber soll die Tatsache hervorgehoben werden, daß in einer Anzahl deutscher Staaten, nämlich in Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Hamburg und Elsaß-Lothringen in den letzten Jahren die Wohnungsinspektion gesetzlich eingeführt worden ist. Damit ist für die schlimmen Mißstände, die den unbemittelten Massen aus der schlechten Beschaffenheit ihrer Wohnungen oft genug entstehen, eine Abhilfe geschaffen, die freilich, bei der Natur des Übels, nur langsam ihre volle Wirksamkeit entfalten kann. Es wäre dringlich zu wünschen, daß auch die übrigen Staaten dem ihnen gegebenen Beispiel folgen möchten.

Aber nicht nur in ihrer Gesetzgebung, sondern auch in ihrer Verwaltung haben das Reich und die Einzelstaaten sich zu dem Grundsatze sozialen Fortschrittes bekannt, und es mag, hier im Anschluß an die Wohnungsfürsorge der eben bezeichneten Staaten hervorgehoben werden, daß das Reich bis 1909 jährlich 5, später 4 Millionen Mark für Beschaffung von Wohnungen für Arbeiter und geringbesoldete Beamte verausgabt hat, während der Preußische Staat bis zum Schluß des Etatjahres 1909 zu dem gleichen Zwecke 119 Millionen Mark ausgegeben hat. Auch auf dem Gebiete des Submissionswesens sind von den deutschen Staaten in den letzten Jahren vielfach Bestimmungen zu dem Zwecke getroffen worden, die für die Staaten tätigen Unternehmer zu veranlassen, ihren Arbeitern günstige Bedingungen zu verschaffen.

Eine ganz besonders lebhafte soziale Politik haben aber in den letzten Jahren die deutschen Städte entfaltet. Zunächst haben die deutschen Städte vielfach den Kreis ihrer Tätigkeit auf solche Betriebe erstreckt, die den Bedürfnissen der Gesamtheit dienen, zugleich aber wegen ihrer Eigenart nur monopolartig geführt werden können. Dahin gehören Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke, Straßen- und Untergrundbahnen, Abfuhrunternehmen und Schlachthausbetriebe. Ferner haben die Städte vielfach mit besonderem Eifer soziale Bodenpolitik in den verschiedensten Formen getrieben, Wertzuwachs- und Umsatzsteuern eingeführt, nach sozialen Gesichtspunkten Stadterweiterungspläne aufgestellt, selbst billige Wohnungen hergestellt, Park- und öffentliche Anlagen geschaffen, auch städtische Parzellen von geringem Umfange zur landwirtschaftlichen Nutzung verpachtet. Einzelne Städte haben Arbeitslosenversicherungen, andere, zahlreichere Arbeitsnachweise eingeführt. Größere Städte haben Volksbadeanstalten errichtet, in anderen ist den Schulkindern durch Einrichtung von Baderäumen in den Souterrains der Schulen Gelegenheit zum Baden gegeben worden. Hier und da sind von den Städten Speisungen armer Schulkinder eingeführt, und in zahlreichen Städten überwachen Schulärzte die Gesundheit der heranwachsenden Jugend. Spiel- und Turnplätze, auch für die schulentlassene Jugend, sind vielfach eingerichtet, Volks- und Jugendbibliotheken errichtet, das Fortbildungs- und das Fachschulwesen ist, ganz besonders in Berlin, zu einer außerordentlichen Höhe entwickelt. Das Sparkassenwesen ist reformiert, zum Teil nach dem Grundsatze, daß den kleineren Sparern ein höherer Zinsfuß als den größeren zu gewähren sei, während die hier und da noch bestehende Übung, Ausgaben zu Wohlfahrtszwecken aus den Überschüssen der Sparkassen zu leisten, sozialpolitisch nicht zu billigen ist. Das Armenwesen ist vielfach besser organisiert, und unter anderen der interessante Versuch gemacht worden, den Armen statt barer Unterstützung städtisches Land zu dem Zwecke zuzuweisen, daß sie sich darauf einen Teil ihres Unterhalts selbst erarbeiten. Endlich hat die Zunahme der städtischen Arbeiterschaft zu vielfachen Wohlfahrtseinrichtungen geführt, zu sorgfältig durchdachten Arbeitsordnungen, in denen

Lohnsteigerungen nach der Dauer der Arbeitszeit, Urlaubsbewilligungen und zuweilen die schließliche Überführung langgedienter Arbeiter in eine Art Beamtenverhältnis mit pensionsartigen Zuschüssen zur Invaliden- und Altersrente und ähnliches mehr vorgesehen ist.

Die ungeheure Kraft des sozialen Gedankens, die sich in dieser städtischen Sozialpolitik ausspricht, hat ihre Macht auch an den deutschen Unternehmern bewährt. Es ist unmöglich, die Menge der Tatsachen, die das beweisen, auch nur annähernd hier darzustellen, es soll nur auf folgende wichtige Punkte hingewiesen werden. Fragen der Höhe und der Art der Entlöhnung sind es wohl am häufigsten gewesen, die Anlaß zu den oben berührten Arbeitskämpfen gegeben haben, und es mag wohl vorgekommen sein, daß Unternehmer sich einer nach der Rentabilität ihres Betriebes möglichen Lohnerhöhung widersetzt haben. Aber andererseits muß doch betont werden, daß die soziale Einsicht vieler Unternehmer keineswegs einer stufenweise fortschreitenden Lohnerhöhung abgeneigt gewesen ist, daß Familienbeihilfen, Alterszulagen, Gewinnbeteiligungen vielfach, und daß in einzelnen Betrieben, am weitesten in den berühmten Zeißwerken in Jena, sogar eine Art Teilhaberschaft der Arbeiter eingeführt worden ist. Auch die Frage des Arbeitsnachweises, ob Parteien- (Unternehmer- oder Arbeiter-)nachweis, ob paritätischer oder öffentlicher Nachweis, hat zu vielen Streitigkeiten Anlaß gegeben, im ganzen aber darf man wohl sagen, daß die Anerkennung des paritätischen oder des öffentlichen Arbeitsnachweises im Fortschreiten begriffen ist. Dagegen scheint Einigkeit darüber zu herrschen, daß übermäßig lange Arbeitszeit das Ergebnis der Arbeit ebenso wie den Arbeiter schädigt, und daß Verkürzungen der Arbeitszeit beiden zugute kommen. Bis zu dem Achtstundenarbeitstage haben sich freilich in Deutschland nur sehr wenige Unternehmungen entschlossen, diese aber, wie man unbedenklich sagen darf, durchweg mit sehr gutem Erfolge. Von einem allgemeinen gesetzlichen Arbeitstage irgendwelcher Art sind wir aber in Deutschland wohl noch weit entfernt. Endlich haben es sich die deutschen Unternehmer angelegen sein lassen, durch Wohlfahrtseinrichtungen aller Art die Lage ihrer Arbeiter zu verbessern — Bemühungen, denen man freudigst Beifall zollen wird, vorausgesetzt, daß weder ein Zwang zur Teilnahme an ihnen ausgeübt noch Beiträge für sie gefordert werden, deren der Arbeiter bei dem Austritt aus der Arbeit verlustig geht.

Übersieht man die Stellung der Unternehmer in ihrer Gesamtheit gegenüber der Arbeiterschaft, so wird man sich der Überzeugung nicht verschließen können, daß ein starkes soziales Pflichtgefühl in der Unternehmerschaft vorhanden ist. Und je mehr die Unternehmer sich mit diesem Pflichtgefühl erfüllen, desto mehr werden sie erfahren, daß es richtig ist, was ihrer einer, der Holländer van Marken gesagt hat: Die sittliche und wirtschaftliche Hebung des Arbeiters geschieht am letzten Ende im Interesse des Arbeitgebers.

Haben wir so die soziale Entwicklung in Gesetzgebung und Verwaltung, in Staat und Stadt, bei Unternehmern und Arbeitern verfolgt, so bleibt schließlich noch hervorzuheben, daß auch diejenigen Kreise unseres Volkes, die sich von Berufswegen nicht mit sozialen Fragen zu befassen haben, heute in einem überaus hohem Maße sozial interessiert sind. Zahlreiche Körperschaften und Vereine widmen sich dem Studium der sozialen Fragen, und völlig unübersehbar ist die Menge der Vereine in Stadt und Land, die, wo immer eine soziale Not, ein soziales Bedürfnis auftaucht, bereit sind, werktätig Hand anzulegen. Professor Leplay hat einmal gesagt, die oberen Klassen seien diejenigen, welche sich dem Dienste der anderen widmeten, die unteren Klassen aber diejenigen, welche ihrem und der Ihrigen Interesse lebten. Wenn dieses Wort wahr ist, so darf man behaupten, daß die Zahl derer, die in die oberen Klassen aufsteigen, in Deutschland im Wachsen begriffen ist, und immer mehr Angehörige aller Stände und Volksschichten werden erfüllt von dem sozialen Gedanken, daß jeder Vorzug den, der ihn besitzt, dazu verpflichtet, für die anderen mitzuarbeiten, die jenen Vorzug nicht haben, und immer zahlreichere Deutsche handeln nach diesem Gedanken. Und diese Tatsache gibt uns das Recht, mit Hoffnung in die Zukunft der sozialen Entwicklung unseres Volkes zu blicken.

Die deutsche Arbeiterversicherung.

Von Oberbergrat a. D. **Kratz**, Groß-Lichterfelde.

„Wir hatten uns bemüht, die Lage der Arbeiter nach drei Richtungen hin zu verbessern; einmal, indem wir zu einer Zeit, wo die Arbeitsgelegenheit gering und die Löhne niedrig geworden waren, zum Schutze der vaterländischen Arbeit Maßregeln getroffen haben gegen Konkurrenten, mit anderen Worten, Schutzzölle eingeführt haben zum Schutze der inländischen Arbeit. Infolge dieser Maßregeln hat sich eine wesentliche Besserung der Löhne vollzogen und eine Verminderung der Arbeitslosigkeit .... Ein zweiter Plan ist die Verbesserung der Steuerverhältnisse, indem eine geschicktere Verteilung derselben gesucht wird, wodurch namentlich die drückenden Steuerexekutionen wegen kleiner Beträge, wenn nicht abgeschafft, so doch wesentlich vermindert und vielleicht einer weiteren Verminderung entgegengeführt werden. Die Steuerexekutionen haben sehr viele kleine Existenzen im Arbeiterstande früher vernichtet und umgeworfen .... Der dritte Zweig der Reformen liegt in der direkten Fürsorge für die Arbeiter. Der eigentliche Beschwerdepunkt ist die Unsicherheit seiner Existenz; er ist nicht sicher, daß er immer Arbeit haben wird, er ist nicht sicher, daß er immer gesund ist, und er sieht voraus, daß er einmal alt und arbeitsunfähig sein wird. Verfällt er aber der Armut auch nur durch eine längere Krankheit, so ist er darin nach seinen eigenen Kräften hilflos, und die Gesellschaft erkennt ihm gegenüber bisher eine eigentliche Verpflichtung außer der ordinären Armenpflege nicht an, auch wenn er noch so treu und fleißig die Zeit vorher gearbeitet hat."

Mit diesen Worten hat Fürst Bismarck in der Reichstagsrede vom 20. März 1884 die von ihm 1878 eingeleiteten Reformen: die Wirtschaftsreform durch eine nach außen und innen schützende Volkswirtschaftspolitik, die Finanzreform durch Einführung ergiebiger Monopole und indirekter Steuern, und die Sozialreform durch unmittelbare Arbeiterfürsorge, in ihrer Bedeutung für den Arbeiterstand zusammengefaßt.

Wie die Wirtschafts- und Finanzreform in der Thronrede vom 12. Feburar 1897, so ward die Sozialreform durch die Thronrede vom 15. Februar 1881 eingeleitet. Im Hinblick auf das Sozialistengesetz gab sie der Zuversicht Ausdruck, „daß der Reichstag seine Mitwirkung zur Heilung sozialer Schäden nicht versagen werde", und betonte, daß „diese Heilung nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialistischer Ausschreitung, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde." Mit besonderem Nachdruck, aus landesväterlichem Herzen legte Kaiser Wilhelm I. sodann das Friedenswerk der sozialen Reform dem Reichstag durch die Kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 ans Herz. „Wir halten es für unsere Pflicht", so rief der greise Kaiser dem Reichstag zu, „dem Reichstag diese Aufgabe aufs Neue ans Herz zu legen und würden mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen." Zugleich wurden zwei Vorlagen über Arbeiterversicherung,

und zwar ein Gesetz über die Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle, und ein Gesetz über die gleichmäßige Einrichtung des gewerblichen Krankenkassenwesens eingeführt, eine dritte aber als Aufgabe für die Zukunft angekündigt: „Aber auch diejenigen, die durch Alter- oder Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher zuteil hat werden können. Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Grundlagen des christlichen Volkslebens steht. Der engere Anschluß an die realen Kräfte dieses Volkslebens und das Zusammenfassen der letzteren in der Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung werden, wie Wir hoffen, die Lösung auch von Aufgaben möglich machen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfange nicht gewachsen sein würde."

Die deutsche Arbeiterversicherung ist in umfangreichen Reichsgesetzen, die im Laufe der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts nach mühseliger, aufopferungsvoller Arbeit erlassen werden konnten, und während der folgenden Jahrzehnte unter sorgfältiger Beachtung der zwischenzeitlich gewonnenen Erfahrungen abgeändert und ergänzt worden sind, nach den drei Zweigen der Kranken-, der Unfall- und der Invalidenversicherung geregelt worden. Die jetzt geltenden Gesetze sind:

Für die Krankenversicherung: Das Krankenversicherungsgesetz vom 15. Juni 1883 in der Fassung des Gesetzes vom 10. April 1892 mit den Novellen vom 5. Mai 1886, 30. Juni 1900 und 25. Mai 1903.

Für die Unfallversicherung: Die Unfallversicherungsgesetze vom 30. Juni 1900 in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 1900.

Für die Invalidenversicherung: Das Invalidenversicherungsgesetz vom 13. Juli 1899 in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juli 1899.

Dazu kommen noch zwei Gesetze, die die Unfallfürsorge für Beamte und Personen des Soldatenstandes und für Gefangene regeln.

Die Grundlage der deutschen Arbeiterversicherung bildet der Versicherungszwang. Er besteht darin, daß ein Kreis von Personen, den die Versicherungsgesetze selbst oder von ihnen zugelassene besondere Anordnungen bestimmen, kraft Gesetzes, also ohne ihren Willen oder ihr Zutun zu versichern sind, und daß ein ebenso bestimmter, aber mit dem ersteren nicht sich deckender Kreis von Personen verpflichtet ist, für die Zwecke der Arbeiterversicherung Beiträge zu leisten. Neben dem Versicherungszwang besteht aber eine große Freiheit, die für die Durchführung der Versicherung gelassen worden ist. Denn diese ist öffentlich rechtlichen Körperschaften überantwortet, die mit weitgehenden Rechten der Selbstverwaltung ausgestattet worden sind und von den Beteiligten selbst, den Unternehmern und den Arbeitern gebildet werden.

Die drei Zweige der Arbeiterversicherung sind aber verschieden organisiert. Für die Krankenversicherung war maßgebend, daß die Kassen im Bedarfsfalle von dem Versicherten rasch und leicht erreicht werden können. Daher ist ihre Zahl groß und die einzelnen sind meist klein. Es bestehen sieben Arten von Krankenkassen: die Orts-, Betriebs-, (Fabrik-), Bau- Innungskrankenkassen, die Knappschaftskassen, die freien Hilfskassen und die subsidiär eintretenden Gemeindekrankenversicherung. Sie können sich zur Erreichung gemeinsamer Zwecke in Kassenverbänden vereinigen. Zur Trägerin der gewerblichen Unfallversicherung sind die Unternehmer entweder eines einzelnen Berufszweiges oder einer Gruppe von Berufszweigen gemacht und zu Berufsgenossenschaften vereinigt worden. Der Umfang der Berufsgenossenschaften erstreckt sich entweder auf das ganze Deutsche Reich oder auf das Gebiet eines Bundesstaates oder auch auf kleinere Landesgebiete. Für Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe sind sogenannte Ausführungsbehörden tätig. Für die Versicherung einiger Arbeiten (z. B. Regiebauarbeiten, Kleinbetriebe der Seeschiffahrt und der See- und Küstenfischerei) sind besondere Versicherungsanstalten eingerichtet, die den sonst zuständigen Berufsgenossenschaften angegliedert sind. Die land- und forstwirtschaftlichen

Berufsgenossenschaften lehnen sich an größere politische Bezirke an. Für die Invalidenversicherung sind territorial abgegrenzte Versicherungsanstalten eingeführt, die nach den Bestimmungen der Landesregierungen für weitere Kommunalverbände ihres Gebiets oder für das Gebiet des Bundesstaats errichtet werden. Neben ihnen können für Eisenbahn- und Bergbauunternehmungen besondere Kasseneinrichtungen errichtet werden.

Die Krankenversicherung unterwirft alle ständigen Arbeiter ohne Rücksicht auf die Höhe des Lohnes und die Betriebsbeamten, Werkmeister, Techniker, Handlungsgehilfen u. a., deren Arbeitsverdienst $6^2/_3$ Mark für den Tag oder 2000 Mark für das Jahr nicht übersteigt, der Versicherung, vorausgesetzt, daß sie in einem versicherungspflichtigen Betriebe beschäftigt sind. Zu diesen gehören namentlich Bergwerke, Brüche, Gruben, Fabriken, Hüttenwerke, Bauten, das Handelsgewerbe, das Handwerk, die Motorenbetriebe usw. Darüber hinaus können Gemeinde oder weitere Kommunalverbände die Versicherungspflicht auch auf andere Arbeiterkategorien (unständige Arbeiter, land- und forstwirtschaftliche Arbeiter, Hausgewerbetreibende) ausdehnen. In der Unfallversicherung ist der Kreis der Versicherungspflichtigen ein anderer; er umfaßt die Arbeiter der Industrie, der gefährlichen Handwerksbetriebe, der fiskalischen Betriebe der Post-, Telegraphen-, Heeres- und Marineverwaltungen, der Baubetriebe, der Land- und Forstwirtschaft mit ihren Nebenbetrieben, der Seeschiffahrt und der See- und Küstenfischerei. Auch die unständigen Arbeiter sind versicherungspflichtig, und die Betriebsbeamten, deren Jahresarbeitsverdienst nicht mehr als 3000 Mark beträgt. Die Versicherungspflicht kann auf Betriebsbeamte mit höherem Jahresarbeitsverdienst, auf die Hausindustrie und die kleineren Unternehmer, bei der Land- und Forstwirtschaft auf alle Unternehmer ausgedehnt werden. Die Invalidenversicherung ergreift alle über 16 Jahre alten Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge, Dienstboten und Personen der Schiffsbesatzung ohne Rücksicht auf ihre Lohnhöhe, und ferner alle Betriebsbeamten, Handlungsgehilfen und -lehrlinge, Angestellte, Lehrer und Erzieher, deren Jahresarbeitsverdienst 2000 Mark nicht übersteigt. Die Versicherungspflicht kann auf kleinere Unternehmer und Hausgewerbetreibende ausgedehnt werden, was für die Tabaksindustrie und einen Teil der Textilindustrie schon geschehen ist.

Die deutsche Arbeiterversicherung hat neben dem Versicherungszwang auch die freiwillige Versicherung in der doppelten Form des freiwilligen Eintritts in die Versicherung und der freiwilligen Fortsetzung des Versicherungsverhältnisses zugelassen. In der Krankenversicherung sind z. B. die Dienstboten zum freiwilligen Eintritt in die Versicherung berechtigt, während die freiwillige Fortsetzung solchen Personen gestattet ist, die aus einer die Versicherung begründenden Beschäftigung austreten und nicht wieder in ein Arbeitsverhältnis treten, das die Versicherungspflicht von neuem begründet. In der Unfallversicherung ist der freiwillige Eintritt den kleineren Unternehmer und Personen gestattet, die nicht im Betriebe beschäftigt sind, aber mit dem Betrieb und seinen Gefahren häufiger in Berührung kommen. In der Invalidenversicherung sind zum freiwilligen Eintritt Betriebsbeamte, Lehrer, Erzieher usw., deren Jahresarbeitsverdienst mehr als 2000, aber nicht mehr als 3000 Mark beträgt, kleinere Unternehmer und nicht der Versicherungspflicht unterworfene Hausgewerbetreibende unter der Voraussetzung berechtigt, daß sie das 40. Lebensjahr noch nicht überschritten haben. Die freiwillige Fortsetzung ist allen Personen gestattet, die aus einem die Versicherungspflicht begründenden Arbeitsverhältnis ausscheiden.

Die Krankenversicherung gewährt den Versicherten als Mindestleistung freie ärztliche Behandlung, freie Arznei und Heilmittel, und im Falle der Erwerbsunfähigkeit ein Krankengeld. An Stelle dieser Leistungen kann Kur und Verpflegung in einer Heilanstalt gewährt werden, während der den Angehörigen des Erkrankten eine Angehörigenunterstützung zu gewähren ist. Außerdem haben die organisierten Krankenkassen noch Wöchnerinnenunterstützung für mindestens sechs Wochen und ein Sterbegeld zu leisten. Die Verpflichtung der Kassen erstreckt sich mindestens auf 26 Wochen, kann aber bis zu einem Jahre verlängert werden. Die Kassen sind berechtigt, über die

gesetzlich vorgeschriebenen Mindestleistungen hinaus Mehrleistungen, z. B. freie ärztliche Behandlung der Familienangehörigen, Fürsorge für Genesende usw., zu gewähren. Die Unfallversicherung gewährt Entschädigungen für alle Unfälle, die mit dem Betrieb und seinen Gefahren in einem ursächlichen Zusammenhang stehen. Dazu ergreift sie auch häusliche und andere Dienste, die unfallversicherte Personen neben der Beschäftigung im Betriebe für die Arbeitgeber oder deren Beauftragte verrichten. In der Seeunfallversicherung werden auch die Unfälle entschädigt, die Elementarereignisse während des Betriebs verursachen, und die versicherte Personen bei Rettungs- oder Bergungsarbeiten erleiden. Die Entschädigungen bestehen bei Körperverletzungen von dem Tage an, an dem das Krankengeld wegfällt, spätestens von Ablauf der 13 .Woche nach Eintritt des Unfalls an in freier ärztlicher Behandlung, Arznei und sonstigen Heilmitteln und in einer monatlich zahlbaren Rente, die nach dem Grade der Erwerbsunfähigkeit verschieden hoch bemessen ist. Bei Unfällen, die den Tod des Versicherten zur Folge haben, sind außer einem Sterbegeld monatlich zahlbare Renten an die Hinterbliebenen zu gewähren. An Stelle der Rente und freien ärztlichen Behandlung kann dem Verletzten freie Kur und Verpflegung in einer Heilanstalt gewährt werden. Die Invalidenversicherung gewährt den Versicherten Invalidenrenten und Altersrenten. Die Invalidenrente steht dem Versicherten dann zu, wenn die Erwerbsfähigkeit des Versicherten durch Alter, Krankheit oder Gebrechen dauernd auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist. Die Invalidenrente wird auch dann schon als Krankenrente gewährt, wenn die Erwerbsunfähigkeit länger als ein halbes Jahr gedauert hat. Auf die Altersrente haben die Versicherten Anspruch, die das 70. Lebensjahr vollendet und eine bestimmte Wartezeit erfüllt haben. Endlich haben die Versicherten im Falle der Verheiratung weiblicher Mitglieder, beim Tode des Versicherten vor Eintritt des Versicherungsfalls, und eines nach den Unfallversicherungsgesetzen zu entschädigenden Unfalls einen Anspruch auf Rückerstattung der Hälfte der Beiträge. Die Befugnis der Versicherungsanstalten, für einen Versicherten ein Heilverfahren anzuordnen, sei es um den Eintritt der Erwerbsunfähigkeit abzuwenden, sei es um die Erwerbsfähigkeit wiederherzustellen, ist ihrer wohltätigen Wirkungen wegen besonders hervorzuheben.

Die Kosten der Krankenversicherung werden von den Unternehmern und den Arbeitern gemeinschaftlich aufgebracht, und zwar leisten die Unternehmer ein Drittel und die Arbeiter zwei Drittel der Beiträge. Freiwillig versicherte Mitglieder und die Mitglieder der freien Hilfskassen haben die vollen Beiträge zu zahlen. Etwaige Eintrittsgelder, sowie die Zusatzbeiträge für die Krankenversicherung der Familienangehörigen fallen nur den Arbeitern zur Last. Die Beiträge dürfen eine bestimmte Grenze nicht überschreiten und sind bei den verschiedenen Kassenarten verschieden hoch. Die Kosten der Unfallversicherung sind den Unternehmern allein auferlegt; sie werden im sogenannten Umlageverfahren aufgebracht. Am Schlusse eines jeden Jahres wird der in diesem Jahre für die Unfallversicherung tatsächlich erforderlich gewesene Betrag auf die einzelnen Mitglieder der Berufsgenossenschaft nach Maßgabe der gezahlten Löhne und Gehälter und unter Berücksichtigung der Gefährlichkeit der einzelnen Betriebe umgelegt. Bei einzelnen Berufsgenossenschaften ist ausnahmsweise die Aufbringung des Kapitalwertes der Renten (Kapitaldeckung) vorgeschrieben. Die jährlichen Umlagen müssen so bemessen sein, daß aus ihnen erhebliche Reservefonds zurückgelegt werden können. Die Kosten der Invalidenversicherung werden durch feste Beiträge der Arbeitgeber und der Versicherten je zur Hälfte und durch Reichszuschüsse aufgebracht. Die Beiträge sind nach fünf Lohnklassen abgestuft, im voraus für bestimmte Zeiträume festgesetzt und werden durch Einkleben von Beitragsmarken im Geldwert des zu entrichtenden Beitrages in eine Quittungskarte entrichtet.

Die Verwaltung der Krankenkassen liegt in den Händen eines Vorstandes und der Generalversammlung, die sich aus den versicherten Kassenmitgliedern und den Arbeitgebern zusammensetzen. Den Arbeitgebern darf aber mehr als ein Drittel der Stimmen nicht eingeräumt werden. Die Verwaltung der Berufsgenossenschaften usw. ist nur den

Unternehmern übertragen; namentlich nehmen die Arbeiter nicht an der Feststellung der Entschädigungen teil. Nur zu den Unfalluntersuchungen und zur Vorbereitung von Unfallverhütungsvorschriften sind Vertreter der Arbeiter zuzuziehen. In der Invalidenversicherung wirken Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter zu gleichen Teilen in den mündlichen Verhandlungen vor den unteren Verwaltungsbehörden, in den Vorständen und in den Ausschüssen der Versicherungsanstalten mit.

Die Entscheidung von Streitigkeiten liegt in der Krankenversicherung den verschiedensten Behörden ob, als da sind: die Aufsichtsbehörden der Krankenkassen, die höheren Verwaltungsbehörden, die ordentlichen Gerichte, die Gewerbegerichte usw. Für die Unfall- und Invalidenversicherung sind jedoch besondere Gerichte, die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung und das Reichs-Versicherungsamt zur Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten berufen; bei ihnen wirken Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeiter als Beisitzer mit gleichen Rechten und Pflichten mit.

Schon dieser knappe Umriß läßt die Wichtigkeit der in der Arbeiterversicherung geschaffenen Einrichtungen für das deutsche Volk erkennen. Um aber den Umfang anschaulich zu machen, in dem diese Einrichtungen in die praktischen Lebens- und Arbeitsverhältnisse eingreifen, müssen ihre Ergebnisse wenigstens in einigen Zahlen dargestellt werden.

Die Zahl der gegen Krankheit Versicherten hat 1885 erst 4 670 959 betragen, um, langsam, aber stetig ansteigend, 1908 auf 13 189 599 zu gelangen. Die Zahl der gegen Unfall Versicherten ist von 1885, in welchem Jahre rund 3 Millionen Versicherte angenommen worden sind, auf 23 824 123 angewachsen. Die Zahl der gegen Invalidität Versicherten kann nur geschätzt werden, sie war für 1899 auf rund $11^1/_2$ Millionen und wird für 1908 auf rund 15 Millionen geschätzt.

Zur Durchführung der Krankenversicherung waren 1908: 23 240 Krankenkassen und 168 Knappschaftskassen tätig. Die Unfallversicherung ist 1908 von 66 gewerblichen und 48 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, 540 Ausführungsbehörden und 14 Versicherungsanstalten durchgeführt worden. In den 114 Berufsgenossenschaften waren 1151 Mitglieder der Genossenschaftsvorstände, 5971 Mitglieder der Sektionsvorstände, 28 258 Vertrauensmänner, 4300 Verwaltungsbeamte und 352 technische Aufsichtsbeamte tätig. Für die Durchführung der Invalidenversicherung bestanden 1908: 31 Versicherungsanstalten und 10 zugelassene Kasseneinrichtungen, in denen tätig waren 314 Vorstandsmitglieder, 47 Hilfsarbeiter, 626 Ausschußmitglieder, 431 Kontrollbeamte, 3 Rentenstellen, 124 Schiedsgerichte, 2401 besondere Markenverkaufsstellen und rund 7300 mit der Einziehung der Beiträge beauftragte Stellen.

Die Krankenversicherung hatte 1908 für 5 655 836 Erkrankungsfälle 324 785 767 Mark Krankheitskosten zu verausgaben, während sich die Verwaltungskosten nur auf 19 209 686 Mark = 5,4 Prozent der ordentlichen Ausgaben gestellt haben. Im ganzen hat die Krankenversicherung von 1885 bis 1908 für 81 271 540 Erkrankungsfälle 3 626 970 883 Mark an Krankheitskosten aufgewandt. In der Unfallversicherung hat sich die Gesamtsumme der Entschädigungsbeträge 1908 auf 157 062 870,38 Mark und für die Jahre von 1885 bis 1908 auf 1 615 364 647,90 Mark gestellt. In der Invalidenversicherung sind 1908 an Renten 152 691 476,90 Mark und an Beitragserstattungen 9 237 033,60 Mark und insgesamt in den Jahren 1891 bis 1908 an Renten 1 477 120 767,46 Mark und an Beitragserstattungen 86 318 662,05 Mk. ausgezahlt worden.

Das Vermögen der reichsgesetzlichen Krankenkassen und das in den Knappschaftskassen auf die Krankenversicherung entfallende Vermögen hat 1908: 279 573 463 Mark betragen. Die Bestände der bis zum Schluß des Jahres 1908 angesammelten Reservefonds der Berufsgenossenschaften haben einschließlich der rückständigen Einlagen 279 860 685,70 Mark betragen, wozu noch die Reservefonds der Versicherungsanstalten mit 1 390 943,04 Mark und sonstiges Vermögen mit 52 249 910,01 Mark kommen. Das Vermögen der Invalidenversicherungsanstalten aber belief sich Ende 1908 auf die große Summe von 1 495 932 061,94 Mk. Das Vermögen der gesamten Arbeiterversicherung hat also am Schlusse des Jahres 1908 den Betrag von 2 Milliarden bereits überstiegen.

Einen Sprung „ins Dunkle" hatte man die deutsche Arbeiterversicherung genannt. Konnte doch niemand voraussehen, wie die Versicherung so weiter Bevölkerungskreise, für die jede zuverlässige versicherungstechnische Berechnung unmöglich war, mit ihren riesigen, sich jeder Vorausberechnung entziehenden Lasten auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes wirken würde. Es war eine kühne Tat, die nur ein Volk wagen konnte, das seiner eigenen Kraft vertraute, das in festem Glauben an seinen Beruf eines führenden Kulturvolkes stand, und das in froher, fester Hoffnung einer großen, reichen Zukunft lebte. Es war aber auch eine Tat, die nur ein Volk wagen konnte, in dem die sittlichen Grundsätze christlichen Volkslebens noch lebendig wirksam waren, das nur der landesväterlichen Anregung seines Kaisers bedurfte, um hilfsbereit Einrichtungen zu treffen und Lasten zu übernehmen, die den strebsamen, fleißigen Arbeiter vor Not und Bedrängnis bewahren und den schwachen und bedrängten Arbeiter in des Lebens Nöten unterstützen sollten.

Ist das Ziel erreicht? Noch immer wird stark geklagt und viel getadelt. Der eine ist unzufrieden wegen der geschäftlichen Belästigungen, die ihm die Arbeiterversicherung macht; der andere stößt sich an der angeblichen Unzulänglichkeit ihrer Leistungen; ein dritter hat den einen oder anderen Fall erlebt, in dem sie versagt hat, und der vierte ist unzufrieden, weil er eben unzufrieden sein will. Würden aber alle Unzufriedenen vor die Frage gestellt, ob die Arbeiterversicherung wieder abzuschaffen sei, so würde niemand mit Ja antworten. Auch die Arbeiterversicherung hat, wie alle menschlichen Einrichtungen, ihre Mängel und Fehler. Aber sie hat doch in unserem Volksleben solche Wurzeln gefaßt, daß sie ohne Schädigung des Ganzen nicht mehr beseitigt werden kann. Also hat sie Erfolg gehabt! Jedenfalls hat sie einen tiefgreifenden Einfluß auf unsere sozialen Verhältnisse ausgeübt, der wohltätig empfunden wird. Wo man versucht, „Deutschland als Weltmacht" darzustellen, wird man auch versuchen müssen, dem Einfluß der Arbeiterversicherung auf die Entwicklung unseres Volkes wenigstens in einigen Hauptzügen nachzugehen.

Wie die oben mitgeteilten Zahlen zeigen, ist die deutsche Arbeiterversicherung eine Massenversicherung; man kann sagen, daß alle wirklich Versicherungsbedürftigen von ihr erfaßt werden. Das ist für sich schon ein Erfolg, sowohl in Ansehung der vielen Einzelnen, denen sie Schutz und Hilfe gegen die unvermeidlichen Notfälle des Lebens gewährt, als in Ansehung der Gesamtheit, deren Kraft und Stärke für die sorgenvollen Mühen um das Gesamtwohl gehoben wird. Gerade die Eigenschaft der Arbeiterversicherung als einer Massenversicherung hat aber auch Wirkungen gezeitigt, die besonders für das Ganze unseres Volkslebens bedeutungsvoll sind.

Das Deutsche Reich hat seinen auf den Erwerb durch ihrer Hände Arbeit angewiesenen Angehörigen das wertvolle Recht der Freizügigkeit gebracht, d. h. die rechtliche Möglichkeit, für ihre Arbeitskraft überall im Reich Verwertung zu suchen. Gerade die Entwicklung der freiwilligen Krankenversicherung hatte Zustände geschaffen, die den Arbeiter in der Ausübung dieses wichtigen Rechts tatsächlich fühlbar beschränkten. Denn der Arbeiter, der in einem Unternehmen, das eine Fabrikkrankenkasse hatte, oder in einer Gemeinde, die den Krankenversicherungszwang eingeführt hatte, beschäftigt war, war niemals sicher, bei einem Orts- oder Arbeitswechsel an dem neuen Orte oder in der neuen Beschäftigung, wo er gerade Arbeit, vielleicht sogar besser gelohnte Arbeit gefunden hätte, auch die Krankenversicherung wiederzufinden. Gerade die besseren Arbeiter, denen die Sorge um ihre und ihrer Familien Existenz schwer auf der Seele lag, wurden hierdurch gleichsam an die Scholle gebunden und oft, was noch wichtiger ist, zu innerlich unfreien Menschen gemacht. Denn: sein Recht zu wahren gegen angenommene oder wirkliche, dem Arbeitsvertrag widersprechende Anforderungen, und seine Menschenwürde zu wahren gegen unbillige, ehrverletzende Zumutungen, war und wird immer Anlaß zur Auflösung eines Arbeitsverhältnisses sein. In der Zeit der sporadischen, freiwilligen Krankenversicherung war es oft auch die Aufgabe einer gesicherten Existenz in den Zeiten der Krankheit und Not. Neben die rechtlich gewährte Freizügig-

keit hatte sich, aus berechtigter Sorge des Arbeiters herausgewachsen, für viele Arbeiter die wirtschaftliche Unmöglichkeit, das Recht in allen Fällen zu gebrauchen, gestellt: der fruchtbarste Boden für Kränkung und Verbitterung! Hier hat nun die Einführung des allgemeinen Versicherungszwangs gründlich geholfen. Da der Arbeiter überall die Arbeiterversicherung vorfindet, so ist er in der Verwertung seiner Arbeitskraft, in dem Eingehen und Auflösen eines Arbeitsverhältnisses durch die Rücksicht auf seine und seiner Familie Sicherstellung gegen die Folgen von Krankheit, Verunglückung, Invalidität nicht mehr gebunden. Denn überall, wo er hinkommt, erfaßt ihn die Versicherung, und für Zeiten, in denen er ohne Beschäftigung ist, ist die Erhaltung früher erworbener Rechte außerordentlich erleichtert. Der wirtschaftliche und sittliche Wert dieser Folge für den Arbeiter kann nicht hoch genug veranschlagt werden. Denn dem Menschen, den die Sorge um die Notfälle des Lebens hindert, seine Arbeitskraft dort zu verwerten, wo ihm nicht nur höherer Lohn, sondern auch bessere soziale Lebensbedingungen, leichtere Erziehung der Kinder geboten ist, wird der Wert der Kraft, mit der allein er sein Leben gestalten kann, allzusehr verringert. Und der Mensch, der sich in der Sorge um die Notfälle des Lebens der Ungerechtigkeit und der Willkür anderer unterwerfen muß, wird in seinem besten Gut, in seinem sittlichen Sein, vernichtet. Darum Gott Dank, daß die Arbeiterversicherung zu ihrem gewichtigen Teil die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Arbeiter sichert.

Allein neben dem Licht steht auch der Schatten! Man hört die Arbeitgeber sehr oft über die Undankbarkeit der Arbeiter klagen; man zahle die hohen Beiträge in die Arbeiterversicherung und habe keinen Dank dafür. Wenn es den Arbeitern nicht passe, gingen sie ohne weiteres davon. Es soll hier nicht untersucht werden, ob die Arbeiter zur Dankbarkeit für die Zahlung der Arbeitgeberbeiträge in die Arbeiterversicherung verpflichtet sind. Ernste Männer haben darauf hingewiesen, daß die Arbeitgeber damit nur eine Verpflichtung erfüllen, die ihnen das Gesetz auferlegt hat, und daß die Erfüllung einer gesetzlichen Pflicht niemals die Verpflichtung zur Dankbarkeit begründen könne. Zweifellos aber sind die Klagen der Arbeitgeber über den Mißbrauch, den zahllose Arbeiter mit ihrer gesicherten wirtschaftlichen Unabhängigkeit treiben, berechtigt. In Laune und Willkür, ohne rechten Grund und Überlegung, „veränderungshalber", wie es bei den Dienstmädchen heißt, gehen sie Arbeitsverhältnisse ein und lösen sie auf. Gewiß liegt hier ein großer Übelstand vor, der uns geradezu einer sittlichen Gefährdung unseres Arbeitslebens entgegenführt. Alle Zeit hat den Deutschen die Arbeit auch sittlich gebunden: an die Arbeit selbst, die „ihm eine Tat ist, sittlichen Antrieben entspringend, nach sittlichem Ziele ringend, den eigenen Nutzen mit dem Nutzen anderer und der Gesamtheit verbindend"; an die Personen, für die, in deren Auftrag und mit denen gearbeitet wird. Die so viel gerühmte, oft besungene deutsche Treue ist im Grunde doch das Band, das gemeinsame Arbeit um die in ihr verbundenen Menschen schlingt. Da droht nun die Lockerung, die innere Umwandlung des Arbeitsverhältnisses, der Mißbrauch, mit dem die wirtschaftliche Unabhängigkeit benutzt wird, den sittlichen Gehalt der Arbeit, das sittliche Band zwischen Arbeitgeber, Arbeiter und Arbeitsgenossen zu zerstören, und damit reiche Werte, die für den Fortschritt unseres Volkes, für die Wärme unseres Gefühlslebens und für die Behaglichkeit unseres Daseins unentbehrlich sind, zu vernichten. Wer wollte leugnen, daß diese Gefahr schon herangerückt ist? Die Arbeitgeber ziehen sich in begreiflicher Verbitterung auf den kalten, starren Rechtsboden des Arbeitsvertrages zurück, und der Arbeiter wird durch gewissenlose Agitatoren verführt, in dem Arbeitgeber nur den Gegner, den Ausbeuter zu sehen. „Deutschland als Weltmacht" hat beides zu beachten: die durch die Arbeiterversicherung geförderte größere wirtschaftliche Unabhängigkeit der zahlreichsten Klasse unseres Volkes, und den drohenden Verlust des sittlichen Gehalts der Arbeit!

Unter den Bedenken und Einwänden, mit denen die Einführung des allgemeinen Versicherungszwangs seinerzeit bekämpft worden ist, hat den stärksten Eindruck gemacht, daß der Versicherungszwang den Spartrieb des Volkes schwächen, wenn nicht gar

gänzlich ersticken werde, und daß das alte, kernige Wort: „Hilf dir selbst, so hilft dir Gott" unserem Volke wert- und bedeutungslos werde. Es war eine Befürchtung, die auch von den überzeugten Anhängern des Versicherungszwangs ganz nicht unterdrückt werden konnte, und die, wenn sie sich verwirklicht hätte, den Wert der Arbeiterversicherung tief herabgedrückt haben würde. Zweifellos hat die Arbeiterversicherung die an sich schon große Neigung, alles Heil nur vom Staate zu erwarten, alles Unheil nur dem Staate, seinen Gesetzen und Maßnahmen zuzuschreiben, und in allen Beschwernissen und Gefährdungen des Lebens nach der Hilfe des Staates zu rufen, verbreitet und verstärkt. Gleichwohl hat sich die Befürchtung nicht verwirklicht. Im Gegenteil; der Spartrieb hat sich in unserem Volke seit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts sehr kräftig betätigt. Das beweisen vor allem die Milliarden der Sparguthaben. Gewiß ist das auf mehrere Ursachen zurückzuführen. Aber ebenso gewiß ist, daß es erst durch die Arbeiterversicherung möglich geworden; erst die Arbeiterversicherung hat die Grundlage geschaffen, auf der sich der Spartrieb und die Selbsthilfe mit dauerndem Erfolg betätigen konnten. Die Arbeiterversicherung hat die lähmenden Wirkungen der unvermeidlichen Notfälle des Lebens aufgehoben und dadurch dem Arbeiter ein wirksames Sparen möglich gemacht. Jetzt fühlt er festen, zum Bauen geeigneten Boden unter den Füßen; sein Sparen kann sich ein Ziel setzen, das ihm nicht durch die außerhalb seiner Kräfte liegenden Zufälligkeiten des Lebens vernichtet werden kann; die Freude am Sparen wird getragen und erhöht von dem Gefühl des Erfolges, soweit er Menschen überhaupt beschieden ist. Gegen alle Befürchtungen hat also der Versicherungszwang den Spartrieb nicht geschwächt. Der einst schwere Streit, ob Versicherungszwang oder Selbsthilfe, kann heute billig ruhen; sie sind beide gut und notwendig: der eine ist ein guter, sicherer Baugrund und die andere muß die Mittel schaffen, um auf ihm ein wohnliches Heim zu errichten. Sie gehören zusammen, wie Mann und Frau zusammengehören. Vor allem soll niemals vergessen werden, daß die Arbeiterversicherung auch gar nicht gemeint war, dem Arbeiter alle Mühen und Sorgen um sein und der Seinen Wohl und Zukunft abzunehmen, und daß der Arbeiter, will er sein und der Seinen Leben auf sittlicher Grundlage aufbauen, in Selbstverantwortung bestrebt sein muß, aus eigener Kraft dieser Nöte Herr zu werden.

Gerade in dem praktischen Ausgleich, den die deutsche Arbeiterversicherung zwischen den der Idee nach sich widersprechenden Grundsätzen des Zwanges und der Selbsthilfe gefunden hat, ist eine der Ursachen gegeben, aus denen die Verbesserung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiter herauswachsen konnte. Sie wird zwar von der Sozialdemokratie bestritten; allein im Widerspruch mit offen vorliegenden Tatsachen. Im Jahre 1895 besaßen noch 68 Prozent der Bevölkerung Preußens nicht ein Einkommen, das sie unter die einkommensteuerpflichtigen Klassen eingereiht hätte. Im Jahre 1907 ist diese Zahl auf 50 Prozent gesunken. Also: die Zahl der Leute, die nicht einkommensteuerpflichtig waren, ist stetig herabgegangen, und die Zahl der Leute stetig gestiegen, die mit steigendem Einkommen auch einkommensteuerpflichtig wurden. Mit einem Einkommen von 900 bis 3000 Mark, die überwiegend in den arbeitenden Kreisen aufkommen, waren 1895 27 Prozent, 1907 dagegen 47 Prozent der Bevölkerung veranlagt. In den Steuerstufen von 900 bis 3000 Mark waren 1895 nur 7,9 Millionen, 1907 dagegen rund 15 Millionen Köpfe einkommensteuerpflichtig. Das Einkommen der kleinen Zensiten unter 3000 Mark hat 1893 rund 3 Milliarden, 1907 dagegen rund $6^1/_2$ Milliarden betragen: das sind doch Zahlen, die unwiderleglich die höchst erfreuliche Tatsache, daß sich die Lebenshaltung der Arbeiter gehoben hat, nachweisen. Aber noch mehr! An Löhnen für Arbeiter, die den gewerblichen Berufsgenossenschaften angehört haben, sind 1893 3,3 Millionen, 1906 aber 7,7 Millionen gezahlt worden. Der Durchschnittslohn bei der Unfallversicherung hat 1893: 651 Mark, 1906: 894 Mark betragen, ist also um 37 Prozent gewachsen. Diese Zahl ist um so interessanter, als der Sozialdemokrat Dr. Calwer für 1896 bis 1906 die Steigerung um nicht weniger als 38 Prozent angegeben hat, demgegenüber die Lebensmittelpreise nach seiner Schätzung nur etwa um

22 bis 25 Prozent gestiegen sind, so daß sich noch ein sehr erhebliches Plus zugunsten der Arbeiter herausstellt. Hieraus erklärt sich auch, daß trotz der gesteigerten Lebensmittelpreise der Verbrauch an Roggen, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, von 116 kg in den Jahren 1879 bis 1894 auf 149 kg in den Jahren 1893 bis 1907 gestiegen ist. An Weizen beträgt der Durchschnittsverbrauch für die gleichen Zeiträume 57 und 91 kg. Aus dem Reichsarbeitsblatt ersehen wir, daß der Gesamtverbrauch an Fleisch betragen hat auf den Kopf 1905/06: 47 kg, 1906/07: 48 kg und 1907/08: 51 kg. Der Verbrauch an Schweinefleisch, das doch für den Arbeiter besonders in Betracht kommt, ist gestiegen von 26 kg im Jahre 1905/06 auf 29 kg im Jahre 1906/07 und 31 kg im Jahre 1907/08. Das sind doch alles Zeichen dafür, daß sich die Lebenshaltung der Arbeiter gesteigert hat.

Die gesteigerte Lebenshaltung der größten Volksklasse, die starke Betätigung des Spartriebes in weiten Volkskreisen und klar erkennbare Neigung, aus eigener Kraft in Selbsthilfe und Selbstverantwortung sich auf Grund der von der Arbeiterversicherung gewährten Sicherheit gegen die schädlichen Einflüsse der Zufälligkeiten des Lebens vorwärts zu bringen, sind Erscheinungen, die „Deutschland als Weltmacht" nur freudig begrüßen kann. Denn sie enthalten die Gewähr, daß das schon Erreichte fest behauptet und in stetem ruhigen Wachstum aller gesunden Volkskräfte weiter entwickelt wird. Und daran hat die deutsche Arbeiterversicherung ihr gut Teil mitgewirkt und wird weiter daran mitwirken.

Treitschke meint einmal, daß alle Selbstverwaltung einen aristokratischen Charakter tragen müsse; es sei völlig unmöglich, solche Ämter, die der Bürger und der Grundbesitzer nebenbei verwalten, der Masse als solcher anzuvertrauen. Die deutsche Arbeiterversicherung hat uns hier eines Besseren belehrt. In der Kranken- und in der Invalidenversicherung sind die versicherten Arbeiter an der Verwaltung und Durchführung der Versicherung beteiligt; und in der Unfallversicherung sind sie nicht ganz ausgeschaltet. Es wäre ein Wunder, wenn sich in der Selbstverwaltung der Arbeiterversicherung nicht die gleichen Schattenseiten gezeigt hätten, die sich bisher nach Treitschke noch in jeder Selbstverwaltung gezeigt haben. Treitschke hat die eine Schattenseite darin gefunden, daß „die soziale Selbstsucht der regierenden Klassen unmittelbar zur Verwaltung herangezogen werde". Ist nicht die gleiche Erscheinung auch in der Verwaltung der Krankenkassen, in der die Versicherten ausschlaggebend sind, zu beobachten? Die Besetzung der Beamtenstellen mit Parteimitgliedern, der unleugbare Versuch der unter sozialdemokratischem Einfluß stehenden Kassenverwaltungen, die Ärzte von sich abhängig zu machen und unter das Joch der Partei zu beugen, sprechen hier nur zu deutlich. Auch der zweite Mangel der Selbstverwaltung, die Gefahr des Dilettantismus ist der Arbeiterversicherung nicht fremd geblieben. Oder kann man Erscheinungen wie die, daß die allgemeine Berliner Ortskrankenkasse am 1. Januar 1894 die freie Arztwahl, am 1. Januar 1895 die beschränkte freie Arztwahl, am 1. Januar 1897 wieder die freie Arztwahl eingeführt hat, um am 1. Januar 1905 wieder zur beschränkten freien Arztwahl überzugehen, anders erklären? Aber es sind Mängel, die sich durch bessere Organisation und tieferes Einleben in die eigentlichen Aufgaben, die der Selbstverwaltung der Arbeiterversicherung gestellt sind, allmählich beheben lassen. Das Bleibende, Wertvolle ist, daß die Gewöhnung an die Verwaltung alltäglicher Geschäfte erziehend wirkt, daß auch der Arbeiter Verständnis und Freude für die selbstlose Mitarbeit an den öffentlichen Angelegenheiten gewinnt, und daß ihm der Sinn dafür geweckt wird, wie das gewissenhafte, vom gesetzlichen Geist erfüllte Wirken für allgemeine, öffentliche Zwecke ein dauerndes Beharren in der Geltendmachung einseitiger Klasseninteressen unmöglich macht, und wie der einzelne, als dienendes Glied sich dem großen Ganzen einordnend, in Selbstzucht, Verantwortlichkeit und Einsicht bei Förderung der eigenen Interessen wächst und stark wird. Wer je Gelegenheit hatte, in der Arbeiterversicherung mit Arbeitern zusammenzuarbeiten, wird erfahren haben, wie ernst, gewissenhaft, eifrig und sachlich sich diese Arbeiter an der Verwaltung und Rechtsprechung beteiligt haben, und wird für sich selbst manch neue Auffassung, manche Belehrung und manchen Antrieb

gewonnen haben. Darum dürfen wir gerade von der Selbstverwaltung der Arbeiterversicherung Gutes für die staatsbürgerliche, politische Erziehung des Arbeiterstandes erhoffen. Denn Männer, die aus eigener Tätigkeit lernen, wie schwer doch eigentlich das Verwalten ist, und welche Verantwortung auf der Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten lastet, Männer, die erfahren müssen, wie so mancher dem Staate und seinen Organen zugeschobene Übelstand doch nur durch den Leichtsinn, den Übermut und die Fehler der Regierten verursacht ist, werden sich leicht von Parteidogmatik und Parteidisziplin freimachen und sich gern, wenn auch an der bescheidenen Stelle der Arbeiterversicherung, dienend und helfend in den Dienst des Vaterlandes einordnen. Solcher Männer recht viele auch in den arbeitenden Kreisen des Volkes zu haben, wird dem Deutschen Reiche als einer Weltmacht nur förderlich sein können. Diese Wirkung der deutschen Arbeiterversicherung kann daher nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Wer die großen Summen, die nach den oben mitgeteilten Zahlen die deutsche Arbeiterversicherung seit ihrem Bestehen an Unterstützungen gezahlt hat, liest, wird erstaunt sein, daß immer noch soviel über die Unzulänglichkeit der Leistungen der Arbeiterversicherung geklagt wird. Man darf aber nicht übersehen, daß die Zahl der Unterstützungsfälle in die Hunderttausende geht, und daher sich die gewaltige Summe in tausend und aber tausend Einzelbeträge zerteilt. Der einzelne, der nur den ihm gesetzlich zukommenden Teilbetrag erhält, ist natürlich in seiner Not und in seinen Kümmernissen leicht geneigt, anzunehmen, daß die ihm gewährte Unterstützung nicht ausreichend sei. Deshalb beklagt er sich. Man würde aber falsch schließen, wenn man aus den vielen Klagen über die Unzulänglichkeit der Unterstützungen auf eine allgemeine Unzufriedenheit schließen wollte. Die Mehrzahl der Versicherten selbst urteilt günstiger. Sie weiß die Raschheit der Hilfe, die ihr die Arbeiterversicherung gewährt, sehr zu schätzen, und bewertet auch die absolute Sicherheit, in jedem Falle Hilfe zu erlangen, sehr hoch. Die Rentenempfänger, so erwünscht ihnen eine höhere Rente wäre, schlagen sehr hoch an, daß sie die Rente regelmäßig und zu einem bestimmten Tage unzweifelhaft erhalten; das bringt Ordnung und Voraussicht in ihr kleines Leben und dadurch Wegfall mancher Beunruhigung. Besonders die alten Rentenempfänger empfinden als große Wohltat, daß sie ihren Kindern nicht mehr als unnütze Esser zur Last fallen oder um Armenunterstützung einkommen müssen; oft kann man von ihnen hören, wie gut sie, die nun regelmäßig baares Geld ins Haus bringen, von den Kindern gehalten werden, und wie selten jetzt die Enkel von ihren Eltern den bösen Wunsch hören müssen, daß doch der Alte bald sterben möge. Diese kleinen Wirkungen der Arbeiterversicherung wiegen schon die Klagen über die Unzulänglichkeit der Unterstützungen auf und dürfen nicht unbeachtet bleiben, weil in ihnen die glückliche Zufriedenheit weiter Kreise wurzelt. Die Leistungen der Versicherung erhalten sodann einen ganz besonderen Wert dadurch, daß sie nicht mildtätige Unterstützungen sind, sondern Rechtsansprüche, die mit der Armenpflege nichts zu tun haben, und die zum Teil durch unmittelbare Beitragsleistung der Arbeiter erworben worden sind. Zu den ordentlichen, gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen, treten noch die außerordentlichen Leistungen, die die Berufsgenossenschaften und die Invalidenversicherungsanstalten durch die Übernahme des Heilverfahrens übernommen haben, um den Eintritt der Erwerbsunfähigkeit zu verhindern oder die verlorene Erwerbsfähigkeit wiederherzustellen. Es ist bekannt, daß auf diesem Wege die Arbeiterversicherung die tatkräftige und erfolgreiche Vorkämpferin in dem Kampf gegen die Tuberkulose, den Alkoholismus und die Seuche der Geschlechtskrankheiten geworden ist, und in planmäßiger, von der medizinischen Wissenschaft beratener Tätigkeit nicht nur zahlreichen Versicherten Gesundheit und Erwerbsfähigkeit erhalten oder wieder verschafft, sondern auch die allgemeinen Gesundheitsverhältnisse bis zu einem auffallenden Herabgehen der Sterblichkeitsziffer gehoben und verbessert hat. Dazu kommt, daß die Berufsgenossenschaften, die ihnen gesetzlich überlassene Aufgabe der Unfallverhütung, schon um die schweren Lasten der Unfallversicherung zu erleichtern, mit Umsicht, Tatkraft und Erfolg bearbeitet haben. Das so lehrreiche Museum für Arbeiterwohlfahrts-

pflege zu Charlottenburg legt dafür Zeugnis ab. Alles zusammen aber bedeutet eine großzügige Arbeit mit reichen Mitteln, um die Gesundheit unseres Volkes, die körperliche und geistige Volkskraft zu erhalten und zu heben, eine Arbeit, die die notwendige Voraussetzung ist, um das Deutsche Reich in der Stellung einer Weltmacht zu erhalten.

Und nun das letzte, die gewaltigen Vermögensbestände der Arbeiterversicherung von nahezu $2^1/_2$ Milliarden! Sind hier nicht große Summen, die unser volkswirtschaftliches Leben reich befruchten können, als tote Schätze festgelegt? Ist nicht die Gegenwart, um die Leistungen der Arbeiterversicherungen sicher zu stellen, zu schwer zugunsten der Zukunft belastet? Hier kann nicht die Stelle sein, diese schwerwiegenden Fragen eingehend zu erörtern. Es muß genügen, daß schwerwiegende Gründe für die geltende gesetzliche Regelung sprechen. Auch wäre hier mancherlei zu erzählen, wie viele Millionen Mark aus dem Vermögensbestande der Arbeiterversicherung angelegt worden sind, um die Krankenpflege, Gesundheitspflege und andere Wohlfahrtszwecke zu fördern, wie der Bau von Arbeiterwohnungen durch Hergabe billiger, tilgbarer Darlehen unterstützt worden ist, und wie andere Millionen dem gemeindlichen und landwirtschaftlichen Kreditbedürfnis nutzbar gemacht worden sind. Das Reichs-Versicherungsamt hat für das Jahr 1909 die Gesamtanlagen der Versicherungsanstalten für gemeinnützige Zwecke auf 829,3 Millionen berechnet und mitgeteilt, daß unter anderm für den Bau von Krankenhäusern, Genesungsheimen usw. 85,6 Millionen Mark, zum Bau von Volksbädern, Schlachthäusern usw. 143,5 Millionen Mark, für Hebung der Volksbildung 71,7 Millionen Mark und für sonstige Wohlfahrtszwecke 88,7 Millionen Mark hergegeben worden sind. Die Vermögensbestände der Versicherungsanstalten werden also nicht nur zur Sicherstellung der Leistungen angelegt, sondern auch zur Förderung wichtiger sozialer Bestrebungen verwendet; sie dienen daher mittelbar der Entwicklung und Kräftigung deutschen Volkswesens. An dieser Stelle wird eine besondere Betrachtung angezeigt sein. Es ist eine besonders glückliche Fügung, daß der deutschen Arbeiterversicherung, besonders der Invalidenversicherung, bisher die starke Belastungsprobe ihrer Leistungsfähigkeit durch einen Krieg erspart geblieben ist. Die Entschädigungsfälle werden im Falle eines Krieges natürlich rasch und gewaltig steigen, und die laufenden Einnahmen werden erheblich unter denen normaler Zeiten zurückbleiben. Die Befürchtung, daß die Arbeiterversicherung im Falle eines Krieges den an sie herantretenden Ansprüchen finanziell nicht gewachsen sein werde, und daß ihr Versagen einen empfindlichen Rückschlag auf Geist, Opfermut und Gesinnung der hinter dem Heere stehenden Bevölkerung ausüben könne, lag nahe. Heute haben wohl die angesammelten Vermögensbestände solche Befürchtungen zerstört; sie stellen die Leistungsfähigkeit der Arbeiterversicherung auch den großen Ansprüchen gegenüber, die ein Krieg verursachen wird, außer Zweifel. Im Gegenteil ist zu erwarten, daß in den Unterstützungen der Arbeiterversicherung den Verwundeten und ihren Angehörigen sowie den Hinterbliebenen der für das Vaterland Gefallenen rasche und zunächst ausreichende Hilfe wird. Dadurch werden natürlich die für solche Unterstützungen sonst aufzubringenden staatlichen Mittel für die Kriegführung frei verfügbar, und der privaten Wohltätigkeit wird leichter, die unvermeidliche Not und das vielfache Elend eines Krieges zu lindern und zu heben. So wird die Arbeiterversicherung, indem sie nur den ihr gesetzlich obliegenden Aufgaben nachkommt, auch in den Zeiten Staat und Volk hilfreich sein, da mit ganzer Volkskraft gekämpft werden muß, damit Deutschland seine Stellung unter den Völkern der Erde behauptet.

Von den Fehlern und Mängeln der deutschen Arbeiterversicherung ist hier nicht gesprochen worden; es gibt noch vieles zu bessern, zu ergänzen. Aber mit Fug und Recht darf man sagen, daß sie einen großen Schritt zum Ausgleich unserer gesellschaftlichen Verhältnisse, zur Hebung der Arbeiterklasse aus sozialer Not und Bedrängnis bedeutet, und daß auch sie dazu beigetragen hat, die Machtstellung Deutschlands zu kräftigen und zu stärken.

An Verbesserungen und Ergänzungen hat es in dem abgelaufenen Zeitraum nicht gefehlt; das zeigen die mannigfachen Abänderungen der früheren Gesetze. Zurzeit ist der Reichstag mit der Beratung des Entwurfs einer umfangreichen Reichsver-

sicherungsordnung befaßt. Ähnlich wie das Bürgerliche Gesetzbuch das gesamte eigentliche Privatrecht zusammengefaßt hat, will der Entwurf das ganze Recht der Privatversicherung zu einem einheitlichen Gesetz zusammenarbeiten. Dabei ist der dankenswerte Versuch gemacht, die bisher in der Arbeiterversicherung übliche, schwerfällige Redeweise durch eine kurze, klare und auch sprachlich einwandfreie Sprache zu ersetzen. Ferner erstrebt der Entwurf durch eine übersichtliche, systematische Anordnung des Stoffes auch dem Laien das Lesen des Gesetzes zu erleichtern. Von einer eigentlichen Verschmelzung der für die drei Zweige der Arbeiterversicherung getrennten Organisationen ist abgesehen, aber durch Änderung in der Organisation der beteiligten Behörden und durch andere Vorschriften über das Verfahren auf eine weitgehende Vereinfachung des Instanzenganges, auf möglichste Einheitlichkeit der Rechtsprechung und zugleich auf die dringend notwendige Entlastung des Reichs-Versicherungsamtes hingewirkt worden. Für weitere Kreise sind natürlich von größerem Belang die mannigfachen Änderungen, die das Versicherungsrecht selbst und die Leistungen betreffen. Vor allem ist zu erwähnen, daß in der Krankenversicherung der Kreis der versicherungspflichtigen Personen wesentlich erweitert werden soll; die landwirtschaftlichen Arbeiter, die Dienstboten, die unständigen Arbeiter, die im Wandergewerbe Beschäftigten, die Handgewerbetreibenden und die in ihren Betrieben Beschäftigten sollen versicherungspflichtig werden. Endlich soll die lang ersehnte Witwen- und Waisenversicherung im engen Anschluß an die Invalidenversicherung eingeführt werden.

Der Entwurf hat mit Recht viel freudige Zustimmung gefunden, ist aber auch im ganzen und im einzelnen verurteilt worden. Weiten Kreisen scheint namentlich die beabsichtigte Einrichtung besonderer Versicherungsämter bedenklich zu sein, weil sie bureaukratisches Eingreifen mit verhältnismäßig hohen Kosten befürchten lassen. Die Ärzte sind nicht mit der Regelung einverstanden, die der Entwurf für ihre viel umstrittene Stellung in der Arbeiterversicherung vorgesehen hat. Und viele glauben, daß die neuen Lasten, die zu übernehmen sind, unaufbringlich sind. Die bisherigen Beratungen der Reichstags-Kommission lassen weder für Einzelheiten noch für das Ganze ersehen, welches Ergebnis die Beratung zeitigen wird. Doch darf man mit Recht hoffen, da auf allen Seiten guter Wille vorliegt, daß ein Ausgleich zwischen den sich bekämpfenden Auffassungen gefunden und das schließliche Ergebnis ein weiterer großer Schritt auf dem Wege sozialer Fürsorge für die arbeitenden Kreise unseres Volkes sein wird. Das Deutsche Reich braucht zwar nicht zu sorgen, daß es in dieser Fürsorge bald von dem einen oder dem anderen der übrigen Kulturvölker überholt werden könnte. Bahnbrechend, ohne Vorbild ist es in der Arbeiterversicherung allen anderen Staaten vorangegangen. Die letzten Veröffentlichungen des Kaiserlichen Statistischen Amts über die Arbeiterversicherung in Europa zeigen, daß alle anderen Staaten weit hinter ihm zurückgeblieben sind, und daß sie nur langsam nachfolgen. Das deutsche Volk braucht sich nicht selbst dieses Verdienstes zu rühmen; es wird — ob gern oder ungern kann uns gleichgültig sein — von allen Seiten anerkannt. Wohl aber wird es sorgen müssen, daß das Erreichte in ruhigem, sorgfältig erwogenem Vorgehen weiter entwickelt, und der Vorsprung vor anderen Völkern nicht im Streiten um Einzelheiten oder im Streben um Unerreichbares verloren geht.

Deutsche Arbeitsverhältnisse.

Von Dr. jur. **Tänzler,**
Syndikus der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände, Berlin.

Wenn wir zurückblicken auf die 40 Jahre deutschen Werdens, so können wir uns mit in erster Reihe der Erfolge freuen, die unser einiges Vaterland auf gewerblichem Gebiete errungen hat, Erfolge, die Deutschland nach den glorreichen militärischen Taten des großen Krieges auch auf dem Kampfplatze gewerblicher Arbeit mit an die Spitze der Weltmächte gestellt haben: „the Germans to the front" auch im Gewerbe und Handel. Nicht mühelos sind uns die Früchte in den Schoß gefallen, im Gegenteil, es ist uns wohl unter allen Nationen mit am schwersten gemacht worden, uns den uns zukommenden Platz an der Sonne zu erkämpfen und zu erhalten. Nicht stand unserem jungen Erwerbsstande eine langjährige Überlieferung in Handel und Industrie zur Seite, die er nur weiter zu pflegen brauchte, um den Nationalwohlstand zu erhalten und zu mehren, nicht konnte er auf unerschöpfliche Reichtümer des Bodens zurückgreifen, die ihm etwa ein Monopol vor den wettbewerbenden anderen Industrie- und Handelsstaaten gesichert hätten, nicht standen seinem Betätigungsdrang von Anfang an ständig fließende starke Kapitalquellen zur Verfügung, die der schaffenden Arbeit die Wege öffnen und ebenen — die kurze Gründerzeit unseligen Angedenkens bestätigt nur diese Tatsache. Und dennoch gelang es ihm, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, dennoch gelang es ihm, die Hindernisse zu zwingen und sich durchzusetzen. „Dennoch!", das kann unser stolzer Wahlspruch sein, und „aus eigener Kraft", das können wir mit Genugtuung jedem verkünden, der unsere industriellen Werke und unsere Handelsunternehmungen bewundert. Aus eigener, unermüdlicher und fleißiger Arbeit stammt unser wirtschaftlicher Erfolg, aus rastlosem Schaffen des Betriebsherrn, aus treuer Mitarbeit seiner Angestellten, aus pflichtgemäßer ausführender Tätigkeit seiner Arbeiter. Zweierlei haben wir vor anderen voraus: die Dichter und Denkernatur unseres Volkes, sie hat den denkenden Ingenieur, den grübelnden Erfinder geschaffen, und die Treue im kleinen, die „gewissenhafte Erfüllung anscheinend auch der kleinsten Pflichten", wie sie durch unseren Militärstand unserem Volke anerzogen wird, sie hat dem Gedanken die exakte Ausführung ermöglicht.

Aber es sind Kräfte am Werke, leider aus unserm eigenen Volke erwachsen, die diese Grundlage, auf der das gewerbliche Deutschland großgeworden ist, erschüttern wollen, die den Glauben verbreiten — und weil er so bequem und angenehm ist, zu Tausenden und Millionen Anhänger finden—, daß auch ohne die bisherige rastlose Arbeit Erfolge zu haben seien und die sich an der Treue auch im kleinen nicht mehr genügen lassen wollen, die der Utopie nachjagen, mit geringster Arbeit mühelos die größten Früchte zu erringen; sie verlassen den Boden, auf dem wir groß geworden sind, den Boden echter deutscher gründlicher Arbeit.

Ohne Fleiß kein Preis, ohne Arbeit kein Lohn. Wer vorwärts kommen will im Leben, wer etwas erreichen will, der muß arbeiten. Das gilt für den Beamten, für den Kaufmann, für den Techniker, das gilt für den Selbständigen ebensogut wie für den

wirtschaftlich Abhängigen. Man bestreitet für den heutigen Lohnarbeiter, den Arbeiter im engern Sinne, die Möglichkeit, durch Arbeit aufzurücken in selbständigere, höhere Stellungen. Zu Unrecht. Noch gibt es auch in der Industrie zahlreiche Besitzer von Betrieben, die selbst früher als einfache Arbeiter am Schraubstock standen oder am Glasofen arbeiteten, gar nicht zu denken an die zahllosen Köpfe, die in hervorgehobener Stellung als Vorarbeiter, Meister, Abteilungsvorsteher ihren Aufgabenbereich erweitert und vertieft haben oder die sich dazu emporgearbeitet haben, Arbeiten in eigener Regie, auf eigenes Wagnis zu übernehmen. Schon das muß uns stutzig machen gegenüber den ständigen sozialdemokratischen Beteuerungen, wie „miserabel" unsere Arbeitsverhältnisse seien, wie sie den Arbeiter erniedrigten, sein Leben verelendeten. Freilich eine gewisse Unterordnung des Willens ist für den Arbeiter nötig, aber wer ist überhaupt so frei, daß er sich keinem Willen zu fügen hätte? Wer am höchsten steht, ist vielfach der Abhängigste von allen. Zum „Ganzen streben" soll jeder, er soll sich aber auch fügen, um sich „als dienendes Glied einem Ganzen anzuschließen", und das gilt für die Mehrheit, für die Masse unseres Volkes.

Diese Masse unseres Volkes wird mehr und mehr in die industrielle Front hineingeschoben, wir schreiten vom Agrarstaat zum Industriestaat, oder besser vom Agrarvolk zum Industrievolk. Von den erwerbstätigen Deutschen entfielen nach der Berufszählung im Jahre 1907 37,2 Prozent auf die Industrie und nur noch 32,7 Prozent auf die Landwirtschaft und mit Einschluß aller An- und Zugehörigen sogar 42,8 Prozent auf die Industrie und nur 28,6 Prozent auf die Landwirtschaft. Noch bis 1882 überwog umgekehrt der landwirtschaftliche Prozentsatz. Man mag sich zu dieser Wandlung stellen, wie man will, jedenfalls muß man sich damit abfinden und damit rechnen, um Gottes willen soll man nicht versuchen, dieser geschichtlichen Entwicklung in den Arm zu fallen; ein solcher Versuch wird nur den zermalmen, der ihn unternimmt.

Der Industriearbeiter ist bei dieser grundlegenden Umwälzung immer mehr in den Vordergrund getreten. Schon der Zahl nach. Auf Industrie und Handel entfielen nach der letzten Berufszählung $10^1/_2$ Millionen Arbeiter, davon waren in Industrie und Gewerbe 8,4 Millionen beschäftigt.

Und der Arbeiter ist sich seiner wachsenden Bedeutung bewußt geworden, er hat es verstanden, seine Interessen der Öffentlichkeit gegenüber zu verfechten und hat die Öffentlichkeit veranlaßt, sich in seine Interessen, in seine Gedankenwelt hineinzudenken, er hat auch zahlreiche seiner Ansprüche mit Erfolg durchgesetzt. Und das ist gut so, denn wir wollen und wir brauchen ein kräftiges starkes Arbeitergeschlecht, keine Hörigen, keine willenlose Sklaven. Kein einsichtiger Unternehmer wird solchem berechtigten Streben wehren, ihm vielmehr entgegenkommen, bis zu dem Punkte, wo die allzugroße Betonung der Interessen des Einzelnen die Interessen des Ganzen stören würde. Hier ist die Grenze, deren Überschreitung nicht nur den Unternehmer, sondern mit ihm auch alle Beteiligten, nicht zuletzt auch die Arbeiterschaft, schädigen würde.

Der große Zug, der nach dem ruhmreichen Kriege durch unser Volk ging, er ging auch durch unsere Industrie: das Zeitalter des höheren technischen Betriebes setzte sich an die Stelle des Handbetriebs, die Maschine trat ihre unbestrittene Herrschaft an. Man hat auch diese Entwicklung vielfach mit scheelem Auge angesehen und als unerfreulich bezeichnet. Auch das zu Unrecht. Die Maschine hat einen hervorragenden, sogar den Hauptanteil an unserem Aufschwung nach verschiedener Richtung.

Die Maschine vermehrt zunächst unsere Arbeitskraft; wo bisher eine einzelne Menschenkraft tätig war, setzt sie an deren Stelle zehn-, ja hundertfache Arbeitskraft. Sie vermehrt also die Erzeugungsfähigkeit und damit wieder ohne weiteres das Volksvermögen. Wir sind hiernach durch die Maschine zehn-, ja hundertfach reicher geworden. Schmoller berechnet, daß z. B. in der Baumwollindustrie die Erzeugungsfähigkeit durch die Erfindung der Spinnmaschine um das siebenhundertfache gesteigert ist und West (die Entwicklung von Technik und Industrie) berechnet: „eine Pferdekraftstunde kostet von Menschen geleistet 20 Mark, von der Dampfmaschine geleistet 5 Pfennig".

Die Maschine hat ferner erst unsere ganze moderne Lebenshaltung ermöglicht, unser moderner Verkehr mit Eisenbahnen, Straßenbahnen, Schiffahrt, Telephon usw., unsere neuzeitlichen Bequemlichkeiten in den Wohnungen usw. sind erst ein Produkt des Maschinenzeitalters.

Beides aber: Vermehrung des Volkswohlstandes und kultureller Fortschritt kommen mit allen Volksgenossen auch den Arbeitern in immer steigendem Maße zugute. Die Arbeiter selbst haben hiernach keinen Grund, sich gegen die Arbeit der Maschine zu wehren. Früher hat der Arbeiter gefürchtet, durch die Einführung der Maschine weniger zu verdienen, ja vielleicht überhaupt entbehrlich zu werden. Diese Furcht hat sich längst als unbegründet herausgestellt. Wir sahen schon, daß die Maschine in den modernen Lebensverhältnissen große Umwälzungen hervorgebracht hat, sie hat Bedürfnisse geweckt und geschaffen, an die früher niemand gedacht hat. Sie hat aber auch die Möglichkeit gegeben, Bedürfnisse, die wir früher aus dem Auslande gedeckt haben, im Inland zu decken, ja sie hat es sogar durchgesetzt, daß wir in Deutschland die Bedürfnisse des Auslandes befriedigen können, die bisher nur vom Ausland selbst gedeckt wurden, d. h. daß wir unsere Fabrikate exportieren. Das ist für die Volkswohlfahrt sehr erfreulich, denn wenn z. B. eine Firma neun Zehntel ihrer Produkte im Ausland absetzt, so heißt dies, daß das Ausland neun Zehntel der gesamten Werkskosten an das Inland zahlt.

Es ergibt sich also: nicht hat die Maschine den Arbeiter entbehrlich gemacht, im Gegenteil, sie hat zahllose neue Arbeitsmöglichkeiten für ihn geschaffen. Das zeigt sich ja schon ohne weiteres in dem gewaltigen Anwachsen der Arbeiterschaft in der Industrie, die wir oben erwähnten. Hiervon nur einige Beispiele: die Firma Krupp hatte Mitte der siebziger Jahre etwa 8—9000 Arbeiter und hat diesen Bestand mit dem Fortschreiten der Technik vermehrt bis auf gegenwärtig 68 905 Arbeiter und Beamte. Zieht man die Familien der Arbeiter und Angestellten hinzu, so kann man sagen, daß die Firma rund eine Viertelmillion Köpfe ernährt, das ist die Bevölkerung eines kleinen Landes, das ist die Einwohnerschaft einer Großstadt. Ähnlich die Gutehoffnungshütte in Oberhausen mit 22 274 Arbeitern und Beamten und andere Großbetriebe.

Diese gewaltige Entwickelung hat der Arbeiter nicht etwa passiv über sich ergehen lassen, sondern er hat sie mit erlebt, mit erarbeitet und sie hat ihn nicht erniedrigt, sondern erhöht. Wer davon spricht, daß die Maschine den Menschenwert und Menschengeist herabdrücke, der halte sich doch einmal unsern jetzigen Facharbeiter in den Großbetrieben und seinen Vorgänger im Handwerksbetriebe der zurückliegenden Jahrzehnte gegenüber: die größere Intelligenz, die größere geistige Regsamkeit liegt auf Seite des modernen Maschinenarbeiters. Die Maschine bedeutet den Sieg der Menschenkraft und des Menschengeistes über die Naturkraft, die Herrschaft der organischen über die anorganische Welt, und der Arbeiter stellt diese bezwungenen Naturkräfte in seinen Dienst, er kommandiert sie, wenn sie kommen und wenn sie gehen wollen. Wem hat sich die erhabene Bedeutung der Arbeit nicht schon aufgetan, wenn er in ein großes arbeitendes modernes Werk tritt? Wem ist nicht das gewaltige Tönen und Rauschen zusammengeflossen gleichsam als eine erhabene Symphonie der Arbeit? Wir alle wohl haben schon gefühlt, was der Dichter Friedrich Wolf zum Preise der Arbeit in der „Jugend" singt:

„Aus dem Rhythmus dröhnender eherner Massen
Hebt sich ein Sang über den rußigen Grat,
Dessen Akkorde siegend die Seele umfassen, —
Das ist der Machtchoral der siegenden Tat!

Siehst du die Völker in blonden und grauen Haaren,
Schweigend in Spannkraft, drängend sich Mann an Mann?
Beuge dein Haupt! — Das ist die Garde der Laren,
Das ist der Arbeit heiliger Königsbann!

— Halte, du Anker, der in den Gluten geschmiedet,
Rette den Schiffer den Seinen am heimischen Herd!
Bring uns den Segen, du Pflug, der im Feuer genietet!
Schirm uns, in Flammen geschweißt, germanisches Schwert!"

Stolz muß der Arbeiter sein, daß er mit am Anker, am Pflug, am Schwerte hat arbeiten dürfen; stolz muß er sein, wenn er sagen kann: dieses stolze gewaltige Schiff, das Deutschlands Ruhm und Ehre in die Welt trägt, es ist auf unserer Werft gebaut, ich habe mit daran gearbeitet, diese schnelle Maschine, die die Kraft an tausend Hände überträgt, sie ist in unserer Fabrik unter meiner Mitarbeit entstanden!

Solche „ethische" Gesichtspunkte werden freilich in unserer materialistischen Zeit selten betont. Da kommen vielmehr die Nörgler und Arbeiterfeinde und sagen dem Arbeiter: dieses „moralische Bewußtsein" kann dich nicht dafür entschädigen, daß durch die Entwickelung zum Großbetrieb dein Arbeitsverdienst herabgedrückt wird. Die Leute hätten recht, wenn letzteres wahr wäre. Aber es ist nicht wahr, tatsächlich zeigen die Löhne eine andauernde steigende Tendenz. Nur einige Beispiele: In Oberschlesien stiegen die durchschnittlichen Bergarbeiterlöhne (wohlgemerkt die Durchschnittslöhne einschließlich der für die jugendlichen Arbeiter usw., die tatsächlichen Löhne der einzelnen Arbeitergruppen, insbesondere der eigentlichen Bergarbeiter, der Hauer usw. sind wesentlich höher) von 490 Mark im Jahre 1886 auf 1003 Mark im Jahre 1907, in Niederschlesien dieselben in gleicher Zeit von 586 auf 990 Mark, im Ruhrrevier von 772 auf 1562 Mark, im Saargebiet von 809 auf 1185 Mark, in den rheinisch-westfälischen Hütten- und Walzwerken von 973,31 Mark im Jahre 1885 auf 1525,51 Mark im Jahre 1909; im Knappschaftsverein Bochum hatten 1892 16 299 Mitglieder von insgesamt 144 947, das sind 9 Prozent, über 5 Mark Lohn, im Jahre 1907 waren es 210 076 von insgesamt 309 311, das sind 67 Prozent, im Ruhrkohlenbergbau hatten 1900 52 Prozent der Belegschaft über 5 Mark Lohn, im Jahre 1908 waren es 69,09 Proz. und 1909 (Wirkungen der Krise!) immer noch 64,7 Prozent, dagegen hatten 1900 5,9 Prozent unter 2,60 Mark Lohn, 1908 nur noch 4,6 und 1909 5,1 Prozent; bei Krupp betrugen die Durchschnittslöhne 1871 3,03 Mark, 1906 5,35 Mark, jetzt bildet den Hauptbestandteil der Arbeiterschaft der mit durchschnittlich mehr als 6 Mark täglich entlohnte Facharbeiter; im Aachener Hüttenverein Rote Erde, der etwa 8000 Beamte und Arbeiter beschäftigt, betrug 1875 der Durchschnittslohn 756 Mark, 1905 1341 Mark; in einer elsässischen Kammgarnspinnerei betrug der Verdienst für 6 Tage 1885: 24,48 Mk 1902: 31,08 Mark; die Maurer in Berlin verdienten 1886: 5 Mark, 1908: 6,75 Mark täglich; die Buchdrucker 1886: 24,60 Mark, 1907: 31,25 Mark wöchentlich.

Die Beispiele ließen sich natürlich vermehren. Hierbei ist noch in Rücksicht zu ziehen, daß sich diese Lohnerhöhung vollzog vielfach unter recht bedeutender Arbeitszeitverkürzung. So berichtet der Verband der Holzarbeiter, daß in der Zeit 1893 bis 1906 neben einer Erhöhung des Wochenverdienstes für die Holzarbeiter von 18,69 Mark auf 25,19 Mark, das sind 35 Prozent und des Stundenlohnes von 30,3 Pfennig auf 44,1 Pfennig, das sind 45 Prozent zugleich eine Arbeitszeitverkürzung von $61^1/_2$ Stunden auf 57 Stunden nebenhergelaufen ist, und das Organ der Zimmerer berichtet, daß 1895 36,6 Prozent der Verbandsmitglieder länger als 10 Stunden arbeiteten, 1902 nur noch 9,6 Prozent und 1908 kein Mitglied mehr, daß dagegen 1895 nur 0,68 Prozent weniger als 10 Stunden beschäftigt waren, 1908 aber 56,11 Prozent. Diese Beispiele sind typisch. In einer Reihe von Artikeln hat im September 1909 das Zentralorgan der freien Gewerkschaften aus einer ganzen Reihe von Berufen die Lohnfortschritte und Arbeitszeitverkürzungen nachgewiesen. Auch die offizielle Sozialdemokratie muß diese Lohnerhöhungen zugeben, sie behauptet aber zugleich, diese Lohnerhöhungen würden aufgesogen durch die noch größere Lebensmittelteuerung. Das ist nicht richtig. Schon Calwer wies nach, daß sich seit 1895 der Lohn eines Vollarbeiters um rund 37—38 Proz. gehoben hat, während der Warenpreis für die notwendigen Lebensbedürfnisse nur um etwa 25 Prozent gestiegen ist, das bedeutet immer noch eine Erhöhung des Reallohnes

um 12—13 Prozent. Auch eine Statistik über die Preise der wichtigsten Lebensmittel im Ruhrbezirk zeigt, daß diese Preise von 1888 bis 1908 um 22 Prozent gestiegen sind, also unter der Lohnsteigerung bleiben.

Das Zentralorgan der sozialdemokratischen freien Gewerkschaften muß denn auch die erhöhte Lebenshaltung des Arbeiters zugeben, indem es schreibt: „Man stelle doch einmal in Gedanken die Arbeiter jener früheren Zeit in ihrer äußeren Erscheinung, ihrer Kleidung, ihren Bedürfnissen usw. in Vergleich zu der heutigen organisierten Arbeiterschaft, wer dann noch von einer Verschlechterung der Arbeiterlage redet, nun, dem ist nicht zu helfen!"

Dieses Aufsteigen läßt sich ja auch gar nicht leugnen, wenn man bedenkt, daß z. B. in Preußen 1895: 8 Millionen Steuerzahler ein Einkommen von 900—3000 Mark hatten, 1907 dagegen 15 Millionen, daß die Sparkasseneinlagen 1886: 4 Milliarden Mark, 1907: 14 Milliarden betrugen usw.; dazu kommt die Konsumsteigerung an Fleisch von 25 kg pro Kopf in den siebziger Jahren auf 46 kg 1906, an Zucker von 7,7 kg im Jahre 1883 auf 18,72 kg 1906, an Kakao von 60 g im Jahre 1885 auf 610 g, im Jahre 1909, an Südfrüchten von 0,75 kg im Jahre 1885 auf 3,05 kg im Jahre 1909, sowie endlich das Sinken der Sterblichkeitsziffer von 27,5 unter 1000 im Jahre 1880 auf 19 im Jahre 1907 und das Herabgehen der überseeischen Auswanderung von 149 000, das sind 3,22 Prozent der Bevölkerung im Jahre 1884 auf 19 000, das sind 0,32 Prozent im Jahre 1908.

Wir freuen uns dieses Aufstiegs der Arbeiterschaft. Wir freuen uns der verbesserten Einkommensverhältnisse, die es dem Arbeiter namentlich auch ermöglichen, seinen Kindern eine gute Schul- und Fachausbildung geben zu lassen, um sie zu tüchtigen Männern und Frauen zu machen, wir freuen uns, wenn der Sohn des Arbeiters in selbständige und verantwortungsvolle Stellen kommt, wir freuen uns, wenn der Arbeiter in Ehrenämter, in die Parlamente und Verwaltungen eindringt, aber wir erwarten auch von seiner fortschreitenden Bildung, daß er die vergiftende und irreleitende Klassendoktrin der Sozialdemokratie als Irrlehre erkennt und die Grenzen achtet, deren Überschreitung ihn in unlösbaren Widerspruch mit den berechtigten Interessen der ihm gleichwertigen anderen Volksgenossen bringen muß.

Noch eins ist's, was uns bei der Betrachtung unserer modernen Arbeitsverhältnisse auffallen muß: das ist der verhältnismäßig geringe Einfluß, den die Wirtschaftskrisen auf das Lohnniveau des Arbeiters ausüben. Gewiß kann eine Krise auch an dem Arbeiter nicht spurlos vorüber gehen und ein starkes Herabgehen der Preise kann schließlich auch nicht ohne Einfluß auf die Lohnhöhe sein, man bedenke, daß z. B. im Steinkohlenbergbau der Lohn des Arbeiters 56 Prozent des Preises der Kohle ausmacht. Aber es zeigt sich doch, daß während der letzten Krisen die aufsteigende Lohntendenz nur eine leichte kurze Unterbrechung aufwies. So beobachtete man bei Krupp in den schweren Krisenjahren 1901/02 nur einen Fall des Durchschnittslohnes um 0,26 Mark; so berichtet die Handelskammer Essen über das Jahr 1908, daß sich die Arbeitslöhne in zahlreichen Industriezweigen auf der Höhe des Vorjahres gehalten haben und die Arbeiterzahl nicht oder nicht wesentlich gesunken ist; so konnten die Gewerkschaften der Arbeiter in den Jahren 1908 und 1909, zur Zeit stark darniederliegender Konjunktur, ihre Mitgliederbeiträge trotzdem nicht unerheblich erhöhen und die freien Gewerkschaften ihren Vermögensbestand von 40,8 Millionen Mark auf 43,7 Millionen vermehren und dabei noch fast 2 Millionen Mark Sammelgelder nach Schweden zur Unterstützung des dortigen Generalstreiks schicken. Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften gibt diese für die Arbeiterschaft günstiger gewordene Krisenwirkung zu, indem es in Nr. 13, 1910 schreibt: „Die Tatsache ist eben in den letzten Jahren viel zu wenig hervorgehoben worden, daß die neueren Krisen einen anderen Verlauf nehmen als jene früherer Jahrzehnte. Damals währten die Niedergangsperioden meist 4 und 5 Jahre, wohingegen die vorletzte Krise (1900/03) in einem Zeitraum von drei Jahren und die letzte (1907/09) innerhalb zweier Jahre sich abspielte . . . . Die christlichen

Gewerkschaften haben die beiden Depressionsjahre verhältnismäßig gut überstanden; sie vermochten selbst in den beiden Jahren darniederliegender Konjunktur ihre Einnahme noch um mehrere hunderttausend Mark zu steigern."

Unsere deutschen Unternehmer stehen eben erfreulicherweise noch nicht auf dem „amerikanischen" Standpunkte, im Falle sinkender Konjunktur alle nur irgend entbehrlichen Arbeitskräfte zu entlassen, sie suchen vielmehr sich ihre Arbeiterschaft auch in den Zeiten der Not, so weit es nur irgend geht, zu erhalten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch die Kartelle unter den Unternehmern diese Stabilität begünstigen und den Arbeitern große Vorteile bringen. Auch hier können wir uns auf Calwer, der bekanntlich trotz seines erklärten Austritts aus der sozialdemokratischen Organisation auf sozialdemokratischem Boden steht, und andere Wirtschaftspolitiker der Sozialdemokratie berufen. Calwer schreibt in seinem Buche „Kartelle und Trusts", Seite 60: „Endlich ist noch die Frage zu beantworten, wie die Kartellierung auf die Lage der Arbeiter in den Betrieben wirkt, die einem Kartelle angeschlossen sind .... Wenn in der kartellosen Zeit die Preise einer Ware plötzlich stark fielen, so waren zahlreiche Betriebe gezwungen, die Produktion einzuschränken oder einzustellen. Die Folge war, daß die Arbeiter aller dieser Betriebe teilweise oder insgesamt ihre Beschäftigung verloren oder sich starke Lohnherabsetzungen gefallen lassen mußten. In Zeiten, wo die Preise der Waren stark hinaufgingen, wurde die Produktion vermehrt, wurden plötzlich viele Tausende Arbeitskräfte neu eingestellt, und die Löhne stiegen entsprechend. Die Arbeiter hatten das eine Mal die Chance, mehr Beschäftigung und Lohn zu erhalten, dafür hatten sie aber auch wieder das Risiko, plötzlich auf die Straße geworfen zu werden oder ganz erhebliche Lohneinschränkungen über sich ergehen lassen zu müssen. Die Kartelle mit ihren stabileren Preisen vermeiden nun das eine wie das andere Extrem. Die Schwankungen der Produktion sind nicht mehr so stark und so unvermittelt wie ehedem. Die Folge davon ist, daß die Beschäftigungsgelegenheit gleichfalls nicht mehr so stark schwankt und ebensowenig das Lohnniveau. Da weiterhin kein Beweis erbracht ist, daß die Kartelle die Tendenz des Lohnniveaus in weichender Richtung beeinflussen, vielmehr unbestritten ist, daß die Kartellierung wenigstens die Möglichkeit schafft, aus den Erträgen der Erzeugung den Arbeitern höhere Löhne zu gewähren, so ist auch vom Standpunkt des Arbeitsmarktes die kartellartige Organisation der Industrie ein Fortschritt."

Man hat nun gesagt: es mag zugegeben werden, daß sich die Lage des Arbeiters materiell gehoben hat, aber in seiner ideellen Wertschätzung hat der Arbeiter, und zwar unter dem Einflusse des Großbetriebs, gelitten; er gilt nicht mehr als schaffender Mensch, er gilt als Zahl, als Nummer, als unorganisches Glied des Arbeitsprozesses, man wirft ihn weg, wenn man ihn nicht mehr braucht, man ersetzt ihn durch eine andere „Nummer", wenn er nicht mehr in das Getriebe paßt.

Wir sahen schon oben, daß von einem „Wegwerfen" selbst im Falle einer Wirtschaftskrise nicht entfernt die Rede sein kann. Richtig ist auf der anderen Seite, daß unser moderner Schaffensprozeß eine ausgedehnte Arbeitsteilung mit sich gebracht hat; es wird im Großbetriebe wohl kaum noch vorkommen, daß ein Arbeiter das Produkt von Anfang bis zu Ende herstellt, sondern er schafft nur Teile, die wieder von anderen vollendet und zum Ganzen zusammengesetzt werden. Diese Teilung der Arbeit bedeutet aber keineswegs eine Herabsetzung des idealen Werts der Arbeit oder eine Entwürdigung der Arbeit. Ob sich der einzelne Arbeiter bei seiner Arbeit als „Nummer" fühlt, das hängt ganz von ihm selbst ab. Wenn er sich klar macht, wie sinngemäß jede Teilarbeit in die andere greift, wie unbedingt notwendig seine Teilleistung für das Gelingen des Ganzen ist, wie er selbst also seinen wohlberechtigten Anteil an der Gesamtfertigstellung des Produktes hat, dann kann von einer Entwürdigung der Arbeit, von einer „Nummer" nicht die Rede sein. In den sozialdemokratischen Köpfen spukt freilich die Idee, daß der Arbeiter nicht nur Anteil am Produkte nach Maßgabe seiner Arbeit hat, sondern daß ihm das Produkt überhaupt gehört, weil er es mit seiner Hände Arbeit geschaffen

habe. Wie falsch diese Lehre ist und wie hierbei die Arbeit des Unternehmers und sein Risiko, sowie die geistige Mitarbeit seiner Angestellten ganz unbeachtet gelassen sind, das ist schon oft und genügend nachgewiesen worden. Unter solcher falschen Anschauung mag sich freilich der sozialdemokratische Arbeiter im Arbeitsprozeß als „Null" fühlen und mit Erbitterung seine Arbeit nur als „Nummer" ausführen, der denkende Arbeiter, der sich die sozialdemokratische Weisheit nicht unbesehen eintröpfeln läßt, hat keinen Anlaß, von seiner eigenen Arbeit und von seinem eigenen Werte so gering zu denken.

Wie wenig gerade unsere großen Arbeitgeber den Arbeiter als Zahl ansehen, sondern wie sie in ihm den Menschen berücksichtigen und gerade den Menschen zu fördern bestrebt sind, das ergibt sich aus den zahlreichen Einrichtungen, die unsere Industrie für das Wohl der Arbeiter freiwillig geschaffen hat. Diese Einrichtungen sind freilich der Sozialdemokratie ein Dorn im Auge, sie behauptet, daß der Arbeiter doch das Geld dafür dem Unternehmer erst erschuftet habe, daß also der Arbeiter die Kosten dieser nur sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen, durch die sich der Arbeitgeber nur Hörige schaffen wolle, selbst zu tragen habe und daß die Arbeiter keine „Wohltaten", sondern „Rechte" haben wollten. Mit dieser Taktik und Verhetzung haben es denn die Sozialdemokraten glücklich erreicht, daß mehrere Arbeitgeber diese ihre Wohlfahrtseinrichtungen wieder zurückgezogen haben, ohne daß sich dadurch etwa die Bezüge der Arbeiter vermehrt haben, ein Beweis dafür, daß die Wohlfahrtseinrichtungen tatsächlich eine freiwillige Mehrleistung des Arbeitgebers sind und ein weiterer Beweis, wie sehr der einzelne Arbeiter gerade durch die Partei geschädigt wird, die die Interessen des Arbeiters angeblich allein vertritt.

Wenn man meint, der Arbeitgeber solle den Arbeitern anstatt der Wohlfahrtseinrichtungen erhöhten Lohn zukommen lassen, damit die Arbeiter sich dann selbst diese Verbesserungen schaffen können, so rechnet man nicht damit, daß in der Praxis sich der einzelne eben doch nicht dazu aufschwingt, so weitgehend für die Verbesserung seiner gegenwärtigen Lebensbedingungen und für seine Zukunft zu sorgen, und man bedenkt nicht, daß der einzelne sich diese Wohltaten allein gar nicht schaffen kann, weil sie meist nur im großen durchführbar sind. Für einzelne Einrichtungen wird sich der Arbeiter, der sie benutzt, gewisse Beschränkungen auferlegen lassen müssen, die in der Natur der Sache liegen, z. B. bei Wohnungen, Pensionskassen, ohne solche ist eben ein geordneter Betrieb und auch eine finanzielle Sicherung der Einrichtung meist unmöglich. Und selbst wenn der Unternehmer danach trachtet, die bei ihm beschäftigten Arbeiter möglichst lange in seinem Betriebe zu halten, wenn er danach strebt, einen Arbeiterstamm zu schaffen, der mit den persönlichen und sachlichen Verhältnissen des Betriebes durch langjährige Erprobung vertraut ist, wenn er die Werkswohnungen und Kassenleistungen, eben weil sie den Arbeitern Vorteile schaffen, nur den bei ihm beschäftigten Arbeitern vorbehält, so wird man dies verstehen können und auch billigen müssen; hierbei von „Hörigkeit", von „Unterbindung der Freizügigkeit" und andern verwerflichen Dingen zu sprechen, ist aber maßlos übertrieben und ungerecht. Wohl keiner von uns, wes Standes er auch sei, ist so frei in allen seinen Entschließungen, daß er jederzeit vollkommen unabhängig über sich verfügen könne, mit tausend Rücksichten sind wir an unseren Ort und an unsere Stelle gebunden, tausend Rücksichten haben wir auf andere zu nehmen. So lange vom Arbeitgeber nicht über das Ziel hinausgeschossen wird und dem Arbeiter nicht etwa die Persönlichkeit tatsächlich entwürdigende Verträge aufgezwungen werden, wird man die Versuche, auch durch Wohlfahrtseinrichtungen das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen dem Arbeiter und dem Werk zu stärken, nur begrüßen können. Tatsächlich werden diese Wohlfahrtseinrichtungen im allgemeinen auch von den Arbeitern, die sie benutzen, wohl gewürdigt, nur von außenher wird mit den bekannten Schlagworten dagegen angekämpft.

Man beklagt so oft, daß der Arbeiter dem Betriebsherrn oder dem Leiter entfremdet wird; der Handwerksmeister arbeitete und arbeitet noch mit seinen Gesellen am gleichen Tisch, das ist natürlich im Großbetrieb nicht möglich. Wenn nun der Unter-

nehmer das menschliche Band, das seine Arbeiter und ihn verbinden soll, wenigstens in der Weise wieder anknüpfen will, daß er dem Arbeiter außerhalb der Arbeitszeit und der Arbeitsstätte besondere Annehmlichkeiten über den reinen Lohn hinaus gewährt, so sollten doch gerade diejenigen, welche die fehlende Fühlung zwischen Arbeiter und Betriebsleiter beklagen, dies begrüßen. Unsere Industrie hat sich erfreulicherweise durch Schlagworte und Angriffe bisher in der Allgemeinheit nicht beirren lassen, wie sie es auch weiter unternimmt, Einrichtungen zu schaffen, um das materielle und geistige Niveau des Arbeiters zu heben.

Diese Einrichtungen sind so mannigfaltig, daß man sie nicht erschöpfend aufzählen kann. Sie beziehen sich auf Verbesserung der materiellen Lage. Hier sind zu nennen: Beschaffung billiger Einkaufsgelegenheiten für die notwendigen Bedarfsgegenstände, billige Speisegelegenheit, billige und gesunde Wohnungen, Spareinrichtungen usw. Sie beziehen sich ferner auf Abnahme der Sorge für besondere Fälle: Pflege und Geldzuschüsse im Falle von Krankheit, Alter und Invalidität, Wöchnerinnenpflege, Schaffung von Erholungsheimen, Unterstützung in besonderer Notlage; sie zielen auf Abnahme der Sorge um die Kinder: Säuglingspflege, Kindergärten usw.; die Einrichtungen dienen weiter der allgemeinen Bildung: Gründung von Handfertigkeitsschulen, Haushaltungs-, Koch-, Flickschulen, Lesehallen, Bibliotheken, Vortragsabende; sie dienen der Körperpflege durch Förderung des gesunden Sports und der Geselligkeit, Turnen, Schwimmen, Singen usw.

So unterhält die Firma Krupp — wir nennen sie nur zuerst, weil hier statistische Zahlen zur Verfügung stehen, sonst sind die Einrichtungen zahlreicher kleiner Betriebe genau so musterhaft — acht Arbeiterkolonien mit etwa 7000 Wohnungen und 31 000 Bewohnern, 2 Logierhäuser, 2 Menagen mit Wohnung für 1150 unverheiratete Personen und 3000 täglichen Mahlzeiten, ein Beamtenkasino, 1 Werkmeisterkasino, eine Konsumanstalt mit 29 000 Konteninhabern, mit eigener Bäckerei, Schlächterei und Mühle, ein Krankenhaus mit 417 Betten, 2 Barackenlazarette für Epidemien, 1 Zahnklinik, 5 Erholungshäuser, eine Krankenkasse, die erheblichen Zuschuß zum gesetzlichen Krankengeld gewährt; an Stiftungsgeldern stehen etwa 6 Millionen Mark zur Verfügung; die Sparkasse gewährt 5 Prozent Zinsen und den Vorteil einer Prämienauslosung; die Firma unterhält eine Haushaltungsschule, eine Industrieschule für Erwachsene, 3 solche für schulpflichtige Mädchen, eine Bibliothek, 1 Lesehalle; sie fördert den Bildungsverein der Angestellten und Arbeiter, der mehr als 3000 Mitglieder hat und anderes mehr. Alle Einrichtungen werden von den Arbeitern fleißig und gern benutzt, so beteiligen sich beispielsweise an der Sparkasseneinrichtung 34,3 Prozent und 57,7 Prozent der in Monatsgehalt stehenden Arbeiter und die Bibliothek zählte von 32 100 Leseberechtigten 14 650 wirkliche Leser.

Der Aachener Hüttenverein Rote Erde unterhält 409 Wohnungen, 1 Speiseanstalt, 1 Konsumanstalt, verschiedene Schulen. Die Farbenfabriken vormals Bayer & Co. in Elberfeld und Leverkusen haben 750 Arbeiterwohnungen, 2 Junggesellenheime, Sparkasse, Konsumanstalten, poliklinische Behandlung, Wöchnerinnenheim, Mädchenheim, Erholungshaus, Schulen, Kindergärten, Pensionskassen, Krankengeldzuschußkassen, besondere Stiftungen usw.; sie wenden jährlich 1,3 Millionen Mark für diese freiwilligen Leistungen gegenüber 191 000 Mark gesetzlicher Leistungen auf, 1908 entfielen auf 1000 Mark Arbeitslöhne, 146 Mark freiwillige Ausgaben. Die Gutehoffnungshütte unterhält 720 Arbeiterhäuser mit 2 414 Wohnungen, verschiedene Kassen, eine Kleinkinderschule, Wöchnerinnenheim, sie gewährt zinsfreie Darlehen zum Erwerb eigener Häuser an Arbeiter usw.

Es ist natürlich unmöglich, hier alle Wohlfahrtseinrichtungen der einzelnen Firmen aufzuzählen, es steht aber fest, daß jährlich ungezählte Millionen von den Arbeitgebern für solche kulturelle Zwecke, die der Hebung der Arbeiterklasse dienen, aufgewendet werden.

Die Summen, die freiwillig und gesetzlich zur Fürsorge und Versicherung für den

Arbeiter aufgewendet werden, sind nicht nur absolut, sondern auch relativ im Verhältnis zum Gewinn und zum Arbeitslohn recht erheblich. So wandte der Ruhrbergbau im Jahre 1886 für soziale Versicherung 7,4 Millionen Mark, d. i. 8,56 Mark auf 100 Mark Lohnsumme, 1909 dagegen 68,38 Millionen Mark, d. i. 15,33 Mark auf 100 Mark Lohnsumme auf. Bei der Königs- und Laurahütte betrug die soziale Belastung 1907: 53 Prozent, beim Bochumer Verein 37 Prozent, beim Phönix 32 Prozent, bei der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft gar 74 Prozent des Reingewinns. Das sind nicht etwa besonders ungünstige Jahre, denn auch in den anderen Jahren sind die Lasten ähnlich, so betrugen sie in den Jahren 1901 bis 1909 beim Phönix 25—60 Proz., beim Bochumer Verein 1898 bis 1909 15—40 Prozent, und bei Krupp 1905—1908 50—80 Prozent.

Eine Zusammenstellung aller freiwilligen Leistungen der deutschen Unternehmerschaft besteht leider nicht. Bis 1905 hat man eine solche Zusammenstellung in der deutschen „Ehrentafel" versucht. Sie gründete sich nur auf zufälliges Bekanntwerden von Stiftungen usw., war also nicht vollständig und konnte trotzdem in etwa 8 Jahren Stiftungen von mehr als einer halben Milliarde feststellen.

Man wird zugeben müssen, daß diese zwei Faktoren, die wir bisher betrachteten, die Schaffung einer ständigen und gutgelohnten Arbeitsgelegenheit und die Hebung der materiellen und kulturellen Lage des Arbeiters über den Lohn hinaus zwei gewaltige Posten auf der Aktivseite des deutschen Unternehmertums darstellen, und dieses starke Guthaben soll man im Auge behalten, wenn man in einzelnen Fällen auch sein Schuldkonto belasten will, der Saldo wird dann immer noch reichlich genug zugunsten des ersteren ausfallen.

Diesen Aktivsaldo mag man aber auch berücksichtigen, wenn man nach immer neueren Methoden sucht, um den Anteil des Arbeiters am Gewinn und an dem Betriebe selbst zu steigern, durch Gewinnbeteiligung, durch Einräumung eines größeren Anteils an der Betriebsleitung in Konsequenz des geprägten Schlagwortes der „konstitutionellen Fabrik" und anderes. Die praktischen Versuche sind fehlgeschlagen, die erhofften Erfolge sind nicht eingetreten. Professor Bernhard führt in seinem Handbuch der Löhnungsmethoden aus: die Geschichte der Gewinnbeteiligung ist zwar reich an Begeisterung, aber arm an Erfolgen, und selbst in der „Neuen Zeit", der Wochenschrift der Sozialdemokratie, heißt es: „Über das konstitutionelle Fabriksystem diskutiert man heute in der Praxis nicht mehr, diese Fragen haben sich erledigt".

Das natürliche Interesse verweist den Arbeiter an den Betrieb, in dem er arbeitet, mit dessen Auf und Ab steht und fällt auch seine Arbeitsmöglichkeit; im gemeinschaftlichen Handeln mit allen Werksbeteiligten und mit dem Betriebsleiter und Betriebsherrn sollte er darum die natürliche Befriedigung seines eigenen Interesses erkennen. Statt dessen suchen die Sozialdemokratie und die auf demselben Boden des Klassenhasses stehenden freien Gewerkschaften den Arbeiter völlig abzuziehen vom Betrieb, ganz loszulösen vom Unternehmen und vom Unternehmer, sie stellen letzteren als seinen natürlichen Feind hin, bloß weil er nicht zugeben will und im Interesse des Betriebs, d. h. also im gemeinsamen Interesse von Arbeiterschaft und Leitung auch nicht zugeben kann, daß die Hand, die zur Ausführung berufen ist, sich zugleich auch nach dem Steuer ausstreckt. Dieses absichtliche Vertiefen der Gegensätze, das Predigen von Klassenhaß gehört zum Wesen der Sozialdemokratie, es hat ihr auch — das liegt nun einmal im Wesen jedes Radikalismus — zahlreiche Anhänger verschafft. Dem Unternehmer aber, gegen den doch die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Front gerichtet ist, und der nach sozialdemokratischer Doktrin immer und unter allen Umständen bekämpft und beseitigt werden muß, demselben Unternehmer kann man doch nicht zumuten, daß er nun diese Gewerkschaften noch besonders „anerkennt", und daß er ihre Macht noch stärken soll. Auch im Privatleben ist es nicht üblich, im Gegenteil, es ist entwürdigend, wenn man dem Feind, der einen beschimpft, freundschaftlichst die Hand reicht. Die modernen sozialpolitischen Bestrebungen, die

von außerhalb der Industrie kommen, gehen aber alle mehr oder weniger offen auf eine Verstärkung der Macht dieser Gewerkschaften, die sich ihrer Ausdehnung nach unter den Arbeiterorganisationen die ausschlaggebende Stellung errungen haben, hinaus: die Forderung des „unbeschränkten Koalitionsrechts", die übertriebene Betonung der Tarifvertragsidee, das Verlangen der staatlichen Einmischung in die Arbeitskämpfe, in die Lohnfrage, in die Arbeitsvermittelung, die Forderung von Arbeitskammern, Arbeitslosenversicherung auf Genter Grundlage u. a. m. Mit allen diesen Einrichtungen, die schließlich jeden Betrieb zu einem Verwaltungs- und Polizeistaat im kleinen machen würden, neben dem der rein technische und wirtschaftliche Teil verkümmern würde, wird der Blick abgezogen von den großen und gewaltigen Aufgaben, die unsere Industrie für unsere Volkswirtschaft im ganzen zu erfüllen hat und viele Kraft verschwendet sich unnütz an all diesen Palliativmitteln und -mittelchen.

Demgegenüber sollte auch von außenstehender Seite alles gefördert werden, was das Zusammengehörigkeitsgefühl der Arbeiter mit dem Betriebsherrn fördert. Nicht das Klassenbewußtsein der Arbeiter ist zu fördern, sondern das Gefühl der Berufszugehörigkeit.

Allen Beteiligten sollte die Devise vorschweben: in erster Linie mit allen Kräften eintreten in gemeinsamer Arbeit für das Gedeihen des Unternehmens selbst und der gesamten Industrie, und dann sollte sich jeder in der innern Kleinarbeit, die ebenso notwendig ist, wie das Streben unter großen weittragenden Ideen, das vor Augen halten, was noch zu jedem Erfolge notwendig gewesen ist und auch für jeden Betrieb, wenn er gedeihen soll, notwendig ist: der ernste Dreiklang

Ordnung, Disziplin und Arbeit.

Vereinswesen.

Von Dr. **Hermann Edwin Krueger,** Berlin.
Generalsekretär des Deutschen Volkswirtschaftlichen Verbandes.

Wenn man daran geht, Umschau zu halten, was auf deutschem Boden seit Schaffung des Reiches geleistet worden ist, so gibt die Betrachtung unseres Vereinswesens einen besonders wertvollen Maßstab. Wie kaum auf einem zweiten Gebiete läßt sich hier ersehen, welche Entwicklungsmöglichkeiten, welche Antriebe für die so lange lahmgelegte realpolitische Tatkraft des Deutschen durch die staatspolitische Einigung gegeben worden sind. Denn unser heutiges Vereinswesen — mit seiner Fülle von eigenem Antrieb, eigener Arbeit, von Selbstbestimmung, Selbstverwaltung, von freiwilliger Unterordnung des einzelnen zugunsten der Gesamtheit, die Verkörperung einer Realpolitik im besten Sinne des Wortes — ist in seiner Gesamtheit ein Kind des letzten Menschenalters.

Gewiß, freie Vereinigungen sind in Deutschland zu finden, solange uns die Geschichte überhaupt Aufschluß gibt. Organisation, das ist eine deutsche Erfindung, sagt Carlyle. Schon die genossenschaftliche Verfassung bei unseren germanischen Vorfahren deutet auf diese Neigung hin. Von der patriarchalischen Periode vor 800 angefangen bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, wo die Periode der ganz freien Assoziation einsetzte, bleibt trotz vieler Wandlungen der Erscheinungsform das genossenschaftliche Prinzip in Deutschland lebendiger als in irgend einem anderen Lande. Im Mittelalter mußten diejenigen genossenschaftlichen Organisationen die größte Bedeutung haben, die als Folge der politischen Zerrissenheit zu Schutz- und Trutzzwecken gegen innere und äußere Feinde von Städten und Rittern gegründet wurden und deren berühmteste die „Hansa" war. Daneben blühten auch bereits Organisationen mit idealen Tendenzen mancherlei Art, dem Zeitcharakter gemäß in erster Linie die religiösen Orden, ferner Sprachgesellschaften und Dichterbünde, Freimaurerlogen und studentische Organisationen. Dem Wirtschaftsleben der Zeit entsprechend war die gewerbliche Interessenvertretung meist auf die lokalbegrenzten Zünfte und Gilden verwiesen, die sich aber in ihrem Rahmen kräftig entwickelten, durch interlokale Vereinigungen auch das Beispiel zu den folgenden Bündnissen der Städte gaben. Von der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ab entstehen „ökonomische Sozietäten", die sowohl Landwirtschaft wie Handel und Gewerbe fördern wollen.

Von all dem war aber zu Beginn des 19. Jahrhunderts in deutschen Landen nicht mehr viel Lebenskräftiges zu finden, das zum Wohle der Nation wirken konnte. Deutschland, in tiefster Erniedrigung unter Napoleon, vermochte wohl für kurze Zeit den „Tugendbund" zur politischen Aufrüttelung ins Leben zu rufen. Aber nachdem das Joch der Fremdherrschaft abgeworfen war, mußten alle bösen Einflüsse der deutschen Kleinstaaterei wieder zu ihrem Einfluß kommen, wurde die von der Studentenschaft ausgehende nationale Bewegung jahrzehntelang schweren Verfolgungen ausgesetzt, lagen alle Gewerbe darnieder, ohnmächtig zu einer freien Wiedergeburt der dahingesunkenen Zunftorganisation, deren Reste der Individualismus hinweggefegt hatte. Als wichtige Vereine, die heute noch tätig sind, stammen aus dieser Epoche nur: der St. Rafaelsverein, der seit 1821 zum Schutze der katholischen Auswanderer, besonders für Deutsche wirkt, sodann der Gustav-Adolfverein, der seit 1842 die protestantischen

Gemeinden in der Diaspora unterstützt, der Bonifaziusverein, als katholisches Gegenstück hierzu 1849 gegründet, sowie der Piusverein, geschaffen 1848 zur Verteidigung und Förderung katholischer Interessen. Als älteste freie gewerbliche Vereinigung ist hier zu nennen der 1825 gegründete Börsenverein der deutschen Buchhändler; schließlich der älteste heute noch bestehende aller Gesangvereine der Welt, die 1809 gegründete „Berliner Liedertafel". Besser stand es um die landwirtschaftliche Organisation, für deren verhältnismäßig zahlreiche Ortsvereine schon in den 40er Jahren Zentralpunkte durch das preußische Landesökonomie-Kollegium usw. geschaffen wurden. Bis in die fünfziger und sechziger Jahre dauerte es aber, daß mit dem Erstarken Preußens und mit dem Zusammenschluß der deutschen Staaten zum Zollverein frisches Leben in Handel und Wandel einzog. Jetzt erst wurden die Anfänge neuer gewerblicher Interessenvertretungen durch eine Anzahl Handelskammern, einige freie industrielle Fachverbände wesentlich für Spinnereien, Gerbereien, Zuckerfabrikation, Berg- und Hüttenwesen, sowie durch zentrale Landesorganisationen freier Gewerbevereine für die Kleingewerbetreibenden geschaffen. Jetzt erst entstanden vor allem große politische Strömungen, die sich neue Wege suchten und im „Nationalverein" (gegründet 1859) einerseits, in den nationalen Anfängen der Sozialdemokratie andererseits auch fanden. Fügen wir noch hinzu, daß in engem Rahmen auch die evangelischen und die Hirsch-Dunckerschen Arbeitervereine, die christlichen Jünglingsvereine und Gesellenvereine sowie die evangelischen Diakonissenanstalten schon beginnen, daß die Deutsche Turnerschaft und der Deutsche Sängerbund, die Hanseatische Kolonisations-Gesellschaft für Südbrasilien und der Nautische Verein schon bestehen. Damit erschöpft sich das irgend Erhebliche, das unser deutsches Vereinswesen vor 1870 aufzuweisen hatte.

Aus diesen bescheidenen Anfängen hat sich seit der Gründung des neuen Deutschen Reiches eine solche Fülle von freien Organisationen jeder Art entwickelt, daß es auf den ersten Blick schwer scheint, für diese Vielheit eine systematische Einteilung zu finden, die jede der unzähligen Einzelheiten unseres Vereinswesens in sich schließen könnte. Doch die Richtlinien werden uns durch die Entstehungsgründe gegeben. Das Deutschland von heute, die zweite Welthandelsmacht, die dem führenden England immer näher rückt und mit der amerikanischen Union einen friedlichen aber intensiven Kampf um den nächsten Platz ficht, dieses Deutschland, das es verstanden hat, sich neben Industrie und Handel von solcher Bedeutung eine achtunggebietende Landwirtschaft zu erhalten, bedeutet einen Komplex wirtschaftlicher Interessen und Interessengegensätze, daß jeder Staatsbürger — als Produzent oder Konsument — davon in Mitleidenschaft gezogen wird. Und so haben wir die eine Hauptgruppe unseres Vereinswesens, die Organisationen zur Vertretung wirtschaftlicher Interessen. Der Deutsche ist aber, trotz dieses für ihn ganz neuen realpolitischen Zeitalters der Idealist geblieben, der er immer war, und deshalb vereint er sich auch heute noch mit dem gleichen Eifer — ja vielleicht noch größerem, als wenn es nur um seinen Beutel geht — mit Gleichgesinnten, sobald er sich für eine Idee, ein humanes, wissenschaftliches, künstlerisches, politisches Ziel begeistert hat. Und damit haben wir die andere Hauptgruppe unseres Vereinswesens gefunden, die Vereine mit ideellen Zwecken.

Diese verschiedene Zwecksetzung hat in beiden Hauptgruppen des Vereinswesens wichtige Folgen für ihren Betätigungskreis. Die Vereine mit ideellen Zwecken wenden sich in der Regel an jeden Deutschen, suchen für eine Idee zu begeistern, die nach ihrer Überzeugung das Wohl und Wehe eines jeden Mitbürgers berührt, ohne Rücksicht auf seine Zugehörigkeit zu einem Stande, Berufe oder irgend einer besonderen sozialen Gemeinschaft. Die Vereine mit wirtschaftlichen Zwecken dagegen wollen regelmäßig eine Gesamtheit von Berufs- oder Standesgenossen zur Vertretung gemeinsamer Interessen verbinden.

Unterscheiden sich beide Hauptgruppen hierin, so lassen sie sich doch beide nach ein und demselben Prinzip in je drei weitere Gruppen zergliedern. Beginnen wir mit den Vereinen zur Wahrung wirtschaftlicher Interessen, so finden wir:

1. Verbände, welche die allgemeinen fachlich-beruflichen bzw. wirtschafts- und sozialpolitischen Interessen eines bestimmten Zweiges von Landwirtschaft oder Industrie und bzw. oder Handel und bzw. oder Gewerbe oder der Privat- bzw. Staatsbeamten oder der Arbeiter oder der Konsumentenschaft usw. wahrnehmen. Diese nennen wir Fachverbände. Ihrem Grundcharakter nach gehören auch die Konventionen, Kartelle und ein Teil der Genossenschaften sowie der Gewerkschaften hierher, wenngleich sie in der wirtschaftswissenschaftlichen Terminologie mit diesen ihren Spezialbezeichnungen von den Fachverbänden unterschieden werden müssen.

2. Verbände, welche bestimmte wirtschaftliche Interessen der Gesamtheit von Landwirtschaft oder Industrie und bzw. oder Handel und bzw. oder Gewerbe oder der Privat- bzw. Staatsbeamten oder der Arbeiter oder der Konsumentenschaft usw. wahrnehmen. Diese nennen wir Zweckverbände. Auch die sogenannten reinen Arbeitgeberorganisationen und ein Teil der Genossenschaften gehören hierher, wenngleich man sie ebenfalls der Deutlichkeit halber mit ihren Spezialnamen zu bezeichnen pflegt.

3. Verbände, welche die allgemeinen wirtschafts- und sozialpolitischen Interessen der Gesamtheit von Landwirtschaft oder Industrie und bzw. oder Handel und bzw. oder Gewerbe oder der Privat- bzw. Staatsbeamten oder der Arbeiter oder der Konsumentenschaft usw. wahrnehmen. Diese nennen wir Zentralverbände.

Bei jeder der drei genannten Verbandsarten kann nun wiederum die betreffende Tätigkeit lokal bzw. regional begrenzt oder unbegrenzt ausgeübt werden. Es ist auch klar, daß sich die sachlichen Grenzen nicht immer ganz scharf ziehen lassen, daß z. B. eine ideelle Zweckorganisation auch wirtschaftliche Fragen behandelt, daß ein Zentralverband sich mit Aufgaben eines Fach- oder Zweckverbandes beschäftigt.

Doch in die drei Gruppen der Fachverbände, Zweckverbände und Zentralverbände läßt sich jede Art der wirtschaftlichen Interessenvertretung ihrem Grundwesen nach eingliedern, das wird für jede Berufsart die unten folgende Darstellung ihrer wichtigsten Repräsentanten zeigen.

Wird diese Einteilung aber auf die Vereine mit ideellen Zwecken angewandt, so tritt in diesen Begriffsbestimmungen an Stelle der einzelnen Berufsarten regelmäßig der Deutsche als Staatsbürger überhaupt, und an Stelle der fachlich-beruflichen bzw. wirtschafts- und sozialpolitischen Interessen treten die ideellen Interessen. Doch ist es klar, daß hier die Fachverbände weit zurückstehen müssen an Bedeutung hinter den Zweck- und Zentralverbänden; denn daß zur Wahrnehmung allgemeiner ideeller Interessen nur ein Teil von Staatsbürgern mit ausdrücklicher Abgrenzung gegen die Allgemeinheit sich zusammenschließt, ist eine seltene, aus besonderen Gründen zu erklärende Ausnahme. Die Vereine mit ideellen Zwecken werden fast stets an jeden Deutschen appellieren, werden die Hoffnung und den Wunsch haben, jeden zu der von ihnen vertretenen Überzeugung zu bekehren.

So finden wir denn auch die größten und bedeutungsvollsten Erscheinungen unseres heutigen Vereinswesens überhaupt unter diesen Zweck- und Zentralverbänden mit ideellem Ziele.

Vereine zur Vertretung wesentlich ideeller Interessen.

Die Zentralverbände dieser Art haben wir in der Organisation der politischen Parteien zu erblicken. Abgesehen davon, daß die Fraktionen selbst dem Grunde nach Vereinscharakter aufweisen, stützen sich die politischen Parteien auf ein weit ausgedehntes Organisationsnetz, das in den Großstädten bis zur Spezialisierung in Bezirksvereine für die einzelnen Stadtteile führt. In den letzten Jahren gehen die Parteien mit besonderer Tatkraft daran, diese Organisation durchzuführen und durch Schaffung von Parteisekretariaten für Wahlkreise, Provinzen und Landesteile zu zentralisieren. Von den bürgerlichen Parteien hat die nationalliberale sich zuerst an die Durchführung dieser Vereinsorganisation gemacht. Die konservative Partei beginnt

zu folgen. Das Zentrum verfügt über die Mitarbeit einer Reihe der verschiedensten Vereinigungen. Die Sozialdemokratie verfolgt besonders die Taktik, neben dem organisatorischen Unterbau der politischen Ortsvereine, Wahlvereine, Jugendorganisationen usw. auch andere Vereinsarten, nämlich Gewerkschaften, Sänger, Turner, Radler, Konsumvereine usw. zu politisieren. Es wird eine der wichtigsten organisatorischen Aufgaben der bürgerlichen Parteien sein, auf diesen Gebieten die begonnenen Arbeiten kräftig fortzuführen.

Unter den Zweckverbänden nehmen diejenigen mit ausgesprochen nationalen Bestrebungen durch Größe und Bedeutung einen besonderen Platz ein. Die 1880er Jahre brachten hier die bedeutsamsten Erscheinungen, so vor allem den Allgemeinen Deutschen Schulverein zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande (1881), den Allgemeinen Deutschen Sprachverein (1885), den Alldeutschen Verband (1886) und die Deutsche Kolonialgesellschaft (1887).

Der letztgenannten Bewegung war eine zweckverwandte Organisation im Zentralverein für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen im Auslande (1878) voraufgegangen; es folgten 1896, jetzt mit der Kolonialgesellschaft organisch verbunden, das Kolonialwirtschaftliche Komitee, um 1900 der Deutsche Kolonialbund, 1906 das Kolonialpolitische Aktionskomitee; dazu kommen Untergruppen wie der Deutsch-Koloniale Frauenbund usw. Alle diese Bestrebungen finden ihre periodische Zusammenfassung im Deutschen Kolonialkongreß.

Wichtige nationale Verbände folgten auch in den 90er Jahren, so der Deutsche Verein für das nördliche Schleswig (1891), der Deutsche Ostmarkenverein (1894), der Kaiser Wilhelm-Dank (Verein der Soldatenfreunde — dem außer vielen großen Vereinen fast alle Offizierkorps angehören) und der Deutsche Flottenverein (1898). Ferner setzte hier die nationale Arbeiter- und Angestellten-Bewegung wieder ein. Auch einige logenartige Bildungen von nationalem Charakter zur Verteidigung des Deutschtums werden gegründet: Der Deutschbund, der Deutsche Volksbund, die Hammer-Gemeinden. Nach 1900 folgt eine weitere Reihe von nationalstrebenden, zum Teil weit umfassenden Organisationen: 1904 entsteht der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, 1907 der Bund vaterländischer Arbeitervereine. Die nationalen Interessen gegenüber dem Ultramontanismus vertreten die Deutsche Vereinigung und der Antiultramontane Reichsverband. Als nationale Zweckverbände können auch bezeichnet werden, der Goethebund, der Dürerbund, der Werdandibund zur Pflege freier deutscher Kunst, alle drei die Förderung einer gesunden Kultur erstrebend; der Deutsche Bismarckbund und die Bismarckgesellschaft, die ein Bismarck-Archiv erstrebt; der Mittgartbund, die Gobineau-Vereinigung und der Orden des neuen Tempels, die alle drei für die Reinhaltung der Rasse eintreten; der Deutsche Rechtsbund für die Germanisierung des Rechts, der Allgemeine Deutsche Kulturbund, der eine Zusammenfassung von verwandten nationalen Bestrebungen herbeiführen möchte.

Zweifellos wäre die Schaffung eines einigenden Bandes um alle national-kulturellen Zweckverbände für den Erfolg ihrer Bestrebungen von größter Bedeutung. Hierin haben wir eine der wichtigsten, noch ungelösten Aufgaben unseres Vereinswesens zu erblicken.

Als zweite wichtige Gruppe sehen wir die religiösen Zweckverbände. Das Zeitalter des neuen Deutschen Reiches hat auch hier Organisationen heraufgeführt, die sich ihren großen Vorläufern würdig anschließen. Der Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine entstand 1882, der Evangelische Bund zur Wahrung deutsch-protestantischer Interessen 1886, der organisatorisch mustergültige Volksverein für das katholische Deutschland 1891. Alle Vereine mit katholischer Grundlage treten jährlich zu den Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands, den sogen. „Katholikentagen", zusammen. Auch die christlichen Gewerkschaften entwickeln sich in den 90er Jahren. Ferner entsteht auf religiösem Boden eine Fülle von Vereinen für charitative Bestrebungen, Unterricht und Erziehung, soziale Hebung, Wissenschaft, Kunst, Gewerbe und

Handel, so die Freie Kirchlich-Soziale Konferenz, der Evangelische Hauptverein für deutsche Auswanderer, der Windthorstbund, die Görresgesellschaft, die Gesellschaft für christliche Kunst, der Albrecht Dürerverein, Lehrlings-, Burschen-, Gesellenvereine, Jünglings- und Männervereine, Arbeiter-, Arbeiterinnen-, Lehrer-, Studenten-, Presse-, Kaufmännische Vereine. Auch der Keplerbund zur Förderung der Naturerkenntnis (im christlichen Sinne), der sich gegen den Monistenbund wendet, sei erwähnt.

Eine Gruppe von Zweckverbänden, die ein ganz besonderes Merkmal unserer Epoche ist, bilden die Vereine zur Hebung der sozialen Lage der minderbemittelten Schichten. Die Wege, die hierzu beschritten werden, sind so verschiedenartig, daß diese besser als die chronologische Reihenfolge unserer Übersicht zugrunde gelegt werden. Der theoretischen Erörterung und Förderung hierher gehöriger Fragen durch periodische Versammlungen und Veröffentlichungen widmen sich besonders folgende Zweckverbände: Der Verein für Sozialpolitik, der Evangelisch-Soziale Kongreß und die Freie Kirchlich-Soziale Konferenz, der Deutsche Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit, die Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur, der Deutsche Verein für öffentliche Gesundheitspflege, die Gesellschaft für soziale Reform und die Deutsche Konferenz zur Fördernug der Arbeiterinneninteressen. — Neben einer solchen anregenden Tätigkeit suchen folgende Zweckverbände gleichzeitig als Zentrale für praktische Bestrebungen auf diesen Gebieten zu wirken, so besonders der Zentralausschuß für die innere Mission der evangelischen Kirche, zu dessen Konzern gehören z. B. der Verband Deutscher Rettungshäuser, der Deutsche Herbergenverein, der Gesamtverband Deutscher Verpflegungsstationen, der Zentralverband Deutscher Arbeiterkolonien, der Deutsche Zweig des Vereins der Freundinnen junger Mädchen, der Christliche Soldatenbund usw. Das Gegenstück hierzu ist der Charitasverband für das katholische Deutschland. Auch der Vaterländische Frauenverein entfaltet eine umfassende praktische Tätigkeit. — Die Fülle derjenigen Vereine, die sich wesentlich die praktische Förderung einzelner derartiger Spezialaufgaben zum Ziel gesetzt haben, hier auch nur mit Namen aufzuführen, ist unmöglich. Nur einige seien als Beispiel genannt: Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz, Genossenschaft freiwilliger Krankenpfleger im Kriege, Verein für Kinderheilstätten an den deutschen Seeküsten, Zentralstelle der Vereinigungen für Sommerpflege, Deutsches Zentralkomitee zur Errichtung von Heilstätten für Lungenkranke, Deutscher Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke, Guttemplerorden, das „Blaue Kreuz" gegen jeden Alkoholgenuß, das „Weiße Kreuz" zur Hebung der Sittlichkeit, Verband der Deutschen Schutzvereine für entlassene Strafgefangene, Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen. — Dies sind alles bereits Vereine, die ihrerseits zahlreiche lokale Vereine gleichen Strebens umfassen. Auf diesen Gebieten ist aber eine Zentralisierung auch der großen Zweckverbände gelungen, nämlich durch die 1891 begründete Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen, die neuerdings zu einer Zentralstelle für Volkswohlfahrt ausgebaut worden ist.

Wir kommen zu Zweckverbänden, die die soziale Hebung im weitesten Sinne durch Verfolgen einer Spezialaufgabe erstreben. Hierher gehört u. a. der Volksbund zur Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild, der Bund Deutscher Volkserzieher, der Verein für Schulreform, der Allgemeine Tag für Deutsche Erziehung, der Deutsche Verein für Knabenhandarbeit, der Deutsche Verein für das Fortbildungsschulwesen, die Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung, der Deutsche Verein für staatsbürgerliche Erziehung, der Verband Deutscher Arbeitsnachweise, der Deutsche Sparkassenverband, der Deutsche Verein für Volks-Hygiene, der Deutsche Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Heilweise (Naturheilkunde), der Bund homöopathischer Laienvereine Deutschlands, die Deutsche Gartenstadtgesellschaft, der Deutsche Verein für Wohnungsreform, der Bund Deutscher Bodenreformer, der Bund Deutscher Frauenvereine und der Deutsche Werkbund für Veredlung des Kunstgewerbes.

Hierher müssen auch unsere in so starker Entwicklung befindlichen Organisationen zur Hebung des Sports und der Geselligkeit gerechnet werden. Fast auf jedem Gebiete,

zuerst bei den Turnern in der seit 1868 bestehenden Deutschen Turnerschaft, ferner bei den Schützen, Ruderern, Radfahrern, Fußballspielern, Automobilisten, Luftschiffern usw. ist es zu Verbänden gekommen, die sich über das ganze Reich erstrecken. Erfreulicherweise wird jetzt auch allmählich der körperlichen Ausbildung der Jugend zweckentsprechende Fürsorge gewidmet, zusammengefaßt im Zentralausschuß zur Förderung der Volks- und Jugendspiele in Deutschland.

Sittliche Hebung, Pflege rein menschlichen Geistes und Wohltätigkeit bezwecken die Freimaurerlogen, von denen im Reiche über 400 bestehen, die sich zu Logenbünden und einem Allgemeinem Freimaurerbund zusammengeschlossen haben. Auch die Zahl der Vereine zur Pflege edler Geselligkeit, sei es durch gemeinsame künstlerische Betätigung oder durch gesellschaftliches Beisammensein, ist außerordentlich groß.

Schließlich müssen die wissenschaftlichen Gesellschaften genannt werden, die sich zwar vielfach im wesentlichen aus Fachgelehrten zusammensetzen (Philosophische, Psychologische, Literarische, Volkswirtschaftliche, Chemische Gesellschaften), ihren Mitgliederkreis aber nicht auf diese grundsätzlich beschränken, sondern dem interessierten Laien Aufnahme gewähren. Meist sind sie lokal organisiert; manche aber, wie z. B. die Deutsche Shakespeare-Gesellschaft, sind über das ganze Reich verbreitet und durch ihre Leistungen von internationaler Bedeutung.

Wir können jetzt zu den Organisationen mit ideeller Zwecksetzung, die sich als Fachverbände darstellen, übergehen. Das heißt also nach unserer obigen Begriffsbestimmung: Vereine, die Ziele erstreben, an denen im Grunde jeder national gesinnte Deutsche Interesse hat, die den Kreis ihrer Mitglieder aber auf bestimmte Schichten beschränken.

In erster Linie sind hier zu nennen die Kriegervereine, Veteranenvereine und ähnliche Organisationen, die ehemalige Soldaten oder Kampfgenossen kameradschaftlich umschließen. Sie stehen der Parteipolitik grundsätzlich fern, aber am monarchischen Gedanken halten sie unbedingt fest und propagieren ihn öffentlich. Diese Vereine, die heute fast in jeder größeren Ortschaft blühen — ihre Gesamtzahl beträgt etwa 30 000 — haben sich untereinander nach Kreisen, Provinzen und Landesteilen zusammengeschlossen und eine Zentrale geschaffen im Kyffhäuserbund der deutschen Landes-Kriegerverbände. Dieser Bund ist mit über $2^1/_2$ Millionen Mitgliedern der größte Verein, den es überhaupt im Deutschen Reiche gibt.

Als zweite Gruppe sind die studentischen Verbindungen zu nennen, die sich heute an den Universitäten in folgenden größeren Verbänden zusammengefunden haben: Kösener Seniorenkonvent, Deutsche Burschenschaft, Allgemeiner Deutscher Burschenbund, Koburger Landsmannschafterkonvent, Arnstädter Landsmannschafterkonvent, Vertreterkonvent der Turnerschaften, Chargiertenkonvent der akademischen Sängerschaften, Teutoburger Chargiertenkonvent der allgemeinen wissenschaftlichen Verbindungen, Kartellkonvent der Tendenzverbindungen deutscher Studenten jüdischen Glaubens, Verein deutscher Studenten im Kyffhäuserverband, Christliche Verbindungen (drei Kartelle), Katholische Korporationen (fünf Kartellverbände), die Finkenschaften usw. Parallele Verbindungskartelle gibt es an den technischen, tierärztlichen und landwirtschaftlichen Hochschulen, den Forst- und Bergakademien. So sehr sich diese Organisationen zum Teil in Anschauungen über studentische Fragen voneinander scheiden, fast allen gemeinsam ist doch das Hochhalten nationaler Gesinnung.

Vereine zur Vertretung wesentlich wirtschaftlicher Interessen.

Landwirtschaft.

Die offizielle Vertretung ihrer Interessen findet die Landwirtschaft in Preußen und allmählich auch in den anderen Bundesstaaten durch Landwirtschaftskammern. Zwar sind dies Körperschaften des öffentlichen Rechts, die ihre Entstehung unmittelbar aus einem Regierungsakte herleiten, Hilfsorgane der Staatsregierung darstellen und

Besteuerungsrecht besitzen. Da aber die Errichtung einer Kammer erst nach Anhörung des Provinziallandtages, also fakultativ, erfolgt, die freie Initiative der Interessenten mitzuwirken hat, so gehören auch diese amtlichen Interessenvertretungen zum Vereinswesen im weiteren Sinne. Die Kammern traten in Preußen durch Gesetz vom Jahre 1894 an Stelle der freien landwirtschaftlichen Hauptvereine, die etwa 50 Jahre lang die fachlichen Gesamtinteressen der Landwirtschaft wahrgenommen hatten. In Preußen gibt es jetzt 13 Kammern, nämlich in jeder Provinz eine, abgesehen von Hessen-Nassau, wo für die Regierungsbezirke Kassel und Wiesbaden je eine Kammer besteht. Württemberg, Baden, Oldenburg, Hessen, Sachsen-Weimar, Sachsen-Altenburg, Braunschweig, Anhalt usw. sind mit Errichtung von Landwirtschaftskammern schon gefolgt, Bayern ist im Begriff, das Gleiche zu tun, in Sachsen hat der Landeskulturrat eine sehr ähnliche Stellung.

Im übrigen spielen im landwirtschaftlichen Vereinswesen die Zentralverbände eine sehr große Rolle. Da die Landwirtschaft als Produktionszweig in sich viel geschlossener und homogener ist als andere Erwerbszweige, so ist sie auch imstande, große einheitliche Vertretungen ihrer Gesamtinteressen zu bilden. Auch ihre politischen Erfolge gründen sich zum Teil darauf. Als freie Vertretung der gesamten deutschen Landwirtschaft wurde 1872 der Deutsche Landwirtschaftsrat eingerichtet, der aus Abgeordneten der Landwirtschaftskammern und landwirtschaftlichen Zentralvereine aller deutschen Staaten besteht. Seine Arbeitsgebiete bilden besonders Zollfragen, Handels- und Seuchengesetzgebung, landwirtschaftliche Statistik, Preisberichterstattung. Die Reichsbehörden pflegen keinen die Landwirtschaft berührenden gesetzgeberischen Akt auszuführen, ohne den Landwirtschaftsrat darüber zu hören. Eine ähnliche Stellung nimmt in Preußen das Königlich Preußische Landes-Ökonomiekollegium ein, das aber eine vom Landwirtschaftsministerium ressortierende Behörde ist; doch ist mit dieser die Zentralstelle der preußischen Landwirtschaftskammern organisch verbunden, welche eine freie Vereinigung der preußischen Kammern darstellt. — Einen ganz freien Zentralverband schuf sich die Landwirtschaft 1893 im Bund der Landwirte, eine wirtschaftspolitische Kampforganisation, die alle landwirtschaftlichen Interessenten ohne Rücksicht auf politische Parteistellung und Größe des Besitzes zur Wahrung des der Landwirtschaft gebührenden Einflusses zusammenschließen will und die zu diesem Zweck besonders nach Vertretung in den parlamentarischen Körperschaften strebt. Daneben trat 1909 der Deutsche Bauernbund, der in mancher Beziehung zum Bund der Landwirte eine gegensätzliche Stellung einnimmt. Zentralverbands-Bestrebungen in regionalem Rahmen haben die Bauernvereine in Westfalen, Baden, Ermeland, Elsaß-Lothringen, Rheinland, Bayern, Hessen-Nassau, Schlesien, Trier und Luxemburg.

Die soeben genannten politischen Organisationen der Landwirtschaft unterhalten nebenbei eine große Zahl von Einrichtungen zur Förderung der wirtschaftlich-technischen Interessen ihrer Mitglieder. Die Landwirtschaft hat sich aber auch eine Spezialorganisation geschaffen, die in dieser Beziehung ein Mittelpunkt für sämtliche deutsche Landwirte ist und ihnen jeden Fortschritt der Technik im weitesten Sinne zugänglich macht: die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft, der größte landwirtschaftliche Zweckverband. Vor allem wirkt die Gesellschaft durch jährliche Wanderausstellungen mit Preisausschreiben für Tiere, Erzeugnisse und Geräte. Dazu kommt aber Forschung und Beratung auf jedem landwirtschaftlich-technischen Gebiete. Man muß die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft als eine vorbildliche Musterorganisation bezeichnen. — Daneben stehen aber noch bedeutende Zweckverbände für speziellere Aufgaben, so insbesondere: (soweit nichts anderes bemerkt, gegründet in den 90er Jahren oder später) die Deutsche Gesellschaft für Züchtungskunde, die Vereinigung Deutscher Schweinezüchter, die Deutsche Berkshire-Herdbuch-Gesellschaft, der Klub deutscher Geflügelzüchter, der Deutsche Milchwirtschaftliche Verein, der Deutsche Fischereiverein (1870), der Volkswirtschaftliche Verein für Obst- und Gemüseverwertung in Deutschland, der Deutsche Forstverein, der Verein zur Förderung der Moorkultur im Deutschen Reiche,

der Deutsche Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatspflege, der Deutsche Landpflegeverband, der Verband landwirtschaftlicher Maschinen-Prüfungsanstalten, der Reichsverband Deutscher Landwirtschaftlicher Genossenschaften mit seinen 73 großen Landesverbänden und insgesamt 18 633 Einzelgenossenschaften (Ende 1909), die Gesellschaft für Geschichte und Literatur der Landwirtschaft und der Klub der Landwirte. Politisch-landwirtschaftliche Spezialzwecke, ähnlich wie der Bund der Landwirte, verfolgt die Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer (1876).

Den Unterbau dieser glänzenden Organisation bilden die Orts-, Kreis-, Provinzialvereine, deren Gesamtzahl mit 3000 nicht zu hoch geschätzt sein dürfte, und die für die Landwirtschaft etwa die Rolle der Fachverbände spielen, indem sie auf die individuellen örtlichen Interessen eingehen. Aber auch an Fachverbänden im eigentlichen Sinne mangelt es nicht, insbesondere die regionalen Züchtervereinigungen sind für die moderne Pferde-, Rindvieh- und Schweinezucht von großer Bedeutung. Ferner gibt es Fachvereine für Weinbau, Hopfenbau usw. Auch die Molkereigenossenschaften, deren Zahl jetzt etwa 3400 beträgt und ähnliche Organisationen gehören hierhin, während die Spar- und Darlehenskassen (etwa 15 500) mehr unter die Zweckverbände fallen. Die Gesamtzahl der ländlichen Genossenschaften beträgt 23 362 (Ende 1909).

Das Urteil über diesen Teil des deutschen Vereinswesens ist in folgende treffende Worte gefaßt worden: „Jedenfalls hat das landwirtschaftliche Vereinswesen in der Gesamtheit seiner Tätigkeit zu einem sehr großen Teil dazu beigetragen, daß sich jene große, gegen Ende des 18. Jahrhunderts begonnene Entwicklung des Landbaues vom extensiven, mangelhaften und rohen Betriebe zu jetziger Höhe der Kultur hat vollziehen können, seine Umwandlung vom Handwerk zur Wissenschaft. Die Stärke dieses großangelegten Vereinswesens beruht auf der Ernsthaftigkeit, mit der seine Aufgaben von den Mitgliedern angefaßt und durchgeführt werden." —

Industrie, Handel und Gewerbe.

Der Hauptunterschied des Vereinswesens von Industrie, Handel und Gewerbe gegenüber dem der Landwirtschaft ist darin zu erblicken, daß die industriellen usw. Fachverbände vielfach voneinander abweichende wirtschaftspolitische Überzeugungen vertreten. Demgemäß aber haben sie eine ganz andere selbständige Bedeutung, kann ihr Zusammenschluß in den Zentralverbänden beiweitem nicht so einheitlich sein, und demgemäß gibt es neben den Zweckverbänden mit technisch-wirtschaftlichen Zielen auch eine ganze Anzahl solcher mit besonderen wirtschaftspolitischen Tendenzen, die insofern auch ihrerseits gewissermaßen als Zentralverbände wirken.

Diese Gegensätze zeigen sich gelegentlich auch in den Beschlüssen der offiziellen Interessenvertretungen. Ihr organisatorischer Charakter gleicht — wenn auch nicht in jeder Beziehung, so doch unter den uns hier interessierenden Gesichtspunkten — dem der Landwirtschaftskammern. Gemeinsame Vertretungen der Industrie und des Handels, meist des Großhandels, sind die Handelskammern, deren Zahl in Preußen jetzt 91, im übrigen Deutschland 60 beträgt. Die letzte Regelung ihrer Organisation erfolgte für Preußen 1870 und 1896. Für das Handwerk erstand durch Reichsgesetz von 1897 eine neue Organisation in den Handwerkskammern, von denen im Jahre 1900 in Preußen 33, Bayern 8, in Württemberg und Baden je 4, Sachsen 5 usw. ins Leben traten, und deren Gesamtzahl heute 64 beträgt. In den Hansestädten und in Sachsen vertreten die dort vorhandenen 8 selbständigen Gewerbekammern die Stelle der Handwerkskammern. Für den Kleinhandel sind in Hamburg und Bremen Detaillistenkammern geschaffen worden.

Dem oben schon angedeuteten Charakter des Vereinswesens für Handel, Industrie und Gewerbe entsprechend muß seine Entwicklungsgeschichte berücksichtigt werden, wenn man ein richtiges Bild von den inneren Zusammenhängen, von der Schwierigkeit dieser Organisationsbildung, von der zähen, schrittweisen Bewältigung dieser Aufgabe gewinnen will. Haben doch nicht nur Produzenten, Weiterverarbeiter und Weiter-

verkäufer verschiedene Interessen, sondern die engeren Fachgenossen selbst stehen sich in einem Maße als Konkurrenten gegenüber, wie es der Landwirtschaft fremd ist. Es bedingt einen hohen Grad von Selbsterziehung und Organisationskunst, wenn hier in den Fachverbänden, Kartellen usw. und schließlich auch in Zentralorganisationen das Einzelinteresse sich dem höheren Gesamtinteresse untergeordnet hat.

Für die Organisation des gewerblichen Unternehmertums wurden von größter Bedeutung die 1870 er Jahre. Hier vollendete sich zunächst die im Bergbaulichen Verein zu Essen usw. schon vorher begonnene Zusammenschließung der schweren Industrie, insbesondere der Steinkohlen-, Eisen- und Stahlwerke, durch Vereine für die Aachener, Siegener und Lugau-Ölsnitzer Reviere. Bereits auf das Jahr 1872 sind auch die Anfänge der Organisation des erst 1890 in seiner jetzigen Gestalt gegründeten Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller zurückzuführen. Nachdem 1873 anstelle des Zollvereinsländischen Hüttenvereins der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller getreten war, ist die Organisation dieses bedeutsamen Teils der Industrie durch Fachverbände abgeschlossen. Sie erfährt ihre Krönung durch den ersten der heute noch bestehenden zentralen Landesverbände von allgemeiner Bedeutung, nämlich 1871 durch den Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, und durch den ersten zentralen Gesamtverband, nämlich 1876 durch den Zentralverband Deutscher Industrieller. Aber auch eine erhebliche Reihe anderer Industriezweige findet in den 1870er Jahren zum ersten Male ihre Organisation durch Fachverbände. Wenn wir noch erwähnt haben, daß 1875 der Verein Deutscher Salinen und Salzbergwerke in Hannover und 1879 der erste Braunkohlenbergbauverein in Magdeburg entstanden sind, so ist hier vor allem die ebenfalls bei der Gründung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller besonders beteiligte Textilindustrie zu nennen: 1870 entsteht der Verein Süddeutscher Baumwollenindustrieller, 1871 die erste Organisation der Tuch- bezw. Wollwarenfabrikanten, 1872 die Bremer Baumwollenbörse, 1876 der Verein der Wollkämmer und Kammgarnspinner, 1877 der Verband deutscher Leinenindustrieller, dem 1878 bezw. 1879 die Organisation der Juteindustriellen (heute auch als Konvention wirkend) und der Seiler, beide als seine Unterabteilungen, folgen. 1878 entsteht der Verband Schlesischer Textilindustrieller, ursprünglich gegründet als Verband Schlesischer Leinen- und Baumwollenindustrieller. 1871 war auch die erste Organisation im Bekleidungsgewerbe, der Verein der deutschen Hutindustrie in Berlin, entstanden. — 1876 entsteht die erste Zentralorganisation von Uhrmachern, 1877 der erste größere Verein von Mechanikern, 1879 der erste Fachverband in der Maschinenindustrie, nämlich der Ausschuß der deutschen Kratzenfabrikanten. Nachdem sich die Apotheker 1872 und die Drogisten 1873 je einen umfassenden Fachverband geschaffen haben, begründet die chemische Industrie 1877 einen großen Fachverband im Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands, dem als speziellerer Fachverband der Verein deutscher Zündwarenfabrikanten 1872 voraufgegangen war, und dem der Verband der Seifenfabrikanten 1879 folgt. 1873 entsteht in der Glasindustrie eine erste Organisation, der Verband der Glasindustriellen Deutschlands, 1876 eine solche gleichzeitig für Papierfabrikation wie -Verarbeitung und -Großhandel im „Papierindustrieverein", neben den eine Organisation für den Papierkleinhandel 1879 im Deutschen Papierverein tritt, während sich ein Teil der Rohmaterialproduzenten schon 1874 im Verein deutscher Holzstoff-Fabrikanten organisiert hatten; 1875 entsteht die erste Zieglervereinigung, nämlich für das Großherzogtum Oldenburg. Auch die Nahrungsmittelindustrie erhält in den 1870er Jahren wichtige Fachverbände: 1871 den Deutschen Brauerbund, dem 1875 ein Verein sächsischer Malzfabrikanten folgt, 1875 den Deutschen Fleischerverband, 1877 den Verband Deutscher Schokoladenfabrikanten und den Verband Deutscher Konditoren, 1876 den Verein der Spritfabrikanten, 1879 den Verein der Fischhändler Deutschlands. Aus leicht verständlichen Gründen hat sich hier, abweichend von der Regel, der Handel früher zusammengefunden; die Berufsfischer organisierten sich erst 1891. 1873 entstand auch bereits

der große Deutsche Gastwirtsverband. Bemerkenswert ist ferner, daß sich 1871 bzw. 1874 zum ersten Male Versicherungszweige zu Fachverbänden zusammenschließen, nämlich die privaten Feuerversicherungs- und Transportversicherungsgesellschaften. 1876 entsteht der Deutsche Photographenverein. 1879 schaffen sich die Buchhändler noch eine Zentralorganisation im Verband der Kreis- und Ortsvereine des Deutschen Buchhandels, und 1879 entsteht der Zentralverband der städtischen Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands sowie der größte lokale Zentralverband im Verein Berliner Kaufleute und Industrieller.

Wir sehen, daß die Organisation der gewerblichen Unternehmer in den 1870er Jahren sehr bedeutende Fortschritte gemacht hat, daß schon das erste Jahrzehnt nach der Reichsgründung auf die Gesamtheit von Industrie und Handel einen gewaltigen Einfluß gehabt hat. Aber es werden gewissermaßen erst die großen Grundlinien der Organisation gezogen. Wenige Verbände haben sich Arbeitgeberfragen gleichzeitig zum speziellen Arbeitsgebiet gewählt, bilden aber dafür keine neuen Vereine. Gering ist die Zahl der Kartelle, denn es entstehen nur die Norddeutsche Wagenbauvereinigung (1877), die Bromkonvention (1876) und die Chlormagnesiumkonvention (Ende der 1870er Jahre), denen vor 1870 nur das Weißblechkontor voraufgegangen war.

In den 1880er Jahren ändert sich das Bild verhältnismäßig noch wenig. Die Zahl der speziellen Fachverbände nimmt zwar zu, aber doch in beschränkten Grenzen. Es würde zu weit führen, alle hier zu nennen; nur einige seien herausgegriffen: Deutscher Braunkohlen-Industrieverein, Verein Deutscher Maschinenbauanstalten, Verein der Schiffswerften, Verband Deutscher Fahrradfabrikanten, Bayerischer Brauerbund, Deutscher Tabakverein, Buchgewerbeverein, Verein Deutscher Zeitungsverleger, Deutscher Verlegerverein, eine zentrale Organisation für das Kleingewerbe im jetzigen Zentralverband für Handel und Gewerbe, ferner für die Exportförderung das Exportmusterlager Stuttgart und der Exportverein im Königreich Sachsen. Zu diesen Fach- und Zweckverbänden treten einige zum Teil bedeutende zentrale Landes- bzw. Lokalorganisationen, vor allem der Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Saarindustrie, der Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln, der Anhaltische Industrieverein usw. Neben die vermehrten Fach- und zentralen Landes- bzw. Ortsverbände treten auch mehr Kartelle und Arbeitgeberverbände, doch immer noch in bescheidenen Grenzen. Kartelle beginnen sich besonders in der Eisen- und Stahlindustrie zu entwickeln; einige Spezialkartelle in der chemischen Industrie, in der Textilindustrie und in der Industrie der Steine und Erden folgen. Mit Arbeitgeberfragen beschäftigen sich immer noch wesentlich solche Vereine, die als Fachverbände begründet und als solche tätig sind.

Die 1890er Jahre und im weiteren Verlauf die Zeit nach 1900 bringen einen großen Umschwung in der Organisation der gewerblichen Unternehmer. Diese Periode führt eine Hochflut an Organisationen jeder Art herauf. Die Fach-, Zweck- und Zentralverbände sowie die Arbeitgeberverbände erfahren eine ganz überraschende Zunahme. Den relativ stärksten Anteil aber haben die Kartelle. Während bis zum Beginn des Jahres 1890 nur 17 Kartelle in Deutschland entstanden waren, beträgt ihre Gesamtzahl nach den Erhebungen des Reichsamts des Innern vom Jahre 1905/06 am Schluß der 1890er Jahre 156 und am Schluß der Erhebung 385. Nach unseren Ermittelungen aber ist die Zahl der Kartelle Ende der 1890er Jahre sogar auf 206 gestiegen und hat 1907/08 sogar die Höhe von 487 erreicht. Während die Zahl der reinen Arbeitgeberverbände zu Beginn des Jahres 1890 nur 27 betrug, am Schluß der 1890er Jahre nach den Keßlerschen Erhebungen 152 und 1907 bei Beendigung der Keßlerschen Erhebung 235, haben wir 1907/08 das Vorhandensein von 341 Verbänden feststellen können. Als ihre Gesamtzahl einschließlich der Ortsgruppen hat das Kaiserliche Statistische Amt 2613 festgestellt, wobei aber der Begriff auf alle Organisationen ausgedehnt worden ist, die sich in irgend einer Form mit der Abwehr von Angriffen der Arbeiterorganisationen befassen. Die Entstehungsursache haben wir bei den Kartellen wesentlich in dem allge-

meinen wirtschaftlichen Aufschwung des Reiches, unterbrochen durch vorübergehende Depressionsperioden, zu sehen. Auch zwischen der Gründung von Arbeitgeberverbänden und dem Auf und Ab der wirtschaftlichen Konjunktur besteht ein enger Zusammenhang; nur ist das Verhältnis hier gerade umgekehrt. Während das Entstehen von Fach-, Zweck- und Zentralverbänden sowie von Kartellen am stärksten ist in den Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges, ist für das Anwachsen der Arbeitgeberverbände gerade die Hochkonjunktur maßgebend, denn mit steigender Konjunktur steigt in der Regel der Unternehmergewinn und damit auch die Streiklust der Arbeiter. Ein Teil der Fach- und Zweckverbände entsteht auch aus denselben Ursachen, welche in den früheren Jahrzehnten für die Schaffung dieser Verbände bestimmend gewesen sind: die Berufsgenossen schließen sich zusammen, da sie hiervon eine allgemeine Förderung ihres Erwerbszweiges erwarten. So sehen wir z. B., daß sich folgende Industriezweige zum ersten Male in einen Fachverband zusammenschließen: die Märkischen Kleineisenindustriellen, die Elektrotechniker, die Motorfahrzeugindustriellen, die Pianoforte-, Orgel-, Musikwerk- und Harmoniumfabrikanten, die Juweliere und Silberwarenfabrikanten usw. Etwa zehn speziellere Fachvereine entstehen in der chemischen Industrie, etwa 18 in der Industrie der Steine und Erden. Auch sehen wir, daß sich jetzt immer häufiger diejenigen Händler zusammenschließen, die mit organisierten Fabrikanten zu tun haben, so z. B. die Eisenwarenhändler, die Kohlenhändler, die Pianofortehändler, die Musikwerkhändler, die Fahrradhändler, die Grossisten des Edelmetallgewerbes, die Uhrengrossisten, die Seifenhändler usw. Viele Vereine werden auch durch die zunehmende Kartellbewegung, sofern es ihnen nicht möglich ist, ein Gegenkartell zu gründen, veranlaßt, einen Fachverband zu bilden. Die Organisation der kleinen und mittleren bzw. Verarbeitungs-, Verfeinerungs- und Fertigindustrie nimmt ständig zu und findet ihre erste Zentralisierung im Bund der Industriellen (1895). Wesentlich im Verfolg dieser Bewegung entstehen die zentralen Provinzial- und Landesverbände der Industrie, so in Pommern 1900, Sachsen und Bayern (1902), Baden, Württemberg, Elsaß-Lothringen usw. (1906). Diese Bewegung wurde durch ein besonderes Ereignis noch unterstützt, durch die Neuregelung der Handelsverträge. Auch hier ist es wieder wesentlich die Verarbeitungs-, Verfeinerungs- und Fertigindustrie, die sich neue Organisationen schafft, sowohl Zweckverbände, nämlich die Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen (1897), den Deutsch-Russischen Verein zur Pflege und Förderung gegenseitiger Handelsbeziehungen (1899), den Handelsvertragsverein (1900), als späten Ausläufer den Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein (1904), wie auch eine große Zahl von Fachverbänden, besonders in der Textil-, Leder-, Papier-, Holz- und Nahrungsmittelindustrie. Das Anschwellen der Fach-, Zweck- und Zentralverbände ist absolut betrachtet noch gewaltiger als das der Kartelle und reinen Arbeitgeberverbände. Während wir bis zu Beginn des Jahres 1880 nur das Vorhandensein von 74 dieser Verbände feststellen, ist ihre Zahl bei Beginn des Jahres 1890 auf 126 gestiegen, und für das Jahr 1907/08 finden wir eine Gesamtzahl von 522 dieser Verbände. In der Zahl 522 sind aber alle diejenigen Organisationen noch nicht mit berücksichtigt, welche Zweigverbände (Untergruppen, Ortsgruppen) eines Fach-, Zweck- oder Zentralverbandes sind. Die Zahl dieser Unterverbände stellte sich auf nicht weniger als 4983, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß eine ganze Reihe dieser Ortsgruppen oft nicht zahlenmäßig erfaßt werden kann. Man wird deshalb die Gesamtzahl der Ortsgruppen von Fach-, Zweck- und Zentralverbänden mit 5200 eher zu niedrig als zu hoch veranschlagen. So ermittelten wir 255 Ortsvereine von Haus- und Grundbesitzern, 753 kleinere Bezirks- und Ortsvereine von Gastwirten, 140 lokale Verkehrsvereine sowie 546 Zweigvereine und Ortsgruppen der Kolonialgesellschaft, 1130 Zweigverbände von Organisationen gewerblicher Unternehmer im engeren Sinne. Außerdem hat das Kleingewerbe noch eine Fülle von lokalen Organisationen. Nach der letzten hierüber vorliegenden Reichsstatistik von 1908 wurden 12 726 gewerbliche Vereinigungen festgestellt, darunter nur 3164 Zwangsinnungen, aber 8147 freie Innungen

und 1415 Gewerbevereine. Die gewerblichen Produktiv- und Rohstoffgenossenschaften (276 bzw. 296) sind bisher ohne erheblichere Bedeutung. Die Einkaufsgenossenschaften des Kleinhandels entwickeln sich und haben einen besonderen Verband deutscher kaufmännischer Genossenschaften mit etwa 160 Einzelgenossenschaften gebildet.

Erwähnt sei noch, daß etliche Zweckverbände, die aus der Industrie hervorgegangen sind und für deren Interesse weiter wirken, Bedeutung für viel größere Kreise gewonnen haben, so z. B. die Organisationen der Versicherungsnehmer im Deutschen Versicherungs-Schutzverband usw., die Ständige Ausstellungskommission für die Deutsche Industrie und der Zentralverein für Deutsche Binnenschiffahrt.

Auch dieses Gebiet des deutschen Vereinswesens zeigt also in seiner Gesamtheit ein imposantes Bild. Die Mängel, die es aufweist, liegen in der mehrfach erwähnten Eigenart von Industrie, Handel und Gewerbe begründet. Gewiß bringt es Nachteile mit sich, daß die Zahl der Zentralverbände und der ihnen sehr ähnlichen Zweckverbände beträchtlich ist. Neben dem schon erwähnten Zentralverband Deutscher Industrieller, dem Bund der Industriellen, dem Handelsvertragsverein usw. ist noch zu nennen der 1861 gegründete Deutsche Handelstag, der als freie Vereinigung jetzt alle Handelskammern und gleichstehenden Korporationen umschließt, ferner die Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände und der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände (beide 1904), der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag, der als freie Vereinigung seit 1900 alle Handwerks- und Gewerbekammern umfaßt, der Zentralausschuß der vereinigten Innungsverbände, die Deutsche Mittelstands-Vereinigung (1904), die Mittelstands-Vereinigung für Handel und Gewerbe (1908), der Deutsche Zentralverband für Handel und Gewerbe (1888), der Verband Deutscher Gewerbe- und Handwerkervereinigungen (1890) usw. Die verschiedenartigen Richtungen, die durch die eben aufgezählten Organisationen dargestellt werden, haben sich meist 1909 im Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie zusammengefunden. Von welcher Bedeutung eine solche dauernde Einigung sein kann, braucht nicht erörtert werden.

Arbeiter, Privatangestellte, liberale Berufe, Beamte.

Wie die Unternehmer so haben sich auch die Arbeiter und die Angestellten ein umfassendes wirtschaftliches Vereinswesen geschaffen.

Die Organisation der Arbeiter ist infolge des so außerordentlich regen sozialpolitischen Interesses, das seit Jahrzehnten in allen Schichten unseres Vaterlandes herrscht, zweifellos von allen freien Organisationsformen der Allgemeinheit am vertrautesten. Auch die Kreise, die dem wirtschaftlichen Erwerbsleben fern stehen, wissen, daß außer der Landwirtschaft, wo diese Bestrebungen noch nicht festen Fuß fassen können, es kaum noch einen Erwerbszweig gibt, der nicht starke Fachorganisationen der Arbeiter aufweist.

Die Notwendigkeit der Zentralisierung ist von den Arbeiterorganisationen von vornherein erkannt und zur Tat gemacht worden. Kaum war Ende 1868 als erster Hirsch-Dunckerscher Gewerkverein ein Ortsverein der Deutschen Maschinenbauer gegründet worden, so begann auch schon die Zentralisation der Ortsvereine zu Deutschen Gewerkvereinen und im Frühjahr 1869 deren Zusammenschluß zum Verband Deutscher Gewerkvereine. Die Gewerkschaftsbewegung sozialdemokratischen Charakters begann sogar mit der Gründung eines Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und besitzt nach verschiedenen Übergängen (Deutscher Gewerkschaftsbund usw.) heute ihren Zentralpunkt in der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (1887 bzw. 1890), in der die Zentralausschüsse der als freie Gewerkschaften bezeichneten sozialdemokratischen Arbeiterfachverbände zusammengeschlossen sind. An der Spitze der christlichen Gewerkschaften, die interkonfessionell sind, d. h. katholische und protestantische Arbeiter umfassen wollen, steht der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands (1899). Neuerdings erstarken auch die nationalen Arbeitervereine, die sich 1907 zu einem Bund vaterländischer Arbeitervereine zusammengeschlossen haben.

Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jahrgang 1910, weisen die einzelnen Gewerkschaftsarten folgende Mitgliederzahlen auf: Freie Gewerkschaften: 60 Zentralverbände mit 11 725 Zweigverbänden und 1 832 667 Mitgliedern; 22 Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine mit 2102 Ortsvereinen und 108 028 Mitgliedern; 23 Christliche Gewerkschaften mit 3856 Ortsvereinen und 270 751 Mitgliedern; 118 vaterländische Arbeitervereine mit 24 657 Mitgliedern; 85 gelbe Arbeitervereine und Werkvereine mit 71 346 Mitgliedern; 4631 konfessionelle Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine mit 635 570 Mitgliedern.

Die Organisation der Privatangestellten hat in den letzten Jahren ganz besondere Fortschritte gemacht. Zwar geht die Gründungszeit teilweise gerade der größten Verbände bis in die 80er Jahre und weiter zurück. Von einer Privatangestelltenbewegung kann man aber erst sprechen, seitdem eine für die große Mehrzahl von ihnen bedeutungsvolle Frage, die staatliche Pensions- und Hinterbliebenenversicherung, aktuell geworden ist. Hierfür hat sich 1901 auch ein Zweckverband, der Hauptausschuß zur Herbeiführung einer staatlichen Pensions- und Hinterbliebenenversicherung für die Privatangestellten, gebildet, dem die meisten Vereine von Privatangestellten beigetreten sind. Eine Zentralorganisation aller Privatangestelltengruppen besteht nicht. Doch hat sich 1905 ein sozialer Ausschuß von Vereinen technischer Privatangestellter gebildet, der alle sozialpolitischen Angelegenheiten der Privatangestellten in den Kreis seiner Beratung ziehen will und alle organisierten Techniker in sich vereinigt. Auch der Deutsche Privatbeamtenverein (1881) beschäftigt sich mit den Gesamtinteressen der Privatangestellten, pflegt aber in erster Linie die Pensions- und Hinterbliebenenversicherung auf Gegenseitigkeit.

Wir kommen zu den Fachverbänden der Privatangestellten, die sich fast für jede Gruppe über das ganze Reich hin erstrecken und zahlreiche lokale Organisationen in sich schließen. Die ältesten und zum Teil bedeutendsten Privatangestellten-Verbände stehen meist auf paritätischer Grundlage und umschließen recht erhebliche Prozentsätze von Arbeitgebern. Hier sind insbesondere zu nennen: der Verein für Handlungskommis von 1858 (Hamburg), der Verband katholischer kaufmännischer Vereine (1878), der Verband reisender Kaufleute Deutschlands (1884), der Verband Deutscher Handlungsgehilfen, Leipzig. Anders der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband (1895), der mit den christlichen Gewerkschaften Beziehungen unterhält, der Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands, der Verband der Lagerhalter und der Zentralverein der Bureauangestellten Deutschlands, die alle drei zu den freien Gewerkschaften in Beziehungen stehen. Der Verein der Deutschen Kaufleute gehört zu den Gewerkvereinen Hirsch-Dunckerscher Richtung. Auch die Bankbeamten und die Buchhandlungsgehilfen besitzen mehrere Organisationen.

Unter den Technikerorganisationen sind die älteren ebenfalls paritätisch, so der größte und älteste, der Deutsche Techniker-Verband (1884), auch der Deutsche Werkmeister-Verband. Reine Arbeitnehmervertretung ist der Bund der technisch-industriellen Beamten (1904). Spezielle Fachverbände haben sich geschaffen die Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine, die technischen Schiffsoffiziere, die Zuschneider, die Faktoren, die Brennmeister, die Brau- und Malzmeister, die Eisenbahntechniker der Staatseisenbahnen, die Privateisenbahnbeamten, die Gruben- und Fabrikbeamten, die Zeichner usw.

Neben dem Verband Deutscher Bureaubeamten (1887) stehen wiederum spezielle Fachverbände für die Gewerkschaftsbeamten und Arbeitersekretäre, für die Krankenkassen- und Berufsgenossenschafts-Bureaubeamten, für die Rechtsanwalts- und Notar-Bureaubeamten. Neben dem Verband aller Güterbeamtenvereine Deutschlands stehen als spezielle Fachverbände der Verein Deutscher Molkereibeamten, der Allgemeine Stallschweizerbund, der Verband der landwirtschaftlichen Bureaubeamten, der Verein für Privatforstbeamte Deutschlands, der Reichsverband der Trichinen- und Fleischbeschauervereine. Auch die liberalen Berufe unter den Privatangestellten haben sich organisiert, so die Bühnenangehörigen (1871), die konditionierenden Apo

theker (1904), die Redakteure (1902) die praktischen Volkswirte (1901), die Privatschullehrer und -lehrerinnen (1881).

Aber auch die liberalen Berufe, die in keinerlei Dienstvertragsverhältnis stehen, haben sich nicht nur Organisationen zur Pflege von Fach- und Standesinteressen gebildet, sondern zum Teil bereits große Vereine zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen. Am ältesten ist wohl der Deutsche Schriftsteller-Verband (1887), am größten der Verband Deutscher Journalisten- und Schriftstellervereine, der besonders durch die damit in Verbindung stehende Münchener Pensionsanstalt Segen stiftet. Neuerdings tritt in der Öffentlichkeit viel hervor der Wirtschaftliche Verband der Ärzte, mit dem Sitz in Leipzig. Daneben wirken zahlreiche regional begrenzte Organisationen; auch solche offiziellen Charakters als Anwaltskammern, Ärztekammern, Apothekerkammern.

Von den Staats- und Kommunalbeamten haben sich besonders die mittleren und unteren Rangklassen schon seit geraumer Zeit zu Fachverbänden über das ganze Reich hin zusammengeschlossen. Die Spezialabteilungen des Eisenbahn-, Post-, Bau-, Justiz- usw. Ressorts sind daran fast ausnahmslos beteiligt. Von den größten Vereinen dieser Art seien genannt: Verband mittlerer Reichs-Post- und Telegraphenbeamten, Verband deutscher Post- und Telegraphen-Unterbeamten, Eisenbahnassistenten-Verband der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft und der Reichseisenbahnen, Zentralverband der Gemeindebeamten Preußens, Verband deutscher Militäranwärter. Seit kurzem haben sich einige Teile dieser Beamtenschichten in einem Zentralverband zur Wahrung wirtschaftlicher Interessen, dem Bund der Festbesoldeten (1909), vereinigt. Das Bestehen des Deutschen Pfarrervereins, die Gründung des Deutschen Richterbundes (1909) zeigt, daß auch die höheren Beamten eine Organisation im Interesse ihres Standes für notwendig zu erachten beginnen. Die meisten Vereinigungen von Beamten und zwar auch von höheren gehören dem Verbande Deutscher Beamtenvereine in Berlin an.

Öffentlich-rechtliche Korporationen.

Besonders bezeichnend für die Bedeutung der freien Organisation ist, daß sich auch die Kommunen mehr und mehr zu Zentral- und Zweckverbänden zusammenschließen, um bestimmte Aufgaben gemeinsam zu lösen. Ein ständiger Verband der größeren deutschen Städte und Städtevereinigungen, der Deutsche Städtetag, ist Ende 1905 ins Leben gerufen worden. Eine Vereinigung aller deutschen Städte und Landgemeinden mit weniger als 25 000 Einwohner, der Reichsverband Deutscher Städte, hat sich 1910 gebildet. — Andere freie Organisationen von öffentlich-rechtlichen Korporationen wurden schon unter „Industrie, Handel und Gewerbe" genannt (Deutscher Handelstag usw.). Es seien noch hinzugefügt der Verband Deutscher Berufsgenossenschaften und der Zentralverein der Ortskrankenkassen Deutschlands.

Konsumenten.

Alle die vorgenannten Gruppen von Vereinen zur Vertretung wirtschaftlicher Interessen umschließen Mitglieder, die durch ihren Beruf, Stand oder öffentlich rechtliche Stellung in besonderen Beziehungen zueinander stehen. Es haben sich aber auch Organisationen mit wirtschaftlichen Zielen gebildet, die diese Grenzen überspringen und jeden umschließen wollen, der am Konsum — das Wort im weitesten Sinne genommen — einer bestimmten Sache Interesse hat. Dies ist das Hauptgebiet der Genossenschaften. Den reinsten Typus finden wir in den Konsumvereinen selbst, deren Gesamtzahl nach der neuesten Feststellung nicht weniger als 2111 beträgt. Auch ein Zentralverband Deutscher Konsumvereine besteht, der eine Großeinkaufsgesellschaft unterhält. Ferner gehören hierher die Wohnungs- und Baugenossenschaften (843), die sich zum Teil auch in besonderen Zentralorganisationen, so in dem Verband der auf der Grundlage des gemeinschaftlichen Eigentums stehenden deutschen Baugenossenschaften, zusammengeschlossen haben. Daneben besteht auch noch ein allgemeiner Verband

der deutschen Mietervereine, der deren Interessen gegenüber den Hausbesitzern wahren will. Schließlich gehört hierher auch die größte Gruppe aller Genossenschaften, nämlich die der Kreditgenossenschaften; denn wenn von den 16 106 Kreditgenossenschaften ein Teil auch gleichartige Gewerbetreibende, besonders Landwirte umfaßt, so ist dies doch keine grundsätzliche Beschränkung dieser Genossenschaftsart, die sich vielmehr an jeden wendet, der eine Erleichterung der Kreditgewährung erstrebt. Infolgedessen sind die Kreditgenossenschaften nicht nur in dem schon erwähnten Darmstädter Reichsverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften, sondern neben Konsum-, Bau-, Rohstoff- usw. Genossenschaften auch in dem Allgemeinen Verbande der auf Selbsthilfe beruhenden Deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften zu finden.

Wir sahen, daß unter den Vereinen mit ideellen Zielen diejenigen ausgesprochen nationalen Charakters an sich bereits einen bedeutsamen Platz einnehmen. Es ist aber noch erfreulicher, feststellen zu können, daß auch bei der überwiegenden Mehrzahl aller anderen (nicht sozialdemokratischen) Organisationen das nationale Moment nicht fehlt, und zwar ebensowohl bei denen mit wirtschaftlichen wie bei denen mit ideellen Zwecken. „Viele der bestehenden Vereine und Verbände führen das Wort ‚deutsch' in ihrem Titel, zunächst, um ihren Wirkungsbereich und Mitgliederbestand geographisch abzugrenzen. Aber bei der ganz überwiegenden Zahl dieser Organisationen hat dieses Wort noch eine vielsagende und lebendige Bedeutung: ausdrücklich oder stillschweigend lassen sie sich bei ihren Arbeiten und Bestrebungen von dem Gedanken der Vaterlandsliebe, der Förderung des Ansehens des deutschen Namens im In- und Auslande leiten. Überall sehen wir bei den Vereinen und Verbänden einen regen patriotischen Sinn in Worten und Taten zutage treten, der die materiellen mit höheren ethischen Zielen und Bestrebungen in Beziehung bringt, und dadurch dem wirtschaftlichen Zusammenschlusse einen weit über seinen ursprünglichen Zweck und Grundgedanken hinaus wachsenden Wert verleiht." —

Auf die innere Struktur, das Wesen und die Arbeiten all dieser Vereine einen Blick zu tun, ist außerordentlich reizvoll, erfordert aber bei ihrer Fülle und Vielseitigkeit eingehende Spezialuntersuchungen. Über die einzelnen Arten der Vereine und ihr Wesen unterrichten: Volkswirtschaftliches Handbuch, Band I der Schriften des Deutschen Volkswirtschaftlichen Verbandes, Berlin 1909; Albrecht, Handbuch der sozialen Wohlfahrtspflege, Berlin 1902; Die Wohlfahrtseinrichtungen Berlins und seiner Vororte, Berlin 1904; Krueger, Historische und kritische Untersuchungen über die freien Interessenvertretungen von Industrie, Handel und Gewerbe in Deutschland (in Schmollers Jahrbuch, Leipzig, 1908/09); Denkschriften des Reichsamtes des Innern zur Kartellenquete, Berlin, 1906; Keßler, Die Deutschen Arbeitgeberverbände, Leipzig, 1907; Kulemann, Die Berufsvereine, Jena, 1908; Jahr- und Adreßbuch der Deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, herausgegeben von der preußischen Zentralgenossenschaftskasse; Jahrbuch des Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften; Jahrbuch des Reichsverbandes der Deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften; Volkswirtschaftliche Blätter, Berlin 1903—1910, darin u. a. Sundermann, Zur Entwicklung des landwirtschaftlichen Vereinswesens in Deutschland (1903), Rocke, Wirtschaftlicher Zusammenschluß im Wechsel der Zeiten (1908).

Versicherungswesen.

Von Professor Dr. **Alfred Manes**, Berlin.
Generalsekretär des Deutschen Vereins für Versicherungs-Wissenschaften.

Unter den zahlreichen ideellen und materiellen Kulturfaktoren, die in ihrer Gesamtheit Deutschland als Weltmacht geschaffen haben und aufrecht erhalten, nimmt das Versicherungswesen einen hervorragenden Platz ein. Soweit sich dieses als soziale Arbeiterfürsorge darstellt, ist es von anderer Seite in diesem Werke behandelt worden; hier besteht nur die Aufgabe, den Zusammenhang klar zu legen zwischen der Privatversicherung und der Weltmachtstellung unseres Vaterlandes. Diese Aufgabe will mir um so lohnender scheinen, als selbst Fachleute gelegentlich nicht genau darüber unterrichtet sind, wie tief die Privatversicherung in die überwiegende Mehrzahl aller Familien, aller geschäftlichen Unternehmungen, aller industriellen wie landwirtschaftlichen Betriebe hineinragt. So eng ist unser ganzes modernes Wirtschafts- und Kulturleben mit der Versicherung in ihren zahlreichen Erscheinungsformen verknüpft, so sehr sind wir, ohne es zu merken, mit der Versicherung verbunden, daß wir ihre Segnungen als etwas ganz Selbstverständliches hinnehmen und uns gar nicht klar darüber werden, was diese Versicherung für das gesamte Leben der Gegenwart bedeutet. Denken wir uns einmal die Versicherung ausgeschaltet, so würde mit einem Schlage das ganze Getriebe der Volks- wie der Weltwirtschaft zwar nicht still stehen, aber doch so sehr in seinem glatten Verlauf erschüttert werden, daß viele und große Katastrophen unausbleiblich wären. Ohne das Vorhandensein einer Feuerversicherung wäre San Franzisko, wenn überhaupt, jedenfalls nicht mit der gleichen Schnelligkeit und Pracht von Neuem auferstanden; ohne dieselbe Feuerversicherung gäbe es überhaupt nicht das, was heute als Immobiliarkredit, als Hypothekenwesen eine so wichtige Rolle spielt. Ohne die See- und Transportversicherung würde unser ganzer Export- namentlich unser Überseehandel ein so riskantes Geschäft sein, daß nur wenige sehr reiche Personen oder Unternehmungen sich ihm widmen könnten; ohne die Lebensversicherung wären viele tausend Familien bei dem wider Erwarten früh eintretenden Tode des Ernährers dem Elend preisgegeben; und das Fehlen einer Unfall- wie einer Haftpflichtversicherung würde zahlreiche Personen der Gefahr einer Verarmung oder wenigstens einer schweren Erschütterung ihrer wirtschaftlichen Existenz aussetzen.

So ist es nicht zu viel gesagt, wenn man die Behauptung aufstellt, daß die Versicherung das Rückgrat modernen Wirtschaftslebens, eine der Grundlagen wirtschaftlicher Machtentfaltung ist; und wenn Deutschland unbestritten als eine Weltmacht heute dasteht, so darf die deutsche Versicherung es sich stolz als Verdienst anrechnen, bei der Erkämpfung dieser Weltmachtstellung ein gut Teil mitgeholfen zu haben; wobei freilich nicht zu übersehen ist, daß die Versicherung ihrerseits wieder durch die mächtige Entwicklung unserer Nationalwirtschaft, unseres Volksvermögens, unserer Weltgeltung, die größten Vorteile erlangt hat.

Jede Versicherung will und soll dem Menschen als Wirtschaftssubjekt in Zeiten eines außerordentlichen Bedarfes, namentlich wenn ein solcher zufolge eines wirtschaftlich nachteiligen Ereignisses eintritt, helfen. Die Namen der einzelnen Ver-

sicherungsarten deuten schon an, in welchen Fällen sie uns einen Ersatz bieten sollen. Wir wissen sofort, wenn wir das Wort Hagelversicherung hören, daß diese dem Landwirt den Schaden ersetzen will, der ihm durch Vernichtung der Ernte zufolge Hagelschlages erwächst. Die See- und Transportversicherung hat die Aufgabe den Schaden zu ersetzen, der jemandem zufolge irgendeiner der zahlreichen Gefahren zur See oder zu Lande erwächst, welchen transportierte Waren oder Transportmittel, namentlich Schiffe, unterworfen sind. Weniger klar, weil zu umfassend, veranschaulicht das Wort Lebensversicherung den Inhalt dieser wichtigsten Art der Personenversicherung, denn unter Lebensversicherung zusammengefaßt werden die Versicherungen auf den Erlebensfall wie auf den Todesfall, die Kapital- wie die Rentenversicherung, die Militärdienst- wie die Aussteuerversicherung; ja selbst die Leistungen einer Versicherungsanstalt bei Erkrankung bei einem Unfall, bei Erwerbsunfähigkeit, Invalidität des Versicherten, werden als Lebensversicherung im weitesten Sinne bezeichnet. Auch die so weit verbreitete für die wirtschaftlich schwachen Klassen der Bevölkerung wichtige Versicherung kleinerer Beträge, namentlich auf den Todesfall, die sogen. Volksversicherung, fällt unter diesen Begriff.

Wenn man sich nun vorstellt, daß eine außerordentlich große Zahl Deutscher an dieser oder jener Versicherung beteiligt ist und hierdurch die Möglichkeit hat, beim Eintritt selbst größerer Katastrophen durch Elementarereignisse wie Feuer oder Hagel oder Sturm, oder durch wirtschaftlich nachteilige Ereignisse anderer Art, einen Ersatz wenigstens für die finanzielle Benachteiligung zu erhalten, so wird man ohne weiteres einsehen, daß die Versicherung einen ruhigeren, gleichmäßigeren Gang unserer Produktion, unseres Handels und Verkehrs ermöglicht.

Aber nicht nur auf die Produktion anregend und fördernd wirkt die Versicherung, sie gewährt vielmehr auch die Möglichkeit Vermögen zu erhalten wie Einkommen zu bilden; sie stärkt oder schafft womöglich erst den Kredit und befruchtet so die heimische Volkswirtschaft.

Der innige Zusammenhang von Wirtschaftsleben und Versicherungswesen kommt uns kaum in seiner ganzen Fülle zur Erkenntnis, ebensowenig die Tatsache, wie die verschiedenen Kulturstufen verschiedene Stufen der Entwicklung des Versicherungswesens bedingen. Schon ein flüchtiger Blick auf die Verschiedenheit der Versicherungssysteme in einer Reihe wichtiger Kulturländer dürfte die Berechtigung dieser Behauptung zeigen. Ist doch die Versicherung ein typisches Dokument des Fortschritts der Kultur und kann sie doch zweifelsohne als ein Gradmesser der ökonomischen und moralischen Entwicklungsstufe der Völker gelten; denn die Ziffern für die Versicherungsdichtigkeit eines Landes sind das Barometer für die wirtschaftliche Vorsicht und Voraussicht der Bevölkerung. Die Struktur der Versicherungseinrichtung eines Landes gibt einen untrüglichen Beweis für die politische, soziale und wirtschaftliche Reife des Volkes. In England und den Vereinigten Staaten von Amerika finden wir das individualistisch-privatwirtschaftliche System der Versicherung. Hier herrscht ausschließlich die Privatversicherung. Eine Arbeiterversicherung in unserem Sinne fehlt so gut wie vollständig und selbst da, wo es den Anschein hat, als ob soziale Gesichtspunkte die Staatsregierung veranlaßt haben, eine Versicherung für die Arbeiter und die ihnen nahestehenden Volksklassen zu dekretieren, sind Träger dieser Versicherung die Privatanstalten, in erster Linie Versicherungs-Aktiengesellschaften. Wie anders stellt sich das Bild dar, wenn wir die Staaten des Australischen Bundes und Neu-Seeland, das Land der staatssozialistischen Experimente, ins Auge fassen. Da finden wir eine uns vollkommen sozialistisch anmutende allgemeine Staatsbürgerversorgung. Zwischen beiden Extremen, dem starren Individualismus der Vereinigten Staaten von Amerika auf der einen Seite, dem weitgehenden Sozialismus in der öffentlichen Fürsorge Australasiens auf der anderen Seite, steht das Deutsche Reich. In ihm sehen wir sowohl eine blühende individualistische Privatversicherung wie auch die mächtigste und ausgebildetste soziale Versicherung.

Wer von der hohen Warte vergleichender Kulturgeschichte oder vergleichender Politik aus die Struktur der Versicherung innerhalb des Deutschen Reiches betrachtet, der kann nicht in den schweren Fehler verfallen, der Meinung Ausdruck zu geben, daß unsere Arbeiterversicherung etwas Willkürliches, etwas nicht organisch Bedingtes ist. Der kann aber ebensowenig Gegner der Privatversicherung sein wollen. Der muß vielmehr zu der Überzeugung gelangen, daß beide großen Äste am Baume der Versicherung Luft und Licht und Nahrung genug haben, sich zu entfalten, neue Zweige, Blätter, Blüten und Früchte anzusetzen und zu treiben, ohne daß sie sich gegenseitig in ihrer Entwicklung zu hindern brauchen.

Was wir aber in Deutschland sehen, das Nebeneinander des Individual- und des Sozialsystems der Versicherung, das finden wir auch in den meisten anderen Ländern Europas. Auch in diese dringt schneller oder langsamer die soziale Versicherungsidee, die, seit knapp einem Vierteljahrhundert in die Praxis umgesetzt, auch für die Privatversicherung von ganz enormer, noch lange nicht genug gewürdigter Bedeutung geworden ist. Sie hat die Idee der Versicherung in die weitesten Volkskreise getragen, hat die Bedeutung der Assekuranz ganzen Bevölkerungsgruppen nahegebracht, welchen vorher jegliches Verständnis für irgendeine Versicherung fehlte. Wie wäre es sonst zu erklären, daß zeitlich übereinstimmend mit der Entwicklung der deutschen Arbeiterversicherung auch die deutsche Volksversicherung einen so enormen Aufschwung genommen hat? Sind es doch durchweg dieselben Kreise, welche zwangsweise in der Sozialversicherung sind, die dann freiwillig Volksversicherungspolicen nehmen. Das Bedürfnis nach Versicherung, durch diese Zwangsgesetze geweckt, dürfte eine noch kaum geahnte weitere Entwicklungsfähigkeit besitzen, die von der Privatversicherung ausgenutzt werden wird.

Wenn man aber auch manche Parallele in der Entwicklung des Versicherungswesens gerade in den europäischen Staaten ziehen kann, so findet man doch bei näherem Zusehen wieder höchst charakteristische Abweichungen in der Entwicklung in den einzelnen Ländern, die bedingt werden durch psychologische oder sonstige Verschiedenheiten der Bevölkerung. Nur ein Beispiel mag hier angeführt werden: der auffallende Unterschied in der Gestaltung des Lebensversicherungsgeschäfts in Deutschland auf der einen, in Frankreich auf der anderen Seite. Jahr für Jahr wird seitens der französischen Anstalten darüber geklagt, wie doch die eigentliche Lebensversicherung in Frankreich so wenig entwickelt sei; aber alle Versuche, ihr eine größere Verbreitung zu geben, schlagen fehl. Der Bestand an eigentlichen Lebensversicherungspolicen (Kapitalversicherungen auf den Todes- oder den Erlebensfall) ist bei den deutschen Gesellschaften rund dreimal so groß als bei den französischen. Selbst bei Berücksichtigung des nicht unerheblichen Unterschieds in der Bevölkerungsziffer beider Länder ergibt sich, daß die Lebensversicherung in Frankreich weit hinter der in Deutschland zurückbleibt. Dagegen ist die Rentenversicherung, obwohl Frankreich weit weniger Menschen zählt, jenseits der Vogesen weit entwickelter als in Deutschland. Es laufen bei den französischen Gesellschaften Jahresrenten auf rund 100 Millionen Francs, bei den deutschen Gesellschaften aber nur für etwa 20 Millionen Mark. Die Verschiedenheit des Geschäftsbetriebes gerade bei der Lebensversicherung in den beiden Ländern läßt sich noch weiter verfolgen, wenn man zum Beispiel die Anlage des Gesellschaftsvermögens ins Auge faßt. Bei den deutschen Anstalten waren rund 85 Proz. des Kapitals in Hypotheken angelegt, bei den französischen dagegen nur 6 Proz. An Grundbesitz hatten die deutschen Anstalten rund 70 Millionen Mark, dagegen die französischen nicht weniger als etwa 570 Millionen Francs.

Ein Blick auf die Entwicklung neuer Versicherungszweige der Privatversicherung zeigt, daß die Mannigfaltigkeit der Branchen gerade in unseren Tagen in steter und erfreulicher Zunahme begriffen ist. Dabei läßt sich ein Doppeltes feststellen: einmal, daß die fortschreitende Kultur immer neue Gefahren für den Menschen und seine Güter mit sich bringt, dann aber, daß die Menschen immer mehr lernen, durch Bildung von

Versicherungsgemeinschaften, gleichviel welcher Rechtsform, diese neuen Gefahren auszugleichen.

Die Gestaltung der Privatversicherung etwa in den letzten 50 Jahren zeigt eine geradezu überraschende Analogie zur Entwicklung des Bankwesens und der Industrie in Deutschland. Wie die Zeiten einer allgemeinen günstigen wirtschaftlichen Lage industrielle Gründungen, namentlich solche von Aktiengesellschaften, angeregt haben, so zeigen auch stets Perioden des Aufschwungs die Zunahme in der Gründung von Versicherungsgesellschaften. Die eigentliche Gründungszeit für das Versicherungswesen war, von den Pionieren aus früheren Jahrzehnten abgesehen, die Mitte des vorigen Jahrhunderts. Die 1850er Jahre waren bekanntlich eine der wichtigsten spekulativen Perioden, die Deutschland bisher erlebt hat. Allein in den Jahren 1853 bis 1857 ist weit mehr als die Hälfte von 50 großen deutschen Versicherungsanstalten mit einem Kapital von mehr als 60 Millionen Talern gegründet worden.

Im Bankwesen herrscht bekanntlich seit längerer Zeit schon die Tendenz der Umwandlung von Privatbanken in Aktiengesellschaften. Dem entspricht das Verschwinden der Einzelversicherer. Und wie häufig genossenschaftliche Bankunternehmungen von Aktiengesellschaften aufgesogen werden, so finden wir im Versicherungsbetrieb den Übergang von Gegenseitigkeits-Vereinen in die Form von Aktiengesellschaften. Als weiterer Markstein der neueren Entwicklung ist die Erscheinung hervorzuheben, daß die verschiedenen Unternehmungsformen, welche wir im privaten Versicherungswesen finden, sich untereinander in bezug auf ihre Organisation und Verfassung immer näher kommen. Die Aktiengesellschaften haben in gewisser Weise Grundsätze der reinen Gegenseitigkeitsanstalten angenommen, vor allem die Beteiligung der Versicherten am Gewinn, während auf der anderen Seite die Gegenseitigkeitsvereine Vorteile, welche die Aktiengesellschaften den Versicherten bieten, nämlich feste Prämien, immer mehr bevorzugt haben. Auch darauf ist aufmerksam zu machen, daß gelegentlich Gegenseitigkeitsvereine jede Verbindlichkeit ihrer Mitglieder dadurch beseitigt haben, daß sie mit anderen, vielleicht von ihnen selbst gegründeten Anstalten Verträge zur Leistung etwa erforderlich werdender Nachschüsse abgeschlossen haben. So herrscht heute im Versicherungswesen genau betrachtet weder das Gegenseitigkeits- noch das Aktienprinzip, vielmehr herrscht die Unternehmungsform vor, welche sowohl vom Aktien- wie vom Gegenseitigkeitsprinzip etwas hat, der gemischte Betrieb.

Wie wir bei den Banken eine immer mehr zunehmende Verschmelzung und Vereinigung wahrnehmen können, so auch bei den Versicherungsanstalten (die jedoch andrerseits auch wieder die Tendenz einer Zersplitterung zeigen). Freilich sind es nicht immer dieselben Motive, welche zur Fusionierung von Banken führen, die auch eine Verschmelzung der Versicherungsanstalten zur Folge haben. Im Versicherungswesen war wohl, wenigstens in den letzten Jahren, ein Hauptgrund der Fusionierung die besonders für junge Anstalten sehr große Schwierigkeit, den an sie gestellten Anforderungen der Aufsichtsbehörde zu entsprechen. Allein, dem mächtigen Emporsteigen der führenden Bankhäuser entspricht doch genau die ebenso schnelle und über alles Erwarten starke Entwicklung der führenden großen deutschen, englischen und bis vor wenigen Jahren noch der amerikanischen Riesengesellschaften. Die Zahl der beschäftigten Personen, der Angestellten auf den Bureaux wie der Außenbeamten, wächst ganz enorm; die großen Betriebe werden immer größer, während die Zunahme in der Zahl neuer Gründungen immer kleiner wird. Bei den Banken wie bei den Versicherungsanstalten nehmen die Kapitalien gewaltig zu; hier wie dort bringt der überseeische Verkehr einen ausgedehnten Geschäftsbetrieb im Auslande mit sich.

Und wie so auf der einen Seite eine dem Bankwesen entsprechende Entwicklung im Versicherungswesen wahrzunehmen ist, so zeigt sich ein entsprechendes Bild bei einem Vergleiche zwischen Industrie und Warenhandel und dem Versicherungswesen. Auch hier sehen wir, was wohl kaum eines Nachweises bedarf, aber häufig genug nicht beachtet wird, wie der große Zug, der die letzten Jahrzehnte der Entwicklung der

Volkswirtschaft beherrscht, in allen seinen einzelnen Ausstrahlungen auch im Versicherungswesen zum Ausdruck gelangt.

Besonders deutlich wahrnehmbar ist die Übereinstimmung der Entwicklung des Versicherungswesens mit der industriellen hinsichtlich der Kartellbildung. Wie in der Industrie, so vereinigen sich auch im Versicherungsgeschäft die Unternehmer, um gemeinsame Vereinbarungen zu treffen, sei es hinsichtlich der Vertragsbestimmungen sei es hinsichtlich des Verkaufspreises der Versicherungsscheine.

Freilich sind diese Unternehmerverbände so alt wie die moderne Versicherung selbst, und in allen Ländern, in welchen das Versicherungswesen auch nur einigermaßen zur Entwicklung gelangt ist, treffen wir Versicherungskartelle an.

Es liegt auf der Hand, daß Unternehmerverbände im Versicherungswesen nicht willkürlich, wenigstens nicht für die Dauer ins Leben gerufen werden können, daß vielmehr ganz bestimmte Ursachen vorhanden sein müssen, um diese Bildungen zu ermöglichen Die Entstehungsgründe für die Versicherungskartelle sind im wesentlichen die für Kartelle überhaupt in Betracht kommenden: Heftigkeit des Konkurrenzkampfes, Zunahme in dem Kapitalrisiko, Abnahme der Gewinne, Zersplitterung der Betriebe zufolge der Regellosigkeit des Angebots und die hieraus entspringenden nachteiligen Wirkungen, Überproduktionen und Preisrückgang. Die Überproduktion äußert sich insbesondere in der enorm gesteigerten Konkurrenz unter den Agenten. Dazu kommt als besonderes Förderungsmittel der Kartellierung in Deutschland: die im Gang befindliche Vereinheitlichung der Versicherungsgesetzgebung. Dieser Macht ist naturgemäß leichter, zahlreiche Unternehmungen zu einigen, da die allgemeinen Versicherungsbedingungen schon durch den Gesetzgeber annähernd gleichlautend gemacht und dadurch auch die Versicherungspreise auf eine ziemlich gleiche Stufe gebracht werden. So ist es kein Zufall, wenn mit dem Aufkommen der Versicherungsgesetzgebung eine ganze Reihe weiterer Versicherungskartelle entstanden ist.

Der Kartellierung der Unternehmungen treten auf der anderen Seite Kartelle der Versicherten gegenüber. Und als dritte Art von Zusammenschluß sind die mit den Bestrebungen der Versicherungsbeamten, insbesondere der Agenten zur materiellen und moralischen Hebung ihres Standes zusammenhängenden Vereinigungen zu vermerken.

So wenig beachtet wie die meist in aller Stille arbeitenden Kartelle ist die ebenfalls wohl vorwiegend der neuen Zeit angehörige Filialisierung von Versicherungsunternehmungen. Das will sagen: die Gründung von Tochteranstalten. In zwei verschiedenen Formen tritt uns diese Erscheinung entgegen. Entweder gründen große Versicherungsunternehmungen, meist Rückversicherungsanstalten, eine oder mehrere Anstalten, welche die direkte Versicherung betreiben, oder aber es entstehen nach und nach, mit einer gewissen Personalunion, nur rein äußerlich verschiedene Unternehmungen, von denen die eine diese, die andere jene Versicherungsart betreibt.

Was die Entwicklung des inneren Betriebes anbelangt, so finden wir hier auf der einen Seite eine Fortbildung der Arbeitsteilung, auf der anderen eine Fortbildung der Arbeitsvereinigung, eine Konzentration.

Die Ziele der Entwicklung des Versicherungswesens machen sich nicht weniger geltend auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens, wie auf dem der Volkshygiene oder der Frauenbewegung. Nur anzudeuten brauche ich da gewisse Probleme, die zum Teil freilich ihre Lösung schon gefunden haben, um weite Perspektiven zu eröffnen.

Wie die Versicherung in das industrielle Leben immer mehr eindringt, das zeigt z. B. das Projekt einer Aufsichtsrat-Haftpflichtversicherung wie die Betriebsverlustversicherung. Die immer neu auftauchenden Vorschläge einer Ausgestaltung und Reform der Kreditversicherung, der Hypothekenversicherung, häufig in der Form der Hypothekentilgungs- oder Hypotheken-Lebensversicherung, die vielen Ansätze zu einer Streikversicherung, die Durchführung einer Boykottversicherung, vorläufig nur bei den Brauereien Deutschlands, die Sturmschädenversicherung und manche andere Er-

scheinung zeigen, wie die Versicherung ihre Aufgabe gegenüber der Industrie in immer umfassenderer Weise zu lösen versucht.

Aber auch in ganz anderen Gebieten sehen wir, daß der Versicherungsgedanke Verwertung findet. Ich erwähnte schon die Volkshygiene und brauche nur das Problem der Lebensversicherung abstinenter Personen anzudeuten, die vielen Versuche zur Versicherung minderwertiger Leben, um zu zeigen, daß die Versicherung auch den für unser ganzes Volk wichtigen hygienischen Bestrebungen gerecht zu werden versucht.

Nahe verwandt hiermit ist die so nachdrücklich namentlich aus Frauenkreisen geforderte Mutterschaftsversicherung, die freilich aus dem Gebiet der Privatversicherung herausfällt.

Die Eigenart der Versicherungstechnik weist die Unternehmungen der wichtigsten Versicherungszweige auf eine möglichst große räumliche Ausdehnung hin. Denn nur so ist eine rationelle Risikenverteilung, nur so die Durchführung einer Übereinstimmung der rechnungsmäßigen Grundlagen mit der Wirklichkeit zu erwarten. Nur wenn es sich um die Versicherung einer sehr großen Menge von Risiken handelt, kann das Gesetz der großen Zahl, auf welchem die Versicherungstechnik beruht, überhaupt zur Anwendung gebracht werden. Aus alledem ergibt sich mit einer gewissen Notwendigkeit die Internationalität des Versicherungsbetriebes und so erklärt sich die große Bedeutung des Auslandsgeschäfts der deutschen Privatversicherung, auf welche ich bereits in der 1905 vom Reichsmarineamt herausgegebenen Denkschrift über die Entwicklung der deutschen Seeinteressen im letzten Jahrzehnt, hingewiesen habe. Dieses Auslandsgeschäft, dieser Versicherungsexport hat sehr viel dazu beigetragen, der deutschen Privatversicherung zu der Weltstellung zu verhelfen, welche sie heute einnimmt.

Bereits in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts sehen wir, wie deutsche Feuerversicherungsanstalten in nicht deutschen Staaten und in überseeischen Ländern Versicherungsverträge abschließen. Zum Teil ist dieser frühe Versicherungsexport darauf zurückzuführen, daß die Gründer oder Aktionäre von Versicherungsgesellschaften auch finanziell an kolonialen Unternehmungen beteiligt waren. Allein zu einem wirklich bedeutenden Faktor wurde der Auslandsbetrieb der deutschen Anstalten erst, als nach dem Deutsch-Französischen Kriege der große Aufschwung eintrat. Nun war auch für die deutsche Privatversicherung der Augenblick gekommen, mit Macht hinauszudringen über die engen Grenzen des Vaterlandes und zahlreiche Gesellschaften folgten der Ausdehnung des deutschen Handels in der Weise, daß sie ihm im Auslande durch Begründung auswärtiger Geschäftsstellen Versicherungsschutz gewährten. Daneben kam dieser Betrieb auch dem ausländischen versicherungssuchenden Publikum zugute. Freilich waren die Erfahrungen, welche die deutschen Anstalten, namentlich auf dem Gebiete der Feuerversicherung im Auslande machten, nicht immer die günstigsten. Aber bis auf den heutigen Tag finden wir den internationalen Betrieb von führenden deutschen Gesellschaften, namentlich der Feuer- und der Transport-, in erster Linie aber der Rückversicherungsbranche aufrecht erhalten.

In der erwähnten offiziellen Denkschrift habe ich auf Grund amtlicher Ermittlungen eine Zusammenstellung der Interessen deutscher Versicherungsanstalten im Auslande gegeben und festgestellt, daß diese sich in China wie in Japan, in Indien, in Südafrika und Südamerika wie in den Vereinigten Staaten, ganz abgesehen von allen europäischen Ländern, finden. Und so ist es nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß, mag heute irgendwo eine große Stadt durch Feuer zerstört werden oder ein großes Handelsschiff auf irgend einem Meere untergehen, sehr häufig die deutsche Versicherung finanziell ebenso an der Deckung des Verlustes beteiligt sein dürfte wie Gesellschaften des Heimatstaates.

Es kann nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß durch die Einrichtung von Agenturen deutscher Gesellschaften im Ausland auf der einen Seite, durch die Übernahme von Rückversicherungen im Auslande durch die deutschen Gesellschaften auf der anderen Seite ein volkswirtschaftlich hochbedeutender Verkehr geschaffen worden ist,

der durchaus nicht nur der Versicherung als solcher zugute kommt. Die im Aufsichtsrat dieser Gesellschaften sitzenden Mitglieder pflegen häufig Großkapitalisten zu sein oder leitende Unternehmer der verschiedensten Industriegebiete, Spitzen von Handel und Gewerbe und es ist klar, daß auf diese Weise wohl häufig auch deutsche Industrie und deutscher Handel gefördert werden.

Weiterhin kommt das Interesse der deutschen Versicherung im Ausland auch in der Beteiligung an ausländischen Gesellschaften zum Ausdruck. Es ist in der Tat eine Reihe deutscher Anstalten an ausländischen Anstalten mit mehr oder minder erheblichen Summen beteiligt.

Ziffernmäßige Angaben über den Umfang des deutschen Versicherungsexports sind mangels ausreichend spezialisierter Statistik (da sowohl Transport- wie Rückversicherung der Staatsaufsicht und damit der offiziellen statistischen Erfassung gar nicht oder nur in geringem Umfange unterstehen) kaum möglich. Schätzungsweise kann vielleicht gesagt werden, daß von den gesamten Prämieneinnahmen der deutschen Versicherungsunternehmungen aller Zweige, welche auf $1^1/_2$ Milliarden Mark zu veranschlagen sind, etwa 15 Proz. ausländisches Geschäft darstellen. Demgegenüber sind die Ergebnisse, welche ausländische Anstalten in Deutschland erzielen, sicherlich geringer.

Die weitaus größte Bedeutung für das Ansehen der deutschen Versicherung im Auslande hat die deutsche Rückversicherung; sie ist es, welcher die Weltmachtstellung der deutschen Assekuranz hauptsächlich zu verdanken ist. Der Einfluß deutschen Unternehmungsgeistes und deutschen Kapitals, welcher in Gestalt der Rückversicherung in allen kultivierten Ländern und auf allen befahrenen Meeren der Erde ausgeübt wird, ist kaum jemals auch nur annähernd gewürdigt und geschätzt worden. Ein wunderbarer Eroberungszug ist es, den die deutsche Rückversicherung zurückgelegt hat. Die früher, etwa Mitte der sechziger Jahre, in Deutschland vorherrschend gewesenen ausländischen Rückversicherungsbureaus haben nur noch verhältnismäßig geringe Bedeutung und nur in wenigen Ländern innerhalb Deutschlands bestehen Rückversicherungsanstalten von nennenswerter Ausdehnung. Die Einnahmen der deutschen Rückversicherung übersteigen die der Rückversicherer der wichtigsten europäischen Länder zusammengenommen.

Allein es ergäbe sich ein schiefes Bild, würde an dieser Stelle nicht darauf aufmerksam gemacht werden, daß, während die Rückversicherung Deutschlands unbestritten in der Welt voran steht, auf dem Gebiet der Seeversicherung wie der Feuerversicherung manche Versicherungsanstalten Englands viele deutsche an Ausdehnung übertreffen. Beherrscher des internationalen Seeversicherungsmarktes ist die Londoner Seeversicherungsbörse der Lloyds Underwriters. Aber der große Aufschwung, welchen auch auf dem Gebiete der Feuer- und Seeversicherung Deutschland in den letzten 3 bis 4 Jahrzehnten genommen hat, läßt für die Zukunft das Beste hoffen.

Die friedliche Eroberung des Versicherungsweltmarkts durch die deutsche Rückversicherung hat eine hervorragende kulturelle Bedeutung, insofern hierdurch ein internationaler Gefahrenausgleich herbeigeführt wird, eine Atomisierung selbst der enormsten Risiken in der Weise, daß die großen direkt arbeitenden Versicherungsgesellschaften aller Länder bei deutschen Rückversicherern Deckung suchen, diese aber ihrerseits wieder häufig Retrozessionen, d. h. Rückversicherung des Rückversicherers bei anderen Anstalten, eintreten lassen. So ist das Geschäft weit mehr als eine rein kaufmännische Einrichtung; es ist ein häufig äußerst humanes, soziales, kulturförderndes Element im Weltverkehr der Nationen.

Während die deutsche Privatversicherung bei Ausdehnung des deutschen Handels diesem auf dem Fuße nachgefolgt ist und ihn in alle Länder der bewohnten Erde begleitet hat, wie sie sofort auch jeder technischen Neuerung, die neue Gefahren mit sich bringt, mit ihrem Schutze nachfolgt — den Eisenbahnen wie den Automobilen und den Luftschiffen — entschließt sie sich doch nur zögernd und bedachtsam, auch den deutschen

Kolonisten, den deutschen Auswanderern nach tropischen Gebieten zu folgen und ihnen ein umfassender Schutz zu sein. Dies liegt daran, daß man die Gefahren des tropischen Klimas für den Deutschen sehr schwarz ansieht. Allein es ist nicht zu bezweifeln, daß das fortschreitende Interesse an den deutschen Kolonien, die Zunahme in ihrer Besiedlung wie in den Kapitalsanlagen dortselbst, das Verlangen auch nach einer Versicherung der Menschen — nicht nur der Güter — immer stärker werden läßt und Hand in Hand hiermit die Versicherungstechnik Mittel und Wege findet, auch dem Deutschen in Ost- und Südwestafrika, in Neu-Guinea und Samoa und in allen anderen Kolonien ausreichenden Versicherungsschutz für sein Leben und seine Gesundheit zu gewähren.

Erklärlicherweise ist die Versicherung um so wertvoller, in je kritischeren Zeiten ihre Hilfe erfolgt. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet müßte man den Wert der Versicherung nach ihren Leistungen im Kriege ermessen. Allein im Kriegsfalle versagen die meisten Versicherungen in Deutschland wie im Auslande fast vollkommen. Eine rühmliche Ausnahme davon macht wohl nur die Lebensversicherung und hier steht wieder wohl an erster Stelle die deutsche. Bei zahlreichen deutschen Lebensversicherungsanstalten wird das Kriegsrisiko ohne weiteres übernommen, während andere gegen mäßige Prämienzuschläge diese Haftung einschließen oder beim Tod im Kriege wenigstens das angesammelte Deckungskapital den Hinterbliebenen auszahlen. Die übrigen Versicherungszweige aber gewähren im Kriege durchweg nicht den Schutz, den man erwarten sollte, weil sie zweifelsohne mit Recht der Auffassung sind, daß der Krieg unmeßbar große Schäden im Gefolge haben kann, und dies gilt namentlich für einen Seekrieg. Nur vereinzelt wird die Kriegsgefahr in die Seeversicherungspolice übernommen, aber erfahrungsgemäß steigen im Falle eines Seekrieges die Prämien zu einer derartigen Höhe, daß die Versicherungsmöglichkeit nur sehr gering ist. Es haben in Anbetracht dieser Tatsache sich schon in früheren Jahrzehnten auch in Deutschland Bestrebungen geltend gemacht, welche die Einführung einer staatlichen Seekriegsversicherung forderten und in der neuesten Zeit ist der Gedanke einer solchen während des Burenkrieges und während des Russisch-Japanischen Krieges in England aufgetaucht. Hier hat man mehr als in irgend einem anderen Lande vielleicht eingesehen, welche enormen Gefahren ein Seekrieg für die ganze heimische Volkswirtschaft im Gefolge hat, selbst wenn er letzten Endes günstig verläuft. Allein auf Grund eingehender Untersuchungen, welche man in England vorgenommen hat, ist man, von dem Axiom der Unüberwindlichkeit der englischen Flotte ausgehend, zu der Auffassung gekommen, daß man nicht das sekundäre Mittel der Seekriegsversicherung, sondern das primäre Mittel der Vorbeugung, d. h. einer möglichst starken, jedem Gegner überlegenen Flotte, als Rettung wählen müßte. Wir in Deutschland haben uns mit diesem Problem eines Seekrieges, seinen wirtschaftlichen Folgen, einer Seekriegsversicherung und mit allen den Dingen, welche hierher gehören, kaum eingehend genug befaßt. Auf alle Fälle hat aber die Privatversicherung, will sie die Machtstellung behalten, die sie inne hat, namentlich soweit sie dem Betrieb der Seeversicherung gewidmet ist, an einer starken deutschen Flotte nicht nur Interesse hinsichtlich ihres Auslandsgeschäfts, sondern auch in betreff des heimischen Versicherungsmarktes. Denn im Falle eines Seekrieges, gleichviel ob dieser günstig oder ungünstig verläuft, hat die heimische Schiffahrt, ja, die ganze Volkswirtschaft schwer zu leiden und hierdurch werden wieder die Versicherungsgesellschaften erheblich in Mitleidenschaft gezogen.

So sehen wir, wie eng das Wohl und Wehe der deutschen Versicherung mit der unangetasteten Weltmachtstellung Deutschlands verknüpft ist! . . .

Einige statistische Angaben nach Jránvi, dem in Wien erscheinenden Assekuranz-Jahrbuch entnommen, mögen die Bedeutung der deutschen Privatversicherung ziffermäßig veranschaulichen.

Lebensversicherung.

Gesamter Kapitals-Versicherungsbestand.

Deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaften	Stand Ende 1908		Nettozuwachs von 1908 an	
	Policen (Personen)	Versicherungs-Summen Mark	Policen (Personen)	Versicherungs-Summen Mark
Armee und Marine	40 409	41 910 750	1 357	1 928900
Preußische Rentenanstalt	1 035	3 101 100	— 43	— 144 110
Sterbekasse der Lehrer	34 458	25 994 550	2 257	2 479 550
Braunschweiger Lebensvers.-Ges.	2 583	6 062 745	36	74 100
Darmstädter Lebensvers.-Ges.	4 736	13 391 740	7	189 260
Sächsisch. Militärlebens-V.	73 342	19 640 801	4 461	1 919 175
Defensioner	9 032	2 253 448	53	26 345
Rothenburger Versicher.-A.	268 101	95 981 327	10 074	8 987 700
Gothaer Lebensversicher.-Ges.	135 837	979 650 006	3 138	27 556 882
Iduna	348 721	278 197 184	59 792	17 801 691
Deutsche Militärdienstvers.-Ges.	183 292	306 389 232	— 5 125	2 016 553
Hannoversche Lebensvers.	27 158	81 381 022	659	2 542 973
Preußischer Beamtenverein	81 072	332 463 960	2 903	18 731 360
Hannoversche Rentenv.-A.-G.	2 879	5 258 050	— 191	— 190 500
Schlesische Vers.-K. (Haynau)	107 232	24 921 150	4 532	2 114 880
Karlsruher-Lebensvers.-Ges.	141 151	641 510 792	3 939	25 680 785
Leipziger Lebensversich.-Ges.	116 216	850 218 500	3 960	35 114 660
Vesta	6 355	14 000 287	135	629 590
Potsdam	56 107	130 090 566	88	308 970
Mecklenburgische Lebensv.-G.	40 971	170 256 514	3 404	15 020 379
Allgem. Deutsch. Vers.-Verein	108 681	134 555 332	5 340	15 560 136
Stuttgarter Rentenvers.-Anst.	34 994	123 004 502	1 900	8 900 380
Stuttgarter Lebensvers.-Ges.	135 690	860 054 515	4 750	40 146 515
a) Gegenseitigkeits-Anstalten	**1 960 134**	**5 140 288 073**	**107 426**	**227 396 174**
Berlinische Lebensvers.-Ges.	58 813	261 181 927	1 305	6 617 972
Deutsche Lebensvers.-Ges.	63 803	107 919 488	2 569	7 707 290
Deutscher Anker	13 528	49 099 909	1 616	4 721 412
Deutschland	140 649	119 190 938	4 314	8 135 463
Friedrich Wilhelm	2 625 542	575 058 119	197 009	51 125 387
Nordstern, Lebensvers.-Ges.	108 497	493 563 919	4 000	26 071 896
Nordstern, Arbeiter-Vers.-Ges.	12 736	5 694 134	466	— 30 479
Preußische Lebenvers.-Ges.	56 584	231 300 375	1 143	1 12 08 694
Prudentia	150 078	33 356 559	—10 920	23 320
Victoria	3 359 441	1 613 708 644	157 313	707 233 394
Bremer Lebensversicher.-Ges.	46 325	114 285 545	2 317	5 501 329
Urania	70 349	20 781 343	8 526	2 600 065
Thuringia	50 280	144 758 703	1 219	4 725 918
Frankfurter Lebensvers.-Ges.	28 533	146 810 037	948	6 515 781
Providentia	24 949	105 235 677	1 042	4 692 951
Janus	43 451	192 795 769	607	8 535 024
Concordia	(60 422)	328 044 231	(1 824)	8 593 803
Teutonia	99 160	282 482 563	2 406	12 925 982
Lübecker Lebensvers.-Ges.	(60 823)	237 001 711	2 253	7 153 022
Atlas	7 369	50 776 156	703	5 562 080
Magdeburger Lebensv.-Ges.	88 160	296 694 162	1 652	12 391 624
Wilhelma (Magdeburg)	156 850	212 962 685	29 064	17 469 218
Vita	53 124	26 404 340	9 008	4 622 381
Arminia	120 064	155 623 700	4 429	14 975 202
Bayerische Versich.-B.	55 832	194 636 710	1 250	7 390 352
Nürnberger Lebensvers.-Ges.	20 251	41 021 276	1 643	4 602 384
Germania	202 077	801 400 908	1 223	21 288 138
b) Aktiengesellschaften	**7 777 690**	**6 841 789 528**	**428 929**	**373 237 856**
Summen 1908	**9 737 824**	**11 982 077 601**	**536 355**	**600 634 030**

Transport-Versicherung.

Deutsche Transportversicherungs-Gesellschaften	Sitz der Direktion	Besteht seit dem Jahre	Prämien und Gebühren-Einn. 1908 in Mark für eigene Rechnung	Verwendung der Prämien-Einn. für eigene Rechn. im Jahre 1908 in Mark für Schadenzahlung.
Allianz	Berlin	1890	4 777 485	3 948 453
Deutscher Lloyd	„	1869	2 041 664	1 548 446
Deutsche Rück- und Mitvers.	„	1885	1 350 154	1 044 029
DeutscheTransportversicherung	„	1871	1 350 154	1 014 360
Fortuna	„	1868	1 750 850	1 437 840
Internationaler Lloyd	„	1891	1 076 648	894 216
Land- und Wasserst.	„	1841	211 541	118 839
Transatlant. Versicherung	„	1873	1 715 764	1 089 717
Viktoria	„	1853	229 376	77 088
Deutsche Versicherung	Bremen	1869	1 056 818	725 524
Hansa	„	1870	295 301	243 103
Mercur	„	1883	1 407 200	1 454 572
Schlesische Feuerversicherung	Breslau	1847	1 689 396	1 283 247
Allgemeine Versicherungs-Ges.	Dresden	1861	2 628 537	1 686 453
Düsseldorfer Versicherung	Düsseldorf	1845	1 596 302	1 552 351
Internationale Tr.-Vers.-Ges.	„	1897	1 596 302	1 554 060
Vaterländische Transport.-Ges.	Elberfeld	1871	583 457	419 635
Thuringia	Erfurt	1856	6 367	— 851
Frankfurter Transportv.-Ges.	Frankfurt a. M.	1870	1 529 401	1 069 945
Providentia	„	1856	516 835	274 784
Rheinisch-Westfälischer Lloyd	Gladbach	1867	1 459 292	1 107 718
Albingia	Hamburg	1900	896 788	1 014 466
Allgemeine See-Versich.-Ges.	„	1892	2 442 450	1 708 802
Globus	„	1885	4 582 861	3 695 569
Hamburg	„	1897	894 952	1 092 304
Neptunus	„	1843	1 600 486	1 398 687
Neue Versicherungs-Assec.	„	1843	1 427 800	760 881
Norddeutsche Versich.-Gesell.	„	1857	5 635 874	4 211 436
Nordwestdeutsche Vers.-Gesell.	„	1895	2 646 901	1 950 178
Ozean	„	1906	295 671	203 386
Union von 1865	„	1865	1 916 732	1 626 213
Versicherungs-Gesellsch. v. 1873	„	1873	1 573 728	1 444 880
Heilbronner Versicher.-Gesell.	Heilbronn	1895	504 156	406 570
Württemberg	„	1838	1 430 673	1 158 322
Agrippina	Köln	1844	2 503 192	1 927 113
Kölner Lloyd	„	1906	1 250 520	963 556
Kölnische Unfall-Vers.-Gesell.	„	1880	24 483	3 938
Rhenania	„	1872	1 191 454	877 692
Wilhelma	Magdeburg	1871	1 938 916	1 445 926
Badische Assek.	Mannheim	1840	1 698 744	1 118 727
Mannheimer Versich.-Gesells.	„	1879	7 526 556	5 671 800
Oberrheinische Versich.-Gesell.	„	1886	2 297 672	22 46 164
Bayerischer Lloyd	München	1891	1 630 597	15 69 758
Balt. Versicherungs-Akt.-B.	Rostock	1893	16 573	—
Norddeutsche Versicher.-Gesell.	Stettin	1874	334 210	206 400
Preußische National-Vers.-G.	„	1845	727 796	406 949
Union	„	1856	288 888	107 914
Niederrheinische Vers.-Gesell.	Wesel	1840	2 302 717	1 776 267
Summen 1908			7 8450 234	61 537 427

Rückversicherung.

Deutsche Rückversicherungs-Gesellschaften	Sitz der Direktion	Besteht seit dem Jahre	Prämien u. Gebühren-Einnahmen im Jahre 1908 in Mk. für eigene Rechnung	Schadenzahlungen
Aachener Rückversicher.-Ges. . .	Aachen	1852	7 630 134	3 527 280
Berlin „ „ . .	Berlin	1907	9 032	10 000
Deutsche Rück- u. Mitvers. . . .	Berlin	1885	1 123 915	709 292
			6 230	3 128
Deutsche Transportvers.-Ges. .	Berlin	1871	1 123 916	709 292
			6 231	3 128
Europa	Berlin	1900	3 794 359	2 141 249
			46 184	20 904
			298 829	77 536
			41 978	12 244
			329 673	159 328
			481 204	358 273
Preuß. Rückvers.-Ges.	Berlin	1906	22 889	11 720
			4 750	547
			62 508	23 382
Sächsische Rückversicher.-Ges. . .	Dresden	1862	1 213 994	87 586
			4 955 115	3 028 990
Frankona	Frankf. a. M.	1886	276 779	186 400
			1 058 252	579 967
			90 280	22 747
Frankfurter Transport-, Unfall- und Glasversicher.-G.	Frankf. a. M.	1865	106 269	28 426
			2 035 248	1 116 010
Frankfurter Rückvers.-Ges. . . .	Frankf. a. M.	1856	1 117 616	794 056
			511 882	221 139
			136 446	133 013
			14 975	3 038
Providentia	Frankf. a. M.	1880	342 557	160 005
			192 983	93 576
Gladbacher Rückversicher.-G. . .	M.-Gladbach	1877	8 068 223	5 578 166
			1 341 199	1 126 622
			533 161	411 519
Rheinisch-Westf. Rückv.-Ges. . .	M.-Gladbach	1870	3 177 841	2 350 596
			361 420	197 997
			473 736	223 014
Rheinisch-Westfälisch. Lloyd . .	M.-Gladbach	1867	945 353	564 471
Hamburg	Hamburg	1897	4 271 269	2 534 752
			199 680	76 413
Hamburg—Bremer Rückv. . . .	Hamburg	1906	710 306	290 983
			916 108	425 376
Neue Fünfte Assekuranz-Comp.	Hamburg	1843	302 439	227 064
Nordwestdeutsche	Hamburg	1895	823 826	486 120
Versich.-Ges. von 1873	Hamburg	1873	489 670	368 121
Colonia	Köln	1880	1 586 515	1 018 028
Kölnische Rückvers.-Ges.	Köln	1852	7 708 063	4 757 762
			5 537 388	1 904 071
Minerva	Köln	1885	5 088 264	2980 354
			130 629	244 839
Leipziger Rückvers.-Ges.	Leipzig	1906	377 484	157 587
			27 331	1 917
Magdeburger Rückvers.-Ges. . .	Magdeburg	1862	4 205 478	3 074 421
			126 767	20 879
Continentale Vers.-Ges.	Mannheim	1884	1 879 873	1 417 950
Oberrheinische Vers.-Ges. . . .	Mannheim	1886	2 243 806	1 429 177
Feuerv.-Verb. f. Mitteldtschl. .	Merseburg	?	2 222 107	2 216 331
Münchener Rückversicher.-Ges. .	München	1880	97 180 652	61 678 229
Süddeutsche Rückvers.-Ges. . . .	München	1893	12 846 087	9 308 008
Stettiner Rückversicher.-Ges. . .	Stettin	1880	887 676	557 900
Stuttgarter Mit.- u. Rückv.-G.	Stuttgart	1891	309 766	—
Niederrheinische Güter-R. V. .	Wesel	1842	10 017 400	789 063
Summen 1908			193,923,745	121,424,987

Aktiven der deutschen Versicherungsgesellschaften aller Zweige am Schlusse des Jahres 1908 in Mark.

	Branche	Kassa, Bankanlagen und Zinsvorträge	Grundbesitz abz. Belast.	Wertpapiere	Policen- u. Kautions-Darlehen	Hypothek.	Darlehen auf Wechsel und Wertpapiere	Verrechnungen mit Rückversich.-Gesellschaften	Wechsel der Aktionäre	Sonstige Aktiven	Summen
50	Lebensversich.-Ges. . .	73 857 903	86 692 424	105 685 596	310 023 960	3 703 359 953	5 242 720	20 014 77	132 826 001	48 259 604	4 485 962 938
49	Feuerversich.-Sozietät.	40 731 443	9 867 849	140 829 958	—	43 004 952	—	—	—	13 580 794	248 014 999
15	Gegenseit. Gesellschaften	3 973 656	3 353 026	25 704 637	—	36 811 721	200 000	20 221	723 750	3 493 221	74 280 232
31	Feuerversich.-Aktiengesellschaften . .	19 308 533	18 523 149	80 001 445	—	86 674 152	2 848 241	—4 017 063	114 803 850	17 675 715	335 818 022
27	Unfallversich.-Ges. . .	3 773 666	1 419 412	29 106 258	126 361	103 455 353	19 955	2 311	9 653 400	9 368 713	156 925 429
23	Glasversich.-Ges. . .	1 916 114	303 054	2 364 285	—	5 410 224	22 243	— 1 349	965 850	512 383	11 492 804
19	Hagelversich.-Ges. . .	575 907	408 113	13 623 650	—	2 682 286	337 930	12 009	18 022 800	4 804 532	39 315 413
48	Transportversich.-Ges.	10 318 244	11 464 268	30 795 642	—	44 168 027	2 469 343	—2 030 936	92 325 127	28 107 316	217 617 031
14	Wasserleitungsschäden-Versich.-Ges.	414 803	—	847 507	—	186 035	—	—	—	46 786	1 495 131
36	Einbruchdiebstahl-Versich.-Ges.	4 972 701	—	1 642 594	—	759 975	—	— 3 310	—	341 249	7 713 209
26	Viehversich.-Ges. . .	1 884 385	167 349	2 292 715	—	509 944	—	32 081	66 000	3 103 874	7 056 348
32	Rückversich.-Ges. . .	13 886 740	640 196	84 028 448	—	49 694 039	964 844	127 343 771	69 467 160	6 925 007	352 950 206
1	Kreditversich.-Ges. . .	108 263	—	—	—	—	—	—	—	—	108 263
2	Sturmschädenversich.-Gesellschaft	18 480	—	—	—	8 083	—	—	—	—	26 563
2	Kautionsversich.-Ges.	437 033	—	—	—	—	—	—	—	—	437 033
3	Maschinenversich.-Ges.	25 622	—	—	—	16 639	—	—	—	—	42 261
1	Wertgegenständeversich.-Gesellschaft	—	—	—	—	1 2007	—	—	—	—	1 200
379	Summen	175 051 679	132 838 840	516 922 735	310 150 321	4 076 742 583	12 105 276	141 372 512	438 853 938	13 521 8195	5 939 257 079
										242 preußische Feuerversicherungs-Vereine . .	4 200 000
											5 943 457 079

Passiven der deutschen Versicherungsgesellschaften am Schlusse des Jahres 1908 in Mark.

Summen	438 853 938	148 526 150	362 982 266	28 401 800	140 027 029	3 866 674 006	213 022 716	164 628 306	61 724 861	5 939 257 079

Prämien-Einnahmen und Schaden-Zahlungen in allen Branchen 1908.

	Brutto-Prämien	Prämien für eig. Rechnung	Netto-Prämien	Schäden für eigene Rechnung	Gewinnanteile der Versicherten
Lebensversicherung	535 858 064	517 932 610	451 615 200	292 371 086	115,941 308
Unfallversicherung	80 551 505	64 208 737	58 726 427	29 073 731	4,771 450
Feuerversicherung	340 325 152	237 817 357	233 401 986	134 217 237	19,179 056
Glasversicherung	7 694 753	7 533 146	7 130 628	4 269 148	135 215
Hagelversicherung	54 229 201	53 361 311	53 202 600	54 083 981	—
Transportversich. .	155 587 457	78 450 234	77 916 385	61 537 427	—
Viehversicherung	15 885 695	15 327 015	15 333 652	12 616 380	—
Rückversicherung	316 923 651	191 701 638	177 022 034	119 208 656	—
Wasserltgsch.-Vers.	2 165 058	1 882 448	1 709 689	710 175	—
Einbruchversich. .	10 830 697	7 572 814	6 858 468	2 135 608	—
Kreditversicherung	611 497	118 858	107 656	92 754	—
Sturmschädenvers.	125 954	21 447	23 204	3 350	—
Kautionsversicherg.	463 673	242 290	188 230	109 915	—
Maschinenversich.	372 024	30 213	51 204	31 015	—
Wertgegenst.-V. .	3 516	1 529	1 721	171	—
Summen 1908	1 521 627 873	1 176 201 647	1 083 289 084	710 460 634	140 027 029

Die deutſche Wiſſenſchaft.

Vom Gymnaſialdirektor Dr. **Paul Lorentz**, Friedeberg (Neumark).

„Deutſchland iſt eine ſehr große Nation, einer der erſten Faktoren der Ziviliſation und in ſeiner Eigenſchaft als Werkſtätte der Gelehrſamkeit geradezu die erſte Macht der Welt.“ So urteilt um 1900 ein hervorragender franzöſiſcher Schriftſteller und ſchreibt damit den Deutſchen als Kulturvolk eine gleich hohe Bedeutung für die moderne Welt zu, wie ſie für die alte Welt die Hellenen gehabt haben, d. h. dasjenige Volk, in dem Begriff und Weſen der Wiſſenſchaft überhaupt ihren Urſprung haben. Und ohne dieſes antike Erbe iſt auch die Entwicklung der deutſchen Wiſſenſchaft nicht zu verſtehen.

Bei ihrem Eintritt in die Geſchichte zeigen die Germanen in ihrem Geiſtesleben noch eine unbedingte Vorherrſchaft der Phantaſie, die ſich durch eine erſtaunlich ſtarke Begabung für dichteriſches Geſtalten wie durch überreiche Verwendung ſymboliſcher Handlungen auf allen Gebieten des Lebens kundgibt. Die tiefe Innerlichkeit aber ihres ganzen Seelenlebens und der unbändige Freiheitsdrang, der doch durch die Ehrfurcht vor den Pflichten gegen die Sippe mächtig gezügelt wird, ſind Anlagen, die nach hinzugetretener Schulung des Intellekts beſondere Eigenart auch auf dem Gebiete der Wiſſenſchaft verheißen. Daher wird eine neue Art von Philoſophie mit höchſtem Flug der Ideen als dem geiſtigen Urgrunde aller Wirklichkeit der deutſchen Wiſſenſchaft ihr Gepräge ebenſo verleihen wie die Treue, die ſich in der Hingabe an die Sache und in der genauen Beachtung ſcheinbar untergeordneter Umſtände zeigt, und welche dann bahnbrechende Entdeckungen in der Sprachforſchung und der Naturwiſſenſchaft ermöglicht. Überall, wo deutſches Denken und Forſchen ſeine volle Eigentümlichkeit entfaltet, zeigt es eine ganz eigenartige Verbindung von „frei und fromm“ zugleich.

Der Gang der geiſtigen Entwicklung unſerer Vorfahren iſt wie der des geſamten Abendlandes durch den Umſtand in beſonderer Weiſe beſtimmt worden, daß es die römiſche Kirche war, die ihnen mit der neuen Religion zugleich die weit überlegene nicht nur formal-geiſtige, ſondern auch wirtſchaftliche und techniſche Kultur der Antike brachte. Indem die chriſtliche Kirche die neue Religion verbreitete, verbreitete ſie zugleich Bildung und erzog zur Wiſſenſchaft. Denn Wiſſenſchaft war für das Verſtändnis der Urkunden des Chriſtentums notwendig, da der Zugang an die Erlernung der lateiniſchen Sprache geknüpft war, und höhere Erziehung erhielt die Jugend ausſchließlich durch den Geiſtlichen. So bekam die geſamte mittelalterliche Bildung ihr theologiſch-lateiniſches Gepräge. Und da die Hauptſtätten der Miſſion und der chriſtlichen Kultur überhaupt die Klöſter waren, ſo bildeten die Klöſter wie im ganzen Abendlande ſo auch auf deutſchem Boden die Stätten der Wiſſenſchaft. In ihnen wurden, aber nur ſoweit die kirchlich-theologiſchen Gedankenkreiſe dadurch nicht geſtört wurden, immer mehr auch die weltlichen Wiſſenſchaften getrieben. Immer aber handelte es ſich hierbei ausſchließlich um Überlieferung des antiken Erbes. Der unermüdliche deutſche Fleiß fand, nachdem er ſich dieſem Gebiet einmal zugewendet hatte, ein allerreichſtes Feld ſeiner Betätigung, und ſo wurde in den altehrwürdigen Stätten zu Fulda (744) und Hersfeld, zu St. Gallen (700) und Reichenau (724), zu Weißenburg und Corvey (822) „durchaus ſtudiert mit heißem Bemühn“. Der Stolz des Fuldaer

Abtes Rhabanus Maurus auf seine Klosterbibliothek als die umfangreichste der Zeit spricht aus seinem Worte: ‚Grammata sola carent fato mortemque repellunt' (= Bücher allein entgehen dem Schicksal und leben ein ewiges Leben), und die zum Teil wenigstens erhaltenen Schriften des grundgelehrten Notker Labeo in St. Gallen gewähren einen Einblick in die Art, wie man für Schüler Texte zu übersetzen und zu möglichst umfassender Belehrung zu erklären pflegte. Die Klöster waren es auch nur, denen auf die Dauer die Bestrebungen Karls des Großen zugute kamen, als Herrscher der Universalmonarchie sein Reich auch mit der universalen Bildung seiner Zeit, eben der römischen, auszustatten. Geistliche sind es denn auch für lange Zeit, die die weltliche Geschichtschreibung pflegen und die Landrechte aufzeichnen, die beiden Hauptgattungen der sogen. weltlichen Literatur. Als besonders wertvolle Darstellungen mögen Einhards Lebensbeschreibung Karls des Großen und Otto von Freisings Taten Friedrich Barbarossas genannt werden. Freilich handelt es sich dabei fast immer nur um Stoffsammlungen, es fehlen noch völlig wirklich wissenschaftliche Gesichtspunkte, d. h. eine Ordnung der Erkenntnisse nach durchgreifenden Hauptgedanken, wobei eine Erklärung und Zurückführung der Erfahrungssätze auf die tieferen Gründe und Zusammenhänge stattfindet. Den Charakter als Stoffsammlung tragen auch die Anfänge der naturwissenschaftlichen Prosa im 14. Jahrhundert und was von Arzeneibüchern und Rezepten überliefert ist.

Inzwischen war im Westen Europas an die Stelle der Klosterschulen eine neue Gattung von Stätten wissenschaftlicher Bildung getreten, die Universitäten, vielfach geradezu aus den alten Klosterschulen hervorgewachsen. Auch hier waren die Lehrer zunächst ausschließlich Geistliche, aber neben der theologischen Fakultät, die immer die erste blieb, schoben sich allmählich die weltlichen Wissenschaften selbständiger ein. Wenn es sich dabei auch immer noch um Überlieferung handelt, so wird doch innerhalb der durch die Kirche gezogenen Schranken das möglich, was man mittelalterliche Philosophie nennen kann, die Scholastik (eigentlich Schulwissenschaft). Sie entstand, als durch Vermittelung der Araber über Spanien die Philosophie des Aristoteles nach dem Abendlande gekommen war. Diese bot nämlich der Kirche ein unvergleichlich willkommenes Mittel, den Inhalt ihrer Glaubenssätze auf dem Wege des natürlichen, vernünftigen Denkens zu beweisen, was nur möglich war, weil bei ihrer Entstehung in den ersten christlichen Jahrhunderten griechisches Denken selbst mit tätig gewesen war. Diese Benutzung des Aristoteles ist zweifellos der echten Religiosität sehr schädlich gewesen und hat auch den Begriff wirklicher Wissenschaft im antiken und modernen Sinne für Jahrhunderte nicht aufkommen lassen; sie erzog aber eben doch das Denken überhaupt und beförderte so mittelbar auch das Interesse an den sogen. weltlichen Wissenschaften. Die Deutschen, bei denen die Religion trotz aller Veräußerlichungen doch immer wieder eine Sache innerster Erfahrung wurde, haben bezeichnenderweise an dem Ausbau der Scholastik wenig mitgearbeitet, und die ersten wirklich großen Gelehrten sind geradezu Gegner der Scholastiker. Der bedeutendste deutsche Vertreter der Scholastik, ohne den zugleich der Vollender dieses Systems, Thomas von Aquino, nicht zu denken ist, ist Albertus Magnus (1193—1280) der Schwabe, der in Paris und Köln seine Hauptlehrtätigkeit ausübte. Bei ihm zuerst tritt die je länger desto wichtiger gewordene Unterscheidung zwischen natürlicher oder philosophischer und theologischer Erkenntnis deutlich hervor, die im Grunde erst im 18. Jahrhundert mit der Vollendung der Aufklärung, wesentlich durch Lessing, wirklich überwunden wurde, inzwischen aber doch, wie heute noch für die gesamte katholische Wissenschaft, für viele neutrale Gebiete einen nicht geringen Grad selbständiger Forschung ermöglichte. Und Albertus war es auch, der denjenigen einen beträchtlichen Teil ihrer Gedanken geliefert hat, die man als die ersten im besondern Sinne deutschen Philosophen bezeichnen muß, den Mystikern. Nicht als ob die Art von Gotteserkenntnis, die sie vertreten und die auf ihrem Grunde den Keim des Todes für die mittelalterliche Schulphilosophie, die Scholastik, trug, bei ihnen zuerst überhaupt aufgekommen wäre. Wie das Johannisevangelium einerseits und das letzte

selbständige System der antiken Philosophie, der Neu-Platonismus, anderseits sowie die Verschmelzung christlicher und Plotinischer Gedanken im 5. Jahrhundert zeigen, war die Lehre einer mystischen Vereinigung der Seele mit Gott schon lange da, aber sie wirkte eben nicht, und sie wurde jetzt mit der ganzen Innigkeit deutschen Gemütslebens ergriffen, gelebt und gelehrt und in ein System gebracht von dem ersten deutschen Philosophen, der eben bezeichnenderweise eine Religionsphilosoph ist, dem Meister Eckhart aus Hohenheim bei Gotha (1260—1327). Mit einer für jene Zeit unerhörten Kühnheit, die ihm die Anklage auf Ketzerei einbrachte, erklärte Eckhart Gott als die unbegreifliche und unaussprechliche Gottheit, für welche Eigenschaften wie Güte und Gerechtigkeit nur wie ein umgeworfenes Kleid sind. Alle Dinge streben zu „entwerden", d. i. zu Gott als ihrem wahren Sein zurückzukehren. Im Grunde der Seele sieht er als eine Spur göttlicher Vernünftigkeit das „Fünklein" oder „Gemüt", in dem das Göttliche ohne Hülle und Mittel erscheint. Wer ihm nachgeht, gelangt zu der „Abgeschiedenheit", d. i. der Freiheit von allen Affekten, der „Gelassenheit". Und diese Seelenstimmung muß sich mit Notwendigkeit zum Ausdruck bringen im sittlichen Handeln, ja sie selbst ist eigentlich schon das Göttliche: die Frage ist nicht, was du tust, sondern was du bist! Wir glauben Luther zu hören in seiner für die evangelische Ethik grundlegenden Schrift „Von der Freiheit eines Christmenschen", ja, wir glauben Kant zu hören mit seiner ausschließlichen Bewertung des sittlich einen Wollens. Und daß die von ihm als höchster Augenblick gepriesene beschauliche Entzückung, die „Vergottung", nichts weniger als bloße Schwärmerei ist, wie sie die Mystik so oft gefährlich werden läßt, beweist unwiderleglich seine Forderung: „Wäre der Mensch in Verzückung wie St. Paulus war und wüßte einen siechen Menschen, der eines Süppleins von ihm bedürfte, ich achte es weit besser, daß du ließest aus Minne von der Verzückung und dientest dem Dürftigen in größerer Minne." Die mystische Grundrichtung Eckharts, dieses Schöpfers unserer deutschen philosophischen Kunstsprache, wird uns auf allen Höhepunkten des deutschen Denkens und Fühlens wiederbegegnen, bei dem Durchbruch der Reformation wie bei Leibnizens Monadenlehre, bei der Auflösung der Aufklärung und der gesamten idealistischen Philosophie, die im Zeichen der Romantik steht, bei dem gegen den Materialismus und Pessimismus gerichteten System Fechners und in manchem Zuge unseres modernen Denkens, ja letzten Endes ist sie auch in der besonders idealistischen Richtung der Philosophie Kants enthalten mit ihrer unerschütterlichen Überzeugung von dem Werte des Irrationalen (des nicht mehr mit dem Verstande zu Erfassenden).

Aus den Kreisen der praktisch gerichteten Mystik ist nun jene Strömung entsprungen, die zusammen mit der bald aus Italien kommenden die Weiterentwickelung der gesamten Wissenschaft so stark beeinflussen sollte, der Humanismus. Daß diese Wiederbelebung der Wissenschaft und Dichtung des klassischen Altertums gerade jetzt so stark wirken konnte, erklärt sich viel weniger durch die größere Verbreitung antiker Studien infolge der Flucht zahlreicher griechischer Gelehrter nach der Zerstörung von Konstantinopel durch die Türken 1453, als durch die völlig veränderte allgemeine Lage. Von den Kreuzzügen an beobachten wir ein immer stärker und voller brausendes Lebensgefühl, ein immer deutlicheres Hervortreten und Betonen des Persönlichkeitsbewußtseins der Laienwelt gegenüber der bisher alles unbedingt beherrschenden kirchlichen Kultur, ein Persönlichkeitsgefühl, das sich als unmittelbare Folge sozialer, vielfach politisch und wirtschaftlich bedingter Verschiebungen ergab. Und dieses neue Lebensgefühl bricht sich ganz besonders bei den in ihrem Fühlen und Denken allmählich mündig gewordenen germanischen Völkern Bahn. In der Schule des Gerhart de Groot in Deventer wurden unabhängig von italienischen Anregungen Studien der klassischen Schriftsteller gepflegt, bei denen der Begriff der „menschlichen Persönlichkeit" in ästhetisch besonders anziehender Gestalt ausgeprägt war. Infolge der Begegnung mit der aus Italien kommenden Bewegung erfüllt der Humanismus nun in raschem Zuge vor allem das Stromgebiet des Rheins mit seinen alten Verkehrs- und Bildungsstraßen. Die Stätten seiner Hauptwirksamkeit findet er in den Universitäten. Von einer Universität zur andern ziehen auch

in Deutschland die Professoren, die nach der Mode der Zeit sich ein höheres Ansehen zu geben glauben, wenn sie ihren ehrlichen deutschen Namen ins Lateinische oder Griechische übersetzen, wie de. kaum wiederzuerkennende Konrad Pickel, ein Bauernsohn aus Franken, als Conrad Zeltes wie ein wahrer Reiseprediger des Humanismus die mittelalterliche Wissenschaft bekämpft, die dann endgültig durch die satirischen Dunkelmännerbriefe aus den Jahren 1515—1517 gestürzt wurde. Sehr wirksame Anregungen sind vom Humanismus auf die verschiedensten Gebiete deutscher Wissenschaft ausgegangen: auf die Himmelskunde, die Rechtswissenschaft, die Heilkunde, die Geschichtsschreibung und Erdkunde. Wenn der eigentliche Humanismus doch nur eine verhältnismäßig rasch vorübergehende Blütezeit in Deutschland gehabt hat, so liegt das hauptsächlich daran, daß die weltlich-ästhetische Kultur mit heidnischer Färbung, das Bestreben, so zu leben, wie die Alten es — vermeintlich — getan hatten, dem deutschen Wesen im Grunde wenig gemäß war, und weil gerade damals das tiefste Bedürfnis nach Verinnerlichung des Geisteslebens in der Urtat deutscher Geistesfreiheit, der Reformation, sich durchbrach. Hierbei hat sich denn der Humanismus auch besonders verdient machen können. Darin ist ihm die Reformation ja unzweifelhaft verwandt, daß auch sie eine Weltfreudigkeit will, aber freilich eine Heiligung der Laienkultur, eine Mündigkeitserklärung des Laientums und freilich eine Auffassung der Ordnungen des bürgerlichen Lebens als gottgewollter Ordnungen. Reuchlin, der älteste in dem großen Dreigestirn der deutschen Humanisten, ermöglicht durch Einführung der hebräischen Studien in Deutschland die Kenntnis des Alten Testaments in der Ursprache; Gerhart Geerts-Desiderius Erasmus die des griechisch geschriebenen Neuen Testamentes; Melanchthon (Schwarzert), der große Lehrer des Griechischen, der den Ehrennamen des Praeceptor Germaniae (Deutschlands Lehrer) erhält, wird in Wittenberg an Luthers Seite geradezu zum Theologen. Luther selbst wird um der Heiligen Schrift willen zum Philologen und schafft in seiner Bibelübersetzung in „freier und frommer" Befolgung der von ihm selbst aufgestellten Grundsätze des Dolmetschens ein unvergleichliches Meisterwerk deutscher Wissenschaft, das zudem nichts Minderes bedeutet als die Hauptgrundlage der religiös-sittlichen Bildung unseres Volkstums. So kam es, daß zwischen 1517 und 1530 unter den Wissenschaften in Deutschland fast ausschließlich die Theologie herrschte. Dagegen wurde die durch den Humanismus ermöglichte Erneuerung des philosophischen Denkens in der Reformation nicht fruchtbar. Denn statt die Elemente der echten deutschen Mystik zu benutzen, die der Erneuerung des religiösen Lebens in der Reformation zum Siege verholfen hatten, kehrt der Altprotestantismus im Grunde wieder zum Aristoteles zurück. Und in dem Kampf zwischen der religiösen Innerlichkeit und der Notwendigkeit einer äußern kirchlichen Form tritt die dogmatische Erstarrung ein, und doch ist die Mystik das Schöpferische, weil sie das Persönliche ist.

Gerade aber die deutsche Wissenschaft war es wieder, und zwar zunächst auf dem Gebiet der Naturforschung, die durch die innerliche Erfassung der Dinge, das „Schauen", endgültig die neue Zeit vom Mittelalter, das Selbstsein von dem Gehorsam gegen die Überlieferung scheiden sollte. Die durch die Fülle der Erfindungen und Entdeckungen mächtig angeregte Phantasie ist doch selbst bei den Humanisten geneigt, den geahnten geheimnisvollen Kräften der Natur auf dem Wege der Zauberkunst beizukommen, und der allzustarke Wissensdrang wird auch von der Reformation, wie die Sage von Dr. Fausts Höllenfahrt lehrt, als Todsünde betrachtet. Aber jener leidenschaftliche Drang nach Natur und Erfahrungserkenntnis — „wo faß' ich dich, unendliche Natur! euch Brüste wo? Ihr Quellen alles Lebens, an denen Himmel und Erde hängt, dahin die welke Brust sich drängt" — er führte doch auch zuerst bei deutschen Forschern wie Theophrastus Bombastus Paracelsus von Hohenheim zu einer vollständigen Reform der Medizin. Indem Paracelsus von der Einheitlichkeit alles Lebens, der großen wie der kleinen Welt, ausgeht, wird er der Entdecker des „Lebensprinzips", sucht aber zugleich als erster Arzt in der Welt die Lebensvorgänge auf chemischem Wege zu erklären und die Krankheiten auf chemischem Wege zu heilen. Unendlich viel folgenreicher aber

wird es, daß die Bekanntschaft mit der phantasievollen Zahlenlehre des Pythagoras, die der Humanismus bedeutend erweiterte, in Verbindung mit der ästhetischen Bewunderung des Weltalls, zu der dunkeln Ahnung von der mathematischen Gesetzmäßigkeit der Natur führt. In der Welt der Gestirne wird diese Ahnung zuerst in erfahrungsmäßig nachweisbare Erkenntnis umgesetzt durch die Entdeckung des Kopernikus (1473 bis 1543) aus Thorn: so ist die Astronomie die erste Form der modernen Naturforschung geworden. Die Verurteilung der neuen Lehre durch die katholische wie die protestantische Kirche bewies allein schon die ungeheure Bedeutung dieser erstmaligen Art von Weltbetrachtung, in der die Sonne den Mittelpunkt bildet: sie hat zum ersten Male deutscher Wissenschaft den Weltruf verschafft. Denn es war die Verkündigung einer ganz neuen Weltanschauung, die alle bisherigen Vorstellungen von „Himmel" und „Hölle" im religiösen Sinne völlig umstoßen mußte, da die Erde zu einem verschwindenden Atom im unermeßlichen Weltall herabgedrückt wurde. Zu einer „ungeahnten Denkfreiheit und Großheit der Gesinnungen", wie Goethe es später ausdrückte, ward man durch sie berechtigt und aufgefordert. Ein anderer deutscher Denker, Kepler aus Schwaben, lieferte dann den mathematischen Beweis für die Entdeckung des Kopernikus und stellte die grundlegenden Gesetze für die Bewegung der Planeten auf und hat eigentlich auch schon das Gesetz von der Schwerkraft ausgesprochen. So war der Weg gebahnt für die Entdeckungen Lionardos und Galileis und Newtons, die den Begriff der modernen Naturwissenschaft neu prägen sollten.

Und auch am Eingang der gesamten neueren Philosophie steht ein Deutscher: Klaus Chrypffs oder Krebs, eines Winzers Sohn aus Kues im Mosellande, Nicolaus Cusanus 1401—1464. Die Bewertung der beiden Begriffe unendlich und endlich — im Unendlichen liegt die Einheit der Gegensätze alles Endlichen — ist das eigenartig Moderne im Denken des Cusanus. Denn während für den griechischen Geist ausschließlich das Endliche das Vollkommene war, hatte das christliche Denken die Bewertung geradezu umgekehrt, bisher aber nur den religiösen Ausdruck dafür gefunden, den philosophischen fand eben der Cusanus zuerst: Gott das unendliche, über alle Gegensätze erhabene Wesen, die Welt der Inbegriff der voneinander verschiedenen endlichen Einzeldinge; darum ist aber auch das einzelne Endliche seinem innersten Wesen nach göttlicher Art, wie das „Fünklein" im Grunde der Seele bei Meister Eckhart war, wie die Natur in ihrem Grunde sein wird bei Schelling. Die Gedanken des Cusanus sind auf seinen Schüler Giordano Bruno übergegangen, der in dankbarer Weise als erster in der weiten Welt im 16. Jahrhundert Deutschland, „das Vaterland des Cusanus, Paracelsus, Kopernikus, Luthers als das Bollwerk der Geistesfreiheit" feierte.

Von besonders tiefgreifender Ausbildung bestimmter Einzelwissenschaften kann aber im Deutschland des 17. Jahrhunderts nicht die Rede sein, und für die „dunkeln lebhaften Empfindungen" des deutschen Enthusiasmus wie bei dem philosophischen Schuster von Görlitz, Jakob Böhme, werden wir in der damaligen Welt kein Verständnis erwarten dürfen. Unbedingt echten wissenschaftlichen Ruhm, und zwar durchaus Weltruhm, vermag nur der Niederdeutsche Hugo de Groot (1583—1645), der Hauptvertreter der Naturrechtslehre, zu erwerben. Die Entwicklung der Hauptwissenschaft aber, der Philosophie, geht von dem durch den Dreißigjährigen Krieg in der gesamten Kultur arg heruntergekommenen Deutschland für längere Zeit auf den Westen Europas über: in England Baco von Verulam, in Frankreich Descartes, in Holland Spinoza. Der Naturforscher Newton wiederum, der 1687 zuerst das Gesetz von der Schwerkraft aufgestellt und bewiesen und das gesamte Weltall aus dem Grundbegriffe der Wirkungen von Masse, Ursache, Kraft, Trägheit, Raum, Zeit und Bewegung zu erklären gelehrt hatte, zeigte „eine Welt ohne Willkür und Wunder, aber auch ohne Absicht und Zwecke, rein auf sich selbst ruhend, sich selbst erhaltend". Da ist es denn doch wieder ein Deutscher, der das geniale Wagnis unternimmt, durch Einbeziehung des „Unendlichen" in das Denken, diese uralte Erbeigenschaft unseres Volkstums, die bloß mechanische Weltauffassung von innen heraus mit unvergänglichem Leben zu

erfüllen: es ist der Schöpfer des deutschen Idealismus, Leibniz (1646—1716). Mit diesem Philosophen, der in seiner Person eine förmliche Akademie von Wissenschaften darstellte, da er in der Mathematik und Physik sich ebenso wegbahnend zeigte wie er in der Theologie, Geschichtsschreibung und Sprachforschung eine Fülle von Ideenkeimen ausstreute, die erst nach Jahrhunderten aufgingen, und der als politischer Unterhändler von Geschick sich erwies, mit Leibniz ertönt in der großen Fuge, die nach Goethes Wort die Geschichte der Wissenschaften darstellt, die Stimme des deutschen Volkes mit einer Urgewalt, daß ihr Ton nicht wieder verhallt ist. In der Mathematik teilt Leibniz mit Newton den Ruhm, der Erfinder der Differentialrechnung zu sein, d. h. die geniale Rechnung mit unendlich kleinen Größen gezeigt zu haben, die eben doch auch bestimmt werden können, und die schließlich das Ganze wesentlich mitbestimmen. Durch die Verbindung aber der mechanischen Naturauffassung mit der teleologischen (die einen Zweck im Weltgeschehen sieht) versucht Leibniz als erster die Versöhnung antiken und modernen Denkens. Durch die Auffassung, jedes Ding sei etwas Wirkendes, ein Kraftquell — er wird dadurch der Begründer der Dynamik — wird alles Mechanische zu der Erscheinungsform eines Nicht-Materiellen, bildet es ein Wesen für sich. Eine solche Einheit, in der das Ganze, d. h. die Gesamtheit der übrigen, als seine Vorstellung enthalten ist, ist die Leibnizsche Monade. Durch den Nachweis eines ununterbrochenen Zusammenhanges, der auf die Bewertung des unendlich Kleinen sich gründet, nimmt Leibniz den Hauptgrundsatz der modernen Biologie (Lehre vom Leben) ebenso voraus, wie den der modernen Geschichtsforschung. Als echt deutsch empfinden wir dabei die starke Bewertung des Persönlichen: „Keine Zeit und keine Macht zerstückelt geprägte Form, die lebend sich entwickelt". Der Ursprung des Persönlichen aber wird höchst charakteristischer Weise in den „Kleinen Vorstellungen" gesehen, die die spätere Philosophiesprache „Gefühle" nannte. Das urdeutsche Bedürfnis, frei und zugleich fromm zu sein, führte aber Leibniz zu der religiösen Einkleidung seiner Gedanken in der Theodizee. Und gerade diese „Rechtfertigung Gottes" gegen die Übel in der Welt, dieser grundsätzliche Optimismus, verschaffte Leibniz dem Philosophen schon bei Lebzeiten Weltenruhm, während seine tiefen Entwickelungsgedanken erst am Ende des 18. Jahrhunderts durch Lessing bekannt wurden, um dann ihren noch heute fortwirkenden Einfluß auszuüben.

Eine Wirkung Leibnizens trat aber schon viel früher zutage, nämlich in der lang andauernden und weit um sich greifenden geistigen Bewegung, die von England über Frankreich nach Deutschland gekommen ist und Aufklärung genannt wird. Sie muß, wenn sie später auch in Nüchternheit und Plattheit ausartete, doch recht hoch eingeschätzt werden. Ihr Begründer ist Christian Wolff. Indem er die Leibnizsche Philosophie, ohne doch deren Hauptwerk zu kennen, in streng geordnetem Zusammenhang darstellte, ging er darauf aus, die gesamte Philosophie zu einer „sicheren und nützlichen" Wissenschaft zu machen und zwar durch deutliche Begriffe und gründliche Beweise. So unzweifelhaft dies nun zur logischen Schulung ganzer Generationen beigetragen hat, so sehr ergab es doch auch den durchaus scholastischen Charakter des Philosophierens, der dem „Unbegreiflichen" jedes Recht absprach — „das Teufelspack, es fragt nach keiner Regel. Wir sind so klug, und dennoch spukt's in Tegel" — und der namentlich bei der Naturbetrachtung zu den plattesten Zweckerklärungen führte. Vergessen ist völlig, daß „das Schaudern der Menschheit bestes Teil ist". Die Rätsel der Welt scheinen auf rein verstandesmäßigem Wege völlig lösbar, es herrscht die Wagnerstimmung aus Goethes Faust: „Wie wirs zuletzt so herrlich weit gebracht!" Aber doch war es eben die Aufklärung, die das Leben wie den Staat, die Wissenschaft wie die Literatur erst eigentlich von der Bevormundung durch die Kirche freigemacht hat. Und zwar nicht nur die Klarheit verstandesmäßiger Einsicht, sondern auch die Ursprünglichkeit des persönlichen Gefühls gehört zur „natürlichen" Auffassung, zur „Aufklärung" im weiteren Sinne. Sobald das erkannt worden ist — und hier hat Rousseau die Bahn gebrochen — wird die Aufklärung vollendet und zugleich überwunden. Hier liegen die wesentlichsten Verdienste Lessings als Philosoph, der dadurch Hamann, dem Magus des Nordens, sowie

Herder, dem Vater des „Sturmes und Dranges", und Friedrich Jacobi, dem Glaubensphilosophen, in gewissem Sinne vorgearbeitet, ja, durch die Wiederbelebung des Leibnizschen Entwicklungsgedankens und Spinozas Pantheismus in noch viel weitere Zukunft weist. Ehe aber die Zeit für die Lösung des von Hamann aufgestellten Problems gekommen ist: wie ist die Stellung des Menschen zu der Welt der Erscheinungen zu beurteilen, wenn nicht im Endlichen und Begrenzten, sondern im Unendlichen und Unbegrenzten die Wahrheit zu suchen, das Wirkliche zu ergreifen ist? sollte von der deutschen Philosophie erst ein völlig neuer Grund für die Gewinnung von „Wahrheit" und von wissenschaftlicher Erkenntnis überhaupt gelegt werden.

Immanuel Kant aus Königsberg in Ostpreußen (1724—1804) war es, der diesen neuen Grund legte und damit eine wahre Kopernikustat vollbrachte. Denn nur mit den Umwälzungen, die die Entdeckung der Kopernikanischen Weltauffassung hervorrief, können die Folgen verglichen werden, die Kants Entscheidung über das hervorrief, was der Welt des Wissens angehört und was der Welt des Glaubens zugewiesen werden muß, die seine Entdeckung hervorrief, daß „unsere Begriffe sich nicht nach den Gegenständen, sondern die Gegenstände sich nach unseren Begriffen richten." So war es mit Kant wieder ein Deutscher, der den modernen Begriff der Erfahrung überhaupt entdeckte, wie die Entdeckung eines Deutschen, des Kopernikus, es einst ermöglicht hatte, den Begriff der modernen Naturwissenschaft zu prägen. Das sind zwei Taten, die allein schon genügten, die Deutschen mit unvergänglichem Weltruhm zu bedecken. Erfahrungen kommen immer nur dadurch zustande, daß wir die Vorstellungen in unserem Verstande nach Ursache und Wirkung verknüpfen. Das ist aber einzig und allein möglich bei denjenigen Vorstellungen, die uns Dinge der Erscheinungswelt darbieten. Darum gibt es ein wirkliches Wissen von dem den Erscheinungen zu Grunde liegenden „Ding an sich" überhaupt nicht. Dieses Unbedingte muß zwar notwendig gedacht, aber gewußt kann es niemals werden. „Ich sehe, daß wir nichts wissen können", diese Fauststimmung ist die unerbittliche Folgerung von Kants Untersuchung über die Fähigkeiten unseres Verstandes. Was die Aufklärung als so unumstößlich sicher „bewiesen" zu haben glaubte, das Dasein Gottes, der Seele, des Handelns aus Freiheit, wird aus dem Gebiet des Wissens ein für allemal verwiesen. Dadurch ward Kant zu dem Alleszermalmer.

Aber Kant hatte nach seinem eigenen Ausdruck das Wissen aufheben müssen, um zum Glauben zu gelangen. Je unerbittlicher er sich gegen alles vermeintliche Wissen sträubte, um so fester begründete er das „Jenseits" aller Erfahrung, die Welt der Ideen, die dem Menschen die ganz unentbehrlichen Richtpunkte für sein Handeln und Betrachten abgeben; und so ist seine Philosophie durchaus Idealismus: Wir müssen zugleich auf die Erkennbarkeit des Übersinnlichen verzichten und die Notwendigkeit einsehen, es zu denken. Ein solches Unbedingte ist vor allem unser sittliches Bewußtsein. Soll dieses aber Allgemeingültigkeit beanspruchen, so kann sie nur von der Form gelten; nicht was, sondern wie ich etwas tue, entscheidet über seinen sittlichen Wert, das ist der Sinn des kategorischen Imperativs: „Das Zentrum findest du da drinnen, woran kein Edler zweifeln mag, wirst keine Regel da vermissen, denn das selbständige Gewissen ist Sonne deinem Sittentag". Wenn diese Eigengesetzgebung, diese Freiheit, sich aus sich selbst zu bestimmen, bei Kant infolge persönlicher Charakteranlage nur im durchgängigen Gegensatz zum Triebleben sich sollte durchsetzen können, wenn Pflicht und Neigung nur im Kampf miteinander zu denken sein sollten, so blieb hier einer späteren Zeit doch die Ergänzung aus Kants eigenen Grundsätzen heraus vorbehalten. Die heilsame Wirkung aber dieser Neubegründung der Ethik gegenüber dem weichlichen Glückseligkeitsideal der Aufklärung kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wenn irgend wer, dann ist Kant ein typischer Vertreter der Grundrichtung deutscher Wissenschaft durch die enge Verknüpfung von „frei und fromm" zugleich. Seine Philosophie erfüllt in besonderem Maße „das schönste Glück des denkenden Menschen" im Goetheschen Sinne, nämlich „das Erforschliche erforscht zu haben und das Unerforschliche ruhig zu verehren."

Dieselbe Zeit, in der Kant seinen kritischen Idealismus verkündete, ohne den kein

modernes Forschen mehr, das Anspruch auf Wissenschaftlichkeit erheben will, es sei, in welchem Gebiete es wolle, überhaupt zu denken ist, hat auch diejenige Strömung im deutschen Geistesleben entstehen sehen, die gleich der Kantschen Philosophie den Weltruhm deutscher Wissenschaft begründet hat, als der politische Begriff „Deutschland" verkümmert war, den Neu-Humanismus. In ihm erlebte im Grunde Deutschland dasselbe, was die romanischen Länder vor zwei Jahrhunderten erlebt hatten. Aber erst diese deutsche Art der Bewertung des Altertums hat dessen volle Bedeutung für die Weltkultur erkennen lassen. Seitdem 1764 Winkelmann zuerst eine Geschichte der griechischen Kunst gewagt hatte, hatten Lessing, Herder, Goethe, Schiller und besonders auch Wilhelm von Humboldt die Forderung, der „schönen Seele," d. i. der harmonisch gebildeten Persönlichkeit, wie man sie am vollkommensten im Griechen des Altertums verkörpert glaubte, mit immer neuem Nachdruck gestellt, und durch Humboldts Tätigkeit in der preußischen Unterrichtsverwaltung ist dann der Neu-Humanismus zuerst durch Vermittelung der preußischen, dann der deutschen Gymnasien ein ganz besonders wirksames Element der allgemeinen deutschen Bildung geworden. Die Griechen sehen wir, wie Schiller es ausdrückte, „zugleich voll Form und voll Fülle, zugleich philosophierend und bildend, zugleich zart und energisch, die Jugend der Phantasie mit der Männlichkeit der Vernunft in einer herrlichen Menschheit vereinigen." So erlebt denn diejenige Wissenschaft, deren Gegenstand es ist, das klassische Altertum vor allem aus der überlieferten Literatur zu erkennen, die Philologie, eine seltene Blüte. Diese, die 4. Periode in ihrer Entwicklung nach der französischen, englischen, holländischen, eben die deutsche, ist durch Fr. A. Wolf erst zu einer Weltwissenschaft geworden. Aus der Sprache den Nationalcharakter herauszustudieren, entsprach im besonderen der deutschen Neigung, auf kleine und kleinste Umstände zu achten und sie in ihrer Bedeutung für das Ganze zu erkennen. Luthers Wort von den Sprachen, in denen das „Messer des Geistes steckt," kam zu unverhoffter Geltung. Die neu geprägte Art der philologischen Kritik ist maßgebend geworden für alle anderen Sprachwissenschaften, die der Germanistik sowohl wie die der neueren Philologie. Und Meister und Lehrer der Methode sind die deutschen Vertreter der Philologie für die ganze Welt bis heute geblieben, wenn auch die normative Geltung der Antike überhaupt natürlich nicht hat bestehen bleiben können.

Je weniger Deutschland um die Wende des 18. Jahrhunderts durch seine nationale und politische Bedeutung in der Welt sich Geltung zu verschaffen vermochte, um so höher stieg seine Bedeutung und sein Ansehen als „Vaterland des Geistes", wie es gerade damals von geistreichem französischen Munde ausgesprochen wurde. Deutschland ist die geistige Weltmacht in immer größerem Umfange zunächst wieder durch die Ausbildung der Philosophie geworden, und zwar war es die sogen. idealistische, die sich in allen ihren Richtungen irgendwie als eine Fortbildung Kantischer Ideen zeigt und zugleich überall an die auf die klassische Richtung der deutschen Kultur folgende Romantik anknüpft. Fichte, Schelling und Hegel haben das gemeinsam, daß sie es wagen, „das gesamte Kulturleben aus der einheitlichen Grundlage der Vernunfttätigkeit zu erklären," während Kant selbst zu sehr bei der Untersuchung der einzelnen Vernunfttätigkeiten als getrennter Wirkungen stehen geblieben war und die Welt des Unbedingten auf sich hatte beruhen lassen. Die ungeheure Kühnheit Fichtes liegt darin, daß der Vernunft, als dem allgemeinen, absoluten Ich — schon diese Prägung konnte nur der ganz aus Willen bestehende Mensch wagen — die Kraft zugetraut wird, dem besonderen einzelnen Ich jeden beliebigen Inhalt seines Willens zu liefern, gewissermaßen durch den bloßen Willen den ganzen Weltinhalt erst hervorzubringen. Damit ist, und das wollte der sittlich unvergleichlich hoch gestimmte Idealismus Fichtes, jedes Tun verdammt, das nicht dem Imperativ der Vernunft unbedingt entspricht. Menschlich verständlicher in seinen Forderungen wird Fichte aber in den „Reden an die deutsche Nation", die er 1807/08 zu Berlin „unter den Kanonen der französischen Eroberer" hielt! Denn wenn das Recht und der Wert der Zeitalter und Völker allein in dem besteht, was sie für die

gesamte Menschheit bedeuten, so zeigt Fichte dort, in freilich idealisierender Weise, die Unentbehrlichkeit der deutschen Nation für den Bestand der gesamten Weltkultur unter der Voraussetzung, daß sie mit unerbittlicher Folgerichtigkeit die Uranlagen dieses Wesens weiter ausbildet. Und nicht bloß von der Ausbreitung der hochgesteigerten deutschen Geisteskultur erhofft Fichte den Beginn der Vernünftigkeit, er strebt auch schon ganz bewußt durch Hinweis auf Pestalozzi eine Nationalerziehung an und weist seinem „geschlossenen Handelsstaat" schon eine Reihe von sozialen Aufgaben zu, die eigentlich erst unsere Zeit zu erfüllen angefangen hat. So liegt, was Fichte für die heutige Weltmachtstellung Deutschlands bedeutet, durchaus in der Richtung des praktischen Idealismus, der eine ganz unverkennbare Eigenart unseres Volkstums ist.

Die Kühnheit und Tiefe der Philosophie Schellings gegenüber der auf dem Willen allein aufgebauten Richtung Fichtes, für die naturgemäß nur die Menschenwelt in Betracht kommen konnte, zeigt sich in einer ganz anderen, aber nicht minder die deutsche Innerlichkeit bezeichnenden Weise. Schelling hat, so ist kurz und treffend das Wesen seiner Philosophie ausgedrückt worden, die Natur in Geist verwandelt. Unbefriedigt von der mathematisch mechanischen Naturauffassung und in Anknüpfung an Kants Begriff des Organismus sowie seinen neuen Vernunftbegriff, der nicht nur ein Teil des Vorstellungsvermögens, sondern auch ein Grundtrieb, der nach dem Ewigen, dem Ideenhaften, ist, gelangt Schelling zu philosophischer Durchbildung von Gedanken, die schon bei den deutschen Mystikern, bei Spinoza, bei Jakob Böhme, ja sogar bei Giordano Bruno, dem großen Schüler des Cusanus, aufgetaucht waren: „daß in den Tiefen der gesamten Wirklichkeit der Pulsschlag des Gemüts wieder zu finden ist." Da ist denn das Schauen, die dem Dichter und Propheten vorzugsweise eignende Art, an die Stelle des eigentlichen Erkennens getreten, aber darin besteht gerade die Höherführung der Ideenarbeit durch die romantische Philosophie: Natur und Geist sind identisch, vollständig natürlich nur im Universum, das zugleich der vollkommenste Organismus und das vollkommenste Kunstwerk ist. Für diese tiefen Ideen fehlte nur damals noch der sichere Grund in der Erfahrung, so daß die „Naturphilosophie" zum größten Teil ein Spiel der Phantasie bleiben mußte. Und doch muß es als eine der glänzendsten Ruhmestaten deutscher Wissenschaft bezeichnet werden, daß Schelling die ganz moderne Ausprägung des Entwickelungsgesetzes fand, des großen Triumphes der Naturforschung des 19. Jahrhunderts. Deutlicher noch als Kant und Goethe es schon getan und 60 Jahre vor Darwin sah er, daß „die Stufenfolge aller organischen Wesen durch allmähliche Entwickelung einer und derselben Organisation sich gebildet" habe. Und heute ist nach tausendfältiger Durcharbeitung in der Einzelforschung eine Richtung wieder in Schellings Sinne dem Zusammenschauen und der Durchgeistigung des Wissens von der Natur durchaus geneigt.

Für Hegel gewinnt die Idee ihr wahres Sein erst im Menschen — die Natur ist ihm doch nur der Geist in seinem „Andersein" — aber sie tut es nicht im genialen Einzelnen, sondern in den Mächten der Gesellschaft, in Recht und Staat, Kunst, Religion und Sittlichkeit. Darum ist sein Hauptinteresse auf die Selbstentfaltung des absoluten Geistes = Vernunft = Gott, im Lauf der Geschichte gerichtet: die Geschichtsphilosophie Hegels bildet hier, trotz mancher Verfehlungen im einzelnen, das, was von seinem Denken in die gesamte Weltkultur übergegangen ist. Seine Kühnheit besteht dabei darin, daß er, über die Begründer der deutschen Geschichtsphilosophie, Herder und Lessing, weit hinausgehend, die Überzeugung vertritt, daß jedes Gebilde geschichtlichen Lebens ein Stück göttlicher Wahrheit in sich trägt und eine berechtigte Stufe ihrer Entwicklung bedeutet. Sein erstaunlicher Ausdruck: „Alles was ist, ist vernünftig", meint dabei selbstverständlich nur, insofern etwas ein Glied in dem sinnvollen Ganzen ist; ihm in seiner zeitlichen Bestimmtheit den Wert der Vernunft zuzuerkennen, ist Hegel weit entfernt gewesen. Durch Hegel hat eben doch die deutsche Wissenschaft zuerst vor allen anderen die Einsicht gewonnen, daß die Kulturtätigkeiten des

Menschen, mögen sie noch so sehr durch die Besonderheit der Leistung des einzelnen bedingt sein, „in sich eine alles Zeitliche überragende Bedeutung von innerer Wahrheit besitzen". Indem Hegel die Verwirklichung des Geistes, dessen Wesen die Freiheit bildet, durch die Zeitalter und Völker verfolgt, erfährt auch zum ersten Male die Besonderheit seiner Auswirkung im deutschen Kulturleben eine nachdrückliche Würdigung: als dessen Urtat wird die Reformation erkannt, weil sie den Menschen befähigt hat, sich durch sich selbst zu bestimmen, da ist der wahrhafte Begriff der Freiheit zuerst deutlich vor aller Welt erschienen. Ein besonderes Verdienst um die nationale Entwickelung Deutschlands hat Hegel, der ideenmäßigste der Denker unseres Volkes, dadurch gehabt, daß er zuerst in dem einen bestimmten Staate, dem Preußen nach den Freiheitskriegen, trotz seiner starken Mängel, die eine große Zukunft verheißenden Wirklichkeitsmächte erkannt hat. Denn er zuerst stellt den „Staat als den absoluten und unbewegten Selbstzweck hin, dessen Gewalt die sich selbst durchsetzende Vernunft ist, eine Verkörperung aller Sittlichkeit". Bei der preußischen Wirklichkeit hatte er vor allem die Erziehung der Beamten und des Heeres vor Augen. Wenn also der Spott darüber, daß Hegel gerade in den Tagen von Jena und Auerstädt sein philosophisches Hauptwerk beendete, noch immer nicht verstummt ist, so vergißt man, welch starken Wirklichkeitssinn der Verfasser eigentlich besaß. Hatten doch die Reformen Preußens, der künftigen Hauptvormacht Deutschlands, auf deren Ausbau seine heutige Weltmacht größtenteils beruht, für die Volkserziehung jene Pädagogik Pestalozzis zuerst in ausgedehntem Maße benutzt, durch die die deutsche Wissenschaft wieder eine ganz einzigartige Rolle in der Welt zu spielen berufen war. Bei Pestalozzi zuerst verbinden sich Idee und Erfahrung zu fruchtbaren neuen Grundsätzen aller Art von Erziehung. Ihr wesentlichster ist, daß der Anwendung der geistigen Kräfte erst deren Entfaltung und Entwicklung voraufgehen müsse; das Mittel dazu aber ist allein das, daß die Kräfte selbst in Tätigkeit gesetzt werden, denn nur dadurch kommen sie zum Bewußtsein, zur Anschauung. Wenn Pestalozzi unter Anschauung dann auch die innere Erfahrung selbst versteht, so wird diese Seite seiner Erziehungslehre eigentlich erst heute mit Bewußtsein ausgebaut, wodurch die Vormachtstellung der deutschen Wissenschaft in der Pädagogik, die in letzter Zeit anfing, wankend zu werden, die Hoffnung erhält, sich neu zu befestigen. Sie gründet sich dann auch darauf, daß die von Pestalozzi zuerst ausgesprochene, aber von der Pädagogik nicht fruchtbar ausgebaute Idee der sozialen Erziehung jetzt mit vollem Bewußtsein gerade in Deutschland gepflegt wird.

Die grundsätzlich so fruchtbare und reichlich ausgeübte Durchleuchtung der Wirklichkeit mit Ideen ist dann besonders der Wissenschaft von der Kunst und von der Religion, also der Ästhetik und der Religionsphilosophie zugute gekommen. Und auf beiden Gebieten erleben wir heute, nach einer über die breitesten Einzelheiten ausgedehnten Beschäftigung mit den Stoffen selber, eine Behandlung im Sinne Hegels, die die Selbstoffenbarung des absoluten Geistes in diesen beiden besonders wichtigen Kulturgebieten sich zur Aufgabe macht, so daß auch hier die deutsche Wissenschaft heute wieder die Führung hat. Für die Religion zumal hatte Hegel, da sie ihm doch zu sehr eine bildliche und geschichtliche Einkleidung des philosophischen Bewußtseinsinhalts war, nicht das Tiefste bieten können, das tat vielmehr Schleiermacher, und zwar in Fortbildung Lessingscher und vor allem Herderscher Gedanken im gesamten Zusammenhang der Romantik. Die Religionswissenschaft erhielt dadurch diejenige Richtung, die den eigentlichen Fortschritt über die Aufklärung des 18. Jahrhunderts bedeutete und den Zusammenhang mit der Grundrichtung der alten deutschen Mystik wiederfand. An Stelle der allgemeinen religiösen Vernunftwahrheiten verkündete Schleiermacher für die Religion — und übrigens auch für die Sittlichkeit, wodurch er über Kant hinausgeht — das Recht der persönlichen Eigenart in den „Reden über die Religion an die Gebildeten unter ihren Verächtern" und den „Monologen" (Einzelgespräche). Als „ganz fromm und ganz frei" muß seine Grundrichtung bezeichnet werden und damit als im besonderen Sinne deutsch. Durch die Wiedererfassung der Religion als eines

persönlichen Erlebnisses sucht Schleiermacher sie unabhängig zu machen von aller fortschreitenden Wissenschaft wie von dem Wandel der sittlichen Anschauungen. Im Gefühl, worin Wollen und Denken zusammenfällt, liegt ihm der Kern der menschlichen Persönlichkeit, und darum macht ihm das Wesen der Religion das „Gefühl der schlechthinnigen Abhängigkeit vom Unendlichen" aus. Ist die Persönlichkeit der Ausdruck und Spiegel des Alls selbst, so wird die Vollendung des freien persönlichen Willens die Absicht der Sittenlehre: „Immer mehr zu werden, was ich bin, das ist mein einziger Wille; jede Handlung ist eine besondere Entwicklung dieses einen Willens. Begegne dann, was da wolle". Aber Schleiermacher geht weiter und findet für Religion wie für Sittlichkeit als notwendig die Auswirkung innerhalb der Gemeinschaft, denn „wer sich zu einem bestimmten Wesen bilden will, dem muß der Sinn geöffnet sein für alles, was er nicht ist, und wie könnte dieser allgemeine Sinn wohl bestehen ohne Liebe?" Auch diese Gedanken haben heute wieder in der Wissenschaft vom Sittlichen die Führung.

Daß durch die durchweg idealistische Grundrichtung von Kant bis Hegel und Schleiermacher die deutsche Wissenschaft im Begriff war, die geistige Führung Europas an sich zu nehmen, hat um 1800 bereits Novalis deutlich ausgesprochen; zur selben Zeit legt Schiller ein ähnliches Bekenntnis ab in seinem Bruchstück von Deutschlands Größe: „Dem, der den Geist bildet, beherrscht, muß zuletzt die Herrschaft werden", und der Deutsche ist ihm der, welcher „den höhern Sieg errungen, der der Wahrheit Blitz geschwungen, der die Geister selbst befreit". Zu Anfang des 19. Jahrhunderts galt Deutschland denn auch dem Ausländer als „das Vaterland des Geistes", als die Gedankenwerkstätte für Europa, die seit der Mitte des 18. Jahrhunderts mehr tiefe Denker hervorgebracht hatte, als alle andern Länder zusammen.

Mit der zumal von Hegel durchgesetzten Idee der Entwickelung, der von Herder und Lessing bereits angebahnten geschichtlichen Auffassung der Wirklichkeit an Stelle des bisherigen Glaubens an unbedingt feststehende Tatsachen hat die deutsche Wissenschaft eine ähnliche Umwälzung erzeugt, wie die gewesen war, welche das 16. und 17. Jahrhundert in der Ansicht vom Bau des Weltalls hervorgebracht hatten. Diese Idee der geschichtlichen Auffassung ergreift nun nach und nach sämtliche Wissenschaften und wird das unzweifelhafte Kennzeichen des ganzen 19. Jahrhunderts, wodurch de wissenschaftliche Weltruhm Deutschlands auf einen noch höheren Gipfel steigt. Für deutsches Wesen ist es dabei ungemein bezeichnend, daß von hier aus zum guten Teil auch die äußeren deutschen Verhältnisse sich gestalten, wie das Leben im Innern des Organismus Art und Wesen der Teile bedingt: „Es ist der Geist, der sich den Körper baut". Sprachwissenschaft und Geschichtswissenschaft im engeren Sinne sind dabei diejenigen Gebiete, auf denen der Geist der deutschen Wissenschaft vor allem andern zur Geltung kommt. Die romantische Forderung der Einfühlung in jegliche noch so fremde Eigenart hatte Friedrich Schlegel zur Begründung der indischen Studien in Deutschland geführt, und Wilhelm von Humboldt schrieb unter Heranziehung sowohl amerikanischer als asiatischer Sprachen die für jede Art von Sprachwissenschaft grundlegende Abhandlung: „Über die Verschiedenheit des menschlichen Sprachbaus und ihren Einfluß auf die geistige Entwickelung des Menschengeschlechts". Wenige Jahre vorher aber war der deutschen Wissenschaft die Entdeckung der Verwandtschaft aller arischen Sprachen gelungen. Franz Bopp, dessen Konjugationssystem der Sanskritsprache schon 1816, dessen „Vergleichende Grammatik" 1833 erschien, wurde so der Lehrer aller deutschen und der meisten ausländischen Sprachforscher. Gerade dieser vergleichenden Sprachwissenschaft aber waren von derjenigen Wissenschaft die fruchtbarsten Anstöße gekommen, die die Erforschung deutschen Wesens und zumal deutscher Sprache zum Gegenstande hatte, der Germanistik. Ihr Begründer Jacob Grimm hat mit seiner deutschen Grammatik, den deutschen Rechtsaltertümern, dem Wörterbuch, zusammen mit den auch durch den Bruder Wilhelm eifrig unterstützten Sammlungen der Märchen und Sagen zugleich wahrhaft nationale Taten vollbracht. Hier in der

Germanistik zumal kam wie bei der vergleichenden Sprachwissenschaft jene urdeutsche Neigung zur Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit, deren Kehrseite immer nur die Kleinlichkeit und Schwerfälligkeit ist, zur allerbesten Geltung, J. Grimm prägte selbst dafür den kostbaren Ausdruck der „Andacht zum Unbedeutenden". Vaterländische und fremde Denkmäler,—denn jede Art von Sprache wurde mit höchstem Eifer gepflegt, und in Deutschland auch wurde die Neuere Philologie durch Diez begründet,—traten massenhaft ans Licht. In der Beschaffung literarischen Stoffes, so urteilt ein Haupt der neueren germanistischen Schule, Wilhelm Scherer, im Sammeln und Herausgeben wurden die Deutschen allen Nationen überlegen, und auch das verbesserte Verfahren bei der Bearbeitung ist hauptsächlich von Deutschen ausgegangen. Die bisher fast völlig vernachlässigte Kenntnis der deutschen Vorzeit aber trug ganz gewaltig dazu bei, die deutsche Gegenwart auf nationaler Grundlage sich gestalten zu lassen.

Und fast noch stärkere Einflüsse in dieser Richtung sind von der Geschichtsforschung ausgegangen. Auch das 18. Jahrhundert hatte deutsche Geschichtsschreiber gehabt. Als Wissenschaft aber im strengen Sinne ist die Geschichtsschreibung erst durch Niebuhr begründet worden, der in seiner römischen Geschichte zuerst den Begriff der historischen Kritik einführte und die Grenzen seiner Wissenschaft richtig absteckte. Die Richtung Herders, der zuerst unter dem „Gedanken des Volksgeistes alle die unbewußten Vorgänge des seelischen Lebens erfaßte, wie sie die Tiefen der menschlichen Entwickelung ausmachen," wird durch die Romantik aufs glücklichste weiter ausgebaut. Die Durchforschung mittelalterlicher Quellen wird jetzt möglich, und der Romantik entstammt auch der größte deutsche Geschichtschreiber, Leopold v. Ranke. Er bietet eine noch nicht dagewesene Sachlichkeit und Unparteilichkeit der Darstellung, er bezeichnet es als die Aufgabe der Geschichtschreibung, nicht darzutun, wie die Dinge hätten kommen können, sondern einfach zu sagen, wie sie gewesen sind. Freilich wirkt doch unwillkürlich bei Ranke das Interesse des Staates und auch zuweilen „die Hand Gottes über den Menschen" bei der Art der Darstellung mit. Die allermeisten andern deutschen Historiker schreiben die Geschichte des eigenen Volkes teils in ausdrücklich betonter, teils doch in durchschimmernder Weise unter politischen Gesichtspunkten bezüglich der nationalen Gestaltung der eigenen Gegenwart, vor allem tat es Dahlmann, einer der Göttinger Sieben, und Droysen, aber auch ganz offen der große Geschichtschreiber der römischen Geschichte, der Rechtswissenschaft und Philologie ebenso beherrschte wie die Geschichte, Theodor Mommsen. Kein Wunder daher, wenn die erste deutsche Volksvertretung, die zu Frankfurt a. M., ein ‚Professorenparlament' wurde. Verhängnisvoll wurde das doch erst dadurch für die nationale Entwickelung unseres Volkes, daß „die Professoren sich allzusehr auf den guten Willen verließen oder die Macht der Ideen, an die sie glaubten, und die Macht des Wortes, das sie handhabten, mit der tatsächlichen Macht verwechselten, die doch allein imstande ist, Ideen in die Wirklichkeit umzusetzen und die hinter dem Wort stehen muß, wenn dieses nicht zur Phrase werden soll." Von deutscher Wissenschaft genährte Männer aber waren es, die Gedanken des deutschen Idealismus von Kant bis zu den Ausläufern der Romantik nach dem Scheitern des deutschen Einheitsgedankens auf heimischem Boden als Keime in den Boden der „neuen Welt" einpflanzten, wie sich das am hervorragendsten an einem Staatsmann wie Karl Schurz gezeigt hat.

In Deutschland ist die nüchternere Einschätzung der Wirklichkeit und ihrer tatsächlichen Macht an Stelle des schönen nationalen Fehlers der Überschätzung der Macht der Ideen durch diejenige Wissenschaft ganz erheblich herbeigeführt worden, die dem Realismus besonders nahe steht, die exakte Naturwissenschaft. Ihre Blüte fällt in die Zeit der Reaktion der 50er Jahre des 19. Jahrhunderts, und ihre Richtung geht dahin, daß Naturwissenschaft sich in immer weiterem Umfange als angewandte Mechanik erweist. Arm war indes an zukunftverheißenden Ergebnissen auch die deutsche Forschung des 18. Jahrhunderts und der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts keineswegs gewesen, aber hinter der alles überragenden Bedeutung der deutschen Geisteswissenschaften trat sie freilich zurück. Immerhin erlebte doch das 18. Jahrhundert den größten deutschen Mathe-

matiker, Euler, und die Anfänge des genialen Gauß, dessen Arbeiten sein großer Schüler Weber weiter fortsetzte. Und der Physiologe und Anatom Albrecht von Haller entdeckte doch die Reizbarkeit als die Grundkraft und Lebenstätigkeit der Muskeln, von der er eine besondere Nervenkraft unterschied, die dann bald als der alleinige Beherrscher alles Lebens im Organismus angesehen wurde. Der bedeutendste Naturforscher freilich und zwar in ganz modernem Sinne war doch Goethe, nicht nur infolge seiner einzelnen Forschungen auf den verschiedensten Gebieten, sondern durch den Nachweis von Zusammenhängen, die die großen Entdeckungen Darwins vorwegnahmen. Das umfassendste naturwissenschaftliche Werk vor der Mitte des 19. Jahrhunderts ist Alexander von Humboldts Kosmos (Weltall): auf der Grundlage von Tatsachen wird hier ein Bild vom Naturganzen entworfen, das nirgends über die Grenzen des Tatsächlichen und der berechtigten Schlüsse und Vermutungen hinausgeht im Gegensatz zu den gewagten Aufstellungen der Naturphilosophie. Die Richtung des Blicks auf das Ganze kennzeichnet dann auch wieder diejenige Wissenschaft, die der große Schüler Humboldts, Ritter, begründet, die vergleichende Erdkunde, dieses charakteristische Gegenstück zur vergleichenden Sprachwissenschaft, das wie diese bis heute ein Sondergebiet der deutschen Wissenschaft geblieben ist. Hier greift auch zum ersten Male in bedeutsamer Weise die Technik ein und schafft in der Herstellung von Karten ein Gebiet, auf dem die Deutschen unerreicht von andern dastehen. Für die Ausbildung der Hauptnaturwissenschaft des 19. Jahrhunderts, der Biologie, sind die entscheidenden Grundlagen gleichfalls durchweg von deutschen Forschern geschaffen worden: Th. E. v. Baer entdeckt 1827 das Säugetierei, Schleiden 1828 die Pflanzenzelle, Schwann gelingt es 1839, jeden Teil des tierischen Organismus als aus Zellen zusammengesetzt zu erweisen, und bald nach 1846 führt Virchow den Abschluß dieser Entdeckungen herbei durch den Satz: „jede Zelle entsteht wieder aus einer Zelle", wodurch zugleich der Begriff der Medizin eine Umwälzung erfahren mußte und die Heilkunde die heute geltenden Formen annahm. So waren die wissenschaftlichen Voraussetzungen für eine durchaus einheitliche Theorie der Entwickelung der Lebewesen durch die deutsche Wissenschaft geschaffen worden. Und von noch weiterreichender Bedeutung womöglich wurde 1845 die Entdeckung des deutschen Arztes Robert Mayer, daß sich Bewegung in Wärme, Wärme in Bewegung umsetzt und daß der mechanische Ersatz der Wärme zahlenmäßig bestimmt werden kann. Darnach ist also die Summe der Kraft, die im Weltall tätig ist, unveränderlich wie die Masse des Stoffes, die den Weltraum erfüllt. Diese durch Helmholtz gleichfalls gemachte Entdeckung bildet die Grundlage der ganzen heutigen Physik. Eine gewisse Probe auf die Richtigkeit dieser Entdeckung bildete die Spektralanalyse von Bunsen und Kirchhoff 1859, durch die es deutlich wurde, daß überall im Weltraum dieselben Stoffe nach denselben Gesetzen wirksam sind. Ferner war es schon 1828 Wöhler gelungen, zum ersten Male aus anorganischen Stoffen einen organischen herzustellen, die Harnsäure, wonach der Begriff einer besonderen ‚Lebenskraft' aus der exakten Naturwissenschaft schwinden mußte. Die Agrikulturchemie Liebigs 1840 verschaffte mit einem Schlage der deutschen Chemie durch Nachweis der das Blut und mithin die gesamte Ernährung erzeugenden Grundstoffe die Weltmachtstellung, die sie bis heute nur immer noch weiter ausgedehnt hat.

Wahrlich, es war kein Wunder, wenn diese weitausgreifende Mechanisierung der Natur in geradezu tragischer Überhebung zu der vermeintlich unerschütterlichen Erkenntnis führte: „Die Welt ist Stoff, der Geist ist nur eine Tätigkeitsäußerung der Materie." Sie wird geschichtlich um so verständlicher, als die Zeit nach 1848 unter dem niederdrückenden Eindruck des Scheiterns der liberalen Ideen stand, das mit dem ihrer philosophischen Grundlage, des Hegelschen Systems, erfolgt war. Schon 1835 war die große Erschütterung der Religionswissenschaft erfolgt, denn das bedeutete das Erscheinen des Lebens Jesu von David Friedrich Strauß. War auch die Zurückführung auf lauter Mythologie infolge des Mangels an gesicherter Einzelforschung ein zu schroffes Vorgehen, so war hier doch zum ersten Male auf das rein Menschliche und menschlich Große, auf den Kern in der

Persönlichkeit Jesu hinabgegangen, während freilich später, 1872, „Der alte und der neue Glaube" zu einer Zeit erschien, als der Materialismus auf wissenschaftlicher Grundlage grundsätzlich bereits überholt war. Der Hauptvertreter der materialistischen Richtung auf philosophischer Grundlage ist der gleichfalls aus der Schule Hegels stammende Ludwig Feuerbach, für den Gott nichts anderes ist als die Verkörperung des Höchsten, was der Mensch sich wünscht, und der Mensch selbst nicht mehr ein bloßes „Durchgangsgefäß einer Idee", sondern der sinnliche Mensch nach allen Seiten seines Lebens. Wenn Feuerbach dabei das so gründlich mißverstandene Wort prägte: „Der Mensch ist, was er ißt", so gehen diesem Satze bei ihm eben die Worte voran: „Die Lehre von den Nahrungsmitteln ist von großer ethischer und politischer Bedeutung. Die Speisen werden zu Blut, das Blut zu Herz und Hirn, zu Gedanken- und Gesinnungsstoff. Menschliche Kost ist die Grundlage menschlicher Bildung und Gesittung. Wollt ihr das Volk bessern, so gebt ihm statt Deklamationen gegen die Sünde bessere Speisen". Auch der eigentliche deutsche Materialismus, der sich an die Namen Moleschott, Vogt und Büchner knüpft, ist doch, deutschem Wesen völlig entsprechend, viel richtiger eine „Metaphysik des Materiellen" genannt worden. Denn unter Vogt triumphiert doch 1854 in Göttingen über den Verteidiger einer besonderen „Seelensubstanz", Wagner, die echte, die exakte Naturwissenschaft, da die gegenteilige Auffassung wissenschaftlich als „Köhlerglaube" erscheinen mußte. Unehrlich bleibt dagegen die auf populäre Wirkung im üblen Sinne berechnete Darstellung der mechanischen Naturauffassung in Büchners „Kraft und Stoff", seit 1854. Wenn hier die Gedanken zum Gehirn in dasselbe Verhältnis gesetzt werden, wie die Galle zur Leber und wie der Urin zu den Nieren, so ist das eine zwar sehr freie Denkungsart, ihr fehlt aber auch völlig die bezeichnende Verknüpfung mit dem Frommen. Jetzt war für die Aufnahme von Darwins Entwickelungslehre mit den rein mechanischen Grundsätzen des Kampfes ums Dasein und der Zuchtwahl als einzigen Ursachen der Entwickelung aller Lebewesen die Zeit in Deutschland gekommen, das hier längst vergessen hatte, daß auf seinem Boden die grundlegenden Forschungen gemacht worden waren und dessen Vertreter heute zum größten Teile die Darwinschen Erklärungen für nicht mehr stichhaltig ansehen. Der bedeutendste deutsche Anhänger Darwins, Häckel, hat in seiner „Natürlichen Schöpfungsgeschichte" und zumal dem „Biogenetischen Grundgesetz" die Ideen des Meisters erheblich weiter verfolgt, in seinen „Welträtseln" freilich auch die Bahnen echter Wissenschaftlichkeit nicht selten verlassen.

Mit der materialistischen Wissenschaft und zugleich mit der stark entwickelten Industrie in der Mitte des 19. Jahrhunderts hängt auch der Anfang der in Deutschland neuen Bewegung des Sozialismus zusammen, die eben hier, deutsches Wesen besonders kennzeichnend, zuerst wissenschaftliche Formen annahm, ja geradezu philosophische. Denn aus der Schule der Jung-Hegelianer und der Feuerbachs stammt die „materialistische Geschichtschreibung", deren Begründer Karl Marx ist: sie findet in der Betrachtung der gesamten geschichtlichen Wirklichkeit als die eigentlich treibenden Mächte, die hinter den Beweggründen der handelnden Menschen stehen, statt der geistigen ausschließlich wirtschaftliche; der Grundsatz wird aufgestellt: „Es ist nicht das Bewußtsein des Menschen, das ihr Sein, sondern ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt." Lassalle, der andre Urheber der Sozialdemokratie, kommt weniger für die Wissenschaft in Betracht als eben für die Agitation und Organisation. Dagegen hatte schon 1841 Friedrich List mit seinem Hauptwerk: „Das nationale System der praktischen Ökonomie" einen besonders wichtigen Beitrag von seiten der mit der Praxis verbundenen Wissenschaft für den Übergang Deutschlands in das realistische Zeitalter geliefert, indem er die manchesterliche Freihandelslehre unermüdlich bekämpfte und für den Schutzzoll mit Nachdruck eintrat. Freilich war auch die Reaktion wissenschaftlich eifrig am Werke, und ihre Betätigung kann recht wohl mit der einseitigen Betonung des „Frommen" und dem fast völligen Verschwinden des „Freien" gekennzeichnet werden. Als der Hauptvertreter ist hier Friedrich Julius Stahl zu nennen, dessen Schlagworte: „Autorität, nicht Majorität" und „Die Wissenschaft muß umkehren" bei aller treffenden Kritik des wirklichkeitsscheuen Liberalis-

mus doch deutlich zeigen, daß er die seit Rousseau, Kant und Hegel gemachten ungeheuren Fortschritte der Wissenschaft überhaupt nicht anerkannte.

So hocherfreulich die kraftvolle Blüte der Naturwissenschaften in der Mitte des 19. Jahrhunderts auf deutschem Boden auch war, ihre schließlich in Materialismus deutlich auslaufende Richtung konnte die tieferen deutschen Naturen auf die Dauer nicht befriedigen, und da auch der Jammer der Reaktion alles laute und volle Leben nicht zu übertönen vermochte, das mit dem Aufblühen von Industrie und Technik auch in Deutschland eingezogen war, so erklärt sich die tiefe, nachhaltige Wirkung derjenigen Philosophie, die nach jahrzehntelangem Warten jetzt erst zur Geltung kam, des Pessimismus Schopenhauers (1788—1860). Nicht seine Lehre von der Welt als bloßer Vorstellung in Anlehnung und Weiterführung von Kants Entdeckungen erklärt die starke Wirkung, sondern eben die in ungewöhnlich wohllautender Sprache vorgetragene Lehre von der an indische Philosophie sich anlehnenden Verneinung des Willens zum Leben. Die Herkunft von der Romantik verriet schon die mystische Auffassung des Willens, der als unbewußter bereits im Reich der Natur walte, sich nur in Schmerzgefühlen zu betätigen vermöge und darum aufgehoben werden müsse. Zwei Möglichkeiten dazu gibt es nach Schopenhauer, einmal die Versenkung in die Philosophie und Kunst, was im Grunde dasselbe sei, vor allem in die Musik, die geradezu die Verkörperung des Willens sei, also ästhetisch-wissenschaftliches Schaffen bzw. Genießen, und zweitens die Askese, die Abtötung, womit das Ideal des Heiligen sich erhebt. Für Schopenhauer selbst, und darin wirkt er ganz undeutsch, ist diese ganze Wirksamkeit des Willens in der Welt doch nur ein Schauspiel, das er betrachtet; gelebt hat er sie nicht. Aber der ernsthafte Deutsche sah in seiner weltflüchtigen Philosophie geradezu eine wissenschaftliche Ausprägung dessen, was ihn beim Anblick des Lebens vor 1866 überall bedrängte. Und die immer wieder erneute Möglichkeit der Wirkung jenes Pessimismus, die sich nach 1870 z. B. so deutlich in Frankreich gezeigt hat und nach der Gründerzeit auch wieder in Deutschland, beruht in der Tat darauf, daß Schopenhauer „ein heilsamer Zerstörer bequemen und feigen Wahnglaubens und ein Befreier von schimmernden Lebenslügen war, ein Erwecker zu hochstrebender Sehnsucht und ein Mahner an das geheimnisvoll Ewige im Menschen."

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts, als zu dem Ruhm der deutschen Geisteswissenschaften auch die Blüte deutscher Naturwissenschaft hinzugekommen ist, beginnt in immer umfangreicherem Maße die Vermittelung deutscher Wissenschaft an das Ausland. Von Deutschland übernimmt Rußland, während es von Frankreich sich Lebenskultur holt, geistige Kultur überhaupt, und wenn die spätere Russifizierung auch der Wissenschaft deutsche Kultur so arg zurückdrängte, so zeigte die Fülle der baltischen Gelehrten zumal, die in das eigentliche „Vaterland des Geistes" wieder übergingen, die Früchte der deutschen wissenschaftlichen Kultur auf slawischem Boden sehr deutlich. An Frankreich aber vermitteln um jene Zeit Männer wie Renan, Taine und Michelet die fruchtbarsten Ideen deutscher Geisteswissenschaft, zumal der Philosophie und Geschichte. Jetzt auch begannen die Amerikaner die deutschen Universitäten zu besuchen und von deutscher Wissenschaft mehr Nutzen zu ziehen als die Engländer. Nach dem Zeugnis des früheren Präsidenten der Vereinigten Staaten, Roosevelts, hat Deutschland „dem amerikanischen Schul- und Universitätssystem, dem ganzen System, Gelehrte heranzubilden, in ausgeprägtem Maße die Richtung gegeben."

In Deutschland selbst aber, das sich immer deutlicher auf die Weltmachtstellung vorbereitete, die ihm auch in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht beschieden war, beginnt auch für die ihm eigentümlichste Wissenschaft, die Philosophie, eine sehr folgenreiche Weiterbildung. Nachdem in der hierfür so unfruchtbaren Zeit doch so ansehnliche Leistungen in philosophiegeschichtlicher Beziehung hervorgetreten waren wie Zellers Geschichte der griechischen Philosophie und Kuno Fischers Einzeldarstellungen der ganzen neueren Philosophie, beginnt jetzt mit dem Rufe: Zurück zu Kant! die noch heute anhaltende Strömung des Neu-Kantianismus in Auslegung und Weiterführung der Grundprobleme des Urhebers des kritischen Idealismus, eine Bewegung,

die in kulturgeschichtlich bedeutungsvoller Beziehung A. Lange mit seiner klassischen „Geschichte des Materialismus" 1866 eingeleitet hatte. Daß jetzt auf Grund der inzwischen mächtig geförderten Einzelforschungen von neuem im Kantischen Sinne die Grundfragen des Philosophierens behandelt werden, daß aber nicht bloß Fachphilosophen, sondern Vertreter von Sonderwissenschaften, wie vor allem der Naturwissenschaft, der Geschichte, der Theologie, an die Lösung dieser Fragen herangehen, gibt der Bewegung ihr besonders verheißungsvolles Gepräge. Und zwar sind es hier neben einer Fülle von deutschen Forschern auch solche aller anderen Kulturländer, die sich mit Kantischer Philosophie beschäftigen: aus England und Frankreich so gut wie aus Nordamerika, Holland, Skandinavien, aus Rußland, Italien, Spanien und Japan.

Als mit Blut und Eisen dann Bismarck die Deutschen wieder zu einer einheitlichen Nation geschmiedet und ihnen so die Möglichkeit zu der politischen Weltmachtstellung geschaffen hatte, ist von dieser Wendung der Dinge auch die Entwickelung der deutschen Wissenschaft nicht unberührt geblieben. Es lag nahe, daß jetzt meist die Kriegswissenschaft und dann die Geschichte stärker hervortraten. Die Deutschen, die seit Anfang des 19. Jahrhunderts das klassische Buch des preußischen Generals v. Clausewitz, „Vom Kriege" besaßen, erhielten jetzt unter Moltkes Leitung durch den Großen Generalstab die für alle Welt vorbildlichen, kriegswissenschaftlichen Darstellungen nicht nur der letzten deutschen Einigungskriege, sondern auch früherer wie der Friedrichs des Großen und erhalten heute in dem „Handbuch für Heer und Flotte" seit 1910 eine Enzyklopädie der Kriegswissenschaften und der verwandten Gebiete, die das Wort „Auch die Waffe ist eine Wissenschaft" in ungeahnter Weise bestätigt. Die reiche Arbeit aber auf dem Felde der Geschichtswissenschaft kam ganz besonders der Entwicklung der Einheit des eigenen Volkes zugute, wie denn der große Rankeschüler Sybel die Geschichte des neuen Reiches schrieb und als eine besonders bezeichnende Gestalt für die neuere Generation H. v. Treitschke, gehoben von dem nationalen Machtbewußtsein, die Darstellung der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts mit hinreißender Begeisterung erfüllte. Immer reicher treten auch, Wissenschaft mit Kunst der Darstellung vereinend, in Sonder-Darstellungen die nationalen Helden auf allen Gebieten hervor, Friedrich der Große und Wilhelm I. und eben erst wieder Bismarck so gut wie Luther, Goethe, Schiller und Lessing, denn die Literaturgeschichte ist ja im Grunde nur ein Teil der Geschichte, und auch die Literaturgeschichte selbst kommt nach langer Zeit unter dem Einfluß des nationalen Gedankens zu ganz anders wirksamer Darstellung als früher, wie die Werke von Scherer, Bartels u. a. beweisen. Ja, in die Wissenschaft dringt gerade unter dem Eindrucke der nationalen deutschen Errungenschaften stark und weit wirkend die Rassentheorie hinein; die deutschen Schriften Lagardes und Langbehns „Rembrandt als Erzieher" sind charakteristisch für das uralte Bedürfnis, einen Zusammenhang zwischen der Phantasietätigkeit und dem Gewissen herzustellen, der dem Germanen so eigentümlich ist, dem Romanen so fremd. Wenn hierbei die „Freiheit" der Wissenschaft etwas einzubüßen scheint, so kommt dafür die religiöse Innigkeit und Tiefsinnigkeit um so stärker zum Ausdruck. Eine Fortführung und zwar eine hervorragende Veredlung erfährt anderseits die einst durch Marx begründete sogen. materialistische Geschichtschreibung, indem sie sich in Karl Lamprechts Deutscher Geschichte, die nach 25 Jahren jetzt vollendet vorliegt, zu einer Gesamtbetrachtung ohnegleichen erhebt: Unter absichtlicher Zurückdrängung der Bedeutung der Einzelpersönlichkeit kommt dabei zu besonders wirksamer Darstellung die Massenseele, die schlagende Kennzeichnung ganzer Zeitalter mit allen in ihnen wirkenden Grundkräften, geistiger wie materieller Art. Und die Eigenart deutscher Forschung, überall zu Vergleichung und Verallgemeinerung fortzuschreiten, wendet sich gegenwärtig, nach einer übermäßig ausgedehnten Einzelforschung, immer häufiger der Darstellung von Weltgeschichte, wie Helmolt und Pflugk-Harttung zeigen, und dann auch der Geschichtsphilosophie zu, wie Bernheim, Lamprecht, Lindner, Simmel beweisen. Und der immer weiter aufgeschlossene Blick des Forschers, der jetzt in die Welt hinausziehen darf mit dem Bewußtsein, daß hinter ihm

das mächtige Reich steht, führt zu immer häufigerer wissenschaftlicher Durchforschung fremder Länder. Die Namen Schweinfurth, Rohlfs, Nachtigal, Zintgraff, Bastian, Richthofen vertreten hier die deutsche Wissenschaft.

Und die Deutschen hätten nicht Deutsche sein müssen, wenn der unvergleichliche wirtschaftliche Aufschwung nicht auch von dieser materiellen Seite her der Wissenschaft zugute gekommen wäre, nicht nur, soweit sie in Beziehung zur Technik steht, die die Erzeugung materieller Werte hebt und den Verkehr erleichtert, sondern eben auch der Geistes-Wissenschaften. War es doch schon in viel früheren, kümmerlichern Zeiten ein besonderer Ruhm deutscher Staaten gewesen, in erster Linie die geistigen Kulturgüter zu wahren. Reichere Ausstattung ermöglichten jetzt der Berliner Akademie der Wissenschaften jene hervorragenden Veröffentlichungen der Werke Friedrichs des Großen, des Aristoteles, der gesammelten Schriften Kants, die sich alle jenen älteren Veröffentlichungen wie der Sammlung der lateinischen und griechischen Inschriften ruhmvoll an die Seite stellen. Und zu den vier schon vorhandenen Akademien des Deutschen Reichs, Berlin, München, Göttingen, Leipzig ist seit einem Jahre als fünfte Heidelberg hinzugekommen. In fruchtbarer Verbindung stehen seit 1893 Leipzig, München, Göttingen mit Wien zur Herausgabe umfassenderer Werke, und auf Anregung von Berlin und London besteht seit 1899 eine 17 Akademien umfassende internationale Vereinigung, deren erste Aufgabe es ist, eine vollständige Ausgabe der Schriften Leibnizens herauszugeben. Und neben den Einzelstaaten ist es jetzt auch das Reich selbst, das in zunehmendem Maße wissenschaftliche Zwecke fördert. Natürlich ist es seine Aufgabe, die Mittel in erster Linie solchen Veranstaltungen zuzuwenden, die die Wissenschaft in besonders enger Verbindung mit dem Leben und der Sicherheit seiner Bewohner zeigen. Von den über elf Millionen Mark, die der Reichshaushalt für 1910 für wissenschaftliche Zwecke aufweist, entfallen daher etwa zwei Drittel auf Anstalten wie das Patent-Amt, das Statistische Amt, die Biologische Anstalt, die physikalisch-technische Reichsanstalt, das Gesundheitsamt; unterstützt wird ferner die Bekämpfung der Tuberkulose und des Typhus. Dann aber erfahren die kulturwissenschaftlichen Aufgaben, wie sie etwa die archäologischen Institute in Rom, Athen und Kairo und das Germanische Museum in Nürnberg zu lösen haben, kraftvolle Pflege, ebensowie Schul- und Erziehungszwecke, geographische und geophysikalische Forschungen, astronomische und meteorologische Beobachtungen, namentlich soweit sie auf internationaler Beteiligung beruhen.

Der überall auch in der Wissenschaft immer stärker sich geltendmachende nationale Einschlag im neuen Reich hat auch ganz erheblich dazu mitgeholfen, die Alleingültigkeit des klassischen Bildungsideals einzuschränken, das eine so hervorragende erzieherische Wirkung gehabt hatte. Die Hauptwissenschaft des 19. Jahrhunderts, die der geschichtlichen Entwickelung, hatte wie alle Gattungen, so auch die Altertumswissenschaft von dem dogmatischen Betriebe zurücktreten heißen. Und nun hat gerade die Bearbeitung von seiten der deutschen Wissenschaft dazu geholfen, den Wirklichkeitsgehalt der Antike herauszustellen und nach einer gerade auch hier vielfach ins Kleinliche gehenden Forschertätigkeit, mächtig angeregt durch Ergebnisse der Ausgrabungen und glücklicher literarischer Funde wie des Aristoteles Staatslehre oder des Menander große Komödienbruchstücke eine vertiefte Gesamtanschauung des Altertums gegeben: die Namen eines Erwin Rohde, Burckhardt vor allem, Diels, v. Wilamowitz-Möllendorf, Michaelis seien hier als einige der Hauptvertreter genannt. Auch in der Germanistik dient die historisch-sprachliche Forschung immer mehr dazu, das früher einseitig idealisierte Bild der deutschen Vergangenheit in seiner um so mächtiger wirkenden Wirklichkeit darzutun: Müllenhoff, Scherer, Weinhold, Sievers, Zarncke, Burdach sind hier einige der leuchtendsten Namen.

Aufs allerengste mit den unvergleichlich gesteigerten wirtschaftlichen Verhältnissen infolge der neuen nationalen Einheit hängt die Ausbildung derjenigen Wissenschaft zusammen, zu der vor der Gründung des neuen Reichs zwar bedeutsame Anfänge gemacht worden waren, die indes infolge mangelnder Psychologie zu stark mit Formu-

lierungen, die der Wirklichkeit nicht entsprachen, durchsetzt war, der Soziologie, die mit der Nationalökonomie und Rechtswissenschaft aufs engste zusammenhängt. Die Ausbildung der historischen Richtung im engern Sinne ist auch hier ein Ruhmestitel deutscher Wissenschaft; sie knüpft sich an Namen wie Wilhelm Roscher (1807—1894), Knies u. L. Brentano. Es war gerade die mit dem Spottnamen des Kathedersozialismus bedachte Richtung, von der der fruchtbare Anstoß ausging. Nach der Begründung des Sozialismus als Wissenschaft überhaupt durch Rodbertus treten sehr verschiedenartige Richtungen auf, die z. T. dem demokratischen Sozialismus zuneigen, bis dann in Schmoller und Wagner das grundsätzliche Eintreten für einen mäßigen Staatssozialismus die segensreichsten Folgen für die Gestaltung der deutschen Verhältnisse gewinnt, die nun den ausländischen zum oft nachgeahmten Vorbilde werden. Das wesentlichste an dieser deutschen Soziologie ist die Erkenntnis, daß nicht die großen Unterschiede des Besitzes, sondern die der geistigen und sittlichen Bildung den letzten Grund aller sozialen Gefahren bilden, wodurch dann ganz neue Wege zur Hebung der sozial tieferstehenden Klassen sich ergeben. Deutsche Wissenschaft ist es auch, die hier wieder die Gedanken fortführt zu einer Sozialphilosophie wie bei L. Stein, Tönnies, Sombart, und zu einer Sozialpädagogik wie bei Natorp. Wie die Soziologie bei den praktischen Aufgaben des Deutschen Reiches mächtig mitwirkt, so tat und tut es auch die Rechtswissenschaft. Sie hatte einen glänzenden Vertreter in Savigny (1778—1851) gehabt, dem systematischen Begründer der historischen Schule zur Zeit der Romantik; die diese ergänzende philosophische Richtung führte später Thibaut und vertrat zu besonderem Ruhme deutscher Wissenschaft R. v. Jhering vor allem mit seinem Geist des römischen Rechts 1852—1865. Unter den Vertretern des römischen Rechts, den sogenannten Romanisten, nahm Windscheid eine führende Stellung ein, unter denen des deutschen, den Germanisten, die seit dem Inkrafttreten des „Bürgerlichen Gesetzbuchs" 1900 naturgemäß an Bedeutung gewinnen, ragen Dambach, Goldschmidt und Gierke hervor, während das Staatsrecht in älterer Zeit Männer wie R. v. Mohl und Bluntschli, in neuerer Laband und Zorn aufzuweisen hat. Die Eigenart deutscher Wissenschaft führte zuletzt auch hier zur Begründung der vergleichenden Rechtswissenschaft, die Kohler vor allem vertritt nebst Bachofen, Leist, Jolly u. a. und die auch seit 1894 zu einer internationalen Vereinigung geführt hat, so daß auch in dieser Richtung deutsche Wissenschaft eine neue Stellung in der Weltkultur erringt. Und auch ein Werk wie das „Handwörterbuch der Staatswissenschaften" ist von der Fachkritik aller Kulturstaaten als unentbehrlich anerkannt.

Ähnliches ist durchaus auch auf dem Gebiet der Theologie der Fall. Die Fortsetzung der welterobernden kritischen Richtung, die vor allem die Tübinger Schule pflegte und die in Vatke, Wellhausen, Stade und Gunkel glänzende Vertreter für das Alte Testament fand, führte auch in Pfleiderer namentlich zu hervorragender Vertretung der Religionsphilosophie, in Harnack zu einem besonders bedeutenden Dogmenhistoriker. Wie hier für wirklich wissenschaftliche Arbeit vor allem die sogen. liberale Theologie in Frage kommt, so ist das erst recht der Fall bei dem jüngsten Zweige, der allgemeinen Religionswissenschaft, für die die deutsche Wissenschaft die besten Lehrbücher hervorbringt. Das eben begonnene zusammenfassende Werk „Die Religion in Geschichte und Gegenwart" scheint bestimmt zu sein, einer bahnbrechenden Bewegung in unserem religionswissenschaftlichen Leben als Markstein zu dienen.

Bei der engen Beziehung, in der die Naturwissenschaften zur Gestaltung des materiellen Daseins stehen, ist es begreiflich, daß auch infolge der erneuten starken Betonung aller Wirklichkeit diejenigen Zweige von diesen besonders gepflegt wurden und dann eben auch einen Weltruf erlangten, die einen unmittelbaren Nutzen für das Leben erkennen lassen. Das waren ganz besonders die Heilkunde und die Gesundheitslehre, und was ihnen dienstbar gemacht werden konnte. Wie unter den praktischen Ärzten von Weltruf ein Billroth, Bergmann und Esmarch hervorragten, so wurde eine neue Wissenschaft, die Bakteriologie, geradezu erst begründet von dem soeben verstorbenen Robert Koch,

dem Entdecker des Tuberkelbazillus, des Cholerabazillus und dem Bekämpfer der Schlafkrankheit, in dessen hygienischem Institut von Schülern aller Länder bis Japan hin höchst folgereiche Untersuchungen gemacht wurden, vor allem von Behring, der das Diphtherie-Serum erfand. Unter den Vertretern der Physik ist der letzte große deutsche Entdecker von Weltruf Röntgen, dessen nach ihm benannte Strahlen für die Chirurgie von ganz ungeahntem Nutzen sein sollten. Im Vordergrunde der sogen. reinen Naturwissenschaften steht heute auch in Deutschland die Biologie, für die die Chemie, die Physik, ja neuerdings sogar die Mathematik herangezogen wird. Von den beiden Richtungen, in die sie sich teilt, den durch Häckel zumal fortgebildeten Darwinismus und den sogen. Neo-Vitalismus (neue Lehre von einer Lebenskraft) erlangt in Deutschland bezeichnenderweise gerade die letztere immer mehr Vertreter: es ist, als ob die deutsche Grundrichtung des Denkens, daß alle Wirklichkeit uranfänglich Geist sei, immer wieder auch in der Naturforschung sich zur Geltung bringen wollte. Den deutschen Ton aber in der Vielstimmigkeit der gesamten heutigen Naturforschung, die der ganzen Art nach zu den am meisten internationalen gehört, hören wir vor allem aus der Neuschöpfung einer Naturphilosophie heraus: jetzt baut sie sich, im Gegensatz zu den gewagten Aufstellungen der Romantik, auf allerbreitester Einzelforschung auf und bewahrt diese gerade vor der so gefährlichen handwerksmäßigen Vereinzelung. Der Chemiker Ostwald sucht die Schwierigkeiten, welche der Vereinigung der Begriffe Materie und Geist sich entgegenstellen, durch die Unterordnung beider unter den Begriff der Energie zu heben: Energie ist dabei Arbeit und alles, was aus Arbeit entsteht und in sie verwandelt werden kann. Mach geht wiederum von der Physik aus: die Grundelemente aller Erfahrung sind ihm die Empfindungen, deren Inhalte durch das subjektive Prinzip unseres Verstandes, die „Ökonomie des Denkens" in wissenschaftlichen Zusammenhang gebracht werden. Damit tritt dann die deutsche Forschung führend hervor in der „Erhebung der exakten Wissenschaften zu ihrem stets vorhandenen, wenn auch noch so oft aus dem Gesicht entschwundenen philosophischen Ziel," und wie aus unserem Volkstum vor 100 Jahren der Neu-Humanismus als hervorragendstes Bildungselement hervorging, so sind es heute wieder die Deutschen, die durch die Einführung des humanistischen Geistes in die Naturwissenschaften allen Kulturvölkern in der Welt vorangehen.

Es hat in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gegenüber den Richtungen des Positivismus, die in Frankreich und England herrschten und herrschen, in Deutschland nur vorübergehend in Laas zur Wirkung gelangten, auch keineswegs an bedeutsamen ganzen philosophischen Systemen gefehlt, die Natur- und Geisteswissenschaften gleichmäßig zu ihrem Recht kommen ließen. Die Vermittelung bildete hierbei die Psychologie, die während der Vorherrschaft der idealistischen Richtungen sehr zu kurz gekommen war. Der eigentliche Begründer der Psychologie als Wissenschaft war der deutsche Philosoph Herbart 1776—1841 gewesen, da er die ersten Anregungen zu einer sachlich-genauen Betrachtung der Bewußtseinsvorgänge gab. Das wurde für die vorbildliche Ausgestaltung der Pädagogik von höchst bedeutsamen Folgen, die, von praktischen Schulmännern mehr als von Universitätslehrern gepflegt, heute Männer wie Baumeister, Rein, A. Matthias zu wegweisenden Vertretern hat. Die fruchtbare Anknüpfung der Psychologie an die Physiologie, die zu Webers Entdeckung des Tastsinns und des Gemeingefühls führt, zu Lotzes medizinischer Psychologie, zu Helmholtzs physiologischer Optik, gipfelt dann in Fechners Psychophysik. Heute scheiden sich auch hier zwei Gruppen, eine, deren Vertretern die Seele nur die Möglichkeit psychischer Vorgänge bildet, wie Ebbinghaus und Lipps, und eine andere, für die die Seele das Subjekt über den einzelnen durch Experimente untersuchten Vorgängen, ein Ichbewußtsein ist, wie bei Wundt und Paulsen. Fechner, der von dem intimen Lebenszusammenhange zwischen Leib und Seele ausging, wurde 1860 der Begründer der Psychophysik, die die psychischen Größen indirekt mißt; er stellte die höchst fruchtbare Theorie vom psycho-physischen Parallelismus auf, wonach jedem seelischen Vorgange ein physischer entspricht. Fechner, der

„Nanna oder über das Seelenleben der Pflanzen" geschrieben und die „Tagesansicht gegenüber der Nachtansicht" verfochten hat, führte zu einer neuen Metaphysik, in der naturwissenschaftliches Denken und inneres Erleben im Gegensatz zu dem Pessimismus Schopenhauers und Hartmanns seine Befriedigung finden konnte. Bei Lotze wiederum wird die mechanische Naturansicht einem „teleologischen Idealismus" untergeordnet, da alles Reale geistig ist und der letzte Urgrund absolute Persönlichkeit, d. h. es lebt die Leibnizsche Monadenlehre wieder auf, nur sind die Monaden jetzt in lebendiger Wechselwirkung gedacht. In seinem „Mikrokosmus" 1856—1864 leistete er „mit der philosophischen Vertiefung des idealistischen Denkens und mit der Bereicherung des naturwissenschaftlichen und kulturwissenschaftlichen Wissens des 19. Jahrhunderts" das, was einst Herder in seinen „Ideen" versucht hatte.

War hier schon, nach längerer einseitiger Tatsachenfeststellung wieder mit Bestimmung von Werten der Wirklichkeit begonnen worden, so brach sich auf deutschem Boden, dieser klassischen Fundgrube der Persönlichkeiten, der Wille zur Macht, zur Durchsetzung des Eigenen, um so kraftvoller Bahn, als sowohl die ausgleichenden Bestrebungen des Sozialismus wie die bare Sachlichkeit in der wissenschaftlichen Einzelforschung immer weiter zunahmen und bei ausgedehnten wissenschaftlichen Untersuchungen der einzelne immer mehr nur wie ein Rad an der Maschine tätig war. Zwar der „Einzige und sein Eigentum" von Max Stirner konnte infolge der ganz widerspruchsvollen Theorie vom „Verein der Egoisten" (!) kaum ernstlich wirken, wohl aber mußte das der Fall sein bei der den „Willen zur Macht" in sich verkörpernden Idee des Übermenschen von Friedrich Nietzsche. Sie trat hervor, gerade als die neue Generation des deutschen Volkes heranwuchs, das eben als solches seinen Willen zur Macht durch Verwirklichung der nationalen Einheit kraftvoll betätigt hatte. In Nietzsche, dessen Entwickelung durch Darwins Theorie von der Zuchtwahl ebenso wie durch Schopenhauers Künstlerideal bestimmt wurde, spiegelt das ruhelose Gären und Suchen der Zeit sich wieder: den Freigeist und den Künstler zugleich will sein „Zarathustra" umfassen, dem gegenüber die Masse bloß als Stoff wirken kann, um die Möglichkeit zur Hervorbringung überragender Einzelner zu schaffen. So wohltätig in sittlicher Hinsicht gerade die Abweisung aller Art von Glückseligkeitsmoral wirkt, so ist Nietzsche doch eben unfähig, eine neue Moral zu begründen, weil die auch von ihm an den Übermenschen gestellte Forderung der Herrschaft über sich selbst aus ihrem Ursprung der natürlichen Herrschaft der Instinkte logisch gar nicht gefolgert werden kann. Aber eine Berührung dieses „Immoralismus" mit der dem Deutschen gemäßesten Sittenlehre, der Kantischen, findet sich doch in dem Begriff der Eigengesetzgebung der Persönlichkeit, und mehr noch eine Berührung mit der Sittenlehre Schleiermachers. — Die Verbindung der auf die Betätigung der Persönlichkeit und des Willens gerichteten Forderung mit der Feststellung von Werten, wie sie aus den Ergebnissen der gesamten Einzelforschung fließt, ist nun auch wieder von einem Deutschen gewagt worden, dessen Philosophie daher in gewissem Sinne als diejenige gelten kann, die auf Grund des heutigen Weltwissens überhaupt möglich ist: Wilhelm Wundt. Bestimmter als Lotze und Fechner stellt er die Forderung, daß die Philosophie den „Tatbestand der Einzelwissenschaften rückhaltlos als die Grundlage anerkenne, von der sie auszugehen habe". Wundt kam selbst von der Physiologie her und wurde der Begründer der Experimental-Psychologie, den psychophysischen Parallelismus betrachtete er aber nur als ein „empirisches Postulat". Der wichtigste nun von allen Bewußtseinsvorgängen ist ihm der Willensvorgang wegen seiner Zusammengesetztheit aus Gefühlen, Empfindungen, Vorstellungen. Mit dieser „voluntaristischen" Richtung seiner Philosophie stellt Wundt sich neben Kant, den deutschesten Philosophen, einerseits und bringt anderseits zugleich den philosophischen Gehalt des Bismarckschen Zeitalters zum Ausdruck, in dem ein Nietzsche so gar nicht die Verkörperung seiner Idee vom Willen zur Macht zu sehen vermocht hatte. Und auch dadurch ist Wundt ein besonders kraftvoller Vertreter der heute wieder herrschenden deutschen Philosophie, daß er die einst auf deutschem Boden entstandene Völkerpsychologie, deren Schöpfer Lazarus

und Steinthal waren (1860—1890), zu neuer Geltung bringt. Denn mit der heute selbstverständlichen Verwertung der Idee der Entwickelung stellt Wundt eine Stufenfolge von Willensgestaltungen auf, die die Natur als die Vorstufe des Geistes mit der Geistes- und geschichtlichen Entwickelung verbindet und so eine fruchtbare Fortbildung der Gedanken von Leibniz, Schelling und Hegel aufweist, die nächst Kant die Besonderheiten deutschen Denkens darstellen.

Diese unerschütterliche Überzeugung von dem geistigen Urgrunde der gesamten Wirklichkeit gehört so sehr zu den welterobernden Mächten deutscher Wissenschaftlichkeit, daß wir sie eben von vornherein auch heute erwarten dürfen, wo sich nach einer Zeit der Vorherrschaft der materiellen Werte in der deutschen Kultur eine neue Höhe unserer Geisteskultur zu erheben scheint. Daher wird auch die neuerdings von England und Amerika zu uns herüberkommende Richtung des Pragmatismus — der Materialismus ist nach der Überzeugung der führenden Geister aus ernsthaft wissenschaftlichen Kreisen geschwunden — eine bedeutende Umwandlung erfahren müssen, wenn sie dem Besten, dessen unser Volkstum sich für fähig fühlt, gemäß sein soll. Wohl ist es zu verstehen, daß die Deutschen als ein Volk, das endlich die Werte der materiellen Wirklichkeit im vollen Umfang erkennt und in erstaunlichem Maße selbst zu schaffen fähig geworden ist, indem es mit seinem Faust von der Überschätzung des „Wortes" zur Wertung der „Tat" überging — es „fühlte Kraft zu neuen Taten", „Erstaunenswürdiges" war „geraten" — zu verstehen ist es wohl, wenn dieses Volk hauptsächlich solche Vorstellungen als wahr gelten lassen will, die sich als brauchbare Mittel zum Handeln erweisen: „Was fruchtbar ist, allein ist wahr!" Und wenn dabei in den Grundlagen aller Wissenschaften, selbst in der Mathematik, nichts anderes gesehen wird als Voraussetzungen, die sich im Laufe der Entwickelung als die zweckmäßigsten für die Ordnung und die Beherrschung der Tatsachen erwiesen haben, so wird dadurch freilich auch unverkennbar an die Theorie von der Bewertung alles Welt-Geschehens angeknüpft. Aber das geschieht hier doch in ganz anderer Weise, als wenn in Anknüpfung an den großen Willensphilosophen Fichte ein Rudolf Eucken als tapferer Vorkämpfer für die Selbständigkeit des geistigen Lebensgehaltes eintritt. Darin besteht offenbar die Zukunftsleistung der deutschen Wissenschaft, daß sie, der Eigenart unseres Volkstums gemäß, durch die Kritik der Einzelforschungen, auf denen sie auch heute fast durchweg die Führung hat, hindurchdringt zur „Gewinnung ewig giltiger Inhalte, die in einer übergreifenden geistigen Realität (Wirklichkeit) begründet sind." Es tritt das auch immer deutlicher zutage in der Art, wie gerade Vertreter deutscher Wissenschaft bei den immer häufiger von diesen besuchten und auch immer öfter auf deutschem Boden abgehaltenen internationalen Kongressen tätig sind. Und daß diese deutsche Art, Wissenschaft zu treiben, immer höher auch von den andern Kulturländern geschätzt wird, bezeugt sowohl der fortlaufend rege Besuch der deutschen Hochschulen durch Ausländer, gegen den der Besuch ausländischer durch Deutsche sehr zurücktritt, bezeugt weiter das Verlangen nach deutschen Gelehrten in Ländern mit junger Geisteskultur wie Südamerika und Japan.

Deutsche Wissenschaft ist, wo sie auf der Höhe steht, ihrem Wesen nach immer praktischer Idealismus. Wenn es in früheren Zeiten vorzugsweise nur die Ideen waren, die die Welt dem „Vaterland des Geistes" entnahm, so lernte sie je länger desto nachhaltiger von den Deutschen auch die Umsetzung der Ideen in die Wirklichkeit. Das hat gerade dasjenige Land am willigsten anerkannt, dem wir den höchsten Grad von praktischer Befähigung zuzuschreiben pflegen, Nordamerika, wenn z. B. sein ehemaliger Präsident, der heutige Ehrendoktor der philosophischen Fakultät in Berlin, Theodor Roosevelt, amerikanischen Studenten gegenüber rühmte: „Das wunderbare Emporblühen Deutschlands in der Welt der Industrie und des Handels, in Kunst und Wissenschaft ist die Folge der Tatsache, daß der Deutsche daran gewöhnt ist, hohe Ideale zu haben und diese Ideale doch in praktischer Weise zu behandeln." Und ein anerkannter amerikanischer Gelehrter, Professor Learned, glaubt, daß die Bedeutung der deutschen Geisteskultur für die „neue Welt" durchaus dieselbe sei, die einst hellenische Kultur für

die gesamte alte Welt gehabt hat. In der Tat treten gerade auch in der deutschen Wissenschaft diejenigen neuen Elemente besonders deutlich zutage, die als eine Ergänzung des Hellenentums den Gang der Weltkultur wesentlich bestimmt haben. Der Grundzug hellenischen Wesens, der auch die griechische Wissenschaft kennzeichnet, ist „Verstand und Maß und Klarheit"; als deutsche Eigenart stehen da gegenüber der Vorherrschaft des Verstandes die des Gemüts als der Zusammenfassung von Gefühl und Wille; gegenüber der Beobachtung des Maßes die gewaltige Fülle der Kraft; der durchsichtigen Klarheit die geheimnisvolle unergründliche Tiefe. Der Kraft und Kühnheit deutschen Denkens gelang es, ein völlig neues Weltbild, das moderne mit der Sonne als Mittelpunkt an Stelle des antiken und mittelalterlichen mit der Erde als Mittelpunkt zu schaffen und damit die Möglichkeit einer gesetzmäßigen Erklärung des Weltgeschehens anzubahnen. Die alleszermalmende Wucht und Furchtlosigkeit deutschen Denkens zerschlug alle scheinbar so sicheren Ergebnisse bloß verstandesmäßigen Denkens und prägte den Begriff des Wissens überhaupt um. Die Innigkeit deutschen Gemütes findet beim ersten selbständigen Nachsinnen über die Stellung des Menschen auf dem Grunde seiner Seele wie in dem Wesenhaften aller Dinge den Funken göttlicher Vernünftigkeit und fordert in praktischem Idealismus als einziges Kennzeichen dieser „Vergottung" die Bewährung durch die sittliche Tat, ja die Tatsache des sittlichen Bewußtseins wird ihm der unerschütterliche Grund zu der Annahme, dem „Glauben" an ein Allem zugrunde liegendes Unendliche. Die unermüdliche, auch dem scheinbar Unbedeutendsten zugewendete Treue der Beobachtung entdeckt die Bewertung des unendlich Kleinen in seiner das große Ganze bestimmenden Bedeutung und führt wie zur Erfindung der Infinitesimalrechnung so zur vergleichenden Sprachwissenschaft, vergleichenden Erdkunde, vergleichenden Rechtskunde, zu der Entdeckung der allein möglichen Einwirkung durch Erziehung, wie zu der Entdeckung allerkleinster Lebewesen als der Ursachen verheerendster Krankheiten und damit zugleich zur Möglichkeit ihrer sicheren Bekämpfung. Deutscher Tiefsinn in Verbindung mit dem alles überwindenden Kraftbewußtsein wagt es, in dem Willen den Urgrund der Welt zu sehen, wagt es, die Natur in Geist zu verwandeln und die Wirklichkeit für Vernunft zu erklären, kühne Ahnungen, deren fruchtbaren und immer neues Leben schaffenden Kern deutsches Leben wie deutsche Wissenschaft als unzerstörbar erweist. Denn nachfolgende sachliche Treue und Unermüdlichkeit in der Einzelbeobachtung entdeckt die Richtigkeit des alles beherrschenden Gesetzes der Entwickelung, wodurch aller geschichtlichen und naturwissenschaftlichen Forschung im modernen Sinne der Weg gewiesen ist, und formuliert das heute unentbehrliche Gesetz von der Erhaltung der Energie. Und nachdem die kaum übersehbare Fülle der Feststellung des Tatsächlichen und die Beobachtungen der Wirkungen der im Stoffe tätigen Kraft durch eine von praktischem Idealismus zeugende Verbindung von Wissenschaft und Technik dem ganzen Leben eine völlig neue Gestalt gegeben und die Geltung des Deutschtums in der Welt in immer weiterem Umfange verbreitet haben, führt deutsche Wissenschaft auf Grund der Ergebnisse in allen Kultur- wie Naturwissenschaften zu letzten philosophischen Einsichten und, treu ihrem Wesen als fromm und frei zugleich, macht sie, bei immer weiter ausgedehnten Fragen des „Erforschlichen", in ruhiger Verehrung Halt vor den ewigen Werten des Weltgeschehens, dauernd überzeugt, daß „des Lebens Leben Geist" ist.

Der Triumphzug der technischen Wissenschaften.

Von Ingenieur Dr. phil. et jur. **J. Kollmann,** Bad Ems.

Die Kultur unserer Zeit steht in engem Zusammenhange mit der Vervollkommnung des Verkehrs und der Entwicklung der reinen und der angewandten Naturwissenschaft. Sie ist nicht mehr das alleinige Besitztum bevorzugter Volksklassen, sondern Allgemeingut der Nation, und schon darin liegt der Beweis für ihre allgemeine wissenschaftliche Grundlage. Demgegenüber steht die Kultur früherer Zeiten, insbesondere diejenige des Altertums, in einem ganz anderen Lichte, ihr fehlte jede wissenschaftliche Grundlage, die Wunderwerke dieser Zeiten liegen ausnahmslos auf dem Gebiete der bildenden Künste, sie zeigen, was menschliche Begabung und Ausdauer in der Bewältigung des Stoffes auch mit höchst unvollkommenen Hilfsmitteln zu vollbringen vermag, aber sie bewirkten keine Steigerung der menschlichen Schaffenskraft, keine Erhöhung der Lebenstätigkeit und keine Verbesserung der sozialen Lage der breiten Volksschichten. Es kam nicht in Betracht, mit welchem Aufwand von Energie die vielbewunderten Bauwerke des Altertums hergestellt wurden und wieviel Tausende von Sklaven die physische Arbeit zu leisten hatten, wenn nur der von einem einzelnen Menschen ersonnene Plan zur Verherrlichung irgend eines Ereignisses oder einer Persönlichkeit durchgeführt wurde und die Masse des Geleisteten einen dauernden Eindruck in der Welt versprach. Die technische Leistung jener Zeiten war also eine vereinzelte und nur in einzelnen Fällen wiederkehrende, es fehlte ihr jeder Zusammenhang mit dem Volksleben. Dieselbe Auffassung hat sich bis zum Ende des achtzehnten Jahrhunderts, wenn auch in veränderten Formen, erhalten, größere technische Arbeiten wurden nicht systematisch, sondern immer nur für den besonderen Fall und nach den von dem einzelnen Baumeister gemachten Erfahrungen ausgeführt, man kümmerte sich nicht darum, wieviel Energie und Material verbraucht wurde und welche Massen von Abfall entstanden, wenn nur der Zweck des Werkes mit einiger Sicherheit erreicht wurde. Bei dieser rein stofflichen Betrachtung der Dinge konnte auch die Verwertung mathematischer Kenntnisse für die Werke der Technik keine großen Erfolge zeitigen, erst die Erkenntnis, daß die die Welt füllenden Stoffe von Kräften regiert werden, die in verschiedenen Formen auftreten und ineinander umgesetzt werden können, führte zu einer rechnungsmäßigen Behandlung technischer Aufgaben. Die exakten Wissenschaften gaben dieser rechnungsmäßigen Behandlung des gerade vorliegenden Kräftesystems eine immer breitere und sicherere Grundlage, man sah in den Bauwerken allmählich nur noch ein System von Zug- und Drucklinien, bei dem der Materialverbrauch nur noch einen Bruchteil des früher für den gleichen Zweck verwandten Baustoffes ausmachte. Es war also die dynamische Auffassung der Dinge, die den vollständigen Umschwung der älteren Technik herbeiführte, erst in dieser Auffassung erhielt die Technik eine wissenschaftliche Grundlage an der Hand abstrakter Vorstellungen im Gegensatz zu den rein sinnlichen Anschauungen und der Annahme von stofflichen Eigenschaften in den früheren Zeiten. Der Siegeslauf der technischen Wissenschaften beginnt mit der energetischen Weltauffassung, sie ist wie in der exakten Naturwissenschaft die Grund-

lage allen Fortschritts geworden. Wir fragen in dieser Weltauffassung nicht mehr, ob irgend eine technische Aufgabe überhaupt gelöst werden kann, sondern wir fügen gleich die weitere Frage hinzu, auf welche Weise die Lösung mit dem geringsten Aufwand an Energie und Baustoff möglich ist. Damit tritt zugleich die wirtschaftliche Seite der technischen Arbeit in die Erscheinung. Wollen wir aber wahre Kulturmittel schaffen, so dürfen auch die Gesetze des Schönen nicht außer acht bleiben, die Werke der technischen Arbeit müssen also zugleich eigenartige Kunstwerke sein, und nur derjenige steht auf der Höhe technischen Könnens, der neben der Zweckmäßigkeit und der Wirtschaftlichkeit seines Entwurfs auch die künstlerischen Grundsätze zur Geltung bringt. Wenn in letzterer Beziehung oftmals die Anlehnung an die Formen klassischer Bauten möglich ist, so erscheint dies keineswegs als Nachahmung, sondern als Durchdringung des modernen Stoffes mit den Formen ewiger Schönheit.

Wir haben gesehen, daß die in der stofflichen Auffassung der uns umgebenden Welt befangene Lösung technischer Aufgaben, wie sie bis ins tiefe Mittelalter hinein gehandhabt wurde, sich in sehr wesentlichen Richtungen von der Art der technischen Arbeit unserer Zeit unterscheidet. Der Umschwung ist selbstverständlich nicht plötzlich und sprunghaft geschehen, wir müssen deshalb, um den Dingen auf den Grund zu kommen, Umschau halten nach denjenigen Entdeckungen und Erfindungen, die als Vorläufer der energetischen Weltauffassung zu gelten haben.

Die Naturkräfte und deren Wirkungen erschienen der Menschheit im Altertum wie auch bis ins Mittelalter unserer Zeitrechnung als unnahbar und unüberwindlich, nur aus der Beobachtung des täglichen Lebens bediente man sich ihrer unbewußt zur empirischen Bewirtschaftung des Bodens und zur Herstellung der notwendigen Bauwerke.*) Im übrigen befand sich der Mensch den Naturkräften gegenüber lediglich im Zustande der Verteidigung, da ihm die Erkenntnis fehlte, daß auch er im Besitze von Kräften war, die in entsprechender Form den Naturkräften das Gleichgewicht zu halten vermögen oder die letzteren gar zu unterjochen imstande sind. Als nach dem Verfall der alten Kultur die Germanen etwa vom 13. Jahrhundert ab eine neue Entwicklung einleiteten, trat als Zeichen der neuen Kultur insbesondere das Streben nach Naturerkenntnis auf Grund genauer Beobachtung hervor; denn nur aus genauer Beobachtung der natürlichen Vorgänge lassen sich das Gesetzmäßige und seine Ursachen ableiten. Zu dieser Beobachtung aber war eine Verschärfung der Sinnestätigkeit in erster Linie erforderlich. In das dreizehnte und vierzehnte Jahrhundert fällt die Erfindung der mit Räderwerk und Zeigern versehenen Uhr, sodann des Kompasses und der Brille, nach zwei weiteren Jahrhunderten wurden das Fernrohr und das Mikroskop erfunden und damit die Erkenntnis der Natur in außerordentlichem Grade gefördert. Im siebzehnten Jahrhundert folgte die Erfindung des Barometers, durch die die Körperlichkeit und Wägbarkeit der atmosphärischen Luft festgestellt wurde, in dieselbe Zeit fällt die Erfindung des Thermometers und der Elektrisiermaschine. Alle diese Erfindungen dienten zur Verschärfung der Beobachtung von Naturvorgängen, insbesondere auch auf dem Gebiete der Astronomie, so daß sich nun neben den alten abstrakten Wissenschaften allmählich auch die auf scharfe Beobachtung gegründeten exakten Wissenschaften entwickeln konnten. Als es dann sogar gelang, einfache Naturvorgänge im Wege des Experiments zu wiederholen und in verschiedene Stadien einzuteilen, wurde man bald darüber klar, daß jedem Teile eines Vorganges ganz bestimmte Voraussetzungen und Bedingungen zugrunde liegen, die immer und unter allen Umständen das gleiche Ergebnis zeitigen. Darin liegt nicht nur die Erkenntnis des Gesetzmäßigen, sondern auch die Möglichkeit, den unter bekannten Voraussetzungen eintretenden Erfolg mit Sicherheit vorherzusagen. Diese Voraussage aber ist das Zeichen der exakten Wissenschaft, das auch, von den Fehlerquellen abgesehen, für die technischen Wissenschaften zutrifft. Die reine Beobachtung allein führt noch nicht zu

*) Vergl. Launhardt, „Am sausenden Webstuhl der Zeit".

einem wissenschaftlichen System, es müssen vielmehr die Lehren der Mathematik und der Mechanik hinzutreten, um das Gleichwertige zusammenzufassen und das Ungleichartige durch Aufsuchen der Fehlerquellen zu erklären. Genaue Beobachtung und mathematisches Verarbeiten der gefundenen Resultate sind die beiden Stützen der exakten Wissenschaft, ein besonderer Erfolg ihres Zusammenwirkens liegt dann vor, wenn wie in der Astronomie und bei der Reihe der chemischen Elemente durch Rechnung die Existenz bisher unbekannter Weltkörper und Elemente nachgewiesen wird, die dann nachträglich auch durch verschärfte Beobachtung tatsächlich festgestellt werden kann. Welcher Unterschied gegen das Zeitalter der Astrologen und Alchymisten! An die Stelle der Geheimniskrämerei und des Zaubers der Hexenküchen ist die zielbewußte wissenschaftliche, d. h. vorurteilslose Forschung getreten, die nur die durch genaue Beobachtung und rationelle Rechnung gefundenen Resultate anerkennt und bei allen Vorgängen und Ereignissen in der Natur das Gesetzmäßige und darum auch Wiederholbare in den Vordergrund stellt. Hat man nun einmal erkannt, daß die Natur nur aus einem System von ineinander umsetzbaren Kräften besteht, das sich im Gleichgewicht der Ruhe oder im Gleichgewicht der Bewegung befindet, so weiß man auch, daß die physische und viel mehr noch die geistige Kraft des Menschen in diesem Kräftesystem durch Umwandlung der verschiedenen Energieformen eine wichtige Rolle zu spielen berufen ist und daß mit dem Fortschritt der exakten Wissenschaften auch die Dienstbarmachung der Naturkräfte durch den Menschen unaufhaltsam weitergeht. Nicht mehr der Zufall bringt wie früher irgend eine Entdeckung oder Erfindung zuwege, sondern fast ausnahmslos liegt diesen Fortschritten planmäßiges Nachdenken und systematisches Experimentieren zugrunde, und wenn wirklich einmal eine wichtige Erkenntnis außerhalb dieses Rahmens gewonnen wird, so findet sich doch bald der Zusammenhang mit dem früher Erkannten wieder und führt zu neuen Errungenschaften. Nach dem Eintritt in die freie wissenschaftliche Forschung befindet sich der Mensch den Naturkräften gegenüber nicht mehr in dem längst überlebten Zustande der Verteidigung mit noch obendrein ganz unzureichenden Mitteln, sondern er greift mit vollem Bewußtsein ein in das Spiel der Naturkräfte mit dem Ziele der Verbesserung des Loses der Gesamtheit, insbesondere beeinflußt er in der Gütererzeugung die unendlich mannigfaltige Wechselwirkung zwischen Energie und Materie in Raum und Zeit mit seinem Willen und leistet damit technische Arbeit.

Einige der oben behandelten Erfindungen gehören in das Gebiet der Astronomie und der Physik, sie haben ganz außerordentlich viel zu der Erweiterung dieser Wissensgebiete beigetragen. In das Ende des achtzehnten Jahrhunderts fällt die Erfindung der Dampfmaschine und ihre weitere Ausbildung durch James Watt. Aus dieser Zeit datiert der wirtschaftliche Aufschwung aller Kulturländer, da die Dampfmaschine nicht nur als Krafterzeuger in der gesamten Gütererzeugung, sondern bald nachher auch in der Anwendung auf die Eisenbahnen und die Schiffahrt die mächtigste Rolle einerseits für die Erzeugung, andererseits für den Austausch der Güter zu spielen berufen war. Wenn innerhalb des letzten Jahrhunderts die Bevölkerung des Deutschen Reiches von 23 auf über 60 Millionen Seelen gewachsen ist, so ergibt eine einfache Unterlegung, welche ungeheure Steigerung des Güteraustausches zur Ernährung und Beschäftigung unserer Nation in dieser Zeit stattgefunden haben muß. Die technische Arbeit aber war Vorbedingung dieses Austausches der Güter, die Anfänge der modernen technischen Arbeit fallen also mit den Grundlagen unserer heutigen Kultur zusammen. Aber auch auf dem viel später bearbeiteten Gebiete der Chemie ist eine ähnliche Entwicklung eingetreten. Erst vom sechzehnten Jahrhundert ab ist das Bestreben erkennbar, systematische Versuche zur Erforschung chemischer Vorgänge anzustellen, nachdem lange Jahrhunderte hindurch die unklaren Experimente der Alchymisten zur Verwandlung unedler Metalle in Gold und Silber jeden ernsten Fortschritt aufgehalten hatten. Die Bemühungen, den damals vorhandenen geringen Bestand an chemischen Kenntnissen für die Zwecke der Heilkunde zu verwerten, entbehrten ebenfalls der wissen-

schaftlichen Grundlage. Im siebzehnten Jahrhundert endlich wurde Robert Boyle der Begründer der wissenschaftlichen Chemie, indem er als ihren Hauptzweck die Erforschung der Zusammensetzung der Körper ohne Bezugnahme auf irgend eine praktische Verwertung dieser Erkenntnis hinstellte. Dann kam im Jahre 1774 Lavoisier, der Entdecker des Sauerstoffs, mit der Anwendung der Wage zur Feststellung der chemischen Zusammensetzung nach dem Gewichtsverhältnis, womit dann der richtige Weg zur Aufstellung der Tabelle der Elemente nach den Atomgewichten gefunden war. Die weitere Entwicklung und der Ausbau der chemischen Wissenschaft bis zur Anwendung auf die Technik hat noch etwa 80 Jahre erfordert, die Fortwirkung alter Vorstellungen über chemische Vorgänge und der Einfluß der Naturphilosophie ließen ein rascheres Erblühen wissenschaftlichen Fortschritts nicht aufkommen. Selbst Kant wollte die Chemie als selbständige Wissenschaft nicht anerkennen, weil sich dieselbe seiner Meinung nach nicht auf mathematische Formen zurückführen lasse. Heute wissen wir, daß die Chemie genau dieselbe mathematische Grundlage hat wie die Physik, und daß es eine strenge und feste Grenze zwischen physikalischen und chemischen Vorgängen nicht gibt. Aber wir wissen auch ferner, daß die chemischen Formeln allein die chemischen Vorgänge nicht erschöpfen, daß vielmehr, um einen Vorgang in seiner Gesamtheit und gründlich darzustellen, zur Vertiefung des Inhalts einer chemischen Formel der Aggregatzustand, der Druck, die Temperatur, die Menge usw. der aufeinander einwirkenden Körper herangezogen werden müssen. Damit aber ist die mathematische Grundlage chemischer Vorgänge außer Zweifel gestellt. Ihre größten Erfolge hat die wissenschaftliche Chemie auf dem Gebiete der Teerfarbstoffe und der Synthese natürlicher Farbstoffe errungen. Die Gewinnung des Teers als des Nebenprodukts der Gaserzeugung aus Steinkohlen mußte hier allerdings vorausgehen, so daß in Deutschland erst um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts von dem Teer als Handelsprodukt gesprochen werden konnte. Die seitdem eingetretene riesige Entwicklung der Gasbeleuchtung liefert für die chemische Industrie eines der wichtigsten Rohmaterialien. An die Zeiten des Talglichts, der Rüböllbeleuchtung, der alten Schwefelhölzer, der verschiedenen Systeme von Feuerzeugen erinnert man sich kaum noch, nachdem die Erzeugung des Leuchtgases bedeutsame Verbesserungen erfahren hat und auch das Kraftgas mit der elektrischen Energie in starken Wettbewerb getreten ist. Der Kampf zwischen der Gasbeleuchtung und der elektrischen Beleuchtung ist heute noch unentschieden, er hat auf beiden Gebieten zu den wichtigsten Fortschritten geführt und den Konsumenten die fortgesetzte Verbesserung und Verbilligung der Lichtquellen gebracht. Die Verwendung des Gases zu Kraft- und Heizzwecken ist von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung gewesen, insbesondere ist der Bau von Gasmotoren bahnbrechend geworden für die rationelle Verwertung der Abgase der Montanindustrie in Großgasmaschinen.

Die Anwendungen des elektrischen Stromes wurden zuerst in der Schwachstromtechnik gemacht, in erster Linie steht hier der im Jahre 1833 durch Weber und Grauß erfundene elektrische Telegraph, dem dann 30 Jahre später die Erfindung des Fernsprechers durch Reiß folgte. Diese dem Verkehr dienenden wichtigen Erfindungen sind aber noch überholt worden durch die enorme Entwicklung der Starkstromtechnik in den letzten dreißig Jahren, die in alle gewerblichen Betriebe eingegriffen und den Maschinenbau völlig umgestaltet hat. Wir werden diese bedeutungsvollen Fortschritte bei der Besprechung des Maschinenwesens behandeln.

Für die Förderung des Verkehrs sind der Phonograph von Edison und das Grammophon von Berliner neben der Entwicklung der Photographie und der Kinematographie von großer Bedeutung gewesen. Der geistige Verkehr hatte schon im fünfzehnten Jahrhundert durch Gutenbergs Erfindung der Buchdruckerkunst den mächtigsten Anstoß erhalten, auch die Vervielfältigung bildlicher Darstellungen durch den Holzschnitt, den Kupferstich, den Steindruck und den Stahlstich ist kulturfördernd im weitesten Sinne gewesen, da durch dieselbe der Gesichtskreis des einzelnen Menschen in einer früher nicht gekannten Weise erweitert wurde.

Alle diese Leistungen, so groß und bedeutungsvoll sie sind, aber bleiben weit zurück hinter der Entwicklung des Eisenbahnverkehrs und des Seeverkehrs. Die Schnelligkeit und Billigkeit des Eisenbahnverkehrs gegenüber den älteren Verkehrsmitteln hat erst den enormen Güteraustausch ermöglicht, der die Grundlage der Gütererzeugung bildet. Durch die Fortschritte der Technik ist trotz erheblicher Steigerung der Fahrgeschwindigkeit die Betriebssicherheit beständig erhöht worden, wodurch die Pünktlichkeit und die Regelmäßigkeit des Verkehrs sowie die Ausnutzung der bestehenden Anlagen verbessert wurden. Auch in bezug auf hygienische Einrichtungen und auf Bequemlichkeit für den Reisenden ist vieles geleistet worden. Es ist nicht zu leugnen, daß durch den einheitlichen Eisenbahnbetrieb in staatlicher Regie trotz mancher Mängel erhebliche volkswirtschaftliche Vorteile für die Gesamtheit erreicht worden sind. Das Tarifwesen allerdings, das bisher nur durch die unveränderlich bleibende Höhe der Tarife gekennzeichnet wird, könnte und sollte besser an die Bedürfnisse der Gütererzeugung angepaßt werden. Die Dichtigkeit des deutschen Eisenbahnnetzes, wenn man die Länge des Netzes auf 100 qkm Gebietsfläche bezieht, wird nur von Belgien übertroffen. Bezieht man die Bahnlänge auf 10 000 Einwohner, so steht Deutschland mit seinem Eisenbahnnetz unter den europäischen Ländern an dritter Stelle hinter Frankreich und der Schweiz. Ende März 1909 waren in Deutschland an Haupt- und Nebenbahnen 59 470 km im Betrieb gegen nur 19 638 km im Jahre 1870 und 6 km im Jahre 1835, die Anlagekosten betrugen nahezu 18 Milliarden Mark. Auf den deutschen Eisenbahnen wurden im Jahre 1908 über 359 Millionen Tonnen Güter bewegt, davon ein Fünftel im Auslandsverkehr, gegen nur 92 Millionen Tonnen im Jahre 1883, während die Zahl der beförderten Personen im Jahre 1908 sich auf 1390 Millionen belief, gegen nur 215 Millionen im Jahre 1880. Daß diese enormen Verkehrsfortschritte sehr wesentlich mit der technischen Entwicklung der Eisenbahnen zusammenhängen, braucht kaum gesagt zu werden; es geht aber schon daraus hervor, daß fast der dritte Teil aller Betriebsausgaben der Eisenbahnen auf die Kosten der Lokomotivzugkraft entfällt. Die deutschen Eisenbahnen haben deshalb von jeher ihre besondere Aufmerksamkeit der Verbesserung der Dampflokomotive zugewendet, selbstverständlich sind diese Verbesserungen von den allgemeinen Fortschritten des Maschinenbaues abhängig. Das technische Prinzip der Konzentration bei der Krafterzeugung ist hier mit großem Erfolge zur Anwendung gebracht worden. Die Stephensonsche Lokomotive „Racket" leistete bei $4^1/_4$ Tonnen Gewicht nur 5 Pferdestärken, bei Beginn der Eisenbahnzeit in Deutschland besaßen die Lokomotiven eine Leistung von 20 bis 30 Pferdestärken, während die modernen Lokomotiven bis zu 1500 Pferdestärken leisten. Während das Dienstgewicht der schwersten deutschen Lokomotiven etwa 138 Tonnen einschließlich des Tenders beträgt, stellte sich das durchschnittliche Gewicht aller in Deutschland im Betriebe stehenden Lokomotiven im Jahre 1909 auf 49,8 Tonnen. Zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit des Lokomotivbetriebes wurden nach den im Dampfmaschinenbau gemachten Erfahrungen Verbundlokomotiven gebaut, noch größere Erfolge wurden mit dem Einbau von Dampfüberhitzern erzielt. Neuestens werden Versuche gemacht mit der Anwendung des Prinzips der Gleichstrom-Dampfmaschine auf Lokomotiven und mit der Ventilsteuerung. Dazu kommt eine Reihe konstruktiver Verbesserungen zur Erhöhung der Zugkraft. Die allgemeine Verwendung der elektrischen Zugkraft ist bei uns bisher auf Kleinbahnen und einzelne Vorortsstrecken der Hauptbahnen beschränkt geblieben, wahrscheinlich aber werden die neuen Projekte der bayrischen und badischen Staatsbahnverwaltung betreffs der Ausnutzung natürlicher Wasserkräfte für den elektrischen Betrieb der Vollbahnen auf diesem Gebiete anregend wirken. Es ist nämlich nicht unwahrscheinlich, daß die süddeutschen Eisenbahnen in der billigen elektrischen Zugkraft das Mittel finden werden, das Übergewicht der wesentlich auf die Dampfkraft angewiesenen norddeutschen Bahnen mit ihrem Massenverkehr auf langen Strecken einigermaßen auszugleichen. Mit diesem Ausgleich würde die wissenschaftliche Technik

eine Großtat allerersten Ranges vollbringen, indem dann das alte Bismarcksche Projekt der Reichseisenbahnen viel leichter als bisher verwirklicht und die schon so lange erstrebte innere Verkehrseinheit des Reiches herbeigeführt werden könnte.

Auch die gewaltige Steigerung des Seeverkehrs hängt mit den Fortschritten der Technik eng zusammen. Seitdem Fulton im Jahre 1807 das erste Dampfschiff auf dem Hudson in Betrieb setzte, ist die Entwicklung des Seeverkehrs unaufhaltsam fortgeschritten. Die Konstruktion der Schiffe, der Bau großer, wirtschaftlich arbeitender Schiffsmaschinen, die Verbesserung der Schiffsschraube und viele andere Dinge haben wesentlich zur Erreichung dieses Zieles beigetragen, zugleich sind die Lösch- und Ladeeinrichtungen der Häfen fortgesetzt vervollkommnet worden, man hat die Häfen für größeren Tiefgang der Schiffe eingerichtet, eine Reihe von großen Handelsstädten durch Kanäle in direkte Verbindung mit der See gebracht, es ist ferner die Sicherheit des Seeverkehrs durch verbesserte Seekarten und durch den Bau von Leuchttürmen erhöht worden, demselben Zwecke dienten die vervollkommneten Einrichtungen im Lotsen- und Rettungswesen. Dazu kam die auf genauer Beobachtung der Meeresströmungen und der herrschenden Winde beruhende Ermittlung der günstigsten Schiffskurse. Die wissenschaftliche und praktische Ausbildung des Schiffspersonals in den Seemannsschulen hat gleichfalls große Erfolge gebracht. Alle diese Fortschritte kamen nicht nur dem Dampferverkehr, sondern auch dem Verkehr mit Segelschiffen zugute, eiserne Schiffe traten an die Stelle der hölzernen und wurden durch verbesserte Bauart leistungsfähiger bei größerer Sicherheit. Viele Zweige der technischen Wissenschaften stehen mit dem Fortschritt des Seeverkehrs in engster Beziehung, und wenn heute der Seeverkehr des Deutschen Reiches etwa 70 vom Hundert seines gesamten Außenhandels ausmacht und größer ist als der letztere vor zehn Jahren war, so ist dies wesentlich dem technischen Fortschritt zu verdanken. In neuester Zeit richtet sich die Aufmerksamkeit namentlich auf die Verwendung der Dampfturbine als Schiffsmaschine, ferner auf die allgemeine Anwendung der drahtlosen Telegraphie und der Unterwassersignale für den Seeverkehr, für kleinere Schiffe kommt auch bereits die Anwendung von Verbrennungsmotoren als Schiffsmaschinen in Betracht. Mehr noch als die Entwicklung der Handelsmarine hat der zielbewußte Ausbau der deutschen Kriegsmarine alle technischen Fortschritte sich dienstbar gemacht und damit zur Förderung der Technik und der Leistungsfähigkeit der Industrie wesentlich beigetragen. Namentlich die Kriegsmarine stellt die höchsten Anforderungen nicht nur an die Baustoffe der Schiffe, sondern auch an alle maschinellen Einrichtungen und Hilfsapparate, sie gehört zu den wenigen Konsumenten, bei denen nicht der Preis, sondern lediglich die Qualität entscheidet, so daß mit vollem Recht die Kriegsmarine als der „Standard" der Industrie bezeichnet wird. Wer für die Marine als Lieferant in Betracht kommt, kann ohne weiteres auf dem gesamten Weltmarkte in jeden qualitativen Wettbewerb treten; die deutsche Industrie hat der Marine also nicht nur eine weitgreifende Arbeitsgelegenheit, sondern auch die noch viel wichtigere und volkswirtschaftlich wertvollere Qualitätsförderung zu verdanken. Es soll hier nicht unerwähnt bleiben, daß auch die Eisenbahnen in erheblichem Maße auf die Qualitätsleistung der Industrie eingewirkt haben, die Notwendigkeit der Vergrößerung der Fahrgeschwindigkeit bei noch erhöhter Betriebssicherheit weist ganz von selbst auf die Verwendung nur bester Baustoffe und Materialien hin, deren Preis angesichts des im Eisenbahnbetriebe liegenden Risikos erst in zweiter Linie in Betracht kommen darf.

Bei den Eisenbahnen und dem Seeverkehr spielt die Leistungsfähigkeit der Montanindustrie eine sehr wichtige Rolle. Nicht mit Unrecht sieht man die Gewinnung und Verarbeitung von Kohle und Eisen als den Maßstab für die gesamte industrielle Entwicklung an, die in steter Wechselwirkung mit der Technik steht. In der Kohlenproduktion steht das Deutsche Reich nur noch hinter England zurück, das übrigens jährlich auch für 215 Millionen Mark Kohlen nach Deutschland liefert. Was ferner die Erzeugung von Roheisen betrifft, so haben wir seit einigen Jahren hierin England über-

flügelt, in der Erzeugung von Halbzeug sind wir England sogar fast um das Doppelte überlegen. Wenn man hinzusetzt, daß die industrielle Gesamtproduktion des Reiches heute derjenigen Englands gleichkommt und qualitativ sogar darüber steht, so liegt hierin der glänzendste Beweis für die Betätigung des Fortschritts der technischen Wissenschaften auf dem Gebiete des Bergbaus und des Hüttenwesens. Insbesondere seit dem Eintritt der Elektrotechnik in den Bau von Bergwerks- und Hüttenmaschinen ist eine vollständige Umwälzung dieser wichtigsten Industriezweige eingetreten. Der elektrische Strom wird nicht nur beim Bohren und beim Niedertreiben der Schächte verwendet, sondern er dient auch als Betriebskraft für die Wasserhaltungen und die Fördermaschinen sowie für die Ventilatoren, sodann wird er zum Bohren und Schrämmen unter Tage benutzt. Die fortgesetzte Vergrößerung der Teufen und die große Steigerung der Kohlenproduktion ist ohne diese modernen Hilfsmittel nicht denkbar. In der Hüttenindustrie hat sich ein fast noch größerer Umschwung vollzogen. Die deutsche Eisenindustrie war bis in die achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hinein, von einigen Spezialitäten mit geringer Produktion abgesehen, qualitativ weit zurück, da sie die einheimischen, stark phosphorhaltigen Eisenerze nicht auf bessere Qualitäten verarbeiten konnte. Trotz der inzwischen eingeleiteten Schutzzollpolitik war deshalb die deutsche Eisenausfuhr in den Massenartikeln starken Schwankungen unterworfen, namentlich konnte die Zurückhaltung der Abnahme gegenüber dem minderwertigen deutschen Schweißeisen nur durch niedrige Verkaufspreise überwunden werden. Erst durch die wissenschaftliche Erforschung der metallurgischen Prozesse und durch eine weitgehende Ausbildung des Materialprüfungswesens wurde ein entscheidender Qualitätsfortschritt gemacht und durch die erhöhten Anforderungen der Konstrukteure an die Qualität eine dauernde Verbesserung erreicht. Da es in Deutschland an phosphorfreien Eisenerzen mangelte, so konnte das Verfahren Henry Bessemers, im sauer zugestellten Konverter phosphorfreies Roheisen durch Entkohlung auf Flußeisen zu verarbeiten, nicht den gleichen Erfolg haben wie in England und Nordamerika. Als aber nun 1876 wiederum die Engländer Thornas und Gilchrist die Verschlackung des Phosphors im basisch zugestellten Konverter erreichten, war die Situation der deutschen Eisenindustrie mit einem Schlage wesentlich günstiger geworden, zumal bald auch phosphorhaltiger Einsatz an Roheisen und Schrott (Alteisen) im basisch zugestellten Herdofen (Siemens-Martin-Verfahren) auf Qualitäts-Flußeisen verarbeitet werden konnte. Nun begann eine Periode rapider Entwicklung, in welcher die Kombination zweier englischer Erfindungen unter Verwendung phosphorhaltiger deutscher Erze zur Grundlage einer Großindustrie ersten Ranges ausgestaltet wurde und mehr als in allen anderen Kulturländern an Bedeutung gewann. Nach dem ursprünglichen Bessemer-Verfahren mit saurer Zustellung des Konverters konnte nur ein phosphorfreies Roheisen mit verhältnismäßig hohem Gehalt von schwer reduzierbarem Silizium zur Verwendung kommen, weil dieser Siliziumgehalt als Wärmequelle diente, um das Eisenbad während der Entkohlungsperiode flüssig zu erhalten. Das Erblasen aber eines derartigen Roheisens erforderte außer den ausländischen phosphorfreien Erzen einen hohen Koksverbrauch, so daß die Massenerzeugung von Flußeisen sich in Deutschland nicht in gleichem Maße wirtschaftlich erwies wie in anderen mit eisenreichen und zugleich phosphorfreien Erzen gesegneten oder leicht zu versorgenden Ländern. Dagegen konnte nun im basisch zugestellten Konverter stark phosphorhaltiges Roheisen auf fast phosphorfreies Flußeisen verarbeitet werden, wobei der Gehalt des Roheisens an Silizium weniger wichtig war und der früher so gefürchtete Phosphor als Wärmequelle überaus nützlich wurde. Bei diesem Verfahren im Konverter sowohl als auch später im basisch zugestellten Herdofen gelingt es mit Sicherheit, den gesamten Phosphorgehalt des Einsatzes in die stark basische Schlacke überzuführen. Die wirtschaftliche Lage der deutschen Eisenindustrie ist auf diese Weise mit Hilfe der wissenschaftlichen Metallurgie erheblich verbessert worden, bei wettbewerbsfähiger Qualität des deutschen Flußeisens konnten seine Erzeugungskosten

wesentlich erniedrigt werden. Auf diesen Grundlagen hat sich in den letzten 25 Jahren das deutsche Flußeisen (Halbzeug) auf dem Weltmarkte erfolgreich eingeführt, die deutschen Halbzeugmarken nehmen deshalb heute auf dem Weltmarkte eine ähnliche sichere Stellung ein wie früher die monopolisierten englischen und schottischen Roheisenmarken. Der neueste Erfolg der wissenschaftlichen Metallurgie bedeutet wiederum einen Qualitätsfortschritt, indem in den basisch zugestellten Herdöfen mit elektrischer Heizung (Induktionsöfen oder Elektrodenöfen) jedes beliebige Eisenmaterial mit voller Sicherheit auf die allerfeinsten Qualitäten von Flußeisen und Flußstahl verarbeitet werden kann. Die elektrische Energie dient hier nur als Wärmequelle, mittels deren innerhalb weiter Grenzen eine beliebig hohe Temperatur erzeugt werden kann, so daß alle Verunreinigungen des Schmelzgutes in die stark basische, eisenfreie Schlacke übergeführt werden. Daß bei der erst in der Entwicklung begriffenen Erzeugung von Elektroeisen mit seiner geradezu unabsehbaren Verwendungsfähigkeit die Billigkeit der elektrischen Energie die wichtigste Rolle spielt, ist wohl selbstverständlich, es traf sich also sehr gut, daß man seit etwa einem Jahrzehnt daran gegangen war, die Abgase der Hochöfen und der Kocksöfen in Großgasmaschinen als Brennmaterial zu verwerten und diese Gasmaschinen direkt mit Stromgeneratoren zu kuppeln. Hier ist nun die billige Stromquelle gegeben, die im gesamten Hüttenbetrieb außer für die Elektroöfen in der vielseitigsten Weise für den Antrieb der Walzwerke, der Aufzüge, der Laufkranen, der Pumpen, Kompresser usw. Verwendung findet und auch noch die Stromabgabe an andere Konsumenten ermöglicht. Mit der allgemeinen Verwendung der elektrischen Energie im Hüttenbetrieb ist die Produktion wie auch die Qualitätsleistung wiederum beträchtlich gestiegen, die physische Arbeitskraft des Menschen ist an zahllosen Stellen durch elektrisch angetriebene Maschinen ersetzt worden, während den intelligenteren Arbeitern Gelegenheit gegeben ist, sich bei der Bedienung der Maschinen mit ihrer geistigen Fähigkeit zu betätigen und allmählich auch in höhere Stellungen aufzurücken. Der direkte soziale Einfluß des technischen Fortschritts, hier der billigen Energieerzeugung, ist in den modernen Hüttenbetrieben deutlich erkennbar. Vielfach geben die Berg- und Hüttenwerke einen Teil der aus ihren Abgasen gewonnenen elektrischen Energie für die Zwecke von elektrischen Straßenbahnen und für die anderweitige industrielle Verwertung ab, so daß die Ausnutzung der Abgase noch eine weitere wirtschaftliche Bedeutung gewinnt. Bei der Behandlung der Leistungen der Elektrotechnik werden wir auf diesen Punkt noch zurückkommen.

Die Erfolge der wissenschaftlichen Technik in den zahllosen Einzelgebieten der gewerblichen Thätigkeit sind unbestritten und auch dem Laien überall erkennbar, sie haben indessen bei weitem nicht die allgemeine volkswirtschaftliche und soziale Bedeutung wie die Einführung der Maschinenarbeit. Durch die Maschinenarbeit ist die gesamte Lebenstätigkeit umgestaltet worden, die Technik hat auf diesem Gebiete mit vollem Bewußtsein und vorausschauend das Lebenslos der arbeitenden Klassen in der weitgehendsten Weise beeinflußt und die Lebensbedingungen verbessert. In allen Gebieten der Industrie, des Gewerbes und des Handwerks ist die Maschinenarbeit das herrschende Prinzip geworden, ohne das die moderne Art der Gütererzeugung nicht hätte entwickelt werden können, sie spielt also auch in allen denjenigen Zweigen der gewerblichen Tätigkeit eine sehr wichtige Rolle, deren Förderung durch die technische Wissenschaft oben behandelt wurde. Es handelt sich bei der Entwicklung der Maschinenarbeit zunächst um die Erzeugung oder Umwandlung der Energie, sodann um die Verteilung der Energie, ferner um die Förderbewegung durch Naturkraft, die Werkzeugbewegung durch Naturkraft und endlich um die Verwertung der geistigen Energie des Menschen im System der Arbeitsteilung, so daß die physische Arbeitsleistung des Menschen immer mehr zurücktritt. Die Verwertung der geistigen Energie aber setzt eine gründliche Fachausbildung und das Streben der Arbeiter nach Fortbildung voraus, so daß die Entwicklung der maschinellen Technik von größter Wichtigkeit für die Lösung sozialer Probleme wird. Dem brauchbaren und strebsamen Arbeiter bietet die fort-

schreitende Technik immer mehr Gelegenheit zur Verbesserung seiner sozialen Lage aus eigener Kraft, und in diesem Sinne hat die Technik als die eigentliche Sozialwissenschaft unserer Zeit zu gelten. Ihre soziale Leistung ist zweifellos der schönste Beruf der technischen Wissenschaft. Demgegenüber stehen nun mancherlei schiefe Urteile über die Bedeutung der Maschinenarbeit. Vielfach wird auch noch heute behauptet, die Maschinenarbeit sei nur ein Mittel für die Verbilligung der Gestehungskosten, im übrigen aber sei infolge der allgemeinen Einführung der Maschine ein sittlicher Rückgang der Arbeiterwelt festzustellen, weil die moderne Maschine nicht mehr die geistige Mitarbeit des Arbeiters erfordere. Derartige Auffassungen sind grundfalsch und stehen im grellsten Widerspruch mit den erwiesenen Tatsachen des praktischen Lebens. Man beobachte doch nur die Leistung eines Arbeiters, der in eine Webemaschine für feinere Kunsterzeugnisse Tausende von Fäden einzuziehen hat und dabei eine ganz außergewöhnliche Intelligenz aufwenden muß. Wenn unter diesen Tausenden von Fäden nur ein einziger falsch eingezogen wird, so kann notwendigerweise nur Ausschußware hergestellt werden. Auch bei den in den Maschinenfabriken üblichen selbsttätigen Werkzeugmaschinen, den sogenannten Automaten, auf denen bestimmte Sorten von Muttern, Schrauben, Splinten, Nägeln usw. hergestellt werden, hat der die Maschine bedienende Arbeiter seine ganze Aufmerksamkeit aufzuwenden, wenn er die Erzeugung von Ausschußware vermeiden will. Es sei ferner hingewiesen auf die hohen Anforderungen, die der moderne Eisenbahndienst an das gesamte Arbeiterpersonal stellt. Mit der fortgesetzten Steigerung der Fahrgeschwindigkeit und der Dichtigkeit des Verkehrs sind diese Anforderungen ganz außerordentlich gewachsen, nicht nur die Unterhaltung des Bahnkörpers, sondern auch die Instandhaltung des rollenden Materials und die Kontrolle der Sicherheitseinrichtungen erfordert eine unausgesetzte geistige Mitarbeit des Personals. Der Verfasser verweist hierbei auf seine persönlichen Beobachtungen gelegentlich der im Jahre 1904 auf der Militärbahn Berlin—Zossen vorgenommenen Schnellfahrten mit elektrischen Motorwagen bei Fahrgeschwindigkeiten bis zu 210 km/Stunde. Es erwies sich damals selbst bei doppelter Besetzung des Führerpostens als unmöglich, dieses Personal auch nur einige Stunden hintereinander im Dienst zu belassen, da bei der übermäßigen Verantwortlichkeit des Wagenführers die dauernd erforderliche Dienstbereitschaft das normale Maß der menschlichen Leistungsfähigkeit überstieg. Kann diesen Tatsachen gegenüber im Ernst davon gesprochen werden, daß die moderne Technik die Arbeiterschaft entgeistige? Man stelle sich nur den Fall vor, daß die Maschine nicht vorhanden wäre! Wären wir dann wohl im Stande, auch nur den zehnten Teil unseres jährlichen Bevölkerungszuwachses zu beschäftigen und zu ernähren? Trotz der Maschine wird allerdings immer noch genug körperliche Arbeit in der Güterherstellung und der Güterverteilung übrig bleiben, da es nicht möglich sein wird, dem Menschen alle Art von physischer Arbeit abzunehmen und jede Handarbeit durch die Maschine zu ersetzen. Aber nach diesem Ziel wird doch unablässig gestrebt, und wir kommen demselben auch tatsächlich immer näher. Wenn in manchen Fällen bei der Bedienung von Maschinen nur ein geringes Maß von geistiger Mitwirkung erfordert wird, so ist der Arbeitgeber schon im eigenen Interesse bemüht, für abwechselnde Beschäftigung der Arbeiter zu sorgen und durch Verkürzung der Arbeitszeit die eintönige Arbeit zu erleichtern. Aber im großen und ganzen ist der Erfolg der Einführung der Maschinenarbeit so offensichtig, daß er verständigerweise nicht mehr geleugnet werden kann. Die Maschine ist allerdings kein unmittelbares Kulturmittel, aber sie hat trotzdem die Kultur unserer Zeit mitgeschaffen. Sie führt uns in dieser Kultur um so weiter, als sie uns zugleich zur Schaffung von Kunstwerken führt. Die moderne Dampfmaschine, die Lokomotive für Dampfbetrieb und elektrischen Antrieb, die Großgasmaschine, die Schiffsmaschine und Dampfturbine, sie alle sind wahre Kunstwerke ebenso wie die modernen Brückenbauten und andere Leistungen der Ingenieurkunst. Man hat deshalb mit gutem Grund das deutsche Museum für die Meisterwerke der Technik nach München gelegt, in die

Stadt der Kunst, weil die enge Beziehung zwischen technischer Arbeit und Kunst an keinem anderen Orte so deutlich wie in München hervorgetreten sein würde.

Bei den Maschinen und Apparaten für die Erzeugung und Übertragung der Energie tritt der Einfluß der wissenschaftlichen Technik ganz besonders hervor. Durch Gegenüberstellung des Heizwerts der Brennmaterialien und der Leistung der Dampfmaschine hatte man schon frühzeitig ermittelt, daß im günstigsten Falle der siebente Teil des Heizwerts ausgenutzt wurde. Alle Anstrengungen richteten sich deshalb darauf, den Wirkungsgrad der Dampfanlagen durch Verbesserungen an den Feuerungsanlagen, an den Dampferzeugern und an den Dampfmaschinen zu steigern. Als wichtigstes Konstruktionsprinzip gilt deshalb der wirtschaftliche Betrieb der Kraftanlage, so daß in jedem einzelnen Falle der Neuanlage oder des Umbaues unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Belastung der Anlage, der Art und des Preises der erhältlichen Brennmaterialien und aller örtlichen Verhältnisse die günstigste Art der Kraftanlage festgestellt werden muß. Je genauer die Energiebilanz der verschiedenen Systeme der Kraftanlagen im gegebenen Falle gezogen wird, desto sicherer wird die richtige Wahl getroffen und der wirtschaftliche Betrieb garantiert. Häufig kommt auch die Kombination eines kleineren Kraftwerks mit bestehenden größeren Anlagen oder mit einem ganzen Netze von Kraftwerken in Betracht, um den Einheitspreis der erzeugten Energie möglichst niedrig zu halten. Die richtige Auswahl unter den verschiedenen Systemen von Kraftanlagen erfordert gründliche wissenschaftliche und technische Kenntnisse sowie eine genaue Bekanntschaft mit den Prüfungsmethoden der Maschinen und des gesamten Zubehörs. Seit zwei Jahrzehnten etwa sind an den technischen Hochschulen Maschinenlaboratorien eingerichtet worden, die den Studierenden die Möglichkeit bieten, die Methoden der Maschinenprüfung in der Vorbereitung zur Praxis eingehend kennen zu lernen und ferner auch selbständig auf diesem wichtigen Gebiete zu arbeiten. Daher kommt es denn auch, daß gerade in Kraftanlagen der deutsche Maschinenbau bahnbrechend vorangegangen ist und jeden Wettbewerb geschlagen hat. Bei den Dampfkraftanlagen zunächst ist die Aufmerksamkeit auf möglichste Vollkommenheit der Feuerungsanlagen und der Rauchverzehrung gerichtet worden, im Zusammenhang damit stehen die vorzüglich ausgebildeten Hilfseinrichtungen für die Lagerung und Bewegung der Brennstoffe sowie der abfallenden Asche. Ferner kommt als sehr wichtig in Betracht die Wirtschaftlichkeit der Dampferzeuger mit den Einrichtungen für die Reinigung und das Vorwärmen des Kesselwassers, die Art der Dampfüberhitzung und vor allem der möglichst hohe Wirkungsgrad der Dampfmaschinen bei gleichzeitiger Anpassung an die besonderen Betriebsverhältnisse. Der deutsche Maschinenbau hat diese Anforderungen glänzend erfüllt. Die Betriebsspannung des Kesseldampfes ist allgemein nicht unbeträchtlich erhöht worden, der wirtschaftliche Wert der Dampfüberhitzung wird immer mehr gewürdigt, die Steuerungssysteme sind bedeutend vervollkommnet worden. Bei den Kolbenmaschinen ist das Verbundsystem fast allgemein zur Einführung gelangt, größere Schiffsmaschinen arbeiten auch mit mehrfacher Expansion, während die einstufige Expansion nur noch bei besonderer Eigenart des Betriebes und bei vorauszusehender unzureichender Wartung der Maschine in Anwendung kommt. Auf dem Gebiete der Dampfmaschinen-Steuerung ist in dem Wettbewerb zwischen Schieber- und Ventilsteuerung etwas mehr Ruhe eingetreten, nachdem die frühere Alleinherrschaft der Dampfmaschine durch den Hinzutritt der Dampfturbine und der Verbrennungsmotoren einigermaßen eingeschränkt worden ist. Dem deutschen Maschinenbau ist es gelungen, die größten und leistungsfähigsten Betriebsmaschinen mit wirtschaftlichster Arbeitsweise nicht nur für allgemeine Kraftwerke, sondern auch für die besonderen Verhältnisse der Bergwerke, der Hütten- und Walzwerke, der Textilfabriken, der Papierfabriken usw. zu schaffen. Zugleich haben sich die Konstrukteure mit Erfolg bemüht, dem Aufbau und den konstruktiven Details der Betriebsmaschinen eine künstlerische Gestaltung und einfache, schöne Linien zu geben, so daß derartige Kraftmaschinen den Eindruck eines in sich geschlossenen Kunst-

werks hervorrufen. Der Fortschritt dieser Art gegenüber den Erzeugnissen früherer Zeiten ist unverkennbar, er wird zum Teil den modernen Konstruktionsmaterialien, wie Stahlguß, Elektroguß und den Schmiedestücken, verdankt. Es sei hier ferner hingewiesen auf ein Charakteristikum des deutschen Maschinenbaus, d. i. die im Zusammenhang mit der jeweiligen Konstruktion durchdachte und organische Ausgestaltung von Schutzvorrichtungen gegen die den bedienenden Arbeiter bei Kraft- und Arbeitsmaschinen aller Art drohende Betriebsgefahr, man erkennt hieraus die wohltätige Wirkung der vom Reiche erlassenen Arbeiterschutzgesetzgebung.

Den größten Erfolg hat bei den Kraftmaschinen wie auch bei vielen Arbeitsmaschinen die Ersetzung der hin- und hergehenden Bewegung durch die rotierende Bewegung gebracht, deren Vorteil durch wissenschaftliche Forschung längst festgestellt war. Vor allem ist hier auf die Entwicklung der Dampfturbine hinzuweisen, die sich in den letzten sechs Jahren in Deutschland vollzogen hat, nachdem die Überlegenheit derselben der Kolbenmaschine gegenüber für Aggregate über 300 Pferdestärken erwiesen war. Erscheinen schon die Einfachheit der Bauart, die im Verhältnis zur Leistung geringe Grundfläche und die Wirtschaftlichkeit des Betriebes bei entsprechender Dauerbelastung als Vorteile der die Strömungsenergie des Dampfes ausnutzenden Dampfturbine, so liegt doch ihr größerer Wert in der direkten Verwendbarkeit der rotierenden Bewegung für den Antrieb von großen Stromerzeugern sowie von rotierenden Pumpen, Kompressoren und Ventilatoren. Ein weites Feld der Betätigung bot sich hier für das Zusammenwirken von Maschinenbau und Starkstromtechnik. Die ursprünglich in Deutschland erfundene Dampfturbine kam in mustergültigen Vorbildern von England zu uns zurück, ihre Bauart wurde bei uns wie auch in anderen Ländern selbständig durchgearbeitet und vervollkommnet, wobei sich dann bald ergab, daß der Bau von Dampfturbinen nur von größeren, auf Präzisionsarbeit eingerichteten Maschinenfabriken erfolgreich betrieben werden kann. Auf allen neueren Torpedobooten, einer Anzahl von Kreuzern und später jedenfalls auch auf Linienschiffen der deutschen Marine kommen ebenso wie allmählich bei der Handelsmarine Dampfturbinen als Betriebsmaschinen sehr vorteilhaft zur Verwendung; auch hier hat der deutsche Maschinenbau bereits gute Leistungen aufzuweisen. Neueste Versuche, mittels Einschaltung eigenartiger Transformatoren die Reduktion der Umlaufszahl zwischen der Dampfturbine und der Schraubenwelle wirtschaftlich zu gestalten oder die Umsteuerbarkeit der Dampfturbine zu ermöglichen, bieten bereits gute Aussichten. Es ist übrigens unverkennbar, daß die an die Präzisionsarbeit bei den Dampfturbinen gestellten hohen Anforderungen auch auf den Bau von Werkzeugmaschinen und Hilfsapparaten qualitativ sehr günstig eingewirkt haben. Aus dem Wettbewerb ferner zwischen Dampfmaschine und Dampfturbine sind nicht unerhebliche Verbesserungen an den Dampfmaschinen, insbesondere an Kolben-Schiffsmaschinen, hervorgegangen.

Auch auf den Bau von Lokomobilen, dieser ursprünglich aus England kommenden Spezialität, sind die Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Forschung in Deutschland erfolgreich angewendet worden. Insbesondere hat der deutsche Maschinenbau diese für einfache Verhältnisse in landwirtschaftlichen Betrieben oder bei vorübergehendem Bedarf vorzugsweise geeigneten Krafterzeuger nach der wirtschaftlichen Seite hin ausgebildet und ist in dieser Beziehung wie auch in der äußeren Formgebung und der Gediegenheit der Ausführung auf dem Weltmarkte führend geworden. Die große Leistung der Lokomobilkessel, die Dampfüberhitzung und die Verbesserung der Steuerung, neuerdings auch die Anwendung der Ventilsteuerung haben zu sehr niedrigen Verbrauchsziffern an Brennmaterial geführt, die den Vergleichsziffern ortsfester Dampfkraftanlagen sehr nahe kommen. Außerdem geht man bereits bis zu Aggregaten von 1500 Pferdestärken hinauf. Alle diese Fortschritte haben den Ruf deutscher Lokomobilen sehr günstig beeinflußt und die Ausfuhrziffern beträchtlich erhöht.

Daß auf dem Gebiete der Wasserturbinen großer Leistung ebenfalls fleißig ge-

arbeitet worden ist, beweisen die Ziffern des Wirkungsgrades und die vielfache Verwendung deutscher Turbinen im Auslande. Unsere weltbekannten deutschen Turbinenfabriken verfügen über eigene große Versuchsanlagen zur genauesten Ermittlung der Leistung der verschiedenen Systeme. Mit aller Sicherheit darf darauf gerechnet werden, daß die in Aussicht stehende umfangreiche Ausnutzung der natürlichen Wasserkräfte und der Bau großer Stauwerke auf dem wichtigen Gebiete des Turbinenbaus noch weitere Fortschritte zeitigen werden, um das volkswirtschaftlich so bedeutsame Zusammenwirken des Bauingenieurs, des Maschinenbauers und des Elektrotechnikers zur höchsten Vollkommenheit zu bringen. Die Verbilligung und Ersparung der Energie gilt mit Recht als das Zeichen unserer Zeit in technischer Beziehung, die Wasserturbinen sind als eines der wichtigsten Hilfsmittel zu diesem Ziele anzusehen.

Der unmittelbare Einfluß wissenschaftlicher Erkenntnis auf die technische Arbeit ist nirgendwo so deutlich zu erkennen, wie bei dem Bau von Verbrennungsmotoren, mit dem Deutschland einen unbestrittenen internationalen Erfolg errungen hat. Zu dieser Kategorie gehören außer anderen Kleinmotoren auch die Motoren für Automobile und Luftschiffe. Hatte schon der zuerst von Otto erfolgreich verwirklichte Gedanke, die Wärmemenge des Leuchtgases mittels des Gasmotors in mechanische Arbeit umzusetzen, einen rationellen Kleinmotor geschaffen, so führte die weitere Erkenntnis, daß auch gasförmiges Brennmaterial von viel geringerem Heizwert in Gasmaschinen rationeller nutzbar gemacht werden kann als auf irgend eine andere Weise, zum Bau von Sauggasanlagen und schließlich zum Bau von Großgasmaschinen für die Verwertung der Abgase der Montanindustrie. Diese im letzten Jahrzehnt in Deutschland hervorragend ausgebildete Spezialität der Großgasmaschinen hat eine weitgehende volkswirtschaftliche Bedeutung erlangt. Die Maschinen, in denen die Abgase der Hochöfen, der Koksöfen oder besonders erzeugte Generatorgase zur Verbrennung gelangen, sind doppeltwirkend und arbeiten zumeist nach dem Viertaktsystem, sie werden in der Regel mit Drehstromgeneratoren bis etwa 1500 Kilowatt Leistung direkt gekuppelt. Die in den Abgasen enthaltene Wärmemenge wird hierbei bis zu 28 Prozent nutzbar gemacht gegenüber nur 11 Prozent bei der Verwertung der Abgase im Dampfbetrieb. Im Bau von Großgasmaschinen ist Deutschland allen anderen Ländern weit voraus, innerhalb eines Jahrzehnts ist dieses System zu einem an Betriebssicherheit, Verwendbarkeit und niedrigen Unterhaltungskosten der Dampfmaschine vollkommen gleichwertigen Kraftmaschinentypus entwickelt worden. Inzwischen hat auch der Verbrennungsmotor nach System Diesel, bei dem die Zündung selbsttätig durch die mit der Kompression des Gasgemisches verbundene Temperaturerhöhung erfolgt, wegen seiner großen Ökonomie bei der Verwendung von Rohöl als Brennstoff eine große Verbreitung, insbesondere für Betriebe mittlerer Leistung, gefunden. Der umsteuerbare Motor dieses Systems bietet als Schiffsmaschine mannigfache Vorteile. In neuester Zeit ist das System Diesel auch auf den Bau von Kleinmotoren bis zu fünf Pferdestärken herunter mit großem Erfolg angewendet worden, mit Hilfe dieses Kleinmotors erscheint selbst die Einzelerzeugung von elektrischer Energie gegenüber dem Bezuge aus größeren Kraftzentralen noch aussichtsvoll.

Entsprechend der großen Ausdehnung und Entwicklung ihres Eisenbahnnetzes haben die deutschen Eisenbahn-Verwaltungen von jeher ihre besondere Aufmerksamkeit auf leistungsfähige Lokomotiven gerichtet und den Maschinenbau vor entsprechende Aufgaben gestellt. Zunächst durch das Verbundsystem und später durch weitgehende Dampfüberhitzung wurden bedeutsame wirtschaftliche Erfolge erzielt. Unter Verwendung der einfachen Zwillings-Heißdampfmaschine wird es wahrscheinlich gelingen, den für die verschiedensten Betriebszwecke erforderlichen Bedarf an Zugkraft mit etwa sechs Normaltypen von Lokomotiven in rationellster Weise zu decken.

Der Bau von Pumpen hat durch die Anforderungen des Kohlenbergbaus, der mit zunehmender Teufe immer größere Wasserzuflüsse bewältigen muß, sowie durch die Anlage von großen städtischen Wasserwerken und von Wasserversorgungen für chemische

Fabriken eine mächtige Förderung erfahren. Während man früher bei dem Entwurf von Pumpen nach empirischen Regeln handwerksmäßig vorging, hat die auf Rechnung und Versuch beruhende wissenschaftliche Technik auf diesem Gebiete einen vollständigen Wandel bewirkt. Bei Kolbenpumpen hat man durch vermehrte Geschwindigkeit, die auf der Anwendung großer Ringventile mit kleinem Hub sowie auf dem Einbau vieler kleiner Ventile statt eines großen beruhte, die Leistung bei gleichzeitiger Raumersparnis und einfacherer Konstruktion sowie geringerem Preis wesentlich erhöht. Die größere Tourenzahl war auch insofern von Vorteil, als man durch dieselbe die lästigen Zahnräder ausschalten konnte und sich ferner leichter der beim elektrischen Antriebe üblichen Übersetzung anzupassen vermochte. Die schweren Gestängepumpen in Bergwerken wurden durch unterirdische Maschinen ersetzt, die durch Dampf- oder durch Elektromotoren angetrieben werden. Auch der Antrieb von Wasserhaltungsmaschinen mittels Preßwasser kommt in Bergwerken zur Anwendung, diese Pumpen erfordern nur wenig Raum und sind auch dann noch betriebssicher, wenn sie bei etwaigen Unfällen unter Wasser zu liegen kommen. Für stark veränderliche Leistungen kommen schwungradlose Dampfpumpen in Betracht, die der einfachen Bauart entsprechend billig sind, aber verhältnismäßig viel Dampf konsumieren. Die früher viel verwendeten Pulsometer sind noch weniger ökonomisch und werden jetzt nur noch ausnahmsweise aufgestellt. Für unreine Flüssigkeiten verwendet man Diaphragma-Pumpen, die ohne Kolben arbeiten und darum gegen Schmutz unempfindlich sind. Nach dem Vorschlage von Riedler ist man bei größeren Pumpenanlagen zum Schnellbetriebe mit Zentrifugalpumpen mit direktem Antrieb durch den Elektromotor übergegangen und hat damit bei erheblicher Vereinfachung der Anlage und des Betriebs einen sehr hohen Wirkungsgrad erzielt, wenngleich der Kraftbedarf und der Verschleiß größer sind als bei Kolbenpumpen. Die Zentrifugalpumpen werden in neuester Zeit auch für die Kesselspeisung und zur Bedienung von Akkumulatoren in Hüttenwerken verwendet. Sowohl Kolbenpumpen als auch Zentrifugalpumpen dienen in ausgedehntem Maße zum Betriebe von Zentralkondensationen mit rückgekühltem Zirkulationswasser, dieses System ging zuerst von Frankenthal aus. Beim Bau der Luftpumpen sind gleichfalls erhebliche Fortschritte gemacht worden. So geben z. B. die Saugpumpen, die bei der Glühlampen-Fabrikation in Benutzung stehen, bei abgeflanschtem Stutzen eine Luftverdünnung bis 0,06 mm Quecksilbersäule über der absoluten Leere. Hierbei kommt eine zwangläufige Schiebersteuerung in Anwendung. Das Gegenstück bilden die Luftkompressoren, die mit einer Reihe von Arbeitsstufen ausgeführt werden, so daß sehr hohe Pressungen erzielt werden können. Die Kompressoren liefern entweder die gepreßte Luft für motorische Zwecke und Hebezeuge oder sie dienen zur Verflüssigung von Gasen. Neuerdings werden auch Turbogebläse und Turbokompressoren gebaut, die gewissermaßen als umgekehrte Dampfturbinen anzusehen sind. Ob indessen die Turbokompressoren einen gleich hohen Wirkungsgrad wie die Kolbenkompressoren erreichen werden, ist noch fraglich. Jedenfalls aber ist aus dieser kurzen Übersicht über die technischen Fortschritte im Pumpenbau ersichtlich, daß auf allen Gebieten dieses wichtigen Zweiges nach wissenschaftlichen Grundsätzen eifrig gearbeitet wird.

Die Montanindustrie ist der wichtigste Abnehmer für den deutschen Maschinenbau, daher haben von jeher die Maschinen und maschinellen Einrichtungen für Bergwerke und Hütten eine besonders gute Durchbildung erfahren. Im Bau von Fördermaschinen für die Bergwerke hat die erfolgreiche Einführung des elektrischen Antriebes auch auf die Konstruktionen für Dampfantrieb verbessernd eingewirkt. Die Bewetterungsanlagen, der Bau von Gebläsemaschinen, von Wasserhaltungen, Preßwasser- und Preßlufteinrichtungen, die Aufbereitungsanlagen usw. stellen fortgesetzt neue Anforderungen an den für die Montanindustrie arbeitenden Maschinenbau. Auf den Hüttenwerken ferner werden für die Stahl- und Walzwerke zahlreiche maschinelle Neben- und Hilfseinrichtungen gebraucht, ebenso spielt hier die Bewegung und Lagerung der Rohmaterialien und der Fabrikate auf mechanischem Wege eine wichtige Rolle.

Es wurde schon oben darauf hingewiesen, daß in der durch die Ausnutzung der Abgase in Großgasmaschinen den Hüttenwerken zur Verfügung stehenden billigen elektrischen Energie der Anreiz zu immer weiterer Ersetzung der Handarbeit liegt, so daß hier der Maschinenbau ein besonderes weites Feld der Betätigung findet. Unsere Hüttenwerke sind allerdings in ihren mechanischen Anlagen vielfach noch hinter den amerikanischen Betriebsstätten zurück, meistens jedoch nur aus dem Grunde, weil der deutsche Maschinenbau bei den elektrischen Einrichtungen besonderen Wert auf unbedingte Betriebssicherheit legt und ferner dem Verbleib der Energie sorgfältiger nachgeht als die amerikanischen Konstrukteure.

Die hervorragende Mitwirkung der Elektrotechnik im deutschen Maschinenbau macht sich in der Entwicklung der Hebezeug-Industrie bemerkbar, die wiederum im Montangewerbe ihr wichtigstes Absatzgebiet findet. Außerdem aber gehören zu den Abnehmern die Hafenanlagen mit ihren mannigfaltigen Einrichtungen für das Beladen und Entladen der Schiffe sowie den Lager- und Fördereinrichtungen für die Massengüter Erz, Kohle und Getreide. Zunächst hat der deutsche Maschinenbau auf diesem Gebiete nach amerikanischen Vorbildern gearbeitet, bald aber ganz selbständig die Anforderungen der Abnehmer studiert und namentlich durch seine Anpassungsfähigkeit an gegebene örtliche Verhältnisse viele Musteranlagen geschaffen. Infolge dessen liefern deutsche Firmen Seilbahnen neuester Konstruktion, Verladeeinrichtungen und große Krananlagen nach allen Teilen der Erde. Durch derartige Anlagen wird die Handarbeit auf ein Minimum beschränkt und eine ganz erhebliche Leistung der Intelligenz eines einzelnen Arbeiters anvertraut. Nichts widerlegt mehr die Phrase von der Entgeistigung der Arbeit durch die Maschine als die Beobachtung einer großen Verladearbeit in einem Hafen oder einem Hüttenwerke, weil hier mächtige Naturkräfte durch die Hand des einzelnen Arbeiters einem wirtschaftlichen Zweck dienstbar gemacht werden.

Eine vollständige Umwälzung hat sich im letzten Jahrzehnt durch die Mitwirkung der Elektrotechnik in dem Bau von Werkzeugmaschinen für die Metallbearbeitung vollzogen. Zunächst ergab sich mit der Einführung des Schnelldrehstahls eine erheblich gesteigerte Schnittgeschwindigkeit und eine entsprechend erhöhte Leistung der Maschine. Die Maschinenfabriken gingen selbstverständlich sogleich daran, diese Neuerung für den eigenen Betrieb wirtschaftlich auszunutzen und die veralteten, langsam arbeitenden Werkzeugmaschinen durch solche mit hoher Umdrehungszahl bei elektrischem Einzel- oder Gruppenantrieb zu ersetzen, so daß eine lebhafte Nachfrage nach modernen Werkzeugmaschinen entstand. Gleichzeitig gebrauchte der Maschinenbau für die Bearbeitung der Teile der in immer größeren Dimensionen ausgeführten Kraft- und Arbeitsmaschinen verschiedenartige Spezialmaschinen von entsprechender Größe und Leistungsfähigkeit, insbesondere waren auch Werkzeugmaschinen notwendig, die an das zu bearbeitende Stück herangebracht wurden, um den lästigen Transport schwerer Stücke zu vermeiden. Dazu kam die große Nachfrage nach Spezialmaschinen für den Übergang zur wirtschaftlichen Massenerzeugung nach amerikanischem Vorbilde, um den Austauschbau und die Präzisionsarbeit betreiben zu können. Es ergab sich nun für die deutsche Technik die Aufgabe, im Wege der Präzisionsarbeit den Bau von Werkzeugmaschinen aller Art aufzunehmen und bis in alle Details selbständig durchzuarbeiten. Diese Aufgabe hat die deutsche Technik so vollkommen gelöst, daß sie sogar mit dem viel älteren amerikanischen Werkzeugmaschinenbau in erfolgreichen Wettbewerb treten konnte. Die deutsche Anpassungsfähigkeit an die im einzelnen Falle gestellten Anforderungen, denen die von Menschenhand bediente Werkzeugmaschine oder der Automat zu entsprechen hat, gewann auch auf diesem Gebiete das Übergewicht über den ausländischen Wettbewerb. Die Spezialisierung im deutschen Werkzeugmaschinenbau hat bereits so durchschlagende Erfolge erzielt, daß das Deutsche Reich jede Einfuhr von ausländischen Werkzeugmaschinen entbehren könnte. Es ist bemerkenswert, daß diese Erfolge unter einem sehr mäßigen Zollschutz für Werkzeugmaschinen

erreicht worden sind, während deutsche Werkzeugmaschinen wegen der amerikanischen Prohibitivzölle in dem Lande des mächtigsten Konkurrenten keinen Eingang finden können. In bezug auf den Arbeiterschutz sind die deutschen Werkzeugmaschinen mit ihren in organischen Zusammenhang mit der Maschine gebrachten Schutzvorrichtungen ebenso mustergültig wie in ihrer Konstruktion und Leistungsfähigkeit. Keine deutsche Fabrik liefert Werkzeugmaschinen ohne derartige Schutzvorrichtungen.

Die Maschinen zur Bearbeitung von Holz werden in einer größeren Anzahl von sehr leistungsfähigen deutschen Fabriken als Spezialität gebaut. Eigenartige Konstruktion und sehr solide Bauart haben nicht nur den inländischen Markt vollständig erobert, sondern auch eine erhebliche Ausfuhr deutscher Maschinen ermöglicht. Wegen der großen Umfangsgeschwindigkeit der Werkzeuge an Holzbearbeitungsmaschinen sind hier erprobte Schutzvorrichtungen noch wichtiger als bei Maschinen zur Metallbearbeitung.

Es ist nur natürlich, daß die technische Wissenschaft auch den allgemeinen Maschinenbau erheblich beeinflußt und namentlich die Tendenz zur wirtschaftlichen Massenerzeugung in denselben hineingetragen hat. Außer dem Zubehör zu Dampfkesseln und Dampfmaschinen sind insbesondere Transmissionen und Rohrleitungen Gegenstand der Massenerzeugung in verschiedenen deutschen Fabriken geworden. Die Transmissionen zeichnen sich aus durch geschickte Verteilung des Materials neben der zweckentsprechenden und doch gefälligen Bauart der Lager sowie der vollendeten Schmierung der sich drehenden Teile.

Die Vielseitigkeit der Arbeitsmaschinen in allen Gebieten der Industrie und des Gewerbes ist nicht zu erschöpfen. Mit der starken Bevölkerungszunahme des Reiches war eine sichere Grundlage für die Entwicklung der Textilindustrie gegeben, die zuerst von England aus bei uns eingeführt wurde. Da wir lediglich auf die Einfuhr der Rohmaterialien für die Textilindustrie angewiesen waren und deshalb das je nach der Konjunktur zu verarbeitende, sehr verschiedenartige Rohmaterial nicht so genau kannten wie das über umfangreichen Kolonialbesitz verfügende England, so konnte sich der deutsche Maschinenbau dem Bau von Textilmaschinen nicht in gleichem Maße zuwenden wie anderen Arbeitsgebieten. Die Textilindustrie hatte zudem in ihrer Abhängigkeit von England lange Zeit eine besondere Vorliebe für englische Maschinen aller Art, erst in den letzten Jahrzehnten gelang es der deutschen Technik, zunächst die Betriebsmaschinen und sodann auch die Webereimaschinen und die Spinnmaschinen durch gleichwertige Fabrikate zu ersetzen. In bezug auf den Bau von Spinnereimaschinen hat allerdings auch heute noch die praktische Erfahrung der englischen Konstrukteure einen beträchtlichen Vorsprung, während die Webereimaschinen mit ihren sehr verwickelten Mechanismen von den deutschen Konstrukteuren, denen die kinematische Schulung zugute kommt, in mehr als ebenbürtiger Vollendung gebaut werden. Auch der elektrische Antrieb von Webstühlen und anderen Maschinen ist bei uns vielfach eingeführt worden. Trotzdem aber muß gesagt werden, daß unsere wissenschaftliche Technik auf dem Gebiete der Textilindustrie und der Faserindustrie im allgemeinen etwas zurückgeblieben ist, weil die technischen Hochschulen und auch die Industriellen selbst der wissenschaftlichen Erforschung dieser Gebiete nicht das erforderliche Gewicht beigelegt haben. Die englische Empirie steht hier noch immer obenan auf dem Weltmarkte, obgleich sie wie auf allen anderen Gebieten längst verdrängt sein würde, wenn man staatlicherseits vor allen Dingen der wissenschaftlichen Forschung dienende, vollendet eingerichtete Materialprüfungsanstalten geschaffen und damit dem Konstrukteur die wichtigste Grundlage für den Maschinenbau geboten hätte. Die Faserindustrie sowohl in der Textilbranche als auch in der Papierbranche hat bei ihrer großen volkswirtschaftlichen Bedeutung alles Anrecht darauf, wissenschaftlicher Forschung zugänglich gemacht zu werden, zumal mit der weiteren Entwicklung des deutschen Kolonialbesitzes zweifellos auch die Erzeugung von Rohmaterial für die Faserindustrie einen erheblichen Umfang annehmen wird. Der deutsche Maschinenbau kann nur dann zu selbständigen Bauarten für die rationelle Verarbeitung dieses Rohmaterials gelangen,

wenn die wissenschaftliche Forschung ebenso wie auf allen modernen Gebieten ihm eine sichere Grundlage bietet. Wir sind nicht zufrieden damit, daß der deutsche Maschinenbau in Zurichtemaschinen für die Textilindustrie sowohl konstruktiv als auch in der Güte der Ausführung jedem Wettbewerb gewachsen ist und sich einen Weltruf verschafft hat; wir haben noch größere Erfolge auf dem Gesamtgebiete der Textilmaschine zu erwarten.

Auf den Bedarf zahlreicher anderer Industriezweige an Arbeitsmaschinen kann an dieser Stelle nur kurz hingewiesen werden, alle diese Konstruktionen lassen ohne weiteres erkennen, daß der auf wissenschaftlicher Grundlage beruhende technische Fortschritt in alle Gebiete übergreift, während zugleich auch die rationelle Organisation der Massenerzeugung und des Fabrikbetriebes eine nicht minder große Bedeutung hat. Es seien hier nur erwähnt die Maschinen zur Bearbeitung von Leder, die Nähmaschinen, Strickmaschinen und Stickmaschinen, die Druckereimaschinen, Schnellpresse wie Rotationspresse sind deutsche Erfindungen. Diese vorzugsweise von bayerischen und sächsischen Fabriken gebauten Maschinen haben von jeher auf allen größeren Ausstellungen die höchste Anerkennung gefunden und sich einen umfassenden Auslandsmarkt erobert. Der elektrische Antrieb ist auch bei diesen Arbeitsmaschinen fast allgemein eingeführt.

Der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen aller Art ist durch die seit 25 Jahren nach englischem Vorbilde eingerichteten und mustergültig organisierten Wanderausstellungen der deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft in hohem Maße gefördert worden; diese Ausstellungen sind sowohl für die Landwirte als auch für die Maschinenfabrikanten eine vorzügliche Schule und geben fortgesetzt Anlaß zu Verbesserungen. Neuerdings gewinnt in den Kreisen der Landwirtschaft der elektrische Antrieb immer mehr Anhänger, so daß auch in rein landwirtschaftlichen Gegenden das Interesse für die Anlage von großen Überlandzentralen auf genossenschaftlicher Grundlage oder durch Zweckverbände sichtlich zunimmt. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß der Energiebedarf der Landwirtschaft nur ein zeitweiliger und zudem nicht sehr großer ist, auch für alle gleichartigen Betriebe in dieselbe Zeitperiode fällt, so daß sich bei Kraftzentralen für rein landwirtschaftliche Zwecke ein ungünstiger Belastungsfaktor ergibt. Es ist deshalb vom wirtschaftlichen Standpunkte aus dringend zu empfehlen, daß sich Stadt und Land zu gemeinsamer Krafterzeugung vereinigen. Im Zusammenhange mit der Landwirtschaft stehen die großen Getreidemühlen mit ihren maschinellen Anlagen für automatischen Betrieb. Nach dem Vorbilde von Ungarn und Nordamerika ist der Großmühlenbetrieb mit deutschen Maschinen zu bedeutender Entwicklung gebracht worden, auch das Ausland hat zahlreiche Mühlen durch deutsche Maschinenfabriken ausführen lassen. In der Brauindustrie ferner sind die Fortschritte der Chemie, der Physik und des Maschinenbaues weitgehend verwertet worden, namentlich auch in bezug auf den Bau von Kältemaschinen und Kühlhäusern. Die Kälteindustrie im allgemeinen hat auf Grund der in den Brauereien gemachten Erfahrungen eine große Entwicklung genommen und besitzt eine hervorragende wirtschaftliche Bedeutung. In der Rübenzuckerindustrie hat Deutschland von jeher eine führende Stellung eingenommen, in steter Anlehnung an die wissenschaftliche Forschung haben deutsche Maschinenfabriken den Bau betriebsfertiger Zuckerfabriken als Spezialität mit bestem Erfolge aufgenommen und auf dem Weltmarkte großes Ansehen gewonnen. Auch die Brennereiindustrie wird ähnlicherweise von Spezialfabriken mit Maschinen und Apparaten versorgt.

Wohin wir auf dem weiten Gebiete der Arbeitsmaschinen auch sehen mögen, überall macht sich das Streben nach geringem Energieverbrauch, nach großer Leistung und entsprechender Wirtschaftlichkeit der Maschine geltend. Die technische Wissenschaft ist eben universell und greift mit unwiderstehlicher Macht in alle Gebiete über, die ihr nach irgend einer Richtung hin zugänglich sind. Der Grundsatz, irgendeine technische Arbeit mit dem möglich geringsten Aufwand von Energie und Material, d. h. also mit dem günstigsten Wirkungsgrade bei geringstem Abfall, durchzuführen, findet in den mannigfaltigsten Formen überall Anwendung, der Wettbewerb im Inlande sowohl

als auch mit den übrigen Kulturvölkern sorgt von selbst dafür, daß die gesamte Gütererzeugung mehr und mehr nach diesem Grundsatze geleitet wird.

Es ist in unserem Überblick über die Erfolge der technischen Wissenschaften so häufig von dem Eingreifen der Elektrotechnik in das gesamte gewerbliche Leben gesprochen worden, daß es kaum nötig ist, die ganz besondere Bedeutung dieses Zweiges der technischen Wissenschaft nochmals hervorzuheben. Hatte schon die Erfindung des elektrischen Telegraphen die Herrschaft des Menschen über den Raum in ungeahnter Weise erweitert, so wurde doch diese bedeutsame Erfindung noch weit übertroffen durch die Entdeckung des dynamoelektrischen Prinzips durch Werner Siemens im Jahre 1867, der bald die Anwendung auf die elektrische Kraftübertragung folgte. Zwei Jahrzehnte später war die Wechselstromtechnik schon soweit ausgebildet, daß auf der elektrotechnischen Ausstellung in Frankfurt a. M. 1891 mittels Drehstroms die Kraftübertragung auf 175 km Entfernung gelang. Nun erst begann die gewaltige Entwicklung des Baues von großen Drehstrom- und Gleichstrom-Generatoren mit einem Wirkungsgrade bis über 92 Prozent, die allgemeine Einführung der elektrischen Energie als Betriebskraft mit dem großen Vorzug der beliebigen Verteilbarkeit war die unmittelbare Folge. Die Erfindung der Transformatoren, der Akkumulatoren, der Stromzähler usw. ergänzten und verbesserten die früheren Fortschritte. Heute ist die allgemeine Anwendung der elektrischen Zugkraft für die Vollbahnen in solchen Gegenden, denen natürliche Wasserkräfte zur Verfügung stehen, nur noch eine Frage der Zeit, nachdem die großen Vorzüge des elektrischen Betriebes bei Straßenbahnen, Kleinbahnen und Vorortsbahnen längst erkannt worden sind. Auch die Sicherheit des elektrischen Betriebes ist durch zahlreiche Erfindungen und Verbesserungen auf eine höhere Stufe gebracht worden, als bei irgendeiner anderen Betriebsart. Es sind also alle Vorbedingungen erfüllt für ein unaufhaltsames weiteres Vordringen der elektrischen Betriebsweise, die Anlage von großen Talsperren und Überlandzentralen schafft billige elektrische Energie für die Versorgung ganzer Bezirke und für die elektrische Kanalisierung des platten Landes. Auf dem Gebiete der elektrischen Beleuchtung brachte die Konstruktion einer brauchbaren Glühlampe durch Edison im Jahre 1881 eine vollständige Umwälzung hervor, während in neuerer Zeit die Kohlenfadenlampe durch die bedeutend haltbarere und stromsparende Metallfadenlampe voraussichtlich verdrängt werden wird. Die Beleuchtung durch Bogenlampen hat gleichfalls weitgehende Verbesserungen erfahren. Auf dem Gebiete der Schwachstromtechnik hat die Erfindung der drahtlosen Telegraphie und der drahtlosen Telephonie die glänzendsten Aussichten für eine erweiterte Beherrschung des Raumes eröffnet. Ausnahmslos an allen bahnbrechenden Fortschritten der Elektrotechnik ist die deutsche wissenschaftliche Technik in erster Linie beteiligt, wir dürfen mit Genugtuung feststellen, daß auch die wirtschaftliche Seite elektrischer Anlagen aller Art von den deutschen Konstrukteuren vorzugsweise berücksichtigt wird. Diese Art der Behandlung technischer Probleme ist aber, wie bereits mehrfach hervorgehoben wurde, das Kennzeichen der modernen technischen Arbeit.

Gegenüber den bedeutsamen Erfolgen der Anwendung physikalischer Erkenntnis auf das System der technischen Arbeit hat die Chemie in nicht minder gewaltiger Weise sich wissenschaftlich entwickelt und auf dieser Grundlage eine Großindustrie ersten Ranges geschaffen. Aus kleinen Anfängen in den Laboratorien der Forscher ist in rapider Entwicklung die chemische Industrie hervorgegangen, die in Deutschland ihre glänzendste Entwicklung gefunden hat. Zunächst hatte nach ausländischen Vorbildern die Gewinnung der Schwefelsäure, der Soda und der Salpetersäure im Großen den Grundstock der chemischen Industrie gebildet, dann kam das in Deutschland besonders ausgebildete Ammoniak-Soda-Verfahren. Die Erzeugung von Superphosphat wurde ebenfalls schon früh im Großen betrieben. Sodann bildete die Gewinnung von Mineralfarben, wie z. B. Ocker und Ultramarin, einen wichtigen Industriezweig. Aus dem in großen Mengen eingeführten Chilisalpeter gewinnt die chemische Industrie die Salpetersäure und Natriumnitrit, den weitaus größten Konsum hat allerdings die

Landwirtschaft für Düngezwecke. Meist kommt der Chilisalpeter schon in raffiniertem Zustande über das Meer nach Europa, soweit derselbe aber in rohem Zustande bezogen wird, verwendet ihn die Industrie meist direkt zur Gewinnung von Kali- oder Ammoniaksalpeter für die Zwecke der Pulver- und Sprengstoff-Erzeugung. Die Raffination des importierten Rohschwefels erfolgt meist in den europäischen Hafenstädten, hiermit steht die Zündholz-Industrie in Zusammenhang. Die wichtige Glasindustrie hat gleichfalls eine chemisch-technische Grundlage, sie hat indessen auch die übrigen Zweige der Technik zu ihrer Entwicklung vielseitig herangezogen, der neueste Erfolg ist die Erzeugung der Glasflaschen auf vollkommen automatischem Wege und die Gewinnung von Quarzglas mit Hilfe des elektrischen Stromes. Auch in die weitverbreitete keramische Industrie ist die wissenschaftliche Technik befruchtend eingedrungen. Die Leistungen der chemischen Technik auf dem Gebiete der anorganischen Produkte sind indessen bei weitem nicht so rasch aufeinander gefolgt wie die Fortschritte auf organischem Gebiete. Hier steht der Steinkohlenteer mit seiner großen Zahl von Abkömmlingen im Mittelpunkt des Interesses. Durch einfache Destillation wird aus dem Teer eine große Menge von wertvollen Stoffen gewonnen, die öligen Destillationsprodukte werden in vier Gruppen aufgefangen und einzeln weiterverarbeitet. So erhält man als Hauptprodukte Benzol, Naphtha, Naphthalin, Karbolsäure und Kresol, Imprägnieröl, Anthrazen und Pech. Benzol und Naphthalin werden nun zu den verschiedensten Farbstoffen weiter verarbeitet, das Benzol dient übrigens auch als Brennstoff für Explosionsmotoren. Die Gewinnung der leuchtenden Anilinfarben aus dem Steinkohlenteer ist eine Erfindung des berühmten deutschen Chemikers A. W. Hofmann und des Engländers Parkins, während die Alizarinfarben nach der Erfindung des Deutschen Liebermann ebenfalls aus Steinkohlenteer dargestellt werden. Salizylsäure, Antipyrin und Phenazetin gehören gleichfalls zu den Produkten der Teerverarbeitung. Ferner sind hierhin zu zählen das Sacharin und eine große Anzahl von wohlriechenden Ölen. Außer den Steinkohlen liefert auch das Holz bei seiner Verkohlung wertvolle Destillationsprodukte neben der Holzkohle und dem Holzteer. Bei den alten Methoden der Holzkohlengewinnung in Meilern entwichen diese Destillationsprodukte ungenützt in die Luft. Daß auch bei den modernen Koksöfen für die Gewinnung von Koks und Steinkohlen die Destillationsprodukte als Nebenerzeugnisse sehr wertvoll sind, dürfte bekannt sein. Auf einem Destillationsprozeß beruht ferner das Raffinieren des Rohpetroleums. Das Hauptprodukt ist hier das Leuchtöl, als wertvolle Nebenprodukte gelten Benzin, Vaseline und verschiedene Sorten von Maschinenölen. Für die hochentwickelte Sprengstoffindustrie ist neben der Schießbaumwolle die mittels chemischer Behandlung der Holzfaser gewonnene Zellulose der wichtigste Rohstoff. Die wichtigsten dem Teer entstammenden Sprengstoffe sind Dynamit, Melinit, Pikrinsäure und eine große Zahl von neuen Mischungen, die häufig auch im komprimierten Zustande zur Verwendung gelangen und dann eine noch viel größere Gewalt ausüben. Die flüssige Luft wird gleichfalls als Sprengmittel verwendet. Auf der Zellulose als Rohmaterial ist noch ein neuer wichtiger Industriezweig, die Fabrikation von Kunstseide, begründet worden. Das hierbei meist benutzte Nitrozelluloseverfahren ist neuerdings dadurch wesentlich verbilligt worden, daß die in dem Verfahren verwendeten großen Mengen von Alkohol und Äther durch Verdichtung der Dämpfe wiedergewonnen werden. Schon jetzt wird etwa der sechste Teil der Weltproduktion an Naturseide auf künstlichem Wege erzeugt, die Verwendung der Kunstseide für Möbelstoffe und Tapeten sowie in der Weberei für andere Stoffe nimmt sehr stark zu. Zu der chemischen Industrie gehört ferner die Fabrikation von Seifen, sodann von Kerzen, deren Nebenprodukt das Glyzerin ist. Sodann ist zu erwähnen die Gewinnung der ätherischen Öle und die Erzeugung der Parfüms aus denselben. Die besonders in Schottland betriebene Destillation der bituminösen Schiefer liefert neben dem festen Paraffin als Nebenprodukt noch Ammonsulfat sowie Leucht- und Gasöle. Die wissenschaftliche Chemie hat aber nicht geruht, bis sie auch auf dem Gebiete der

Synthese organischer Stoffe durchschlagende Erfolge erzielt hatte, wir erinnern hier vor allem an die von Baeyer angegebene Synthese des Indigos. Neuerdings hat man mit Hilfe des elektrischen Flammenbogens den Stickstoff der Luft in Salpetersäure umgesetzt und in Norwegen bereits eine Großindustrie hierauf begründet, der hier sehr billige, aus den natürlichen Wasserkräften gewonnene elektrische Energie zur Verfügung steht. Auch in der Synthese des Ammoniaks aus seinen Bestandteilen Stickstoff und Wasserstoff scheint man auf dem richtigen Wege zu sein. Es ist also alle Aussicht dafür vorhanden, neben dem bei der Reinigung des Leuchtgases gewonnenen schwefelsauren Ammoniak, das in der Landwirtschaft eine fast unbegrenzte Verwertung findet, bald eine unerschöpfliche Quelle für dieses wichtige Produkt zu finden. Die grundlegenden Vorarbeiten Liebigs in der Verwertung chemischer Kenntnisse für die Zwecke der Landwirtschaft werden jedenfalls noch weitere wichtige Resultate zeitigen.

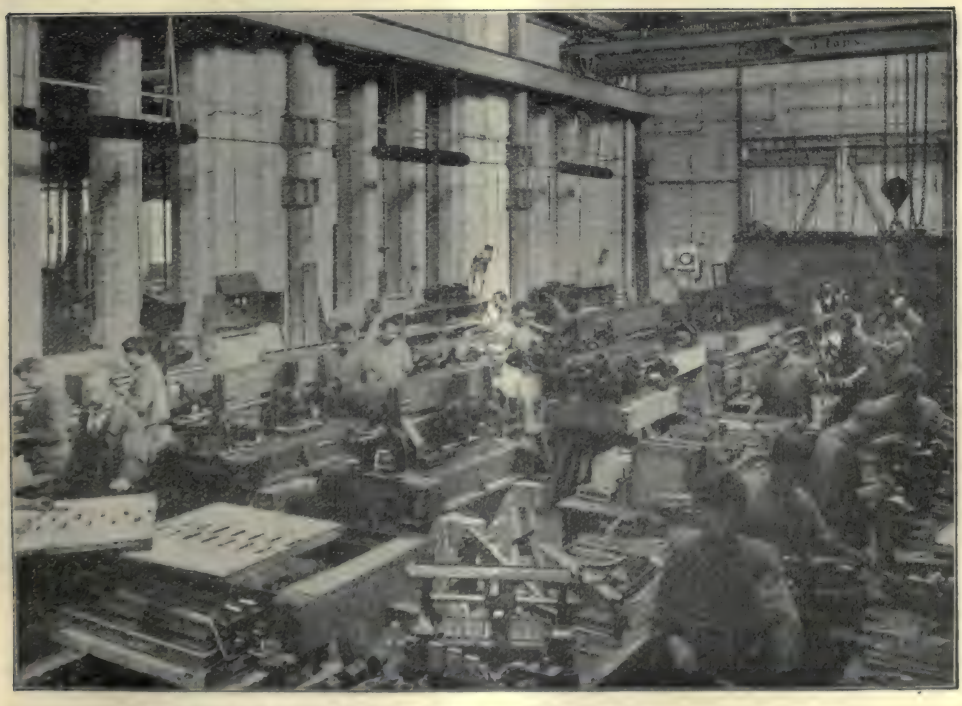
Wir stehen am Ende unserer kurzen Schilderung der Grundlagen der modernen Kultur. Im Mittelpunkte der wissenschaftlich-technischen Entwicklung beherrscht das Gesetz von der Erhaltung der Energie, das zuerst von Robert Mayer gefunden und von Hermann Helmholtz in wissenschaftlicher Schärfe aufgestellt wurde, alle Vorgänge. Das Maß aber der Leistung oder Arbeit der Kräfte ist die der Masse und dem Quadrat der Geschwindigkeit proportionale lebendige Kraft, die immer dieselbe Ziffer ergibt, wenn die gleiche Arbeit auf die Bewegung verschiedener Massen verwendet wird. Das später von Joule ziffermäßig entwickelte mechanische Äquivalent der Wärme beruht ebenfalls auf der Vorarbeit von Robert Mayer, der bereits die Arbeit einer Maschine auf Grund der bei ihrer Bremsung entwickelten Wärme zu messen vorschlug. Alle weiteren theoretischen Forschungen der Mathematik und der wissenschaftlichen Mechanik sind als Fortsetzungen und Erweiterungen jener älteren Arbeiten anzusehen, hier sind namentlich die Hauptsätze der mechanischen Wärmetheorie und die Untersuchungen über die Äquivalente der verschiedenen Formen der Energie zu nennen. Bei dem Überblick über die so weit vorgeschrittene Entwicklung der Gütererzeugung stoßen wir immer und überall auf diese wissenschaftlichen Grundlagen, deren weiterer Ausbau zu neuen Fortschritten führen wird.

Es unterliegt hiernach keinem Zweifel, daß zur Erhaltung des heutigen Standes der deutschen Technik und der Stellung der deutschen Industrie auf dem Weltmarkte die weitere Förderung der wissenschaftlich-technischen Forschung die wichtigste Vorbedingung ist. Die exakte Wissenschaft im Bunde mit den Versuchsanstalten zur Erforschung der Materialien, der Vorgänge in Maschinen und Apparaten, der Aufstellung von Energiebilanzen ganzer technischer Anlagen usw. muß nach wie vor unausgesetzt zur Förderung der technischen Arbeit tätig sein. Die Stellung der Dozenten an den technischen Hochschulen darf sich deshalb nicht allein im Lehrberuf erschöpfen, sondern es müssen auch Zeit und Mittel für eine freie, rein wissenschaftliche Forschung zur Verfügung stehen. Bei einer derartigen Ordnung der Dinge wird den studierenden Technikern nicht allein das erforderliche Maß an wissenschaftlichen und technischen Kenntnissen vermittelt werden, sie werden vielmehr auch zu eigener Forschung im praktischen Berufe angeregt und befähigt. Ferner muß die Einrichtung regelmäßiger Fortbildungskurse für in der Praxis stehende Ingenieure an den technischen Hochschulen weiter ausgebildet werden. Auf diese Weise allein kann der Vorsprung der deutschen wissenschaftlichen Technik vor der Erfahrung anderer Mitbewerber auf dem Weltmarkte aufrecht erhalten werden. Die gründliche Beschäftigung der studierenden Techniker mit wirtschaftlichen und sozialen Problemen sowie mit Fragen der Organisation und des Verkaufs wird dem gleichen Zwecke erfolgreich dienen. So ist denn das ewige Spiel der Naturkräfte wie in der uns umgebenden Welt, so auch im gesamten Kulturleben der Menschheit wirksam und ohne Aufhören tätig, dem einzelnen Menschen aber ist die Aufgabe gestellt, seine geistigen und physischen Kräfte gleichfalls stetig zu entwickeln und zur Geltung zu bringen, damit die Naturgewalten immer mehr nutzbar gemacht werden zur Verbesserung und Veredelung der Gesamtheit der Menschen und ihres Erdenloses. Unser Wahlspruch sei und bleibe also das alte „Laboremus“.

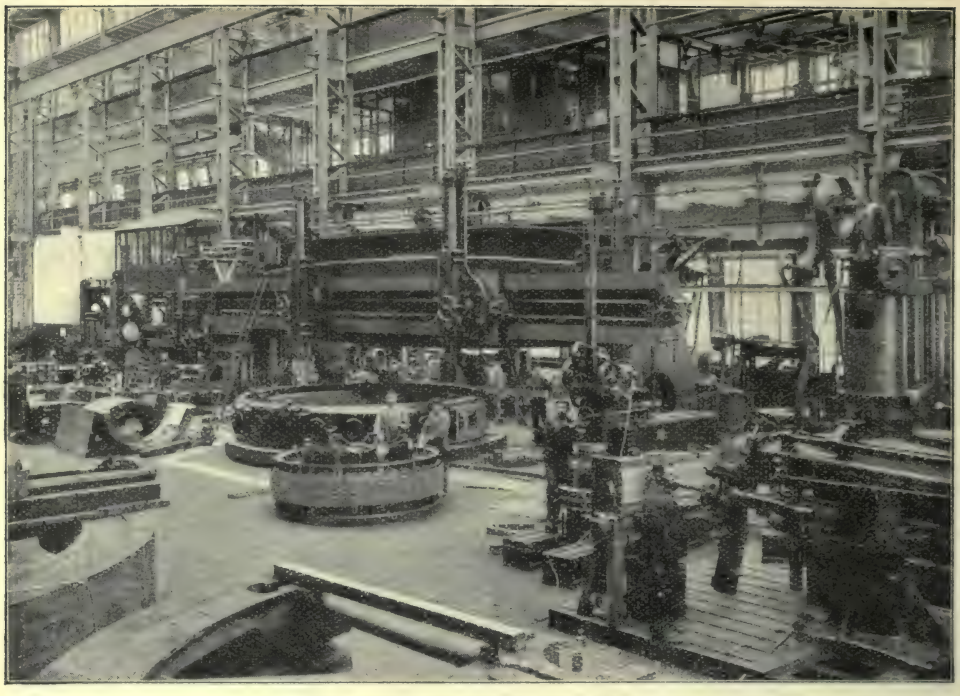
Aus deutschen Großbetrieben.

Siemens-Schuckert-Werke G. m. b. H. in Berlin und Nürnberg.

Massenherstellung. Läutewerk- und Induktoren-Signalbauerei. Wernerwerk.



Apparatebau. Zellenschalterbau. Charlottenburger Werk.



Großmaschinenbau-Hauptwerkstatt.
Nonnendamm.

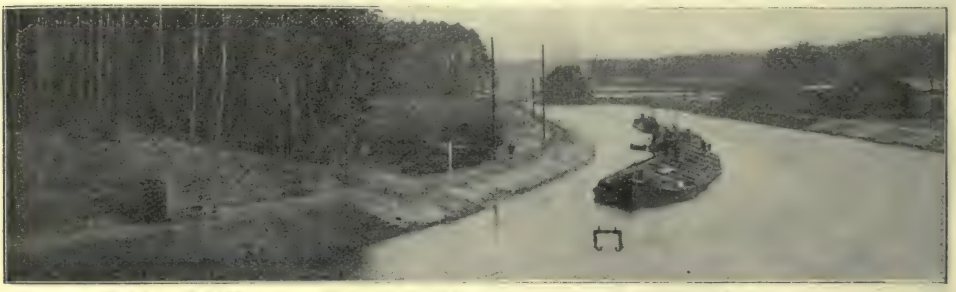
Großmontage. Gleichstrom-Dynamo-Bau.
Nürnberger Werk.
Siemens-Schuckert-Werke.

Gewerbehygiene. Abzug der Spähne an den Arbeitsmaschinen in der Tischlerei.
Wernerwerk.

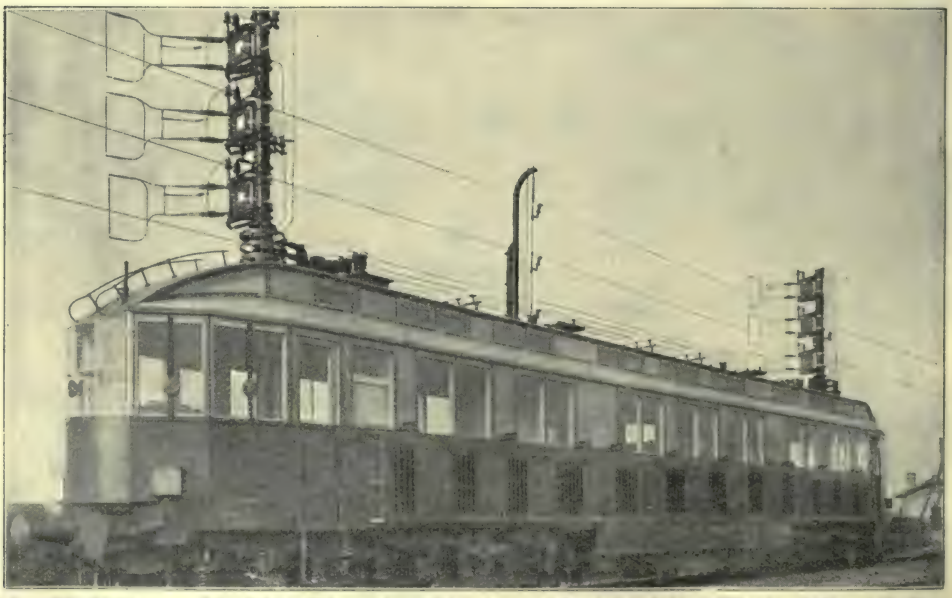
Gewerbehygiene. Rauchabsaugungsanlage.
Gießerei Nonnendamm

Erstes elektrisches Fahrzeug auf der Berliner Gewerbeausstellung 1879.
Siemens-Schuckert-Werke.

Elektrische Hoch- und Untergrundbahn in Berlin.
Bahnhof Schlesisches Tor.



Schleppschiffahrt durch elektrisch angetriebene Schlepplokomotive.
Teltower Kanal.



Schnellbahnwagen für 200 Kilometer Stundengeschwindigkeit. Marienfelde—Zossen.
Siemens-Schuckert-Werke.

Bahnbrecher in Wissenschaft und Kunst.

Von Professor Dr. **Ewald Horn**, Berlin.

Es kann sich hier nicht darum handeln, einen Katalog derjenigen zahlreichen Gelehrten und Künstler aufzustellen, die durch große und größte Werke den Ruhm Deutschlands in alle Welt getragen haben; die Zahl ist übergroß, und wir müssen uns beschränken auf einige Bahnbrecher. Einen Bahnbrecher nennt man ja wohl einen Menschen, der durch allerhand entgegenstehende Hindernisse hindurch einen Weg gebahnt hat, auf dem ihm andere folgen können, der also eine Bewegungsmöglichkeit geschaffen hat in einer Richtung, wo vordem keine bestand. Und das Wort „Brecher" bezeichnet körperliche Anstrengung, den Kraftaufwand, der zum Hinwegräumen der Hindernisse, zum Raumschaffen erforderlich ist; kurzum ein Bahnbrecher gehört eigentlich in die Welt der Dinge.

Nun gibt es aber viele Begriffe, die vom Sinnlichen entnommen auf Geistiges übertragen werden und da, wie man zu sagen pflegt, bildlich verstanden werden. Man spricht also auch in der Welt des Geistes, die eben von Wissenschaft und Kunst gebildet freilich nur in den Köpfen der jeweils lebenden Menschen ihr Dasein hat, von Bahnbrechern. Und das liegt ja nahe; denn was ist die Welt des Geistes anders als ein Abbild der Welt der Dinge? Bahnbrecher hier und dort. Wir wollen das noch etwas erläutern. Die Welt der Dinge ist ja sehr vielgestaltig, und wir betasten sie bloß von außen mit unseren Sinnen und machen uns dann unsere Gedanken darüber. Daraus folgt, daß sich in jedem Kopf die Welt ein bißchen anders malt. Indem nun aber die Menschen sich darüber zu verständigen suchen, erschaffen sie das, was man Wissenschaft nennt. Das ist die Summe der endgültigen oder auch bloß bedingten Wahrheiten, die sie nach und nach entdeckt haben, durch Wort und Schrift einander mitteilen und zum Gemeingut aller machen wollen. Freilich laufen da auch viele Irrtümer mit unter, und wenn die sich in Masse festsetzen, dann sind sie nur schwer auszurotten. Solche Irrtümer entstehen (abgesehen von der betrügerischen Eitelkeit gewisser Entdeckeriche) durch Ungenauigkeit in der Beobachtung der Dinge wie der Gedanken selbst, durch Voreiligkeit im Schließen, auch durch die guten wie schlechten Neigungen und Triebe der Menschen.

Bahnbrecher in der Wissenschaft wird man nun einen nennen, der redlich zu Werke geht, der scharf acht gibt und die richtigen Gedanken zusammenbringt, so daß sie ein wahres Abbild ergeben von einem Sachverhalt, der eine einfache und große Wahrheit findet, durch welche nun auf einmal ein ganzes Gebiet der Erfahrung aufgehellt wird, so daß jeder, der sehen kann und sehen will, sagen muß: „Ja, so ist es! du hast den Zusammenhang der Dinge aufgeklärt, indem du die Gedanken darüber in den richtigen Zusammenhang gebracht hast." Wo also ein Nichtwissen vorlag oder wo Dunkelheit herrschte und phantastischer Nebel sein Wesen trieb oder wo die Gedankenbewegung in die Irre ging, da hat ein solcher Denker Bahn gebrochen und eine Lichtung geschaffen, in der kein Irren mehr möglich ist.

Widerstände freilich sind dabei zu überwinden, innere und äußere. Jene liegen teils in dem veränderlichen geistig-körperlichen Zustand des Forschers selber, teils in dem zu erforschenden Gegenstand oder Vorgang, der sehr verwickelt ist und durch dessen Zerlegung eben die einfache Wahrheit, das geklärte Wissen gewonnen werden soll. Die

äußeren aber liegen in der Beharrlichkeit eingewurzelter falscher Meinungen, die den Menschen als geistige Besitztümer lieb und wert geworden sind, die sie auch aus Bequemlichkeit und um äußerer Vorteile willen nicht aufgeben mögen; sie finden sich ferner in dem Neide und der Bosheit gemeiner Menschen, die die Entdeckungen oftmals wieder zudecken oder nachahmend verfälschen. So erzählt uns denn die Geschichte der Wissenschaften auch häufig die Leidensgeschichte großer Denker und Bahnbrecher, die Märtyrer der Wahrheit wurden. Und fast möchte man glauben, daß das mit zum Beweis der Echtheit eines Bahnbrechertums gehört, wenn man heutigen Tages sieht, wie Wissensfälschung und Wissenstrug die Wissenschaft zum Reklamegeschäft machen und Gewinn und Ehren einheimsen. —

Als Bahnbrecher der Wissenschaft können wir nun zweierlei erkennen: erstens solche, die wissenschaftliches Neuland entdeckten und urbar machten, zweitens solche, die neue Methoden und Hilfsmittel erfanden, mittels derer man zu neuem Wissen gelangen kann. So hoch man auch das Verdienst dieser einschätzen mag, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß jene Denker höheren Ranges sind: sie erfassen mit weitem Blick, die Anschauungen wie in einem Brennspiegel verdichtend, d. h. spekulierend und dichtend, Wahrheiten von großer Tragweite, man nennt sie Prinzipien, Grundsätze, Gesetze, deren Schema dem Schauplatze des Geschehens zugrunde liegt, Wahrheiten, die die Methodiker auf induktivem Wege lediglich zu bestätigen haben, während es umgekehrt noch nicht gewiß ist, ob das von den Methodikern gefundene Wissen die Probe besteht vor der schließenden Vernunft.

Wenn wir uns nun nach solchen Bahnbrechern der Wissenschaft in Deutschland umsehen, so müssen wir erst noch daran erinnern, daß man gewohnt ist, von Wissenschaften zu reden und zwei Gebiete derselben auseinander zu halten. Gewiß ist alles Wissen nur eines, d. h. es bildet einen einzigen großen Zusammenhang wie das Weltall, auf welches es sich erstreckt; aber die zu wissenden und die gewußten Dinge stecken in Raum und Zeit drin und sind deshalb für uns Lebende entweder vergangen oder gegenwärtig. Das Vergangene ist das Geschichtliche, und insofern alles Gegenwärtige als ein Gewordenes seine Geschichte hat, gibt es eine entwicklungsgeschichtliche Betrachtung der Dinge. Es ist klar, daß solche Erforschung des Vergangenen nicht gerade sehr im Bereiche der sinnlichen Wahrnehmung liegt, sondern mehr gedanklich, fast rein geistig ist. Man spricht daher von historischen oder Geisteswissenschaften im Gegensatz zu den die Sinneswahrnehmung zugrunde legenden Erfahrungs- oder Naturwissenschaften. Im ganzen aber ist es eine Wissenschaft, die Wissenschaft von der Natur und die vom Menschen, nämlich die des Menschen, und sie wurzelt in seinem Erkenntnistrieb, der sich im Dasein orientieren will, damit er sich in der Welt der Dinge zurechtfinde, und dieser Erkenntnistrieb ist wieder nur eine Betätigungsform des Selbsterhaltungstriebes, woraus folgt, daß die Wissenschaft eine Naturnotwendigkeit ist, weil sie ein Bedürfnis befriedigt.

Jedermann staunt heute über die Werke der Technik. Sie sind aber nur möglich gemacht worden durch die Fortschritte der Naturwissenschaften, und diese heben im 19. Jahrhundert an mit der einzig großen Entdeckung eines Deutschen. Darum gebührt sich's, unter den Bahnbrechern der Wissenschaft an erster Stelle hier zu nennen den Schwaben Robert Mayer: er ist der Vater der modernen Physik, wie der tiefer gehenden und nicht bloß an der Oberfläche haftenden Naturbetrachtung überhaupt. Was man diesem im Jahre 1878 gestorbenen Heilbronner Arzte in wissenschaftlicher Hinsicht verdankt, ist nach Eugen Dühring kurz ausgedrückt: die Physik der Kraftübergänge und ihrer mechanischen Maße. Das ist hier rascher gesagt als verstanden, und die Nachfolger Mayers, die um seine Entdeckung den Schleier von der „Erhaltung der Kraft" woben, haben die Sache nicht gerade heller gemacht. Wer genaues darüber lesen will, der muß zu einem kleinen Buche greifen, das Dühring über Robert Mayer geschrieben hat. Hier ist nur weniges anzudeuten.

Die Naturforschung hat es mit räumlichen Dingen zu tun, sie heißen Körper und

haben je ihre besonderen Formen und Gestalten. Mit ihnen befassen sich die sogen. beschreibenden Naturwissenschaften. In diesen Formen stellt sich ein gewisses Etwas dar, das man als „Stoff" bezeichnet, und hervorgebracht werden diese mannigfaltigen, beständiger Veränderung unterliegenden Formen von „Kräften". Wegen ihrer innigen Verbindung denkt man sich nun auch Stoffe und Kräfte in eins zusammen und nennt das „Materie". Das ist aber nur ein Wort, ein Begriff, und wenn die Naturforscher sich mit der Untersuchung der Materie abgeben, so heißt das immer: sie suchen entweder die Stoffe, aus denen die Körper zusammengesetzt sind, und scheiden sie voneinander, weshalb die Chemie auch Scheidekunst heißt, oder sie suchen die Kräfte auf, die die Stoffe heimlich und leise oder sichtbar und laut verschieben, durcheinander mischen, kurzum bewegen. Das ist die Wissenschaft der Physik. Will also der Physiker Kräfte erkennen, so muß er ihre mechanischen Wirkungen beobachten, vergleichen und messen mit den Maßstäben des Raumes und der Zeit. Und erst dann, wenn er den Naturvorgang mit Maß und Zahl erfaßt und auf einen mathematischen, d. h. rechnerischen Ausdruck gebracht hat, glaubt er an die Regelmäßigkeit, an das Gesetz des Geschehens und hält die Sache für erkannt.

Die Chemiker hatten nun schon längst die Unzerstörbarkeit des Stoffes entdeckt, d. h. den sonst bekannten Satz experimentell bestätigt, daß aus nichts nichts wird und auch nichts zu nichts wird; sie hatten dazu den Gedanken gefaßt, daß in der Vielheit der vorläufig als einfach erkannten Stoffe sich nur ein einziger, sogen. Grundstoff vorstelle, wonach dann die Naturgebilde als Stoffwechselprodukte erschienen. Es war nun der geniale Gedanke Robert Mayers, daß er zu der Einheit des Stoffes die Einheit der Kraft hinzudachte und zum Stoffwechsel auch den Kraftwechsel entdeckte und an dem Beispiel der Wärme schlagend nachwies. Was wir also als Fallkraft, Schwerkraft oder Anziehungskraft der Gestirne, als Pendelbewegung und Umdrehungskraft, was wir als Elektrizität und Magnetismus, als Licht und Wärme und Dampfkraft, als Lebenskraft bezeichnen, alles das wären nur Formwandlungen einer und derselben Weltkraft, deren spezifische Betätigungen sich nach mechanischen Gesetzen vollziehen und mathematisch zu berechnen sein müssen. Daraus ergab sich dann die technische Nutzbarmachung der erkannten Kräfte für den Dienst des Menschen, und daraufhin erfolgten z. B. die erstaunlichen Leistungen der Elektrotechniker Deutschlands seit den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts.

Den Anfang mit dieser neuen und fruchtbringenden Weise der Naturforschung hat Robert Mayer gemacht, als er 1842 das sogen. mechanische Äquivalent der Wärme berechnete und damit die Umwandlung der Wärme in Körperbewegung oder mechanische Arbeit und umgekehrt nachwies. Die Dampfmaschine ist ja das bekannteste Beispiel dafür. Die Bedeutung dieses deutschen Bahnbrechers der Wissenschaft schildere ich am besten mit einigen Sätzen seines Biographen und Anwalts Eugen Dühring. „Als Entdecker schließt sich Mayer unmittelbar an Galilei an; denn seit den Zeiten dieses Begründers der modernen Physik ist kein zweiter Schritt geschehen, der an grundlegender Bedeutung dem Mayerschen Aufschluß über die Kraftnatur und das Kraftmaß der Wärme gleichkäme. Robert Mayer ist der zweite Begründer der Physik, ja überhaupt der höheren Naturwissenschaft mit ihren bis in die Physiologie reichenden Ausläufern." „Der Heilbronner Arzt hat das Wesen aller Kraftwirkung umfassender ergründet als Galilei, und hierdurch ist es ihm möglich geworden, von der Schwere zur Wärme eine Brücke zu schlagen." „Auch der Formwechsel der Kräfte will verstanden sein, und hier hat R. Mayer nicht nur für alle Naturkräfte und insbesondere für die Wärme, sondern auch für die im engeren Sinne mechanischen Formen die bahnbrechenden Schritte getan."

Auf dieser Bahn sind ihm dann andere Forscher im Inlande und Auslande nachgefolgt. Erinnert mag hier z. B. werden an den leider früh verstorbenen Heinrich Hertz: ihm gelang 1887 der empirische Nachweis der mechanischen Identität von Elektrizität und Licht: beides Schwingungen, d. h. geradlinig verlaufende Wellenbewegungen eines

unbekannten „Stoffes", des sogen. Äthers. Die Hertzsche Entdeckung liegt durchaus auf dem Wege, den R. Mayer für die physikalische Forschung eröffnet hat; auf ihr hat sich dann weiter die drahtlose Telegraphie aufgebaut. Der Siegeszug der modernen Elektrotechnik nahm aber seinen Ausgangspunkt von einer Entdeckung, die Werner Siemens (1866) machte: sie betraf die Umsetzung der elektrischen Kraftform in die rein mechanische und umgekehrt. Hierbei d. h. für die Nutzbarmachung der elektrischen Kraft kommt es auf die Messung der Stromstärke an, und da stoßen wir wieder auf einen Deutschen, den Erlanger Ohm, der schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts das Gesetz entdeckte von der Abhängigkeit der Stromstärke von der materiellen Beschaffenheit des Stromleiters. Überhaupt rühren fast alle wichtigeren Entdeckungen und Erfindungen in der Erforschung und technischen Verwendung der Elektrizität von Deutschen her. Und jetzt, wo wir im Zeitalter der Elektrizität leben, ist man schon geneigt, die elektrische Kraft als die Urkraft anzusehen. Dem mag sein, wie ihm will; jedenfalls bewährt sich R. Mayers großes Prinzip ganz allgemein: „Kraft ist in allem und von ihr ist alles abhängig, sie wechselt nur ihre Formen und ist immer mathematisch-mechanisch zu begreifen, zu messen."

Es ist nach diesen Hinweisen kaum nötig, noch andere Forscher auf dem Gebiete der Naturwissenschaften zu erwähnen. Daß Robert Mayer ein Deutscher war und daß seine Leistung der ganzen Naturforschung in der Welt die Bahn gewiesen hat, läßt den Einfluß einer geistigen deutschen Weltmacht überall empfunden werden. Es bleibt dabei, was Ferdinand Kürnberger vor 60 Jahren aussprach, daß die Wachposten der Kultur immer noch mit deutscher Mannschaft bezogen werden.

Aber eines Mannes müssen wir hier, wo wir von den Naturwissenschaften handeln, noch gedenken, dessen Name Weltruf hat und in einem Gebiete, das allerdings die Menschheit besonders nahe angeht, ein Programm bezeichnet: es ist der Mediziner Robert Koch. Seine wissenschaftliche Bedeutung reicht zwar nicht heran an die jenes anderen Robert, insofern er nämlich zu den Bahnbrechern zweiten Ranges gehört, die man Methodiker der Forschung benennen kann. Für diese ist er aber ein Vorbild und darum verdient er hier eine Erwähnung.

Die Medizin ist als Heilkunst eigentlich keine Wissenschaft, sondern eine Praktik; nachdem sie aber seit 70 Jahren durch den Berliner Physiologen Johann Müller — auch so eine Art Bahnbrecher — auf naturwissenschaftlichen Boden gestellt worden ist, hat man sie zu einem Zweig exakter Naturforschung gemacht, von deren Ergebnissen die praktische Heilkunst — zu Recht wie zu Unrecht, das sei hier dahingestellt — profitiert. Mögen immerhin die praktischen Folgerungen, die die kranke Menschheit daraus zieht, noch sehr fehlgreifen und statt des erhofften Heiles Unheil bringen, das tut der Wichtigkeit medizinisch-naturwissenschaftlicher Forschung keinen Abbruch. Wahrheiten bleiben Wahrheiten, und wenn es mittels der Kochschen Methode gelingt, dem Wesen einer Krankheit beizukommen, so sind die Bakterien, um die es sich hier handelt, allerdings zunächst handgreifliche Wahrheiten, d. h. Wirklichkeiten der dinglichen Welt, zu ideellen d. h. wissenschaftlichen Wahrheiten werden sie erst, wenn bewiesen ist, daß sie die Ursache von Krankheiten sind. Die Idee rührt nicht von Koch her, sie ist schon alt, aber um ihren experimentellen Beweis hat er sich mit Erfolg bemüht und eine Methode ausgedacht, durch welche der Beweis im einzelnen zu führen sei. Es handelt sich hier also um Kraftwirkungen im Kleinen, um Stoffwechselvorgänge, die gewiß dem physiko-mechanischen Geschehen angehören, die aber in ihrem ganzen Zusammenhange von dem höheren Robert Mayerschen Gesichtspunkte aus noch nicht erklärt sind.

Die von Robert Koch ausgedachte Methode zur Auffindung der vorausgesetzten Krankheitserreger ist in drei Sätzen enthalten: 1. es sind mikroskopisch kleine Lebewesen als ständige Begleiter einer Krankheit im kranken Körper zu beobachten, 2. sie sind von anderen nicht ständigen zu trennen und in Reinkultur auf einem eigens zubereiteten Nährboden zu züchten, 3. durch Einimpfung dieses Kulturprodukts ist in

einem gesunden Körper ebendieselbe Krankheit zu erzeugen, als deren ständigen Begleiter man jene Lebewesen zuerst gefunden hat.

So entdeckte Koch den Milzbrandbazillus, den Tuberkelbazillus, den Cholerabazillus und nach ihm andere Forscher andere charakteristische Krankheitserzeuger und -verbreiter. Das Wesen der sogen. ansteckenden Krankheiten, der Seuchen, schien hierdurch erkannt, und es ergab sich nunmehr die Aufgabe, ihre Verbreitung zu verhindern.

Die Lösung derselben fällt der praktischen Hygiene zu, deren Begründer freilich nicht Koch, sondern ein anderer Deutscher, nämlich der 1901 verstorbene Münchener Max von Pettenkofer gewesen ist. Diese neue Experimentalwissenschaft bemüht sich also um die Abwehr von Seuchen und um die Erhaltung der Volksgesundheit im großen. Einen einzelnen Krankheitsfall durch spezifische Mittel zu heilen bleibt nach wie vor eine unsichere Sache. Darum zielt die bessere Richtung in der neueren Medizin auf die Vorbeugung der Krankheiten und setzt an Stelle der probierenden Heilkunst die Gesundheitspflege.

Insofern nun Pettenkofer die Medizin auf diesen vernunftgemäßen Weg gewiesen hat, verdient auch er den Namen eines Bahnbrechers der Wissenschaft.

Mit der Anführung der Kochschen Bakteriologie sind wir aus dem Gebiete der Physik heraus über das Physiologische bereits an die Grenze des chemischen gelangt. Die Chemie hat es, wie gesagt, zu tun mit der Erforschung des Stofflichen: an ihm vollzieht sich das Spiel der Naturkräfte, und was an ihm zu erforschen ist, sind eben die Folgen jener Kräftewirkungen. So ist z. B. das Licht in der neueren Wissenschaft der Spektralanalyse zum Erkenntnismittel von chemischen Verhältnissen geworden und hat sogar Aufschluß gegeben über die stoffliche Beschaffenheit der Gestirne. Dieses wichtige Gebiet der Naturwissenschaft ist ebenfalls durch Deutsche erschlossen worden, nämlich durch Fraunhofer, Bunsen und Kirchhoff, für die spektralanalytische Erforschung des Himmelsraums insonderheit durch Zöllner, den Begründer der Astrophysik. Diese „Sehmethode ins Chemische" hinein hat freilich das beste erst noch zu leisten; denn „die ursprüngliche Entstehung des Lichts ist noch einigermaßen ein Rätsel" und „die spektralanalytischen Tatsachen ermangeln noch der mechanischen Erklärung" (E. Dühring).

Doch genug von den Naturwissenschaften! Wenden wir uns jetzt einmal zu den Geisteswissenschaften und sehen zu, was das Deutschland des 19. Jahrhunderts hier etwa an Bahnbrechern aufzuweisen hat. Vom Philosophen Immanuel Kant, der noch am Anfange des Jahrhunderts lebte, war ein Geist der Kritik ausgegangen, der die Dogmatik in der Wissenschaft, d. h. das ungeprüfte Nachbeten von Lehrmeinungen aufhob, der dem Erkenntnistrieb Mut machte und Vertrauen setzte in die Kraft des Verstandes, der an den Anfang aller Untersuchung wieder die Frage stellte, das griechische Sichwundern. Mit diesem Mute der Kritik ausgerüstet ging der große Philologe Friedr. Aug. Wolf an die Untersuchung des Ursprungs der Homerischen Gedichte und schuf die sogen. klassische Altertumswissenschaft (1807). Das aus dieser geschöpfte sogen. humanistische Bildungsideal beeinflußte danach die Studien während der ganzen ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und führte einen Aufschwung der Geisteswissenschaften herbei, der Deutschland schon zu einer geistigen Weltstellung erhob, ehe es die politische errungen hatte.

Die Wertschätzung des Geistigen stieg aber leider auf den Gipfel und überschlug sich förmlich in den idealistischen Spekulationen der Philosophen Schelling, Fichte und Hegel, indem sogar die Natur selbst vergeistigt, gedanklich konstruiert wurde. Die Daseinsorientierung sollte dadurch geschehen, daß ein phantastisches, durch begriffsspielerische Gedankenreihung gesponnenes Schema wie eine Schablone über die Welt der Dinge ausgebreitet wurde, durch die man sie mehr durchscheinen ließ, als wirklich erkundete. Das war nun allerdings trotz aufgewandter großer Denkkraft eine Desorientierung, eine Verirrung des Denkens und ein Abweichen von der durch Kant eröffneten kritischen Bahn. Denn durch diese Philosophie wurden keine Wahrheiten im Sinne tatsächlicher

Wissenschaft gefunden, sondern Irrtümer aufgehäuft. Und wenn wir nun unter Bahnbrechern der Wissenschaft auch Männer verstehen dürfen, die Irrtümer als solche erkannten, sich der verkehrten Denkweise entgegenstemmten und zur Umkehr bliesen, so muß als ein solcher Befreier vom Wahn Max Stirner genannt werden mit seinem 1845 erschienenen Buche „Der Einzige und sein Eigentum". Er rief den Geist, der in seinen Eingeweiden nach Erkenntnis wühlte, zum Selbstbewußtsein zurück, daß er sich als das individuelle Ich ertappte, das hinter den Gedanken als seinen Geschöpfen steht und sich über die Welt der Dinge seine Gedanken macht. Damit waren die Erdichtungen der metaphysischen Spekulation als solche gekennzeichnet. Man verließ das unfruchtbare, mit Gespenstern, Spuk und Schein erfüllte Gefilde geistiger Turnübungen und folgte allmählich auf dem Wege, in den Robert Mayers Wirklichkeitsforschung zu eben der Zeit eingelenkt hatte, als Stirner den menschlichen Geist von seiner metaphysischen Belastung befreite. Die bisher so unpraktischen Deutschen wurden praktisch, der Idealismus wandelte sich in den Realismus, neben der mehr betrachtenden und ästhetisch genießenden aristokratischen Lebenshaltung mit ihrer literarischen Bildung erhob sich die auf die Wirklichkeit und Gegenwart gerichtete produzierende demokratische des werktätigen Volkes, dem das Können mehr galt als das Kennen, das den Wesenskern des Ich als Willen erfaßte. Und jetzt, d. h. nach der Mitte des 19. Jahrhunderts, kam auch ein Philosoph zu Ehren, dessen Hauptwerk „die Welt als Wille und Vorstellung" schon fünf Jahrzehnte früher erschienen war. Schopenhauer war zwar immer noch idealistischer Philosoph, der das Rätsel des Daseins durch Auffinden, d. h. Erdenken der ersten Ursache zu lösen suchte, aber indem er, von der Selbstgewißheit des individuellmenschlichen Willens ausgehend, allen Naturerscheinungen den Willen zugrunde legte, so gab er zwar anscheinend dem Urgrund der Dinge, der ersten Ursache bloß einen andern Namen neben Gott, Geist, Substanz, Absolutes, aber er kam mit dem Prinzip der Aktivität, das in dem Begriffsworte Willen enthalten ist, doch schon dem Kraftbegriff nahe, mit welchem es die Wirklichkeitsforschung der neueren Physik zu tun hat. Und wenn er auch kein Bahnbrecher der Wissenschaft gewesen ist, obwohl reich an fundamentalen Einzeleinsichten in die tatsächliche Beschaffenheit des Lebens, wenn er also auch mehr die Einseitigkeit der früheren Geistesphilosophie bekämpft und komplettiert hat, so ist zwar dies schon ein Verdienst, aber größer noch ist das, daß er für die moralische Lebenshaltung, für Tatfreudigkeit und echtes Persönlichkeitsbewußtsein eine Stütze geworden und so an seinem Teile dazu beigetragen hat, Deutschland groß und angesehen zu machen.

Stirner hatte die Hohlheit der idealistischen Spuk- und Gespensterphilosophie, in der er groß geworden war, durchschaut und sich von ihr abgewandt. Seine Kritik des „Geistes" ist für die idealistische Philosophie und alle Jenseitsträumerei vernichtend gewesen. Da er nun aber keine mathematisch-naturwissenschaftliche Bildung besaß und sein Wissen, entsprechend dem Charakter seiner Zeit, durchaus literarisch-historisch war, so gelangte er mit seinem Nachdenken und seiner Kritik über die Wissenschaft vom Menschen und seinen sozialen Beziehungen nicht hinaus zu anderen positiven, d. h. der Wirklichkeit zugewandten Wissenschaften. Und indem er dem individuellen Ich einen spezifischen Wert beimaß, wodurch und um dessentwillen es eben dieses individuelle Ich ist, vertrat er den Standpunkt des Persönlichen; er wollte nicht Idealist, nicht Materialist sein, sondern Personalist. Dieses Wort hat er geprägt. Seine Persönlichkeitskultur aber ist nicht die des gemeinen Egoisten, der alles an die Pflege und das Gedeihen seiner werten Person setzt, und zwar sowohl nach der Seite des grobsinnlichen wie der des feineren geistig-ästhetischen Genießens (z. B. eines Goethe), sondern es war die des sich behauptenden, sich durchsetzenden, sein Sein darstellenden, im Leben sich aufbrauchenden aktiven Ich. Und das Problem, welches sich ihm entfaltete, war dies: wie müssen die Beziehungen der Menschen zu einander geordnet sein, damit der Personalist seine Freiheit, d. i. seine Eigenheit, bewahre und seine Einzigheit offenbare. Durch diese Fragestellung, in der der Kern des sozialen Problems steckt, erschloß er der

menschlichen Erkenntnis ein neues Gebiet, und auch deshalb verdient er zu den Bahnbrechern der Wissenschaft gezählt zu werden.

In seine Spur ist ein anderer Personalist getreten, bei welchem die Denkfunktion zu höchst möglichem Grade gesteigert worden, der durch Kritik und Forschung die Souveränität des Verstandes bewiesen hat und als ein Reformator und Bahnbrecher des Wissens für alle Gebiete menschlicher Erkenntnis Zukunftssaat gesäet hat. Ich meine Eugen Dühring. Er hat auch durch Lehre und Leben in vorbildlicher Weise das Problem gelöst, das Stirner aufgeworfen hatte. Sein Denken umfaßt sowohl die Wissenschaft vom Menschen, seinen sozialen Beziehungen und den darin wirkenden ethischen Mächten, als auch die Wissenschaft von der Natur und den in ihr wirkenden physischen Kräften. In beiden hat er Grundlegendes geschaffen und neue Wege gewiesen. Eigentümlich ist ihm aber die umfassende sichtende Kritik, die er unter Anlegung der Maßstäbe Wahrheit und Gerechtigkeit in Wissenschaft und Kunst an den Personen und ihren Leistungen ausgeübt hat. Denn über das rechte Wissen stellt er das gute Wollen. Der gute Wille, d. h. die sich gut verhaltenden und sich demgemäß rücksichtsvoll einschränkenden Triebe sind ihm Voraussetzung und Ausgangspunkt aller echten Wissenschafferei, und wo es daran gefehlt hat, da ist auch die Leistung wurmstichig, das Wissen schadhaft gewesen. So hat er uns Maßstäbe gegeben zur Unterscheidung des Echten vom Unechten, des Wahren vom Falschen in Wissenschaft, Kunst und Leben und hat durch Lehre und Beispiel gezeigt, wie man Wissen erwirbt und wertet, und auch wie man neues Wissen schafft.

Der Kultus des Geistigen, welcher zu Anfang des 19. Jahrhunderts herrschte, brachte es mit sich, daß die wissenschaftliche Forschung ihre Objekte in der Vergangenheit suchte, d. h. geschichtlich wurde. Es betraf das nicht bloß die eigentliche Geschichte, in deren Behandlung Niebuhr zuerst durch Rückgehen auf die Quellen Fabel und Wahrheit zu unterscheiden lehrte, Leopold Ranke aber dem Ideal objektiver Geschichtsschreibung nachstrebte, sondern auch die Rechtswissenschaft, in welcher Savigny als Begründer der historischen Schule bahnbrechend wirkte, und ganz besonders die Sprachwissenschaft. Hier sind Franz Bopp und die Gebrüder Grimm als Bahnbrecher zu nennen, die durch vergleichende Sprachforschung zwar nicht den Ursprung der Sprachen überhaupt, aber doch ihre verwandtschaftlichen Beziehungen und eine gewisse Gesetzmäßigkeit der Sprachentwicklung nachzuweisen vermochten. Im besonderen legte Jacob Grimm mit seiner deutschen Grammatik (1819) den Grund zur Erforschung des deutschen Altertums, so daß den Deutschen Verständnis und Gefühl für ihre Nationalität aufging. Dieses vergleichende Sprachstudium, an dem auch Wilh. v. Humboldt bedeutenden Anteil hatte, erstreckte sich nach und nach über die Sprachen der Naturvölker ebensogut wie über die der Kulturvölker. Das Material dazu erbrachten die geographisch-naturwissenschaftlichen Forschungsreisen, die seit den Tagen Alexanders v. Humboldt ausgerüstet wurden. Aber nicht bloß sprachliches Material wurde gesammelt: das formal-philologische Interesse erweiterte sich zu einem allgemeinen kultur-psychologischen. Und auf diesem neuen Gebiete der Völkerkunde hat wieder ein Deutscher die Bahn eröffnet, nämlich der erste Direktor des Berliner Völkermuseums Bastian. In der Völkerkunde laufen gewissermaßen die beiden Richtungen der Geographie, nämlich die historische und die physikalische, zusammen. Die historische, die die Erdoberfläche als den Schauplatz der Entwicklung des Menschengeschlechts betrachtet, wurde in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, der Blütezeit der „Geistes"-Wissenschaften, von Carl Ritter angebaut, wogegen im Zeitalter der Naturwissenschaften Oskar Peschel die Erdkunde unter dem Gesichtspunkte der Geschichte der Erde selbst, d. h. in Verbindung mit kosmologischen und geologischen Problemen zu behandeln lehrte. In Verfolgung dieser naturwissenschaftlichen Richtung der Geographie gelangte man dann in den letzten Jahrzehnten zu einer ganz neuen Wissenschaft vom vorgeschichtlichen Menschen. Auf diese Weise entstand eine objektive Brücke zwischen Naturwissenschaft und Geschichtswissenschaft, und der Ring des Wissens schloß sich. Mag also der menschliche Geist das

Gebiet des Wissens rückwärts oder vorwärts durchmessen, er kehrt immer wieder zu sich selbst zurück, von wo er ausgegangen ist. Soviel von der Wissenschaft. —

Wissenschaft und Kunst werden von alters her zusammen genannt. Es liegt also die Frage nahe, ob es auch Bahnbrecher der Kunst gibt, wie solche der Wissenschaft und ob insonderheit Deutschland deren aufzuweisen hat. Da müßten wir uns dann zuvor klarzumachen suchen, was das heißt: Bahnbrecher der Kunst. Das ist nicht so einfach. Was unter Wissenschaft zu verstehen ist, darüber ist man sich einig; über das Wesen der Kunst aber gehen die Meinungen auseinander. Man sollte denken, daß da nur eine Auffassung die richtige sein könne, und würde dann denjenigen, der einmal die wahre Kunst zeigte, für einen Bahnbrecher erachten müssen. In der Tat hat Richard Wagner eine großzügige Kunstlehre aufgestellt und auf die Zukunft verwiesen, die ihr zum Siege verhelfen würde; er hat auch an diesem Kunstwerk der Zukunft gearbeitet, es vorbereitet und mit seinem „Tondrama" eine spezifisch deutsche Kunst geschaffen, die ihren Siegeszug bereits über die ganze Erde gehalten hat. Was also der alte ehrwürdige Pedant Gottsched im 18. Jahrhundert prophezeit hat, daß einmal ganz Europa um der deutschen Musik halber auch deutsche Texte singen werde, scheint durch Richard Wagner wirklich fast erfüllt worden zu sein.

Es ist hier nun nicht der Ort, über die Philosophie der Kunst und deren Verhältnis zur Wissenschaft in einiger Breite zu reden. Ich will nur das hervorheben, was zur Charakteristik Wagners und noch eines anderen großen Künstlers und Bahnbrechers — wenn man so will — nämlich des Malers Arnold Böcklin dient. Andere Namen aus dem ganzen Bereich der Künste in der Neuzeit wußte ich ihnen von gleicher Bedeutung nicht an die Seite zu stellen. Doch soll des großen kleinen Adolf Menzel gerade um Böcklins willen nicht vergessen werden.

Wir haben vorher gezeigt, daß die Wissenschaft eine Naturnotwendigkeit sei, weil sie ein Bedürfnis befriedige, insofern der Erkenntnistrieb des Menschen in seinem Selbsterhaltungstriebe wurzele. Im gleichen war zu sagen, daß ihre Wahrheiten nicht willkürliche seien, sondern notwendige und allgemein gültige, Ideen, die in der Natur objektiv vorhanden sind, vom Menschen erkannt, aber nicht hineingetragen werden. Mit der Notwendigkeit der Kunst und der Wahrheit in der Kunst scheint's aber ganz anders zu stehen: sie liegt nicht in der Natur, sie wird vom Menschen hervorgebracht, ist also willkürlich, anscheinend nicht notwendig, gewissermaßen ein Luxus.

Das Wissen ist ferner eins, d. h. ein zusammenhängendes Ganzes, wenn man auch verschiedene Wissenschaften unterscheidet: ich kann hier von einem Tintenfleck aus Gedanken aneinanderreihen, lückenlos, und durch die ganze Welt wandern in Vergangenheit und Gegenwart. Nicht so scheint's mit der Kunst zu stehen: wir haben verschiedene Künste, aber wie es scheint keine Einheit der Kunst.

Richard Wagner hat nun versucht, die Notwendigkeit wie die Einheit der Kunst in seiner Kunstlehre und in seinem Kunstschaffen zu erweisen. Diese Notwendigkeit ist aber keine ursächliche, wie in der Weltmechanik, sondern eine moralische, auf die Befriedigung des allgemeinmenschlichen Gemütsbedürfnisses hinzielende. Ein solches Bedürfnis setzt Wagner als gegeben voraus. Ist es das?

Wir könnten mit Stirner sagen, daß der Trieb der Seinsbetätigung ebenso wie der der Daseinsbehauptung zum Wesen des Menschen gehört. Wie nun aus diesem der Wissenstrieb entspringt, so aus jenem der Kunsttrieb. Nicht alle Menschen können wissenschaftlich forschen, aber alle können Wissenschaft nutzen und ihr Leben danach verständig einrichten; so können auch nicht alle Menschen Künstler sein, aber alle können die Kunst genießen, das Schöne empfinden und ihr Leben dadurch bereichern. Und der Mensch bedarf der Lebensreize. Die Wissenschaft befriedigt den Verstand: was aber befriedigt das Gemüt, was stärkt den moralischen Willen? Das ist die Kunst, wie Wagner sie auffaßt, in ihrer höchsten Gestaltung: im Tondrama. Und dieses Tondrama stellt die Einheit der Kunst dar: Dichtkunst, Malerei, Plastik, Mimik und Tanzkunst, Architektur vereinigen sich mit der Musik zu einer einzigen durch Auge und Ohr im Verstand

und Herz eindringenden Lebensoffenbarung, die dem bewußten Willen wie dem unbewußten Triebleben die Richtung zum Guten gibt. Das Grundgesetz des neuen Tondramas spricht Wagner so aus: „Ein Inhalt, der einzig dem Verstande faßlich ist, bleibt einzig auch nur der Wortsprache mitteilbar; je mehr er aber zu einem Gefühlsmomente sich ausdehnt, desto bestimmter bedarf er auch eines Ausdrucks, den ihm in entsprechender Fülle endlich nur die Tonsprache ermöglichen kann. Hiernach bestimmt sich ganz von selbst der Inhalt dessen, was der Wort-Tondichter auszusprechen hat: es ist das von aller Konvention, von allem Historisch-Formellen losgelöste Reinmenschliche." Dieses Reinmenschliche wird in der dramatischen Handlung zur Anschauung gebracht, der besondere Inhalt der Handlung ordnet sich dieser höheren Rücksicht unter, wird aber, damit das Reinmenschliche in Herz und Sinn eingeht, dem besonderen Ethos eines Volkes anzupassen sein. Wagner, der sich als Deutscher fühlte und in erster Linie für Deutsche tondichtete, entnahm die dramatische Handlung dem germanischen Sagenkreise und hat insoweit eine spezifisch deutsche Kunst geschaffen. Andere Völker mögen das Allgemeinmenschliche unter anderer nationaler Form künstlerisch darstellen; denn Wagner hat der schöpferischen Phantasie hier ein Gebiet erschlossen, auf welchem, wie er sagt, „ewig neu zu erfinden sein wird".

Der Inhalt ist es also bei Wagner, der die Notwendigkeit der Kunst beweist. Die Wahrheit der Kunst steckt aber in der dem Inhalt angemessenen künstlerischen Ausdrucksform. Gilt dies allgemein, so gilt es auch von jeder einzelnen Kunstgattung und dem einzelnen Kunstwerk. Dieses ist nur gerechtfertigt durch die in ihm steckende Idee, ansonsten ist es ein Zeitvertreib, ein Luxus, aber keine Notwendigkeit.

Wagner war mehr als bloß Musiker: er war auch Dichter, ja Künstler von ganz universellem Kunstempfinden. Er wollte die Einheit der Kunst auf Grundlage der Musik. Dies hätte er nicht anstreben können, wenn nicht Beethoven vor ihm die musikalischen Ausdrucksmittel zu höchster Vollendung gebracht hätte; auf dessen Schultern stand er. Beethovens zwar dramatische, aber der Handlung entbehrende absolute Musik erhob Wagner zum Musikdrama durch Hinzufügung der Handlung.

Im Geiste Richard Wagners wirkte auf einem besonderen Kunstgebiete der große Maler Arnold Böcklin. Was des Menschen Herz bewegt, ließ jener in Tönen erklingen und sprach es aus durch die menschliche Handlung, dieser entnahm der Natur die Symbole des Unaussprechlichen, des Ewigen, des Idealen, des Reinmenschlichen — denn „im Herzen tief innen ist alles daheim, der Freude Saaten, der Schmerzen Keim" —, und A. Böcklin sprach es aus in den leuchtenden Farbensymphonien eines idealisierten Landschaftsbildes. In der Wissenschaft handelt sich's um das Rätsel der Natur, in der Kunst um das Rätsel der Seele: jenes löst sich auf in Verstandeswahrheit, dieses in Gefühlswahrheit. Wagner enthüllte sie in der dramatischen Handlung, die das wogende Meer der Töne zum Untergrund, zum Träger, zum belebenden und verbindenden Element hatte, seine Kunst ist sozial — zum Menschen. Böcklin ersah die sichtbare Natur, die Landschaft, in wunderbar geschauten Formen und Farben als Künderin der menschlichen Seele: seine Kunst ist sozial — zur Natur. „Seine Bilder haben einen Inhalt, der für alle Zeiten als das Höchste dessen gelten wird, was die Landschaftsmalerei geben kann" (Jos. Strzygowski). Und dieser Inhalt, den das Kunstwerk hat, der ihm eingehaucht ist von der Seele des Künstlers, teilt sich mit, geht über in die Seele, wird wiederum Inhalt der anschauenden, anhörenden, der genießenden Menschenseele. Solchen Inhalt aus dem Leben und der Natur, d. h. aus Zeit und Raum zu schöpfen und wiederum in Leben und Natur, d. h. in Zeit und Raum mit Ewigkeitsprägung hineinzugießen als Offenbarung des Ewigen — das ist das Vermögen des Künstlers. Um Lust und Leid und Schicksal des Menschen dreht sich alles. Nur der, dem die Kunst eine Passion ist, der mit seiner Phantasie in den Urgrund der Dinge eindringt und aus ihm schöpfend zum Dolmetsch und Künder des Erschauten wird, der wird zum Bahnbrecher für die Kunstbedürftigen, daß sie sich hineinfinden mit ihren Empfindungen und Trieben in das Reich des Schönen, des Guten, wo die Seele ihr Feierkleid anzieht. Richard

Wagner und Arnold Böcklin waren solche Bahnbrecher, solche Befreier der Menschheit vom Gemeinen, vom Werktäglichen.

Wie in der Wissenschaft, so können wir auch in der Kunst zwei Arten von Bahnbrechern unterscheiden, nämlich solche der Idee und solche der Technik. Als Hauptvertreter der ersten Art erkannten wir Wagner und Böcklin: sie waren Idealisten, der dichtende Musiker, der dichtende Maler, beide Kinder der Romantik, voll Stimmung, Leidenschaft, Tiefe. Adolf Menzel darf als ein Bahnbrecher der Kunst in anderem Sinne gelten. Klein von Gestalt und ursprünglich Lithograph, war er gewöhnt, die Dinge genau zu besehen, nicht darüber hinweg, nicht hindurch, nicht mit den schweifenden Augen des Dichters wie Böcklin, sondern mit den suchenden des Geschichts- und Naturforschers, der aber — und das bezeichnet Menzels Größe — nur sucht, was er liebt, was zu seinem Gemüt spricht, und was er darum auch herzhaft und charakteristisch wiedergeben kann. Nicht dem Reiche der Phantasie, sondern der Wirklichkeit entnahm er seine Vorwürfe. So wurde er in Deutschland der Führer der neuen realistischen Richtung. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, wo auch die Wissenschaft hauptsächlich historisch war, entfaltete Menzel sein Talent als Historienmaler und ward durch genaue Studien der berufene Darsteller der Fridericianischen Zeit. In der historischen Treue seiner Bilder betätigte er schon seine Neigung und sein Talent für Wirklichkeitsdarstellung; bewundernswert wird aber diese seine Kunst, wenn er das in Raum und Zeit Gegenwärtige unter den Pinsel oder Stift nimmt. Menzel war vielleicht der vielseitigste deutsche Maler und Zeichner des 19. Jahrhunderts, ein Virtuos in jeder Technik von der Ölmalerei bis herab zum Steindruck und Holzschnitt. Auf diese Weise hat er auch auf das Handwerksmäßige der Kunst fördernden Einfluß ausgeübt. Was ihn uns aber besonders nahe bringt, ist sein patriotisches Gefühl, seine preußisch-deutsche Bodenständigkeit. Durch seine Bilder aus der Geschichte Friedrichs des Großen, durch die liebevollen Schilderungen des Helden und seiner Feldherren hat er in der trüben Zeit Friedrich Wilhelms IV. das preußische Volksbewußtsein gestärkt und die Wiedererstehung des Deutschen Reiches im Glanze der Hohenzollern-Kaiserkrone vorbereiten helfen. —

Die deutsche Literatur.

Von Professor Dr. **Johann Georg Sprengel,** Frankfurt a. M.

Ein stürmischer Atem wild erhabenen Heldentums weht uns aus den ältesten Überlieferungen unseres Volkes entgegen und dringt mit fast unverminderter Kraft durch den höfischen Firnis der epischen Sagengebilde, wie sie die Zeit des Rittertums gestaltete. Denn die eigenen alten Heldenlieder überdauerten ihre Zeit nicht, sie erlagen der Feindschaft der Geistlichkeit, die geraume Zeit die ausschließliche Trägerin aller geschriebenen Überlieferung war, gegen die nationalen heidnischen Überlieferungen. Nur durch einen ganz vereinzelt dastehenden Glücksfall besitzen wir in dem Kasseler Bruchstück des Hildebrandsliedes einen wuchtigen Trümmer jenes verklungenen alten Heldengesanges. Das epische Lied bei den Germanen war uralt. Wie wir aus den Zeugnissen des Tacitus wissen, gab es Lieder auf Götter und Helden, auf den erdgeborenen Gott Tuisto, den Vater des Mannus, des ersten Menschen und Stammvaters des Germanenvolkes, auch auf Donar, dem die Lieder der zum Kampf vorrückenden Krieger galten. Als erster aller geschichtlichen Helden, die in Liedern besungen wurden, wird uns Armin, der Held der Befreiungstat im Teutoburger Wald, genannt. Preislieder sind bezeugt von dem germanisierten Hofe des Hunnenkönigs Attila, aus gleicher Zeit in der Totenklage um den in der Hunnenschlacht gefallenen Westgotenkönig Theoderich. Römischen Ohren, wie denen des in Athen gebildeten Kaisers Julianus Apostata, mochten solche Gesänge rauh und mißtönend klingen, aber die urwüchsige älteste Balladenform bildete sich künstlerisch weiter. Stofflich nahm das gewaltige Erlebnis der Völkerwanderung, das die germanische Phantasie Jahrhunderte hindurch leidenschaftlich erregte, völlig Besitz von dem Heldengesang, der einzigen Form geschichtlicher Überlieferung in älterer Zeit. Seinen sittlichen Kern gaben die Mannestugenden jener grimmen Reckenzeit: Todesmut und Mannestreue, Kampfeszorn und grimmige Rache bis zum letzten Atemzug, das ist das Abc altgermanischer Reckenehre, davor mußten alle weicheren Gefühle verstummen. Schneidend ertönt der Wehruf des greisen Hildebrand, welcher der Sommer und Winter sechzig außer Landes wallte und nun sein trautes Kind mit dem Schwerte schlagen oder ihm zum Tode verfallen soll. Das Christentum vermochte an dem Volkscharakter zunächst nichts zu ändern, es brauchte Jahrhunderte, um Einfluß auf das Denken und Fühlen der Deutschen zu gewinnen; noch im Nibelungenlied ist es nichts anderes als eine an manchen Stellen leise aufgetragene Übermalung. Konnte es doch auch schwerlich eine Forderung geben, die der Weltanschauung des heidnischen Germanentums so schnurstracks zuwider lief als das Gebot: „Liebet eure Feinde!" Wo sich das Bewußtsein des Volkes die Gestalt des Erlösers nahe bringen wollte, wie es in dem altsächsischen Heliand des 9. Jahrhunderts geschieht, da übersetzt es ihn in einen mächtigen, milden germanischen Heerkönig mit einer Gefolgschaft wehrhafter Degen.

Die mit der Staatsgewalt verbündete Kirche hat ihrerseits auch die Literatur in Deutschland nicht unerheblich gefördert. Klösterlicher Schulbetätigung verdanken wir die Erhaltung eines wichtigen Denkmals altdeutscher Dichtung, des Walthariliedes, wo der ganze jungfrische Geist tatenfrohen Reckentums und totmutiger Minne durch

das dürftige Gewand einer lateinischen Schulübung hindurchschimmert. Zugleich brachte freilich die römische Klosterbildung einen Riß in die Bildung der führenden Kreise und öffnete eine Kluft zwischen der Sprache der geistlich Gebildeten und der Laien, aus deren Bewußtsein der Volksname der Deutschen, ursprünglich nur von der Volkssprache im Gegensatz zu der lateinischen Bildungssprache gebraucht, erst entsprungen ist. Bezeichnend dafür ist das Hervortreten einer lateinischen Literatur und der Wettbewerb geistlicher Dichter auch in deutscher Sprache mit den weltlichen, die in jener Zeit zumeist fahrende Spielleute waren. Unter den Hohenstaufen ging dann die Pflege der Dichtung ganz wesentlich an die zum geschlossenen Stand sich entwickelnde Ritterschaft über, in deren Händen sie die erste Hochblüte erlebte, bedeutsam vor allem durch die endgiltige Zusammenfassung, künstlerische Gestaltung und Aufzeichnung der geretteten Reste alten nationalen Sagengutes, von dem so wenigstens ein kostbarer Bruchteil der Zukunft erhalten blieb, zugleich aber auch durch die Entfaltung einer lyrischen Dichtkunst, die in Walther von der Vogelweide eine ebenso bodenständige wie stolz ragende Krönung empfing.

Das bedeutsamste Denkmal der altdeutschen Dichtung, die sich um das Jahr 1200 vorzugsweise in Oberdeutschland entfaltete, ist das Nibelungenlied, das nationale Epos der Deutschen. Gleich einem kostbaren, vielfältig geschliffenen Edelstein spiegelt es das Wesen der deutschen Vergangenheit in den mannigfachsten Lichtern und Strahlen wieder, wie Goethes Faust den Geist des modernen Deutschtums. Die verschiedenartigsten Elemente faßt es in einem starken Brennpunkt zusammen: mit der ungefügen, wilden Größe der Reckenzeit hat es die verfeinerte Kultur des Rittertums verschmolzen; Märchen, Mythus und Geschichtssage haben gemeinsam den Stoff geliefert, Ober- und Niederdeutschland, dazu der germanische Norden, haben an der Ausgestaltung dieser Stoffe mitgewirkt. Nicht leicht ist es heute, der Entwicklung von Sage und Dichtung nachzukommen. In dem Märchenhelden Siegfried scheint die Erinnerung an einen Lichtheros lebendig zu sein, im Drachenkampf, in der Erweckung Brunhilds dürfen wir mythische Züge erblicken, die im Nibelungenlied zur Unkenntlichkeit verblaßt sind, während eine leise Erinnerung daran, seit dem 11. Jahrhundert belegt, auf dem Feldberg im Taunus sich findet, wo eine Felsgruppe noch heute Brunhildenbett heißt. Mit diesen uralten Motiven verbanden sich geschichtliche Erinnerungen: der Untergang des Burgunderreichs in Worms durch die Hunnen, die Überlieferung von Attilas Tod in der Brautnacht mit Hildiko, die gotische Dietrichsage. Mannigfache Verschiebungen vollzogen sich mit der Entwicklung der Lebensanschauungen, die speziell heidnischen Züge traten zurück, die Überlieferung erfüllte sich mit neuen starken, menschlichen Werten, die ursprünglich vorherrschende Bedeutung der Sippe mußte einer vertieften Auffassung der Ehe weichen, eine durch und durch höfisch-ritterliche Gestalt trat in der Person Rüdigers hinzu; zuletzt schmolz ein unbekannter oberdeutscher Dichter aus den höfischen Kreisen, was ihm von den Bestandteilen der Sage aus einzelnen Liedern bekannt war und brauchbar erschien, zu einem einheitlichen, großzügigen, dramatisch bewegten Epos von Kriemhilds Liebe, Leid und Rache zusammen. Von der ungeheuren Beliebtheit der Dichtung legt die Menge zum Teil kostbarer Handschriften Zeugnis ab, von der die in St. Gallen befindliche die ursprünglichste Fassung bietet. Der Stoff hat seit der romantischen Wiederbelebung des deutschen Altertums immer wieder die Phantasie unserer Dichter befruchtet; Hebbel hat das deutsche Nibelungenlied dramatisch neu belebt, während Richard Wagner die nordische, mythische Sagenform, philosophisch durchtränkt, zu einem allegorischen Musikdrama ausgestaltet hat.

In weit geringerem Maße hat das etwas jüngere Lied von Hilde und Gudrun das Interesse früherer und späterer Zeiten erregt. Es ist lediglich durch das für den Kaiser Maximilian I. zu Anfang des 16. Jahrhunderts hergestellte sogenannte Ambraser Heldenbuch dem völligen Untergang entzogen worden in einer durch den Geschmack abenteuerlicher Spielmannsphantasie vielfach vergröberten Fassung. Aber trotz dieses Mißgeschicks der Überlieferung leuchtet uns in dieser von dem Odem der Nordsee durch-

wehten Märe ein echter und wertvoller Edelstein altdeutscher Poesie entgegen. Den Hintergrund der Handlung gibt die Erinnerung an die kühnen Raubzüge der Normannen ab, aufgeputzt von der durch die Kreuzzüge erregten Einbildungskraft späterer Jahrhunderte. Was in dieser bunten, durch drei Geschlechter geführten Handlung vor allem so stark gefangen nimmt, das ist die wundervolle Gestalt der niederdeutschen Königstochter Gudrun, einer über alle Zeiten dauernden Verkörperung des Urbildes der deutschen Frauenseele, von so unvergänglichem, zugleich erhabenem und jugendfrischem Reiz, daß sie uns ganz modern anmutet, etwa wie eine Schwester von Goethes Dorothea. In Gudruns Erscheinung, die uns heute mit ihrer fraulich festen, doch versöhnlichen Milde besonders nahe tritt, macht sich der Atem einer neuen, weicheren Weltanschauung geltend.

Auch im Gudrunliede sehen wir die verschiedenen Stoffschichten des alten Volksepos über- und nebeneinander. Die unbekannten Dichter versuchen die alten Überlieferungen festzuhalten und stellen zugleich in rein typischen Gestaltungen ihre eigene Umwelt dar, die ritterliche Gesellschaft, deren Bildung ganz ersichtlich von Frankreich aus beeinflußt war. Zum zweiten Male im Verlauf der deutschen Geistesgeschichte begegnen wir einer starken Welle romanischer Kultureinflüsse. Diese trugen zwar zur Läuterung der Kunstformen bei, gaben aber zugleich der ritterlichen Dichtung einen fremdartigen Einschlag und waren somit dem Wachstum einer bodenständigen Dichtung hinderlich, die auf das ganze Volk zu wirken und bleibende Nachwirkungen zu zeitigen vermocht hätte. Insbesondere blieb die höfische Epik ihren Stoffen, sozialen Anschauungen und der dadurch bedingten Ausdrucksweise nach in Deutschland in gewissem Sinne ein Treibhausgewächs. Nicht jeder wußte die ausländischen Stoffe derart mit deutschem Geist zu durchdringen wie Wolfram von Eschenbach, ein Ritter, der den ganzen geistigen Gehalt seiner Zeit beherrschte. Seine umfangreiche poetische Bearbeitung der die Stoffgebiete der Artus- und Gralsage vereinigenden Abenteuer des Ritters Parzival nach französischen Vorlagen ist das ideale Lebensbild eines deutschen, christlichen Ritters, ein Entwicklungsroman mit dem faustischen Leitmotiv, daß durch Zweifel und Irrtum der getreue Mann zum Ziele des Lebens, zur Glückseligkeit gelangt. In anderer Richtung, nämlich psychologisch, hat der bürgerliche Dichter Gottfried von Straßburg in seinem „Tristan" das französische Vorbild vertieft. Der Dichter dieses leider unvollendeten Liedes von der unüberwindlichen Macht der Minne ist ein ebenso großer Herzenskenner wie sprachgewaltiger Poet, der mit der Kraft der Stimmung und Leidenschaft, mit der lebensprühenden, durchsichtigen Kunst seiner Darstellung den Höhepunkt der höfischen Epik bildet, freilich auch mit der sittlichen Gleichgiltigkeit eine recht bedenkliche Seite dieser romanisch durchsetzten Kultur berührt. Richard Wagner hat diesen Meisterwerken Wolframs und Gottfrieds in eigener Auffassung und Neudichtung die Gewalt seiner Töne geliehen; in jüngster Zeit entlehnte Ernst Hardt der Tristansage sein zwiefach preisgekröntes Drama „Tantris der Narr". Von dem Schwaben Hartmann von Aue, der für diese ganze Richtung den Anstoß gab und die poetische Erzählung mit klarer und anmutiger Meisterschaft beherrschte, besitzen wir neben anderem auch im „Armen Heinrich" die idyllisch gefärbte Behandlung eines deutschen Stoffes. Die Geschichte des vom Aussatz befallenen Ritters, dem eine reine Jungfrau ihr Herzblut zu weihen bereit ist, der sich aber überwindet, das Opfer abzulehnen, und, durch Gottes Gnade gesundet, nunmehr das Bauernkind als Gattin heimführt, hat auch in neuerer Zeit Dichter wie Chamisso und Hauptmann angezogen.

Zugleich mit der epischen Dichtung entfaltete sich in den Kreisen des Rittertums die Lyrik. In dem Gudrunliede lesen wir von dem kühnen Sänger Horand, der als heimlicher Brautwerber um die schöne Königstochter Hilde so süß sang, daß alles Getier in den Lüften, auf dem Boden und im Wasser aufhorchte. Es ist die erste Verherrlichung der Macht des Gesanges in deutscher Sprache. Wohl findet sich in des ritterlichen Minnesangs Frühling mancherlei Konventionelles, daneben aber blühte, namentlich in Oberdeutschland, eine echt volkstümliche Liebesdichtung. Lyrische Perlen,

wie das „Du bist mîn, ich bin dîn“ eines unbekannten Dichters oder Walthers „Unter der linden, auf der heide“, atmen die ganze Waldfrische einer echten, rein aus der Seele quellenden Gefühlsdichtung.

Auf diesem Boden erwuchs nun in dem vermutlich aus Tirol gebürtigen Walther von der Vogelweide der deutschen Lyrik das erste große Dichtergenie, das bis auf Goethe nicht seinesgleichen fand, einer der großen Lyriker der Weltliteratur. Ritterlichen Standes, doch blutarm, war dieser fahrende Sänger einer der stolzesten und demütigsten Männer seiner Zeit, ein glühender Patriot, der zuerst von allen in deutscher Zunge voller Begeisterung den Preis des deutschen Volkes, deutscher Sitte, deutscher Frauen gesungen hat, der in den stürmischen politischen Kämpfen jener Tage immer nur einen Standpunkt kannte, den für Kaiser und Reich; ein Christ von tiefster Herzensfrömmigkeit und bei allem schroffen Gegensatz zum politischen Papsttum ein treu ergebener Sohn seiner Kirche, der aber auch wußte und aussprach, daß vor Gott keine Unterschiede des Standes oder Glaubens gelten; ein naiv-inniger Sänger des Frühlings und der Liebe und zugleich ein nachdenklicher Sinner, dem auch jener der deutschen Poesie alter und neuer Zeit eigene lehrhafte Zug nicht abgeht. Von Walther laufen die Fäden ebenso über Luther zu Bismarck, wie über Hans Sachs zu Goethe und Keller.

Von einer deutschen Sprache im eigentlichen Sinne konnte bis zur Blütezeit der mittelhochdeutschen Dichtung so wenig die Rede sein, wie noch lange hinaus von einer deutschen Nation. Diese ist im Lauf der Jahrhunderte aus der Gemeinsamkeit der geistigen Interessen langsam hervorgewachsen; ihre Urzelle war aber doch die Sprache. Bis zum 13. Jahrhundert gab es lediglich deutsche Mundarten. Während der Blütezeit der ritterlichen Dichtung aber entstand in Oberdeutschland eine Art poetischer Gemeinsprache von freilich noch sehr beschränkter Einheitlichkeit und Geltung. Auch diese sprachliche Einigung auf literarischem Gebiet war nur vorübergehend. Die ritterliche Kultur zerfiel gleich der Herrlichkeit des mittelalterlichen Kaisertums; die neu emporkommenden Mächte, Fürstengewalt und Bürgertum in den Städten, standen zunächst ganz im Bann ihrer Sonderinteressen. Es bedurfte eines starken, alle Gemüter ergreifenden, gemeinsamen Interesses, um die vielfältig gespaltenen Glieder des Volkes zusammen zu schweißen. Dieser große Feuerbrand war die Reformation. Sie hat die mannigfachen Anregungen der Renaissance, der großen Befreiungstat der Geister von der Gebundenheit des Mittelalters, gleichsam in einem Brennpunkt gesammelt und, wenn sie gleich auf kirchlichem Gebiet zu einer dauernden Spaltung führte, die geistige Einheit des deutschen Volkes wirksam angebahnt. Die Reformation in Deutschland verkörpert sich in der Person Martin Luthers, der mit der genialen Großtat der Schöpfung einer deutschen Gemeinsprache der eigentliche Erzvater der deutschen Nation geworden ist. Die weltgeschichtliche und nationale Bedeutung seines Auftretens beruht ganz wesentlich in den urgermanischen Wurzelkräften seiner Persönlichkeit, die ihn uns als einen echten Nachkommen jener trotzigen Gestalten der alten Reckenzeit erscheinen lassen. Auch die unbefangene katholische Geschichtschreibung hat ihn „in die Zahl der größten Geisteskämpfer aller Zeiten“ eingereiht. Diese ungebrochene Urkraft deutscher Art war es auch vor allem, die sich in seiner Schöpfung der deutschen Bibel offenbarte; man denkt dabei gern zurück an jene erste, volltönende germanische Bibelübertragung des gotischen Bischofs Wulfila, mit der die literarische Geschichte des Germanentums anhebt. Luthers Verdeutschung der sämtlichen Schriften des Alten und Neuen Testamentes aber bleibt eine der gewaltigsten literarischen, sprachschöpferischen Großtaten, die wir kennen. In ihr vermählt sich die Herzensstärke religiösen Empfindens mit einer beispiellosen Sprachgewalt, anschaulich poetischen Kraft und musikalischen Empfindung; wie gewissenhaft er sich bei alledem auch das scheinbar Geringste angelegen sein ließ, erfahren wir aus dem berühmten Sendschreiben vom Dolmetschen. Zu der Bibelübersetzung treten seine Kampfschriften, Gespräche, Briefe, geistlichen Lieder; alle diese verschiedenartigen Ausstrahlungen seines Riesenwollens, das in einem so harmlos kindlichen Gemüt wohnte, vereinigten sich, um Luthers Deutsch, die obersächsische, also eine

mitteldeutsche Mundart, die „beide, Ober- und Niederländer verstehen möchten", zur Sprache der Deutschen zu machen.

Die Sprache Luthers war eine Schriftsprache und ist es in ihrer allgemeinen Giltigkeit auch geblieben; gesprochen wird sie nur von den gebildeten Kreisen, auch von diesen nur in Nord- und Mitteldeutschland, während sie in Süddeutschland zum mindesten stark mundartlich gefärbt wird. Das Volk spricht fast allenthalben mehr oder weniger seine heimische Mundart. In den Mundarten lebt nach wie vor die eigentliche Wurzelkraft unserer Sprache, damit auch unserer Literatur, sie sind mehr und mehr auch literarisch zur Geltung gelangt, und das ist für unser gesamtes Sprachleben weit bedeutsamer als die gescheiterten neuerlichen Versuche, eine gemeingiltige Aussprache des Hochdeutschen herbeizuführen. Es offenbart sich darin der individualistische Grundzug deutschen Wesens, der sich nicht knebeln läßt, der von innen heraus durch die Gemeinschaft des Fühlens und Denkens, nach außen durch die Gemeinsamkeit der völkischen Interessen aufgewogen wird. Im 16. und 17. Jahrhundert hatte die deutsche Gemeinsprache vor allem mit der gefährlichen Gegnerschaft des Lateinischen zu kämpfen, dessen Herrschaft durch den Humanismus noch verstärkt wurde. Der national gesinnte Ulrich von Hutten, der sich gegen Ende seines bewegten Lebens ganz der deutschen Sprache zuwandte, steht unter den Humanisten als vereinzelte Ausnahme da. Als im Anfang des 17. Jahrhunderts Martin Opitz ein Büchlein gegen die Verächter der deutschen Sprache schrieb, überwogen sogar auf poetischem Gebiet noch die Veröffentlichungen in lateinischer Sprache, und erst während der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts verschob sich in der Dichtung dies Verhältnis zugunsten des Deutschen, wohingegen auf wissenschaftlichem Gebiet erst gegen Ende des 17. Jahrhunderts die deutsche Sprache zaghaft ihre ersten Schritte wagte. Wohl hatte es im Zeitalter der Reformation an lebensfähigen Keimen volkstümlicher Dichtung nicht gefehlt. Zwar blieb die Meistersingerei eine handwerksmäßige Kunstübung, aber aus den Reihen dieser biederen, reimenden Handwerksmeister erstand doch ein wirklicher Poet, der Nürnberger Schuster Hans Sachs, eine glückliche, reiche Natur und ein kerniger Vertreter deutschen Bürgertums. Seine Schwänke haben auf den jungen Goethe starken Einfluß geübt, in seinen Fastnachtsspielen steckte der Anfang einer deutschen dramatischen Dichtung. In einer andern Richtung wirkte Luthers Beispiel anregend, nämlich auf dem Gebiet des evangelischen Kirchenlieds, wenn auch seine Kraft kaum wieder, seine Innigkeit nur von Novalis erreicht worden ist. Dagegen stand das Volkslied in üppiger Blüte, bis es in der alles nationale Leben erstickenden Flut des Dreißigjährigen Krieges ertrank. Herder hat bei uns zuerst die Bedeutung dieser schlichten Lieder und Balladen erkannt, Goethe war der erste, der Volkslieder samt deren Weisen sammelte; seine eigene Lyrik ist davon aufs stärkste beeinflußt. Diesen Anregungen folgte die Romantik, die uns mit „Des Knaben Wunderhorn" die erste große Sammlung deutscher Volkslieder bescherte.

Der Dreißigjährige Krieg, das größte nationale Unglück der deutschen Geschichte, von dem wir ein erschütterndes Gemälde in Grimmelshausens faustisch vertieftem Simplizissimusroman besitzen, zertrat fast alles, was von verheißungsvollen Keimen und Blüten nationalen Geisteslebens vorhanden war, und lieferte das nach einem Wort des trefflichen Friedrich von Logau zu einem Bedientenvolk herabgedrückte Deutschtum der Herrschaft der französischen Barockkultur des Zeitalters Ludwigs XIV. fast willenlos aus. Ein bodenständiges Schrifttum konnte überhaupt nicht mehr gedeihen. Man dichtete nach fremden Vorbildern, nach festgesetzten Regeln, nach dem Nürnberger Trichter. Die Poesie arbeitete lediglich mit dem Verstand, das Gemüt blieb unbeteiligt. Erst mit Klopstock begann um die Mitte des 18. Jahrhunderts die Erneuerung der nationalen Dichtung, deren Bahnbrecher die gebildeten Kreise Deutschlands der französischen Literatur erst mühsam wieder abzuringen hatten. Wie schwierig diese Aufgabe war, erkennt man am besten daraus, daß der große Preußenkönig Friedrich II., der Sieger von Roßbach, ein mit Herz und Kopf kerndeutscher Mann, durch den nach Goethes Wort der erste wahre und höhere eigentliche Lebensgehalt in die deutsche Literatur

kam, für seine Person ganz in französischer Bildung wurzelnd, zu jener trotz redlichen Bemühens kein Verhältnis zu gewinnen vermochte.

Man muß diese ganze Entwicklung seit dem ausgehenden Mittelalter vor Augen haben, um zu sehen, mit welchen Hemmnissen die deutsche Literatur jahrhundertelang zu kämpfen hatte, um auch den ungeheuren Aufschwung zu verstehen, der seit der Mitte des 18. Jahrhunderts unser Schrifttum binnen weniger Jahrzehnte zur Höhe poetischer Meisterschaft führte.

Genau ein Jahrhundert nach dem Westfälischen Frieden haben wir das Geburtsjahr der neueren deutschen Dichtung anzusetzen. Nicht die theoretischen Bestrebungen eines Opitz im 17. oder eines Gottsched und seiner Züricher Gegner im Beginn des 18. Jahrhunderts, so nutzbringend sie an sich gewesen sind, haben die Erneuerung der deutschen Poesie herbeigeführt. Ein leidenschaftliches Stammeln eigensten Fühlens rang sich mit Klopstocks Messias und Odendichtung aus der Tiefe des deutschen Gemüts los, und zugleich suchte in Lessings Jugenddramen die den Deutschen so besonders eigene Nachdenklichkeit über sich selber Gestaltung. Sie kündigten, in der Form zwar noch unfrei und unbeholfen, bereits den ersten schöpferischen Baumeister einer deutschen Bühnendichtung an. Zu der ausgeprägten Persönlichkeit gesellte sich bei Klopstock und Lessing das starke und stolze Bewußtsein ihrer deutschen Art. Zugleich erkennen wir in diesen beiden Bahnbrechern zwei poetische Temperamente, die von da ab in der deutschen Dichtung sich geltend machten, mit genialer Einseitigkeit vorgebildet: bei Klopstock das leidenschaftliche Gefühl, das nach einem unmittelbaren Ausdruck sucht und dem dieser wichtiger ist als die Form, in der er zutage tritt, das mit der Form frei schaltet und gerade darum auch formschöpferisch zu wirken vermag. Bei Lessing den überlegenen und alles überlegenden Verstand, der des Herzens Schläge meistert und mit kühler Klarheit das Erlebnis in gegebene poetische Formen bändigt. Die eine Linie führt von Klopstock und Herder über den jungen Goethe und den jungen Schiller zur Romantik und durchdringt von da aus als befruchtender Strom das Schrifttum des 19. Jahrhunderts. Ihre Wurzeln stecken im Bewußtsein der persönlichen und nationalen Eigenart, ihre wichtigsten Anregungen in der älteren deutschen Kunst, in der volkstümlichen Dichtung, in Shakespeare, in der Mystik. Die andere Richtung fand ihren stärksten Rückhalt in der Geisteshelle und Formenklarheit der Antike, sie erreicht ihren Höhepunkt in der deutschen Klassik des 18. Jahrhunderts, in der sie sich als einheitliche bewußte Kunstanschauung zugleich erschöpfte. Als Goethe an der Jahrhundertwende das Evangelium von der allein seligmachenden Kunst der Griechen allem Volke zu verkünden trachtete, hatte die Romantik die über die Zukunft der deutschen Kunst entscheidenden Schlachten bereits geschlagen. Aber Goethe selber hatte zu diesen poetischen Grundkräften längst eine dritte gefügt, den hellängigen Wirklichkeitssinn, dem die eigene Anschauung der Welt wie von selber Gestaltung gewinnt. Auf dem sicheren Boden dieses echten poetischen Realismus steht die deutsche Dichtung des 19. Jahrhunderts, zugleich ständig befruchtet vom romantischen Geist, und aus dieser Wechselwirkung, aus der exakten poetischen Phantasie sind seitdem die stärksten dichterischen Leistungen bei uns entsprungen. Die Mischung der poetischen Temperamente ist nach der dichterischen Individualität recht unterschiedlich — mit den üblichen Schlagwörtern und Schulbegriffen ist da verzweifelt wenig getan Ihre restlose Verschmelzung war das Ziel, das sich bereits vor hundert Jahren der größten einer, Heinrich von Kleist, stellte; in ihr ruht vielleicht die künstlerische Zukunft der deutschen Dichtung.

Der Klassizismus hatte seine eigentliche — nicht einzige — Aufgabe mit der Anregung des Formensinns erfüllt; ob es dazu des griechischen Faltenwurfs bedurft hätte, den er der vom französischen Schnürleib befreiten deutschen Dichtung für einige Jahrzehnte überwarf, mag heute als eine müßige Frage erscheinen. Ein grundsätzlicher Irrtum lag in der Anschauung, als sei im Griechentum das Ideal der Kunst schlechthin für alle Zeiten gegeben, das man zwar nie erreichen könne, von dem man aber stets

die Maßstäbe zu nehmen habe. Diese Anschauungsweise, nach der folgerichtig in den Meisterwerken der deutschen Klassik wiederum der Maßstab der obersten Beurteilung zu suchen wäre, ist in der schulmäßigen Betrachtung unserer literarischen Entwicklung heute noch nicht ausgestorben. Demgegenüber hat schon Herder betont, es gelte nicht, die Kunst der Griechen nachzuahmen, sondern in ihrem Sinne deutsch zu sein und, sowie sie ihre Eigenart zur Ausbildung brachten, aus deutschem Wesen heraus zu schaffen, die Kräfte zu wecken, die in der geheimnisvollen Tiefe der Volksseele ruhen, und sie zu künstlerischer Erscheinung zu bringen. Denn es gibt keine große Kunst, die nicht national wäre. Es gibt kein Volk, das genau so empfände, wie ein anderes, die Kunst ist der stärkste und persönlichste Ausdruck des völkischen Empfindens, und da Stoff und Form in einem innern notwendigen Verhältnis zueinander stehn, so müßte eine wesentlich unter der Herrschaft fremder Formen stehende Kunstentwicklung in ihrem natürlichen Gange und Wesen gestört werden. Es gehörte das Genie eines Goethe und Schiller dazu, die Klippe des klassizistischen Dogmas glücklich, wenn auch nicht immer ganz ohne Schaden, zu umsegeln. Das Große an ihren klassizistischen Dichtungen aber ist der deutsche Gehalt, der auch die innere Form bestimmt hat.

Unter den bahnbrechenden Geistern der großen deutschen Literaturrevolution, der Wiege des modernen Deutschtums, war Klopstock der Lyriker, nichts als Lyriker, ganz im inneren Erlebnis wurzelnd, getragen von dem Schwung großer Gefühle für Gott und die Göttlichkeit der Welt, für Vaterland und Freundschaft. Er schreitet in den volltönenden Rhythmen einer poetischen Sprache dahin, die damals etwas ganz Neues war; er ist der erste, der in der belebten Natur den Spiegel seiner eigenen Seelenstimmung fand. Man beachtet oft zu wenig, wie sehr Goethes Lyrik auch auf den Schultern Klopstocks steht; ungeheuer war seine Wirkung auf die Zeitgenossen, mit seinen gelungensten Oden tritt er noch heute unserem Herzen nahe. In ganz anderem Sinne hat der heute völlig vergessene Wieland gewirkt, der, ein rein episches Talent, mit der prickelnden Anmut seiner poetischen Erzählungen, mit dem gefälligen, witzigen, lehrhaften Humor seiner Romane die der französischen Literatur verfallenen gebildeten Kreise zuerst wieder für feinere deutsche Unterhaltungsliteratur gewann. Der liebenswürdigen, schmiegsamen Formgewandtheit seines „Oberon", mit dem er bereits den Ritt ins romantische Land unternahm, hat Goethe selbst den Lorbeer gespendet. Lessing ist der erste Literat in unserem Schrifttum, ein Kritiker und Forscher ersten Ranges, der mit seiner schlichten, sachlichen Klarheit die wissenschaftliche Prosa in Deutschland begründet hat, der scharfsinnig eine Reihe von ästhetischen Grundirrtümern seiner Zeit aufdeckte und zum Reformator des deutschen Dramas ward, indem er, die starren Schranken der Tradition ständischer Absonderung in der Bühnendichtung durchbrechend, unser bürgerliches Drama schuf, das er mit starken menschlichen, der nationalen Gegenwart entnommenen Werten erfüllte. Zugleich war er eine große sittliche Persönlichkeit, vom Geist echter Aufklärung und Humanität durchdrungen, und hat als Vorkämpfer für Gewissensfreiheit das Werk Luthers weitergeführt. Kampfesfroh bangte er nicht vor einer Welt von Feinden. Keiner der Zeitgenossen stand seiner Eigenart nach dem großen Preußenkönig so nahe wie Lessing. Er war gleich diesem eine großzügige ganze Persönlichkeit, von bedeutsamem Einfluß auf seine Zeit, dadurch auf die weitere Entwicklung, dabei selber in den Voraussetzungen seiner Zeitlichkeit befangen. Lessings Ästhetik zerbrach die Fesseln der Vergangenheit und lieferte den Mitlebenden Maßstäbe. Sie bedurfte der Ergänzung durch Herder, der weniger scharf von Gedanken, doch tiefer aus dem Grund der Seele herausholend, das Urwesen der Poesie und ihrer verborgenen Kräfte, ihres Zusammenhangs mit der Volksseele schaute und, weiter ausblickend, die Bahnen künftiger Entwicklung wies. Als Dichter bedeutet Herder so gut wie nichts, sein Gesamtwerk ist überall Bruchstück geblieben; doch von entscheidendem Einfluß waren seine Ideen bei dem jungen Goethe, bei der Romantik, und noch heute zehren wir davon. Auch Lessings in das kühlere Luftreich des Gedankens gestellte Dramatik verlangte nach einem Ausgleich in der Richtung des Gemüts. Diese lieferte das Drama

des Sturmes und Drangs, das unmittelbar nach der „Emilia Galotti" mit Goethes „Götz" anhob und zu Schillers Jugenddramen hinführte. Erst aus dem Zusammenwirken dieser beiden Strömungen konnte die Größe der deutschen Bühnendichtung erwachsen.

Am Ende des sechsten Buches von „Dichtung und Wahrheit" lesen wir, wie Goethe als Leipziger Student in eine wahre Verzweiflung der Geschmacks- und Urteilsungewißheit geriet und eines Tages alle seine poetischen und prosaischen Entwürfe und Pläne auf dem Küchenherd verbrannte, daß das ganze Haus vom Qualm erfüllt wurde. Dieses Ketzergericht des jungen Goethe über alles, was er bisher geliebt und für gut befunden hatte, ist äußerst bezeichnend für den revolutionären Charakter des Sturms und Drangs, der wie ein gewaltiges Frühlingswehen durch die deutschen Lande brauste. Die Kraftgenies brachen mit allen bisherigen Traditionen und setzten das Wesen der Genialität geradezu ins Unbewußte der elementaren Kraftäußerung. Mancherlei Kräfte haben dabei mitgewirkt, mancherlei Erscheinungen gliedern sich daran, Namen wie Bürger und Heinse sind nicht zu vergessen, aber entscheidend gipfelt die Bewegung der Kraftgenies in dem jungen Goethe und dem jungen Schiller. „Götz" und „Werther" in den siebziger, „Räuber" und „Luise Millerin" in den achtziger Jahren: das waren die großen Kundgebungen der poetischen Revolutionäre, Abrechnungen mit einer zum Untergange reifen Welt des Zwangs und der Unnatur, eine Verkündigung der Menschen- und Dichterrechte. Das waren geniale Lebensäußerungen der wieder erweckten deutschen Volksseele, vom stärksten Gegenwartsgehalt. Zwei Hauptwerke des jungen Goethe blieben der Welt verborgen und wurden erst in unserer Zeit von neuem entdeckt: der Urfaust und der Urmeister. Nimmt man noch die Straßburger und Frankfurter Lyrik sowie die Weimarer Anfänge hinzu, so wächst vor dem entzückten Auge das Bild des jungen Goethe in so hinreißender Frische und Kraft der Jugendschönheit empor, daß seinesgleichen in der Welt wohl nicht wieder zu finden sein wird. Hier war der Schlag des Herzens die schöpferische Kraft, das Gefühl, das mit urkräftigem Behagen ihm aus eigner Seele quoll und alle Herzen zwang. „Gefühl ist alles . . " dies Wort stand bereits im Urfaust.

Viele herrliche Gaben waren diesem Liebling der Gottheit ins Leben mitgegeben; er hatte der Dichtung Schleier aus der Hand der Wahrheit empfangen, und so wurde sein Leben zu jener großen Konfession, in der sich unser Volk immer von neuem wie in einem Jungbrunnen reiner Menschlichkeit badet.

Aus der Wurzel des Sturmes und Drangs erwuchsen die beiden Zwillingsstämme der Klassik und Romantik. Aus Lust und Schmerz des ersten Weimarer Jahrzehnts, wo ihn die Herzensfreundschaft jener eigenartigen und tiefgründigen Frau beglückte und quälte, rettete sich Goethe in die Natur; dazu wurde ihm jetzt die Antike. Italien ward ihm zugleich eine Befreiung und eine neue Fesselung durch den Geist der hellenischen Kunst. Aber sein Genie spottete jeglicher Bande, wenn es auch mit den Idealen seiner Jugend zu einem schroffen Bruch kam, den er erst in seinem Alter wieder leicht überbrückte. Am fruchtbarsten für ihn ward die Lebenserfahrung, die den allzu seraphisch Gewordenen — von neuem — lehrte, nicht in Unterdrückung, sondern in Vergeistigung der Sinnlichkeit das Ziel des Menschseins zu suchen. In der Anschauung der antiken und der italienischen Renaissancekunst gelangte er gleichzeitig zu jener typischen Ausdrucksweise und harmonischen Formgebung, die den Werken seiner zweiten poetischen Schaffenszeit den Stempel aufgedrückt haben. „Hermann und Dorothea" bezeichnet den Höhepunkt dieses Schaffens. Im Verlauf dieser Jahre trat dann ein neues großes Erlebnis in sein Leben ein, nach der erloschenen Freundschaft mit Charlotte von Stein die mit Schiller.

Schien Goethe ein gütiges Geschick zur freien Entwicklung seiner Persönlichkeit alle Wege geebnet zu haben, so mußte sich Friedrich Schiller durch härtesten Druck und zähe Hemmnisse hindurcharbeiten, um sich das Recht seiner Persönlichkeit zu erkämpfen. So ward jener zum naiven, dieser zum sentimentalischen Dichter. So ward Schillers

Frühdichtung beherrscht von revolutionärem Ingrimm, so blieb seinem heißen dramatischen Atem die Freiheit stets der wichtigste unter der Menschheit großen Gegenständen. Indessen mußte sein von Kants Ethik befruchtetes Lebensgefühl eine gewaltige Vertiefung und Verinnerlichung seines dramatischen Leitmotivs durchmachen. Höher noch als soziale, politische, nationale, individuelle Freiheit stand ihm die Freiheit des Menschen, der durch sittliche Selbstüberwindung frei wird von sich selbst, und in diesem Sinne hat keiner mehr als Schiller die Angst des Lebens und selbst die Macht des Todes überwunden. Sein eigenes Leben war eine leuchtende Betätigung seines Glaubens an einen Ausgleich von Ideal und Leben, von Sinnenglück und Seelenfrieden unter dem Zeichen des Schönen. So wird er noch späten Enkeln ein Lebensführer sein können, das, was den sinnlichen Menschen zwingt und fesselt, hinter sich zu lassen in wesenlosem Scheine. Im Gegensatz zu Goethe, dessen Dichternatur im Grunde lyrisch mit einem epischen Einschlag war, dessen Dramen fast wie dramatisierte psychologische Romane oder Novellen anmuten, ist Schiller der eigentliche Dramatiker der deutschen Klassik. Er empfand das Leben leidenschaftlich dramatisch, und ihm war das große, echte, tönende Pathos gegeben, sein Gedankenerlebnis in der Musik seiner klangvollen Verse einherrauschen zu lassen. Auch seine stolzen Balladen und die funkelnden Geschmeide seiner Gedankenlyrik sind aus dem gleichen Erleben geboren, von dem gleichen Rhythmus emporgetragen. Im dramatischen Stil seiner Reifezeit steht unmittelbar neben der romantischen „Jungfrau von Orleans" der strenge Klassizismus der „Braut von Messina", aber mit dem „Tell" sehen wir den Dichter bereits auf der Rückkehr zu dem dramatischen Ideal seiner Jugend; an diesem bedeutsamen Punkte seiner Entwicklung schied, allzu früh für unser Volk, unser Schrifttum, der Lebenswürdige in das Reich der Schatten — „wie ein Komet entschwindend, unendlich Licht mit seinem Licht verbindend."

Neben dem sinnvollen Lebensgestalter Goethe wird allezeit der nie erschütterte Lebenskämpfer Schiller als notwendige Ergänzung in der ersten Reihe der Geisteshelden unseres Volkes leuchten, er, der über die Pforten seiner Welt das stolze Wort setzen durfte: „Alle anderen Dinge müssen; der Mensch ist das Wesen, welches will!" und dazu dies andere: „Es ist der Geist, der sich den Körper baut!" Niemand hat Schillers Größe stärker empfunden und beredter verkündet als sein großer Freund selber, der im Tatenhelden Herakles, dem Sohn des Himmelsgottes und einer irdischen Frau, ein mythisches Sinnbild für Schillers Persönlichkeit sah und diese Verkörperung des Göttlichen in der Menschennatur einmal in die schlichten, vielsagenden Worte faßte: „Das war ein rechter Mensch, und so sollte man auch sein!" Schillers und Goethes Freundschaftsbund bezeichnet einen ragenden Gipfelpunkt des deutschen Geisteslebens und Schrifttums. Mit Schillers Tod dürfen wir den Beginn der dritten, der Altersperiode Goethes rechnen, der freilich im eigentlichen Sinne nie alt geworden ist und uns am Ende seines Lebens noch den ganzen „Faust" schenkte.

Im zweiten Teil der Tragödie haben wir ein nicht zu verkennendes poetisches Denkmal der Beziehungen Goethes zu der Geistesrichtung, die man als Romantik zu bezeichnen pflegt, die das ganze 19. Jahrhundert aufs stärkste beeinflußt hat und jetzt um die Jahrhundertwende zu neuem Einfluß gelangt ist. Man war lange Zeit gewohnt, einseitig die Gegensätze zwischen Klassik und Romantik zu betonen, und konnte damit unter dem Gesichtswinkel klassizistischer Betrachtungsweise der letzteren kaum gerecht werden. Man blickte auch zu einseitig auf das, was von abgeschlossenen großen Kunstwerken vorlag. In dieser Hinsicht kann sich die Romantik mit dem Lebenswerk Goethes und Schillers nicht messen. Ihre Bedeutung liegt vielmehr in den vielfältigen wertvollen Anregungen, mit denen sie unser gesamtes modernes Geistesleben erfüllt hat.

Zunächst gab sie einen weiteren starken Antrieb zur Ausbildung der Persönlichkeit und individuellen Lebensgestaltung, zugleich aber führte sie auch dem einzelnen seine Pflicht gegen den Staat vor Augen, den die großen Geister des 18. Jahrhunderts noch nicht viel anders denn als ein notwendiges Übel betrachtet hatten. Dem Welt-

bürgertum stellte sie die Nationalität entgegen und versenkte sich liebevoll in die deutsche Vergangenheit, deren verschüttete Geistesschätze sie von neuem zu heben begann. Sie belebte den geschichtlichen Sinn und lehrte in den Geist der Zeiten sich zu versetzen. Über den Verstand erhob sie das Gefühl und suchte in die verborgenen Tiefen der Seele einzudringen, sie verfeinerte das Sinnenleben und entdeckte die Macht der Stimmung; sie vertiefte das religiöse Empfinden und begründete die Andacht der Kunst, in der sie nichts gelten ließ als die in der intuitiven Anschauung beruhende eingeborene Schöpferkraft, jedem Regelzwang den Krieg erklärend und aller Künstlichkeit das Recht der Natur entgegenhaltend. Ihre Weltanschauung strebte sie auch auf spekulativem Wege zu vertiefen, wenn schon nicht abzurunden.

Man sieht ohne weiteres die der Romantik mit der Klassik gemeinsamen Grundzüge, man erkennt auch die Gegensätze. Mannigfache Fäden führen herüber und hinüber, von dem Büchlein von deutscher Art und Kunst mit Goethes Hymnus auf das Straßburger Münster zu Wackenroders frommen Kunstphantasien, von Tiecks „Genoveva" wiederum zu Goethe, der bei ihrem Anhören Tageszeit und Stunde vergaß, von Goethes „Wilhelm Meister" zu den Entwicklungsromanen der Romantik. Auch bei Schiller, der persönlich bald in einen ausgeprägten Gegensatz zu den Jenaer Romantikern geriet, sehen wir nicht nur in den Anfängen, wobei der „Geisterseher" nicht vergessen werden darf, sondern vor allem in seiner Kunstbetrachtung und in der späteren Wendung seiner Dramendichtung unverkennbare Berührungspunkte. Seine „Jungfrau" ist im gleichen Sinne ein romantisches Drama wie Kleists „Prinz von Homburg", beide aber trennt ihre geschlossene Kunstform von der eigentlichen romantischen Dichtung, der ein Zerfließen aller Kunstformen und das Vermengen der poetischen Gattungen eigentümlich ist.

Der Begriff der Romantik muß doppelsinnig in verschiedenem Umfange gefaßt werden. Zur romantischen Generation gehört nicht allein der Kreis der beiden Schlegel, der sich in Jena um Karoline zusammenschloß, dessen erklärter Dichter der ursprünglich von Wackenroder angeregte Tieck war, während als sein eigentliches und einziges großes poetisches Talent der frühverstorbene Friedrich von Hardenberg, genannt Novalis, anzusehen ist; dessen philosophischer Leitstern Fichte war, und dem auch Schelling, der Freund Goethes, nicht nur als letzter Mann Carolinens angehörte. Diesen Kreis bezeichnet man gern als die Romantik im engeren Sinn oder auch, obwohl der Ausdruck nicht ganz zutrifft, als die romantische Schule, und manche wollen den Begriff auf diese eingeschränkt wissen. Daran reiht sich die losere Gruppe der jüngern Romantik, die sich an das Heidelberger Freundespaar Klemens Brentano und Achim von Arnim angliederte, verwandtschaftlich geeint durch Klemensens Schwester und Achims Gattin Bettina. Zu dieser Gruppe gehört vor allem auch Joseph von Eichendorff, aber auch Friedrich de la Motte-Fouqué und Heinrich von Kleist haben persönliche Beziehungen zu ihr, und die Brüder Grimm, die Begründer der Wissenschaft von der deutschen Sprache und vom deutschen Altertum, die wir auf Grund ihrer Bearbeitung der Kinder- und Hausmärchen auch als volkstümliche Dichter ansprechen dürfen, stehen ihr nahe. Kleist aber darf nicht als Romantiker im engeren Sinne betrachtet werden, er gehört zur romantischen Generation in dem Sinne wie der innerliche und ausdrucksfähige, unglückliche Hölderlin, wie der begabte, aber krankhafte Zacharias Werner, wie der humorvolle, tiefe und eigenwillige Jean Paul und der phantastische Erzähler E. T. A. Hoffmann, dem die Prosadichtung des 19. Jahrhunderts reiche Anregung dankt, wie endlich Ludwig Uhland und noch andere.

In Friedrich Schlegel haben wir den geistigen Führer der älteren Romantik zu erblicken, deren Ausgangspunkt Goethes „Wilhelm Meister" war. Hier glaubte man vor allem das wesentlichste Merkmal der neuen Poesie zu entdecken, die romantische Ironie, vermittels deren der Dichter sich über sein Werk erhebt und in vollster Freiheit des Seelenvermögens mit ihm spielt; dies ästhetische Leitmotiv wurde von den Romantikern bis zur poetischen Selbstvernichtung getrieben. Unmittelbarer als die kriti-

schen Theorien der Schlegel wirkte im Poetischen jedenfalls der Einfluß des von Wackenroders Kunstandacht angeregten Tieck; als romantischer Dichter von den Freunden weit überschätzt, wurde er nach seiner Schwenkung zum Realismus einer der Begründer der deutschen Novelle, dazu nahm er hervorragenden Anteil an der Erschließung der älteren deutschen, romanischen, englischen Literatur und war für die Vollendung des deutschen Shakespeare, Wilhelm Schlegels literarische Großtat, tätig. In Novalis besaß die ältere Romantik einen ahnungstiefen Poeten von außerordentlicher Gefühlsstärke und Weichheit, einen lyrischen Stern erster Lichtstärke. Seine geistlichen Lieder sind längst Gemeingut geworden; aber erst unserer Zeit blieb es vorbehalten, sich den Dichter des magischen Idealismus zu erschließen. Auch die jüngere Romantik besaß in Klemens Brentano einen wirklichen Dichter. Er hat die Loreleygestalt geschaffen, hat mit Arnim die Poesie des Rheins entdeckt, wie Heinrich Heine die der Nordsee.

Heine und Uhland sind zwei ganz eigengerichtete Ausstrahlungen der Romantik. Dieser ein kerngesunder Schwabe, deutsch bis ins Mark der Knochen, hat uns eine Reihe unserer schönsten volkstümlichen Lieder geschenkt und nach Goethe und Schiller einen neuen Balladentypus geschaffen, der in der stimmungsvollen Situation ruht. Seine einheitliche Männlichkeit steht im stärksten Gegensatz zu dem Dichter der inneren Zerrissenheit, der koketten Selbstbespiegelung, der die romantische Ironie oft zu schlechterdings unerträglicher Vernichtung der eigenen Stimmung trieb und doch auch mit manchen duftigen Blüten seiner Liebeslyrik, mit markigen Romanzen zu unsern stärksten Lyrikern gehört. Mit seinem politischen Einschlag weist er unmittelbar auf das Junge Deutschland hin, bei dem die Tendenz dann das Poetische völlig überwucherte. Auch in die große Bewegung der Freiheitskriege hat die Romantik ihren Einschlag abgegeben. Diese vaterländische Lyrik wird wohl meistens überschätzt. Schillers „Jungfrau" aber führten die Freiheitskämpfer im Tornister mit sich, und Fichtes „Reden an die deutsche Nation" rissen die Herzen fort. Doch wußten auch Ernst Moritz Arndt und Theodor Körner der Leier gewaltige Klänge zu entlocken, die unvergeßlich fortklingen, und Friedrich Rückert fügte dazu seine „Geharnischten Sonette", die freilich erst später hervortraten, als Uhland, im gleichen Gefühl wie Mörike im Jahre 1870, sich beschied: „Nach solchen Opfern, heilig großen, was gälten diese Lieder dir?"

Als das eigentliche Ziel der romantischen Weltanschauung könnte man bezeichnen die Poetisierung des gesamten Lebens, wobei sie sich freilich mehr und mehr aus der Wirklichkeit verlor. Darum wandte man sich von dem anfangs vergötterten „Wilhelm Meister" ab, der ja gerade zum tätigen Leben hinführte. Dem romantischen Idealmensch begegnen wir in Eichendorffs entzückendem „Taugenichts", und es scheint, daß dieser zum Urmeister in näherer Verwandtschaft steht, als zu dessen klassischem Doppelgänger. Es ist vielleicht bemerkenswert, daß die führenden Gestalter des romantischen Weltbildes großenteils aus dem deutschen Nordosten stammen. Eichendorff selber gelangte in den einfachen Tönen seiner innigen Lyrik zur wirklichen Durchdringung von klarer Anschauung und Stimmung. In der Gestaltung dessen, was in der Urtiefe des menschlichen Gemütes geheimnisvoll waltet, hat ihn dann freilich ein Größerer hinter sich gelassen, der Schwabe Eduard Mörike, in seinem engeren Kreise ein Goethe ebenbürtiger Lyriker, zugleich als Vater des Hutzelmännleins und der Schönen Lau ein kaum erreichter Bildner volkstümlicher mythischer Gestalten, endlich Mitbegründer der kulturgeschichtlichen Novelle wie des psychologischen Romans. Gleichzeitig mit Mörikes Lyrik traten die herben und spröden, doch von starken poetischen Werten getragenen Dichtungen der aus westfälischem Boden erwachsenen tiefreligiösen Annette von Droste-Hülshoff hervor. Als letzte eigenartige Spätlinge romantischer Weltflucht und Natureinsamkeit folgten die von großzügiger, einheitlicher Stille erfüllten „Studien" des Österreichers Adalbert Stifter, lyrische Naturbilder in Prosa.

Das romantische Drama konnte naturgemäß nicht zu künstlerisch geschlossenen Werken gelangen. Nur die romantische Oper hat namentlich in Webers „Freischütz" ein Werk von volkstümlicher Dauerkraft geschaffen. Dafür ist uns aus der roman-

tischen Generation der Dichter erwachsen, in dem wir nach der Verkennung eines Jahrhunderts das größte dramatische Genie deutscher Zunge erblicken dürfen. Heinrich von Kleist steht, genau genommen, ganz außerhalb seiner Zeit, und man versteht wohl, daß sie ihn nicht trug, nicht einmal ertrug. Er sah ein ganz neues dramatisches Ideal vor Augen, das Wieland als die Vereinigung des Geistes der Antike mit demjenigen Shakespeares bezeichnete, das sich wohl treffender als eine Wiedergeburt des Dramas aus dem Geiste der Musik fassen läßt. Mystischer Tiefsinn, realistisches Schauen, bedeutungsreiche Symbolik, der Sprung von der tiefsten menschlichen Tragik zur Groteske, waldfrische naive Lieblichkeit und rasendes Begehren, der Ausdruck maßloser Leidenschaft, wie ihn kaum je eine Wortdichtung gefunden hat, der Ingrimm nationalen Hasses, Stolz und Zuversicht auf Preußens Größe in tiefster Erniedrigung, der Humor der Liederlichkeit, idealste Weiblichkeit im Fürsten-, Bürger- und Bauernkleid, tiefgründige Individualisierung, atemloser, aufgelöster Rhythmus, stimmungsvolles Sichgehenlassen und die Knappheit souveräner Technik: alles dies tritt uns aus der Dichtung Kleists entgegen, der vom weltbürgerlichen Schwärmer zum tätigen, sich buchstäblich aufopfernden Staatsbürger, zum nationalen Vorkämpfer ward, den Schritt von Rousseau zu Bismarck tat, der am Ende seines ganz wenige Jahre umfassenden Schaffens das Drama des zum Bewußtsein seiner Pflichten sich durchringenden Subjektivisten schrieb, der erste, im vollen Sinne moderne Mensch des deutschen Schrifttums.

Die Dichtung des 19. Jahrhunderts seit dem Ausgang der Klassik und Romantik, steht unter dem Zeichen des poetischen Realismus, in den die Romantik unmerklich und allmählich hinüberklingt, während die Klassik in mehr oder weniger kraftlosen Epigonen sich fortsetzt, die weder an sich, noch für den Gang der Entwicklung etwas bedeuten. Man hat mannigfache Versuche gemacht, diesen nach Perioden oder Generationen zu gliedern; doch vergebens, und es erscheint sehr zweifelhaft, ob eine solche Gliederung überhaupt gelingen kann. Denn die Wirkungen des allgemeinen Geisteslebens machen sich bei einer individuell so vielfach unterschiedlichen Nation wie der deutschen keineswegs gleichzeitig und gleichartig im literarischen Leben geltend. So tritt die Wirkung des Pessimismus, der, wie ein Jahrhundert vorher der Weltschmerz, seit den sechziger Jahren in der Luft lag — mit und ohne unmittelbaren Einfluß Schopenhauers — durchaus nicht gleichmäßig ein. Die politischen Ereignisse machen sich wohl in den Niederungen der Literatur geltend, bleiben indessen ohne wesentlichen Einfluß auf die Höhen des dichterischen Schaffens, um die es sich hier einzig handelt. Neue Ansätze zeigen sich seit den vierziger Jahren; es erscheinen die großen Dichter des poetischen Realismus, dessen Anfänge schon weiter zurück liegen, und ihr Geschlecht dauert, im wesentlichen unbekümmert um die in den achtziger Jahren losbrechende revolutionäre Bewegung des Naturalismus, in seinen letzten Vertretern bis zum Ende des Jahrhunderts. Nur einer von ihnen, Wilhelm Raabe, hat dies überlebt, aber sein Dichten ruht seitdem. Hingegen setzt sich die poetische Richtung selber fort und hat um die Jahrhundertwende eine Schar jüngerer Poeten, darunter den in bester Kraftentfaltung verstorbenen Adolf Schmitthenner, hervorgebracht, die, nicht ohne Vorteil von den positiven Errungenschaften des Naturalismus zu ziehen, der bewährten und noch längst nicht ausgetretenen Bahn folgen.

Unter den Dramatikern, die sich von Schillers großem Beispiel anregen ließen, besitzen wir einen großzügigen Dichter persönlichen Gepräges, der die Form seiner teils vom deutschen Klassizismus, teils vom spanischen Renaissancedrama beeinflußten Bühnendichtungen ganz mit eigenem modernen Geist erfüllte, Franz Grillparzer. Seine Anfänge fallen noch in den Beginn der Metternichschen Reaktion, seine letzten und reifsten Werke traten erst nach seinem Tod in den siebziger Jahren ans Tageslicht. Dieser für seine Person welt- und kulturscheue Österreicher besaß ein scharfes Auge für die eigenartige Ausprägung des Menschentums im Wandel der Zeiten und schuf aus der Fülle poetischer Intuition eine glänzende Reihe von Dramen, die die

mannigfachen Horizonte menschlichen, individuellen Seins in buntem Wechsel zeigen. Das ist ja ein Grundzug moderner Kunst, daß sie das menschlich Bedeutsame nicht mehr im typischen Ideal, vielmehr im Individuellen der Erscheinung zu verkörpern trachtet, und hierin liegt wohl auch eine Steigerung der künstlerischen Aufgabe begriffen. In Grillparzers Gestalten aber pulst durchschimmernd das Blut seiner eigenen Zeit; das ist auch Gestalten der Vorzeit oder Sage wie Hero oder Libussa auf den ersten Blick anzusehen. Aus der Feinheit der psychologischen Charakterzeichnung ergibt sich die Vertiefung der daraus entspringenden Konflikte. Bei diesem Bühnendichter, dessen Stärke nicht im dramatischen Nerv liegt, schätzen wir besonders die vollendete poetische Stimmung, die ihm nie abhanden kommt.

Kurz nachdem der weiche Grillparzer sich, verstimmt über den blöden Wankelmut seiner Wiener, in die Verborgenheit zurückgezogen hatte, erschien der dithmarsische Bauernsohn Friedrich Hebbel, ein Mann vom Schlage der Schiller und Kleist, gleich ihnen von der Not des Lebens gehämmert. Hatte Grillparzer überlieferte Formen mit neuem Geist erfüllt, so versuchte Hebbel zuerst, ein aus der Zeit quellendes Problem in eine neue, aus dem Stoff selber erwachsende Form zu fassen. Mit Hebbel beginnt das moderne realistische Drama als solches, mit seiner „Maria Magdalena" zugleich das soziale Drama, die dramatische Analyse unserer gesellschaftlichen Zustände; aus der neuen Problemstellung folgt die Notwendigkeit einer neuen Technik, im wesentlichen derjenigen des Naturalismus. Ibsen soll einmal gesagt haben, er verstehe nicht, warum die Deutschen soviel Wesens aus ihm machten, da sie doch Hebbel hätten. Der Dithmarse besitzt den scharfen, ja zersetzenden Verstand Lessings, dazu den Puls von Schillers dramatischer Leidenschaft. Sein Menschengeschick aber ist ein anderes als Schillers tragische Ethik, es liegt in dem steten Widerstreit von Individuum und Gesamtheit begründet; individuelle Größe ist ihm an sich tragisch, und diese Tragik stellt er mit Vorliebe im Zusammenprall kommender und gehender Weltanschauungen dar.

Der Thüringer Otto Ludwig steht als Dramatiker dicht neben Hebbel. Auch er setzt der idealen Wahrheit Schillers die reine Wirklichkeit entgegen. Er ist der erste deutsche Dichter, dessen Menschen von den Wechselwirkungen der Innen- und Umwelt entscheidend beherrscht erscheinen, unter dem Einfluß des Milieus handeln, und in seinen Erzählungen verfolgt er diese Wirkungen bis in ihre letzten Wurzelfasern, ohne doch, als Dramatiker wie Erzähler, je die eigentliche poetische Idee aus den Augen zu verlieren. Leider zerfaserte sich sein grübelnder Geist im krankhaften Eigensinn endlos wiederholter Versuche, und er ist zuletzt in theoretischen Erörterungen von allerdings fruchtbarer Einseitigkeit stecken geblieben. Daß Hebbel und Ludwig in den vierziger und fünfziger Jahren bereits den wurzelkräftigen deutschen Naturalismus begründet hatten, davon hatten die literarischen Bilderstürmer der achtziger Jahre leider keine Ahnung.

Noch einer letzten starken dramatischen Persönlichkeit begegnen wir seit Beginn der siebziger Jahre, die, wie bei Ludwig verschwistert mit einer kräftigen Erzählungskunst, die Bestrebungen eines gesunden Realismus fortsetzt und sich auch durch ihre naturalistische Neigung und einen Hang zur Tendenz im klaren, poetischen Bewußtsein nicht beirren läßt. Ludwig Anzengrubers Besonderheit und Bedeutung liegen im Bauernstück, worin er seine österreichische Mundart geschickt und mit guter Wirkung zur Anwendung bringt. Die Not des Lebens und die leidige Rücksicht auf den minderwertigen Geschmack seiner Zeit mit dem erschreckenden Tiefstand ihrer künstlerischen Bildung haben der Entfaltung seines Talentes Abbruch getan, aber in seinen besten Schöpfungen schwang er sich doch zur reinen Höhe einer schlichternsten Kraft und humorvollen Kunst auf, die sich von dem ethischen Nihilismus seiner umwertungslüsternen Zeit wohltuend abhebt.

In den siebziger Jahren kam mit den Bayreuther Festspielen auch der Dramatiker zum Durchbruch, der berufen war, das romantische Drama auf dem von E. T. A. Hoffmann längst vorgezeichneten Wege der Musik zur Verwirklichung zu bringen und zu-

gleich den Typus der modernen Oper zu schaffen. Ein Menschenalter hatte Richard Wagner gegen erbitterten Widerstand zu ringen; er selbst hat diesen Kampf des Genies gegen Tradition und Unverstand in seinen kerndeutschen, vom heitersten Humor durchleuchteten „Meistersingern" symbolisch dargestellt. Kurz darauf, mitten in der naturalistischen Hochflut begegnen wir in Ernst von Wildenbruch einem letzten Vertreter des idealistischen Dramas großen Stiles, viel gelobt und viel geschmäht, von mitreißender Bühnenwirkung, freilich ohne das echte dramatische Empfinden, dem alles Geschehen sicher aus dem klar erschauten Wesen seiner Gestalten quillt. Für diesen künstlerischen Mangel muß der Schwung edler Gesinnung eines hohen sittlichen Charakters entschädigen, der mit aufrichtigem vaterländischen Gefühl, mit schöner Begeisterung für die Größe Preußens und des Hohenzollernhauses die Gestalten der deutschen Vergangenheit lebendig werden läßt. Gleich Anzengruber hat auch Wildenbruch als Dramatiker wie als gewandter Erzähler dem naturalistischen Geist der Zeit gelegentlich seinen Zoll bezahlt.

Bleibt die dramatische Dichtung des Zeitraums ein Flachland, aus dem nur wenige Gipfel hervorragen, so führt uns die Epik und Lyrik in ein reich gegliedertes Hochland, dessen höchste Erhebungen freilich auch nur vereinzelt ragen. Charakteristisch ist das allmähliche Absterben der epischen Versdichtung, von der sich nur einzelne Spuren bei Mörike und Hebbel, später bei Jordan, Hamerling, Spitteler finden, die nur bei dem noch vielfach mißverstandenen Humoristen Wilhelm Busch zu einer breiten volkstümlichen Wirkung gelangt ist. Sie entspricht offenbar dem poetischen Bedürfnis der Zeit nicht mehr, deren tiefschürfende Seelenanalyse die Fesseln von Rhythmus und Reim zerbricht. Dafür entfaltet die epische Prosa, die eigentliche Neuschöpfung des 19. Jahrhunderts eine üppige Fülle, sowohl in der psychologischen Problemdichtung, der Novelle, als im Roman, der bald ein Einzeldasein entwickelt, bald ein Zeitbild entrollt. Den Ausgangspunkt des modernen Romans hat man bei Wieland und Heinse zu suchen, dann kam Goethe mit seinem Gefolge romantischer Romane. Die Novelle wird bei Goethe ganz leise eingeläutet, um dann bei Kleist sofort mit unerhörter Wucht in volle Erscheinung zu treten. Doch blieb Kleists Wirkung einstweilen verloren. Tieck steuerte allmählich ins Fahrwasser der realistischen Novelle hinüber, den Übergang zur bewußten Gegenwartskunst treffen wir auf diesem Gebiet bei Immermann, dessen westfälische Bauernnovelle mit den beiden deutschen Urgestalten des reckenhaften Hofschulzen und der blonden Lisbeth uns als eigentliche Pforte in die moderne Erzählung einführt.

Nach Immermanns „Oberhof", des Dichters letztem und einzigem bleibenden Werke, begegnen wir auf dem Gebiet der Dorferzählung dem Schweizer Jeremias Gotthelf, der, von ungewöhnlicher Beobachtungs- und Gestaltungsgabe, doch mehr Prediger war als Poet, dem Schwarzwälder Berthold Auerbach, aus dessen Landleuten freilich zu sehr der Dichter selber spricht, Melchior Mayrs Geschichten aus dem schwäbischen Ries, und die ländliche Dichtung hat seit dem nicht mehr abgebrochen. Besonders starke menschliche und poetische Werte erwachsen ihr aus niederdeutschem Boden. Der Dithmarse Klaus Groth führte die plattdeutsche Mundart erfolgreich in die Literatur ein und stellte sich als lyrischer Dialektdichter ebenbürtig neben die lange vorausliegenden alemannischen Gedichte Johann Peter Hebels. Unmittelbar auf Klaus Groth folgte der Mecklenburger Fritz Reuter, in dessen Erzählungen die Fülle der Gestalten lebt, durchwärmt von einem aus dem Herzen quellenden, derben und dabei liebenswürdigen Humor.

Wir haben das Gebiet der Heimatkunst betreten, die im beschränkten Kreise die großen menschlichen Probleme sucht und findet, den eng gezogenen Horizont der heimischen Landschaft zur Welt weitet und diese wiederum mit dem intimen Reiz traulicher Beschränktheit, mit dem Geruch der Scholle erfüllt. Auf eine andere Linie der Entwicklung führt in der Nachfolge Walter Scotts Hauffs „Lichtenstein" und Willibald Alexis mit seinen geschichtlichen Romanen aus der Mark Brandenburg, die ein schätzens-

wertes Gestaltungstalent aufweisen. Durch die gleiche, von Leistikows Pinsel im Bilde festgehaltene Landschaft wandern wir später an der Hand Theodor Fontanes. Er hatte sich zuerst mit männlich kraftvollen Balladen hervorgetan und gelangte über geschichtliche Erzählungen zuletzt zum Berliner Zeit- und Sittenroman, dessen Meisterschaft ihn doch aus der ihn als den ihrigen beanspruchenden naturalistischen Bewegung hervorhebt. In der geschichtlichen Erzählung machte sich nach Hermann Kurz' übersehenem Vorausgange seit den fünfziger Jahren das kulturgeschichtliche Element kräftig geltend. Fast gleichzeitig traten W. H. Riehl und Josef Viktor von Scheffel als Begründer der Novelle und des Romans kulturgeschichtlicher Prägung auf. Zu ihnen gesellte sich Gustav Freytag, der typische Vertreter guten deutschen Bürgertums, der auch mit seinen „Journalisten" eines unserer wenigen guten Lustspiele geschaffen hat. Dazu verdanken wir ihm — im Gegensatz zu den Tendenzromanen der Jungdeutschen und ihres verspäteten Nachzüglers Spielhagen — den künstlerischen Zeitroman. Gemeinsam ist allen genannten die erquickliche Gesundheit ihrer poetischen Kost im Menschlichen wie in der nationalen Gesinnung. Es konnte nicht fehlen, daß der Erfolg auch kleinere Geister zur Nachfolge ermutigte. Kulturgeschichtliche Ausarbeitungen von überall her und deutsche Butzenscheibenpoesie fanden ein breites, genügsames Publikum. Von den eigentlichen großen Poeten und Künstlern der epischen Prosadichtung — Gottfried Keller, Theodor Storm, Wilhelm Raabe, Conrad Ferdinand Meyer — haben die drei ersten wohl Anteil an der geschichtlichen Erzählung, doch liegt ihre Stärke in der freien Gestaltung menschlicher Probleme, in deren geschlossener Großzügigkeit, Tiefe, Fülle und Kraft sie gleich dem rein historisch gerichteten C. F. Meyer den großen Könnern aller Zeiten ebenbürtig zur Seite stehen.

Von diesen klaren und kräftigen Vollmenschen war Keller wohl der schwerste an spezifischem Gewicht, ein schwerblütiger, kantiger Alemanne, gleich Hebbel der mit der Not des täglichen Lebens ringenden Volkstiefe entsprungen; er empfand tief und bitter des Lebens Leid, die Hemmnisse seiner eigenen Natur und besaß dabei eine unversiegbare Lebensfreude. Eine durch und durch ethisch gerichtete Natur, ist er als Poet von unbändiger, dabei stets sicher begründeter Phantasie und mit dem hellsten Künstlerverstand begabt. Er war ein Schweizer Patriot und dazu ein guter Deutscher. Wir besitzen den Briefwechsel zwischen Keller und Storm, welch letzterer auch dem ihm innerlich eng verwandten Mörike nahe getreten ist. Von Keller zu Storm, vom Fels zum Meer, von der Schweizer Kantönlipolitik zum Kampf um Schleswig-Holsteins meerumschlungene Freiheit: welcher Abstand von innen und außen, und wie ist es doch charakteristisch für die Psychologie unseres Volkes, daß sich diese nationalen Extreme wiederum in vielem so nahe stehen. Der Sohn der grauen Stadt am Meer ist in der Heimatdichtung ein Stern erster Größe. Er wurzelt ganz im lyrischen Erlebnis. Seine Prosadichtung beginnt mit weichen, sehnsüchtigen, ganz lyrisch durchtränkten Stimmungsbildern, allmählich werden die Linien fester und härter, die Farben kräftiger; im „Schimmelreiter" hat er das großartigste Gemälde von der unheimlichen Macht und Schönheit des Meers, dazu die erschütternde und erhebende Tragödie vom Kampf einer großen Menschennatur gegen die Macht der Elemente und die Stumpfheit der Menge geschaffen.

Wilhelm Raabe ist der einzige Überlebende dieses Geschlechtes von Dichtern, dem große Kunst und große Menschlichkeit noch eins waren, und er wußte diese — freilich im schroffen Gegensatz zu der Elendsdichtung des Naturalismus — ganz besonders bei den Kleinen und Verachteten zu finden. Auch Raabe ist ein Niederdeutscher. Seine Weserheimat im alten Cheruskerland hat er in jenen wundersamen „Alten Nestern" geschildert, dem Entwicklungsroman des deutschen Michel im 19. Jahrhundert, seiner verträumten Weltfremdheit und seinem Erwachen zu bewußten Handeln, das ihm von seiner Gemütstiefe nichts genommen hat. Eine Reihe seiner Hauptwerke steht unter der Herrschaft eines tief schmerzlichen, ja quälenden Pessimismus, doch ein festes Herz spricht stets daraus. Sein tragisch durchschauerter Humor hat sich einen ganz persönlichen

Stil gebildet, in dessen krause Linien man sich erst hineinfinden muß. Man muß ihn sich erobern, aber für unsere schnellebige Zeit ist er eine wahre Herzensarzenei. Die Kunst des Schweizer Aristokraten Conrad Ferdinand Meyer ist romanisch beeinflußt gleich der Hans Holbeins; dies sind seltene Beispiele, in denen der Einschuß romanischer Formkunst der deutschen Art zum Vorteil ausgeschlagen ist, weil er bis zum letzten Rest verinnerlicht wurde. Für das deutsche Schrifttum wurde der Züricher durch die Begeisterung des Jahres 1870 in schon reifer Männlichkeit gewonnen; steht er als Poet wohl hinter den großen Erzählern zurück, so dürfen wir in ihm den größten Künstler der deutschen Erzählung schätzen. Mit einem goldenen Helm in wundervoller Arbeit hat Liliencron seine Kunst verglichen, damit zugleich seine Vorliebe für die Zeit der Renaissance andeutend; gehämmerte Leidenschaft ist ihr Kennzeichen. Den Höhepunkt seiner Kunst gewinnt er in der zum Unheimlichen gesteigerten Tragik nationalen Heldentums des „Jürg Jenatsch". Die Psychologie des weiblichen Herzens liegt klar und großzügig vor seinem Blick ausgebreitet. Dem deutschen Geistes- und Tathelden Ulrich von Hutten hat er ein Denkmal gesetzt, nicht ahnend, daß auch über seiner Pilgrimschaft der dunkle Fittich des Geschicks schwebte.

Keller, Storm, Meyer gehören ebenso wie Hebbel auch der deutschen Lyrik an, die seit Goethe und der Romantik nimmer aufgehört hat zu blühen, so vielseitig und eigenartig, so stark und so zart, daß sich schwerlich ein anderes Volk mit solchem Reichtum messen kann. Dabei ist nicht an die politische Lyrik des „Jungen Deutschlands" zu denken, der doch auch Hoffmann von Fallersleben, der Dichter des „Deutschland über alles" und Ferdinand Freiligrath nahe standen, nicht einmal an den formgewandten Emanuel Geibel, dessen größtes Verdienst sein warmes vaterländisches Herz bleiben wird — mancher Name von Klang und Gewicht muß hier wie überall in dieser Skizze ungenannt bleiben. Große Lyriker werden immer nur die tief wurzelnden und trotzig sich stämmenden Eigennaturen sein können, und das sind eben die zuvor Genannten. Es ist auch begreiflich, daß Naturen wie Hebbel und Keller ganz besonders in der Lyrik mit der in ihnen lastenden Schwere zu ringen hatten. Alle diese sind keine Versemacher zum Genuß in einer flüchtigen Stunde; sie verlangen ganze Hingabe, wie denn alle große Kunst ein vom Künstler Errungenes ist und diesem wieder abgerungen sein will. Auch in der jüngsten Zeit sind noch immer neue Töne angeschlagen worden. Detlev von Liliencron wurde als der Prophet einer neuen Kunst begrüßt und hat sicherlich mit seiner unbekümmert natursicheren Unmittelbarkeit einen nicht zu unterschätzenden Anstoß gegeben. Daneben machte sich eine impressionistische Richtung geltend, die bald bewußter auftritt, wie der proteisch wandelbare Richard Dehmel, bald, der eigenen Individualität entledigt, bloß noch ein Stück Naturstimmung sein will. Eine andere Richtung schließt sich an den Rheinländer Stefan George an, der als grader Gegenfüßler eines im Stoff aufgehenden Naturalismus eine in sich geschlossene aristokratische Formkunst des mystisch ahnenden Stimmungseindrucks pflegt. Neben ihm ist der formschöne, müd-vornehme Hugo von Hofmannsthal zu nennen, ein Seelenkundiger von dekadenter Überfeinerung, als Dramatiker ein sentimentalischer Erneuerer der naiven Antike. Aber neben solchen neu aufstrebenden Stämmen grünt und blüht der alte herrliche Wald der deutschen Lyrik in üppiger Fülle weiter, und so bietet unsere Lyrik von heute neben dem unsicheren Tasten auf anderen Gebieten der Dichtung das Bild eines saftstrotzenden, dauernden Frühlings.

Im übrigen kennzeichnet sich der Zustand unseres Geisteslebens im letzten Menschenalter als eine Gärung, ein im Grunde gesundes, in seinen Erscheinungsformen jedoch vorläufig noch meist unsicheres, oft gewaltsames und vielfach nervöses Suchen nach neuen Grundlagen des Lebens, der Persönlichkeit, nach einer neuen Kultureinheit und einem neuen Stil. Zwar hat sich die revolutionäre Sintflut des Naturalismus schneller verlaufen, als man glaubte; die Unsicherheit ist geblieben. Der Naturalismus war zunächst eine natürliche und berechtigte Gegenströmung

gegen den herrschenden Ungeschmack und entsprang dem Bedürfnis nach neuen künstlerischen Werten. Begünstigt wurde er durch den unsere Tage übermäßig beherrschenden Pessimismus, durch den theoretischen und praktischen Materialismus, anderseits durch Nietzsches schrankenlosen Individualismus, den natürlichen Rückschlag gegen das drohende Gespenst sozialer Verflachung, durch die Lehre des großen Widerspruchsvollen von der Umwertung aller Werte, auf ethischem Gebiet durch einen entschlossenen Nihilismus, der allein noch die mechanische Kausalität als bewegende Kraft des menschlichen Lebens bestehen ließ, den Menschen zum willenlosen Milieugeschöpf herabdrückend. Nichts an sich Neues war das übermäßige Betonen des Geschlechtslebens, das freilich unter dem Einfluß des ästhetischen Naturdogmas vielfach zu den abstoßendsten Erscheinungen führte. Bei dem Suchen nach neuen Gegenständen stieß man naturgemäß auf den mit der Erstarkung der Großindustrie sich gewaltig ausdehnenden und im sozialen Leben geltend machenden vierten Stand und seine trotz aller sozialen Fürsorge noch vielfach schwierigen Daseinsbedingungen, auf die bedenklichen Begleiterscheinungen des Anwachsens der Großstädte, auf die geheimen Schäden einer angefaulten Gesellschaft und verfiel dabei in eine ebenso einseitige wie ausschweifende Elends- und Schmutzdichtung, der die Würde der Menschheit zum verklungenen Märchen geworden, im Sumpf der Großstadt erstickt schien. Der ästhetische Grundirrtum des Naturalismus lag in der Verwechslung von Natur und Kunst. Man glaubte mit absoluter Treue in der Darstellung der Wirklichkeit das höchste Ziel der Kunst zu erreichen und sah nicht, daß das Ausschalten der Phantasie nicht den Höhepunkt, vielmehr die Aufhebung der Illusion und damit den Tod der Poesie bedeutet. Diese Lehre war aus dem Ausland bezogen, und auch darin lag ein Fehler, an dem die ganze Bewegung scheitern mußte, indem sie unter Aufgabe aller heimischen Überlieferungen sich auf ausländische Vorbilder, auf Franzosen, Russen, Skandinavier mit ihren ganz andersartigen völkischen und künstlerischen Voraussetzungen stützte, damit also von vornherein auf alle Bodenständigkeit verzichtete.

Es liegt in diesen mannigfachen, untereinander auch widerspruchsvollen mitwirkenden Umständen begründet, daß der konsequente Naturalismus — im Rahmen des Programmes von Arno Holz — keine große Kunst zeitigen, keine bedeutenden Poeten hervorbringen konnte. Wohl haben sich manche poetische Könner in den achtziger und neunziger Jahren von der Modeströmung stärker oder schwächer beeinflussen lassen, doch keiner sich ihr ganz hingegeben. Der einzige bedeutende Dichter, der aus ihr hervorgegangen ist, Gerhart Hauptmann, hat sich von ihrem Zwang bald befreit. Was schon in Hauptmanns ersten Dramen hoffnungsfroh berührt, das ist eine scheinbar unbewußte Lebensfreudigkeit, die in der trostlosen Trübe zuweilen aufleuchtet, der Glaube an eine neue, reinere Menschheit. Und während dieser Dichter den furchtbaren Notzwang des Lebens, der den einzelnen wie die Massen im Bann hält, in packenden dramatischen Bildern vorführt, hat er doch dieser Hoffnungsfreudigkeit vielfältigen Ausdruck, oft phantastischer, symbolischer Art gegeben und dazu auch den Humor gefügt, der dem reinen Naturalismus so sehr abgeht.

Der Naturalismus ist vorübergebraust wie ein verheerendes, freilich auch luftreinigendes Gewitter. Die positiven Ergebnisse, die er zurückgelassen hat, sind in der Erweiterung des poetischen Stoffgebiets, in der Verstärkung des Wirklichkeitssinnes und Verfeinerung der Technik sicherlich dankbar hinzunehmen, wenn auch alle diese Errungenschaften in einer organischen Entwicklung aus den im nationalen Schrifttum gegebenen Voraussetzungen ohne die mannigfachen schädlichen Begleiterscheinungen hätten gewonnen werden können. Eine Unsicherheit im Schaffen wie in der Wertung ist zurückgeblieben und besteht noch fort. Verschiedene Strömungen machen ihr Recht geltend; der poetische Realismus bewährt sich noch immer, der Naturalismus ist noch nicht versiegt; impressionistische, symbolistische, mystische, ästhetizistische Einflüsse machen sich geltend, eine neuromantische Bewegung erscheint, neben der bereits eine neuidealistische emporwächst. Besonders freudig zu begrüßen ist die sich

zeigende Rückkehr vom Pessimismus zur Lebensbejahung, zur Betonung der ethischen, im Gemüt der Nation wurzelnden Lebenswerte. Neben Vertretern des älteren Dichtergeschlechts, unter denen die Österreicher Ferdinand von Saar, Marie von Ebner-Eschenbach, Peter Rosegger bereits als abgeschlossene Erscheinungen vorliegen, sind in dieser Richtung aus jüngster Zeit unter anderen der Schweizer Ernst Zahn, der Schwabe Hermann Hesse, der Rheinländer Rudolf Herzog, der Dithmarse Gustav Frenssen, der Steiermärker Rudolf Hans Bartsch als erfolgreiche Erzähler namhaft zu machen.

Ein klarer Überblick über das bunte Gedränge der poetischen Bestrebungen unserer Tage, eine sichere Wertung ihrer einzelnen Erscheinungen ist bei dem Mangel jeglichen Abstandes heute schwer möglich. Ein Reichtum tüchtiger Talente macht sich geltend, an überragenden Persönlichkeiten scheint es indessen zu fehlen. Für die Zukunft der deutschen Poesie — wie der deutschen Nation — wird entscheidend sein, ob es gelingt, aus den Bedingungen der nationalen Kultur der Gegenwart heraus zu einem starken Persönlichkeitsideal zu gelangen, und dies kann nur geschehen durch energische Zusammenfassung aller positiven Werte, die im deutschen Geistesleben seit der Mitte des 18. Jahrhunderts gegeben sind. Unter diesen Werten nehmen unsere großen Dichter einen führenden und bestimmenden Platz ein. Sie uns mehr und mehr zu gewinnen, das ist demnach eine Hauptaufgabe unseres geistigen Lebens. Wir dürfen die Zuversicht hegen, daß unser Volk im Beginn des 20. Jahrhunderts darin auf gutem Wege ist. Zwar gilt noch immer die Warnung Bismarcks, nicht über die jedesmaligen Modeschriftsteller des Tages die wahren Größen der Literatur zu vernachlässigen; aber seit sich das deutsche Volk seinem größten Idealisten Schiller von neuem zugewandt, zugleich Dichter wie Mörike und Hebbel sich zu eigen zu machen begonnen hat, darf man der Zukunft auch des nationalen Schrifttums mit Vertrauen ins Auge blicken.

Deutsche Kunst.

Von Dr. **Max Osborn**, Berlin.

Die Frage nach dem Wesen der deutschen Kunst hat gerade während der letzten Jahre im Vordergrunde des allgemeinen Interesses und der öffentlichen Erörterung gestanden. Der starke Einfluß, den Jahrzehnte hindurch die Kunstbewegung anderer Länder, namentlich die Frankreichs, auf unsere einheimische Produktion ausgeübt hat, rief eine natürliche Reaktion hervor. Man fragte sich, ob die deutsche Kunst unter diesen dauernden Einwirkungen fremder Völker nicht Schaden leiden müsse, ob sie nicht Gefahr laufe, dadurch ihre nationale Eigenart und die enge Verbindung mit dem Kern des spezifisch deutschen Denkens und Empfindens zu verlieren, ohne die ihr eine gedeihliche Entwicklung niemals beschieden sein könne, und man wandte sich aufmerksamer als je vorher den Problemen zu, die unter diesem Zweifel ruhen.

Der große moderne Kunststrom, der seit einem Menschenalter ganz Europa überflutet, stammt aus der Quelle der modernen Welt- und Lebensanschauung. Von diesem Kardinalpunkte gingen alle Wandlungen und Umwälzungen aus, die in der abgelaufenen Epoche das Leben der Menschen und ihre gesamte Kultur erfahren haben. Alles stand unter dem Zeichen der kritischen Prüfung der Erscheinungen und ihrer Voraussetzungen, der gründlichen, logischen Untersuchung aller materiellen Dinge und Vorgänge, der unerbittlich strengen Frage nach dem Wesen und dem Zwecke alles dessen, was sich durch Anschauung, sinnliche Wahrnehmung, Erfahrung begreifen läßt.

Auch die Kunst wurde in diesen großen Strudel mithineingezogen. Man durcheilte ihre Provinzen und forschte danach, inwieweit der Begriff der Malerei, Plastik, Architektur und der angewandten Künste sich auf eine klare Erkenntnis ihrer materiellen Voraussetzungen stützte, und da man zu der Überzeugung kam, daß an allzuvielen Stellen dies feste Fundament des Kunstschaffens Sprünge und Risse zeigte, so schritt man zu einer Reform an Haupt und Gliedern. Es setzte eine Kunstbewegung ein, deren Hauptbestreben es war, die künstlerische Arbeit mehr als vorher mit den Forderungen ihrer materiellen Grundlage in Einklang zu bringen. Und es schien, als habe man nicht übel Lust, die gesamte Entwicklung von Jahrtausenden über Bord zu werfen und sich zunächst, wie einst die primitiven Völker der Urzeit, mit den ersten und einfachsten Grundproblemen auseinanderzusetzen. Man stellte etwa die folgenden Lehrsätze auf: Wenn die Tonkunst ihrer Natur nach eine Steigerung und Verfeinerung des Gefühlslebens darstellt, wenn die Dichtung dieselbe Rolle auf dem Gebiete des Intellektuellen spielt, so ist die bildende Kunst im Grunde und vor allem Steigerung und Verfeinerung des äußeren, sinnlichen Lebens. Unser Wissen und unser Gefühl für die Farbe, für die Form und für den Raum, also für Erscheinungsarten der Materie, die wir durch die Wahrnehmungen unserer Sinne kennen, werden durch die bildende Kunst zu ihrer höchsten Vervollkommnung emporgehoben und dadurch nun zugleich zu einer Höhe hinaufgetragen, wo die Materie ihre Roheit und Gebundenheit verliert und teil hat an der großen Einheit, als die wir den Kosmos, in dem wir leben, empfinden.

Schlichter gesagt: die Malerei ist eine Kunst, deren Ausgangspunkt und Endziel der farbige Ausdruck ist; die Bildhauerei hat zunächst nichts zu erstreben als die Vertiefung und Reinigung unseres Formgefühls; die Baukunst ist nichts als Ordnung unserer Raumvorstellungen. Die ganze historische Weisheit, die man der Überlieferung der Jahrhunderte verdankte, erschien einer solchen Anschauung gegenüber fast gleichgültig und überflüssig. Für ihre überzeugten Vertreter konnten vielmehr die Werke der früheren Zeit nur insofern in Betracht kommen, als sie Beispiele dafür boten, wie in der Vergangenheit schöpferische Genies sich schon mit jenen Grundforderungen abgefunden hatten.

Es war nur natürlich, daß bei einer Bewegung solcher Art diejenigen Völker in den Vordergrund rückten, die sich von Natur aus einer besonderen Ausbildung und Beweglichkeit des sinnlichen Lebens erfreuen, und die darum von jeher zu den Führern der Weltkunst gehörten. So kam Frankreich zu seiner beherrschenden Stellung, die es im 19. Jahrhundert zum Lehrmeister ganz Europas machte, und wir haben uns auch in Deutschland nicht zu schämen, wenn wir den Unterricht dieses glänzenden Erziehers nutzten. Aber es entstand nun doch die Frage, wie weit wir seine Lehren genießen konnten, ohne uns auch über die gute Schule hinaus unserer Selbständigkeit zu begeben. Es entstanden zwei Gruppen von Theoretikern. Die eine behauptete, die deutsche Nationalität besitze von Haus aus so wenig eigene Begabung und eigenen Drang zu jener Steigerung und Verfeinerung des Sinnenlebens, daß sie dauernd der Zucht und des Vorbildes derjenigen Völker bedürfe, die hier besser bedacht seien. Die andere meinte, wenn denn diese Begrenzung oder eigenartige Prägung des deutschen Wesens vorhanden sei, so müsse eben auch hier die materielle Voraussetzung zu der ihr entsprechenden Kunstübung führen, d. h. die deutsche Kunst müsse sich von der Vormundschaft des Auslandes befreien und aus ihrer Not eine Tugend machen.

Beide Gruppen haben recht und haben unrecht. Es ist kein Zweifel, daß die deutsche Art mehr als die Art anderer Völker zum Abstrakten, Spirituellen und Spekulativen neigt, und daß diese individuelle Besonderheit den Deutschen, nicht nur in der bildenden Kunst, aber hier ganz besonders, einer beherzten, von allen anderen Rücksichten freien Erfassung des Materiellen fernhält. Aber es kann keine Rede davon sein, daß eine mangelnde Entwicklung der sinnlichen Fähigkeiten dem Deutschen im Blute liege. Darum fällt auch die Behauptung der Gegengruppe: daß wir gleichsam auf diesen Mangel unsere nationale Kunst aufbauen sollten. Die großartige Kunstgeschichte der deutschen Stämme und der weiter verwandten germanischen Völker beweist zur Genüge die Sinnlosigkeit der Unterstellung, als sei die bildende Kunst der germanischen Rasse im Grunde etwas Fremdes, dessen Bedürfnis erst künstlich geweckt worden sei und unaufhörlich von außen her geschürt werden müsse. Aber die deutschen Kunstzustände des vergangenen Jahrhunderts beweisen ebenso schlagend die Hinfälligkeit der Forderung, jeden Anschluß an die große und allgemeine europäische Bewegung der jüngsten Zeit aufzugeben.

Vor hundert Jahren etwa entstand die berühmte Bezeichnung, die Deutschen seien „das Volk der Dichter und Denker". Diese Charakteristik hatte von Hause aus einen politischen Hintergrund. Man wollte damit aussprechen, die Deutschen lebten so sehr in einer Welt der Träume, der Phantasien und der gedanklich-wissenschaftlichen Spekulation, daß sie nicht imstande seien, gleich den übrigen Völkern eine nationale Staateneinheit zu bilden; daß vielmehr das den deutschen Stämmen Gemeinsame, sie Verbindende, im Idealen liege: in ihrer Sprache, ihrer Dichtung, ihrer Philosophie. Aber man könnte jene Bezeichnung auch spezieller, im Hinblick auf das engere Gebiet der Künste, so deuten, daß damit eine stärkere Begabung für das Poetische als für die bildenden Künste gemeint sei, und es ist kein Zweifel, daß für den Zeitpunkt, in dem das bald allgemein gebrauchte Wort entstand, ein solches Urteil zugetroffen — es wird hiervon noch ausführlicher die Rede sein — ja, daß sich darin auch noch eine allgemeinere Erkenntnis ausgesprochen hätte. Stärker als bei allen andern Völkern hat sich von jeher

bei den Deutschen ein Streben geltend gemacht, auch in den Schöpfungen der bildenden Kunst tiefste Innigkeit der Empfindung, letztes Grübeln über Gott, Welt und Menschheit, spekulatives Sinnieren und spielende Erzählerfreude zu sinnfälligem Ausdruck zu bringen. Und mehr als die Künstler anderer Nationen haben darum die deutschen Maler und Bildner bei solchen Bestrebungen mit dem formalen Ausdruck zu kämpfen gehabt und mit der Gefahr, über dem Inhalt das Technische, über dem Geist das Handwerk zu verlieren.

Doch diese Kämpfe haben lange Jahrhunderte nur zu glorreichen Siegen geführt. Und wenn ihre deutlichen Kennzeichen sich nicht verwischten, so war das Ergebnis nicht etwa ein Mangel in der künstlerischen Abrundung und Einheit der Werke, sondern nur eine schärfere Ausprägung der besonderen deutschen Eigenart.

Es kann vor allem keine Rede davon sein, daß die ursprünglichen, primitiven und künstlerischen Erzeugnisse der prähistorischen Germanen irgendwie hinter denen anderer vorgeschichtlicher Völker zurückstanden. Im skandinavischen Norden wie auf dem Boden des eigentlichen Deutschland war in der Zeit, bevor unser Volk in die Weltgeschichte eintrat, eine ganz bestimmt charakterisierte Formen- und Ornamentensprache anzutreffen, die mit großer Sicherheit aus Material und Zweck der Gegenstände hervorwuchs. Man hat bisher diesen Keimen und frühen Denkmälern einer spezifisch germanischen Kunstübung ohne Zweifel zu wenig Beachtung geschenkt. Weder die allgemeinen kunstgeschichtlichen Darstellungen noch die Museen rücken heute die Elemente dieser Kunst und ihre Entwicklung ins rechte Licht, und es bleibt eine wichtige Aufgabe, namentlich der deutschen Wissenschaft, die Erkenntnis und das Wissen der Nation hier zu vertiefen und zu bereichern. Für unsere Vorstellung vom Wesen des Deutschen in der Kunst wird es von ungeheurer Bedeutung sein, die geometrische und Tierornamentik, die Schmuckformen in der Tonplastik der Völker nördlich der Alpen von der Hallstatt- und La Tènestufe, also von der ersten und der voll entwickelten Eisenzeit, über die zoologische und Bandornamentik des Völkerwanderungs- und des Merowinger-Zeitalters bis zu der Wikingerzeit genauer verfolgen zu können, aus den Vermischungen mit südlichen und östlichen Einflüssen das Einheimische darin klar herauszulösen, um einen Begriff von der eigentümlichen Phantastik seiner Dekoration und von seiner Tendenz zu großen, einfachen Formen zu gewinnen. Mit dem Eintritt der Germanen in die Weltgeschichte gelangen diese ursprünglich nordischen Elemente, in denen nicht nur die Wurzeln künftiger Kunstmöglichkeiten ruhten, die vielmehr selbst schon zu einer reifen und großartigen künstlerischen Kultur geführt hatten, zu erhöhtem Ansehen. Als das römische Weltreich auf der Höhe seiner Macht stand, hatte sich in der Provinz Germania wie in Gallia, Britannia usw. die lateinische Kunst ebenso selbstherrlich eingesetzt wie die politische Oberherrschaft Roms. Jetzt, nach den Erschütterungen des vierten und fünften Jahrhunderts, haben sich die Verhältnisse völlig verschoben. Im norditalischen Langobardenreich, bei den Westgoten in Spanien, bei den Angelsachsen und bei den Franken treten nun Kunstäußerungen hervor, bei denen sich neben den Kennzeichen der südlichen und östlichen Art vor allem im Ornamentalen Anlehnungen an die altgermanische Überlieferung bemerkbar machen. Flachwerk- und Bandmotive, verschlungene Linien, die in Vogelköpfe oder Schlangenleiber auslaufen, Riemenwerk und allerlei Erinnerungen an die Kerbschnittmanier der Holzschnitztechnik erscheinen. Die Miniaturmalereien und die kunstgewerblichen Reste, hauptsächlich die erhaltenen Werke der Goldschmiedekunst, lassen das am klarsten erkennen. Die erste systematische Kunstpflege großen Stils, die auf deutschem Boden einsetzt: die fränkische der karolingischen Epoche, lehnt sich dann wieder unmittelbar an die altchristlich-antike wie an die byzantinisch-orientalische Kunst an; namentlich seitdem unter Karl dem Großen der Gedanke einer Erneuerung des römischen Weltreichs mit nordischer Spitze greifbare Gestalt annahm. Italien lieferte den verschiedenen Stämmen, die der machtvolle Frankenkaiser unter seinem Szepter vereinigte, und deren Vertreter sich an seinem Hofe zusammenfanden, die Quellen der gemeinsamen Bildung und die Kunstformen Roms; Byzanz mit seinen auch vom Islam beeinflußten Kunst-

anschauungen das Vorbild höfischen Prunks und dekorative Anregungen mannigfacher Art. Der bedeutendste Bau der karolingischen Periode: Karls Palastkapelle, der Kernbau des Aachener Münsters, ist als achtseitiger Kuppelraum mit korinthischen Pfeiler- und Säulenkapitälen und Mosaikgemälden eine Zentralanlage nach südlichem Muster. Auch die Kirchen- und Klosteranlagen der Zeit und die Architektur der Kaiserpfalzen, soviel wir wenigstens davon wissen, knüpfen an west- und oströmische Vorbilder an. Aber daneben sprechen doch auch noch die einheimischen Motive mit, Verzierungen von ausgesprochen heidnisch-nordischem Charakter, die aus ganz anderen Grundgedanken hervorgehen als die künstlerischen Gebilde der alten Kulturvölker. Als charakteristisches Merkmal tritt hervor der Hang zu einem Gedränge vielfach verschlungener und durcheinander gewundener Linien, dann wieder zu harten, eckigen Bildungen und, im Monumentalen, zu schweren, wuchtigen, massiven Gestaltungen — alles Tendenzen, die zu der Klarheit, der einschmeichelnden Harmonie und der wohlabgewogenen konstruktiven Gliederung der antiken Kunst im Gegensatz stehen.

Diese germanischen Elemente sind der deutschen Kunst auch in der nächsten Epoche erhalten geblieben, sie haben sich durch alle Beeinflussungen, die von außen her kamen und bei dem Zusammenhang und der Wechselwirkung der europäischen Völker untereinander nur natürlich waren, ihre Macht gewahrt. Zuerst war, in der Zeit der Völkerwanderung und ihrer Folgeerscheinungen, die Kunst der Mittelmeerstaaten mit den Überlieferungen der Barbarenstämme, die sie bald in der Herrschaft über das Abendland ablösen sollten, Verbindungen eingegangen. Nun, auf der Höhe des Mittelalters, entwickeln sich nach der neuen Ordnung der Lage auf unserm Kontinent im Norden, vor allem in Deutschland und Frankreich, neue nationale Formauffassungen und Stilsprachen, die sich auf allen Gebieten immer selbständiger und unabhängiger vom griechisch-römischen Geist fortbewegen und sich bald zu einem völligen Widerspiel gegen die Antike ausbilden. Die „romanische" Kunst hat ihren Namen daher, daß sie die Traditionen Roms aufrecht zu erhalten suchte, später aufrecht zu erhalten wähnte. Tatsächlich übernahm sie von Rom ganz bestimmte Einzelheiten: vor allem die Neigung zur runden Bogenlinie, die dem italischen Gewölbebau ihre Entstehung dankte, und den Bautypus der romanischen Kirche, der unmittelbar aus der altchristlichen Basilika hervorgeht. Aber die Vorbilder werden bald völlig verändert. An Stelle der einfachen Basilikaform treten verwickeltere, reichere, detailfreudigere, mehr malerische Anlagen. Allein die Häufung der Türme, die im Norden für das Gesamtbild der Architekturen so wesentlich werden, ist dafür bezeichnend. Die Linienüberschneidungen, die dadurch zustande kommen, wie die Neigung zu spitzen, eckigen Turmsilhouetten und die Freude an der möglichst hohen Schichtung, die wiederum schwer lastende, wuchtige Bildungen im Gefolge hat, erinnern durchaus an die älteren germanischen Prinzipien. Und in der dekorativen Plastik, bei der sich die Phantasie, die Schmuckfreude und Kunstfertigkeit der mittelalterlichen Meister aufs üppigste entfalten und betätigen konnte, klingen immer wieder die früheren Motive unter der Oberfläche an. Die Gotik bringt alle diese eigenartig deutschen Züge noch prägnanter zum Ausdruck. Wir wissen heute, daß diese einst irrtümlich als „nationaler Stil" der Deutschen aufgefaßte Kunstsprache nicht in unserem Vaterlande, sondern in Frankreich geboren ist, von wo sie ebenso wie Rittersitte und höfische Kultur, wie Roman und Epos Frankreichs nach Deutschland einwanderte. Die Abhängigkeit der frühgotischen deutschen Bauwerke von den französischen Vorbildern läßt sich bis in die Einzelheiten klar verfolgen. Um nur ein Beispiel anzuführen: ohne den Vorgang der Kathedrale von Amiens wäre der Chor des Kölner Doms nach Grundriß, Einzelanlage und Ausschmückung nicht zu denken. Aber wie hier die einheimischen Baumeister, an ihrer Spitze Gerhard von Riele, dann die Meister Arnold und Johann, in deutschem Geiste die französischen Anregungen selbständig und organisch fortführten, so ward es bald allenthalben. Die spitzen Riesentürme sind durchaus Eigentum der deutschen Gotik. Hinzukommen wieder die eckigeren, herberen Linien und Formen bei der Dekoration und der freien Plastik, in deren Erzeugnissen sich neben der ge-

ringeren Routine, die gegenüber der französischen Kunst zu bemerken ist, dafür eine um so naivere, keuschere, innigere Empfindung geltend macht. Je weniger abgerundet die Beherrschung des Formalen ist, um so ergreifender wird dieser Ausdruck des tiefsten Gefühls der Frömmigkeit, der Gottergebenheit, des phantasievollen Sicheinlebens in die Geheimnisse und Symbole der kirchlichen Lehre. Noch mehr als im Kirchenbau aber emanzipierte sich der neue Geschmack des späteren Mittelalters in der deutschen Profanarchitektur von den französischen Mustern. Hier kommt es weit entschiedener zu einer charakteristischen nationalen Art. In den blühenden Städten wuchsen die schmucken Wohnhäuser der Patrizier auf, besonders gern in Fachwerkbau, d. h. mit einem Gerüst von Holzbalken, das sich auf steinernem Unterbau erhob, und dessen Querbalken, herausragende Balkenköpfe und Putzfelder zwischen den Holzgliedern durch Schnitzereien und bunte Bemalung geschmückt wurden. Hohe Giebel und Dächer krönten diese Bürgerhäuser; ausgebaute Erker mit kunstvollem Ornament- und Fensterschmuck gaben den Fassaden eine reizvolle, willkürliche Unterbrechung. Die ganze Kunst- und Schmuckfreude aber sammelte sich in den Rathäusern, wo der Erfindungsreichtum und der geschulte Baumeistersinn der gotischen Architekten Triumphe feierte. Gewundene Straßen wechselten mit freien, aber unregelmäßig angelegten und unsymmetrisch geschmückten Plätzen. Alles strebt wiederum zu malerischem Gedränge, zu Mannigfaltigkeit, zu einer Fülle kleiner, krauser, oft versteckter Einzelzüge; nicht zu umfassenden, klaren Gliederungen. Das Versponnene, Träumerische, gern ins einzelne sich Verkriechende, Sinnierende des deutschen Wesens spiegelt sich hier. Man lebt nicht so sehr im allgemeinen wie im individuellen; nicht so sehr im Freien wie in der Stube, im Hause; nicht so sehr in der Gemeinsamkeit mit den andern wie für sich. Man hat weniger Talent zum stilisierenden Abstrahieren als zum Erfassen der einzelnen Erscheinungen der Welt und des Lebens, in deren inniger Betrachtung man sich vergnügt, weil man hier ein Spiegelbild des Großen, des Ganzen sieht, einen Mikrokosmos, dessen gründliche Erforschung auch der Erkenntnis des Makrokosmos nähert.

Aber diese Eigenheiten der deutschen Kunst sind nun nicht im Entferntesten mit einem Mangel an künstlerischer Fertigkeit, an technischer Geschicklichkeit verbunden. Es ist keine Rede davon, daß der Reiz der mittelalterlichen deutschen Kunst lediglich in dem Wiederklang jener Stimmungsfaktoren, in der Sichtbarmachung der besonderen deutschen Weltanschauung und Lebensgewohnheit ruhte. Ihr hoher Wert wäre ihr nicht zuzusprechen, wenn sich nicht mit diesen Eigenschaften die bewundernswerte handwerkliche Tüchtigkeit verbände, die alle ihre Meister segnete. Ein altererbtes, von Geschlecht zu Geschlecht weitergegebenes, wohlgepflegtes Wissen vom Material und seinen Gesetzen, von der Behandlung der verschiedenen Stoffe hilft ihnen allen, der besonderen Richtung ihrer Phantasie, ihrer Empfindung sinnfälligen Ausdruck zu geben. Aus eigner Kraft verstehen sie es, für den inneren Gehalt auch die entsprechende Form zu finden, ob es sich um Stein oder Holz oder um Metall handelt, das es zu bearbeiten gilt. Von den großen Unternehmungen, die der Kirchen-, Schloß- und Rathausbau bringt, bis zur Herstellung jedes kleinsten Hausgeräts zu Schmuck und Gebrauch herrscht eine große, selbstverständliche Sicherheit.

Auch in der glorreichen Epoche der Renaissance der Künste, die nun, am Ende des Mittelalters, mit der Sonne einer neuen Zeit und einer neuen Kultur am Horizont aufsteigt, hält Deutschland seine selbständige Macht aufrecht. Die gewaltigen Umwälzungen auf allen Gebieten, die das gesamte Leben der Völker Europas im 15. Jahrhundert in neue Bahnen lenkt, finden in der nordischen Kunst ebenso ihr Echo wie in der italienischen. Der Umschwung vollzog sich aber diesseits der Alpen nicht mit so radikalem Ungestüm wie im Süden. Als in Italien die antike Welt ihr Rinascimento erlebte, war es schließlich die eigene glorreiche Vergangenheit, die von der Nation wieder aufgesucht wurde. Von solchen Beziehungen konnte in Deutschland naturgemäß keine Rede sein. Erst ganz allmählich gelangten im Laufe der Jahrzehnte die „antikischen" Werke auch zu den germanischen Völkern, und die gotische Tradition erhielt sich viel länger, bis weit

ins 16. Jahrhundert hinein. Sofort zeigte sich auch hier der große Unterschied zwischen romanischer und germanischer Kunstweise. In Italien ist die Kunst eine Angelegenheit der großen Öffentlichkeit, der Höfe, der Stadtgemeinden und der Staaten; im Norden bleibt sie zunächst, wie im Mittelalter, eine Sache der Kirche und wird dann eine Angelegenheit des Hauses, wo sie sich nicht an die Massen, sondern an den einzelnen Beschauer wendet. Dort bedeckt man große Wandflächen mit Freskogemälden, errichtet man Monumente, die Plätze und Straßen beherrschen, entwirft man Standbilder von einheitlichem, zusammenfassendem, großem Zuge; hier regiert das Tafelbild, das kunstvolle kirchliche und häusliche Gerät, und jede Kirche und jedes Haus bildet eine Welt für sich. Es ist ja schon das Klima des Landes, das in Italien die Menschen auf die Straße, auf den Markt schickt, wie einst in Rom und Athen, und das in den rauheren Himmelsstrichen die Familie ins Haus bannt. Im Zusammenhang damit stehen die grundverschiedenen Beziehungen zur künstlerischen Form. Dort unten, wo in einer reineren Luft Gebäude und Menschen sich von Bäumen und Bergen in festen Konturen abheben, mußte sich ein ganz anderes Empfinden für die Harmonie der Linie entwickeln als im Norden, wo Nebel und Feuchtigkeit der Luft alle Umrisse lockern und auflösen. Und wenn hier die Natur wie das Leben des großen Zuges und der festlichen Schönheit ermangelt, die den Italiener beglückt, so wandte sich dafür die Phantasie der Menschen in ihr eigenes Innere, und mit grüblerischem Sinne spürten sie der charakteristischen Wahrheit des einzelnen nach, versenkten sie sich in die holden und abschreckenden Träume ihrer Seele, richteten sie ihren Blick mit liebevoller Aufmerksamkeit auf jedes Eckchen der persönlichen Umgebung, indem sie spekulativ in jedem Detail ein Spiegelbild und Symbol des ungeheuren Kosmos erblickten, den ihnen eine unbegreifliche göttliche Macht als Wohnsitz angewiesen hatte. So entwickelte sich im Norden ein Sinn für das Detail, für krause, seltsam kleine Züge, für das Persönliche und Intime, den der Süden nicht kannte. Und es entwickelte sich zugleich, im Kontrast zu der Linien- und Kompositionskunst Italiens, eine Kunst der realistischen Farbenwiedergabe des Gesehenen, hinter der der Süden zurückstand. Es meldeten sich die ersten Vorboten der künftigen großen Wandlungen zum Worte, die den Norden Europas zur Heimat der modernen Malerei machen sollten, indem sie die Kunst der Farbe eben auf den farbigen Ausdruck gründeten. Am Ende des 15. Jahrhunderts sind diejenigen Maler germanischer Rasse, die hier dank besonderen günstigen Umständen die Führung übernehmen: die Niederländer, in der Behandlung ihrer Spezialtechnik den Italienern, die ein so gewaltiges Kunstreich aufgebaut hatten, weit überlegen.

Zugleich aber mit den Niederlanden, die sich vom Mutterlande damals schon loslösten, wuchs eine neue Kunst im eigentlichen Deutschland auf. Sie arbeitet für die Kirche, daneben aber vor allem für das Bürgertum der Städte — nicht so sehr für die Höfe und für eine kultivierte aristokratische Gesellschaft —, und stärker als in den Nachbarländern wird dadurch bei den deutschen Künstlern von vornherein ein volkstümlicher Zug, ein enger Zusammenhang mit den Grundbedingungen und Meinungen des nationalen Lebens. Der Kreis, in dem sie sich bewegen, ist ein begrenzter; die Mittel, die der Kunstpflege zur Verfügung stehen, sind verhältnismäßig geringe; kein großer Zug verbindet die Bemühungen der einzelnen Landschaften und Städte, so daß sich die Schulen der Provinzen weit schärfer voneinander absondern als in den Niederlanden oder in Frankreich — durchaus entsprechend den individualistischen deutschen Tendenzen, die mehr auf eine Ausprägung der Stämme als auf eine nationale Einigung unter dem Gesichtspunkt eines Staatsgedankens hinzielen. Der große Zug eines neu erwachenden Lebens, der um 1400 ganz Europa erfaßte, hatte auch in unserem Vaterlande allenthalben seine Spuren hinterlassen. Auch hier wird nun die naive Steifheit und Starrheit, die typische Feierlichkeit der Gotik verdrängt von einem intensiveren Lebensgefühl, einer schärferen Naturbeobachtung und einer gesteigerten Fähigkeit, seelisches Leben zu bildhaftem Ausdruck zu bringen. Diese Anfänge der deutschen Malerei stellen durchaus selbständige Bemühungen dar, die sich zunächst völlig un-

abhängig vom Auslande halten und erst allmählich eine Befruchtung durch die niederländische Kunst erfahren. Namentlich die oberdeutschen Städte der fränkischen, schwäbischen und alemannischen Gebiete, die auf der großen Straße des damaligen internationalen Verkehrs liegen und nun zu Wohlstand und Reichtum aufsteigen, weisen frühzeitig Künstler von hoher Bedeutung auf. In Elsaß namentlich entwickelt sich ein Mittelpunkt des Kunstbetriebs in Kolmar, der Stadt Martin Schongauers, dessen Werke bei aller realistischen Kraft noch genug von der Herbheit und Eckigkeit der früheren Zeit haben, um weit über die Nachbildung des Wirklichen hinaus den Abglanz einer naiven Frömmigkeit und eines tiefen Empfindungslebens festzuhalten. Auch am Niederrhein blühte im 14. und 15. Jahrhundert die Malerei, und vor allem in Köln entfaltete sich eine primitive Kunst der Innigkeit und Zartheit, deren Wurzeln noch in der Gotik der stolzen Kirchen ruhen, die aber doch schon vom neuen Geiste des Tafelbildes erfaßt ist. Ein besonderes Charakteristikum der nordischen, deutschen Malerei im Beginn der neuen Zeit aber sind ihre beiden Trabanten: der Holzschnitt und der Kupferstich. Die volkstümlichen Bestrebungen unserer heimischen Kunstwelt sind es, die diese graphischen Übungen zur Blüte brachten. Wenn die Italiener die Wandmalerei pflegten, die zu den Massen spricht, so schafft sich der Deutsche das kleine Schwarzweißblatt, das mehr als die gemalte Tafel sich an den einzelnen wendet und zur Betrachtung die Ruhe und Beschaulichkeit des Hauses erfordert, das überdies durch die stets abstrahierende, letzten Endes stets nur andeutende, leicht zu behandelnde Sprache der Linien der Phantasie, der Erzählerfreude, der Verbildlichung von Gedanken und Ideen einen ganz anderen Spielraum öffnet als die Technik der schwerer zu beherrschenden, zähen und sofort realistisch-bindend wirkenden Ölfarbe.

Alles aber, was auf dem Gebiete der deutschen Malerei und in diesen Nebenprovinzen bis zum Ende des 15. Jahrhunderts geleistet und erstrebt war, wird nun zusammengefaßt durch die größte Persönlichkeit, die der Kunst unseres Vaterlandes jemals beschieden war: durch Albrecht Dürer. Sein Name führt uns mitten in die große Bewegung, die jetzt anhebt, da die gewaltigen Einflüsse der italienischen Renaissance über die Alpen fluten: in das Ringen der deutschen Kunst um Erhaltung ihrer Eigenart und zugleich um ein Hinauswachsen über die Formlosigkeiten älterer Zeiten zu Harmonie und reifem Stil. Dieser Nürnberger Meister, in dem eine schon seit Jahrzehnten blühende lokale Schule ihren Höhepunkt findet, löst für ganz Deutschland die gebundenen Kräfte des Volkes. Als ein echter Deutscher hat er sein Lebelang mit dem sinnlichen Ausdrucksmittel der Farbe im Kampfe gelegen und nur in heißem Bemühen hier seine Erfolge erzielt. Als echter Deutscher auch, dem die Sehnsucht nach dem Süden im Blute lag, wie einst den Stämmen der Völkerwanderung und später den Hohenstaufenkaisern, hat er nach Italien gestrebt und sich mit vollem Bewußtsein an den Werken der großen Meister jenseits der Alpen gebildet. Man kann, wenn man Dürers Schaffen verfolgt, deutlich nachweisen, wie er den Italienern, ja selbst den antikisierenden Tendenzen der romanischen Renaissance mit Plan und Absicht immer näher rückt, bis er in seinen Alterswerken den großartigen Ausdruck erreicht, zu dem seine grübelnde Künstlernatur hinstrebt. Dabei wendet sich Dürer, heute wie zu seinen Lebzeiten, an den ganzen Umkreis des Volkes. Er hat den Gebildetsten und Verwöhntesten unendlich viel zu sagen, und er ist zugleich dem Einfachsten und Schlichtesten verständlich. Denn mit allen Fasern ist dieser Mann und Künstler verbunden mit dem Erdboden, aus dem er hervorwuchs, verbunden mit der Stadt Nürnberg, die seine glückliche Mutter war. So gierig er die Anregungen Italiens, in seiner letzten Epoche auch die der Niederlande, in sich aufsog, er hat sich niemals verloren, sondern seinen National- und Stammescharakter unvermindert erhalten und bewahrt. Damit sind nicht nur die Reste gotischer Züge gemeint, die bei ihm zu finden sind, jene Starrheiten des Blickes, jene Unbeholfenheiten der Mache, jene schwerblütigen Bedächtigkeiten, die man antrifft, jene Vorliebe für harte Formen und krause Linien, die er nie ganz zu unterdrücken vermochte. Auch nicht nur die treuherzige Einfalt, die oft kind-

liche Naivität, die männliche Kraft und unverwüstliche derbe Gesundheit seiner Holzschnitte, wodurch er seinen Vorgängern nahe steht. Nein, Dürers deutscher Kern ist auch da deutlich zu spüren, wo er, wie in manchen Blättern der großen Passion, wie in dem venezianischen Frauenkopf am Meere im Berliner Museum, wie in den Münchner Aposteln oder in seinen unvergleichlichen farbigen Landschaftsskizzen, alle Erbteile der gotischen Epoche abgestreift hat. Auch hier, wo er aus dem Kampfe mit den Mitteln des formalen Ausdrucks als glänzender Sieger hervorgegangen ist, fühlen wir das verhaltene leidenschaftliche Innenleben, das sich in sichtbare Bilder umgesetzt hat, und dies innere Leben ist in allen Adern von deutschem Geist und deutschem Blut durchtränkt. Namentlich in den Werken der letzten Jahre, in den herrlichen Porträts etwa des Holzschuher und des Jakob Muffel und in jenem grandiosen Doppelbilde der vier Apostel, erkennen wir mit immer neuer Ergriffenheit, wie Dürer italienisch-allgemeine Prinzipien mit nordischer Sonderart verband, wie er aus Krausheit und Gedrängtheit zu Einfachheit und monumentalem Stil, vom Individuellen zum Typischen vorschritt, ohne doch den inneren Klang einer volkstümlich-deutschen Melodie zu verlieren, die von Natur in ihm lebte.

Die Geheimnisse des vertieften malerischen Farbausdrucks und der leichten, sicheren Formbehandlung, um die Dürer noch zu werben hatte, machten dem einzigen, dessen Ruhm dem seinen nahe kam: Hans Holbein dem Jüngeren kein Kopfzerbrechen mehr. Mühelos konnte der um ein Vierteljahrhundert jüngere Augsburger Meister die Eindrücke nützen, die von Süden kamen, und er hatte nicht wie Dürer sein Leben lang mit den eigenen Leidenschaften und einer übersprudelnden Ideenfülle zu kämpfen. Hier ist das Beispiel eines deutschen Künstlers, der nichts oder fast nichts von dem besaß, was der Unverstand heute so oft als spezifisch deutsche Eigenschaft bezeichnet, und der dafür um so mehr das besitzt, was in Wahrheit deutsch ist: durch unablässige Selbstzucht zu vollendeter technischer Meisterschaft vorzurücken, um den künstlerischen Willen möglichst restlos in die Tat umzusetzen, ohne dabei durch allzu ängstlichen Anschluß an Muster und Vorbilder die eigene Individualität zu gefährden.

Die ganze Kunst Deutschlands im 16. Jahrhundert besaß diese Fähigkeit. Die Malerei, die Dürer und Holbein folgte und den beiden Großmeistern in Mathias Grünewald ein drittes Genie zur Seite setzte, das Tiefe der Empfindung und Macht der Phantasie mit einer dämonischen Glut und Kraft des Kolorits verband. Die Graphik, die in Holzschnitt und Kupferstich sich gleichfalls nach jenen Führern orientierte und einen weiten Heerbann von geschickten, ehrenfesten und hervorragenden Kleinmeistern aufbrachte. Die Plastik, die wiederum in Nürnberg, in Adam Krafft, Veit Stoß und Peter Vischer für die Stein-, Holz- und Erzbildnerei je einen Vertreter von unerreichter Größe vorfand, — drei Meister, die abermals in der Vermischung nordischen Geistes mit dem reiferen Formempfinden der romanischen Renaissance das Thema ihres Wirkens sahen. Nicht minder die Baukunst, die es gleichfalls verstand, einen nationalen Renaissancestil heranzubilden, bei dem sich alte einheimische Formen, die aus der gotischen Zeit hervorwuchsen, mit neuen, italienisierenden, ja antikisierenden Schmuckgedanken verquickten, der mit der deutschen Lust an gedrängtem Schmuck, an sinnreicher ornamentaler Erfindung die südlichen Tendenzen auf Maßhalten und Klarheit, auf Zusammenfassen der Bauteile und Gesamtwirkung verband.

Dann aber kam das 17. Jahrhundert, und mit ihm für Deutschland die Zeit des tiefen Verfalls. Der furchtbare Krieg, der ein Menschenalter lang wütete, blühende Gebiete in Schutthaufen verwandelte, den Wohlstand des Volkes zertrat und ungeheure Summen an Geld und Menschenkraft verschlang, ließ künstlerischen Bemühungen nur eine geringe Bewegungsfreiheit, und als um die Mitte des Jahrhunderts endlich wieder friedlichere Zustände eintraten, hieß es zunächst, das Zerstörte aufbauen und neue Keime anpflanzen. Die hohe Kultur des deutschen Lebens war dahin; nur spärliche Reste hatten sich erhalten. Und wenn die Kunst trotzdem nicht ganz ruhte, wenn die Stärkung der monarchischen und fürstlichen Gewalt, die sich vollzog,

und die Reformbestrebungen der katholischen Kirche namentlich der Baukunst nicht ungünstig waren, so behalf man sich doch fast durchweg mit italienischen und französischen, in Norddeutschland auch mit niederländischen Künstlern. Die deutschen Meister, die auftreten, bewegen sich gleichfalls völlig als Schüler des Auslandes. Selbst der größte unter ihnen: Andreas Schlüter in Berlin, dessen Genie nun aber doch kraftvoll genug war, um Bauten und plastische Werke hervorzubringen, die trotz einer natürlichen Fremdheit ihrer Stilsprache doch im märkischen Berlin tief verankerte Wurzeln schlugen, weil ihr Schöpfer instinktiv fühlte, wie das auswärts Erlernte an der Spree der Luft und dem Wesen des Landes und des Volkes anzupassen sei. Die Malerei aber schwieg im Zeitalter des großen Krieges ganz. Das Erbe Dürer, Holbeins, Grünewalds war vertan; schon wenige Jahrzehnte nach ihrem Tode ist die deutsche Farbenkunst in impotenten Manierismus und öde Nachahmung der Italiener herabgesunken. Nur ein einziger Künstler strebt aus den Niederungen empor: Adam Elsheimer, der, ohne Genossen, es versucht, sich in der Intimität seiner Landschaften den Niederländern zu nähern; aber um ihn und nach ihm blieb alles im Mittelmäßigen stecken. Auch im 18. Jahrhundert brachte der Boden zunächst nur spärlich schöpferische Kräfte hervor, und immer hielten sich die Fürsten, die nach Maßgabe ihrer Mittel den Pariser Glanz nachzuahmen strebten, auswärtige Künstler. Die Deutschen, die mit den bevorzugten Fremden in Wettbewerb treten wollten, konnten nichts anderes tun als sich ihrer Art unterordnen. Deutschland wird eine Provinz der französischen Kunst. Erst am Ende des Jahrhunderts tritt eine Besserung dieser Verhältnisse ein, die freilich auch das Gute mit sich brachten, daß von den Ausländern wieder die vergessenen technisch-handwerklichen Fertigkeiten und die verdorrten Geschmackskeime neu belebt wurden. Gegen das Jahr 1800 hin vollzog sich daher langsam ein Prozeß der Kräftigung und Gesundung. Namentlich im nördlichen Deutschland, das mehr und mehr das Schwergewicht des nationalen Lebens aller Schattierungen auf sich zog, entwickelte sich ein solider, ehrlicher, realistischer Sinn, der allmählich zu nutzen begann, was die Niederländer des 17. Jahrhunderts für die germanische Welt geschaffen hatten, und was deren Vormacht, Deutschland, bisher achtlos hatte beiseite liegen lassen: das unerbittlich ernste, aus dem vertieften modernen Naturgefühl erwachsene, andächtige Studium der Wirklichkeit und ihrer malerischen Phänomene, die Beseelung auch der scheinbar unbedeutendsten Einzelheit der umgebenden Welt durch eine aus dem Innersten quellende Empfindung. Eine bürgerliche Kunst schien in Deutschland erwachsen zu wollen, die energisch das Ziel ins Auge faßte, das Leben des Alltags aus seinen Bedingungen heraus zu verschönen und zu steigern. Ein Porträtist wie Anton Graff, der Wortführer eines eindringlichen und ernsten Realismus, der alle Kraft auf ein psychologisches und malerisches Ergründen seiner Modelle verlegte, zeigte, wohin der Weg gehen sollte. Und ganz besonders prägten sich die Charakterzüge der neuen Kunst, die sich vorbereitete, in dem deutschen Einzelstaat aus, der nun zum Staunen der ganzen Welt in unaufhaltsamem Vorwärtsschreiten zur Vormacht Deutschlands heranwuchs: in Preußen, wo Friedrich der Große als der Erste nach einer endlosen Zeit der Öde dem nationalen Leben wieder Halt und Inhalt gab. Was der Bildhauer Schadow in Verbindung mit einem Stechermeister wie Chodowiecki und mit einer ganzen Schar hervorragender, schlichter Architekten hier schuf, war nichts weniger als das Fundament einer neuen deutschen Kunst von Festigkeit, Kraft, Gesundheit und Eigenart.

Da kam der Anprall der blutigen Kriege der Revolutionszeit und der napoleonischen Epoche mit seinen furchtbaren Folgen für das eben erst erstarkte politische, wirtschaftliche, soziale und künstlerische Leben der Nation. Nur die Elemente des Geistigen, dem durch ein wunderbares Geschenk des Schicksals gerade damals eine unvergleichliche Blüte beschieden war, retteten sich aus der allgemeinen Verwirrung, und die Macht, die Dichtung, Wissenschaft und Philosophie durch diese Sonderstellung erlangten, war so ungeheure, daß sie bald das gesamte Dasein des Landes souverän beherrschten, selbst die politischen Interessen fast verschluckten. Damals entstand jenes

Wort vom „Volk der Dichter und Denker", das eine hochachtungsvolle Verbeugung vermischt mit leiser Ironie war. Der spekulative, theoretisierende, träumerisch-versonnene, ideologische Zug des deutschen Volkscharakters kam zu einer ungebührlichen, ja gefährlichen Vormachtstellung, weil ihm die früher vorhandenen, notwendigen Gegengewichte abhanden kamen.

Die bildende Kunst litt vor allem schwer unter dieser Einseitigkeit. Die Überschätzung des Inhaltlichen, des poetischen, philosophischen, lyrischen und Ideengehalts, die nun einsetzte, verband sich naturgemäß mit einer bedenklichen Nichtachtung der handwerklichen Grundlagen aller künstlerischen Arbeit. Man stellte eine Rangordnung der Maler auf, deren Prinzipien nicht dem einzig in Betracht kommenden Kreise des eigentlichen künstlerischen Könnens, sondern den äußerlichen Rücksichten auf die Themata der Darstellung entnommen waren. Es entstand aus solchen Erwägungen die Ungeheuerlichkeit einer Malerei, die überhaupt keine Malerei mehr war, sondern Zeichnung, und die ganz logisch sich selbst ad absurdum führte, indem sie sich der Farbe fast feindlich gegenüberstellte: die Kartonkunst. Und als diese Kunst der gezeichneten Kompositionsgerüste überwunden war, als die Farbe wieder einen Teil ihrer verlorenen Rechte zurückerobert hatte, blieb eine Malerei des Inhalts obenauf. Historienmalerei, erfundene oder illustrierte Dichtung, auch harmlosere Erzählung, Novelle oder gar Humoreske führten nach wie vor den Reigen. Die „poetische Idee" war noch immer das Zeichen, dem alle sich beugten. Und nur ganz bescheiden, kaum beachtet, im Winkelchen verkrochen, fristete daneben die Kunst ihr Dasein, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, die guten und kräftigen Traditionen des endenden 18. Jahrhunderts aufrecht zu erhalten und fortzubilden. Selbst Berlin ward in den Rausch der Ideenanbetung hineingerissen, und der größte Meister der norddeutschen, preußischen Kunst, der ihre Kräfte den höchsten Leistungen zuführte: Adolph Menzel, konnte sich nur mühsam und in jahrzehntelanger zäher Arbeit zur Anerkennung durchringen, die ihm zum Schluß seines langen Lebens ja gewiß zufiel, aber, wenn wir's bei Licht betrachten, zum beträchtlichen Teil gleichsam aus verkehrten Gründen. Menzel hatte den Berliner Realismus seiner Vorgänger durch sein malerisches Genie fast ohne alle Anregungen von außen — die frühen Einflüsse von Constable und die späteren von Frankreich her sind wohl schwerwiegend, aber nicht ausschlaggebend gewesen — auf eine Stufe emporgehoben, von deren Höhe er die Welt hätte erobern müssen, wenn die Zeitgenossen begriffen hätten, was ihnen hier geboten wurde. Da diese Voraussetzung fehlte, blieb er einsam und ohne Nachfolge, ja zunächst ohne alle Wirkung.

Erst die jüngere Generation, die am Ende des 19. Jahrhunderts auf den Plan trat, erkannte, was damals gesündigt worden war. Und sie nun endlich fand die Anknüpfung an jene Überlieferungen des sterbenden Rokoko, die man seit 1800 aus den Augen verloren hatte. Man durchschaute die Irrwege, die man gegangen, und der ganze Betrieb, zu dem man auf ihnen gelangt war, erschien so rettungslos, daß das Heil nur in einer radikalen Abkehr von allem zu liegen schien, was vorher gesucht und erreicht worden. Aufs neue ward nun die Andacht vor der Natur, vor der absichtslosen Wirklichkeit des Lebens und namentlich die intime, eindringliche, um alle Nebenrücksichten unbekümmerte Beschäftigung mit den Grundproblemen des malerischen Handwerks, mit den Urprinzipien des farbigen Ausdrucks als Parole ausgegeben. Die „poetische Idee" als oberste Instanz ward zum Tempel hinausgejagt, zum Besten der deutschen Kunst, die mehr als die Kunst anderer Völker die Gefahr zu beschwören hat, die in einem solchen Vordrängen des Inhaltlichen ruht, weil die Empfänglichkeit der Gebildeten, seit einem Jahrhundert allzusehr nach der Seite des Abstrakten, Unsinnlichen orientiert, sofort mit schädlicher Eile zugreift. Ein einfaches Zurückgehen aber auf die Zustände und Lehren von 1800 verbot sich der Generation von 1890 ganz von selbst. Zu vieles war inzwischen geschehen. Zu sehr hatten sich das Tempo und die ganze Stimmung des allgemeinen europäischen wie des nationalen deutschen Lebens verändert. Und so suchte man ganz natürlich den Anschluß an die inzwischen fortgeschrittene Kunst des Auslandes. Der Impressionismus

machte in Deutschland seine Aufwartung, der in seiner Heimat Frankreich und den übrigen Ländern, in denen er bisher eingekehrt war, auch nichts anderes bedeutete als eine Fortentwicklung altererbter malerischer Lehren.

Im Auslande wirkte das Credo der Pariser Impressionisten gar nicht so sehr als radikal-revolutionäres Programm, sondern eben als eine logische und organische Weiterbildung des Überkommenen auf der Bahn des Fortschritts. Die Linie, die von Delacroix über Fontainebleau zu Courbet geführt hatte, fand ihre natürliche Fortsetzung in Manet und ließ sich, wie wir inzwischen gesehen haben, ohne Schwierigkeit auch zum Neoimpressionismus der Signac, Seurat und Ryssselberghe, zu Cézanne und Matisse weiterführen. Bei uns gab es eine solche historische Anknüpfung nicht. Der Impressionismus schien in Deutschland zuerst tatsächlich als ein Radikalismus aufzutreten, der gar keine Berechtigung in der geschichtlichen Entwicklung fand und als ausländische Importware in der Luft schwebte. Man sah, auch im Lager der Jüngeren, damals noch nicht, daß die Anfänge des deutschen Realismus im Anfang des Jahrhunderts und zumal Menzel tatsächlich eine Vorstufe der neuesten Bewegung darstellten. Erst später hat die wie auf Verabredung überall einsetzende emsige Erforschung jener Epoche gezeigt, daß auch für Deutschland sehr interessante Zusammenhänge zwischen der älteren und der modernen Kunst nachzuweisen sind, wenngleich gewiß nicht eine so ununterbrochene Kette von ineinandergreifenden Einzelgliedern der historischen Entwicklungsreife. Bevor aber diese Erkenntnis sich Bahn gebrochen, hatten Vertreter der älteren Konvention, die sich mit der seit Jahrzehnten von den Akademien gestempelten und gelehrten Kunst zufriedengaben und jede Erschütterung der bequemen Ordnung haßten, nichts Eiligeres zu tun, als die Generation der Jugend mit Schmähungen zu überschütten, indem sie einfach ihre Zuflucht zu ausländischen Vorbildern als unnational und undeutsch denunzierten. Sie vergaßen dabei nur die Kleinigkeit, daß sie selbst ihre Weisheit ursprünglich auch in der Fremde geholt hatten; daß die akademische Kunst seit fast hundert Jahren sich vom Auslande hatte befruchten lassen, daß erst die Kartonkunst italienischen und antiken Vorbildern, dann die Historienmalerei belgischen und französischen, die Genremalerei englischen Anregungen gefolgt war. Selbst die Kriegs-, Soldaten- und Schlachtenmaler, die sich ihrer Themata wegen so außerordentlich „national" vorkamen, trieben letzten Endes nichts anderes als eine von Frankreich eingeführte Militär- und Kriegsmalerei — selbst wenn sie Szenen aus den Kämpfen von 1870 schilderten! Von einem Zusammenhang dieser neueren Soldatendarstellungen mit den altpreußischen von 1830 und 1840 war ja keine Rede mehr. Wenn man will, könnte man die Sache also mit gutem Grund so darstellen, daß die Akademiker „Ausländerei" trieben, während die jüngeren Modernen wieder auf die besten einheimischen Traditionen zurückgingen. Doch dieser Streit ist müßig. Die Anlehnung an die reiferen Werke einer fremden Kunst kann heute so wenig wie zu Albrecht Dürers Zeit ein Verbrechen oder ein Fehler an sich sein. Die Frage ist nur, wieweit es dem Schüler der Fremde gelingt, seine Persönlichkeit zu bewahren, und inwieweit er in Gefahr gerät, zum Kopisten oder Sklaven herabzusinken.

Als die Maler in München und Berlin sich an dem paysage intime der Fontainebleauer, an dem Realismus Courbets, an der Freilicht- und Freiluftkunst der Manet und Monet zu schulen begannen, als, hauptsächlich unter dem Einfluß Rodins, Meuniers und seiner belgischen Genossen, die Bildnerei sich zu reformieren, impressionistische Gedanken in die Plastik einzuführen und dann im Gegensatz dazu wieder zu reinen Stilgedanken abzuschwenken begann, als die deutschen Architekten der Zuchtrute der historisch-eklektizistischen Baukunst entliefen und eigene neue Formen für die neuen Bedürfnisse der modernen Menschen zu ersinnen suchten, konnte es zuweilen scheinen, als beuge man sich zu tief unter das Vorbild der Ausländer. Heute hat die Entwicklung der letzten Jahrzehnte bereits gezeigt, daß sich aus allen diesen Bestrebungen doch schon wieder deutsche Schulen von ganz bestimmter Eigenart herausgebildet haben. In München wird eine Doppelströmung erkennbar: die eine Gruppe zielt auf gutes, solides, be-

ruhigtes Handwerk, die andere auf flächig-breiten, flotten, ins Dekorative neigenden Vortrag. In Berlin blühte eine deutsche Spielart des Impressionismus auf, die in ihrem massiveren Farbenausdruck, ihren gedrungeneren, derberen koloristischen Kompositionen sich sehr wesentlich vom Pariser Impressionismus und dem anderer Völker abhebt. Daneben aber hat sich gezeigt, daß auch der deutsche Hang zum Phantasieren und Fabulieren, zur Sichtbarmachung verborgener Empfindungswerte und stiller Träumereien noch lebt, ja, daß er in neuer Form wieder erwacht ist und sich verjüngt hat. Arnold Böcklin, der als Kolorist durchaus die Schule des Auslandes studiert und sich zu eigen gemacht, der im Umkreise seiner Motive sich fast ausnahmslos auf fremdem, auf italienischem Boden bewegt, brachte hier neue Formen, neue Möglichkeiten des Ausdrucks, neue, überraschende Bildgedanken an für eine Gefühls- und Phantasiewelt, die wir ihrer ganzen Haltung nach als ein Erzeugnis deutschen Wesens und Geistes auffassen. Anselm Feuerbach versöhnte die stolze Hoheit der griechischen Antike und der italienischen Renaissance mit der grübelnden, sehnsüchtigen Schwermut der modernen germanischen Welt. Hans von Marées wollte die Monumentalmalerei durch die Mittel einer neubelebten Altmeistertechnik als schmückende Raumkunst und zugleich als Spiegel phantastischer Schönheitsträume verjüngen. Und hinter dieser großen Trias, die sich mit titanischer Kraft mühte, die Schläuche der alten Stilkunst mit neuem Wein zu füllen und so ein Gegengewicht gegen das Programm der Realisten zu schaffen, zieht eine stattliche Schar glänzender Mitkämpfer daher. Hans Thoma suchte den Anschluß an die deutsche Volkspoesie. Max Klinger bog in die Pfade der alten Stecher und Zeichner ein, schuf große malerische und plastische Kompositionen von bedeutendem, auch thematisch bedeutendem Gehalt. Aber sie alle haben auf der andern Seite auch teil an der Erneuerung der malerischen Mittel, an der Durchackerung des Handwerkbodens, in der Max Liebermann ein Führer ward. Und hier melden sich bereits die froh begrüßten Vorboten der künftigen deutschen Kunst: die zu solide und gründlich geschult ist, um jemals wieder den Zusammenhang mit den Grundbedingungen künstlerischer Arbeit, mit der Ausbildung des Auges und der Hand zu verlieren, die aber auf der andern Seite diese Mittel auch wieder nutzt, um die deutsche Sehnsucht nach bildlichen Symbolen tiefsten Empfindens und Denkens, Kämpfens und Träumens in neuer formaler Sprache zu befriedigen. Ein kaum übersehbares Heer von Künstlern ist heute an der Arbeit, um diesem Ziele zuzusteuern. Jeder an seinem Teil, soweit die Kraft reicht. In Süd- und Westdeutschland namentlich blühen neue Keime von ungeahnter Anmut und Kraft auf. Tradition und Freiheit, Anknüpfung an Überliefertes und Jugendgeist verbrüdern sich auf allen Spezialgebieten, mit dem größten Erfolge vielleicht in den graphischen Künsten, in der Architektur, die unsere Städte, Dörfer und Landsitze aus allzulanger Verwilderung zu erlösen beginnt, und im Kunstgewerblichen. Daß die Erneuerung des Technischen in den letzten zwanzig Jahren der Allgemeinheit zugute gekommen, erkennen wir deutlich und freudig an der Hebung des Mittelniveaus, das zwar immer noch beträchtlicher weiterer Steigerung fähig ist, das aber in ungeahntem Maße heute schon vorwärts schritt zu einem Zustande, der dem von 1800, später vielleicht dem von 1520 entsprechen könnte. Mit soviel Unverständnis und Mißgunst, radikaler Übertreibung und hartnäckigen Widerständen diese moderne deutsche Kunst der Zukunft auch heute noch zu ringen hat: sie wird kommen und teilhaben an der glorreichen Stellung, die unser großes Volk im Rate der Nationen einnimmt.

Die Machtstellung der deutschen Musik.

Von Professor Dr. **Wilh. Altmann,** Berlin.
Vorsteher der Deutschen Musiksammlung bei der Königl. Bibliothek.

Ein Zweig deutschen Wesens, von dem seit mehr als einem Jahrhundert mit größter Hochachtung und Bewunderung im Ausland gesprochen wird, ist die deutsche Musik. Sie hat sich sogar das Ausland in immer mehr zunehmendem Grade erobert. Dazu rechne ich nicht einmal, daß deutsche Musiklehrer in allen Teilen der Welt anzutreffen sind, auch nicht, daß kaum irgendwo ein Orchester von Bedeutung existiert, in dem deutsche Musiker nicht sitzen, vielmehr habe ich nur die Verbreitung der Werke deutscher Tonheroen im Auge. Selbst Johann Sebastian Bach, dessen Wesen so urdeutsch und dem romanischen Geist so fremd ist, hat in der französischen Hauptstadt festen Fuß gefaßt; ein eigener Verein dient nur dazu, seine Tonwerke in Frankreich bekannt zu machen. Vollends die urgermanische Stoffe behandelnden Musikdramen Richard Wagners sind schon seit Jahren geistiges Eigentum der ganzen zivilisierten Welt geworden und werden in zahlreichen fremden Sprachen aufgeführt, obwohl die eigenartigen Dichtungen des Bayreuther Meisters zunächst jede Übersetzung auszuschließen schienen. Selbst die herbe, echt deutsche Art eines Johannes Brahms beginnt allmählich im Auslande Verständnis zu finden, wohin natürlich die Musikdramen unseres Richard Strauß, des heute am meisten berühmten der lebenden Tonsetzer, sehr bald gedrungen sind.

Angesichts dieser großen Erfolge der deutschen Musik im Auslande kann man beinahe zu der Meinung kommen, daß sie durchaus international ist, zumal es ungemein schwierig, ja fast unmöglich erscheint, kurz festzustellen, worin das Eigentümliche der deutschen Musik besteht; wurzelt sie doch auch auf italienischem Boden, hat doch selbst ein Georg Friedrich Händel ohne Gewissensskrupeln für manches seiner Werke eine italienische Vorlage benutzt. Wenn auch andere Länder, d. h. eigentlich nur Italien und Frankreich, neuerdings Skandinavien und Rußland, bedeutende Tonsetzer hervorgebracht haben, so beruht das Übergewicht der deutschen Musik doch unstreitig darauf, daß eine so große Anzahl von Meistern, die Tonwerke von bleibender Bedeutung geschaffen haben, eben nur in deutschen Landen, wozu auch Österreich gerechnet werden muß, zu finden ist. Es ist kaum zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß in den Werken der deutschen Klassiker die absolute Musik einen Höhepunkt erreicht hat, der kaum noch überschritten werden kann, und daß diese Werke, denen außer dem tiefen geistigen Inhalt auch die größte Formvollendung nachzurühmen ist, einen tiefgehenden, bildenden und veredelnden Einfluß auf die Menschheit ausüben.

Diesen Einfluß zu untergraben, wird leider in unserer Zeit mehr denn je versucht; Klingklang, bloßes Ohrengetändel, das geisttötend wirkt und den guten Geschmack verdirbt, hat es freilich schon zu den Zeiten der Klassiker gegeben. Sicherlich brauchen wir auch erfrischende, in der Hauptsache der Unterhaltung dienende Volksmusik, aber daß die im wesentlichen nur die sinnlichen Instinkte anreizende Wiener Operettenmusik unserer Tage namentlich durch ihre süßliche, falsche Sentimentalität eine Gefahr für das deutsche Gemüt und die deutsche Musik bedeutet, kann doch kaum mehr bestritten werden.

Eine weitere Gefahr, die der deutschen Musik droht, scheint mir darin zu liegen,

daß, während einzelne andere Länder, in erster Linie Frankreich und Rußland, neuerdings sehr stark ihrer Musik einen nationalen Charakter einzuprägen suchen, unsere Tonsetzer jetzt zu wenig Eigenart aufweisen. Doch vorläufig haben wir, wenn auch nicht eine Fülle überragender Persönlichkeiten, so doch große, starke Talente unter unserem musikalischen Nachwuchs, vorläufig haben auch unsere Klassiker noch lange nicht ausgespielt, so daß an ein Ende der Weltherrschaft der deutschen Musik noch lange nicht zu denken ist.

Vor allem steht noch, ähnlich wie eine ägyptische Pyramide, Johann Sebastian Bach da; es sei nur an seine Matthäuspassion und seine H-moll-Messe erinnert. Ehrfurchtsvoll beugen wir uns auch heute noch vor der Größe Händels, die uns in einigen seiner Oratorien oder selbst in seiner A-dur-Violin-Sonate entgegentritt. Wer möchte auch heute schon Haydns sonnige Fröhlichkeit vermissen, die in seinen zahlreichen Sinfonien und Streichquartetten, vor allem auch in seinen beiden Oratorien (Die Schöpfung und Die Jahreszeiten) entgegentritt? Mehr Mozart wird von allen Seiten heute mehr denn je gefordert. Kaum wird es wieder einmal einen Tondichter geben, der so zu unserem Herzen spricht wie Mozart, der oft unter Tränen uns so reizend anlächelt. Wir können getrost den größten Teil seiner mehr als 700 Kompositionen preisgeben; seine Entführung aus dem Serail, seine Zauberflöte, seine beiden italienischen Opern Figaros Hochzeit und Don Juan, sein Requiem, einige seiner Symphonien, Streichquartette und Quintette lassen wir uns nicht rauben. Wer sollte vollends behaupten, daß Zeiten kommen sollten, in denen das Genie Beethovens seine Macht über die Menschheit verlieren könnte! Selbst jene seiner Werke, in denen er seiner Zeit vorausgeeilt ist und schier überirdische Ideen entwickelt, seine letzten Streichquartette, seine neunte Symphonie, seine Missa solemnis sind heute beinahe populär geworden. Seine Größe erscheint am gewaltigsten und unmittelbarsten in seinen langsamen Sätzen. Ihm verdanken wir auch das hohe Lied der Gattenliebe: seine einzige Oper Fidelio ist auch ein einzigartiges Kleinod, doch bedeutet die Instrumentalmusik den Höhepunkt in seinem Schaffen.

Auf diese fünf großen Meister, denen als sechster Gluck wohl noch angereiht werden darf, wenngleich er leider an Bedeutung für die Jetztzeit erheblich eingebüßt hat, folgte die Periode der Romantiker, die in der Musikgeschichte eines der reizvollsten Kapitel bildet und in ihren letzten Ausläufern bis in die Gegenwart hinübergreift. Franz Schubert erhob die Liedkomposition zu einer bis dahin kaum erreichten Bedeutung, schenkte uns aber auch in Kammermusikwerken (den beiden Klaviertrios, den Streichquartetten in a-moll, G-dur und d-moll) und in den Symphonien (C-dur und unvollendete h-moll) Werke von bleibender Bedeutung, insbesondere von einem Melodienreichtum sondergleichen. Das Genie des wie Schubert viel zu früh der Kunst entrissenen Felix-Mendelssohn-Bartholdy schuf die eigenartige Elfenmusik des Sommernachtstraums und die beiden Oratorien Paulus und Elias, die besonders in England ungemein populär wurden und dort geradezu eine Bresche in die unbezwingbare Mauer der Händelverehrung legten. Er ist auch der Schöpfer einer besonderen Gattung von Klavierstücken, der sogenannten Lieder ohne Worte, und hat auch große Verdienste auf dem Gebiet des Männerchorliedes, doch ist sein Stern heute schon sehr verblaßt. Dagegen hat Robert Schumann, der der Klaviermusik neue Bahnen gewiesen und die Liedkomposition verfeinert hat, auch auf dem Gebiet der Kammermusik recht glücklich gewesen ist, neuerdings wieder erheblich an Wertschätzung gewonnen. Während diese drei Romantiker aber als dramatische Komponisten keine Lorbeeren erringen konnten, erhielt die deutsche Oper durch Karl Maria von Weber, dessen Freischütz die populärste Oper geworden ist, und Heinrich Marschner die nachhaltigste Förderung. An beide knüpfte Richard Wagner an, der größte dramatische Komponist, den nicht bloß Deutschland, sondern auch überhaupt die Welt hervorgebracht hat. Selbst sein Lohengrin wäre ohne Webers leider durch das schlechte Textbuch nicht mehr recht lebensfähige Euryanthe kaum denkbar.

Wagner war es vorbehalten, in einem Zeitraum von etwa dreißig Jahren eine vollständige musikalische Umwälzung herbeizuführen; auch heute noch beherrscht er unser ganzes Musikleben so sehr, daß selbst kleinere Opernbühnen eine Ehre darin setzen, sogar sein größtes Werk, den Ring des Nibelungen, mit möglichster Vollkommenheit zu geben. Freilich das von ihm aufgestellte Dogma von dem Gesamtkunstwerk, von dem Musikdrama in seiner größten Vollendung hat er selbst auf die Dauer nicht aufrecht erhalten; bedeuten doch seine Meistersinger von Nürnberg, sicherlich sein reifstes und auch erfindungsreichstes Bühnenwerk, eine Rückkehr zu der alten Opernform, und auch im Parsifal, seinem Testament an die deutsche Nation, hat er die im Tristan und dem Ring des Nibelungen niedergelegte Ausführung seiner Theorien wieder aufgegeben. Darauf, daß er nicht bloß ein Musiker, sondern auch ein hochbedeutender Dichter und zwar ein wirklich dramatischer war, beruht das ungeheure Übergewicht, daß seine Bühnenwerke erlangt haben und sicherlich noch mehr als ein Jahrhundert behaupten werden. Niemand hat auch vor ihm eine so wundervoll klingende Orchesterbehandlung gezeigt, wenn auch zugegeben werden muß, daß er darin manches seinem Freunde Franz Liszt verdankt, der überhaupt in den Entwicklungsgang der deutschen Musik sehr fördernd eingegriffen hat und trotz seiner ungarischen Herkunft als deutscher Tonsetzer betrachtet werden darf.

Von den Zeitgenossen Wagners, die Opern komponiert haben, ohne von ihm irgend beeinflußt zu sein, seien aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts der in seiner Art gar nicht unbedeutende, freilich philiströse Albert Lortzing und der geniale Otto Nicolai genannt, dessen Lustige Weiber von Windsor selbst nicht von dem geradezu eine neue Epoche in der Geschichte der komischen Oper bedeutenden Falstaff von Verdi bisher verdrängt worden sind. In bewußtem Gegensatz zu Wagner schuf dessen jüngerer Freund Peter Cornelius seinen entzückenden Barbier von Bagdad, der freilich nur für musikalische Feinschmecker ist. Alle diejenigen, die Wagner direkt nachzuahmen versuchten, erlitten aber dabei kläglich Schiffbruch. Nicht sehr erfreulich ist infolgedessen das Ergebnis einer Betrachtung der deutschen Oper nach Wagner. Soll man zu deren Vertretern auch den in Wien heimisch gewordenen Komponisten der Königin von Saba, den Ungarn Karl Goldmark rechnen? Soll man Edmund Kretschmer, dessen Folkunger über zahlreiche Bühnen gegangen sind, noch erwähnen? Viel lieber gedenke ich der Bezähmten Widerspenstigen des allzufrüh verstorbenen Hermann Götz, obwohl diese feine komische Oper sich nie recht eingebürgert hat. Etwas besser sieht es in neuester Zeit aus. Ein eigenartiges Opernwerk, in dem nach dem Vorbilde von Cornelius die kontrapunktischen Kunstformen des Kanons und der Fuge in feinster und geistvollster Weise verwertet sind, ist Anton Urspruchs komische Oper Das Unmöglichste von Allem. Einzigartig schön und von nachhaltiger Wirkung ist Engelbert Humperdincks an das Volkslied anknüpfende Oper Hänsel und Gretel, wenngleich dieser Märchenstoff zu sehr mit den Künsten des Kontrapunkts beschwert ist. Als recht ansprechende Volksoper sei Kienzls Evangelimann erwähnt. Mit schwerem Geschütz ziehen der „Spätling der Romantik" Hans Pfitzner, in dem manche den bedeutendsten Musikdramatiker nach Wagner erblicken (Der arme Heinrich, Die Rose vom Liebesgarten) und Max Schillings auf; des letzteren heiteres Bühnenwerk Der Pfeifertag scheint mir freilich weit beachtenswerter als sein die Ganztonleiter bevorzugender Moloch. Nach seinem Lobetanz zu schließen hätte der zu früh der Kunst entrissene Ludwig Thuille vielleicht doch noch als Opernkomponist Bedeutung gewinnen können. Sehr viel Reizvolles hat Emil Nicolaus von Reznicek, der trotz seines slawischen Namens doch als Deutscher zu betrachten ist, in seiner Donna Diana geschaffen. Auch Leo Blechs Versiegelt wird recht geschätzt, von Kennern noch mehr Eugen d'Alberts Abreise, wogegen dessen Tiefland, der größte Opernerfolg der Neuzeit, zu sehr im Fahrwasser der Neuitaliener, besonders Puccinis, segelt. Ein vielversprechendes Talent scheint Eduard Künnecke (Robins Ende) zu sein. Auf neuen Bahnen wandeln aber kaum selbst Pfitzner und Schillings, wohl aber Richard Strauß in seiner Salome und Elektra. Mit vollem Bewußtsein will er über Richard

Wagner hinaus. Was ein raffinierter Geist an Instrumentaleffekten nur ausklügeln kann, ist in beiden Werken angehäuft, die einen kolossalen Orchesterapparat erfordern, auch wird das Ohr durch die verwegensten Akkorde und Akkordfolgen in einem fort alteriert: Technik und Kopfarbeit triumphieren, das Herz aber geht leer aus, da die eigentliche Erfindung nur schwach ist; sicherlich sind die Grenzen der musikalischen Schönheit in diesen beiden Musikdramen oft überschritten, wenngleich es ihnen natürlich auch an Lichtblicken nicht fehlt. Ich habe leider den Eindruck, daß Richard Strauß nur sehen will, was er alles dem Publikum bieten darf, und daß er dem Sensationskitzel gar zu sehr huldigt. Ich bedaure dies um so mehr, als ich ihn trotz allem für ein Genie halte, mich an den von ihm jetzt verleugneten Kammermusikwerken seiner Jugend erfreue, eine Anzahl seiner Lieder, seine symphonischen Dichtungen Don Juan, Tod und Verklärung, Till Eulenspiegel für epochemachend halte. In diesen symphonischen Dichtungen zeigt sich deutlich der Einfluß Liszts, des Vorkämpfers der Programmusik, den sein Lehrer Alexander Ritter dem jungen Strauß vermittelt hatte. Derselbe Einfluß ist auch zu spüren bei Paul Geisler, der die großen, ihm namentlich auf Grund seiner symphonischen Dichtung Der Rattenfänger von Hameln entgegengebrachten Erwartungen nicht erfüllt hat, ferner bei Jean Louis Nicode, dessen Gloria-Symphonie höchst beachtenswert ist, bei Sigmund von Hausegger (Symphonie Barbarossa). Als Straußianer sind auch bemerkenswert Ernst Böhe, Hermann Bischoff und Gustav Brecher.

Mit der Erwähnung dieser symphonischen Dichter bin ich aber unwillkürlich vorausgeeilt. Es hat auch nicht an Versuchen gefehlt, an der von Beethoven auf das höchste ausgebildeten Form der Symphonie festzuhalten. Zunächst versuchte dies Robert Schumann; was ihm aber nicht recht gelang, vollendete Johannes Brahms, dessen erste grandiose Symphonie, die Arbeit vieler Jahre, mit Recht als die 10. Beethovensche bezeichnet worden ist. In gewissem Sinne hat auch der Wagnerianer Anton Bruckner das Höchste erreicht, was die Symphonie nach Beethoven überhaupt noch erzielen konnte; leider fehlt so manchem Satze seiner meist ungemein ausgedehnten Symphonien die gar zu nötige formale Geschlossenheit, zudem sind auch von ihm die einzelnen Themen zu wenig miteinander in Verbindung gebracht worden. Auf diesem österreichischen Meister, der im Leben stets ein weltfremdes Kind geblieben ist und doch die wunderbarsten musikalischen Einfälle gehabt hat, fußt der Deutsch-Böhme Gustav Mahler; er hat zwar seiner ersten Symphonie ursprünglich noch ein Programm beigegeben, aber bald als ein grundsätzlicher Gegner der Programmusik sich bekannt. Für seine Symphonien, von denen die neunte und zehnte noch unveröffentlicht sind, braucht er meist einen recht großen Apparat, der in der achten (mit großen Doppelchören) bis ins Ungeheure gesteigert worden ist, so daß man versucht ist, die oft aufgeworfene Frage, ob bei ihm der geistige Inhalt wirklich diese äußeren Mittel nötig erscheinen lasse, zu verneinen; auf jeden Fall aber ist er eine der interessantesten musikalischen Persönlichkeiten der Gegenwart.

An seine achte Symphonie, die ja eigentlich ein großes Chorwerk ist, knüpfen wir eine Übersicht über die bedeutendsten Chorwerke, die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden sind. Soweit sie geistlicher Art sind, überragt sie alle das deutsche Requiem von Brahms, das geradezu erschütternd, aber auch tröstend wirkt. Brahms, der eine tiefreligiöse Persönlichkeit gewesen ist, hat übrigens auch in seinem Schicksalslied, in der Nänie, in dem Gesang der Parzen herrliche Chorwerke kleineren Umfangs geschaffen. Sehr nahe kommt Friedrich Kiel besonders in seinem Christus dem Ideale eines Oratoriums, aber auch seine anderen geistlichen Chorwerke verdienen nachhaltige Beachtung. Dies gilt auch von den Chorwerken seines Nachfolgers auf dem Berliner Lehrstuhle, Heinrich von Herzogenberg. Recht eigenartig ist Philipp Wolfrums Weihnachtsmysterium. Zu nennen ist auch des Protestanten Albert Beckers B-moll-Messe. Als ein würdiges Seitenstück zu dem Brahmsschen Requiem ist neuerdings Otto Taubmanns Deutsche Messe erkannt worden. Max Reger, den man auch

wegen seiner Orgelkompositionen den modernen Bach genannt hat, sei namentlich wegen seines 100. Psalms hier angeführt, desgleichen auch Walter Braunfels wegen seiner Vertonung des 6. Kapitels der Offenbarung Johannis. Nicht auf solcher Höhe wie die evangelische geistliche Musik steht die katholische; als ihr bestes Erzeugnis aus der hier behandelten Zeit muß Friedrich Kloses d-moll-Messe angesehen werden. Unter den weltliche Stoffe behandelnden größeren Chorwerken ragen die von Max Bruch hervor, besonders dessen Odysseus, Achilleus und sein Lied von der Glocke; Bruch, dem wir auch drei gewaltige Messensätze und eine herrliche Osterkantate verdanken, ist übrigens auch als Komponist sehr gelungener Violinkonzerte in weiteren Kreisen bekannt geworden. Er ist ein ausgesprochener Apostel der Schönheit in der Musik. Neben ihm seien ihrer Chöre wegen auch Wilhelm Berger, Felix Woyrsch und Anton Urspruch (Frühlingsode) genannt.

Ungemein rege ist die Liedproduktion. Mag auch Brahms darin im wesentlichen nicht über Schumann hinausgegangen sein, so gehören seine Lieder doch mit zu den schönsten, die je geschrieben sind. Auch Richard Strauß kann, wie schon erwähnt, mit herrlichster Lyrik aufwarten. Als Schöpfer des modernen Liedes wird aber besonders Hugo Wolf gepriesen. Sicherlich interpretiert er jedes Gedicht in durchaus eigenartiger persönlicher Weise, sicherlich vertont er auch nur solche Gedichte, die ihm innerlich völlig nahe stehen, aber von der oft wünschenswerten Schlichtheit und Natürlichkeit hat er sich doch häufig entfernt. Für die Ewigkeit dürften nicht allzuviele seiner Lieder in Betracht kommen; man überschätzt ihn entschieden, wenn man ihn den Wagner des Liedes nennt. Recht beachtenswert sind auch viele Lieder Robert Kahns, Eugen d'Alberts, Hans Pfitzners, Felix Weingartners und vor allem Max Regers. Auf die Gefahr hin, manchem der genannten zu viel Ehre zu erweisen, nenne ich noch von lebenden Tonsetzern als Liederkomponisten Siegmund von Hausegger, Arnold Mendelssohn, Julius Weismann, Walther Courvoisier, Hermann Bischoff, Konrad Ansorge, Max Marschalk, Fritz Fleck, Clemens Schmalstich, Theodor Streicher, Otto Vrieslander, Eugen Lindner, Hugo Kaun, Hermann Zilcher.

Recht erfreulich sieht es auch auf dem Gebiet der Kammermusik aus, auf dem die Deutschen ja von jeher Bedeutendes geleistet haben. Auf stolzer Höhe, unerreicht in Inhalt und Form, steht Johannes Brahms da; allein schon seine beiden Streichsextette würden ihn unsterblich machen, dazu kommen aber noch drei Streichquartette, drei Streichquintette (das dritte mit Klarinette), ein Klavierquintett, drei Klavierquartette, fünf Klaviertrios, drei Violin-, zwei Violoncell- und zwei Klarinetten-Sonaten, alles Werke, die über jedes Lob erhaben sind und ihresgleichen suchen. Auf Brahms fußt namentlich in seinen Jugendwerken Max Reger, dessen Proteusnatur, dessen Vorliebe, uns Rätsel aufzugeben, noch keinen sicheren Schluß auf seine Bedeutung zuläßt; immerhin darf man ihn eher zu hoch als zu tief einschätzen. Hindernd auf die Verbreitung seiner Werke wirkt ihre oft ungeheure Breite und die daraus entstehende Unübersichtlichkeit; überhaupt steht der ungemein viel und vielseitig schreibende Komponist seinem Schaffen oft zu kritiklos gegenüber. Trotz allen diesen Ausstellungen darf aber nicht bestritten werden, daß er neben Richard Strauß der bedeutendste deutsche Musiker der Gegenwart ist. Durchaus von Brahms abhängig erscheinen uns die Kammermusikwerke des feinsinnigen und formvollendeten Heinrich von Herzogenberg und des Prinzen Heinrich XXIV. Reuß j. L. Entfernt hat sich aber allmählich von Brahms der zum Deutschen gewordene Russe Paul Juon, der neuerdings immer mehr Anregung aus der Volksmusik seiner Heimat schöpft. Recht beachtenswerte Kammermusikwerke hat auch Friedrich Gernsheim geschaffen, der sich auch gern zu der Gefolgschaft von Brahms bekennt. Dagegen ist Friedrich Kiel ein bewußter Beethoven-Epigone; seine an sich herrlichen Schöpfungen werden hoffentlich noch einmal ihre volle Würdigung finden; besonders die Brahmsfreunde sollten auch Kiel in ihr Herz einschließen. Die ihm gebührende Beachtung hat auch bisher leider Felix Draesecke für seine Kammermusik nicht gefunden. Dagegen können sich Robert Kahn, Hugo Kaun,

Leo Schrattenholz und selbst Felix Weingartner nicht darüber beklagen, daß ihre Kammermusikwerke bei den Zeitgenossen unbeachtet geblieben sind.

Recht erschwert ist ein Überblick über die deutsche Musik, die auch für Klavier allein viele schöne Werke hervorgebracht hat, dadurch, daß fast jeder Tonsetzer mehrere Gebiete der Musik sich zu erobern sucht, daß fast keiner sich ausschließlich z. B. auf die Oper oder die Symphonie beschränkt.

Fragen wir uns schließlich noch, ob ein wirkliches, unaufhörliches Vorwärtsschreiten in der deutschen Musik wahrzunehmen ist, so müssen wir diese Frage doch wohl verneinen. Über Beethoven auf der einen und Wagner auf der anderen Seite sind wir im wesentlichen nicht hinausgekommen. Der sogenannte Fortschritt, den man oft wahrzunehmen geglaubt hat, erweist sich im Grunde genommen meist nur als Modekrankheit. Zwar die Technik ist wesentlich verfeinert, die Ausdrucksformen sind gesteigert worden, allein diese Fortschritte werden durch stilistische Ungeheuerlichkeiten und durch das übertriebene Aufgebot äußerer Mittel wieder in Frage gestellt. Sicherlich berechtigt ist der Ruf nach größerer Einfachheit.

Nicht vergessen sei endlich der große Anteil, den der deutsche Musikverlag an der Entwicklung der deutschen Musik genommen hat. Manches junge Talent hat durch die Herren Verleger wesentliche Förderung erfahren. Auf ihre Initiative ist auch die Begründung der Deutschen Musiksammlung bei der Königlichen Bibliothek in Berlin (1906) zurückzuführen, in der planmäßig die immer mehr anschwellende musikalische Literatur gesammelt wird.

Nach außen tritt die Machtstellung der deutschen Musik am kraftvollsten hervor in der Tatsache, daß jeder ausländische Musiker von Ruf in der Hauptstadt des Deutschen Reiches zu Worte zu kommen sucht, ferner auch in den mancherlei Konzertveranstaltungen, die auch an kleineren Orten stattfinden, und die ihren Höhepunkt in den großen Musikfesten erreichen. Die Zahl der Vereine, in denen Musik gepflegt wird, ist überaus groß; allein die Männergesangvereine dürften sich in Deutschland auf rund 20000 belaufen. So erfreulich es an sich ist, daß selbst in Dörfern solche Vereine sich mehr und mehr bilden, so geschmackverderbend ist leider oft die besonders von den kleinen Vereinen gepflegte Chorliteratur. Diese kleinen Vereine haben nur selten ein Verständnis dafür, was Friedrich Silcher, Ludwig Erk und Franz Magnus Böhme für die Wiederbelebung des deutschen Volksliedes getan haben. Auch ihnen die Schätze bester Musik näher zu bringen, dient das Volksliederbuch für Männerchor, das auf Veranlassung Kaiser Wilhelms II. von Sachverständigen herausgegeben worden ist, nachdem er bereits durch Einführung von Gesangswettstreiten der Männerchöre (erster zu Kassel 1899) diese zu höherer Leistungsfähigkeit angespornt hatte. Im Zusammenhange mit diesen Gesangswettstreiten erfolgte die Erbauung der ungefähr 18000 Personen Platz bietenden Riesenfesthalle in Frankfurt a. M. (durch Thiersch-München), die bei Gelegenheit des dritten Wettstreits im Jahre 1909 in Gegenwart des Kaisers eingeweiht wurde und äußerlich die Machtstellung der deutschen Musik aufs glücklichste versinnbildlicht.

Das deutsche Kunstgewerbe.

Von Dr. **Peter Jessen,** Berlin.
Direktor am Königlichen Kunstgewerbe-Museum.

Wenn nicht alles trügt, wird das Jahr 1910 für das deutsche Kunstgewerbe ein Jahr der Erfüllung nach langen Verheißungen werden. Auf der Weltausstellung in Brüssel gibt Deutschland zum erstenmal vor den Augen Europas ein einheitliches Bild der heißen Arbeit, die sein Kunstgewerbe seit fünfzehn Jahren leidenschaftlich erregt. Nicht beirrt durch Widerstände von oben und von unten, ungeachtet der Abgunst mancher einflußreichen Kreise und trotz vieler Mißverständnisse, die sich nur langsam klären, steht die deutsche Ausstellung entschlossen im Zeichen der neuen, jugendfrischen Bestrebungen. Dieser erste Sieg wird die Grundlagen der jungen Bewegung verbreitern und vertiefen und zu weiteren Erfolgen aufwärts führen.

Das neue deutsche Kunstgewerbe kämpft nicht nur um die einmütige Anerkennung bei den eigenen Landsleuten, sondern um die Geltung des deutschen Geschmacks vor der ganzen Welt. Das Ziel ist nicht, daheim oder auf dem Weltmarkt Gewinne einzuheimsen, sondern dem deutschen Namen auf den Gebieten anschaulicher Kultur endlich die Stellung zu erobern, die einer Weltmacht würdig ist. Über das Ansehen der Kunst entscheiden heute nicht vorwiegend die Werke der Maler und Bildhauer; was diese der Natur abgewinnen oder aus freier Phantasie gestalten, erschöpft nicht das künstlerische Sehnen unserer Zeit. An Umfang und Lebenskraft mächtiger ist das, was die Kunst als Ausdruck der Nutzwerte unserer Zeit gestaltet. Nie zuvor sind Länder und Städte durch Menschensinn und Menschenhand so gewaltig umgeformt worden wie heute. Was der moderne Verkehr und die hastende Industrie, was die Wohn- und Luxusbedürfnisse der Massen und des einzelnen von den Ingenieuren und Architekten und den mit ihnen verbündeten Gewerben verlangen, hat keine Vorzeit sich geträumt. Für den Bedarf aller Stände sind in Haus und Wohnung, an Gerät und Kleidung Ansprüche entstanden, die zu befriedigen Millionen von Händen und Tausende von Köpfen arbeiten. Diesen zahllosen Gebilden unserer Zeit vom Großen bis ins Kleine Gestalt zu geben, Formen und Farben, die das Auge anmuten und zum Herzen sprechen, ist das hohe Ziel der Anschauungskultur. Was wir früher für den kleineren Kreis Förderung des Kunstgewerbes nannten, wächst mehr und mehr in diese weite, große Aufgabe hinüber. Diese Geschmacksarbeit zu organisieren, die Fülle der Mitarbeiter auf das gemeinsame Ziel zu richten, Schaffer und Verbraucher, Handwerker und Künstler, Geschäftsleute und Idealisten zu vereinigen, ist die Sehnsucht der Besten. Nur in diesem weiten Sinne aufgefaßt, können die Versuche und Ergebnisse des heutigen deutschen Kunstgewerbes verstanden und gewürdigt werden.

Die Pflege des Kunstgewerbes, auch im engeren Sinne des Wortes, ist ein Problem erst des 19. Jahrhunderts. Einst auf der Stufe der primitiven Hauswirtschaft oder in den beneidenswerten Zeiten, da das Handwerk im engen Bunde mit seinen Bestellern, der Kirche, den Fürsten, den Bürgern, sich in sicherer Tradition stetig weiter bildete, hat man systematischer Förderung nicht bedurft. Aber das Jahrhundert der Naturwissenschaften und der Technik hat jählings eine solche Flut unbekannter Stoffe, neuer Maschinen, verwickelter Wirtschaftsformen herausgeführt, daß alle alten Grundlagen ins Wanken gerieten. Der Handwerker verlernte seine uralten Techniken und über-

lieferten Formen; der Fabrikant mußte froh sein, wenn für seine traditionslose Massenarbeit gewandte Zeichner einigen Zierat zu Papier brachten; die Künstler lernten die Aufgaben des Tages zu verachten und nur im weltfremden Bereich akademischer Ideale sich auszuleben. Die Früchte dieser Zustände für Handwerk und Kunst traten auf der ersten Weltausstellung 1851 in London vor aller Augen. Hier setzte die planmäßige Pflege des Kunstgewerbes ein, in England schon durch ältere Kunstreformer vorbereitet. Was Gottfried Semper während seines Exiles in London theoretisch und praktisch erfocht, ward bald auch für Deutschland zum Vorbild.

An dem begeisterten Aufschwung aller deutschen Volkskräfte nach dem großen Kriege und der Gründung des Reichs hatte auch das Kunstgewerbe starken Anteil. Die plötzliche Steigerung des Wohlstandes, die machtvoll einsetzende Baukunst, der erhöhte Luxus und Komfort im Leben des einzelnen, stellten Aufgaben, die das bescheidene deutsche Bürgertum bis dahin nicht gekannt hatte. Um sie zu fördern, entstanden eine Fülle neuer Organe, Museen, Schulen, Vereine, Zeitschriften. Man folgte dem historisch geschulten, rückwärts gerichteten Geiste der deutschen Bildung, wenn man zur Grundlage der Formen für das neue Kunstgewerbe die alten Vorbilder wählte. Den Patrioten sagte es zu, daß an die einstige Blüte deutscher Bürgerkunst, die Renaissance des 16. Jahrhunderts, angeknüpft wurde, nicht lediglich antiquarisch, sondern immerhin durch lebensvolle Vermittlung begabter künstlerischer Kräfte; als Mittelpunkt erwies sich München, das seit 1876 in einer glänzenden Ausstellung Kunst und Kunstgewerbe, Altes und Neues, Reichsdeutschland und Österreich zu vereinigen wußte. In den siebziger und achtziger Jahren hat das Handwerk wieder Fühlung gewonnen mit den alten Techniken, hat die junge Kunstindustrie ihre ersten Schritte gewagt; unter dem Zeichen des „Altdeutschen" ward die „Kunst im Hause" zu einem Losungswort bei Fürsten und Bürgern.

Allein nur zu schnell trat auch die Kehrseite dieses frohen Überschwanges ans Licht. Die alten Vorbilder wurden mehr äußerlich als ihrem inneren Werte nach verstanden. Die Industrie suchte Gewinn und Ehre großenteils in oberflächlicher Massenware und mußte 1876 das harte Urteil „billig und schlecht" als stellenweise nicht unverdient hinnehmen. Die neueren Schichten der Käufer waren weder technisch noch sachlich erzogen und leisteten vielfach dem hohlen Luxus Vorschub. In den Fachschulen zog die deutsche Gründlichkeit, der die Gefahr pedantischer Übertreibung innewohnt, ein enges, der freien Kunst abgewandtes Spezialistentum groß. Durch den hastigen Wechsel der Moden wuchs die Verwirrung; es war kein Gewinn, daß statt der alten heimischen Vorbilder man jetzt bei der fremdartigen Kunst der französischen Königsstile Heil suchte. Wer um das Jahr 1895 die Bilanz 25-jähriger Arbeit im deutschen Kunstgewerbe zog, konnte sich keines reinen Ergebnisses freuen.

Und gerade damals ward es in Deutschland bekannt, wie sieghaft soeben starke besonnene Handwerkskünstler dem englischen Haus und seiner Kunst neue Grundlagen gewonnen hatten. Ruskins hinreißende Predigten, William Morris' tiefgründende Werkarbeit, die Geschmacksdisziplin begabter Hausbaukünstler hatten in aller Stille eine Reform heraufgeführt, die das Widerspiel zum formalistischen Überschwang des deutschen Kunstgewerbes bildete. Echte Stoffe, gediegene Techniken, gesunde Konstruktionen und bescheidene Formgebung, vom Alten befruchtet, aber nicht überwuchert: das war durch alle Gewerke und alle Probleme des Hausbaues und seiner Ausstattung durchgeführt worden. Aus einzelnen Arbeitsgebieten des nordamerikanischen Kunstgewerbes kam gleiche Kunde. Und schon erfuhr man, daß in Belgien einige kühne Neuerer sich nach gleichen Grundsätzen versuchten.

Jetzt lag die Gefahr nahe, daß unser Kunstgewerbe statt der historischen Stile die äußeren Formen der Engländer nachmache. Die Industrie war geschwind bei der Hand. Aber wir dürfen es der deutschen Bildung zugute halten, daß sie bald begriff, nicht die Formen, sondern der Geist und die Methode seien es, was wir lernen müßten; die Grundsätze und vor allem die Verteilung der persönlichen Kräfte. Die Reform des eng-

lischen Kunstgewerbes war das Werk der Künstler, die in Handwerk und Industrie willige Helfer gefunden hatten. Auch für das deutsche Kunstgewerbe gab es nur eine Rettung: neue Kräfte herausheben und ans Werk setzen.

Schon waren, besonders auf dem Gebiete der Graphik, einzelne jüngere deutsche Künstler aus eigenem Antrieb auf neuen Pfaden tätig. Sie fanden 1895 in der Zeitschrift „Pan" einen ersten Mittelpunkt im Anschluß an schon erprobte reife Kräfte. Max Klingers ergreifende Phantasien, Hans Thomas volksmäßige Weisen, Ludwig von Hofmanns farbenfrohe Dekorationen, Leistikows großzügige Stilisierungen begegneten sich mit den durchdringenden Beobachtungen Max Liebermanns und mit dekorativen Versuchen junger Kräfte, die am japanischen Farbenholzschnitt ihren Sinn für Flächenkunst oder an Dürer ihren Zeichenstil geschult hatten. Im folgenden Jahre setzte Georg Hirth in der Münchener „Jugend" den vielen jugendfrischen Talenten einen neuen Mittelpunkt. Jetzt kam es darauf an, daß das Wollen, das zunächst nur auf dem Papier niedergelegt war, sich in werkmäßige Wirklichkeit umsetzte. Das geschah von verschiedenen Stellen aus, meist unabhängig voneinander. Otto Eckmann hatte Knüpfteppiche für die Webeschule in Scherrebek entworfen; Wand an Wand mit ihm ließ Hermann Obrist köstliche Stickereien ausführen, ohne daß einer vom andern wußte. Auf der Dresdener Kunstausstellung wagte man die ersten revolutionären Zimmer von Henry van de Velde vorzuführen, durch die er, damals noch in Brüssel, der Möbelkunst auf dem Kontinent die Bahn brach. 1897 setzte auch in München eine kleine Gruppe von Architekten, Bildhauern und Malern es durch, daß im Glaspalast unter Theodor Fischers Führung in zwei bescheidenen Zimmern ihre ersten Versuche neuer kunstgewerblicher Gestaltung zugelassen wurden, und schnell fanden sich im Kreise der Münchener Künstler nicht nur Erfinder, sondern auch kühne Organisatoren, die unter mutigen persönlichen Opfern den jungen Talenten Gelegenheit zu weiterer Arbeit gaben. Schon drei Jahre später, auf der Pariser Weltausstellung 1900, waren es die Werke der neuen deutschen Handwerkskunst, die der sorgfältig und energisch vorbereiteten deutschen Abteilung den verheißungsvollen Zug frischen Kunstwillens aufprägten. Schon konnten die genossenschaftlich gegründeten Vereinigten Werkstätten für Kunst im Handwerk ganze Zimmer von Riemerschmid, Pankok, Bruno Paul vorführen. Schon war eine eigene neue Pflegestätte junger Kunst in der Künstlerkolonie zu Darmstadt entstanden. Schon hatten auch einzelne Spitzen unserer Kunstindustrie die neuen Möglichkeiten erfaßt und die jungen Kräfte in ihre Dienste genommen, wie Otto Eckmann für Knüpfteppiche und Tapeten. Aus Straßburg brachte Karl Spindler seine anmutigen Intarsien, und anderwärts suchten selbst ältere Kräfte den neuen Forderungen gerecht zu werden. Wer die leidenschaftliche Hingabe aller dieser Persönlichkeiten sah und einschätzte, durfte schon damals ihnen Aufstieg und Sieg voraussagen.

Was 1900 versprach, hat das folgende Jahrzehnt dem deutschen Kunstgewerbe gehalten, klarere Einsicht, reifere Gesinnung und neue Kräfte. Schon seit 1897 faßten zwei treffliche Zeitschriften, die „Dekorative Kunst" (München, Bruckmann) und die „Deutsche Kunst und Dekoration" (Darmstadt, Alexander Koch) alles Frische mit sicherer Auswahl zusammen. Die berufenen Pflegestätten des Kunstgewerbes, Museen und Schulen, setzten ihren Ehrgeiz darein, den neuen Kräften und Bestrebungen die Bahn zu ebnen. Wie einen Ritterschlag empfand es die junge Handwerkskunst, als ein hochsinniger deutscher Fürst, der Großherzog Ernst Ludwig von Hessen, eine ganze Gruppe hoffnungsfroher Neuerer zur Künstlerkolonie Darmstadt vereinigte, darunter Josef Olbrich aus Wien und Peter Behrens aus Hamburg. Auf der Mathildenhöhe gab er 1901 den jungen Kräften das Wort zu einer eindrucksvollen Ausstellung, in der zum ersten Male die Werke des Kunstgewerbes nicht vereinzelt, sondern in vollständigen Wohnhäusern vorgeführt wurden.

Schon das nächste Jahr bot Gelegenheit, das neue deutsche Wollen auch vor dem Auslande zu zeigen. Man machte in Turin den kühnen Versuch einer Ausstellung moderner dekorativer Kunst. Die deutsche Abteilung war von dem Verband der deutschen

Kunstgewerbevereine organisiert und mutig in die Hände der neuen Kräfte gelegt worden. Sie war wie eine Vorschau zu der großen und starken Organisation, durch die wir 1904 auf der Weltausstellung in St. Louis allen übrigen Nationen den Vorrang abliefen und vor der Welt den Beweis erbrachten, daß das deutsche Kunstgewerbe willens war, das Schandmal „billig und schlecht" endgiltig von sich abzutun.

Unterdessen gewannen auch daheim unter ernsten Kämpfen und gegen Widerstände aller Art die neue Gesinnung und die neuen Kräfte immer breiteren Boden. Es war begreiflich, daß die Nachahmung der alten Stile bei älteren Künstlern und in einem großen Teile der Industrie erbitterte Anhänger fand; waren doch der akademische Unterricht und die Mehrzahl der Zeichenateliers auf die Benutzung der zahllosen Vorbilder und Vorlagenwerke gegründet. Und doch setzte sich mit den ethischen Forderungen nach vertiefter Echtheit und Gediegenheit auch die Freude an zeitgemäßer Formengebung in immer weiteren Schichten durch, unterstützt durch freiwillige und beamtete Kunstförderer, eine einsichtige Fachpresse und die einflußreiche Agitation zur Vertiefung der künstlerischen Bildung in Volk und Schule. Feste Etappen bildeten die Ausstellungen: 1906 die erste Ausstellung der neuen Raum- und Handwerkskunst in Dresden, von den Künstlern organisiert; 1908 die Hessische Landesausstellung in Darmstadt und vor allem die meisterlich durchgearbeitete Ausstellung in München, ein Triumph geschmacklichen Wollens; reifer als sie alle 1910 Brüssel: das deutsche Kunstgewerbe darf mit Befriedigung auf die Fortschritte sehen.

Technisch zunächst ist der deutsche Handwerker, dessen Geduld und Geschick in früheren Jahrhunderten einen Ruhmestitel unseres Vaterlandes bildeten, auch heute allen Ansprüchen gewachsen; er nimmt es mit Paris oder London auf, sobald ihm Aufträge und Mittel an die Hand gegeben werden. Das tüchtige Kunsthandwerk, die Tischlerei, die Schmiedekunst u. a. m., finden vielfach gerade in Mittelbetrieben ihren sichersten Boden. Neben der Handarbeit hält auch die Maschinentechnik in allen Zweigen des Kunstgewerbes Schritt mit allen Neuerungen der Zeit; die Kunstindustrie hat sich vielfach zu ansehnlichen Großbetrieben ausgewachsen.

Allein der eigentlichste Gewinn dieser Jahre liegt auf dem Gebiete des Künstlerischen. Es ist ein Gewinn zugleich an Gesinnung und an Geschmack. Echte Arbeit, echte Stoffe, echte Form ist die Losung. Bislang hatte die Maschine ihren Ehrgeiz darein gesetzt, mittels ihrer billigen Verfahren teure Handarbeit vorzutäuschen; sie hatte dadurch allen Surrogattechniken und der übelsten Plunderware Vorschub geleistet. Heute unterscheiden wir mit Absicht die reicheren Formen, die besser der Handarbeit vorbehalten bleiben, von den vorwiegend schlichteren Umrissen und Flächen, in denen sich ein besonderer Stil der wohlfeileren Massenarbeit ausbildet. Ebenso wird der Kampf gegen unechte, Edleres vortäuschende Stoffe und gegen die Surrogate, die die moderne Chemie hervorzuzaubern weiß, immer aussichtsreicher durch die wachsende Einsicht der Hersteller und der Käufer. Man bemüht sich, die eigentümlichen Reize der verschiedensten Materialien, sowohl der gewachsenen wie der neu gebildeten, künstlerisch zur Geltung zu bringen. Der Verbrauch an edlen Hölzern, vornehmen Steinsorten, edler Bronze und anderen gediegenen Stoffen ist erstaunlich gewachsen durch den steigenden Wohlstand der Besteller, wie durch ihre persönliche Freude an den künstlerischen Reizen des Materials.

Am tiefsten mußte die Reform greifen, um unser Kunstgewerbe von der Pflege eines äußerlichen Formalismus und gedankenlosen Prunkes zur Sachlichkeit der Zweckaufgaben zu bekehren. Wir dürfen uns gestehen, daß auch hier die erfreulichsten Fortschritte gemacht worden sind. Das Haus, die Wohnung, die Möbel, die Geräte sind Stück für Stück im Sinne der Zweckmäßigkeit neu durchdacht worden; zweckwidrige Typen aus der „altdeutschen" Romantik sind der Lächerlichkeit verfallen, und eine ganze Reihe gesunder neuer Gebrauchsformen sind nahezu selbstverständlich geworden. Auch um der Volksgesundheit willen hat man mit vielem überflüssigen Beiwerk aufgeräumt, und glatte, leicht zu reinigende Oberflächen bevorzugt.

Allein alle diese grundsätzlichen Erwägungen geben doch nur die Unterlage für das,

was auf Anregung der Künstler an Form und Farbe versucht und geschaffen wird. Der Überschwang des Ornamentes, wie ihn die Nachahmung der alten Stile im Gefolge hatte, ist einer gesunden Knappheit gewichen. Man weiß, daß nicht die Einzelheiten, sondern das Ganze, nicht die Zieraten sondern die Gruppen, die Verhältnisse, die Rhythmen den Eindruck des Kunstwerkes bestimmen, so gut am Bau wie am Möbel und Gerät. Klare, augenfällige Wirkungen in den Massen wie auf der Fläche mit wenigen Ziermotiven zu erzielen, gilt den Künstlern als die beste Probe ihres Willens und Könnens. Wenn dabei die Schlichtheit und Einfachheit oft fast im Übermaß zu Worte kommen, hat man darin nur das notwendige Widerspiel der früheren Übertreibungen zu sehen. Solche Einfachheit ist der Jungbrunnen, in den unser Kunstgewerbe niedertauchen muß, um darnach auch für üppigeren Schmuck wieder reif zu werden. Schon wagen sich berufene Kräfte mit frischer Laune auch an neue Erfindungen. Und im Bunde mit dem Drang nach großzügigen Formen hat die Sehnsucht nach gesunderer Farbe endlich auch die Unfarben und Mißfarben der letzten Generation hinweggespült. Nirgends war die mißverstandene Nachahmung der alten Meister verderblicher geworden als im Kolorit; im Banne der altertümlichen Patina, in den Galerien und Museen, hatten sich die Augen einer ganzen Generation aller mutigen und reinen Farben entwöhnt. Schulter an Schulter mit den starken Künstlern, die unseren Gemälden die Farbe zurückeroberten, haben die Führer des Kunstgewerbes in Haus und Wohnung die Sonne und ihr Farbenspiel wieder in ihre Rechte eingesetzt.

Dieser einheitliche Geist des neuen deutschen Kunstgewerbes hat sich im Laufe eines halben Menschenalters durch vielerlei Versuche und individuelle Kräfte geklärt und gefestigt. Aber er ist noch nicht in Gefahr, eintönig zu werden, weil die Neigungen und Fähigkeiten der führenden Künstler vielerlei Variationen verbürgen. Hier kann nur auf einige wenige der vielen Individualitäten verwiesen werden; es ist denkwürdig, daß fast alle die Männer, die der neuen Bewegung die Bahn gebrochen, noch heute als Führer tätig sind, meist in einflußreichen, weit ausschauenden Stellungen.

Henry van de Velde, früh aus Belgien nach Deutschland übergesiedelt, heute Leiter der Großherzoglichen Kunstgewerbeschule in Weimar, hat seine anfängliche Freude an stark bewegtem Spiel der Linien zu maßvollerer und dabei doch kräftiger und persönlicher Rhythmik gebändigt. In kühnen, großzügigen Massen- und Flächenwirkungen hat sich Peter Behrens, zeitweilig Direktor der Kunstgewerbeschule in Düsseldorf, an tektonischen und architektonischen Aufgaben wachsend bewährt. Eine sichere, durchweg ausgeglichene, reife Eleganz spricht aus den gefälligen Schöpfungen von Bruno Paul, der heute die Unterrichtsanstalt des Königl. Kunstgewerbemuseums in Berlin leitet; er verschmäht es nicht, auch den Anregungen früherer Zeit nachzugehen, wie sie aus dem gesunden, bürgerlichen Mobiliar des älteren 19. Jahrhunderts, der „Biedermeierzeit", uns ansprechen. Enger schließt sich diesem Formenkreise Paul Schultze-Naumburg mit dem ausgebreiteten Betrieb seiner Saalecker Werkstätten an. Einen Zug zu derberer, kerniger Tektonik pflegt Richard Riemerschmid von München aus den auf breitere Verwendung berechneten Möbeln aufzuprägen, die er für die Deutschen Werkstätten für Handwerkskunst in Dresden erfindet. Ihm steht unter den Münchener Kräften besonders der sichere und launige Adolf Niemeyer nahe. Phantasievolle Formenfreude und Lust an ornamentaler Auszier haben Bernhard Pankok in Stuttgart und seine dortigen Genossen, voran Paul Haustein, bewahrt. Welch sprudelnde Erfindungskraft und reifes Raumgefühl mit dem genialen Josef Olbrich († 1908) früh zu Grabe gegangen sind, hat noch sein letztes Werk, das Warenhaus Tietz in Düsseldorf, glänzend belegt. Wir würden weiter aus fast allen deutschen Städten tätige und eigenartige Persönlichkeiten nennen können, die bald strenger, bald weicher, bald auf das Große, bald auf das Zierliche gerichtet, dem deutschen Kunstgewerbe eine erquickende Mannigfaltigkeit der Gestaltungen gewährleisten, wie etwa Albin Müller in Darmstadt, Bruno Möhring und Alfred Grenander in Berlin und viele andere. Jenseits der Reichsgrenzen haben geniale Kräfte im deutschen Wien einen höchst per-

sönlichen und eben darum zugleich nationalen Stil herausgearbeitet, eine feste Grundlage für lange Jahre: nur Josef Hoffmann und Kolo Moser seien genannt.

Während die frühesten Führer größtenteils als Maler geschult und dadurch für die Probleme der Innenkunst, Flächenbildung und Farbengebung besonders vorbereitet waren, haben sich ihnen mehr und mehr auch Künstler von architektonischer Herkunft beigesellt. Eine anfängliche Rivalität zwischen Handwerkskünstlern und Baukünstlern beginnt sich zu einem ersprießlichen Bündnis zu schließen. Gingen doch die Führer der neuen deutschen Baukunst, wie etwa der zu früh verstorbene Alfred Messel in Berlin, den gleichen Weg, den das neue Kunstgewerbe sucht, den Aufstieg auf das Wesentliche, das Große, das Konstruktive, auf vereinfachte Rhythmen und Formen. Aus beiden Lagern werden heute die baukünstlerischen Probleme, die äußere und die innere Gestaltung der Bauwerke, als ein Ganzes, als eine gemeinsame Aufgabe angesprochen; wo sie nicht in der gleichen Hand liegen, hat neben dem Baukünstler der Innenkünstler, der Raumkünstler sein eigenes Feld erobert. Beide haben Anteil an der Fülle der Aufgaben. Die Wohnungen in Stadt und Land, das Mietshaus, die Villa und das Bauernhaus; die gewaltigen Nutzbauten der Industrie und des Handels, Fabriken, Warenhäuser, Läden; Bauten für öffentliche Zwecke und für Geselligkeit jeder Art; auch Kirchen, Friedhöfe, Gärten, ja die künstlerische Planung und Gestaltung der Städte und des Landes beschäftigen Architekten und Werkkünstler in ersprießlichem Wettkampf oder noch erfreulicherer Gemeinarbeit. Wer die neuen Kräfte hochmütig ablehnt, pflegt künstlerisch oder persönlich befangen zu sein.

Langsam bildete sich auch die malerische und plastische Dekoration von dem Geschmacksniveau des Stubenmalers und Stukkateurs zu künstlerischer Freiheit und Qualität herauf. Statt durch ein Übermaß mittelmäßiger Ornamentik oder hohle Virtuosenkünste zu bestechen, sucht man am Beiwerk zu sparen, den Schmuck zu konzentrieren und dadurch Werke von wirklich sicherer künstlerischer Hand zu ermöglichen. Der große Erzieher Adolf Hildebrand in München hat auch die dekorative Plastik in seine starke Hand genommen. Als die berufenen Wandmaler setzen sich endlich die raumsicheren, farbenfrohen Meister durch, die in der Münchener Gruppe „Die Scholle" sich vereinigt haben, die Brüder Erler, Münzer, Georgi u. a. Ihrer mannhaften Rhythmik und kraftvollen Zeichnung folgen auch ornamentale Dekoratoren; so ist Hoffnung, daß mit der Zeit eine neue deutsche Raummalerei die Kette vom rein Dekorativen zum Monumentalen wieder knüpft und schließt.

Alle diese künstlerischen Absichten finden ihr eigenstes Arbeitsfeld in der Innenkunst, sowohl in den Wohnhäusern jeder Art, wie in anmutigen oder feierlichen Räumen für gesellige oder öffentliche Zwecke. Wir mußten zunächst neue Gewohnheiten für die Anordnung und Gruppierung der Räume gewinnen. Auch in der Innenkunst hatte das 19. Jahrhundert wesentlich unter dem Zeichen akademischer Lehrsamkeit gestanden und in den Grundrissen, der Anordnung der Fensterachsen, der Lichtzuführung mehr das Monumentalschema italienischer Renaissancepaläste als die vom Bedürfnis hergeleitete nordische Zweckgruppierung der Räume gepflegt. Auch hier hat das englische Wohnhaus mit seiner vorwiegend zwecklichen und malerischen Gliederung neue Zeichen aufgestellt. Daß sie bald erkannt und genutzt wurden, ist auch den führenden Kunstschriftstellern zu danken, wie Alfred Lichtwark in Hamburg und Hermann Muthesius in Berlin; durch wirksame Gegenüberstellung von Beispiel und Gegenbeispiel hat Paul Schultze-Naumburg weithin gewirkt.

Jetzt galt es, die bisherigen, auf dem Reißbrett gezeichneten Schemata durch lebendige, körperlich angeschaute Raumgebilde zu ersetzen. Wer bei der Planung eines Hauses vom Bedarf ausgeht, kommt von selbst darauf, daß die verschiedenen Räume verschiedenes Licht und somit verschieden gestaltete Fenster benötigen. Man hat deshalb die palastartigen Fenster von gleicher Achsenteilung durch einen launigen Wechsel breiterer oder höherer, kleinerer und größerer Öffnungen ersetzt und von sinngemäßer Erkerbildung wirksamen Gebrauch gemacht. Zugleich hat Lichtwark den

Kampf gegen die Flügeltür aufgenommen, die aus dem Fürstenpalast des 18. Jahrhunderts bis in die bescheidensten Mietswohnungen der Großstädte vorgedrungen war. Jetzt gewinnt man durch die Konzentration der Fenster und die Verkleinerung der Türen größere, in sich geschlossene Wandflächen und ergiebige Ecken, in denen sich Raum- und Möbelgruppen ausbauen lassen; so ist man auch von dem pedantischen Schema der Anordnung der Möbel frei geworden; das unvermeidliche Paneelsofa der „altdeutschen" Zeit wird entbehrlich. Auch für die Einteilung der Decken und Wände hat das englische Haus nachhaltige Anregungen gegeben. Unter dem Einfluß des Palastschemas pflegte man die Wohnzimmer unnötig hoch zu machen und mit schweren Decken und Vouten zu belasten, gegen deren starke Profile der Zierrat der Wände, die Möbel und Geräte sich schwer behaupteten. Man hat gefunden, daß der Raum lichter, ruhiger und dadurch wohnlicher wird, wenn die Decke nur leise mitspricht, wenn sie glatt belassen oder nur mit bescheidenen, vielleicht von Hand angetragenen Stukkierungen verziert und vorwiegend weiß gefärbt wird. Allerdings haben dabei die früher stark beschäftigten Gewerbe der Stukkateure und der Stubenmaler die Macht eingebüßt, die sie nicht immer zum Vorteil des Geschmacks genutzt haben. Auch für die Wände haben neue Rhythmen sich als zweckmäßig erwiesen. Wenn der obere Teil der Wand mit der Decke vereinigt und licht getönt wird, und wenn somit die durch Anstrich oder Tapete verzierte Wand niedriger wird, so gewinnt man für die Möbel, ja für die Bewohner des Raumes einen Hintergrund, der zu ihrer Größe in richtigerem Verhältnis steht. Auch war es nötig, die Musterung und Färbung der Wände nach neuen Grundsätzen zu gestalten. Im Zeichen des „Historischen" hatte man mittelalterliche Granatapfelmuster oder Seidenstoffe des Rokoko durch die Tapeten imitiert; hier redete die Kunst des Musterzeichners eine überlaute Sprache. Heute sucht man dem Raum und seinem Inhalt einen ruhigen, geschlossenen, zurückhaltenden Hintergrund zu geben, einfarbig oder klein und leicht gemustert, in Zeichnung und Farben, die den gesunden Grundsätzen der Flächenmusterung Rechnung tragen. Die rührige deutsche Tapetenindustrie hat schon in den neunziger Jahren sich mutig mit echten Künstlern verbunden und sich dadurch geschmacklich auf eigene Füße gestellt.

Eine vollkommene Revolution hat sich in der Farbengebung der Innendekoration vollzogen. Die Epoche der Stilmaskeraden schrieb für jeden einzelnen Raum der bürgerlichen Wohnung einen bestimmten Zeitstil und die ihm eigentümliche Färbung vor. Das Speisezimmer pflegte über dunkler Holztäfelung auf schwere, gebrochene Töne und Altgold gestimmt zu werden, der Salon auf die blasse Eleganz des Rokoko usw. Heute sehen wir solche historisierenden Variationen als Spielerei an und nehmen uns die Freiheit, nach dem Geschmack und Belieben des Bewohners und seines künstlerischen Beraters ernste oder frohe, dunkle oder helle Farbenstimmungen vorwalten zu lassen. Vor allem ist das lange verpönte Weiß wieder in seine Rechte eingesetzt worden; licht, sauber und freundlich, wie es ist, vermag das Weiß, wie kein anderes Mittel, die übrigen Farben zu heben; es gibt ihnen erst ihren wahrsten Wert. Es hat deswegen nicht nur an den Decken, sondern auch in der Stimmung ganzer Räume, im Festsaal so gut wie im Vorsaal, im Salon wie im Schlafzimmer wieder eine gebührende Rolle übernommen. Weiß ist der Grund, auf den unsere frischen Blumenmaler am liebsten ihre fröhlichen Farbenakzente konzentrieren.

Endgültig aufgeräumt hat die neue Zeit mit den Albernheiten des früheren Tapeziergeschmacks. Auch die wallenden Vorhänge vor Türen und Fenstern, die pomphaften Baldachine und zimperlichen Wandbehänge waren mißverstandene Nachklänge von Gewohnheiten und Gebilden, die einst von den alten Handwerkern oder einzelnen späteren Künstlern maßvoll verwendet und erst durch die Dekorationswut des 19. Jahrhunderts gehäuft und bis zur Lächerlichkeit mißbraucht worden waren. Der frische Wind der neuen Kunst hat die Staubfänger durchlüftet und großenteils ganz hinausgefegt. Bilden wir die Fensterrahmen selber in anständigem Holz aus, so genügen bescheidene, glatte, lichte und leicht zu reinigende Borten und Vorhänge. Die Weberei und die

Spitzenfabrikation bringen dafür Material genug; persönliche Bereicherungen wissen die zahlreichen tüchtigen, künstlerischen Stickerinnen hinzuzufügen. Wenn auch hier ein früher nach dieser Richtung überschätztes Gewerbe, das des Tapezierers, Einbuße erlitten hat, so hat dafür der geschmackvolle Dekorateur ein neues Arbeitsfeld gewonnen.

Diese erfrischenden Töne der Innenkunst, die die bürgerliche Wohnung in Deutschland von Grund aus umgestimmt haben, lassen sich für besondere Aufgaben heiterer oder ernster Art mannigfach variieren. Aber auch wenn Alfred Messel die Prachthöfe seines Meisterbaues, des Warenhauses A. Wertheim in Berlin, dekorierte, oder wenn die trefflichen, bodenständigen Münchener Baukünstler und Maler mit feuchtfroher Laune ihre Wirtsräume und Trinkhallen ausstatten, ja auch in den vereinzelten Versuchen neuzeitlicher Kirchengestaltung bleibt der Zug zu größeren Maßstäben, ruhigeren Flächen und lichteren Farben der gleiche. Mit anerkennenswerter Energie hat beispielsweise ein Teil der deutschen Hotels ihre Gesellschaftsräume und Zimmer im Sinne der neueren Zeit umgestaltet. Daß auch auf den großen Überseedampfern des Norddeutschen Lloyd in Bremen die neue Raumgesinnung Fuß gefaßt hat, ist den mutigen Leitern dieses nationalen Unternehmens als ein hohes Verdienst um das Ansehen deutschen Geschmackes anzurechnen.

Im engen Bunde mit der Wohnungseinrichtung hat die Möbelkunst neue Wege beschritten. An den Stühlen und Tischen waren ja die Zweckwidrigkeiten der vorigen Generation am frühesten augenfällig geworden; gerade am Stuhl haben sich die neuen tektonischen Kräfte bei ihren ersten Versuchen erprobt. Die Sachlichkeit der Engländer fand man auch daheim in den vergessenen Überbleibseln der Großväterzeit und in den Resten gesunder Bauernkunst wieder; man konnte an vielerlei ältere Anregungen anknüpfen, ohne darüber das eigentliche Ziel aus dem Auge zu verlieren, mit möglichst geringem Aufwand ein bequemes, solides und gefälliges Gerüst zu schaffen. Dem Wunsch nach bequemen und glatten Flächen fiel allerdings die technisch tüchtige Holzschnitzerei zum Opfer. Auch an den Schrankmöbeln wurden zweckvollere Gebrauchstypen und ruhigere Wirkung der Massen gesucht und statt bewegter Profile und anspruchsvoller Schnitzereien weitflächige Furniere aus reizvoll gemaserten Hölzern bevorzugt. Auch hier ließ sich ein Anschluß an die Ausläufer der Biedermeierzeit leicht vollziehen. Überdies gestattet die fortschreitende Tischlertechnik, die Furniere in größerem Umfange zu verwenden, geräumigere Holzflächen zu verleimen und durch geschmackvolle Benutzung guter Maschinenarbeit auch breiteren Volksschichten gediegenen Hausrat zugänglich zu machen. Daß mit den neuen Techniken neue Formen in Einklang gesetzt wurden, ist auch hier das Verdienst der Künstler; fast alle neuen Kräfte haben sich der Möbel mit besonderer Energie angenommen und teils in ihren selbstgegründeten Werkstätten, teils im Verein mit klugen Handwerkern und Industriellen ihre Erfindungsgabe der Praxis mehr und mehr anpassen können. Widerstrebend haben sich auch breitere Kreise der Möbelindustrie und namentlich manche der technisch vorzüglichen Mittelbetriebe den neuen Gedanken geöffnet, ohne deshalb für diejenigen Bestellerschichten, die sich zu den Ansprüchen unserer Zeit noch nicht zu bekennen vermögen, auf die Pflege älterer Stilarten zu verzichten. Auch Sondergebiete der Tischlerei, die Fabrikation der Bureaumöbel, Uhrgehäuse u. a., haben sich den neuen Forderungen nicht verschlossen, wenn auch die Beispiele konsequenter künstlerischer Durcharbeitung noch nicht allgemein zur Regel geworden sind.

Im Rahmen der Innendekoration und ihrer lebhafteren Farben haben die Möbel auch wieder koloristische Geltung erlangt. Die Fülle reizvoller Farben in den natürlichen Hölzern wird unterstützt durch vielerlei Beizungen, die die Chemie immer lichtechter herzustellen weiß. Vor allem haben die Stoffbezüge der Möbel in Farben und Mustern ein neues Gesicht gewonnen. Man weiß jetzt, daß bescheidene Musterungen kleineren Maßstabs beitragen, Bezug und Holzrahmen in Einklang zu setzen und als eine Einheit erscheinen zu lassen; auch die Posamentiere mußten lernen, sich mit ihren Borten und Fransen den zurückhaltenden Formen des Ganzen unterordnen.

Wie bei den Möbeln, ist auch bei den Geräten die solange vermißte Sachlichkeit zum charakteristischen Grundzug geworden. Die vorige Generation hatte unter dem Worte „Kunstgewerbe" vorzugsweise die Luxuswaren, die Ziergeräte, die Schaustücke verstanden und darüber oft die eigentliche Gebrauchsware vernachlässigt, die doch den Urgrund aller Werkkunst abgeben sollte. Auch hier hat sich bei den einsichtigen Herstellern und Käufern eine Gesundung der Ansichten vollzogen. Das spürt vor allem die in der deutschen Kunstindustrie besonders ausgebreitete Metallarbeit an ihren vielerlei Geräten und Gefäßen. Neben den Stühlen sind besonders die Beleuchtungskörper ein allererstes, lehrreiches Versuchsfeld der neuen Bestrebungen gewesen. Man sah früh, daß sowohl die Gas- und Petroleumlampen wie die rasch sich ausbreitende elektrische Beleuchtung dabei gewinnen, wenn die alten, schweren, auf Kerzenlicht berechneten Vorbilder durch eigenartige, neuzeitige Konstruktionen ersetzt und statt der anspruchsvollen Ornamente der französischen Stile in glatte Formen gekleidet wurden, die sich auch maschinell einwandfrei herstellen lassen. Das war um so wichtiger, als die große Industrie der Beleuchtungsgeräte in Deutschland großenteils für Waren von mittlerem, ja niedrigem Preis zu sorgen hat. Früher war sie genötigt, die reichen Ranken und Muscheln, die die Käufer verlangten, dadurch zu verbilligen, daß sie geringe Stoffe mit dem Schein vornehmen Materials überzog; heute erlaubt man ihr, die schlichteren Formen in gediegenem Material zu gestalten. Der bronzierte Zinkguß ist bis weit in die billigste Ware hinein durch Messing in gegossener, getriebener oder gedrückter Ausführung ersetzt worden. Die Beispiele, welche einige jüngere und ältere Firmen durch ersprießliche Gemeinarbeit mit berufenen Künstlern geben, wirken von Jahr zu Jahr vorbildlicher auf die breitere Industrie. Es ist soweit gekommen, daß auch auf den deutschen Exportmessen ein zweifelloser Zug zu gediegener und formsicherer Arbeit hat anerkannt werden können. In der Großindustrie hat die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft in Berlin ein glänzendes Beispiel gegeben, indem sie einen der stärksten deutschen Formkünstler, Peter Behrens, von der Leitung der Kunstgewerbeschule in Düsseldorf in ihren Betrieb hinüberrief, um sowohl ihre Fabrikgebäude wie auch alle Einzelheiten der Gerätefabrikation mit seinem reifen, großzügigen Formgefühl zu durchdringen; ein kühner Versuch, der sich in der Fabrikation und bei den Käufern auf das Erfreulichste durchgesetzt hat.

Gleiche Wege schlägt die Metallarbeit auch für ihre Gefäße ein. Hier sind eine Reihe von trefflichen Handwerkern in München vorangegangen, Treibkünstler, Ziseleure, Gürtler; Fabriken von Kupfer-, Messing-, Zinn- und Silberwaren folgen, zum Teil in offener Gemeinschaft mit namhaften Künstlern.

Schwerer kämpfen um das Neue die Silberkünstler und die Silberwerkstätten. Denn die großen Aufträge gehen zum Teil noch durch Hände und Köpfe, die am Alten haften, und auch das Kapital, das in der Silberindustrie einflußreicher ist, als in anderen Gewerken, ist nicht überall ein förderndes Element. Allein es lebt unter den handwerklichen Silberschmieden ein gutes Stück der alten deutschen Werkfreude und Erfindungslust. Wie im Zeichen des altdeutschen Stiles eine stolze Reihe launigster Gelegenheitsstücke, Ehrenbecher, Tafelaufsätze und dergl. entstanden sind, so haben sich jüngere Nachfolger gefunden, die auch in den freieren Formen unserer Tage zeitgemäße Aufträge zu lösen wissen. Als einer von mehreren sei Ernst Riegel in Darmstadt genannt, der in dem Großherzog von Hessen einen vornehmen Besteller alten Schlages gefunden hat. Auch für kirchliches Gerät mehren sich neuzeitige Lösungen. Immerhin haftet dem deutschen Silberhandwerk noch ein Zug altertümelnder Gesinnung an, und die ganz konsequente, willensstarke Auffassung und Lösung neuzeitiger Probleme, wie sie die Wiener so meisterlich pflegen, steckt noch in den Anfängen. Hier greifen für zeitgemäßes Gebrauchsgerät einige Silberwarenfabrikanten, wie Peter Bruckmann in Heilbronn, mit gutem Willen und frischen Erfolgen ein.

Für die deutsche Juwelier- und Schmuckkunst liegt das Schwergewicht nicht sowohl bei den kostbaren Einzelstücken, die unsere vornehme Welt noch immer in kon-

ventionellen Formen und großenteils aus dem Auslande beziehen zu müssen glaubt, sondern in der mittleren Handwerkskunst und besonders in der tätigen Industrie. Kluge Fabrikanten in Pforzheim, Schwäbisch Gmünd, Hanau haben ihre Zeit begriffen und setzen, wenn auch noch nicht im wünschbaren Umfang, starke Erfinder ans Werk. Von den wechselnden Moden abhängig, hat es in der Tat die Schmuckindustrie nicht leicht, die neuen Grundsätze so allseitig durchzuführen, wie sie es wohl selber wünschte. Aber sie ist in allen ihren Zentren rüstig auf dem Wege zu vertiefter Auffassung, und auch hier ist die Zeit vorbei, da man die deutsche Ware als geschmacklich rückständig kennzeichnen durfte.

Es ist deutsche Art, auf allen Arbeitsgebieten die Augen offen zu halten für neue Anregungen. Deshalb ist auch für die Metallindustrie der erfreuliche Fortschritt der deutschen Kleinplastik, sowohl in Figuren wie in Medaillen, von größtem Wert. Kunst und Künstler dieser Gebiete gehen Hand in Hand mit der Nutzkunst und helfen den Riß überbrücken, der noch vor kurzem zwischen freier und angewandter Kunst klaffte.

Weniger im Hause als an den größeren Aufgaben der Baukunst bewährt sich auch die alte, noch immer frisch lebendige Handwerkstechnik des Schmiedeeisens, die für die alten Zeiten fast als das Symbol deutscher Werkarbeit gelten kann. Nur kurze Zeit schien es, als ob der neuzeitige Zug zur Vereinfachung die frohe Kunst unserer Schmiede beeinträchtigen könne. Schon haben altbewährte Meister, junge Handwerkskünstler und fördernde Erfinder auch dem Hammer des Schmiedes neue reizvolle Möglichkeiten geschaffen. Im Monumentalen greift die rüstige Arbeit des Kunstschmiedes hinüber in die Großtechnik der Eisenkonstruktionen, die an den Ingenieurbauten, den Brücken, Hallen u. a., mehr und mehr die Ansprüche materialgerechter und werkgemäßer Formenkunst zu erfüllen trachtet.

Der Aufschwung der deutschen Baukunst hat auch den Industrien und Gewerken, die das Baumaterial beschaffen, herstellen oder bearbeiten, Aufgaben und Aufträge von größerem Umfang und höherem Werte vermittelt. Die edlen Steinarten vornehmen Charakters werden mit steigendem Aufwand verwendet und von tüchtig geschulten Bildhauern mit meist maßvollem figürlichem oder ornamentalem Schmuck im Sinne gediegener Kunst verziert. Neben dem Sandstein und Granit ist besonders der malerische Kalkstein beliebt geworden. Der Ziegelbau hat auf mancherlei Künsteleien in Formen und Techniken verzichten müssen; er entschädigt sich an den wieder beliebt gewordenen hohen Dächern, die für alle Arten von Dachziegeln in frohen Farben Platz bieten. Die Baukeramik arbeitet daran, auch die reicheren Farbenwirkungen kunstvoller Glasuren wetterfest herzustellen, und breitet in der Innendekoration durch Fliesen jeder Art ihr Feld fast täglich aus. Dem neuen Geschmack beginnt auch die Ofentöpferei Rechnung zu tragen; die alte Ofenindustrie von Velten hat sich eben jetzt mit künstlerischer Hilfe zeitgemäß organisiert. Die neue Technik der Majolika suchen zwei erlauchte Gönner neu zu beleben: Der deutsche Kaiser in seinen eigenen Werkstätten in Cadinen, der Großherzog von Baden in der Karlsruher Majolika-Manufaktur.

Das gediegene harte Steinzeug sucht auch für seine Geschirre neue Geltung, nachdem die lange geübte oberflächliche Nachahmung der alten Renaissanceformen keinen Ruhm noch Absatz mehr bringt. Deshalb beginnen tapfere Firmen an den alten Töpferorten Höhr und Grenzhausen unter dem Beirat von Künstlern (Riemerschmid u. a.) das Trinkgerät und Gebrauchsgeschirr in alter Technik neuzeitig zu gestalten und zu zieren. Geflossene Glasuren, in denen die Japaner Meister sind und die Franzosen in Europa vorangegangen waren, werden von künstlerisch gerichteten Töpfern (Mutz u. a.) und in den keramischen Versuchswerkstätten einiger trefflicher Fach- und Kunstschulen erfolgreich gefördert. Auch die fröhliche volkstümliche Töpferei alten Schlages hat in verschiedenen deutschen Landschaften, an noch Bestehendes anknüpfend, neue, verheißungsvolle Anläufe genommen, nachdem schon früh Frau Schmidt-Pecht in Konstanz und der feinfühlige Maler Max Läuger in Karlsruhe das ermutigende Beispiel gegeben hatten. Die Industrie des Steinguts, in ganz großen Firmen konzentriert, ent-

schließt sich nur sehr zögernd, die Zeit zu verstehen. Sie wird hoffentlich endlich spüren, daß ihre vereinzelten Experimente mit nur scheinbar neuzeitigem Mittelgut weder Ehre noch Gewinn verbürgen. Es ist hohe Zeit, gerade ihre einflußreichen Betriebe unter die einheitliche und entschlossene Leitung berufener Handwerkskünstler zu stellen.

Dagegen beginnt dem deutschen Porzellan in allerjüngster Zeit die Aussicht zu wachsen, daß Deutschland, einst die Wiege und Heimat herrlichster Porzellankunst, den Vorsprung an Geschmack und neuzeitiger Erfindung wieder einhole, den ihm Kopenhagen in den letzten Jahrzehnten abgewonnen hat. Es ist kein Ruhmestitel für die namentlich in Thüringen so weit verbreitete Porzellanindustrie, daß sie ihren Gewinn zum Teil in der unbedenklichen Nachahmung der dänischen Motive gesucht hat. Jetzt haben die beiden Staatsmanufakturen von Meißen und Berlin und die alte Fabrik in Nymphenburg endlich gezeigt, daß Deutschland in seinen neueren Künstlern, Malern und Bildhauern, Kräfte besitzt, die, richtig eingestellt, eine vollgiltige deutsche Porzellankunst unserer Zeit werden schaffen können. Bei entschlossenem Willen kann auch die breitere Industrie selbst für wohlfeile Werke künstlerische Kräfte und guten Geschmack erfolgreich in ihren Dienst nehmen, wie mit bemerkenswertem Mut ganz neuerdings die Schwarzburger Werkstätten für Porzellankunst (Max Adolf Pfeiffer) in Unterweißbach beweisen. Übrigens haben eben jetzt die großen Manufakturen auch ihre alten Modelle aufs neue zu Ehren gebracht, indem sie die klassischen Formen und Dekorationsweisen des 18. Jahrhunderts in der frischen persönlichen Handschrift der alten Meister wieder jung machen, statt sie durch pedantische Trockenheit oder süßliche Verwässerung zu entwerten, wie es in den letzten Jahrzehnten bedauerliche Unsitte wollte.

Das deutsche Glas hat keinen Meister gefunden, wie Emil Gallé in Nancy oder Louis Tiffany in Neuyork; ihm hätte für die gewählten und kostspieligen Handwerksstücke dieser Art zunächst wohl der Absatz gefehlt. Dagegen sind mit der Technik auch die Formen und Verzierungen der Gebrauchsgläser gründlich gebessert worden. Für den breiteren Markt haben einzelne Hütten, oft unter tätiger Beihilfe von Künstlern, die alte Buntheit der Profile, Schliffe, Gravierungen und Bemalungen durch schlichte, fein empfundene Umrisse, Gliederungen und Zierate ersetzt. Eine nachdrückliche und erfolgreiche Mühe haben einige deutsche Hütten auf die Herstellung schönen Materials für reichfarbige Glasfenster gewendet; mit Hilfe dieser neuen Stoffe hat auch die Kunst der Verglasung und der Glasmalerei, unterstützt durch den lebhaft wachsenden Bedarf in Bauten aller Art, neue Wege eingeschlagen. Unter den Persönlichkeiten, die der Glasmalerei durch eigenste Schöpfungen neue Maßstäbe gegeben haben, darf vor allem Melchior Lechter in Berlin genannt werden in dem sich Handwerkssinn, Gestaltungskraft und hochfliegende Phantasie begegnen. Einen Wertmesser für den ungeheuren Fortschritt des Aufwandes und der Ansprüche in der Dekoration gibt das Glasmosaik. Vor zwanzig Jahren nur von fremden Kräften in Deutschland geübt, hat es vor allem in der Deutschen Glasmosaikgesellschaft Puhl & Wagner in Rixdorf bei Berlin Stätten gefunden, von denen aus Kirchen, öffentliche Gebäude und Privathäuser mit zum Teil erstaunlichem Aufwand ausgestattet werden. Um das Künstlerische wird noch hart gerungen, bis hoffentlich in nicht zu weiter Ferne eine wirkliche monumentale, ganz zeitgemäße Flächenkunst auch in dem reizvollen Schimmer der edlen Mosaiktechnik erblühen wird.

Auf dem weiten Felde der textilen Künste sind die frühere Pedanterie und geistlose Routine durch frisches Leben abgelöst worden. Die Nachahmung der alten Muster, so schöne Ergebnisse sie hier und da erzielt hat, kann den vielseitigen Ansprüchen der Dekoration und der Kleidung für Frauen und Männer nicht mehr genügen; jedenfalls gilt sie nicht mehr als ein besonderes technisches oder künstlerisches Verdienst. Neue Wege der Musterung und der Farben ließen sich am leichtesten in der Stickerei finden, weil hier handfertige und kunstgebildete Frauen, Künstlerinnen von Beruf und tätige Kunstfreundinnen, früh ihre höhere gesellschaftliche Kultur bewähren konnten. Allerorten und für alle Verwendungen herrscht ein fast leidenschaftlicher Wetteifer. Und diese Eigenarbeit der Frau trägt nebenher reiche Frucht für die Gesamtentwickelung

des Geschmackes im Hause. Voll froher Hoffnung beobachten wir, wie in diesen letzten Jahren, angeregt durch einen Mahnruf von Johanna Hipp in Straßburg und zuerst erprobt in der Handels- und Gewerbeschule für Mädchen in Posen, sich der Handarbeitsunterricht in den Schulen auf durchaus neue Grundlagen gestellt hat. Statt der geistlosen technischen Spielereien und armseliger Halbkunst soll jetzt von klein auf schöpferisch gestaltet und in gediegenen Stoffen und lebensvollen Farben das Gestaltete bescheiden geschmückt werden. Auf der Ausstellung Brüssel 1910 suchen die Handarbeiten aus deutschen Schulen an fröhlicher Frische ihres Gleichen.

Die Versuche, auch das Frauenkleid neu zu gestalten, sind bisher über wohlgemeinte dilettantische Anregungen nicht hinausgekommen. Hier bleibt das große Problem, Technik, Kunst und Wirtschaftsbedingungen zeitgemäß zu vereinigen, für die umfangreiche, tatkräftige deutsche Konfektion und für die künstlerisch gerichtete Frauenwelt noch offen.

Die deutsche Textilindustrie hat damit zu rechnen, daß sie leider nicht unabhängig ist von fremdem Saisongeschmack; sie kann daher nur langsam und zunächst mit Hilfe ihrer rührigen Musterzeichner neue Wege versuchen. Nur vereinzelt hat sie bisher auch tiefer greifende Helfer aus der freien Kunst heranziehen können. Und doch mehrt sich die Aussicht, daß nicht auf die Dauer die Virtuosen aus den Pariser Musterzeichnerateliers, sondern bodenständige deutsche Kunstkraft unserer machtvollen Textilindustrie ihren Geschmack bestimmen werde. Die Spitzenkunst und die Spitzenindustrie sind jede nach ihren Bedingungen rüstig an der Arbeit, um technisch und formal mit den Fortschritten der deutschen Dekorationskunst Schritt zu halten. Die leidige Jagd nach Neuheiten wird auch dieser Industrie zur schweren Last. Die Teppichindustrie gewinnt dadurch, daß für besondere Räume oft besondere Teppiche von der Hand des führenden Künstlers geknüpft werden. Das frühe, glänzende Beispiel gaben die Vereinigten Smyrnateppichfabriken, als sie sich schon 1898 mutig mit dem eigentlichsten Meister der deutschen Flächenkunst, dem früh heimgegangenen Otto Eckmann, verbanden. Der wachsende Geschmack der Innendekoration wird von selbst auch an die breitere Fabrikation verfeinerte Ansprüche stellen. In dem Wetteifer um technisch einwandfreie Musterung und frische Färbung des Linoleums, eines in Deutschland in großem Stile gefertigten Stoffes, verdient besonders die Delmenhorster Linoleumfabrik Anker-Marke gerühmt zu werden, weil sie alle Geschmacksaufgaben im großen und im kleinen mit einem berufenen Künstler (Peter Behrens) förderlich durchzuarbeiten pflegt.

Als ein besonders erfolgreiches und weithin anregendes Arbeitsfeld deutscher Formkultur sind endlich Schrift und Druck zu nennen. Auch die uralten Gesetze künstlerischer Schriftwirkung waren in der Zeit der gedankenlosen Nachahmung alter Formen in Vergessenheit geraten. Jetzt wird die Fähigkeit, persönlich zu schreiben und Schriften für jederlei Aufgabe zu fügen, allmählich wieder zu einem Teil fachkünstlerischer Bildung. Früh hatten gerade Führer des jungen Kunstgewerbes sich auch an persönlichen Schriften versucht. Es ist ein bleibender Ruhm der technisch hoch entwickelten deutschen Schriftgießerei, daß sie diese Experimente mit frischem Mut in die Tat umgesetzt und in den Dienst ihrer Fabrikation und der deutschen Druckerkunst gestellt hat. Unter den deutschen Kaufleuten, die an der Spitze industrieller Betriebe aus innerlichstem Drange der echten Kunst die Bahn gebrochen haben, wird Karl Klingspor in Offenbach unvergessen sein. Eckmann, Hupp, Behrens u. a. haben in ihm und anderen deutschen Schriftgießern zähe Verbündete gefunden; durch diese Bündnisse steht die deutsche Schriftgußkunst zurzeit an innerem Leben allen übrigen Ländern voran. Mit den Schriften haben Künstlerhände auch die Verzierungen durchweg neu geformt. Der Buchdruck hat ein unvergleichliches Material in die Hand bekommen. Es darf unsern emsigen, willigen Buchdruckern zur Ehre nachgesagt werden, daß sie es von Jahr zu Jahr besser zu nutzen verstehen. In harter Arbeit und unter wachsender Teilnahme aller Berufenen sind die in der vorigen Generation herrschenden, pedantischen, ja oft barbarischen Geschmacklosigkeiten durch gesunde, schlichte und dabei doch reizvolle Rhythmik ersetzt worden. Wie der Akzidenzdruck, so hat auch der Druck und die Ausstattung der Bücher Wege

gefunden, die von den Grundsätzen der alten Meister unmittelbar auf durchaus zeitgemäße Bildungen geführt haben. Es fehlt an Raum, um alle die trefflichen Verleger, Drucker und Künstler zu nennen, die in erfrischendem Wettbewerb diese Reform zuwege gebracht haben und Gewähr dafür bieten, daß das Begonnene weiterhin verbreitert und vertieft werde. Die Illustration leitet zu freieren Aufgaben dekorativer Graphik hinüber. Wie im Innern und am Äußeren der Bücher, an Umschlägen und Titeln, haben befähigte Meister frischeste Kunst auch in der Schaffung billiger Wandbilder für Haus und Schule, im Plakatwesen und neuerdings auch für kaufmännische Reklame, für Packungen u. a. bewährt. Mit dem Inneren des Buches sind auch die Einbände in Stoff, Technik und Zierat den neuen Grundsätzen genähert worden. Es ist fast zur Regel geworden, daß der Künstler, der für Druck und Illustration einsteht, dem Verleger auch den Einband zeichnet. Während diese Verlegerbände sich stetig ausbreiten, haben auch die altbewährten Künste der Handbuchbinderei und der Handvergoldung durch einige tüchtige Fachleute, durch anregende Künstler, durch Übung in den Fachschulen und durch tieferes Verständnis der Bücherliebhaber ansehnlichen Fortschritt getan.

So geht durch alle Gebiete des deutschen Kunstgewerbes ein gemeinsamer Zug gediegenen, starken Willens. Die Grundsätze sind festgelegt und werden mehr und mehr beherzigt. Die Formenwelt wird nicht mehr durch das bunte Vielerlei, sondern durch einen Zug zu konzentrierter Kraft bestimmt. Wie das Maskenspiel der historischen Stile hat man auch ihr unseliges Widerspiel, den „Jugendstil", der sich modern gebärdenden Industrie, überwunden. Freimütig läßt man jetzt die Motive neuerer Art, aus der Pflanzenwelt oder aus geometrischem Formenspiel, ebenso gern gelten wie selbständig erfaßte Anregungen aus älterer Zeit. Nicht das Was, sondern das Wie entscheidet; die Qualität der handwerklichen und künstlerischen Arbeit, letzten Endes die Persönlichkeit, der Wille und die Anlage zum guten Geschmack.

Aber in unserer Zeit, da es zu den Ausnahmen gehört, daß ein einzelner zugleich das Handwerk, die Kunst und das Geschäft in sich vereint, kommt alles darauf an, daß die mehrerlei Kräfte zu einer neuen Einheit, der Einheit des gemeinsamen Geschmackswillens, zusammenwachsen. Dafür steigen die Aussichten. Die Künstler, die in den Anfängen erst lernen mußten, das Handwerkliche ganz zu verstehen und zu beherrschen, haben sich mehr und mehr auch in das Technische vertieft und mit den Formen oft auch die Stoffe und Arbeitsweisen unmittelbar beeinflußt. Noch stehen die ersten Führer der neuen Bewegung rüstig am Werk. Es haben sich ihnen jüngere, sichere Kräfte zugesellt; unsere Zukunft hängt daran, daß auch künftig von außen her frische, unbefangene Neuerer dem Kunstgewerbe zuwachsen. Für die breitere Kunstarbeit in Werkstatt und Atelier ziehen die vielen rührigen Fachschulen einen an der Natur und an den Techniken freier und gründlicher geschulten Nachwuchs auf. Nirgend vielleicht hat sich der Wille zu zeitgemäßer Kunst entschlossener und erfolgreicher bewährt als in dem Wetteifer dieser Lehranstalten. Daß als Leiter und Lehrer nur die stärksten und lebendigsten Persönlichkeiten an die Spitze gestellt werden dürfen, gilt bei einsichtigen Kennern für ausgemacht und läßt hoffen, daß unsere Schulen nicht noch einmal, wie in der vorigen Generation, in selbstgefällige Pedanterie, in engherzige Kunstgewerblerei verfallen werden.

Wie das Handwerk und die Industrie sich bald mutig, bald zögernd dem Neuen angeschlossen haben, werden neuerdings auch die kaufmännischen Kräfte, die als Mittler und Unternehmer wachsenden Einfluß ausüben, für die Pflege des Geschmacks in Kunstgewerbe und Industrie gewonnen. Ein tätiger Sammelpunkt der neuen Kräfte, der „Deutsche Werkbund" hat auch der Geschmacksbildung des deutschen Kaufmanns neue, aussichtsvolle Wege geöffnet durch Vorträge, Schaufensterwettbewerbe u. a. Schon lassen sich auf den großen Messen aus den meisten Industriezweigen einzelne treffliche Beispiele geschmackvoller Massenware nachweisen. Das Ziel ist, auch der industrielle und kaufmännische Unternehmer möge persönlich die Forderungen unserer Zeit verstehen und sich für das Ganze und die Einzelheiten zuverlässige künstlerische Berater sichern.

Über die Geltung des neuen Geschmacks in den breiten Kreisen der Besteller und Käufer mag man noch manchen Zweifel hegen, wenn man den Durchschnitt der älteren Wohnungen, die Bestände billiger Warenhäuser oder die Auslagen von mittleren und selbst großen Städten mustert. Wer aber fünfzehn Jahre zurückdenkt, wird auch hier den Fortschritt groß und stetig finden; das bestätigen auch die Beobachtungen einsichtiger Fabrikanten und Händler. Der neue Geschmack ruht, wie so viele Kulturprobleme unserer Zeit, mehr in dem gesunden Bürgertum als in den reichen und aristokratischen Schichten. Während diese aus familienhafter oder internationaler Tradition noch vielfach am Alten kleben und noch immer von Paris das Heil erwarten, ist der wohlhabende Mittelstand der Träger der gesunden Neuerungen geworden. Man beobachtet an vielerlei Zeichen, wie der vierte Stand voll rührender Sehnsucht ihm nachstrebt; die Bemühungen zur Hebung des Geschmacks finden nirgends dankbarere Hörer. Von dem Bürgertum aus ist die öffentliche Geselligkeit, sind Hotels, Gesellschaftshäuser und dergl. der neuen Gesinnung geöffnet worden. Auch die deutschen Behörden stehen den neuen Problemen wohlwollend gegenüber; sie haben mehrfach auch in ihren eigenen Schöpfungen förderliche Beispiele gegeben, soweit sie nicht durch eine rückständige Bauverwaltung behindert sind. Verwaltungsbauten, Gerichte, Bahnhöfe, selbst Kasernen geben Beispiele solcher Gesinnung. Was auf den Weltausstellungen unsere Reichskommissare als Organisatoren des jungen deutschen Kunstgewerbes geleistet haben, wird mit goldenen Lettern in seiner Geschichte zu verzeichnen sein.

Wenn auf solche Art vielerlei Kräfte und Schichten rüstig mithelfen, trägt dazu der Wetteifer der deutschen Landschaften und Städte erfreulichst bei. Man kann heute sagen, daß es wenige Kulturzentren in Deutschland gibt, die nicht auf diese oder jene Weise sich um unser junges Kunstgewerbe verdient gemacht hätten. München ist die Wiege und verheißt vorläufig noch heute dank alter, guter Tradition den brauchbarsten Nachwuchs. In dem ungeheuren, allseitigen Betriebe Berlins haben die gewaltigen Aufgaben starke, führende Kräfte entwickelt oder herbeigelockt. Dresden hat durch mutige Berufungen an seine führenden Lehranstalten und durch seine kühn vorausweisenden Ausstellungen einen Platz an der Spitze der Bewegung sich gesichert. In Darmstadt finden noch heute verschiedene Künstler Muße zu anregender Arbeit. Auch in Stuttgart und Karlsruhe sind unter persönlicher Teilnahme der Fürsten frische Kräfte ans Werk gestellt worden. Die mächtigen Industriestädte der Rheinlande und Westfalens suchen in rühmlichem Wetteifer Schulen und Künstler, Industrien und Aufträge zu heben und zu mehren. Hamburg besinnt sich langsam auf die Pflichten seiner Würde als größtes Kulturzentrum Niederdeutschlands; durch planmäßige Pflege bester Kunst und neuen Kunstgewerbes gibt ihm das kleinere Bremen zu Lande und zu Wasser ein rühmliches Beispiel. Man könnte weiter durch ganz Nord- und Mitteldeutschland weit in den Osten hinein bis Breslau, Posen, Danzig und Königsberg Beispiele und Ergebnisse ersprießlicher Arbeit auf einzelnen oder mehreren Gebieten der neuen Bewegung aufzählen. Uns muß es genügen, bekennen zu dürfen, daß zurzeit kein Volk der Welt uns übertrifft an zielbewußter, planvoller und folgerichtiger Organisation aller Kräfte, die in die Tiefe und die Breite hin einen weiteren sicheren Fortschritt unseres jungen Kunstgewerbes verheißen. Noch ist es keine Weltmacht. Aber es ist auf gutem Wege.

Luftschiffahrt.

Von Hauptmann a. D. **Hildebrandt,** Berlin.

An der Entwicklung der Luftschiffahrt hat Deutschland einen hervorragenden Anteil genommen, wenn sich auch Frankreich mit berechtigtem Stolze das Geburtsland der Aeronautik nennt. Die Luftschiffahrt umfaßt zwei Gebiete: Aerostatik und Aerodynamik. Aerostatische Luftschiffe sind solche, bei denen man die Last mit Hilfe von Hohlkörpern emporhebt, die mit einem Gase „leichter als die Luft" gefüllt sind, während bei aerodynamischen Luftfahrzeugen die Last ohne Ballon mit Hilfe von Schrauben oder anderen derartigen Vorrichtungen in willkürlicher Richtung durch die Luft geführt wird. Zu dieser Klasse gehören auch die Fesseldrachen, bei denen der Wind die Arbeit des Hochhebens und Tragens leistet, sowie die Fallschirme, mit denen man Lasten im langsamen Fall von oben nach unten befördern kann, und endlich die Gleitflieger, die keinen Motor besitzen, sondern in sanft abwärts geneigter Bahn durch die Luft segeln. Die aerodynamischen Luftfahrzeuge sind demnach an sich immer schwerer als die nicht verdichtete Luft. Wenngleich diese älter sind als jene, da sich die Menschen, wie aus zahlreichen Sagen hervorgeht, schon seit undenklichen Zeiten mit dem Problem beschäftigt haben, mit vogelähnlichen Apparaten durch die Lüfte zu fliegen, so hat man doch die ersten Erfolge mit den aerostatischen Schiffen erzielt. Frankreich hat sich nun zu seinem Bedauern infolge neuerer Forschungen den Ruhm nehmen lassen müssen, das Geburtsland der Aerostatik zu sein. Schon am 8. August 1709 hat der aus Brasilien gebürtige Pater Bartolomäus Laurenzo de Gusmao zu Lissabon in Gegenwart des Königs und seines Hofes einen durch Anzünden eines Feuers, also Füllung seines Inneren mit heißer Luft, zum Aufstieg gebrachten Körper vorgeführt. Diese Tatsache kann allerdings die Verdienste der Gebrüder Montgolfier, die am 5. Juni 1783 in Annonay einen großen Ballon einer zahlreichen Zuschauerschaft vorführten, nicht schmälern. Die Erfindung des Paters war nämlich merkwürdigerweise vollkommen in Vergessenheit geraten, und die beiden Montgolfier haben nachweisbar nichts von ihrem Vorgänger gewußt. Die neue Luftschwebekunst verbreitete sich schnell in allen zivilisierten Staaten, und in Deutschland genoß man zum erstenmal am 27. Dezember 1783 das Schauspiel eines Ballonaufstieges. Professor Achard hatte in Berlin einen kleinen aus Goldschlägerhaut gefertigten, mit Wasserstoffgas gefüllten Ballon von 1 Meter Durchmesser im Lustgarten steigen lassen. Die erste bemannte Fahrt fand in Straßburg am 30. August 1784 durch Degabriel und Pierre, sowie noch zwei andere Personen statt. Zu einer weiteren Entwicklung der Aerostatik kam es aber bei uns nicht, da die französischen Reklameluftschiffer Deutschland überschwemmten und die Aeronautik in Mißkredit brachten.

Alle Versuche, das neue Luftfahrzeug lenkbar zu machen, scheiterten bekanntlich zunächst, da die Kraft, die man durch Ruder zu erzielen vermochte, zu gering war, als daß man dem Fahrzeug die unbedingt nötige Eigengeschwindigkeit geben konnte. Ebenso wie ein Schiff im Wasser nur dann steuerbar ist, wenn es eine Eigenbewegung zu erzielen vermag, so kann auch ein Luftschiff in ruhiger Luft nur dann willkürlich hin- und herbewegt werden, wenn es eine Eigengeschwindigkeit, sei es auch nur von einem Meter in der Sekunde besitzt. Die Schwierigkeit liegt jedoch darin, daß sich die Luft selten in Ruhe befindet, sondern fast immer in Bewegung ist, die man auf der Erde

mit „Wind" zu bezeichnen pflegt. Der Luftschiffer spürt den Wind nur beim Aufstieg oder bei der Landung. Wenn der Aerostat in der Luft schwebt, so wird er in der Richtung und mit der Schnelligkeit der Luftströmung fortgetrieben. Gibt man ihm aber auch nur die geringste Eigengeschwindigkeit, so vermag er in seinem Medium dahin zu fahren, wohin er will, und zwar legt er den seiner Schnelligkeit entsprechenden Weg zurück. Da aber die Luftmassen, in denen das Fahrzeug schwimmt, in bezug auf die Erde ihre Lage verändern, so schwimmt auch der Aerostat in ihnen über die Erde hinweg; er vermag dann einen Ort, der in der Richtung liegt, von der der „Wind" kommt, nur dann zu überfliegen, wenn seine Eigengeschwindigkeit schneller ist als die Geschwindigkeit, mit der die Luft über die Erde fortströmt. Das heißt also, ein Luftschiff, das bei Windstille in der Luft fliegt, wird alle Orte der Erde erreichen in der Zeit, die der Schnelligkeit seiner Eigenbewegung entspricht; vermag es einen Meter Bewegung in der Sekunde zu leisten, so fährt es in 60 Sekunden — einer Minute — 60 Meter weit, in 3600 Sekunden, einer Stunde, 3600 Meter weit, und so fort. Befindet sich dasselbe Luftschiff in der mit einem Meter in der Sekunde fortströmenden Luft, so vermag es vermöge seiner Eigenbewegung, wenn es den Kurs genau gegen den Wind nimmt, nur über demselben Ort der Erde stehen zu bleiben, obwohl es sich in seinem Medium ständig einen Meter in der Sekunde weiterbewegt. Nimmt der Aerostat den Kurs aber mit dem Winde, so erreicht er in einer Stunde einen Ort, der 7200 Meter weit entfernt ist, weil die Geschwindigkeit des Windes zu der Eigengeschwindigkeit hinzuzusetzen ist. Hieraus geht hervor, daß nur diejenigen Luftschiffe Aussicht auf praktische Verwendung haben, die über eine Eigengeschwindigkeit verfügen, die größer ist als die im Durchschnitt herrschende Luftströmungsgeschwindigkeit. Ferner geht hieraus hervor, daß ein horizontal über die Erde hinweggehender Sturm dem in der Luft befindlichen Luftschiff nichts schaden kann, weil es sich in diesem Medium befindet, und lediglich bei sehr großer Windgeschwindigkeit schneller über die Erde in der Richtung des Windes fortgetrieben wird. Stets erfährt das Schiff nur denjenigen Widerstand, den es sich selbst durch die Fahrt in der Luft schafft, und dieser Widerstand trifft es immer von vorn.

Diese theoretischen Erwägungen haben die Erfinder früher nicht angestellt, und aus diesem Grunde kamen die phantastischsten Projekte in die Öffentlichkeit, die den gesamten Flugsport in Mißkredit brachten. Erst Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts begann man sich ernstlich wieder mit dem Problem zu beschäftigen. Man hatte eingesehen, daß es der menschlichen Kraft unmöglich ist, die Arbeit zu leisten, die erforderlich ist, den Luftschiffen die genügende Eigengeschwindigkeit zu verleihen. Man fing an, Maschinen zu bauen, mit der erzielten Kraft Luftschrauben in schnelle Bewegung zu bringen und dadurch eine Vortriebskraft zu erzielen. In jener Zeit der ersten Erfolge trat schon ein Deutscher mit einer hervorragenden Erfindung an die Öffentlichkeit. Der deutsche Ingenieur Paul Haenlein hatte ein Luftschiff gebaut, dem er die Rotationsgestalt der im Wasser befindlichen Kiellinie eines Schiffes gab. Eingehende hydrostatische Versuche hatten ihn zu dieser seltsamen Form geführt, die in der Mitte einem Zylinder entspricht, der an den Enden in mehr oder minder spitze Kegel ausläuft. Bei einer Länge von 50 Meter und 9,2 Meter größtem Durchmesser betrug der Inhalt 2408 Kubikmeter. Zum ersten Male in der Luftschiffahrt kam eine Gasmaschine, System Lenoir, zur Anwendung. Vier horizontal liegende Zylinder lieferten ca. 6 P.S. bei einem Gasverbrauch von 7 Kubikmeter pro Stunde. Das Speisegas sollte dem Ballon selbst entnommen und der Fehlbetrag durch Aufblasen des Ballonets mit Luft ersetzt werden. Die Dichtigkeit der seidenen Hülle war durch eine dickere Kautschukschicht im Inneren und eine dünnere äußere genügend erreicht. Infolge zu schweren Leuchtgases konnten die Versuche nur an Haltetauen vorgenommen werden, deren Enden an der Erde lose von Soldaten gehalten wurden. Die erreichte Geschwindigkeit wurde auf 5 Meter pro Sekunde festgestellt und somit ein Fortschritt von zwei Meter gegen die in jener Zeit stattgefundenen

französischen Versuche geschaffen. Infolge Geldmangels konnten keine weiteren Versuche angestellt werden, und das wirklich anerkennenswerte Projekt ist mit den von Haenlein geplanten mannigfachen Veränderungen nicht wieder zur Ausführung gekommen, jedoch nach vielen Richtungen hin für spätere Konstruktionen vorbildlich geblieben. Haenlein ist im Jahre 1905 in Mainz gestorben.

Nachdem die Erfindungen verschiedener Franzosen keine genügenden Ergebnisse gehabt hatten, gelang es im Jahre 1884 den französischen Hauptleuten Renard und Krebs mit einem Lenkballon bei sieben Fahrten fünfmal wieder zur Abfahrtsstelle zurückzukehren. In Deutschland wurden jedoch diese Versuche wenig beachtet. Die verunglückten Fahrten von Dr. Wölfert, der bei einem Aufstieg über dem Tempelhofer Feld samt seinem Begleiter am 12. Juni 1897 ums Leben kam, sowie der Absturz des Schwarzschen Aluminiumschiffes schreckten alle Welt, namentlich auch die Ingenieure, davon ab, ihre Kraft dem Problem der Luftschiffahrt zu widmen. Ganz besondere Verwunderung aller Kreise erregte es daher, als der Württembergische General Graf von Zeppelin nach seinem Abschiede den schon lange gefaßten Plan, einen lenkbaren Ballon zu konstruieren, bekannt gab. Trotzdem gelang es ihm, das Kapital zum Bau seines ersten Luftschiffes, allerdings mit großer Mühe, allmählich zu erlangen. Am 2. Juli 1900 fand der erste, großes Aufsehen erregende Versuch mit dem riesigen 11 000 Kubikmeter Gas fassenden, 128 Meter langem Luftschiff statt. Verschiedene kleine Havarien, Brechen einer Kurbel und Verschlingen von Steuerleinen führten zur vorzeitigen Landung. Wider alle Prophezeiungen vollzog der starre Ballon eine sehr glatte Landung auf dem Bodensee. Am 17. Oktober fand sodann der zweite Aufstieg statt, der wiederum ein vorzeitiges Ende nahm, weil einer der im Innern des Aluminiumgerüstes befindlichen 17 Stoffballons infolge eines Fehlers am Ventil das Gas hatte ausströmen lassen. Am 21. Oktober gelang es dann, mit dem Luftschiff nach vorher angesagtem Plan zu manövrieren und eine Geschwindigkeit von 9 Meter in der Sekunde zu erzielen. Es ist bekannt, daß trotz dieses Erfolges nur eine ganz geringe Zahl von Getreuen von dem Erfolg der Zeppelinschen Luftschiffe überzeugt war, und es sind die vielen Kämpfe in aller Erinnerung, die Zeppelin durchführen mußte, bis es ihm gelang, alle Welt von den vorzüglichen Eigenschaften seiner starren Ballons zu überzeugen. Auch, wenn ihm dies nicht gelungen wäre, so hätte er doch das ungeheure Verdienst, der Luftschiffahrt einen neuen Impuls gegeben zu haben. Seine Arbeit, auf die wir weiter unten noch zurückkommen werden, haben für manchen genialen Ingenieur Frankreichs die Anregung gegeben, Lenkballons zu bauen, und die Fahrten des Brasilianers Santos Dumont zu Paris, wie die Erfolge der Luftschiff-Konstruktionen, die für die Gebrüder Lebaudy von Ingenieur Juilliot erdacht wurden, brachten für die Franzosen einen Umschwung zugunsten der Luftschiffahrt hervor. Vor allen Dingen fanden sich die Kapitalisten, die ihr Geld zur Verfügung stellten. Auch in Deutschland kam nunmehr neues Leben in die Aerostatik! Auf Veranlassung des Kaisers bildete sich die Motorluftschiff-Studien-Gesellschaft, die die Erfindung des Majors von Parseval ankaufte und ausbaute. Die Parseval-Luftschiffe haben Weltruf und nicht nur in Deutschland, sondern auch in den verschiedensten fremden Ländern ziehen sie ihre Kreise in der Luft. Der Typ der Parseval-Luftschiffe ist allgemein bekannt als sogenannter unstarrer. Der Begriff starrer Fahrzeuge ist ohne weiteres klar. Diese können entweder ganz starr aus irgend einem Metall oder Holz gebaut werden und im Inneren unter Zuhilfenahme von Stoffballons, die nach der Füllung wieder herausgenommen werden, gefüllt werden, oder aber man baut, wie Zeppelin und Schütte-Lanz, nur ein Gerüst von Holz oder Metall und überzieht dieses mit Stoff. Im Inneren befinden sich dann einzelne Stoffballons. Bei dieser Bauart hat man den Vorteil, daß man die so schädliche Strahlung der Sonne herabzumindern vermag. Es befindet sich zwischen der äußeren Hülle und den inneren gasgetragenen Körpern eine isolierte Luftschicht, die man noch beständig durch Außenluft erneuern kann, so daß die Temperatur des Gases nicht zu starken Schwankungen unterworfen ist.

Neben den ſtarren Fahrzeugen gibt es die Ballonet-Luftſchiffe. Bei dieſen wird die äußere Form durch einen oder mehrere Luftſäcke, Ballonets genannt, erhalten. Man pumpt vermittelſt Ventilatoren Luft in dieſe Säcke und erzeugt dadurch im Innern einen Überdruck, der ſo groß ſein muß, daß die Hülle durch den Luftdruck bei der Fahrt nicht eingedrückt wird, weil ſonſt das Fahrzeug ſteuerlos werden würde. Da beim Aufſtieg in der immer dünner werdenden Luft auch der Druck auf das Füllgas immer geringer wird, ſo muß man dafür Sorge tragen, daß das ſich ausdehnende Gas entweichen kann. Wenn ein Ballonet-Luftſchiff mit gefülltem Ballonet aufſteigt, ſo drückt das Gas zunächſt die Luft aus den Luftſäcken heraus, und erſt, wenn dieſe leer ſind, entweicht Gas durch die auf beſtimmten Druck eingeſtellten Sicherheitsventile. Die Größe der Luftſäcke bedingt die Höhe, bis zu der ein ſolches Fahrzeug aufſteigen ſoll. Man muß berechnen um welches Volumen ſich das Gas in der höchſten Höhe, die man zu erreichen beabſichtigt, ausdehnt; der Luftſack muß ſo groß gemacht werden, daß er die Differenz des Gasraumes und des Volumens, das die ihn urſprünglich ausfüllenden Gasmengen in der größten Höhe haben werden, an Luft zu faſſen vermag. Wenn der Ballonetinhalt kleiner iſt, ſo kann der Raum nicht mehr ausgefüllt werden, ſobald das Luftſchiff wieder in die Tiefe geht, und das Gas unter dem zunehmenden Luftdruck zuſammengepreßt wird. Manche Havarien ſind bei den Ballonet-Luftſchiffen ſchon dann vorgekommen, wenn durch aufſteigende Luftſtröme ein Fahrzeug in ſo große Höhen geriſſen wurde, daß der entſtehende Gasverluſt beim ſpäteren Fall nicht mehr durch die Luftmenge der Ballonets gedeckt werden konnte.

Man unterſcheidet nun bei den Ballonet-Luftſchiffen ſolche halbſtarrer und unſtarrer Art, wobei jedoch hervorgehoben werden muß, daß zeitweiſe die Grenze ſehr ſchwer zu ziehen iſt, weil man nicht mehr feſtſtellen kann, wo ein Luftſchiff aufhört, halbſtarr zu ſein und unſtarr zu werden. Bei den halbſtarren Ballons befindet ſich meiſt unter der Hülle eine Plattform oder ein langer Träger, die das gänzliche Einknicken des Stoffes bei Gasverluſt verhindern ſollen. Bei dem unſtarren Typ hat man den Einbau ſtarrer Teile nach Möglichkeit vermieden, um dadurch ſchnelle An- und Abmontierung ſowie leichte Verpackbarkeit zu erzielen.

Alle Ballonet-Luftſchiffe bedürfen zu ihrem Betriebe die größte Aufmerkſamkeit und ſtändige Beaufſichtigung des den Innendruck meſſenden Manometers, weil bei zu groß werdendem Druck die Hülle geſprengt werden kann, wie dies am 13. Juli dieſes Jahres beim Luftſchiff „Erbslöh“ geſchah.

Luftſchiffe unſtarrer Art ſind gerade durch die Parſeval-Ballons in Deutſchland vorbildlich ausgebaut. Ein ganz beſonderer Vorteil des Parſevalſchen Luftſchiffes iſt es, daß es nur in der Gondel und in einigen wenigen Teilen der Steuer- und Stabilitätsflächen ſtarre Teile beſitzt, ſo daß es innerhalb einiger Stunden zuſammengelegt und transportiert werden kann. Durch dieſen Umſtand wird die Kriegsbrauchbarkeit ſehr erhöht. Auch in der Form unterſcheidet ſich der deutſche Parſeval-Ballon weſentlich von den Luftſchiffen anderer Nationen. Ein langer Zylinder geht vorn in eine Halbkugel, hinten in einen eiförmigen Körper über. Die außerordentlich einfache Bauweiſe iſt ohne weiteres erkennbar. Im Inneren der Hülle befinden ſich zwei Ballonets, je eines vorn und hinten. Dieſe Luftſäcke werden andauernd durch den von einem eigenen Motor betätigten Ventilator beſchickt. Die überſchüſſige Luft vermag durch Sicherheitsventile zu entweichen. Durch beſondere, vom Führerſtand aus zu bedienende Klappeneinrichtung regelt der Führer das Zuſtrömen der Luft zu den Ballonets. Je nachdem, ob ein Heben oder Senken des Vorderteiles beabſichtigt wird, wird Luft nach hinten oder vorn zugeführt, wodurch entweder das Hinter- oder Vorderteil ſchwerer gemacht wird. Eigenartig iſt auch die Einrichtung der Stabiliſierungs- und Steuerflächen; ſie erhalten durch ſelbſttätiges Zuſtrömen der Luft ihre pralle Form. Die Drachenwirkung auf die Ober- oder Unterſeite des Ballons iſt bei raſcher Fahrt ſo bedeutend, daß vertikale Kräfte von mehreren hundert Kilogramm entſtehen.

Schon im Herbſt 1907 wurden 18 lehrreiche und meiſt gelungene Aufſtiege durch-

geführt. Die Einfachheit der Parsevalschen Konstruktion und die geringen Abmessungen des Luftschiffes hatten von vornherein das militärische Interesse wachgerufen. Nach den ersten glücklichen Fahrten war nicht mehr zu bezweifeln, daß es die damals an einen kleinen Kriegsballon zu stellenden Anforderungen: zehnstündige Fahrt, Mitnahme einiger Beobachter und Erzielung von Höhen bis zu 2000 Meter erfüllen könne. Die Motorluftschiff-Studiengesellschaft, die sich die Ausbildung Parsevalscher Luftschiffe besonders angelegen sein ließ, bewirkte bald den Bau eines zweiten Typs, mit dem die von der Heeresverwaltung behufs Ankauf aufgestellten Bedingungen erfüllt wurden. Diese Konstruktion unterschied sich von der früheren durch die länglichere und spitzere Form des Hinterteils und durch den größeren Inhalt. Am 14. und 15. September 1909 führte das Luftschiff eine $11^1/_4$stündige Fahrt nach Magdeburg, Genthin, Wolmirstedt und zurück über Burg, Potsdam aus. Das Luftschiff ging alsbald in den Besitz der Heeresverwaltung über. Ein anderes Parseval-Luftschiff wurde im August zur internationalen Luftschiffausstellung in Frankfurt entsandt, wo es sich durch eine Reihe wohlgelungener Passagierfahrten bald allgemeiner Beliebtheit erfreute. Unter diesen Fahrten dehnte sich die längste über Augsburg bis München aus. Bei mehrfachen Zwischenlandungen zur Betriebsstoffeinnahme und bei Verankerungen im Freien bewies das Luftschiff unter der umsichtigen Führung des Oberleutnants a. D. Stelling seine vorzüglichen Eigenschaften.

Die neuesten Parseval-Luftschiffe haben eine sogenannte halbstarre Schraube aus Stoff, die einigermaßen ihre Form behält, damit sie im schlappen, herunterhängendem Zustande nicht irgend wo anstreifen kann.

Durch eine Reihe wohlgelungener Fahrten, die im Sommer 1910 in Breslau, in Dresden sowie später in München, wohin das Luftschiff von Bitterfeld aus sich auf dem Luftwege begeben hatte, unternommen wurden, ist die Brauchbarkeit des Systems auch für Verkehrsfahrten erwiesen.

Auch die Militärverwaltung ist 1906 an den Bau eines Lenkballons herangegangen, nachdem der Kaiser die erste Anregung hierzu gegeben hatte. Der Kommandeur des Luftschifferbataillons, Major von Besser, veranlaßte die Anstellung eines tüchtigen Ingenieurs, Basenach, dem wir die glänzende Konstruktion des Militärluftschiffes verdanken.

Es wurde zunächst ein Versuchsluftschiff von nur 1800 Kubikmeter Inhalt und einem Motor von 24 P.S. erbaut, das im Jahre 1907 für einige Zeit den Rekord einer ununterbrochenen Dauerfahrt von neun Stunden errang. Die mit diesem Fahrzeug 1907—08 bei 60 Aufstiegen gesammelten Erfahrungen ermutigten zum Fortschreiten auf dem betretenem Wege. Im Jahre 1908 wurde das erste deutsche Militärluftschiff fertiggestellt. An diesem liegen die Propeller, wie schon beim Versuchsluftschiff, zu beiden Seiten des Versteifungsgerüstes. Letzteres wurde aber schmäler und knickfester ausgeführt und mit Höhensteuern versehen. Die Hülle erhielt zwei Ballonets, die Gondel zwei Motoren je 75 P.S. Major Sperling und Oberingenieur Basenach, unter deren Leitung das Luftschiff erbaut war — auch Major Groß hat gelegentlich seine Ratschläge erteilt — unternahmen 1908 eine Reihe wohlgelungener Fahrten, von denen die wichtigste am 11. September eine 13 stündige, ununterbrochene Dauerfahrt war, mit der auch dieses Luftschiff auf längere Zeit den Weltrekord halten sollte. Zwei unfreiwillige Landungen im Grunewald und Stettiner Haff brachten dem Luftschiff keinen nennenswerten Schaden. Seit Frühjahr 1909 verfügt die Heeresverwaltung noch über ein zweites vergrößertes Militärluftschiff, das auch mit Einrichtungen zur drahtlosen Telegraphie versehen wurde, und seit 1910 über ein drittes und viertes Fahrzeug. Außer dem deutschen Kronprinzen und dem Prinzen Heinrich von Preußen beteiligten sich die Kriegsminister, der Chef des Generalstabes, der Inspekteur der Verkehrstruppen und mehrere kommandierende Generale an Auffahrten. Es sind Vorrichtungen getroffen, daß die Luftschiffe im Freien gefüllt, durch Reißvorrichtung zur Landung gebracht, auseinander genommen und auf Fahrzeugen verpackt werden können. Das Militärluftschiff, „M II" genannt, beteiligte sich mit Erfolg an den Kaisermanövern 1909. Zu seiner Unterbringung diente eine transportable Zelthalle. Demnächst wurden

die Luftschiffe „M III" und „M IV" erbaut. Das erstere unternahm am 11. April 1910 eine siebenstündige Fahrt. Der Kiel des Fahrzeuges besteht aus drei Hauptteilen. Der Gaskörper besitzt zwei Ballonets, eines vorn und eines hinten. Seine Länge beträgt 83 Meter, der größte Durchmesser 12,4 Meter, der Inhalt 6500 Kubikmeter. An der Hülle befinden sich die Dämpfungsflächen, vertikale Flossen, die am Kiel angebracht sind. Dieser besteht aus Aluminiumrohr und hat zur Höhensteuerung vorn und hinten zwei miteinander in Verbindung stehende Flüssigkeitsbehälter. Die Schrauben befinden sich dicht an der Gondel. Vier Körting-Motore von je 75 P.S. treiben die Schrauben.

Wenn „M III" auch mehrfach seine Reisepläne nicht ganz durchzuführen vermochte, da beispielsweise die am 4. Juli 1910 geplante Fernfahrt nach Gotha mißglückte und später am 27. Juli die Fahrt nach Metz ein vorzeitiges Ende in Gotha nahm, so hat doch das Fahrzeug durch eine Reihe wohlgelungener Fahrten seine große Kriegsbrauchbarkeit erwiesen. Noch kein Luftschiff der Welt ist ohne Havarie weggekommen; die ganze Entwicklung steckt noch in den Kinderschuhen. Der „M III" ist aber doch mit etwas über 16 Meter Geschwindigkeit in der Sekunde das schnellste Fahrzeug der Welt. Der neueste „M IV" ist bei 94 Meter Länge und 13 Meter größtem Durchmesser etwa 7500 Kubikmeter groß. Er besitzt anstatt einer Gondel deren zwei mit je zwei Motoren zu je 100 P. S. und vier Propeller.

Deutschlands Vorsprung in der Motorluftschiffahrt ist dem Auslande ganz besonders vor Augen geführt durch die glänzenden Fahrten des „Clouth"-Ballons von Köln nach der Ausstellung in Brüssel und durch die dort veranstalteten Fahrten. Gerade bei diesen Fahrten sind eine Reihe neuer technischer Einzelheiten erprobt worden, die sich ausgezeichnet bewährt haben. Die Ballonfabrik von Franz Clouth zu Köln-Nippes ist die einzige Fabrik der Welt, die alle Teile, insbesondere die Hülle, in eigenen Werkstätten verfertigt; nur der Motor wird bezogen. Der Grundgedanke des Erbauers war, ein möglichst einfaches Schiff von sehr geringer Größe zu schaffen, um Füllung und Betrieb mit den bei einer Feldluftschifferabteilung vorhandenen Mitteln und Mannschaften durchzuführen. Seine Größe beträgt aus diesem Grunde nur 1900—2000 Kubikmeter, wobei es außer dem Führer einen Maschinisten und einen Beobachtungsoffizier 800 Meter zu heben und 10 Stunden in der Luft zu bleiben vermag. Der Bauart nach haben wir es mit einem unstarren Ballonet-Luftschiff zu tun, das jedoch durch zwei an den Längsseiten der Hülle angebrachte hölzerne Trageſtangen versteift wird, daß der Körper nicht einknicken kann. Die Hülle besteht aus diagonal dubliertem Baumwolldoppelstoff mit Gummizwischenlage und einer weiteren Gummischicht auf der innern Seite. Durch diese doppelte Gummilage wird eine außerordentlich große Gasdichte erreicht. Es sei hier erwähnt, daß Deutschland in bezug auf die Ballonstoffabrikation an erster Stelle in der Welt steht, was am klarsten daraus hervorgeht, daß selbst die Franzosen sich meist unserer Stoffe bedienen. Außer Clouth fertigen noch gummierte Stoffe an: Continental Kautschukfabrik in Hannover, die Fabrik in Haarburg-Wien, Metzeler in München. Um bei Havarien die Hülle schnell vom Gase entleeren zu können, ist eine Zerreißvorrichtung auf dem Rücken der Spitze und des Hecks angeordnet. Diese Vorrichtungen sind nicht zu verwechseln mit der sonst gebräuchlichen Reißvorrichtung: bei dieser zieht man einen Streifen ab, auf den zwei anstoßende Stoffbahnen anstatt genäht, geklebt sind, bei jener werden die Bahnen, um die Festigkeit des Stoffes nicht zu schwächen, so leicht zusammengenäht, daß sie mühelos zerrissen werden können. Zur Verhinderung des Hin- und Herflutens der Luft bei Schrägstellung des Fahrzeuges ist der im Innern befindliche Luftsack in zwei Kammern geteilt. Die 6,75 Meter lange Gondel bietet reichlich Platz für die beiden Beobachtungsoffiziere. Der Motor von 50 P. S. befindet sich in der mittleren von ihren drei Abteilungen; vor ihm hat der Führer mit einem Mitfahrenden, hinter ihm der Maschinist mit dem zweiten Gast Platz. Besondere Beachtung verdienen die Flossen und Steuer. Am Heck, an der Spitze und an der Bauchseite des Hecks ist der Stoff verstärkt worden zur Anbringung der Flossen, der Höhensteuer sowie der Kielfläche und des Seitensteuers. Das Ruder und die

horizontalen Dämpfungsflächen sind einflächig gestaltet. Besonders hervorzuheben ist ferner die vorzügliche Wirkung der Höhensteuerung, die in dieser Weise noch nicht bei einem Ballonetluftschiff halbstarrer oder unstarrer Bauart erzielt worden ist. Der Vorzug besteht darin, daß das Steuer an der Hülle selbst, und zwar seitlich am Vorderteil angebracht worden ist. Ferner ist die Durchführung des Antriebs durch Gummiseile besonders gelungen. Man erinnert sich, daß gerade nach dieser Richtung bei anderen Luftschiffen viele Versuche angestellt worden sind. Die Berliner Fahrt des Zeppelinschen Luftschiffes hatte bekanntlich unter einer Havarie zu leiden, die auf eine neue Art der Kraftübertragung durch Stahlbänder zurückzuführen war. Die Clouthsche Übertragung scheint sich die Welt erobern zu wollen. Gummiseile sind elastisch, schmiegen sich den Seilscheiben völlig an und gleiten nicht. Gummi wird auch nicht durch Witterungseinflüsse verändert; aus diesem Grunde bedürfen diese Seile keiner Vorrichtung zum Nachspannen. Endlich sind sie lehr leicht und können schnell und bequem ausgewechselt werden.

Infolge seiner großen Einfachheit kann das ganze Schiff außerordentlich leicht bedient werden: zum Füllen, Herausbringen und Wiederbergen des Fahrzeuges genügen im allgemeinen zwölf Mann; zur Instandhaltung des Schiffes gehören außer dem aufsichtführenden Kommandanten ein Maschinist und ein ständiger Arbeiter, der zweckmäßigerweise mit Seilerarbeiten vertraut ist. Die Geschwindigkeit des Fahrzeuges ist auf nicht ganz 35 Kilometer in der Stunde festgestellt worden. Schnellere Fahrzeuge müssen kräftigere Motore haben; diese sind eben schwerer und brauchen größere Gaskörper; also mit steigender Geschwindigkeit kommt man zu größeren Fahrzeugen. Der Zwang, größere Schiffe zu bauen, wird kaum noch durch das Bestreben bedingt, der Beschießung durch Hochfahren auszuweichen. Dieser Gefahr kann man nämlich doch nicht entgehen, da es keine normalerweise zu erreichende Höhe gibt, in der man vor den modernen Geschützen sicher wäre. Es wird vielfach betont, daß die Ballonetluftschiffe leicht bei der Feldarmee mitgeführt und im Bedarfsfalle zum Aufstieg gebracht werden können. So leicht, wie dies gesagt wird, ist es denn doch nicht! Vor allen Dingen gehört zum Aufstieg eines Luftschiffes Gas. Dieses wird nicht an Ort und Stelle erst hergestellt, wie es vielfach im Festungskriege geschieht, sondern in Stahlflaschen herbeigeschafft. Eine Gasflasche faßt sechs Kubikmeter Gas, das auf etwa 170 Atmosphären verdichtet ist. Die modernen Kriegsluftschiffe haben einen Inhalt von rund 6000 Kubikmeter, demnach bedarf man zu ihrer Füllung 1000 Flaschen, von denen etwa 20 auf ein gerade noch gut bewegliches Fahrzeug gehen. 50 Wagen sind demnach für eine Gasfüllung erforderlich. Jedes Fahrzeug muß mit sechs Pferden bespannt werden, wenn es der Truppe folgen können soll, so daß also für den Transport einer Füllung schon 300 Pferde gebraucht werden. Man sieht also, daß ein ganz erheblicher Troß nötig ist, wenn man das Gas zur ersten Füllung und zur unbedingt täglich nötigen Nachfüllung mit sich führen will. Die Schwierigkeiten werden auch nicht viel geringer, wenn wir annehmen, daß der Gasersatz auf Lastautomobilen erfolgen kann, von denen man natürlich viel weniger gebrauchen würde. Hinter einer fechtenden Truppe befinden sich so wie so schon genug Kolonnen, so daß man, wenn irgend möglich, eher auf eine Verminderung der Fahrzeuge hinter der Front bedacht ist. Aus diesem Grunde werden die feldmäßig verpackten großen Luftschiffe wohl häufig weit hinter den Truppen bleiben, in der Nähe der Eisenbahnen, die ihnen das Gas zuführen müssen. Ein zweiter Nachteil der großen Schiffe ist nicht zu beseitigen: sie brauchen auf der Erde schon bei geringem Winde soviel Personal, daß eine normale Luftschiffer-Abteilung kaum noch imstande ist, die Bedienung auszuführen. Ja, es kann sogar der Fall eintreten, daß im Freien das Füllen des großen Ballons bei starkem Winde unmöglich wird; man hat deshalb transportable Hallen geschaffen, die wiederum den Troß vermehren. Von den außerordentlichen Kosten der großen Schiffe soll hier ganz abgesehen werden. Dahingegen kann man kleine Ballons, wie den „Clouth", mitsamt dem nötigen Gase auf wenigen Feldfahrzeugen mitführen, da nur 16 Wagen zum Transport der Füllung nötig sind. Die Mannschaften einer Feld-Luftschiffer-Abteilung genügen auch vollkommen zur Bedienung dieser Schiffe im Freien.

Ein schwer wiegender Vorteil kleiner Schiffe bildet die Möglichkeit, sie sehr schnell fahrtbereit zu machen: der „Clouth" kann innerhalb zwei Stunden zum Aufstieg gebracht werden, während große Schiffe einen halben, ja fast einen ganzen Tag brauchen.

Noch zwei gewaltige Fahrzeuge harren ihres Aufstieges und sollen einen Beweis deutschen Könnens geben. Die Siemens-Schuckert-Werke haben unter der Leitung eines hervorragenden Schiffbautechnikers, Ingenieur Krell, ein Ballonetluftschiff von erheblichen Dimensionen erbaut. In Biesenthal bei Berlin wurde eine drehbare Halle errichtet, in der sich seit Herbst 1908 die Hülle eines 12 000 Kubikmeter großen, langgestreckten Ballons befindet. Ferner befindet sich auf der Luftschiffwerft des Großindustriellen Karl Lanz zu Rheinau bei Mannheim ein riesiges Holzluftschiff starrer Bauart, „Schütte-Lanz" genannt. Dieses ist durch den Danziger Schiffbau-Professor Schütte erdacht worden.

Aus allem geht hervor, daß wir in Deutschland wahrlich nicht bei der Konstruktion von Lenkballons zurückgeblieben sind. Wir werden auch von anderen Ländern außerordentlich beneidet, was daraus hervorgeht, daß man in Frankreich im Parlament die Überlegenheit Deutschlands stark betont und die Forderung erheblich größerer Mittel für die Luftschiffahrt ausdrücklich mit dieser Überlegenheit begründet hat.

Bis jetzt haben wir nur Deutschlands Vorsprung in der Konstruktion von Kriegsluftschiffen betont, doch sind auch auf dem Gebiete des Luftverkehrs unsere Landsleute bahnbrechend gewesen. In erster Linie ist wieder Graf Zeppelin zu nennen, auf dessen Bauweise wir noch näher einzugehen haben. Zeppelin hat schon vor vielen Jahren betont, daß das Luftschiff in den Dienst der Kultur gestellt werden müsse. Seine Luftschiffe, die natürlich auch als Kriegsfahrzeuge eine hervorragende Rolle spielen, sind in erster Linie für friedliche Zwecke gebaut worden. An geographische Forschungsreisen, Expeditionen in die Kolonien, Fahrten zur Erforschung der Polargegenden, Reisen in unbewohnte Länder hat Zeppelin in erster Linie gedacht. Zwar ist das erste Verkehrsluftschiff der Welt, die „Deutschland", leider bei einer Fahrt in stürmischem Wetter im Teutoburger Wald verunglückt, aber so bedauerlich dieses Unglück auch ist, niemals kann es uns abhalten, auf dem einmal betretenen Wege weiter zu schreiten. Das nachahmenswerteste Beispiel hat uns der alte Reitergeneral selbst gegeben: nie hat er auch im größten Unglück den Mut verloren, obwohl Schicksalsschläge ihn allzu häufig trafen. In der Nacht vom 24.—25. September 1900 ereilte ihn das erste schwere Mißgeschick, als infolge Zerreißens der Flaschenzüge das an der Decke der Halle aufgehängte starre Gerippe seines Flugschiffs zu Boden stürzte und schwer beschädigt wurde. Die am nächsten Tage unter der Leitung des Grafen Zeppelin und unter der aerostatischen Führung des Verfassers geplante Fahrt mußte für längere Zeit verschoben werden. Obgleich dann später gute Resultate erzielt wurden, vermochte der zähe Erfinder erst nach fünf Jahren wieder die nötigen Mittel zu einem Neubau zu beschaffen. Am 30. November 1905 fand der erste Versuch des neuerstandenen Ballons statt, und wieder führte ein Unglück zu längerer Verzögerung in den Versuchen. Ein Schleppseil blieb durch einen entstandenen Knoten an dem Ballon hängen, der alsbald mit nach unten gerichteter Spitze in den See schoß und schwer beschädigt wurde. Am 17. Januar 1906 wurde dann das wieder instandgesetzte Fahrzeug durch zu schweres Abwiegen in große Höhe getrieben und von den dort herrschenden starken Winden über Land getrieben. Das erstemal bewies zwar der starre Ballon seine Landungsfähigkeit auf festem Boden, aber in der Nacht faßte ihn ein Gewittersturm und zerdrückte das Gerippe. Mit großer Energie ging Zeppelin sofort an einen Neubau, mit dem er endlich im Herbst 1906 die hervorragendsten Resultate erzielen konnte. Dieses Fahrzeug, nach der jetzt eingeführten Bezeichnung „L. Z. III" genannt, ist später als „Z I" in die Hände der Militärverwaltung übergegangen und befindet sich in seinem Hafen zu Metz. Es hat ein Fassungsvermögen von 11 000 Kubikmeter bei 128 Meter Länge und 11,7 Meter Durchmesser. Das Gerippe besteht aus 16 Zellen. Die Daimler-Motoren haben jeder eine Stärke von 85 Pferden. Die Propeller werden durch stählerne Triebwellen in Bewegung gesetzt,

die in fester Verbindung mit den Motoren und den Schrauben sind; die Umdrehungszahl der letzteren beträgt etwa 820 in der Minute. Sehr wesentlich war es, daß man am hinteren Ende die jetzt so typischen Dämpfungsflächen in Gestalt je zweier an den Seiten befindlicher, übereinander liegender Flächen angebracht hat. Die Höhensteuer sind nahe dem Schiffskörper herangebracht und bestehen aus mehreren übereinander liegenden Flächen. Die Steuerung für die horizontale Fahrt besteht in einer großen, am Heck angebrachten Fläche und je zwei vertikalen Doppelsteuerflächen zwischen den Dämpfungsflächen. Am 9. und 10. Oktober machte dieses Fahrzeug allseitig bewunderte mehrstündige Fahrten, in denen sich Stabilität und Steuerfähigkeit als gut erwiesen. Nunmehr wurde dem Grafen eine Lotterie zur Beschaffung der erforderlichen Mittel für das weitere Unternehmen gestattet, und die Reichsregierung baute eine schwimmende Halle, die im folgenden Jahre fertiggestellt wurde. In der Zeit vom 24. September bis 1. Oktober fanden von der neuen Ballonhalle aus mehrere ausgezeichnete Fahrten statt, von denen die letzte durch achtstündige Dauer und durch die zurückgelegte Entfernung von 350 Kilometern hervorragt. Sowohl der Kronprinz des Deutschen Reiches wie der König von Württemberg als auch der Erzherzog Franz Salvator bekundeten ihr Interesse für die Leistungen dadurch, daß sie sich das Luftschiff bei einem besonderen Aufstieg vorführen ließen. Das Unternehmen bedurfte nun aber einer tatkräftigen Geldunterstützung. Helfend trat der deutsche Reichstag durch Bewilligung von reichlich zwei Millionen in die Schranken. Hierfür sollte das fertige Luftschiff und ein noch zu erbauendes größeres käuflich erworben werden. Die Abnahmebedingungen gipfelten in einer 24stündigen Fahrt, in der Erreichung von 1200 Meter Höhe und in der Ausführung von Landungen auf festem Boden. Graf Zeppelin gedachte diese Bedingungen mit seinem im Juni 1908 fertiggestellten vierten Luftschiff zu erfüllen. Es war 136 Meter lang und faßte 15000 Kubikmeter bei 13 Metern Durchmesser. An Konstruktionseigentümlichkeiten sind Bug- und Hecksteuer, eine dritte Gondel — Passagierkabine — und ein nach der Oberseite durch den Luftschiffkörper führender Schacht hervorzuheben. Letzterer sollte die Vornahme astronomischer Ortsbestimmungen von der Oberseite des Ballons aus ermöglichen. Am 1. Juli 1908 machte dieses Luftschiff eine Fahrt, welche die gesamte Kulturwelt in Staunen und Begeisterung versetzte. Die Abfahrt erfolgte 8 Uhr 30 vormittags von Manzell. Über Konstanz, Stein und den Rheinfall, Bulach, Neußtal-Luzern ging es südwärts in die Schweiz. In sieghafter Fahrt wurden Vierwaldstätterse und Zugersee, Albisstette zwischen Zuger- und Zürichersee überflogen. Um drei Uhr war das Luftschiff in Zürich. Die Rückfahrt nahm es über Winterthur, Frauenfeld, Romanshorn-Rorschach-Rheinmündung nach dem Bodensee, dessen östliche Hälfte noch umfahren wurde. Bei Sonnenuntergang war die glatte Landung und Bergung erfolgt. Der allgemeinen und namentlich in Deutschland herrschenden Begeisterung gab eine von den Tübinger Studenten dargebrachte Huldigung den gebührenden Ausdruck. Der König von Württemberg und seine Gemahlin waren die ersten fürstlichen Gäste, die sich schon zwei Tage nach der Schweizer Fahrt, am 3. Juli 1908, der sicheren Führung des Grafen anvertrauten. Nunmehr sollten die Abnahmebedingungen des Kriegsministeriums erfüllt werden. Durch Anbringung senkrechter Flossen am Hinterende des Luftschiffes hatten die Stabilisierungsorgane eine weitere Verbesserung erfahren. Die große Dauerfahrt mit Mainz als Ziel wurde am 4. August um 6 Uhr 10 morgens angetreten. Das Luftschiff flog das Rheintal entlang über Basel, Straßburg, Mannheim, Worms unter begeisterter Teilnahme der Bevölkerung. Dann mußte aber eine Zwischenlandung zur Ausbesserung eines Motorschadens auf dem Rhein erfolgen, wo die Verankerung zwischen einigen Buhnen unweit Nierstein vor sich ging. Als gegen Abend die Ausbesserung beendigt war, wurde Mainz erreicht und die Rückfahrt über Mannheim—Heidelberg angetreten. Schon in der Nacht hatte man mit kräftigem Südwind zu kämpfen gehabt. Als daher südlich Stuttgart am Morgen des 5. August wieder ein Motordefekt eintrat, und durch die in der Nacht erreichten Höhen — bis 1800 Meter — eine Nachfüllung des Gases erforderlich wurde, landete das Luftschiff bei Echterdingen. Hiermit wurde un-

freiwillig die Bedingung der Landung auf festem Boden einwandfrei erfüllt. Aber nicht lange sollte sich der Graf seines bisherigen Erfolges erfreuen. Ein Gewittersturm entriß das Luftschiff seiner Verankerung und brachte es durch elektrische Entladungserscheinungen zur Explosion. Zum zweiten Male stand der schwergeprüfte Graf vor den Trümmern eines hervorragenden Werkes. Aber die Fortführung seines Unternehmens wurde jetzt Ehrensache der Nation. Aus Gaben von hoch und niedrig kamen fast 6 Millionen als Nationalspende zusammen. Mit diesem Kapital wurde die Luftschiffbau-Zeppelin-Gesellschaft gegründet. In rastloser Arbeit ging Zeppelin sofort an die Umänderung des noch vorhandenen dritten Luftschiffes. Es wurde durch Verlängerung auf 13 000 Kubikmeter Inhalt und 136 Meter Länge gebracht. Die Steuerorgane waren die gleichen wie die des verunglückten Luftschiffes. Am 27. Oktober 1908 unternahm Prinz Heinrich mit Kapitän Mischke unter persönlicher Führung des Grafen eine Fahrt über den Bodensee, am 7. November folgte der deutsche Kronprinz seinem Beispiel und konnte während seiner sechsstündigen Fahrt den nach Donaueschingen fahrenden Extrazug seines kaiserlichen Vaters begrüßen. Schon am 10. November wohnte der deutsche Kaiser einem Aufstiege bei und verlieh dem verdienstvollen Grafen die hohe Auszeichnung des Ordens vom Schwarzen Adler. Unter Anerkennung der guten Leistungen dieses Luftschiffes wurde seitens des Kriegsministeriums von der Erfüllung der alten Bedingungen abgesehen. Das Luftschiff ging im Frühjahr 1909 als „Z I" in den Besitz der Heeresverwaltung über. Im März und April hatte es teilweise unter militärischer Führung in nur Monatsfrist bei über 20 Fahrten seine Brauchbarkeit nochmals dargetan. Unter diesen Fahrten verdient die Fahrt nach München besondere Beachtung, obgleich die bei München geplante Landung wegen starken Windes nicht hatte ausgeführt werden können. Bei Loiching in Niederbayern wurde bei einer Windgeschwindigkeit von etwa 12 Metersekunden eine glatte Landung auf festem Boden vollzogen und die Verankerung so gut ausgeführt, daß das Luftschiff bis zu seiner Fahrbereitschaft am nächsten Tage unbeschädigt liegen blieb. Es hatte dabei Windstärken von 20 Metersekunden standgehalten. Vom deutschen Kaiser eingeladen und von der Bevölkerung der Reichshauptstadt mit Sehnsucht erwartet, unternahm „L. Z. VI" Ende August eine Fahrt nach Berlin. Bei einer Zwischenlandung in Bitterfeld bestieg Graf Zeppelin die Gondel und führte trotz Fehlens eines auf der Fahrt verloren gegangenen Propellers sein Luftschiff nach Berlin. Wenn auch auf der Rückfahrt weitere Defekte, die wohl auf die versuchsweise neu angeordnete Stahlbandübertragung vom Motor zum Propeller zurückzuführen sind, nicht ausblieben, und eine Ballonkammer durch einen abfliegenden Propeller zerstört wurde, konnte doch der Eindruck dieser großen Fahrt nicht abgeschwächt werden. Weitere wesentliche Erfolge erzielte der „L. Z. VI" durch seine Fahrt nach Frankfurt zur internationalen Luftschiffahrtausstellung und durch die von dort aus unternommenen Ausflüge nach Mannheim und in das rheinisch-westfälische Industriegebiet. Leider fiel auch dieses schöne Schiff dem unerbittlichen Schicksal zum Opfer: Am 14. September 1910 verbrannte es in einer Halle bei Baden-Baden. Unglaublicher Leichtsinn hatte den Brand verursacht.

Immer weiter werden die Zeppelinschen Fahrzeuge ausgebaut. Auf Sicherheit und Leichtigkeit soll in erster Linie Rücksicht genommen werden. Das Vertrauen zu den Fahrzeugen ist keineswegs geschwunden, wenn auch die überschwängliche Begeisterung einer ruhigeren Überlegung Platz gemacht hat. Die kommenden Zeiten werden zeigen, ob wir mit unserer Zuversicht auf das nationale Werk des Grafen Zeppelin Recht haben oder nicht. „Dieu défend le droit", so lautet der Wahlspruch des Grafen Zeppelin! Sein großes Gottvertrauen hat ihn durch alle schwierige Lagen, die ihm durch persönliche und sachliche Gegner bereitet worden sind, bestens durchgeleitet. Auch wir wollen mit dem Blick nach oben beharrlich die von Zeppelin begonnene Kulturarbeit weiter ausbauen und uns nicht irre machen lassen durch große und kleine Mißgeschicke.

Auch an der Entwicklung der Aerodynamik hat Deutschland einen hervorragenden Anteil genommen, wenngleich wir in den letzten Jahren dies Gebiet so stark vernach-

läßigt haben, daß wir lange nicht mehr an erster Stelle stehen. Dies hat zum größten Teil seinen Grund darin, daß die maßgebenden fachmännischen Berater sich mit dem Gegenstand nicht zu befreunden vermochten.

In der ganzen Welt hat der Name des Ingenieurs Otto Lilienthal den allerbesten Klang, und die Gebrüder Wright, denen zuerst größere Flüge mit einem Drachenflieger gelungen sind, erkennen rückhaltlos das große Verdienst unseres Landsmannes an. Auch in Frankreich, das sich sonst vielfach den Fortschritten Deutschlands völlig verschließt und ungern eingesteht, wenn es auf der von deutschen Ingenieuren und Gelehrten gegebenen Grundlage weiter arbeiten soll, hat in neuester Zeit ebenfalls in objektivster Weise die hervorragenden Verdienste Lilienthals anerkannt. Der bekannte Flugtechniker Kapitän Ferber, der leider bei seinem Fluge am 22. September 1909 durch Absturz einen vorzeitigen Tod fand, hat dies ganz besonders dadurch zum Ausdruck gebracht, daß er im Jahre 1904 bei seiner Anwesenheit in Berlin einen Kranz am Grabe Lilienthals niedergelegt hat.

Schon als Knabe von 13 Jahren hatte Lilienthal das Fliegen mit den primitivsten angebundenen Flügeln in Klappenform bei Nacht auszuüben versucht, indem er einen Hügel herunterlief. Als gereifter Mann ging er dann systematisch bei der Verbesserung seiner Flugvorrichtungen vor. Zunächst führte er seine Flugversuche, bei denen ihn oft sein Bruder tatkräftigst unterstützte, mit ganz einfachen, gewölbten Segelapparaten aus, die den ausgebreiteten Fittichen eines schwebenden Vogels glichen, indem er von erhöhtem Standpunkte gegen den Wind abschwebte. Als Gestell diente ihm Weidenholz, als Bezug mit Wachs getränkter Schirting. Das Festhalten und Lenken des Apparates erfolgte durch Einlegen beider Unterarme in entsprechende Polsterungen des Gestells. Bei lebhafterem Winde schwebte er häufig hoch über den Köpfen einer staunenden Menge fort, unter Umständen sogar momentan in der Luft auf einer Stelle in Schwebe bleibend. Diesen einfachen Segelflächen fügte Lilienthal sodann später Steuerflächen hinzu, um hierdurch eine bessere Einstellung gegen den Wind zu erreichen. Sehr unangenehm empfand er bei seinen Flügen stärkere, plötzlich auftretende Windstöße, weil bei ihnen die Gefahr vorlag, daß sie — wenn auch nur einen Augenblick — den Apparat von oben treffen könnten, wodurch er unfehlbar in die Tiefe gestürzt und zerschellt worden wäre. Als Höchstbetrag für die Segelflächen fand er Flächen von 14 Quadratmetern, 7 bis 8 Metern Breite von Spitze zu Spitze gemessen, da größere die Stabilität einbüßten. Gleichzeitig wurde ihm auch die Landung bei stärkeren Winden und größeren Flächen sehr bedenklich. Wie Lilienthal selbst sagt, hat er oft in der Luft einen förmlichen Tanz aufführen müssen, um, vom Winde hin und her geworfen, das Gleichgewicht zu behaupten; aber stets gelang es ihm doch, glücklich zu landen. Er wurde hierdurch aber notgedrungen zu den Versuchen geführt, die Lenkbarkeit und leichtere Handhabung zu bessern. Anfänglich hatte er die Lenkung durch einfaches Verlegen des Schwerpunktes mit seinem Körper bewirkt, was ihm unter Anwendung kleinerer Flügelflächen bei Winden von 6 bis 8 Metern in der Sekunde vollkommen gelungen war. Es stellte sich aber für schwächere Winde die Notwendigkeit heraus, die Tragflächen zu vergrößern, und er schuf deshalb einen Doppelapparat von $5^1/_2$ Meter Spannweite mit zwei je 9 Quadratmeter großen Flächen. Die Schwerpunktsverlegung mittels des Körpers wirkte hier ebenso günstig wie früher. Durch Verlegen desselben nach links wurde sofort das infolge eines stärkeren Windstoßes gehobene linke Flügelpaar gesenkt, und umgekehrt. Die erreichten Höhen wurden ganz bedeutend größer, oft wurde der Abfliegepunkt um ein erhebliches Stück überflogen, sobald Windstöße bis über 10 Metersekunden auftraten. Zur Durchführung der Landung bei schwachem Winde wurde der Apparat durch Zurücklegen des Körpers vorn gehoben. Alsdann mußten unmittelbar über dem Boden die Beine, wie beim Sprunge, schnell vorgeworfen werden, weil sonst der Körper einen sehr unangenehmen Stoß erhielt. Bei etwas stärkerem Winde dagegen senkte sich der Apparat sehr sanft zur Erde. Bei seinen Übungen hat Lilienthal stets die hebende Kraft des Windes deutlich verspürt. Er glaubt sogar, bemerkt zu haben, daß

der Wind auch eine Bewegung ähnlich dem Kreisen der Vögel, eingeleitet hätte, wodurch dem Apparat eine Neigung nach links oder rechts gegeben wäre; infolge der Nähe des Berges, von dem er abgeflogen sei, hätte er sich aber auf die Durchführung der Drehungen nicht einlassen dürfen. Als Übungsgelände hatte er sich verschiedene Hügel in der Umgebung Berlins ausgesucht, bis er sich schließlich, um die weiten Wege zu sparen, bei Groß-Lichterfelde einen Hügel von 15 Meter Höhe und 70 Meter unterer Breite baute, der oben zur Aufnahme der Flugapparate eingerichtet wurde. Lilienthal hatte bereits große Sicherheit im Fliegen erlangt und wollte gerade dazu übergehen, mit Hilfe eines kleinen Motors den Ruderflug der Vögel nachzuahmen, das heißt Flügelschläge auszuführen; er hatte diesen neuen Apparat im Gewichte von 40 Kilogramm auch bereits im gewöhnlichen Segelfluge versucht, als den kühnen Mann das Schicksal am 9. August 1896 hinwegraffte. Es kam ihm bei den noch geplanten Versuchen darauf an, die Stellung des Horizontalsteuers willkürlich durch eine Kopfbewegung zu ändern. Ob er nun dabei eine falsche Bewegung ausgeführt hat, oder ob sonst etwas in Unordnung geraten war, ist nicht aufgeklärt. In 15 Meter Höhe kippte der Apparat nach vorne um, schoß pfeilschnell zur Erde, und mit gebrochenem Rückgrat wurde Lilienthal unter den Trümmern hervorgezogen.

Dieser Todessturz hat leider die flugtechnische Bewegung in Deutschland schon im Keime erstickt. Niemand wagte sich an weitere Versuche heran, und als dann bald darnach in England der auf den ihm von Lilienthal gegebenen Grundlagen weiter arbeitende Marine-Ingenieur Pilcher ebenfalls durch Absturz seinen Tod fand, da war in Deutschland der Stab über die Aviatik gebrochen. Diejenigen, die der Flugtechnik noch eine große Zukunft weissagten, wurden mit Hohn und Spott überschüttet.

Es ist bekannt, wie die Gebrüder Wright in Amerika die Versuche Lilienthals wieder aufgenommen haben, und welche Erfolge sie dabei erzielten. Schon im Oktober 1905 vermochten sie mit ihrer Motorflugmaschine fast 40 Kilometer in 40 Minuten zurückzulegen. Merkwürdigerweise kamen nur spärliche Nachrichten darüber nach Deutschland, und als dann im Jahre 1907 die Gebrüder Wright in Europa ihre Erfindung verwerten wollten, da glaubte ebenso wenig wie in Frankreich in Deutschland jemand an die Brauchbarkeit ihrer Flugmaschine, die Angaben über ihre Flüge wurden allgemein für Bluff gehalten. Verfasser, der sich im Oktober 1907 nach Amerika begeben hatte, um Nachforschungen über die Versuche der Gebrüder Wright anzustellen, kam bald zu der Überzeugung, daß alle Angaben auf Wahrheit beruhen mußten. Als einziger trat Verfasser dann in Wort und Schrift für die Gebrüder Wright ein, vermochte jedoch nicht mit seiner Überzeugung durchzudringen. Es ist bekannt, wie dann erst durch die Flüge von Orville Wright in Amerika und von seinem Bruder Wilbur in Frankreich die irregeleitete Welt überzeugt wurde.

In Deutschland hatte man aber immer noch nicht Gelegenheit gehabt, einen wirklichen Flug zu sehen. Da nahm sich der bekannte Verleger August Scherl der Sache an und stellte die Mittel zur Verfügung, einen der französischen Flugtechniker für Vorführungen in Berlin zu verpflichten. Verfasser, der die Organisation hierfür ehrenamtlich übernommen hatte, gewann Armand Zipfel, der mit einem Voisin-Flieger schon in Lyon gute Erfolge erzielt hatte. Zipfel sagte zehn Flüge über eine gerade Strecke von 500 Meter zu. Die Vorführungen, um deren Zustandekommen sich vornehmlich nach Richard Scherl verdient gemacht hat, fanden Ende Januar auf dem Tempelhofer Felde unter Teilnahme einer nach Zehntausenden zählenden Zuschauermenge statt. Der französische Gast erfüllte seine Verpflichtungen und flog zeitweise über größere Strecken, dabei mehrfach auch halbe Wendungen ausfliegend. Leider erlitt seine Maschine infolge des für den Januar ungewöhnlich stürmischen Wetters mehrfach Havarie, so daß die Absicht, auch Kreisflüge durchzuführen, nicht verwirklicht werden konnte. Der Zweck der Vorführungen war erreicht. Man begann sich lebhaft in Berlin für die Flugtechnik zu interessieren, und wenn auch das durch die Zeitungsberichte aus Frankreich verwöhnte Publikum höhere Erwartungen gehegt hatte, so ist es doch Tatsache, daß

seit jenem Januar auch in Deutschland sich die Flugtechnik zahlreiche Freunde und Gönner erworben hat. Der Name August Scherl kann deshalb gerechterweise bei der Entwicklungsgeschichte der deutschen Flugtechnik nicht übergangen werden.

Immer ausführlicher wurden nun die Zeitungsberichte über die Erfolge der Franzosen, und der berühmte Flug Blériots über den Kanal überzeugte auch die fanatischsten Gegner, daß die Luftschiffe — „schwerer als die Luft" — doch wohl mehr Aussichten für eine Verwendbarkeit boten, als man glauben wollte. In die Bewunderung über die Leistungen unserer westlichen Nachbarn mischte sich aber ein kleines Gefühl des Neides, daß bei uns auf diesem Gebiete so wenig getan wurde, und daß es uns nicht vergönnt war, auch hervorragende Flüge zu sehen. Wieder war es August Scherl, der helfend eingriff. Verfasser übernahm es wiederum ehrenamtlich, einen der Brüder Wright zu Vorführungen zu gewinnen und die Veranstaltungen zu organisieren. Bei den Schwierigkeiten, solche völlig neuen, ohne Vorgang stehenden Sportsflüge vorzubereiten und durchzuführen, standen auch diesmal dem Verfasser Richard Scherl sowie Dr. Boysen, der schon bei Zipfel tatkräftigst mitgeholfen hatte, hilfreich bei. Ende August und Anfang September begann Orville Wright seine Flüge, die wiederum oft eine über 100 000 Personen zählende Zuschauerschaft auf das Tempelhofer Feld lockten. Auch Ihre Majestät die Kaiserin, der Kronprinz, die Kronprinzessin und die Prinzen des Kaiserlichen Hauses wohnten den Flügen bei. Der Kronprinz ließ sich sogar später von Wrigt durch die Lüfte führen. Auch eine Dame, die Frau des Verfassers, nahm gelegentlich in der Flugmaschine an der Seite Wrigths zu einem längeren Fluge Platz. Die Leistungen des Amerikaners mußten nun auch die verbissensten Skeptiker überzeugen, wenngleich auch immer noch der Versuch gemacht wird, den Wert der Flieger herabzusetzen. Die Hinderer tun vergebliche Arbeit; die Entwicklung der Aerodynamik läßt sich nun einmal nicht mehr aufhalten!

Ein Wettkampf in den Lüften mit Flugmaschinen! Wenn man hiervon Anfang 1910 sprach, wurde man bemitleidet! Und nun sind solche Konkurrenten schneller organisiert, als es irgend jemand dachte! Mit größtem Erfolge fand im September in Reims das erste Fliegermeeting der Welt statt und vom 26. September bis 3. Oktober folgte die große Berliner Flugwoche. In Berlin hatten sich drei tatkräftige Männer zusammengetan, um einen großen Flugplatz zu schaffen: Justizrat Eschenbach, der verdienstvolle Syndikus des Deutschen Luftschiffer Verbandes, Kapitän zur See a. D. v. Pustau und Artur Müller. Vom Staat wurde ein zirka 600 Morgen umfassendes Gelände gepachtet, das von nun an allen Zweigen der Luftschiffahrt und den ihr verwandten Gebieten eine gastliche Stätte gewährt. Durch die Bemühungen der Genannten ist denn auch die große Flugmaschinenkonkurrenz unter allergrößter Beteiligung aller Schichten des Volkes durchgeführt worden. Der Verfasser, der bis jetzt alle neuen luftsportlichen Veranstaltungen zuerst in Deutschland organisiert hatte, übernahm auch hier die sportliche Leitung, wesentlich unterstützt vom verdienstvollen Gründer des großen Niederrheinischen Vereins für Luftschiffahrt, Dr. Bamler.

Bald nach diesem Wettfliegen erzielte auch der erste deutsche Flugtechniker in der Öffentlichkeit seine Erfolge. Am 30. Oktober gewann der Magdeburger Ingenieur Hans Grade auf dem Flugplatze Johannisthal-Adlershof den 40 000 Mark betragenden Lanzpreis der Lüfte. Sein Flieger ist ein Eindecker, der namentlich als Sportsfahrzeug gedacht ist, weil er sich durch Kleinheit und Leichtigkeit auszeichnet. Es ist ein Typ, wie ihn auch Santos Dumont in Frankreich neuerdings für sportliche Zwecke mit seiner „Demoiselle" oder „Libelle" gebaut hat. Grade hat seine ersten Übungen bei Magdeburg angestellt, und später seine Versuche auf dem Flugplatze „Mars" zu Bork bei Berlin fortgesetzt. Nunmehr beginnt die Flugtechnik in Deutschland auch wirklich Boden zu fassen. Verschiedene Fabriken sind erstanden, von denen in erster Linie zu nennen sind: die Luftfahrzeugfabrik E. Rumpler, Grade, Albatros-Werke, Euler, Aviatik, die Flugmaschine-Wright-Gesellschaft m. b. H. Im Mai fand dann das zweite Flugmaschinen-Wettfliegen statt, vom 7. bis 13. August fand das erste deutsche nationale Wettfliegen

statt, das von 15 deutschen Führern bestritten wurde, vom 9. bis 16. Oktober die zweite nationale Flugkonkurrenz.

Ausstellungen pflegen am besten den Stand der Technik zu illustrieren, und aus diesem Grunde haben opferwillige Leute in Frankfurt a. M. die Summen zur Verfügung gestellt, die erste große Luftschiffahrts-Ausstellung der Welt zu organisieren. Es war eine schwere Aufgabe, zu einer Zeit, in der die Lenkballons noch im Anfangsstadium ihrer praktischen Verwertung waren, und die Flugmaschinen erst gerade flügge geworden waren, eine Ausstellung zu veranstalten. Der Fachmann weiß, in wie hervorragender Weise dies gelungen ist, die Frankfurter Ausstellung, die von dem ehemaligen Luftschiffer-Offizier Major v. Tschudi bestens organisiert wurde, bedeutete einen vollen Erfolg. Aller Anfang ist schwer!

Auch in bezug auf die Möglichkeit, in umfassender theoretischer und praktischer Ausbildung allen Zweigen der Luftschiffahrt geeignete Personen zuzuführen, ist Deutschland anderen Staaten weit voraus. Der Deutsche Luftflotten-Verein, an dessen Spitze der bekannte Großindustrielle und Förderer der Luftschiffahrt Dr. Karl Lanz steht, hat in Friedrichshafen am Bodensee eine Luftschifferschule geschaffen, die die erste in der Welt ist. Der geschäftsführende Direktor des genannten Vereins, einer der ersten Kommandeure der Preußischen Luftschiffer-Abteilung, Exzellenz Generalleutnant von Nieber, hat diese Schule ins Leben gerufen und dank seiner großen Erfahrungen vorbildlich ausgestaltet. Alle Gebiete der Aeronautik und ihrer Hilfswissenschaften werden in dem Lehrkursus von erstklassigen Fachleuten behandelt, und vor allen Dingen wird den Schülern zunächst die unbedingt erforderliche theoretische Grundlage gegeben. Dem Direktor, Oberleutnant Neumann, der von der Militärverwaltung für diese Stellung beurlaubt wurde, kommt hierbei die bei der Luftschiffertruppe erworbene technische Kenntnis sehr zu statten. Auf den theoretischen Unterricht baut sich der praktische auf, wobei vor allen Dingen auch großer Wert auf Motoren- und Materialkenntnis gelegt wird. Das erste Lehrjahr ist bereits vergangen, und die Schüler treten in das zweite Jahr des Unterrichts ein. Vor allen Dingen sollen sie nun eingehende praktische Ausbildung bei Lenkballonfahrten und Flügen von Drachenfliegern erhalten. Dieses Lehrverfahren ist zweifellos ausgezeichnet. Man hat sich vor Überstürzungen gehütet, und der praktische Dienst baut sich nun auf solider theoretischer Grundlage auf. Die Schule wird zweifellos den praktischen Luftschiffern für ihre Versuche mit Lenkballons und neuen oder verbesserten Flugmaschinen ein wertvolles Personal liefern.

Wir sehen also, daß in Deutschland genug Privatleute an der Weiterentwicklung der Flugtechnik arbeiten, und schon die jetzigen Leistungen beweisen, daß wir die Leiter des Fortschritts zu erklimmen beginnen. Auch das Kriegsministerium hat wiederholt seine tatkräftige Förderung der bei uns mit Recht bislang „Aschenbrödel der Technik" genannten Aviatik angedeihen lassen; manche Geldunterstützung, namentlich auch während der deutschen nationalen Flugwochen Ende August und Anfang Oktober hat die Sache wesentlich gefördert. Trotzdem muß man allerdings sagen, daß das Militär noch weit mehr die Flugtechnik fördern könnte. Man soll die Stimmen der Hinderer und der Bremser nicht achten und nur auf diejenigen Stimmen hören, die im Interesse des Vaterlandes und mit dem Hinweis auf Frankreich unbedingt eine größere Flugmaschinenflotte fordern. Von allen Seiten setzt jetzt, nicht zum wenigsten vom Deutschen Luftflotten-Verein, eine lebhafte Agitation für die Flugtechnik ein, und es ist nicht zu zweifeln, daß wir, die wir gewohnt sind weit gründlicher zu arbeiten als andere Nationen, auch auf diesem Gebiete bald etwas Hervorragendes leisten werden. Wir werden zweifellos auch bald auf den Platz kommen, der unserer Stellung in der Welt entspricht! Wenn wir auch nicht den Ehrgeiz zu haben brauchen, als Erste dazustehen, so müssen wir doch darnach streben, wenigstens in die vordere Reihe zu kommen. Den Ruhm, in bezug auf die Entwicklung der Lenkballons an erster Stelle zu stehen, kann uns niemand nehmen.

Die deutschen Schulen.

Von Oberrealschuldirektor Dr. **Karl Knabe,** Marburg a. d. Lahn.

Fast auf keinem Gebiete wird heute in Deutschland so viel geschrieben wie auf dem pädagogischen. Berufene und Unberufene, Männer und Frauen, manchmal auch in recht jungen Jahren und mit geringer Erfahrung, liefern Aufsätze in pädagogischen und politischen Blättern jeder Richtung und schreiben mehr oder weniger umfangreiche Bücher über die schwierigsten Fragen der Erziehung. So kann man in gewisser Beziehung sagen, daß die Sorge für die Heranbildung der Jugend eine der wichtigsten ist, die das deutsche Land und Volk beschäftigen, man kann von einem Zeitalter des Kindes sprechen.

Aber unter allen diesen Veröffentlichungen tritt im Gegensatz zu früheren Zeiträumen die Theorie mehr zurück. Der Deutsche ist erfreulicherweise praktischer geworden; er ist von dem Idealismus des Worts mehr zu dem der Tat übergegangen. So finden wir auch auf diesem idealsten Gebiete heute weniger als früher die Geister sich mit dem Aufbau und Ausbau neuer Systeme abmühen, sondern mehr mit der Klarlegung und Begründung von einzelnen Fragen und Wissenschaften sich beschäftigen. Besonders hat sich die Neuzeit um Aufklärung der historischen Entwickelung bemüht und die Geschichte der Pädagogik zu einer hohen Wissenschaft erhoben.

Von vielen Seiten wird behauptet, daß die ganze Art und Weise unseres Schulwesens in Aufbau und Anordnung überlebt, veraltet und somit grundverkehrt wäre, daß der Lehrerstand nicht genug von psychologischem Geiste durchdrungen und mit sozialem Öl gesalbt sei. Dagegen finden wir auf der anderen Seite die bittersten Beschuldigungen darüber, daß man von dem lange erprobten und bewährten Guten abweiche.

Ist diese Erscheinung auch auf den ersten Blick betrüblich, so bietet sie doch die erfreuliche Gewißheit, daß die wichtigste Kulturfrage, nämlich die nach der Erziehung und Unterweisung der kommenden Generation, in ganz Deutschland alle Gemüter aufs eingehendste beschäftigt. Und daß die Urteile so verschieden lauten, das darf bei einem tieferen Blick in die deutschen Verhältnisse nicht wunder nehmen. Die deutsche Kultur ist ungemein weit entwickelt: Neben den Gebieten, die schon seit langer Zeit gehegt und gepflegt worden sind, haben sich andere so überraschend schnell und so reich entfaltet, daß viele noch nicht mit können. Die Deutschen sind aus dem Volke der Dichter und Träumer zu einer werktätigen und werkfrohen Nation geworden. Nationale Bestrebungen und internationale Abmachungen treten sich manchmal feindlich gegenüber, Individualismus und Sozialismus liegen in heftiger Fehde, Antike und Moderne suchen ihre Bedeutung nachzuweisen und sich zur Geltung zu bringen. So muß man wohl sagen, daß die Bildung heute zersplittert ist und sich in einer gewissen Gährung befindet. Da nun jede Richtung sich durchzusetzen bemüht ist und dazu die Schule zu gewinnen sucht — denn wer die Schule hat, dem gehört die Zukunft —, so sind die Angriffe und Vorwürfe erklärlich. Aber auf keinem Gebiete sind Sprünge ins Ungewisse so gefährlich und ein Verharren im Alten so verderblich wie auf dem der Schule, und darum scheint es uns die Pflicht einer weisen Staatsverwaltung, Schritt um Schritt in stetem Zusammenhange mit dem überkommenen Gute die Tür dem Neuen zu öffnen und frisches Licht und Leben in den Bau einzulassen.

Eine gedrängte Übersicht über das gesamte deutsche Unterrichtswesen wird ergeben, inwieweit Deutschland neueren Anschauungen und Erfahrungen Zutritt gewährt.

Die Volks- und Bürgerschulen.

Vom Jahre 1619 an haben deutsche Staaten begonnen, von allen Kindern einen regelmäßigen Schulbesuch zu verlangen, und jetzt herrscht schon lange in Deutschland eine allgemeine Schulpflicht wie ein allgemeiner Impfzwang und für die männlichen Reichsangehörigen allgemeine Dienstpflicht und allgemeines Wahlrecht. Diese Schulpflicht ist aber nicht durch Reichsgesetz, sondern von den einzelnen Bundesstaaten geordnet, die jedoch bei ihrer Durchführung einander behilflich sind; sie erstreckt sich meist auf 8 Jahre, vom 6. bis zum 14. Lebensjahre, in einigen Ländern nur auf 7 Jahre. Reichsgesetze stehen nur in gewisser Beziehung zum Volksschulwesen.

Die deutsche Volksschule ist demnach diejenige Unterrichtsanstalt, zu deren Besuche alle unterrichtsfähigen Kinder im schulpflichtigen Alter durch Gesetze der Bundesstaaten gezwungen sind, sofern sie nicht anderweitigen zweckentsprechenden Unterricht genießen. Viele neuere Pädagogen verlangen aber die sogen. allgemeine Volksschule, d. h. einen drei- oder vierjährigen Elementarkursus, in dem die Kinder aller Volksschichten so weit gefördert werden sollen, daß sie für die höheren Bildungsaufgaben gerüstet sind. Von diesem gemeinsamen Unterbau aus treten die Zöglinge dann entweder in die Oberstufe der Volksschule oder in die höheren Lehranstalten über. Damit wird aber den unteren Klassen der Volksschule eine außerordentlich schwierige Aufgabe gestellt, die sie im allgemeinen, namentlich unter Berücksichtigung der zahlreichen kleinen Volksschulen, gar nicht zu erfüllen vermag; ist doch in Preußen mehr als ein Drittel aller Volksschulen nur einklassig, und wird doch die Hälfte aller Volksschüler in Schulen mit weniger als vier Klassen unterrichtet. Auch sind die Forderungen, welche eine höhere Lehranstalt stellen muß, doch in mancher Hinsicht andere als diejenigen, welche die Oberstufe der Volksschule voraussetzt. Deshalb muß sehr sorgfältig erwogen werden, ob und wie diese ideale Schuleinrichtung ausgeführt werden kann. Denn vor allen Dingen muß ein Riß in der Volksschule vermieden werden, weil in ihr über 94 Proz. aller Kinder sich ihre allgemeine Schulbildung erwerben. Hier und da übernehmen die Vorbereitung für höhere Lehranstalten besondere Vorschulen, gegen die nun scharf Stellung genommen wird. Wie übertrieben aber oft die Behauptungen gegen ihr Bestehen sind, erhellt daraus, daß auf rund 10 Millionen Volksschüler noch nicht ganz 40 000 Vorschüler, also kaum 0,4 vom Hundert, kommen; während ungefähr $^1/_2$ Million Schüler auf höheren Lehranstalten sich befindet, d. h. rund 5 vom Hundert.

Die meisten deutschen Bundesstaaten haben ihr Unterrichtswesen durch ein besonderes Schulgesetz geregelt, nur die beiden Großherzogtümer Mecklenburg, das Königreich Bayern und das Königreich Preußen erfreuen sich dessen noch nicht, sondern haben nur einzelne Punkte gesetzlich festgelegt, während die anderen auf Verordnungen beruhen. In Preußen sind von der Regierung im vorigen Jahrhundert sechsmal Entwürfe vorgelegt, die aber wegen religiöser und politischer Meinungsverschiedenheiten nicht zum Abschlusse gekommen sind. Überall aber hat sich der Staat die oberste Leitung und Beaufsichtigung des Schulwesens vorbehalten, weil ihm ja daran liegen muß, seine Bürger zu verständnisvoller Mitarbeit an den Zwecken und Aufgaben der Staatsverwaltung heranzuziehen. Aber auch die Kirche und die Gemeinde haben ein wesentliches Interesse an der Volksbildung, weshalb sie auch an der Verwaltung des Schulwesens beteiligt werden. Über das Maß der Beteiligung gehen die Ansichten weit auseinander.

Namentlich spielt die konfessionelle Frage im Volksschulwesen eine große Rolle. In den meisten deutschen Bundesstaaten sind die Volksschulen nach den beiden christlichen Hauptbekenntnissen in evangelische und katholische getrennt, wozu noch eine geringe Anzahl von israelitischen hinzutritt. Dagegen ist in Baden, Hessen, Sachsen-Weimar und Sachsen-Meiningen die sogen. Simultanschule gesetzlich eingeführt. In dieser werden die Schüler aller Konfessionen gemeinsam unterrichtet von Lehrern, die

auch ohne Berücksichtigung ihres besonderen religiösen Bekenntnisses angestellt werden; natürlich wird aber der Religionsunterricht in den einzelnen Konfessionen erteilt. In den Konfessionsschulen werden dagegen die Schulkinder von Lehrern ihres Bekenntnisses unterrichtet. In gemischten Bezirken muß nach dem neuesten Gesetze in Preußen bei dem Vorhandensein einer konfessionellen Minderheit von 60 in den Städten und in Landgemeinden von mehr als 5000 Einwohnern von 120 Kindern auf Antrag eine eigene Konfessionsschule für diese Minorität gegründet werden. Die Beaufsichtigung des Religionsunterrichts steht der betreffenden Kirche zu.

Die Träger der Schullasten sind im allgemeinen die Gemeinden oder auch besonders eingerichtete Schulverbände; im Falle des nachgewiesenen Unvermögens beteiligt sich der Staat an den Kosten zur Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen, und zwar trägt er rund 30 vom Hundert bei. Deshalb bestehen auch überall kommunale Schulverwaltungen, in den Städten meist Schuldeputationen, in Landgemeinden, Gutsbezirken und Schulverbänden, Schulvorstände genannt, die im allgemeinen die äußeren Verhältnisse zu regeln und zu verwalten und bei der Lehrerwahl mitzuwirken haben.

Die eigentliche Schulaufsicht liegt in Deutschland grundsätzlich in den Händen des Staates; sie wird ausgeübt durch den Ortsschulinspektor, den Kreis- oder Bezirksschulinspektor, die Provinzial- und die Zentralbehörde, wobei natürlich in den einzelnen Bundesstaaten auch schon durch die geringere Größe bedingte Verschiedenheiten vorkommen. Während die Ortsschulinspektion in Preußen fast überall durch Geistliche im Nebenamte besorgt wird, gibt es unter den Kreisschulinspektoren neben beauftragten Geistlichen, Stadtschulräten und dergl. auch eine ganze Anzahl hauptamtliche, die aus akademisch gebildeten Oberlehrern oder aus Geistlichen und seminarisch gebildeten Lehrern hervorgegangen sind, welche die Mittelschullehrer- und die Rektorprüfung abgelegt haben. Ihre Zahl ist erfreulicherweise im Zunehmen begriffen und beträgt jetzt ungefähr 30 vom Hundert. Es ist zu hoffen, daß ihre Zahl immer weiter wächst, da hierdurch eine sachkundige Aufsicht verbürgt zu sein scheint, und weil auch dem Volksschullehrerstande die Möglichkeit des Aufsteigens in höhere Ämter auf seinem Gebiete zu wünschen ist. Schwieriger ist die Frage der fachlichen Ortsschulinspektion zu lösen, da eine völlige Abschaffung derselben, wie wohl gewünscht wird, so lange abzuweisen ist, als es nicht möglich erscheint, die jungen, unerfahrenen Lehrer an größeren, einem Rektor unterstellten Volksschulen, die älteren erprobten Lehrer aber als einzelnstehende Lehrkräfte auf dem Lande anzustellen. Vielleicht wäre es möglich, einem besonders tüchtigen Lehrer unter entsprechender Erleichterung die erste Aufsicht über die Schulen in nahe gelegenen Orten anzuvertrauen. Sonst sind doch wohl die Ortsgeistlichen als die gebildetsten Leute, denen auch ein Lehramt anvertraut ist, weit eher dazu berufen als ein Landwirt oder ein Handwerker u. dergl., wie es in Staaten geschehen ist, welche die geistliche Ortsschulaufsicht abgeschafft haben. Das letztere ist in Baden, Hessen, Weimar, Gotha, Koburg, Altenburg, Meiningen, Anhalt, Reuß j. L., Hamburg, Bremen und Lübeck geschehen. Nur hauptamtliche Kreisschulinspektoren finden sich in 13, nur nebenamtliche in 11 deutschen Bundesstaaten, gar keine in Lippe-Detmold, während die anderen ein gemischtes System besitzen. Über den Kreisschulinspektoren stehen in Preußen die Bezirks-Regierungen, Abteilungen für das Kirchen- und Schulwesen, die Provinzial-Schulkollegien und das Kultus-Ministerium, das im Jahre 1817 von dem Ministerium des Innern abgezweigt ist. In den kleineren Staaten fällt natürlich das eine oder andere Zwischenglied aus.

Für die Organisation der Volksschulen in Preußen gelten noch die Allgemeinen Bestimmungen vom 15. Oktober 1872. Danach sind normale Volksschuleinrichtungen die mehrklassige Volksschule, die Schule mit zwei Lehrern und die Schule mit einem Lehrer, welche entweder die einklassige Volksschule oder die Halbtagsschule ist. In der einklassigen Volksschule werden alle Schulkinder, deren Zahl nicht über 80 steigen soll, durch einen Lehrer gleichzeitig unterrichtet, wobei natürlich die jüngeren Kinder eine geringere Stundenzahl haben. Steigt diese Schülerzahl, ohne daß ein zweiter

Lehrer angestellt werden kann, oder auch aus anderen Gründen kann die sogen. Halbtagsschule eingerichtet werden, in der die Oberstufe am Vormittag, die Unterstufe am Nachmittage, die Mittelstufe aber teils vor- und teils nachmittags unterrichtet wird. Die Schule mit zwei Lehrern ist in zwei, wenn sie über 120 Zöglinge hat, aber in drei gesonderte Klassen einzuteilen. Die mehrklassigen Volksschulen haben drei bis acht verschiedene Klassen und für jede eine Lehrkraft. Die drei einfachsten Schulformen sind nun in so großer Überzahl vorhanden, nämlich 69 vom Hundert, daß schon deshalb der Plan einer allgemeinen Volksschule undurchführbar ist. In den einklassigen und Halbtagsschulen ist natürlich eine Trennung der Schulkinder nach dem Geschlechte unmöglich, aber auch an der Schule mit zwei Lehrern ist die Einrichtung zweier bzw. dreier aufsteigender Klassen, ohne Trennung nach dem Geschlechte, jeder anderen vorzuziehen. Bei mehrklassigen Schulen ist dagegen mindestens für die oberen Klassen eine Trennung nach dem Geschlecht vorzunehmen. Im Jahre 1906 wurde festgestellt, daß in Preußen nur 36 vom Hundert aller Schulkinder in getrennten Knaben- und Mädchenklassen unterrichtet worden sind. In den anderen deutschen Bundesstaaten sind die Verhältnisse ähnlich. Wir müssen uns mit den Zahlen vom Jahre 1906 begnügen, da nur alle fünf Jahre, also erst 1911 wieder, große statistische Aufnahmen vorgenommen werden. Das Deutsche Reich zählte damals ein Heer von $9^3/_4$ Millionen Volksschülern mit 166 597 vollbeschäftigten Lehrkräften (138 203 männlichen und 29 384 weiblichen), so daß auf eine Lehrkraft 58 Schüler entfielen. Die Gesamtkosten beliefen sich damals auf rund 524 Millionen Mark, von denen der Staat über 151 Millionen Mark trug, so daß auf einen Schüler 54 Mark Kosten kommen. Namentlich die letzten Zahlen sind jetzt nach den fast überall durchgeführten Gehaltsaufbesserungen wesentlich erhöht worden. Übrigens sind hierbei die Aufwendungen für die staatliche Schulaufsicht und das Lehrerbildungswesen nicht eingerechnet. In Preußen kamen auf eine Klasse 53, auf eine Lehrkraft 60 Kinder, auf jedes Schulkind 53 Mark Kosten. In Bayern ist nur der siebente Teil der Volksschulen nach Geschlechtern getrennt, auf eine Klasse kamen 58,5, auf einen Lehrer 58 Schüler und auf jeden Schüler 56 Mark Kosten. Bei weitem die größten Aufwendungen bringen die freien Städte Lübeck, Bremen, Hamburg mit 75, 79, 88 Mark auf den Kopf für das Volksschulwesen auf, am wenigsten die Fürstentümer Lippe, Schwarzburg, Waldeck und Reuß älterer Linie. In den Hansastädten kommt auch die geringste Schülerzahl auf eine Lehrkraft, nämlich in Bremen 45, in Hamburg 35 und in Lübeck 33, während auf Preußen 60, auf Reuß älterer Linie 70 und auf Schaumburg-Lippe gar 85 entfallen. Während in Württemberg am 1. Januar 1907 jede Klasse von 60 Schülern besucht wurde, geschah dies in Sachsen nur von 40 und in Baden gar nur von $37^1/_2$ Kindern.

Preußen hat natürlich die größte Zahl an Lehrkräften mit 102 764, Schaumburg-Lippe mit 93 die niedrigste. Unter den Lehrkräften waren 18 vom Hundert weibliche. Dieser Durchschnitt wird weit überschritten von Hamburg mit 38, Elsaß-Lothringen mit 45 und Lübeck mit 46 vom Hundert, während weit darunter blieben Schwarzburg-Rudolstadt mit 2, Schaumburg-Lippe mit 3, Reuß jüngerer Linie mit 4 und Schwarzburg-Sondershausen wie das Königreich Sachsen mit 5 vom Hundert.

In ganz Europa waren gezählt 465 451 Schulen mit 1 050 632 Lehrern und 45 281 691 Schülern. Die Ausgaben dafür betrugen rund 1700 Millionen Mark, von denen Deutschland mit 524 Millionen fast ein Drittel, Großbritannien etwas mehr als ein Viertel, Frankreich etwa ein Achtel und Rußland gar nur ein Zwanzigstel trägt, also Deutschland etwa 39, Großbritannien 31, Frankreich 15 und Rußland 6 Einhundertundzwanzigstel, alle anderen europäischen Länder zusammen 29 Einhundertundzwanzigstel. Im Anschlusse daran dürfte auch eine Zusammenstellung über den Erfolg dieses Unterrichts interessieren. Im Deutschen Reiche gibt es weniger als 0,05 Proz. Analphabeten (die weder lesen noch schreiben können), in Schweden und in der Schweiz 0,1 Proz., in Dänemark 0,2 Proz., in Großbritannien 1 Proz., in den Niederlanden 2,1 Proz., in Frankreich 4 Proz., in Finnland 4,9 Proz., Belgien 10,2 Proz., Österreich-Ungarn 25,7 Proz., Griechenland 30 Proz., Italien 31,3 Proz., Bulgarien 52,7 Proz., Serbien 61,6 Proz.,

Rußland 61,7 Proz., in Portugal 70 Proz. und in Rumänien noch 75 Proz. Der Durchschnittsprozentsatz an Analphabeten beläuft sich für ganz Europa auf 30, für das nordwestliche Europa auf 2, für das südwestliche auf 30 und für das östliche auf 55.

Werfen wir nun noch einen Blick auf das innere Leben der Volksschulen, so stellen wir zunächst fest, daß ihr Wirken sich nicht nur auf den Unterricht, sondern eingehend auch auf die Erziehung erstreckt. Die „Aufgabe der Volksschule", so heißt es in den letzten Entwürfen der Preußischen Regierung zu einem Volksschulgesetze, „ist die religiöse, sittliche und vaterländische Bildung der Jugend durch Erziehung und Unterricht, sowie die Unterweisung derselben in den für das bürgerliche Leben nötigen allgemeinen Kenntnissen und Fertigkeiten". Recht deutlich tritt auch diese doppelte Aufgabe hervor aus der Definition, welche fast ganz genau übereinstimmend die betreffenden Gesetze von Sachsen, Hessen und Sachsen-Weimar darbieten: „Die Volksschule hat die Aufgabe, der Jugend durch Unterricht, Übung und Erziehung die Grundlage religiös-sittlicher und nationaler Bildung und die für das bürgerliche Leben nötigen allgemeinen Kenntnisse und Fertigkeiten zu gewähren". Das ist eben der wesentliche Unterschied der allgemein bildenden von den fachlich vorbereitenden Lehranstalten, daß die ersteren den Hauptnachdruck auf das erziehliche, die zweiten dagegen auf das fachliche Moment legen, so daß man jene mit Recht nach Herbart Erziehungs-, diese aber Fachschulen nennt. Ferner ist aber auch wichtig, daß alle diese Begriffsbestimmungen die Volksschule als ein einheitliches Ganzes auffassen, die ohne weite Rücksichtnahme auf die geringe Zahl derjenigen Schüler, welche höhere Lehranstalten besuchen wollen, ihren Lehrstoff von unten bis oben nach ihrem eigenen Zweck aufbaut, um das aufgestellte Schulziel zu erreichen.

Unter den Lehrgegenständen nimmt zunächst die Religionslehre den ersten Platz ein, die ja ganz besonders die sittlich-religiöse Erziehung zur Aufgabe hat. Gerade auf diesem Gebiete finden wir die lebhaftesten Streitfragen. Einige verlangen lediglich Sitten- und Pflichtenlehre, ohne zu bedenken, daß dazu schon ein hoher Grad von Ausbildung vorangegangen sein muß, andere wollen den eigentlichen Religionsunterricht der Geistlichkeit übertragen wissen (Bremen), vielfach ist man bestrebt, die Dogmen möglichst zurückzustellen und modernen Strömungen weit die Türe zu öffnen (Zwickau). Die große Mehrzahl der Volksschullehrer will sich aber erfreulicherweise eine lebendige Religionslehre nicht nehmen lassen und auf die eingehende ethische Einwirkung, die gerade dieser Unterrichtsgegenstand in so reichem Maße darbietet, nicht verzichten. In ähnlicher Richtung wirken auch wenigstens in der Oberstufe Deutsch und Geschichte für die vaterländische, aber auch durch Erörterung von Kunst- und Naturdenkmälern für die ästhetische Erziehung. Dienen nun auch diese Fächer und andere, wie Lesen, Schreiben, Rechnen, Natur- und Erdkunde, sowie die Elemente der Raumlehre zunächst zur Erwerbung der für jeden Menschen notwendigen Kenntnisse, so werden sie doch auch in den Dienst der Erziehung gestellt. Die Kunstpflege liegt dann vor allem dem Zeichnen, Singen und Turnen ob. Auf allen Gebieten herrscht ein eifriges Streben, um die Unterrichtsgegenstände für die Unterweisung und die Erziehung gründlich auszunutzen und ihre Methodik fruchtbringend auszugestalten. In manchen Städten werden noch neben der Lehre vom menschlichen Körper auch die Grundlehren von der menschlichen Seele, in anderen außer der Naturgeschichte auch die Naturlehre, in Hamburg in den drei obersten Klassen auch die englische Sprache allgemeinverbindlich gelehrt. Die Kunsterziehungstage wollen bewirken, daß allen Schülern auch Sinn und Liebe zur Kunst geöffnet wird, und zwar sowohl für die bildende wie auch für die redende. Künstlerischer Bilderschmuck wird vielfach verwertet, so namentlich die Künstler-Steinzeichnungen der Verlagsbuchhandlungen B. G. Teubner und R. Voigtländer in Leipzig, während andererseits auch in lebhaftem Kampfe gegen Schmutz und Schund in Wort und Bild für möglichst passende gute Lektüre gesorgt wird. Auch in der Musik finden wir weitere Fortbildung z. B. in Schülerkapellen. In Bayern wird hier und da in den achten Klassen, die oberhalb der Schulpflicht liegen, in Baden in den vier obersten Stufen, in Preußen an manchen Orten in den höchsten Stufen auch Französisch gelehrt. Ferner

findet sich staatsbürgerlicher Unterricht vor. Für die Mädchen ist überall Handarbeitsunterricht eingerichtet, der z. T. weiter ausgebaut wird, seit kurzem gibt es auch an zahlreichen Orten Haushaltungsunterricht für Mädchen. Andererseits hat sich der Handfertigkeitsunterricht für Knaben immer weiter ausgedehnt, der nicht nur praktische wirtschaftliche Ziele verfolgt. Im Königreiche Sachsen unterscheidet man neben der einfachen Volksschule (Bezirksschule) eine mittlere (Bürgerschule) und dann noch eine höhere Bürgerschule, die auch fremde Sprachen in ihr Gebiet mit hineinziehen. Im Königreiche Bayern besteht neben der Volksschule noch eine sogen. Bürgerschule mit ausgedehnteren Zielen und einer höheren Klasse, und ähnliche Einrichtungen finden wir in anderen Staaten.

In Preußen werden diejenigen Unterrichtsanstalten, die über das Ziel der Volksschulen hinausgehen, ohne das der höheren zu erreichen, unter dem Sammelnamen „Mittelschulen" zusammengefaßt, wenn sie auch im einzelnen vielfach andere Benennungen, wie Rektoratschulen, höhere Stadtschulen u. dergl. führen. Unter dem 3. Februar 1910 sind nun Bestimmungen über die Neuordnung des Mittelschulwesens in Preußen erschienen, die den Zweck haben, eine größere Einheitlichkeit in dieses wichtige Gebiet zu bekommen, wenn auch bei ihnen verständigerweise den örtlichen Verhältnissen und Wünschen in weitgehendem Maße Rechnung getragen wird. Diese Schulen sind ein Bedürfnis, weil die Entwicklung auf den Gebieten des Handwerks, des Kunstgewerbes, des Handels und der Industrie eine gesteigertere Ausbildung der Knaben und der Mädchen für diese Erwerbszweige erfordert, als die Volksschule auch in ihren entwickeltesten Gestaltungen wegen der mannigfachen Schwierigkeiten gewähren kann, unter denen sie als allgemeine Pflichtschule arbeitet. Sie besteht in der Regel aus neun aufsteigenden Klassen, darf aber die Unterstufe, die untersten drei Klassen, mit der Volksschule gemeinsam haben, so daß die eigentliche Mittelschule wie die Realschule sechs Klassen umfaßt. Von diesen dürfen bei geringer Kinderzahl je zwei zusammengelegt werden, so daß Mittelschulen mit nur drei Klassen zulässig sind, deren jede zwei Schuljahrgänge vereinigt. Auch ist bei geringer Kinderzahl eine gemeinsame Unterweisung von Knaben und Mädchen gestattet, die sonst grundsätzlich zu trennen sind.

An allen Mittelschulen wird in einer fremden Sprache verbindlicher Unterricht erteilt, aber in den drei obersten Klassen darf wahlfrei eine weitere fremde Sprache betrieben werden. Besonderer Wert wird auch auf Hand- und Gartenarbeit für Knaben und Mädchen gelegt. Dabei ist eine Höchststundenzahl festgesetzt, die von keinem Schüler auch durch Benutzung von wahlfreien Fächern überschritten werden darf. Der Lehrplan der Mittelschule für Mädchen enthält für Mathematik und Naturwissenschaft und für Turnen eine geringere Stundenzahl als der für Knaben, bietet aber verbindlichen Unterricht in Handarbeit. Der Lehrplan kann in der Oberstufe auch mit Rücksicht auf den späteren Beruf der Schüler verändert werden. Wird Rücksicht auf Handel und Verkehr genommen, so sind die fremdsprachigen Stunden zu vermehren, bei Berücksichtigung des Gewerbes dagegen die mathematisch-naturwissenschaftlichen; und in ähnlicher Weise können auch andere Erwerbszweige Berücksichtigung finden.

Muß man sich dieser Neuerung aufrichtig freuen, so dürfte doch die weitere Aufgabe, die der neuen Mittelschule gesteckt ist, nämlich bis zur Untersekunda der höheren Lehranstalten mit lateinlosem Unterbau vorzubereiten, nicht ohne schwerwiegende Bedenken sein. Die Mittelschule soll verständigerweise Rücksicht auf die Bedürfnisse des praktischen Lebens nehmen. „Bei der höheren Schule liegen die Ziele nach der wissenschaftlichen Seite, so daß sie in ausreichender Weise dazu nicht im stande ist, das den Mittelschulen gesteckte Ziel zu erreichen". Daraus ist die Notwendigkeit einer Schuleinrichtung, nämlich der Mittelschule, abgeleitet, „die unter Vermeidung auch des Scheines wissenschaftlichen Betriebs die Kinder in ihrem Lebenskreise heimisch macht und sie befähigt, sich in ihrem späteren Lebensberufe zurechtzufinden." Eine Anstalt, die sogar den Schein wissenschaftlichen Betriebs vermeiden soll, wird sich doch aber schwerlich so gestalten lassen, daß sie zugleich auf eine so hohe Klasse einer Schule mit

wissenschaftlichem Ziele, wie die Untersekunda ist, mit wirklich gutem Erfolge vorbereiten kann. Dagegen läßt sich natürlich gar nichts einwenden, daß an den Mittelschulen eine Einrichtung getroffen wird, die von einer gewissen Klasse an den Übertritt in die Untertertia jeder höheren Lehranstalt ermöglicht, und zwar würde dies sich am einfachsten nach Erledigung der drittobersten Klasse tun lassen; die beiden höchsten Klassen der Mittelschule müßten dann die nächste Fühlung mit höheren Bedürfnissen des praktischen Lebens nehmen. Auch bei dem Plane, für die Zöglinge der voll ausgestatteten Mittelschulen durch eine Prüfung die wissenschaftliche Befähigung für den einjährig-freiwilligen Militärdienst zu erwirken, dürfte die höchste Vorsicht angebracht sein. Die militärischen Befehlshaber haben schon jetzt berechtigte Zweifel an der Güte vieler einjährig-freiwilliger Soldaten. Es muß sorgsam darüber gewacht werden, daß unter der Vermehrung der Quantität ja nicht die Qualität dieser Mannschaften leidet.

Kurz mag hier noch darauf hingewiesen werden, daß auch den unglücklichen, geistig oder körperlich vernachlässigten Kindern, rege Fürsorge zuteil wird. Nach einer Zählung vom Jahre 1906 gab es in Deutschland nicht weniger als 98 263 Krüppelkinder im Alter bis zu 15 Jahren, von denen viele in besonderen Heimen gepflegt werden. Im Jahre 1903 wurden in 90 Taubstummenanstalten 6696 und in 40 Blindenanstalten rund 3500 Kinder unterrichtet. Auch für sprachleidende, hochgradig schwerhörige und schwach- oder kurzsichtige Schüler finden wir besondere Kurse. Für geistig anormale Kinder bestehen eigene Hilfsklassen oder -schulen, sittlich gefährdete Kinder kommen in besondere Fürsorgeanstalten. Hierbei müssen wir besonders der großartigen Anstalten des Pastors von Bodelschwingh zu Bethel bei Bielefeld rühmend gedenken.

Für Kinder armer Eltern sind Kinderhorte ins Leben gerufen, in denen sie ihre schulfreie Zeit verbringen. Für Kinder im vorschulpflichtigen Alter bestehen an zahlreichen Orten Kindergärten, fast ausschließlich von Vereinen und Privaten unterhalten. In Kindergarten-Seminaren bilden sich junge Mädchen zu diesem schönen Berufe aus.

Die niederen Fachschulen.

Den aus der Volksschule entlassenen Knaben und Mädchen ist vielfach Gelegenheit geboten, auch schulmäßig sich weiter für den ergriffenen Beruf tüchtig zu machen. Hier sind in erster Linie die Fortbildungsschulen zu nennen. Schon früher hatte man erkannt, daß es notwendig ist, den jungen Leuten auch nach dem 14. Lebensjahre Unterricht zukommen zu lassen, nicht nur um ihren Wissensschatz zu erhalten und zu vervollkommnen, sondern auch um ihnen wichtige theoretische Kenntnisse für ihr Gewerbe anzueignen. Man versuchte es zunächst mit Sonntagsschulen und ging dann, als man den guten Erfolg wahrnahm, zu Abendschulen über. Heute finden in unseren Fortbildungsschulen viele Tausende Gelegenheit, sich mit dem nötigen geistigen Rüstzeug für den schweren Kampf ums Dasein zu versehen. Immer mehr hat man eingesehen, daß man auch auf diesem Gebiete ohne Zwang nicht auskommen kann, da es ja gerade darauf ankommt, die trägen und gleichgiltigen jungen Menschen zum Weiterarbeiten heranzuziehen. So ist der Besuch der Fortbildungsschulen in einigen deutschen Bundesstaaten schon pflichtmäßig geworden. Und wo der Staat noch nicht unmittelbar eingegriffen hat, da sind Kommunalverbände und Städte mit Verordnungen in dieser Richtung vorgegangen. In Hessen-Nassau und kürzlich in Schlesien, ist der Fortbildungsschulunterricht gesetzlich durchgeführt. Namentlich betont der Generalfeldmarschall Graf Haeseler die Notwendigkeit einer Unterweisung der Jugend in der Zeit zwischen dem Ende der Schulpflicht und dem Beginn der militärischen Dienstpflicht.

Es kommen zwei Arten von Fortbildungsschulen vor, nämlich im südlichen und mittleren Deutschland die allgemeine, die eigentlich nicht zur Fachschule gerechnet werden kann, da sie allgemein bürgerliche Ausbildung anstrebt, und dann in ganz Deutschland die berufliche, die sich nach ihren wesentlichsten Richtungen in kaufmännische, gewerbliche, land- und hauswirtschaftliche einteilen läßt. Die ersteren, 390 an Zahl in Preußen, werden von 45 597 männlichen und 5444 weiblichen Zöglingen be-

sucht und von 2480 Lehrern versehen, unter denen 2267 dem Lehrer-, 144 dem Kaufmannsstande und 69 anderen Berufen angehören. Weit verbreiteter sind die gewerblichen Anstalten, da fast jedes Gewerbe einen Zwang ausübt. In den 1715 derartigen Schulen wurden 315 020 Schüler von 14 536 Personen unterrichtet, nämlich von 12 394 Lehrern, 837 Handwerkern und 1305 anderen. Die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen sind natürlich nicht so zahlreich, weil ihre Einrichtung auf dem Lande weit größere Schwierigkeiten bereitet; immerhin zählen sie ungefähr 40 000 Schüler. In Hauswirtschaftsschulen lernen ungefähr 12 000 junge Mädchen. Der Regierungsbezirk Kassel besaß im Winter 1907/8 neben 63 gewerblichen bereits 524 ländliche Fortbildungsschulen. An zahlreichen Orten sind Innungen, Handels- und Handwerkskammern, Berufs- und andere Vereine Träger der Kosten dieser Einrichtungen. Das Königreich Bayern allein zählt rund 360 000 Fortbildungsschüler.

Im Gegensatz zu den Fortbildungsschulen nehmen nun die reinen Fachschulen den Zögling während des ganzen Tags in Anspruch. Allerdings sind in einzelnen Gruppen diese beiden Arten von Schulen miteinander vereinigt. Schwierig ist auch manchmal die Unterscheidung zwischen niederen und höheren Fachschulen. Bei den gewerblichen Fachschulen ist auch eine Trennung nach einzelnen Berufen nicht durchzuführen, weil viele eine ganze Anzahl von Zweigen umfaßt. Im Jahre 1904 waren im Deutschen Reiche 539 niedere gewerbliche Fachschulen gezählt, die sich auf annähernd 30 verschiedene Berufe verteilen. Alle diese Lehranstalten werden im allgemeinen von jungen Leuten besucht, die nur Volksschulbildung genossen haben. Die meisten gewerblichen Fachschulen finden wir in der Textilindustrie, für Baugewerbe, Bergfach, Binnenschiffahrt und Hufbeschlag.

Weit geringer an Zahl sind die niederen Handelsschulen, die entweder reine Fachschulen mit ein- oder zweijährigem Kursus oder an allgemein bildende Lehranstalten angelehnt sind. Staatliche Anstalten dieser Art kommen nur sehr wenig vor, dagegen viele kommunale und private. Besonders tritt auf diesem Gebiete das KönigreichSachsen mit 50 öffentlichen und 10 privaten sogen. Lehrlingsschulen hervor.

Dagegen befanden sich schon 1903 in Deutschland 477 niedere landwirtschaftliche Fachschulen, in Preußen 291. Die Hauptmasse davon bilden die landwirtschaftlichen Winterschulen (234), denen dann die Molkerei- und Haushaltungsschulen (98) folgen; ferner sind noch aufzuzählen: Ackerbau- und Wiesenbauschulen, Garten-, Wein- und Obstbauschulen, Brauereischulen u. dergl. Nebenher gehen aber noch zahlreiche landwirtschaftliche Kurse und zwar für Lehrer wie Landwirte. Die Winterschulen bestehen aus zwei Kursen und geben den Söhnen von Landwirten Gelegenheit zum Erwerbe der Kenntnisse, die zum rationellen Betriebe der Landwirtschaft erforderlich sind.

Hieran schließen sich die Forstlehranstalten an, deren Ursprung auf das Jahr 1878 zurückgeht. Seit 1905 sind viele Forstlehrlingsschulen errichtet worden, deren einjähriger Besuch allen Lehrlingen des preußischen Forstdienstes vorgeschrieben ist, nachdem sie ein Jahr lang praktisch im Berufe gearbeitet haben. Seit 1880 wird auch den auf Versorgung im Forstschutzberufe dienenden Soldaten in den Jägerbataillonen Fachunterricht erteilt.

Aber auch sonst finden wir im Militär schulmäßigen Unterricht, z. B. in der Militär-Lehrschmiede in Berlin, in den Unteroffizier-Vorschulen und Schulen, im Kapitulantenunterricht, ferner bei der Marine in den Maschinisten-, Steuermannsschulen u. dergl.

In neuester Zeit sind noch weitere fachliche Lehrinstitute entstanden, wie z. B. Polizeischulen, Maschinenschreibkurse, Chauffeurschulen usw. In Berlin besteht die Staatsbürger- und Beamtenschule, die Staats-, Kommunal- usw. Beamten Gelegenheit zur weiteren Ausbildung und allen Anwärtern Mittel darbietet, sich für irgend ein Amt in der mittelbaren oder unmittelbaren Staatsverwaltung vorzubereiten, und zwar sowohl in Klassen, als einzeln und auch durch Fernunterricht. Am 1. April 1910 ist durch die Stadt Aschersleben die erste preußische Gemeindebeamtenschule mit 75 Schülern ins Leben gerufen worden.

So sehen wir, daß auf fast allen Gebieten der menschlichen Tätigkeit schulmäßige

Einrichtungen geschaffen worden sind, welche ein systematisches und damit gründlicheres Einleben in den Beruf ermöglichen, als es die bloße Lehrzeit zu bewirken imstande ist.

Die höheren Lehranstalten für die männliche Jugend.

In früheren Zeiten bestand nur eine Art von höherer Schule, die Lateinschule, aus der sich das Gymnasium entwickelt hat. Seit 200 Jahren haben sich allmählich, nach vielen Versuchen und mannigfachen Kämpfen, noch zwei andere, auf neuzeitliche Unterrichtsmittel gestützte, höhere Unterrichtsanstalten herausgebildet: das Realgymnasium und die Oberrealschule. Diese hatten unter der besonderen Schwierigkeit zu leiden, daß ihren Schülern keine oder nur geringe Berechtigungen den Gymnasiasten gegenüber gewährt wurden. Gegen dieses „Gymnasialmonopol" wurde nun im Laufe der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts lebhaft angekämpft, bis endlich nach langem und häufig genug erbittertem Schulstreite diese Frage durch einen Kaiserlichen Erlaß vom 26. November 1900 in denkbar bester Form gelöst worden ist. Diese Kundgebung, die sich zunächst nur auf das Königreich Preußen bezog, aber in ihren Forderungen und Folgerungen schon auf alle deutschen Bundesstaaten übergegriffen hat, stellt den Grundsatz der Gleichwertigkeit der drei Arten von höheren Lehranstalten auf und zieht daraus die notwendige Folgerung der Gleichberechtigung. Wenn diese auch im Deutschen Reiche noch nicht vollständig erreicht ist, so geht sie doch ihrer Verwirklichung immer mehr entgegen. Besonders ist der Erlaß deshalb mit Freuden zu begrüßen, weil nun die Kräfte, die bisher zum Kampfe zwischen den einzelnen Schularten verwandt wurden, zur Vertiefung in den Ausbau der Unterrichtsaufgaben und zu edlem Wettstreit frei sind. Freilich stehen grollend auf beiden Seiten noch Feinde und Ankläger, aber alle besonnenen Elemente freuen sich des geschaffenen Schulfriedens und suchen ihn zu immer weiterem Fortschreiten auf dem Gebiete des höheren Unterrichts auszunutzen.

Die notwendige Folge der Gleichberechtigung der realistischen höheren Lehranstalten mit den gymnasialen ist ein quantitativer Rückgang der letzteren. Daß dies nur von Segen ist, sehen auch die eifrigsten Vertreter dieser Schulart ein; denn zur Zeit des Berechtigungsmonopols sind an vielen Orten Gymnasien gegründet oder Realschulen in Gymnasien umgewandelt worden, wo sie nicht am Platze waren. Und heute, wo die gesamten Natur- und technischen Wissenschaften eine so gewaltige Ausbreitung und Vertiefung erfahren haben, sind Schulen, welche in ihre Elemente einführen, in noch weit höherem Maße notwendig. Will Deutschland seine Stellung als Weltmacht behaupten, so muß es gerade auch auf diesem Gebiete fortschreiten und für tüchtigen Nachwuchs sorgen. Herders Wort aus dem Jahre 1767: „Die Welt braucht hundert tüchtige Männer und einen Philologen, hundert Stellen, wo Realwissenschaften unentbehrlich sind, eine, wo eine gelehrte und grammatische Kenntnis des alten Roms gefordert wird", ist seitdem nur noch wahrer geworden.

In der Tat hat sich nun auch die Entwicklung des höheren Schulwesens in Deutschland in dieser Richtung vollzogen. Wir unterscheiden hier die neunstufigen Vollanstalten: Gymnasium, Realgymnasium, Oberrealschule und die entsprechenden sechsstufigen Nichtvollanstalten (denen die drei bzw. zwei obersten Klassen fehlen): Progymnasium, Realprogymnasium, Realschule. Es gab:

im Jahre 1901	Gymnasien	Realgymnasien	Oberrealschulen	Progymnasien	Realprogymn.	Realschulen	Anstalten: Gymnasiale	Anstalten: realgymn.	Anstalten: reale	im ganzen
in Preußen	289	78	36	57	27	118	346	105	154	605
im übrigen Deutschland	169	46	24	40	20	163	209	66	187	462
im Deutschen Reiche .	458	124	60	97	47	281	555	171	341	1067
im Jahre 1908										
in Preußen	326	103	61	41	48	157	367	151	218	736
im übrigen Deutschland	181	56	50	43	28	197	224	84	247	555
im Deutschen Reiche .	507	159	111	84	76	354	591	235	465	1291

Die Zahl der höheren Lehranstalten im Deutschen Reiche ist also in diesem Zeitraume von 1067 auf 1291, mithin um 21 vom Hundert, gestiegen, während sich die gymnasialen von 555 bis 591, d. h. um $6^1/_2$, die realgymnasialen von 171 bis 235, d. h. um 37,4 und die realen von 341 bis 465, d. h. um 36,3 Proz. vermehrt haben. In Preußen, wo die Gleichberechtigung am weitesten durchgeführt ist, sind die höheren Schulen um 21,6 Proz., die gymnasialen um 6, die realgymnasialen um 43,8 und die realen um 41,6 Proz. angewachsen. Die Schülerzahlen sind in Preußen aber noch viel mehr in die Höhe gegangen, nämlich im ganzen von 156 630 auf 212 065 = 35,4 Proz., in den gymnasialen Schulen von 91 644 auf 106 000 = 15,7 Proz., in den realgymnasialen von 22 614 auf 41 908 = 85,4 und in den realen von 42 372 auf 64 167 = 51,4 Proz. Die Schülerzahl aller realistischen Anstalten zusammen genommen hatte also zu Ende 1908 diejenige der Gymnasien und Progymnasien gerade eingeholt. Es dürfte interessieren, die Zahlen zu betrachten, die angeben, wie die Abiturienten der drei Vollanstalten an den Universitätsstudien beteiligt sind. Es kamen Reichsangehörige im Winterhalbjahr 1909/10 auf die einzelnen Fakultäten:

	in Preußen			in den anderen Bundesstaaten			im Deutschen Reiche		
	Gymnasien	Realgymnasien	Oberrealschulen	Gymnasien	Realgymnasien	Oberrealschulen	Gymnasien	Realgymnasien	Oberrealschulen
ev.-theol. Fakultät	1088	1	—	1074	9	2	2162	10	2
kath.-theol. „	965	—	—	815	3	—	1780	3	—
juristische „	4586	687	282	4769	467	160	9355	1154	442
medizinische „	2691	442	153	4022	782	159	6713	1224	312
philosophische „	6647	1726	1306	5954	1882	1128	12601	3608	2434
im ganzen	15977	2856	1741	16634	3143	1449	32611	5999	3190

Also von den 41 800 studierenden Reichsangehörigen mit vollem Reifezeugnisse haben 78 Proz. das Gymnasium absolviert, aus der theologischen Fakultät 99,6, aus der juristischen 85,4, aus der medizinischen 81,4 und aus der philosophischen 67,6 Proz.; in der letzteren Fakultät sind übrigens einige Gebiete, die neuere Philologie und die Mathematik, in denen die Studierenden von realistischen Anstalten ein wenig das Übergewicht haben.

Eine große Zahl von realistischen Abiturienten geht zur Technik und Industrie, zum Handels- und Verkehrswesen über und hilft Deutschland dazu, daß es auch auf diesen Gebieten nicht hinter den anderen Weltmächten zurückbleibt. Das Aufblühen der Realanstalten sieht man auch aus der Tatsache, daß die Zahl der Abiturienten an den Gymnasien nur um 26,7, an den Realgymnasien aber um 66,9 und an den Oberrealschulen gar um 148,9 Proz. gestiegen ist; immerhin beträgt aber die Zahl der Gymnasial-Abiturienten noch 74,9 Proz. von allen jungen Leuten, welche die Reifeprüfung an einer Vollanstalt abgelegt haben.

Erschwert ist die Gleichberechtigung außer durch das noch herrschende Vorurteil besonders durch die Tatsache, daß in ungefähr 200 Ortschaften als einzige höhere Schule ein Gymnasium vorhanden ist. Denn dadurch werden zahlreiche Beamte und Offiziere, die sich auf Versetzungen gefaßt machen müssen, veranlaßt, diese höhere Lehranstalt für ihre Söhne zu wählen, wenn sie auch eine andere bevorzugen möchten.

Wenn nun auch im Laufe der Zeit die Gymnasien an Zahl zurückgehen werden, so bleibt ihr Wert und ihre Notwendigkeit für unsere Kultur doch unbestreitbar. Sie haben als Kernpunkt ihrer Erziehungsmittel die lateinische und griechische Sprache und Literatur, die mehr als ein Drittel der gesamten Unterrichtsstundenzahl für sich in Anspruch nehmen. Die Realgymnasien wollen durch das Betreiben von Latein den Zusammenhang mit der Entwicklung unserer Kultur bewahren, verwenden aber mehr Zeit auf die beiden wichtigsten neueren Sprachen, sowie die Mathematik und die Naturwissen-

schaften, während die Oberrealschulen sich ganz auf die neueren Bildungsmittel stützen und die Kenntnis der Antike ihren Zöglingen nur in Übersetzungen vermitteln. Aber keine von diesen Anstalten ist eine Fachschule, alle wollen in erster Linie das vaterländische und ethische Erziehungsziel betonen und sind somit sämtlich humanistisch. Wie ein gutes Gymnasium heute wesentlich realistische Momente enthält, so ist jede Realanstalt auch zugleich humanistisch im wahren Sinne des Wortes.

Eine nähere Verbindung zwischen den drei Arten von höheren Lehranstalten wollen nun die Reformschulen herstellen. In Berücksichtigung der Tatsache, daß man bei einem neunjährigen Kinde viel weniger als bei einem zwölfjährigen entscheiden kann, ob es sich seiner Anlage nach mehr zum Studium der alten Sprachen oder zum Betreiben der Naturwissenschaften eignet, ferner auch, weil schon seit Jahrhunderten von bedeutenden Pädagogen, z. B. von Comenius und vom jungen Herder, mit Recht der Grundsatz betont worden ist: Vom Näheren zum Entfernteren, vom Leichteren zum Schwereren, ist seit einer Reihe von Jahren der Versuch unternommen worden, an lateintreibenden Anstalten das Lateinische weiter hinaufzuschieben und statt mit dieser Sprache mit der französischen zu beginnen. Hierdurch werden die untersten drei Klassen aller drei höheren Schulen einander gleich, und eine Trennung und Entscheidung braucht erst dann einzutreten. In der viertuntersten Klasse (der Untertertia) setzt dann bei den Gymnasien und den Realgymnasien das Lateinische stark ein, während die Oberrealschule hier Englisch aufnimmt. Nachdem diese Sprache zwei Jahre lang eingehend betrieben ist, trennen sich erst Gymnasium und Realgymnasium, indem ersteres in Untersekunda mit Griechisch, letzteres mit Englisch beginnt. So wird hier in diesem sogen. Frankfurter Lehrplan auch das pädagogisch richtigere Nacheinander gegenüber dem Nebeneinander zur Geltung gebracht: erst kommt drei Jahre lang Französisch, dann gesellt sich dazu zwei Jahre lang Latein und erst im sechsten Jahre der höheren Schule kommt eine dritte Fremdsprache hinzu, während nach dem allgemeinen Lehrplane schon im vierten Jahre drei fremde Sprachen betrieben werden. Daß diese Neuerung auch vom hygienischen und vom finanziellen Standpunkte aus zu empfehlen ist, sei nur beiläufig erwähnt. Es fragt sich nur, ob die gesteckten Lehrziele überhaupt und ohne Überbürdung durchführbar sind. Dies ist in bezug auf das Realgymnasium unbedingt zu bejahen; selbst die größten Gegner des Reformplanes geben dies zu, während sie es beim Gymnasium ebenso scharf verneinen. Tatsache ist aber, daß diese neue Art von Gymnasien sich bisher überall bewährt hat, so daß eine weitere Erprobung dieses sehr aussichtsreichen Versuchs dringend zu befürworten ist. Mit dem Realgymnasium ist diese Neugestaltung im Jahre 1878 in Altona begonnen, mit dem Gymnasium 1892 in Frankfurt a. M. Im ganzen haben bisher in Deutschland 150 Anstalten diese Reform angenommen, und 3000 Abiturienten, darunter fast 600 von Gymnasien, als reif entlassen. Der Altonaer Reformlehrplan unterscheidet sich von dem Frankfurter dadurch, daß er zwischen die französische und die lateinische Sprache von Quarta an die englische einschiebt; er ist übrigens gar nicht mehr weit verbreitet.

Erwähnt sei hier auch, daß einige Realanstalten in der Sexta mit Englisch statt Französisch beginnen. Auch muß hier besonders darauf hingewiesen werden, daß die Lehrpläne der einzelnen Schularten keineswegs in allen Bundesstaaten untereinander übereinstimmen. Die wöchentliche Stundenzahl in den einzelnen Unterrichtsfächern ist sehr verschieden, so schwankt sie z. B. im Lateinischen am Gymnasium zwischen 6 und 8. Hervorzuheben ist, daß das Königreich Bayern zahlreichen Wünschen der neueren Zeit dadurch weit entgegengekommen ist, daß es eine viel geringere Gesamtstundenzahl festgesetzt hat als alle anderen Bundesstaaten und zwar in sämtlichen Arten der höheren Lehranstalten. Es ist in der Tat reiflich zu erwägen, ob nicht namentlich in Preußen im Interesse der Erziehung zur Selbständigkeit eine mäßige Herabsetzung angebracht ist. Aber bei allen Verschiedenheiten, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, ist doch erfreulicherweise eine gegenseitige Anerkennung der Reifezeugnisse durchgeführt.

Erfreulicherweise herrscht heute ein großzügiger Geist in dem höheren Unterrichts-

wesen Deutschlands, zu dem freilich einige aus der geschichtlichen Entwicklung erklärliche Schönheitsfehler nicht recht passen wollen. Die angebahnte Gleichberechtigung der verschiedenen Schularten ist völlig durchzuführen, da ein Jüngling, der das Zeugnis der Reife erworben hat, das Selbstbestimmungsrecht haben muß und der Bevormundung des Staates entraten kann. Braucht er zu dem von ihm gewählten Berufe noch Lehrstoffe, die er auf der von ihm besuchten Schule nicht oder nur wenig betrieben hat, so muß er sie eben nachholen. Hat dies früher der Gymnasiast tun müssen und können, so wird jetzt der Realgymnasiast und der Oberrealschüler ebensogut dazu imstande sein. Deshalb ist auch — mindestens für die nächste Zeit — das Streben nach einer Einheitsschule abzuweisen. Eine solche, die wirklich zu allen erforderlichen Wissenschaften den Grund legt, würde notwendig zur Überbürdung führen und würde die Individualitäten schädigen. Es wird so manchmal geklagt, daß es in Deutschland an kraftvollen Männern fehle; deshalb muß eben mehr auf die individuelle als auf eine allgemeine Ausbildung gesehen werden. Hat doch der große Pädagoge Herbart schon vor fast einem Jahrhundert das Verlangen geäußert, daß der Staat bei einer Reform des höheren Schulwesens eine weitere Teilung nicht nur dulden, sondern sogar befördern müsse; wie viel mehr gilt da unter unseren heutigen Verhältnissen dies Wort! Deshalb ist es mit Dank und Freude zu begrüßen, daß nun mehrere Wege zu gleichem Ziele führen, und daß noch mehr Freiheiten gewährt werden. Die Lehrpläne werden ja nicht als streng bindende Vorschriften, sondern nur als ein Beispiel bezeichnet, das nach den gegebenen Verhältnissen hier und da abgeändert werden kann.

So werden auch die Versuche begünstigt, den Primanern eine gewisse Wahlfreiheit der Unterrichtsfächer zu gewähren. An einer ganzen Reihe von höheren Schulen, Gymnasien und Realgymnasien, ist die Einrichtung getroffen, daß die Schüler der beiden obersten Stufen zwischen einem verstärkten fremdsprachlichen oder einem verstärkten mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht wählen können. An anderen Anstalten sind Sonderkurse oder freiwillige Arbeiten in einzelnen von den Primanern ausgesuchten Gebieten eingerichtet, natürlich ebenfalls unter entsprechender Erleichterung in anderen Gegenständen. So kann hervorragend befähigten Jünglingen ohne Schaden am Ganzen entgegengekommen werden; es kann ihnen in ihren Fächern „doppeltes Futter“ gegeben werden, wie es Lessing als Fürstenschüler in Meißen nötig gehabt hätte. An einzelnen Orten, z. B. in Pforta und am Goethegymnasium in Frankfurt a. Main, bestehen besondere Studientage zur eingehenden Hingabe an ein Lieblingsstudium. Weiter werden aber auch vielfach Schüler, namentlich in naturwissenschaftlichen Fächern, zur produktiven Arbeit angeleitet. Die Jugend lechzt nach eigener Tätigkeit, sie will nicht immer nur zuhören und abgefragt werden, sondern selbst etwas schaffen. Auf allen Gebieten wird ihr dazu die Möglichkeit geboten durch freie Leistungen, Vorträge und dergl., besonders aber auch durch praktische Arbeiten in Physik, Chemie und Biologie. So wird auch in den höheren Lehranstalten der Werkunterricht eingeführt, sie werden aus Lernschulen zu Arbeitsschulen und gewinnen immer mehr Fühlung mit dem praktischen Leben.

Früher stellte man wohl als Grundsatz auf, daß diejenige Unterrichtsanstalt dem Idealismus am besten diente, die am meisten Lehrstoffe behandelte, welche zum Leben nicht nötig sind. Von dieser verstiegenen Ansicht ist man jetzt zurückgekommen, auch das Gymnasium sucht eifrig danach, wie es dem Leben dienen kann, wie das klassische Altertum nicht nur grammatische und historische, sondern auch politische und sozialpolitische Vorbildung übermitteln kann. Daß auch die neueren Sprachen jetzt weit mehr als früher dem Leben dienen wollen, das hat die Reform des neusprachlichen Unterrichts, die auf Vietor zurückgeht, bewirkt. Die Geschichte beschäftigt sich längst mit der Entwicklung der Kultur und Kunst, und auch die Mathematik hat viel von ihrem abstrakten Charakter verloren. Besuche von interessanten Bauwerken und wertvollen Sammlungen, aber auch von Fabriken mancherlei Art, öffnen dem Schüler den Blick. Unterricht im Freien, in der Erd- und Naturkunde wie im Zeichnen, lehren ihn ein

richtiges Schauen; freie Vereinstätigkeit auf mancherlei Gebieten erweckt in ihm die Lust am Schaffen. Alle diese Veranstaltungen dienen dazu, die leidige Schulverdrossenheit zu bannen und „mehr Freude an der Schule" zu erwecken.

So sieht man überall im Gebiete des höheren Knabenschulwesens frisches eifriges Streben und Fortschreiten. Freilich geht dies heißblütigen Stürmern und Drängern lange nicht schnell genug; sie finden überall Stagnation, Erstarrung in geistlosen Form- und Formelkram u. dergl. Nach ihrer Ansicht wird das einzelne Individuum unterdrückt statt gefördert, gequält statt gehoben, mit überflüssigem Gedächtniskram belastet statt zu mannhaftem Charakter erzogen. Wenn dergleichen Ausstellungen auch vielfache Übertreibungen enthalten, so müssen sie doch beachtet und in bezug auf den wahren und gesunden Kern genau geprüft werden. Eingehende Untersuchungen haben ergeben, daß die höchst beklagenswerte Erscheinung der Schülerselbstmorde sich in den letzten zehn Jahren nicht vermehrt hat. Der Wert des Lebens scheint in der allgemeinen Schätzung geringer geworden zu sein, und das wirkt gerade auf den jungen Menschen in den Entwicklungsjahren bedauerlich ein. Auf der anderen Seite wird aber auch beklagt, daß die alte, stramme Zucht immer mehr verloren gehe, daß alle die neueren Einrichtungen und Veranstaltungen eine Zersplitterung unseres höheren Schulwesens bewirken, und daß dadurch der Stand der höheren Bildung herabgedrückt würde. Wenn jedoch der gesamte Unterricht auf der Oberstufe mit philosophischem Geiste durchdrungen ist, so werden diese Befürchtungen hinfällig. Unbedingt aber muß festgehalten werden an den drei großen Imperativen, die Friedrich Paulsen noch kurz vor seinem Tode aufgestellt hat: „Lerne gehorchen! Lerne dich anstrengen! Lerne dir versagen und deine Begierden überwinden!"

Die höheren Lehranstalten stehen schon seit längerer Zeit nicht mehr unter kirchlicher Aufsicht. Sie sind im allgemeinen simultan, nur eine geringere Zahl von ihnen hat besonderen katholischen oder evangelischen Charakter, daneben gibt es noch einige israelitische Realschulen.

Der akademisch gebildete Lehrerstand blickt jetzt gerade auf ein Jahrhundert seines Bestehens zurück, während früher sein Beruf vielfach nur ein Durchgangsposten für Theologen war. Und gerade jetzt hat er das Ziel erreicht, nach dem er lange gestrebt hat, nämlich die Gleichstellung im Gehalte mit anderen gleichartig vorbereiteten Beamten. Sein Studium ist nicht leicht; nach der wissenschaftlichen Prüfung folgt ein zweijähriger Vorbereitungsdienst, worauf die Anstellung erfolgen kann. Die Studiendauer, die Zeit von der Reifeprüfung bis zur Anstellungsfähigkeit und die Zeit zwischen der Reifeprüfung und der ersten festen Anstellung betrug in den Jahren:

1896/7	1897/8	1898/9	1899/0	1900/1	1901/2	1902/3	1903/4	1904/5	1905/6	1906/7	1907/8	
6,5	6,7	6,7	6,7	7,0	6,9	6,8	7,2	6,5	7,0	6,3	6 4	Jahre
8,3	8,9	8,8	9,2	9,4	9,3	9,1	9,5	8,9	9,3	8,9	8,8	„
14,6	14,1	14,8	14,6	14,6	14,2	12,0	11,4	9,9	10,1	9,3	9,4	„

Die Zeit von der Reifeprüfung bis zum Staatsexamen ist also im wesentlichen gleich geblieben, wenn auch Schwankungen bis zu fast einem Jahre vorgekommen sind; sie beträgt durchschnittlich 6,7 Jahre, während amtlich noch immer 3 Jahre angegeben werden. Auch die Dauer zwischen Abgang von der Schule und der Erlangung der Anstellungsfähigkeit ist ziemlich gleich geblieben, im Durchschnitt fast genau 9 Jahre, so daß der Philologe mit ungefähr 28 Lebensjahren soweit ist, daß er eine Lebensstellung finden kann. Diese erlangt er in den letzten Jahren ungewöhnlich früh, denn seit 1904/5 braucht er nur ein Jahr oder weniger darauf zu warten, während in den ersten Jahren dieser Statistik die Wartezeit über 6 Jahre betrug. Da aber augenblicklich ungemein viele Anwärter auf den Beruf vorhanden sind, und da eine große Menge solche Fächer studiert, die zum Oberlehrerstande führen können, so wird die günstige Zeit für die Anstellung bald wieder vorübergegangen sein. Durch eingehende Untersuchungen ist festgestellt, daß der Beruf sehr anstrengend ist. Während die Juristen durchschnitt-

lich bis zum Alter von 62 Jahren im Dienste tätig waren, waren es die Oberlehrer nur bis zu $57^1/_2$ Jahren, die Aktivitätsdauer betrug in dem Jahrfünft 1894/98 bei den Richtern 27,3 Jahre, bei den Oberlehrern dagegen nur 24,8 Jahren. Ferner haben die Richter eine fast dreimal so große Beförderungsgelegenheit wie die akademisch gebildeten Lehrer. Aber der Beruf ist ein idealer und vermag den, der ihn wirklich mit Lust und Liebe ergriffen hat, auch voll zu befriedigen.

Dabei ist der jetzigen jungen Generation auch erfreulicherweise Gelegenheit gegeben, sich den Blick zu weiten, fremde Sitten und Länder kennen zu lernen und fruchtbringende Keime aus dem Auslande heimzubringen. Durch die Einrichtung des internationalen Lehramtsassistenten-Austauschs, den die preußische Regierung mit der französischen, englischen und amerikanischen getroffen hat, ist es einer Anzahl von Kandidaten des höheren Lehramts vergönnt, auf ein halbes Jahr in diese Länder zu kommen, manche andere haben auch die Gelegenheit, fremde Verhältnisse zu studieren, dadurch, daß sie auf einige Jahre an deutsche Schulen im Auslande gehen. Ferner haben Staaten und Städte Stipendien gestiftet, um ein halbes Jahr in Ländern der französischen oder englischen Zunge neusprachliche oder in Italien und Griechenland kunstgeschichtliche Studien zu ermöglichen. An vielen Orten sind archäologische, neusprachliche, naturwissenschaftliche u. a. Kurse allgemeiner Art, oder besonders für Oberlehrer geeignete, ins Leben gerufen, die vielfach benutzt werden. Dazu kommt die große Anzahl von Vereinen und Gesellschaften, in denen der akademisch gebildete Lehrer reiche Anregung und Belehrung findet. Fast jede Schulwissenschaft wird hier eingehend wissenschaftlich und gründlich pädagogisch bearbeitet; jede Schulart hat ihre besondere Vertretung, und der ganze Stand hat sich zu einem Verband der akademisch gebildeten Lehrer Deutschlands zusammengeschlossen, der alle zwei Jahre eine Tagung abhält.

In allen deutschen Bundesstaaten gibt es zusammen rund 15 000 fest angestellte akademisch gebildete Lehrer und 3000 Kandidaten und wissenschaftliche Hilfslehrer bei 400 000 Schülern höherer Lehranstalten. Daß diese Lehrerschaft außer in ihrer unterrichtlichen Tätigkeit auch sonst noch recht ansehnliche Leistungen aufzuweisen hat sowohl in pädagogischer, als auch in wissenschaftlicher Hinsicht, beweist ein Blick auf die zahlreichen Abhandlungen in Schulprogrammen und Zeitschriften und auf die sonstige Literatur. Im Auslande sind 11 deutsche höhere Schulen anerkannt und mit Berechtigungen versehen.

Die höheren Lehranstalten für die weibliche Jugend.

In den deutschen Bundesstaaten sind auf dem Gebiete der höheren Mädchenbildung vor kurzem wesentliche Erneuerungen vorgenommen worden oder zum Teil in der Entwicklung begriffen. Auch hier ist Preußen, wie auf dem höheren Knabenschulwesen, mit sehr erfreulichen Gestaltungen vorangegangen. Bisher war den jungen Mädchen eine öffentliche Unterweisung über das 15. oder 16. Lebensjahr hinaus außer zur Lehrerinnenbildung nicht geboten; auch jede Möglichkeit zur Vorbereitung auf einen höheren Beruf mußte auf privatem Wege gesucht werden. Jetzt sind Einrichtungen getroffen worden, durch welche die weibliche Jugend zu den höchsten Zielen geführt werden kann. Aber auch die höhere Mädchenschule selbst bedurfte einer Veränderung, da die ästhetische Ausbildung der intellektuellen gegenüber zu sehr bevorzugt war. Jetzt wurde auch der Verstandesbildung sowohl in der sprachlichen Belehrung wie in der mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterweisung ein größerer Raum gewährt.

So bedeuten die „Bestimmungen über die Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens" vom 18. August sowie die dazu gehörigen Ausführungsbestimmungen vom 12. Dezember 1908 einen großen Fortschritt auf diesem Gebiete, der auch fast überall freudig begrüßt wird. Die höhere Mädchenschule hat sich wesentlich der Realschule für Knaben in ihrem Lehrplan genähert; sie treibt wie diese von der untersten Stufe (dem vierten Schuljahre) an Französisch und nimmt drei Jahre später auch die

englische Sprache auf. Sie unterweist ferner ebenfalls in Religion, Deutsch, Geschichte, Erd- und Naturkunde, Rechnen und Mathematik, sowie in Schreiben, Zeichnen, Turnen und Singen, wozu noch in der Unterstufe allgemein verbindlich, in der Oberstufe wahlfrei Unterricht in Nadelarbeiten hinzutritt. Aber sie weicht in dem Punkte von der Realschule ab, daß sie ihr Lehrziel in sieben statt in sechs Jahren erreichen will. Dies ist durchaus berechtigt, da ja das junge Mädchen in der Zeit der Entwicklung einer besonderen Schonung bedarf, und weil doch auch ziemlich viele Knaben sieben Jahre gebrauchen. In den einzelnen Ausführungsbestimmungen herrscht eine so erfreuliche Weisheit, daß man gern die von neueren Ansichten einer fortgeschrittenen Pädagogik eingegebenen Ausführungen über Lehrplan u. dergl. liest und befolgt.

Hat nun ein junges Mädchen die drei Vorklassen und eine Anzahl von Klassen der höheren Mädchenschule durchlaufen, so bieten sich ihm zwei Möglichkeiten zu weiterer allgemeiner Bildung dar: entweder bereitet es sich in einer sogenannten Frauenschule vor auf seinen eigentlichen Beruf als zukünftige Frau, indem es Haushaltungskunde und Kindergartenunterweisung, dazu Gesundheitslehre, Bürgerkunde, Buchführung, ferner eine Auswahl aus den bisherigen Schulwissenschaften in nicht mehr als 30 Stunden wöchentlich betreibt, oder es macht sich fähig zu wissenschaftlichen Arbeiten auf sogenannten Studienanstalten.

Diese Studienanstalten zerfallen entsprechend den höheren Knabenschulen in drei verschiedenartige Kurse, von denen die Gymnasial- und Realgymnasialkurse je sechs, die Oberrealschulkurse aber nur fünf Jahre umfassen. Die ersteren zweigen schon nach der viertletzten Klasse der höheren Mädchenschule, also nach dem siebenten Schuljahre, ab und sind ganz nach dem System der sogenannten Reformschulen aufgebaut und zwar nach dem Altonaer Lehrplan, indem sich zwischen der französischen und der lateinischen Sprache die englische einschiebt. Das Englische bricht dann im gymnasialen Kurse nach drei Jahren völlig wieder ab, weil hier das Griechische einsetzt, das die obersten vier Stufen beherrscht. Beim Abgang von der gymnasialen Studienanstalt wird dann freilich von den englischen Kenntnissen nicht viel mehr vorhanden sein. Immerhin haben die Schülerinnen auch dieser Anstalten doch die Elemente gehabt, und man darf wohl hoffen, daß sie bei ihrer größeren sprachlichen Begabung auf dieser Grundlage privatim weiter bauen werden. Die Oberrealschulkurse zweigen erst ein Jahr später ab und umfassen einen Jahrgang weniger.

Demnach müssen alle jungen Mädchen, die sich zu wissenschaftlichen Studien vorbereiten wollen, die höhere Mädchenschule drei oder zwei Jahre vor ihrem Abschlusse verlassen. Es ist somit eine mittlere Linie gefunden worden zwischen den beiden Bestrebungen, die sich in bezug auf die weiter führenden Bildungsanstalten für die weibliche Jugend herangebildet hatten, nämlich nach Angliederung und nach Aufbau. Die meisten Fachleute wollten die reorganisierte Mädchenschule vollständig erhalten und auf ihr ein drei- oder mit Aufopferung der obersten Klasse ein vierstufiges Gebäude aufführen, das zu einer den höheren Knabenschulen gleichwertigen Reifeprüfung hinleiten sollte; sie wollten also neben Gymnasium, Realgymnasium und Oberrealschule für Knaben einen vierten Weg zur Reifeprüfung für die weibliche Jugend geschaffen sehen. Die Vorkämpfer der Frauenbewegung verlangten demgegenüber möglichste Gleichheit in der höheren Bildung für Mädchen und Knaben. Die Gabelung, welche in Preußen nunmehr Gesetz geworden ist, hält die Mitte; immerhin müssen die Mädchen sich schon im Alter von 13 Jahren entscheiden, ob sie zu einer Studienanstalt übergehen wollen.

Diesen angestrebten vierten Weg zur Reifeprüfung hat nun das Königreich Sachsen in seinem Gesetz über das höhere Mädchenbildungswesen vom 16. Juni 1910 beschritten. Hier ist nämlich neben einer sechsklassigen Studienanstalt nach Art des Reformrealgymnasiums, nach Befinden mit Gabelung in eine realgymnasiale und gymnasiale Abteilung, auch ein dreiklassiger Aufbau der höheren Mädchenschule mit deren wissenschaftlichen Unterrichtsfächern unter Hinzutritt von philosophischer Pro-

pädeutik und Psychologie, sowie mit wahlfreiem Lateinunterricht vorgesehen. Dabei ist ausdrücklich festgesetzt worden, daß die Reifeprüfung an der ersten (sechsklassigen) Studienanstalt derjenigen der entsprechenden gymnasialen Knabenanstalt, die an der dreiklassigen Studienanstalt derjenigen der Oberrealschule für gleichwertig zu erachten ist.

Die sächsische Frauenschule hat in der Regel einen zweijährigen Lehrgang und kann als höhere Frauenbildungsschule oder als höhere Haushaltungsschule, die für sich errichtet oder auch mit einander verbunden werden können, eingerichtet und danach mit den entsprechenden Lehrfächern ausgestattet werden. Die höhere Mädchenschule entspricht in Aufgabe und Lehrfächern vollständig der preußischen. Da die Lehrpläne erst in der Ausarbeitung begriffen sind, ist ein Eingehen darauf noch nicht möglich.

Eine Bestimmung in dem sächsischen Gesetze bedarf aber besonderer Erwähnung, weil sie in Preußen trotz mehrfacher Bemühungen nicht zu erreichen gewesen ist. Bis zum Ablauf des Jahres 1920 ist dort nämlich vorgesehen, ausnahmsweise in besonderen Fällen den Eintritt von Mädchen in die Mittel- und Oberklassen der Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen sowie in die obersten drei Klassen der Realschulen dann zu gestatten, wenn eine Studienanstalt oder eine höhere Mädchenschule am Orte nicht vorhanden oder von diesem aus ohne größere Schwierigkeit nicht zu erreichen ist.

Die bayerische Neuordnung unterscheidet sich im wesentlichen nur dadurch, daß vier an Stelle von drei Vorklassen eingerichtet sind, und daß demnach die eigentliche höhere Mädchenschule nur sechsstufig ist. Auch hier kann nachher ein zweiklassiger Frauenbildungskursus besucht oder an derselben Stelle wie in Preußen der Eintritt in sechsstufige humanistische oder realistische Gymnasialkurse bewerkstelligt werden.

Somit ist den jungen Mädchen in Deutschland in öffentlichen Schulanstalten die Möglichkeit geboten, sich ordnungsgemäß auf ein Studium an Hochschulen vorzubereiten; sie haben deshalb auch überall das Recht erlangt, in gleicher Weise wie die Jünglinge die Hochschulen zu besuchen. Aber zu hoffen ist doch immer, daß diesen Weg der Bildung nur eine verhältnismäßig kleine Zahl von Jungfrauen einschlagen wird. Ihre eigentliche Bestimmung muß die der Hausfrau bleiben, wenn nicht das Familienleben und damit der ganze Staat schweren Schaden erleiden soll; und nur wenigen Damen wird es möglich sein, beide schweren und hohe Anforderungen stellenden Berufe miteinander zu vereinen. Darum sind besonders die Frauenschulen, die namentlich in privaten Einrichtungen von D. Zimmer schon gute Vorläufer hatten, wärmstens zu begrüßen. Für ihre Einrichtung ist auch mit Recht eine große Freiheit und ein weiter Spielraum gelassen. Besichtigungen aller einschlägigen Anstalten, eine mehr akademische Form der Unterweisung, Vorträge von Kräften, die außerhalb des Lehrkörpers stehen, und dergl. sind vorgesehen und werden gut wirken.

Dabei dürfte es wohl durchaus zu billigen sein, daß sich die größten Bundesstaaten Deutschlands der so vielfach erhobenen Tagesforderung nach der sogenannten Koedukation grundsätzlich ablehnend gegenüber stellen. Die gemeinsame Unterweisung von Knaben und Mädchen ist bekanntlich in den Vereinigten Staaten von Amerika in weitgehendem Maße durchgeführt. Aber auch dort finden sich Gegner dieser Einrichtung, so daß manche Privatanstalten sich gerade dadurch besonders empfehlen, daß sie die beiden Geschlechter im Unterricht voneinander trennen. Auch in Nord-Amerika sehen viele Menschen ein, daß diese verschiedenartig beanlagt sind. Jeder, dem es vergönnt gewesen ist, gleichaltrige Jungfrauen und Jünglinge getrennt zu unterrichten, wird bald bemerkt haben, daß sie sich voneinander wesentlich unterscheiden; das Mädchen von 15 oder 16 Lebensjahren ist ja regelmäßig viel reifer als ein entsprechend alter Junge. In manchen deutschen Staaten, namentlich in Baden, Hessen und Braunschweig, ist jungen Mädchen der Eintritt in höhere Knabenschulen gestattet. Wenn nun auch die gemachten Erfahrungen nicht gerade schlecht sind, so hat die daran beteiligte Lehrerschaft doch die Überzeugung gewonnen, daß die Koedukation kein allgemeines Erziehungsideal sein, sondern nur als Notbehelf und Ausnahme zugelassen werden kann.

Sonach scheinen auch die Reformen, die auf diesem Gebiete ausgeführt sind oder

werden, in hohem Maße erfreulich zu sein. Dies erhellt schon daraus, daß zahlreiche höhere Mädchenschulen sich beeilt haben, den neuen Anforderungen zu entsprechen.

Damit sind die höheren Mädchenschulen auch denselben Aufsichtsbehörden unterstellt worden, denen die höheren Knabenschulen unterstehen. In den wissenschaftlichen Lehrfächern der Mittel- und Oberstufe muß in der Regel mindestens die Hälfte der Stunden von akademisch gebildeten Lehrern und Lehrerinnen erteilt werden; in den oberen vier Klassen der weiter führenden Bildungsanstalten darf der wissenschaftliche Unterricht nur akademisch gebildeten Oberlehrern und Oberlehrerinnen anvertraut werden. In Sachsen spielen neben den Lehrkräften mit der Kandidatur des höheren Schulamts auch diejenigen mit der Kandidatur der Pädagogik eine große Rolle. Während hier die Leitung dieser Schulen nur Männern übertragen werden darf, sollen in Preußen auch Frauen unter gleichen Bedingungen zugelassen werden. Es ist dringend zu wünschen, daß hierbei nur die Tüchtigkeit entscheiden möge und nicht etwa eine Frau vorgezogen wird, weil ihr, da sie keine Familie zu erhalten hat, ein geringerer Gehalt gezahlt wird. Da die weit überwiegende Mehrzahl von höheren Mädchenschulen von den Städten unterhalten wird, die große Leistungen für das Unterrichtswesen zu tragen haben, ist eine derartige Gefahr wohl nicht ganz ausgeschlossen.

Auch auf diesem Gebiete ist nunmehr eine größere Beruhigung eingetreten. Während bisher reiche Arbeit auf Vorschläge und Pläne zur Reorganisation aufgewendet wurde, wird sie nun in fruchtbarer Weise auf die innere Ausgestaltung verwendet. Große und schöne Aufgaben sind hier gestellt, sie verlangen eine tüchtige, arbeitswillige und aufopferungsfähige Lehrerschaft, um die hohen Ziele zu erreichen, und wir können hoffen, daß es gelingen wird. Auf manchen Gebieten der wissenschaftlichen Berufe werden bald Mann und Frau in Wetteifer treten. Wir vertrauen darauf, daß dies zum Nutzen und Segen des deutschen Vaterlandes gereichen wird.

Die mittleren Fachschulen.

Unter mittleren Fachschulen verstehen wir im allgemeinen solche, die das Recht zur Ausstellung der wissenschaftlichen Befähigung für den einjährigen freiwilligen Militärdienst besitzen, und auch solche, die dies Zeugnis bei der Aufnahme von Zöglingen voraussetzen. Sie unterscheiden sich hierdurch einfach von den niederen Fachschulen wie von den Hochschulen.

Wir wollen zunächst mit den Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalten, gewöhnlich Seminare genannt, beginnen. Die Institute, auf denen die Volksschullehrer wissenschaftlich und fachlich für ihr Amt vorbereitet werden, sind fast sämtlich staatlich; wir zählen in ganz Deutschland 260, davon in Preußen allein 175, nur das Fürstentum Waldeck besitzt kein Seminar. In manchen Staaten sind sie, wie in Preußen, nur dreistufig, indem sie das 17. bis 20. Lebensjahr umfassen, in anderen, wie in Sachsen dagegen sechsstufig, auf die Volksschule aufgebaut. Zur Vorbereitung auf das Seminar gibt es dann noch eine Vorschule, meist Präparandenanstalt genannt, mit drei Klassen. In Preußen sind am 1. Juli 1901 neue Bestimmungen über das Lehrerbildungswesen erschienen, die einen wesentlichen Fortschritt gegen die früheren Verhältnisse brachten. Ein wichtiger Grundsatz war zunächst der, daß der Lehrplan der Präparandenanstalt und der des Seminars ein organisches Ganzes bilden sollen. Eine Folge davon war, daß nun ebenso viele Präparandenanstalten wie Seminare errichtet worden sind. Um aber die Lehrer wirklich nicht nur zu Volksbildnern, sondern auch zu Vermittlern zwischen dem niederen Volke und den höher Gebildeten zu machen, hat man erfreulicherweise auch die Unterweisung in einer fremden Sprache eingeführt, wozu eine neuere, meist die französische, gewählt worden ist. Denn unbestreitbar liegt in dem Worte Goethes: „Wer fremde Sprachen nicht kennt, weiß nichts von seiner eigenen" eine gewisse Wahrheit. In der zweiten Seminarklasse erhalten die Schüler Anweisungen zum Unterrichten und Übung in einigen Lehrproben. In der obersten Klasse wird allen Zöglingen das ganze Jahr hindurch unter Leitung und Aufsicht der Seminarlehrer

wöchentlich in sechs bis acht Stunden fortlaufender Unterricht in der Seminarübungsschule übertragen, während in zwei besonderen Stunden die Behandlung des Lehrstoffs vorbereitet, der Ausfall der Lektionen beurteilt und anderes Fachliches betrieben wird. Die bayerischen Lehrerseminare haben übrigens nur zwei Stufen mit allgemein bildendem Unterricht, die fachliche Ausbildung geschieht erst in einem folgenden Jahr durch Zuweisung zu tüchtigen Lehrern.

Den Seminaristen wird mit der Abgangsprüfung seit 1896 das Recht zum einjährigen Militärdienste zugesprochen. Vielfach wird aber auch die Berechtigung zum Universitätsstudium verlangt; es wäre zu wünschen, daß den Volksschullehrern ein Weg zur weiteren Ausbildung auf besonderen pädagogischen Akademien geebnet würde. Innerhalb von fünf Jahren hat er noch eine zweite, praktische Prüfung abzulegen, nach der er erst endgiltig angestellt werden kann. Eine weitere Vorbereitung zur Mittelschullehrer- und Rektorprüfung muß er völlig privatim betreiben, weshalb die Lehrer für sich vielfach wissenschaftliche Fortbildungskurse veranstalten. Nach diesen Prüfungen kann der Lehrer bis zum Kreisschulinspektor und Seminardirektor aufsteigen. In Sachsen, Hessen und Sachsen-Weimar ist Lehrern mit sehr guten Prüfungszeugnissen die Landesuniversität zum Studium der Pädagogik geöffnet, wodurch sie sich zum Teil eine weitere Laufbahn eröffnen können.

Die Lehrerinnenbildungsanstalten sind meist mit höheren Mädchenschulen verbunden und fast ausschließlich von Städten gegründet und unterhalten. In Preußen werden jetzt niedere und höhere Seminare unterschieden, deren Absolvierung zum Dienste an den Volksschulen und bzw. an den höheren Mädchenschulen berechtigt. Beide setzen die vollständige Erledigung der höheren Mädchenschule voraus, doch hat man sich, um auch den Volksschülerinnen den Besuch des ersteren zu ermöglichen, veranlaßt gesehen, mit einzelnen Seminaren zweijährige Vorkurse zu verbinden. Das Volksschullehrerinnen-Seminar übermittelt in drei Jahren neben der wissenschaftlichen auch die fachliche Vorbereitung, es kann außer Französisch auch wahlfrei noch Englisch betreiben. Das höhere Lehrerinnenseminar hat dagegen drei wissenschaftliche Fortbildungsklassen, in derer oberster auch Lehranweisungen gegeben werden, worauf erst noch ein besonderes praktisches Jahr folgt.

Fernere Prüfungen können dann für das Zeichnen, für den Unterricht an Fortbildungsschulen, für Handfertigkeit bzw. Hauswirtschaft und weibliche Handarbeiten, für Turnen, Musik, ferner auch zum Unterricht an Taubstummen- und Blindenanstalten abgelegt werden.

An weiteren hierher gehörigen Anstalten unterscheiden wir noch mittlere gewerbliche, kaufmännische, landwirtschaftliche, kunstgewerbliche und militärische Fachschulen, die in Preußen sämtlich unter der Aufsicht der betreffenden Fachminister stehen.

Zu den ersten gehören die preußischen höheren Maschinenbauschulen, welche die Reife für die Obersekunda einer höheren Lehranstalt und zweijährige praktische Tätigkeit voraussetzen. Sie haben vier halbjährige Klassenstufen, die aber eine so große Zahl von Fächern und von Unterrichtsstunden (42 wöchentlich) aufweisen, daß es wohl erwünscht ist, ihnen eine einfachere Organisation zu geben. Manche Anstalten umfassen eine ganze Anzahl von gewerblichen Fachschulen, so das Technikum in Nürnberg, die technischen Staatslehranstalten in Chemnitz und das private Technikum in Mittweida, die Baugewerkschule in Stuttgart, die privaten Institute: Ingenieur-Akademie in Wismar, Ingenieurschule in Mannheim, Gewerbeakademie zu Friedberg, das Technikum in Ilmenau. Ferner gehören hierher die technische Schule in Straßburg und die Technika in Bremen und Hamburg, wie das städtische Friedrichs-Polytechnikum zu Köthen mit acht verschiedenen Abteilungen. In den vier deutschen Königreichen finden wir auch noch 13 Textilfachschulen.

Die höheren und mittleren Handelsschulen sind vielfach von Gemeinden, Handelskammern und Privaten ins Leben gerufen. Nur wenige setzen das Einjährigen-Zeugnis voraus, einige führen bis zu diesem Ziele. Augenblicklich herrscht auf diesem Gebiete

eine rege Tätigkeit, von mancher Seite wird mehr die fachliche, von anderer mehr die allgemeine Bildung betont. Eine abgeschlossene Entwicklung scheint auf diesem Gebiete noch nicht erreicht zu sein.

Dagegen erfreuen sich die Landwirtschaftsschulen einer guten Regelung. Preußen zählt 18 solcher Anstalten, welche die drei untersten Klassen mit der Realschule gemeinsam haben, in den oberen drei Klassen aber dadurch abweichen, daß sie nur eine fremde Sprache (die französische), dafür aber ausgedehnten naturwissenschaftlichen und landwirtschaftlichen Unterricht in ihren Lehrplan aufgenommen haben.

Die höheren kunstgewerblichen Schulen sollen nicht einfache kunstfertige Handwerker, sondern technische Künstler ausbilden, die meisten bereiten auch Zeichenlehrer für ihren Beruf vor. Wir finden im Deutschen Reiche 21 derartige Anstalten.

Zur Heranbildung der Offizieraspiranten in den militärischen Disziplinen, aber auch in fremden Sprachen, besonders in der französischen, englischen und russischen, dienen die Kriegsschulen und die Marineschule, deren Kursus in einen theoretischen und einen praktischen Teil zerfällt. Die Besuchsdauer währt bei den ersteren acht Monate, bei der letzteren aber ein Jahr.

Schließlich sei noch die Kolonialschule Wilhelmshof in Witzenhausen erwähnt, die ihren Zöglingen gründliche geistige Schulung mit tüchtiger körperlicher Ausbildung auf fachlicher Grundlage und eine feste Charakterbildung angedeihen lassen will, um aus ihnen gute Beamte und Aufseher für unsere Kolonien zu bilden.

Manche von diesen Instituten, wie z. B. das Polytechnikum in Köthen, tragen einen durchaus akademischen Charakter. Andererseits erfüllen aber auch manche Hochschulen zum Teil Aufgaben, die zu diesem Gebiete gehören.

Aus dieser kurzen Übersicht können wir wohl die Überzeugung gewinnen, daß in Deutschland auf allen Schulgebieten tüchtige Arbeit geleistet wird, sowohl in allgemein bildenden wie in fachlichen Lehranstalten. In sämtlichen Zweigen bemerken wir einen gesunden Fortschritt, überall entdecken wir das eifrige Streben, Deutschland als Weltmacht in die vorderste Reihe zu rücken.

Unſere Univerſitäten.

Von Profeſſor Dr. **Theobald Ziegler**, Straßburg im Elſaß.

Wenn man ſich abfällig über die mittelalterliche Wiſſenſchaft der Scholaſtik ausſpricht, ſo vergißt man, daß ſie die Schöpferin unſerer Univerſitäten geweſen iſt. Während man dabei meiſt an ein ganz Totes und Unlebendiges denkt, müſſen wir uns im Gegenteil, in der Blütezeit dieſer mittelalterlichen Wiſſenſchaft, reiches Leben, einen friſchen fröhlichen Kampf der Geiſter vorſtellen, gefeierte Lehrer, denen aus der ganzen Welt Schüler zuſtrömten, bewegte Kämpfe zwiſchen einzelnen Richtungen und Schulen, beſonders auf dem Gebiet der Dialektik, viel ſchriftliche und mündliche Produktion. So war es vor allem in Paris; und das dortige studium generale gab dann auch das Muſter ab für unſere deutſchen Hochſchulen. Im 14. Jahrhundert ſind zuerſt in Prag und Wien, 1386 in Heidelberg und außerdem noch in Köln und Erfurt Univerſitäten auf deutſchem Boden gegründet worden. Sie ſtanden unter weltlicher und geiſtlicher Oberhoheit zugleich, waren aber ſelbſtändig ſich verwaltende Körperſchaften mit eigener Gerichtsbarkeit und ſelbſterwählten Rektoren: daher der Name universitas magistrorum et scolarium, der allmählich den älteren eines studium generale verdrängt, dann aber noch einmal ſeine Bedeutung gewechſelt hat; denn wir denken heute dabei nicht mehr an jene Geſamtheit der Dozenten und Studenten, ſondern an die Zuſammenfaſſung des geſamten Wiſſensbetriebes zu einer universitas literarum. Aber eines fehlte jenen ſcholaſtiſchen Univerſitäten doch, was uns heute weſentlich ſcheint, die Freiheit des Forſchens und Lehrens; denn über der Wiſſenſchaft ſtand die Kirche mit dem drohenden Schwert der Exkommunikation. Die Kirche zog der Wiſſenſchaft die Grenze, über die hinauszugehen gefährlich, vielfach unmöglich war. Und kirchlich und klöſterlich war auch die äußere Lebenshaltung und Lebensführung der Dozenten und der Studenten in ihren Kollegien und Burſen. Im Unterrichtsbetrieb ſtanden neben den Vorleſungen, die wirkliche Vorleſungen waren, die „Disputationen", in denen die Schlagfertigkeit und die Virtuoſität des Streitens und Rechtbehaltens ihre höchſten Triumphe feierten. Die philoſophiſche oder Artiſten-Fakultät war der untere Kurſus, den alle durchzumachen hatten; dann erſt gingen die ſo Geſchulten als Baccalarii in die drei oberen Fakultäten auseinander.

In dieſen feſtgefügten Organismus wurde im 15. und 16. Jahrhundert Breſche gelegt durch den Humanismus und die Reformation. Die neue an klaſſiſchen Vorbildern ſich orientierende Bildung und damit ein neuer weltlicher Geiſt, der humane, drang ſiegreich ein und vor. Zwar kam das in Wien geplante rein humaniſtiſche Collegium poetarum et mathematicorum nicht zuſtande; was der Humanismus erreichte, war nur die Gründung einzelner philologiſcher Lehrſtühle neben den bisher beſtehenden philoſophiſchen und die Einführung der declamationes oder Redeübungen an Stelle oder neben den Disputationen. Doch blieben die alten Univerſitäten vielfach noch lange Hochburgen des ſcholaſtiſchen Geiſtes. Um ſo williger gaben ſich dagegen die zahlreichen neugegründeten Univerſitäten am Ende des 15. und zu Anfang des 16. Jahr-

hunderts dem neuen Geiste hin; und als vollends die Reformation dazu kam, da wurden diese humanistischen Universitäten zugleich auch protestantisch, allen voran natürlich Wittenberg, von wo die Reformation ausgegangen war. In Melanchthon vollzog sich hier der Bund zwischen Humanismus und Protestantismus, der auf innerer Verwandtschaft beruhte, aber freilich auch schwere innere Gegensätze zu überwinden hatte. Die Spaltung des deutschen Volkes in zwei oder drei Konfessionen zerriß aber auch das Universitätswesen in ein katholisches und ein lutherisches und reformiertes; und da auch im Protestantismus, der sich selbst erst verstehen lernen mußte, der Geist durch den Buchstaben gebunden blieb und eine harte und unduldsame Orthodoxie obenauf kam, so herrschte hier wie dort die alte Unfreiheit. Noch war die theologische Fakultät die erste. Immerhin lockerte sich diese Vorherrschaft dadurch, daß die Universitäten immer mehr territorial, Landesanstalten wurden, die nicht bloß der Kirche ihre Geistlichen, sondern auch dem Landesherrn seine Beamten auszubilden hatten. Dagegen wurde den Landeskindern vielfach der Besuch auswärtiger Universitäten untersagt, und so wurden die Hochschulen der kleinen Staaten und Stätchen auch ihrerseits zu kleinen, engen Landesuniversitäten.

Ein neuer Geist — es mußte der der Freiheit sein — kam erst am Ende des 17. Jahrhunderts mit der Gründung der Universität Halle. In Preußen, wo der Landesfürst reformiert, das Volk vorwiegend lutherisch war, konnte man an dem Grundsatz: cuius regio ejus religio (wessen Gebiet, dessen Religion) nicht festhalten, hier mußte der Konfessionalismus beseitigt oder doch zurückgedrängt werden. Überdies war eben auch einmal wieder die Zeit erfüllt. Der Orthodoxie trat im Pietismus eine religiöse, in seinem Zwillingsbruder, der Aufklärung, eine philosophische Richtung siegreich gegenüber. Indem Francke, der Führer der einen, und Thomasius, der Urheber der anderen Richtung, in Halle zusammentrafen und Schulter an Schulter den gemeinsamen Gegner bekämpften, schien ein neuer Geist der Duldsamkeit in diese 1694 von Preußens erstem König gegründete Universität einzuziehen. Aber rasch merkte der Pietismus, daß der neue Bundesgenosse gefährlicher sei als der alte Gegner, und so suchte er in Chr. Wolf die Aufklärung selber zu treffen: dieser wurde von Friedrich Wilhelm I. bei Strafe des Strangs aus seinen Staaten ausgewiesen, womit sich Preußen freilich nur um den Ruhm gebracht hat, die erste ganz moderne Universität ins Leben gerufen zu haben.

Dieser Ruhm fiel vielmehr Hannover zu durch die Gründung der Universität Göttingen im Jahre 1737. Von hier erst datiert jene wirkliche Lehr- und Lernfreiheit, die wir heute für untrennbar halten vom Wesen deutscher Universitäten. Hier setzte sich auch die Ebenbürtigkeit der philosophischen Fakultät mit den drei anderen, den bis dahin „oberen" Fakultäten durch. Jahrhunderte lang war sie nur Vorbereitungskursus gewesen für das Fachstudium der Theologen, Juristen und Mediziner, jetzt wurde sie die Stätte selbständiger gelehrter Forschung und Arbeit, in Göttingen hat sich Aug. Friedr. Wolf als erster studiosus philologiae inskribiert. Das hing zusammen mit der neuen Renaissance, die von den Göttinger Philologen Gesner und Heyne ausging, dem sogenannten Neuhumanismus, der dann freilich von Wolf nach Halle übertragen, hier erst seinen Höhepunkt erreicht hat und in Wolfs philologischem Seminar gründlich und geistvoll gelehrt und gelernt wurde. Schließlich hat aber doch noch das Preußen des 18. Jahrhunderts das Höchste und Beste getan, indem es den Grundsatz: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei" in sein Landrecht aufnahm.

Am Anfang des 19. Jahrhunderts tat nach langem Winterschlaf auch Bayern einen gewaltigen Schritt vorwärts, indem es mit dem jesuitischen Unterrichtsbetrieb brach und in Würzburg, Erlangen und München moderne Universitäten einrichtete. Besonders bedeutsam aber wurde die Gründung der Berliner Universität im Jahre 1810. In ihr sollte „in einem Zeitpunkt, wo ein Teil Deutschlands von Krieg verheert, ein anderer in fremder Sprache von fremden Gebietern beherrscht ward, der deutschen Wissenschaft eine kaum noch gehoffte Freistatt erstehen". So trat sie in den Dienst der nationalen

Sache, der Wiederaufrichtung Preußens von tiefem Fall, und wurde die Verkörperung des Gedankens von „der Solidarität des preußischen Staats und der geistigen Bildung, des Gedankens, daß die Kraft Preußens in der Kraft der Intelligenz ruhe". Dabei war es ebenso klug wie weise, daß Wilhelm v. Humboldt sich nicht an die radikalen Forderungen Fichtes, sondern an die besonnenen, den alten Formen treubleibenden Vorschläge Schleiermachers in dessen „gelegentlichen Gedanken über Universitäten in deutschem Sinn" anschloß und dabei doch neuen Wein in die alten, aber nicht veralteten Formen goß. Universitäten in deutschem Sinne, das war das Neue, das auch darin zum Ausdruck kam, daß Humboldt die allgemeine Freizügigkeit deutscher Studenten durchsetzte. Die Universitäten wurden national. Zunächst gleich nach den Befreiungskriegen wurden Professoren und Studenten die Träger des deutschen Einheits- und Freiheitsgedankens. Die deutsche Burschenschaft wollte die Schaffung eines einigen und freien Alldeutschland vorbereiten und feierte am 17. Oktober 1817 die Leipziger Schlacht und das 300jährige Gedächtnis der tapferen Tat Luthers im Oktober 1517, die Feier war also politisch und religiös zugleich. Für den Überschwang und die rabiaten Taten einiger „Unbedingten" mußten dann freilich alle büßen, und die Karlsbader Beschlüsse lasteten bald schwer auf der akademischen Jugend und ihren Lehrern: von jenen schmachteten viele auf deutschen Festungen, von diesen wurden einige der besten abgesetzt oder sonstwie mißhandelt. Dieses Martyrium brachte den deutschen Universitäten die Sympathien weiter Kreise; sie galten recht eigentlich als die Träger des deutschen Einheits- und Freiheitsgedankens und waren es auch. Noch höher stiegen sie in den Augen des ganzen Volkes, als im Jahre 1837 sieben Göttinger Professoren — Albrecht, Dahlmann, Ewald, Gervinus, Gebrüder Grimm und Weber — gegen die Aufhebung der hannöverischen Verfassung Verwahrung einlegten und sich lieber absetzen als zum Huldigungsrevers zwingen ließen, weil sie nicht als Männer dastehen wollten, die mit Eiden ein leichtfertiges Spiel treiben. Daß am Mut sittlich hochstehender Universitätslehrer fürstlicher Absolutismus und gewalthaberische Willkür eine Schranke fanden, das weckte in viel tausend Herzen ein jubelndes Echo und gewann eine weit über die Personen hinausreichende moralische Bedeutung. Den Dank dafür stattete das Volk 1848 bei den Wahlen zum Frankfurter Parlament ab, in das in besonders großer Zahl deutsche Universitätslehrer entsendet wurden. Angesichts der Machtlosigkeit dieser ersten deutschen Nationalversammlung und der Ergebnislosigkeit ihrer Beratungen pflegt man über den Doktrinarismus dieses „Professorenparlaments" zu spotten. Sehr mit Unrecht, wenn man an seine Zusammensetzung und an den Höhestand seiner Verhandlungen denkt; denn niemals waren der Ernst und das Verantwortlichkeitsgefühl in einer derartigen Versammlung, nie die Zahl bedeutender Männer nach Talent und Rednergabe, nach Charakter und Patriotismus größer; in der Paulskirche war wirklich die Elite unseres Volkes beisammen, und ein Hauptkontingent dazu stellten in der Tat die deutschen Universitäten. Aber der Idealismus war durch den kläglichen Ausgang der Revolution kompromittiert, und seine Stimmführer waren allen voran deutsche Professoren und Studenten gewesen. So traf die Mißachtung, die jenem galt, auch sie mit; und ganz erholt haben sie sich von dieser Niederlage nicht mehr. Auch im neuen Deutschen Reich sind sie nicht mehr die politischen Stimmführer. Doch hat die Gründung oder Wiederaufrichtung der Universität Straßburg im neugewonnenen Elsaß gezeigt, wie eng patria et literae noch immer zusammengehören, und gezeigt, wie auch der große Realist Bismarck volles Verständnis hatte für den Geist, der auf deutschen Universitäten gepflegt wird und als ein werbender siegreich hinausgeht in weite Kreise des Volkes. Und auch ihm wurde dafür sein Lohn. Als dem Achtzigjährigen am 1. April 1895 die deutsche Reichstagsmehrheit schnöder Weise jedes Zeichen menschlicher Anteilnahme und patriotischer Dankbarkeit versagte, da umbrauste den Alten im Sachsenwalde nur um so lauter der Jubel der deutschen Jugend: die Vertreter der Studentenschaft mit den Rektoren der deutschen Universitäten an der Spitze stellten dabei das mächtigste Kontingent.

Nicht eine Minderung des Ansehens der alten Hochschulen, wie manche meinten, aber allerdings ein Zeichen unserer realistisch gewordenen Zeit war die Gleichstellung der technischen Hochschulen mit den Universitäten, wie sie bei der Hundertjahrfeier der Charlottenburger Anstalt im Jahre 1899 durch Verleihung des Promotionsrechts zum Doktor-Ingenieur in weithin sichtbarer Weise besiegelt worden ist. Die Gründung besonderer höherer Lehranstalten zur Ausbildung von Technikern aller Art hing natürlich mit der Entwickelung der Technik und Industrie zusammen und ist nicht viel über 100 Jahre alt; Paris hat mit seiner École polytechnique vom Jahre 1794 auch hier wieder den Anfang gemacht und das Vorbild gegeben. Auf die Höhe einer Hochschule wurde um die Mitte des Jahrhunderts als erstes das eidgenössische Polytechnikum in Zürich gehoben, ihm folgten die Deutschen alsbald nach; freilich nicht ohne allerlei Übergangsschwierigkeiten und Gegensätze, die auch mit der äußeren Anerkennung ihres Hochschulcharakters noch nicht vollständig überwunden und ausgeglichen sind. Der Gedanke, beide Anstalten durch Angliederung einer technischen Fakultät an die alten Hochschulen zu vereinigen, ist wohl erwogen und in ganz kleinem Umfang z. B. in Göttingen auch verwirklicht worden; doch neigt sich nicht bloß die Praxis, sondern auch die Theorie immer mehr dahin, sie beide wie bisher getrennt marschieren zu lassen. Jedenfalls sitzen nun die technischen Hochschulen im Sattel und haben bewiesen, daß sie zu reiten verstehen; und die deutsche Welt hat Raum für beide und braucht beide: suche jede, immer sicherer, immer vollständiger an das ihr gesteckte Ziel zu kommen, nicht eine Schulart gegen die andere, sondern beide wetteifernd nebeneinander!

Wir wenden uns von der äußeren Geschichte dem inneren Leben unserer deutschen Hochschulen zu. Sie haben, wie ihre Dozenten Forscher und Lehrer zugleich sind, eine doppelte Aufgabe: die Pflege der Wissenschaft und die Erziehung der akademischen Jugend zum künftigen Beruf. Beides gehört zusammen, jedes für sich wäre eine Einseitigkeit. Die deutschen Hochschulen haben nicht für die Wissenschaft im Sinne des weltentfremdeten Akademikers, und nicht ohne Wissenschaft im Sinne des banausischen Praktikers, sondern sie haben durch die Wissenschaft zum Beruf zu bilden. Daß der Arzt nicht als Heilgehilfe, der Philologe nicht als Lehrgehilfe, der Geistliche nicht als Pfarrgehilfe anfängt, und der Beamte sich nicht mit dem Repetitor und dem Einpauker begnügt, sondern daß sie alle ihre Fachausbildung durch die Wissenschaft und auf dem Wege der Wissenschaft suchen müssen, das ist unsere deutsche Anschauung vom Zweck und von der Aufgabe des Studierens, und darin besteht das Recht der Forderungen, die Staat und Kirche und Schule an die Vorbildung der Beamten, Ärzte, Geistlichen und Lehrer stellen.

Diese Doppelseitigkeit des Zwecks wiederholt sich, wie schon gesagt, auch in den Lehrern unserer Hochschulen, auch sie sind Doppelwesen, Gelehrte und Lehrer zugleich. Und dabei ist der eine mehr das eine, ein zweiter mehr das andere; wer aber nur eines ist von beiden, wäre nicht an seinem Platz. Und zwar muß der Professor zuerst Magister, d. h. Meister werden in seinem Fach, ehe er Professor, d. h. Lehrer sein kann.

Zum akademischen Unterricht gehört noch immer in erster Linie das Halten von Vorlesungen, in denen der Professor seinen Zuhörern in zusammenhängendem und immer mehr auch in freiem Vortrag seine wissenschaftlichen Anschauungen und die Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Arbeit mitteilt. Profitetur — darin liegt das Moment der Öffentlichkeit und darin liegt zugleich auch das Subjektive, Bekenntnisartige, die persönliche Verantwortlichkeit und das Einsetzen der ganzen Persönlichkeit. Deswegen muß die Lehre frei sein; sonst könnten die Professoren nicht mehr profiteri, offen bekennen und persönlich vertreten was sie wissenschaftlich denken und für wahr halten, sonst wären sie keine „Professoren" mehr. Das ist nicht etwa ein Anspruch unberechtigten Hochmuts oder feiger Bequemlichkeit seitens der Professoren, sagen zu dürfen, was sie wollen, sondern es ist eine absolute Notwendigkeit: die Wissenschaft kann nur gedeihen in der vollen Freiheit und absoluten Schrankenlosigkeit des Gedankens; sie hört in dem Augenblick auf, echte Wissenschaft und wissenschaftliche Wahrheit

zu sein und zu geben, wo ihr der Hof oder der Staat oder die Kirche vorschreibt, zu welchen Ergebnissen sie kommen muß, oder wo sie sich gebunden fühlt, etwas zu sagen oder zu verschweigen, weil es mit offiziellen, staatlichen oder kirchlichen Anschauungen im Widerspruch steht oder in Konflikt kommen könnte. Das ist eine Existenzfrage für die Universitätslehrer als Vertreter der Wissenschaft, aber ebenso auch für sie als Lehrer. Denn ihr Verhältnis zu den Studenten ist ein Vertrauensverhältnis: es beruht auf dem Glauben der jungen Menschen an die absolute Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit ihrer Lehrer; dürften diese nicht sagen, was sie denken, so würde ihnen der Student überhaupt nichts mehr glauben, und der Zweck ihres profiteri wäre vernichtet. Ja noch allgemeiner: es muß in unserem Volksleben, in Staat und Kirche eine Stelle geben, wo die Wahrheit als Wahrhaftigkeit ihre offizielle Vertretung hat, und das sind die Universitäten, deren Amt es ist, Wahrheit zu suchen und Wahrheit zu lehren. Wenn überall sonst Zurückhaltung, Rücksichtnahme, Menschenfurcht herrscht, auf dem Katheder wenigstens muß der Dozent ohne Scheu und Hinterhältigkeit sagen und sagen können, was er für wahr hält, und das Volk muß davon überzeugt sein, daß hier eine Freistatt sei für Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit. Lüge ist moralische Brunnenvergiftung, und doch nistet sie sich überall ein. Ein Brunnen im Land wenigstens muß von Berufswegen von ihr frei sein, das fordert die Gesundheit des Volkes und die Sorge um sie. Ihre einzige Grenze hat darum die Lehrfreiheit an dem persönlichen Verantwortlichkeitsgefühl des Professors: er muß wissen, was er sagt, in welcher Form er es vorträgt und zu wem er spricht. Oder anders ausgedrückt: er muß Pädagoge sein und wissen, daß docere den doppelten Akkusativ regiert: was und wen zugleich.

Mit dem Kollegleſen ist aber der Universitätsunterricht so wenig erschöpft, daß in unserer Zeit manchmal an der Berechtigung der Vorlesungsform überhaupt gezweifelt, ihr jedenfalls kein so hoher Wert mehr beigemessen wird wie früher. Und gewiß wird hier von Professoren und Studenten gesündigt: von jenen, wenn sie vergessen, daß die Buchdruckerkunst längst schon erfunden ist, und es des Vorlesens und Diktierens heute nicht mehr bedarf; von diesen, wenn sie den Spott in dem Goetheschen: „denn was man schwarz auf weiß besitzt, kann man getrost nach Hause tragen“ nicht merken und verstehen. Aber die lebendige Rede ist doch auch etwas. Das Anregende und Individualisierende, das Unfertige und Suchende dort und die Anteilnahme des Hörers nnd seine Kunst, das Wesentliche herauszufinden hier, die Gemeinsamkeit des sich Verstehens hin und her: das alles kann durch das Buch niemals ersetzt und erreicht werden. Und so behalten die Vorlesungen im Universitätsleben ihren bleibenden Wert. Nur freilich das Einzige dürfen sie nicht sein. Früher kamen die Disputationen hinzu: sie sind heute veraltet und als leere Wortgefechte vielleicht allzusehr in Mißkredit gekommen; auch das rhetorische Element der Deklamationen ist fortgefallen. Dagegen drängten die Naturwissenschaften mit ihrer Anschaulichkeit und ihren Experimenten und drängte noch vorher die schulmäßige Behandlung der Philologie auf eine neue Form hin: man läßt den Studenten an der Forschung und Erforschung selber teilnehmen, läßt ihn im Institut dort, im Seminar hier selbständig und selbsttätig mitarbeiten, und in der Medizin auch in den praktischen Betrieb der Kunst in Kliniken und Krankenhäusern hineinsehen und praktisch sich darin betätigen.

So hat sich in den letzten Jahrzehnten der Unterrichtsbetrieb in den Laboratorien und auf der Anatomie, in den Instituten und Seminarien, in Übungen und Kursen immer mehr nach dieser Seite hin ausgedehnt und immer reicher und praktischer gestaltet. Dabei überwiegen in den ersten Semestern, vor allem in den Geisteswissenschaften, die Vorlesungen, später werden die Übungen als das Wichtigere angesehen. Und auch bei den Professoren ist das Können verschieden: gute Redner, schlechte Redner; mehr anregend, mehr lehrhaft; mehr Mann des Vortrags, mehr Institutsdirektor und Übungsleiter — das stuft sich nach Gaben und Neigung mannigfach ab.

Zugleich ergeben sich hieraus, auch nach der materiellen Seite hin, Verschiebungen und Anforderungen aller Art. Die Kliniken und Institute, die Laboratorien und Seminare

mit allen ihren Einrichtungen, Apparaten, Verbrauchsstoffen und Bücheranhäufungen erfordern Mittel, große Mittel. Und so geht die Wissenschaft heute mehr als je nach Geld. Dieses für die Universitäten flüssig gemacht und diese dadurch modernisiert und den modernen Anforderungen entsprechend ausgestattet zu haben, war die Kunst und das Verdienst des preußischen Ministerialdirektors Althoff, der sich damit um die Blüte und das Gedeihen der Universitäten große Verdienste erworben hat. Dazu kommt noch eins: in den Vorlesungen ist es gleichgültig, wie viele Hörer vor dem Professor sitzen; vor vollen Bänken spricht es sich sogar noch besser und lebhafter als vor leeren. Anders bei den Übungen, wo jeder mittun und daran kommen, bei den Demonstrationen, wo jeder aus nächster Nähe zusehen soll. Da sind Massen vom Übel, und doch drängen sich bei der erschreckend anschwellenden Frequenz unserer Hochschulen wirkliche Massen in unsere Hörsäle herein. Hier müßte daher, wie in den Schulklassen, die Zahl der Teilnehmer auf ein Maximum beschränkt werden, damit der Professor die einzelnen kennen lernen und zur geeigneten Mitarbeit heranholen kann. Dazu aber bedürfte es einer Vergrößerung und Vermehrung der Institute nicht nur, sondern auch einer Verdoppelung und Verdreifachung der Lehrkräfte. Dafür fehlt es nicht an den Menschen, in Extraordinarien und Privatdozenten haben wir den hierfür nötigen Nachwuchs, sondern wiederum nur an Geld.

Eine üble Konsequenz davon aber ist, daß damit die Universitäten, die ursprünglich selbständige Körperschaften waren, immer abhängiger werden vom Staat, und daß dieser seine Macht auch ihnen gegenüber nur zu gerne vergrößert und sie immer mehr zu Staatsanstalten, die Dozenten immer mehr zu Staatsbeamten zu machen sucht. Der bureaukratische Geist aber ist dem akademischen nicht zuträglich und nicht sonderlich hold; und so droht denn den Universitäten, nachdem sie, mit Ausnahme der theologischen Fakultäten der Kirche gegenüber, ihre innere Selbständigkeit durchgesetzt haben, von seiten des Staates aufs neue Gefährdung ihrer Unabhängigkeit und, etwa in dem Fach der Nationalökonomie, eine Beschränkung der akademischen Freiheit.

Auch an anderer Stelle gerät die Selbstverwaltung der Hochschulen mit der Staatsgewalt in Konkurrenz. Professoren sind Staatsbeamte, werden daher von den Landesfürsten berufen und angestellt. Die Fakultäten aber haben das Vorschlagsrecht, und zwar ist es üblich, daß sie für eine erledigte Stelle drei Kandidaten nennen, unter denen dann die Regierung die Auswahl hat und in der Regel den an erster Stelle genannten zu berufen pflegt. Aber sie ist nicht gebunden an diese Vorschläge der Fakultäten; und das ist gut so; denn auch hier geht es, wie überall in der Welt, menschlich zu; auch in der Wissenschaft gibt es Cliquen und Koterien; und da ist die Regierung oft unbefangener und sachlicher als die nächsten Fachgenossen. Deshalb muß der Kurator der Universität, der als staatlicher Beamter die Regierung bei dieser vertritt und den Verkehr zwischen beiden vermittelt, ein geistig freier und mit der Wissenschaft in Fühlung stehender Mann sein, zu dessen Urteil auch die Professoren Vertrauen haben können. Der größte Universitätskurator ist Goethe gewesen, auch darin ein leuchtendes Vorbild für alle Zeiten. Daß es übrigens auch ohne Kurator geht und gut geht, zeigt uns das Beispiel Badens.

Zu rekrutieren aber pflegt sich der Lehrkörper der Professoren aus den Privatdozenten, bei deren Aufnahme daher die Fakultäten besondere Sorgfalt und Vorsicht zu üben haben. Sie sind der Jungbrunnen der Universität auch dadurch, daß sie als die Jungen modernen Anschauungen zugänglicher sind und dem, was die Studenten bewegt und erfüllt, noch näher stehen. Aber es ist daneben gut, daß die Fakultäten und Regierungen bei Berufungen auch über diesen Kreis hinausgreifen und sich durch Praktiker (Geistliche, Ärzte, Gymnasiallehrer, Verwaltungsbeamte) ergänzen und so mit dem praktischen Leben auch durch die Person und den Lebensgang ihrer Dozenten in Fühlung bleiben können.

Die dem demokratischen Zuge der Zeit entsprechende Bewegung unter den Privatdozenten, an der Selbstverwaltung der Universität teil zu gewinnen, steht mit

der alten Anschauung von der universitas omnium magistrorum durchaus im Einklang und ist also traditionell wohl zu begründen. Aber für die Privatdozenten selbst ist sie doch nicht ganz unbedenklich. Diese haben mit der venia legendi nur die einzige Pflicht, in jedem Semester auch wirklich zu lesen, auf sich genommen; im übrigen sind sie und sie allein ganz frei. Ob sie durch solche Teilnahme an den Geschäften der Fakultät nicht einen Teil dieser goldenen Freiheit einbüßen und ganz allmählich auch am Beamtencharakter der Professoren partizipieren würden, kann wenigstens gefragt werden. Jedenfalls würden die Versuche, sie auf ihre politischen oder religiösen Anschauungen hin zu bewerten und eventuell zu maßregeln, hierin eine willkommene Handhabe finden. Dagegen ist es ein durchaus berechtigtes Verlangen, daß die Extraordinarien mit Lehrauftrag an der Selbstverwaltung mitbeteiligt werden; sind sie vollends Direktoren einer Klinik oder eines Seminars, so liegt es wie in ihrem, so auch im Interesse der Sache, die sie vertreten.

Für die Professoren und Privatdozenten ist die Lehrfreiheit die wichtigste Forderung und das höchste Recht; ihr entspricht auf seiten der Studenten die Lernfreiheit. Was heißt das? Etwa die Freiheit, nichts zu lernen, die Freiheit, faul zu sein? Auch das. Nach dem zwölfjährigen Zwang der Schule mit ihren genau vorgeschriebenen Schulstunden und ihren täglich zu erledigenden Hausarbeiten ist es ein gewaltiger Sprung für den Achtzehn- und Neunzehnjährigen, wenn er nun seine Vorlesungen sich selber wählen, sie regelmäßig besuchen oder auch ganz schwänzen, von heute auf morgen viel oder wenig arbeiten, nach Neigung und Lust Allotria treiben oder auch ganze Tage gar nichts tun kann. Nun erwartet man freilich, und es ist wohl auch die erfreuliche Regel, daß, wer 12 Jahre lang an Arbeit gewöhnt worden ist, es nun nicht mehr lassen kann; und auch vor dem Studenten steht ja ein Zwang, der Zwang des bevorstehenden Examens, wenn Gewöhnung und innere Neigung versagen sollten. Aber es gibt auch Fälle, wo einer sagt: nun habe ich 12 Jahre lang arbeiten müssen, jetzt will ich auch ein paar Semester nichts tun. Und doch liegt gerade hier der Zweck dieser gefährlichen Freiheit, daß, nachdem der Knabe 12 Jahre lang hat arbeiten müssen, der Jüngling nun lernen soll, arbeiten zu wollen. Auch der Beamte muß arbeiten; aber er soll nicht arbeiten wie ein Schuljunge oder wie ein Galeerensklave, sondern aus innerem Trieb und aus Pflichtgefühl. Diesen hohen freien Geist der Arbeit eignet man sich aber nicht schon auf der Schule an, sondern erst und nur in der demokratischen Luft schrankenloser Freiheit, auf der Universität.

Hierher gehören auch die langen Universitätsferien, bekanntlich ein besonderer Stein des Anstoßes und Neides namentlich in Beamten- und Lehrerkreisen. Dabei kreuzen sich wohl die Interessen. Gewiß liegt eine längere Pause zwischen den Semestern auch im Interesse des Studenten, damit er sich vom ungebundenen Leben auf der Hochschule wieder zu Hause in der Familie festwurzele und zurecht finde; und auch verarbeiten soll er in ihnen, was er während des Semesters nachgeschrieben und gehört, gelesen und in sich aufgenommen hat. Aber 22—24 Wochen Ferien sind für den Studenten doch fraglos zu viel, eine Gefahr und Versuchung zum Bummeln und Verbummeln. Anders liegt die Sache bei den Professoren: für sie sind die Ferien nicht oder nur zum kleinsten Teil zur Erholung da, sondern zu zusammenhängender wissenschaftlicher Arbeit, die während des Semesters vielfach unmöglich ist und bei dem intensiven Seminar- und Institutsbetrieb immer weniger möglich werden wird. Hier einen Ausgleich zu suchen, etwa durch Zerlegung des Jahres in drei Trimester, wobei für eines derselben die Verpflichtung des Professors zum Halten von Vorlesungen suspendiert oder doch erheblich eingeschränkt werden könnte, wäre zugleich mit der vernünftigen Fixierung des Osterfestes eine dankbare Aufgabe, die eigentlich nur das Gesetz der Trägheit gegen sich hat.

Übrigens sind der Lernfreiheit auch jetzt schon vernünftige Grenzen gesetzt durch die Arbeiten, zu denen die Studenten in Klinik und Laboratorium, im Praktikum und Seminar verpflichtet werden. Und noch mehr gilt dies von dem Unterrichtsbetrieb der

technischen Hochschulen. Allein zur Schule darf die Hochschule darum doch nicht wieder herabsinken; man könnte eher fragen — ich tue es nicht —, ob nicht umgekehrt in den obersten Schulklassen schon dem Lernen eine gewisse Beweglichkeit und Bewegungsfreiheit eingeräumt werden sollte, damit der Sprung kein zu plötzlicher und zu großer werde. Im übrigen aber gilt auch hier schon das stolze Wort: „es müssen Jünglinge gewagt werden, um Männer zu werden".

Noch mehr ist das allerdings das Motto für die andere Hälfte der akademischen Freiheit, für die der Lernfreiheit zur Seite tretende Lebensfreiheit des Studenten. Bekanntlich hat Lessing gesagt, als er die Universität bezog, er wolle auf ihr leben lernen; und auch wir reden nicht bloß von der wissenschaftlichen Fachbildung, sondern auch von der Erziehung des Studenten. Das sind übrigens keine Gegensätze. Auch die Wissenschaft erzieht, wenn sie nur keine allzu enge und einseitige, keine bloß fachmäßige ist. Sie erzieht durch die Arbeit und in der Arbeit zum Fleiß und um der Arbeit willen zum Verzicht auf lockendes Vergnügen, zur Pflichterfüllung auch gegen die Lust des Augenblicks und gegen anderswohin ziehende Neigung. Und auch das Vorbildliche wirkt, wenn der Student den Professor ganz aufgehen sieht in der Sache und sich durch dessen Treue auch im Kleinen und Kleinsten oder durch das Beugen unter die Macht der Wahrheit imponieren läßt. Die sittlichen und versittlichenden Faktoren im Betriebe der Wissenschaft, die Rousseau einst übersehen und unterschätzt hat, tragen wirklich etwas bei zur sittlichen Erziehung unserer Studenten; sie auszunützen ist Sache der Professoren und läßt auch sie zu Erziehern werden.

Aber anderes wirkt allerdings erheblich stärker. Im Elternhaus und auf der Schule verlief das Leben des Knaben in vorgezeichneten Gleisen: was er zu tun und zu lassen habe, wurde ihm gesagt und aufgegeben, und wo Konflikte drohten, konnte er sich bei Eltern oder Lehrern Rats erholen, wenn diese nicht zum voraus dafür sorgten, daß sie vermieden wurden. Ihn umgab die schützende Substanz der Sitte und der Sittlichkeit, wie das Hegel so treffend genannt hat; so war er behütet und bewahrt. Auf der Hochschule dagegen löst er sich los von dieser Substanz und sieht sich auf sich selber gestellt, auf eigenes Urteilen und Wählen, an eigenen Entschluß und eigene Entscheidung gewiesen. Er ist ein Atom unter Atomen, untergetaucht in die Masse der Vielen und Gleichen, unbeachtet und unbekannt in der fremden Stadt und daher auch unbeaufsichtigt und unkontrolliert; er kann wirklich tun, was er will, wenn er nur mit dem Strafgesetz nicht in Konflikt kommt; die Disziplinargewalt der Universität kommt ja kaum mehr in Betracht, sie hinkt höchstens noch hinter Polizei und Gericht ungefährlich hinter drein. So führt der junge Mensch ein selbständiges Junggesellenleben auf eigene Verantwortung, und das ist natürlich nicht ohne große Gefahr. Wenn wir es dennoch wagen und an dieser fast schrankenlosen akademischen Lebensfreiheit festhalten, so tun wir das in der Meinung, daß der Mensch in der Luft der Freiheit am besten lerne, frei zu werden und als Freier seine Pflicht zu erfüllen. Und noch ein Allgemeineres: es steckt in unserer Sitte soviel Äußerliches und Konventionelles, soviel Leeres und Hohles, daß der Mensch wohl auch einmal frei muß prüfen dürfen, ob und wieweit er sich diesem Zwang fügen und sich von ihm unterkriegen lassen soll. Der Philister muß ja so vielem Rücksicht tragen und trägt viel zu vielem ungebührlich Rücksicht: der Student ist der Rücksichtslose, weil er um so vieles sich wirklich nicht zu kümmern braucht, und so geht von diesem freien Leben so mancher berechtigte Kampf gegen Zopf und Äußerlichkeit aus und wird dann als Lust und als Kraft zum Reformieren mit hinüber genommen in das Philisterleben. Deshalb ist es so unerfreulich, wenn sich Studenten schon in steifen Formen und Zeremonien bewegen.

Aber der Student ist doch nicht ganz losgebunden frei, nicht ganz schutzlos den Gefahren der Freiheit preisgegeben. Von Haus und aus der Schule bringt er, so hoffen wir, einen sittlichen Fond mit, der für eine vierjährige Studienzeit ausreichen und sich nun durch eigene Kraft und Selbstzucht vermehren und Zinsen tragen soll. Und eben deswegen schelten wir nach dieser Seite auf die überlangen Ferien nicht allzusehr: auf

dem altgewohnten Boden häuslicher Ordnung und Sitte taucht er immer wieder ein in jene sittliche Substanz, die ihm während des Semesters unter den Füßen wegzuschwinden droht.

Aber wie schon in der Schule wichtiger als die Erziehung der Lehrer der Verkehr mit den Kameraden und die Zugehörigkeit zu dem Schulorganismus ist, so und noch viel mehr auf der Universität. Der Student ist ein Atom für sich; aber Atome ballen sich zusammen und bilden Vereinigungen; und so lebt selten ein Student sein Leben für sich allein — er kann es freilich, auch hier schon gibt es einsame Menschen. Im allgemeinen aber ist die Jugend gesellig, und daher entstehen Studentenfreundschaften und Studentenvereinigungen, Korporationen und Verbindungen aller Art.

Im Mittelalter gliederten sich die Studenten nach Nationen; hieraus sind die Landsmannschaften hervorgegangen, und in den Namen vieler Verbindungen wenigstens hat sich die Gliederung nach deutschen Stämmen bis heute noch erhalten. Im 18. Jahrhundert bildeten sich dann in Anlehnung an die Geheimgesellschaften der Rosenkreuzer und Freimaurer die Orden, aus denen die Korps entstanden sind; und nach den Befreiungskriegen kam der großgedachte Versuch, die deutschen Studenten in einer einzigen allgemeinen deutschen Burschenschaft zu einigen. Der Versuch ist mißlungen, die Burschenschaft blieb eine unter vielen; aber die große Vergangenheit wirkte doch als große Tradition, und auch die nationalen Ideen haben in ihr aus ihrer Frühzeit her stets besondere Pflege erfahren.

Für die Außenstehenden sind die Unterschiede aller der vielen Korporationen natürlich viel kleiner als in den Augen der Studenten selbst, die es damit weit wichtiger nehmen. Einst freilich war die Burschenschaft vor anderen die Trägerin des deutschen Einheits- und Freiheitsgedankens; heute wachsen unsere jungen Menschen alle fraglos in die Idee von Kaiser und Reich und in die Liebe zum großen deutschen Vaterland hinein, national fühlt darum die ganze Studentenschaft, wenn auch mit allerlei Nuancen; und die Unterschiede von liberal oder konservativ sind, soweit sie überhaupt schon vorhanden sind, nicht Unterscheidungsmerkmale der Korporationen untereinander, sondern sind innerhalb derselben Verbindung bei ihren einzelnen Mitgliedern vertreten; wie ja im späteren Leben die politischen Parteien sich aus Angehörigen der verschiedensten Studentenverbindungen rekrutieren.

Ein wichtiger Unterschied besteht noch immer darin, ob eine Verbindung unbedingte „Satisfaktion" gibt oder nicht. Das Fechten war lange Zeit der einzige Sport, den Studenten trieben, und die Mensur war dann, was ein Wettrennen oder ein Wettfliegen ist, die Probe auf das Exempel des Könnens und ein Erweis persönlichen Mutes. Heute ist der Sport auch unter unseren Studenten ein weitverbreiteter und mannigfaltiger, daher hat der Fechtsport seine Alleinherrschaft verloren. Auch die Meinung, daß nur der ein „honoriger" Student sei, der mit dem Rapier für seine Ehre einstehe, ist immer mehr im Schwinden begriffen. Die Zeit des studentischen Raufbolds, der die nichtschlagenden Kommilitonen tyrannisiert und malträtiert, ist längst schon unwiederbringlich dahin. Die richtige Form für die Austragung studentischer Ehrenhändel, die Einrichtung allgemeiner und allgemein anerkannter Ehrengerichte, denen schließlich als schärfste Waffe der allgemeine Verruf eines wirklich Ehrlosen zugestanden werden müßte, ist freilich noch nicht gefunden, und damit das Duell auf unseren Hochschulen immer noch so etwas wie ein notwendiges Übel; verschwinden wird es erst, wenn es aus der übrigen Gesellschaft ebenfalls verschwunden sein wird.

Neben den studentischen Turn- und Gesangvereinen stehen dann auch Fachvereine. Es scheint etwas durchaus Natürliches und Berechtigtes, daß sich der Student mit seinen Fachgenossen zusammentut und seine speziellen Studien zur Grundlage auch seines nächsten Umgangskreises macht. Und so gehen denn auch von unseren Seminaren oder Kliniken die Philologen- oder Klinikervereine aus, die durch die Beteiligung der betreffenden Dozenten an ihren wissenschaftlichen und geselligen Vereinigungen oft besonders angeregt und anregend sich gestalten. Aber dieser ausschließliche Verkehr

von Fachgenossen untereinander ist doch nicht das Richtige. Wenn die Universität wirklich eine universitas literarum sein soll, so ist das Zusammensein von Vertretern aller möglichen und der verschiedensten Fächer ihrem Wesen angemessener: hier erwirbt sich der Student ungesucht allgemeine Bildung als vielseitiges Interesse, nur so wird er von vornherein frei von einseitiger Enge und langweiliger „Fachsimpelei". Dazu müssen freilich die Studentenverbindungen mehr als bisher Debattierklubs werden, in denen alle die wichtigsten Lebensfragen unseres Volkes diskutiert werden.

Zu den Fachvereinen gehören natürlich auch die theologischen, und diese sind dann von selbst auch konfessionelle. Im übrigen aber ist die Scheidung nach Konfessionen und sind konfessionelle Studentenverbindungen auf den Hochschulen verwerflich. Gerade hier soll sich der Student als Glied eines Ganzen, seiner Universität, mit allen andern eins fühlen, und wenn unserem deutschen Volk der modus vivendi im Zusammenleben von Protestanten, Katholiken und Juden bitter not tut, so müssen hier im Leben unserer Hochschulen diese Unterschiede zuerst verschwinden und die jungen Menschen sich lediglich als Menschen gegenübertreten: der furor protestanticus, der furor catholicus, der Antisemitismus sie alle gehören mit ihrer zerklüftenden Wirkung — nicht auf die Universität und passen nicht zum Studenten.

In den Verbindungen bildet die Erziehung der Jungen — der Füchse — eine Hauptaufgabe: namentlich die Korps betonen dies als einWesentliches. Auch der Studentenstaat braucht Ordnung und Gesetz: sie sind kodifiziert im sogenannten Komment, der freilich zunächst etwas Äußerliches ist und nur zu Äußerlichkeiten verpflichtet. Von früheren roheren und wilderen Sitten schreibt sich her, daß er vielfach als Bierkomment noch immer etwas rohe Formen aufweist und als Trinkzwang des freien Studenten doch recht wenig würdig ist. Scheffels Trinklieder aus der Mitte des 19. Jahrhunderts haben hier trotz ihrer Fülle von Humor nicht durchweg günstig gewirkt. Allein wir sind hier entschieden auf dem Weg der Besserung und Reinigung: noch wird in studentischen Kreisen viel, zu viel getrunken; doch gilt es heute schon nicht mehr für eine Schande, keinen Rausch gehabt zu haben, Temperenzler, selbst Abstinenter zu sein. Im übrigen aber ist es gut, daß die jungen Leute, die doch nicht alle „eine Kinderstube" gehabt haben, sich auch äußerlich bewegen und benehmen lernen, wenn nur die Formen nicht gar zu leer und gar zu steif sind. Aber wichtiger als das Äußere ist doch der Geist, der in diesen Verbindungen lebt. Man hielt früher viel von Prinzipien und Paragraphen, und gewiß ist der Keuschheitsparagraph wertvoll genug und für viele ein Schutz und ein Segen gewesen. Aber die Hauptsache sind auch hier die Persönlichkeiten, ältere Kommilitonen bestimmen den Geist der Verbindung und können für die jüngeren die Führer zum Höheren und Reineren freilich auch üble Verführer auf schlimmen Wegen werden. Deshalb hat ein Senior und ein Fuchsmajor eine recht große Verantwortung, die nur leider nicht alle empfinden und anerkennen.

Neben den Korporationen, die mit ihren bunten Farben die Romantik des Studentenlebens repräsentieren, steht nun aber die weit größere Schar der Nichtinkorporierten. Sie waren lange Zeit eine ungegliederte Masse, so etwas wie Flugsand; selbst in den von Rektor und Senat anerkannten Studentenausschüssen waren sie kaum vertreten. Neuerdings aber regt sich auch bei ihnen die Opposition und eine neue Art von Zusammengehörigkeitsgefühl wird wach — in der freien Studentenschaft. Freilich ist es schwer, für diese Bewegung auch nur die Form zu finden. Auch sie bedürfen, sobald sie sich eine Stellung und Rechte in der Studentenschaft erkämpfen wollen, einer, wenn auch noch so losen Organisation und geraten damit in Gefahr, selbst wieder — zur Korporation zu werden. Und dieser Organisation fügt sich dann wieder nur ein Bruchteil ein; trotzdem erhebt sie den Anspruch, die Vertreterin aller Nichtinkorporierten zu sein. Damit gerät sie in Konflikt mit den akademischen Behörden und mit den Korporationen, die diesen Anspruch nicht gelten lassen wollen. In diesen Kämpfen stehen wir heute mitten inne. Bei der Hundertjahrfeier der Berliner Universität fand sich für diese Gegensätze keine Ausgleichung. Im allgemeinen

wird man sagen können, daß die alten Korporationen das konservative und feudale Element darstellen, die freie Studentenschaft dagegen auf dem demokratischen Boden des allgemeinen und gleichen Wahlrechts steht. Und modern zeigt sie sich auch dadurch, daß sie allerlei neuere Tendenzen aufnimmt und allerlei Bestrebungen pflegt, die bis dahin in der Studentenschaft nur wenig vertreten waren. Noch Nietzsche hatte geklagt: der Student hat kein Verhältnis zur Kunst! In der freien Studentenschaft findet unter anderem auch die Kunst eine Stätte. Freilich ist auch hier noch vieles unfertig und unklar, das Wollen größer und weiter als das Können und Leisten.

Ebenso nehmen sie sich der Kommilitoninnen an, deren Zahl sich ja, seitdem Frauen an unseren Hochschulen immatrikuliert werden, ständig mehrt. Natürlich ist die Zulassung der Frauen zum akademischen Studium nur zu begrüßen. Ob sich aber die großen Erwartungen, die für unsere ganze Kultur daran geknüpft worden sind, erfüllen werden, steht noch dahin; die wesentlich rezeptive Natur der Frau zeigt sich auch beim Studium. Und auch an Mißbräuchen und Auswüchsen wird es nicht fehlen; schon jetzt tritt allerlei zu tage, was uns nicht gefallen kann. Aber erfreulich ist jedenfalls, daß die Studenten die Kommilitoninnen als ihresgleichen anerkennen und sie gerade auch in der freien Studentenschaft freundschaftlich bei sich aufnehmen. Immerhin wird diese dafür Sorge tragen müssen, daß kein schwächlicher Feminismus bei ihr einreiße und ihre Vereinigungen nicht den Charakter von Tanzkränzchen annehmen; der männliche Charakter unserer Universitäten und unserer Studentenschaft darf nicht Not leiden. Erziehung zur Mannhaftigkeit ist ein gutes Wort; das soll auch in Studentenkreisen nie vergessen werden.

Wie einst an den nationalen Kämpfen um Kaiser und Reich, so nehmen unsere Hochschulen nun auch teil an dem sozialen Geist, der unsere Zeit erfüllt. Einen Augenblick zwar schien es, als ob der Individualismus Nietzsches gerade in den Reihen der Studentenschaft das soziale Interesse rasch wieder verdrängen sollte. Allein es schien nur so: Nietzsche ist den Studenten heute schon nicht mehr interessant; seine Bücher stehen verstaubt und ungelesen in unseren Seminarbibliotheken. Und daß der Individualismus beim deutschen Studenten nicht zu kurz kommt, dafür brauchte nicht erst Nietzsche zu sorgen.

Die Universitäten waren, nachdem sie aufgehört hatten, die hauptsächlichsten Träger des nationalen Gedankens und die Führer der nationalen Bewegung zu sein und zu stellen, dem Leben etwas fremd geworden; älter als das l'art pour l'art ist der Gedanke: die Wissenschaft um der Wissenschaft willen! Und ist auch ebenso falsch wie jenes moderne Schlagwort. Auch die Wissenschaft ist um des Menschen willen da; man erzieht durch die Wissenschaft für das Leben. Dieses Leben aber ist ein soziales, und darum muß auch die Wissenschaft und müssen die Universitäten sozial werden und in den Dienst der allgemeinen Wohlfahrt treten. Das haben noch vor den Studenten die Professoren erkannt und angefangen, in der sogen. Universitätsausdehnungsbewegung soziale Arbeit zu tun. Volkstümliche Hochschulkurse fehlen an keiner Universität mehr, wobei sich freilich die Hörer, wenigstens bei uns in Deutschland, weniger aus den Kreisen der Arbeiter rekrutieren, für die sie ursprünglich bestimmt waren, als aus höher liegenden Bildungsschichten. Da aber immer Volksschullehrer und -lehrerinnen ein Hauptkontingent unter ihnen bilden, so kommt das Wort des Hochschullehrers durch ihre Vermittelung schließlich doch an die richtige Stelle, zu den Kindern und der Jugend des Volks.

Die Studenten suchten sich wie billig über die soziale Frage zunächst bei den Nationalökonomen zu belehren, und so kamen deren Vorlesungen recht eigentlich in Mode. Dann wollten sie in ihren sozialwissenschaftlichen Vereinigungen sich auch selber über das Gelernte und über die große Frage der Zeit diskutierend und disputierend weiterbilden. Und endlich gingen nicht wenige von ihnen auch zu sozialer Betätigung über und richteten Unterrichtskurse für Arbeiter in den elementaren Schulfächern ein, die sich nach anfänglichem Schwanken und durch allerlei Übergangsschwierigkeiten hindurch allmählich zu konsolidieren scheinen und namentlich auch ein erfreuliches Zu-

sammenwachsen unserer Studentenschaft mit Angehörigen des Arbeiterstandes anbahnen. Denn was uns besonders Not tut, das ist ja die Überbrückung der zu weit gewordenen Kluft zwischen Gebildeten und Ungebildeten und die Beseitigung törichter Standes- und Kastenvorurteile, in denen gerade die akademische Jugend lange Zeit nur allzu hochmütig befangen gewesen ist. Nach dieser Seite hin war eine Modernisierung, Demokratisierung und Sozialisierung besonders an der Zeit.

So stehen auch unsere Hochschulen wie unsere ganze suchende und ringende Zeit in allerlei Übergängen und neuen Anfängen. Unberührt davon aber ist doch der Kern der alte geblieben: zusammen mit den technischen Hochschulen sind sie auch heute noch das studium generale, die Stätten, wo tüchtig geforscht und gelehrt, gelernt und gearbeitet wird. Und auch eine universitas magistrorum et scolarium haben sie nicht aufgehört zu sein: das Verhältnis von Professoren und Studenten ist recht eigentlich das einer Arbeitsgemeinschaft voll gegenseitigen Vertrauens und voll des richtigen Zusammengehörigkeitsgefühls. Und wenn irgendwo, so sind hier die großen Gegensätze unserer Zeit, Individualismus und Sozialismus versöhnt und zum erfreulichen Ausgleich gebracht. Die Akademiker sind nicht mehr die einzigen Führer der Nation, dazu haben wir heute Kaiser und Reich; aber sie erziehen die Führer und haben damit die ihnen zukommende Stellung und Bedeutung im Leben unseres Volkes nach wie vor.

Das sieht man auch daran, daß sie nicht bloß stolz auf die Vergangenheit zurück, sondern auch mutig in die Zukunft hinausblicken können. Nachdem sie vor zehn Jahren ihren Bestand durch die Erhebung der technischen Hochschulen zu gleichberechtigten Gefährten auf einen Schlag fast um die Hälfte vergrößert haben, stehen schon wieder zwei Neugründungen in naher Aussicht. Frankfurt und Hamburg wollen jenes seine Handelsakademie, dieses sein Kolonialinstitut und sein Vorlesungswesen zu Volluniversitäten ausbauen. Dabei dürfen wir, wie bei jeder Neugründung, auch die Verwirklichung neuer Gedanken erwarten: die Frankfurter wollen eine freie Städteuniversität gründen, wie einst Bologna eine solche gewesen ist, ledig aller bureaukratischen Bevormundung und ledig auch der letzten Schranke, die der akademischen Freiheit von Kirche oder Staat gezogen werden will; in Hamburg soll eine den Bedürfnissen unserer neudeutschen Machtstellung angepaßte modernere Bildungsstätte eingerichtet werden, wie sie der Eigenart dieser Stadt, dem in die Ferne gerichteten Blick seiner Handelsfirmen und dem wagemutigen Unternehmungsgeist des Hanseaten entspricht.

Nicht rostend und rastend, nicht veraltet und veraltend, sondern in engster Fühlung mit unserem aufstrebenden Volkstum immer wieder sich verjüngend, in stillem sich Mühen Sandkorn um Sandkorn herbeiführend zum Ewigkeitsbau der Wissenschaft, und Generation um Generation patriae et literis, d. h. dem Vaterland auch durch die Wissenschaft erziehend und bildend: — so stehen die deutschen Universitäten heute wie einst in unserer Mitte als ein Baum, über dessen Blühen und Früchtetragen wir uns freuen und auf den wir stolz zu sein alles Recht haben.

Die außerschulmäßigen Volksbildungsbestrebungen.

Von **Karl Hesse**, Dozent der Staatswissenschaften, Charlottenburg, Generalsekretär der Comenius-Gesellschaft für Volkserziehung.

Schulen und Hochschulen reichen nicht aus, um alle Bildungsbedürfnisse zu befriedigen, die im deutschen Volke lebendig sind.

Die Hochschulen kommen nur für einen kleinen Bruchteil der Nation in Betracht; die Volks- und Fortbildungsschulen, die mittleren und höheren Schulen erfassen im allgemeinen nur die jüngeren Altersklassen bis zum achtzehnten Lebensjahr. Die Hauptmasse des deutschen Volkes jedoch, und zudem jener Teil der Nation, in dem das wirtschaftliche und politische Schwergewicht unserer Weltmacht ruht, wird von den schulmäßigen Bildungseinrichtungen nicht mehr erfaßt. Schon diese grundlegende Tatsache allein genügt zur Begründung der Notwendigkeit von Bildungseinrichtungen, deren Wirksamkeit über die Schule hinausgreift. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit außerschulmäßiger Bildungsmöglichkeiten wird verstärkt durch die Erwägung, daß gerade nach dem Abschluß der Schulzeit in dem einzelnen zahlreiche neue Bildungsbedürfnisse aufzutauchen pflegen, die von dem geistig unausgereiften Menschen meist gar nicht oder nur schwach empfunden werden. Welche Fülle von neuen geistigen und sittlichen Fragen werden z. B. in dem jungen Menschen angeregt durch die Erlangung des Rechtes der Teilnahme an politischen Vereinigungen, durch die Erlangung der Ehe- und Wahlmündigkeit und vor allem dadurch, daß das Berufsleben mehr und mehr mit seinem vollen Ernst in den Mittelpunkt des Denkens und Trachtens tritt! Eine Flut von neuen geistigen Anregungen strömt auf diese Weise in die Gedankenwelt des reifenden Menschen ein und läßt in seiner Seele zahllose Fragen auftauchen, auf die er jetzt nur noch durch außerschulmäßige Bildungsmittel Antwort finden kann: durch Bücher, Zeitschriften, Bibliotheken, Vorträge und vor allem durch persönliche Berührung mit den Angehörigen anderer Berufs- und Bildungsschichten. — So erscheinen die außerschulmäßigen Bildungseinrichtungen als natürliche Fortsetzung und Krönung des massiveren Unterbaus unserer schulmäßigen Bildungsanstalten.

Es ist natürlich, daß die außerschulmäßigen Volksbildungsbestrebungen sich in erster Linie an jene mehr als 94 Prozent unseres Volkes wenden, die ihre Bildungsgrundlagen in der Volks- und Fortbildungsschule erhalten haben. Denn hier ist das Bedürfnis nach einem weiteren Ausbau der Schulbildung naturgemäß am stärksten. Aber es sei von vornherein darauf hingewiesen, daß die „außerschulmäßigen" oder „freien" oder „Volksbildungsbestrebungen" sich zwar vorwiegend, aber keineswegs ausschließlich an das „Volk", an die Klasse der Mindergebildeten und Minderbemittelten richten. Die modernen Volksbildungseinrichtungen wenden sich grundsätzlich an alle Schichten der Bevölkerung, in der Erwägung, daß es einerseits keine scharfe Trennungslinie zwischen „gebildet" und „ungebildet" gibt, und daß andererseits auch der „Gebildete" mit der Ablegung irgend einer „Abschlußprüfung" keineswegs eine abgeschlossene Bildung erreicht hat, daß auch seine Bildung, besonders nach der ethisch-sozialen und staatsbürgerlichen Seite hin, oft sehr der Ergänzung bedürftig erscheint. Für wahres Bildungsstreben gibt es überhaupt keine Grenze. — Die Beschränkung der

Volksbildungsbestrebungen auf eine bestimmte Bildungsschicht erscheint auch deswegen nicht wünschenswert, weil eine der bedeutsamsten sozialen Wirkungen vieler dieser Einrichtungen gerade darin besteht: die verschiedenartigsten Bildungsschichten und Bevölkerungsgruppen, die Angehörigen der verschiedensten Parteien, Konfessionen und wirtschaftlichen Interessengruppen auf diesem neutralen Felde gemeinsamen Bildungsstrebens zusammenzuführen und damit versöhnend zu wirken im Widerstreit der geistigen, religiösen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Interessen.

Die Formen, in denen außerschulmäßige Bildungsbestrebungen zu wirken suchen, sind äußerst vielgestaltig. Zu den wichtigsten Erscheinungen zählen:

Volksbibliotheken und Lesehallen, Bibliotheksvereine, Volksheime, Studentenheime, Frauen- und Jugendheime aller Art, Volkshochschulkurse, Universitäts-Ausdehnungsbestrebungen, Volkskunstabende, Volkskonzerte, Volkstheater, Volksunterhaltungsabende, Arbeiterbildungskurse, Arbeiterbibliotheken, Arbeiterheime, Fabrikbibliotheken, Krankenhaus-, Schiffs- und Kasernenbibliotheken usw.; dann ferner Volksbildungsvereine aller Art, Volkskunstvereine; Gesellschaften zur Popularisierung naturwissenschaftlicher, philosophischer, staatswissenschaftlicher und literarischer Erkenntnisse usw. — Je nach dem Charakter der leitenden Persönlichkeiten, je nach den besonderen lokalen Verhältnissen, nach den Berufs- und Bildungsschichten, die in erster Linie bei solchen Veranstaltungen ins Auge gefaßt werden, trägt außerdem jede einzelne der obengenannten Haupttypen außerschulmäßiger Bildungseinrichtungen ein ganz besonderes Gepräge, so daß auf diesem Gebiet der Bildungspflege eine viel reichere Mannigfaltigkeit vorliegt als auf dem Gebiet der schulmäßigen Bildungseinrichtungen.

Aber dennoch zeigen alle diese Veranstaltungen ein gewisses einheitliches Wesen, gewisse gemeinsame Merkmale, welche sie trotz aller Vielgestaltigkeit als ein großes einheitliches Gebiet im Bildungsleben des deutschen Volkes erscheinen lassen. So muß vor allem die Freiwilligkeit der Benutzung dieser Einrichtungen, die Abwesenheit jedes, auch des leisesten Besuchszwanges, als wichtigstes Kennzeichen dieser „freien" oder „außerschulmäßigen" Bildungsbestrebungen, im Gegensatz zu schulmäßigen hervorgehoben werden. In dieser Freiwilligkeit, Selbsttätigkeit des Bildungsuchenden liegt zugleich eine erzieherisch äußerst wichtige Eigentümlichkeit. Ferner ist im Auge zu behalten, daß es sich bei der hier zu betrachtenden Gruppe von Veranstaltungen nicht um die Förderung fachlicher, beruflicher oder spezialwissenschaftlicher Bildung handelt, sondern um die Förderung der Allgemeinbildung. Damit fallen jene zahlreichen Fach- und Fortbildungsschulen aus dem engeren Rahmen dieser Bestrebungen heraus, die ausgesprochen berufliche Bildungszwecke verfolgen. — Auch philosophische, medizinische, naturwissenschaftliche oder sonstige Gesellschaften, welche ausschließlich wissenschaftliche Studien und Forschungen pflegen, gehören nicht mehr in den Kreis der eigentlichen Volksbildungsbestrebungen; nur soweit sie gleichzeitig eine Popularisierung und Massenverbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse anstreben, fällt ihre Tätigkeit in den engeren Rahmen der hier ins Auge zu fassenden Bildungsmaßnahmen. Denn ein wichtiges drittes Kennzeichen für „Volksbildungsbestrebungen" ist, daß sie sich, wenn auch nicht ausschließlich, so doch vorwiegend an die weniger gebildeten Massen des Volkes wenden. Es handelt sich ferner hier nicht wie bei den Schulen um individualpädagogische Bestrebungen, welche sich an einzelne Individuen richten und sie, ihrer Eigenart entsprechend, auf eine möglichst hohe Stufe geistiger und sittlicher Entwickelung zu heben trachten, sondern um ausgesprochen sozial-pädagogische Maßnahmen, um die erzieherische Einwirkung auf ganze Bevölkerungsschichten und Bevölkerungsgruppen und deren soziale Wechselbeziehungen. Erziehung zur Gemeinschaft, staatsbürgerliche Erziehung im weitesten Sinne ist das Ziel der Sozialerziehung. — Durch alle diese Kennzeichen heben sich die außerschulmäßigen, freiwilligen Bildungseinrichtungen von den schulmäßigen nicht nur äußerlich durch die Abwesenheit des schulmäßigen, gesetzlich oder disziplinarisch geregelten Betriebes ab, sondern auch innerlich durch andere Erziehungsmethoden und Erziehungsziele.

Ganz scharf läßt sich naturgemäß das Gesamtgebiet der außerschulmäßigen Volksbildungsbestrebungen nicht umgrenzen; mannigfache Übergänge in der Richtung von Fachbildungsbestrebungen und auch in der Richtung von Wohlfahrtseinrichtungen wirtschaftlicher und gesundheitlicher Art finden statt.

Wegen der zunehmenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bedeutung, welche die in Frage stehenden Veranstaltungen heute erlangt haben, ist vielfach die Forderung erhoben worden, daß die pädagogische und sozialwissenschaftliche Forschung sich mehr als bisher den hier liegenden Problemen zuwenden möge; und wegen der trotz aller Vielgestaltigkeit der Erscheinungen vorhandenen Einheitlichkeit dieser sozialpädagogischen Bestrebungen und wegen der besonderen, teils pädagogischen, teils staatswissenschaftlichen Gesichtspunkte, die hier zur Geltung kommen, ist wiederholt die Schaffung einer besonderen Grenzwissenschaft zwischen Pädagogik und Staatswissenschaften gefordert worden. Nach dieser Richtung haben sich z. B. Natorp und Ziehen wiederholt ausgesprochen. Ziehen insbesondere hält es für wünschenswert, daß für diese neue wissenschaftliche Disziplin auch besondere „Lehrstühle für Sozialpädagogik" an unseren Universitäten einzurichten seien, „zur Erledigung derjenigen wissenschaftlichen Aufgaben, welche eine Kooperation der Staatswissenschaft und der Pädagogik nötig machen." Es ist zwar hier nicht der Ort, diese in Fachkreisen wiederholt erörterte, aber keineswegs schon geklärte Frage näher zu untersuchen; sie könnte auch nur unter dem viel weiteren Gesichtspunkt der Systematik der gesamten Sozialwissenschaften behandelt werden. (Man vergl. z. B. einen Aufsatz von Dr. F. Schneider in der „Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften", 1905, über „Volksbildung und Sozialwissenschaft".) Aber immerhin mag angedeutet werden, daß mehr und mehr jene Bestrebungen an Planmäßigkeit gewinnen, welche auf eine systematische Darstellung und Erforschung außerschulmäßiger Bildungseinrichtungen abzielen. Es sei z. B. an Natorps Versuch einer „Sozialpädagogik" erinnert und an Bestrebungen, die neuerdings die Zentralstelle für Volkswohlfahrt in Berlin mit der Herausgabe eines „Volksbildungsarchivs" begonnen hat.

Zu dieser wissenschaftlichen Forderung der Volksbildungstheoretiker, welche eine geistige wissenschaftliche Zentralisation dieser Bestrebungen für notwendig halten, gesellt sich als Gegenstück die der Praktiker, welche eine organisatorische Zusammenfassung aller Bestrebungen dieser Art in einer „Zentralstelle" oder einem „Reichsamt für Volkserziehung" wünschen. Es ist naturgemäß nicht möglich, hier zu dieser schwierigen Frage der organisatorischen Zentralisation aller Volksbildungsbestrebungen Stellung zu nehmen. Es dürfen aber doch nicht einige Bedenken unterdrückt werden, welche sowohl dem umfassenden Plan der Zentralisation aller deutschen Volksbildungsbestrebungen als auch dem bescheideneren der Schaffung örtlicher Zentralorganisationen entgegenstehen. Zunächst das prinzipielle Bedenken, das gegen alle Versuche besteht, welche auf eine Zentralisation von ausgesprochen geistigen Bestrebungen abzielen, die doch in der freien Beweglichkeit und Entwicklungsmöglichkeit, in der Betätigung freier Führerpersönlichkeiten oft ihre wertvollste Lebensbedingung besitzen; ferner die für geistige Bestrebungen doppelt bedenkliche Gefahr der Bureaukratisierung und Schematisierung; ferner die Gefahr, daß sich einseitige Neigungen und Interessen der Leitung geltend zu machen suchen usw. Neben diesen mehr grundsätzlichen Bedenken besteht dann ferner die praktische, fast unüberwindliche Schwierigkeit, welche in der Eigenart der führenden Persönlichkeiten unserer größten deutschen Volksbildungsorganisationen liegt, sowie in der Tatsache, daß fast jede größere Volksbildungsvereinigung einen ganz bestimmten geistigen Grundcharakter trägt, ja, daß viele oft nur Hilfsorganisationen ganz bestimmter geistiger, politischer oder wirtschaftlicher Interessengruppen sind, bei denen eine Verschmelzung mit anderen Richtungen ausgeschlossen ist.

Erscheint somit ein völliges Aufgehen oder auch nur weitgehendes Eingliedern zahlreicher größerer Volksbildungsorganisationen in eine umfassende Zentralorganisation weder wünschenswert noch möglich, so muß dennoch eine nähere Fühlungnahme

der Führer und Organisationen zum Zweck eines von Fall zu Fall zu regelnden gemeinsamen Vorgehens als höchst wünschenswert bezeichnet werden.

Zur näheren Beleuchtung des Wesens außerschulmäßiger Bildungseinrichtungen mögen kurze Angaben über einige der bedeutendsten deutschen Volksbildungsbestrebungen dienen. Bei der großen Zahl und verwirrenden Mannigfaltigkeit derartiger Bestrebungen in Deutschland, erscheint es nicht möglich, im Rahmen dieser kurzen Skizze, einer jeden bedeutenden Organisation gerecht zu werden; ja, es erscheint sogar unmöglich, alle wichtigen Organisationen auch nur aufzuzählen. — Zur Gewinnung eines klaren Überblicks könnten vielleicht drei Hauptarten von außerschulmäßigen Volksbildungsbestrebungen unterschieden werden:

1. Volksbildungsorganisationen, die mehr oder minder das Gesamtgebiet der außerschulmäßigen Bildungspflege theoretisch und praktisch bearbeiten, und die sich ausschließlich dieser Aufgabe widmen.

2. Organisationen, welche nur ein Teilgebiet bearbeiten, wie z. B. Kunst, Philosophie, Literatur, Naturwissenschaft, staatsbürgerliche Bildung oder dergl., die sich aber dieser Sonderaufgabe ausschließlich widmen. Gleichfalls als Sonderorganisationen sind jene anzusehen, welche ihre Tätigkeit auf bestimmte Berufsgruppen, Bevölkerungsschichten beschränken (z. B. Arbeiterbildungsbestrebungen, Beamtenbildungsbestrebungen usw.), ohne jedoch ihre organisatorische Selbständigkeit gegenüber den betreffenden Bevölkerungsgruppen aufzugeben.

3. Außerschulmäßige Bildungsbestrebungen, die als organisatorisch und geistig abhängige Maßnahmen von anderen Zweckverbänden und Vereinen auftreten, wie z. B. Bildungsveranstaltungen von politischen Parteien, Gewerkschaften, Beamtenvereinen, kaufmännischen Vereinen usw.

Etwas ausführlicher sei an dieser Stelle, die zur Selbstbeschränkung zwingt, nur auf die erstgenannte Gruppe von Vereinigungen eingegangen, die als die hervorragendsten Pioniere des allgemeinen außerschulmäßigen Bildungswesens in Deutschland erscheinen. Dabei soll keineswegs verkannt werden, daß die beiden letzgenannten Gruppen von Bildungsbestrebungen gerade infolge ihrer Beschränkung auf ein enger und schärfer umgrenztes Tätigkeitsfeld oft sehr einflußreich und von außerordentlicher Bedeutung sind.

Die Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung in Berlin wurde im Jahre 1871 gegründet, also zu einer Zeit, wo das geistige, soziale und politische Leben der Nation durch den siegreichen Krieg gegen Frankreich und durch die Gründung des neuen Deutschen Reiches eine starke Belebung erfahren hatte. Die Gründung der Gesellschaft erfolgte zum Teil im inneren Zusammenhang mit der Einführung des Wahlrechts für den Deutschen Reichstag. Man erkannte damals mit voller Klarheit, daß dieses demokratischste aller Wahlrechte nur dann seine segensreiche Kraft in vollem Umfange entfalten könne, wenn mit der Erweiterung der politischen Volksrechte eine allgemeine Hebung der Volksbildung und damit eine Steigerung des politischen Pflicht- und Verantwortlichkeitsgefühls durchgesetzt würde. Die Demokratisierung der politischen Rechte muß ergänzt werden durch die Demokratisierung aller Bildungsmöglichkeiten. Dieser Gesichtspunkt kommt noch heute in dem ersten Programmsatz der Gesellschaft zum Ausdruck, der als ihren Hauptzweck bezeichnet: „Der Bevölkerung, welcher durch die Elementarschulen im Kindesalter nur die Grundlagen der Bildung zugänglich gemacht werden, dauernd Bildungsstoff und Bildungsmittel zuzuführen, um sie in höherem Grade zu befähigen, ihre Aufgaben im Staate, in Gemeinde und Gesellschaft zu verstehen und zu erfüllen." Nach § 2 ihrer Satzungen soll dieses Ziel, unter Beschränkung auf den Umfang des Deutschen Reiches, erstrebt werden durch:

1. Besprechungen von Fragen der freien Volksbildung in öffentlichen Versammlungen der Gesellschaft;

2. Förderung und Unterstützung der bestehenden Bildungsvereine, Mitwirkung bei der Gründung von Fortbildungsschulen, von Büchersammlungen, Lesezimmern und dergleichen, bei der Beschaffung von Lehrkräften, Vermittelung von Vorträgen usw.

3. Belebung des Interesses für die Aufgaben der Volksschule und des Sinnes für zeitgemäße Entwickelung derselben, insbesondere der Fortbildungsschule;

4. Hinwirkung auf eine Verbindung solcher Vereine, die sich die Hebung der Volksbildung zur Aufgabe gestellt haben;

5. Herausgabe einer periodisch erscheinenden Vereinszeitschrift;

6. Abfassung und Verbreitung von Flugschriften, die geeignet sind, die geistige und sittliche Entwickelung unseres Volkes zu fördern;

7. Aussendung von Wanderlehrern.

Man sieht, die Gesellschaft beschränkt sich in ihrem Arbeitsplan nicht auf das oben von uns abgegrenzte Gebiet der außerschulmäßigen Bildungspflege, sondern greift, wie besonders Punkt 3 andeutet, auf das Gebiet der schulmäßigen Einrichtungen vielfach über. Sie nähert sich damit in ihrem Wesen zum Teil einem schulpädagogischen Reformverein. In den letzten Jahren legt sie das Schwergewicht ihrer Tätigkeit in zunehmendem Maße auf außerschulmäßiges Gebiet, eine Entwickelung, die ihre natürliche Begründung in der Tatsache findet, daß der Staat und die Gemeinden die wichtigsten Forderungen in bezug auf die Volks- und Fortbildungsschulen anerkannt und erfüllt haben. Damit tritt hier die Pionierarbeit des Sozialpädagogen zurück und der Schulpädagoge rückt an seine Stelle.

Ihre Hauptarbeit richtet sich heute auf die Gründung von Bibliotheken, besonders auf dem Lande, und auf die Veranstaltung von volkstümlichen Vorträgen und Vortragskursen aus allen Wissensgebieten. Die Entwickelung der Leistungen der Gesellschaft auf dem Gebiet des Bibliothekswesens geht aus der Tatsache hervor, daß im Jahre 1897 155 Bibliotheken mit 7669 unentgeltlich gelieferten Bänden begründet bzw. unterstützt wurden und daß etwa zehn Jahre später, im Jahre 1908, die Zahl der begründeten oder unterstützten Bibliotheken 7059 und die unentgeltlich verteilte Bändezahl 141 417 betrug. Die Zahl der Mitglieder stieg von 1457 Mitgliedern (158 körperschaftlichen, 1229 persönlichen) im Jahre 1871/72 auf 6163 körperschaftliche und 5068 persönliche, d. h. insgesamt 11 231 Mitglieder im Jahre 1908.

Von der sonstigen umfassenden Tätigkeit der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung seien hervorgehoben: die Veranstaltung von Jahresversammlungen, auf denen während des langen Bestehens der Gesellschaft zahlreiche grundlegende Fragen des außerschulmäßigen Bildungswesens in Vorträgen und Diskussionen unter Mitwirkung hervorragender Persönlichkeiten behandelt wurden. Ferner gibt die Gesellschaft eine Halbmonatsschrift „Die Volksbildung" heraus. Durch eine umfassende, ganz Deutschland überziehende Organisation von Wanderrednern, veranstaltet sie, unterstützt durch eine besondere eigene Lichtbilder- und Apparateverleihanstalt, alljährlich zahlreiche Volksunterhaltungsabende, Bildungskurse und Vortragsabende.

Erster Vorsitzender der Gesellschaft ist zurzeit Heinrich Prinz zu Schönaich-Carolath; Generalsekretär ist Lehrer J. Tews.

Die Zentralstelle für Volkswohlfahrt wurde im Jahre 1891 unter dem Namen „Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrt" unter Beteiligung der preußischen Ministerien für Handel und Gewerbe und der öffentlichen Arbeiten, sowie einer Anzahl größerer Wohlfahrtsvereine ins Leben gerufen. Am 5. Dezember 1906 ist dann die Zentralstelle, unter wesentlicher Erweiterung ihres Arbeitsgebietes, das sich heute auf das ganze Wohlfahrtswesen erstreckt, in eine „Zentralstelle für Volkswohlfahrt" umgewandelt worden. Sie umfaßt heute vier Abteilungen, die von besonderen Dezernenten geleitet werden: 1. Abteilung für wirtschaftliche Fürsorge; 2. Abteilung für sittliche Fürsorge; 3. Abteilung für Volksbildung, Volksunterhaltung und volkstümliche Kunst; 4. Abteilung für Gesundheitspflege. An dieser Stelle ist besonders die Abteilung 2 von Interesse, die für „Volkshochschulen und Vortragswesen, Verbreitung guten Lesestoffs, Volkstheater und Volkskonzerte, volkstümliche Kunst, Volksunterhaltung und Heimatschutz" zu wirken sucht. Die noch junge Abteilung nimmt zwar, nach ihren eigenen

Äußerungen, „nicht für sich in Anspruch, auf allen diesen Gebieten neue Bahnen erschlossen zu haben; sie ist sich aber bewußt, systematisch an einer Vertiefung der Volksbildung zu arbeiten und hierin auch weiteren Kreisen vielfache Anregung zu geben". Auch hat die Abteilung immerhin schon manchen wertvollen praktischen Erfolg erzielt, so besonders durch Museumsführungen, durch Anregung der Gründung eines „Vereins für volkstümliche Kurse von Berliner Hochschullehrern" und durch Anregung von Volksvorstellungen an den Königlichen Theatern in Berlin. Eine Vereinszeitschrift („Concordia") unterstützt durch Abhandlungen über die verschiedensten Fragen der Wohlfahrtspflege und auch der Volksbildung die Tätigkeit der Gesellschaft.

Wichtiger als alle diese praktischen Bemühungen auf dem Gebiet des außerschulmäßigen Bildungswesens erscheint aber jenes theoretische Streben der Zentralstelle, welches immer planmäßiger auf eine wissenschaftliche Bearbeitung der Fragen der allgemeinen Wohlfahrtspflege und besonders auch des außerschulmäßigen Bildungswesens hinzielt. Da sind zunächst die stets durch umfassende literarische Vorarbeiten sorgfältig vorbereiteten öffentlichen Konferenzen der Zentralstelle zu erwähnen, auf denen durch Vorträge hervorragender Fachleute und anschließende Diskussionen stets versucht wird, irgend eine Frage aus dem Tätigkeitsgebiet der Gesellschaft systematisch durchzuarbeiten. Die neueste und vom Standpunkt des außerschulmäßigen Bildungswesens wichtigste Maßnahme der Abteilung 3 der Zentralstelle ist die seit 1909 erfolgende Herausgabe eines jährlich in vier Heften erscheinenden „Volksbildungsarchivs", das „Beiträge zur wissenschaftlichen Vertiefung der Volksbildungsbestrebungen" bringen will. Damit wird einem in Fachkreisen vielfach empfundenen Bedürfnis nach einer gewissen geistigen und wissenschaftlichen Zentralisation des sehr zersplitterten deutschen Volksbildungswesens Rechnung getragen.

Die Mitglieder der Gesellschaft setzen sich vorwiegend aus Korporationen zusammen: Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, Handels- und Gewerbekammern, Landesversicherungsanstalten, Vereinen und Firmen, während die Zahl der Einzelmitglieder infolge des hohen Mindestbeitrags von 100 Mark sehr zurücktritt. Die Zentralstelle erscheint dadurch vorwiegend als eine Korporation von Korporationen. Da ferner nach den Satzungen der Gesellschaft dem Vorstand neben 16 auf die Dauer von vier Jahren zu wählenden Mitgliedern und dem Geschäftsführer drei vom Reiche und fünf von Preußen zu ernennende Mitglieder angehören, da ferner dem Beirat neben 30 vom Vorstande zu ernennenden Mitgliedern 9 Vertreter des Reiches und 9 Vertreter Preußens angehören, so besitzt der Staat einen erheblichen Einfluß auf die Bestrebungen der Gesellschaft. Die Abteilung für Volksbildung verliert dadurch den Charakter einer rein privaten und völlig unabhängigen Volksbildungsorganisation.

Staatsminister v. Möller, Exzellenz, ist erster Vorsitzender der Zentralstelle. Seine Stellvertreter sind: Dr. Thiel, Wirkl. Geheimer Rat, Exzellenz, Ministerialdirektor im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Dr. Hitze, Universitätsprofessor, Mitglied des Reichstags und des Abgeordnetenhauses, D. Dr. Graf Douglas, Major a. D., Dr. Albrecht. Dezernent der Abteilung für Volksbildung: Dr. R. v. Erdberg.

Die Comenius-Gesellschaft wurde im Jahre 1892 gegründet und hat unter anderm nach § 3 ihrer Satzungen den Zweck: „praktisch an der Volkserziehung im Sinne des Comenius und der Förderung oder Schaffung gemeinnütziger Veranstaltungen, welche der Fortbildung der erwachsenen Jugend dienen, mitzuwirken." Sie hat sich, besonders in den letzten Jahren, auf das Gebiet der außerschulmäßigen Bildungsbestrebungen beschränkt und hat die Behandlung rein schulpädagogischer Fragen fast völlig aus ihrem Arbeitsprogramm ausgeschieden. Sie war die erste Gesellschaft, welche den Anstoß zur deutschen Volkshochschulbewegung gab, und hat sich besonders bei der Reform des Volksbibliothekswesens anerkannte Verdienste erworben. In den letzten Jahren ist sie besonders für die Schaffung von Landerziehungsheimen, Studentenheimen und Ar-

beiterbildungskursen eingetreten und ist in der neuesten Zeit durch eine umfassende Agitation für die Förderung der staatsbürgerlichen Erziehung hervorgetreten.

Wer aber die Comenius-Gesellschaft ausschließlich als Gesellschaft zur Förderung praktischer Volkserziehungsarbeit betrachtet und wertet, erfaßt nur die eine Hälfte ihres Wesens. Das, was ihr unter allen anderen deutschen Volksbildungsorganisationen ein ganz besonderes geistiges Gepräge verleiht, ist die Tatsache, daß sie zugleich Vertreterin einer ganz bestimmten Weltanschauung, der „Welt- und Lebensanschauung der Humanität" ist, wie sie ihr Gründer und Führer Geh. Archivrat Dr. Keller zu bezeichnen pflegt. Vom Standpunkt dieser Weltanschauung, in deren Geiste sie praktische Volksbildungsarbeit anstrebt, liegt die Hauptaufgabe sozialpädagogischer Bestrebungen nicht in der wahllosen Ausschüttung einer großen Fülle von Wissensstoff in der Verbreitung von Kenntnissen durch Vorträge und Bibliotheken, sondern in der Erzielung ethischer Wirkungen, in der Hebung der Bildung des Charakters und der Persönlichkeit, in der Verbreitung gesunder Lebensanschauungen.

Diese eigenartige Doppelnatur der Comenius-Gesellschaft, die einerseits auf Fragen der praktischen Volkserziehung, andererseits auf philosophische und ethische Probleme, auf Fragen der Welt- und Lebensanschauung gerichtet ist, kommt deutlich in ihren beiden Zeitschriften zum Ausdruck; die „Monatshefte der Comenius-Gesellschaft für Kultur und Geistesleben" dienen den ethisch-philosophischen Interessen der Gesellschaft und haben den Zweck „die Philosophie und Geschichte der Humanität im Sinne des Comenius und der ihm geistesverwandten Männer klarzustellen und der auf ihr beruhenden Weltanschauung von neuem lebendige Verbreitung zu geben" und „die geistigen Strömungen der Gegenwart unter Berücksichtigung der geschichtlichen Entwickelung des deutschen Geisteslebens zu behandeln".

Die „Monatshefte der Comenius-Gesellschaft für Volkserziehung" haben die Aufgabe: „im Geiste der Humanität praktische Volkserziehungsarbeit zu fördern, über die neuesten Bestrebungen auf sozialpädagogischem Gebiet (Volksbibliotheken, Volkshochschulwesen, Volksheime, Volksgesundheitspflege, Anti-Alkoholbewegung, Kampf gegen die Schundliteratur usw.) regelmäßig zu berichten" und „eine Wissenschaft der Volkserziehung (Sozialpädagogik) als selbständigen Wissenszweig zu begründen".

Vorsitzender der Gesellschaft ist Geheimer Archivrat Dr. Ludwig Keller, Charlottenburg; Generalsekretär: Karl Hesse, Dozent der Staatswissenschaften, Berlin-Charlottenburg.

Die Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung sieht ihre Hauptaufgabe in der Verbreitung guter Dichterwerke in allen Kreisen unseres Volkes. Einen gewaltigen Strom von Bildungsstoff hat sie in den wenigen Jahren ihres Bestehens in der Gestalt wertvoller Schönliteratur über das deutsche Volk ausgegossen. So wurden allein im letzten Berichtsjahre (1909) verteilt: an Volksbibliotheken 58 680, an Mannschaftsbüchereien 2603, an die Bibliotheken von Krankenhäusern und Heilstätten 3776, an die Besatzungen von Feuerschiffen und Leuchttürmen 1030 Bände; insgesamt in diesem Jahre 66 900 Bände zum Gesamtladenpreise von 80 103 Mark. Die Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung besitzt einen eigenen großen Verlag, bildet Ortsgruppen und gibt auch Flugschriften über allgemeine Fragen aus dem Gebiet der Volksbildungsarbeit heraus. Besonders dem Kampfe gegen die Schundliteratur hat die Gesellschaft schon seit Jahren planmäßige und erfolgreiche Arbeit gewidmet. Der Vorsitzende der Gesellschaft ist ihr früherer Generalsekretär Dr. Ernst Schultze, Hamburg-Großborstel.

Der Rhein-Mainische Verband für Volksvorlesungen und verwandte Bestrebungen ist eine Schöpfung des „Ausschusses für Volksvorlesungen E. V." in Frankfurt a. M. Er entfaltet von seinen Hauptsitzen Frankfurt und Darmstadt aus eine überaus rührige Tätigkeit, deren Umfang und geographische Ausbreitung vielleicht am deutlichsten aus der Statistik der angeschlossenen 163 Korporationen hervorgeht: im Großherzogtum Hessen 91, im angrenzenden Preußen 65 (Hessen-Nassau 57, Rheinprovinz 8), Baden 4 und Bayern (Rheinpfalz) 3. Davon betreiben 104 Korporationen Volksbildungs-

arbeit als Hauptzweck. Außerdem gehören dem Verband, nach dem Bericht von 1908—09 573 Einzelmitglieder an. Seine Haupttätigkeit liegt in der Veranstaltung von Vorträgen (1908—09: 325). Von den übrigen Veranstaltungen muß besonders das „Rhein-Mainische Verbandstheater", das im Jahre 1908—09 160 Vorstellungen veranstaltete, als vorbildliche Einrichtung auf dem Gebiet des Wandertheaterwesens bezeichnet werden. Auch den Kampf gegen die Schundliteratur hat der Verband durch seine Hauskolportage mit Erfolg aufgenommen. Von den Veröffentlichungen des Verbandes ist die fortlaufende Sammlung „Die Volkskultur" bemerkenswert, welche „zur Förderung außerschulmäßiger Bildungsbestrebungen" dienen soll. Vorsitzender des „Ausschusses für Volksvorlesungen zu Frankfurt a. M." ist Stadtrat Dr. Flesch, Schriftführer: Direktor Keller; Vorsitzender des „Rhein-Mainischen Verbandes für Volksvorlesungen und verwandte Bestrebungen" ist Prof. Dr. Kobelt, Geschäftsführer: Lehrer Georg Volk.

Zu den interessantesten Erscheinungen auf dem Gebiet der außerschulmäßigen Bildungspflege zählen die Volksbildungsbestrebungen in Oberschlesien. Dort ist durch ein geschickt organisiertes Zusammenarbeiten staatlicher und privater Kräfte ein planmäßig ausgebautes Netz von Volksbildungsveranstaltungen geschaffen worden, das vielleicht zu den vollkommensten und großzügigsten Schöpfungen dieser Art auf deutschem Boden gehört. Ein dichtes Netz von Stand- und Wanderbibliotheken, das keinen einzigen Schulort unberührt läßt, ein wohlorganisiertes System von Volksunterhaltungsabenden und eine große Organisation von Volks- und Jugendspielen gestattet, von drei Hauptzentralen aus, das ganze oberschlesische Gebiet bis in den letzten Winkel hinein planmäßig durch deutsche Bildungsbestrebungen zu erfassen; dadurch wird in jenen stark mit polnischen Volkselementen durchsetzten Gebieten eine wichtige nationale Kulturarbeit geleistet. Trotz der starken staatlichen Initiative, die jenen Bestrebungen zugrunde liegt, ist durch ein außergewöhnlich geschicktes und taktvolles Zusammenarbeiten mit privaten Kräften eine großzügige und kraftvolle Volksbildungsorganisation geschaffen worden, in der dennoch nach dem eigenen Bericht der Kgl. Regierung zu Oppeln jede „bureaukratische Schablone" und „ängstliche Bildungspedanterie" sorgfältig vermieden ist. Wer sich für diese Bestrebungen näher interessiert, sei auf die Denkschrift der Kgl. Regierung zu Oppeln „Kulturelle Wohlfahrtspflege in Oberschlesien" (Verlag von Gebrüder Böhm, Kattowitz) hingewiesen. Dort entwirft Oberregierungsrat Dr. Küster, der geistige Vater und verdienstvolle und taktvolle Organisator jener oberschlesischen Volksbildungsbestrebungen ein fesselndes Bild nationaler, in die Tiefe gehender Volksbildungsarbeit, das vielleicht mehr als wortreiche Abhandlungen geeignet ist, für die Mitarbeit an außerschulmäßigen Bildungsbestrebungen Begeisterung zu wecken.

Neben den bisher geschilderten größeren deutschen Volksbildungsorganisationen, die fast alle das Gesamtgebiet der außerschulmäßigen Volksbildungsbestrebungen bearbeiten, bestehen nun, wie oben erwähnt, zahlreiche Sonderorganisationen, welche nur ein Teilgebiet der Volkserziehung bearbeiten, sei es, daß sie eine örtlich eng umgrenzte Tätigkeit entfalten, oder daß sie sich sachlich auf eine bestimmte Erziehungsfrage einschränken, oder, daß sie sich an einen bestimmten sozialen Personenkreis wenden.

Erwähnt seien z. B.: der „Dürer-Bund" und „Werdandibund", welche hauptsächlich kunsterzieherische Ziele verfolgen; die „Gesellschaft für ethische Kultur, Berlin," die „Liga für weltliche Schule und Moralunterricht", die „Freimaurer-Logen", welche eine ethische bzw. ethisch-religiöse Erziehung anstreben; ferner die „Deutsche Gesellschaft für volkstümliche Naturkunde", Berlin, der „Deutsche Monistenbund", München, der „Keplerbund", die naturwissenschaftliche bzw. naturwissenschaftlich-philosophische Bildung zu verbreiten suchen. Erwähnt seien ferner jene zahlreichen Organisationen, welche sich dem Kampf gegen den Alkohol widmen, wie z. B. „Der Deutsche Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke", Berlin, „Die Guttempler-

logen" u. a. Die Pflege des nationalen Gedankens stellt sich zur Hauptaufgabe der „Vaterländische Schriftenverband", der „Deutschbund"; für die Förderung der staatsbürgerlichen Bildung kämpft die „Vereinigung für staatsbürgerliche Erziehung des deutschen Volkes" in Köln. — Eine wichtige Sondergruppe von Volksbildungsbestrebungen bilden fener die Volkshochschul- und Universitätsausdehnungsbestrebungen, die z. Teil verkörpert werden durch den „Verband für volkstümliche Kurse von Hochschullehrern des Deutschen Reichs", Berlin, der „Humboldt-Akademie" und der „Freien Hochschule" in Berlin und anderen Volkshochschulen.

Neben diesen Organisationen, die sich unterschiedslos an alle Volkskreise wenden, seien einige hervorgehoben, die ihre Tätigkeit auf bestimmte Personenkreise einschränken, z. B. „Der Borromäus-Verein", Bonn, der „Volksverein für das katholische Deutschland" in München-Gladbach, welche sich an katholische Bevölkerungskreise wenden. Gleichfalls konfessionellen Charakter tragen zahlreiche Jünglings- und Jungfrauen-Vereine; in diese Reihe der religiös gekennzeichneten Sonderbestrebungen gehören auch der „Christliche Zeitschriftenverein", die theosophischen Gesellschaften u. a. Im engeren Kreise wirken ferner: Kriegervereine, Beamten-, Soldaten- und Arbeiterbildungsvereine, der „Verband der akademischen Arbeiterunterrichtskurse Deutschlands", usw.

Von den organisatorisch selbständigen Vereinigungen, welche einen engeren Personenkreis bevorzugen, vollziehen sich mannigfache Übergänge zu jenen Bildungsveranstaltungen, welche als abhängige Unterabteilungen anderer wirtschaftlicher oder politischer Interessengruppen auftreten: Die Bildungsgruppen der Sozialdemokratie oder anderer politischer Parteien; Vortragskurse von Postbeamten-, Bankbeamten-, Ingenieurvereinen usw. Zum Schluß seien gewissermaßen als Beispiele für solche Sonderbestrebungen, zwei Erscheinungen noch etwas näher geschildert.

Da ist zunächst das deutsche Volksbibliothekswesen, das wichtigste und höchstentwickelte Gebiet unserer außerschulmäßigen Bildungseinrichtungen. Neben den oben genannten Gesellschaften, welche sich um die Entwicklung des deutschen Volksbibliothekswesens zum Teil hervorragende Verdienste erworben haben, tritt hier besonders das tatkräftige Vorgehen der deutschen Stadtverwaltungen hervor. Nach längerer, etwas stockender Entwicklung, deren Anfänge bis in die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts zurückreichen, wurde zu Beginn der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts eine grundlegende Reform des deutschen Volksbibliothekwesens angebahnt (vergl. das damals von der Comenius-Gesellschaft an die Magistrate der deutschen Städte versandte Rundschreiben „Grundsätze für die Organisation von Bücher- und Lesehallen"). Die Stadt Charlottenburg ging mit der Schaffung einer nach diesen Forderungen mustergültig ausgestalteten Bücher- und Lesehalle voran, und in rascher Folge entstanden nun bald in zahlreichen großen deutschen Städten die heutigen „Volks-" oder „Stadtbibliotheken". Im statistischen Jahrbuch 1904 werden bereits 179 einzelne Volksbibliotheken in 42 Städten gezählt. Davon waren 70 städtische Anstalten, 109 private oder Vereinsgründungen. Nach einer von Dr. Ernst Schultze 1907 aufgestellten Statistik besitzen 40 deutsche Großstädte mit einer Gesamtbevölkerung von 11 380 000 Einwohnern in ihren Volksbibliotheken 807 000 Bände, also einen Band auf 14,10 Einwohner. Die Zahl der Entleihungen belief sich für 1906—07 auf 5 427 037 Bände; außerdem wurden 1 607 476 Lesesaalbesucher gezählt. Schenkungen für Volksbibliotheken erfolgten in Höhe von insgesamt 1 120 380 Mark. Nach neuesten statistischen Erhebungen (H. Silbergleit, Preußens Städte 1908) stellen sich die kommunalen Leistungen, unter Ausschluß der staatlichen Beihilfen (Preußen 1908: 100 000 Mark), einschließlich der Beihilfen von privater und körperschaftlicher Seite für Stadt- und Volksbibliotheken in Preußen im Jahre 1905 bei den Städten über 25 000 Einwohner auf insgesamt 1 446 515 Mark, d. h. 0,13 Mark pro Kopf der Bevölkerung. Neben diesen großen deutschen Stadtbibliotheken bestehen noch zahlreiche, oft recht bedeutende Bibliotheken einzelner Vereine, industrieller Firmen usw. Es sei hier z. B.

an die reichhaltige und wohlorganisierte Bücherhalle von Krupp in Essen erinnert und jene zahlreichen Fabrikbibliotheken, die im oberschlesischen Industriegebiet bestehen. In ihrer Gesamtheit sind alle diese deutschen Volksbibliotheken (ganz abgesehen von unseren an Umfang und Wert noch bedeutenderen wissenschaftlichen Bibliotheken) ein imposanter Ausdruck deutschen Bildungsstrebens.

Zu allerletzt sei auf jene Sonderorganisation hingewiesen, welcher die Entstehung des vorliegenden Werkes „Deutschland als Weltmacht" zu verdanken ist: den „Kaiser-Wilhelm-Dank, Verein der Soldatenfreunde". Wenn auch vor der breiten Öffentlichkeit wenig hervortretend, entfaltet diese Vereinigung doch in der Stille eine umfassende und vielseitige Tätigkeit. Der „Kaiser-Wilhelm-Dank" gehört zu jener Gruppe von volkserzieherischen Spezialorganisationen, die sich nur an eine ganz bestimmte Berufsgruppe, hier den Soldatenstand wenden, also einen Bevölkerungsteil, der in Deutschland sozial und summarisch eine nicht unerhebliche Bedeutung besitzt.

Der „Kaiser-Wilhelm-Dank" wurde im Jahre 1897 unter dem Vorsitz des verstorbenen Generals der Infanterie Alexander von Spitz begründet; sein Organisator war der Schriftleiter Robert Gersbach, der dem Vorstand noch heute angehört. Der Verein arbeitet seit Jahren unter dem Vorsitz des Generals der Infanterie von Graberg.

Als Hauptzweck des Vereins bezeichnen die Satzungen „eine fortbildende, erziehliche Einwirkung auf die Unteroffiziere und Mannschaften der Armee und Marine während und nach Beendigung der Dienstzeit" und als Mittel zur Erreichung dieses Zweckes werden unter anderen angegeben: „Beschaffung und Vertrieb, teils unentgeltlich, teils gegen geringes Entgelt abzugebenden Lesestoffs für Unterhaltungs- und Belehrungszwecke, Begründung von Mannschafts- und Vereinsbüchereien, Einrichtung von Wanderbüchereien für Truppenteile, Kriegervereine usw., Abhaltung von Vorträgen für Unteroffiziere, Krieger- und ähnliche Vereine, Einrichtung einer Stelle für Rat und Belehrung".

642 058 Bücher usw. verteilte der Verein seit seinem Bestehen unentgeltlich an die Truppenteile und Kriegervereine. Außerdem stellt der Verein den Truppenteilen usw. auch fortgesetzt die für diese Zwecke herausgegebenen Bücher zum Selbstkostenpreise und unter diesem zur Verfügung.

Dem Verein gehörten am Schlusse des Geschäftsjahres 1909—10 1166 Mitglieder an, darunter 635 deutsche Offizierkorps. Besonders bedeutsam und vielseitig ist die Arbeit des Vereins auf dem Gebiet des Unteroffizier-Bildungswesens. Alljährlich verlassen rund 8000 Unteroffiziere die Armee mit dem Anspruch auf eine Zivilanstellung. Hier bemüht sich der Kaiser-Wilhelm-Dank durch seine verschiedenartigen Bildungseinrichtungen, einerseits ausgleichend einzuwirken auf die Allgemeinbildung dieser sehr ungleichmäßig vorgebildeten Amtsanwärter, andererseits ihnen jenes Maß von Allgemeinbildung zu übermitteln, das sie zur Ausübung ihres späteren Zivilberufs brauchen. Diesem Zweck dient die Zeitschrift „Die Zivilversorgung", die besonders die folgenden Wissenszweige pflegt: Anstellungs- und Versorgungswesen, Gesetzes- und Verwaltungskunde, Allgemeines Wissen, Deutsch, Rechnen, Raumlehre, Schönschreiben, Stenographie, Geschichte, Fremdwörterkunde, Französisch, Briefschreiben, Lebenskunst und Lebensregeln, Verkehrssitten usw. Der Verein gibt ferner Bücher zum Selbstunterricht für Unteroffiziere heraus. Den buchhändlerischen Vertrieb sowohl der Zeitschriften als auch der Bücher hat die mit ihm durch Personalunion verbundene „Kameradschaft, Wohlfahrtsgesellschaft m. b. H.", zu erledigen. Gewissermaßen als Fortsetzung der vorwiegend auf Allgemeinbildung abzielenden Bestrebungen des Kaiser-Wilhelm-Dank kann die gleichfalls mit ihm durch Personalunion verbundene Fachbildungsorganisation angesehen werden, welche unter dem Namen „Deutsche Staatsbürger- und Beamtenschule", Berlin, von Oberst a. D. v. den Brinken und Rob. Gersbach als Direktor geleitet wird. In dieser Sonderorganisation wird durch Nah- und Fernunterricht besonders staatsbürgerliche Bildung und die Vorbereitung auf bestimmte Beamtenberufe gepflegt.

So entrollt sich vor unseren Augen auf dem Gebiet der außerschulmäßigen Bildungspflege ein Bild lebhaften und vielseitigen Strebens. Wer tiefer in alle diese Erscheinungen eindringt, muß erstaunen über die Fülle von Kraft und Idealismus, von zielbewußter Volkserziehungsarbeit, die hier von freiwilligen Kräften geleistet wird.

Fragt man zum Schlusse, das Ganze überblickend, nach dem Werte dieser außerschulmäßigen Bildungsbestrebungen, so seien noch kurz einige Gesichtspunkte hervorgehoben, die ihre wirtschaftliche, soziale und politische Bedeutung beleuchten.

Vom wirtschaftlichen Standpunkt müssen alle Bildungsbestrebungen, welche der Hebung der Bildung der wirtschaftlich tätigen Bevölkerung und insbesondere auch der Arbeiterbevölkerung dienen, als äußerst wertvoll bezeichnet werden. Durch die zunehmende Kompliziertheit des Wirtschaftslebens, insbesondere auch durch die Entfaltung der Technik sind sowohl in Handel, Gewerbe und Industrie als auch in der Landwirtschaft die geistigen Anforderungen gestiegen; aber nicht nur an die Intelligenz, sondern auch an die sittlichen Qualitäten der wirtschaftlich tätigen Bevölkerung werden heute erhöhte Ansprüche gestellt. Die Kompliziertheit und Unübersichtlichkeit der technischen und kaufmännischen Betriebe, die vielfach die Kontrolle erschwert, die zunehmende technische und berufliche Arbeitsteilung, welche jeden Arbeitenden an seinen besonderen Platz mit selbständigem Verantwortungskreis stellt, erfordert eine erhöhte sittliche Zuverlässigkeit, Treue, Ehrlichkeit und Gewissenhaftigkeit, eine erhöhte Fähigkeit zu selbständigem Handeln. Ähnlich wie in der Armee an die Stelle des Vorgehens geschlossener, straff zusammengehaltener Truppenmassen das Vorgehen in auseinandergezogenen Schützenlinien getreten ist, und damit erhöhte Anforderungen an die Intelligenz, Selbständigkeit und Entschlußkraft jedes Einzelnen gestellt sind, so geht auch unsere große Wirtschaftsarmee mit ihren gewaltigen Arbeitermassen unter dem Einfluß weitgehendster technischer und beruflicher Arbeitsteilung gewissermaßen in auseinandergezogenen Schützenlinien vor und fordert von jedem Einzelnen ein erhöhtes Maß von Intelligenz, Umsicht und Selbständigkeit, ein erhöhtes Maß von Fähigkeit, sich, trotz aller freien Beweglichkeit, in einen großen technischen oder wirtschaftlichen Gesamtplan einzuordnen. Diese allgemeine Steigerung der geistigen Anforderungen ist nicht zuletzt durch den Umstand veranlaßt worden, daß Deutschland als Weltmacht eingetreten ist in den großen wirtschaftlichen Wettkampf der Weltvölker auf dem Weltmarkt, der zur äußersten Anspannung aller Volkskräfte anspornt. Welche Bedeutung haben unter diesen Gesichtspunkten Bildungsbestrebungen, welche geeignet sind, gerade in dem nachschulpflichtigen, die Volkswirtschaft tragenden Bevölkerungsteil eine Fülle wertvoller, geistiger und sittlicher Kräfte auszulösen! Nicht mit Unrecht ist bei der wirtschaftlichen Beurteilung solcher Massenbildungsbestrebungen der Gesichtspunkt hervorgehoben worden, daß im wirtschaftlichen Wettkampf der Völker dasjenige am besten bestehen wird, das die geistig und sittlich hochstehendste Arbeiterschaft besitzt. Dieser Gesichtspunkt ist von doppelter Bedeutung für ein Volk wie das deutsche, das die Hauptkraft seiner Volkswirtschaft weder in der Produktion von Agrarprodukten noch von Mineralien und Rohstoffen finden kann, sondern das zur Bestreitung seiner Existenz auf die Ausbildung einer möglichst hochwertigen, konkurrenzfähigen Verfeinerungsindustrie, Qualitätsindustrie angewiesen ist. Zur Qualitätsindustrie aber braucht man in erster Linie Qualitätsarbeiter! In dieser Erkenntnis haben Deutschlands Kaufleute und Industrielle sich von jeher der Förderung des außerschulmäßigen Bildungswesens angelegen sein lassen, ja, manche industriellen Bildungsmaßnahmen, wie z. B. die Kruppsche Bücherhalle, der Kruppsche Bildungsverein haben geradezu vorbildlich auf diesem Gebiet gewirkt.

Tiefgehender noch als die wirtschaftlichen, sind die sozialen Wirkungen der außerschulmäßigen Bildungseinrichtungen. Hier liegt ihr eigentliches Wirkungsfeld: Ausgleich der sozialen Gegensätze, der Konfessionen und Parteien, der Besitz- und Bildungsschichten. Hier auf dem zumeist konfessionell und politisch neutralen Boden der freien Bildungsbestrebungen ist ein Tätigkeitsfeld, wo Katholik und Protestant, wo Sozialist

und Konservativer, wo Besitzende und Besitzlose, Gebildete und Ungebildete sich gar oft die Hand reichen in gemeinsamer Bildungsarbeit im Volksheim, in der Volkshochschule, im Arbeiterbildungskurs u. dergl. Oberregierungsrat Dr. Küster, der verdienstvolle Organisator der national bedeutsamen oberschlesischen Volksbildungsbestrebungen äußert sich in der oben erwähnten Denkschrift der Kgl. Regierung zu Oppeln über diese soziale Bedeutung der freien Bildungsbestrebungen mit den Worten: „Ein ganz besonderer Segen aller dieser Einrichtungen aber besteht darin, daß der höher Gebildete sich in ihnen mit dem schlichten Manne zusammenfindet, so daß das gegenseitige Verständnis, und bei dem Gebildeten auch die Verantwortlichkeit seiner Bildung geweckt wird, die ihr Mitgefühl und ihre werktätige Liebe den Vertretern der anderen Volkskreise gegenüber erweisen soll. Die Mitarbeit an der Volksbibliothek hat schon manchen Gebildeten mit Achtung vor dem geistigen Streben der einfacheren Bildungskreise erfüllt, die sich gerne von ihnen geistig leiten lassen, sobald man ihnen nur verständnisvoll und ohne Überhebung entgegentritt. Ebenso lernt er bei den Unterhaltungsabenden, z. B. der Vorbereitung der Theateraufführungen, die Gewandtheit und den Mutterwitz des gemeinen Mannes in erfreulicher Weise kennen, und bei den Volksspielen erkennt er, daß die Freude an Disziplin, Kraft und Kunstfertigkeit allen Volksgenossen gemeinsam ist". „Diesen idealen Gewinn darf der Gebildete am allerwenigsten unterschätzen. Er wiegt den geringeren praktischen Nutzen, den die Volksbibliothek und die Volksunterhaltung ihm unmittelbar zuführt, sicherlich vollkommen auf".

Daß eine derartige soziale Versöhnungsarbeit, welche die gesamte Lebensanschauung weitester Volkskreise, die sich bisher fremd, ja, vielleicht feindlich gegenüberstanden, aufs tiefste beeinflußt, nicht ohne Rückwirkung auch auf die politische Haltung jener oft stark verhetzten Volkskreise sein wird, leuchtet ohne weiteres ein. Von ganz besonderer politischer Bedeutung sind aber jene gerade in neuester Zeit kräftig einsetzenden Bestrebungen zur Förderung staatsbürgerlicher Bildung und Aufklärung, zur Hebung des staatsbürgerlichen Pflicht- und Verantwortlichkeitsgefühl.*) Hier liegt ein weites und zukunftsreiches Arbeitsfeld der außerschulmäßigen Bildungspflege, eine Bildungsaufgabe die gerade für das politisch vielfach noch ungeschulte deutsche Volk von höchster Wichtigkeit ist und deren glückliche Lösung wesentlich beitragen kann zur Stärkung des inneren völkischen Einheitsbewußtseins und damit zur Stärkung Deutschlands als Weltmacht.

Auf drei Hauptsäulen ruht der Bau des deutschen Bildungswesens: den Hochschulen als Trägern der wissenschaftlichen Bildung, den Schulen als den Pflanzstätten einer gründlichen und umfassenden, alle Kreise erfassenden allgemeinen Volksbildung und den Trägern der Berufsbildung, und schließlich den außerschulmäßigen Bildungseinrichtungen als den Vollendern des Werkes der Volks- und Fortbildungsschulen. Möge das deutsche Volk planmäßig und tatkräftig an dem organischen Ausbau und der Stärkung dieser drei geistig-kulturellen Hauptstützen seiner Macht arbeiten! Denn Deutschland wird nur solange Weltmacht sein, als es Kulturmacht ist!

*) Vergl. des Verfassers kürzlich erschienene Schrift: „Nationale staatsbürgerliche Erziehung", welche von der Geschäftsstelle der Comenius-Gesellschaft an Interessenten unentgeltlich versandt wird.

Die protestantische Kirche.

Von Professor D. Dr. **Ferdinand Kattenbusch,** Geh. Kirchenrat, Halle.

Deutschland ist das Land der Reformation, und daß die Entwicklung unseres Volkes in der Neuzeit ihr Gepräge davon hat, ist gar nicht zu verkennen, wird auch kaum von jemandem bestritten. Man hat zum Teil in Erwägung gezogen, ob die Bedeutung der Reformation für die Gegenwart nicht überholt sei durch die Aufklärung und die geistigen Faktoren, die durch sie dem Leben der Nation eingefügt worden sind. Die Frage ist keine ganz einfache. Die Aufklärung, die in Deutschland gegen Schluß des 17. Jahrhunderts einsetzte und etwa um die Mitte des 18. Jahrhunderts sich durchsetzte, ist ja keine rein deutsche Bewegung gewesen, in Deutschland auch nicht zuerst entstanden. Sie ist in Frankreich und England früher wirksam geworden, hat auch die andern europäischen Länder, am meisten noch Italien, durchzogen. Es ist nicht zu verkennen, daß sie in den romanischen Ländern andere Formen angenommen, andere Folgen nach sich gezogen hat, als in den germanischen. Auch in England hat sich die Aufklärung anders gestaltet, als in Deutschland. Aber den romanischen Ländern, besonders deutlich Frankreich gegenüber erkennt man Züge der Verwandtschaft zwischen der englischen und der deutschen Aufklärung. Und das bedeutet für den Historiker doch den Wink zu fragen, ob es nicht eben der fortwirkende Einfluß der Reformation, des Protestantismus, des aus der Reformation erwachsenen evangelischen Kirchentums sei, der hier der Aufklärung ein anderes Gepräge gegeben habe. Die germanische Aufklärung, besonders die in Deutschland, ist entfernt nicht so feindlich gegen die christliche Kirche aufgetreten, wie die romanische. Das muß seinen Grund gehabt haben einesteils in einem festen Vertrauen, das sich der Protestantismus, auch sein Kirchentum, in Deutschland erworben hatte, in einem Vertrauen, das sich unter Stürmen zu behaupten vermochte, andernteils vielleicht in wahlverwandten Momenten der Reformation und der Aufklärung: letztere Mutmaßung wird durch eine genauere Vergleichung nicht beseitigt, sondern bestätigt. So bedeutet innerhalb der durch die Reformation eingeleiteten Epoche deutscher Geschichte die Aufklärung nicht das Ende, sondern nur eine Umformung der Faktoren, die die Reformation in Kraft gesetzt hatte. Der Protestantismus in und nach der Aufklärung ist ein anderer, als derjenige der älteren Zeit, aber er hat feste, sichere Fühlung mit der Reformation, mit Luther, behalten. Wir zehren unfraglich in gewissem Sinne noch mehr als je von den Gütern der Reformation. Wer die Träger der Stellung Deutschlands unter den anderen Reichen, die Fundamente, auf denen Deutschlands Bedeutung als Weltmacht ruht, überlegt, findet immer wieder als einen der stärksten davon den Protestantismus, die Reformation, Luther und sein Werk.

Es ist gewiß auch ein Moment von Schwäche, eine stetige Gefahr für Deutschland darin mitbegründet, daß es Luther geboren hat, daß es die Wiege der Reformation gewesen. Aber das liegt nicht in dem Protestantismus als solchem, sondern in der Spaltung, in die Deutschland durch ihn gekommen ist. Keine Nation sieht in so hohem Maße wie die deutsche beide Formen christlichen Kirchentums, die seit Luther bestehen,

in ihrem Bereiche vertreten. Im neuen Deutschland, dem von 1870, ist der Protestantismus die erheblich stärkere Konfession. Aber der Katholizismus ist doch auch so stark, die Minderheit, die er darstellt, ist so erheblich, daß er in hohem Maße ein mitbestimmender Faktor unserer Geschichte geblieben ist, vielleicht dauernd bleiben wird. Die stetige starke Reibung der Konfessionen aneinander bedeutet doch auch einen eigentümlichen Kraftantrieb für Deutschland. Protestantismus und Katholizismus beeinflussen sich in Deutschland stetig, im letzten Ende beiden zum Heile. Und in dem Ringen der Konfessionen um die Volksseele hat diese auch Fähigkeiten der Unterscheidung aller Art, religiöser, sittlicher, politischer, künstlerischer, philosophischer Art gewonnen, wie in keinem anderen Lande. Im folgenden wird das nicht eigens verfolgt werden können, noch weniger soll da gestritten werden um das Recht oder Unrecht der Konfessionen, vielmehr soll einfach der Finger gelegt werden auf das, was der Protestantismus für seine Stärke hält, und was unter seinem Einfluß in Deutschland gewachsen ist, d. h. was von ihm und seiner Art aus für Deutschlands Entwicklung bedeutsam geworden ist und diese jedenfalls mit emporgetragen hat zu ihrer Höhe.

Will man den Grundunterschied von Protestantismus und Katholizismus bezeichnen, so muß man auf die Idee von der Kirche achten. Hier konzentrieren sich alle Momente des historischen Gegensatzes, gerade auch soweit sie das nationale Leben in Deutschland berühren. Für den Katholizismus ist die Kirche eine schlechthin einheitliche, auch sehr einfach zu erfassende Größe. Wo der Papst ist, ist die Kirche. In Rom steht der Lehrstuhl, man kann auch sagen der Thron, den Gott durch Christus auf Erden aufgerichtet hat. Die menschlichen Inhaber dieses Thrones wechseln, er selbst bleibt sich gleich und soll nicht vergehen, solange diese Weltzeit dauert. Ihm ist übertragen das Recht, im Namen Gottes den Erdkreis zu regieren. Da es in geheimnisvoller Weise Gott selbst ist, der im Papst gegenwärtig ist, ist der Papst (nicht als Mensch, aber als Amtsträger) unfehlbar. Was er kraft seiner Unfehlbarkeit als Lehre „für den Glauben oder die Sitte" kundgibt, bildet das Dogma, die ewig gültige Formel für die „Wahrheit". Nach einer andern Seite ist der Papst, ebenfalls kraft seiner besonderen Verbindung mit Christus und durch ihn mit Gott selbst, der Quell wunderbarer Kräfte für die Menschheit. Er ist der König an Gottes Statt, aber zugleich der von Gott bestellte Hohepriester, der den Zugang zu Gott, zum Himmel, zur ewigen Seligkeit zu erschließen oder verschließen vermag. Eine besondere Weihe, die von Christus den Aposteln erteilt wurde, ist in ihrer Fortleitung an ihn und seine Organe, die Bischöfe, die er zwar nicht alle persönlich zu weihen, wohl aber zu ernennen hat, gebunden. Er ist der Fürst über die Bischöfe und als solcher der oberste Inhaber aller Gnadenkräfte, durch die Gott die Menschen für den Himmel zubereitet, ohne die sie auch bei gutem Willen Gott nicht gefallen, von denen also ihr letztes Schicksal unbedingt abhängt. In Hinsicht der Weihe ist der Papst nicht ganz in dem Maße Ein und Alles für die Kirche als in Hinsicht der Gewalt oder des Regiments. Eine hier nicht zu erörternde Theorie macht die Bischöfe als Geweihte zu einer Art von Kollegium mit gemeinsamer Eigenschaft. Als Ausspender oder grundlegende Träger der sakramentalen Besitztümer der Kirche (der „sieben Sakramente") sind die Bischöfe nicht bloße Beamte, sondern wirkliche „Brüder" des Papstes. Das bedeutet doch praktisch deshalb nicht viel, weil der Papst Mittel in Händen hat, die Weihekräfte in den Bischöfen (nicht aufzuheben, aber) lahm zu legen, gegebenenfalls in Fluch, statt Segen zu verwandeln. So hängen praktisch die Gnadenkräfte für das Volk, die „Laien", doch alle am Papste. Die Priester, die allenthalben die Gemeinden bedienen, sind die Kanäle für die Gnadenkräfte. Sie sind die Organe des Papstes auf der untersten, für den einzelnen Menschen doch wichtigsten Stufe.

Das Charakteristische an dieser Betrachtung der Kirche ist der unlösliche Zusammenhang, in dem alles steht, zugleich die unbedingte Unterscheidung zwischen Kirche und Welt. Die Kirche, der Papst, ist völlig unabhängig, er hat unbeschränkte

Regierungsbefugnis und volle Gewalt über die Seelen. Die Welt, die Völker und ihre Staaten, die Familien, die Stände, alle natürlichen Gemeinschaften, sind durchaus der Kirche unterstellt, auf die Belehrungen und Befehle, die der Papst erteilt, auf die Beihilfe der Gnadenmittel, die er hütet, der Sakramente, angewiesen. Sie verfehlen alle ihr Ziel, gehen zugrunde ohne das, was durch die Kirche und die Priesterschaft, die „Hierarchie", für sie und an ihnen geschieht. Luther hat diese Kirchenidee abgelehnt. Der Papst habe keine besondere Regierungsbefugnis von Gott erhalten, sei nicht sein „Vikar" auf Erden, habe auch keine an seinem oder dem bischöflichen Amt haftenden Gnadenkräfte, bedeute überhaupt gar nichts für die Fähigkeit der Menschen, „selig" zu werden. Der Unterschied von Priestern und Laien sei nichtig. Was allein gelte, sei das Evangelium, das „Wort Gottes" in der Bibel, das für jeden, der es lesen oder hören wolle, verständlich sei und ihm die Gewißheit vermittele, daß Gott gegen die Menschen gnädig sei, die Sünde nicht zwar dulde, aber zu überwinden unmittelbar die geistige Kraft gebe. Durch diese Auffassung hat der Gedanke von der Kirche im Protestantismus ein Doppelgesicht bekommen. Auf der einen Seite ist der Gedanke geblieben, daß von Christus her eine Gemeinde von Menschen in der Geschichte bestehe, die im besonderen Sinne mit Gott zusammenhänge. Dieser Zusammenhang sei begründet in dem Glauben, den die Glieder dieser Gemeinde dem Evangelium entgegenbringen. Der Glaube umfasse die Person Jesu Christi als ein Abbild, eine Selbstdarstellung Gottes in Menschengestalt und gebe der Gemeinde derer, die ihn hegen, die Eigenschaft eines „Volkes Gottes" auf Erden. Der Protestantismus behält für die Gemeinde der Gläubigen den Namen „Kirche" bei; er verläßt sich darauf, daß er dazu durch die Weise, wie das Neue Testament von der Kirche spricht, berechtigt sei. Nun kommt aber noch ein weiteres Moment in Betracht, und das gibt der protestantischen Kirchenidee das Doppelgesicht. Die Gemeinde der Gläubigen stellt sich rein begrifflich als eine „Gemeinschaft der Herzen" dar. Ist es der Glaube, der sie bildet und trägt, so wohnt eben der Glaube in den Herzen. Aber diese Gemeinde hat ein Bedürfnis, sich und andern das Evangelium immer wieder zu verkündigen, auch untereinander immer wieder lebendige Fühlung zu gewinnen durch gemeinsamen Gottesdienst. Ihr Gottesdienst hat sein Zentrum an der „Predigt des Evangeliums", der Belehrung aus „Gottes Wort". Unter den Handlungen, die die katholische Kirche Sakramente nennt, sind zwei, Taufe und Abendmahl, deutlich von Jesus eingesetzt. So hat der Protestantismus sie unter seine gottesdienstlichen Feiern mit aufgenommen, indem er in ihnen besondere Mittel sieht, in geistiger Weise mit Christus und Gott in Beziehung zu treten, nicht „notwendige" Gnadenmittel, aber innerlich verständliche Formen wirklicher Herzensberührung mit Christus und Gott. Den Namen „Sakramente" hat der Protestantismus festgehalten, weil er wieder glaubt, durch das Neue Testament dazu berechtigt zu sein, in dem Sinne nämlich, daß diese Feiern besonders bewährte und ausgezeichnete Formen seien, des Evangeliums gewiß und froh zu werden. Für die gottesdienstliche Gemeinde der Gläubigen wendet der Protestantismus den Namen „Kirche" in einem engern Sinne an. Nicht das ganze Leben der Gläubigen pulsiert nach protestantischer Anschauung in den gottesdienstlichen Feiern, aber es hat hier eine eigentümlich intime Stätte. Darum nennt der Protestantismus einerseits das Ganze derjenigen Gemeinschaft, die der Glaube stiftet, und dann doch auch diesen Teil derselben, diese Spezialform, worin er sich betätigt, mit dem gleichen, dadurch eben doppelsinnig oder doppelschichtig gewordenen Namen „Kirche".

Es ist für die ganze Geschichte des Protestantismus, zumal aber für die Bedeutung, die er in Deutschland gewonnen hat, wichtig, daß man die zwiefache Verwendung des Ausdrucks Kirche und die damit angedeutete zwiefache Art von Wirksamkeit, die er übt, begreift. In dem erstbezeichneten, weiteren Sinne ist der Protestantismus, oder die christliche Kirche in protestantischer Gestalt, der Quellort einer Weltanschauung, in dem zweiten, engern Sinne die Grundlage für eine Einrichtung. Die Kirche als einfache Glaubensgemeinschaft stellt sich nicht neben oder über den Staat, die Familie, das bür-

gerliche Leben, sondern fügt sich ihnen ein als ein rein geistiges Festigungsmittel, als ein idealer Grundsatz, als ein Beweggrund zu einer besonderen Bewertung des Lebens, der Aufgaben, die es stellt, der Güter und Leiden, die es enthält. Der Glaube an das Evangelium leitet an, alle Verhältnisse, die sich in der Natur und der Geschichte herausgestaltet haben, mit einem Urteil zu begleiten, sie in ein besonderes Licht zu rücken, das Gewordene in der Geschichte an einer Norm zu messen, danach teils zu bestätigen, teils zu bekämpfen und umzugestalten. Er entbindet Gedanken, Stimmungen, Entschlüsse. Sein unmittelbares Objekt, das Evangelium, ist an sich eine rein geistige Größe, die nicht Gewalt über die Menschen beansprucht, sondern nur freie Geltung unter ihnen. Der wirkliche Glaube stellt eine Überzeugung dar. Als solche waltet er in den Herzen, verbindet sie und wird selbst zu einem geschichtebildenden Faktor. Beherrscht er viele Menschen innerlich, so wird er weithin wie ein „Sauerteig" die Verhältnisse nicht nur des privaten Lebens der Einzelnen, sondern auch des öffentlichen Lebens des Volkes durchdringen und sie beeinflussen. Er wird gänzlich von selbst zu einem Kulturfaktor von alles berührender Bedeutung.

In bestimmter Weise sehr anders wird sich die Kirche in dem engeren Sinne als „gottesdienstliche" Gemeinschaft darstellen. Diese wird sich naturgemäß zu einer eigentümlichen Organisation herausgestalten und sich als solche wie ein neues, besonderes Gebilde an die Seite der andern Organisationen rücken. In diesem engern Sinne steht die „evangelische Kirche" neben dem Staate, der Familie und den sonstigen großen oder kleinen Genossenschaften. Diese „Kirche" hat Ämter für sich nötig, bedarf äußerer Ordnungen, nimmt besondere Räume und Zeiten für ihre Wirksamkeit in Anspruch, muß Geldmittel für ihre Beamten, Gebäude usw. besitzen.

In beiderlei Sinne kann die Kirche in Kollisionen geraten. Soweit es sich lediglich um den Glauben handelt, kann sie in Zwiespalt kommen mit der Wissenschaft der Zeit, mit anderen Weltanschauungen, zumal mit der Philosophie. Hier wird alles sich abspielen in der Sphäre der Gedanken und Erörterungen. Die überzeugten „Gläubigen" werden unmittelbar nichts anderes beanspruchen, als daß man sie mit zu Wort kommen lasse, ihre „Gründe" anhöre und auf sich wirken lasse. Nach der Natur der Sache wird es da immer fluktuierende Bewegungen geben. Das Evangelium muß sich letztlich aus sich selbst heraus sowohl verständlich machen als auch rechtfertigen. Es kann zweifelhaft werden, ob der Ausdruck „Evangelium" auf eine festgegebene Größe hinweise. Alle Arten von wissenschaftlichen Fragen und Streitigkeiten können sich an es selbst anschließen. Die „Gläubigen" können dadurch in Gruppen, „Parteien" gespalten werden. Der Umfang der geistigen Gemeinde, der Übereinstimmung der Geister im Zeichen des Evangeliums, kann sehr wechseln. Zwischen den einzelnen Gläubigen wird es verschiedene Stufen der innern Einigkeit geben. Immer doch wird es sich handeln um einen reinen Geisterkampf und eine rein geistige Verbundenheit. Die evangelische Kirche als Gemeinschaft im Glauben an das Evangelium steht und fällt mit dem Evangelium selbst. Kann dieses sich nicht mehr legitimieren, stirbt die evangelische Kirche von selbst.

Die Kirche als Einrichtung ist viel spröder und härter in ihrer Art. Nicht zwar der Absicht nach, aber der Natur der Dinge nach. Eine Einrichtung hat Rechtsformen, ohne solche kommt sie gar nicht zur Geburt. Hier hat der Protestantismus, so gut wie der Katholizismus, ein „Kirchenrecht" erzeugt. Nur daß dieses ganz anders begrenzt, beschränkt in seiner Bedeutung erscheint, als im Katholizismus. Nichts am protestantischen Kirchenrecht gilt für „göttliches", alles ist rein menschliches Recht, also wandelbar, nicht bestimmt die Verhältnisse zu meistern, sondern nur ihnen zu entsprechen. Wenn es sich glaubhaft machen ließe, daß die gläubige Gemeinde eine gottesdienstliche Gemeinde zu werden keine inneren Antriebe habe, daß sie der „Predigt" des Evangeliums in geordneter, regelmäßiger Übung, daß sie der Feier der Sakramente ohne Schaden entraten möchte, so könnte die Kirche als Einrichtung schwinden. Natürlich würde sie auf die Dauer vergehen, wenn die Kirche als Glaubens-(innere Überzeugungs-)gemeinschaft schwände. Andrerseits liegt es in der Natur aller rechtlich verfaßten, in Ämtern und

festen Ordnungen ausgeprägten Gemeinschaften, daß sie sich mindestens zeitweilig noch halten können, wenn auch der Geist, aus dem sie geboren worden, gewichen ist. In der Kirche als Institution hat sich auch, man wird wohl sagen müssen: unvermeidlich, ein „Lehrgesetz" gebildet. Sie kann der formulierten „Bekenntnisse" über den Inhalt des Evangeliums kaum entbehren. Jedenfalls hat sie tatsächlich solche Bekenntnisse („Symbole", wie man diese Lehrordnungen nennt) hervorgebracht. Es erschien als unerträglich, daß in der Predigt jeder nur sein individuelles Verständnis des Evangeliums kundgebe. Der Pfarrer, der „Pastor", ist — ob mit Recht oder Unrecht, das bleibe dahingestellt — tatsächlich noch zu jeder Zeit in der evangelischen Gottesdienstgemeinde irgendwie in bezug auf seine „Lehre" gebunden worden. Solange tatsächliche innere Zustimmung der Pastoren zu den „Bekenntnissen" herrscht, solange die Bekenntnisse noch Überzeugungskraft besitzen, zumal auch solange und soweit die schlichten, bloßen Mitglieder der Gottesdienstgemeinde (man sagt auch im Protestantismus dann in der Kürze, obgleich der Gedanke ein anderer ist als im Katholizismus, die „Laien") in den Bekenntnissen das Evangelium wie in einem Widerhall zu vernehmen gewiß sind, wird voller Friede herrschen zwischen den beiden Sphären, die der Protestantismus als „Kirche" bezeichnet.

In einem Punkte besonders treffen die Möglichkeiten innerer Konflikte im Protestantismus, zwischen seinen beiden Sphären und innerhalb ihrer, zusammen, das ist in der Theologie, der „Wissenschaft vom Evangelium". Als Wissenschaft muß die Theologie frei sein. Ist sie frei, so kann sie den ganzen Bestand des Glaubens und der Lehre in Frage stellen. Der Protestantismus hegt seine Theologie in der stillen, starken Zuversicht, daß das Evangelium letzlich keine zweifelhafte und keine inhaltlich unglaubliche Größe sei, d. h. daß es aller Wissenschaft stand halte, nicht anders als die Natur der Naturwissenschaft. Aber jeweils hat es im Protestantismus immer Krisen gegeben, die im Grunde durch die Theologie hervorgerufen, mit der Zeit dann auch meist wieder beschworen sind. Der Protestantismus hat an seiner Theologie durch stets erneute Erfahrung die Probe gemacht, daß die Wissenschaft, wie überall wo sie ein wirkliches, kein eingebildetes Objekt besitzt, die Wunden, die sie schlägt, auch heilt und zu Quellen neuer Gesundheit macht. Bisher ist der Protestantismus durch seine Wissenschaft noch immer zuletzt gestärkt worden.

Die Auseinandersetzung, die im Vorstehenden geboten ist, kann erst verständlich machen, was in der Geschichte des deutschen Volkes mit dem Protestantismus, dem es der Mehrzahl nach angehört, zusammenhängt, und was nicht. Am greifbarsten ist ja, daß die Mehrzahl der Deutschen, die sich Protestanten nennen, sich zu der evangelischen gottesdienstlichen Gemeinde als „Rechtsmitglieder" zählen. Sie tun es doch wohl, indem sie sich irgendwie innerlich verbunden fühlen in wirklichem „Glauben", in einer Übereinstimmung darüber, was Evangelium sei und daß das Evangelium Wahrheit sei. Freilich ist diese Übereinstimmung in der Gegenwart und schon von langen Zeiten, vielleicht von allem Anfang her, im einzelnen eine sehr unbestimmte, vage. Es gibt mancherlei Maß der Übereinstimmung im „Glauben". Setzen wir für Glaube den Ausdruck „Weltanschauung" ein, so wird es schon deutlicher, daß es unter den Protestanten eine innere Einheit, trotz alles geistigen Zwiespalts gibt. Es kommt darauf an, eine Übersicht darüber zu gewinnen, in welchem Maße der Protestantismus geistige Einheitskräfte entbunden und behauptet hat.

Natürlich kann es sich hier nicht darum handeln, was an und für sich das Evangelium sei und was alles die Großen des evangelischen Glaubens, vorab Luther, daran erkannt, davon sich für ihre Person angeeignet haben. Es gibt gerade für die Kirche im protestantischen Sinn, für ihre beiden Sphären, die Sphäre der bloßen, freien Weltanschauung und die der speziellen Institution, leuchtende letzte Ideen und Ideale, die die Theologie zu fixieren sucht, denen aber die empirische Auswirkung des Protestantismus im großen noch nicht viel „Wirklichkeit" verschafft hat. Von allem Intimen

und blos Heldenmäßigen am Protestantismus ist hier abzusehen. Was aber ist in der eigentlichen, breiten Geschichte vom Protestantismus aus zu lebendigen Faktoren, zu meßbaren Kräften in Deutschland geworden?

Vor allem eine Summe sittlicher Gedanken. Der oberste darunter ist der der Selbständigkeit und Selbstverantwortlichkeit jedes Menschen. Der Protestantismus hat die Befreiung der Gewissen von der Bevormundung durch bloße Autoritäten gebracht. Man kann die Bedeutung Luthers für das Verständnis des Gewissens, seines Rechts, seiner wunderbaren Art, überschätzen, man hat sie neuerdings zum Teil auch umgekehrt beträchtlich unterschätzt. Das Gewissen ist in der Kulturmenschheit stets rege gewesen und es gilt dem Katholizismus auch als etwas Großes. Aber es war noch wenig über sich selbst klar, und Theologie und Philosophie hatten ihm im Mittelalter noch nicht die rechten Dienste getan. Die letzte Periode des Mittelalters hatte wohl die Seelenkunde, die Psychologie, sehr bereichert und verfeinert. Ja man kann von einer Art Raffinement der Seelenbehandlung in den Kreisen der Mystiker reden. Auch das Klosterleben hatte durch die Kämpfe, die es in tiefer veranlagten Geistern heraufbeschworen hatte, die Probleme des Seelenlebens dem Bewußtsein erschlossen und reges Nachdenken über sie erzeugt. Aber man zweifelte noch nicht an den objektiven dogmatischen Grundlagen für die Mystik und Aszese. Dadurch kam es, daß man noch allzu rasch bloß auf neue, vollkommenere „Methoden" sann, die Seele zu „behandeln", das Gewissen, das sich an das Dogma gebunden fühlte, zu befriedigen. Dann hatte das Mittelalter zuletzt auch die Bedeutung der Individualität zu verstehen angefangen. Eine neue theologische Schule, die der sogen. Nominalisten, hatte die Eigenkraft des Willens, des individuellen Willens, mit Energie und Schärfe betont. Auch sie blieb doch wesentlich stecken in innerer Gebundenheit an das gegebene Dogma, an die kirchliche Lehre über die Sakramente und den Prozeß der „Gerechtmachung" des Sünders. Auf der andern Seite waren in der Renaissance Geister wach geworden, denen freilich das Dogma nichts bedeutete, die aber überhaupt objektive Normen des Menschenlebens leugneten. Kraftgenies aller Art hatten das Recht ihrer wilden Individualität behauptet und praktisch geltend gemacht. Sie waren doch eigentlich nur in romanischen Ländern aufgetreten. In Deutschland hatte der Individualitätsgedanke die Wendung genommen, daß gerade auch der geringe, unbedeutende Mensch noch als Träger eines Wertes erkannt wurde. Man begann von Würde und Adel jedes Menschen zu sprechen. Hier hatte es nicht einzelne „Übermenschen" gegeben, die „jenseits von gut und böse" zu stehen als ihr Recht verkündeten und die demgemäß zu jeder Gewalttat ein „gutes Gewissen" mitbrachten, sondern hier hatte es sich mehr darum gehandelt, daß innerhalb der bestehenden Gesellschaft keine Schicht mehr gering geschätzt und verachtet sein wollte, Bauer und Kleinbürger ihr „Menschenrecht" beanspruchten und sich gewillt zeigten, das urewig gleiche „Gute", das allenthalben nivellierende, aber auch viel historisches Unrecht abtuende „Naturrecht" zu betonen. Alle diese geistigen Prozesse, alle diese Arten von Einkehr der Menschen in ihrer Seele, alle diese Formen von Steigerung der Schätzung des „Menschentums" in der Gesellschaft und im innern Selbstempfinden der Personen muß man vor Augen haben, um Luthers Beitrag zur Ausgestaltung der Gewissensethik richtig zu beurteilen. Es handelte sich für Luther, wo er sich auf sein Gewissen berief, nie um Willkür, nie um bloßes geistiges Kraftbewußtsein, oder um den bloßen Willen, sich zu behaupten, sondern um die Erkenntnis persönlicher Pflichten. Sein individuelles Wertgefühl, seine entschlossene Selbständigkeit ist immer im tiefsten getragen von einem Gefühle der Verantwortlichkeit für seine Sache. Er erkennt die Sache, die er ergriffen, seine Auflehnung wider den Papst und die Ansprüche der von ihm vertretenen Kirche, als Gottes Sache. Das will heißen, als eine Sache, von der er nicht zurücktreten „darf". Sein Gewissen empfindet er als eines, das tiefer geklärt sei, als das seiner Umgebung, zumal das, welches der Papst gelten lasse. In ihm tritt die vorhin geschilderte deutsche Art ganz besonders deutlich und scharf heraus, indem er das Gewissen vollends zusammenschaute mit dem Guten und mit Gott.

Das führt auf ein weiteres. Luthers Eintreten für die sittliche Selbständigkeit und

Selbstverantwortlichkeit des Individuums (bei ihm gepaart mit einem unendlich feinen Schuldgefühl, das er sich durch keinen Priester, kein „Sakrament" trüben oder schwächen ließ) war verbunden mit einem neuen Verständnis für den Inhalt und die Art des Guten. Und gerade das ist seither auch einer von den großen Geschichtsfaktoren geworden, die Deutschland emporgetragen haben. Luther redet, wie der Katholizismus, von einem „Gesetze" Gottes. Aber er hat dabei eine andere Idee vor Augen, als dieser. Ihm besteht das Gesetz für das Gute nicht in einer Summe statutarischer Einzelgebote, die Gott in äußerlicher Weise, grundlegend in der Bibel, dann weiter durch die Kirche, den Papst, kundgemacht habe und immer genauer formuliere, sondern in einer nur als große Intuition zu erfassenden, einheitlichen Forderung, der der schlichten, unerschöpflichen Forderung der Liebe. Mit dieser konkreten, ihm selbst am Evangelium, an der Person Jesu Christi, aufgegangenen Anschauung hat er die Idee des Guten auch hinausgerückt über die Unbestimmtheit und Unklarheit des noch bloß im „Naturrecht" wurzelnden Gewissens. Er hat mit der Idee der Liebe als einer immer freien, für jede Person und jede Lage sich anders gestaltenden, dennoch im Grundsatz, im Wesen stets gleichen Forderung, nicht nur die sittliche Person gänzlich auf sich selbst gestellt, sie gänzlich aller Bevormundung entrückt, sondern sie zugleich über alle bloß natürliche Gegebenheit an ihr selbst hinausgehoben und sie in einen neuen Horizont gestellt. Er hat sie das Geheimnis in ihr verstehen gelehrt. Wie durch die Lossprechung ihres Willens von dem Gehorsam gegen menschliche „Obere", so hat er ihr an dem Inhalte des „Gesetzes" einen Fernblick erschlossen, der vollends ihre Freudigkeit geweckt hat. In dem Gesetze der Liebe faßt Luther die Idee von Gott und vom Menschen zusammen, lehrt er den Menschen verstehen als ein werdendes Ebenbild Gottes, werdend nicht unter einem psychischen Zwange, sondern unter der freien Bejahung seines begriffenen Zieles.

Es ist keine neue Behauptung, wenn ich Kant als den eigentlichen „Schüler" Luthers bezeichne. Kant ist durch und durch der Philosoph des „Protestantismus". Seine Interpretation des „Sittengesetzes", seine Erfassung der Autonomie und reinen Idealität desselben, seine unbedingte Hervorkehr zugleich des Pflichtgedankens, so doch daß die Gesinnung dabei den Adel der Tat ausmacht, ist gänzlich in Luthers Sinn. Wieder ist es keine neue Behauptung, wenn ich hinzufüge, daß der von Kant der Nation eingeprägte kategorische Imperativ, das in Kant neu zur Geltung gelangte Lutherische Verständnis der Freiheit und Notwendigkeit des Pflichtgefühls jedes Einzelnen, das deutsche Volk befähigt hat, die Befreiungskriege wider Napoleon und seine Zwingherrschaft zu wagen.

Es kommt noch ein drittes Moment in Betracht. Der Protestantismus hat von Luther gelernt, sich der „Welt" in Unbefangenheit zu bedienen und zu erfreuen. Das will nun freilich auch erst näher bestimmt und in rechter Weise begrenzt werden. Nicht das Ganze desjenigen sittlichen Verständnisses der weltlichen Verhältnisse und Werte, welches wir heute besitzen, ist uns von der Reformationszeit her angestammt und durch Luther schon erworben. Hier ist vielmehr die Aufklärung ein Durchgang geworden zu einer höheren, freieren Stufe, als die in der Reformation unmittelbar erreicht wurde. Was Luther selbst mit wuchtiger Kraft für den Protestantismus eroberte, war die Erkenntnis, daß die Aszese — das Mönchtum — nicht mit der Gloriole der eigentlichen sittlichen „Vollkommenheit" umgeben werden dürfe. Luther hat durchaus ein Verständnis dafür gehabt, daß es ein persönlich hochachtbares Mönchtum, ein edles reines Aszetentum gegeben habe, immer geben könne. In seiner Zeit sah er das Mönchtum als ein entartetes, verlottertes vor sich. Kämpfend mit ihm, hat er manches Urteil ausgesprochen, das nicht ohne weiteres als ein prinzipielles gedacht war. Aber er hielt es freilich für seine Pflicht, die stumpfe gedankenlose Devotion vor der aszetischen Idee mit jeder Waffe, auch der des derben Hohnes, zu bekämpfen. Sein grundsätzlich leitender Gedanke in Hinsicht dessen, was zur Welt, zur Natur, zum „gegenwärtigen, irdischen Leben" gehöre, war nicht bloß eine Verneinung, auch nicht blindlings die umgekehrte Bejahung, nicht nur und ohne Vorbehalt die Ablehnung der „Enthaltsamkeit"

und nicht ohne weiteres die Freisprechung oder gar Verherrlichung des „Fleisches", sondern die Erkenntnis, daß die sittliche Liebe je nach den Umständen frei sei, sich alles Dinges zu entäußern oder aber zu bedienen. Nichts von dem, was zur Welt gehöre, was im natürlichen Dasein an den Menschen herantrete, in ihm veranlagt sei oder von außen sich ihm darbiete, sei unbedingt wertlos oder wertvoll. Über allem vielmehr schwebe für das zur Klarheit gekommene, im Verständnis des Sittengesetzes reif gewordene Gewissen die Idee des „Berufs". Die Liebe suche sich überall einen Beruf, halte sich an die vorhandenen natürlichen Beziehungen, an die nächsten Gegebenheiten des Lebens, um sich auszuwirken, um sich nur eben tatkräftig zu bekunden. Mit der ganzen Fülle seiner volkstümlichen Beredtsamkeit hat Luther für jede Art von Hantierung, für jeden „Stand" preisende Worte gefunden. Jede Art von Arbeit hat er verständlich zu machen gesucht als einen möglichen Gottesdienst. Dem Knecht und der Magd, dem Hausherrn und der Hausfrau, dem Vater und der Mutter, den Magistraten und den Herren vom Adel, den Kaufleuten, Fürsten, selbst den Kriegern hat er den Gedanken einer sittlichen Würde ihres Tuns, wofern es eben zu einem beruflichen Liebestun gestaltet werde, vermitteln wollen.

Was Luther hier an Gedanken fördert, ist erheblich anders geartet, als was auch das Mittelalter (zum Teil) über den Gleichwert der „Schichten" der Gesellschaft zu lehren begonnen hatte. Das Mittelalter hatte an eine relative Umwertung gedacht, Luther vollzieht eine prinzipielle. Die Frage „überhaupt" nach dem Werte der „natürlichen" Verhältnisse, der weltlichen Berufe und Hantierungen war im Mittelalter nicht angeregt, sondern, unter Vorbehalt der kirchlichen Geringschätzung der „Welt", nur die nach dem Grunde, weshalb innerhalb der Welt, innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft noch abermals eine qualitative Differenzierung gemacht werde. Ob nicht das ganze natürliche Leben zu Unrecht mit einem sittlichen Makel behaftet sei, stand im Mittelalter noch nicht zur Diskussion. Umgekehrt war Luther gerade von der Fundamentalfrage nach dem sittlichen Charakter dessen, was zur „Natur" gehöre und weltlich sei, bewegt. Er brach mit der „falschen Geistlichkeit" (wie er es nannte) der katholisch-kirchlichen Maßstäbe der „Welt" gegenüber.

Eigentliches Kulturinteresse hat Luther nicht gehabt. Die Steigerung der Kultur an sich bedeutete ihm nicht viel. Er hat nur für eine neue Beurteilung der Arbeit in ihr die Bahn gebrochen. Ein für allemal hat er die Kultur von der Last des Vorurteils befreit, daß sie nur sittlich inferioren Menschen etwas bedeuten könne. Persönlich ist Luther schwach berührt gewesen vom Humanismus. Für die Wissenschaft hat er nur als Theolog Sinn gehabt. Unter den Künsten hat er die Musik geliebt, die andern kaum gekannt, jedenfalls nicht wirklich beachtet. Für den Staat, das Recht, hat er nicht viel positives Interesse und Verständnis gehabt. In den politischen Dingen ist sein Urteil durchaus unreif geblieben. Mit glühendem Herzen hat er Deutschland geliebt, Deutschland im Gegensatz zum Welschland. Vielleicht ist dies sein spezifisch deutsches Gefühl als ein Moment, das ihn mehr getragen hat, als er selbst wußte, zu betrachten. Daß er in seiner Zeit ein nachhaltiges Nationalgefühl unter „seinen lieben Deutschen" geweckt habe, kann man doch nicht konstatieren. Nur daß der Papst ein Fremdling und schon allein deshalb mit seinen Herrschaftsansprüchen abzuweisen sei, ist durch ihn dem protestantischen Teil der Nation ein für allemal in die Empfindung gelegt worden. Für ein tieferes Sonderbewußtsein von der nationalen Ehre Deutschlands, vom Werte des „Vaterlands" ist damit doch viel gewonnen gewesen: kein geistlich verbrämter Internationalismus hindert den protestantischen Deutschen, sich ganz seines Volks und seines selbständigen Staatwesens zu freuen, ihm ohne Vorbehalt zu dienen. Und Luther ist dann durch seine Bibelübersetzung für Deutschland der Schöpfer der Literatursprache, der Einheitssprache, der Vorbedingung der geistigen, auch der politischen Einigung geworden. Das hat ihm auch die Gegner geistig mit untertan gemacht. Trotz allem bleibt es dabei, daß Luther die eigentlichen Kulturfragen nirgends als solche ins Auge gefaßt hat. Ja das Jahrhundert nach der Reformation bedeutete für die Kultur

zunächst einen Rückschritt in Deutschland. Die Religions- und Kirchenfrage, die Dogmenfrage, wurde das Zentrum alles öffentlichen Lebens. Erst nach dem Dreißigjährigen Kriege, in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, begann es wieder anders zu werden. Dann aber wurde es bedeutsam, daß Luther doch auch auf keinem Gebiete wider die Kultur gestanden hat.

Die Aufklärung, die die moderne Kulturepoche eingeleitet, hat sich in Deutschland empfunden als Fortbildnerin der Reformation und legitime Genossin des Protestantismus.

Das durfte sie. Es war viel wert, daß die Aufklärung sich wider alle Hemmnisse, die ihr freilich zuerst innerhalb des Protestantismus von der „Kirche" bereitet wurden, darauf stützen konnte, daß in der Reformation die Welt auch für „gläubige" Menschen frei gegeben, ja gewissermaßen heilig gesprochen war. Die Geschichte vollzieht sich ja nicht nach schematischem Programm. So hatte auch die Aufklärung in ihren konkreten Einzelbestrebungen vielfach nicht recht. Wenn sich der „kirchliche" Protestantismus ihr entgegenstellte, so hat auch er vielfach für unveräußerliche Gedanken und Güter gekämpft. Im Nahkampf der Geister pflegt das „Recht" auf beiden Seiten zu sein. Aufs große blickend kann man nicht umhin zu urteilen, daß die Aufklärung sich auf Luther berufen durfte und daß es kein Zufall war, wenn ihre bedeutendsten Vertreter aus dem Protestantismus hervorgingen. Hatte Luther seine Anhänger das apostolische Wort „Alles ist euer" wieder verstehen und sich mit sittlicher Freudigkeit zu eigen machen gelehrt, so mußte die Zeit auch einmal kommen, wo die vollen Konsequenzen daraus gezogen wurden. Was Luther unmittelbar angeregt hatte, war die Lust an den Arbeiten des kleinbürgerlichen Lebens. Es konnte nicht ausbleiben, daß die Arbeitsfreude der Begabten, der rücksichtslosen Wahrheitserforschung, der Philosophie als freier „Weltweisheit" und der Naturwissenschaft als freier „Weltbeobachtung", sich mit der Zeit hinzufand. Auch die Freude des Großhandels, die Lust an der Technik. Es sind historische Sonderverhältnisse (der schreckliche Dreißigjährige Krieg) im Spiele, wenn Deutschland in dieser letzteren Beziehungen zuletzt auf dem Plane erscheint, den Niederlanden und England die Vorhand gelassen hat. In der Wissenschaft trat es sehr bald in die Arbeit mit ein. Hier war Leibnitz († 1716) der Bahnbrecher einer sich an alle Probleme heranwagenden selbständigen Philosophie. Unter den Naturforschern ist auf Kopernikus († 1543), der größten einen, die der Katholizismus der Welt noch schenken durfte, der Protestant Kepler († 1630) gefolgt. Die Höhe beschritt die Aufklärung mit Lessing. Dann folgt die große Periode des deutschen Kritizismus und Idealismus. Man braucht nur die Namen Kant († 1804), Fichte, Schelling, Hegel, auf der andern Seite Herder, Schiller, Goethe zu nennen, Männer, denen ihr Protestantismus bedeutsam erschienen ist, die ihr protestantisches Bewußtsein kräftig hervorkehrten, dann begreift man, was es für Folgen gehabt, daß die Reformation der „Welt", und das heißt, wenn auch Luther noch nicht das Ganze übersah, der Natur zumal auch in der geistigen Sphäre, dem Intellekt, dem künstlerischen Genie, einen Freibrief im Namen Gottes ausgestellt hatte.

„Im Namen Gottes", wir dürfen schließlich nicht daran vorübergehen, was Luther neben dem sittlichen Leben dem religiösen Leben in Deutschland geboten hat. Für Luther selbst war das religiöse Interesse das A und O alles dessen, was er unternommen. Momentan hat er das deutsche Volk gerade religiös mit sich fortgerissen, und es ist kein Zweifel, daß das keine künstliche Erregung war. „Es hat nie einen Deutschen gegeben (so urteilt der Katholik Döllinger), der sein Volk so im Innersten verstanden hat und wiederum von der Nation so ganz erfaßt, ich möchte sagen, eingesogen worden ist, wie dieser Augustinermönch in Wittenberg; Sinn und Geist der Deutschen waren in seinen Händen wie die Leier in der Hand des Künstlers." Das war doch nur eine Zeitlang so. Nachher ist das religiöse Moment das am tiefsten trennende in unserm Volke geworden. Dem protestantischen Teile ist gerade der religiöse Protestler, der Mann von Worms, unlöslich ans Herz gewachsen. Aber es ist Luther doch nicht geglückt, auch nur den Teil, der ihm mit bewußtem, religiösem Interesse gefolgt ist, auf länger hinaus zu bedeutender religiöser Höhe emporzutragen. Er ist und bleibt da immer vorerst noch der

Prophet vielleicht einer kommenden Zukunft. Andere Völker haben sich der Reformation mit stärkerem religiösem Empfinden zugewandt, als das deutsche. Vielleicht ist zu sagen, daß es überhaupt der deutschen Art nicht entspricht, leidenschaftlich zu empfinden. Das deutsche Gemüt ist stiller und zurückhaltender als das anderer Völker. Und Luther ist andrerseits religiös so eigentümlich tief und stark gewesen, daß es ein Wunder heißen müßte, wenn das „Volk" ihm alsbald hätte völlig folgen können. Aber es ist doch nicht wenig, was er auch religiös gewirkt hat. Unendlich viel Aberglaube ist in Folgewirkung der Reformation zusammengebrochen. Vor allem hat der Protestantismus wirkliche Scheu vor Aberglauben begründet. In Deutschland ist der Nüchternheit, der Kritik in religiösen Dingen vielleicht zu viel geworden. Denn es ist eine feine Linie, die in religiösen Dingen das rechte Maß der Unterscheidung bestimmt. Der Glaube hat es nun einmal mit Übersinnlichem, Übernatürlichem zu tun. Es ist dem deutschen Protestantismus beschieden gewesen, unter seinen Theologen einen Mann erstehen zu sehen, der zuerst in wissenschaftlicher Weise für die Religion eine Formel aufzustellen vermochte, die dem Zuviel und Zuwenig bloßer empirischer „Vernunft" wehrte. Was Kant für die Wiederbelebung der sittlichen Grundgedanken Luthers bedeutete, hat Schleiermacher für seine religiösen Gedanken bedeutet, freilich doch nicht in gleichem Maße, wie Kant. Für Luther ist der religiöse Glaube Sache persönlichen Erlebens. Er ist ihm nicht Beugung unter Gedanken, Theorien, sondern unter mächtige Erfahrungen von Person zu Person, zwischen der Seele und Christus! Es ist ihm eine Intuition, die sich sehr genau kontrollieren und auf ihre Wahrheit prüfen läßt, daß in Christus Gott sich den Menschen enthüllt, „offenbar" gemacht habe. Schleiermacher hat gerade dem Rechnung zu tragen vermocht. Und es ist dem evangelischen Deutschen, soweit er überhaupt religiös ist, selbstverständlich, daß das beste wahrste Teil der Religion „Gefühl" ist, geheime Seelenerfahrung, persönliches Erlebnis, darin sich gründende Ehrfurcht und Zuversicht Gott gegenüber. Schleiermacher nannte die Religion an sich „schlechthiniges Abhängigkeitsgefühl", verstand dieses Gefühl aber in seiner Abklärung durch Christus als die tiefste Beruhigung des Gemüts, auch als den Quell aller größten Gedanken und heiligsten Begehrungen. Der deutsche Protestant betrachtet seine Religion als ein Heiligtum seines Innern, von dem er nicht viel redet. Der Gedanke, daß jeder Gottgläubige selbst sein „Priester" sei, daß ein anderer als er selbst nicht hinein gehöre in sein Verhältnis zu Gott, ist ihm deutlich vor Augen. Das kann zu höchst einseitigem, auch unklarem Individualismus führen und ist doch für Ungezählte der Ankergrund wirklicher, in der Not des Lebens das Gemüt aufrichtender Frömmigkeit in unserem Volke geworden und geblieben.

In manchen Beziehungen ein anderes Bild als vom Protestantismus in Form reinen „Glaubens", in Form jener (im einzelnen ja unendlich abgestuften) Geistesgemeinschaft, in der er sich spezifisch vom Katholizismus abhebt, gewinnt man von ihm in Form seines institutionellen Kirchentums. Hier gleicht er der katholischen Kirche naturgemäß in vieler Hinsicht. Hier herrscht auch, zwar nicht die tiefste, aber die sichtbarste Rivalität der beiden Konfessionen. Wer nicht tiefer blickt, wer nicht sieht, wie wesentlich anders alles in der evangelischen gottesdienstlichen Gemeinde, der evangelischen Kirche im engeren Sinne, gedacht ist, als in der katholischen, mag denken, Protestantismus und Katholizismus als „Organisationen" seien sich überhaupt verwandt geblieben, stünden letztlich Schulter an Schulter, so feindlich sie sich immer wieder begegneten. Das evangelische institutionelle Kirchentum begegnet innerhalb des Protestantismus selbst zum Teil tiefer Abneigung. Wer es wirklich kennt, wer zu unterscheiden vermag, zwischen dem Gedanken einer Institution und ihren wechselnden Trägern, auch ihren bloß temporären Formen, wird dem evangelischen Kirchentum Deutschlands als Protestant nicht feind bleiben. Es steht unter merkwürdig viel Schwierigkeiten, die nur allmählich zu beheben sind.

Zunächst kommt hier eine Spaltung innerhalb des Protestantismus in Betracht,

diejenige, kraft deren man von einer lutherischen und reformierten Kirche redet. In dieser Spaltung handelt es sich nicht, oder nur in beschränktem Maße um eine Differenz in der eigentlichen sittlich-religiösen Haltung, im „Glauben" oder der „Weltanschauung". Luther und sein nächster Schüler und Gehilfe, Philipp Melanchthon, auf der einen Seite, Zwingli und Calvin auf der andern haben durch individuelle Momente ihres persönlichen Wesens und Wirkens und kraft der überragenden Größe, die ihnen andern Männern der Reformation gegenüber eignete, zwei Typen von Protestantismus geschaffen, die doch in allen Hauptsachen nur zwei große Formen von evangelischem Kirchentum im engern Sinn darstellen. Luther und Zwingli haben sich persönlich nicht zu finden vermocht. In einem nicht leicht richtig zu beurteilenden Hader um eine Spezialität, die Lehre vom Abendmahl, sind sie aufs heftigste aneinander geraten. Zwingli wurde durch den Tod vorzeitig aus seinem Werke in der Schweiz abberufen. Einflußreicher als er wurde der Genfer Reformator Calvin, der zwar zum Teil „andere" Lehren im einzelnen vortrug als Luther und Melanchthon, doch aber in freundlichem Verhältnis zu beiden stand. Nach Luthers Tode verschärften sich die Gegensätze freilich. Luthers Schüler waren ein eigentümlich schroffes, ängstliches, am einzelnen klebendes Geschlecht. Viele von ihnen nahmen auch Anstoß an Melanchthon, zum Teil weil er sich Calvin näherte. In diesen Streitigkeiten der Epigonen gebar sich auf beiden Seiten diejenige Gestalt des institutionellen, d. i. kultischen Kirchentums, die man die orthodox-lutherische und orthodox-reformierte Kirche nennt. Was Deutschland betrifft, so tritt Calvins Einfluß verhältnismäßig wenig hervor. Calvins Hauptwirksamkeit entfaltete sich im Westen Europas, in Frankreich, den Niederlanden, in der Folgezeit in Schottland und England. In Deutschland auch besonders, ja fast ausschließlich im Westen: in der Pfalz, am Niederrhein, in Ostfriesland. Doch gesellten sich hier zu den Calvinisten mit der Zeit diejenigen Lutheraner, die sich nicht zu der orthodox-lutherisch Kirche halten mochten, indem sie bei Melanchthon, nicht zwar im Gegensatze zu Luther selbst, aber zu seinen engen, vermeintlich „echten" Nachfahren, bleiben wollten. Die „reformierte" Kirche in Deutschland ist also nur zum Teil direkt calvinisch, zum Teil melanchthonisch. Über die Spezialitäten der Lehre, die das lutherische und das reformierte Kirchentum in Deutschland schieden, zu berichten, lohnt sich nicht mehr. Denn die beiden evangelischen Kirchen haben sich bei uns im Laufe der Zeit, besonders im 19. Jahrhundert sehr genähert, größtenteils auch „uniert". Was ehedem, in der Zeit der Orthodoxie (also solche denkt man besonders das 17. Jahrhundert), als harter Gegensatz betrachtet wurde, erscheint gegenwärtig den meisten Protestanten, auch den Theologen, als eine die innere Einheit nicht störende regionale Unterschiedenheit evangelischen Wesens. Das preußische Königshaus, die Familie der Hohenzollern, hat die größten Verdienste um die Union innerhalb des Protestantismus. Denn Kurfürst Johann Sigismund von Brandenburg war 1613 von der lutherischen Kirche, der sein Haus und seine Lande bis dahin angehört hatten, zur reformierten übergetreten, ohne seine Untertanen zu zwingen (was er nach Reichsrecht gedurft hätte) den Übergang vom lutherischen zum reformierten Kirchentum mitzumachen. Seither waren die Hohenzollern mit ihrer Sympathie einer Versöhnung, womöglich einem rechtlichen Zusammenschluß der beiden evangelischen Konfessionen zugewandt. Friedrich Wilhelm III. hielt die Zeit für gekommen, ihn (1817) für Preußen (seit 1866 sagt man für die in Betracht kommenden Landesteile: Altpreußen) endgültig in die Wege zu leiten.

Die Erinnerung an die Betätigung des preußischen Königs (andere Fürsten wären auch zu nennen) zugunsten der Union, eine Betätigung, die nicht unmittelbar ein „Dekretieren" darstellte, doch aber zum Teil in Maßnahmen kraft königlichen Rechts verlief, mag uns darauf verweisen, daß das protestantische Kirchentum in Deutschland (wie weit auch in andern Ländern kann hier auf sich beruhen) überwiegend den Charakter des sogen. Staats- und Landeskirchentums trug, vielmehr noch immer trägt. Die Entwicklung der Rechtsordnungen in den evangelischen gottesdienstlichen Gemeinden ist nur zu verstehen, wenn man weiß, daß es sich um eine Umbildung bestehender,

nicht eine freie grundsätzliche Ausbildung neuer Verhältnisse gehandelt hat. Das ist für den nicht verwunderlich, der Luthers konservativen Sinn kennt; es lag Luther nur daran, daß das Evangelium als freier Glaube zur Geltung komme, Organisationsformen fanden bei ihm wenig Interesse. Als er und die Seinen von Rom „exkommuniziert" wurden, mußte er notgedrungen manches gestalten, knüpfte aber überall nach Möglichkeit an bestehende Formen an. So hat sich manches, was äußerlich dem Katholizismus entspricht, im Luthertum erhalten. Wir haben im 19. Jahrhundert mancherlei Um- und Fortbildung der Gestalt des evangelischen Kirchentums gehabt, ohne daß „frei" gebaut wurde. Zunächst war vom Mittelalter her selbstverständlich, daß jeder, der zu einer bürgerlichen, staatsmäßigen, städtischen usw. Ordnung gehöre, auch Christ sei und als solcher „der" Kirche angehöre. „Die" Kirche war die römische. In der Reformation wurde die vorhandene gottesdienstliche Gemeinde, die als lokale Repräsentation des „Ganzen" der Kirche erschien, in einer begrifflich neuen, der alten religiösen Betrachtung gegenüber beschränkten Weise bewertet, aber äußerlich rundum aufrecht erhalten. Jeder an seinem Orte, in seiner Stadt usw., wurde in Anspruch genommen für die Teilnahme an der evangelisch ausgestalteten, jetzt nicht mehr um die Messe, sondern um die Predigt des Wortes Gottes oder des „Evangeliums nach reinem Verstand" gruppierten Feier des Gottesdienstes. Wiederum stammt aus dem Mittelalter ein Recht und eine Pflicht der Obrigkeiten, Fürsten, Magistrate, Gutsherren usw. für den „rechten" Gottesdienst zu sorgen. Als „Patrone" der Lokalkirchen hatten sie darauf zu achten und entsprechende Vorkehr zu treffen, daß die Lokalgemeinden „rechten" Gottesdienst, rechte Bedienung durch die „Gnadenmittel" hätten. Das war zunächst römisch gedacht und wurde nun evangelisch umgeprägt: Die Patrone, alle höheren und niederen Obrigkeiten in ihrem Gebiete, wurden von Luther für verpflichtet angesehen, gegebenfalls energisch an ihre Pflicht gemahnt, der Predigt des „lauteren Evangeliums" freie Bahn zu schaffen und die Pfarrer anzuhalten, alles das im bisherigen Gottesdienste abzutun, was dem „Evangelium zuwider" sei. Da die Bischöfe sich der Reformation verschlossen, traten die Obrigkeiten, der „Not halber", auch in die diesen vorbehaltenen Regierungsbefugnisse. So entstand der sogen. „Summepiskopat" der Landesherren und das evangelische Landeskirchentum. Über die Landesgrenzen hinaus hatten die Landesherren keine Rechte. Nur das „Reich" hatte noch Befugnisse in Hinsicht des Gesamtgebiets, das Deutschland hieß. Aber das „Reich" blieb (bis 1806) katholisch. Der „Summepiskopat" (die „Oberbischofsstellung", eigentlich: „Oberaufsichtsstellung", denn „Bischof" bedeutet „Aufseher") gab den Fürsten usw. keinen geistlichen Charakter. Und wenn sie nun tatsächlich dafür sorgten, daß in ihren Landen oder Städten usw. der evangelische Gottesdienst eingeführt wurde, es auch nicht an Organen fehlte, Prediger zu bestellen, so hatten alle ihre Vorkehrungen hierfür nur den Sinn von Maßnahmen, zu denen sie, da die Bischöfe ihre Pflicht nicht täten, aushilfsweise und zugleich um der „Ordnung" willen verpflichtet seien. Sie sorgten für Schulen, auf denen die Prediger ausgebildet werden konnten (theologische Fakultäten), für feste Formen der Wahl und Einführung von Predigern, für Superintendenten und Konsistorien: all das in den verschiedenen Ländern in ziemlich verschiedenen Gestalten, aber immer in dem Gedanken, „weltliche" Ordnungen für die Kirche als gottesdienstliche Gemeinde, die sich „selbst" nicht zu „helfen" wisse, zu stiften. In die „Lehre"; die Frage nach der richtigen Auslegung der Bibel, mischten sie sich nicht unmittelbar. Hier walteten die Theologen, die sie freilich anhielten und mehr oder weniger zwangen, sich zu einigen. Aus diesen Bemühungen entstand 1580 das sogen. „Konkordien(Einigungs-)buch", eine Sammlung von Schriften (darunter in erster Linie, neben dem „apostolischen Bekenntnis", die „Augsburgische Konfession" von 1530), die die Lehre in feste Bahnen leitete. Dieses Buch ist der Repräsentant des evangelisch-lutherischen „Bekenntnisses". Seine einzelnen Stücke heißen die „Symbole" oder die „symbolischen Bücher der lutherischen Kirche". Das wichtigste symbolische Buch der deutschen reformierten Kirche wurde der „Heidelberger Kate-

chismus" (1563). Auf die Symbole wurden alle Prediger verpflichtet, auch von Staats (d. h. von Ordnungs) wegen. In den Gegenden Deutschlands, wo der Calvinismus Einfluß hatte, kamen etwas andere Formen zustande, als wo das Luthertum herrschte. Dort gewannen die Gemeinden selbst und ihre Repräsentanten, Presbyterien und Synoden, Einfluß. Dort gab es lange keine Konsistorien. Im 19. Jahrhundert, wo nach 1815 bezw. nach 1848 fast alle evangelischen Kirchen relativ neue Verfassungen bekamen (da mit den alten Landesgrenzen auch eine Menge von Kirchengrenzen sich verwischt oder verschoben hatten), ist es ganz überwiegend dahin gekommen, daß eine Mischung des lutherischen und calvinischen Kirchentypus vollzogen wurde: einerseits Konsistorien, andererseits (als eine Art von Konstitutionalismus) Presbyterien (Gemeindevertretungen) und Synoden (kleinere und größere Kreisvertretungen).

Was die Fürsten für die Einrichtung evangelischer Gottesdienste und die verfassungsmäßige Gestaltung evangelischer Landeskirchen taten, taten sie dem katholischen („heiligen römischen") Reiche gegenüber in eigener politischer Verantwortung. Erst im westfälischen Frieden 1648 erhielten sie volle reichsrechtliche Freiheit. Seither besteht in Deutschland die sogen. Parität der Konfessionen. Es handelte sich dabei zunächst nur um ein „Recht" der Fürsten, (Magistrate usw.), sei es katholisch, sei es evangelisch (lutherisch oder reformiert) zu sein und in ihren Landen und Städten eine der beiden Kirchen, „ihre" Kirche zu privilegieren und zu subventionieren, wobei sie nun freilich die andere „dulden" mußten. Das Detail dieser Friedensordnung kann auf sich beruhen. Eine Parität der „Untertanen" enthielt sie nicht. Erst das 19. Jahrhundert, die Komposition neuer Staaten aus ehedem konfessionell entgegengesetzten Gebieten (das „evangelische" Preußen erhielt am Rhein Bischofslande, das „katholische" Bayern die alten evangelischen Besitzungen der Hohenzollern in Franken: selbst sehr kleine Staaten wurden jetzt so gebildet, daß sie keine konfessionelle Einheit mehr waren), erst diese 1815 begründeten Verhältnisse in Deutschland haben (schrittweise) die eigentliche Toleranz und jeder Person gesicherte Parität nach sich gezogen. Der „Kulturkampf" brachte auch das Recht des „Austritts aus der Kirche" (1873). Auf evangelischer Seite hatte es immer kleine Gruppen gegeben, die sich gottesdienstlich abgesondert hatten, sogen. Sekten. Sie hatten im Grunde gar keine „Rechte" gehabt, waren nur unter drückendsten Bedingungen „geduldet" worden. Auch sie haben jetzt (beschränkten) Anteil an der Parität. Die alten „Landeskirchen" sind zurzeit die „privilegierten" Kirchen. Mußte ehedem jeder einer von ihnen angehören, so braucht jetzt niemand mehr ihnen anzugehören. Die Ablösung des staatlichen Eherechts von dem kirchlichen bedeutet auch für diejenigen, die in ihrer angestammten Kirche bleiben, die Bestätigung ihrer Freiwilligkeit derselben gegenüber. Noch üben die Landesherren (jetzt unter Mitanteil der Parlamente) ihren evangelischen Landeskirchen gegenüber volle „Regierungsbefugnisse" aus. Doch geht die Tendenz der Entwicklung darauf, diese Kirchen schrittweise so zu verselbständigen, daß der „Staat" nur noch „Hoheitsrechte" behalte. Nicht jeder deutsche Staat hat nur eine „Landeskirche". Nach dem Jahre 1866 fand es Preußen zweckmäßig, die Landeskirchen der annektierten Länder für sich weiterbestehen zu lassen, sie nicht der altpreußischen „unierten" Landeskirche anzuschließen, also auch nicht unter die gemeinsame Oberbehörde dieser Kirche, den „Oberkirchenrat" in Berlin, zu stellen. Im ganzen gibt es gegenwärtig 37 „Landeskirchen" in 25 „Ländern". Die letzte Zählung (1905) ergab im Reiche rund $37^2/_3$ Millionen Protestanten neben etwas mehr als 22 Millionen Katholiken, bei $60^2/_3$ Millionen Einwohnern überhaupt. Als Mitglieder protestantischer „Sekten" werden höchstens 200000 anzusetzen sein. Der „Austritt aus der Kirche", d. h. der Übergang zur Konfessionslosigkeit, hält sich relativ in engen Grenzen. Den Hauptanteil an der Million Einwohner des Deutschen Reichs, die am 1. Dezember 1905 nicht zu einer protestantischen Landeskirche und nicht zur römischen Kirche gehörten, hatten die Israeliten mit mehr als 600 000 Vertretern. (Natürlich stimmen die Zahlen gegenwärtig nicht mehr! Insgesamt dürfte Deutschland im laufenden Jahre, 1910, über 65 Millionen Einwohner haben. Davon wird der

Protestantismus etwa 40, der Katholizismus wohl $23^1/_2$ Millionen zählen. Im einzelnen beobachtet man Schwankungen. Die natürliche Vermehrung des Katholizismus ist stärker als die des Protestantismus. Doch sind die Übertritte zum Protestantismus häufiger. Der „Austritt", den besonders die Sozialdemokratie fördert, berührt wieder mehr den Protestantismus als den Katholizismus.)

Eine institutionelle Gesamtvertretung aller evangelischen Landeskirchen besteht seit 1903 in dem „Deutschen evangelischen Kirchenausschuß", der alljährlich auf der Wartburg tagt, keine Regierungsbefugnisse besitzt, aber „nach außen" die evangelischen gemeinsamen Interessen vertritt. Es handelt sich dabei um die Beziehungen zwischen dem Protestantismus und Katholizismus; in diesem Jahre z. B. kam die Stellungnahme zur sogen. Borromäus-Enzyklika in Betracht. Ferner berät der Ausschuß die Verhältnisse der evangelischen Deutschen in den Kolonien bzw. Schutzgebieten, dazu die der evangelischen deutschen Staatsangehörigen in fremden Ländern, sowohl in Europa, als in den andern Erdteilen. Auch die Pastorierung der Seeleute soll er im Auge halten. Die altpreußische Landeskirche, bzw. der Oberkirchenrat in Berlin, gilt als berufen zur Führung. Von diesem „Kirchenausschuß" ist noch zu unterscheiden eine ebenfalls jährlich auf der Wartburg tagende „deutsche evangelische Kirchenkonferenz", eine Versammlung von deputierten Mitgliedern der einzelnen Kirchenregierungen. Diese Konferenz behandelt gemeinsame Interessen der deutschen Landeskirchen innerhalb Deutschlands selbst. Beide Körperschaften haben sich durch förderliches freies Zusammenwirken schon viele Verdienste und bei allen Kundigen Vertrauen erworben. Nicht in der behördlichen Art, wie diese beiden Vertretungen des deutschen kirchlichen Gesamtprotestantismus und doch nicht minder bedeutsam, ja praktisch sogar vielfach förderlicher, weil unabhängiger (vom Staat und seinen jeweiligen politischen Tendenzen) erscheint der „Gustav-Adolfverein". Er ist 1842 gestiftet als eine Gesellschaft zur pekuniären Unterstützung armer evangelischer Gemeinden, besonders solcher in der „Diaspora", d. h. in der „Zerstreuung" besonders unter Katholiken. Nicht propagandistisch gedacht, will er nur dazu helfen, daß Protestanten nicht durch Mangel an Gelegenheit nach ihrer Weise Gottesdienst zu halten, ihre Kinder evangelisch erziehen (konfirmieren) zu lassen, überhaupt sich miteinander kirchlich zusammenzufinden, ihr Kirchentum verlieren. Seine Hauptaufgabe sieht er darin, evangelische Kirchen und Schulen in der Diaspora (nicht nur Deutschlands) zu bauen und für Pfarrer- und Lehrergehälter bis zur völligen Verselbständigung der Gemeinden beizusteuern. Er hat seinen ständigen, leitenden Vorstand in Leipzig und hält jährlich, die evangelischen Städte aufsuchend, seine Hauptversammlungen. Ihm nachgebildet ist der katholische Bonifaziusverein, der ihn in seinen Einnahmen jedoch weit überholt hat (der Gustav-Adolfverein konnte 1909 etwas über 2 Millionen, der Bonifaziusverein fast 4 Millionen Mark aufwenden!) Umgekehrt eine Nachbildung katholischer Unternehmungen ist der „Evangelische Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen", der 1887 in Frankfurt a. M. gegründet wurde und jetzt seinen Vorstand in Halle hat. Er will nicht eigentlich ein Kampfverein sein, sondern in erster Linie das protestantische Bewußtsein stärken und in sich selbst klären. Er betont das nationale Interesse des deutschen Protestantismus. Auch er ist über ganz Deutschland verbreitet.

Es liegt in der Natur der Sache, daß der Protestantismus mehr durch sein Kirchentum, als durch die freie religiös-sittliche Geistesmacht, die in ihm lebt, der Öffentlichkeit bemerkbar wird. Sein tatsächlicher historischer Einfluß, seine Wirksamkeit im großen, ruht auf seinem Geiste. Aber im kleinen, in den Alltagsverhältnissen, begegnet man den Rechtsformen und den zufälligen persönlichen Leitern der Organisation, in der er als kultische Gemeinde erscheint. Auch in dieser Form verleugnet er seinen Geist nicht, doch ist er hier (ganz ebenso wie der Staat, von dem er zum Überfluß hier fast völlig abhängig ist) in verfestigten Traditionen vinkuliert. Seinen größten unmittelbaren Einfluß übt er hier durch die Sitte, die er begründet hat. Es gibt im Protestantismus, so gut wie im Katholizismus, eine kirchliche Sitte, an der unzählige teilnehmen

und welche weitesten Kreisen für ihre Empfindung, ihr Gemüt etwas bedeutet, die sich sonst nur sehr locker mit der gottesdienstlichen Gemeinde verbunden fühlen (Trauung, Kindertaufe, Konfirmation, Begräbnis, Weihnachtsfest usw.). In diesen „Bräuchen", Feiern, Festen hat der deutsche Familiensinn festen Rückhalt und für seine mitschaffende Betätigung reichen Spielraum gefunden.

Die eigentliche Sphäre der Kirche im engeren Sinne ist, wie sich von selbst versteht, die Ausübung ihres Kultus in der regelmäßigen Form. Auch der Protestantismus kennt hier Ritus und Weihe. Aber derartiges tritt in ihm sehr zurück, in der reformierten Kirche mehr noch als in der lutherischen. Manch einer hat den evangelischen Kultus als fast zu arm an Formen empfunden und den Eindruck gehabt, als ob er zu wenig an das Gemüt, zu einseitig an das Denken und Wollen sich wende. Es hängt damit zusammen, daß die Kunst verhältnismäßig wenig Anteil an ihm hat. Daß das gottesdienstliche Gebäude im protestantischen Geiste und nach den besonderen Bedürfnissen der evangelischen Art des Gottesdienstes (Kanzel, nicht Altar, die Hauptstätte darin) ein selbständiges künstlerisches Problem, eine bedeutsame eigenartige architektonische Aufgabe darstellt, hat man erst neuerdings in vollerem Maße erkannt und berücksichtigt. Eine Ausmalung der Kirchen mit typisch neuempfundenen (nicht notwendig, doch wohl meist biblischen) Bildern ist auch erst in den letzten Dezennien als wohlverträglich mit dem Geiste des Protestantismus, ja recht eigentlich auch der „Andacht", den Zielen der Predigt förderlich, erkannt (Gebhardt). Die am meisten charakteristische und triebkräftigste evangelische kirchliche Kunst ist das Gemeindelied und der Gemeindegesang. Nicht als ob nur der Protestantismus große geistliche Dichter hätte, aber er hat (Luther voran) solche in ungewöhnlicher Fülle hervorgebracht. Seine Kirchenlieder sind Trutz- und Kampflieder, Lieder mit eigentümlicher Jesusmystik, Lieder des entschlossenen, unbeirrbaren Vertrauens auf Gott wider „Welt und Teufel". Das 17. Jahrhundert, die Zeit des Dreißigjährigen Kriegs, ist die klassische Periode gewesen (Paul Gerhardt, † 1676). Zum Liede gehört die Melodie. Sie redet oft eine Sprache für sich, gibt dem Worte erst Flügel. Der protestantische deutsche Choral ist eine ebenso eigenartige, wie immer noch sehr zukunftsvolle Kunstschöpfung. Die evangelische Kirche kennt auch die Oratorienmusik und hat ihr Meister ersten Ranges und von unvergänglichen Namen, insonderheit in Deutschland, erweckt (Händel, † 1759, J. S. Bach, † 1750, J. Brahms, † 1897).

Durch die Predigt und den Stand der Prediger (Pfarrer, oder wie man am Niederrhein und in Norddeutschland sagt: Pastoren) ist die Kirche mit der Wissenschaft und den hohen Schulen verbunden. Für das Volk in seinen breiten Massen ist sie durch ihre katechetische Tätigkeit („Konfirmationsunterricht") eine geistige Bildnerin. Ihr Zusammenhang mit der Volksschule im bürgerlichen Sinn ist in der Lockerung begriffen. In Deutschland hat die protestantische Kirche mehr als anderwärts sich angelegen sein lassen, alle ihre „schulmäßige" Betätigung in Berührung zu erhalten mit dem Wachsen der geistigen Bedürfnisse gerade auch der Massen, des „Volks". Ihr Religionsunterricht ist längst der Schablone entwachsen. Zum Teil ist sie auch in Unterrichtssachen nur beauftragte willige Gehilfin des Staats gewesen, dem sie ihr Mandat ruhig, auf Verlangen, zurückgeben kann, dessen gewiß, daß viele Kanäle ihre Ideen doch auch dann in das Volksleben hinüberführen werden. Ihre Hauptkraft geistiger Art, das sicherste und wirkungsvollste Mittel ihrer Selbsterhaltung in dem Sinne, wie sie gedacht ist, ihres Einflusses über ihre institutionellen Grenzen und Formen hinaus, ist ihre Theologie. In ihrem eigenen Schoße wirkt diese dem etwa drohenden Stillstande entgegen. Indem die evangelische Kirche wissenschaftlich gebildete, jedem andern „höheren" Stande, allen leitenden Schichten des Volkes geistig ebenbürtige Pfarrer haben will, auch zu jeder Zeit gehabt hat, ist sie befähigt gewesen und geblieben sich für alle Kulturinteressen geistig offen zu erhalten, sich immer unter neue Anregungen zu stellen, auch hineinzuwirken in alle Sphären des öffentlichen Lebens. Viele der Anregungen, die ursprünglich von ihr ausgegangen, sind längst übernommen von andern Gesellschaftsformen (dem Staate, den sozialen, politischen Parteien, Verbänden aller

Art). Ihre zunächst oft so spröden Lehren sind indirekt zu unübersehbarem, ideellem Einfluß durch diesen oder jenen Mann, der nicht „berufsmäßig" in ihr stand, gelangt; ich denke an manchen Staatsmann und Juristen. In der Theologie als einer akademisch gepflegten Wissenschaft steht Deutschland zugestandenermaßen an der Spitze der protestantischen Länder. Das Merkmal der protestantisch-deutschen Theologie ist nicht die spezifische Gelehrsamkeit (darin ist ihr die Theologie anderwärts ebenbürtig, in einzelnen Beziehungen überlegen), sondern die erzeugende Ideenhaftigkeit. Vielleicht der größte protestantische Theologe, nach Luther, Calvin, Melanchthon, war der Deutsche D. F. Schleiermacher († 1834), gleich hervorragend als Theologe wie als Philosoph, auf dem Katheder und auf der Kanzel ein Bahnbrecher, insonderheit ein Repräsentant der ideenhaften Theologie. Man darf über der wissenschaftlichen Theologie und ihren großen Vertretern das schlichte deutsch-evangelische Pfarrhaus und die Bedeutung der Pfarrerfamilie nicht vergessen. Es soll kein Hymnus darauf angestimmt werden. Daß der Pfarrer, wie jeder Mann, ein Weib haben dürfe, war eine der selbstverständlichen Konsequenzen der Grundgedanken Luthers. Der Protestantismus legt Gewicht darauf, daß keine „persönlichen" Privilegien mit dem Pfarrerberuf verknüpft seien; das letzte in Deutschland, die Befreiung vom Militärdienst, ist auf ausdrückliches Betreiben der evangelisch-theologischen Studenten beseitigt worden. Es ist viel geistige Kraft vom Pfarrhause ausgegangen. In auffallend hohem Maße begegnet man unter den bedeutenden Vertretern gerade auch aller „weltlichen" Wissenschaften Pfarrersöhnen.

Die Kirche als gottesdienstliche Gemeinde will die Predigt des Evangeliums hören. Den intimen sittlichen und religiösen Gehalt der Bibel will sie ausschöpfen lernen. Sie glaubt damit dem wahren Ideal menschlichen Lebens eine Stätte zu sichern. Und sie hofft durch ihre stetige „Predigt" auch allen andern Gemeinschaften des Volkslebens die besten Dienste zu tun. Sie hält es mit Recht für ihre Pflicht, zumal in allen Fragen des sittlichen Gemeinlebens eine Art von „treuem Ekkehard" darzustellen. In den sozialen Wirren unserer Zeit, in den Nöten, die durch die Umgestaltung des wirtschaftlichen Lebens heraufbeschworen und seit dem Schlusse des 19. Jahrhunderts besonders empfindlich geworden sind, hat die evangelische Kirche versucht, zur Klärung der Gedanken, um die es sich handelt, das ihrige beizusteuern. Ihre regimentlichen Organe haben dabei zum Teil zu empfinden bekommen, daß sie an den Staat und dessen politische Führer gebunden sind. In freien „Kongressen" haben evangelisch-kirchlich gesinnte Männer unternommen, in den Riß zu treten. So der „Evangelisch-soziale Kongreß" (seit 1890; jetzt unter der Leitung von Adolf Harnack) und die „Kirchlich-soziale Konferenz" (anfänglich unter der Leitung von Stöcker, jetzt von Seeberg-Berlin). Mit Recht hat die evangelische Kirche sich auch nach Möglichkeit der charitativen Fürsorge für das Volk angenommen. Nicht in Wettbewerb mit den staatlichen, städtischen, privaten Werken der Humanität, aber in Ergänzung zu ihnen, vielfach vorangehend mit aufspürendem Eifer haben beamtete und unbeamtete Glieder der Landeskirchen, alleinstehende Persönlichkeiten (Fliedner, † 1864, Wichern, † 1881, Bodelschwingh, † 1910) und Behörden, in den jetzt schon schier unübersehbar gewordenen Unternehmungen der sogen. „innern Mission" dem „praktischen Christentum" immer neue Felder der Betätigung erschlossen. Es kann sich ja nicht darum handeln, hier auch nur die hauptsächlichsten Unternehmungen dieser Art aufzuzählen. Nicht nur jede Großstadt, nein, schon fast jedes Dorf wird davon mindestens berührt. Allenthalben trifft man Anstalten der Fürsorge für die Kinder („Krippen" für die kleinsten, Kinderspielschulen oder „Kinderhorte" für etwas größere, Rettungs- oder Bewahrungshäuser für sittlich gefährdete, daneben Waisenhäuser usw.), solche für die heranwachsende Jugend („Heime" für Lehrlinge, Gesellen, Mägde, usw., alleinstehende Töchter guter Familien, usw.), für wandernde, von der Heimat gelöste Elemente (Herbergen zur Heimat, Arbeiterkolonien, gastliche Stätten für Soldaten, Kellner, Sachsengänger, Schiffer, alle Arten von Arbeitern). Die Armen- und Krankenpflege ist schon altkirchlich. Der Protestantismus hielt überkommene Anstalten hierfür zu jeder Zeit aufrecht; zunächst waren

es mehr städtische als kirchliche Gemeinden, die hieran festhielten (das ergab sich, wie von selbst, vom Mittelalter her). Zumal auch die Fürsorge für die Alten war und blieb vielerorten städtisch. Die erste große reinkirchliche Stiftung im deutschen Protestantismus, speziell im Luthertum, war das Hallesche Waisenhaus, das August Hermann Francke, † 1727, erbaute. In reformierten Gemeinden, zumal wo sie nur „geduldete" Existenz hatten, kam es schon früher zu lokalen, kleineren „kirchlichen" Fürsorge-Unternehmungen. Mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts wächst in starkem Maße das kirchliche Interesse an all solchen Werken. Es entwickelt sich ein neuer Stand, besonders der pflegenden „Schwestern" und „Brüder" (Diakonissen, Diakonen: das erste „Diakonissenmutterhaus" war das zu Kaiserswert, gestiftet 1836). Der kirchliche Gesichtspunkt führt zur Ergänzung des bloß humanitären. Nie wird der letztere ausgeschaltet. Aber die Kirche denkt mit an die „Seelen". So entstehen die Gesellschaften, Vereine, Anstalten zur Bekämpfung besonderer Notstände (Trunksucht, Unzucht usw.). Die Gefangenen und Entlassenen werden aufgesucht. Unternehmungen zur Bekämpfung unsittlicher Literatur, zur Verbreitung von Bibeln, Predigten, christlicher Unterhaltungsliteratur entstehen. Man erinnert sich der sittlichen Notstände in den großstädtischen Mietskasernen usw. Die sogen. „Stadtmissionen" werden begründet. In solchen Unternehmungen hat Adolf Stöcker, † 1909, sich besonders einen Ehrennamen in Deutschland erworben. Natürlich ist das gesamte Leben dieser Art, das man als „innere Mission" kennzeichnet, letztlich auch zusammenfassend organisiert worden. Es wird seit 1849 (auf Grund von Ideen zunächst Wicherns) geleitet (nicht eigentlich regiert: in diesem Sinne ist Zentralisierung undenkbar) von dem „Zentralausschuß für die Innere Mission der deutsch-evangelischen Kirche" (erster Vorsitzender war Bethmann-Hollweg), der jährlich an wechselnden Orten Generalversammlungen veranstaltet und in freier Weise regelnd und fördernd wirkt. Vielleicht genießt die evangelische „Kirche" in der Form, in der sie als Trägerin dieser praktischen Hilfe in unendlich vieler Not unserer Zeit auftritt, die allgemeinste Sympathie, deren sie sich gegenwärtig erfreuen mag.

Ihre nicht so großen, aber stetig wachsenden Unternehmungen der „äußeren Mission", beginnen auch in weiteren Kreisen ein Verständnis zu erwecken, wie sehr nationale Lebensinteressen von dem institutionellen protestantischen Kirchentum mitgetragen und mitgefördert werden. Nach der letzten Statistik (1908/09) gibt es in Deutschland nicht weniger als 26 evangelische Missionsgesellschaften, zum Teil allerdings sehr kleine. Die älteste und immer noch durch die größte Zahl von Missionaren ausgezeichnete ist die von dem Grafen Zinzendorf, † 1750, begründete „Mission der evangelischen Brüderunität" (Brüderunität = Brüdergemeinde = Herrnhuter). Sie ist schon 1732 ins Leben getreten. Nächst ihr die größte Gesellschaft ist die „Rheinische", die in Barmen ihren Sitz hat (gegründet 1828). Im ganzen stehen an 1000 von Deutschland her gesendete „ordinierte" Missionare in der Arbeit (großenteils in den deutschen Kolonien). Neuerdings haben die Gesellschaften begonnen, auch Missionsärzte auszusenden. So wächst das Werk des deutschen kirchlichen Protestantismus in immer größere Aufgaben hinein.

Die katholische Kirche.

Von Dr. **Glasschröder,** Königlicher Reichsarchivrat, München.

Die katholische Kirche in Deutschland steht heute „groß und geachtet im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, geliebt von ihren Anhängern, beneidet von ihren Gegnern". Diese Stellung verdankt sie vor allem der Kraft der Überzeugung und dem Bekennermute ihrer Gläubigen, die sich immer enger und inniger um die Mutter scharten, je mehr sie dieselbe bekämpft und bedroht sahen. An Kämpfen hat es der katholischen Kirche Deutschlands im 19. Jahrhundert nicht gefehlt, hervorgerufen durch das auch heute noch nicht endgültig geregelte Verhältnis zwischen Kirche und Staat. Die Stellung der katholischen Kirche zum Staate ist gegeben durch die Auffassung, daß sie als die von Gott gesetzte Heilsanstalt für das gesamte Menschengeschlecht bezüglich dieses höheren Jenseitszweckes, bezüglich der Mittel zu seiner Erreichung, mithin auch bezüglich Organisation und innerer Einrichtung eine in sich geschlossene Gemeinschaft (societas perfecta) sei und bezüglich dieser geistigen Sphäre nicht unter der Herrschaft des nur irdischen Wohlfahrtszwecken dienenden Staates stehen könne, dessen wahre Interessen durch die freie Betätigung ihrer Aufgabe in keiner Weise geschädigt, vielmehr bestens gefördert werden. Der Staat aber glaubte wiederholt auch von der katholischen Kirche jene Unterordnung unter seine Macht erzwingen zu müssen, in welche sich die protestantische Kirche von Anbeginn an begeben hat.

Nie glaubte er diesem Ziele näher zu sein als zu jenem Zeitpunkte, wo die Säkularisation, das Staatskirchentum und die Kirchenfeindschaft des Aufklärertums die deutsche katholische Kirche in eine fast verzweifelte Lage versetzt hatten. Durch die Aufhebung der geistlichen Fürstentümer war ihre äußere Organisation beinahe vernichtet und durch die Einziehung der Stifte, Klöster und sonstigen Kirchengüter verlor sie fast ihr gesamtes Vermögen. Die meisten Diözesen waren verwaist, die kirchlichen Anstalten zerstört, die Verbindung mit dem Oberhaupt der Kirche gehemmt. Rechtlos und arm sah sich die Kirche unter der Bevormundung der weltlichen Regierungen, die ihrer Wirksamkeit lähmende Schranken setzten.

Wohl hatte der Reichsrezeß vom 25. Februar 1803 eine Neuorganisation der Diözesen und eine Neuordnung der gesamten kirchlichen Verhältnisse durch ein Konkordat mit dem apostolischen Stuhle in Aussicht genommen. Aber die in Wien geführten Verhandlungen über ein Reichskonkordat scheiterten ebenso wie die Bestrebungen der süddeutschen Rheinbundsstaaten nach Sonderkonkordaten. Auch vom Wiener Kongresse und dem in Frankfurt a. M. eröffneten Bundestage erhofften die deutschen Katholiken vergebens die Beseitigung ihres kirchlichen Notstandes. Alle Bemühungen des päpstlichen Staatssekretärs Consalvi, der katholischen Kirche in Deutschland ihre Rechte und ihr Vermögen wieder zu verschaffen, scheiterten.

Erst allmählich kam die Einsicht, daß das bisherige unnatürliche Verhältnis zwischen Staat und Kirche auf die Dauer auch dem zeitlichen Wohl ihrer Untertanen nachteilig sei und nur der Revolution und Anarchie Vorschub leiste, und daß es zur unabweisbaren

Notwendigkeit geworden, wenigstens die äußeren kirchlichen Verhältnisse durch Vereinbarungen zu ordnen.

Bayern ging voran. Am 5. Juni 1817 ward ein Konkordat abgeschlossen, wodurch das Königreich in zwei Kirchenprovinzen eingeteilt wurde. Dem Erzbischofe von München und Freising wurden die Bischöfe von Augsburg, Passau und Regensburg, dem Erzbischof von Bamberg die Bischöfe von Eichstädt, Speyer und Würzburg als Suffragane unterstellt. Die Zirkumskriptionsbulle vom 1. April 1818 beließ im allgemeinen die alten Diözesangrenzen; nur erhielten die Erzdiözese München-Freising und die Diözese Passau die nunmehr auf bayerischen Boden gelegenen ehemaligen Chiemseer und Salzburger Bistumsteile, der Erzdiözese Bamberg wurde vom alten Würzburger Sprengel die Ansbacher Gegend überwiesen und das reorganisierte Bistum Speyer wurde auf das Gebiet des bayerischen Rheinkreises (heute Pfalz benannt) zirkumskribiert (übergrenzt).

Dem Beispiele Bayerns folgend reichten die Regierungen von Württemberg, Baden, beiden Hessen und Nassau im März 1821 einen Organisations- und Dotationsentwurf beim päpstlichem Stuhle ein. Auf Grund desselben errichtete Papst Pius VII. mit der Bulle Provida solersque vom 16. August 1821 die oberrheinische Kirchenprovinz. Dem Erzbistum Freiburg für Baden und die Hohenzollernschen Lande wurden die Bistümer „Rottenburg, Mainz, Fulda und Limburg" für Württemberg, Hessen-Darmstadt, Kurhessen und Nassau als Suffraganbistümer untergeben. Die Diözesangrenzen fallen hier mit den jeweiligen Landesgrenzen zusammen.

Zwischen Preußen und der römischen Kurie kam es, weil sich die preußische Regierung zu keinerlei Einschränkung der „Majestätsrechte" über die katholische Kirche verstehen wollte, zu keinem eigentlichen Konkordate, sondern nur zur Zirkumskriptionsbulle De salute animarum vom 16. Juli 1821, welche vom Könige am 23. August desselben Jahres als bindendes Statut für die katholisch-kirchlichen Verhältnisse Preußens erklärt wurde. Darin wurden dem reorganisierten Erzbistum Köln als Metropole die Bistümer Trier, Münster und Paderborn unterstellt. Das oldenburgische Fürstentum Birkenfeld kam zu Trier, für die Katholiken im eigentlichen Herzogtum Oldenburg wurde ein dem Bischof von Münster unterstehendes Offizialat in Vechta errichtet. Im Osten der preußischen Monarchie ward das Bistum Posen mit der Erzdiözese Gnesen unter Beibehaltung der beiden Domkapitel und getrennter geistlicher Verwaltung zu einem Erzbistum Gnesen-Posen vereinigt, welchem die Diözese Kulm als Suffraganbistum untergeordnet ist. Das exempte Bistum Breslau sollte die Provinz Schlesien umfassen mit Ausnahme einiger Kreise, welche von altersher den österreichischen Erzbistümern Olmütz und Prag zugehören. Die Katholiken in den Provinzen Brandenburg und Pommern wurden zu dem sogenannten Delegaturbezirk vereinigt, welcher vom Propst bei St. Hedwig in Berlin als Delegaten des Fürstbischofs von Breslau verwaltet wird. Bistum für Ostpreußen blieb Ermland.

Langwierige Verhandlungen der königlichen Regierung von Hannover mit Rom fanden ihren Abschluß in der Bulle Impensa Romanorum pontificum sollicitudo vom 26. März 1828, worin für Hannover zwei exempte Bistümer Hildesheim und Osnabrück errichtet wurden, deren Grenze die Weser bilden sollte. Osnabrück wurde wegen mangelnder Dotation bis 1857 vom Bischof von Hildesheim mitverwaltet.

Den deutschen Staaten war es bei diesen Vereinbarungen mit Rom zunächst nur darum zu tun, eine von ihren katholischen Untertanen als rechtmäßig anerkannte äußerliche Organisation mit möglichst geringer Dotationslast zu erreichen. Daß sie nicht gewillt waren, von ihrem bisherigen kirchlichen Bevormundungssystem abzugehen, trat alsbald deutlich zutage. In Bayern wurde die Bewegungsfreiheit, welche das Konkordat der katholischen Kirche gewähren sollte, durch das sogenannte Religionsedikt, welches der Verfassungsurkunde vom 26. Mai 1818 als zweite Beilage einverleibt wurde, erheblich eingeschränkt. Die Regierungen der oberrheinischen Kirchenprovinz hielten sich an die von ihnen vereinbarte Kirchenpragmatik, welche die katholische Kirche

in ihren Gebieten zur bloßen Staatsanstalt und die Geistlichen zu reinen Staatsdienern machte. Dieselbe Auffassung vertrat das preußische Landrecht vom Jahre 1797, welches während der ganzen Regierungszeit König Friedrich Wilhelms III. (1797 bis 1840) für die Behandlung der katholischen Kirche in Preußen die Richtschnur blieb. Auch Hannover und die übrigen kleineren Norddeutschen Staaten befolgten die kirchenhoheitsrechtlichen Grundsätze, welche ein hoher württembergischer Beamter treffend in die Worte kleidete: „Wir brauchen nur einen Salber, das Übrige können wir selbst besorgen". Den Bischöfen waren in der Diözesanregierung in allem die Hände gebunden, de: freie Verkehr mit dem Oberhaupte der Kirche behindert. Der niedere Klerus stand unter Aufsicht. An Stelle der Geistlichen regelten Staatsbeamte das religiöse Leben des Volkes. Von den höheren Stellen im Staatsdienste und den akademischen Lehrstühlen wurden glaubenstreue Katholiken ferngehalten. Die Kirche lag überall in drückenden Fesseln.

Da rüttelte das Vorgehen der preußischen Regierung gegen die Erzbischöfe von Köln und Posen in der Mischehenfrage die verzagten Katholiken Deutschlands mächtig auf und der große Görres gab ihnen in seiner Streitschrift Athanasius ein Programm: „Ganze und volle Realisierung der feierlich gewährten Religionsfreiheit und der zugesagten politischen und bürgerlichen Gleichheit der Konfessionen". In den Stürmen des Jahres 1848 verlangten die völlig wachgewordenen Katholiken Freiheit der Kirche vom Staate, Freiheit des Unterrichts, Preß- und Versammlungsfreiheit, doch alles auf gesetzlichem Wege. In ihrer Denkschrift vom 14. November 1848 formulierten die in Würzburg versammelten deutschen Bischöfe die Grundsätze bezüglich des inneren und äußeren Lebens der Kirche. Zu ihrer Durchführung organisierten sich die Katholiken in den sogenannten Piusvereinen: im Oktober 1848 tagte die erste deutsche Katholikenversammlung im goldenen Mainz, seit einem Jahrzehnt Zentralpunkt der kirchlichen Freiheitsbestrebungen.

Die Revolutionsstürme machten die Regierungen geneigter, den Grundsätzen freier Betätigung der Kirche Rechnung zu tragen. Im besonderen kam das preußische Staatsgrundgesetz vom 31. Januar 1850 in den §§ 11—18 den berechtigten Forderungen der Katholiken in vielen Punkten weit entgegen. Danach sollten die evangelische und katholische Kirche sowie jede andere Religionsgesellschaft ihre Angelegenheiten selbständig ordnen und im Besitze und Genuß der für ihre Kultus-, Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds bleiben. Alle Behinderungen des Verkehrs der Religionsgesellschaften mit ihren Oberen sollten beseitigt sein. Das staatliche Erneuerungs-, Vorschlags-, Wahlbestätigungsrecht bei Besetzung kirchlicher Stellen, soweit es nicht auf Patronat und besonderen Rechtstiteln beruhte, wurde aufgehoben. Die Abhaltung von Volksmissionen durch Mitglieder religiöser Orden wurde gestattet und die Niederlassung der letzteren auf Grund des verfassungsmäßig garantierten Assoziationsgesetzes ermöglicht. So folgte in Preußen ein zwanzigjähriges friedliches Zusammenleben zwischen der katholischen Kirche und der weltlichen Gewalt, für beide Teile von gleichwohltätigen Folgen.

In Bayern war im Revolutionsjahre, nach dem Zeugnisse der Regierung selbst, der katholische Klerus mutig und entschieden für Ruhe und Ordnung eingetreten. Er durfte hoffen, daß die Fesseln, in welche das Religionsedikt das kirchliche Leben geschlagen hatte, endlich fallen würden. Doch wiederholte Vorstellungen des Episkopates an den König erreichten in den Jahren 1852 und 1854 nur Abstellung oder Milderung einiger Härten, im Prinzip beharrte die Regierung nach wie vor beim Staatskirchentum des Religionsediktes.

Die Bischöfe der oberrheinischen Kirchenprovinz übersandten im März 1851 ihren Regierungen eine Denkschrift, worin sie freie Erziehung und Anstellung der Geistlichen, ungehinderte Handhabung der kirchlichen Disziplin gegen Kleriker und Laien, Leitung des religiösen Lebens und Förderung desselben durch zweckdienliche Institute und Genossenschaften, endlich Selbstverwaltung des Kirchenvermögens forderten. Die Ant-

wort der verbündeten Regierungen lautete fast durchwegs ablehnend. Eine neue Kollektiveingabe der Bischöfe hatte nicht mehr Erfolg. So war ein Konflikt unvermeidlich. Doch sahen sich die Regierungen von Württemberg und Baden bald veranlaßt, mit dem päpstlichen Stuhle behufs Regelung der kirchenpolitischen Fragen Unterhandlungen anzuknüpfen. Mit Württemberg kam es ziemlich rasch zu einer Verständigung, welche durch die Bulle Cum in sublimi vom 22. Juli 1857 und durch königliche Verordnung vom 20. Dezember desselben Jahres veröffentlicht wurde. Die Konvention mit Baden, die sich in vielen Artikeln teils wörtlich teils inhaltlich mit der württembergischen deckte, fand am 28. Juni 1859 ihren Abschluß. Obwohl der heilige Stuhl in beiden Konventionen den Regierungen weitgehende Zugeständnisse gemacht hatte, wurde doch von der Loge alsbald ein heftiger Kampf gegen die drohende römische Invasion in der Presse, in Volksversammlungen und in den beiden Ständekammern mit Erfolg eröffnet. Die Konvention wurde in Württemberg durch königliches Reskript vom 15. Jun 1860 wieder aufgehoben und durch ein Kirchengesetz vom 30. Januar 1862 ersetzt, welches sich vielfach den Inhalt der Konvention zu eigen machte, wenn es auch in manchen Punkten zuungunsten der Kirche von ihr abweicht. Gleichwohl ist es infolge des Entgegenkommens beider Gewalten bis heute die Grundlage für ein friedliches Verhältnis zwischen Staat und Kirche in Württemberg geblieben. Das gleiche Schicksal wie die württembergische hatte auch die badische Konvention. Sie wurde am 7. April 1860 von der Regierung preisgegeben und die kirchlichen Angelegenheiten wurden einseitig vom Staate durch Kirchengesetz vom 9. Oktober 1860 zu regeln gesucht.

In Hessen-Darmstadt hatte die Friedensliebe des Großherzogs Ludwig III. schon im Frühjahr 1855 einer Verständigung zwischen Bischof Ketteler von Mainz und der Landesregierung die Wege geebnet. Im Herzogtum Nassau kam es erst nach mehrjährigem Konflikt mit dem Bischofe von Limburg am 25. Mai 1861 zu einer Vereinbarung, welche in der Ständekammer nicht unangefochten blieb.

So war die einmütige Erhebung von Episkopat, Klerus und Volk für die kirchliche Freiheit in den größeren deutschen Staaten nicht ohne Erfolg geblieben. Als dann die deutschen Katholiken auf den Schlachtfeldern Frankreichs die deutsche Einheit mit hatten erkämpfen helfen, da erhofften sie vom neuen Reiche, daß auch die noch gebliebenen kirchenfeindlichen Gesetze, durch Hinübernahme der freiheitlichen Bestimmungen der preußischen Verfassung über das Verhältnis des Staates zu den Religionsgenossenschaften in die Verfassung des Deutschen Reiches beseitigt würden.

Aber der mächtige Kanzler des neuen Reiches, Fürst Bismarck, hatte sich wohl ein anderes kirchenpolitisches Programm zurechtgelegt: Beseitigung der Rechte und Freiheiten, welche die katholische Kirche seit 1837 sich errungen hatte, und Zurückführung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche auf den Stand des preußischen Landrechtes — Herstellung einer romfreien Nationalkirche in Unterordnung unter die Staatsgewalt.

Er mochte sich die Errichtung des Cäsaropapismus im neuen Reiche um so leichter vorstellen, als die Beschlüsse des Vatikanischen Konzils über die Unfehlbarkeit und den Summepiskopat des Papstes in Deutschland eine Opposition von katholischen Theologieprofessoren und Laien hervorgerufen hatten.

Die Bildung einer Fraktion von christlich-konservativen Abgeordneten im preußischen Landtage und im Deutschen Reichstage unter dem Namen Zentrum, welche den Grundcharakter des Reiches als eines Bundesstaates wahren, das moralische und materielle Wohl aller Bevölkerungsklassen fördern und verfassungsmäßige Garantien für die bürgerliche und religiöse Freiheit erstreben wollte, damit aber den politischen Zielen Bismarcks und seiner Bundesgenossen schnurstracks entgegen zu arbeiten drohte, ward von diesen als Kriegserklärung Roms gegen das neue Reich verkündet.

Der Kampf gegen die katholische Kirche wurde vorbereitet durch den sogenannten Kanzelparagraphen — nach seinem Urheber, dem bayerischen Kultusminister Lutz auch lex Lutziana genannt — vom 10. November 1871, welcher die Einflußnahme des Klerus

auf die katholische Bevölkerung erschweren sollte. Weil der Liberalismus in den Jesuiten ein Hauptbollwerk der römischen Kirche in Deutschland erblickte, so mußten sie als Friedensstörer und Feinde des neuen Reiches beseitigt werden. Das Reichsgesetz vom 4. Juli 1872 verbot jedwede Niederlassung des Ordens im Reiche und verfügte die Ausweisung der ausländischen und die Internierung der inländischen Jesuiten. In den Ausführungsbestimmungen untersagte der Bundesrat den Mitgliedern der Gesellschaft Jesu jedwede Ordenstätigkeit in Kirche und Schule und die Abhaltung von Volksmissionen. Nach einem Jahr teilten die Redemptoristen, Lazaristen, die Väter vom heiligen Geist und die Damen vom heiligsten Herzen als jesuitenverwandt das Los der Verbannung.

Außer in Preußen kam es nur in Baden und in Hessen zum erbitterten Kampf. Der eigentliche „Kulturkampf" nahm in Preußen im Jahre 1873 mit den vier sogenannten Maigesetzen seinen Anfang. Das erste derselben, die Erziehung und Anstellung der Geistlichen betreffend, wies dem Staate die Bestimmung des Bildungsganges der Geistlichen und die Aufsicht über die Anstalten zu, welche der beruflichen Vorbildung des Klerus dienen. Es sollte nur solchen Geistlichen, welche den staatlich vorgeschriebenen Bildungsgang mit Staatsprüfung (sogenannte Kulturexamen) absolviert hatten und gegen deren Person staatlicherseits kein Einspruch erhoben wurde, ein kirchliches Amt übertragen werden können.

Das zweite Gesetz über die kirchliche Disziplinargewalt, dessen erster Artikel verfügte: „Die kirchliche Disziplinargewalt darf nur von deutschen kirchlichen Behörden ausgeübt werden", und das die Errichtung eines „königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten" an Stelle der beseitigten päpstlichen Jurisdiktion vorsah, bezweckte die Losreißung der katholischen Kirche Preußens vom Oberhaupt der Gesamtkirche und deren Unterordnung unter die Staatsgewalt. Das dritte der Maigesetze betreffend die Grenzen der kirchlichen Disziplinargewalt brachte die angestrebte Oberherrschaft des Staates über die Kirche am schärfsten und klarsten zum Ausdruck. Das vierte Gesetz regelte die Formalitäten des Austrittes aus der Kirche überhaupt und des Übertritts zu einer anderen Religionsgenossenschaft im besonderen.

In einer Kollektiveingabe an das Staatsministerium von 26. Mai 1873 erklärten sich die preußischen Bischöfe außerstande, zum Vollzug der Maigesetze mitzuwirken, welche nach dem Gutachten Bischof Kettelers von Mainz der katholischen Kirche die protestantische Kirchenverfassung aufzwingen sollten. Die Durchführung der Maigesetze, denen in rascher Folge die philosophisch-theologischen Lehranstalten, die Knabenseminare und Konvikte und die eigentlichen Priesterseminare zum Opfer fielen, scheiterte denn auch am Widerstand der Bischöfe, der weder durch Geld- und Freiheitsstrafen noch durch Absetzung und Verbannung gebrochen werden konnte, und an der felsenfesten Treue, mit welcher der niedere Klerus und das katholische Volk zu seinen Oberhirten stand. Aber noch hoffte die Regierung und ihr parlamentarischer Anhang durch weitere Zwangsgesetze zum Ziele zu gelangen. Diese entzogen den Domherren, welche sich weigerten, an Stelle der staatlich abgesetzten Bischöfe Kapitularvikare (Bistumsverweser) zu wählen, das Pfründeeinkommen, bedrohten die Geistlichen, welche den Vorschriften der Maigesetze nicht genügt hatten und gleichwohl kirchliche Amtshandlungen ausübten, mit Strafe und ermächtigten die Patronatsherren und eventuell die Kirchengemeinden in den ihrer Oberhirten beraubten Diözesen erledigte Kirchenämter nach Maßgabe der Maigesetze endgültig zu besetzen oder vikarieren zu lassen. Nach dem Reichsgesetz vom 4. Mai 1874 konnte ein durch Urteil des kirchliche Gerichtshofes aus dem Amte entlassener Geistlicher, wenn er dieser Entscheidung durch öffentliche Feier des Meßopfers und Spendung der Sakramente entgegengehandelte, interniert oder ausgewiesen werden. Entziehung des Heimatrechtes sollte den Ungehorsam der Bischöfe und Priester brechen. Das sogenannte Brotkorb- oder Sperrgesetz vom 22. April 1875 stellte alle Leistungen aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bistümer und Geistlichen ein.

Mit ihrem bisherigen Vorgehen hatte die preußische Staatsregierung nur eines erreicht; eine einheitliche Opposition der katholischen Bevölkerung des Landes. Mochte auch die kirchenfeindliche Mehrheit des Landtages sich noch immer eine Binde um die Augen legen, Fürst Bismarck erkannte den vollen Ernst der Situation und die Notwendigkeit der Umkehr. Es gereicht seinem staatsmännischen Genie nur zum Ruhme, daß er der Erkenntnis alsbald die Tat folgen ließ. Er trat behufs Wiederherstellung geordneter kirchlicher Verhältnisse in Verbindung mit jener Autorität, welche der Kulturkampf vor allem ausschalten sollte und wollte, mit dem Papste. Doch schritten die Verhandlungen nur sehr langsam voran, weil der Papst die katholische Kirche in Preußen nicht diskretionären Vollmachten der Regierung preisgeben konnte, sondern auf organische Revision der Kulturkampfsgesetze dringen mußte. Die kirchenpolitischen Gesetzesnovellen in den Jahren 1880—85 ermöglichten die Wiederbesetzung der bischöflichen Stühle, die Aufhebung des Sperrgesetzes und die dringendste Aushilfsseelsorge in nahezu 1200 verwaisten Pfarreien. Als Papst Leo XIII. unterm 4. April 1886 die Anzeigepflicht bei endgültiger Übertragung des Pfarramtes unter der Voraussetzung der vollen Revision der kirchenfeindlichen Gesetze zugestand, schlug Fürst Bismarck sein ganzes staatsmännisches Ansehen für letztere in die Schanze. Das Gesetz vom 21. Mai 1886 beseitigte die maigesetzlichen Bestimmungen bezüglich der Vorbildung der katholischen Geistlichen, einschließlich des sogenannten Kulturexamens und gestattete die Wiedererrichtung der bischöflichen philosophisch-theologischen Lehranstalten, Knaben- und Theologenkonvikte und der eigentlichen Priesterseminare, von welchen Anstalten die Namen der Leiter und Erzieher, welche Deutsche sein müssen, sowie die Statuten und Hausordnungsvorschriften dem Kultusminister einzureichen sind. Die maigesetzliche Bestimmung, daß die kirchliche Disziplinargewalt nur von deutschen Behörden ausgeübt werden dürfe, der königliche Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten und die Berufung gegen Verfügungen der kirchlichen Gewalt an den Staat und der Eid für die Bistumsverweser wurden aufgehoben, ebenso die Vorschriften über Staatsaufsicht der Demeritenhäuser. Das Lesen stiller Messen und das Spenden der Sterbesakramente sollten nicht mehr den maigesetzlichen Strafbestimmungen unterliegen. Eine weitere Gesetzesnovelle vom 29. April 1887 beschränkte das Einspruchsrecht des Staates auf dauernde Übertragung des Pfarramtes, gab die Feier der heiligen Messe und das Spenden der Sakramente dem Weltklerus und den Mitgliedern der in Preußen zugelassenen Orden und Kongregationen frei und gestattete die Zulassung der mit Gesetz vom 31. Mai 1875 ausgeschlossenen Orden und Kongregationen einschließlich der weiblichen Lehrorden unter Rückgabe des seinerzeit konfiszierten Ordensvermögens „an die wiederkehrenden Niederlassungen".

Frei von den maigesetzlichen Fesseln konnte nunmehr die katholische Kirche in Preußen wieder die frühere, dem geistlichen und leiblichen Wohle ihrer Bekenner dienende und damit gleichzeitig das Interesse des Staates fördernde Wirksamkeit entfalten. Die nächsten Jahre brachten die Befreiung der katholischen Theologen vom aktiven Militärdienste (1890), die Aufhebung des Internierungs- und Verbannungsgesetzes (1890) und die Rückgabe der „Sperrgelder" (1891). Im Jahre 1894 wurde den Redemptoristen und den Vätern vom heiligen Geiste die Rückkehr nach Deutschland gestattet und am 3. März 1904 wenigstens der § 2 des Jesuitengesetzes betreffend die Ausweisung ausländischer und Internierung inländischer Jesuiten aufgehoben.

Als in Preußen der Kulturkampf abflaute, verstand man sich auch in Baden und Hessen dazu, durch Aufhebung der staatlichen Vorschriften über die Vorbildung des katholischen Klerus die Wiedereröffnung der Knaben- und Priesterseminare und die Wiederbesetzung der zahlreichen verwaisten Pfarreien zu ermöglichen.

Im Reichsland Elsaß-Lothringen, dessen beide Bistümer Straßburg und Metz vom heiligen Stuhle im Jahre 1874 auf die neuen Landesgrenzen umschrieben und unter Lostrennung von der bisherigen Metropole Besançon für exemt erklärt

wurden, waren das französische Konkordat vom Jahre 1801 und die „organischen Artikel" Napoleons I. auch weiterhin maßgebend für die Behandlung katholisch-kirchlicher Gegenstände.

Auch das Königreich Sachsen vermochte dem Zuge der Zeit nicht zu widerstehen und glaubte durch das Gesetz betreffend „Die Ausübung des staatlichen Aufsichtsrechtes über die katholische Kirche" vom 23. August 1876 die Bewegungsfreiheit, welche die alten Gesetze der katholischen Kirche gelassen hatten, noch einschränken zu müssen.

In Bayern wurde der Vater des Kanzelparagraphen durch die katholische Landtagsmajorität am offenen Kampfe gegen die Kirche gehindert, aber sein „lautloser" Kulturkampf wirkte noch schärfer. Minister Lutz erblickte im Glaubenssatz von der päpstlichen Unfehlbarkeit eine „imminente Gefahr" für den Staat, daher suchte er dessen Verkündigung möglichst zu verhindern und behandelte die Altkatholiken, welche das Dogma verwarfen, weiterhin als Mitglieder der katholischen Kirche. Mit einem Federstrich wurden die wenigen Konzessionen der Jahre 1852 und 1854 zurückgenommen und für alle Geschäftsgegenstände kirchlich-staatlicher Natur im Widerspruch mit der Tegernseer Erklärung König Max I. vom Jahre 1821 das Religionsedikt als allein maßgebende Norm erklärt. Das landesherrliche Plazet ward auch für die reingeistlichen Gegenstände der Glaubens- und Sittenlehre in Anspruch genommen. Ein vom Papste angeregtes Memorandum der bayerischen Bischöfe an die Krone über die kirchlichen Verhältnisse (1888) ward vom Ministerium im wesentlichen abschlägig beantwortet. Die nachfolgende kirchenpolitische Aktion im Landtage erreichte immerhin eine Ministerialentscheidung (1890), wodurch der Ausschluß der Altkatholiken aus der katholischen Kirche auch staatlicherseits anerkannt wurde. Nach dem Scheiden des Ministers von Lutz (gest. 3. September 1890) wurde der Austrag der kirchenpolitischen Prinzipienfragen zurückgestellt und durch kluges Maßhalten von beiden Seiten ein befriedigendes Einvernehmen erzielt und erhalten.

Inmitten des allenthalben tobenden Kulturkampfes bildete, gleich Württemberg, auch das Großherzogtum Oldenburg eine Oase des Friedens. Hier hatte die Verfassung vom Jahre 1852 den Religionsgesellschaften die selbständige Ordnung ihrer Angelegenheiten sowie den Besitz und die freie Verwaltung des Kirchenvermögens garantiert. Die Pfarreien und sonstigen Benefizien werden nach vorgängiger Verständigung mit der obersten Landesstelle kanonisch besetzt und die kirchlichen Verordnungen gleichzeitig mit ihrer Publikation der großherzoglichen Regierung mitgeteilt.

Abgesehen von den beiden Mecklenburg und Braunschweig besteht seit 20 Jahren zwischen dem Staat und der katholischen Kirche in Deutschland ein modus vivendi oder wie einmal Graf Ballestrem treffend bemerkte, „ein Präliminarvertrag mit Waffenstillstand und Demarkationslinie".

Die schwere Enttäuschung, welche das neue Reich dem größten Teil seiner katholischen Bevölkerung durch den Kulturkampf bereitete, hat wohl ihren einmütigen passiven Widerstand erzeugt, aber keinen Gedanken der Illoyalität wachgerufen. Ihr politischer Führer Ludwig Windthorst konnte auf dem Breslauer Katholikentage des Jahres 1886 das ebenso wahre wie stolze Wort sprechen: „An Treue gegen König und Vaterland soll und wird uns niemand übertreffen". Noch kurz vor seinem Tode (gest. 14. April 1891) mahnte er zur einstimmigen Bewilligung der Militärforderungen, damit „man überall erkenne, daß alle Deutschen fest und kräftig zu ihrem Monarchen stehen". Allzeit war und wird für die deutschen Katholiken die Mahnung des Heilandes die politische Parole sein: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers, und Gott, was Gottes ist". Des Reiches Macht und Größe sind und werden allzeit auch ihr Stolz und Streben sein.

* * *

Die Gesamtzahl der Katholiken im Deutschen Reiche beträgt rund 20 Millionen, mithin gut ein Drittel der gesamten Bevölkerung. Davon entfallen auf Preußen 11,

auf Bayern über 4 Millionen, auf Baden und Elsaß-Lothringen je 1, auf Württemberg $^1/_2$ und auf Hessen $^1/_4$ Million Katholiken. Der Rest ist über die norddeutsche Diaspora zerstreut. Die Verteilung der Katholiken im Reiche ist derart, daß in Preußen auf 1000 Einwohner 345, in Bayern 707, in Elsaß-Lothringen 760, in Baden 614, in Württemberg 298, in Hessen 296, in Oldenburg 218, in den übrigen nord- und mitteldeutschen Staaten 46—5 Katholiken treffen.

Schwere Verluste erleidet die katholische Bevölkerung fortwährend durch die Mischehen, die sich infolge der Fluktuation der Bevölkerung stetig mehren. Von den Kindern aus gemischten Ehen gehen jährlich 60 Prozent der katholischen Kirche verloren und vielfach folgt der katholische Eheteil, nicht aus Überzeugung sondern aus Glaubensgleichgültigkeit, den Kindern nach.

Wie oben bei Besprechung der Konventionen, welche die größeren deutschen Bundesstaaten mit dem päpstlichen Stuhle in den Jahren 1817—31 betreffs der äußeren Organisation der katholischen Kirche in ihren Gebieten geschlossen haben, des näheren zu ersehen ist, bestehen für die Katholiken in Preußen (und Oldenburg) 2 Erzbistümer und 10 Bistümer, für Bayern 2 Erzbistümer und 6 Bistümer, in Baden ein Erzbistum, in Elsaß-Lothringen 2 Bistümer und in Württemberg und Hessen je ein Bistum. Im Königreich Sachsen bestehen in Personalunion vereinigt ein apostolisches Vikariat in Dresden und eine apostolische Präfektur für die Oberlausitz in Bautzen. Die Katholiken in den Fürstentümern Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt, Waldeck und Lippe-Detmold sowie im Herzogtum Sachsen-Gotha sind dem Bischof von Paderborn unterstellt, der auch das 1825 errichtete apostolische Vikariat Anhalt verwaltet. Die wenigen Katholiken im Großherzogtum Sachsen-Weimar und in den Herzogtümern Sachsen-Meiningen und Sachsen-Koburg unterstehen dem Bischof von Fulda, bezw. dem Bischof von Würzburg und dem Erzbischof von Bamberg. Das apostolische Vikariat der nordischen Missionen, umfassend die preußische Provinz Schleswig-Holstein, die Hansestädte Bremen, Hamburg und Lübeck, die Großherzogtümer Mecklenburg und die Fürstentümer Eutin und Schaumburg-Lippe, verwaltet der Bischof von Osnabrück. Die Jurisdiktion über die Katholiken im Herzogtum Braunschweig ist dem Bischof von Hildesheim übertragen.

Bezüglich der Besetzung der bischöflichen Stühle ist es in Preußen und in der oberrheinischen Kirchenprovinz seit 60 Jahren zur Gewohnheit geworden, daß bei eintretender Sedisvakanz die Domkapitel der Regierung eine Liste von Kandidaten zur Bezeichnung der minder genehmen Persönlichkeiten einreichen. Aus der Zahl der Nichtbeanstandeten wählt dann das Domkapitel den neuen Oberhirten, der nach besonderem Informativprozeß, zumeist vor dem päpstlichen Nuntius in München, die Bestätigung des päpstlichen Stuhles erlangt. In Bayern ist den Königen, solange sie sich zur katholischen Religion bekennen, durch päpstliches Privileg vom 15. November 1817 für ewige Zeiten das Indult gewährt worden, für die erledigten bischöflichen Stühle Geistliche zu benennen, denen der Papst die kirchliche Einsetzung erteilt, wenn der Informativprozeß ihre kanonische Tauglichkeit erwiesen hat. Die reichsländischen Bistümer Metz und Straßburg sowie die katholische Feldpropstei in Preußen und das apostolische Vikariat Sachsen werden vom Papste im Einvernehmen mit den einschlägigen Regierungen besetzt.

Die Domkapitel, welche den geistlichen Beirat des Bischofs in der Diözesanregierung bilden sollen, bestehen in den preußischen Diözesen zumeist aus 2 Dignitären (Propst und Dechant) und 6—10 residierenden Domherren; in der oberrheinischen Kirchenprovinz sind dieselben mit Dechant und 4—7 Kanonikern besetzt. In Bayern zählen die Metropolitankapitel München und Bamberg neben den beiden Dignitären (Dompropst und Domdechant) je 10, die Domkapitel der 6 Suffraganbistümer je 8 Domherrn. In den beiden reichsländischen Bistümern entbehren gemäß dem dort noch geltenden französischen Konkordate vom Jahre 1801 die Domkapitel der Dignitäre und bestehen nur aus 8 bezw. 9 residierenden Domherren und einer Anzahl Ehrenkanonikern.

Aus der Zahl der Domherren erwählt sich der Diözesanbischof den Generalvikar, der unter seiner Leitung die Diözesanverwaltung führt, und den Offizial für die Ehegerichtsbarkeit. Das Domkapitel bildet das Ordinariat oder den allgemeinen geistlichen Rat. In den Weihefunktionen werden die Oberhirten der größeren preußischen Diözesen, der Erzbischof von Freiburg und der Bischof von Straßburg, durch einen oder zwei Weihbischöfe unterstützt. In Bayern soll dieses Institut der Hilfsbischöfe eben eingeführt werden.

Die ordentliche und regelmäßige Seelsorge wird von den Pfarrern und ihren Hilfspriestern (Kaplänen, Vikaren, Kooperatoren oder Koadjutoren) ausgeübt. In Preußen besteht für die Besetzung der Pfarreien nach dem Gesetze vom 20. April 1887 die Anzeigepflicht und ein Einspruchsrecht des Staates. Doch darf kein Pfarramtskandidat wegen Ausübung seiner priesterlichen Amtspflichten oder der bürgerlichen bzw. politischen Rechte zurückgewiesen werden. Die Tatsachen, welche einen abfälligen Einspruch begründen, sind im Einzelfalle von der Regierung anzugeben. In Bayern werden die katholischen Pfarreien teils kraft landesherrlichen Patronates verliehen, teils von den Bischöfen frei vergeben. Bei einer Reihe von pfarrlichen Seelsorgsstellen wechseln die beiden Besetzungsarten ab; die Zahl der Privatpatronate ist nicht sehr groß. In Baden wird ein Drittel der Pfarreien durch Präsentation seitens des Großherzogs, ein zweites Drittel durch freie Verleihung seitens des Erzbischofs und das letzte Drittel durch Präsentation von Privatpatronen oder nach dem sogenannten Terna-Modus — aus drei vom Erzbischof bezeichneten Kandidaten trifft die Regierung die Auswahl — besetzt. In Württemberg reicht der Bischof der Regierung ein Verzeichnis von Pfarrkandidaten für eine Anzahl vakanter Pfarreien ohne Spezialisierung ein behufs Abgabe allfälliger Bedenken. Die kirchliche Oberbehörde in Hessen ist verpflichtet, bei dauernder Übertragung eines kirchlichen Amts die in Aussicht genommene Persönlichkeit dem Ministerium anzuzeigen, welches zum Einspruch berechtigt ist, wenn der Kandidat aus einem auf Tatsachen beruhenden, dem bürgerlichen oder staatsbürgerlichen Gebiete angehörigen Grunde für die Stelle nicht geeignet erscheint. Im Reichsland Elsaß-Lothringen bedürfen nur die vom Bischof ernannten Kantonspfarrer der Bestätigung seitens der Regierung. Die Anweisung der Hilfsgeistlichen wird in allen vorgenannten Bundesstaaten und im Reichslande (hier sogar auch die Bestellung der sogenannten Sukkursalpfarrer) vom Diözesanbischof ohne Zutun der Regierung betätigt.

Der wissenschaftlichen Ausbildung des katholischen Klerus dienen in Preußen die katholisch-theologischen Fakultäten an den Hochschulen zu Bonn, Braunsberg, Breslau und Münster und die bischöflichen philosophisch-theologischen Lehranstalten zu Trier, Paderborn, Hildesheim, Osnabrück, Fulda, Limburg, Posen und Kulm. In Bayern sind die theologischen Fakultäten in München und Würzburg sowie die Lyzeen zu Bamberg, Dillingen, Eichstätt, Freising, Passau und Regensburg, in Württemberg und Baden die theologischen Fakultäten der Universitäten Tübingen und Freiburg i. B., in Hessen und in den Reichslanden die bischöflichen Lehranstalten an den Priesterseminaren in Mainz, Straßburg und Metz sowie die neuerrichtete katholisch-theologische Fakultät in Straßburg mit dieser Aufgabe betraut. Die praktische und aszetische Schulung erhalten die Alumnen in den Priesterseminaren der einzelnen Diözesen. Für Gymnasialschüler, welche sich dem geistlichen Berufe zu widmen gedenken, bestehen in den meisten Bistümern Knabenseminare oder Konvikte.

Erfreuen sich die Katholiken der größeren Bundesstaaten seit Beendigung des Kulturkampfes wieder einer geordneten, staatlich nicht beschränkten Seelsorge seitens einer ausreichenden Zahl von Weltgeistlichen, so läßt sich ein gleichbefriedigender Zustand in den nord- und mitteldeutschen Kleinstaaten nicht durchwegs konstatieren. In den sächsischen Herzogtümern sowie im Herzogtum Anhalt und in den Fürstentümern Schwarzburg, Waldeck und Lippe-Detmold sind die Katholiken vom protestantischen Parochialzwang befreit, die Errichtung von Pfarreien und Seelsorgsstationen steht dem Bischofe frei, die Besetzung der Pfarreien ist aber an die Ernennung bzw. Zustimmung

der Landesregierung gebunden. Ablehnend verhielten sich bis in die neueste Zeit das Königreich Sachsen, die beiden Mecklenburg und das Herzogtum Braunschweig. Die Errichtung von Seelsorgsstationen, ja sogar die Abhaltung katholischen Gottesdienstes ist dem Gutdünken der Regierungen anheimgegeben. In Braunschweig ist der protestantische Parochialzwang nur für die katholischen Gemeinden Braunschweig, Wolfenbüttel und Helmstedt aufgehoben. Außerhalb derselben dürfen staatlich anerkannte katholische Geistliche Taufen, Kopulationen und Beerdigungen nur mit vorgängiger Genehmigung des zuständigen lutherischen Pfarrers vornehmen. Fremden Geistlichen ist selbst die Spendung der Sterbesakramente bei Strafe untersagt.

Der Versuch der Zentrumspartei im Reichstage (1900), durch ihren sogenannten Toleranzantrag den im Reiche anerkannten Religionsgenossenschaften volle religiöse Gleichberechtigung und freie Ausübung ihres Kultus zu verschaffen, ist am Widerspruch des Bundesrats wegen angeblicher Nichtzuständigkeit gescheitert, hat aber doch den Katholiken in Mecklenburg und Braunschweig einige Erleichterungen gebracht.

Die ordentliche Seelsorge der Pfarrgeistlichen wird unterstützt durch das außerordentliche Mittel der Volksmissionen, welche das religiös-sittliche Leben der Gläubigen durch neue Impulse fördern und befestigen und, wo Indifferentismus und sittliche Erschlaffung eingerissen, Glauben und Sittlichkeit neu beleben sollen. Die günstigen Wirkungen von Volksmissionen auf Ruhe und Ordnung im Staate, welche in den Revolutionsjahren 1848/49 besonders Baden und Preußen erfuhren, bewogen die deutschen Regierungen, ihren bisherigen Widerstand gegen eine kirchliche Einrichtung aufzugeben, welche nicht nur auf Gehorsam gegen Gott und Kirche, sondern auch gegen die weltliche Obrigkeit dringt. In den nächsten 25 Jahren konnten besonders die deutschen Jesuiten eine ausgedehnte und erfolgreiche Missionstätigkeit entfalten. Während des Kulturkampfes gebrach es sogar infolge Ausweisung der Jesuiten und sonstigen Mönchsorden an geeigneten Kräften für die gerade jetzt immer notwendiger werdenden Volksmissionen.

In den katholischen Orden, welche unter freiwilligem Verzicht auf die irdischen Freuden des Lebens in Selbstheiligung und Nächstenliebe den höchsten Idealen zustreben, erblickten die Aufklärer zu Anfang des 19. Jahrhunderts mit Recht das Hauptbollwerk der katholischen Kirche, darum mußten sie der Kirchenfeindschaft zum Opfer fallen. Der Reichsrezeß vom 25. Februar 1803 überantwortete die Klöster den weltlichen Regierungen, welche sie aufhoben oder zum Aussterben verurteilten und das Klostervermögen, soweit es nicht bei der Liquidierung unter der Hand zerfloß, zumeist weltlichen Zwecken zuführten.

Im Artikel 7 des bayerischen Konkordates wurde die Wiederherstellung einiger Klöster in Aussicht genommen. Aber erst Ludwig I. (1825—48) ging an die Ausführung dieser der Religions- und Willensfreiheit Rechnung tragenden Vertragsbestimmung, indem er den in Zentralklöstern zum Aussterben zusammengelegten Franziskanern, Kapuzinern und Karmelitern und den wenigen noch vorhandenen Frauenklöstern die Wiederaufnahme von Novizen gestattete und zur Errichtung von Benediktinerklöstern persönlich namhafte Geldopfer brachte. Heute sind die Männerorden in Bayern durch Benediktiner und Augustiner-Eremiten, welche ihre Kräfte vorzugsweise dem höheren Unterricht und der Erziehung der männlichen Jugend (3 Vollgymnasien, 3 Progymnasien und 1 landwirtschaftliche Schule) weihen, und durch Barmherzige Brüder, Karmeliter, Franziskaner, Kapuziner, Minoriten und Redemptoristen, welche sich durch Krankenpflege, Aushilfe in der pfarrlichen Seelsorge und besonders durch Volksmissionen verdient machen, vertreten. Im Jahre 1906 standen den 101 Männerklöstern mit 2133 Insassen 1112 Niederlassungen weiblicher Orden und Kongregationen mit 13 279 Mitgliedern gegenüber, welche ihre Kräfte um Gottes Lohn dem höheren und Elementarunterricht sowie der Erziehung der weiblichen Jugend, der Rettung verwahrloster und gefallener Mädchen, vor allem aber der Spital- und ambulanten Krankenpflege ohne Unterschied der Konfession widmen.

In Preußen fanden die Orden einschließlich der Jesuiten seit 1850 auf Grund des § 18 der Verfassung ungehinderten Eingang und widmeten sich mit voller Hingabe den Volksmissionen, der Aushilfe in der Seelsorge, dem Unterricht und der Erziehung der Jugend und der Krankenpflege. Infolge des Jesuitengesetzes vom Jahre 1872 und des Ordensgesetzes vom 31. Mai 1875 wurden in Preußen 481 Ordensniederlassungen in ihrer Tätigkeit ganz oder teilweise gelähmt, 296 Niederlassungen mit 1181 männlichen und 2776 weiblichen Ordenspersonen aufgehoben.

Mit seiner Ansicht über den Kulturkampf änderte Fürst Bismarck auch seine Haltung gegen die katholischen Orden. Die Gesetzgebung, erklärte er am 23. März 1887 im preußischen Herrenhause, könne keine Rücksicht mehr nehmen auf die Abneigung der Protestanten gegen die Orden, es komme vielmehr darauf an, ob unsere katholischen Landsleute glauben, ohne ein gewisses Quantum von Ordensgeistlichen und prinzipielle Zulassung derselben mit uns in Frieden leben zu können oder nicht. Mit seiner ganzen Autorität trat er für die Bestimmung der Gesetzesnovelle vom 29. April 1887 ein, welche aus der Zahl der 1875 ausgeschlossenen Orden und ordensähnlichen Kongregationen diejenigen wieder zuläßt, welche sich der Aushilfe in der Seelsorge und der Übung der christlichen Nächstenliebe widmen, mit Unterricht und Erziehung der weiblichen Jugend sich befassen oder ein beschauliches Leben führen, und die Zurückgabe des konfiszierten Ordensvermögens „an die betreffenden wiederkehrenden Niederlassungen" verfügt. Aber die Zulassung ist der diskretionären Gewalt der Regierung anheim gegeben, die durch königliche Order alle Orden und Kongregationen in ganz Preußen auf einmal vernichten kann. Im Jahre 1906 besaßen die Orden in Preußen 2049 Niederlassungen mit 29 756 Mitgliedern, wovon sich der weitaus größte Teil mit Krankenpflege befaßt.

Das württembergische Gesetz vom 30. Januar 1862 knüpfte die Einführung geistlicher Orden und Kongregationen an die ausdrückliche, jederzeit widerrufliche Genehmigung der Staatsregierung. Ordensfrauen besaßen im Jahre 1906 in Württemberg 240 Niederlassungen mit 2273 Schwestern und in Baden 561 Häuser mit 3275 Schwestern. In Hessen zählte man im Jahre 1906 neben 42 Kapuzinern 1000 Ordensschwestern und in den Reichslanden 497 männliche und 6030 weibliche Ordenspersonen. Im Königreich Sachsen bestehen 2 Zisterzienserinnenklöster, Maria Stern und Marienthal mit zirka 100 Nonnen. Das ganze Deutsche Reich zählte im Jahre 1906 in 5010 Niederlassungen 58 452 Ordensleute.

Nur mit vieler Mühe setzte Bischof Kopp von Fulda im preußischen Landtage durch, daß das Kirchengesetz vom 29. April 1887 auch den weiblichen Lehrorden und Kongregationen die Rückkehr und frühere Tätigkeit ermöglichte. Im Sinne des Schulaufsichtsgesetzes vom 11. März 1872 hatte der Kulturkampfminister Falk sie aus der Schule entfernt, weil sie keine Bürgschaft dafür gewährten, daß sie die ihnen anvertraute weibliche Jugend mehr national als ultramontan erzögen. Ging doch die Tendenz jenes Gesetzes dahin, den Einfluß der Kirche auf die Erziehung der Jugend möglichst auszuschalten (Ausschluß der katholischen Geistlichen von der Schulaufsicht und der Erteilung des Religionsunterrichtes), während die Simultanschule gegenseitige Toleranz fördern sollte. Wenn auch seit Falks Entlassung die preußische Unterrichtsverwaltung wieder mehr für eine im ureigensten Staatsinteresse gelegene religiös-sittliche Volkserziehung die Mitwirkung der Kirche nicht entbehren zu können glaubt und unter Festhaltung der Konfessionsschule in der Schulpraxis den kirchlichen Wünschen entgegen kommt, so ist es doch bis heute nicht gelungen, der Kirche den ihrer göttlichen Mission entsprechenden Einfluß auf die Volksbildung gesetzlich zu sichern.

In Bayern ist der Kirche durch die geistliche Schulaufsicht ein weitgehender Einfluß auf die religiös-sittliche Volkserziehung gewährt, die der weiblichen Jugend vielfach von Ordensfrauen zuteil wird. Der vom Minister von Lutz begünstigten Simultanschule sind durch eine königliche Entschließung vom 26. August 1883 erhebliche Schwierigkeiten in den Weg gelegt.

Während Württemberg an der Konfessionsschule festhält und in Hessen trotz Be-

günstigung der Simultanschule bezüglich Erteilung des Religionsunterrichtes erträgliche faktische Verhältnisse eingetreten sind, hat das badische Volksschulgesetz vom Jahre 1876 die Volksschulen in konfessionslose Staatsanstalten verwandelt, in welchen dem katholischen Klerus die Erteilung des Religionsunterrichtes mannigfach erschwert wird.

Die staatlichen Mittelschulen sind mit Ausnahme etlicher Ordensgymnasien in Bayern in allen Bundesstaaten bezüglich Lehrer und Schüler Simultananstalten; die Kirche muß sich damit begnügen, daß bei Anstellung der Religionslehrer die Diözesanoberen gehört werden und, wenigstens in Bayern, die Erfüllung der religiösen Pflichten seitens der Schüler durch die Schuldisziplin gewährleistet wird. Die der religiösen Belehrung und sittlichen Bewahrung der Gymnasiasten dienenden marianischen Kongregationen wurden im Kulturkampf als angebliche Pflanzstätten des Jesuitismus verboten und ihre Wiedereinführung begegnet noch heute großen Schwierigkeiten.

Schwer mußten und müssen es die deutschen Katholiken noch heute empfinden, daß an den Hochschulen, welche zum guten Teil aus rein katholischen Fonds gegründet worden sind und noch heute vom Gelde der katholischen Steuerzahler mit erhalten werden, offene Bekenner des katholischen Glaubens möglichst von den Lehrstühlen ferne gehalten werden.

Wenn gleichwohl ein großer Teil der studierenden katholischen Jugend unversehrt aus den großen Gefahren für Glaube und Sittlichkeit hervorgeht, so ist dies zum allermeisten den katholischen Studentenvereinigungen zuzuschreiben, welche die Prinzipien der Religion, Wissenschaft und Lebensfreundschaft auf ihre Fahne geschrieben und das offene Bekenntnis zum katholischen Glaubens- und Sittengesetz als Grundlage für die Heranbildung echt männlicher Charaktere erwählt haben, die in der Zukunft den Kampf gegen die atheistisch-materialistische Weltanschauung führen sollen. Im Anschluß an die 1851 gegründete Verbindung Aenania in München haben sich im Laufe der Jahre an allen Universitäten des Deutschen Reiches, Rostock ausgenommen, und an den meisten technischen Hochschulen katholische Verbindungen und Vereine gebildet, welche zu zwei Kartellverbänden vereinigt sind, denen auch die katholischen Studentenkorporationen an den deutsch-österreichischen Universitäten angehören.

Allmählich trugen die größeren deutschen Bundesstaaten dem Gewissen des katholischen Volksteiles wenigstens insoweit Rechnung, daß sie an den Universitäten Bonn, Breslau, München, Würzburg, Tübingen und Freiburg i. B. Ordinariate bzw. Extraordinariate für je einen katholischen Dozenten der Philosophie und Geschichte errichteten. Für diese Lehrstühle die nötigen Kandidaten zu stellen und dem Einwand, es fehle an geeigneten katholischen Privatdozenten zur Besetzung akademischer Lehrstühle, wirksam zu begegnen, ist eine der Aufgaben, welche sich die „Görresgesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland“ gestellt hat.

Der Zusammenbruch des alten Reiches, welches unter seinen Trümmern zahlreiche katholische Bildungsanstalten begrub, und die Säkularisation, welche den Katholiken die materiellen Mittel zur Erreichung höherer Bildung entzog, waren nebst Mut- und Hoffnungslosigkeit angesichts der Unterdrückung und Zurücksetzung gläubiger katholischer Gelehrter und Beamten schuld daran, wenn die deutschen Katholiken in der höheren Bildung allmählich von den Protestanten überflügelt zu werden drohten und die Gefahr, auf geistigem Gebiet dauernd in das Hintertreffen zu gelangen, immer drohender für sie aufstieg. Diese Gefahr noch rechtzeitig erkannt zu haben, dürfen sich die mutigen Männer, welche mitten im heftigsten Kulturkampf am 24. Januar 1876 zu Koblenz die Görresgesellschaft begründeten, zum Verdienste anrechnen. Die neue Gründung sollte durch Zusammenschluß von Gleichgesinnten sowie durch geistige und materielle Unterstützung der studierenden Jugend im Wege freier Vereinsbetätigung ein Gegengewicht schaffen gegen die Schäden, welche die Ungunst der Zeiten und die Mißgunst der Menschen immer noch zu vergrößern bemüht waren. In Ausführung ihrer Aufgabe, „auf katholischem Standpunkte und in katholischem Sinne wissenschaftliches Leben nach allen Richtungen hin zu wecken und zu fördern“, will die Gesellschaft

jüngeren katholischen Gelehrten „Anregung geben und zugleich die nötige materielle Unterstützung gewähren zur Bearbeitung wichtiger Fragen aus dem Gebiete der Philosophie, der Naturwissenschaft, der Geschichte, der Rechts- und Spezialwissenschaft." Es sollen wissenschaftliche Unternehmungen ins Leben gerufen werden, deren Ausführung nur vereinten geistigen und materiellen Kräften möglich ist. Gediegene populär-wissenschaftliche Schriften sollen die seichte Modeliteratur bekämpfen. In den jährlichen Generalversammlungen sollten die katholischen Gelehrten und Freunde der Wissenschaft den langentbehrten Sammelpunkt finden.

In drei Sektionen ging die Gesellschaft an die Ausführung ihres Programms. Die Sektion für Philosophie schuf sich 1888 im Philosophischen Jahrbuch ein Organ für streng wissenschaftliche und dabei doch für alle akademisch gebildeten Leser verständliche Pflege der historischen und systematischen Philosophie. Die Sektion für Rechts- und Sozialwissenschaft bekämpft in ihrem nunmehr schon in 3. Auflage erscheinenden „Staatslexikon" die modernen Irrtümer in Staats- und Kirchenrecht, Ethik, Politik und Gesellschaftswissenschaft. Die historische Sektion besitzt seit 1879 in ihrem „historischen Jahrbuch" ein periodisches Organ streng wissenschaftlichen Charakters, das sich längst eine geachtete Stellung unter den historischen Fachzeitschriften errungen hat. Zur Aufnahme umfangreicherer geschichtlicher Abhandlungen sind die „Studien und Darstellungen aus dem Gebiete der Geschichte" bestimmt. Den Höhepunkt der geschichtswissenschaftlichen Betätigung bildet das historische Institut in Rom, eröffnet 1888, welches im deutschen Campo Santo ein gastliches Heim gefunden hat und im Wettbewerb mit verwandten staatlichen Instituten die unermeßlichen Schätze des vatikanischen Archivs in den „Quellen und Forschungen aus dem Gebiete der Geschichte" auszumünzen bestrebt ist. In jüngster Zeit wurde dem historischen Institut eine archäologische Abteilung angegliedert, welche unter Leitung des besten Katakombenkenners der Jetztzeit Monsignore Dr. Joseph Wilpert steht. Auch die längst geplante naturwissenschaftliche Sektion ist ins Leben getreten. Die Vereinsschriften, deren jährlich drei den Mitgliedern geboten werden, bilden bereits eine stattliche Bibliothek populär-wissenschaftlicher Abhandlungen aus fast allen Gebieten menschlichen Wissens.

Trotzdem der Kampf gegen den Altkatholizismus und die staatlichen Eingriffe lange Zeit die geistigen Kräfte der deutschen Katholiken absorbierte und deren materielle Mittel für den Unterhalt der „gesperrten" Geistlichen in Anspruch genommen waren, fand Professor Nippold schon im Jahre 1887 in der wissenschaftlichen Tätigkeit der deutschen Katholiken „eine außerordentliche Betriebsamkeit in der Gründung zusammenfassender Organe wie in der Behandlung der verschiedenartigsten Einzelfragen" und in der katholischen Literatur eine bewunderungswürdige „Geschlossenheit der Organisation" und eine „umfassende Verbreitung in allen in Betracht kommenden Leserkreisen".

Zu diesem Aufschwunge der katholischen Literatur haben neben der Tüchtigkeit der Autoren die Sachkenntnis und Opferwilligkeit der katholischen Verleger das ihrige redlich beigetragen.

Auch die katholische Tagespresse gelangte trotz schwerer und vielfacher Anfechtung, der sie im Kulturkampfe wegen mutiger Verteidigung der Rechte der Kirche ausgesetzt war, zu hoher Blüte, gefördert durch den 1878 gegründeten Augustinusverein zur Pflege der katholischen Presse.

Der Verbreitung guter Bücher und Schriften unter das katholische Volk dient der Borromäus-Verein, welcher 1905 für zirka 150 000 Mark Bücher an seine eigenen 2877 und an andere katholische Volksbibliotheken verteilte.

Nach dem Vorbilde der Görresgesellschaft will die „Deutsche Gesellschaft für christliche Kunst" (gegründet 1892) „einen Mittelpunkt bilden für diejenigen Künstler und Kunstfreunde, welche gewillt sind, die selbständig schaffende Kunst im christlichen Sinne zu pflegen und in weitere Kreise Interesse und Verständnis für dieselbe zu tragen." Ihr Ziel will sie erreichen durch Herausgabe einer Jahresmappe mit Wiedergaben auserlesener Werke katholischer Künstler, durch Anregung und Förderung monumentaler

Werke der christlichen Kunst, durch Ausstellungen und sonstige außerordentliche Förderung christlichen Kunstlebens.

Das innerkirchliche Leben der deutschen Katholiken tritt vor allem in dem seit 1848 zu hoher Blüte gelangten katholischen Vereinswesen zutage.

Da suchen die charitativen Vereine das Gebot der christlichen Nächstenliebe praktisch zu betätigen. War und ist der St. Vincenz-Verein mehr in der Stille bemüht, der verschämten Armut in den größeren Städten Hilfe zu bringen, so hat der 1897 gegründete Charitasverband eine planmäßige Förderung der Werke christlicher Nächstenliebe in die Hand genommen.

Hebung des Standesbewußtseins und christlicher Gesinnung und gleichzeitig Förderung der sozialen und materiellen Standesinteressen bezweckt eine Reihe von Standes- und Berufsvereinen. Den von Adolf Kolping 1845 gegründeten Gesellenvereinen zur Pflege von Religion und guter Sitte und zur technischen und gewerblichen Fortbildung, welche heute mehr denn 100 000 Mitglieder zählen, traten mit der Umbildung Deutschlands zum Industriestaate die katholischen Arbeitervereine und christlichen Gewerkschaften zur Seite. Ihnen hat die bekannte Broschüre des „sozialen" Mainzer Bischofs Ketteler (gest. 1877), „Die Arbeiterfrage und das Christentum", als Aufgabe vorgezeichnet: die Mitglieder religiös und sittlich zu heben und von radikalen Bestrebungen fernab zu halten, gleichzeitig aber auch durch allgemeine und technische Fortbildung deren wirtschaftliche und soziale Lage zu bessern. Die Arbeiterfürsorge zählte auch allezeit zu den vornehmsten Aufgaben der Zentrumspartei im Reichstage. Die Arbeiterinnen- und Dienstmädchenvereine, vielfach mit Hospizen verbunden, verfolgen als besonderen Zweck die Unterweisung der Mitglieder in Handarbeiten und Führung des Haushaltes. Die Jugendfürsorgevereine (Seraphisches Liebeswerk) sollen katholische Lehrlinge und jugendliche Arbeiter in den gefährlichsten Jahren vor den Gefahren der Verführung bewahren.

Die größte soziale Organisation in deutschen Landen ist der Volksverein für das katholische Deutschland, der am 24. Oktober 1890 zu Köln ins Leben gerufen wurde und heute mehr als 600 000 Mitglieder umfaßt. Kein geringerer als der unvergeßliche Windthorst hat ihm die Aufgabe gewiesen: „Bekämpfung der Irrtümer und Umsturzbestrebungen auf sozialem Gebiet sowie Verteidigung der christlichen Ordnung in der Gesellschaft". Volksversammlungen, praktisch-soziale Kurse, aktuelle Broschüren und Flugblätter bezwecken die religiöse und soziale Hebung und Bildung des katholischen Volkes. Nach zehnjähriger Tätigkeit erblickte die liberale Kölnische Zeitung in dem katholischen Volksverein bereits einen „sozialen, kirchlichen und politischen Machtfaktor" und eine „Waffe im wirtschaftlichen und politischen Kampfe", wie sie nicht einmal die „in Organisation und Agitation so gewandte und geschickte Sozialdemokratie" besitze.

An katholischen Standesvereinen verdienen noch besondere Hervorhebung die kaufmännischen Vereinigungen, welche durch Veranstaltung religions- und fachwissenschaftlicher Vorträge, durch Wohlfahrtseinrichtungen und edle Geselligkeit ihre Mitglieder zu fördern suchen, und die katholischen Lehrer- und Lehrerinnenverbände, welche Bekenntnis und Pflege katholischer Grundsätze im persönlichen Leben, Durchführung der katholischen Erziehungsgrundsätze im Berufe und Förderung der besonderen Standesinteressen anstreben.

Mit dem Aufschwung des innerkirchlichen Lebens ging eine rührige Betätigung auf dem Gebiete der in- und ausländischen Mission Hand in Hand. Hier schlägt die Glaubensinnigkeit und Glaubensfreudigkeit der deutschen Katholiken ihre Wellen an die fernsten Gestade des Erdballs und dokumentiert auch ihrerseits die Expansivkraft des deutschen Volkes.

Der Bonifaziusverein, gegründet im Jahre 1850, vermag seit einem Jahrzehnt jährlich über 2 Millionen Mark aufzuwenden, um den in der nord- und mitteldeutschen Diaspora lebenden Katholiken durch Gründung von Kirchen, Seelsorgsstationen und Schulen den Glauben der Väter zu sichern. Die deutschen Auswanderer vor den ihnen

drohenden großen Gefahren zu schützen und denselben materielle Unterstützung und seelsorgerliche Hilfe angedeihen zu lassen, hat sich der St. Raphaelsverein zur Aufgabe gestellt. Den zahlreichen Deutschen im Auslande, besonders in Paris und London, welche ohne deutsche Kirchen und Schulen den sittlichen Halt zu verlieren Gefahr laufen, widmet der St. Josephsverein für die deutschen Missionen im Auslande seine nicht bloß vom religiösen, sondern auch vom patriotischen und nationalen Standpunkte aus hoch zu bewertende Sorge.

Zur materiellen Unterstützung der Heidenmissionen hat sich eine Reihe von Vereinen gebildet, welche einschließlich der zwei vorgeschriebenen Kirchenkollekten jährlich an die 6 Millionen Mark für Missionszwecke aufbringen. Der Missionierung der deutschen Schutzgebiete, wo selbst die Jesuiten ungehindert wirken dürfen (Sambesimission), widmet sich eine Reihe neugegründeter Missionsgenossenschaften (Gesellschaft des göttlichen Wortes in Steyl, St. Benediktusmissionsgenossenschaft, Pallotiner) neben den älteren „Vätern vom heiligen Geist".

Alle Fragen des innerkirchlichen Lebens, soweit sie die Allgemeinheit berühren, sind Gegenstand der Beratung auf den Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands. Hervorgegangen aus den Generalversammlungen der Piusvereine, welche sich die Befreiung der Kirche aus den drückenden Fesseln eines Staatskirchentums zum Ziele gesetzt hatten, haben die Katholikentage mächtig zur Einigung der deutschen Katholiken beigetragen, an deren Phalanx die Stürme des Kulturkampfes abprallten. Wenn auch im Jahre 1887 „ein Zugang zum Frieden" eröffnet wurde, so ist eine geschlossene Organisation der Katholiken nicht unnötig geworden, sie ist die einzige Garantie der kirchlichen Freiheit. Außerdem harrt die Ordens-, Schul- und soziale Frage der Lösung, bedürfen Wissenschaft, Kunst und Charitas zielbewußter Pflege.

Auf den jährlichen Katholikenversammlungen werden die Erfolge des abgelaufenen Jahres überprüft, wird zu den schwebenden Fragen Stellung genommen und für das öffentliche und private Verhalten zu denselben die Norm erteilt. Zahlreiche katholische Vereine und Genossenschaften haben von hier ihren Ausgang genommen, hier geben sie in ihren Generalversammlungen Rechenschaft über ihr Wirken und erfahren neue Anregung und Förderung. Nur mit ihren eigenen Angelegenheiten beschäftigt, wollen sich die Katholikenversammlungen in ihren Reden und Beschlüssen freihalten von jeder Kränkung der Andersdenkenden, nur zur Bekämpfung der Thron, Altar und Gesellschaft gleichmäßig bedrohenden Sozialdemokratie wird die Losung ausgegeben. So haben sich die deutschen Katholikentage seit 1848 immer mehr zu „imposanten Kundgebungen katholischen Denkens, Glaubens und Fühlens entwickelt, die in immer höherem Maße das Interesse und die Bewunderung der Nichtkatholiken und des gebildeten Auslandes erregen".

Die einige, zielbewußte und erfolgreiche Tätigkeit der deutschen Katholiken auf allen Gebieten des kirchlich-sozialen Lebens ist von zuständiger Seite wiederholt dem Auslande als Vorbild hingestellt worden: „Germania docet".

Volksgesundheit.

Von Oberarzt Dr. **Konrich**, Berlin.
Kommandiert zum Hygienischen Institut der Universität.

Die gewaltige wirtschaftliche Entwicklung, welche in Deutschland seit der Gründung des Reiches vor sich gegangen ist, hat für einen großen Teil der Bevölkerung die Lebensbedingungen wesentlich verändert. Früher lebte der größere Teil des Volkes auf dem Lande und fand in der Landwirtschaft seinen Broterwerb. Heute wohnt mehr als die Hälfte in den Städten, mehr als ein Sechstel sogar bereits in den Großstädten, und für diese Stadtbewohner haben hauptsächlich Industrie und Handel den Unterhalt geschaffen.

Das rasche Wachstum der Städte hat nicht nur in Deutschland stattgefunden. Bei uns aber gaben die vermehrten gesundheitlichen Gefahren, die dadurch entstanden, zuerst den Anstoß zu besonderen und bis dahin kaum gekannten Abwehreinrichtungen. Deutsche Ärzte waren es vornehmlich, die erkannten, daß es nicht genüge, die Erkrankten zu heilen, sondern daß es ebenso wesentlich, ja noch wichtiger ist, den Krankheiten vorzubeugen und die Gesundheit zu stählen.

Es fehlten aber nahezu alle Unterlagen für eine wohlbegründete Gesundheitspflege. Nur ungenau kannte man die Schädlichkeiten, die auf unseren Körper wirken, und über die Ursache von Krankheiten herrschten vielfach Vorstellungen, die sich später als völlig falsch erwiesen. Hier setzte, ungefähr zur Zeit der Gründung des Reiches, die Arbeit jener Männer ein, die es sich zur Lebensaufgabe gemacht hatten, die Bedingungen für ein gesundes Leben zu erforschen, die Feinde unserer Gesundheit zu erkennen und zu bekämpfen. Aus kleinsten Anfängen hat sich die Lehre von der Gesundheitspflege, die Hygiene, bereits zu einer umfassenden Wissenschaft entwickelt, und wir dürfen mit stolzer Freude auf die Tatsache blicken, daß nicht nur die grundlegenden Gedanken der Hygiene von deutschen Gelehrten ausgegangen sind, sondern daß auch die meisten Bausteine zu dem hochragenden Gebäude dieser Wissenschaft deutsche Männer herbeigetragen haben. In der Hygiene ist Deutschland die Lehrmeisterin der ganzen Welt geworden. Glänzend sind vielfach die Erfolge, die die junge Lehre bisher erzielt hat; beispiellos sind sie aber auf dem Gebiete der Seuchenbekämpfung. Auch hier war es ein Deutscher, Robert Koch, der uns lehrte, die Waffen gegen den verderblichsten Feind der Volksgesundheit zu schmieden, gegen den vorzeitigen Tod, den die Seuchen seit Jahrhunderten den Menschen gebracht haben. Und wenn wir abschätzen, was überwiegt, die Schäden, die die moderne Gestaltung der Daseinsbedingungen im Gefolge hat, oder die Erfolge, die von der Hygiene bisher erreicht sind, so dürfen wir getrost behaupten, daß zum mindesten ein Gleichgewichtszustand eingetreten ist, und daß wir wohlgerüstet im Kampfe um das Wohl unseres Volkes dastehen und unablässig weiterhin bemüht sind, unser Rüstzeug zu verbessern. Vergessen wir auch nicht, daß die so junge Wissenschaft der Gesundheitspflege mit manchen alten, festeingewurzelten, schädlichen Volksgewohnheiten und Anschauungen in harter Fehde liegt und erst allmählich ihrer Herr zu werden vermag. So kann sie erst in späterer Zeit die Früchte ihrer Mühe vollends ernten.

Auf mannigfachen Wegen haben die Errungenschaften der Hygiene Eingang in

das praktische Leben gefunden. Die wichtigsten Maßnahmen hat das Reich gesetzlich geregelt. Weiterhin haben die Bundesstaaten teilweise ergänzende, den jeweiligen Bedürfnissen angepaßte Landesgesetze erlassen. Ein sehr wesentlicher Teil der öffentlichen Gesundheitspflege fällt den Gemeinden zu, deren Ausführungen der Oberaufsicht des Staates vielfach unterliegen. Außerordentlich groß ist endlich der Einfluß, den zahlreiche gemeinnützige Vereine und industrielle Unternehmungen auf die Hebung der Volksgesundheit ausüben, indem sie entweder die Lehren der Hygiene in die breitesten Volksschichten tragen oder den Kampf gegen einzelne Schäden führen, wie etwa gegen Alkoholismus, Wohnungsnot oder Säuglingssterblichkeit.

Wenden wir uns zunächst und in erster Linie den gesundheitlichen Einrichtungen zu, die das Reich getroffen hat. Alle auf die Hygiene sich erstreckenden Fragen werden im Reichsamte des Inneren bearbeitet, dem das Gesundheitsamt, das Statistische Amt und das Reichsversicherungsamt für diesen Zweck zur Verfügung stehen. Die Hauptarbeit fällt dabei dem Kaiserlichen Gesundheitsamte zu. Ursprünglich war es bestimmt, den Reichskanzler in der Ausübung des ihm zustehenden Aufsichtsrechtes über die Ausführung hygienischer Maßnahmen und in der Vorbereitung von Gesetzen zu unterstützen, deren Gegenstand gesundheitliche Fragen waren. Sehr bald aber mußte es den Kreis seiner Pflichten erweitern und wandte sich der eigenen wissenschaftlichen Forschung zu, um entweder auf wichtigen Gebieten der Gesundheitspflege die noch fehlenden wissenschaftlichen Grundlagen zu gewinnen oder um bereits vorliegendes Material einer amtlichen Nachprüfung zu unterziehen, bevor es für die Gesetzgebung verwertet wurde. Im Laufe der Zeit ist das Gesundheitsamt ein Vermittelungsorgan in sanitären Fragen zwischen der reinen Wissenschaft und dem öffentlichen Leben geworden, und damit zu einer Einrichtung, die für die Gesundheitspflege geradezu ausschlaggebende Bedeutung besitzt.

Um die ihm zufallenden Aufgaben bewältigen zu können, ist das Gesundheitsamt in vier Abteilungen gegliedert. In der ersten, chemisch-hygienischen Abteilung werden alle Fragen bearbeitet, die den Verkehr mit Nahrungs- und Genußmitteln und mit Gebrauchsgegenständen von gesundheitlicher Bedeutung betreffen, ferner die Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Fragen der Heizung, Lüftung und Beleuchtung; ferner werden dort Heilmittel und sogen. Geheimmittel geprüft, das Arzneibuch für das deutsche Reich herausgegeben und alle die genannten Gebiete betreffenden Reichsgesetze bearbeitet. In der zweiten, medizinischen Abteilung finden Fragen über Schiffs- und Tropenhygiene, Gewerbe- und Wohnungshygiene, Heilanstalten und Krankenwesen, Leichenwesen, Kurpfuscherei, Alkoholismus und die Angelegenheiten des gesamten Heilverfahrens ihre Bearbeitung. Ferner werden dort statistische Zusammenstellungen über den Gesundheitszustand der Bevölkerung, über Todesursachen u. dergl. vorgenommen.

In der dritten, der Veterinärabteilung, erfolgt die Bearbeitung der Fragen, die sich mit der Abwehr von Tierseuchen, mit Schlachtvieh- und Fleischbeschau, Molkereiwesen, Tierhygiene und Tierheilmitteln befassen.

In der vierten, der bakteriologischen Abteilung, die als die größte über einen besonderen umfangreichen Komplex von Gebäuden verfügt, werden Untersuchungen über die ansteckenden Krankheiten der Menschen und der Tiere ausgeführt. Allwöchentlich veröffentlicht die Abteilung in den „Veröffentlichungen aus dem Kaiserlichen Gesundheitsamte" Mitteilungen über den Gesundheitszustand, über den Stand von Seuchen unter Menschen und Tieren. Auch ist in ihr das „Gesundheitsbüchlein" entstanden, das kurze, gemeinverständliche Anleitungen zur Gesundheitspflege enthält. Auch die zahlreichen „Merkblätter" über einzelne Nahrungsmittel wie Milch, Kaffee, oder über ansteckende Krankheiten, sind hier bearbeitet, die in überaus großer Zahl verbreitet sind und durch Belehrung viel Gutes erreicht haben.

Aber nicht genug damit. Im Jahre 1900 sicherte sich das Reich, in Anbetracht der außerordentlichen Bedeutung, die dem Gesundheitswesen zukommt, die Mitarbeit der

hervorragendsten Männer aus Wissenschaft und Praxis auf gesundheitlichem Gebiete, indem es aus ihnen den „Reichsgesundheitsrat" schuf; der Bundesrat wählt die Mitglieder auf die Dauer von fünf Jahren. Ihre Zahl beträgt jetzt rund 100. Der Reichsgesundheitsrat zerfällt in neun Ausschüsse, denen die Bearbeitung ganz bestimmter, umgrenzter Gebiete zufällt, z. B. Gewerbehygiene, Ernährungswesen, Seuchenbekämpfung usw. Dadurch, daß alle gesundheitlichen Fragen des Reiches in einem Kreise von Fachmännern beraten werden, denen eine besonders reiche Erfahrung und eine ungewöhnlich gründliche Kenntnis zur Seite steht, ist eine vortreffliche Gewähr geboten, daß nur wohlerwogene Maßnahmen zur Ausführung gelangen.

Die Bevölkerung des Deutschen Reiches hat sich seit dessen Gründung von 41 Millionen auf jetzt 64 Millionen, also um rund ein Drittel vermehrt. In den letzten Jahren betrug die Zahl der Geburten alljährlich rund 2 Millionen, denen 1,2 Millionen Todesfälle gegenüberstehen, woraus sich ein alljährlicher Überschuß von 800 000 Menschen ergibt. Indessen ist darin in der jüngsten Zeit ein Rückgang erfolgt, weil die Zahl der Geburten nachgelassen hat, und trotzdem die Zahl der Todesfälle ebenfalls kleiner geworden ist. Denn die Sterblichkeit ist in Deutschland andauernd gesunken, gewiß ein schöner Erfolg der Bemühungen um Hebung der Volksgesundheit. Freilich sind andere europäische Staaten, besonders England, uns darin überlegen — Grund genug für uns, ihnen nachzueifern. Aber wo liegen die Ursachen für die immer noch zu hohe Sterblichkeit in unserem Volke?

Hier gibt die Statistik Auskunft und zeigt, daß nicht weniger als ein volles Drittel aller Todesfälle das erste Lebensjahr betrifft. Fürwahr eine traurige und beunruhigende Tatsache! Hauptsächlich sind es Magen- und Darmkrankheiten, die den Säuglingen Verderben bringen, und die deswegen so günstigen Boden finden, weil so viele Mütter ihren Kindern nicht die Brust reichen, sondern sie auf künstliche Weise ernähren. Und doch ist selbst die allerbeste Kuhmilch immer nur ein recht unvollkommener Ersatz der Muttermilch. Der Glaube, viele Mütter seien nicht imstande, ihr Kind zu stillen, ist durch die ärzliche Erfahrung in überraschender Weise erschüttert worden; die meisten Mütter sind dazu fähig. Welche außerordentliche Bedeutung aber die natürliche Ernährung für das Leben des Säuglings besitzt, kann man daraus entnehmen, daß z. B. in Berlin fünfmal mehr künstlich ernährte Kinder sterben als Brustkinder. Die beste Waffe gegen die hohe Säuglingssterblichkeit ist daher die Ernährung an der Mutterbrust, und man verlangt deshalb heute mit Recht von jeder Mutter, daß sie zunächst ausdauernd versucht, ihr Kind zu stillen, ehe sie zu künstlicher Ernährung ihre Zuflucht nimmt.

Den Müttern, die im Erwerbsleben tätig sind, wird für die Zeit der Niederkunft teilweise ein weitreichender gesundheitlicher Schutz gewährt. So bestimmt die Gewerbeordnung, daß Arbeiterinnen alsdann acht Wochen lang nicht beschäftigt werden dürfen. Außerdem erhalten Mütter, die Krankenkassen angehören, teilweise eine Wöchnerinnenunterstützung in der Höhe des Krankengeldes, eine Einrichtung, die für die Gesundheit von Mutter und Kind ungemein wertvoll ist. Die neue Reichsversicherungsordnung, die jetzt vom Reichstage beraten wird, erweitert den Kreis der Versicherungspflichtigen ganz außerordentlich und bestimmt, daß an alle darin eingeschlossenen Mütter Wöchnerinnenunterstützungen ausgezahlt werden sollen. Für viele Familien würde damit eine große Erleichterung der materiellen Schwierigkeiten eintreten, welche durch die Geburt eines Kindes verursacht werden. Es steht mit Sicherheit zu erwarten, daß dadurch sowohl die Gefahr für die Mutter herabgesetzt wie das Gedeihen des Kindes wesentlich begünstigt werden wird.

Es ist der Plan aufgetaucht, noch weit größere Kreise des Volkes in eine „Mutterschaftsversicherung" aufzunehmen, die den Müttern außerordentliche Hilfe materieller Art bringen sollte. Der Plan ist indessen wegen der gewaltigen Kosten, die an die 300 Millionen Mark alljährlich betragen würden, vorläufig völlig unausführbar.

Unterdessen haben zahlreiche Kräfte sich bemüht, der hohen Säuglingssterblichkeit

Einhalt zu tun. Teils sind es die Gemeindeverwaltungen, teils private Vereine, vielfach sind beide gemeinsam am Werke. Man errichtete Säuglingsfürsorgestellen mit dem Zweck, den Müttern unentgeltlich Rat in der Pflege und Ernährung der Kinder zu erteilen, die gesunden Kinder also vor Erkrankung zu schützen, sodann aber natürlich auch die Erkrankten ärztlich zu behandeln. Es bedarf wohl keines Wortes, daß die Fürsorge in allererster Linie darauf hinzuwirken sucht, daß die Mütter die Kinder an der Brust ernähren, und um die Neigung der Mutter dazu zu erhöhen, werden vielfach Stillprämien in Form von Geldbeträgen gewährt, die zu einer kräftigeren Ernährung der Mutter dienen sollen. Ist indessen aus irgend einem Grunde die künstliche Ernährung nicht zu umgehen, so greifen die Milchversorgungsstellen ein. Sie beabsichtigen, Säuglingsmilch von bester Beschaffenheit in gebrauchsfähigem Zustand abzugeben, um damit die Schäden der künstlichen, oder wie man mit Recht auch sagt, unnatürlichen Ernährung so klein als nur irgend möglich zu gestalten. Dabei erhalten die unbemittelten Mütter die Milch zu einem sehr niedrigen Preise, und der gemeinnützige Verein oder die Stadt deckt den Fehlbetrag; alle anderen Käufer müssen dagegen den vollen Preis zahlen.

In Charlottenburg ist endlich zur Erinnerung an die Silberhochzeit unseres Kaiserpaares eine Anstalt begründet worden, die den Namen „Kaiserin Auguste Viktoriahaus" führt und bestimmt ist, eine Art Hochschule für Säuglingsernährung und -pflege zu werden. Es nimmt zu dem Zwecke eine Reihe gesunder und kranker Kinder auf, deren Entwicklung von einem Stabe von Ärzten auf das genaueste wissenschaftlich verfolgt wird. Die Ergebnisse der Forschung versprechen eine wirksame Waffe im Kampfe gegen die hohe Säuglingssterblichkeit zu werden.

Im 2. bis 5. Lebensjahre sinkt die Sterblichkeit ganz außerordentlich, und noch weiter im 5. bis 15. Lebensjahr. Hier beginnen aber bereits wieder Gefahren dadurch dem jugendlichen Körper zu drohen, daß ein Teil der Kinder schon am Erwerbsleben teilnimmt. Indessen hat das Reich diesen Gefahren in sehr weitgehendem Maße vorgebeugt. Im Jahre 1891 verbot es durch Gesetz die Beschäftigung von Kindern unter 13 Jahren in Fabriken vollständig und erlaubte für ältere Kinder die Erwerbsarbeit nur in beschränktem Umfange. Durch das 1903 vom Reichstage mit großer Stimmenmehrheit angenommene „Kinderschutzgesetz" wurde das jugendliche Alter noch weit nachdrücklicher gegen gesundheitliche Schäden gesichert, die sich aus zu früh begonnener oder zu schwerer Erwerbstätigkeit ergeben können. Außerdem sind die jugendlichen Arbeiter über sechzehn Jahre und die Arbeiterinnen durch besondere Bestimmungen der Gewerbeordnung weiterhin geschützt: Danach dürfen Arbeiterinnen nachts in Fabriken nicht beschäftigt werden und die jugendlichen Arbeiter nicht außerhalb bestimmter Stunden. Dadurch soll hauptsächlich erreicht werden, daß der Körper in der Entwicklungszeit die nötige Menge Schlaf bekommt, die für den wachsenden Menschen so unentbehrlich ist.

Der gesundheitliche Schutz der erwachsenen Arbeiter ist ebenfalls in weitem Umfange gesichert. Der Ausspannung des Körpers dient die gesetzlich festgelegte Sonntagsruhe. Die Betriebe müssen so eingerichtet sein, daß Gesundheit und Leben der Arbeiter nach aller Möglichkeit gesichert sind, sei es gegen die Gefahren, die der Gang der Maschinen unmittelbar mit sich bringt, sei es gegen Gase oder Staub, die bei der Arbeit entstehen. Die Gewerbeordnung, die hierin maßgebend ist, verlangt ferner helle, geräumige, saubere Arbeitsräume, Forderungen, die in vielen industriellen Werken in mustergültiger Weise erfüllt sind. Besondere Sorgfalt ist den Arbeitern gewidmet, die in anerkannt gesundheitsschädlichen Betrieben tätig sind, wie im Bleigewerbe, in Zinkhütten, Schleifereien usf.

Nur ein Beispiel sei erwähnt, wie nachdrücklich das Reich gesundheitliche Gefahren der Arbeiter beseitigt. Unter den Arbeitern, die mit weißem Phosphor zu tun hatten, beobachtete man nicht selten eine langwierige, manchmal tötlich verlaufende Knochenerkrankung. Als Vorschriften über gesünderen Betrieb dieser Fabriken keinen vollen

Erfolg hatten, verbot das Reich 1903 die Verwendung des weißen Phosphors vollkommen und erlaubte nicht einmal die Einfuhr von Waren aus dem Auslande, die ihn enthielten. Seitdem ist die Phosphorkrankheit verschwunden.

Es liegt auf der Hand, daß so einschneidende Gesetze wie die soeben genannten nur dann vollen Erfolg haben können, wenn ihre Durchführung dauernd überwacht wird. Einmal liegt den Polizeibehörden diese Aufgabe ob. Außerdem ist eine große Anzahl von Gewerbeaufsichtsbeamten tätig, die von den Bundesstaaten ernannt und mit den amtlichen Befugnissen der Polizeibehörden ausgerüstet sind, um z. B. die Arbeitsräume jederzeit betreten zu dürfen. Ihre Zahl ist bereits über 500 hinausgegangen. Alljährlich erstatten sie Berichte über ihre Tätigkeit, aus denen Bundesrat und Reichstag ersehen können, ob das von ihnen gewollte Ziel erreicht wird.

Sehr wertvoll und nachahmenswürdig sind die gesundheitlichen Einrichtungen, die viele industrielle Werke aus eigenem Antriebe geschaffen haben. Dahin gehören die Speiseanstalten, die gutes und reichliches Essen für einen billigen Preis liefern, die Badeanstalten, die vielfach umsonst oder doch gegen ein sehr geringes Entgelt benutzt werden können, u. a. m. Auch kann man die mehr und mehr sich ausbreitende Gepflogenheit der großen Unternehmungen in Handel und Industrie nur mit großer Freude begrüßen, den Angestellten, je nach der Dauer der Zugehörigkeit zum Unternehmen, einen mehr oder minder lang bemessenen Sommerurlaub bei unverkürztem Einkommen zu gewähren.

Von unschätzbarem Werte für die Volksgesundheit ist die Versicherungsgesetzgebung geworden, die eine ausreichende ärztliche Hilfe und die Arznei für die breite Schicht der Bevölkerung sicherstellt, und damit nicht nur die Gewähr bietet, daß die Erkrankten so schnell als möglich der Gesundheit wieder zugeführt, sondern daß auch die Krankheiten schon in den Anfängen erkannt werden. Darin liegt aber der Schwerpunkt. Denn frühe ärztliche Behandlung verspricht in den meisten Fällen Erfolg; alte Leiden trotzen oft aller ärztlichen Kunst.

Haben wir uns bisher hauptsächlich mit dem gesundheitlichen Schutz beschäftigt, den das Reich den arbeitenden Klassen gewährt, so wollen wir uns nunmehr den Einrichtungen zuwenden, die der Gesundheit des Gesamtvolkes dienen, und zwar zunächst dem Schutz gegenüber Schädigungen durch Nahrungsmittelverfälschungen. Das vom Reiche erlassene Nahrungsmittelgesetz und mancherlei erweiternde Maßnahmen der Einzelstaaten suchen dies große Gebiet zu sichern, das gesundheitlich wie volkswirtschaftlich eine so mächtige Bedeutung hat. Das Gesetz bedroht denjenigen mit empfindlicher Strafe, der Nahrungs- oder Genußmittel nachmacht oder verfälscht, und es verhängt sogar Zuchthausstrafen, wenn durch solche gefälschten Nahrungsmittel Gesundheitsstörungen oder der Tod eines Menschen verursacht worden sind, sofern der Verkauf der gefälschten Ware wissentlich geschah. Neben den Nahrungs- und Genußmitteln zieht das Gesetz auch mannigfache Gebrauchsgegenstände in seinen Bereich, weil dadurch ebenfalls sanitäre Schäden hervorgerufen werden können. Dazu gehören Tapeten, Spielwaren, Farben, Eß-, Trink-, Kochgeschirre und auch das Petroleum. Bei den Geschirren kommt es hauptsächlich darauf an, daß sie keinen unzulässig hohen Bleigehalt aufweisen. Die Verfälschung des Kaffees, die durch künstliche Kaffeebohnen vorgenommen zu werden begann, wurde dadurch im Keime erstickt, daß die Herstellung und Verwendung der Kaffeebohnenmaschinen verboten wurden; seitdem kommen Kaffeeverfälschungen dieser Art nicht mehr vor.

Bei einem so ausgedehnten Gebiete, wie das der Nahrungs- und Genußmittel, war man sich von vornherein darüber klar, daß das Gesetz nur dann wirksam sein konnte, wenn eine ausgiebige Kontrolle des Nahrungsmittelverkehres stattfand. Diesem Zweck dient ein Netz von Nahrungsmitteluntersuchungsämtern, die das ganze Land überziehen und in denen staatlich approbierte Nahrungsmittelchemiker die Untersuchungen ausführen. Die Ämter werden teils vom Staate, teils von Provinzen, Städten, Landwirtschaftskammern und anderen Körperschaften unterhalten. Auf je 100 Einwohner

des Reiches entfallen im Jahre 5 bis 20 untersuchte Nahrungsmittelproben, je nach der Gegend.

Entsprechend der hohen Bedeutung, die das Fleisch als Volksnahrungsmittel besitzt und den großen Gefahren, die es der Gesundheit bringen kann, hat das Reich im Jahre 1900 ein Gesetz über Schlachtvieh- und Fleischbeschau erlassen, das in der Hauptsache die Untersuchung des gesamten Schlachtviehs vor und nach der Schlachtung anordnet, wozu nur Sachverständige berechtigt sind. Ausgenommen sind nur die Tiere, die der Besitzer im eigenen Haushalte verbraucht. Alles ausländische Fleisch, gleichgültig, ob frisch oder zubereitet, wird an der Grenze auf seine Genußtauglichkeit untersucht. Ausgeschlossen von der Einfuhr sind alle Fleischwaren, die nicht mit Sicherheit daraufhin beurteilt werden können, ob sie gesundheitsschädlich sind, z. B. Würste, Fleisch in luftdicht verschlossenen Büchsen usw. Alles untauglich befundene Fleisch wird vernichtet. Welche gewaltige Arbeit die Fleischbeschau verursacht, kann man daraus entnehmen, daß im Jahre 1905 mehr als 24 Millionen Tiere im Deutschen Reiche geschlachtet worden sind; auf den Kopf der Bevölkerung entfielen dabei 46 Kilogramm Fleisch. Wie notwendig aber andererseits die Fleischbeschau ist und wie segensreich sie wirkt, erhellt daraus, daß alljährlich für rund 90 Millionen Mark Fleisch beanstandet werden muß.

Mit einem anderen sehr wichtigen Volksnahrungsmittel, der Milch, deren alljährlicher Wert für Deutschland auf 1,8 Milliarden Mark geschätzt wird, befassen sich viele bundesstaatliche Schutzmaßregeln, die hauptsächlich die Gewinnung, Aufbewahrung und Zusammensetzung betreffen. Die an Kinder- oder Säuglingsmilch gestellten Forderungen sind dabei besonders streng, woraus sich ihr erhöhter Preis erklärt.

Die Zunahme von Butterverfälschungen veranlaßte die Entstehung des Reichsgesetzes über den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Ersatzmitteln. Kunstbutter, Margarine, muß danach als solche deutlich gekennzeichnet sein und einen Gehalt von 10 Proz. Sesamöl enthalten, das leicht nachweisbar ist; auch darf sie nicht im gleichen Raume mit natürlicher Butter feilgehalten werden. Seitdem sind Butterverfälschungen sehr viel seltener geworden.

Der als Volksnahrungsmittel ebenfalls sehr wichtige Zucker unterliegt einer strengen staatlichen Kontrolle und ist gegen Verfälschungen ausgiebig geschützt; ein besonderes Süßstoffgesetz regelt die Verwendung der sehr stark süßenden chemischen Mittel, die sich dadurch gesundheitlich vom Zucker hauptsächlich unterscheiden, daß sie im Gegensatz zu ihm keinerlei Nährwert besitzen. Die Herstellung von Wein, Bier und Branntwein und ihr Verkauf sind in mehreren neueren Ergänzungsgesetzen geordnet.

Die Erfolge der Nahrungs- und Genußmittelgesetze sind als durchaus erfreulich zu bezeichnen. Zwar kommt alljährlich eine gewisse Reihe von Verurteilungen wegen Vergehen wider diese Gesetze vor, aber deren Zahl geht langsam zurück und wird sich durch weiteren Ausbau der Kontrolle sicherlich noch weiter verringern lassen.

Wenden wir uns nun zu einem anderen Gebiete, das für die Gesundheitspflege ebenfalls von weitreichendem Einfluß ist, zu dem Wohnungswesen. Hier finden sich, besonders in den Großstädten, vielfach recht erhebliche Übelstände, weil der Arbeiter für den Mietzins, den er aufbringen kann, oft genug nur einen einzigen Raum erhalten kann. In Berlin leben z. B. rund 40 Proz. aller Haushaltungen in einem Raume. Es liegt auf der Hand, daß ein so enges Beisammenwohnen hohe gesundheitliche und sittliche Gefahren bedingen muß.

Mehr Raum! ist also die Hauptforderung der Wohnungsreform. Dann lassen sich die anderen hygienischen Forderungen relativ leicht erfüllen, die genügende Helligkeit der Zimmer, genügenden Luftraum, genügende Reinlichkeit verlangen. Als Mindestforderungen sind im Allgemeinen anzusehen und festgesetzt: für jeden Erwachsenen zehn Raummeter Luftraum, eine Bodenfläche von fünf Quadratmetern, eine Fensterfläche gleich ein Zwölftel der Fußbodenfläche; auf je zehn Bewohner ein Wasserklosett und ein Wasserzapfhahn.

Hamburg besitzt bereits ein Wohnungsgesetz, das in seinen Grundlinien ungefähr

den obigen Bedingungen entspricht und die sehr praktische Bestimmung enthält, daß bei jedem Neubau eine Kopie des baupolizeilich genehmigten Bauplanes, auf dem die höchstzulässige Bewohnerzahl des Hauses vermerkt ist, dem Einwohnermeldeamt einzureichen ist. Das Letztere kann dann jederzeit schnell und sicher feststellen, ob die Wohnung überwohnt ist. Freilich ist außerdem eine amtliche Wohnungsaufsicht unentbehrlich, wie sie z. B. Bayern hat, weil nur dabei alle Mißstände aufgedeckt werden können. Der Plan eines Reichswohnungsgesetzes ist bereits vielfach erwogen worden. Man darf sich aber nicht verhehlen, daß seiner Verwirklichung ganz ungewöhnliche Schwierigkeiten entgegenstehen, und kann nur hoffen, daß sich bald ein Weg finden wird, der Besserung schafft. Schließlich heißt es auch, wo es um das höchste Gut, die Gesundheit geht: Wo ein Wille, da ein Weg.

Inzwischen haben das Reich, die Einzelstaaten und Privatunternehmungen dem Wohnungselend nach Kräften, und vielfach mit schönem Erfolge, zu steuern versucht, indem gesunde, billige Wohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte von ihnen errichtet wurden. Vom Reiche und den von ihm ins Leben gerufenen Einrichtungen sind dafür jetzt schon über eine Milliarde Mark aufgewendet. Ältere Industriewerke, wie die Kruppsche Fabrik, die Badische Anilin- und Sodafabrik und viele andere haben ganze Kolonien von gesunden Arbeiterhäusern erbaut, die den Werksangehörigen zu einem sehr billigen Preise überlassen werden und, was sehr wichtig ist, günstig zur Arbeitsstätte gelegen sind, so daß den Arbeitern durch das Zurücklegen des Weges zwischen Wohnung und Fabrik möglichst wenig Zeit verloren geht. Frankfurt a. M. hat den Grund und Boden in weiter Ausdehnung um die Stadt aufgekauft und zur Erbauung billiger, kleiner, aber hygienisch ausgeführter Wohnungen bereitgestellt. Die Errichtung vollkommen gesunder Wohnungen für die Arbeiterbevölkerung ist auch in Großstädten sehr wohl möglich, wenn der Bodenpreis mäßig bleibt; dafür liegt eine Reihe von Erfahrungen vor, so daß man dem Beispiel Frankfurts ausgedehnte Nachahmung wünschen muß.

Von der größten gesundheitlichen und nicht minder auch volkswirtschaftlichen Bedeutung ist die Versorgung der Wohnungen mit reichlichem, hygienisch einwandfreiem Wasser und die rasche und gefahrlose Beseitigung der Abfallstoffe, die von den Menschen und Tieren, den Haushaltungen und auch von manchen Industrien in großen Massen erzeugt werden. Reinlichkeit ist die Hauptforderung der Hygiene. Hat man doch beim Studium der ansteckenden Krankheiten geradezu nachweisen können, daß Unreinlichkeit der Ausbreitung der Infektionskrankheiten ungeahnten Vorschub leistet. Der Schmutz gewährt den Krankheitskeimen Unterschlupf, erhält sie am Leben und bietet ihnen sogar die Möglichkeit, sich darin zu vermehren. Den Schmutz bekämpfen heißt also nicht weniger als die ansteckenden Krankheiten bekämpfen. Dazu gehört aber vor allen Dingen Wasser im Überflusse, das bequem und jederzeit erreichbar ist. Allerdings Wasser, das den strengsten wissenschaftlichen Anforderungen hinsichtlich seiner Beschaffenheit genügt, unter denen die Hauptbedingung lautet, daß es völlig infektionssicher, d. h. vor Krankheitskeimen dauernd geschützt ist. Denn welche Verheerungen entstehen können, wenn eine Wasserleitung auch nur ein einzigesmal verseucht wird, zeigt das Beispiel Hamburgs, in dessen Wasserleitung 1892 Choleraerreger gerieten. Explosionsartig brach darauf die Cholera in der Stadt aus und raffte in wenigen Wochen über 4000 Menschen dahin. Abgesehen von aller Trauer und dem Verlust an Menschenleben, die dadurch verursacht waren, schätzt man den Schaden, den der Handel Hamburgs durch die Epidemie erlitt, auf rund 250 Millionen Mark ein. Und wie in Hamburg die Cholera, so ist in vielen anderen Orten der Typhus durch das Wasser verbreitet worden, wenngleich weniger oft, als gemeinhin angenommen wird. Also wahrlich Grund genug, der Wasserversorgung die erdenklichste Sorgfalt zu widmen.

Die Gemeinden sind es, denen die Ausführung dieser Aufgabe zufällt, und die zu einem großen Teile sie bereits in einwandfreier Weise gelöst haben. Das Verständnis für den Wert guter Wasserversorgungen ist bei uns zum Glück jetzt schon so allgemein

verbreitet, daß selbst ganz kleine Gemeinwesen vielfach eine zentrale Versorgung, d. h. eine Wasserleitung besitzen. Nur das flache Land, die Dörfer, decken ihren Wasserbedarf zum größten Teile noch aus Einzelbrunnen, deren Bauweise sehr oft mangelhaft und deren genaue, sorgfältige gesundheitliche Überwachung unmöglich ist. Die Wasserleitungen werden zum größen Teil aus Quell- oder Grundwasser gespeist, das wegen seiner gleichmäßigen Kühle im Winter und Sommer und wegen seiner durchweg völligen Infektionssicherheit unbestritten als das beste zu bezeichnen ist. Das in der norddeutschen Tiefebene erbohrte Wasser muß vielfach erst von dem Eisen befreit werden, das darin enthalten ist, welchen Zweck einfache, sichere Verfahren erfüllen. Wo Quell- oder Grundwasser nicht zu haben ist, muß man sich mit Wasser aus Flüssen, Seen oder Talsperren begnügen, das erheblich an Güte dem erstgenannten nachsteht. Es ist nicht nur im Sommer manchmal warm und dann wenig schmackhaft und im Winter oft zu kalt, sondern auch besonders hinsichtlich der Infektionssicherheit geringwertiger, trotzdem man es durch Sandfilter sorgfältig von Bakterien zu befreien sucht. Die Gemeinden versuchen daher immer mehr, das Oberflächenwasser durch Grundwasser zu ersetzen und opfern dafür sehr bedeutende Geldmittel.

Es versteht sich von selbst, daß die Verwaltungen des Reichs und der Bundesstaaten der Wasserversorgung dauernd die lebhafteste Aufmerksamkeit gewidmet haben. So unterstehen die Wasserversorgungen ununterbrochen der Aufsicht des Staates und werden mindestens alle drei Jahre geprüft. Auch können Gemeinden, in deren Wasserversorgung Übelstände aufgetreten sind, zu deren Beseitigung unverzüglich angehalten werden; wenn es dabei den Übergang von Einzelbrunnen zu zentraler Versorgung gilt, gewährt der Staat oft den Gemeinden Beihilfen. Die Gesetze über die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten im Reiche und in Preußen bieten die Handhaben, um sanitäre Verbesserungen in der Wasserversorgung durchzusetzen.

Die Reinhaltung der Städte geschieht, vielfach selbst schon in kleineren Gemeinden, durch die Anlage eines unterirdischen Kanalsystems, das in den meisten Fällen die gesamten Schmutzstoffe aufnimmt; in einigen Orten werden die Regenwässer und die zum Reinigen der Straßen benutzten Wässer oberirdisch in Rinnsteinen abgeführt. Nur wenige, an der See oder an den Mündungen der großen Ströme gelegenen Städte sind in der angenehmen Lage, das Sammelrohr der Kanalisation, Stammsiel genannt, unmittelbar in die See oder den Strom zu führen und sich damit der Abwässer auf die einfachste Art zu entledigen. Die meisten größeren Städte müssen vorher die Schmutzwässer „klären" oder „reinigen". Einzelne Gemeinwesen, darunter die Hauptstadt des Reiches, Berlin, bedienen sich dazu der Rieselfelder. Der Inhalt des Stammsiels wird durch Maschinenkraft in meilenweiten Rohrleitungen weit vor die Stadt gepumpt und verteilt sich dort über weite Flächen gras- oder auch vereinzelt gemüsebestandenen, sorgfältig drainierten Landes. Das Schmutzwasser versickert dort ganz langsam und wird dabei in ausgezeichneter Weise durch den Boden geklärt, der nicht nur die schwebenden, sondern auch die gelösten Schmutzteile zurückhält, zerlegt und sie den Pflanzen als Nahrungsmittel zuführt. Das solchermaßen gereinigte Abwasser sammelt sich in den Drainröhren, die es an Sammelgräben abgeben, und kann ohne alles Bedenken dem nächsten Flußlauf zugeführt werden. Das Rieselfeldersystem leistet weitaus die beste Klärung der Abwässer; es ist aber außerordentlich teuer und verlangt einen leichten sandigen Boden; es hat darum nur eine beschränkte Anwendung gefunden.

Weit häufiger bedient man sich der mechanischen Klärung. Entweder begnügt man sich, dem Abwasser nur die schwebenden Schmutzteilchen zu nehmen, die gelösten Substanzen aber darin zu lassen. Man erreicht das dadurch, daß man das Abwasser aus dem Stammsiel in weite, flache, gemauerte Becken leitet, die es sehr langsam durchströmt, wobei die Schwebestoffe zu Boden fallen. Das die Absitzbecken verlassende Wasser ist infolge des Gehaltes an gelösten Schmutzstoffen noch faulfähig; wenn aber, wie z. B. bei der Stadt Dresden, ein wasserreicher „Vorfluter", hier die Elbe, das Abwasser aufnimmt, so wird es beim Einleiten in den Fluß durch dessen Wasser sogleich

soweit verdünnt, daß es die Fäulnisfähigkeit verliert, und der Fluß infolgedessen mit seiner Unschädlichmachung fertig wird, ohne in unzulässigem Grade verunreinigt zu werden.

Besteht aber ein ungünstiges Verhältnis zwischen der Größe des Flusses und der Abwassermenge, so muß man dem letzteren außer den schwebenden auch noch die gelösten Schmutzstoffe nehmen; das Flußwasser würde sonst, zumal in den heißen Monaten, anfangen zu faulen und damit in einen sanitär höchst bedenklichen Zustand geraten. Man erreicht die Entfernung der gelösten Abwassersubstanzen entweder auf chemischem Wege, indem man dem Inhalte des Stammsiels vor der Einleitung in die Absitz- oder Klärbecken Chemikalien zusetzt, die beim Passieren der Becken zu Boden fallen und dabei die gelösten Stoffe mitnehmen. So klärt z. B. Leipzig sein Abwasser. Oder aber man greift zum „biologischen" Verfahren. Dabei fallen die weiten Klärbecken ganz fort. Das Abwasser tropft langsam über große Haufen von Koks oder Steinschlag und wird dabei durch die Tätigkeit niederster Lebewesen so vollkommen seiner Schmutzstoffe beraubt, daß es unbedenklich dem nächsten Flußlauf überantwortet werden kann.

Bei den industriellen Abwässern handelt es sich am häufigsten darum, ob der Vorfluter durch sie chemisch wesentlich verändert wird; auch können unachtsam behandelte industrielle Abfallstoffe im Laufe der Zeit das Grundwasser stark verändern und damit Wasserversorgungen gefährden.

Angesichts dieser Gefahren ist es begreiflich, daß Reich und Einzelstaaten der Frage der Abwasserbeseitigung das lebhafteste Interesse zuwenden. Die Bundesstaaten kontrollieren in ihrem Bereiche unausgesetzt den Reinheitsgrad der Flüsse. Preußen hat eine besondere Prüfungsanstalt für Abwasserbeseitigung (und zugleich Wasserversorgung) errichtet. Die Einleitung von Schmutzwässern städtischer oder industrieller Herkunft unterliegt in jedem Falle der Genehmigungspflicht der Aufsichtsbehörde. Das Reich hat sich gewissermaßen einen obersten Gerichtshof für Fragen der Flußverunreinigung dadurch geschaffen, daß es den Reichsgesundheitsrat hierin mit großen Vollmachten ausrüstete, alle wesentlichen Fragen aus diesem Gebiete ihm zur Begutachtung und Entscheidung vorlegt und es ihm zur Pflicht macht, auf Übelstände hinzuweisen und Vorschläge zu deren Beseitigung oder doch Besserung zu machen; auch entscheidet der Reichsgesundheitsrat durch Schiedsspruch etwaige Streitigkeiten der Bundesstaaten über Flußverunreinigung.

So sehen wir eine Fülle von weitreichenden, hygienischen Maßnahmen und Gesetzen zur Hebung der Volksgesundheit am Werke. Ein alter Feind aber ist bemüht, ihnen entgegenzuwirken, indem er den Krankheiten vorarbeitet oder ihr Werk vollendet oder selber zur Krankheit wird: der Alkoholismus. Man sagt kaum zuviel mit der Behauptung, daß der Alkoholismus eine der wichtigsten sozialen Fragen der Gegenwart ist. Denn wir wissen jetzt auf Grund wissenschaftlicher Untersuchungen, wie schädlich der Alkohol auf den Körper wirkt und wie mannigfach diese Schäden sich äußern. Unhaltbar ist die Anschauung geworden, daß der Alkohol Kraft gibt. Im Gegenteil! Es ist mit voller Regelmäßigkeit beobachtet worden, daß Alkoholgaben die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit herabsetzen. Man weiß, daß Alkoholgenuß empfänglicher macht für ansteckende Krankheiten aller Art, daß er vielfach schuld ist an der Nervosität unserer Zeit, daß Geisteskrankheiten nicht selten die Folge sind. Die Nachkommen von Alkoholikern sind häufig wieder dem Trunke ergeben, ihre Töchter in vielen Fällen unfähig zum Stillen, allgemeine körperliche und geistige Minderwertigkeit wird an den Kindern trunksüchtiger Eltern in manchen Fällen beobachtet. Zahlreiche Vergehen und Verbrechen fallen hauptsächlich dem Alkohol zur Last, nicht minder viele Unfälle in gewerblichen Betrieben; von den Insassen der Armenhäuser sind die meisten, von denen der Irrenanstalten zwischen 20 bis 40 Proz. Opfer des Alkohols. Unzertrennbar vom Alkoholismus ist auch die Prostitution, die durch Verbreitung der Geschlechtskrankheiten so schwere Verheerungen dem Volkskörper zufügt.

Die Hauptforderung im Kampf gegen das Übel lautet: „Abstinenz für die Jugend". Für das kindliche Alter ist jeder Tropfen Alkohol Gift — diese Tatsache steht hoch über allen Zweifeln. Und dabei erhielten von mehreren Tausend Schulkindern, die darüber befragt wurden, mehr als die Hälfte von den Eltern regelmäßig Wein, Bier oder gar Schnaps! Fürwahr, hier tut Wandlung dringend not! Jung gewohnt, alt getan — auf kaum eine menschliche Gewohnheit trifft das so vollkommen zu, wie auf den Verbrauch geistiger Getränke. Man soll deswegen die Grenze des Vernünftigen nicht überschreiten und völlige Abstinenz auch für alle Menschen im späteren Alter verlangen. Nur muß man fordern, daß es jedem völlig freigestellt ist, Alkohol zu trinken oder es zu lassen. Unsere jetzigen Trinksitten oder besser -unsitten bedürfen dringend einer Änderung. Der Aufklärung über die Gefahren des Alkoholismus widmen sich zahlreiche Vereine; von ihrer Arbeit ist der Haupterfolg des Kampfes zu erwarten. Der Staat sucht dem übermäßigen Alkoholverbrauch durch Besteuerung und Beschränkung der Ausschankstellen vorzubeugen. Der Schnapsverbrauch hat in Deutschland in den letzten Jahren stetig abgenommen, der Bierverbrauch bis vor einem Jahre zugenommen; erst von da ab infolge erhöhter Besteuerung abgenommen, wenn auch noch nicht sehr stark. Sehr wirksam sind die in vielen Privat- und Staatsbetrieben eingerichteten Verkaufsstellen für Milch, Kaffee und alkoholfreie Getränke, die bei den Arbeitern und Angestellten den Alkoholverbrauch während der Arbeit vielfach fast verdrängt haben; die Privatunternehmungen tragen oft einen Teil der Kosten für diese Getränke, die Staatsbetriebe setzen den Preis so niedrig wie möglich und stellen die Verkaufsräume gern umsonst bereit. Noch stehen wir im Kampfe gegen den Alkohol im Beginn. Aber wir dürfen mit Recht hoffen, darin voran zu kommen. Kein Geringerer als Goethe sagte vom Alkohol, daß er einem heiteren und tätigen Leben entgegenwirke.

Und nun zu den Waffen im Kampfe gegen die Krankheiten, sei es, daß sie dem Erkrankten die Gesundheit zurückzugeben, sei es, den Gesunden vor Krankheit zu bewahren bestimmt sind. Beide Male stehen die Ärzte in vorderster Linie. Mehr als 30 000 Ärzte bilden heute den deutschen Ärztestand; auf etwa 2000 Einwohner entfällt ein Arzt, und damit steht Deutschland weitaus an der Spitze aller Völker. Die deutsche medizinische Wissenschaft aber erfreut sich in der ganzen Welt eines Ansehens, das die Angehörigen fremder Nationen oft zu uns führt, um einige Zeit in Deutschland Medizin studiert zu haben. Der Rückgang der Sterblichkeit in Deutschland darf mit Recht der Tüchtigkeit des deutschen Arztes zum großen Teile zugeschrieben werden, einerlei, ob es sich um Krankenbehandlung oder Verhütung von Krankheiten handelt.

Für die Ärzte besteht Freizügigkeit. Die Zahl der Apotheken ist dagegen begrenzt, weil nur dadurch eine geordnete und gute Arzneiversorgung des Publikums möglich gemacht wird; auf je 10 000 Einwohner kommt eine Apotheke. Sie unterliegen in bezug auf Einrichtung und Betrieb der behördlichen Aufsicht. Das vom Reichsgesundheitsamt in bestimmten Zwischenräumen zusammengestellte Arzneibuch für das Deutsche Reich schreibt den Apotheken die Art, Beschaffenheit, Zubereitung und den Preis der Heilmittel vor.

Ungemein rasch ist in den letzten zwanzig Jahren die Zahl der Krankenhäuser gestiegen, in deren Einrichtung und Betrieb große Fortschritte erzielt sind. Die Zahl der verfügbaren Betten ist durchaus genügend; stehen doch 40 Proz. von ihnen durchschnittlich leer. Überfüllt sind dagegen dauernd die Anstalten für Geisteskranke, in denen weit über 150 000 Kranke verpflegt werden. Bei den Entwürfen für die Irrenhäuser konnte mit einer so gewaltigen Zunahme der Geisteskranken, wie sie jetzt eingetreten ist, nicht gerechnet werden; es steht zu hoffen, daß hier bald Abhilfe geschaffen wird.

Noch bis vor gar nicht langer Zeit standen die Völker ihren verderblichsten Feinden, den Seuchen, mit fast völlig unzulänglichen Waffen gegenüber. Wußte man doch nicht, wodurch sie entstehen und wie sie sich ausbreiten; und alle Schutzmaßnahmen waren daher nichts anderes als vielfach vollkommen nutzlose, ja mitunter geradezu — wie wir heute wissen — schädliche Einrichtungen. Es bedeutet unbestreitbar einen der aller-

größten Triumphe, hier Wandel geschaffen zu haben, und es ist das unsterbliche Verdienst Robert Kochs, die Ursachen der wichtigsten Seuchen selbst entdeckt, die Mittel zu ihrer Bekämpfung angegeben und Methoden erfunden zu haben, mit denen man die gesamte Seuchenforschung mit so großem Erfolge aufgenommen hat, und deren Hauptergebnis die Tatsache ist, daß alle großen Volkskrankheiten durch kleinste Lebewesen verursacht werden, die in unsere Körper eindringen.

Man hätte nun meinen sollen, daß die neuen Kenntnisse sogleich Anlaß gegeben hätten, gesetzlich die Schutzmaßregeln gegen die Seuchen festzulegen. Dazu kam es aber zunächst nicht. Vielmehr bedurfte es eines besonderen Anlasses, ehe man sich dazu entschloß. Die Cholera war es, die nach längerer Pause 1892 Deutschland wieder heimsuchte und dem Volke die Schrecken der Seuchenzeiten wieder lebendig werden ließ und damit die Ursache wurde, nunmehr Schutzgesetze gegen die großen Volkskrankheiten in Angriff zu nehmen. Es vergingen indessen noch mehrere Jahre, bis das Werk vollendet war, und erst im Jahre 1900 trat das Gesetz, betr. die Bekämpfung der gemeingefährlichen Krankheiten, in Kraft, kurzweg Reichsseuchengesetz genannt. Es gibt Anweisung zur Bekämpfung der Cholera, Pest, Pocken, des Aussatzes, Gelbfieber und Fleckfiebers. Alle anderen ansteckenden Krankheiten fallen nicht darunter.

Der Grundgedanke des Kampfplanes ist folgender. Die Ursachen der Seuchen, die Kleinlebewesen, finden sich nur im erkrankten Menschen und vermehren sich in ihm mit ungeheurer Schnelligkeit. Jeder seuchenkranke Mensch bildet daher den Kernpunkt der Gefahr, bei ihm müssen deshalb die Gegenmaßregeln einsetzen. Da nun die Erreger der im Reichsseuchengesetz aufgenommenen Krankheiten bei uns nicht dauernd leben (den Aussatz ausgenommen), sondern immer eingeschleppt werden, so kommt es vor allen Dingen darauf an, jeden ersten Krankheitsfall so frühzeitig als möglich zu erkennen. Zu dem Zwecke sind Ärzte, Familienvorstände, Anstaltsdirektoren usw. verpflichtet, der Ortspolizeibehörde jede Erkrankung und jeden Todesfall an einer der sechs genannten Krankheiten unverzüglich mitzuteilen. Die Polizeibehörde verständigt sofort den zuständigen, beamteten Arzt, der an Ort und Stelle sogleich Untersuchungsmaterial entnimmt, um daran von mit derartigen Untersuchungen betrauten bakteriologischen oder hygienischen Instituten feststellen zu lassen, ob in der Tat die Annahme einer der Krankheiten zu Recht besteht. Bis zum Eintreffen der Nachricht des Untersuchungsamtes werden die Kranken und die mit ihnen in Berührung gekommenen Gesunden abgesondert. Bestätigt sich der Verdacht, so bleibt die Isolierung bestehen, anderen Falles hört sie sogleich auf. Mit der Isolierung wird zugleich eine genaue Desinfektion verbunden, deren Zweck es ist, die Krankheitskeime, die vom Kranken ausgeschieden werden, sofort zu vernichten. Eine gut arbeitende Desinfektion ist daher eines der unentbehrlichsten Kampfmittel gegen die Seuchen. Alle großen Städte haben längst besondere Desinfektionsanstalten und geschultes Desinfektionspersonal. Auch in den Krankenhäusern sind meistens Desinfektionsapparate vorhanden, in deren Bedienung das Personal ausgebildet ist. Das Bestreben geht dahin, in jeder noch so kleinen Gemeinde einen Beamten im Nebenamt als Desinfektor auszubilden und zu verpflichten; für viele Gemeinden ist das schon erreicht, für noch mehr bleibt es zu wünschen.

Dadurch ist es möglich, die Krankheitskeime jedes Erstérkrankten sofort zu vernichten, den glimmenden Funken gewissermaßen zu ersticken, ehe er zum Brande geworden ist, und es ist bisher mit aller Regelmäßigkeit gelungen, jeden Seuchenausbruch an den im Reichsseuchengesetz aufgeführten Krankheiten mit voller Sicherheit zu verhüten, obwohl kein Jahr vergeht, in dem nicht mehrere Einschleppungen der genannten Krankheiten erfolgen, abgesehen von Fleckfieber und Gelbfieber.

Der Bundesrat hat für die Bekämpfung der im Reichsseuchengesetz aufgenommenen Infektionskrankheiten besondere Anweisungen herausgegeben, die für das ganze Reich ausschließlich maßgebend sind und auf das genaueste befolgt werden müssen; sie sind aus den wissenschaftlichen Ergebnissen über die Eigenschaft und Verbreitungsweise der Krankheitserreger abgeleitet

Auf eine ganz besondere Art werden die Pocken oder Blattern ferngehalten, die im Mittelalter als „Schwarzer Tod" ungeheure Verwüstungen unter den europäischen Völkern anrichteten, so daß oft genug nur noch die Hälfte der Menschen an einem Orte lebte, wenn die Blattern darüber hingezogen waren. Es galt für unmöglich, der Krankheit zu entgehen, und so groß war die Gefahr, ihr zu erliegen, daß man Kinder erst dann als Familienzuwachs zu betrachten pflegte, wenn sie die Pocken überstanden hatten. Erst im 18. Jahrhundert verloren die Blattern durch die epochale Entdeckung des englischen Arztes Edward Jenner ihren Schrecken. Jenner wies nach, daß man durch Übertragung des Pockengiftes auf Kühe von den letzteren einen Impfstoff („Lymphe") gewinnen könnte, der, Menschen in die Haut geimpft, eine kleine Entzündung der Impfstellen verursachte und damit Schutz vor der Krankheit gewährte. Es ist begreiflich, daß angesichts der Blatterngefahr die Impfungen von allen Leuten sehnlichst gewünscht wurden. Aber die damaligen Verkehrsverhältnisse machten es manchen unmöglich, die Impftermine zu erreichen. Und als man gar erfuhr, daß selbst Geimpfte vereinzelt dennoch an den Pocken starben, nahm die Zahl der Impfungen wesentlich ab. In Deutschland machte man darauf die Entdeckung, daß der Impfschutz nur eine gewisse Zahl von Jahren anhält und durch eine zweite Impfung erneuert werden muß, wenn er ausreichend sein soll. Die Bevölkerung verhielt sich ablehnend; die Heeresverwaltungen der deutschen Einzelstaaten aber führten die Wiederimpfung bei den Soldaten ein, und zur Zeit des Krieges 1870/71 stand daher das deutsche Heer, abgesehen von kleineren Truppenteilen, im vollen Pockenimpfschutz, während die Zivilbevölkerung zum größten Teile zwar einmal in der Jugend, aber nur zum kleinsten Teile zum zweiten Male geimpft war. In Frankreich dagegen waren große Teile der Bevölkerung überhaupt nicht geimpft. Eine gesetzliche Vorschrift, die Impfung an allen Bewohnern vorzunehmen, gab es damals in keinem Staate. Das deutsche Heer verlor im Kriege 297 und das französische 23 469 Mann an den Pocken! Und weiter: durch die französischen Kriegsgefangenen wurden die Blattern in Deutschland so verbreitet, daß im Jahre 1871 allein in Preußen beinahe 60 000 Menschen daran starben, während das ganze deutsche Heer durch Feindeswaffen 41 210 Mann verlor. Glänzender konnte der Wert der wiederholten Impfung nicht bewiesen werden, und die Volksvertretung zog auch die Folgerung und nahm im Jahre 1874 das Impfgesetz an, das die Impfung aller Bewohner im ersten und die Wiederimpfung im 12. Lebensjahre vorschreibt. Die Impfung ist unentgeltlich; den Impfstoff liefert das Reich, das jetzt 25 Lymphgewinnungsanstalten unterhält. Vollkommen ausgestorben sind die Pocken auch heute noch nicht in Deutschland. Aber im Durchschnitt der letzten zehn Jahre starben daran doch nur 25 Menschen jährlich, und davon waren mehr als die Hälfte diejenigen Ausländer, die die Seuche eingeschleppt hatten.

Man wird etwas verwundert fragen, ob denn die zahlreichen anderen ansteckenden Krankheiten, die bei uns vorkommen, im Reichsseuchengesetz nicht berücksichtigt sind. In der Tat ist das nicht der Fall, und es wäre mit großer Freude zu begrüßen, wenn man seinen Rahmen erweiterte. Preußen und Braunschweig haben durch Gesetz die Bekämpfung der anderen Infektionskrankheiten begonnen. Immer wird dabei nach dem bewährten Plan verfahren, den wir schon kennen: frühzeitige Ermittelung der ersten Krankheitsfälle durch Meldepflicht an die Behörde, Absonderung der Kranken und Vernichtung der von ihnen ausgeschiedenen Krankheitserreger durch Desinfektion. Die Erfolge sind vielfach recht erfreulich. Aber durch eine reichsgesetzliche Regelung des Bekämpfungsplanes würden sie unzweifelhaft noch günstiger werden. Indessen ist doch das Reich den einheimischen Infektionskrankheiten gegenüber nicht ganz untätig geblieben. So hat es zur Bekämpfung des Typhus im Südwesten des Reiches erhebliche Geldmittel bereitgestellt und die dort gesammelten Erfahrungen in Form von Leitsätzen zur Typhusbekämpfung den Bundesregierungen übermittelt, um den Kampf gegen den Typhus einheitlich und damit möglichst aussichtsreich zu gestalten. Auch an der Bekämpfung der so verderblich wirkenden Geschlechtskrankheiten ist das Reich mit

Geldmitteln beteiligt und unterstützt alle derartige Bestrebungen nach Möglichkeit. Die frühere, überaus schädliche Bestimmung des Krankenversicherungsgesetzes, wonach den an Geschlechtskrankheiten Leidenden das Krankengeld ganz oder teilweise entzogen werden konnte, ist zum Glück im Jahre 1903 aufgehoben worden.

Ein besonderes lehrreiches Beispiel, mit welcher Entschlossenheit in Deutschland der Kampf gegen Seuchen geführt wird, bietet die Wurmkrankheit, die in den Bergwerken im Westen des Reiches 1900 plötzlich sehr schnell an Ausbreitung zunahm, nachdem sie schon eine Reihe von Jahren in geringem Umfange bestanden hatte. Man unterwarf daraufhin die gesamten Belegschaften der dauernden ärztlichen Kontrolle, sonderte alle Bergleute ab, die mit dem Erreger behaftet waren, bis sie davon befreit waren, studierte die Angriffsweise des Erregers und setzte ihm die daraus sich ergebenden hygienischen Maßnahmen entgegen. Dafür wurden in den Jahren 1903 und 1904 nicht weniger als sieben Millionen Mark aufgewendet. Aber der Erfolg ist auch nicht ausgeblieben, und die Wurmkrankheit tritt nur noch in mäßiger Stärke auf, wenn man sie auch bisher noch nicht auszurotten vermocht hat.

Die schlimmste Geißel der europäischen Völker ist zur Zeit wohl unbestritten die Tuberkulose, die meistens die Lunge befällt und dann das Krankheitsbild der Lungenschwindsucht erzeugt, aber gelegentlich auch in allen anderen Organen des Körpers sich einnistet. Mehr als ein Drittel aller Menschen, die das erste Lebensjahr überschritten haben, fällt der Tuberkulose zum Opfer! Kaum ein Menschenalter ist es her, daß die allgemeine, auch von den meisten Ärzten geteilte Meinung dahin ging, die Schwindsucht führe immer zum Tode. Darin trat ein völliger Umschwung ein, als die Ursache der Tuberkulose im Tuberkelbazillus entdeckt worden war. Keine einzige Infektionskrankheit, ja überhaupt keine Krankheit ist seitdem in einem solchen Grade der Gegenstand eindringlichster, unablässigster, wissenschaftlicher Untersuchung gewesen als die Tuberkulose. Und nirgendwo hat man die Fülle der dabei gewonnenen Ergebnisse in einem solchen Umfange in praktische Bekämpfungsmaßregeln umgesetzt als im Deutschen Reiche. Die Sterblichkeit an Tuberkulose ist seitdem dauernd, wenn auch noch nicht sehr beträchtlich gesunken. Man darf aber dabei nicht vergessen, daß die Tuberkulose sehr oft einen über Jahre, ja über noch längere Zeit sich erstreckenden Verlauf nimmt; ein plötzliches Abfallen der Tuberkulosesterblichkeit ist daher überhaupt nicht möglich.

Die Hauptwaffe gegen die Seuche sind die Lungenheilstätten, die ihren Ursprung in Deutschland und bei uns auch die weiteste Verbreitung genommen haben. Außerordentliche Geldmittel sind darin angelegt, die zum größten Teile von den Landesversicherungsanstalten aufgebracht sind. Die Heilstätten dienen der Behandlung vornehmlich der Leichtkranken; bei frühzeitiger Behandlung sind die Heilungsaussichten weitaus am günstigsten. Eine möglichst frühzeitige Erkennung der Schwindsucht ist daher ein überaus wertvolles Mittel im Kampfe gegen die Tuberkulose, und die Krankenversicherungsgesetzgebung, die dies auch für die unbemittelten Kreise ermöglicht, darf sich deshalb mit vollem Recht einen wesentlichen Anteil an der Tuberkulosebekämpfung zuschreiben. Bisher haben die Lungenheilstätten etwa 30 Proz. aller Behandelten wieder dauernd erwerbsfähig zu machen vermocht, und die Zahl der dauernd Geheilten nimmt immer noch langsam, aber stetig zu. Das deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose, das in engster Fühlung mit den Reichs- und Landesregierungen tätig ist, hat es sich zur Aufgabe gemacht, das ganze Reich mit einem Netz von Lungenheilstätten zu überziehen; ihre Zahl hat die Hundert bereits überschritten.

Den Heilstätten stehen manche andere Einrichtungen unterstützend zur Seite. So die Tuberkulosefürsorgestellen, die den Tuberkulösen passende Arbeit zu verschaffen, gesunde Wohnungen und zweckmäßige Ernährung zu bieten bemüht sind; Walderholungsstätten, ländliche Kolonien, Erholungsheime, Waldschulen u. a. m., die den Zweck verfolgen, schwächliche Kinder und Erwachsene zu kräftigen und damit die Widerstandskraft gegen die Tuberkulose zu erhöhen. Nicht vergessen werden dürfen auch die zahlreichen Bestrebungen, das große Publikum auf die Verbreitungsweise der Tuber-

kulose immer wieder hinzuweisen, und die Maßnahmen, die auf indirektem Wege der Seuche Abbruch zu tun versuchen. In allererster Linie kommt es darauf an, die engen und ungesunden Wohnungen zu beseitigen, die der Krankheit einen derartigen Vorschub leisten, daß man sie geradezu als eine Wohnungskrankheit bezeichnet hat. Die wichtigsten Bekämpfungseinrichtungen werden durch die internationale Vereinigung zur Bekämpfung der Tuberkulose für alle Länder einheitlich gestaltet; sie ist vor einigen Jahren ins Leben getreten und schließt fast alle Kulturvölker der Erde in sich ein.

Erwähnt muß endlich noch eine Einrichtung des Reiches werden, die für die Gesunderhaltung des Volkskörpers sich außerordentlich fruchtbar erwiesen hat: die wissenschaftlichen Forschungsexpeditionen, die den Zweck verfolgen, die wichtigsten Seuchen in Ursache und Verbreitungsweise möglichst genau kennen zu lernen, um zuverlässige Grundlagen für ihre Bekämpfung zu gewinnen. So waren Cholera, Pest, Gelbfieber, Lepra, Malaria, Schlafkrankheit und Syphilis teilweise wiederholt Gegenstand solcher Expeditionen, die bisher immer mit einer reichen wissenschaftlichen Ausbeute heimgekehrt sind, von der die größte wohl die Entdeckung des Choleraerregers ist.

Wir sind am Ende. Es sollte nicht versucht werden, alle einzelnen Einrichtungen aufzuzählen, die für die Gesunderhaltung des Volkes wie des einzelnen getroffen sind. Nur die großen Strömungen, die leitenden Gedanken, die wichtigsten Maßnahmen, die um die Volksgesundheit bemüht sind, konnten erwähnt, und nur die Hauptfeinde genannt werden, die unmittelbar oder auf Umwegen dem Volkskörper zu schaden am Werke sind. Mancherlei auf dem Gebiete der praktischen Hygiene liegt noch im argen. Aber wenn wir uns umsehen, wie es darin vor vierzig Jahren aussah, und wie es selbst heute noch bei unseren Nachbarn vielfach aussieht, so dürfen wir uns getrost eingestehen, daß wir doch darin ein gutes Stück weitergekommen sind und den Vergleich mit anderen Nationen nicht zu scheuen brauchen, sondern in vielen Dingen ihnen Vorbild sein können — und sind. Das Verständnis für die Gesundheitspflege ist bei uns erwacht; eine Fülle von Kräften ist rege, es wach zu halten, auszubreiten und zu vertiefen. Fördern und stärken wir alle die Bestrebungen, jeder in seinem Kreise, und mehren damit das köstlichste Gut, das unser Volk besitzt: seine Gesundheit.

Deutſche Naturſchönheiten.

Von **Arthur Rehbein,** Unkel a. Rhein.

„Fern in fremden Landen war ich auch,
Bald bin ich heimgegangen.
— — — — — — — — — — —
Nur nach Deutſchland, nur nach Deutſchland
Tät mein Herz verlangen."

Ähnlich wie Hoffmann von Fallersleben in dieſen Verſen, haben viele deutſche Dichter ihrem ſtarken Heimatsgefühl Ausdruck gegeben. Und empfunden haben ebenſo Millionen deutſcher Volksgenoſſen, die vom Schickſal in die Ferne gewirbelt wurden. Einſt war die Bezeichnung Elend gleichbedeutend mit Ausland, und heute iſt das Wort Heimweh eines der tiefſten und innigſten unſerer Sprache.

Das Alles iſt freilich noch kein Beweis dafür, daß unſer Vaterland an Naturſchönheiten andere Länder überſtrahlt. Würde ſich nicht der Kirgiſe, den man in eine heitere Zone entführte, nach der dürren Steppe ſeiner Heimat zurückſehnen?

Aber wenn ein Ausländer wie Lord Byron, ein Künſtler, der mit ſchönheitsdurſtigen Augen die höchſtgefeierten Breiten geſchaut hatte, beim Anblick des Siebengebirges in vorher ungeahnte Begeiſterung gerät, wenn er ausruft:

„Manch mächt'gen Platz mit ſtolz'rem Glanz mag's geben,
Doch keiner wird gleich feſſelnd in ſich tragen
Pracht, Schönheit, ſanften Reiz, den Ruhm aus alten Tagen".

Wenn er dieſen Erdenwinkel ein Paradies nennt und hier mit der Geliebten ſeines Herzens leben zu können wünſcht — dann haben wir doch wohl das Recht, uns einmal zu überlegen, ob wir auch im Hinblick auf die landſchaftliche Erſcheinung unſeres Vaterlandes ſingen dürfen:

„Deutſchland, Deutſchland über Alles,
Über Alles in der Welt!"

* * *

Das haben die deutſchen Gauen vor allen Ländern der Erde voraus: eine unerſchöpfliche Mannigfaltigkeit ihrer natürlichen Reize, noch vertieft durch die Mannigfaltigkeit der Kulturſpuren, die eine reiche und noch immer weiter wirkende Geſchichte in dieſem wechſelvollen Boden zurückgelaſſen hat.

* * *

Schon der Wechſel der Jahreszeiten, den unſer Land, im Herzen der gemäßigten Zone gelegen, am deutlichſten empfindet, er gibt unſerem Leben einen Zauber von immer ſich erneuernder Kraft. Man ſpricht vom „ewig lachenden Himmel Italiens" — freuen wir uns unſeres deutſchen Winters! Schon weil er uns immer wieder den deutſchen Frühling verbürgt, eine Offenbarung des ewigen Schöpferwillens, der an Herrlichkeit nichts auf dieſer Erde überlegen iſt. Aber der deutſche Winter ſelbſt iſt an Wundern reich. Wie dann unſer Wald eingehüllt iſt von der weißen, glitzernden

Aus Deutschlands Gauen.

Dritter Teil. *)

Das Nahetal. Rheingrafenstein.

*) Nach Aufnahmen der Neuen Photographischen Gesellschaft A.-G. in Berlin-Steglitz.

Schloß Neuschwanstein.
Blick auf Hohenschwangau, Schwansee und Alpsee.

Norderney.
Sonnenuntergang.

Nürnberg.

Oldenburg.
Linde und Kapelle auf dem Gertrudenkirchhof.

Der Rhein.
Ansicht von Bingen.

Das Riesengebirge.
Ober-Krummhübel mit Brudenberg. Im Winter.

Die Insel Rügen
Stubbenkammer.
Der Königsstuhl.

St. Goar am Rhein.
Mit Ruine Rheinfels. Gegenüber St. Goarshausen.

Schandau.
Sächsische Schweiz.

Schwäbisch Hall.

Schwerin.
Großherzogliches Schloß.

Speyer am Rhein.

Stettin.
Hansabrücke und Jacobikirche.

Straßburg im Elsaß.
Der Kleberplatz.

Straßburg im Elsaß.
Die neue Rheinbrücke bei Kehl

Stuttgart.
Johanneskirche.

Stuttgart.
Altes Schloß.

Swinemünde.
Am Bollwerk.

Thüringer Wald. Oberhof im Winter.
Am Rennstieg.

Treseburg.
Vom Weißen Hirsch aus.
Harz.

Ulm.
Stadtteil an der Blau.

Weimar.
Schloß Tiefurt.

Pracht! So still — und doch voll von heimlichem Leben, das wie leises Atmen durch seinen Schlaf zittert. Dort unten im Tal das verschneite Dorf — welch ein Bild traumverlorener Sammlung! Hellblauer Rauch, der reinlich vom weißen Dache aufkräuselt, verrät, daß da die Enkel der alten Germanen ums Herdfeuer sitzen und auf den Lenz warten. Und wenn der Winter am tiefsten ist, dann feiern sie heute noch, freilich in verchristlichter Form, ihr Julfest, wie es zu gleicher Zeit die Altvordern taten.

Deutscher Herbst! Farbensymphonien von innigster Innigkeit rauschen durch unsere Seele. Gewiß, der brasilianische Urwald ist von betäubender Farbenfülle — aber das schreit und brennt, während der deutsche Wald in tiefster Schönheit still verblutet.

* * *

Die Mannigfaltigkeit der deutschen Naturschönheiten ist auch geographisch bedingt. Es ist, als ob bei der Verteilung der Werkstücke für den Wunderbau der Erde unsere Heimat, durch ihre Bescheidenheit scheinbar benachteiligt, gewartet hätte, bis nur noch von all den Vorräten die Reste übrig waren. Doch das sollte ihr zum Segen werden. Denn nun bekam sie von all dem Schönen etwas: die vergessenen Seeküsten und die letzten Alpenberge, fruchtbare Ackerflächen und poesievolles Heideland, hier und da ein Stückchen Hochwald, da und dort ein liebliches Flußtal, einen schilfumsäumten Weiher, einen blinkenden See. Dazu einen ganzen Reichtum an heilkräftigen Quellen, deren verborgenen Wert die anderen nicht geahnt hatten, desgleichen ganze Länderstrecken, die jenen zu gering erschienen waren, weil sie nicht wußten, daß tief im Boden die schwarzen Diamanten in schier unermeßlicher Fülle ihrer Auferstehung harrten, unansehnliche Hügel, drin gute Erze schlummerten, eine Handvoll Inseln, arm und gering, aber doch nicht weniger brünstig umschlungen vom ewigen Meere als die Perle der Antillen, karge Schieferfelsen, die doch zum Nährboden werden sollten für die edelsten Weine der Welt.

Und es schritt die Geschichte durch das Land und füllte es mit neuen Schönheiten. Im Provinzialmuseum zu Bonn steht in einem gläsernen Schrein der Rest eines Menschenschädels, der uns schweigend — cum tacet clamat — eine ergreifende Vorlesung hält von dem ehrfurchtgebietenden Alter des Menschentreibens auf unserem Heimatboden: der Neandertalmensch spricht von längst vergangenen Aonen, von Zeiten, von denen unsere Tage durch gewaltige katastrophale oder Jahrhunderttausende beanspruchende Umwälzungen geschieden sind. In anderen Sammlungen finden wir andere Zeugen längst verrauschter Epochen, so im Bayenturm zu Köln die „Schmiede" eines Steinzeitmenschen aus dem Rheinlande, im Altertumsmuseum zu Stuttgart das bei Cannstatt entdeckte Elfenbeinlager eines prähistorischen Mammutjägers usw. usw.

Das sind Spuren, die wir erst wieder aus Höhlen und Gräbern an den Tag gebracht haben. Doch mit dem Augenblick, da die Germanen ins Licht der Weltgeschichte treten, da sie um ihre Grenzen mit Römern und Slaven zu ringen beginnen, fängt auch die sichtbare Krönung unserer Natur mit Werken menschlicher Kultur an. Der Limes im Westen und Süden, die Sorbenburgen längs der Saale sind die ersten in die deutsche Landschaft gefügten Denkmale menschlichen Lebens.

Doch dann — ein schier verwirrender Anblick kultureller Betätigung. Bezeichnungen wie romanische Kunst, Gothik, Renaissance, Barock, Rokoko wecken Bilder von höchstem Schönheitswert. Wir sehen die köstlichsten Beispiele kirchlicher Kunst — die Dome zu Speyer, Aachen, Köln, Straßburg, Freiburg, Ulm, Regensburg, Danzig usw. — wir denken an das grünumkränzte rote Steinwunder von Heidelberg, wir erinnern uns parkumrahmter Schlösser und Schlößchen aus all den Fürstensitzen ehemaliger Sonderbündelei. Und „auf den Bergen die Burgen" — dürfen wir nicht, dem bekannten Goetheschen Worte vom besseren Lose Amerikas zum Trotz, das Oxymoron von deutscher Ruinenherrlichkeit prägen? Überhaupt welch kostbares Erbe, das uns das Mittelalter

zurückgelassen hat! Nürnberg, Rothenburg, Dinkelsbühl, Zons, Hildesheim — soviel Namen, soviel Gemälde von satter Romantik!

* * *

Wenn man aus der Schönheitsfülle, die zwischen Maas und Memel, zwischen dem schwäbischen Meere und der Ostsee ausgebreitet liegt, einige Beispiele aufzählen will, so nennt man wohl zuerst den stolzen Strom, für dessen Ehre die deutsche Nation mehr als einmal geblutet hat.

Wo das Bronzestandbild des Mannes steht, der uns das Lied „Deutschland, Deutschland über alles" gegeben hat, und von dem laut in die Lande hinein die Forderung erklungen ist, daß „Der Rhein Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze" sei — beim Denkmal des Vaters Arndt auf dem alten Zoll zu Bonn hat man den Blick auf das Erdenfleckchen, das kein Geringerer als Alexander von Humboldt, der Weitgereiste, „das achte Weltwunder" genannt hat. Das Siebengebirge wie das ganze Rheinuferland ist jederzeit von herzbestrickender Schönheit. Nicht nur im Lenz, wenn all die kleinen Nester rechts und links kirschblütenüberschneit erscheinen, nicht nur im Sommer, wenn der Strom goldschäumend durch grünen Überschwang heiter dahineilt, nein, auch im Herbst, wenn unter gelbem Rebenlaub die schwarzblauen oder goldiggrünen Trauben lachen, wenn der Apfelbaum, wie mit tausend Zwergenlampions behängt, weithin leuchtet, wenn die Birnbaumäste sich unter der Fülle des reifen Segens zum Rasen niederneigen, wenn vom Nußbaum die grünen Früchte heruntertanzen und, am Boden zerplatzend, ihren frischen Inhalt zeigen. Und nicht zuletzt im Winter, der just am Rhein sich als einer der größten Farbenkünstler der Natur offenbart. Hier kann man dann den „silbernen Ton" studieren, von dem bei Kunstschriftstellern zuweilen die Rede ist. Es gibt Tage, an denen in der Tat das ganze Rheintal von zartem Silberduft gefüllt ist. Und wenn abends hinter den Eifelbergen die Sonne zur Rüste geht, dann ergießt sich wie aus einer ungeheuren, wolkenumsäumten Quelle im Westen ein Strom von leuchtendem Schwefelgelb über die Gipfel der Eifelhöhen. Es kommt auch vor, daß man, auf irgend einem Felsen stehend, den ganzen Westen als strahlendurchwirkten Rotgoldgrund sieht, in dem beispielsweise der Kölner Dom seine schlanken Linien und sein krauses Verzierungsfiligran hineinzeichnet. Die Weinberge zeigen den Winter hindurch abwechselnd Schiefergrau und ein tiefes Sepiabraun.

Vom Bodensee bis zur holländischen Grenze ist der Rhein von der Natur begnadet. Aber nirgend ist es eine schlaffe oder erschlaffende Pracht, wie wir sie aus südlichen Ländern kennen, nein, überall fühlt man durch diese Lieblichkeit den Pulsschlag kräftigen Lebens.

Das wird ja gleich am Schwabenmeer ganz besonders deutlich. Dort am Nordufer, bei dem kleinen Weiler Manzell, hat Graf Zeppelin Jahre hindurch gesonnen und gerungen, bis ihm endlich die große Tat gelungen war. Und mächtig tritt es in der Gegend zwischen Wupper und Lippe in die Erscheinung, wo die berühmte rheinisch-westfälische Industrie ihr ernstes Arbeitsfeld hat. Wer es nicht gelten lassen will, daß auch dieses Schlachtfeld der modernen Zeit seine künstlerischen Reize hat und deshalb an meiner Behauptung, daß der ganze Rhein mit Schönheit beglückt sei, kritteln will, dem weise ich das stille Hinterland dieses hallenden und lohenden Gebietes, das „bergische Land" mit seinen heimlichen Köstlichkeiten und die Ruhrberge bei Blankenstein und Volmarstein, von denen einst ein amerikanischer Globetrotter, den ich hierhergeführt hatte, später im „Daily Jowa Capital" schrieb: „that my eyes had never been permitted to look upon a more pleasing spectacle".*)

Waldige Berge begleiten als prunkvolle Leibgarde den König Rhein auf seiner ganzen Reise, und wie Ehrenjungfrauen eilen von rechts und von links anmutbekränzte Flüsse herbei, ihm den Gruß seiner Länder zu überbringen.

*) Daß meinen Augen nie gewährt war ein gefälligeres Bild zu schauen.

Schwarzwald und Vogesen, Odenwald und Hardt, Taunus und Hunsrück, Westerwald und Eifel — wer je in diesen Gebirgen gewandert ist, dem wecken ihre Namen eine Fülle größter Erinnerungen. Neckar, Main, Lahn, Sieg, Wupper, Ruhr, Lippe — Ill, Nahe, Mosel, Ahr, Erft — Herrgott, wieviel Freude leuchtet aus diesen Worten! Und wenn ich nun erst ein paar Dutzend Städte, Dörfer und — Weinlagen nenne! Da siehst du mit mir vom Schloßberge zu Freiburg die Sonne hinter dem Münster untertauchen und das herrliche Maßwerk des Gotteshauses durchleuchten, daß der ganze Bau wie ein einziger Edelstein strahlt; da stehst du — wie einst Goethe! — auf der Plattform von Erwins Dom und winkst mit vollem Römer ins „weite, reiche Land". Gedenkst in Weißenburg und Wörth weltgeschichtlicher Taten deiner Väter, grüßest in Speyer die Gräber deutscher Kaiser und in Worms die Manen der Reformatoren. Heidelberg — hei, Speerwirbeln und Humpenschwingen! Das goldene Mainz, das gesundheitspendende Wiesbaden! Und nun — Rauental, Hattenheim, Ingelheim, Schloß Johannisberg, Östrich, Winkel, Geisenheim, Bingen, Rüdesheim! Aßmannshausen, Lorch, Bacharach, Kaub, Oberwesel, Sankt Goar! Wie wird's deinen Lippen und deiner Kehle? Niederwald, Gutenfels, Rheinstein, Stahleck, Pfalz, Schönburg, Lurlei, Katz und Maus, Rheinfels, die feindlichen Brüder, Marxburg, Lahneck, Stolzenfels, Ehrenbreitstein, Koblenz — wie wirds deiner Seele? Warte nur, ich weiß für Kehle und Seele in buntem Wechsel noch mehr Zauberworte: Trier, Trittenheim, Bernkastel, Lieser, Zeltingen, Traben-Trarbach, Kochem, Schloß Eltz — Andernach, Laacher See, Linz, Remagen, Unkel, Honnef, Godesberg, Drachenfels, Königswinter — Bonn, Köln, Düsseldorf!

* * *

Doch ich muß meine Begeisterung an die Kandare nehmen. Sonst wächst sich meine Schilderung, die nur als „Schönheitskatalog" gedacht ist, zu einem ganzen Buche aus. Und zu einem Buche nur über den Rhein, wo doch unser liebes Vaterland noch so überwältigend viel Pracht und Anmut birgt.

Wie schoß es mir heiß durch die Adern, als ich da eben den Namen Neckar niederschrieb! Ich sah wie eine Fata morgana ein Land voll „Wein und Korn", voll freundlicher Dörfer, alter Städte, reich an burggekrönten Bergen, an lachenden Bachtälern, durchweht vom Hauch der Sage, Geschichte und Poesie. Württemberg! Vaterland Schillers! Und eines Uhland, Mörike, Justinus Kerner, Wilhelm Hauff und vieler noch, in deren Dichtungen sich die kleine, stille, intime Schönheit des Schwabenlandes widerspiegelt. Baumblüte im Remstal — Weinlese im Untertürkheim — Heilbronner Herbscht — Schäferlauf in Markgröningen — Cannstätter Volksfest — Bilder, Bilder, nur möglich in diesem landschaftlichen Rahmen! Hohenstaufen und Hohenzollern — Jahrhunderte deutscher Geschichte dämmern um diese ehrwürdigen Berggipfel. Weibertreu ob Weinsberg — einer der fröhlichsten Schwänke aus dem Sagenschatz unseres Volkes hat hier seinen Schauplatz. Lichtenstein — die Kapitelüberschrift für ein kraftvolles Stück unserer Kulturgeschichte. Hohenneuffen, Rechberg, Stuifen, Hohenurach — wie eine graue, efeuumwucherte Festungsmauer mit starken Bastionen wächst die Alb vor uns auf. Stuttgart — der Blick von den Rebenhöhen, die Württembergs Residenz umringen, auf die blauüberschleierte Stadt am frühen Morgen oder auf ihr märchenhaftes Lichterspiel am Abend gehört — ich sage das mit dem festen Willen, mich keiner Übertreibung schuldig zu machen — zu dem schönsten, was die Welt an Verschwisterung von Natur und Kultur zu bieten hat.

* * *

Das obere Donautal ist nur zum Teil württembergisch. Aber es ist ganz deutsch. Und des wollen wir froh sein. Denn auch dieses Flusses Ufer, so ganz verschieden von denen des Rheins, sind doch entzückende Wanderpfade. Bei den Griechen hieß es, wer einmal das Standbild des Zeus in Olympia gesehen, könne in seinem Leben nie mehr

ganz unglücklich werden. Ich meine, seit ich die Gemäldereihe meiner Wanderung von Tuttlingen bis Ulm in die Seele aufgenommen habe, müßte selbst in meine dunkelste Stunde noch ein Sonnenstrahl fallen. Hinter Fridingen bricht die junge Donau durch den Jurawall, und damit schafft sie Felspartien von grandioser Wirkung, die noch gesteigert wird durch die Art, wie der Mensch sich im Lauf der Jahrhunderte zwischen diesen Schroffen eingenistet hat. Von Ruine Kallenberg am Jägerhaus vorbei, dann über den Felsenhorst Bronnen nach Kloster Beuron und weiter die Donau entlang bis Wildenstein und Werenwaag — der Deutsche, der nach Italien oder Norwegen reist, ohne diesen Weg gemacht zu haben, wahrhaftig, er sollte wegen Verschwendung unter Kuratel gestellt werden.

* * *

Bei Ulm betritt die schon zur stattlichen Jungfrau erwachsene Donau bayrisches Gebiet. Und damit wieder ein Land, das mit den schönsten Erdenwinkeln wetteifert. Vom Bodensee bis zum Frankenwald, vom Main bis zum Königssee — welch ein Reichtum von heiterer Anmut und gewaltiger Pracht! Eins hat Bayern allen anderen deutschen Gauen voraus: seine Grenze umhegt einen Teil der Alpen. Wenn man in München „beispielmäßig" — wie der Bayer sagt — im Kopf der erzgegossenen Bavaria steht und nach Mittag schaut, erblickt man eine köstliche Bergkette in hellem Blau und schimmerndem Weiß, den Farben des Landes. Und dort, fast genau im Süden, die Zugspitze, mit ihren 2964 Metern die höchste Höhe des ganzen deutschen Vaterlandes.

Die Schönheit Oberbayerns ist freilich auch weltbekannt. Und weil aus der ganzen Welt die Menschen herbeiströmen, um sich ihrer zu erfreuen, deshalb ist auch der Deutsche selbst von ihr überzeugt und versäumt nicht, ihr auf dem Wege nach Tirol oder nach Italien einige Tage zu widmen.

München, die schöne Schwelle zum Hochland, ist eine Fremdenstadt erster Güte. Daß es trotzdem bis heute noch seine Eigenart bewahrt hat, ist wunderbar genug.

Zum Wort Eigenart, das auf ganz Bayern paßt, müßte ich nun unbedingt als von einem wesentlichen Zuge der wackeren Frau Bavaria von ihrer Bierfröhlichkeit sprechen, wenn nicht „Deutsche Naturschönheiten" über meinem Buchkapitel stände. Aus gleichem Grunde kann ich nur flüchtig daran erinnern, daß die Kunst in der Stadt Ludwigs I. und Maximilians II. eine wohlbehütete Stätte hat.

Aber die „Madeln", die gehören doch wohl zu den Naturschönheiten? Und folglich darf ich darauf hinweisen, daß der Münchenerin ein besonderer Reiz eigen ist, der weniger aus klassischem Linienspiel, als aus dem leichten Rhytmus ihres Auftretens erblüht. Bei den Töchtern Oberbayerns kommt dann noch die schlichte Anmut der treu bewahrten Tracht hinzu, um ihnen dieselbe Herzlichkeit zu verleihen.

Auch die Kleidung der Männer muß im Kapitel Naturschönheiten erwähnt werden, weil sie eben, just wie die kernigen Thönygestalten selbst, ganz vortrefflich in das ganze Gemälde von Bergen und Seen und Wildbächen und Matten hineinpaßt. So'n Bursch mit seinem gamsbartgeschmückten Jagerhut, dem hirschhornknopfbesetzten Lodenrock, der kniefreien Hirschlederhose, den bunten Strümpfen und den Nagelschuhen, wie er bedächtigen Trittes den schmalen Bergwaldpfad hinaufklimmt, hoch über ihm die scharfe Linie der weißen Kuppe — das ist allemal ein fertiges Bild. Diese Harmonie des Menschen mit seiner Umwelt empfindet der Fremde so deutlich, daß er sich nach wenigen Tagen — auch „Krachlederne" und Lodenjoppe zulegt.

Wenn man die Karte von Deutschland zur Hand nimmt, sieht man ganz unten im Südosten ein winziges Zipfelchen Land ins benachbarte Österreich hineinhängen. Ein winziges Zipfelchen auf der Karte, aber wie reich ist diese Ecke an fast beängstigender Schönheit! Zum Kuckuck, es ist doch kein Lokalpatriotismus, wenn jemand sagt, eine Fahrt auf dem Königssee am Spätnachmittag oder in einer Vollmondnacht brauche an Stimmungsfülle vor keiner, buchstäblich vor keiner Szenerie der Welt zurückzustehen. Und wie Berchtesgaden über der hellgrünen Ache sich ins dunklere Grün der Tannen

schmiegt, geschützt von dem silberbehelmten Bergriesen Watzmann! Und Reichenhall mit dem Blick auf den sagenreichen, marmorgefügten Untersberg, auf den mächtigen Hochstaufen, auf das glitzernde, im Abendsonnenschein rosig erglühende Steinerne Meer!

Schliersee und Tegernsee, du wunderfeines Schwesternpaar! Herrenchiemsee und Frauenchiemsee, ihr grünglanzumrahmten Zauberinseln! Starnbergersee, du leuchtender Smaragd in Bayerns Königskrone!

Vom Kochelsee über die Kesselbergstraße zum Walchensee und dann auf den Herzogstand mit seinem köstlichen Blick auf Wetterstein und Karwendel und weit nach Österreich hinein bis zum Venediger in den Hohen Tauern — „wem Gott will rechte Gunst erweisen," den läßt er diese Straße ziehen.

Partnachklamm und Höllentalklamm — hier bist du mitten drin in wilder, malerischer Felsromantik.

Ein anderes Bild: die Königsschlösser Steingewordene Träume eines gekrönten Dichters. Weiße Perlen in sammtgrünen Naturtruhen.

Oberammergau — „Natur und Kunst, sie scheinen sich zu fliehn, Und haben sich, eh' man es denkt, gefunden."

Und das Allgäu, dessen Gipfel sich im schwäbischen Meere spiegeln.

Weh des Reichtums — ich ertrinke in all dem Überfluß.

Ganz anders ist der Teil Bayerns nördlich der Donau. Und doch auch wie schön! In heiterem, ergiebigem Ackergrund liegen hier altberühmte Kulturstätten voll prächtiger Architektur „Wenn einer Deutschland kennen, Und Deutschland lieben soll, Muß man ihm Nürnberg nennen, Der schönen Künste voll." Und „wär' Nürnberg mein, würd' ich's in Bamberg verzehren." Und „Zu Bacharach am Rhein, Zu Klingenberg am Main, Zu Würzburg an dem Stein, Sollen sein die besten Wein." Und „Von Bamberg bis zum Grabfeldgau Umrahmen Berg und Hügel Die weite, stromdurchglänzte Au'; Ich wollt', mir wüchsen Flügel." Und — doch ich will aufhören, wenn ich auch noch manch vielsagend Sprüchlein von diesen gesegneten Breiten weiß.

Spessart, Rhön, Fichtelgebirge — gewiß für viele deutsche Auslandstreicher Neuland. Aber taucht mal erst unter in dieser grünen Flut, laßt das Wipfelmeer über eurem neurastheniegequälten Kopf zusammenschlagen — sollt seh'n, wie wohl dies Bad euch tut!

* * *

Nun wandern wir über den Frankenwald auf dem uralten Rennstieg zum Thüringer Wald hinüber und sind bald zwar nicht in der geographischen Mitte des Reichs — dort ist die Lausitz — aber doch im Herzen Deutschlands, wenn anders das Herz der Born der Poesie ist. Thüringen, Thüringen —

Dort weiß ich mir manchen entzückenden Fleck
Im Busch und auf moosiger Lichtung,
Da haust noch Frau Sage im Blätterversteck,
Da träumt noch im Grünen Frau Dichtung.
Von Rittern erzählen sie gern allerhand,
Von herrlichen, heiligen Frauen —
O schönes, o liebes, o Thüringer Land,
Du liebster der lieblichsten Gauen!

Lieblich — kein Beiwort paßt besser zu dem Namen Thüringen als dieses. Wie in versonnenem Lächeln liegt die fruchtbare Landschaft zwischen den weichen Linien der waldverkleideten Höhen, die man freilich, an Bayern denkend, nur Hügel nennen kann. Auf den Kuppen träumen alte Burgen von frohem Turnei und blutigem Waffentanz, so sich einst in und bei ihnen abgespielt haben. Und manche von ihnen erzählen dem, der die Sprache der Steine zu verstehen vermag, viel Großes und Schönes. Da zum Beispiel prangt auf waldigem Rücken über einem ungemein freundlichen, häusergefüllten Tal die Wartburg, ein Denkmal geradezu von weltgeschichtlicher Bedeutung.

Wissen wir doch, daß nach dem eine Kulturscheide bezeichnenden Reichstag von Worms Junker Jörg im engen Stübchen dort oben die uralten Berichte, Gedanken und Weissagungen der Bibel in deutsche Formen umschmolz. Neben dem Großen das Anmutige: wenige Schritte seitab vom Wege, der vom Bachdenkmal in Eisenach an der Reutervilla mit dem Richard Wagner-Museum vorbei zur Wartburg hinaufführt, liegt tief im Waldesschatten der Elisabethenbrunnen, an dem sich das Armenbrod der heiligen Landgräfin in Rosen und damit eine fromme Unwahrheit in Wirklichkeit verwandelte. Neben dem Anmutigen das Ergreifende: auf der Wartburg geschah es doch, daß die von ihrem „unartigen" Gemahl verstoßene Margarete ihren zwölfjährigen Sohn beim Abschied so leidenschaftlich küßte, daß er nachmals den Namen Friedrich mit der gebissenen Wange erhielt. Und nun — hei! — welch ein klangdurchwogtes buntes Bild: der Sängerkrieg auf der Wartburg! Ein Sprung von sechs Jahrhunderten: deutsche Burschen singen auf dem Burghof ein Lied von deutscher Sehnsucht, ein Lied so tief und so gewaltig, daß es durch die Jahrzehnte weiter dröhnt, bis der Siegfried der deutschen Nation den Lindwurm deutscher Zwietracht erschlägt und so die alte Sehnsucht stillt.

Der Wartburg gegenüber wie ein Riesensarg der kahle Hörselberg, darin Frau Venus haust.

Auf der Fahrt von der interessanten Lutherstadt Erfurt „auf den Wald" hinauf sehen wir rechts ein Bergedreieck mit drei Burgen — hier ist der Schauplatz der seltsamen Sage von jenem Grafen von Gleichen, der seiner deutschen Hausfrau die türkische Gattin gesellte, die ihn aus bitterer Kreuzzugsgefangenschaft befreit hatte. Und die eine der Burgen, die Mühlberger Gleiche, ist Gustav Freytags „Nest der Zaunkönige."

Im Walde selbst birgt sich Ilmenau. Ilmenau — Goethe! Brauchts mehr, um ein deutsches Gemüt mit Andacht zu füllen? Und um ihm gleich die Namen Weimar, Jena und — Schiller herzuzaubern?

All diese ehrwürdigen Gestalten der Dichter und Sänger, Ritter, Edelfrauen und fahrenden Schüler sind von der Landschaft nicht zu trennen; sie gehören dazu wie die Blüten zur Linde. Dies Land ist Poesie.

Setz dich nur mal, wie's Goethe so gern tat, auf „Witzlebens Felsen" und schau hinüber auf Elgersburg, eines der köstlichsten Kleinode unter all den holden Geschmeiden, mit denen die Gliederpracht der Erde geschmückt ist. Und wenn du der ärgste Griesgram wärst, zu müde zum Leben, weil du seinen Sinn nicht verstündest — in diesem Augenblick brechen wie im Märchen vom treuen Heinrich die rostigen Reifen, die sich um dein Herz gelegt haben, weit springen die Pforten auf, Lebenslust, Lebensmut, Lebenskraft — eine fröhliche Flut — wogen herein. Denn du begreifst blitzschlagplötzlich: wenn die Welt solche Freuden hat, dann brauche ich mir über den Sinn des Lebens den Kopf nicht zu zerbrechen, dann ist es schon durch sie selbst wert, gelebt zu werden. Und nimmst dir vor, fortan aus dem reichen und reinen Quell deutscher Naturschönheit „Mut des neuen Lebens" zu trinken.

Magst in Erfüllung dieses Programms gleich ins Schwarzatal fahren und nun von Ölze aus der Saale zuwandern. „Gelle, do guckste?" würde der Thüringer sagen, wenn er deine leuchtenden Augen sähe. Aus dem hehren Ernst des oberen Schwarzatales trittst du bei einer Wegwende plötzlich vor das unsäglich friedevolle Bild von Schwarzburg und schreitest dann — ein seliger Wanderer — am forellenreichen Plätscherbach entlang durch eine stundenlange Allee uralter, moosumkleideter Edeltannenriesen nach Blankenburg und nun weiter auf Rudolstadt zu, wo ein Hauch Schillerschen Geistes dich grüßt.

Willst du die Seele des Thüringer Waldes erkennen, so pilgre den schon genannten Rennstieg von Anfang bis zu Ende, von der Saale bis zur Werra, von Blankenstein bis Hörschel. Du gebrauchst dazu fünf Tage, holst dir aber in dieser Zeit Schönheitsvorrat für Jahre ein. Gehst im Baumschatten vom ersten Morgen bis zum letzten Abend, schaust von einsamen Kulmen über Wipfelwogen, beschleichst Reh und Hirsch und Has

und lauschest — so du nicht gerade zur Winterszeit wallfahrtest — einer pauselosen Symphonie.

* * *

An der Saale betraten wir den großen Naturpark Thüringen, durchs Saaltal verlassen wir ihn und zwar, wo „hie Saaleck, dort die Rudelsburg" sich erheben und wo der Naumburger Dom seine Türme reckt. Freilich haben wir hier die Qual der Wahl: sollen wir dem Flusse weiter folgen, um an Schloß und Dom von Merseburg vorbei das alte, liebe Halle und seine Studenten aufzusuchen oder sollen wir durchs Unstruttal an der Freyburger Jahnstätte vorüber dem Kyffhäuser zustreben?

Kyffhäuser — der Name packt uns. Wir sind entschlossen. Bald stehen wir auf der Plattform des kraftvollen Denkmals, das Rotbarts Erwachen und Weißbarts Siege den Nachfahren verkündet. Wir setzen uns zwischen die grünumwucherten Trümmer der alten Burg und gedenken des großen Staufenkaisers, der hier unten im Berge so lange geschlafen, daß sein Bart durch den Marmeltisch gewachsen war. Wir blicken hinein in das kräftige Eichenlaub, das den heiligen Berg der Deutschen umwindet, hinunter in die „goldene Aue", deren wogende Saaten ihren stolzen Namen erklären, hinüber zum Harz, wo die Tanne grünt und das Erz wächst. Über die anderen Bergrecken hebt der Brocken sein kahles Haupt, auf das ihm die Menschlein ein beinahe drolliges Hütchen aus Stein und Holz gesetzt haben. Aber prachtvoll wird diese Kappe, wenn sie der Winter mit weißem Pelz umkleidet. Wer's nicht gesehen hat, glaubts nicht, in welcher Dicke am Brockenhaus und am Turm der Rauhreif wächst. Ha, wie die Eissplitter, in Meterstärke geschichtet, im kargen Licht der Jännersonne glitzern! Die Telegraphenstangen sehen aus wie Kristallbäume, so sehr sind ihre Köpfe vom Rauhreif umwuchert. Und die verkrüppelten, sturmzerfetzten Zwergtannen, die am Rande der Brockenkuppe ihr kümmerliches Dasein fristen, gleichen im Winter lauter phantastischen Marmorfiguren und -gruppen.

Winter im Harz — welche Lust, auf leichten Kufen hinter schellenklirrenden Rossen in die weiße Weite zu jagen! Oder im Rodelschlitten über den schwellenden Hang hinabzusausen oder auf Schneeschuhen vom Brocken nach Schierke zu fliegen!

Frühling im Harz — so weit die Blicke schweifen: frische, hellgelbe Triebe über altem Schwarzgrün. Ein leuchtendes, duftendes Meer!

Harzherbst — Hirschbrüllen! In mächtigem Orgelton dröhnt der Liebesschrei des Hochgeweihten durch die dämmerdunklen Tannen.

Ah, das darf man nicht vergessen bei den deutschen Naturschönheiten, daß unser Wald lebt. Vom Balztanz des Birkhahns im jungen Lenz bis zum „Rauschen" des struppigen Keilers in Schnee und Eis — welch eine ungeheure Fülle von Betätigung!

Das ist's auch, was der deutschen Jagd ihre Eigenart gibt. Hier ist sie noch nicht Sache einiger Magnaten blos, sondern auch des breiten Mittelstandes. Der Bäckermeister und der Lehrer, der kleine Landwirt und der Doktor haben ihren Jagdschein. Und wenn's auch nicht immer hohe Jagd ist — ein paar „Krumme" und einige Rebhühner kriegen sie doch vors Rohr. Mit der Fischerei ist's ähnlich; Forellen, Karpfen, Schleien, Barben, Hechte, Aale, Äschen und andere wohlschmeckende Flossenträger beleben unsere Weiher, Flüsse und Bäche und werden, außer von Berufsfischern, von Bürgern und Bauern gefangen. So kommt's, daß bei uns auch die Städter und größere Kreise enge Beziehungen zur Natur haben.

Daß der Blocksberg in der Phantasie des Volkes eine große Rolle spielt, erscheint nicht verwunderlich, wenn man ihn einmal besteigt. Geradezu unheimlich ist der Weg zwischen den düsteren Fichten und den ungeschlachten Granitblöcken hindurch, und wenn der Wald aufhört, sorgen Wind und Nebel dafür, daß der beängstigende Eindruck bleibt. Schon der Umstand, daß das Brockengebirge die große norddeutsche Tiefebene nach Süden wie eine Mauer abschließt, sorgt dafür, daß es von jeher die Einbildungskraft der Niederdeutschen beschäftigte. So entstanden dann mit spukvollen Geschichten

die Namen Hexentanzplatz, Roßtrappe, Mägdesprung, Teufelsbrücke usw. Und so entstand die gespenstische „Faust"-Szene, die in der „Gegend zwischen Schierke und Elend" spielt. Wieviel Lieblichkeit indes der Harz auch umbollwerkt, dafür gibt's einen klassischen Zeugen: Heinrich Heine. Seine „Harzreise" hat Tausende verlockt, die gleichen Wege zu gehen. Allein sein Gedicht von der Prinzessin Ilse ist ein leuchtender, lachender Hymnus auf des Harzes Herrlichkeit. Und wenn wir heute um die Zeit der Walpurgisnacht nach Schierke kommen, finden wir dort staunend ein reiches Kurleben in vornehmen, ausgeklügelt bequemen, großen Gasthöfen.

Der Badestädtchen sind im Harz noch manche: Blankenburg, Braunlage, St. Andreasberg, Harzburg, Sachsa, Alexisbad, Grund, Lauterberg, Thale, Suderode usw. Die Heilkraft der Harzer Quellen hängt mit dem Erzreichtum des Gebirges zusammen.

Geschichtliche Erinnerungen knüpfen sich an manche Burg, an manches Kloster, an manchen Flecken: auf Falkenstein, der hochgelegenen, weit in die Lande lugenden, festen Burg über'm Selketale sammelte der fleißige Schöffe des Dornburger Gerichts, Eike von Repgow, die zerstreuten Stücke altsächsischen Gewohnheitsrechtes im „Sachsenspiegel", das Pfarrhaus des Dörfchens Molmerschwende, in zweistündigem Marsch von Falkenstein aus erreichbar, ist Gottfried August Bürgers Geburtsstätte, zu Gandersheim im Kloster lebte und dichtete Hroswitha, und auch die Burg des Minnesängers Heinrich von Morungen liegt im Harz.

Wir dürfen nicht von diesem Felsengarten Abschied nehmen, ohne einige ehrwürdige und schöne Städte wenigstens noch aufzuzählen: die alte Kaiserstadt Goslar, Klopstocks Vaterstadt Quedlinburg, die vom Finkler gegründete Reichsstadt Nordhausen, die schloßgekrönte Grafschaftshauptstadt Wernigerode, dann Claustal-Zellerfeld, Vorort des Erzbaues und Sitz einer Bergakademie, Halberstadt mit seinem Dom usw. Auch die Lutherstadt Eisleben gehört noch zum Harz.

* * *

Wenig weiter östlich, und wir sind auf sächsischem Boden. Zunächst in der preußischen Provinz Sachsen, die durch das Fürstentum Anhalt unterbrochen wird. Und dann im Königreich. Das ganze Gebiet der mittleren Elbe ist, was Naturschönheiten anlangt, ein einheitlicher Bezirk. Fruchtbare Gefilde, stattliche Dörfer, reiche Städte. Und alles von der Geschichte geweiht. Magdeburg mit seinem Dom, in dem Otto der Große begraben liegt, die Stadt des alten Dessauers mit dem Wörlitzer Park, die Reformationsstadt Wittenberg, Halle, das in seinen neuen Teilen so greulich prosaisch, in seinen alten so wunderbar poetisch anmutet. Meißen mit seiner imposanten Albrechtsburg, Leipzig — ach, das alles ist ja nicht nur dem Fremden, sondern auch dem Deutschen selbst wohlbekannt.

Aber nun erst Dresden! Diese Stadt steht unbedingt auf dem Reiseprogramm jedes Ausländers, der Deutschland besucht. Dankt sie das auch in erster Linie ihren an Florenz erinnernden Kunstschätzen, so behält doch jeder ihrer Besucher ihre glanzvolle Lage am heiteren Strom dauernd im Gedächtnis. Und selbst der Kunstgelehrte, der nur der Galerie wegen hergereist ist, versäumt nicht, einen Ausflug in die Sächsische Schweiz zu machen. So unbegründet der Name dieses Gebirges ist — hat es doch mit der Schweiz auch nicht die geringste Ähnlichkeit — so interessant ist doch seine Erscheinung. Hoch über die eingezwängte Elbe heben sich gewaltige Naturbastionen, und zwischen ihnen hat ein geduldiger Künstler, das Wasser, in jahrtausendelanger Arbeit ein Museum seltsamster Gebilde aus weißem Sandstein geschaffen. Da sehen wir Obelisken, Säulen, Brücken, Kanzeln, menschliche Riesenfiguren, ja selbst eine Lokomotive, alles natürlich in Dimensionen, die der Kraft des großen Bildhauers würdig sind.

Der Weg zur Bastei hinauf und der Blick von dort hinunter ins enge Elbtal, hinüber zum Lilienstein, zum Königstein, zum Pfaffenstein, ebenso die berühmte Touristenstraße von Schandau über den Kuhstall, dann ins Böhmische zum Prebischtor, weiter

wieder talwärts durch die Edmundsklamm nach Herrnskretschen, endlich eine Elbfahrt von der böhmischen Grenze bis nach Dresden zurück — sie verdienen ihren Weltruf mit vollem Recht.

Wir sind hier in der Gegend, wo zwei Kaiserreiche sich um hohe Naturschönheiten streiten: Erzgebirge, Elbsandsteingebirge und Sudeten bilden ja einen Teil der Grenze zwischen Deutschland und Österreich; vielfach fällt der Kammweg mit der Länderscheide zusammen. Und die preußische Provinz, in die wir jetzt hinüberwechseln, grenzt in ihrem östlichen Teile an eine dritte Weltmacht: Rußland. Bei Myslowitz im beutereichen oberschlesischen Bergbaugebiet ist die bekannte Dreikaiserecke.

Schlesien hat in dem Riesengebirge einen Schmuck empfangen, der es zu höchstem Stolze berechtigt. „Wer eemol ufm Zotaberg gestanden", oder noch besser, wer vom Kynast aus jene gigantische Granitmauer erschaut hat, der begreift's, wenn der Schlesier begeistert ausruft: „'s is äbenst zu a herrlich Ländel!" Bei dem Namen Riesengebirge sollte auch jeder Deutsche rot werden, wenn er von seinen Auslandsreisen erzählt, ohne von den ernsten Schönheiten der Schneekoppe und der anderen knieholzbestandenen Berge sprechen zu können. Wanderungen im Reiche Rübezahls haben noch etwas Ursprüngliches, wenn auch genügend viele „Bauden" dafür sorgen, daß der Tourist nicht zu hungern und nicht im Freien zu übernachten braucht.

Glatzer Gebirgskessel, der Zobten, Katzbachgebirge — außer dem Riesengebirge gibt's noch manch lohnendes Ausflugsziel im gebirgigen Teile Schlesiens. Die Provinz gehört auch zu denen, die an Heilquellen und Badeorten reich sind: Görbersdorf ist das Kanaan der Lungenleidenden, in Gräfenberg begründete Meister Prießnitz die Wasserkur; Warmbrunn, Reinerz, Landeck, Langenau, Karlsbrunn, Schreiberhau, Krummhübel usw. ziehen Kranke und Gesunde an.

* * *

Die Oder hinunter, vorbei an der malerischen, mit Erinnerungen gefüllten Hauptstadt Breslau und nun hinein ins Spreegebiet und nach Brandenburg. Denn es wird Zeit, daß wir der Reichshauptstadt unseren Besuch machen.

Berlin! Wie viele nehmen sich heraus, dich zu verlästern, ohne dich zu kennen, deine landschaftliche Erscheinung geringzuschätzen, ohne sich in sie vertieft zu haben. „Des heiligen römischen Reiches Streusandbüchse" — mit diesem Witzwort glaubt man dich und die gesamte Mark erschöpfend gewürdigt zu haben. Eigentlich ist das nicht nur ein Beweis der Leichtfertigkeit, sondern auch mangelnder Bildung, denn es zeigt, daß die Tadler die prächtigen Schilderungen eines Fontane und Trinius, die feinen Gemälde eines Leistikow nicht kennen.

Die Berliner selbst wissen es besser. Das beweisen die ungeheuren Verkehrswellen, die allsonntäglich aus der Stadt hinausfluten und sich in den Kieferwäldern der näheren und weiteren Umgebung verlaufen, um sich abends wieder zu sammeln und in die Straßen und Häuser zurückzuströmen. Die Naturschönheit beginnt eigentlich schon im Herzen Berlins, reicht doch der Tiergarten tief in das Stadtinnere hinein. Berlins Garten ist der Grunewald; er liegt gleich vor den Toren und ist von allen Vierteln durch vortreffliche Bahnen leicht zu erreichen. Ihren besonderen Zauber erhält die Umgegend durch Spree und Havel, die sich an vielen Stellen zu wundervollen Seen ausdehnen. Ja, die Havel ist auf ihrem Wege an Berlin vorbei eine einzige Kette glänzender, von Wäldern und Villen freundlich eingefaßter Seen.

Was im Südwesten der Grunewald, das sind im Nordwesten die Wälder und der See von Tegel, im Südosten die Müggelberge und der Müggelsee.

Und nun die weitere Umgebung, als welche wir ruhig die ganze Provinz Brandenburg bezeichnen können. Da ist vor allem etwas, was an Eigenart zu dem Bemerkenswertesten im ganzen Reich gehört: der Spreewald. Wendisch-Venetien könnte man diese Gegend nahe dem Quellgebiet der Spree nennen, vollzieht sich doch der ganze Verkehr der wendischen Bewohner gleich wie in der alten Dogenstadt an der Adria in

Kähnen. Im Winter freilich liegen die Nachen oft fest, und statt ihrer kommen die Schlittschuhe zu ihrem Recht. Das Wasser, die inselgleichen, charakteristischen Siedelungen, die breitkronigen Eichen und Erlen, vollends

„Wenn das Mondlicht über den Wiesen spinnt
Und durch die Lücken im Laubdach rinnt",

oder wenn die Morgensonne goldne Flecken und Kringel malt — ach, das gibt Stimmungen von höchsten malerischen Reizen.

Die „Märkische Schweiz" — bei Eberswalde, Freienwalde, Buckow — hat so viel des schönen Eigenen, daß man nur die auf Borg angewiesene Bezeichnung bedauern kann.

Nun nur noch ein Ausflugsziel aus der Fülle: die Schorfheide am Werbellin-See. Wenn ich sage, daß hier das Jagdschlößchen Hubertusstock liegt, so weiß jeder Zeitungsleser Bescheid: hier ist's, wo der Kaiser seine großen Jagden abhält. Viele Hunderte, vielleicht Tausende von Hirschen beleben den prächtigen Forst, der mir in seiner herben Größe lieber ist, als beispielsweise die vielgerühmten Olivenhaine Korfus.

* * *

Eine seltsame Erscheinung und zugleich ein betrübender Beweis dafür, daß der Deutsche sein Vaterland viel zu wenig kennt: für die meisten Leute aus dem Westen, auch für solche, die gereist sind, die Paris, London, Florenz kennen, ist die Welt hinter Berlin mit Brettern zugenagelt. Ostelbien — fertig! So kommt's denn auch, daß die Leute gar keinen Maßstab für jenes Gebiet haben. „Sie fahren nach Königsberg? In der Gegend habe ich einen Onkel wohnen? — „So? Wo denn?" — „In Krotoschin".

Ich scherze nicht. Der Rheinländer oder Westfale bedenkt nicht, daß Berlin fast in der Mitte des Reichs und daß östlich davon noch ein sehr großes Stück deutschen Landes liegt. Wenn er schon Pommern und Schlesien unterscheidet — Posen, Westpreußen und Ostpreußen sind ihm ein unklares Eins.

Nun muß ja zugegeben werden, daß das Land östlich der Oder nicht mit der Rheinprovinz, mit Bayern, Württemberg oder Thüringen verglichen werden kann, immerhin könnte es schon aus nationalen Gründen verlangen, daß es nicht so völlig unbeachtet bleibt.

Aber doch nicht bloß aus nationalen Gründen. Wer landschaftliche Schönheit sucht, der findet sie auch hier. Oder ist zum Beispiel die Romintener Heide bei Goldap in ihrer urzeitlichen Wildheit nicht eine Sehenswürdigkeit? Sind die Steppen hinter Gumbinnen, wo die edlen Trakehner wiehernd über den Rasen galoppieren, nicht eines Besuches wert? Bietet das Treiben der fremdartigen Flößer auf Memel und Weichsel nicht eine Fülle malerischer und volkskundlicher Reize? Sind die Perlenschnüre der pomerellischen Seen, ist der bunte Wechsel von Wasser, Wiese, Holz und Heide in Masuren nicht von inniger Wirkung?

Diese landschaftlichen Eindrücke werden noch vertieft durch die Spuren jahrhundertelangen Kulturkrieges. Überall sehen wir noch Denkmäler heißen, zähen Rassenkampfes, lesen aus steinernen Riesenlettern die Geschichte des deutschen Ordens, ermessen mit Bewunderung erst die ganze Größe jenes Preußenkönigs, der in faustischem Ringen zwischen und nach Jahren blutiger Siege viel größere Eroberungen friedlicher Art durchführte.

Ein Bild aus der Reihe: Marienburg. Lieber gäbe ich wer weiß was für andere Erinnerungen her, als jenen Vorfrühlingsabend, wo ich nach gründlicher Betrachtung des ganzen Schloßinnern auf dem anderen Ufer der Nogat stand und die ganze Größe des Bauwerks auf mich wirken ließ. Wer die Meisterwerke norddeutscher Backsteinarchitektur aus Hildesheim, Lübeck, Danzig usw. kennt, der weiß ja, was aus den Lehmziegeln geschaffen werden kann, die doch im Westen und Süden des Vaterlandes so gering geachtet werden und es dort auch verdienen, weil ihre Verwendung greuliche

Mißgebilde auf dem Gewissen hat. Hier in Marienburg feiert aber das schlichte Baumaterial seinen höchsten Triumph. Hier blüht der Stein und treibt wundervolles Blätter- und Blumengerank, hier leuchtet der Stein, wenn ihn die sinkende Sonne zum Abschied streichelt, hier lebt er und verwebt sich mit dem Blau und Weiß des Himmels, mit dem Grau des Flusses, mit dem Braun und Grün des Landes zu einer herzerwärmenden Harmonie.

Hinter Berlin sollen Deutschlands Naturschönheiten verkümmern? Ja, wißt ihr denn von der Ostsee nichts?

Wieder ein Gemälde als Repräsentant einer ganzen Galerie: du stehst an der äußersten Spitze der Halbinsel Hela und träumst in das Farbenspiel der Wellen hinein. Wie Silberpfeile schießen die Breitlinge durch die kristallklare Flut, und über dem schillernden, glitzernden, gleißenden Wasser, das unermüdlich seine Gischtreihen zum Strande schickt, wiegen sich Dutzende von Möwen mit ihrem seltsam dünnen, wie aus weiter Ferne kommenden Schrei. Am Horizont zieht mit einer Rauchfahne ein Panzerschiff der deutschen Kriegsflotte vorbei, von Schweden her fliegt mit geblähten Segeln ein Vollschiff auf Danzig zu, im Süden zeigt eine Reihe dunkler Punkte die Helaer Fischerflottille beim Fang.

Hela ist neben Oliva ein Lieblingsziel der Badegäste von Zoppot. Was Zoppot und die meisten anderen Ostseebäder auszeichnet, ist die Nähe herrlicher Wälder, die zuweilen gradezu an Thüringen erinnern. Das ist ein Vorzug, der über den geringen Salzgehalt und den schwächeren Wellenschlag des Baltenmeeres hinwegtröstet.

Schöne Strandbäder — Cranz, Warnicken usw. — bietet auch das Samland, das sich zwischen dem Frischen und dem Kurischen Haff in die Ostsee vorreckt und dessen Westrand als Bernsteinküste weltbekannt ist.

Das Dorado aber der Strandbummler ist östlich von Schleswig-Holstein die pommersch-mecklenburgische Küste mit den drei großen Inseln Rügen, Usedom, Wollin und einigen Inselchen. Alljährlich mit Beginn der Ferien begiebt sich ein Wunder: vom Lande eilt eine mächtige Flut zum Strande — nach Colbergermünde, nach Misdroy, nach Swinemünde, Ahlbeck, Heringsdorf, Saßnitz, Binz, Heiligendamm, Warnemünde usw. — um wenige Wochen später zurückzuebben, eine Flut großstadtmüder, erhitzter Menschen, die im Spiel der Wellen ihre Nerven für neue Arbeit und neue „Vergnügungen" stählen wollen.

Auf dem Wege zu diesen Küstenorten lernt der Reisende eine Reihe von Städten kennen, in deren Bild sich ihre Geschichte spiegelt. Die große Zeit der Hansa zieht vor unserem Geiste herauf, Preußens schicksalsschwerste Tage werden wieder lebendig, Neudeutschlands junge Herrlichkeit offenbart sich uns, wenn wir die Türme und Tore, die Häfen und Speicher von Königsberg, Danzig, von Kolberg, Stettin, Greifswald, Stralsund, Rostock, Wismar sehen. Und wenn wir Mecklenburgs fette Äcker und saftige Weiden durchfahren, denken wir an Fritz Reuter, den lieben Plattdeutschen, der die behagliche Schönheit seiner Heimat in Dichtwerke von innigstem, man möchte sagen von deutschestem Humor gebannt hat.

Ein anderer Niederdeutscher hat uns für die Eigenart des holsteinischen Marschlandes Aug und Herz erschlossen: Klaus Groth.

Bayern mit seinen Alpen — Schleswig-Holstein mit den Küsten zweier Meere, mit seinen vielen Kilometer langen Föhrden, mit seinen Inseln und Inselchen: welch ein Gegensatz! Wie glücklich das Land, das diese Gegenpole natürlicher Schönheit umfaßt!

Schleswig-Holstein selbst ist an Gegensätzen reich. Welch ein Unterschied schon zwischen Ostküste und Westküste, zwischen Ostsee und Nordsee! Dort die heitere, große Ruhe, die einen an Goethes Vergleich erinnert von der Gegend, die so ruhig daliegt, wie „eine große, schöne Seele, wenn sie sich am wohlsten befindet". Hier ein ewiger, erbitterter Kampf, ein Kampf zweier Elemente um Sein oder Nichtsein.

Gemeinsam ist beiden Wasserwundern die herzergreifende Größe. Thalatta, Thalatta!

Wie jener Graf von Gleichen zwei völlig wesensverschiedene Frauen mit gleicher Inbrunst liebte, ist jeder Deutsche den grundungleichen Idealen landschaftlicher Erhabenheit gleich ergeben: der Hochlandsriesenhaftigkeit und der Gewaltigkeit des ewigen Meeres.

* * *

Die zerstörende Macht der Nordsee, die verschollenen Geschlechtern wilden Schrecken gebracht und den heimatlichen Grund entrissen hat, ist für unsere Tage Schöpferin jener Inselliebligkeit geworden, mit der die ganze deutsche Nordseeküste geschmückt ist. Von Röm und Sylt bis Juist und Borkum — ein in Wellengold gefaßtes Diadem von lauter Edelsteinen!

Und im Knauf dieser Krone Helgoland, jenes um gar hohen Preis erkaufte, und — ach! — wohl dem sicheren Untergang geweihte Juwel.

Auch zu diesen Inseln führt der Weg über Städte, deren Namen wie „Schwertgeklirr und Wogenprall" in unsere Ohren dröhnt. Bremen und Hamburg! Nennen wir Lübeck zugleich, um das stolze Kleeblatt vollständig zu haben.

„Blüht auf, ihr starken Dreie
Am deutschen Meeresstrand,
Ein Reich der Zucht und Treue,
Ein Schmuck dem deutschen Land!"

Ha, was für Gemälde erstehen vor unseren Augen: Mastenwälder, hochgegiebelte Rathäuser, Patrizierpaläste.

Und beim Namen Hamburg noch etwas besonderes, eine Schönheit, die Menschenhand der Natur eingefügt, das imposanteste Heldendenkmal Deutschlands, vielleicht der heutigen Welt überhaupt: der Bismarck-Roland über Sankt Pauli.

* * *

Zwischen Hamburg-Bremen und den Rheinlanden ist noch ein Landstrich, der viel keusche Schönheit birgt. Ich nenne einige Namen: Worpswede, Teutoburger Wald, Hannover, Wesergebirge, Cassel, Waldeck, und sofort geht wieder die Phantasie fröhlich auf Reisen. Sie erinnert sich der heimlichen Poesie der Heide, die ja manchen Priester Apolls und manchen Jünger des hl. Lukas für immer gefesselt hat, sie hört durch Eichenrauschen und Buchenwipfelflüstern germanische Speere klirren, sie sieht „der Weser glitzernde Welle" feierlich durch den Triumphbogen der Porta Westfalica wallen, sie wittert den kräftigen Schollenatem der roten Erde, sie lacht den malerisch gekleideten Figuren der treu am Alten hängenden Bückeburger und Schwälmer Bauern zu, sie staunt in der sauberen Stadt an der Leine über den vortrefflichen Zusammenklang alter und neuer Architektur, freut sich in der Residenz an der Fulda über die wertvollen Folgen alter und neuer Fürstengunst — kurzum, es lohnt sich, auch durch diese Gegend die Wünschelrute des Schönheitssuchers zu tragen.

* * *

Am Rhein haben wir unsere Reise begonnen, am Rheine soll sie enden. Denn es gilt, dem Schwesternpaar, das nach langer Trennung der Mutter Germania mit dem Blute ihrer besten Söhne zurückgewonnen wurde, einen Gruß zu entbieten. Elsaß und Lothringen, du liebes Land zwischen Rhein und Mosel — daß „Deutschland als Weltmacht" dasteht, mit dieser köstlichen Gewißheit ist dein Name unzertrennlich verbunden! Und unter den „deutschen Naturschönheiten" steht dein Wasgenwald mit seinem grünumrankten Rot, steht deiner Weinberge froher Reichtum, stehen deine fruchtbaren Äcker, deine hohen Burgen, deine stolzen Städte, deine traulichen Dörfer wahrlich nicht an letzter Stelle.

* * *

Unsere Gedankenrundfahrt durch Deutschland ist zu Ende.

Haben wir alles Schöne gewürdigt? O nein! Das zu tun brauchte man den

Raum eines bändereichen Werkes. Haben wir das ganze Reich kennen gelernt? Wieder nein. Wir wollten ja aber auch kein Lehrbuch der Geographie schreiben. Es galt nur zu zeigen, daß unser Vaterland eine überreiche Fundgrube ist für den Freund der Naturschönheit, es galt, zu mahnen, daß man erst die herrliche Heimat von West nach Ost, von Süd nach Nord durchstreifen soll, ehe man fremder Länder Reize preist.

Wie manches liebe Eckchen wäre noch zu entdecken, wie manche anmutumkränzte Stadt zu begrüßen! Noch manches Waldgebirge lockt uns mit seinem Zauber, manch liebes Flußtal ladet zur Wanderung. „Es gibt noch manche Straße, die nimmer ich marschiert."

* * *

— Aber fangt nur erst an zu marschieren — sollt sehen, daß auch hier der Hunger beim Essen kommt.

Werdet dann auch begreifen, daß ich bei jedem neuen Schönheitsgebiet in neue Begeisterung geriet, werdet mich nicht der Übertreibung zeihen.

Diese Begeisterung ist ehrlich, ist echt. Ist auch nicht leichtfertig. Denn ich habe beim Schreiben immer wieder den Maßstab ausländischer Schönheiten angelegt. Und bin doch immer wieder zu dem Schluß gekommen:

„Deutschland, Deutschland über alles,
Über alles in der Welt".

Glücklicherweise bin ich dessen am tiefsten bewußt geworden gerade bei Beginn dieser frohen Arbeit. Gestern war ich von der blauen Adria, aus Dalmatien und Montenegro, von Korfu, Hellas und Konstantinopel heimgekommen; heute stand ich bei Sonnenuntergang in den Wäldern unweit vom Drachenfels, hoch überm Rhein, am Fuß eines alten Vulkankegels und wartete auf den roten Bock. Und wie ich da harrte, hinter und über mir dichtes, frisches Laub, neben mir das märchenschöne Gezack der sieben Berge, vor mir den dunkelblauen Schattenriß der Eifelhöhen auf purem Golde, und wie dann als letzter Tagessänger die Drossel rief und schon als erster Nachtbote der Waldkauz heulte, und wie nun auf leisen Schalen das scheue Wild aus dem Säulendunkel der Fichtenstämme auf die Lichtung huschte — Herrgott, da hätte ich beinah einen Juchzer losgelassen vor Lust über meine heilige, hehre, herrliche deutsche Heimat.

Deutſchlands Heilquellen, Bäder, Luftkurorte.

Von Profeſſor Dr. **Kionka**, Jena.

Von jeher haben aus der Erde ſprudelnde Quellen, die ſich von anderen Wäſſern durch beſonderen Geſchmack oder Temperatur, oder auch durch den Gehalt an perlenden oder ſtark riechenden Gaſen unterſchieden, das Intereſſe der Menſchen erregt. Und wie man die Säfte von allerhand Kräutern und Beeren, die man im Wald fand, als Heilmittel benutzte, ſo verwandte man auch dieſe Mineralquellen; man gab ihr Waſſer zum Zwecke der Heilung, Kranken zum Trinken, oder ließ dieſe in dem Waſſer dieſer Quellen baden.

Die Balneologie, die Lehre von den Mineralwäſſern und Bädern iſt daher ein von altersher beſonders gepflegter Zweig der Medizin.

Nicht zu allen Zeiten war die Wertſchätzung der Heilquellen eine gleich große. Während im Altertum, als das Bad überhaupt eine weſentliche Rolle als Reinigungs- und Stärkungsmittel im täglichen Leben ſpielte, auch die natürlichen Mineralquellen ſehr geſchätzt wurden, nahm ihre Verwendung im Mittelalter in demſelben Maße ab, in dem ſich die Menſchen des Waſſers immer mehr entwöhnten. Jedoch behielten die Heilquellen auch in jenen Zeiten des kulturellen Tiefſtandes immer noch eine gewiſſe Wertſchätzung.

Beſonders dem Baden in ſolchen natürlichen Quellen wurde großer Wert beigemeſſen. Man erblickte in vielen dieſer Quellen „Jungbrunnen", zu denen Kranke, aber auch Alte und Gebrechliche, hinpilgerten, um durch Baden in dieſem Waſſer Geſundheit und Jugend wiederzuerhalten.

Namentlich die Wildbäder und heißen Quellen erfreuten ſich großen Zuſpruchs, wie Baden-Baden, Leuk, Baden im Aargau, Langenſchwalbach, Schlangenbad, Gaſtein, Pfäffers u. a.

Es wurde damals vielfach in offenen Baſſins unter freiem Himmel gebadet, und die Bäder trugen den Charakter der heutigen „Familienbäder". Es wurde in dieſen Baſſinbädern geſpielt, geleſen, gegeſſen und getrunken. Auch heute noch finden ſich ähnliche Verhältniſſe in manchen Badeorten, ſo in Trenczin-Teplitz und in Piſtian. Man ſitzt auch heute noch in Leuk viele Stunden lang täglich im Bade und muß deswegen daſelbſt auch Speiſe und Trank zu ſich nehmen. Früher wurden derartig langandauernde Bäder aber auch in einzelnen Wannen gebraucht.

Unter den Kurorten ſind im ſpäteren Mittelalter, und man möchte ſagen bis in die Neuzeit zwei Kategorien von Bädern hervorzuheben. Das ſind einmal die Luxusbäder und zweitens die Wunderbrunnen.

In den Luxuskurorten herrſchte damals, genau wie heute, regſte Geſelligkeit. Es wurde Staat gemacht mit übertriebener Eleganz, und die größten Modetorheiten feierten dort ihre ſchönſten Triumphe. Vielfach nahm die Geſelligkeit in dieſen, dem Luxus geweihten Kurorten recht ausſchweifende Formen an, und namentlich Baden im Aargau und Wiesbaden waren in dieſer Beziehung ſehr berüchtigt. Das lockere Leben daſelbſt iſt auf vielen alten Bildern und Kupfern dargeſtellt. Aber auch in

kleineren Bädern wurde viel auf äußere gesellschaftliche Formen gehalten, und der Geselligkeit ein großer Platz eingeräumt. Überall sehen wir neben dem Kurgebrauch auch das „Kurmachen", und im 17. und 18. Jahrhundert finden wir z. B. auf Bildern aus Aachen ein Kurleben dargestellt, ganz wie heute.

Die andere eigenartige Form von Kurorten waren, wie erwähnt, die Wunderbrunnen. Das waren Kurorte, die durch heilkräftige Wässer ausgezeichnet waren, mit denen mannigfache Wunderkuren vorgenommen wurden. Genau so wie heute nach Lourdes, oder zu dem Lehmpastor nach Repelen, oder wie vor wenigen Jahren zum Wunderpfarrer Kneipp nach Wörishofen, so strömten die Kranken, zu allen Zeiten an solchen Stellen zusammen, wo von Wunderkuren durch den Gebrauch irgend eines harmlosen Wassers geredet wurde. So war einmal im Jahre 1660 bei Bilfeld ein Heilbrunnen entsprungen, zu dem viele Menschen strömten und unter den elendsten Verhältnissen unter freiem Himmel kampierten. Das kleine Dorf Hornhausen, in dem ebenfalls ein Heilbrunnen entstanden war, bot 1646 ein großstädtisches Bild. Auch Pyrmont war eine Zeitlang durch einen Wunderbrunnen berühmt, und auch in Thüringen hatten wir einen solchen Wunderbrunnen in dem kleinen Rastenberg.

Im 17. Jahrhundert kamen in manchen Kurorten, z. B. in Aachen die „hydrotherapeutischen Prozeduren" auf, wie wir es heute nennen würden, die Douschen, Dampfbäder u. a.

Auch der Versand vom Mineralwasser ist recht alt; aber alle Einrichtungen waren noch sehr primitiv, und sie behielten diese Einfachheit bis in die neuere Zeit hinein. In vielen kleinen Bädern finden wir auch heute noch höchst einfache Kureinrichtungen. So kann man sich kaum etwas primitiveres vorstellen, als die kleinen Bäder in Ungarn oder die sogenannten „Bauern-Badl" in Tirol. Bei der dortigen Landbevölkerung hat sich heute noch der Brauch bewahrt, daß jeder, der es nur irgend erschwingen kann, jedes Jahr irgend ein Heilbad aufsucht. Dort leben die Leute in recht dürftigen Verhältnissen, und die Badeeinrichtungen sind so einfach wie möglich. Ein aus geraden Brettern zusammengeschlagener viereckiger Trog dient als Wanne; diese steht in einem kahlen Raume ohne jeden Schmuck, eine Bank oder ein Stuhl vervollständigen die Ausstattung. In einer solchen Zelle bringen die Leute dort einen großen Teil ihres Badeaufenthaltes zu. Denn um Zeit, und damit Geld zu sparen, wird vormittags und nachmittags gebadet, und stets möglichst lange im Wasser geblieben. Aber die Leute hängen sehr zäh und fest an diesem Brauch, und die „Bauern-Badl" erfreuen sich eines sehr regen Zuspruchs. Ja selbst ein so vornehmer und eleganter Kurort wie Levico hat sich entschließen müssen, für die Eingeborenen ein solches „Bauern-Badl", d. h. Bäder 3. Klasse, einzurichten.

So ist schon von alters her fast an allen Kurorten wie heute ein geordneter Kurbetrieb zu finden, der Gebrauch der Heilquellen war von jeher viel geübt.

Aber wohnt denn wirklich in diesen dünnen, wenig konzentrierten Mineralwässern eine nennenswerte Heilkraft?

Bedenken dagegen sind immer erhoben worden. Daß die „Wunderbrunnen" bald ihrem verdienten Schicksal anheimfielen, ist klar, aber auch gegen die Kurorte mit gehaltreichen Mineralquellen von erprobter Heilkraft erhoben sich immer und immer wieder, namentlich unter den Ärzten, absprechende Stimmen. Man kannte aber auch früher noch nicht das Wesen der Wirkungen der anderen gebräuchlichen Arzneien, die von Pflanzensäften gewonnen, aus Salzen und anderen Mineralien hergestellt waren; und die Heilerfolge waren da und dort vorhanden.

Erst als in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die moderne Chemie und Physiologie ihr Haupt erhoben, und als in den letzten Jahrzehnten der letzteren Tochterwissenschaft, die Pharmakologie sich entwickelte, da wurden auch Methoden geschaffen, mit denen man an eine wissenschaftliche Erforschung der Balneologie herangehen konnte.

Jedoch die pharmakologischen Methoden, mit denen man sich an die Erforschung

der Wirkungsweise der Mineralwässer machte, erwiesen sich als viel zu grob, um positive Ausschläge zu ergeben bei Versuchen mit derartig geringen Substanzmengen, wie sie in den Mineralwässern gelöst enthalten sind. Die Folge dieser negativen Erfolge war ein absoluter Nihilismus bei einem großen Teil der Mediziner den Mineralwässern gegenüber. So wurde zunächst der Stab gebrochen über die Wirkungen sehr kleiner Mengen Eisen, wie man sie therapeutisch in Form von Eisenwässern reicht. Nicht besser erging es dem Schwefel, dem Kalk und anderen Alkalien.

Nur eine Gruppe von Quellen schien einigermaßen berechtigte Anerkennungen zu finden. Das waren die kochsalzhaltigen, bzw. sulfathaltigen Mineralwässer. Ein genaues Studium der pharmakologischen Salzwirkungen hatte schon frühzeitig den Wert der sogenannten Mittelsalze erkennen lassen, und so wurden denn die Mineralwässer, welche Kochsalz oder schwefelsaure Alkalien in ausreichender Menge enthielten, aus der allgemeinen Acht genommen, und der gewissenhafte Jünger Äskulaps konnte getrost seine Patienten nach Karlsbad oder Kissingen schicken oder sie Bitterwasser trinken lassen, ohne daß er mit den Lehren der herrschenden Schulmedizin in Widerspruch geriet.

Inzwischen traten aber immer mehr Beobachter auf, welche bei Anwendung feinerer Methoden und nach Darreichung sehr geringer Mengen von Mineralsubstanzen, wie sie in den Kurwässern enthalten sind, recht erhebliche Wirkungen nachweisen konnten.

Einen gewaltigen Aufschwung schien die Bäderlehre weiterhin zu erhalten, als vor wenigen Jahrzehnten plötzlich mit einem wissenschaftlichen Gewande angetan, die moderne Hydrotherapie sich auftat. Dieselbe hat zwar viele zweckentsprechende Methoden gebracht und viele bisher unverstandene balneologische Wirkungen als einfache Wasserwirkungen kennen gelehrt; doch die wissenschaftliche Begründung dieser Wirkungen ist die moderne Hydrotherapie in vielen Fällen noch schuldig geblieben.

Auch in der Balneologie ist es heute noch recht mangelhaft mit der wissenschaftlichen Begründung der verschiedenen und mannigfaltigen Wirkungen bestellt. Die Untersuchungsmethoden, die zur Erforschung dieser Wirkungen notwendig sind, müssen eben wegen der Kleinheit der bei einer Mineralwassertrinkkur oder einer Mineralwasserbadekur in Frage kommenden Substanzmengen gar zu fein sein. Sie versagen heute noch vielfach. Dazu kommt, daß es sich hier nicht um den Effekt einmaliger Einwirkung handelt, sondern um Heilungsvorgänge, die sich erst nach wiederholtem Gebrauch einer Trink- oder Badekur, vielleicht überhaupt erst als „Nachwirkungen" entwickeln. Erst seit wenigen Jahren befinden wir uns dank der nimmer rastenden Arbeit namentlich deutscher Forscher, auf einem Wege, der anscheinend zu befriedigenden Erklärungen für viele Wirkungen der therapeutisch schon seit Jahrhunderten verwandten Heilquellen führen wird.

Wir besitzen eigentlich erst seit wenigen Jahren genügend sicher begründete wissenschaftliche Erkenntnisse, um auf diesen aufbauend die sehr schwierig zu deutenden und verwickelten Wirkungen von Mineralquellen wissenschaftlich begründen zu können. Nur für einen kleinen Teil dieser Wirkungen ist eine solche wissenschaftliche Grundlage bis heute gegeben. Wir kennen eine große Zahl therapeutischer Erfolge, welche durch Kuren mit Mineralwässern erzielt werden. Durch eine jahrhundertlange Erfahrung an Tausenden von Patienten, die in Kurorten Heilung gefunden haben, sind diese Erfolge sichergestellt. Aber eine vollständige wissenschaftliche Begründung dafür vermögen wir bisher nur in wenigen Fällen zu geben. Eine große Aufgabe wartet daher der wissenschaftlichen Balneologie, welche jetzt erst sich zu entwickeln beginnt, die ihre eigenen Untersuchungsmethoden ausarbeitet und ihre eigenen Lehren aufstellt. Gerade die deutschen Balneologen sind es, welche auf diesem Gebiet bahnbrechend vorgehen. Unter der Mitwirkung des Kaiserlichen Gesundheitsamtes ist vor wenigen Jahren das „Deutsche Bäderbuch" erschienen, ein Werk, in welchem durch gewissenhaftes jahrelanges Zusammenarbeiten zahlreicher Forscher alles festgelegt worden ist, was bis dahin in der

Balneologie als wissenschaftlich gesichert angesehen werden konnte, und das als Vorbild allen ähnlichen Unternehmungen dienen wird. Doch auch die Wissenschaft der Balneologie schreitet, wie zurzeit alle Naturwissenschaften in Deutschland, kräftig vorwärts. Schon viele neue Erkenntnisse sind gewonnen worden seit dem Erscheinen des deutschen Bäderbuches, und heute, nach drei Jahren, stehen wir in unserem Wissen auf vielen Punkten weit gesicherter da, als damals.

Die balneologische Wissenschaft stellt aber große Anforderungen inbezug auf Peinlichkeit in der Ausführung der Versuche und verlangt eine Menge physikalischer, chemischer und physiologischer Kenntnisse. Recht mühsam ist daher der Weg des Fortschrittes gerade auf diesem Gebiet. So kommt es, daß leider auch heute noch, selbst unter Ärzten und Badeverwaltungen, Ansichten bestehen, welche nicht in Einklang zu bringen sind mit der inzwischen erworbenen wissenschaftlichen Erkenntnis.

So wurde mancher Schaden den Heilquellen in ihrer Wertschätzung nicht nur bei den Ärzten, sondern auch vielfach im Publikum dadurch zugefügt, daß man in der Sorge um eine wissenschaftliche Fundamentierung der Mineralwasserwirkungen unverständigerweise aus unvollkommenen Beobachtungen und auf Grund mangelhafter chemischer und physiologischer Kenntnisse Schlüsse auf das Wesen der fraglichen Mineralwasserwirkungen zog und diese als angeblich gesicherte wissenschaftliche Tatsachen in Bäderprospekten und Reklameschriften in die Welt hinausposaunte. So sollte in vielen Mineralquellen das in ganz geringer Menge darin enthaltene Lithium der Hauptträger der Wirkungen sein. Neuerdings bauen viele Mineralquellen ihre ganze therapeutische Wirksamkeit auf die Spuren radioaktiver Substanzen auf, die im Wasser gefunden worden sind.

Ein derartiges unbesonnenes Vorgehen ist umso bedenklicher, als es durchaus keine so einfache Aufgabe ist, eine Mineralquelle zu „erhalten", d. h. sie richtig zu erschließen und zu fassen. Diese Quellen zeigen sich nur zuweilen frei an der Erdoberfläche, in den meisten Fällen müssen sie durch Bohren oder Schürfen erst erschlossen werden. Nur in den seltensten Fällen fließt das Mineralwasser von selbst durch eignen Druck oder als natürlicher Überlauf frei aus einer natürlichen Öffnung heraus, so daß es direkt benutzt oder in Gefäße gefüllt werden kann. Häufig wird es in Behältnissen gestaut oder in Kesselbrunnen gesammelt, aus denen es durch Schöpfen oder Pumpen herausgeholt wird. Dasselbe ist natürlich vielfachen Verunreinigungen und Infizierungen ausgesetzt; und deshalb wird diese früher allgemein angewandte Methode jetzt, soweit dies angeht, durch Besseres ersetzt. Vielfach hat man, um wenigstens das Hineinfallen von Staub und anderen Unreinigkeiten zu verhindern, diese früher offenen Brunnen oder Staubecken möglichst fest gedeckt, z. B. mit einer auf einen Gummiring aufgelegten Glasplatte. Jedoch durch diese Maßnahme läßt sich nicht vollkommen ein Entweichen der Quellengase, die häufig ein therapeutisch sehr wertvoller Bestandteil der Quelle sind, vermeiden.

Das Entweichen z. B. von Kohlensäure bedingt eine vollkommene Verschiebung in der Zusammensetzung des Mineralwassers, was zum Ausfallen verschiedener Substanzen führen kann. Eisenoxydhydrat oder auch Kalk, oder Magnesiumhydrate setzen sich in Flocken am Boden des Brunnens ab und können dort durch „Versinterung" zu einem Verschluß der Mineralwasser führenden Adern und zu einem allmählichen Versiegen der Quellen führen. Diese Sinterabsetzungen sind bei vielen Quellen bekannt, so in Karlsbad.

Tritt das Ausfallen dieser Verbindungen erst nach dem Abfüllen des Mineralwassers in die Gefäße ein, so wird das Wasser trübe oder durch Flocken verunreinigt.

In vielen Fällen ist diese Veränderung, die durch die geschilderten Erscheinungen sichtbar wird, ohne Belang. So hat es bei einem „alkalischen Wasser" nichts auf sich, wenn da oder dort in den Flaschen auftretende gelbe Flöckchen anzeigen, daß von dem im Mineralwasser ursprünglich enthaltenen Eisen ein weniges verloren gegangen ist. Auf den therapeutischen Effekt bleibt das ohne Einfluß. Andrerseits wird es aber sicher-

lich als Übelstand empfunden, wenn ein „Tafelwasser" in den Flaschen nachträglich das Auftreten einer Trübung zeigt.

Auch die Beschaffenheit der Wandungen eines solchen Mineralwasserbrunnens ist von großer Wichtigkeit. Die Wände dieses Behälters müssen natürlich vollkommen dicht sein, damit nicht Mineralwasser durch Undichtigkeiten verloren geht, andererseits aber auch kein Süßwasser (Grundwasser, Oberflächenwasser, atmosphärische Niederschläge) oder gar Verunreinigungen in den Brunnenschacht eindringen können. Besteht letzterer Verdacht, oder zeigt sich eine fortschreitende Verminderung der Wassermengen, eine Abnahme der „Schüttung" des Brunnens, so ist unbedingt eine neue Fassung des Brunnens nötig.

Solche Fassungsarbeiten sind von jeher an den Heilquellen ausgeführt worden. So wurde vor kurzem eine 2000 Jahr alte, von den Römern hergestellte Fassung in Bad Bertrich aufgedeckt und jetzt wieder in brauchbaren Zustand versetzt.

Eine 3000 Jahr alte Fassung in Holz wurde in St. Moritz im Engadin gefunden.

In der richtigen Erkenntnis der Bedeutung, welche die Art und Beschaffenheit der Fassung für eine Mineralquelle besitzt, hat man in den letzten Jahren ganz systematisch und in wissenschaftlicher Weise Forschungen auf diesem Gebiete angestellt. Gerade bei uns in Deutschland ist die Technik der Quellfassungen zu einer besonderen Blüte gelangt und hat eine Ausbildung erfahren, wie sonst nirgends.

Oft unter Aufwendung großer Mittel werden solche Neufassungen und Neuerschließungen von Mineralquellen vorgenommen. Vielfach hat man dabei die Methode des „Schürfens" angewandt. Das Prinzip des Schürfens ist folgendes: In den nächsten Umgebungen der Mineralquelle werden die Alluvial- und Diluvialschichten, soweit irgend möglich abgetragen, bis die festen Felsschichten freigelegt sind. Zu diesem Zwecke wird eine große trichterförmige Öffnung gegraben, deren Seitenwände sorgfältig abgeböscht werden. Auf deren Sohle, die je nach der Lage der Quellen kreisförmig oder elliptisch ist, werden in dem freigelegten festen Felsen oder wenn dieser nicht zu erreichen war, auf fester Letteschicht oder sonst zur Fundamentierung geeigneter Schicht, alle auftretenden Wasseradern und Quellen sorgfältig freigelegt. Unter diesen Wässerchen wird alsdann auf chemisch-analytischem Wege jedes einzelne auf seine Bestandteile geprüft, und die als Mineralwasser von genügender Konzentration und Beschaffenheit erkannten Wasseradern werden dann — zunächst jede für sich einzeln — sorgfältig gefaßt. Die Süßwasseradern, die man leicht an ihrem Sauerstoffgehalt als atmosphärischen Ursprungs erkennen kann, und die zu wenig gehaltreichen Mineralwasseradern werden entweder durch eine wasserdichte Deckschicht (Klinkerziegeln oder Metallplatten) unterdrückt, oder, falls dieselben zu mächtig sind, besonders gefaßt, um von der Mineralquelle weg abgeleitet zu werden. Die ganze übrige freigelegte Felsoberfläche wird dann, um auch ein etwaiges späteres Auftreiben von Wasser in das Quellgebiet zu verhindern, nach sorgfältiger Reinigung mit einer festschließenden Schicht abgedeckt.

Die weitere Aufgabe ist nun die eigentliche Fassung der aufgefundenen und freigelegten Mineralquellen und ihre Emporleitung bis zur Erdoberfläche. Dies geschieht in Röhren. Meist werden sofort am Boden des Trichters die einzelnen gefaßten Quellen durch Verbindungsröhren zu wenigen gemeinsamen Steigrohren vereinigt, die dann — eventuell mit einem das gleichfalls gefaßte und vereinigte Süßwasser führenden Rohre zusammen — nach oben geführt werden. Für die Bestimmung der Höhe, bis zu welcher das Mineralwasser in diesen Rohren hinaufgeleitet werden soll, ist das folgende maßgebend:

Da es notwendig ist, um das Wasser ohne jeden Gasverlust und ohne es Veränderungen auszusetzen, möglichst direkt aus einem freiwilligen Überlauf in die Gefäße fließen zu lassen, so muß man suchen, diesen Überlauf so hoch anzubringen, daß man bequem darunter die Fülleinrichtungen aufstellen kann. Dies ist bei sehr gasreichen Wässern häufig leicht zu erreichen, da diese von selbst freiwillig so hoch in der Steigröhre

emporsprudeln, wie man es braucht. Meist aber liegen die Verhältnisse ungünstiger. Alsdann muß man versuchen, künstlich den Wasserstand zu erhöhen. Dies kann man auf folgende Weise erzielen:

Nachdem die ganze Baugrube sorgfältig, zunächst mit feinst eingeschlämmter Lette, welche auch die feinsten Risse und Fugen im Erdreich verstopft, dann weiter oben mit eingestampfter Lette, gefüllt ist, und nur die das Mineralwasser bezw. das gesammelte Süßwasser führenden Steigrohre darin eingebettet sich nach oben öffnen, wird durch Einziehen von Staumauern, durch Abdichtungen nach der Umgebung usw. das Niveau des Grundwasserspiegels in dem ganzen Quellgebiet gehoben. Dadurch wird der hydrostatische Druck in diesem Gebiet vergrößert, und alle darin befindlichen Wässer werden mit größerer Kraft nach oben getrieben. Am höchsten steigen die Mineralwässer, da sie infolge ihres Gasgehaltes die spezifisch leichteren sind. So ist es möglich durch Regulierung des Grundwasserspiegels, was sich durch die höhere oder weniger hohe Führung des Süßwassersteigrohres direkt bewirken läßt, auch den Überlauf des gefaßten Mineralwassers (innerhalb gewisser Grenzen) auf eine genügende Höhe zu bringen.

In anderen Fällen ist es angezeigter, Tiefbohrungen vorzunehmen. So wertvoll derartige Bohrungen auch sind, um Quellen aus größeren Tiefen hervorzuholen, oder um überhaupt neue Quellen an das Tageslicht zu bringen, so wenig geeignet müssen sie erscheinen, wenn es sich darum handelt, eine alte, schon längst bestehende Quelle in ihrer Quantität und Qualität zu heben. Schwankungen in der Menge und Zusammensetzung sind ja mit großer Wahrscheinlichkeit auf Fehler oder Schäden in alten, schon seit langen Zeiten bestehenden Fassungen zurückzuführen, und derartige Schäden, d. h. die primären Ursachen für die Schwächen der Quelle, bleiben auch bei einer zum Zwecke der Sanierung und Vermehrung der Wassermenge vorgenommenen Tiefbohrung nach wie vor bestehen. Solche tief getriebene Bohrkanäle wirken ihrem Wesen nach nicht anders als vertikale Drainageröhren, die durch alle möglichen Gesteinschichten hindurchgehen und dabei alle die in diesen Schichten zusammensickernden Wässer: Mineralwässer und Süßwässer, zusammenleiten. Diese verschiedenartigen Wässer standen aber in den verschiedenen Schichten unter ganz verschiedenen physikalischen und chemischen Einflüssen, die, von der Zusammensetzung der diese Gesteinschichten bildenden Mineralien, den Verhältnissen des hydrostatischen Druckes und unter Umständen auch vom Gasdruck abhingen. Alle diese Verhältnisse werden auf einmal verändert, wenn durch Eintreiben eines Bohrloches den Wässern und Gasen aus der Tiefe ein direkter Ausweg geschaffen wird. Ob es dabei gelingt, der Mineralquelle Konstanz in Menge und Zusammensetzung zu schaffen, muß von vornherein sehr zweifelhaft erscheinen. Jedenfalls werden durch einen solchen Eingriff vollständig neue Verhältnisse geschaffen, deren Gestaltung man vorher nicht übersehen kann, und, wie oben auseinandergesetzt, ist es dabei immer noch möglich, daß die alten Schäden der Quelle trotzdem weiter bestehen bleiben.

Aus diesen Gründen wird man wohl in Fällen , bei denen es sich um eine Verbesserung einer bereits vorhandenen Mineralquelle handelt, meist nicht zum „Bohren" raten dürfen. Schon manche alte Quelle ist durch eine unvorsichtig ausgeführte Bohrung nicht gebessert, sondern in Ertrag und Zusammensetzung schwer geschädigt worden. Man pflegt dann zu sagen, die Quelle sei „überbohrt".

So kann man wohl zielbewußt vorgehen, wenn man die Quellen ausreichend erschlossen hat. Aber vielfach ist man auf der Erdoberfläche sehr wenig im Klaren über die eigentliche Lage der Mineralquellen. Bei recht vielen, besonders bei den Säuerlingen am Rhein, waren oft nur die Ausströmungen trockener Gase die wahrnehmbaren Anzeichen ihrer Existenz, und erst Bohrungen und Schürfungen mußten sie erschließen. Ebenso sind fast alle Kochsalzquellen Deutschlands durch Tiefbohrungen, die bis zu 700 Meter und mehr heruntergetrieben sind, zutage gefördert worden. Allen diesen verschiedenen Erscheinungs- und Erschließungsformen muß die Fassung einer Mineralquelle sich anpassen. Ebenso muß sie Rücksicht nehmen auf die Schüttungsmenge, die

Art der Zusammensetzung und den Verwendungszweck, ob das Wasser nur zu Badezwecken dienen oder auch getrunken werden soll, ob es in letzterem Fall nur an Ort und Stelle zu Trinkkuren verwendet oder auch auf Gefäße gefüllt und versandt werden soll. Schon bei der Inangriffnahme der Fassung einer Mineralquelle ist demnach vielerlei zu beachten; nach feststehenden Formeln läßt sich daher nicht arbeiten. In jedem einzelnen Falle sind neue Normen zu schaffen, nach denen der Quellentechniker vorgehen muß, um alle die verschiedenen obengenannten Faktoren genügend zu berücksichtigen. Am schwierigsten gestalten sich die Verhältnisse, wenn Neufassungen an alten Quellen ausgeführt werden müssen, die von ihren Umsiedelungen eng eingebaut sind, und deren alte Fassungen den modernen Ansprüchen nicht mehr genügen. Derartige schwierige und auch außerordentlich kostspielige Fassungsbauten sind in den letzten Jahren ausgeführt worden in Ems, Karlsbad und ganz neuerdings in Bad Salzbrunn in Schlesien.

Verhältnismäßig einfach gestaltet sich die Nutzbarmachung der „Akratothermen", deren Wässer meist in sehr großen Mengen frei zutage treten. Die größten und bekanntesten sind unter ihnen in Deutschland die Quellen von Wildbad, Schlangenbad, Badenweiler, die Trarbacher Felsenquelle. Für diese Quellen, die nur zu Badezwecken verwandt werden, genügt meist eine Erweiterung ihres Ausflusses, um die Einrichtungen für Auffassen der Wassermengen und Zuleitungen zu den Badehäusern anbringen zu können. Nur in Wildbad in Württemberg sind neben dem seit Jahrhunderten bekannten Hauptausbruch durch Bohrungen noch weitere Ausflüsse erschlossen, und ebenso war in Teplitz vor einigen Jahrzehnten eine Neuerschließung durch Bohrung notwendig, als infolge einer Katastrophe in einer benachbarten Kohlengrube der Grundwasserspiegel plötzlich sank und dadurch die vorhandenen Quellen sämtlich zum Versiegen gebracht wurden.

Die Fassungen derartiger Quellen sind ebenfalls verhältnismäßig einfach, desgleichen die Leitungen nach den Verbrauchsstellen, selbst wenn diese sehr lang sein müssen, wie in Pfäffers, von wo das Wasser aus der engen, düsteren, der Sonne vollkommen verschlossenen Schlucht 4 km weit nach dem sonnigen Ragaz geführt wird, ohne daß es dadurch an Wärme viel verliert. Es spielen bei diesen Quellen eben Salze, die ausfallen, Gase, die entweichen können, keine Rolle, und die wesentlichsten Heilfaktoren dieser Quellen, die hohe Temperatur und wohl auch die Radioaktivität sind leicht zu erhalten.

Viel schwieriger liegen die Verhältnisse bei allen anderen Mineralquellen. Ist freie Kohlensäure in größeren Mengen in dem Mineralwasser enthalten, so wird diese versuchen, sich außerhalb der Fassung eigene Wege zu bahnen und damit auch dem Wasser; stark mineralisierte Wässer zersetzen chemisch ihre Leitungen, die Röhren, das Mauerwerk der Fassungen.

Andererseits werden Oberflächenwässer von oben nach unten neue Öffnungen erzwingen und hydrostatische Verhältnisse durch verschiedenartigen Druck Einfluß auf die Fassungen der Mineralquelle ausüben. Durch derartige Faktoren werden alte Fassungen zerstört, die Quellen abgelenkt, ihre Zusammensetzung verändert, Verunreinigungen des Wassers ermöglicht und die Besitzer der Quellen gezwungen, aus wirtschaftlichen und hygienischen Gründen, häufig unter enormen Kosten, Neufassungen vorzunehmen.

Namentlich in Deutschland haben die Quellenbesitzer die ihren Quellen durch schlechte Fassung drohenden Gefahren richtig erkannt und sich nicht gescheut, große Opfer zu bringen, um das ihnen von der Natur gespendete kostbare Gut in brauchbarem Zustande zu erhalten. So hat der preußische Staat in den letzten Jahren die in seinem Besitz befindlichen Quellen von Bertrich, Ems, Langenschwalbach, Fachingen und Selters neu fassen lassen. Ebenso sind die Quellen von Bilin, Gießhuebl, Karlsbad, Salzbrunn in Schlesien und andere neu gefaßt worden oder werden neu gefaßt.

Hand in Hand mit diesen Fassungsarbeiten geht die Errichtung von Gebäuden, welche dem Kurbetriebe dienen. Bei solchen neuen Bauten wird aber nicht nur dem

künstlerischen Geschmack Rechnung getragen; man bemüht sich nicht nur dem Fortschritt in der Erkenntnis gerecht zu werden, welchen mit der Entwickelung der gesamten Kultur in den letzten Jahrzehnten auch unsere Kunstanschauungen erfahren haben. Man sieht vor allen Dingen auch darauf, daß diese Bauten, welche doch in erster Linie dazu dienen sollen, Heilung suchenden zur Gesundung zu verhelfen, in hygienischer und sanitärer Hinsicht vollkommen allen Anforderungen entsprechen. Die Heizungs- und Lüftungsanlagen, die Reinigungsvorrichtungen und andere technische Einrichtungen in vielen der neuentstandenen Kur- und Badehäuser sind wahre Meisterwerke auf diesem wichtigen Gebiet der Technik. Nicht minder wird in solchen Bauten, in denen Kurgästen Wohnung und Beköstigung gewährt werden soll, darauf geachtet, daß die Aufenthaltsräume, ebenso wie die Räume, welche der Zubereitung und Herrichtung von Speisen und Getränken dienen, in hygienischer Beziehung völlig einwandfrei sind. Die Küchen, Zubereitungsräume, Kühlräume und Aufbewahrungsräume für die verschiedenen Nahrungsmittel bilden in solchem modern ausgestatteten Kurhausbetriebe geradezu eine Sehenswürdigkeit. Nicht minder bewundernswert ist die Höhe, welche die Technik im Wäschereibetrieb in diesen Anstalten erreicht hat. Sind wir doch zu der Erkenntnis gelangt, daß ein Kranker, welcher in einem Kurort Genesung sucht, nur dann auch wirklich die dort gebotenen Kurmittel mit Erfolg gebrauchen kann, wenn dafür gesorgt ist, daß die Speisen und Getränke, die er dort aufnimmt, in vollendeter Form ihm geboten werden, und daß er auch dort in seiner Wohnung, und auch bei allen sonstigen Gelegenheiten vor Berührung mit ansteckenden Stoffen und vor Verunreinigungen bewahrt wird. Peinlichste Sauberkeit ist daher die erste Forderung, welche in allen diesen Betrieben an Küche und Keller, an Wohn- und Schlafzimmer, das Badehaus und alle sonstigen Kurräume gestellt werden muß.

Nicht gering sind daher die Aufgaben, welche an die Besitzer von Kurorten herantreten. Wir haben oben schon gesehen, wie schwierig und kostspielig es ist, Mineralquellen, welche ja in den meisten Kurorten die hauptsächlichsten Kurmittel ausmachen, zu erhalten und gewissenhaft zu pflegen.

In früheren Jahren wurden von den Quellenbesitzern, namentlich wenn der Besitzer der Staat selbst war, prächtige Bauten für diese Zwecke aufgeführt, welche jetzt noch zum Teil im Betriebe sind und durch die Pracht ihrer Ausstattung die Aufmerksamkeit aller Kurgäste erregten, wie in Homburg, Ems, Baden-Baden u. a.

Auch jetzt sehen wir überall in den großen Kurorten Deutschlands prächtige Bauten entstehen, welche der Verwertung der dort entspringenden Mineralquellen und überhaupt dem Kurbetrieb dienen. Wahre Prachtbauten sind die neuerrichteten Kur- und Badehäuser von Wiesbaden, Salzschlirf, Oynhausen, Pyrmont, Nauheim, Salzbrunn, Flinsberg und viele andere.

Eine weitere Pflicht des Besitzers einer nutzbaren Mineralquelle ist es dafür zu sorgen, daß das Wasser, nachdem es in einwandfreiem Zustande zum Ausfluß gebracht ist, auch in demselben unveränderten und reinen Zustande dem Patienten und Konsumenten zur Benutzung geboten wird.

Zumal es häufig nötig ist, das Mineralwasser weite Strecken zu leiten, bis zu der Stelle, wo es verwandt werden soll, wie man schon vor Jahrhunderten die Wässer von Pfäffers nach Ragaz, das heiße Sprudelwasser in Karlsbad überall in die Häuser der Stadt geleitet hat.

Besonders sorgfältige Maßnahmen sind notwendig, wenn ein Mineralwasser zum Trinken benutzt werden soll.

Wie oben auseinandergesetzt, würde ein dauernder Zutritt von Luft zu dem Mineralwasser die chemische Zusammensetzung desselben ändern und dadurch seinen therapeutischen Wert vermindern können. Es würde ferner die Infizierung des Wassers durch schädliche Keime, die im Staube der Luft enthalten sein könnten, möglich sein. Fast alle Quellen sind naturgemäß mit Hallen, die zum Schutze für die Kurbesucher und auch für die Quelle selbst gegen Regen und Wind notwendig sind, überdeckt. In

diesen Hallen entwickelt sich bei dem lebhaften Verkehr von Hunderten und Tausenden von Patienten während der Kurstunden nicht nur viel Staub, sondern es werden der Luft durch Ausatmung und Aushusten auch Keime aus den inneren Luftwegen der Kranken zugeführt, durch die also ein offener Brunnen infiziert werden kann. Bei allen Trinkquellen soll daher der Quellenausfluß durch festschließende Glasglocken unbedingt geschützt sein. Besonders in Kurorten wie Ems, Soden, Salzbrunn und anderen, wo viele Patienten mit Erkrankungen der Atmungsorgane zusammenkommen, sind derartige Schutzmaßregeln von größter Wichtigkeit; auch sollen an solchen Orten die Entnahmestellen des Wassers zum Trinken den Patienten nicht selbst zugänglich sein. Dieselben sollen vielmehr von besonders geschultem und hygienisch erzogenem Personal bedient werden. Sehr zweckmäßige Einrichtungen sind in dieser Hinsicht unter anderem in den genannten drei Kurorten zu finden.

Auch der verschiedene Gasgehalt der Mineralwässer macht bei den verschiedenen Quellen verschiedene Vorrichtungen für die Entnahme des Wassers notwendig; bei intermittierenden Quellen sind besondere Abschlüsse wegen der notwendigen Gleichmäßigkeit des Gasdruckes notwendig; heiße Quellen, wie in Karlsbad, Baden-Baden, solche von mittlerer Temperatur wie in Ems, Neuenahr; kalte Quellen, wie in Kissingen, Brückenau, Homburg können unmöglich nach denselben Regeln gefaßt, geleitet und zum Ausfluß gebracht werden.

Eine besonders wichtige Rolle spielt bei allen unterirdischen und Oberflächenzuleitungen die Frage nach dem hierzu verwendbaren Material. In Bertrich haben die Römer zu den Leitungen Bleirohre verwendet, und diese haben auch dem Mineralwasser Jahrtausende standgehalten. In St. Moritz, in Niederselters, Fachingen und anderen Orten hat man ebenso alte Fassungen aus (Lärchen-, Eichen-, Fichten-)Holz gefunden. Überhaupt nahm man früher an, für Mineralwasserleitungen sei Holz unbedingt das beste Material. Die Erfahrungen der neueren Quellentechnik haben aber erwiesen, daß man allgemein von einem „besten" Material für Mineralwasserleitungen überhaupt nicht sprechen kann, sondern, daß jedesmal für jede neu zu fassende Quelle diese Frage besonders entschieden werden muß. Bald erweisen sich Kupferrohre, bald Blei- oder Bronzerohre, bald Rohre aus einer bestimmten Holzart für das betreffende Mineralwasser als das geeignetste Leitungsmaterial. In vielen Fällen ist anscheinend zweckmäßig reines Zinn zu dem Röhrennetz verwendet worden und Neusilber für die Auslaufbecken und Hähne.

Mit besonderer Sachkenntnis sind auch die Vorrichtungen zu treffen, um Mineralwasser in unveränderter Weise in Gefäße zu füllen und die gefüllten Gefäße, bevor sie zum Versand kommen, so zu lagern, daß nicht noch nachträglich eine Veränderung des Mineralwassers in den Gefäßen eintreten kann.

Zweierlei Arten von Forderungen sind es, die bei derartigen Anlagen erfüllt werden müssen. Einmal muß der ganze Füllbetrieb hygienisch einwandfrei gestaltet werden, sodann muß das in die Gefäße gefüllte Mineralwasser von allen Einwirkungen frei gehalten werden, die es etwa in seiner Zusammensetzung oder sonstigen Beschaffenheit verändern könnten.

Was zunächst die Anforderungen der Hygiene anbelangt, so sind diese ziemlich leicht zu erfüllen. Das Mineralwasser ist, so wie es aus der Röhre in das Gefäß läuft, keimfrei. Man hat also nur dafür zu sorgen, daß es in dem Gefäß frei von schädlichen oder zersetzenden Keimen gehalten werde. Eine vollständige Keimfreiheit auch des in Gefäße gefüllten Mineralwassers ließe sich nur erzielen, wenn die Gefäße vor ihrer Füllung sterilisiert würden und die Füllung selbst „aseptisch" vorgenommen würde. Beides verbietet sich aber bei so großen Betrieben wegen der unverhältnismäßig hohen Kosten, die durch solche Maßnahmen verursacht würden, von selbst. Jedoch kann und muß dafür gesorgt werden, daß die zur Füllung benützten Gefäße vorher einer gründlichen Reinigung auf mechanischem Wege unterzogen werden, und daß zu deren vorherigen Ausspülungen nur ein möglichst keimarmes Quellwasser benutzt wird. So

läßt es sich tatsächlich erreichen, daß sich in den zur Füllung genommenen Flaschen sicher keine Krankheitserreger oder Fäulniserreger befinden, daß aber auch von den sonstigen, harmlosen Mikroorganismen immer nur eine ganz geringe Zahl von Keimen angetroffen wird. Da aber eine solche frisch gefüllte Flasche sicher nicht vollständig keimfrei ist, so ist es unbedingt notwendig, das auf Flaschen gefüllte Mineralwasser so zu lagern, daß ein Weiterwachsen und eine Vermehrung der darin enthaltenen Keime ausgeschlossen ist. Diese läßt sich erreichen, wenn man das auf Gefäße gefüllte Mineralwasser in einer gleichmäßigen, niedrigen Temperatur hält.

Nach Füllung der Flaschen unmittelbar am Ausfluß der Quelle und nach sofortigem Verkorken, muß dann weiter dafür gesorgt werden, daß das Mineralwasser in den Gefäßen vor jeder Erschütterung und jedem schroffen Temperaturwechsel bewahrt wird. Zu diesem Zwecke werden die gefüllten und verkorkten Flaschen in Fachingen in Kästen mittels elektrisch betriebener Aufzüge und auf einer Gleisbahn von dem Füllraum in das Lagerhaus gebracht. In Ems wird dieses erreicht durch eine sinnreich eingerichtete Gleitbahn, welche jede Flasche einzeln, nach ihrem Verschluß durch Korken von der Füllstelle aus direkt bis in das betreffende Regal im Lagerraum bringt, ohne daß sie dabei irgend eine Erschütterung oder Umlagerung erfährt.

Die Lagerräume für die gefüllten Mineralwasserflaschen sind in Ems in den Quellhäusern hinter den Quellen untergebracht. In Fachingen war es, entsprechend dem größeren Versande dieses Wassers, notwendig, ein eignes Lagerhaus zu errichten. Dieses ist mehrere Stockwerk hoch und beherbergt außer dem Mineralwasserlager auch das Lager der leeren Flaschen und die Pack- und Verladungsräume. Es wird durch Heizungs- und Lüftungsanlagen in allen seinen Räumen gleichmäßig temperiert gehalten. Da das Haus unmittelbar an dem dort etwa zwei Stockwerk hohen Damme der Staatsbahn errichtet ist, so konnte ein Ladegleis direkt in das Haus hineingelegt werden. Dieses läuft in gleicher Höhe mit dem Bahndamm, also im zweiten Stockwerk des Lagerhauses. Es liegt in einem völlig gedeckten und verschlossenen Raume, und so kann das Einladen der Mineralwassergefäße auch in strengem Winter vollständig frostfrei vorgenommen werden. Die große Länge dieses Gleises ermöglicht es auch, daß einerseits im Winter die leeren Wagen schon eine geraume Zeit vor der Füllung in diesem Raume stehen und so etwas vorgewärmt werden, andererseits im heißen Sommer die mit Mineralwasser gefüllten Wagen bis zur Abfahrt stehen bleiben können und nicht unnötig den heißen Sonnenstrahlen ausgesetzt werden. Durch diese Anordnung wird in recht weitgehender Weise dafür gesorgt, daß das Mineralwasser soviel als möglich vor Temperaturschwankungen bewahrt wird.

Das verbreitetste Tafelwasser der Welt ist bekanntlich der „Apollinarisbrunnen". Auch dieser entspringt in Deutschland, im lieblichen Ahrtal, ganz in der Nähe des bekannten Kurortes Neuenahr. Ein Weltbetrieb ist es, welcher sich an dieser Apollinarisquelle entwickelt hat, und der einzig und allein dazu dient, das Wasser dieser Quelle auf Gefäße zu füllen, diese zu verschließen, zu verpacken und zu versenden. Der Betrieb ist in den letzten Jahren so ungeheuer gewachsen, daß annähernd 150 000 Gefäße täglich daselbst mit Apollinariswasser gefüllt und versandt werden. Eine eigene mechanische Flaschenfabrik „Rheinahr", ist am Ufer des Rheins bei dem Orte Sinzig errichtet. Sie stellt 70 000 Flaschen täglich her, deckt also doch nur die Hälfte des täglichen Bedarfes an Gefäßen von Seiten des Apollinarisbrunnens.

Noch manche andere Betriebe der Mineralwasserversendung beherbergt unser deutsches Vaterland, wie Rhens, Selters u. a. und auch die größten österreichischen Mineralwasserbetriebe; Karlsbad, Marienbad, Franzensbad, Gießhuebl, Bilin u. a. liegen nahe der politischen Grenze Deutschlands und noch mitten im deutschen Sprachgebiet. Deutsche Produktion und deutsche Arbeit ist es also, welche den Weltmarkt auf dem Gebiete des Mineralwasserhandels beherrscht.

Aber nicht nur an Mineralquellen und in solche Quellen beherbergenden Kur-

orten, sondern auch an anderen Stätten, welche zur Erholung und Heilung von Kranken aufgesucht werden, ist in den letzten Jahren enormes geleistet worden.

Die Erkenntnis, daß bei einer Kur in einem Kurorte es nicht nur die dort entspringenden Mineralquellen sind, welche heilenden Einfluß auf die dort zur Kur weilenden ausüben, hat sich immer mehr Bahn gebrochen. Das Klima, die „gesunde Luft" sind immer mehr auch wissenschaftlich als wichtige Heilfaktoren bei der Behandlung vieler Krankheiten anerkannt worden; und diese zweckmäßig zu verwenden, ist man in vielen landschaftlich schön und klimatisch angenehm gelegenen Orten bemüht.

Aber nicht nur Kranke werden in solche „Luftkurorten" gesandt. Auch die Schar der vielen Tausenden von Menschen, welche durch ihren Beruf gezwungen sind, in großen Städten auf engem Raum zusammengepfercht zu leben und Arbeit zu verrichten, hat den berechtigten Wunsch und das Bedürfnis, wenigstens einige Zeit im Verlauf des arbeitsreichen Jahres, außerhalb der großen Stadt mit ihren ungesunden Verhältnissen zu leben und namentlich während der heißen Zeit eine „Sommerfrische" aufzusuchen.

Recht mannigfach sind auch die Faktoren, welche bei einer klimatischen Kur bei den Menschen heilsam einwirken können. Da ist zunächst die Temperatur der Luft zu berücksichtigen. Viel wichtiger als die Durchschnittstemperatur einer Gegend sind die Tagesschwankungen des einzelnen Ortes. So kann eine Gegend mit hoher Mittagstemperatur doch als Sommerfrische in Frage kommen, wenn die Morgen- und Abendtemperaturen niedrig sind. Dann sind ein wichtiger Faktor die Veränderungen der Temperatur von Tag zu Tag, namentlich im Binnenlandsklima. Weiterhin wird man sich interessieren für Orte mit besonders mildem Winter; dafür kommen in Frage die Seeküsten, das Rheinland und Südeuropa. Orte mit heißem Sommer, z. B. solche, die in einem Talkessel liegen, sind als Sommerfrischen kaum zu brauchen, wohl aber Orte mit kühlem Sommer, wie wir sie in unseren deutschen Mittelgebirgen haben. Wichtig und viel zu wenig beachtet sind die Orte mit frühem und mildem Frühling. Diese finden sich im ganzen Rheintal, besonders dem rechten Ufer. Das ist das „deutsche Italien", denn dort ist im März und April die Temperatur nur um wenige Grad niedriger als in Oberitalien. Unser Norden und Osten hat einen späteren Frühling. Aber dafür kommt an der ganzen Seeküste der Winter später, und nicht selten blühen dort noch zu Weihnachten im Freien die Rosen. Die Kranken können also in solchen Gegenden lange bleiben, dürfen aber nicht vor dem Juni hinkommen. Orte mit kühlem Sommer haben das Seegebiet und die Mittelgebirge, namentlich der Thüringer Wald und der Schwarzwald.

Viel hängt von der Luftfeuchtigkeit und den Niederschlägen ab, so die Verdunstungsfähigkeit der Haut und die Wärmeabgabe. Niederschlagreich sind im allgemeinen die Gebirge, die Seeplatten, das Wupper- und Ruhrgebiet. Regenarm sind die Sudeten, ferner die Gegend südlich von Magdeburg bis Halle und eine kleine Zone im Rheintal.

Außer den Niederschlägen ist die Besonnung zu berücksichtigen, mit ihren wirkungsvollen ultravioletten Strahlen. Die Besonnung ist besonders wertvoll als psychischer Heilfaktor. Stark besonnt sind die rechte Seite des Rheins bis Württemberg und ein Zipfel am mährischen Gesenke.

Der Luftdruck ist von geringerer Bedeutung, der Blutdruck wird jedenfalls davon nicht beeinflußt. Vielleicht verdient er aber Beachtung bei Krankheiten der Zirkulationsorgane. Eine physiologische Wirkung des Luftdruckes ist aber erwiesen, nämlich die auf die roten Blutkörperchen, deren Zahl bei vermindertem Luftdruck bekanntlich vermehrt erscheint.

Zu beachten sind auch die Seewinde und in Süddeutschland der Föhn, ein sehr starker und meistens sehr warmer Wind.

Zu den klimatischen Verhältnissen gehören schließlich der Boden, die Bewässerung des Ortes und ähnliche Faktoren. Alles das ist von großer Wichtigkeit, weil die Kranken gegen solche Verhältnisse außerordentlich empfindlich sind. Der Arzt müßte eigentlich dem Kranken die Wohnung selber aussuchen. Darauf beruht auch der Nutzen der

Sanatorien, daß sie mit der Kenntnis solcher lokaler klimatischer Verhältnisse angelegt sind.

Als weiterer Gesichtspunkt für die Wahl des Kurortes ist sehr wichtig der Gegensatz des Klimas, wobei man aber auch nicht zu große Gegensätze wählen soll; ferner kommen in Frage: die Volksdichte, das Landschaftsbild, der Volkscharakter, der Komfort, die Ansprüche an den Geldbeutel. Man muß nie vergessen, daß jede klimatische Behandlung zugleich eine seelische Behandlung ist.

Mit Berücksichtigung aller dieser Faktoren pflegt man vom therapeutischen Standpunkt das Klima als Niederungsklima, Höhenklima, Seeklima und südliches Klima zu unterscheiden. Das letztere kommt bei deutschen Kurorten nicht in Frage.

Das Niederungsklima.

Unter diesem Namen faßt man das Klima aller Orte zusammen, welche unter 400 Meter liegen. Man kann in Deutschland zwischen einem östlichen und westlichen Niederungsklima unterscheiden. Während das erstere durch einen heißen Sommer, kalten Winter und ziemlich wechselnde Temperaturen ausgezeichnet ist, sind im Westen die Temperaturunterschiede gemäßigter. Die warme Jahreszeit dauert länger, und im Winter sind die Temperaturen milder, so daß auch Kranken während eines großen Teiles dieser Jahreszeit der Aufenthalt im Freien möglich ist. Bei den Luftkurorten mit Niederungsklima kommt es vor allem auf die Beschaffenheit und Lage des einzelnen Kurortes an. Von besonderer Bedeutung ist die Nähe von Waldungen oder von Seen.

Das Höhenklima.

Man unterscheidet ein subalpines Klima, zwischen 400 und 1000 Metern, und ein alpines Klima, für noch höher gelegene Orte. Die klimatischen Unterschiede zwischen beiden sind nur stufenweise. Die wesentlichsten Eigenschaften des Höhenklimas sind: niedere Lufttemperatur bei stärkerer Sonnenstrahlung; sodann auch verhältnismäßig größere Feuchtigkeit in mittleren, geringere in größeren Höhen, geringer Luftdruck, starke Luftbewegung im Sommer und geringe im Winter. Deswegen können sich Hochtäler gut zu Winterkurorten eignen. Bei diesen kommt auch noch die starke Sonnenstrahlung hinzu, welche nicht nur direkt, sondern auch zurückgeworfen von den schneebedeckten Bergabhängen besonders kräftig wirken kann. Schließlich zeichnet sich in hochgelegenen Orten die Luft durch besondere Reinheit, d. h. durch Freisein von organischen und anorganischen Beimengungen aus, Gegenden in einer gewissen Höhe sind frei von bestimmten Infektionskrankheiten.

Das Seeklima.

Die Seeluft unterscheidet sich in ihren normalen Bestandteilen nicht wesentlich von der Landluft. Auch die verbreitete Ansicht von dem Salzgehalt der Seeluft läßt sich nur in beschränktem Maße aufrecht halten. Der durch Verdunstung aus dem salzigen Meerwasser aufsteigende Wasserdampf ist völlig salzfrei; bei stärkerer Luftbewegung wird aber Meerwasser in feine Tröpfchen zerstäubt, die je nach der Richtung und Stärke des Windes weit fortgetragen werden können und sich schon durch den salzigen Geschmack der Luft bemerkbar machen. So können nach schweren Stürmen, wie z. B. auf Sylt mit seiner lebhaften Brandung beobachtet wird, die Bäume sich kilometerweit vom Strande entfernt mit Salzkrusten überziehen. Bei geringerer Windstärke — bis zu Stärke fünf der zwölfteiligen Skala — ist aber weder dort, noch auf Helgoland in 15 Meter Entfernung von der Wasserlinie ein Salzgehalt der Luft chemisch nachzuweisen. Die wesentlichen Eigenschaften, welche der Seeluft gegenüber der Binnen-

landluft ihre klimatische Sonderstellung geben, bestehen vielmehr 1. in ihrer Staub- und Keimfreiheit, 2. in der geringen Veränderlichkeit der Temperatur, 3. in ihrem größeren Feuchtigkeitsgehalt, 4. in ihrer stärkeren Bewegung, 5. in ihrer Dichtigkeit.

Das Seeklima ist wohl der wesentlichste Heilfaktor bei einem Kuraufenthalt in einem Seebade. Die klimatischen Einflüsse sind daselbst viel größer als die Einflüsse, welche das Seewasser beim Baden in der See ausübt. Die wesentlichsten Eigenschaften des Seewassers sind seine Temperatur, seine Zusammensetzung und seine Bewegung.

Wie die Seeluft so zeigt auch das Seewasser eine geringe Veränderlichkeit der Temperatur. Man kann daher auch an Tagen mit niedriger Lufttemperatur, und namentlich im Herbst noch lange während der kühlen Jahreszeit, Seebäder nehmen, ohne allzu starke Abkühlung befürchten zu müssen.

In seiner Zusammensetzung unterscheidet sich das Seewasser von dem der Flüsse und Binnenseen durch seinen Gehalt an Kochsalz und einiger anderer Salze. Dieser Salzgehalt ist aber in benachbarten Gebieten und auch an ein und demselben Ort durch den Einfluß der Jahreszeiten und Windrichtungen großen Schwankungen unterworfen. Die Hauptunterschiede werden durch die Strömungen des Seewassers verursacht. Die Ostsee hat entsprechend ihres einem Binnensee ähnlichen Charakters, und da viele Flüsse sich in dieselbe ergießen, bei nur geringer Verbindung mit dem Ozean, einen recht geringen Salzgehalt. Er schwankt in einer Tiefe bis zu 5 Meter zwischen 7,1 und 19,5 Gramm im Kilogramm Seewasser, in größeren Tiefen erreicht er höhere Grade, an manchen Stellen bis zu 24 Gramm. Die Nordsee ist bei weitem salzreicher und auch in ihrem Salzgehalt gleichmäßiger. Bis zu 10 Meter Tiefe schwankt der Salzgehalt zwischen 30 und 35 Gramm im Kilogramm Wasser, in größeren Tiefen beträgt er fast überall gleichmäßig zwischen 34 und 35 Gramm im Kilogramm Wasser.

Man kann daher wohl nur beim Baden in der Nordsee von einer pharmakologischen Beeinflussung von Seiten des Seewassers reden, derart, wie sie durch Solbäder ausgelöst wird. An der Ostsee, namentlich an der mehr östlich gelegenen Küste, kommt der Salzgehalt des Seewassers therapeutisch beim Seebaden kaum mehr in Betracht. Dafür haben die Ostseebäder meistens den Vorzug herrlicher Wälder. Sehr wichtig ist aber beim Seebade die Bewegung des Meeres. Dieselbe ist abhängig von der Luftbewegung, von Strömungen, die durch Unterschiede der Wärme und des Salzgehaltes hervorgerufen werden, und an der Nordsee von Ebbe und Flut. Die treibende Kraft für die oberflächlichen Schichten des Meeres sind die Winde, die je nach ihrer Stärke eine mehr oder weniger kräftige Wellenbewegung erzeugen. Diese pflanzt sich in der Windrichtung fort, ist in ihrer Entwickelung von der Größe des Meeresbeckens abhängig und geht an der Küste in die Brandung über. Art und Stärke der Brandung sind je nach der Gestalt der Küste, besonders nach der Neigung des Strandes, verschieden. Küstenvorsprünge, vorliegende Inseln oder Untiefen können selbst bei starker Luftbewegung den Wellenschlag abhalten.

Aus dem Vorstehenden haben wir ersehen welch großer Heilwert auch den Seebädern und Luftkurorten neben den Quellenkurorten zukommt. Sie alle haben daher eine große Bedeutung für die Volksgesundheit. Alle unsere Kurorte stellen die Stätten dar, an welchen durch Arbeit, unzweckmäßige Lebensweise, Ungunst der Wohnungsverhältnisse oder des Berufes abgearbeitete oder in ihrem Körper geschädigte Menschen sich wieder erholen und Genesung und Auffrischung ihrer Kräfte finden können. Von großem sozialen Werte sind daher alle diese Kurorte mit ihren mannigfachen Heilmitteln; und sie zu pflegen und auszubauen muß ebenso unsere Aufgabe sein, wie die, ihre Heilmittel auch wirklich der Menschheit nutzbar zu machen und zu erhalten. In diesem Bestreben sind allerorts an Luftkurorten, Quellenkurorten und an Seeküsten Sanatorien und Heilstätten mannigfacher Art entstanden. Namentlich die Geißel des Menschengeschlechts, die Tuberkulose, wird mit großem Erfolg an solchen Orten in besonders dazu eingerichteten Anstalten und Heilstätten behandelt.

Vor allen Dingen machen wir aber jetzt die Heilmittel der Kurorte nutzbar für die

Gesundung und Kräftigung des heranwachsenden Geschlechtes. Kinderheilstätten sind überall entstanden, namentlich in See- und Solbädern. In vielen Hunderten von Ferienkolonien wird in jedem Jahr Tausenden von Schulkindern Gelegenheit geboten unter gesunden Verhältnissen, in schöner Umgebung, in freier Luft und bei naturgemäßer Lebensweise die schulfreie Zeit zuzubringen. Diese Einrichtungen sind von ganz enormen Werte für die Erhaltung und Pflege der Volksgesundheit. Nicht minder gilt dies für die jedes Jahr in vermehrter Zahl errichteten Genesungsheime und Kuranstalten, in denen aus eigenen oder öffentlichen Mitteln Kranke oder Erholungsbedürftige Aufnahme finden können. Namentlich die Angestellten in den großen staatlichen und privaten Betrieben haben heute zahlreiche Gelegenheit derartige segensreiche Einrichtungen zu gebrauchen. Auch der Militärfiskus hat in der richtigen Erkenntnis, welch große Bedeutung solche gesundheitsfördernde Anstalten für die Wehrkraft des Landes haben, in vielen Quellenkurorten, Luftkurorten und Seebädern Militärkurhäuser, Offiziersheime und andere der Pflege der Gesundheit dienende Anstalten errichtet.

Wahrhaft großartig ist, was die soziale Fürsorge auf diesem Gebiet in den letzten Jahren geleistet hat und enorm sind die Summen, welche vom Staate, von Gemeinden und Privaten in dieser Weise zur Förderung der Volksgesundheit festgelegt worden sind.

Wir haben ferner bereits im vorhergehenden gesehen, mit welchen Schwierigkeiten allein schon die Erschließung, Erhaltung und Nutzbarmachung der natürlichen Mineralquellen verknüpft ist. Und das sind alles sehr kostspielige Unternehmungen. Deutschland ist aber mit dem Aufblühen des Volkswohlstandes auch auf diesem Gebiet allen anderen Ländern mit Unternehmungsgeist und Opferfreudigkeit vorausgegangen. So hat der preußische Staat allein für die Sanierung der Emser Quellen in den letzten 5 Jahren etwa sechs Millionen Mark ausgegeben, für Fachingen und Selters etwa je eineinhalb Millionen Mark. Die großherzoglich hessische Regierung hat in Nauheim in den letzten Jahren in Quellenfassungen und Bauten, wie Bade- und Kurhäuser usw., etwa 12 Millionen investiert, und vor kurzem hat der bayrische Staat für Bauten und Quellenfassungen in den ihm gehörigen Quellenkurorten fünf Millionen Mark bewilligt.

Das sind ganz kolossale Summen. Sie stehen aber im Verhältnis zu der Bedeutung, welche den natürlichen Mineralquellen, den Seebädern und Luftkurorten auch in volkswirtschaftlicher Hinsicht zukommt.

Im deutschen Bäderbuch sind von Kauffmann die Zahlen der Besucher der deutschen Kur- und Badeorte (Quellenkurorte und Seebäder) in den Jahren 1903—1905 zusammengestellt. Der jährliche Durchschnitt der Kurgäste betrug danach in den deutschen Quellenkurorten 615 379, in den Seebädern 353 425, in beiden Arten von Kurorten zusammen also 968 813, d. h. nahezu eine Million.

An Mineralbädern werden nach dieser Zusammenstellung in den deutschen Kurorten jährlich 597 065 abgegeben, d. h. über eine halbe Million.

Von versandten Mineralwässern der deutschen Mineralquellen kommen jährlich 11 930 422 Gefäße Heilwasser und 99 268 195 Gefäße von Tafelwasser auf den Markt. Um eine Anschauung von diesen Mengen zu ermöglichen, möchte ich mitteilen, daß ein Eisenbahnzug, welcher das deutsche Mineralwasser, das in einem Jahr zum Versand kommt, in Gefäße verpackt, auf einmal transportieren sollte, die Länge eines Zuges haben müßte, der von Berlin bis Naumburg reicht.

Hierbei sind nur die deutschen Mineralquellen berücksichtigt, es kommt noch dazu all das Mineralwasser, das aus Österreich, Frankreich usw. eingeführt und in Deutschland getrunken wird, so die Tafelwässer von Bilin und Gießhübel, die Heilwässer von Marienbad, Karlsbad und Franzensbad, Leviko, Vichy u. a.; ferner die ungarischen, böhmischen und spanischen Bitterwässer und vieles mehr.

Aus diesen Zusammenstellungen kann man den jährlichen Umsatz im Deutschen Reich berechnen, welcher durch das Vorhandensein von Mineralquellen hervorgerufen

wird. Nimmt man an, daß ein Kurgast für einen Kuraufenthalt, einschließlich Reisekosten, Ärztehonorar, Bäder usw. in den Quellenkurorten 400 Mark ausgibt („Bauernbadl" haben wir in Deutschland nicht), so berechnet sich aus den oben mitgeteilten Zahlen, daß im Jahre 1905 für den Besuch der Kurorte im Deutschen Reich 356 085 550 Mark ausgegeben worden sind. Dazu kommen noch 3 761 865 Mark, welche in diesem Jahre für versandte Heilwässer und 17 290 318 Mark, welche für versandte Tafelwässer gezahlt wurden, so daß für den Gebrauch der natürlichen Heilquellen im Jahre 1905 in Deutschland im ganzen 359 847 415 Mark, für den Gebrauch der natürlichen Heilmittel (einschl. Seebäder) von Heilungsuchenden 377 137 733 Mark ausgegeben worden sind.

In diesen Zahlen sind aber noch nicht die Summen aufgenommen, welche jährlich von Hunderttausenden zum Zwecke ihrer Genesung in den Luftkurorten Deutschlands ausgegeben werden.

Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache; sie zeigen zur Genüge, welchen hohen volkswirtschaftlichen Wert die Mineralquellen und ebenso alle Gegenden von landschaftlicher Schönheit und in klimatisch günstiger Lage darstellen. Es ist daher nicht nur die Pflicht der direkt interessierten Besitzer von Heilquellen, dieselben zu erhalten und zu pflegen, sondern auch die Pflicht des Staates, diese von der Natur gegebenen Schätze des Landes zu bewahren und nutzbar zu machen, für klimatische Kuren und Erholungsstätten geeignete Gegenden in ihrer natürlichen Schönheit und Eigenart zu erhalten und ihre Ausnützung zu Heilzwecken und zur Kräftigung der Erholungsbedürftigen durch geeignete Maßnahmen zu ermöglichen und zu bewirken; und diese Pflicht haben die deutschen Besitzer gern übernommen. Stellen doch alle natürlichen Mineralquellen und ebenso alle klimatisch begünstigten Orte einen unveräußerlichen Besitz des Landes, einen bei richtiger Pflege unversiegbaren Teil des Nationalvermögens dar.

Wiesbaden. Das Kurhaus.

Heiligendamm. Der Gespenster-Wald

Misdroy. Am Kaffeeberg.

Ruderer, Wanderer, Turner, Bergsteiger.

Die neue königliche Landesturnanstalt in Spandau.

Am Schülerbootshause Wannsee bei Berlin.

Förfterfamilie aus Oberbayern.

Sport.

Von Professor **Wickenhagen**, Berlin-Lichterfelde.

Was ist Sport? Jeder glaubt es zu wissen, und keiner kann es sagen; denn aus der Worterklärung ist wenig zu machen. Mit dem Französischen se desporter, einem Verbum des XI. und XII. Jahrhunderts, welches „sich im Freien tummeln", „sich vergnügen" bedeutet, soll es zusammenhängen. Ein Hauptwort „desport" ist nach England übergegangen und hat dort allmählich seine Vorsilbe verloren. Es mag genügen, daß der Ausdruck vom Auslande zu uns gekommen ist; dort, besonders in England, hat die Begriffsbestimmung sich schneller und natürlicher vollzogen als anderswo.

In Deutschland hat das Wort mit alledem, was der Zufall hineinlegte, lange Jahre das Schicksal eines lästigen Eindringlings ertragen müssen; nach dem Gange unserer allgemeinen Volkserziehung fand man weder Veranlassung noch zeigte man Lust, den Inhalt klarzustellen. Man begnügte sich, darin jede mit Eifer, ja mit Leidenschaft betriebene Betätigung zu sehen, die sich mit der Eigenart eines ruhig und ordnungsmäßig arbeitenden Volkes nicht recht vertrage. Hiernach kann es nicht befremden, wenn die Begriffsgrenzen — von phantastischen Falschdeutungen abgesehen — sich schier bis ins Unendliche verliefen: vom Papierdrachenspiel des Kindes können wir sie verfolgen bis zur Luftkreuzerfahrt des Mannes, vom Schmetterlingsfang des zarten Knaben bis zur Adlerjagd sehniger Bergsteiger.

Also auch damit kommt man nicht zum rechten Ziele. Sport ist Leben. In ihm bringt der Organismus die vollen Äußerungen des Denkens und Tuns zur Darstellung. Im Vollgenuß der wachsenden Kraft entwickelt er sich aus dem ganzen Menschen heraus. Aber das Leben wiederum ist ein Kampf: „Im Schweiße deines Angesichts sollst du dein Brot essen" heißt es im biblischen Schöpfungsbericht. Sah sich in der Urzeit der Mensch von Gegnerschaften aller Art umgeben, so bot ihm die Natur unmittelbar Mittel und Gelegenheit, sein Arbeits- und Kampfbedürfnis zu befriedigen. Mit dem kulturellen Fortschritt ists anders geworden. An Stelle des Unmittelbaren trat etwas Mittelbares. So ist auch der Kern unseres Wortes ohne Zweifel das „Sich-messen", aber nach den Regeln der Gesittung; nicht also ein Kampf, bei dem es gilt, die gegenüberstehende Kraft zu schädigen, zu erdrücken oder gar zu vernichten, bei dem auch edle Lebensgüter nicht geschont oder gar zugesetzt werden sollen, sondern ein ernstes und ritterliches Kraftspiel zugunsten einer leiblichen und geistigen Schulung: eine Kampfesübung, die für den großen Kampf ums Dasein wappnen soll.

In dieser Form spielt der Sport in der Geschichte aller Edelvölker eine wichtige Rolle; er besteht, solange es solche gibt, und unter ihnen gebührt dem der Hellenen, soweit unser Auge die Geschichte übersieht, der erste Platz. Die Forderung Plato's, den Körper und Geist so gut als möglich zu machen, ist Grundform der ganzen griechischen Erziehung geworden. Ein fröhliches Spiel, ein muskelspannender und schweißerzeugender Wettkampf waren dort nicht ausgeklügelte Zuchtmittel, der Jugend die durch Gehirnüberlastung geraubte Freude wiederzugeben, auch nicht schulmeisterliche oder staatliche Anordnungen, die geistig Trägen flott zu machen, vielmehr tragen sie noch

reinste Natürlichkeit und Selbstverständlichkeit in sich; sie entspringen dem gesunden Fühlen und Denken des Volks. Die hellenische Gymnastik ist nicht ein aufgepropftes Reis an dem Fruchtbaum des nationalen Lebens, sondern ein Trieb aus dem gesunden Stammesmark.

Wie dieses, so sollte auch das Weitere, wer für den Sonnenschein der klassischen Zeit sich begeistert, nicht übersehen, daß nämlich der wunderbare Hochmittag des kulturellen Lebens für Athen nur so lange anhielt, als es einem reinen Sportbetriebe, jenen Grundsätzen entsprechend, die rechte Wertung zuteil werden ließ.

Man hat behauptet, in England habe sich die Harmonie des klassischen Lebens am reinsten erhalten. Ist das richtig, dann entsteht die Frage, wie unser Land, in dem das Wesen des Altertums in seinen idealen Erscheinungsformen immer am gründlichsten gewürdigt, der Geist am besten verstanden worden ist, zurückstehen konnte.

Wie das „Volk der Denker und Grübler" stets seine eigenen Wege gegangen ist, auch auf die Gefahr hin, von der natürlichen Richtung zuweilen abzuweichen, so auch hier. Wer den Gang unserer neuzeitlichen Renaissance in der Erziehung seit 1870/71 — denn diese Jahre bilden einen Markstein in der Geschichte unserer deutschen Turn- und Sportschule — verstehen will, muß den Entwicklungsgang im letzten Jahrhundert einer kurzen Prüfung unterwerfen. Die Anregung dazu liegt nahe genug: war es doch gerade vor 100 Jahren, als ein echt deutscher Mann, Ludwig Jahn, mit der Gründung eines Sportplatzes in der Hasenheide zu Berlin den Grundstein zu dem Werke legte, welches nach Jahren der Ablenkung, des Stillstands und der Unterbrechung neuerdings der Krönung entgegengeht. Das was Jahn „Turnen" nannte, war von dem „Sport" der Engländer kaum verschieden, wie denn auch beide Ausdrücke im Grunde dieselbe Bedeutung haben; aber freilich: dieselben Pflanzen standen auf verschiedenem Ackerboden und entwickelten sich unter verschiedener Belichtung. Die Leibesübungen der Engländer sind frei im Volke aufgewachsen; die der Deutschen in der Schule oder im Zusammenhange mit ihr und von ihr beeinflußt.

Es mag hinreichen, wenn hier vermerkt wird, daß die Wiege unserer deutschen Turnkunst in Basedow's Dessauer Philanthropin aus dem Jahre 1774 zu suchen ist. Das Verdienst des Gründers bestand darin, der Gymnastik ganz gegen die Anschauung der Zeit im allgemeinen Schulgebiete eine berechtigte Stelle verschafft zu haben; daß Guts Muths die Gedanken seines Vorgängers mit attischem Salze würzte und in ein geordnetes System brachte: er ist — von seiner fruchtbringenden praktischen Tätigkeit hier zu schweigen — der Schöpfer unserer stolzen Turn- und Sportliteratur geworden; daß Pestalozzi dem Werke die pädagogische Verfeinerung zu geben begann, indem er die Bildung des Körpers als unabweisbare Forderung jeder vernunftmäßigen Erziehung bezeichnete.

Drohende Wolken am politischen Himmel hatten sich inzwischen zu schweren Gewittern zusammengeballt, und der kräftigste Blitzstrahl traf Preußen am Tage von Jena und Auerstedt. Zu den Männern, die das Unglück des Landes tief im Herzen fühlten und die Zeichen einer ernsten Prüfung zu deuten verstanden, gehörte unser Ludwig Jahn. Seinem Feuergeiste, der auch einen Guts Muths mit sich riß, genügten jene engen Grenzen nicht; er verpflanzte den Plan seiner Übungen, die er — irrtümlich — mit einem urdeutschen Namen „Turnen" belegt zu haben glaubte, in die Mitte des Volkslebens und unterstellte sie den Zwecken der Gesamtheit. Jahn ist nicht Schulmann, sondern Deutscher in des Wortes weitester Bedeutung: ohne das große Ziel, dem Vaterlande würdige, arbeitsfähige und wehrkräftige Männer zu schaffen, ist ihm das Turnen „keinen Schuß Pulver wert". Sein Name ist von der Geschichte des heimischen Sports unzertrennlich; er hat ihm die Volkstümlichkeit gegeben; er ist der Vater der stolzen Phalanx unserer deutschen Turnerschaft geworden.

Jahn ging den dornenvollen Weg vieler unverstandener Patrioten; seine Schicksale hier weiter zu verfolgen, kann keinerlei Freude bereiten. Mit seinem Schwinden verloren unter den Enttäuschungen und der Unzufriedenheit der Zeit auch seine An-

regungen viel von ihrer ursprünglichen Kraft, und als verhängnisvolle Verfolgungen mit dem Meister auch das Werk zu ersticken begannen, war dem Operationsplane der reinen Schulgymnastik wieder das Feld frei gemacht. Unter der Führung eines Mannes von wunderbarer Befähigung, Adolf Spieß, erhielten die Anregungen Pestalozzis eine geistvolle Bereicherung und Ausgestaltung.

Es leuchtet ein, daß bei aller Anerkennung, welche die Gedanken des ersteren fanden, die Allgemeinheit nicht zu ihrem Rechte kam; mußte er, der Schulmann, doch vieles aus Jahns Arbeitsplane verwerfen, was eben in seinen Rahmen nicht paßte; anderseits manches aufnehmen, was dem Außenstehenden keine Befriedigung bot. War Jahn in allem und jedem dem Leben und Weben der Natur nachgegangen, so wurde Spießens Schule zu einem Kunsterzeugnis des methodischen Unterrichts; suchte sich der erstere für seinen Sport den vom himmlischen Firmament überdachten, grünen, von Busch und Baum umgrenzten Wiesenteppich, so verlegte sich der Spießsche Betrieb — mochte es im ursprünglichen Plane liegen oder nicht — mit der Forderung des Klassenturnens in die Enge des geschlossenen Raums. Der Lehrer wurde zum Permutationskünstler; aus der Pflege der Willenskraft und des Wagemuts wurde häufig die des Denkvermögens: Das „Stillgestanden" siegte über das „Rührt euch". Und doch konnte es nicht befremden, daß ein System, welches sich willig und fügsam dem Lehrplane der Schule anpaßte, von der orthodoxen Pädagogik mit offenen Armen aufgenommen wurde. Aber was war der Allgemeinheit damit gedient? Der Zwiespalt konnte nicht ausbleiben.

Wieder einmal sah es mit der deutschen Einigkeit trübe aus; an Gegnern, die dem „Wechselbalge" des Reformators die Türe wiesen, fehlte es nicht; und unter dem Widerstande der Parteien war an einen gedeihlichen Fortgang nicht zu denken.

Noch war die Streitaxt nicht begraben; als das Machtwort der Geschichte mit Anbruch des Jahres 1864 alle nichtigen Träumereien verscheuchte. Mit Begeisterung wurde das Schleswig-Holstein-Lied von jung und alt gesungen: Man fühlte sich zurückversetzt in die erhebenden Stunden der Vergangenheit, und wenn im Texte die Worte kamen „Halte fest, was schwer errungen, bis ein schönerer Morgen tagt" mochten manche im Herzen das Wehen einer neuen Zeit verspüren.

Sie haben sich nicht getäuscht. Die Jahre 1864—1871, wir wiederholen es, bedeuten den wichtigsten Wendepunkt in der deutschen Volks- und Jugenderziehung. Mit ihnen beginnt ein Wandel, ein Drängen nach vorn, aber freilich — alles Ding braucht seine Zeit!

Als der Geburtstag des neuen Reichs verstrichen war und die Sieger zur Heimat zurückkehrten, da begann das Abrechnen, die Verteilung der Verdienste, und es drängte sich neben anderen die Frage auf: Inwieweit hat die Schule als Pflanzstätte des Sports, als Trägerin der leiblichen und geistig-sittlichen Erziehung zu den Heldentaten des Volkes beigesteuert? Mancher mochte sich da gehoben fühlen, als aus dem Gange der Erwägungen ein stolzes und vielsagendes Urteil herausklang: „Der deutsche Schulmeister hat die Schlachten von Sadowa und Sedan gewonnen!" Wie die Deutung, so war auch der Eindruck verschieden. Von vielen wurde das Wort belächelt, übersehen darf aber nicht werden, daß es nicht im Kreise unserer Landsleute, sondern im Auslande, also von unseren Gegnern und Neidern geprägt worden ist. Es wurde bald zum Gemeinplatz und erhielt damit die Besiegelung eines gesunden Kerns. Freilich soll er mit Vorsicht ausgeschält werden; an Mißdeutungen hat es bis heute nicht gefehlt; noch jetzt, nach 40 Jahren, ist die Klasse der Männer nicht ausgestorben, welche sich nicht scheuen, mit Beziehung darauf einem verknöcherten Bildungssystem, wie der Methode des Buchstabierturnens das Wort zu reden.

Es kann keinem denkenden Menschen einfallen, die Erfolge unserer Heere aus dem Werdegange der alten Jugend- und Volkssportschule ableiten zu wollen; ists ja doch eine unbestrittene Tatsache, daß die Angriffe auf die Mängel der körperlichen Erziehung, auf die Vorherrschaft des Intellektualismus in den Jahren vor den Kriegen am er-

bittertſten und berechtigtſten waren. Jener Ausdruck „preußiſcher Schulmeiſter“ hat nichts mit einem beſtimmten Stande zu tun, ſondern bezeichnet ein kulturelles Kleinod, durch welches Preußen vor den entſcheidenden Waffengängen allen Völkern voraus war: Die planmäßige Organiſation unſerer Volksbildung, beſtehend in der glücklichen Verbindung der allgemeinen Schul- und Dienſtpflicht. Man hat dieſes Gebilde aus einem Schnitt wohl verglichen mit einem Portal, deſſen zwei Säulen getrennt voneinander auf feſter Baſis ſtehen, um ſich im Rundbogen zu einer gewaltigen Tragkraft zu vereinigen.

Denſelben Vorſprung haben wir heute nicht mehr; man hat von uns gelernt! Als Unverſtand muß es alſo bezeichnet werden, wenn Vertreter einer pädagogiſch-konſervativen Partei ihr ſtarres Feſthalten am früheren Syſtem mit den Worten: „die Jugend der alten Schule hat die großen Schlachten geſchlagen und ihre Meiſterſchaft nachgewieſen“ begründet haben und noch begründen. Einen ſchlimmeren Rechenfehler kann es nicht geben; denn darf die Widerſtandskraft eines Gegners nie als abſoluter Gradmeſſer für die eigene Leiſtungsfähigkeit gelten, ſo bleibt weiter zu erwägen, daß die letzten Jahrzehnte mit ihren techniſchen Errungenſchaften ganz andere und ſicherlich nicht leichtere Bedingungen für die Wehrmacht des Landes geſtellt haben.

Die Worte, mit welchen Kaiſer Wilhelm I. den erſten Reichstag Neu-Deutſchlands eröffnete: „Möge die Aufgabe des deutſchen Volks fortan darin beſchloſſen ſein, ſich in dem Kampfe um die Güter des Friedens als Sieger zu erweiſen“ ſollten der Folgezeit Ziel und Richtung geben. Das „si vis pacem para bellum“ bezeichnet die Kriegstüchtigkeit als ſicherſte Schutzwehr und zugleich als bewährteſtes Rüſtzeug für die Arbeiten des Friedens, und aus der Höchſtſpannung der Kräfte in einem nationalen Kriege iſt auch immer eine Periode glänzender Friedensarbeit gefolgt. Das iſt alſo richtig; die Zeiten ſind vorüber, in denen man die Ausbildung des Wehrmanns als einſeitig betrachtete: für die Verteidigung der edelſten Güter ſind die edelſten Eigenſchaften gerade gut genug. Die Schule des Heeres verlangt ein geſundes, muskel- und nervenſtarkes Geſchlecht, eine geiſtig und ſittlich ausgereifte Jugend, welche ſie in einem andauernden Training ſturmfeſt und wetterhart zu machen verſteht. Das deutſche Heer iſt Deutſchlands erſte Sport-Anſtalt.

Nur das Heer hat Anſpruch auf Weltmeiſterſchaft, welches in der Bildung der Kräfte den Höhepunkt erreicht hat. Das lehrt die Geſchichte der Edelvölker aller Zeiten. Wer ſich der Pflichten bewußt fühlt, die das ſchöne Erbe vom 18. Januar 1871 allen folgenden Geſchlechtern auferlegt hat, und wem das „Deutſchland, Deutſchland über alles“ mehr iſt als ein Gelegenheits-Feſtgeſang, der muß ſich freuen, zu ſehen, wie ſeitdem allerorten einem friſchen, frohen Sportleben im Jahnſchen Sinne und nach dem Grundſatze, „wir nehmen das Gute für unſere Zwecke, wo wir es finden“, Tor und Türe geöffnet iſt.

Das Gute: Denn die rechte Trennung des Wichtigen vom Unwichtigen iſt nicht die letzte Aufgabe, und — gottlob — an einer tatkräftigen Führung hat es nicht gefehlt. Die Worte Kaiſer Wilhelms II. bei Eröffnung der Schulkonferenz 1890: „Ich glaube erkannt zu haben, wohin der neue Geiſt und wohin das zu Ende gehende Jahrhundert zielen, und ich bin entſchloſſen . . , in bezug auf die Heranbildung unſeres jungen Geſchlechts die neuen Bahnen zu beſchreiten, die wir unbedingt beſchreiten müſſen“ hat das Volk mit zuverſichtlichem Vertrauen entgegengenommen, und daß es ſich darin nicht getäuſcht hat, dafür finden wir keinen beſſeren Beweis als im Urteil eines über die Grenzen ſeiner Heimat angeſehenen Ausländers, des Univerſitätsprofeſſors A. Moſſo in Turin: „Uns Ausländern liegt es ob, Deutſchland den Tribut der Bewunderung zu zollen, den es ſich um die Umgeſtaltung der körperlichen Erziehung erworben hat; es liegt uns ob, ihm unſere Dankbarkeit für die Wohltaten auszuſprechen, die es durch ſein Beiſpiel anderen Nationen des Kontinents erweiſen wird“.

Die Einheitskriege haben unſerem heimiſchen Betriebe ein neues Nährſalz ge-

bracht und damit unsere Leibesübungen eigentlich erst zu dem gemacht, was sie sein müssen: zu einer Kampfesübung mit dem Charakter reiner Freilichtgymnastik. Wie also der Jäger in der Verfolgung seiner Ziele Sturm und Schneetreiben nicht achtet, wie der Bergsteiger das geräuschvolle Treiben kleinlicher Seelen gern hinter sich läßt, Gletscher und Grate der Hochregionen freudig überwindet, um dem himmlischen Firmament näher zu sein, so entzieht sich nun auch der Sportfrohe dem Straßengeklingel und verzichtet auf den Zauber der „luftdichten" Trinkstube, um sich auf grüner Aue, sei es im Regen oder Sonnenschein, einen Genuß zu verschaffen, den ihm kein Menschenwerk ersetzen kann: Der Sport ist uns der schneidigste Gegner der Stubenhockerei, der Schreibtischvergötterung, vor allem des Biersitzes und Kneipwitzes geworden.

Das Turnen im engeren Sinne.

Schulturnen. Die amtlichen Vorschriften für die körperliche Erziehung in Preußen vom Jahre 1868 hatten das Lehrgebiet in 1. Freiübungen, 2. Gerät- und Gerüstübungen, 3. Turnspiele zerlegt. Dringt man mit fachmännischem Blick in das Wesen des Plans und die bezüglichen methodischen Anweisungen ein, beachtet man besonders, daß die Spiele über die engen Schranken des Kindergartenbetriebs kaum hinausgingen, dann treten einem in unverkennbaren Merkmalen die Richtlinien der Pestalozzi-Spießschen Schule entgegen. Es leuchtet ein, daß dieses Kleid weder nach Mode noch nach Umfang für den jugendstrotzenden Körper einer neuen Zeit paßte.

Mit der Neugeburt aller sportlich-turnerischen Erziehung ist von nun ab der Name des Kultusministers G. v. Goßler eng verknüpft. Durch nichts wird das wohl bestimmter dargetan, als durch das Zeugnis Kaiser Wilhelms II. aus den Schulkonferenzarbeiten des Jahres 1890: „Ich bin der festen Überzeugung, daß kein Mensch mehr dazu angetan ist und geschickter dazu angelegt ist, um solche Fragen richtig zu leiten und zu ihrer Lösung beizutragen, wie unser Herr Kultusminister". „Geschickter dazu angelegt" war allerdings kaum ein anderer; denn Goßler war von Jugend auf eifriger Turner und Sportsfreund gewesen und vertrat das, was er am eigenen Leibe erprobt hatte.

Schon am 27. Oktober 1882 hatte er durch einen ausführlichen Erlaß die Blicke auf sich gelenkt. Die Turnplätze waren wieder in ihre Rechte eingesetzt und leichtathletischen Betätigungen im Jahnschen Sinne war in ihm ein tatkräftiger Anwalt erstanden: „Gewisse Übungen wie Stabspringen, der Gerwurf, mancherlei Wettkämpfe usw. lassen sich in der Halle gar nicht oder nicht ohne Beschränkung und ohne Gefahr vornehmen. Ein größeres Gewicht muß darauf gelegt werden, daß das Turnen im Freien den günstigen gesundheitlichen Einfluß der Übungen wesentlich erhöht, und daß mit dem Turnplatz eine Stätte gewonnen wird, wo sich die Jugend im Spiele ihrer Freiheit freuen kann, und wo sie dieselbe, nur gehalten durch Gesetz und Regel des Spiels, auch gebrauchen lernt. Es ist von hoher erziehlicher Bedeutung, daß dieses Stück jugendlichen Lebens, die Freude früherer Geschlechter, in der Gegenwart wieder aufblühe und der Zukunft erhalten bleibe." Wenn dann weiter gefordert wird, daß auf das Herkömmliche und Volkstümliche besondere Rücksicht genommen werde, wenn auf die Bedeutung von Turnfahrten in Wald und Feld hingewiesen, die Schwimmpflege im Sommer, der Eislauf im Winter dringend angeraten wird, darf man wohl Goßler als den Mitbegründer urdeutschen Sports bezeichnen.

Weitere amtliche Verfügungen aus den Jahren 1883—90, die an die verschiedenen Schularten gerichtet waren, zeigten den ganzen Ernst der eingeleiteten Bestrebung. Die Wirkung ging auch allenthalben über die Grenzen Preußens hinaus. Von grundsätzlicher Bedeutung wurde die „Anweisung zur Ausführung der Laufübungen" vom 3. April 1890; sie bringt ein Urteil über den gesundheitlichen und sittlichen Wert der mannigfachen Arten, des Dauer-, Kunst-, Schnell- und Wettlaufs.

„Der Lauf gehört zu den wirksamsten Übungen des Turnens. Durch allmählich

gesteigerte Leistungen wird die Tätigkeit der Lunge und des Herzens vermehrt, der Stoffwechsel befördert, die Körperwärme erhöht und eine Kräftigung der Rumpf- und Beinmuskulatur, vornehmlich der Brust- und Atmungsmuskeln, bewirkt usw".

Einen Markstein in der Geschichte der Erziehung bildet die Reform des höheren Schulwesens in Preußen vom Jahre 1891. Ihre geschichtliche Bedeutung zeigt die Tatsache, daß nur zweimal ein solcher Akt in unserem Staate sich vollzogen hat: Das erste Mal unter Friedrich dem Großen nach der Festigung des Königsreichs, das zweite Mal eben unter Wilhelm II., nachdem Deutschland als Einheit die ihm gebührende Weltmachtstellung eingenommen hatte. Im ersteren wie letzteren Falle handelte es sich darum, die höhere Schule als Trägerin der edelsten Kleinodien mit den veränderten Anforderungen der Zeit wieder in Einklang zu bringen. Der Nachwuchs mußte befähigt werden, an neuen Aufgaben, die eine neue Zeit stellte, tatkräftig und verständnisvoll mitzuarbeiten.

Das Jahr 1891 brachte dem Volke die dritte Wochenturnstunde. „Dem Volke", nicht allein der Schule: Der Laie ahnt nicht, was in dieser Gabe steckt. Die allgemeine Wertschätzung der heimischen Gymnastik wuchs zu derselben Prozenthöhe, wie die Turnzeit in der Schule vermehrt wurde. Man hatte wieder einmal die Freude, ein Gesetz vor sich zu sehen, welches erwärmte und sich leichten Fußes einführte. Die Kugel war ins Rollen gebracht, und sie nahm ihren Weg über Schul- und Landesgrenzen. War aber das Zeitmaß des Turnens erweitert, so galt es auch den Arbeitsstoff zu vermehren, das Ziel weiter zu stecken, und mit der Stoffbereicherung mußte natürlich auch eine Stoffklärung vor sich gehen.

An diesen Aufgaben wird unter dem andauernden Wohlwollen staatlicher Aufsichtsbehörden und unter der Mitwirkung opferwilliger Volksfreunde wacker weitergearbeitet. Dies zeigen eine Anzahl von Verfügungen aus neuester Zeit, vor allem aber die sich ständig mehrenden großzügigen Einrichtungen für die Zwecke der Volkserziehung.

Sportliches Turnen an den deutschen Hochschulen. Mittel- und Hochschulen beeinflussen sich gegenseitig. Die neuen Lehrpläne der ersteren mußten auch dem Gewohnheitsleben der letzteren neue Aufgaben stellen. Hat die akademische Jugend allezeit an den großen Schicksalen des Vaterlandes Anteil genommen, so konnte bei Bestrebungen, die der Erstarkung des Volkes zuerst dienen sollten, die Zuneigung nicht fehlen.

Es hat ja lange gedauert, ehe dem volkstümlichen Sport von der gereifteren Jugend ein freundliches Heim eingeräumt wurde; das Turnen wurde ursprünglich — als Erholungsmittel der bescheideneren Kreise — nur in losen Vereinigungen betrieben. Erst in den sechziger Jahren regte sichs; es entstanden, beeinflußt von Erscheinungen des öffentlichen Lebens, die ersten festen Verbände der akademischen Turnvereine — A. T. V. — von Berlin und Göttingen; bald danach von Graz, Münster, Leipzig. Nach 1871 vollzog sich die Ausbreitung in rascherem Tempo; es folgten Greifswald, Halle, Breslau, Königsberg, Bonn, München, Straßburg, Marburg, Würzburg u. a., auch auf die technischen Hochschulen ging die Bewegung über und fand hier zumeist einen sehr fruchtbaren Boden. Äußerlich haben sich die akademischen Turnerschaften allerdings in zwei Lager geteilt, das der farbentragenden und nichtfarbentragenden Vereine; an den leitenden Grundsätzen neuzeitlicher, planmäßiger Sportpflege hat das aber nichts geändert.

Die nachstehende Tabelle gibt ein Bild von der Ausdehnung des Turnens nach den letzten Umfragen vom Jahre 1907 (vergl. v. Schenckendorff-Heinrich, Ratgeber, S. 30). Die Zahlen wirken auf den ersten Blick eher betrübend als ermutigend; aber man soll bedenken, daß es sich um regelmäßige Pflege turnerischer Übungen handelt.

Verbreitung des Turnens 1907 an Universitäten:

Hochschulen	Zahl der Studierenden überhaupt	Regelmäßige Leibesübungen treiben
Berlin	6496	580
Bonn	3340	226
Breslau	2075	190
Erlangen	1065	110
Freiburg	2472	125
Gießen	1190	140
Göttingen	1951	280
Greifswald	970	185
Halle	2192	238
Heidelberg	1922	99
Jena	1500	120
Kiel	1301	85
Königsberg	1084	153
Leipzig	4148	400
Marburg	1945	100
München	6337	703
Münster	1600	113
Rostock	703	40
Straßburg	1622	140
Tübingen	1727	300
Würzburg	1300	248
Technische Hochschulen		
Aachen	680	140
Braunschweig	400	79
Charlottenburg	2408	480
Danzig	503	70
Darmstadt	1777	112
Dresden	1200	109
Hannover	834	210
Karlsruhe	1670	110
München	2756	374
Stuttgart	748	80

Es darf hier nicht unerwähnt bleiben, daß eine große Reihe von Verbindungen und Vereinen das Turnen in freierer Form aufgenommen hat; ferner daß gegenwärtig alle Sportarten in der Studentenschaft mehr oder weniger Anhänger haben. So wie die Verhältnisse zurzeit liegen, dürfte es wenige Akademiker geben, die keiner Form der körperlichen Betätigung huldigen. Die Zahl macht es übrigens nicht. Auf unseren Hochschulen sehen wir die Vertreter der Geistesaristokratie vereinigt; jedem einzelnen ist in seiner späteren Lebensstellung Gelegenheit geboten, Hunderte, ja Tausende um sich zu scharen und auf sie seine Pläne und Neigungen zu übertragen, mag er mit einer gottbegnadeten Führergabe beglückt sein oder nicht:

Wenn Liebe dich und die Begeisterung heben,
Dann fehlt dir auch des Sehers Auge nicht.

Tatsache ist, daß die Mitglieder der akademischen Turnvereine auf dem Felde des sportlichen Turnens und in den Reihen der deutschen Turnerschaft überall an führender Stelle zu finden sind. Ihre Tätigkeit ist eine überaus fruchtbringende und segenstiftende.

Rühmend verdient auch hervorgehoben zu werden, daß die studierende Jugend sich in ansteigender Zahl an den staatlichen Lehrgängen zur Ausbildung von Turnlehrern beteiligt. Im Etatsjahr 1909 betrug die Summe der aus Sommer- und Winterkursen von Berlin, Königsberg, Greifswald, Breslau, Halle, Kiel, Göttingen, Münster, Marburg und Bonn Entlassenen 756.

Das Turnen im Heere. Es ist eine alte Erfahrung, daß eine gute turnerische Durchbildung den Mann auf dem nächsten und besten Wege zu den Mitteln führt, den Anforderungen des vorgeschriebenen Dienstes gerecht zu werden. Die Exerziervorschriften der Infanterie deuten dies auch mit den Worten an, „die Grundlage der Gesamtausbildung liegt in der sorgfältigen, straffen Einzelausbildung, welche unter Berücksichtigung der in den Turnvorschriften gebotenen Freiübungen usw. zu erfolgen hat". „Solange die turnerische Ausbildung jedes Rekruten vor seinem Eintritt in die Armee aber noch so lückenhaft ist, wie es sich alljährlich herausstellt, solange also die Gymnastik noch nicht Gemeingut des ganzen Volkes, d. h. bis zur geringsten Dorfschule herab, geworden ist, so lange bleibt der Militärgymnastik noch immer ein großer Teil

der körperlichen Erziehung übrig", sagte noch kürzlich ein höherer Offizier. Man erblickte also im Bestehenden eine recht fühlbare Erschwerung der Schulung. Wenn dem aber so war, dann entsteht die Frage, warum man so lange gezögert hat, engere Fühlung mit den natürlichen Helfern im Volke, vornehmlich mit der deutschen Turnerschaft, zu suchen und deren praktische Erfahrungen sich zu nutze zu machen; denn das Turnen des Heeres ging noch vor kurzer Zeit seine eigenen Wege und trug das Gepräge, welches ihm sein Begründer, Major Rothstein, vor Jahrzehnten in Anlehnung an den trockenen schwedischen Drill gegeben hatte.

Neuerdings ist das nun anders geworden. Die jüngste Vorschrift für das Heer schlägt neue und lieblichere Bahnen ein; es weht in den Bestimmungen ein frischer, freier Zug, und, was nicht unterschätzt werden soll: es tritt das Bestreben hervor, mit den Sport- und Turnverbänden des Volks eine enge Bundesgenossenschaft zu schließen nach dem Grundsatze „getrennt marschieren, vereint schlagen". Aus dem Wortlaut sei angeführt:

„Der Kompagniechef ist verantwortlich für den Turnbetrieb und für vorbildliche Leistungen der Unteroffiziere und Vorturner. Beteiligung letzterer am Turnen von geeigneten Vereinen ist mit Genehmigung des Kompagniechefs gestattet."

„Die Beteiligung von Offizieren am Turnen ist zu fördern". — Es soll „abwechslungsreich, zwanglos und ohne Drill" betrieben werden".

Neu aufgenommen ist das „angewandte Turnen" der Gleichsgewichtsübungen, des Kriechens, Springens, Steigens, Kletterns und die Kampfübungen im Lauf und Spiel. Aufgeführt sind hier: Schnell-, Wett-, Eilboten- und Barlauf; sodann Tauziehen, Schleuderball und Fußball.

Während dieses niedergeschrieben wird, bevölkern sich unsere Spielplätze mit Uniformierten; mit den Vertretern des Sports und Turnens vereinigen sie sich zu freiem und doch durch das Kampfgesetz fest begrenztem Tun. Man darf wohl die Zuversicht hegen, daß auch hier Einigkeit und Recht und Freiheit sich als Unterpfand zukünftigen Glücks bewähren werden. Unseren Vereinen wird das Kartellverhältnis zur kräftigen Anregung dienen, anderseits wird dieser Teil der soldatischen Erziehung dem Gewohnheitsleben des Reservisten und seiner Kinder eine gesunde Richtung geben.

Die deutsche Turnerschaft. Kein anderer als L. Jahn ist der Gründer des weitschichtigen Verbandes, dessen Schicksale nunmehr 100 Jahre mit der Geschichte unseres Vaterlandes enge Fühlung unterhalten haben. Er hat ihm den Stempel edler Volkstümlichkeit aufgedrückt.

Natürlich sind auch diesem Lebewesen Kinderkrankheiten nicht erspart geblieben; als aber im Juni 1860 ein deutscher Mann, Herzog Ernst von Sachsen-Koburg-Gotha, die bestehenden Vereine in seiner Hauptstadt Koburg zur Feier eines ersten deutschen Turnfestes versammelte, und als die Teilnehmer — mehr denn 1000 waren es nicht — erfüllt von hoher vaterländischer Begeisterung die Überzeugung wieder mit nach Hause nahmen, daß Turnen ein Stück Deutschtum bedeute, da war die Zeit wankender Entwicklung vorbei. Das zweite allgemeine Turnfest fiel in das Jahr großer geschichtlicher Erinnerungen, 1863, und wurde von dem Gedanken an Deutschlands Einheit und dem Hoffen auf Barbarossas Erwachen beherrscht. 20 000 Turner aus allen heimischen Gauen waren zur Stelle und Prof. v. Treitschke schenkte ihnen mit seiner Erinnerungsrede an die Leipziger Schlacht eine unvergeßliche Stunde und verpflanzte den Geist von 1813 in die Herzen einer empfänglichen Jugend. Wer die elementare Gewalt der Leipziger Eindrücke auf sich hatte wirken lassen, war glücklich in der Zuversicht: Jetzt wirds nach langem Stillstand vorwärts gehen! — Am 15. November 1863 starb Friedrich VII. von Dänemark. — — —

Wie sich in der Geschichte das Frührot einer neuen Zeit zeigte, so setzte auch für die deutsche Turnerschaft — ihre formelle Gründung erfolgte 1868 in Weimar — nun die Periode der Manneskraft ein. Wir müssen es uns versagen, die einzelnen Phasen der Entwicklung hier weiter zu verfolgen; Zahlen mögen reden.

Nach den Erhebungen vom 1. Januar 1910 gehören zur deutschen Turnerschaft:

Vereine insgesamt	9 101	gegen	8 607	im	Jahre	1909
Sie verteilen sich auf Orte	7 621	„	7 174	„	„	„
Männliche Vereinsangehörige	946 115	„	902 910	„	„	„
Zöglinge von 14—17 Jahren	161 097	„	150 332	„	„	„
Aktive Turner	435 511	„	416 861	„	„	„
Vereine für Frauenturnen	1521	„	1 380	„	„	„
mit Turnerinnen	53 447	„	49 827	„	„	„
Schüler turnten	54 753	„	48 637	„	„	„
in Vereinen	1 115	„	1 061	„	„	„
Schülerinnen turnten	24 469	„	21 829	„	„	„
in Vereinen	299	„	306	„	„	„
Zum Heeresdienst waren einberufen	35 222	„	33 300	„	„	„
aus Vereinen	8 067	„	7 588	„	„	„

Alle Abteilungen zusammen, nämlich:

Männliche über 14 Jahre	=	946 115
Frauen	=	53 447
Schüler	=	54 753
Schülerinnen	=	24 469

ergeben einen Bestand am 1. Januar 1910 von 1 078 784 Personen.

Noch eine kurze Spanne Zeit, und wiederum werden die Mannen auf Leipzigs Schlachtenplane ihre Parade abhalten. Mit der Hundertjahrfeier der Völkerschlacht, 1913, wird sie sich verbinden. Wenn dann die Denkmalshülle fällt, werden nicht 1000 und nicht 20 000, sondern 100 000 und mehr in stattlicher Rundung den Kreis bilden als eine Armee im Friedenskleide mit unsichtbaren und doch schneidigen Waffen, eine Armee, die das Pulver im Herzen, den Stahl in den Armen und die Schnelligkeit in den Schenkeln trägt.

Die Königlich Preußische Landesturnanstalt. Wie das vaterländische Heer ein planmäßiges Zusammenarbeiten mit der deutschen Turnerschaft angestrebt hat, so ist Ähnliches von der Königlichen Landesturnanstalt eingeleitet worden. Die engen Programme früherer Jahre sind aufgegeben. Dadurch, daß die Anstalt in dankenswerter Weise an bewährte Einrichtungen anknüpft, tüchtigen Kräften ihre Tore öffnet, nützt sie unmittelbar und auch mittelbar der guten Sache, der sie dient. Eine wie reiche und mannigfache Tätigkeit sie im Jahre 1909 entwickelt hat, zeigt folgendes Kursusverzeichnis:

1. Kursus zur Ausbildung von Turnlehrern	91	Teilnehmer
2. Akademischer Sommerkursus zur Ausbildung von angehenden Turnlehrern usw.	26	„
3. Akademischer Winterkursus	55	„
4. Kursus zur Ausbildung von Turnlehrerinnen	109	„
5. Lehrgang für Leiter von Turn- und Spielkursen	69	„
6. Fortbildungskursus für Seminarturnlehrer	23	„
7. Fortbildungskursus für Lehrer an höheren Schulen	63	„
8. Fortbildungskurse für angestellte Turnlehrerinnen	104	„
9. Fortbildungskursus für Vorturner und Turnwarte der deutschen Turnerschaft	95	„
Summa:	635	Teilnehmer

Dem Wesen der Zeit entsprechend hat die Anstalt, welche bisher zwischen engen Mauern der Großstadt arbeitete, ein neues luftiges Heim mit ländlicher Umgebung erhalten: sie wird nach Spandau verlegt und in ihren Einrichtungen alles aufweisen, was zur Eigenart deutscher Gymnastik gehört. Wie für die bewährten

Kapitel der systematischen Schulung, so ist für alle Arten des freien, angewandten Turnens, des volkstümlichen Sports, namentlich auch für den des Schwimmens und Ruderns Gelegenheit und Raum geschaffen. Kein Land der Erde hat etwas Gleiches aufzuweisen. Hier soll der „Schulmeister" der Zukunft sein Training erhalten, und, nutzt er das aus, was ihm geboten ist, wird er auch in künftigen Schlachten seinen Mann stehen.

Bewegungsspiele und volkstümlicher Sport.

Das Bewegungsspiel hat nach Meinung der Patriarchen von jeher einen integrierenden Teil des Turnens gebildet. Wie das letztere, sollte es „Arbeit im Gewande der Freude sein, das Herz erquicken, dem Körper Gesundheit, Schick und Kraft bieten". Weiter ging man nicht.

Das Sportspiel ist die edelste Perle des angewandten Turnens geworden. Wie in ihm der Kampf bestimmter in den Vordergrund tritt, so auch die Lebenswahrheit des Spielgedankens, der Ernst und das Recht: also ein wichtiges sittliches Moment. Zur Erläuterung des Gesagten ein Beispiel:

In dem turnerischen Neckspiel „Fuchs aus dem Loche" nimmt der Fuchs, auf einem Beine hüpfend, die Verfolgung der Spielgenossen vor. Er, der Hinkende, sieht alleine sich einer ganzen Spielgenossenschaft gegenüber, welche ihm jetzt durch feige Flucht, jetzt durch listigen Angriff, das Leben schwer macht. Wollte er sich über die Ungerechtigkeit in der Parteienbildung und Benachteiligung in seiner Rolle beschweren, man würde ihn auslachen und ihm zu verstehen geben, daß nicht das „Suum cuique", sondern der Ansporn zum lustigen Tummeln und dabei die Gewinnung erheiternder Szenen den Ausschlag zu geben habe.

Ganz anders ists im Sportspiel. Es leitet sich aus ernsten Lebensbildern ab, welche unabhängig von Ort und Zeit überall in derselben Gestalt wiederkehren und die Eigenart des Volkes abspiegeln. Jagd und Krieg liefern in der Regel den Gedankenstoff.

Eine Jagdszene ist der deutsche Schlagball, ein Kunstgebilde, das bei der Fülle seiner Betätigungsformen eine Durchbildung bis zur äußersten Feinheit zuläßt. Schnelligkeit des Laufes, geschicktes Ausweichen, Sicherheit des „Schusses", scharfer Blick im Schlag und Fang bringen die Entscheidung. Glück hat nur der Tüchtige.

Dem Festungskampfe sind Schleuder-, Fuß- und Torball entnommen. Während es im ersteren gilt, schwere Bomben mit einer gewissen Wucht ins gegnerische Lager zu werfen, zeigt uns Fußball oder auch das neuerdings auftretende Hockey die mit allerhand Hemmnissen rechnenden, jetzt siegreich vordringenden, dann vorsichtig ausweichenden, stets einmütig handelnden und durch ein unsichtbares Band der Zusammengehörigkeit verknüpften Gefechtslinien. Der Ball ist hier die Verkörperung aller unvorhergesehenen Möglichkeiten und Gefahren, wie sie das Gefecht mit sich bringt. Als Ziel gilt die Erstürmung der feindlichen Stellung und das Eindringen ins gegnerische Lager. Anders wiederum beim Torball. Hier entscheiden die Schüsse, welche, das feindliche Lager zu zertrümmern, in voller Schwungkraft abgegeben werden.

Barlauf ist das Bild der offenen Schlacht. Unter den wachsamen Augen der Führer wogt der Kampf. Jeder erfüllt, die Winke der Parteiführung verfolgend und doch selbständig handelnd, angreifend, lockend, schützend, befreiend, stürmend, schleichend seinen Beruf. Überall volles Leben und Wirken, bis mit der Gefangennahme einer bestimmten Gegnerschar das Halali des Sieges ertönt.

Die Satzungen dieser unserer Sportspiele sind nirgends das Ergebnis des Zufalls oder flüchtiger Verabredung, sondern entstanden aus langjähriger gewissenhafter Beobachtung und gründlicher Überlegung vieler Menschen. Nur wenige ahnen, welche Sorgfalt dazu gehört, in den Regeln den Weizen von der Spreu zu trennen, das gymnastisch und ethisch Wertvolle vorzuschieben, anderseits alles auszuscheiden, was einem die Lockung und Möglichkeit nahebringen könnte, Vorteil auf dunkeln Nebenwegen zu

finden und vom Pfade offener und ehrlicher Ritterlichkeit abzuweichen. So birgt sich auch hinter der einfachen Schale ein goldner Kern, ein Stück Geist und Philosophie, deren Wirkung jedem, der sich ihr unterstellt, zum angenehmen Bewußtsein kommt.

Zwei Vorwürfe hat man dem Sportspiele gemacht. Erstens, heißt es, es verlange Höchstleistungen und stelle an den Organismus übertriebene Ansprüche. Aber jeder Einsichtige wird zugeben, daß es ohne diese Eigenschaft seinen Grundcharakter verlieren und aufhören würde, für die ernsten Aufgaben des Lebens vorzubereiten. Man hat weiter behauptet, es nähre einen ungesunden Ehrgeiz. Ist das richtig, dann teilt es diesen Fehler mit allen Veranstaltungen, in denen Kräfte sich messen oder gemessen werden z. B. allen Prüfungen. Daß Übertreibungen möglich sind, ist zuzugeben, gewissenhafte Aufsicht ist überall nötig, wo Großes erstrebt wird. Übrigens schließt gerade die Parteienbildung das Ichtum aus. Sorgt der einzelne, da, wo er schafft, nur für seinen Gewinn, verzehrt er allein die Frucht des Sieges, so sucht der Parteikämpfer die Ehre der Genossenschaft. Es soll jene Selbstlosigkeit des Ballspielers, der auf den Triumph eines entscheidenden Wurfs verzichtet, weil anzunehmen ist, daß sein Genosse noch bessere Aussicht hat, der Partei den Sieg zu verschaffen, nicht unterschätzt werden.

Der Kundige weiß, daß in der harmonischen Arbeitsgemeinschaft, welche ebensowohl Entsagung wie mutvolles Einsetzen der ganzen Person verlangt, allein die Aussicht auf Gewinn beruht, und, weil das der Fall ist, bildet das Sportspiel einen Kitt, der sich durch nichts ersetzen läßt, es entfaltet eine innere Kraft, die alle Gegensätze des Vermögens, des Standes, Glaubens überbrückt, und allen Gliedern den Stempel ritterlicher Gesinnung aufdrückt. Diese Wesensgleichheit, das gemeinsame Genießen von Freude und Leid, die Hochachtung vor dem selbstgewählten Haupte und Gesetzeshüter, legt den Grund zu dauernder Freundschaft, und der Gedanke, daß der Lohn aller Arbeit den Ruhm der Genossenschaft hebt, wird die Wurzel der Vaterlandsliebe. „Wo ist das Feld, sagt ein begeisterter Sportsmann, Prof. Fink-Tübingen, der Ehre, auf welchem der Jüngling ernstlich und zielbewußt prüfen kann, ob er auch, den guten Willen hierzu vorausgesetzt, fähig ist, die glühenden Gefühle der Begeisterung, der völligen Hingabe an die Sache des Vaterlands zu betätigen, ob sein Wille eine Faust, ob sein Schwert eine Schneide, sein Schild ein schützendes Erz besitzt? Dieses Feld der Ehre ist der Turn- und Spielplatz, das Marsch- und Laufgelände der Heimat! Man braucht nur hereinzublicken in diese luftigen Hallen des hochgewölbten Himmels zu den unverdrossenen Scharen einer kecken Jugend, wie sie unbewußt, oft unbeachtet des Vaterlandes großen Zielen dient. In langer Reihe fliegt sie eiligen Schritts und frischen Laufs durch die gezogene Bahn, einmal, zehnmal, zwanzigmal; da und dort ein Gedanke an Müdigkeit, die sofort einem aus dem eigenen Willen entspringenden Muß wieder weicht, um zu siegen durch Ausdauer. Manche Schranke ist zu hoch, mancher Graben zu breit, manche Last zu schwer, um auf den ersten Anlauf bewältigt zu werden; die leitende Hand lehrt die Kräfte steigern, lehrt siegen durch Treue und Beständigkeit der unausgesetzten Übung."

Für die Verbreitung der Spiele und sportlichen Wettkämpfe arbeiten Staat und Öffentlichkeit in gleicher Rührigkeit. Die Einmütigkeit im Urteil aller Volksklassen und -schichten über den gesundheitlichen, sittlich-erziehlichen, volkswirtschaftlichen, gesellschaftlichen Wert der Sportbestrebung liefert den Beweis, daß eine Lücke im neuzeitlichen Kulturleben ausgefüllt wird. Noch stehen wir mitten in der Arbeit; aber allenthalben drängt es so rüstig vorwärts; daß in den Errungenschaften kein Tag dem andern gleicht: immer neue Bausteine werden aufgesetzt, immer neue Schmuckstücke eingefügt. Fast will es scheinen, als ob das Olympia von Althellas sein Wiedererstehen feiern wollte.

In friedlicher Gemeinschaftsarbeit sind Gegensätze geschwunden, die ihren Grund eben nur darin hatten, daß man sich gegenseitig nicht kannte und zu schätzen verstand. Im Spiel zeigt jeder Gau seine Eigenart.

Mit seiner sieghaften Kraft hat das Fußballspiel in allen Landesteilen Freunde gefunden. Sah man eine zeitlang in ihm Engländerei, so ist nachher bald genug nachgewiesen, daß es seine Wurzel in Deutschland hat.

Heute umfaßt der „Deutsche Fußballbund" acht Landesverbände, die sich über das ganze Reich erstrecken. Sie zerlegen sich wieder in Kreise, diese in Gaue. Die Meisterschaft wird alljährlich in der Weise ausgetragen, daß die Gausieger zunächst um die Kreismeisterschaft spielen usw. Der Titel „Deutscher Meister" ist die höchste Auszeichnung.

Im letzten Endspiel 1910 rang der Karlsruher Fußballverein 2 Stunden mit dem Klub „Holstein" aus Kiel auf dem Sportplatze in Köln. Der erste siegte.

Ähnlich weite Verbreitung hat das Tennisspiel gewonnen. Es zeugt aber von zunehmender Jugendkraft und Sportlust, wenn das wuchtigere Hockey dem „Damenspiel" immer mehr Raum abnimmt.

Hockey ist in Deutschland erst seit etwa 10 Jahren bekannt. Die Grundregeln sind dieselben wie beim Fußball. Statt des großen Hohlballs wird der kleine harte Kricketball benutzt, der mit gebogenen, zähen Stöcken geschlagen wird. An die Platzbeschaffenheit stellt das Spiel wie Tennis hohe Anforderungen; deshalb wird es immer im Bereiche der oberen Zehntausend verbleiben. Anders allerdings, wenn die Natur nachhilft: Im Winter ist Eishockey ein vortrefflicher Wettkampf, freilich hat es im Eislauf dann einen mächtigen Konkurrenten.

Im Schulleben gewinnen Provinzial- und Bezirksverbände mit festen Satzungen immer mehr Bedeutung: Höhere, mittlere und auch niedere Schulen treten von Zeit zu Zeit — wenn möglich an vaterländischen Gedenktagen — zusammen, um im geordneten Gegenüber die Kräfte zu messen, voneinander zu lernen und einen Gleichstand sportlicher Tüchtigkeit allmählich zu schaffen. Es seien hier genannt die „Bannerkämpfe" von Schleswig-Holstein, Ostpreußen, Westfalen, dem Rheinland, vom Grunewaldverband in West-Berlin; die Knivsbergfeste in Nordschleswig und die Barlaufkämpfe um den Bismarckschild in Berlin. Immer mehr bildet sich der Sedantag zu einem allgemeinen Sportfeste aus und erhält, wie die Erfahrung lehrt, durch das pulsierende Jugendleben die schmackhafteste Nahrung.

Der Hochschulsport in seinen neueren Erscheinungsformen kommt vielleicht am bestimmtesten in dem deutsch-akademischen Olympia der letzten Jahre zum Ausdruck. Es bildet einen Markstein in der Geschichte studentischer Leibesübungen und hat seine Zukunft. Zum ersten Male haben sich im Juli 1910 alle Gruppen und gymnastischen Richtungen zu einmütiger Arbeit in Berlin zusammengefunden; der Festbericht rühmt das einwandfreie und erfolgreiche Zusammenarbeiten aller Teilnehmer und gibt ihnen, ob Turner oder Sportler, die Mahnung mit:

Auf, auf, mein Freund! Die Jugend will genützet,
Nicht nur in Rausch und Tand genossen sein;
Was uns die Zukunft, was uns das Leben stützet,
Nur unsre Jugend ist der Felsenstein!

Auf weitere Veranstaltungen des öffentlichen Vereinslebens näher einzugehen, verbieten die Grenzen, welche dieser Betrachtung gesteckt sind. Rühmliche Erwähnung verdienen neben den großzügigen deutschen Turnfesten die vaterländischen Festspiele größerer Städte wie Braunschweig, Köln, Krefeld, Dresden, Saarbrücken u. a., weil sie am treusten das Wesen der Sache wiederspiegeln.

Der reine Naturſport.

Wassersport. In seinem „Volkstum" sagt L. Jahn „Rudern, Steuern und Segeln sind unentbehrliche Fertigkeiten für den Bürger eines Staates, der so viele flache Küsten mit Vorinseln, Halbinseln und Binnenwässern hat, so manche Ströme,

Flüsse besitzt, so reich an großen Landseen ist". — Man hat für diese Worte lange kein Verständnis gehabt. „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser", die Parole unserer Tage, enthält noch ein gut Teil mehr, gehört freilich auch einer anderen Zeit an: Die deutsche Flagge weht in allen Ländern, deutsche Fahrzeuge umkreisen den Erdball. Das Wasser ist inzwischen mehr denn bisher Helfershelfer aller vaterländischen Entwicklung geworden, es ernährt viele Tausende, es trennt die Länder und verbindet die Völker, es ist unerläßliche Vorbedingung des Groß- und Kleinverkehrs. Die Vorbildung zur Wasserfahrt ist eine vaterländische Pflicht und eine ernste Pflicht gegen sich selbst, denn keine andere Betätigung fördert die Gesundheit in dem Maße wie sie.

Rudern ist Fortbewegung auf der Oberfläche des Wassers, doch nicht die einfachste. Die natürlichste Art dieses Vorgangs nennen wir Schwimmen. Bei den Alten gehörte die Schwimmfertigkeit zu den unerläßlichen Bedingungen der allgemeinen Bildung; anderseits war das Rudern als Erziehungsmittel der grauen Vorzeit unbekannt. Die Gegenwart weiß, daß beide Arten, Schwimmen und Rudern, in ihrem Einfluß auf unser leibliches und sittliches Gedeihen große Ähnlichkeit haben. Äußerlich verhalten sie sich etwa zueinander wie in der Turnschule Frei- zu Geräteübungen.

An der Eingangspforte des Hohenstaufenbades zu Köln liest man die Worte:

Gesundheit, Kraft zu mehren,
Der Schwächlichkeit zu wehren,
Der Frohnatur zum Schutz,
Dem Schmutz zum Trutz!

Beziehen sie sich zunächst nur auf das Baden im allgemeinen, so ist mit ihnen doch auch der Wert des Schwimmens gemeint; denn da ein längerer Aufenthalt im kalten Wasser nur bei flotter Bewegung der Gliedmaßen ohne Unbehagen möglich ist, wird die volle Wirkung des Kaltwasserbades erst durch das Schwimmen bedingt. Wichtig aber ist es weiterhin, daß Schwimmfertigkeit den Menschen gegen die Angriffe wappnet, mit welchen das „balkenlose" Element uns bedroht; sie stärkt das Vertrauen zu ihm und erzieht zum Mute und zur Geistesgegenwart. Unter den Sportarten gebührt ihr, dem Turnen ohne Staub und Gerät, eine der vornehmsten Stellen.

Dieser Vorzug hat ihm Freunde von allen Seiten zugeführt. Der „Deutsche Schwimmverband" mit rund 250 Vereinen und 32 000 Mitgliedern aus Orten aller Landesteile hat sich in sportlicher Hinsicht die höchsten Ziele gesteckt, und, daß er Erstklassiges leistet, haben die Olympien von Paris, St. Louis und London bewiesen. Besonders haben die mutigen und turnschönen Wassersprünge im Auslande allgemeine Bewunderung erregt.

Rudern und Segeln. Als E. M. Arndt den Deutschen als „Wassermann" bezeichnete, wollte es ihm kaum einer glauben; und doch hat er recht behalten. Die Zeit, wo mißgünstige Nachbarn unser Volk von den Küsten fern zu halten wußten, ging vorüber.

Der Hamburger Ruder-Klub kann sich rühmen, im Jahre 1836 die Wasserfahrt bei uns eingeführt zu haben; erst 40 Jahre später folgte Berlin mit dem Berliner Ruder-Verein. Nun nahmen auch die Schulen anteil: 1880 wurde der erste „Primaner-Klub" in Rendsburg aufgetan. Seitdem ging es schnell vorwärts. Heute ist der Schüler-Ruderverein Wannsee vorbildlich für die Monarchie. Gegenwärtig gibt es über 300 öffentliche und etwa 200 Schüler-Rudervereine. Regatta-Verbände sind über 40 vorhanden; es wird in ihnen entweder das Schnell- oder Dauerrudern gepflegt.

Zum Deutschen Segler-Verbande gehören 41 Klubs mit 197 Stimmen. An der Spitze steht der Kaiserliche Yachtklub in Kiel. Segler-Vereine stellen wir etwa 90. Alles aber ist in stetiger Zunahme.

Wie der Wassersport gehört die sogenannte Leichtathletik zum reinen Naturturnen, denn sie verlangt eine planvolle Fortbildung der organischen Lebensäußerungen, des Gehens und Springens, des Schleuderns, Stoßens, Ringens. Als selbständiges und abgeschlossenes Übungsgebiet ist sie erst seit etwa zwei Jahrzehnten aus dem Auslande

eingewandert. Auf die Leistungen der überseeischen Kraftmenschen hatten unsere Landsleute mit einem Gemisch von Staunen und Gleichgültigkeit hingesehen; man hielt es für aussichts- und zwecklos, ihnen nachzustreben. Aber es kam anders.

Im Jahre 1898 entstand die „Deutsche Sportbehörde für Athletik". Ihre Bestrebungen fanden zunächst in Großstädten Anklang. Öffentliche Wettkämpfe erregten die Aufmerksamkeit weiterer Schichten; die Veranstaltungen mehrten sich: aus dem Jahre 1909 sind ihrer annähernd 200 zu verzeichnen. Unter ihnen verdienen die Berliner Wintersportfeste besondere Erwähnung. Wichtiger als die zahlenmäßige Ausbreitung ist der innere Fortschritt. Die Leichtathletik hat, möchte man sagen, eine neue Menschenart geschaffen. Von Jahr zu Jahr hat die Leistungsfähigkeit sich gehoben, und was vor zwei Dezennien uns märchenhaft erschien, sehen wir heute vor uns. Das Vollgefühl von Kraft und Geschicklichkeit hat natürlich auch die Betätigungslust gesteigert.

Zu den segensreichen Folgeerscheinungen gehört das Wandern. Der Reiz liegt im Germanen schon seit der Zeit der „Völkerwanderungen". Es ist zur freien Burschenlust geworden; aber es gehört auch zu den Obliegenheiten des berechnenden Mannes „Wer weiß, wo in der Ferne mein Glück mir noch blüht".

All unsere Gaue, unsere vaterländischen Gebirge haben ihre Wandervereinigungen mit meist großer Mitgliederzahl. Sie wirken nicht nur unmittelbar anregend, sondern auch mittelbar durch Erschließung neuer Gebiete, Anlegung von Wegen, Errichtung von Herbergen und Hütten. Damit dauernde Lebensgewohnheiten festgelegt werden, tut auch die Schule das Ihre; es sei hier nur an die rührige und opferwillige Tätigkeit des weit verbreiteten „Wandervogel" erinnert.

Höhere sportliche Anforderungen stellt der Alpinismus. Nicht ohne wehmütige Empfindungen plauderte kürzlich ein Ausländer: Wer das Hochgebirge durchzieht, begegnet Gruppen von stämmigen Männern; man glaubt in jedem einen Bersaglieri oder Forstmann zu sehen; aber es sind Bergkraxler und zwar fast ausnahmslos Deutsche! Das gibt zu denken! Unter den Alpenklubs, die seit 1857 bestehen, ist der Deutsche der jüngste; 1869 wurde er in München gegründet. Alle andern, den englischen, schweizerischen und italienischen hat er, nachdem der ebenfalls ältere österreichische als Sektion sich ihm angegliedert, mit 70 000 Mitgliedern überholt. Zweidrittel davon sind Reichsdeutsche.

Der Bergsport hat sich als ein allgymnastisches Turnen erwiesen; er verhält sich zur einzelnen Schulübung wie die Symphonie zur Fingerübung. Geadelt wird er aber durch ein sittliches Moment; hat es doch einen eigenen Reiz für ein empfindsames Gemüt, sich durchzuarbeiten zu den Stätten weihevoller Ruhe und Majestät, dort anschauend zu weilen, wo, wie eine persische Weisheit sagt, „kein Tod, keine Finsternis, kein Feind, sondern Heil und seliges Leben ist; von wo eine Brücke hinüberführt zum Paradies". Steigt die Frühjahrssonne empor, dann rührt sich's allerorten; Tausende und Abertausende, jung und alt, ziehen hinaus mit freudiger Zuversicht: „Ich hebe meine Augen auf zu den Bergen, von welchen mir Hilfe kommt!"

Aber die schöne Reisezeit geht dahin, die Tage werden kürzer, und die harte Luft ruft die Ausflügler in das schützende Heim. Der deutsche Winter ist kein grausamer Herrscher, und der Sport kann sich rühmen, seine Herrlichkeiten immer mehr enthüllt zu haben. In den schnee- und eisbedeckten Flächen findet der Naturfreund das ergreifende Bild des Hochgebirges wieder. Die starre Schönheit, das reine Weiß des Winters gibt ihm einen leisen Vorgeschmack des Ewigen und enthebt ihn der Sphäre irdischer Schwäche. So ist auch der Wintersport geadelt durch die gewaltigen Eindrücke der Natur. Sollen wir von den Freuden des Eislaufs reden? Sie sind nicht neu. Schon unser Klopstock lockt den Jüngling, „der den Wasserkothurn zu beseelen weiß und flüchtiger tanzt" heraus mit den Worten „Laß der Stadt ihren Kamin! Komm mit mir, wo des Kristalls Ebene dir winkt!" Auch Goethe wußte ihn zu schätzen. Immerhin hat der Eislauf einen Mangel an sich: er ist auf die Ebene beschränkt. Eine glückliche Verbindung des Berg- und

Eissports hat der Skilauf und die Rodelfahrt gebracht. Ursprünglich diente der Schneeschuh nur dem Verkehr in nordischen Ländern; neuerdings allgemein auch der Übung und Erholung. Wie sehr er und der Schlitten sich eingebürgert haben, wissen die Bewohner unserer mitteldeutschen Gebirge zu erzählen, und Zahlen mögen es beweisen: Der mitteleuropäische Skiverband umfaßt zurzeit über 20 000 Mitglieder, davon die deutsche Abteilung etwa 16 000.

Anspruchslos bezüglich des Übungsfeldes ist der Rennwolf oder Tretschlitten, bezüglich der Einübung der Rodelschlitten. Die Geschichte beider Betriebsarten geht über ein Dezennium nicht hinaus; sie sind aber auf dem besten Wege, dem Eis- und Skilauf den Rang abzulaufen. Da sie sich mit den einfachen Darbietungen der Natur begnügen, finden sie die Wege zu allen Volksschichten und allen Altersstufen. Es ist das Verdienst der Steiermärker, das Rodeln zugleich zum Bergsport für jung und alt gemacht zu haben.

Es liegt im Wesen des Deutschen, Körperliches und Geistiges stets in harmonischer Verbindung zu erhalten; der Leib ist ihm nach den biblischen Worten „ein Tempel des heiligen Geistes". Hier ist nicht der Raum, ein Bild von dem Schriftwesen aufzurollen, welches unserem vaterländischen Sport zur Seite steht. Genügen mag es anzuführen, daß 40—50 heimische Verlagsbuchhandlungen auf der diesjährigen Weltausstellung zu Brüssel die Früchte geistiger Arbeit ausgebreitet haben. Eine Garde von Gelehrten und Denkern tritt uns in ihnen entgegen. Der Sport unterhält in Deutschland wie in keinem anderen Lande mit der Wissenschaft treue Bundesgenossenschaft! Noch ist nicht alles erreicht; aber wir wollen weiter ringen und streben, damit unsere Nachkommen mit Fug und Recht das sagen können, was einst unser Walter von der Vogelweide empfand:

Lande hab ich viel gesehen; nach den besten blickt ich allerwärts.
Übles müsse mir geschehen, wenn sich je bereden ließ mein Herz,
Daß ihm wohlgefalle fremder Lande Brauch.
Wenn ich lügen wollte, hülfe mir es auch?
Deutsche Zucht geht über alle!

Der Wert des Waidwerks.

Von **Fritz Bley.**

Waid ſtammt nicht von Weide, ſondern von Wald. Von Weide aber ſtammt Eingeweide, ausweiden, weidwund, der mit grünem Weidekot gemiſchte Weidwundſchweiß und — das Weidloch beim Wilde! Stellen Sie ſich alſo vor, daß man druckte: „Hie guet deutſch Weidewerk alle wege!“ Wir Jäger halten auf Reinlichkeit auch in unſrer Sprache, und wir haben Urſache dazu. Sie beruht auf uralten Überlieferungen, die zurückgehen bis auf die Skaldenzeit und ihre „heimliche Acht“. Nur der Bergmann kann in dieſer Hinſicht ſich mit dem Waidmann meſſen. Wie er noch heutigentags keine „Maſchine“ kennt, ſondern nur eine „Kunſt“, „Fahrkunſt“, keinen „Tunnel“, ſondern nur einen „Stollen“ uſw., ſo iſt auch das Waidmannsdeutſch, von Grunde aus rein und klar. So taufriſch wie der Wald, dem es entſtammt. Die Herkunft des Wortes Waid von Wald ſollte man doch eigentlich gar nicht erſt noch beweiſen müſſen! Der Umlaut l in i iſt doch häufig genug! Im Welſchen iſt er zur Regel geworden, in Süddeutſchland oft zu finden: z. B. Saibling für urſprünglich Salbling, Gambſein für Gambſerln, Waidler für Waldler. Waidhaus heißt noch heute eine Oberförſterei in der Oberpfalz. Jeder dritte Dackelrüde heißt Waidmann oder Waldmann. Und wenn er vorlaut bellt, ſo wird er „waidlaut“, d. h. er beunruhigt den Wald. Der hirſchgerechte Jäger hat wenig auf dem Felde zu ſuchen. Seine Arbeit iſt Waidwerk im grünen Walde. Alſo Ehrfurcht vor dem uralten Erbgute unſerer Sprache! Und Ehrfurcht vor der Summe von heiligem Gedenken, die in dem Worte „Waidwerk“ beſchloſſen liegt!

Selbſtverſtändlich liegt die wahre Bedeutung der Jagd für das deutſche Volksleben nicht in ihren wirtſchaftlichen Erträgniſſen, nicht in der Höhe der Jagdpachten, nicht in der Beſchäftigung, die ſie vielen hochentwickelten Zweigen unſres Gewerbefleißes gibt; denn alles dies ließe ſich erſetzen. Sie liegt auch nicht in dem heilſamen Einfluſſe auf die träge gewordene Verdauung des Herrn Kommerzienrates oder die zum Schnappen verdorbenen Nerven des Herrn Profeſſors. Es wird die höchſte Zeit, dies mit aller Entſchiedenheit zu betonen gegenüber den Nützlichkeits-Eiferern, die Wunder was bewieſen zu haben glauben, wenn ſie an den Fingern herrechnen, welch ſchönes Geld an der Jagd verdient wird. Beiläufig bemerkt, werden ſie damit die geſchworenen Gegner der Jagd nicht zu beſſerer Anſicht bekehren. Denn alles, was den Zug nach unten hat, haßt die Jagd wie den Teufel, während der geſunde, deutſch fühlend gebliebene Teil des Volkes ihr leidenſchaftlich zujauchzt um ihres inneren Wertes willen. Mit ſeinem unverdorbenen Blicke ſieht dieſer Volksteil in der Jagd den großen Erzieher zur Männlichkeit und zu naturwüchſigem Denken.

Aber freilich ſoll damit die gekennzeichnete wirtſchaftliche Bedeutung der Jagd nicht an und für ſich beſtritten werden. Ich erinnere an die diesjährigen Welt-Jagd-Tage vom 4. bis 7. des Herbſtmondes in Wien. Man hat dort Abteilungen gebildet, deren erſte Fragen der volkswirtſchaftlichen Bedeutung der Jagd, der Anſchreibung (Statiſtik) und des Jagd-Schrifttumes beraten wird. Man darf von dieſer Erörterung gewiß manchen dankenswerten Aufſchluß erwarten.

In Preußen hatten wir vor zwei Jahren uns mit den Erträgen der Jagd zu beschäftigen: aus Anlaß des im Abgeordnetenhause gestellten Antrages, die Jagd in den preußischen Staatsforsten der Verwaltung der Oberförster zu entziehen und meistbietend zu verpachten. Die Antragsteller gingen von dem sehr verlockenden Beispiele aus, das die bei Verpachtung der Gemeindejagden erzielten hohen Erträge böten, und versprachen sich von der Verpachtung der Staatsjagden eine Mehreinnahme von 20 bis 25 Millionen Mark — die nach Ansicht einer Berliner Zeitung jede Börsensteuer überflüssig machen würden.

Die preußische Anschreibung hatte bereits in einer Erhebung über den Wildabschuß für die Zeit vom 1. April 1885 bis 31. März 1886, die sich auf das Gesamtgebiet des Staates erstreckte, den Durchschnittswert zu ermitteln versucht. Sie stützte sich dabei auf die in den amtlichen Wildtaxen festgesetzten Preise. In diesen Taxen ist aber vom durchschnittlichen örtlichen Marktpreise das Schußgeld abgezogen, das der die Jagd verwaltende Oberförster dem Förster des betreffenden Schutzbezirkes zu zahlen hat, und ferner ein runder Betrag für Jagdverwaltungskosten. (Beiläufig bemerkt ist dabei keinerlei Rücksicht auf die recht hohen Schutzkosten genommen, die von den Oberförstern mit geringen Ausnahmen für die Anpachtung von Grenzjagden, Fütterung ihres Wildes usw. angewendet werden.) Infolgedessen blieb selbstverständlich diese Reinertragsberechnung des amtlichen Quellenwerkes hinter dem Verkaufswerte des Wildes wesentlich zurück. Nicht ohne Grund, wie ausdrücklich bemerkt werden muß! Denn die Auffassung, als ob man die Staatsjagden nur zu verpachten brauche, um ohne weiteres den jetzigen Verkaufswert des Wildes als Grundlage für die Verpachtungen zu gewinnen, war ganz haltlos. Im ersten Verpachtungsfalle würde sie allerdings zutreffen: auf Kosten der schwer geschädigten Oberförster. Sobald aber deren treue Hege fortfiele und die Jagden auf den Stand der durchschnittlichen Gemeindejagden hinabsänken, die übrigens heute zum großen Teile von den umgrenzenden Staatsforsten leben, würde auch der Verkaufserlös von Jahr zu Jahr sinken. Die Reinertragsberechnung war also 1885—86 im Hinblick auf die damals bereits hervortretenden demokratischen Anläufe die richtige.

Indessen erscheint es doch wichtig, den Gesamterlös aus dem Wildverkaufe in den einzelnen Ländern zu kennen. Dr. Karl Erler hat diesen in einer dieser Tage erschienenen Arbeit über die „volkswirtschaftliche Bedeutung der Jagd in Deutschland und die Entwicklung der Wildstände im letzten Jahrhundert" in einer Weise berechnet, bzw. unter Berücksichtigung von Wilddiebstahl und Verschweigungen geschätzt, die der tatsächlichen Wahrheit mindestens recht nahe kommen wird. Danach dürfte der Wert der Jagdbeute in Preußen ohne Anrechnung des Raubzeuges jährlich 20 Millionen Mark betragen, von denen 25,5 vom Hundert auf Schlesien, 13,5 vom Hundert auf Sachsen, 12 vom Hundert auf Brandenburg, 8,5 vom Hundert auf Rheinland, 8 vom Hundert auf Posen, aber nur 3,3 vom Hundert auf Westpreußen kommen. Den Wert des jährlich in Preußen erlegten Raubzeuges schätzt Dr. Erler auf 1 Million Mark. Der Wert der Hasenbälge ist jedenfalls sehr hoch, wie schon die Tatsache beweist, daß die Ausfuhr von Hasen- und Kaninbälgen 1908 die Einfuhr um 1 826 000 Mark überstieg. Für die Gesamtheit des Deutschen Reiches fehlt es uns leider an Unterlagen, und Erler hat deshalb auf Schätzung verzichtet. Indessen unterliegt die Tatsache keinem Zweifel, daß Bayern dank seiner pfleglichen Behandlung seine Jagd wesentlich gehoben hat. Mit Stolz darf es auf die herrlichen Reviere am Königssee hinblicken und auch der Spessart und die Rhön hegen prächtige Wildstände. Desgleichen Württemberg im Schwarzwalde und dem Schönbuch. Baden hat seine Jagden zum leider vielbegehrten Gegenstande französische Wünsche emporgebracht und in den Reichslanden die zur französischen Zeit nahezu ausgeschossen waren, hat deutscher Waidmannsgeist wieder einen trefflichen Wildstand herangepflegt. Wenn auch der Bär im Reiche nicht mehr vorkommt — der letzte wurde 1835 bei Ruhpolding, Traunstein, vom Forstamtsaktuar Klein geschossen — so wird der Wolf doch in der Eifel und den Vogesen noch ab

und zu gejagt und auch in Ostpreußen verirrt sich zuweilen einer über die Grenze herüber. Der wehrhafte Keiler aber bildet im Nordosten wie in den Vogesen noch immer den ritterlichen Gegner des herzhaften Jägers. Und wenn die Wälder sich mit hochzeitlichem Herbstgolde schmücken, schreit der starke Elch in den litauischen Sumpfrevieren und der Edelhirsch in zahlreichen Wäldern unserer Heimat. Auf den Alpen blädelt vom Hubertustage ab der Gemsbock und im Lenze döckelt der Auerhahn sein heimliches Lied, derweilen der Spielhahn auf allen Mooren jodelt und jauchzt bis in den hellen Tag hinein.

Im Vergleich mit diesen Werten sind die französischen ganz verschwindend. Dagegen liefert das wildreiche Österreich-Ungarn erhebliche Strecken, über deren Wert die Wiener Verhandlungen voraussichtlich Aufschluß bringen werden. Dr. Erler berechnet den Wert der Jagdbeute in den österreichischen Kronländern für 1905 auf 9 Millionen Mark. Für Ungarn, wo die volle Verwertung häufig nicht möglich ist, hat er auf eine Schätzung verzichtet. Für Rußland, wo die Jagd etwa 10 Millionen Menschen den Lebensunterhalt gewährt, ist der Wert der jährlichen Beute in Schönbergs Handbuch der politischen Ökonomie für 1895 auf 300 Millionen Rubel berechnet worden.

Selbst in Rußland ist die wirtschaftliche Bedeutung der Jagd damit nicht erschöpft, wie ein Blick auf die Messen von Nischny-Nowgorod und den hohen Stand der russischen Pelz-Zurichtereien beweist. Auch über die Bedeutung des Pelzhandels werden die Verhandlungen des Welt-Jagd-Tages zweifellos erneuten wichtigen Aufschluß zeitigen; die als Berichterstatter in dieser Frage genannten Herren Max und Emil Harter sind als gründliche Kenner des Pelzhandels und seiner fesselnden Geschichte bekannt.

In den Kulturländern tritt der Wert des Pelzwerkes naturgemäß hinter dem des Wildbrets zurück, und dieser letztere läßt wieder in Gegenden mit besonders hoch entwickeltem Land- und Forstwirtschaftsbetriebe in der Hauptsache das Niederwild als wirtschaftlich wertvoller erscheinen, während in Gegenden mit oberflächlicherer Wirtschaft das Hochwild durch die hohen Jagdpachten, die es bringt, von entscheidendem Werte für die Einnahmen der Gemeinden wird. Aber nicht nur für diese, sondern zugleich für die Güter, deren Verkaufswert durch die Jagdpachtschillinge ganz wesentlich gesteigert wird. Es ist sehr schwer, diese Bewegung in der Anschreibung richtig zu erfassen. Immerhin weiß jeder Kenner aus hinreichender Erfahrung, wie bedeutend sie ist. Ein Blick auf die Anzeigen der landwirtschaftlichen Blätter lehrt, welche Rolle bei dem Verkaufe von Gütern eine gute Jagd spielt; denn jedes Gut, das auch nur eine geringe Aussicht auf Rotwild als Wechselwild bietet, wird als „Jagdgut" ausgeboten. Das Anschwellen der Gemeindejagdpachten ist geradezu erstaunlich. Für Torgau und Schweinitz gibt Dr. Erler a. a. O. von 1853 bis 1909 eine Steigerung der Jagdpacht auf das dreizehnfache an, für Wittenberg von 1885 bis 1909 eine Steigerung von 171 vom Hundert. Auch die Ursache dieser ungeheuren Wertsteigerung liegt klar vor Augen: mit der Entwicklung des Wohlstandes, wie er durch die Einigung des Reiches und die Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck begründet wurde, hat eine außerordentliche Vermehrung der deutschen Jäger stattgefunden und zugleich eine bemerkenswerte Verschiebung in der gesellschaftlichen Schichtung der deutschen Waidmannschaft. An sich ist diese keineswegs ungesund, denn in demselben Maße wie das Anschwellen der Großstädte einen wesentlichen Teil der Gebildeten seinen natürlichen Lebensbedingungen entfremdet, erscheint es dringend geboten, daß die Jagd diesen Gefangenen der Zivilisation die Rückkehr zur Natur erleichtert. Es ist also zu wünschen, daß möglichst viele Ärzte, Richter, Künstler, Gelehrte, Schriftsteller, Industrielle, Kaufleute und namentlich Offiziere Jäger sind. Aber leider sind es nicht immer die zur geistigen Führung des Volkes Berufenen, die bei den Verpachtungen meistbietend bleiben können. Vielmehr drängen gerade die schnell zu Reichtum gekommenen Männer sich in die Jägerwelt hinein. Neben diesem Protzentum macht sich, insbesondere vom Auslande her, immer mehr die Unsitte breit, anstatt der Verpachtung im ganzen (nötigenfalles unter Beschränkung des Abschusses) den Abschuß einzelner Hirsche, Böcke, Hähne usw. zu ver-

hökern. Bei den Hirschen wird der Preis in Ungarn schon lange und neuerdings auch in Deutschland bereits recht oft endenweise berechnet. Im Westen ist es bereits dahin gekommen, daß zahlreiche Offizierkorps keine Jagd mehr anpachten können und insbesondere Männer der freien Berufe sich von den Freuden des Waidwerkes ausgeschlossen sehen. Zugegeben, daß gerade dies zahlreiche deutsche Jäger ins Ausland treibt und somit ihre Kenntnisse von Welt und Menschen in einer für die Volksgesamtheit nützlichen Weise vermehrt, bleibt es an sich doch zu beklagen.

Noch verhängnisvoller ist, daß „die goldene Kugel" den pflichttreuen Beamten zum Verführer wird. Was bedeutet es denn, wenn in Anzeigen, in denen der Abschuß guter Hirsche oder Böcke gesucht wird, „Diskretion auf Wort zugesichert" wird? Der Abschuß des Hirsches, der dem Förster gestattet ist, soll ihn doch mit Freude am Berufe erfüllen. Statt dessen dringt in sein stilles Paradies ein Händlergeist, dem Alles das Nichts gilt, was die Ehre der grünen Farbe bildet und dem deutschen Waidwerke seine in der ganzen Welt einzigartige Stellung gegeben hat.

Dieser Geist stammt nicht aus deutscher Art, nicht aus unserem grünen Walde! Er stammt von der Steppe, „wo kein Baum und kein Strauch das Auge beleidigt", wo man im trunkenen Lebenstaumel jauchzt: „laß die Geigen wilder klingen, wilder schlag das Zymbel du!" Nicht aber mit Eichendorff singt: „Mein Waldhorn klang wie im Traume hinüber die ganze Nacht!"

Alter Waidmannsbrauch wehrt dieser Fremdart mit berechtigtem Zorne und Hohne. Und es ist Herzenssache des ganzen Volkes, zu verstehen, was hier bedroht ist! Die Lust am Waidwerke geht zurück auf die ältesten Kindheitserinnerungen unserer, der Eiszeitrasse. In harter Auslese hat das Germanentum sich zur Höhe seiner geistigen Eigenschaften emporgehoben, und die Jagd, die der Ahnen Notdurft befriedigte, ist ihm seelisches Bedürfnis geblieben. Sie, die zuerst die schaffende Phantasie zu jener Nachbildung ihrer Tierwelt anregte, die wir staunend in den Höhlenfunden der Dordogne erkennen, ist selbst von der Kultur, die sie weckte, vertieft und veredelt; die allerbesten und klarsten Züge deutschen Wesens liegen in echtem Waidmannstum beschlossen: Ehrfurcht vor dem Schöpfer und Liebe zu seinen Geschöpfen, Mut, Tapferkeit, Abhärtung, Bedürfnislosigkeit, Stählung der Sinnesschärfe, unverdorbener Verstand, scharfe Beobachtung und sicheres Urteil. Nichts übt so sehr wie die Jagd die Fähigkeit, sich in allen Verlegenheiten zu helfen, Herr jeder Lage zu bleiben. Nichts gibt so sehr wie sie der ganzen Stellung des Mannes zur Natur einen unverlierbaren Adel!

Darum kann die Gesamtheit der Gebildeten die Jagd gar nicht entbehren. Sie ist für einen großen Teil der Männer von städtischem Berufe das beste Mittel, um sie in unmittelbarer Fühlung mit der Natur zu halten. Denn die Überwindung des Wildes setzt voraus, daß der Jäger sich in dessen Denkweise hineinzufühlen versteht. Diese aber hat gar nichts Abgezogenes, sondern beruht ausschließlich auf Erfahrung. Deshalb lernt der Jäger besser als jeder andere die natürlichen Zusammenhänge im Naturleben und die Einheitlichkeit aller Naturvorgänge würdigen und verstehen. Dazu kommt, daß er auch die Menschen besser kennen lernt. Er sieht in seinem Verkehre nur wenige, aber diese hoch droben, weit über dem Rauche der Städte, oder fernab auf einsamer Heide und lernt diese wenigen in ihrem Innersten verstehen, während er in der Stadt täglich Tausende sieht, ohne einen einzigen von ihnen gründlich kennen zu lernen. Auch die Wissenschaft hat von der Jagd sehr viel mehr Vorteil gezogen, als der Gesamtheit unseres Volkes bewußt ist. In der Zoologie sind die wichtigsten Aufschlüsse der letzten Jahrzehnte großen Teils von sogenannten „Laien", d. h. Jägern gegeben worden, und die bedenklichsten Irrtümer von gefeierten Größen der Museen und Hörsäle aufgestellt. Ich brauche zum Beweise dessen nur an die Erkenntnis der Gesetze der Geweihbildung zu erinnern. Es wäre bei der Bedeutung, die die Jagd in dieser Hinsicht hat, zu wünschen, daß die Jagdwissenschaft als solche zur staatlichen Anerkennung kommt. Weit eher wird diese bei Künstlern gefunden, und es ist bezeichnend, daß diejenigen Maler und Bildhauer, die gute Jäger sind, durchweg auch sich eine aufrichtige Ehrfurcht vor der

Natur bewahrt haben. Insbesondere haben sie die übele Sucht, nicht nur in der Wiedergabe, sondern selbst in der Auffassung der Natur „originell" sein zu wollen, den Leuten überlassen, die in ihrem selbst gewählten „Isnus" ihr eigenes Urteil unterschrieben haben. Man vergleiche, um das zu würdigen, nur einmal die herbstlichen Harzlandschaften eines Christian Kröner oder die Schilderungen Richard Friese von den Elchkämpfen in den Rohrwerdern vom Skirwith mit französischen Gemälden. Selbst die Schafe einer Rosa Bonheur posieren im Vergleich zu Kröners Hirschen, die ohne Ahnung dessen scheinen, daß ein Menschenauge sie erspäht. Und wenn in der deutschen Jagd das zarteste Empfinden unsrer Art sich am besten mit kühner Männlichkeit paart, so kommt dies auch in den Werken unsrer Künstler zu klangvollem Ausdruck.

Von dem unverwelklichen Kranze, mit dem die Dichtung seit den Tagen der Skaldenzeit, Gottfrieds von Straßburg und der Minnesänger bis auf Eichendorff, Wildungen, Kobell und die Neueren die Jagd umwunden hat, werde ich ebenso wenig zu sprechen brauchen als von dem Einfluß, den sie, die geistige Urheberin aller bildende Kunst, dauernd auf Kunst und Gewerbe ausübte.

Über alledem steht aber ihr stählender Wert für Mut und Heldensinn! Unser Offizier, der junge wie der in reiferen Jahren und an verantwortlicher Stelle stehende, kann sie gar nicht entbehren. Nicht umsonst ist ja die Jägertruppe vorbildlich für das gefechtsmäßige Schießen und den Vorposten- und Aufklärungsdienst gewesen. Man kann deshalb den jüngeren Offizieren nicht genug Gelegenheit zur Jagd bieten. Es ist kein Tag verloren, den sie an die Überlistung des Wildes setzen, keine Patrone bei schnell hingeworfenem Schnappschusse auf schmaler Schneise umsonst verknallt, auf heimlichem Wechsel im nächtlichen Walde keine Nacht zwecklos geopfert. Und was kann den höheren Offizier so sehr wie die Jagd davor bewahren, sich bei Einsetzung von Gefechtsübungen auf die „alten Türken" des Exerzierplatzes zu versteifen, die im Ernstfalle niemals vorkommen. Beiläufig bemerkt, sollten sich das auch diejenigen gesagt sein lassen, die neuerdings sich gegen die Wildjagd ereifern! Denn die best angesetzte Schnitzeljagd oder Schleppjagd kann doch niemals einen wirklichen Ersatz für die Wildjagd bieten, weil bei jenen der Kampf der Gehirne fehlt, der das Entscheidende bildet.

Es soll mit alledem nicht gefordert werden, daß durchaus jeder Gebildete ein Jäger sein müsse. Im Gegenteil wäre dies gar nicht einmal wünschenswert. Wohl aber ist dringend zu wünschen, daß ein namhafter Teil der Gebildeten durch die Jagd in unmittelbarem Verkehre mit der Natur bleibt und daß namentlich in dem Stande der preußischen Forstmänner eine Auslese für treue Bewahrung echten Waidmannssinnes uns erhalten wird. Deshalb soll man nicht den treuen Revierverwaltern die Jagd nehmen wollen, denn das hieße ihnen die Seele ihres Waldes nehmen. Wie bald der alte Geist, der unsere ehrenfeste Jägerei so hoch über jede andere der Welt gestellt hat, dann aus den preußischen Staatswäldern verschwinden würde, ist jedem Eingeweihten ohne weiteres ebenso klar, wie daß der Staat infolgedessen die schwersten Nackenschläge in dem Ertrage seiner Forstwirtschaft erleiden müßte. Der Gesamtheit unseres Volkes aber wäre schlecht damit gedient, daß an Stelle des preußischen Oberförsters, der heute unser Stolz und unsere Freude ist, ein Geschlecht von Mammonsdienern heranwüchse, in dessen Seele der Klang des Jagdhorns nicht mehr den Unterton von Vaterlandsfreude und stolzer Berufsfreudigkeit nachhallen lassen würde, der einst, als das Vaterland am Boden lag, die preußische Jägerei allen anderen vorweg in den Feind hinein geführt hat.

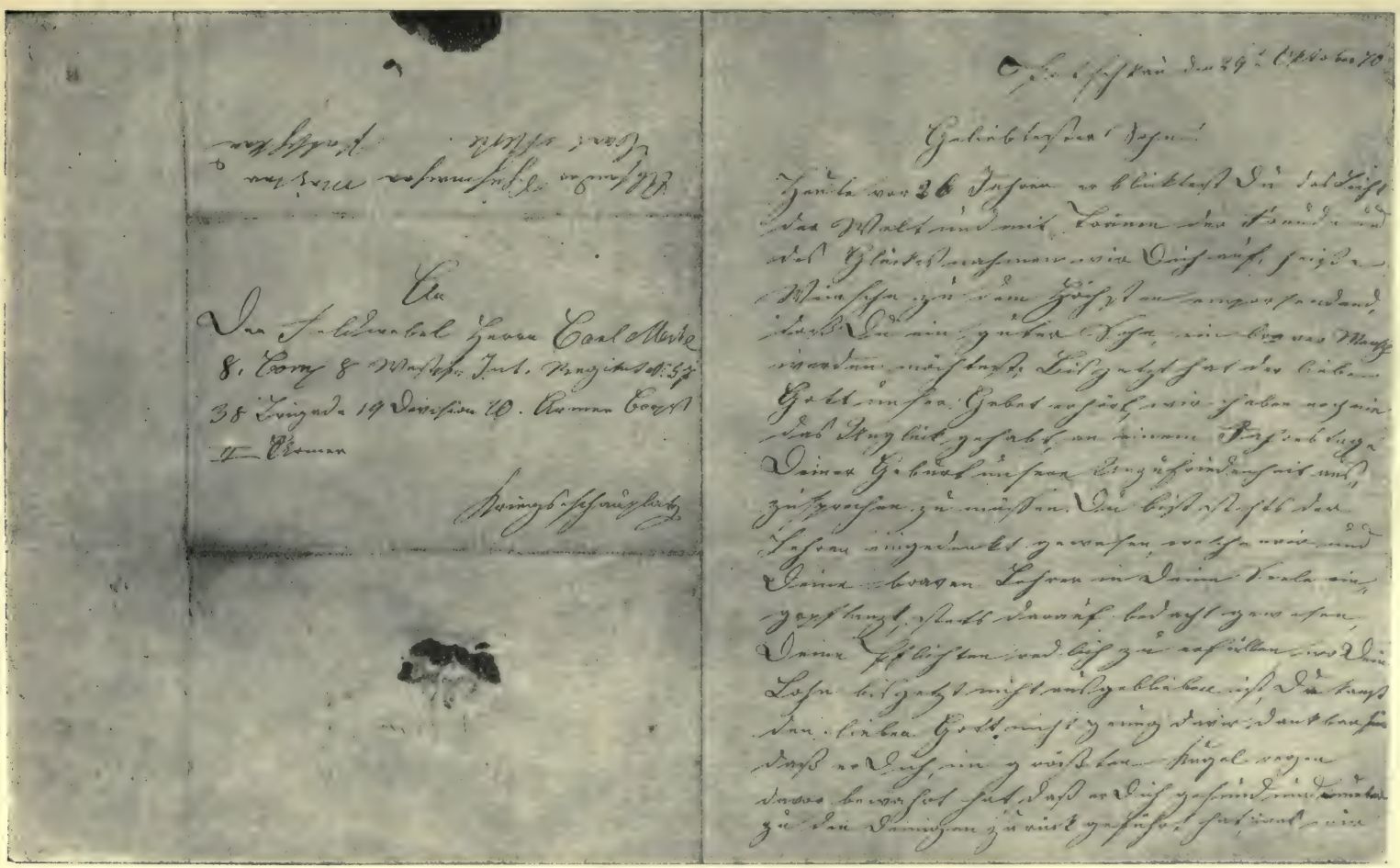
„Und von Enkel zu Enkel sei's nachgesagt, ...!"

Aus großer Zeit.

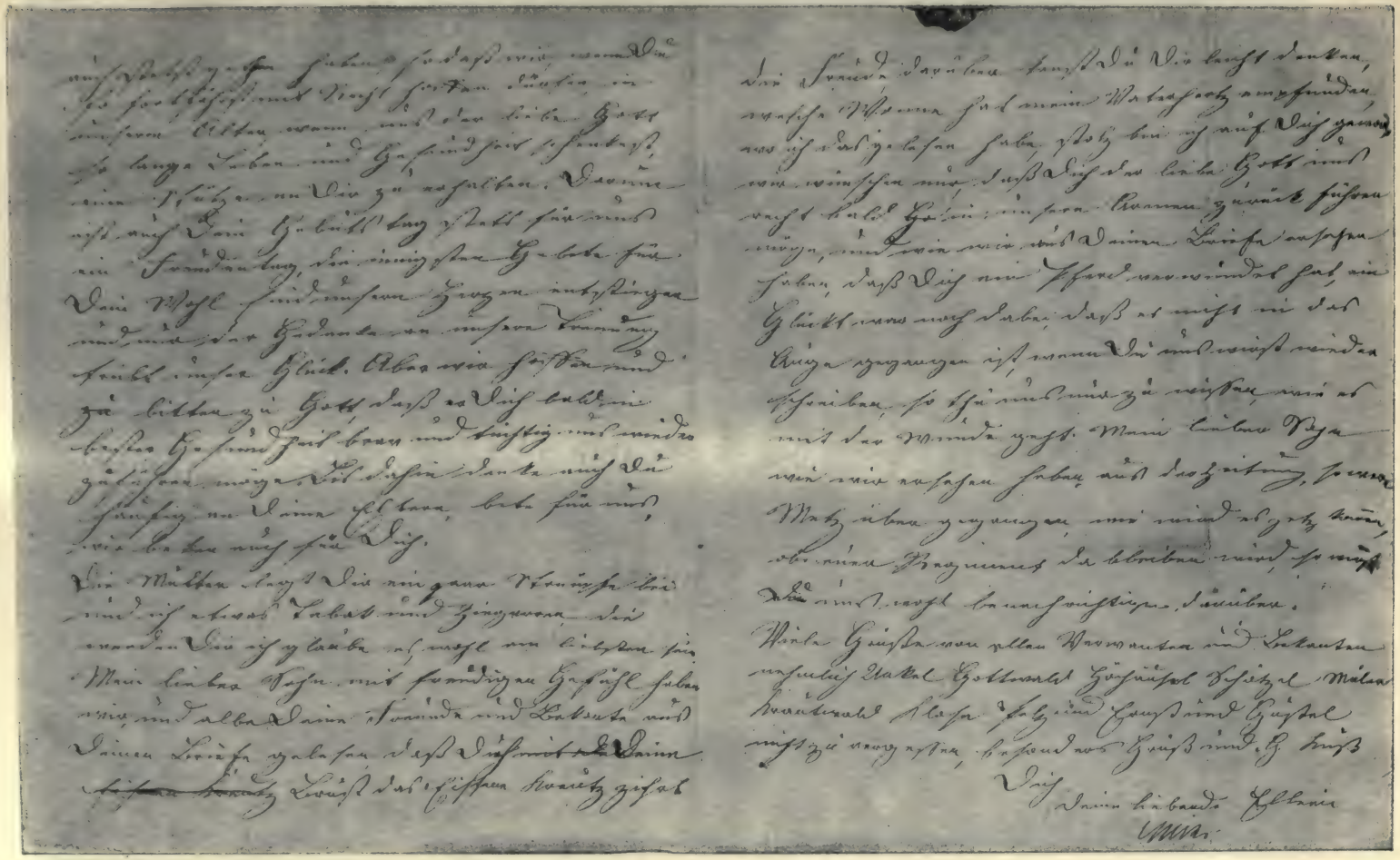
Den Helden von Siebzig. — Dem Deutschen von Heute.

Erinnerungsblätter aus der Sammlung des Kriegsfreiwilligen Gustav Heinke.
9. Komp. Königl. 6. Westfäl. Inf.-Regiments Nr. 55.

Die Heerführer und Korps-Kommandeure



Die Eltern ihrem im Felde stehenden Sohne zum 26. Geburtstage.



Aufgefunden und erworben in Cravant-Loire.

Der Große Generalstab der Armee.

Gefangene franzöſiſche Soldaten.

Badiſche Offiziere im Lager von Lampertheim.

Fröſchweiler bei Wörth. Kurz nach der Schlacht vom 6. Auguſt 1870.

Soultz. Feldlazarette nach der Schlacht bei Wörth.

Borny-Metz.
14. August 1870.

Schloß Colombey-Metz.
14. August 1870.

Jouy aux Arches-Metz.

Die Steinbrüche bei Gravelotte-Metz.

St. Hubert bei Metz. 18. August 1870.

St. Marie aux Chênes. Gräber gefallener Offiziere. 18. August 1870.

Schloß Frescaty. Ort des Abschlusses der Übergabe von Metz am 27. Oktober abends.

Die Kirche St. Roch in Ars an der Mosel.

Inneres der Kirche.
5. Feldlazarett Metz.

Fort Plappeville-Metz.
Nach der Explosion.

Arsenal Metz.
Französische Armstrong-Kanonen.

Mont Valerien bei Paris.
Fort-Inneres mit der St. Josephine. Französische Photographie vom 18. Januar 1871.
St. Josephine, genannt Valerie, steht zwischen Wache und Zeughaus in Berlin.

Chatillon bei Paris.
Häuser hinter Batterie IX.

Einzug der Sieger am 16. Juni 1871 in Berlin.
Begrüßung in der Reichshauptstadt.

Unter den Linden und Ecke der Wilhelmstraße. Riesengemälde von Otto Knille.

Unter den Linden und Ecke der Schadowstraße. Riesengemälde von Schaller.

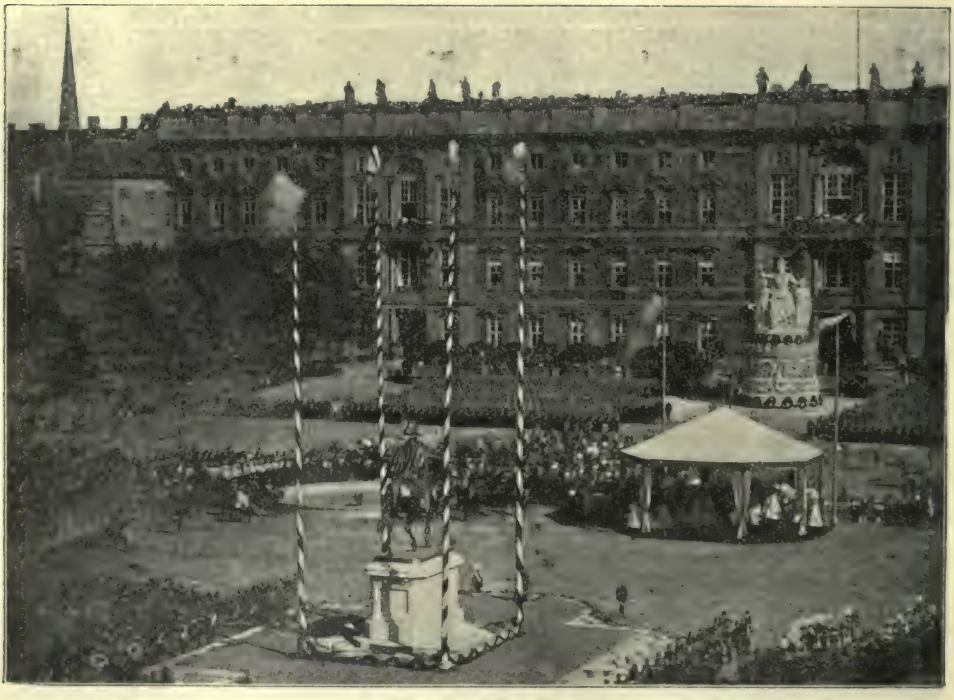
Seid stets eingedenk, daß der Sinn für Ehre, treue Kameradschaft, Tapferkeit u. Gehorsam eine Armee groß u. siegreich macht.

Unter den Linden und Ecke der Neustädtischen Kirchstraße.
Riesengemälde von Anton von Werner.

Unter den Linden und Ecke der Friedrichstraße. Riesengemälde von Ernst Ewald.

Möge dem deutschen Reichskriege, den wir so ruhmvoll geführt, ein nicht minder glorreicher Reichsfrieden folgen.

Unter den Linden und Ecke der Charlottenstraße.
Riesengemälde von A. von Heyden.



Vor dem Schloß.

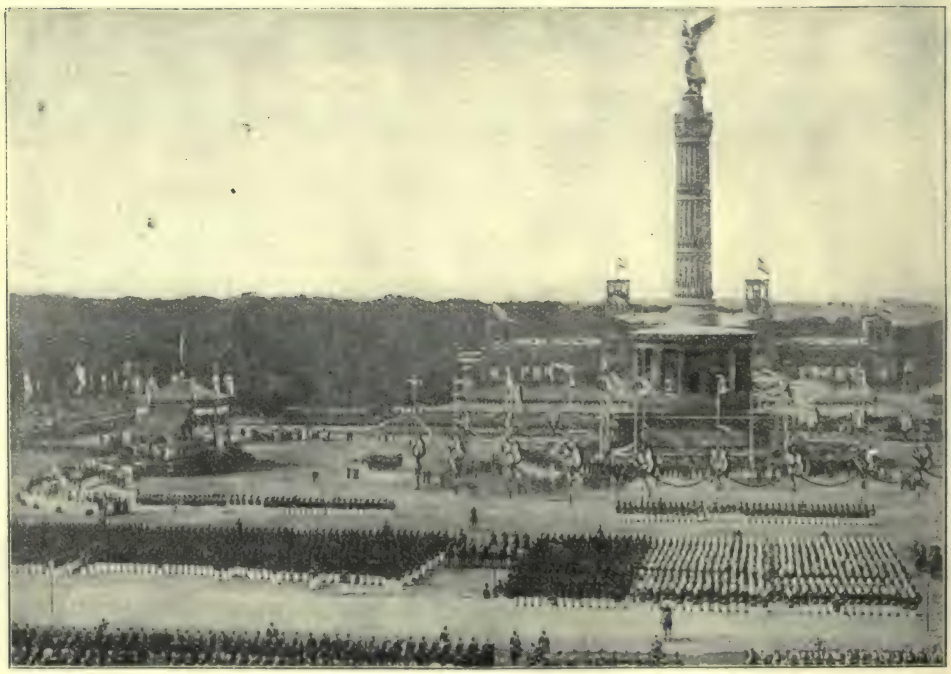
Viktoria mit Straßburg und Metz.

Riesengruppe am Potsdamer Tor.
Entworfen von Professor Lucan. Ausgeführt von R. Begas & M. Schultz.

Am Pariserplatz.

Am Kronprinzen-Palais.

Die Ausschmückung des Friedrich-Denkmals. Am 3. September 1870.



Die Siegessäule auf dem Königsplatz in Berlin. Im Augenblick der Enthüllung am 2. Sept. 1873.

Deutsche Armee und Landesverteidigungssystem.

Von Oberstleutnant a. D. **Frobenius**, Berlin.

Das Leben der Völker und Nationen ist wie das des einzelnen Menschen ein fortgesetztes Ringen um Achtung und günstige Lebensbedingungen. Sie wollen erstritten werden, und der in ihrem Besitz ist, muß stets bereit sein, sie zu verteidigen. Die materiellen Güter wie die ideellen, die Ehre, das Vaterland. Die Kampfesweise und die Waffen mit denen gestritten wird, haben sich ja mit der steigenden Kultur wesentlich verändert, und so schnell, wie der Naturmensch, greift der kultivierte Europäer nicht zum tödlichen Geschoß; bei den Nationen spielt sich das Ringen zunächst auf den Gebieten der Politik, der Industrie und des Handels ab. Es ist aber für einen Streitenden vielfach ein schwerwiegender Unterschied, ob er einen schwächlichen oder an Körper und Geschicklichkeit ihm wesentlich überlegenen Gegner vor sich hat; denn sobald die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß der Streit schließlich durch brutale Gewalt ausgetragen werden muß, eröffnet sich danach eine sehr verschiedene Aussicht. Nicht anders im Leben der Völker. Deren kampfbereite Kraft wird durch ihre Streitmittel und Streitkräfte zu Wasser und zu Lande dargestellt; sie gibt allen Verhandlungen zwischen zwei Staaten einen nicht zu unterschätzenden Nachdruck, und wie oft hat ein starker Staat ihn zu benutzen verstanden, um einen schwächeren Gegner durch den bloßen Hinweis auf die etwaige Verwertung seiner Überlegenheit seinen Wünschen gefügig zu machen. So sind Armee und Kriegsflotte schließlich die wichtigsten und im äußersten Falle einzigen Mittel, die einem Volke eine ehrenvolle Stellung, sowie die Erkämpfung günstiger Lebensbedingungen ermöglichen, und die ihm für ihre Erhaltung und für die ungestörte Entwicklung seiner Kräfte, seines Handels und seiner Industrie Gewähr leisten können. Diese Erfahrung hat kaum ein anderer Staat in so ausgedehntem Maße gemacht als Deutschland, und wenn es während vierzig Friedensjahren so erstaunliche wirtschaftliche Fortschritte machen konnte, so hat es dies in erster Linie seiner Armee zu danken. Ja, wenn alle selbstsüchtigen und eifersüchtigen Pläne anderer Nationen, die den Frieden Europas stören konnten, scheiterten, wenn unser Erdteil vor einem großen Kriegsbrande verschont blieb, so ist dies nicht zum wenigsten dem Respekte zu danken, den die Armee des Deutschen Reiches sich erworben und zu erhalten gewußt hat.

Dem war nicht immer so. Und um die Einrichtungen unserer Armee richtig würdigen, um sie verstehen zu können, müssen wir einen Blick auf die militärischen Verhältnisse in Deutschland zurzeit des Deutschen Bundes werfen. Auch dessen Zweck war die Erhaltung der äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands sowie die der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der einzelnen deutschen Staaten. Aber er war nicht imstande, der hieraus sich ergebenden Aufgabe der Entwicklung seiner Wehrkräfte gerecht zu werden, da die innere Organisation ihn vollständig lahm legte. Im Bundesrat besaßen die kleinen Staaten bis zum kleinsten hinab je eine, die großen Staaten nur drei und vier Stimmen, so daß im Ganzen 64 Stimmen geführt wurden. Daraus erklärt sich die Ohnmacht Preußens, gegen die Stimmen der kleinen Staaten irgendwelche auf die Verbesserung der Heeresorganisation zielenden Vorschläge durchzubringen. Den kleinen Staaten

galt das Gewicht ihrer Stimme im Bundesrat als Maßstab für ihre politische Bedeutung; sie führten diese nicht auf Grund ihrer Leistungsfähigkeit, sondern lediglich kraft ihrer Souveränität. Durch Erhöhung ihrer militärischen Leistungsfähigkeit konnten sie an politischer Bedeutung wenig gewinnen, und sie hatten um so weniger Neigung dazu, als die militärische Macht der deutschen Groß- und Mittelstaaten ihnen hinlänglichen Schutz gegen das Ausland sicherte.

Die Kriegsmacht des Bundes setzte sich aus Kontingenten aller Bundesstaaten zusammen, deren Stärke im Kriege auf elf Sechstel vom Hundert der Bevölkerung von 1842 bemessen war. Die einzige für die Ausbildung und Organisation dieser Kontingente gegebene Vorschrift, daß auf eine möglichste Übereinstimmung der Hauptgrundlagen des militärischen Dienstes hinzuarbeiten sei, gab den Bundesfürsten völlig freie Hand für die Regelung des Militärwesens. Da ihnen auch die Verwertung von Landwehren gestattet war, Ergänzung der Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, Ausrüstung und Uniformierung, Disziplin und Rechtspflege vollständig in ihr Belieben gestellt war, entwickelten sich die Kontingente der kleinen Staaten zu Leibgarden beliebiger Stärke, deren Uniformen und Ausrüstung beabsichtigter Weise sich voneinander unterschied, und die in grundsätzlicher Abgeschlossenheit gegen jede größere Berufsgemeinschaft ein lahmes, jedes frischen soldatischen Geistes entbehrendes Dasein fristeten. Welche geistige Regsamkeit sollte man wohl von einen Offizierkorps erwarten, in dem eine Kompagniechefstelle ein hohes, vielleicht das höchste erreichbare Ziel des Ehrgeizes bildete!

Zu dem Bundesheer hatten Preußen und Österreich je 3, Bayern 1 Armeekorps zu stellen; das 8., 9. und 10. Armeekorps sowie eine Reservedivision wurden aus verschiedenen Kontingenten der übrigen 33 Staaten zusammengesetzt und bildeten also Konglomerate verschiedener Uniformierung, Ausrüstung und Bewaffnung, deren Zusammensetzung aus verschiedenen Kontingenten sich bis auf die Bataillone, Batterien und Schwadronen erstreckte. Welcher Truppenführer war wohl imstande, aus solch heterogenen Elementen kriegstüchtige Truppen binnen kurzem zusammenzuschweißen? Die Mobilmachung konnte nur auf Beschluß des vielköpfigen Bundesrates erfolgen, was jedenfalls für ihre Beschleunigung nicht vorteilhaft war. Dann hatten die Bundesstaaten noch 4 Wochen Zeit, um ihre Kontingente auf den Sammelplätzen zu stellen, wo der vom Bunde gewählte Oberfeldherr den Befehl übernahm. Und in dieser schwerfälligen Weise glaubte man in einer Zeit noch rechtzeitig auf dem Kampfplatze zu erscheinen, wo die allgemeinen Verkehrsverhältnisse sich mit gewaltigen Schritten entwickelten. Mit Hilfe der Dampfkraft wäre z. B. Frankreich in der Lage gewesen, schlagfertige Heeresmassen an der deutschen Grenze zu vereinigen und Landungskorps an die deutschen Küsten zu werfen, bevor der schwerfällige Bundesrat sich noch über die ersten Maßnahmen zur Abwehr des Feindes geeinigt hätte.

Auch Preußen besaß bis zum Jahr 1859 nur eine sehr dürftige Kriegsverfassung. Geboren aus der Zeit äußerster Bedrängnis unter der französischen Fremdherrschaft, ein Kind der Not und des zu verzweifelten Anstrengungen angestachelten Selbsterhaltungstriebes, konnte die Organisation der Freiheitskriege wohl, getragen durch die allgemeine Begeisterung, Großes leisten; aber die dürftigen Hilfsmittel des durch Napoleon und seine Organe ausgesogenen Landes nötigten nach errungenem Siege zur äußersten Sparsamkeit; außerstande, die gesunden Keime der Organisation weiter zu entwickeln, war man sogar zur Einschränkung des Mannschaftsstandes der Friedenskaders gezwungen und in keiner Richtung fähig, den sich verändernden Zeitverhältnissen Rechnung zu tragen. Man zehrte von den Erinnerungen der Befreiungskriege, wie vor 1806 von den Erinnerungen der Friderizianischen Zeit, und brachte dadurch den Staat in gleicher Weise in die Gefahr der Ohnmacht gegenüber äußeren Feinden. Wohl zählte die preußische Armee 9 Armeekorps und sollte eine Kriegsmacht von 545 000 Streitbaren umfassen, aber da die Friedensstärke meist nur 118 000 bis 130 00 Mann betrug, worin mindestens 25 000 bis 30 000 Unteroffiziere und Kapitulanten eingeschlossen waren, konnten die einzelnen Truppenteile nur schwach sein oder mußte die Dienstzeit bedenklich abgekürzt

werden. Bei den mobilen Armeekorps bestand die Hälfte der Infanterie und Kavallerie aus Landwehrregimentern, deren Friedensstämme so schwach waren, daß sie — abgesehen von den Kommandeuren — für die Truppenformation fast alle Bedeutung verloren.

Die großen Mängel dieses dürftigen Systems mußten zutage treten, als es 1848 und 1849 die ersten Proben seiner Leistungsfähigkeit ablegen sollte, und entgingen nicht dem scharfen Blick des Prinzen von Preußen, dem späteren Kaiser Wilhelm I, dem 1849 der Oberbefehl über die zur Niederschlagung des Aufstandes in Baden aufgebotenen Truppen übertragen wurde. Die Infanterie der zwei hierzu gehörenden preußischen Armeekorps setzte sich aus 21 Linien- und 19 Landwehrbataillonen in der Weise zusammen, daß die Regimentsverbände der Linientruppen fast alle zerrissen wurden, um eine Mischung von Linie und Landwehr herzustellen. Die hiermit verbundene Improvisation neuer Verbände mußte auf die Befehlsführung verwirrend einwirken und den Verlauf der Operationen in ähnlicher Weise erschweren, wie bei dem aus verschiedenen Kontingenten zusammengesetzten Bundeskorps, das dem Prinzen unterstellt wurde. Am fühlbarsten machte sich das Fehlen aller Kolonnen und Trainformationen bei der Operationsarmee. Außer der Beschaffung und Aufstapelung des toten Gerätes war mangels einer Traintruppe im Frieden nichts dafür vorbereitet, und so kam es, daß die Munitionskolonnen und Feldlazarette erst im Juli — nach Beendigung der Feldoperationen — auf dem Kriegsschauplatz eintrafen. Verpflegungskolonnen gab es überhaupt nicht, und die Feldfahrzeuge der Truppen mußten unbespannt mitgenommen werden, so daß man sich in mittelalterlicher Weise mit beigetriebenem Vorspann behelfen mußte. Die sehr sorgfältig ausgebildete Artillerie besaß im Frieden für jede Batterie nur 35 Pferde, mußte also, um den Bedarf zu decken, noch 90 rohe Zugtiere einstellen und sah sich dadurch in ihrer Beweglichkeit stark beeinträchtigt. Das Gepäck der Infanterie war viel zu schwer und infolge der über der Brust gekreuzten Trageriemen hinderlich für die Atmung. Die schwachen Pionierabteilungen mußten Vorspann requirieren, um ihre Brückenwagen zu bespannen. Kurz, es ergab sich aus der ungenügenden Friedensvorbereitung eine Unmasse von Schwierigkeiten, die bei einer weniger energischen Führung und weniger straffen Disziplin die Operationen hätten zum Stillstand und die Armee einem besser organisierten Gegner gegenüber in bedenkliche Lagen hätten bringen können.

Noch schlimmer sah es allerdings bei dem Bundesarmeekorps aus, dessen 19½ Bataillone, 9 Eskadrons und 24 Geschütze aus nicht weniger als 9 Kontingenten zusammengewürfelt waren, und dessen Kommandeur, der preußische General v. Peucker, auch noch mit der Einmischung der einzelnen Landessouveräne zu kämpfen hatte. Wurde er doch gezwungen, in der Zeit vom 14. bis 21. Juni die Ordre de bataille dreimal zu ändern, um deren Wünschen gerecht zu werden, und stand noch während der kriegerischen Operationen stets vor der Gefahr, daß diese oder jene Regierung ihr Kontingent seinem Kommando entzog. Nur dem sachgemäßen Verhalten des Prinzen von Preußen war es zu danken, daß das Korps überhaupt zusammenblieb. Die ganze Jämmerlichkeit der Kriegsverfassung des Deutschen Bundes trat bei dieser Gelegenheit zutage, und der Prinz mußte die Überzeugung gewinnen, daß mit einer aus solchen Korps zusammengesetzten Armee ein stärkerer Gegner nicht zu bestehen, daß aber auch die Organisation der preußischen Armee ernsteren Anforderungen nicht gewachsen sei.

In der Unzulänglichkeit seiner Heeresverfassung lag die Ohnmacht des Deutschen Bundes begründet, und damit konnten alle Gegner Deutschlands rechnen. In der Mangelhaftigkeit seiner militärischen Organisation fand aber auch Preußen das schwerwiegende Hindernis bei den Konflikten des Jahres 1850, und die Erkenntnis seiner Schwäche zwang es zu der schimpflichen Kapitulation gegenüber Österreichs Forderungen und den eifersüchtigen Treiberein der Mittel- und kleinen Staaten des Bundes. Diese Erkenntnis trieb den Prinzen von Preußen, eine Organisation der preußischen Armee vorzubereiten, die es befähigen konnte, die ihm bevorstehenden schweren Aufgaben im Interesse ganz Deutschlands zu lösen, und ließ ihn die günstige Gelegenheit ergreifen, als der Konflikt

zwischen Österreich und Frankreich 1859 die Mobilmachung der ganzen preußischen Armee veranlaßt hatte, die Reorganisation durchzuführen. Die hiermit verbundene Aufstellung der Landwehrregimenter gewährte das Mittel, durch ihre Umwandlung in Linienregimenter die notwendige Verdoppelung der Friedenskaders herbeizuführen und dadurch die Möglichkeit zu gewinnen, eine der allgemeinen Wehrpflicht entsprechende Anzahl Rekruten wirklich jährlich einzustellen und mit der zwiefachen Zahl jährlich ausgebildeter Mannschaften eine Streitermasse für den Krieg bereit zustellen, die auch einem starken Gegner gewachsen war.

Die neuerrichteten Linientruppen — 117 Bataillone, 48 Eskadrons, 29 Batterien, 9 Festungsartillerie-Abteilungen und 18 Pionierkompagnien — traten in der Ordre de bataille an die bisherige Stelle der Landwehr 1. Aufgebotes, und dank dieser Neuordnung konnte Preußen im Jahre 1866 in erster Linie eine nur aus Linientruppen bestehende Armee von 325 000 Streitbaren und 864 Geschützen gegen Österreich und die mit ihm verbündeten deutschen Bundesstaaten ins Feld stellen, im Ganzen aber einschließlich Reserve-, Ersatz- und Besatzungstruppen eine Kriegsmacht von 605 000 Streitbaren auf die Beine bringen, obgleich die neue Wehrordnung erst 5 Jahre in Geltung war. Was aber während dieser kurzen Zeit in der Armee gearbeitet worden war, welch inneren Wert sie gewonnen hatte, dafür sprechen die Ereignisse des Kriegs von 1866, die mit einem Schlage Preußen nicht nur die Vormachtstellung in Deutschland, sondern auch eine gänzlich veränderte Position den europäischen Großmächten gegenüber verschafften. Es waren aber nicht die gezogenen Hinterladergeschütze, deren richtige Verwendung die Artillerie erst noch lernen mußte, es waren nicht die Zündnadelgewehre der Infanterie, denen man alles Verdienst zuzuschieben sich bemühte, es waren nicht die Einrichtungen der Trainkolonnen, die noch vielfach versagten, und am wenigsten die Tüchtigkeit der Reiterei, die ihre Aufgabe noch in der Schlachtenverwendung suchte und deshalb gemächlich hinter den Marschkolonnen folgte, also für Erkundung und Sicherung herzlich wenig tat: all diesen Faktoren war der so erstaunlich schnell errungene Sieg nicht zu verdanken, sondern der einheitlichen Leitung nach großen strategischen Gesichtspunkten, der militärischen gleichmäßigen und gründlichen Ausbildung des Offizierkorps vom kommandierenden General bis zum Sekondeleutnant hinab, das auf gemeinsame Friedensarbeit gegründete feste Vertrauen zwischen Führern, Offizieren und Mannschaften und die alte preußische, stramme Disziplin, kurz in hervorragendem Maße die moralischen Elemente.

Wie ein Frühlingssturm warfen die kriegerischen Erfolge der preußischen Armeen das morsche politische Gebäude des Deutschen Bundes zu Boden, nicht aber, um zu vernichten, sondern um neues Leben aus den Trümmern erstehen zu lassen: Norddeutschland schloß sich unter Preußens Führung zu engem Bunde zusammen und organisierte seine Kriegsmacht einheitlich nach dessen Vorbilde; Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt gingen in Preußen auf, Oldenburg, Anhalt, die Thüringischen Staaten, Waldeck, die beiden Lippe und die drei Hansestädte übertrugen durch besondere Konventionen ihre Militärhoheit auf die Krone Preußen. Unter Aufnahme und Umformung ihrer Bundeskontingente errichtete Preußen drei neue Armeekorps, denen auch die Truppen Braunschweigs und der beiden Mecklenburg einverleibt wurden. Das nach preußischem Vorbilde umgeformte königlich Sächsische Kontingent trat als 12. Armeekorps in den Verband des dem Oberbefehl des Königs von Preußen als Bundesfeldherrn unterstellten Norddeutschen Bundesheeres ein, und ebenso das Großherzoglich Hessische Kontingent als selbständige, dem 11. Armeekorps eingefügte Division. Aber auch die Mainlinie, die Scheidegrenze zwischen dem Bund und den süddeutschen Staaten, sollte bald überbrückt werden. Preußen hielt nicht nur, wie Bismarck sich ausdrückte, den süddeutschen Brüdern die Hand entgegen, sondern sicherte sich durch geheime Verträge für den Fall eines Deutschland bedrohenden Krieges auch ihren militärischen Beistand, und Napoleon erfuhr eine bittere Enttäuschung, als er 1870 darauf rechnete, die Gegnerschaft von 1866 werde Bayern, Württemberg und Baden ihm zu Bundesgenossen

machen. Das Herz des Süddeutschen empfand die der deutschen Ehre und dem ehrwürdigen König von Preußen zugefügte Beleidigung nicht minder tief, als das des Norddeutschen, und folgte dem Rufe des Oberfeldherrn nicht mit geringerer Begeisterung als die preußischen Landeskinder. Ging es doch gegen den alten Erbfeind, der wahrlich die Süddeutschen nicht weniger oft und weniger hart seinen Übermut hatte fühlen lassen, solange Deutschlands Zersplitterung ihm noch billige Lorbeeren auf seinen Schlachtfeldern zu pflücken erlaubte.

In der Armee des Norddeutschen Bundes wurde durch eine neue Wehrordnung vom 9. November 1867 das zweite Aufgebot der Landwehr beseitigt, so daß die Dienstpflicht sich auf 7 aktive Dienstjahre, (davon 3 bei der Fahne, 4 in der Reserve) und 5 Landwehrjahre beschränkte. In den süddeutschen Staaten kam die allgemeine Wehrpflicht zur Einführung und wurden die Heeresorganisationen allmählich der preußischen angepaßt. Viel zu kurz war aber der den deutschen Armeen gewährte Zeitabschnitt ruhiger, friedlicher Entwicklung, als daß bei Ausbruch des deutsch-französischen Krieges die volle Kraft des Volkes schon hätte zur Verwertung kommen können. Selbst in den alten preußischen Provinzen fehlten noch 5 Jahre, um die höchste Leistungsfähigkeit zu erreichen, und in den neuen Provinzen war ebenso wie in Süddeutschland die Zahl der verfügbaren Reserven noch außerordentlich gering. Dies zeigte sich in der geringen Zahl der Reservedivisionen, die auch Preußen nur aufzustellen imstande war. Trotzdem bezifferte sich die Zahl der Offiziere, Ärzte, Beamten und Mannschaften, die die französische Grenze während des Krieges überschritten, auf annähernd 1,150 000 Köpfe, und da die in der Heimat zurückbleibenden Ersatz- und Besatzungstruppen noch ziemlich 350 000 Mann zählten, erhob sich die Gesamtleistung des deutschen Volkes auf beinahe $1^1/_2$ Millionen unter den Waffen stehender Männer.

Überraschend war die Schnelligkeit, mit der die Truppen ihre Mobilmachung beendeten. Nachdem in der Nacht zum 16. Juli 1870 der Befehl dazu erteilt worden war, konnte am 24. bereits mit dem Transport der marschbereiten Truppen begonnen werden, und in den letzten Tagen des Monats war der Aufmarsch an der Grenze im allgemeinen vollzogen. Im August standen mehr als 780 000 deutsche Streiter auf französischem Boden, und erreichten die in der Heimat verbleibenden immobilen Truppenteile die Stärke von mehr als 400 000 Köpfen. Unausgesetzt wurden Verstärkungen und Ersatzmannschaften nachgesandt, und trotz der bedeutenden Verluste durch Kämpfe und Krankheiten wuchsen die Ziffern der Armeen. Im Februar 1871 erreichten sie ihren höchsten Stand mit 936 915 Köpfen bei den mobilen Truppen, 413 872 immobilen in der Heimat. Zählt man zu diesen Ziffern die der Gesamtverluste mit etwa 130 000 Köpfen, so erreicht man beinahe die $1^1/_2$ Millionen, die insgesamt auf die Beine gebracht wurden.

Dank einer gründlicheren und zweckmäßigeren Friedensvorbereitung konnten die deutschen Armeen Napoleon mit dem Angriff zuvorkommen und, so hartnäckig der Widerstand der kriegeübten kaiserlichen Armeen war, brachen sie doch unter den geschickt geführten und wuchtigen Schlägen ihrer Gegner binnen kurzem zusammen, und mit untätigem Staunen verfolgte das verblüffte Europa das heiße Ringen zwischen den Siegern und der französischen Nation. Denn wider alle Erwartung ergab diese sich nicht, nachdem die kaiserliche Armee zertrümmert, teils in Gefangenschaft geführt, teils in Metz eingeschlossen war, sondern wußte den Zeitgewinn auszunutzen, den der Widerstand der Festungen ihr verschaffte, um dem deutschen Volksheer ebenfalls mit — wenn auch improvisierten, so desto stärkeren — Volksheeren zu begegnen. Aber so bewundernswürdig die Geschicklichkeit und Energie ist, mit der immer neue Korps organisiert wurden, so nachahmungswert die Opferfreudigkeit der französischen Bevölkerung ist, die deren Kaders mit immer neuen Scharen fanatisierter Kämpfer füllten, um so bemerkenswerter ist der jeden Teil des weitläufigen Kriegstheaters überschauende Blick des Feldmarschalls Moltke, seine Geistesgegenwart, mit der er jeder kritischen Lage zu begegnen und mit der er jeden günstigen Umstand — und es ist nicht zu leugnen, daß das Kriegsglück ihm besonders günstig war — zu benutzen verstand, um so anerkennenswerter sind die zähe Ausdauer und

die den härtesten Winterstrapazen entgegengestellte Energie, mit der die deutschen Truppen ohne Ausnahme selbst in schwacher Zahl den Sieg über die feindliche Übermacht zu erringen wußten. Mit voller Berechtigung konnte Kaiser Wilhelm bei seiner Rückkehr nach Deutschland am 15. März 1871 den Soldaten der deutschen Armee das anerkennende Worte zurufen: „Ihr kehrt mit dem stolzen Bewußtsein in die Heimat zurück, daß Ihr einen der größten Kriege siegreich geschlagen habt, die die Weltgeschichte je gesehen, daß das teure Vaterland vor jedem Betreten durch den Feind geschützt worden ist, und daß dem Deutschen Reiche jetzt Länder wiedererobert worden sind, die es vor langer Zeit verloren hat".

Ja, reich war die Frucht, die Deutschland den vereinten Kräften seiner Kriegsmacht verdankt: nicht nur die Zurückeroberung von Elsaß und Lothringen, nicht nur die endliche Erfüllung längst gehegter heißer Wünsche, den Zusammenschluß aller Stämme zu einem festgefügten, einheitlichen Staatenbund, nicht nur die Wiederherstellung der Kaiserwürde auf zuverlässigerer Grundlage, als sie jemals besessen hatte, sondern auf Grund dieser Errungenschaften eine Machtstellung gegenüber den anderen europäischen Mächten, die ihm nicht nur eine führende Rolle zuwies, sondern eine Reihe von Friedensjahren gewährleistete, die nicht nur seiner eigenen Entwicklung, sondern ganz Europa zugute kommen sollte. Denn das neue Deutsche Reich war nicht ein Erzeugnis der Gewalt, sondern, wie ein Italiener, Giuseppo Civinini, schön ausgeführt hat „die langsam gereifte, treu gepflegte Frucht des Gedankens, der Triumpf langer Kulturarbeit, erlangt — wie die Siege auf der Walstatt der Tatsachen immer erlangt werden — durch die Verwendung der Kraft im Dienste der Idee". Die Armee war nur das Werkzeug, dessen die Ausführung der Idee bedurfte; aber ohne dies Werkzeug und ohne seine Zuverlässigkeit und Güte wäre sie nicht ausführbar gewesen. Das Wort, mit dem König Friedrich Wilhelm IV. 1849 die ihm angebotene Kaiserwürde zurückwies: „Die deutsche Kaiserkrone kann nur auf dem Schlachtfelde errungen werden", mußte sich an seinem königlichen Bruder ohne dessen Verlangen oder Streben nach äußerem Glanze als eine geschichtliche Notwendigkeit erfüllen, die Kaiserwürde mußte ihm an der Spitze einer siegreichen, alle deutschen Stämme umfassenden Armee aus der freien Entschließung der Fürsten und des Volkes übertragen werden.

Des Kaisers Armeebefehl vom 15. März 1871, der die höchste Anerkennung für die Leistungen des Heeres aussprach, enthielt aber auch noch eine Mahnung: „Möge die Armee des nunmehr geeinten Deutschlands dessen stets eingedenk sein, daß sie sich nur bei stetem Streben nach Vervollkommnung auf ihrer hohen Stufe erhalten kann, dann können wir der Zukunft getrost entgegen sehen". Wie ein leuchtendes Gestirn haben diese Worte seitdem der deutschen Heeresleitung den Weg gewiesen, auf dem sie unermüdlich danach gestrebt hat, nicht nur die während des Kriegs von 1870/71 hervorgetretenen Mängel zu beseitigen, sondern unter Benutzung aller Fortschritte der Technik und Wissenschaft, auf Grund eingehendsten Studiums aller kriegerischen Vorgänge, die Armee und ihre Kampfmittel weiter zu entwickeln und zeitgemäß auszugestalten. Das war aber um so notwendiger, als die ihnen als Drohung erscheinende Übermacht der deutschen Armee alle Staaten Europas veranlaßte, durch zeitgemäße Organisationen, Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und Vervollkommnung der Heeresausrüstung ihre Streitkräfte zu vermehren und auf eine möglichst hohe Stufe der Ausbildung zu heben. Dieser Wettbewerb um die militärische Übermacht, der namentlich seitens Frankreichs unentwegt verfolgt wird, hat auch Deutschland gezwungen, seine Streitkräfte ständig zu vermehren, wozu eine starke Zunahme der Bevölkerung in ausgiebigerer Weise als in Frankreich die Möglichkeit bot; und eine erstaunlich rasche Entwicklung kriegstechnischer Hilfs- und Streitmittel gab immer wieder Anregung zu Verbesserungen, mit denen ein Staat den andern zu überbieten strebte, ohne doch dies Ziel anders als ganz vorübergehend zu erreichen, da Wissenschaft und Technik international sich entwickeln und jeder neuen Erfindung in dem einen Lande binnen kürzester Zeit eine mindestens gleichwertige im Nachbarlande nachfolgt. Wenn demnach kaum vorübergehend eine Armee durch die

größere Vollkommenheit ihrer Ausrüstung eine gewisse Überlegenheit gewinnen kann, wenn man im allgemeinen alle europäischen Armeen als gleichwertig erachten muß, so wird man desto größeres Gewicht auf die moralischen Eigenschaften der Truppen, auf die Ausbildung jedes Mannes für die immer schwieriger werdenden Aufgaben des Gefechtes und der Erkundung, sowie auf die rasche Überwindung des Raumes, also auf die Marschleistung zu legen haben.

Entwicklung der Armee und der Festungen bis zur Mitte der achtziger Jahre.

Noch bevor unsere Armee, die nur allmählich, in dem Maße, wie die Kriegskostenentschädigung durch Frankreich gezahlt wurde, die okkupierten Landesteile des Feindes verließ, die volle Muße fand, um sich mit aller Kraft ihrer weiteren Ausgestaltung zu widmen, trat eine andere wichtige Aufgabe an die Heeresleitung heran, die keinen Aufschub gestattete: der Ausbau der Festungen. Wie der Schild die Wehr des schwertbewaffneten mittelalterlichen Kriegers notgedrungen ergänzen mußte, so tritt die Festung der Armee zur Seite, um diejenigen Landesteile und wertvollen Besitztümer gegen feindliche Unternehmungen zu schützen, deren unmittelbare Verteidigung die Armee in ungünstiger Weise fesseln und in ihren Bewegungen beschränken würde. Ihr fällt deshalb besonders in den Grenzgebieten eine hervorragende Rolle zu, weil hier die Aufmarschräume der Feldarmeen solange durch verhältnismäßig kleine Besatzungen gesichert werden müssen, bis die Armeen zum Vormarsch bereit sind. Hier hat der Schild die zum Schwert greifende Hand zu schützen. Nach menschlicher Voraussicht muß sich der siegreich aus einem Kampfe hervorgegangene Streiter immer darauf gefaßt machen, daß sein Gegner bei nächster, ihm günstig scheinender Gelegenheit den Kampf erneuern wird, um Vergeltung zu üben. Deshalb durfte Preußen nach 1815 nicht zögern, sofort die Barriere des Rheinstroms durch Festungen zu verstärken, und deshalb mußte 1871 die Sicherung der Westgrenze durch feste Plätze unverzüglich ins Auge gefaßt werden. Allerdings wurden ja mit Elsaß und Lothringen zugleich nicht weniger als 10 französische Festungen gewonnen und unter diesen neben zahlreichen unbedeutenden Sperrposten in den Vogesen die wichtigen Plätze Metz, Straßburg, Diedenhofen und Neubreisach; aber wenn die Ereignisse des Krieges schon die Überzeugung bestärkt hatten, daß die eigenen deutschen, stets fürsorglich verbesserten Festungen den modernen Waffen und den neuen Anforderungen nicht mehr genügten, so war die Notwendigkeit um so weniger abzuweisen, die meist vernachlässigten und ganz veralteten französischen Plätze vollständig umzugestalten.

Für einen zukünftigen Krieg mit Frankreich bildet das Reichsland den Aufmarschraum der deutschen Armeen. Das obere Elsaß besitzt in den Vogesen einen leicht zu verteidigenden Schutzwall, und nur die Burgundische Pforte bedarf besonderer Berücksichtigung, weil sie den Weg durch das obere Rheintal zwischen Schwarzwald und Schweizer Jura zum schwäbisch-fränkischen Becken öffnet. Dagegen ist Lothringen, das wie ein mächtiger Waffenplatz nach Westen vorspringt, vollständig offen, und deshalb hat hier Metz, durch Diedenhofen unterstützt, die wichtige Aufgabe, wie ein starker Strompfeiler die Wucht eines feindlichen Ansturms zu brechen. Metz war die einzige der reichsländischen Festungen, deren Ausbau mit einem Fortgürtel durch die Franzosen bereits begonnen worden war. Aber die Werke waren unfertig, der Gürtel noch lückenhaft. Es ist deshalb erklärlich, daß Moltke der Wichtigkeit des Platzes durch den sofort nach seiner Eroberung erteilten Befehl Rechnung trug, den Fortgürtel weiter auszubauen. Deshalb wurde nach Aufstellung der Projekte sofort mit der Bauausführung begonnen. Straßburg besaß nur eine veraltete und für das Erweiterungsbedürfnis der stark bevölkerten Stadt viel zu enge Umwallung. Hier galt es, zunächst mit größter Beschleunigung einen Gürtel von 12 Forts zu schaffen, deren Bau von 1872 bis 1877 durchgeführt wurde, um sodann durch Herstellung einer neuen Umwallung der Stadt den zu ihrer gedeihlichen Entwicklung erforderlichen Raum zu gewähren.

Seit Einführung der gezogenen Geschütze war in Preußen bereits die Notwendigkeit erkannt worden, die Fortgürtel, die ja seit 1815 schon bei einer Anzahl größerer Plätze

angelegt worden waren, weiter hinauszuschieben und ihnen die Aufgabe der Hauptverteidigungsstellung zu übertragen. Aber erst durch die erfolgreichen Beschießungen französischer — allerdings nur kleiner — Festungen wurde die Überzeugung gezeitigt, daß man die geplanten kostspieligen Bauten nicht länger verzögern dürfe. Da aber die Zahl der deutschen Festungen inzwischen auf 52 angewachsen war, (außer 36 preußischen, 10 im Reichsland, Ulm, Ingolstadt, Rastatt, Germersheim, Königstein und Dresden), so mußte die Frage zur Entscheidung gebracht werden, die der König von Preußen bereits vor Ausbruch des Krieges der preußischen Landesverteidigungskommission vorgelegt hatte, welche Festungen ohne Nachteil eingehen und welche der Ausrüstung gegen den förmlichen Angriff entbehren könnten, also auch keines Fortgürtels bedürften. Diese Frage wurde jetzt auf sämtliche festen Plätze des Deutschen Reiches ausgedehnt und auf Beschluß der Kommission durch Kabinettsorder vom 24. Juni 1872 dahin entschieden, daß außer den Küstenbefestigungen nur 28 Festungen erhalten und von diesen nur 17 gegen förmlichen Angriff ausgestattet werden sollten. Aber auch bei letzteren wurde noch der Unterschied gemacht, daß zunächst nur Köln, Metz, Straßburg, Königsberg, dann Posen, Thorn, Ulm und Küstrin, endlich Ingolstadt und Spandau einen Fortgürtel erhalten, die übrigen Plätze aber nicht weiter ausgebaut werden sollten. Da mithin in der nächsten Zeit 8 große Plätze durch Forts gegen Bombardement zu schützen, 2 Kriegshäfen und die wichtigen Strommündungen auszubauen und die übrigen Festungen den neuen Grundsätzen entsprechend umzugestalten waren, erwuchs dem Ingenieurkorps eine gewaltige Arbeit, die seine Tätigkeit während zweier Jahrzehnte vollauf in Anspruch nahm.

Das hauptsächliche Motiv für die weitgespannten Fortgürtel lag in dem für notwendig erkannten Schutz der eingeschlossenen wertvollen Objekte der Stadt gegen feindliche Beschießung, da die stetig gesteigerte Tragfähigkeit der gezogenen Geschütze dem Angreifer gestattete, über die alten gewissermaßen als Vortreffen der Stadtumwallung erbauten Forts hinweg aus seiner Angriffsstellung heraus die Stadt zu bombardieren, in Brand zu stecken und zu zerstören. Der Fortgürtel sollte als Hauptverteidigungsstellung in erster Linie der Festungsartillerie eine vorteilhafte Aufstellung gewähren, um die Angriffsartillerie der Stadt fern zu halten und den Kampf mit ihr aufnehmen zu können. Damit trat die schwere Waffe so in den Vordergrund, daß sie Jahrzehnte lang den Festungsbau vollständig beherrschte. Man war allgemein geneigt, ihrer Behauptung beizustimmen, daß die Entscheidung im Festungskampf lediglich in dem Duell der beiderseitigen Artillerien liege, und daß mit dessen Ausgang das Schicksal der Festung entschieden sei; und so beschieden sich die anderen Waffengattungen, ihre Tätigkeit zur Unterstützung der Artillerie um diesen Kernpunkt zu gruppieren und jede Selbständigkeit im Festungskampf aufzugeben.

Dieser Gesichtspunkt kam natürlich auch bei der Einrichtung der neuen Verteidigungsstellung und im besonderen bei der Ausgestaltung der Forts zur Geltung. Deren Wall wurde in seiner ganzen Ausdehnung für die Aufstellung von Geschützen in Anspruch genommen und durch Hohltraversen (für Geschütze, Bedienungsmannschaften und Munition) derart gegliedert, daß zwischen ihnen immer je zwei Geschütze Platz fanden, für die Infanterie aber nicht einmal ein Bankett angelegt werden durfte, dessen sie nicht entbehren kann, um über die hohe Brustwehr hinweg sich betätigen zu können. Mit Munitionsmagazinen und Laborierräumen auf das reichlichste ausgestattet, wurden die Forts zu mächtigen, hochragenden Batterien, die dank den die Brustwehr überragenden Traversen sich auf Kilometer weite Entfernungen deutlich markierten und dem Angriffsartilleristen vorzügliche Ziele boten. Es dauerte denn auch nicht lange, bis sich die Überzeugung Bahn brach, daß der Kampf in so ausgesetzter Stellung durch die Artillerie nicht durchzuführen sein würde, daß sie zweckmäßiger ihre Aufstellung in den Zwischenfeldern der Forts nehmen würde, wo sie ihre Batterien ebenso wie der Angreifer dem Gelände anzupassen Gelegenheit fände. Nun ergriff sie in der gleichen Weise vom Zwischenfelde Besitz wie vorher von den Forts, indem sie das Vorrecht für sich in An-

spruch nahm, es nach freier Wahl für ihre Aufstellung zu benutzen, und der Infanterie die Verpflichtung zuschob, ihr dann, so gut es ginge, die taktische Sicherung zu verschaffen. Da sie aber trotzdem ihr Anrecht auf die Forts nicht aufgeben wollte, konnten diese als taktische Stützpunkte nur durch den nachträglichen Einbau von Niederwällen für die Infanterie nutzbar gemacht werden, ein Notbehelf, der den sonstigen Mängeln ihrer unglücklichen Konstruktion nicht abhelfen konnte. Dem Ingenieurkorps erwuchsen später schwere Sorgen und schwierige Arbeiten aus den Befestigungsanlagen der siebziger Jahre, für deren unzweckmäßige Gestalt lediglich der Einfluß der schweren Waffe die Verantwortung zu tragen hat.

Wenden wir uns nun wieder zur Armee. Die Grundbestimmungen über das Kriegswesen wurden fast unverändert aus der Verfassung des bisherigen Norddeutschen Bundes in die des Deutschen Reiches vom 16. April 1871 übertragen. Danach bildet die gesamte Landmacht des Reiches ein einheitliches Heer, das im Krieg und Frieden unter dem Befehl des Kaisers steht, und dessen Kosten und Lasten alle Bundesstaaten gleichmäßig zu tragen haben. Die Friedenspräsenzstärke wurde zunächst bis zum 31. Dezember 1871 auf eins vom Hundert der Bevölkerung von 1867, d. h. auf 401 659 Mann, festgestellt, sollte aber für die nachfolgende Zeit im Wege der Reichsgesetzgebung bestimmt werden. Um die unter Oberaufsicht des Kaisers gestellte Einheit in der Organisation und Formation, in Bewaffnung und Kommando, in der Ausbildung der Mannschaften und der Qualifikation der Offiziere herzustellen und zu erhalten, wurde im ganzen Reiche die gesamte preußische Militärgesetzgebung ungesäumt eingeführt.

Die Bestimmung, daß von 1872 ab die Friedenspräsenzstärke von der Entschließung des Reichstages abhängig gemacht wurde, barg die Gefahr in sich, daß die jährlichen Beratungen des Militäretats und damit die gesamten Heereseinrichtungen der Hauptsummelplatz für die Parteien im Parlement bilden würden, denn es ist nur menschlich, daß die auf eine Verminderung der Militärlast gerichteten Wünsche im allgemeinen sich mehr geltend machen als das Verständnis für die militärischen Bedürfnisse und für die Gefahren, die deren unzureichende Befriedigung in sich birgt. Es ist aber einleuchtend, daß keine Institution einer gedeihlichen Entwicklung fähig ist, deren Organe jährlich in ihrer Existenz gefährdet sind. Um der Armee die Möglichkeit einer stetigen fortschreitenden Ausgestaltung zu sichern, war deshalb das Bestreben der Regierung darauf gerichtet, als feste, dauernde Grundlage für die jährlichen Verhandlungen über das Militärbudget des Reiches ein Gesetz durchzubringen, das die Friedenspräsenzstärke wenigstens auf eine längere Reihe von Jahren festlegte. Unter ernsten politischen Kämpfen gelang es bis zum Frühjahr 1874, ein solches „Reichsmilitärgesetz" zur Anerkennung zu bringen, das die Präsenzstärke an Unteroffizieren und Mannschaften auf die Dauer von 7 Jahren mit 401 659 Köpfen und die Zahl der Truppeneinheiten feststellte. Die Armee zählte danach 469 Bataillone Infanterie und Jäger, 465 Eskadrons, 300 Batterien Feld- und 29 Bataillone Fußartillerie, 18 Pionier- und 18 Trainbataillone. Diese Einheiten waren in 18 Armeekorps eingereiht, von denen Bayern 2, Württemberg und Sachsen je 1, Preußen gemeinschaftlich mit den übrigen Staaten 14 formierte. Jedes Korps umfaßte zwei bis drei Divisionen mit den entsprechenden Artillerie-, Pionier- und Trainformationen, jede Division zwei oder drei Brigaden der Infanterie und Kavallerie, deren jede wiederum aus zwei oder drei Regimentern zu bestehen hatte. Diese Gliederung der Armee ist bis in die neueste Zeit unverändert beibehalten worden, und nur die Anzahl der Truppeneinheiten und Armeekörper ist aus den bereits angedeuteten Gründen allmählich vermehrt worden. Der jährliche Rekrutenbedarf bezifferte sich auf 143 000 Mann.

Ein Landsturmgesetz vom 12. Februar 1875 begrenzte die Landsturmpflicht mit dem vollendeten 17. und 42. Lebensjahr; die unter dem 28. September 1875 erlassene „Deutsche Wehrordnung" und „Heerordnung" faßte alle bisherigen Bestimmungen und Militärgesetze über Wehrpflicht, Ersatz, Militärstrafen usw. zusammen.

Es ist ein altbewährter preußischer Grundsatz, daß die Vorgesetzten darauf Bedacht nehmen sollen, der tätigen Wirksamkeit ihrer Untergebenen den angemessenen

Spielraum zu lassen und ihren Eifer nicht durch unnötige Beschränkung zu lähmen. Vom Kompagnie-, Eskadrons- und Batteriechef aufwärts ist jeder Befehlshaber für die vorschriftsmäßige Ausbildung seiner Truppe verantwortlich und soll in der Wahl der Mittel so wenig, als es die Gleichmäßigkeit der Erziehung erlaubt, beschränkt werden. Dieser von der preußischen auf die ganze deutsche Armee übergegangene Grundsatz entwickelt eine mit regem Verantwortlichkeitsbewußtsein verbundene Selbständigkeit der Führer, deren segensreiche Betätigung zumal im deutsch-französischen Kriege häufig zu glänzenden Erfolgen nicht wenig beigetragen hat. Er hat aber auch seine Gefahren, die namentlich dann hervortreten, wenn die für die Ausbildung der Truppen gegebenen Vorschriften nicht so genau umschriebene Grenzen bieten, daß nicht der Willkür ein zu großer Spielraum gelassen würde. Nun hat es ja vielleicht keine Armee in betreff der Reglementsfrage so gut verstanden, das Festhalten an Altbewährtem mit dem unabweislichen Fortschritt so glücklich zu verbinden wie die preußische, aber es bedarf nach Ereignissen, die so wie der Krieg von 1870/71 die Notwendigkeit solcher Weiterentwicklung klar vor Augen geführt haben, immer einer geraumen Zeit, bevor die nötige Klarheit über die erforderlichen Veränderungen der Vorschriften gewonnen ist, und bis diese selbst in eine allen Anforderungen entsprechende Form gegossen und der Armee mitgeteilt werden können. In der Zwischenzeit kommt das allgemeine Bestreben, die gewonnenen Erfahrungen fortschrittlich zu verwerten, mit den alten reglementarischen Bestimmungen in Zwiespalt. Dies zeigte sich auch nach 1870.

Für die Taktik der Infanterie ist ihre Waffe von hervorragender Bedeutung. Nachdem sich das preußische Zündnadelgewehr 1866 so vorzüglich bewährt hatte, hatten sich alle europäischen Armeen beeilt, Hinterladergewehre einzuführen und im Übergang zu kleinerem Kaliber das Mittel gefunden, um ihre Wirkung über die des preußischen Gewehrs hinaus zu steigern. Das Chassepotgewehr in der Hand der Franzosen hatte dafür den endgültigen Beweis geführt, und die bedeutend erweiterte Tragweite und Rasanz dieser Waffe hatte die preußischen Truppen davon überzeugt, daß ein Angriff in entwickelter Linie, wie ihn die Garde bei St. Privat auszuführen beabsichtigte, in ebenem Gelände zur Vernichtung führen müßte, daß aber auch viele nach 1866 beibehaltene und dem Reglement entsprechende Formen in einem Kampfe vermieden werden müßten, der auf viel größere Entfernungen, als man bisher gewohnt war, nur mit aufgelösten Truppen zu führen sei.

Der ersten Vorbedingung einer erfolgreichen Verwendung der Infanterie, der Bewaffnung mit einem verbesserten Gewehr, wurde mit erstaunlicher Schnelligkeit genügt, indem das Gewehr Modell 71 mit 11 mm Kaliber an Stelle des Zündnadelgewehrs, das 15,43 mm Laufdurchmesser hatte, so schnell angefertigt wurde, daß 1875 die ganze Armee mit Ausnahme der bayrischen Infanterie, die noch ihr Werder-Gewehr (von 11 mm Kaliber) beibehielt, mit Modell 71 bewaffnet war. Der taktischen Ausbildung suchte man durch einen Neuabdruck des Exerzierreglements zu Hilfe zu kommen, der aber nur die bis zum 3. August 1870 ergangenen Abänderungen, die auf den Erfahrungen von 1866 beruhten, enthielt und die von 1870/71 noch nicht verwertete. Auf den Exerzierplätzen wurde deshalb viel herumprobiert, und in der Beurteilung sowie in der Anwendung der reglementarischen Formationen trat eine Unsicherheit ein, die nicht ohne Bedenken und Gefahr war. Dem wurde auch durch die im Juli 1872 vom Kaiser befohlene probeweise Anwendung neuer Gefechtsformen und durch deren endgültige Einführung am 19. März 1873 nicht abgeholfen, da die neuen Bestimmungen vielfach im Gegensatz zu den reglementarischen standen, und die Unsicherheit nahm erst ein Ende, als durch K. O. vom 8. Juli 1875 die neuen Grundsätze in das Reglement aufgenommen, Widersprechendes also beseitigt wurde.

Die „Kolonne nach der Mitte", die bisher als Angriffsformation in Geltung war, wurde nun nur als Rendezvousstellung beibehalten, die Kompagniekolonne als einzige im wirksamen Feuerbereich — auch der Artillerie — anwendbare Angriffsformation anerkannt. Viele überflüssige Formen wurden beseitigt, dagegen die Ausbildung der Mann-

schaften im Schießen stärker betont und zu diesem Zweck die Zahl der darauf zu verwendenden Patronen vermehrt. Wegen des Vergleichs mit den heutigen Anforderungen ist die Bestimmung interessant, daß die Grenzen des Einzelfeuers gegen einzeln liegende oder mehr als bis zur Hälfte gedeckte Gegner auf 200 m, gegen mannsbreite Ziele von mehr als halber Mannshöhe auf 250 und gegen breitere Ziele von ganzer Mannshöhe auf 400—500 m festgestellt wurden. Neben dem Gewehr kam aber jetzt auch der Spaten zu seinem Recht. Die Franzosen hatten sich in der Verstärkung der Gefechtsfelder den deutschen Truppen bedeutend überlegen erwiesen, und die deutsche Infanterie war außer im Festungskampf fast niemals zu Befestigungsarbeiten herangezogen worden, da es ihr nicht nur an Geschicklichkeit und Neigung dazu sondern auch an dem erforderlichen Werkzeug gebrach. Mit der Ausrüstung der Infanteriebataillone mit je 200 kleinen Spaten und 40 Beilen als „tragbarem Schanzzeug" geschah 1875 der erste Schritt zur Einbürgerung der Feldbefestigung in der Armee, die sich mehr und mehr als unentbehrliches Hilfsmittel in der Schlacht erwies. Freilich ward damit die Abneigung der Infanterie gegen die „Maulwurfsarbeit", die man nur zu gern den Pionieren überlassen hatte, noch lange nicht überwunden.

Die Kavallerie wurde zwar durch die Entwicklung der Feuerwaffen am wenigsten berührt, jedoch machte sich die Notwendigkeit geltend, sie mit einer besseren Waffe zu versehen und zwar auf Grund der neuen wichtigen Aufgabe, die zu erfüllen sie der Krieg von 1870/71 gelehrt hatte. Noch auf dem Vormarsch gegen die Mosel waren die Reiterregimenter, ihrer alten Gewohnheit als Schlachtenkavallerie getreu, hinter den Marschkolonnen hergezogen. Da rief sie plötzlich des Feldmarschalls Befehl vor die Front und beauftragte sie, die Aufklärung gegen den Feind zu übernehmen und zu diesem Zweck ihre Divisionen möglichst weit vorzutreiben. Mit einem Schlage ward jetzt die große Bedeutung erkannt, die eine solche Tätigkeit der Kavallerie für die Operationen gewinnen mußte, und mit vollem Verständnis und Feuereifer widmeten sich die Reiter ihrer neuen Aufgabe. Wie hell auch ihre in den Schlachten kühn und opfermutig gerittenen Attacken den Ruhm der deutschen Reiterregimenter verkündigen, größer sind doch noch ihre Verdienste, die sie als Aufklärer errungen haben. Bei dem Auftreten in einem von Franktireurs unsicher gemachten Lande ist aber manche Patrouille, unfähig, mit ihren Hieb- und Stichwaffen dem Gegner beizukommen, der feindlichen Kugel zum Opfer gefallen. Die Notwendigkeit, die leistungsunfähigen Pistolen durch eine bessere Feuerwaffe zu ersetzen, führte zur Ausrüstung mit einem aptiertem Chassepot-Karabiner, der zunächst allen leichten Regimentern und je 32 Gemeinen der schweren Regimenter verausgabt wurde. Damit ward der erste Schritt zur Erhöhung der Selbständigkeit der Kavallerie getan.

Mit der bedeutenden räumlichen Ausdehnung der kavalleristischen Aufgaben trat ferner die Dauerleistung der Pferde in den Vordergrund. So gut die preußischen Pferde nach ihrem Bau und ihren charakteristischen Eigenschaften den vielseitigen an sie zu stellenden Forderungen zu entsprechen vermögen, so bedarf es doch einer außerordentlich sorgfältigen Schulung und mehr als auskömmlichen Ernährung, um sie zu brauchbaren Werkzeugen der Reiter zu machen, und deshalb wurde der Erziehung der Pferde nach 1871 andauernd eine besondere Sorgfalt zugewendet.

Wenn die Kavallerie im letzten Kriege Tüchtiges geleistet hatte, so fühlte sie doch selbst, daß die günstigen Ergebnisse ihrer Tätigkeit zum Teil auf Rechnung der geringen Leistungen der gegnerischen Reiterei zu schreiben seien, und sie selbst einer gründlicheren organisatorischen und taktischen Vorbereitung für die ihr neue Verwendungsweise in großen Körpern bedürfe. Die bisherige Verteilung bei den Friedensübungen an die Heeresdivisionen hatte sie in kleine Abteilungen zersplittert; den im Kriege zusammengezogenen Kavalleriedivisionen fehlte jede Friedensschulung. Es gelang auch nicht sogleich d. h. mit dem Reglement von 1873, eine vollständig genügende Grundlage für die weitere Entwicklung der Kavallerie zu gewinnen, obgleich sich die besten Reiterführer an seiner Bearbeitung beteiligten. Sie beseitigte die vor dem Feinde unverwendbaren Formen

nur zum Teil und war für die Ausbildung im Fußgefecht ungenügend. Erst eine neue Bearbeitung konnte im Jahre 1876 den Anforderungen genügen; sie ersetzte die zeitraubenden Bewegungen im rechten Winkel durch solche in der Diagonale, enthielt für das Fußgefecht eine zeitgemäße Anleitung und entwickelte besonders die im Reglement von 1873 zuerst aufgenommene „Dreitreffentaktik", die, auf Friedrich des Großen Verwendung großer Kavalleriemassen zurückgreifend und seine Vorschriften zeitgemäß verändernd, der taktischen Gliederung und Gefechtstätigkeit der aus drei Brigaden zusammengesetzten Division seitdem als Leitfaden gedient hat.

Mehr als Infanterie und Kavallerie beanspruchte die Artillerie die Aufmerksamkeit und die Opferwilligkeit des Reichstags. In erster Linie war eine organisatorische Veränderung geboten. Für die Bedienung der Feldgeschütze einerseits, der schweren Festungs- und Belagerungsgeschütze anderseits waren ja in allen deutschen Großstaaten einschließlich Badens bereits vor 1870 besondere Truppenkörper: Feld- und Festungsartillerieabteilungen aufgestellt worden, und diese Organisation gestattete, 202 mobile Festungskompagnien auf den Kriegsschauplatz zu senden. Aber beide Kategorien waren im Frieden unter gemeinsamen Kommandeuren zu größeren Einheiten (Brigaden oder Regimentern) zusammengefaßt, und die Offiziere wechselten nach Bedarf und Gutdünken des Befehlshabers den Dienst bei den Feld- und Festungsgeschützen. Eine Arbeitsteilung war im Interesse der gründlichen Ausbildung und erhöhten Leistungsfähigkeit dringend geboten und wurde in der Weise durchgeführt, daß die Festungsartillerie unter dem Namen „Fußartillerieregimenter" von der Feldartillerie vollständig getrennt und für beide Kategorien besondere Inspektionen unter einem gemeinsamen Generalinspekteur aufgestellt wurden.

In zweiter Linie war die Frage der Neubewaffnung zu lösen. Die preußische Artillerie darf das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, von vornherein das Prinzip der Hinterladung zuerst erkannt und trotz aller Widerstände angenommen und festgehalten zu haben. Nach dem scheinbaren Mißerfolg von 1866 hatten die neuen Geschütze 1870/71 die schwerste Feuerprobe glücklich bestanden und sich über Erwarten bewährt. Bei der Feldartillerie hatten die 9 cm-Stahlkanonen die stärkste Beanspruchung tadellos ausgehalten und nur die Verschlüsse der 8 cm-Kanonen zu mancherlei Ausstellungen Veranlassung gegeben. Trotzdem erschien es nach dem Kriege notwendig, die Feldartillerie mit neuem Material auszurüsten, da die große Tragweite der neuen Gewehre auch für die Geschütze eine Steigerung der Schußweite notwendig machte, um sie nicht der Gefahr aussetzen zu müssen, innerhalb des für die Bedienungsmannschaften höchst gefährlichen Gewehrschußbereichs sich betätigen zu müssen. Dazu kam, daß in anderen Armeen bereits mit Erfolg Geschütze von größerer Tragweite, Rasanz und Geschoßgeschwindigkeit hergestellt wurden. Die Feldartillerie wurde deshalb mit neuen Mantelrohrstahlgeschützen von 8 und 9 cm-Kaliber, Modell 73, bewaffnet, die allen Anforderungen im vollsten Maße entsprachen.

So erfolgreich die Leistungen der preußischen Belagerungsgeschütze bei den zahlreichen Belagerungen und Beschießungen des Krieges auch gewesen waren, so konnte doch ihre kaum begonnene Entwicklung nicht damit als abgeschlossen erachtet werden, sondern drängten die Erfahrungen auf schleunige weitere Verbesserungen, so daß für alle Kaliber und Geschützarten neue Modelle aufgestellt und beschafft wurden. Um den Festungskrieg besser als bisher vorzubereiten, wurden schon 1871 zwei große Artilleriebelagerungstrains von je 400 Geschützen aufgestellt und 1873 durch 2 Spezialtrains von je 50 Rohren ergänzt, die in Straßburg und Metz niedergelegt und 1880 durch einen bayrischen Spezialtrain von 40 Geschützen ergänzt wurden.

War die Fürsorge für den Festungskrieg schon durch die Ereignisse des deutsch-französischen Krieges angeregt worden, so mußten dem die Maßnahmen des westlichen Nachbars noch einen wesentlichen Nachdruck verleihen. Er begann alsbald die Maas- und Mosellinie stark zu befestigen, baute Verdun, Toul, Epinal und Belfort zu großen Lagerfestungen aus und verband je zwei durch eine dichte Kette von Sperrforts. Hier-

durch nötigt er den Angreifer, entweder die zwischen Verdun und Longwy, bezw. zwischen Toul und Epinal offen gelassenen Lücken für seinen Vormarsch zu benutzen, wobei er seine Flanken den hinter den Sperrlinien versammelten französischen Armeen preisgeben muß, oder die befestigten Linien unmittelbar anzugreifen. Es folgt daraus, daß eine deutsche Armee die französische Grenze nicht überschreiten kann, ohne auf Befestigungen zu stoßen, deren Bewältigung jedem weiteren Vordringen vorausgehen muß. Ein Verfahren, wie es Moltke 1870 einschlug, indem er die französischen Festungen umging, ist durch die neuen Befestigungsanlagen verhindert.

Es lag nahe, auch der technischen Truppe, den Pionieren, ihre unbedingt vor den französischen Festungen zu leistenden schwierigen Aufgaben dadurch zu erleichtern, daß man wie bei der Artillerie eine Arbeitsteilung eintreten ließ und durch Aufstellung von Friedenskaders für den Festungspionierdienst eine gründliche Friedensvorbereitung für Feld- und Festungskrieg erleichterte. Aber das beherrschende Übergewicht, das der Artillerie im Festungskampfe zuerkannt wurde, deren Versprechungen, ganz allein mit dem Mittel einer kräftigen Beschießung jede Befestigung zur Übergabe zu zwingen oder in Grund und Boden zu zerstören, ließen davon absehen und sogar die bisherige Arbeitsteilung innerhalb der Pionierbataillone aufheben. In der Vorstellung begriffen, daß die Kriegstätigkeit des Pioniers sich nur noch auf Brückenschlag, Wegebau und Zerstörungsarbeiten beschränke, wurden 1873 die ersten drei Fachkompagnien der Bataillone als solche aufgelöst und als „Feldkompagnien" ferner nur noch im Pontonier- und Sprengdienst ausgebildet, und es dauerte nur wenige Jahre, dann wurden auch die vierten Kompagnien, die den Stamm für die bei der Mobilmachung aufzustellenden Festungspionierkompagnien darstellten, ohne jede Rücksicht auf die Aufgaben des Festungskrieges in gleicher Weise ausgebildet.

So einseitig die Personalfrage der technischen Truppe behandelt wurde, so langsam entschloß man sich, der Materialfrage näher zu treten. Erst 1877 kamen die Verhandlungen über die Aufstellung von zwei Ingenieurbelagerungstrains zum Abschluß. In diese fand auch das Sturmgerät Aufnahme, das — als einzige technische Vorbereitung des Festungskrieges — auf persönliche Anregung eines Ingenieuroffiziers behufs Verwendung bei den französischen Sperrforts inzwischen angefertigt und erprobt worden war.

Ein anderer Zweig der Kriegstechnik kam zu günstigerer Entwicklung und bildete das erste Glied der technischen Sonderformationen, deren allmähliche Aufstellung durch den immer zunehmenden Zufluß neuer technischer, dem Kriege dienstbar zu machender Hilfsmittel bedingt wurde, da es sich mit der Zeit als Unmöglichkeit herausstellte, die Pioniertruppe, wie bisher üblich gewesen war, mit ihnen zu belasten. Hatte doch jede technische Aufgabe noch im letzten Kriege von ihr allein Erfüllung verlangt: aus ihren Reihen waren die Eisenbahntruppen, die Telegraphenabteilungen und Detachements für Luftschiffahrt, Feldphotographie und Torpedowesen entnommen worden, und, so anerkennenswert deren Leistungen im allgemeinen auch gewesen waren, hatte sich doch ergeben, daß die Beherrschung der technischen Mittel nicht nebenbei zu gewinnen sei, sondern nur in der Hand besonderer mit ihrer Entwicklung und Verwertung betrauter Organe zu den erwünschten Höchstleistungen befähige.

Die Eisenbahnen hatten im Kriege eine so hervorragende Bedeutung gewonnen, daß sich der Wunsch nach einer Eisenbahntruppe bei den Behörden begegnete, und so konnte der Kaiser schon am 19. Mai 1871 die Urkunde unterzeichnen, die am 1. Oktober desselben Jahres das erste Eisenbahnbataillon ins Leben treten ließ; 1873 erhielt auch die mit Sonderrechten ausgestattete bayrische Armee eine Eisenbahnkompagnie, und die Truppe entwickelte sich so schnell, verlangte so bald nach einer Vermehrung ihrer Arbeitskräfte, um die ihr sich bietende Fülle von Aufgaben zu lösen, daß das preußische Bataillon schon 1876 verdoppelt und zum Regiment erweitert werden mußte.

Weniger Berücksichtigung fanden andere technische Dienstzweige. So wertvoll und unentbehrlich sich die Telegraphie bereits in den Feldzügen von 1864 und 1866, von dem deutsch-französischen Kriege zu schweigen, erwiesen hatte, glaubte

man doch, mit der bisherigen Einrichtung allen Anforderungen auch weiterhin genügen zu können. Sie bestand in Abteilungen von Pionieren, denen Staatsbeamte als Telegraphisten beigegeben waren, und beschränkte sich auf die Aufgabe, die Staatsleitungen für den Gebrauch der Armeen in stand zu setzen und ihre Verbindung mit den Hauptquartieren herzustellen. Sobald es sich nun darum handelte, telegraphische Verbindungen auch mit den Truppen in der Front zu gewinnen, wobei die Stationen bis in den Bereich gegnerischer Unternehmungen vorgeschoben werden mußten, trat das Bedenken hindernd in den Weg, daß die Beamten versagten und daß ihr Ersatz durch militärische Kräfte sich als notwendig erwies. Obgleich dieser Fall bereits 1870 (bei Belagerungen) eingetreten war, fand das Bestreben, den Stamm einer Telegraphentruppe im Frieden aufzustellen, keinen Anklang und stieß sogar auf die Ansicht, eine solche Truppe würde mit dem einfachen Telegraphendienst ihre Zeit gar nicht ausfüllen können.

Infolge dieser Verhältnisse kam der Anstoß zu einer neuen Organisation der Militärtelegraphie von der Reichspost, als mit ihr das Staatstelegraphenwesen vereinigt wurde. Da dessen bisheriger militärischer Direktor in Fortfall kam, mußte 1877 eine Inspektion der Militärtelegraphie geschaffen werden, die der Gerneralinspektion des Ingenieurkorps unterstellt wurde. Nun wurde zuerst die Festungstelegraphie, die ihre eignen Telegraphisten aus Mannschaften der Garnison ausbildete, organisiert und der Entwicklung eines brauchbaren Feldgerätes näher getreten. Der gleichzeitig rege gewordene Wunsch, durch Ausbildung von Telegraphisten auf einer Militärtelegraphenschule die Armee von der Verwaltung ganz unabhängig zu machen, und wenigstens eine Stammkompagnie für den Telegraphendienst zu schaffen, stieß auf großen Widerstand, und erst 1884 konnte die Schule probeweise eingerichtet und 1886 definitiv eröffnet werden. Die Personenfrage wurde zunächst dadurch gelöst, daß die Pionierbataillone mit der Ausbildung im Telegraphendienst als Nebenfach beauftragt und dadurch ein Zustand geschaffen wurde, der ebenso die Leistungsfähigkeit der aufzustellenden Feldtelegraphentruppen wie die der überlasteten Pioniere in Frage stellte.

Die Improvisation einer Luftschifferabteilung hatte sich 1870 nicht bewährt; trotzdem ward die wichtige Frage der Luftschiffahrt nach dem Kriege mehr akademisch als praktisch betrieben, so daß bis 1884 keine Erfolge erzielt wurden. Dann wurde endlich ein Detachement gebildet, das unter geschickter Leitung seine Aufgabe wesentlich förderte und 1886 zu einer Luftschifferabteilung erweitert wurde.

Auf dem Gebiete des Seeminenwesens haben die Pioniere nur eine, allerdings für dessen Entwicklung nicht unwichtige Gastrolle gegeben. Ein 1869 gebildetes „Torpedodetachement" bewährte sich 1870 bei Auslegung der Minensperren in den deutschen Gewässern mit Ausnahme von Kiel und Wilhelmshaven, die der Marine vorbehalten blieben, wurde aber im November 1871 aufgelöst, da die Marine selbständig eine Torpedoabteilung aufgestellt hatte und die weitere Entwicklung des Torpedowesens einer aus Marine- und Ingenieuroffizieren gemischten Kommission übertragen wurde. Die nahe der Küste garnisonierenden Pionierbataillone, beauftragt, der Marine Hilfskräfte zu stellen, erwiesen sich so geschickt für diesen Dienstzweig, daß ihnen allmählich der Seeminendienst mit Ausnahme von Kiel und Wilhelmshaven ganz selbständig übertragen wurde, obgleich damit eine übergroße Belastung und eine Gefährdung ihrer Verwendbarkeit bei der Feldarmee verbunden war. Vor allem brachten die mit Leitung dieses Dienstes beauftragten Ingenieuroffiziere das Minengerät zu hoher Entwicklung und konnten, als 1886 das Seeminenwesen wieder vollständig durch die Marine übernommen wurde, dieser ein zeitentsprechend vorzügliches Arsenal für die Minenverteidigung übergeben.

Mit Ablauf des ersten Septennats wurde seitens des Reichstages 1880 die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke der Armee auf 427 274 Köpfe auf die Dauer von abermals 7 Jahren (bis zum 1. April 1888) genehmigt und zählte sie nunmehr 503 Infanterie- und Jägerbataillone, 465 Eskadrons, 340 Batterien, 31 Fußartilleriebataillone, 19 Pionier- und 18 Trainbataillone. Eine Vermehrung der Armeekorps war damit nicht verbunden.

Die Fortschritte in der Feuerwaffentechnik und ihr Einfluß auf die Entwicklung der Armee und der Festungen.

Es ist fraglich, ob die Erfindung des Schießpulvers für den Werdegang des Kriegswesens so einflußreich gewesen ist, wie die Fortschritte der Feuerwaffentechnik in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Jedenfalls machte sie sich weniger fühlbar, da sie nur äußerst langsam — im Verlauf von Jahrhunderten — den Erfolg zeitigte, Bogen und Armbrust, Wurfmaschine und Sturmbock durch ihnen überlegene Feuerwaffen zu verdrängen. In der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts schon zu Feuerlanzen und Raketen benutzt, ward das Schwarzpulver frühestens in der ersten Hälfte des folgenden Jahrhunderts zu Schießwaffen verwendet, und es dauerte ein volles Jahrhundert, bevor die Erfindung des Luntenschlosses die Handfeuerwaffe überhaupt brauchbar machte. Und während die Geschütze sich zu Karls des Kühnen Zeit bereits einer gewissen Beweglichkeit und Kraftentwicklung erfreuten, spielten 1475 die Büchsenschützen neben den Bognern noch eine sehr nebensächliche Rolle. Welchen ungeheuren Erfolg hatte einer so langsamen Entwicklung gegenüber die Erfindung des rauchschwachen Pulvers und der neuen Sprengstoffe in den achtziger Jahren!

Schon lange war man bemüht, ein Treibmittel zu finden, das die unangenehmen Eigenschaften des Schwarzpulvers nicht besäße: die unvollkommene Verbrennung, die damit verbundene Bildung von Rückständen, die die Innenwände der Schießrohre verschleimten, eine der Größe der Ladung nicht entsprechende Kraftentwicklung und die starke Raucherzeugung; Eigenschaften, die alle Verbesserungen des Rohres und der Geschosse in ihrer Wirkung beeinträchtigten und unter ungünstigen Umständen die Verwendbarkeit der Waffe sogar in Frage stellten. Nachdem die Schießwolle sich in ihrer noch unwissenschaftlichen Verwendung als ungeeignet erwiesen hatte, erzeugte der preußische Artilleriehauptmann Schultze 1860 ein Nitrozellulose-Salpeterpulver, das sich aber als zu brisant als Treibmittel erwies, und es war dem Franzosen Vieille vorbehalten, auf dem von Schultze gewiesenen wissenschaftlichen Wege ein Nitrozellulosepulver zu erzeugen, das 1886 für das französische Lebelgewehr mit bestem Erfolg zur Anwendung kam. Das Geheimnis war aber bei der Internationalität der Wissenschaft nicht lange zu bewahren, und binnen kurzem wurden rauchschwache Pulver nicht nur in der deutschen, sondern in allen Armeen Europas eingeführt. Sie führten zur Geburt eines ganz neuen Geschütz- und Gewehrsystems, indem die bisherigen Feuerwaffen zu Konstruktionen mit bedeutend gesteigerter Leistungsfähigkeit umgebildet wurden. Dies erwies sich in der Folge als ein Faktor, der die taktische Verwendung der Waffen ebenso tief beeinflußte, wie die Einrichtung der Festung.

Das rauchschwache Pulver hat die Eigentümlichkeit, dank seiner vollständigeren Verbrennung mit einer geringeren Ladung dem Geschoß die gleiche Geschwindigkeit zu geben, wie das Schwarzpulver, dabei aber einen geringeren Gasdruck zu erzeugen. Es gestattete daher eine erhebliche Verstärkung der bisherigen Ladungen, wodurch eine bedeutende Steigerung der ballistischen Leistungen der Waffen erreicht wurde. Notwendig aber erwies sich eine veränderte Einrichtung des Rohrinnern, also eine Neukonstruktion der Rohre für Geschütz und Gewehr. Ferner begünstigte die schwache Rauchentwicklung die Unterhaltung eines gezielten Schnellfeuers, und alle bisherigen Bestrebungen, eine Beschleunigung des Schießens zu ermöglichen, konnten nun erst ihr Ziel erreichen. Deshalb trat jetzt die Konstruktion von Schnellfeuerwaffen in den Vordergrund, indem zunächst die Gewehre und kleineren Geschützkaliber für Abgabe von Schnellfeuer eingerichtet wurden, alsbald aber auch bei den Feld- und Festungsgeschützen Einrichtungen gefunden wurden, die diesen Zweck erreichen ließen.

Kam die grundstürzende Einwirkung des rauchschwachen Pulvers auf Waffentechnik und Kriegskunst der militärischen Welt binnen weniger Jahre, aber doch immer nur allmählich zum Bewußtsein, so wirkten die ersten bekannt werdenden Erfolge der neuen Sprenggranaten bei den Versuchen in Frankreich 1886 auf die gesamte militärische und

Laienwelt Europas wie ein Donnerschlag aus heiterem Himmel. Man war in Deutschland seit 1871 bestrebt, die damals erreichte Sprengwirkung der artilleristischen Geschosse noch zu steigern und hatte in der Schießbaumwolle ein Sprengmittel gefunden, das als Füllung von Mörsergranaten bei Schießversuchen, die 1883 in Graudenz angestellt wurden, gute Erfolge ergab. So geheim dieses gehalten wurde, um der deutschen Armee die dadurch erlangte Überlegenheit möglichst lange zu wahren, genügten durchgesickerte Gerüchte, um die Wissenschaft des Auslandes in Bewegung zu setzen, und bereits 1885 fanden überall Versuche mit verschiedenen neuen Sprengstoffen statt. Die 1886 bei einem Schießversuch in Frankreich (Fort Malmaison) festgestellte Zerstörungskraft der Melinitgranaten schien nun die Möglichkeit ernstlich in Frage zu stellen, überhaupt noch Bauwerke zu errichten, die ihr Widerstand zu leisten vermöchten, und wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht von diesem Erfolge der neuen Geschosse durch alle Länder. Die allgemeine Einführung von Sprenggeschossen verschiedener Füllung ward eiligst vollzogen, und auch Deutschland ließ die Schießwolle als Sprengladung fallen und wählte die noch zweckmäßiger befundene Pikrinsäure zur Herstellung seiner Granatfüllung.

Wie ersichtlich, hat die deutsche Armee das Verdienst, sowohl mit der Erfindung des rauchschwachen Pulvers als der Sprenggranaten den anderen Armeen vorangegangen zu sein und die ersten Erfolge selbständig errungen zu haben. Sie hat den Weg gewiesen, auf dem sie aber alsbald von anderen überholt wurde. Und mit dieser Überflügelung kam sie in Gefahr, das Übergewicht zu verlieren, das sie teit 1870 unbedingt besaß. Diese Gefahr war um so bedenklicher, als die politische Lage die Aufrechterhaltung der militärischen Obmacht sehr wünschenswert machte. In Frankreich kam im Januar 1886 mit dem Ministerium Freycinet der Kriegsminister Boulanger ans Ruder, dessen Streben zweifellos auf einen Krieg mit Deutschland zielte, um durch diesen zur Diktatur zu gelangen. Die von ihm beantragte dreijährige Dienstzeit jedes Franzosen sollte ihm vermehrte Heereskräfte zuführen, ein Kredit von 300 Millionen die Bedürfnisse der Armee decken, und mit größerem Eifer ging man an die Verstärkung der östlichen Grenzbefestigungen. Außerdem aber war Frankreich nicht ohne Erfolg bemüht, Rußlands Bundesgenossenschaft zu gewinnen. Die Lage war äußerst gespannt, und eine Kleinigkeit, wie der Fall Schnäbele, hätte im Frühjahr 1887 beinahe einen Krieg entzündet, den Deutschland voraussichtlich nach zwei Fronten hätte führen müssen.

Die politische Lage gebot dringend, die Existenz der Armee zu sichern und da in dieser Zeit das zweite Septennat seinem Ende entgegen ging, stellte 1886/87 eine neue Militärvorlage auf wiederum 7 Jahre die Friedenspräsenzstärke auf 468 409 Mann fest. Die Meinung des Volkes sprach sich in den Neuwahlen zum Reichstage so unbedingt für die Regierungsvorlage aus, daß sie am 11. März 1887 mit überwältigender Mehrheit genehmigt wurde. Die Vermehrung kam mit 31 Bataillonen der Infanterie, mit 24 Batterien der Artillerie zu gute.

Während die Armee, so in ihrem Bestande gesichert, an die Arbeit gehen konnte, der Verwertung und dem Einfluß der artillerietechnischen Neuerungen gerecht zu werden, erforderte die politische Lage dringend, auf Mittel zu sinnen, um der Entwertung der Festungen zu begegnen. Da keine noch so starke Steinmauer der Sprengwirkung der neuen Mörsergeschosse stand hielt, da keines der alten Gewölbe gegen ihre zerstörende Kraft Schutz gewährte, konnten alle Festungsbauten, auch die noch kaum beendeten, ihrem Zweck nicht mehr genügen, und der Stimmen waren nicht wenige, die das Ende der ständigen Festung gekommen glaubten. Sie täuschten sich, denn die Technik hat noch immer Mittel dargeboten, die kräftigeren Zerstörungsmitteln auch gesteigerten Widerstand zu leisten vermögen. Und so hatten sich auch jetzt zwei wirksame Hilfsmittel, der Zementbetonbau und der Panzer, gerade rechtzeitig zu einer solchen Leistungsfähigkeit und Verwendbarkeit entwickelt, daß es dem Ingenieur in erstaunlich kurzer Zeit gelang, seine Bauwerke so zu verstärken, daß die Besatzung einem Angriff mit den neuen artilleristischen Mitteln ruhig entgegensehen konnte.

Der Beton, dies Gemisch von Steinbrocken, Sand und Zement, das, in feuchtem Zu-

stand in beliebiger Form geschüttet, zur Härte eines homogenen Felsens erstarrt, war längst bekannt und in Dänemark seit den sechziger Jahren schon zur Herstellung ganzer Bauwerke benutzt worden, übrigens aber des hohen Preises wegen hauptsächlich für Fundamentierungen in schwierigen Verhältnissen verwendet worden. Der Panzer als schützende Hülle für Geschütze und Beobachtungsstationen ist zweifellos auf deutschem Boden zuerst zu der Vollkommenheit gefördert worden, die ihn zum wertvollsten Schutzmittel für den Festungsbau gemacht hat, und alle anderen Länder mußten sich lange Zeit darauf beschränken, deutsche Erzeugnisse zu beziehen oder nachzuahmen. Die Namen des preußischen Ingenieur-Oberstleutnants Maximilian Schumann und des Eisentechnikers Hermann Gruson werden für immer mit der Geschichte der Panzerkonstruktionen ebenso unzertrennlich verknüpft sein, wie der Name der Firma Friedr. Krupp mit der Geschichte der gezogenen Geschütze. Die Baustoffe waren also vorhanden, reiche Mittel (140 Millionen) wurden durch den Reichstag für die Verstärkung der Festungen zur Verfügung gestellt, und so konnten die Ingenieure 1887 daran gehen, die noch kaum beendeten Festungswerke durch schwierige und kostbare Verstärkungen wieder kriegsbrauchbar zu machen. Nur hierauf mußten sie sich fürs erste beschränken, denn die Zeitverhältnisse forderten gebieterisch größte Beschleunigung; und obgleich allen bewußt war, daß die neuen artilleristischen Kampfmittel auch eine vollständige Umgestaltung der Befestigungsformen bewirken würden, mußte man diese Aufgabe auf eine spätere, ruhigere Zeit verschieben. Ihrer Lösung mußten eingehende Versuche und Studien vorangehen.

Die Etatszahlen des Ingenieurkorps sind nicht darauf berechnet, daß gleichzeitig in einer großen Anzahl von Festungen ein starker Baubetrieb stattfindet, denn es wurden bisher nur stets wenige Plätze gleichzeitig in Angriff genommen und für diesen Zweck stärker mit Offizieren versehen. Nun mußten aber notgedrungen die Verstärkungsbauten gleichzeitig in allen größeren Festungen der Ost- und Westgrenze ausgeführt werden, und die persönlichen Anforderungen an die beteiligten Offiziere waren deshalb ganz außerordentliche. Trotzdem ist es ihnen mit äußerster Kraftanstrengung gelungen, die Verstärkungen binnen weniger Jahre zu vollenden: die wichtigen Hohlbauten mit Betondecken zu versehen, die Grabenflankierungsanlagen von der innern an die äußere Grabenwand zu verlegen, die der Zerstörung ausgesetzten Hindernismauern zu beseitigen und durch andere Hindernismittel zu ersetzen, die überragenden Traversen umzubauen und den Wall zweckmäßiger umzugestalten usw. Unbeachtet ist diese Riesenarbeit geleistet worden, wie die Tätigkeit des Ingenieurs sich meist der allgemeinen Beachtung geräuschlos entzieht, und doch war sie für die Sicherung des Friedens in jenen Jahren gewiß nicht weniger einflußreich als die beschleunigte Durchführung der Neubewaffnung der Armee. Denn ein brüchiger Schild reizt den Gegner ebenso zum Angriff wie ein stumpfes Schwert, da es ihm leichtere Erfolge verspricht.

Wie erwähnt, hatte die Verwendung des rauchschwachen Pulvers die Herstellung neuer, für die Ausnutzung der erreichbaren Vorteile geeigneter Schußwaffen zur Voraussetzung. Obgleich die Infanterie erst kürzlich mit einem Mehrlader, dem Modell 71/84 bewaffnet worden war, wurde 1888 eine neue Waffe konstruiert: ein Mehrlader von 7,9 mm Kaliber, dessen Tragweite (3800 m) das doppelte Maß des alten Gewehrs erreichte, dessen Flugbahn bis 600 m sich nicht über Mannshöhe über den Boden erhob, und dessen Geschosse eine bedeutend erhöhte Durchschlagskraft erhielten. Die Herstellung der Waffe wurde so beschleunigt, daß die deutsche Armee damit ebenso schnell ausgestattet werden konnte, wie die französische mit dem soviel früher konstruierten Lebel-Gewehr, und eifrigst an der immer mehr in den Vordergrund tretenden Schießausbildung der Mannschaften gearbeitet. Das Einzelschießen ward von 400 auf 600 m, das Abteilungsschießen bis auf 2000 m erweitert. Man konnte sich nicht verhehlen, daß die größere Schußweite, Treffwahrscheinlichkeit und Geschoßwirkung der neuen Waffen jede Verwendung von geschlossenen Truppenabteilungen im Feuerbereich ausschließen würde, daß sich die Infanterie nur in aufgelöster Ordnung und mit sorgfältigster Ausnutzung jeder noch so kleinen Unebenheit, jedes Strauchs und jeder Bodenfurche an den Gegner

heranarbeiten könne, und da hiermit die Leitung ungemein erschwert wird, so mußte auf die Ausbildung des Mannes zum selbständigen Handeln, auf eine strengere Erziehung in der Feuer- und Gefechtsdisziplin besonderes Gewicht gelegt werden. Anstatt, wie bisher, die Schießfertigkeit nur auf den Schießständen zu lehren und bei Felddienstübungen sich mit dem Verpuffen von Platzpatronen zu begnügen, wurde das Gefechtsschießen im Gelände eingeführt und immer mehr betont. Da hierbei mit scharfen Patronen gegen feste und bewegliche Ziele geschossen wird, mußten für solche Übungen Geländestrecken erworben und von jeder Ansiedelung freigehalten werden, Geländestrecken die der großen Tragweite der Schußwaffen wegen bedeutende Ausdehnung erhalten mußten und allmählich in allen Armeekorpsbezirken als „Truppenübungsplätze" geschaffen wurden. Dort wurden Barackenlager errichtet, so daß alle Truppenteile abwechselnd Gelegenheit erhalten, möglichst kriegsmäßige Übungen daselbst abzuhalten. Da man aber ferner aus dem Verlauf des Krieges von 1870/71 die Lehre gezogen hatte, daß die Operationen durch keine Rücksicht auf die Jahreszeit und ihre Unbilden unterbrochen werden dürfen, so ward auch die alte Gewohnheit aufgegeben, die Truppenübungen auf bestimmte Jahreszeiten zu beschränken, und Winterübungen wurden seitdem mit demselben Eifer wie Sommer- und Herbstübungen betrieben.

Hatten selbst die Erfahrungen von 1870/71 nicht zur Aufstellung eines ganz neuen Exerzierreglements der Infanterie genötigt, sondern nur zeitgemäße Veränderungen und Zusätze bei Neuabdruck des alten Reglements von 1847 veranlaßt, so zeigt sich die außerordentliche Einwirkung der neuen Feuerwaffen auf die Taktik am deutlichsten in der endlichen Bearbeitung des neuen Exerzierreglements vom 1. September 1888, das sich als Schlußstein der Einführung des neuen Gewehrs, einer neuen Felddienstordung und Schießvorschrift anschloß. Der Ton, auf den es abgestimmt war, klingt aus dem Leitsatz: „Das Exerzieren bezweckt Schulung und Vorbereitung der Führer und Mannschaften für den Krieg; alle Übungen müssen deshalb auf den Krieg berechnet sein, im Kriege verspricht nur Einfaches Erfolg" und aus dem denkwürdigen Satz: Die Ausbildung der Truppe ist nur dann richtig, „wenn sie das kann, was der Krieg erfordert, und wenn sie auf dem Gefechtsfelde nichts von dem wieder abzustreifen hat, was sie auf dem Exerzierplatze erlernte." In dieser kriegsmäßigen Ausbildung ist die deutsche Armee seitdem allen anderen Armeen vorangegangen und hat bewiesen, daß sie, weit entfernt von dem Wunsche, auf ihren Lorbeeren auszuruhen, Tag für Tag darauf bedacht ist, die ihr dargebotenen vervollkommneten Kampfmittel nach Kräften auszunutzen und ihre Ausbildung ihrer zweckmäßigsten Verwertung anzupassen. Sie ist sich bewußt, daß nur Höchstleistungen in einem zukünftigen Kriege ihr den Sieg erringen helfen.

Langsamer als die Infanterie kam die Feldartillerie zur Entwicklung. Ihre Waffe ist nicht so leicht auf dem Boden festzustellen, wie das Gewehr in der Hand des Schützen lagert, und der Rückstoß der Gase, der bei jedem Schuß die Lafette zurücklaufen läßt, macht ein wiederholtes Richten notwendig, verhindert also ein Schnellfeuer, wie es ein unverrückbar festgelagertes Rohr gestattet. Bevor Konstruktionen erfunden wurden, die den Rückstoß aufzuheben vermögen, verfloß noch geraume Zeit; vorderhand erreichte die Feldartillerie ein lang erstrebtes Ziel: das Einheitsgeschütz 73/91, das den reitenden wie den fahrenden Batterien zugeteilt werden konnte, und tat den ersten Schritt zur Hemmung des Rücklaufs durch Einführung einer Seilbremse. Neben Pulvergranaten und Schrapnells wurden selbstverständlich auch Sprenggranaten verfeuert. Schon wurden aber Stimmen laut, die der Feldartillerie eine Haubitze zuerteilt wissen wollten, wodurch die Einheitlichkeit der Ausrüstung wieder in Frage gestellt wurde.

Der Dienst der Kavallerie ward immer vielseitiger und brachte mehr und mehr Leben in die Waffe; während einerseits durch Übungen in großen Verbänden (Divisionen) die Verwendung in großen Massen vorbereitet wurde, stellte die durchgängige Ausrüstung mit einer guten Schußwaffe, dem Karabiner 71, immer wachsende Anforderungen an die Schießausbildung des Reiters, da das Fußgefecht stärker betont werden konnte. Mit der wachsenden Erkenntnis von der Bedeutung der selbständigen Kavalleriekörper

für die Aufklärung und Erkundung des Gegners machte sich die Notwendigkeit geltend, sie auch zu selbständigen Aktionen angesichts feindlicher Infanterie und zur Überwindung besonderer Bewegungsschwierigkeiten zu befähigen. Die Reiter mußten lernen, im Fußgefecht mit dem Karabiner der Infanterie die Stirn zu bieten, sie durften nicht, wie noch 1870 geschehen, vor irgend einem Hindernis, wie einem Fluß, ratlos stehen bleiben, wenn keine Pioniere zu erreichen waren, und mußten sich deshalb eingehender mit einfachen Aufgaben des Pionierdienstes beschäftigen; sie bedurften endlich der Ausbildung, um sich auch die Telegraphie nutzbar zu machen und Nachrichten schneller als zu Pferde an das Hauptquartier zu befördern. Die 1886 eröffnete Telegraphenschule ward deshalb durch die Kavallerie stark benutzt, um sowohl für Ausnutzung ständiger Leitungen als für Verwertung von Vorpostenapparaten die nötigen Kenntnisse zu gewinnen. Die Kürassiere wurden 1888 durch Fortfall des Kürasses aus der Feldausrüstung erleichtert, erhielten aber dafür 1890 Lanzen, die später bei allen Kavallerieregimentern eingeführt wurden.

Das Jahr 1888 war, wie wir sehen, in vielfacher Beziehung von großer Bedeutung für die Armee. Es bezeichnet aber auch dadurch einen neuen Abschnitt in Deutschlands Kriegswesen, daß ein neues Wehrpflichtgesetz, das der unvergeßliche Schöpfer seiner Organisation, Kaiser Wilhelm I., kurz vor seinem Ende am 11. Februar noch unterzeichnen konnte, das im Jahre 1867 beseitigte zweite Aufgebot der Landwehr wiederherstellte. Die Dienstpflicht findet danach erst am 31. März desjenigen Kalenderjahres ihren Abschluß, in dem das 39. Lebensjahr vollendet wird, und ward von 12 auf 18 Jahre ausgedehnt, um der Armee eine durch die obwaltenden politischen Verhältnisse gebotene Stärke zu verleihen. Außer dieser Vermehrung der Armee durch 6 Jahrgänge ausgebildeter Mannschaften wurde aus den Ausgelosten oder aus anderen Gründen im Frieden vom Dienst befreiten jungen Leuten eine Ersatzreserve gebildet, die 12 Jahrgänge umfaßt. Kontrollversammlungen und kurzzeitige Übungen mit der Waffe sollten der oberflächlichen Ausbildung und, wie bei den Landwehren, zur Erhaltung der Kriegstüchtigkeit dienen. Gleichzeitig erhielt das Gesetz betreffend die Fürsorge für Witwen und Waisen von Angehörigen des Reichsheeres und der Marine vom 17. Juni 1887 eine Ergänzung in dem Reichsgesetz vom 28. Februar 1888, das die Unterstützung der Familien von in den Dienst eingetretenen Mannschaften im Falle der Bedürftigkeit regelte.

Inzwischen hatten die erwähnten allmählichen Vermehrungen der Truppenkaders zu einer Überfüllung der höheren Verbände geführt; war doch selbst das Eisenbahnregiment 1887 auf 4 Bataillone gebracht worden, um seinen Kriegsaufgaben genügen zu können. Wenn man die Zahl von 25 Infanteriebataillonen als Norm für die Stärke eines Armeekorps festhalten wollte, wären die seit 1888 bestehenden 534 Bataillone nicht wie bisher in 18 sondern in mindestens 21 Armeekorps zu formieren gewesen. Diese Überfüllung der höheren Verbände nötigte 1890 zur Aufstellung von zwei neuen preußischen Armeekorps und einer bayrischen Division, wozu die Stäbe der Generalkommandos, Divisionen, Kavallerie-, Infanterie- und Feldartilleriebrigaden sowie die der Feldartillerieregimenter geschaffen werden mußten, während eine Vermehrung der Truppenteile in größerem Umfang nur bei der Artillerie nötig war. Um, wie beabsichtigt, jeder Division ein Feldartillerieregiment von je 4 Abteilungen (11 Batterien) zuteilen zu können, wurde die Zahl der Batterien von 364 auf 434 vermehrt. Die Infanterie erhielt nur 4 neue Bataillone, die Pioniere wurden um ein Bataillon vermehrt, um für jedes der 20 Korps ein solches verfügbar zu haben, der Train von 18 auf 21 Bataillone gebracht, die 4 Eisenbahnbataillone aber in eine Brigade von 2 Regimentern umgeformt. Die Friedenspräsenzstärke wurde auf 486 983 Köpfe festgestellt.

So ging das Deutsche Reich aus dieser gefahrdrohenden Periode mit einer in jeder Beziehung verstärkten und gefestigten Rüstung hervor, deren hauptsächlicher Vorteil darin zu suchen ist, daß die Organisation eine vollständige Ausnutzung der Volkskraft im Falle eines Krieges gestattet, und daß ihre Ausbildung durch Zahl und Stärke der Friedenskaders gewährleistet ist, daß also die immer zunehmende Bevölkerungs-

zahl der Streitmacht unmittelbar zu gute kommt, während die geringe Volksvermehrung Frankreichs dessen fortgesetztem Wettbewerb in der Aufstellung von Heeresmassen bald ein Ziel setzen muß. — Sein Bestreben, Deutschland in der Zahl der Friedenskaders womöglich zu übertreffen, eine genügende Ausbildung der Mannschaften wird durch deren geringe Kopfstärke in Frage stellt. Deutlich tritt aber bei der Entwicklung der deutschen Armee die der Infanterie und Artillerie zuerkannte größere Bedeutung für den Krieg hervor. Das Verhältnis der Kavallerie zur Infanterie hat sich stark verschoben: während 1874 die Zahl der Eskadrons der der Bataillone beinahe gleichkam, verhielt sie sich zu ihr jetzt ungefähr wie 4 zu 5. Dagegen drückte sich die höhere Bewertung der Feldartillerie für den Kampf darin aus, daß 1874 auf jedes Infanteriebataillon nur 3,8 Geschütze kamen, jetzt aber deren 4,8. Und dies Verhältnis sollte sich in der Zukunft noch bedeutend steigern. Auch die Fußartillerie ging einer neuen Entwicklungsperiode entgegen, indem sich die Notwendigkeit aufdrängte, zur Bekämpfung der an der Ost- und Westgrenze des Reiches erbauten Befestigungen der Nachbarländer der Feldarmee unmittelbar schwere Artillerie folgen zu lassen. Es schien geboten, bestimmte Artillerieabteilungen mit bestimmten für den Zweck geeigneten Geschützen dauernd auszurüsten und ihnen Bespannungsabteilungen beizugeben, um sie stets verwendungsbereit zu machen. Aller Nachdruck ward nach wie vor bei der Vorbereitung des Festungskrieges auf die Artillerie gelegt, zu deren Leistungsfähigkeit man ein übertriebenes Vertrauen bewahrte, dagegen ward die Vorbereitung in technischer Beziehung völlig vernachlässigt. Der Wunsch der Pioniere, durch Aufstellung von Festungspionierkaders eine dringend notwendige Arbeitsteilung eintreten zu lassen, ward ohne Bedenken beiseite geschoben, da man überzeugt war, die Artillerie werde die feindlichen Festungen ganz allein bezwingen, und die Pioniere würden höchstens zu ihrer Unterstützung, aber nicht mehr zur selbständigen Lösung besonderer Aufgaben erforderlich sein. So ereignete es sich merkwürdigerweise in einer Zeit, der die Entwickelung der Technik ihren Stempel aufdrückte, daß die technische Truppe als solche in den Hintergrund gedrängt und nur diejenigen Zweige, die den Bedürfnissen des Verkehrs entsprachen, gepflegt wurden.

Die Entwicklung seit Einführung der „zweijährigen Dienstzeit" 1893.

Die Heeresleitung beschloß, 1883 alle berechtigten Bedenken gegen die vom Reichstage immer dringender verlangte Abkürzung der aktiven Dienstzeit auf 2 Jahre beiseite zu setzen, um der zeitgemäßen weiteren Vermehrung der militärischen Streitkräfte die Wege zu bahnen, und nur für die berittenen Truppen die dreijährige Präsenzzeit festzuhalten. Es lag auf der Hand, daß die zweijährige Dienstzeit eine bedeutende Verstärkung der Armee bedeutete, da selbst bei gleichbleibender Friedensstärke jährlich ein volles Drittel an Mannschaften mehr ausgebildet werden konnte. Mit Fortfall der dritten Jahresklasse wurden aber die Lehrkräfte bedeutend vermindert, und an das ausbildende Personal der Offiziere und Unteroffiziere mußten viel höhere Anforderungen gestellt werden, um die an sich von Jahr zu Jahr schwierigere Ausbildung der Mannschaften binnen kürzerer Frist bis zu dem Grade zu bewirken, wie die neue Bewaffnung und die zerstreute Gefechtsweise es dringend erforderten. Die nach schwerem Kampfe am 15. Juli genehmigte Präsenzstärke von 479 229 Mann blieb nur scheinbar hinter der bisherigen Zahl zurück, das die Unteroffiziere dabei nicht mehr mitgezählt wurden, und die Vermehrung kam der Feldartillerie mit 60 Batterien, der Fußartillerie mit 6, den Pionieren mit 3, den Eisenbahntruppen mit $2^1/_2$ Bataillonen zugute; die Infanterie wurde um 173 halbe Bataillone vermehrt, die als vierte Bataillone den Regimentern angegliedert wurden und dazu dienen sollten, die übrigen Bataillone von der großen Zahl der Kommandierten zu entlasten und dadurch die Ausbildung zu erleichtern.

Die zweijährige Dienstzeit sollte zwar nur versuchsweise eingeführt werden, aber tatsächlich war eine Rückkehr zur dreijährigen, wenn sich jene auch nicht voll bewährte, nach einigen Jahren kaum mehr möglich. Sie mußte sich also bewähren, und nicht umsonst wurde an den Ehrgeiz und an die alte Pflichttreue des Offizierkorps appelliert.

Schwieriger war die Unteroffizierfrage zu lösen. Um den nötigen Ersatz zu bekommen, mußte ihre gesellschaftliche Stellung gehoben und als Lohn für längere Dienstzeit die Aussicht auf eine annehmbare bürgerliche Stellung geboten werden. In den Kasernen wurden Unteroffizierkasinos und besondere Unteroffizierstuben eingerichtet, bei der Verpflichtung zu längerem als zweijährigem Dienst ein Kapitulationsgeld von 100 Mark gezahlt und nach zwölfjährigem Dienst eine Dienstprämie von 1000 Mark bewilligt, außerdem aber in den verschiedensten Verwaltungen zahlreiche Stellen für die Besetzung mit gedienten Unteroffizieren bestimmt. Auf diese Weise gelang es, diesem für die Armee außerordentlich wichtigen Stand größeres Ansehen bei den Mannschaften und bei der Bürgerschaft zu verschaffen und den Unteroffizieren die Dienstfreudigkeit und den guten Willen zu erhalten, die unbedingt nötig sind, um sie zu wertvollen Gehilfen des Offizierkorps zu machen.

Während sich Offiziere und Unteroffiziere — allerdings anfangs mit äußerster Kraftanstrengung — in die Erfüllung ihrer so bedeutend gesteigerten Pflichten einlebten, bewährte sich die Einrichtung der Halbbataillone nicht. Es war unmöglich, mit den wenigen, nach Abgabe der Kommandierten verbleibenden Mannschaften kriegsmäßige Übungen abzuhalten, und man hätte auf eine gründliche, planmäßige Ausbildung der Kompagnie verzichten, jährlich etwa 13 000 nicht vollwertiger Reservisten entlassen müssen, wenn man diese Einrichtung beibehielt. Die Halbbataillone wurden deshalb 1897 zu Vollbataillonen zusammengezogen und damit die Infanterie auf 624 Bataillone gebracht.

In der Bewaffnung ist Deutschland anderen, namentlich Kleinstaaten, nicht gefolgt, als sie zu noch kleineren Kalibern der Gewehre übergingen, sondern hat unter Beibehaltung der Laufweite von 7,9 mm die Infanteriewaffe durch Benutzung aller Vervollkommnungen, die durch die technische Wissenschaft dargeboten wurden, ständig weiter entwickelt. Damit war der große Vorteil verbunden, daß die in großen Massen vorrätig gehaltene Munition nicht entwertet wurde, sondern auch nach Einführung verbesserter Munition für Friedenszwecke weiter verwendet werden konnte; daß ferner die Herstellung der mehrfach verbesserten neuen Modelle nicht überhastet, nicht durch Heranziehung schwer zu kontrollierender Fabriken hinsichtlich der Güte gefährdet zu werden brauchte, da das alte Modell immer neben dem neuen gebrauchsfähig blieb. Die große Errungenschaft der Neuzeit, mit der Erfindung neuer oder vervollkommneter technischer Mittel nicht mehr, wie früher auf den Zufall angewiesen zu sein, sondern auf wissenschaftlichem Wege das Ziel sicher zu erreichen, wurde durch die Militärverwaltung voll ausgenutzt und durch Schaffung von Organen für diesen Zweck wesentlich gefördert. In dieser Beziehung ist für die Waffentechnik das ballistische Laboratorium der Kriegstechnischen Akademie zu Charlottenburg von der größten Bedeutung. So erreichte man auf wissenschaftlichem Wege mehr, als andere Staaten durch Einführung von Gewehren noch kleineren Kalibers. Wenn dies nämlich eine wesentliche Steigerung der Geschoßgeschwindigkeit gestattete, so gewann das deutsche Gewehr doch wieder einen Vorsprung durch Einführung eines Geschosses, dessen Gestalt auf wissenschaftlichen Erwägungen beruht und ermöglichte, seine Mündungsgeschwindigkeit auf die bisher unerreichte Höhe von 885 m in der Sekunde zu steigern. Dies ist die sogen. S-Munition, die 1905 zur Einführung kam.

Mit der fortschreitenden Verbesserung der Schußwaffen ging die Entwicklung der Schießausbildung Hand in Hand. Während aber früher hauptsächlich auf das „Fleckschießen" auf kleine Entfernungen (200—250 m), d. h. auf das sichere Treffen eines Punktes auf bekannte Entfernung, das Gewicht gelegt wurde, verkleinerte man das bisher deutlich erkennbare, große Scheibenziel zu dem eines gedeckt liegenden, schwer erkennbaren Gegners und stellte die Aufgabe, es noch auf der Grenze der mittleren und nahen Entfernungen (600 m) zu treffen. Daneben wurde das Entfernungsschätzen zu einer besonderen, gründlich geübten Aufgabe.

Die Kavallerie erhielt endlich 1895 zwar keine Vermehrung aber doch eine gewisse Entlastung durch die Aufstellung von 7 Eskadrons „Meldereiter", deren Bestimmung

aus dieser Bezeichnung ersichtlich ist. Beides aber wechselte bald: die allmählich auf 17 Eskadrons vermehrten Meldereiter erhielten die Bezeichnung „Jäger zu Pferde" und wurden später mit 28 neuaufgestellten Eskadrons zu 9 Kavallerieregimentern von je 5 Eskadrons umgeformt, so daß die Kavallerie im Jahre 1909 auf die Stärke von 510 Schwadronen gebracht wurde. Da die Infanterie aber in diesem Jahr auf 633 Bataillone kam, blieb das Verhältnis von etwa 5 zu 6 noch weit hinter dem zurück, das im Anfang der siebziger Jahre zwischen beiden Waffen bestand.

Der umfangreichsten Entwicklung hatte sich, wie bisher, auch ferner die Feldartillerie zu erfreuen. Im Jahr 1900 handelte es sich darum, jeder Division eine volle Artilleriebrigade von durchschnittlich 12 fahrenden Batterien und jedem Korps eine reitende Abteilung zuzuteilen, und da gleichzeitig drei neue Armeekorps (je ein preußisches, bayrisches und sächsisches) gebildet wurden, mußte eine abermalige Vermehrung der Feldartillerie von 494 auf 574 Batterien erfolgen, welche Zahl 1902 erreicht wurde. Das bedeutende Wachstum, das diese Waffe dank dem ihr zuerkannten Gefechtswert seit dem Kriege von 1870 erfahren hat, tritt am deutlichsten in der Verhältniszahl zwischen den Geschützen und Bataillonen der Infanterie hervor. 1874 kamen 3,8 Geschütze auf ein Bataillon, 1902 dagegen 5,5. Das Verhältnis hat sich also um 45 vom Hundert gesteigert.

Die Bewaffnung der Feldartillerie schritt ebenso stätig vor, wie die der Infanterie. Wie erwähnt, handelte es sich darum, dem Geschütz eine Lafette zu geben, die unter Beseitigung der ungünstigen Einwirkungen des Rückstoßes dem Rohr eine möglichst unverrückbare Lagerung gewähre, um die Vorteile des rauchschwachen Pulvers für das Schnellfeuer voll ausnutzen zu können. 1896 wurde deshalb ein Sporn am Lafettenschwanz angebracht, der beim Schießen sich in den Boden eingrub und dadurch den Rücklauf des Geschützes verhindern sollte. Das Ziel wurde damit nicht erreicht und erst in der neuesten Zeit in der Konstruktion der Rohrrücklauflafetten das Mittel gefunden, das zwar die Einfachheit des Geschützes beeinträchtigt, aber bei sachgemäßer und sorgfältiger Herstellung sich als durchaus kriegsbrauchbar erwiesen hat und dem Zweck vollständig entspricht, das Rohr nach jedem Schuß wieder in die alte Lage zurückzubringen und dadurch ein nochmaliges Nachrichten überflüssig zu machen. Das Geschütz kann jetzt Schuß auf Schuß so schnell hintereinander abgeben, als die Bedienungsmannschaft es zu laden vermag. Und für die Beschleunigung des Ladens ward schon 1896 ein Mittel gefunden, indem Geschoß und Pulverladung in einer Metallpatrone vereinigt wurden, die ebenso wie beim Gewehr nach Öffnung des Verschlusses eingebracht wird und die Manipulation des Ladens ungemein vereinfacht. Bei Einführung des Rohrrücklaufgeschützes (Feldkanone 96 N. A.) mußte auch die durch den Vorgang Frankreichs angeregte Frage gelöst werden, ob an den Lafetten Panzerschilde zum Schutz der Bedienungsmannschaften angebracht werden könnten, ohne ihr Gewicht in unzulässiger Weise zu erhöhen. Die 1901 begonnen Versuche führten zu einem den Schilden günstigen Ergebnis, und mit Gewinn dieses Schutzmittels machte die Feldartillerie abermals einen gewaltigen Schritt vorwärts, um sich einen schwerwiegenden Einfluß auf dem Schlachtfeld zuerobern.

Die Einrichtung des Kampfplatzes durch den auf den Kampf sich vorbereitenden Verteidiger war inzwischen durch die Rücksichtnahme auf die neuen Feuerwaffen und ihre Wirkung wesentlich beeinflußt worden. Man war zu der Überzeugung gekommen, daß die alten Formen der Feldbefestigung keine zweckmäßigen Deckungen für die vorbereitete Gefechtsstellung mehr böten. Weder die teilweise noch gebräuchlichen hochaufgezogenen Schanzen noch die niedrigen aber immer noch ringsum geschlossenen Infanteriestützpunkte des deutschen Reglements konnten für längere Zeit gegen das auf weite Entfernung eröffnete, treffsichere Feuer der Artillerie Schutz gewähren. Sie boten so geräumige und gar nicht zu fehlende Ziele, daß ihr Zweck voraussichtlich verfehlt wurde, daß sie nämlich durch die feindliche Artillerie ganz kampfunfähig gemacht sein würden, noch bevor sie dem Ansturm der Infanterie entgegentreten könnten. Das einzige, ihren Besatzungen zu gewährende Schutzmittel, der Einbau von tief in den Boden versenkten Schutzhohl-

räumen, vermehrte die zu leistende Arbeit so sehr, daß man bezweifeln mußte, die dazu nötige Zeit und Arbeitskraft zu besitzen.

Die deutsche Feldbefestigungsvorschrift von 1893 schlug daher einen ganz neuen Weg ein, indem sie die Vorteile auszunutzen sich bestrebte, die durch das rauchschwache Pulver dem Verteidiger geboten werden: Wenn die Schützenlinie nicht mehr durch die Rauchentwicklung ihres Feuers verraten wird, so tut sie gut, sich so im Gelände einzunisten, daß auch ihre Befestigungsanlagen ihren Standort dem Gegner nicht kundgeben können. Das Ergebnis dieser Erwägung lehrt die Vermeidung jedes erheblich sich vom Gelände abhebenden Bauwerks, die Beschränkung auf Deckungen niedrigsten Aufzuges, hinter ihnen nur schmale, sorgfältig maskierte Gräben und keine geräumigen Hohlbauten, sondern nur kleine, aber desto zahlreichere Unterschlupfe, um die Wirkung eines Treffers möglichst zu begrenzen. Die veraltete Ingenieurkunst des Schanzenbaus mit sorgfältigem Defilement ward damit vollständig abgestreift, dafür aber die schwierigere Kunst der ausführenden Truppe übertragen, ihre Befestigung dem Gelände so anzuschmiegen, daß sie jeden durch dies gebotenen Vorteil sorgfältig benutzt, dem Vorschreiten des Gegners kräftig zu begegnen gestattet, die eigene Angriffsbewegung nicht hindert und — vor allem so in den Geländeformen verschwindet, daß der Feind keine Zielpunkte findet. Mit Erlernung dieser Kunst wurde aber nicht allein die Pioniertruppe sondern die gesamte Infanterie durch die Feldpionier-vorschrift für die Infanterie von 1894 beauftragt, eine Aufgabe, der allerdings zunächst mancherlei Bedenken hindernd in den Weg traten.

Dem Vorgang Deutschlands folgte auf diesem Wege aber auch das Ausland, und da besonders unsere westlichen Nachbarn stets großes Geschick in der Befestigungskunst gezeigt haben, mußte man damit rechnen, die von unserer Seite vorgeschlagenen Verstärkungen des Kampffeldes seitens unseres Gegners einmal wirklich ausgeführt vor sich zu haben, also angreifen zu müssen, und daraus ergab sich die Frage, ob die Artillerie die Fähigkeit und Mittel besitze, auch eine solche Stellung sturmreif zu machen. Man mußte eingestehen, daß mit dem Flachbahnfeuer des Feldgeschützes solchen Zielen von so geringer Tiefenentwicklung kaum etwas anzuhaben sein würde, und sah sich veranlaßt, den Standpunkt des Einheitsgeschützes wieder aufzugeben und neben der Kanone auch eine Feldhaubitze einzuführen: die leichte Feldhaubitze 98.

Die kriegerischen Ereignisse der neunziger Jahre, die Kriege zwischen China und Japan 1894/95, zwischen Griechenland und der Türkei 1897 und zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika 1898, hatten wenig Vorgänge aufzuweisen, die für die Entwicklung des Landkrieges von Bedeutung gewesen wären. Desto mehr Aufmerksamkeit erregte der südafrikanische Krieg (1899/1901), in dem zwei hartnäckig ringende Gegner im Besitz ganz moderner Bewaffnung zahlreiche Kämpfe um befestigte Stellungen führten. Dabei trat die außerordentliche Stärke, die dem Verteidiger einer vorteilhaften und gut befestigten Stellung aus der Verwertung der modernen Schußwaffen erwuchs und andererseits die Unfähigkeit der Artillerie dem gegenüber deutlich hervor. Erklärlicherweise suchte man den Eindruck durch Hinweis auf die von europäischen sehr verschiedenen Verhältnisse des Landes und der Kämpfer abzuschwächen. Es war dennoch nicht zu verhehlen, daß die bisherige Überschätzung der Artillerie den ersten empfindlichen Stoß erhalten hatte. Die Infanterie trat wieder mehr in den Vordergrund, und nachdem die ersten Versuche, den Buren ihre Angriffsart abzulauschen, glücklich überwunden waren, konnte man als Frucht dieses Krieges die Erkenntnis einheimsen, daß die Artillerie zwar nicht die Entscheidung herbeizuführen, aber den Angriff der Infanterie wirksam vorzubereiten und noch wirksamer zu begleiten und zu unterstützen berufen sei, daß der Angriff eine breitere Entwicklung der Front und eine möglichst weitgehende Individualisierung bei der Ausbildung der Mannschaften erfordere.

Die Schwierigkeiten, das Vorfeld einer feindlichen Stellung zu überwinden, die Notwendigkeit, schon auf große Entfernung der feindlichen Geschützwirkung Rechnung zu tragen, und die Folgerung, daß der so bedeutend ausgedehnte Raum nur in beträchtlich

längerer Zeit zu überschreiten wäre, führte zu der Erkenntnis, daß die Zeitdauer einer zukünftigen Schlacht sich unbedingt über mehrere Tage erstrecken werde, daß der Angreifer ebenfalls sich genötigt sehen würde, auf dem Vormarsch jeden zur Verteidigung geeigneten Punkt sofort zu befestigen, um Gegenangriffen begegnen zu können, und daß es zweckdienlich sein könne, neben der Feldartillerie auch schwerere Geschütze heranzuziehen. Der Kampf um eine befestigte Stellung gewann dadurch immer mehr Ähnlichkeit mit dem Festungskampf, und die für einen solchen bestimmten Batterien der Fußartillerie mit Bespannung gewährten ein willkommenes Mittel der Verstärkung: sie erhielten als „schwere Artillerie des Feldheeres" die neue Bestimmung, der Feldarmee zu folgen und sich für die Verwendung gegen feindliche Feldstellungen ebenso wie gegen Festungen bereit zu halten. Wie mit der Einführung bespannter schwerer Batterien, wie mit der Befestigung von Stellungen nach neuen Gesichtspunkten, so ging die deutsche Armee auch mit der Maßregel der schweren Artillerie des Feldheeres den anderen Armeen voran und bestimmte damit den zukünftigen Charakter des Kampffeldes sowie der Schlacht in konsequenter Folgerung aus den Fortschritten der Streitmittel und in Voraussicht der Ereignisse, die während des japanisch-russischen Krieges eine kaum zu erwartende Illustration dazu gaben.

Haben die Russen auf den ostasiatischen Schlachtfeldern von der Feldbefestigung auch wahrscheinlich einen viel zu ausgedehnten Gebrauch gemacht, so sahen sich doch auch die zu stürmischem Angriff geneigten Japaner gezwungen, den Spaten viel mehr zu benutzen, als es jemals früher vorgekommen ist, und man kann sich jetzt der Überzeugung nicht mehr verschließen, daß er in zukünftigen Kriegen in ähnlicher Weise zur Geltung kommen und sich seinen Wert neben der Schußwaffe bewahren wird. Dem trugen auch die neuen Vorschriften: das Exerzierreglement der Infanterie von 1906, die Feldbefestigungsvorschrift vom selben Jahr und die Felddienstordnung von 1908 Rechnung, indem sie die Übungen der Infanterie in der Befestigungskunst stärker betonten. Auch die „Anleitung für Arbeiten der Kavallerie im Felde" von 1893 ward in der „Kavallerie-Pionier-vorschrift" von 1907 wesentlich erweitert. Anstatt des damals eingeführten Faltbootgerätes kamen Stahlboote zur Einführung, um selbständigen Kavalleriekörpern das Überschreiten von Gewässern zu erleichtern. So besitzen jetzt die Kavalleriedivisionen alle technischen Hilfsmittel, deren sie bedürfen, um unabhängig von anderen Waffen selbst auf große Entfernungen vom Gros der Armee auftreten zu können, ohne einem Zusammenstoß mit feindlicher Infanterie und Artillerie ausweichen zu müssen oder durch einen Wasserlauf in ihrer Tätigkeit gehindert zu werden.

Der russisch-japanische Krieg brachte aber auch ein lang ersehntes Beispiel des Festungskampfes, die Belagerung von Port Arthur, und diese gab endlich die Antwort auf die seit Jahrzehnten schwebende und umstrittene Frage, ob die schwere Artillerie wirklich imstande sein werde, der Aufgabe zu genügen, deren Lösung sie immer mit solcher Bestimmtheit in Aussicht gestellt hatte: ob sie aus der Ferne die Werke und ihre Besatzungen so vernichtend zu schädigen vermöchte, daß sie einem Nahangriff nicht mehr stand halten könnten, und daß die vormarschierende Infanterie ohne wesentliche Schwierigkeiten die durch die schwere Waffe zur Reife gebrachte Frucht pflücken werde. Wenn die Japaner auch nicht über so zahlreiche schwere Wurfgeschütze verfügten, wie der Angriff auf eine vollwertige europäische Festung verlangen würde, so war ihre Artillerie doch immer der der Besatzung von Port Arthur stärker überlegen, als es sonst der Fall wäre, und die angegriffene Festung selbst genügte so wenig den an unsere Gürtelfestungen zu stellten Anforderungen, daß für die japanische Artillerie jedenfalls ein Erfolg leichter zu erringen sein mußte, als für einen stärkeren europäischen Belagerungstrain einer vollwertigen Festung gegenüber. Da nun die Japaner trotz der kräftigsten Beschießung gezwungen waren, Monate lang einen äußerst schwierigen Nahangriff durchzuführen und alle Versuche, mit stürmender Hand den Gürtel der Forts zu durchbrechen, mit fast unglaublichen Verlusten bezahlen mußten, ist die Tatsache gar nicht zu bemänteln, daß der Fernangriff der Artillerie nicht ein Ergebnis zu erzielen vermag, das den gehegten

Erwartungen einigermaßen entspräche, daß daher in Zukunft nicht nur der Fernangriff sondern auch der Nahangriff vorzubereiten sein wird.

Dieses Ergebnis ist für unsere Armee von der größten Wichtigkeit, weil die Ausbildung der technischen Waffe für den Nahangriff bisher vollständig vernachlässigt worden war. Die Belagerung von Port Arthur hat die vielgestaltigen Aufgaben klar vor Augen gerückt, die ihr im Festungskampf zu lösen sein werden, und diese Erkenntnis hat endlich geholfen, die Hindernisse zu beseitigen, die einer Arbeitsteilung der Pioniere bisher im Wege standen: die sechs zuletzt aufgestellten Pionierbataillone werden jetzt hauptsächlich im Festungskampf, also als Festungspioniere ausgebildet; die Kunst des Mineurs, die man zum alten Eisen geworfen hatte, wird wieder geübt, und man wird inne, wie viele neue Hilfsmittel die Technik jetzt zur Verfügung stellt, um ihre weitere Entwicklung mit raschen Schritten zu fördern. Der Sappeur tritt wieder in sein Recht, und ohne Unterbrechung werden neue Wege gesucht, um einerseits die Sturmfreiheit der Festungswerke zu erhöhen und anderseits den Hindernisgürtel zu durchbrechen und seine Flankierungsanlagen unschädlich zu machen und so der Infanterie breite Gassen für den letzten den Widerstand brechenden Stoß zu öffnen. Schon haben die Festungsübungen einen ganz anderen Charakter angenommen. Während man früher hauptsächlich den Aufmarsch der Artillerie betonte und durch die Infanterie, nachdem die Geschütze — wie man annahm — in einigen Stunden ihrer Tätigkeit die Werke sturmreif gemacht hatten, den Sturm nach wenigen Sprüngen über das Angriffsfeld ausführen ließ, spielt die Artillerie jetzt nur die Rolle einer Hilfswaffe, und der Nachdruck wird wieder auf die vereinte Tätigkeit der Infanterie und der Pioniere bei dem Nahangriff gelegt. Maschinengewehre und Handgranaten, Panzerschilde und elektrische Scheinwerfer kommen dabei ebenso zur Geltung wie Fesselballon und lenkbares Luftschiff.

Und wie im Vorfeld der Festung gewinnt die Technik auch auf dem Manöverfelde immer breiteren Raum. Da hört man das Knarren der Maschinengewehre, die seit 1901 in wachsender Zahl den Truppen zugeteilt werden, da jagen die Radfahrer über das Gelände und entlasten im Nachrichtendienst die Kavallerie in viel erheblicherem Maße, als die Meldereiter es jemals gekonnt hätten. Seitdem das Fahrrad durch den Preßluftreifen (1890) zu einem kriegsbrauchbaren Instrument wurde, hat es sich mehr und mehr in der Armee eingebürgert. Nachdem im Kaisermanöver 1897 nahe an tausend Räder in Abteilungen von 60 bis 100 Mann vorzügliche Dienste geleistet hatten, wurde das Fahrrad 1898 bei allen Truppenteilen etatsmäßig eingeführt, und zurzeit gibt es kaum noch einen Offizier oder Unteroffizier, der es nicht zu benutzen verstände. Da begegnen wir aber ferner auch ganzen Kolonnen von Kraftwagen mit ihren Anhängern, deren Beschaffung und Weiterentwicklung von größter Bedeutung für die Armee ist, da mit ihrer Hilfe größere Lasten auf viel bedeutendere Entfernungen und mit viel geringerem Zeitaufwand befördert werden können, als durch Pferdekraft. Sie versprechen der Versorgung der Truppen mit Munition und Lebensmitteln eine recht wesentliche Erleichterung.

Hoch oben über unserem Haupte aber schwebt der Fesselballon und zieht in raschem stetigen Fluge das Luftschiff dahin, zwei unwiderlegliche Zeugen des hohen geistigen Standpunktes der deutschen Armee, der Befähigung und Erfindungskraft ihrer Offiziere. Mit der Konstruktion des Drachenballons durch v. Parseval und v. Sigsfeld und mit der kriegstüchtigen Einrichtung ihres Feldgerätes gewann die deutsche Luftschifferabteilung, so jung sie noch war, in den neunziger Jahren einen Vorsprung vor allen anderen Armeen. Der Kugelballon pendelt bekanntlich, wenn er am Tau gefesselt ist, unausgesetzt hin und her, wodurch der militärische Zweck der Beobachtung ungemein erschwert wird. Der große Vorzug des Drachenballons beruht in seiner Stetigkeit. In Frankreich wurde er nicht nachgeahmt, dagegen mit größtem Eifer an der Lösung des Problems eines lenkbaren Luftschiffes gearbeitet, und es hatte den Anschein, als ob es Deutschland damit überflügeln würde, denn, wenn auch das Prinzip des Grafen Zeppelin als richtig anerkannt wurde, wollte es doch lange Zeit dem geistreichen Erfinder nicht gelingen,

ein leistungsfähiges Luftfahrzeug zu bauen. Da kam das Jahr 1907, in dem ein französisches Werk den Triumph glaubte feiern zu können, daß Frankreich mit dem Luftschiff „Lebaudy" alle anderen Nationen geschlagen habe und mit geringer Mühe die Vorherrschaft in der Luft würde behaupten können. Der Verfasser hatte Unglück, denn gleichzeitig traten in Deutschland nicht weniger als drei Rivalen auf: die Luftschiffe Zeppelins, Parsevals und Groß machten ihre Probefahrten mit bestem Erfolg und erreichten binnen kurzem beträchtlich größere Leistungen als die französischen. Seitdem machen alle anderen Armeen vergebliche Versuche, den Vorsprung der deutschen Armee auf dem Gebiete der Luftschiffahrt einzuholen, und wir besitzen in unseren Luftschiffen Kriegsinstrumente von einer noch gar nicht abzusehenden Bedeutung.

Neben der Luftschiffahrt hat sich Deutschland auch auf dem Gebiet der Militärtelegraphie den Vorrang erstritten, indem es nicht nur das Gerät und die Ausbildung der Truppen im Telegraphendienst zur äußersten Leistungsfähigkeit entwickelt hat, sondern auch mit der Konstruktion eines kriegsbrauchbaren, im Felde zu verwendenden Gerätes der Funkentelegraphie allen anderen Armeen voranging. Die Telegraphie ohne Draht konnte bereits 1904 in Südwestafrika gute Dienste leisten, während die französische Armee erst 1908 sie in Marokko zu verwenden vermochte. Unsere Telegraphentruppe hat durch ihre Entwicklung ihre Unentbehrlichkeit, die so lange bezweifelt wurde, nachgewiesen. Erst 1899 in der Stärke von 3 Bataillonen mit je 4 Kompagnien aufgestellt, hat sie bereits 1907 die Vermehrung auf 4 Bataillone und 2 bayrische Kompagnien erfahren müssen, und die Bereicherung des Dienstbetriebes durch die Funkentelegraphie machte eine Arbeitsteilung notwendig: die vierten Kompagnien sind mit diesem neuen Dienstzweig betraut worden. Solange unsere Armee der technischen Sondertruppen entbehrte, da man sie nicht glaubte beschäftigen zu können, wurde der Armeeleitung entgegengehalten, daß man die Entwicklung eines technischen Dienstzweiges nicht eher erwarten dürfe, als bis man die Organe dafür geschaffen hätte; und diese Mahnung hat sich in der glänzenden Entfaltung unserer technischen Truppen bewahrheitet.

Es erübrigt, noch einen flüchtigen Blick auf unsere Festungen zu werfen. Seitdem eine kaiserliche Entscheidung 1886 alle festen Plätze in zwei Klassen geschieden hat: die gegen belagerungsmäßigen Angriff mit allen Mitteln auszustattenden und die nur gegen Angriffe der Feldarmee einzurichtenden, sind die Festungen der zweiten Klasse mehr und mehr ausgeschieden und nur noch in kleiner Zahl vorhanden. Auch ihnen kann im Kriege noch manche wichtige Aufgabe zufallen, wie die zahlreichen Beispiele von französischen Festungen 1870 gelehrt haben; aber da auch die Belagerungsmittel jedes Gegners beschränkt sind und ohne Zweifel zunächst immer zur Bezwingung einer oder mehrerer der wichtigeren großen Gürtelfestungen herangezogen werden müssen und dort restlos gebraucht werden, haben die Plätze geringeren Wertes nur mit schwächeren Angriffsmitteln zu rechnen und können deshalb mit einer bescheideneren Ausstattung auskommen. Dagegen wurde auf die Ausgestaltung der strategisch wichtigeren Festungen, namentlich großer Brückenkopfsfestungen an unseren Strömen, die größte Sorgfalt und der größte Teil der verfügbaren Mittel verwandt. Die Hauptverteidigungsstellung des Fortgürtels wurde soweit ausgebaut, als es irgend angängig erschien. Da es sich nach Fertigstellung der Forts um die Vorbereitung der Zwischenraumstellungen handelte, wurden hier vornehmlich alle Bauten ausgeführt, deren Herstellung bei der Armierung auf größere Schwierigkeit stößt oder überhaupt nur minderwertig sein würde, also Unterkunftsräume für Munition und Mannschaften, wichtige Geschützstellungen und Verkehrswege.

Wo aber neue Befestigungen erforderlich wurden — namentlich an unserer Westgrenze — dort fand der Ingenieur ein reiches Feld, um den neuen Angriffs- und Verteidigungsmitteln neue Befestigungsformen anzupassen, um aus der Natur seiner hauptsächlichen Baustoffe, Beton und Panzer, eine neue Befestigungsweise zu entwickeln. Dort kam der Gedanke zum Ausdruck, die einzelnen Elemente des früheren Forts: Artilleriestellung, Infanteriestellung, Unterkunft voneinander zu trennen und durch ihre Vereinzelung der Gefahr vorzubeugen, daß der Angreifer mit der Bekämpfung des einen

ohne Aufwendung besonderer Mittel gleichzeitig die anderen schädigt und ihre erst in einer späteren Periode des Angriffs zur Geltung kommende Widerstandsfähigkeit beeinträchtigt. Nur das Eine mußte dabei festgehalten werden, daß die Sturmfreiheit für alle besonders wichtigen Anlagen erhalten und nach Möglichkeit gesteigert würde. In diesen Befestigungen spielen nun auch die Panzer eine hervorragende Rolle, sei es, daß ihre Gehäuse dem Schutz von Geschützen oder der Sicherung der für ihre Wirkung so wichtigen Beobachtungsstationen oder endlich der Deckung von Wachtposten dienen, sei es, daß ihre Schilde für die Schützen bereitgestellt sind, die im Nahkampf den vorrückenden Gegner zu bekämpfen haben. Auf der Grundlage der Schumannschen Ideen sind die Panzerkonstruktionen beständig weiter entwickelt worden, durch Verwendung des Kruppschen immer leistungsfähiger hergestellten Stahls haben sie in den Werkstätten des Krupp-Grusonwerkes und der Fabrik in Essen eine solche Widerstandsfähigkeit gegen alle Geschosse der zurzeit verwendbaren schwersten Geschütze erhalten, daß man sie als im Fernkampf völlig unverwundbar bezeichnen kann.

Allerdings sind die neuen Baustoffe nicht billig, und wenn man zur Verwendung des Betons auch trotz der erheblich gesteigerten Kosten notgedrungen greifen mußte, trug man doch lange Bedenken, die kostspieligen Panzer in größerem Umfang zu verwerten. Als nun mit dem Beginn des letzten Jahrzehntes die neuen, auf ihre stärkere Verwendung basierten Befestigungen in Angriff genommen wurden, glaubte man, daß die Ausgaben für den Festungsbau sich gewaltig steigern würden, und da sich die Festung damals überhaupt keiner besonderen Hochachtung erfreute, führten ihre Gegner zu ihrer Bekämpfung auch die ungeheuren Summen ins Feld die, die Panzerbauten verschlingen würden. Es ist deshalb sehr wertvoll, daß, wie neuerdings festgestellt werden konnte, die Ausgaben für den Festungsbau sich nicht nur nicht gesteigert haben, sondern in der letzten Bauperiode mit jährlich durchschnittlich 15 Millionen hinter den früheren Bauperioden nicht unwesentlich zurückgeblieben sind. Der Jahresdurchschnitt betrug von 1871 bis 1881 nämlich 18 und von 1887 bis 1890 sogar 37 Millionen. Dies Ergebnis ist um so bemerkenswerter, als die gesamten Heeresausgaben sich in der Zeit von 1872 bis 1907 auf die vierfache Höhe (nämlich von 207,6 auf 808,3 Millionen) gesteigert haben und es wohl gerechtfertigt werden könnte, wenn der Festungsbau hierbei einigermaßen beteiligt wäre. Anstatt der früheren 5,7 betragen sie aber jetzt nur noch 1,6 vom Hundert der Heeresausgaben. Dies wurde nur erreicht durch die Beschränkung der Zahl der Festungen und durch die Bevorzugung der strategisch wichtigen Plätze bei Verwendung der verfügbaren Geldmittel.

Deutschlands starke Wehrmacht war nicht in letzter Linie die Veranlassung zu dem Friedensbedürfnis der europäischen Großmächte, das seit 1871 jede Kriegsgefahr für uns noch rechtzeitig zu beschwören vermochte; aber, wenn sich auch keine Gelegenheit für unsere Armee bot, auf europäischem Kriegstheater die ernste Probe ihrer Tüchtigkeit zu bestehen, so haben doch überseeische Länder unsere Krieger Waffentaten vollbringen sehen, die bezüglich der Beanspruchung des einzelnen Mannes wie der Truppe den Leistungen in unseren großen Kriegen ebenbürtig an die Seite zu stellen sind. Wo deutsche Truppen im Jahre 1900 gelegentlich des Boxeraufstandes in China ihre Tätigkeit entfalten konnten, haben sie sich die ehrende Anerkennung der Führer und der an ihrer Seite kämpfenden fremdländischen Truppen erworben, und die anhaltenden, immer wiederholten Kämpfe in Südwestafrika haben den Beweis geführt, daß der deutsche Soldat nicht nur im Bereich der Kultur, auf europäischem Boden zu kämpfen versteht, sondern daß er auch in Busch und Steinwüste des wildesten Landes ebenso Hunger, Durst und größte Strapazen zu ertragen wie dem verschlagensten und grausamsten Eingeborenen die Stirn zu bieten vermag, und daß er damit die schwierigsten Aufgaben zu lösen vermag, die an die Einzelausbildung gestellt werden können. Noch wohnt der alte unentwegte Mut, die zuverlässigste Disziplin, das unerschütterliche Vertrauen zu der Leitung, die opfermutige Pflichttreue in der deutschen Armee. Mögen ihre Feinde jedes kleine Vergehen gegen die Subordination, jeden Übergriff eines jähzornigen Vorgesetzten, jeden leichtsinnigen Streich eines jungen Offiziers zu benutzen suchen, um das Ansehen der Armee herabzu-

setzen; im Verhältnis zu der großen Zahl der Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften sind solche Vergehen so selten, daß sie im Vergleich zu den Vorkommnissen bei anderen Ständen und Armeen gar nicht ins Gewicht fallen.

Wahrlich, die Armee hat seit 1870 nicht auf ihren Lorbeeren ausgeruht, sondern mit unentwegter Energie an ihrer Vervollkommnung gearbeitet und wird auf diesem Wege nicht ermüden, denn sie hat das klare Bewußtsein von ihrer hohen Bedeutung für die Erhaltung des Friedens, dem das Vaterland die außerordentliche Entwicklung seines Handels und seiner Industrie verdankt. Sie ist nicht kriegsdurstig, aber jederzeit bereit, mit Freuden und Aufopferung für Verteidigung der nationalen Güter einzutreten. Sie ist durchdrungen von der Erkenntnis der hohen Aufgabe, an ihrem Ziel nach Kräften mitzuwirken an der Erziehung der männlichen deutschen Jugend zu gesunden, disziplinierten und pflichttreuen Männern und dadurch die Schaffenskraft und Entwicklungsfähigkeit unseres Volkes auf gesunder Grundlage zu fördern. Wenn wir deshalb jeder dem Vaterlande drohenden Gefahr im Vertrauen auf die nach Millionen zählenden, kriegstüchtig ausgebildeten, mit allen Kampfmitteln in hervorragenderweise ausgerüsteten und durch ein festgefügtes, intelligentes Offizierskorps geführten Streiter ins Auge sehen können, so erhalten wir auch in Zeiten des Friedens in der Entwicklung, die unsere Söhne im Waffenkleide empfangen, den Beweis der segensreichen Arbeit unserer Armee. Doch soll man nicht aus den Augen verlieren, daß wir uns von dem Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht immer weiter entfernen, wenn wir kaum mehr die Hälfte der Diensttauglichen in die Armee einreihen können und deshalb nicht nur eine ungerechte Verteilung der Lasten herbeiführen, sondern auch einen großen Teil der Kraft brachlegen, die in einem Kriege uns vielleicht unentbehrlich sein kann, aber aus unausgebildeten Männern besteht, wie sie für die Anforderungen der modernen Kriegsführung fast ganz unbrauchbar sind.

Die Friedensstärke des Heeres des Deutschen Reiches betrug 1909:

	Offiziere	Unteroffiziere Mannschaften	Dienstpferde	Bespannte Geschütze
Infanterie 216 Regimenter	12 448	371 350	—	—
Jäger und Schützen 18 Bat.	406	11 051	—	—
Maschinengewehr-Abteilungen 16 Abt.	64	1 412	864	96
Bezirkskommandos 303	904	6 227	—	—
Kavallerie 101 Regimenter	2 533	68 896	68 506	—
Feldartillerie 94 Regimenter	3 064	64 944	36 158	3030
Fußartillerie 18 Regimenter	1 008	25 584	1 258	—
Pioniere 29 Bat., 1 Komp.	679	17 197	—	—
Eisenbahntruppen 7 Bataillone	179	4 394	—	—
Telegraphentruppen 4 Bat., 2 Komp.	104	2 180	208	—
Luftschiffer 1 Bat., 1 Abt.	22	407	59	—
Versuchsabteilung	32	140	—	—
Verkehrsoffiziere	3	7	—	—
Train 23 Bat., 7 Abteilungen	351	7 797	5 236	—
Besondere Formationen (Schloßgarden, Halbinvalide, Feldjäger, Erziehungs- und Bildungsanstalten usw.	609	1 654	—	—
Nichtregim. Offiziere	3 154	1 396	—	—
Im Ganzen	25 560	584 636*	112 289	3 126

Die im Kriegsfall zur Not aufzustellenden Streitermassen werden bis zu 5 Millionen geschätzt.

*) Das sind 0,92 v. H. der Bevölkerung.

Manöver der deutschen Hochseeflotte.
Verlag des Deutschen Flotten-Vereins.

S. M. Linienschiff Westfalen.
Nassau-Klasse.

S. M. S. Kolberg.
Vertreter des Typs der kleinen Kreuzer.

S. M. Gr. Kreuzer von der Tann.
Vertreter des Typs moderner Panzerkreuzer.

S. M. Linienschiff Posen.

S. M. S. Tauchboot U. 6.

S. M. S. Hertha.
Nach Umbau als Schulschiff.

Kanonenboot Eber.

Großes Torpedoboot.

Flußkanonenboot Vaterland.

Die deutsche Hochseeflotte im Kieler Hafen.
Verlag des Deutschen Flotten-Vereins.

Die Kaiserliche Werft in Kiel.

Stapellauf S. M. S. Schlesien.

S. M. S. Schlesien.

Die Kaiserliche Marineschule mit Bootshafen in Kiel.

Die deutſche Marine.

Von Kapitänleutnant a. D. **Graf E. zu Reventlow**, Berlin-Charlottenburg.

Grundſätzliches und Geſchichtliches.

Viele von denen, die, wie wir, beinahe bis in die neueſte Zeit hinein unaufhörlich die Frage erörtern hörten, ob das Deutſche Reich wirklich einer Flotte bedürfe, und wenn, wie ſtark dieſe Flotte zu ſein habe, mußten unwillkürlich die Frage aufwerfen, weshalb man in annähernd allen Seemächten darüber nie zweifelhaft war. Es kommt dort wohl vor, daß feſtgeſtellt wird, die augenblicklich vorhandene Flotte genüge nicht den Zwecken der Verteidigung oder der Politik, aber daß, und in welchem Maße die Notwendigkeit beſteht, darüber iſt niemand zweifelhaft. In Deutſchland ſteht es anders, und erſt in der letzten Zeit ſetzten ſich allmählich die Gedanken in der Geſamtheit der öffentlichen Meinung durch, welche ſich ſeit nunmehr zwölf Jahren in praktiſcher Ausführung befinden. Fragen wir, woher das kommt, ſo liegt die Antwort in der Neuheit des Beſtehens des Deutſchen Reiches. Aber Küſtenlinien, Seehandel, Nebenbuhler und Feinde hat doch Deutſchland immer gehabt, ſchon vor Neuentſtehen des Reiches! Warum iſt man denn da ohne Marine ausgekommen, während man es heute nicht mehr tun zu können glaubt? Dieſe Frage liegt nicht nur nahe, ſondern trifft auch einen Kernpunkt. Die Antwort muß man in zwei Richtungen ſuchen: einmal hat die große Entwicklung des deutſchen Überſeehandels und die Erwerbung von Kolonien, — Dinge, die wir heute verteidigen müſſen — ſich erſt unter dem ſchützenden Dache des geeinten Deutſchen Reiches vollziehen können, und zweitens zeigt die Geſchichte, daß eine ſtarke Marine nur von einem Staatsweſen unterhalten werden kann, welches in ſich geſchloſſen und imſtande iſt, dauernd die großen Mittel aufzubringen. Um das zu erläutern, müſſen wir etwas weiter zurückgreifen. Wir ſehen da, daß alle jene Staaten wie Spanien, Frankreich, Holland, früher der kleine aber mächtige Handelsſtaat Venedig, auf der Höhe ihrer Macht und Blüte über eine ihren Bedürfniſſen angemeſſene Flotte verfügten. Sobald aber durch innere Zerriſſenheit oder Mißerfolge nach außen hin Geſchloſſenheit und Tatkraft Einbuße erlitten, zeigte ſich die Wirkung ſtets zuerſt bei der Flotte. Und wenn die Flotte dann allmählich in ſich weniger gut geworden war, dann kam gewöhnlich ein vernichtender Schlag von ſeiten eines aufſtrebenden Gegners. Man hat ſehr ſelten in der Geſchichte beobachten können, daß es einem im Kampfe geſchlagenen Staate gelang, ſeine ganz oder zum großen Teil vernichtete Flotte wieder herzuſtellen. Mit Armeen iſt das ganz etwas anderes. Wir haben in Frankreich und Öſterreich zwei Beiſpiele vor uns, wie Großes an Wiederherſtellung und wirklicher Neuſchaffung, trotz der ſchwerſten Niederlagen, auf dieſem Gebiete geleiſtet werden kann. Bedenkt man dieſes, ſo wird zugleich verſtändlich, daß nur ein Staatsweſen von ganz ungebrochener Kraft eine Flotte zu ſchaffen und unterhalten vermag. Das früher zerriſſene und zerſplitterte Deutſchland, welches, wie ein engliſcher Staatsmann ſagte, nur einen geographiſchen Begriff darſtellte, konnte einer ſolchen Aufgabe nicht gewachſen ſein; kämpften doch die deutſchen Staaten oft genug gegeneinander, und grenzt doch ein Teil von ihnen nicht an die See. Wohl finden wir in früheren Jahrhunderten Anſätze von Teilen Deutſchlandes eine Flotte zu ſchaffen,

zeitlich zuerst bei dem Bund der Hansastädte. Sie waren durch ihre Flotte eine Zeitlang sehr mächtig, aber die Macht konnte nicht dauern, weil die Städte unter sich uneins wurden und Teile des Hansabundes sogar mit fremden Mächten Bündnisse schlossen, um gegen andere Hansastädte zu kämpfen. So ist die Hansa bald zugrunde gegangen, und es verdient beachtet zu werden, daß, nachdem sie ihre Kampfmacht verloren hatte, auch ihre Handelsmacht mit schnellen Schritten abwärts ging.

Der deutsche Kaiser hat vor längerer Zeit das sehr richtige Wort gesprochen, daß Reichsgewalt Seegewalt bedeute, und daß diese beiden Begriffe einander bedingen. Der deutschen Hansa fehlte die über Parteihader und egoistischer Interessenpolitik nur auf das Wohl des Ganzen bedachte Reichsgewalt. Deswegen und nur deswegen ist die Hansa zugrunde gegangen. Ein anderes Beispiel: Als der große Kurfürst von Brandenburg auf der Höhe seiner Kraft und Erfolge stand, da schuf er eine wennschon kleine Kriegsflotte und gründete überseeische Kolonien in Afrika; er sprach das Wort: „Seefahrt und Handlung sind die fürnehmsten Säulen eines Estats". Seine Nachfolger vermochten diese großen Pläne nicht fortzusetzen, und auch Friedrich der Große, der die Wichtigkeit von Seehandel und Flotte sehr wohl begriff, wurde durch die schweren Kriege, welche er zu Lande zu führen hatte, abgehalten, seine Aufmerksamkeit erfolgreich auf den Bau einer Flotte zu richten. Unter seinem Nachfolger verkamen die alten Reste vollständig, und zudem brach die napoleonische Periode über Europa herein. Als nach ihrer Überwindung der Seehandel in den großen deutschen Handelsstädten, vornehmlich in Hamburg, sich wieder zu heben begann, finden wir die Anfänge einer Kriegsflotte in Hamburg. Über Anfänge kam es natürlich nicht hinaus, aber es ist lehrreich und von großem Interesse, daß dieser ausschließliche Handelsstaat Hamburg in Ermangelung eines Reichsschutzes sogleich selbst den Versuch machte. In weiterer Folge begann auch in Preußen eine zwar langsame, aber stetige Bewegung, zunächst wenigstens den Anforderungen der Küstenverteidigung zu genügen. In jene Zeit fällt der dänische Krieg von 1848. Damals gelang es der kleinen dänischen Flotte, die Küsten Deutschlands zu blockieren, weil der deutsche Bund keine Flotte besaß, und die wenigen preußischen Fahrzeuge nicht ausreichten. Diese Tatsache machte damals einen gewaltigen Eindruck auf die Deutschen; die Beschämung war groß, daß das so kleine Dänemark, nur weil es über Kriegsschiffe verfügte, dem großen deutschen Volke zur See seinen Willen aufzwingen konnte. In schnellem Antrieb beschloß man eine deutsche Kriegsflotte aufzustellen. Man sammelte Geld, kaufte Schiffe, organisierte, zog auswärtige Seeoffiziere in die Dienste des Deutschen Bundes, kurz, es kam wirklich eine kleine Flotte zustande. Bald erlahmte aber an vielen Stellen der Eifer, und an allen die Kraft. Es fehlten nicht nur die Geldmittel, sondern vor allem die feste, legitime Leitung. Der Spruch, daß Reichsgewalt Seegewalt ist und daß diese beiden Begriffe einander bedingen, tat sich wiederum in schlagender, wenn schon betrübender Weise dar. Die deutsche Bundesflotte, die mit soviel Begeisterung und Selbstverleugnung ins Leben gesetzt worden, bildet deshalb ein trauriges Kapitel in unserer Geschichte. Bekannt ist unter anderem das Wort des englischen Premierministers Lord Palmerston: Es hätten sich neuerdings einige Kriegsschiffe mit schwarz-rot-goldener Flagge in der Nordsee gezeigt, er kenne diese Flagge nicht, und wenn Schiffe sie noch einmal aufwiesen, würde England diese Schiffe als Piraten behandeln!

Die deutsche Bundesflotte wurde schließlich aus Mangel an Mitteln meistbietend versteigert. Sie hat also kein rühmliches Ende gefunden. Und doch müssen wir rückblickend sagen, daß jene deutsche Bundesflotte nicht nur der Ausdruck eines Wunsches an sich, sondern des Wunsches nach der deutschen Einheit gewesen ist, und deshalb einen entschieden national fördernden Wert gehabt hat. Dies hat auch Fürst Bismarck anerkannt, als er schrieb: „Die deutsche Flotte und der Kieler Hafen als Unterlage ihrer Errichtung war seit 1848 einer der zündenden Gedanken gewesen, an deren Feuer die deutschen Einheitsbestrebungen sich zu erwärmen und zu versammeln pflegten". Dasselbe tat der Reichskanzler Fürst Hohenlohe, in seiner Reichstagsrede vom 12. Juni 1900, als er die große Flottenvorlage der Regierung vertrat: „Wenn ich zurück-

denke an die Zeit vor mehr als fünfzig Jahren und an die Begeisterung für eine deutsche Flotte, die damals das deutsche Volk durchzog, und wenn ich mich der Tatsache erinnere, daß damals die im Deutschen Bunde vereinigten Regierungen sich mit Ausnahme der preußischen Regierung der Flotte gegenüber ablehnend verhielten, so darf ich behaupten, daß das Drängen nach einer deutschen Flotte recht eigentlich aus dem deutschen Volke hervorgegangen ist. Die Geschichte zeigt, daß der Ruf nach einer Flotte stets dann hervorgetreten ist, wenn sich das Streben nach einheitlicher Gestaltung geltend machte, oder wenn diese ihrer Verwirklichung entgegen ging oder entgegen zu gehen schien".

Diese Worte treffen den Nagel auf den Kopf. Heute können wir sagen, daß jene mißglückte Anstrengung vor reichlich sechzig Jahren doch ihre Früchte getragen hat. Damals, als es auch mit den Resten der deutschen Bundesflotte zu Ende war, gab es aber schon eine andere, zwar kleine, aber kräftige Flotte in Deutschland, das war die preußische. Ebenfalls kurz vor der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts entstanden, wuchs sie langsam heran und erfreute sich des besonderen Interesses beim preußischen Prinzen Adalbert, einem Manne, der mit Sachverständnis und Eifer ganz außerordentlich viel für die Marine getan hat. Freilich ging es langsam vorwärts, und nur kleine Mittel standen zur Verfügung, aber wir sehen doch schon damals eine zweckbewußte Gliederung der Flotte: Fahrzeuge, welche zur direkten Küstenverteidigung dienten, wie Kanonenboote usw., außerdem seegehende Kriegsschiffe und schließlich Auslandsschiffe. Es war gerade die Übergangszeit vom Segelschiff zum Dampfschiff, und so sah die Flotte buntscheckig genug aus. Wieder sieht man, nicht am Bestehen, sondern auch an der Art der Entwicklung dieser Flotte, das Wort von der Reichsgewalt und Seegewalt bestätigt. Nur mühsam schleppte sich die preußische Flotte dahin, solange Preußen selbst sich politisch in gedrückter Lage befand. Erfreulicher aber strebte sie aufwärts, als in den sechziger Jahren der Aufstieg Preußens unter Bismarck begann, der das lebhafteste Interesse für die preußische Flotte bewies und tat, was in seinen Kräften stand, um ihren militärischen Wert zu erhöhen. Im dänischen Kriege 1864 empfanden die militärischen Leiter das Fehlen einer der dänischen gewachsenen Flotte noch recht schmerzlich; eine solche würde verschiedene Operationen dort erheblich erleichtert haben, dahin hat sich besonders auch Moltke ausgesprochen. 1866, wo der Stand der preußischen Flotte schon besser war, kam diese allerdings nicht wesentlich in Tätigkeit; das lag teils an den geographischen Verhältnissen und der gleichzeitigen Verwicklung Österreichs mit Italien, teils auch an der überaus schnellen Entscheidung auf dem Lande zugunsten der preußischen Waffen.

In den nun folgenden Jahren bis zum deutsch-französischen Kriege erfuhr die Flotte des Norddeutschen Bundes, denn dazu war sie ja nach 1866 geworden, erhebliche Verbesserungen und auch Verstärkungen. Ein Panzergeschwader konnte gebildet werden, und der Norddeutsche Bund war damals in der Lage, das stärkste Panzerschiff der Welt, den „König Wilhelm", sein eigen zu nennen. Bismarck aber sorgte dafür, daß die Auslandsschiffe durch eine früher nie dagewesene Tätigkeit die Flagge des Norddeutschen Bundes über See vertraten und die deutschen Interessen schützten.

Als der deutsch-französische Krieg ausbrach, setzten deutsche Patrioten auch auf die Tätigkeit der Norddeutschen Bundesflotte große Hoffnungen, denn mit 1866 war neben den begründeten Hoffnungen auf die baldige Einigung aller deutschen Stämme auch wieder die alte Flottenbegeisterung erwacht. Doch war die französische Schlachtflotte dem kleinen deutschen Geschwader um mehr als das Dreifache überlegen. Hätte es sich zum Kampfe gestellt, so würde es sich nutz- und erfolglos geopfert haben. So mußte es denn während des Krieges vor Wilhelmshaven in der Jade liegen bleiben und ist nicht ins Feuer gekommen, so sehr auch Offiziere und Besatzungen darauf brannten, ihre Tüchtigkeit zu zeigen, und es, wenn auch in kleinerem Maßstabe, ihren Kameraden von der Armee gleichzutun. Es ist ein Beweis für den Mangel an Urteil und an Kenntnissen auf dem maritimen Gebiete, daß diese gezwungene Untätigkeit des deutschen Geschwaders während des Krieges eine beinahe allgemeine Unterschätzung des Wertes einer Flotte für Deutschland zur Folge hatte. Sie war ebenso unbegründet, wie die Überschätzung der verhältnis-

mäßig geringen Seestreitkräfte des Norddeutschen Bundes vor dem Kriege. Hätte man damals anstatt eines Geschwaders deren zwei oder drei gehabt, so würde diese Flotte in hervorragendem Maße geeignet gewesen sein, den Franzosen Abbruch zu tun. Bekanntlich erhielten die Franzosen durch die freie Einfuhr von Waffen, Kohlen usw. über See eine außerordentliche Unterstützung, ohne die sie nicht so lange Widerstand hätten leisten können. Diese und ähnliche Erwägungen machte man in Deutschland nach dem Kriege aber nicht. Dazu kam die nunmehr überragend gewordene Stellung des Deutschen Reiches. Man glaubte, alle Wünsche und Notwendigkeiten der Politik ließen sich durch die Armee allein verwirklichen und an Kriegsschiffen brauche man außer solchen Fahrzeugen, die verhindern sollten, daß feindliche Kriegsschiffe in die Häfen eindringen, nur die sogen. Auslandsflotte, mit der Bestimmung, die deutsche Flagge zu zeigen, deutsche Interessen zu vertreten oder etwa Strafexpeditionen gegen wilde Völkerschaften auszuführen.

Von der Reichsgründung bis zum ersten Flottengesetz.

Die vorentwickelten Gründe waren maßgebend dafür, daß ein lebhafter Aufschwung der nunmehrigen Flotte des Deutschen Reiches nicht eintrat. Immerhin ging es langsam vorwärts, und besonders ist eine höchst bedeutungsvolle Wendung aus der Zeit der siebziger Jahre zu verzeichnen: Der damalige Chef der Admiralität, General von Stosch, setzte durch, daß deutsche Kriegsschiffe nur noch auf deutschen Werften und ausschließlich aus deutschem Material gebaut wurden. Bisher waren die Werften, sowie die einschlägige Industrie nur imstande gewesen, kleine Fahrzeuge selbst zu bauen, und große Schiffe hatte man im Auslande bestellen müssen. Durch diesen Schritt machte Stosch nicht nur Deutschland im bezug auf seine Kriegsflotte unabhängig vom Auslande, sondern gab auch der deutschen Schiffsbauindustrie mit allem was in dieses weite Gebiet einschlägt, ferner der Geschütz- und Panzerplattenfabrikation, einen mächtigen Anstoß; er hat ihre heutige hohe Leistungsfähigkeit wesentlich damit begründet. Freilich verlangte diese grundstürzende Umwandlung ihre Zeit; man mußte auch in den Kauf nehmen, daß manche der ersten Schiffe nicht so ausfielen, wie es vielleicht wünschenswert gewesen wäre. Die Ursache lag mit in den noch unvollkommen durchgebildeten Anschauungen der militärisch maßgebenden Persönlichkeiten. Das Seeoffizierkorps war jungen Datums und hatte ebensowenig wie die Flotte überlieferte militärische Anschauungen und Grundsätze, die nur hätten fortgebildet werden müssen. Von den anderen alten Marinen konnte man wohl manches lernen, aber gerade in diesem Punkte sehr wenig, denn jede Marine muß auf die Bedürfnisse des betreffenden Landes zugeschnitten sein und ihnen entsprechen. Die damalige Leitung der Marine unter dem General von Stosch und dann unter dem General von Caprivi konnte trotz der großen Bedeutung dieser Männer nicht das richtige und volle Verständnis für jene Fragen besitzen. Beide sahen sie mit den Augen des Armeeoffiziers an und gelangten demgemäß zu dem Ergebnis, daß das Deutsche Reich zwar ein Geschwader von seefähigen Panzerschiffen haben müsse, dieses aber in den Dienst der unmittelbaren Küstenverteidigung zu stellen sei. Als dann Ende der siebziger Jahre der selbstlaufende Torpedo und das Torpedoboot aufkam, da meinte man, nun sei es überhaupt sehr zweifelhaft, ob noch große Panzerschiffe notwendig wären, denn jene schnellen kleinen Boote seien ja viel billiger und trotzdem imstande mit ihrer unterseeischen Waffe das größte Schlachtschiff zum Sinken zu bringen. Die Tätigkeit der deutschen Panzerschiffe stellte man sich etwa so vor wie die des Ausfallkorps einer belagerten Festung: die Schiffe sollten bei günstigen Gelegenheiten Ausfälle und Vorstöße gegen den überlegenen Feind machen, um sich dann gedeckt durch Torpedoboote, Minen und Küstenbefestigungen wieder in die Sicherheit der Flußmündungen und Häfen zurückzuziehen. Ältere Leute werden sich erinnern, daß vier deutsche Panzerschiffe, die der Sachsenklasse, welche erst vor kurzem aus den Listen der Flotte verschwunden sind, geradezu als Ausfallskorvetten bezeichnet wurden. Es kann nicht wunder nehmen, daß sonach auch im deutschen Volke selbst allmählich die Auffassung Platz griff, das neue Deutsche Reich bedürfe nur einer Küstenflotte in der Heimat und einer

Anzahl von Auslandsschiffen auf auswärtigen Stationen; für alles, was außerhalb des Rahmens dieser Gebiete falle, könne die deutsche Armee ausreichend sorgen.

Wohl gab es einsichtige Leute, die begriffen: je mehr das Deutsche Reich seine Interessen über die Ozeane hinaus ausdehnt, desto nötiger muß eine starke Flotte werden. Man hielt sie aber für blinde Enthusiasten und Schwärmer, die wie zu Zeiten des Deutschen Bundes Schiffe bauen wollten, die nicht nötig seien und die das deutsche Volk auch gar nicht bezahlen könne, denn es sei arm und werde schon von den Rüstungen, die es zu Lande anlegen müsse, beinahe erdrückt. Innerhalb der Marine selbst arbeitete dagegen das Offizierkorps angestrengt und stetig, um die geringen Streitkräfte auf die Höhe der Ausbildung zu bringen, und um in sich selbst militärische Bildung und Erfahrung zu vertiefen. Bitter empfand man, daß noch immer ein General an der Spitze stand, umso bitterer, je mehr das berechtigte Bewußtsein der eigenen Fähigkeiten zum Durchbruche kam und wuchs.

Im Jahre 1888 erfolgte die Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II. und damit der für die weitere Zukunft der deutschen Marine entscheidende Wendepunkt.

Die Verdienste des jetzigen Kaisers um die Entwicklung der Marine sind zu bekannt, und liegen noch in so naher Vergangenheit, daß wir nicht nötig haben, sie in geschichtlicher Breite darzulegen. Das erste, was der Kaiser tat, war der Ersatz des bisherigen Chefs der Admiralität durch einen hohen Seeoffizier; das erfüllte einen lang gehegten Wunsch der gesamten Marine. An Stelle eines Chefs der Admiralität der ganzen Marine trat ein Staatssekretär des Reichsmarineamtes an die Spitze aller Verwaltungsangelegenheiten, ein kommandierender Admiral an die der Kommandoangelegenheiten. Eine Reihe von Jahren später übernahm, wie wir vorwegnehmend bemerken wollen, der Kaiser die Leitung der Marine persönlich, und die Stelle des kommandierenden Admirals fiel infolgedessen weg. Das Bestreben des Kaisers von seinem Regierungsantritte an ging darauf, aus der bisherigen Küstenmarine eine Hochseemarine zu machen, kurz eine Flotte zu schaffen, die den Schutzbedürfnissen des Deutschen Reiches in Gegenwart und Zukunft genügen könnte. Welche aber waren diese Bedürfnisse, was hatte Deutschland zu schützen, das nicht seine mächtige Armee schon schützen konnte? So fragte man sich erstaunt und unwillig in Deutschland, als unter Kaiser Wilhelm II. die Forderungen der Marine an den Reichstag immer größer wurden. Was sollten diese „uferlosen Flottenpläne", die nebenbei das Reich dem Bankerott zutreiben sollten! Der deutsche Reichstag zeigte sich denn auch durchaus nicht geneigt, auf die Pläne des Kaisers einzugehen, und bewies das durch eifriges Streichen der Forderungen des Reichsmarineamtes. Jedes Jahr erneuerte sich dieser Kampf im Parlamente und außerhalb, und jedes Jahr mit demselben beschämenden Erfolge. Auf diese Weise war es unmöglich, vorwärts zu kommen, und als kurz nach Mitte der neunziger Jahre der damalige Staatssekretär des Reichsmarineamtes von seinem Posten zurückgetreten war, konnte niemand im Zweifel sein, daß der neue Mann andere Methoden anwenden, oder daß der deutsche Kaiser und mit ihm die Marine ihre großen Pläne aufgeben müßten.

1897 kam der neue Mann. Es war der damalige Konteradmiral Tirpitz, der bis dahin an der Spitze des Kreuzergeschwaders in Ostasien stand. Bei der grundlegenden Bedeutung, welche dieser Mann für die Entwicklung der Marine hatte und heute noch hat, wollen wir einen Augenblick bei seiner Persönlichkeit verweilen. Tirpitz zeigte bei allgemein sehr hoher Begabung schon als junger Offizier ein ausgesprochenes Talent als Organisator, welches er zunächst in der Entwicklung der Torpedowaffe glänzend betätigte. Er hat in den achtziger Jahren die deutsche Torpedobootwaffe ganz allein auf eine Höhe gebracht, die von allen anderen Marinen bewundert wurde. Durch diese Begabung und die ihm eigene vordringende Energie erlangte er schon als junger Offizier einen ungewöhnlichen Einfluß auf die Leitung der Marine; er galt auf seinem jeweiligen Arbeitsgebiet stets als Autorität. Anfang der neunziger Jahre gelangte er in die Stellung eines Chefs des Stabes beim Oberkommando der Marine, und hier begann er nun eine Tätigkeit, die im engsten Zusammenhange steht mit dem großen Werke, das er nachher als Staatssekretär des Reichsmarineamtes geschaffen hat. Um jene Zeit stand es mit dem Schiffs-

material unserer Marine sehr wenig erfreulich. Konteradmiral Tirpitz konnte, als er im Sommer 1897 an die Spitze des Reichsmarineamtes berufen wurde, einen in sich abgeschlossenen und als brauchbar erwiesenen Flottenplan sofort vorlegen.

Nun galt es, die Widerstände in der deutschen Öffentlichkeit und im deutschen Reichstage zu besiegen, an denen die Bemühungen des vorigen Staatssekretärs gescheitert waren. Ungesäumt setzte der Staatssekretär eine Aufklärungsarbeit ins Werk, die wohl in ihrer Art einzig dasteht. Er verstand es, in überraschend kurzer Zeit die Presse, die Träger der Wissenschaft und des wirtschaftlichen Lebens und außerdem die weitesten Kreise der nationalgesinnten Gebildeten zur Arbeit heranzuziehen; der deutsche Flottenverein wurde gegründet und bewies durch sein schnelles, gewaltiges Wachstum, wie tief der Flottengedanke auch in den breiten Schichten des Volkes unter der Decke wurzelte. Wie nötig Deutschland eine starke Flotte habe, galt es zu zeigen. Daß das Deutsche Reich seit 1871 wirtschaftlich gewaltig hochgekommen war, nahm man im Durchschnitte der öffentlichen Meinung als eine Art selbstverständlicher Wahrheit hin, über die zu sprechen sich kaum lohne, während andererseits die Ansicht immer wieder ausgesprochen wurde, Deutschland sei nach wie vor ein armes Land. In jeder Reichstagsverhandlung wurde das hervorgehoben, und zwar besonders, wenn es sich um Flottenforderungen handelte. Die öffentliche Meinung sah sich plötzlich vor eine ganz neue Auffassung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Deutschen Reiches gestellt und mußte diese Auffassung als unwiderleglich anerkennen. Ja, wer hatte das vorher geahnt, daß die deutschen Seeinteressen nicht nach Millionen, sondern nach Milliarden zählten, und daß der überwiegende Teil des gesamten deutschen Handels Seehandel war! Wer hatte ferner gedacht, daß an diesem Seehandel und nicht zum wenigsten an der deutschen Exportindustrie nicht nur die norddeutschen Küstenländer, sondern gerade auch Süddeutschland in hohem Maße beteiligt waren. Jene aufklärenden Darstellungen zeigten ferner, daß der überseeische Export und Import nicht einer kleinen Anzahl reicher Leute zugute kommt, nicht nur den Fabrikanten, sondern auch den Rohstofferzeugern und den Arbeitern. Dargelegt wurde ferner, welch unbeschreibliche Zustände in Deutschland eintreten würden, sobald eine feindliche starke Seemacht durch Blockade die Zugänge zu den deutschen Häfen abschlösse, und auf diese Weise Ausfuhr und Einfuhr lahmlegte. Die militärische Möglichkeit eines solchen Ereignisses hatten auch die der Flotte ablehnend gegenüber stehenden Strömungen in Deutschland niemals bestritten, wohl aber meinten sie, das Unglück wäre nicht so groß. Nun trat mit einem Schlage und unwiderstehlich die Erkenntnis ein, daß die Folgen eines solchen Krieges auf dem direkten und vor allem auch auf dem indirekten Wege die gesamte Volkswirtschaft, ja auch die nationale Widerstandskraft für einen gleichzeitigen Landkrieg, auf das allerschwerste schädigen würde. Alles in allem: die Wirkung dieser Aufklärungstätigkeit war eine ganz gewaltige.

Schon im Herbst 1897 legte der Staatssekretär des Reichsmarineamtes einen Flottenplan vor, der vollkommen in sich abgeschlossen durchgearbeitet war. In ihm wurde verlangt: Die Flotte ist im Laufe von sechs Jahren auf die Stärke von 17 Schlachtschiffen und eine Anzahl anderer Fahrzeuge zu bringen, veraltete Schiffe sind nach Erreichung einer bestimmten Altersgrenze durch neue zu ersetzen. Bisher hatte man dem Reichstage immer nur Forderungen einzelner Schiffe vorgelegt, und ein früherer Staatssekretär hatte sogar behauptet, es sei garnicht angängig, sich durch Forderung eines bestimmten Bestandes mit bestimmter Gliederung nach Klassen auf Jahre hinaus zu binden. Dazu befänden sich gerade die maritimen Dinge in zu schneller und zu wenig berechenbarer Entwicklung; mit anderen Worten, es sei hier nötig, gewissermaßen von der Hand in den Mund zu leben. Selbstverständlich wurde diese Auffassung auch im Reichstage gegen den neuen Flottenplan vertreten, aber die Vorteile des Flottenplanes leuchteten doch bald derartig ein, daß im Frühjahr 1898 das Flottengesetz bewilligt und somit die Entwicklung der Flotte auf eine feste, wenn auch eng begrenzte Grundlage, gestellt wurde.

Nach dem Gesetz vom 17. März 1898 wurde der Schiffsbestand der deutschen Flotte, abgesehen von Torpedofahrzeugen, Schulschiffen, Spezialschiffen und Kanonen-

booten, festgesetzt auf: a) Verwendungsbereit: 1 Flottenflaggschiff, 2 Geschwader zu je 8 Linienschiffen, 2 Divisionen zu je 4 Küstenpanzerschiffen, 6 große Kreuzer, 16 kleine Kreuzer als Aufklärungsschiffe der heimischen Schlachtflotte, 3 große Kreuzer, 10 kleine Kreuzer für den Auslandsdienst. b) Materialreserve: 2 Linienschiffe, 3 große Kreuzer, 4 kleine Kreuzer.

Das zweite Flottengesetz und seine Entwicklung.

Das Flottengesetz von 1898 war vom Staatssekretär des Reichsmarineamtes keineswegs als endgültiges Ziel angesehen worden. Auch in weiten, so schnell für die Sache gewonnenen, nationalen Kreisen betrachtete man die durch das Gesetz zunächst festgelegte Stärke der Flotte als ungenügend, und so entwickelte sich aufs neue eine eifrige Werbetätigkeit, welche einerseits Vertiefung und Erweiterung der Aufklärung sich zum Ziele setzte, andererseits die Regierung drängte, sobald wie möglich einen zweiten Gesetzentwurf einzubringen. Weltgeschichtliche Ereignisse traten in den Jahren 1898 und 1899 ein, und richteten eine dringende und ernste Mahnung an das deutsche Volk. Es brach der Krieg aus zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Spanien. Mühelos schlugen die Amerikaner mit ihrer weder großen noch starken Flotte die Spanier in zwei Schlachten, vernichteten ihre Seemacht, nahmen als Siegesbeute die Inselgruppe der Philippinen und befreiten die Insel Kuba von der spanischen Herrschaft. Das alte und einst so mächtige Kolonialreich ward in Trümmer geschlagen, weil es seine Flotte hatte verkommen lassen, weil Einsicht und Wille fehlten, um dem großen Kolonialbesitz einen ausreichenden Schutz zu verleihen und zu unterhalten. Eine Warnung für uns. Freilich war das Deutsche Reich keine alte Kolonialmacht, aber das letzte Jahrzehnt Bismarckischer Politik hatte ihm einen wertvollen Kolonialbesitz eingebracht, welcher die Eifersucht Englands in steigendem Maße erregte. Schon längst hatte man in England mit Besorgnis den erfolgreichen Wettbewerb des deutschen Handels und der deutschen Ausfuhrindustrie in überseeischen Ländern wahrgenommen. Politische Verstimmungen kamen um die Mitte der neunziger Jahre hinzu, und so entwickelte sich in der englischen Presse eine üble Treiberei gegen Deutschland. Man forderte unverblümt von der englischen Regierung, durch politischen Druck den Wettbewerb Deutschlands einzudämmen; ja, man wies darauf hin, daß dies leicht sei, denn Deutschland besäße keine Kriegsflotte von nennenswerter Stärke. Eine solche jahrelang fortgesetzte Agitation mußte in Deutschland erhebliche Beunruhigung hervorrufen, vor allem in den am Überseehandel unmittelbar und mittelbar interessierten Kreisen. Außerdem zeigte jene Agitation in ihren Äußerungen klar und scharf, welche Mittel das Deutsche Reich zu beschaffen und anzuwenden habe, um solchen drohenden Gefahren vorzubeugen; das Mittel hieß: eine starke Flotte. Unseren leitenden politischen Kreisen und dem Staatssekretär des Reichsmarineamtes war diese Erkenntnis naturgemäß schon aufgegangen, bevor sie in die weiteren Kreise des deutschen Volkes zu dringen vermochte. Wir sind deshalb zur Annahme berechtigt, daß der Staatssekretär die Einbringung des ersten Gesetzentwurfes nur als einen Auftakt zu einer weiteren energisch ausgreifenden Flottenpolitik ansah. Daß er diesen für nötig hielt, war richtig und klug berechnet. Mit wesentlich umfangreicheren Forderungen wäre er 1897—98 wahrscheinlich nicht zum Ziele gelangt. Die öffentliche Meinung war noch nicht genügend aufgeklärt, die Widerstände im Reichstage zu groß. Es kam hinzu, daß vielfach bezweifelt wurde, ob die deutsche Kriegsschiffsbauindustrie imstande sei, selbst die durch den kleinen Entwurf verlangten Bauten pünktlich fertigzustellen. Schon die allernächsten Jahre bewiesen, daß dies mit Leichtigkeit möglich war, sie zeigten, wie überraschend schnell die Leistungsfähigkeit dieser Industrie an den ihr gestellten Aufgaben emporwuchs. Als nun noch jene eindrucksvolle Mahnung des amerikanisch-spanischen Krieges beinahe unmittelbar auf die Bewilligung des ersten Gesetzentwurfes folgte, entschloß die Regierung sich schon im Winter 1899, einen zweiten Gesetzentwurf einzubringen, der den Bestand der Flotte verdoppelte. Am 14. Juni 1900 wurde er mit großer Mehrheit im Reichstage bewilligt und somit zum Gesetz. Der Wortlaut dieses Gesetzes war:

Gesetz, betr. die deutsche Flotte vom 14. Juni 1900.

I. Schiffsbestand. § 1. Es sollen bestehen:

1. Die Schlachtflotte: aus 2 Flottenflaggschiffen, 4 Geschwadern zu je 8 Linienschiffen, 8 großen Kreuzern und 24 kleinen Kreuzern als Aufklärungsschiffen.

2. Die Auslandflotte: aus 3 großen Kreuzern und 10 kleinen Kreuzern.

3. Die Materialreserve: aus 4 Linienschiffen, 3 großen Kreuzern, 4 kleinen Kreuzern.

Auf diesen Sollbestand kommen bei Erlaß dieses Gesetzes in Anrechnung:

27 Linienschiffe: 1. Bayern, 2. Sachsen, 3. Württemberg, 4. Baden, 5. Oldenburg, 6. Brandenburg, 7. Kurf. Friedrich Wilhelm, 8. Weißenburg, 9. Wörth, 10. Kaiser Friedrich III., 11. Kaiser Wilhelm II., 12. Kaiser Wilhelm d. Gr., 13. Kaiser Barbarossa, 14. Kaiser Karl d. Gr., 15. Wittelsbach, 16. Wettin, 17. Zähringen, 18. Mecklenburg, 19. Schwaben, 20. Siegfried, 21. Beowulf, 22. Frithjof, 23. Hildebrand, 24. Heimdall, 25. Hagen, 26. Aegir, 27. Odin.

12 Große Kreuzer: 1. König Wilhelm, 2 Kaiser, 3. Deutschland, 4. Kaiserin Augusta, 5. Hertha, 6. Victoria Louise, 7. Freya, 8. Hansa, 9. Vineta, 10. Fürst Bismarck, 11. Prinz Heinrich, 12. B (Prinz Adalbert).

28 Kleine Kreuzer: 1. Zieten, 2. Blitz, 3. Pfeil, 4. Arkona, 5. Alexandrine, 6. Greif, 7. Irene, 8. Prinzeß Wilhelm, 9. Schwalbe, 10. Jagd, 11. Wacht, 12. Sperber, 13. Bussard, 14. Meteor, 15. Falke, 16. Komet, 17. Cormoran, 18. Kondor, 19. Seeadler, 20. Gefion, 21. Geier, 22. Hela, 23. Gazelle, 24. Niobe, 25. Nymphe, 26. Thetis, 27. Ariadne, 28. Medusa, 29. Amazone.

§ 2. Ausgenommen bei Schiffsverlusten sollen ersetzt werden: Linienschiffe nach 25 Jahren, Kreuzer nach 20 Jahren. Die Fristen laufen vom Jahre der Bewilligung der ersten Rate des zu ersetzenden Schiffes bis zur Bewilligung der ersten Rate des Ersatzschiffes.

Für den Zeitraum von 1901 bis 1917 werden die Ersatzbauten in folgender Weise geregelt:

Ersatzjahr	Linienschiffe	Gr. Kreuzer	Kl. Kreuzer
1901	—	1	—
1902	—	1	1
1903	—	1	1
1904	—	—	2
1905	—	—	2
1906	2	—	2
1907	2	—	2
1908	2	—	2
1909	2	—	2
Übertrag	8	3	14

Ersatzjahr	Linienschiffe	Gr. Kreuzer	Kl. Kreuzer
Übertrag	8	3	14
1910	1	1	2
1911	1	1	2
1912	1	1	2
1913	1	1	2
1914	1	1	2
1915	1	1	2
1916	1	1	2
1917	2	—	1
Summe	17	10	29

II. Indiensthaltung. § 3. Bezüglich der Indiensthaltung der Schlachtflotte gelten folgende Grundsätze: 1. Das 1. und 2. Geschwader bilden die aktive Schlachtflotte, das 3. und 4. Geschwader die Reserveschlachtflotte. 2. Von der aktiven Schlachtflotte sollen sämtliche, von der Reserveschlachtflotte die Hälfte der Linienschiffe und Kreuzer dauernd im Dienste gehalten werden. 3. Zu Manövern sollen einzelne außer Dienst befindliche Schiffe der Reserveschlachtflotte vorübergehend in Dienst gestellt werden.

III. Personalbestand. § 4. An Deckoffizieren, Unteroffizieren und Gemeinen der Matrosendivisionen, Werftdivisionen und Torpedo-Abteilungen sollen vorhanden sein: 1. volle Besatzungen für die zur aktiven Schlachtflotte gehörigen Schiffe, für die Hälfte der Torpedoboote, die Schulschiffe und die Spezialschiffe. 2. Besatzungsstämme (Maschinenpersonal zwei Drittel, übriges Personal die Hälfte der vollen Besatzungen) für die zur Reserveschlachtflotte gehörigen Schiffe, sowie für die zweite Hälfte der Torpedoboote. 3. Eineinhalbfache Besatzungen für die im Auslande befindlichen Schiffe. 4. Der erforderliche Landbedarf. 5. Ein Zuschlag von 5 Proz. zum Gesamtbedarfe.

IV. Kosten. § 5. Die Bereitstellung der zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Mittel unterliegt der jährlichen Festsetzung durch den Reichshaushaltsetat.

§ 6. Insoweit vom Rechnungsjahr 1901 ab der Mehrbedarf an fortdauernden und einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats der Marineverwaltung den Mehrertrag der Reichsstempelabgaben über die Summe von 53,708,000 Mark hinaus übersteigt, und der Fehlbetrag nicht in den sonstigen Einnahmen des Reichs seine Deckung findet, darf der letztere nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der indirekten, den Massenverbrauch belastenden Reichsabgaben aufgebracht werden. — —

Das große Ziel war, jedenfalls in der Hauptsache, erreicht: die Zukunftsstärke der deutschen Flotte stand gesetzlich fest und zwar in einer Höhe, in der sie nach praktischen Erfahrungen der Vergangenheit und nach den Ausblicken, welche die Zukunft bot, der Aufgabe gerecht werden konnte, die in der Begründung des Flottengesetzentwurfes kurz und erschöpfend bezeichnet wurde: Das Deutsche Reich brauche eine Flotte von solcher Stärke, daß auch die größte Seemacht Bedenken tragen müsse uns anzugreifen, wenn sie nicht ihre Weltstellung aufs Spiel setzen wolle.

Diese Worte sind in England vielfach und bis zum heutigen Tage als Beweis für feindselige Absichten Deutschlands gegen England angesehen worden, denn unter der „größten Seemacht" könne doch nur die englische verstanden werden. Auch in Deutschland haben urteilslose Strömungen es leider mehrfach für angezeigt gehalten, zu behaupten: Die deutschen Flottenrüstungen gälten England. Nichts ist falscher als das. Zunächst zeigen jene Worte klar und ausdrücklich, daß die deutsche Flotte damals, heute und in Zukunft nur dem Schutz und der Verteidigung, nicht dem Angriff dienen soll. Über ein solches Schutzmittel zu Wasser ebenso wie auf dem Lande zu verfügen ist nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht jedes in gleicher Lage wie wir befindlichen selbständigen Staates. Will man ferner dem Staate eine solche Schutzwehr geben, so muß diese naturgemäß so stark sein, daß sie in jedem möglichen Kriege ihrer Aufgabe gerecht werden kann. Sie muß also nach dem stärksten der möglichen Gegner berechnet werden. Darin liegt nun nicht etwa die Notwendigkeit, und damit die Absicht eingeschlossen, daß die deutsche Flotte der englischen an Stärke gleichzukommen hätte. Das wäre ein aussichtsloses Unterfangen. Die oben gegebene Stärke der deutschen Zukunftsflotte, welche fünf Jahre später noch um einige Kreuzer und Torpedoboote, wie wir sehen werden, vermehrt wurde, läßt ohne weiteres klar erkennen, daß an ein „Wettbauen" mit England niemals gedacht worden ist, sonst würde die deutsche Marineverwaltung die Sollstärke eben nicht endgültig gesetzlich festgelegt, sondern man würde sich nach dem jeweiligen Stande der englischen Flotte in der eigenen Baupolitik eingerichtet haben.

Der Eindruck der Annahme des Flottengesetzes war ein ganz außerordentlicher. Man hatte im Ausland bisher immer noch gehofft, daß der Reichstag vor den großen Kosten zurückscheuen würde. Nun sah man, daß der Flottengedanke nicht nur im Kopfe des deutschen Kaisers und einer Anzahl deutscher „Enthusiasten" lebte, sondern daß die Mehrheit des deutschen Volkes davon durchdrungen war. Immerhin gab man sich noch der Hoffnung hin, daß das Flottenprogramm auf dem Papier bleiben werde.

In Deutschland aber wandte man sich mit Eifer und Umsicht den großen und schwierigen Aufgaben zu, welche auf organisatorischem und schiffbaulichem Gebiete zu bewältigen waren. Die Marineverwaltung hatte jetzt zum ersten Male festen Boden unter den Füßen. Die Stärke der Flotte und die Höhe der jährlichen Forderungen waren ein für allemal durch das Gesetz dem Parteikampfe entrückt. Es konnte nicht mehr wie früher im Reichstage darüber gefeilscht werden, ob die geforderten Neubauten zu bewilligen oder zu streichen seien, ob ein angeforderter Schiffsbau zu kostspielig sei und deshalb nur zur Hälfte bewilligt werden solle. Die Notwendigkeit einer Werfterweiterung oder eines Kasernenbaues konnte nicht mehr in Zweifel gezogen werden. Der deutsche Reichstag hatte die Flotte als Ganzes bewilligt, er hatte die nötigen Bauten und dementsprechend die Ausgaben über die Jahre von 1901 bis 1917 nach dem Vorschlage des Reichsmarineamtes verteilt und war somit durch diesen seinen eigenen Entschluß gehalten, die Voranschläge für jedes Jahr in den Hauptsachen zu bewilligen. Aus dieser Notwendigkeit ergab sich auch die außerordentlich wohltätige Folge, daß die deutsche Schiffbauindustrie ihre Leistungsfähigkeit stetig und zielbewußt erweitern konnte. Früher hatte sie niemals gewußt, wieviel Bauten in den kommenden Jahren vom Reichstage bewilligt werden würden, auch war ihr unbekannt geblieben, welches die Pläne der Marineverwaltung waren und sein würden. Infolge der nun vorhandenen Sicherheit brauchten die großen Privatwerften die Kosten erheblicher Erweiterung ihrer Betriebe nicht zu scheuen, und bald genug entstanden neue Werften mit Anlagen zum Kriegsschiffbau, die früher nie daran hatten denken können. Ebenso erging es der ganzen, weitverzweigten, für den Kriegsschiffbau einschlägigen Industrie, insbesondere den Kanonen- und Panzerplattenwerken. Die Marineverwaltung konnte ihrerseits die Kaiserlichen Werften ausbauen und Erweiterungen der Hafen und Fahrwasser der Dockgelegenheiten beginnen. Dies galt besonders von unserem Kriegshafen an der Nordsee, Wilhelmshaven, wo mit dem Jahre 1901 ganz gewaltige Erweiterungsbauten in Angriff genommen wurden, die erst nach zehnjähriger Arbeit zum Abschluß gekommen sind. Nötig waren all diese

Dinge, weil der im Verhältnis zu den früheren Zuständen beispiellos vermehrte, bezw. zu vermehrende Schiffsbestand nicht nur mehr Platz verlangte, sondern auch erweiterte und viel leistungsfähigere Einrichtungen, welche die Instandhaltung und die Schlagfertigkeit der schwimmenden Flotte zu verbürgen imstande waren. Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes hat damals mit seltenem organisatorischem Weitblicke vorausgesehen und berechnet, im welchem Maße und nach welchen Richtungen der so verwickelte Körper des gesamten Marinebetriebes durch die Vermehrung des Schiffsbestandes wachsen müsse. Heute, nachdem sich das alles bewährt hat, wird das deutsche Flottengesetz im Auslande ohne Ausnahme als mustergültig angesehen und in einer ganzen Reihe von fremden Marinen praktisch als Muster benutzt.

Während nun in den Jahren nach 1900 der Flottenbau programmmäßig durchgeführt wurde, trat ein Umstand von großer Bedeutung immer mehr in die Erscheinung. Zur Erklärung seien vorher die folgenden fachlichen Aufschlüsse gegeben: Der Gefechtswert eines zum Kampfe bestimmten Schiffes, in erster Linie des Schlachtschiffes und des Panzerkreuzers, steht in engster Beziehung zu seiner Größe, welche ihrerseits zahlenmäßig durch die Höhe des Deplacements (Wasserverdrängung) ausgedrückt wird. Je größer ein Schiff, desto mehr Tragkraft besitzt es für schwere Gewichte, und desto mehr Raum auch, um diese in sich aufzunehmen. Kanonen mit ihrer Munition, Panzerplatten, Geschützürme, Maschinen, Kessel, Kohlen usw. sind einerseits solche Gewichte und andererseits sind sie die Faktoren des Gefechtswertes. Also gleich gute Baukunst vorausgesetzt, ist das größere Schiff dem kleineren an Gefechtswert überlegen. Dem steht gegenüber, daß das größere Schiff naturgemäß erheblich mehr Geld kostet als das kleinere. Nun ging man in England vom Jahre 1900 ab an eine stetige und starke Vergrößerung der Deplacements der Schlachtschiffe heran, weil man Schiffe bauen wollte, die den deutschen überlegen wären. Hieraus erwuchs für Deutschland eine erhebliche und bedenkliche Schwierigkeit: die Kosten der Durchführung des Flottengesetzes waren wie schon gesagt rund berechnet worden, und danach war ihre Bewilligung erfolgt. Hinsichtlich der Schlachtschiffe und Panzerkreuzer hatte man den Berechnungen eine ungefähre Größe zugrunde gelegt, und somit auch die ungefähren Kosten. Da in den ersten Jahren des neuen Flottengesetzes von verschiedenen politischen Strömungen wieder auf seine Abschaffung gedrungen wurde, so trug das Reichsmarineamt Bedenken, gleich mit einer hohen Geldforderung über den Rahmen des Gesetzes hinaus zur Vergrößerung der Deplacements der Schlachtschiffe und Panzerkreuzer dem Reichstage zu kommen. Infolgedessen sind bedauerlicherweise die von 1901 bis 1905 auf Stapel gelegten deutschen Schiffe der genannten Klassen den gleichaltrigen englischen an Gefechtswert nicht gewachsen. Eine zeitlang neigte man in der Marineverwaltung der Ansicht zu, dieser Mangel könne vielleicht durch Vergrößerung der Zahl der Schiffe ausgeglichen werden, aber diese Ansicht, welche schon damals bedenklich war, mußte bald fallen gelassen werden, als die englischen Schiffskolosse weiter wuchsen. Und als endlich im Jahre 1905 die berühmte „Dreadnought" entstand, da konnte sich auch die Marineverwaltung der Überzeugung nicht mehr verschließen, daß schleunige Schritte notwendig waren, wenn nicht die deutsche Flotte, trotz erheblicher Schiffszahl, auf das Niveau einer minderwertigen, von einem starken Gegner nicht mehr ernst zu nehmenden Waffe herabsinken sollte. So wurde dann im Winter 1905 eine Vorlage von der Marineverwaltung eingebracht, welche verlangte, daß alle neu zu bauenden Schiffe fortan nach dem allein maßgebenden Grundsatze der Vollwertigkeit zu bauen seien. Mit dem bis dahin bestehenden Grundsatze, daß über eine bestimmte Summe pro Schiff nicht hinausgegangen werden dürfe, wurde also gebrochen. Der Reichstag schloß sich den Ansichten der Marineverwaltung an, und so wurde das Jahr 1906 zu einem Wendepunkte von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der deutschen Flotte. Es kam aber noch etwas anderes hinzu. Im Jahre 1899 hatte der Staatssekretär des Reichsmarineamtes außer den nachher bewilligten Beständen der Schlachtflotte noch eine beträchtliche Anzahl großer und kleiner Kreuzer für den Auslandsdienst gefordert. Als sie beanstandet wurden, erklärte er, verzichten könne er auf ihren Bau nicht, wohl

aber in seine Verschiebung bis zum Jahre 1906 einwilligen. Damit war man im Reichstage einverstanden. Nun war das Jahr 1906 herangekommen, und der Staatssekretär brachte jene Forderung, wennschon erheblich verändert, wieder ein. Er verlangte nur sechs große Panzerkreuzer und eine Erhöhung der Sollstärke der Torpedobootsflotte von 96 auf 144 Boote. Auch diese Forderung wurde vom Reichstage bewilligt.

Eine weitere und letzte Ergänzung erfuhr das Flottengesetz im Jahre 1908. Die Altersgrenze für Schlachtschiffe war wie erwähnt, vorher auf 25 Jahre von Bewilligung der ersten Baurate an gerechnet, festgesetzt worden. Dieser Zeitraum hatte sich mittlerweile als erheblich zu lang gezeigt, und man war zum Ergebnis gekommen, zumal auch angesichts des Verfahrens fremder Marinen, daß die Altersgrenze auf zwanzig Jahre herabgesetzt werden müsse, wenn man sich nicht dem unhaltbaren Zustande aussetzen wolle, daß die Schlachtflotte eine große Zahl veralteter Schiffe als dem Namen nach vollwertig enthielt. Auch diese Forderung wurde bewilligt. Heute stellen sich die ersatzpflichtigen Altersgrenzen der deutschen Flotte für Schlachtschiffe, große Kreuzer und kleine Kreuzer auf zwanzig Jahre, für Torpedoboote auf zwölf Jahre.

Die Erhöhung der Deplacements — sie betrug zunächst schon über 5000 Tonnen — verlangte neben der Vermehrung der Kosten auch neue große Anstrengungen der Schiffsbauindustrie. Diese sah sich auf einmal vor ungleich schwierigere Aufgaben gestellt als vorher, und die Vermehrung der schweren Geschütze um das Dreifache für jedes Schlachtschiff zwang die Kruppschen Werke zu bedeutender Erweiterung ihrer Anlagen und ihres Betriebes, während die Konstrukteure und Schiffbauer, die sich bisher immer nur mit kleinen Deplacements beschäftigt hatten, eine ganz neue und schwere Aufgabe vor sich sahen. Wieder zweifelte man im Auslande und hauptsächlich in England, daß man diesen Schwierigkeiten in absehbarer Zeit sich gewachsen zeigen würde. Hatten doch sogar die Engländer mit ihrer unerreichten Erfahrung und ihren unerschöpflichen Hülfsmitteln die Dreadnought vollkommen als Probeschiff gebaut; und nun wollten die Deutschen ohne jede Erfahrung auf dem Gebiete des Baues großer Schiffe, deren gleich zwei auf Stapel legen und terminmäßig fertig bauen! Diese Unsicherheit wurde noch vergrößert und in die Länge gezogen durch das Geheimnis, welches die deutsche Marineverwaltung klugerweise über Größe, Artillerie usw. der großen Schiffe ausgebreitet hatte. Ungefähr nach Verlauf eines weiteren Jahres begann die Unruhe in England wegen der deutschen Bauten wieder zu wachsen und erreichte ihren Höhepunkt im Frühjahr 1909, als kein Zweifel mehr sein konnte, daß der deutsche Schiffbau sich seiner neuen Aufgabe glänzend gewachsen erwiesen hatte, und zugleich die quantitativen und qualitativen Leistungen der Kruppschen Werke alles weit übertrafen, was man in England erwartet hatte. Abgesehen von den politischen Unbequemlichkeiten bildete jene englische Flottenpanik einen Abschnitt in der Entwicklung der deutschen Marine, auf den nicht nur das Reichsmarineamt, sondern die ganze deutsche Nation wohl stolz sein kann. Vor zehn Jahren hatte man begonnen die Flotte regelmäßig auszubauen. Was damals an Kriegsschiffen vorhanden war, stellte keinen ernsthaften Machtfaktor dar. Wie ja die Engländer in jenen Jahren selbst sagten und schrieben, bildete Deutschland die einzige Macht für sie, welche ohne jedes Risiko zur See bekämpft werden konnte. In den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts erkannte man zwar die deutsche Tätigkeit als solche an, lachte aber über die aus so kleinen Schiffen bestehende Flotte, nannte sie „des Kaisers Spielzeug" oder verglich sie auch mit einer Dohle, die Papageienfedern angelegt habe. Und nun wenige Jahre weiter stellten sie die Sache so dar, als ob die englische Flotte demnächst der deutschen gegenüber den kürzeren ziehen müsse! Sicher war jenes Geschrei weit übertrieben. Der Wahrheitskern bestand im Folgenden: Deutschland hatte gezeigt, daß es ebenso gute Schiffe bauen kann wie England, daß es sie ebenso billig und schnell herzustellen vermag. Dazu kam die Kenntnis von der Vorzüglichkeit des deutschen Personals und seiner Ausbildung. Alles in allem: aus der Macht, die man „ohne jedes Risiko" zur See bekämpfen konnte, war eine geworden, deren Niederwerfung bedeutende Anstrengung erfordern würde.

Bevor wir auf dieses Kapitel näher eingehen, mag kurz die Art der Bauaus-

führung selbst berührt werden. Im Jahre 1900 wies der Bestand der deutschen Flotte eine Anzahl von Schiffen auf, die zum großen Teile noch nicht sehr alt waren. Beinahe alle vorhandenen Schiffe wurden nun bei der Einbringung des Flottengesetzes auf den zu erreichenden Sollbestand angerechnet, mit anderen Worten, man nahm die vorhandenen Schiffe klassenweise zusammen in den Rahmen des Flottengesetzes hinein, und was dann in jeder einzelnen Klasse an der gesetzlichen Zahl fehlte, das war zunächst in Angriff zu nehmen. Die alten Schiffe selbst waren dann zum Ersatz durch neue bestimmt. Auf diese Weise war es möglich, daß die gesetzliche Zahl schon außerordentlich früh beinahe erreicht war. Der Vorteil dieses Verfahrens lag darin, daß man die Ausbildung der Mannschaft mit einer so großen Anzahl von Schiffen besser zu fördern imstande war. Und ein kleiner Vorteil wäre vielleicht auch für einen Krieg vorhanden gewesen. Während der ersten fünf Jahre, also von 1901 bis 1905 wurden jährlich auf Stapel gelegt zwei Schlachtschiffe, ein Panzerkreuzer, zwei kleine Kreuzer und sechs Torpedofahrzeuge. 1906, das erste Etatsjahr der großen Schiffe, brachte die weitere Neuerung, daß anstatt sechs, je zwölf Torpedoboote im Jahr von da an auf Stapel gelegt wurden. Mit dem Jahre 1908 erfolgte eine Beschleunigung des Bautempos, sie setzt sich fort während der Jahre 1909, 1910 und 1911, anstatt zweier Schlachtschiffe pro Jahr wurden deren drei auf Stapel gelegt; während der erstgenannten drei Jahre, weil infolge der Herabsetzung der Altersgrenze mehr Schlachtschiffe als bisher ersatzpflichtig geworden waren. Daß auch im Jahre 1911 drei Schlachtschiffe begonnen werden, begründet sich darin, daß von den sogenannten Vermehrungsbauten (im Gegensatz zu den Ersatzbauten) noch ein Schiff aussteht. In den Jahren 1912 bis 1917 sinkt das Bautempo nach den Regelungen des Flottengesetzes auf jährlich 1 Linienschiff und 1 Großen Kreuzer. Wenn erst einmal jene erwähnten Schiffe aus der Zeit vor dem Flottengesetze vollständig ersetzt worden sind, so regelt sich das Bautempo von selbst durch die Altersgrenze. Die beiden Faktoren, Sollstärke und Altersgrenze verbürgen eine unaufhörliche und selbsttätige Erneuerung des Flottenmaterials.

Wir können heute sagen, daß die deutschen Werften nebst der einschlägigen Industrie imstande wären, eine weit größere Anzahl großer und kleiner Schiffe jährlich auf Stapel zu legen und schnell fertig zu bauen. Diese Feststellung ist wichtig für eine immerhin mögliche Lage, wo Not am Mann ist. Einem schnelleren Ausbau der Flotte, als das Flottengesetz ihn vorsieht, standen mancherlei finanzielle und sonstige Gründe entgegen. Mit Recht pflegte man als Grund für die Unmöglichkeit schnelleren Vorgehens zu betonen, daß die Heranbildung des Mannschaftspersonals, insbesondere der Unteroffiziere, daß ferner die Ausgestaltung der Verwaltungsorganisation usw. zeitlich nicht mehr zu steigern sei. Sonst würde man in die Lage kommen, eines schönen Tages mehr Schiffe zu haben als Besatzungen für sie. Mit dem Erreichten muß man sich zufrieden geben, aber dafür auch verlangen, daß auch später an den Prinzipien des Flottengesetzes eisern festgehalten, und dementsprechend die Inbaugabe der Ersatzbauten geregelt wird.

Ob die im Flottengesetz festgelegten Schiffszahlen immer, oder wie lange sie gültig bleiben werden, läßt sich naturgemäß nicht sagen. Das Gesetz ist entworfen und bewilligt worden, um dem Deutschen Reiche eine Flotte von ausreichender Stärke zu verleihen; zehn Jahre ist es in Kraft, und bis jetzt scheint es den Anforderungen zu genügen. Deshalb darf man sich doch der Tatsache keinesfalls verschließen, daß über kurz oder lang auf dem Gebiete der internationalen Politik liegende Gründe eintreten können, die eine Erhöhung der Zahl dieser oder jener Schiffsklasse notwendig machen. Nie darf vergessen werden, daß das Gesetz für die Flotte geschaffen worden ist, nicht aber die Flotte für das papierne Gesetz gebaut wird. Das politische Leben der Völker, die Gruppierung der verschiedenen Mächte, die Stärke ihrer Rüstungen wechseln in unberechenbarer Weise, nach ihnen muß sich naturgemäß auch die Schutzrüstung des Deutschen Reiches zur See richten. Jede etwaige Neuregelung aber wird sich immer dem Geiste des giltigen Flottengesetzes anpassen müssen.

Die Gliederung der deutschen Flotte.

Unsere Flotte ist im Ganzen betrachtet eine Hochseeflotte, keine Küstenverteidigungsflotte in jenem engeren Sinne, wie man es früher verstand. Auf der anderen Seite ist die engere Küstenverteidigung auch von großer Wichtigkeit, sie muß während des Krieges mit der Hochseeflotte in dauernder Fühlung sein und in Wechselwirkung mit ihr arbeiten.

Die Hochseeflotte, an sich ein organischer Körper, gliedert sich ihrer Zusammensetzung nach in eine Anzahl verschiedener Schiffsklassen, deren Eigenart aus der Praxis hervorgegangen ist und sich nach Maßgabe der militärischen und technischen Entwicklung weiter bildet. An 1. Stelle unter diesen Schiffsklassen steht das Schlachtschiff oder Linienschiff.

Das Schlachtschiff bildet den Kern der gesamten Hochseeflotte und stellt mit den Verhältnissen des Landkrieges verglichen etwa die Infanterie und Artillerie zusammen dar. Seinen Namen hat es von seiner Bestimmung, die Entscheidungsschlacht zu schlagen, und deshalb häuft man auf ihm soviel Gefechtskraft wie nur irgend möglich auf: schwere, mittlere und leichte Kanonen, eine Anzahl von Torpedorohren, und dementsprechend eine Schutzrüstung von starkem Panzer auf allen den Teilen des Schiffskörpers, deren Verletzung dem Schiffe gefährlich werden kann. Diese Anhäufung von Gefechtskraft beschränkt sich nicht auf das einzelne Schiff, sondern der gleichen Überlegung folgend, schließt man die Schlachtschiffe zu Verbänden zusammen, genau ebenso wie zu Lande nicht die Kompagnie und die Batterie selbständig fechten, sondern die höchste Kraftentwicklung erst durch den Zusammenschluß zu Armeekorps und noch größeren Verbänden erreicht wird. Die Größe dieser Schiffsverbände ist durch Versuche langjähriger Art in der deutschen Marine festgelegt worden. Die Kampfeinheit bildet das Geschwader, welches aus acht Schlachtschiffen besteht. Zwei Geschwader bilden ein Doppelgeschwader oder eine Flotte, und zu diesen beiden Geschwadern kommt noch ein siebzehntes Schlachtschiff, das Flottenflaggschiff, auf dem sich der Flottenchef befindet. Außerdem hat jedes Geschwader seinen Geschwaderchef, und diesem untersteht ein zweiter Admiral, der an Bord eines anderen Schiffes des Geschwaders seinen Platz hat. Jedes Doppelgeschwader von Schlachtschiffen zählt also fünf Admirale. Werden, wie es im Kriege der Fall sein wird, zwei oder mehrere Doppelgeschwader miteinander zu gemeinsamem Wirken vereinigt, so führt doch jeder Flottenchef seine Flotte selbständig; es mögen auch Fälle genug vorkommen, wo die Flotten sich zeitweise in ihre beiden Geschwader trennen. Das kommt freilich nicht einer Auflösung gleich, noch widerspricht es unserem vorhin angeführten Satze von der Notwendigkeit möglichst geschlossener Kraftansammlung. Man darf nicht vergessen, daß die Kraft des Geschwaders oder der Flotte darin besteht, daß sie ihre Artillerie- und Torpedowirkung in denkbar höchstem Maße auf den Feind zu vereinigen imstande ist. Je nach den Umständen der Schlacht läßt sich das erreichen, indem die Schiffe entweder in eng geschlossener Linie fahren oder sich in zwei oder mehrere Linien trennen. Selbstverständlich ist die Bedingung, daß Schiffe und Geschwader, mit anderen Worten Kommandanten und Admirale in Friedenszeiten so geschult sind und einander auch persönlich so genau kennen und vertrauen, daß sie, sei es in dieser oder jener Anordnung der Geschwader, selbst bei jeder plötzlichen, durch die Umstände gebotenen Änderungen des ganzen Schlachtplanes sich nicht in Verwirrung bringen lassen und nicht nur nach einem einheitlichen Ziel, sondern auch nach einheitlicher Methode in der Schlacht wirken. Das ist Sache der Schulung und der Erziehung in Friedenszeiten. Ihre ungeheure Wichtigkeit ist in der deutschen Marine immer anerkannt worden. Das ersieht der Kundige schon aus der Tatsache, wie seit Jahrzehnten in der deutschen Marine so viele Schiffe wie möglich das ganze Jahr hindurch in Dienst und damit in Übung gehalten werden. Auch hier ist der jetzige Staatssekretär des Reichsmarineamtes bahnbrechend vorgegangen. Durch seinen Einfluß wurde anfang der neunziger Jahre mit der früheren Gewohnheit aufgeräumt, daß das heimische Geschwader nur in den Sommermonaten voll in Dienst war und Übungen abhielt, während des Winters aber in den Werften zum Winterschlafe verschwand. Dem damaligen Kapitän zur See Tirpitz gelang es, durchzusetzen, daß dem

Schiffsbestande und den zur Verfügung stehenden Geldmitteln entsprechend ein Verband stets mit voller Besatzung im Dienst und somit auch stets kriegsbereit war. Der oben gegebene Inhalt des Flottengesetzes zeigt, daß dieser Grundsatz noch besteht: die eine Hälfte des gesamten Schiffsbestandes der heimischen Schlachtflotte wird als aktive Flotte oder Hochseeflotte bezeichnet und ist ständig im Dienste; die andere Hälfte, die Reserveflotte, soll wieder zur Hälfte ebenfalls voll bemannt in Dienst sein. Heute sind wir leider tatsächlich noch nicht soweit. Zwar ist die Hochseeflotte annähernd vollständig beisammen und ständig in Dienst und Übung. Von der Reserveflotte aber sieht man nur ganz geringe Anfänge, und es wird noch eine längere Reihe von Jahren vergehen, ehe das Flottengesetz nach dieser Seite hin wirklich zur Durchführung gelangt ist. Überhaupt darf man heute und bis auf weiteres bei der Betrachtung aller Dinge, die unsere Flotte angehen, nicht vergessen, daß sie nichts Fertiges, sondern im Werden ist.

Das zeigt sich auch bei dem zweiten wichtigen Teile der Schlachtflotte, den Aufklärungsschiffen. Sie sollen den Feind suchen und der eigentlichen Schlachtflotte laufend Nachrichten über ihn bringen, derart, daß der Flottenchef beständig weiß, was der Feind tut, wie stark er ist, welche Absichten er auszuführen beginnt usw. Die Aufklärungsschiffe sind ihrem Wesen nach Kreuzer und zwar unterscheidet man in der deutschen Marine den großen und den kleinen Kreuzer.

Der große Kreuzer wird seit ungefähr anderthalb Jahrzehnten in beinahe allen Marinen als Panzerkreuzer gebaut, nicht mehr wie früher als ein schnelles Schiff großen Deplacements, aber ohne seitlichen Panzerschutz. Solche ältere Schiffe kosten viel Geld und sind doch angesichts der modernen Kampfmittel einem gepanzerten Gegner ohne weiteres auf Gnade und Ungnade preisgegeben. Das hat der japanisch-russische Krieg gezeigt. Der Panzerkreuzer hat dann innerhalb der letzten zehn Jahre eine unerwartete Entwicklung durchgemacht. War er vorher ein Schiff, das in erster Linie zur sogen. gewaltsamen Aufklärung bestimmt war, das heißt zur Aufklärung unter Umständen, wo der nicht seitlich gepanzerte, sondern nur „geschützte" Kreuzer der feindlichen Artillerie nicht hätte standhalten können, ferner bestimmt, dem kleinen, geschützten Kreuzer Rückhalt und Zuflucht zu gewähren, so wurde der Panzerkreuzer seit dem Jahre 1905 ein Schiff, für welches der Zweck der Aufklärung zurücktritt, und die Tätigkeit in der Schlacht zum Hauptdaseinszweck wird. Die Engländer haben ohne Not diese Entwicklung eingeleitet, indem sie Panzerkreuzer bauten, die an Deplacement und Artillerie sogar alle bis dahin vorhandenen Schlacht- oder Linienschiffe an Gefechtskraft ebenso übertrafen, wie die früher gebauten Panzerkreuzer an Geschwindigkeit. Die naturgemäße Folge war, daß diejenigen Marinen, welche mit der Möglichkeit rechnen müssen, die englische Flotte als Gegner der Zukunft zu betrachten, gezwungen waren, den kostspieligen Schritt England nachzutun. So wurde aus einem Aufklärungspanzerkreuzer ein Schlachtkreuzer.

Da dieser wie seine Verwendung etwas ganz neues uns sehr unbekannt ist, da andererseits die deutsche Marine mit Recht besonderen Wert auf die Ausgestaltung dieser Klasse legt, so müssen wir uns kurz mit dem Panzerkreuzer der Gegenwart und Zukunft beschäftigen. In den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts stellten die Engländer bei großen taktischen Manöverübungen als Tatsache fest, daß es in der Schlacht von außerordentlichem Nutzen sein müsse, neben der eigentlichen Schlachtschiffflotte über einen Verband starker und besonders schneller Schiffe zu verfügen. Diese sollten mit ihrer Artillerie den auf der einen Seite schon von der Schlachtschiffflotte gefaßten Feind angreifen und ihn so zwischen zwei Feuer bringen, außerdem die Enden der feindlichen Linien beschießen. Praktisch versuchte man, diese Tätigkeit durch Schlachtschiffe ausüben zu lassen, die ein wenig schneller waren, als die Durchschnittsgeschwindigkeit der eigentlichen Schlachtflotte betrug. Man gelangte aber zum Ergebnis, daß dieser Geschwindigkeitsüberschuß nicht annähernd genügte, sondern mindestens fünf bis sechs Knoten betragen mußte. Ein solches Schlachtschiff zu bauen, wäre unmöglich gewesen, und deshalb griff man zum anderen Ausweg: einen Panzerkreuzer zu bauen, dessen Geschwindigkeitsüberschuß genügte. Seine Artillerie aber mußte ebenfalls genügen, um in der skizzierten

Tätigkeit für feindliche Schlachtschiffe aus dem Panzerkreuzer einen ernsthaften und wirksamen Feind zu machen. Es war also nötig, daß er Kanonen von derselben Schwere und Leistungsfähigkeit erhielt wie die ihm gleichaltrigen Schlachtschiffe. Seine Panzerung mußte ausreichen, um ihn auf sehr große Entfernungen einigermaßen gegen das Feuer der feindlichen Schlachtschiffe zu sichern. So erhielt man ein Schiff, welches von ungefähr gleichem Deplacement wie das Schlachtschiff gleichen Alters und ähnlichen Typs eine Artillerie von gleicher Qualität besitzt, aber bei erheblich geringerer Menge der Geschütze eine weit überlegene Geschwindigkeit aufweist. Damit war die frühere Natur und Bestimmung des Panzerkreuzers natürlich bis zu einem gewissen Grade von der Bildfläche verschwunden. Alle Panzerkreuzer, die noch aus der früheren Periode stammen, sind dieser neuen Rolle tätiger Schlachtbeteiligung nicht oder nur sehr unvollkommen gewachsen, außerdem würden sie sich im Kriege jedem der neuen Schlachtkreuzer gegenüber in einer annähernd hülflosen Lage befinden. Deutschland hat seinen ersten Schlachtkreuzer im Jahre 1907 auf Stapel gelegt; jetzt ist er unter dem Namen „Von der Tann" fertig. Die Flottengesetze von 1898 und 1900 betrachten ursprünglich den großen Kreuzer noch unter dem früheren Gesichtspunkte, der keine Schlachtkreuzer im heutigen Sinne kannte. So ergibt sich an dieser Stelle eine gewisse Abweichung des taktisch organisatorischen Aufbaues der Aufklärungsschiffe gegenüber der Wirklichkeit, wie sie sein wird, wenn wir genügend Schlachtkreuzer haben werden. Diese werden ja nicht als Führer einer Gruppe von kleinen Kreuzern fungieren, sondern untereinander zu Geschwadern von vielleicht vier oder sechs Schiffen vereinigt werden. Vor der Hand braucht diese Abweichung praktisch nicht hervorzutreten, denn die deutsche Marine besitzt erst einen einzigen fertigen großen Schlachtkreuzer. Der Verband der Aufklärungsschiffe, welcher der Hochseeflotte beigegeben ist, zählte im Jahre 1910 vier große Kreuzer und sechs kleine Kreuzer, während gesetzmäßig vier große und zwölf kleine Kreuzer vorgesehen sind.

Der kleine Kreuzer in unserer Marine ist ein Schiff von 3000 bis 4000 Tonnen ohne Gürtelpanzer, nur durch ein Panzerdeck geschützt, von hoher Geschwindigkeit, neuerdings durch Turbinen getrieben, mit einer Artillerie bewehrt, die ihn befähigt, gegen seinesgleichen, gegen armierte Handelsdampfer und feindliche Torpedofahrzeuge zu kämpfen. Die Bestimmung des kleinen Kreuzers in der deutschen Marine ist: Aufklärung, Melde- und Depeschendienst, Ausübung des Handelskrieges; vor allem aber besteht gerade für uns der Wert schneller, kleiner Kreuzer in ihrer Tätigkeit, die Angriffe feindlicher Torpedoboote abzuwehren, letztere zu jagen und zu vernichten, den eigenen Torpedobooten Schutz und Rückhalt zu gewähren. Das sind ebenso notwendige wie wichtige Aufgaben, und man darf deshalb, wie es manchmal heute in Deutschland geschieht, den kleinen Kreuzer nicht gering schätzen. Wohl ist seine Aufklärungsaufgabe durch die Entwicklung der Funkentelegraphie während der letzten zehn Jahre eine einfachere geworden, aber auf der anderen Seite wächst die Bedeutung der deutschen Torpedobootsflotte, die nur zu schützen hat, weiter. Die Haupteigenschaft des kleinen Kreuzers zur Erfüllung seiner Zwecke ist hohe Geschwindigkeit, die mit einer guten Seefähigkeit verbunden sein muß, damit auch bei nicht ganz glatter See hohe Geschwindigkeit durchgehalten werden kann. Da liegt allerdings für die zukünftige Entwicklung die Frage vor, ob die Technik eine weitere starke Geschwindigkeitssteigerung ermöglichen wird. Heute braucht uns das nicht zu kümmern, und so können wir uns mit der Feststellung begnügen, daß der kleine Kreuzer in Deutschland berufen ist, eine sehr wichtige Rolle im Kriege zu spielen; es läßt sich hinzufügen, daß die kleinen Kreuzer der deutschen Marine als Typen sehr gut gelungen sind und wir hinsichtlich dieser Schiffsklasse den meisten anderen Marinen gegenüber einen Vorsprung besitzen.

Das Torpedoboot hat, wie schon früher erwähnt, schon seit reichlich dreißig Jahren in der deutschen Marine ganz besondere Beachtung gefunden, ja eine Zeitlang hielt man es sogar für fähig, große Schlachtschiffe überhaupt zu ersetzen. Besteht dieser Irrtum schon lange nicht mehr, so verkennt man darum die Bedeutung der Torpedobootswaffe für Deutschland nicht. Das Torpedoboot befindet sich nicht im Rahmen des eigent-

lichen Flottengesetzes. Die Marineverwaltung hat wohl so gehandelt in der Auffassung, daß im Laufe der Entwicklung das Torpedoboot vielleicht einmal verschwinden oder durch etwas anderes ersetzt werden könnte, oder aber, daß vielleicht einmal eine ganz gewaltige Vermehrung der Torpedoboote nötig sein könnte. Genug, das Flottengesetz enthält davon nichts. Dessenungeachtet ist der Ausbau der Torpedobootsflotte durchaus programmatisch geregelt und hat stets den besonderen Beifall des Reichstages gefunden. Wir sahen oben schon, daß der gesamte Sollbestand 144 Boote beträgt. Das Torpedoboot ist lediglich dazu bestimmt, mit seinen Torpedos große feindliche Schiffe zu beschießen und ihnen dadurch schwere Beschädigungen beizubringen. Die Bedingungen dazu sind: höchste Fahrtgeschwindigkeit des Bootes, damit es überraschend auftreten kann und nur möglichst kurze Zeit im feindlichen Feuer sich aufzuhalten braucht; ferner möglichste Kleinheit des Bootes, damit es der feindlichen Artillerie ein ungünstiges Ziel bietet; es muß jedem Wetter gewachsen sein und unter allen Verhältnissen sich als aktionsfähig beweisen. In der deutschen Marine hat man niemals wie in anderen Marinen zwei verschiedene Arten von Torpedobooten, nämlich Küstentorpedoboote und sogen. Torpedobootszerstörer gebaut, sondern stets nur einen Typ: das Hochseetorpedoboot. Andere Nationen rüsten ihre Torpedobootszerstörer mit einer unverhältnismäßig starken Artillerie aus, bei uns ist man der Ansicht, daß das Torpedoboot nur soviel Artillerie braucht, um sich im Notfalle gegen seinesgleichen zu verteidigen, daß es dagegen den Artilleriekampf überhaupt vermeiden muß, da es sich dadurch für seine Hauptaufgabe, den Torpedoangriff, untüchtig macht. Nach diesen Gesichtspunkten ist die Artillerie der deutschen Torpedoboote verhältnismäßig schwächer als auf fremden Booten, dagegen die Torpedoarmierung durchweg um ein volles Drittel stärker.

Die deutsche Torpedobootsflotte gliedert sich in Flottillen und Halbflottillen, welch letztere früher auch als Divisionen bezeichnet wurden. Jede Flottille zählt zehn Boote, die Halbflottille fünf, während die übrigen zwei jeder Serie als Materialreserve dienen. An der Spitze der Flottille steht ein Flottillenchef im Range eines Stabsoffiziers; der Divisionschef und die Bootskommandanten befinden sich im Range von Kapitänleutnants. Die Übungs- und Kriegstätigkeit der Torpedoboote gliedert sich in eine solche bei Tage und bei Nacht. Die Tätigkeit der Torpedoboote kann im Kriege in Gestalt von Massenangriffen auf die feindliche Flotte erfolgen und zwar in dem Stadium der Schlacht, wo der Feind durch den Artilleriekampf bereits erheblich geschwächt worden ist. Desgleichen wäre denkbar, daß eine große Menge von Torpedobooten, allerdings unter sehr erheblichen eigenen Verlusten, einzelne feindliche Schlachtschiffe, auch wenn sie nicht schon schwer havariert sind, zur Strecke bringen könnten. Die Haupttätigkeit des Torpedobootes beschränkt sich aber auf die Nacht. Unter dem Schutze der Dunkelheit soll es den Feind angreifen. Hier sind die Aussichten, der Vernichtung durch die feindliche Artillerie zu entgehen, sehr viel größer als bei Tage. Zweifellos werden die Torpedoboote auch in diesem Falle große Verluste erleiden, denn die feindlichen Schiffe führen eine zahlreiche Schnellfeuerartillerie und können mit ihren Scheinwerfern dieser verhältnismäßig günstige Treffbedingungen schaffen. Die Verwendung der deutschen Torpedobootsverbände und dementsprechend auch die Übungen im Frieden finden in engster Verbindung mit der Hochseeflotte statt. Die nächtliche Tätigkeit im Kriege stützt sich ebenfalls auf jene Streitkräfte, wenn auch das unmittelbare Suchen und der eigentliche Angriff naturgemäß nur von den Booten selbst auszuführen ist. Sie können aber nicht des Rückhaltes der großen Schiffe entbehren, ja diese müssen ihnen den Weg durch die feindlichen Kreuzer und Torpedobootszerstörer bahnen, damit die Torpedoboote imstande sind, ihr eigentliches Ziel, die feindliche Schlachtflotte, zu erreichen.

Zum Bau von Unterseebooten ist man in Deutschland erst verhältnismäßig spät geschritten, heute befindet sich aber die Unterseebootsflotte in stetigem Ausbau. Die Zahl der Boote beträgt zurzeit acht, und in einigen Jahren werden wir voraussichtlich über eine beträchtliche Menge dieser Fahrzeuge verfügen. Das Unterseeboot ist bestimmt, das Torpedoboot nach verschiedenen Richtungen zu ergänzen. Seine völlige oder

annähernde Unsichtbarkeit befähigt es zumal, sich auch bei Tageslicht und bei Dämmerung bis auf Angriffsweite dem Feinde zu nähern. Bei Nacht ist das Unterseeboot nur in seltenen Ausnahmefällen mit Vorteil zu gebrauchen, weil seine Insassen, auch wenn das Boot eben über der Wasseroberfläche fährt, ein viel zu geringes Gesichtsfeld besitzen. Eine empfindliche Schwäche des Unterseebootes liegt in seiner sehr geringen Geschwindigkeit, die sich umso nachteiliger bemerkbar macht, als die Geschwindigkeit seines Hauptangriffsobjektes, des Schlachtschiffes, heute eine sehr hohe ist und noch weiter wächst. Gelingt es, die Geschwindigkeit erheblich zu erhöhen, dann werden die unterseeischen Fahrzeuge eine voll brauchbare Waffe sein.

Besonders bemerkenswert in der Organisation des deutschen Flottengesetzes ist die Einrichtung der Materialreserve. Wie aus dem oben gegebenen Wortlaut hervorgeht, beträgt die Materialreserve im ganzen vier Linienschiffe, vier große Kreuzer und vier kleine Kreuzer. Die Reserve soll in erster Linie bewirken, daß die Verbände jederzeit vollzählig sind, auch wenn infolge von Reparaturen und Instandsetzungsarbeiten das eine oder andere Schiff einmal nicht dienstbereit ist. Im Kriege werden naturgemäß auch die Schiffe der Materialreserve sofort mobil gemacht, um zur Schlachtflotte zu stoßen.

In der deutschen Marine wird scharf unterschieden zwischen der Schlachtflotte und der Auslandsflotte. Die Auslandsflotte soll nach völliger Durchführung des Flottengesetzes aus acht großen Kreuzern und zehn kleinen Kreuzern bestehen, außerdem kommen auf diese Zahl von der eben genannten Materialreserve zwei große Kreuzer und ein kleiner Kreuzer in Anrechnung. Die Auslandsflotte verteilt sich auf fünf Stationen. Auf der ostasiatischen Station befinden sich das Kreuzergeschwader, ein großer und zwei kleine Kreuzer, außerdem für den Küstendienst im engeren Sinne vier Kanonenboote, drei Flußkanonenboote und zwei Torpedoboote. Der Dienstbereich der Schiffe der ostasiatischen Station erstreckt sich auf die ganze Ost- und Südküste Asiens, die Inselgruppen an diesen Küsten und im Süden Asiens. Die australische Station umfaßt Australien und die Südseeinseln, sie ist besetzt durch zwei veraltete kleine, ganz ungeschützte Kreuzer und ein Vermessungsfahrzeug. Die Station der ost- und westamerikanischen Küste einschließlich der westindischen Inseln umfaßt einen kleinen Kreuzer. Die ostafrikanische Station begreift die ostafrikanische Küste mit den vorliegenden Inseln, das Rote Meer und den persischen Meerbusen; sie ist durch zwei veraltete ungeschützte Kreuzer besetzt. Die westafrikanische Station begreift die afrikanische Westküste mit den vorliegenden Inselgruppen und ist besetzt durch einen ungeschützten Kreuzer und ein Kanonenboot.

Die Vertretung der deutschen Flotte im Auslande ist also eine sehr schwache, kaum imstande, die Flagge regelmäßig da zu zeigen, wo Deutsche wohnen und wo deutsche Interessen zu fördern sind. Treten unruhige Zeiten ein, so ist keine Station derart besetzt, daß die Schiffe rechtzeitig zur Stelle wären, um die Aufgaben zu lösen, für die außerheimische Kriegsschiffe da sind. Man könnte fragen, warum denn diesem mangelhaften Zustande nicht abgeholfen wird. Die Liste der deutschen Kriegsschiffe zeige doch, daß abgesehen von den Kreuzern, die der Schlachtflotte zugeteilt sind, und die sich in Reparatur befinden, noch eine Anzahl vorhanden ist, welche für das Ausland unmittelbar zur Verwendung gelangen könnte. Wollte man nur so rechnen, so würde es allerdings stimmen. Leider kommt aber noch folgende schwerwiegende Überlegung hinzu. Vergegenwärtigen wir uns die Lage der deutschen Küsten und die Gestalt der Nordsee, so sehen wir, daß die Nordsee beinahe ein Binnenmeer bildet, dessen Ausgänge nach dem Ozean durch die Küsten zweier Mächte beherrscht werden, die uns im nächsten Kriege voraussichtlich feindlich gegenüberstehen werden. Im Kriege würde eine Verbindung zwischen unseren außerheimischen Schiffen und der heimischen Schlachtflotte unmöglich sein, denn die Nordsee wäre abgesperrt. In der Nordsee würde aber der Ausgang des Kampfes entschieden werden. Denken wir uns, daß der Feind dort unsere Streitmittel annähernd völlig vernichtete, so würde er in der Lage sein, die deutschen Kolonien in Besitz zu nehmen. Nichts hätten dann etwaige Erfolge unserer Kreuzer gegen feindliche Schiffe im Auslande geholfen, sondern derartige Siege würde uns der siegreiche Feind

umso teurer bezahlen lassen. Bleibt aber umgekehrt unsere Schlachtflotte in der Nordsee erfolgreich, oder gelingt es wenigstens dem Feinde nicht, einen Erfolg über sie zu erringen, dann tritt es an Bedeutung völlig zurück, wenn etwa feindliche Kreuzer im Auslande auf Kosten unserer dortigen schwachen Streitkräfte erfolgreich gewesen sind. Aus diesem Grunde ist es richtig, ja notwendig, daß wir vor allem für die Stärke der heimischen Streitkräfte sorgen. Ist einmal das Flottengesetz durchgeführt, besteht unsere ganze Schlachtflotte aus vollwertigen Schiffen, und sind alle Verbände vollzählig, ist endlich auch die Reserveflotte gemäß dem Flottengesetze organisatorisch durchgeführt — dann wird es möglich und nützlich sein, an eine bedeutende Verstärkung der Auslandflotte heranzutreten. Wenn sich die politischen Verhältnisse in Europa nicht vollkommen ändern sollten, z. B. durch Verschwinden der englischen Drohung, so wird man immer das neueste beste Material zuhause behalten. Wie der Zustand heute ist, mag aus der einen Angabe hervorgehen, daß nach dem Flottengesetze acht große Kreuzer, also Panzerkreuzer, für das Ausland bestimmt sind, daß tatsächlich nur ein einziger großer Kreuzer, nämlich der Scharnhorst, sich im Auslande befindet, und daß die Gesamtzahl der fertigen Panzerkreuzer der deutschen Flotte nur zehn beträgt, also die Hälfte des Sollbestandes einschließlich der Materialreserve. Wäre nicht diese Not an Panzerkreuzern, so würde man sicher jene kleinen älteren Panzerkreuzer im Auslande dauernd verwenden, da ihr Wert für die heimische Schlachtflotte im Kriege verhältnismäßig gering ist.

Schul- und Ausbildungswesen.

Ein besonderer Wert wird in der deutschen Marine auf die schulmäßige Ausbildung und Erziehung des Personals gelegt, des oberen wie des unteren. Zu diesen Ausbildungszwecken, welche zum Teil auch an Land gefördert werden, befindet sich eine große Anzahl von Schulschiffen und Versuchsschiffen im Dienste. Man kann diese in zwei große Gruppen trennen, in Schulschiffe, welche im Kriegsfalle verwendungsfähig, und in solche, die es nicht sind. Zu den letzteren gehören zunächst die fünf Schulschiffe für die Ausbildung von Fähnrichen zur See, Seekadetten und Schiffsjungen. Es sind dieses geschützte große Kreuzer, die aber von vornherein für den Kriegsdienst unbrauchbar waren, und die durch umfangreiche Umbauten, welche der Schulzwecke wegen nötig wurden, jetzt auch äußerlich den Charakter von Kriegsschiffen eingebüßt haben. Diese Schulschiffe machen jährliche Reisen nach einem bestimmten Programm, und der ganze Ausbildungsplan weist ihnen eine völlig gesonderte Stellung in der Marine an. Sie würden im Kriege in keiner Weise in Betracht kommen. Anders steht es mit einem Teile der Artillerieschulschiffe. Als solche finden wir z. B. ein noch brauchbares Schlachtschiff, ferner einen Panzerkreuzer und zwei geschützte Kreuzer, und ebenso unter den Torpedoschul- und Versuchsschiffen einen Panzerkreuzer und einen kleinen geschützten Kreuzer. Alle diese Schiffe würden im Kriege natürlich sofort in Dienst gestellt und planmäßig zu ihren Verbänden stoßen. Wieviele dieser Schul- und Versuchsschiffe im gedachten Sinne kampfbrauchbar sind, steht grundsätzlich aus begreiflichen Gründen nicht fest. Einerseits liegt es im dringenden Interesse der Schulung und Ausbildung, daß die dazu verwendeten Schiffe zum Teil wenigstens einen annähernd modernen artilleristischen Betrieb besitzen, andererseits wäre es nicht angängig, die besten und neuesten Schiffe auf diese Weise der Front zu entziehen. Gerade die Ausbildung in der Artillerie und im Torpedowesen ist ja von einer grundlegenden Wichtigkeit für die Leistung unserer Flotte im Kriege, und die stattliche Reihe von Schiffen und Fahrzeugen, welche dauernd dafür in Tätigkeit sich befindet, ist ein sprechender Beweis wie gründlich und systematisch der Betrieb geregelt ist. Der bisweilen gemachte Einwurf, andere Marinen hätten für Schul- und Ausbildungszwecke aller Art einen weit geringeren Apparat, darf nicht daran irremachen, daß die deutsche Marineverwaltung sich durchaus auf dem richtigen Wege befindet. Wesentlich in das Gewicht fällt überdies die Tatsache, daß wir in unserer Marine nicht eine so lange Dienstzeit haben wie z. B. in England, wo nur Berufsseeleute dienen, d. h. solche, die ihren Dienst in der Kriegsflotte als Beruf auffassen. In der deutschen Flotte

dagegen hat der Mann drei Jahre zu dienen und wird dann zur Reserve entlassen. Innerhalb dieser drei Jahre muß er theoretisch und praktisch so ungemein viel lernen, daß die Zeit gerade eben ausreicht, wenn jeder Augenblick ausgenutzt wird und die Mittel der Ausbildung nach Personal und Material durchaus auf der Höhe stehen. Es liegt auf der Hand, wie auf diese Weise ganz gewaltige Kräfte sich Jahr für Jahr in unserer Marine lediglich der Ausbildung widmen müssen, während sie zum größeren Teile in den andern Marinen mit langer Dienstzeit frei und für andere Aufgaben verfügbar sind. Eine Änderung dieses entschieden besserungsbedürftigen Zustandes könnte nur durch eine Änderung des Wehrgesetzes für den Marinedienst erreicht werden. Vorläufig sucht sich die Marineverwaltung dadurch zu helfen, daß sie in größerem Maßstabe als früher in Übereinstimmung mit dem Reichstage versucht, für die sogen. Spezialistenlaufbahnen der Mannschaften wachsende Stämme heranzuziehen und auszubilden, welche sich für eine längere Zeit zum Dienste verpflichten müssen. Solche Spezialistenlaufbahnen sind die der Geschützführer, Torpedorohrmeister, des berufsmäßigen Signalpersonals usw.

Das Ausbildungsjahr in der deutschen Marine beginnt mit dem ersten Oktober, zu welchem Zeitpunkt die Einstellung der Rekruten erfolgt. Diese werden sofort, jedenfalls zum größten Teile, eingeschifft und dann unter gewissenhaftester Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Zeit ausgebildet.

Die Organisation der Marine.

Spricht man im allgemeinen von „der Marine", so pflegt mit der Vorstellung dieses Begriffes nicht nur die schwimmende Flotte verbunden zu sein, sondern auch die gesamten Organisationen und Einrichtungen am Lande. Sie müssen sich ganz und gar den Bedürfnissen der schwimmenden Streitkräfte anpassen, und diese Bedürfnisse sind manchmal wechselnde. Es ist nämlich ein großer Unterschied, ob es sich um eine Marine handelt, die schon lange Zeit in annähernd derselben Stärke besteht und deren Einrichtungen am Lande darauf zugeschnitten und erprobt sind, so daß sie nur von Zeit zu Zeit der Modernisierung und mäßiger Erweiterungen bedürfen, oder ob die Marine ganz neu ist und sich erst in der Entwicklung nach der Größe hin befindet, welche im Interesse der Landesverteidigung erreicht werden muß. So steht es mit der deutschen Marine. Aus diesem Grunde ist es nur natürlich, daß das ganze Gebiet der Verwaltung mit allem, was dazu zu rechnen ist, sich zurzeit und noch auf Jahre hinaus mehr im Vordergrunde befindet, als es später der Fall sein wird, sobald nicht nur die schwimmende Flotte ausgebaut ist, sondern auch alle ihr dienenden Einrichtungen fertiggestellt sind. So sehen wir denn heute, daß die oberste Verwaltungsbehörde der Marine, das Reichsmarineamt, im Verhältnis zu früheren Zeiten eine ganz gewaltige Bedeutung erlangt hat.

Das Reichsmarineamt hat den Bau der Schiffe, ihre Instandhaltung, die Reparaturen in die Wege zu leiten, und ihm unterstehen infolgedessen auch alle Werftbetriebe. Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes führt die Geschäfte unter Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und ist diesem verantwortlich, hält aber dem Kaiser unmittelbar Vortrag. Jedes Jahr stellt er die Forderungen, bezw. Bedürfnisse der Marine für das kommende Jahr in dem Marineetat zusammen, welcher nach Billigung durch den Reichskanzler und den Bundesrat dem Reichstage zur Bewilligung der Kosten vorgelegt wird. Forderungen, welche außerhalb dieses Etats liegen, werden in Gestalt besonderer Vorlagen ausgearbeitet, wie z. B. seinerzeit das Flottengesetz, und spätere Ergänzungen oder Änderungen desselben. Der Staatssekretär hat die Verwendung der bewilligten Gelder sach- und zweckgemäß in die Wege zu leiten. In den Händen des Reichsmarineamtes liegt auch der Abschluß von Verhandlungen und Verträgen mit Privatwerften, Panzerplatten- und Kanonenfabriken, kurz mit der ganzen für den Schiffbau im weitesten Sinne einschlägigen Industrie. Ihm liegt somit die ganze Geldwirtschaft der Marine ob, außerdem die Intendantur, das Einstellungswesen der Mannschaften usw. Alles, was nur irgendwie zur Verwaltung gehört, untersteht ihm. Die Verantwortung, welche auf den Schultern des Staatssekretärs liegt, ist somit eine ganz gewaltige.

Die schwimmende Flotte, welche wie wir gesehen haben, den eigentlichen Zweck des gesamten Betriebes bildet, tritt in Friedenszeiten nur zu einem Teile in Tätigkeit, nämlich in Gestalt der im Dienste oder in schlagbereiter Reserve stehenden Schiffe. Jedes Schiff, welches, ob voll oder halb bemannt, unter einem Befehlshaber steht, ist eine militärische Einheit, eine Kommandobehörde, während die unbemannt auf den Werften liegenden Schiffe lediglich Gegenstände der Marineverwaltung sind. Der bei weitem wichtigste Teil der in Dienst befindlichen Schiffe, die Hochseeflotte, oder wie sie anfangs hieß, die aktive Schlachtflotte, untersteht dem Chef der Hochseeflotte. Ihm liegt die nächst größte Verantwortung ob, die ihm anvertrauten Schiffsverbände auf dem denkbar höchsten Grade der Leistungsfähigkeit und Kriegsfertigkeit zu halten. Er wird im Kriege aller Voraussicht nach die Hochseeflotte weiter befehlen. Im Kriege, wo alles irgendwie brauchbare Material an Schiffen mobil gemacht wird, dürfte noch ein zweiter Flottenchef ernannt werden. Organisatorisch hat der deutsche Kaiser den Oberbefehl über die Marine ebenso inne, wie über die Armee, aber es liegt auf der Hand, daß er in einem gleichzeitigen Land- und Seekriege nur die Armee befehligen kann und in einem Seekriege allein auch am Lande bleiben muß. Ein Zwischenglied zwischen dem Kaiser und dem Chef der Hochseeflotte bezw. den verschiedenen Chefs der heimischen und außerheimischen Befehlshaber bildet der Generalinspekteur der Marine. Derselbe hat seinen Sitz am Lande und verfügt über das Recht der Besichtigung aller schwimmenden Streitkräfte. Zurzeit ist Prinz Heinrich von Preußen, des Kaisers Bruder, Generalinspekteur. Möglicherweise wird er mit einem besonders zusammengesetzten Stabe, der unter dem Chef des Admiralstabes der Marine steht, im Kriege den Einheitspunkt für die Kriegsführung bilden. Prinz Heinrich von Preußen hat den größten Teil seiner Dienstzeit an Bord zugebracht und verfügt über reiche praktische Erfahrungen als Führer.

Dem Chef des Admiralstabes der Marine liegt die Bearbeitung der Operationspläne, die Verfolgung aller militärischen Vorgänge und Vorbereitungen anderer Marinen ob, kurz, die gleiche Tätigkeit wie die des großen Generalstabes der Armee. Er hat seinen Sitz in Berlin.

Der Chef des Marinekabinets bearbeitet mit den ihm unterstellten Seeoffizieren und Beamten alle persönlichen Angelegenheiten des Seeoffizierkorps. So regelt das Marinekabinet die Kommandierungen der Offiziere, Beförderungen und Verabschiedungen, natürlich immer unter Vorbehalt der kaiserlichen Zustimmung.

Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß später die Organisation der Marine noch manche Änderungen erfahren wird; es befindet sich eben noch alles im Wachsen und Werden.

Die Aufgaben und die kriegerische Verwendung der Flotte.

Die deutsche Flotte kann nur dann als ausreichend stark angesehen werden, wenn sie imstande ist, den Anforderungen zu genügen, welche ein Krieg an sie stellen wird. In der Bemessung der für einen Krieg erforderlichen Seestreitkräfte wird man nur dann richtig gehen, wenn man den Kriegsfall ins Auge faßt, der nach menschlicher Berechnung der für Deutschland ungünstigste wäre. Ist die Flotte diesem gewachsen, so ist sie es sicher in allen anderen Fällen. Jene Eingangsworte der Begründung des Flottengesetzes von 1900 geben den Stärkemaßstab für unsere Wehrkraft zur See in scharf gefaßter, noch heute gültiger Weise: die deutsche Flotte muß so stark sein, daß auch die größte Seemacht Bedenken tragen muß, uns anzugreifen, wenn sie nicht ihre Weltstellung aufs Spiel setzen will.

Diese größte Seemacht ist bekanntlich England. Wir wollen imstande sein, durch unsere Seestreitkräfte den Engländern einen Angriff gegen uns zu einem so gefährlichen Wagnis zu machen, daß möglichst der Angriff unterbleibt und der Friede erhalten wird. Es ist keineswegs die Absicht, unsere Flotte zu einem Angriffswerkzeug gegen England auszugestalten, denn dann müßte sie ja mindestens die Stärke der englischen haben, der sie ja selbst nach völliger Durchführung des Flottengesetzes ganz erheblich unterlegen bleiben wird. Um aber einen Angriff auf uns zu einem gefährlichen Wagnis zu machen, brauchen wir die Stärke der englischen Flotte durchaus nicht zu erreichen. Wir wollen,

wenn trotzdem ein Angriff erfolgen sollte, daß unsere Flotte imstande ist, ihn mit Hilfe ihrer Stützpunkte abzuweisen. Sie soll möglichst auch unseren Seehandel schützen. Der deutsche Seehandel rechnet nach vielen Milliarden an Wert und beläuft sich seinem Umfange nach auf ungefähr drei Viertel des gesamten deutschen Handels. Er setzt sich zusammen aus der Aus- und Einfuhr unserer Industrie, aus der Ausfuhr deutscher Rohstoffe und aus der Einfuhr solcher Nahrungs- und Genußmittel, welche der deutsche Boden nicht oder in nicht genügendem Maße hervorbringt. Die deutsche Industrie, welche ja auch in sehr hohem Grade für den deutschen Markt arbeitet, bedarf in Bezug auf manche Artikel dazu der Einfuhr über See. Die Industrie setzt im Deutschen Reiche ungefähr 26 Millionen Menschen in Arbeit und Brot. Rechnet man nun dazu die Tatsache, daß nach Milliarden zählende Summen von deutschen Unternehmungen über See angelegt sind, dort arbeiten und so wieder auf Handel und Industrie zurückwirken, so ist klar, daß die Erhaltung und Sicherung aller jener Werte ein Gebot zwingender Notwendigkeit für das Deutsche Reich sein muß. Dazu kommt noch ein weiterer wichtiger Punkt: die Kolonien. Die deutschen Kolonien befinden sich bekanntlich erst in der Entwicklung, versprechen aber mit der Zeit immer bessere Ergebnisse, so z. B. berechtigen sie zu der Hoffnung, daß das Deutsche Reich späterhin einen sehr großen Teil seines Baumwollebedarfes aus den Kolonien wird decken können. Die Ausübung des Schutzes aller dieser gesamten Werte ist naturgemäß nur durch eine entsprechende deutsche Flotte möglich, nur eine solche kann uns den Verkehr über See freihalten und so den Fortgang des Handels, der Ein- und Ausfuhr verbürgen, oder nach einer Unterbrechung im Kriege selbst schnell wieder herstellen. Und was die Kolonien anlangt, so können auch sie nur in dauernder Verbindung mit dem Mutterlande bleiben, wenn eine genügende Macht mittelbar oder unmittelbar zu ihrem Schutze bereit ist. Wir sehen also, daß die in Deutschland und besonders im Auslande aufgeworfene Behauptung, Deutschland habe ja nur sehr wenig ausgedehnte Küsten und brauche deshalb keine starke Flotte, keinen Sinn hat. Nicht auf die Länge der Küsten kommt es an, sondern auf den Umfang und die Größe der Werte, die von diesen Küsten abhängen, von ihnen ausgehen und zu ihnen zurückkehren.

Richtig ist anderseits die Behauptung, daß das Deutsche Reich seiner politischen und auch seiner wirtschaftlichen Natur nach als ein Festlandstaat angesehen werden muß. Die Kraft seines heimischen Bodens genügt heute beinahe, um den gesamten Getreidebedarf der wachsenden Bevölkerung aufzubringen und noch mehr zur Befriedigung des Fleischbedarfes. Übertrieben ist es also, wenn gemeint wird, das Abschneiden überseeischer Zufuhr würde das Deutsche Reich unmittelbar an den Rand des Verderbens bringen und zum Frieden zwingen können. Die Kraft und die Grundveste des Deutschen Reiches liegt in erster und in letzter Linie immer auf dem Festlande.

Vergegenwärtigen wir uns die Gestalt der deutschen Nordseeküsten, so stellen sich diese als ein tief einspringender Winkel dar, in dem die Flußmündungen und Buchten der Ems, Jade, Weser und Elbe dicht zusammengedrängt liegen. Ein Stück in die See hinausgerückt befindet sich die Insel Helgoland. Aus diesem Nordseewinkel strömt fast die ganze deutsche überseeische Ausfuhr hinaus, in ihn drängt sich die aus allen Kontinenten kommende Einfuhr hinein. Die Nordseeküste muß den Hauptangriffspunkt für jeden übermächtigen Feind bilden, zumal auch bekanntlich der Nord-Ostseekanal in die Elbe hinein mündet. Was die Ostsee betrifft, so ist ihre Wichtigkeit zwar nicht zu unterschätzen, aber einmal bildet das Feld der Nordsee für jede Nordseemacht die Hauptsache, und dann können die engen Gewässer der Ostsee da wo sie Durchfahrten bilden, durch verhältnismäßig geringe Streitmittel und Hindernisse gesperrt werden. Das Ziel des Gegners wird in erster Linie sein, in möglichst raschem, überwältigendem und zermalmendem Angriffe die deutschen Streitkräfte zu vernichten und zugleich eine enge Blockade über die deutschen Küsten und Häfen zu verhängen. Diese Blockade würde zweifacher Natur sein, nämlich einmal den deutschen Seehandelsverkehr abschneiden, bezw. ersticken, und ferner auch deutschen Kriegsschiffen die Möglichkeit zu nehmen, wenn nicht auf Gefahr der Vernichtung hin, ihre Häfen oder Flußmündungen zu verlassen. Über die Handels-

blockade und ihre Wirkungen wurde und wird noch viel gestritten. Man hat gesagt, daß England nach den neuen internationalen Bestimmungen nicht befugt sei, die beiden Ausgänge der Nordsee zwischen der englischen und französischen, und der schottischen und norwegischen Küste einfach zu sperren, was militärisch außerordentlich leicht und bequem wäre. Geschähe es aber, so wäre nicht nur den deutschen Häfen der Verkehr abgeschnitten, sondern vor allem auch den holländischen und belgischen, und ferner den dänischen, schwedischen und russischen, und endlich wären Einfuhrstaaten wie die Vereinigten Staaten von Amerika wirtschaftlich auf das schwerste geschädigt, wenn auf diese Weise der größte Teil ihres nordeuropäischen Handels stockte. Für das Deutsche Reich läge der Nachteil im besonderen darin, daß es keine Güter mehr durch neutrale Häfen, namentlich die belgischen und holländischen im Kriege nach gewaltsamer Schließung der deutschen Häfen erhielte. Indes ist nach den neuen internationalen Bestimmungen gestattet, die Küsten und Häfen des Feindes selbst durch Handelsblockade zu sperren. Ob aber England, oder gar England und Frankreich zusammen sich an solche Bestimmungen kehren werden, besonders unter Umständen, wo so Großes für sie auf dem Spiele steht, darauf kann man sich nicht verlassen. Schließlich kommt noch die ebenso einfache wie wichtige Erwägung in Betracht, daß in einem solchen Nordseekriege während der ganzen Dauer der Kriegshandlung die Nordsee für den Fortgang des Seehandels ein viel zu unsicheres Gebiet sein wird, zumal nach den deutschen Häfen hin. Damit wird man also zu rechnen haben, daß während des Krieges der deutsche Handel stockt, ob nun eine Blockade unserer Küsten erfolgt oder nicht. Man denke sich nur die Massen von Seeminen, die in solchen Kriegsläufen teils verankert, teils frei treibend in der Nordsee umherschwimmen werden. Die Lebensbedingung ungestörter Handelsschiffahrt ist vor allem Sicherheit des Betriebes. Gerade das wird häufig mißverstanden: nicht darauf kommt es an, daß unsere Flotte in einem solchen Seekriege etwa imstande sein müßte, den Fortgang des Seehandels im selben Umfange und mit derselben Regelmäßigkeit zu sichern wie in Friedenszeiten. Davon kann keine Rede sein. Kommt es zum Kampfe, dann muß das deutsche Volk sich von vornherein auf eine zeitweilige wirtschaftliche Störung einrichten. Sie ist unvermeidlich. Die Frage wird nur sein, ob es der Flotte gelingt, die Störung zu vermindern.

Der Zugang zur deutschen Bucht muß den feindlichen Streitkräften in erster Linie als ein zu gefährliches Unternehmen erscheinen, so daß eine enge militärische Blockade sich von vornherein ausschließt. Dazu dienen die Mittel der schwimmenden und festen Küstenverteidigung, als da sind Torpedoboote, Unterseeboote, ausgibige Verwendung von unterseeischen Minen, und feste Küstenwerke. Die Insel Helgoland hat in den letzten Jahren als Stützpunkt für die schwimmende Küstenverteidigung, und als stark bewehrte Festung in diesem Sinne eine ganz gewaltige Bedeutung erlangt. Der Begriff der schwimmenden Küstenverteidigung muß, was Torpedoboote und in Zukunft auch Unterseeboote anlangt, sehr weit und zwar in dem Sinne gefaßt werden, daß sie ihre Tätigkeit dauernd bis auf die hohe See hinaus, ja nach Möglichkeit bis an die feindlichen Küsten, ausdehnen und so das gesamte Gewässer fortwährend unsicher machen. Diese gesamte Organisation der schwimmenden und festen Küstenverteidigung hat im Laufe der letzten Jahre besondere Aufmerksamkeit seitens der deutschen Marineverwaltung erfahren und wird nach einigen Jahren, wie man mit ziemlicher Sicherheit sagen kann, den Notwendigkeiten entsprechen. Hinter ihr würde dann die durch das Gesetz verbürgte Hochseeflotte stehen. Ihre Aufgabe wäre eine zweifache. Zunächst kann nur sie, wie wir oben bereits andeuteten, den Torpedobooten die Möglichkeit geben, an den Feind heranzukommen. Wäre sie nicht oder nur in unzureichender Stärke vorhanden, so würden die Verhältnisse folgendermaßen liegen: Die Feinde würden ihre leichten Streitkräfte, also Torpedobootszerstörer und kleine Kreuzer, welche ja der Minengefahr nicht oder nur wenig ausgesetzt sind, dicht und immer dichter an unsere Küsten heranschieben, die Minen aufräumen, und die sich vorwagenden Torpedoboote zerstören und schließlich diese Streitkräfte mit einer engen militärischen Blockade fest in die heimischen Häfen einschließen. Hinter diesen vordrängenden leichten Streitkräften, also weiter auf die hohe See hinaus,

ständen die Panzerkreuzer des Feindes, und dahinter seine Schlachtschiffgeschwader. Sie wären solchergestalt vor erfolgreichen deutschen Torpedobootsangriffen so gut wie sicher und würden entsprechend dem Vordringen von kleinen Kreuzern und Torpedobootszerstörern immer näher an unsere Küsten und Häfen herankommen, um dann im gegebenen Augenblick den letzten entscheidenden Schlag gegen sämtliche dort eingeschlossenen Streitkräfte zu führen. Steht aber hinter den leichten deutschen Streitkräften, bezw. der schwimmenden Küstenverteidigung, eine mächtige deutsche Schlachtflotte, die der angreifenden an Qualität der einzelnen Schiffe gewachsen ist, und an Zahl über halb so stark wie sie ist, dann liegen die Dinge ganz anders. Deutsche Panzerkreuzer und Schlachtschiffe wären nämlich in der Lage, nicht nur erfolgreiche Vorstöße gegen Teile der feindlichen Flotte zu machen, welch letztere dauernd zu konzentrieren unmöglich ist, sondern sie könnten auch die leichten feindlichen Streitkräfte und Panzerkreuzer jederzeit verjagen und so den Torpedobootsschwärmen den Weg bahnen, so daß diese zum Angriff auf die großen feindlichen Panzerschiffe gelangen. Bei einer nur kleinen deutschen Schlachtflotte wäre ein solches Verfahren aussichtslos, sie würde sich nur der nutzlosen Vernichtung aussetzen, und der Rückzug könnte ihr immer durch den weit überlegenen Feind abgeschnitten werden. Bedingung ist, wie auf der Hand liegt, daß unsere feste und schwimmende Küstenverteidigung auf genügender Höhe steht, um nicht nur die unmittelbare Nähe der Küsten, sondern die ganze deutsche Nordseebucht zu einer höchst gefährlichen Zone für die feindliche Schlachtflotte zu machen.

So müssen sich die Mittel der Küstenverteidigung und die Hochseeflotte einander ergänzen, und so sind sie aufeinander angewiesen, wenn sie ihre höchste Leistungsfähigkeit zu entwickeln imstande sein sollen. Aus allem diesen geht ferner hervor, daß die deutsche Flotte nach Durchführung des Gesetzes und nach Ausgestaltung der Küstenverteidigung im weitesten Sinne imstande sein wird, die etwaige Strategie und Taktik des Feindes, den Krieg in kurzer Zeit zu beenden, nicht anzunehmen braucht, sondern ihn in die Länge ziehen kann, und zwar so, daß die Schlachtflotte sich, ehe sie nicht den günstigen Augenblick gekommen glaubt, einer Schlachtentscheidung auf hoher See nicht auszusetzen braucht. Die feindliche Flotte würde also darauf angewiesen sein, in Gestalt einer Blockade, oder des Versuches dazu in einer von den Ereignissen abhängigen und mit ihnen wechselnden Entfernung von den deutschen Küsten zu bleiben und zu versuchen, allmählich Erfolge zu erringen. Je länger eine solche Tätigkeit und zumal während der schlechten Jahreszeit dauert, desto schwieriger und verlustreicher wird sie. Freilich, unseren überseeischen Handel kann während dieser Zeit die feindliche Flotte zum Stocken bringen, aber damit hat sie für den Verlauf des Krieges selbst nichts Entscheidendes gewonnen, weil Deutschland diese wirtschaftliche Einbuße zeitweilig ertragen wird und kann. Schwere wirtschaftliche Störungen wird eine solche Blockade naturgemäß mit sich bringen. Endlich kommt hinzu, daß während der Kriegszeit natürlich die deutschen Werften sich in fieberhafter Tätigkeit befänden, und die deutsche Flotte noch erheblich an Stärke gewinnen würde. Nimmt man alles zusammen, so ergibt sich also, daß das Wagnis, einen Seekrieg mit uns zu beginnen, ein sehr großes ist und mit jedem Jahre größer wird. Wir sind deswegen wohl berechtigt, nach dieser sachlichen Untersuchung eine starke deutsche Flotte als eine Bürgschaft für die Erhaltung eines ehrenvollen Friedens im Sinne des Wortes zu bezeichnen.

Großes ist für die Stärkung unserer Wehrkraft zur See während der letzten zehn Jahre geleistet worden, noch aber hat man das Ziel nicht erreicht. Wir sind auf gutem Wege und können volles Vertrauen zu der Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit des Personals haben, ebenso wohl wie zu den leitenden Personen der Marine. Die nötige Anzahl von Schiffen und Bemannung kann allein die Sicherheit der deutschen Meere, unserer wirtschaftlichen und politischen Interessen verbürgen. Diese Erkenntnis hat heute im deutschen Volke feste und tiefe Wurzeln geschlagen!

Modernes Waffenweſen.

Von Generalleutnant z. D. **Rohne**, Berlin.

In drei raſch aufeinander folgenden ſiegreichen Kriegen wurde die deutſche Einheit durch Blut und Eiſen erkämpft. Der genialen Führung und dem vortrefflichen Geiſte der preußiſchen und ſpäter deutſchen Truppe iſt der beiſpielloſe Erfolg in erſter Linie zu danken; aber er wurde in nicht geringem Grade auch durch die vortreffliche Bewaffnung herbeigeführt. Ganz beſonders trat dies in den beiden erſten Kriegen — dem däniſchen und böhmiſchen — in die Erſcheinung. Auf der jütiſchen Halbinſel wurden alle im offenen Felde erreichten Erfolge mit überraſchend geringen Verluſten erkämpft, eine Folge der Überlegenheit des Zündnadelgewehrs. Während die Feldartillerie nur wenig Gelegenheit zur Tätigkeit gefunden hatte, trat die Überlegenheit der preußiſchen gezogenen Geſchütze bei der Belagerung der Düppeler Schanzen glänzend hervor. Sie beſaßen auf Entfernungen, die jenſeits der größten Schußweiten der glatten Geſchütze lagen, noch eine erſtaunliche Treffſicherheit. Aber nicht allein in der Schußweite lag die Überlegenheit; auch die Geſchoßwirkung übertraf die der däniſchen glatten und gezogenen Geſchütze nicht unweſentlich. Die Geſchoſſe waren mehr als doppelt ſo ſchwer als die aus gleich ſchweren glatten Geſchützen verfeuerten Vollkugeln und hatten überdies noch eine Sprengladung, die durch einen ſehr ſicher wirkenden Zünder in dem Augenblicke, wo das Geſchoß das Ziel oder den Erdboden traf entzündet wurde. Dadurch kann man den Treffpunkt des Geſchoſſes deutlich erkennen, ſich alſo ſehr leicht „einſchießen“. Freilich verfeuerten die däniſchen Geſchütze auch Hohlgeſchoſſe; deren Sprengladung wurde aber durch einen Brennzünder nach Ablauf einer gewiſſen Flugzeit entzündet. Blieb das Geſchoß nicht im Ziel ſtecken, ſo machte es meiſt einige Sprünge und zerſprang erſt weit hinter dem Ziel, wo die Sprengung gar keine Wirkung hatte.

Der Feldzug in Böhmen 1866 bot ein ganz merkwürdiges Bild. Mit großen Hoffnungen war die preußiſche Feldartillerie ausgezogen, hat aber die auf ſie geſetzten Erwartungen völlig enttäuſcht. Um ſo größer war der Ruhm der preußiſchen Infanterie, die, häufig in der Minderzahl kämpfend, große Erfolge mit ſehr geringen Verluſten errang. Dabei hatte ſich in ihrer Bewaffnung nichts geändert, während bei der Artillerie die Zahl der gezogenen Geſchütze in der Zeit von 1864 bis 1866 erheblich vermehrt worden war.

Wichtiger aber als das war die große Überlegenheit der preußiſchen Infanterie über die öſterreichiſche, die nicht nur in der beſſeren Bewaffnung, ſondern auch in der der Waffe richtig angepaßten Gefechtsweiſe begründet war.

So ſchmerzlich dieſer Mißerfolg für die preußiſche Artillerie war, ſo gute Früchte hat er getragen. An maßgebender Stelle erkannte man mit richtigem Blick die Urſache, die nicht in dem vortrefflichen Geſchütz, ſondern lediglich in dem falſchen Gebrauch zu ſuchen war. So wurden unmittelbar nach dem Kriege die noch vorhandenen glatten Geſchütze durch gezogene erſetzt. Das Mißgeſchick der preußiſchen Artillerie geriet dem großen Ganzen ſogar zum Heile. Wie die glänzenden Erfolge des Zündnadelgewehrs

aller Welt die Augen über die großen Vorzüge der Hinterladung öffneten und namentlich Frankreich veranlaßten, seine Infanterie mit dem für jene Zeit vortrefflichen, dem Zündnadelgewehr nach jeder Richtung hin überlegenen Chassepotgewehr zu bewaffnen, so wäre zweifellos das Gleiche auch bei der Artillerie nicht unterlassen, wenn man sich von den Vorzügen des Hinterladungsgeschützes überzeugt hätte.

So zog denn die deutsche Infanterie im Jahre 1870 in den Krieg mit einem Gewehr, das dem des Gegners bedeutend nachstand. Das Chassepotgewehr hatte ein verbessertes Verschlußsystem, das eine größere Feuergeschwindigkeit zuließ; seine ballistische Leistung übertraf die des Zündnadelgewehrs nicht unwesentlich. Dazu kam noch eine leichtere Patrone, wie denn auch das Gewehr an sich leichter war, wodurch eine reichlichere Ausrüstung mit Munition möglich wurde. Das alles war der Verkleinerung des Kalibers zu verdanken.

Glücklicherweise hatte aber die französische Artillerie die schon 1858 eingeführten gezogenen Vorderladungsgeschütze beibehalten und obschon ein Teil ihrer Batterien mit der neuen Mitrailleuse bewaffnet wurde, besaß die deutsche Artillerie eine außerordentlich überlegene Wirkung. Am besten ist die Leistung der deutschen Artillerie wohl durch das Wort des Kaisers Napoleon gekennzeichnet, der bei der Übergabe seines Degens zu König Wilhelm sagte: „Sire, Sie verdanken Ihre Siege Ihrer unvergleichlichen Artillerie".

Die gleiche Überlegenheit zeigten auch die deutschen Geschütze vor den französischen Festungen. Die Kanonen, d. h. die Geschütze, die ihr Ziel mit möglichst gestreckter Flugbahn treffen sollten, waren dieselben wie vor Düppel. Als besonders wirksam erwiesen sich aber zwei neue Geschütze, mit denen die Truppe erst vor dem Feinde ihre Bekanntschaft machte. Die kurze 15 cm Kanone und der 21 cm Mörser waren Geschütze, die ihre Geschosse mit geringer Ladung in stark gekrümmter Flugbahn schleuderten und dadurch imstande waren, Ziele hinter Deckungen, die nur von oben, nicht aber von vorn zu treffen waren, zu zerstören. So gelang es namentlich vor Straßburg, mehrere durch vorliegende Erdwerke gedeckte Mauern, von weit her, ohne daß man sie vom Geschütz aus sah, „indirekt" in Bresche zu legen und dadurch den Fall der Festung wesentlich zu beschleunigen. Der 21 cm Mörser verfeuerte Granaten von etwa 80 kg Gewicht, das zu jener Zeit ganz unerhört war; die schweren Geschosse durchschlugen die stärksten durch Erddecken geschützten Gewölbe und brachten durch ihre starke Sprengladung eine gewaltige materielle und psychologische Wirkung hervor.

Auch die Bewaffnung der deutschen Schiffe hatte sich vortrefflich bewährt. Gerade bei den Schiffsgeschützen gewährte die Hinterladung gewisse Vorteile für die Erreichung einer größeren Feuergeschwindigkeit. Es war nicht nötig, die Geschütze nach jedem Schuß zum Laden zurück- und dann wieder vorzubringen; man konnte vielmehr den Rücklauf wesentlich einschränken. In verschiedenen Gefechten der Kriege 1864 und 1870 hatten mehrfach kleine deutsche Schiffe ehrenvolle Kämpfe gegen weit größere bestanden, wobei sich die große Treffsicherheit und Wirkung der deutschen Geschütze von der vorteilhaftesten Seite gezeigt hatten.

Beide kämpfenden Parteien hatten in diesem Kriege die Vorteile einer überlegenen Bewaffnung erkannt. Es war kein Zweifel mehr, daß die Überlegenheit beim französischen Gewehr und beim deutschen Geschütz gewesen war. Jeder suchte sich den Vorteil der besseren Bewaffnung zu sichern und so ergaben sich aus diesem Wettbewerbe in Verbindung mit manchen anderen Umständen in wenigen Jahrzehnten so gewaltige Fortschritte, wie sie vorher ebensoviel Jahrhunderte nicht hatten hervorbringen können.

Die bis dahin mehr empirisch betriebene Herstellung der Waffen entwickelte sich jetzt zu einer wahren Wissenschaft. Die hohe Präzision der Waffen ermöglichte genaue Messungen und es gelang durch rationelle Methoden die Wirkung der Pulverladung sowohl auf das Geschoß — Messung der Anfangsgeschwindigkeit —, als auch auf die

Waffe — Messung des Gasdrucks und des Rückstoßes — zu bestimmen. Diese Größen aber bilden die Grundlage für die Ballistik und Waffenkonstruktion.

Mit dem Gewehr schießt man auf unbekannte Entfernungen gegen senkrechte von vorn zu treffende Ziele. Dazu ist eine sehr gestreckte Flugbahn also eine große Geschoßgeschwindigkeit nötig. Eine Steigerung dieser findet ihre Grenzen sehr bald in der zulässigen Größe des Rückstoßes und des Gewichts der Waffe. Nimmt man diese beiden Größen als gegeben an, so kann die Steigerung der Geschoßgeschwindigkeit nur durch Herabsetzung des Geschoßgewichts erreicht werden. Damit aber dieser Gewinn an Geschwindigkeit nicht wieder durch den Luftwiderstand verloren geht, muß die Fläche, auf die er wirkt — der Geschoßquerschnitt — verkleinert werden. So hat man denn das Geschoßgewicht, das beim Zündnadelgewehr 31 g betrug, beim Gewehr 71 auf 25, bei dem Gewehr 88 auf 15 und neuerdings beim Gewehr 98 unter Annahme eines neuen Geschosses auf 10 g herabgesetzt. Zugleich ist aber das Kaliber von 15 auf 11 und 8 mm gesunken, dagegen das Verhältnis des Geschoßgewichts zum Querschnitt von 21 auf 26 und 30 g gestiegen. Bei dem neuesten Geschoß ist dies Verhältnis freilich wieder auf etwa 20 gefallen; man hat aber dem Geschoß eine sehr schlanke, für die Überwindung des Luftwiderstandes besonders günstige Spitze gegeben — daher der Name S-Geschoß — und damit den Nachteil des geringen Gewichts ausgeglichen.

Die ballistische Leistung wird hervorgebracht durch den Druck, den die Gase auf den Geschoßboden ausüben. Verbrennt die Pulverladung so schnell, daß sie verbrannt ist, ehe sich das Geschoß in Bewegung setzt, so entwickeln sich die Gase in einem sehr kleinen Raum, üben einen sehr großen Druck aus, der aber auch schnell sinkt, so daß er im vorderen Teil des Laufes sehr gering ist, also auch nur wenig zur Beschleunigung der Geschoßbewegung beitragen kann. Dagegen liegt die Gefahr vor, daß der hohe Gasdruck den Lauf sprengt, ehe sich das Geschoß überhaupt in Bewegung gesetzt hat. Wo also eine große Geschoßgeschwindigkeit verlangt wird, muß man die Verbrennung des Pulvers möglichst so regeln, daß sie langsam einsetzt und erst, nachdem das Geschoß sich in Bewegung gesetzt hat, allmählich schneller vor sich geht. Dann wird der Gasdruck langsam ansteigen, nicht die gefährliche Höhe erreichen, aber auch langsam sinken. Nur auf diese Weise ist eine große ballistische Leistung unter Schonung der Waffe möglich.

Die langsame Verbrennung läßt sich erreichen durch starke Verdichtung und größere Abmessung der Pulverkörner. Noch für das 11 mm Gewehr (1871) reichte man hiermit aus. Als es sich aber um eine weitere Steigerung der Leistung durch Herabsetzung des Kalibers auf 8 mm handelte, war man genötigt, eine neue Zusammensetzung des Pulvers zu suchen. Während das alte Schwarzpulver ein mechanisches Gemenge von Salpeter, Schwefel und Kohle bildet, ist das neue Treibmittel ein gleichmäßig zusammengesetzter chemischer Stoff. Die längst bekannte Schießwolle wird durch ein Lösungsmittel in eine gallertartige, knetbare Masse verwandelt, der man jede für den bestimmten Zweck erwünschte Form — Blättchen, Würfel, Fäden, Streifen, Röhren usw. — geben kann. Das neue Treibmittel hat die höchst wichtige Eigenschaft, daß es fast völlig vergast, bei der Verbrennung keine festen Rückstände bildet, also nur einen schwachen, sich schnell verflüchtigenden Rauch entwickelt. Diese Eigenschaft, die sich den Erfindern gewissermaßen als eine rein zufällige Beigabe ergab, wurde in taktischer Beziehung viel wichtiger als die hohe ballistische Leistungsfähigkeit. Diese stellte einen nicht zu unterschätzenden quantitativen Fortschritt dar, während die fast völlige Rauchlosigkeit eine ganz neue Erscheinung auf dem Schlachtfelde war und die Kampfweise wesentlich umgestaltete. Während einerseits das Zielen und Beobachten durch den Fortfall des wie ein Schleier vor der Front gelagerten Pulverrauchs erleichtert wurde, war gleichzeitig die Erkundung der Feuerstellungen erschwert. Erst die Rauchlosigkeit ermöglicht die Abgabe eines gezielten Schnellfeuers. Mehr noch als die Steigerung der ballistischen Leistung nötigte diese Tatsache dazu, alle durch das Gelände gebotenen Deckungen sorgfältig auszunutzen. Das Schlachtfeld scheint entblößt von Truppen; die Anwesenheit des Feindes gibt sich nur durch die von ihm geschleuderten Geschosse zu erkennen.

In Deutschland verwendet man zwei durch ihre chemische Zusammensetzung verschiedene rauchschwache Pulversorten: Nitrozellulosepulver und Nitroglyzerinpulver. Ersteres ist chemisch betrachtet hochnitrierte Schießwolle gelöst in Ätheralkohol, letzteres schwachnitrierte Kollodiumwolle, gelöst in Nitroglyzerin. Das Nitrozellulosepulver wird in Gewehren und Kanonen kleinen und mittleren Kalibers, das Nitroglyzerinpulver in Steilfeuergeschützen und schweren Kanonen angewendet.

Auch das Material, aus dem die Geschosse hergestellt werden, änderte sich. Das Zündnadelgewehr hatte ein Geschoß aus Weichblei, das durch einen Pappspiegel in den Zügen geführt wurde. Beim Gewehr 71 ging man, um eine sichere Geschoßführung zu erreichen, zu Hartblei über. Beim Übergang auf das 8 mm Kaliber mußte man, ebenfalls mit Rücksicht auf die Führung in den Zügen, das Geschoß mit einem Nickelstahlmantel umgeben. Diese Mantelgeschosse deformieren sich beim Auftreffen auf feste Körper — Knochen — nicht; namentlich aber werden keine Splitter abgetrennt, durch die die Wunden so verschlimmert werden. Hierin und in dem kleinen Kaliber, das natürlich kleinere Wunden erzeugt, liegt die dem kleinkalibrigen Gewehr nachgerühmte größere „Humanität". Vielfach ist man der Meinung, daß man mit Rücksicht hierauf mit der Herabsetzung des Kalibers nicht weiter gehen dürfe. Andrerseits ist zu bemerken, daß das S-Geschoß infolge der rückwärtigen Lage seines Schwerpunkts die Neigung hat, bei nicht ganz senkrechtem Auftreffen sich quer zu stellen und dann um so schwerere Wunden hervorruft.

Mit der Abnahme des Kalibers und Zunahme der Länge der Geschosse muß die Umdrehungsgeschwindigkeit, die dem Geschoß die nötige Standfestigkeit gegenüber dem Luftwiderstand gibt, wachsen. Während das Langblei des Zündnadelgewehrs etwa 400 Umdrehungen in einer Sekunde macht, sind beim S-Geschoß nahezu 4000 erforderlich.

Um eine Vorstellung von den Fortschritten der ballistischen Leistung zu geben, sei angeführt, daß die Anfangsgeschwindigkeit, die beim Zündnadelgewehr etwa 300 m betrug, beim S-Geschoß auf 900 m gestiegen ist. Die größte Schußweite, für die ein Visier vorhanden war, betrug beim Zündnadelgewehr 600 m gegenüber 2000 m beim Gewehr 98.

Von nicht minderer Bedeutung waren die auf Erhöhung der Feuergeschwindigkeit abzielenden Änderungen. In erster Linie ist hier der Ersatz der Papierpatronen durch eine Metallpatrone zu nennen, bei der sich das Pulver in einer flaschenförmig gestalteten Messinghülse befindet. Diese Hülse übernimmt beim Schuß den gasdichten Abschluß, der früher durch besondere Einrichtungen des Verschlusses bewirkt wurde. Das ermöglichte eine Vereinfachung des Verschlusses, der nunmehr so eingerichtet wurde, daß sich beim Öffnen desselben das Schloß spannte und die leere Hülse der abgeschossenen Patrone ausgeworfen wurde. Die Zahl der Ladegriffe, die beim Zündnadelgewehr noch sechs betrug, wurde beim Gewehr 71 schon auf zwei herabgesetzt. Beim Repetiergewehr 71/84, das ballistisch dem Gewehr 71 völlig gleich stand, konnten in ein unter dem Lauf befindliches Magazin zehn Patronen eingefüllt werden; eine Spiralfeder drückte eine Patrone in einen Löffel, der sich beim Öffnen des Verschlusses hebt. Beim Schließen wird dann die Patrone von selbst in das Patronenlager vorgeschoben. Auf diese Weise fiel das sehr zeitraubende Entnehmen der Patrone aus der Patronentasche und Einlegen in das Patronenlager fort. Beim Gewehr 98 befinden sich je fünf Patronen in einem Ladestreifen, und werden auf einmal durch einen Druck auf die oberste Patrone in den hinter dem Lauf befindlichen Kasten derart eingeführt, daß sie seitlich übereinander lagern. Der Ladestreifen fällt beim Schließen des Verschlusses heraus, während gleichzeitig eine Patrone in den Lauf geführt wird. Es ist möglich mit dem Magazingewehr 20 gezielte Schüsse in einer Minute abzugeben; mit dem Zündnadelgewehr waren höchstens 6 Schuß möglich.

Die Annahme der Metallhülse trug sehr wesentlich zur bessern Erhaltung der Munition bei. Verderben des Pulvers durch Feuchtigkeit oder Verstreuen von Pulver infolge Durchscheuerns der Hülse sind bei den Metallpatronen ausgeschlossen.

Mit der Herabsetzung des Kalibers lief eine Verringerung des Patronengewichts parallel. Die Patrone des Zündnadelgewehrs wog etwa 40 g, während die S-Patrone noch nicht 24 g wiegt. Für ein Schnellfeuergewehr ist das von großer Bedeutung, da der Mann, ohne überlastet zu werden, mehr Patronen tragen kann. Auch das Gewehr selbst ist leichter geworden; hierdurch und infolge des Fortfalls des Bajonetts ist eine Gewichtsersparnis von über 2 kg eingetreten. Während der Soldat im Jahre 1870 mit 80 Patronen ausrückte, hat er jetzt 150, ohne ein größeres Gewicht zu tragen.

Die Kavallerie, Artillerie und Trainformationen führen leichtere Schußwaffen, die entweder mit zwei Händen gehandhabt werden (Karabiner) oder mit einer (Pistole). Im Kriege 1870/71 war nur die leichte Kavallerie mit einem dem Zündnadelgewehr ähnlichen, indes kürzeren Karabiner, bewaffnet, dessen ballistische Leistungsfähigkeit hinter dem Gewehr zurückstand; die schwere Kavallerie führte eine glatte Pistole, die eine wirksame Schußweite von etwa 40 Schritt hatte. Das Bedürfnis nach einer weiter tragenden Schußwaffe wurde im Feldzuge sehr lebhaft empfunden, so daß viele Kavallerie-Regimenter ihre Leute mit auf den Schlachtfeldern erbeuteten Chassepotkarabinern bewaffneten. Nach dem Kriege wurde die ganze Kavallerie mit Karabinern bewaffnet, deren Einrichtung sich eng an das von der Infanterie geführte Gewehr anlehnte. Der jetzt eingeführte Karabiner 98 ist nur 14 cm kürzer als das Gewehr; infolge dessen steht die Anfangsgeschwindigkeit auch nur um 20 m und ebenso seine ballistische Leistung nur sehr wenig hinter der des Gewehrs zurück.

Die glatte Pistole wurde anfangs durch einen Revolver ersetzt, bei dem eine mit sechs Patronen geladene Trommel sich hinter dem Laufe befand. Beim Spannen des Hahns drehte sich die Trommel jedesmal um ein Sechstel des Kreisumfanges, so daß eine neue Patrone hinter den Lauf trat. Neuerdings ist eine Selbstladepistole eingeführt, bei der das Öffnen und Schließen des Verschlusses, sowie auch das Laden nicht mehr vom Schützen, sondern durch den nach rückwärts wirkenden Druck der Pulvergase ausgeführt wird. Schon vor vierzig Jahren hatte der um die Entwickelung der Handfeuerwaffen hochverdiente Major v. Plönnies diese Forderung aufgestellt.

Durch den Druck der Pulvergase wird der Lauf zusammen mit dem Verschluß zurückgedrückt. Auf diesem Wege findet der Lauf eine Anlage und der nunmehr allein zurückgleitende Verschluß wirft die Patronenhülse aus und spannt die Schlagbolzenfeder. Durch Federkraft wird der Verschluß wieder vorgeschoben, schiebt dabei eine Patrone in den Lauf und wird wieder geschlossen, indem er den Lauf mit in die Ruhelage nimmt. Die Trennung des Laufs vom Verschluß tritt erst ein, wenn das Geschoß den Lauf verlassen hat. Das 6 g schwere Geschoß hat ein Kaliber von 7,65 mm; die Anfangsgeschwindigkeit beträgt 350 m, die wirksame Schußweite über 100 m. Die Feuergeschwindigkeit ist so groß, daß sich die Schüsse in Pausen von einer halben Sekunde folgen können.

Die Entwickelung der Geschütze bewegte sich in denselben Bahnen wie die der Gewehre. Auch hier wurde die Steigerung der ballistischen Leistung durch Verkleinerung des Kalibers und Erhöhung der Anfangsgeschwindigkeit erreicht; jedoch konnte damit nicht soweit gegangen werden, wie beim Gewehr, das nur Vollgeschosse verfeuert, während das Geschoß der Artillerie stets ein mit einer Sprengladung versehens Hohlgeschoß ist.

Die Wirkung der deutschen Artillerie hatte im Kriege 1870/71 durchaus befriedigt. Eine Neubewaffnung war aber unabweisbar, weil die Wirkung der Infanteriebewaffnung so gesteigert und vorauszusehen war, daß alle Staaten nunmehr das bewährte Hinterladungssystem annehmen würden. Wie beim Gewehr ist die Wirkung durch das Gewicht des Geschützes bedingt, das mit Rücksicht auf die Beweglichkeit bei der Feldartillerie nur innerhalb ziemlich enger Grenzen schwanken kann.

Nach dem Kriege gab man allen fahrenden Batterien ein und dasselbe Geschütz. Das Kaliber lag etwas unter dem des bisherigen schweren Geschützes, dagegen war das Geschoßgewicht etwas höher. Für die reitende Artillerie hielt man ein leichteres Ge-

schütz für nötig, gab ihm das Kaliber des bisherigen leichten Geschützes, aber ein bedeutend schwereres Geschoß. Damit die Geschütze den durch die bedeutende größere Geschoßgeschwindigkeit hervorgerufenen erhöhten Gasdruck aushalten konnten, wendet man beim Aufbau der Rohre die „künstliche Metallkonstruktion" an. Hierbei wird über das innere Kernrohr, in dem sich die Seele befindet, in erwärmtem Zustand ein Mantelrohr geschoben. Der Durchmesser dieses äußeren Rohres ist in erwärmten Zustande etwas größer, als der des Kernrohrs. Infolge der Abkühlung schrumpft das Mantelrohr ein und übt auf das Kernrohr einen Druck aus, der dem von den Gasen herrührenden Druck gerade entgegengesetzt ist.

Wichtiger als die Steigerung der ballistischen Leistung des Geschützes waren die an dem Geschoß angebrachten Änderungen. Die Ziele der Feldartillerie sind meist Truppen — Menschen, Pferde und Fahrzeuge — zu deren Zerstörung eine geringe Wucht ausreicht. Es ist wichtig, daß die Geschosse durch die Sprengladung in viele Teile zerrissen werden, die weiter fliegend ihre zerstörende Wirkung zur Geltung bringen. Die Granaten der alten Geschütze zersprangen in nur etwa 30 Stücke, die sehr schwer waren; bei den neuen Geschützen gab man den Granaten eine doppelte Wand; die innere bestand aus mehreren über einander gelagerten Ringen mit vorgezeichneten Sprengstücken. Auf diese Weise erhielt man etwa 150 Sprengstücke, die ein Mindestgewicht von 10 g hatten.

Die Wirkung der erst im Aufschlag platzenden Granaten ist in hohem Grade abhängig von dem Boden am Ziel. Bei weichem oder nach dem Ziele zu ansteigendem Boden bleibt ein großer Teil der Sprengstücke stecken, die übrigen gehen großenteils im hohen Bogen über das Ziel hinweg. Nur ein in der Luft springendes Geschoß ist in seiner Wirkung unabhängig von den Bodenverhältnissen. Seine Sprengladung muß also nach Ablauf einer bestimmten Zeit entzündet werden. Ein solches Geschoß ist das Schrapnell — ein mit Bleikugeln gefülltes Hohlgeschoß mit dünnen Wänden, dessen Sprengladung nur gerade hinreicht, die Geschoßwände zu zerreißen, so daß die frei werdenden Kugeln sich in einem engen Kegel gegen das Ziel ausbreiten. Je gestreckter die Flugbahn ist, um so weiter fliegen die Kugeln und gefährden einen Raum von großer Breite und Tiefe.

Daß die gezogenen Geschütze erst so spät einen Schrapnellschuß erhielten, findet seine Erklärung in der Schwierigkeit des Baues eines Zünders. Bei den Vorderladungsgeschützen wird der Brandsatz des Zünders durch die am Geschoß vorbeistreichenden Pulvergase entzündet; bei den ohne Spielraum geladenen Geschossen der Hinterladungsgeschütze wird er beim Schuß entzündet, indem eine Nadel in eine mit Knallquecksilber gefüllte Zündpille sticht. Die Schwierigkeit lag darin, daß die Entzündung mit Sicherheit beim Schuß erfolgt, daß aber eine vorzeitige Entzündung beim Transport ausgeschlossen wird.

Die Schrapnells des schweren Feldgeschützes 73 enthielten anfangs etwa 200 Kugeln von 17 g; allmählich wurde das Gewicht der Kugeln bis auf 11 g herabgesetzt. Als man später die Hülse aus Stahl anstatt wie bisher aus Gußeisen herstellte, vermochte das Schrapnell 300 Kugeln aufzunehmen, wodurch natürlich seine Wirkung sehr stieg. Das Geschoß soll regelrecht etwa 50 m vor dem Ziel springen; liegt der Sprengpunkt näher vor dem Ziel, so ist die Ausbreitung der Kugeln zu gering; es werden einzelne Menschen oder Pferde durch sehr viele Kugeln getroffen, dagegen solche, die nur wenig zur Seite stehen gar nicht. Liegt der Sprengpunkt erheblich weiter davor, so kann die Ausbreitung der Kugeln zu groß werden; auch nimmt ihre Geschwindigkeit und damit ihre zerstörende Kraft ab. Immerhin reicht die Wirkung noch völlig aus, wenn das Geschoß 150 m vor dem Ziele springt. Gerade darin, daß kleine Fehler in der Lage der Flugbahn im Vergleich zu solchen bei der Granate ziemlich unschädlich sind, liegt der große Vorzug des Schrapnells.

Die Sprengladung wurde absichtlich sehr klein gehalten, damit die Kugeln durch sie nicht eine zu große Ausbreitung erhielten. Das hatte aber den Nachteil, daß man für

die Ermittelung der Zielentfernung die Granate mit ihrer starken Sprengladung nicht entbehren konnte, auch dann nicht, als es gelungen war, dem Geschoß einen Doppelzünder zu geben, der die Sprengladung sowohl beim Aufschlag als auch in der Luft entzünden konnte. Als man aber die Kugeln, die bis dahin durch geschmolzenen Schwefel festgelegt waren, in gepreßtes Schwarzpulver bettete, erhielt man auch beim Schrapnell eine so starke Rauchwolke, daß man sich fortan mit diesem Geschoß sicher einschießen konnte.

Gegen Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts wurden zwei für die Entwickelung der Artillerie wichtige Erfindungen gemacht: Das rauchschwache Pulver und die Herstellung brisanter Sprengstoffe, die gefahrlos in Hohlgeschossen verfeuert werden konnten. Vom rauchschwachen Pulver war bereits oben die Rede; während es bei der Infanterie die sofortige Einführung eines neuen Gewehres nach sich zog, begnügte sich die Artillerie zunächst damit, es an Stelle des Schwarzpulvers einzuführen und sich so die damit verbundenen taktischen Vorteile zu sichern. Dagegen war es jetzt angezeigt die Feuergeschwindigkeit zu steigern, da der das Zielen und die Beobachtung erschwerende Rauchschleier verschwunden war. Das geschah durch Fortfall des Auswischens nach jedem Schuß und Anbringung einer Schußbremse, die den Rücklauf des Geschützes erheblich einschränkte.

Die andere Erfindung war vornehmlich für schwere, zur Zerstörung fester Ziele, wie Mauern, Erdwerke usw. bestimmten Geschütze der Festungs- und Belagerungsartillerie von Wichtigkeit. Die neuen Sprengstoffe, von denen in Deutschland namentlich die Pikrinsäure angewendet wird, haben eine bedeutend größere Sprengkraft als das Schwarzpulver. Die Geschosse werden durch sie in zahllose kleine Splitter zerrissen, die mit außerordentlich großer Geschwindigkeit auseinander getrieben werden. Ihre Bedeutung für die schweren Geschütze soll später noch eingehend gewürdigt werden; der Feldartillerie ermöglichten sie die Lösung einer Aufgabe, die ihr zu dieser Zeit neu gestellt wurde. Die zunehmende Wirkung der Schußwaffen nötigte zu einer ausgiebigen Ausnutzung, ja zur Schaffung von Deckungen durch den Spaten. Ein hinter solchen Deckungen Schutz suchender Verteidiger kann nicht mehr von vorn, sondern nur von oben getroffen werden. Die mit starkem Sprengstoff geladene Granate, die dicht über der Entdeckung zerspringt, bietet ein Mittel zu ihrer Bekämpfung; denn die mit großer Geschwindigkeit auseinander geschleuderten Splitter fallen fast senkrecht zu Boden. In Ansehung des kleinen Ziels, das ein solcher Schützengraben bietet, darf man auf eine große Wirkung nicht rechnen. Jedes Geschoß, das nur ein wenig zu früh oder zu spät springt, bleibt ohne Wirkung. Daher bedarf es eines bedeutenden Munitionsaufwandes, um ausreichende Wirkung zu erzielen.

Nach Einführung des kleinkalibrigen Mehrladegewehrs mußte auch die Feldartillerie auf Erhöhung ihrer Wirkung bedacht sein, wenn sie ihrer Infanterie eine nachhaltige Unterstützung im Kampfe gewähren wollte. Es handelte sich nicht nur um Erhöhung der Wirkung des Einzelschusses, sondern auch um eine Steigerung der Feuergeschwindigkeit, ganz wie beim Infanteriegewehr. Gleichzeitig mußte man an eine Erleichterung des Geschützes denken, denn man war bei dem nach dem Kriege eingeführten Geschütze über die zulässige Gewichtsgrenze hinausgegangen. Das neue rauchschwache Pulver ermöglichte es, allen diesen Anforderungen gerecht zu werden. Man ging mit dem Kaliber von 8,8 auf 7,7 cm herunter; das Geschoßgewicht wurde aber nur wenig herabgesetzt, da ein wesentlich geringeres Gewicht einen wirksamen Schrapnellschuß unmöglich gemacht hätte. Die Anfangsgeschwindigkeit wurde nur unerheblich — von 444 auf 465 m — gesteigert; die wesentlich gestrecktere Flugbahn und Vergrößerung der Schußweite erreichte man dadurch, daß das Geschoßgewicht im Verhältnis zu seinem Querschnitt erheblich gewachsen war und die Geschoßspitze schlanker gemacht wurde. Die Schrapnellschußweite beträgt jetzt 5000 m; mit Aufschlagzünder erreicht man sogar eine Schußweite von 8000 m.

Die Sprengladung, die sich bis dahin in der Längsachse des Geschosses befand ver-

legte man an den Boden. Sie befindet sich jetzt in der sogen. „Bodenkammer", die durch eine Treibscheibe von der Kugelfüllung getrennt ist. Auf diese Weise erhalten die Kugeln bei der Sprengung einen Geschwindigkeitszuwachs von etwa 50 m; es ist dadurch möglich geworden, ihr Gewicht auf 10 g herabzusetzen und trotz des kleineren Geschoßgewichts und obwohl der innere Raum durch die größere Sprengladung und die Treibscheibe verkleinert ist, dieselbe Kugelzahl beizubehalten. Auch bleiben die Kugeln besser zusammen, so daß die Wirkung auch bei größeren Sprengweiten noch ausreicht. Die Granate mit brisantem Sprengstoff blieb unverändert.

Bedeutender waren die Änderungen, die auf eine Steigerung der Feuergeschwindigkeit abzielten. Zu diesem Zweck wurde wie beim Gewehr die Ladung in eine am Boden ein Zündhütchen tragende Messinghülse untergebracht und diese mit dem Geschoß zu einer Patrone fest verbunden. Während früher Geschoß und Ladung einzeln in das Geschütz, die Zündung in das Zündloch eingeführt werden mußten, geschieht das jetzt alles auf einmal. Die Metallhülse übernimmt den gasdichten Abschluß, so daß der Verschluß nur noch den Stoßboden der Seele bildet. Er kann durch einen einzigen Griff geöffnet oder geschlossen werden; gleichzeitig damit wird auch die den Schlagbolzen nach vorn schleudernde Schlagfeder gespannt. Sehr wichtig ist, daß im Verschluß eine selbsttätig wirkende Sicherung ein vorzeitiges Abfeuern, sowohl bei nicht völlig geschlossenem Verschluß, als auch beim Fahren verhindert. Gerade bei einem Schnellfeuergeschütz muß man mit Fehlern der Bedienung rechnen, die durch die Konstruktion unschädlich gemacht werden. Beim Öffnen des Verschlusses wird die leere Patronenhülse kräftig ausgeworfen.

Ein wirkliches Schnellfeuergeschütz muß beim Schuß absolut feststehen, damit man eine Reihe von Schüssen abgeben kann, ohne daß es nötig wäre, das Geschütz vor jedem Schusse von neuem zu richten. Keine Verrichtung der Bedienung erfordert so ruhige Nerven und keine ist für das Treffen von so großer Bedeutung, wie gerade das Richten des Geschützes. Im feindlichen Feuer bleiben die Nerven auch des beherztesten Mannes kaum so ruhig, daß er diese Arbeit tadellos auszuführen vermag.

Zum Feststellen des Geschützes gehört zunächst ein am hintern Teil der Lafette (am Lafettenschwanz) angebrachter Sporn, der sich beim Schuß in den Erdboden eingräbt. Wollte man sich damit begnügen, so würde die Haltbarkeit der Lafette, die dem Stoße nicht mehr ausweichen kann, gefährdet. Der Rücklauf des Geschützes würde zwar aufgehoben, aber das Geschütz vorn in die Höhe springen und dadurch aus der Richtung geworfen. Es ist deshalb zwischen Rohr und Lafette eine Flüssigkeitsbremse eingeschaltet, durch die der Rückstoß des allein zurücklaufenden Rohres aufgezehrt wird. Sie trägt dadurch nicht nur zur Verminderung des Rücklaufs bei, sondern bringt das Rohr nach Beendigung des Rücklaufs in die Schießstellung wieder vor. Ein völlig ruhiges Zurück- und Wiedervorlaufen des Rohres wird dadurch gewährleistet, daß der Druck innerhalb der Bremse stets geringer ist, als der Widerstand, den der Sporn im Erdboden findet. Bei den ersten Schüssen ist ein völliges Stillstehen des Geschützes noch nicht zu erwarten; erst vom dritten Schuß an etwa hat der Sporn tief genug gefaßt.

[C] Dadurch daß das Rohr auf der Wiege parallel seiner Achse zurückläuft, wurden wesentliche Verbesserungen an den Richteinrichtungen möglich. Die Richtmaschine, durch die dem Rohr der zur Erreichung der beabsichtigten Schußweite nötige Erhöhungswinkel gegeben wird, bewegt nicht nur das Rohr, sondern auch die Wiege, die um eine in der Unterlafette gelagerte wagerechte Achse schwingt. So wurde es möglich, die Visierlinie an die Wiege zu verlegen. Die Richtgeräte nehmen jetzt nicht mehr am Rücklauf teil; der Richtkanonier kann etwa notwendige Änderungen der Richtung schon während des Vorlaufs des Rohres vornehmen und dadurch die Feuerpausen abkürzen. Da sie auch nicht mehr den Rückstoß auszuhalten haben, kann man sie verfeinern und statt der langen aus Visier und Korn bestehenden Visierlinie ein Fernrohrvisier anwenden, durch dessen optische Achse die Visierlinie gebildet wird und mit dem man trotz der Kürze genauer zielen kann als mit der langen Visierlinie.

Die Höhenrichtung wird dadurch gegeben, daß die Aufsatzstange, die das Fernrohrvisier trägt, kreisförmig gebogen ist. In der Nullstellung verläuft die optische Achse des Fernrohrs parallel der Seelenachse. Um eine bestimmte Schußweite zu erreichen wird die gebogene Aufsatzstange um den diese Entfernung entsprechenden Winkel — den Schußwinkel — aus der Hülse gezogen; Visierlinie und Seelenachse bilden alsdann den gleichen Winkel miteinander. Wird die Visierlinie auf das Ziel eingerichtet, so erhält dadurch die Seelenachse die für die Erreichung der Schußweite erforderliche Neigung zur Wagerechten. An der Aufsatzstange befindet sich außerdem noch eine Wasserwage, deren Luftblase bei wagerechter Lage der Visierlinie zwischen zwei Markstrichen einspielt. So kann das Geschütz auch dann gerichtet werden, wenn das Ziel selbst vom Geschütz aus nicht zu sehen ist.

Um das Geschütz schnell nach der Seite richten zu können, ohne die Stellung des Sporns zu ändern, ist das Geschützrohr mit der Wiege durch Betätigung eines Handrades um einige Grade nach rechts und links um eine senkrechte Achse zu schwenken.

Das neue Feldgeschütz kann ohne Überanstrengung der Bedienung in einer Minute 15 bis 20 Schüsse abgeben, von denen jeder 300 wirksame Sprengstücke liefert, das sind also 4500 bis 6000 Sprengstücke, d. h. das 100- bis 130fache der Wirkung, die man mit den Feldkanonen 1870/71 erreichen konnte. Wenn im Kriege die Wirkung der Artillerie nicht eine solche Steigerung erfährt, so muß man bedenken, daß die Entfernungen, auf denen die Kämpfe sich abspielen, jedenfalls größer werden und daß alle Truppen mit größter Peinlichkeit die sich bietenden Deckungen ausnutzen werden.

Aber die Steigerung der Feuergeschwindigkeit ist nicht der einzige durch den Rohrrücklauf erreichte Gewinn. Die Standfestigkeit des Geschützes beim Schuß ermöglicht die Anbringung von Stahlschilden an dem Geschütz, hinter denen die Bedienung Schutz findet gegen Schrapnellkugeln und auch gegen Infanteriegeschosse, so lange diese nicht aus kleinerer Entfernung als 300 m kommen. Abgesehen davon, daß dadurch die Bedienung sehr viel ruhiger wird, gibt das der Artillerie eine ungemeine Zähigkeit im Kampfe.

Da, wie erwähnt, alle Truppen bemüht sein werden, die im Gelände sich bietenden Deckungen nach Möglichkeit auszunutzen, ja bei vorhandener Zeit mit Hilfe des Spatens sich Deckungen schaffen werden, und da die Kanonen mit ihren gestreckten Flugbahnen die Ziele hinter Deckungen nicht treffen können, so hat man neuerdings auch Geschütze mit gekrümmter Flugbahn — Haubitzen — in die Feldartillerie eingestellt. Gegen flüchtig angelegte Feldbefestigungen, die dem Verteidiger nur von vorn Schutz gewähren, hätte man allenfalls mit der Wirkung der in der Luft springenden Sprenggranate der Kanone ausgereicht. Man wollte aber die untätig hinter der Brustwehr sitzende und den Angriff erwartende Besatzung auch dann wirksam beschießen, wenn diese sich durch Anlage von Splitterwehren gegen die steil einfallenden Splitter Deckung verschaffte. Dazu ist das Durchschlagen der Eindeckung nötig, und das ist nur durch eine als Volltreffer unter steilem Einfallwinkel aufschlagende Granate möglich, die dann ihre Splitterwirkung unter der Deckung zur Geltung bringt. Die stark gekrümmte Flugbahn, die dazu erforderlich ist, setzt eine schwache Ladung voraus. Um dem langsam fliegenden Geschoß jedoch die nötige Durchschlagskraft zu geben, muß sein Gewicht sehr viel größer sein, das Geschütz also ein stärkeres Kaliber haben.

Die für die Bekämpfung dieser Ziele bestimmte leichte Feldhaubitze, mit der der achte Teil der Feldartillerie bewaffnet ist, hat ein Kaliber von 10.5 cm und verfeuert ein Geschoß von etwa 14 kg. Wenngleich dies Geschütz vorzugsweise für das Schießen im hohen Bogenschuß konstruiert ist, so muß es auch imstande sein, die Aufgaben der Kanonenbatterie zu erfüllen, da die Beschießung stark gedeckter Ziele nur ein Ausnahmefall sein wird. Die Haubitze muß daher neben der Granate noch einen kräftigen Schrapnellschuß mit nicht zu stark gekrümmter Flugbahn haben. Das von diesem Geschütz ursprünglich verfeuerte Schrapnell enthält 500 Kugeln von 10 g Gewicht und hat eine Anfangsgeschwindigkeit von 330 m. Seine Wirkung steht hinter der des Kanonenschrap-

Aus deutschen Großbetrieben.

Friedr. Krupp, A.-G. in Essen-Ruhr.

Germania-Werft in Kiel-Gaarden.

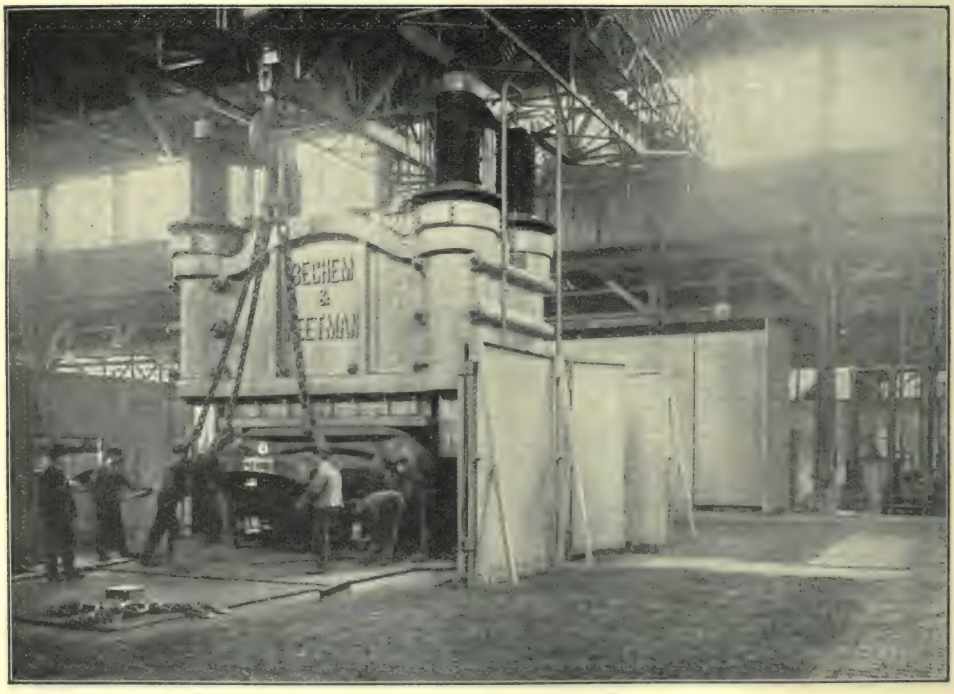
Kolonie Altenhof-Essen.
Arbeiter-Häuser.

Martinwerk VI. Formerei.
Friedr. Krupp, A.-G.

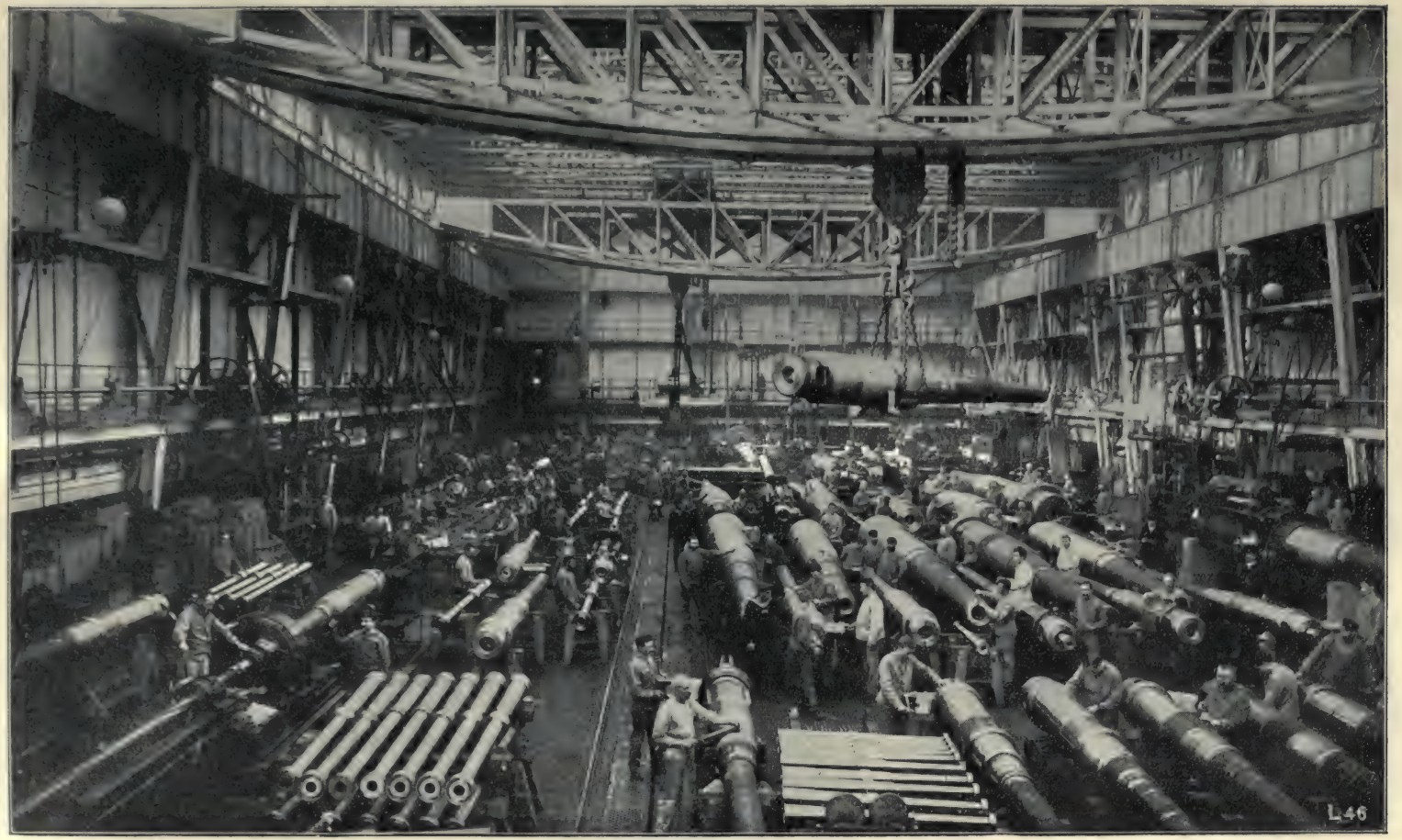
Tiegelstahlgießerei. Der Schmelzbau.

Martinwerk VI. Putzen der Gußstücke.
Friedr. Krupp, A.-G.

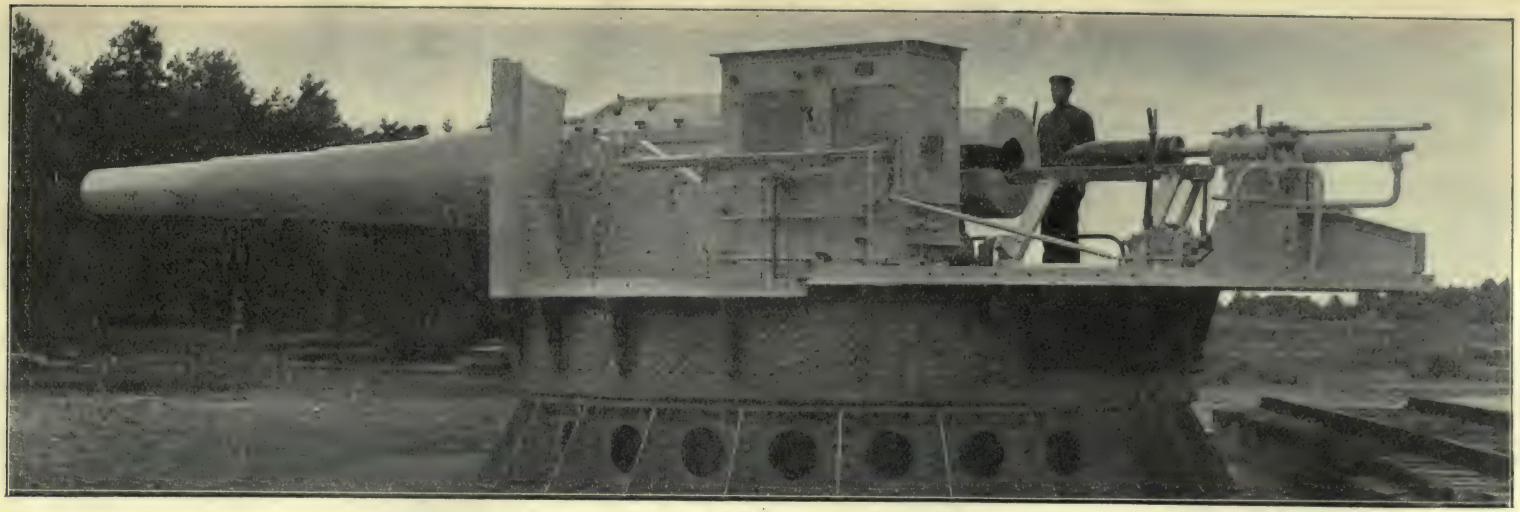
Walzen einer Panzerplatte.



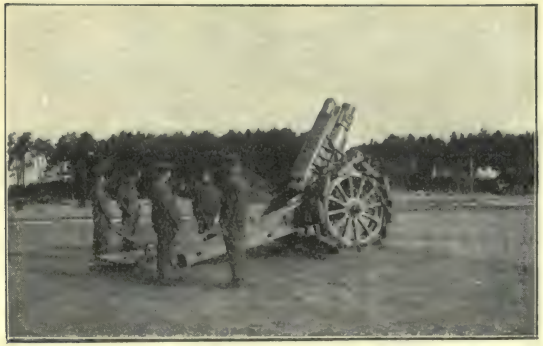
10000 Tonnen-Biegepresse.
Friedr. Krupp, A.-G.



Kanonenwerkstatt V.
Fried. Krupp, A.-G.



28 cm Kanone L/40 in Drehscheibenlafette.
Friedr. Krupp, A.-G.



21 cm Haubitze L/12.
Für den Stellungs- und Festungskrieg.
Friedr. Krupp, A.-G.

7,5 cm Feldkanone L/30. Mit Munitionshinterwagen in Feuerstellung.
Friedr. Krupp, A.-G.

Schießplatz Meppen.
Friedr. Krupp, A.-G.

7,5 cm Schnellade-Kanone in Mittel-Pivot-Wiegen-Schiffs-Lafette.
Friedr. Krupp, A.-G.

Schwere 15 cm Feldhaubitzbatterie.
Friedr. Krupp, A.-G.

Friedrich Alfred-Hütte.
Hochofenanlage mit Hafen.
Friedr. Krupp, A.-G.

nells nicht zurück, übertrifft sie sogar. Bei gleichem Aufwand von Zeit und Munition vermag die Haubitze freilich nicht gleichen Schritt mit der Kanone zu halten. — Die Granate soll wie die der Feldkanone mit Aufschlag- und mit Brennzünder verfeuert werden können. Hat der Feind seine Stellung von langer Hand vorbereitet, so sind die Eindeckungen möglicherweise so stark, daß die mit Augenblickszündung versehene Granate ohne Wirkung bleibt. Sie wird gesprengt, ehe sie tief ins Ziel eingedrungen ist; ihre Sprengwirkung äußert sich dann nicht nach unten, sondern es wird ein kleiner Trichter ausgeworfen. Um auch in solchen Fällen Wirkung zu erzielen, war ein verhältnismäßig großer Teil der Granaten mit einem Zünder versehen, der „mit Verzögerung" funktionierte. Der beim Aufschlag erzeugte Feuerstrahl mußte, ehe er die Sprengladung erreicht, erst einen festgepreßten Brandsatz entzünden und konnte erst nach Ablauf von etwa zwei bis drei Sekunden die Sprengladung zünden. Die Granate wurde erst dann gesprengt, nachdem sie im Ziel völlig zur Ruhe gelangt war. So war das Geschütz mit drei verschiedenen Geschoßarten — Schrapnells, Granaten mit und ohne Verzögerung — ausgestattet. Ist eine solche Mannigfaltigkeit schon an sich ein Übelstand, weil dann im Gefecht leicht das gerade notwendige Geschoß fehlt, so mußte er sich hier besonders fühlbar machen, weil die mitgeführte Schußzahl des hohen Gewichts wegen bedeutend hinter der der Feldkanone zurücksteht. Dieser Übelstand ist neuerdings durch Einführung des „leichten Feldhaubitzgeschosses 05" gehoben; dieses kann sowohl als Schrapnell wie als Granate wirken. Es scheint, als ob die Kugeln in einen Sprengstoff gebettet sind, der je nach Einstellung des Brennzünders die Geschoßhülle mit geringer Kraft zersprengt — dann wirkt das Geschoß wie ein Schrapnell — oder heftig detoniert und die Geschoßteile weit auseinander treibt — dann wirkt es wie eine mit Brennzünder verfeuerte Granate. Ebenso kann der Aufschlagzünder die Sprengladung im Augenblick des Aufschlags oder nach einigen Sekunden zur Detonation bringen. So kann dieses „Einheitsgeschoß" in der Tat die bisher mitgeführten drei Geschoßarten ersetzen.

Die Geschützladung ist hier aus sieben Teilladungen so zusammengesetzt, daß das Geschoß auf jede Entfernung über 2000 m einen Einfallwinkel von mindestens 27 Grad erhalten kann, damit es gegen die wagerechten Eindeckungen eine genügende Eindringungstiefe erhält.

Die leichte Feldhaubitze ist kein Schnellfeuergeschütz; sie hat eine „starre" Lafette ohne Rohrrücklauf. Sie hat deshalb auch keine Schutzschilde, so daß die Bedienung mehr vom feindlichen Feuer leidet; daher ist es für die Haubitzbatterien geboten, möglichst verdeckte Stellungen zu benutzen. Abgesehen von den feindlichen Befestigungsanlagen kann die leichte Feldhaubitze auch eine gute Wirkung gegen Schildbatterien haben. Ein gerade zwischen zwei Geschützen oder etwas dahinter platzendes Geschoß kann die hinter den Schilden arbeitende Bedienung treffen.

Außer diesen beiden zur Feldartillerie gehörigen Geschützen gibt es in Deutschland seit einigen Jahren noch „schwere Artillerie des Feldheeres." In einem Zukunftskriege muß man damit rechnen, auf starke die Hauptstraßen sperrende Befestigungsanlagen — Sperrforts — zu stoßen, die man schnell überwinden muß, um in das Innere des feindlichen Landes vorzudringen. Während im Kriege 1870/71 die deutsche Führung im freien Felde eine außerordentliche Energie entfaltet und demgemäß bewunderungswürdige Erfolge errungen hat, hielten die keineswegs gut ausgerüsteten französischen Festungen unsere Heere weit länger auf, als man angenommen hatte. Das lag vornehmlich daran, daß die Heranschaffung der nötigen Belagerungsgeschütze und ihrer Munition nicht vorbereitet war und sich daher sehr in die Länge zog. Es soll daher fortan ein Teil des Belagerungstrains der Feldartillerie unmittelbar folgen, um namentlich beim Angriff von Sperrforts sofort zur Stelle zu sein. Später brachte man diese schwere Artillerie in eine innigere Verbindung mit der Feldarmee, um diese in den Stand zu setzen, auch befestigte Feldstellungen schnell zu überwinden. Heute nimmt man an, daß jedem Armeekorps ein Bataillon von vier schweren Feldhaubitzbatterien zur Verfügung gestellt wird, das ebenso wie die übrige Feldartillerie Verwendung finden soll.

Die schwere Feldhaubitze hat ein Kaliber von 15 cm und verfeuert eine mit brisantem Sprengstoff geladene Granate von etwa 40 kg Gewicht mit Aufschlagzünder. Dieses Geschütz hat eine außerordentlich große Wirkung, nicht nur gegen alle im Feldkriege vorkommenden festen Ziele, sondern auch gegen die meisten Ziele des Festungskrieges. Die Granate wird durch die Sprengladung in etwa 800 Splitter zerrissen, die mehr als 10 g wiegen und mit einer großen Geschwindigkeit nach allen Seiten auseinander fliegen. In der Nähe des Sprengpunktes werden alle lebenden Ziele buchstäblich zerrissen, aber da sich die Splitter nach allen Seiten stark ausbreiten, ist die Wirkung auf eine Entfernung von mehr als 30 Meter schon recht schwach. Man setzt große Hoffnungen auf dies Geschütz im Kampfe gegen Schildbatterien. Seine Schwäche liegt in dem hohen Geschoßgewicht, so daß die Heranschaffung des nötigen Munitionsbedarfs einen großen Kraftaufwand erfordert.

Die schwere Feldhaubitze hat Rohrrücklauf, der in Verbindung mit einem Sporn wohl den Rücklauf des Geschützes aufhebt, es aber nicht völlig zum Stillstand bringt, so daß die Anbringung von Stahlschilden nicht möglich ist. Immerhin ist dadurch die Feuergeschwindigkeit so gesteigert, daß sie der der 1870/71 gebrauchten Feldgeschütze gleichkommt; man wird etwa zwei Schüsse in der Minute abgeben können.

Bei der Feldartillerie handelt es sich in der Hauptsache darum, lebende Ziele von vorn, also mit gestreckter Flugbahn zu treffen. Darum hatte der Entwicklungsgang der Feldkanonen eine sehr große Ähnlichkeit mit dem der Gewehre; bei beiden braucht man große Anfangsgeschwindigkeit und ist an ein gewisses Höchstgewicht der Waffe gebunden. Anders mußte sich der Entwicklungsgang der Festungs- und Belagerungsartillerie gestalten, bei der es sich vornehmlich um die Zerstörung fester, meist verdeckt liegender, also von oben zu treffender Ziele handelt. Bei den Kämpfen um die französischen Festungen waren nur wenige zur Abgabe von Steilfeuer befähigte gezogene Geschütze in Tätigkeit getreten, aber gerade ihr Eingreifen hatte wesentlich zur Überwältigung beigetragen. So richtete sich nach dem Kriege die Anstrengung der Artillerie in der Hauptsache darauf, die Wirkung des Steilfeuers, also der Geschütze mit schwachen Ladungen, zu steigern.

Da die Geschütze im Festungskriege ihre Stellung selten ändern, ist man weniger durch die Rücksicht auf das Gewicht gebunden. Man konnte daher die vorhandenen Kaliber beibehalten, steigerte aber das Geschoßgewicht. Dieses stieg z. B. bei 15 cm Kaliber von 27 auf 40 kg. Den größten Einfluß auf die Steigerung der Wirkung hatte die Anwendung der brisanten Sprengstoffe als Sprengladung der schweren Geschosse. Man unterscheidet hier zwei Arten von Sprenggranaten. Soll das Geschoß vornehmlich zur Bekämpfung lebender Ziele dienen, so kommt es vor allem auf eine große Zahl von Sprengstücken an, die aber ein ausreichendes Gewicht haben müssen. Man macht dann die Wände des Geschosses stark, die Sprengladung kann dann natürlich nicht sehr groß sein. Soll das Geschoß aber feste Ziele, wie Mauern oder Erdbauten zerstören, so ist eine möglichst große Sprengwirkung erwünscht. Das Geschoß bildet dann gewissermaßen nur das Packgefäß, in dem das Geschoß dahin gebracht wird, wo es wirken soll; die Wände werden alsdann nicht stärker gemacht, als nötig, damit das Geschoß beim Auftreffen auf ein hartes Ziel nicht zerschellt; namentlich muß der Geschoßkopf möglichst stark gemacht werden. Diese für minenartige Wirkung bestimmten „Langgranaten" werden nur mit Aufschlagzünder verfeuert, je nach Bedarf mit oder ohne Verzögerung.

Erwägt man, daß im Feldzuge 1870/71 die vor den französischen Festungen verwendeten 15 cm Langgranaten eine Sprengladung von 1,9 kg Pulver hatten, während die der 15 cm Haubitze eine solche von 7,7 kg Sprengstoff haben, der eine etwa dreimal so hohe Sprengkraft wie das alte Pulver hat, so ergibt sich, daß ein Schuß heute etwa eine 15 mal so hohe Wirkung hat, wie vor vierzig Jahren. Ähnlich ist die Wirkungssteigerung beim 21 cm Mörser, dessen Granate 1870 80 kg wog gegen 119 kg jetzt; die Sprengladung ist von 7,5 kg Pulver auf 18 kg Pikrinsäure gestiegen. Nicht minder sind die Schußweiten gewachsen; 1870 erreichte die k. 15 cm Kanone eine Schußweite

von 4300 m, die 15 cm Haubitze heute eine solche von 6000 m; beim 21 cm Mörser ist die Schußweite sogar von 4000 auf 8000 m gewachsen.

Auch die Geschütze der Belagerungsartillerie werden neuerdings aus Stahl gefertigt, weniger mit Rücksicht auf die Gewichtsverhältnisse, als wegen der größeren Widerstandsfähigkeit, die der Stahl gegenüber der großen sich beim Schuß entwickelnden Hitze im Vergleich zur Bronze besitzt.

Im Festungskriege spielen die Kanonen besonders in den Einleitungskämpfen eine große Rolle. Hier handelt es sich meist um Kämpfe im Vorfelde, die auf großen Entfernungen durchgeführt werden, wobei die Ziele meist Truppen, keine Bauten sind. Aus den 12 und 15 cm Kanonen, die im Kriege 1870/71 auftraten, sind 10 und 13 cm Kanonen geworden, die aber erheblich schwerere Geschosse mit wesentlich größerer Anfangsgeschwindigkeit verfeuern. Ihre Wirkung und Schußweiten sind außerordentlich bis auf über 10 000 m gestiegen. Diese Geschütze sind für langen Rohrrücklauf eingerichtet, sie können von gewachsenem Boden aus schießen, während für die älteren Geschütze stets erst durch zeitraubende Arbeit Geschützestände — Bettungen, d. h. Unterlagen von starken Kreuzhölzern mit darauf genagelten Bohlen — hergestellt werden mußten. Beim Angriff auf eine Festung wird es also möglich sein, von vornherein eine große Geschützzahl in Tätigkeit zu bringen.

Die Geschütze der Festungsartillerie, deren Ziele ähnliche sind wie die der Belagerungsartillerie, werden meist aus den bei Einstellung neuer Geschütze in die Belagerungsartillerie entbehrlich werdenden ersetzt. Denn die Belagerungsartillerie, die im Vergleich zur Festungsartillerie unter schwierigeren Verhälnissen zu kämpfen hat — ihre Geschütze müssen erst in Stellung gebracht werden, sie kennt auch das Gelände nicht so wie der Verteidiger — muß die besten Streitmittel erhalten, und kein Staat ist reich genug, auch die Festungen, die einen weit größeren Bedarf haben, immer mit dem neuesten Material auszustatten.

Bei der artilleristischen Ausrüstung der Schiffe unterscheidet man schwere, mittel- und leichte Artillerie. Gemeinsam ist allen Geschützen hier, daß sie Ziele in schneller Bewegung von vorn treffen sollen, zum Teil auf sehr große Entfernung; sie müssen also eine möglichst gestreckte Flugbahn, daher große Anfangsgeschwindigkeit haben; es sind also Kanonen verschiedenen Kalibers. Da die Schiffsgeschütze sämtlich ortsfest sind, braucht man auf ihre Beweglichkeit gar keine Rücksicht zu nehmen, sondern kann die Wirkung möglichst hoch steigern. Man findet unter den Schiffsgeschützen solche, deren Rohre bis zu 50 Kaliber lang sind, während die Rohre der Landartillerie höchstens eine Länge von etwa 30 Kaliber haben. Freilich stehen sie in dieser Beziehung immer noch hinter den Gewehrläufen zurück, deren Länge etwa 100 Kaliber und noch mehr beträgt.

Die schwere Artillerie soll schon auf große Entfernungen die Panzer der feindlichen Schiffe durchschlagen und die Sprengwirkung ihrer Geschosse zur Geltung bringen; die Mittelartillerie soll ebenfalls schwächere Panzerungen zerstören und einen wirksamen Schrapnellschuß gegen die ungeschützt auf den Schiffen arbeitende Bemannung haben; die leichte Artillerie ist in erster Linie zur Abwehr von Torpedobooten bestimmt. Zur schweren Artillerie gehören die Kanonen von 28, 24, 21 und 17 cm Kaliber; zur Mittelartillerie die 15 und 10,5 cm Kanonen, zur leichten die 8,8, 5,3, 5 cm Kanonen und die 3,7 cm Revolverkanone.

Das mächtigste Geschütz der deutschen Schiffsartillerie ist die 28 cm Schnellfeuerkanone L/45. Amtlich ist nichts über dies für die Armierung der neuesten Schlachtschiffe bestimmte Geschütz bekannt geworden. Das Rohr der gleichnamigen Kruppschen Kanone ist $13^1/_3$ m lang — also fast so lang wie ein bespanntes Feldgeschütz und hat ein Gewicht von 33 100 kg. Mit einer Pulverladung von 103 kg verfeuert es eine Stahlpanzergranate von 270 oder 345 kg. Die Anfangsgeschwindigkeit beträgt je nach dem Geschoßgewicht entweder 937 oder 829 m, ist also etwa doppelt so groß, wie die des Feldschrapnells. Die von dem Geschütz geleistete Arbeit beträgt 121 000 mt. Das Geschoß vermag nahe an der Mündung einen Panzer aus Kruppschem Stahl in der Stärke von

rund 90 cm zu durchschlagen. Senkrecht in die Höhe geschossen würde das 270 kg schwere Geschoß eine Höhe von etwa 45 000 m erreichen, wenn der Luftwiderstand seine Bewegung nicht aufhielt und, unter 45 Grad abgeschossen, würde es unter derselben Voraussetzung eine Schußweite erreichen von 90 km. Tatsächlich setzt aber der Luftwiderstand die größte Schußweite auf etwa ein Viertel herab. — Interessant ist noch, daß auf jedes Kilogramm des Rohrgewichts eine Arbeit von 366 mkg entfällt; das ist die höchste Verwertung des Geschützmaterials, die bisher überhaupt von der Technik erreicht ist.

Nach dieser Abschweifung, die aber eine gute Vorstellung von den riesigen Dimensionen und Kräften gibt, mit denen man es bei den modernen Schiffsgeschützen zu tun hat, kehren wir zu der Einrichtung der Geschütze zurück.

Die Rohre sind, um dem starken Gasdruck Widerstand leisten zu können, aus Stahl nach der künstlichen Metallkonstruktion aufgebaut; doch kommt man bei den schweren Geschützen mit einer Ringlage nicht aus; es werden vielmehr mehrere Ringe übereinander auf das Kernrohr geschoben. Der Verschluß wird, wie bei allen deutschen Geschützen, durch einen Keil gebildet, der sich in wagerechter Richtung senkrecht zur Seelenachse bewegen läßt. Die Bewegung wird durch eine Schraube -- die Leitwelle — vermittelt; bei dem hohen Gewicht des Verschlusses — der Keil der 28 cm Kanone wird nahe an 750 kg schwer sein — würde er aber doch nicht von einem Manne bewegt werden können, wenn nicht durch mehrere Rollen, auf denen der Keil ruht, die gleitende Reibung in eine rollende verwandelt wäre. Dadurch sind die Reibungswiderstände so verringert, daß ein Mann den schweren Verschluß z. B. einer 24 cm Kanone in einer Minute zehnmal öffnen und schließen kann.

Die Geschosse sind bei der schweren Artillerie Panzergranaten, die in erster Linie durch ihre Durchschlagskraft und dann erst durch ihre Sprengladung wirken sollen. Sie werden daher aus dem festesten Material — Stahl — hergestellt, sind entweder massiv oder erhalten eine kleine Höhlung, damit die Wände möglichst stark gehalten werden können. Die schlanke Spitze wird besonders gehärtet und, damit das Geschoß bei schrägem Auftreffen nicht abgleitet, mit einer Kappe aus weichem Stahl versehen — Kappengeschoß. Dadurch stellt sich die Geschoßachse bei schrägem Auftreffen von selbst senkrecht zur Zielfläche. Die Entzündung der Sprengladung erfolgt durch einen im Boden angebrachten Aufschlagzünder. — Die Geschütze der Mittelartillerie führen hauptsächlich Sprenggranaten und Schrapnells. Die Sprenggranaten sollen schwächere Panzerungen durchschlagen und ihre Sprengwirkung gegen das Innere des Schiffs zur Geltung bringen. Die Wirkung der Schrapnells erreicht die der gleichkalibrigen Geschütze der Fußartillerie. — Die Geschütze der leichten Artillerie verfeuern vornehmlich Granaten gegen Torpedoboote, deren Wände mit Kraftüberschuß durchschlagen werden.

Das Pulver der Marineartillerie ist Nitroglyzerin(Würfel-)pulver, das lagerbeständiger und namentlich gegen die hohe in tropischen Gewässern herrschende Temperatur unempfindlicher ist als das Nitrozellulose-Pulver. Die Ladung befindet sich in einer Messinghülse, die aber nur bei den kleinen und mittleren Kalibern mit dem Geschoß zu einer Patrone verbunden ist. Ohne Metallhülsen ist die Abgabe von Schnellfeuer so gut wie ausgeschlossen, da nur die Metallhülse die Ladung gegen vorzeitige Entzündung zu schützen vermag, die ihre Ursache in glimmenden Rückständen des Kartuschbeutelzeuges im Ladungsraum oder in den bei Öffnung des Verschlusses nach hinten zu ausströmenden Pulvergasen haben können. Bei den schwersten Kalibern würde die in einer Metallhülse untergebrachte Pulverladung zu lang werden; es wird dann die Ladung geteilt und ein Teil in einer sogen. Vorkartusche untergebracht, deren Hülle aus dünnen Weißblech beim Schuß in kleine Stücke zerrissen und aus dem Rohre geschleudert wird.

Die Lafetten unterscheiden sich bei der Schiffsartillerie je nach der Aufstellung der Geschütze und je nachdem das Geschütz einzeln oder mit einem andern als Doppelgeschütz verwendet werden soll. Es sind zu unterscheiden: die Mittelpivotlafette für kleine Kaliber und die Turm- oder Drehscheibenlafetten für schwere Kaliber, sowohl Einzel- als

auch Doppelgeschütze. Bei der Mittelartillerie kommen beide Lafettenarten vor. Alle Schiffsgeschütze haben einen kurzen Rohrrücklauf, der hier zulässig ist, da die Lafette absolut fest verbolzt ist; Hemmung des Rücklaufs durch Flüssigkeitsbremse und Vorbringen des Rohrs in die Feuerstellung durch Vorholfedern finden ähnlich wie bei den Geschützen der Landartillerie statt.

Bei den Mittelpivotlafetten ist die Wiege, in der das Rohr ruht, mit ihrem Schildzapfen in einer Pivotgabel senkrecht drehbar gelagert, während die Pivotgabel sich um den Pivotblock in wagerechter Richtung drehen kann. Höhen- und Seitenrichtung wird durch Handantrieb erteilt. Die Lafetten sind mit einem Schirm aus starkem Stahlblech versehen, der Schutz gegen Feuer von vorn, den Seiten und von oben gegen Sprengstücke gewährt und bei Erteilung der Seitenrichtung die Drehung um das Pivot mitmacht.

Die Turmlafetten mittlerer Kaliber können zum Nehmen der Seitenrichtung durch Handbetrieb, die schweren Kaliber durch eine hydraulische Schwenkmaschine eine Drehung um 360 Grad ausführen. Bei den Türmen für zwei Geschütze wird die Seitenrichtung beiden Geschützen gemeinsam gegeben, während die Höhenrichtung jedem Rohr unabhängig vom anderen erteilt werden kann.

Neben den Geschützen befindet sich ein Geschoßaufzug, der die Geschosse aus den untern Etagen zum Geschütz befördert. Auf der Plattform des Geschoßaufzuges können drei Geschosse lagern; befindet sich eins im Rohr, zwei auf den Munitionskarren, die durch einen Kran angehoben werden, so können diese sechs Schüsse in etwa anderthalb Minuten verfeuert werden. Das Abfeuern erfolgt von Hand oder elektrisch.

Die außerordentliche Arbeit, die bei Abgabe eines Schusses aus den schweren Schiffskanonen geleistet wird, hat eine sehr starke Abnutzung der Rohre zur Folge. Durch die hohe Temperatur der beim Schuß entwickelten Pulvergase, die den Schmelzpunkt des Stahls wenn auch nur für einen kurzen Augenblick überschreitet, und mit großer Geschwindigkeit an den Seelenwänden vorbei streichen, werden Teilchen des Rohrmetalls herausgerissen. Im Geschoßlager entstehen „Ausbrennungen", dieses selbst erweitert sich; das Geschoß wird beim nächsten Schuß weiter in das Rohr vorgeschoben als bei den normalen Abmessungen; diese Vergrößerung des ursprünglichen Verbrennungsraums, die von Schuß zu Schuß langsam aber stetig zunimmt, hat eine Verminderung des Gasdrucks und damit auch der Anfangsgeschwindigkeit zur Folge, worunter die Treffsicherheit leidet. Während aus Geschützen kleinen Kalibers viele Tausende von Schüssen ohne Nachteil abgegeben sind, wurden in Nordamerika schwere Schiffskanonen schon nach Abgabe von kaum hundert Schüssen — 15 cm nach 166, 25 cm nach 100, 30,5 cm schon nach 83 Schüssen — unbrauchbar. In England ist die Lebensdauer der schweren Geschütze noch geringer; es sollen 30,5 cm Kanonen von 35 und 40 Kaliber Länge nach weniger als 60 Schüssen für unbrauchbar erklärt sein. Ein Kruppsches 21 cm Rohr von 45 Kaliber Länge hat nahezu 400, ein 28 cm Rohr von ebenfalls 45 Kaliber Länge nahezu 200 Schüsse abgegeben, ohne daß die Treffähigkeit im geringsten gelitten hätte.

In der jüngsten Zeit ist die Armee mit einer Waffe ausgerüstet, die im Feldzuge 1870/71 noch gar nicht vorhanden war, heute aber von großer Bedeutung ist und schon in Südwestafrika bei Bekämpfung des Aufstandes mit Nutzen verwendet wurde, das Maschinengewehr. Das Maschinengewehr ist eine kleinkalibrige Waffe, bei der alle zum Feuern gehörigen Arbeiten: Öffnen und Schließen des Verschlusses, Auswerfen der leeren Patronenhülse, Laden und Abfeuern durch die Kraft der rückwärts wirkenden Pulvergase ausgeführt werden. Der Gedanke Plönnies', daß alle die Verrichtungen bei den Waffen der Zukunft von den Pulvergasen auszuführen seien, wurde von dem Amerikaner Hiram Maxim wieder aufgenommen und praktisch verwirklicht.

Bei dem deutschen Maschinengewehr entsprechen das Innere des Laufes und die Patrone ganz denen des Infanteriegewehrs. Der Lauf ist in einem bronzenem Laufmantel gelagert, der zum größten Teil mit Wasser gefüllt ist, das den sich durch das Schnellfeuer stark erhitzenden Lauf abkühlen soll. Hinten trägt der Laufmantel einen Kasten, der den Verschlußmechanismus aufnimmt und in einem Schießgestell lagert.

Infolge des Rückstoßes gleitet der Lauf im Laufmantel zurück und setzt dadurch einen Patronenzuführer in Bewegung. Die Patronen sind hier in den Schlaufen eines langen Patronengurtes untergebracht; derselbe kann 250 Patronen aufnehmen. Der Lauf trennt sich, sobald das Geschoß den Lauf verlassen hat, von dem Verschluß. Während der Lauf wieder vorgleitet, bewegt sich der Verschluß noch weiter rückwärts und zieht die leere Patronenhülse aus dem Lauf. Gleich darauf wird eine neue Patrone, die bereits bei dem vorhergehenden Schuß aus dem Gurt gezogen war, in das Patronenlager geführt. Bei dem Zurückgleiten hat der Verschluß auch noch zwei Federn gespannt, von denen die eine den Verschluß wieder vorschiebt und so den Lauf schließt, die andere den Schlagbolzen zum Abfeuern vorschnellt, sobald der Schütze mit dem Daumen auf den Abzugshebel drückt. Das Ganze spielt sich mit solcher Geschwindigkeit ab, daß in einer Sekunde zehn, in einer Minute also 600 Schüsse abgegeben werden können. Soll das Feuer unterbrochen werden, so hat der Schütze nur den Druck auf den Abzugshebel einzustellen.

Im Vergleich mit dem Gewehr hat das Maschinengewehr eine größere Treffähigkeit — Präzision — weil es in seinem Schießgestell eine ruhigere Lage hat, als das Gewehr in der Hand des aufgeregten Schützen. Dies ist aber nur dann von Vorteil, d. h. gewährleistet eine höhere Trefferzahl, wenn die Entfernung zum Ziel richtig geschätzt, das Visier also richtig gewählt ist. Bei falsch geschätzter Entfernung wird gerade infolge der größeren Präzision das Ziel gar nicht oder weniger getroffen als beim Schießen mit dem Gewehr. Es gehen dann eben alle Schüsse entweder über das Ziel hinweg oder schlagen davor ein, während sich beim Schießen mit dem Gewehr die Geschosse über einen großen Raum ausbreiten, also einige doch treffen können. Außerdem hat das Maschinengewehr — und darin liegt wesentlich seine Stärke — eine weit größere Feuergeschwindigkeit, die mindestens sechszigmal so groß ist als die eines Schützen. Ein Maschinengewehr vermag also dieselbe Feuerwirkung hervorzubringen wie 60 Schützen. Wo man sechzig feuernde Schützen entwickeln kann, finden sechs Maschinengewehre bequem Aufstellung, bieten aber ein weit geringeres Ziel. Bei erheblich größerer Wirkung erleiden sie viel geringere Verluste. Man wird die Maschinengewehre im Gefecht überall da verwenden, wo man eine besonders kräftige Feuerwirkung wünscht, namentlich dort, wo nur wenig Gewehre zur Verfügung stehen, wie bei den Kavalleriedivisionen oder wo man von engem Raum starke Wirkung ausgehen lassen will, wie im Gebirgskriege oder zur Vorbereitung des Sturmes. Maschinengewehr auf große Entfernungen schießen zu lassen ist fehlerhaft, weil gerade dort Fehler in der Schätzung der Entfernung besonders nachteilig sind.

Die allerjüngste Zeit hat der Artillerie noch ein sehr schwieriges Problem zu lösen aufgegeben: die Bekämpfung der lenkbaren Luftschiffe. Sie kann nicht in derselben Weise erfolgen wie die der Fesselballons, denn diese können sich nicht sehr weit von ihrem Platz entfernen; es ist somit ein Einschießen möglich und man hat bei allen Schießversuchen recht befriedigende Erfolge erreicht. Das Schießen kann aber auch nicht nach den Regeln erfolgen, die für das Beschießen eines sich schnell bewegenden Ziels gelten. Während ein solches Richtung und Schnelligkeit seiner Bewegung ändern kann, vermag das Luftschiff seine Bewegungsrichtung nach drei Dimensionen zu ändern.

Das für eine solche Aufgabe bestimmte Geschütz muß folgende charakteristischen Eigenschaften besitzen. Es muß seinem Geschoß eine möglichst große Geschwindigkeit erteilen, damit die Flugzeit möglichst kurz wird und das Luftschiff während derselben keine große Ortsveränderung vornehmen kann und damit die Flugbahn möglichst gestreckt wird, weil dann Fehler in der Visierstellung von geringerem Nachteil sind, als bei einer gekrümmten Bahn. Das Geschütz muß jede beliebige Seitenrichtung und eine Höhenrichtung bis zu etwa 70 Grad Neigung zu nehmen gestatten. Nur eine lange Kanone von verhältnismäßig kleinem Kaliber kann diesen Anforderungen entsprechen. — Während gegen Fesselballons das Schrapnell die größte Wirkung in Aussicht stellt, versagt dies Geschoß gegen Luftschiffe, weil es überaus schwierig ist, die zu den großen

Erhöhungen passenden Brennlängen anzugeben und weil das Stellen der Zünder zu zeitraubend sein würde. Hier kann man nur mit Volltreffern rechnen, die allerdings nur sehr selten vorkommen werden. Das Geschütz muß daher eine sehr große Feuergeschwindigkeit besitzen und das Geschoß so eingerichtet sein, daß es, falls es den Ballon trifft, auch seine völlige Zerstörung herbeiführt. Die Kruppsche Fabrik hat zwei verschiedene Geschosse konstruiert, die diesen Bedingungen entsprechen. Das eine ist eine Granate mit einem äußerst empfindlichen Zünder, der durch das Treffen der Ballonhülle bereits in Tätigkeit tritt; das andere ist ein mit einem brennbaren Satz gefülltes Geschoß, der beim Treffen des Ballons das leicht entzündliche Füllgas in Brand setzen soll. Der Brandsatz entwickelt bei seiner Verbrennung einen dichten, gut sichtbaren Rauch, der guten Anhalt für die Beurteilung der Lage der Flugbahn zum Ziel abgibt.

Außerordentlich schwierig ist die Lösung des Problems für ein Geschütz, das wie ein Feldgeschütz in einer Räderlafette Verwendung finden soll. Die Kruppsche Fabrik hat hierfür ein 6,5 cm Geschütz konstruiert, das für Rohrrücklauf und selbsttätigen Verschluß eingerichtet ist und eine Erhöhung bis zu 70 Grad zuläßt. Damit das Geschütz nach allen Seiten hin schießen kann, ist der am Lafettenschwanz befindliche Spaten mit einem Drehzapfen versehen, um den das ganze Geschütz eine volle Drehung ausführen kann. Dazu sind die Achsschenkel gelenkig mit der Mittelachse verbunden, so daß sie sich mit den Rädern nach der Rohrmündung zu umschwenken lassen, bis ihre Verlängerung den Drehzapfen des Sporns trifft. In der Schießstellung stehen die Räder nahezu unter einem rechten Winkel zur Fahrstellung. Zum Nehmer der Richtung dient ein Fernrohr mit Einblick von oben, damit der Richtwart in einer bequemen Lage zielen kann. Das von diesem Geschütz zu verfeuernde Geschoß hat ein Gewicht von 4 kg und erhält eine Anfangsgeschwindigkeit von 620 m. Die größte Schußweite beträgt 8000 m; das Geschoß kann eine Höhe von 5700 m erreichen. Ein schwereres 7,5 cm Geschütz, das ein Geschoß von 6,5 kg mit einer Geschwindigkeit von 650 m verfeuert, hat Krupp auf die Plattform eines Kraftwagens gestellt. Es soll sich schnell auf den Punkt begeben, von wo die Beschießung eines Luftschiffes erfolgen kann und ist besonders für die Verwendung in Festungen gedacht. Ein noch schwereres Geschütz von 10,5 cm Kaliber ist für die Schiffe bestimmt und kann hier auch zur Abwehr von Torpedobooten verwendet werden. Beide Geschütze können eine Erhöhung von 75 Grad erhalten und bis zur Höhe von 7500 bzw. über 11 000 m reichen.

Auch die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik (Erhardt) hat ein leichtes Ballongeschütz auf einen gepanzerten Kraftwagen gesetzt. Es soll Granaten und Schrapnells verfeuern.

Die bisher behandelten Waffen sind sämtlich Fern- oder Feuerwaffen im Gegensatz zu den Nah- oder blanken Waffen, die im Laufe der Zeit mehr und mehr an Bedeutung verloren haben. Die deutsche Infanterie führte im Deutsch-Französischen Kriege neben dem an der Seite getragenen Faschinenmesser ein stets am Gewehr befestigtes Bajonett. Nach dem Kriege fiel dieses fort und wurde ersetzt durch ein zum Aufpflanzen auf das Gewehr eingerichtetes Seitengewehr. Dadurch ist nicht nur die vom Soldaten zu tragende Last verringert, sondern er schießt auch mit dem Gewehr ohne Bajonett leichter und sicherer. Erst vor dem Sturmangriff wird das Seitengewehr aufgepflanzt.

Die Kavallerie war 1870 vorwiegend nur mit einem Säbel bewaffnet, die Lanze führten damals nur die Ulanen, die dadurch der Schrecken des Feindes geworden waren. Inzwischen ist die gesamte Kavallerie mit Lanzen bewaffnet; der Säbel, der bei dem Fußgefecht, das sehr an Bedeutung gewonnen hat, nur hinderlich ist, wird jetzt am Sattel befestigt. Er ist mehr zum Stich als zum Hieb geeignet; seine Klinge ist gerade geworden, während sie früher gekrümmt war. Man spricht davon, daß der lange Kavalleriesäbel durch ein ganz kurzes, zum Aufpflanzen auf den Karabiner geeignetes dolchartiges Seitengewehr ersetzt werden soll.

Was beim Landheer die blanke Waffe, ist bei der Marine der Torpedo. Früher hatten die großen Schlachtschiffe in dem am Vordersteven befindlichen Rammsporn

eine Nahwaffe, durch die das feindliche Schiff in Grund gebohrt werden ſollte. Wenngleich das Rammen auch noch gelegentlich vorkommen wird, ſo iſt die eigentliche Nahwaffe, die freilich bis auf einige Tauſend Meter wirken kann, der Torpedo. Die Torpedos ſind fiſchartig geſtaltete Apparate, die von den Schlachtſchiffen oder von beſonders dafür erbauten kleinen Torpedobooten abgefeuert werden und ſich durch einen eigenen Mechanismus in einer beſtimmten Tiefe unter Waſſer fortbewegen, wobei eine ſelbſttätig wirkende Steuerung für die Bewegung in der richtigen Richtung und Tiefe ſorgt. Sie enthalten eine ſehr ſtarke Sprengladung, mehrere hundert Kilogramm Sprengſtoff (Schießwolle oder ähnliches). Stößt der Torpedo auf einen feſten Körper, ſo wird ähnlich wie der Aufſchlagzünder einer Granate, ein Zünder tätig und bringt die Sprengladung zur Detonation.

Die Torpedos ſind von ſehr verſchiedener Größe; ſie haben Durchmeſſer von 35 bis 90 cm, die Länge ſchwankt von 3 bis 8 m, dementſprechend das Gewicht und die Sprengladung. Die Geſchwindigkeit, mit der der Torpedo ſich bewegt, hängt ab von der Konſtruktion; ſie vermindert ſich mit der Länge des zurückgelegten Weges. Neuerdings ſoll eine Ausſtoßgeſchwindigkeit von 50 Seemeilen in der Stunde, d. h. 25 m in der Sekunde und eine Schußweite von 3500 m erreicht ſein. Auf dieſer Entfernung iſt die Geſchwindigkeit nur noch etwa die Hälfte der urſprünglichen. Je größer ſeine Geſchwindigkeit, um ſo größer die Treffſicherheit und die Möglichkeit, ihn gegen ſich bewegende feindliche Schiffe zu verwenden.

Im Gegenſatz zu Waffen, die auf die Schädigung des Feindes abzielen — den Trutzwaffen — ſtehen die Schutzwaffen, die beſtimmt ſind, die Wirkung der feindlichen Angriffswaffen abzuſchwächen. In engerem Sinne rechnete man früher dazu nur die Küraſſe, die ſowohl gegen Hieb und Stich als auch gegen Kleingewehrfeuer Schutz bieten ſollten und die Epauletten, die die Schulter gegen Hieb ſchützen. In weiterem Sinne kann man die neuerdings eingeführten Schutzſchilde der Artillerie und die Panzerungen der Schiffe dazu rechnen, ſowie die zur Abwehr der Torpedoangriffe an den großen Schiffen geführten Schutznetze. Seit dem Auftreten der erſten Panzerſchiffe im Nordamerikaniſchen Sezeſſionskriege hat ſich ein noch jetzt nicht beendeter Kampf zwiſchen Geſchütz und Panzer entwickelt, der auf ſeiten der Artillerie eine gewaltige Steigerung der Kaliber und balliſtiſchen Leiſtung, auf ſeiten der Schiffe zu einer Verſtärkung der Panzer durch Vergrößerung der Dicke und Verbeſſerung des Materials geführt hat. Die erſten Panzer waren aus Gußeiſen gegoſſen, die ſpäteren wurden aus Schmiedeeiſen und Stahl gewalzt, neuerdings werden ſie aus Nickelſtahl gewalzt und durch ein beſonderes Verfahren gehärtet. In bezug auf Qualität der Panzerplatten ſteht die deutſche Induſtrie an der erſten Stelle.

Die Kriegervereine.

Von Professor Dr. **A. Westphal,** Geh. Regierungsrat, Berlin.

Unser deutsches Vaterland kann auf den meisten Gebieten des neuzeitlichen Vereinswesens den Vergleich mit allen großen Staaten aushalten. Bezüglich einer Vereinsart nimmt es aber unbedingt den ersten Rang ein. Es sind dies die Vereine ehemaliger Soldaten, die Krieger-, Militär- oder Soldatenvereine. Das Kriegervereinswesen hat in Deutschland eine so große Ausdehnung genommen und hat so ernsthafte Ziele und Zwecke, wie dies in keinem der Gegenwartstaaten der Fall ist. Kriegervereine, wie wir sie kurz nennen wollen, werden sich stets in der Gefolgeschaft stehender Heere, seien es nun Berufsheere oder Volksheere, entwickeln. Schon bei den Römern gab es zur Kaiserzeit Vereinigungen von Veteranen; sie spielten in den Veteranenkolonien eine nicht unbedeutende Rolle. Mit der Entwicklung der stehenden Heere in der Neuzeit tauchen auch alsbald wieder Kriegervereine auf, am frühesten in Deutschland und am nachhaltigsten zunächst in Preußen, wo die allgemeine Wehrpflicht das Heer zu einem stehenden Volksheere hatte werden lassen.

Es ist nicht ohne tiefen Grund, daß die Ursache der Bildung der ersten neueren Kriegervereine dieselbe war, welche die Veteranenvereine der Römerzeit hat entstehen lassen, die nämlich, verstorbene Kameraden mit militärischen Ehren zu begraben. Bald nach den Befreiungskriegen bildeten sich, nachdem vereinzelte Kriegervereine schon früher entstanden waren, zahlreiche solcher Vereine, zumeist in Preußen; sie nannten sich nach dieser Zweckbestimmung auch Militär-Begräbnisvereine. Preußen war der erste Staat, der ihnen obrigkeitliche Beachtung schenkte; sie erhielten durch die Kabinettsordre von 22. Februar 1842, die noch heute für die Preußischen Kriegervereine von Bedeutung ist, das Recht, verstorbene Kameraden mit militärischen Ehren zu begraben; ferner das Recht, Uniform und Waffen zu tragen und eine förmliche militärische Einrichtung. Diese Vereine nahmen nur Feldzugssoldaten auf und trugen damit den Keim des allmählichen Aussterbens in sich. Eine kurze Zeit der Erhebung über ihren ursprünglichen Zweck brachten ihnen die Revolutionsjahre von 1848/49, als in den alten Kriegern der Gedanke auftauchte, daß die aus patriotisch gesinnten Veteranen bestehenden Kriegervereine berufen seien, ihrem Könige auch im Bürgerkleide die Treue zu halten und die Revolutionsbewegung zu bekämpfen. In vielen preußischen Provinzen, besonders in Pommern, Brandenburg, Sachsen und Schlesien, traten deshalb die Vereine damals zu Vereinigungen zusammen. Mit dem Schwinden der Revolutionsgefahr zerfielen diese Vereinigungen aber bald wieder. Die Vereine starben allmählich aus, und ihre Fahnen kamen in die Archive und Gedenkhallen der Vaterstadt oder wurden vereinzelt an die neuen Kriegervereine abgegeben, welche der großen Zeit der Begründung des Deutschen Reiches ihre Entstehung verdankten.

Die Kriege von 1864, 1866 und 1870/71 brachten dem deutschen Kriegervereinswesen einen gewaltigen Aufschwung und einen ganz neuen Wirkungskreis. In überraschend kurzer Zeit bildeten sich viele Tausende von Kriegervereinen. Diese neuen Vereine, meist aus jungen Feldzugssoldaten bestehend, dachten nicht nur, wie die früheren Kriegervereine, an die fromme Pflicht militärischer Leichenbestattung. Diese Vereine

wollten die Erinnerung an die militärische Dienstzeit, besonders an die gemeinsam verlebte Feldzugszeit pflegen; die Freude am neuen Reiche, besonders aber die Verehrung für den großen Kaiser, den Begründer des Reiches, brachte die Kameraden zusammen. In praktischer Hinsicht erweiterten die Vereine ihren Wirkungskreis gegen früher durch die Aufnahme des Unterstützungswesens; die Kameraden wollten sich gegenseitig kameradschaftlich helfen; sie wollten bedürftige Kameraden und deren Hinterbliebene unterstützen; die Not der Kriegszeiten führte zu den sozialen Aufgaben des gegenwärtigen Kriegervereinswesens; es entstanden innerhalb der einzelnen Vereine selbst Unterstützungs- und Sterbekassen, die dann von den Verbänden, zu denen sich die Tausende von Vereinen zusammenschlossen, zu Einrichtungen großen Stiles entwickelt wurden. Von großer Bedeutung aber wurde es, daß die seit 1870 entstandenen deutschen Kriegervereine, — und je weiter die Begründungszeit der Vereine von der Kriegszeit entfernt lag, desto mehr trat dies in die Erscheinung — sich nicht nur, wie die alten Militär-Begräbnisvereine, auf Feldzugsteilnehmer beschränkten, sondern jeden ehrenhaften monarchisch und national gesinnten Mann aufnahmen, der seine Dienstzeit treu erfüllt hatte. Damit war die Gefahr des allmählichen Aussterbens der Vereine beseitigt; die Vereine erneuerten sich von Jahr zu Jahr bei jeder Reservisten-Entlassung und nahmen den Charakter einer allgemeinen Volksbewegung an; sie bildeten gewissermaßen die Fortsetzung der aktiven Armee und wuchsen heran zu der „Armee im Bürgerrock".

Eine weit höhere Bedeutung drängte sich dem deutschen Kriegervereinswesen geradezu auf durch die Entwickelung der politischen Verhältnisse. Die Neugestaltung des Kriegervereinswesens seit 1870 war zunächst ohne Ausblick auf staatliche und vaterländische Aufgaben erfolgt. Zwar hatten alle neu begründeten Kriegervereine als erste Zweckbestimmung die Pflege der Treue und Liebe zu Kaiser und Reich, zu Landesfürst und Vaterland, die Stärkung und Betätigung der Vaterlandsliebe und des Nationalbewußtseins in ihre Satzungen aufgenommen. Den Männern, welche in der großen Zeit des deutschen Völkerfrühlings und unmittelbar darauf die neuen Vereine bildeten und in sie eintraten, waren solche Gesinnungen eben etwas Selbstverständliches. Niemand dachte daran, daß man diese patriotischen Tugenden im Volke besonders pflegen müsse. Erst als mit dem Heranwachsen der sozialdemokratischen Bewegung ganze Volkskreise anfingen, sich von der Treue gegen den Monarchen und vom Vaterlande abzuwenden, tauchte der Gedanke auf, daß in den Kriegervereinen der Boden gegeben sei, von dem aus dieser den Staat bedrohenden Gefahr wirksam entgegengetreten werden könnte.

Gleichwohl vermied man lange Zeit ängstlich, in den Kriegervereinen gegen die Sozialdemokratie vorzugehen, ja auch nur das Wort „Sozialdemokratie" zu erwähnen. Die Satzungen der Kriegervereine enthalten nämlich, worauf wir weiter unten zurückkommen werden, die sehr berechtigte Vorschrift, daß die Erörterung politischer und religiöser Dinge in den Vereinsverhandlungen ausgeschlossen sei. Man legte diese Vorschrift nun lange Zeit dahin aus, daß folgerichtig auch über die Sozialdemokratie nicht gesprochen werden könne. Es bedarf keiner Versicherung, daß diese Auffassung vor einer richtigen Erkenntnis des Wesens der Kriegervereine einerseits und ihres Verhältnisses gegenüber der revolutionären Sozialdemokratie andererseits nicht bestehen konnte. Zunächst galt es daher, über beide Punkte Klarheit zu schaffen und dann das als richtig erkannte praktisch durchzuführen. In zielbewußter Weise ist dies in den letzten 20 Jahren geschehen, und heute ist in den deutschen Kriegervereinen die Auffassung Gemeingut geworden, daß es ihre höchste und vornehmste Aufgabe ist, monarchischen und vaterländischen Sinn zu pflegen und damit der revolutionären und vaterlandsfeindlichen Bewegung der Sozialdemokratie eine monarchische und nationale Volksbewegung der ehemaligen Soldaten entgegenzusetzen.

Im Laufe der Zeit haben sich hiernach die Ziele der deutschen Kriegervereine aus dem Zwecke der militärischen Leichenbestattung verstorbener Mitglieder, woran sie auch gegenwärtig noch festhalten, zu großen sozialen und nationalen Aufgaben entwickelt,

die für Staat und Volk von hoher Bedeutung sind. Es liegt auf der Hand, daß diese Bedeutung aber nur dann zutage treten kann, wenn einmal die einzelnen Kriegervereine in einer geschlossenen Organisation einheitlich ihre Zwecke verfolgen und wenn sodann die Zahl der Kriegervereinsmitglieder so groß ist, daß sie auf den Charakter einer ernsthaften Volksbewegung Anspruch machen können. Beide Bedingungen sind bereits jetzt erfüllt.

Schon bald nach dem Kriege 1870/71 regte sich unter den zahlreichen neuen Vereinen der Wunsch nach einem Zusammenschluß. 1872 erließ eine kleine Anzahl von Vereinsführern einen Aufruf zur Bildung einer großen, das ganze Reich umfassenden Kriegervereinigung. Der Ruf fand in allen Teilen des Reiches Widerhall und führte Pfingsten 1873 zur Bildung des Deutschen Kriegerbundes. Als Zweck des Bundes schwebte seinen Begründern die Schaffung einer großen Sterbe- und Unterstützungskasse vor. Es sind also die sozialen Aufgaben des Kriegervereinswesens, die zu seiner Organisation geführt haben. Entsprechend der Begeisterung der Zeit über die endlich errungene Einheit der Nation, strebten die Begründer des neuen Bundes seine Ausdehnung über das ganze Reich unter einer einheitlichen Zentralleitung in der Reichshauptstadt an; die Unterteilung sollte sich an die Landwehrbezirke anschließen. Von diesem ursprünglichen Organisationsgedanken ist nichts weiter ausgeführt worden, als daß der Deutsche Kriegerbund seinen Sitz in Berlin erhielt und dort auch noch heute hat. Der schöne Gedanke eines einheitlich organisierten, das ganze Reich umfassenden Deutschen Kriegerbundes, scheiterte und mußte daran scheitern, daß seine Begründer den föderativen Charakter der Reichsverfassung übersahen, daß sie einen Einheitsstaat im Bundesstaate schaffen wollten. Es konnte nicht ausbleiben, daß der beabsichtigten einheitlichen Organisation aller deutschen Kriegervereine der Gedanke ihrer Vereinigung auf Grund der Reichsverfassung entgegengestellt wurde, und zwar war es einer der gefeiertsten Heerführer des deutschen Krieges, der damalige Kronprinz, spätere König Albert von Sachsen, der diesen Gedanken zuerst aussprach. In Sachsen bildete sich dann auch schon 1873 ein Landeskriegerverband. Ihm folgten in rascher Folge Bayern, Württemberg, Baden und Hessen. Aber nicht einmal in Norddeutschland, selbst nicht in Preußen, fand der Gedanke des Deutschen Kriegerbundes einmütige Aufnahme. Dem neuen Bunde entstand ein Gegner in Norddeutschland in einer auf loser Grundlage, ohne gemeinsame Kassen, beruhenden Vereinigung. Der Deutsche Kriegerbund ließ sich aber nicht irre machen; er ging seinen Weg weiter, wuchs und dehnte sich aus, nicht nur in Norddeutschland, sondern auch in Süddeutschland und in Sachsen, trotz der Bildung der Landesverbände daselbst. Hieraus mußten ärgerliche Streitigkeiten entstehen, die dem inneren Ausbau des Kriegervereinswesens nicht günstig sein konnten. Fast 20 Jahre haben diese Streitigkeiten gedauert und sie endeten erst, als eine große gemeinsame Arbeit an die Deutschen Kriegervereine herantrat, der sich keiner der vielen streitenden Verbände entziehen konnte. Diese gemeinsame Arbeit war die Erbauung des dem Begründer des Reiches, Kaiser Wilhelm dem Großen, geweihten Kyffhäuserdenkmals. Die Arbeit begann unmittelbar nach dem Tode Kaiser Wilhelms I., schon im Jahre 1888, und sie führte zu der jetzigen einheitlichen Organisation des Kriegervereinswesens. 1891 zog der Deutsche Kriegerbund sich aus den größeren Bundesstaaten zurück und beschränkte sein Gebiet auf Preußen, die norddeutschen Bundesstaaten und Elsaß-Lothringen. Innerhalb dieses Gebietes wurden dann in den Jahren 1891—1899 in allen Bundesstaaten Landeskriegerverbände gebildet; einzelne waren schon vor 1891 vorhanden. 1899 war diese Organisation vollendet und 1900 wurde die jetzige zentrale Vereinigung der deutschen Kriegervereine geschaffen, der Kyffhäuserbund der Deutschen Landes-Kriegerverbände.

Der Kyffhäuserbund der Deutschen Landes-Kriegerverbände ist nach dem Vorbilde der Reichsverfassung aufgebaut. Seine Glieder sind die Landes-Kriegerverbände der einzelnen Bundesstaaten. Satzungsgemäßer Vorsitzender ist der jedesmalige Vorsitzende des Preußischen Landes-Kriegerverbandes. Oberstes Organ ist die alljährlich

zusammentretende Vertreterversammlung. Jeder Landes-Kriegerverband sendet so viele Vertreter in die Vertreterversammlung und hat in ihr so viele Stimmen, als seine Landesregierung Stimmen im Bundesrate hat. Der politischen Entwicklung vorauseilend, hat der Kyffhäuserbund dem Elsaß-Lothringischen Krieger-Landesverbande eine Stimme in der Vertreterversammlung gegeben. Zweck des Kyffhäuserbundes ist nach der historischen Entwicklung zunächst die Erhaltung und Verwaltung des Kyffhäuserdenkmals. Das Denkmal ist in den Jahren 1888—1896 mit einem Kostenaufwande von 1 450 000 Mark aus freiwilligen Sammlungen der Kriegervereine erbaut worden und ist unbestritten das bedeutsamste und größte Denkmal im Deutschen Reiche. Es bildet einen patriotischen Wallfahrtsort, der alljährlich von vielen Tausenden besucht wird und an welchem Vereine und Schulen, Jung und Alt, patriotische, weihevolle Gedanken hegen und mit nach Hause nehmen. Die deutschen Kriegervereine haben allein mit der Erbauung dieses Denkmals für Reich und Volk etwas Großes geleistet. Mit dem Denkmal ist eine große Wirtschaftsanlage mit Hotel- und Gastwirtschaftsbetrieb verbunden, die gleichfalls Eigentum des Kyffhäuserbundes ist. Das Ganze erfordert eine umfangreiche Verwaltung. An diese Verwaltungsaufgabe des Kyffhäuserbundes hat sich aber ein höherer Zweck angeschlossen. Der Kyffhäuserbund ist die oberste Instanz des deutschen Kriegervereinswesens. In der Vertreterversammlung werden daher alle wichtigen Fragen des Kriegervereinswesens beraten, und es werden die Grundsätze aufgestellt, nach welchen das deutsche Kriegervereinswesen vorgehen soll. Diese Grundsätze bilden die Leitsätze für die einzelnen Landesverbände, sind aber für sie nicht bindend. Die einzelnen Landesverbände sind selbständig und haben das Recht, die vom Kyffhäuserbunde gegebenen Leitsätze nach der Eigenart ihrer Landesverhältnisse auszuführen. Die Ziele und Zwecke aller Landesverbände sind aber so gleichartig und das innere Schwergewicht der gesamten Organisation ist daher so wuchtig, daß ungeachtet dieser Selbständigkeit ein gleichmäßiges und einheitliches Handeln aller Landes-Kriegerverbände verbürgt ist.

Die Glieder des Kyffhäuserbundes sind die Landes-Kriegerverbände. In jedem Bundesstaate besteht ein einheitlicher Landesverband. (Koburg-Gotha, das durch Personalunion zwei Länder vereinigt, hat zwei Verbände, einen für Koburg, einen für Gotha; beide haben aber zusammen nur eine Stimme im Kyffhäuserbund.) An der Spitze eines jeden Landesverbandes steht der Landesherr, in den Freien Städten der Senat, als Protektor. Die größeren Landesverbände sind nach der Verwaltungseinteilung ihres Staates in Unterverbände geteilt. Der Preußische Landes-Kriegerverband teilt sich demgemäß in Provinzial-, Regierungsbezirks- und Kreisverbände; der Bayerische ist nach Bezirksämtern, der Sächsische nach Amtshauptmannschaften, der Württembergische nach Oberämtern gegliedert usw. Die Unterverbände umfassen die einzelnen Ortsvereine ihres Gebietes. Die Vereine erstrecken sich meist auf einen einzigen Ort (Stadt oder Dorf); nach Bedarf bilden mehrere Dörfer einen einzigen Verein; größere Orte (Städte) haben mehrere, oft viele Vereine, z. B. Berlin mehr als 200. Ursprünglich umfaßten die einzelnen Kriegervereine alle Waffengattungen des Heeres und der Marine. Das ist auch jetzt noch die Regel. In neuerer Zeit aber haben sich, zumeist in größeren Städten, die Vereine nach Regimentern und Waffengattungen gegliedert.

Die gesamte Organisation des deutschen Kriegervereinswesens bietet zur Zeit (1. April 1910) folgendes Bild:

	Vereine	Mitglieder
1. Preußischer Landes-Kriegerverband	16 740	1 474 992
2. Bayerischer Veteranen- und Kriegerbund	3 450	301 062
3. Königlich Sächsischer Militärvereinsbund	1 693	209 115
4. Württembergischer Kriegerbund	1 869	129 565
5. Badischer Militärvereinsverband	1 513	137 247
6. Kriegerkameradschaft Hassia (Großherzogtum Hessen)	958	67 852

	Vereine	Mitglieder
7. Mecklenburgischer Kriegerverband	311	31 041
8. Großherz. Sächsischer Krieger- und Militärvereinsbund	399	19 478
9. Mecklenburg-Strelitzsche Kriegerkameradschaft	28	4 132
10. Oldenburger Landeskriegerverband	226	22 289
11. Braunschweigischer Landwehrverband	300	27 149
12. Meininger Landes-Kriegerverband	275	14 872
13. Landes-Kriegerverband Sachsen-Altenburg	132	11 288
14. Koburger Kriegerverband	71	4 040
15. Gothaer Kriegerverband	151	9 518
16. Anhaltischer Kriegerverband	200	14 606
17. Schwarzburger Kriegerkameradschaft (Sondershausen)	94	5 545
18. Schwarzburg-Rudolstädter Landes-Kriegerverband	85	4 202
19. Landes-Kriegerverband Waldeck und Pyrmont	78	4 402
20. Verband der Militär- und Kriegervereine Reuß ä. L.	43	3 069
21. Landesverband der Fürstlich Reuß j. L. Militär- und Kriegervereine	84	5 750
22. Schaumburg-Lippischer Landes-Kriegerverband	44	3 136
23. Lippischer Kriegerbund	122	9 812
24. Landes-Kriegerverband Lübeck	19	3 312
25. Bremischer Landes-Kriegerverband	35	5 847
26. Hamburger Kriegerverband	92	16 302
27. Elsaß-Lothringischer Krieger-Landesverband	371	39 051
Kyffhäuserbund der Deutschen Landes-Kriegerverbände	29 383	2 578 674

Der Kyffhäuserbund und seine einzelnen Landesverbände sind ständig im Wachsen begriffen. Im Durchschnitt der ersten 10 Jahre seines Bestehens hat der Kyffhäuserbund alljährlich um rund 780 Vereine und 79 000 Mitglieder zugenommen; allein in Preußen entstehen durchschnittlich jährlich 1500 Kriegervereine. Das Kriegervereinswesen ist also sehr lebendig und entwickelungsfähig.

Innerhalb des Kyffhäuserbundes ist nun der Deutsche Kriegerbund als wirtschaftlicher Verband für die in ihm vereinigten Landesverbände (Preußen, die norddeutschen Bundesstaaten und Elsaß-Lothringen) bestehen geblieben. Als dieser Bund im Jahre 1891 seine ursprüngliche Absicht, alle deutschen Kriegerverbände in einer einheitlichen Verwaltung zusammenzufassen, aufgab, waren seine wirtschaftlichen Einrichtungen (Unterstützungskassen, Waisenhäuser, Bundespresse) bereits so stark entwickelt, daß ihre Auflösung und die Aufteilung der Vermögensobjekte auf die einzelnen Landesverbände eine schwer lösbare Aufgabe bot. Besonders mit Rücksicht auf die Verbände der kleineren und kleinsten Bundesstaaten, die aus eigener Kraft leistungsfähige Unterstützungskassen nicht schaffen können, mußte die Auflösung als unkameradschaftlich erscheinen. Der Bund blieb deshalb bestehen und hat inzwischen seine wirtschaftlichen Einrichtungen außerordentlich stark entwickelt. Ob und inwieweit das Vermögen und die Einrichtungen des Deutschen Kriegerbundes später auf den Kyffhäuserbund übertragen werden können, ist eine Frage der Zukunft.

Neben der vorstehend geschilderten territorialen Organisation des deutschen Kriegervereinswesens bestehen noch zahlreiche Verbände und Vereinigungen, die sich auf der Regiments- und Waffenzugehörigkeit aufbauen. Zu ihnen gehören zahlreiche Vereinigungen von Vereinen ehemaliger Kameraden von Infanterieregimentern. Die meisten von ihnen sind in Rheinland und Westfalen, wo die riesenhaft angewachsenen Städte und Gemeinden in den Industriegegenden den Boden zur Bildung von zahlreichen Regimentsvereinen boten. Hier sind auch Verbände der Kavallerie, der Artillerie, der Jäger und Schützen, der Pioniere, des Gardekorps und der Vereine des XVI. Armeekorps entstanden. Alle diese Vereinigungen sind nicht im Gegensatze zu

der territorialen Organisation des Kriegervereinswesens oder wenigstens nicht mehr als solche zu denken; sie haben meist den Zweck kameradschaftlicher Zusammenkünfte; vereinzelt haben sie auch Unterstützungskassen gebildet; die zu diesen Verbänden gehörigen Vereine sind meist zugleich Mitglieder der Landes-Kriegerverbände. In der Form kameradschaftlicher Vereinigungen hat sich der Kyffhäuserbund mit ihnen abgefunden, doch ist nicht zu leugnen, daß sie Kräfte und Mittel der eigentlichen Kriegervereinsorganisation entziehen; andererseits ziehen sie aber auch zahlreiche Mitglieder heran, die sonst dem Kriegervereinswesen fern geblieben wären. Nur einem Verbande dieser Art hat der Kyffhäuserbund eine besondere Stellung zugestanden, der Vereinigung Deutscher Marinevereine, und zwar mit Rücksicht auf die besondere und selbstständige Stellung, welche die Kaiserliche Marine neben der Armee einnimmt; aber auch die einzelnen Vereine der Marinevereinigung sollen den zuständigen Landesverbänden angehören und gehören ihnen auch größtenteils an.

Nachdem wir die Organisation des Kriegervereinswesens kennen gelernt haben, wollen wir uns nunmehr mit seiner Tätigkeit beschäftigen. Wir erinnern uns, daß die deutschen Kriegervereine, neben ihrem ursprünglichsten Zweck militärischer Leichenparaden beim Begräbnis verstorbener Mitglieder, soziale und nationale Aufgaben verfolgen.

Seine sozialen Aufgaben erblickt das deutsche Kriegervereinswesen in der Unterstützung seiner bedürftigen Kameraden in Krankheit und Not sowie bei allgemeinen Notständen, in der Unterstützung von Kameraden-Witwen und in der Sorge für die Erziehung von Kameraden-Waisen. Den Zeitverhältnissen entsprechend ist hierzu in neuerer Zeit auch die Unterstützung solcher Kameraden aus dem Arbeiterstande nach Maßgabe der Mittel getreten, welche durch den Terrorismus der Sozialdemokratie in ihrem Erwerb geschädigt werden. Grundsatz ist bei allen Landesverbänden, daß zunächst die einzelnen Vereine aus eigenen Mitteln ihre Kameraden unterstützen sollen. Da aber die meisten Vereine finanziell wenig leistungsfähig sind, so bestehen in allen Verbänden Unterstützungskassen, die durch gute Verwaltung und weise Sparsamkeit mit der Zeit zu großer Leistungsfähigkeit gediehen sind.

Den größten Umfang zeigt das Unterstützungswesen des Deutschen Kriegerbundes. Aus der Bundeskasse sind im letzten Verwaltungsjahre 1909 Unterstützungen an Kameraden gezahlt worden rund 275 000 Mark, an Witwen rund 85 000 Mark. Die schönste soziale Einrichtung des Bundes ist seine Waisenpflege. Der Bund besitzt vier eigene Waisenhäuser, zwei evangelische in Römhild (Meiningen) und in Osnabrück, und zwei katholische in Canth (Schlesien) und Wittlich (Rheinprovinz). Ein fünftes, drittes evangelisches Haus ist in Samter (Posen) im Bau begriffen. In den vier bestehenden Waisenhäusern werden zur Zeit 450 Kinder aus den ärmsten Ständen erzogen. Jedes Haus hat seine eigene Schule. Die Kinder werden frühestens mit 6, spätestens mit 12 Jahren aufgenommen. Die Knaben erlernen nach der Konfirmation ein Handwerk oder kommen nach Wunsch und Eignung in eine Unteroffizierschule; die Mädchen verbleiben nach der Konfirmation noch ein oder zwei Jahre in der Anstalt, um in der Hauswirtschaft unterrichtet zu werden. Während ihrer Ausbildung bleiben die Kinder unter Aufsicht und Schutz der Waisenhäuser. 1906 wurde zur Erinnerung an die silberne Hochzeit der Kaiserlichen Majestäten eine besondere Stiftung gebildet, um Zöglingen der Kriegerwaisenhäuser, welche nach ihrer Veranlagung zu einer besseren Erziehung sich eignen, solche zu gewähren. Diese Einrichtung hat schon in der kurzen Zeit ihres Bestehens viel Segen gestiftet; die betreffenden Kinder werden zu Lehrern, Kunsthandwerkern, Technikern, Kaufleuten, Wirtschaftsbeamten usw. erzogen. Im Jahre 1909 hat der Deutsche Kriegerbund für seine Waisenhäuser rund 190 000 Mark ausgegeben. Die Mittel für den Unterhalt der Waisenhäuser werden größtenteils durch freiwillige Sammlungen der Kriegerfechtanstalt, einer Abteilung der Bundesverwaltung, aufgebracht, die nach dem Muster der Reichsfechtanstalt seit 1884 besteht. Der Bund besitzt ferner eine eigene Sterbekasse und Versicherungsanstalt, zu welcher der Beitritt indes freiwillig ist. Die Bundes-Sterbekasse, 1890 errichtet, hat zur Zeit ein Vermögen von

5 Millionen Mark und einen Versicherungsbestand von 31 Millionen Mark; im Jahre 1909 hat sie rund 400 000 Mark an Sterbegeldern gezahlt. Im Ganzen hat der Deutsche Kriegerbund im Jahre 1909 sonach aus seinen verschiedenen Kassen rund 950 000 Mark für Wohlfahrtszwecke ausgegeben. Zu diesen Leistungen der Bundeskasse kommen nun die Aufwendungen der einzelnen Landesverbände des Bundes und ihrer Unterverbände, welche gleichfalls für Unterstützungszwecke besondere Kassen eingerichtet haben; die aus diesen Kassen gezahlten Unterstützungen betrugen im Jahre 1909 rund weitere 125 000 Mark. Neben dem Deutschen Kriegerbunde haben ferner die größeren Landesverbände von Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Hessen ihre eigenen selbstständigen Unterstützungskassen. Aus ihnen wurden im Jahre 1909 rund 235 000 Mark an Unterstützungen gegeben. Im Ganzen haben also die Unterstützungskassen der Kriegerverbände im Jahre 1909 rund 1,3 Millionen Mark für Unterstützungs- und Wohlfahrtszwecke ausgegeben. Hierzu kommen nun die Ausgaben der rund 30 000 einzelnen Vereinskassen für Unterstützungszwecke; sie betrugen im Jahre 1909 rund 3,7 Millionen Mark. Die Aufwendungen des gesamten deutschen Kriegervereinswesens beliefen sich danach im Jahre 1909 auf rund 5 Millionen Mark.

Diese erhebliche Summe ist umso höher anzuschlagen, als die Beiträge, welche die Vereine von ihren Mitgliedern erheben, recht gering sind; sie betragen durchschnittlich auf den Kopf jährlich nur 3 bis 4 Mark. Aus diesen Vereinsbeiträgen werden auch die Beiträge an die Landesverbände bestritten, welche in den einzelnen Landesverbänden verschieden, aber überall sehr gering (10 bis 50 Pfg. jährlich auf den Kopf) sind. Die Verbands- und Vereinskassen würden daher die obigen erheblichen Leistungen nicht aufweisen können, wenn sie nicht im Laufe der Zeit erhebliche Kapitalien angesammelt und wenn sie nicht aus Presse- und anderen Unternehmungen Einnahmen hätten. Das Vermögen der Kriegerverbände beträgt zur Zeit (1910) rund 13 Millionen Mark, das der Vereine rund 41 Millionen Mark, so daß das gesamte Vermögen aller Verbände und Vereine rund 54 Millionen Mark zur Zeit ausmacht. Die finanzielle Leistungsfähigkeit der deutschen Kriegervereine nimmt, nachdem einmal ein fester Grund gelegt ist, nunmehr erfreulich und rasch zu. Im Jahre 1905 betrug das Gesamtvermögen 43 Millionen Mark und die Gesamtsumme der jährlichen Unterstützungen 4 Millionen Mark. Das Vermögen ist also in 5 Jahren um 13 Millionen Mark und die Jahresunterstützungssumme in derselben Zeit um 1 Million Mark gestiegen. Es besteht hiernach also alle Aussicht, daß die soziale Tätigkeit der Kriegervereine mit der Zeit einen sehr bedeutenden Umfang einnehmen wird.

Ist die soziale Tätigkeit der Kriegervereine mehr für die einzelnen Mitglieder von Wichtigkeit, so ist ihre nationale Betätigung schon gegenwärtig von der größten Bedeutsamkeit für das gesamte Volk und wird es mit der wachsenden Zahl der Kriegervereine noch mehr werden. Wir haben bereits kurz entwickelt, wie die Kriegervereine durch den Gang der politischen Ereignisse dazu gekommen sind, ihre nationale Betätigung, insbesondere im Gegensatze zur Sozialdemokratie, als eine wichtige, ja als die wichtigste Aufgabe des Kriegervereinswesens anzusehen. An sich ist nationale und vaterländische Gesinnung die Pflicht eines jeden patriotischen Bürgers, mag er Soldat gewesen sein oder nicht. Für den ehemaligen Soldaten kommt hinzu, daß er dem Kaiser und seinem Landesherrn den Fahneneid geschworen und sich in diesem zur Treue gegen sie und zum Gehorsam gegen die militärischen Gesetze verpflichtet hat. Nun beruhen die Kriegervereine auf der ehemaligen Zugehörigkeit ihrer Mitglieder zum deutschen Heere oder zur deutschen Marine, also auf dem Fahneneide. Die deutschen Kriegervereine wollen die Verpflichtungen ihres Fahneneides auch im bürgerlichen Leben fortsetzen, und es finden sich daher in den Satzungen aller Kriegervereine als vornehmste Zweckbestimmung, zu der die Mitglieder sich beim Eintritt verpflichten, fast wörtlich übereinstimmend folgende Aufgaben:

„Die Liebe und Treue für Kaiser und Reich, Landesfürst und Vaterland bei seinen

Mitgliedern zu pflegen, zu betätigen und zu stärken, das Nationalbewußtsein zu beleben und zu stärken."

Hieraus folgt nun: Der Eintritt in einen Kriegerverein ist freiwillig. Niemand wird gezwungen einem Verein beizutreten und der Austritt steht jederzeit frei. Wer aber Mitglied eines Kriegervereins ist, muß die Bedingungen der Satzungen erfüllen. Die allererste Bedingung ist: Liebe und Treue zu Kaiser und Reich, Fürst und Vaterland, sowie Nationalbewußtsein. Niemand kann daher einem Kriegervereine angehören, der nicht treu zu Kaiser und Reich, zu Fürst und Vaterland steht, der nicht vaterlandsliebend ist. Die Sozialdemokratie erkennt Kaiser und Reich und den monarchischen Staat nicht an, sie will vielmehr die Monarchie stürzen; sie hat sich vom Vaterlande abgewendet und will an seine Stelle die Internationale setzen. Folglich kann ein Anhänger der Sozialdemokratie nicht Mitglied eines deutschen Kriegervereins sein. Dieser Standpunkt ist unanfechtbar und durch Erkenntnisse der Gerichte aller Instanzen anerkannt. In schärfster Weise ist er in den Satzungen der Landes-Kriegerverbände zum Ausdruck gekommen. So ist z. B. nach den Satzungen des Preußischen Landes-Kriegerverbandes von der Aufnahme in einen preußischen Kriegerverein ausgeschlossen, wer der sozialdemokratischen Partei angehört oder sie unterstützt, oder ihre Bestrebungen durch Worte oder Handlungen fördert.

Die Kriegervereine dürfen sich aber ferner im Sinne ihrer Satzungen nicht mit der mechanischen Ausscheidung sozialdemokratisch Gesinnter begnügen, sie haben satzungsgemäß auch für Pflege, Stärkung und Betätigung monarchischer und vaterländischer Gesinnung unter ihren Mitgliedern zu sorgen. Sie haben also die Pflicht, ihre Mitglieder in diesen Gesinnungen zu erhalten und sie vor der entgegengesetzten, vor sozialdemokratischer Gesinnung zu behüten. Dies geschieht durch Begehen patriotischer Feiern und Gedenktage, durch die Kriegervereinspresse, durch Belehrungen und Vorträge über das, was wir unserem erhabenen Kaiserhause und den anderen Herrscherhäusern verdanken, über die Vorzüge des monarchischen Staates, über die Großtaten der Armee und Marine, über die Verdienste unserer Helden und großen Männer usw. und es muß ferner geschehen durch Belehrung über die Irrlehren der Sozialdemokratie, durch Aufklärung über den unübersehbaren Schaden, den Staat und Volk, Gesellschaft und Kultur erleiden müßten, wenn die Sozialdemokratie zum Siege gelangte. Im Geiste der Kriegervereinssatzungen liegt es dann weiter, daß niemand Mitglied eines deutschen Kriegervereins werden kann, der nicht den gegenwärtigen Bestand des Reiches anerkennt. Welfen, welche die Wiederherstellung des früheren Königreichs Hannover anstreben, Großpolen, welche das polnische Reich wieder aufrichten wollen, können also gleichfalls einem deutschen Kriegerverein nicht angehören.

Die deutschen Kriegervereine sind hiernach auf Grund ihrer Satzungen Kampfstätten gegen die Sozialdemokratie und Sammelstätten für die ehemaligen Soldaten aus allen bürgerlichen, politischen Parteien, welche auf dem Boden der Treue zur Monarchie und zum Vaterlande und auf dem Boden der Reichsverfassung stehen. Dieser letztere Charakter hat zu der Satzungsvorschrift gezwungen, welche die Erörterung politischer und religiöser Dinge in den Vereinsverhandlungen ausschließt. Nach den Satzungen der Kriegervereine sollen in diese nur Anhänger der monarchisch gesinnten, kurz gesagt der reichs- und verfassungstreuen bürgerlichen Parteien Aufnahme finden. Auf diese allein ist also auch nur Rücksicht zu nehmen, und es ist Vorsorge zu treffen, daß im Interesse der Förderung der gemeinsamen Aufgaben des Kriegervereinswesens alles aus dem Vereinsleben ausscheidet, was die einzelnen bürgerlichen Parteien trennt. Die Satzungsvorschrift, daß die Erörterungen über politische und religiöse Dinge in den Vereinsverhandlungen ausgeschlossen sind, bezweckt also, politische und religiöse Meinungsverschiedenheiten dieser bürgerlichen Parteien von der Erörterung in den Vereinen fernzuhalten.

In weiterer Folgerung hiervon sind die Landesverbände darüber vollkommen einig, daß die Kriegervereine niemals in den Dienst einer bestimmten politischen Partei

Kyffhäuser-Denkmal.
Gesamtansicht.

Kyffhäuser-Denkmal.
Vorderansicht.

Kriegerwaisenhaus „Glücksburg" in Römhild in Sachsen-Meiningen.

Kriegerwaisenhaus in Canth in Schlesien

Renthe-Fink-Kriegerwaisen-Haus in Osnabrück.

Kriegerwaisenhaus in Wittich in der Rheinprovinz.

gestellt werden dürfen. Es liegt auf der Hand, daß da, wo eine bürgerliche Partei ausschließlich überwiegt, auch die Kriegervereine sich aus dieser Partei zusammensetzen werden. In anderen Gegenden wieder, in denen mehrere Parteien mehr oder weniger stark vertreten sind, vereinigen sich Mitglieder der verschiedensten Parteien in den Kriegervereinen. Das Betonen einer bestimmten Parteirichtung seitens der Zentralleitung würde daher entweder gar keine Unterstützung finden und zur Disziplinlosigkeit führen, oder es würde den Parteizwist in die Kriegervereine hineintragen, es würde verhängnisvoll sein und zerstörend wirken. Eine solche einseitige Parteinahme ist auch nicht notwendig. Bei richtiger Durchführung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben werden die Kriegervereine auch ohne sie für das Vaterland von höchstem Nutzen sein.

Denn in den Kriegervereinen ist ja nach dem Vorstehenden der Boden gegeben, in dem sich die patriotisch gesinnten ehemaligen Soldaten aller Parteien und aller religiösen Bekenntnisse vereinigen können zur idealen Pflege reiner monarchischen und vaterländischen Gesinnung und durch Pflege, Betätigung und weitere Verbreitung dieser Tugenden, zur positiven Bekämpfung der Sozialdemokratie. Von den Kriegervereinen ausgehend, kann am besten der Mahnung Seiner Majestät des Kaisers (Breslau, 13. September 1890) nachgelebt werden, „daß die Bürger nicht bloß dem Staate und seinen Organen die Bekämpfung der umwälzenden Elemente überlassen, sondern selbst mit Hand anlegen mögen." Hier kann, ohne seiner Würde etwas zu vergeben, der höchste Beamte mit dem niedrigsten Bürger, der Vorgesetzte mit dem Untergebenen, der Reiche mit dem Armen auf gleicher Grundlage verkehren, denn alle eint das große, gleichmachende Gemeinsame, daß sie dereinst des Königs Rock getragen haben und daß sie ihn wieder tragen werden, soweit Alter und Kräfte es zulassen, wenn der Kriegsherr ruft. Hier kann auch vor allem der Arbeitgeber das Kaiserwort erfüllen: „Suchet Fühlung mit euern Arbeitern!"

Von diesen Gesichtspunkten aus richtig geleitet, soll das Kriegervereinswesen nach der Absicht seiner Führer mit der Zeit von Segen für den Staatsgedanken sein und auf die Wiedergesundung und die politische Erziehung des Volkes einwirken. Durch das Nähertreten der Stände untereinander in den Vereinen soll dem von der Sozialdemokratie geschürten sozialen Haß entgegengewirkt und durch den steten Hinweis auf das Interesse der Gesamtheit der Parteigeist bekämpft werden. Die Parteiführer, die innerhalb des Kriegervereins ihres Wohnortes miteinander zu arbeiten sich gewöhnt haben, werden sich weniger scharf im politischen Leben bekämpfen, und der vom Geiste des Kriegervereinswesens erfüllte Bürger, dessen Sinn dadurch für die Erfordernisse der Gesamtheit geschärft ist, wird weniger der Parteiparole zu folgen geneigt sein, wenn sie zugunsten eines kleinen Parteivorteils wichtige vaterländische Interessen, Stärkung der Wehrkraft z. B., preiszugeben verlangt. Der Geist des Kriegervereinswesens wird daher allmählich aus den Vereinen heraus auf weitere und weiteste Volkskreise einwirken, und er wird sich — das hoffen die Führer des Kriegervereinswesens mit Bestimmtheit — auch staatlich geltend machen. Die immer unabweisbarer sich aufdrängende Forderung unseres politischen Lebens, daß die bürgerlichen Parteien ihren kleinen Parteihader vergessen und sich zusammenschließen müssen gegenüber der Sozialdemokratie, wenn sie von ihr nicht zerrieben werden wollen, kann von nirgendwoher bessere Nahrung finden und planvoller unterstützt werden als durch die Kriegervereine. Dies kann zwar nicht direkt durch die Vereine und auch nicht in ihnen geschehen, aber das Schwergewicht des Kriegervereinsgeistes wird naturgemäß mehr und mehr auch außerhalb der Vereine wirksam werden. Die Erkenntnis wird durchdringen, daß diejenigen, die innerhalb der Kriegervereine gemeinsam vaterländische Gesinnung pflegen, diesen Geist auch im politischen Leben zu betätigen haben, daß sie gegen die Sozialdemokratie zusammenstehen und ihr mit vereinten Kräften den Eintritt in die gesetzgebenden Körperschaften, insbesondere aber den Einfluß in ihnen verwehren müssen.

Das ist der Geist des Kriegervereinswesens, wie er sich aus der in den Vereinssatzungen niedergelegten Zweckbestimmung ungezwungen und folgegemäß ergibt und

wie er heute von allen Führern, von allen Landes-Kriegerverbänden des Reiches anerkannt ist: Die Kriegervereine sollen innerhalb der Vereine königstreuen und nationalen Sinn pflegen, damit die Mitglieder ihn außerhalb der Vereine als Staatsbürger betätigen.

Es leuchtet ein, daß die folgerichtige Durchführung der vorstehend geschilderten Grundsätze des Kriegervereinswesens mit der Zeit von größter Bedeutung für das Staatsleben werden muß. Die Mitglieder der Kriegervereine machen schon jetzt einen erheblichen Teil der Reichstags- und Landtagswahlen aus; in einzelnen Gegenden sind 25 bis 30 vom Hundert aller Reichstagswähler Kriegervereinsmitglieder. Wenn diese dem Geiste des Kriegervereinswesens entsprechend handeln, so werden sie, ohne daß das einzelne Mitglied seiner Partei entfremdet wird und ohne daß den Parteien Abbruch geschieht, darauf einwirken können, daß die Parteien ihr kleines Sonderinteresse dem Gesamtwohl des Vaterlandes unterordnen; die Kriegervereine werden damit der ungesunden Seite des deutschen Parteiwesens entgegenarbeiten und diese Aufgabe ist von der allergrößten Wichtigkeit für unser von Parteien zerrissenes Vaterland. Es kann nicht ausbleiben, daß diese Seite des Kriegervereinswesens vom Parteifanatismus mit scheelen Augen angesehen wird. Wenn die Kriegervereine bei erregten Zeiten, bei Wahlen, ihre Mitglieder auf ihre Satzungspflicht aufmerksam machen, keinen Sozialdemokraten, Welfen oder Großpolen zu wählen, wenn sie Mitglieder eines Kriegervereins bleiben wollen, so treten sie damit der Parteitaktik häufig entgegen. Es kann daher nicht Wunder nehmen, daß bereits Versuche gemacht worden sind, diese Tätigkeit der Kriegervereine zu unterbinden. Man ist darin so weit gegangen, daß man die Kriegervereine für amtliche oder amtlichem Einflusse unterliegende Vereine erklärt hat. Hieraus hat man folgern wollen, daß in den großen Wahlkreisen, in denen Mahnungen, wie die oben geschilderten, seitens der Kriegervereinsleitungen an die Mitglieder gerichtet worden sind, die von Kriegervereinsmitgliedern abgegebenen Stimmen für ungültig erklärt werden müßten. Solche Übertreibungen richten sich von selbst und können nur dazu beitragen, die Kriegervereine in ihrem Vorgehen zu bestärken. Die Kriegervereine sind freie Vereine; ihre Mitglieder sind freiwillig in die Vereine eingetreten; die Kriegervereine haben sich frei und unbeeinflußt ihre Satzungen und ihre Zweckbestimmungen gegeben; wie jeder anderen Vereinigung muß es auch den Kriegervereinen freistehen, selbst zu bestimmen, wen sie in ihren Reihen haben wollen und wen nicht. Und deshalb muß jeder Versuch, die freie Betätigung der Kriegervereine, wie diese ihre Aufgaben auffassen, hemmen zu wollen, aussichtslos bleiben; er zerschellt an dem klaren Recht und an der freiheitlichen Grundlage unserer Reichs- und Staatsverfassung.

Wir haben in Vorstehendem das deutsche Kriegervereinswesen als eine Volksbewegung von starkem inneren Schwergewicht kennen gelernt, von wirtschaftlicher Wichtigkeit für seine Mitglieder, von hoher Bedeutung für den Staat. Es ist kein Kompliment für den politischen Sinn unseres Volkes, daß eine so große Bewegung im Verlaufe ihrer Tätigkeit ihre höchste Aufgabe darin erblickt, die Liebe des Volkes zum Staat und zur Nation zu stärken und zu pflegen. Aber da einmal die politische Entwicklung die Notwendigkeit dieser Aufgaben des Kriegervereinswesens erzeugt hat, so sollte jeder Vaterlandsfreund sich hierüber freuen und nach Kräften das Kriegervereinswesen unterstützen. Ob unterstützt, ob angefeindet, die Kriegervereine werden ihren Weg unbekümmert verfolgen. Mögen ihnen in der Zukunft reiche Erfolge beschieden sein zum Segen unseres großen deutschen Vaterlandes!

Innere Politik.

Parlamente und Parteien.

Von Professor Dr. **Fritz Stier-Somlo**, Bonn.

Die Parlamente.

Wesen und Bedeutung der Volksvertretung in Deutschland kann nur erkennen, wer die bundesstaatliche Natur des Reiches beachtet und die rechtliche Gestaltung ins Auge faßt, die dem Reichstage und den einzelstaatlichen Landtagen in geschichtlichem Werden zuteil geworden ist. Von hier aus ist das Verständnis für die lebendigen politischen Kräfte zu gewinnen.

Die Volksvertretungen der deutschen Einzelstaaten sind gewiß je nach der Größe des Gemeinwesens von verschiedener Bedeutung, aber diese Sachlage ergab sich schon vor der Errichtung des Reiches. Dieses hat die politischen Energien der bedeutsamen einzelstaatlichen Parlamente kaum gemindert; was an Gesetzgebungsmacht auf das Reich überging, ist reichlich ersetzt worden durch die Größe und die Zahl der Aufgaben, die den Einzelstaaten verblieben sind; die Intensität des immer stärker strömenden Lebens der letzten 40 Jahre ergab ein überreiches Betätigungsgebiet. Nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Angelegenheiten ging in die eigene Verwaltung des Reiches über, gerade auf dem Boden der inneren Verwaltung tat sich für die Einzelstaaten ein unübersehbares Feld reichster schöpferischer Tätigkeit auf. Die auch zur Kontrolle der Verwaltung berufenen Parlamente hatten daher für ihre Wirksamkeit stetig wachsende Möglichkeiten und zahlreiche Aufgaben. Ja man kann sagen, daß das parlamentarische Leben der Einzelstaaten auf dasjenige des Reiches einen in seinen Wirkungen nicht schwer erkennbaren Einfluß ausübt. Es werden die öffentlichen Verhältnisse Preußens — die allgemein-staatlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen, seine parlamentarische Gesamtlage, die Richtung seines Parteiwesens, der Kurs, der gesteuert wird — naturnotwendig einwirken auf das, was im Reiche geschieht, dessen an Größe, Bevölkerungszahl und Bedeutung erheblichster Teil Preußen ist. Im Reichstage muß dann der angeschlagene Ton wieder- und weiterklingen. Ebenso muß hier bedeutsam werden, was in Bayern, Württemberg, Baden, zwar untereinander verschieden, jedoch gemeinsam bestimmt durch die köstliche Eigenart süddeutschen Wesens und in Auswirkung des Charakters und der Gesinnung, politisch gedacht und gewollt, im Reiche und für das Reich erstrebt wird. Abgemildert durch den Einschlag warmer Anhänglichkeit, den die Liebe zu der schönen Heimat schafft, hat auch der herbe Ernst der im Königreich Sachsen und in den Thüringischen Staaten zu gewisser Geschlossenheit gelangten Volksstämme seinen politisch gewendeten Ausdruck gefunden und wirkt sichtbar in der Zusammensetzung des Reichstags aus. Von den kleineren Staaten mag hier, ohne ihre Wesensart und Bedeutung irgendwie verkennen zu wollen, abgesehen werden: es gilt bloß die Feststellung, daß die bodenständige Verschiedenheit der Einzelstaaten, ihrer Bevölkerung, ihrer politischen inneren Gliederung und äußeren Erscheinungsformen — trotz fortschreitender Ebnung aller Verhältnisse — zum Heil unseres Reiches durch den Reichstag noch keineswegs verwischt ist und daß dieser nicht die Selbständigkeit und Wirksamkeit der Landtage gestört oder aufgehalten hat, daß vielmehr aus den Bestandteilen partikularen Wesens das bunte Kleid des Reichsparlaments, wenn nicht ausschließlich gewebt, so doch erheblich mit bestimmt wird.

Doch hat auf der anderen Seite auch die auf Einheitlichkeit unseres Bundesstaates zielende Richtung große Fortschritte gemacht, die sich u. a. in einer gewissen Gleichmäßigkeit des Parteilebens ausdrücken. Über die Grenzen des Einzelstaates hinweg sind dieselben Formen der liberalen, sozialistischen, konservativen, agrarischen, mittelständischen Parteipolitik — des Zentrums muß besonders gedacht werden — vorzufinden. Deshalb gestattet eine zusammenfassende Betrachtung aus der Vogelperspektive das Parteiwesen ungetrennt nach reichs- und einzelstaatlichen Parlamenten zu überschauen, während das Recht und die Aufgaben der Volksvertretung im Reiche und in dessen Staatsgliedern gesondert erfaßt werden müssen.

Wesen der einzelstaatlichen Parlamente und deren staatsrechtliche Grundlagen.

Die Einführung der Volksvertretung in den deutschen Einzelstaaten im Laufe des 19. Jahrhunderts ist ohne das ausländische Beispiel und Muster nicht zu begreifen. Das Vorbild Frankreichs und für Preußen Belgiens ist handgreiflich. Nicht minder wirkten ein die mehr oder minder verstandenen Einrichtungen Englands und führten zu schwärmerischer Auffassung über den ehrwürdigen Bau der englischen Verfassung. Daß aber diese ausländische, dem deutschen Wesen zweifellos aufgedrängte Form sich in so verhältnismäß kurzer Zeit hat durchsetzen, ja zu einem nicht mehr hinweg zu denkenden Teil unseres Staatslebens hat erheben können, weist auf eine tiefer liegende Ursache zurück. Nicht nur ist zu frühesten Zeiten deutschen politischen Gemeinlebens eine Mitwirkung des Volkes an der Schaffung der Rechtsnormen, ja an Rechtsprechung und Verwaltung zu verzeichnen — es sei nur auf den Ursprung der Schöffen- und Geschworenengerichte hingewiesen —; die näherliegenden ständischen Formen einer Mitwirkung der Staatsbürger an den für das Schicksal des Gemeinwesens wichtigen Beschlüssen entsprechen historischem Werden und urgermanischer, im Mittelalter und auch in der Neuzeit bis zum Ende des 18. Jahrhunderts in Wirklichkeit umgesetzter Auffassung. Immerhin ist die Volksvertretung im modernen Staate etwas wesentlich anderes als der ständische Landtag. Waren in diesem fast überall nur die bevorrechteten Stände, Ritter, Städte und Prälaten vertreten, während die Bauern, zwei Drittel der Bevölkerung, jeder Repräsentation ermangelten, weil sie nicht an der Lokalverwaltung teilnahmen, so gehört es heute zum Wesen der Volksvertretung in Deutschland, daß das ganze Volk und zwar in seiner staatsbürgerlichen Eigenschaft, nicht in seiner ständischen Gliederung in den Parlamenten zum Ausdruck kommen soll. Mit Ausnahme der beiden Staaten Mecklenburg ist das ständische System in Deutschland überwunden und auch dort wird es nur eine Frage der Zeit sein, daß die noch vorhandenen Reste einer früheren Zeit beseitigt werden und einer modernen Volksvertretung weichen. Ein anderes wesentliches Kennzeichen der ständischen Vertretung, die auch im Sinne des Art. 13 der Deutschen Bundesakte noch im 19. Jahrhundert vielfach als die Rettung eines seine Zeit nicht verstehenden Fürstentums angesehen wurde, weist auf einen Dualismus eigener Art. Als Vertragsparteien mußten Ständeschaft und Fürst über das zu Schaffende sich verständigen; sie standen einander gegenüber, nicht aber waren sie Organe eines über ihnen stehenden Gemeinwesens. Heute ist das Parlament ein Organ des Staates. Der Wille dieses letzteren kommt erst zustande durch die Übereinstimmung des Willens des Monarchen und der Volksvertretung. Innerhalb der staatlichen Ordnung bildet heute der Landtag also ein unmittelbares Organ des Staates, ebenso wie der Monarch, d. h. er ist zur Ausübung der Staatsgewalt durch eigenes Recht berufen und unterscheidet sich dadurch wesentlich von allen Behörden. Im Ständewesen dagegen stand die Korporation dem Könige gegenüber. Jetzt ist sie ein wesentlich zum Ganzen gehörendes Glied des Verfassungsbaues. Beide staatlichen Organe greifen in ihrer Tätigkeit ineinander. Aus diesem Charakter folgt, daß die heutigen Landtage keine selbständigen Körperschaften mit besonderer Rechtsfähigkeit, besonderen Beamten, besonderer Jurisdiktion sind wie die Landstände, und daß die Gesetze, die der Monarch unter Zustimmung des Landtages erläßt, nicht im Wege

des Vertrages unter Gleichstehenden zustandekommen, sondern daß sie das Erzeugnis sind des Zusammenwirkens zweier Organe, der Ausdruck des einheitlichen Staatswillens.

Zusammenhängt hiermit der Gedanke, daß die Volksvertretung nicht im privatrechtlichen Sinne zu verstehen ist; daß die Volksvertreter nicht die Beauftragten der vielen Millionen von Einzelpersonen sind, die das Volk bilden. Nicht der einzelne Wähler übt einen Teil der Staatsgewalt aus, sondern die Abstimmung eines jeden einzelnen ist nur ein Mittel, den Volkswillen in die äußere Erscheinung treten zu lassen. Danach ist die Volksvertretung dasjenige verfassungsmäßige unmittelbare Organ des Staates, das den Willen der Nation, der Regierten, zum Ausdruck zu bringen hat. Der Landtag stellt das Volk dar; die Mitglieder des Landtages sind, weil sie nicht Beauftragte ihrer speziellen Wähler sein dürfen, Inhaber eines öffentlichen Amtes, das sie durch das Vertrauen ihrer Mitbürger erhalten. Die Wahl ist die regelmäßige Form der Schaffung der Volksvertreter, aber nicht die einzige. Auch der ist Volksvertreter, der durch die maßgebende Stelle (Monarch) für die erste Kammer des Landtags (Herrenhaus, Kammer der Reichsräte, der Standesherren) ernannt wird. Auf Grund seines Amtes soll der Volksvertreter Ausdruck geben seiner richtig verstandenen Überzeugung vom Besten des Staates. Es gibt also rechtlich kein sogenanntes imperatives, befehlendes Mandat. Der Abgeordnete kann nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Tatsächlich sind ja Instruktionen und Wünsche der Wähler vielfach maßgebend, aber gebunden ist der Abgeordnete nicht an sie; seine Entschließungen und Abstimmungen sind wirksam, mögen sie mit den Erwartungen der Wähler übereinstimmen oder nicht. Das Bild des politischen Lebens zeigt freilich häufig, daß der Wille des Volkes und der des Landtages sich nicht immer deckt. Bei den Abstimmungen ist nicht das Gemeinwohl, sondern häufig das egoistische Parteiziel maßgebend. Diese Erscheinungen sind allen konstitutionellen Monarchien und Republiken gemeinsam, aber wohl kaum einer grundlegenden Reform zugänglich. Zu bedenken bleibt, daß die Volksvertretung die einzige rechtliche Form ist, bei der die Mitwirkung des Volkes zum Ausdrucke kommt; bei der Bildung des Staatswillens nimmt nicht das Volk unmittelbaren Anteil, sondern nur durch die Vermittlung der Parlamentsmitglieder; deshalb sind die Beschlüsse des Landtags die einzigen Beschlüsse des Volkes, d. h. neben dem Willen des Landtags gibt es keinen davon abweichenden rechtlich wirksamen Volkswillen. Denkbar wäre allerdings die Einführung eines Instituts, das in anderen Staaten, Schweiz und gewisse Einzelstaaten in Nordamerika, zu einiger Bedeutung gelangt ist, ich meine das „Referendum". Hier wird das Volk selbst zur Entscheidung herangerufen. Das Referendum kann in zweierlei Weise stattfinden. Entweder dann, wenn eine Vorlage bereits von der Volksvertretung angenommen wurde oder derart, daß die Gesetze, bevor sie der Volksvertretung vorgelegt werden, der Abstimmung des Volkes selbst unterliegen. Dieses Institut legt aber in Wirklichkeit die Axt an den Bau des Konstitutionalismus; es schaltet das Parlament aus.

Wenn so die rechtliche Stellung der deutschen Volksvertretungen in der Richtung des Volkes und im Verhältnis zur gesamten staatlichen Rechtsordnung gekennzeichnet ist, bleibt noch das Verhältnis gegenüber dem Monarchen zu beleuchten. Der Landtag beschränkt den Monarchen und hat, wie Goethe sagt, eine „supplementorische Existenz". Es entspricht dem positiven Staatsrechte der deutschen Einzelstaaten, daß die Vermutung für die Rechte des Monarchen streitet. Der Landtag hat demnach nur diejenigen Rechte, die ihm die Verfassung ausdrücklich zuweist und insoweit ist der Monarch eingeschränkt. In allen anderen Beziehungen ist er aber ebenso frei wie vor dem Erlasse der Verfassungsurkunde, vor Einführung des Konstitutionalismus; überall, wo ein Zweifel darüber entsteht, ob eine bestimmte Befugnis dem Monarchen oder dem Landtage zukommt, ist die Kompetenz des ersteren staatsrechtlich festgelegt.

Die Aufgaben der Volksvertretung.

Die Volksvertretung hat die negative Aufgabe, als Schutzwehr zu dienen gegen denkbare monarchische Willkür, gegen etwaige Übergriffe des Beamtentums, insbesondere

der Minister. Die positive Mission der Volksvertretung besteht darin, daß das Volk durch ein eigenes Organ an der Ausübung der staatlichen Tätigkeit beteiligt wird. Der Landtag soll die Regierung beeinflussen und bestimmen, den Willen der Untertanen zur Geltung zu bringen. Er soll vermitteln zwischen den Wünschen der Regierten und der Regierung. Er soll die Volksrechte beschützen, die Regierungstätigkeit kontrollieren, die Initiative ergreifen, neues schaffen, nicht nur kritisieren. Darüber hinaus soll durch die unmittelbare Beteiligung der Bevölkerung an der Regierung staatsrechtliche Gesinnung gepflegt werden. Die erzieherische Wirkung der Volksvertretung ist gar nicht hoch genug anzuschlagen. Nicht minder ist aber die Aufgabe der Volksvertretung die, dem Bedürfnis der Regierungen zu dienen, sich Klarheit über die im Volke und seinen Teilen vorhandenen Wünsche und Tendenzen zu verschaffen. Diese Aufgaben und Zuständigkeiten der Volksvertretung sind für den Reichstag und die Einzellandtage gleichmäßig zur Geltung zu bringen.

Die Befugnisse des Landtags.

Sie können in politische und kollegiale geschieden werden. In ersterer Beziehung hat der Landtag die Mitwirkung bei der Landesgesetzgebung; das Wesen des Konstitutionalismus äußert sich gerade in diesem Punkte. Unveräußerlich ist auch das Recht der Landtage, teilzunehmen an der Feststellung des Haushaltsetats, nach dessen Positionen die Finanzverwaltung des Staates zu erfolgen hat. Welch gewaltiges Mittel gerade das Etat-Recht in der Hand der Parlamente ist, hat die Geschichte des letzten Jahrhunderts bewiesen. Die Mitwirkung bei der Finanzverwaltung umfaßt aber nicht bloß die Feststellung des Haushaltsetats für eine bestimmte Finanzperiode, sondern auch die Kontrolle der gesamten Finanzverwaltung, die Steuerbewilligung und die Mitwirkung bei Aufnahme von Staatsschulden, Übernahme von Staatsgarantien. Zu den politischen Rechten des Landtags gehört dann die Überwachung der gesamten Staatsverwaltung. So einmal durch das Mittel des Interpellationsrechts, obschon für die Regel kein Recht auf eine genaue Beantwortung oder ein näheres Eingehen darin eingeschlossen ist. Hierher gehört auch das Beschwerde- und Petitionsrecht, die Befugnis zu Resolutionen. Alles dies ist gegeben für alle Arten von Mißbräuchen, die in der Verwaltung vorkommen können. Das Recht der Ministeranklage, ebenfalls als ein politisches Recht des Landtags gedacht, kommt in deutschen einzelstaatlichen Verfassungen nicht zu praktischer Wirksamkeit und ist auch durchaus entbehrlich, weil nicht die rechtliche Form, sondern die politische Bedeutung der ministeriellen Handlungen heute das Schicksal der Minister zu bestimmen pflegt. Überdies würde eine vom Parlamente ausgehende Versetzung in den Anklagezustand einen Mißbrauch demagogischster Art bedeuten, der für unsere deutschen Verhältnisse ausgeschlossen ist.

Zu dem kollegialischen Rechte gehört die Prüfung und Entscheidung über die richtige Wahl seiner Mitglieder, die Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Schriftführer, die Handhabung der Disziplin. Diese übt der Landtag aus durch den Präsidenten. Das Hauptmittel ist der Ordnungsruf, eine vielfach unzulängliche Handhabe. Endlich gehört hierher das Recht zum Erlasse der Geschäftsordnung, die jederzeit durch die Mehrheit abgeändert werden kann. Die Geschäftsordnung wird vielfach zum Mittel der erfreulicherweise nur seltenen „Obstruktion" gemacht. Darunter versteht man jeden Versuch einer Minderheit, innerhalb eines Parlamentes die Mehrheit daran zu hindern, daß sie ihren Willen zum bindenden Beschluß erhebt. Gedacht ist hier an einen solchen Versuch, den das Parlament aus eigener Kraft unternimmt, also nicht, wenn außerhalb stehende Mächte, wie Militärgewalt oder das Publikum, mithelfen. Damit jede Beschlußfassung, jedes ordnungsmäßige Verfahren des Parlaments durch Erschöpfung gehemmt werde, muß vielfach die Geschäftsordnung herhalten. Man will, daß das Parlament so lange arbeitsunfähig gemacht wird, bis es tut, was die Minderheit will.

Die Zusammensetzung der Landtage.

Das englische Verfassungsrecht teilt die Volksvertretung ein in zwei Häuser, in ein Oberhaus mit erblichen Mitgliedern und ein Unterhaus mit gewählten Abgeordneten aus den Grafschaften, Städten und Flecken. Es ist hier nicht der Ort, auf die großartige Geschichte des englischen Parlaments einzugehen. Jedenfalls bleibt seine Einteilung typisch für ganz Europa und auch für die deutschen Landtage. Das Zweikammersystem ist durchgedrungen. Nur in einigen kleinen deutschen Staaten begnügt man sich mit der Einrichtung einer Kammer. Für große Staaten erscheint es politisch gefährlich, wenn die Volksvertretung nur in einer Kammer vereinigt ist. Die erste Kammer bildet meist einen mehr oder minder nützlichen Hemmschuh der Verwirklichung volkstümlicher Bestrebungen. Sie ist der Ballast des Staatsschiffes. Im übrigen gilt für das Zweikammersystem, daß die beiden Kammern voneinander getrennt beraten und tagen, mit Ausnahme gewisser Zusammenkünfte, wie Eröffnung des Landtags, bei der Eidesleistung des Monarchen usw.

Die beiden Kammern sind gleichberechtigt. Nur für die Beratung der Finanzgesetzentwürfe und den Haushaltsetat hat das Unterhaus den Vorrang. Beide Kammern müssen übereinstimmen, um einen rechtsgültigen Beschluß herbeizuführen. Die Beschlußfassung nur einer Kammer ist nicht Ausdruck des Willens der Volksvertretung. Die Zusammensetzung der ersten Kammer ist wieder in den deutschen Einzelstaaten recht verschieden, beruht aber auf dem Prinzip der aristokratischen Auslese. Vielfach sind erbliche Mitglieder zusammen mit lebenslänglich ernannten, während die Wahl fast überall ausgeschlossen ist. Für die zweite Kammer bestehen die verschiedenartigsten Wahlsysteme. In Preußen das Dreiklassenwahlrecht, das zwar allgemeine aber nicht gleiche Wahlen voraussetzt und auch indirekt, sowie geheim ist. Ein Versuch, die Auswüchse des Systems zu beseitigen, ist im Jahre 1910 gemacht worden, scheiterte jedoch an wichtigen grundsätzlichen Fragen und an der Parteikonstellation.

Anderwärts, wie in den süddeutschen Staaten (Bayern, Württemberg, Baden) ist ein dem allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrecht vielfach angenähertes System in der jüngsten Zeit — mit allerhand Schattierungen und Verschiedenheiten untereinander — ins Leben getreten, dessen Einwirkung auch auf die Verhältnisse der norddeutschen Staaten unausbleiblich sein wird, wenn erst reichere Erfahrungen vorliegen werden und nutzbar gemacht werden können. Nach meiner Überzeugung wird man auch in Preußen nicht umhin können, unter Beibehaltung der Allgemeinheit der Wahl eine den veränderten Verhältnissen entsprechende neue Wahlkreiseinteilung vorzunehmen, ohne jedoch an dem Prinzip der Ungleichheit der Wahl zu rütteln. Nur darf diese Ungleichheit sich nicht oder nicht wesentlich im Steuerzensus ausdrücken, sondern in der Bedeutung des einzelnen für die Gemeinschaft. Der Reformversuch des Jahres 1910 mit seinem Ausdruck „Kulturträger" war auf dem richtigen Wege, wenn auch nicht überall das Richtige vorgeschlagen wurde. Eine angemessene Anwendung des Mehrstimmenwahlsystems, wie es in dem Königreich Sachsen in jüngster Zeit Gesetz geworden ist, scheint nicht minder empfehlenswert. Die Frage der Ersetzung der indirekten Wahl durch eine direkte wird über kurz oder lang im Sinne der letzteren ihre Lösung finden; das Problem der Öffentlichkeit oder Heimlichkeit der Wahl wird vielfach in seiner Bedeutung überschätzt, da auch bei geheimer Wahl die Abstimmung gerade derjenigen Personen, die in einem sozialen Abhängigkeitsverhältnisse sich befinden, ihren Arbeitgebern, Vorgesetzten usw. keineswegs immer unbekannt ist.

Funktionen, Geschäftsgang und Geschäftsformen des Landtags.

Innerhalb der Legislaturperiode kann die Tätigkeit des Landtags nur durch die Anordnung des Landesherrn begonnen und eingestellt werden. Die Landtage haben kein Recht, sich aus eigener Initiative zu versammeln und auch nicht die Befugnis, ihre Verhandlungen nach Gutdünken zu schließen. Eine Vertagung enthält lediglich eine Unterbrechung der Sitzung auf eine bestimmte Zeit. In Preußen ist das Höchstmaß

30 Tage und darf während derselben Session nicht wiederholt werden. Wenn die Vertagung längere Zeit dauern soll, so bedarf es der Zustimmung der Kammer. Nach Ablauf der Vertagung nimmt der Landtag seine Geschäfte unmittelbar bei dem Punkte auf, wo sie abgebrochen sind. Die Schließung des Landtags kann der Landesherr jederzeit herbeiführen; dadurch macht er allen vom Landtage aufgenommenen Arbeiten und Verhandlungen, Wahlen und Gruppierungen ein Ende. Auch das Präsidium hört damit auf zu fungieren. Es endigt damit die Sitzungsperiode, alle Handlungen müssen in der neuen Sitzungsperiode von neuem aufgenommen werden. Die Auflösung des Landtages endlich entzieht allen Abgeordneten, die vom Volke gewählt sind, diesen ihren Charakter. Damit schließt vorzeitig die Legislaturperiode. In einem solchen Falle müssen innerhalb eines Zeitraumes von 60 Tagen nach der Auflösung die Wähler und innerhalb eines Zeitraumes von 90 Tagen die Kammern versammelt sein.

Die Gesetzesvorlagen werden regelmäßig in Kommissionen vorberaten. Es kann beschlossen werden, ohne Kommissionsberatung den Entwurf gleich in Plenum zu erledigen; dies geschieht jedoch nur bei minder wichtigen Sachen. Die wichtigeren werden mittels Berichts an das Haus gebracht. Im Plenum findet eine General- und Spezialberatung statt. In ersterere dürfen nur die Grundgedanken des Gesetzes in Erwägung gezogen werden, in letzterer geht man von den einzelnen Paragraphen aus. Die Beschlußfassung geschieht meist durch absolute Mehrheit, jedoch nicht immer, da die Geschäftsordnung etwas anderes bestimmen kann. Es muß die Mehrheit der gesetzlichen Anzahl von Mitgliedern anwesend sein. Jedoch gilt dies nur für die Beschlußfassung; beraten kann auch bei geringerer Zahl werden. Die Sitzungen sind öffentlich und wahrheitsgetreue Berichte bleiben von jeder Verantwortung frei. Es ist dies einer der wichtigsten Punkte, der das Verhältnis der Öffentlichkeit und der Presse zum Parlamentswesen zum Aufdrucke bringt. Jener Grundsatz hat sich erst allmählich durchgerungen und eröffnet die Möglichkeit einer gegenseitigen Beeinflussung von Parlament und Bevölkerung in einem sonst nicht denkbaren Maße. Ob wahrheitsgetreu berichtet worden ist, ist Tatfrage. Es muß das Für und Wider der Verhandlungen zum Ausdruck kommen, ein Gesamtbild gegeben sein, so daß nicht nur eine Auffassung einseitig zum Ausdruck kommt.

Befugnisse der einzelnen Landtagsmitglieder.

Finanziell ist das Recht auf Diäten und Ersatz der Reisekosten zu verzeichnen, doch wird man beachten müssen, daß die Abgeordneten außer dem Aufwand an Zeit noch bedeutende Opfer für das Ehrenamt an Geld bringen müssen. Politisch von der größten Bedeutung ist dagegen das Recht der Redefreiheit. Es bedeutet, daß kein Mitglied des Landtags außerhalb desselben zur Rechenschaft gezogen werden darf wegen seiner Abstimmung oder wegen seiner Äußerungen, die er in Ausübung seines Berufes getan hat. Dies Recht gilt ebenso für schriftliche wie für mündliche Äußerungen; jedoch müssen sie erfolgen innerhalb des Hauses in Plenum oder in einer Kommission und sie müssen abgegeben sein von einem Volksvertreter in dieser seiner Eigenschaft. Dieser Schutz ist politisch unentbehrlich, um das Parlamentsmitglied vor ungerechten Verfolgungen der staatlichen Organe zu schützen. Er hat aber die Schattenseite, daß jeder Abgeordnete in der Lage ist, gegen Personen, die sich nicht verteidigen können, verletzende Dinge vorzubringen. Die Abhilfe besteht im wesentlichen nur in der Disziplinargewalt des Präsidenten, die keineswegs als ausreichend erachtet werden kann gegenüber dem unübersehbaren Schaden, der durch Äußerungen von der Tribüne des Landtages herab angerichtet und in Millionen von Preßäußerungen weiter verbreitet wird. Vorschläge, die Disziplinargewalt zu verstärken, sind nicht durchgedrungen.

Nicht minder wichtig ist für die Ausübung des Parlamentarismus das Privilegium der Unverletzlichkeit der Volksvertreter. Diese „Immunität" bedeutet hier: während der Sitzungsperiode, also auch während einer Vertagung, darf kein Landtagsmitglied wegen einer strafbaren Handlung zur Untersuchung gezogen und auch nicht verhaftet

werden. Eventuell bedarf es der Genehmigung des Hauses; diese wird aber gewöhnlich versagt. Die Immunität deckt die Fälle nicht, in denen der Abgeordnete auf frischer Tat ertappt oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen wird. Ist dagegen ein Strafverfahren gegen ein Landtagsmitglied bereits vor Eröffnung der Sitzungsperiode eingeleitet worden, dann muß sowohl das Strafverfahren als auch die Untersuchungs- oder Zivilhaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben werden, doch nur, wenn die betreffende Kammer es verlangt. Es besteht also ein erheblicher Unterschied gegenüber dem erstbezeichneten Falle. Dort bedarf es des Antrages der Staatsanwaltschaft an den Landtag wegen Genehmigung der Verhaftung oder strafgerichtlichen Untersuchung. Bei bereits eingeleitetem Strafverfahren muß umgekehrt die Kammer den Antrag stellen auf Aufhebung der Untersuchungshaft. Mit dieser Vorschrift soll kein Freibrief erteilt werden für unsittliche oder strafbare Handlungen, es soll nur ausgeschlossen werden eine tendenziöse Verfolgung von Abgeordneten durch die Gerichte. Deshalb trifft die Immunität nicht zu auf Vollstreckung rechtskräftig gewordener Urteile.

Der Reichstag.

Er ist aus ganz anderen historischen und politischen Verhältnissen hervorgegangen als die Landtage. Während der Deutsche Bund in dem Bundestage nur eine Vertretung der Regierungen besaß, und es an jeder Vertretung des deutschen Volkes fehlte, hat der Norddeutsche Bund im Jahre 1867 den Reichstag geschaffen, der aus Abgeordneten bestand, die das ganze im Norddeutschen Bunde vereinigte Staatsvolk repräsentierten. Nachdem die Erweiterung des Norddeutschen Bundes durch den Hinzutritt der süddeutschen Staaten erfolgt war, trat der Reichstag des neu erstandenen Reiches als ein Volksparlament zu den einzelstaatlichen Landtagen hinzu. Er kennzeichnet sich einmal durch seine Jugend gegenüber den Landtagen, die, wenn auch in der heute bestehenden Form (mit Ausnahme der beiden Mecklenburg) im 19. Jahrhundert gestaltet, doch auf eine vielhundertjährige Vergangenheit zurückweisen. Sodann ist für ihn kennzeichnend, daß er die Verwirklichung des Einkammersystems im neuen Bundesstaate darstellt und damit derjenigen politischen Schwergewichte entbehrt, die zur Vermeidung einer schrankenlosen Hinneigung zur Demokratie in einer gleichgestellten ersten Kammer der Landtage zum Ausdruck kommen. Der Bundesrat ist kein Oberhaus, sondern schließt in sich die Vertreter der verbündeten Regierungen. Der Bundesrat ist der Souverän des Reiches, er ist Gesetzgeber, aber kein Parlament. Zum Wesen eines solchen gehört insbesondere das freie Entschließungsrecht seiner Mitglieder. Dies fehlt bei den Bundesratsmitgliedern, die nach Maßgabe ihrer Instruktionen zu stimmen haben.

Damit ist schon angedeutet, daß im Reiche das Parlament eine ganz andere Rolle zugewiesen erhielt, wie sie den einzelnen Landtagen zusteht. Indem der Reichstag zusammen mit dem Bundesrat ausschließlich die Gesetzgebung bewirkt, während dem Kaiser nur die Ausfertigung und die Verkündigung, auch die Überwachung der Ausführung der Reichsgesetze zusteht, ist ihm eine Machtbefugnis übertragen, die ihresgleichen sucht. Ein die demokratische und demagogische Entwicklung hemmendes Wahlsystem hat man jedoch für den Reichstag nicht für notwendig erachtet. Der geniale Schöpfer des Reiches spielte das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht als einen politischen Schachzug gegen Österreich aus, um die damals so mächtigen liberalen Kreise innerlich und politisch zu gewinnen. Derselbe große Staatsmann, Bismarck, hat jedoch am Ende seines Lebens der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß, wenn das deutsche Volk die Schädlichkeit des Reichstagswahlrechtes erkennen würde, es auch nicht zögern wird, es zu beseitigen. Zweifellos liegen politisch bei uns in Deutschland große Gefahren in der absoluten Gleichheit des Wahlrechtes und in dem Fehlen eines zweiten Parlamentshauses. Es ist hier nicht der Ort, auf die heute schon bemerkbaren Schäden hinzuweisen, wobei jedoch nicht die übliche Furcht der meisten Schriftsteller vor dem „Demos" in irgendeiner Beziehung eine Rolle spielt. Ich betrachte das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht dann, wenn es demagogische, intellektuelle und politische Erkennt-

nis zurückdrängende, Wirkungen äußern sollte, aber auch nur dann, als ein Unglück für Deutschland. Immerhin liegen die Verhältnisse so, daß bis tief in das 19. Jahrhundert hinein ein demokratisches Gegengewicht gegen ein feudalständisch-absolutistisches System nicht ohne Nutzen sein konnte. Schon aus diesem Grunde ist zurzeit ein Rütteln an dem Reichstagswahlrecht vorläufig unzweckmäßig. Dies ganz abgesehen von der praktisch-politischen Unmöglichkeit einer Durchsetzung von Reformgedanken. Doch sei auch hier auf die Bedeutung des Mehrstimmenwahlrechtes mit dem Bemerken hingewiesen, daß auch eine angemessene Berücksichtigung der Verhältniswahl ernstlich in Erwägung gezogen werden müßte. Da die Stimmen nur in den Wahlkreisen, nicht durch das ganze Land gezählt werden, sind außerordentlich große Minoritäten nicht in der Lage, sich eine Vertretung im Reichstage zu verschaffen. Der Schaden ist um so größer, je stärker die Minderheiten zahlenmäßig im ganzen Deutschen Reiche hindurchgezählt sind und ihr Wirksamwerden lediglich daran scheitert, daß sie örtlich zerstreut leben.

Eine Reihe von rechtlichen Gemeinsamkeiten und politischen Übereinstimmungen verbinden den Reichstag und die einzelstaatlichen Landtage. So gilt alles das, was über die Befugnisse des Landtages und seiner Mitglieder, was über die Obstruktion, über Geschäftsgang und Geschäftsformen, über Redefreiheit und Abgeordneten-Immunität gesagt worden ist, auch für den Reichstag. Immerhin sind eine Reihe von Verschiedenheiten vorhanden, von denen die wichtigsten hervorgehoben seien. Das Verhältnis zwischen Kaiser und Reichstag ist ein gänzlich anderes, als das Verhältnis von Landtag und Herrscher. Der König von Preußen nimmt als solcher teil an der Vermutung, daß der Landtag nur diejenigen Rechte besitzt, die ihm ausdrücklich durch die Verfassung zugewiesen worden sind, daß im übrigen alle Rechte im Staate dem Könige zustehen. Dagegen trifft dies nicht zu zugunsten des Deutschen Kaisers. Er hat nur diejenigen Rechte, die ihm die Reichsverfassung ausdrücklich zugebilligt hat. Alles andere steht in der Hand des Bundesrats, der der Souverän im Deutschen Reiche ist. Die rechtlichen Konsequenzen hieraus an dieser Stelle zu ziehen, ist unangebracht, es sei bloß an das Recht zum Erlaß von Verordnungen erinnert, das grundsätzlich dem Bundesrat zusteht, während der Kaiser nur insoweit ein Verordnungsrecht besitzt, als ihm dieses durch Gesetz ausdrücklich zugedacht ist.

Zu der nächsten Betrachtung über die politischen Parteien leitet aber ein letzter Gesichtspunkt des vorstehenden Abschnittes hin: Es handelt sich um die Frage, ob wir nicht nur ein konstitutionelles System, sondern ein parlamentarisches im speziellen Sinne des Wortes haben oder haben sollten. Unter konstitutioneller Verfassung versteht man die Mitwirkung der Volksvertretung an der Gesetzgebung und an der im einzelnen verschieden bemessenen Kontrolle der Verwaltung. Dagegen bedeutet das parlamentarische System im Sinne des englischen und französischen Rechtszustandes, daß der eigentliche Herrscher im Lande das Parlament ist. Der König in England, der Präsident in der französischen Republik muß den Führer der Mehrheit in dem Abgeordnetenhause zum Ministerpräsidenten berufen. Dieser setzt dann sein Kabinett aus den Angehörigen seiner Partei zusammen. Das parlamentarische System bedeutet demnach die Regierung durch die gerade in der Mehrheit befindliche Partei der Volksvertretung. Daraus ergibt sich, daß der Monarch in England, der Präsident in Frankreich, keine freie Wahl in der Berufung und Zusammensetzung des Ministeriums hat. Es erhellt daraus ferner, daß auch die Grundsätze der Regierung und Verwaltung jeweils nach den verschiedenen herrschenden Majoritäten sich zu richten haben. Ähnlich wie mit England und Frankreich steht es mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Wir haben weder im Reich noch in den Einzelstaaten, irgend etwas ähnliches. Der Monarch in Deutschland hat durchaus freie Wahl in der Berufung seiner Minister, er hat eine über den Parteien stehende Stellung und ist nicht gezwungen, die Regierung und Verwaltung im Sinne einer bestimmten Mehrheit einzurichten.

Die Frage aber, ob es zweckmäßig erscheint, das parlamentarische System bei uns einzuführen, hängt nicht nur mit dem gegenwärtigen Rechtszustand zusammen, dessen

Änderung eine gefährliche Umwälzung bedeuten würde; sie hängt auch noch damit zusammen, daß ein parlamentarisches System nur dort möglich ist, wo sich zwei oder wenigstens nicht viel mehr Parteien gegenüberstehen, die dadurch befähigt werden, gegenseitig in der Regierung abzuwechseln. Bei dem Parteiwirrwarr, den wir im deutschen Reichstag und vielfach in den einzelstaatlichen Parlamenten haben, sind die Voraussetzungen für ein parlamentarisches System nicht gegeben. Nicht minder aber widerspricht das historische Fundament der deutschen Monarchie dem parlamentarischen System und gering ist die Wahrscheinlichkeit, daß man von dieser in absehbarer Zeit nicht würde entscheidend bestimmt werden. Etwas anderes ist es freilich, ob nicht die öffentliche Meinung, die Presse, die durch die Mehrheit des Volkes in und außerhalb des Parlamentes zum Ausdruck gebrachte politische Tendenz schon heute dazu führt, daß Minister, die nicht im Sinne des immerhin erkennbaren Willens der überwiegenden Majorität des Volkes regieren, tatsächlich von den deutschen Fürsten und der Reichskanzler vom Kaiser durch andere Persönlichkeiten ersetzt werden. Dies alles bleibt jedoch im Bereiche der Möglichkeiten und der faktischen Behandlung; ein rechtlicher Zwang besteht heute nicht und ist auch nicht zu wünschen.

Die Parteien.

Gegenüber der vielfach und mit Recht beklagten Zersplitterung des deutschen Parteiwesens bedarf es der eindringlichen Mahnung, auch der großen bewegenden Kräfte zu gedenken, die zu der Schaffung und Ausgestaltung der Parteien geführt haben. Man muß dankbar anerkennen, daß die meisten Parteibildungen nicht in rein materiellen Interessen ihren Grund und ihre Wirkungsmöglichkeit haben, daß vielmehr ihr Programm und ihre Ziele von einer geschlossenen Welt- und Lebensanschauung bestimmt sind. Sodann müssen die geistig kulturellen Momente, die als treibende Mächte sich erweisen, in aller Kürze gewürdigt werden.

Der Bruch mit dem absolutistischen Staatsregiment und die große französische Revolution in Frankreich hatten nicht nur allgemein politische, soziale und wirtschaftliche Ursachen; sie waren auch wesentlich beeinflußt durch die geistigen Strömungen der Zeit, die auf Männer wie Montesquieu, d'Alembert, Rousseau (wenn auch gewiß nicht nur auf diese) zurückgehen. Die Gedanken der Freiheit des Individuums, seine Gleichberechtigung mit allen anderen, der allgemeinen Solidarität, stellen Werte dar, die, mögen sie noch so häufig in ihren letzten Folgerungen übertrieben oder auch mißbraucht sein, seither die Welt beherrschen. Der einzelne befreit sich aus der Umklammerung des willkürlich über ihn verfügenden Absolutismus. Er sucht die Bevormundung abzuschütteln, die Gängelung zu beseitigen. Er durchbricht die veraltete und starr gewordene Zunftverfassung, er erstrebt und erreicht vielfach die Beseitigung der feudalen Verhältnisse, wie sie sich insbesondere in der Landwirtschaft auch noch Jahrzehnte lang im 19. Jahrhundert erhalten hatten. Der von Frankreich angeschlagene Ton hallte in der ganzen zivilisierten Welt wieder; in Deutschland freilich hat er nicht überall und nirgends mit gleicher Kraft Echo gefunden. Doch hatten hier schon die größeren Einzelstaaten, insbesondere Preußen, Entwicklungstendenzen aufzuweisen, die in derselben Richtung der Befreiung der Einzelpersönlichkeit von den Banden eines überlebten Gesellschafts- und Wirtschaftssystems lagen. So ist insbesondere die Stein-Hardenbergsche Gesetzgebung zwar nicht von französischen Einflüssen ganz frei geblieben, aber doch auch nicht als eine Nachahmung französischer Zustände zu bezeichnen. Überall in Deutschland, wo dieselben reformbedürftigen Verhältnisse vorlagen, mußten auch dieselben Rufe nach Reform eine fruchtbare Stätte finden.

Den Gedanken, das Leben nach persönlichem Bedürfnis einzurichten, die Freiheit des Individuums in geistigen, religiösen, politischen und wirtschaftlichen Erscheinungsformen des Daseins zu erringen, hat der Liberalismus zum beherrschenden Grundsatz erhoben und im Laufe des 19. Jahrhunderts vielfach Jahrzehntelang siegreich durchgesetzt. In wirtschaftlicher Beziehung sind die Einflüsse der klassischen eng-

lischen Nationalökonomie unverkennbar, so daß man das liberale Wirtschaftsprinzip gleichstellen kann mit denjenigen Vorstellungen, die, von Adam Smith und seiner Schule verkündet, lange Zeit als ein Evangelium galten. Das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte, der wohlverstandene Egoismus der einzelnen sollte maßgebend sein für die Verständigung der Menschen untereinander. Die liberalistische Weltanschauung hat große Wirkungen gezeitigt. Ohne sie wäre weder die Bauernbefreiung, noch die Beseitigung der Zünfte, noch die Gewerbefreiheit, noch die unbeschränkte Niederlassungsfreiheit denkbar. Lediglich die liberale Weltanschauung hat das Grundeigentum von der Schmach menschenunwürdiger Bauernuntertänigkeit befreit. Auch die anderen großen sogenannten negativen Freiheitsrechte, wie Verehelichungsfreiheit, das Recht der Vereine und Versammlungen, Preßfreiheit, Religionsfreiheit usw. verdanken ihren schließlichen Sieg in Deutschland dieser allgemeinen liberalen Strömung. Es sei nicht übergangen, das in bezug auf die Gewerbefreiheit Preußen in Deutschland an erster Stelle steht; jene ist dort schon im Jahre 1810 verwirklicht worden. Auf den Höhepunkt gelangte der Liberalismus in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Die Ständeunterschiede scheinen verschwunden, der frühere natürliche Gegensatz von Stadt und Land ist verwischt, der Zwang, den die Korporationen ständischer und gewerblicher Art überall geschaffen hatten, ist beseitigt und das Dogma unbestritten, daß die Einzelinteressen sich auswirken müssen und dadurch eine allgemeine Harmonie hergestellt werde. In wirtschaftlicher Beziehung war der Ausdruck des Liberalismus der Freihandel, die freie Verkehrswirtschaft und der sogenannte freie Arbeitsvertrag. Es stellte sich aber bald heraus und zwar schon lange vor der Mitte des 19. Jahrhunderts, daß der wirtschaftliche Liberalismus in manchen Beziehungen auf Sand gebaut hatte. Es ist ein Irrtum, daß zwischen zwei Parteien, von denen die eine wirtschaftlich stark, die andere wirtschaftlich schwach ist, ein wirklich freier Arbeitsvertrag geschlossen werden kann. Vielmehr ist auf seiten des Arbeitnehmers, da er in der Regel kein anderes Kapital als seine Arbeitskraft besitzt, ein Zwang zur Annahme der Arbeit und in zahllosen Fällen auch ihrer Bedingungen vorhanden. Je stärker das wirtschaftliche Leben, insbesondere in Deutschland wogt — im Rheinland schon in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts — desto stärker die Ausbeutung der Kinder, der Frauen und auch der Erwachsenen. Ebenso erwies sich als irrtümlich die Grundidee eines harmonischen Zustandes, der bewirkt werden sollte von dem freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte. Das Ergebnis war allerdings vielfach die Entfesselung einer noch nicht erlebten Energie in der Produktivität der Arbeit, in der Ausnutzung aller Möglichkeiten, unzertrennlich hiervon war aber die rücksichtslose Durchführung des Grundsatzes, daß die Arbeit des Arbeitnehmers einfach als Produktionsfaktor eingestellt wird, der also möglichst billig zu haben sein müsse. Ein außerordlich starker Lohndruck war gleichzeitig damit verbunden, ein Überangebot von Arbeitskräften war die Folge; ein scharfer Wettbewerb, der keineswegs immer dem Soliden, Erfahrenen zugute kam, schloß sich an. Der Staat war aus der Einwirkung auf diese Verhältnisse ausgeschaltet.

Der politische Liberalismus hängt mit dem wirtschaftlichen auf das Innigste zusammen. Es sind auch seine Verdienste dankbar anzuerkennen. In den bereits bezeichneten Punkten, die auf eine Befreiung des Individuums von den überlieferten Schranken hinausgehen, sind die meisten Forderungen des Liberalismus unverlierbare Bestandteile des politischen Lebens geworden, wie Religions-, Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit usw.

Zu einer Macht im Leben der Nation war der Liberalismus Jahrzehntelang bestimmt. Erst an der Spitze brach sich auch seine Entwicklung. Sie hängt zusammen mit der kapitalistischen Wirtschaft und deren intensivster Steigerung; sie hängt zusammen mit der Weltwirtschaft, mit der Rücksichtnahme auf einen Weltmarkt, mit der immer reicheren Gestaltung des Weltverkehrs in bezug auf den Transport von Personen und Waren. Hier zeigt es sich allmählich, daß der Liberalismus ein Lebensideal darstellt, das in der Zeit kapitalistischer Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftserhöhung ent-

sprechend hätte umgewandelt werden müssen, um denjenigen Schäden zu begegnen, die in der Neugestaltung der gesamten öffentlichen Verhältnisse gegeben waren. Hiervon hat der Liberalismus jedoch wenig wissen wollen und deshalb ist seine Stoßkraft in dem Bereiche unserer heutigen deutschen Kultur auf ein verhältnismäßig geringes Maß herabgesunken. Man erstrebt heute, wenn auch noch tastend, eine Umwandlung der liberalistischen Weltanschauung von einer rein kapitalistischen zu einer mehr sozialen, einer ebenso Arbeitern wie Unternehmern freundlichen, ist aber bis jetzt noch zu keiner die Geister bezwingenden Anpassung an die Bedürfnisse des modernen Lebens gelangt.

Unter den mächtigen Widersachern der liberalistischen Wirtschafts- und politischen Entwicklung nehmen die Konservativen die erste Stelle ein. Sie sind zwar in den Jahrzehnten nach der französischen Revolution in Deutschland nicht organisiert, aber ihre Partei ist mächtig durch die innere Kraft der einzelnen Individuen, die als Schriftsteller oder Staatsmänner die Anschauungen einer konservativen Politik verfechten. Genannt sei der Gegner des Adam Smith, der Publizist Adam Müller, der in seinen Vorlesungen über die Elemente der Staatskunst 1808 zum ersten Male die Aufgaben der Gesamtheit gegenüber der individualistischen Weltanschauung betont. Er hat zum ersten Male die Bedeutung der wirtschaftlichen Produktion für nationale Zwecke stark herausgehoben gegenüber der atomistischen Auffassung des Liberalismus. Ebenso sind von diesem Schriftsteller die unmittelbaren materiellen Interessen des Individuums in Gegensatz gestellt worden zu den dauernden und höheren Interessen der Gemeinschaft, die in der Organisation des Staates gipfelte. Auch der als reaktionär geltende Karl Ludwig von Haller hat in seinem Werke „Restauration der Staatswissenschaften", 1816, gegenüber dem Zustande der gänzlichen Gesellschaftslosigkeit, der allgemeinen Unabhängigkeit, Freiheit und Gleichheit, Ideen proklamiert, die auf eine Ober- und Unterordnung, auf den Gegensatz von Freiheit und Dienstbarkeit, Herrschaft und Abhängigkeit hinweisen. Friedrich Stahl hat dann in der Mitte des 19. Jahrhunderts seinen allbekannten Einfluß ausgeübt und den Gedanken verfochten, daß die Entwicklung der Wirtschaft und des Rechtes in stetiger Folge und nicht in revolutionären Bewegungen sich zeigen müsse; daß die Gesellschaft sich organisch gliedert und daß diesen Gliederungen auch die Berufsklassen, diesen wiederum die politischen Rechte entsprechen müssen. An Stelle der demokratischen Entwicklung ist die aristokratische berufsständisch gedacht; die Trennung von Stadt und Land wird als notwendig hingestellt mit allen ihren für die Wirtschaftspolitik sich ergebenden Folgerungen. Die Achtung der Tradition sei Recht; Sitte und Religion ist das besondere Kennzeichen des Konservatismus dieser Zeit. Freilich wird es bei seinem reichen Gehalt an mittelalterlichen Grundanschauungen nur lebendig gemacht durch die Ereignisse der Zeit, durch die besondere Konstellation der allgemeinen deutschen und der speziell preußischen Verhältnisse etwa in der Zeit von 1830 bis 1860. Eine mächtige Stütze erhält auch die konservative Staats- und Gesellschaftsauffassung durch die kirchlichen Kreise, in denen auch schon sehr früh die Durchsetzung mit sozialen Ideen sich zeigt und insbesondere der Mittelstand, erst viel später der Arbeiterstand, Objekt besonderer Fürsorge wird. In einen markanten Gegensatz stellt sich aber das konservative politische Programm in Deutschland überall zum Liberalismus in zwei Punkten. Einmal wird verlangt die Beseitigung der Bevorzugung des großen Geldkapitals, Heilung der schweren Schäden, welche die übertriebene wirtschaftliche Zentralisation und der Mangel fester Ordnungen für Landwirtschaft und Kleingewerbe gehabt hat, Schutz gegen Übertreibungen der Spekulation und der Aktiengesellschaften. Diese antikapitalistische Richtung der konservativen Parteiprogramme hat zu mannigfachen gesetzgeberischen Vorschlägen geführt, die zum Teil eine sehr verständige Rückwärtsrevidierung der überstiegenen Gewerbefreiheit bedeuteten — seit 1869 bedeutet beinahe jede Novelle zur Gewerbeordnung ein Zurückkommen von dem Gedanken der absoluten Gewerbefreiheit — andererseits jedoch eine Verkennung der wirtschaftlichen Tendenzen darstellten, die die Volkswirtschaft des ganzen 19. Jahrhunderts gekennzeichnet haben. So sehr ein Kampf gegen

die Auswüchse des kapitalistischen Systems berechtigt ist, die Anwendung sozialpolitischer Mittel mit Hilfe des Genossenschaftswesens, der Handwerkergesetzgebung, des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung als heilsam anerkannt werden muß, so ist doch der Versuch einer künstlichen Hemmung oder gar Erdrosselung der auf die kapitalistische Betriebsweise abgestellten Unternehmungen ohne Sinn und Erfolg.

Der zweite Punkt, in dem die Konservativen sich in strengstem Gegensatz zum Liberalismus befinden, betrifft die Landwirtschaft. Der ländliche Grundbesitz soll „von dem Zwange des römischen Rechts" befreit werden, insbesondere ist ihm eine seiner Natur entsprechende Form und ein den deutschen Sitten entsprechendes Erbrecht zu gewähren. Überall wird betont, daß der Grundbesitz nicht mit dem mobilen Vermögen in eine Reihe gestellt werden kann, daß es notwendig sei, ihn im Interesse der gesamten Nation zu erhalten und zu schützen, daß die Richtung auf den Industriestaat möglichst aufgehalten werden soll, nicht zuletzt im Interesse der Wehrhaftigkeit der Nation. Der Kampf gegen die Einseitigkeiten des Liberalismus, der die Neigung zeigt, den Grundbesitz wie die fahrende Habe zu behandeln, ist charakteristisch für die konservativen Parteien. Das konservative Beharren auf geschichtlicher Grundlage scheint soweit berechtigt, als die Bestrebungen der um Befestigung ihrer politischen Grund- und Weltanschauung besorgten Parteien dem ganzen Volke dauernden Nutzen bringen.

Beim Verhältnis von Staat und Kirche steht das konservative Programm durchaus auf dem Boden einer gegenseitigen Verständigung, ja Abhängigkeit. Der Programmpunkt von der Bevorzugung des Geldkapitals scheint allerdings nicht in ausreichender Weise begründet. Der Kampf gegen die angeblich schrankenlose Freiheit im Erwerbs- und Verkehrsleben ist in Wirklichkeit ein solcher gegen die schwer errungene wirtschaftliche Befreiung von persönlicher Gebundenheit. Die konservativen Tendenzen auf Beschränkung der Freizügigkeit des Handels und Gewerbes sind ebenso unserer ganzen Rechtsentwicklung zuwider, wie es auch unrichtig ist, daß die Massen in zunehmender Weise verwildern und daß alle gesellschaftlichen Bande sich in Auflösung befinden. Gerade das Gegenteil ist der Fall infolge der gesellschaftlichen und sozialistischen Organisationsformen, die dem Prinzip der Ordnung und des Maßes entsprechen.

Der Kampf der Konservativen wird aber noch gegenüber einer anderen Partei geführt, die ebenfalls aus den gesellschaftlichen Veränderungen des 19. Jahrhunderts entstanden ist, gegen die sozialistische.

Der Sozialismus ist einmal der Fortsetzer der liberalen individualistischen Grundanschauungen in politischer Beziehung, andererseits ein Widersacher des wirtschaftlichen Individualismus in der Form der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die schon dargelegte Einseitigkeit in der Auffassung des sogenannten freien Arbeitsvertrages, die durch die veränderten wirtschaftlichen, sozialen, Verkehrs- und Transportverhältnisse bedingte Unsicherheit des Lebenserwerbs der großen Massen der Bevölkerung führte, unterstützt durch eine politische Befreiung des Individuums und durch erhöhte allgemeine Bildung, zu der Organisation des Proletariats. Ihm erstanden in Robert Owen praktische, in Saint-Simon, Fourier u. a. theoretische, aber von hoher persönlicher Idealität getragene Propheten. Ein Konservativer, Rodbertus, ebnet ihnen ungewollt die Wege und mit den beiden großen Führern, Ferdinand Lasalle und Karl Marx wird der Sozialismus als beherrschendes politisches Prinzip eine nicht mehr auszuschaltende Macht. Das kommunistische Manifest des Jahres 1848 stellt gleichzeitig die sozialistische Bewegung auf dem Boden der Weltorganisation dar und predigt den bisherigen Formen bürgerlicher Entwicklung den Tod. Nach dem Erfurter Programm von 1891 führt die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft mit Naturnotwendigkeit zum Untergange des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters und seine Produktionsmittel bilden. Sie trennen angeblich den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandeln ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden. Hand in Hand mit dieser Monopoli-

sierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung der Werkzeuge zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität und der menschlichen Arbeit. Aber alle diese Mittel kämen nur dem Kapitalisten und Großgrundbesitzer zugute. Für das Proletariat und die sinkenden Mittelschichten, Kleinbürger und Bauern bedeute die Entwicklung wachsende Zunahme der Unsicherheit der Existenz, des Elends, des Druckes, der Knechtung und Erniedrigung. Deshalb verlangt die Sozialdemokratie Umwandlung des Privateigentums an den Produktionsmitteln in Gesellschaftseigentum, Umwandlung der individuellen Produktion in eine sozialistische; ferner allgemeines gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmenabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts, direkte Gesetzgebung durch das Volk (Referendum); Volkswehr statt stehenden Heeres, Abschaffung aller Gesetze, die die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung hindern, Erklärung der Religion zur Privatsache, Weltlichkeit der Schule usw.

Was den Kommunismus der Produktion als den springenden Punkt der sozialdemokratischen Ideen betrifft, so ist hier eine Widerlegung nicht angängig. Sie gehört in eine Geschichte des Kommunismus und des Sozialismus oder in eine kritische Betrachtung dieser Bewegung. Hier sei nur betont, daß sie der menschlichen auf Ausschließlichkeit des Besitzes gerichteten Natur und daß sie allen ökonomischen bis jetzt gewordenen Entwicklungsstufen widerspricht; weiterhin, daß sie eine übertreibende Wertschätzung der körperlichen Arbeit trotz des Leugnens dieser Tatsache mit sich bringt und daß sie einer Gleichmachung die Bahn bricht, die jeden Fortschritt zu hemmen in der Lage ist. Durch das Ausschalten der das menschliche Streben anfeuernden Momente droht der Kommunismus mit einem vollständigen Verfalle der Kultur. Abgesehen aber von diesem Hauptpunkte, der als kommunistisches Ideal das Hindernis für den Anschluß der gebildeten Kreise an die Sozialdemokratie bietet, entwickelt diese Partei ein hochdemokratisches Programm und ist allen den Unzähligen willkommen, die mit unserer Regierungsweise unzufrieden sind und denen die Grundsätze der gedachten konservativen und liberalen Parteirichtungen nicht behagen. Die starke Mehrung der Stimmen, die für die Sozialdemokraten auch bei den Reichstagswahlen im Jahre 1903 abgegeben worden sind, ist danach durchaus begreiflich, ja, es ist ihr Wachstum vielleicht nur gehindert durch die antimonarchische und antireligiöse Gesinnung, die die Sozialdemokratie in der Praxis hegt. Die Reichstagswahlen von 1907 haben zwar Verluste an Abgeordnetensitzen, aber dabei noch eine, wenn auch nicht erhebliche Steigerung der abgegebenen Stimmenzahl gezeigt. Ob der Höhepunkt der Bewegung überschritten ist, steht dahin. Vom praktisch-politischen Standpunkte aus ist das Bestehen der Sozialdemokratie eine historische Entwicklungstatsache, die insofern von Wert war, als sozialpolitische Forderungen ohne ihr Bestehen kaum in so ausgedehntem Maße zu Gesetzen geworden wären. Es sei an die Arbeiterversicherung, an den Arbeiterschutz erinnert.

Nun ein Wort noch über die Bodenreformer. Ihre Grundansicht ist die, daß außerhalb der Person eines Grundbesitzers liegende Verhältnisse erhebliche Wertsteigerungen des Grund und Bodens bei unserer heutigen städtischen Entwicklung ergeben, die, wie sie eine ungerechte Vermögensvermehrung darstellen, der Gesamtheit aller Staatsbürger zugute kommen müßten. Die Bodenreformer erachten die Lösung der sozialen Frage bereits für erfolgt durch die Begründung des Gemeineigentums wenigstens an Grund und Boden, während sie das individualistische Privateigentum bezüglich aller beweglichen Güter aufrecht erhalten wollen. Als erhebliche Förderer dieser bodenreformatorischen Bewegung sind zu nennen der Amerikaner Henry George mit seinem Werke Armut und Reichtum und in Deutschland A. Damaschke.

Eine eigenartige Stellung nimmt die Zentrumspartei ein. Das altliberale Zentrum des konstituierenden Reichstags, des Norddeutschen Bundes und des ersten norddeutschen Reichstags, vereinigte den Rest der Altliberalen, soweit sie nicht national liberal geworden waren und eine Reihe sächsischer Partikularisten. Es löste sich 1868

auf. Vor den ersten Wahlen zum deutschen Reichstage bildete sich im preußischen Abgeordnetenhause unter dem Namen der „Verfassungspartei" eine Fraktion, welche bald den Namen der „Zentrumspartei" annahm. Ihr Programm war kurz: Sie stellt sich zur besonderen Aufgabe, für die Aufrechterhaltung und organische Fortbildung verfassungsmäßigen Rechts im allgemeinen und insbesondere für die Freiheit und Selbständigkeit der Kirche und ihrer Institutionen aufzutreten. Die Mitglieder suchten dieser Aufgabe auf dem Wege freier Verständigung zu entsprechen; es sollte die Freiheit des einzelnen in bezug auf seine Abstimmungen keine Beeinträchtigung erleiden. Unter den 52 Abgeordneten der Fraktion befanden sich neben den Vertretern der Forderungen der katholischen Kirche altpreußische Liberale und die Mehrzahl der Partikularisten. In kirchenpolitischen Fragen traten alle geschlossen auf. Heute zeichnet sich die Zentrumspartei durch eine bewunderungswürdige Organisation, Straffheit und Zielbewußtheit aus. Sie weiß in einigen Fällen Opportunismus zu treiben, und konnte die Regierung bis 1907 maßgebend bestimmen. Seit 1909 ist sie mit den Konservativen in Arbeitsgemeinschaft und vielfach ausschlaggebend. Neben ihrem Bestreben, die Freiheit der Religionsübung und die staatsbürgerliche Gleichberechtigung auch für die katholischen Volksteile zur vollen Wahrheit zu machen und zu sichern, hat sie eine ehrliche Neigung zur Arbeiterschaft, die sie im gut demokratischen Sinne zu heben und zu schützen bestrebt ist. Hiermit soll natürlich die Arbeiterfreundlichkeit anderer Parteien keineswegs als geringer gekennzeichnet werden.

Bei allen diesen Betrachtungen sind die Schattierungen innerhalb der Parteien absichtlich unterlassen worden. Den Konservativen steht nahe die deutsche Reichspartei, die Freikonservativen, die Christlich-Sozialen schlagen mannigfache Brücken herüber; die liberalen Parteirichtungen sind unter sich recht verschieden: die Nationalliberalen auf ihrem rechten Flügel sind mehr den Freikonservativen verwandt, während die Jungliberalen die Neigung nach links zeigen. Die Fortschrittliche Volkspartei und der im Jahre 1910 geeinte Linksliberalismus scheint den vom überstiegenen kommunistischen Gedanken freien Sozialismus als Bundesgenossen anzuerkennen grundsätzlich nicht abgeneigt zu sein.

Bei aller Fülle und aller Zersplitterung ein Reichtum der Gestaltungen und bei aller Schädlichkeit des vielfach häßliche Formen annehmenden gegenseitigen Kampfes ein Bild, in dem sich doch die geistige Welt Deutschlands, wenn auch nicht in stets reinen Linien, widerspiegelt. Für die Zukunft Deutschlands, das seine Weltmacht nicht auf militärischem und nicht auf rein wirtschaftlichem Gebiete allein sucht, ist die gesunde Weiterentwicklung der politischen Parteien eine Lebensfrage. Hängt doch davon auch die beste Gestaltung des konstitutionellen Systems ab und eine Überwindung der mannigfachen Wirren, die den gegenwärtigen Zustand kennzeichnen. Wie aus einer Unsumme von unübersehbaren Schwierigkeiten staatlich-politischer, konfessioneller, wirtschaftlicher Art das im Dreißigjährigen Kriege verwüstete, im Absolutismus nur langsam erstarkende Deutschland zu den Geistestaten des 18. und 19. Jahrhunderts in Literatur und Kunst, in Wissenschaft und Technik, zu religiöser Vertiefung gelangt ist und nicht zuletzt in der Bändigung der materiellen Mächte sich durchgerungen hat zu dem trotz aller Schäden machtvollen großen Deutschen Reiche, so ist auch auf dem Gebiete des Parteiwesens und der Parteipolitik eine allmähliche Klärung zu erwarten. Man darf hoffen, daß aus dem Reichtum deutschen Wesens eine Gestaltung sich herausringt, ebenso treu den wertvollen Überlieferungen, wie frei gegenüber veralteten Auffassungen und Einrichtungen, die starr und wesenlos, vergeblich versuchen würden, ein in die Höhe strebendes Geschlecht zu binden.

A. von Werner. Die Proklamierung des Deutschen Kaiserreiches. Am 18. Januar 1871.
Fürst Bismarck verliest die Kaiserproklamation.
Versailles Spiegelsaal.
Mit Genehmigung der Photographischen Gesellschaft Berlin.

Das Reichstagsgebäude in Berlin.

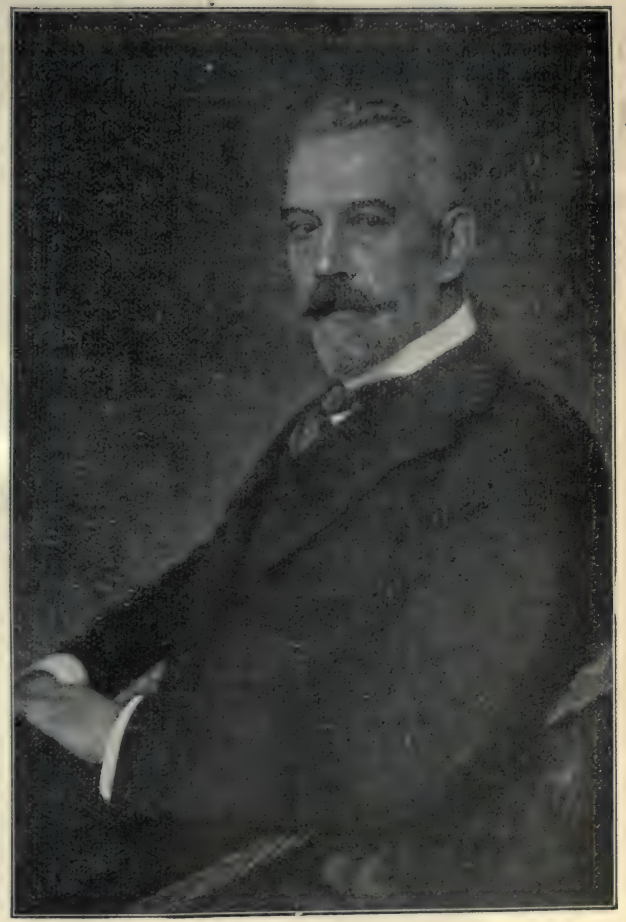
Fürſt Otto von Bismarck.
Der Eiſerne Kanzler.
Nach einer Photographie v. Hahn, München, in Öl gemalt v. C. Brasch, Hofphotograph, Berlin.

Die Kanzler des Reiches.

Fürst Bülow.

von Caprivi.

Fürst Hohenlohe.



von Bethmann-Hollweg.

Aufnahme von C. Bieber Hofphotograph, Berlin.

Das Nationaldenkmal.
Auf dem Niederwald.

Äußere Politik.

Von **W. von Massow**, Hamburg.

Die äußere Politik eines Staates wird durch mannigfach ineinandergreifende Rückſichten materieller und ideeller Art beſtimmt. Aber als Ausgangspunkt muß doch immer die Feſtſtellung dienen, daß im Wettbewerb der Völker alle idealen und materiellen Güter nur ſoweit geſchützt ſind, als eine Macht hinter ihnen ſteht. Es iſt nicht nötig, daß Macht immer die Form von Gewalt annimmt. Sie braucht nicht Schläge auszuteilen, ſondern nur als Gewicht auf die Wagſchale zu drücken. Aber freilich kann man nicht etwas als Gewicht verwenden, wenn es nicht unter Umſtänden — im Fallen oder im Wurf — auch zerſchmettern kann. Über dieſe Erfahrung kommt man auch im Völkerleben nicht hinaus. Sprache, Eigenart, geſchichtliche Überlieferung und die daraus folgende Organiſation des Staates trennen nun einmal die Völker und werden ſie in abſehbarer Zeit immer trennen. Und wenn auch die Entwickelung des Völkerrechts immer neue Möglichkeiten ſchafft, das allen Völkern Gemeinſame zu erweitern und auszubauen, ſo wird ſich doch ein unbefangener Beobachter der menſchlichen Natur vorläufig nicht vorſtellen können, daß die Kulturmenſchheit als Ganzes ein Tribunal zu ſchaffen vermöchte, vor dem ſich Völker und Staaten bedingungslos beugen. Daher wird — ſelbſt die größten Fortſchritte der Humanität vorausgeſetzt — der Erfolg der auswärtigen Politik in den meiſten Fällen nicht durch das Recht, ſondern durch das Gewicht der Macht beſtimmt.

Daneben ſpielen die Stimmungen und Gefühlsregungen der Völker ihre Rolle. Zwar werden verantwortliche Staatsmänner als Realpolitiker bemüht ſein, die Gefühlspolitik aus ihren Erwägungen möglichſt auszuſchalten, aber beobachten und in ihre Berechnungen richtig einſtellen müſſen ſie alle nationalen Strömungen im In- und Auslande, auch die Stimmungen, Irrtümer und Vorurteile, damit ſie in jedem Augenblick die volle Einſicht in die Lage beſitzen und daraus die praktiſchen Folgerungen ziehen können.

Das Deutſche Reich iſt ein Reich der Mitte. Wenn es nicht auf die bedingungsloſe Freundſchaft ſeiner Nachbarn unter allen Umſtänden zählen kann, — und welcher Staat könnte das? — , ſo muß es ſich nach allen Seiten verteidigen können. Seine Seeküſte iſt gerade ſo ausgedehnt, daß ſie einen ausgiebigen Mitbewerb im überſeeiſchen Welthandel geſtattet, aber nicht ſo gelegen und geſtaltet, daß die Verlegung des Schwerpunkts der Wehrkraft in die Seemacht möglich iſt. Auch öffnet ſich die Küſte nicht direkt nach dem Ozean, ſondern der Weg dahin liegt im Bereich der größten Seemacht der Welt, des britiſchen Reiches. Die geographiſche Lage des Deutſchen Reichs bringt es mit ſich, daß der Reibungsflächen mit den benachbarten Staaten recht viele ſind. Nur wenige Intereſſenkreiſe der europäiſchen Staaten ſind ſeiner Teilnahme gänzlich entrückt. Schon darin folgt, daß Deutſchland als das Herz Europas ſich mehr als jedes andere europäiſche Land vor die Wahl geſtellt ſieht, entweder Hammer oder Amboß zu ſein.

Dazu kommt die ſtarke Vermehrung der Bevölkerung. Vor vierzig Jahren zählte

Deutschlands Bevölkerung etwas über 40 Millionen, nur wenig mehr als die Frankreichs. Während aber die Bevölkerung Frankreichs im wesentlichen stehen geblieben ist und jetzt um 38 oder 39 Millionen schwankt, hat die des Deutschen Reichs bereits 60 Millionen stark überschritten. Daraus ergeben sich wichtige Aufgaben für die Wirtschaftspolitik, und — da diese von den internationalen Beziehungen unzertrennlich ist, — auch für die auswärtige Politik. Das starke Anschwellen der Bevölkerung in einem Lande, das ringsum eingeengt ist und keinen Spielraum zu äußerer Ausdehnung hat, weckt zugleich auch das Mißtrauen der Nachbarn, die sich um ihrer eigenen Sicherheit und ihrer Interessen willen die Frage vorlegen, wie das deutsche Volk auf die Dauer dieses Mißverhältnis zwischen Bevölkerungsziffer und Territorialbesitz auszugleichen gedenkt. Daher birgt auch die Bevölkerungszunahme ein bedeutungsvolles Moment für die Beziehungen Deutschlands zu anderen Völkern.

Lange Zeit ist Deutschland ein Tummelplatz für die Herrschsucht und den Eigennutz übermütiger Nachbarn gewesen, denen es nach einem dreißigjährigen verheerenden Religionskriege in ohnmächtiger Zerrissenheit zu Füßen lag. Es war ein schlimmes Verhängnis, daß sich das Ausland daran gewöhnte, in unserem Lande nichts anderes zu sehen als einen geographischen Begriff, in dem deutschen Volke selbst aber nicht eine gleichberechtigte Nation, sondern das kaum beachtenswerte, halb unverständliche Zerrbild einer solchen, das höchstens als „Kulturdünger" geschätzt wurde. Man muß sich das vergegenwärtigen, um die Überraschung zu begreifen, als sich dieses geringgeschätzte Volk in gewaltigen und glänzenden Taten den Weg zur politischen Einheit bahnte. An der Stelle, wo die politische Berechnung der europäischen Diplomatie sonst einen leeren Raum angenommen hatte, — soweit nicht Österreich und Preußen als zwei einander meist entgegenarbeitende europäische Mächte in Betracht kamen, — entstand eine starke, geschlossene Macht, die durch ihr natürliches Gewicht plötzlich zum Schwerpunkt der europäischen Politik wurde. Und diese fast unheimliche Verschiebung der Machtverhältnisse in Europa erschien dem Auslande nicht als die Frucht eines langsamen Werdens, sondern als das in raschem Zufassen geschaffene Werk eines einzigen genialen Mannes. Man hatte sich, ehe Bismarck dazu zwang, nie sonderliche Mühe gegeben, deutsches Wesen und deutsche Entwickelung zu verstehen. Man sah daher auch nicht den festen Grund, auf dem dieser Riese stand; man kannte nicht die Quellen, aus denen er seine Kraft schöpfte; man wußte nicht, wie sich das alles in der Stille vorbereitet hatte und nur auf den starken Genius der Tat wartete, der in der Seele des deutschen Volks zu lesen und seinen Pulsschlag zu fühlen verstand. Darum mußte Bismarcks Werk nur als Erfolg seiner dämonischen Kraft erscheinen. Man dachte sich, er habe durch den rücksichtslosen Appell an die Gewalt ein Volk, dessen Kraft weniger in politischer Fähigkeit als in einer verblüffenden Disziplin liege, zu einer unverdienten, auf die Dauer nicht haltbaren Höhe emporgehoben. In die notgedrungene Bewunderung, die das Ausland Bismarck zollte, mischte sich stets das Grauen vor den Voraussetzungen seiner im Grunde ganz unverstandenen Erfolge.

Es war unausbleiblich, daß die Scheu, die daraus entstand, sofort nach dem Rücktritt des großen Mannes dem entschiedenen Bestreben Platz machte, nun die Revision der widerwillig ertragenen Lage vorzunehmen. Von vielen unserer besten Patrioten wurde damals darin gefehlt, daß sie an die Nachfolger Bismarcks das Ansinnen stellten, das Ansehen des Reichs dadurch zu wahren und seine Zukunft dadurch sicher zu stellen, daß sie die falschen Voraussetzungen des Auslandes mit den gleichen Mitteln künstlich aufrecht erhielten. Das war eine Unmöglichkeit, und ein solches System hätte doch eines Tages zusammenbrechen müssen, auch wenn es nie einen Konflikt zwischen Kaiser Wilhelm II. und Bismarck gegeben hätte. Es mußte doch einmal der Übergang erfolgen zu einer Politik, die das Ausland auf andere Weise zu überzeugen wußte von der inneren Festigkeit des Reichs, von der Natürlichkeit und Beständigkeit seiner Entwickelung, sowie von der Unabhängigkeit dieser Entwickelung von allen nur vorübergehenden und persönlichen Einwirkungen. Dieser Übergang mußte

freilich vorläufig den Eindruck eines Sinkens von der alten Höhe hervorrufen, und dieser Eindruck wurde zweifellos verschärft durch die Umstände der Entlassung Bismarcks und mancherlei Fehler der darauf folgenden Periode. Dennoch bedeutete die veränderte Stellung des Auslandes zu der Tatsache der Reichsgründung eine Notwendigkeit, die am letzten Ende auch den Zielen der Bismarckschen Politik entsprach.

Denn Bismarck selbst hat nie eine bloße „Prestige"-Politik getrieben, wenn er auch die außergewöhnliche Stellung, die ihm durch die Furcht und Bewunderung der ganzen Welt eingeräumt worden war, selbstverständlich im Interesse des Reichs ausnutzte. Er sah sehr wohl voraus, daß dies nicht die dauernde Grundlage der Reichspolitik sein konnte, daß er vielmehr die Aufgabe hatte, das Ausland zu überzeugen, diese politische Neubildung entspreche den berechtigten Bedürfnissen des deutschen Volkes selbst; sie sei nicht eine Störung des politischen Gleichgewichts und des europäischen Friedens, vielmehr eine bessere Gewähr dafür als der frühere Zustand, und könne deshalb als eine Wohltat und ein Segen auch für die Nachbarvölker angesehen werden. Daher müsse das Deutsche Reich zwar seine Macht auf feste Grundlagen stellen und jederzeit bereit sein, für seine Selbständigkeit und sein Recht nach allen Seiten zu kämpfen, aber diese starke Wehrmacht diene nur Verteidigungszwecken; Deutschland wolle seine Macht nicht gebrauchen, um andere Völker zu bedrohen. Häufiger wiederholte Bismarck, Deutschland gehöre zu den „saturierten" Staaten, die über das erlangte Maß von Rechten und Besitz hinaus nichts weiter begehren. Er wollte damit nicht nur Zeit gewinnen für den inneren Ausbau des Reichs und die Eingewöhnung in die neuen Verhältnisse, sondern er wollte auch den Kurs der Reichspolitik für absehbare Zeit so einstellen, daß er jeder abenteuerlichen Macht- und Ausdehnungspolitik, zu der die errungenen Erfolge einen starken Staat in zentraler Lage wohl verlocken konnten, eine deutliche Absage erteilte und von den Wegen, die dazu führten, sichtbar ablenkte. Es versteht sich von selbst, daß mit dieser Instradierung der Reichspolitik nicht beabsichtigt war, die natürliche Entwickelung neuer Kräfte Deutschlands zu unterbinden.

Bei diesem Grundgedanken der Reichspolitik ist es denn auch bisher verblieben, obwohl nicht nur die Zunahme der Bevölkerung, sondern auch der wirtschaftliche Aufschwung des Reichs alle Erwartungen, die zur Zeit der Reichsgründung gehegt werden konnten, weit überflügelt hat. Aber deshalb geht es auch nicht an, den Bismarckschen Gedanken von dem „saturierten" Staat mechanisch festzuhalten. Gerade wenn das natürliche Wachstum des deutschen Volks auf friedlichem Wege gesichert werden soll, muß die Reichspolitik darauf eingestellt werden, für den nicht am Bodenbesitz haftenden Erwerb, für Industrie und Handel neue Bahnen zu öffnen. So hat sich schnell das Netz der deutschen Interessen über den ganzen Erdball gespannt, die deutsche Politik ist zur „Weltpolitik" geworden.

Aber zweierlei unterscheidet diese Weltpolitik von dem Begriff, den man nach dem Vorgang der großen Weltreiche vielleicht damit verbinden könnte. Erstens darf die feste Grundlage, die in der Stellung der deutschen Macht auf dem europäischen Kontinent gegeben ist, nie verlassen werden. Diese Macht wurzelt im heimischen Boden und in der Wehrkraft des deutschen Volks. Zweitens darf diese Weltpolitik nicht eine Politik der äußern Machtausbreitung und der Eroberungen werden, sondern eine Politik des Wettbewerbs, die friedlich bleibt, solange sie es in Ehren bleiben kann. Wir haben den aufrichtigen Willen, Abenteuer zu vermeiden und durch Achtung der Rechte anderer Völker Vertrauen zu erwerben. Da aber freilich im harten Wettbewerb der Völker nicht immer die Brüderlichkeit regiert und das Recht nicht immer zu Worte kommt, so muß der feste Ausgangspunkt der heimischen Macht vorhanden sein.

Es entsteht nun die weitere Frage, wie sich diese deutsche Politik mit den Bestrebungen anderer Staaten verträgt. Zwar kann man sich kaum ein Prinzip denken, das weniger geeignet wäre, fremde Interessen zu beeinträchtigen, als das, welches sich das Deutsche Reich zur Richtschnur gewählt hat. Aber es wurde bereits daran erinnert, daß das bloße Vorhandensein des Deutschen Reichs in seiner überraschenden, nach

der Auffassung der mißgünstigen Beurteiler bedrohlichen Jugendfrische eine Menge nationaler Empfindlichkeiten und eingelebter Anschauungen verletzte. Dazu kam der zäh aufrechterhaltene Haß und die in den ersten Jahrzehnten nach dem Kriege kaum gezügelte Revanchelust des besiegten Frankreichs. Auch von England war nach den gemachten Erfahrungen zunächst nur eine mißtrauische und scheelsüchtige Betrachtung der Neugestaltung Deutschlands zu erwarten. Bismarck hielt unter solchen Umständen eine Verständigung mit Rußland für ein wichtiges Gebot der deutschen Politik. Erleichtert wurde ihm dieses Bestreben durch die überlieferten Beziehungen zwischen den beiden Herrscherhäusern, noch mehr durch die zutreffende und auch von der anderen Seite anerkannte Erwägung, daß es keine notwendigen Interessengegensätze zwischen dem Deutschen und dem Russischen Reich egab. Die Verständigung mit dem östlichen Nachbarn verschaffte Bismarck auch die Möglichkeit, Österreich-Ungarn wieder näher zu treten, wenigstens zu erreichen, daß unter das Vergangene ein Strich gemacht und ein gewisses Vertrauensverhältnis auf Grund der Anerkennung der neuen Lage angebahnt wurde. Dieses „Dreikaiserbündnis" — wie es oft fälschlich genannt wurde, da es kein Bündnis war, — stellte immerhin ein Verhältnis der drei Ostmächte dar, das der europäischen Lage einige Jahre hindurch eine bestimmte Marke gab.

Dann kamen die Verwickelungen auf der Balkanhalbinsel, die nach dem Russisch-Türkischen Kriege der europäischen Diplomatie neue Aufgaben stellten. Der Berliner Kongreß zeigte Bismarck, wie die genialste Staatskunst nicht hatte verhindern können, daß die Eifersucht gegen die neue deutsche Macht sogar die vernünftigen Erwägungen einer kühlen Interessenpolitik zugunsten nationaler Empfindlichkeiten in den Hintergrund schob. Der Groll Rußlands darüber, daß ihm durch eigene Schuld nicht alle Blütenträume reiften, lenkte sich in bedrohlicher Weise auf Deutschland. Da sah Bismarck den Augenblick gekommen, den er schon mitten in den Kämpfen von 1866 vorausgeschaut hatte. Das unter Preußens Führung neugestaltete Deutschland und das Österreich, das notgedrungen hatte weichen müssen, weil die Nebenbuhlerschaft der beiden deutschen Großmächte die nationale Einigung verhinderte, sollten sich wieder die Hand reichen, diesmal in einem freien, auf beiderseitiger Gleichberechtigung beruhenden, durch gegenseitiges Vertrauen festgeknüpften Bundesverhältnis. Der Anlaß dazu ergab sich aus den Erfahrungen, die Österreich-Ungarn mit Rußland in den Balkanfragen gemacht hatte. Das deutsch-österreichische Bündnis aber ging über die nächsten Zwecke, die sich aus der europäischen Lage ergaben, weit hinaus. Aus den neuen Beziehungen der beiden Kaisermächte entstand eine Verstärkung des mitteleuropäischen Machtzentrums, das von größter Bedeutung für die ganze europäische Politik werden mußte.

Einige Jahre darauf schloß sich auch Italien diesem Bunde an. Crispi, der damalige leitende Staatsmann in Italien, hatte die exponierte Lage seines Landes zu deutlich erkannt, um über ihre Gefahren in Zweifel zu sein. Der Anschluß an die Westmächte bedeutete, so wie die Dinge lagen, für Italien zuviel Opfer an Selbständigkeit. So zog er entschlossen die Folgerung, die seinem weiterreichenden Blick durch das Vertrauen auf die Schöpfung Bismarcks nahe gelegt wurde. Er gab seinem Lande eine neue Rückendeckung, indem er Deutschland und also auch zugleich Österreich-Ungarn, der Macht, die trotz äußerer Besänftigung der Gegensätze dem modernen Italien doch immer noch als eine Art von Erbfeind galt, die Freundeshand entgegenstreckte. Damit wurde eine Gruppierung der Mächte in Europa geschaffen, die durch den rein defensiven Charakter des Dreibundes und seine damit erreichte Festigkeit eine dauernde Bedeutung für die Folgezeit erhielt. Durch die Einfachheit und Unbestreitbarkeit der Gedanken auf denen das Bundesverhältnis zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien beruht, ist dieser Dreibund ungeachtet aller Gegenströmungen, offenen Gegnerschaften, und geheimen Quertreibereien bis auf den heutigen Tag bestehen geblieben, wenn auch heute der Gedanke, durch das Bundesverhältnis eine Sicherung gegen unmittelbare Angriffsgelüste Frankreichs oder Rußlands zu erhalten, stark in den Hintergrund getreten ist.

Es ist jedoch die Kehrseite aller auf festen Abmachungen ruhenden Bündnisse, daß sie eine gewisse Lockung zu Gegenbündnissen enthalten. Bismarck fürchtete das und suchte es mit allen Kräften zu verhindern. Er gestand, daß der „cauchemar des coalitions" — der Alpdruck der Bündnisse — auf ihm laste. Es gelang ihm, die Annäherung zwischen Frankreich und Rußland, für die seit der Thronbesteigung Alexanders III. der Boden bereitet war, durch einen seiner genialsten Schachzüge hintanzuhalten, nämlich durch den berühmten Rückversicherungsvertrag mit Rußland, jene Abmachung, die dem Russischen Reich die deutsche Hilfe für den Fall sicherte, daß bei einem Konflikt mit Österreich-Ungarn dieses, nicht Rußland der Angreifer sein sollte. Das war nach Lage der Dinge ein Fall, der mit dem Dreibundvertrag wohl vereinbar und außerdem sehr unwahrscheinlich war. Diese Verpflichtung konnte also wohl übernommen werden. Sie hatte den großen Wert, daß Rußland darüber beruhigt wurde, daß Deutschland sich durch den Dreibundvertrag nicht in eine den russischen Interessen zuwiderlaufende Orientpolitik verwickeln lassen werde. Damit gewann Bismarck die Handhabe, das von ihm so sorgfältig gepflegte Einverständnis mit Rußland soweit wiederherzustellen, daß unbequeme Bündnisse zwischen Rußland und anderen Staaten verhindert wurden. Es traf sich glücklich, daß um diese Zeit die herkömmliche Festlandspolitik Englands so wenig geeignete Anknüpfungen fand, daß schon damals von dem Zustand hätte gesprochen werden können, der später, als man aus der Not eine Tugend machte, als „splendid isolation" — als glänzende Vereinsamung — gepriesen wurde. Übrigens war Bismarck stets darauf bedacht, daß das Verhältnis zu Rußland nie soweit ausgedehnt wurde oder eine Deutung dahin erfuhr, daß es eine Parteinahme Deutschlands in den Fragen ausdrücken solle, in denen sich England und Rußland in Asien als Gegner und Nebenbuhler gegenüberstanden.

Nach der Entlassung Bismarcks wurde der Vertrag mit Rußland nicht mehr erneuert. Diese vielfach scharf kritisierte Entscheidung fand bald ihre Rechtfertigung durch die wesentlich veränderte Stellung Deutschlands hinsichtlich seiner Orientinteressen. Damals wurde sie von Rußland in Verbindung mit anderen politischen Schritten Deutschlands als Annäherung an England gedeutet, und so erfolgte als russische Antwort der Anschluß an Frankreich. Dem Dreibund wurde der Zweibund Frankreich-Rußland gegenübergestellt. Zwar erfüllte er nicht die Hoffnungen der französischen Heißsporne, die darauf rechneten, die deutschfeindliche Strömung in Rußland werde einen Krieg gegen Deutschland herbeiführen und Frankreich Gelegenheit zum Eingreifen geben. Im Gegenteil, die Politik des zwar mißtrauischen, streng russisch-nationalen und keineswegs deutschfreundlichen, aber ehrlichen, friedlichen und gewissenhaften Kaisers Alexander III. hielt auch Frankreich von einer abenteuerlichen Revanchepolitik zurück. Aber die Gruppierung der europäischen Großmächte war damit auf lange Zeit hinaus gegeben.

Heute bilden allerdings die etwaigen Kriegsmöglichkeiten nicht mehr den einzigen und zunächstliegenden Zweck der Staatengruppierung, sondern es kommt darin mehr eine allgemeinere Scheidung der Interessen zum Ausdruck. Andrerseits hat sich das Gewicht des Zweibunds verstärkt, da auch England ihm bis zu einem gewissen Grade näher getreten ist. Um dieses Verhältnis aber richtig zu verstehen, wird man sich die Wandlungen der englischen Politik etwas deutlicher machen müssen.

Bis gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts waren die europäischen Großmächte für das Schicksal der ganzen Welt tatsächlich allein maßgebend. Unter ihnen befand sich damals nur ein einziges wirkliches Weltreich, und das war England; denn es besaß nicht nur Kolonien und ausgedehnte überseeische Interessen wie andere Staaten auch, sondern erfreute sich auch in der Verteilung und Organisation dieser Kolonien und in seinen maritimen Mitteln wirklich einer über die ganze Welt reichenden Machtstellung. Eine Bedrohung seiner Weltmacht empfand das britische Reich nur in der Entwickelung der russischen Macht, denn Rußland allein zeigte, ausgehend von einer starken und für England so gut wie unerreichbaren, europäischen Konti-

nentalstellung, die Tendenz einer bedeutenden Ausdehnung nach Asien und einer beherrschenden Stellung in diesem Erdteil. Besonders gefährlich erschien für die englische Herrschaft in Indien und für alle Stützpunkte und Interessen, die damit zusammenhingen, der Umstand, daß die russische Politik lange Zeit hindurch vornehmlich auf zwei Ziele gerichtet schien, einmal auf Konstantinopel, seit alter Zeit das Ziel des volkstümlichen Begehrens der Russen, sodann auf Mittelasien, bei dessen Unterwerfung die Ausdehnung der russischen Herrschaft bis zum Indischen Ozean als letzter Wunsch vorschwebte. Die überlieferte Politik Englands war stets dahin gegangen, daß es, um in seiner Weltpolitik ungestört zu sein, bestrebt war, die Großmächte untereinander zu beschäftigen, selbst aber in der europäischen Politik möglichst freie Hand zu behalten. Als es England nun geglückt war, Rußland im Jahre 1878 nach dem türkischen Kriege in den Arm zu fallen, und bald darauf auch das Vordringen der Russen in Mittelasien allmählich erlahmte, wurde England in seinem Grundsatz bestärkt, sich nach keiner Richtung hin zu binden. Da wurde seine Lage unerwartet eine andere. War es schon unbequem und bedenklich, daß Rußland nun seine ganze Energie auf den fernen Osten und seine Stellung am Stillen Ozean richtete, also die asiatischen Interessen Englands zwar nicht direkt in Indien, aber in nicht minder empfindlicher Weise anderwärts bedrohte, so brachten die Ergebnisse des Spanisch-Amerikanischen Krieges noch größere Überraschungen. Die Vereinigten Staaten von Amerika beanspruchten ihren Platz unter den Großmächten, zwar England durchaus nicht unfreundlich, aber doch so, daß England unmittelbar und am meisten die Veränderung empfand. Nicht lange darauf zeigten die Erfahrungen, die England während des Burenkrieges mit der mehr oder weniger feindseligen Stimmung der europäischen Festlandstaaten gemacht hatte, die unbequeme Kehrseite der glänzenden Isolierung. In den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts, bald nach der Thronbesteigung Eduards VII. und dem Friedensschluß in Südafrika, trat der Umschwung ein. Man kann zweifeln, ob Eduard VII. in dem Maße, wie es auf dem Festlande allgemein geglaubt wurde, der Urheber der neuen Politik war; jedenfalls wurde er durch seine Klugheit, Menschenkenntnis und Erfahrung, sowie durch seine persönlichen Beziehungen zu den europäischen Dynastien ihr geschicktester Förderer. Der neue Weg war deutlich vorgezeichnet. Amerika gegenüber geschicktes Lavieren, vorsichtige Behandlung der Presse, — was durch die Gleichsprachigkeit und die Betonung der Stammverwandtschaft erleichtert wurde, — ferner Lahmlegung und Schwächung der russischen Politik am Stillen Ozean, endlich Befestigung der britischen Herrschaft in Indien dadurch, daß die Verbindungen mit diesem wertvollsten Besitz des Reichs durch Bündnisse und Verträge gesichert wurden. Das aufstrebende Japan ward in einen Krieg mit Rußland verwickelt. Dadurch wurde England die Mühe abgenommen, Rußland in Ostasien selbst unschädlich zu machen. Nur geschah für die englischen Wünsche und Erwartungen zuviel, denn Japan wurde nun durch seinen überraschend glänzenden Sieg selbst ostasiatische Großmacht, und wenn auch England sich diese neue Großmacht durch ein Bündnis verpflichtet hatte, so erforderte doch die Vorsicht eine ganz neue Orientierung der asiatischen Politik. Man fand sie in der Verständigung mit dem jetzt nicht mehr so gefährlichen Rußland und in der erhöhten Aufmerksamkeit auf die Sicherung Indiens. Über diese letzterwähnte Notwendigkeit war man sich schon vor dem Russisch-Japanischen Kriege im klaren und hatte die nötigen Schritte getan. Der Weg nach Indien führt durch das Mittelmeer und über Ägypten. Man mußte also die Macht zum Freunde haben, die hier als Feind besonders gefährlich werden konnte. Diese Macht, nämlich Frankreich, war überdies die nächstbenachbarte auf dem europäischen Kontinent und der Freund Rußlands. Daher wurde die „entente cordiale“ mit Frankreich die nächste Sorge der englischen Staatsleiter. Eine vortreffliche Handhabe für diese Bestrebungen boten die französischen Absichten auf Marokko. Durch das Versprechen der Unterstützung dieser Pläne und den Verzicht auf die eignen Interessen in Marokko erlangte England die Preisgabe Ägyptens durch die Franzosen. Die Verquickung der Marokkofrage mit diesem bedeutungsvollen

Spiel der hohen Politik gab ferner die willkommene Möglichkeit, auch Spanien in dieses Einverständnis einzubeziehen. England hatte also in vollem Umfange erreicht, was es benötigte, und konnte nun als Freund Frankreichs und auf Grund seiner verminderten Sorge um Indien und seine ostasiatischen Interessen auch dem letzten Punkte seines Programms näher treten, der Verständigung mit Rußland. Auch diese wurde erzielt, und die beiden Mächte fanden sogar eine Formel, um auch ihre Interessen in Persien, dem alten Streitobjekt zwischen englischem und russischem Einfluß, in Einklang zu bringen.

Es bleibt trotzdem merkwürdig, daß England bei dieser Politik nicht doch mehr Widerstände zu überwinden hatte. Die Erklärung liegt darin, daß es als starke Stütze seiner Begründungen überall das Mißtrauen gegen Deutschland und die Furcht vor seinem Übergewicht ins Feld zu führen wußte. Hier finden wir also von der Betrachtung der englischen Politik, die hier eingeschaltet werden mußte, wieder die Brücke geschlagen zu dem, was insbesondere Deutschland und seine auswärtige Politik angeht. Man hat bei uns geglaubt, die Mißgunst, Eifersucht und Feindschaft gegen Deutschland sei bei den Abmachungen mit Frankreich, Spanien und Rußland die eigentliche Triebfeder. Das ist wohl schwerlich ganz richtig. Es kann als erwiesen gelten, daß Eduard VII. und die verantwortlichen Leiter der britischen Politik keinen Krieg gegen Deutschland wollten, aber sie bedienten sich zweifellos der ihnen bekannten Strömungen, die sich gegen das angebliche Übergewicht des Deutschen Reichs in Europa richteten. Das erleichterte ihnen außerdem die Rechtfertigung ihrer Politik vor der öffentlichen Meinung des Landes; denn in England hatte der fühlbare Wettbewerb des deutschen Handels und Gewerbes allerlei Unbehagen geweckt, und die Hetzarbeit einer Presse, die mit vielen geschäftlichen Sonderinteressen verquickt war, hatte dieser Stimmung kräftig nachgeholfen. Wenn die Männer der Regierung also die öffentliche Meinung bei dem Glauben ließen, daß sich die Spitze ihrer Politik gegen das angeblich ungerechtfertigte, den Frieden gefährdende Übergewicht Deutschlands richte, so ersparten sie sich eine Erläuterung der Wahrheit, die ihnen unter Umständen das diplomatische Konzept verderben konnte. Man mußte freilich in Wahrheit sehr stark von der Friedensliebe Deutschlands überzeugt sein, wenn man glaubte, sich ein solches Spiel mit dem Feuer — denn das war im Grunde diese Politik, die man bei uns als „Einkreisungspolitik" empfand, — gestatten zu können. Es hat denn auch nicht an kritischen Momenten gefehlt, weil einzelne Mächte große Neigung zeigten, mit der vorgeschobenen deutschfeindlichen Tendenz dieser Politik bis zu den letzten Folgerungen Ernst zu machen. So glaubte bekanntlich seinerzeit nach Abschluß des englisch-französischen Abkommens der damalige französische Minister des Auswärtigen Delcassé diese Angelegenheit ausnutzen zu können, um nicht nur über Deutschlands Handelsinteressen in Marokko, sondern auch über Deutschlands europäische Großmachtstellung in einer Weise hinwegzusehen, die hart an den Rand eines kriegerischen Konflikts führte und nur dadurch zu einem guten Ende gebracht wurde, daß das französische Ministerium in besonnener Erwägung der Interessen und Bedürfnisse des Landes seinen draufgängerischen Kollegen fallen ließ.

Die neue englische Politik hatte eine Folge, die für Deutschland und die bisherige Gruppierung der europäischen Mächte auch in anderer Beziehung unangenehm war. Denn die Verständigung der Westmächte und ihre dadurch verstärkte Stellung im Mittelmeer drückte stark auf Italien und schien dessen Verpflichtungen als Mitglied des Dreibunds beinahe illusorisch zu machen. Eine starke Strömung in der italienischen Publizistik schien diese Tatsache noch unterstreichen zu wollen und das in der Stammesverschiedenheit von Italienern und Deutschen begründete, oft recht mangelhafte Verständnis zwischen beiden Völkern zu förmlicher Abneigung zu steigern. Italiens Haltung während der Marokko-Konferenz zu Algeciras ließ auch in unserer deutschen Presse die Mißstimmung gegen den Verbündeten den Höhepunkt erreichen. Die leitenden Politiker beider Mächte verloren jedoch dabei nicht ihre kühle Überlegung.

Deutschland hat sich längst darauf eingerichtet, daß Italien nicht nur Dreibundmacht, sondern auch Mittelmeermacht ist, und wir wissen auch, daß Italien weder die eine noch die andere dieser beiden Beziehungen ungestraft aufgeben kann. Deshalb ist es in seinem eigenen Interesse der natürliche Vermittler zwischen den Mächtegruppen, und darin liegt hauptsächlich der Wert, den Italien gegenwärtig für uns als Bundesgenosse hat. Außerdem vermittelt das gemeinsame Verhältnis Österreich-Ungarns und Italiens zum Deutschen Reich die Aufrechterhaltung der leicht zu gefährdenden Freundschaft zwischen den beiden erstgenannten Mächten. Alte, geschichtlich überlieferte, eingewurzelte Abneigungen, nationale Vorurteile, besondere Reibungen, die aus nationalen und gewerblichen Bestrebungen hervorgehen, endlich eine gewisse Eifersucht wegen der maritimen Machtstellung auf dem Adriatischen Meer und des Einflusses auf dem Ostufer dieses Gewässers, der Domäne der alten venetianischen Seeherrschaft, das alles ist geeignet, die Freundschaft zwischen Italien und Österreich-Ungarn zu einem leicht zerbrechlichen Gefäß zu machen. Man hat nicht mit Unrecht gesagt, diese beiden Staaten könnten nur entweder Verbündete oder Feinde sein. Die gemeinsamen Beziehungen zu Deutschland lassen sie es vorziehen, Verbündete zu sein.

Wir haben bei unsern Betrachtungen bereits das Gebiet der Orientfragen gestreift. Einst war die sogenannte „orientalische Frage", d. h. das Schicksal des türkischen Reichs, das Schreckgespenst der europäischen Diplomatie, weil sich hier in regelmäßigen Zwischenräumen ein europäischer Krieg zu entzünden pflegte. Heute ist darin vieles anders geworden. Die unterdrückten, unruhigen „Rajahvölker" der ehemaligen Türkei auf der Balkanhalbinsel haben unabhängige, christliche Staaten moderner Form gebildet, die Türkei selbst ist ein Verfassungsstaat geworden, der die Gleichberechtigung der Religionen verkündet hat. Freilich sind alle diese Verhältnisse noch so unfertig, die Völker noch so unreif, die staatlichen Einrichtungen und gegenseitigen Beziehungen vielfach noch so unklar, daß die Balkanhalbinsel auch heute noch als ein Herd der Kriegsgefahr gelten kann. Aber die Großmächte haben doch eine wesentlich andere Stellung dazu gewonnen als früher, und man kann sogar sagen, daß die Verhältnisse im „nahen Orient" — so bezeichnet man jetzt im Gegensatz zu Ostasien das, was man früher den Orient schlechthin nannte, — einen gewissen Ausgleich bieten für manche andere Spannungen.

Um das zu würdigen, muß man sich folgendes klar machen. Die populäre Betrachtungsweise der auswärtigen Politik liebt es, ausschließlich das Verhältnis der einzelnen fremden Staaten zum eigenen Staat ins Auge zu fassen. So fragt man sich bei uns einfach, ob diese oder jene fremde Macht „deutschfreundlich" oder „deutschfeindlich" ist, und zieht daraus unbefangen seine Schlüsse. Die Diplomatie muß aber nicht nur diese Stimmungen auf die zugrundeliegenden Interessen und Absichten zurückführen, sondern auch kühl und scharf prüfen, wie die andern Mächte zueinander stehen. Dabei zeigt sich dann oft genug, daß der scheinbar siegreiche Grundgedanke eines politischen Plans an dem Gewebe der vielfach durcheinanderlaufenden Interessen der einzelnen Mächte ein undurchdringliches Hindernis findet. Der nervös erregten öffentlichen Meinung Deutschlands erschien der Gedanke so unendlich einfach, daß König Eduard VII. unter der Parole der Herabdrückung des deutschen Ansehens so viele Mächte gegen Deutschland vereinigen wolle und zum größten Teil schon vereinigt habe, und es bedurfte erst augenfälliger Erfahrungen bei der serbischen Krisis, um der Allgemeinheit klar zu machen, daß es unmöglich ist, alles nur durch die Brille der Beziehungen zu Deutschland zu sehen. Eines dieser Interessengebiete, in dem die Bestrebungen der europäischen Staaten durchaus nicht parallel laufen mit den Richtungen ihrer sonstigen Politik, ist eben der nahe Orient. Wollten hier die einzelnen Staaten rücksichtslos ihren besonderen Interessen nachgehen, so würde sich mehr als einmal herausstellen, daß Mächte in Konflikt geraten, die aus Rücksichten ihrer allgemeinen Politik großen Wert darauf legen müßten, Freundschaft zu halten, und umgekehrt: daß Mächte, die sich sonst mißtrauisch gegenüberstehen, gezwungen werden, Seite an Seite zu mar-

schieren. Und da es allen näher beteiligten Mächten gleichmäßig unerwünscht ist, daß dies allzu deutlich an den Tag kommt, andererseits aber bei den Eigenheiten und Kulturverhältnissen der Balkanvölker dort der politische Zündstoff beständig gehäuft liegt, so üben die Orientfragen jetzt in der Tat die Wirkung, daß die Großmächte eine beinahe ängstliche Sorge an den Tag legen, die immer wieder aufflackernden kleinen Feuer in dieser gefährlichen Ecke Europas nicht zu einem großen Brande anwachsen zu lassen. Es wird hiernach zu verstehen sein, inwiefern die gefürchtete „orientalische Frage" von ehedem die Diplomatie jetzt weit häufiger in Bewegung setzt, um Kriege zu verhüten, als sie zu entzünden.

Weiter aber ist daraus zu erkennen, daß in dieser Tatsache ein großer Vorteil für einen Staat liegt, der im Orient weitverzweigte wirtschaftliche Interessen zu schützen und zu vertreten hat, der aber schon aus geographischen Gründen dort eine Ausdehnung rein politischer Machtbefugnisse nicht wünschen kann. In solcher Lage befindet sich Deutschland. Seine wirtschaftliche Interessiertheit und gleichzeitige politische Uninteressiertheit macht es zum natürlichen Freunde der Balkanstaaten und gibt ihm den konkurrierenden Großmächten gegenüber eine Ellbogenfreiheit, die die andern, politisch näher beteiligten Mächte nicht besitzen. Daher kann Deutschland, wenn einmal eine Krisis auf der Balkanhalbinsel droht, die die andern nicht meistern können, ruhig seine Macht für die Sache in die Wagschale werfen, die ihm aus Gründen seiner allgemeinen Politik am nächsten liegt. Dafür haben wir einen Beweis erlebt in dem Verlauf der serbischen Krisis im Frühjahr 1909. Dadurch daß Deutschland mit der größten Entschiedenheit und unter Übernahme aller Folgen an die Seite Österreich-Ungarns trat, wurde vollkommene Klarheit geschaffen und bewirkt, daß die näher beteiligten Mächte nun erst den Entschluß zum Frieden fanden und danach handelten. Dabei zeigte sich zugleich, wie windig die Vorstellung von einer Einkreisungspolitik war, die dem König Eduard angeblich Deutschland gegenüber so gut gelungen sein sollte.

Daraus glaubt nun mancher folgern zu müssen, wir brauchten immer nur kräftig „aufzutrumpfen", um alle Schwierigkeiten so glatt zu besiegen, wie bei der serbischen Krisis. Wer unsern Ausführungen darüber aufmerksam gefolgt ist, wird vielleicht erkennen, daß dem nicht so ohne weiteres zuzustimmen ist. Vieles hängt dabei eben mit der besonderen Natur der Orientfragen zusammen. Schon Bismarck hat die erwähnte Taktik des Auftrumpfens bei weitem nicht in dem Umfange geübt, wie übereifrige Nachbeter heute glauben machen wollen. Und früher lagen die Verhältnisse erheblich einfacher. Damals genügte die Erhaltung der Autorität Deutschlands auf dem europäischen Festlande, — eine Aufgabe, die schon keineswegs leicht war, sondern eine beständige, scharfe und klare Beobachtung, sowie jene Vielseitigkeit der Mittel erforderte, in der Bismarck Meister war, — um Deutschlands Gesamtinteresse zu wahren. Jetzt da die Weltlage so verändert ist, daß auch England zu einer vollständigen neuen Grundlegung seiner Weltpolitik schreiten mußte, genügt das längst nicht mehr. Wir haben die Wahrung weltpolitischer Interessen von großem Umfang in Einklang zu bringen mit einer Politik, die den festen Stand auf heimischem Boden nicht verliert und die in unserer europäischen, vielfach eifersüchtigen und uns mißgünstig gesinnten Nachbarschaft das Bewußtsein unserer Macht wach erhält, ohne zu reizen und zu drohen. Das ist eine schwierige und verwickelte Aufgabe, die nicht mit einem einfachen Rezept zu lösen ist. Es ist aber die notwendige Grundlage unserer Politik; auf dieser Grundlage hat sich auch Kaiser Wilhelm II. sein Programm vorgezeichnet, und er fand hierbei vorzugsweise in dem Fürsten Bülow einen ausgezeichneten Leiter dieser Politik. Sie ist aber nicht abhängig etwa von dem Wechsel des leitenden Staatsmannes, wenn auch selbstverständlich Art und Mittel ihrer Ausführung je nach den Umständen wechseln. Auf die Ziele unserer Weltpolitik hat der Kaiser stets klar hingewiesen, er hat sich rastlos bemüht, das Heer in seiner alten Tüchtigkeit und Schlagfertigkeit zu erhalten, er hat den Ausbau unserer Seestreitkräfte gemäß den neuen Aufgaben der Zeit als sein eigenstes Werk gefördert, und er hat dabei doch den Frieden gewahrt, wo

er ihn irgend in Ehren wahren konnte, obwohl diese notwendige und keineswegs unbedingte Betonung des Friedensgedankens im eigenen Lande oft als Schwäche und unnütze Nachgiebigkeit mißverstanden worden ist und im Auslande nicht vollständig das Mißtrauen beseitigt hat. Wieviel Schwierigkeiten dieses scheinbar einfache Programm in seinem Innern birgt, das erkennt man, wenn man unser Verhältnis zu den Nachbargroßmächten im einzelnen noch einmal kurz betrachtet.

In England wird schon die bescheidene Erhebung unserer Seemacht auf einen unserem überseeischen Handel einigermaßen entsprechenden Stand als eine Bedrohung der britischen Vormacht zur See und des Britischen Reichs selbst angesehen. Gleichwohl werden wir in ruhiger Wachsamkeit unseren Weg gehen und können, wenn wir keine positive Maßregel zu unserer Sicherheit versäumen und die Augen offen halten, überzeugt sein, daß wir bei Bewahrung kalter Ruhe gegenüber den Torheiten, Nervositäten und Verhetzungen von der andern Seite mit der Zeit doch in ein erträgliches Verhältnis zu dem uns in Stamm und Art nahe stehenden, nur jetzt etwas aus der gewohnten Bahn geratenen Inselvolke gelangen werden. Dazu gehört aber, daß unser politisches Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika in besonnener und freundschaftlicher Weise gepflegt und ohne Preisgebung unseres wirtschaftlichen Vorteils doch vor unnötigen Trübungen durch wirtschaftspolitische Gegensätze bewahrt wird. Am letzten Ende sind die drei großen germanischen Weltmächte aufeinander angewiesen, und es muß einmal der Tag kommen, wo diese Erkenntnis durchbricht.

Was unsere nächste Nachbarschaft betrifft, so ist unser Verhältnis zu Österreich-Ungarn am klarsten und festesten begründet. Es kann zwar erschwert, aber nicht erschüttert werden durch Vorgänge in der innern Politik Österreichs und Ungarns, durch die das Deutschtum dort bedrückt und gefährdet wird. Über die besondere Stellung Italiens im Dreibunde ist schon gesprochen worden. Mit Frankreich sind wir in der letzten Zeit in ein erheblich besseres Verhältnis gekommen, nur müssen wir uns hüten, zuviel davon erwarten oder gar verlangen zu wollen. Vernünftige Pflege von Beziehungen, die durch sachliche Vorteile für sich selber sprechen, im übrigen höfliche Korrektheit und ruhiges Abwarten, was die Zeit vielleicht bringen wird, kann am besten dazu beitragen, daß der sich allmählich von Vorurteilen und Stimmungen befreienden Erkenntnis der einsichtigen Franzosen vielleicht später einmal auch das Denken und Empfinden der Masse folgt. Wie sich unser Verhältnis zu Rußland gestalten wird, ist insofern schwer abzuschätzen, als sich dort Bewegungen vollziehen, die in ihrem weiteren Verlauf nicht zu übersehen sind. Für uns gilt noch immer, woran Bismarck uns gemahnt hat, und solange in Rußland die Dynastie, die ihren Zusammenhang mit Westeuropa wahren muß, den nötigen Einfluß hat und geeignete Organe für eine kühle Interessenpolitik, eine wirkliche Realpolitik findet, werden wir in freundschaftlichen Beziehungen stehen und uns verständigen können. Wir dürfen uns aber nicht verhehlen, daß die vom Panslawismus und Nationalismus geförderten Stimmungen und Instinkte der Volksmassen in Rußland immer mehr zur Geltung zu kommen scheinen, und daß, je mehr dies geschieht, desto weniger bei unseren östlichen Nachbarn auf guten Willen und klare Einsicht in der Beurteilung der Beziehungen zu Deutschland zu rechnen ist. Diese Beobachtung soll uns nicht in andere Bahnen treiben, wohl aber vor unliebsamen Überraschungen schützen.

Allen Staaten gegenüber wissen wir uns frei von einem politischen Ehrgeiz, der in ihre natürliche Entwickelung und den Kreis ihrer berechtigten Interessen hinübergreift. Trotzdem müssen wir unsere wirtschaftspolitischen Kreise weiter ziehen als früher, und zwar stehen uns bei der Einwirkung auf entferntere Interessensphären zwei Mittel zur Verfügung: der Hinweis auf unsere Macht und die Erweckung des Vertrauens zu unsern Absichten und unserer nationalen Art. Wir können zwischen diesen Mitteln nicht immer wählen, sondern müssen meist beide anwenden, aber uns entscheiden, ob wir das eine oder das andere stärker betonen sollen. Die Marokkofrage lehrt, wie schwierig mitunter diese Entscheidung ist. Viele Patrioten tragen schwer

daran, daß die Entwickelung dieser Frage keine andere gewesen ist, weil sie der Meinung sind, hier habe sich eine engere Beziehung zur deutschen Heimat, eine Art von Schutzgebiet schaffen lassen. Die maßgebenden und verantwortlichen Leiter unserer auswärtigen Politik waren von Anfang an anderer Meinung, aber die Umstände verhinderten eine rechtzeitige öffentliche Klarstellung der letzten Absichten unserer Regierung, die nur auf das gingen, was im wesentlichen auch erreicht worden ist, nämlich auf eine Sicherung unserer wirtschaftlichen Stellung in Marokko ohne eine politische Verantwortung für das Land selbst oder eine politische Ausnahmestellung dort. So mußte bei der eigenartigen Verkettung der Ereignisse leider der Eindruck erweckt werden, daß Deutschlands Marokkopolitik ein beständiger Rückzug gewesen sei. Ohne hier auf die Frage eingehen zu können, ob und wie das vielleicht zu vermeiden war, soll hier nur darauf hingewiesen werden, wie wichtig auch das in der auswärtigen Politik ist, was man die „Regiekunst" nennen könnte, und weiter auf die Schwierigkeit, über solche Interessensphären, die für unsere Nachbarn noch vor der Tür liegen, die aber für uns schon entferntere Außenposten sind, nicht nur richtige, sondern auch der öffentlichen Meinung einleuchtende Entscheidungen zu treffen. In wirklichen Überseegebieten gleicht sich diese Schwierigkeit wieder einigermaßen aus. Dort sind alle europäischen Mächte ungefähr auf die gleichen Methoden angewiesen, um ihre Rechte wahrzunehmen. In den Zwischengebieten, wie wir sie gekennzeichnet haben, wo nicht die Machtverhältnisse allein, sondern auch geographische Verhältnisse mitsprechen, sind der Diplomatie besondere Aufgaben gestellt. Auch im nahen Orient stehen wir der Lage ähnlich gegenüber wie in Marokko, aber die Festhaltung der gleichen Prinzipien — die wir ja durch unser Fernbleiben von allen Fragen, auf die uns die Berliner Kongreßakte von 1878 nicht etwa besonders verpflichtet hat, so auch durch unsere Haltung in der Kretafrage betätigt haben — ist uns schon durch die Geographie erleichtert. Zwischen uns und dem Orient liegt Österreich-Ungarn; wir stehen hinter dem befreundeten Staat, und dieser bedarf unser schon wegen der Orientstellung Rußlands und Italiens.

Wir können diese Betrachtungen schließen, da es sich hier nicht um die Erörterung einzelner Fragen handelt. Im ganzen hat zwar die Stellung Deutschlands unter den Mächten vielleicht etwas von dem blendenden Glanz eingebüßt, den sie unter dem frischen Lorbeer gewaltiger Kämpfe und unter dem unmittelbaren Wirken eines Staatsmanns wie Bismarck haben konnte, und harte, nüchterne Arbeit ist notwendig, damit wir uns behaupten können; aber der Weg, den wir eingeschlagen haben, ist noch heute derselbe, den uns die großen Begründer des Reichs, Kaiser Wilhelm I. und sein großer Kanzler, gewiesen haben; der Grund, auf dem wir gebaut haben, ist unerschüttert, und die Hemmnisse, an denen es auf unserem Wege gewiß nicht fehlt, sind nicht unüberwindlich.

Die Deutschen Kolonien.

Einführung.

Von Generalleutnant z. D. **E. v. Liebert,** Mitglied des Reichstags, Berlin.

Ausführung.

Von Oberleutnant a. D. **Paul Leutwein,** Berlin.

Einführung.

Die deutsche Geschichte zeigt im Grunde das Bild einer fortdauernden Kolonisation. Die germanischen Stämme drangen aus nordischen Gebieten in südlicher Richtung vor, sie schufen auf dem Boden des Römerreichs neue Staaten und durch Vermischung mit den unterworfenen Landesbewohnern neue Völker. Kaum aber waren sie seßhaft, und kaum war das Deutsche Reich durch Lostrennung vom großen Frankenreiche selbständig geworden, so beginnt mit dem 10. Jahrhundert die großartige Kolonisation der Lande jenseits der Saale und der Elbe, die Zurückgewinnung der von Slawenstämmen besiedelten Ostmarken für das Deutschtum. In gleicher Weise ergoß sich ein mächtiger Strom deutschen Volkstums durch die Ostalpen und Donau abwärts, überall Kultur bringend und feste Siedlungen schaffend.

Die inneren politischen Wirren und der Kampf um den neuen Glauben verhinderten unser Volk an der Besitzergreifung der neuen Welt sich zu beteiligen. Es konnte den Überschuß seiner Volkskraft nur an andere, bereits im glücklichen Besitz jungfräulichen Bodens befindlichen Völker abgeben und stärkte diese durch die Arbeitskraft und den kolonisatorischen Instinkt seiner nach Millionen zählenden Auswanderer. Die Vereinigten Staaten und Südbrasilien, Südafrika und Australien wissen die Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit des deutschen Volkselements zu rühmen. Aber kaum war das neue Reich erstanden und zu Macht und Ansehen in der Welt gelangt, da erhob sich aus dem Volke heraus der Drang nach Überseepolitik, das ungestüme Verlangen nach eigenem Besitz jenseits der Meere, in den die deutsche Auswanderung geleitet werden könnte. Fürst Bismarck war es zunächst um den Schutz der nationalen Arbeit zu tun. Als dieser durchgeführt war, ging die Zahl der Auswanderer fast auf den achten Teil (von 200 000 auf 25 000) zurück, die fleißigen Hände konnten im eigenen Vaterlande beschäftigt werden. Mit dem gewaltigen Aufschwung der Industrie kamen jedoch neue Sorgen und neue Aufgaben. Es galt auf der einen Seite unabhängig zu werden in dem Beschaffen der Rohprodukte (Baumwolle, Wolle, Häute, Öl, Kupfer u. a.), auf der anderen Seite Absatzgebiete zu gewinnen für die Erzeugnisse der deutschen Industrie für den Fall, daß die Kulturstaaten sich mehr und mehr durch Zollschranken absperren.

Beide Aufgaben konnten nur durch den Erwerb eigener Kolonien gelöst werden, und so wurde mit jedem Jahre diese Forderung lauter und deutlicher vernehmbar. Im Frühjahr 1884 sprach Fürst Bismarck das erlösende Wort und schnell hintereinander erfolgte die Besitzergreifung eines Kolonialreiches von $2^1/_2$ Millionen Quadratkilometer und gegen 12 Millionen Seelen. Freilich die gemäßigte Zone war weggegeben, nur das äußerlich so unwirtlich und wertlos scheinende Südwestafrika war noch zu gewinnen; im übrigen waren es Tropenländer in Afrika und der Südsee, über denen die deutsche Flagge gehißt ward. Später folgten noch Samoa, die Karolinen und die Flottenstation Tsingtau, die auf 99 Jahre von China gepachtet ward.

So plötzlich war dieser weite Besitz uns zugefallen, daß wir nicht wußten, was damit beginnen und wie ihn verwalten. Der Versuch mit privater Verwaltung durch

Truppentransporte nach den Kolonien.

Truppentransporte nach den Kolonien.

Truppentransporte nach den Kolonien.

Truppentransporte nach den Kolonien.

Der Oberſtkommandierende Graf Waldersee mit ſeinem Stabe auf der Ausreiſe nach China.

Kolonialgesellschaften scheiterte überall, wo man es damit wagte. Das Reich sah sich genötigt, die Landesverwaltung selbst in die Hand zu nehmen, in den großen Schutzgebieten kam es zu erbitterten Aufständen und langwierigen Kriegen, wie sie überall entstehen, wo Kultur und Barbarei plötzlich aufeinander stoßen. Gerade diese Kolonialkriege aber haben das Interesse des deutschen Volks auf die Überseeländer gelenkt, sie haben die Gebiete in ungeahnter Weise erschlossen und die dringende Notwendigkeit des Eisenbahnbaus jedermann vor Augen geführt. Nach 25 Jahren des unsicheren Tastens und Versuchens, nach vielen Fehlern und Versehen ist die Kolonialverwaltung jetzt endlich zu festen Grundsätzen und mit Sicherheit verfolgten Zielen gelangt.

Zunächst wird die wirtschaftliche Selbständigkeit der Schutzgebiete angestrebt. Die Zuschüsse des Reiches sollen mit jedem Jahre geringer werden und möglichst bald ganz aufhören. Gegenwärtig beschränkt sich bereits der Reichszuschuß für die meisten Schutzgebiete auf die Militärausgaben. Dementsprechend muß für steigende Einnahmen, für Selbstverwaltung und stetig verbesserte Rechtspflege gesorgt werden.

Des weiteren ist der dringende Wunsch vorhanden, das deutsche Element in den Kolonien möglichst zu vermehren und diese nach Kräften zu deutschen Gebieten zu machen. Südwestafrika ist ein reines Siedlungsland, dem deshalb Frauen und Familien in stetig wachsender Zahl zuzuführen sind. Es steht zu hoffen, daß bei dem gesunden Klima, in reiner Luft, bei der großen Ellbogenfreiheit weiten Landbesitzes, bei Milch und Fleisch als Hauptnahrung die deutsche Rasse mit Langschädel, blauen Augen, blondem Haar und rosigweißer Haut sich besser und dauernder erhält, als unter den ungünstigeren Lebensbedingungen der heimischen Fabrikstädte. Vor allem ist die gesteigerte Fortpflanzung in Familien mit 10 und 12 Kindern wie bei den benachbarten Burenfamilien zu erwarten. Die Franzosen in Kanada haben seit 200 Jahren ein gutes Beispiel hierfür gegeben. Aber nicht nur Südwest, sondern auch die ausgedehnten Hochländer der tropischen Kolonien bieten Raum für deutsche Landwirte, die Viehzucht, Ackerbau und Plantagenkultur betreiben wollen. Diesem Eindringen deutscher Familien in das Innere Afrikas muß kräftiger Vorschub geleistet werden, weil hierdurch allein die dauernde Behauptung der weiten Gebiete gewährleistet ist. Abhängig bleibt diese Ansiedlung von dem Ausbau des Eisenbahnnetzes.

Die wirtschaftliche Aufschließung der Schutzgebiete ist teils vom Handel teils von der Erzeugung tropischer Rohprodukte im Pflanzungsbetrieb oder als Eingeborenenkultur zu erwarten. Die auf letztere gebauten Hoffnungen sind bisher nicht in Erfüllung gegangen. Während man früher unter „Kolonialwaren" nur Kaffee, Kakao, Tee, Vanille und ähnliches verstand, sind diese jetzt weit zurückgetreten hinter Öl (Kopra, Palmkerne, Sesam und Erdnuß), Kautschuk, Sisalhanf, Baumwolle, die in immer größeren Massen auf den Markt geliefert werden. Daneben gewinnen Fleisch, Häute, Wolle und die Mineralien Kupfer, Gold, Diamanten, endlich Phosphate aus der Südsee immer höhere Bedeutung. Der Schwerpunkt ist unter allen Umständen auf Baumwollkultur zu legen. Es muß gelingen, die heimische Industrie allmählich von dem amerikanischen Markt unabhängiger zu machen, da fast 600 Millionen Mark jährlich für Rohbaumwolle dorthin abfließen. Sollten die in Togo und Ostafrika angelegten bedeutenden Kapitalien die Baumwollproduktion nicht wesentlich fördern und die Mühen von Verwaltung und Privaten hier vergeblich bleiben, so wäre der Hauptwert der Kolonien für unsere wirtschaftliche Entwicklung verloren, die ganze koloniale Arbeit mit schwerem Mißerfolge gestempelt. Hier muß die volle Kraft eingesetzt werden.

Endlich sollen die deutschen Kolonien Absatzgebiete für die Erzeugnisse des heimischen Gewerbefleißes werden. Diese Eigenschaft ist Südwest sofort zuzusprechen, da die von Jahr zu Jahr steigende deutsche Bevölkerung in allen ihren Bedürfnissen auf den heimischen Markt angewiesen ist. Wenn das nach englischen Erfahrungen aufgestellte Exempel stimmt, daß jede Überseefamilie jährlich für 3000 Mark Industrieartikel aller Art aus der Heimat bezieht, so würden 10 000 Familien einen Bedarf von 30 Millionen darstellen, ein Ziel, das für die deutsche Industrie Bedeutung haben dürfte.

Schwieriger liegen die Absatzverhältnisse in den tropischen Gebieten. Die dortigen Eingeborenen kennen vorläufig keine Bedürfnisse und müssen an alle Einrichtungen der Kultur (Kleidung, Geräte, Werkzeuge, Instrumente) erst langsam gewöhnt werden. Auch sind sie erst durch Erziehung zur Arbeit dahin zu bringen, daß sie Werte erzeugen, um Industrieartikel und ähnliches erwerben zu können. Hierzu ist lange, mühselige Arbeit der Verwaltung und der Missionen erforderlich, bislang ist diese redliche Mühe noch von geringem Erfolge gekrönt. Aber erst wenn die Kolonien in großem Maßstabe Abnehmer für den deutschen Markt werden, gewinnen sie für das deutsche Volk die Bedeutung, die es in der Idee vom Kolonialbesitz erträumt und erhofft hat.

Bislang beläuft sich der Gesamtumsatz der deutschen Schutzgebiete auf 138 Millionen Mark. Das ist in der heutigen Weltwirtschaft, die nur mit Milliarden rechnet, eine scheinbar geringfügige Ziffer. Sie steigt aber an Wert, wenn man sich vergegenwärtigt, daß sie aus dem Nichts entstanden ist, und daß sie gegenwärtig von Jahr zu Jahr um etwa 10 Millionen sich erhöht. Die deutsche Handelswelt wird sich daran gewöhnen müssen, mit dieser Ziffer zu rechnen. Ebenso bedeutsame Zahlen sind die 2367 Kilometer Eisenbahnen, die Ende 1909 im Betrieb waren, und die 1346 Kilometer, die gegenwärtig noch im Bau sich befinden. Man braucht sich nur klar zu machen, daß jeder Kilometer Bahnlinie ein neuer Kulturträger ist, Landschaften erschließt, den Bodenwert erhöht und die Eingeborenen mit den von der Küste ins Land strömenden Gegenständen zur Erleichterung der Arbeit bekannt macht.

Seitdem aus der Kolonialverwaltung der bureaukratische Geist verdrängt und durch eine praktische, von kaufmännischem Geiste getragene Leitung abgelöst ist, gehen die deutschen Schutzgebiete einer vielversprechenden Zukunft entgegen. So verschiedenartig ihre Lebensbedingungen sind, so ist überall eine fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung festzustellen. Sie haben böse und schwere Lehrjahre hinter sich, befinden sich aber jetzt in normalem Fahrwasser. Das deutsche Volk hat gleichzeitig an ihnen gelernt. Nicht nur haben sich die geographischen Kenntnisse erweitert, sondern auch die philisterhafte, engherzige, kleinliche Weltauffassung ist verschwunden und hat einem weiteren Blick und höhergesteckten Zielen Raum gemacht. Der Kolonialbesitz hat uns den großen Schritt zum Welthandel und zur Weltpolitik wesentlich erleichtert.

Ausführung.

In ältester Zeit verstand man unter Kolonisieren nur die Besiedelung fremder Länder; später sah man ein, daß mit der Besiedelung auch die Erschließung und Bewirtschaftung Hand in Hand gehen müsse und daß diese Aufgaben nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb des Staates liegen können. So gelangte man zur Unterscheidung der inneren und äußeren Kolonisation. Für uns kommt hier nur die letztere in Betracht. Da nun zum Wesen der äußeren Kolonisation auch der Besitz des kolonisierten Gebietes gehört, müssen wir Siedelungen innerhalb eines fremden Staates, wie z. B. die deutschen Niederlassungen in Brasilien, vom Begriff Kolonie ausschließen. Prof. Gottfried Zoepfl stellt ihn wie folgt auf:

„Kolonie ist die Niederlassung eines Teiles eines höher stehenden Volkes in einem unbewohnten oder dem Gebiet eines tieferstehenden Volkes und der wirtschaftliche politisch rechtliche Verband des Gebietes mit dem Mutterland."

Bis in die neueste Zeit herrschte ein lebhafter Streit über eine zweckmäßige Einteilung der Arten der Kolonien. Es ist wohl das Verdienst des Engländers James Mill gewesen, zuerst auf den wichtigsten Unterschied der Kolonien, ob sie sich zur Besiedlung oder Ausnutzung eignen, hingewiesen zu haben. Auf dieser Grundlage baut sich die heutige wirtschaftliche Einteilung auf, welche unterscheidet:

1. Siedlungskolonie, als ein Gebiet, das berufen ist, des weißen Mannes Land zu werden. Hierzu gehört vor allem unser Südwestafrika.
2. Plantagenkolonie. Hier ist der Weiße der Herr und der Farbige der Arbeiter.
3. Handelskolonie.

4. Eingeborenen-Pflanzungskolonie, die wie Togo, von den Eingeborenen selbst bewirtschaftet wird.

5. Koloniale Stützpunkte, wozu wir Kiautschou rechnen müssen.

Auch diese Einteilung wird nicht allen Kolonien gerecht, denn Ostafrika z. B. gehört als Handels-, Plantagen- und Siedlungskolonie drei Arten an. Kamerun ist sowohl für Handel- als Plantagenwirtschaft von Bedeutung. Samoa ist Eingeborenen-Pflanzungs-, Plantagen- und Handelskolonie. Immerhin können alle wirtschaftlichen Eigenheiten einer Kolonie in dieser Einteilung untergebracht werden. Handels- und Plantagenkolonie vereinigt, würde dem französischen Begriff colonie d'exploitation (Ausnutzungskolonie) entsprechen.

Neben der wirtschaftlichen läuft noch eine juristische Einteilung und zwar kennt man:

1. Eigentliche Kolonien, zu denen alle Gebiete mit Selbstverwaltung vom geringsten Maße an bis zur völligen Selbstregierung zu rechnen sind.

2. Protektorate (Schutzgebiete), einerseits als souveräne Staaten unter Schutzherrschaft (Sansibar), andererseits, nach speziell englischer Auffassung, als völlig vom Mutterland abhängige autokratisch regierte Gebiete (Betschuanaland-Protektorat).

3. Interessensphären. Die, nach Übereinkommen mit den Nachbarstaaten, einem Staat vorbehaltenen, aber von ihm noch nicht in Besitz genommenen Gebiete.

4. Pachtgebiete (Kiautschou).

Unsere Kolonien, deren größter Teil Anfangs Interessensphäre war, wurden allmählich als Schutzgebiete in Besitz genommen und sind jetzt als eigentliche Kolonien (Provinzen außerhalb des Reiches) zu bezeichnen.

Die Bedeutung einer Kolonie besteht nach der heutigen Auffassung darin, ein dem Mutterland geeignetes Feld für Auswanderung und Kapitalanlage zu bieten, Handel und Industrie zu fördern und dem eigenen Volke durch die Ausbreitung von Sitte, Sprache und Art eine immer stärkere Stellung unter den Völkern der Erde zu geben.

Die natürlichen Verhältnisse unserer Kolonien.

Zur Natur gehören Flächenraum, Bodengestaltung, Naturschätze, Bewässerung, Küstenlinie und Entwicklung, Klima, Tierwelt, Art und Verteilung der besetzten Staatengebiete, Art und Zahl der Bevölkerung, Lage, Entfernung vom und Verkehrsmöglichkeit mit dem Mutterlande und schließlich die koloniale Reibungsfläche, d. h. die dem Mutterlande durch die Lage der Kolonie und Vermehrung der Nachbarn entstandenen politischen Gefahren und Aufgaben.

Tabelle 1. Das Deutsche Kolonialreich.

Name des Schutzgebietes	Flächenraum qkm	Bevölkerung am 1. Januar 1909: weiße	davon Deutsche	einheimische Schätzung	Entfernung in Tagesreisen: Seefahrt von mitteleuropäischen Häfen
Afrika: Ostafrika	995000	3387	2384	7000000	17—21
Kamerun	495600	1127	986	1300000	18—28
Togo	87200	330	300	950000	16—23
Südwestafrika	835100	11791	9283	150000	18—27
Südsee: Bismarck-Archipel	61000	474	364	200000	40—50
Kaiser-Wilhelms-Land	179000	197	185	100000	
Marschall-Inseln	400	164	91	15000	50—60
Karolinen, Palau, Marianen	2226	231	145	41000	35—50
Samoa	2572	468	270	33500	ca. 50
		Herbst 1907			
Ostasien: Kiautschou	502	1484*)	1412	90000	30—36**)
in Summa	2658600	19653	15380	9879500	

*) Ohne Japaner. **) Zu Lande durch Sibirien 16—18 Tagereisen.

Wie aus Tabelle 1 ersichtlich übertrifft unser Kolonialreich das Mutterland mit seinen 540000 Quadratkilometern fast fünffach an Größe und steht nur hinter den Kolonialgebieten Englands und Frankreichs zurück. Die Bodengestaltung zeigt bei

den drei großen afrikanischen Kolonien den gleichen terrassenförmigen Aufbau von der Küste nach dem Innern, das sich als eine mit Gebirgen durchsetzte Hochebene, von über 1000 Meter Durchschnittshöhe darstellt. Allein das vulkanische Massiv des großen Kamerunberges steigt direkt vom Meere empor. Während nun das regenarme Südwestafrika überhaupt keine schiffbaren Flüsse hat, kommen diejenigen von Kamerun und Ostafrika infolge der vielen Schnellen und Fälle im Unterlauf nur im mittleren Teile für die Schiffahrt in Betracht. Togo, dessen höchste Erhebung kaum 1000 Meter erreicht, dacht sich sanft nach der Küste ab, hat aber nur unbedeutende Flüsse. Ostafrika besitzt in den drei großen zentralafrikanischen Seen, die fast zur Hälfte Deutschland gehören, für die Binnenschiffahrt höchst wichtige Wasserstraßen. Am schwersten zugänglich unter den afrikanischen Kolonien sind von der Küste aus Kamerun mit einem 150—200 Kilometer breiten Urwaldstreifen und Südwestafrika mit seinem ebenso breiten Sand- und Dünengürtel. Leider hat letztere Kolonie trotz einer ungeheuer langen Küstenlinie nur zwei brauchbare Häfen, von denen noch dazu der wichtigere, Walfischbai, in englischem Besitz ist. Es wird wohl nichts übrig bleiben als die Rhede von Swakopmund durch kostspielige Kunstbauten zu einem wirklichen Hafen zu gestalten. Togo mit seiner nur 52 Kilometer langen Küste besitzt keinen natürlichen Hafen; am Ufer starke Brandung, doch ist die Dünung (Bewegung des Wassers unter dem Meeresspiegel) geringer wie in Swakopmund, so daß eine Landungsbrücke im Lome genügt hat, der Natur nachzuhelfen. Sehr gute Hafenverhältnisse bieten Ostafrika (bester Hafen Daressalam) und Kamerun mit seinem, Kamerunfluß genannten, großen Meereseinschnitt.

Neuguinea ist trotz guter Häfen und zwei größerer schiffbarer Flüsse, infolge dichten Urwalds an der Küste und hoher Gebirge im Innern nur schwer zugänglich. Es ist daher ebenso wie die großen Inseln des Bismarck-Archipels ziemlich unerforscht geblieben. Zum guten Teil ist daran in diesen Gebieten das ungesunde tropische Klima schuld. Als gesundheitsgefährlich bezeichnet man auch die Kameruner Küstenniederung und ebenso das äußerste Ende dieser Kolonie die sumpfigen Landstriche des Tschad und Schari. Die Hochflächen Deutsch-Afrikas haben im allgemeinen günstige Verhältnisse aufzuweisen, besonders wirkt die reine Höhenluft Südwestafrikas stärkend auf die Atmungsorgane des Europäers ein. Dafür aber nimmt körperliche Arbeit dort das Herz um so mehr in Anspruch; es pflegt sich nach langjährigem Aufenthalt im Hochland bei nicht geregeltem Leben Herzerweiterung einzustellen. Erträglich ist trotz seiner Lage in der heißen Zone das Klima von Togo, das sich, infolge der im ganzen günstigsten natürlichen Verhältnisse, zum afrikanischen Musterländchen entwickelt hat.

Unser Pachtgebiet Kiautschou besteht eigentlich nur aus der Umgebung des vorzüglichen Hafens von Tsingtau, dessen klimatische und gesundheitliche Vorzüge so groß sind, daß sich Tsingtau zu einem der beliebtesten Seebäder Ostasiens entwickeln konnte. Der kahle, gebirgige, im Lauschan bis 1130 Meter gipfelnde, Hintergrund der Stadt wird jetzt fleißig aufgeforstet, was, abgesehen von dem größeren landschaftlichen Reiz, für die Bindung der Feuchtigkeit und Vermehrung der spärlichen Tierwelt von Bedeutung ist. Die ziemlich zahlreiche chinesische Bevölkerung hat sich bisher durch Gutartigkeit, Fleiß- und handelspolitische Begabung ausgezeichnet.

Zu den landschaftlich schönsten Stellen der Erde zählt das Inselgebiet von Samoa. Es gibt Weltreisende, die, trotz Neapel, Rio und San Francisco die traumhafte Schönheit der Anfahrt an den Hafen von Apia, der Perle der Südsee, nicht genug zu rühmen wissen. Glücklich ist auch die Bevölkerung dieser gesegneten Eilande, der schöne hellbraune Menschenschlag, der Samoaner. Zu den Polynesiern gehörig und ebenso intelligent wie leichtlebig, gereicht ihnen gerade deshalb die sorgsam auf Arbeit haltende deutsche Herrschaft zum Segen. Das Schmerzenskind Samoas sind die häufigen Orkane. In trauriger Erinnerung steht noch der vom 16. März 1889, welcher 2 deutsche und 3 amerikanische Kriegsschiffe vernichtete. Auf Sawai hat sich 1906 vulkanische Tätigkeit bemerkbar gemacht und haben die Ausbrüche viel Schaden angerichtet. Hierbei ist zu erwähnen, daß der große Kamerunberg kürzlich eine unbedeutende vulkanische Tätig-

keit entfaltete, dagegen sind die übrigen auf kolonialem Gebiet liegenden Vulkane, insbesondere der höchste Berg Afrikas, der 6000 Meter hohe Kilimandscharo, erloschen.

Unsere vier Korallenarchipele Karolinen-, Marianen-, Palau- und Marschallinseln besitzen eine mikronesische Bevölkerung von ähnlicher Veranlagung wie die Samoaner, auch hier ein körperlich schöner Menschenschlag, von natürlicher Begabung, der aber zur Arbeit angehalten werden muß und schwere Tätigkeit nicht wohl verträgt.

Von den Poly- und Mikronesiern merkwürdig verschieden, sind die negerähnlichen Neuguinea und die Nachbarwelt bewohnenden melanesischen Papua. Von Natur kräftig und zur Arbeit tauglich, sind sie bis zum heutigen Tag stumpf geblieben und verharren zum Teil in ihren unzugänglichen Urwäldern und Gebirgen im wildesten Kannibalismus. Angenehmer unterscheidet sich die Tierwelt des Neuguineagebietes mit seinen Beuteltieren, Kasuaren und besonders dem prächtigen Paradiesvogel, von den in dieser Beziehung vernachlässigten anderen deutschen Südseeinseln.

Auf unserem ganzen Südseegebiet gedeiht die Kokospalme als wichtigste Kulturpflanze. Dazugetreten sind in Neuguinea Tabak und auf Samoa Kakao und Kautschuk. Während aber hier noch keine abbauwürdigen Mineralien gefunden sind, wurden in den letzten Jahren auf der kleinen Marschallinsel Nauru, sowie später auf den Marianen-, Westkarolinen- und Palauinseln, reiche Phosphatlager entdeckt, die diesen anscheinend unbedeutenden Eilanden einen ungeahnten Wert verliehen haben.

Wir verlassen nun Ozeanien, um uns wieder Afrika zuzuwenden. Die reiche Tierwelt Afrikas zeigt sich in ihrer größten Mannigfaltigkeit im tropischen Urwaldgebiet von Kamerun. Neben Dickhäutern und großen Raubtieren treten Schimpanse und Gorilla auf; zahlreiche Vogelarten, vom Kolibri bis zum Nashornvogel, beleben die Wälder, und die Gewässer wimmeln von Krokodilen. Je mehr die Landschaft Savannen- und Steppencharakter annimmt, desto mehr treten die genannten Tierarten zurück, um Pavianen, Antilopen und Schakalen neben riesigen Herden von Klein- und Großvieh Platz zu machen. Nur der Leopard und die kleineren Katzenarten finden sich in allen Teilen unserer afrikanischen Kolonien. Sehr verschieden ist die Bewertung der Schädlichkeit und Nützlichkeit der Tiere. Während man in den zur Viehzucht geeigneten Gebieten Südwestafrikas die Raubtiere rücksichtslos verfolgt, sind die ostafrikanischen Plantagenbesitzer geneigt, in Affen und Dickhäutern, vor allem Wildschweinen, ihre gefährlichsten Feinde zu erblicken. Neuerdings wirkt man in den Plantagengebieten Ostafrikas durch Aufhebung der Schußprämien der Vernichtung der Löwen und Leoparden entgegen. Großes Bedauern muß die unaufhaltsame Ausrottung der Elefantenbestände erwecken. Der Schaden, den diese Tiere anrichten, beruht meist auf der Einbildung der elfenbeinlüsternen Plantagenbesitzer und dabei gehen der Elfenbeinhandel bei dieser Art Raubbau ebenso wie die Elfenbeinträger ihrem Ende entgegen. Ganz besonders tun sich durch barbarische Aasjägerei (übrigens auf allen Gebieten) die Buren hervor. Es ist sehr zu beklagen, daß noch nicht genügend der Versuch gemacht wurde, den afrikanischen Elefanten gleich seinem indischen Kollegen zur Arbeit abzurichten, da er doch nach den bisherigen Erfahrungen, ähnlich gute Eigenschaften besitzt. Der Elefant dürfte auch als Dickhäuter dem Stich der Tsetsefliege, die in vielen Landstrichen Mittelafrikas unter dem Rinderbestand aufräumt und ein gefährliches Kultur- und Verkehrshindernis darstellt, nicht ausgesetzt sein.

Neben der Tsetsefliege verdienen unter den schädlichen Krankheitsträgern Afrikas die Erregerin des Fiebers und die der Schlafkrankheit Erwähnung. Fieber kommt in allen unseren Kolonien vor, am meisten natürlich in den schon als besonders ungesund bezeichneten feuchten, tropischen Niederungen, aber selbst die trockensten Gebiete Südwestafrikas sind nicht ganz fieberfrei. Immerhin bleibt mäßige Lebensweise stets ein wirksamer Schutz gegen Fieber, und es gibt genug Naturen, die überhaupt nicht darunter zu leiden haben. Viel gefährlicher, erfreulicherweise dafür räumlich beschränkter, tritt die Schlafkrankheit auf. Sie wütet gegenwärtig besonders am Tan-

ganjika und Viktoriasee und hat ganze Landstriche entvölkert, denn bisher hat sich die Räumung der verseuchten Gebiete als das einzige zuverlässige Gegenmittel erwiesen.

Wie schon bemerkt, eignen sich die afrikanischen Steppenhochländer, besonders in Südwest, zur Viehzucht. In dieser Kolonie kommt der mittlere Teil für Groß- der südliche für das Kleinvieh in Betracht; nur die nördlichen und nordöstlichen Landstriche Südwestafrikas sind tropisch und hofft man hier Tabak, Mais und Baumwolle in größerem Maßstab zu erzeugen. Die für den Weltmarkt so wichtige Baumwollkultur, wird in den drei anderen Kolonien eifrig versucht. In Ostafrika und Kamerun werden auch Kautschuk und die Früchte der Kokospalme gewonnen. Während indes die Europäer Ostafrikas sich im übrigen mehr auf Kaffee und Sisal (eine Hanfart) verlegen, bevorzugt man in Kamerun den Kakao. Togo zeichnet sich durch Anbau der Ölpalme und wachsende Maisproduktion aus; Jams bildet dort immer noch das Hauptnahrungsmittel des Volkes. Dem armen Teil Südwestafrikas, der sich nicht durch die Produkte seines Bodens ernähren kann, hat die Natur in seinen, im Gegensatz zu den anderen Kolonien reichen Mineralschätzen einen Ersatz verliehen. Besonders die bedeutenden Kupferlager des Otavikalkgebietes und die Lüderitzbuchter Diamanten haben dem Schutzgebiet schon Millionengewinne zugeführt.

Den Kern der afrikanischen Bevölkerung bilden die Bantuvölker und Hottentotten. Diese, ein kriegerisches, aber arbeitsscheues Nomadenvolk, beherrschten einst unter Jonker-Afrikaner fast ganz Südwest-Afrika. Als die Deutschen von dem Lande Besitz ergriffen, war das Jonkersche Reich bereits in Kapitänschaften zerfallen.— Im mittleren Teil des Landes hatte sich das viehzüchtende Bantuvolk der Hereros von der Hottentottenherrschaft frei gemacht und lag mit dem bedeutendsten Hottentottenkäpitän Hendrik Witboy ständig im Kampf. Die Stammesgebiete der Ovambos und der Sambesivölker wurden zum Teil durch die deutsche Nordgrenze zerschnitten; doch sind hieraus noch keine Nachteile politischer Art entstanden. Diese Stämme sind alle ziemlich straff organisiert und liefern brauchbares Arbeitsmaterial. Dasselbe gilt von den im Lande zerstreut lebenden Bergdamaras und der betriebssamen Betschuanenbevölkerung des Ostens. Ein unerwünschtes Element bildet das besonders im nordöstlichen Teile lebende Zwergvolk der Buschmänner. Sie sind zu jeder Arbeit unbrauchbar und gelten für diebisch und heimtückisch.

In Ostafrika waren von Alters her Bantuvölker heimisch. Zu ihnen drangen von Süden Zulustämme und von Norden die hamitischen Massai und Watussi vor, sämtlich kriegerische viehzüchtende Nomaden. Letztere bewohnen die Landschaft Ruanda, die man durch die neuesten Grenzregulierungen mit Belgien dem Schutzgebiet in vollem Umfang erhalten hat. In den Küstenländern finden sich die mit arabischem Blut vermischten Suaheli, die dem halben äquatorialen Afrika ihre Sprache aufgedrängt haben, Araber als frühere Herren des Landes und durch Handel zu großem Wohlstand gelangende Inder. Als große Gefahr betrachtet man in Mittelafrika die vorherrschende Stellung des Islam. Wenn er auch den Neger kulturell fördert und erzieherisch wirkt, so entfremdet er ihn doch der christlich europäischen Herrschaft durch Verquickung von Politik und Religion, die von dem Gläubigen die Verehrung eines gemeinsamen Heiligtums Mekka und eines gemeinsamen politischen Hauptes des türkischen Sultans verlangt.

Von den Küstenstämmen Kameruns sind die handeltreibenden Dualla am bemerkenswertesten. In der Urwaldzone konnte es zu größeren politischen Organisationen nicht kommen. Erst im savannenähnlichen Hinterland bildeten sich kleinere Staaten. Von Norden her sind noch heute die mohammedanischen Sudanneger unter Fullahhäuptlingen im Vordringen. Letztere haben sich in Adamaua und Bornu zu größeren Staaten zusammengeschlossen, die unter dem Emir von Yola standen, der seinerseits dem Sultan von Sokoto tributpflichtig war. Hier mußten durch die englisch-deutsche Aufteilung Staatengebilde zerschlagen werden, denn man konnte nicht dulden, daß deutsche Untertanen dem in englischem Gebiet sitzenden Emir von Yola Abgaben zahlten. Bisher ist es durch diese Maßnahmen noch nicht zu Unruhen großen Stils ge-

kommen. Als letztes Glied in der Kameruner Völkerkette verdienen die Kanuris und Haussas genannt zu werden, die als Wanderhändler das ganze Schutzgebiet durchziehen

Die Ackerbau treibende, fleißige und wirtschaftlich tüchtige Negerbevölkerung Togos hat keine größere Organisationen gebildet. Im Süden wohnen Eweneger, dann folgen diesen verwandte Stämme. Unter der verschiedenartigen Bevölkerung des Nordens hat der Islam Anhänger gewonnen.

Wer auf der Karte Afrikas die Gestaltung unserer Kolonialgebiete einer Betrachtung unterzieht, wird leicht erkennen, daß es ihnen an der nötigen Abrundung fehlt. Die beiden größten Ostafrika vorgelagerten Inseln sind in englischem Besitz, ebenso halten die Engländer sämtliche Guanoinseln und die Haupteingangspforte für Südwestafrika besetzt. Kamerun windet sich förmlich nach dem Tschadsee hinauf, und vor seiner eingezwängten Küstenlinie sitzen die Spanier. Togo erweckt sogar den Eindruck, als könnte es jeden Augenblick durch die sich seitlich vorschiebenden Nachbarn vom Meere abgeschnitten werden. Alles in allem zeigt sich klar, daß wir, wenigstens in Afrika, mit unserer Kolonialpolitik leider spät auf dem Plan erschienen sind. Immerhin muß sich der aufmerksame Beobachter wundern, daß die älteren Kolonialvölker es überhaupt zu einer deutschen Besitznahme gerade Kameruns kommen ließen. Bildet doch in dem ganzen, wenig gegliederten afrikanischen Kontinent der Golf von Guinea die einzige tiefe Einbuchtung und stellt sich dessen kleine Fortsetzung, der Kamerunfluß, geradezu als das zentrale Einfallstor des Erdteils vor. Die Lösung liegt in den Worten Urwald und Fieber, denn die scheinbare Unzugänglichkeit des Inneren war es, die andere Nationen von einer Besitznahme abgeschreckt hat. Scheinbar sage ich, denn schon sind die Ingenieure an der Arbeit, um das Hindernis mit Schienensträngen zu durchschneiden und die Zukunft wird noch lehren, wie weitblickend die Besetzung der Fieberküste gewesen ist. Noch glücklicher, weil schnelleren Lohn verheißend, ist die Festsetzung an der Bucht von Kiautschou, des natürlichen Hafens der reichsten chinesischen Provinz Schantung. Wie weit die darauf gesetzten Hoffnungen sich schon erfüllt haben, wird noch die Handelsstatistik dartun. Unser Hauptbesitz in der Südsee bildet, soweit das bei Inselgebieten möglich ist, ein einheitliches Ganzes, dagegen glaubt die Regierung des abseits gelegenen Samoa englischen Einflüssen sehr ausgesetzt zu sein.

Weit ungünstiger als Afrika und Kiautschou sind unsere ozeanischen Besitzungen hinsichtlich ihrer Entfernung vom Mutterland gestellt. Fast doppelt solange als in die anderen Kolonien dauert die Reise in diese Inselgebiete. Dies ist noch jetzt besonders da, wo das Kabel fehlt, von großer Wichtigkeit; was aber die Entfernung einer Kolonie vom Mutterlande noch vor 100 Jahren bedeutete, lehrt folgende Begebenheit der englischen Kolonialgeschichte. Am 26. Januar 1808 brach in der Sträflingskolonie Neusüdwales eine Revolte gegen den wegen seiner Strenge verhaßten Gouverneur Bligh aus. Es gelang, ihn abzusetzen und auf einem, im Hafen von Sidney liegenden Schiff gefangen zu halten. Fast zwei Jahre konnten die Empörer unbeschränkt ihre Herrschaft behaupten und erst am 31. Dezember 1809 landete der neue Gouverneur Macquarie, um mit einem Regiment Soldaten die Ordnung wieder herzustellen.

Es sei noch bemerkt, daß die Zahl unserer Grenznachbarn sich durch die kolonialen Erwerbungen von 8 auf 14 vermehrt hat. Rechnet man dazu eine Vervielfachung der Grenzlinien und die Schutzlosigkeit der kolonialen Küsten, so erhellt, daß Kolonialpolitik mit Naturnotwendigkeit erhöhte Rüstung zu Land und See erfordert.

Ich schließe diesen Abschnitt der natürlichen Verhältnisse unserer Kolonien mit einem Blick auf den gegenwärtigen Stand unserer kolonialen Kartographie. Mit Spezialkarten ist von den afrikanischen Kolonien Togo am besten versehen, denn eine Zweiblattkarte 1: 500 000 und eine Zehnblattkarte 1: 200 000 sind eben fertig geworden. Kamerun mit seinen ungleich schwierigeren Verhältnissen ist noch nicht völlig aufgenommen. Es gibt zwei Nordostblätter 1: 1000 000, sowie gute Karten des Küsten- und Südgebietes in größeren Maßstäben. Südwestafrika hatte bisher nur unzureichendes Kartenmaterial und gerade die Kriegskarte 1: 800 000 genügte

durchaus nicht. Immerhin ist jetzt eine gute Übersichtskarte 1: 2000 000 von Paul Sprigade und Max Moisel herausgekommen. Die große Karte von Deutsch-Ostafrika 1: 300 000 ist bald fertig und außerdem gibt es in diesem Schutzgebiet eine Zahl guter Einzelaufnahmen in großen Maßstäben. In der Südsee sind nur kleinere Inseln, wie Ponape, Yap usw. ganz aufgenommen. Im Neuguineagebiet hat man sich bisher auf Einzelkarten der Küsten beschränken müssen. Bei weitem am höchsten ist die Landeskunde in Kiautschou entwickelt. Die preußische Landesaufnahme hat nicht nur Tsingtau und Umgebung, sowie den Hafen aufnehmen lassen, sondern auch ganz Schantung und Tschili bearbeitet und eine Karte von Ostchina 1: 1000 000 herausgegeben.

Erwerb und Behauptung unserer Kolonien.

Wir unterscheiden zwei Kolonial-Erwerbsperioden, die von 1884/85 und die von 1897/99. Es wurden erworben: 1884 Südwestafrika, Ostafrika, Kamerun, Togo, Neuguinea mit Bismarck-Archipel. 1885 die Marschallinseln, 1897 Kiautschou und 1899 Karolinen-, Marianen-, Palau-Inseln und Samoa.

Die Geburtsstunde unserer Kolonialpolitik brachte der 24. April 1884, an welchem Tage Fürst Bismarck durch den Generalkonsul in Kapstadt erklären ließ, daß die Erwerbungen des Kaufmanns Lüderitz in Südwestafrika unter dem Schutze des Reiches ständen. Wie Südwestafrika verdanken wir die Mehrzahl unserer Kolonien kühnem kaufmännischem Unternehmungsgeist. Auf Neuguinea und dem Bismarck-Archipel ließ die Neuguinea-Kompagnie durch die Reisenden Finsch und Dallmann die deutsche Flagge hissen. Die 1887 zur Jaluitgesellschaft vereinigten kaufmännischen Betriebe führten zur Besitzergreifung der Marschallinseln, sowie später zum Kauf der anderen mikronesischen Inselgruppen. Samoa wurde nach der Bedeutung ihrer Handelsunternehmungen unter die beteiligten Länder England, Deutschland und Vereinigte Staaten geteilt. In Kamerun waren es die Firmen Jantzen und Thormählen, die Hoheitsrechte erwarben und an das Deutsche Reich abtraten. Karl Peters gründete 1884 die Gesellschaft für deutsche Kolonisation; erwarb noch in demselben Jahre eine Anzahl Ostafrikanischer Landschaften und entwickelte, seit 1885 mit einem kaiserlichen Schutzbrief versehen, als Präsident der neugebildeten deutschostafrikanischen Gesellschaft auch fernerhin eine erfolgreiche Tätigkeit, die zur Gründung des heutigen Ostafrika führte. Mit Waffengewalt zur Sühne der Ermordung zweier deutscher Missionare erfolgte die Besetzung der Kiautschoubucht, indem Admiral von Diederichs am 14. November 1897 in Tsingtau landete und die chinesische Besatzung zum Abzug nötigte.

Während sich so die Erwerbung unserer Kolonien im allgemeinen friedlich vollzog, hat ihre Behauptung zum Teil schwere Opfer an Gut und Blut erfordert. Den kannibalischen Eingeborenen Neuguineas sind der Gouverneur von Hagen, Otto Ehlers und viele andere Reisende, zuletzt Dammköhler, zum Opfer gefallen. Die kriegerischen Neigungen der Bewohner der Karolinen-, Marianen- und Palau-Inseln haben lange Jahre hindurch immer wieder Strafexpeditionen nötig gemacht. Vor der Besetzung Samoas mußte vielfach von den beteiligten Mächten in die inneren Streitigkeiten der Eingeborenen, die mit ihrem sogenannten Königtum zusammenhingen, eingegriffen werden. Bei einer solchen Gelegenheit gingen, wie schon erwähnt, die Kriegsschiffe „Adler" und „Eber" durch einen Orkan zugrunde. Auch seit der Besitznahme haben die Samoaner ständigen Hang zu politischem Unfug bewiesen, doch gelang es Gouverneur Solf jedesmal, die aufgeregten Gemüter zu beschwichtigen.

Von unseren afrikanischen Kolonien zeigt nur Togo das Bild einer friedlichen Entwicklung. In Kamerun brach schon bald nach der Besetzung der erste Aufstand aus. Seither ist dieses Schutzgebiet nie ganz zur Ruhe gekommen. Es hat sich hier zwar nicht um Erhebungen größeren Stils gehandelt, doch waren immer wieder Strafexpeditionen nötig, die einer großen Anzahl deutscher Offiziere (Gravenreuth, Thierry usw.) das Leben gekostet haben. Dem Klima fiel der verdiente Forscher und erste Reichskommissar Gustav Nachtigall 1885 zum Opfer.

Von größerem Umfange waren die Kämpfe um Ostafrika. Nachdem die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft in mehreren Verträgen, besonders mit dem Sultan von Sansibar, weite Küstengebiete erworben hatte, brach im Herbst 1888 ein Aufstand der Araber und der von ihnen abhängigen Neger aus, dem sich auch die Soldaten des Sultans größtenteils anschlossen. Sämtliche Stationen gingen verloren, nur Bagamoyo und Daressalam konnten mit Unterstützung deutscher Kriegsschiffe, die in Gemeinschaft mit einer englischen Flotte die Küste blockierten, gehalten werden. Auf das Hilfegesuch der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft griff das Reich ein und beauftragte den Afrikaforscher Hermann Wißmann, der soeben von seiner zweiten Afrikadurchquerung zurückgekommen war, mit der Niederwerfung des Aufstandes. Dieser bildete sich aus in Kairo angeworbenen Sudanesen und Soldaten der ostafrikanischen Küstengebiete eine unter deutsche Offiziere gestellte farbige Truppe, die sogenannte Wißmanntruppe, und griff sofort energisch ein. Am 8. Mai 1889 wurde das Lager des feindlichen Hauptführers Buschiri bei Bagamoyo erstürmt, im Laufe der nächsten Wochen das ganze Küstengebiet vom Feinde gesäubert, Tanga und Pangani erobert und ebenso das von Buschiri zerstörte Mpapua. Buschiri, der inzwischen neue Verbündete gefunden hatte, rückte noch einmal von Südwesten gegen Bagamoyo vor, erlitt aber von Freiherrn von Gravenreuth eine empfindliche Niederlage. Schließlich gelang es, den flüchtig gewordenen Führer bei Pangani gefangen zu nehmen, wo er am 14. Dezember 1889 gehenkt wurde. Als auch der demnächst mächtigste Empörer Bana Heri sich im April 1890 ergab, konnten alle Kräfte auf den letzten Aufstandsherd im Südosten vereinigt und hier mit einem durchschlagenden Erfolge der Krieg beendigt werden. Nun erst wurden die Grenzen Ostafrikas in seiner heutigen Gestalt durch ein Abkommen mit England am 1. Juli 1890 festgelegt und am 1. Januar 1891 übernahm das Deutsche Reich nach Vertrag mit der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft die Verwaltung des Schutzgebietes.

Die ersten Jahre nach dieser Neugestaltung der Dinge wurden noch durch Unruhen gestört, die uns leider empfindliche Verluste brachten. So geriet am 17. August 1891 von Zelewsky in einen Hinterhalt der räuberischen Wahehe und fand mit dem größten Teil seiner 350 Mann starken Abteilung den Tod. Am 10. Juni 1892 fielen 2 Offiziere und 20 Mann bei einer Expedition gegen den Häuptling von Moschi. Nach Bestrafung der Empörer konnte sich Ostafrika über ein Jahrzehnt einer im ganzen friedlichen Entwicklung erfreuen. Im Jahre 1904 brach in den südlichen und südwestlichen Gebieten von neuem ein großer Aufstand aus, der hauptsächlich von den Zauberern, die durch Mission und Regierung ihres Einflusses beraubt zu werden fürchteten, geschürt wurde. Dem schnellen Eingreifen der Schutztruppe unter Major Johannes war es zu danken, daß die Erhebung nicht auf die anderen Teile des Landes übergriff. Das Reich sandte gleich genügende Verstärkung und nach langwierigen, meist erfolgreichen Kämpfen, an denen sich in den Küstengebieten auch Marinetruppen beteiligten, wurde der Aufstand im Laufe des Jahres 1905 niedergeworfen. Seitdem herrscht Ruhe.

Bei weitem das größte Interesse haben ständig in der Heimat die kriegerischen Ereignisse in Südwestafrika erweckt. Dies hat seinen Grund, abgesehen von der größeren Schwierigkeit der Unternehmungen, darin, daß die südwestafrikanische Schutztruppe immer eine weiße Truppe war und durch Verlust oder Auszeichnung jedes einzelnen Mannes eine deutsche Familie unmittelbar berührt wurde.

In den ersten Jahren des Bestehens der Kolonie unter der Herrschaft der deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika ist es zu Kämpfen nicht gekommen. Der Gesellschaft standen keine Machtmittel zu Gebote und sie enthielt sich deshalb jedes Einschreitens sowohl gegen die Hottentotten wie die gleich übermütigen Hereros. Auch als infolge der Übergriffe der Eingeborenen Hauptmann von François mit 50 Mann nach dem Schutzgebiet entsandt war, geschah nichts, denn diese Truppe hatte den Befehl erhalten, eine abwartende Haltung einzunehmen. Als aber im Jahre 1892 die Räubereien Hendrik Witboy's, der mittlerweile durch Zuwachs mehrerer unterworfener Hottentottenstämme immer mächtiger geworden, unerträglich wurden, griff François mit seiner in-

zwischen verstärkten Truppe ein, überfiel Witboy in seiner Feste Hornkrans und erstürmte sie am 12. April 1893. Da aber der Kapitän selbst mit einem Teil seiner Leute entkam, begann jetzt der eigentliche Feldzug und erst François Nachfolger, Major Leutwein gelang es, Hendrik in der Naukluft einzuschließen und am 9. September 1894 zur Niederlegung der Waffen zu zwingen. Während sich das Namaland nach Witboy's Besiegung vorläufig friedlich verhielt, brach Anfang 1896 unter den Kaua-Hottentotten und Ost-Hereros ein Aufstand aus, der trotz des Sieges der Kompagnie Estorff bei Gobabis das Eingreifen der ganzen Schutztruppe nötig machte. Es gelang dem damaligen Landeshauptmann Leutwein, den Oberhäuptling der Hereros, Samuel Maharero, auf seiten der Deutschen zu halten, zur Gefolgschaft zu bestimmen und außerdem noch Hottentotten-Hilfstruppen unter Hendrik Witboy und Simon Kopper mit der Truppe zu vereinigen. So gestaltete sich der Zug gegen die Aufständischen, als eine Kundgebung der Einigkeit zwischen dem Landeshauptmann und den Hauptführern der Eingeborenen. Der Erfolg war ein durchschlagender. Die feindliche Hauptstellung wurde erstürmt, die Aufständischen zur Ergebung gezwungen, ihre Führer kriegsgerichtlich erschossen.

Wie hier, so hat der Gouverneur Leutwein lange Zeit auch in den späteren kleineren Erhebungen den Grundsatz „teile und herrsche" mit Erfolg angewandt und er mußte ihn auch anwenden, denn Reichsregierung, wie Volksvertretung, darauf bedacht, in kolonialen Dingen bei jeder Gelegenheit zu sparen, hätten nie in eine Erhöhung der auf zirka 750 Mann festgesetzten Schutztruppe gewilligt. Gerade erwog man in der Heimat die Frage, ob die Truppe nicht in eine Polizeitruppe umgewandelt werden könnte, als jener große Aufstand losbrach, der die Kolonie in ihren Grundfesten erschüttern sollte.

Die zunehmende Besiedelung hatte vor allem dem viehbesitzenden Hererovolk klar gemacht, daß es langsam aber sicher von den Weißen aus dem angestammten Grund und Boden verdrängt und besitzlos gemacht würde. Als nun Ende 1903 Unruhen unter den Bondelzwart-Hottentotten den Gouverneur nötigten, mit einem großen Teil der Truppe nach Süden zu rücken, bereiteten die Schwarzen eine planmäßige allgemeine Erhebung vor. In der Nacht vom 12. zum 13. Januar 1904 wurden alle im Hererolande gelegenen Farmen und Stationen überfallen und fast 200 Menschen niedergemacht. Nur die großen Plätze konnten sich halten. Die Ereignisse vollzogen sich zunächst verhältnismäßig schnell. Oberst Leutwein entsandte den bereits nach Süden marschierenden Hauptmann Franke gegen die Hereros. Dieser erreichte in Eilmärschen Windhuk, entsetzte unter mehrfachen Gefechten am 27. Januar 1904 Okahandja, am 2. Februar Karibib und am 4. Februar Omaruru, letzteres nach einem blutigen Kampfe, der allgemein als die glänzendste Waffentat des Hererokrieges bezeichnet wird. Inzwischen war als erste Verstärkung ein Marineexpeditionskorps gelandet und Oberst Leutwein, der am 27. Januar mit den Bondelzwarts den günstigen Frieden von Kalkfontein abgeschlossen hatte, traf am 12. Februar in Karibib ein. Die neugebildete Westabteilung unter Major von Estorff wurde von Omaruru aus nach dem Waterberg, die Ostabteilung unter Major von Glasenapp von Gobabis aus eben dahin angesetzt. Letzterer hatte bei schneidigstem Vorgehen mehrere verlustreiche Gefechte — bei Ovikokorero fielen allein 7 Offiziere und 19 Mann — und kam vor die Onjatiberge, wo sich wider Erwarten die Hauptmacht des Feindes zusammengezogen hatte. Die bei Otihinamaparero erfolgreiche Westabteilung wurde daraufhin zu der inzwischen von Leutwein gebildeten Hauptabteilung nach Okahandja herangezogen. Leutwein schlug die Hereros bei Onganjira und focht unentschieden gegen die vereinigten Stämme bei Oviumbo. Es zeigte sich, daß noch weitere Verstärkungen erforderlich waren, die alsbald unter dem neuen Oberbefehlshaber Generalleutnant von Trotha herausgesandt wurden. Dieser umstellte, allmählich vorrückend, die neue Hauptstellung des Gegners am Waterberg und schritt am 11. August 1904 zum Angriff. Es gelang den Hereros unter schweren Verlusten, besonders an Vieh, den Einschließungsring zu durchbrechen. Trotha ließ aber energisch verfolgen und die ganze Rückzugslinie absperren. Hierdurch in die wasserlosen Einöden des Sandfeldes getrieben, büßten die Schwarzen ihre ganze Widerstandskraft

ein und gingen zu Tausenden zu Grunde. Während so ein furchtbares Strafgericht das Hererovolk ereilte, bereiteten sich im Süden neue Ereignisse vor.

Schon im Sommer 1904 war der an früheren Unruhen beteiligte Herero-Bastard Morenga aus dem englischen Gebiet, wohin er geflüchtet war, zurückgekehrt und hatte östlich der großen Karrasberge eine erfolgreiche Tätigkeit als Räuber begonnen. Allmählich vermehrte sich seine Schar und als es ihm im August gelang, eine deutsche Patrouille abzuschießen und eine stärkere Abteilung unter Leutnant von Stempel, der selbst dabei fiel, zurückzuschlagen, wuchs sein Ansehen immer mehr. Schon machten sich im Namagebiet weitere schlimme Anzeichen bemerkbar. Ob die Hottentotten selbst zur Überzeugung kamen, daß nach den Hereros die Entwaffnung an sie käme, oder ob unvorsichtige Bemerkungen von Farmern und Zeitungsartikeln sie zu dieser Meinung brachten, genug, es war ausreichend Zündstoff vorhanden, um die Gewehre, wie Oberst Leutwein sagte, bei der geringsten Ungeschicklichkeit von selbst losgehen zu lassen. Dazu kam, daß um jene Zeit, bei Hendrik Witboy ein die äthiopische Bewegung predigender Prophet, namens Stürmann, erschien, der auf den religiösen Wahnideen zugänglichen alten Kapitän großen Einfluß gewann. In dem festen Glauben, daß nun die Stunde gekommen sei, das alte Hottentottenreich wieder aufzurichten, gab Hendrik Witboy am 4. Oktober 1904 durch Ermordung seines Bezirkshauptmanns von Burgsdorff das Zeichen zur Empörung. Die Krieg und Raub statt ordentlicher Arbeit vorziehenden Hottentottenstämme schlossen sich ihm an und bald war das ganze Namaland in Aufruhr.

Auch jetzt wieder dasselbe Bild der gleichzeitigen Ermordung deutscher Farmer und der Überfälle kleinerer Stationen; doch waren die Deutschen diesmal besser vorbereitet. Während sich die bereits verstärkte Truppe des Südbezirks unter Major von Lengerke und Hauptmann von Koppy erfolgreich gegen Morenga hielt, entsandte General von Trotha den Oberst Deimling mit allen verfügbaren Kräften gegen Witboy. Nach wechselnden Kämpfen erlitt Hendrik die empfindliche Niederlage bei Naris, 4. Dezember, und zog sich in das Auobtal zurück. Am 15. Dezember gelang es Lengerke, den Stamm der Feldschuhträger bei Koes aufzureiben und Deimling beschloß nunmehr, diese Abteilung an sich heranzuziehen und konzentrisch gegen Witboy vorzugehen. Dieser hatte sich inzwischen beträchtlich verstärkt und warf sich, die Simon-Kopper Leute gegen Deimling stehen lassend, der schwächsten der anrückenden Abteilungen unter Major Meister entgegen. Zwischen beiden entspann sich der denkwürdige Kampf um Groß-Nabas. Fast 54 Stunden, vom 2. bis 4. Januar 1905, hielten die Deutschen dem sie von drei Seiten umschließenden und vom Wasser abhaltenden überlegenen Feinde stand. Schon hatte Witboy, der die Niederlage der Deutschen für sicher hielt, jenen auch den Rückzug abgeschnitten, als Meister sich mit seiner völlig erschöpften und halbverdursteten Truppe zu einem verzweifelten Sturm entschloß. Die in wahnsinniger Wut anlaufenden Krieger durchbrachen das feindliche Zentrum und gewannen den Sieg mit einem Verlust von 9 Offizieren und 63 Mann an Toten und Verwundeten. Ein Drittel der Gefechtsstärke war auf deutscher Seite in diesem Kampfe geblieben, dem schwersten, den unsere Kolonialgeschichte kennt. Am 10. Januar vereinigte sich Deimling, nachdem er die Simon Kopper-Leute wiederholt geschlagen hatte, mit dem erschöpft nach Stamprietfontein zurückgegangenen Meister. Hendrik Witboy verschwand mit seinem ganzen Anhang in der Kalahari und schien bis auf weiteres ausgeschaltet.

Nun galt es, Morenga unschädlich zu machen. Auch diese Aufgabe wollte Oberst Deimling durch konzentrisches Vorgehen gegen dessen Hauptsitz, die großen Karrasberge, lösen. Da die Abteilungen, wie bei der vorherigen, ja, wie bei fast allen derartigen Operationen in Südwestafrika nicht gleichzeitig eintrafen, gelang es Morenga zunächst, der schwächsten einen empfindlichen Schlag zu versetzen. Als er sich aber auf die des Hauptmann Koppy stürzen wollte, geriet er, infolge sehr schlechten Verhaltens des von ihm gegen die Hauptabteilung des Majors von Kamptz entsandten Unterführers, zwischen die Abteilungen Koppy und Kamptz und wurde bei Narudas mit

großen Verlusten an Menschen und Vieh geschlagen. Immerhin war es ihm möglich, aus den Karasbergen zu entkommen.

Inzwischen war aber in der Person des bisher wenig beachteten Bethanierhäuptlings Cornelius ein neuer Gegner aufgetaucht. Zwar konnten ihm verschiedene Abteilungen unter Leitung des Majors Täubler Niederlagen beibringen, doch entzog er sich immer wieder der Vernichtung und konnte auf seinen Rückzügen mehrfach deutsche Patrouillen abschießen. Friedensverhandlungen, die mit ihm angeknüpft wurden, hatten das traurige Ergebnis, daß der tapfere Unterhändler, Leutnant von Trotha, im Lager des Cornelius am 14. Juni 1905 erschossen wurde. Da auch entsprechende Verhandlungen mit Morenga erfolglos verliefen, so zog sich der Kampf immer mehr in die Länge. Endlich gegen Ende des Jahres schienen sich die Kriegswolken zu zerteilen, denn Hendrik Witboy, der wieder aus seinem Schlupfwinkel hervorgekommen war und, die Etappenlinie Windhuk-Keetmannshoop unsicher machend, eine Reihe glücklicher Überfälle ausgeführt hatte, war bei einem derselben, bei Fahlgras am 29. Oktober 1905, gefallen. Sein Tod hatte nach und nach die Waffenstreckung aller Witboy-Abteilungen zur Folge, aber die Hoffnung, daß die anderen noch im Felde stehenden Stämme, sich dem anschließen würden, erwies sich als trügerisch.

Erst das Jahr 1906 brachte das Ende des Krieges. Zunächst erfüllte sich das Geschick des Cornelius. Dieser beweglichste aller Gegner war den Nachstellungen des Hauptmanns von Koppy und der Majore Gräser und Träger entgangen; endlich gelang es Hauptmann Volkmann, ihn mit seinem Anhang, am 2. März 1906, gefangen zu nehmen.

Morenga, der schon im Sommer 1905 wieder losgeschlagen und dessen Anhang unter wechselnden Kämpfen durch Hauptmann von Erckert die zweifache schwere Niederlage bei Narus erlitten hatte, vereinigte sich im Herbst 1905 mit dem ganzen Stamm der Bondelzwarts unter Johannes Christian, und konnte den Deutschen noch einmal, am 24. Oktober 1905, bei Hartebeestmund am Oranje erhebliche Verluste beibringen. Nun aber begann sein Stern zu sinken. Johannes Christian, durch die Angriffe des Majors von Estorff aus der unzugänglichen Oranjegegend herausgetrieben, trennte sich von ihm und nötigte ihn dadurch, sich mit seiner sehr geschwächten Abteilung ins östliche Grenzgebiet zu ziehen. Dort ereilte ihn Hauptmann Bech, am 4. Mai 1906, rieb in einem Überfall seine Leute auf und trieb ihn mit dem letzten Rest seiner Anhänger ins englische Gebiet. Hier wurde er von der Kappolizei gefangen genommen und entwaffnet. Selbst nach Ausscheiden dieses Führers hielten die Bondels noch ein halbes Jahr den deutschen Truppen stand, bis auch sie allerdings unter der Bedingung, in ihren Reservaten verbleiben zu dürfen, die Waffen niederlegten. Der Friede von Ukamas, am 23. Dezember 1906, beendete den Krieg.

Wie die aufgewühlte See sich nach Aufhören des Sturms nur langsam beruhigt, so konnte auch die aufgeregte Menschheit Südwestafrikas nach Beendigung des Krieges erst allmählich ihren Frieden finden. Zunächst war es Morenga, der noch einmal bedrohlich an der Grenze erschien, nachdem es ihm gelungen war, sich der Aufsicht der Kapbehörden zu entziehen. Diesmal war aber der Schrecken von kurzer Dauer. Von deutscher Seite wurden sofort starke Truppenmengen an der Ostgrenze vereinigt und die Kapbehörden, wohl fühlend, daß sie ein gewisses Verschulden traf, sandten eine starke Polizeitruppe unter Major Elliot hinter dem Flüchtling her. Als die bei Morenga befindlichen Bondels dieses deutsch-englische Zusammenwirken erkannten, verließen sie ihn, um in die Bedingungen des Friedens von Ukamas aufgenommen zu werden. Morenga, dessen Anhang nur noch aus 10 Leuten bestand, wurde bei dem Versuch, zu Simon Kopper zu entkommen, von der heftig nachdrängenden Kappolizei ereilt und fiel mit der Mehrzahl seiner Begleiter im Kampfe. So fanden die beiden bedeutendsten feindlichen Führer Hendrik Witboy und Morenga einen schönen Soldatentot.

Anders der letzte noch übrige Hottentottenführer Simon Kopper. Seit 1907 war er endgültig in die Kalahari zurückgegangen und ließ nur durch Überfälle und Viehdiebstähle seiner Streifbanden etwas von sich hören. Dies wurde aber allmählich so

lästig, daß die Ausrüstung eines besonderen Unternehmens unter der bewährten Führung des Hauptmanns von Erckert gegen ihn nötig wurde. Erckert nutzte in achtmonatlicher Vorbereitung alle bisherigen Erfahrungen zu diesem technisch ungemein schwierigen Zuge aus. Kabel, Heliographen, Signaltürme, fanden Verwendung. Wo es möglich war, grub man Sammelbecken oder stellte Wassertanks auf. Das ganze Expeditionskorps wurde auf Kamelen beritten gemacht und in der Behandlung dieser Tiere sorgsam eingeübt. Dementsprechend war auch der Erfolg des Vormarsches gegen den nach häufigen Erkundigungen festgestellten Feind. Seine Werft wurde in der Frühe des 17. März 1908 umfassend angegriffen, erstürmt und über die Hälfte der waffenfähigen Hottentotten getötet. Der Rest stob auseinander. Unter den Gefallenen auf deutscher Seite befand sich leider auch der ruhmbedeckte Führer Hauptmann von Erckert.

Ich habe den großen südwestafrikanischen Feldzug einer eingehenderen Beschreibung unterzogen, weil er in vielfacher Hinsicht von Bedeutung ist. In erster Linie ist der Krieg, der zeitweise 14 000 Soldaten auf südwestafrikanischem Boden vereinigte, für einen erheblichen Teil der deutschen Armee eine so ernste Schule gewesen, wie sie selbst die Einigungskriege 1866 und 1870/71 nicht geboten haben. 200 Offiziere und 2500 Mann haben da drüben geblutet und fast jeder, der glücklich heimgekehrt ist, trägt mit sich die Erinnerung an Strapazen, die das Äußerste an Willenskraft und Opfermut erforderten. Viel stilles Heldentum hat nur die endlose Wüste zum Zeugen gehabt, aber die Beispiele, die aufgezeichnet werden konnten, genügen, um in uns den Glauben an den kriegerischen Wert unseres Volkes neu zu befestigen. Das tut wohl, in einer Zeit, wo Phantasten nach ewigem Frieden rufen, während andererseits der wirtschaftliche Kampf der Nationen, der schlimmste aller Kriege, bis zur gegenseitigen Erdrosselung geführt wird.

Die schweren Opfer an Gut und Blut haben auch diejenigen Kreise in der Heimat verstummen gemacht, die bisher ohne die geringste Vorarbeit geglaubt hatten, aus dem Handgelenk und möglichst abfällig natürlich, koloniale Kritik üben zu können. Die kleinliche Groschenpolitik mit dem Ceterum censeo: „Die Kolonien sind nichts wert", war gegenstandslos geworden, denn einem Volke, das in wenigen Jahren 500 Millionen aus nationalem Ehrgefühl für die Behauptung einer Kolonie opfern mußte, ist der Weg einer großzügigen Kolonialpolitik vorgeschrieben. So hat endlich der Krieg das gebracht, um was die besten Köpfe in Wort und Schrift bisher umsonst gerungen, nämlich die Grundlage für die Möglichkeit eines wirklichen wirtschaftlichen Aufschwungs durch die allein vom Staat zu leistende Schaffung ausreichender Verkehrsmittel.

Die wirtschaftliche Entwicklung.

Die drei Faktoren wirtschaftlicher Entwicklung: Verkehr, Erzeugung und Handel sind innig miteinander verbunden. Es kann nur da in großem Maßstabe erzeugt werden, wo ausreichende Absatzmöglichkeit vorhanden ist und diese Möglichkeit richtet sich ganz und gar nach den Verkehrsmitteln. Die Verkehrsmittel müssen andererseits so verwendet werden, daß sie nur produktionsfähige Gegenden erschließen, da sie sonst ein totes Kapital bilden. Der Handel seinerseits vermittelt Absatz und Zufuhr unter Benutzung der vorhandenen Erzeugungs- und Verkehrsmöglichkeit. Verkehrsmittelschaffend wirkt er zwar im überseeischen Verkehr auf die Schiffahrt ein, denn man kann in der Entwicklung der Schiffahrtslinien wohl ein starkes Anlehnen an die Bedürfnisse des Handels erkennen, doch vermag er, selbst mit der Erzeugung vereinigt, nur selten die Aufgabe zu lösen, mit Straßen und Eisenbahnen unentwickelte Länder zu erschließen. Darum kann man in der Entwicklung unserer Kolonien genau verfolgen, wie die kleineren Gebiete, besonders Inseln, bei denen die Schaffung innerer Verkehrsmittel als Bindeglied zwischen Produktion und Handel sich erübrigte, schneller aufblühten, als das großen Gebieten möglich war. Hier mußte die starke Macht des Staates, sei es als Selbstunternehmer, Auftraggeber oder finanzieller Rückhalt, eingreifen.

Schon vorher habe ich erwähnt, daß der Staat diese Aufgabe nur zögernd und un-

zureichend übernahm, bis große Ereignisse ihn zu großen Leistungen führten. Immerhin erkannte man bald, daß der Bau und die Verbesserung von Straßen ins Innere der großen Kolonien nicht ausreichte. Die ersten Bahnprojekte entstanden im Jahre 1891 für Ostafrika und richteten sich auf den Bau der Usambarabahn und der Zentralbahn. Erstere wurde einer Eisenbahngesellschaft konzessioniert, doch geriet diese beim Bau in immer tiefere finanzielle Schwierigkeiten, bis das Reich die Bahn übernehmen mußte. Sie war 1905 endlich in einer Strecke von 129 km fertiggestellt. Die Zentralbahn wurde überhaupt erst 1904 unter Garantie des Reiches als Stichbahn in Angriff genommen und vorläufig bis Morogoro fertiggestellt. Früher, als die genannten, kam die 1897 geplante Bahn Swakopmund — Windhuk zur Ausführung, da die Lahmlegung des Ochsenwagenverkehrs infolge der Rinderpest eine sofortige Inangriffnahme nötig machte. Sie ist vom Reich hergestellt und wurde im Jahre 1902 eröffnet. Gerade bei dieser Bahn zeigte sich die Unwirtschaftlichkeit einer kleinlichen Verkehrspolitik im höchsten Maße. Das viel zu leichte Material verursachte so viel Reparaturen, daß deren Kosten bereits die Höhe des eigentlichen Baupreises (15 Millionen) überschritten haben und die für eine Hauptlinie zu kleine Spurweite von 600 mm macht jetzt einen völligen Umbau des noch brauchbaren Teiles Karibib-Windhuk in Kapspur (1,067 m) nötig. Um 1900 herum war man sich eben noch nicht über die Hauptgesichtspunkte des afrikanischen Eisenbahnbaues klar. Man stritt über Spurweiten und die Frage, ob Stich- oder Durchgangsbahnen zu bauen seien, zu einer Zeit, als Engländer und Franzosen in jahrzehntelanger Erfahrung bereits die Frage dahin gelöst hatten, daß Hauptlinien als Durchgangsbahnen mit etwa 1 m Spur und davon ab, oder für kleinere Zwecke Stichbahnen mit zirka 60 cm Spur für Afrika das geeignete sind.

Die 1903 begonnene und Ende 1906 eröffnete Otavibahn zur Ausbeutung der Kupferminen, des Otavikalkgebietes, ist ein Produkt rein privaten Unternehmergeistes und ein Beweis für die Bedeutung reicher Bodenschätze für die Verkehrsentwicklung.

Im Laufe des südwestafrikanischen Krieges kam die Verkehrspolitik in Schwung. Von militärischer Seite wurde der Bau der Bahn Lüderitzbucht—Keetmannshoop in Kapspur durchgesetzt. Ihr folgte die Anschlußbahn Seeheim—Kalkfontein, die Übernahme der Otavibahn durch das Reich, Bewilligung des Umbaues der Strecke Swakopmund—Windhuk in Kapspur, sowie des Baues der Bahn Windhuk—Keetmannshoop. Somit war der Gedanke des Ausbaues großer Bahnensysteme für die Kolonien in Südwest zum Siege gelangt. Dies wirkte natürlich auch auf die anderen Kolonien zurück.

Tabelle 2. Stand des Eisenbahnbaues in unseren Kolonien.

		Anfang 1909 Feldspur km	Kapspur km	Meterspur km	Summa	Ende 1909 Feldspur km	Kapspur km	Meterspur km	Summa
Im Betriebe:	Kamerun	—	—	—	—	—	—	108	108
	Togo	—	—	164	164	—	—	196	196
	Südwestafrika	1053	433	—	1486	1053	546	—	1599
	Ostafrika	—	—	338	338	—	—	464	464
	Summa	1053	433	502	1988	1053	546	768	2367
Im Bau:	Kamerun	—	—	520	520	—	—	412	412
	Togo	—	—	175	175	—	—	143	143
	Südwestafrika	—	113	—	113	—	—	—	—
	Ostafrika	—	—	744	744	—	—	791	791
	Summa	—	113	1439	1552	—	—	1346	1346

In Ostafrika wird die Usambarabahn zunächst bis zum Kilimandscharo und später bis zum Viktoriasee verlängert. Die Zentralbahn wird bis zum Tanganjika durchgeführt, und auch der Nyassa soll mit der Küste verbunden werden. Man denkt bereits an die Verbindung der drei großen Seen untereinander und die Binnenschiffahrt auf diesen, die sich bisher auf das Halten je eines Dampfers beschränkte, wird energisch weiter ent-

wickelt um den großen Verkehrsring dereinst zu schließen. In Kamerun hat das Reich, nach Erlaß des Garantiegesetzes vom 4. Mai 1906, eine teilweise Zinsgarantie der in diesem Jahre in Angriff genommenen Manengubabahn übernommen und mit deren Weiterführung bis zum Tschad ist bestimmt zu rechnen. Außerdem sind in dieser Kolonie eine sogen. Mittelland- und eine Südbahn geplant, die mit den im Mittellauf schiffbaren Flüssen vereinigt werden sollen. In Togo, für das vor dem südwestafrikanischen Kriege nur die Küstenbahn Lome—Anecho bewilligt worden war, sind jetzt außerdem zwei Inlandsbahnen teils fertig, teils im Bau. Die im Bau befindliche, über Atakpame führende, soll die Kolonie in ihrer ganzen Tiefenausdehnung durchschneiden. Der Stand und die jüngste Entwicklung aller dieser Pläne ist aus Tabelle 2 zu ersehen. Unberücksichtigt muß die von Tsingtau ausgehende Schantungbahn bleiben, da diese nicht

Tabelle 3. **Wirtschaftsstatistik.**

Bezugsgebiet	Betriebsjahr vom 1. April bis 31. März, Wert in 1000 Mark					
	1903	1904	1905	1906	1907	1908
Kautschuk: Ostafrika	1994	2237	2257	2386	2039	1113
Kautschuk: Kamerun	2247	3625	4071	4677	7641	4780
Kautschuk: Togo	640	713	1002	1161	1095	587
Kautschuk: Südsee	—	—	—	4	16	42
Zusammen	4881	6575	7330	8228	10791	6522
Baumwolle: Ostafrika	7	124	196	179	225	209
Baumwolle: Kamerun	—	—	—	—	—	—
Baumwolle: Togo	37	50	89	165	231	366
Zusammen	40	174	285	344	456	575
Mais: Togo	99	39	567	433	1199	2031
Sisal: Ostafrika	324	699	1071	1368	2162	2949
Kakao: Ostafrika	—	—	—	—	7	—
Kakao: Kamerun	928	1044	1281	1167	2704	2654
Kakao: Togo	1	9	10	22	51	69
Kakao: Samoa	6	22	30	101	117	246
Zusammen	935	1075	1321	1290	2879	2969
Palmkerne u. Palmöl: Kamerun	3293	2148	2459	2958	4183	3192
Palmkerne u. Palmöl: Togo	1283	1359	757	862	1399	1454
Zusammen	4565	3507	3216	3820	5582	4646
Kaffee: Ostafrika	526	526	464	531	540	801
Kaffee: Neuguinea	—	—	—	—	6	12
Zusammen	526	526	464	531	546	813
Kopra: Ostafrika	—	—	916	1087	1345	806
Kopra: Togo	—	—	3	8	11	19
Kopra: Bismarck-Archipel, Kaiser-Wilhelm-Land	—	—	1234	1419	1808	1550
Kopra: Ost-Karolinen	—	—	91	124	79	86
Kopra: West-Karolinen, Palau, Marianen	—	—	188	145	116	144
Kopra: Marschall-Inseln	—	—	695	570	408	713
Kopra: Samoa	—	—	1979	2891	1560	2356
Zusammen	—	—	5106	6244	5327	5674
Phosphat: Südsee	—	—	—	—	698	3302
Phosphat: Südwest	—	—	—	—	12	8
Zusammen	—	—	—	—	710	3310
Kupfer: Südwestafrika	—	—	—	—	1283	6296
Blei: Südwestafrika	—	—	—	—	—	992
Diamanten: Südwestafrika	—	—	—	—	—	51
Wolle: Südwestafrika	—	—	—	—	—	19
Straußenfedern: Südwestafrika	—	—	—	—	—	63

als Kolonialbahn zu bezeichnen ist. Schließen will ich das verkehrspolitische Bild mit einem kurzen Hinweis auf den Seeschiffahrts- und Telegraphenverkehr.

Vor 25 Jahren besorgte nur die Woermannlinie mit Dampfern von 1500—2000 Tonnen den Verkehr mit Westafrika. Jetzt laufen allein 4 deutsche Linien mit 5—7000 Tonnen Dampfern die westafrikanischen Kolonien an. Den Verkehr mit Ostafrika vermittelt außer den englischen die deutsche Ostafrikalinie; mit Tsingtau die Hamburg-Amerika-Linie, mit Neuguinea der Norddeutsche Lloyd und im Südseegebiet verkehren außerdem noch die Schiffe der Jaluit-Gesellschaft. Dazu kommt besonders in den drei großen afrikanischen Kolonien eine ausgedehnte Küstenschiffahrt. Auf dem Festlande übertreffen die Telegraphenlinien die Eisenbahnen weitaus und im Kabelverkehr, der bisher von England abhängig war, ist zunächst eine selbständige Verbindung von Togo, Kamerun und Südwestafrika mit dem Mutterland geplant. Inzwischen ruhen nicht die Versuche mit der in Deutschland hoch entwickelten drahtlosen Telegraphie. Die größten Reichsweiten hat bisher die Station Nauen der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie erzielt; über hauptsächlich Land 4600 und über fast freie See 5200 km.

Das heutige Zeitalter, auch das neumerkantilistische genannt, steht einigermaßen im Zeichen des gegenseitigen wirtschaftlichen Abschließens der Völker untereinander. Besonders im englischen Riesenreiche vollzieht sich vor unseren Augen dieser Vorgang im Kampf der Freihändler und Imperialisten. In diesem Kampfe wird das Freihändlertum schließlich unterliegen und dann wird Englands Weltreich, dessen einzelne selbständige Glieder sich jetzt schon untereinander Vorzugszölle gewähren, ein wirtschaftspolitisches Ganzes bilden, jederzeit imstande, sich durch eine starke Zollmauer gegen das Eindringen des Auslandes zu schützen und ihm in splendid isolation im Wirtschaftskampfe die Bedingungen zu diktieren. Das ist das kolonialpolitische Ideal der Gegenwart und nur einem Staate erreichbar, der in der Lage ist, in sich selbst alles zum Bestehen notwendige zu erzeugen. Von diesem Gesichtspunkte aus müssen wir unsere koloniale Erzeugung betrachten und in der Tabelle 3 sehen wir, wie weit wirs bisher in der Selbsterzeugung gebracht haben.

Die Tabelle 3 zeigt die Ausfuhrziffern für die wichtigsten kolonialen Ausführungsprodukte, zu denen im Berichtsjahre 1908 (1. April 1908 bis 31. März 1909) zum erstenmal Blei, Diamanten, Wolle und Straußenfedern gerechnet werden konnten. Die teilweise niedrigeren Ergebnisse haben ihren Grund in der durch die amerikanische Krise im Herbst 1907 hervorgerufenen ungünstigen Lage der gesamten Weltwirtschaft. Hauptsächlich sind die im Preise gedrückten und auf den teuren Trägerverkehr angewiesenen Produkte zurückgegangen, besonders Kautschuk, der aus den natürlichen Beständen durch Einsammeln Eingeborener gewonnen wird. Überall hat der Eisenbahnbau produktionssteigend gewirkt und diese Entwicklung steht noch im Anfang. Hinzugerechnet die Besserung der weltwirtschaftlichen Verhältnisse seit 1909, kann man mit fortgesetzter Produktionserhöhung für Gegenwart und Zukunft rechnen.

Die für den südwestafrikanischen Diamantenexport angegebene Zahl entspricht nicht den gegenwärtigen Zuständen, da die Diamanten erst im Mai 1908 bei Lüderitzbucht entdeckt wurden und die Verhältnisse am Ende des Berichtsjahres noch kaum geklärt waren. Die Entwicklung der Diamantenfrage sei kurz geschildert. Von vornherein war es günstig, daß Staatssekretär Dernburg im Sommer 1908 selbst die Lüderitzbuchter Diamantenfelder besichtigen konnte. Als die Funde sich mehrten und die englischen Interessenten anfingen, die einzelnen neugebildeten deutschen Diamanten-Gesellschaften aufzukaufen, schritt der Staat, durch die Verordnung betreffend den Handel mit südwestafrikanischen Diamanten, ein. Das Wesentliche dieser Verordnung lag in der Errichtung einer unter Staatsaufsicht stehenden Diamantenregie, die ein Verwertungsmonopol darstellt, mit der Möglichkeit, den Betrieb zu regeln. Beide Maßnahmen entsprechen dem eigensten Interesse der Produzenten, das bei einem so ausgesprochenen Luxusartikel wie Diamanten auf möglichst hohe Verkaufspreise geht. Der Staat sicherte sich im Dezember 1908 einen Gewichtszoll von 10 Mark pro Karat,

der am 28. Februar 1909 in einen Wertzoll von $33^1/_3$ Proz. umgewandelt wurde. Kleinere Abgaben dazugerechnet, kann die Beteiligung des Staates auf 50 Proz. des Nettogewinnes berechnet werden. Gewiß berechtigt, wenn man bedenkt, daß die Diamanten den Lüderitzbuchtern wie vom Glück in den Schoß geworfen wurden und ihre Gewinnung, da sie sich an der Oberschicht des Dünensandes vorfinden, wenig Mühe und Kosten verursacht. Umsomehr wandte sich in Deutschland die öffentliche Meinung gegen die Vorrechte, welche der deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika, der eigentlichen Besitzerin des in Frage kommenden Gebiets, in verschiedenen Abmachungen zuteil wurde. Dieser Gesellschaft wurde nämlich durch eine Verfügung vom 28. September 1908 das Recht der alleinigen Aufsuchung und Gewinnung von Mineralien für das Land südlich vom 26. Breitengrad bis zum Oranje zugestanden und dieses Gebiet in 100 Kilometer Breite zu ihren Gunsten gesperrt. Durch Vertrag vom 28. Januar 1909 setzte man die Sperrdauer bis zum 1. April 1911 fest und erhob eine 10 prozentige Abgabe auf alle im Sperrgebiet beförderten Diamanten, wovon der Schutzgebietsfiskus zwei Drittel, die Gesellschaft ein Drittel erhielt. Dies und noch andere Bestimmungen, unter denen sogar eine Abgabe des Fiskus an die Gesellschaft war, ließen eine völlige Klarstellung des Verhältnisses zwischen beiden nötig erscheinen. Es wurde ein Vertrag vorbereitet, der gegen Verlängerung der Sperre und Wegfall seiner Verpflichtungen gegen die Gesellschaft eine Gewinnbeteiligung des Fiskus von 20 Proz. bei einem Maximum von 8 Millionen Mark vorsah. Die Lüderitzbuchter Diamanteninteressenten wandten sich aber scharf gegen jede Verlängerung der Sperre zu Gunsten der Kolonialgesellschaft und erboten sich, die Abbaurechte im Sperrgebiet bei einer Gewinnbeteiligung des Fiskus von 80 Proz. und 100 Millionen Höchstbetrag zu übernehmen und da auch der Reichstag zu der Angelegenheit eine der Kolonialgesellschaft ungünstige Haltung einnahm, wurde der erstgenannte Vertragsentwurf durch die Regierung zurückgenommen. Die Gesellschaft stand infolge der vielen Angriffe erst recht auf dem Standpunkt, daß ihr die Bergrechte nicht vom Staat genommen werden könnten. Schließlich einigten sich Kolonialamt und deutsche Kolonialgesellschaft bzw. deren Rechtsnachfolgerin die deutsche Diamantengesellschaft nach längeren Verhandlungen auf einen neuen Vertrag, der dem Fiskus eine Beteiligung am Reingewinn von $31^1/_3$ Proz. brachte nach Ausschüttung von 6 Proz. Vorzugsdividende an die Anteilseigner. Der Vertrag wurde am 7. Mai 1910 unterzeichnet und ist jetzt in Gültigkeit. Wenn man Regie-Bergwerksgebühren und Ausfuhrzoll hinzurechnet, erhält der Fiskus zirka drei Viertel vom Gesamtnutzen der Diamantgesellschaft. Dies ist gewiß als ausreichend zu bezeichnen; besonders wenn man berücksichtigt, daß Kolonial- wie Reichsjustizamt die bisherigen Rechte der Gesellschaft als wohlerworbene betrachteten.

Der große Unterschied des zurückgezogenen Vertragsentwurfes und des Lüderitzbuchter Angebotes beweist u. a. auch in wie steigendem Maße die Diamantenfunde bewertet werden. In der Tat ist auch die Wertsteigerung des Diamantenexportes eine außerordentliche. Ende März 1909 betrug der Ausfuhrwert 51 000 Mark. Vom April 1909 bis Januar 1910 wurden 12 Sendungen Diamanten für den Gesamtpreis von zirka 14 Millionen Mark verkauft und gegenwärtig rechnet man mit über 2 Millionen Mark Monatsausfuhr, so daß bei bescheidener Berechnung der Ausfuhrwert für das Rechnungsjahr 1910 wenigstens 25 Millionen Mark betragen wird. Damit stehen die Diamanten unter allen Kolonialprodukten weitaus an erster Stelle. Der Diamantensegen ist für das schwergeprüfte Südwestafrika gerade zur rechten Zeit gekommen und hat es mit einem Schlage dem Reiche gegenüber, das für diese Kolonie die größten Opfer gebracht, auf eigene Füße gestellt. Der Unsegen, den Diamanten im Gefolge zu haben pflegen, Zuwanderung schlechter Elemente und Überspekulation ist aber leider auch nicht ausgeblieben. Die Anteile der deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika stiegen von 200 Proz. im September 1908 auf 2100 im Juli 1909, um neuerdings, infolge der Stellungnahme des Reichstages, vielfachen Schwankungen ausgesetzt zu sein. In Lüderitzbucht wurden eine Unzahl Diamantengesellschaften gegründet, von

denen sich die meisten an Kapitalverwässerungen überboten. Auch ließen sich viele Farmer, die bei ernster Arbeit wohl vorwärts gekommen wären, zur Diamantensucherei verleiten. Immerhin haben wir in Lüderitzbucht die erste Stadt kolonialer Millionäre und wollen dies als gutes Zeichen für die Zukunft nehmen. Die Hauptsache ist und bleibt aber, daß die starke Beteiligung des Staates die geschaffenen Werte der Allgemeinheit zugute kommen läßt.

Tabelle 4. **Handelsstatistik.**

Schutzgebiet	Handel im Kalenderjahre 1908		
	Einfuhr Mark	Ausfuhr Mark	Zusammen Mark
Ostafrika	25 786 771	10 873 856	36 660 627
Kamerun	16 788 864	12 163 881	28 952 745
Togo	8 506 380	6 893 324	15 402 704
Südwestafrika	33 178 994	7 795 305	40 974 299
Neuguinea:			
Bismarck-Archipel	2 385 144	1 426 212	3 811 356
Kaiser Wilhelmsland	722 538	281 181	1 003 719
Ostkarolinen	226 164	98 296	324 460
Westkarolinen, Palau, Marianen	389 292	231 341	620 633
Marschall-Inseln	1 367 066	4 015 579	5 382 645
Samoa	2 502 826	2 671 233	5 174 059
Zusammen	91 857 039	46 450 208	138 307 247
Dagegen	88 742 625	41 163 630	129 906 255
Zunahme	+ 3 114 414	+ 5 286 578	+ 8 400 922
Anteil Deutschlands 1908	57 327 703	30 665 207	87 992 910 = 65%

Gesamthandel über den Hafen von Tsingtau.

	1. X. 01/02	1. X. 02/03	1. X. 03/04	1. X. 04/05
	Wert in Dollar (ca. 1,80 Mk.)			
Gesamteinfuhr von Waren nichtchinesischen Ursprungs außer Materialien für Eisenbahn und Bergbau	4 217 000	8 320 069	11 985 041	16 339 478
Gesamteinfuhr von Waren chinesischen Ursprungs	2 512 500	4 502 395	5 501 887	6 095 646
Gesamtausfuhr	2 644 500	4 454 268	7 374 334	9 991 472
Zusammen	9 374 000	17 276 732	24 861 262	32 426 596

	1. X. 05/06	1. X. 06/07	1. X. 07/08	1. X. 08/09
	Wert in Dollar (ca. 1,80 Mk.)			
Gesamteinfuhr von Waren nichtchinesischen Ursprungs außer Materialien für Eisenbahn und Bergbau	22 269 067	27 239 943	21 449 510	25 463 680
Gesamteinfuhr von Waren chinesischen Ursprungs	6 796 528	9 208 650	9 838 927	13 106 771
Gesamtausfuhr	10 385 375	15 143 847	18 416 548	26 449 426
Zusammen	39 450 970	51 592 440	49 704 985	65 019 877

Unter den anderen Kolonialprodukten, die ja an und für sich für die Menschheit wichtiger sind als Diamanten, nimmt gegenwärtig die Baumwolle das größte Interesse in Anspruch. Hier sind fast alle Länder von der amerikanischen Produktion abhängig und diese ist, während der Weltbedarf ständig wächst, zurückgegangen. Preistreibereien an den Baumwollmärkten waren die Folge und die Frage, wie sich die Versorgung der Welt mit Baumwolle gestalten soll, wird immer brennender, wenn man bedenkt, daß die Kenner, auch Dernburg in seiner Rede vom 14. April 1910, der amerikanischen Produktion keine weitere Entwicklung mehr prophezeien. Die Kolonialvölker haben

daher ein Interesse daran, ihren Bedarf an Baumwolle selbst zu erzeugen. Dieses Ziel hat England durch Indien und Ägypten bereits erreicht. Deutschland und Frankreich stehen noch im Anfange; bezieht doch unser Mutterland jährlich für eine halbe Milliarde Mark Baumwolle, bei einem kolonialen Export von 0,6 Millionen. Immerhin geht, wie Tabelle 3 zeigt, unsere Baumwollausfuhr aus Ostafrika und Togo rüstig vorwärts. Frankreich haben wir bereits überflügelt und Fachleute glauben, daß unsere Kolonien in 20 bis 30 Jahren das Mutterland vollständig versorgen können. Auch mit unserer sonstigen kolonialen Ausfuhr stehen wir noch im Anfang, nur Kupfer aus Südwest und Phosphat aus der Südsee bilden neuerdings einen wesentlichen Teil des deutschen Bezugs. Im ganzen berechnet man den Bedarf Deutschlands an tropischen Erzeugnissen auf $1^1/_2$ Milliarden Mark, während die Gesamtausfuhr unserer Kolonien erst 100 Millionen beträgt. Aus allem sehen wir, daß noch viel Arbeit nötig ist.

Tabelle 4 bringt den Handel der afrikanischen und Südsee-Kolonien. Für Tsingtau konnte die Entwicklung der letzten acht Jahre gegeben werden. Es ist zu bemerken, daß, wie die Erzeugung so auch der Handel des Jahres 1908 unter dem Zeichen der amerikanischen Wirtschaftskrise stand. Wenn die Einbuße nur gering, ja in der Hauptsache sogar ein Fortschritt zu verzeichnen war, so ist das nicht zum wenigsten der belebenden Einwirkung der neuesten Eisenbahnbauten zuzuschreiben. Für Tsingtau kommt hinzu, daß die Schantungbahn ein an Kohlenschätzen reiches Hinterland erschließt und diese von der deutschen Schangtung-Bergbaugesellschaft ausgebeutet werden. Da diese Kohle sich für moderne Schiffsfeuerung geeignet erweist, hat Tsingtaus Bedeutung als Kohlenstation noch erheblich zugenommen. Seine Entwicklung als Handelshafen ist eine glänzende; Tsingtau steht nach 12 jährigem Bestehen bereits an siebenter Stelle unter allen ostasiatischen Häfen.

Die fortschreitende Bedeutung unserer Kolonien und der wachsende Wohlstand des Mutterlandes haben es mit sich gebracht, daß das deutsche Kapital allmählich seine Scheu vor kolonialen Anlagen verlor. Gegenwärtig beziffert man den Wert des in den Kolonien, ohne Kiautschou, festgelegten Privatkapitals werbender Natur auf zirka 250 Millionen Mark, und das des Reichsfiskus auf 70 Millionen. Im überseeischen Verkehr mit den Kolonien sind im Mutterlande 70 bis 80 Millionen angelegt.

Verwaltung.

Die koloniale Verwaltungszentrale ist seit 1907 das selbständige Reichskolonialamt, an dessen Spitze ein Staatssekretär steht. Ihm ist ein Unterstaatssekretär beigegeben. Das Amt zerfällt in vier Abteilungen: Verwaltung und Politik, Finanzen, Personalien, Militär. Dem Reichskolonialamt unterstehen sämtliche Kolonien außer Kiautschou. Letztere wird vom Reichsmarineamt verwaltet. An der Spitze jeder Kolonie steht ein Gouverneur, dem ein erster Referent als Stellvertreter und eine Zahl Sonderreferenten beigegeben sind. Die Kolonien sind in Bezirke geteilt, unter je einem Bezirksamtmann. Die Bezirke zerfallen wieder in Distrikte, doch gibt es daneben auch selbständige Distrikte und, in den noch im Verwaltungsanfangsstadium befindlichen Gebieten, Residenturen. Die Schutzgewalt übt in den Schutzgebieten der Kaiser im Namen des Reiches aus. Er erläßt Gesetze und Verordnungen bezw. in seinem Auftrag und seiner Vertretung Reichskanzler, Staatssekretär und Gouverneure. Über die Finanzverwaltung hat der Reichstag ein Kontrollrecht. Alljährlich haben die Gouvernements den Etat anzumelden und wirken bei der Ausfertigung der Anmeldung Vertreter der Schutzgebietsbewohner beratend mit. Das Kolonialamt prüft die Anmeldungen und entwirft gemeinsam mit der Reichsfinanzverwaltung die Etats, die dem Bundesrat und Reichstag zur Verhandlung und Genehmigung unterbreitet werden.

Staatsrechtlich sind die Schutzgebiete Inland. Völkerrechtlich sind sie nicht Inland, da gewisse Verträge, wie z. B. die Auslieferungsverträge des Reiches nicht für sie gelten. Zollrechtlich sind sie Ausland, da jede Kolonie ein eigenes Zollgebiet bildet. Die Zölle waren von jeher die Haupteinnahmequellen der Kolonien. Leider hat man früher und auch jetzt noch (Ausfuhrzoll auf Kopra in Neuguinea) im Interesse des

Fiskus nicht von unbequemen Finanzzöllen Abstand nehmen können. Verständige Schutzzölle haben dagegen viel zur Entwicklung der noch im Anfangsstadium befindlichen Kolonien beigetragen. Bei den Weißen hat man sich bisher meist mit indirekten, besonders Gewerbesteuern, begnügt. Von den Eingeborenen unserer tropischen Kolonien werden schon seit längerer Zeit Kopf- bezw. Hüttensteuern erhoben.

Mit der zunehmenden Entwicklung unserer Kolonie beginnt sich bei der weißen Bevölkerung ein energisches Streben nach Selbstverwaltung geltend zu machen. Man kann dieses Streben, soweit die Bevölkerung imstande und willens ist, auch die Kosten ihrer Verwaltung zu tragen, nur als berechtigt anerkennen. Von unseren afrikanischen Schutzgebieten hat die Siedelungskolonie Südwest, entsprechend der großen Zahl ihrer weißen Bewohner, ein gewisses Maß von Selbstverwaltung erhalten und zwar Teilnahme an der Lokalverwaltung durch Schaffung selbständiger Gemeinden und der sich auf alle selbständigen Verwaltungsbezirke erstreckenden Bezirksverbände, sowie Teilnahme an der Landesverwaltung durch den Landesrat. Zum Landesrat ist jeder Deutsche wählbar, der mindestens 30 Jahre alt und seit 2 Jahren mit Grundeigentum oder beruflich selbständig im Schutzgebiete ansässig ist. Neben den gewählten Mitgliedern ernennt der Gouverneur eine gleiche Anzahl nach freiem Ermessen. Der Landesrat ist beratendes Organ, doch kann er dem Gouverneur eigene Anträge unterbreiten und er wird beschließendes Organ in allen, ihm vom Reichskanzler zur Beschlußfassung überwiesenen Angelegenheiten.

Hieran anschließend noch einige Bemerkungen über die Organisation der Schutztruppen. Die Zentralbehörde bildet die schon genannte Militärabteilung des Reichskolonialamts, die Oberkommando der Schutztruppen genannt wird. Schutztruppen haben nur die drei großen afrikanischen Kolonien. Nach den neuesten amtlichen Denkschriften für 1910 gliedern sie sich wie folgt:

Südwestafrika: 130 Offiziere, Sanitäts- und Veterinäroffiziere, 48 Beamte, 411 Unteroffiziere und Sanitätsunteroffiziere, 1601 weiße Mannschaften.

Die Truppe war eingeteilt in 10 Kompagnien, 3 Maschinengewehrzüge, 3 Batterien und 1 Telegraphen- und Signalabteilung. Dazu kommen noch die verschiedenen Behörden, Lazarette, Proviantämter und Depots.

Ostafrika: 229 weiße Dienstgrade,
2528 farbige Mannschaften und Dienstgrade.

Die Truppe bestand aus 14 Kompagnien zu je 162 Köpfen, 1 Maschinengewehrabteilung, 1 Signalabteilung, 1 Rekrutendepot.

Kamerun: 154 weiße Dienstgrade,
1300 farbige Mannschaften und Dienstgrade,

die in 10 Kompagnien zu rund 125 Farbigen und 1 Artilleriedetachement zerfielen.

Kiautschou untersteht, wie schon erwähnt, der Marineverwaltung.

Alle anderen Kolonien besitzen nur Polizeitruppen bzw. Landespolizei.

Vielfach ist in den letzten Jahren die Frage der Bildung einer Kolonialarmee besprochen worden. Sie stand besonders während der letzten großen Aufstände in Südwest- und Ostafrika im Vordergrund und damals wäre allerdings das Vorhandensein einer Kolonialarmee sehr nutzbringend gewesen. Inzwischen wurden aber beide Kolonien gründlich beruhigt und für Südwest kann man sogar annehmen, daß die Kraft gerade der beiden kriegstüchtigsten aller unserer Kolonialvölker, der Hereros und Hottentotten, gebrochen ist. Naturgemäß geht die jetzige Tendenz auf Verminderung der Schutztruppen aus und der Gedanke, eine Kolonialarmee zu schaffen, ist in den Hintergrund gedrängt. Es muß aber doch bedacht werden, daß eine Kolonialarmee nicht nur einen Schutz gegen innere sondern auch äußere Feinde der Kolonien bilden soll und gerade Südwest kann einen solchen Schutz gegen den übermächtigen britischen Nachbar einmal recht nötig haben. Die Kolonialarmee müßte, etwa dem französischen Beispiel entsprechend, eine weiße mit dem Hauptteil in der Heimat stehende Truppe sein, die nicht nur für koloniale sondern auch andere Zwecke des Mutterlandes verwendet werden kann. Der in den Kolonien stehende Teil wäre bei uns die südwestafrikanische Schutztruppe, in der allmählich die ganze Kolonialarmee praktisch ausgebildet werden könnte. Für diejenigen Kolonien, die sich zur Verwendung weißer Truppen nicht eignen,

müßte die Kolonialarmee das nötige weiße Offizier- und Unteroffiziermaterial liefern. Die französische Kolonialarmee hat nach dem Gesetz vom 7. Juli 1900 eine Sollstärke von 36 Infanteriebataillonen, 12 fahrenden bzw. reitenden, 6 Gebirgsbatterien und 12 Batterien Fußartillerie. Für Deutschland käme, entsprechend seinem kleineren Kolonialreich, eine geringere Truppenzahl in Betracht. Die jetzt für den Auslandsdienst verfügbaren 3 Seebataillone könnten bei der Neugestaltung der kolonialen Streitkräfte aufgelöst werden. Man kann nur hoffen, daß der Plan, eine Kolonialarmee zu schaffen, bald von neuem bei uns aufgenommen, dann aber nicht mehr fallen gelassen wird.

Probleme der Gegenwart.

Unter den Problemen der Gegenwart muß an erster Stelle die vielumstrittene Landfrage Erwähnung finden. Wir haben gesehen, daß bei der Gründung der Kolonien verschiedene Gesellschaften Land- und Hoheitsrechte erworben hatten. Letztere gingen allmählich in die Hand des Reiches über, erstere blieben bei der deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika bis in die jüngste Zeit*) ganz und bei der Neuguinea-Kompagnie zum Teil bestehen. Die Landrechte der Neuguinea-Kompagnie haben, da es sich um Gebiete handelt, die nicht für weiße Siedlung in Betracht kommen, keinerlei nationalen Schaden verursacht, wogegen die Land- und Minenrechte der Kolonialgesellschaft für Südwestafrika ein Unsegen für dieses Schutzgebiet geworden sind. Leider ist es gerade in dieser als reines Siedlungsgebiet wichtigsten deutschen Kolonie nicht bei der Schädigung durch eine Gesellschaft geblieben. Im Anfang der 90er Jahre, als es mit den Schutzgebieten nicht vorwärts gehen wollte, war die heimische Regierung leicht geneigt, kapitalkräftige koloniale Unternehmungen mit Konzessionen zu unterstützen, und so entstanden allmählich in Südwest noch 6 und in Kamerun 2 Gesellschaften, die Land-, Minen- und sonstige Ausbeutungsrechte in ihrer Hand vereinigten. Die Kameruner Gesellschaften haben unter dem Druck der öffentlichen Meinung in jüngster Zeit nacheinander den größten Teil ihres Konzessionsgebietes wieder abgetreten und ihrem Ausbeutungsverfahren den Eingeborenen gegenüber, besonders in der Kautschukgewinnung, wurde durch Schutzbestimmungen ein Ziel gesetzt. In Südwestafrika bilden dagegen die Gesellschaften noch immer einen Pfahl im Fleische. In letzterer Zeit ist es immerhin der Regierung gelungen, mit allen Gesellschaften Verträge über Landverkäufe abzuschließen, in denen die Gesellschaften das Land zu festgesetzten, alle zwei Jahre neu zu sichtenden Preisen, selbst zum Verkauf stellen, oder der Regierung zu diesem Zwecke überlassen. Damit ist wenigstens der bisherigen spekulativen Besiedlungshinderung der Landgesellschaften ein Ziel gesetzt, aber der bereits angerichtete Schaden konnte nicht wieder gut gemacht werden. Wenn auch andererseits anzuerkennen ist, daß von vorn herein versucht werden mußte, Privatkapital und Privatunternehmungen für unsere Kolonien zu gewinnen, durfte das niemals mit derartigen Zugeständnissen verbunden sein. Trotzdem die Landgesellschaften anfangs erhebliche Verluste hatten, ist doch ihr Wagnis nicht sonderlich hoch anzuschlagen, da ihnen schließlich mit zunehmender Besiedlung große Gewinne zufallen mußten.

Verkehrshindernd hat sich die South West-Afrika-Comp. gezeigt, die sich durchaus nicht zum Bau der ihr konzessionierten Eisenbahn verstehen wollte und, als die Regierung die Sache in die Hand nahm, ihr zunächst den Bau verbot, dann nur Maulesselbetrieb gestatten wollte, und erst nach reichlichen weiteren Zugeständnissen zur Genehmigung des Dampfbetriebes zu bewegen war. Der stückweise Bau, der sowieso schon unrationellen Staatsbahnen Swakopmund — Windhuk war die Folge. Die Tochtergesellschaft der South West-Afrika-Comp., die Otaviminen und Eisenbahngesellschaft, hat allerdings schließlich zur Ausbeutung ihrer Kupferschätze die bereits genannte

*) Durch Vertrag vom 7. 5. 1910 hat die Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika mit Ausschluß einiger Flächen von zusammen ca. 300 000 ha ihr gesamtes Landgebiet in der Kolonie dem Fiskus als Eigentum übertragen.

Otavibahn gebaut, doch mußte sie, da der erste Teil der Staatsbahn den Anforderungen nicht genügte, von Swakopmund bis Karibib eine Parallelbahn zu dieser herstellen. Die Kosten dieser doppelten Linienführung hätte man sich durch frühere Einigung wahrlich sparen können. Diese Otavibahn mußte schließlich vom Staat aufgekauft werden, teils infolge Unbrauchbarkeit der genannten Staatsbahnstrecke, teils weil die Gesellschaft, die übrigens auch verschiedene Steuer- und Zollprivilegien genießt, ihr Recht, die Tarife beliebig festzusetzen, zum Schaden der Schutzgebietsbewohner ausnutzen konnte. An der South West-Afrika Comp., und der Otavigesellschaft sind englisches Kapital stark beteiligt, bei einer anderen Gesellschaft der South African Territorries Limited spielt englisches Kapital die führende Rolle, und diese Gesellschaft hat sich als die bedenklichste unter allen Landgesellschaften erwiesen. Im Gegensatz zu den zusammenhängenden Landgebieten der anderen Gesellschaften hatten die Territories das Recht, sich 128 Farmen von zusammen zirka 12 000 Quadratkilometer im südlichen Teil des Schutzgebietes auszusuchen. Dadurch entstand von Anfang an Unzufriedenheit unter den bereits ansässigen Weißen und Eingeborenen, denn die Gesellschaft nahm natürlich möglichst viel von den im Süden sowieso spärlichen Wasserstellen in Beschlag, und es wird angenommen, daß die Auswahl der im Bondelzwardgebiet liegenden Farmen den Aufstand vom Herbst 1903 verschuldete. Wie die anderen Gesellschaften, hielten auch die Territories ihr Farmgebiet vom Verkauf zurück, sie gingen aber weiter als diese, indem sie von Anfang an eine antideutsche Tendenz bekundeten. Jetzt, wo das Farmgebiet zum Verkauf gestellt ist, umgehen sie ihre Verpflichtung, deutschen Verkäufern den Vorzug zu geben, zugunsten der Engländer und Buren. Dies macht sich so fühlbar, daß man von einer Verburung und Verengländerung des Südens spricht.

Leider hat man in früherer Zeit vielfache Gelegenheiten, Gesellschaften infolge Nichteinhaltung ihrer Verpflichtungen, ihrer Konzessionen für verlustig zu erklären versäumt und die Schwierigkeiten, die jetzt einer Enteignung entgegenstehen, sollen nicht verkannt werden. Besonders muß sich der Staat vor scharfem Vorgehen gegen wirkliche Rechtsansprüche hüten, mögen sie auch Schaden verursachen, denn sonst würde das kaum ermutigte deutsche Kapital wieder von kolonialen Anlagen zurückgeschreckt werden. Es gilt eben in Zukunft, solche Konzessionsfehler zu vermeiden, und sofort einzuschreiten, sobald eine Gesellschaft eine rechtliche Handhabe dazu gibt. Dies ist zweifelsohne bei den Territories der Fall und es steht zu hoffen, daß diese Gesellschaft bald von der Bildfläche verschwindet. Vorläufig ist ein Enteignungsverfahren gegen sie eingeleitet wegen ihrer Weigerung, Land in den durch den Bahnbau Lüderitzbucht-Keetmannshoop, Seeheim-Kalkfontein an Wert gesteigerten Gebieten, als Wertzuwachs abzutreten. Das Verfahren dürfte ihr ein Drittel ihres Farmbesitzes kosten.

Daß wir aber auch aus unseren Fehlern zu lernen verstanden haben, beweist uns Kiautschou, wo die Landfrage vom Beginn der deutschen Herrschaft an auf Grund bodenreformerischer Ideen geregelt wurde. Bei der Besitznahme verbot man zunächst den Verkauf von Grund und Boden an einen anderen als den deutschen Staat. Später wurden mit dem bisherigen Besitzern Vorverkaufsverträge gegen Prämienzahlung abgeschlossen. Das erworbene Land wird nun vom Staat an Private, meist auf dem Wege der Auktion weiter verkauft, doch behält sich der Staat das Rückkaufsrecht vor und muß sich der Käufer zur Ausführung eines zur Genehmigung vorzulegenden Bebauungsplanes verpflichten. Bei Weiterverkauf des Grundstückes fällt ein Drittel des Reingewinnes an den Staat. Reingewinn ist der Überschuß nach Abzug des eigenen Kaufpreises, der Meliorationen und 6 Proz. Zinsen. Die 6 Proz. Zinsen entsprechen der in Kiautschou zu entrichtenden Grundsteuer. Nicht weiter verkaufte Grundstücke werden alle 25 Jahre neu abgeschätzt unter Abführung von ein Drittel des unverdienten Mehrwertes an den Staat. Eine ordnungsgemäße Regelung der Landfrage lag ja in Kiautschou bei der von vornherein geplanten Anlage eines Kriegs- und Handelshafens sehr nahe, und konnte in dem kleinen Pachtgebiet leicht durchgeführt werden. Ihre Lösung bietet eins der schönsten Beispiele für Bodenreform.

Zu den Fragen, die stets die jeweilige Gegenwart beschäftigen werden, gehört die einer gesunden Eingeborenen-Politik. Es wird jetzt von den Kreisen, die sich mit kolonialen Problemen beschäftigen, allgemein zugegeben, daß die richtige Behandlung der Eingeborenen eine der wesentlichsten Grundlagen für die Entwicklung einer Kolonie ist. Dies gilt vor allem für Kolonien, deren Ureinwohner nicht, wie das bei Indianern und Ausstralnegern der Fall, an der Berührung mit den Weißen zugrunde gehen, sondern die diese Berührung vertragen und deren Existenz auch für die betreffenden Kolonien notwendig ist. Dies trifft im allgemeinen bei unseren Besitzungen zu. Am wenigsten glaubte man noch an die Widerstandskraft der Südseeinsulaner, doch hat sich gezeigt, daß unter der deutschen Verwaltung, was ihr sehr zur Ehre angerechnet werden muß, der Bevölkerungsrückgang zum Stehen kam, ja sogar, wie neuerdings auf Samoa, eine Zunahme stattfand. Nur auf dem Marschallarchipel und Neumecklenburg schwinden die Eingeborenen unaufhaltsam dahin. Unter den afrikanischen Völkern scheinen nur die Buschmänner und Hottentotten dem Untergang entgegenzugehen, und es würde eine falsche Gefühlspolitik sein, allzuviel für deren Erhaltung zu tun, denn sie haben sich kulturfeindlich erwiesen und, besonders die Hottentotten, ihre Begabung nur für Kriegs- und Raubzüge verwertet. Die Neger dagegen gedeihen unter der weißen Herrschaft; ihre Mitwirkung an den Aufgaben der Kolonisation ist nicht zu entbehren, und da man sowohl in tropischen, wie subtropischen Gebieten Afrikas mit ihnen rechnen muß, hat man sich daran gewöhnt, die Eingeborenenfrage auf sie zuzuschneiden. Sobald das Wort erwähnt wird, denkt man an Afrika und die bekannten Streitfragen tauchen auf, soll der Neger zur Arbeit erzogen, soll er gezwungen werden, soll man ihn in seinem Naturzustand lassen, oder ihm europäische Bildung zugänglich machen. Die erfreulicherweise immer kleiner werdende Zahl von Kolonialpolitikern, die dem Neger von vornherein die Entwicklungsfähigkeit absprechen und also auch keine Zeit und Mühe für seine sittliche und geistige Förderung verschwenden wollen, pflegt gern, auf die Eingeborenenbehandlung in den früheren Burenrepubliken als vorbildliches Beispiel hinzuweisen. Dabei wird immer die Hauptsache vergessen, nämlich, daß dieses Beispiel nichts mehr mit unserer Zeit zu tun hat. Die Geschichte ist inzwischen über diese patriarchalischen und rückständigen Staatengebilde zur Tagesordnung übergegangen, und wir sehen uns ganz anderen, viel verwickelteren und immer verwickelter werdenden Verhältnissen gegenüber. Merkwürdigerweise findet sich die Verachtung des Negers oft vereinigt mit der Ansicht, daß die Weißen, wenn sie den Schwarzen ihre Sprache und damit die Errungenschaften ihrer Kultur zugänglich machen, sich auf die Dauer nicht gegen sie zu behaupten vermögen. Dieser Widerspruch der Mißachtung auf der einen und Furcht auf der anderen Seite beweist mehr als alle Gegenargumente, wie oberflächlich jene Art der Eingeborenenbeurteilung eigentlich ist. Wenn die Schwarzen indes wirklich imstande wären, uns dereinst mit den Mitteln unserer eigenen Kultur zu schlagen, so würden wir dies mit keinen Gewaltmaßregeln verhindern können. Die menschliche Natur läßt sich auf die Dauer nicht unterdrücken. In Nordamerika, wo der Neger die Rechte des Weißen genießt, sich alle Bildung zugänglich machen kann, zeigt sich, daß er neben diesem zwar besteht, auch ohne Förderung, denn die ist ihm dort nicht zuteil geworden; daß er aber nicht erfolgreich mit dem Weißen in Wettbewerb zu treten vermag und ihm in allen Berufen unterlegen bleibt.

Zurückkehrend zu den erst erwähnten Streitfragen, Erziehung und Zwang zur Arbeit, greifen wir am besten, um ein Verständnis für das zu gewinnen, was dem Neger nötig ist, auf unseren eigenen Naturzustand, den des Kindes, zurück. Herrschte bei uns kein Schulzwang, wieviele von uns würden sich wohl freiwillig zur Schule gemeldet haben? Kein Zweifel, von selbst verspürt der Neger im allgemeinen keinen Drang zur Arbeit, ein gelinder Zwang muß angewandt werden, aber dieser soll, wie bei uns die Schule, gleichzeitig ein erzieherischer sein. Man muß ihm die Arbeit lohnend machen und ihm den Wert des Besitzes, der ihn von einem Lohn- in einen selbständigen Arbeiter verwandelt, vor Augen führen. Ferner müssen ihm die Bedürfnisse, die wir als

Segen unserer Kultur bezeichnen können, gute Wohnung, Kleidung und Körperpflege erstrebenswert gemacht werden. Auch die harmloseren Genüsse des Essens und Trinkens (Tabak, Kaffee usw.) natürlich nicht Alkohol, sollten ihm zugänglich sein. In allem diesen kommt uns der Nachahmungstrieb des Negers entgegen.

Selbst von Freunden solcher Erziehungsbestrebungen kann man oft hören, daß wir nur die physische nicht die Kopfarbeit des Negers brauchten. Es läge infolgedessen kein Grund für uns vor, den Schwarzen zum Schulbesuch anzuhalten, zumal die Arbeit der Missionare in dieser Beziehung nicht erfolgreich gewesen sei, und man sogar sagen könne, daß die Lehren des Christentums auf unfruchtbaren Boden fielen. Auch diese Auffassung enthält einen Widerspruch in sich selbst. Wie soll ein Mensch den Segen der Arbeit und die soziale Bedeutung des Erringens eines gewissen Kulturzustandes verstehen, der ohne alle sittliche und geistige Bildung gelassen wird? Ist er aber zu dem einen nicht befähigt, so wird er auch das andere nicht begreifen. Bisher ist eine Verständnislosigkeit des Schwarzen dem Christentum gegenüber nicht zu beweisen gewesen, dazu war die Einwirkung unserer Religion noch viel zu kurz. Konnten doch bei unseren Vorfahren noch Jahrhunderte nach Einführung des Christentums heidnische Gebräuche festgestellt werden und mehr als ein Jahrtausend ging darüber hin, bis selbst die höchsten Vertreter des Klerus einsahen, daß die Religion der Liebe nicht mit Feuer und Schwert verkündet werden kann. Der südwestafrikanische Aufstand beweist gerade im Gegenteil eine sichtbare Wirkung des Christentums, denn die Missionare und Frauen wurden selbst bei den Hereros, die am meisten in die alte Wildheit zurückfielen, geschont.

Daß übrigens die Missionare sich in ihren Erziehungsmethoden oft getäuscht haben, kann nicht verschwiegen werden. Es liegt dies aber an dem weit verbreiteten Irrtum, daß mittelmäßige Köpfe für die Kolonien ausreichen, und es kann nicht genug betont werden, daß für Kolonisation auf allen Gebieten nur die Besten geeignet sind.

Sind wir also nun zur Einsicht gekommen, daß der Neger zum Schulbesuch anzuhalten ist, so wollen wir uns doch vor Übertreibung hüten und, wie in der Frage der Religion, uns bewußt sein, daß der Eingeborene Geduld verlangt und eine solche Entwicklung nicht zu schnell gehen darf. Deshalb scheidet das höhere Schulwesen vorläufig aus. Sollte es jedoch Eingeborene geben, die nach höherer Bildung streben, so dürfen sie nicht künstlich davon abgehalten werden und in diesem Sinne ist die von Lord Selborne in Englisch-Südafrika geplante Interkoloniale Eingeborenen-Akademie freudig zu begrüßen. Unter den Fächern, die auf den etwa unsere Volksschulen vertretenden Eingeborenenschulen an erster Stelle gelehrt werden müssen, befindet sich die deutsche Sprache. Erst wenn eine sprachliche Verständigung stattfinden kann, werden wir die Eingeborenen, diese uns verstehen lernen, wird das Mißtrauen verschwinden.

Die Stellungnahme unserer Regierung in der Eingeborenenfrage deckte sich immer ungefähr mit den hier geäußerten Ansichten. Diejenigen, die diese Ansichten teilen, werden auch keineswegs mit den Angriffen der Leute einverstanden sein, die immer die Eingeborenenfrage zum Ausgangspunkt für die Behauptung gemacht haben, daß Deutschland nicht kolonisieren könne. Im Gegenteil, auf dem Gebiet der Eingeborenenfrage hat die deutsche Regierung in 25 Jahren sich zu einer ebenso reifen Kolonisationsmethode durchgerungen, als andere Kolonialvölker in mehrfach längerer Zeit. Haben die Engländer doch noch im Jahre 1858, also nach über 250 Jahren Kolonisationsarbeit, den indischen Aufstand erleben müssen, der den Zusammenbruch der rein kaufmännischen Verwaltungssystems bedeutete. Auch unser südwestafrikanischer Aufstand hat den Zusammenbruch eines Systems, nämlich des der falschen Sparsamkeit in rechtzeitiger Gewährung von Machtmitteln bedeutet. Die Eingeborenen-Behandlungsmethode hat sich aber dadurch gar nicht geändert, hatte man doch vor dem Kriege bereits das Vorbeugungsmittel (die Reservatsbildung) wohl erkannt, wenn auch nicht rechtzeitig durchgeführt.

Eingeborene und Weiße sind bei uns vor dem Gesetze gleich, nicht aber in ihrem politischen Rechten. Letzteres tritt in Südwestafrika, der Kolonie der fortgeschrittensten

weißen Selbstverwaltung am meisten hervor. Die Eingeborenen sind dort von der Verwaltung ausgeschlossen und ihre Angelegenheiten werden von weißen Kommissaren vertreten. Die nicht am Aufstand beteiligten Stämme bewohnen „Reservate", ihnen vorbehaltene Landstrecken, und ist der vom Staat gleichsam als Beamter besoldete Häuptling für die Ordnung verantwortlich. Die Reservate bilden gute Arbeitersammelplätze, haben aber den Fehler, daß sie dem Eingeborenen die Möglichkeit geben, in den alten Schlendrian zurückzusinken. Deshalb die Reservate sofort unter weiße Ansiedler aufzuteilen, wäre höchst ungerecht. Man muß eben mit der allmählichen Wirkung der Kultur rechnen, die den fortgeschritteneren Eingeborenen sich nicht mehr auf dem Reservat wohl fühlen läßt, so daß diese allmählich entvölkert und zum Aufkauf reif werden. Dazu ist natürlich nötig, daß der Erwerb von Landbesitz fortgeschritteneren Eingeborenen nicht durch gesetzliche Bestimmungen erschwert wird. Reservate erübrigen sich natürlich in allen tropischen, d. h. nicht zur weißen Siedlung geeigneten Gebieten; mit eingeborenen Kommissaren hat man auch dort erfolgreiche Versuche gemacht. Daß übrigens die Eingeborenen ganz nach der Verschiedenheit ihres Kulturzustandes behandelt werden, beweist die Verleihung der Selbstverwaltung an die Samoaner. Die Chinesen Kiautschous gelten überhaupt nicht als Eingeborene im Sinne einer tiefer stehenden Rasse.

Zu der Eingeborenenfrage hinzuzurechnen ist noch die der Mischehen. Es ist darüber viel geschrieben worden, als in Südwestafrika Heiraten zwischen Weißen und Eingeborenen einen gewissen Umfang anzunehmen drohten, und es sich erwies, daß in solchen Fällen nicht der Weiße die Eingeborene zu sich hinauf, sondern diese ihn zu sich herabzuziehen pflegte. Der Versuch, die Frage durch gesetzliches Verbot solcher Ehen zu regeln, oder, wie gar ein Jurist will, durch Strafbarerklärung außerehelicher Verbindung zwischen Schwarzen und Weißen, wäre ebenso töricht wie unwürdig. Das Mittel dagegen liegt vielmehr in einer Erziehung unserer Nation zu höherem Rassenstolz. Der Deutsche, der eine Mischehe schließt, muß, wie dies jetzt auch bei der ersten Tagung des südwestafrikanischen Landesrats energisch gefordert wurde, in allen Kreisen der gesellschaftlichen Ausschließung anheimfallen. Es hat sich außerdem gezeigt, daß weniger Haltlosigkeit als der Mangel an weißen Frauen die Hauptursache der Mischehen gewesen ist und seit sich der deutsche Frauenbund durch Herausendung von Mädchen, Gründung von Mädchenheimen usw. in Südwestafrika betätigt, beginnen die Verhältnisse sich zu bessern.

Wir müssen zugeben, daß hinsichtlich unseres Rassenstolzes nicht alles so ist, wie es sein sollte. Das gefährlichste Übel ist aber hierbei das geringe Festhalten an der deutschen Sprache. Statt ihre schöne Muttersprache zu behaupten, hören wir nur zu oft unsere Farmer ein entsetzliches Kauderwelsch sprechen. Wenn das schon in den eigenen Kolonien vorkommt, kann es nicht Wunder nehmen, daß der Deutsche im Ausland die Muttersprache meist ganz aufgibt. Leider liegt dies auch daran, daß die Kenntnis fremder Sprachen in unserer Heimat noch viel zu sehr gewürdigt wird. Sprachen sind keine Wissenschaften und mit ihrer Kenntnis allein kann man nach Bismarck gerade Kellner werden. Gewiß soll nicht verkannt werden, daß der deutsche Kaufmann im Auslande, besonders dem Engländer gegenüber, durch seine überlegene Sprachenkenntnis, oft Vorteile zieht. Für den Kolonisator kommt die Kenntnis fremder Sprachen in letzter Linie. Sie ist oft eine Gefahr für ihn, denn sie verleitet ihn nur zu sehr dazu, sich anderen sowohl unterworfenen wie neben ihm kolonisierenden Völkern anzupassen, statt ihnen seine eigene Art und Sprache aufzudrücken. Dies aber ist gerade das Endziel der Kolonisation. Der Fähigkeit, anderen ihre Art und Sprache aufzudrücken, verdanken die Engländer ihre Haupterfolge und solche Erfolge gehen weit über die Machtstellung eines Staates hinaus, denn selbst abgefallene Kolonien bleiben durch dieses gemeinsame Band aufs engste mit dem Mutterland verbunden. Selbst wenn das Mutterland seine Stellung nirgends mehr behaupten kann und wie Spanien, in die zweite Reihe gedrückt wird, kommen ihm die Nachwirkungen einstiger Erfolge

zugute. Spaniens Sprache iſt immer noch eine Weltſprache und ein guter Teil der Erde bleibt dem Weſen nach Spaniſch. Gerade dieſes Beiſpiel zeigt den Wert eines kraftvollen Durchdrückens der eigenen Raſſe. Eine abgefallene Kolonie mit unſerer Eigenart iſt beſſer, als eine von uns beherrſchte, der wir unſer Weſen nicht aufzuprägen vermögen.

Es muß hier anerkannt werden, daß unſer Staat dieſe Frage immer richtig beurteilt hat. Die für die Verbreitung der deutſchen Sprache ausgegebenen Summen, die ſich mehrenden deutſchen Schulen beſonders in Südweſt (wo übrigens auch das Verſtändnis der Bevölkerung ſich zu regen beginnt) und der glückliche Gedanke, in Tſingtau eine deutſch-chineſiche Hochſchule zu errichten, beweiſen es.

Wir haben geſehen, daß Deutſchland, obgleich es erſt in zwölfter Stunde auf dem Plan erſchien, doch verſtanden hat, ſich noch ein Gebiet, fünfmal ſo groß als die eigene Heimat, zu ſichern. Es iſt uns gelungen, dieſes Gebiet größtenteils zu erforſchen, in Beſitz zu nehmen und in blutigen Kriegen zu behaupten. Wir haben ferner die Produktionsmöglichkeiten unſerer Beſitztümer erkannt und ſind mit gutem Erfolge dabei, dieſe, ſowie die natürlichen Bodenſchätze auszunutzen. Ebenſo entwickelt ſich unſer kolonialer Handel aufs beſte. Fehler, die in Verkehrs- und Landpolitik gemacht worden ſind, ſucht man nach Möglichkeit auszumerzen. Endlich ſahen wir, daß auch die Eingeborenenfrage einer guten Löſung entgegengeht, daß aber andererſeits die Art unſeres koloniſatoriſchen Auftretens nicht immer die richtige iſt. Im Ganzen haben wir die Überzeugung gewonnen, daß manches erreicht iſt, daß aber unſere koloniale Entwicklung noch vieler Arbeit bedarf. „Der Standpunkt für unſere weitere Arbeit ſei der eines geſunden Optimismus, der, feſt auf dem Boden der Wirklichkeit ſtehend, an ſeine und ſeines Volkes Zukunft glaubt. Wir überſehen keine Schwierigkeit, aber wir werden uns auf ſie ſtürzen und ſie beſiegen. Wenn wir unſeren Landsleuten ihre Fehler vorhalten, ſo tun wir dies nicht nur auf dem Papier, ſondern wir arbeiten an uns, um ſelbſt ein gutes Beiſpiel geben zu können. Dies Beiſpiel verlangen wir von allen, die berufen ſind in der Kolonie an leitender Stelle zu wirken. Dieſe Männer dürfen keine einſeitigen Kenner ihres Faches ſein; jeder muß den Wert und Nutzen der Tätigkeit des anderen verſtehen, und ſie alle müſſen die Größe der Nation im Herzen tragen. Die Wichtigkeit ihrer Stellung iſt eine überragende, ſind doch die Kolonien die natürlichen Stützpunkte unſeres Vaterlandes im Kampf um ſeine Weltmachtſtellung. Daß es uns an ſolchen Führern fehlen wird, haben wir nicht zu fürchten; Intelligenzen und Charaktere ſtecken genug in unſerem Volke, man braucht ſie nur zu rufen.“ So werden die Fehler verſchwinden, und es wird die allgemeine Erkenntnis unſeres Volkes werden, daß Deutſchlands Weltmachtſtellung weſentlich davon abhängt, wieviel Menſchen auf der Erde Deutſch ſprechen.“

Moschee in Mangu. Sansanne-Mangu.

Haussahhändler in Noepe.

Im Fernsprechamt Anecho.

Salzhandel in Noepe.

Lome. Schlachthausanlage.

Kamerun.

Dschang.

Edea. Großer Südfall.

Lolodorf. Blick auf den Lokundje.

Gedenkstein f. d. Gefr. Anga.
Gefallen u. aufgefressen in Bapea.

Station Ebolova.

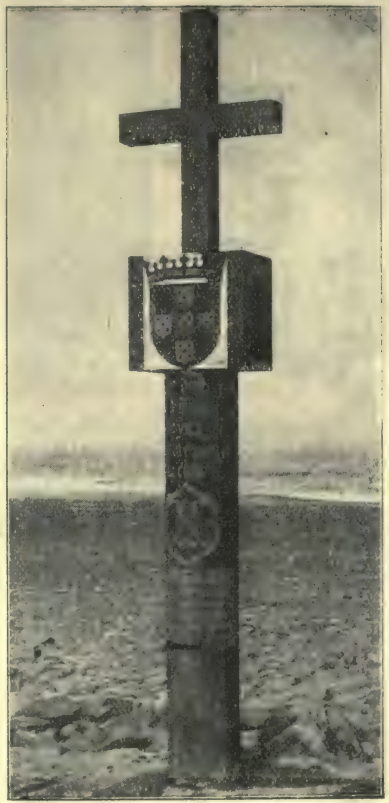
Station Ebolova. Markt.

Yaunde Maismehlherstellung der Haussah.

Kribi. Das Einrad.

Yaunde. Ibis-Rattenvertilger.

Wasserstelle im Namalande. Erosgebirg.



Histor. Säule auf Cap Croß. 1485.
Nachgebildet und wieder aufgestellt auf Befehl des Kaisers 1894.
Die verwitterten Reste d. unter Joh. II. v. Portugal aufgestellten Säule sind im Marinemuseum in Kiel.

Bambus im Gouvernementsgarten. Windhuk.

Mit dem Schiff der Wüste.

Dattelpalme. 17-jährig

Baumwollenfeld.

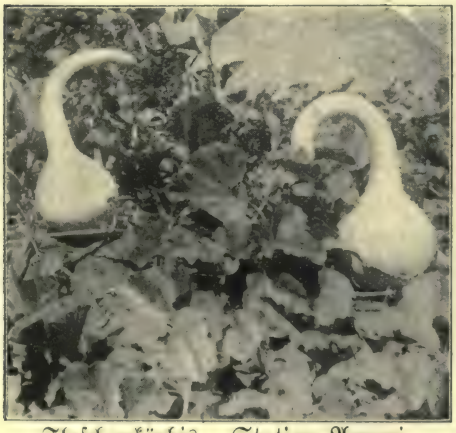
Dattelpalme-Frucht.

Das Postamt in Windhuk.

Daressalam. Verladung von Briefbeuteln ins Postboot.

Muaja. Bezirk Langenburg.

Postamt in Daressalam.



Flaschenkürbis. Station Amani.

Ziegelei d. Eingeborenen. Udjidji.

Zebrafang. Station Iringa.

Wagogos. Bezirk Mpapua.

Die Europäerschule Mamanula.

Schüler der Eingeborenenschule Mamanula.

Riesen-Ananas-Staude. Botanischer Garten. Simpsonhafen.

Auf den Karolinen.

Sonntag-Nachmittags-Kaffee bei Lehrers.

Zimmern eines Kanus.

Karoliner.
Im Alltagsanzug.
In der Mitte ein Japaner

Schüler am Bienenstand.

Die Schönen des Landes im Tanzschmuck.

Die Schule. Erbaut 1906.

Die Kirche und das Pfarrhaus.

Die Kareta. Einziges Beförderungsmittel.

Kakaobaum mit Früchten.

Namunalulu Lauati. Der Sprecherhäuptling.

Papaya-Baum.

Samoa.

Kokospalme.

Samoaner beim Pflanzen.
Im Taroſumpf.

Brotfruchtbaum. Volltragend.

Auf den Marschall-Inseln.

Dr. Irmer mit Marineoffizieren.

Arbeiterhäuser auf Nauru.

Chinesische Kulis auf dem Phosphatfeld. Nauru.

Der Phosphatgesellschaft 5000 t Speicher u. künstl. Phosphattrockner.

Tsingtau. Chinesenstadtteil.

Tsingtau. Mittlerer Stadtteil.

Beim Bischof von Anzer in Yentschoufu.

Chinesische Schlosserei.

Sampan-Verkehr am Kleinen Hafen.

Prinz Adalbert von Preußen in einer Treibjagdgesellschaft bei Tsingtau.

Auf dem Weg nach dem Mecklenburghaus.

Das Genesungsheim Mecklenburghaus im Lauschan.

Kulturarbeit im Osten des Reiches.

Popolno, Kreis Schwetz, in Westpreußen. Rechts Arbeiterpachtstellen. Links Schule.

Luben, Kreis Thorn, in Westpreußen. Dorfkrug.

Margoninsdorf, Kreis Kolmar, in Posen. Ansiedlung.

Morasko, Kreis Posen-Ost. Ansiedlungsgehöft und Dorfstraße.

Deutsche Kulturarbeit im Osten.

Der Kampf des Deutschtums mit dem Polentum.

Von Professor Dr. **Gustav Buchholz**, Posen.

Eine neue und große Aufgabe ist dem Deutschen Reiche seit seiner Gründung erwachsen. Es gilt in steigendem Maße sich eines Volkstums zu erwehren, das an innerer Auflösung zugrunde gegangen und von der Staatskunst des ausgehenden achtzehnten Jahrhunderts, wie es damals scheinen mochte, für immer aus der Reihe der Nationen gestrichen — unter dem befruchtenden Hauche des nationalen Gedankens, dem auch unser Volk seine Wiedergeburt verdankte, zu neuem Leben erwacht, nunmehr mit zäher Erbitterung um das Recht dieses Lebens ringt. Denn das sollte heute niemand mehr bestreiten, der sich in den Kämpfen der Gegenwart die Klarheit des politischen Denkens bewahrt hat, — trotz ihrer politischen Zerstückelung sind die Polen in Preußen, Rußland und Österreich wieder zu einer Nation zusammengewachsen, die sich als eine historische und kulturelle Einheit fühlt und von dem Glauben an die Unzerstörbarkeit ihrer Zukunft getragen wird. Es gibt somit für die drei Mächte eine polnische Gefahr, die, wenn sie in Österreich nicht in Erscheinung tritt, sich dafür in Rußland und Preußen in wechselnder Stärke immer wieder geltend gemacht hat und heute nach einem vielzitierten Worte des früheren Reichskanzlers Bülow für die nächste Zukunft unseres Vaterlandes von geradezu entscheidender Bedeutung ist.

Woher leiten wir unser Recht in dem Kampfe ab, den wir gegen die nationalen Bestrebungen der Polen in unseren Ostmarken führen? Mit welchen Mitteln und auf welchen Wegen suchen wir ihrer Herr zu werden? Was haben wir bisher erreicht und welches sind unsere Aussichten für die Zukunft?

Ein großer Teil unserer Volksgenossen steht der Ostmarkenfrage noch immer verständnislos oder mit vorurteilsvoller Abneigung gegenüber. Er bestreitet unserm Staate überhaupt das gute Recht in diesem Kampfe, hält ihn gleichzeitig für von vornherein aussichtslos und wünscht aus der einen wie der andern Ursache seine möglichst schleunige Beilegung auf Grund eines mehr oder weniger vollständigen Rückzuges der staatlichen Autorität. Dieser Anschauung ist die polnische Bewegung eine Naturerscheinung, die eindämmen zu wollen ebensowohl eine Unmöglichkeit ist, wie eine Verletzung der Menschenrechte in sich schließt und der gegenüber einzig und allein eine Politik der gekreuzten Arme und des unbeschränkten Gewährenlassens am Platze ist. Man findet die Anhänger solcher Überzeugungen durchaus nicht bloß in den Reihen jener großen Partei, die in den Polen noch immer seit den Tagen des Kulturkampfes ihre gegebenen Verbündeten sieht, sondern auch in andern Lagern bei allen denen, die gewohnt sind, ideologischen Theorien oder doktrinären Schlagworten Einfluß auf ihre politischen Anschauungen zu gewähren. Aber auch die nicht kleine Zahl politisch Farbloser, die sich um des Geschäftes oder um des verfeinerten ästhetischen Lebensgenusses willen ihre Ruhe durch „ein politisch Lied" nicht gerne stören lassen will, beschönigt ihr müdes und selbstsüchtiges Ruhebedürfnis gern mit der bequemen Ausrede, daß gegenüber dem triebhaften polnischen Vordringen ja doch alle Abwehrmaßregeln vergeblich seien und uns nur nutzlos mit der Erbitterung des gebildeten Europas belasteten.

Wir andern, denen der nationale Gedanke noch eine bestimmende Lebensmacht ist, können uns mit einem ins Unvermeidliche ergebenen Seufzer nicht über die realen Gefahren hinwegtrösten, die uns im Osten drohen. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß 150 Millionen Slawen unsere östlichen Grenzen blockieren und daß dem gegenüber unser Volkstum in Mitteleuropa nur über 80 Millionen verfügt, so ist gewiß diese eine Tatsache schon geeignet, unsere ernste Aufmerksamkeit zu erregen. Und wenn wir dann die starke Vermehrungskraft unserer eigenen Polen in Rechnung ziehen, die bis in die jüngste Zeit die unsrige weit überflügelte — sie betrug z. B. im Zeitraum von 1890—1905 im Regierungsbezirk Posen 15,5 Prozent gegenüber einer deutschen Vermehrung von nur 6,3 Prozent —, so wird auch darin jeder Nüchterne eine objektive Gefahr erkennen. Aber was wir so in Zahlen fassen können, bringt doch durchaus noch nicht den eigentlichen Kernpunkt der Gefahr zum Ausdruck. Bedrohlich wird das Anwachsen unserer Polen erst durch den Umstand, daß sie sich bewußt und mit einer Konsequenz, die Bewunderung abnötigt, von uns absondern und so allmählich ein in sich abgeschlossenes polnisches Gemeinwesen innerhalb unseres Staatswesens gegründet haben, wie uns das überzeugend Ludwig Bernhard in seinem glänzenden Buche über das „polnische Gemeinwesen im preußischen Staate" vor Augen geführt hat. Diese Politik der Absonderung, die die Polen auf allen Gebieten systematisch durchführen und der gegenüber wir machtlos sind, ist im Grunde nichts anderes als eine in legale Formen gekleidete Politik der Losreißung, ein stillschweigender Protest gegen ihre Zugehörigkeit zu unserm Reiche. Fern sei es von uns, ihnen diese Haltung gewissermaßen moralisch zum Vorwurf zu machen. Warum den politischen Kampf durch Verdächtigungen und Gehässigkeiten vergiften? Im Gegenteil, erkennen wir rückhaltlos die nationale Energie unserer Gegner an. Wir ehren nur uns selbst, indem wir dem gegnerischen Fahnenzeichen unsere Hochachtung erweisen. Aber vergessen wir nicht die Folgerungen zu ziehen, zu denen die Lage der Dinge uns dringlich auffordert. Wenn die Polen uns gesellschaftlich schneiden, unsere Handwerker und Gewerbetreibenden boykottieren, sich mit einem Netz von Genossenschaften und Banken wirtschaftlich von uns frei machen, wenn sie den entscheidenden Kampf um den Boden mit einer Hartnäckigkeit, einer Wuchtigkeit und einem Geschick führen, die die Tätigkeit unserer Ansiedlungskommission mehr als einmal lahm zu legen drohten, wenn ihre heute fast unübersehbare Presse, ihre Vereine, ihre Geistlichen die Massen stets in Bewegung und in dem Haß gegen die „Fremden" zu erhalten wissen, wenn mit einem Wort die Eingliederung der Polen in den Organismus des preußischen Staatslebens durch Agitation und eine positive wirtschaftliche Arbeit ohne gleichen so gut wie ganz ins Stocken geraten ist und unsere polnische Bevölkerung sich dauernd in einem heimlichen Kriegszustande gegenüber dem Staate befindet, dem sie nun einmal nach Völkerrecht angehört, so liegt für jeden, der noch national empfindet, die Folgerung auf der Hand, daß das ein Zustand ist, den ohne Gegenwehr andauern zu lassen einer unverantwortlichen Preisgabe unserer Lebensinteressen gleichkommen würde.

Und haben wir denn nicht neben den allgemein staatlichen im Osten auch die Interessen einer altansässigen und bodenständigen deutschen Bevölkerung zu schützen? Wir legen keinen Wert auf historische Erinnerungen wie die manchmal hervorgesuchte, daß unsere Vorfahren dereinst, ehe die Völkerwanderung sie nach dem Westen führte, an der Weichsel gesessen. Mit demselben Rechte könnten wir auch die Wolga oder Skandinavien für uns in Anspruch nehmen. Wir würden darum auch auf den Hinweis auf die größte Tat, von der unsere mittelalterliche Geschichte meldet, die Kolonisierung des Ostens rechts der Elb-Saale-Linie, leichten Herzens verzichten, wenn nicht eben diese —übrigens nie ganz abgerissene und bis ins 18. und 19. Jahrhundert fortdauernde — deutsche Einwanderung in die Gebiete, die wir heute unsere Ostmarken nennen, hier Millionen von Deutschen zurückgelassen und im Laufe der Jahrhunderte deutsche Kulturwerte von solchem Umfange geschaffen hätte, daß wir sie unmöglich wieder preisgeben können. Das ist es, was unsere Landsleute im Westen und Süden

Deutschlands so oft vergessen, daß unsere Ostmarken ja durchaus kein rein polnischer Volksboden sind, vielmehr den Gegenstand eines tausendjährigen Grenzstreites bilden, und daß unsere heutigen Sorgen und Kämpfe nur eine Phase in diesem uralten Hinüber- und Herüberfluten zweier Rassen sind. Machen doch selbst in der Provinz Posen nach der Zählung vom 1. Dezember 1900 die Deutschen mit 718 421 Seelen 38,1 Proz. in Westpreußen aber mit 1 007 400 nicht weniger als 64,4 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Und wer wollte die alten deutschen Kulturstätze im Weichsellande Danzig und Marienburg, Bromberg und Thorn usw. von neuem den Fängen des polnischen Adlers ausliefern? Aber auch in Oberschlesien, wo die Polen zahlenmäßig so weit überwiegen, sind nicht gerade dort Landbesitz und Industriewerte, Kapital und Intelligenz fast ausschließlich deutsch? Gewiß, allein die Rücksicht auf die ostmärkischen Deutschen müßte den Staat zur Rückdämmung der polnischen Bestrebungen bestimmen.

Nicht immer war der preußische Staat sich dieser seiner Aufgabe bewußt. Man spricht gern von dem Zickzackkurs, den seine Polenpolitik eingehalten habe. Insofern diese Bezeichnung den Eindruck hervorzurufen geeignet ist, als sei der Wechsel planlos und willkürlich in kleinen Zwischenräumen erfolgt, führt sie doch irre. Für die historische Betrachtung sind deutlich zwei Perioden zu unterscheiden, für die das Jahr 1872 den Markstein bildet. Bis zu diesem Jahre hat es nur einmal für ein kurzes Jahrzehnt unter dem Oberpräsidenten Flottwell (1830—1840) eine Polenpolitik gegeben, die auf bewußte Abwehr polnischer Bestrebungen hinzielte. Alles was vor und nach Flottwell geschah, trug entweder den Charakter des möglichsten Entgegenkommens und der Versöhnung oder den des Lavierens, zum Teil auch den der Halbheit und Schwäche an sich. Umgekehrt hat die von Bismarck im Jahre 1872 ins Werk gesetzte straffe und entschiedene Politik der Bekämpfung aller Bestrebungen, die direkt oder indirekt auf eine Lockerung des Verhältnisses der preußischen Polen zum Staate hinzielen, nur einmal unter Caprivi für eine kurze Spanne von Jahren eine allerdings höchst unerfreuliche, in einzelnen wichtigen Punkten auch verhängnisvolle, in ihrer Allgemeinwirkung aber doch vielleicht etwas überschätzte Unterbrechung erlebt. Und man darf heute wohl sagen: die preußische Polenpolitik ist durch eine Reihe von Einrichtungen und Gesetzen so tief im Staatsleben verankert, daß ein grundsätzlicher Wechsel, selbst wenn an leitender Stelle hierzu die Absicht vorläge, kaum mehr möglich sein dürfte. Es ist hier wie anderswo, daß das Schwergewicht einer längeren Entwicklung die Dinge in der Richtung weitertreibt, die ihnen diese Entwicklung gegeben hat. Natürlich soll damit nicht gesagt sein, daß die Schwäche der leitenden Hand ganz ohne bedenkliche Folgen bleiben würde. Auch in der Politik ist es der Ton, der die Musik macht. Aber davor, daß einmal plötzlich wieder eine ganz neue Melodie einsetzt, brauchen wir allem Anschein nach keine Furcht zu haben. Die Verhältnisse sind eben doch stärker als die Menschen.

Als Bismarcks Polenpolitik zu Beginn der siebziger Jahre einsetzte, erschien sie nach außen nur als ein Ableger des Kulturkampfes. Für Bismarck war umgekehrt der Kulturkampf nur ein Mittel für die Zwecke seiner Polenpolitik. Eine energische Schulpolitik begann. Die geistliche Schulaufsicht ward beseitigt. Die polnischen Parallelklassen an den höheren Schulen wurden aufgehoben. Auch für die Volksschulen ward die deutsche Unterrichtssprache vorgeschrieben und nur die Fächer der Religion und des Kirchenliedes dem Polnischen überlassen. Sie sind ihm im wesentlichen bis zum heutigen Tage geblieben. Dagegen fiel der Unterricht in der polnischen Sprache ganz fort. Diese Gesetze erregten ihrer Zeit auf polnischer Seite die größte Erbitterung. Der Schulkrieg tobte bis weit in die achtziger Jahre hinein. Heute haben die Leidenschaften sich beruhigt, wenn auch noch vor wenigen Jahren (1906) der „Schulstreik" in Posen den Beweis lieferte, daß nicht viel dazu gehört, neue Explosionen hervorzurufen. Hat nun der deutsche Unterricht die polnischen Kinder zu Deutschen gemacht? Ganz gewiß nicht. Wer das von ihm erwartet hat, gab sich Täuschungen hin. Wohl aber hat die damalige Schulpolitik der deutschen Sprache die ihr in den Ostmarken ge-

bührende Stellung verschafft und das Deutschtum vor einer polnischen Propaganda geschützt, die das Heimatrecht der polnischen Sprache in der deutschen Schule geschickt zu benutzen verstand. Was in den Tagen der geistlichen Schulaufsicht und der nach Bedürfnis und Schülerzahl polnischen Unterrichtssprache möglich war, daß rein deutsche Dörfer vor den Wällen der Provinzialhauptstadt und unter den Angaben der obersten deutschen Behörden wider ihren Willen durch den katholischen Probst und den von ihm abhängigen Lehrer polonisiert wurden, das ist heute ausgeschlossen. Das Schicksal der Entnationalisierung, dem die Bamberger Dörfer bei Posen in der ersten Hälfte des verflossenen Jahrhunderts verfielen, wird kaum noch einmal deutsche Siedlungen im Osten betreffen. Und das eben danken wir diesen Bismarckschen Schulgesetzen der siebziger und achtziger Jahre.

War es also im wesentlichen eine Maßregel der notgedrungenen Abwehr, die sich hier vollzog, so trug von vornherein den gleichen Charakter und trägt ihn bis heute das Werk, das unserer Kulturarbeit im Osten so recht eigentlich seinen Stempel aufgedrückt hat, die Bauernansiedlung in Posen und Westpreußen.*) Auch dieses Werk ist dem Bismarckschen Geiste entsprungen und knüpft zugleich an die besten Traditionen der preußischen Geschichte an. Aber während Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große nur „peuplieren", d. h. ödes, menschenarmes Land bevölkern wollten, war hier das Ziel, dem stärkeren Anwachsen der Polen in unseren Ostmarken und der dementsprechenden Zurückdrängung des deutschen Elementes durch Ansiedlung deutscher Bauern entgegen zu arbeiten. Das Gesetz vom 26. April 1886 stellte der Regierung zu diesem Zwecke einen Fonds von 100 Millionen Mark zur Verfügung. Dieser Fonds ist im Jahre 1898 um 100, im Jahre 1902 um 150 und im Jahre 1908 um 275 Millionen Mark erhöht worden. Ein gewaltiges Unternehmen ist damit mit außergewöhnlichen Mitteln in Angriff genommen, ein Unternehmen, dessen wirtschaftliche Wirkungen allein schon berechtigen würden, von einer Kulturtat ersten Ranges zu sprechen. Die wirtschaftlich zurückgebliebenen, an Hilfsquellen armen Ansiedlungsprovinzen sind durch die Siedlungspolitik mächtig befruchtet worden und haben den Abstand eingeholt, mit dem sie früher hinter den übrigen östlichen Provinzen zurückstanden. Allein durch Urbarmachen von Mooren und Ödland sind 1000 Hektar an fruchtbaren Flächen gewonnen worden. Wesentliche Fortschritte gegen früher weist die Bodenbearbeitung auf, eine Tatsache, die unter anderm darin zum Ausdruck kommt, daß die Ernteerträge in einem Jahrzehnt um die Hälfte und mehr in die Höhe gegangen sind. Ganz besonders stark aber ist der Aufschwung, den die Viehhaltung infolge der Besiedlung genommen hat. Auf gleicher Fläche verdoppelte sich die Zahl der Pferde, verdreifachte sich die der Rinder, verzehnfachte sich die der Schweine. In ähnlicher Weise hoben sich Geflügelzucht und Obstbau. Dem entsprechend wuchs der Verkehr in allen Teilen der Ansiedlungsprovinzen und zwar besonders in den stark besiedelten Kreisen: von 1896 bis 1906 verdoppelte sich nahezu der Güterverkehr der Eisenbahnen. Infolge der durch die Besiedlung gesteigerten Ausnutzung des Grund und Bodens findet heute auf dem Lande eine wesentlich größere Bewohnerzahl ihr Auskommen. Gab es in den früheren Gutsbezirken rund 30 Seelen auf den Geviertkilometer, so sind jetzt auf dem gleichen Raume 50 Menschen angesiedelt. Noch schneller als die Bevölkerung ist der Wohlstand gewachsen. Schon heute leisten die Ansiedlungen dem Fiskus $2^1/_2$ Millionen Mark mehr als die früheren Güter. Allein die deutschen Rückwanderer aus Rußland bringen ihm eine jährliche Steuersumme von dreiviertel Millionen Mark. Noch höher ist es anzuschlagen, daß die wehrfähige Mannschaft beider Provinzen um Tausende gestiegen ist, Leute, die teils aus Südrußland oder Galizien zurückwanderten, teils aus dem übrigen Deutschland kamen und durch die Begründung einer eigenen Wirtschaft von der Auswanderung abgehalten wurden.

*) Man vergleiche für das Folgende die eingehende Darstellung in dem von der Ansiedlungskommission herausgegebenen Werke „Zwanzig Jahre deutscher Kulturarbeit 1886–1906".

Es konnte nicht ausbleiben, daß die Vermehrung der Volkszahl und der Kaufkraft in den Gebieten der Siedlung auf die von ihnen umschlossenen Städte zurückwirkte. Unser Osten ist reich an kleinen und kleinsten städtischen Gemeinwesen, die — durchweg nicht sonderlich lebensfähig und seit langem mit Steuern überlastet — von Jahr zu Jahr zurückgehen. Eine Ausnahme machen in dieser Beziehung nur die Städte, die von Ansiedlungen mehr oder weniger eingeschlossen sind. Hier heben sich Handel und Gewerbe zusehends. Schulen, Rathäuser, Gasanstalten, Schlachthöfe werden gebaut, und trotzdem diese Ausgaben den städtischen Haushalt stark belasten, braucht der Steuersatz nicht erhöht zu werden, da sich eben der Wohlstand und das Einkommen der Bewohner noch stärker vermehrt hat. In den Städten dagegen, die von den Wirkungen der Ansiedlung noch nicht haben erreicht werden können, gehen Handel und Wandel nach wie vor zurück, steigen die Steuern und — dringen die Polen vor.

Soviel von den rein wirtschaftlichen Folgen des Ansiedlungswerkes. Was soll man, wenn man sie überblickt, von denen sagen, die unserm Staate vorrechnen, daß die Ansiedlungspolitik ihm zu teuer komme, da ihm jede angesiedelte Familie über 30 000 Mark, jedes neu gegründete Dorf gegen eine Million koste? Ganz abgesehen davon, daß diese Berechnung willkürlich übertreibt, ist sie auch darin unzulänglich, daß sie eben das Wachstum der Steuerkraft in den ländlichen Teilen und den kleinen Städten der Ansiedlungsprovinzen nicht mit berücksichtigt und nicht sieht oder nicht sehen will, was die wirtschaftliche Hebung zweier bisher zurückgebliebener Provinzen für den Staat auch finanziell bedeutet.

Und bei alledem sind die nationalen Erfolge dieser Politik noch gar nicht in Betracht gezogen. Sie aber sind es, auf die es hier doch in erster Linie ankommt.

Von agrarischer Seite ist die Tätigkeit der Ansiedlungskommission gelegentlich als Güterschlächterei in großem Maßstabe bezeichnet worden. Das trifft in gewissem Sinne den Nagel auf den Kopf. Um Zerkleinerung des gerade in Westpreußen und Posen besonders überwiegenden Großbesitzes und seine Aufteilung an Bauern, also um eine gesundere Bodenverteilung handelt es sich in der Tat bei dem Werke der Ansiedlung. Aber diese an sich wirtschaftliche Aufgabe gewinnt ihre nationale Note durch die Tatsache, daß die Aufteilung des von der Kommission erworbenen Grundbesitzes nur an deutsche Bauern und Arbeiter erfolgt, daß somit die Stärkung des deutschen Elementes in den beiden national gefährdeten Provinzen das eigentliche Endziel des Ganzen ist.

Die Siedlungstätigkeit hatte in Preußen seit einem Jahrhundert geruht. Die Überlieferung war verloren gegangen und es galt eine neue Siedlungstechnik auszubilden. Ihr Schöpfer ist der langjährige Ansiedlungspräsident von Wittenburg geworden. Seine Praxis geht darauf hinaus, in sich geschlossene, leistungsfähige Landgemeinden mit Kirche und Schule am Orte zu schaffen, die mit Gemeindevermögen ausgestattet und zu kräftigen Genossenschaften organisiert sind. Das Rückgrat dieser Ansiedlergemeinde hat die spannfähige Bauernstelle zu bilden, die durch den Besitzer und seine Familie ohne ständige fremde (polnische!) Arbeitskraft bewirtschaftet werden kann. Auf dieser Grundlage geht noch heute die Ansiedlung vor sich. Sie sieht ihre Hauptaufgabe somit in der Gründung neuer Bauerngemeinden und legt deren Schwerpunkt in einen Bauernhof, der je nach Bodenbeschaffenheit, Verkehrslage und Nutzungsart zwischen 10 und 20 Hektaren (40 bis 80 Morgen) schwankt. Eine solche Besitzgröße schaltet den polnischen Tagelöhner oder Insten vom Hofe aus und erfüllt auf diese Weise den nationalpolitischen Zweck am vollkommensten. Neben diesem Normaltypus des Ansiedlungsgutes kommen aber selbstverständlich auch andere Besitzgrößen vor — auf der einen Seite die großbäuerliche, auf der andern die kleinbäuerliche und die Arbeiterstelle. Als Vorbild für das gesunde Mischungsverhältnis der verschiedenen Besitzgrößen innerhalb des einzelnen Dorfes dienen die alten Dorfgemeinden des Ostens, in denen sich diese Bodenverteilung in jahrhundertelanger Entwicklung vollzogen hat.

Eine wichtige Frage war die, unter welcher rechtlichen Form und unter welchen

finanziellen Bedingungen die Stellen an Ansiedler vergeben werden sollten. Hierfür hat schon das Gesetz von 1886 die maßgebenden Normen entwickelt, die noch heute in Geltung sind: Zeitpacht und Rentengut. Die Pacht (zwölfjährig) ist nur eine Hilfsform, neuerdings in vielen Fällen nur die Überleitung zum Eigentumserwerb. Die eigentliche Grundform ist das Rentengutsverhältnis, wobei der ganze Kaufpreis in Form der Rente geleistet wird, die 3 Prozent beträgt und 50 Jahre für den Staat unkündbar ist. Der Käufer behält auf diese Weise sein auf die Stelle mitgebrachtes Geld unverkürzt zur Einrichtung und Inbetriebsetzung der neuen Wirtschaft. Durch die Bestimmung, daß der zehnte Teil der Rente nur in beiderseitigem Einverständnis abgelöst werden darf, und durch die Ausbedingung eines Wiederkaufsrechtes sichert sich der Staat eine dauernde Einflußnahme auf das Rentengut und seinen Besitzer. Er behält ihn so zu sagen am Bande, weshalb denn auch von agrarischer Seite das Wort vom „königlich preußischen Bauern" geprägt ist. Das Wiederkaufsrecht (und zwar zu nur 75 Prozent des gemeinen Wertes!) steht dem Staate auch im Falle der Zwangsversteigerung und endlich auch dann zu, wenn der Ansiedler stirbt. Man sieht, der Staat behält die volle Gewähr, daß das von ihm aufgewandte Geld nicht an den Unrechten kommt. Die Gefahr, daß das Rentengut einmal, sei es durch schlechte Wirtschaft des Besitzers, sei es durch seine Polonisierung oder die seiner Kinder seinem Zwecke, das Deutschtum zu stärken, entzogen wird, diese Gefahr, die man von Gegnern der Ansiedlungspolitik so häufig betonen hört, besteht unter den geschilderten Vorsichtsmaßregeln wahrhaftig nicht. Andererseits ist die Ansiedlungskommission eifrig bestrebt, dem einzelnen Ansiedler nach Möglichkeit alle Garantien für das wirtschaftliche Gedeihen seiner Stelle zu geben. Sie gewährt dem Zuziehenden mehrere (bis zu drei) rentenfreie Jahre, überweist ihm die erste Ernte nach seinem Zuzuge oder dafür Mundvorrat und Viehfutter, erleichtert ihm durch mannigfache Hilfsleistungen den Aufbau seines Hofes, ordnet die Schul- und Kirchenverhältnisse der neuen Gemeinde auf Staatskosten und stattet sie endlich mit einer reichlichen Dotation aus, von der den einzelnen Ansiedlern oft recht beträchtliche Nutzungen zufließen.

Nicht immer ganz leicht ist die Verwertung der Gebäude des Gutshofes, die auf die einzelnen Stellen verteilt werden. Ihre zweckmäßige Anpassung für den Kleinbetrieb stellt manchmal an die Findigkeit der Baumeister starke Ansprüche. Doch haben diese hierin allmählich eine große Fertigkeit ausgebildet. Soweit die zum Teil sehr großen und schloßähnlichen Herrenhäuser solcher Verwendung spotten, werden sie für öffentliche Zwecke (Pfarr- und Schulhäuser, Kirchen) verwertet. Auch zu Diakonissenheimen, Predigerseminaren, Waisenhäusern (Neuzedlitz!), Siechenanstalten, Trinkerheilanstalten, landwirtschaftlichen Winterschulen usw. hat man sie benutzt. Neuerdings macht sich leider die Neigung geltend, Restgüter auszulegen, d. h. das Herrenhaus mit einem kleineren Areal (zirka 250 bis 500 Hektar) als selbständiges Gut wieder auszutun. Es geschieht dies um der Erhaltung des deutschen Einflusses auf den Kreistagen willen. Denn da die Polen unter dem Druck ihrer öffentlichen Meinung nicht mehr an die Ansiedlungskomission zu verkaufen wagen, diese mithin wesentlich auf deutsche Verkäufer angewiesen ist, so liegt ja in der Tat die Gefahr vor, daß die kreisstandschaftsfähigen Güter in deutscher Hand gegenüber den Polen in die Minderheit kommen. Aber man würde dieser Gefahr leicht dadurch begegnen können, daß die neue Gemeinde, die auf dem aufgeteilten Rittergut sitzt, die Stimme, welche diesem Gute anhaftete, auf dem Kreistage als „Virilstimme" weiterführte. Sind es agrarische Einflüsse, welche die in Betracht kommenden Stellen davon abhalten, diesen naheliegenden Ausweg zu beschreiten? Jedenfalls ist der Erfolg der neuerlichen Praxis der, „daß die zu den Restgütern verwendete Landfläche der Hauptaufgabe der Ansiedlungskommission, der bäuerlichen Siedlung entzogen und die Möglichkeit, aus dem übrigen Gutsteil eine leistungsfähige Ansiedlergemeinde zu gründen, in der Regel in Frage gestellt wird", wie es schon in der angeführten großen Denkschrift der Ansiedlungskommission vom Jahre 1907 heißt. Dazu kommt noch, daß die polnische Arbeiterschaft auf diese Weise meist auf dem

Besitze erhalten bleibt, der neuen Gemeinde somit gleich ein nationaler Fremdkörper als Pfahl im Fleische mit auf den Weg gegeben wird.

Überhaupt ist nicht zu leugnen, daß die Ansiedlungstätigkeit seit einiger Zeit unter gewissen Hemmungen zu leiden hat, die nicht unbedenklich sind. Es ist der andauernde Landmangel, der sie hervorruft. Gewiß ist besiedlungsfähiger Großgrundbesitz, besonders in der Provinz Posen, an sich noch ausreichend vorhanden — er bildet nicht weniger als 44 Proz. der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche —, aber er ist einerseits zu großem Teil fideikommissarisch gebunden, andererseits ist polnischer Grund und Boden für die Ansiedlungskommission nicht feil, da sich polnische Besitzer der Verfehmung durch ihre Volksgenossen nicht auszusetzen wagen. Dieser Zustand, der die erfolgreiche Fortsetzung der Siedlung überhaupt in Frage stellt, hat bekanntlich schon im Jahre 1908 zu dem sogenannten Enteignungsgesetz geführt, das der Regierung die Möglichkeit in die Hand gibt, bis zu 70 000 Hektar auf dem Wege zwangsweiser Enteignung zu erwerben. Aber die scharfe Waffe, welche die Volksvertretung dem Reichskanzler in die Hand gegeben hat, hat dieser bisher gezögert anzuwenden. Infolgedessen steht unsere Siedlungspolitik heute im Zeichen einer bedenklichen Verlangsamung des Tempos. Gegen die Ankäufe aus der ersten Hälfte des laufenden Jahrzehnts blieben die des verflossenen Jahres (1909) um 30 Prozent und mehr zurück, statt über 50 wurden nur 42 neue Dörfer gegründet. Und wenn im Jahre 1907 1660 Verträge mit Ansiedlern zustande kamen, so weist das Jahr 1909 deren nur 1386 auf. Und dies alles, obwohl sich die Ansiedlungslustigen geradezu um die Stellen reißen und die Kommission gezwungen ist, sie in Scharen zurückzuweisen. Schon ist es dahin gekommen, daß die Kommission Raubbau auf Kosten ihres Landvorrats treiben muß, der nur noch für knapp zwei Jahre reicht, und daß wir einer noch viel stärkeren Einschränkung der Besiedlung entgegen sehen, falls nicht wieder zu umfangreicheren Landkäufen übergegangen werden kann. Das ist aber nur möglich, wenn endlich mit der Enteignung Ernst gemacht wird. Auf die Dauer ist jedenfalls der Zustand unerträglich, daß wir unsern deutschen Großgrundbesitz zerschlagen müssen, um das Ansiedlungswerk notdürftig fortzuführen, während der polnische Großbesitz konserviert wird und eben infolge unserer Nachfrage immer mehr im Werte steigt. Darüber besteht alles in allem heute unter allen Sachkundigen kein Zweifel mehr, daß wir ohne die Enteignung nicht lange mehr auskommen können, falls nicht das große Werk verkümmern soll.

Das große Kulturwerk der ostmärkischen Ansiedlung muß bleiben und sich über alle Hemmnisse und Irrungen hinweg schließlich durchsetzen. Wir brauchen die Enteignung, deshalb werden wir sie über kurz oder lang erhalten und zwar in weiterem Umfange, als sie das Gesetz von 1908 vorsieht, und verbunden mit einer Ordnung der Grundstückparzellierung, die die polnische Gegenaktion lahmlegt. Nur in diesem Zeichen werden wir siegen. „Denn ein sicherer Erfolg", so sagt auch Bernhard in seinem Buche, „kann in Posen-Westpreußen nur errungen werden durch große Bauernsiedlungen und durch deren einheitlichen genossenschaftlichen Zusammenschluß. Nur auf diese Weise kann eine deutsche Macht entstehen, die sich mit der polnischen Wirtschaftsmacht im Osten vergleichen kann, und nur solche Macht fürchtet der Pole."

Sind die bisherigen Erfolge der Ansiedlung noch nicht durchschlagend und können sie es noch nicht sein, da kaum ein Vierteljahrhundert verflossen ist, seit sie in die Wege geleitet wurde, und solche Arbeit mit längeren Zeiträumen rechnen muß, so ist doch aller Grund vorhanden, sich ihrer zu freuen, denn sie beweisen schon mit Sicherheit, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Im ganzen sind bisher 17 051 Ansiedlerfamilien mit 102 300 Köpfen zu Rente, Pacht und Miete angesetzt. Dazu kommen noch gegen 1000 deutsche Arbeiter- und Handwerkerfamilien mit rund 10 500 Personen, so daß die gesamte deutsche Bevölkerung der Ansiedlungsgemeinden und Ansiedlungsgüter auf 112 800 Seelen gerechnet werden kann. Die seit dem Jahre 1886 besiedelte Landfläche aber kommt mit 299 559 Hektar oder 43,10 Quadratmeilen etwa dem Umfange des Herzogtums Anhalt gleich. Ein deutsches Fürstentum also ist unserem Volkstum auf

dem Boden der Ostmarken durch den deutschen Bauern endgültig gewonnen. Ein achtungswerter Erfolg, der noch größer wird, wenn man seine unmittelbaren und mittelbaren Wirkungen erwägt. In den stark besiedelten Kreisen weist nämlich seit 1900 das Polentum auf dem Lande gegenüber der raschen Vermehrung der deutschen Bevölkerung schon einen Stillstand, teilweise sogar einen absoluten Rückgang auf. Auch in den Städten, in deren Umgebung stärker gesiedelt wurde, ist die Abwanderung der Deutschen zum Stehen gekommen, gewinnt das Deutschtum, gestützt auf die Kundschaft der umliegenden Ansiedlungen, wieder an Boden. Das sind Tatsachen, die schließlich auch schon in der Nationalitätenstatistik der Ansiedlungsprovinzen mit zum Ausdruck kommen. Mußten wir oben feststellen, daß noch während des Zeitraums von 1890—1900 die Zunahme der Polen in der Provinz Posen eine unvergleichlich stärkere war als die der Deutschen, so zeigt das Jahrfünft 1900—05 nach dieser Richtung schon ein ganz anderes Bild. In diesen Jahren haben sich nämlich die Deutschen im Regierungsbezirk Posen fast ebenso stark vermehrt als die Polen (5,47 Prozent gegen 5,55 Prozent), im Bezirk Bromberg sogar noch stärker (6,54 Prozent gegen 4,4 Prozent)! Die Gründe für diese Erscheinung liegen zu großem Teil an der Abwanderung der Polen in die rheinischen Industriegebiete, an dem sogenannten Zuge der Polen nach dem Westen, zum Teil aber treten in ihnen zweifellos schon die Wirkungen der Ansiedlungstätigkeit mit in Erscheinung. Und solche Ergebnisse eröffnen zugleich für die Zukunft die günstigsten Aussichten.

Das Werk der Bauernsiedlung ist die größte Kulturarbeit, die sich heute auf dem Boden unserer Ostmarken vollzieht. Vor dieser Leistung tritt alles zurück, was die jüngste Vergangenheit in diesen Provinzen geschaffen. Es würde in der Luft schweben ohne diesen gewaltigen, den Zeiten trotzenden Quaderunterbau. Dennoch gilt auch hier: das Eine tun und das Andre nicht lassen. Man hat oft Stimmen solcher vernehmen können, die jede andere staatliche Kulturarbeit außer der kolonisatorischen in unseren Ostmarken heute als vom Übel ansehn. „Erst den Unterbau, dann die Fassade" — wurde uns zugerufen. Als wenn das flutende Leben ein solches reinliches Nacheinander der Bestrebungen, ein solches systematisches Auftragen von Kulturschichten überhaupt zuließe. Wir meinen im Gegenteil, daß Bedürfnisse dazu da sind, um befriedigt zu werden, und daß keine Generation in der Lage ist, eine Arbeit, die ihr die Verhältnisse vor die Tür legen, einfach zurückzuschieben, weil eine andere Aufgabe ihr dringlicher und wichtiger ist. Gewiß, die dringende Arbeit möge voran gehen, sie möge mit der größten Energie, mit dem Aufwande der reichsten Mittel in Angriff genommen werden, aber sie überschatte nicht alles andere und verhindere nicht, daß Bedürfnisse befriedigt werden, die auch ihre Berechtigung haben.

Es war der erleuchtete Gedanke Friedrich Althoffs, dem Kulturwerke, welches den ostmärkischen Boden dem deutschen Bauern zu eigen machen will, eine Kulturpolitik in engerem Sinne an die Seite zu setzen, welche bestimmt ist, dieses Land dem deutschen Geiste in noch vollerem Maße zu erschließen, als dies bisher der Fall gewesen. Man braucht gar nicht in das tendenziös übertreibende Gerede von der kulturellen Rückständigkeit unseres Ostens einzustimmen, welches am lautesten von denen im Munde geführt wird, die diese schönen und mit Unrecht so verschrieenen Lande gar nicht kennen. Aber daß der Osten kulturell im Vergleich mit dem Westen unseres Vaterlandes stiefmütterlich behandelt ist und daß dieser Zustand seinen Kulturstand ungünstig beeinflußt hat, das freilich läßt sich denn doch nicht abstreiten. Und nur Unverstand und Kurzsichtigkeit können sich der Erkenntnis verschließen, daß der geistige Höhenstand der deutschen Bevölkerung in dem Nationalitätenkampfe des Ostens keine gleichgültige Sache sei. Nicht als wenn der deutsche Geist die Polen bezwingen oder germanisieren könnte. Wohl aber kann er den Deutschen den Rücken stärken, sie fähiger, mutiger, kräftiger für die Aufgaben machen, die ihnen gesetzt sind. So wie die Dinge heute in unseren Ostmarken liegen, vermag die Provinz Posen z. B. ihren Bedarf an höheren Lehrkräften nicht selber zu decken, fehlt ihr ein ausreichender Nachwuchs an bodenständigen Lehrern. Weshalb? Weil sie keine Universität besitzt, die solche Lehrer bilden könnte. Es ist nun

einmal nicht anders: wie der Handel der Flagge folgt, so folgen die Wissenschaften und Künste den Anstalten, an denen sie gelehrt oder gepflegt werden.

Das war es, was Althoff erkannte. Er schuf im Osten Bildungsmöglichkeiten, denn er sagte sich, das Bedürfnis nach Bildung werde schon erwachen, sobald die Möglichkeit gegeben sei, es zu befriedigen. Die Kaiser-Wilhelm-Bibliothek, das Kaiser-Friedrich-Museum, die Akademie in Posen und die technische Hochschule in Danzig, die seit der Jahrhundertwende in rascher Folge entstanden, sind die Denkmäler dieser seiner Tätigkeit. Zu ihnen darf man noch das Hygienische Institut in Posen rechnen, wenn es auch seiner Natur nach in erster Linie für den engeren Kreis der Mediziner in Betracht kommt. Die Summe von geistiger Anregung aber, die schon in der kurzen Zeit seit ihrer Entstehung von diesen Anstalten ausgegangen ist, wollen wir hier nicht mit Zahlen, die ja doch immer nur das Äußerlichste erfassen, zu belegen versuchen. Mehr will es bedeuten, daß schon heute niemand diese reich und würdig ausgestatteten Institute aus unseren Ostmarken wieder weg zu denken vermag. Was für den kunstlosen Osten ein Museum wie das Posener bedeutet, das weiten einheimischen Kreisen zum ersten Male einen Überblick über die Kunstentwicklung und (unterstützt durch gewählte Sonderausstellungen) auch einen Einblick in die Strömungen der modernen Kunst gewährte, darüber muß man diejenigen sprechen hören, die den Unterschied von einst und jetzt persönlich erfahren haben. Und hat nicht für wissenschaftliche Arbeit die Bibliothek, die jetzt gegen 200 000 Bände zählt, erst den Apparat und das Handwerkszeug herbeigeschafft? Diese Bibliothek, die ihren Lesesaal und ihr Zeitschriftenzimmer ihren Benutzern bis zum späten Abend (10 Uhr) und sogar Sonntags am Nachmittag und Abend von 4—10 Uhr offen hält, die ferner durch ihre Verbindung mit einer Provinzial-Wanderbibliothek das gesamte Volksbibliothekswesen der Provinz einheitlich organisiert hat und mächtig befruchtet! Das Bedeutsamste sind aber doch die beiden Lehranstalten, die Althoff für die Ostmarken geschaffen. Die Danziger Technische Hochschule hat sich binnen weniger Jahre einen Platz unter ihren Schwesteranstalten in Preußen errungen und zugleich erwiesen, daß es Mittel gibt, den deutschen Charakter einer solchen Anstalt auch im national gemischten Osten zu wahren. Die Posener Akademie ihrerseits steckt noch in den Kinderschuhen ihrer Entwicklung. Sie weist bis heute im wesentlichen den Typus einer jener Volkshochschulen auf, wie wir deren seit kurzem mehrere in unserm Vaterlande haben. Auch wird niemand bestreiten können, daß sie als solche die erfreulichsten Erfolge aufzuweisen hat, was um so schwerer ins Gewicht fällt, als sie in einer mittelgroßen Stadt von etwa 160 000 Einwohnern, von denen mehr als die Hälfte der polnischen Nationalität angehört und als Hörerschaft somit nicht in Betracht kommt, selbstverständlich unter viel ungünstigeren Verhältnissen arbeitet als die ähnlichen Institute in Großstädten wie Frankfurt und Hamburg. Bis heute jedenfalls hat sie ihre Anziehungskraft bei den Posener Deutschen noch nicht eingebüßt. Auch erstreckt sich der Kreis ihrer Wirksamkeit fast über die ganze Provinz, aus deren entlegensten Teilen zu einer nicht geringen Zahl von Vorlesungen regelmäßige Hörer zu kommen pflegen. Andererseits fahren die Lehrer der Akademie im Dienste der „Deutschen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft" jeden Winter in die kleinen Städte der Provinz, um dort Vorträge für ein größeres Publikum zu halten. Bei alledem kann kein Zweifel darüber sein, daß die Akademie als Volkshochschule allein auf die Dauer nicht lebensfähig bleiben wird und daß sie eines Ausbaues dringend bedarf. In welcher Richtung sich dieser zu vollziehen haben wird, ist kaum zu verkennen. Schon ihr Gründer hat diese Richtung angedeutet, indem er der Akademie eine Prüfungskommission für Oberlehrer-Erweiterungsprüfungen für bestimmte Fächer (Deutsch, Französisch, Englisch) angliederte. Neuerdings ist das Kultusministerium in eben dieser Richtung noch einen Schritt weiter gegangen, indem es angeordnet hat, daß den Studierenden jener Fächer die Zeit des Besuches der Akademie auf ihre Studiendauer bis zu zwei Semestern angerechnet werden muß. Sind das einstweilen tastende Schritte und fehlt augenblicklich an maßgebender Stelle, wie es scheint, noch die Absicht, ihnen entscheidendere in Kürze folgen

zu lassen, so wird doch auch hier das in den Dingen selbst ruhende Schwergewicht die Entwicklung über kurz oder lang in der einmal eingeschlagenen Richtung weiter treiben, und die Wünsche weiter Kreise in der Provinz zur Erfüllung bringen, die auf den Ausbau der Akademie zu einer philosophischen Fakultät hinausgehen. Wann dann zu der einen die andern Fakultäten hinzukommen, das kann ruhig der Zukunft überlassen bleiben. Daß einmal auch dieses Stadium erreicht werden wird, wenn auch vielleicht erst nach einem Menschenalter, darüber wird niemand im Unklaren sein, der das lebhafte Bedürfnis unseres an Universitäten so armen Ostens nach Hochschulen kennt. Jedenfalls — darüber sind alle Sachkenner einig — besteht für eine philosophische Fakultät in Posen bei der vollständigen Zurückhaltung der Polen vom Lehrerberufe nicht die so oft von den Gegnern dieser Bestrebungen ins Treffen geführte Gefahr, daß sie zu einem Sammelpunkte national-polnischer Intelligenz werden könnte, ganz abgesehen davon, daß die Regierung nirgendwo wirksamere Mittel in der Hand hat, staatsfeindliche Bestrebungen zu kontrollieren und zu unterdrücken als gerade in Posen.

Wer wird in dem Nationalitätenkampfe des Ostens schließlich Sieger bleiben? Wir vermögen nicht in die Zukunft zu schauen, aber wir wagen zu hoffen, daß der Leser dieser Zukunft nicht mit dumpfem Bangen entgegensehen wird. Eine letzte Entscheidung zu unsern Gunsten ist noch nicht gefallen. Die Anstrengungen unseres Staates haben die der Polen verdoppelt. Das ist das Wahre an dem Satze, den man so oft hören muß, als habe die straffere Polenpolitik des letzten Menschenalters die Polenfrage erst geschaffen. Aber ist diese Frage letzten Endes eine wirtschaftliche, so ist klar, daß der Widerstand der Polen schließlich mit den reicheren Mitteln und der unvergleichlich größeren Ausdauer, die der Staat entwickeln kann, nicht gleichen Schritt zu halten vermag. So bitter ernst dieser wirtschaftliche Kampf auch für uns sein mag, seien wir doch froh, daß die Verhältnisse die Polen auf diesen Boden gedrängt haben. Je stärker ihre wirtschaftliche Rüstung ist, um so schwerer ist sie für sie selbst zu tragen. Schon heute ist es so, daß die Führer im wirtschaftlichen Kampfe bei den Polen sich von aller politischen Agitation fern halten und bei ihren Volksgenossen wohl gar als gemäßigt verschrieen sind. Hat ihre Haltung nur als Berechnung zu gelten oder entfernt die praktische wirtschaftliche Arbeit sie doch unmerklich der Neigung zu politischen Hirngespinsten?

Eins aber ist sicher. Was den Mut der Polen heute noch aufrecht erhält, ist die Hoffnung, daß in Berlin wieder einmal ein anderer Wind wehen und Rücksichten irgendwelcher Art Preußen-Deutschland zu einem Einlenken gegenüber seinen Polen veranlassen könnten. Erweisen sich diese Hoffnungen als grundlos — und es ist oben entwickelt worden, aus welchen Gründen trotz etwelcher vorübergehender Schwankungen die Gefahr eines wirklichen Systemwechsels in der Polenfrage nach menschlichem Ermessen nicht zu befürchten steht —, so muß diese Tatsache auf die Dauer die polnische Widerstandskraft lähmen. Denn man vermag nur zu kämpfen, so lange man hofft. Darum gibt es nur eine Garantie des Sieges auf unserer Seite, das unentwegte und entschlossene Festhalten an dem einmal eingeschlagenen Kurse. Bleiben wir den Traditionen Bismarcks getreu, bevölkern wir unsere Ostmarken mit Tausenden und Abertausenden deutscher Bauern, machen wir uns diesen Boden, der uns einmal als Kriegsbeute zugefallen ist, in langsamer und unverdrossener Kulturarbeit in wörtlichstem Sinne zu eigen und stärken wir unser Volkstum, indem wir es geistig heben und festigen, dann haben wir alles getan, was das Vaterland von uns erwarten kann.

Das Deutſchtum in der weiten Welt.

Von **Paul Lindenberg,** Berlin.

„Hinaus in die Ferne" — im deutſchen Blut liegt der Wandertrieb! Mit beſonderer Freude und Hingebung werden jene Lieder angeſtimmt, die in die Weite locken: „Wem Gott will rechte Gunſt erweiſen". Die ſtimmungsvollen Eichendorffſchen Verſe ſprechen tief empfindend aus, was ſeit alters her in jeder deutſchen Bruſt ſchlummert, was oft genug geweckt ward und Erfüllung fand.

Das deutſche Volkselement war ſchon von früh an der Kulturdünger für fremde Nationen. Ungeheure Maſſen deutſcher Scharen ſetzte die Völkerwanderung in Bewegung, und wenn auch jenſeits der Alpen auf italiſchem Boden bald eine Verſchmelzung des germaniſchen und romaniſchen Blutes ſtattfand, ſo laſſen ſich dort doch auch heute noch mancherlei Spuren auffinden der Herkunft einzelner deutſcher Stämme.

Im Mittelalter ſorgte die Hanſa dafür, daß deutſcher Kaufmannsgeiſt und deutſche Unternehmungsluſt in fremden Ländern ſich tiefgehende Geltung verſchafften, und daß die Flaggen der Hanſa auf deutſchen Schiffen in fernſten Häfen wehten. In London, Antwerpen, Brügge, Bergen, in Groß-Nowgorod hatte die mächtige Hanſa ſich eigene Anſiedlungen geſchaffen, und ihre deutſchen Angeſtellten regelten in muſtergültiger Weiſe den Handel und Wandel fremder Völker. Mit dem Niedergang der Hanſa, die infolge der ewigen deutſchen Eiferſüchteleien untereinander keinerlei ſtaatlichen und politiſchen Rückhalt gefunden, hörte auch die Verbindung des inneren Deutſchland mit dem Meere auf, ſchliefen die Intereſſen für einen Überſeeverkehr ein, blieb der deutſche Michel geruhig zu Haus, bis auf jene wanderluſtigen Handwerker, die nach oft ſehr abenteuerlichen Fahrten den Daheimgebliebenen Kunde von draußen her brachten.

Ein Mann, ein großer, gewaltiger, hatte den Mut, von neuem den Weg über das Meer zu finden: der Große Kurfürſt. Sein kühner Unternehmungsgeiſt ſchreckte vor keinerlei Schwierigkeiten zurück, und ſeine Erinnerungen an die in den Niederlanden verbrachte Jugendzeit wußte er zu ernſten Mannestaten umzugeſtalten. Er muß als der eigentliche Gründer unſerer Marine betrachtet werden, und mit Bewunderung und Stolz hören wir von ſeinem wagemutigen Unternehmen, ein Geſchwader von ſechs Fregatten und einem Brander nach dem Atlantiſchen Ozean zu ſchicken, um der weſtindiſchen Silberflotte Spaniens, das Brandenburg noch zwei Millionen Taler ſchuldete, das eine oder andere der reich beladenen Schiffe wegzunehmen, was auch gelang. Daran reihte ſich die Begründung eines brandenburgiſchen Kolonialbeſitzes an der weſtafrikaniſchen Küſte. Auf feſtgefügten Forts wehte keck die brandenburgiſche Flagge mit dem roten Adler. Der kleine Staat mit ſeiner winzigen Hauptſtadt an der Spree hatte einen kühnen Aufſchwung genommen, der leider durch den Tod des Großen Kurfürſten gar zu früh geſtört wurde.

Waren allmählich die direkten, ſorgſam geregelt geweſenen kaufmänniſchen Verbindungen Deutſchlands mit der Fremde unterbrochen worden, und hatte die deutſche Politik im Inlande genug zu tun und wohl auch gar nicht die Luſt dazu, ſich um fernerliegende ausländiſche Dinge zu kümmern, ſo hatten dafür ganz im ſtillen die Bewohner

einzelner deutscher Ortschaften und auch ganzer Gegenden ihre Bündel geschnürt, um in weiter Ferne sich neue Wohnstätten zu schaffen, in der Hoffnung, sich und den Ihren eine bessere Zukunft zu begründen. Deutsche Anbauer siedelten nach Schlesien, Böhmen, Mähren und Ungarn über, ganze Dorfschaften bildend, in Siebenbürgen entstanden durch die aus dem Mosellande gekommenen Franken, die man Sachsen nannte, starke Kolonien, ähnlich war es in Kurland, Livland und Esthland der Fall, und selbst bis zur Wolga drangen diese Auswanderer vor, auch dort ihre Sitten und Gebräuche treu pflegend. Die einen zogen die anderen nach sich; deuten doch noch heute im Inneren Serbiens verschiedene Anzeichen darauf hin, daß schon im 13. und 14. Jahrhundert deutsche Bergleute aus dem Mansfeldischen dort in größerer Zahl tätig gewesen.

Aber das waren doch schließlich alles nur vereinzelte Erscheinungen, die den großen deutschen Volkskörper wenig berührten. Erst im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts begann die gewaltige Völkerwanderung über See, nicht nur aus Deutschland, sondern aus dem größten Teile Europas, eine Auswanderung ohnegleichen in der Geschichte der Staaten. Man nimmt an, daß in dem einen Jahrhundert 30 Millionen Menschen den alten Erdteil verließen, um sich jenseits der Meere, meist in den Vereinigten Staaten, anzusiedeln. Wirtschaftliche Gründe sprachen hier in erster Beziehung mit, zu ihnen gesellten sich, wenn auch weniger stark, religiöse und politische, letztere von der Mitte des vorigen Jahrhunderts an zahllose Deutsche veranlassend, der Heimat Lebewohl zu sagen. Betrug die Zahl der deutschen Auswanderer zu Anfang der vierziger Jahre 50 000 jährlich, so stieg sie 1846 auf 106 000 und 1852 auf 162 000. Leider zogen oft genug politischer Hader und parteiisches Gezänk, Uneinigkeit und Absonderung mit hinaus; hatte doch die drängende Frage: „Was ist des Deutschen Vaterland?“ noch keine Antwort gefunden, und durfte Julius Rodenberg beim Anblick deutscher Musikanten in Wales, die des alten Arndt sehnsuchtsvolles Lied angestimmt, singen:

„Ihr zieht wie ich landein, landaus,
Bei Nacht und Sturm und Wogenbraus;
Ihr tragt mit euch ein tönend Erz,
Ich trag in mir ein tönend Herz,
Und wo wir gehn, und wo wir stehn,
Da fragen wir die blauen Seen,
Den dunklen Wald, die Felsenwand:
Was ist des Deutschen Vaterland?

Er hat kein Vaterland zu Haus,
Drum sucht er's in der Welt da draus,
So weit der Wanderdrang ihn treibt,
Und Heimweh sein Genosse bleibt;
Er sucht es in der Träume Reich,
So duftig-weit, so nebelbleich —
Die Sehnsucht, die ihr Ziel nicht fand,
Das ist des Deutschen Vaterland!“

Aber endlich, endlich sollte die so oft und immer heißer gestellte Frage ihre Beantwortung finden. Nach dem schweren Bruderkriege erhob sich ganz Deutschland zur Abwehr des französischen Angriffes, das Vaterland rief, und alle, alle kamen, auch von jenseits der Meere, um unter den deutschen Fahnen auf fränkischer Erde von Sieg zu Sieg zu schreiten. Die mit Eisen und Blut geschlossene Brüderschaft hielt, jugendstark und hoffnungsfroh war das neue deutsche Reich entstanden, stolz im Gefühl des Errungenen, bestrebt, den Bau auch im Innern fest auszugestalten, damit er allen Stürmen trotze! — O, jetzt hatten die Deutschen draußen einen anderen Halt an ihrem Vaterland, mit kühnen Schwingen flog der deutsche Kaiseraar hinaus, um auch in der Ferne die Söhne des neugeeinten Deutschland in seine treue Hut zu nehmen!

Dazu war der Ausbau der deutschen Flotte unbedingt nötig und wurde auch von Jahr zu Jahr mit größerem Nachdruck durchgeführt. Als dann nach dem großen wirtschaftlichen Aufschwung, der dem letzten Kriege gefolgt war, ungünstigere Zeiten eintraten und die deutsche Auswanderung von neuem ganz erheblich anschwoll — stieg sie doch im Jahre 1881 auf die nie dagewesene Ziffer von 221 000 Köpfen — wurde der Wunsch einer größeren Beteiligung Deutschlands an der Weltwirtschaft und dem Welthandel stets reger. In enger Verbindung damit stand die Begründung deutscher Kolonien, die im Sommer 1884 durch Bismarck kraftvolle Unterstützung fand. Er war ja auch mit seiner ganzen machtvollen Persönlichkeit für die staatliche Unterstützung neuer regelmäßiger Postdampferlinien zwischen Deutschland und Ostasien eingetreten und wies ironisch die im Reichstage seitens seiner Gegner erhobenen Vorwürfe, er stürze sich in

eine abenteuerliche Politik, zurück. Auch betreffs der Kolonien wußte er sich heftiger Angriffe zu erwehren und betonte sarkastisch in seiner Rede vom 10. Januar 1885: „Wir haben schon mal an der afrikanischen Küste zur kurbrandenburgischen Zeit Ansiedelungen gehabt — in der Zeit der Gamaschen und Perücken sind sie aufgegeben und verkauft worden! Und wenn Sie der Regierung nicht mehr Unterstützung entgegenbringen, so ist es besser, wir schreiten zu demselben Liquidationsverfahren so früh wie möglich und machen dem Lande keine unnützen Kosten und Hoffnungen, die wir ohne Ihr freiwilliges Entgegenkommen und Ihren Beistand nicht erfüllen können!"

Dazu kam es glücklicherweise nicht, die Kolonialpolitik nahm ihre weitere Entwicklung und stärkte auch für ihren Teil Deutschlands Weltmachtstellung. Nicht umsonst war Heinrich von Treitschke als ernster Warner aufgetreten, der dargelegt hatte, daß die koloniale Erweiterung für die Zukunft ein Faktor von ungeheurer Bedeutung geworden sei: „Von ihr wird es abhängen, in welchem Maße ein jedes Volk an der Beherrschung der Welt durch die weiße Rasse teilnehmen wird. Es ist sehr gut denkbar, daß einmal ein Land, das gar keine Kolonien hat, gar nicht mehr zu den europäischen Großmächten zählen wird, so mächtig es sonst sein mag. Darum dürfen wir nicht in jenen Zustand der Erstarrung kommen, der die Folge einer rein festländischen Politik ist. Es ist eine gesunde und normale Erscheinung, wenn ein Kulturvolk den vorhandenen Gefahren der Übervölkerung durch eine Kolonisation im großen Stile vorbeugt. Hier wird keine Verstümmelung der Natur getrieben, und es entwickelt sich ein weites Gebiet gesunden Schaffens, das zugleich die nationale Kraft des Mutterlandes stärkt. Die ganze Entwicklung unserer Staatengesellschaft geht unverkennbar darauf aus, die Staaten zweiten Ranges zurückzudrängen, und da eröffnen sich, wenn wir die nichteuropäische Welt mit in Betracht ziehen, unendlich ernste Aussichten auch für uns. Bei der Verteilung dieser nichteuropäischen Welt unter die europäischen Mächte ist Deutschland bisher immer zu kurz gekommen. Und es handelt sich doch um unser Dasein als Großstaat bei der Frage, ob wir auch jenseits der Meere eine Macht werden können." Und im Anschluß daran bemerkte er: „Die ganze Stellung, Deutschlands hängt mit davon ab, wie viele Millionen Menschen in Zukunft deutsch sprechen werden!"

Daß Deutschland gewillt und stark genug war, die Interessen seiner fernen Landeskinder zu schützen, zeigte sich bei verschiedenen Gelegenheiten mit sichtlichem Erfolg. Vor allem auch, als deutsche katholische Missionare anfangs November 1897 in Süd-Schantung ermordet worden waren, worauf eine Besetzung der Kiautschou-Bucht erfolgte. Auch damals wieder wurden im Reichstage Stimmen laut, die von einer Abenteurerpolitik sprachen, worauf Staatssekretär von Bülow nachdrücklich bemerkte, daß die Zeiten, in denen der Deutsche dem einen seiner Nachbarn die Erde überließ, dem andern das Meer und sich selbst den Himmel reservierte, wo die reine Doktrin thront, daß diese Zeiten vorüber seien: „Wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unsern Platz an der Sonne!" Und in knapper eindringlicher Weise wies derselbe Redner drei Jahre später bei der Taufe des Schnelldampfers „Deutschland" in Stettin auf das Einst und das Heute der Stellung Deutschlands im Kreise der Völker hin. Von den Tagen der Hansa ausgehend, beleuchtete er den langen und mühsamen Weg, der von kleinen Anfängen bis zu diesem stolzen Fahrzeug, das damals das mächtigste Schiff der Welt war, geführt, hervorhebend, daß es uns während dreier Jahrhunderte wie dem Peter in der Fremde unserer alten Erzählung ergangen sei, uns, die wir einst fremde Länder mit Kolonien besetzt, Barbaren zur Gesittung gebracht, den Erdball mit unseren Faktoreien überzogen hatten. Erst als wir unsere staatliche Einheit wieder errungen hatten, besannen wir uns auf das alte Hanseatenwort: „Mein Feld ist die Welt!" und betraten von neuem das Theater der Weltpolitik: „Denn unsere gegenwärtige überseeische Politik ist hervorgegangen aus unserm gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung, der wiederum die Folge der Schaffung des Reichs war. Als deutsche Arbeit sich ihre Stellung auf dem Weltmarkt erobert hatte, mußte unsere auswärtige Politik der Entfaltung unserer wirtschaft-

lichen Kräfte folgen. Unsere heutige überseeische Politik und unsere heutige Weltpolitik haben sich aus unserem wirtschaftlichen Wachstum mit Notwendigkeit ergeben. Heute fühlen wir mehr und mehr, daß ein Volk, welches sich von der See abdrängen läßt, im Weltgetriebe beiseite steht wie der Statist, der sich im Hintergrunde herumdrückt, während vorn auf der Bühne die großen Rollen agieren. Deutschland, dessen Handel sich während der letzten vier Jahrzehnte von $2^1/_2$ Milliarden im Jahre 1860 auf $8^1/_2$ Milliarden im Jahre 1897 gehoben, das seit 30 Jahren die Tonnage seiner Handelsmarine verfünfzehnfacht hat, das in Handel, Verkehr und Schiffahrt an die zweite Stelle aufgerückt ist, Deutschland darf weder im wirtschaftlichen noch im politischen Wettbewerb zurückbleiben, Deutschland, das dem Meere so ungeheure Werte anvertraut hat, das längst nicht mehr nur Binnenvolk im Herzen Europas, sondern auch Welthandelsmacht im Vordertreffen der Konkurrenz ist, muß auch zur See stark genug sein, um deutschen Frieden, deutsche Ehre und deutsche Wohlfahrt überall wahren zu können. Und wenn wir auf diesem uns vom Schicksal vorgezeichneten Wege Hindernisse zu überwinden und schwierige Stellen zu passieren haben, so wird uns das weder irr machen noch niederbeugen. Mutig, stetig und energisch müssen und wollen wir dem Endziele entgegenschreiten."

Das war vor zehn Jahren gesprochen. Seitdem hat Deutschlands Außenhandel weiteren enormen Aufschwung genommen, und sind deutsche Kapitalien in stets steigendem Maße in das Ausland geflossen, um dort zinskräftig angelegt zu werden. Man darf annehmen, daß heute über zehn Milliarden Mark deutscher Gelder draußen arbeiten, während man den deutschen Besitz an ausländischen Wertpapieren auf 16 Milliarden Mark schätzt. Das trägt natürlich auch zur Stärkung des Deutschtums in der Fremde bei, weil ja dadurch die Verbindungen mit den anderen Ländern immer enger geknüpft werden, wie naturgemäß gleichzeitig seine Ansprüche an den Weltmarkt wachsen und sich seine Leistungen diesem gegenüber stets steigern. Durch diese Ausbreitung unseres Handels und Wandels wird aber auch das Deutschtum in der Fremde gestärkt, was für uns als Mutterland von größter Bedeutung ist. Gegenwärtig beträgt nach Professor Langhans die Gesamtheit der Deutschen, unter Einbeziehung des Niederdeutschen Stammes in den Niederlanden, Belgien und Süd-Afrika an 100 Millionen Menschen:

Europa	85 956 000
Nord-Amerika	12 360 000
Mittel-Amerika	12 000
Süd-Amerika	500 000
Afrika	600 000
Nord- und Ostasien	82 000
Süd-Asien	50 000
Australien	113 000.

Von den Deutschen in Europa entfallen auf das Deutsche Reich bei einer Einwohnerzahl von im ganzen 64 Millionen 59 Millionen, auf Österreich 9 800 000, auf Ungarn 2 200 000, Bosnien 30 000, Niederlande 5 200 000, Belgien 3 600 000, Luxemburg 220 000, Frankreich 500 000, Schweiz 2 400 000, Italien 50 000, Spanien und Portugal 6000, Balkanstaaten 28 000, Großbritannien 100 000, Dänemark 50 000, Skandinavien 7000, Rußland 1 700 000, Rumänien 50 000, übriges Europa 15 000.

Wenn wir nur die im Auslande lebenden, aus Reichsdeutschland stammenden Deutschen in Betracht ziehen, so vermindert sich die obige Gesamtsumme von 100 Millionen erheblich, vor allem müssen wir die Angehörigen der angelsächsischen Welt, die Skandinavier und Holländer abziehen. Aber den Kernpunkt bilden doch im weiteren Auslande wie auch an einzelnen Stellen Europas die Reichsdeutschen, zu denen sich jenseits der Meere die Deutsch-Österreicher und Deutsch-Schweizer gesellen.

Die größte Zahl unserer Landsleute finden wir in den Vereinigten Staaten. Bereits Penn brachte, als er sich 1682 in Pennsylvanien niederließ, viele Deutsche,

hauptsächlich Rheinpfälzer, mit, denen im ersten Drittel des achtzehnten Jahrhunderts beträchtliche Scharen folgten, die immer wieder neuen Nachschub erhielten. Interessant ist, daß sich schon im Jahre 1787 eine deutsche Gesellschaft in Newyork — dessen erster Bürgermeister übrigens ein Westfale, Peter Minuit, der die 22 englische Quadratmeilen große Insel für 100 Mark von den Indianern gekauft hatte, gewesen — gebildet, die von den angesehensten deutschen Kaufleuten und Landbesitzern begründet worden war und von ihnen unterstützt wurde; sie hatte den Zweck, den deutschen Ankömmlingen in Amerika durch Rat und Tat beizustehen und überhaupt die nordamerikanischen Deutschen mit dem Mutterlande und unter sich selbst in freundschaftliche, wechselseitige Unterstützung herbeiführende Verhältnisse zu setzen. — Es ist hier nicht unsere Aufgabe, geschichtlich zu beleuchten, welch wichtige Dienste Deutschland der jungen Union geleistet hat, aber man muß doch hervorheben, daß gerade seit 1848 sich unter den Auswanderern sehr viele gebildete Elemente befanden, die sich in hervorragender Weise auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens und der allgemeinen Tätigkeit hervortaten. Einer der besten von ihnen, Karl Schurz, ein ebenso guter Deutscher wie treuer Bürger der Vereinigten Staaten, behandelte in vielbeachteter Rede den Einfluß des Deutschtums auf die Union, dabei zeigend, wie kräftig die Deutsch-Amerikaner an dem Fortschritt des humanen Geistes in Amerika mitgewirkt haben: „Unleugbar ist es, daß weit mehr als irgendein anderer Bestandteil der Bevölkerung die Deutschen unserm neuen Vaterlande die unschätzbaren Dienste geleistet haben, die Liebe und den Genuß der Kunst anzuregen und zu pflegen und der Hast und dem Ernst des amerikanischen Lebens das Licht und die Wärme eines harmlosen Frohsinns beizumischen. Daß jetzt in Stadt und Dorf über das Summen und Brausen des Geschäftstreibens hinaus das fröhliche Lied und die herzerhebende Harmonie erklingt, an der Tausende und Millionen sich ergötzen, und daß die Rast von der Arbeit in allen Klassen des Volkes mehr und mehr von dem Sonnenschein eines heiteren Lebensgenusses durchleuchtet wird, das ist eine dem amerikanischen Volke erwiesene Wohltat, die mehr als irgendein anderer Stamm der Deutsche gebracht hat. Nicht allein wir, sondern jetzt auch eine Mehrzahl von denen, deren widerstrebendes Vorurteil erst überwunden werden mußte, freut sich dieser Bekehrung zum Frohsinn."

Und wie auf amerikanischem Boden ein Deutscher in bescheidener Weise der Deutschen Verdienste um die Vereinigten Staaten betonte, so tat dies in weit kräftigerer Art ein Amerikaner auf deutscher Erde, und zwar Theodore Roosevelt gelegentlich seiner Vorlesung in der Berliner Universität am 12. Mai 1910. Er bemerkte, daß er in dieses unser Land von ruhmvoller Vergangenheit und glänzender Gegenwart als Angehöriger eines jungen Volkes komme, auf das Deutschland großen Einfluß ausgeübt: „Der deutsche Anteil an unserm Blut ist groß, denn fast von Anbeginn an ist das deutsche Element unter den einander folgenden Wogen von Ankömmlingen, deren Kindeskinder in die amerikanische Nation verarbeitet worden sind und noch werden, groß gewesen; und ich selbst führe meine Abstammung auf jenen Zweig der Niederdeutschen zurück, welcher Holland aus der Nordsee emporgehoben hat. Und noch mehr, wir haben von ihnen nicht nur einen großen Teil des Blutes, das durch unsere Adern rinnt, entnommen, sondern auch einen großen Teil der Gedankenwelt, durch welche unsere Denkarbeit bestimmt wird."

Man nimmt an, daß in den Vereinigten Staaten gegenwärtig nahe an drei Millionen in Deutschland geborene Personen wohnen, die Zahl aller aus deutschen Familien, d. h. jener, deren beide Eltern oder deren Vater oder Mutter in Deutschland geboren wurden, stammenden Bewohner aber ist mit acht Millionen nicht zu hoch angesetzt; das macht den zehnten Teil der Gesamtbevölkerung aus. Gelegentlich des Krieges der Vereinigten Staaten mit Spanien wurde von englischer Seite immer wieder versucht, die Union mit Deutschland zu entzweien, um zunächst Deutschland — das im Jahre 1909 für über 166 Millionen Dollars nach den Vereinigten Staaten exportierte — wirtschaftlich zu schädigen. Diese Treibereien aber hatten nur zur Folge,

daß sich das Deutschtum in den Vereinigten Staaten besser seiner Stellung und Macht erinnerte, und daß sich die deutschen Vereine enger zusammenschlossen, um mehr noch als bisher deutsches Wesen und Leben zu pflegen und gelegentlich auch zielbewußt in die politischen Kämpfe einzugreifen. Diese Bewegung hat in erfreulichster Weise stete Fortschritte gemacht, wie es auch aus der Begründung des „Deutsch-amerikanischen Nationalbundes" hervorgeht, der viele Hunderte Deutscher Vereine von den Küsten des Atlantischen bis zu denen des Stillen Ozeans umschließt. Mit Begeisterung wird jährlich in den Vereinigten Staaten dort, wo die deutsche Sprache erklingt, der Deutsche Tag gefeiert, und unter allgemeiner Teilnahme begeht man die großen nationalen Feste des Mutterlandes. So war, als vor kurzem das Andenken der Schlacht im Teutoburger Walde gefeiert wurde, das Hermann-Fest in St. Louis von tausenden und abertausenden deutscher Landsleute besucht, deren Zahl jene der Besucher des Schlachtfeldes im Teutoburger Walde weit übertraf. Neuerdings haben sich auch die Deutschen in Kanada, deren Zahl sich heute schon auf über eine halbe Million beläuft, enger zusammengeschlossen, gründeten deutsche Zeitungen, Kirchen und Schulen und entsandten bereits eigene Abgeordnete in die Provinzial- und Landesvertretung.

Echt deutsche Kulturstätten bilden bekanntlich die deutschen Siedlungen Brasiliens, woselbst im Innern ein alter Achtundvierziger, Dr. Hermann Blumenau, 1850 die nach ihm genannte Kolonie am Einfluß des Garcia in den Itajahy mit 17 Gefährten gründete, die heute an Flächeninhalt dem Großherzogtum Hessen gleichkommt und von etwa 40 000 Deutschen — in ganz Brasilien gibt es deren etwa 350 000 — unter 50 000 Ansiedlern bewohnt wird. Noch älter als Blumenau ist Sao Leopoldo, das bald auf ein hundertjähriges Bestehen zurückblickt; großer Blüte erfreuen sich viele andere Kolonien wie Santa Cruz, Hamburgerberg, Lageado, Estrella usw. In harter Arbeit gewann man dem Urwald ertragreiche Felder ab, gründete Fabriken, regte damit industriellen Aufschwung an, ließ immer neue Schulen entstehen und verlor nie den Zusammenhang mit der alten Heimat. Festen Boden haben auch in Argentinien die Deutschen— ihrer an 20 000, dazu 13 000 Österreicher und 15 000 Schweizer — gefaßt und mehr denn hundert deutsche Schulen mit 6000 Schülern begründet, und stark ist das deutsche Element in Venezuela, Ecuador, Chile, Mexiko, neuerdings auch in Uruguay und Paraguay vertreten.

Verhältnimäßig gering war stets die deutsche Auswanderung nach Australien, und es war nicht leicht, die Deutschen dort zu engeren Zusammenschlüssen zu veranlassen, da bei der weiten Entfernung von dem Mutterlande und bei den nicht allzu regen Beziehungen hin- und herüber, die Verengländerung erhebliche Fortschritte machte. Einzelne Schulvereine suchen letzterer entgegenzuarbeiten und haben neuerdings erfreuliche Erfolge aufzuweisen, wie man ferner bestrebt ist, einzelnen deutschen Siedlungen ihren deutschen Charakter zu bewahren. Die Gesamtzahl aller Deutschen dürfte sich kaum auf 100 000 belaufen.

Auf afrikanischem Boden haben die Deutschen in Britisch-Südafrika, wo ihrer etwa 30 000 gezählt werden, schwer zu kämpfen, was mit politischen und wirtschaftlichen Gründen zusammenhängt. Klein ist die Zahl der selbständigen deutschen Schulen, die sich nur langsam vermehren und auf regsame Hilfe aus der Heimat angewiesen sind. Selbständiger treten unsere Landsleute in Marokko auf, zumal macht die in Tanger neugegründete deutsche Schule erhebliche Fortschritte, auch in Algier und Tunis ist das Deutschtum gut vertreten, das neuerdings auch in Abessinien erfolgreichen Einzug gehalten hat. Am einflußreichsten und kräftigsten zeigt sich das Deutschtum in Ägypten. Bereits in der Mitte der fünfziger Jahre des verflossenen Jahrhunderts war das deutsche Element in Alexandrien so erstarkt, daß sich eine protestantische Gemeinde bildete, die sich seitdem zum eigentlichen Mittelpunkt des dortigen Deutschtums entwickelt hat. Mit den religiösen Bestrebungen gingen von Anfang an die Sorge für die Kranken und die Pflege der deutschen Sprache Hand in Hand. 1857 wurde das Diakonissen-Hospital, das gastlich seine Pforten allen Nationen öffnete, gegründet, 1865 eine Schule, in der

außer in deutscher noch in französischer Sprache unterrichtet wurde, und am 22. März 1866 konnte feierlich die stattliche Kirche eingeweiht werden. Seit 1884 besteht eine eigene deutsche (evangelische) Schule, die unter dem Schutz der deutschen Regierung steht und neben den erforderlichen anderen Zuschüssen auch einen solchen vom Deutschen Reiche erhält; sie entwickelt sich sehr gedeihlich und wird heute von weit über hundert Kindern besucht, während sich die Zahl der sämtlichen Reichsdeutschen in Alexandrien auf etwa 500 von ca. 1500 in ganz Ägypten — neben 7000 Österreichern und 500 Schweizern — belaufen mag. Für das Ansehen des Deutschtums spricht ferner, daß auf Veranlassung des Vizekönigs, der das Recht hat, drei Stadtverordnetenstellen in Alexandrien nach freier Wahl zu besetzen, zwei von diesen Deutschen übertragen wurden, die schon mehrfach Gelegenheit hatten, viel für die Stadt, besonders in gesundheitlicher Beziehung, zu tun. Ein gleiches gedeihliches Entwickeln des deutschen Ansehens und Einflusses ist in Kairo zu bemerken. Welch himmelweiter Unterschied gegen jene Zeiten vor Eröffnung des Suezkanals im Jahre 1869, als dort sogar die leitenden Kreise kaum wußten, welchen Staat denn eigentlich der „Konsul aus Preußen" vertrete, während heute dauernd in Kairo an 600 Deutsche wohnen. Neben Französisch und Englisch hat sich am Ufer des Nils die deutsche Sprache Bürgerrecht erworben; deutsche Gelehrte sind in der Museumsverwaltung, in der medizinischen Hochschule, im Gesundheitsamt und der Bibliothek des Khedive tätig, andere unserer Landsleute in fast allen Verwaltungszweigen, Post, Telegraphie, Zoll- und Bauwesen usw., sich weitgehendes Ansehen auch im Gemeindewesen erringend. In fortgesetztem Wachstum befindet sich hier unsere Industrie und unser Handel, gibt es doch in Ägypten über 70 deutsche Handelshäuser, und kann man das deutsche Kapital, das dort arbeitet, auf etwa hundert Millionen Mark beziffern. Der deutsche Verein in Kairo hat sich als gesellschaftlicher Mittelpunkt aller Kreise der dortigen deutschen Kolonie entwickelt und segensreich wirken die evangelische und die katholische Schule, das Diakonissen-Hospital, sowie der deutsche Unterstützungsverein, welch letzterer Darlehen gewährt, Kranke und Notleidende unterstützt und für arme Kinder das Schulgeld bezahlt.

Im östlichen Asien ist das Deutschtum zu immer stärkerer Geltung gelangt, hauptsächlich dank unserem wirtschaftlichen Aufschwung, verbunden mit den guten Leistungen unserer Industrie und dem Wachstum unserer Handelsflotte. Eine beträchtliche Zahl unternehmungsfroher, kaufmännisch tüchtig ausgebildeter junger Deutscher begibt sich jahraus, jahrein nach dem fernen Osten und vermehrt die Zahl unserer Landsleute, die sich dort an weit entlegenen Stätten eng zusammengeschlossen haben. Davon legen die großen und bequem eingerichteten deutschen Klubhäuser in Singapore, Bangkok, Hongkong, Tientsin, Shanghai beredtes Zeugnis ab. Echt vaterländische Gesinnung, verbunden mit deutscher Gemütlichkeit, wird in diesen Klubs gepflegt, und all denen, die dort auf weiter Fahrt Einkehr gehalten, werden die da verlebten Stunden stets in lieber Erinnerung bleiben. Besonders in Siam haben die Deutschen, die dort jetzt über 150 Köpfe zählen, treffliche Kulturarbeit geleistet, die warme Förderung fand durch die Sympathien des Königs für das Deutsche Reich und dessen Kaiser. So mußte z. B. die englische Gesellschaft, die seinerzeit den Bau der Eisenbahn von Bangkok nach dem Innern unternommen, zurücktreten, deutsche Köpfe und Hände förderten in überraschend kurzer Frist das gänzlich verfahrene Werk, und zwar unter Ersparung sehr wesentlicher Summen. Mit größtem Geschick und unter Einsetzung ihres Lebens waren im Innern des Landes unsere Ingenieure tätig, und schneller, als vorgesehen, erreichte die Bahn trotz ungeahnter Schwierigkeiten ihre Ziele. Die Post ist völlig nach deutschem Muster eingerichtet unter der umsichtigen Aufsicht eines früheren deutschen höheren Postbeamten, dem in erster Linie ihr guter, sicherer Betrieb sowie ihre praktischen Einrichtungen zu danken sind. In deutschen Händen befinden sich mehrere der größten Handelshäuser, die im gesamten Osten hohe Geltung haben. Ein kunstbegabter bayrischer Architekt erbaute das Palais für den Kronprinzen und ein Deutsch-Österreicher durchzog weite Teile des Landes mit Kanälen, den Ertrag jener Gebiete um das

fünf- und ſechsfache ſteigernd. Was oft ein einzelner für das Anſehen ſeines Vaterlandes zu leiſten vermag, bewies unſer einſtiger Geſandter Herr von Seldeneck, der in verhältnismäßig kurzer Zeit ſich weſentliche Verdienſte um das deutſche Anſehen am Menam erworben; als er ſtarb, ſank auf Befehl des Königs die Königsſtandarte auf dem Palaſt zu Bangkok wie auf allen Kriegsſchiffen Halbmaſt, und der Siameſiſche Hof, ſowie alle Europäer, die mit ihm in Verbindung ſtanden, legten für ſechs Tage Trauerabzeichen an.

Was auch ſonſt ein einzelner tun kann, beweiſt das Beiſpiel Karl Gützlaffs, der ſeine letzte Ruheſtätte in dem „glücklichen Tal“ am Fuße des Hongkong-Piks gefunden, wie jener idylliſch gelegene Friedhof von den Engländern genannt wird. Auf einem gewaltigen granitenen Sarkophag leſen wir die kurzen und doch ſo vielbedeutenden Worte: „Dr. Gützlaff. Apoſtel der Chineſen.“ Bald ſind es ſechzig Jahre her, daß hier Gützlaff nach einem raſtlos erfüllten Lebenswerk den letzten Schlaf ſchläft, er ſtarb am 9. Auguſt 1851 in Hongkong. Aber ſein Andenken iſt noch nicht verweht, und die ſonſt in der Dankbarkeit nicht allzu bewanderten Engländer erinnern ſich noch häufig ſeiner, mahnt doch auch an ihn und ſein Wirken eine nach ihm in Hongkong genannte Straße und ferner ein ſeinen Namen tragender Leuchtturm nahe Amoy. Als Preußen ſich noch nicht ſeiner großen Aufgaben voll bewußt war und an alles andere eher dachte als an Erwerbungen jenſeits der Meere, da ſpann Gützlaff bereits enge Fäden zwiſchen ſeinem Heimatlande und dem Reiche der Mitte, und er allein hat viel dazu beigetragen, daß ſich der deutſche Name Achtung in China erwarb bei den Chineſen wie bei den Fremden. Heute, wo Deutſchlands Handelsflaggen ſo zahlreich in den chineſiſchen Meeren wehen, gedenkt man gern jenes unermüdlich tätigen Mannes, der ſein Leben einem ernſten Ziele geopfert. Als Knabe hatte er, der als Sohn eines Pommerſchen Schneiders ſich ſeine erſten Kenntniſſe mühſam ſelbſt hatte erwerben müſſen, ein längeres Gedicht verfaßt, in welchem er ſeinem glühenden Wunſche, Miſſionar und ein berühmter Mann zu werden, Ausdruck gegeben, und das er an König Friedrich Wilhelm III. geſandt, der ihm ein Goldſtück zukommen ließ und die Mitteilung, er werde noch ſeiner gedenken. Und der König vergaß ſein Verſprechen nicht, er ließ infolge einer gelegentlichen anderen Anregung den Knaben in eine Berliner Miſſionsſchule eintreten, aus der Gützlaff in jungen Jahren als Miſſionar zunächſt nach Sumatra, dann nach Siam und China hinauszog. Um ſich mit dem chineſiſchen Weſen, der Sprache, den Sitten und Gebräuchen vertraut zu machen, lebte er als Chineſe unter Chineſen, ſich ſpäter in Hongkong anſiedelnd, wo er das Berliner Findelhaus begründete, das noch heute in blühender Weiſe beſteht und jährlich über hundert chineſiſche Mädchen, die teils ausgeſetzt gefunden, teils auch von den Eltern ſelbſt gebracht werden, erzieht, und dem ſich würdig das deutſche Blindenheim anſchließt. Wie verſchieden doch jene Zeiten, in denen Gützlaff nach Hongkong gekommen, und die heutigen! Über fünfhundert Köpfe umfaßt heute die deutſche Kolonie, zu der Firmen von Weltruf zählen; es gibt wohl kaum einen Zweig des kaufmänniſchen Betriebes, der nicht von Deutſchen ausgeübt würde; ſteht doch ferner auch der deutſche Schiffsverkehr an zweiter Stelle (nach dem engliſchen), über dreitauſend Dampfer ließen im letzten Jahre die deutſche Flagge in den oſtaſiatiſchen Gewäſſern wehen, und auch unſere Panzerkoloſſe ankern in Hongkong und anderen großen Hafenplätzen Chinas, das ihrige zum politiſchen Anſehen unſerer Heimat beitragend.

Auch in den übrigen chineſiſchen Hafenſtädten hat das Deutſchtum feſte Wurzeln gefaßt, vor allem in Shanghai, wo wir über 700 Deutſche finden (ca. 2000 in ganz China, abgeſehen von Kiautſchou), und wo ſich auch eine Deutſche Freiwilligen-Kompagnie gebildet hat, die ſich in unruhigen Zeiten mehrfach bewährte. In Canton leben ca. 50, in Tientſin ca. 100 Deutſche, das läßt aber keinen Rückſchluß zu auf den ſehr ausgeprägten deutſchen Handel. In Hankau am Yangtſe beſteht eine eigene deutſche Niederlaſſung mit etwa 70 unſerer Landsleute, einige andere deutſche Niederlaſſungen am Rieſenſtrome ſchließen ſich an.

Mit der Besitzergreifung Kiautschous hat ja das Deutsche Reich auch als solches festen Fuß in Ostasien gefaßt. Man muß wie der Schreiber dieses zu jener Zeit draußen im östlichen Asien geweilt haben, um ermessen zu können, welch tiefen Eindruck das entschlossene und zielbewußte Auftreten unserer Regierung gemacht und in welch energischer Weise das Ansehen Deutschlands dadurch gefördert wurde. Gerade aus den mißgünstigen Bemerkungen der Nichtdeutschen ging hervor, mit welcher, ich möchte sagen, schreckerfüllten Verwunderung das schnelle und tatkräftige Handeln des „deutschen Michel" aufgenommen wurde. Desto stolzer aber schlugen die Herzen der fern vom Vaterland weilenden Deutschen darüber, daß Deutschland so aufmerksam und gutbewährt auf dem Wachtposten gestanden und sich sofort scharfe Genugtuung verschafft hatte.

„Für ein wachsendes Volk kein Wohlstand ohne Ausbreitung, keine Ausbreitung ohne überseeische Politik, und keine überseeische Politik ohne Flotte" — so hatte einst Prinz Adalbert von Preußen, der sorgsam und hingebungsvoll die Begründung einer preußischen und dann einer deutschen Flotte geleitet, gesprochen, und diese seine Worte bildeten den Leitfaden einer hoffnungsfreudigen Richtung unserer politischen Entwicklung und unseres großdeutschen Strebens. Weitschauende Männer, wie der preußische Generalkonsul Hebeler in London, hatten bereits nach den überraschenden Ergebnissen des ersten Krieges Englands mit China (1840) und nach der Eröffnung Hongkongs als Freihafen die preußische Regierung aufgefordert, die günstige Lage auszunutzen und schnell einen Diplomaten nach China zu senden, der die chinesische Regierung zu besonderem Entgegenkommen dem deutschen Handel gegenüber bestimmen sollte; zugleich war auf Missionar Gützlaff verwiesen worden, der sich gewiß gern in den Dienst seines Vaterlandes stellen würde. Ähnliche Wünsche waren von verschiedenen Handelskammern ausgesprochen worden, aber es standen einer energischen Handlungsweise Preußens zu viele Hindernisse entgegen; es fehlten die Häfen an der Nordsee, es fehlte eine Kriegsflotte, es fehlten die Kapitalien und der Unternehmungsgeist zu solch gewagten Schritten. Man begnügte sich mit Absendung eines Sachverständigen, des Konsuls Grube, der im Sommer 1843 seine Reise antrat und die verschiedensten Hafenplätze Chinas und Japans besuchte, im Innern Javas aber dem Fieber erlag. Es folgte dann die Absendung der ersten preußischen Expedition nach Ostasien, 1859, die den Abschluß von Handels-, Schiffahrts- und Freundschaftsverträgen mit China, Japan und Siam als Ziel hatte und gute Ergebnisse heimbrachte.

Weit größere Erfolge hatte die politische Wiedergeburt des Deutschen Reiches, der sich ja jene Japans anschloß. Die gewaltigen Waffentaten der deutschen Armee, die wissenschaftlichen Taten unserer großen Gelehrten und Forscher, der hohe Stand unserer Kultur und der blühende wirtschaftliche Aufschwung lenkten Japans hauptsächlichstes Interesse auf Deutschland und veranlaßte seine Regierung in erster Linie, deutsche Kräfte nach dem Lande der aufgehenden Sonne zu ziehen, um hier reformatorisch tätig zu sein. So kam es, daß in dem bis dahin den Fremden fast ängstlich verschlossen gewesenen Inselreiche das Deutschtum mit einem Male Wurzel faßte und sich in nie geahnter Weise ausbreitete. Im Heerwesen, an den Hochschulen, im Verkehr, in der Polizei, in Verfassung und Verwaltung waren Deutsche hervorragend tätig, die wichtigsten öffentlichen Gebäude in Tokio wurden von einem Deutschen gebaut, der Leibarzt des Kaisers war ein Deutscher. Ihren geistigen Mittelpunkt fanden unsere Landsleute in der seit 1873 in Tokio bestehenden und heute über 400 Mitglieder zählenden „Deutschen Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens", deren „Mitteilungen" von großem wissenschaftlichen Wert sind und das reichste Material für das Studium, namentlich der japanischen wie auch der chinesischen Kultur, bieten.

Es war natürlich, daß auch unser Handel rasch festen Fuß faßte und daß sich in den mehr und mehr den Fremden geöffneten Häfen und Städten große deutsche Handelshäuser etablierten und ihr Personal selbstverständlich aus Landsleuten zusammensetzten, ergänzten und vermehrten. Die größte deutsche Kolonie ist gegenwärtig in Jokohama

mit etwa 400 Deutschen, dann jene in Kobe mit ca. 200 und in Tokio mit ca. 100 Köpfen, während die Zahl in Nagasaki eine erheblich geringere ist. Die Zahl sämtlicher Deutschen in Japan dürfte an 1000 betragen. Einer großen Wertschätzung erfreut sich unter den Japanern die deutsche Sprache; sind doch beispielsweise die zum medizinischen Studium dienenden japanischen Werke deutsch gedruckt und müssen die entsprechenden Prüfungen in deutscher Sprache abgelegt werden. Seitens der studierten Japaner wurde vor einem Vierteljahrhundert in Tokio der „Verein für deutsche Wissenschaft" begründet, dem unter anderen die bedeutendsten japanischen Staatsmänner angehören und der eine eigene deutsch-japanische Schule unterhält. Aber auch in den japanischen Lehranstalten wird unsere Sprache vielfach gelehrt und erfreut sich seitens der gebildeten Kreise großer Wertschätzung. Übrigens nicht nur seitens der oberen Kreise, sondern auch seitens der unteren Volksschichten, wovon ich mich vor einigen Jahren gelegentlich eines Ausfluges von Kobe zu den Nunobiki-Wasserfällen, die in romantischer Wald- und Felsgegend schäumend in einer Höhe von 50 Fuß herabstürzen, überzeugen konnte. Ein Teehaus mit einer kleinen, hoch über den rauschenden Fluten errichteten Veranda sorgt für Erquickung, und gern ließen wir uns von den „Nesans", den zierlichen japanischen Heben, einen kühlen Trunk kredenzen. Wie groß war unser Erstaunen, als die beiden netten Huldinnen in gutem Deutsch: „Rauscht a Wasserfall!" anstimmten, und als andere deutsche Klänge folgten, von denen einzelne nicht gerade einem Liederalbum für Höhere Töchterschulen, sondern mehr einem Kommersbuche entnommen waren. Eine zweite Überraschung: unter den zum Schmuck der Veranda dienenden bunten Plakaten bemerkte ich einen im besten Farbendruck ausgeführten Kopf Bismarcks, den eine amerikanische Brauerei zur Empfehlung ihres Bieres verschickt hatte. Ich hätte gern das Plakat besessen und bot schließlich einige Dollars für dasselbe, aber die kleinen Teefräulein rückten es nicht heraus: „Nein, Bismarck geben wir nicht fort, Bismarck bleibt hier, der ist mehr wert als ein paar Silberstücke!"

Natürlich sind die Wechselbeziehungen zwischen dem näheren Orient und Deutschland viel ältere und regsamere als zwischen uns und dem ferneren Orient. Hauptsächlich kommt hier die Türkei in Betracht, wo wir sehr wichtige deutsche Kultur- und Handelsinteressen zu wahren haben. Gerade auf türkischem Boden hat sich das Deutschtum tiefgehende Achtung zu verschaffen gewußt, Dank ernsten Vertretern unserer Militärmacht, unserer Wissenschaften, unseres Handels und Wandels, unserer Technik, unseres Erziehungs- und Unterrichtswesens — in Konstantinopel bestehen neben einigen deutschen Schulen und solchen, in denen Deutsch gelehrt wird, eine vorzüglich geleitete deutsche Realschule, sowie eine Höhere Mädchenschule nebst Elementarschule und Kindergarten — und nicht zuletzt bestimmter religiöser Gemeinschaften. Unter den letzteren haben sich die Templer, eine 1848 entstandene Religionsgemeinschaft, die in Württemberg ihren Sitz hatte und hat, die wesentlichsten Verdienste um das Deutschtum durch Begründung eigener, heute außerordentlich blühender deutscher Kolonien erworben. Der eigentliche Urheber der Gemeinschaft war Chr. Hoffmann, welcher, wenig erbaut von den damaligen kirchlichen Zuständen seiner engeren Heimat, die Begründung einer gesonderten Kirche anstrebte, die dem Urchristentum nahekommen sollte; nach seiner wie seiner schnell gewonnenen Freunde Meinung war dies nur im eigentlichen „Gotteslande", in Palästina, möglich. Wir wollen hier nicht auf den Kern der Templerlehre eingehen, genug, es wurden 1858 und 1860 Kommissionen von je drei Tempelmitgliedern nach Palästina geschickt, um dort die ersten christlichen deutschen Kolonien zu begründen. Diesen Vorposten folgten erst mehrere Jahre später die ersten Templer-Familien, die sich zunächst in Haifa ansiedelten, während dies andere in Jaffa taten. Dort belief sich die Zahl der deutschen Kolonisten 1867 bereits auf über hundert und vermehrte sich derart schnell, daß man in einiger Entfernung eine zweite Kolonie, Sarona, und unmittelbar bei Jerusalem eine dritte, Rephaim, begründete. Auch Haifa selbst erfreute sich eines vielversprechenden Aufschwungs, und es war natürlich, daß die Nachrichten davon neue Zuzüge anlockten,

um so mehr, als die Templer in ihren wirtschaftlichen Verband alle Deutschen aufnehmen. So belief sich 1878 die Zahl der deutschen Kolonisten in Palästina auf 1500, man mußte dann aber eine Stockung eintreten lassen, weil die türkische Regierung nicht weiteren Grund und Boden abtreten wollte, obgleich die Kolonisten an die türkische Staatskasse einen willkommenen Steuerbetrag jährlich abliefern. Der gesamte Grundbesitz der Tempelgesellschaft in Palästina dürfte heute einen Wert von ca. 10 Millionen Mark haben, wobei erwähnt sein mag, daß der Tempelrat in Jerusalem seinen Sitz hat, daß er die nötigen Ausgaben usw. bestimmt und zur Bestreitung der letzteren eine Tempelsteuer erhebt, die mit den übrigen Einnahmen in die von einer eigenen Behörde verwaltete Tempelkasse fließt; der Rechnungsabschluß im letzten Jahre belief sich auf über 350 000 Mark.

Wie viele Mühseligkeiten aber waren zu überwinden, bis ein derartiger Erfolg erreicht wurde! Sie hatten es wahrlich nicht leicht gehabt, die ersten Kolonisten, und an zahlreichen Plackereien mit den türkischen Behörden, an sonstigen Verdrießlichkeiten und Mühseligkeiten, zu denen sich schwere Krankheiten, die manche Familie aufrieben, und Mißernten gesellten, fehlte es nicht. Es gehörte die ganze deutsche Zähigkeit und Widerstandskraft dazu, nicht zu verzagen und die fremde Scholle zu verlassen. Vor allem muß anerkannt werden, daß die Kolonisten alle gütlichen wie gewaltsamen Versuche der Behörden, sie zur Annahme der türkischen Untertanenschaft zu bestimmen, energisch zurückwiesen, sie sind Deutsche geblieben und werden immerdar treue Söhne der fernen Heimat bleiben! Mit der eingesessenen Bevölkerung stehen sie sich vortrefflich; haben sie doch nie einen Versuch unternommen, jene ihrem Glauben, ihren Sitten zu entfremden, und haben sie sich deren Achtung erzwungen durch ihren Fleiß, ihre Umsicht, ihre Mäßigkeit und ihr bescheidenes, dabei doch sicheres Auftreten. Und das ist der Weg, den wir beschreiten müssen, wollen wir kolonisatorische Erfolge im Ausland erzielen! Nicht mit schönen Worten, sondern mit ersprießlicher Tat müssen wir den fremden Völkerschaften Anerkennung und Bewunderung abringen, ohne Zwang und ohne Drang müssen wir sie zu uns emporziehen, ihren Kindern müssen die deutschen Schulen offen stehen, auch ihrem Glauben müssen wir Achtung entgegenbringen und uns nicht hochmütig als Menschen erster Ordnung einschätzen — —, dann wird reicher Erfolg und friedlicher Sieg unser sein, besonders im Orient!

Eine Fülle erfreulichster Eindrücke bietet uns der Besuch dieser Kolonien dar, so jener von Jaffa mit ca. 350 Deutschen. Man fühlt sich völlig deutsch in diesem Teil der türkischen Hafenstadt, der mit den arabischen Quartieren nicht das geringste gemein hat; deutsches Wort und deutschen Gruß hört man überall, das wundervolle Park-Hotel, in dessen herrlichen Garten unsere Kaiserin mit den Worten eintrat: „Das ist ja hier wie im Paradiese!“ gehört zur Kolonie, wie auch die deutsche „Wein- und Bierwirtschaft“, in der sich abends die Mitglieder des „Deutschen Vereins“ versammeln, und oft dringt zu Harmoniumklängen heller Gesang von Kinderstimmen aus der deutschen Schule heraus, deutsche Lieder sind es, die uns hier frohgemut entgegenhallen. In halbstündiger Entfernung liegt in fruchtbarer Ebene die schon erwähnte Kolonie Sarona mit ungefähr 300 Bewohnern. Durch Orangenhaine windet sich der Weg bis zu ihren, die fleißigste Pflege zeigenden Äckern und Weinpflanzungen. Es ist das schmuckste deutsche Dorf, das sich denken läßt, mit weit zerstreuten Gehöften, jedes von stattlicher Art. Die Häuschen mit roten Ziegeldächern, daneben Stallungen, Hühnerhof, Bienenstöcke, Wasserbehälter und Schöpfbrunnen, überall Gärten mit wundervollen Rosen und vielen anderen Blumen; Eukalyptus- und Maulbeerbäume beschatten die Lauben, auch an einzelnen hochragenden Palmen fehlt es nicht. In den Gärten und auf den Straßen spielen die Kleinen umher, aufgeweckte, gut erzogene Kinder, die offen Rede stehen und uns treuherzig mit blauen und braunen Augen anschauen; auch die Großen treten gern herzu und geben in gemütlichem Schwäbisch — denn neben wenigen sächsischen und hessischen Familien besteht die Bewohnerschaft nur aus Württembergern — jede erwünschte Auskunft, uns zur Rast freundlich einladend, damit wir vom

„Letzten" kosten können. Und der ist ganz vorzüglich geraten, wie wir uns auch beim Besuche der ausgedehnten, tief unter der Erde liegenden Kellereien mit ihren vielumfassenden Fässern überzeugen können. Die Kolonie pflegt in erster Linie den Weinbau, daneben wird Ackerwirtschaft und Gartenbau emsig betrieben. Auf den Feldern sieht man kernige deutsche Bauerngestalten den Pflug leiten, Weizen, Gerste, Hafer stehen üppig da, Kartoffeln werden in reicher Menge geerntet, in vollstem Grün sehen wir Salat, Sesam, Durra, nicht minder gut geraten fast sämtliche heimischen Gemüse. Gleich wie hier fällt uns auch in den Templerkolonien von Haifa mit ca. 600 Bewohnern und jener in Jerusalem mit etwa 400 Bewohnern die gleiche behagliche Wohlhabenheit auf, überall gewinnen wir einen tiefen Eindruck deutschen Wesens und deutschen Fleißes, deutscher Zufriedenheit und Genügsamkeit. O du liebes deutsches Vaterland, wie trittst du uns hier wieder so kernig, so schlicht und doch selbstbewußt entgegen, mit welch berechtigtem Stolz können wir zu den anderen Fremden sagen: „Seht, das ist ein Stück Deutschland im Orient, und nun zeigt uns von euch auch nur annähernd etwas Gleiches!"

Viel zum Ansehen des Deutschen Reiches haben auch verschiedene deutsche Waisenhäuser, Diakonissen-Anstalten und Schulen gerade in Palästina beigetragen, so in Jerusalem, Bethlehem, Beirut. Es würde uns zu weit führen, hier näher darauf einzugehen, ebenso auf die sonstigen deutschen Schulen in diesem türkischen Orient. Recht stattlich ist die deutsche Kolonie in Smyrna mit etwa 200 Köpfen, die in Saloniki und vor allem jene in Konstantinopel mit ca. 1500 Reichsdeutschen. Mit den geistigen Errungenschaften haben jene unseres Handels und der Industrie gleichen Schritt gehalten; in zwanzig Jahren stieg unser Handel in der Türkei um achthundert Prozent, 70 bis 80 deutsche Handelshäuser arbeiten mit einem Kapital von über 100 Millionen Mark, außer der starken Beteiligung deutschen Geldes in den dortigen Eisenbahnen, das man auf ca. 225 Millionen Mark berechnet, abgesehen von der Bagdad-Bahn und der Anatolischen Bahn, wofür 220 Millionen Mark vorläufig in Betracht kommen.

Mit diesen anatolischen Teilen der asiatischen Türkei sind ja deutsche Erinnerungen in naher Weise verknüpft — lang freilich ist's her, zu Ostern 1190 war es, als Kaiser Barbarossa, glaubensmutig und tatenfroh, an der Spitze seines erlesenen Kreuzfahrerheeres hier landete, um gen Jerusalem vorzudringen, ohne daß er das ersehnte Ziel erreichen sollte. Jahrhundert um Jahrhundert verstrich, in Vergessenheit schienen die endlosen Gebiete versunken zu sein, die einst die deutschen Gewappneten auf schweren Rossen durchzogen. Hin und wieder, wenn der starke Holzpflug des türkischen Bauern die Erde aufwühlte, kamen die bleichen Überreste eines der heldenmütigen Genossen des Rotbart-Hohenstaufen zum Vorschein oder ein verwittertes steinernes Kreuz zeigte die Ruhestätte eines mannhaften Ritters an, der unter heißer Sonne zusammengebrochen oder den Feinden erlegen war. Von der Welt da draußen, von den gewaltigsten Ereignissen, welche häufig die Geschicke des alten Europa umgemodelt, drang selten und nur verstümmelt Kunde hierher.

Doch halt, ein paar Ereignisse, ein paar Namen pflanzten sich von Mund zu Mund, von Dorf zu Dorf und Stadt zu Stadt fort, starken Widerhall findend, selbst bei den trägsten Geistern, und ganze Sagenkreise spinnend um jene Taten und jene Männer. die erstere vollbracht: von den siegreichen Schlachten erzählte man sich, die 1870 in blutigem Ringen die Deutschen den Franken, welche man bisher als die stärksten der Starken angesehen, geliefert, und staunend horchte in den entlegensten Ecken Anatoliens alt und jung auf, wenn von dem ehrwürdigen Kaiser Wilhelm, wenn von Bismarck und Moltke, seinen getreuen Kämpen, berichtet wurde! Und eines Tages hielten die Deutschen selbst ihren Einzug auf denselben Pfaden, welche die Kreuzritter gezogen, aber nicht wie jene mit trutzigen Waffen, nicht hoch zu Roß mit wehenden Bannern: Werkzeuge und Maschinen aller Art führten sie mit sich und in ihrem Gefolge ein Heer von emsigen Arbeitern. Gegraben wurde und gebaut, schwindelnde Abhänge und reißende Ströme wurden überbrückt, Berge durchbohrt und Sümpfe aus-

getrocknet. Wo bisher auf hindernisreichen Wegen lange Kamelkarawanen entlang gestapft, da dehnten sich gleißende Schienenstränge aus, auf denen am Anfang der neunziger Jahre pustend und schnaubend die ersten Lokomotiven — „Landdampfer" nannten sie die türkischen Bauern — einherrollten. Leben, Bewegung, Kultur ward plötzlich in jene halbvergessenen Gebiete gebracht, die einst für das römische, dann für das griechische Reich die unerschöpfliche Kornkammer gewesen, und die nun wieder von Jahr zu Jahr in wirtschaftlicher wie politischer Beziehung ganz erstaunlich an Wichtigkeit gewannen. So kämpften und kämpfen die neuen Deutschen in Klein-Asien, ihr Sieg aber heißt die Anatolische Eisenbahn, hauptsächlich mit deutschem Geld von deutschen Ingenieuren erbaut und unter musterhafter deutscher Verwaltung stehend. Als Ergebnis des ersten großen Erfolges reihte sich der Bau des Konstantinopel gegenüber gelegenen großen Hafens von Haidar Pascha an und die bereits von Konia aus begonnene Bahn nach Bagdad, ein gewaltiges Unternehmen von der größten wirtschaftlichen wie politischen Bedeutung. Von neuem, dank deutscher Tatkraft, sind jetzt die weiten anatolischen Gebiete an den Weltverkehr angeschlossen worden und immer enger und unzertrennlicher wird dieses Band, hoffentlich auch immer ausgedehnter und vielseitiger. Wo einmal das Dampfroß seinen Weg genommen, gibt es keine dauernden Schranken mehr für die Zurückdrängung der Kultur, für die Hemmung des Handels, für die Erfüllung der Aufgaben einer neuen, Großes bringenden und noch Größeres versprechenden Zeit!

Das hat sich auch in seiner vollen Wahrheit in Mazedonien, wo das höhere Personal der Orientbahn stark mit deutschen Elementen durchsetzt ist, und wo seitens der Bahnleitung verschiedene deutsche Schulen, wie auch in Anatolien, unterhalten werden, erwiesen, und ebenso auf der Strecke von Konstantinopel nach Sofia. Daß diese Bahnen seinerzeit mit deutscher Hilfe rechtzeitig fertig wurden, hat eine noch heute spürbare Wirkung ausgeübt, und vielfach werden die Deutschen in jenen Gebieten als die „Fertigtschi" bezeichnet, das kommt von dem „fertig" her, dem deutschen Rufe der Bahnschaffner auf den Stationen. Deutsche Disziplin und deutsche Kenntnisse haben auch in Bulgarien nie ihren Eindruck verfehlt, und auch dort ist, wie in der Türkei, das Deutschtum in erfreulicher Weise im Steigen begriffen. Die deutsche Schule in Sofia, wo etwa 1600 Deutsche wohnen, wird auch von vielen bulgarischen Kindern besucht, weil der Unterricht ein vorzüglicher ist, und in den höheren bulgarischen Schulen ist neben Französisch Deutsch obligatorisch. Rege Fortschritte macht der deutsche Handel; es spielt in dieser Hinsicht Österreich eine große Rolle, dann kam England, bis dieses vom Jahre 1885 an mit stets wachsendem Erfolge von Deutschland abgelöst wurde, welches jährlich für über 15 Millionen Mark Waren einführt. Ähnlich verhält es sich mit Serbien, dessen Hauptstadt Belgrad unter seiner Einwohnerschaft eine beträchtliche Anzahl Deutscher enthält, wenngleich gerade hier aus geographischen Gründen der österreichische Einschlag ein stärkerer ist. Gute Dienste tut in Belgrad, wo zirka 8000 Deutsche und Österreicher wohnen, die deutsche Schule, die von 200 Kindern besucht wird.

Von all den fremden Staaten an und nahe der Donau hat aber doch in Rumänien das Deutschtum die stärkste Ausbreitung genommen, sich warmer Sympathien erfreuend. Das ist ganz besonders König Karl zu verdanken. Ihm, dem Hohenzollern, war es ja vorbehalten, die weiten rumänischen Gebiete aus ihrem Dornröschenschlummer zu erwecken, sie mit neuem, frischem Leben zu erfüllen, sie den modernen Kulturstaaten gleichzustellen und unvergänglichen Ruhm um die Fahnen ihrer Heere zu winden. Und wenn es daneben dem unermüdlich strebenden und pflichterfüllten, ernsten, seiner hohen Aufgaben voll bewußten Herrscher gelang, sein Land mit den benachbarten österreichisch-deutschen Reichen politisch und wirtschaftlich näher zu verbinden, so wußte seine Gemahlin eine Brücke zu bauen zwischen ihrer neuen und der alten Heimat und einen feinsinnigen Austausch herzustellen der erlesenen Dichterwerke beider Völker, wodurch ein gegenseitiges Verständnis erweckt wurde für die geistigen wie nationalen Empfindungen. Kein Wunder, daß wir uns in Rumänien besonders wohl fühlen, zumal

wir auf Schritt und Tritt die erheblichsten kulturellen Fortschritte bemerken, und daß wir in herzlicher Verehrung wie mit aufrichtiger Freude und Genugtuung Dessen gedenken, den schon vor Jahrzehnten unser berühmter Landsmann in Oxford, Professor Max Müller, als den Markgrafen deutscher Kultur an der Donau" gefeiert, und der durch seine Person, durch sein Schaffen und Wirken, durch sein unermüdliches, pflichterfülltes Beispiel den in ihm verkörperten großen deutschen Eigenschaften und damit dem Deutschtum Geltung und Anerkennung verschaffte, des Königs Karl von Rumänien!

Zu dem Aufschwung Rumäniens hat Deutschland, vielfach auf Anregung des Königs, sein redlich Teil mit beigetragen, wie dies auch willig mir gegenüber einst der frühere Ministerpräsident Demeter Sturdza, der seine Ausbildung, wie viele seiner Landsleute, auf deutschen Universitäten erhalten, hervorgehoben. „Wenn man auf die letzten vier Jahrzehnte unserer rumänischen Geschichte zurückblickt", so hatte der Minister bemerkt, „dann muß man auch mit inniger Anerkennung der deutschen Mithilfe gedenken. Ein deutscher Fürst lenkte und lenkt Gott sei Dank noch immer segensreich die Geschicke des rumänischen Staates, viele Deutsche waren mit uns tätig bei der Ausgestaltung unseres jungen Reiches, wir hatten von jeher die wichtigsten kommerziellen Beziehungen zu Deutschland, eine deutsche Gesellschaft baute die ersten Eisenbahnen, und daß wir diese später ohne zu große Opfer, vor allem unter Wahrnehmung unserer Selbständigkeit, erwerben konnten, daß die Bankhäuser nicht zu unbillige Forderungen stellten, dafür sorgte Fürst Bismarck, der, wie aus manchem Schreiben an mich und andere rumänische Politiker hervorgeht, mit warmem Interesse die Entwicklung unseres Staates verfolgte."

Wie stark das deutsche Element auf rumänischem Boden ist, geht daraus hervor, daß sich allein in Bukarest die Zahl der deutsch sprechenden Einwohner über 30 000 beläuft, daß in ganz Rumänien etwa 50 000 Deutsche wohnen, die fest an ihrem Deutschtum hängen, daß die deutschen Schulanstalten Bukarests mit 1650 Schülern und Schülerinnen das größte deutsche Schulwesen des Auslandes bilden — auch in anderen größeren rumänischen Städten befinden sich deutsche Schulen — und daß man neuerdings auch an der Bukarester Universität einen eigenen Lehrstuhl für deutsche Sprache und Literatur errichtete. In der Dobrudscha gibt es deutsche Dörfer, deren Bewohner zwar rumänische Staatsbürger geworden sind, aber sich ihr Deutschtum bewahrten.

Eine ganz besondere Stellung nehmen die schon von uns erwähnten, im Südosten Ungarns ansässigen Siebenbürger Sachsen ein, die sich mitten unter und neben Nichtdeutschen, wie dies einst schon Schlözer anerkannt, „unvermischt und ihre ganze Deutschheit rein erhielten". Traten naturgemäß auch im Laufe der Jahrhunderte starke magyarische und rumänische Einflüsse auf, so hat jener kernige Stamm doch stets seine geistige Gemeinschaft zum deutschen Volke aufrecht erhalten und hat sich in den fremden Staat wohl einzufügen gewußt, aber als deutscher Volksstamm. Daß sich das Deutschtum an sich so geschlossen bei diesen Kolonisten, deren Zahl sich heute auf etwa 250 000 beläuft, erhalten hat, war den Feinden ringsum zuzuschreiben; es ward mehr und mehr ein Gebot der Selbsterhaltung, eine geschlossene deutsche Gemeinschaft zu bilden. Aus diesen Gefühlen heraus entstand auch das glänzende Schulwesen, sowie eine Reihe wohltätiger Einrichtungen mit einer umfassenden wirtschaftlichen Organisation neben allerlei Vereinigungen und gut geleiteten Zeitungen. Es ist eine helle Freude, Städte wie Kronstadt und Hermannstadt zu besuchen und sich in den Dörfern Siebenbürgens aufzuhalten; fern von der Heimat fühlt man sich doch wie inmitten derselben und empfindet berechtigten Stolz auf diese treuen, braven, unermüdlich fleißigen, geistig regsamen Mitglieder der großen deutschen Familie, die tapfer und standhaft an ihrem Glauben, ihrer Sprache, ihrer Kultur festhielten, nun schon seit 750 Jahren, und daran auch ferner festhalten werden!

Neben diesen Siebenbürgern gibt es noch Hunderttausende, nein Millionen unserer Landsleute in Süd- und West-Ungarn; schätzt man doch ihre Zahl im Temeser Komitat, wo bereits unter Maria Theresia sich 40 000 schwäbische Bauern ansiedelten, auf über

600 000, zu denen 250 000 Deutsche in und um Budapest, 150 000 in Nord-Ungarn und 600 000 in West-Ungarn kommen. Einzelne Gemeinschaften zweigten sich von ihnen ab und zogen nach Slawonien hinüber, andere nach Bosnien, wo heute bereits über 6000 schwäbische Kolonisten wohnen. Man zählt heute in Ungarn an zehn verschiedenen Stellen Gruppen deutscher Siedlungen von mindestens 35 000 Köpfen. Neuerdings macht sich erfreulicherweise der Ruf nach einem engeren Zusammenschluß dieses deutschen Elementes bemerkbar und das Streben, die Jugend vor einer Magyarisierung zu bewahren. So erließen gelegentlich der letzten Wahlen im August 1910 die Werschetzer Bürgerfrauen einen in vielen tausenden von Exemplaren verbreiteten Aufruf, in dem es hieß: „Wir kämpfen in erster Linie für unsere Kinder! Sie, die uns das Liebste sind, sie, die uns von Gott geschenkt und anvertraut worden sind, sie wollen wir einer besseren Zukunft zuführen. Wir wollen, daß unsere Kinder gründlich in unserer Muttersprache unterrichtet werden — mit den jetzigen Schulzuständen kann keine Mutter zufrieden sein. Man erzieht unsere Kinder nicht für das praktische Leben, sondern gebraucht sie als willenlose Versuchsobjekte eines verdammenswerten Chauvinismus!"

Auch in Rußland befindet sich gleichfalls eine beträchtliche Anzahl deutscher Kolonien, die sich zum Teil seit langer Zeit als deutsche Spracheninsel in der großen slawischen Flut erhalten haben. Bereits unter der Kaiserin Katharina II., die der deutschen Kolonisation ein förderfames Interesse entgegenbrachte, siedelten sich Deutsche 1763 in der Wolgasteppe an und wurde zwei Jahre später die Herrnhuter Brüdergemeinde Sarepta begründet; dann folgten tausende von Bauern aus Württemberg und aus der durch den General Mèlac verwüsteten Pfalz, aus Westfalen, Holstein, Sachsen, Schlesien, Ostpreußen, zu ihnen gesellten sich preußische Mennoniten, die sich am Dnjepr niederließen, während andere Mennonitenscharen 1804 in Taurien 88 deutsche Dörfer begründeten. Auch in der Krim, ferner in Bessarabien und selbst in der Nähe von Tiflis entstanden verschiedene deutsche Ansiedlungen, die sich ihren deutschen Charakter zu bewahren wußten. Allein an der Wolga bei Saratow zählt man heute 173 deutsche Dörfer mit über 300 000 Bewohnern, ebenso erstrecken sich westlich und nordöstlich von Odessa, das selbst eine starke deutsche Kolonie von über 12 000 Seelen besitzt, an 50 blühende deutsche Ansiedlungen.

Welche Fortschritte das Deutschtum im Laufe des letzten Jahrhunderts gemacht hat, geht aus zwei trockenen Ziffern hervor: im Jahre 1801 betrug die Zahl der Deutschsprechenden auf dem Erdball 30 Millionen, am Ende des Jahrhunderts, wie wir schon anfangs erwähnten, 100 Millionen. Immer wieder spürt man, daß die Sprache den stärksten Kitt der Deutschen untereinander im Auslande und die feste Brücke zur Heimat bildet. Mit Recht sagt der erste Vorsitzende des Vereins für das Deutschtum im Ausland, Staatsminister v. Hentig, daß die Schätze, die das Deutschtum in sich birgt und täglich mehrt: seine herrliche Sprache, seine weltumspannende Literatur, seine Dichtung und seine Musik, seine Technik und sein Unternehmungsgeist so reich und fruchtbringend sind, daß wir nirgends befürchten brauchen, im Wettbewerb mit fremder Sprache und Kultur zu unterliegen, soweit unser eigenes Volkstum nur jener Schätze sich bewußt ist, und sie ihm zugänglich sind. Das Deutschtum bedarf nicht des Gegensatzes zu anderen Völkern, um sein Nationalgefühl durch Reibung zu entzünden. Seine weite Verbreitung und seine gesunde Lebenskraft weisen es auf friedlichen Verkehr mit allen Nationen der Erde. Es mahnt seine Söhne, treue Bürger des Staates zu sein, in dessen Verband sie jenseits seiner Grenzen getreten sind, die Sprache der neuen Heimat zu lernen und deren Einrichtungen zu dienen, aber es hält unbeugsam fest daran, daß von allen Rechten, „die mit uns geboren", keines auf tieferem Grunde erwachsen und entschlossener zu verteidigen ist als das der Selbsterhaltung. Diesen hohen Zielen widmet der Verein für das Deutschtum im Ausland, der seinen Hauptsitz in Berlin hat, seine vollen Kräfte.

In Vorstehendem haben wir nur in flüchtigen Linien einen Überblick des Deutschtums in der Fremde geben können, wobei wir die ja in einem besonderen Artikel behandelten staatlichen deutschen Kolonien und, bis auf wenige Ausnahmen, Europa

außer Betracht ließen. Aber wo wir auf unseren Wanderungen auch unseren Landsleuten begegneten, selbst an weltabgeschiedenen Stätten, überall erfüllte es uns mit hoher Freude, daß sie sich stolz als Deutsche fühlen! Über die engeren Grenzen der Heimat hinaus schreiten jetzt ziel- und selbstbewußt deutsche Tatkraft und deutsches Wissen. Was in heißen blutigen Kämpfen errungen ward, die deutsche Einheit, sie findet ihre friedliche Krönung in fernen Erdteilen, an allen, oft kaum dem Namen nach bekannten Punkten, wo Deutsche sich niedergelassen haben und dort, sei es direkt oder indirekt, der Macht, dem Ansehen, dem Einfluß ihres Vaterlandes dienen!

Die Tage, in denen die Söhne unserer Heimat sich draußen vereinsamt fühlten und sich in den Schutz fremder Staaten begaben, sind vorüber. Seinen weiten Flug hat der deutsche Kaiseraar genommen und hält aufmerksam Wacht. Machtvoll zeigt sich die deutsche Zusammengehörigkeit auch in der Fremde. Die Zeit ist da, wo jeder Deutsche, daheim oder draußen, sich eng mit dem ganzen Sein unseres Volkslebens verbunden fühlt, wo sich immer tiefer das Bewußtsein festsetzen muß gemeinsamer Zusammengehörigkeit und gemeinsamer Liebe zu Kaiser und Reich, gemeinsamen Ertragens von Freud und Leid!

Und in diesen Zeichen werden wir siegen auch fernerhin, sei es auf jeglichem Gebiet des Handels und Wandels, der Kultur- und Geistestätigkeit, sei es, falls nötig und herausgefordert, mit dem Schwert in der Hand — Deutschlands Söhne müssen stets voran zu finden sein!

„Du, sattle gut und reite getrost!" hat einst Altmeister Goethe Deutschland zugerufen. — Gesattelt ist Deutschland zu langem, zu kernigem Ritt mit friedlichen Zielen, und es wird sie erreichen bei festem Zusammenwirken aller deutschen Kräfte, bei immer engerer Verknüpfung des die Deutschen nah und fern verbindenden geistigen Bandes, bei stets sich vertiefender Vaterlandsliebe, es wird sie erreichen unternehmungs- und tatenfroh mit dem hoch zu unsern Häupten wehenden deutschen Banner und umbraust von den gewaltigen Klängen unseres Trutz- und Schutzgesanges:

„Deutschland, Deutschland über Alles,
„Über Alles in der Welt!"

DD
220
K3
1911

Kaiser-Wilhelm-dank, verein der soldatenfreunde
Deutschland als weltmacht

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY